

Anlage 1

Statistisches Bundesamt Deutschland

<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/Aktuell,templateId=renderPrint.psm>

Ausgedruckt am 17. August 2010

Bevölkerungsstand

Am 31.12.2008 hatte Deutschland rund 82 002 000 Einwohner. Das waren 216 000 bzw. 0,3% weniger als im Jahr davor. Die Entwicklung der Bevölkerungszahl ergibt sich aus der Bilanzierung der Geburten und Sterbefälle einerseits und der Wanderungsbewegungen (Zu- und Fortzüge über die Bundesgrenze) andererseits. Der Bevölkerungsrückgang in 2008 ist auf ein Geburtendefizit von 162 000 Personen in Kombination mit einem Abwanderungsverlust von 56 000 Personen zurückzuführen. Seit der Wiedervereinigung hat es in Deutschland jedes Jahr mehr Sterbefälle als Geburten gegeben. Die Bevölkerung nahm jedoch bis 2002 mit Ausnahme des Jahres 1998 aufgrund eines hohen Zuwanderungsüberschusses zu. In den Folgejahren konnte der Zuwanderungssaldo das Geburtendefizit nicht mehr ausgleichen. In 2008 wurde zum ersten Mal seit der Wiedervereinigung ein negativer Wanderungssaldo ausgewiesen. Es ist aber zu beachten, dass die Zahl der ermittelten Fortzüge für 2008 aufgrund von Bereinigungen überhöht ist. Die Fortzugszahlen werden auf Basis von Angaben zu Abmeldungen bei den Meldebehörden ermittelt. Wegen der bundesweiten Einführung der persönlichen Steueridentifikationsnummer für alle Einwohner Deutschlands sind ab 2008 umfangreiche Bereinigungen der Melderegister auch in Form von zahlreichen Abmeldungen von Amts wegen vorgenommen worden, welche sich zum Teil in der Statistik widerspiegeln. Der Bevölkerungsrückgang verteilte sich auf die neuen (-108 000 bzw. -0,8%) und auf die alten Bundesländer (-123 000 bzw. -0,2%). Nur Berlin verzeichnete einen Bevölkerungszuwachs von 15 000 Personen.

Weitere Informationen erhalten Sie über unser [Kontaktformular](#).

Anlage 2

Statistisches Bundesamt Deutschland:

<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Navigation/Statistiken/Bevoelkerung/MigrationIntegration/AuslaendischeBevoelkerung/AuslaendischeBevoelkerung.psmi>

Ausgedruckt am 17.August 2010

Ausländische Bevölkerung

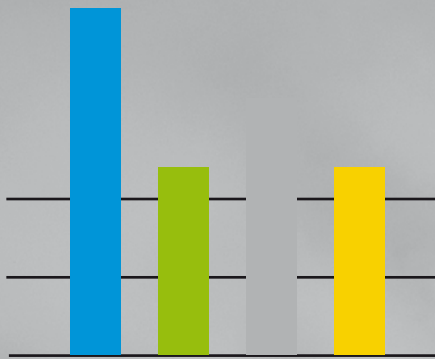
Die Ausländerstatistik beruht auf der vom Statistischen Bundesamt durchgeführten Auswertung des Ausländerzentralregisters (AZR), deren Registerbehörde das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg (BAMF) ist und dessen technische Betreuung vom Bundesverwaltungsamt (BVA) in Köln wahrgenommen wird. Im Ausländerzentralregister werden alle ausländischen Personen nachgewiesen, die keinen deutschen Pass haben und sich nicht nur vorübergehend in Deutschland aufhalten. Die Meldung der Daten an das AZR erfolgt durch die einzelnen Ausländerbehörden. In der Ausländerstatistik werden die in Deutschland am Ende des Berichtsjahres ansässigen Ausländerinnen und Ausländer nach Staatsangehörigkeit, Aufenthaltsdauer, Aufenthaltsstatus, Familienstand, Alter und Geschlecht sowie die im Laufe des Berichtsjahres nach Deutschland zugezogenen und von dort fortgezogenen ausländischen Personen nachgewiesen. In den Zuzügen sind die in Deutschland geborenen ausländischen Kinder, bei den Fortzügen die Sterbefälle ausländischer Personen eingeschlossen.

[mehr zum Thema ...](#)

Ausländische Bevölkerung	2007	2008	2009
Insgesamt	6 744 879	6 727 618	6 694 776
Davon			
Männlich	3 462 444	3 443 323	3 413 540
Weiblich	3 282 435	3 284 295	3 281 236



Grunddaten der Zuwandererbevolkerung in Deutschland



Working Paper 27

der Forschungsgruppe
des Bundesamtes

erschienen 2009

aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 6

Grunddaten der Zuwandererbevolkerung in Deutschland



Zentrale Ergebnisse

- Die amtlichen Statistiken in Deutschland unterscheiden bislang in aller Regel nur zwischen Deutschen und Ausländern. Aufgrund von Einbürgerungen, der Vielfalt des Migrationsgeschehens und der seit dem Jahr 2000 geltenden ius soli-Regelung lässt sich der Integrationsstand der Migranten, zu denen neben Ausländern u.a. auch (Spät-)Aussiedler und Eingebürgerte zählen, und ihrer Nachkommen so nur noch unzureichend abbilden. Mit dem Mikrozensusgesetz 2005 wurde auf diese Defizite der amtlichen Statistiken reagiert und das Konzept der „Bevölkerung mit Migrationshintergrund“ eingeführt. Seit 2005 ist nun die Identifizierung von Personen mit Migrationshintergrund im Mikrozensus möglich.
- Im Jahr 2007 hatten in Deutschland 15,4 Millionen Menschen einen Migrationshintergrund. Davon waren 8,1 Millionen Deutsche, darunter 2,8 Millionen (Spät-)Aussiedler, und 7,3 Millionen Ausländer. Der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung beträgt 18,7 %. Bei Kindern unter fünf Jahren liegt dieser Anteil sogar bei einem Drittel.
- Insgesamt sind etwa zwei Drittel der Personen mit Migrationshintergrund selbst Migranten (erste Generation), während knapp ein Drittel bereits in Deutschland geboren wurde (zweite oder dritte Generation).
- Mit etwa 2,5 Millionen Menschen stellen Personen türkischer Herkunft die größte Gruppe innerhalb der Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Dies entspricht einem Anteil von 16,4 % an allen Personen mit Zuwanderungsgeschichte. 7,5 % haben einen polnischen, 6,7 % einen russischen und 4,9 % einen italienischen Hintergrund. Insbesondere Personen mit einem Migrationshintergrund aus den ehemaligen Anwerbestaaten sind bereits überproportional häufig in Deutschland geboren und gehören damit zur zweiten Generation.
- Bei einem Vergleich der Altersstruktur der Bevölkerung zeigt sich, dass sich die Personen mit Migrationshintergrund deutlich stärker auf die jüngeren Jahrgänge verteilen als Personen ohne Migrationshintergrund.
- Im Jahr 2007 lebten etwa drei Viertel der Bevölkerung mit Migrationshintergrund seit mindestens neun Jahren in Deutschland und etwas mehr als ein Drittel seit mehr als zwanzig Jahren. Dabei sind insbesondere Personen aus den ehemaligen Anwerbestaaten vielfach durch einen langjährigen Aufenthalt gekennzeichnet.
- Die höchsten Anteile an Personen mit Migrationshintergrund hatten im Jahr 2007 Hamburg, Bremen, Baden-Württemberg, Hessen, Berlin und Nordrhein-Westfalen zu verzeichnen. Allerdings fallen die Anteile der Personen mit Migrationshintergrund auch innerhalb der einzelnen Bundesländer je nach

Region sehr unterschiedlich aus. So hat insbesondere in den Agglomerationsräumen ein deutlich größerer Anteil der Bevölkerung einen Migrationshintergrund als in ländlichen Räumen.

- Zur Beschreibung der ausländischen Bevölkerung in Deutschland stehen zwei Datenquellen zur Verfügung: die Bevölkerungsfortschreibung und das Ausländerzentralregister (AZR). Während in die Bevölkerungsfortschreibung alle ausländischen Staatsangehörigen Eingang finden, die sich in Deutschland an- bzw. abmelden, werden im AZR nur Ausländer erfasst, die sich in der Regel länger als drei Monate im Bundesgebiet aufhalten. Insofern liegen die Zahlen aus dem AZR niedriger als in der Bevölkerungsfortschreibung. Das AZR ermöglicht jedoch eine weiter gehende Differenzierung der ausländischen Bevölkerung als die Bevölkerungsfortschreibung, etwa nach einzelnen Staatsangehörigkeiten, Aufenthaltsdauer und Aufenthaltsstatus.
- Laut Bevölkerungsfortschreibung lebten im Jahr 2007 7,255 Millionen ausländische Staatsangehörige in Deutschland. Dies entspricht einem Ausländeranteil von 8,8 %. Im AZR waren dagegen 2007 nur 6,745 Millionen Ausländer erfasst.
- Mit einem Anteil von einem Viertel stellten türkische Staatsangehörige Ende 2008 die größte Gruppe der ausländischen Staatsangehörigen im AZR. Die zweitgrößte Nationalitätengruppe bildeten italienische Staatsangehörige (7,8 %), vor Personen aus Polen (5,9 %). Dabei hat sich die Zahl der polnischen Staatsangehörigen in Deutschland seit 2004, dem Jahr des EU-Beitritts, um etwa ein Drittel erhöht. Nach dem EU-Beitritt von Bulgarien und Rumänien am 1. Januar 2007 lässt sich in den Jahren 2007 und 2008 auch ein deutlicher Anstieg der aufhältigen Staatsangehörigen aus diesen Ländern feststellen (+38 % bei Bulgaren und +29 % bei Rumänen). Leicht gesunken ist dagegen die Zahl der Staatsangehörigen aus den der EU angehörenden ehemaligen Anwerbestaaten Italien, Griechenland, Portugal und Spanien.
- Bei einem Vergleich der Altersstruktur der deutschen mit der ausländischen Bevölkerung zeigt sich, dass die ausländische Bevölkerung sich mehrheitlich auf die jüngeren Jahrgänge verteilt. Allerdings liegt der Anteil der Kinder unter sechs Jahren bei den Deutschen höher als bei den Ausländern. Dies liegt auch an der zu Beginn des Jahres 2000 eingeführten Regelung, wonach unter bestimmten Bedingungen Kinder ausländischer Eltern mit Geburt neben der Staatsangehörigkeit der Eltern auch die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten. Sie werden damit statistisch als Deutsche erfasst.
- Im Jahr 2008 waren 51,2 % der ausländischen Staatsangehörigen in Deutschland männlich und 48,8 % weiblich. Insbesondere bei Staatsangehörigen aus Thailand, den Philippinen, Brasilien, Litauen, der Tschechischen Republik und der Russischen Föderation war jedoch ein überproportional hoher Frauenan-

teil zu verzeichnen. Dagegen ist bei Staatsangehörigen aus Tunesien, Indien und dem Irak der Anteil von Männern deutlich höher als der der Frauen.

- Fast zwei Drittel aller in Deutschland lebenden Ausländer hatten zum Jahresende 2008 ein unbefristetes Aufenthaltsrecht. Von den Drittstaatsangehörigen besaßen 55,8 % einen unbefristeten Aufenthaltstitel. Bei Kroaten waren dies 83,9 %, bei türkischen Staatsangehörigen 68,9 % und bei Ukrainern, trotz der vergleichsweise geringen Aufenthaltsdauer, bereits 68,8 %. Dagegen ist der Anteil der Staatsangehörigen aus China und dem Irak, die einen unbefristeten Aufenthaltstitel besitzen, relativ gering (15,5 % bzw. 24,9 %).
- Während der 1990er Jahre wurden jährlich etwa um die 100.000 Kinder mit ausländischer Staatsangehörigkeit in Deutschland geboren. Nach der Einführung des ius soli-Prinzips ab 1. Januar 2000 hat sich die Zahl der in Deutschland geborenen Kinder mit (nur) ausländischer Staatsangehörigkeit im Jahr 2000 im Vergleich zum Vorjahr fast halbiert und ist seitdem kontinuierlich gesunken. Im Jahr 2007 wurden 31.339 ausländische Kinder in Deutschland geboren. Die Zahl der von ausländischen Eltern geborenen Kinder mit deutscher Staatsangehörigkeit betrug im Jahr der Einführung der neuen Regelung 41.257 und sank in den Folgejahren leicht ab. Im Jahr 2007 wurden 35.666 Geburten im Rahmen der ius soli-Regelung registriert.
- Insgesamt war von den in Deutschland lebenden Ausländern zum Ende des Jahres 2008 etwa jeder Fünfte im Inland geboren. Bei den unter 18-jährigen Ausländern betrug dieser Anteil 71,2 %. Dabei weisen insbesondere Staatsangehörige aus den ehemaligen Anwerbeländern einen überdurchschnittlich hohen Anteil an bereits in Deutschland geborenen Personen auf.

Inhaltsverzeichnis

	Einleitung	13
1.	Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Deutschland	14
1.1	Datenlage	14
1.2	Gesamtzahlen	17
1.3	Herkunftsländer	20
1.4	Alters- und Geschlechtsstruktur	22
1.5	Aufenthaltsdauer	25
1.6	Räumliche Verteilung im Bundesgebiet	27
2.	Ausländische Bevölkerung	29
2.1	Datenlage	29
2.2	Gesamtzahlen	32
2.3	Staatsangehörigkeiten	33
2.4	Alters- und Geschlechtsstruktur	35
2.5	Aufenthaltsdauer	38
2.6	Aufenthaltsstatus	39
2.7	Regionale Verteilung im Bundesgebiet	43
2.8	Geburten	44
	Anhang	47
	Literatur	62

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Migrationshintergrund der Bevölkerung in Deutschland, Mikrozensus 2007	17
Abbildung 2:	Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland, Mikrozensus 2007	19
Abbildung 3:	Personen mit Migrationshintergrund nach Herkunftsländern, Mikrozensus 2007	21
Abbildung 4:	Altersstruktur der Bevölkerung ohne und mit Migrationshintergrund, Mikrozensus 2007	22
Abbildung 5:	Alterspyramide 2007 nach Migrationshintergrund, Mikrozensus 2007	23
Abbildung 6:	Geschlechtsstruktur nach Migrationshintergrund und ausgewählten Herkunftsländern/-regionen, Mikrozensus 2007	24
Abbildung 7:	Personen mit Migrationshintergrund nach ausgewählten Herkunftsländern und Aufenthaltsdauer, Mikrozensus 2007	25
Abbildung 8:	Anteil der Personen mit Migrationshintergrund an der Bevölkerung 2007 nach Ländern und Regierungsbezirken, Mikrozensus 2007	28
Abbildung 9:	Ausländische Bevölkerung in Deutschland nach den zehn häufigsten Staatsangehörigkeiten am 31. Dezember 2008	33
Abbildung 10:	Ausländische Staatsangehörige in Deutschland nach ausgewählten Herkunftsländern bzw. -regionen am 31. Dezember 2008	34
Abbildung 11:	Altersstruktur der deutschen und ausländischen Bevölkerung am 31. Dezember 2007	35
Abbildung 12:	Altersstruktur der ausländischen Bevölkerung von 1970 bis 2007	36
Abbildung 13:	Geschlechtsstruktur von Ausländern nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten am 31. Dezember 2008	37
Abbildung 14:	Aufenthaltsdauer von Ausländern nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten am 31. Dezember 2008	38
Abbildung 15:	Aufenthaltsstatus der ausländischen Bevölkerung nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten am 31. Dezember 2008	41

Abbildung 16: Regionale Verteilung der ausländischen Bevölkerung in Deutschland am 31. Dezember 2008 43

Abbildung 17: Geburten von Kindern mit ausländischer Herkunft in Deutschland von 1996 bis 2007 45

Im Anhang

Abbildung 18: Ausländer in Deutschland von 1967 bis 2008 51

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Bevölkerung Deutschlands nach detailliertem Migrationsstatus, Mikrozensus 2005 bis 2007	17
Tabelle 2:	Personen mit Migrationshintergrund nach Herkunftsländern und -regionen (mit derzeitiger bzw. früherer Staatsangehörigkeit), Mikrozensus 2007	20
Tabelle 3:	Personen mit Migrationshintergrund nach Bundesländern, Mikrozensus 2007	27
Tabelle 4:	Personen mit Migrationshintergrund in ausgewählten Großstädten, Mikrozensus 2005	29
Tabelle 5:	Ausländer und Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland von 1991 bis 2008	32

Im Anhang

Tabelle 6:	Bevölkerung nach detailliertem Migrationsstatus, Mikrozensus 2007	47
Tabelle 7:	Altersstruktur der Bevölkerung ohne und mit Migrationshintergrund, Mikrozensus 2007	47
Tabelle 8:	Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Aufenthaltsdauer, Mikrozensus 2007	48
Tabelle 9:	Gesamtbevölkerung und Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland (1951 bis 1989) und in Gesamtdeutschland (1990 bis 2008)	49
Tabelle 10:	Ausländische Bevölkerung nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten 2004 bis 2008 (jeweils zum 31. Dezember)	51
Tabelle 11:	Altersstruktur der deutschen und ausländischen Bevölkerung 2007/2008 (jeweils zum 31. Dezember)	54
Tabelle 12:	Ausländische Bevölkerung nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Geschlecht am 31. Dezember 2008	54
Tabelle 13:	Ausländische Bevölkerung nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Aufenthaltsdauer am 31. Dezember 2008	56

Tabelle 14:	Aufenthaltsstatus der ausländischen Bevölkerung nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten am 31. Dezember 2008	57
Tabelle 15:	Ausländische Bevölkerung nach Bundesländern im Jahr 2008	59
Tabelle 16:	Geburten 1990 bis 2007	60
Tabelle 17:	Ausländische Bevölkerung nach ausgewählten Staatsangehörig- keiten und Geburtsland am 31. Dezember 2008	61

Einleitung

Ziel dieses Working Papers aus der Reihe „Integrationsreport“ der Forschungsgruppe des Bundesamtes ist es, einer breiten (Fach-)Öffentlichkeit einen grundlegenden und differenzierten Überblick über die Bevölkerung mit Migrationshintergrund sowie die ausländische Bevölkerung in Deutschland geben. Dazu werden zum einen die Ergebnisse des Mikrozensus, zum anderen die Daten des Ausländerzentralregisters (AZR) und der Bevölkerungsfortschreibung herangezogen.¹ Diese Strukturinformationen über die Zuwandererbevolkerung in Deutschland bilden den Hintergrund für die weiteren, in der Reihe „Integrationsreport“ behandelten bzw. zu behandelnden Themenbereiche.²

Die amtlichen Statistiken in Deutschland zu demographischen und sozialstrukturellen Themenbereichen (z.B. Bildung, Erwerbstätigkeit) unterscheiden in aller Regel nur zwischen Deutschen und Ausländern. Aufgrund von Einbürgerungen, der Vielfalt des Migrationsgeschehens und der seit dem Jahr 2000 geltenden *ius soli*-Regelung verliert die Unterscheidung nach der Nationalität jedoch zunehmend an Aussagekraft. Der Integrationsstand der Migranten³ und ihrer Nachkommen lässt sich so nur noch unzureichend abbilden. Zum einen werden durch die alleinige Verwendung der Staatsangehörigkeit eventuell mögliche Integrationsprobleme unterschätzt, da Ausländer nur eine Teilgruppe der durch internationale Wanderungen geprägten Bevölkerung darstellen. Zum anderen werden aber auch Integrationserfolge von Migranten unterschätzt, wenn erfolgreiche Personen mit Migrationshintergrund in den Statistiken nicht der Gruppe der Ausländer, sondern der Gruppe der Deutschen zugeordnet werden (vgl. Salentin/Wilkening 2003).

Das Statistische Bundesamt hat auf diese Defizite der amtlichen Statistiken reagiert und im Jahr 2005 mit einem entsprechenden Fragenprogramm das Konzept der „Bevölkerung mit Migrationshintergrund“ in den Mikrozensus eingeführt. Ausländische Staatsangehörige stellen dabei nur eine Teilmenge der Personen mit Migrationshintergrund neben Eingebürgerten und (Spät-)Aussiedlern⁴ sowie deren in Deutschland geborenen Kindern. Zudem vergrößert sich die Differenz zwischen der Zahl der Ausländer und der Zahl der Personen mit Migrationshintergrund seit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000 durch den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Kinder ausländischer Eltern bei Geburt („*Ius-Soli-Kinder*“).

Das Working Paper informiert in den folgenden Kapiteln über Größenordnung, Herkunftsländer/Staatsangehörigkeiten, Alters- und Geschlechtsstruktur, Aufenthaltsdauer und regionale Verteilung sowohl der Bevölkerung mit Migrationshintergrund als auch der ausländischen Bevölkerung in Deutschland. Die ausländischen Staatsangehörigen

1 Während für die Daten zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund die Ergebnisse des Mikrozensus für das Jahr 2007 vorliegen (erschieden im November 2008), sind für die ausländische Bevölkerung bereits Daten für das Jahr 2008 verfügbar (erschieden im März 2009).

2 Siehe http://www.bamf.de/cln_101/nn_1026360/SharedDocs/Projekte/DE/Migration/Forschung/Integration/laufende/forschung-integrationsreport.html.

3 Aus sprachlichen Gründen werden die Begriffe „Migranten“, „Personen mit Migrationshintergrund“ und „Personen mit Zuwanderungsgeschichte“ in diesem Working Paper synonym verwandt. Sie schließen ggf. auch Personen ein, die nicht selbst nach Deutschland zugewandert sind.

4 Personen die vor dem 01. Januar 1993 kamen, werden als Aussiedler bezeichnet, alle nach diesem Zeitpunkt Zugewanderten als Spätaussiedler. Gesetzliche Grundlage hierfür ist das Kriegsfolgenbereinigungsgesetz (KfbG) vom 21. Dezember 1992.

werden zudem nach ihrem Aufenthaltsstatus betrachtet. Ergänzt wird diese Darstellung durch einen Überblick zu den Geburten von Kindern ausländischer Herkunft. Auf weitere Einflussfaktoren, die die Größenordnung und Struktur der ausländischen Bevölkerung bzw. der Bevölkerung mit Migrationshintergrund bestimmen, wie etwa Wanderungen, Einbürgerungen und Sterbefälle, wird hier nicht eingegangen.

1. Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Deutschland

1.1 Datenlage

Seit dem Inkrafttreten des Mikrozensusgesetzes 2005⁵ ermöglichen die Daten des Mikrozensus die Identifizierung von Personen mit Migrationshintergrund. Dadurch lassen sich zusätzlich zum Ausländerbestand auch Zahlen zu Personen mit Migrationshintergrund angeben. So wird bei eingebürgerten Personen nun auch nach der ehemaligen Staatsangehörigkeit und dem Jahr der Einbürgerung gefragt (§ 4 Abs. 1 Nr. 2a MZG 2005). Zusätzlich wird alle vier Jahre die Staatsangehörigkeit der Eltern, sofern sie seit 1960 ihren dauernden Aufenthalt in Deutschland haben oder hatten, ihr Zuzugsjahr sowie, falls eingebürgert, ihre vormalige Staatsangehörigkeit erfragt (§ 4 Abs. 2 Nr. 4 MZG 2005).

Der Mikrozensus stellt eine sinnvolle Ergänzung zu anderen amtlichen Statistiken dar, die bislang in der Regel nur das Merkmal Staatsangehörigkeit erfassen und deshalb weder zwischen der ersten und zweiten Ausländergeneration unterscheiden, noch (Spät-) Aussiedler und Eingebürgerte, die als Deutsche in die Statistik eingehen, identifizieren können. Diese Informationen sind jedoch notwendig, um bessere Informationen über Art und Umfang des Integrationsbedarfs zu erhalten.

Der Mikrozensus ist die jährliche, amtliche Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt in Deutschland mit einem Auswahlatz von 1% (aktuell ca. 830.000 Befragte in rund 390.000 Haushalten). Er wird gemeinschaftlich vom Statistischen Bundesamt und den Statistischen Ämtern der Länder durchgeführt. Da die gesamte Wohnbevölkerung Auswahlgrundlage des Mikrozensus ist, können auch für Ausländer bzw. seit 2005 „Personen mit Migrationshintergrund“ repräsentative Aussagen getroffen werden. Das aktuell gültige Mikrozensusgesetz bestimmt das Erhebungsprogramm für die Jahre 2005-2012. Schwerpunkt der Mikrozensus-Befragungen sind sozio-ökonomische Themen, vor allem Bildung, Arbeitsmarktbeteiligung, Einkommen und soziale Sicherung. Daneben sind detaillierte Aussagen zu Haushaltsstrukturen, Lebensformen und räumlicher Verteilung der Bevölkerung im Bundesgebiet möglich. In Zusatzerhebungen, die nicht jedes Jahr stattfinden, werden außerdem Daten zu Themen wie Gesundheit und Wohnen erhoben. Die Ergebnisse des Mikrozensus werden jeweils auf die Daten der Bevölkerungsfortschreibung hochgerechnet, stehen der Wissenschaft aber auch als anonymisierte Individualdaten in sogenannten „Scientific Use Files“ zur Verfügung.

⁵ Gesetz zur Durchführung einer Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt sowie die Wohnsituation der Haushalte (Mikrozensusgesetz 2005 – MZG 2005), BGBl. I 2004, S. 1350-1353.

Das Statistische Bundesamt zählt zu den Personen mit Migrationshintergrund „alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil“ (Statistisches Bundesamt 2007: 6). In der Regel lassen sich aufgrund der Altersstruktur der Migranten auch Vertreter der dritten Generation im Mikrozensus identifizieren, da diese mehrheitlich noch so jung sind, dass sie mit ihren Eltern im Haushalt leben, aus deren Angaben sich auch die Zuwanderung der Großeltern ergibt (vgl. Statistisches Bundesamt 2008b: 5). Da jedoch nicht in allen Fällen zwischen der zweiten und der dritten Generation unterschieden werden kann, nimmt das Statistische Bundesamt nur die Unterscheidung zwischen erster Generation (Zuwanderer) und zweiter Generation und höher (in Deutschland Geborene) vor. Ausländern und Eingebürgerten wird generell ein Migrationshintergrund unterstellt. In Deutschland geborene Deutsche können ebenfalls – abgeleitet aus den Eigenschaften (dem Migrationsstatus) der Eltern – als Deutsche mit einseitigem Migrationshintergrund, als Kinder von (Spät-)Aussiedlern oder als ius-soli-Kinder⁶ einen Migrationshintergrund haben. Dieser Personenkreis kann den Migrationshintergrund dann jedoch (statistisch) nicht mehr weiter „vererben“ (vgl. Statistisches Bundesamt 2008b: 6).

Das Statistische Bundesamt hat für die Erhebungen 2005 bis 2007 jeweils eine umfangreiche tabellarische Auswertung für die Bevölkerung mit Migrationshintergrund vorgelegt, die auf die Gesamtbevölkerung laut Bevölkerungsfortschreibung hochgerechnet ist (Statistisches Bundesamt 2007, 2008 und 2008b). Diese Publikationen sind die Grundlage der hier vorgelegten Auswertungen. Sie konzentrieren sich neben der allgemeinen Unterscheidung von Personen mit und ohne Migrationshintergrund auf Personen mit türkischem, griechischem, italienischem, polnischem, kroatischem und russischem Migrationshintergrund sowie auf entsprechende Personen aus Serbien und Bosnien-Herzegowina. Einbezogen sind dabei jeweils Ausländer und eingebürgerte Personen aus diesen Herkunftsländern.

Im Mikrozensus 2007 wird zudem erstmals die Gruppe der (Spät-)Aussiedler gesondert ausgewiesen, was aufgrund einer Änderung des Frageprogramms in diesem Erhebungsjahr möglich wurde.⁷ Es handelt sich dabei um Personen, die angegeben haben, als (Spät-)Aussiedler nach Deutschland eingereist zu sein, und deren mit eingereiste Angehörige, nicht jedoch um bereits in Deutschland geborene Nachkommen dieser Personengruppe. Die Ausweisung der (Spät-)Aussiedler in der Fachserie erfolgt dementsprechend unter der Kategorie „Deutsche mit eigener Migrationserfahrung“.

6 Kinder ausländischer Eltern erwerben unter bestimmten Voraussetzungen durch die Geburt in Deutschland neben der Staatsangehörigkeit der Eltern auch die deutsche Staatsangehörigkeit. Sie gehen als Deutsche in die Bevölkerungsstatistik ein.

7 Nachdem in den Jahren 2005 und 2006 lediglich gefragt wurde, ob man die deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung erlangt hat, wurde im Jahr 2007 der Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit differenzierter abgefragt. Die entsprechende Frage lautete nun: „Besitzen Sie die deutsche Staatsangehörigkeit durch Geburt, durch den Spätaussiedlerstatus oder durch Einbürgerung?“. Da jedoch auch diese Fragestellung nicht überschneidungsfrei ist (bis Mitte 1999 mussten (Spät-)Aussiedler ein formales Einbürgerungsverfahren durchlaufen), wurde die Frage für den Mikrozensus 2008 noch weiter differenziert. Zusätzlich wird nun gefragt, ob jemand die deutsche Staatsangehörigkeit als (Spät-)Aussiedler mit oder ohne Einbürgerung besitze. Die Ergebnisse dieser Erhebung liegen noch nicht vor.

Auf der Basis der im Mikrozensus erhobenen Daten nimmt das Statistische Bundesamt die folgende Differenzierung der Bevölkerung nach Migrationsstatus vor (Statistisches Bundesamt 2008: 6).



Bevölkerung in Deutschland nach Migrationsstatus:

1. Deutsche ohne Migrationshintergrund
2. Personen mit Migrationshintergrund im weiteren Sinn⁸
 - 2.1 Personen, deren Migrationshintergrund nicht durchgehend bestimmbar ist
 - 2.2 Personen mit Migrationshintergrund im engeren Sinn
 - 2.2.1 Personen mit eigener Migrationserfahrung (Zugewanderte)
 - 2.2.1.1 Ausländer
 - 2.2.1.2 Deutsche
 - 2.2.1.2.1 ohne Einbürgerung (ab 2007: (Spät-)Aussiedler)
 - 2.2.1.2.2 Eingebürgerte
 - 2.2.2 Personen ohne eigene Migrationserfahrung (nicht Zugewanderte)
 - 2.2.2.1 Ausländer (2. und 3. Generation)
 - 2.2.2.2 Deutsche
 - 2.2.2.2.1 Eingebürgerte
 - 2.2.2.2.2 Deutsche mit mindestens einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil
 - 2.2.2.2.2.1 mit beidseitigem Migrationshintergrund
 - 2.2.2.2.2.2 mit einseitigem Migrationshintergrund

Der Mikrozensus ist derzeit die einzige amtliche und repräsentative Datenquelle zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Deutschland. Zwar wird auch im Rahmen der empirischen Sozialforschung (z.B. PISA-Untersuchung) sowie der Kommunalstatistik zum Teil der Migrationshintergrund erfasst. Dies geschieht jedoch mit jeweils unterschiedlichen und in der Regel weniger umfassenden Definitionen als im Mikrozensus. Mittlerweile gibt es zudem Bemühungen, den Migrationshintergrund auch in weiteren amtlichen Statistiken (z.B. Bildungs⁹- und Arbeitsmarktstatistiken) zu verankern.¹⁰

8 Das Statistische Bundesamt unterscheidet Personen mit Migrationshintergrund im weiteren und im engeren Sinn. Bei Personen mit Migrationshintergrund im weiteren Sinn ist der Migrationsstatus nicht durchgehend bestimmbar, da bei bestimmten Deutschen der Migrationshintergrund nur aus Eigenschaften der Eltern erkennbar ist, diese jedoch nur alle vier Jahre abgefragt werden. Personen mit Migrationshintergrund im engeren Sinn sind dagegen jedes Jahr im Mikrozensus zu identifizieren (vgl. Statistisches Bundesamt 2008b: 315). Da im Jahr 2007 die Eigenschaften der Eltern nicht abgefragt wurden, werden im Folgenden nur die Personen mit Migrationshintergrund im engeren Sinn betrachtet.

9 Zur geplanten Erfassung des Migrationshintergrunds von Schülern in der Schulstatistik vgl. Siegert 2008: 13.

10 Im Rahmen der Statistik der Kinder- und Jugendhilfe wird bereits der Migrationshintergrund der in Kindertagesstätten betreuten Kinder erfasst. Dieser wird – ähnlich wie in der PISA-Studie – über die Fragen nach dem ausländischen Herkunftsland der Eltern/eines Elternteils und der vorrangig in der Familie gesprochene Sprache ermittelt.

1.2 Gesamtzahlen

Tabelle 1: Bevölkerung Deutschlands nach detailliertem Migrationsstatus, Mikrozensus 2005 bis 2007

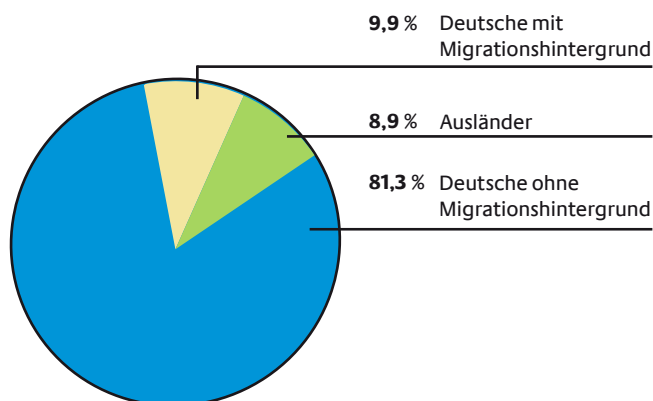
	2005	2006	2007
Bevölkerung insgesamt	82.465	82.369	82.257
Deutsche ohne Migrationshintergrund	67.132	67.225	66.846
Personen mit Migrationshintergrund im engeren Sinne	15.057	15.143	15.411
Personen mit eigener Migrationserfahrung	10.399	10.431	10.534
Ausländer	5.571	5.584	5.592
Deutsche	4.828	4.847	4.942
Personen ohne eigene Migrationserfahrung	4.658	4.713	4.877
Ausländer	1.749	1.716	1.688
Deutsche	2.908	2.997	3.189

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1 Reihe 2.2, verschiedene Jahrgänge. Angaben in Tausend. Eigene Darstellung.

Von den 82,3 Millionen Einwohnern in Deutschland im Jahr 2007 hatten 15,4 Millionen Personen einen Migrationshintergrund (vgl. Tabelle 1 und Tabelle 6 im Anhang), davon etwa 8,1 Millionen Deutsche und circa 7,3 Millionen Ausländer.¹¹ Der Anteil der Deutschen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung beträgt 9,9 %, der Ausländeranteil 8,9 % (vgl. Abbildung 1). Insgesamt beläuft sich der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund damit auf 18,7 % an der Gesamtbevölkerung. Im Vorjahr betrug dieser Anteil 18,4 %, im Jahr 2005 18,3 %. Während der Ausländeranteil in diesen drei Jahren relativ konstant geblieben ist, stieg der Anteil der Deutschen mit Migrationshintergrund in diesem Zeitraum (von 9,4 % im Jahr 2005 auf 9,9 % 2007). Das entspricht einem Anstieg (in absoluten Zahlen) um etwa 400.000 Personen. Der stärkste Zuwachs war dabei bei Deutschen mit Migrationshintergrund, aber ohne eigene Migrationserfahrung zu verzeichnen, also bei den schon im Inland geborenen Nachkommen von Zuwanderern.

Abbildung 1: Migrationshintergrund der Bevölkerung in Deutschland, Mikrozensus 2007

Gesamtbevölkerung: 82,257 Millionen



Quelle: Statistisches Bundesamt 2008b. Eigene Berechnung und Darstellung.

¹¹ Das Statistische Bundesamt legt dabei für die ausländische Bevölkerung die Zahlen aus der Bevölkerungsfortschreibung zugrunde, die deutlich höher ausfallen als die Zahlen des Ausländerzentralregisters. Grund hierfür ist unter anderem, dass im AZR nur die nicht nur vorübergehend in Deutschland lebende ausländische Bevölkerung erfasst ist (vgl. Abschnitt 2.1).

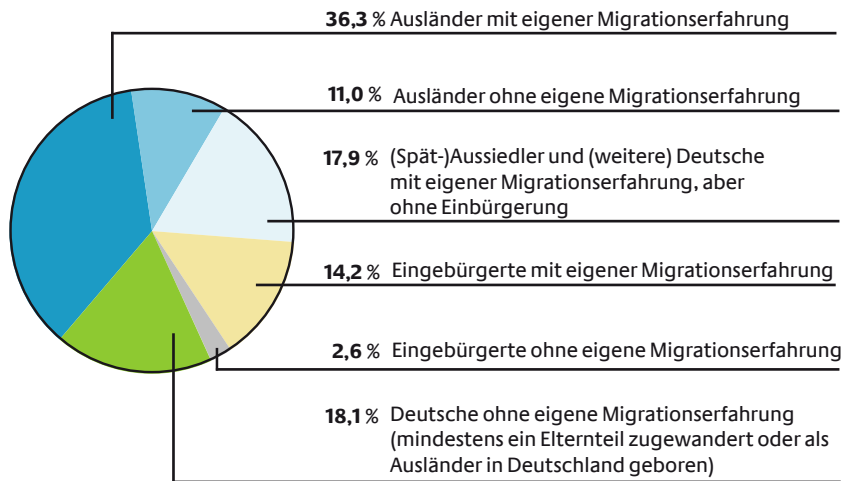
Eine weitere Differenzierung der Personen mit Migrationshintergrund zeigt, dass die größte Gruppe mit 36,3 % Ausländer mit eigener Migrationserfahrung stellen (circa 5,6 Millionen Personen), d.h. Ausländer, die nach Deutschland zugewandert sind (vgl. Abbildung 2). 11,0 % der Personen mit Migrationshintergrund sind Ausländer, die in Deutschland geboren wurden (zweite oder dritte Generation; circa 1,7 Millionen Personen). Insgesamt besitzen 47,3 % der Personen mit Migrationshintergrund nicht die deutsche Staatsangehörigkeit.

Deutsche mit Migrationshintergrund stellen dagegen 52,7 % der Personen mit Migrationshintergrund. Diese Gruppe setzt sich intern wie folgt zusammen: 14,2 % entfallen auf selbst zugewanderte Eingebürgerte (circa 2,2 Millionen Personen) und 2,6 % auf Eingebürgerte ohne Migrationserfahrung (circa 400.000 Personen). 17,9 % aller Deutschen mit Migrationshintergrund sind zugewanderte (Spät-)Aussiedler und weitere deutsche Zuwanderer ohne Einbürgerung (circa 2,8 Millionen Personen).¹² Bei den restlichen 18,1 % handelt es sich um Deutsche ohne eigene Migrationserfahrung (circa 2,8 Millionen Personen). Dies sind zum einen Kinder von Eingebürgerten, (Spät-)Aussiedlern oder Ausländern¹³, zum anderen Kinder mit einseitigem Migrationshintergrund, bei denen nur ein Elternteil in die genannten Personengruppen fällt.

Insgesamt sind etwa zwei Drittel der Personen mit Migrationshintergrund selbst Migranten (erste Generation), während knapp ein Drittel bereits in Deutschland geboren wurde (zweite oder dritte Generation).

12 Bei weiteren deutschen Zuwanderern kann es sich auch um Kinder von deutschen Eltern ohne Migrationshintergrund handeln, die sich bei der Geburt des Kindes vorübergehend im Ausland aufhielten. Aufgrund der im Mikrozensus gewählten Fragestellung lässt sich nicht immer bestimmen, ob es sich bei einem zugewanderten Deutschen ohne Einbürgerung um einen solchen Fall oder aber um einen (Spät-)Aussiedler handelt, dessen Eltern im Herkunftsland geblieben sind. Das Statistische Bundesamt unterstellt vereinfachend, dass es sich bei allen zugewanderten Deutschen ohne Einbürgerung um (Spät-)Aussiedler handle, weil die Vermutung begründet ist, diese Gruppe der (Spät-)Aussiedler sei zahlenmäßig die größere (vgl. Statistische Bundesamt 2008b: 312). Die Gruppe der im Ausland geborenen Kinder von Deutschen dürfte dagegen weniger als 100.000 Personen umfassen (vgl. Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen 2009: 660).

13 Kinder ausländischer Eltern erwerben durch Geburt in Deutschland unter bestimmten Voraussetzungen seit dem Inkrafttreten des neuen Staatsangehörigkeitsrechts zum 1. Januar 2000 neben der Staatsangehörigkeit der Eltern auch die deutsche Staatsangehörigkeit (siehe dazu Kapitel 2.8).

Abbildung 2: Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland, Mikrozensus 2007**Bevölkerung mit Migrationshintergrund: 15,411 Millionen**

Quelle: Statistisches Bundesamt 2008b. Eigene Berechnung und Darstellung.

Im Mikrozensus 2007 wurden Zuwanderer erstmals gefragt, ob sie mit dem (Spät-)Aussiedlerstatus nach Deutschland eingereist sind. Dies gaben etwa 2,8 Millionen Deutsche mit eigener Migrationserfahrung einschließlich ihrer mit eingereisten Familienangehörigen an.¹⁴ Von den zwischen 1950 und 2007 im Rahmen des (Spät-)Aussiedlerzuzugs eingereisten 4,5 Millionen Personen hielten sich damit im Jahr 2007 noch circa 62 % in Deutschland auf (vgl. Statistisches Bundesamt 2008b: 7). Von den 2,8 Millionen (Spät-)Aussiedlern in Deutschland lassen sich im Mikrozensus nur 1,8 Millionen einem Herkunftsland zuordnen. Dabei entfallen 518.000 (Spät-)Aussiedler auf Polen, 475.000 auf die Russische Föderation, 320.000 auf Kasachstan, 173.000 auf Rumänien und 137.000 auf die ehemalige Sowjetunion (vgl. Tabelle 2).

¹⁴ Anhand einer beim Statistischen Bundesamt in Auftrag gegebenen Sonderauswertung des Mikrozensus 2005 hat die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration bereits im Jahr 2007 versucht, die Größenordnung der derzeit in Deutschland lebenden (Spät-)Aussiedler und ihrer Familienangehörigen abzuschätzen. Diese Auswertung kam zu dem Ergebnis, dass derzeit etwa 4,1 Millionen Aussiedler und Spätaussiedler und deren Ehegatten und Abkömmlinge in Deutschland leben. Davon wurde etwas mehr als ein Fünftel bereits in Deutschland geboren. Dies bedeutet, dass etwa 3,2 Millionen (Spät-)Aussiedler mit ihren Familienangehörigen selbst zugewandert sind. Diese Zahl liegt um etwa 400.000 Personen höher als der im Mikrozensus 2007 ermittelte Wert. Dies liegt daran, dass bei der Sonderauswertung davon ausgegangen wurde, dass es sich bei Zuwanderern aus den osteuropäischen Staaten sowie der Sowjetunion und deren Nachfolgestaaten, deren Einbürgerung im Zuzugsjahr oder innerhalb der ersten beiden Jahre nach der Zuwanderung erfolgte, um Personen handelt, die als Aussiedler bzw. Spätaussiedler und deren Familienangehörige zugewandert sind. Dieses Kriterium kann jedoch auch auf andere Migranten aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion zutreffen. Vgl. zu dieser Schätzung Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2007: 206-207.

1.3 Herkunftsländer

Tabelle 2: Personen mit Migrationshintergrund nach Herkunftsländern und -regionen (mit derzeitiger bzw. früherer Staatsangehörigkeit), Mikrozensus 2007

Herkunftsland/-region	mit eigener Migrationserfahrung		ohne eigene Migrationserfahrung		insgesamt
	absolut	in %	absolut	in %	
EU-27	2.545	69,0	1.141	31,0	3.686
dar.: Griechenland	240	62,5	144	37,5	384
Italien	431	56,6	330	43,4	761
Polen ¹	529	82,9	109	17,1	638
Rumänien ¹	207	86,3	33	13,8	240
Sonstiges Europa	3.327	69,1	1.486	30,9	4.813
dar.: Bosnien und Herzegowina	217	76,7	66	23,3	283
Kroatien	251	67,3	122	32,7	373
Russische Föderation ¹	510	90,9	51	9,1	561
Serbien	287	73,4	104	26,6	391
Türkei	1.511	59,8	1.016	40,2	2.527
Ukraine	192	89,3	23	10,7	215
Europa gesamt	5.872	69,1	2.627	30,9	8.499
Afrika	342	71,3	138	28,8	480
Amerika	233	67,3	113	32,7	346
Asien, Australien und Ozeanien	1.183	78,8	318	21,2	1.501
dar.: Naher und Mittlerer Osten	584	82,5	124	17,5	708
Kasachstan ¹	203	94,4	12	5,6	215
Süd- und Südostasien	416	74,0	146	26,0	562
Ohne Angabe	2.904	63,3	1.682	36,7	4.586
Personen mit Migrationshintergrund gesamt	10.534	68,4	4.877	31,6	15.411
dar.: Ausländer	5.592	76,8	1.688	23,2	7.280
Deutsche	4.942	60,8	3.189	39,2	8.131
dar.: (Spät-)Aussiedler ²	2.756		-		2.756
aus Polen	518		-		518
aus der Russischen Föderation	475		-		475
aus Kasachstan	320		-		320
aus Rumänien	173		-		173
aus der ehem. Sowjetunion	137		-		137

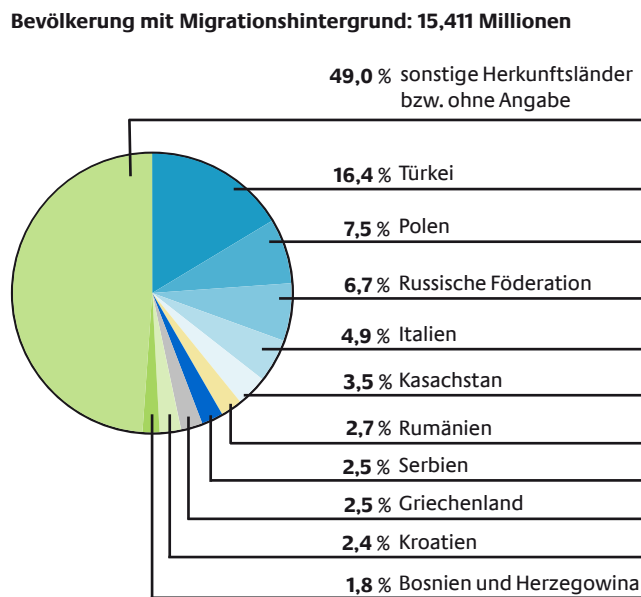
Quelle: Statistisches Bundesamt 2008b. Angaben in Tausend. Eigene Darstellung.

1) Ohne (Spät-)Aussiedler.

2) Etwa eine Million (Spät-)Aussiedler konnten keinem Herkunftsland zugeordnet werden.

Betrachtet man die Migranten nach den jeweiligen Herkunftsländern, so zeigt sich, dass Personen türkischer Herkunft mit etwas mehr als 2,5 Millionen Menschen die größte Gruppe innerhalb der Bevölkerung mit Migrationshintergrund stellen (vgl. Tabelle 2). Dies entspricht einem Anteil von 16,4 % an allen Personen mit Zuwanderungsgeschichte (vgl. Abbildung 3). Unter Berücksichtigung der einem bestimmten Herkunftsland zuordenbaren (Spät-)Aussiedler haben 7,5 % bzw. 1,156 Millionen Personen einen polnischen und 6,7 % bzw. 1,036 Millionen Personen einen russischen Hintergrund. 4,9 % besitzen einen italienischen Hintergrund.

Abbildung 3: Personen mit Migrationshintergrund nach Herkunftsländern, Mikrozensus 2007

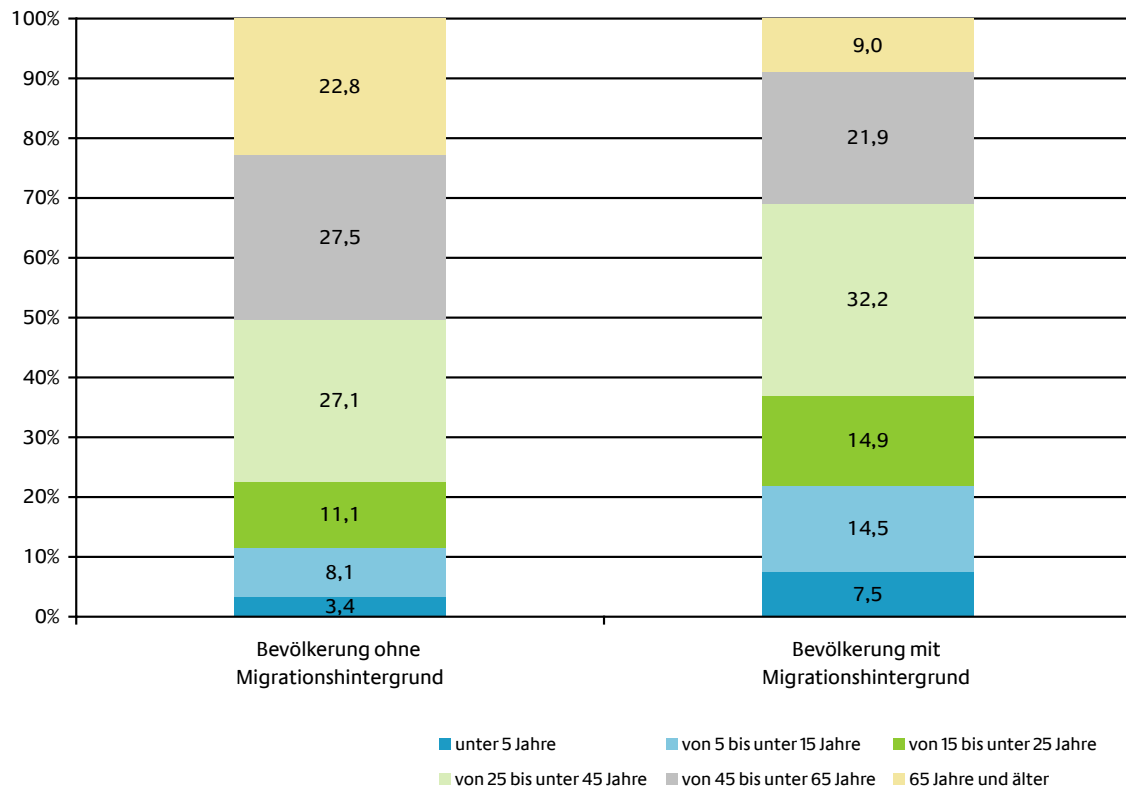


Quelle: Statistisches Bundesamt 2008b. Eigene Berechnung und Darstellung.

Dabei zeigt sich, dass insbesondere Personen mit einem Migrationshintergrund aus den ehemaligen Anwerbestaaten überproportional häufig keine eigene Migrationserfahrung besitzen, d.h. bereits in Deutschland geboren sind. So sind 43,4 % der Personen italienischer, 40,2 % derer mit türkischer und 37,5 % derer mit griechischer Herkunft nicht selbst nach Deutschland zugewandert. Dagegen zählen bislang noch relativ wenige Personen polnischer (17,1 %), rumänischer (13,8 %), russischer (9,1 %) und kasachischer (5,6 %) Herkunft zur zweiten oder gar dritten Generation.

1.4 Alters- und Geschlechtsstruktur

Abbildung 4: Altersstruktur der Bevölkerung ohne und mit Migrationshintergrund, Mikrozensus 2007

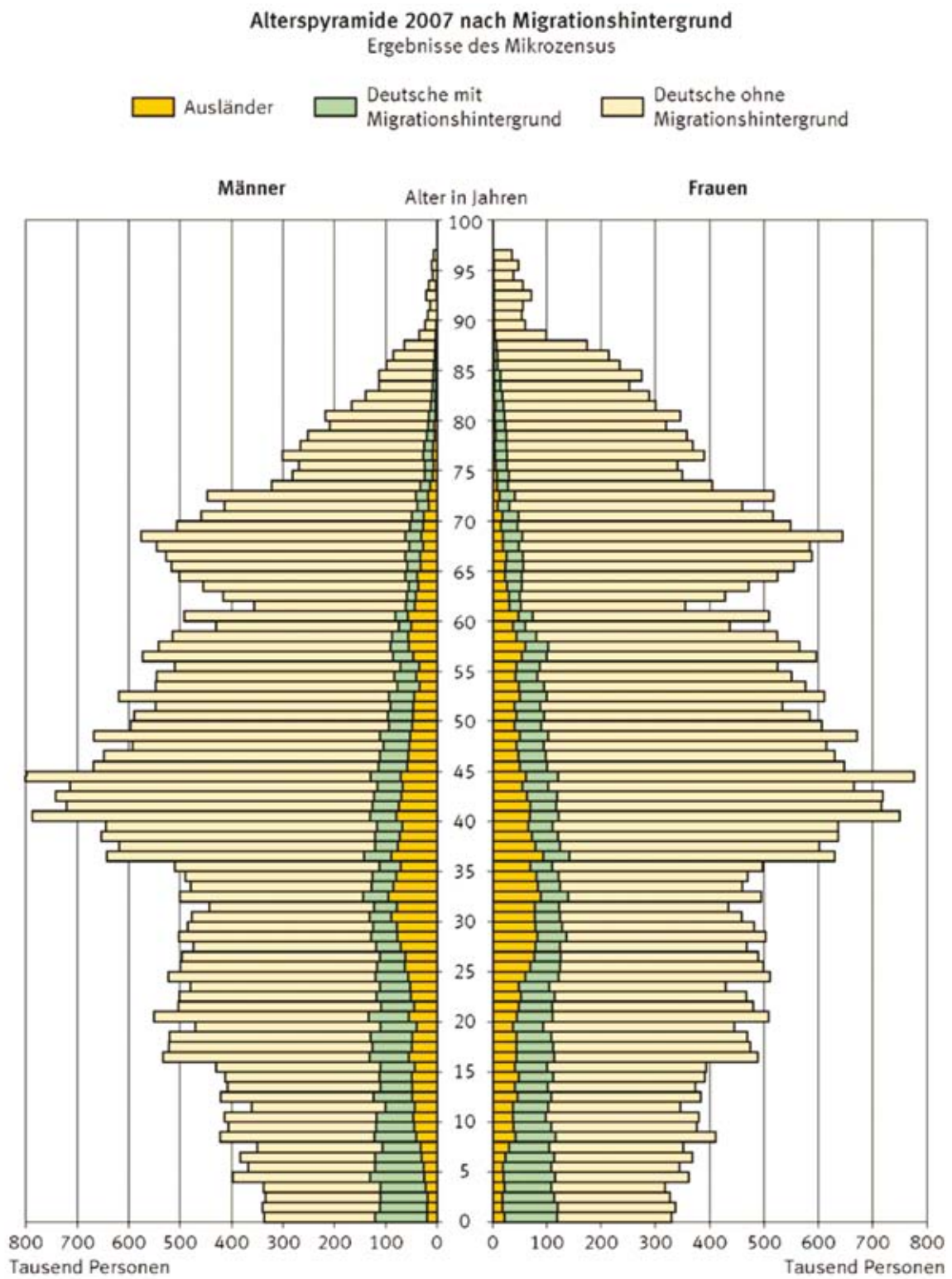


Quelle: Statistisches Bundesamt 2008b. Eigene Berechnung und Darstellung.

Bei einem Vergleich der Altersstruktur der Bevölkerung ohne und mit Migrationshintergrund zeigt sich, dass sich die Personen mit Migrationshintergrund deutlich stärker auf die jüngeren Jahrgänge verteilen als Personen ohne Migrationshintergrund. So waren im Jahr 2007 69,1% der Personen mit Migrationshintergrund jünger als 45 Jahre, während dies nur auf 49,7% der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund zutraf (vgl. Abbildung 4 und Tabelle 7 im Anhang). Dabei liegt der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund unter fünf Jahren mit 7,5% mehr als doppelt so hoch wie bei Kindern ohne Migrationshintergrund (3,4%).

Bei den älteren Jahrgängen sind dagegen 22,8% der Personen ohne Migrationshintergrund über 65 Jahre alt, bei den Migranten sind es nur 9,0%. Auch der Anteil der Altersgruppe der 45- bis unter 65-Jährigen ist bei Personen ohne Migrationshintergrund mit 27,5% deutlich größer als bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (21,9%). Insofern liegt das Durchschnittsalter der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund mit 44,9 Jahren auch deutlich über dem der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (34,3 Jahre).

Abbildung 5: Alterspyramide 2007 nach Migrationshintergrund, Mikrozensus 2007

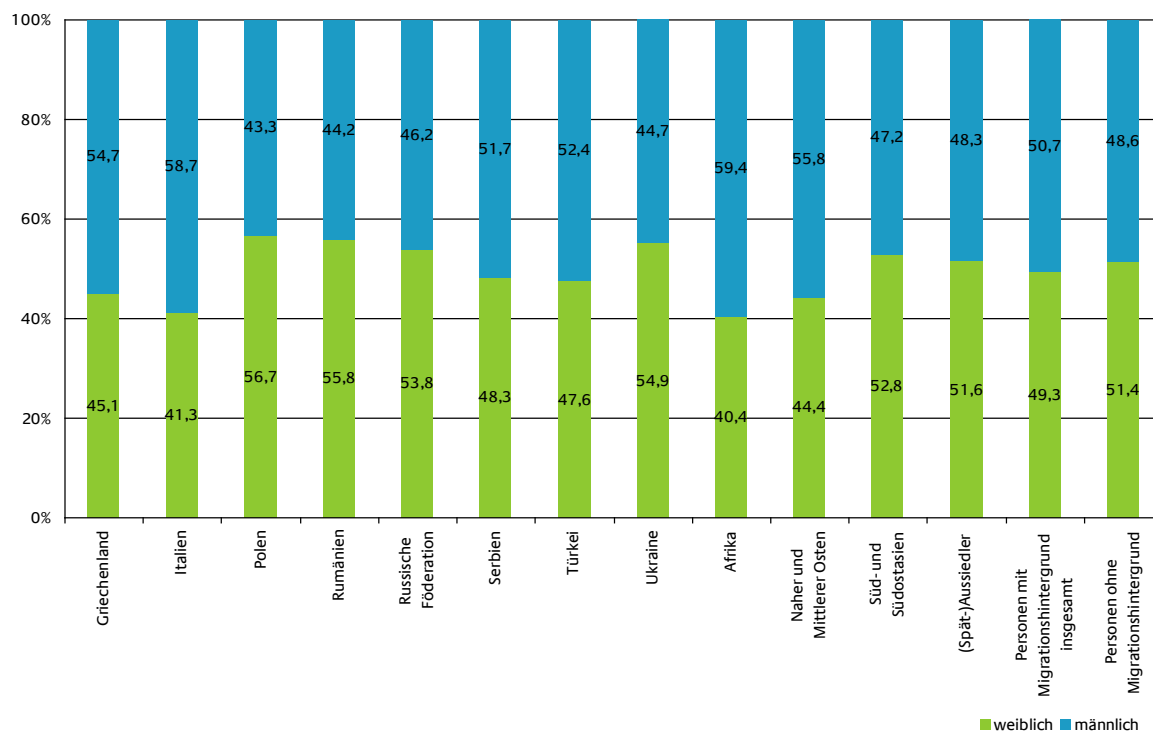


2008 - 06 - 0094

Ein Blick auf die Alterspyramide der Bevölkerung in Deutschland zeigt, dass der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund in den jüngeren Altersstufen am größten ist (vgl. Abbildung 5). So besitzen ein Drittel der Kinder unter fünf Jahren einen Migrationshintergrund (33,9 %), in der Altersgruppe von fünf bis unter zehn Jahren sind es 30,1 % (vgl. Tabelle 7 im Anhang). Auch in den weiteren Altersgruppen bis 35 Jahre liegt der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund bei deutlich über 20 %. Dagegen beträgt der Migrantenanteil in der Altersgruppe über 65 Jahre lediglich 8,4 %.

Gleichzeitig ist festzustellen, dass der Anteil der Kinder mit ausländischer Staatsangehörigkeit an der Bevölkerung mit Migrationshintergrund insbesondere bei den Kindern unter sechs Jahren deutlich geringer ausfällt als bei den weiteren (jüngeren) Altersstufen (vgl. zur Altersstruktur der ausländischen Bevölkerung Kapitel 2.4). So ist der Anteil der Kinder unter sechs Jahren bei den Ausländern mit 2,9 % niedriger als bei den Deutschen (5,3 %) (vgl. Abbildung 11 in Kapitel 2.4). Dies ist insbesondere auf die am 1. Januar 2000 in Kraft getretene Neuregelung des Staatsangehörigkeitsrechts zurückzuführen. Seitdem können Kinder, die von ausländischen Eltern geboren werden, unter bestimmten Voraussetzungen neben der Nationalität der Eltern auch die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten. Sie werden damit als Deutsche mit Migrationshintergrund im Mikrozensus ausgewiesen, in sonstige Register und Statistiken gehen sie jedoch (ausschließlich) als Deutsche ein. Die Einführung von Elementen des *ius soli* in das Staatsangehörigkeitsgesetz hat so statistisch zu einer deutlichen Verringerung der jährlich in Deutschland geborenen ausländischen Kinder geführt (vgl. Kapitel 2.8).

Abbildung 6: Geschlechtsstruktur nach Migrationshintergrund und ausgewählten Herkunftsländern/-regionen, Mikrozensus 2007



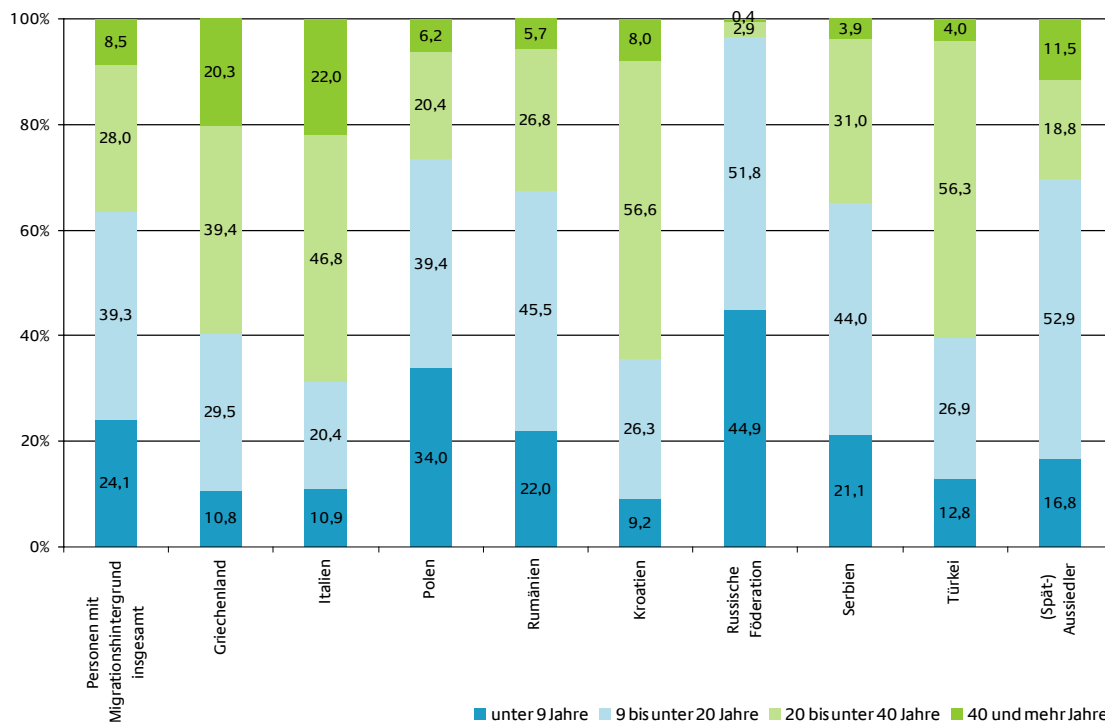
Quelle: Statistisches Bundesamt 2008b. Eigene Berechnung und Darstellung.

Betrachtet man die Geschlechtsstruktur der Bevölkerung mit Migrationshintergrund, so zeigt sich, dass der Männeranteil etwas höher ist als der Frauenanteil (50,7% zu 49,3%) (vgl. Abbildung 6). Bei den einzelnen Gruppen sind jedoch je nach Herkunftsland bzw. -region zum Teil deutliche Unterschiede festzustellen. Ein überproportionaler Frauenanteil ist bei Personen mit polnischem, rumänischem, ukrainischem und russischem Hintergrund zu verzeichnen. Ein deutlich höherer Männeranteil zeigt sich dagegen bei der Bevölkerung afrikanischer, italienischer und griechischer Herkunft sowie bei Personen aus dem Nahen und Mittleren Osten. In diesen nach Herkunftsland unterschiedlichen Geschlechteranteilen spiegelt sich zum einen die – eher weiblich geprägte – Heiratsmigration aus bestimmten Herkunftsländern, zum anderen die durch einen überproportional hohen Männeranteil gekennzeichnete Arbeits- und Fluchtmigration wider.

1.5 Aufenthaltsdauer

Im Jahr 2007 lebten etwa drei Viertel (75,9%) der Bevölkerung mit Migrationshintergrund seit mindestens neun Jahren in Deutschland, etwas mehr als ein Drittel (36,5%) seit mehr als zwanzig Jahren und 8,5% sogar seit 40 Jahren und länger (vgl. Abbildung 7 und Tabelle 8 im Anhang). Insgesamt lebten rund 8,0 Millionen Personen mit Migrationshintergrund seit mehr als neun Jahren im Bundesgebiet.

Abbildung 7: Personen mit Migrationshintergrund nach ausgewählten Herkunftsländern und Aufenthaltsdauer, Mikrozensus 2007



Quelle: Statistisches Bundesamt 2008b. Eigene Berechnung und Darstellung.

Eine Differenzierung der Aufenthaltsdauer von Migranten nach Herkunftsländern spiegelt auch die Migrationsgeschichte der Bundesrepublik wider. So zeigt sich, dass insbesondere Personen aus den ehemaligen Anwerbeländern vielfach einen langjährigen Aufenthalt haben: 68,8 % derer mit italienischer, 64,6 % mit kroatischer, 60,3 % mit türkischer und 59,7 % mit griechischer Herkunft weisen eine Aufenthaltsdauer in Deutschland von mindestens 20 Jahren auf. Dagegen sind 73,4 % der Personen polnischer und 96,7 % der Personen russischer Herkunft weniger als 20 Jahre in Deutschland. Bei den russischen Migranten leben sogar fast die Hälfte (44,9 %) seit weniger als neun Jahren im Bundesgebiet.

Dies spiegelt sich auch in der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer wider. Im Jahr 2007 betrug die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Bevölkerung mit Migrationshintergrund 19,8 Jahre (vgl. Tabelle 8 im Anhang). Deutlich über diesem Wert liegt die durchschnittliche Aufenthaltsdauer bei italienischen (28,2 Jahre), kroatischen (27,6 Jahre), griechischen (27,3 Jahre) und türkischen (24,1 Jahre) Migranten. Eine bislang niedrige durchschnittliche Aufenthaltsdauer ist bei Personen russischer (10,6 Jahre) und ukrainischer (9,1 Jahre) Herkunft zu verzeichnen. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer von Personen mit polnischem Migrationshintergrund beträgt 16,6 Jahre.

Eine weitere Differenzierung der Personen polnischer Herkunft zeigt, dass deutsche Staatsangehörige mit polnischer Herkunft (und eigener Migrationserfahrung) eine Aufenthaltsdauer von durchschnittlich 24,1 Jahren haben, während Personen mit polnischer Staatsangehörigkeit (und eigener Migrationserfahrung) im Durchschnitt nur 10,3 Jahre Aufenthalt im Bundesgebiet aufweisen. Bei Personen mit russischer Herkunft fällt die Differenz nicht ganz so stark aus: Deutsche Staatsangehörige mit russischer Herkunft (und eigener Migrationserfahrung) haben eine Aufenthaltsdauer von durchschnittlich 13,6 Jahren, während Personen mit russischer Staatsangehörigkeit (und eigener Migrationserfahrung) im Durchschnitt nur 7,3 Jahre Aufenthalt im Bundesgebiet aufweisen.

Betrachtet man die Gruppe der (Spät-)Aussiedler, so erkennt man, dass mehr als die Hälfte (52,9 %) eine Aufenthaltsdauer zwischen 9 und 20 Jahren aufweisen, 30,3 % leben seit mindestens 20 Jahren in Deutschland und 16,8 % weniger als neun Jahre. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der (Spät-)Aussiedler beträgt 20,2 Jahre (vgl. Tabelle 8 im Anhang). Die Aufenthaltsdauer spiegelt hier die Zuwanderungsgeschichte der (Spät-)Aussiedler wider. So zogen in den Jahren von 1988 bis 1995 jährlich mehr als 200.000 (Spät-)Aussiedler mit ihren Familienangehörigen nach Deutschland.¹⁵

¹⁵ Von 1950 bis 2008 zogen insgesamt etwa 4,5 Millionen (Spät-)Aussiedler mit ihren Familienangehörigen nach Deutschland. Der Höhepunkt wurde im Jahr 1990 mit 397.000 zugewanderten Aussiedlern registriert (vgl. dazu Bundesregierung 2008: 46ff).

1.6 Räumliche Verteilung im Bundesgebiet

Tabelle 3: Personen mit Migrationshintergrund nach Bundesländern, Mikrozensus 2007

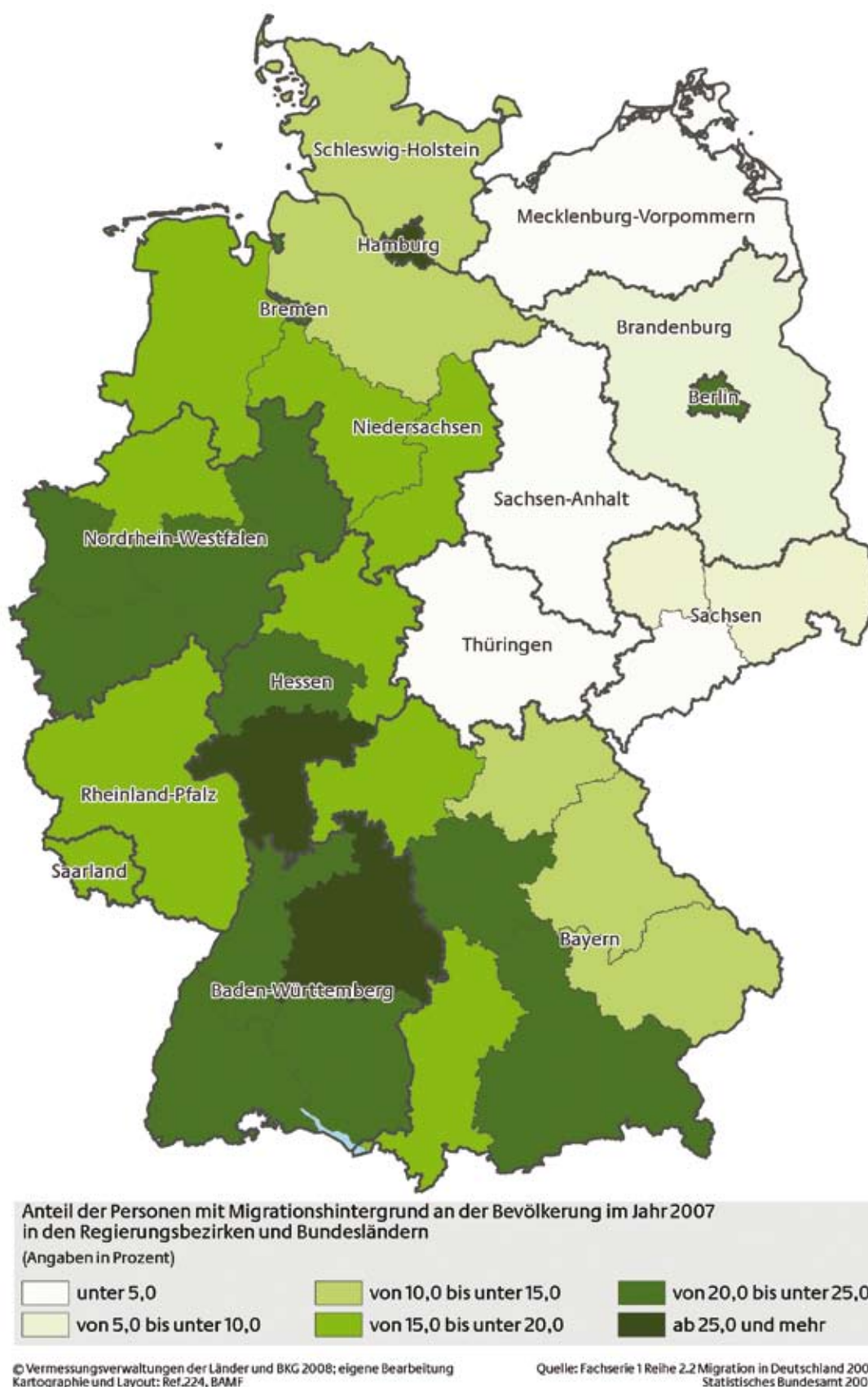
Bundesland	Personen mit Migrationshintergrund	Bevölkerungsanteil in %	darunter Ausländer	Bevölkerungsanteil in %
Baden-Württemberg	2.720	25,3	1.277	11,9
Bayern	2.403	19,2	1.183	9,5
Berlin	810	23,8	471	13,8
Bremen	170	25,6	85	12,8
Hamburg	463	26,3	250	14,2
Hessen	1.461	24,1	685	11,3
Niedersachsen	1.260	15,8	538	6,7
Nordrhein-Westfalen	4.219	23,4	1.918	10,6
Rheinland-Pfalz	729	18,0	316	7,8
Saarland	184	17,7	87	8,4
Schleswig-Holstein	356	12,6	151	5,3
Neue Bundesländer (ohne Berlin)	636	4,8	318	2,4
Gesamt	15.411	18,7	7.280	8,9

Quelle: Statistisches Bundesamt 2008b. Angaben in Tausend. Eigene Berechnung und Darstellung.

Die absolut gesehen meisten Personen mit Migrationshintergrund leben in den Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern. Die gleiche Reihenfolge zeigt sich bei der Verteilung der ausländischen Bevölkerung auf die einzelnen Bundesländer (vgl. Tabelle 3). Die höchsten Anteile von Personen mit Migrationshintergrund hatten im Jahr 2007 Hamburg (26,3 %), Bremen (25,6 %), Baden-Württemberg (25,3 %), Hessen (24,1 %), Berlin (23,8 %) und Nordrhein-Westfalen (23,4 %) zu verzeichnen. Mit 4,8 % liegt der entsprechende Anteil in den neuen Bundesländer dagegen wesentlich niedriger. Die höchsten Ausländeranteile wurden in Hamburg (14,2 %) und Berlin (13,8 %) registriert. Dort macht die ausländische Bevölkerung mehr als die Hälfte der Personen mit Migrationshintergrund aus. In Bremen als weiteren Stadtstaat liegt der Anteil genau bei der Hälfte, während in allen anderen Bundesländern die Deutschen mit Migrationshintergrund überwiegen.

Allerdings fallen die Anteile der Personen mit Migrationshintergrund auch innerhalb der einzelnen Bundesländer je nach Region sehr unterschiedlich aus. So hat insbesondere in den Agglomerationsräumen ein deutlich größerer Anteil der Bevölkerung einen Migrationshintergrund als in ländlichen Räumen (22,5 % im Gegensatz zu 10,7 %). In Städten mit mehr als 50.000 Einwohnern liegt der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Durchschnitt bei über 20 %, während er in Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohnern bei unter 10 % liegt. Eine Unterteilung nach Regierungsbezirken zeigt, dass der Anteil an Personen mit Migrationshintergrund in den Regierungsbezirken Stuttgart (28,6 %) und Darmstadt (Rhein-Main-Gebiet, 27,6 %) am höchsten ist (vgl. Abbildung 8).

Abbildung 8: Anteil der Personen mit Migrationshintergrund an der Bevölkerung 2007 nach Ländern und Regierungsbezirken, Mikrozensus 2007



Quelle: Statistisches Bundesamt (Karte entnommen aus: Statistisches Bundesamt 2008b: 16)

Tabelle 4: Personen mit Migrationshintergrund in ausgewählten Großstädten, Mikrozensus 2005*

Stadt	Einwohner insgesamt	Personen mit Migrationshintergrund	Bevölkerungsanteil in %
Augsburg	262.000	94.800	36,2
Bonn	312.000	91.600	29,4
Dortmund	588.000	165.400	28,1
Duisburg	503.700	130.500	25,9
Düsseldorf	573.400	184.600	32,2
Essen	587.300	125.600	21,4
Frankfurt	647.600	255.600	39,5
Gelsenkirchen	269.800	64.500	23,9
Köln	972.800	310.600	31,9
München	1.253.900	431.000	34,4
Nürnberg	492.000	183.500	37,3
Stuttgart	591.400	237.200	40,1
Wuppertal	360.600	111.100	30,8

Quelle: Statistisches Bundesamt 2007.
Eigene Darstellung.
*Neuere Mikrozensusdaten zu Großstädten liegen nicht vor.

Betrachtet man einzelne Großstädte, so zeigt sich, dass im Jahr 2005 die höchsten Anteile an Migranten die Städte Stuttgart (40,1 %), Frankfurt (39,5 %) sowie die bayerischen Städte Nürnberg (37,3 %), Augsburg (36,2 %) und München (34,4 %) aufzuweisen hatten (vgl. Tabelle 4).

2. Ausländische Bevölkerung

2.1 Datenlage

In der amtlichen Bevölkerungsstatistik des Statistischen Bundesamtes werden sowohl Daten für die Gesamtbevölkerung als auch getrennt für die deutsche und ausländische Bevölkerung ausgewiesen. Dabei basiert die Zahl der in Deutschland lebenden Ausländer auf der Ermittlung des Bevölkerungsbestandes zu einem bestimmten Stichtag.¹⁶ Grundlage der Ausländerstatistik ist der rechtliche Ausländerbegriff. Als Ausländer gelten alle Personen, die nicht Deutsche im Sinne von Art. 116 Abs. 1 GG sind, d.h. nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen.¹⁷ Dies können direkt zugezogene Personen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit sein oder auch deren im Land geborene Nachkommen, sofern sie nicht die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten. Ausländer sind eine Teilgruppe der Personen mit Migrationshintergrund (vgl. Kapitel 1). In den amtlichen Statistiken wird bislang zu meist die Differenzierung nach Nationalität vorgenommen und nicht nach dem Migrationshintergrund. Personen, die neben der deutschen noch eine andere Staatsangehörigkeit besitzen (Mehrstaater), gehen nur als Deutsche in die Bevölkerungsstatistik ein.

¹⁶ Seit 1975 jeweils zum 31. Dezember eines Jahres.

¹⁷ Zu den Ausländern zählen auch Staatenlose.

Die Zahl der ausländischen Staatsangehörigen in Deutschland (vgl. Tabelle 5) ist abhängig von der Zu- und Abwanderung, der Geburtenentwicklung und der Sterblichkeit der ausländischen Bevölkerung sowie von der jeweiligen Einbürgerungspraxis. In Deutschland war – trotz einiger Erleichterungen mit der Novellierung des Ausländergesetzes im Jahr 1991¹⁸ – bis Ende 1999 die Einbürgerungsregelung für Ausländer eher restriktiv, was zu einer im europäischen Vergleich unterdurchschnittlichen Einbürgerungsquote geführt hat. Spätaussiedler und deren in den Aufnahmebescheid einbezogenen Familienangehörigen erwerben dagegen seit der Verabschiedung des neuen Staatsangehörigkeitsrechts mit Wirkung zum 1. August 1999 mit der Ausstellung der Bescheinigung nach § 15 Abs. 1 oder Abs. 2 des Bundesvertriebenengesetzes automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit (§§ 7, 40a Satz 2 StAG). Insofern geht diese Gruppe seit dem Jahr 2000 nicht mehr in die Einbürgerungsstatistik ein, nachdem sie zuvor in einem formellen Verfahren zügig eingebürgert wurde. Sowohl Ausländer als auch Spätaussiedler und Eingebürgerte werden zu den Personen mit Migrationshintergrund gezählt (siehe dazu Kapitel 1).

Datenquellen zur Gewinnung von Informationen über die ausländische Bevölkerung in Deutschland sind die Bevölkerungsfortschreibung und das Ausländerzentralregister (AZR).

Bei der Bevölkerungsfortschreibung werden die Ergebnisse der jeweils letzten Volkszählung differenziert nach Geschlecht, Alter, Familienstand und Nationalität (deutsch/nicht deutsch) auf Gemeindeebene mit den Ergebnissen der Statistiken der natürlichen Bevölkerungsbewegung über die Geburten, Sterbefälle, Eheschließungen und Ehelösungen sowie der Wanderungsstatistik über die Zu- und Fortzüge über Gemeindegrenzen fortgeschrieben. Zudem werden auch die Ergebnisse des Staatsangehörigkeitswechsels und sonstige Bestandskorrekturen berücksichtigt.

Im AZR werden ausländische Staatsangehörige zusätzlich zur kommunalen melderechtlichen Registrierung erfasst.¹⁹ Dabei werden Informationen über Ausländer gespeichert, die sich „nicht nur vorübergehend“ (§ 2 Abs. 1 AZRG) – in der Regel länger als drei Monate – im Bundesgebiet aufhalten. Daneben werden Ausländer beim Vorliegen bestimmter ausländer- oder asylrechtlicher Sachverhalte, wie z.B. bei Stellung eines Asylantrages, im AZR gespeichert – unabhängig von der Aufenthaltsdauer. Hierzu liefern die einzelnen lokalen Ausländerbehörden die entsprechenden Personenstandsdaten an das Ausländerzentralregister. Das Statistische Bundesamt erhält zum Jahresende anonymisierte Daten für Merkmale aus dem Ausländerzentralregister, bereitet diese auf und veröffentlicht sie.

18 Im Jahr 1993 wurde zudem ein rechtlicher Anspruch auf Einbürgerung eingeführt, nachdem bis dahin lediglich ein Regelanspruch auf Einbürgerung bestand. Voraussetzung war ein rechtmäßiger Aufenthalt von 15 Jahren, für Jugendliche zwischen 16 und 23 Jahren galt eine Aufenthaltsdauer von acht Jahren.

19 Deutsche, die zusätzlich eine oder mehrere weitere Staatsangehörigkeiten besitzen, zählen nicht als Ausländer und sind deshalb nicht im AZR enthalten.

Das AZR ermöglicht eine weiter gehende Differenzierung der ausländischen Bevölkerung als die Bevölkerungsfortschreibung. So enthält es auch Informationen über die einzelnen Staatsangehörigkeiten, die Aufenthaltsdauer und den Aufenthaltsstatus. Deshalb werden in diesem Working Paper überwiegend die aktuellen Daten des AZR verwendet, und zwar dort, wo es sich vorrangig um die Beschreibung von Ausländern handelt. Beim Vergleich mit der deutschen bzw. der Gesamtbevölkerung (z.B. beim Ausländeranteil) werden hingegen die Daten der Bevölkerungsfortschreibung herangezogen (siehe auch Tabelle 9 im Anhang).

Zum Jahresende 2004 wurde eine Bereinigung des AZR durchgeführt. Dabei wurde der Gesamtbestand der ausländischen Bevölkerung im AZR mit den Angaben der regionalen Ausländerbehörden abgeglichen und um unstimmmige Fälle bereinigt. Die Bereinigung hat dazu geführt, dass die Gesamtzahl der ausländischen Bevölkerung um etwa 600.000 unter der des Vorjahres lag.²⁰ Deshalb sind die Zahlen ab dem Jahr 2004 nicht unmittelbar mit denen der Vorjahre vergleichbar. Zudem weicht nun die Gesamtzahl der ausländischen Bevölkerung nach dem AZR deutlich nach unten von der nach der Bevölkerungsfortschreibung ab. Allerdings ist durch den im Jahr 2011 stattfindenden Zensus zu erwarten, dass auch die Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung nach unten korrigiert werden müssen.²¹

²⁰ Vgl. dazu Opfermann/Grobecker/Krack-Roberg 2006.

²¹ Vgl. dazu die Pressemitteilungen des Statistischen Bundesamtes Nr. 265 vom 22. Juli 2008 und Nr. 102 vom 18. März 2009.

2.2 Gesamtzahlen

Tabelle 5: Ausländer und Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland von 1991 bis 2008

Jahr	Gesamtbevölkerung	Ausländische Bevölkerung nach der Bevölkerungsfortschreibung ¹	Ausländeranteil in %	Veränderung der ausländischen Bevölkerung in % ²	Ausländische Bevölkerung nach dem AZR ¹
1991 ³	80.274.564	6.066.730	7,6	-	5.882.267
1992	80.974.632	6.669.568	8,2	+9,9	6.495.792
1993	81.338.093	6.977.476	8,6	+4,6	6.878.117
1994	81.538.603	7.117.740	8,7	+2,0	6.990.510
1995	81.817.499	7.342.779	9,0	+3,2	7.173.866
1996	82.012.162	7.491.650	9,1	+2,0	7.314.046
1997	82.057.379	7.419.001	9,0	-1,0	7.365.833
1998	82.037.011	7.308.477	8,9	-1,5	7.319.593
1999	82.163.475	7.336.111	8,9	+0,4	7.343.591
2000	82.259.540	7.267.568	8,8	-0,9	7.296.817
2001	82.440.309	7.318.263	8,9	+0,7	7.318.628
2002	82.536.680	7.347.951	8,9	+0,4	7.335.592
2003	82.531.671	7.341.820	8,9	-0,1	7.334.765
2004 ⁴	82.500.849	7.287.980	8,8	-0,7	6.717.115
2005	82.437.995	7.289.149	8,8	0,0	6.755.811
2006	82.314.906	7.255.949	8,8	-0,5	6.751.002
2007	82.217.837	7.255.395	8,8	0,0	6.744.879
2008 ⁵	82.098.534	7.246.558	8,8	-0,1	6.727.618

Quelle: Statistisches Bundesamt 2008d und Fachserie 1 Reihe 2 (Ausländische Bevölkerung), verschiedene Jahrgänge. Eigene Darstellung.

- 1) Stichtag: jeweils 31.12.
- 2) Jährliche Veränderung der ausländischen Bevölkerung nach der Bevölkerungsfortschreibung im Vergleich zum Vorjahr.
- 3) Zahlen für den Gebietsstand seit dem 03.10.1990.
- 4) Infolge unterschiedlicher Erhebungsmethoden und aufgrund einer umfangreichen Registerbereinigung des AZR weicht die Gesamtzahl der Ausländer in der Bevölkerungsfortschreibung (ca. 7,3 Mio.) und im Ausländerzentralregister (ca. 6,7 Mio.) insbesondere ab dem Jahr 2004 deutlich voneinander ab.
- 5) Daten der Bevölkerungsfortschreibung für das Jahr 2008 beziehen sich auf den 31. August 2008.

Die ausländische Bevölkerung in Deutschland hat sich nach dem AZR von 1991 bis zum Jahr 2003 von 5,9 Millionen auf 7,3 Millionen erhöht (vgl. Tabelle 5).²² Der Rückgang auf 6,7 Millionen im Jahr 2004 ist im Wesentlichen auf die Bereinigung des Ausländerzentralregisters zurückzuführen. Insofern sind die AZR-Zahlen ab dem Jahr 2004 nicht mit den Zahlen der Vorjahre vergleichbar. Am Ende des Jahres 2008 lebten laut AZR insgesamt 6.727.618 Menschen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit in Deutschland. Die Zahl der Ausländer in Deutschland auf Basis der Bevölkerungsfortschreibung beläuft sich dagegen auf 7.246.558 (Stand: 31. August 2008).

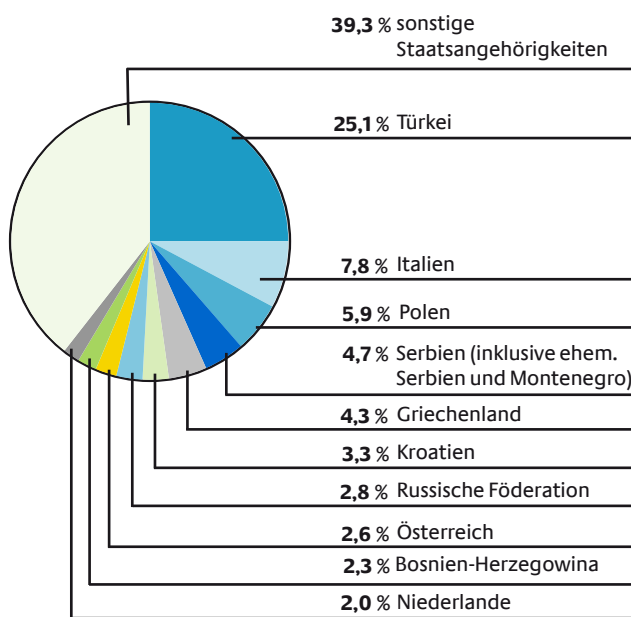
22 Für die längerfristige Entwicklung der ausländischen Bevölkerung ab 1951 vgl. Tabelle 9 im Anhang.

Dies entspricht einem Ausländeranteil von 8,8 %.²³ Während die ausländische Bevölkerung in Deutschland aufgrund von Einbürgerungen und der ius soli-Regelung seit einigen Jahren leicht rückläufig ist, hat sich die Zahl und der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund erhöht (vgl. Kapitel 1).

2.3 Staatsangehörigkeiten

Abbildung 9: Ausländische Bevölkerung in Deutschland nach den zehn häufigsten Staatsangehörigkeiten am 31. Dezember 2008

Gesamtzahl: 6.727.618



Quelle: Statistisches Bundesamt 2009, Ausländerzentralregister. Eigene Berechnung und Darstellung.

Am Ende des Jahres 2008 stellten Staatsangehörige aus der Türkei mit 1.688.370 Personen die größte ausländische Personengruppe in Deutschland. Dies entsprach einem Anteil von etwa einem Viertel (25,1 %) an allen ausländischen Staatsangehörigen (vgl. Abbildung 9 und Tabelle 10 im Anhang). Die Zahl der türkischen Staatsangehörigen sank damit im Vergleich zum Vorjahr – wie bereits von 2006 auf 2007 – um etwa 25.000 Personen.²⁴ Die zweitgrößte Nationalitätengruppe bildeten die italienischen Staatsangehörigen mit 523.162 Personen (7,8 %), vor Personen aus Polen mit 393.848 (5,9 %). Dabei hat sich die Zahl der polnischen Staatsangehörigen in Deutschland seit 2004, dem Jahr des EU-Beitritts, um etwa ein Drittel erhöht (vgl. Tabelle 10 im Anhang). Zu den weiteren Hauptherkunftslän-

²³ Dabei ist zu berücksichtigen, dass das Statistische Bundesamt damit rechnet, dass die Gesamtbevölkerungszahl für Deutschland um etwa 1,3 Millionen Personen überhöht ist. Korrigierte amtliche Bevölkerungszahlen werden jedoch erst nach dem Zensus 2011 vorliegen (vgl. Pressemitteilung Nr. 265 des Statistischen Bundesamtes vom 22. Juli 2008). Dies wird auch Auswirkungen auf den Ausländeranteil in Deutschland haben.

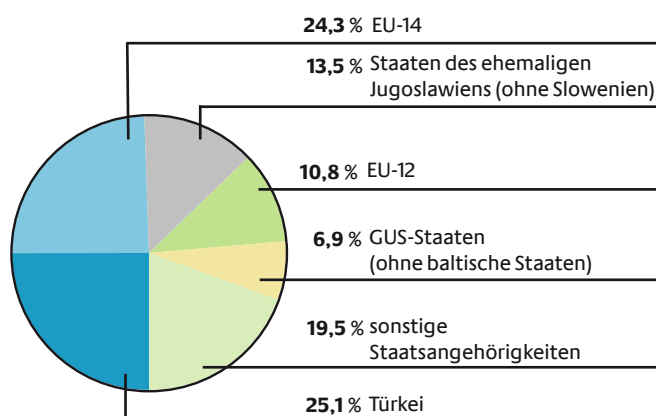
²⁴ Der Rückgang bei türkischen Staatsangehörigen in den letzten Jahren ist u.a. auf Einbürgerungen und einen seit 2006 festzustellenden Wanderungsverlust zurückzuführen (vgl. dazu Worbs 2008 sowie Bundesregierung 2008).

dern zählen Serbien mit 313.482 Staatsangehörigen²⁵ (4,7 %) und Griechenland mit 287.187 Staatsangehörigen (4,3 %).

Nach dem EU-Beitritt von Bulgarien und Rumänien am 1. Januar 2007 lässt sich in den Jahren 2007 und 2008 auch ein deutlicher Anstieg der Staatsangehörigen aus diesen Ländern feststellen. So waren Ende 2008 etwas mehr als 94.000 Rumänen in Deutschland gemeldet. Damit ist die Zahl der rumänischen Staatsangehörigen in Deutschland innerhalb von zwei Jahren um 29 % gestiegen. Noch deutlicher nahm die Zahl der bulgarischen Staatsangehörigen zu. Diese erhöhte sich seit dem Beitritt zur EU um 38 % auf etwa 54.000 Personen. Der Anstieg bei rumänischen und bulgarischen Staatsangehörigen ist insbesondere auf den seit 2007 stark angewachsenen Wanderungsüberschuss aus diesen Staaten zurückzuführen.²⁶ Leicht gesunken ist dagegen die Zahl der Staatsangehörigen aus den der EU angehörenden ehemaligen Anwerbestaaten Italien, Griechenland, Portugal und Spanien.

Abbildung 10: Ausländische Staatsangehörige in Deutschland nach ausgewählten Herkunftsländern bzw. -regionen am 31. Dezember 2008

Gesamtzahl: 6.727.618



Quelle: Statistisches Bundesamt 2009, Ausländerzentralregister. Eigene Berechnung und Darstellung.

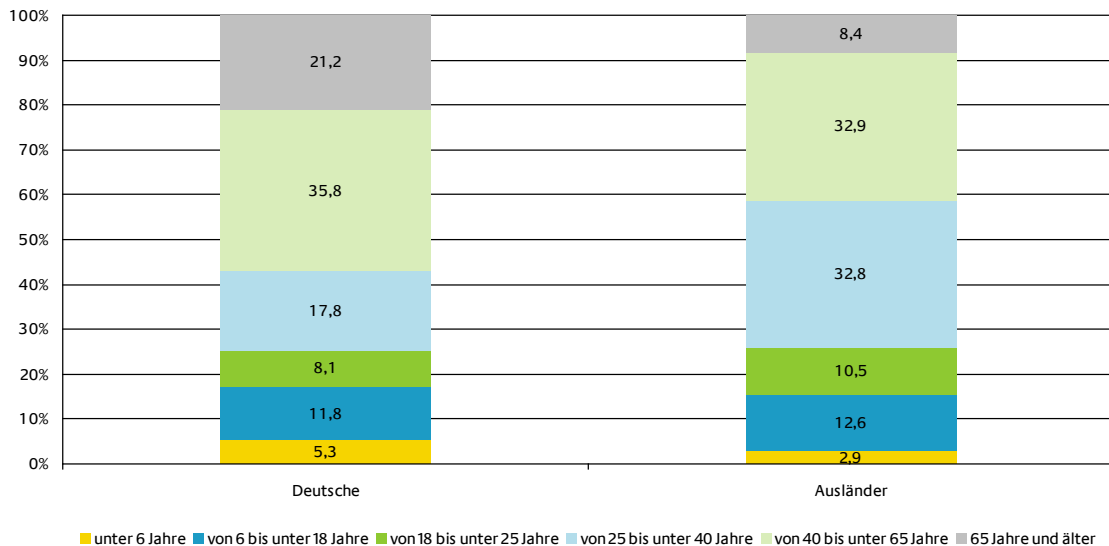
25 In dieser Zahl sind neben 136.152 Personen mit serbischer Staatsangehörigkeit auch 177.330 Personen mit der Staatsangehörigkeit des ehemaligen Serbien und Montenegro enthalten. Seit Juni 2006 sind Serbien und Montenegro zwei unabhängige Staaten. Allerdings haben sich noch nicht alle Personen einem der beiden Nachfolgestaaten zugeordnet. Zusätzlich wurden im Ausländerzentralregister am 31. Dezember 2008 noch 110.555 Personen mit jugoslawischer Staatsangehörigkeit geführt. Dabei handelt es sich um Personen, die keinem der Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien zugeordnet werden konnten. Diese sind nicht in der Zahl für Serbien (inklusive ehem. Serbien und Montenegro) enthalten. Seit Mai 2008 werden im AZR auch Staatsangehörige aus dem Kosovo getrennt aufgeführt. Ende 2008 waren 32.183 Personen aus dem Kosovo im AZR gespeichert, die nicht in der Zahl für Serbien bzw. dem ehemaligen Serbien und Montenegro enthalten sind. Ebenfalls nicht enthalten sind die Personen mit montenegrinischer Staatsangehörigkeit. Dies waren am Jahresende 2008 6.380 Personen.

26 Der Wanderungsüberschuss rumänischer Staatsangehöriger stieg von 2006 auf 2007 von +2.030 auf +19.370, der Wanderungsgewinn bulgarischer Staatsangehöriger von +228 auf +12.226 (zu Wanderungen vgl. Bundesregierung 2008).

Betrachtet man die ausländische Bevölkerung nicht nur nach einzelnen Staatsangehörigkeiten, sondern auch zusätzlich nach verschiedenen Herkunftsregionen, so zeigt sich, dass Ende 2008 etwa ein Viertel der in Deutschland lebenden Ausländer eine Staatsangehörigkeit aus einem der alten EU-Staaten (EU-14²⁷) besaß (vgl. Abbildung 10). Etwa 14 % der Ausländer stammten aus einem der Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien (ohne Slowenien), circa 11 % aus den neuen EU-Staaten (EU-12²⁸) und 7 % aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion (ohne die baltischen Staaten). Während sich die Zahl der Ausländer aus den alten EU-Staaten (EU-14) im Jahr 2008 im Vergleich zum Vorjahr kaum verändert hat (-0,3 %), stieg die Zahl der Staatsangehörigen aus den seit Mai 2004 der EU angehörenden Staaten (EU-10) um 2,2 %. Seit 2004 hat sich die Zahl der Staatsangehörigen aus diesen mittel- und osteuropäischen Staaten um 28 % erhöht (vgl. Tabelle 10 im Anhang).

2.4 Alters- und Geschlechtsstruktur

Abbildung 11: Altersstruktur der deutschen und ausländischen Bevölkerung am 31. Dezember 2007



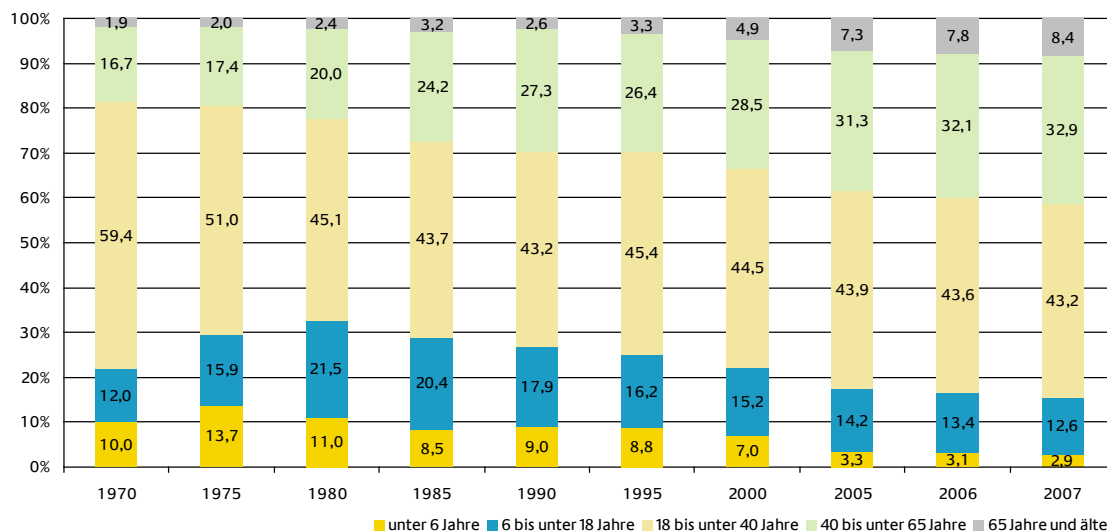
Bei einem Vergleich der Altersstruktur der deutschen mit der ausländischen Bevölkerung – hier wieder anhand der Bevölkerungsfortschreibung – zeigt sich, dass die ausländische Bevölkerung sich mehrheitlich auf die jüngeren Jahrgänge verteilt. So waren im Jahr 2007 58,8 % der Ausländer jünger als 40 Jahre, während dies nur auf 43,0 % der deutschen Bevölkerung zutraf (vgl. Abbildung 11 und Tabelle 11 im Anhang). Allerdings liegt der Anteil der Kinder unter sechs Jahren bei den Deutschen mit 5,3 % höher als bei den Ausländern (2,9 %). Dies liegt auch an der zu Beginn des Jahres 2000 eingeführten Regelung, wonach unter bestimmten Bedingungen Kinder ausländischer Eltern mit Geburt neben der Staats-

27 Dabei handelt es sich um folgende Mitgliedstaaten: Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien und das Vereinigte Königreich.

28 Dabei handelt es sich um die zehn zum 1. Mai 2004 der EU beigetretenen Staaten Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern (EU-10) sowie die zum 1. Januar 2007 beigetretenen Länder Bulgarien und Rumänien. Letztere werden häufig auch als EU-2 bezeichnet.

angehörigkeit der Eltern auch die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten (siehe dazu Kapitel 2.8). Bei den älteren Altersstufen sind 21,2 % der Deutschen über 65 Jahre alt, bei den Ausländern sind es nur 8,4 %.

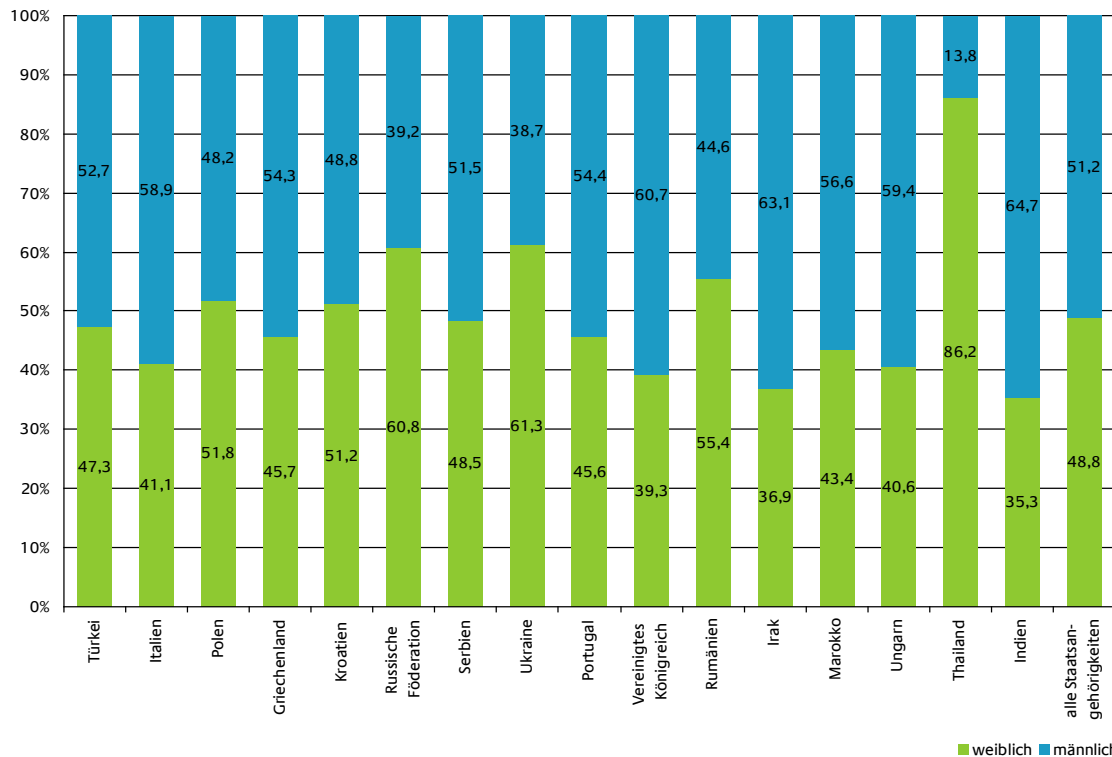
Abbildung 12: Altersstruktur der ausländischen Bevölkerung von 1970 bis 2007



Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1 Reihe 1.3 (Bevölkerungsfortschreibung), verschiedene Jahrgänge.
Eigene Berechnung und Darstellung.

Betrachtet man die Entwicklung der Altersstruktur der Ausländer in Deutschland seit Beginn der 1970er Jahre, so ist festzustellen, dass auch die ausländische Bevölkerung altert (vgl. Abbildung 12). So lag der Anteil der unter 40-Jährigen Anfang der 1970er Jahre noch bei über 80 %, während der Anteil der Personen im Rentenalter noch unter 2 % betrug. Im Jahr 2007 waren etwas weniger als 60 % der ausländischen Bevölkerung unter 40 Jahre und über 8 % über 65 Jahre alt. Insgesamt ist die ausländische Bevölkerung jedoch noch deutlich jünger als die deutsche Bevölkerung.

Abbildung 13: Geschlechtsstruktur von Ausländern nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten am 31. Dezember 2008



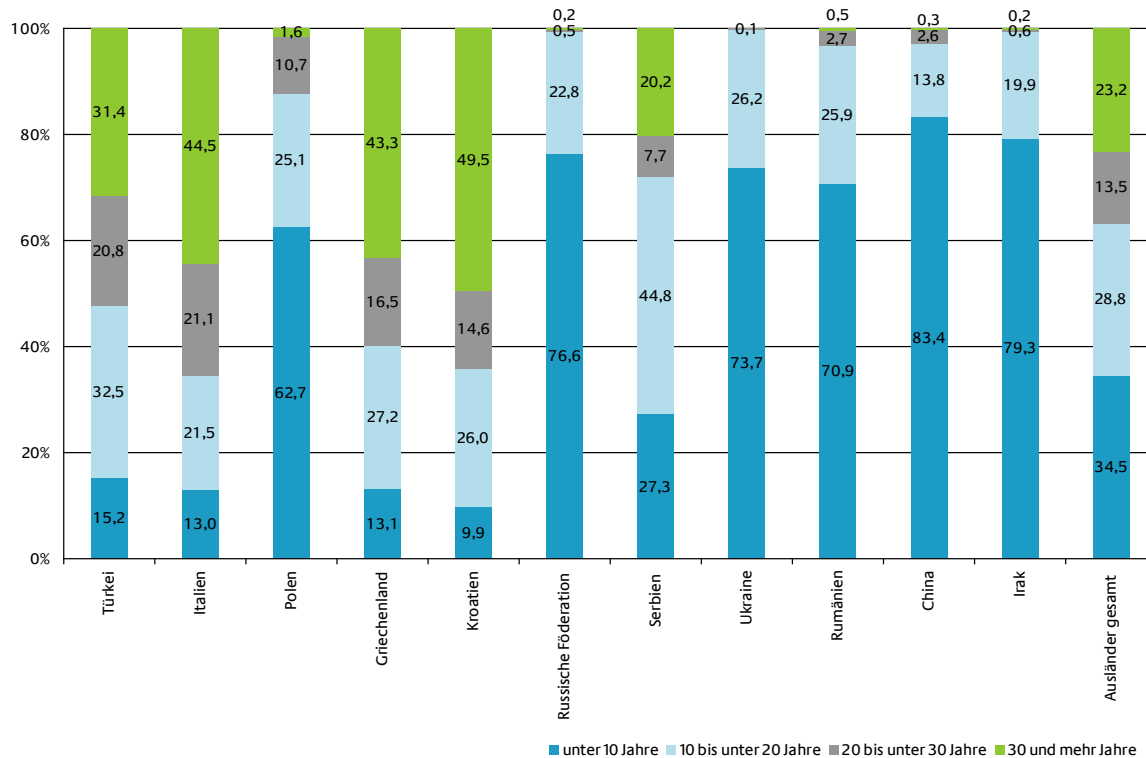
Quelle: Statistisches Bundesamt 2009, Ausländerzentralregister. Eigene Berechnung und Darstellung.

Im Jahr 2008 waren 51,2 % der ausländischen Staatsangehörigen in Deutschland männlich und 48,8 % weiblich. Insbesondere bei Staatsangehörigen aus der Russischen Föderation (60,8 %), der Ukraine (61,3 %), Thailand (86,2 %), der Tschechischen Republik (66,3 %), Brasilien (72,3 %), Litauen (71,0 %) und den Philippinen (79,6 %) war jedoch ein überproportional hoher Frauenanteil zu verzeichnen (vgl. Abbildung 13 und Tabelle 12 im Anhang). Dagegen ist bei Staatsangehörigen aus dem Vereinigten Königreich (60,7 %), dem Irak (63,1 %), Indien (64,7 %) und Tunesien (67,7 %) der Anteil von Männern deutlich höher als der der Frauen. In diesen nach Nationalität ungleichen Geschlechterproportionen spiegelt sich zum einen die Heiratsmigration aus bestimmten Herkunftsländern²⁹, zum anderen die – eher männlich geprägte – Arbeits- und Fluchtmigration wider (vgl. das Kapitel 1.4 mit ähnlichen Ergebnissen zu Personen mit Migrationshintergrund).

29 Zum Ehegattennachzug nach Herkunftsländern vgl. Kreienbrink/Rühl 2007: 43ff.

2.5 Aufenthaltsdauer

Abbildung 14: Aufenthaltsdauer von Ausländern nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten am 31. Dezember 2008



Quelle: Statistisches Bundesamt 2009, Ausländerzentralregister. Eigene Berechnung und Darstellung.

Zum Ende des Jahres 2008 lebten fast zwei Drittel (65,5 %) der ausländischen Bevölkerung seit mindestens zehn Jahren in Deutschland, etwas mehr als ein Drittel (36,7 %) seit mehr als zwanzig Jahren und fast ein Viertel (23,2 %) sogar seit 30 Jahren und länger (vgl. Abbildung 14 und Tabelle 13 im Anhang). Insgesamt lebten fast 4,9 Millionen Ausländer seit mehr als acht Jahren im Bundesgebiet. Das bedeutet, dass etwas mehr als zwei Drittel (72,2 %) zumindest eine der Einbürgerungsvoraussetzungen erfüllen, wobei hierfür auch eventuelle Aufenthaltsunterbrechungen berücksichtigt werden müssten.

Es zeigt sich, dass insbesondere Staatsangehörige aus den ehemaligen Anwerbeländern vielfach einen langjährigen Aufenthalt haben: 84,8 % der Türken, 86,9 % der Griechen, 87,0 % der Italiener und 90,1 % der Kroaten weisen eine Aufenthaltsdauer in Deutschland von mindestens zehn Jahren auf. Dagegen sind 76,6 % der russischen und 62,7 % der polnischen Staatsangehörigen weniger als zehn Jahre in Deutschland. Dies und die durchschnittliche Aufenthaltsdauer einzelner Nationalitäten spiegeln die Migrationsgeschichte Deutschlands wider.

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer aller in Deutschland Ende 2008 aufhältigen Ausländer betrug 18,2 Jahre (vgl. Tabelle 13 im Anhang). Deutlich über diesem Wert liegt die durchschnittliche Aufenthaltsdauer bei Staatsangehörigen aus Slowenien (29,5 Jahre), Spanien (27,2 Jahre), Österreich (27,0 Jahre), Kroatien (27,0 Jahre), Italien (26,6 Jahre), Griechenland (25,8 Jahre) und den Niederlanden (23,4 Jahre). Die durchschnittliche Auf-

enthaltensdauer türkischer Staatsangehöriger betrug 22,4 Jahre. Eine bislang niedrige durchschnittliche Aufenthaltsdauer ist bei Staatsangehörigen aus den mittel- und osteuropäischen Staaten zu verzeichnen (Polen: 9,4 Jahre, Ukraine: 7,8 Jahre, Russische Föderation: 7,4 Jahre, Rumänien: 7,3 Jahre, Slowakei: 6,9 Jahre, Bulgarien: 6,7 Jahre). Eine ebenfalls niedrige durchschnittliche Aufenthaltsdauer haben Staatsangehörige aus China (6,3 Jahre), dem Irak (7,1 Jahre) und Kasachstan (7,3 Jahre) aufzuweisen.

2.6 Aufenthaltsstatus

Ausländer (Drittstaatsangehörige), die ins Bundesgebiet einreisen und sich dort aufhalten, bedürfen in der Regel eines Aufenthaltstitels (§ 4 Abs. 1 AufenthG). Durch das Inkrafttreten des Aufenthaltsgesetzes wurden die bis dahin bestehenden fünf Aufenthaltstitel (im Wesentlichen) auf zwei reduziert³⁰: eine (befristete) Aufenthaltserlaubnis und eine (unbefristete) Niederlassungserlaubnis.³¹ Für Unionsbürger gilt in der Regel das Freizügigkeitsgesetz/EU, nicht das Aufenthaltsgesetz.

Das neue Aufenthaltsrecht orientiert sich dabei primär an den unterschiedlichen Aufenthaltswegen (Ausbildung, Erwerbstätigkeit, Familiennachzug, humanitäre Gründe). Die Aufenthaltserlaubnis ist dem beabsichtigten Aufenthaltsweg entsprechend zu befristen (§ 7 Abs. 2 AufenthG). Sie ersetzt die befristete Aufenthaltserlaubnis, die Aufenthaltserlaubnis und die Aufenthaltsbefugnis. Die Niederlassungserlaubnis ersetzt die bisherigen unbefristeten Aufenthaltsgenehmigungen (unbefristete Aufenthaltserlaubnis und Aufenthaltsbefugnis). Sie berechtigt zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit, ist zeitlich und räumlich unbeschränkt und darf nicht mit einer Nebenbestimmung versehen werden (§ 9 Abs. 1 AufenthG). Die Niederlassungserlaubnis ist einem Ausländer zu erteilen, wenn er seit fünf Jahren eine Aufenthaltserlaubnis besitzt und zusätzliche Bedingungen erfüllt (z.B. gesicherter Lebensunterhalt, ausreichende Altersversorgung, hinreichende Sprachkenntnisse, keine Verurteilung wegen nicht unerheblicher Straftat, ausreichender Wohnraum) (§ 9 Abs. 2 AufenthG). In Ausnahmefällen kann die Niederlassungserlaubnis einem Ausländer von Anfang an erteilt werden. Dies ist etwa bei Hochqualifizierten nach § 19 AufenthG der Fall. Für Drittstaatsangehörige, die als Selbständige zuwandern, ist die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis bereits nach drei Jahren möglich (§ 21 Abs. 4 AufenthG).

Neben diesen Aufenthaltstiteln gibt es weiterhin die Aufenthaltsgestattung und die Duldung, die beide nicht als Aufenthaltstitel gelten. Eine Aufenthaltsgestattung erhalten Asylbewerber zur Durchführung ihres Asylverfahrens (§ 55 AsylVfG). Sie vermittelt einen rechtmäßigen Aufenthalt und ist räumlich auf den Bezirk der für den Asylbewerber zuständigen Ausländerbehörde beschränkt. Die Duldung wird einem ausreisepflichtigen Ausländer erteilt, solange dessen Abschiebung aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen unmöglich ist und ihm keine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird (§ 60 a Abs. 2 AufenthG).

Fast zwei Drittel (64,8 %) aller in Deutschland lebenden Ausländer hatten zum Jahresende 2008 ein unbefristetes Aufenthaltsrecht (vgl. Tabelle 14 im Anhang).³² Etwa ein

³⁰ Zudem gilt auch das Visum als eigenständiger Aufenthaltstitel (§ 4 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 AufenthG; § 6 AufenthG).

³¹ Mit dem Gesetz zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union vom 19. August 2007 wurde mit der „Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG“ ein weiterer unbefristeter Aufenthaltstitel neben der Niederlassungserlaubnis eingeführt.

³² Entweder in Form einer Aufenthaltsbefugnis, einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis oder eines EU-Aufenthaltstitels nach altem Recht oder in Form einer Niederlassungserlaubnis oder einer EU-Freizügigkeitsbescheinigung bzw. einer (unbefristeten) EU-Aufenthaltserlaubnis nach neuem Recht.

Viertel (23,8 %) der ausländischen Staatsangehörigen waren im Besitz eines befristeten Aufenthaltstitels auf der Grundlage des bis Ende 2004 geltenden Ausländergesetzes oder einer Aufenthaltserlaubnis nach AufenthG. Betrachtet man nur die Drittstaatsangehörigen, so besaß mehr als die Hälfte (55,8 %) der in Deutschland lebenden Drittstaatsangehörigen zum Jahresende 2008 einen unbefristeten Aufenthaltstitel. Etwa ein Drittel (34,5 %) der Drittstaatsangehörigen waren im Besitz eines befristeten Aufenthaltstitels. 103.218 Personen bzw. 1,5 % aller aufhältigen Ausländer besaßen eine Duldung (Ende 2007: 127.903 Personen), 25.254 eine Aufenthaltsgestattung (0,4 %). Weitere 6,9 % der im AZR registrierten Ausländer hatten weder einen Aufenthaltstitel noch eine Aufenthaltsgestattung bzw. Duldung. Von diesen knapp 466.000 Personen sind etwa zwei Drittel Unionsbürger, bei denen (noch) keine weiteren Angaben im AZR gespeichert sind, und circa 15 % ausreisepflichtige Personen ohne Duldung.

Nachdem bereits am 17. November 2006 die Innenministerkonferenz (IMK) eine Bleiberechtsregelung für ausreisepflichtige ausländische Staatsangehörige, die faktisch wirtschaftlich und sozial im Bundesgebiet integriert sind, beschlossen hatte, wurde eine entsprechende Altfallregelung im August 2007 auch in das Aufenthaltsgesetz aufgenommen (§ 104a AufenthG). Danach kann geduldeten Ausländern unter bestimmten Bedingungen eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 S. 1 AufenthG gewährt werden.³³

Der Ausländer muss zudem seinen Lebensunterhalt durch eigene legale Erwerbstätigkeit ohne Inanspruchnahme von Sozialleistungen sichern können. Geduldete Personen, die ihren Lebensunterhalt noch nicht eigenständig durch Erwerbstätigkeit sichern, aber die übrigen Voraussetzungen dieser Regelung erfüllen, erhalten eine „Aufenthaltserlaubnis auf Probe“ nach § 104a Abs. 1 AufenthG.³⁴

Die Aufenthaltserlaubnis wird mit einer Gültigkeitsdauer bis zum 31. Dezember 2009 erteilt. Wenn bis dahin der Lebensunterhalt des Ausländers überwiegend eigenständig durch Erwerbstätigkeit gesichert ist, soll die Aufenthaltserlaubnis als Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 S. 1 AufenthG um weitere zwei Jahre verlängert werden. Für die weitere Zukunft müssen zudem Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass der Lebensunterhalt überwiegend gesichert sein wird. Bei fehlenden hinreichenden mündlichen Sprachkenntnissen wird die Aufenthaltserlaubnis zunächst bis zum 1. Juli 2008 erteilt und nur verlängert, wenn der Ausländer bis dahin die Erfüllung dieser Voraussetzung nachweist (§ 104a Abs. 5 AufenthG). Die Aufenthaltserlaubnis berechtigt zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit (§ 104a Abs. 4 AufenthG).

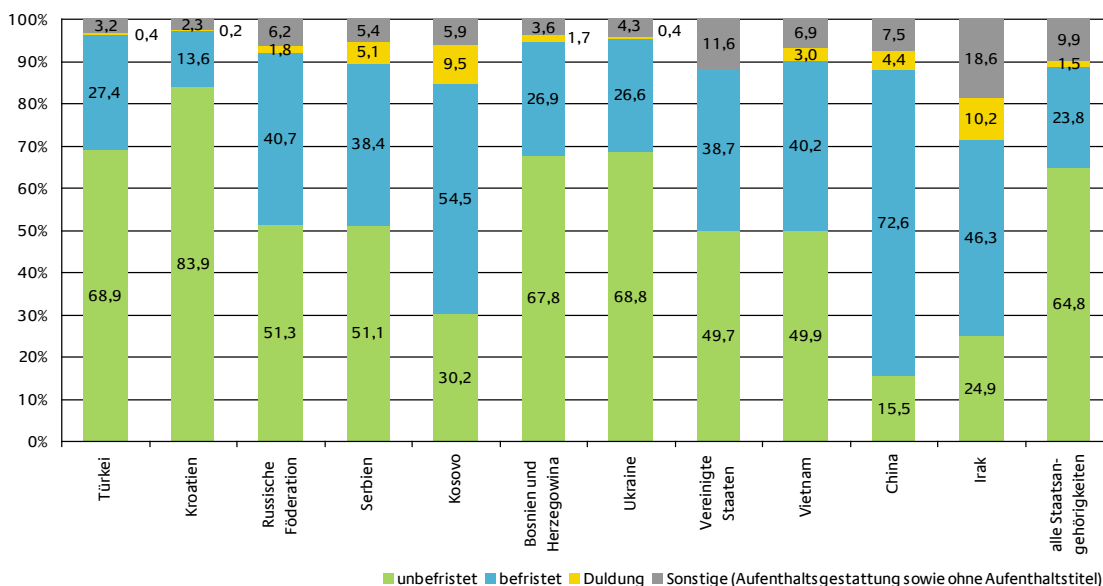
33 Nach der gesetzlichen Altfallregelung soll einem geduldeten Ausländer eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden,
 - wenn er sich am 1. Juli 2007 seit mindestens acht Jahren oder, falls er zusammen mit mindestens einem minderjährigen Kind zusammenlebt, seit mindestens sechs Jahren ununterbrochen geduldet, gestattet oder mit einer Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen in Deutschland aufgehalten hat, und er
 - über ausreichenden Wohnraum verfügt,
 - hinreichende mündliche Deutschkenntnisse besitzt,
 - bei schulpflichtigen Kindern den tatsächlichen Schulbesuch nachweist,
 - behördliche Maßnahmen zur Aufenthaltsbeendigung nicht vorsätzlich hinausgezögert oder behindert hat,
 - keinen Bezug zu extremistischen oder terroristischen Organisationen besitzt und
 - nicht wegen einer im Bundesgebiet begangenen vorsätzlichen Straftat verurteilt wurde (§ 104a Abs. 1 AufenthG).

34 Vgl. dazu die Begründung zu § 104a AufenthG.

Zum 31. März 2008 lebten etwa 44.000 Ausländer mit einer Duldung und einer Aufenthaltsdauer von mehr als acht Jahren in Deutschland; am Ende des Jahres 2006 waren es noch 68.000 Personen. Circa 21.000 Ausländer mit Duldung hatten eine Aufenthaltsdauer zwischen sechs und acht Jahren aufzuweisen (31. Dezember 2006: 32.000 Personen). Mit einer Aufenthaltsgestattung und einem mindestens sechsjährigen Aufenthalt waren zum 31. März 2008 etwa 1.800 Ausländer registriert. Wie viele Personen hiervon die weiteren Voraussetzungen der Altfallregelung erfüllen und das Bleiberecht in Anspruch nehmen können, kann jedoch den Daten des AZR nicht entnommen werden.

Zum 31. Dezember 2008 waren im AZR insgesamt 33.669 Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach der gesetzlichen Altfallregelung (§§ 104a und 104b AufenthG) erfasst (31. Dezember 2007: 11.497 Personen).³⁵ Davon erhielten 27.449 Personen eine Aufenthaltserlaubnis auf Probe (81,5 %), 4.814 Ausländern (14,3 %) wurde eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 S. 1 i.V.m. § 104a Abs. 1 S. 2 AufenthG aufgrund eigenständiger Sicherung des Lebensunterhalts durch Erwerbstätigkeit erteilt. Die restlichen 1.406 Aufenthaltserlaubnisse wurden an volljährige Kinder (§ 104a Abs. 2 S. 1 AufenthG), unbegleitete Minderjährige (§ 104a Abs. 2 S. 2 AufenthG) und Minderjährige nach der Ausreise ihrer Eltern (§ 104b i.V.m. § 23 Abs. 1 S. 1 AufenthG) erteilt.

Abbildung 15: Aufenthaltsstatus der ausländischen Bevölkerung nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten am 31. Dezember 2008



Quelle: Statistisches Bundesamt 2009, Ausländerzentralregister. Eigene Berechnung und Darstellung.

Eine Betrachtung des Aufenthaltsstatus der ausländischen Bevölkerung nach Staatsangehörigkeiten zeigt, dass Ende des Jahres 2008 etwas mehr als zwei Drittel (68,9 %) der türkischen Staatsangehörigen einen unbefristeten Aufenthaltstitel inne hatten (vgl. Abbildung 15). Bei Kroaten waren dies 83,9 %, bei Ukrainern, trotz der vergleichsweise geringen Aufenthaltsdauer, bereits 68,8 %. Dagegen ist der Anteil der Staatsangehörigen aus China

³⁵ Vgl. Bundestagsdrucksache 16/12029 vom 23. Februar 2009: Zahlen in der Bundesrepublik Deutschland lebender Flüchtlinge zum Stand 31. Dezember 2008: 10f; Bundestagsdrucksache 16/8998 vom 29. April 2008: Fortführung der Bilanz der gesetzlichen Altfallregelung: 6.

und dem Irak, die einen unbefristeten Aufenthaltstitel besitzen, relativ gering (15,5 % bzw. 24,9 %). Drei Vierteln der Chinesen wurde eine befristete Aufenthaltserlaubnis erteilt, überwiegend zum Zweck der Ausbildung und Erwerbstätigkeit (vgl. Tabelle 14 im Anhang). Ein hoher Anteil der irakischen Staatsangehörigen besitzt dagegen eine befristete Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen bzw. eine Duldung oder Aufenthaltsgestattung. Auch die Staatsangehörigen aus Serbien (inkl. ehem. Serbien und Montenegro) und dem Kosovo sind durch einen relativ hohen Anteil an Personen mit einem unsicheren Aufenthaltsstatus gekennzeichnet; fast 10 % der Personen aus dem Kosovo besitzen lediglich eine Duldung.

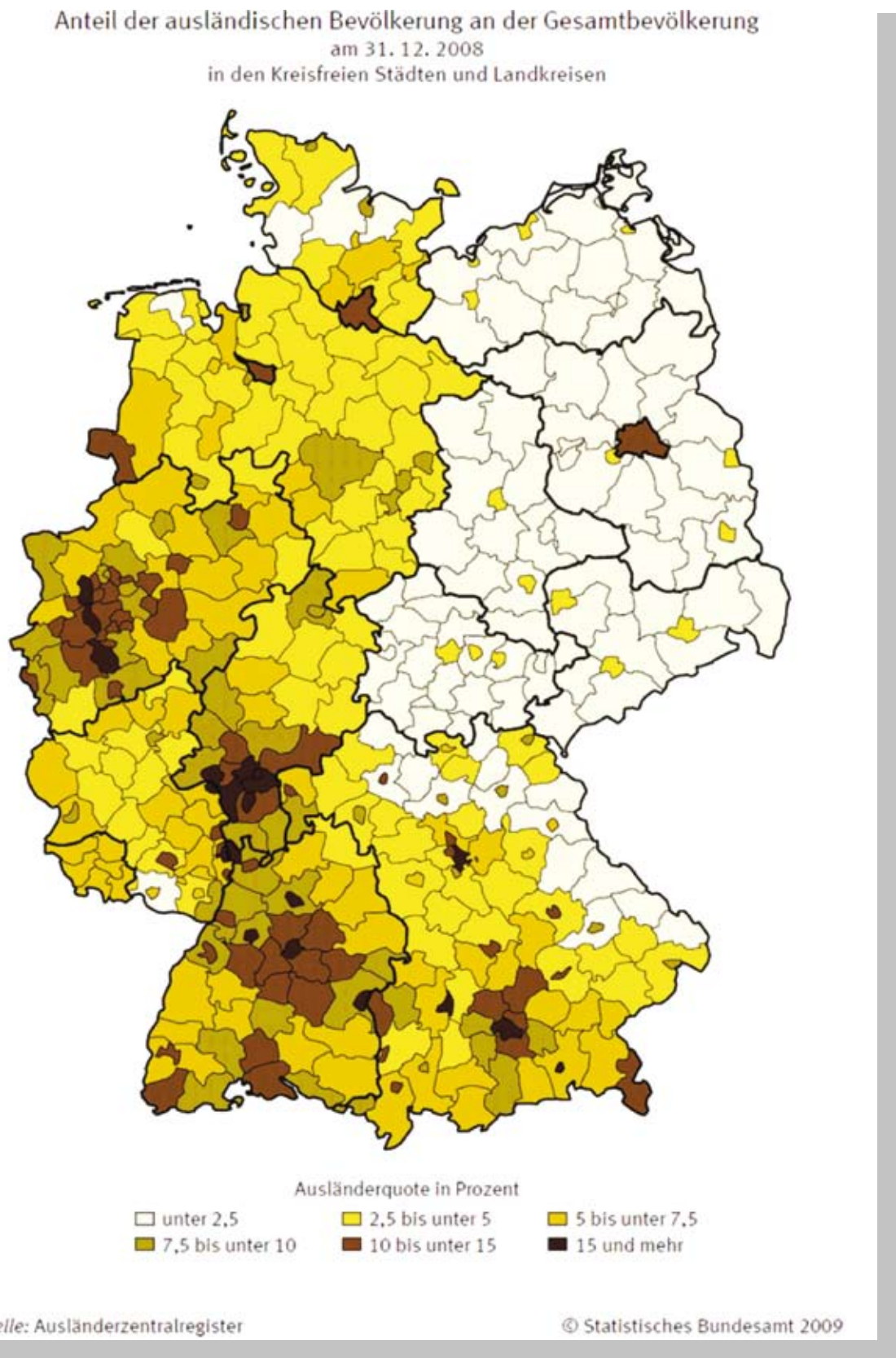
Die meisten ausländischen Staatsangehörigen leben in den Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern. Insgesamt lebt die Mehrheit der Ausländer innerhalb der Bundesländer jeweils in den großen Ballungsräumen (vgl. Abbildung 16).³⁶ Neben den Stadtstaaten sind dies das Rhein-Main-Gebiet sowie die Großräume Stuttgart und München.

Die höchsten Ausländeranteile – bezogen auf die Bevölkerungsfortschreibung – hatten am Jahresende 2008 neben den Stadtstaaten Hamburg (14,0 %), Berlin (14,0 %) und Bremen (12,8 %) die Bundesländer Baden-Württemberg (11,8 %), Hessen (11,2 %) und Nordrhein-Westfalen (10,6 %) zu verzeichnen (vgl. Tabelle 15 im Anhang). Die neuen Bundesländer sind hingegen durch wesentlich niedrigere Ausländeranteile gekennzeichnet; sie liegen zwischen 1,9 % für Sachsen-Anhalt und 2,7 % für Sachsen.

³⁶ Städte mit einem Ausländeranteil von über 20 % sind insbesondere Offenbach am Main (30,2 %), Frankfurt am Main (24,6 %), München (23,0 %) und Stuttgart (22,0 %) (Stand: 31. Dezember 2007).

2.7 Regionale Verteilung im Bundesgebiet

Abbildung 16: Regionale Verteilung der ausländischen Bevölkerung in Deutschland am 31. Dezember 2008



Quelle: Statistisches Bundesamt, Ausländerzentralregister (Karte entnommen aus: Statistisches Bundesamt 2009: 12)

2.8 Geburten

Seit dem 1. Januar 2000 erwirbt ein Kind ausländischer Eltern neben den Staatsangehörigkeiten der Eltern die deutsche Staatsangehörigkeit mit Geburt in Deutschland, sofern mindestens ein Elternteil seit mindestens acht Jahren rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland hat und eine Niederlassungserlaubnis oder nunmehr ein unbefristetes Aufenthaltsrecht besitzt.³⁷ Dies gilt auch, wenn ein Elternteil eine Aufenthaltserlaubnis auf Grund des Freizügigkeitsabkommens zwischen der EU bzw. deren Mitgliedstaaten und der Schweizerischen Eidgenossenschaft besitzt (§ 4 Abs. 3 StAG). Entsprechend einer bis zum 31. Dezember 2000 befristeten Übergangsregelung galt diese Regelung (auf Antrag) entsprechend auch für ausländische Kinder, die vor dem 1. Januar 2000 im Inland geboren worden waren, aber das zehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hatten und für die zum Zeitpunkt der Geburt die entsprechenden Voraussetzungen nach § 4 Abs. 3 StAG vorgelegen haben (§ 40b StAG).

Soweit diese Kinder auch die ausländische Staatsangehörigkeit der Eltern beibehalten, müssen sie sich nach Erreichen der Volljährigkeit für eine Staatsangehörigkeit entscheiden (Optionspflicht) (§ 29 Abs. 1 StAG). Erklären sie, dass sie die ausländische Staatsangehörigkeit behalten wollen, verlieren sie die deutsche mit dem Zugang der Erklärung bei der zuständigen Behörde. Dies gilt auch dann automatisch, wenn sie bis zur Vollendung des 23. Lebensjahres keine entsprechende Erklärung abgeben (§ 29 Abs. 2 StAG). Entscheiden sie sich für die deutsche Staatsangehörigkeit, so müssen sie nachweisen, dass sie die ausländische Staatsangehörigkeit aufgegeben oder verloren haben (§ 29 Abs. 3 StAG). Wird dieser Nachweis nicht bis zur Vollendung des 23. Lebensjahres erbracht, so geht die deutsche Staatsangehörigkeit aufgegeben oder verloren, es sei denn, es wurde bei der zuständigen Behörde ein Antrag auf Beibehaltung der deutschen Staatsangehörigkeit gestellt und diese wird schriftlich erteilt (Beibehaltungsgenehmigung). Der Antrag auf Erteilung dieser Beibehaltungsgenehmigung kann allerdings, auch vorsorglich, nur bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres gestellt werden (Ausschlussfrist). Der Fortbestand oder Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit wird bei diesem Personenkreis von Amts wegen festgestellt (§ 29 Abs. 6 StAG).

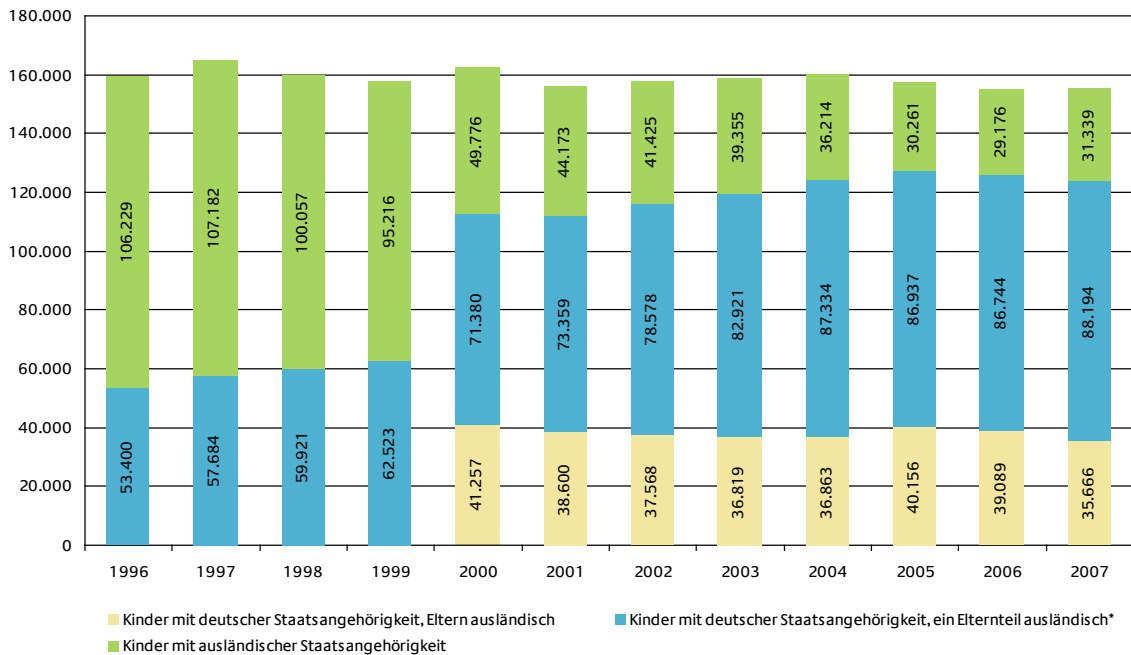
Ein Kind erwirbt durch die Geburt im Bundesgebiet auch dann die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn nur ein Elternteil bereits die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.

Datenquelle zu Geburten ausländischer Kinder sowie zu von ausländischen Eltern oder einem ausländischen Elternteil geborenen Kindern ist die Geburtenstatistik³⁸ als Teil der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung, die vom Statistischen Bundesamt erstellt und veröffentlicht wird (vgl. Statistisches Bundesamt 2008a).³⁹ Erhebungsunterlagen für Geburten sind Belege, die von dem Standesamt, in dessen Bezirk das Kind geboren wird, ausgefüllt werden.

37 Die Ergänzung des bislang geltenden Abstammungsprinzips (*ius sanguinis*) durch Elemente des Geburtsorts- oder Territorialprinzips (*ius soli*) war eines der Kernelemente der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 1999. Nach dem bis dahin im deutschen Staatsangehörigkeitsrecht vorherrschenden Abstammungsprinzip richtet sich die Staatsangehörigkeit eines Kindes nach der Staatsangehörigkeit der Eltern. Durch das Territorialprinzip erwirbt ein Kind dagegen die Staatsangehörigkeit des Staates, auf dessen Territorium es geboren wurde.

38 Erfasst werden hier die Lebendgeborenen.

39 Zum generativen Verhalten von Migrantinnen siehe Schmid/Kohls (2008, 2009).

Abbildung 17: Geburten von Kindern mit ausländischer Herkunft in Deutschland von 1996 bis 2007

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1 Reihe 1.1 (Natürliche Bevölkerungsbewegung), verschiedene Jahrgänge. Eigene Berechnung und Darstellung.

* Kinder von unverheirateten deutschen Müttern, die einen ausländischen Vater haben, sind in diesen Zahlen nicht enthalten.

Von 1992 bis 1999 wurden jährlich etwa um die 100.000 Kinder mit ausländischer Staatsangehörigkeit in Deutschland geboren. Dies entsprach jeweils einem Anteil von circa 13 % aller in Deutschland geborenen Kinder (vgl. Abbildung 17 und Tabelle 16 im Anhang). Nach der Einführung des ius soli-Prinzips am 1. Januar 2000 durch § 4 Abs. 3 StAG, wonach Kinder ausländischer Eltern unter den oben genannten Bedingungen neben der ausländischen automatisch auch die deutsche Staatsangehörigkeit mit der Geburt erhalten, hat sich die Zahl der in Deutschland geborenen Kinder mit ausländischer Staatsangehörigkeit im Jahr 2000 im Vergleich zum Vorjahr fast halbiert und ist seitdem kontinuierlich weiter gesunken. Erst im Jahr 2007 wurden wieder etwas mehr ausländische Kinder in Deutschland als im Vorjahr geboren (31.339 zu 29.176 Geburten). Damit betrug der Ausländeranteil an allen 2007 in Deutschland geborenen Kindern 4,6 %. Nach einem kontinuierlichen Rückgang des Ausländeranteils stieg dieser im Vergleich zum Vorjahr damit wieder leicht an (Ausländeranteil 2006: 4,3 %).

Die Zahl der von ausländischen Eltern geborenen Kinder mit deutscher Staatsangehörigkeit betrug im Jahr der Einführung der neuen Regelung 41.257 und sank in den Folgejahren leicht auf unter 40.000 Geburten. Im Jahr 2005 war ein Anstieg der Geburtenzahl deutscher Kinder mit ausländischen Eltern auf 40.156 zu verzeichnen. 2007 wurden 35.666 derartige Geburten registriert, die niedrigste Zahl seit Einführung der ius-soli-Regelung. Insgesamt erhielten damit bisher 306.018 Kinder, die seit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts von ausländischen Eltern in Deutschland geboren wurden, die deutsche Staatsangehörigkeit.

Eine Differenzierung nach einzelnen Nationalitäten zeigt, dass insbesondere Kinder von Eltern, die eine Staatsangehörigkeit der ehemaligen Anwerbestaaten besitzen, die deutsche Staatsangehörigkeit mit Geburt erhielten. Das traf auf etwa 80 % der von kroatischen und auf 78 % der von türkischen Eltern geborenen Kinder zu.

Insgesamt war von den 6.727.618 in Deutschland lebenden Ausländern zum Ende des Jahres 2008 etwa jeder Fünfte im Inland geboren (1.325.841 bzw. 19,7 %). Der Anteil der in Deutschland geborenen Ausländer sinkt jedoch seit einigen Jahren. Dies auch deshalb, weil ein Teil der seit 1. Januar 2000 geborenen Kinder ausländischer Eltern nun mit Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten und als Deutsche in die Bevölkerungsstatistik eingehen. Im Jahr 2000 betrug der Anteil noch etwa 22,1 % (absolut: 1.613.778). Von den Ausländern unter 18 Jahren waren im Jahr 2008 von 970.193 bereits 690.819 in Deutschland geboren. Dies entspricht einem Anteil von 71,2 % an dieser Altersgruppe. Sieben Jahre zuvor, im Jahr 2002, lag dieser Anteil bei 68,5 %.

Dabei weisen insbesondere Staatsangehörige aus den ehemaligen Anwerbeländern einen überdurchschnittlich hohen Anteil an bereits in Deutschland geborenen Personen auf. So waren zum Ende des Jahres 2008 33,3 % der Türken, 30,1 % der Italiener und 27,7 % der Griechen im Inland geboren (vgl. Tabelle 17 im Anhang). Von den unter 18-jährigen türkischen Staatsangehörigen waren es bereits 90,2 %. Auch bei Italienern (86,2 %), Kroaten (86,3 %) und Griechen (83,5 %) lag der Anteil deutlich über 80 %.

Relativ geringe Anteile an Personen, die bereits in Deutschland geboren sind, zeigen sich dagegen bei Staatsangehörigen aus Polen (3,7 %), der Russischen Föderation (3,4 %) und der Ukraine (4,5 %). In der Altersgruppe der unter 18-Jährigen lag der Anteil bei Ukrainern und Polen Ende 2008 jedoch bei etwa einem Drittel (Ukrainer: 35,6 %, Polen: 30,0 %), bei Russen bei etwa einem Viertel (26,6 %).

Die Anteile der bereits in Deutschland geborenen Personen, differenziert nach Staatsangehörigkeit, korrespondieren mit den unterschiedlichen Aufenthaltsdauern der einzelnen Nationalitäten (vgl. Kapitel 2.5). Während der Großteil der Staatsangehörigen aus den ehemaligen Anwerbeländern bereits relativ lange in Deutschland lebt, sind Staatsangehörige aus den mittel- und osteuropäischen Staaten verstärkt erst in den letzten Jahren nach Deutschland zugewandert.

Anhang

1. Bevölkerung mit Migrationshintergrund

Tabelle 6: Bevölkerung nach detailliertem Migrationsstatus, Mikrozensus 2007

Bevölkerung insgesamt	82.257
Deutsche ohne Migrationshintergrund	66.846
Personen mit Migrationshintergrund	15.411
Personen mit eigener Migrationserfahrung	10.534
Ausländer	5.592
Deutsche	4.942
(Spät-)Aussiedler	2.756
Eingebürgerte	2.187
Personen ohne eigene Migrationserfahrung	4.877
Ausländer	1.688
Deutsche	3.189
Eingebürgerte	393
Deutsche mit mindestens einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil	2.795
mit beidseitigem Migrationshintergrund	1.363
mit einseitigem Migrationshintergrund	1.432

Quelle: Statistisches Bundesamt 2008b. Angaben in Tausend. Eigene Darstellung.

Tabelle 7: Altersstruktur der Bevölkerung ohne und mit Migrationshintergrund, Mikrozensus 2007

Altersstruktur	ohne Migrationshintergrund		mit Migrationshintergrund		Bevölkerung insgesamt	Migrantenanteil je Altersgruppe in %
	absolut	in %	absolut	in %		
unter 5 Jahre	2.262	3,4	1.158	7,5	3.419	33,9
von 5 bis unter 10 Jahre	2.640	3,9	1.139	7,4	3.779	30,1
von 10 bis unter 15 Jahre	2.802	4,2	1.089	7,1	3.890	28,0
von 15 bis unter 20 Jahre	3.609	5,4	1.137	7,4	4.746	24,0
von 20 bis unter 25 Jahre	3.799	5,7	1.156	7,5	4.954	23,3
von 25 bis unter 35 Jahre	7.073	10,6	2.529	16,4	9.602	26,3
von 35 bis unter 45 Jahre	11.046	16,5	2.431	15,8	13.476	18,0
von 45 bis unter 55 Jahre	10.123	15,1	1.929	12,5	12.053	16,0
von 55 bis unter 65 Jahre	8.281	12,4	1.452	9,4	9.733	14,9
65 Jahre und älter	15.213	22,8	1.391	9,0	16.603	8,4
Insgesamt	66.846	100,0	15.411	100,0	82.257	18,7

Quelle: Statistisches Bundesamt 2008b. Angaben in Tausend. Eigene Darstellung.

Tabelle 8: Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Aufenthaltsdauer, Mikrozensus 2007

Herkunft	Insgesamt ¹	Aufenthaltsdauer von ... bis unter ... Jahren							durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Jahren
		unter 6	6 bis 8	8 bis 9	9 bis 15	15 bis 20	20 bis 40	40 und mehr	
Europa	8.499	851	347	169	918	994	2.061	524	21,3
Griechenland	384	14	8	/	25	46	95	49	27,3
Italien	761	27	13	7	46	42	202	95	28,2
Polen	638	126	38	16	59	150	108	33	16,6
Rumänien	240	32	11	/	22	73	56	12	18,5
Bosnien-Herzegowina	283	13	7	/	53	65	70	/	20,3
Kroatien	373	12	7	/	23	43	142	20	27,6
Russische Föderation	561	133	69	29	167	99	15	/	10,6
Serbien	391	32	11	17	63	62	88	11	20,0
Türkei	2.527	110	59	23	188	216	844	60	24,1
Ukraine	215	60	37	18	60	14	/	/	9,1
Afrika	480	87	33	12	62	54	82	8	14,9
Amerika	346	70	24	8	35	29	56	14	15,4
Asien, Australien und Ozeanien	1.501	258	136	50	275	222	210	18	13,5
(Spät-)Aussiedler	2.756	240	147	73	709	739	514	314	20,2
Ohne Angabe	4.586	260	159	76	757	796	543	336	20,1
Personen mit Migrationshintergrund insgesamt	15.411	1.526	699	315	2.048	2.095	2.952	900	19,8

Quelle: Statistisches Bundesamt 2008b. Angaben in Tausend. Eigene Darstellung.

- 1) Die Differenz zwischen der Angabe in der Spalte „insgesamt“ und der Summe der Spalten der einzelnen Aufenthaltsdauern erklärt sich dadurch, dass nicht für alle Personen Angaben zum Zuzugsjahr vorliegen, so dass für diese Personengruppe auch keine Aufenthaltsdauer berechnet werden konnte.

2. Ausländische Bevölkerung

Tabelle 9: Gesamtbevölkerung und Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland (1951 bis 1989) und in Gesamtdeutschland (1990 bis 2008) (Teil 1)

Jahr	Gesamtbevölkerung ¹	Ausländische Bevölkerung ²	Ausländeranteil in %	Veränderung der ausl. Bev. in % ³
1951	51.434.800	506.000	1,0	-
1961	56.589.100	686.200	1,2	+35,6
1967	59.948.500	1.806.653	3,0	+163,3
1968	60.463.000	1.924.229	3,2	+6,5
1969	61.194.600	2.381.061	3,9	+23,7
1970	61.001.164	2.737.905	4,5	+15,0
1971	61.502.503	3.187.857	5,2	+16,4
1972	61.809.387	3.554.078	5,8	+11,5
1973	62.101.369	3.991.352	6,4	+12,3
1974	61.991.475	4.050.962	6,5	+1,5
1975	61.644.624	3.900.484	6,3	-3,7
1976	61.441.996	3.852.182	6,3	-1,2
1977	61.352.745	3.892.226	6,3	+1,0
1978	61.321.663	4.005.819	6,5	+2,9
1979	61.439.342	4.250.648	6,9	+6,1
1980	61.657.945	4.566.167	7,4	+7,4
1981	61.712.689	4.721.120	7,7	+3,4
1982	61.546.101	4.671.838	7,6	-1,0
1983	61.306.669	4.574.156	7,5	-2,1
1984	61.049.256	4.405.463	7,2	-3,7
1985	61.020.474	4.481.618	7,3	+1,7
1986	61.140.461	4.661.880	7,6	+4,0

Tabelle 9: Gesamtbevölkerung und Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland (1951 bis 1989) und in Gesamtdeutschland (1990 bis 2008) (Teil 2)

Jahr	Gesamtbevölkerung ¹	Ausländische Bevölkerung ²	Ausländeranteil in %	Veränderung der ausl. Bev. in % ³
1987 ⁴	61.238.079	4.286.472	7,0	-8,1
1988	61.715.103	4.623.528	7,5	+7,9
1989	62.679.035	5.007.161	8,0	+8,3
1990 ⁵	79.753.227	5.582.357	7,0	+11,5
1991	80.274.564	6.066.730	7,6	+8,7
1992	80.974.632	6.669.568	8,2	+9,9
1993	81.338.093	6.977.476	8,6	+4,6
1994	81.538.603	7.117.740	8,7	+2,0
1995	81.817.499	7.342.779	9,0	+3,2
1996	82.012.162	7.491.650	9,1	+2,0
1997	82.057.379	7.419.001	9,0	-1,0
1998	82.037.011	7.308.477	8,9	-1,5
1999	82.163.475	7.336.111	8,9	+0,4
2000	82.259.540	7.267.568	8,8	-0,9
2001	82.440.309	7.318.263	8,9	+0,7
2002	82.536.680	7.347.951	8,9	+0,4
2003	82.531.671	7.341.820	8,9	-0,1
2004	82.500.849	7.287.980	8,8	-0,7
2005	82.437.995	7.289.149	8,8	0,0
2006	82.314.906	7.255.949	8,8	-0,5
2007	82.217.837	7.255.395	8,8	0,0
2008 ⁶	82.098.534	7.246.558	8,8	-0,1

Quelle: Statistisches Bundesamt 2008d und 2009, Bevölkerungsfortschreibung. Eigene Berechnung und Darstellung.

1) Gesamtbevölkerung zum 31.12..

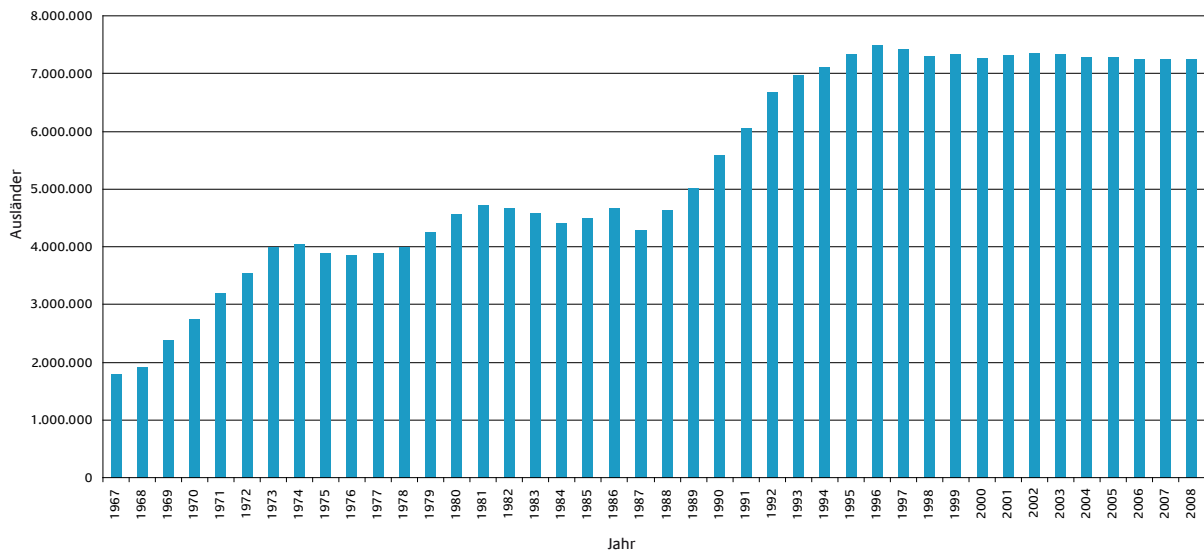
2) Ausländer zum 31.12..

3) Jährliche Veränderung, d.h. Bezug auf das Vorjahr. Ausnahme: Veränderungsraten für 1961 und 1967 beziehen sich auf die Jahre 1951 bzw. 1961.

4) Zahl an die Volkszählung vom 25. Mai 1987 angepasst.

5) Zahlen ab dem 31.12.1990 für den Gebietsstand seit dem 03.10.1990.

6) Daten der Bevölkerungsfortschreibung für das Jahr 2008 beziehen sich auf den 31. August 2008.

Abbildung 18: Ausländer in Deutschland von 1967 bis 2008**Tabelle 10: Ausländische Bevölkerung nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten 2004 bis 2008 (jeweils zum 31. Dezember) (Teil 1)**

Staatsangehörigkeit	2004	2005	2006	2007	2008	Veränderung 2007/2008		Veränderung 2004/2008	
						absolut	in %	absolut	in %
Europa	5.340.344	5.375.180	5.375.126	5.376.612	5.362.629	-13.983	-0,3	22.285	0,4
EU-Staaten¹	2.108.010	2.144.648	2.183.365	2.337.234	2.361.459	24.225	1,0	253.449	12,0
EU-14	1.659.564	1.653.928	1.649.673	1.643.340	1.638.110	-5.230	-0,3	-21.454	-1,3
Belgien	21.791	22.172	22.365	22.559	22.801	242	1,1	1.010	4,6
Dänemark	17.965	18.352	18.502	18.658	19.014	356	1,9	1.049	5,8
Finnland	13.110	13.253	13.175	13.394	13.400	6	0,0	290	2,2
Frankreich	100.464	102.244	104.085	106.549	108.090	1.541	1,4	7.626	7,6
Griechenland	315.989	309.794	303.761	294.891	287.187	-7.704	-2,6	-28.802	-9,1
Irland	9.989	10.040	10.093	10.059	10.207	148	1,5	218	2,2
Italien	548.194	540.810	534.657	528.318	523.162	-5.156	-1,0	-25.032	-4,6
Luxemburg	6.841	7.595	8.643	9.796	10.964	1.168	11,9	4.123	60,3
Niederlande	114.087	118.556	123.466	128.192	132.997	4.805	3,7	18.910	16,6
Österreich	174.047	174.812	175.653	175.875	175.434	-441	-0,3	1.387	0,8
Portugal	116.730	115.606	115.028	114.552	114.451	-101	-0,1	-2.279	-2,0
Schweden	16.172	16.671	16.919	17.126	17.317	191	1,1	1.145	7,1
Spanien	108.276	107.778	106.819	106.301	105.526	-775	-0,7	-2.750	-2,5
Vereinigtes Königreich	95.909	96.245	96.507	97.070	97.560	490	0,5	1.651	1,7
EU-10	448.446	490.721	533.692	562.492	575.039	12.547	2,2	126.593	28,2
Estland	3.775	3.907	3.970	4.065	4.003	-62	-1,5	228	6,0
Lettland	8.844	9.477	9.775	9.806	9.980	174	1,8	1.136	12,8
Litauen	14.713	17.357	19.030	19.833	20.285	452	2,3	5.572	37,9
Malta	332	360	379	410	428	18	4,4	96	28,9
Polen	292.109	326.596	361.696	384.808	393.848	9.040	2,3	101.739	34,8
Slowakei	20.244	21.685	23.835	24.458	24.477	19	0,1	4.233	20,9

1) Von 2004 bis 2006 EU-14 plus EU-10. Ab 2007 inklusive EU-2 (Bulgarien und Rumänien).

Tabelle 10: Ausländische Bevölkerung nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten 2004 bis 2008
(jeweils zum 31. Dezember) (Teil 2)

Staatsangehörigkeit	2004	2005	2006	2007	2008	Veränderung 2007/2008		Veränderung 2004/2008	
						absolut	in %	absolut	in %
Slowenien	21.034	21.195	21.109	20.971	20.463	-508	-2,4	-571	-2,7
Tschechische Republik	30.301	31.983	33.316	34.266	34.386	120	0,4	4.085	13,5
Ungarn	47.808	49.472	52.347	56.165	60.024	3.859	6,9	12.216	25,6
Zypern	788	832	846	875	864	-11	-1,3	76	9,6
ehem. Tschechoslowakei	8.498	7.857	7.389	6.835	6.281	-554	-8,1	-2.217	-26,1
EU-2²	-	-	-	131.402	148.310	16.908	12,9	-	-
Bulgarien	39.167	39.153	39.053	46.818	53.984	7.166	15,3	14.817	37,8
Rumänien	73.365	73.043	73.353	84.584	94.326	9.742	11,5	20.961	28,6
Sonstiges Europa³	3.232.334	3.230.532	3.191.761	3.039.378	3.001.170	-38.208	-1,3	-231.164	-7,2
darunter: Albanien	10.449	10.362	10.126	10.009	9.971	-38	-0,4	-478	-4,6
Bosnien-Herzegowina	155.973	156.872	157.094	158.158	156.804	-1.354	-0,9	831	0,5
Kroatien	229.172	228.926	227.510	225.309	223.056	-2.253	-1,0	-6.116	-2,7
Mazedonien	61.105	62.093	62.295	62.474	62.682	208	0,3	1.577	2,6
Moldau	12.941	13.027	12.720	12.365	12.214	-151	-1,2	-727	-5,6
Russische Föderation	178.616	185.931	187.514	187.835	188.253	418	0,2	9.637	5,4
Schweiz	35.441	36.219	36.962	37.291	37.139	-152	-0,4	1.698	4,8
ehem. Jugoslawien ⁴	381.563	196.911	165.106	140.242	110.555	-29.687	-21,2	-271.008	-71,0
ehem. Serbien und Montenegro ⁵	125.765	297.004	316.823	236.451	177.330	-59.121	-25,0	51.565	41,0
Serbien	-	-	-	91.525	136.152	44.627	48,8	-	-
Kosovo	-	-	-	-	32.183	-	-	-	-
Montenegro	-	-	-	2.632	6.380	3.748	142,4	-	-
Türkei	1.764.318	1.764.041	1.738.831	1.713.551	1.688.370	-25.181	-1,5	-75.948	-4,3
Ukraine	128.110	130.674	128.950	126.960	126.233	-727	-0,6	-1.877	-1,5
Weißrussland	17.290	18.037	18.149	18.266	18.382	116	0,6	1.092	6,3
Afrika	276.973	274.929	272.376	269.937	268.116	-1.821	-0,7	-8.857	-3,2
darunter: Ägypten	10.309	10.258	10.645	11.217	11.623	406	3,6	1.314	12,7
Algerien	14.480	13.948	13.555	13.217	13.148	-69	-0,5	-1.332	-9,2
Marokko	73.027	71.639	69.926	67.989	66.189	-1.800	-2,6	-6.838	-9,4
Tunesien	22.429	22.859	23.217	23.228	23.142	-86	-0,4	713	3,2
Ghana	20.636	20.609	20.587	20.392	20.447	55	0,3	-189	-0,9
Nigeria	15.280	15.544	16.189	16.747	17.186	439	2,6	1.906	12,5
Togo	12.099	11.917	11.643	11.454	11.161	-293	-2,6	-938	-7,8
Kamerun	13.834	14.272	14.414	14.650	14.425	-225	-1,5	591	4,3
Kongo	12.175	11.706	11.288	11.150	11.068	-82	-0,7	-1.107	-9,1
Äthiopien	11.390	10.964	10.609	10.293	10.115	-178	-1,7	-1.275	-11,2

2) Bulgarien und Rumänien traten zum 1. Januar 2007 der Europäischen Union bei.

3) Von 2004 bis 2006 einschließlich Bulgarien und Rumänien.

4) Hierbei handelt es sich um Personen, die im Ausländerzentralregister am Auszählungstichtag mit jugoslawischer Staatsangehörigkeit geführt wurden, d.h. keinem der anderen Nachfolgestaaten zugeordnet werden konnten.

5) Seit Juni 2006 sind Serbien und Montenegro zwei unabhängige Staaten, werden für das Jahr 2006 jedoch noch gemeinsam ausgewiesen. Ab 2007 ehemaliges Serbien und Montenegro. Hierbei handelt es sich um Personen, die im AZR noch unter Serbien und Montenegro gespeichert sind, da sie sich noch keinem der beiden Nachfolgestaaten zugeordnet haben. Ab dem 1. Mai 2008 wird auch das Kosovo getrennt ausgewiesen. Allerdings ist davon auszugehen, dass auch nach dessen Ausgliederung noch nicht alle Personen aus dem Kosovo diesem zugeordnet wurden, so dass im AZR diese weiterhin unter Serbien ausgewiesen werden.

Tabelle 10: Ausländische Bevölkerung nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten 2004 bis 2008
(jeweils zum 31. Dezember) (Teil 3)

Staatsangehörigkeit	2004	2005	2006	2007	2008	Veränderung 2007/2008		Veränderung 2004/2008	
						absolut	in %	absolut	in %
Amerika	202.925	208.200	213.069	215.666	216.285	619	0,3	13.360	6,6
darunter: Vereinigte Staaten	96.642	97.864	99.265	99.891	100.002	111	0,1	3.360	3,5
Brasilien	27.176	28.902	30.340	31.461	31.918	457	1,5	4.742	17,4
Asien	826.504	826.432	819.623	812.816	811.369	-1.447	-0,2	-15.135	-1,8
darunter: Armenien	10.535	10.356	10.066	9.727	9.584	-143	-1,5	-951	-9,0
Aserbaidshan	15.950	15.711	15.219	14.586	14.337	-249	-1,7	-1.613	-10,1
Georgien	13.629	14.065	13.995	13.627	13.304	-323	-2,4	-325	-2,4
Irak	78.792	75.927	73.561	72.597	74.481	1.884	2,6	-4.311	-5,5
Iran	65.187	61.792	58.707	56.178	54.317	-1.861	-3,3	-10.870	-16,7
Libanon	40.908	40.060	39.380	38.613	38.028	-585	-1,5	-2.880	-7,0
Syrien	27.741	28.154	28.099	28.161	28.459	298	1,1	718	2,6
Indien	38.935	40.099	41.497	42.495	44.405	1.910	4,5	5.470	14,0
Indonesien	10.778	11.054	11.176	11.233	11.429	196	1,7	651	6,0
Pakistan	30.892	30.034	29.654	28.999	28.540	-459	-1,6	-2.352	-7,6
Philippinen	19.966	20.233	20.093	19.246	19.633	387	2,0	-333	-1,7
Sri Lanka	34.966	33.219	31.440	29.977	28.780	-1.197	-4,0	-6.186	-17,7
Thailand	48.789	51.108	52.849	53.952	54.580	628	1,2	5.791	11,9
Vietnam	83.526	83.446	83.076	83.333	83.606	273	0,3	80	0,1
Afghanistan	57.933	55.111	52.162	49.808	48.437	-1.371	-2,8	-9.496	-16,4
China	71.639	73.767	75.733	78.096	78.960	864	1,1	7.321	10,2
Japan	27.550	29.236	30.125	30.230	30.440	210	0,7	2.890	10,5
Kasachstan	58.645	59.370	57.203	55.393	53.899	-1.494	-2,7	-4.746	-8,1
Korea, Republik	20.658	21.671	22.789	23.595	23.917	322	1,4	3.259	15,8
Australien und Ozeanien	9.801	10.157	10.832	11.116	11.210	94	0,8	1.409	14,4
Staatenlos	13.504	13.709	13.574	13.310	13.630	320	2,4	126	0,9
Ungeklärt und ohne Angabe	47.064	47.204	46.402	45.422	44.379	-1.043	-2,3	-2.685	-5,7
alle Staatsangehörigkeiten	6.717.115	6.755.811	6.751.002	6.744.879	6.727.618	-17.261	-0,3	10.503	0,2

Quelle: Statistisches Bundesamt 2009, Ausländerzentralregister. Eigene Berechnung und Darstellung.



Anmerkung:

Die Entwicklung der Zahlen der letzten Jahre bzgl. der Staatsangehörigen der einzelnen Nachfolgestaaten Jugoslawiens deutet darauf hin, dass es sich bei der Restkategorie „ehem. Jugoslawien“ überwiegend um Personen handelt, die sich nach und nach Serbien und Montenegro bzw. Serbien oder Montenegro zugeordnet haben bzw. zuordnen werden. Dies zeigen die Daten in der Tabelle deutlich. Einem deutlichen Anstieg der Staatsangehörigen aus Serbien und Montenegro von 2004 bis 2006 steht ein ebenso deutlicher Rückgang der Altfälle Jugoslawiens gegenüber, während die Zahl der Staatsangehörigen der anderen Nachfolgestaaten nahezu konstant blieb. Zudem sind die Wanderungssalden für alle Nachfolgestaaten nahezu ausgeglichen, für Kroatien leicht negativ, für Bosnien und Mazedonien leicht positiv. Schließlich dürften die Staatsangehörigen der anderen Nachfolgestaaten auch ein größeres Interesse an einer frühzeitigen Zuordnung gehabt haben (Status als Unionsbürger bei Slowenen, Beitrittskandidat Kroatien etc.).

Tabelle 11: Altersstruktur der deutschen und ausländischen Bevölkerung 2007/2008
(jeweils zum 31. Dezember)

Altersstruktur	Deutsche (2007)		Ausländer nach der Bevölkerungsfort- schreibung (2007)		Ausländer nach dem AZR (2007)		Ausländer nach dem AZR (2008)	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
unter 6 Jahre	3.981.620	5,3	210.698	2,9	176.377	2,6	166.447	2,5
von 6 bis unter 18 Jahre	8.864.903	11,8	912.862	12,6	853.720	12,7	803.746	11,9
von 18 bis unter 25 Jahre	6.050.766	8,1	759.311	10,5	675.930	10,0	664.594	9,9
von 25 bis unter 40 Jahre	13.339.700	17,8	2.380.377	32,8	2.294.432	34,0	2.264.157	33,7
von 40 bis unter 65 Jahre	26.814.773	35,8	2.384.083	32,9	2.223.993	33,0	2.275.950	33,8
65 Jahre und älter	15.910.680	21,2	608.064	8,4	520.427	7,7	552.724	8,2
Insgesamt	74.962.442	100,0	7.255.395	100,0	6.744.879	100,0	6.727.618	100,0

Quelle: Statistisches Bundesamt 2008c, 2008d und 2009. Eigene Berechnung und Darstellung.

Tabelle 12: Ausländische Bevölkerung nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Geschlecht
am 31. Dezember 2008 (Teil 1)

Staatsangehörigkeit	insgesamt	weiblich	Anteil weiblich in %	männlich	Anteil männlich in %
Türkei	1.688.370	799.367	47,3	889.003	52,7
Italien	523.162	214.993	41,1	308.169	58,9
Polen	393.848	203.924	51,8	189.924	48,2
Griechenland	287.187	131.185	45,7	156.002	54,3
Kroatien	223.056	114.258	51,2	108.798	48,8
Russische Föderation	188.253	114.488	60,8	73.765	39,2
ehem. Serbien und Montenegro ¹	177.330	84.915	47,9	92.415	52,1
Österreich	175.434	82.877	47,2	92.557	52,8
Bosnien-Herzegowina	156.804	76.011	48,5	80.793	51,5
Serbien	136.152	66.024	48,5	70.128	51,5
Niederlande	132.997	59.761	44,9	73.236	55,1
Ukraine	126.233	77.434	61,3	48.799	38,7
Portugal	114.451	52.160	45,6	62.291	54,4
Frankreich	108.090	57.603	53,3	50.487	46,7
Spanien	105.526	52.911	50,1	52.615	49,9
Vereinigte Staaten	100.002	43.030	43,0	56.972	57,0
Vereinigtes Königreich	97.560	38.383	39,3	59.177	60,7
Rumänien	94.326	52.220	55,4	42.106	44,6
Vietnam	83.606	43.404	51,9	40.202	48,1
China	78.960	38.893	49,3	40.067	50,7
Irak	74.481	27.506	36,9	46.975	63,1
Marokko	66.189	28.722	43,4	37.467	56,6
Mazedonien	62.682	29.392	46,9	33.290	53,1
Ungarn	60.024	24.387	40,6	35.637	59,4

1) Seit Juni 2006 sind Serbien und Montenegro zwei unabhängige Staaten. Es konnten jedoch noch nicht alle Personen einem der beiden Nachfolgestaaten zugeordnet werden, so dass im AZR weiterhin Personen mit der Staatsangehörigkeit des ehemaligen Serbien und Montenegro ausgewiesen werden. Seit 1. Mai 2008 wird auch das Kosovo getrennt ausgewiesen.

Tabelle 12: Ausländische Bevölkerung nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Geschlecht am 31. Dezember 2008 (Teil 2)

Staatsangehörigkeit	insgesamt	weiblich	Anteil weiblich in %	männlich	Anteil männlich in %
Thailand	54.580	47.030	86,2	7.550	13,8
Iran	54.317	23.950	44,1	30.367	55,9
Bulgarien	53.984	29.457	54,6	24.527	45,4
Kasachstan	53.899	29.181	54,1	24.718	45,9
Afghanistan	48.437	23.243	48,0	25.194	52,0
Indien	44.405	15.663	35,3	28.742	64,7
Libanon	38.028	15.769	41,5	22.259	58,5
Schweiz	37.139	20.887	56,2	16.252	43,8
Tschechische Republik	34.386	22.794	66,3	11.592	33,7
Kosovo	32.183	15.777	49,0	16.406	51,0
Brasilien	31.918	23.076	72,3	8.842	27,7
Japan	30.440	17.770	58,4	12.670	41,6
Sri Lanka	28.780	14.284	49,6	14.496	50,4
Pakistan	28.540	11.776	41,3	16.764	58,7
Syrien	28.459	12.471	43,8	15.988	56,2
Slowakei	24.477	14.301	58,4	10.176	41,6
Korea, Republik	23.917	13.770	57,6	10.147	42,4
Tunesien	23.142	7.467	32,3	15.675	67,7
Belgien	22.801	11.287	49,5	11.514	50,5
Slowenien	20.463	10.404	50,8	10.059	49,2
Ghana	20.447	10.817	52,9	9.630	47,1
Litauen	20.285	14.410	71,0	5.875	29,0
Philippinen	19.633	15.634	79,6	3.999	20,4
Montenegro	6.380	2.890	45,3	3.490	54,7
ehem. Jugoslawien	110.555	52.435	47,0	58.120	53,0
alle Staatsangehörigkeiten	6.727.618	3.284.295	48,8	3.443.323	51,2

Quelle: Statistisches Bundesamt 2009, Ausländerzentralregister. Eigene Berechnung und Darstellung.

Fußnoten zu Tabelle 13 (nächste Seite):

- 1) Seit Juni 2006 sind Serbien und Montenegro zwei unabhängige Staaten. Es konnten jedoch noch nicht alle Personen einem der beiden Nachfolgestaaten zugeordnet werden, so dass im AZR weiterhin Personen mit der Staatsangehörigkeit des ehemaligen Serbien und Montenegro ausgewiesen werden. Seit 1. Mai 2008 wird auch das Kosovo getrennt ausgewiesen.
- 2) Die Aufenthaltsdauer ergibt sich ohne Berücksichtigung von Aufenthaltsunterbrechungen als Differenz zwischen dem Berichtsstichtag und dem Datum der Ersteinreise in das Bundesgebiet bzw. der Geburt.

Tabelle 13: Ausländische Bevölkerung nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Aufenthaltsdauer am 31. Dezember 2008

Land der Staatsangehörigkeit	insgesamt	Aufenthaltsdauer ² von ... bis unter ... Jahren							durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Jahren
		unter 4	4 bis 8	8 bis 10	10 bis 15	15 bis 20	20 bis 30	30 und mehr	
Türkei	1.688.370	66.502	114.647	76.189	269.065	279.942	351.659	530.366	22,4
Italien	523.162	23.765	24.855	19.183	57.626	54.926	110.128	232.679	26,6
Polen	393.848	147.390	74.502	24.951	51.372	47.331	41.974	6.328	9,4
Griechenland	287.187	11.294	15.082	11.271	31.208	46.819	47.292	124.221	25,8
Kroatien	223.056	6.913	9.398	5.673	17.960	40.031	32.623	110.458	27,0
Russische Föderation	188.253	39.083	75.788	29.258	33.747	9.137	909	331	7,4
ehem. Serbien und Montenegro ¹	177.330	9.952	15.819	13.320	31.041	48.494	15.467	43.237	19,4
Österreich	175.434	17.358	14.006	6.854	13.343	13.805	27.015	83.053	27,0
Bosnien-Herzegowina	156.804	7.404	9.604	4.742	23.468	62.481	12.932	36.173	19,8
Serbien	136.152	16.968	14.193	15.404	25.376	35.465	8.692	20.054	15,6
Niederlande	132.997	29.846	19.190	4.782	9.831	8.530	12.925	47.893	23,4
Ukraine	126.233	19.463	50.340	23.194	27.561	5.496	116	63	7,8
Portugal	114.451	8.248	8.454	6.088	21.773	19.108	12.901	37.879	21,2
Frankreich	108.090	22.121	13.968	6.441	13.335	11.493	16.359	24.373	17,9
Spanien	105.526	11.690	7.741	3.671	7.861	6.396	10.668	57.499	27,2
Vereinigte Staaten	100.002	25.939	11.812	4.685	9.966	12.423	14.589	20.588	16,5
Vereinigtes Königreich	97.560	15.032	10.238	4.933	11.593	12.658	19.207	23.899	19,5
Rumänien	94.326	39.621	19.575	7.651	9.840	14.603	2.545	491	7,3
Vietnam	83.606	10.393	13.834	7.234	12.221	26.431	13.162	331	13,0
China	78.960	31.530	25.923	8.395	5.842	5.051	2.020	199	6,3
Irak	74.481	17.517	27.136	14.425	13.981	853	414	155	7,1
Marokko	66.189	9.571	13.663	5.411	8.715	8.437	11.397	8.995	15,5
Mazedonien	62.682	5.012	6.781	3.660	8.884	14.243	9.961	14.141	19,1
Ungarn	60.024	21.031	9.294	3.501	6.548	8.385	7.172	4.093	11,3
Thailand	54.580	10.252	14.674	5.785	9.550	7.648	5.528	1.143	10,7
Iran	54.317	7.355	11.254	6.255	8.825	6.131	11.444	3.053	13,7
Bulgarien	53.984	23.167	14.954	4.466	3.912	5.553	1.177	755	6,7
Kasachstan	53.899	7.278	25.711	10.488	9.825	577	8	12	7,3
Afghanistan	48.437	5.057	9.858	8.417	14.724	7.461	2.732	188	11,0
Indien	44.405	18.512	11.046	2.512	3.857	3.686	2.797	1.995	8,4
Libanon	38.028	5.152	6.420	2.939	5.668	10.400	6.577	872	13,5
Schweiz	37.139	6.317	4.382	1.707	3.647	3.626	4.218	13.242	23,9
Tschechische Republik	34.386	9.546	7.318	3.305	6.324	3.694	3.038	1.161	10,1
Kosovo	32.183	6.102	4.082	4.094	7.363	8.386	947	1.209	11,5
Brasilien	31.918	10.993	6.567	2.758	5.329	3.480	1.847	944	9,1
Japan	30.440	13.106	6.014	1.715	2.782	2.123	2.484	2.216	9,4
Sri Lanka	28.780	2.718	4.010	2.782	7.341	6.141	5.596	192	13,8
Pakistan	28.540	5.621	6.700	2.724	4.973	5.092	2.603	827	11,0
Syrien	28.459	6.305	8.126	4.331	4.842	3.314	1.213	328	9,1
Slowakei	24.477	9.612	6.721	2.415	3.595	1.208	675	251	6,9
Korea, Republik	23.917	9.072	4.688	1.512	2.120	1.716	2.486	2.323	10,8
Tunesien	23.142	5.340	5.168	1.858	2.658	2.269	2.544	3.305	13,5
Belgien	22.801	3.657	2.618	1.095	2.486	2.517	4.055	6.373	21,0
Slowenien	20.463	1.485	913	354	1.092	1.656	2.284	12.679	29,5
alle Staatsangehörigkeiten	6.727.618	937.589	931.012	451.442	952.711	987.919	905.163	1.561.782	18,2

Quelle: Statistisches Bundesamt 2009, Ausländerzentralregister. Eigene Berechnung und Darstellung.

Tabelle 14: Aufenthaltsstatus der ausländischen Bevölkerung nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten am 31. Dezember 2008 (Teil 1)

Staatsangehörigkeit	Insgesamt ²	Aufenthaltstitel										EU-Recht: EU-Aufenthalts- titel/Freizügigkeits- bescheinigung ³	Aufenthalts- gestattung	Duldung	ohne Aufenthaltstitel, Gestattung oder Duldung ⁴
		Aufenthaltstitel													
		nach altem Recht (AusG; bis 31.12.2004)													
		nach neuem Recht (AufenthG; ab 1.1.2005)													
		befristet		unbefristet		Aufenthaltserlaubnis				Nieder- lassungs- erlaubnis					
		insgesamt zum Zweck der Ausbildung		zum Zweck der Erwerbstätigkeit		humanitäre Gründe		familiäre Gründe						besondere Aufenthalts- rechte	
Türkei	1.688.370	154.970	802.240	308.295	6.677	4.788	19.470	234.968	42.392	358.003	3.534	2.056	7.460	29.550	
Kroatien	223.056	4.718	124.341	25.599	547	3.690	731	18.427	2.204	60.850	1.878	7	461	3.972	
Russische Föderation	188.253	4.677	23.756	71.975	8.064	4.858	4.998	50.511	3.544	71.425	1.336	1.606	3.423	7.585	
ehem. Serbien und Montenegro ¹	177.330	3.089	53.087	53.084	360	636	12.290	32.075	7.723	49.183	1.326	197	7.066	7.352	
Serbien	136.152	1.252	15.878	62.990	536	1.345	15.695	33.290	12.124	39.751	816	741	8.907	2.646	
Kosovo	32.183	148	1.379	17.382	64	39	3.530	10.668	3.081	8.215	117	437	3.058	644	
Montenegro	6.380	32	427	2.212	38	22	519	1.334	299	2.754	34	32	666	123	
Bosnien-Herzegowina	156.804	2.090	11.808	40.081	825	2.540	9.251	24.410	3.055	93.281	1.289	169	2.671	4.001	
Ukraine	126.233	3.572	55.312	30.050	4.888	3.220	1.551	18.745	1.646	30.355	1.127	35	448	4.164	
Vereinigte Staaten	100.002	7.880	26.221	30.819	6.213	10.063	98	11.470	2.975	21.483	2.002	2	34	7.355	
Vietnam	83.606	2.872	7.037	30.697	2.799	319	2.696	22.755	2.128	34.549	160	528	2.485	3.963	
China	78.960	3.033	3.137	54.274	29.632	11.643	1.163	10.859	977	8.424	714	340	3.462	3.598	
Irak	74.481	604	1.177	33.901	266	85	18.576	12.984	1.990	17.175	225	5.793	7.579	3.116	
Marokko	66.189	3.897	15.243	22.409	4.425	527	318	15.664	1.475	17.190	1.284	132	571	2.696	
Mazedonien	62.682	2.707	22.172	16.957	448	544	1.216	13.305	1.444	17.327	519	65	644	1.602	
Thailand	54.580	1.684	11.185	16.689	1.446	578	80	13.183	1.402	22.411	633	2	54	1.239	
Iran	54.317	2.134	6.305	18.811	2.313	676	5.979	8.208	1.635	16.278	341	1.536	3.578	3.806	
Kasachstan	53.899	2.261	8.564	25.546	662	202	758	22.432	1.492	14.407	114	8	316	1.843	

Tabelle 14: Aufenthaltsstatus der ausländischen Bevölkerung nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten am 31. Dezember 2008 (Teil 2)

Staatsangehörigkeit	Insgesamt ²	Aufenthaltstitel										EU-Recht: EU-Aufenthaltstitel/ Freizügigkeitsbescheinigung ³	Aufenthalts- gestattung	Duldung	ohne Aufenthaltstitel, Gestattung oder Duldung ⁴
		Aufenthaltstitel													
		nach altem Recht (AuslG; bis 31.12.2004)													
		nach neuem Recht (AufenthG; ab 1.1.2005)													
		befristet		unbefristet		Aufenthaltserlaubnis				Niederlassungs- erlaubnis					
						darunter									
				insgesamt	zum Zweck der Ausbildung	zum Zweck der Erwerbstätigkeit	humanitäre Gründe	familiäre Gründe	besondere Aufenthaltsrechte						
Afghanistan	48.437	1.592	3.646	24.247	173	21	13.953	8.499	1.601	12.361	146	1.282	1.532	2.264	
Indien	44.405	2.308	5.282	23.458	3.913	8.685	340	9.964	556	6.001	663	417	2.304	3.276	
Libanon	38.028	1.601	3.439	17.775	1.017	233	5.424	9.214	1.887	5.371	310	549	4.362	2.200	
Schweiz	37.139	2.743	12.381	1.976	20	49	3	240	1.664	3.783	12.705	0	0	2.752	
Brasilien	31.918	1.147	3.358	13.263	3.400	1.849	79	7.278	657	9.699	2.224	0	57	1.478	
Japan	30.440	2.515	2.710	17.778	3.319	6.664	28	7.363	404	5.278	384	0	0	1.314	
Sri Lanka	28.780	2.112	5.725	9.752	145	137	2.251	6.495	724	7.301	74	632	467	2.245	
Pakistan	28.540	926	2.257	12.567	1.276	391	1.770	8.100	1.030	7.373	652	460	1.439	1.991	
Syrien	28.459	518	973	13.561	1.949	243	3.473	6.238	1.658	4.337	177	1.045	5.181	1.440	
Korea, Republik	23.917	1.286	2.107	14.260	7.035	2.153	55	4.721	296	4.250	89	0	27	1.041	
Tunesien	23.142	674	2.974	9.288	2.567	256	136	5.792	537	7.548	425	83	187	946	
Philippinen	19.633	778	3.411	5.281	427	1.054	107	3.392	301	8.376	320	5	47	1.041	
alle															
Staatsangehörigkeiten	6.727.618	314.245	1.712.776	1.287.174	141.236	86.736	169.782	768.270	121.150	1.121.280	1.522.861	25.254	103.218	465.811	

Quelle: Statistisches Bundesamt 2009, Ausländerzentralregister. Eigene Berechnung und Darstellung.

- 1) Seit Juni 2006 sind Serbien und Montenegro zwei unabhängige Staaten. Im AZR sind jedoch viele Personen noch keinem Nachfolgestaat des ehemaligen Serbien und Montenegro zugeordnet. Seit 1. Mai 2008 wird auch das Kosovo getrennt ausgewiesen.
- 2) Die Differenz zwischen der Summe der einzelnen Aufenthaltsstatus und der Angabe „Insgesamt“ beträgt 174.999 für alle Staatsangehörigkeiten. Dies lässt sich damit erklären, dass in der Gesamtsumme Personen enthalten sind, die vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit sind oder die einen Antrag auf einen Aufenthaltstitel gestellt haben.
- 3) Bei Drittstaatsangehörigen, die einen EU-Aufenthaltstitel innehaben, handelt es sich in der Regel um Familienangehörige von Unionsbürgern bzw. von Bürgern des EWR. Ihnen wird eine EU-Aufenthaltskarte ausgestellt.
- 4) Darunter fallen u.a. Unionsbürger, Personen, die einen Aufenthaltstitel beantragt haben sowie ausreisepflichtige Personen ohne Duldung.

Tabelle 15: Ausländische Bevölkerung nach Bundesländern im Jahr 2008

Bundesland	Gesamtbevölkerung ¹	Ausländische Bevölkerung nach der Bevölkerungsfortschreibung ¹	Ausländeranteil ¹ in %	Ausländische Bevölkerung nach AZR ²
Baden-Württemberg	10.751.115	1.269.337	11,8	1.173.837
Bayern	12.521.176	1.180.035	9,4	1.076.856
Berlin	3.426.354	480.555	14,0	442.498
Brandenburg	2.528.100	65.085	2,6	45.796
Bremen	661.322	84.537	12,8	80.553
Hamburg	1.772.463	248.973	14,0	234.307
Hessen	6.071.489	681.486	11,2	721.648
Mecklenburg-Vorpommern	1.670.234	39.487	2,4	30.631
Niedersachsen	7.959.117	533.411	6,7	453.141
Nordrhein-Westfalen	17.963.647	1.906.081	10,6	1.806.201
Rheinland-Pfalz	4.037.185	315.345	7,8	290.037
Saarland	1.032.833	86.538	8,4	77.340
Sachsen	4.200.111	114.895	2,7	84.820
Sachsen-Anhalt	2.392.664	44.474	1,9	44.335
Schleswig-Holstein	2.836.386	149.395	5,3	132.424
Thüringen	2.274.338	46.924	2,1	33.194
Deutschland	82.098.534	7.246.558	8,8	6.727.618

Quelle: Statistisches Bundesamt 2009. Eigene Berechnung und Darstellung.

1) Die Daten der Bevölkerungsfortschreibung beziehen sich auf den 31. August 2008.

2) Stand: 31. Dezember 2008

Tabelle 16: Geburten 1990 bis 2007

Jahr	Lebendgeborene								Ausländer- anteil in % ²
		mit deutscher Staatsangehörigkeit ¹						mit ausländischer Staatsange- hörigkeit	
		darunter: mindestens ein Elternteil deutsch							
		darunter: Eltern auslän- disch ⁴	Eltern verheiratet		Eltern nicht verheiratet ⁶				
			Vater Deutscher, Mutter Auslän- derin ⁵	Mutter Deutsche, Vater Auslän- der ⁵	Mutter Deutsche ⁷	Mutter Ausländerin, Vater Deutscher			
Insgesamt	Gesamt								
1990 ³	727.199	640.879	-	-	-	-	-	86.320	11,9
1991	830.019	739.266	-	17.190	21.467	116.623	-	90.753	10,9
1992	809.114	708.996	-	18.626	21.749	110.309	-	100.118	12,4
1993	798.447	695.573	-	20.227	21.904	106.807	-	102.874	12,9
1994	769.603	668.875	-	21.641	22.226	107.044	-	100.728	13,1
1995	765.221	665.507	-	23.948	23.948	111.214	-	99.714	13,0
1996	796.013	689.784	-	27.192	26.208	122.763	-	106.229	13,3
1997	812.173	704.991	-	29.438	28.246	132.443	-	107.182	13,2
1998	785.034	684.977	-	31.062	28.859	143.330	-	100.057	12,7
1999	770.744	675.528	-	32.523	30.000	155.417	-	95.216	12,4
2000	766.999	717.223	41.257	36.206	32.410	163.086	2.764	49.776	6,5
2001	734.475	690.302	38.600	37.718	32.498	167.680	3.143	44.173	6,0
2002	719.250	677.825	37.568	41.000	33.509	170.915	4.069	41.425	5,8
2003	706.721	667.366	36.819	43.483	34.685	173.305	4.753	39.355	5,6
2004	705.622	669.408	36.863	45.841	35.912	178.992	5.581	36.214	5,1
2005	685.795	655.534	40.156	46.003	35.025	181.105	5.909	30.261	4,4
2006	672.724	643.548	39.089	46.295	34.340	182.525	6.109	29.176	4,3
2007	684.862	653.523	35.666	46.600	35.006	190.979	6.588	31.339	4,6

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1 Reihe 1.1 (Natürliche Bevölkerungsbewegung), verschiedene Jahrgänge. Eigene Berechnung und Darstellung.

- 1) Seit 1975 erhält jedes Kind, bei dem mindestens ein Elternteil Deutscher ist, die deutsche Staatsangehörigkeit.
- 2) Anteil der Lebendgeborenen mit ausländischer Staatsangehörigkeit an der Gesamtzahl der Lebendgeborenen.
- 3) Bis 1990 alte Bundesländer, ab 1991 gesamtdeutsche Zahlen.
- 4) Seit 01.01.2000 erwerben Kinder ausländischer Eltern die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn ein Elternteil seit mindestens 8 Jahren rechtmäßig in Deutschland lebt.
- 5) Einschließlich nichtaufgliederbarer Gruppen, unbekanntes Ausland, ungeklärte Fälle sowie ohne Angabe.
- 6) Die Angaben zum nichtehelichen Vater werden bei der Geburt des Kindes aufgrund der Kindschaftsrechtsreform seit dem Berichtsjahr 2000 nachgewiesen.
- 7) In diesen Zahlen sind Kinder mit einem deutschen, ausländischen oder unbekannten Vater enthalten.

Tabelle 17: Ausländische Bevölkerung nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Geburtsland am 31. Dezember 2008

Staatsangehörigkeit	Ausländische Bevölkerung insgesamt	davon: in Deutschland geboren		Ausländische Bevölkerung unter 18 Jahren	davon: in Deutschland geboren	
		absolut	in %		absolut	in %
Türkei	1.688.370	563.016	33,3	324.843	293.102	90,2
Italien	523.162	157.667	30,1	63.245	54.498	86,2
Polen	393.848	14.663	3,7	32.656	9.788	30,0
Griechenland	287.187	79.414	27,7	34.598	28.879	83,5
Kroatien	223.056	48.995	22,0	17.617	15.209	86,3
Russische Föderation	188.253	6.450	3,4	23.912	6.351	26,6
ehem. Serbien und Montenegro ¹	177.330	37.529	21,2	34.532	25.926	75,1
Serbien	136.152	34.517	25,4	39.822	29.053	73,0
Kosovo	32.183	8.290	25,8	11.505	7.929	68,9
Österreich	175.434	25.694	14,6	9.046	5.027	55,6
Bosnien-Herzegowina	156.804	27.387	17,5	22.751	18.075	79,4
Niederlande	132.997	32.437	24,4	13.064	5.514	42,2
Ukraine	126.233	5.715	4,5	15.963	5.675	35,6
Portugal	114.451	23.226	20,3	14.882	11.228	75,4
Frankreich	108.090	10.367	9,6	8.798	5.053	57,4
Spanien	105.526	25.819	24,5	6.478	4.987	77,0
Vereinigte Staaten	100.002	6.085	6,1	7.835	2.120	27,1
Sonstige Staatsangehörigkeiten	2.058.540	218.570	10,6	288.646	162.405	56,3
Insgesamt	6.727.618	1.325.841	19,7	970.193	690.819	71,2

Quelle: Statistisches Bundesamt 2009, Ausländerzentralregister. Eigene Berechnung und Darstellung.

- 1) Seit Juni 2006 sind Serbien und Montenegro zwei unabhängige Staaten. Es konnten jedoch noch nicht alle Personen einem der beiden Nachfolgestaaten zugeordnet werden, so dass im AZR weiterhin Personen mit der Staatsangehörigkeit des ehemaligen Serbien und Montenegro ausgewiesen werden. Seit 1. Mai 2008 wird auch das Kosovo getrennt ausgewiesen.

Literatur

- Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen** (2009): Zweiter Bericht der Staatsregierung zur sozialen Lage in Bayern, München.
- Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration** (2007): 7. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, Berlin.
- Bundesregierung** (2008): Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung. Migrationsbericht 2007, Nürnberg.
- Bundestagsdrucksache 16/12029** vom 23. Februar 2009: Zahlen in der Bundesrepublik Deutschland lebender Flüchtlinge zum Stand 31. Dezember 2008.
- Bundestagsdrucksache 16/8998** vom 29. April 2008: Fortführung der Bilanz der gesetzlichen Altfallregelung.
- Kohls, Martin** (2008): Leben Migranten wirklich länger? Eine empirische Analyse der Mortalität von Migranten in Deutschland. Working Paper Nr. 16 der Forschungsgruppe des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg.
- Kreienbrink, Axel/Rühl, Stefan** (2007): Familiennachzug in Deutschland. Kleinstudie IV im Rahmen des Europäischen Migrationsnetzwerks. Working Paper 10 der Forschungsgruppe des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg.
- Opfermann, Heike/Grobecker, Claire/Krack-Roberg, Elle** (2006): Auswirkung der Bereinigung des Ausländerzentralregisters auf die amtliche Ausländerstatistik, in: Wirtschaft und Statistik 5/2006, Wiesbaden: Statistisches Bundesamt, 480-494.
- Salentin, Kurt/Wilkening, Frank** (2003): Ausländer, Eingebürgerte und das Problem einer realistischen Zuwanderer-Integrationsbilanz, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 55(2), 278-298.
- .
- Schmid, Susanne/Kohls, Martin** (2008): Sind die FDZ-RV Daten für eine Analyse des generativen Verhaltens von Migrantinnen geeignet?, in: Deutsche Rentenversicherung Bund (Hrsg.): DRV-Schriften, 55, 121-143.
- Schmid, Susanne/Kohls, Martin** (2009): Beeinflusst Migration das generative Verhalten? Eine Bestandsaufnahme des generativen Verhaltens von Migrantinnen in Deutschland. Working Paper der Forschungsgruppe des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg (im Erscheinen).

- Siegert, Manuel** (2008): Schulische Bildung von Migranten in Deutschland. Working Paper Nr. 13 (Teil 1 der Reihe "Integrationsreport") der Forschungsgruppe des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg.
- Statistisches Bundesamt** (2009): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit – Ausländische Bevölkerung 2008. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters. Fachserie 1, Reihe 2, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt** (2008): Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2006. Fachserie 1, Reihe 2.2, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt** (2008a): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit – Natürliche Bevölkerungsbewegung 2006. Fachserie 1, Reihe 1.1, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt** (2008b): Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2007. Fachserie 1, Reihe 2.2, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt** (2008c): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit – Ausländische Bevölkerung 2007. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters. Fachserie 1, Reihe 2, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt** (2008d): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit – Bevölkerungsfortschreibung 2007. Fachserie 1, Reihe 1.3, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt** (2007): Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2005. Fachserie 1, Reihe 2.2, Wiesbaden.
- Worbs, Susanne** (2008): Die Einbürgerung von Ausländern in Deutschland. Working Paper 17 (Teil 3 der Reihe „Integrationsreport“) der Forschungsgruppe des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. 2. aktualisierte Auflage, Nürnberg.

Erschienenene Working Papers der Forschungsgruppe für Migration und Integration

- 1/2005 Die Datenlage im Bereich der Migrations- und Integrationsforschung
Verfasserin: Sonja Haug
- 2/2005 Illegalität von Migranten in Deutschland
Verfasserin: Susanne Worbs unter Mitarbeit von Michael Wolf und Peter Schimany
- 3/2005 Jüdische Zuwanderer in Deutschland
Verfasserin: Sonja Haug unter Mitarbeit von Peter Schimany
- 4/2005 Die alternde Gesellschaft
Verfasser: Peter Schimany
- 5/2006 Integrationskurse
Erste Erfahrungen und Erkenntnisse einer Teilnehmerbefragung
Verfasser: Sonja Haug und Frithjof Zerger
- 6/2006 Arbeitsmarktbeteiligung von Ausländern im Gesundheitssektor in Deutschland
Verfasser: Peter Derst, Barbara Heß und Hans Dietrich von Loeffelholz
- 7/2006 Einheitliche Schulkleidung in Deutschland
Verfasser: Stefan Theuer
- 8/2007 Soziodemographische Merkmale, Berufsstruktur und Verwandtschaftsnetzwerke jüdischer Zuwanderer
Verfasserin: Sonja Haug unter Mitarbeit von Michael Wolf
- 9/2007 Migration von hoch Qualifizierten und hochrangig Beschäftigten aus Drittstaaten nach Deutschland
Verfasser: Barbara Heß und Lenore Sauer
- 10/2007 Familiennachzug in Deutschland
Verfasser: Axel Kreienbrink und Stefan Rühl
Family Reunification in Germany
Verfasser: Axel Kreienbrink und Stefan Rühl
- 11/2007 Türkische, griechische, italienische und polnische Personen sowie Personen aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien in Deutschland
Verfasser: Christian Babka von Gostomski

- 12/2008 Kriminalität von Aussiedlern. Eine Bestandsaufnahme
Verfasser: Sonja Haug, Tatjana Baraulina, Christian Babka von Gostomski,
unter Mitarbeit von Stefan Rühl und Michael Wolf
- 13/2008 Schulische Bildung von Migranten in Deutschland
aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 1
Verfasser: Manuel Siegert
- 14/2008 Sprachliche Integration von Migranten in Deutschland
aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 2
Verfasserin: Sonja Haug
- 15/2008 Healthy-Migrant-Effect, Erfassungsfehler und andere Schwierigkeiten bei der
Analyse der Mortalität von Migranten
Eine Bestandsaufnahme
Verfasser: Martin Kohls
- 16/2008 Leben Migranten wirklich länger?
Eine empirische Analyse der Mortalität von Migranten in Deutschland
Verfasser: Martin Kohls
- 17/2008 Die Einbürgerung von Ausländern in Deutschland
aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 3
Verfasserin: Susanne Worbs
- 18/2008 Die Datenlage im Bereich der internationalen Migration in Europa und seinen
Nachbarregionen
Verfasser: Kevin Borchers unter Mitarbeit von Wiebke Breustedt
- 19/2008 Das Integrationspanel
Ergebnisse zur Integration von Teilnehmern zu Beginn ihres Integrationskurses
Verfasserin: Nina Rother
- 20/2008 Aspekte der Arbeitsmarktintegration von Frauen ausländischer Nationalität
in Deutschland
Eine vergleichende Analyse über türkische, italienische, griechische und polni-
sche Frauen sowie Frauen aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens
Verfasserin: Anja Stichs
- 21/2008 Wohnen und innerstädtische Segregation von Zuwanderern in Deutschland
aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 4
Verfasserin: Lena Friedrich
- 22/2009 Berufliche und akademische Ausbildung von Migranten in Deutschland
aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 5
Verfasser: Manuel Siegert

- 23/2009 Das Integrationspanel
Entwicklung von alltagsrelevanten Sprachfertigkeiten und Sprachkompetenzen
der Integrationskursteilnehmer während des Kurses
Verfasserin: Nina Rother
- 24/2009 Förderung der Bildungserfolge von Migranten:
Effekte familienorientierter Projekte
Abschlussbericht zum Projekt Bildungserfolge bei Kindern und Jugendlichen mit
Migrationshintergrund durch Zusammenarbeit mit den Eltern
Verfasser: Lena Friedrich, Manuel Siegert, unter Mitarbeit von Karin Schuller
- 25/2009 Die Organisation der Asyl- und Zuwanderungspolitik in Deutschland
Studie I/2008 im Rahmen des Europäischen Migrationsnetzwerks (EMN)
Verfasser: Jan Schneider
- 26/2009 Unbegleitete minderjährige Migranten in Deutschland
Aufnahme, Rückkehr und Integration
Studie II/2008 im Rahmen des Europäischen Migrationsnetzwerks (EMN)
Verfasser: Bernd Parusel
- 27/2009 Grunddaten der Zuwandererbevölkerung in Deutschland
aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 6
Verfasser: Stefan Rühl



Impressum

Herausgeber:

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
Referat 220 - Grundsatzfragen der Migration,
Projektmanagement, Finanzen,
Geschäftsstelle Wissenschaftlicher Beirat
Frankenstraße 210
90461 Nürnberg

Gesamtverantwortung:

Antje Kiss
Dr. habil. Sonja Haug
Susanne Worbs

Verfasser:

Stefan Rühl

Bezugsquelle:

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
Referat 220
Frankenstraße 210
90461 Nürnberg
www.bamf.de
E-Mail: info@bamf.de

Stand:

Juli 2009

Layout:

Gertraude Wichtrey
Claudia Sundelin

ISSN:

1865-4770 Printversion

ISSN:

1865-4967 Internetversion

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigungen und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangaben gestattet.
Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme oder Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung des Bundesamtes. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.



Bundesministerium
des Innern

Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge

Migrationsbericht

des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge
im Auftrag der Bundesregierung

Migrationsbericht 2008

www.bmi.bund.de

**Migrationsbericht
des
Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge
im
Auftrag der Bundesregierung**

(Migrationsbericht 2008)

Inhalt

Vorwort	5
Einleitung	6
1. Überblick über das Migrationsgeschehen in Deutschland	9
1.1 Definitionen und Datenquellen	9
1.2 Migrationsgeschehen insgesamt	12
1.3 Herkunfts- und Zielländer	14
1.4 Zu- und Fortzüge nach Staatsangehörigkeit	22
1.5 Zu- und Fortzüge nach Bundesländern	26
1.6 Altersstruktur	28
1.7 Geschlechtsstruktur	30
1.8 Aufenthaltsw Zwecke	31
1.9 Längerfristige Zuwanderung	34
2. Die einzelnen Zuwanderergruppen	37
2.1 Überblick über die einzelnen Zuwanderergruppen	37
2.2 EU-Binnenmigration von Unionsbürgern	40
2.2.1 Binnenmigration zwischen Deutschland und den alten EU-Staaten	45
2.2.2 Binnenmigration zwischen Deutschland und den neuen EU-Staaten	48
2.3 Spätaussiedler	50
2.3.1 Aufnahmeverfahren	50
2.3.2 Verteilung und Wohnortzuweisung	53
2.3.3 Bescheinigungsverfahren	54
2.3.4 Erwerb der Staatsangehörigkeit	55
2.3.5 Entwicklung der Spätaussiedlerzuwanderung	55
2.3.6 Die Zahl der Spätaussiedler und ihrer Familienangehörigen in Deutschland	59
2.4 Einreise und Aufenthalt zum Zweck der Ausbildung	61
2.4.1 Ausländische Studierende	61
2.4.2 Ausländische Hochschulabsolventen	69
2.4.3 Sprachkurs und Schulbesuch	72
2.4.4 Sonstige Ausbildungszwecke	73
2.5 Einreise und Aufenthalt zum Zweck der Erwerbstätigkeit	75
2.5.1 Werkvertrags- und Saisonarbeitnehmer sowie sonstige Formen der Arbeitsmigration aus den neuen EU-Staaten und aus Nicht-EU-Staaten	75

2.5.1.1 Werkvertragsarbeitnehmer	83
2.5.1.2 Saisonarbeitnehmer und Schaustellergehilfen	88
2.5.1.3 IT-Fachkräfte und akademische Berufe	92
2.5.1.4 Leitende Angestellte und Spezialisten	95
2.5.1.5 Internationaler Personalaustausch	96
2.5.1.6 Weitere Formen der Arbeitsmigration	97
2.5.2 Hochqualifizierte	104
2.5.3 Selbständige	108
2.5.4 Forscher	110
2.6 Einreise und Aufenthalt aus völkerrechtlichen, humanitären und politischen Gründen	112
2.6.1 Jüdische Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion	112
2.6.2 Asylzuwanderung	114
2.6.2.1 Asylanträge	118
2.6.2.2 Entscheidungen	126
2.6.2.3 Dublinverfahren	131
2.6.2.4 Nichtstaatliche und geschlechtsspezifische Verfolgung	133
2.6.2.5 Widerrufsverfahren	134
2.6.3 Einreise und Aufenthalt aus weiteren völkerrechtlichen, humanitären und politischen Gründen	136
2.6.4 Aufenthaltsgewährung in Härtefällen	140
2.7 Einreise und Aufenthalt aus familiären Gründen (Familiennachzug)	142
2.7.1 Ehegatten- und Familiennachzug nach der Visastatistik	147
2.7.2 Ehegatten- und Familiennachzug nach dem AZR	154
2.8 Einreise und Aufenthalt aus sonstigen Gründen	159
2.9 Rückkehr deutscher Staatsangehöriger	161
3. Abwanderung aus Deutschland	165
3.1 Abwanderung von Ausländern	165
3.1.1 Entwicklung der Abwanderung von Ausländern	165
3.1.2 Abwanderung nach der Aufenthaltsdauer	167
3.1.3 Abwanderung von Drittstaatsangehörigen nach dem letzten Aufenthaltsstatus	168
3.2 Abwanderung von Deutschen	170
3.2.1 Abwanderung nach Zielländern	172
3.2.2 Abwanderung nach Altersgruppen	174
3.2.3 Abwanderung von Arbeitskräften	175

4. Migrationsgeschehen im europäischen Vergleich	182
4.1 Zu- und Abwanderung	182
4.2 Asylzuwanderung	192
5. Illegale/irreguläre Migration	196
5.1 Definition von illegaler/irregulärer Migration	196
5.2 Entwicklung illegaler/irregulärer Migration	197
5.2.1 Feststellungen der Bundespolizei an den Grenzen	198
5.2.2 Nichtdeutsche Tatverdächtige mit illegalem/irregulärem Aufenthalt nach der PKS	203
5.3 Maßnahmen zur Verhinderung illegaler/irregulärer Migration auf nationaler Ebene	207
5.4 Maßnahmen auf europäischer Ebene	213
6. Ausländer und Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland	219
6.1 Ausländische Staatsangehörige	219
6.1.1 Ausländische Bevölkerung nach Staatsangehörigkeiten	222
6.1.2 Alters- und Geschlechtsstruktur der ausländischen Bevölkerung	224
6.1.3 Aufenthaltsdauer und Aufenthaltsstatus	227
6.2 Personen mit Migrationshintergrund	234
6.2.1 Herkunftsländer	239
6.2.2 Alters- und Geschlechtsstruktur	241
6.2.3 Aufenthaltsdauer	244
6.3 Geburten	245
6.4 Einbürgerungen	249
7. Migration und Entwicklung	257
7.1 Zusammenhang von Migration und Entwicklung	257
7.2 Migranten aus Entwicklungsregionen in Deutschland	259
7.3 Rücküberweisungen von Migranten	263
7.4 Rückwanderung, zirkuläre Migration und Diasporaengagement für die Entwicklung der Herkunftsländer	271
 Anhang: Tabellen und Abbildungen	 277
 Literatur	 369

Vorwort

Der hier vorliegende im Auftrag der Bundesregierung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) erstellte Migrationsbericht behandelt ausführlich das Migrationsgeschehen in Deutschland im Jahr 2008, beschreibt jedoch auch die Zu- und Abwanderung seit den 1990er Jahren. Er erörtert dabei insbesondere die Entwicklung seit Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes zum 1. Januar 2005 und der Änderungen des Aufenthalts- sowie des Freizügigkeitsgesetzes durch das am 28. August 2007 in Kraft getretene Richtlinienumsetzungsgesetz. Zudem werden bereits Rechtsänderungen, die durch das Arbeitsmigrationssteuerungsgesetz zu Beginn des Jahres 2009 in Kraft traten, dargestellt.

Während der seit einigen Jahren zu beobachtende Rückgang beim Familiennachzug sowie beim Zuzug von Spätaussiedlern auch im Jahr 2008 anhielt, war bei der Zuwanderung von Asylbewerbern erstmals seit 2001 wieder ein Anstieg zu verzeichnen. Hinzuweisen ist ferner auf die Aufnahme irakischer Flüchtlinge aus Syrien und Jordanien.

Im Rahmen der EU-Binnenmigration war festzustellen, dass mit den zum 1. Mai 2004 der Europäischen Union beigetretenen Staaten im Jahr 2008 ein nahezu ausgeglichener Wanderungssaldo zu verzeichnen war, nachdem dieser in den Vorjahren deutlich positiv ausfiel. Ein weiterhin deutlicher Wanderungsgewinn konnte dagegen bei bulgarischen und rumänischen Staatsangehörigen auch im zweiten Jahr nach dem Beitritt dieser Staaten registriert werden. In vielen Fällen handelt es sich dabei um einen nur temporär angelegten Aufenthalt. Trotz der beginnenden Wirtschaftskrise konnte auch im Jahr 2008 ein weiterer Anstieg bei der Zuwanderung von Fachkräften aus Drittstaaten registriert werden. Deutlich angestiegen ist auch die Zahl der Bildungsausländer, die im Jahr 2008 ein Studium in Deutschland begannen.

Zudem geht der Bericht zusätzlich zur ausländischen Bevölkerung auch auf die soziodemographische Struktur der in Deutschland lebenden Personen mit Migrationshintergrund insgesamt ein, die auch das Migrationsgeschehens Deutschlands widerspiegelt. In Deutschland hat mittlerweile fast jeder fünfte Einwohner einen Migrationshintergrund. Diese Daten bilden die Grundlage dafür, dass Integrationsverläufe von Migranten besser nachgezeichnet werden können. Hier zeigt sich die enge Verknüpfung der Themen Migration und Integration.

Der Migrationsbericht 2008 schließt in seinem Aufbau an den letztjährigen Bericht an. Er behandelt jedoch einige Themenbereiche differenzierter als im Vorjahr. Dies schlägt sich in ergänzenden Unterkapiteln in den Bereichen „Arbeitsmigration“ und „Abwanderung“ nieder. Zudem enthält der Bericht ein zusätzliches Kapitel zum Zusammenhang von Migration und Entwicklung, da das Thema im Kontext der Diskussion um „zirkuläre Migration“ stark an Bedeutung gewonnen hat.

Dr. Schmid
Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge

Einleitung

Der Deutsche Bundestag hat die Bundesregierung am 8. Juni 2000 aufgefordert, jährlich einen Migrationsbericht vorzulegen, der unter Einbeziehung aller Zuwanderergruppen einen umfassenden Überblick über die jährliche Entwicklung der Zu- und Abwanderung gibt (Plenarprotokoll 14/108 vom 8. Juni 2000/Drucksache 14/1550 vom 07.09.99).

Bislang wurden sechs Migrationsberichte der Bundesregierung veröffentlicht, zuletzt im Jahr 2008. Hiermit wird der siebte Migrationsbericht vorgelegt, der zum vierten Mal vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) erstellt wurde.

Der Migrationsbericht der Bundesregierung verfolgt das Ziel, durch die Bereitstellung möglichst aktueller, umfassender und ausreichend detaillierter statistischer Daten über Migration Grundlagen für die Entscheidungsfindung von Politik und Verwaltung im Bereich der Migrationspolitik zu liefern. Zudem möchte er die Öffentlichkeit über die Entwicklung des Migrationsgeschehens informieren.

Der Migrationsbericht beinhaltet neben den allgemeinen Wanderungsdaten zu Deutschland (Kapitel 1) und der detaillierten Darstellung der verschiedenen Migrationsarten (Kapitel 2) einen europäischen Vergleich zum Migrationsgeschehen und zur Asylzuwanderung (Kapitel 4). Zusätzlich behandelt der Bericht das Phänomen der illegalen/irregulären Migration (Kapitel 5), geht auf die Abwanderung von Deutschen und Ausländern (Kapitel 3) ein und informiert über die Struktur der ausländischen Bevölkerung sowie der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (Kapitel 6). Dabei wird in den jeweiligen Kapiteln auf die Bedeutung der einzelnen Migrationsstatistiken und die Grenzen ihrer Aussagefähigkeit eingegangen. Der Migrationsbericht 2008 enthält insbesondere im Bereich Arbeitsmigration differenziertere Informationen gegenüber dem letztjährigen Bericht. So nimmt die Darstellung der Zuwanderung von Fachkräften breiteren Raum ein. Ausführlicher behandelt wurde zudem der Themenbereich Abwanderung von Ausländern und Deutschen.

Zudem wird in einem einmaligen, zusätzlichen Kapitel der Zusammenhang von Migration und Entwicklung behandelt (Kapitel 7), da das Thema insbesondere im Kontext der Diskussion um „zirkuläre Migration“ in Politik und Öffentlichkeit stark an Bedeutung gewonnen hat. Auf internationaler Ebene machte bereits 2003 ein Bericht der Weltbank auf die entwicklungspolitischen Potenziale von Migranten aufmerksam, indem er auf die enorme Höhe offizieller und inoffizieller Geldtransfers in die Herkunftsländer verwies. Später erfuhren auch das wirtschaftliche und soziale Engagement der Migrantinnen und Migranten für ihre Herkunftsländer Interesse.

Auf der europäischen Ebene wurde 2005 der „Gesamtansatz zur Migrationsfrage“ verabschiedet, in dem die Mitgliedstaaten der EU aufgefordert werden, Kohärenz in der Migrationspolitik zwischen den Feldern Innen-, Außen- und Entwicklungspolitik und in Zusammenarbeit mit Drittstaaten herzustellen. Das Kapitel „Migration und Entwicklung“ setzt einen besonderen Akzent auf die Beobachtung der Wanderungsbewegungen aus den Entwicklungsländern nach Deutschland und behandelt die Rücküberweisungen von Migrantinnen und Migranten in ihre Herkunftsländer. Zudem wird in diesem Kapitel anhand der Fallbeispiele einzelner Diasporagemeinden in Deutschland das soziale und wirtschaftliche Engagement von Migrantinnen und Migranten in ihren Herkunftsregionen und die entwicklungspolitische Bedeutung der Rückwanderung diskutiert.

Betrachtet man das Migrationsgeschehen insgesamt, so lässt sich in den letzten Jahren (seit Mitte der 1990er Jahre) eine tendenziell rückläufige Entwicklung erkennen. Im Jahr 2006 wurden mit etwa 662.000 Zuzügen die niedrigsten Zuwanderungszahlen seit der Wiedervereinigung registriert.

In den beiden Folgejahren war wieder ein leichter Anstieg der Zuzugszahlen festzustellen. Im Jahr 2008 wurden etwa 682.000 Zuzüge verzeichnet. Die Zahl der Fortzüge blieb dagegen relativ konstant – sie schwankte zwischen 1997 und 2008 zwischen 600.000 und 750.000. Im Jahr 2008 war mit 738.000 Fortzügen jedoch ein deutlicher Anstieg im Vergleich zum Vorjahr (637.000 Fortzüge) festzustellen. Dieser Anstieg der Fortzüge kann jedoch zum Teil auf im Jahr 2008 durchgeführte Bereinigungen des Melderegisters anlässlich der bundesweiten Einführung der persönlichen Steuer-Identifikationsnummer zurückzuführen sein, die zu zahlreichen Abmeldungen von Amts wegen geführt haben. Während für das Migrationsgeschehen der 1990er Jahre in Deutschland die Öffnung des “Eisernen Vorhangs”, die eine erleichterte Ausreise aus den osteuropäischen Staaten ermöglichte sowie die Bürgerkriegssituation in Jugoslawien bestimmend waren, hat sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts das Migrationsgeschehen auf einem niedrigeren Niveau stabilisiert.

Hauptherkunftsland der Zuwanderer im Jahr 2008 war – wie in den Jahren zuvor – Polen. Im Vergleich zum Vorjahr war zwar ein Rückgang der Zuzüge aus Polen um 15% zu verzeichnen. Insgesamt war jedoch seit dem EU-Beitritt Polens ein Anstieg der Zuzüge festzustellen. Nachdem der Wanderungssaldo gegenüber Polen die letzten Jahre jeweils deutlich positiv ausfiel, wurde im Jahr 2008 ein leicht negativer Wanderungssaldo verzeichnet. Stark angestiegen sind in den beiden Jahren seit dem EU-Beitritt Anfang 2007 die Zuzüge aus Rumänien und Bulgarien; im Falle Rumäniens hat sich die Zahl der Zuzüge in etwa verdoppelt, im Falle Bulgariens sogar verdreifacht. Insbesondere gegenüber diesen beiden Ländern wurde deshalb auch ein deutlicher Wanderungsgewinn registriert. Dagegen wurde gegenüber der Türkei bereits das dritte Jahr infolge ein Wanderungsverlust festgestellt.

Eine differenzierte Betrachtung des Migrationsgeschehens nach einzelnen Zuwanderergruppen zeigt, dass im Jahr 2008 insbesondere der Familiennachzug von Drittstaatsangehörigen und die Zuwanderung von Spätaussiedlern und ihrer Familienangehörigen weiter rückläufig war. So sank der Ehegatten- und Kindernachzug seit 2002 um mehr als die Hälfte auf 39.717 im Jahr 2008. Noch deutlicher fiel der Rückgang des Spätaussiedlerzuzugs aus. Nachdem im Jahr 2001 fast 100.000 Spätaussiedler mit ihren Familienangehörigen nach Deutschland kamen, waren es im Jahr 2008 nur noch 4.362 Personen. Dagegen konnte nach einem von 2001 bis 2007 kontinuierlich anhaltenden Rückgang der Asylbewerberzahlen im Jahr 2008 wieder ein leichter Anstieg um 15% auf 22.085 Asylerstanträge gegenüber dem Vorjahr verzeichnet werden.

Im Bereich der Arbeitsmigration hat der Trend zu einer verstärkten Zuwanderung von Fachkräften auch im Jahr 2008 angehalten. So nahm die Zahl der Zustimmungen zu einem Aufenthaltstitel zur Ausübung einer Beschäftigung an ausländische Fachkräfte der Informations- und Kommunikationstechnologie um 15% auf 3.906 im Vergleich zum Vorjahr zu. Auch die Zahl der Zustimmungen zu einem Aufenthaltstitel zur Ausübung einer Beschäftigung für weitere akademische Berufe sowie für leitende Angestellte und Spezialisten ist weiter angestiegen. Hauptherkunftsländer waren hier insbesondere Indien und China. Dagegen war die Zahl der Saison- und Werkvertragsarbeitnehmer leicht rückläufig. Hierbei ist festzustellen, dass polnische Saisonarbeitnehmer zwar weiterhin die größte Gruppe stellen, deren Zahl jedoch seit 2004 sinkt. Dagegen ist die Zahl der rumänischen Saisonarbeitnehmer in den letzten zehn Jahren um etwa das Zehnfache angestiegen. Im Jahr 2008 konnte zudem ein Anstieg der Zahl der Bildungsausländer, die ihr Studium in Deutschland begannen, um 9% auf 58.350 Studierende verzeichnet werden. Eine Zunahme wurde ebenfalls bei den drittstaatsangehörigen Hochschulabsolventen verzeichnet, die nach Abschluss ihres Studiums an einer deutschen Hochschule einen entsprechenden Arbeitsplatz in Deutschland fanden.

Während sich die Zahl der rückkehrenden Deutschen in den letzten Jahren auf einem relativ konstanten Niveau hielt, stieg die Zahl der Fortzüge von Deutschen an, so dass sich der Wanderungsverlust seit 2001 kontinuierlich vergrößerte. Allerdings belegen Studien, dass viele Deutsche nicht dauerhaft im Ausland bleiben. Hauptzielland deutscher Abwanderer ist seit 2004 die Schweiz. Fast 30.000 deutsche Staatsangehörige zogen im Jahr 2008 in das Nachbarland.

Im europäischen Vergleich zeigt sich, dass Deutschland weiterhin ein Hauptzielland von Migration ist, das jedoch in den letzten Jahren von Spanien als primäres Aufnahmeland abgelöst wurde. Stark zugenommen hat auch die Zuwanderung nach Italien.

Die im Migrationsbericht enthaltenen statistischen Daten beziehen sich vorrangig auf das Berichtsjahr 2008. Bei der Darstellung der einzelnen Zuwanderergruppen werden neben der Darstellung der Rechtslage im Berichtszeitraum z.T. auch bereits Rechtsänderungen, die erst 2009 in Kraft getreten sind, berücksichtigt.

Der Migrationsbericht wurde in der Forschungsgruppe 22 von Stefan Rühl, Tatjana Baraulina (Kapitel 7) und Doris Hilber (Kapitel 7) unter der Leitung von Dr. Sonja Haug in Zusammenarbeit mit Dr. Harald Lederer, Paul Brucker und Afra Gieloff von Referat 222 (Geschäftsstatistik) des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge erstellt.

1. Überblick über das Migrationsgeschehen in Deutschland

1.1 Definitionen und Datenquellen

Von Migration spricht man, wenn eine Person ihren Lebensmittelpunkt räumlich verlegt. Von internationaler Migration spricht man dann, wenn dies über Staatsgrenzen hinweg geschieht. Die internationale Migration von und nach Deutschland beinhaltet die Zu- und Fortzüge über die Grenzen des Landes (Außenwanderung). Im Folgenden wird nur die Außenwanderung betrachtet; auf die Binnenmigration innerhalb Deutschlands wird dagegen nicht eingegangen. Zwischen 1997 und 2002 wurden jährlich insgesamt rund 850.000 Zuwanderungen nach Deutschland registriert. Im Jahr 2003 sank die Zahl der Zuzüge auf unter 800.000. Im Jahr 2008 waren es etwa 682.000 Zuzüge, ein minimaler Anstieg im Vergleich zum Vorjahr, in dem knapp 681.000 Zuzüge registriert wurden. Die Zahl der Fortzüge blieb dagegen konstanter – sie schwankte zwischen 1997 und 2008 zwischen 600.000 und 750.000. Im Jahr 2008 war mit 738.000 Fortzügen jedoch ein deutlicher Anstieg im Vergleich zum Vorjahr (637.000 Fortzüge) festzustellen. Dieser Anstieg der Fortzüge kann jedoch zum Teil auf im Jahr 2008 durchgeführte Bereinigungen des Melderegisters aufgrund der bundesweiten Einführung der persönlichen Steuer-Identifikationsnummer zurückzuführen sein, die zu zahlreichen Abmeldungen von Amts wegen geführt haben (vgl. dazu auch Kapitel 1.2).

Grundlage der Wanderungszahlen ist die seit 1950 bestehende amtliche Zu- und Fortzugsstatistik. Bei einem Wohnungswechsel über die Grenzen Deutschlands hinweg besteht nach den Meldegesetzen des Bundes und der Länder die Pflicht, sich bei der zuständigen kommunalen Meldebehörde an- bzw. abzumelden.¹ Von dieser Pflicht grundsätzlich befreit sind Mitglieder ausländischer Stationierungstreitkräfte und der diplomatischen und konsularischen Vertretungen mit ihren Familienangehörigen. Bei der An- und Abmeldung werden u. a. die folgenden personenbezogenen Merkmale erfragt: Ziel- oder Herkunftsort (alte und neue Wohngemeinde), Geschlecht, Familienstand, Geburtsdatum, Staatsangehörigkeit und rechtliche Zugehörigkeit bzw. Nichtzugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft (§ 4 des Bevölkerungsstatistikgesetzes – BevStatG²). Mit dem Gesetz zur Änderung des Bevölkerungsstatistikgesetzes vom 18. Juli 2008, das am 1. August 2008 in Kraft getreten ist³, wurden zudem die künftig zu erfassenden Merkmale Geburtsort und Geburtsstaat sowie bei Zuzug aus dem Ausland das Datum des dem Zuzug vorangegangenen Fortzugs vom Inland ins Ausland hinzugefügt. Personen, die neben der deutschen noch eine andere Staatsangehörigkeit besitzen (Mehrstaater), gehen nur als Deutsche in die Statistik ein.

Die Statistischen Landesämter werten die Meldescheine, die bei einem Wohnungswechsel in den Einwohnermeldeämtern anfallen, aus und melden ihre Ergebnisse an das Statistische Bundesamt, welches die Meldungen zu einer Bundesstatistik aufbereitet. Diese Statistik basiert dementsprechend auf der Zahl der grenzüberschreitenden Umzüge. Personen, die mehrmals pro Jahr zu- oder abwandern, gehen somit mehrmals in die Statistik ein, vorausgesetzt sie melden sich ord-

¹ § 15 Abs. 2 des Melderechtsrahmengesetzes ermöglicht den Bundesländern, durch Landesrecht Ausnahmen von der allgemeinen Meldepflicht u.a. für Ausländer, die sonst im Ausland wohnen und in Deutschland nicht gemeldet sind, bei vorübergehendem Aufenthalt bis zu zwei Monaten zuzulassen. Diese Frist haben Bayern, Berlin, Brandenburg, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen ausgeschöpft, wobei sich Bayern auf ausländische Saisonarbeiter und Nordrhein-Westfalen auf ausländische „Besucher“ beschränkt. Berlin beschränkt die Regelung auf touristische oder sonstige private Gründe bei Aufenthalt in Berlin gemeldeter Eltern, Kindern oder Geschwistern und deren Ehegatten. Baden-Württemberg macht für Aufenthalte bis zu einem Monat eine Ausnahme von der allgemeinen Meldepflicht.

² Gesetz über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes.

³ Vgl. BGBl. I 2008 S. 1290.

nungsgemäß an oder ab. Es handelt sich bei der Wanderungsstatistik Deutschlands also um eine fallbezogene und nicht um eine personenbezogene Statistik. Insofern ist die Zahl der Wanderungsfälle stets etwas größer als die Zahl der in dem Jahr tatsächlich gewanderten Personen.

Auf der anderen Seite gehen diejenigen, die eine Meldung unterlassen, nicht in die Zu- und Fortzugsstatistik ein. So melden sich nicht alle Abwanderer, die aus Deutschland fortziehen, ab. Die Ab- und Rückwanderungszahlen von Ausländern aus Deutschland werden daher von der amtlichen Fortzugsstatistik stets unterschätzt. Gleichzeitig muss jedoch auch festgestellt werden, dass die Zuzugsstatistik eine unbestimmte Anzahl von Personen, die sich ihrer Meldepflicht entziehen oder sich unerlaubt in Deutschland aufhalten, nicht enthält und somit zu niedrige Zahlen widerspiegelt.

Nach einer Empfehlung der Vereinten Nationen sollte von (Langzeit-)Zuwanderung dann gesprochen werden, sobald eine Person ihren üblichen Aufenthaltsort für einen Zeitraum von mindestens einem Jahr bzw. voraussichtlich für mindestens ein Jahr ins Zielland verlegt. Dieser Zeitraum fand auch Eingang in die am 14. März 2007 vom Europäischen Parlament gebilligte und am 12. Juni 2007 vom Rat verabschiedete EG-Verordnung über Gemeinschaftsstatistiken in den Bereichen Migration und internationaler Schutz. Danach wird jemand als Migrant definiert, der seinen üblichen Aufenthalt für mindestens zwölf Monate bzw. für voraussichtlich mindestens zwölf Monate in das Zielland verlagert.

Da das entscheidende Kriterium der Wanderungsstatistik Deutschlands die An- oder Abmeldung darstellt, unabhängig davon, wie lange der Aufenthalt dauert, handelt es sich nicht um eine „klassische Migrationsstatistik“, die das Merkmal der Dauer berücksichtigt. In Deutschland ist nicht der Aufenthaltstitel, sondern der Bezug einer Wohnung für den Eingang in die Zu- und Fortzugsstatistik ausschlaggebend. Der Begriff des Zuwanderers (im Sinne des Zugezogenen) impliziert in Deutschland also nicht einen dauerhaften oder längeren Aufenthalt. Oft steht nicht von vornherein fest, ob ein Zuwanderer auf Dauer oder temporär im Land bleibt; dies lässt sich häufig nur im Nachhinein feststellen. Aus einem ursprünglich kurzzeitig geplanten Aufenthalt kann eine dauerhafte Niederlassung im Zielland werden. Asylbewerber wiederum werden grundsätzlich als Zuwanderer betrachtet, auch wenn ihr Aufenthalt teilweise nur von vorübergehender Dauer ist. Lediglich bei den temporären Aufenthalten aus Beschäftigungsgründen, also bei Werkvertrags-, Gast- und Saisonarbeitnehmern, und zum Teil bei Aufenthalten aus Gründen der Ausbildung (z.B. Sprachkurs), ist die Befristung des Aufenthalts von Anfang an rechtlich vorgegeben.

Die Wanderungsstatistik enthält zudem keine Informationen darüber, um welche Form der Migration es sich bei einem Zuzug bzw. Fortzug handelt. Ein Zuwanderer aus der Russischen Föderation kann beispielsweise als Spätaussiedler, Asylbewerber, Student oder auch im Rahmen des Familiennachzugs eingereist sein, ohne dass dies aus der Zuzugsstatistik des Statistischen Bundesamtes ersichtlich wird.

Eine Migrationsstatistik, die als Grundlage für integrationspolitische Maßnahmen dienen kann, sollte in der Lage sein, quantitative Grundlagen zu den einzelnen Zuwanderergruppen zu liefern, die unterschiedliche Voraussetzungen für ihren Aufenthalt in Deutschland mitbringen. Diese Unterschiede liegen in den verschiedenen rechtlichen Grundlagen, welche die Einreise und den Aufenthalt der Gruppen regeln (siehe dazu Kapitel 2). Da es die amtliche Wanderungsstatistik nicht erlaubt, den Zweck der Zuwanderung zu identifizieren, differenziert der vorliegende Migrationsbericht zusätzlich zur Darstellung des allgemeinen Wanderungsgeschehens die einzelnen Formen der

Migration auf der Grundlage verschiedener Statistiken (wie z.B. der Statistiken des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, des Bundesverwaltungsamtes oder der Bundesagentur für Arbeit).

Die Probleme bei einer Nutzung der Wanderungsstatistik zur Darstellung der Migration in Deutschland liegen aber nicht nur darin, die einzelnen Zuwanderergruppen nicht ausweisen zu können. Es ist zudem nicht klar, in welchem quantitativen Ausmaß und mit welcher Aufenthaltsdauer bestimmte Gruppen in die Statistik eingehen.⁴ Asylbewerber gehen grundsätzlich in die amtliche Wanderungsstatistik ein, auch wenn ihr Aufenthalt möglicherweise nur von kurzer Dauer ist. Auch kurzfristige Aufenthalte wie die bis zu maximal vier bzw. seit Anfang 2009 maximal sechs Monate dauernden Aufenthalte von Saisonarbeitnehmern sind enthalten, sofern sich die Personen mit einer Wohnung in Deutschland anmelden. Allerdings sind die Anmeldefristen bei kurzfristigen Aufenthalten in den einzelnen Bundesländern nicht einheitlich geregelt, so dass insbesondere Saisonarbeitnehmer je nach Bundesland in unterschiedlichem Umfang erfasst werden. Auf die Frage, inwieweit die Saisonarbeitnehmer in die Wanderungsstatistik eingehen, wird in Kapitel 2.5.1.2 eingegangen.

Zusätzlich zur Wanderungsstatistik kann auch das Ausländerzentralregister (AZR) als weitere Datenquelle zur Betrachtung des Migrationsgeschehens herangezogen werden.⁵ Seit Anfang 2006 ermöglicht das AZR durch die Aufnahme neuer Speichersachverhalte (Erfassungskriterien) eine differenziertere Darstellung des Migrationsgeschehens. Dies betrifft insbesondere die Erfassung der rechtlichen Grundlagen für die Einreise und den Aufenthalt von Ausländern nach dem Aufenthaltsgesetz⁶. Zudem lassen sich dadurch genauere Aussagen über das Migrationsgeschehen treffen, z.B. zur voraussichtlichen Dauer der Zuwanderung verschiedener Personengruppen.

Da das AZR eine Differenzierung der Einreise und des Aufenthalts nach Aufenthaltszwecken⁷ und der Dauer des Aufenthalts zulässt, ermöglichen die Daten des AZR Aussagen über die Größenordnung der längerfristigen Zuwanderung. So handelt es sich bei fast allen Formen der Arbeitsmigration um temporäre und nicht um dauerhafte Zuwanderung, da die Dauer der Aufenthaltserlaubnisse an die Befristung des Arbeitsverhältnisses gekoppelt ist.

Da die Daten des AZR personenbezogen sind und Personen erst registriert werden, wenn sie sich „nicht nur vorübergehend“ (§ 2 Abs. 1 AZRG) im Bundesgebiet aufhalten, sind die Zu- und Abwan-

⁴ Die Bundesregierung hat in den letzten Jahren große Anstrengungen unternommen, die Datenlage zum Bereich Migration und Integration zu verbessern, z.B. durch die Speicherung der Aufenthaltszwecke im AZR (siehe unten) oder die Erfassung des Migrationshintergrunds im Mikrozensus (siehe Kapitel 6.2). Gleichwohl sind z.B. Abbildungen von Wanderungsbewegungen oder Integrationsverläufen weiterhin nur bedingt möglich. Eine Ausweitung der empirischen Sozialforschung im Bereich von Migration und Integration könnte hier zum Abbau von noch vorhandenen Wissensdefiziten beitragen (vgl. Lederer 2004: 102ff). Dem Zweck der Abbildung von Integrationsverläufen dient die im Juni 2008 vom Bundeskabinett verabschiedete Konzeption „Integration fördern – Erfolge messen – Zukunft gestalten“ für ein bundesweites Integrationsmonitoring (vgl. dazu die Pressemitteilung der Bundesregierung Nr. 201 vom 4. Juni 2008). Im Juni 2009 hat die Bundesregierung den ersten Integrationsindikatorenbericht vorgelegt (vgl. Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration: Integration in Deutschland – Erster Integrationsindikatorenbericht: Erprobung des Indikatorensets und Bericht zum bundesweiten Integrationsmonitoring).

⁵ Durch das Zuwanderungsgesetz wurde dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mit Wirkung zum 1. Januar 2005 die Registerführung für das AZR übertragen. Bis dahin war das Bundesverwaltungsamt (BVA) in Köln die zentrale Behörde, bei der das AZR geführt wurde. Das BVA bleibt weiterhin zentraler Dienstleister für das operative Geschäft. Es verarbeitet und nutzt die Daten jedoch im Auftrag und nach Weisung des BAMF (§ 1 Abs. 1 AZRG – Gesetz über das Ausländerzentralregister).

⁶ Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (Aufenthaltsgesetz – AufenthG).

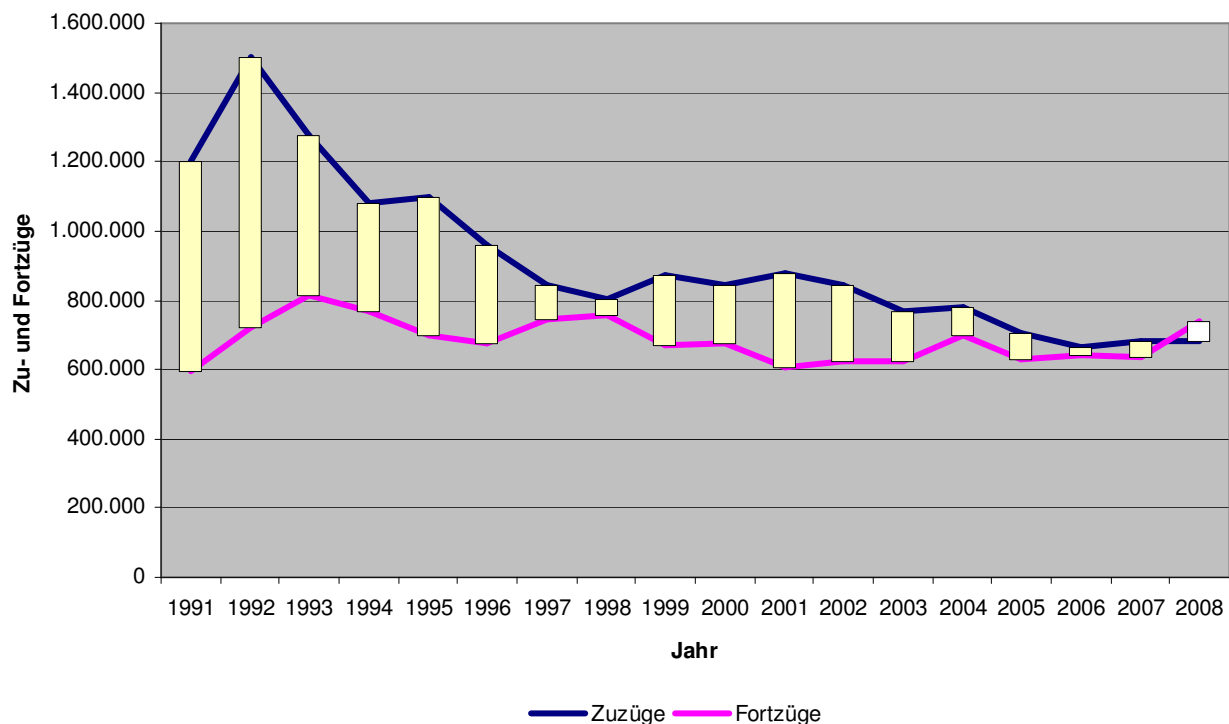
⁷ Eine Differenzierung nach Aufenthaltszwecken ist nur bei Drittstaatsangehörigen möglich.

derungszahlen auf Basis des AZR auch aus diesem Grund niedriger als die fallbezogenen Zahlen der Wanderungsstatistik des Statistischen Bundesamtes. In der Regel gehen Ausländer in das AZR erst ein, wenn sie sich länger als drei Monate in Deutschland aufhalten, während Personen in die Zu- und Fortzugsstatistik eingehen, sobald sie sich an- bzw. abmelden.

In Folgenden wird zunächst ein Überblick über das Migrationsgeschehen in Deutschland anhand der amtlichen Wanderungsstatistik gegeben. In den weiteren Unterkapiteln wird dann eine Differenzierung der Zu- und Fortzüge nach verschiedenen Kriterien (Herkunfts- und Zielland, Staatsangehörigkeit, Bundesländer, Alter, Geschlecht, Aufenthaltszweck) vorgenommen. Grundlage hierzu sind die Daten des Statistischen Bundesamtes sowie das Ausländerzentralregister (AZR).

1.2 Migrationsgeschehen insgesamt

Abbildung 1-1: Zu- und Fortzüge über die Grenzen Deutschlands von 1991 bis 2008



Quelle: Statistisches Bundesamt

Von 1991 bis 2008 wurden etwa 16,5 Millionen Zuzüge vom Ausland nach Deutschland registriert. Diese hohen Zuzugszahlen resultieren vor allem aus dem - bis Mitte der 1990er Jahre - erhöhten Zuzug von (Spät-)Aussiedlern, der bis 1992 gestiegenen Zahl von Asylsuchenden, die seitdem jedoch kontinuierlich gesunken ist, den seit 1991/92 aus dem ehemaligen Jugoslawien geflohenen Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlingen, von denen die meisten bereits wieder in ihre Heimat zurückgekehrt sind, sowie aus der gestiegenen, aber zeitlich begrenzten Arbeitsmigration aus Nicht-EU-Staaten, insbesondere von Werkvertrags- und Saisonarbeitnehmern (die aber nur teilweise in die Wanderungsstatistik eingingen – siehe auch Kapitel 2.5.1.2). Im gleichen Zeitraum waren 12,3 Millionen Fortzüge aus dem Bundesgebiet ins Ausland zu verzeichnen. Die letzten siebzehn Jahre im Saldo betrachtet, ergeben einen Wanderungsüberschuss von fast 4,2 Millionen. Während für

das Migrationsgeschehen der 1990er Jahre in Deutschland die Öffnung des "Eisernen Vorhangs", die eine erleichterte Ausreise aus den osteuropäischen Staaten ermöglichte sowie die Bürgerkriegssituation in Jugoslawien bestimmend waren, hat sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts das Migrationsgeschehen auf einem niedrigeren Niveau stabilisiert.⁸

Tabelle 1-1: Zu- und Fortzüge über die Grenzen Deutschlands von 1991 bis 2008

Jahr	Zuzüge			Fortzüge			Wanderungssaldo (Zuzugs-/ bzw. Fortzugsüberschuss)	
	Gesamt	dar. Ausländer	Anteil in %	Gesamt	dar. Ausländer	Anteil in %	Gesamt	dar. Ausländer
1991	1.198.978	925.345	77,2	596.455	497.540	83,4	+602.523	+427.805
1992	1.502.198	1.211.348	80,6	720.127	614.956	85,4	+782.071	+596.392
1993	1.277.408	989.847	77,5	815.312	710.659	87,2	+462.096	+279.188
1994	1.082.553	777.516	71,8	767.555	629.275	82,0	+314.998	+148.241
1995	1.096.048	792.701	72,3	698.113	567.441	81,3	+397.935	+225.260
1996	959.691	707.954	73,8	677.494	559.064	82,5	+282.197	+148.890
1997	840.633	615.298	73,2	746.969	637.066	85,3	+93.664	-21.768
1998	802.456	605.500	75,5	755.358	638.955	84,6	+47.098	-33.455
1999	874.023	673.873	77,1	672.048	555.638	82,7	+201.975	+118.235
2000	841.158	649.249	77,2	674.038	562.794	83,5	+167.120	+86.455
2001	879.217	685.259	77,9	606.494	496.987	81,9	+272.723	+188.272
2002	842.543	658.341	78,1	623.255	505.572	81,1	+219.288	+152.769
2003	768.975	601.759	78,3	626.330	499.063	79,7	+142.645	+102.696
2004 ¹	780.175	602.182	77,2	697.632	546.965	78,4	+82.543	+55.217
2005	707.352	579.301	81,9	628.399	483.584	77,0	+78.953	+95.717
2006	661.855	558.467	84,4	639.064	483.774	75,7	+22.791	+74.693
2007	680.766	574.752	84,4	636.854	475.749	74,7	+43.912	+99.003
2008	682.146	573.815	84,1	737.889	563.130	76,3	-55.743	+10.685

Quelle: Statistisches Bundesamt

1) Zahlen für 2004 überhöht, da Hessen zu hohe Wanderungszahlen von Deutschen gemeldet hat.

Nachdem im Jahr 2006 mit 661.855 Zuzügen die niedrigsten Zuzugszahlen seit der Wiedervereinigung registriert wurden, stieg die Zahl in den beiden Folgejahren wieder leicht an. Im Jahr 2008 wurden 682.146 Zuzüge verzeichnet, darunter 573.815 Zuzüge von ausländischen Staatsangehörigen (vgl. Tabelle 1-1). Damit ist die Zahl der gesamten Zuzüge minimal um 0,2% gegenüber 2007 (680.766 Zuzüge) angestiegen. Während die Zahl der Zuzüge im Vergleich zum Vorjahr relativ konstant blieb, stieg die Zahl der Fortzüge im Jahr 2008 stark an. Im Jahr 2008 wurden 737.889 Fortzüge registriert, darunter 563.130 Fortzüge von Ausländern.⁹ Die Zahl der gesamten Fortzüge stieg damit gegenüber 2007 (636.854 Fortzüge) um 101.035 Fortzüge bzw. 15,9%. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass aufgrund der bundesweiten Einführung der persönlichen Steuer-Identifikationsnummer im Jahr 2008 umfangreiche Bereinigungen der Melderegister vorgenommen wurden, die zu zahlreichen Abmeldungen von Amts wegen geführt haben. Da der Umfang dieser Bereinigungen aus den Meldungen der Meldebehörden statistisch nicht ermittelt werden kann,

⁸ Zum Wanderungsgeschehen seit 1950 vgl. Tabelle 1-6 im Anhang.

⁹ Bei den Zu- und Fortzugszahlen für das Jahr 2008 aus der Wanderungstatistik handelt es sich um vorläufige Zahlen.

bleiben der tatsächliche Umfang der Fortzüge im Jahr 2008 und die Entwicklung gegenüber den Vorjahren unklar.¹⁰

Im Jahr 2008 wurde erstmals seit 1984¹¹ wieder mit –55.743 ein negativer Gesamtwanderungssaldo (Deutsche und Ausländer) registriert. Im Vorjahr wurde noch ein Wanderungsüberschuss von +43.912 Zuzügen festgestellt. Der Wanderungssaldo 2008 setzt sich zusammen aus einem Wanderungsverlust deutscher Personen von –66.428 und einem – trotz der Bereinigung der Melderegister – leichten Wanderungsüberschuss von +10.685 bei Ausländern. Im Vergleich zum Vorjahr (+99.003 Zuzüge) ist der weiterhin positive Wanderungssaldo bei ausländischen Staatsangehörigen jedoch deutlich geringer ausgefallen. Dagegen ist bei Deutschen bereits seit dem Jahr 2005 (auch unter Berücksichtigung der Spätaussiedler) ein Wanderungsverlust zu verzeichnen (2007: –55.091). Aufgrund der o. g. Bereinigungen aus den Meldungen der Melderegister bleibt die tatsächliche Höhe des Wanderungssaldos jedoch unklar.

Der Anteil ausländischer Staatsangehöriger am Zuwanderungsgeschehen betrug im Jahr 2008 84,1% (vgl. Tabelle 1-1). Der Anteil Deutscher an der Zuwanderung lag dementsprechend bei 15,9%. Insgesamt ist der Ausländeranteil an der Zuwanderung seit Mitte der 1990er Jahre deutlich angestiegen. Grund hierfür ist der anhaltende, in den Jahren seit 2006 deutlich ausgefallene Rückgang der Zuwanderung von Spätaussiedlern und ihrer Familienangehörigen. Personen, die im Rahmen des (Spät-)Aussiedlerzuzugs in Deutschland Aufnahme finden, gehen zum Großteil als Deutsche in die Zuzugsstatistik ein (vgl. hierzu ausführlich Kapitel 2.3). Des weiteren handelt es sich bei der Zuwanderung von Deutschen um aus dem Ausland rückwandernde deutsche Staatsangehörige (vgl. dazu Kapitel 2.9). Insgesamt wurden im Zeitraum von 1991 bis 2008 fast 3,7 Millionen Zuzüge von Deutschen registriert, darunter – insbesondere in der ersten Hälfte der neunziger Jahre – viele (Spät-)Aussiedler. Im selben Zeitraum verließen jedoch auch etwa 2,3 Millionen deutsche Staatsangehörige das Bundesgebiet für längere Zeit oder für immer. Dabei wurden seit 1992 jährlich mehr als 100.000 Fortzüge von Deutschen verzeichnet. 2008 waren es mehr fast 175.000 Fortzüge. Insgesamt stieg die Zahl der Fortzüge von Deutschen in den letzten Jahren an und erreichte 2008 die höchste registrierte Zahl an Fortzügen seit Beginn der 1950er Jahre.¹² Damit erhöhte sich auch der Anteil deutscher Staatsangehöriger an der Abwanderung (vgl. dazu Kapitel 3.2). Dieser Anteil betrug im Jahr 2008 23,7%, nachdem er bis zum Jahr 2002 jährlich bei unter 20% lag.

1.3 Herkunfts- und Zielländer

Wie die Jahre zuvor, so betraf auch im Jahr 2008 der Großteil des Migrationsgeschehens in Deutschland Menschen aus europäischen Staaten: fast drei Viertel aller zugezogenen Personen (72,6%) stammten aus Europa.¹³ Allein 20,5% kamen aus den alten Staaten der Europäischen Union (EU-14) und 37,0% aus den zwölf neuen EU-Staaten (EU-12)^{14, 15}. Damit liegt der Anteil der

¹⁰ Vgl. dazu die Pressemitteilung Nr. 276 des Statistischen Bundesamtes vom 23. Juli 2009.

¹¹ Im Jahr 1984 wurde ein negativer Wanderungssaldo von -194.445 verzeichnet.

¹² Da jedoch die Größenordnung der vorgenommenen Bereinigung (Abmeldungen von Amts wegen) nicht ermittelt werden kann, bleibt der tatsächliche Umfang der Fortzüge im Jahr 2008 unklar. Man kann jedoch davon ausgehen, dass der Trend der Abwanderung von Deutschen auch im Jahr 2008 anhielt.

¹³ Europäische Union und europäische Drittstaaten inklusive der Türkei und der Russischen Föderation. Beide werden in den amtlichen Statistiken als Ganzes zu Europa gezählt.

¹⁴ Hier und im Folgenden wird der Begriff EU-14 – und nicht wie üblich die Bezeichnung EU-15 – verwendet, da das Migrationsgeschehen aus der Sicht Deutschlands dargestellt wird. Dementsprechend handelt es sich bei Zu- bzw. Fortzügen aus den bzw. in die Staaten der EU-14 um Zu- bzw. Fortzüge aus folgenden 14 EU-

Zuzüge aus den EU-Staaten bei 57,6% aller Zuzüge (zur EU-Binnenmigration vgl. Kapitel 2.2). Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Anteile innerhalb der EU leicht zugunsten der alten EU-Staaten verschoben (2007: 19,0% aller Zuzüge aus den EU-14-Staaten und 39,1% aus den EU-12-Staaten).

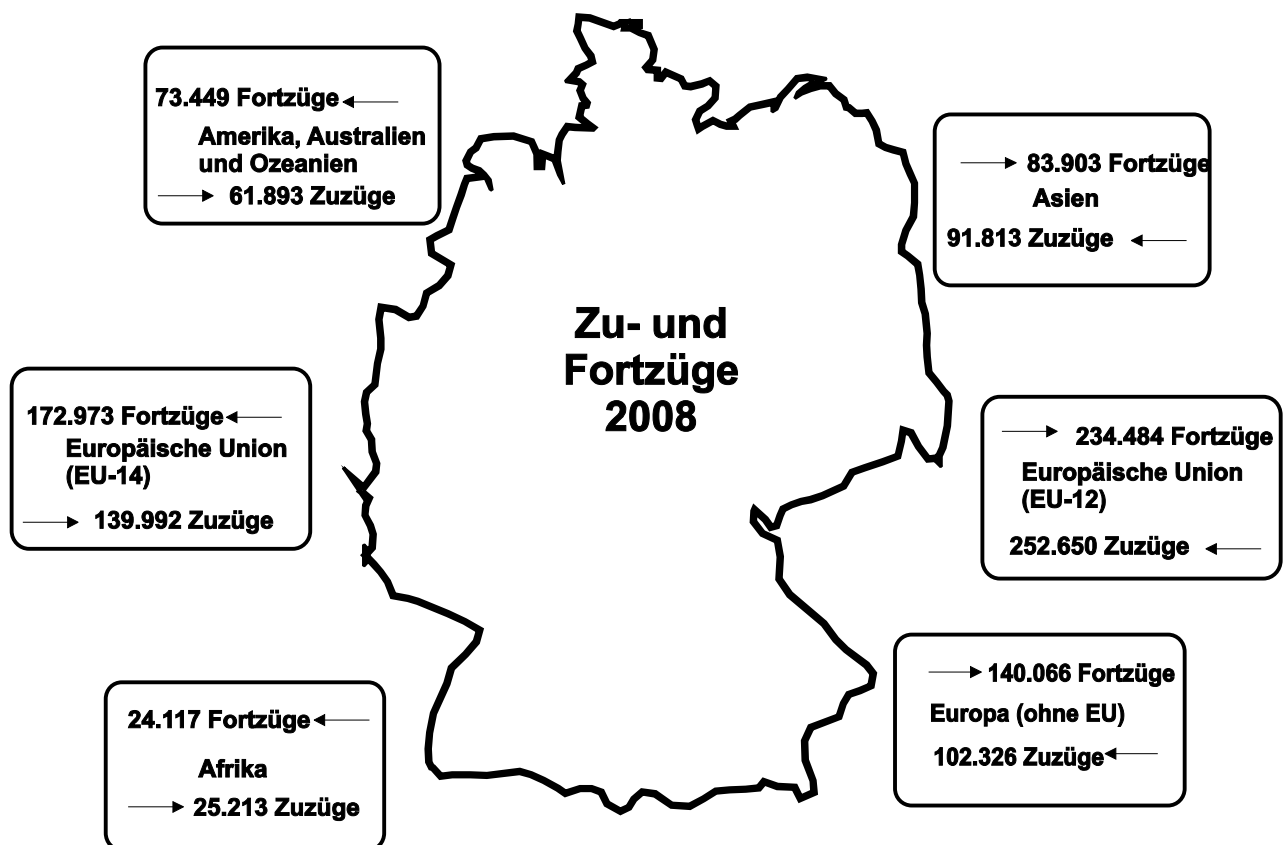
15,0% aller zugezogenen Personen kam aus dem übrigen Europa. Weitere 13,5% der Zugezogenen des Jahres 2008 kamen aus Asien. Damit hat sich deren Anteil gegenüber 2007 (12,3%) leicht erhöht. Nur 3,7% zogen aus Ländern Afrikas nach Deutschland (2007: ebenfalls 3,7%), weitere 9,1% aus Amerika, Australien und Ozeanien (2007: 8,4%). Auch unter den Fortgezogenen aus Deutschland war Europa die Hauptzielregion: 74,2% zogen aus Deutschland in ein anderes europäisches Land. Ein knappes Viertel (23,4%) reiste in einen der alten und 31,8% in einen der neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU-10: 24,5%; EU-2: 7,3%). 19,0% der Abwanderer zogen in einen europäischen Nicht-EU-Staat (vgl. Abbildung 1-2). Der Anteil der Fortzüge nach Asien betrug 11,4%, derjenige nach Amerika, Australien und Ozeanien 10,0%. Nach Afrika wanderten lediglich 3,3%.

Nachdem der Migrationssaldo mit den alten Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU-14) im Jahr 2001 eher ausgeglichen war, - die Zahl der Zuzüge entsprach in etwa der Zahl der Fortzüge, - fiel er in den Folgejahren negativ aus. Im Jahr 2008 betrug er -32.981 (2007: -19.488). Dagegen wurden aus den neuen EU-Staaten mehr Zu- als Fortzüge registriert, so dass sich hier im Jahr 2007 ein Wanderungsüberschuss von +18.166 ergab (EU-10: +584; EU-2: +17.582). Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Wanderungsüberschuss jedoch deutlich verringert (2007: +73.123). Gegenüber den europäischen Nicht-EU-Staaten wurde ein negativer Wanderungssaldo registriert (-37.740). Auch gegenüber Amerika wurde ein Wanderungsverlust verzeichnet (-11.556). Dagegen war gegenüber Asien auch im Jahr 2008 mit +7.910 ein positiver Wanderungssaldo zu verzeichnen. Insgesamt hat sich der Wanderungsüberschuss aus Asien in den letzten Jahren jedoch deutlich verringert. Im Jahr 2001 lag er noch bei +119.997. Auch gegenüber Afrika wurde ein positiver Saldo registriert (+1.096).

Staaten: Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden und Spanien. Bei den EU-12-Staaten handelt es sich zum einen um die zehn zum 1. Mai 2004 der EU beigetretenen Staaten Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern (EU-10) sowie um die zum 1. Januar 2007 beigetretenen Staaten Bulgarien und Rumänien. Die letzteren beiden Staaten werden häufig auch als EU-2-Staaten bezeichnet.

¹⁵ Anteil der EU-10-Staaten: 26,6%; Anteil der EU-2-Staaten: 10,5%.

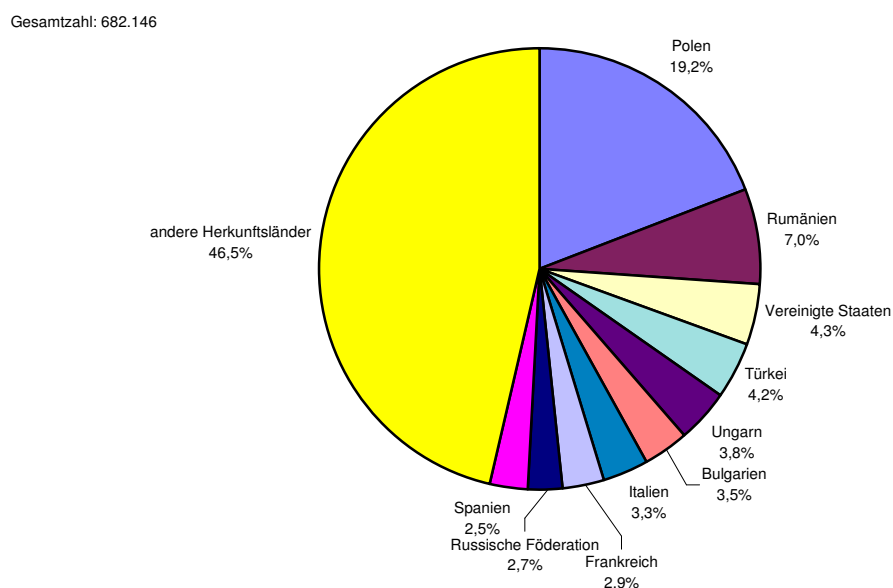
Abbildung 1-2: Zu- und Fortzüge nach und aus Deutschland im Jahr 2008 (Ausländer und Deutsche)



Quelle: Statistisches Bundesamt

Einen detaillierten Überblick über die Herkunfts- bzw. Zielstruktur der Zu- bzw. Fortzüge vermitteln die Abbildungen 1-3 bis 1-7 sowie die Tabellen 1-6 und 1-7 im Anhang.

Abbildung 1-3: Zuzüge im Jahr 2008 nach den häufigsten Herkunftsländern



Quelle: Statistisches Bundesamt

Hauptherkunftsland im Jahr 2008 war – wie in den Jahren zuvor – Polen mit 131.308 Zuzügen. Davon waren etwa zwei Drittel Zuzüge von Männern (vgl. Tabelle 1-9 im Anhang und Kapitel 1.7). Die Zuzüge aus Polen entsprachen einem Anteil von 19,2% an allen Zuzügen (2007: 22,6%) (vgl. Abbildung 1-3 und Tabelle 1-7 im Anhang). Im Vergleich zum Vorjahr, in dem 153.589 Zuzüge aus Polen registriert wurden, war damit ein Rückgang der Zuzüge aus Polen um 14,5% zu verzeichnen. Insgesamt war jedoch seit dem EU-Beitritt Polens ein Anstieg der Zuzüge festzustellen. Zahlreiche Polen kamen zur temporären Arbeitsaufnahme als Werkvertrags- oder Saisonarbeitnehmer, die jedoch mehrheitlich nicht in der Wanderungsstatistik erfasst wurden (siehe auch Kapitel 2.5.1).

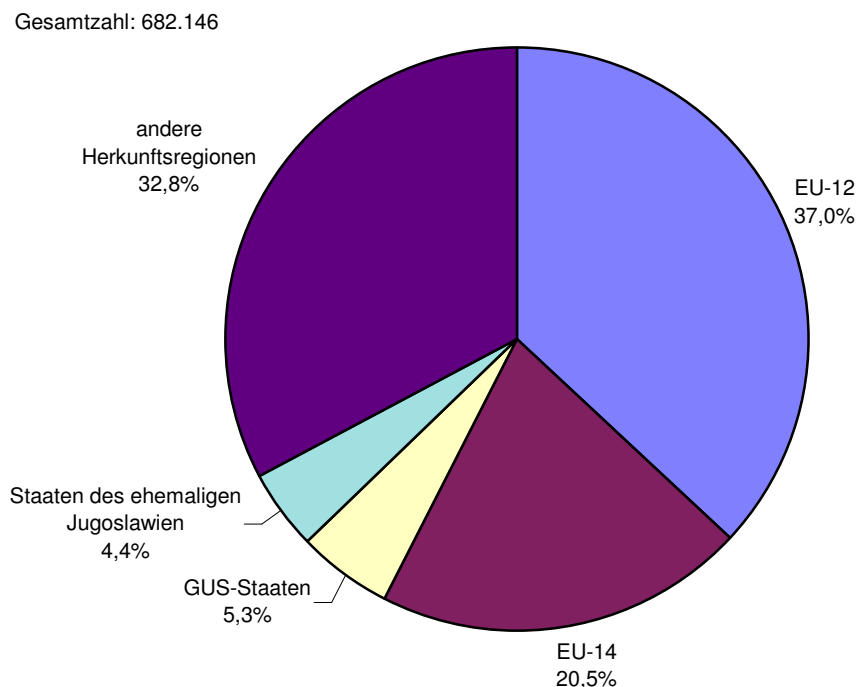
Aus Rumänien, dem mit einem Anteil von 7,0% an den Zuzügen im Jahr 2008 quantitativ zweitwichtigsten Herkunftsland (2007: 6,4%), wurden 47.642 Zuzüge nach Deutschland registriert. Damit wurde auch im zweiten Jahr nach dem Beitritt zur EU ein weiterer Anstieg der Zuzüge aus Rumänien registriert (+9,6%), nachdem die Zahl der Zuzüge bereits von 2006 auf 2007 um 82,3% angestiegen war. Das drittstärkste Herkunftsland bilden die Vereinigten Staaten mit 29.145 registrierten Zuzügen und einem Anteil von 4,3% (2007: 4,0%),¹⁶ vor der Türkei mit einem Anteil von 4,2% (2007: ebenfalls 4,2%). Aus der Türkei wurden 28.742 Zuzüge nach Deutschland registriert. Dies entspricht einem minimalen Rückgang um 0,1% im Vergleich zum Vorjahr. Insgesamt wurde damit die niedrigste Zahl an Zuzügen aus der Türkei seit 1983 verzeichnet. Das Migrationsgeschehen aus der Türkei ist insbesondere durch Zuwanderung im Rahmen des Ehegatten- und Familiennachzugs (siehe Kapitel 2.7) und Asylantragsteller (siehe Kapitel 2.6.2), zunehmend jedoch auch durch den Zuzug von Fachkräften (siehe Kapitel 2.5.1.3), gekennzeichnet.

Die weiteren Hauptherkunftsländer im Jahr 2008 waren Ungarn (3,8%) und Bulgarien (3,5%). Dabei ist die Zahl der Zuzüge aus Bulgarien – ebenso wie im Falle Rumäniens – im zweiten Jahr nach dem EU-Beitritt weiter auf 23.834 Zuzüge angestiegen (+15,1%). Von 2006 auf 2007 war jedoch mit einem Anstieg der Zuzüge um 170,0% von 7.655 im Jahr 2006 auf 20.702 Zuzüge im Jahr 2007 eine deutlich stärkere Zunahme zu verzeichnen. Der Anteil der Zuzüge aus Italien betrug 3,3%. Die Zahl der Zuzüge aus Italien blieb damit in den letzten Jahren relativ konstant, ebenso wie die Zuzugszahlen aus Frankreich mit einem Anteil von 2,9% im Jahr 2008. Dagegen ist die Zahl der Zuzüge aus der Russischen Föderation seit Jahren rückläufig (Anteil 2008: 2,7%). Dies liegt insbesondere am Rückgang der Spätaussiedlerzahlen, die auch im Jahr 2008 weiter gesunken sind. Insgesamt waren noch etwa 23% der Zugezogenen aus der Russischen Föderation Deutsche. Dieser Anteil ist in den letzten Jahren deutlich gesunken. Im Jahr 2000 lag er noch bei etwa 56% (siehe dazu auch Kapitel 2.3).¹⁷

¹⁶ Etwas mehr als ein Drittel (36,1%) der Zuziehenden aus den USA waren deutsche Staatsangehörige.

¹⁷ Der deutliche Rückgang der Zuwanderung von Spätaussiedlern und ihrer Familienangehörigen hat auch bei den Zuzügen aus Kasachstan zu einem weiteren Absinken von 3.827 Zuzügen im Jahr 2007 auf 3.313 Zuzüge im Jahr 2008 geführt. 2005 wurden noch 15.384 Zuzüge aus Kasachstan registriert (vgl. Tabelle 1-7 im Anhang). Der Anteil der Deutschen an den Zuzügen aus Kasachstan lag im Jahr 2008 bei 43% (2007: 49%).

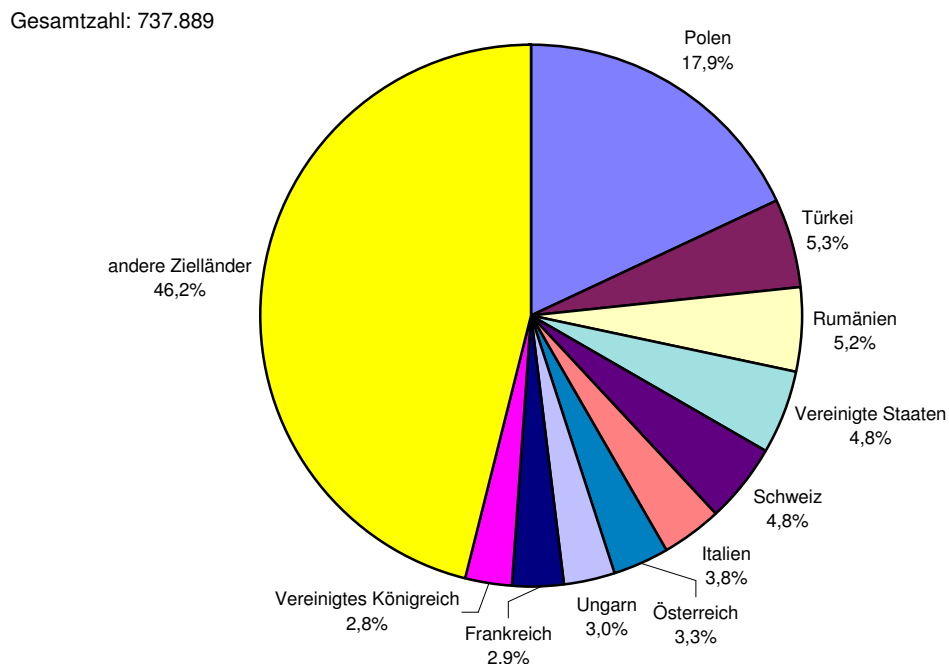
Abbildung 1-4: Zuzüge im Jahr 2008 nach ausgewählten Herkunftsregionen



Quelle: Statistisches Bundesamt

Eine Differenzierung der Zuzüge nach Herkunftsregionen zeigt, dass die meisten Zuzüge nach Deutschland im Jahr 2008 mit 37,0% bzw. 252.650 Zuzügen aus dem Gebiet der neuen EU-Staaten (EU-12) zu verzeichnen waren (vgl. Abbildung 1-4). Aus den alten EU-Staaten (EU-14) wurden 139.992 Zuzüge registriert (20,5% aller Zuzüge). Der Anteil der Zuzüge aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion (ohne die baltischen Staaten), der im Jahr 2005 noch 11,6% (82.098 Zuzüge) betrug, sank in den beiden Folgejahren und betrug im Jahr 2008 5,3% (36.193 Zuzüge). Hauptursache hierfür ist der starke Rückgang der Zuwanderung von Spätaussiedlern und ihrer Familienangehörigen seit 2005 (vgl. Kapitel 2.3.5). Aus den Staaten des ehemaligen Jugoslawien (ohne Slowenien) wurden 29.907 Zuzüge registriert. Dies entspricht einem Anteil von 4,4% an allen Zuzügen. Dabei ist die absolute Zahl der Zuzüge aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien im Vergleich zum Vorjahr (2007: 30.168 Zuzüge) erneut gesunken. Der Rückgang der Zuzugszahlen aus dieser Region ist auf die Stabilisierung der politischen Verhältnisse auf dem Balkan seit dem Jahr 2000 zurückzuführen.

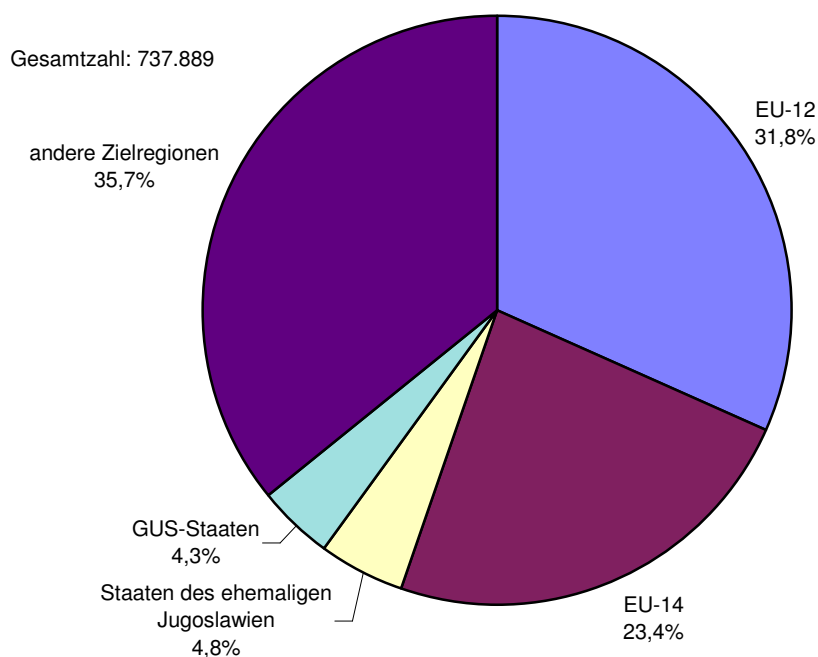
Abbildung 1-5: Fortzüge im Jahr 2008 nach den häufigsten Zielländern



Quelle: Statistisches Bundesamt

Hauptzielland im Jahr 2008 war Polen mit 132.438 registrierten Fortzügen aus Deutschland (2007: 120.791). Dies entsprach einem Anteil von 17,9% an allen Fortzügen des Jahres 2008 (vgl. Abbildung 1-5 und Tabelle 1-8 im Anhang). 70,4% der Fortzüge nach Polen waren Fortzüge von Männern (vgl. Tabelle 1-9 im Anhang). Die Zahl der Fortzüge ist im Vergleich zum Vorjahr um 9,6% angestiegen. 5,3% der Fortzüge entfielen auf die Türkei, 5,2% auf Rumänien, jeweils 4,8% auf die Vereinigten Staaten und die Schweiz, 3,8% auf Italien. Dabei war der Großteil der in die Schweiz abgewanderten Personen Deutsche (83,1% der 35.061 registrierten Fortzüge in die Schweiz im Jahr 2008). Auch bei den in die USA Fortgezogenen stellten deutsche Staatsangehörige mit 43,4% einen relativ hohen Anteil (vgl. dazu auch Kapitel 3.2). Dagegen war die Russische Föderation, aus der zu einem großen Teil Spätaussiedler und ihre Familienangehörigen nach Deutschland zuzogen, nicht unter den häufigsten Zielländern zu finden: Nur wenige der Spätaussiedler und ihrer Angehörigen kehren in ihre Herkunftsgebiete zurück.

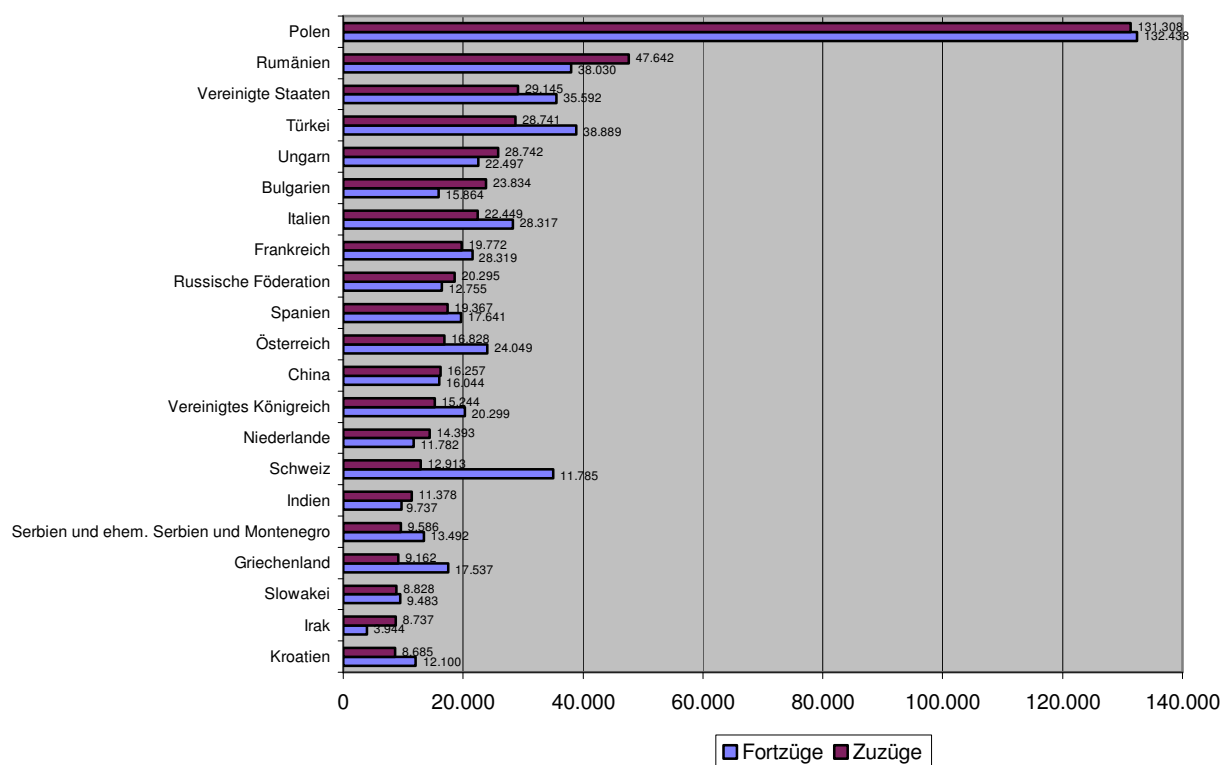
Abbildung 1-6: Fortzüge im Jahr 2008 nach ausgewählten Zielregionen



Quelle: Statistisches Bundesamt

Eine Betrachtung der Fortzüge nach Zielregionen zeigt, dass die neuen EU-Staaten (EU-12) mit 234.484 Fortzügen bzw. 31,8% an der Gesamtabwanderung Hauptzielgebiet im Jahr 2008 waren (vgl. Abbildung 1-6). Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der Fortzüge in die neuen EU-Staaten deutlich angestiegen (2007: 192.804 Fortzüge). 172.973 Fortzüge aus Deutschland erfolgten in einen der alten EU-Staaten (EU-14). Dies entsprach einem Anteil von 23,4% an allen Fortzügen. Damit war der Anteil der Fortzüge in die neuen EU-Staaten im Jahr 2008 – wie bereits 2007 – höher als der in die alten EU-Staaten. 4,8% der Fortzüge im Jahr 2008 betrafen einen Nachfolgestaat des ehemaligen Jugoslawien (ohne Slowenien) (35.100 Fortzüge), 4,3% einen der Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion (ohne die baltischen Staaten) (31.664 Fortzüge).

Abbildung 1-7: Zu- und Fortzüge nach den häufigsten Herkunfts- und Zielländern im Jahr 2008



Quelle: Statistisches Bundesamt

Nachdem in den Vorjahren gegenüber Polen jeweils ein deutlich positiver Wanderungssaldo zu verzeichnen war (2007: +32.798), war im Jahr 2008 mit –1.130 erstmalig seit 1993 wieder ein leichter Wanderungsverlust festzustellen (vgl. Abbildung 1-7). Ein weiterhin deutlicher Wanderungsüberschuss war 2008 im Fall von Rumänien (+9.612) und Bulgarien (+7.970) zu registrieren, der im Vergleich zum ersten Jahr nach dem EU-Beitritt jedoch nicht so stark ausfiel. 2007 belief sich der Wanderungssaldo gegenüber Rumänien auf +19.402, gegenüber Bulgarien auf +12.320.¹⁸ Grund für den Rückgang sind die im Vergleich zu den Zuzugszahlen stärker gestiegenen Fortzugszahlen.

Mehr Zu- als Fortzüge wurden 2008 auch gegenüber Ungarn (+3.375), den Niederlanden (+2.608), der Russischen Föderation (+2.212), dem Irak (+4.793) und Indien (+1.641) registriert. Im Fall der Russischen Föderation hat sich der Wanderungsüberschuss damit weiter verringert, nachdem dieser bereits von 2006 auf 2007 zurückging (von +9.374 auf +7.565). Während das Migrationsgeschehen mit Polen durch zumeist temporäre Arbeitsmigration gekennzeichnet ist, zeichnet sich die Zuwanderung aus der Russischen Föderation durch eher dauerhafte Formen der Migration aus. Ein Großteil der Zuzüge aus der Russischen Föderation entfällt auf Spätaussiedler und jüdische Zuwanderer mit ihren Familienangehörigen, beides Zuwanderergruppen, die sich weitgehend dauerhaft in Deutschland niederlassen. Die Zuwanderung insbesondere der Spätaussiedler ist jedoch in den letzten Jahren stark zurückgegangen (vgl. Kapitel 2.3). Der Wanderungsüberschuss gegenüber dem Irak ist auf die stark gestiegenen Asylbewerberzahlen (vgl. dazu Kapitel 2.6.2) zurückzuführen, im Falle Indiens hat dagegen ein Anstieg der Zahl der Fachkräfte und ihrer Familienangehörigen zu dem positiven Wanderungssaldo beigetragen (vgl. Kapitel 2.5.1.3 bis 2.5.1.5).

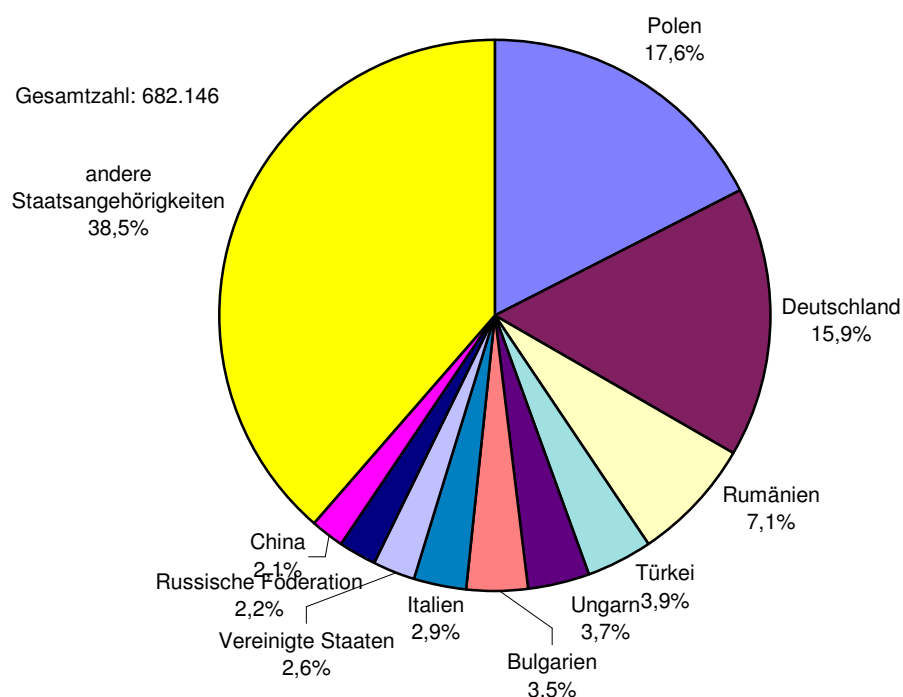
¹⁸ Im Jahr 2006 wurde für Rumänien ein Wanderungssaldo von +2.989 und für Bulgarien von +503 registriert.

Dagegen ist im Jahr 2008 insbesondere gegenüber der Schweiz (-22.148), der Türkei (-10.147), Griechenland (-8.375), Österreich (-7.221), den Vereinigten Staaten (-6.447), Italien (-5.870), dem Vereinigten Königreich (-5.055) und Kanada (-4.174) ein deutlich negativer Wanderungssaldo festzustellen. Im Falle der Schweiz, Österreichs, des Vereinigten Königreichs, den Vereinigten Staaten und Kanadas ist der Wanderungsverlust insbesondere auf die Abwanderung deutscher Staatsangehöriger zurückzuführen (vgl. dazu Kapitel 3.2). Gegenüber der Türkei hat sich der im Jahr 2006 erstmals seit 1985 wieder negativ ausgefallene Wanderungssaldo (2006: -1.780) in den beiden Folgejahren weiter vergrößert (2007: -3.246). Im Jahr 2002 betrug die Nettozuwanderung aus der Türkei noch +21.908.

1.4 Zu- und Fortzüge nach Staatsangehörigkeit

Im Unterschied zur Differenzierung der Zu- und Fortzüge nach Herkunfts- und Zielländern in Kapitel 1.3 wird das Wanderungsgeschehen Deutschlands in diesem Kapitel nach der Staatsangehörigkeit der Migranten aufgeschlüsselt. Es ist zu beachten, dass sich die Staatsangehörigkeit eines Migranten nicht notwendigerweise mit dem Herkunfts- oder Zielland der Zu- oder Fortzüge deckt.

Abbildung 1-8: Zuzüge im Jahr 2008 nach den zehn häufigsten Staatsangehörigkeiten



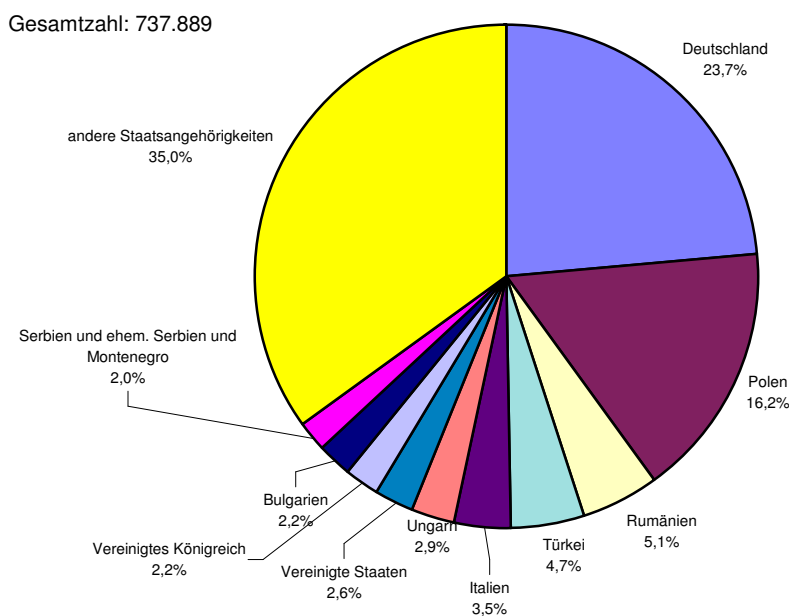
Quelle: Statistisches Bundesamt

Die größte Gruppe der Zugezogenen im Jahr 2008 waren, wie in den Vorjahren, polnische Staatsangehörige mit 119.867 Zuzügen (2007: 140.870). Dies entspricht einem Anteil von 17,6% an der Gesamtzuwanderung. Allerdings ist die Zahl der Zuzüge polnischer Staatsangehöriger im Vergleich zum Vorjahr um etwa 15% gesunken. Insgesamt liegt die Zahl der Zuzüge polnischer

Staatsangehöriger jedoch weiterhin deutlich über den Zuzugszahlen, die vor dem Beitritt Polens im Jahr 2004 registriert wurden (vgl. Tabelle 1-10 im Anhang). Die zweitgrößte Gruppe an den Zuzügen bildeten Deutsche mit 108.331 Zuzügen (2007: 106.014). Dies entspricht einem Anteil von 15,9% an allen Zuzügen (vgl. Abbildung 1-8 und Tabelle 1-2). Diese Gruppe setzte sich zum einen aus Personen zusammen, die im Rahmen der Spätaussiedleraufnahme eingereist waren¹⁹ (vgl. hierzu ausführlich Kapitel 2.3), zum anderen – und mittlerweile weitaus größeren Teil – aus einer beachtlichen Anzahl an deutschen Rückwanderern (siehe Kapitel 2.9). Nicht nur die Anzahl, auch der Anteil der Spätaussiedler an den Zuzügen von Deutschen ist im Jahr 2008 weiter zurückgegangen. Er betrug 3,6%.²⁰ Im Jahr 2005 lag dieser Anteil noch bei 24,0%.

7,1% bzw. 48.225 Personen der im Jahr 2008 Zugezogenen besaßen die rumänische Staatsangehörigkeit (2007: 43.894). Damit stieg die Zahl der Zuzüge rumänischer Staatsangehöriger auch im zweiten Jahr nach dem EU-Beitritt weiter an (+9,9% im Vergleich zum Vorjahr), nachdem bereits von 2006 auf 2007 ein Anstieg um 84,9% zu verzeichnen war. Türkische Staatsangehörige stellten mit 26.653 Personen 3,9% an den Zuzügen des Jahres 2008 (2007: 27.599). Die Zahl der Zuzüge türkischer Staatsangehöriger ist damit seit dem Jahr 2002, in dem sie mit etwa 58.000 Zuzügen noch 6,9% der Zugezogenen stellten, kontinuierlich gesunken. Weitere 3,7% der Zuwanderer stammten aus Ungarn (25.151 Zuzüge), 3,5% aus Bulgarien. Insbesondere bei bulgarischen Staatsangehörigen war im Jahr des EU-Beitritts ein deutlicher Anstieg der Zuzugszahlen festzustellen. So stieg die Zahl der Zuzüge von Bulgaren im Jahr 2007 gegenüber dem Vorjahr um 170,0% von 7.749 auf 20.919 Zuzüge. Im Jahr 2008 war ein weiterer Anstieg auf 24.093 Zuzüge festzustellen (+15,2% gegenüber 2007).

Abbildung 1-9: Fortzüge im Jahr 2008 nach den zehn häufigsten Staatsangehörigkeiten



Quelle: Statistisches Bundesamt

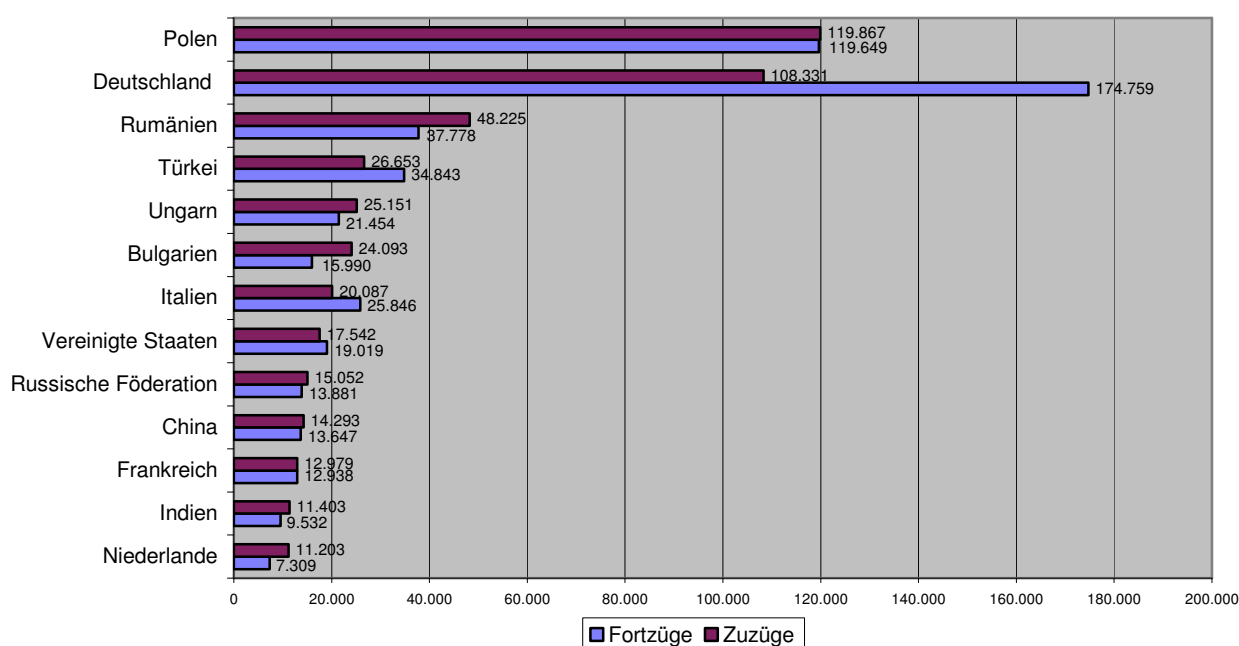
¹⁹ Die im Rahmen des Spätaussiedlerzuzugs aufgenommenen Personen erwerben die deutsche Staatsangehörigkeit erst mit der Bescheinigung über ihren Aufnahmestatus (außer weiteren nichtdeutschen Familienangehörigen nach § 8 Abs. 2 BVFG), gehen jedoch in die Statistik als Deutsche ein (vgl. dazu ausführlicher Kapitel 2.3).

²⁰ Von den 4.362 Personen, die im Jahr 2008 im Rahmen des Spätaussiedlerzuzugs nach Deutschland kamen, wurden 3.950 als Deutsche registriert.

Bei den Fortzügen stellten deutsche Staatsangehörige im Jahr 2008 mit fast einem Viertel der Gesamtabwanderung die größte Gruppe (23,7% bzw. 174.759 Fortzüge)²¹ vor polnischen Staatsangehörigen (16,2%) (vgl. Abbildung 1-9 und Tabelle 1-2). 5,1% aller Abwandernden besaßen die rumänische Staatsangehörigkeit. Einen Anteil von 4,7% hatten Staatsangehörige aus der Türkei. 3,5% der Fortzüge entfielen auf Staatsangehörige aus Italien.

Insgesamt zeigen die Zu- und Fortzugszahlen, dass sich das Migrationsgeschehen zwischen Deutschland und Polen in den letzten Jahren intensiviert hat und durch starke Pendelmigration, zumeist aufgrund temporärer Arbeitsaufnahme von polnischen Staatsangehörigen in Deutschland, gekennzeichnet ist.

Abbildung 1-10: Zu- und Fortzüge nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten im Jahr 2008



Quelle: Statistisches Bundesamt

Ein Vergleich der Zu- und Fortzüge einzelner Staatsangehörigkeiten zeigt, dass im Jahr 2008 ein starker positiver Wanderungssaldo insbesondere bei rumänischen (+10.447) und bulgarischen (+8.103) Staatsangehörigen zu verzeichnen war (vgl. Abbildung 1-10 und Tabelle 1-2), der jedoch jeweils etwas geringer ausfiel als im ersten Jahr nach dem EU-Beitritt (2007: +19.370 bzw. 12.226). Eine nennenswerte Nettozuwanderung war auch bei Staatsangehörigen aus dem Irak (+4.978), den Niederlanden (+3.894) und Ungarn (+3.697) festzustellen, wobei es sich bei irakischen Staatsangehörigen überwiegend um Asylbewerber handelte. Ein Wanderungsüberschuss wurde auch bei Staatsangehörigen aus dem Kosovo (+2.278), Indien (+1.871) und der Russischen Föderation (+1.171) registriert, wobei der Wanderungssaldo russischer Staatsangehöriger im Jahr 2005 noch bei +10.179 lag. Dagegen war bei polnischen Staatsangehörigen im Jahr 2008 ein nahezu ausgeglichener Wanderungssaldo zu verzeichnen (+218), nachdem der Saldo im Vorjahr noch +27.079 betrug.

Negativ fiel der Wanderungssaldo dagegen bei Staatsangehörigen aus den ehemaligen Anwerbe-

²¹ Zur Abwanderung von Deutschen vgl. Kapitel 3.2.

staaten Griechenland (-7.813), Italien (-5.759), Spanien (-1.361) und Portugal (-1.098) aus. Damit setzte sich der seit einigen Jahren festzustellende Trend auch im Jahr 2008 fort. Bei türkischen Staatsangehörigen war auch im Jahr 2008 mit -8.190 erneut ein negativer Wanderungssaldo zu verzeichnen, nachdem bereits in den beiden Vorjahren – erstmals seit 1985 – ein Wanderungsverlust (-2.208) registriert wurde. Insgesamt ist die Nettozuwanderung von türkischen Staatsangehörigen seit 2002 rückläufig.

Der Wanderungssaldo Deutscher war im Jahr 2008 erneut deutlich negativ. Die Fortzüge Deutscher übertrafen deren Zuzüge um 66.428. Dies ist die höchste Nettoabwanderung von Deutschen seit Anfang der 1950er Jahre. Dies lag zum einen an den gestiegenen Abwanderungszahlen deutscher Staatsangehöriger, zum anderen am deutlichen Rückgang der Zuwanderung von Spätaussiedlern und ihrer Familienangehörigen.

Die folgende Tabelle 1-2 enthält die Zu- und Fortzüge in den Jahren 2007 und 2008 für die quantitativ wichtigsten Staatsangehörigkeiten.

Tabelle 1-2: Zu- und Fortzüge über die Grenzen Deutschlands nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten im Jahr 2008 im Vergleich zum Vorjahr

Land der Staatsangehörigkeit	Zuzüge		Fortzüge		Wanderungssaldo (Zuzugs-/ bzw. Fortzugs- überschuss)	
	2007	2008	2007	2008	2007	2008
Polen	140.870	119.867	113.791	119.649	+27.079	+218
Deutschland	106.014	108.331	161.105	174.759	-55.091	-66.428
Rumänien	43.894	48.225	24.524	37.778	+19.370	+10.447
Türkei	27.599	26.653	29.879	34.843	-2.280	-8.190
Ungarn	22.175	25.151	16.950	21.454	+5.225	+3.697
Bulgarien	20.919	24.093	8.693	15.990	+12.226	+8.103
Italien	18.624	20.087	23.591	25.846	-4.967	-5.759
Vereinigte Staaten	16.660	17.542	15.181	19.019	+1.479	-1.477
Russische Föderation	15.770	15.052	11.120	13.881	+4.650	+1.171
China	13.741	14.293	11.020	13.647	+2.721	+646
ehem. Serbien und Montenegro ¹	13.025	13.156	12.528	15.105	+497	-1.949
Frankreich	12.874	12.979	10.451	12.938	+2.423	+41
Indien	9.880	11.403	8.056	9.532	+1.824	+1.871
Niederlande	10.964	11.203	6.340	7.309	+4.624	+3.894
Österreich	9.614	9.477	8.188	3.945	+1.426	+5.532
Irak	5.303	8.923	3.473	9.406	+1.830	-483
Slowakei	9.505	8.749	8.479	11.816	+1.026	-3.067
Kroatien	8.758	8.732	10.535	8.898	-1.777	-166
Vereinigtes Königreich	7.920	8.592	7.300	16.079	+620	-7.487
Griechenland	7.892	8.266	14.500	9.139	-6.608	-873
Spanien	7.241	7.778	7.442	6.337	-201	+1.441
Ukraine	7.551	6.869	4.917	3.945	+2.634	+2.924

Quelle: Statistisches Bundesamt

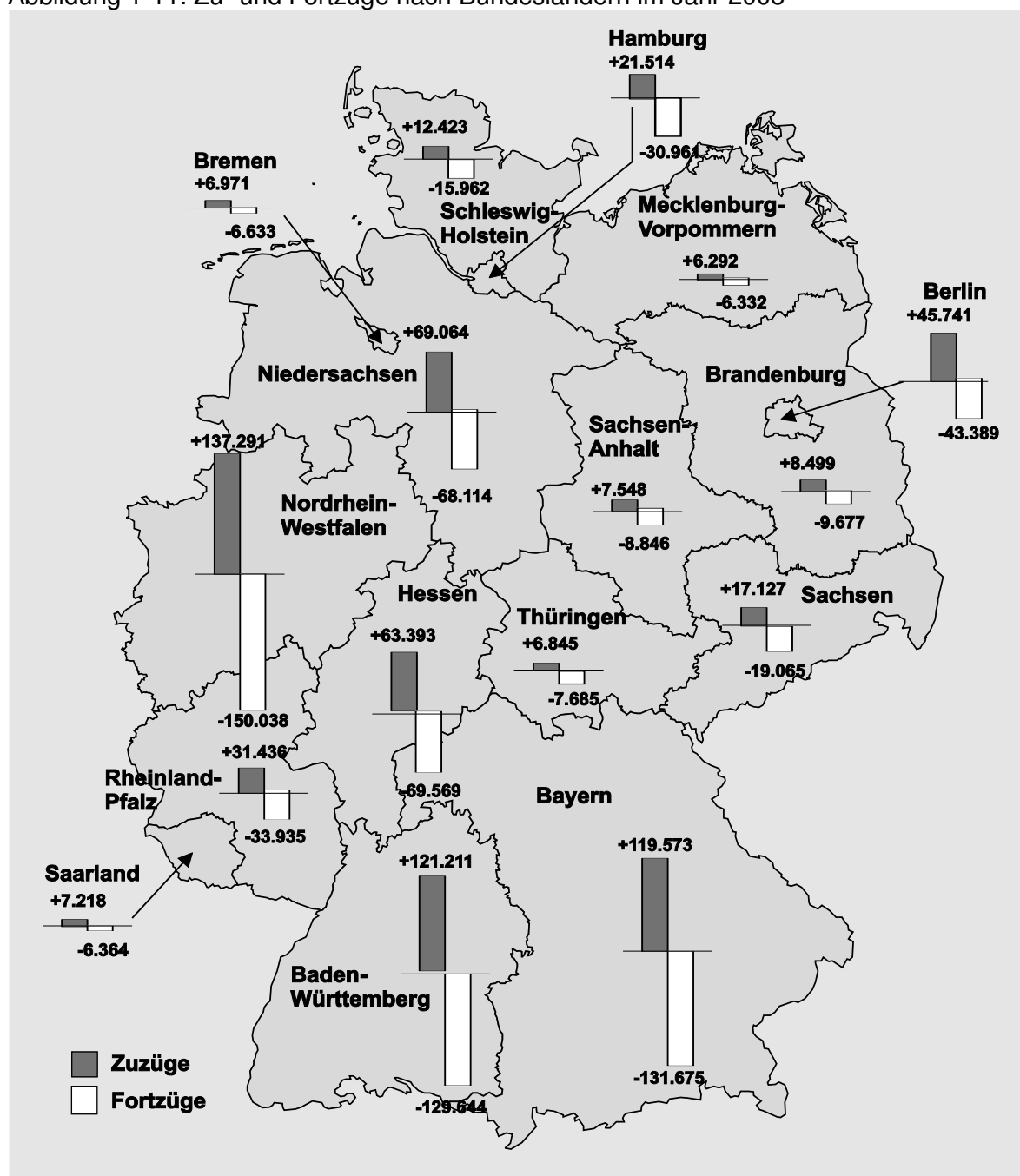
1) Umfasst die Staatsangehörigkeiten des ehemaligen Serbien und Montenegro und dessen Nachfolgestaaten Serbien, Montenegro und Kosovo, um einen Vergleich zwischen 2007 und 2008 zu ermöglichen.

Eine Differenzierung der Zu- und Fortzüge im Jahr 2008 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Geschlecht findet sich in Tabelle 1-12 im Anhang.

1.5 Zu- und Fortzüge nach Bundesländern

Bei einer Betrachtung des Migrationsgeschehens in Deutschland im Jahr 2008 differenziert nach den einzelnen Bundesländern (berücksichtigt werden nur Wanderungen über die Außengrenzen Deutschlands, d.h. Binnenwanderungen zwischen den Bundesländern bleiben unberücksichtigt) zeigt sich folgendes Bild (vgl. Abbildung 1-11 und Tabelle 1-3):

Abbildung 1-11: Zu- und Fortzüge nach Bundesländern im Jahr 2008



Quelle: Statistisches Bundesamt

Tabelle 1-3: Zu- und Fortzüge über die Grenzen Deutschlands nach Bundesländern im Jahr 2008

Bundesland	Zuzüge			Fortzüge			Wanderungssaldo (Zuzugs-/ bzw. Fortzugsüber- schuss)		Gesamt- bevöl- kerung (31.08.2008)	Zuzüge pro 1.000 Einwohner	Fortzüge pro 1.000 Einwohner
	Gesamt	dar. Aus- länder	Anteil in %	Gesamt	dar. Aus- länder	Anteil in %	Gesamt	dar. Aus- länder			
Baden- Württemberg	121.211	102.825	84,8	129.644	98.488	76,0	-8.433	+4.337	10.751.115	11,3	12,1
Bayern	119.573	99.823	83,5	131.675	99.705	75,7	-12.102	+118	12.521.176	9,5	10,5
Berlin	45.741	38.987	85,2	43.389	33.289	76,7	+2.352	+5.698	3.426.354	13,3	12,7
Brandenburg	8.499	6.513	76,6	9.677	6.403	66,2	-1.178	+110	2.528.100	3,4	3,8
Bremen	6.971	6.019	86,3	6.633	5.144	77,6	+338	+875	661.322	10,5	10,0
Hamburg¹	21.514	18.401	85,5	30.961	25.765	83,2	-9.447	-7.364	1.772.463	12,1	17,5
Hessen	63.393	53.958	85,1	69.569	54.484	78,3	-6.176	-526	6.071.489	10,4	11,5
Mecklenburg- Vorpommern	6.292	5.369	85,3	6.332	4.273	67,5	-40	+1.096	1.670.234	3,8	3,8
Niedersach- sen	69.064	57.482	83,2	68.114	54.976	80,7	+950	+2.506	7.959.117	8,7	8,6
Nordrhein- Westfalen	137.291	118.092	86,0	150.038	118.062	78,7	-12.747	+30	17.963.647	7,6	8,4
Rheinland- Pfalz	31.436	24.754	78,7	33.935	23.936	70,5	-2.499	+818	4.037.185	7,8	8,4
Saarland	7.218	5.586	77,4	6.364	3.840	60,3	+854	+1.746	1.032.833	7,0	6,2
Sachsen	17.127	14.524	84,8	19.065	13.034	68,4	-1.938	+1.490	4.200.111	4,1	4,5
Sachsen- Anhalt	7.548	6.351	84,1	8.846	6.193	70,0	-1.298	+158	2.392.664	3,2	3,7
Schleswig- Holstein	12.423	9.626	77,5	15.962	11.016	69,0	-3.539	-1.390	2.836.386	4,4	5,6
Thüringen	6.845	5.505	80,4	7.685	4.522	58,8	-840	+983	2.274.338	3,0	3,4

Quelle: Statistisches Bundesamt

1) Einschließlich circa 7.000 Fortzüge des Jahres 2007, die erst im März 2008 berücksichtigt werden konnten.

Die höchsten Zuzugszahlen im Jahr 2008 wurden für Nordrhein-Westfalen (137.291 Zuzüge), Baden-Württemberg (121.211 Zuzüge), Bayern (119.573 Zuzüge) und Niedersachsen (69.064 Zuzüge) registriert (vgl. Abbildung 1-11 und Tabelle 1-3). Bezogen auf die jeweilige Bevölkerungszahl hatte im Jahr 2008 Berlin den höchsten Pro-Kopf-Zuzug vor Hamburg, Baden-Württemberg, Bremen und Hessen (vgl. Abbildung 1-19 im Anhang). Die niedrigsten Zuzugszahlen bezogen auf die Bevölkerung hatten die neuen Bundesländer Thüringen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg.

Die Zuwanderung nach Niedersachsen war bis 2005 durch einen hohen Anteil an Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit (38,8% der Zuzüge) gekennzeichnet. Der Grund hierfür liegt darin, dass viele Spätaussiedler als Deutsche in die Zuzugsstatistik eingehen und für diese Personengruppe die in Niedersachsen liegende Erstaufnahmestelle Friedland die erste Anlaufstelle nach ihrer Einreise nach Deutschland ist. Die Spätaussiedler werden dort registriert und dann auf die

einzelnen Bundesländer verteilt (siehe Kapitel 2.3). Dies spiegelt sich auch im stark positiven Wanderungssaldo Niedersachsens im Jahr 2005 von +40.517 wider, wobei der Wanderungsüberschuss bei den Deutschen +27.513 betrug. Durch den starken Rückgang des Zuzugs von Spätaussiedlern und ihrer Familienangehörigen in den Folgejahren sank die Nettozuwanderung der Deutschen. Nachdem im Jahr 2007 noch ein leichter Wanderungsgewinn von +1.956 bei den Deutschen zu verzeichnen war, wurde 2008 auch in Niedersachsen wie in allen anderen Bundesländern bei Deutschen ein negativer Wanderungssaldo registriert (-1.556).

Positive Wanderungssalden wurden 2008 lediglich in Berlin (+2.352), Niedersachsen (+950), Saarland (+854) und Bremen (+338) registriert. Dies ist auf den Wanderungsüberschuss ausländischer Staatsangehöriger zurückzuführen. In den Bundesländern Hamburg, Schleswig-Holstein und Hessen war dagegen im Jahr 2008 auch bei den ausländischen Staatsangehörigen ein negativer Wanderungssaldo zu verzeichnen.

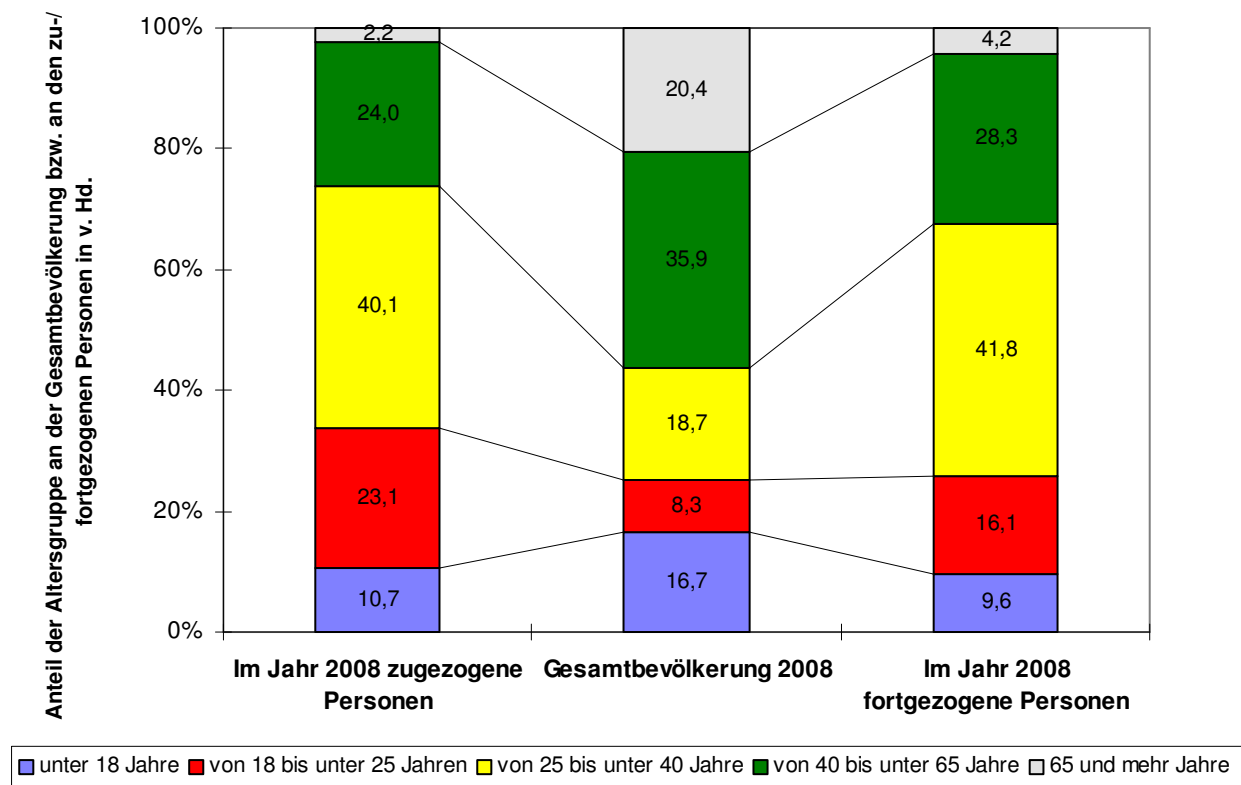
Die höchsten Abwanderungsquoten (Fortzüge pro 1.000 Einwohner) im Jahr 2008 wurden in Hamburg,²² Berlin, Baden-Württemberg und Hessen, die niedrigsten in Thüringen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg verzeichnet.

1.6 Altersstruktur

Die Bevölkerungsgröße eines Landes resultiert zum einen aus der natürlichen Bevölkerungsbewegung (Geburten minus Sterbefälle) und zum anderen aus der stattfindenden Migration. Dabei sind in soziodemografischer Hinsicht nicht nur die absoluten Zahlen der Zu- und Fortgezogenen von Bedeutung, sondern insbesondere deren Alters- und Geschlechtsstruktur. Die folgenden Abbildungen zeigen, wie sich die Zu- und Fortzüge nach Geschlecht und Alter zusammensetzen.

²² In Hamburg wurden etwa 7.000 Fortzüge des Jahres 2007 erst im Jahr 2008 berücksichtigt. Insofern sind die Fortzugszahlen für Hamburg für das Jahr 2008 überhöht.

Abbildung 1-12: Zu- und Fortzüge und Gesamtbevölkerung nach Altersgruppen in Prozent im Jahr 2008



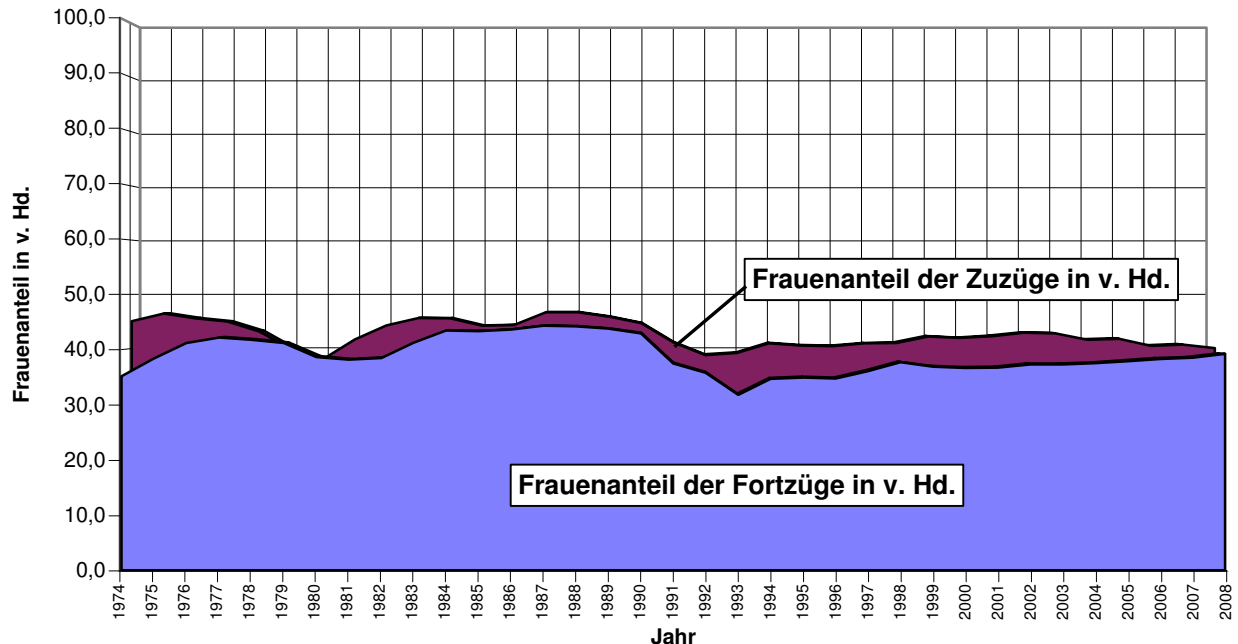
Quelle: Statistisches Bundesamt

Die Altersstruktur der Zuzugsbevölkerung unterscheidet sich deutlich von derjenigen der Gesamtbevölkerung (Deutsche und Ausländer) (vgl. Abbildung 1-12 und Tabelle 1-15 im Anhang). Die Zugezogenen sind durch einen hohen Anteil von Personen jüngeren und mittleren Alters (18 bis unter 40 Jahre) gekennzeichnet: Im Jahr 2008 waren drei Viertel (73,9%) der Zuziehenden unter 40 Jahre; bei der Gesamtbevölkerung lag dieser Anteil dagegen bei nur 43,7%. Dabei fielen 63,2% der Zugezogenen in die Altersgruppe der 18- bis unter 40-Jährigen, bei der Gesamtbevölkerung waren dies nur 27,0%. Bei den älteren Jahrgängen stellt sich die Situation dementsprechend umgekehrt dar. Nur 2,2% der Zugezogenen waren älter als 65 Jahre gegenüber 20,4% der Gesamtbevölkerung. In der jüngsten Altersgruppe (bis 18 Jahre) fallen die Unterschiede geringer aus. Zudem fällt der Anteil dieser Altersgruppe an der Gesamtbevölkerung höher aus als an den Zugezogenen: Einem Anteil von 10,7% bei den Zugezogenen stehen 16,7% der Wohnbevölkerung gegenüber. Bei den Zugezogenen handelt es sich somit im Durchschnitt um jüngere Menschen, wodurch die Altersstruktur der Gesamtbevölkerung „verjüngt“ wird.

Bei den fortziehenden Personen zeigt sich folgendes Bild: Etwas mehr als zwei Drittel (67,5%) der im Jahr 2008 Fortgezogenen waren jünger als 40 Jahre. Insgesamt ist der Anteil der jüngeren Personen bei den Fortziehenden etwas geringer als bei den Zuziehenden, so dass mehr Jüngere in Deutschland verbleiben, während die Älteren verstärkt fortziehen. Gleichwohl geht der Effekt einer durch Zuwanderung „verjüngten“ Altersstruktur teilweise durch die Abwanderung wieder verloren.

1.7 Geschlechtsstruktur

Abbildung 1-13: Frauenanteile bei den Zu- und Fortzügen in Prozent von 1974 bis 2008



Quelle: Statistisches Bundesamt

Der Anteil der Frauen ist sowohl bei den Zuzügen als auch bei den Fortzügen geringer als jener der Männer. Dabei schwanken die Anteile an den Zu und Fortzügen über die Zeit hinweg nur relativ geringfügig. Der Frauenanteil bei den Zuzügen, der durchgängig höher ist als bei den Fortzügen, bewegt sich seit 1994 zwischen 40% und 43%, bei den Fortzügen seit 1997 zwischen 36% und 40%. Während der Frauenanteil bei den Zuzügen in den letzten Jahren jedoch rückläufig ist (von 42,9% im Jahr 2002 auf 40,1% im Jahr 2008), stieg der Anteil bei den Fortzügen im gleichen Zeitraum leicht an (von 37,3% auf 39,2%) (vgl. Abbildung 1-13 und Tabelle 1-16 im Anhang).

Eine Differenzierung nach einzelnen Herkunftsländern zeigt, dass einige Länder durch einen überproportional hohen Frauen- bzw. Männeranteil an den Zuzügen gekennzeichnet sind (vgl. Tabelle 1-9 im Anhang). So lag der Frauenanteil der ausländischen Zugezogenen aus Thailand im Jahr 2008 bei 74,0%, der der Fortgezogenen bei 72,2%. Grund für diesen hohen Anteil ist u.a. die Heiratsmigration aus diesem Land. Weitere Herkunftsländer mit hohem Frauenanteil an den ausländischen Zugezogenen sind Kenia (72,0%), Peru (66,5%), Estland (65,7%), die Ukraine (64,5%), die Philippinen (63,6%) und die Russische Föderation (63,4%). Ein überproportional hoher Männeranteil an den ausländischen Zugezogenen ist für die Herkunftsländer Algerien (78,9%), Ungarn (76,7%), Irak (74,5%), Kroatien (74,2%), Libanon (72,3%), Bosnien-Herzegowina (72,3%), Tunesien (71,8%), Indien (70,6%), Portugal (68,7%), Slowenien (66,2%) und Polen (65,7%) festzustellen.

1.8 Aufenthaltszwecke

Durch das Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes und die damit einhergehende Ergänzung der Speichersachverhalte im Ausländerzentralregister (AZR) wurde eine Differenzierung der Zuwanderung von Ausländern nach Aufenthaltszwecken möglich. Erfasst wird nun zusätzlich die Rechtsgrundlage für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen. Anhand der Daten des AZR werden im Folgenden die im Jahr 2008 zugewanderten Drittstaatsangehörigen differenziert nach dem Zweck ihres Aufenthalts dargestellt.

Tabelle 1-4: Zuzüge von Ausländern im Jahr 2008 nach ausgewählten Aufenthaltszwecken und Aufenthaltstiteln¹

Staatsangehörigkeit	Aufenthaltserlaubnisse							Niederlassungserlaubnis	EU-Aufenthaltsrecht	Aufenthaltsgestattung und Duldung	Gesamt	
	Studium	Sprachkurs, Schulbesuch	Sonstige Ausbildung	Beschäftigung ²	Humanitäre Gründe	Familiäre Gründe	Sonstige Gründe					dar.: weiblich
Türkei	1.792	106	169	1.441	89	8.376	158	759	138	1.012	18.285	7.755
Vereinigte Staaten	3.072	799	484	3.820	46	2.692	773	135	206	9	14.603	6.619
China	6.168	355	781	2.631	24	1.452	63	22	55	317	13.093	6.453
Russische Föderation	1.906	152	515	1.785	478	3.508	85	496	111	537	12.102	7.673
Indien	1.108	40	346	3.843	35	2.351	40	31	58	537	9.638	3.037
Irak	53	2	15	7	3.091	820	6	59	13	3.269	8.176	2.280
Serbien sowie ehem. Serbien und Montenegro	163	29	56	1.117	83	2.076	20	134	131	657	6.156	2.405
Ukraine	626	52	147	1.369	278	1.533	107	405	76	46	5.701	3.686
Brasilien	899	567	444	875	15	1.223	109	38	350	12	5.426	2.932
Japan	809	248	144	1.743	23	1.693	90	11	39	0	5.261	2.751
Kroatien	78	19	54	1.590	10	806	21	68	43	18	4.278	1.180
Korea, Republik	1.452	209	101	584	5	841	40	6	5	2	3.678	2.079
Bosnien und Herzegowina	91	14	15	1.365	29	1.039	22	68	37	230	3.613	1.148
Vietnam	376	14	35	82	26	844	6	65	13	838	3.290	1.562
Iran	488	5	39	156	94	604	12	51	17	689	2.836	1.322
Thailand	241	168	38	170	17	1.665	29	49	58	7	2.785	2.128
Marokko	455	3	14	53	19	1.277	11	41	93	134	2.728	1.250
Mexiko	801	413	131	421	5	498	29	6	32	3	2.601	1.183
Kosovo	20	1	2	9	31	1.465	3	15	17	520	2.566	1.445
Kanada	338	119	95	793	4	373	112	16	66	1	2.379	1.169
Staatsangehörige aus Nicht-EU-Staaten insgesamt	29.624	5.062	5.338	30.208	6.787	50.268	2.445	3.284	3.653	16.252	190.353	88.242
Insgesamt	29.694	5.082	5.351	30.454	6.824	51.244	2.454	3.350	110.911	16.291	394.596	166.837

Quelle: Ausländerzentralregister

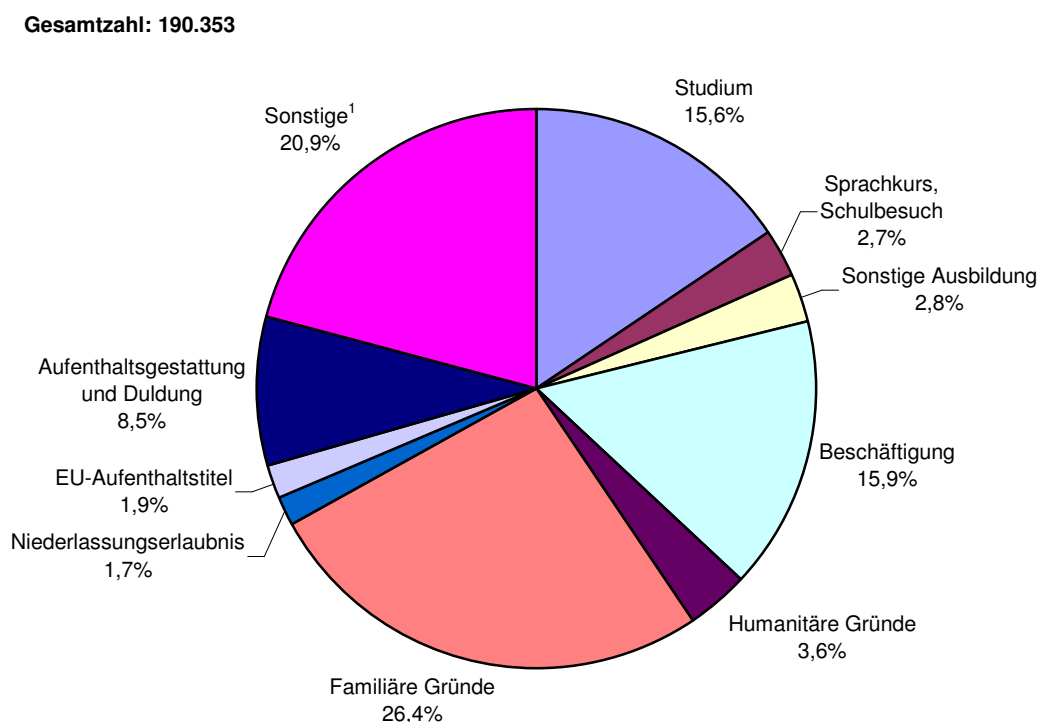
1) ohne im Inland geborene ausländische Kinder. Die Differenz zwischen der Summe der aufgeführten Aufenthaltstitel und der Spalte „Gesamt“ erklärt sich dadurch, dass in der Tabelle nicht alle Aufenthaltsstatus aufgeführt sind. So sind in der Tabelle etwa Personen, die vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit sind sowie Personen, die einen Antrag auf einen Aufenthaltstitel gestellt haben, nicht enthalten.

2) Die Kategorie „Beschäftigung“ enthält neben den Personen, denen ein Aufenthaltstitel zum Zweck der Beschäftigung nach § 18 AufenthG erteilt wurde, auch jene, die als Forscher (§ 20 AufenthG) bzw. als Selbständige (§ 21 AufenthG) zugewandert sind.

Im AZR wurden 394.596 ausländische Staatsangehörige registriert, die im Jahr 2008 nach Deutschland zugezogen sind, darunter 190.353 Drittstaatsangehörige, also Personen, die nicht die Staatsangehörigkeit eines EU-Staates besaßen (vgl. Tabelle 1-4). Im Jahr 2007 waren es 393.885 Personen, darunter 185.735 Drittstaatsangehörige. Damit war 2008 im Vergleich zum Vorjahr ein leichter Anstieg der Zuzüge sowohl insgesamt als auch bei den Drittstaatsangehörigen festzustellen. Bei den Drittstaatsangehörigen betrug der Anstieg 2,5%. Die Zuwanderungszahlen des AZR liegen um etwa ein Drittel unter den in der Wanderungsstatistik des Statistischen Bundesamtes verzeichneten Zuzugszahlen (2007: 574.752 Zuzüge von Ausländern, 2008: 573.815 Zuzüge; vgl. Kapitel 1.2).

Die Zahlen zu Zugezogenen auf Basis des AZR liegen niedriger als die Zahlen der Wanderungsstatistik des Statistischen Bundesamtes (vgl. dazu die Kapitel 1.1 und 1.2), da Personen im AZR erst registriert werden, wenn sie sich nicht nur vorübergehend im Bundesgebiet aufhalten. In der Regel gehen Ausländer in das AZR erst ein, wenn sie sich länger als drei Monate in Deutschland aufhalten. Zudem sind die Daten im AZR personenbezogen, so dass ein Ausländer, der mehrfach im Jahr zu- und fortzieht, nur einmal in das AZR eingeht.

Abbildung 1-14: Zuzüge von Drittstaatsangehörigen im Jahr 2008 nach ausgewählten Aufenthaltszwecken



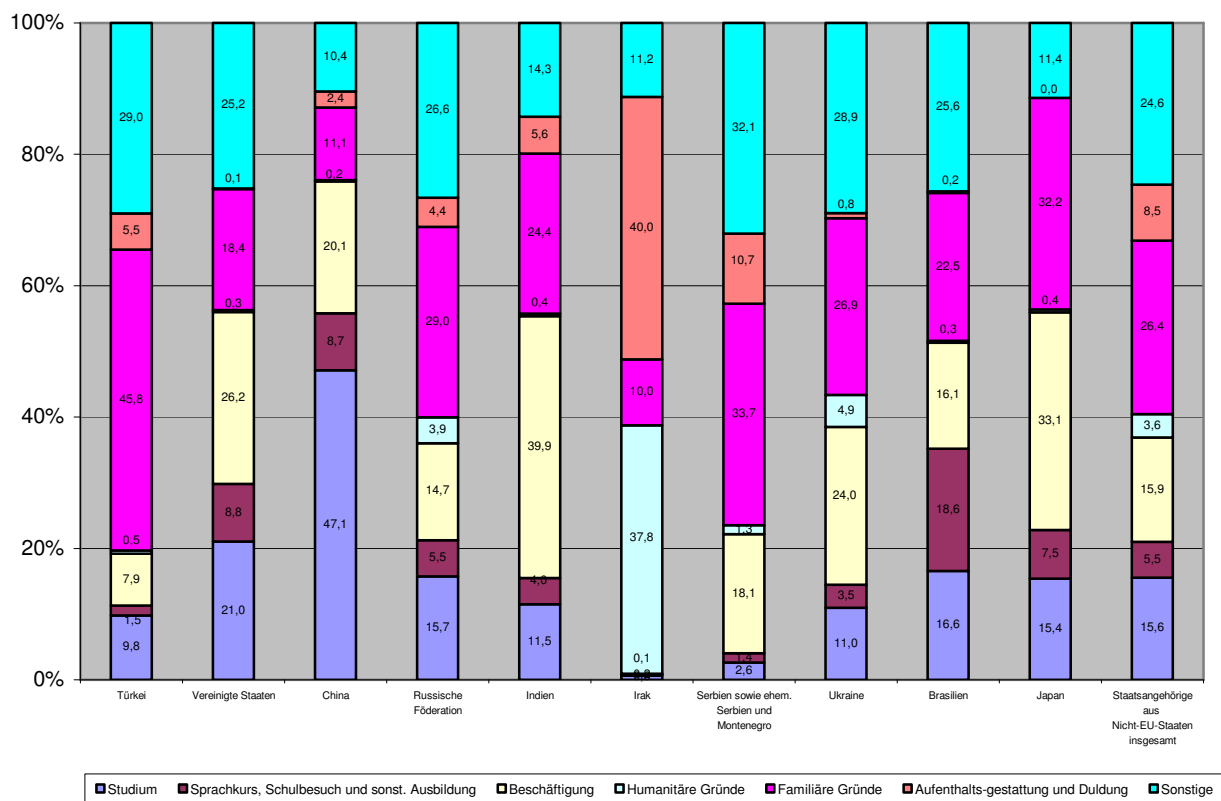
Quelle: Ausländerzentralregister

1) Darunter fallen u.a. Personen mit einem EU-Aufenthaltstitel oder Personen, die einen Aufenthaltstitel beantragt haben.

Mehr als ein Viertel (26,4%) der Drittstaatsangehörigen zogen aus familiären Gründen nach Deutschland (vgl. Abbildung 1-14). Bei diesem Aufenthaltszweck handelt es sich überwiegend um

auf Dauer angelegte Zuwanderung. 15,9% der Drittstaatsangehörigen, die im Jahr 2008 eingereist sind, erhielten eine Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Beschäftigung. 21,1% zogen zum Zweck des Studiums, des Besuchs einer Schule bzw. eines Sprachkurses und zu sonstigen Ausbildungszwecken nach Deutschland. Aufenthalte zum Zweck der Beschäftigung, des Studiums und der Ausbildung sind in der Regel von vornherein befristet. Die Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Erwerbstätigkeit ist jedoch nicht ausgeschlossen. Zudem besteht die Möglichkeit für Hochschulabsolventen nach der Beendigung ihres Studiums an einer deutschen Hochschule, sich in Deutschland eine ihrer Ausbildung entsprechende Beschäftigung zu suchen.

Abbildung 1-15: Zuzüge von Ausländern im Jahr 2008 nach ausgewählten Aufenthaltszwecken und ausgewählten Staatsangehörigkeiten



Quelle: Ausländerzentralregister

Während im Jahr 2008 fast die Hälfte der Staatsangehörigen aus der Türkei (45,8%) aus familiären Gründen nach Deutschland zog, überzog bei indischen Staatsangehörigen die Zuwanderung zum Zweck der Beschäftigung (39,9%) (vgl. Abbildung 1-15). Auch japanische Staatsangehörige zogen überdurchschnittlich häufig aus Beschäftigungsgründen nach Deutschland (33,1%). Bei chinesischen Staatsangehörigen dominierte mit 47,1% die Einreise zum Zweck des Studiums bzw. der Ausbildung. Staatsangehörige aus dem Irak sind durch einen hohen Anteil an Personen gekennzeichnet, die entweder eine Duldung oder eine Aufenthaltsgestattung (40,0%) oder eine Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen (37,8%) erhielten. Ein überproportional hoher Anteil der brasilianischen Staatsangehörigen kam zu einem Sprachkurs, Schulbesuch oder zum Zweck einer sonstigen Ausbildung nach Deutschland (18,1%).

1.9 Längerfristige Zuwanderung

Auf der Basis der Zahlen des AZR lassen sich Aussagen über die Aufenthaltsdauer der in einem Jahr zugewanderten Personen treffen. Im Folgenden werden die ausländischen Staatsangehörigen betrachtet, die in den Jahren 2004 bis 2007 eingereist sind und sich mindestens ein Jahr im Bundesgebiet aufhielten. Diese Mindestaufenthaltsdauer entspricht der Definition von Zuwanderung in der „EU-Verordnung über Gemeinschaftsstatistiken in den Bereichen Migration und internationaler Schutz“ (vgl. dazu Kapitel 1.1).

Tabelle 1-5: Zugewanderte Ausländer von 2004 bis 2007 mit einer Aufenthaltsdauer von mindestens einem Jahr

Staatsangehörigkeit	2004	2005	2006	2007
Polen	41.197	52.368	53.806	47.739
Rumänien	7.476	7.048	6.789	17.004
Türkei	24.497	25.231	18.145	15.366
Bulgarien	4.789	3.729	3.301	10.206
China	8.262	7.754	8.742	9.120
Russische Föderation	19.061	14.855	10.169	8.926
Italien	7.768	8.374	8.510	8.473
Vereinigte Staaten	7.535	7.597	7.720	8.438
Niederlande	6.646	7.694	8.360	8.421
Ungarn	4.841	5.659	6.010	7.478
Frankreich	5.917	6.622	7.083	6.775
Serbien (inkl. ehem. Serbien und Montenegro)¹	10.560	10.096	8.970	6.729
Österreich	5.026	5.141	5.400	5.731
Indien	5.169	4.836	5.250	5.380
Ukraine	11.023	7.338	4.636	4.781
Vereinigtes Königreich	4.329	4.382	4.686	4.740
Irak	1.689	1.956	3.542	4.078
Japan	3.958	4.093	4.002	3.996
Griechenland	4.293	4.439	4.149	3.937
Spanien	3.374	3.518	3.567	3.431
Brasilien	2.743	3.251	3.307	3.375
Slowakei	3.691	3.948	3.542	2.964
sonstige Staatsangehörigkeiten	99.056	89.557	80.735	78.213
Gesamt	292.900	289.486	270.421	275.301

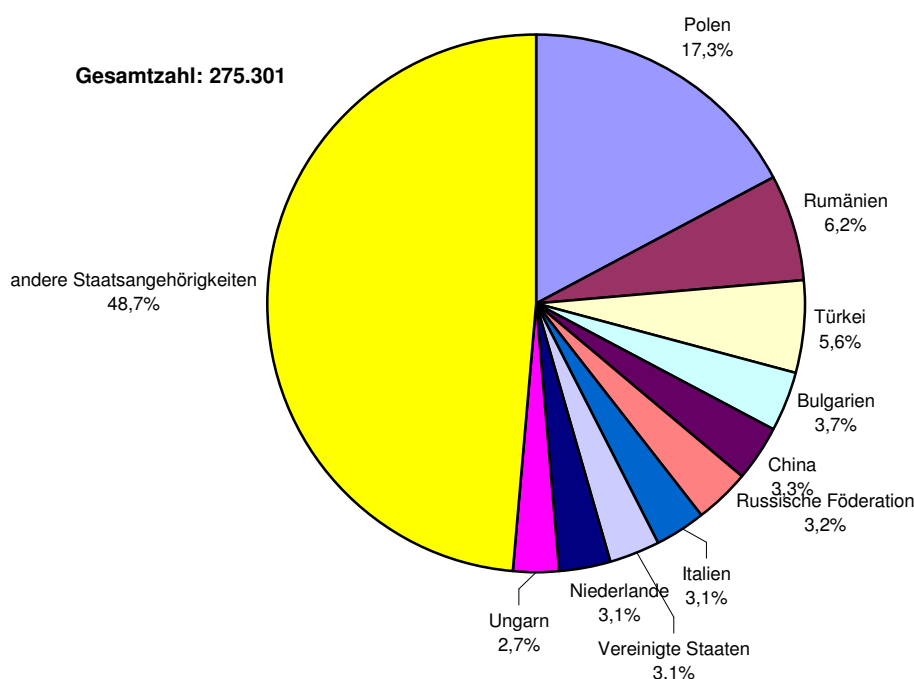
Quelle: Ausländerzentralregister

1) Inklusive des Kosovo, der sich erst 2008 für unabhängig erklärt hat.

Im Jahr 2007 zogen laut AZR etwa 275.000 ausländische Staatsangehörige für eine Aufenthaltsdauer von mindestens einem Jahr nach Deutschland (vgl. Tabelle 1-5). Die Zahl der „long-term migrants“ ist damit im Vergleich zum Jahr 2006, in dem 270.000 Personen gezählt wurden, leicht um 1,8% gestiegen. Insgesamt liegt die Zahl der Migranten, die 2007 eingereist sind und sich län-

ger als ein Jahr im Bundesgebiet aufhielten, um etwas mehr als die Hälfte unter der in der Wanderungsstatistik des Statistischen Bundesamtes ausgewiesenen Zahl von 574.752 Zuzügen von Ausländern für das Jahr 2007. Bei der Differenz von etwa 299.000 handelt es sich zum großen Teil um Ausländer, die sich nur kurzfristig, d.h. weniger als ein Jahr, in Deutschland aufhalten. Zum anderen können in der Zuzugsstatistik des Statistischen Bundesamtes auch zwei oder mehr Zuzüge derselben Person registriert sein, da es sich hierbei – im Gegensatz zum AZR – um keine personen-, sondern um eine (wanderungs-)fallbasierte Statistik handelt.

Abbildung 1-16: Zugewanderte Ausländer im Jahr 2007 mit einer Aufenthaltsdauer von mindestens einem Jahr



Quelle: Ausländerzentralregister

Von den im Jahr 2007 für länger als ein Jahr zugewanderten Ausländern besaßen 47.739 Personen die polnische Staatsangehörigkeit. Dies entspricht einem Anteil von 17,3% an den „long-term migrants“ des Jahres 2007 (vgl. Abbildung 1-16). 2006 lag dieser Anteil noch bei 19,9%. Der Anteil polnischer Staatsangehöriger an der längerfristigen Zuwanderung liegt damit deutlich unter dem Anteil an den in der Zuzugsstatistik des Statistischen Bundesamtes erfassten Zuzügen von Ausländern, in der auch kurzfristige Zuzüge registriert werden. Im Jahr 2007 lag der Anteil der Polen an den Zuzügen von Ausländern in der Zuzugsstatistik bei 24,5% (2006: 27,3%). Dies zeigt, dass viele Polen nur kurzfristig, etwa zur Saisonarbeit, nach Deutschland ziehen. Weitere Herkunftsländer im Jahr 2007 waren Rumänien (6,2%), die Türkei (5,6%) und Bulgarien (3,7%). Staatsangehörige aus der Türkei kommen vielfach im Rahmen des Familiennachzugs nach Deutschland (vgl. dazu Kapitel 2.7) und sind deshalb überproportional häufig durch längerfristige Aufenthalte in Deutschland gekennzeichnet.²³ Allerdings lag der Anteil der Türkei an der längerfris-

²³ Der Anteil der türkischen Staatsangehörigen an den in der Wanderungsstatistik des Statistischen Bundesamtes registrierten Zuzügen von Ausländern betrug im Jahr 2007 4,8%.

tigen Zuwanderung im Jahr 2006 noch bei 6,7%. Deutlich angestiegen sind nach dem EU-Beitritt die Anteile der Staatsangehörigen aus Rumänien (2006: 2,5%) und Bulgarien (2006: 1,2%).

Vergleicht man die Zahlen aus dem AZR mit den Zuzugszahlen aus der Wanderungsstatistik (siehe oben), dann bedeutet dies, dass sich etwas mehr als die Hälfte (52,1%) der 575.000 zugezogenen Ausländer des Jahres 2007 nur kurzzeitig – für weniger als ein Jahr – in Deutschland aufhielten.

Es ist darauf hinzuweisen, dass viele der Zuwanderer, die sich mindestens ein Jahr in Deutschland aufhalten, trotzdem häufig nur befristet aufhältig sind. Vielfach werden Aufenthaltserlaubnisse zwar für länger als ein Jahr, aber nur für die Dauer des Aufenthaltszwecks ausgestellt (z.B. Werkvertragsarbeitnehmer, Studierende), so dass dieser Personenkreis nach Ablauf dieser Frist Deutschland wieder verlassen muss.

2. Die einzelnen Zuwanderergruppen

2.1 Überblick über die einzelnen Zuwanderergruppen

In Kapitel 2 wird das Migrationsgeschehen in Deutschland nach den einzelnen Formen der Zuwanderung differenziert. Die jeweiligen Migrationsarten unterscheiden sich rechtlich hinsichtlich ihrer Einreise (z.B. Visumfreiheit bzw. –pflicht) und ihres Aufenthaltsstatus. Die unterschiedlichen zuwanderungs- und aufenthaltsrechtlichen Regelungen beeinflussen zudem die Lebenslage der einzelnen Migranten. So besteht sowohl rechtlich als auch faktisch (als auch in Bezug auf die Aufenthaltsdauer des Migranten) ein Unterschied, ob jemand beispielsweise als Asylantragsteller, Werkvertragsarbeitnehmer oder Spätaussiedler nach Deutschland kommt. Die folgenden Arten der Zuwanderung sind zu unterscheiden:

- EU-Binnenmigration von Unionsbürgern (Kapitel 2.2),
- Spätaussiedlerzuwanderung (Kapitel 2.3),
- Zuwanderung zum Zweck des Studiums und der Ausbildung (Kapitel 2.4),
- Werkvertrags-, Saison- und Gastarbeitnehmermigration und weitere zeitlich begrenzte Arbeitsmigration aus den neuen EU-Staaten und aus Nicht-EU-Staaten (Kapitel 2.5),
- Zugang von Asylbewerbern und Konventionsflüchtlingen sowie jüdischen Zuwanderern aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion (Kapitel 2.6),
- Familien- und Ehegattennachzug von Drittstaatsangehörigen (Kapitel 2.7),
- Zuwanderung aus sonstigen Gründen (Kapitel 2.8) und
- Rückkehr deutscher Staatsangehöriger (Kapitel 2.9).

Es ist darauf hinzuweisen, dass sich bei einem Vergleich der Gesamtzuzugszahl aus der Wanderungsstatistik mit der aufsummierten Zahl der verschiedenen Zuwanderergruppen auf Basis der jeweiligen Spezialstatistiken eine Differenz ergibt. Diese mangelnde Vergleichbarkeit ist vor allem auf die unterschiedlichen Erhebungsgrundlagen (z.B. fall- vs. personenbezogene Erfassung) der einzelnen Statistiken, aber auch auf Erfassungsunterschiede (z.B. der Saisonarbeitnehmer²⁴) zurückzuführen.²⁵

²⁴ Zu den Erfassungsproblemen der Saisonarbeitnehmer in der allgemeinen Wanderungsstatistik siehe Kapitel 2.5.1.2.

²⁵ Vgl. dazu Lederer 2004: 102ff.

Abbildung 2-1: Formen der Zuwanderung nach Deutschland¹



1) Die Abbildung gibt nur grob die Größenordnungen der einzelnen Migrationsarten wieder; vgl. zu den genauen Größenordnungen die folgenden Abbildungen und Tabellen.

Tabelle 2-1 gibt einen Überblick über die Größenordnung der einzelnen Zuwanderungsarten seit Beginn der 1990er Jahre. Daran anschließend werden in den einzelnen Unterkapiteln sowohl die rechtlichen Grundlagen als auch die quantitative Entwicklung der Migrationsarten ausführlich dargestellt.

Tabelle 2-1: Zuwanderergruppen 1991 bis 2008¹

	EU- Binnenmigration (EU-14)	Familien- nachzug	(Spät-)Aussiedler einschl. Familien- angehörige	Jüdische Zuwanderer	Asylbewerber	Werkvertrags- arbeitnehmer	Saisonarbeit- nehmer und Schausteller- gehilfen	IT-Fachkräfte ²	Bildungsaus- länder (Stu- dientanfänger)
1991	128.142		221.995		256.112	51.771	128.688		
1992	120.445		230.565		438.191	94.902	212.442		
1993	117.115		218.888	16.597	322.599	70.137	181.037		26.149
1994	139.382		222.591	8.811	127.210	41.216	137.819		27.922
1995	175.977		217.898	15.184	127.937	49.412	176.590		28.223
1996	171.804		177.751	15.959	116.367	45.753	197.924		29.391
1997	150.583		134.419	19.437	104.353	38.548	205.866		31.123
1998	135.908	62.992	103.080	17.788	98.644	32.989	207.927		34.760
1999	135.268	70.750	104.916	18.205	95.113	40.035	230.347		39.905
2000	130.683	75.888	95.615	16.538	78.564	43.682	263.805	4.341	45.652
2001	120.590	82.838	98.484	16.711	88.278	46.902	286.940	6.409	53.183
2002	110.610	85.305	91.416	19.262	71.124	45.446	307.182	2.623	58.480
2003	98.709	76.077	72.885	15.442	50.563	43.874	318.549	2.285	60.113
2004	92.931	65.935	59.093	11.208	35.607	34.211	333.690	2.273	58.247
2005	89.235	53.213	35.522	5.968	28.914	21.916	329.789		55.773
2006	89.788	50.300	7.747	1.079	21.029	20.001	303.429	2.845	53.554
2007	91.934	42.219	5.792	2.502	19.164	17.964	299.657	3.411	53.759
2008	95.962	39.717	4.362	1.436	22.085	16.576	285.217	3.906	58.350

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesverwaltungsamt, Auswärtiges Amt, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Bundesagentur für Arbeit

1) Eine Addition der Zuwanderergruppen zu einer Gesamtsumme ist aufgrund unterschiedlicher Erhebungskriterien (z.B. Fall- vs. Personenstatistik) nicht möglich. Vgl. dazu jeweils die folgenden Unterkapitel.

2) Für die Jahre 2000 bis 2004 IT-Fachkräfte im Rahmen der Green Card-Regelung; ab 2006 IKT-Fachkräfte nach § 18 AufenthG i.V.m. § 27 Nr. 1 BeschV (vgl. dazu Kapitel 2.5.1.3). Aufgrund datentechnischer Umstellungen liegen für das Jahr 2005 keine Zahlen vor.

2.2 EU-Binnenmigration von Unionsbürgern

Unter EU-Binnenmigration versteht man die Zu- und Abwanderung von Deutschen und Unionsbürgern²⁶ in die bzw. aus den einzelnen Staaten der Europäischen Union. Entscheidend ist also die Staatsangehörigkeit (Unionsbürgerschaft) und nicht das Herkunfts- oder Zielland des Migranten. Ein Staatsangehöriger eines EU-Staates kann demnach auch aus einem Nicht-EU-Staat zuziehen, um in die EU-Binnenwanderungsstatistik einzugehen, da er unter die Freizügigkeitsregelungen für Unionsbürger fällt. Dagegen zählt die Zu- bzw. Abwanderung von Drittstaatsangehörigen aus einem bzw. in einen anderen Mitgliedstaat der EU nicht zur EU-Binnenmigration im o.g. Sinne.

Die EU-Binnenmigration kann der allgemeinen Zu- und Fortzugsstatistik entnommen werden, indem sie nach den entsprechenden EU-Staatsangehörigkeiten der Migranten differenziert wird. Die Zu- und Fortzüge deutscher Staatsangehöriger werden dabei nicht berücksichtigt. Ursachen und Motive für die EU-interne Migration sind insbesondere Arbeitsaufnahme und Ausbildung sowie Familiengründung oder –zusammenführung. Zu nennen ist jedoch auch – wie teilweise im Fall der Fortzüge von Deutschen nach Spanien – die Ruhesitzwanderung (vgl. dazu Kapitel 3.2).

Das im Freizügigkeitsgesetz/EU (FreizügG/EU)²⁷ umgesetzte Gemeinschaftsrecht der Europäischen Union gewährt Unionsbürgern und ihren (unter Umständen einem Drittstaat angehörenden) Familienangehörigen grundsätzlich Personenfreizügigkeit (Recht auf Einreise und Aufenthalt gemäß § 2 Abs. 1 FreizügG/EU).²⁸ Dies schließt das Recht ein, den Arbeitsplatz frei zu wählen, sich an einem beliebigen Ort im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaates niederzulassen und grundsätzlich gleichbehandelt zu werden. Freizügigkeitsberechtigt sind Arbeitnehmer, Erbringer und Empfänger von Dienstleistungen, niedergelassene selbständige Erwerbstätige, die (unter Umständen einem Drittstaat angehörenden) Familienangehörigen dieser Personen sowie Unionsbürger und ihre Familienangehörigen, die ein Daueraufenthaltsrecht erworben haben (§ 2 Abs. 2 FreizügG/EU). Nichterwerbstätige Unionsbürger sind nur dann freizügigkeitsberechtigt, wenn sie über ausreichenden Krankenversicherungsschutz und ausreichende Existenzmittel für sich und ihre Familienangehörigen verfügen (§ 4 FreizügG/EU). Familienangehörige von Unionsbürgern sind gemäß § 3 Abs. 2 FreizügG/EU der Ehegatte und die Kinder bis zum 21. Lebensjahr sowie Verwandte in aufsteigender und absteigender Linie, sofern ihnen Unterhalt gewährt wird (z.B. Großeltern und Kinder über 21 Jahre). Ehegatten und Kinder haben nach dem Tod oder nach Wegzug, Scheidung, Aufhebung der Ehe des freizügigkeitsberechtigten Unionsbürgers unter bestimmten Voraussetzungen weiterhin ein Aufenthaltsrecht (§ 3 Abs. 3, 4, 5 FreizügG/EU).

Das Daueraufenthaltsrecht für Unionsbürger, deren Familienangehörige und Lebenspartner entsteht nach fünf Jahren rechtmäßigen Aufenthalts (§ 4a Abs. 1 FreizügG/EU). Für erwerbstätige Unionsbürger und Familienangehörige von verstorbenen Unionsbürgern gelten zum Teil kürzere Fristen für den Erwerb des Daueraufenthaltsrechts (§ 4a Abs. 2, 3, 4 FreizügG/EU).

²⁶ Unionsbürger ist, wer die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Union besitzt.

²⁷ Als Artikel 2 des Zuwanderungsgesetzes trat das Gesetz über die allgemeine Freizügigkeit von Unionsbürgern (Freizügigkeitsgesetz/EU - FreizügG/EU) am 1. Januar 2005 in Kraft. Es löst das Aufenthaltsgesetz/EWG (AufenthG/EWG) sowie die Freizügigkeitsverordnung/EG (FreizügV/EG) ab, die durch Art. 15 des Zuwanderungsgesetzes aufgehoben wurden. Das FreizügG/EU setzt die Vorgaben der Freizügigkeitsrichtlinie (Richtlinie 2004/38/EG) um. Die vollständige Umsetzung in nationales Recht erfolgte mit Art. 2 des Gesetzes zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union, das am 28. August 2007 in Kraft getreten ist (BGBl. I, 1970ff).

²⁸ Freizügigkeit besteht grundsätzlich auch für Staatsangehörige aus den EWR-Staaten und der Schweiz.

Unionsbürger benötigen für ihre Einreise und für ihren Aufenthalt im Bundesgebiet weder ein Visum noch eine Aufenthaltserlaubnis (§ 2 Abs. 4 FreizügG/EU). Unionsbürger, die im Besitz eines gültigen Personalausweises oder Reisepasses sind, haben ein dreimonatiges voraussetzungsloses Aufenthaltsrecht. Drittstaatsangehörige Familienangehörige haben das gleiche Recht, wenn sie im Besitz eines anerkannten Passes oder Passersatzes sind und sie den Unionsbürger begleiten oder ihm nachziehen (§ 2 Abs. 5 FreizügG/EU). Bei Visumpflicht erhalten sie ein nach Freizügigkeitsrecht zu erteilendes Einreisevisum, sofern sie nicht im Besitz einer Aufenthaltskarte i.S. von Art. 5 i.V.m. Art. 10 der Freizügigkeitsrichtlinie²⁹ sind.

Unionsbürger erhalten von Amts wegen eine Bescheinigung über ihr Aufenthaltsrecht (§ 5 Abs. 1 FreizügG/EU).³⁰ Freizügigkeitsberechtigten Familienangehörigen, die keine Unionsbürger sind, wird eine Aufenthaltskarte für Familienangehörige von Unionsbürgern³¹ ausgestellt (§ 5 Abs. 2 FreizügG/EU). Unionsbürgern wird auf Antrag unverzüglich ihr Daueraufenthaltsrecht bescheinigt. Ihren daueraufenthaltsberechtigten Familienangehörigen, die nicht Unionsbürger sind, wird innerhalb von sechs Monaten nach Antragstellung eine Daueraufenthaltskarte ausgestellt (§ 5 Abs. 6 FreizügG/EU).

Sind die Voraussetzungen des Rechts auf Einreise und Aufenthalt innerhalb der ersten fünf Jahre der Begründung des ständigen Aufenthalts in Deutschland entfallen, kann der Verlust des Freizügigkeitsrechts festgestellt werden (§ 5 Abs. 5 FreizügG/EU). Ansonsten ist der Verlust des Freizügigkeitsrechts nur aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit möglich (§ 6 Abs. 1 FreizügG/EU)³², nach Erwerb des Daueraufenthaltsrechts nur noch aus besonders schwerwiegenden Gründen (§ 6 Abs. 4 FreizügG/EU). Bei Unionsbürgern und ihren Familienangehörigen, die ihren Aufenthalt in den letzten zehn Jahren im Bundesgebiet hatten, sowie grundsätzlich bei Minderjährigen kann eine Feststellung des Verlusts des Aufenthaltsrechts nach § 6 Abs. 1 FreizügG/EU nur aus zwingenden Gründen der öffentlichen Sicherheit getroffen werden; als zwingende Gründe nennt das Gesetz eine Verurteilung zu einer mindestens fünfjährigen Freiheitsstrafe oder Sicherheitsverwahrung, wenn die Sicherheit der Bundesrepublik betroffen ist oder wenn vom Betroffenen eine terroristische Gefahr ausgeht (§ 6 Abs. 5 FreizügG/EU).

Mit der Erweiterung der Europäischen Union zum 1. Mai 2004 um zehn bzw. zum 1. Januar 2007 um zwei weitere Mitgliedstaaten sind mit deren Beitritt auch die Staatsangehörigen aus den neuen EU-Staaten grundsätzlich freizügigkeitsberechtigt. Allerdings sind mit den neuen EU-Staaten – mit Ausnahme von Malta und Zypern – bis zur Herstellung vollständiger Freizügigkeit Übergangsregelungen im Bereich der Arbeitnehmerfreizügigkeit sowie in Teilbereichen der Dienstleistungserbrin-

²⁹ Richtlinie 2004/38/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 über das Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten der Europäischen Union frei zu bewegen und aufzuhalten („Freizügigkeitsrichtlinie“ Abl. EU Nr. L 229 S. 35).

³⁰ Die Angaben können im Rahmen der Anmeldung bei der Meldebehörde gemacht werden. Der Gang zur Ausländerbehörde ist damit in der Regel überflüssig. Die Angaben des Unionsbürgers sind von der Meldebehörde an die Ausländerbehörde weiterzuleiten.

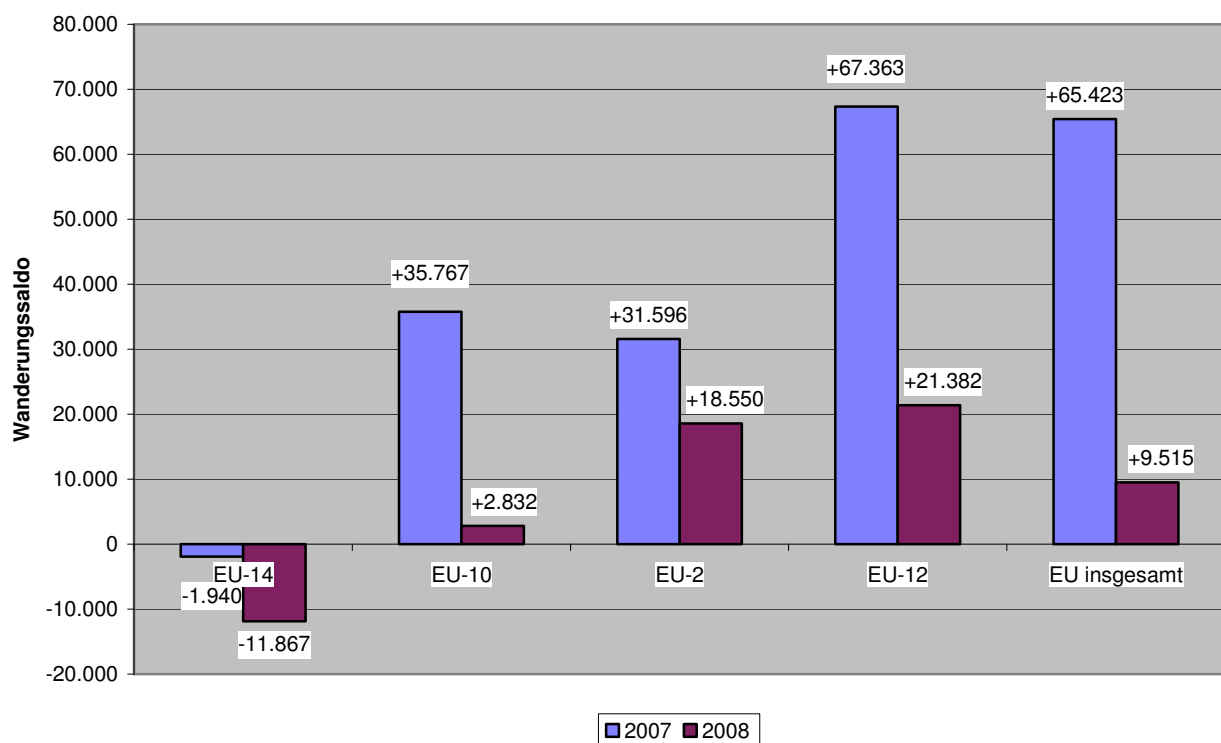
³¹ Vor dem Inkrafttreten des Richtlinienumsetzungsgesetzes wurde drittstaatsangehörigen Familienangehörigen von Unionsbürgern eine Aufenthaltserlaubnis-EU ausgestellt.

³² Dabei sind insbesondere die Dauer des Aufenthalts des Betroffenen in Deutschland, sein Alter, sein Gesundheitszustand, seine familiäre und wirtschaftliche Situation, seine soziale und kulturelle Integration in Deutschland sowie das Ausmaß seiner Bindungen zum Herkunftsland zu berücksichtigen (§ 6 Abs. 3 FreizügG/EU).

gung durch entsandte Arbeitnehmer³³ vereinbart worden. Es gilt eine gestufte Übergangsregelung (2+3+2-Modell) mit einer bis zu sieben Jahre dauernden Übergangsfrist (vgl. dazu ausführlich Kapitel 2.5). Für die zum 1. Januar 2007 beigetretenen Staaten Rumänien und Bulgarien gelten die gleichen Übergangsregelungen.

Mit dem Beitritt zum 1. Mai 2004 war in den zehn neuen EU-Staaten zudem der Schengener Besitzstand nach dem Schengener Durchführungsübereinkommen (SDÜ)³⁴ zu übernehmen. Im Dezember 2006 hat sich der Rat für Justiz und Inneres auf die Ausweitung des Schengenraumes auf die neuen EU-Mitgliedstaaten (außer Zypern) und damit die Abschaffung der Binnengrenzkontrollen verständigt. Am 21. Dezember 2007 sind an den Land- und Seegrenzen zu Polen und an der Grenze zur Tschechischen Republik die Binnengrenzkontrollen entfallen. Seit dem 30. März 2008 gilt die Erweiterung des Schengenraumes auch an den Luftgrenzen. Voraussetzung hierfür war, dass die im Jahr 2004 beigetretenen Staaten bis dahin den Schengen-Acquis in vollem Umfang anwenden und am Schengen Informationssystem (SIS) teilnehmen können.³⁵ Im Falle von Rumänien und Bulgarien kommt das Schengen-Recht zunächst nur teilweise zur Anwendung. So finden an den Grenzen zu diesen beiden neu beigetretenen EU-Staaten weiterhin Grenzkontrollen statt. Zudem wenden beide Staaten das Schengen-Visumregime noch nicht an.

Abbildung 2-2: Nettomigration (Wanderungssaldo) von Unionsbürgern (EU-14, EU-10, EU-2, EU-12¹, EU insgesamt) in den Jahren 2007 und 2008



Quelle: Statistisches Bundesamt

1) EU-12: Dabei handelt es sich um die zum 1. Mai 2004 der EU beigetretenen Staaten Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern (EU-10) sowie die zum 1. Januar 2007 beigetretenen Staaten Bulgarien und Rumänien (EU-2).

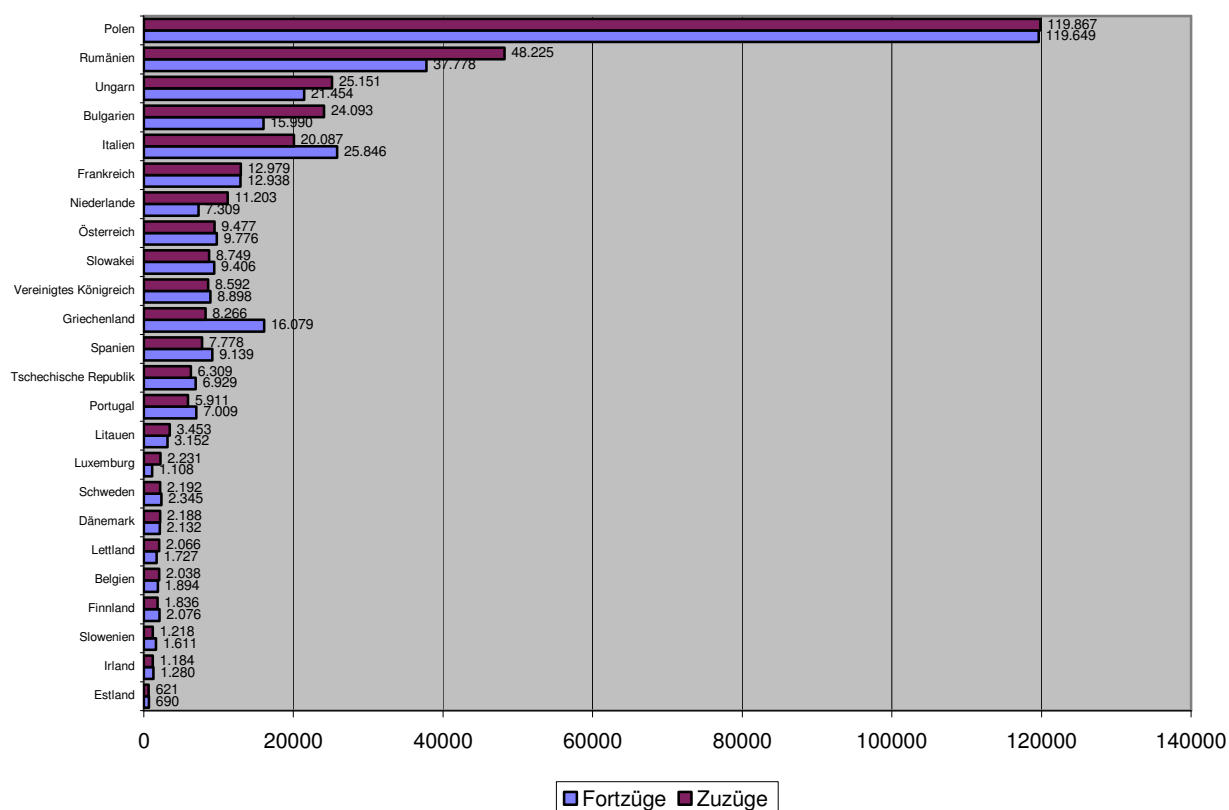
³³ Dies betrifft das Baugewerbe einschließlich verwandter Wirtschaftszweige, Gebäude-, Inventar- und Verkehrsmittelreinigung sowie Innendekoration.

³⁴ Das Schengener Durchführungsübereinkommen trat am 26. März 1995 in Kraft. Es regelt den schrittweisen Abbau der Binnengrenzkontrollen.

³⁵ Vgl. Schlussfolgerungen des Rates für Justiz und Inneres vom 4./5. Dezember 2006.

Im Jahr 2008 wurden insgesamt 335.914 Zuzüge von Unionsbürgern nach Deutschland registriert (vgl. Tabelle 2-34 im Anhang). Fast drei Viertel (71,4%) davon betrafen Staatsangehörige aus den zwölf neuen EU-Staaten (absolut: 239.952 Zuzüge). Der Anteil der EU-Binnenmigration an der Gesamtzuwanderung betrug damit 49,2%. Die Zahl der Fortzüge von Unionsbürgern im Jahr 2008 betrug 326.399 (44,2% an der Gesamtabwanderung). Insgesamt ergab sich im Jahr 2008 ein leicht positiver Wanderungssaldo zwischen Deutschland und den anderen 26 EU-Staaten (+9.515), nachdem im Vorjahr noch ein deutlich höherer Wanderungsüberschuss registriert wurde (2007: +65.423) (vgl. Abbildung 2-2). Dabei ist der Wanderungssaldo mit den alten EU-Staaten negativ (-11.867), während der Saldo mit den neuen Mitgliedstaaten mit +21.382 positiv ausfällt. Dabei wurde gegenüber den zum 1. Mai 2004 beigetretenen Staaten (EU-10) ein Wanderungsüberschuss von nur noch +2.832 (2007: +35.767) und mit den zum 1. Januar 2007 beigetretenen Staaten (EU-2) ein weiterhin deutlicher Überschuss von +18.550 (2007: +31.596) registriert.

Abbildung 2-3: Zu- und Fortzüge von Unionsbürgern im Jahr 2008 (ohne Zypern und Malta)

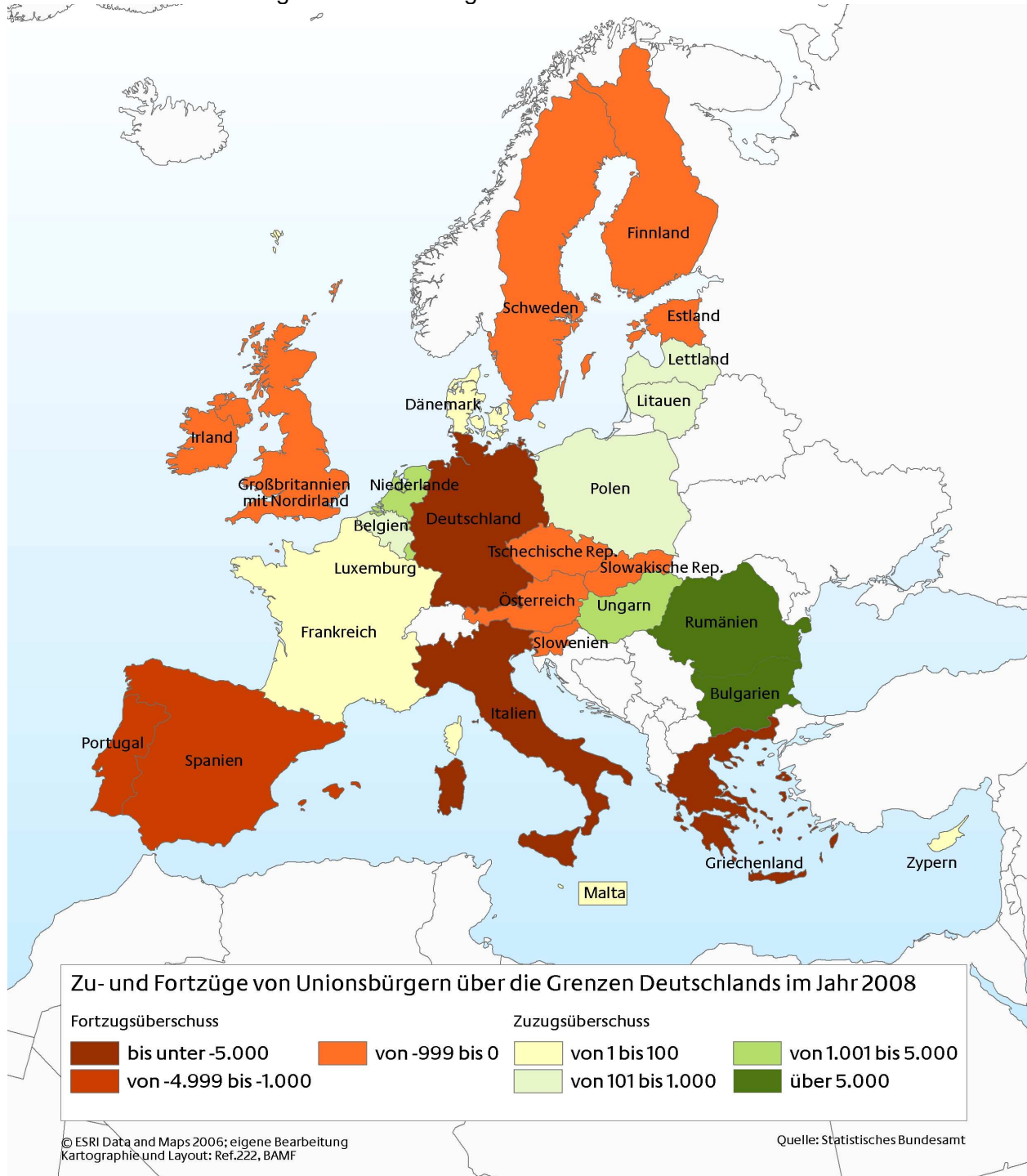


Quelle: Statistisches Bundesamt

Im Jahr 2008 hat sich der Mitte der 1990er Jahre einsetzende Trend fortgesetzt, dass mehr Staatsangehörige aus den ehemaligen Anwerbestaaten in ihre Herkunftsländer zurückkehren als von dort nach Deutschland zuziehen. Deutlich negativ war der Wanderungssaldo mit Griechenland (-7.813) und Italien (-5.759), weniger stark negativ mit Spanien (-1.361) und Portugal (-1.098) (vgl. Abbildung 2-3 und Tabelle 2-34 im Anhang). Mit den meisten anderen alten EU-Staaten (EU-14) war ein nahezu ausgeglichener Saldo zu verzeichnen. Dagegen war insbesondere bei Staatsangehörigen aus den Niederlanden (+3.894) und aus Luxemburg (+1.123) war ein deutlicher Wanderungsüberschuss festzustellen. Betrachtet man das Wanderungsgeschehen mit den neuen EU-Staaten (EU-12), so zeigt sich, dass insbesondere mit Rumänien (+10.447), Bulgarien (+8.103)

und Ungarn (+3.697) der Wanderungssaldo weiterhin stark positiv ausfiel. Dagegen wurde bei Staatsangehörigen aus der Slowakei, der Tschechischen Republik, Slowenien und Estland ein Wanderungsverlust registriert (vgl. Karte 2-1).

Karte 2-1: Zu- und Fortzüge von Unionsbürgern über die Grenzen Deutschlands im Jahr 2008

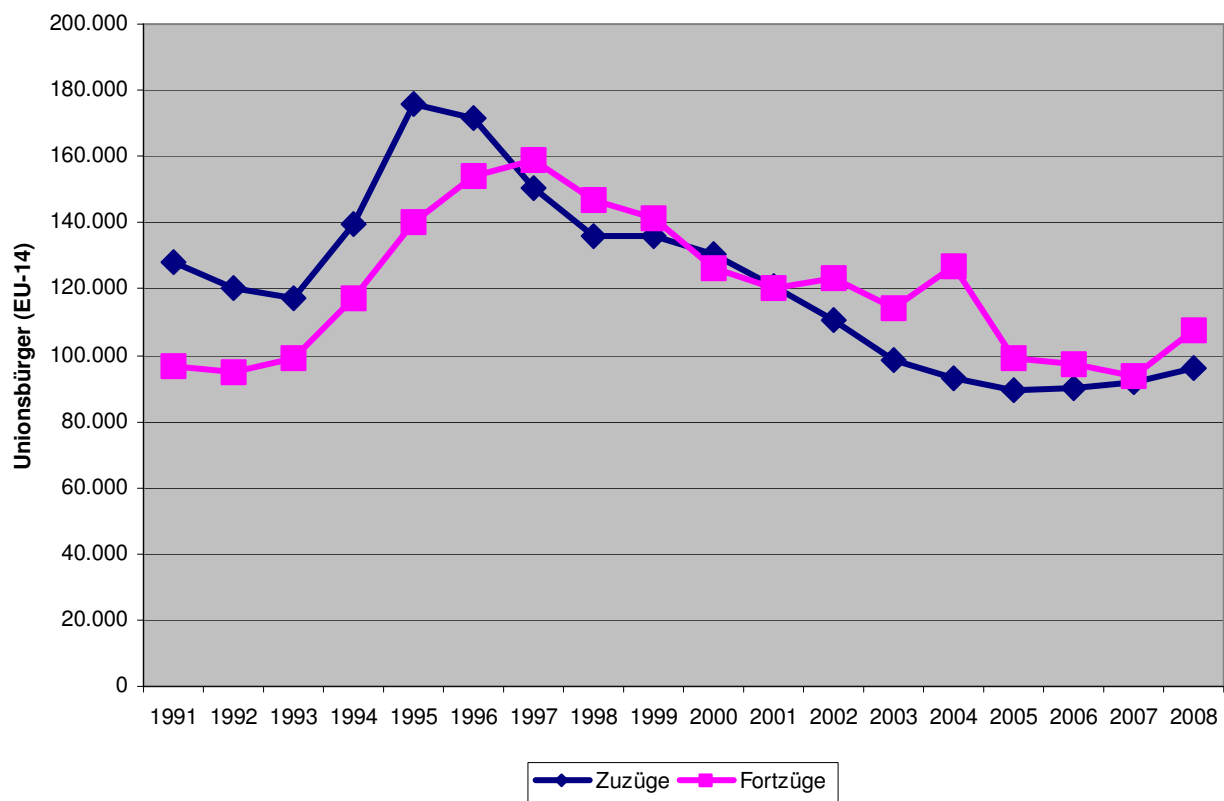


Im Folgenden wird die EU-Binnenmigration differenziert nach den alten (EU-14³⁶) und den neuen (EU-12) Mitgliedstaaten dargestellt.

³⁶ Dabei handelt es sich um Staatsangehörige aus folgenden 14 EU-Staaten: Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden und Spanien. Deutsche bleiben unberücksichtigt.

2.2.1 Binnenmigration zwischen Deutschland und den alten EU-Staaten

Abbildung 2-4: Zu- und Fortzüge von Unionsbürgern (EU-14) von 1991 bis 2008¹



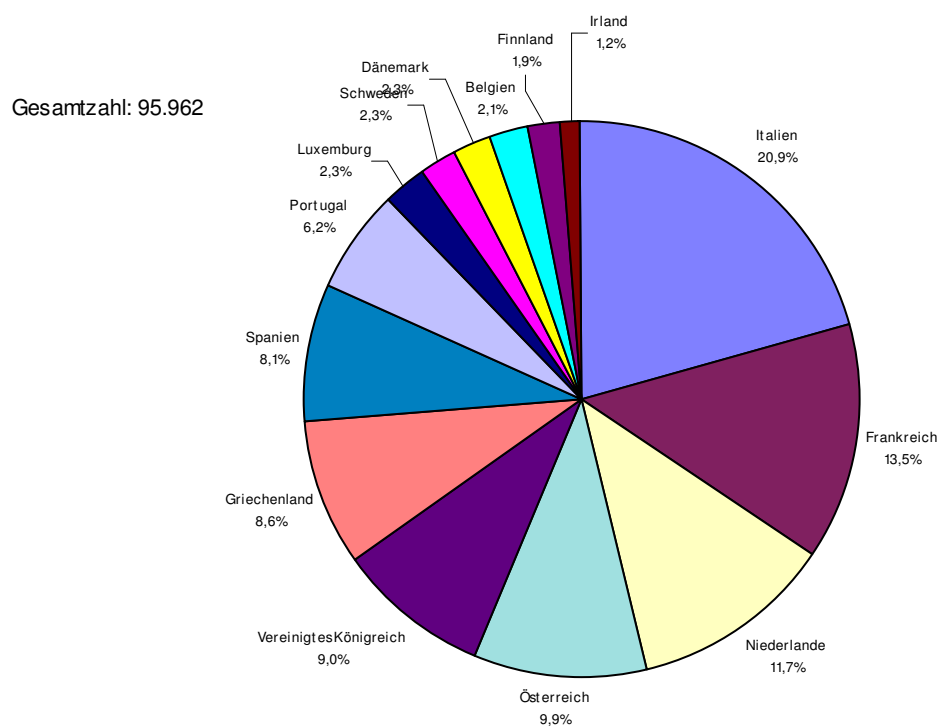
Quelle: Statistisches Bundesamt

1) Ohne Deutsche.

Von 1995, dem Jahr, in dem mit Finnland, Österreich und Schweden drei weitere Staaten Mitglied der EU wurden, bis 2005 nahm die Zahl der Zuzüge von Unionsbürgern aus den Staaten der EU-14 kontinuierlich ab und lag im Jahr 2003 erstmals unter 100.000 Zuzügen. Seit 2005 ist wieder ein leichter kontinuierlicher Anstieg der Zuzugszahlen festzustellen. Im Jahr 2008 wurden 95.962 Zuzüge aus den EU-14-Staaten registriert. Dies entspricht einem Anstieg um 4,4% im Vergleich zum Vorjahr (vgl. Abbildung 2-4 und Tabelle 2-35 im Anhang). Die Zahl der Fortzüge von Unionsbürgern sank in den letzten Jahren stetig mit Ausnahme der Jahre 2002 und 2004 von etwa 160.000 im Jahr 1997 auf 93.874 im Jahr 2007. Im Jahr 2008 war wieder ein deutlicher Anstieg der Fortzüge auf 107.829 festzustellen (+14,9%).³⁷ Nachdem Anfang der 1990er Jahre die Zahl der Zuzüge von Unionsbürgern die der Fortzüge überstieg, fiel seit 1997 jedes Jahr mit Ausnahme von 2000 der Wanderungsüberschuss zwischen Deutschland und den anderen vierzehn (alten) EU-Staaten negativ aus. Im Jahr 2008 wurde ein Wanderungsverlust von –11.867 registriert.

³⁷ Dieser Anstieg dürfte jedoch zum Teil auf die durchgeführte Bereinigung der Melderegister, die zu Abmeldungen von Amts wegen geführt hat, zurückzuführen sein (vgl. dazu Kapitel 1.1).

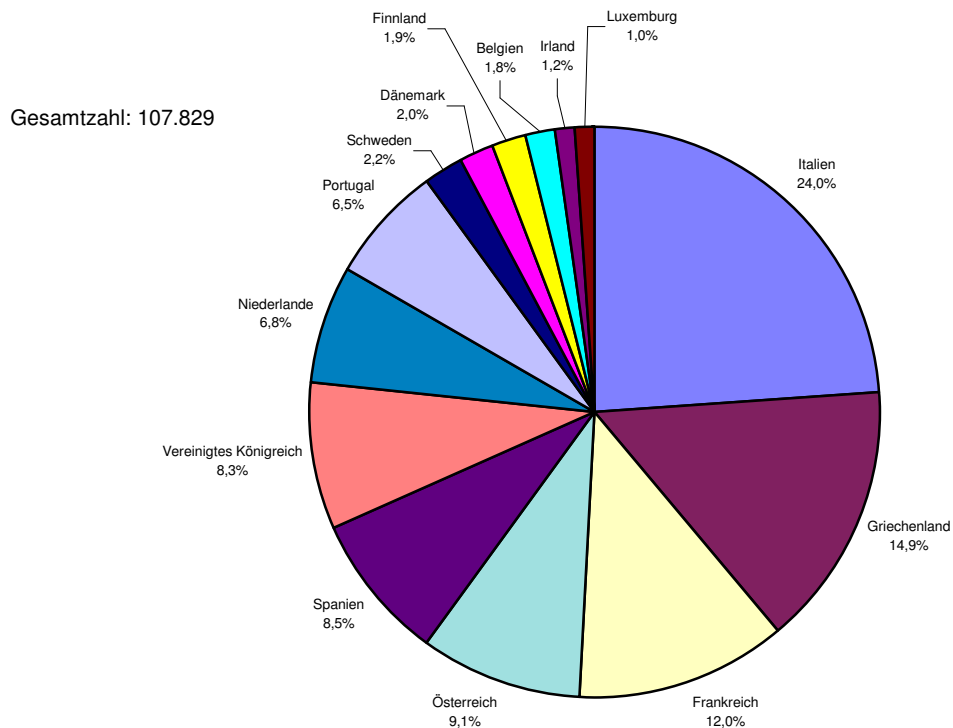
Abbildung 2-5: Zuzüge von Unionsbürgern (EU-14) nach Deutschland im Jahr 2008



Quelle: Statistisches Bundesamt

Im Jahr 2008 zogen insgesamt 95.962 Unionsbürger aus den alten EU-Staaten (EU-14) nach Deutschland und damit 4.028 mehr als ein Jahr zuvor. Die Zuzüge von Staatsangehörigen aus den alten EU-Staaten entsprachen damit einem Anteil von 14,1% an der Gesamtzuwanderung (vgl. Tabelle 2-35 im Anhang). Die größten Gruppen innerhalb der EU-14 bildeten Staatsangehörige aus Italien mit 20,9% (20.087 Zuzüge), Frankreich mit 13,5% (12.979 Zuzüge), den Niederlanden mit 11,7% (11.203 Zuzüge) und Österreich mit 9,9% (9.477 Zuzüge) (vgl. Abbildung 2-5 und Tabelle 2-34 im Anhang).

Abbildung 2-6: Fortzüge von Unionsbürgern (EU-14) aus Deutschland im Jahr 2008

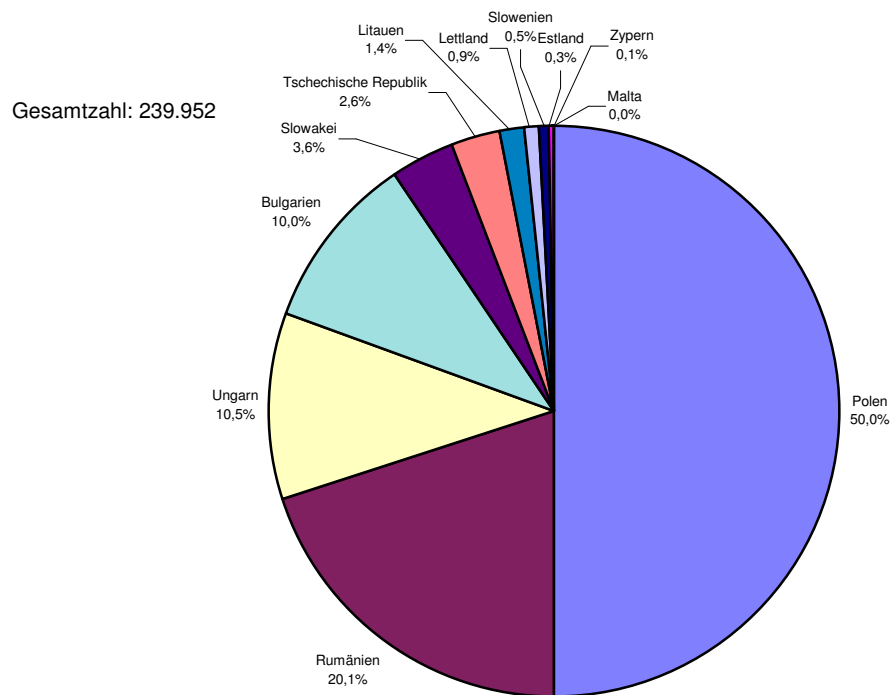


Quelle: Statistisches Bundesamt

Im Jahr 2008 zogen 107.829 Unionsbürger aus den alten EU-Staaten (EU-14) aus Deutschland fort. Dies entspricht einem Anteil von 14,6% an allen im Jahr 2008 registrierten Fortzügen aus Deutschland. Dabei bildeten italienische Staatsangehörige mit 24,0% (bzw. 25.846 Fortzügen) aller EU-14-Ausländer die größte Gruppe, gefolgt von Griechen (14,9%) und Franzosen (12,0%) (vgl. Abbildung 2-6).

2.2.2 Binnenmigration zwischen Deutschland und den neuen EU-Staaten

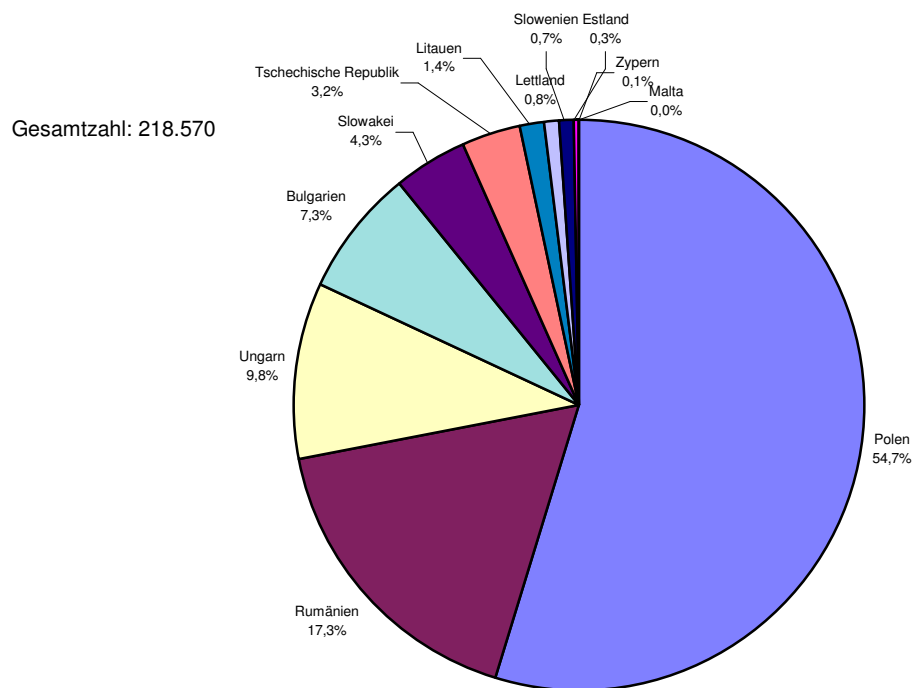
Abbildung 2-7: Zuzüge von Unionsbürgern aus den neuen EU-Staaten (EU-12) im Jahr 2008



Quelle: Statistisches Bundesamt

Im Jahr 2008 wurden 239.952 Zuzüge von Unionsbürgern aus den zwölf neuen EU-Staaten (EU-12) nach Deutschland registriert. Dies entsprach einem Anteil von 35,2% an der Gesamtzuwanderung des Jahres 2008. Genau die Hälfte der Zuzüge von Unionsbürgern aus den neuen EU-Staaten entfiel auf polnische Staatsangehörige (119.867 Zuzüge). Auf alle Zuzüge von Unionsbürgern (neue und alte EU-Staaten) bezogen, entspricht dies einem Anteil von 35,7%. Bei polnischen Staatsangehörigen handelt es sich vielfach um kurzfristige Aufenthalte zum Zweck einer (temporären) Beschäftigung. Die zweitgrößte Gruppe bildeten rumänische Staatsangehörige (20,1%) vor Ungarn (10,5%) und Bulgaren (10,0%) (vgl. Abbildung 2-7).

Abbildung 2-8: Fortzüge von Unionsbürgern aus den neuen EU-Staaten (EU-12) im Jahr 2008



Quelle: Statistisches Bundesamt

Im Jahr 2008 zogen 218.517 Unionsbürger aus den neuen EU-Staaten (EU-12) aus Deutschland fort (29,6% an der Gesamtabwanderung). Davon waren 54,7% Staatsangehörige aus Polen (119.649 Fortzüge) (vgl. Abbildung 2-8). 17,3% der Fortzüge entfielen auf rumänische Staatsangehörige, 9,8% auf Staatsangehörige aus Ungarn.

2.3 Spätaussiedler

Spätaussiedler sind nach § 4 des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG)³⁸ deutsche Volkszugehörige, die unter einem Kriegsfolgeschicksal gelitten haben und die im Bundesvertriebenengesetz benannten Aussiedlungsgebiete nach dem 31. Dezember 1992 im Wege des Aufnahmeverfahrens verlassen und innerhalb von sechs Monaten einen ständigen Aufenthalt im Bundesgebiet begründet haben. Wer erst nach dem 31. Dezember 1992 geboren wurde, ist kein Spätaussiedler mehr (§ 4 Abs. 1 Nr. 3 BVFG). Hierdurch wurde ein langsames Auslaufen des Spätaussiedlerzuzuges eingeleitet.

2.3.1 Aufnahmeverfahren

Mit dem Aussiedleraufnahmegesetz vom 28. Juni 1990³⁹ wurde ein förmliches Aufnahmeverfahren eingeführt.⁴⁰ Seither ist eine Zuwanderung nach Vertriebenenrecht grundsätzlich nur noch möglich, wenn bereits vor dem Verlassen des Herkunftsgebietes das Vorliegen der Aufnahmevoraussetzungen durch das Bundesverwaltungsamt vorläufig überprüft und durch Erteilung eines Aufnahmebescheides bejaht worden ist. Auf der Grundlage des Aufnahmebescheides wird dann ein Visum zur Einreise in das Bundesgebiet erteilt. Die abschließende Statusfeststellung erfolgt nach der Einreise im Rahmen des Bescheinigungsverfahrens (vgl. Kapitel 2.3.3).⁴¹

Durch das Kriegsfolgenbereinigungsgesetz (KfbG) vom 21. Dezember 1992⁴² wurden die Aufnahmevoraussetzungen grundlegend neu geregelt. Der bisherige Tatbestand des „Aussiedlers“ nach § 1 Abs. 2 Nr. 3 BVFG wurde mit Wirkung zum 1. Januar 1993 durch den neu geschaffenen Tatbestand des „Spätaussiedlers“ (§ 4 BVFG) abgelöst.

Erstmalig wurde außerdem durch das KfbG der Spätaussiedlerzuzug kontingentiert. Nachdem das Kontingent durch Art. 6 des Haushaltssanierungsgesetzes vom 22. Dezember 1999⁴³ noch einmal angepasst wurde, darf das Bundesverwaltungsamt nur so viele Aufnahmebescheide pro Jahr erteilen, dass die Zahl der aufzunehmenden Spätaussiedler und deren Ehegatten oder Abkömmlinge die Zahl der 1998 Aufgenommenen (103.080) nicht überschreitet.⁴⁴ In der Praxis spielt diese Regelung heute allerdings keine Rolle mehr, da bereits seit dem Jahr 2000 die tatsächlichen Aufnahmezahlen niedriger liegen und kontinuierlich weiter zurückgehen.

Seit dem Inkrafttreten des KfbG zum 1. Januar 1993 kommen die Spätaussiedler fast ausschließlich aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion. Seitdem müssen Antragsteller aus anderen Aussiedlungsgebieten (überwiegend osteuropäische Staaten) glaubhaft machen, dass sie am 31. Dezember 1992 oder danach Benachteiligungen oder Nachwirkungen früherer Benachteiligungen auf Grund ihrer deutschen Volkszugehörigkeit ausgesetzt waren (§ 4 Abs. 2 BVFG). Bei Antragstellern aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion wird die Fortwirkung dieser Benachteiligungen als gesetzliche Kriegsfolgeschicksalsvermutung (§ 4 Abs. 1 BVFG) weiterhin

³⁸ Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge.

³⁹ BGBl. 1990 I S. 1247.

⁴⁰ Zu den rechtlichen Grundlagen der Spätaussiedleraufnahme vgl. auch BMI 2008: 122-131.

⁴¹ Die Aufnahme und die Anerkennung von Spätaussiedlern erfolgen seither in zwei voneinander unabhängigen Verfahren. Das vorgeschaltete Aufnahmeverfahren dient der Steuerung des Spätaussiedlerzuzugs durch eine vorgezogene Überprüfung der Spätaussiedlereigenschaft. Das spätere Bescheinigungsverfahren dient der endgültigen Statusfeststellung.

⁴² BGBl. 1992 I S. 2094.

⁴³ BGBl. 1999 I S. 2534.

⁴⁴ Das ursprüngliche Kontingent lag bei 225.000 Personen pro Jahr.

unterstellt. Dies gilt vor dem Hintergrund ihres Beitritts zur Europäischen Union seit Inkrafttreten des Siebten Gesetzes zur Änderung des Bundesvertriebenengesetzes nicht mehr für die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen.⁴⁵ Zudem vereinfachte das Siebte Gesetz zur Änderung des Bundesvertriebenengesetzes das Aufnahmeverfahren. Künftig ist ausschließlich das Bundesverwaltungsamt zuständig. Die zusätzliche Prüfung durch die Länder entfällt.

Wer deutscher Volkszugehöriger ist, richtet sich nach § 6 BVFG. Die Voraussetzung der deutschen Volkszugehörigkeit ist bei einem vor dem 31. Dezember 1923 geborenen Antragsteller erfüllt, wenn er sich in seiner Heimat zum deutschen Volkstum bekannt hat und dieses Bekenntnis durch bestimmte Merkmale wie Abstammung, (deutsche) Sprache, Erziehung, Kultur bestätigt wird (§ 6 Abs. 1 BVFG). Für nach dem 31. Dezember 1923 Geborene gilt § 6 Abs. 2 BVFG i. d. Fassung des Spätaussiedlerstatusgesetzes (SpStatG) vom 30. August 2001⁴⁶. Sie sind nur dann deutsche Volkszugehörige, wenn sie von einem deutschen Staatsangehörigen oder deutschen Volkszugehörigen abstammen, sich bis zum Verlassen der Aussiedlungsgebiete ausschließlich zum deutschen Volkstum bekannt haben⁴⁷ (oder nach dem Recht ihres Herkunftsstaates zur deutschen Bevölkerungsgruppe gehört haben) und das Bekenntnis (bzw. die Zugehörigkeit) bestätigt wird durch bereits in der Familie vermittelte deutsche Sprachkenntnisse.

Nach dem durch das Siebte Gesetz zur Änderung des Bundesvertriebenengesetzes neu gefassten § 6 Abs. 2 ist die familiäre Vermittlung der deutschen Sprache nur festgestellt, wenn der Spätaussiedlerbewerber im Zeitpunkt der verwaltungsbehördlichen Entscheidung über den Aufnahmeantrag auf Grund dieser Vermittlung zumindest ein einfaches Gespräch auf Deutsch führen kann.

Die an ein solches Gespräch zu stellenden Anforderungen wurden in zwei Revisionsverfahren des Bundesverwaltungsgerichts vom 4. September 2003 (Az: 5 C 33.02 und 5 C 11.03) präzisiert. Zwar könne von einem Spätaussiedler keine schwierige Grammatik verlangt werden, doch müsse der Antragsteller sich mit einem „einfachen“ Wortschatz im Alltag zurechtfinden und zur Führung eines einigermaßen flüssigen, in ganzen Sätzen erfolgenden Gesprächs in der Lage sein. Ein langsames Verstehen und ein stockendes Sprechen stehen dem nicht entgegen. Nach Auffassung der Gerichte reicht es jedoch nicht aus, Deutsch lediglich zu verstehen oder nur einzelne Wörter zu kennen.

Seit 1997 werden zur Feststellung der sprachlichen Aufnahmevoraussetzungen im Aussiedlungsgebiet flächendeckend Anhörungen der Spätaussiedlerbewerber durchgeführt. Vor Einführung dieser sogenannten Sprachtests waren die Angaben der Antragsteller und der von ihnen benannten Zeugen zu ihren Sprachkenntnissen zu Grunde gelegt worden, die jedoch häufig nach Einreise nicht verifiziert werden konnten.

Familiär vermittelte Sprachkenntnisse muss ausnahmsweise nicht nachweisen, wer solche Sprachkenntnisse auf Grund einer Behinderung nicht erwerben konnte bzw. sie behinderungsbedingt nicht mehr nachweisen kann (§ 6 Abs. 2 S. 4 BVFG).

Weitere Änderungen erfuhr das Bundesvertriebenengesetz mit dem am 11. Juli 2009 in Kraft getretenen Achten Gesetz zur Änderung des Bundesvertriebenengesetzes.⁴⁸ Damit wurde u.a. das

⁴⁵ § 4 Abs. 1 BVFG wurde durch das Siebte Gesetz zur Änderung des Bundesvertriebenengesetzes vom 16. Mai 2007 entsprechend geändert (vgl. BGBl. 2007 I S. 748). Die Regelung trat am 24. Mai 2007 in Kraft.

⁴⁶ BGBl. 2001 I S. 2266.

⁴⁷ Mit dem Spätaussiedlerstatusgesetz wurde klargestellt, dass ein *exklusives* Bekenntnis zum deutschen Volkstum verlangt wird (§ 6 Abs. 2 Satz 1 SpStatG).

⁴⁸ BGBl. I Nr. 39 S. 1694f.

Verfahren zur Ausstellung einer Spätaussiedler- oder Angehörigenbescheinigung von derzeit zwei bis drei Monaten auf zwei bis drei Wochen beschleunigt. Hierzu wird durch die Neufassung des § 29 Abs. 1a BVFG die Antwortfrist für die Sicherheitsbehörden bei der Überprüfung von Ausschlussgründen verkürzt.

Einbeziehung von Ehegatten und Abkömmlingen

Erfüllen Aufnahmebewerber alle Aufnahmevoraussetzungen, wird ihnen ein Aufnahmebescheid erteilt. Auf Antrag können ihre Ehegatten und Abkömmlinge bei Vorliegen der Voraussetzungen nach § 27 Abs. 1 S. 2 BVFG zum Zwecke der gemeinsamen Aussiedlung in den Aufnahmebescheid einbezogen werden. Eine Generationenbegrenzung innerhalb der Kernfamilie kennt das BVFG nicht, so dass etwa auch Enkel einbezogen werden können. Da die Einbeziehung zum Zweck der gemeinsamen Aussiedlung erfolgt, ist sie grundsätzlich nur möglich, bevor die Bezugsperson das Herkunftsgebiet verlassen hat. Nur im Falle einer besonderen Härte kann die Einbeziehung ausnahmsweise nach Aufenthaltnahme im Bundesgebiet nachgeholt werden.

Mit dem Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes zum 1. Januar 2005 wurden die Einbeziehungsvoraussetzungen des § 27 Abs. 1 S. 2 BVFG neu gefasst. Seither ist eine Einbeziehung nur noch möglich, wenn der Spätaussiedlerbewerber selbst sie ausdrücklich beantragt. Dies trägt dem akzessorischen Charakter der Einbeziehung Rechnung, die nicht den Einbeziehungsbewerber begünstigen, sondern Aussiedlungshindernisse für den Spätaussiedlerbewerber ausräumen soll. Ehegatten können nur noch einbezogen werden, wenn die Ehe seit mindestens drei Jahren besteht.

Außerdem müssen Ehegatten und Abkömmlinge jetzt Grundkenntnisse der deutschen Sprache nachweisen. Diese Grundkenntnisse liegen vor, wenn die Kompetenzstufe A 1 des „Gemeinsamen europäischen Referenzrahmens für Sprachen“ des Europarates erreicht wird. Sie können durch Vorlage des Zertifikats „Start Deutsch 1“ des Goethe-Instituts oder durch Ablegung eines sog. Sprachstandstests im Rahmen einer Anhörung in einer deutschen Auslandsvertretung nachgewiesen werden.⁴⁹ Bei Kindern unter 14 Jahren verzichtet das Bundesverwaltungsamt auf den Nachweis. Zu ihren Gunsten wird vermutet, dass für eine erfolgreiche Integration ausreichende Grundkenntnisse vorhanden sind. Sofern Ehegatten und Abkömmlinge von Spätaussiedlerbewerbern die Einbeziehungsvoraussetzungen nicht erfüllen, können sie nur noch im Rahmen des ausländerrechtlichen Familiennachzugs nach Deutschland ziehen.

Die sonstigen nichtdeutschen Familienangehörigen (z.B. Schwieger- und Stiefkinder des Spätaussiedlers) können grundsätzlich ebenfalls nur im Rahmen des ausländerrechtlichen Familiennachzugs zu Deutschen einreisen. Sie werden in der Anlage zum Aufnahmebescheid aufgeführt und bei gemeinsamer Einreise mit dem Inhaber des Aufnahmebescheids in das Verteilungsverfahren einbezogen (§ 8 Abs. 2 BVFG). Nach einem – inzwischen überholten – Beschluss der Innenministerkonferenz vom Mai 2006 mussten sie sich jedoch auf einfache Art in deutscher Sprache – ebenfalls orientiert am Sprachniveau A 1 – verständigen können. Bei Vorliegen einer besonderen Härte

⁴⁹ Da die Einbeziehung nicht die deutsche Volkszugehörigkeit des Antragstellers und infolgedessen nicht den Spracherwerb bereits in der Familie voraussetzt, ist dieser Test im Gegensatz zu der Anhörung im Verfahren zur Aufnahme von Spätaussiedlern aber – theoretisch beliebig oft – wiederholbar.

konnte die gemeinsame Einreise im Einzelfall auch ohne den Nachweis der geforderten Sprachkenntnisse erfolgen.⁵⁰

Seit Inkrafttreten des Richtlinienumsetzungsgesetzes am 28. August 2007 ist allerdings auch für den ausländerrechtlichen Ehegattennachzug zu Deutschen grundsätzlich Voraussetzung, dass sich der Ehegatte zumindest auf einfache Art in deutscher Sprache verständigen kann.

Für Spätaussiedler, die kurz vor Änderung des Aufenthaltsrechts in der Annahme nach Deutschland einreisen, ihr Ehegatte könne auch ohne Sprachkenntnisse nachziehen, hat das BMI unter dem Gesichtspunkt des Vertrauensschutzes Übergangsregelungen geschaffen, die einen Nachzug der Ehegatten nach der vor dem 28. August 2007 geltenden Rechtslage (d.h. auch ohne Nachweis von Sprachkenntnissen) ermöglichten.⁵¹

Den Familiennachzugsberechtigten wird zum Zweck der gemeinsamen Ausreise mit dem Spätaussiedler ein auf 90 Tage befristetes nationales Visum ohne Zustimmung der Ausländerbehörde ausgestellt, das nach der Aufnahme im Bundesgebiet in eine Aufenthaltserlaubnis zum Familiennachzug umgewandelt wird (§ 39 Nr. 1 AufenthV).

Durch das am 28. August 2007 in Kraft getretene Richtlinienumsetzungsgesetz wurde zudem die Möglichkeit erweitert, auch beim Nachzug zu Deutschen die Sicherung des Lebensunterhalts zur Voraussetzung zu machen (§ 28 Abs. 1 S. 3 AufenthG). Die Anwendung dieser Regelung, so eine Klarstellung des BMI, ist jedoch auf atypische Fälle bei Vorliegen besonderer Umstände beschränkt. Ein solcher Fall liegt bei Spätaussiedlern nicht vor, da das Vertriebenenrecht hinsichtlich des Lebensunterhalts davon ausgeht, dass der Sicherungsnachweis entbehrlich ist und stattdessen Eingliederungs- und Starthilfen gezahlt werden können.

Zum Zeitpunkt ihrer Einreise sind Inhaber von Aufnahme- und Einbeziehungsbescheiden in der Regel noch keine deutschen Staatsangehörigen. Deshalb ist nach § 4 Abs. 1 S. 1 AufenthG (auch für sie) die Erteilung eines Aufenthaltstitels vor der Einreise erforderlich.

2.3.2 Verteilungsverfahren und Wohnortzuweisung

Nach ihrer Einreise sind Spätaussiedler und ihre in den Aufnahmebescheid einbezogenen Ehegatten oder Abkömmlinge gemäß § 8 Abs. 1 S. 3 BVFG verpflichtet, sich in einer Erstaufnahmeeinrichtung des Bundes registrieren zu lassen. Sie werden dann vom Bundesverwaltungsamt nach einer gesetzlich festgelegten Quote auf die Bundesländer verteilt. Im Anschluss daran können die Länder ihnen gemäß § 2 Abs. 1 des Gesetzes über die Festlegung eines vorläufigen Wohnortes für Spätaussiedler (Wohnortzuweisungsgesetz) einen vorläufigen Wohnort zuweisen, wenn sie nicht über einen Arbeitsplatz oder ein sonstiges den Lebensunterhalt sicherndes Einkommen ver-

⁵⁰ Vgl. Ständige Konferenz der Innenminister und –senatoren der Länder 2006: Sammlung der zur Veröffentlichung freigegebenen Beschlüsse der 180. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und –senatoren der Länder am 5. Mai 2006 in Garmisch-Partenkirchen (Punkt 9: Ausländerrechtliche Behandlung von Personen nach § 8 Abs. 2 BVFG) sowie Ständige Konferenz der Innenminister und –senatoren der Länder 2007: Sammlung der zur Veröffentlichung freigegebenen Beschlüsse der 185. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und –senatoren der Länder am 7. Dezember 2007 in Berlin (Punkt 7: Ausländerrechtliche Behandlung von Personen nach § 8 Abs. 2 BVFG).

⁵¹ Vgl. dazu die Bundestagsdrucksache 16/7708: 13f; Frage 23, Antwort des Staatssekretärs Johann Hahlen vom 27. Dezember 2007.

fügen.⁵² Nur am zugewiesenen Wohnort erhalten sie Sozialhilfe bzw. Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende⁵³). Wer zuweisungs-
widrig wegzieht, erhält am neuen Wohnort nur die nach den Umständen unabweisbar gebotene
Hilfe nach dem SGB XII (Sozialhilfe).⁵⁴ Die Bindung an den Wohnort ist auf drei Jahre begrenzt.

Zweck dieser Regelung ist eine gleichmäßige Verteilung der Lasten der Unterstützung und Eingliederung der Spätaussiedler auf die Gemeinden und damit eine sozialverträgliche Integration vor Ort. Vor diesem Hintergrund wurde das Wohnortzuweisungsgesetz durch Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 17. März 2004 (1 BvR 1266/00) für grundsätzlich verfassungsgemäß erklärt; allerdings wurden Nachbesserungen etwa beim Zusammenleben von Familien gefordert.

Am 28. Mai 2005 trat eine entsprechende Gesetzesänderung in Kraft, durch die in Härtefällen die nachträgliche Umverteilung auf ein anderes Land oder die nachträgliche Zuweisung in einen anderen Ort auf Antrag ermöglicht wurde.⁵⁵ Ein Härtefall liegt danach vor, wenn Ehegatten oder Lebenspartner untereinander oder Eltern und ihre minderjährigen ledigen Kinder aufgrund der Verteilungs- oder Zuweisungsentscheidung an verschiedenen Orten leben, oder wenn die Verteilungs- oder Zuweisungsentscheidung der Aufnahme einer nicht nur vorübergehenden Erwerbstätigkeit, die den Lebensunterhalt noch nicht vollständig decken kann, entgegensteht oder zu einer vergleichbaren unzumutbaren Einschränkung führt (§ 3b Abs. 2 Wohnortzuweisungsgesetz).

Im Rahmen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts wurde der Gesetzgeber aufgefordert, „die weitere Entwicklung und insbesondere die Auswirkungen der Regelung zu beobachten und diese gegebenenfalls für die Zukunft zu korrigieren.“ Vor diesem Hintergrund hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) im Auftrag des BMI die Auswirkungen des Wohnortzuweisungsgesetzes ermittelt und bewertet.⁵⁶ Auf der Grundlage der gewonnenen Erkenntnisse wurde geprüft, ob das Gesetz vorzeitig aufgehoben werden sollte oder beibehalten werden kann. Es gilt noch bis zum 31. Dezember 2009.⁵⁷

2.3.3 Bescheinigungsverfahren

Das Bescheinigungsverfahren dient der endgültigen Statusfeststellung durch Erteilung einer Bescheinigung über die Spätaussiedlereigenschaft (§ 15 Abs. 1 BVFG) oder über die Eigenschaft als Ehegatte oder Abkömmling eines Spätaussiedlers (§ 15 Abs. 2 BVFG). Die Bescheinigung ist für alle Behörden und Stellen verbindlich, die Rechte und Vergünstigungen an Spätaussiedler und deren einbezogene Ehegatten und Abkömmlinge (die dem Spätaussiedler nach § 7 Abs. 2 S. 1

⁵² Neben den Stadtstaaten, für die das Wohnortzuweisungsgesetz keine Bedeutung hat, wird auch in den Bundesländern Bayern und Rheinland-Pfalz hiervon kein Gebrauch gemacht, so dass in diesen Ländern keine weitergehende Zuweisung stattfindet. Die anderen Bundesländer haben dagegen entsprechende Verordnungen erlassen, die die Zuweisung der Spätaussiedler innerhalb des jeweiligen Landes regeln.

⁵³ Darunter fallen beispielsweise Leistungen für die Eingliederung in Arbeit.

⁵⁴ Diese beschränkt sich weitestgehend auf die Übernahme der Verpflegungskosten und die Kosten für die Rückreise an den Zuweisungsort.

⁵⁵ Vgl. Fünftes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Festlegung eines vorläufigen Wohnortes für Spätaussiedler vom 22. Mai 2005, BGBl. 2005 I S. 1371.

⁵⁶ Haug/Sauer 2007.

⁵⁷ Nach einer Beteiligung der Bundesländer wurde beschlossen, die Geltungsdauer des Wohnortzuweisungsgesetzes nicht über 2009 hinaus zu verlängern.

BVFG in leistungsrechtlicher Hinsicht im wesentlichen gleich gestellt sind) gewähren, namentlich auch die Staatsangehörigkeitsbehörden.

Seit dem 1. Januar 2005 ist für die Entscheidung über die Erteilung der Bescheinigung grundsätzlich das Bundesverwaltungsamt zuständig. Zuvor oblag sie den jeweils zuständigen Landesbehörden. Außerdem wird das Verfahren jetzt von Amts wegen und nicht mehr auf Antrag durchgeführt. Alle Voraussetzungen für die Spätaussiedlereigenschaft bzw. Eigenschaft als Ehegatte oder Abkömmling eines Spätaussiedlers werden in diesem Verfahren nochmals abschließend geprüft. Allein der Sprachtest für Spätaussiedlerbewerber wird gemäß § 15 Abs. 1 S. 2 BVFG hierbei nicht wiederholt.

2.3.4 Erwerb der Staatsangehörigkeit

Mit Ausstellung der Bescheinigung nach § 15 Abs. 1 oder 2 BVFG erwerben der Spätaussiedler und der in den Aufnahmebescheid einbezogene Ehegatte oder Abkömmling seit der Neuregelung des Staatsangehörigkeitsrechts ab 1. August 1999 kraft Gesetzes, also automatisch, die deutsche Staatsangehörigkeit (§ 7 Staatsangehörigkeitsgesetz – StAG). Durch diese Neuregelung wurde das bis dahin notwendige Einbürgerungsverfahren ersetzt. Ehegatten und Abkömmlinge, die die Einbeziehungsvoraussetzungen nicht erfüllen, sowie andere Verwandte (z.B. Schwiegerkinder des Spätaussiedlers) bleiben Ausländer. Sie können die deutsche Staatsangehörigkeit nur auf Antrag im Wege der Einbürgerung erwerben, wenn sie die hierfür maßgeblichen Voraussetzungen nach den allgemeinen Einbürgerungsvorschriften erfüllen. Diese erfordern u. a. ausreichende Deutschkenntnisse und in der Regel auch die Aufgabe der Staatsangehörigkeit des Herkunftsstaates.

2.3.5 Entwicklung der Spätaussiedlerzuwanderung

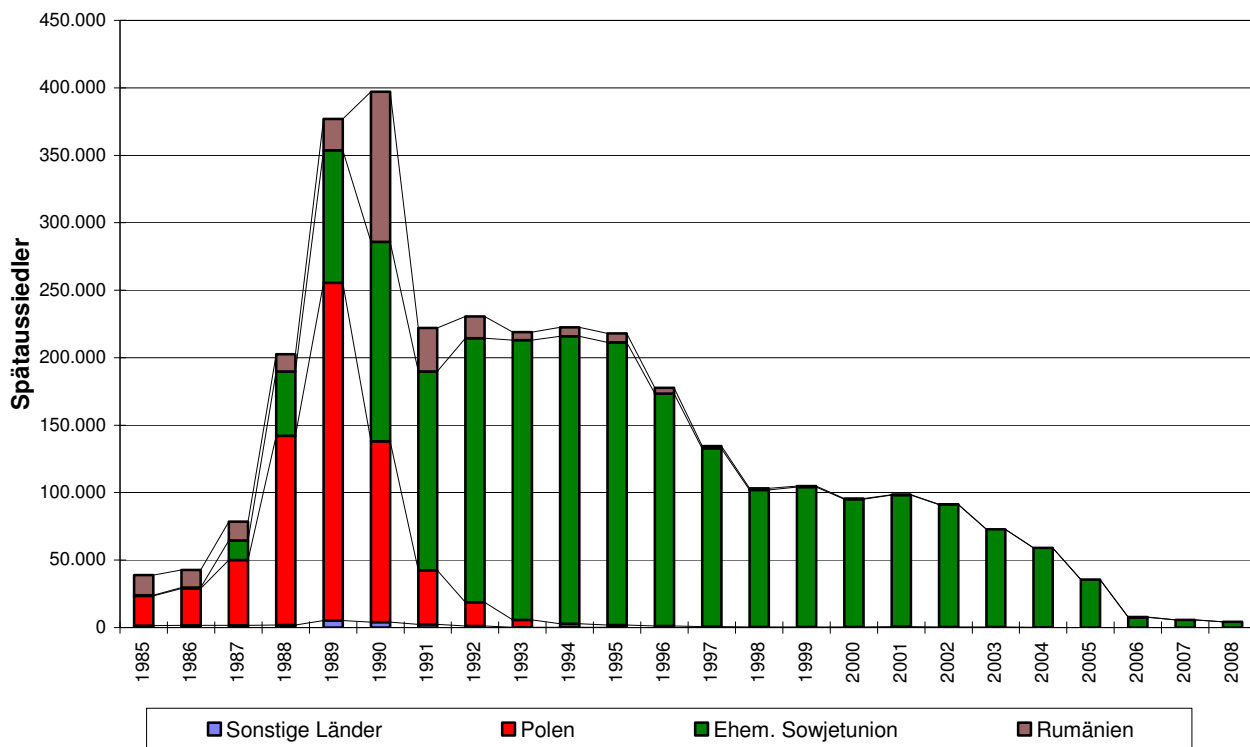
Die statistische Erfassung der Spätaussiedleraufnahme findet personenbezogen beim Bundesverwaltungsamt in Köln statt. Im Zeitraum von 1990 bis 2008 wanderten etwa zweieinhalb Millionen Menschen im Rahmen des (Spät-)Aussiedlerzuzugs nach Deutschland ein (2.500.092). Es ist davon auszugehen, dass die überwiegende Mehrheit von ihnen dauerhaft in Deutschland verbleibt.

Nachdem die Zuwanderung von Personen, die entweder als Aussiedler oder Spätaussiedler einschließlich ihrer Familienangehörigen nach Deutschland kamen, im Jahr 1990 ihren Höhepunkt erreicht hatte (397.073), sind die Zuzugszahlen stetig zurückgegangen. Im Jahr 2000 sank der Zuzug erstmals auf unter 100.000 Personen und betrug im Jahr 2008 nur noch 4.362 Personen (vgl. Tabelle 2-2 und Abbildung 2-9). Dies entspricht einem weiteren Rückgang um ein Viertel im Vergleich zum Vorjahr, nachdem die Zuzugszahlen bereits von 2006 auf 2007 um etwa ein Viertel gesunken waren. Damit lag die Zuzugszahl des Jahres 2008 unter dem Wert des Jahres 2007, in dem bereits der niedrigste (Spät-)Aussiedlerzuzug seit Beginn der Aussiedleraufnahme im Jahr 1950 registriert wurde.

Seit dem Jahr 1999 sinkt auch die Anzahl der neu gestellten Aufnahmeanträge nahezu kontinuierlich. So wurden im Jahr 2008 nur noch 5.868 Aufnahmeanträge gestellt (2007: 11.056 Anträge). Lediglich von 2005 auf 2006 wurde ein Anstieg der Antragszahlen um 12% registriert (von 21.306 auf 23.762 Aufnahmeanträge). 1999 lag die Zahl der Anträge noch bei etwa 117.000. Insgesamt wurden im Zeitraum von 1990 bis 2008 etwa 2,77 Millionen Aufnahmeanträge gestellt.⁵⁸

⁵⁸ Ein positiv beschiedener Antrag ist unbefristet gültig und berechtigt zur Einreise zu einem beliebigen Zeitpunkt. Es ist jedoch nicht bekannt, wie viele Antragsteller mit einem positiven Bescheid noch in den Herkunftsländern leben.

Abbildung 2-9: Zuzug von (Spät-)Aussiedlern und ihren Familienangehörigen nach Deutschland nach Herkunftsländern von 1985 bis 2008



Quelle: Bundesverwaltungsamt

Herkunftsländer

Wie Abbildung 2-9 zeigt, hat sich nicht nur die Größenordnung, sondern auch die Zusammensetzung des (Spät-)Aussiedlerzuzuges nach Herkunftsgebieten seit Beginn der 1990er Jahre stark verändert. Kamen im Jahr 1990 noch 133.872 Aussiedler aus Polen und 111.150 aus Rumänien, so zogen im Jahr 2008 nur 44 bzw. 16 Spätaussiedler aus diesen Ländern nach Deutschland. Dies entspricht einem Anteil von 1,0% bzw. 0,4% am Gesamtpätaussiedlerzuzug im Jahr 2008. Der Rückgang der Zuzugszahlen aus diesen Staaten ist insbesondere auf das Inkrafttreten des Kriegsfolgenbereinigungsgesetzes und das dadurch eingeführte Erfordernis der Glaubhaftmachung eines Kriegsfolgenschicksals zurückzuführen.

Seit 1990 stellen Personen aus der ehemaligen Sowjetunion die zahlenmäßig stärkste Gruppe. Inzwischen kommen Spätaussiedler mit ihren Angehörigen fast ausschließlich von dort. Im Jahr 2008 zogen 4.301 Personen aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland (2007: 5.695). Ihr Anteil am gesamten Spätaussiedlerzuzug liegt seit Jahren bei etwa 98% bis 99%. Hierbei sind die größten Herkunftsländer im Jahr 2008 die Russische Föderation mit 2.660 (2007: 3.735) sowie Kasachstan mit 1.062 Personen (2007: 1.279). Bis zum Jahr 2001 war Kasachstan das Hauptherkunftsländ von (Spät-)Aussiedlern und ihren Familienangehörigen. Aus der Ukraine kamen im Jahr 2008 210 Spätaussiedler (2007: 244), aus Kirgisistan 128 (2007: 211) (vgl. Tabelle 2-2).

Tabelle 2-2: Zuzug von (Spät-)Aussiedlern und ihren Familienangehörigen nach Herkunftsgebieten von 1990 bis 2008

Herkunftsgebiet	1990	1991 ³	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Polen	133.872	40.131	17.749	5.431	2.440	1.677	1.175	687	488	428	484	623	553	444	278	80	80	70	44
Ehem. Sowjetunion	147.950	147.333	195.629	207.347	213.214	209.409	172.181	131.895	101.550	103.599	94.558	97.434	90.587	72.289	58.728	35.396	7.626	5.695	4.301
davon aus:																			
Estland	-	-	446	283	366	363	337	136	69	116	80	77	79	69	47	32	0	5	3
Lettland	-	-	334	266	267	360	248	124	147	183	182	115	44	45	51	43	10	6	3
Litauen	-	-	200	166	243	230	302	176	163	161	193	97	178	123	87	30	14	9	9
Armenien	-	-	6	22	83	42	16	29	47	66	58	52	92	25	4	10	4	1	5
Aserbaidshan	-	-	52	39	53	44	25	20	4	30	20	54	23	32	43	34	0	10	10
Georgien	-	-	283	514	155	165	127	72	72	52	29	27	35	35	41	22	3	13	0
Kasachstan	-	-	114.382	113.288	121.517	117.148	92.125	73.967	51.132	49.391	45.657	46.178	38.653	26.391	19.828	11.206	1.760	1.279	1.062
Kirgisistan	-	-	12.618	12.373	10.847	8.858	7.467	4.010	3.253	2.742	2.317	2.020	2.047	2.040	1.634	840	183	211	128
Moldau	-	-	950	1.139	965	748	447	243	369	413	361	186	449	281	220	130	26	31	34
Russische Föderation	-	-	55.875	67.365	68.397	71.685	63.311	47.055	41.054	45.951	41.478	43.885	44.493	39.404	33.358	21.113	5.189	3.735	2.660
Tadschikistan	-	-	3.305	4801	2804	1834	870	415	203	112	62	56	32	26	27	15	6	10	11
Turkmenistan	-	-	304	322	485	587	463	442	365	255	239	190	126	120	168	72	23	2	11
Ukraine	-	-	2.700	2.711	3.139	3.650	3.460	3.153	2.983	2.762	2.773	3.176	3.179	2.711	2.299	1.306	314	244	210
Usbekistan	-	-	3.946	3.882	3.757	3.468	2.797	1.885	1.528	1.193	920	990	844	714	646	307	62	96	123
Weißrussland	-	-	175	176	136	227	186	168	161	172	189	331	313	273	275	236	32	43	32
ehem. Jugoslawien ¹	961	450	199	119	176	178	73	34	13	19	0	17	3	8	8	0	0	0	0
Rumänien	111.150	32.184	16.154	5.811	6.615	6.519	4.284	1.777	1.005	855	547	380	256	137	76	39	40	21	16
ehem. CSFR	1.708	927	460	136	101	62	18	12	17	11	18	22	14	2	3	4	1	5	0
Ungarn	1.336	952	354	38	43	43	14	14	4	4	2	8	3	5	0	3	0	1	0
Sonstige Länder ²	96	18	20	6	2	10	6	0	3	0	6	0	0	0	0	0	0	0	1
Insgesamt	397.073	221.995	230.565	218.888	222.591	217.898	177.751	134.419	103.080	104.916	95.615	98.484	91.416	72.885	59.093	35.522	7.747	5.792	4.362

Quelle: Bundesverwaltungsamt

1) Einschl. Kroatien, Slowenien und Bosnien-Herzegowina sowie der ehem. jugoslawischen Republik Mazedonien, die seit 1992 bzw. 1993 selbständige Staaten sind.

2) "Sonstige Gebiete" sowie einschließlich der Vertriebenen, die über das sonstige Ausland nach Deutschland kamen.

3) Ab 1. Januar 1991 Zahlen für Gesamtdeutschland.

Der stetige Rückgang der Spätaussiedlerzahlen seit Mitte der 1990er Jahre ist neben der Abnahme des Zuzugspotenzials und der Änderung der Aufnahmevoraussetzungen, zuletzt namentlich der Einführung der Sprachstandstests für Einzubeziehende durch das Zuwanderungsgesetz, auf eine zunehmende Beseitigung der Ursachen für die Auswanderung zurückzuführen. Wirkung dürften insoweit auch die von der Bundesregierung für die deutschen Minderheiten gewährten Hilfen zeigen.

Um den in den Herkunftsländern lebenden Deutschen eine dauerhafte Lebensperspektive zu eröffnen, wurden zu Beginn der 1990er Jahre verschiedene Hilfsprogramme (Bleibehilfen) zugunsten

der deutschen Minderheit in den Siedlungsgebieten ins Leben gerufen. Dabei werden seit 1998 statt „investiver Großprojekte“ Maßnahmen der Hilfe zur Selbsthilfe gefördert. Die Programme umfassen Förderungen auf kulturellem, sprachlichem, sozialem, medizinischem und wirtschaftlichem Gebiet. So werden etwa zur Wahrung der kulturellen Identität der deutschen Minderheit in der Russischen Föderation neben Maßnahmen zum Erhalt der deutschen Sprache, Aktivitäten russlanddeutscher Begegnungszentren und die Jugendarbeit gefördert sowie die Selbstorganisation der deutschen Minderheit unterstützt.⁵⁹ Zudem unterstützt und fördert die Bundesregierung verstärkt die Bildung und Intensivierung von Partnerschaften zwischen Kommunen in Deutschland und Kommunen in den Herkunftsgebieten der deutschen Minderheiten.

Insgesamt hat sich die Lage der deutschen Minderheiten in den früheren Ostblockstaaten deutlich verbessert. Als Gründe hierfür sind zu nennen: der Abschluss von bilateralen Abkommen zugunsten der Minderheiten, die Minderheitenpolitik des Europarates mit dem Rahmenübereinkommen und der Sprachencharta, eine neue Aufgeschlossenheit der Herkunftsstaaten gegenüber ihren Minderheiten und die Unterstützung der deutschen Minderheiten durch die Bundesrepublik Deutschland.

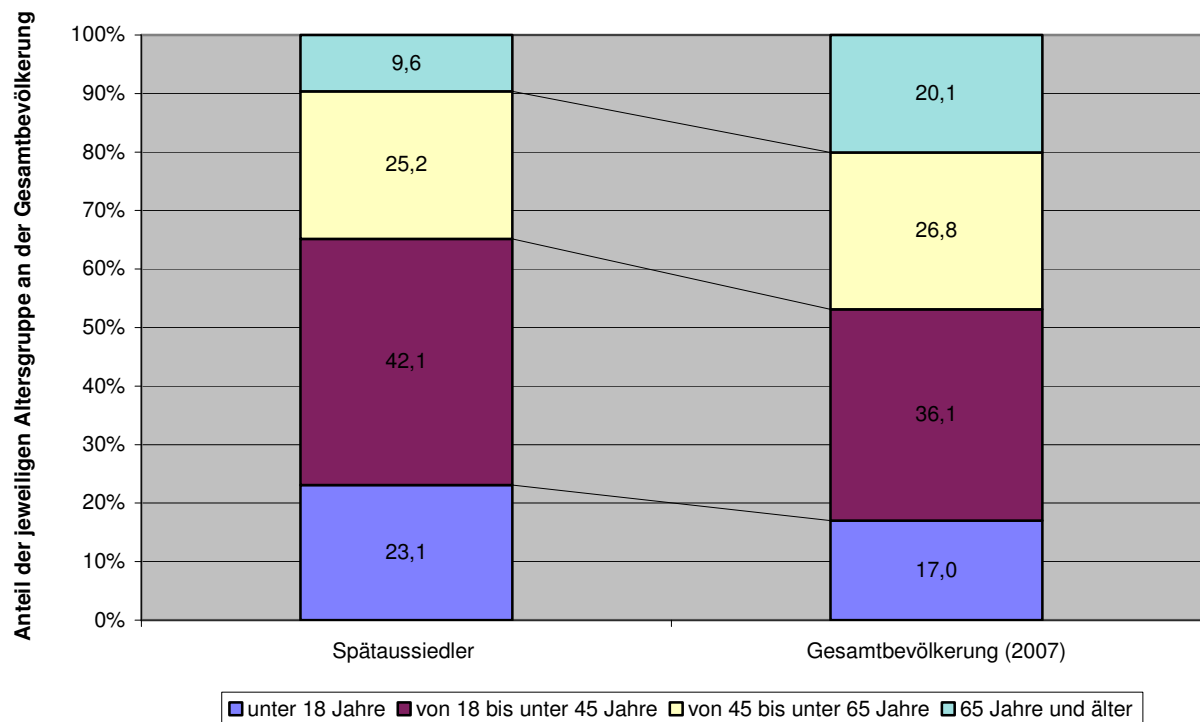
Altersstruktur

Die Zuwanderung von Spätaussiedlern und ihren Familienangehörigen wirkt sich – ähnlich wie die Zuwanderung von Ausländern – positiv auf die Altersstruktur der Bevölkerung in Deutschland aus. Weil auch die zuwandernden Spätaussiedler relativ jung sind, kommt es zu einem Verjüngungseffekt, wenn auch die zuwandernden Spätaussiedler im Schnitt etwas älter sind als die zuziehenden Ausländer. So sind 65,2% der im Jahr 2008 zugezogenen Spätaussiedler unter 45 Jahre alt (2007: 62,6%), während nur 53,1% der Gesamtbevölkerung auf diese Altersgruppe entfallen (vgl. Abbildung 2-10 und Tabelle 2-36 im Anhang).⁶⁰ Dagegen sind nur 9,6% der Spätaussiedler über 65 Jahre (2007: 11,9%), aber 20,1% der Gesamtbevölkerung. Allerdings hat sich die Altersstruktur der zuwandernden Spätaussiedler in den letzten Jahren etwas verändert: So waren in den 1990er Jahren noch etwa drei Viertel der Spätaussiedler jünger als 45 Jahre. Zudem lag der Anteil der Spätaussiedler, die älter als 65 Jahre waren, bis zum Jahr 2005 zwischen 6,2% und 7,4%.

⁵⁹ Vgl. dazu die Pressemitteilung des BMI vom 11. Juni 2009 zur 15. Sitzung der Deutsch-Russischen Regierungskommission für die Angelegenheiten der Russlanddeutschen am 10. und 11. Juni 2009 in Omsk.

⁶⁰ Zahlen für die Gesamtbevölkerung beziehen sich auf das Jahr 2007, da die Bevölkerungsfortschreibung für das Jahr 2008 noch nicht vorliegt.

Abbildung 2-10: Altersstruktur der im Jahr 2008 zugezogenen Spätaussiedler und ihrer Familienangehörigen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung des Jahres 2007



Quelle: Bundesverwaltungsamt

Religionszugehörigkeit der Spätaussiedler

Laut Bundesverwaltungsamt gaben etwa ein Drittel bzw. 1.564 der im Jahr 2008 zugewanderten Spätaussiedler an evangelisch zu sein, etwas mehr als ein Fünftel gehören der russisch-orthodoxen Religionsgemeinschaft an (1.195 Personen). 16% fühlten sich keiner Konfession zugehörig (709 Personen), 14% waren Mitglieder der katholischen Kirche.

2.3.6 Die Zahl der Spätaussiedler und ihrer Familienangehörigen in Deutschland

Seit Beginn der Aussiedleraufnahme im Jahr 1950 sind fast 4,5 Millionen (Spät-)Aussiedler (einschließlich Familienangehörige) nach Deutschland zugewandert. Es ist jedoch nicht genau bekannt, wie viele Aussiedler und Spätaussiedler mit ihren Familienangehörigen derzeit in Deutschland leben, da hierzu keine Bestandsstatistik existiert. (Spät-)Aussiedler sind in der Regel als Deutsche in der Bevölkerungsstatistik registriert. Aufgrund von natürlichen Bevölkerungsbewegungen (Geburten, Sterbefälle) und Wanderungen (Weiterwanderungen, Remigration), deren Größenordnungen ebenfalls nicht bekannt sind, da (Spät-)Aussiedler in den entsprechenden Statistiken ebenfalls nur als Deutsche enthalten sind, ist davon auszugehen, dass die Zahl der derzeit in Deutschland lebenden (Spät-)Aussiedler von der aufaddierten Zahl der aufgenommenen (Spät-)Aussiedler abweicht.

Im Mikrozensus⁶¹ 2007 wurden Zuwanderer erstmals gefragt, ob sie mit dem (Spät-)Aussiedlerstatus nach Deutschland eingereist sind. Dies gaben etwa 2,8 Millionen Deutsche mit eigener Migrationserfahrung einschließlich ihrer mit eingereisten Familienangehörigen an. Von den zwischen 1950 und 2007 im Rahmen des (Spät-)Aussiedlerzuzugs eingereisten 4,5 Millionen Personen hielten sich damit im Jahr 2007 noch circa 62 % in Deutschland auf.⁶² Von den 2,8 Millionen (Spät-)Aussiedlern in Deutschland lassen sich im Mikrozensus nur 1,8 Millionen einem Herkunftsland zuordnen. Dabei entfallen 518.000 (Spät-)Aussiedler auf Polen, 475.000 auf die Russische Föderation, 320.000 auf Kasachstan, 173.000 auf Rumänien und 137.000 auf die weiteren Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion. Allerdings sind in dieser Zahl die bereits in Deutschland geborenen Kinder von (Spät-)Aussiedlern nicht enthalten.

Anhand einer beim Statistischen Bundesamt in Auftrag gegebenen Sonderauswertung des Mikrozensus 2005 hatte die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration bereits im Jahr 2007 versucht, die Größenordnung der derzeit in Deutschland lebenden (Spät-)Aussiedler und ihrer Familienangehörigen abzuschätzen.⁶³ Diese Auswertung kam zu dem Ergebnis, dass derzeit etwa 4,1 Millionen Aussiedler und Spätaussiedler und deren Ehegatten und Abkömmlinge in Deutschland leben.⁶⁴ Davon wurden etwas mehr als ein Fünftel bereits in Deutschland geboren. Dies bedeutet, dass etwa 3,2 Millionen (Spät-)Aussiedler mit ihren Familienangehörigen selbst zugewandert sind. Diese Zahl liegt um etwa 400.000 Personen höher als der im Mikrozensus 2007 ermittelte Wert. Dies kann daran liegen, dass bei der Sonderauswertung davon ausgegangen wurde, dass es sich bei Zuwanderern aus den osteuropäischen Staaten sowie der Sowjetunion und deren Nachfolgestaaten, deren Einbürgerung im Zuzugsjahr oder innerhalb der ersten beiden Jahre nach der Zuwanderung erfolgte, um Personen handelt, die als Aussiedler bzw. Spätaussiedler und deren Familienangehörige zugewandert sind. Dieses Kriterium kann jedoch auch auf andere Migranten aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion zutreffen.

⁶¹ Seit dem Jahr 2005 ist es möglich, im Mikrozensus Personen mit Migrationshintergrund zu identifizieren. Zum Mikrozensus vgl. ausführlicher Kapitel 6.2.

⁶² Vgl. Statistisches Bundesamt 2008d: 7.

⁶³ Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2007: 206-207 (Tabellenanhang).

⁶⁴ Diese Zahl wurde durch eine „plausible Schätzung“ gewonnen. Sie wurde nicht eigenständig im Mikrozensus erhoben, sondern nachträglich abgeschätzt und stellt deshalb keine amtliche Zahl dar. Vgl. dazu auch Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2007: 12-13 (Fußnote 2).

2.4 Einreise und Aufenthalt zum Zweck der Ausbildung

2.4.1 Ausländische Studierende

Im Rahmen der Internationalisierung des Hochschulstudiums und im Hinblick auf den weltweiten „Wettbewerb um die besten Köpfe“ ist es das Ziel der Bundesregierung, das Studium für ausländische Studierende in Deutschland attraktiver zu machen. Dazu wurde beispielsweise die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Konzertierte Aktion „Internationales Marketing für den Bildungs- und Forschungsstandort Deutschland“ ins Leben gerufen, die von allen wichtigen Vertretern aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft getragen wird.⁶⁵ Zudem soll – ausgehend von dem im Jahr 1999 initiierten Bologna-Prozess – ein „Europäischer Hochschulraum“ geschaffen werden, der die Mobilität der Studierenden und Absolventen innerhalb und außerhalb Europas fördern und die weltweite Attraktivität europäischer Hochschulen steigern soll.⁶⁶

Ausländische Studierende benötigen vor der Einreise ein Visum der zuständigen deutschen Auslandsvertretung. Davon ausgenommen sind neben Studierenden aus den Staaten der Europäischen Union, Island, Norwegen, der Schweiz und Liechtenstein, auch Studierende aus Monaco, San Marino, Andorra, Honduras, Australien, Israel, Japan, Kanada, der Republik Korea, Neuseeland und den USA (§ 41 Aufenthaltsverordnung – AufenthV) sowie aufgrund bilateraler Vereinbarungen Studierende aus Brasilien und El Salvador. Für ein Visum zu Studienzwecken ist in der Regel der Zulassungsbescheid einer deutschen Hochschule oder eine anerkannte Hochschulzugangsberechtigung zusammen mit einer vollständigen Bewerbung sowie ein Nachweis über die Finanzierung des ersten Studienjahrs und ein Nachweis über einen Krankenversicherungsschutz vorzulegen. Ausländische Studierende sind im Visumverfahren eine privilegierte Gruppe, da sie ihre Visa in der Regel in einem beschleunigten Verfahren, dem so genannten Schweigefristverfahren, erhalten. Das Visum bedarf zwar grundsätzlich der Zustimmung der für den künftigen Aufenthaltsort zuständigen Ausländerbehörde. Sofern jedoch innerhalb einer Frist von drei Wochen und zwei Arbeitstagen (Schweigefrist) diese Behörde gegenüber der Auslandsvertretung, bei der das Visum beantragt wurde, keine Bedenken erhebt, wird das Visum ausgestellt (§ 31 Abs. 1 AufenthV). Keine Zustimmung ist erforderlich bei Ausländern, die für ein Studium von einer deutschen Wissenschaftsorganisation oder öffentlichen Stelle vermittelt werden, die Stipendien aus öffentlichen Mitteln vergibt, und die in diesem Zusammenhang in Deutschland ein Stipendium auf Grund eines auch für öffentliche Mittel verwendeten Vergabeverfahrens erhalten (§ 34 Nr. 3 AufenthV).⁶⁷

Studienbewerber aus Herkunftsländern, in denen eine Akademische Prüfstelle (APS) eingerichtet ist, werden zum Studium an einer deutschen Hochschule nur zugelassen, wenn sie das Zertifikat der Akademischen Prüfstelle als Nachweis der Erfüllung der in den Bewertungsvorschlägen der Kultusministerkonferenz (KMK) festgelegten Voraussetzungen für die Aufnahme eines Erststudi-

⁶⁵ Initiativen im Rahmen dieser im Jahr 2001 gestarteten Aktion sind das Hochschulkonsortium GATE-Germany, das durch Informationsveranstaltungen im Ausland das Profil der deutschen Hochschulen international schärfen soll, die Kampagne „Hi Potentials! International Careers made in Germany“ und das mehrsprachige Internetportal „Campus Germany“, das über Studium, Forschung und Stipendien in Deutschland informiert. Das Sekretariat der Konzertierten Aktion ist angesiedelt beim Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD).

⁶⁶ Dazu dient etwa die Einführung von international anschlussfähigen Bachelor- und Masterstudiengängen. Zudem bietet die EU eine Reihe von Förderprogrammen zur Hochschulzusammenarbeit und zur Intensivierung der Mobilität von Studierenden, Graduierten und Wissenschaftlern an. Hierzu informiert und berät der DAAD als Nationale Agentur bzw. Durchführungsstelle etwa zu den hochschulbezogenen Programmteilen von SOKRATES und LEONARDO DA VINCI.

⁶⁷ Dasselbe gilt in diesem Fall für ihre miteinreisenden Ehegatten und minderjährigen Kinder.

ums vorlegen können.⁶⁸ Dazu müssen Studienbewerber aus diesen Staaten ihre Bewerbungsunterlagen vor der Zuleitung an eine deutsche Hochschule zur Überprüfung bei der Akademischen Prüfstelle in der entsprechenden deutschen Botschaft einreichen.

Anlass für die Einrichtung von Akademischen Prüfstellen war die seit Ende der 1990er Jahre angewachsene Zahl von Bewerbungen aus China, die die deutschen Hochschulen vor schwierige fachliche und organisatorisch aufwändige Zulassungsprobleme stellte. Vielfach zeigte sich, dass Studienbewerber trotz des formalen Vorliegens der Zugangsvoraussetzungen keine ausreichenden fachlichen und sprachlichen Vorkenntnisse besaßen. Zudem wurde festgestellt, dass Antragsteller Bewerbungsunterlagen mit gefälschten Zeugnissen und Gefälligkeitsbescheinigungen eingereicht hatten. Deshalb wurde die erste Akademische Prüfstelle in der deutschen Botschaft in Peking eingerichtet. Sie besteht seit dem 1. Juli 2001 und ist besetzt mit Mitarbeitern der Botschaft und des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD). Im Frühjahr 2007 wurden auch in Vietnam und in der Mongolei Akademische Prüfstellen eingerichtet.

Nach der Einreise wird dem ausländischen Studierenden eine Aufenthaltserlaubnis erteilt. Dabei umfasst der Zweck des Studiums auch studienvorbereitende Sprachkurse und studienvorbereitende Maßnahmen. Die Geltungsdauer der Aufenthaltserlaubnis bei der Ersterteilung und bei der Verlängerung beträgt mindestens ein Jahr und soll zwei Jahre nicht überschreiten (§ 16 Abs. 1 AufenthG).⁶⁹ Diese Vorgaben zur Befristung der Aufenthaltserlaubnis wurden mit dem am 28. August 2007 in Kraft getretene Richtlinienumsetzungsgesetz⁷⁰ eingeführt. Bis dahin wurde die Aufenthaltserlaubnis zum Zweck des Studiums generell für zwei Jahre erteilt. Der Aufenthalt zum Zweck der Studienbewerbung ist auf maximal neun Monate beschränkt (§ 16 Abs. 1a AufenthG).

Bedingung neben der Studienzulassung ist, dass ausreichende Mittel zur Sicherung des Lebensunterhalts nachgewiesen werden und ein ordnungsgemäßes Studium vorliegt. Ein Nachweis von Kenntnissen in der Ausbildungssprache wird nicht verlangt, wenn entsprechende Sprachkenntnisse bereits bei der Zulassung berücksichtigt worden sind oder durch studienvorbereitende Maßnahmen erworben werden sollen.

Während des Aufenthalts zum Zweck des Studiums soll in der Regel keine Aufenthaltserlaubnis für einen anderen Aufenthaltszweck erteilt werden (§ 16 Abs. 2 AufenthG). Die Ausübung einer Beschäftigung von maximal 90 Tagen bzw. 180 halben Tagen im Jahr sowie die Ausübung studentischer Nebentätigkeiten ist gestattet (§ 16 Abs. 3 AufenthG).⁷¹

Nach dem durch das Richtlinienumsetzungsgesetz neu hinzugefügten § 16 Abs. 6 AufenthG wird einem Ausländer, dem von einem anderen Mitgliedstaat der EU ein Aufenthaltstitel zum Zweck des Studiums erteilt wurde, der in den Anwendungsbereich der sogenannten Studentenrichtlinie⁷² fällt,

⁶⁸ Vgl. dazu den Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 17. März 2006 „Regelungen zum Zugang von Studienbewerberinnen und -bewerbern aus Staaten mit Akademischer Prüfstelle (APS) zu deutschen Hochschulen“.

⁶⁹ Bis Ende 2004 wurde dem Studierenden zunächst eine auf ein Jahr befristete Aufenthaltsbewilligung nach § 28 AuslG ausgestellt.

⁷⁰ Gesetz zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union vom 19. August 2007 (BGBl. I S. 1970-2115).

⁷¹ Zu den aufenthaltsrechtlichen Grundlagen für das Studium von Ausländern in Deutschland vgl. Walther 2006: 354-359.

⁷² Richtlinie 2004/114/EG des Rates vom 13. Dezember 2004 über die Bedingungen für die Zulassung von Drittstaatsangehörigen zwecks Absolvierung eines Studiums oder Teilnahme an einem Schüleraustausch, einer unbezahlten Ausbildungsmaßnahme oder einem Freiwilligendienst („Studentenrichtlinie“ Abl. EU Nr. L 304 S. 12).

eine Aufenthaltserlaubnis zu Studienzwecken erteilt, wenn er einen Teil seines Studiums an einer Ausbildungseinrichtung in Deutschland durchführen möchte, weil er im Rahmen seines Studiums verpflichtet ist, einen Teil des Studiums an einer Hochschule eines anderen Mitgliedstaates der EU durchzuführen (§ 16 Abs. 6 S. 1 Nr. 1 AufenthG) oder wenn er ein von ihm in einem anderen Mitgliedstaat begonnenes Studium in Deutschland fortsetzen oder ergänzen möchte und an einem Austauschprogramm der EU teilnimmt oder in dem anderen Mitgliedstaat der EU für die Dauer von mindestens zwei Jahren zum Studium zugelassen worden ist (§ 16 Abs. 6 S. 1 Nr. 2 AufenthG).⁷³

Zu unterscheiden sind zwei Kategorien von ausländischen Studierenden. Zum einen die so genannten Bildungsinländer, die über eine deutsche Hochschulzugangsberechtigung verfügen, zu einem großen Teil in Deutschland geboren sind, aber nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und in diesem Sinne keine Migranten sind. Zum anderen die so genannten Bildungsausländer, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland erworben haben und in der Regel zum Zwecke des Studiums nach Deutschland einreisen. Unter die Kategorie der Bildungsausländer fallen aber auch Ausländer, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland erworben haben und z.B. im Rahmen des Familiennachzugs einreisen und dann ein Studium aufnehmen. Der Anteil der Bildungsausländer lag bis zum Wintersemester 2000/2001 relativ konstant bei etwa zwei Drittel an allen Studierenden mit ausländischer Staatsangehörigkeit, stieg seitdem aber auf etwa drei Viertel an und lag im Wintersemester 2008/2009 bei 75,4% (vgl. Tabelle 2-3). Im Wintersemester 2008/2009 waren insgesamt 180.222 Bildungsausländer an deutschen Hochschulen eingeschrieben und damit 1,3% mehr als im vorhergehenden Wintersemester.⁷⁴

Tabelle 2-3: Ausländische Studierende an deutschen Hochschulen vom Wintersemester 1993/1994 bis zum Wintersemester 2008/2009

Semester	Studierende mit ausländischer Staatsangehörigkeit	davon Bildungsausländer	in %
WS 1993/1994	134.391	86.750	64,6
WS 1994/1995	141.460	92.609	65,5
WS 1995/1996	146.472	98.389	67,2
WS 1996/1997	152.206	100.033	65,7
WS 1997/1998	158.474	103.716	65,4
WS 1998/1999	165.994	108.785	65,5
WS 1999/2000	175.140	112.883	64,5
WS 2000/2001	187.027	125.714	67,2
WS 2001/2002	206.141	142.786	69,3
WS 2002/2003	227.026	163.213	71,9
WS 2003/2004	246.136	180.306	73,3
WS 2004/2005	246.334	186.656	75,8
WS 2005/2006	248.357	189.450	76,3
WS 2006/2007	246.369	188.436	76,5
WS 2007/2008	233.606	177.852	76,1

⁷³ Durch diesen neuen Absatz wurden die Mobilitätsvorschriften des Artikels 8 der Studentenrichtlinie umgesetzt.

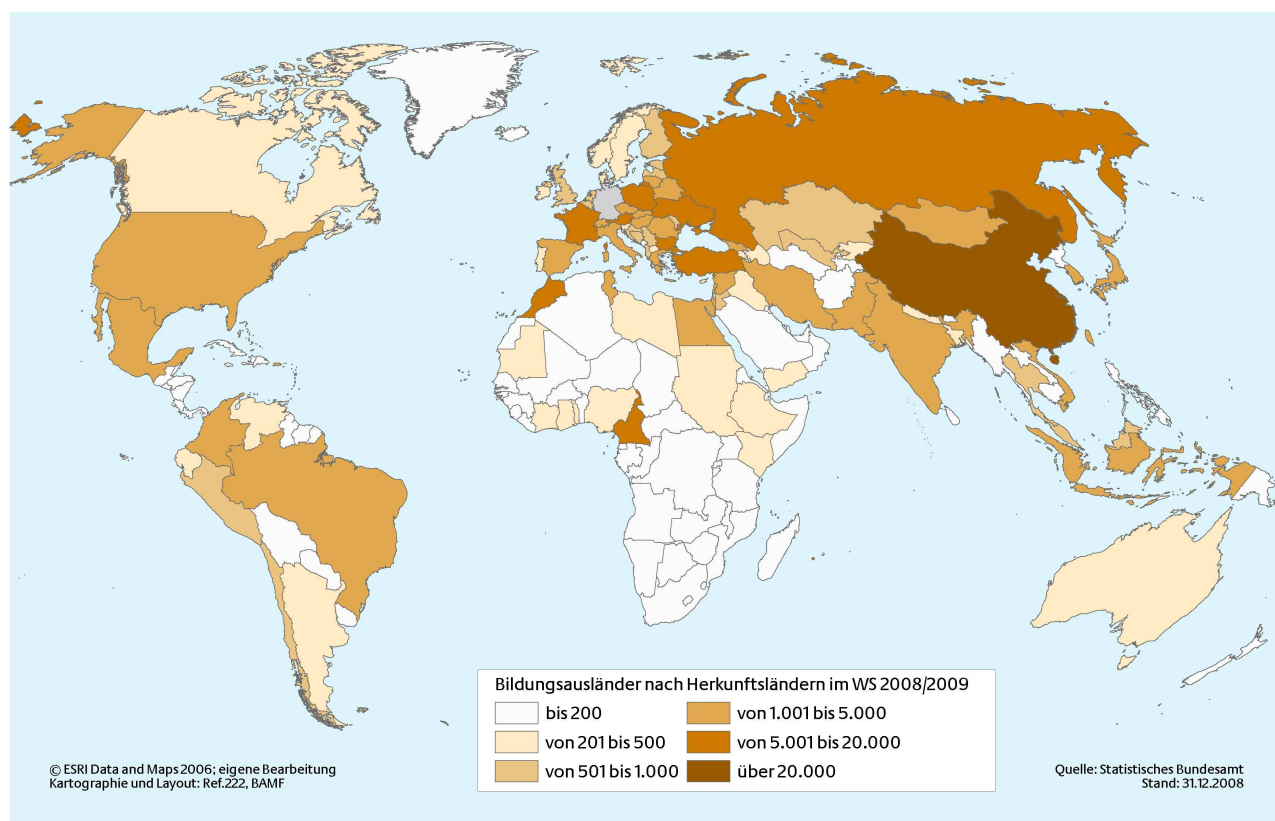
⁷⁴ 85% der Bildungsausländer haben im Sommersemester 2006 den Studienaufenthalt in Deutschland selbst organisiert (sogenannte „free mover“). 15% sind im Rahmen eines Kooperations- oder Austauschprogramms nach Deutschland gekommen. Vgl. dazu Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) 2008: Internationalisierung des Studiums. Ausländische Studierende in Deutschland – Deutsche Studierende im Ausland. Ergebnisse der 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks (DSW) durchgeführt durch HIS Hochschul-Informations-System. Bonn, Berlin: 21.

WS 2008/2009	239.143	180.222	75,4
--------------	---------	---------	------

Quelle: Statistisches Bundesamt

Im weiteren wird nur noch auf die Bildungsausländer, insbesondere auf die jährlich zum Zwecke der Studienaufnahme einreisenden bildungsausländischen Studienanfänger eingegangen. Die folgende Karte 2-2 zeigt, wie sich die im Wintersemester 2008/2009 an deutschen Hochschulen eingeschriebenen Bildungsausländer auf die einzelnen Herkunftsländer aufteilen (vgl. auch Tabelle 2-37 im Anhang).

Karte 2-2: Bildungsausländer im Wintersemester 2008/2009 nach Herkunftsländern



Hauptherkunftsländ der im Wintersemester 2008/2009 eingeschriebenen Bildungsausländer war China (23.140 Bildungsausländer), vor der Russischen Föderation (9.740), Polen (9.401) und Bulgarien (9.162) (vgl. Tabelle 2-39 im Anhang).

Tabelle 2-4: Ausländische Studienanfänger an deutschen Hochschulen vom Sommersemester 1993 bis zum Wintersemester 2008/2009

Semester ¹	Ausländische Studienanfänger	davon Bildungsausländer	in %
SS 1993	8.095	6.791	83,9
WS 1993/1994	26.869	19.358	72,1
SS 1994	8.977	7.730	86,1
WS 1994/1995	27.858	20.192	72,5
SS 1995	9.131	7.760	85,0
WS 1995/1996	27.655	20.463	74,0
SS 1996	9.443	8.089	85,7

WS 1996/1997	28.828	21.302	73,9
SS 1997	9.894	8.431	85,2
WS 1997/1998	30.239	22.692	75,0
SS 1998	10.984	9.461	86,1
WS 1998/1999	33.198	25.299	76,2
SS 1999	12.798	11.228	87,7
WS 1999/2000	36.895	28.677	77,7
SS 2000	14.131	12.553	88,8
WS 2000/2001	40.757	32.596	80,0
SS 2001	16.562	14.925	90,1
WS 2001/2002	46.963	38.268	81,5
SS 2002	18.970	17.153	90,4
WS 2002/2003	49.596	41.327	83,3
SS 2003	19.549	17.793	91,0
WS 2003/2004	51.341	42.320	82,4
SS 2004	19.093	17.434	91,3
WS 2004/2005	49.142	40.813	83,1
SS 2005	17.929	16.391	91,4
WS 2005/2006	47.840	39.382	82,3
SS 2006	15.509	14.086	90,8
WS 2006/2007	47.904	39.468	82,4
SS 2007	15.664	14.263	91,1
WS 2007/2008	48.364	39.496	81,7
SS 2008	17.134	15.680	91,5
WS 2008/2009	52.675	42.670	81,0

Quelle: Statistisches Bundesamt

1) SS = Sommersemester, WS = Wintersemester.

Der Anteil der Bildungsausländer an den ausländischen Studienanfängern (81,0% im Wintersemester 2008/2009) ist höher als der Anteil der Bildungsausländer an allen ausländischen Studierenden (75,4% im Wintersemester 2008/2009) (vgl. Tabelle 2-4). Bei Bildungsausländern handelt es sich zum Teil auch um ausländische Studierende, die nur für ein vorübergehendes Teilstudium nach Deutschland kommen (Auslandssemester).⁷⁵ In der Regel werden diese ausländischen Studierenden in Deutschland im ersten Hochschulsesemester eingeschrieben und nicht nach dem Studienstand in der Heimathochschule.

Im Wintersemester 2008/2009 waren von den 52.675 ausländischen Studienanfängern 42.670 Bildungsausländer. Dies entspricht einem Anteil von 81,0%. Von den 17.134 ausländischen Studienanfängern im Sommersemester 2008 waren 15.680 Bildungsausländer, was einem Anteil von 91,5% entspricht. Das bedeutet, dass insgesamt mehr als vier Fünftel (83,6% bzw. in absoluten Zahlen 58.350 von 69.809) aller Studierenden mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die im Jahr 2008 ihr Studium an einer deutschen Hochschule begonnen haben, Bildungsausländer waren.

⁷⁵ Im Rahmen der 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks im Jahr 2006 gaben etwa 90% der befragten Bildungsausländer an, einen Bildungsabschluss in Deutschland anzustreben. Vgl. dazu Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) 2008: 13. Dabei zeigt sich, dass der Anteil der Studierenden im Teilstudium bei den Bildungsausländern aus Industrieländern am höchsten, bei Bildungsausländern aus Entwicklungsländern dagegen sehr gering ist.

53,7% dieser Bildungsausländer waren Frauen (vgl. Tabelle 2-37 im Anhang). Ein überproportional hoher Frauenanteil an den Bildungsausländern war insbesondere bei Staatsangehörigen aus den mittel- und osteuropäischen Staaten sowie aus Italien, Japan und Korea zu verzeichnen. Durch einen geringen Frauenanteil zeichnen sich vor allem Studierende aus Kamerun, Marokko, Mexiko und Indien aus.

Vom Wintersemester 1993/1994 bis zum Wintersemester 2006/2007 hat sich die Zahl der Bildungsausländer an deutschen Hochschulen kontinuierlich von etwa 87.000 auf fast 190.000 (+117%) erhöht. Im Wintersemester 2007/2008 sank die Zahl auf etwa 178.000 Bildungsausländer, um im darauffolgenden Wintersemester 2008/2009 wieder leicht auf 180.222 Bildungsausländer anzusteigen. Im gleichen Zeitraum hat sich die Zahl der bildungsausländischen Studienanfänger mehr als verdoppelt (von 19.358 auf 42.670). Dabei war jedoch vom Wintersemester 2003/2004, in dem 42.320 Bildungsausländer ihr Studium in Deutschland begannen, bis zum Wintersemester 2005/2006 ein leichter Rückgang der bildungsausländischen Studienanfänger festzustellen. Im Wintersemester 2008/2009 wurde dagegen wieder ein deutlicher Anstieg der Zahl der bildungsausländischen Studienanfänger im Vergleich zum vorangegangenen Wintersemester verzeichnet (+8,0%) (vgl. Tabelle 2-4). Insgesamt hat sich die Zahl der Bildungsausländer, die 2008 (Sommersemester 2008 und Wintersemester 2008/2009) ihr Studium an einer deutschen Hochschule begannen um 8,5% auf 58.350 Bildungsausländer erhöht (vgl. Tabelle 2-38 im Anhang).

Karte 2-3: Studienanfänger (Bildungsausländer) im Jahr 2008 nach Herkunftsländern

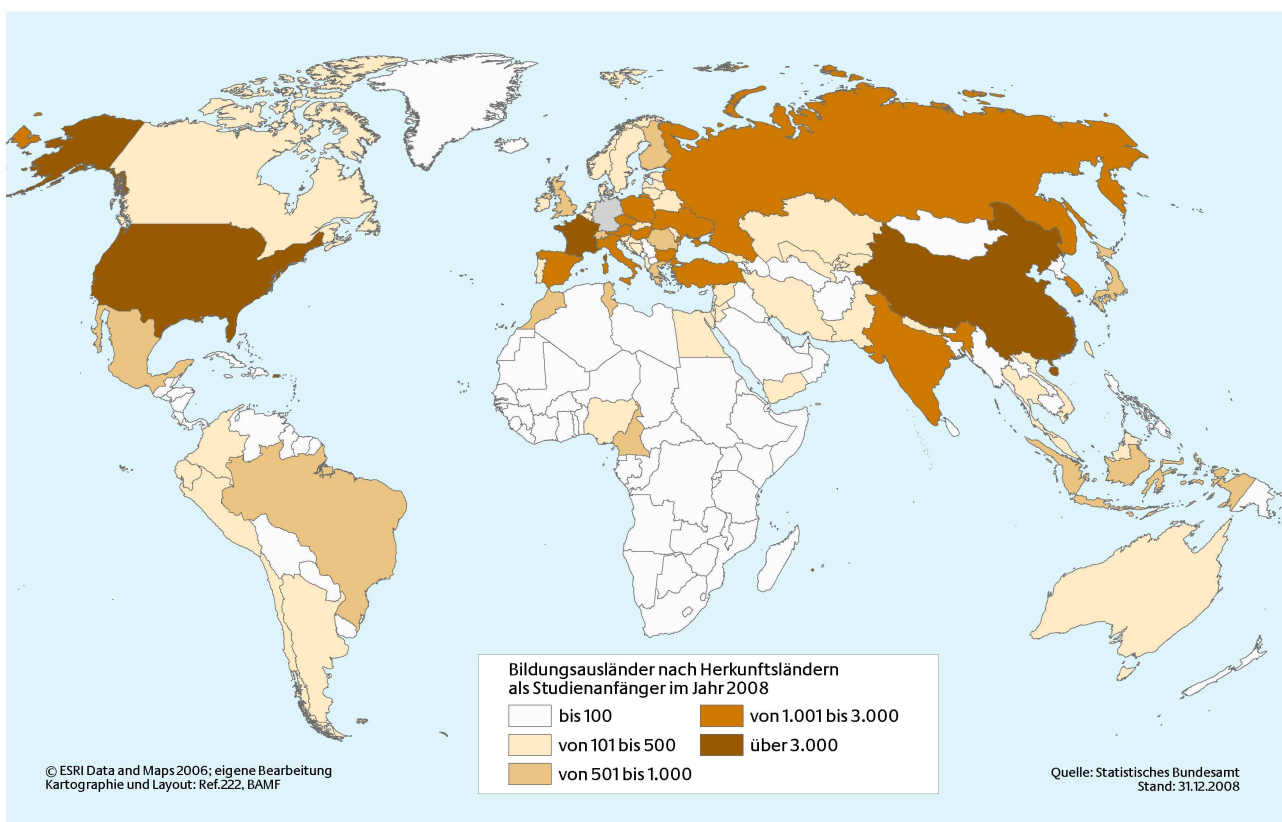
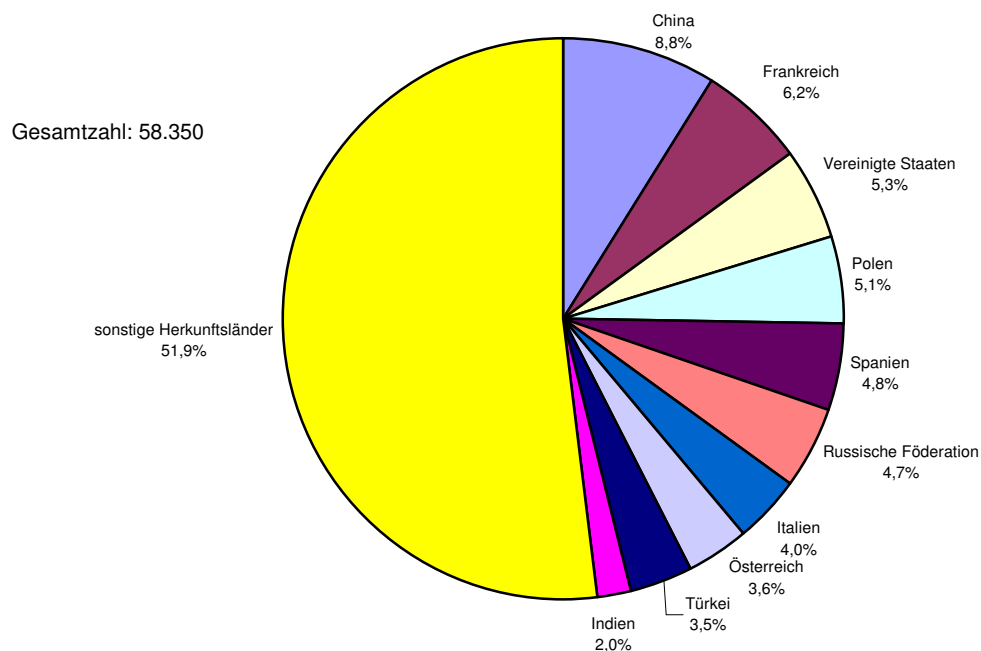


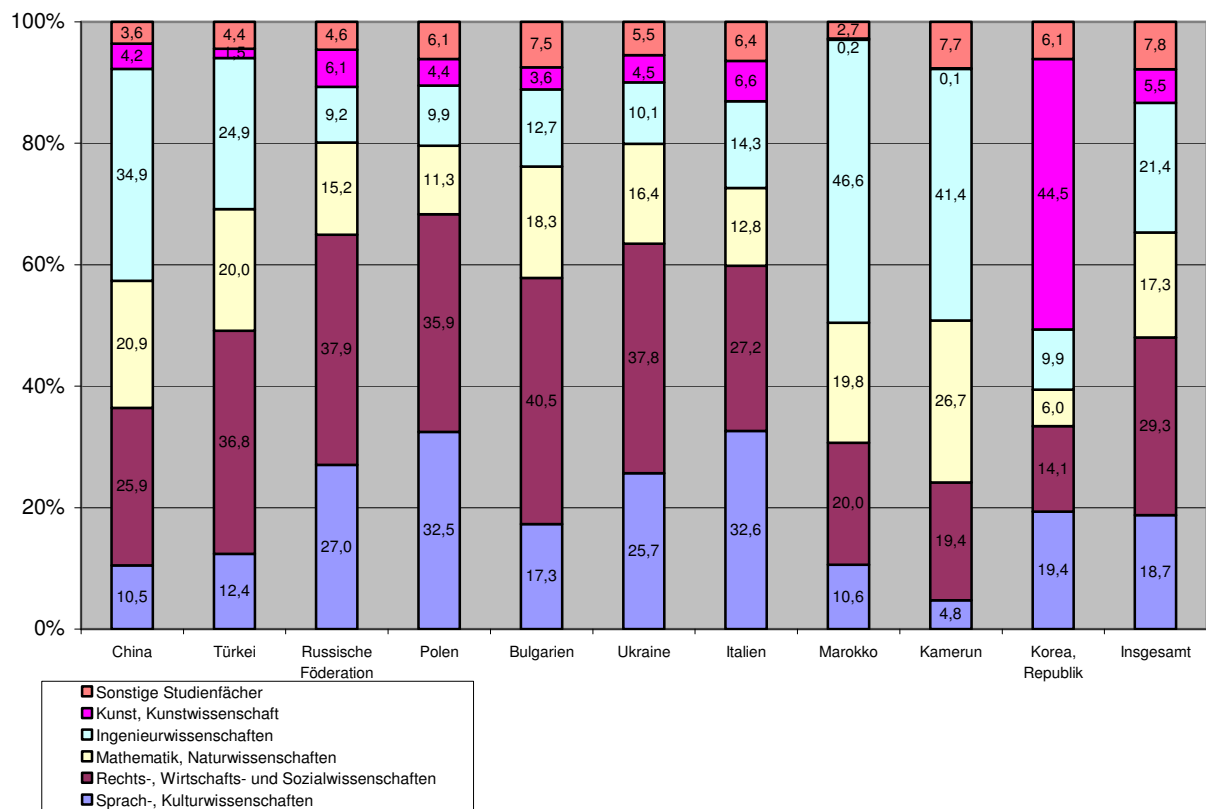
Abbildung 2-11: Studienanfänger (Bildungsausländer) im Jahr 2008 nach den zehn häufigsten Staatsangehörigkeiten



Quelle: Statistisches Bundesamt

Insgesamt ist bei den Bildungsausländern eine zunehmende Differenzierung zu verzeichnen. Die größte Gruppe der Bildungsausländer, die im Jahr 2008 ihr Studium an einer deutschen Hochschule begonnen haben, bildeten wie im Vorjahr Studierende mit chinesischer Staatsangehörigkeit (8,8% bzw. 5.151) (vgl. Karte 2-3, Abbildung 2-11 und Tabellen 2-34 und 2-35 im Anhang). Deren Zahl sank jedoch von 2002 bis 2005 kontinuierlich ab; seit 2006 ist wieder ein Anstieg festzustellen. Die zweitstärkste Gruppe stellten Bildungsausländer aus Frankreich (6,2% bzw. 3.597). Zu den weiteren Hauptherkunftsländern im Jahr 2008 zählten die Vereinigten Staaten (3.087), Polen (2.986), Spanien (2.814) und die Russische Föderation (2.760). Dabei lässt sich feststellen, dass seit 1999 die Zahl der Studienanfänger aus den meisten mittel- und osteuropäischen Staaten (Polen, Russische Föderation, Ukraine, Bulgarien, Rumänien, Tschechische Republik) angestiegen ist. Allerdings zeigt sich, dass die Zahl der Studienanfänger insbesondere aus Bulgarien, Rumänien und Polen seit einigen Jahren wieder rückläufig ist. Dagegen ist die Zahl der bildungsausländischen Studienanfänger aus der Türkei kontinuierlich von 747 im Jahr 1999 auf 2.146 im Jahr 2007 angestiegen. 2008 wurde allerdings ein leichter Rückgang auf 2.062 bildungsausländische Studienanfänger aus der Türkei registriert. Ein nahezu kontinuierlicher Anstieg in diesem Zeitraum konnte auch bei Studienanfängern aus den Vereinigten Staaten verzeichnet werden. Im Jahr 2008 konnten 12,7% mehr bildungsausländische Studienanfänger aus den Vereinigten Staaten gezählt werden als im Vorjahr. Deutlich angestiegen ist auch die Zahl der Bildungsausländer aus der Republik Korea (+19,6% gegenüber 2007).

Abbildung 2-12: Ausländische Studierende nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Fächergruppen im Wintersemester 2008/2009



Quelle: Statistisches Bundesamt

Die Verteilung der ausländischen Studierenden auf die einzelnen Fächergruppen unterscheidet sich zum Teil deutlich nach Herkunftsländern. Die Fächerwahl hängt auch davon ab, ob die Studierenden aus einem Entwicklungs-, Schwellen- oder Industrieland nach Deutschland kommen. So belegten im Wintersemester 2008/2009 66,4% der Studierenden aus Marokko und 68,1% der Studierenden aus Kamerun technische bzw. ingenieur- und naturwissenschaftliche Fächer⁷⁶ (vgl. Abbildung 2-12 und Tabelle 2-38 im Anhang). Bei bulgarischen (40,5%), russischen (37,9%), ukrainischen (37,8%) und türkischen (36,8%) Studenten standen die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an erster Stelle. Staatsangehörige aus Italien (32,8%) bevorzugten Sprach- und Kulturwissenschaften.⁷⁷ Unter den Studierenden der Kunst und Kunstwissenschaften fallen insbesondere koreanische Studierende auf. 44,5% aller koreanischen Studierenden belegten diese Fächer, vor allem in den Bereichen Musik und Musikwissenschaft.⁷⁸

⁷⁶ Ingenieur- und naturwissenschaftliche Fächer werden vor allem von Studierenden aus einkommensschwächeren Herkunftsländern studiert. Vgl. dazu Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) 2008: 13.

⁷⁷ Die Fächergruppe Sprach- und Kulturwissenschaften wird vor allem von Studierenden, die zu einem Teilstudium nach Deutschland kommen, bevorzugt. Vgl. dazu Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) 2008: 12.

⁷⁸ Die Unterschiede sind zum Teil dadurch zu erklären, dass die Fächerwahl der Frauen und Männer unterschiedlich ausfällt und häufig traditionellen Mustern folgt (Männer wählen eher technische Fächer). Zudem kommen aus Entwicklungsländern mehr Männer als Frauen zum Studium nach Deutschland, während bei Studierenden aus Industrieländern der Frauenanteil überwiegt (vgl. dazu Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) 2005: 28).

Zusätzlich zu den zum Studium eingereisten Bildungsausländern sind im Jahr 2008 172 Drittstaatsangehörige zum Zweck der Studienbewerbung nach dem neu geschaffenen § 16 Abs. 1a AufenthG eingereist, darunter 85 Frauen. Hauptherkunftsländer waren China (26 Personen), die Republik Korea (19 Personen) und die Russische Föderation (13 Personen). Aus einem anderen Mitgliedstaat der EU sind im Jahr 2008 37 drittstaatsangehörige Studenten nach § 16 Abs. 6 AufenthG nach Deutschland gezogen, darunter 19 Frauen.

2.4.2 Ausländische Hochschulabsolventen

Seit Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes zum 1. Januar 2005 kann die Aufenthaltserlaubnis nach erfolgreicher Beendigung des Studiums um bis zu ein Jahr zur Suche eines diesem Abschluss angemessenen Arbeitsplatzes verlängert werden (§ 16 Abs. 4 AufenthG).⁷⁹ Mit dieser neu eingeführten Regelung soll der internationalen Bedeutung des Studien- und Wissenschaftsstandortes Deutschland Rechnung getragen und verhindert werden, dass gut ausgebildete Studierende mit ausländischer Staatsangehörigkeit nach Abschluss ihres Studiums in Deutschland in andere Länder abwandern. Zudem hat der Bundesminister für Arbeit und Soziales mit der Hochschulabsolventen-Zugangsverordnung vom 9. Oktober 2007⁸⁰ den Zugang ausländischer Absolventen deutscher Hochschulen zum Arbeitsmarkt durch den Verzicht auf die individuelle Vorrangprüfung verbessert. Diese Regelung fand Eingang in § 27 BeschV.⁸¹ Seit dem 1. Januar 2009 kann auch Absolventen deutscher Auslandsschulen mit einem anerkannten oder einem deutschen Hochschulabschluss vergleichbaren ausländischen Hochschulabschluss oder einer im Inland erworbenen qualifizierten Berufsausbildung in einem staatlich anerkannten oder vergleichbar geregelten Ausbildungsberuf die Zustimmung zu einem Aufenthaltstitel zur Ausübung einer der beruflichen Qualifikation entsprechenden Beschäftigung erteilt werden (§ 27 Nr. 4 BeschV). Auch in diesem Fall entfällt die Vorrangprüfung (§ 27 S. 2 BeschV).

Während der Suche nach einem angemessenen Arbeitsplatz ist mit Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit auch die Ausübung einer geringerwertigen Erwerbstätigkeit zur Sicherung des Lebensunterhaltes möglich. Die Neuregelung durch das Richtlinienumsetzungsgesetz sieht hierzu auch vor, dass dem Absolventen für die Zeit der Arbeitsplatzsuche die Ausübung einer Beschäftigung von maximal 90 Tagen bzw. 180 halben Tagen im Jahr sowie die Ausübung studentischer Nebentätigkeiten gestattet ist, wozu es nicht der Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit bedarf (§ 16 Abs. 4 S. 2 AufenthG). Zudem kann eine selbständige Tätigkeit im Rahmen des neuen § 21 Abs. 6 AufenthG durch die Ausländerbehörde erlaubt werden.

Sobald der ausländische Hochschulabsolvent einen seiner Qualifikation angemessenen Arbeitsplatz gefunden hat, kann ihm eine Aufenthaltserlaubnis nach § 18 AufenthG i.V.m. § 27 Nr. 3

⁷⁹ Bis zum Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes konnte im Rahmen der Green Card-Regelung eine Arbeitserlaubnis ausländischen IT-Fachkräften, insbesondere fachlich einschlägigen ausländischen Absolventen deutscher Hochschulen, erteilt werden, die sich im Zusammenhang mit einem Hoch- oder Fachhochschulstudium auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnologie bereits in Deutschland aufhielten und eine Beschäftigung als IT-Fachkraft im Anschluss an den erfolgreichen Abschluss des Studiums aufnehmen wollten. Im Zeitraum von August 2000 bis Ende 2004 wurde insgesamt 2.864 ausländischen Studienabgängern deutscher Hochschulen eine Arbeitserlaubnis zugesichert. Dies waren etwa 16% aller zugesicherten Green Cards.

⁸⁰ Verordnung über den Zugang ausländischer Hochschulabsolventen zum Arbeitsmarkt (BGBl. I Nr. 50, 2007, S. 2337). Vgl. dazu auch Maier-Borst 2008: 128f.

⁸¹ Vgl. die zum 1. Januar 2009 in Kraft getretene Zweite Verordnung zur Änderung der Beschäftigungsverordnung vom 18. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2972f). Gleichzeitig trat damit die Hochschulabsolventen-Zugangsverordnung außer Kraft.

BeschV oder in besonderen Fällen eine Niederlassungserlaubnis nach § 19 AufenthG erteilt werden, wenn die dazu entsprechenden Voraussetzungen vorliegen. Ebenso ist die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis für eine selbständige oder – nach der Ergänzung durch das Richtlinienumsetzungsgesetz – freiberufliche Tätigkeit nach § 21 AufenthG möglich. Dabei handelt es sich dann um einen zulässigen Wechsel des Aufenthaltszwecks.

Vor der Neuregelung durch das Zuwanderungsgesetz wurde ausländischen Studierenden (Bildungsausländern) eine Aufenthaltsbewilligung erteilt, die dem Aufenthaltszweck entsprechend befristet wurde. In der Regel konnte dem Ausländer die Aufenthaltsbewilligung vor seiner Ausreise aus Deutschland nicht für einen anderen Aufenthaltszweck erteilt oder verlängert werden (Regelversagungsgrund).⁸² Dabei konnte eine Aufenthaltserlaubnis vor Ablauf eines Jahres seit der Ausreise nicht erteilt werden. Ausnahmen vom Regelversagungsgrund zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit nach Abschluss des Studiums waren nur in wenigen bestimmten Fällen vorgesehen.⁸³

Tabelle 2-5: Ausländische Absolventen (Bildungsausländer) nach Fächergruppen und den häufigsten Herkunftsländern 2008

Herkunftsland	Ausländische Absolventen insgesamt	darunter: Bildungsausländer in der Fächergruppe						
		Insgesamt	Sprach-, Kulturwissenschaften	Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	Mathematik, Naturwissenschaften	Ingenieurwissenschaften	Humanmedizin	Kunst, Kunstwissenschaft
China	4.553	4.388	372	1.332	847	1.486	75	185
Bulgarien	1.569	1.525	224	608	303	221	69	76
Polen	1.769	1.441	402	543	177	158	69	72
Russische Föderation	1.554	1.308	333	486	227	107	60	72
Frankreich	1.043	954	139	409	104	232	18	36
Ukraine	1.073	890	218	326	154	85	38	53
Türkei	2.205	856	85	255	154	270	51	25
Österreich	1.008	780	113	295	126	138	21	60
Indien	748	709	12	77	289	280	28	4
Korea, Republik	822	665	78	43	28	43	12	452
Kamerun	610	593	21	86	158	252	40	1
Rumänien	588	535	117	144	159	55	32	22
Marokko	577	514	30	68	120	284	7	3
Indonesien	518	498	12	142	93	206	15	6
Italien	889	473	130	97	113	54	15	49
Griechenland	805	443	82	113	55	53	98	29
Iran	537	404	28	52	102	150	41	8

⁸² Ausnahmen vom Regelversagungsgrund des § 28 Abs. 3 AuslG waren in der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Ausländergesetz (AuslG–VwV) geregelt. Nur in den folgenden Fällen konnte die Aufenthaltsbewilligung ohne vorherige Ausreise verlängert werden:

- Aufbau-, Zusatz- oder Ergänzungsstudium (Postgraduiertenstudium),
- Promotion,
- Habilitation und die
- sonstige Aufnahme einer zweiten Ausbildung oder die berufliche Weiterbildung nach Abschluss der ersten Ausbildung in Deutschland (z.B. Facharztausbildung nach Medizinstudium).

⁸³ Eine entsprechende Ausnahme galt dann nur für IT-Fachkräfte im Rahmen der bis Ende 2004 geltenden Green Card-Regelung.

Spanien	490	342	51	73	73	75	15	47
Vereinigte Staaten	327	273	56	82	53	25	16	31
Japan	331	270	50	24	22	18	1	148
Brasilien	282	262	36	90	43	61	0	17
Schweiz	325	258	61	66	31	36	12	45
Luxemburg	275	256	81	28	41	47	22	16
Weißrussland	268	253	86	80	42	13	10	17
Ungarn	292	249	50	111	24	23	12	23
Mexiko	238	232	18	72	37	82	3	9
Vietnam	298	228	25	44	65	75	2	3
Slowakei	230	216	63	90	29	13	9	10
Tschechische Republik	251	215	61	66	30	30	5	13
Pakistan	217	209	2	16	82	85	6	1
Insgesamt	31.796	25.651	3.780	7.323	4.737	5.873	1.232	1.896

Quelle: Statistisches Bundesamt

Insgesamt hat sich die Zahl der bildungsausländischen Hochschulabsolventen seit Ende der 1990er Jahre mehr als verdreifacht. Im Jahr 1999 hatten 8.306 Bildungsausländer einen Hochschulabschluss in Deutschland erworben.⁸⁴

Im Jahr 2008 haben 25.651 Bildungsausländer ihr Studium in Deutschland erfolgreich abgeschlossen (2007: 23.777), darunter 13.234 Frauen. Dies entspricht einem Anteil von 51,6%. Die größte Gruppe der Hochschulabsolventen stellten Studierende aus China (4.388 Bildungsausländer) vor bulgarischen (1.525), polnischen (1.441) und russischen (1.308) Bildungsausländern (vgl. Tabelle 2-5). Aus den alten EU-Staaten stammten 3.821 Absolventen und aus den neuen EU-Staaten 4.618 Absolventen. Aus Drittstaaten kamen 17.212 bildungsausländische Hochschulabsolventen. Damit würde das Potenzial an Studierenden, die unter § 16 Abs. 4 AufenthG fallen könnten, etwa bei etwa 17.000 Personen liegen (wenn man die Studierenden aus den EFTA-Staaten insgesamt herausrechnet).

Tabelle 2-6: Aufenthaltserlaubnisse nach § 16 Abs. 4 AufenthG nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten (Stand 31. Dezember 2008)

Staatsangehörigkeit	insgesamt	dar: weiblich	
		absolut	Anteil in %
China	993	554	55,8
Russische Föderation	150	115	76,7
Indien	124	13	10,5
Türkei	124	40	32,3
Korea, Republik	93	66	71,0
Ukraine	77	60	77,9
Kamerun	75	22	29,3
Indonesien	65	27	41,5
Japan	56	43	76,8
Marokko	46	13	28,3
Pakistan	43	4	9,3

⁸⁴ Vgl. dazu ausführlicher Deutscher Akademischer Austauschdienst DAAD (Hrsg.) 2006: 38ff.

Mexiko	40	20	50,0
Kolumbien	38	23	60,5
Vietnam	34	11	32,4
alle Staatsangehörigkeiten	2.727	1.366	50,1

Quelle: Ausländerzentralregister (AZR)

Zum 31. Dezember 2008 waren 2.727 Personen im AZR registriert (31. Dezember 2007: 2.119 Personen), die eine Aufenthaltserlaubnis inne hatten, die ihnen die Arbeitsplatzsuche nach dem Abschluss ihres Studiums in Deutschland ermöglicht.⁸⁵ Knapp die Hälfte davon waren Frauen (50,1%). 993 Aufenthaltserlaubnisse nach § 16 Abs. 4 AufenthG wurden an chinesische Staatsangehörige erteilt, 150 an russische und jeweils 124 an indische bzw. türkische Absolventen (vgl. Tabelle 2-6). Durch einen überproportionalen Frauenanteil ist insbesondere die Gruppe der Hochschulabsolventen aus der Russischen Föderation, Korea, der Ukraine und Japan gekennzeichnet. Ein sehr geringer Frauenanteil ist bei den Absolventen aus Pakistan und Indien festzustellen. Insgesamt spiegelt sich hier auch in etwa der jeweilige Frauenanteil an den Studierenden der einzelnen Nationalitäten wider.

Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit wurden im Jahr 2008 insgesamt 5.935 Zustimmungen zu einem Aufenthaltstitel zur Ausübung einer Beschäftigung an Hochschulabsolventen nach § 16 Abs. 4 AufenthG für einen angemessenen Arbeitsplatz (§ 27 Nr. 3 BeschV⁸⁶) erteilt. Dies ist eine Steigerung um 34% im Vergleich zum Vorjahr (2007: 4.421 Zustimmungen). Dieser Anstieg der Zustimmungen zu einem Aufenthaltstitel zum Zweck der Beschäftigung an Hochschulabsolventen und damit an hoch qualifizierte Drittstaatsangehörige korrespondiert mit einem Anstieg der Erteilungen an IT-Fachkräfte und weitere Akademiker (vgl. dazu ausführlich Kapitel 2.5.1.3).

2.4.3 Sprachkurse und Schulbesuch

Nach § 16 Abs. 5 AufenthG kann einem Ausländer eine Aufenthaltserlaubnis zur Teilnahme an einem Sprachkurs, der nicht der Studienvorbereitung dient sowie in Ausnahmefällen für den Schulbesuch erteilt werden. In der Regel soll während des Aufenthalts keine Aufenthaltserlaubnis für einen anderen Aufenthaltswitzweck erteilt oder verlängert werden, sofern nicht ein gesetzlicher Anspruch besteht. Die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit ist diesem Personenkreis nicht gestattet.

⁸⁵ Es handelt sich hierbei um eine Bestandszahl.

⁸⁶ Verordnung über die Zulassung von neueinreisenden Ausländern zur Ausübung einer Beschäftigung (Beschäftigungsverordnung – BeschV).

Tabelle 2-7: Einreisen zum Zweck der Teilnahme an einem Sprachkurs sowie des Schulbesuchs von 2005 bis 2008 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten

Staatsangehörig- keit	2005		2006		2007		2008	
	insgesamt	dar: weiblich	insgesamt	dar: weiblich	insgesamt	dar: weiblich	insgesamt	dar: weiblich
Vereinigte Staaten	472	267	755	445	806	438	799	455
Brasilien	234	143	433	263	481	286	567	333
Mexiko	181	80	316	137	373	186	413	206
China	170	99	345	176	465	275	355	220
Kolumbien	88	50	200	111	232	106	353	186
Japan	155	96	268	178	272	181	248	175
Korea, Republik	104	68	191	113	271	158	209	114
Thailand	105	77	196	143	208	144	168	109
Russische Föderation	114	85	127	91	164	123	152	101
Australien	71	43	120	66	120	64	128	72
Kanada	55	37	121	80	108	64	119	76
Argentinien	47	24	72	35	99	54	108	58
Türkei	113	45	103	37	116	37	106	39
sonstige Staatsangehörigkeiten	1.091	689	1.363	749	1.315	714	1.357	721
alle Staatsangehörigkeiten	3.000	1.803	4.610	2.624	5.030	2.830	5.082	2.865

Quelle: Ausländerzentralregister (AZR)

Im Jahr 2008 waren 5.082 Ausländer zum Zweck der Absolvierung eines Sprachkurses bzw. zum Schulbesuch nach Deutschland eingereist. Dies bedeutet einen leichten Anstieg um ein Prozent im Vergleich zum Vorjahr (2007: 5.030). 56% der zu diesem Zweck einreisenden Drittstaatsangehörigen stellten Frauen. Die Hauptherkunftsländer waren die Vereinigten Staaten, Brasilien, Mexiko und China (vgl. Tabelle 2-7). Insgesamt besaßen am Ende des Jahres 2008 8.099 Drittstaatsangehörige eine entsprechende Aufenthaltserlaubnis, darunter 4.579 Frauen.

2.4.4 Sonstige Ausbildungszwecke

Mit dem Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes zum 1. Januar 2005 wurden mit der neuen Regelung des § 17 AufenthG die Möglichkeiten einer beruflichen Aus- und Weiterbildung für Ausländer aus Drittstaaten erweitert. Danach kann einem Ausländer eine Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der betrieblichen Aus- und Weiterbildung erteilt werden. Die Erteilung ist von der Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit (BA) abhängig, soweit die Aus- und Weiterbildung nicht durch die Beschäftigungsverordnung oder durch zwischenstaatliche Vereinbarung zustimmungsfrei ist (§ 42 AufenthG i.V.m. §§ 1, 2 BeschV).⁸⁷ Die Zustimmung der BA setzt u.a. voraus, dass keine inländischen Ausbildungssuchenden zur Verfügung stehen (§ 39 Abs. 2 AufenthG). Die Zustimmung zur Erteilung der Aufenthaltserlaubnisse zur betrieblichen Aus- und Weiterbildung kann auf die vorgesehene Tätigkeit, den Arbeitgeber und den Bezirk der Agentur für Arbeit beschränkt werden

⁸⁷ Eine zwischenstaatliche Vereinbarung im Sinne des § 17 AufenthG wurde bislang nicht abgeschlossen.

(§ 13 Abs. 1 BeschVerfV⁸⁸). Die Zustimmung wird für die Dauer der Ausbildung bzw. im Falle der betrieblichen Weiterbildung für die Dauer erteilt, die zur Erreichung des Qualifizierungszieles notwendig ist, längstens jedoch für drei Jahre (§ 13 Abs. 2 BeschVerfV).

Frühere Regelungen des Arbeitsgenehmigungs- und Ausländerrechts sahen die Einreise und den Aufenthalt von Ausländern zum Zweck der beruflichen Ausbildung in Deutschland grundsätzlich nur in besonders begründeten Einzelfällen vor. Die Zulassung zur betrieblichen Weiterbildung war auf einzelne, gesetzlich definierte Formen der Weiterbildung beschränkt.

Tabelle 2-8: Zu sonstigen Ausbildungszwecken eingereiste Ausländer von 2005 bis 2008 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten

Staatsangehörigkeit	2005		2006		2007		2008	
	insgesamt	dar: weiblich	insgesamt	dar: weiblich	insgesamt	dar: weiblich	insgesamt	dar: weiblich
China	330	92	631	155	738	246	781	204
Russische Föderation	273	134	431	193	459	208	515	205
Vereinigte Staaten	154	77	384	168	392	167	484	207
Brasilien	159	45	240	65	330	81	444	97
Indien	111	38	162	23	277	61	346	50
Türkei	124	30	83	23	91	33	169	36
Ukraine	129	66	195	88	228	110	147	73
Japan	71	29	103	31	121	37	144	35
Mexiko	43	18	106	42	111	40	131	43
Malaysia	13	5	58	9	116	27	112	17
Korea, Republik	67	7	80	17	72	12	101	26
sonstige Staatsangehörigkeiten	1.151	369	1.997	670	1.832	538	1.977	607
alle Staatsangehörigkeiten	2.625	910	4.470	1.484	4.767	1.560	5.351	1.600

Quelle: Ausländerzentralregister (AZR)

Im Jahr 2008 sind 5.351 Drittstaatsangehörige zu sonstigen Ausbildungszwecken nach Deutschland eingereist. Dies ist eine Steigerung um etwa 12% im Vergleich zum Vorjahr (2007: 4.767 Drittstaatsangehörige). Der Frauenanteil betrug 30%. Die Hauptherkunftsländer der Auszubildenden im Jahr 2008 waren – wie in den Vorjahren – China, die Russische Föderation und die Vereinigten Staaten (vgl. Tabelle 2-8). Am Ende des Jahres 2008 besaßen insgesamt 8.788 Drittstaatsangehörige eine Aufenthaltserlaubnis zu sonstigen Ausbildungszwecken, darunter 2.925 Frauen.

Auf der Grundlage der vor Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes geltenden Regelungen wurden in den Jahren 2003 bzw. 2004 1.998 bzw. 1.935 Arbeitserlaubnisse zur beruflichen Bildung erteilt. Die höhere Zahl an Zustimmungen seit dem Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes zeigt, dass die Neuregelung des § 17 AufenthG zu einer Zunahme der Zulassung von Drittstaatsangehörigen zu Aufenthalten zur betrieblichen Aus- und Weiterbildung beigetragen hat. Dieser Anstieg dürfte sich allerdings auf den Bereich der Weiterbildung beschränken, da die Zahl der ausländischen Auszubildenden rückläufig ist.⁸⁹

⁸⁸ Verordnung über das Verfahren und die Zulassung von im Inland lebenden Ausländern zur Ausübung einer Beschäftigung (Beschäftigungsverfahrensverordnung – BeschVerfV).

⁸⁹ Siehe dazu Bundestagsdrucksache 16/2571.

2.5 Einreise und Aufenthalt zum Zweck der Erwerbstätigkeit

2.5.1 Werkvertrags- und Saisonarbeitnehmer sowie sonstige Formen der Arbeitsmigration aus den neuen EU-Staaten und aus Nicht-EU-Staaten

Mit dem so genannten "Wirtschaftswunder" in den fünfziger Jahren in der Bundesrepublik Deutschland wuchs der Bedarf an zumeist un- oder angelernten Arbeitskräften. Da dieser Bedarf durch das inländische Arbeitskräfteangebot nicht ausreichend gedeckt werden konnte, wurden Arbeitnehmer aus Südeuropa bzw. dem Mittelmeerraum angeworben. Die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte begann 1955 mit einem Abkommen mit Italien. Später folgten Anwerbeabkommen mit Spanien (1960), Griechenland (1960), der Türkei (1961), Marokko (1963), Portugal (1964), Tunesien (1965) und Jugoslawien (1968). Der „Ölpreisschock“ von 1973, der das vorläufige Ende des Wirtschaftswachstums signalisierte, beendete die Anwerbephase.⁹⁰

Nachdem das Bundeskabinett am 23. November 1973 den Anwerbestopp für ausländische Arbeitnehmer beschlossen hatte, konnten Drittstaatsangehörige nur in geringem Umfang zum Zwecke der Arbeitsaufnahme in Deutschland zuwandern. Ende der 1980er Jahre zeigte sich in der westdeutschen Wirtschaft, trotz hoher allgemeiner Arbeitslosigkeit, in bestimmten Sektoren (z.B. in der Landwirtschaft sowie im Hotel- und Gaststättengewerbe) ein Mangel an Arbeitskräften. Dies führte zur teilweisen Lockerung des Anwerbestopps. Hinzu traten infolge der Umwälzungen des Jahres 1989 außenpolitische Überlegungen. Ziel der Zulassung befristeter Beschäftigung von Arbeitnehmern aus mittel- und osteuropäischen Staaten (MOE-Staaten) war u.a. die Unterstützung dieser Staaten bei der marktwirtschaftlichen Umgestaltung ihrer Wirtschaftssysteme und eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie die Kanalisierung des Wanderungsdrucks aus Mittel- und Osteuropa.

Durch bilaterale Regierungsabkommen mit den mittel- und osteuropäischen Staaten wurden seit Ende der 1980er Jahre Beschäftigungsmöglichkeiten für Werkvertrags-, Gast- und Saisonarbeitnehmer sowie für Grenzgänger vereinbart. Diese Maßnahmen sollten dazu beitragen, dass die Arbeitnehmer und Arbeitgeber der Vertragsstaaten Erfahrungen auf dem deutschen und damit auf einem Arbeitsmarkt der Europäischen Union erwerben und nach ihrer Rückkehr einen positiven Beitrag zum Aufbau ihrer Volkswirtschaften leisten können. Deutschen Partnern wurden auf diese Weise Kontakte und Entwicklungsmöglichkeiten auf den Märkten der MOE-Staaten eröffnet. Im Übrigen wurde durch diese bilateral eröffneten Beschäftigungsmöglichkeiten seitens Deutschlands schon frühzeitig ein wichtiger Schritt im Hinblick auf die - nach Ablauf von Übergangsfristen - vorgesehene Öffnung der Arbeitsmärkte im Rahmen der zum 1. Mai 2004 bzw. 1. Januar 2007 stattgefundenen Erweiterung der Europäischen Union getan.

Um eine zu starke Belastung der Arbeitsmärkte der alten Mitgliedstaaten zu verhindern, wurde in den Beitrittsverträgen eine bis zu siebenjährige Übergangsfrist für die Arbeitnehmerfreizügigkeit vereinbart. Damit verbunden ist eine nur Deutschland und Österreich eingeräumte Übergangsfrist für die grenzüberschreitende Dienstleistungserbringung in bestimmten Branchen (für Deutschland: Bau, Gebäudereinigung und Innendekoration). Diese Einschränkung der Dienstleistungsfreiheit gilt für Arbeitnehmer, die im Rahmen grenzüberschreitender Dienstleistungserbringung entsendet werden, jedoch nicht für Selbständige. Die Übergangsfristen betreffen alle zum 1. Mai 2004 beige-

⁹⁰ Vgl. dazu Bade/Oltmer 2004: 72.

tretenen mittel- und osteuropäischen Staaten⁹¹ (EU-8) sowie die zum 1. Januar 2007 beigetretenen Mitgliedstaaten Bulgarien und Rumänien.

Die siebenjährige Übergangsfrist bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit ist unterteilt in drei Phasen (2+3+2-Modell). In den ersten zwei Jahren nach der Erweiterung war der Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt nur im Rahmen des Arbeitsgenehmigungsrechts einschließlich bilateraler Abkommen möglich. Allerdings blieb es den alten Mitgliedstaaten vorbehalten, ihren Arbeitsmarkt für die Arbeitnehmer der neuen Mitgliedstaaten bereits in der ersten Phase voll oder zum Teil nach nationalem Recht zu öffnen. Deutschland hat von der Möglichkeit, seinen Arbeitsmarkt zu öffnen, durch vielfältige gesetzliche und bilaterale Regelungen Gebrauch gemacht.

Nach der ersten Phase mussten die Mitgliedstaaten, die die Freizügigkeit nicht gewährt hatten, der Kommission mitteilen, ob sie die Beschränkung während der nächsten drei Jahre aufrecht erhalten oder ihren Arbeitsmarkt öffnen werden. Die Bundesregierung hat im April 2006 der EU-Kommission die Inanspruchnahme der zweiten Phase der Übergangsfristen gegenüber den EU-8 mitgeteilt. Nach Ablauf dieser dreijährigen Phase konnten die Zugangsbeschränkungen für weitere zwei Jahre aufrechterhalten werden, wenn schwerwiegende Störungen des Arbeitsmarktes oder die Gefahr derartiger Störungen vorliegen. Das Bundeskabinett hat am 16. Juli 2008 beschlossen, diese dritte und letzte Phase in Anspruch zu nehmen und die Übergangsregelungen für die EU-8 bis zum 30. April 2011 zu verlängern.⁹² Zudem wurde die Inanspruchnahme der zweiten Phase für Bulgarien und Rumänien beschlossen. Die Bundesregierung hat dementsprechend im Dezember 2008 der EU-Kommission die Verlängerung gegenüber Bulgarien und Rumänien sowie im April 2009 die Verlängerung gegenüber den EU-8 einschließlich umfassender Begründung hierfür mitgeteilt.⁹³ Damit gelten die Übergangsfristen weiter bis zum 30. April 2011 (EU-8) bzw. 31. Dezember 2011 (Bulgarien und Rumänien). Parallel zur Verlängerung der Übergangsfristen wurden die Zugangsmöglichkeiten für Arbeitnehmer aus den neuen Mitgliedstaaten nach nationalem Recht zum 1. Januar 2009 erweitert, insbesondere für Akademiker durch Verzicht auf eine Vorrangprüfung.⁹⁴

Während der Übergangsphase dürfen die nationalen Arbeitsmärkte nicht über die Regelungen hinaus weiter beschränkt werden, die zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Beitrittsvertrages gegolten haben (Stillstandsklausel). Deutschland hat dementsprechend die Öffnungen seines Arbeitsmarktes im Rahmen der mit verschiedenen mittel- und osteuropäischen Staaten geschlossenen Vereinbarungen über Werkvertrags- und Gastarbeitnehmer, Grenzgänger und Saisonarbeitnehmer für die Staatsangehörigen der Beitrittsländer beibehalten.

Während der Inanspruchnahme von Übergangsbestimmungen müssen die alten Mitgliedstaaten Staatsangehörigen der Beitrittsstaaten Vorrang gegenüber Arbeitnehmern aus Nicht-EU-Ländern gewähren (Gemeinschaftspräferenz). Dies ist in Deutschland in § 39 Abs. 6 AufenthG umgesetzt.

Zudem haben in Deutschland Staatsangehörige aus den neuen EU-Staaten, die am Tag des Beitritts rechtmäßig in einem der alten EU-Staaten gearbeitet haben und für einen ununterbrochenen

⁹¹ Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik und Ungarn. Ausgenommen von diesen Übergangsregelungen sind die Staatsangehörigen aus Malta und Zypern.

⁹² Vgl. BMI/BMAS 2008: Aktionsprogramm der Bundesregierung. Beitrag der Arbeitsmigration zur Sicherung der Fachkräftebasis in Deutschland: 3.

⁹³ Vgl. Bundesanzeiger Nr. 198 vom 31. Dezember 2008, S. 4008-4009, und Nr. 65 vom 30. April 2009, S. 1572-1573.

⁹⁴ Vgl. dazu Kapitel 2.5.2.

Zeitraum von mindestens zwölf Monaten zum Arbeitsmarkt dieses Staates zugelassen waren, weiterhin Zugang zum Arbeitsmarkt dieses Staates. Dieses Recht gilt jedoch nicht für Arbeitnehmer, die vorübergehend zur Erbringung von Dienstleistungen im Rahmen der Dienstleistungsfreiheit oder der bilateralen Abkommen über Werkvertragsarbeitnehmer nach Deutschland entsandt werden.⁹⁵

Spätestens nach sieben Jahren, also ab 1. Mai 2011, gilt für alle neuen Unionsbürger der zum 1. Mai 2004 beigetretenen EU-Staaten die Arbeitnehmerfreizügigkeit in allen EU-Mitgliedstaaten. Im Gegensatz zu Deutschland – und den meisten anderen EU-Staaten – hatten Schweden, das Vereinigte Königreich unter Beibehaltung eines Registrierungsverfahrens und Irland ihren Arbeitsmarkt bereits 2004 umfassend geöffnet.

Bis zum 1. Mai 2009 hatten 13 der 15 alten EU-Staaten ihre Arbeitsmärkte für die Staatsangehörigen aus den zum 1. Mai 2004 beigetretenen EU-Staaten umfassend geöffnet: Dem Vereinigten Königreich, Irland und Schweden folgten am 1. Mai 2006 Griechenland, Spanien, Portugal und Finnland. Diese Staaten nahmen die zweite Phase der Übergangsregelung nicht in Anspruch. Zwischenzeitlich haben auch Italien (seit 27. Juli 2006), die Niederlande (seit 1. Mai 2007), Luxemburg (seit 1. November 2007), Frankreich (seit 1. Juli 2008), Belgien (seit 1. Mai 2009) und Dänemark (seit 1. Mai 2009) die Beschränkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit aufgehoben.⁹⁶

Für die Staatsangehörigen der zum 1. Januar 2007 beigetretenen Staaten Bulgarien und Rumänien gilt spätestens zum 1. Januar 2014 die Arbeitnehmerfreizügigkeit. Bisher haben 15 Mitgliedstaaten (Tschechische Republik, Estland, Zypern, Lettland, Litauen, Polen, Slowenien, Slowakei, Finnland, Schweden, Dänemark, Griechenland, Spanien, Portugal und Ungarn) den Arbeitsmarkt für bulgarische und rumänische Arbeitnehmer umfassend geöffnet. Die übrigen Mitgliedstaaten einschließlich Irland und dem Vereinigten Königreich⁹⁷ haben die Beschränkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit für Bulgaren und Rumänen beibehalten. Viele dieser Staaten, wie auch Deutschland, haben jedoch auch hier den Arbeitsmarktzugang nach nationalem Recht erleichtert.⁹⁸

Übergangsfristen gelten, wie oben ausgeführt, in Deutschland auch in den Dienstleistungssektoren Bau, Gebäudereinigung und Innendekoration. In den nicht eingeschränkten Dienstleistungssektoren

⁹⁵ Vgl. dazu ausführlich BMAS 2006; Dienelt 2004: 84-90; Fehrenbacher 2004: 244; Christen 2004: 6-8.

⁹⁶ Von den zum 1. Mai 2004 beigetretenen EU-Staaten wendet auch Ungarn seit dem 1. Januar 2009 den Grundsatz der Gegenseitigkeit bei Arbeitnehmern aus den alten EU-Staaten nicht mehr an. Alle anderen EU-10-Staaten hatten die Anwendung des Gegenseitigkeitsprinzips bereits vorher aufgehoben. Das Gegenseitigkeitsprinzip besagt, dass die neuen EU-Staaten die Arbeitnehmerfreizügigkeit für Staatsangehörige aus den EU-15-Staaten, in denen Übergangsregelungen beim Zugang zum Arbeitsmarkt für die neuen Unionsbürger eingeführt wurden, ebenfalls einschränken können.

⁹⁷ Sowohl das Vereinigte Königreich als auch Irland hatten nach dem Beitritt der zehn neuen EU-Staaten im Jahr 2004 deutlich höhere Zuwanderungszahlen zu verzeichnen als zuvor auf der Basis von Schätzungen erwartet wurde. So wurden in Großbritannien im Rahmen des „Worker Registration Scheme“ (WRS) im Zeitraum von Mai 2004 bis Dezember 2008 etwa 926.000 Unionsbürger aus den acht mittel- und osteuropäischen Staaten registriert, zwei Drittel davon aus Polen (vgl. dazu Home Office 2009: Accession Monitoring Report. May 2004 – December 2008). Vielfach handelt es sich dabei jedoch nicht um dauerhafte, sondern um temporäre Zuwanderung zum Zweck einer befristeten Arbeitsaufnahme. Die Statistik im Rahmen des WRS zeigt zudem, dass die Zuwanderung aus den neuen EU-Staaten in das Vereinigte Königreich sinkt. So sank die Zahl der neu zugelassenen Arbeitnehmer aus den EU-10-Staaten von 228.000 im Jahr 2006 auf 211.000 im Jahr 2007 und weiter auf 156.000 im Jahr 2008. Dabei war 2008 ein kontinuierlicher Rückgang in jedem Quartal festzustellen (von 47.000 genehmigten Anträgen im 1. Quartal auf 27.000 im 4. Quartal). Zudem zeigen die Ergebnisse einer Studie des Institute for Public Policy Research (IPPR), dass vermehrt polnische Staatsangehörige aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung in ihrem Herkunftsland nach Polen zurückkehren. Vgl. Pollard/Latorre/Sriskandarajah 2008.

⁹⁸ Vom Gegenseitigkeitsprinzip haben weder Bulgarien noch Rumänien Gebrauch gemacht.

ren (z.B. Pflegedienstleistungen, Autoreparaturen, Übersetzungsdienste usw.) können Unternehmen mit Sitz in den neuen EU-Staaten ihre Mitarbeiter im Rahmen der Dienstleistungsfreiheit zur grenzüberschreitenden Dienstleistungserbringung nach Deutschland entsenden, um dort arbeitsgenehmigungsfrei grenzüberschreitend Dienstleistungen zu erbringen.⁹⁹

Für in den Beitrittsstaaten niedergelassene Unternehmer, die im Rahmen der Dienstleistungserbringung keine eigenen Arbeitnehmer einsetzen, gelten auch in den eingeschränkten Branchen keine Beschränkungen der Dienstleistungsfreiheit. So kann beispielsweise im Baugewerbe ein in Polen niedergelassener polnischer Dachdecker in eigener Person Dienstleistungen in Deutschland erbringen.

Für Arbeitnehmer aus den neuen EU-Mitgliedstaaten gelten für die Dauer der Übergangsregelungen die bisherigen Grundlagen des Arbeitsgenehmigungsrechts weiter. Sie benötigen weiterhin eine Arbeitserlaubnis, die als Arbeitserlaubnis-EU von der Arbeitsagentur erteilt wird. Als Unionsbürger benötigen sie jedoch weder ein Visum für die Einreise noch einen Aufenthaltstitel für den Aufenthalt. Ihnen wird von Amts wegen eine Bescheinigung über das Aufenthaltsrecht ausgestellt.¹⁰⁰

Für Drittstaatsangehörige wurde mit Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes am 1. Januar 2005 das bis dahin notwendige doppelte Genehmigungsverfahren, wonach ein Bewerber die Arbeits- und die Aufenthaltserlaubnis jeweils bei verschiedenen Behörden beantragen musste, durch ein internes Zustimmungsverfahren ersetzt. Damit entfällt die als gesondertes Papier ausgestellte Arbeitsgenehmigung. Die Erlaubnis zur Beschäftigung wird zusammen mit der Aufenthaltserlaubnis von der Ausländerbehörde erteilt, sofern die Arbeitsverwaltung intern zugestimmt hat („one-stop-government“).¹⁰¹ Eine Zustimmung kann nur erfolgen, wenn ein konkretes Arbeitsplatzangebot vorliegt. Das interne Zustimmungsverfahren ist nicht erforderlich, wenn der Arbeitsmarktzugang für bestimmte Aufenthaltsw Zwecke bereits im Gesetz geregelt ist, oder wenn dies in den auf der Basis des Aufenthaltsgesetzes erlassenen Rechtsverordnungen oder durch zwischenstaatliche Vereinbarungen bestimmt ist (§ 39 Abs. 1 AufenthG, § 1 BeschV). Aus dem Aufenthaltstitel geht hervor, ob und in welchem Umfang die Ausübung einer Erwerbstätigkeit erlaubt ist. Ausländische Arbeitnehmer erhalten für die Dauer ihrer Beschäftigung grundsätzlich eine Aufenthaltserlaubnis (sofern der Aufenthalt drei Monate überschreitet). Kurzfristige Beschäftigungen sind auch mit dem für diesen Aufenthaltsw Zweck erteilten Visum möglich.

Durch das Zuwanderungsgesetz wird der Anwerbestopp, insbesondere für Nicht- und Geringqualifizierte, weitgehend beibehalten. Nach § 18 Abs. 1 AufenthG orientiert sich die Zulassung ausländischer Beschäftigter an den Erfordernissen des Wirtschaftsstandortes Deutschland unter Berücksichtigung der Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt. Nach § 18 Abs. 2 AufenthG kann einem Ausländer ein Aufenthaltstitel zur Ausübung einer Beschäftigung erteilt werden, wenn die Bundesagentur zugestimmt hat oder durch Rechtsverordnung oder zwischenstaatliche Vereinbarung bestimmt ist, dass die Ausübung der Beschäftigung ohne Zustimmung der Bundesagentur zulässig ist.

⁹⁹ Vgl. dazu auch Bundesagentur für Arbeit 2008: Information für Unternehmen aus den neuen Mitgliedstaaten der EU – Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer im Rahmen von Werkverträgen: EU-Dienstleistungsfreiheit – Übergangsregelung (Stand März 2008).

¹⁰⁰ Für die neuen Unionsbürger und ihre Familienangehörigen, die auch Drittstaatsangehörige sein können, findet das Freizügigkeitsgesetz/EU Anwendung. Einreise und Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen regelt dagegen das Aufenthaltsgesetz.

¹⁰¹ Vgl. Feldgen 2006: 172. Zur behördeninternen Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit vgl. Bunte/Knödler 2008: 744f.

Die Bundesagentur kann der Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 18 AufenthG zustimmen, wenn sich durch die Beschäftigung von Ausländern keine nachteiligen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt ergeben und für die Beschäftigung deutsche Arbeitnehmer sowie Ausländer, die diesen hinsichtlich der Arbeitsaufnahme rechtlich gleichgestellt sind oder die nach dem Recht der EU einen Anspruch auf vorrangigen Zugang zum Arbeitsmarkt haben, nicht zur Verfügung stehen (§ 39 Abs. 2 Nr. 1 AufenthG). Die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis ist auch möglich, wenn die Bundesagentur für einzelne Berufsgruppen oder Wirtschaftszweige festgestellt hat, dass die Besetzung der offenen Stellen mit ausländischen Bewerbern arbeitsmarkt- und integrationspolitisch verantwortbar ist (§ 39 Abs. 2 Nr. 2 AufenthG). Der Ausländer, dem eine Aufenthaltserlaubnis zur Ausübung einer Beschäftigung erteilt wird, darf nicht zu ungünstigeren Arbeitsbedingungen als vergleichbare deutsche Arbeitnehmer beschäftigt werden. Die Zustimmung zur Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis kann die Dauer und die berufliche Tätigkeit festlegen und die Beschäftigung auf bestimmte Betriebe oder Bezirke beschränken (§ 39 Abs. 4 AufenthG; § 13 BeschVerfV).

Für Hochqualifizierte wurde der Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt erleichtert (§ 19 AufenthG) (vgl. dazu Kapitel 2.5.2). Zudem regelt das Aufenthaltsgesetz erstmals ausdrücklich die Zuwanderung Selbständiger (§ 21 AufenthG) (vgl. dazu Kapitel 2.5.3).

Neben der Möglichkeit des Erhalts einer Niederlassungserlaubnis nach § 19 AufenthG oder einer Aufenthaltserlaubnis für wissenschaftliches Personal im normalen aufenthaltsrechtlichen Verfahren (§ 18 AufenthG i.V.m. § 5 BeschV) besteht nach § 20 AufenthG unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit, dass einem ausländischen Forscher eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird (vgl. Kapitel 2.5.4).

Am 16. Juli 2008 hat das Bundeskabinett beschlossen, den Arbeitsmarkt zum 1. Januar 2009 auch für Akademiker (Universitäts- oder Fachhochschulabschluss) aus Drittstaaten zu öffnen. Es wird grundsätzlich eine Vorrangprüfung durchgeführt. Bei Familienangehörigen der Akademiker wird dagegen auf die Vorrangprüfung verzichtet (vgl. dazu ausführlich Kapitel 2.5.2).¹⁰²

Für Staatsangehörige aus den neuen EU-Mitgliedstaaten ist für Beschäftigungen, die eine qualifizierte Berufsausbildung voraussetzen, nach § 39 Abs. 6 AufenthG ein Arbeitsmarktzugang eröffnet. Sie können für diese Beschäftigungen unter den Voraussetzungen des § 39 Abs. 2 AufenthG durch die Bundesagentur für Arbeit eine Arbeitserlaubnis-EU nach § 284 SGB III erhalten. Ihnen wird dabei ein Vorrang gegenüber zum Zweck der Beschäftigung einreisenden Staatsangehörigen aus Drittstaaten gewährt.¹⁰³

Die einzelnen Ausnahmeregelungen für verschiedene Arbeitnehmergruppen aus Drittstaaten sind seit 1. Januar 2005 im Aufenthaltsgesetz und in der Beschäftigungsverordnung (BeschV)¹⁰⁴ kodifiziert. Für die Staatsangehörigen aus den neuen EU-Staaten galt bis Ende 2008 weiterhin die Anwerbestoppausnahmereverordnung (ASAV). Die BeschV fand lediglich in den Fällen Anwendung auf die Staatsangehörigen aus den neuen EU-Staaten, wenn sie günstigere Regelungen als die ASAV

¹⁰² Vgl. BMI/BMAS 2008: Aktionsprogramm der Bundesregierung.

¹⁰³ Zum Arbeitsmarktzugang für Staatsangehörige aus den neuen EU-Mitgliedstaaten vgl. ausführlich Solka 2008: 87-92.

¹⁰⁴ Verordnung über die Zulassung von neu einreisenden Ausländern zur Ausübung einer Beschäftigung (Beschäftigungsverordnung – BeschV) vom 22. November 2004. Drittstaatsangehörige Arbeitnehmer erhalten seit Anfang 2005 anstatt einer Arbeitsgenehmigung einen Aufenthaltstitel zur Ausübung einer Beschäftigung nach § 18 AufenthG in Verbindung mit den in der Beschäftigungsverordnung geregelten Ausnahmetatbeständen.

vorsieht.¹⁰⁵ Durch das Gesetz zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente vom 24. Dezember 2008 wurde die ASAV grundlegend geändert. § 1 ASAV sieht nun vor, dass die Arbeitserlaubnis-EU nach § 284 Abs. 4 SGB III nach Maßgabe der BeschV erteilt werden darf. Deshalb wurden in Übereinstimmung mit dem Günstigkeitsprinzip die § 2, § 3, § 4 Abs. 1, 2 und 4 bis 10, § 5 und §§ 7 bis 11 ASAV aufgehoben (zu diesen Beschäftigungsformen vgl. Tabelle 2-40 im Anhang), da die Voraussetzungen dieser Vorschriften für die Erteilung einer Arbeitserlaubnis-EU mit den Regelungen der BeschV identisch waren oder die BeschV günstigere Regelungen vorsah. Lediglich die Ausnahmetatbestände nach § 4 Abs. 3 (Fertighausmontage) und § 6 (Grenzgängerbeschäftigung) werden weiterhin durch die ASAV geregelt, da sich keine vergleichbaren Regelungen in der BeschV finden.¹⁰⁶

Einen Überblick über die Ausnahmetatbestände der ASAV, wie sie bis zum Ende des Jahres 2008 galten, und der BeschV geben die Tabellen 2-37 und 2-38 im Anhang.

Entwicklungen auf europäischer Ebene zur Arbeitsmigration

Der EU-Ministerrat hat am 25. Mai 2009 die Blaue Karte EU für hochqualifizierte Einwanderer endgültig beschlossen.¹⁰⁷ Die EU-Mitgliedstaaten – ausgenommen Dänemark, Großbritannien und Irland – haben nun bis zum Jahr 2011 Zeit, die gemeinsamen Mindeststandards für die Aufnahme von Fachkräften aus Drittstaaten in nationales Recht umzusetzen.

Um eine Blaue Karte EU zu erhalten, muss der Antragsteller einen gültigen Arbeitsvertrag oder ein verbindliches Arbeitsplatzangebot für eine hochqualifizierte Beschäftigung für mindestens ein Jahr in der EU nachweisen und über eine qualifizierte Berufsausbildung verfügen. Weitere Bedingung ist u. a. die Höhe des Gehalts, die mindestens dem 1,5-fachen des Bruttodurchschnittsgehalts im Aufnahmestaat entsprechen muss. Für Berufssparten, in denen ein besonderer Bedarf an Arbeitskräften besteht, kann diese Schwelle auf das 1,2-fache des Bruttodurchschnittsgehalts gesenkt werden. Den Blauen Karte EU-Inhabern werden die gleichen sozialen und ökonomischen Rechte wie den Staatsangehörigen des Aufnahmestaates gewährt. Die Gültigkeit der Blauen Karte EU beträgt zwischen einem und vier Jahren und kann verlängert werden. Beträgt die Dauer des Arbeitsvertrags weniger als ein Jahr, so wird die Blaue Karte EU für die Dauer des Arbeitsvertrags plus drei Monate ausgestellt. Nach achtzehnmonatigem Aufenthalt können Blaue Karte EU-Inhaber und ihre Familienangehörigen in ein anderes EU-Land weiterziehen. Zu beachten bleibt, dass die Richtlinie nicht das Recht der Mitgliedstaaten berührt, festzulegen, wie viele Drittstaatsangehörige maximal mit einer Blauen Karte EU einreisen dürfen. Mit dieser Maßnahme soll der Mangel an Fachkräften in der Europäischen Union gelindert werden.

Staatsangehörige aus den neuen EU-Mitgliedstaaten

Im Jahr 2008 wurden nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit 93.163 Arbeitsgenehmigungen-EU¹⁰⁸ (ohne Saisonarbeitnehmer, Schaustellergehilfen, Haushaltshilfen und Werkvertragsarbeitnehmer¹⁰⁹) an Arbeitnehmer aus den neuen EU-Staaten erteilt (vgl. Tabelle 2-42 im Anhang). Im Jahr 2007 waren es 79.778 Arbeitsgenehmigungen-EU. Damit ist die Zahl der erteilten Arbeitsge-

¹⁰⁵ Vgl. Storr u.a. 2005: 95.

¹⁰⁶ In den folgenden Unterkapiteln wird die Entwicklung der Arbeitsmigration bis Ende 2008 dargestellt. Insofern wird hier auch auf die einzelnen Ausnahmetatbestände der ASAV, wie sie bis zum Ende des Jahres galten, eingegangen.

¹⁰⁷ Richtlinie 2009/50/EG vom 25. Mai 2009 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zur Ausübung einer hochqualifizierten Beschäftigung (Amtsblatt der Europäischen Union L 155 S. 17ff).

¹⁰⁸ Eine Arbeitsgenehmigung-EU wird befristet als Arbeitserlaubnis-EU erteilt, sofern nicht Anspruch auf eine unbefristete Erteilung als Arbeitsberechtigung besteht (§ 284 Abs. 2 SGB III).

¹⁰⁹ Zu diesen Arbeitnehmergruppen vgl. die Unterkapitel 2.5.1.1 bis 2.5.1.3.

nehmigungen-EU um etwa 17% angestiegen. Hauptherkunftsland war Polen. 48,4% aller Arbeitsgenehmigungen-EU wurden an polnische Staatsangehörige erteilt (45.133 Arbeitsgenehmigungen-EU), 21,3% an rumänische Staatsangehörige (19.824 Arbeitsgenehmigungen-EU). Während der Anteil polnischer Arbeitnehmer im Vergleich zu 2007 (54,0%) zurückging, stieg der Anteil rumänischer Arbeitskräfte leicht an (2007: 17,2%). Der Anteil der Erteilung von Arbeitsgenehmigungen-EU an bulgarische Staatsangehörige stieg von 5.169 (6,5%) auf 8.434 (9,1%). 6,6% der Arbeitsgenehmigungen-EU entfielen auf ungarische, 5,4% auf tschechische Staatsangehörige (vgl. Tabelle 2-43 im Anhang).¹¹⁰

Drittstaatsangehörige

Zusätzlich wurden im Jahr 2008 78.845 Zustimmungen für Drittstaatsangehörige erteilt, darunter 40.690 Zustimmungen nach den Regelungen der BeschV (vgl. Tabelle 2-44 im Anhang). Damit wurden insgesamt etwa ein Viertel weniger Zustimmungen erteilt als im Vorjahr (2007: 103.818 Zustimmungen), die Zahl der Zustimmungen nach den Ausnahmetatbeständen der BeschV stiegen jedoch um 7,2% (2007: 37.950 Zustimmungen nach der BeschV). Dabei sind insbesondere die Zustimmungen zu qualifizierten Beschäftigungsformen angestiegen (vgl. dazu die Kapitel 2.5.1.3 bis 2.5.1.5).

Eine Auswertung des AZR ergab, dass an Drittstaatsangehörige, die im Jahr 2008 eingereist sind, 29.141 Aufenthaltserlaubnisse zum Zweck der Erwerbstätigkeit nach § 18 AufenthG erteilt wurden (vgl. Tabelle 2-9). Im Vergleich zum Vorjahr (2007: 28.761 erteilte Aufenthaltserlaubnisse) war damit ein leichter Anstieg um 1,3% zu verzeichnen. Die größte Gruppe ausländischer Arbeitnehmer, die im Jahr 2008 eingereist sind, waren Staatsangehörige aus Indien (3.826 Personen), den Vereinigten Staaten (3.455 Personen), China (2.406 Personen), Japan (1.724 Personen) und der Russischen Föderation (1.701 Personen) (vgl. Abbildung 2-13 und Karte 2-4). Dabei war insbesondere bei Arbeitnehmern aus Indien (+18,6%), den Vereinigten Staaten (+3,8%) und Japan (+2,8%) ein Anstieg im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen. Bei Staatsangehörigen aus diesen Staaten war bereits von 2006 auf 2007 eine Zunahme der Erteilungszahlen festzustellen. Im Falle Indiens korrespondiert diese Entwicklung mit einem ebenso deutlichen Anstieg der Familiennachzugszahlen (vgl. dazu Kapitel 2.7.2). Kontinuierlich angestiegen im Zeitraum von 2006 bis 2008 ist auch die Zahl der zum Zweck der Beschäftigung eingereisten türkischen Staatsangehörigen (+5,8% im Jahr 2008 im Vergleich zum Vorjahr).

Ein knappes Drittel der erteilten Aufenthaltserlaubnisse zum Zweck der Beschäftigung ging an Frauen. Bei Drittstaatsangehörigen aus der Russischen Föderation bzw. der Ukraine stellten Frauen dagegen mehr als zwei Drittel aller im Jahr 2008 eingereisten Arbeitnehmer. Dagegen sind Frauen im Falle Kroatiens und Bosnien-Herzegowinas deutlich unterrepräsentiert.

Insgesamt lebten am 31. Dezember 2008 in Deutschland 81.226 ausländische Staatsangehörige mit einem Aufenthaltstitel nach § 18 AufenthG. Zum Ende des Jahres 2007 waren es 75.325 Personen.

¹¹⁰ Vgl. dazu Bundesagentur für Arbeit 2009: Arbeitsgenehmigungen und Zustimmungen 2008. Nürnberg.

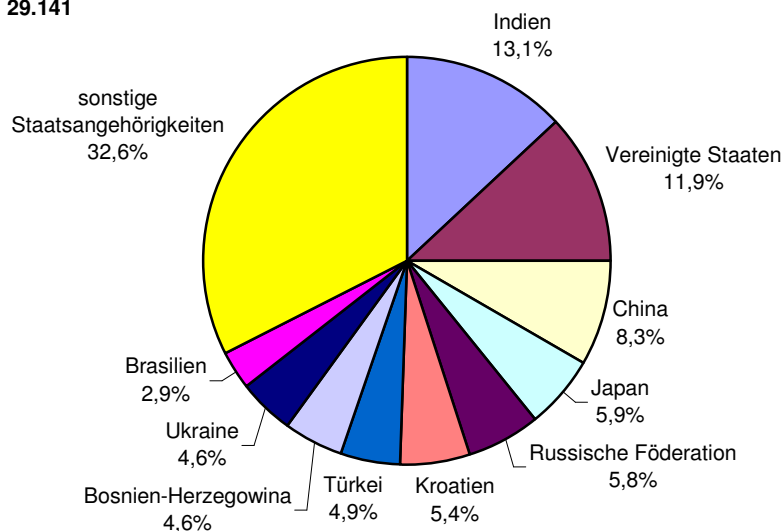
Tabelle 2-9: Zur Ausübung einer Beschäftigung nach § 18 AufenthG in den Jahren von 2006 bis 2008 eingereiste Ausländer nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten

Staatsangehörigkeit	2006			2007			2008		
	insgesamt	dar: weiblich	Frauen-anteil	insgesamt	dar: weiblich	Frauen-anteil	insgesamt	dar: weiblich	Frauen-anteil
Indien	2.600	322	12,4	3.226	474	14,7	3.826	474	12,4
Vereinigte Staaten	2.412	770	31,9	3.329	1.069	32,1	3.455	1.121	32,4
China	2.474	605	24,5	2.921	787	26,9	2.406	821	34,1
Japan	1.468	279	19,0	1.677	293	17,5	1.724	322	18,7
Russische Föderation	1.813	1.236	68,2	1.770	1.220	68,9	1.701	1.084	63,7
Kroatien	1.431	69	4,8	1.692	87	5,1	1.588	78	4,9
Türkei	1.256	119	9,5	1.339	146	10,9	1.417	205	14,5
Bosnien-Herzegowina	1.543	40	2,6	1.468	42	2,9	1.350	39	2,9
Ukraine	1.478	1.142	77,3	1.538	1.078	70,1	1.330	869	65,3
Brasilien	678	331	48,8	835	398	47,7	847	381	45,0
Rumänien	3.828	632	16,5	-	-	-	-	-	-
Bulgarien	1.147	247	21,5	-	-	-	-	-	-
sonstige Staatsangehörigkeiten	7.338	3.364	45,8	8.966	3.708	41,4	9.497	3.647	38,4
Insgesamt	29.466	9.156	31,1	28.761	9.302	32,3	29.141	9.041	31,0

Quelle: Ausländerzentralregister

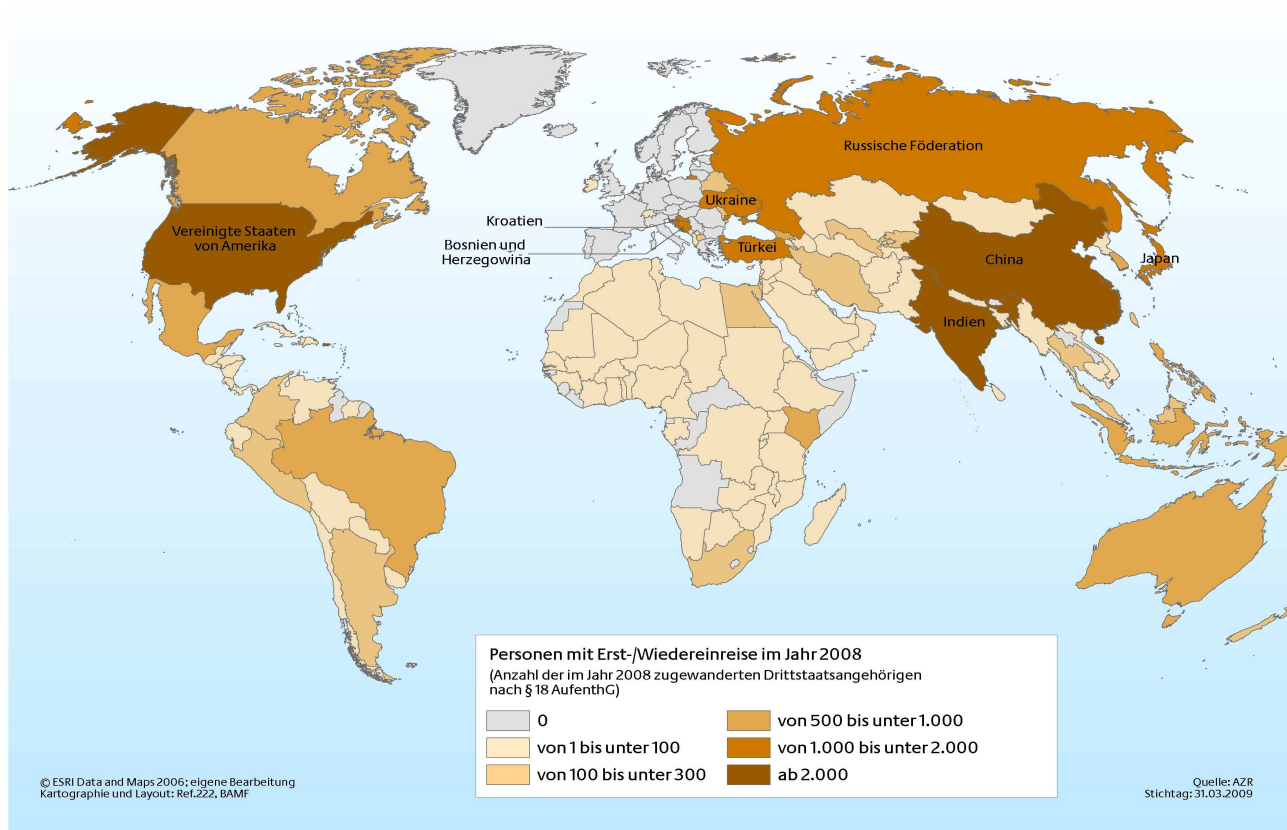
Abbildung 2-13: Zur Ausübung einer Beschäftigung nach § 18 AufenthG im Jahr 2008 eingereiste Ausländer nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten

Gesamtzahl: 29.141



Quelle: Ausländerzentralregister

Karte 2-4: Zur Ausübung einer Beschäftigung nach § 18 AufenthG im Jahr 2008 eingereiste Drittstaatsangehörige



Im Folgenden werden die wichtigsten Formen der zeitlich begrenzten Arbeitsmigration dargestellt:

2.5.1.1 Werkvertragsarbeitnehmer

Bei Werkvertragsarbeitnehmern handelt es sich um Beschäftigte von Firmen mit Sitz im Ausland, die auf Basis eines Werkvertrages in Deutschland arbeiten dürfen. Grundlage dafür bilden bilaterale Regierungsvereinbarungen (so genannte Werkvertragsarbeitnehmerabkommen) mit mittel- und osteuropäischen Staaten und der Türkei.¹¹¹ Die zwischenstaatlichen Vereinbarungen enthalten Beschäftigungskontingente, die jährlich zum Oktober für die Abrechnungszeiträume Oktober bis September des Folgejahres der jeweiligen Arbeitsmarktlage in Deutschland angepasst werden. Innerhalb des Abrechnungszeitraums Oktober 2003 bis September 2004 wurden aufgrund der EU-Erweiterung die Kontingente auch zum 1. Mai 2004 angepasst.¹¹² Grundlage ist jeweils die Arbeitslosenquote am 30. Juni des laufenden Jahres. Für jeden Prozentpunkt, um den sich die Arbeitslosenquote erhöht bzw. verringert, werden die Beschäftigungskontingente um 5% reduziert bzw. angehoben. Die festgelegten Quoten enthalten zum Teil Unterkontingente für bestimmte Branchen, etwa für den Bereich Bau. Damit soll verhindert werden, dass alle zugelassenen Werkvertragsarbeitnehmer ausschließlich in einem Wirtschaftsbereich eingesetzt werden.

¹¹¹ Zwischen Deutschland und Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, der Tschechischen Republik, der Slowakei, Serbien (unter Einschluss der Republiken Montenegro und Kosovo), Lettland, Mazedonien, Polen, Rumänien, Slowenien, Ungarn und der Türkei wurden bilaterale Abkommen abgeschlossen. Vgl. zu den Voraussetzungen für die Beschäftigung von Werkvertragsarbeitnehmern und zum Zulassungsverfahren die Merkblätter 16 und 16a (jeweils Stand März 2009) der Bundesagentur für Arbeit.

¹¹² Vgl. Bundestagsdrucksache 15/5546 vom 27. Mai 2005: 10.

Die Regierungsabkommen eröffnen die Möglichkeit der Kooperation zwischen einem deutschen und einem ausländischen Unternehmen zur Erstellung eines Werkes, das der ausländische Subunternehmer mit eigenen (ausländischen) Arbeitskräften durchführt. Arbeitnehmer aus den Vertragsstaaten dürfen so bis zu zwei, in Ausnahmefällen bis zu drei Jahre in Deutschland arbeiten (§ 39 Abs. 1 BeschV; § 3 Abs. 1 ASAV). Arbeitnehmern in leitender Position oder Verwaltungspersonal (z.B. Techniker, Bauleiter) kann die Zustimmung zum Aufenthaltstitel bis zu einer Höchstdauer von vier Jahren erteilt werden (§ 39 Abs. 2 BeschV; § 3 Abs. 3 ASAV). Für die Dauer der Durchführung des Auftrages wird dem Werkvertragsarbeitnehmer die Zustimmung zu einem Aufenthaltstitel zu einer Beschäftigung in Form einer Werkvertragsarbeitnehmerkarte erteilt. Von der Ausländerbehörde erhält er dann eine – auf die Dauer des Werkvertrages begrenzte – Aufenthaltserlaubnis.¹¹³ Nach Ablauf der vorgesehenen Dauer ist eine anschließende Aufenthaltszeit im Heimatland von gleicher Länge wie die Gesamtgeltungsdauer der früheren Aufenthaltstitel notwendig, um als Werkvertragsarbeitnehmer wiederkehren zu dürfen. Dieser Zeitraum beträgt jedoch höchstens zwei Jahre. Für Werkvertragsarbeitnehmer, die zuvor nicht länger als neun Monate im Bundesgebiet beschäftigt waren, beträgt er höchstens drei Monate.

Staatsangehörige aus den neuen EU-Mitgliedstaaten benötigen keinen Aufenthaltstitel. Diesen Unionsbürgern wird von Amts wegen eine Bescheinigung über das Aufenthaltsrecht ausgestellt und durch die Arbeitsverwaltung eine Arbeitserlaubnis-EU erteilt. Zum 1. März 2007 wurden für die Staatsangehörigen aus den neuen EU-Staaten die arbeitsgenehmigungsrechtlichen Regelungen zur Höchstbeschäftigungsdauer und zur sogenannten Wartezeit nach § 3 Abs. 1 ASAV in Verbindung mit den Regierungsvereinbarungen aufgehoben.¹¹⁴

Die Abkommen gehen als Kontingentvereinbarungen vom Grundsatz einer arbeitsmarktunabhängigen Beschäftigung aus, d.h. eine Arbeitsmarktprüfung findet nicht statt. Sie enthalten jedoch Arbeitsmarktschutzklauseln. Danach dürfen ausländische Werkvertragsarbeitnehmer nicht zugelassen werden, wenn in dem Betrieb des deutschen Werkvertragspartners Arbeitnehmer entlassen werden oder Kurzarbeit droht. In Arbeitsagenturbezirken, in denen die Arbeitslosenquote im Durchschnitt der letzten sechs Monate mindestens um 30% über dem Bundesdurchschnitt gelegen hat, ist die Beschäftigung von ausländischen Werkvertragsarbeitnehmern generell ausgeschlossen.¹¹⁵

Für die am 1. Mai 2004 der EU beigetretenen mittel- und osteuropäischen Staaten sind die Werkvertragsarbeitnehmerabkommen nur noch in den Branchen von Bedeutung, in denen aufgrund der Übergangsregelungen (siehe Kapitel 2.2) die Dienstleistungsfreiheit eingeschränkt ist. Dies trifft insbesondere auf die Baubranche zu.¹¹⁶ Das bedeutet, dass Dienstleister aus den neuen EU-Mitgliedstaaten in den anderen Bereichen ihre Dienstleistungen unabhängig von den Regierungsvereinbarungen anbieten können. Insofern haben die Werkvertragsarbeitnehmerabkommen etwa

¹¹³ Für die Einreise zur Arbeitsaufnahme benötigt der ausländische Arbeitnehmer ein Visum, das von der deutschen Auslandsvertretung für längstens drei Monate erteilt wird. Voraussetzung für die Visaerteilung ist die Zusage über die Zustimmung zu einem Aufenthaltstitel zur Ausübung einer Beschäftigung durch die zuständige Arbeitsagentur. In Deutschland muss der ausländische Arbeitnehmer dann vor Ablauf des Visums einen Aufenthaltstitel bei der zuständigen Ausländerbehörde beantragen. Dies gilt grundsätzlich für neu einreisende ausländische Arbeitnehmer aus Drittstaaten, also auch für die weiteren in der ASAV geregelten Beschäftigungsmöglichkeiten.

¹¹⁴ Ansonsten gilt die Zustimmung zum Aufenthaltstitel (für Drittstaatsangehörige) bzw. die Arbeitserlaubnis-EU (für die neuen Unionsbürger) grundsätzlich nur für die (voraussichtliche) Dauer der Arbeiten zur Erfüllung des Werkvertrages.

¹¹⁵ Die Zusammenstellung der Arbeitsagenturbezirke, die unter diese Regelung fallen, wird vierteljährlich aktualisiert. Dabei handelt es sich überwiegend um Arbeitsagenturbezirke in den neuen Bundesländern.

¹¹⁶ Vgl. das Merkblatt 16a der Bundesagentur für Arbeit (Stand August 2008): 2.

im Bereich der Fleischverarbeitung durch den EU-Beitritt der meisten Vertragsstaaten keine Bedeutung mehr, da Dienstleister anderer Vertragsstaaten in diesem Bereich in der Regel nicht tätig sind.

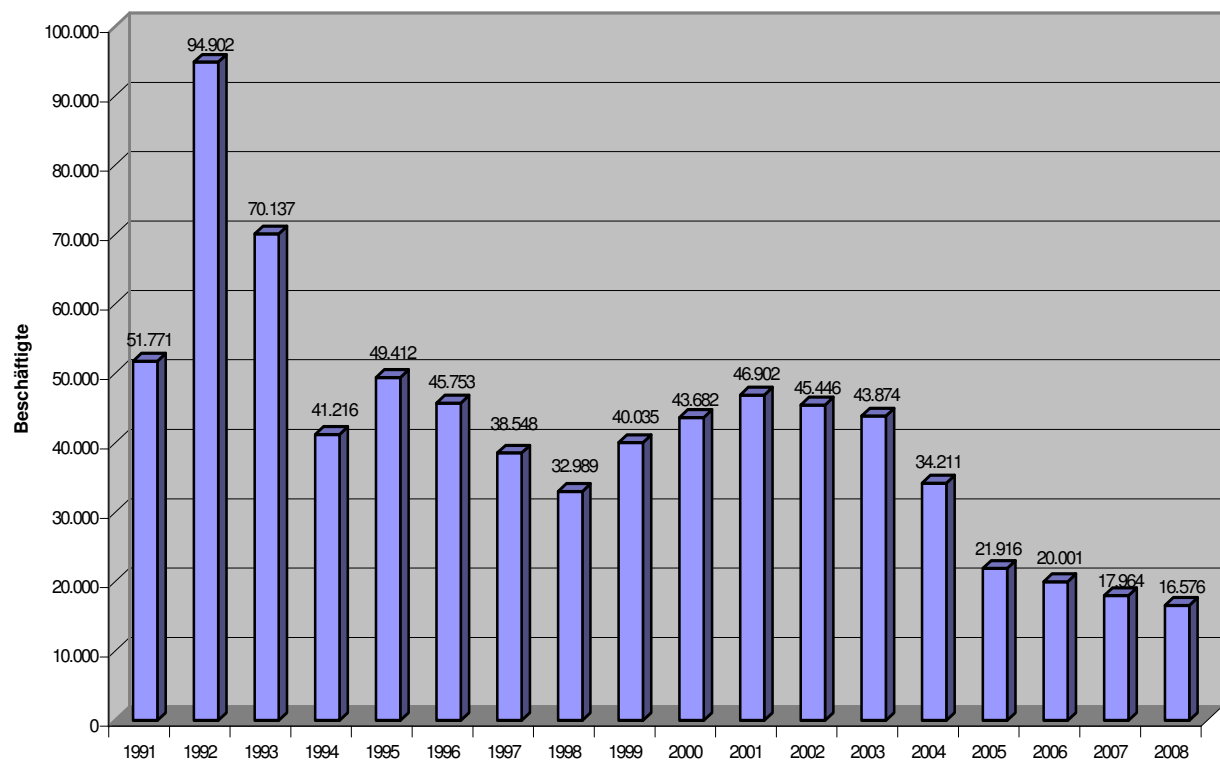
Die Entlohnung der entsandten Arbeitnehmer muss dem Lohn entsprechen, den die einschlägigen deutschen Tarifverträge für vergleichbare Tätigkeiten vorsehen. Die Beiträge zur Sozialversicherung sind in den jeweiligen Heimatländern zu leisten. Für Arbeitnehmer der neuen EU-Mitgliedstaaten gelten mit dem Beitritt die Vorschriften der EG (EWG-Verordnung Nr. 1408/71 über die Anwendung der sozialen Sicherungssysteme für Wanderarbeitnehmer innerhalb der EU). Danach gelten die Rechtsvorschriften des Heimatstaates, wenn die Entsendung des Arbeitnehmers im Voraus auf maximal zwölf Monate begrenzt ist und der Arbeitnehmer keinen anderen Arbeitnehmer ablöst, dessen Entsendezeit abgelaufen ist. Die Rechtsvorschriften des Entsendestaates gelten jedoch nur dann, wenn der Arbeitgeber eine nennenswerte Geschäftstätigkeit im Heimatland ausübt.

Für die Zulassung von Werkverträgen und Werkvertragsarbeitnehmern sowie für die laufende Überwachung der Kontingente sind, je nach Herkunftsland, bestimmte Dienststellen der Bundesagentur für Arbeit zuständig. Eine festgestellte Überschreitung der Kontingente führt zu einem Annahmestopp weiterer Werkverträge.

Die statistische Registrierung übernimmt die Bundesagentur für Arbeit; allerdings werden nicht die Zuzüge, sondern nur der jeweilige Stand der beschäftigten Werkvertragsarbeitnehmer pro Monat erfasst, aus dem ein jährlicher Durchschnittswert errechnet wird.¹¹⁷

¹¹⁷ Wie viele Personen im Rahmen dieser Werkverträge nach Deutschland jährlich einreisen, ist so nicht exakt zu ermitteln. Eine Umrechnung der Beschäftigten- auf die Zuzugszahlen ist nur sehr bedingt möglich, da aufgrund der unterschiedlichen Aufenthaltsdauer der Werkvertragsarbeitnehmer eine Gleichsetzung von Beschäftigten und Eingereisten nicht möglich ist.

Abbildung 2-14: Werkvertragsarbeitnehmer in Deutschland von 1991 bis 2008 im Jahresdurchschnitt



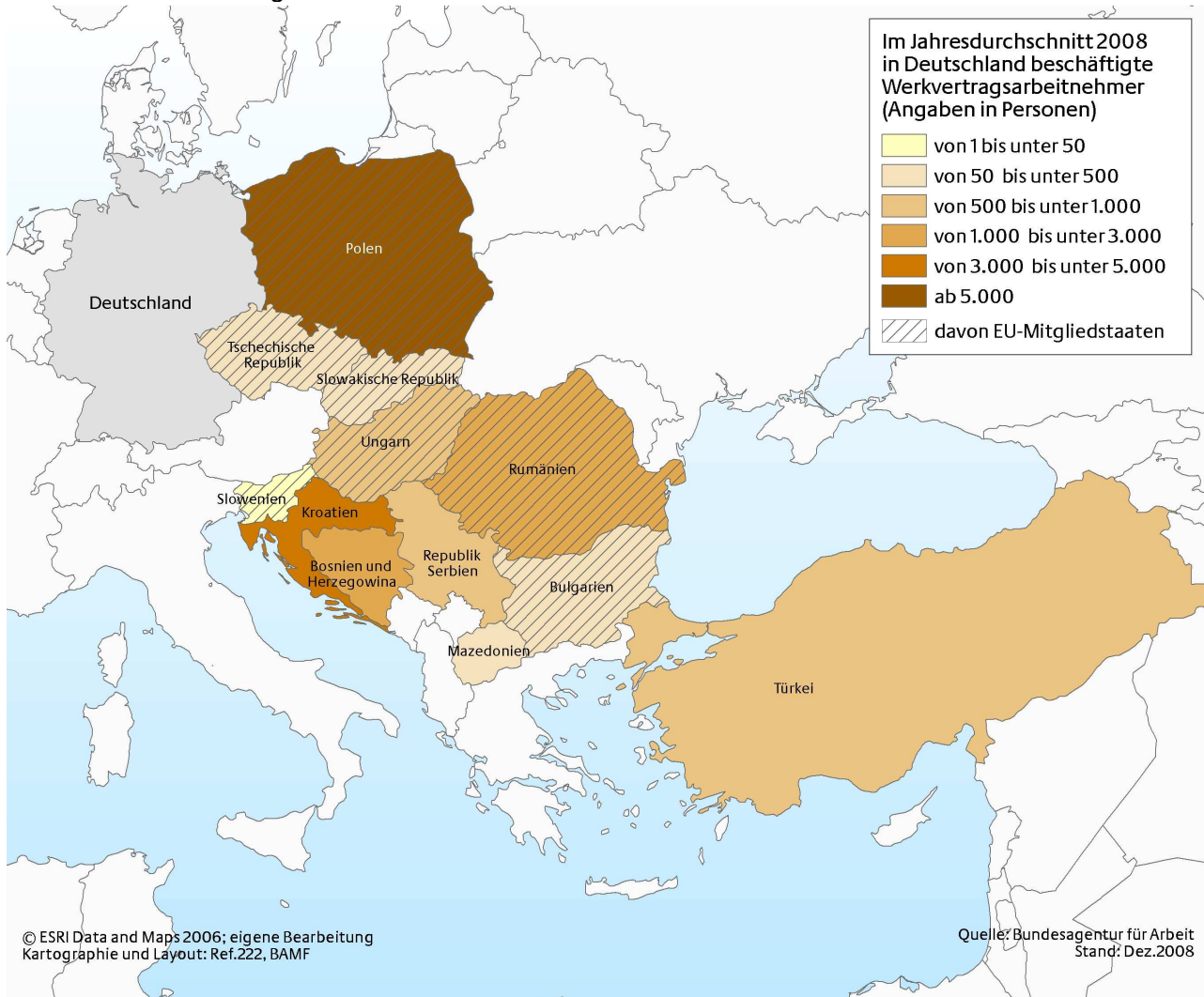
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Nachdem die allgemeine Arbeitslosenquote in Deutschland von 2001 bis 2005 anstieg¹¹⁸, wurde das Beschäftigungskontingent für alle Vertragsstaaten seit 2002 jedes Jahr kontinuierlich gesenkt. Für den Abrechnungszeitraum Oktober 2007 bis September 2008 betrug es 44.440, für den Abrechnungszeitraum Oktober 2008 bis September 2009 stieg es auf 46.740.

Analog zu der Entwicklung der Kontingente sank die Zahl der ausländischen Werkvertragsarbeitnehmer von circa 95.000 im Jahr 1992 auf etwa 33.000 im Jahr 1998 und stieg ab 1999 wieder auf über 40.000 Beschäftigte an (vgl. Abbildung 2-14). Bis 2003 lag die Zahl der Werkvertragsarbeitnehmer im Jahresdurchschnitt zwischen 40.000 und 47.000 Beschäftigten. Danach sank die Zahl der Werkvertragsarbeitnehmer deutlich bis auf 16.578 Personen im Jahr 2008. Damit wurde das Kontingent für den entsprechenden Abrechnungszeitraum nur zu etwa 37% ausgeschöpft.

¹¹⁸ Die Arbeitslosenquote stieg im Jahresdurchschnitt von 2001 bis 2005 von 9,4% auf 11,7%. In den Folgejahren war ein deutlicher Rückgang der Arbeitslosenquote zu verzeichnen. Im Jahr 2007 betrug sie 9,0%, 2008 lag sie bei 7,8%.

Karte 2-5: Werkvertragsarbeitnehmer in Deutschland nach Herkunftsländern im Jahr 2008



Staatsangehörige aus Polen stellen jedes Jahr die größte Gruppe der Werkvertragsarbeitnehmer. Im Jahr 2008 waren 5.769 Werkvertragsarbeitnehmer aus Polen in Deutschland beschäftigt. Dies entsprach einem Anteil von 34,8% an allen Werkvertragsarbeitnehmern des Jahres 2008 (vgl. Karte 2-5 und Tabelle 2-45 im Anhang). Allerdings sinkt der Anteil der polnischen Staatsangehörigen an den Werkvertragsarbeitnehmern seit einigen Jahren. Im Jahr 2006 betrug der Anteil noch 45,1%, im Jahr 2007 39,4%. Weitere Hauptherkunftsländer ausländischer Arbeitnehmer im Rahmen von Werkverträgen im Jahr 2008 waren Kroatien (3.432 Personen bzw. 20,7%), Rumänien (1.922 Personen bzw. 11,6%) und Bosnien-Herzegowina (1.856 Personen bzw. 11,2%). Deutlich gesunken ist seit 2004 der Anteil der Werkvertragsarbeitnehmer aus Ungarn (von 10,0% im Jahr 2004 auf 5,5% im Jahr 2008). Insgesamt kamen im Jahr 2008 42,9% der Werkvertragsarbeitnehmer aus den 2004 beigetretenen EU-Staaten (2004: 64,5%), weitere 13,8% aus den 2007 beigetretenen Staaten Bulgarien und Rumänien (2004: 15,8%). 39,6% der Werkvertragsarbeitnehmer wurden aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien¹¹⁹ rekrutiert (2004: 16,7%). Während der Anteil der neuen Unionsbürger an der Arbeitsmigration im Rahmen von Werkvertragsabkommen seit der Osterweiterung der EU rückläufig ist, stieg der Anteil von Staatsangehörigen aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien parallel dazu deutlich an.

Jeweils etwa ein Viertel der Werkvertragsarbeitnehmer arbeitet in den Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Bayern, ein Fünftel in Baden-Württemberg. Auf die neuen Bundesländer entfällt

¹¹⁹ Ohne Slowenien.

lediglich ein Anteil von 4% bis 5% an allen Werkvertragsarbeitnehmern. Dieser Anteil ist im Vergleich zu den Vorjahren (2% bis 3%) leicht angestiegen.

2.5.1.2 Saisonarbeiter und Schaustellergehilfen

Mit dem Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes bzw. der Beschäftigungsverordnung am 1. Januar 2005 konnten Saisonarbeiter bis zu vier Monate im Jahr beschäftigt werden (§ 18 BeschV; § 4 Abs. 1 ASAV).¹²⁰ Durch die Änderung der Beschäftigungsverordnung ist seit 1. Januar 2009 eine sechsmonatige Beschäftigung von Saisonarbeitern im Kalenderjahr möglich.¹²¹ Saisonarbeiter erhalten eine Arbeitserlaubnis-EU (Staatsangehörige aus den Beitrittsstaaten) bzw. die Zustimmung zu einem Aufenthaltstitel zur Ausübung einer Beschäftigung (Drittstaatsangehörige). Diese Regelung gilt für Arbeitnehmer in den Bereichen Land- und Forstwirtschaft, im Hotel- und Gaststättengewerbe, in der Obst- und Gemüseverarbeitung sowie in Sägewerken. Der Zeitraum für die Beschäftigung von Saisonarbeitern ist für einen Betrieb auf acht Monate im Kalenderjahr (bis Ende 2004: sieben Monate) begrenzt.¹²² Mit der Saisonbeschäftigung soll ein vorübergehender Arbeitskräftebedarf zu Spitzenzeiten überbrückt werden. Schaustellergehilfen kann eine Arbeitserlaubnis-EU bzw. die Zustimmung zu einem Aufenthaltstitel zur Ausübung einer Beschäftigung bis zu insgesamt neun Monaten im Jahr erteilt werden (§ 19 BeschV; § 4 Abs. 2 ASAV). Auf die Bestimmung, nach der eine erneute Anforderung als Schaustellergehilfe im darauf folgenden Jahr ausgeschlossen ist, wenn die Dauer der Beschäftigung sechs Monate übersteigt, wurde mit der Neuregelung in der Beschäftigungsverordnung verzichtet. Die Zulassung der Saisonarbeiter und Schaustellergehilfen setzt bilaterale Vermittlungsabsprachen der Bundesagentur für Arbeit mit der Arbeitsverwaltung des jeweiligen Herkunftslandes voraus. Entsprechende Absprachen gelten mit Kroatien und den EU-Beitrittsstaaten¹²³ mit Ausnahme der baltischen Staaten.

Weitere Voraussetzung für deren Zulassung ist, dass für die Beschäftigungen keine einheimischen Arbeitskräfte oder diesen hinsichtlich der Arbeitsaufnahme rechtlich gleichgestellte ausländische Arbeitnehmer (zum Beispiel Unionsbürger der alten EU-Staaten oder Ausländer mit einer Niederlassungserlaubnis) zur Verfügung stehen. Saisonarbeiter aus Drittstaaten unterliegen den deutschen Rechtsvorschriften über die Sozialversicherung einschließlich der Vorschriften über die Geringfügigkeit. Für Saisonarbeiter aus den neuen EU-Staaten gilt, dass sie grundsätzlich nur in einem EU-Staat sozialversichert sind. Sind Saisonarbeiter während ihrer Tätigkeit in Deutschland auch in ihrem Herkunftsstaat (z.B. Polen) beschäftigt und dort auch weiterhin versichert, unterliegt auch ihre Beschäftigung in Deutschland den Rechtsvorschriften des Herkunftsstaates. Eine Versicherungspflicht in Deutschland besteht dann nicht. Grundlage für diese Regelung ist die Verordnung (EWG) 1408/71. Für in Polen selbständige Erwerbstätige gelten aufgrund einer Einigung zwischen Deutschland und Polen seit dem 1. Januar 2006 grundsätzlich die polnischen Rechtsvorschriften über die soziale Sicherheit mit der Versicherungspflicht zum polnischen Sozialversicherungssystem.

¹²⁰ Bis Ende 2004 konnten Saisonarbeiter bis zu drei Monate im Jahr in Deutschland arbeiten (§ 4 Abs. 1 ASAV). Maßgabe ist eine Arbeitszeit von mindestens 30 Stunden wöchentlich bei durchschnittlich mindestens sechs Stunden arbeitstäglich.

¹²¹ Vgl. Zweite Verordnung zur Änderung der Beschäftigungsverordnung vom 19. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2972).

¹²² Dies gilt nicht für Betriebe des Obst-, Gemüse-, Wein-, Hopfen- und Tabakanbaus.

¹²³ Polen, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn, Bulgarien (bis April 2008 nur für Berufe des Hotel- und Gaststättengewerbes) und Rumänien.

Zudem hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) folgende Eckpunkteregelung für die Jahre 2008 und 2009 festgelegt:¹²⁴

Für den einzelnen Betrieb ist die Zulassung ausländischer Saisonarbeitnehmer in Höhe von 80% der Zulassungen des Jahres 2005 ohne individuelle Prüfung der Vermittlungsmöglichkeiten inländischer Arbeitsuchender gestattet. Weitere Zulassungen werden nur bewilligt, soweit für die Tätigkeiten keine inländischen Arbeitskräfte vermittelt werden können. Durch die weitere Zulassung darf die Zahl der in einem Betrieb insgesamt beschäftigten ausländischen Saisonarbeitnehmer 90% der Zulassungen des Jahres 2005 nicht überschreiten. Der darüber hinaus gehende Kräftebedarf von zehn Prozent soll durch mehr Vermittlungen vom inländischen Arbeitsmarkt gedeckt werden („80:10:10-Regelung“). Ausgenommen von der Begrenzung auf 90% der Zulassungen von 2005 bleiben lediglich sog. Kleinbetriebe, die unverändert ohne individuelle Prüfung der Vermittlungsmöglichkeiten inländischer Arbeitsuchender bis zu vier ausländische Saisonarbeitnehmer beschäftigen können.

Sofern Betriebe durch die Übernahme von bisher schon mit mittel- und osteuropäischen Saisonkräften bewirtschafteten Anbauflächen eines anderen Betriebes expandieren, haben sie das Recht, die dort von dem Voreigentümer eingesetzten ausländischen Saisonarbeitnehmer im Rahmen der vorgenannten Margen weiterzubeschäftigen. Dies gilt entsprechend für die Deckung von Mehrbedarf bei Betrieben, die plausibel begründen, dass sich auf Grund sonstiger Erweiterungen der Anbauflächen oder des Anbaues personalintensiver Sonderkulturen ebenfalls ein Mehrbedarf an Arbeitskräften gegenüber dem Jahr 2005 ergibt. Sofern es trotz nachdrücklicher Anstrengungen aller Seiten in Einzelfällen nicht gelingt, in dem nach den Eckpunkten geforderten Umfang von 10 Prozent des Kräftebedarfs auch Arbeitskräfte auf dem inländischen Arbeitsmarkt zu gewinnen, können zur Deckung des für die Einbringung der Ernten erforderlichen Restbedarfs mittel- und osteuropäische Saisonbeschäftigte bewilligt werden, um unbillige Härten zu vermeiden. Die Anerkennung einer solchen Härte setzt voraus, dass der Kräftebedarf frühzeitig angezeigt worden ist und der Arbeitgeber bei der Gewinnung inländischer Kräfte konstruktiv mitgewirkt hat.

Mit diesen im Dezember 2007 vom BMAS nach Erörterung mit den Verbänden der Landwirtschaft und des Gartenbaus sowie der IG BAU beschlossenen Eckpunkten wurden die bisherigen Regelungen in der bislang praktizierten Form fortgeführt. Als Modifikation wurde vereinbart, dass in Arbeitsagenturbezirken mit günstiger Arbeitsmarktsituation 90% der im Jahr 2005 zugelassenen ausländischen Saisonarbeitnehmer ohne individuelle Prüfung der Vermittlungsmöglichkeiten inländischer Arbeitsuchender bewilligt werden und dass die Vermittlungsabsprache mit der bulgarischen Arbeitsverwaltung über die Vermittlung von Saisonkräften auf die Landwirtschaft und den Gartenbau ausgeweitet wird.

Die Vermittlung der Saisonarbeitnehmer übernimmt die Zentrale Auslands- und Fachvermittlung der Bundesagentur für Arbeit (ZAV). Deutschen Arbeitgebern wird dabei die Möglichkeit eingeräumt, ihnen namentlich bekannte Personen zu rekrutieren.¹²⁵ Statistisch erfasst wird von der Bundesagentur für Arbeit die Zahl der Vermittlungen und nicht die Zahl der Einreisen.¹²⁶

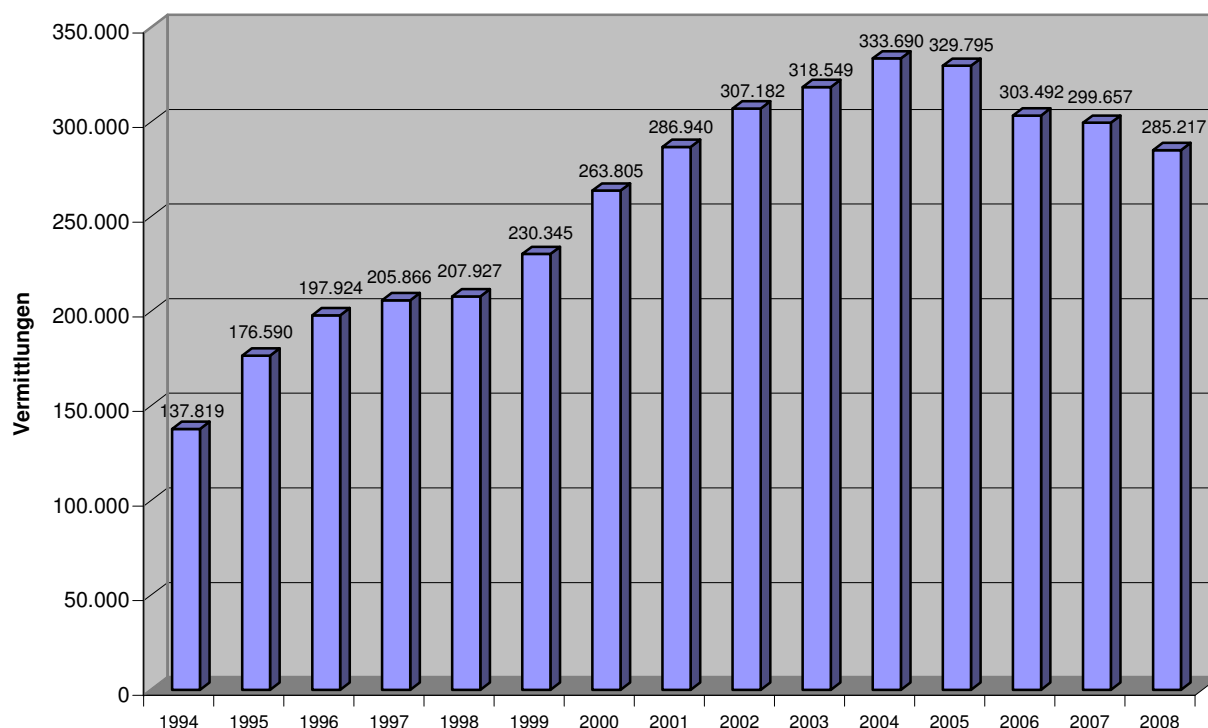
¹²⁴ Siehe dazu das „Merkblatt für Arbeitgeber zur Vermittlung und Beschäftigung ausländischer Saisonarbeitnehmer und Schaustellergehilfen“ der Bundesagentur für Arbeit (Stand Februar 2009): 7.

¹²⁵ Viele Saisonarbeitnehmer arbeiten jedes Jahr in dem Betrieb, in dem sie auch im Vorjahr bzw. den Vorjahren beschäftigt waren.

¹²⁶ Es kann daher nicht unmittelbar auf die Zahl der jährlich nach Deutschland einreisenden Saisonarbeitnehmer geschlossen werden.

Der weitaus größte Teil der Saisonarbeitnehmer unterliegt der Meldepflicht in den Gemeinden.¹²⁷ Ausnahmen hiervon bestehen nur in sechs Bundesländern. Diese Ausnahmen gelten für Saisonarbeitnehmer in Brandenburg, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein, sofern ihr Aufenthalt auf zwei Monate beschränkt bleibt, sowie für Saisonarbeitnehmer in Baden-Württemberg und Sachsen, die nur einen Monat am Stück im Land arbeiten. Dadurch lässt sich nicht eindeutig bestimmen, wie viele der Saisonarbeitnehmer in der allgemeinen Zu- und Fortzugsstatistik erfasst werden (vgl. Kapitel 1.1). Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass in der Praxis Saisonarbeitnehmer mehrheitlich nicht von der amtlichen Wanderungsstatistik erfasst werden: den etwa 194.000 Vermittlungen polnischer Saisonarbeitskräfte und Schaustellergehilfen im Jahr 2008 (68% aller derartigen Vermittlungen) standen in der Wanderungsstatistik jeweils etwa 120.000 Zu- bzw. Fortzüge von polnischen Staatsangehörigen gegenüber. Für die Vorjahre ergibt sich ein ähnliches Bild.

Abbildung 2-15: Vermittlungen von Saisonarbeitnehmern und Schaustellergehilfen von 1994 bis 2008



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

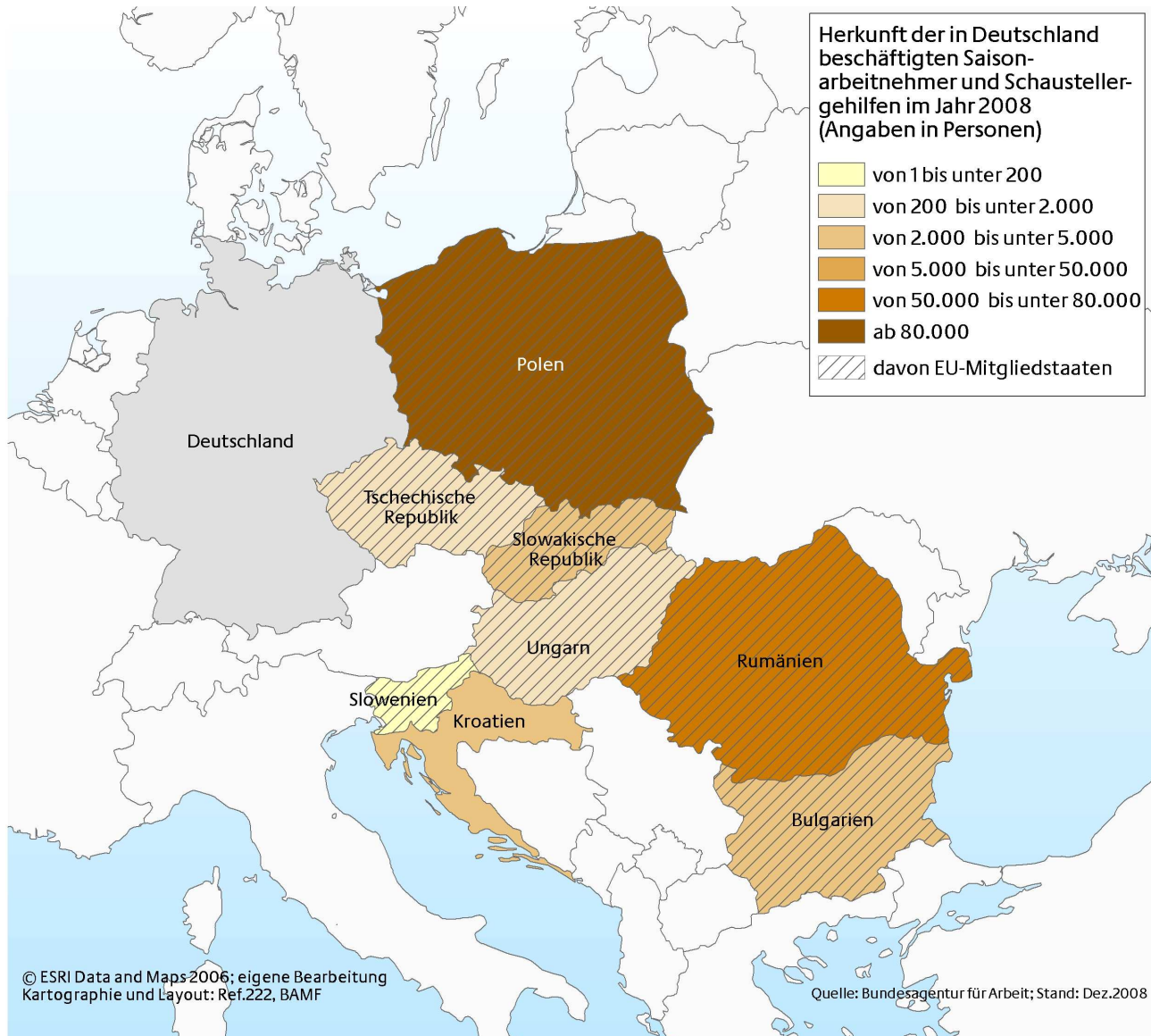
Seit Anfang der 1990er Jahre wurde zunehmend von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, ausländische Saisonarbeitnehmer zu beschäftigen. Die Zahl der Vermittlungen ist von 1994 mit 137.819 vermittelten Saisonarbeitnehmern bzw. Schaustellergehilfen bis zum Jahr 2004 kontinuierlich jedes Jahr angestiegen.¹²⁸ Im Jahr 2002 hat die Nachfrage nach Saisonarbeitnehmern und Schaustel-

¹²⁷ Auch im „Merkblatt für Arbeitgeber zur Vermittlung und Beschäftigung ausländischer Saisonarbeitnehmer und Schaustellergehilfen“ (Stand Februar 2009) der Bundesagentur für Arbeit wird darauf hingewiesen, dass der Saisonarbeitnehmer nach der Einreise bei der zuständigen Meldebehörde (Gemeinde, Kreis- oder Stadtverwaltung) anzumelden sei.

¹²⁸ Bei den genannten Zahlen handelt es sich um Nettovermittlungen, d.h. um tatsächlich beschäftigte Saisonarbeitnehmer und Schaustellergehilfen.

lergehilfen erstmals zu mehr als 300.000 Vermittlungen geführt und lag 2004 bei über 333.000 (vgl. Abbildung 2-15 und Tabelle 2-46 im Anhang). In den Folgejahren war ein Rückgang der Vermittlungen zu verzeichnen, im Jahr 2008 auf 285.217 Vermittlungen (2007: 299.657 Vermittlungen). Damit wurde im Jahr 2008 ein Rückgang der Zahl der Vermittlungen von Saisonarbeitnehmern und Schaustellergehilfen um 4,8% im Vergleich zum Vorjahr registriert.

Karte 2-6: Saisonarbeitnehmer und Schaustellergehilfen in Deutschland nach Herkunftsländern im Jahr 2008



Hauptherkunftsland der Saisonbeschäftigten ist Polen (vgl. Karte 2-6 und Tabelle 2-46 im Anhang). Von Mitte der 1990er Jahre an stellten polnische Staatsangehörige weit über 80% aller Saisonarbeitnehmer. Ab dem Jahr 2007 sank der Anteil der Polen an den Saisonarbeitnehmern und betrug im Jahr 2008 68%. Dies entsprach 194.288 Vermittlungen polnischer Saisonarbeitskräfte und Schaustellergehilfen. 2007 wurden noch 228.807 Vermittlungen polnischer Staatsangehöriger registriert. Damit sank die Zahl der Vermittlungen von Polen im Jahr 2008 mit 15% überproportional gegenüber dem Vorjahr. Entgegen der allgemeinen Entwicklung der Vermittlungszahlen von Saisonarbeitnehmern ist die Zahl der Vermittlungen rumänischer Saisonarbeitnehmer bzw. Schaustellergehilfen in den letzten Jahren deutlich angestiegen. Sie betrug im Jahr 2008 76.534 und lag damit um ein Drittel höher als im Vorjahr (2007: 56.893). Seit dem Jahr 2003 hat sich die Zahl der

Saisonarbeitnehmer aus Rumänien mehr als verdreifacht. Dadurch stieg auch der Anteil rumänischer Staatsangehöriger an den Saisonarbeitnehmern. Er betrug im Jahr 2008 26,8% (2007: 19,0%).

Mehr als 90% der Saisonarbeitnehmer (2008: 266.083 Personen) werden im Bereich der Land- und Forstwirtschaft eingesetzt. Im Jahr 2008 waren 48.825 Saisonarbeitnehmer und Schaustellergehilfen in Baden-Württemberg beschäftigt, 47.415 in Rheinland-Pfalz/Saarland, 45.745 in Niedersachsen/Bremen, 45.471 in Nordrhein-Westfalen und 42.754 in Bayern.

2.5.1.3 IT-Fachkräfte und akademische Berufe

Vom 1. Januar 2005, dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Zuwanderungsgesetzes, bis Ende 2008 erfolgte die Zulassung ausländischer Fachkräfte, die eine Hochschul- oder Fachhochschulausbildung oder eine vergleichbare Qualifikation mit dem Schwerpunkt auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnologie besitzen (IKT-Fachkräfte), nach § 18 AufenthG i.V.m. § 27 Nr. 1 BeschV. Nach dieser Rechtsgrundlage wurde ausländischen IT-Fachkräften mit Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit eine zeitlich befristete Aufenthaltserlaubnis erteilt. Mit dieser Regelung wurde die bis Ende 2004 geltende Green Card-Regelung abgelöst.¹²⁹ Zudem wurde die Zustimmung zu einem Aufenthaltstitel zur Ausübung einer Beschäftigung für andere akademische Berufe erteilt, wenn an ihrer Beschäftigung wegen ihrer fachlichen Kenntnisse ein öffentliches Interesse bestand (§ 27 Nr. 2 BeschV). Darüberhinaus erhielten Hochschulabsolventen nach § 16 des AufenthG die Zustimmung zu einem Aufenthaltstitel (§ 27 Nr. 3 BeschV). Die in Tabelle 2-10 folgenden Zahlen zeigen die Entwicklung der Zuwanderung dieser Fachkräfte in den Jahren von 2006 bis 2008.

Mit dem Inkrafttreten der Zweiten Verordnung zur Änderung der Beschäftigungsverordnung zum 1. Januar 2009 wurde § 27 BeschV neu geregelt.¹³⁰ Durch die Neuregelung wurde der Zugang zum Arbeitsmarkt für alle Akademikerinnen und Akademiker aus Drittstaaten erleichtert. Demnach kann Fachkräften mit einem anerkannten oder einem deutschen Hochschulabschluss vergleichbaren ausländischen Hochschulabschluss (§ 27 Nr. 1 BeschV neu) sowie Fachkräften mit einer einem anerkannten ausländischen Hochschulabschluss vergleichbaren Qualifikation mit Schwerpunkt auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnologie (§ 27 Nr. 2 BeschV neu) eine Zustimmung zu einem Aufenthaltstitel zur Ausübung einer Beschäftigung erteilt werden. Mit der Neuregelung wurde der Arbeitsmarkt über den IT-Bereich hinaus für alle akademischen Fachrichtungen unter Verzicht auf das öffentliche Interesse an der Beschäftigung geöffnet. Die Vorrangprüfung bleibt jedoch für diese beiden Gruppen bestehen. Darüber hinaus wird Fachkräften mit einem inländischen Hochschulabschluss (§ 27 Nr. 3 BeschV neu) und Absolventen deutscher Auslandsschulen¹³¹ mit einem anerkannten oder einem deutschen Hochschulabschluss vergleichbaren aus-

¹²⁹ Siehe dazu Migrationsbericht 2005: 77ff.

¹³⁰ Gleichzeitig tritt die Hochschulabsolventenzugangsverordnung vom 9. Oktober 2007 außer Kraft.

¹³¹ Im Jahr 2008 wurden weltweit etwa 790 Schulen bzw. schulische Einrichtungen von der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA) des Bundesverwaltungsamtes (BVA) unter der Fachaufsicht des Auswärtigen Amtes (AA) betreut und unterstützt, darunter 132 Deutsche Auslandsschulen in 68 Ländern. An den Deutschen Schulen im Ausland werden etwa 77.000 Schüler – 19.000 deutsche und 58.000 nichtdeutsche – unterrichtet. Dazu kommen circa 233.000 Schüler, die am Deutschunterricht an (geförderten) Schulen des ausländischen Bildungssystems teilnehmen. 2008 nahmen rund 3.800 Schüler an einer deutschen Abschlussprüfung teil, davon 2.300 an Prüfungen zur allgemeinen deutschen Hochschulreife. Rund 1.900 Auslandsdienstkräfte, Programmlehrkräfte und Fachberater befinden sich an diesen Einrichtungen. Vgl. dazu Bundesverwaltungsamt – Zentralstelle für das Auslandsschulwesen 2008: Deutsches Auslandsschulwesen in Zahlen 2008. Köln. Der Stärkung und Erweiterung des deutschen Auslandsschulwesens dient auch die Anfang 2008 durch den Bundesaußenminister ins Leben gerufene Initiative „Schulen: Partner der Zukunft“.

ländischen Hochschulabschluss oder einer im Inland erworbenen qualifizierten Berufsausbildung in einem staatlich anerkannten oder vergleichbar geregelten Ausbildungsberuf (§ 27 Nr. 4 BeschV neu) die Zustimmung zu einem Aufenthaltstitel erteilt werden.¹³² Für Fachkräfte mit inländischem Hochschulabschluss und Absolventinnen und Absolventen deutscher Auslandsschulen entfällt die Vorrangprüfung.

Tabelle 2-10: IKT-Fachkräfte in den Jahren 2006 bis 2008 (Zustimmungen nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten)

Staatsangehörigkeit	IKT-Fachkräfte nach § 27 Nr. 1 BeschV		
	2006	2007	2008
Indien	1.885	2.347	2.910
China	128	193	160
Russische Föderation	68	88	92
Türkei	41	57	68
Ukraine	37	40	50
Brasilien	35	43	41
Mexiko	19	18	40
Korea, Republik	16	60	32
Vereinigte Staaten	36	47	31
Pakistan	19	27	28
sonstige Staatsangehörigkeiten	561	491	454
Insgesamt	2.845	3.411	3.906

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Im Jahr 2008 wurden insgesamt 3.906 Zustimmungen der Bundesagentur für Arbeit an ausländische Fachkräfte der Informations- und Kommunikationstechnologie erteilt (2007: 3.411 Zustimmungen). Dies bedeutet einen Anstieg um etwa 15% im Vergleich zum Vorjahr, nachdem bereits von 2006 auf 2007 ein Anstieg um circa 20% zu verzeichnen war.¹³³ Etwa drei Viertel (74,5%) der Zustimmungen gingen an indische Staatsangehörige (vgl. Tabelle 2-10).

Vgl. dazu auch den Antrag der Fraktionen von CDU/CSU und SPD „Deutsches Auslandsschulwesen stärken und weiterentwickeln“. Bundestagsdrucksache 16/9303 vom 28. Mai 2008.

¹³² Soweit für einen im Ausland erworbenen Studienabschluss eine formale Anerkennung nicht vorgesehen oder erforderlich ist, ist für die Frage, ob es sich um einen vergleichbaren Studienabschluss handelt, auf die Bewertungsvorschläge der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen bei der Kultusministerkonferenz zu rekurrieren (vgl. dazu Bundesratsdrucksache 840/08: 10). Diese sind unter www.anabin.de abzurufen.

¹³³ Im Vergleich zu den letzten drei Jahren (2002 bis 2004) der sogenannten Green Card-Regelung fallen die Zustimmungszahlen zu IKT-Fachkräften damit deutlich höher aus. Im Jahr 2004 wurden im Rahmen der Green Card-Regelung 2.273 Zusicherungen von Arbeitserlaubnissen an IT-Fachkräfte erteilt (vgl. dazu Migrationsbericht 2005: 77ff).

Tabelle 2-11: Weitere akademische Berufe in den Jahren 2006 bis 2008 (Zustimmungen nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten)

Staatsangehörigkeit	Fachkräfte nach § 27 Nr. 2 BeschV		
	2006	2007	2008
Indien	165	248	730
China	264	344	318
Russische Föderation	122	162	161
Syrien	63	94	124
Türkei	96	112	121
Brasilien	72	95	106
Ukraine	55	103	86
Korea, Republik	47	55	74
Mexiko	42	51	71
Iran	25	35	45
sonstige Staatsangehörigkeiten	903	906	874
Insgesamt	1.854	2.205	2.710

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Zudem wurden im Jahr 2008 2.710 Zustimmungen zu weiteren akademischen Berufen erteilt (2007: 2.205). Auch bei diesen Fachkräften ist ein weiterer Anstieg im Vergleich zum Vorjahr festzustellen (+23%). Hauptherkunftsland dieser Akademiker ist ebenfalls Indien, die 26,9% dieser Fachkräfte stellen. Weitere wichtige Herkunftsländer sind China (11,7%), die Russische Föderation (5,9%), Syrien (4,6%) und die Türkei (4,5%).

Tabelle 2-12: Hochschulabsolventen mit einem angemessenen Arbeitsplatz in den Jahren 2006 bis 2008 (Zustimmungen nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten)

Staatsangehörigkeit	Hochschulabsolventen mit einem angemessenen Arbeitsplatz nach § 27 Nr. 3 BeschV		
	2006	2007	2008
China	749	1.428	1.910
Indien	218	368	438
Russische Föderation	150	261	331
Kamerun	143	256	309
Marokko	106	192	275
Türkei	100	197	266
Ukraine	116	158	259
Indonesien	72	130	158
Mexiko	49	67	102
Pakistan	44	63	102
sonstige Staatsangehörigkeiten	995	1.301	1.785
Insgesamt	2.742	4.421	5.935

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Im Jahr 2008 wurden 5.935 Zustimmungen der BA an drittstaatsangehörige Hochschulabsolventen, die einen angemessenen Arbeitsplatz nach § 27 Nr. 3 BeschV gefunden haben, erteilt (vgl. Tabelle 2-12). Seit 2006 ist ein starker, kontinuierlicher Anstieg der Zustimmungszahlen zu verzeichnen. Im Vergleich zum Vorjahr (2007: 4.421 Zustimmungen) stieg die Zahl um etwa ein Drit-

tel. Die größte Gruppe hierunter stellen Staatsangehörige aus China. Mit 1.910 Zustimmungen stellen sie circa ein Drittel aller drittstaatsangehörigen Hochschulabsolventen mit einem angemessenen Arbeitsplatz. Weitere Hauptherkunftsländer sind Indien (438 Zustimmungen), die Russische Föderation (331 Zustimmungen) und Kamerun (309 Zustimmungen).

2.5.1.4 Leitende Angestellte und Spezialisten

Nach § 18 AufenthG i.V.m. § 28 BeschV kann leitenden Angestellten und Spezialisten, die nicht von § 19 AufenthG erfasst werden, die Zustimmung zu einem Aufenthaltstitel zur Ausübung einer Beschäftigung erteilt werden. Dies gilt zum einen für leitende Angestellte und Spezialisten eines im Inland ansässigen Unternehmens für eine qualifizierte Beschäftigung in diesem Unternehmen (§ 28 Nr. 1 BeschV), zum anderen für leitende Angestellte für eine Beschäftigung in einem auf Basis zwischenstaatlicher Vereinbarungen¹³⁴ gegründeten deutsch-ausländischen Gemeinschaftsunternehmen (§ 28 Nr. 2 BeschV). Seit dem Inkrafttreten der Zweiten Verordnung zur Änderung der Beschäftigungsverordnung¹³⁵ kann die Zustimmung nach § 28 BeschV ohne Vorrangprüfung erteilt werden.¹³⁶

Tabelle 2-13: Leitende Angestellte und Spezialisten in den Jahren 2006 bis 2008 (Zustimmungen nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten)

Staatsangehörigkeit	Leitende Angestellte und Spezialisten nach § 28 Nr. 1 BeschV		
	2006	2007	2008
Indien	71	191	473
China	209	336	447
Korea, Republik	175	306	353
Türkei	58	74	113
Russische Föderation	63	66	94
Japan	71	85	79
Mexiko	129	72	65
Brasilien	33	56	62
Vereinigte Staaten	44	55	61
Ukraine	9	23	55
sonstige Staatsangehörigkeiten	313	362	387
Insgesamt (§ 28 Nr. 1 BeschV)	1.175	1.626	2.189
Leitende Angestellte und Spezialisten nach § 28 Nr. 2 BeschV			
Insgesamt (§ 28 Nr. 2 BeschV)	145	81	63
Leitende Angestellte und Spezialisten insgesamt	1.320	1.707	2.252

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

¹³⁴ Vereinbarungen wurden mit allen mittel- und osteuropäischen Ländern sowie der Türkei abgeschlossen.

¹³⁵ BGBl. I Nr. 64 vom 29. Dezember 2008, S. 2972f.

¹³⁶ Da diese Arbeitnehmer bereits in dem Unternehmen des Arbeitgebers beschäftigt sind, wird eine Vorrangprüfung als nicht sinnvoll angesehen. Vgl. dazu die Begründung zur Zweiten Verordnung zur Änderung der Beschäftigungsverordnung (Bundesratsdrucksache 840/08 vom 5. November 2008: 11). Allerdings sind weiterhin die Beschäftigungsbedingungen zu prüfen, da der Ausländer nicht zu ungünstigeren Arbeitsbedingungen als vergleichbare deutsche Arbeitnehmer beschäftigt werden darf.

Im Jahr 2008 wurden 2.252 Zustimmungen an leitende Angestellte und Personen mit unternehmensspezifischen Spezialkenntnissen erteilt (2007: 1.707 Zustimmungen) (vgl. Tabelle 2-13). Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der Zustimmungen damit um 32% gestiegen, nachdem bereits von 2006 auf 2007 ein Anstieg um 29% festgestellt werden konnte. Fast alle Zustimmungen wurden nach § 28 Nr. 1 BeschV erteilt. Hauptherkunftsländer im Jahr 2008 waren Indien (22% der Zustimmungen), China (20%) und die Republik Korea (16%).

2.5.1.5 Internationaler Personalaustausch

Nach § 31 Nr. 1 BeschV kann die Zustimmung zu einem Aufenthaltstitel zur Ausübung einer Beschäftigung von bis zu drei Jahren an Fachkräfte, die eine Hochschul- oder Fachhochschulausbildung oder eine vergleichbare Qualifikation besitzen und im Rahmen des Personalaustauschs innerhalb eines international tätigen Unternehmens beschäftigt sind, erteilt werden. Eine Vorrangprüfung findet in diesem Fall nicht statt. Das gleiche gilt für im Ausland beschäftigte Fachkräfte eines international tätigen Unternehmens, wenn die Tätigkeit (im Bundesgebiet) zur Vorbereitung von Auslandsprojekten unabdingbar erforderlich ist (§ 31 Nr. 2 BeschV).

Tabelle 2-14: Internationaler Personalaustausch nach § 31 Nr.1 BeschV in den Jahren 2006 bis 2008 (Zustimmungen nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten)

Staatsangehörigkeit	2006	2007	2008
Indien	1.710	2.225	2.558
Vereinigte Staaten	699	705	726
China	591	740	608
Brasilien	250	278	238
Mexiko	152	196	224
Japan	187	188	173
Türkei	111	105	166
Russische Föderation	107	115	147
Malaysia	93	88	117
Korea, Republik	72	83	104
sonstige Staatsangehörigkeiten	811	696	594
Insgesamt	4.783	5.419	5.655

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Im Jahr 2008 wurden 5.655 Zustimmungen für Fachkräfte, die im Rahmen des internationalen Personalaustauschs nach § 31 Nr. 1 BeschV in Deutschland eine Beschäftigung aufnehmen, erteilt (2007: 5.419 Zustimmungen) (vgl. Tabelle 2-14). Im Vergleich zu 2007 war damit ein Anstieg um 4% zu verzeichnen (von 2006 auf 2007: +13%). Hauptherkunftsland war Indien mit 2.558 Zustimmungen. Dies entsprach einem Anteil von 45% an allen Zustimmungen nach § 31 Nr. 1 BeschV. Die weiteren Hauptherkunftsländer waren die Vereinigten Staaten (13% der Zustimmungen) und China (11%). Zusätzlich wurden im Jahr 2008 insgesamt 246 Zustimmungen nach § 31 Nr. 2 BeschV erteilt. Dies entspricht einem Rückgang um 39% im Vergleich zum Vorjahr (2007: 403 Zustimmungen).

2.5.1.6 Weitere Formen der Arbeitsmigration

Neben den oben genannten existieren noch weitere, in der Beschäftigungsverordnung (seit 1. Januar 2005) bzw. in der Anwerbestoppausnahmereverordnung aufgeführte Regelungen für bestimmte Arbeitsmarktsegmente:

Gastarbeitnehmer

Geregelt ist das Vermittlungsverfahren für Gastarbeitnehmer in § 40 BeschV (bzw. § 2 Abs. 3 ASAV). Die Regelung ermöglicht eine vorübergehende Beschäftigung von Gastarbeitnehmern aus den mittel- und osteuropäischen Staaten zur beruflichen und sprachlichen Fortbildung in Deutschland. Einzelheiten regeln bilaterale Abkommen (Gastarbeitnehmerabkommen)¹³⁷, die insbesondere die Höchstzulassungszahlen (Kontingente) festlegen. Für deren Durchführung ist die ZAV zuständig. Abkommen dieser Art wurden mit Ungarn (max. 2.000 Arbeitnehmer), Polen (max. 1.000), der Tschechischen Republik (max. 1.400), der Slowakei (max. 1.000), Slowenien (max. 150), Albanien (max. 1.000), Bulgarien (max. 1.000), Estland (max. 200), Lettland (max. 100), Litauen (max. 200), Rumänien (max. 500), der Russischen Föderation (max. 2.000) und Kroatien (max. 500) geschlossen.¹³⁸

Die Gastarbeitnehmer müssen als Voraussetzung über eine abgeschlossene Berufsausbildung bzw. über eine mindestens dreijährige Berufserfahrung in dem Beruf, der in Deutschland ausgeübt werden soll, verfügen, oder eine Fachhochschule oder Hochschule absolviert haben. Zudem müssen sie Grundkenntnisse in der deutschen Sprache mitbringen. Sie dürfen nicht jünger als 18 Jahre und nicht älter als 40 Jahre sein. Der Aufenthalt in Deutschland soll ihnen die Möglichkeit zur beruflichen und sprachlichen Fortbildung bieten. Die Tätigkeit eines Gastarbeitnehmers kann nur in dem von ihm erlernten Beruf erfolgen. Ziel des Programms ist es, diesen Arbeitnehmern fachspezifisches Wissen zu vermitteln. Eine Zulassung als Gastarbeitnehmer ist nur einmal möglich.¹³⁹

Die Beschäftigten dürfen bis zu 18 Monate (Zulassung für ein Jahr mit Verlängerungsoption um ein halbes Jahr) in Deutschland arbeiten. Sie erhalten von der ZAV eine Zulassungsbescheinigung als Gastarbeitnehmer.¹⁴⁰ Eine Arbeitsmarktprüfung findet nicht statt. Gastarbeitnehmer sind deutschen Beschäftigten gleichzustellen; ihnen steht der gleiche tarifliche Lohn zu, wobei die deutschen Sozialversicherungsbedingungen gelten. Damit werden sie - anders als die Werkvertragsarbeitnehmer - in der deutschen Sozialversicherungsstatistik erfasst.

Gastarbeitnehmer aus den neuen EU-Staaten, die am 1. Mai 2004 oder später für einen ununterbrochenen Zeitraum von mindestens zwölf Monaten zum Arbeitsmarkt in Deutschland zugelassen waren, können eine Arbeitsberechtigung-EU erhalten, was ihnen einen uneingeschränkten Arbeitsmarktzugang ermöglicht (§ 12a Absatz 1 Arbeitsgenehmigungsverordnung).

¹³⁷ Bei diesen Gastarbeitnehmervereinbarungen handelt es sich um Austauschprogramme, von denen deutsche Arbeitnehmer jedoch kaum Gebrauch machen.

¹³⁸ Eine Gastarbeitnehmervereinbarung wurde auch mit der Schweiz abgeschlossen (max. 500 Arbeitnehmer), spielt aber aufgrund des Freizügigkeitsabkommens zwischen der EU und der Schweiz keine Rolle mehr.

¹³⁹ Vgl. Bundesagentur für Arbeit 2007: Hinweise zur Vermittlung von Fachkräften aus osteuropäischen Ländern nach Deutschland (Gastarbeitnehmerverfahren) (Stand September 2007).

¹⁴⁰ Für die Staatsangehörigen aus den neuen EU-Staaten dient die Zulassungsbescheinigung als Ersatz für die Arbeitserlaubnis-EU. Für die Staatsangehörigen aus den Drittstaaten stellt die Bescheinigung die Zustimmung der BA zur Ausübung einer Beschäftigung dar.

Die jährlichen Kontingente belaufen sich auf 11.050 Personen. Dieser Rahmen wird bei weitem nicht ausgeschöpft.¹⁴¹ Seit dem Höchststand mit 5.891 Personen im Jahr 2000 sank die Zahl der Vermittlungen von Gastarbeitnehmern kontinuierlich. Im Jahr 2008 wurden 742 Vermittlungen registriert (2007: 1.040 Vermittlungen) (vgl. Tabelle 2-47 im Anhang). Dies ist der niedrigste Stand seit 1991. Hauptherkunftsländer im Jahr 2008 waren Polen (154 Vermittlungen), Kroatien (130 Vermittlungen), die Slowakei (127 Vermittlungen) und Ungarn (117 Vermittlungen). Schwierigkeiten bei der Durchführung der Abkommen zeigen sich häufig in der fehlenden beruflichen und sprachlichen Qualifikation auf Seiten der Bewerber sowie einer vielfach nur begrenzten Bereitschaft von Arbeitgebern, Gastarbeitnehmer zum Zwecke der Fortbildung zu beschäftigen.

Grenzarbeitnehmer (Grenzgängerbeschäftigung)

Grenzgänger fallen nach der verwendeten Definition nicht unter den Begriff der Migranten, da sie ihren Lebensmittelpunkt nicht über die Grenzen ihres Heimatstaates hinaus verlagern. Die gewohnte räumliche und damit auch soziale Umgebung bleibt erhalten. Da Grenzgänger ihren Wohnsitz nicht über die Grenze verlagern, gehen sie auch nicht in die Wanderungsstatistik ein.

Die rechtliche Grundlage für die Grenzgängerbeschäftigung findet sich in § 6 der Anwerbestoppausnahmereverordnung. Ausländischen Arbeitnehmern aus angrenzenden Staaten kann eine Arbeitserlaubnis-EU erteilt werden, wenn sie Staatsangehörige dieses Staates sind, dort keine Sozialleistungen beziehen, täglich in ihren Heimatstaat zurückkehren oder eine auf längstens zwei Tage in der Woche begrenzte Beschäftigung ausüben wollen (§ 6 Abs. 1 ASAV). Im Rahmen dieser Regelung können polnische und tschechische Arbeitnehmer eine Beschäftigung in Deutschland in einem in der Anlage zur ASAV aufgelisteten Grenzbereich aufnehmen. Grenzgänger erhielten eine Aufenthaltsgenehmigung in Form einer Grenzgängerkarte. Die auf Grund des EU-Beitritts überflüssig gewordene Regelung zur Ausstellung von Grenzgängerkarten an polnische und tschechische Staatsangehörige wurde abgeschafft. Solange die Beschäftigung solcher Grenzgänger noch übergangsweise erlaubnispflichtig ist, erhalten sie eine Arbeitsgenehmigung-EU nach § 284 SGB III. Arbeitnehmer aus der Schweiz benötigen seit dem Inkrafttreten des Freizügigkeitsabkommens zwischen der EU bzw. deren Mitgliedstaaten und der Schweiz am 1. Juni 2002 für eine Beschäftigung in Deutschland keine Arbeitsgenehmigung mehr. Die Regelung zur Grenzgängerbeschäftigung hat im Rahmen der Übergangsfristen bis zur Geltung der vollständigen Arbeitnehmerfreizügigkeit noch für die Bundesländer Bayern, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen Bedeutung.

Die Beschäftigung erfolgt zu deutschen Lohn- und Sozialversicherungsbedingungen; eine Arbeitsmarktprüfung findet statt. Die Größenordnung ist angesichts der auch weiterhin angespannten Arbeitsmarktlage in den neuen Bundesländern gering. Nachdem die Gesamtzahl der erteilten Grenzgänger-Arbeitserlaubnisse von 1999 bis 2001 von 8.835 auf 9.957 anstieg, ist seitdem ein Absinken der Zahl der erteilten Arbeitserlaubnisse zu verzeichnen. Im Jahr 2008 wurden 1.310 Arbeitserlaubnisse-EU für Grenzgänger erteilt (2007: 1.518 Arbeitserlaubnisse-EU) (vgl. Tabelle 2-48 im Anhang). Dabei entfielen die meisten Arbeitserlaubnisse-EU auf das Bundesland Bayern.

Zusätzlich kann nach § 37 BeschV einem Drittstaatsangehörigen mit Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit eine Grenzgängerkarte ausgestellt werden. Diese Regelung findet auf Personen Anwendung, die eine Beschäftigung im Bundesgebiet ausüben, in familiärer Gemeinschaft mit ei-

¹⁴¹ Insbesondere die Kontingente der Russischen Föderation, Albaniens, Estlands und Sloweniens werden kaum genutzt.

nem Deutschen oder sonstigen Unionsbürger leben, ihren Wohnsitz vom Bundesgebiet in einen angrenzenden Mitgliedstaat der EU verlegt haben und mindestens einmal wöchentlich an diesen Wohnsitz zurückkehren. Die Grenzgängerkarte kann bei erstmaliger Erteilung bis zu einer Gültigkeitsdauer von zwei Jahren ausgestellt und für jeweils zwei Jahre verlängert werden (§ 12 Abs. 1 AufenthV). Diese Regelung wird allerdings kaum in Anspruch genommen. Im Jahr 2008 wurden lediglich zehn Grenzgängerkarten nach § 37 BeschV ausgestellt (2007: sieben Grenzgängerkarten).

Unabhängig von diesen Regelungen gibt es im Rahmen der Freizügigkeit Grenzgänger zwischen Deutschland und den benachbarten (alten) EU-Staaten. Offizielle statistische Daten zu EU-interner Grenzgängerbeschäftigung existieren jedoch nicht.

Kranken- und Altenpflegepersonal

Nach § 30 BeschV (bzw. § 5 Nr. 7 ASAV) kann ausländischen Pflegekräften die Zustimmung zur Ausübung einer Beschäftigung erteilt werden. Voraussetzung hierfür sind eine entsprechende berufliche Qualifikation und ausreichende deutsche Sprachkenntnisse sowie eine Absprache der Bundesagentur für Arbeit mit der Arbeitsverwaltung des Herkunftslandes. Eine danach wirksame Vermittlungsabsprache besteht nur mit Kroatien. Allerdings ist seit Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes die Zulassung von Pflegekräften nicht mehr auf Staatsangehörige aus europäischen Staaten beschränkt. Außerdem können zu qualifizierten Beschäftigungen im Pflegebereich aufgrund der Neuregelung des § 39 Abs. 6 AufenthG auch Personen aus den neuen EU-Mitgliedstaaten zugelassen werden. Eine Vermittlungsabsprache ist für die Zulassung dieser Personen nicht erforderlich. In allen Fällen setzt die Zulassung allerdings voraus, dass im Rahmen einer Arbeitsmarktprüfung festgestellt wird, dass für diese Tätigkeiten keine bevorrechtigten Bewerber zur Verfügung stehen. Erfüllt werden müssen zudem die berufsrechtlichen Voraussetzungen.

Dabei haben die neuen Unionsbürger Vorrang vor Drittstaatsangehörigen. Zudem muss die tarifliche Gleichstellung mit den deutschen Arbeitnehmern gewährleistet sein. Eine zahlenmäßige und zeitliche Befristung der Beschäftigungsverhältnisse ist dagegen nicht vorgesehen. Vermittelte Pflegekräfte mit ausländischem Berufsabschluss bedürfen der Anerkennung nach dem Krankenpflegegesetz. Sollte die Anerkennung nach einem Jahr nicht vorliegen bzw. das Anerkennungsverfahren nicht begonnen worden sein, wird die Arbeitserlaubnis-EU bzw. die Aufenthaltserlaubnis zur Beschäftigung nicht verlängert.

Bislang handelt es sich bei Beschäftigten im Bereich der Kranken- und Altenpflege um eine in quantitativer Hinsicht wenig relevante Gruppe von ausländischen Arbeitnehmern. Die Zahl der Vermittlungen sank von 398 im Jahr 1996 auf 74 im Jahr 1999 und stieg danach wieder bis auf 358 im Jahr 2002 an. 2005 wurden allerdings nur noch 11 Pflegekräfte aus Kroatien vermittelt (vgl. Tabelle 2-49 im Anhang). Im Jahr 2006 wurden nach § 30 BeschV 71 (außereuropäische) Pflegekräfte vermittelt, in den Jahren 2007 und 2008 waren es jeweils 37. Wieviele Pflegekräfte aus den neuen EU-Staaten auf Grundlage des § 39 Abs. 6 AufenthG eine Beschäftigung in Deutschland fanden ist nicht bekannt.

Haushaltshilfen

Nach § 21 BeschV ist seit dem 1. Januar 2005 die Zulassung von Haushaltshilfen zur Beschäfti-

gung in Haushalten mit Pflegebedürftigen erneut möglich.¹⁴² Danach können ausländische Haushaltshilfen für eine bis zu dreijährige versicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigung in private Haushalte mit Pflegebedürftigen vermittelt werden, wenn eine Vermittlungsabsprache der Bundesagentur für Arbeit mit den Arbeitsverwaltungen der entsprechenden Herkunftsländer getroffen wurde. Entsprechende Absprachen bestehen mit Polen, Slowenien, der Tschechischen Republik, der Slowakei, Ungarn, Bulgarien und Rumänien. Die ausländischen Haushaltshilfen dürfen jedoch nur „hauswirtschaftliche“ Tätigkeiten verrichten, die nicht als „Pflegearbeiten“ im Sinne der Pflegeversicherung anzusehen sind.

Haushaltshilfen aus den neuen EU-Staaten benötigen für die Dauer der Übergangsregelungen im Bereich der Arbeitnehmerfreizügigkeit eine Arbeitserlaubnis-EU. Wenn sie mindestens zwölf Monate ununterbrochen rechtmäßig zum deutschen Arbeitsmarkt zugelassen waren, können sie auf Antrag eine unbefristete Arbeitsberechtigung-EU erhalten und haben damit einen uneingeschränkten Arbeitsmarktzugang.

Seit dem Jahr 2005 ist die Zahl der Vermittlungen von Haushaltshilfen in Haushalte mit Pflegebedürftigen kontinuierlich von 1.667 auf 3.051 Vermittlungen im Jahr 2008 gestiegen (vgl. Tabelle 2-50 im Anhang).¹⁴³ Dies entspricht einer Steigerung um 83%. Hauptherkunftsland war Polen (2.254 Haushaltshilfen im Jahr 2008). Etwa drei Viertel (73,9%) der im Jahr 2008 vermittelten Haushaltshilfen stammten von dort.

Au-Pair-Beschäftigte und Aufenthalte zur Aus- und Weiterbildung aus den neuen EU-Staaten nach § 2 ASAV

Unter § 2 ASAV fallen beispielsweise Absolventen von Hochschulen, die an Universitäten oder wissenschaftlichen Instituten zum Zwecke ihrer Aus- und Weiterbildung beschäftigt werden (Abs. 1), ausländische Arbeitnehmer, die für ein Unternehmen mit Sitz im Inland im Ausland arbeiten und zur Einarbeitung vorübergehend (bis zu einem Jahr) im Inland beschäftigt werden sowie Au-pair-Beschäftigte unter 25 Jahren (Abs. 2)¹⁴⁴ und Hochschulabsolventen, die nach Abschluss ihrer Ausbildung ein fachbezogenes Praktikum ableisten (Abs. 4). Für Aufenthalte zur Aus- und Weiterbildung wurde eine befristete Arbeitserlaubnis erteilt. Seit dem 1. Januar 2005 sind diese Formen der Arbeitsmigration insbesondere in § 2 BeschV sowie – für Au-pair-Beschäftigte¹⁴⁵ – in § 20 BeschV geregelt. Im Übrigen fallen Aus- und Weiterbildungsaufenthalte unter die Regelung des § 17 AufenthG. Die Zahl der erteilten Arbeitserlaubnisse-EU für den genannten Personenkreis (nach § 2 Abs. 1, 2 und 4 ASAV) betrug im Jahr 2007 3.940 und im Jahr 2008 2.447. Dabei fielen allein auf den Personenkreis nach § 2 Abs. 2, unter den auch Au-pair-Beschäftigte fallen, für das Jahr 2008 1.914 Arbeitserlaubnisse-EU (2007: 2.784 Arbeitserlaubnisse-EU).

¹⁴² Damit wurde die Ende 2002 außer Kraft getretene Regelung des § 4 Abs. 9a ASAV wieder eingeführt.

¹⁴³ Zur Zahl der insgesamt in deutschen Privathaushalten beschäftigten Haushaltshilfen aus mittel- und osteuropäischen Staaten liegen unterschiedliche Schätzungen vor. Die geschätzten, aber nicht nachprüfbaren Größenordnungen schwanken zumeist zwischen 50.000 und 100.000 Haushaltshilfen. Im Rahmen einer Studie des Deutschen Instituts für angewandte Pflegeforschung e.V. (dip) wurde auf Basis der ermittelten typischen Nutzermerkmale und unter Berücksichtigung allgemeiner Statistiken eine Modellrechnung mit einer Quantifizierung möglicher Nutzerhaushalte aufgestellt. Diese ergab ein Potenzial an Nutzern von etwa 145.000 Haushalten. Insofern hält das dip die geschätzte Zahl von circa 100.000 beschäftigten Haushaltshilfen aus Mittel- und Osteuropa für durchaus wahrscheinlich (vgl. Neuhaus/Isfort/Weidner 2009: Situation und Bedarfe von Familien mit mittel- und osteuropäischen Haushaltshilfen. Deutsches Institut für angewandte Pflegeforschung e.V., Köln: 17ff).

¹⁴⁴ Au-pair-Beschäftigte sind von einer Arbeitsmarktprüfung ausgenommen.

¹⁴⁵ § 20 BeschV sieht für die Zustimmung zu einem Aufenthaltstitel für Au-pair-Beschäftigte nun auch Grundkenntnisse der deutschen Sprache vor.

Au-Pair-Beschäftigte nach § 20 BeschV

Zusätzlich zu den erteilten Arbeitserlaubnissen-EU an Staatsangehörige aus den neuen EU-Mitgliedstaaten hat die Bundesagentur für Arbeit im Jahr 2008 7.730 Zustimmungen für drittstaatsangehörige Au-pair-Beschäftigte nach § 20 BeschV erteilt (vgl. Tabelle 2-15). Insgesamt ist die Zahl der Zustimmungen für Au-Pair-Beschäftigte seit 2006 rückläufig. Im Vergleich zum Vorjahr (2007: 8.370 Zustimmungen) wurde ein Rückgang um etwa 8% registriert. Von den im Jahr 2008 erteilten Zustimmungen entfielen 1.133 Zustimmungen auf Staatsangehörige aus der Ukraine (2007: 1.489), 1.128 Zustimmungen gingen an russische Staatsangehörige (2007: 1.415) und 725 an georgische Staatsangehörige (2007: 761). Insbesondere bei Staatsangehörigen aus diesen Staaten war ein deutlicher Rückgang seit 2006 festzustellen. Dagegen ist etwa die Zahl der Au-Pair-Beschäftigten aus China angestiegen, wenn auch auf niedrigem Niveau.

Tabelle 2-15: Au-Pair-Beschäftigte nach § 20 BeschV in den Jahren 2006 bis 2008 (Zustimmungen nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten)

Staatsangehörigkeit	2006	2007	2008
Ukraine	1.855	1.489	1.133
Russische Föderation	1.610	1.415	1.128
Georgien	1.444	761	725
Kenia	635	611	556
China	284	354	431
Kirgisistan	386	545	428
Brasilien	376	436	410
Vereinigte Staaten	131	162	207
Peru	388	309	192
Indonesien	132	127	190
sonstige Staatsangehörigkeiten	2.541	2.161	2.330
Insgesamt	9.782	8.370	7.730

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Bestimmte Berufsgruppen mit speziellen Qualifikationen

Ausnahmen gelten in engen Grenzen auch für einige bestimmte Berufsgruppen mit speziellen Qualifikationen, beispielsweise für Lehrkräfte zur Erteilung muttersprachlichen Unterrichts bzw. zur Sprachvermittlung an Hochschulen (§ 4 Abs. 4, 5 ASAV, seit 1. Januar 2005 § 26 Abs. 1 BeschV bzw. § 5 Nr. 1 BeschV), Spezialitätenköche (§ 4 Abs. 6 ASAV, seit 1. Januar 2005 § 26 Abs. 2 BeschV) und Fachkräfte zum konzerninternen Austausch (§ 4 Abs. 7, 8 ASAV, seit 1. Januar 2005 § 31 BeschV).¹⁴⁶ Die Anzahl der erteilten Arbeitserlaubnisse-EU an Staatsangehörige aus den neuen EU-Staaten lag im Jahr 2008 nur noch bei etwa 237 (2007: 825 Arbeitserlaubnisse-EU). Zusätzlich wurden von der Bundesagentur für Arbeit 285 Zustimmungen an Sprachlehrer aus Drittstaaten erteilt (2007: 251 Zustimmungen). An Spezialitätenköche ergingen im Jahr 2008 2.677 Zustimmungen (2007: 3.035). Davon wurden 1.802 Zustimmungen an chinesische (67%), 525 Zustimmungen an indische (20%) und 218 Zustimmungen an thailändische (8%) Spezialitätenköche erteilt. Im Rahmen des unternehmensinternen Personalaustauschs wurden 5.901 Zustimmungen erteilt (2007: 5.822 Zustimmungen) (vgl. dazu Kapitel 2.5.1.5).

¹⁴⁶ Zum internationalen Personalaustausch nach § 31 BeschV vgl. Kapitel 2.5.1.5.

Wissenschaftler, Fachkräfte mit Hochschulabschluss und leitende Angestellte nach § 5 ASAV

Eine Arbeitserlaubnis-EU kann ebenfalls an Wissenschaftler (§ 5 Nr. 1 ASAV), an Fachkräfte mit Hochschulabschluss, wenn wegen ihrer fachlichen Kenntnisse ein öffentliches Interesse besteht (§ 5 Nr. 2 ASAV) sowie an leitende Angestellte und Spezialisten (§ 5 Nr. 3 ASAV) aus den neuen EU-Mitgliedstaaten erteilt werden.¹⁴⁷ Im Jahr 2008 wurden 411 Arbeitserlaubnisse-EU an Staatsangehörige aus den neuen EU-Staaten erteilt (2007: 530 Arbeitserlaubnisse-EU). Etwa zwei Drittel der im Jahr 2008 erteilten Arbeitserlaubnisse-EU ging an Fachkräfte nach § 5 Nr. 2 ASAV (vgl. Tabelle 2-42 im Anhang). Zusätzlich wurden von der Bundesagentur für Arbeit im Jahr 2008 2.710 Zustimmungen an Akademiker (vgl. dazu Kapitel 2.5.1.3) und 2.252 Zustimmungen an leitende Angestellte und Spezialisten (vgl. dazu Kapitel 2.5.1.4) erteilt.

Künstler und Artisten

Künstlern und Artisten aus den neuen EU-Mitgliedstaaten kann nach § 5 Nr. 8 ASAV eine Arbeitserlaubnis-EU erteilt werden. Künstler und Artisten aus Drittstaaten benötigen nach § 23 BeschV die Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit. Im Jahr 2008 wurden 152 Arbeitserlaubnisse-EU nach § 5 Nr. 8 ASAV an Staatsangehörige aus den neuen EU-Mitgliedstaaten erteilt. Im Vorjahr lag die Zahl der Erteilungen noch bei 1.053 Arbeitserlaubnissen-EU. Zusätzlich hat die Bundesagentur für Arbeit 2.216 Aufenthaltserlaubnissen zum Zweck der Beschäftigung für Künstler zugestimmt (2007: 2.898 Zustimmungen).

Bestimmte Staatsangehörige

Bestimmte Staatsangehörige können, soweit für die betreffenden Arbeitsplätze keine bevorrechtigten inländischen Arbeitskräfte vorhanden sind, zu grundsätzlich jeder Beschäftigung im Bundesgebiet zugelassen werden, d.h. sie sind vom Anwerbestopp ausgenommen (§ 34 BeschV). Dies trifft zu auf Bürger aus Andorra, Australien, Israel, Japan, Kanada, Monaco, Neuseeland, San Marino und den USA.¹⁴⁸

¹⁴⁷ Seit dem 1. Januar 2005 finden sich die entsprechenden Regelungen für diese Arbeitnehmergruppen in den § 27 Nr. 2 BeschV (Fachkräfte mit Hochschulabschluss) und § 28 BeschV (leitende Angestellte).

¹⁴⁸ Die zuvor ebenfalls in § 9 ASAV aufgeführten Länder Malta, Schweiz und Zypern wurden durch das Gesetz über den Arbeitsmarktzugang im Rahmen der EU-Erweiterung vom 23. April 2004 gestrichen. Grund hierfür war der EU-Beitritt von Malta und Zypern sowie das Freizügigkeitsabkommen zwischen der EU und der Schweiz.

Tabelle 2-16: Beschäftigung bestimmter Staatsangehöriger nach § 34 BeschV in den Jahren 2006 bis 2008 (Zustimmungen nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten)

Staatsangehörigkeit	2006	2007	2008
Vereinigte Staaten	1.686	2.327	2.572
Japan	1.078	1.332	1.840
Kanada	448	465	491
Australien	308	402	401
Israel	136	165	169
Neuseeland	67	97	110
sonstige Staatsangehörigkeiten	34	33	34
Insgesamt	3.757	4.821	5.617

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Im Jahr 2008 wurden 5.617 Zustimmungen zu einem Aufenthaltstitel zum Zweck der Beschäftigung für Staatsangehörige aus diesen Staaten nach § 34 BeschV erteilt. Dies entspricht einem Anstieg um 17% im Vergleich zum Vorjahr (2007: 4.821 Zustimmungen). Fast die Hälfte der Zustimmungen (46%) im Jahr 2008 wurde an Staatsangehörige aus den Vereinigten Staaten erteilt (2.572 Zustimmungen). Ein weiteres Drittel (33%) ging an Staatsangehörige aus Japan (1.840 Zustimmungen) (vgl. Tabelle 2-16).

Längerfristig entsandte Arbeitnehmer

Nach § 36 BeschV kann die Zustimmung zu einem Aufenthaltstitel zur Ausübung einer Beschäftigung ohne Vorrangprüfung an Personen erteilt werden, die von ihren Arbeitgebern mit Sitz im Ausland länger als drei Monate in das Inland entsandt werden, um gewerblichen Zwecken dienende Maschinen, Anlagen und Programme der elektronischen Datenverarbeitung aufzustellen und zu montieren, in ihre Bedienung einzuweisen, zu warten und zu reparieren (§ 36 Abs. 1 Nr. 1 BeschV) bzw. erworbene gebrauchte Anlagen zum Zweck des Wiederaufbaus in dem Staat, in dem der Arbeitgeber seinen Sitz hat, zu demontieren (§ 36 Abs. 1 Nr. 2 BeschV). Die Zustimmung ist auf die vorgesehen Beschäftigungsdauer zu befristen, die Frist darf jedoch drei Jahre nicht übersteigen (§ 36 Abs. 2 BeschV).

Tabelle 2-17: Längerfristig beschäftigte Arbeitnehmer nach § 36 BeschV in den Jahren 2006 bis 2008 (Zustimmungen nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten)

Staatsangehörigkeit	2006	2007	2008
Indien	315	374	440
Türkei	44	42	258
Oman	0	8	102
Vereinigte Staaten	82	51	88
China	14	9	44
Russische Föderation	44	25	38
Republik Korea	5	32	38
Japan	18	33	32
sonstige Staatsangehörigkeiten	84	146	114
Insgesamt	606	720	1.154

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Im Jahr 2008 wurden 1.154 Zustimmungen an längerfristig beschäftigte Arbeitnehmer nach § 36 BeschV erteilt (vgl. Tabelle 2-17). Im Vergleich zum Vorjahr (2007: 720 Zustimmungen) konnte damit ein Anstieg um 60% verzeichnet werden. Hauptherkunftsland 2008 war Indien (440 Zustimmungen) vor der Türkei (258 Zustimmungen).

2.5.2 Hochqualifizierte

Durch das Zuwanderungsgesetz wurde für Hochqualifizierte der Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt erleichtert. Hochqualifizierten kann in besonderen Fällen von Anfang an ein Daueraufenthaltstitel in Form der Niederlassungserlaubnis erteilt werden, wenn die Annahme gerechtfertigt ist, dass die Integration in die bundesdeutschen Lebensverhältnisse und die Sicherung des Lebensunterhalts ohne staatliche Hilfe gewährleistet sind (§ 19 Abs. 1 AufenthG). Voraussetzung ist zudem, dass ein konkretes Arbeitsplatzangebot vorliegt (§ 18 Abs. 5 AufenthG). Die Niederlassungserlaubnis wird in den Fällen, die den in § 19 Abs. 2 AufenthG genannten Regelbeispielen entsprechen, ohne Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit (§ 3 BeschV) von der Ausländerbehörde erteilt.

Hoch qualifiziert sind nach § 19 Abs. 2 AufenthG insbesondere (und damit nicht abschließend aufgezählt)

- Wissenschaftler mit besonderen fachlichen Kenntnissen,
- Lehrpersonen (z.B. Lehrstuhlinhaber) sowie wissenschaftliche Mitarbeiter jeweils in herausgehobener Position,
- Spezialisten und leitende Angestellte mit besonderer Berufserfahrung, die ein Gehalt in Höhe von mindestens der Beitragsbemessungsgrenze der allgemeinen Rentenversicherung erhalten.¹⁴⁹

Die Mindestgehaltsgrenze wurde durch das Arbeitsmigrationssteuerungsgesetzes¹⁵⁰ vom 20. Dezember 2008 herabgesetzt und ist seit dem 1. Januar 2009 in Kraft. Bis dahin galt als Mindestgrenze das Doppelte der Beitragsbemessungsgrenze der gesetzlichen Krankenversicherung.¹⁵¹ Durch die Herabsetzung der Mindestgehaltsgrenze soll Deutschland im internationalen Wettbewerb um hoch qualifizierte Fachkräfte gestärkt werden.¹⁵²

Die Mindestgehaltsgrenze gilt nicht für die in § 19 Abs. 2 AufenthG genannten Wissenschaftler, Lehrpersonen und wissenschaftlichen Mitarbeiter.

Nach der durch das Arbeitsmigrationssteuerungsgesetz neu in das Aufenthaltsgesetz eingefügten Regelung des § 55 Abs. 2 Nr. 1a AufenthG kann ein Ausländer dann künftig ausgewiesen werden, wenn er gegenüber einem Arbeitgeber falsche oder unvollständige Angaben bei Abschluss eines Arbeitsvertrages gemacht und dadurch eine Niederlassungserlaubnis nach § 19 Abs. 2 Nr. 3 AufenthG erhalten hat. Grund für diesen neuen Ausweisungstatbestand ist die Absenkung des Mindestgehalts und die damit verbundene verstärkte Missbrauchsmöglichkeit.¹⁵³

¹⁴⁹ Die Beitragsbemessungsgrenze (West) der gesetzlichen Rentenversicherung für das Jahr 2009 liegt bei 64.800 Euro jährlich bzw. 5.400 Euro im Monat.

¹⁵⁰ Das Arbeitsmigrationssteuerungsgesetz trat am 1. Januar 2009 in Kraft.

¹⁵¹ Für das Jahr 2008 lag die Beitragsbemessungsgrenze der gesetzlichen Krankenversicherung bei 43.200 Euro im Jahr, so dass sich ein Mindestgehalt von 86.400 Euro im Jahr ergab.

¹⁵² Vgl. die Begründung zum Arbeitsmigrationssteuerungsgesetz.

¹⁵³ Vgl. dazu die Begründung zum Arbeitsmigrationssteuerungsgesetz: 8.

IT-Fachkräfte, die bis Ende 2004 im Rahmen der Green Card-Regelung eine Arbeitserlaubnis für fünf Jahre erhalten konnten, fallen nur in Ausnahmefällen (als Spezialisten mit entsprechendem Gehalt) unter § 19 AufenthG. Seit dem Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes am 1. Januar 2005 erfolgt die Zulassung ausländischer IT-Fachkräfte, die eine Hochschul- oder Fachhochschulausbildung oder eine vergleichbare Qualifikation mit dem Schwerpunkt auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnologie besitzen, nach § 18 AufenthG i.V.m. § 27 Nr. 1 BeschV.¹⁵⁴

Zudem kann nach § 18 AufenthG i.V.m. § 28 BeschV leitenden Angestellten und Spezialisten, die nicht von § 19 AufenthG erfasst werden, die Zustimmung zu einem Aufenthaltstitel zur Ausübung einer Beschäftigung erteilt werden.

Nicht erfasst werden von diesen Regelungen hochqualifizierte Unionsbürger, die im Rahmen der Freizügigkeit in Deutschland arbeiten können. Unionsbürgern aus den neuen EU-Staaten kann nach § 39 Abs. 6 AufenthG von der Bundesagentur für Arbeit eine Beschäftigung, die eine qualifizierte Berufsausbildung voraussetzt, erlaubt werden. Eine Arbeitsmarktprüfung findet statt. Allerdings ist ihnen Vorrang gegenüber zum Zweck der Beschäftigung einreisenden Drittstaatsangehörigen einzuräumen. Zahlen zur EU-internen Arbeitsmigration von Hochqualifizierten liegen jedoch nicht vor.

Um Engpässe bei Ingenieurberufen in besonders nachgefragten Fachrichtungen auszugleichen, hat der Bundesminister für Arbeit und Soziales im Oktober 2007 zunächst die Hochschulabsolventen-Zugangsverordnung erlassen, nach der auf die individuelle Vorrangprüfung für Ingenieure des Maschinenbaus, des Fahrzeugbaus und der Elektrotechnik aus den neuen EU-Mitgliedstaaten sowie für Absolventen deutscher Hochschulen verzichtet wird.¹⁵⁵

Am 16. Juli 2008 wurde dann vom Bundeskabinett ein Aktionsprogramm zur Steuerung des Fachkräftebedarfs verabschiedet.¹⁵⁶ Mit diesem Aktionsprogramm setzt die Bundesregierung einen Kabinettsbeschluss vom August 2007 („Meseberger Beschlüsse“) um, der die Entwicklung eines Konzepts für eine arbeitsmarktdäquate Steuerung der Zuwanderung hochqualifizierter Fachkräfte und die Einführung eines systematischen Monitorings zur Ermittlung des Bedarfs an Hochqualifizierten vorsah.

Die rechtliche Umsetzung des Aktionsprogramms erfolgte zum einen durch das Arbeitsmigrationssteuerungsgesetz,¹⁵⁷ das Änderungen des Aufenthaltsgesetzes vorsieht, zum anderen durch Änderungen der Beschäftigungs-, der Beschäftigungsverfahrens- und der Arbeitsgenehmigungsverordnung.¹⁵⁸ Alle Rechtsänderungen traten am 1. Januar 2009 in Kraft. Neben der bereits erwähnten Herabsetzung der Verdienstgrenze des § 19 AufenthG vom Doppelten der Beitragsbe-

¹⁵⁴ Ein Vergleich der Zahlen zu Hochqualifizierten mit der Zahl der bis 2004 erteilten „Green Cards“ ist nicht zulässig, da es sich hierbei um rechtlich unterschiedlich definierte Gruppen von Beschäftigten handelt. Die Green Card-Regelung fand ihre Fortsetzung in § 27 BeschV. Vgl. dazu Kapitel 2.5.1.3.

¹⁵⁵ BGBl. I Nr. 50, 2007, S. 2337. Vgl. dazu auch Maier-Borst 2008: 128.

¹⁵⁶ Vgl. BMI/BMAS 2008: Aktionsprogramm der Bundesregierung. Beitrag der Arbeitsmigration zur Sicherung der Fachkräftebasis in Deutschland.

¹⁵⁷ Gesetz zur arbeitsmarktdäquaten Steuerung der Zuwanderung Hochqualifizierter und zur Änderung weiterer aufenthaltsrechtlicher Regelungen (Arbeitsmigrationssteuerungsgesetz) vom 20. Dezember 2008 (BGBl. I Nr. 63 S. 2846ff).

¹⁵⁸ Mit dem Inkrafttreten der Zweiten Verordnung zur Änderung der Beschäftigungsverordnung zum 1. Januar 2009 trat zugleich die Hochschulabsolventen-Zugangsverordnung außer Kraft.

messungsgrenze der gesetzlichen Krankenversicherung auf die Beitragsbemessungsgrenze der allgemeinen Rentenversicherung wurden noch folgende aufenthaltsrechtliche Erleichterungen, die den Zuzug und den Verbleib von Fachkräften fördern sollen, vorgenommen.¹⁵⁹

- Durch den neu in das Aufenthaltsgesetz eingefügten § 18a kann einem geduldeten Ausländer eine Aufenthaltserlaubnis zur Ausübung einer der beruflichen Qualifikation entsprechenden Beschäftigung erteilt werden, wenn die Bundesagentur für Arbeit zugestimmt hat und der Ausländer im Bundesgebiet eine qualifizierte Berufsausbildung oder ein Hochschulstudium abgeschlossen hat (§ 18a Abs. 1 Nr. a)) oder mit einem anerkannten oder einem deutschen Hochschulabschluss vergleichbaren ausländischen Hochschulabschluss seit zwei Jahren ununterbrochen eine dem Abschluss angemessene Beschäftigung ausgeübt hat (§ 18a Abs. 1 Nr. b)) oder als Fachkraft seit drei Jahren ununterbrochen eine Beschäftigung ausgeübt hat, die eine qualifizierte Berufsausbildung voraussetzt (§ 18a Abs. 1 Nr. c)). Über die Zustimmung der BA wird ohne Vorrangprüfung entschieden (§ 18a Abs. 2).
- Durch die Änderung des § 27 BeschV wurde Akademikern aus Drittstaaten der Arbeitsmarktzugang zum 1. Januar 2009 erleichtert, jedoch unter Beibehaltung der Vorrangprüfung bei Fachkräften mit einem ausländischen Hochschulabschluss. Bei Fachkräften mit einem inländischen Hochschulabschluss und bei Absolventen Deutscher Schulen im Ausland, wurde dagegen auf die Vorrangprüfung verzichtet (vgl. dazu ausführlicher Kapitel 2.5.1.3). Für Familienangehörige von ausländischen Akademikern wird auf die Vorrangprüfung verzichtet (§ 8 BeschVerfV).
- Zudem wurde der Arbeitsmarkt für alle Akademiker – nicht nur für Ingenieure bestimmter Fachrichtungen – aus den neuen EU-Mitgliedstaaten ebenfalls zum 1. Januar 2009 durch Verzicht auf die Vorrangprüfung geöffnet (§ 12b ArGV).

Neben diesen Rechtsänderungen sollen mit Hilfe eines Arbeitsmarkt-Monitorings aktuelle, mittel- und längerfristige Arbeitskräftebedarfe besser identifiziert sowie die Entwicklung von Arbeitskräfteangebot und –nachfrage ermittelt werden, um auf Grundlage dieser Erkenntnisse unter Berücksichtigung längerfristiger Faktoren im Einzelfall pragmatische Entscheidungen treffen zu können. Hierzu hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) am 30. März 2009 eine Allianz zur Beratung der Bundesregierung in Fragen des Arbeitskräftebedarfs („Arbeitskräfteallianz“) einberufen. Aufgabe der Allianz ist die Beratung der gegenwärtigen und künftigen Entwicklungen der Arbeitskräftebedarfe und des Arbeitsangebots nach Branchen, Regionen und Qualifikationen in Deutschland und die gemeinsame Einschätzung eines Fachkräfteengpasses auf der Basis von Indikatoren und eine Engpassanalyse.¹⁶⁰ Des Weiteren wird das BMAS einen Frühindikator konzipieren, der die Erwartungen von Unternehmen über den zukünftigen Arbeitskräftebedarf durch einen Index abbilden soll.¹⁶¹

¹⁵⁹ Vgl. dazu ausführlich Bunte/Knödler 2009: Beitrag der Arbeitsmigration zur Sicherung der Fachkräftebasis in Deutschland - zur Umsetzung des Aktionsprogramms der Bundesregierung, in: NZA 2009: 416-420.

¹⁶⁰ Die Arbeitskräfteallianz wird geleitet vom Bundesminister für Arbeit und Soziales. Neben den fachlich betroffenen Bundesministerien und der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration werden hochrangige Vertreterinnen und Vertreter der Bundesländer, der Gewerkschaften, der Arbeitgeberverbände, der Wirtschafts- und Industrieverbände sowie der Kammern, der betrieblichen Ebene und der Wissenschaft in der Arbeitskräfteallianz mitwirken. Der erste Bericht der Arbeitskräfteallianz soll bis zum 31. Dezember 2009 vorgelegt werden. (vgl. dazu die Pressemitteilung des BMAS vom 30. März 2009).

¹⁶¹ Vgl. BMI/BMAS 2008.

Tabelle 2-18: Zugewanderte Hochqualifizierte, denen eine Niederlassungserlaubnis nach § 19 AufenthG erteilt wurde, nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten von 2005 bis 2008

Staatsangehörigkeit	2005 eingereist	2006 eingereist	2007 eingereist	2008 eingereist	
					darunter: weiblich
Vereinigte Staaten	23	45	82	71	15
Russische Föderation	6	1	7	13	4
Indien	3	3	2	10	2
Kanada	6	6	13	7	2
Australien	5	2	5	7	2
Südafrika	2	2	4	7	1
China	5	0	5	5	2
Brasilien	2	1	4	5	0
Türkei	3	3	3	5	1
Japan	7	5	9	4	0
sonstige Staatsangehörigkeiten	9	12	17	23	7
Insgesamt	71	80	151	157	36

Quelle: Ausländerzentralregister

Insgesamt besaßen Ende 2008 1.370 Ausländer (darunter 278 Frauen) eine Niederlassungserlaubnis als Hochqualifizierte nach § 19 AufenthG (Ende 2007: 1.302). Davon sind 157 Hochqualifizierte im Jahr 2008 eingereist (2007: 151 Hochqualifizierte). Damit ist die Zahl der neu eingereisten Hochqualifizierten im Vergleich zum Vorjahr leicht angestiegen (+4,0%). Insgesamt war der Großteil der Hochqualifizierten bereits vor Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes am 1. Januar 2005 in Deutschland. Die größten Gruppen an neu zugewanderten Hochqualifizierten stellten im Jahr 2008 – wie in den Vorjahren – Staatsangehörige aus den Vereinigten Staaten (vgl. Tabelle 2-18). Mit 71 erteilten Niederlassungserlaubnissen stellten sie fast die Hälfte der neu zugewanderten Hochqualifizierten (45,2%). Der Frauenanteil an den neu eingereisten Hochqualifizierten betrug 22,9%.

Eine schriftliche Befragung von Hochqualifizierten mit einem Titel nach § 19 AufenthG, die im März 2008 durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge durchgeführt wurde,¹⁶² ergab bei einer Grundgesamtheit von 510 zurückgeschickten und auswertbaren Fragebögen, dass drei Viertel der Hochqualifizierten im Alter zwischen 30 und 45 Jahren zugewandert sind. Der Frauenanteil liegt bei 17%. 83% der Hochqualifizierten haben eine/n Ehe- oder Lebenspartner/in. Diese leben in 92% der Fälle ebenfalls in Deutschland (vgl. dazu Kapitel 2.7).

Die größten Gruppen der Hochqualifizierten stellten Zuwanderer aus den Vereinigten Staaten und der Russischen Föderation. Aus den USA sind über 50% im Bereich „Geschäftsleiter, Geschäftsbereichsleiter oder Fachbereichsleiter in großen Unternehmen“ (ISCO 12)¹⁶³ tätig und kommen somit als Spezialisten und leitende Angestellte mit einem entsprechend hohen Gehalt nach Deutschland. Sie sind zudem älter als der Durchschnitt der Befragten und planen in fast 80% der Fälle, nur kurz- oder mittelfristig in Deutschland zu bleiben. Dagegen kommen aus der Russischen

¹⁶² Vgl. Heß, Barbara 2009: Zuwanderung von Hochqualifizierten aus Drittstaaten nach Deutschland. Ergebnisse einer schriftlichen Befragung. Working Paper 28 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg.

¹⁶³ ISCO steht für „International Standard Classification of Occupations“. Dabei handelt es sich um ein von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zusammengestelltes, international gültiges Klassifikationschema für Gruppen von Berufen.

Föderation und anderen osteuropäischen Ländern überwiegend Physiker, Mathematiker, Ingenieurwissenschaftler, Chemiker, Informatiker, Architekten, Biowissenschaftler und Mediziner (ISCO 21 und 22). Die Zahl der wissenschaftlich Tätigen ist somit bedeutend höher. Staatsangehörige aus diesen Ländern sind auch verstärkt in vergleichsweise niedrigeren Einkommenskategorien vertreten. Zwischen 80% und 90% dieser Personen haben aber die Absicht, langfristig oder für immer in Deutschland zu bleiben.

Fast 95% der Hochqualifizierten haben mindestens „gute“ Englischkenntnisse, über 60% haben mindestens „gute“ Deutschkenntnisse. Bei den neu zugewanderten Befragten, die seit vier oder weniger Jahren in Deutschland sind, haben allerdings über die Hälfte keine oder nur geringe Deutschkenntnisse.

93% der Hochqualifizierten sind vollzeitbeschäftigt. Von den (Ehe)Partnern und (Ehe)Partnerinnen gehen 24% einer Vollzeitbeschäftigung und 35% einer Teilzeitbeschäftigung nach. Bei den Unternehmen, bei denen die Hochqualifizierten beschäftigt sind, handelt es sich zu 70% um große Unternehmen, die mehr als 250 Beschäftigte haben. Da gerade große Unternehmen oft international operieren, liegt es auf der Hand, dass sie auch verstärkt Fachkräfte auf dem internationalen Arbeitsmarkt rekrutieren. Bei den Unternehmen handelt es sich zudem nicht nur um deutsche, sondern - in über einem Viertel der Fälle - auch um Niederlassungen ausländischer Unternehmen.

2.5.3 Selbständige

Seit dem 1. Januar 2005 kann einem Ausländer eine Aufenthaltserlaubnis zur Ausübung einer selbständigen Tätigkeit erteilt werden, wenn ein übergeordnetes wirtschaftliches Interesse oder ein besonderes regionales Bedürfnis besteht, die Tätigkeit positive Auswirkungen auf die Wirtschaft erwarten lässt und die Finanzierung gesichert ist (§ 21 Abs. 1 S. 1 AufenthG). Dies galt in der Regel bei einer Investition von mindestens einer Million Euro und der Schaffung von zehn Arbeitsplätzen (§ 21 Abs. 1 S. 2 AufenthG). Durch das am 28. August 2007 in Kraft getretene Richtlinienumsetzungsgesetz sind diese Regelvoraussetzungen dahingehend geändert worden, dass eine Investitionssumme von einer halben Million Euro und die Schaffung von fünf Arbeitsplätzen ausreichte. Durch das am 1. Januar 2009 in Kraft getretene Arbeitsmigrationssteuerungsgesetz vom 20. Dezember 2008 wurde die erforderliche Investitionssumme weiter auf 250.000 Euro abgesenkt.

Im Übrigen richtet sich die Beurteilung der Voraussetzungen der besonderen wirtschaftlichen Bedeutung nach

- der Tragfähigkeit der zu Grunde liegenden Geschäftsidee,
- den unternehmerischen Erfahrungen,
- der Höhe des Kapitaleinsatzes,
- den Auswirkungen auf die Beschäftigungs- und Ausbildungssituation und
- dem Beitrag für Innovation und Forschung (§ 21 Abs. 1 S. 3 AufenthG).

Dadurch ist ein Abweichen von den Regelvoraussetzungen im Einzelfall möglich. Bei der Prüfung der Voraussetzungen sind die zuständigen Gewerbebehörden zu beteiligen. Ausländern, die älter sind als 45 Jahre, soll die Aufenthaltserlaubnis jedoch nur erteilt werden, wenn sie über eine angemessene Altersversorgung verfügen (§ 21 Abs. 3 AufenthG).

Nach drei Jahren kann eine Niederlassungserlaubnis erteilt werden, wenn sich die geplante Tätig-

keit erfolgreich verwirklicht hat und der Lebensunterhalt des Ausländers und seiner mit ihm in häuslicher Gemeinschaft lebenden Angehörigen, denen er Unterhalt zu leisten hat, durch ausreichende Einkünfte gesichert ist (§ 21 Abs. 4 AufenthG).

Auch Freiberuflern kann eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden (§ 21 Abs. 5 AufenthG).

Tabelle 2-19: Zugewanderte Selbständige, denen eine Aufenthaltserlaubnis nach § 21 AufenthG erteilt wurde, nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten von 2005 bis 2008

Staatsangehörigkeit	2005 eingereist	2006 eingereist	2007 eingereist	2008 eingereist	
					darunter: weiblich
Vereinigte Staaten	174	138	276	360	156
China	201	195	214	214	70
Russische Föderation	40	39	50	77	20
Australien	22	35	40	63	26
Kanada	32	24	53	46	20
Tansania	0	0	16	42	1
Ukraine	19	20	36	37	18
Südafrika	3	2	8	35	12
Äthiopien	0	0	2	29	14
Brasilien	4	6	5	27	8
Türkei	25	22	16	23	1
sonstige Staatsangehörigkeiten	212	161	175	286	71
Insgesamt	732	642	891	1.239	417

Quelle: Ausländerzentralregister

Insgesamt besaßen Ende 2008 5.412 Drittstaatsangehörige (darunter 1.928 Frauen) eine Aufenthaltserlaubnis als Selbständige nach § 21 AufenthG (Ende 2007: 4.725). Zusätzlich verfügten 547 Personen, darunter 189 Frauen über eine Niederlassungserlaubnis nach § 21 Abs. 4 AufenthG. Etwa zwei Drittel der Selbständigen hielten sich bereits vor 2005 in Deutschland auf. Im Jahr 2008 sind 1.239 Selbständige aus Drittstaaten neu eingereist (2007: 891 Selbständige). Dies entspricht einem Anstieg um weitere 39% im Vergleich zum Vorjahr. 29% der 2008 zugewanderten Selbständigen stammte aus den Vereinigten Staaten, 17% waren chinesische Staatsangehörige (vgl. Tabelle 2-19). Der Frauenanteil an den neu eingereisten Selbständigen betrug ein Drittel.

Zu den selbständigen Drittstaatsangehörigen kommt eine nicht bekannte Zahl an selbständigen Unionsbürgern. Einen Indikator für die Entwicklung der Selbständigkeit von Staatsangehörigen aus den anderen EU-Staaten in Deutschland liefert die Gewerbeanzeigenstatistik. Diese informiert seit 1996 u.a. über Gründungen von Unternehmen und Betrieben. Die Statistik beruht auf der in der Gewerbeordnung festgelegten Pflicht, bei Aufnahme, Beendigung oder Änderung einer gewerblichen Tätigkeit die zuständige Kommune zu unterrichten. Dabei wird auch die Staatsangehörigkeit der anzeigepflichtigen Personen erfasst.¹⁶⁴

Insgesamt zeigt sich, dass die Zahl der Neugründungen (Gewerbeanzeigen) durch ausländische Staatsangehörige im Zeitraum von 2003 bis 2006 kontinuierlich von etwa 76.000 auf circa 137.000 angestiegen ist. Im Jahr 2008 wurden etwa 131.000 Gewerbeanmeldungen durch ausländische

¹⁶⁴ Vgl. dazu die Fachserie 2 Reihe 5 des Statistischen Bundesamtes „Unternehmen und Arbeitsstätten - Gewerbeanzeigen“. Wiesbaden.

Einzelunternehmer registriert. Besonders stark ist dabei der Anstieg der Neugründungen durch polnische Staatsangehörige ausgefallen. Waren im Jahr 2003, dem Jahr vor der Erweiterung der Europäischen Union, noch 2.334 Neugründungen durch Polen zu verzeichnen, waren es im Jahr 2004 bereits 16.704. Bis 2006 stieg die Zahl der Neugründungen durch polnische Staatsangehörige weiter bis auf 46.640 an. In den beiden Folgejahren sank die Zahl der jährlichen Gewerbeanmeldungen polnischer Staatsangehöriger jedoch wieder bis auf 32.460 im Jahr 2008. Insgesamt hat sich die Zahl der Neugründungen durch polnische Staatsangehörige seit der EU-Erweiterung zum 1. Mai 2004 allerdings deutlich erhöht.

2.5.4 Forscher

Mit dem am 28. August 2007 in Kraft getretenen Richtlinienumsetzungsgesetz wurde die sogenannte „EU-Forscherrichtlinie“¹⁶⁵ in nationales Recht umgesetzt. Das damit neu eingeführte Zulassungsverfahren für Forscher aus Nicht-EU-Staaten gliedert sich in die folgenden drei Schritte:

1. Anerkennung der öffentlichen oder privaten Forschungseinrichtung für den Abschluss von Aufnahmevereinbarungen mit drittstaatsangehörigen Forschern durch das BAMF;
2. Abschluss einer Aufnahmevereinbarung zwischen der anerkannten Forschungseinrichtung und dem drittstaatsangehörigen Forscher;
3. Erteilung der Aufenthaltserlaubnis „Forscher“ durch die Ausländerbehörde bzw. des Visums für Forschungsaufenthalte durch die deutsche Auslandsvertretung.

Rechtsgrundlage für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis „Forscher“ bildet seitdem § 20 AufenthG. Danach wird einem Drittstaatsangehörigen eine Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Forschung erteilt, wenn er eine wirksam abgeschlossene Aufnahmevereinbarung zur Durchführung eines Forschungsvorhabens mit einer vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge anerkannten Forschungseinrichtung abgeschlossen hat (§ 20 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG und § 38f AufenthV). Promovierende, die ihre Dissertation im Rahmen einer Forschungstätigkeit erstellen, für die mit einer vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge anerkannten Forschungseinrichtung eine Aufnahmevereinbarung wirksam abgeschlossen wurde, fallen ebenfalls in den Anwendungsbereich der Forscherrichtlinie und können eine Aufenthaltserlaubnis nach § 20 AufenthG erhalten.

Einem Forscher, der einen Aufenthaltstitel eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union nach der EU-Forscherrichtlinie besitzt, ist eine Aufenthaltserlaubnis oder ein Visum zu erteilen, um Teile des Forschungsvorhabens im Bundesgebiet durchführen zu können (§ 20 Abs. 5 S. 1 AufenthG). Für einen Aufenthalt von mehr als drei Monaten allerdings nur, wenn er die Voraussetzungen nach § 20 Abs. 1 AufenthG erfüllt. Ausnahmen von den in der Forscherrichtlinie verankerten Mobilitätsrechte für Forscher innerhalb der EU bilden das Vereinigte Königreich und Dänemark, die die EU-Forscherrichtlinie nicht umgesetzt haben.

Zuständig für die Anerkennung öffentlicher und privater Forschungseinrichtungen zum Abschluss von Aufnahmevereinbarungen ist das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, bei dem der Antrag schriftlich zu stellen ist (§ 38a Abs. 2 AufenthV).

Die Aufenthaltserlaubnis nach § 20 AufenthG berechtigt zur Aufnahme der Erwerbstätigkeit für das in der Aufnahmevereinbarung bezeichnete Forschungsvorhaben und zur Ausübung von Tätigkei-

¹⁶⁵ Richtlinie 2005/71/EG des Rates vom 12. Oktober 2005 über ein besonderes Zulassungsverfahren für Drittstaatsangehörige zum Zweck der wissenschaftlichen Forschung.

ten in der Lehre (§ 20 Abs. 6 S. 1 AufenthG). Der Ehegatte des Forschers ist zur Ausübung einer Beschäftigung berechtigt, wenn die Bundesagentur für Arbeit (BA) überprüft hat, dass er nicht zu ungünstigeren Arbeitsbedingungen als vergleichbare deutsche Arbeitnehmer beschäftigt wird und die BA die Zustimmung erteilt hat (§ 39 Abs. 2 S. 1 2. Halbsatz AufenthG). Eine Prüfung, ob andere Arbeitnehmer einen bevorrechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt haben (Vorrangprüfung nach § 39 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 AufenthG), findet nicht statt. Zudem braucht der Ehegatte des Forschers im Rahmen des Familiennachzugs keinen Nachweis einfacher deutscher Sprachkenntnisse zu erbringen, wenn die Ehe bereits bestand, als der Forscher seinen Lebensunterhalt in das Bundesgebiet verlegt hat (§ 30 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 AufenthG).

Im Jahr 2008 sind 64 Forscher aus Drittstaaten ins Bundesgebiet eingereist, denen eine Aufenthaltserlaubnis nach § 20 Abs. 1 AufenthG erteilt wurde. Darunter befanden sich 11 Staatsangehörige aus China und jeweils 7 aus Indien und der Russischen Föderation. 5 Forscher stammten aus den Vereinigten Staaten. 19 der 64 Aufenthaltserlaubnisse wurden an Frauen erteilt.

2.6 Einreise und Aufenthalt aus völkerrechtlichen, humanitären und politischen Gründen

2.6.1 Jüdische Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion

Seit 1990 nimmt Deutschland jüdische Zuwanderer und ihre Familienangehörigen aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion auf.¹⁶⁶ Seit dem Jahr 1991 ist die Aufnahme in einem Verfahren geregelt. Wesentlicher Gesichtspunkt für die Aufnahme ist der Erhalt und die Stärkung der jüdischen Gemeinden in Deutschland.¹⁶⁷ Die jüdische Gemeinschaft in Deutschland ist mit circa 106.000 Mitgliedern und 107 Gemeinden die drittgrößte in Europa und die weltweit am schnellsten wachsende jüdische Gemeinschaft. Etwa 90% der Mitglieder sind jüdische Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion.¹⁶⁸

Aufnahmevoraussetzungen¹⁶⁹

Voraussetzung für die Aufnahme in Deutschland ist:

1. die jüdische Herkunft muss nachgewiesen werden,
2. die eigenständige Sicherung des Lebensunterhalts muss absehbar sein (dazu wird eine Integrationsprognose erstellt),
3. es müssen deutsche Sprachkenntnisse nachgewiesen sein und
4. es muss die Aufnahme in eine jüdische Gemeinde möglich sein.

Für Personen, die vor 1945 geboren wurden, wird widerleglich ein NS-Verfolgungsschicksal vermutet, für sie wird von der Integrationsprognose und den Sprachkenntnissen abgesehen.

Die Antragsteller dürfen nicht zuvor schon in einem Drittstaat ihren Wohnsitz genommen haben (d.h. nicht zuvor z.B. nach Israel oder USA ausgewandert sein). Für diese Personen würde eine Übersiedlung nur nach den allgemeinen Regeln des Aufenthaltsgesetzes in Frage kommen. Die in Deutschland aufgenommenen jüdischen Zuwanderer erhalten eine Niederlassungserlaubnis. Mit in den Aufnahmebescheid können Ehegatten und minderjährige ledige Kinder, die nicht selbst antragsberechtigt sind, aufgenommen werden. Nicht selbst antragsberechtigte Familienangehörige erhalten zunächst eine Aufenthaltserlaubnis.

Die Zuwanderer erhalten Zugang zu Integrationskursen und Integrationsmaßnahmen wie alle anderen Zuwanderer. Für jüdische Zuwanderer gelten die allgemeinen Einbürgerungsregelungen.

¹⁶⁶ Vgl. Beschluss des Ministerrats der DDR vom 11. Juli 1990, Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz vom 9. Januar 1991.

¹⁶⁷ Vgl. dazu BMI 2008: 132ff.

¹⁶⁸ Vgl. dazu die Mitgliederstatistik der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST) für das Jahr 2008, die über die homepage des ZWST abrufbar ist. Der Zentralrat der Juden gibt seine Mitgliederzahl mit etwa 120.000 Personen an. Die Union Progressiver Juden nennt circa 4.500 Mitglieder, die ihren Gemeinden angehören.

¹⁶⁹ Zu den rechtlichen Grundlagen der jüdischen Zuwanderung vgl. Migrationsbericht 2007, Kapitel 2.6.1.

Zahlen und Statistiken

Tabelle 2-20: Zuwanderung jüdischer Personen und ihrer Familienangehörigen aus der ehemaligen Sowjetunion von 1993 bis 2008

Jahr	Zuzug
1993	16.597
1994	8.811
1995	15.184
1996	15.959
1997	19.437
1998	17.788
1999	18.205
2000	16.538
2001	16.711
2002	19.262
2003	15.442
2004	11.208
2005	5.968
2006	1.079
2007	2.502
2008	1.436

Quelle: Bundesverwaltungsamt, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Zwischen 1993 und 2008 sind insgesamt 202.127 jüdische Zuwanderer einschließlich ihrer Familienangehörigen aus der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland zugewandert. Hinzu kommen 8.535 Personen, die bis Ende 1992 eingereist waren.¹⁷⁰ Nachdem sich der Zuzug im Zeitraum von 1995 bis 2003 auf 15.000 bis 20.000 Zuwanderer pro Jahr einpendelte, sank die Zahl der eingereisten Personen in den Folgejahren deutlich ab. Im Jahr 2006 wurden nur noch 1.079 jüdische Zuwanderer und ihre Familienangehörigen registriert. Nach einem Anstieg im Jahr 2007 auf 2.502 Zuwanderer, wurde für das Jahr 2008 ein erneuter Rückgang auf 1.436 Personen verzeichnet (vgl. Tabelle 2-20 und Abbildung 2-29 im Anhang). Der Rückgang seit dem Jahr 2005 steht im Zusammenhang mit der Schaffung der Rechtsgrundlagen zur Neuregelung der jüdischen Zuwanderung, wodurch zusätzliche Voraussetzungen in das Aufnahmeverfahren eingeführt wurden. Außerdem ist er Ausdruck der verbesserten Lebensbedingungen in den Herkunftsländern.

Im Jahr 2008 wurden 294 Neuanträge für insgesamt 418 Personen gestellt. Insgesamt wurden seit dem 1. Januar 2005 bis zum 31. Dezember 2008 1.030 Neuanträge für 1.460 Personen gestellt. Zudem lagen dem BAMF Ende 2008 2.197 Anträge aus dem Zeitraum 30. Juni 2001 bis 31. Dezember 2005 (sog. Übergangsfälle II; Ü II) vor. Im Jahr 2008 wurden 868 ÜII-Anträge mit 1.363 Personen entschieden. 489 Personen wurden Aufnahmezusagen erteilt. Zusätzlich wurden 147 Neuanträge mit 184 Personen entschieden, davon 97 positiv.

¹⁷⁰ Von den bisher etwa 210.000 zugewanderten Personen sind etwa 100.000 Personen Mitglied einer der jüdischen Gemeinden in Deutschland geworden.

Hauptherkunftsländer der jüdischen Zuwanderer sind die Ukraine sowie die Russische Föderation. Die Altersstruktur der jüdischen Zuwanderer unterscheidet sich von derjenigen der Zuwanderer insgesamt. Die jüdische Zuwanderung ist gekennzeichnet durch einen hohen Anteil von Personen höheren Alters. So waren mehr als ein Fünftel der jüdischen Zuwanderer zum Zeitpunkt des Zuzugs nach Deutschland älter als 65 Jahre. Ein weiteres Fünftel war zwischen 50 und 65 Jahre alt. Etwa 42% der jüdischen Zuwanderer war jünger als 40 Jahre.¹⁷¹

2.6.2 Asylzuwanderung

Nach Art. 16a Abs. 1 Grundgesetz (GG) genießen politisch verfolgte Ausländer das Recht auf Asyl in Deutschland. Damit ist das Asylrecht in Deutschland als individuell einklagbarer Rechtsanspruch mit Verfassungsrang ausgestaltet. Für die Prüfung der Asylanträge ist das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)¹⁷² zuständig. Ein Asylantragsteller kann eine ablehnende Entscheidung des BAMF durch ein Verwaltungsgericht überprüfen lassen.

Asylberechtigung und Flüchtlingsanerkennung

Das Grundrecht auf Asyl gilt allein für politisch Verfolgte, d.h. für Personen, die eine an asylherhebliche Merkmale anknüpfende staatliche Verfolgung erlitten haben bzw. denen eine solche nach einer Rückkehr in das Herkunftsland konkret droht. Dem Staat stehen dabei solche staatsähnlichen Organisationen gleich, die den jeweiligen Staat verdrängt haben oder denen dieser das Feld überlassen hat und die ihn daher insoweit ersetzen (quasi-staatliche Verfolgung). Zur Begriffsbestimmung der politischen Verfolgung wird dabei auf die Merkmale der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) zurückgegriffen. Entscheidend für die Asylgewährung ist danach, ob eine Person „wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung“ (Art. 1 A Nr. 2 GFK) Verfolgungsmaßnahmen mit Gefahr für Leib und Leben oder Beschränkungen ihrer persönlichen Freiheit ausgesetzt sein wird oder solche Verfolgungsmaßnahmen begründet befürchtet. Allgemeine Notsituationen wie Armut, Bürgerkriege oder Naturkatastrophen sind damit als Gründe für eine Asylgewährung grundsätzlich ausgeschlossen. Eine Asylgewährung ist auch ausgeschlossen, wenn der Ausländer über einen sicheren Drittstaat eingereist ist. Dies gilt auch, wenn keine Rückführung in den Drittstaat erfolgt.

Neben dem Recht auf politisches Asyl nach Art. 16a Abs. 1 Grundgesetz existiert die Möglichkeit der Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention. Nach § 3 Abs. 4 AsylVfG¹⁷³ i.V.m. § 60 Abs. 1 AufenthG darf ein Ausländer in Anwendung der GFK nicht in einen Staat abgeschoben werden, „in dem sein Leben oder seine Freiheit wegen seiner Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung bedroht ist“. Dabei kann eine Verfolgung vom Staat und von staatsähnlichen Akteuren wie etwa Parteien und Organisationen, die den Staat oder wesentliche Teile des Staatsgebietes beherrschen (quasi-staatliche Verfolgung), ausgehen. Zudem kann die Verfolgung durch nichtstaatliche Akteure bedingt sein, sofern staatliche oder staatsähnliche Akteure (einschließlich internationaler Organisationen) erwiesenermaßen nicht in der Lage oder

¹⁷¹ Bei den Gesamtzuzügen im Jahr 2005 lag dieser Anteil bei etwa drei Vierteln (vgl. dazu Kapitel 1.6).

¹⁷² Im Sommer 2004 wurde das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge (BAFl) in Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) umbenannt. Im Folgenden wird grundsätzlich die neue Bezeichnung BAMF verwendet, auch wenn sich die beschriebenen Sachverhalte auf Zeitpunkte beziehen, die vor der Umbenennung des Bundesamtes lagen.

¹⁷³ Asylverfahrensgesetz.

willens sind, Schutz vor der Verfolgung zu bieten.¹⁷⁴ Dies gilt jedoch nur, soweit keine innerstaatliche Fluchalternative besteht. § 60 Abs. 1 Satz 3 AufenthG stellt nunmehr ausdrücklich klar, dass eine Verfolgung wegen der Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe auch dann vorliegen kann, wenn die Bedrohung allein an das Geschlecht anknüpft (geschlechtsspezifische Verfolgung). Der durch das Richtlinienumsetzungsgesetz neu gefasste Satz 5 sieht vor, dass für die Feststellung, ob eine Verfolgung nach § 60 Abs. 1 Satz 1 vorliegt, Artikel 4 Abs. 4 sowie die Artikel 7 bis 10 der so genannten Qualifikationsrichtlinie¹⁷⁵ ergänzend anzuwenden sind.

Eine Asyl- und Flüchtlingsanerkennung ist ausgeschlossen, wenn der Asylsuchende als eine Gefahr für die Sicherheit Deutschlands anzusehen ist oder für die Allgemeinheit eine Gefahr bedeutet, weil er wegen der Begehung besonders schwerer Straftaten zu mindestens drei Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden ist (§ 60 Abs. 8 AufenthG). Mit dem Terrorismusbekämpfungsgesetz vom 9. Januar 2002 wurden zusätzliche Ausschlusstatbestände in Anlehnung an die Genfer Flüchtlingskonvention eingeführt, die eine Flüchtlingsanerkennung ebenso wie die Asylgewährung ausschließen. Danach kommen eine Asylanerkennung und die Gewährung von Flüchtlingsschutz nicht in Frage, wenn schwerwiegende Gründe die Annahme rechtfertigen, dass der Betreffende schwere Menschenrechtsverletzungen oder vergleichbar schwere Straftaten begangen hat (§ 3 Abs. 2 AsylVfG).

Durch das am 1. Januar 2005 in Kraft getretene Zuwanderungsgesetz wurde eine Angleichung des Aufenthaltsstatus von Asylberechtigten und GFK-Flüchtlingen vorgenommen (§ 25 Abs. 1 und 2 AufenthG). Sowohl Asylberechtigte nach Art. 16a Abs. 1 GG als auch Ausländer, denen die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt worden ist (§ 3 AsylVfG i.V.m. § 60 Abs. 1 AufenthG), erhalten hier nach zunächst eine (befristete) Aufenthaltserlaubnis.¹⁷⁶ Nach dreijährigem Besitz einer Aufenthaltserlaubnis ist eine Niederlassungserlaubnis zu erteilen, sofern die Voraussetzungen für den Widerruf oder die Rücknahme der Anerkennung nicht vorliegen (§ 26 Abs. 3 AufenthG). Die Aufenthaltserlaubnis für diese beiden Gruppen berechtigt zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit.

Personen, für die ein Abschiebungsverbot nach § 60 Abs. 2, 3, 5 oder Abs. 7 AufenthG festgestellt wird, erhalten grundsätzlich Abschiebungsschutz (subsidiärer Schutz). Dieser subsidiäre Schutz gilt insbesondere bei drohender Folter, Todesstrafe, unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung sowie anderen erheblichen konkreten Gefahren für Leib, Leben oder Freiheit. Unter bestimmten Voraussetzungen wird subsidiärer Schutz auch bei Gefahren im Zusammenhang mit bewaffneten Konflikten gewährt (§ 60 Abs. 7 Satz 2 AufenthG). Das Verbot der Abschiebung nach § 60 Abs. 2, 3, 5 oder Abs. 7 AufenthG gilt ausschließlich bei Gefahren, die dem Antragsteller im Zielland der Abschiebung drohen (zielstaatsbezogene Abschiebungsverbote). Die fraglichen Gefahren können dabei von staatlichen wie nichtstaatlichen Akteuren ausgehen.

Daneben hat die Ausländerbehörde bei einer beabsichtigten Abschiebung auch Gefahren, die durch Verlassen des Bundesgebietes drohen (inländische Vollstreckungshindernisse), zu berücksichtigen, z.B. krankheitsbedingte Abschiebungsverbote (eine wesentliche Verschlechterung der Krankheit, die erst im Herkunftsland eintritt, stellt ein zielstaatsbezogenes Abschiebungsverbot dar).

¹⁷⁴ Die Gewährung des Flüchtlingsstatus (GFK-Flüchtling) auch bei nichtstaatlicher Verfolgung war im Ausländergesetz, das am 1. Januar 2005 durch das Aufenthaltsgesetz abgelöst wurde, noch nicht kodifiziert.

¹⁷⁵ Richtlinie 2004/83/EG des Rates vom 29. April 2004 über Mindestnormen für die Anerkennung und den Status von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Flüchtlinge oder als Personen, die anderweitig internationalen Schutz benötigen, und über den Inhalt des zu gewährenden Schutzes (ABl. Nr. L 304 vom 30.09.2004).

¹⁷⁶ Asylberechtigte erhielten nach der alten Rechtslage bereits mit der Anerkennung eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis.

Ein Ausländer, bei dem ein zielstaatsbezogenes Abschiebungsverbot nach § 60 Abs. 2, 3, 5 oder Abs. 7 AufenthG festgestellt wurde, erhält eine Aufenthaltserlaubnis nach Maßgabe des § 25 Abs. 3 AufenthG. Diese wird nicht erteilt, wenn schwerwiegende Gründe die Annahme rechtfertigen, dass der Ausländer schwere Menschenrechtsverletzungen oder vergleichbar schwerwiegende Straftaten begangen hat (§ 25 Abs. 3 Satz 2 Buchstabe a bis d AufenthG). Der Ausländer erhält dann in der Regel eine Duldung¹⁷⁷ nach § 60a AufenthG.

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat am 17. Februar 2009 (C-465/07) im Rahmen eines Vorabentscheidungsverfahrens entschieden, dass ein nach Art. 2 e) i. V. m. 15 c) der Qualifikationsrichtlinie subsidiären Schutz Beantragender nicht notwendig nachweisen muss, dass er in seinem Herkunftsland aufgrund seiner persönlichen Situation spezifisch bedroht ist. Das Vorliegen einer solchen Bedrohung könne ausnahmsweise als gegeben angesehen werden, wenn stichhaltige Gründe für die Annahme bestehen, dass eine Zivilperson bei ihrer Rückkehr in das betreffende Land oder gegebenenfalls in die betroffene Region allein durch ihre Anwesenheit im Gebiet dieses Landes oder dieser Region tatsächlich Gefahr laufe, einer ernsthaften individuellen Bedrohung ausgesetzt zu sein.

Das Bundesverwaltungsgericht hat in einem Urteil vom 14. Juli 2009 über den subsidiären Schutz bei Bürgerkriegsgefahren nach den Vorgaben der Qualifikationsrichtlinie diese Anforderungen weiter präzisiert (BVerwG 10 C 9.08 und 10 C 13.08). Die Richtlinie sieht für Personen, die nicht die Voraussetzungen für die Flüchtlingsanerkennung nach der Genfer Flüchtlingskonvention erfüllen, aber bei Rückkehr in ihr Herkunftsland anderweitig von einem ernsthaften Schaden bedroht wären, einen eigenen subsidiären Schutzstatus vor. Als Schaden gilt danach u.a. eine ernsthafte individuelle Bedrohung des Lebens oder der Unversehrtheit einer Zivilperson infolge willkürlicher Gewalt im Rahmen eines internationalen oder innerstaatlichen bewaffneten Konflikts (Art. 15 Buchst. c der Richtlinie, umgesetzt in § 60 Abs. 7 Satz 2 AufenthG). Insofern muss bei der Prüfung, ob die betroffene Person durch willkürliche Gewalt im Rahmen bewaffneter Auseinandersetzungen im Herkunftsland (hier im Falle des Irak) ernsthaft individuell bedroht ist, zunächst untersucht werden, ob und in welchen Gebieten des Herkunftslandes ein innerstaatlicher bewaffneter Konflikt herrscht. Besteht ein solcher Konflikt nicht landesweit, kommt eine individuelle Bedrohung in der Regel nur in Betracht, wenn der Konflikt sich auf die Herkunftsregion der betroffenen Person erstreckt, in die sie typischerweise zurückkehrt. Ist für die maßgebliche Region eine individuelle Bedrohung entweder wegen gefahrerhöhender individueller Umstände oder - ausnahmsweise - wegen eines besonders hohen Niveaus allgemeiner Gefahren im Rahmen des bewaffneten Konflikts anzunehmen, ist weiter zu prüfen, ob die betroffene Person in anderen Teilen des Herkunftslandes, in denen derartige Gefahren nicht bestehen, internen Schutz finden kann.¹⁷⁸

Asylverfahren

Die Grundlagen des geltenden Asylverfahrensrechts wurden mit der Asylrechtsreform in den Jahren 1992 und 1993 geschaffen. Aufgrund der in den Jahren 1987 bis 1992 stark angestiegenen Zahl der Asylanträge (von 57.379 auf 438.191 jährlich) war auch eine Änderung des Asylgrundrechts erforderlich geworden. Die Verfassungsänderung in Form der Aufnahme des Art. 16a GG und die Novellierung des Asylverfahrensgesetzes umfassten drei Kernpunkte:

1. Sichere Drittstaaten

¹⁷⁷ Die Duldung ist kein Aufenthaltstitel, sondern lediglich die vorübergehende Aussetzung der Abschiebung, d.h. Personen, die eine Duldung erhalten haben, bleiben grundsätzlich ausreisepflichtig.

¹⁷⁸ Vgl. Pressemitteilung des Bundesverwaltungsgerichts Nr. 44/2009 vom 14. Juli 2009.

Eine Berufung auf das Asylgrundrecht ist für Personen ausgeschlossen, die aus sicheren Drittstaaten einreisen (§ 26a AsylVfG). Sichere Drittstaaten sind alle EU-Staaten und per Gesetz festgelegte Staaten, in denen die Anwendung der Genfer Flüchtlingskonvention sowie der Europäischen Menschenrechtskonvention sichergestellt ist. Dies sind Norwegen und die Schweiz. Damit gelangen Personen, die über die deutschen Landgrenzen in die Bundesrepublik Deutschland einreisen, nicht in das deutsche Asylverfahren, wenn sie in den sicheren Drittstaat zurückgeschoben werden können. Der einstweilige Rechtsschutz ist in diesen Fällen ausgeschlossen. Im Verhältnis zu den EU-Mitgliedstaaten und im Verhältnis zu Norwegen und der Schweiz finden allerdings die Regelungen zur Bestimmung des für die Durchführung des Asylverfahrens zuständigen Mitgliedstaats (EG-Verordnung 343/2003, Dublin II bzw. Dublin-Verordnung) Anwendung: Ist nach diesen Vorschriften Deutschland für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig, bleibt ein Asylbewerber im Land; andernfalls wird er in den für die Durchführung des Asylverfahrens zuständigen Staat überstellt.

2. Sichere Herkunftsstaaten

Sichere Herkunftsstaaten sind Staaten, in denen aufgrund der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, dass keine politische Verfolgung stattfindet (Art 16a Abs. 2 GG). Zu den gesetzlich festgelegten sicheren Herkunftsstaaten zählen derzeit Ghana, Senegal und die Mitgliedstaaten der EU (§ 29a Abs. 2 AsylVfG und Anlage 2).

Für Asylbewerber aus sicheren Herkunftsländern besteht eine widerlegbare Vermutung, dass sie vor Verfolgung sicher sind. Eine Asylanerkennung ist hierdurch aber nicht ausgeschlossen. Macht ein Asylbewerber aus einem sicheren Herkunftsland glaubhaft, dass ihm Verfolgung droht, hat auch er Anspruch auf eine Anerkennung. Im Verfahren vor dem BAMF gelten dieselben Verfahrensrechte wie im normalen Verfahren. Ein Unterschied im Verfahrensausgang besteht aber dann, wenn eine Verfolgungsgefahr nicht gegeben ist und das BAMF den Antrag infolgedessen ablehnt. In diesem Fall ist der Antrag zwingend als offensichtlich unbegründet abzulehnen. Eine dagegen gerichtete Klage hat keine aufschiebende Wirkung. Der Betreffende kann daher bereits vor der gerichtlichen Entscheidung in das sichere Herkunftsland auch zwangsweise rückgeführt werden.

3. Flughafenregelung

Die so genannte Flughafenregelung (§ 18a AsylVfG) gilt für Asylbewerber aus sicheren Herkunftsstaaten sowie für Asylbewerber ohne Pass oder ohne gültigen Pass, die über einen Flughafen einreisen wollen und bei der Grenzbehörde um Asyl nachsuchen. Das Verfahren wird dabei vor der förmlichen Einreise in das Bundesgebiet im Transitbereich des Flughafens beschleunigt durchgeführt. Wird der Asylantrag als offensichtlich unbegründet abgelehnt, ist dem Ausländer gem. § 18a Abs. 3 Satz 1 AsylVfG die Einreise zu verweigern. Teilt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge der Grenzbehörde mit, dass es nicht kurzfristig entscheiden kann bzw. entscheidet es nicht innerhalb von zwei Tagen über einen Asylantrag oder hat das Verwaltungsgericht nicht innerhalb von vierzehn Tagen über einen Antrag gegen eine Ablehnung des Asylantrags als offensichtlich unbegründet entschieden, ist dem Ausländer gem. § 18a Abs. 6 AsylVfG die Einreise zu gestatten.¹⁷⁹

Ein Ausländer, der Asyl beantragt, muss ein Anerkennungsverfahren durchlaufen, das im Asylverfahrensgesetz geregelt ist. Nach festgelegten Aufnahmequoten werden die Asylbewerber mit Hilfe des bundesweiten Verteilungssystems EASY (Erstverteilung von Asylbewerbern) auf die Erstauf-

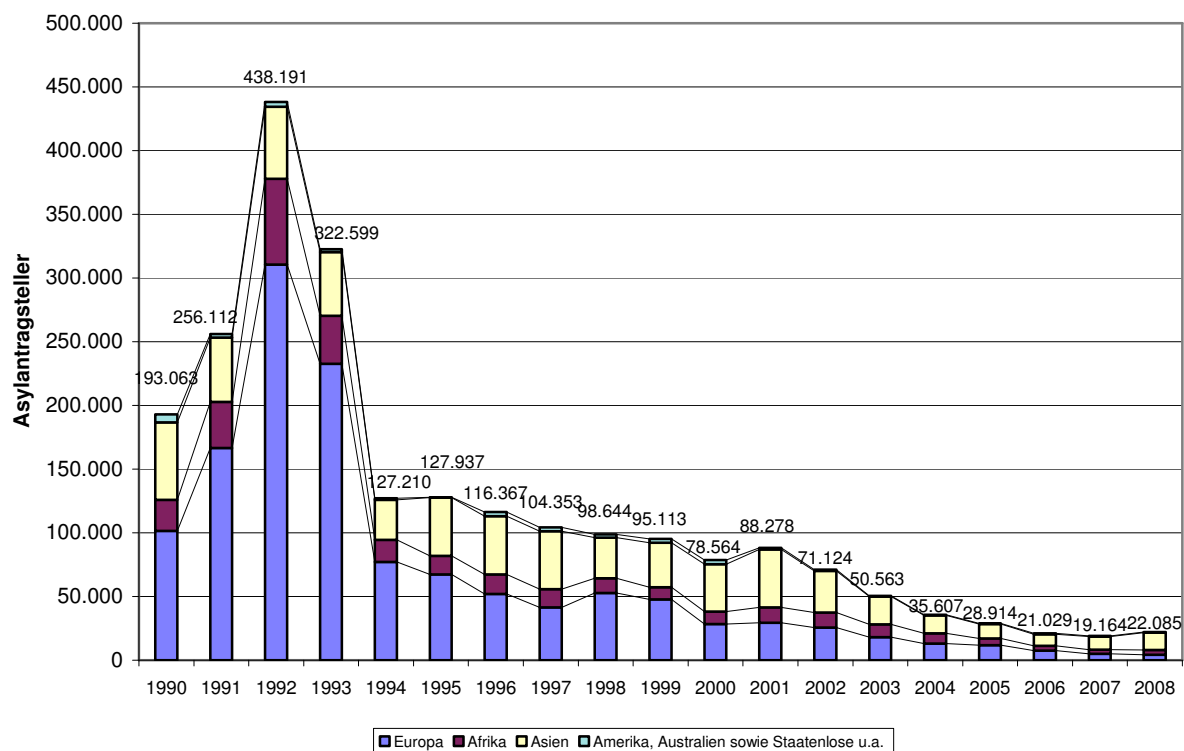
¹⁷⁹ Im Jahr 2008 haben 649 Personen bei Grenzbehörden auf deutschen Flughäfen ein Asylgesuch geäußert (2007: 539). Dabei wurde in 70,0% der Fälle die Einreise ins Bundesgebiet gem. § 18a Abs. 6 Nr.1 AsylVfG gestattet (2007: 68,5%).

nahmeeinrichtungen der einzelnen Bundesländer, denen die Aufnahme und Unterbringung der Asylbewerber obliegt, verteilt.¹⁸⁰ Mit der Asylantragstellung gilt ein Asylantrag auch für jedes ledige Kind des Ausländers als gestellt, das das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet hat und keinen Aufenthaltstitel besitzt (§ 14a Abs. 1 AsylVfG). Dies gilt auch für ein Kind des Antragstellers, das nach dessen Asylantragstellung im Bundesgebiet geboren wird (§14a Abs. 2 AsylVfG).

2.6.2.1 Asylanträge

Hauptdatenquelle für den Bereich des Asyls sind die Geschäftsstatistiken des BAMF. Es erfasst alle Asylantragsteller in seinen Außenstellen und erstellt so eine personenbezogene Asylbewerberzugangsstatistik. Vor dem Jahr 1993 fanden nicht alle Asylsuchenden Eingang in die allgemeine Zuzugsstatistik (siehe Kapitel 1); erst seit 1993 ist sichergestellt, dass sie in allen Bundesländern melderechtlich registriert werden.

Abbildung 2-16: Asylantragsteller (Erstanträge) in Deutschland nach Herkunftskontinenten von 1990 bis 2008



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Von 1990 bis Ende 2008 haben in Deutschland fast 2,3 Millionen Menschen um politisches Asyl nachgesucht (Erstantragszahlen).¹⁸¹ Bis zum Ende der 1990er Jahre stammte der größte Teil der Asylbewerber aus Europa einschließlich der Türkei. Ab dem Jahr 2000 stellten dann jeweils mehr

¹⁸⁰ Die Aufnahmequoten bestimmen sich nach dem Königsteiner Schlüssel (siehe oben Fußnote 5).

¹⁸¹ Das BAMF führte erst im Jahr 1995 die statistische Differenzierung zwischen Erst- und Folgeanträgen ein. Insofern sind die Asylantragstellerzahlen für den Zeitraum von 1990 bis 1994 leicht überhöht. Für die Jahre ab 1995 wurden in den vorliegenden Statistiken jeweils die Zahlen der Erstanträge verwendet.

Antragsteller aus asiatischen Herkunftstaaten als aus europäischen einen Asylantrag in Deutschland, dies jedoch bei insgesamt deutlich gesunkenen Asylbewerberzahlen (vgl. Abbildung 2-16 und Tabelle 2-51 im Anhang).¹⁸² 2008 stammten 61,6% aller Antragsteller aus Asien (2007: 53,5%) gegenüber 19,3% aus Europa (2007: 25,7%) und 17,5% aus Afrika (2007: 18,2%).¹⁸³ Der Anstieg des Anteils von Asylbewerbern aus Asien gegenüber 2006 und 2007 ist vor allem auf den deutlichen Anstieg der Antragstellerzahlen aus dem Irak zurückzuführen.

Seit 1993 lässt sich ein fast kontinuierliches Absinken der Asylerstantragstellerzahlen feststellen. Der Rückgang ist eine Folge der Asylrechtsreform, der Stabilisierung in den Staaten Osteuropas, des Endes der Kriegshandlungen im ehemaligen Jugoslawien, der Reformen in der Türkei sowie des Sturzes des Taliban-Regimes in Afghanistan und des totalitären Regimes im Irak.¹⁸⁴ 1998 lag die Zahl der Asylbewerber erstmals seit 1987 unter 100.000 und sank fast kontinuierlich weiter. Lediglich in den Jahren 2001 und 2008 war im Vergleich zum Vorjahr jeweils ein Anstieg zu verzeichnen.

Im Jahr 2008 ist die Zahl der Erstanträge mit 22.085 Personen gegenüber dem Vorjahr zum ersten Mal seit 2001 wieder angestiegen (2007: 19.164 Asylerstanträge). Dies entspricht einer Zunahme der Erstanträge um 15,2%. Während die Zahl der Erstanträge aus europäischen Staaten auch im Jahr 2008 weiter gesunken ist, stiegen die Erstantragszahlen aus den asiatischen Staaten, insbesondere aufgrund der Zunahme bei irakischen Asylantragstellern, in den letzten beiden Jahren wieder an (von 8.997 Erstanträgen im Jahr 2006 auf 13.599 Erstanträge im Jahr 2008). Insgesamt liegen die Zahlen jedoch deutlich unter den Antragszahlen des Jahres 1992, dem Jahr, in dem der Höchststand an Asylanträgen registriert wurde. So sank etwa die Zahl der Erstanträge aus europäischen Staaten von 310.529 Personen im Jahr 1992 auf 4.266 Personen im Jahr 2008. Weniger stark sank im selben Zeitraum die Zahl der Asylbewerber aus asiatischen (1992: 56.480; 2007: 13.599) bzw. afrikanischen Staaten (1992: 67.408; 2008: 3.856) (vgl. Tabelle 2-51 im Anhang).

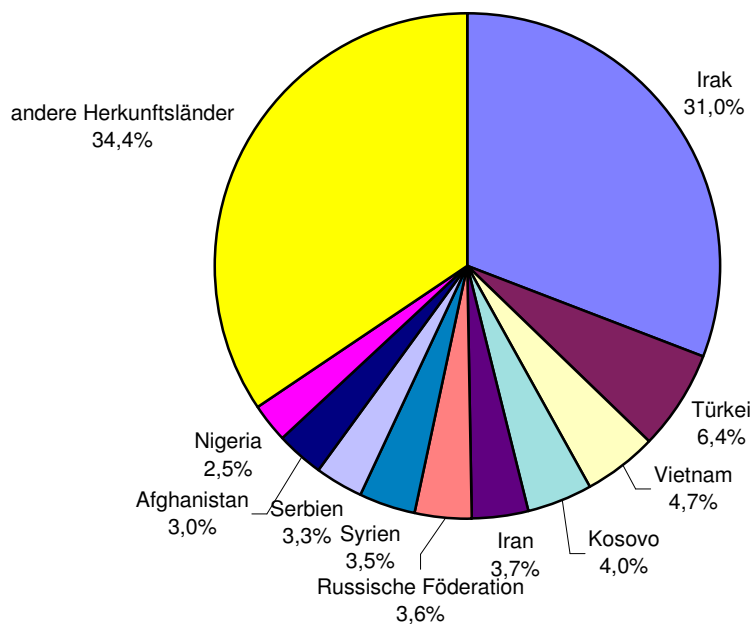
¹⁸² Lediglich im Jahr 2005 stellten mehr Personen aus einem europäischen als aus einem asiatischen Land einen Asylantrag.

¹⁸³ Zur Entwicklung der Asylzahlen vgl. ausführlich Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2009.

¹⁸⁴ Sowohl im Irak als auch in Afghanistan ist die Lage jedoch weiterhin instabil. Entgegen dem rückläufigen Trend steigt die Zahl der Asylbewerber aus dem Irak seit dem Jahr 2004 wieder an.

Abbildung 2-17: Asylantragsteller (Erstanträge) nach den zehn häufigsten Herkunftsländern im Jahr 2008

Gesamtzahl: 22.085



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Hauptherkunftsland von Asylsuchenden im Jahr 2008 war – wie in den beiden Vorjahren – der Irak mit 6.836 gestellten Asylerstanträgen (vgl. Abbildung 2-17, Karte 2-7 und Tabelle 2-52 im Anhang). Damit stellten irakische Staatsangehörige fast ein Drittel (31,0%) aller Asylsuchenden. Die Zahl der irakischen Asylerstantragsteller hat sich im Vergleich zum Vorjahr (2007: 4.327 Erstanträge) um 58,0% erhöht. Den zweiten Platz in der Rangfolge der Herkunftsländer des Jahres 2008 nimmt die Türkei mit 1.408 registrierten Asylbewerbern ein. Dies entsprach einem Anteil von 6,4% an allen Erstantragstellern. Damit hielt der seit 2001 festzustellende Rückgang der Asylantragsteller aus der Türkei weiter an. Drittstärkstes Herkunftsländer war Vietnam. Im Jahr 2008 stellten 1.042 vietnamesische Staatsangehörige einen Asylantrag in Deutschland (2007: 987 Personen). Aus dem Kosovo kamen 879 bzw. 4,0% der Asylerstantragsteller.¹⁸⁵ Zudem wurden 729 Asylbewerber aus Serbien¹⁸⁶ registriert.

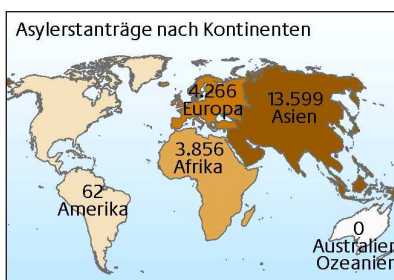
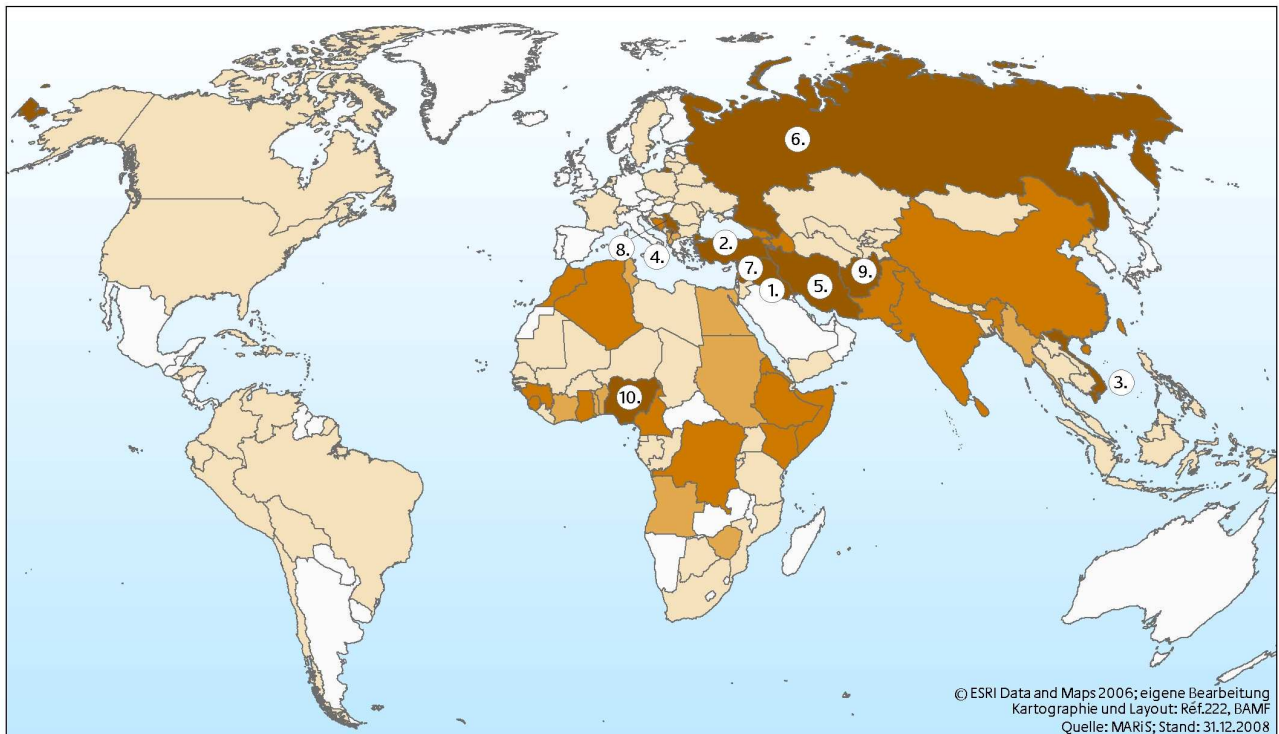
Aus dem Iran wurden 815 Asylerstantragsteller registriert (2007: 631 Personen), aus der Russischen Föderation 792 (2007: 772 Personen). 42,8% der Asylbewerber aus der Russischen Föderation im Jahr 2008 waren Tschetschenen (vgl. Tabelle 2-21). Seit dem Jahr 2000 gehört die Russische Föderation zu den Hauptherkunftsländern von Asylbewerbern. Aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion stellten im Jahr 2008 insgesamt 1.743 Personen einen Asylantrag (2007: 1.644 Personen) (vgl. Karte 2-8). Trotz des leichten Anstiegs im Vergleich zu 2007 ist die Zahl und der Anteil der Asylbewerber aus der Russischen Föderation bzw. aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion seit einigen Jahren jedoch eher rückläufig (vgl. Tabelle 2-51 im

¹⁸⁵ Das Herkunftsland Kosovo hat sich im Februar 2008 für unabhängig von Serbien erklärt und wird erst seit Mai 2008 getrennt in der Statistik erfasst.

¹⁸⁶ Seit August 2006 werden die Asylanträge von Personen aus Serbien und Montenegro, die seit Juni 2006 unabhängige Staaten sind, getrennt erfasst. Die Daten für Serbien beinhalten bis April 2008 auch Antragsteller aus dem Kosovo.

Anhang). Zu den weiteren Hauptherkunftsländern im Jahr 2008 zählten Syrien (775 Personen), Afghanistan (657 Personen) und Nigeria (561 Personen).

Karte 2-7: Asylantragsteller (Erstanträge) nach Herkunftsländern im Jahr 2008



Anzahl der Asylerstanträge (in Personen) mit den Top Ten der Herkunftsländer

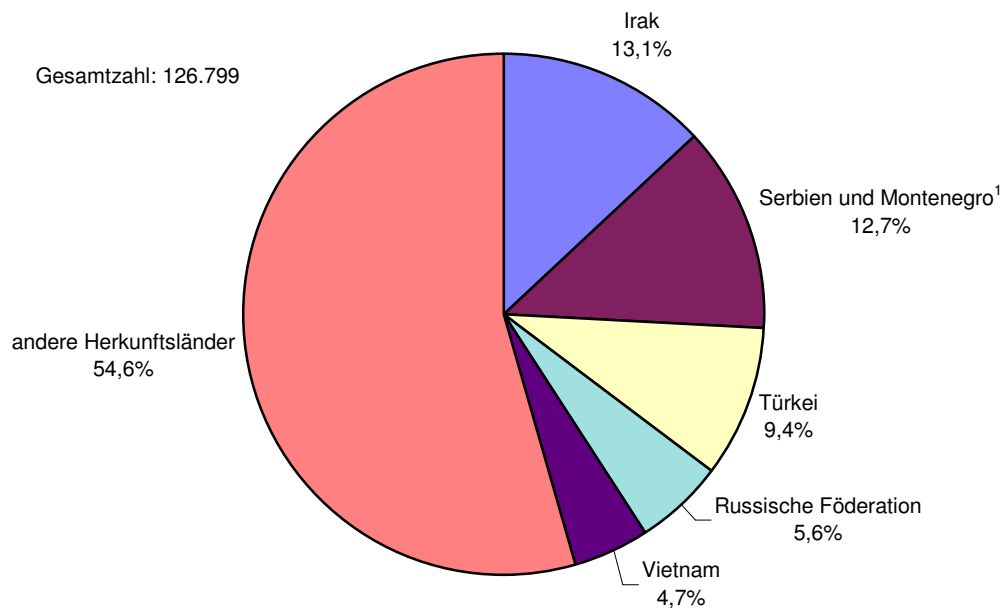


Karte 2-8: Asylantragsteller (Erstanträge) aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion im Jahr 2008



Bei einer Betrachtung des Fünf-Jahres-Zeitraums von 2004 bis 2008 hinsichtlich der Herkunftsländerstruktur zeigt sich das folgende Gesamtbild (vgl. Abbildung 2-18): Aus dem Irak stammten in den vergangenen fünf Jahren mit 13,1% die meisten Asylbewerber vor Serbien und Montenegro mit 12,7% und der Türkei mit 9,4%. Dabei sind sowohl Serbien (einschließlich des Kosovo) bzw. das ehemalige Serbien und Montenegro als auch die Türkei seit den 1990er Jahren kontinuierlich jedes Jahr unter den drei stärksten Herkunftsländern zu finden, während die Zahl der Antragsteller aus dem Irak nach dem starken Rückgang zwischen 2001 und 2004 erst seit 2005 wieder angestiegen ist. Viertstärkstes Herkunftsland in diesem Zeitraum war die Russischen Föderation (5,6%) vor Vietnam (4,7%). Insgesamt lässt sich eine zunehmende Diversifizierung der Struktur der Herkunftsländer von Asylsuchenden konstatieren, auch wenn im Jahr 2008 die Asylzuwanderung noch deutlicher als im Vorjahr durch irakische Asylbewerber dominiert wurde.

Abbildung 2-18: Asylantragsteller (Erstanträge) nach den fünf häufigsten Herkunftsländern von 2004 bis 2008



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

1) Für 2007 und 2008 nur Serbien, 2008 jedoch einschließlich des Kosovo, das sich im Februar 2008 für unabhängig erklärt hat.

Dagegen spielten ehemalige Hauptherkunftsländer wie Rumänien und Bulgarien, aus denen vor allem zu Beginn der 1990er Jahre viele Asylsuchende stammten, in den letzten Jahren keine Rolle mehr. Aufgrund demokratischer und rechtsstaatlicher Konsolidierungsprozesse im Rahmen des EU-Beitrittsprozesses in diesen Ländern, der asylrechtlichen Regelung über sichere Herkunftstaaten, des Abschlusses von Rückübernahmeabkommen seit Mitte der 1990er Jahre sowie aufgrund des EU-Beitritts zum 1. Januar 2007, sank die Zahl der Asylsuchenden aus Rumänien von 103.787 im Jahr 1992 auf einen Antrag im Jahr 2008, die der Asylbewerber aus Bulgarien im selben Zeitraum von 31.540 auf 6 (vgl. Tabelle 2-51 im Anhang).

Seit 1995 weist das BAMF nicht nur die Herkunftsländer der Asylantragsteller aus, sondern für einige Hauptherkunftsländer auch deren ethnische Herkunft (vgl. Tabelle 2-21). Hintergrund ist die Tatsache, dass diese Länder durch einen hohen Anteil von Asylsuchenden einer bestimmten ethnischen Gruppe gekennzeichnet sind.¹⁸⁷

¹⁸⁷ Die ethnische Zugehörigkeit der Asylantragsteller wird bei der Erstbefragung erfasst. Während der nachfolgenden Anhörung durch den Entscheider wird versucht, die Angaben durch gezielte Fragen zu verifizieren, da die ethnische Herkunft eines Antragstellers für die Asylentscheidung relevant sein kann. Die BAMF-Statistik erfasst damit im Gegensatz zu allen anderen Zuwanderungsstatistiken das Merkmal „ethnische Zugehörigkeit“.

Tabelle 2-21: Asylantragsteller (Erstanträge) bestimmter Hauptherkunftsländer nach Ethnie von 1995 bis 2008

Herkunftsland	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Serbien und Montenegro bzw. Serbien¹	26.227	18.085	14.789	34.979	31.451	11.121	7.758	6.679	4.909	3.855	5.522	3.237	1.996	729
dar. Albaner	21.980	15.706	12.538	30.794	20.790	3.792	3.122	2.835	2.000	1.472	2.072	1.198	825	188
in %	83,8	86,8	84,8	88,0	66,1	34,1	40,2	42,5	40,7	38,2	37,5	37,0	41,3	25,8
dar. Roma ²	-	-	-	-	6.983	4.617	2.703	2.003	1.654	1.256	2.179	1.376	805	358
in %	-	-	-	-	22,2	41,5	34,8	30,0	33,7	32,6	39,5	42,5	40,3	49,1
dar. Serben ²	-	-	-	-	340	390	276	250	171	161	114	79	61	39
in %	-	-	-	-	1,1	3,5	3,6	3,7	3,5	4,2	2,0	2,4	3,1	5,4
Türkei	25.514	23.814	16.840	11.754	9.065	8.968	10.869	9.575	6.301	4.148	2.958	1.949	1.437	1.408
dar. Kurden	20.877	19.301	13.791	9.774	7.643	7.751	9.245	7.822	5.091	3.300	2.422	1.590	1.134	1.100
in %	81,8	81,0	81,9	83,2	84,3	86,4	85,1	81,7	80,8	79,6	81,9	81,6	78,9	78,1
Irak	6.880	10.842	14.088	7.435	8.662	11.601	17.167	10.242	3.850	1.293	1.983	2.117	4.327	6.836
dar. Kurden ³	-	-	10.017	4.137	3.398	3.287	6.759	3.664	1.678	690	1.033	1.086	1.982	2.936
in %	-	-	71,1	55,6	39,2	28,3	39,4	35,8	43,6	53,4	52,1	51,3	45,8	43,0
Russische Föderation	1.436	1.345	1.196	867	2.094	2.763	4.523	4.058	3.383	2.757	1.719	1.040	772	792
dar. Tschetschenen ⁴	-	-	-	-	-	1.004	1.960	1.886	1.735	1.372	676	418	317	339
in %	-	-	-	-	-	36,3	43,3	46,5	51,3	49,8	39,3	40,2	41,1	42,8

Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

1) Ab 2007 nur Serbien.

2) Die zusätzliche Differenzierung der Asylbewerber aus Serbien und Montenegro wurde erstmals für das Jahr 1999 (damals noch BR Jugoslawien) ausgewiesen.

3) Die irakischen Asylbewerber werden in der Statistik erst seit 1997 differenziert.

4) Die russischen Asylbewerber werden in der Statistik erst seit 2000 differenziert.

Nachdem in den Jahren von 1995 bis 1999 der überwiegende Teil der Asylantragsteller aus Serbien und Montenegro albanischer Volkszugehörigkeit war – der prozentuale Anteil schwankte in dieser Zeit zwischen 66,1% (1999) und 88,0% (1998) –, ist seit 2000 eine Veränderung in der ethnischen Zusammensetzung der Asylbewerber aus Serbien und Montenegro bzw. aus Serbien (seit 2007) festzustellen (vgl. Tabelle 2-21). Der Anteil der ethnischen Albaner sank im Jahr 2000 auf 34,1% und lag bis 2007 relativ stabil bei etwa 40%. Im Jahr 2008 sank dieser Anteil auf etwa ein Viertel (25,8%). Im Gegensatz dazu stieg der erstmals 1999 ausgewiesene Anteil der Roma von 22,2% auf 41,5% im Jahr 2000. Von 2001 bis 2004 betrug der Anteil der Roma an den Asylsuchenden aus dieser Herkunftsregion etwa ein Drittel (2004: 32,6%) und liegt seit 2006 wieder bei über 40% (2008: 49,1%) (vgl. Abbildung 2-30 im Anhang).

Das Herkunftsland Türkei fällt durch einen überproportional hohen Anteil von Kurden unter den Asylantragstellern auf. Dabei blieb der prozentuale Anteil der kurdischen Asylsuchenden aus der Türkei von 1995 bis 2008 relativ konstant (zwischen 78,1% 2008 und 86,4% 2000) (vgl. Abbildung 2-31 im Anhang). Der Anteil der Kurden an der Gesamtzahl der Asylsuchenden aus dem Irak ging dagegen von 71,1% im Jahr 1997 kontinuierlich bis auf 28,3% im Jahr 2000 zurück und stieg danach wieder an. Im Jahr 2008 betrug der Anteil der Kurden aus dem Irak 43,0% (vgl. Abbildung 2-

32 im Anhang). Nachdem in den Jahren 2003 und 2004 etwa die Hälfte der russischen Asylbewerber Tschetschenen waren, sank dieser Anteil in den Folgejahren auf etwa 40% (2008: 42,8%) (vgl. Abbildung 2-33 im Anhang).

Ein Blick auf die Religionszugehörigkeit der Erstantragsteller des Jahres 2008 zeigt, dass Angehörige des Islam mit 42,3% den größten Anteil an den Asylsuchenden stellten (2007: 45,5%), gefolgt von Christen mit 19,7% (2007: 21,4%). Die drittgrößte Gruppe bildeten Anhänger der Religion des Zarathustra mit 21,2% (2007: 15,0%). Hierbei handelt es sich fast ausschließlich um Personen yezidischen Glaubens, die überwiegend aus dem Irak stammen.¹⁸⁸ Dagegen sind bei den Herkunftsländern Kosovo, Afghanistan, und Türkei jeweils mehr als zwei Drittel der Asylbewerber Angehörige der islamischen Religionsgemeinschaft. Dagegen sind fast 90% der nigerianischen Asylsuchenden Anhänger des Christentums.

Im Jahr 2008 wurden etwa zwei Drittel der Asylerstanträge von Männern (67,7%) gestellt, ein Drittel von Frauen (32,3%). Insgesamt hat sich damit der Anteil der Frauen an den Asylerstantragstellern in den letzten Jahren leicht erhöht, ist im Vergleich zum Vorjahr jedoch leicht gesunken (Frauenanteil 2007: 33,9%). Im Jahr 2003 lag der Frauenanteil noch bei 30,1%. Dabei sind je nach Herkunftsland deutliche Unterschiede in der Geschlechtsstruktur der Asylbewerber zu verzeichnen. Während etwa der Frauenanteil bei den irakischen Asylbewerbern im Jahr 2008 lediglich bei etwas mehr als einem Viertel lag (27,0%), betrug er bei russischen bzw. vietnamesischen Antragstellern 47,2% bzw. 44,1%. Bei türkischen Asylbewerbern lag der Anteil von Frauen mit 29,6% unter dem durchschnittlichen Frauenanteil aller Asylsuchenden.

Betrachtet man die Altersstruktur der Asylantragsteller im Jahr 2008, so zeigt sich, dass mehr als drei Viertel (77,7%) der Antragsteller jünger als dreißig Jahre und ein Viertel (33,1%) minderjährig waren. Im Jahr 2008 haben 763 unbegleitete Minderjährige einen Asylerstantrag gestellt, 439 Anträge stammten dabei von 16- und 17-jährigen Personen.¹⁸⁹

Stellt ein Asylbewerber "nach Rücknahme oder unanfechtbarer Ablehnung eines früheren Asylantrages" einen so genannten Asylfolgeantrag, wird unter bestimmten Voraussetzungen (z.B. Geltendmachung von Nachfluchtgründen¹⁹⁰) ein erneutes Asylverfahren durchgeführt (§ 71 AsylVfG). In einem Urteil vom 18. Dezember 2008 hat sich das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig erstmals in einem Revisionsverfahren mit der Frage befasst, wann bei asylrechtlichen Folgeanträgen, die auf weitere exilpolitische Aktivitäten gestützt sind, eine Flüchtlingsanerkennung in Betracht kommt. Danach kann ein möglicher Ausnahmefall vom Regelausschluss zwar sein, wenn solche Aktivitäten Ausdruck und Fortsetzung einer bereits im Herkunftsland bestehenden Überzeugung oder Ausrichtung sind. Mit § 28 Abs. 2 AsylVfG hat der Gesetzgeber aber Nachfluchtgründe, die nach Abschluss des ersten Asylverfahrens vom Betreffenden selbst geschaffen wurden, unter grundsätzlichen Missbrauchsverdacht gestellt. Ein dagegen sprechendes Indiz kann die Kontinuität der nach außen betätigten politischen Überzeugung sein. Dies allein reicht indessen zur Widerlegung der Regelvermutung nicht aus. Vielmehr muss der Asylbewerber gute Gründe dafür anführen, warum er nach einem erfolglosen Asylverfahren erstmalig exilpolitisch aktiv geworden ist oder seine bisherigen Aktivitäten intensiviert hat. Geklärt ist in diesem Zusammenhang nun ferner, dass der Regelausschluss mit den gemeinschaftsrechtlichen Vorgaben (Qualifikationsrichtlinie) sowie der Genfer Flüchtlingskonvention in Einklang steht. Die in Deutschland geltenden Abschiebungs-

¹⁸⁸ Fast zwei Drittel (63,5%) der Asylbewerber aus dem Irak sind Anhänger dieser Religion.

¹⁸⁹ Zu unbegleiteten Minderjährigen siehe Bundestagsdrucksache 16/13166 vom 27. Mai 2009: Aufnahme unbegleitet einreisender Minderjähriger.

¹⁹⁰ Dabei sind selbstgeschaffene Nachfluchtattbestände in der Regel unbeachtlich (§ 28 AsylVfG).

verbote gewähren dem Ausländer in jedem Fall ausreichenden Schutz (BVerwG 10 C 27.07).¹⁹¹

Insgesamt wurden im Jahr 2008 28.018 Asylanträge (Erst- und Folgeanträge) gestellt (2007: 30.303), darunter 5.933 Folgeanträge (2007: 11.139). Betrachtet man die Entwicklung der Folgeanträge seit 1995, so zeigt sich nach der Geschäftsstatistik des BAMF, dass deren Quote an allen gestellten Asylanträgen von etwa 23% auf circa 37% im Jahr 2007 gestiegen ist. Im Jahr 2008 sank der Anteil der Folgeanträge an allen Asylanträgen auf 21%, den niedrigsten Wert seit dem Beginn der getrennten Erfassung von Erst- und Folgeanträgen im Jahr 1995. Das Verhältnis der Folge- zu den Erstanträgen lag bei Antragstellern aus dem Irak im Jahr 2008 bei 18,5%, d.h. es wurden deutlich weniger Folge- als Erstanträge gestellt (1.552 Folge- gegenüber 6.836 Erstanträgen), nachdem diese Quote im Vorjahr noch 56,3% betrug. Für türkische Staatsangehörige wurden 494 Folgeanträge gegenüber 1.408 Erstanträgen verzeichnet, was einem Anteil von 26,0% entspricht. Für das Kosovo wurde ein Verhältnis von 28,4% registriert (349 Folge- gegenüber 879 Erstanträgen), für Serbien ein Anteil von 37,6% (440 Folge- gegenüber 729 Erstanträgen). Ein großer Teil der Folgeantragsteller aus dem Kosovo bzw. aus Serbien sind Angehörige ethnischer Minderheiten.

2.6.2.2 Entscheidungen

Neben der Asylzugangsstatistik wird beim BAMF eine Asylverfahrensstatistik geführt, die angibt, wie viele Asylfälle jährlich mit welchem Resultat bearbeitet wurden (vgl. Tabelle 2-22). Diese Statistik ist nicht unmittelbar vergleichbar mit der Asylzugangsstatistik, da die Zugänge nicht zwangsläufig im gleichen Zeitraum bearbeitet werden (z.B. Zugang 2007, Verfahrensabschluss 2008).¹⁹²

¹⁹¹ Vgl. Pressemitteilung des Bundesverwaltungsgerichts Nr. 88/2008 vom 18. Dezember 2008.

¹⁹² Zum 31. Dezember 2008 waren beim BAMF 18.278 Verfahren (Erst- und Folgeanträge) anhängig. Damit lag die Zahl der anhängigen Asylverfahren um zwei Drittel höher als Ende 2007 (10.926 Verfahren), nachdem diese bereits von 2006 auf 2007 angestiegen war. Allerdings ist die Zahl der anhängigen Verfahren zuvor im Zeitraum von 2001 bis 2006 deutlich zurückgegangen (Ende 2006 waren es 8.835, Ende 2001 85.533). Bei Verwaltungsgerichten waren zum 31. Dezember 2008 16.592 Klageverfahren in erster Instanz anhängig. Ende 2007 waren dies noch 25.491, Ende 1995 über 270.000.

Tabelle 2-22: Entscheidungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge von 1990 bis 2008

Jahr	Gesamtzahl der Entscheidungen über Asylanträge	asylberechtig- tigt nach Art.16/16a GG	in %	Abschie- bungsschutz bzw. Flücht- lingsschutz gemäß § 51 Abs. 1 AuslG bzw. § 3 Abs. 4 AsylVfG i.V.m. § 60 Abs. 1 Auf- enthG	in %	Abschie- bungsverbot gemäß § 53 AuslG ¹ bzw. § 60 Abs. 2,3,5,7 AufenthG	in %	abgelehnte Anträge	in %	sonstige Verfahrens- erledigung ²	in %
1990	148.842	6.518	4,4	-	-	-	-	116.268	78,1	26.056	17,5
1991	168.023	11.597	6,9	-	-	-	-	128.820	76,7	27.606	16,4
1992	216.356	9.189	4,2	-	-	-	-	163.637	75,6	43.530	20,1
1993	513.561	16.396	3,2	-	-	-	-	347.991	67,8	149.174	29,0
1994 ³	352.572	25.578	7,3	9.986	2,8	-	-	238.386	67,6	78.622	22,3
1995	200.188	18.100	9,0	5.368	2,7	3.631	1,8	117.939	58,9	58.781	29,4
1996	194.451	14.389	7,4	9.611	4,9	2.082	1,1	126.652	65,1	43.799	22,5
1997	170.801	8.443	4,9	9.779	5,7	2.768	1,6	101.886	59,7	50.693	29,7
1998	147.391	5.883	4,0	5.437	3,7	2.537	1,7	91.700	62,2	44.371	30,1
1999	135.504	4.114	3,0	6.147	4,5	2.100	1,5	80.231	59,2	42.912	31,7
2000	105.502	3.128	3,0	8.318	7,9	1.597	1,5	61.840	58,6	30.619	29,0
2001	107.193	5.716	5,3	17.003	15,9	3.383	3,2	55.402	51,7	25.689	24,0
2002	130.128	2.379	1,8	4.130	3,2	1.598	1,2	78.845	60,6	43.176	33,2
2003	93.885	1.534	1,6	1.602	1,7	1.567	1,7	63.002	67,1	26.180	27,9
2004	61.961	960	1,5	1.107	1,8	964	1,6	38.599	62,3	20.331	32,8
2005	48.102	411	0,9	2.053	4,3	657	1,4	27.452	57,1	17.529	36,4
2006	30.759	251	0,8	1.097	3,6	603	2,0	17.781	57,8	11.027	35,8
2007	28.572	304	1,1	6.893	24,1	673	2,4	12.749	44,6	7.953	27,8
2008	20.817	233	1,1	7.058	33,9	562	2,7	6.761	32,5	6.203	29,8

Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

1) Die Feststellung eines Abschiebungshindernisses nach § 53 AuslG bzw. eines Abschiebungsverbots nach § 60 Abs. 2,3,5,7 AufenthG wird erst seit 1999 statistisch als eigenständige Entscheidung erfasst.

2) Rubrik beinhaltet u.a. Rücknahmen des Antrags (z.B. wegen Rück- oder Weiterreise).

3) Seit April 1994 werden Personen, die Abschiebungsschutz nach § 51(1) AuslG bzw. Flüchtlingsschutz nach § 3 Abs. 4 AsylVfG i.V.m. § 60 Abs. 1 AufenthG erhalten, gesondert erfasst. In den Jahren davor lag ihr Anteil bei 0,3 bis 0,5% an allen Entscheidungen.

Das BAMF hat zwischen Anfang 1990 und Ende 2008 über mehr als 2,87 Millionen Asylanträge entschieden (vgl. Tabelle 2-22). Die Asylanerkennungsquote – also das Verhältnis der Anerkennungen allein nach Art. 16 Abs. 2 Satz 2 GG (a.F.) bzw. Art.16a Abs. 1 GG zu sämtlichen inhaltlichen und formellen Entscheidungen des Bundesamtes über Asylanträge – lag dabei durchgängig unter 10%, seit 1997 unter 6%. Im Jahr 2006 wurde mit 0,8% die bis dahin niedrigste Quote für die Anerkennung von Asylberechtigten registriert.¹⁹³ In den Jahren 2007 und 2008 lag die Anerkennungsquote jeweils bei 1,1%.

¹⁹³ Nach Herkunftsländern betrachtet, ergeben sich jedoch sehr unterschiedlich hohe Asylanerkennungsquoten für Asylsuchende (siehe dazu Abbildung 2-18 sowie die Tabelle 2-53 im Anhang).

Zusätzlich zur Asylberechtigung nach Art. 16a GG entscheidet das BAMF über die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft nach der GFK gemäß § 3 Abs. 4 AsylVfG i.V.m. § 60 Abs. 1 AufenthG (bis Ende 2004: § 51 Abs. 1 AuslG) sowie, wenn ein Asylantrag gestellt wird, über die Feststellung von Abschiebungsverboten nach § 60 Abs. 2, 3, 5 oder Abs. 7 AufenthG (bis Ende 2004: Abschiebungshindernisse nach § 53 AuslG). Im Jahr 2008 lag die Quote für die Flüchtlingsanerkennung nach § 3 Abs. 4 AsylVfG i.V.m. § 60 Abs. 1 AufenthG bei 33,9% und damit erneut deutlich über dem Vorjahreswert von 24,1%. Bereits von 2006 auf 2007 war ein starker Anstieg der Flüchtlingsanerkennungen zu verzeichnen (Quote 2006: 3,6%). Der Anstieg der letzten beiden Jahre ist insbesondere auf die hohe Zahl an Flüchtlingsanerkennungen für irakische Antragsteller zurückzuführen. Zudem wurden im Jahr 2008 bei 2,7% der Asylantragsteller Abschiebungsverbote gemäß § 60 Abs. 2, 3, 5 oder Abs. 7 AufenthG festgestellt (2007: 2,4%).¹⁹⁴

Im Jahr 2008 wurde mit 37,7% (7.853 Personen) erneut ein deutlicher Anstieg der Schutzquote (alle positiven Entscheidungen nach Art. 16a Abs. 1 GG, nach § 3 Abs. 4 AsylVfG i.V.m. § 60 Abs. 1 AufenthG und nach § 60 Abs. 2, 3, 5, und 7 AufenthG) registriert (2007: 27,5 %; 2006: 6,3%). 29,8% der Anträge wurden anderweitig erledigt. Bei der letztgenannten Kategorie handelt es sich hauptsächlich um Entscheidungen nach der Dublin Verordnung, weil ein anderer Mitgliedstaat der EU für das Asylverfahren zuständig ist, um Verfahrenseinstellungen wegen Antragsrücknahme durch den Asylbewerber und um Entscheidungen im Folgeantragsverfahren, dass kein weiteres Asylverfahren durchgeführt wird. Der Anteil abgelehnter Anträge an der Gesamtzahl der Entscheidungen lag demnach im Jahr 2008 bei 32,5%.¹⁹⁵

Ein Gesamtblick auf die Gewährung von Schutz seit Beginn der 1990er Jahre zeigt folgendes Bild: Von 1990 bis 2008 wurden 135.123 Asylantragsteller vom BAMF als asylberechtigt gemäß Art. 16a Abs. 1 GG anerkannt (einschließlich Familienasyl nach § 26 AsylVfG). 95.589 Personen erhielten Abschiebungsschutz. Dazu kamen 24.722 Asylbewerber, bei denen Abschiebungsverbote festgestellt wurden.¹⁹⁶ Das Bundesamt hat seit 1990 also bei 255.434 Personen auf zwingenden rechtlichen Schutz entschieden, zuzüglich der vor dem Zeitpunkt der statistischen Erfassung „positiv“ entschiedenen Fälle.

Insgesamt wurden zwischen 1990 und 2008 circa 1,88 Millionen Anträge auf Asyl vom BAMF abgelehnt. Im gleichen Zeitraum gab es zudem knapp 754.000 Verfahrenserledigungen aus formalen Gründen (Einstellungen, Rücknahmen). Ist das Asylverfahren rechtskräftig negativ abgeschlossen, so ist der ehemalige Asylsuchende zur Ausreise verpflichtet. Reist die betroffene Person nicht freiwillig aus, kann sie abgeschoben (§ 58 AufenthG) und vorher unter bestimmten zusätzlichen Voraussetzungen in Abschiebungshaft (§ 62 AufenthG) genommen werden. Teilweise entziehen sich die Ausreisepflichtigen dem Zugriff der staatlichen Stellen, indem sie untertauchen. Hinsichtlich der Zahl abgelehnter Asylantragsteller, die nach ihrer Ablehnung in Deutschland illegal verbleiben, herrscht Unklarheit, da ihr Aufenthalt den Behörden häufig unbekannt bleibt (siehe dazu Kapitel 5).

Im Falle abgelehnter irakischer Asylbewerber hat die Innenministerkonferenz im November 2006 festgestellt, dass mit Rückführungen ausreisepflichtiger Personen, die in Deutschland wegen Straftaten verurteilt wurden, unter Beachtung der vom UNHCR eingeräumten Möglichkeiten begonnen werden kann.¹⁹⁷ Ergänzend hat die Innenministerkonferenz im Juni 2007 festgestellt, dass nun-

¹⁹⁴ Zur Entwicklung der Entscheidungen vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2009.

¹⁹⁵ Daneben sind noch die Anerkennungen durch Verwaltungsgerichtsentscheidungen zu berücksichtigen.

¹⁹⁶ Diese werden jedoch erst seit 1995 gesondert erfasst.

¹⁹⁷ Siehe dazu Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder 2006: 24.

mehr auch aus dem Nordirak stammende ausreisepflichtige Staatsangehörige, die in Deutschland die innere Sicherheit gefährden, dorthin zurückgeführt werden können.¹⁹⁸

Betrachtet man die Entscheidungen differenziert nach Herkunftsländern der Asylbewerber (vgl. Abbildung 2-19 und Tabelle 2-53 im Anhang), so zeigt sich, dass Asylantragsteller aus dem Iran mit 3,5%, der Türkei mit 2,5%, der Russischen Föderation mit 2,2% und Syrien mit 1,5% im Jahr 2008 eine überdurchschnittlich hohe Asylanerkenntnisquote nach Art. 16a GG aufweisen.

Von den irakischen Asylbewerbern, über deren Anträge im Jahr 2007 entschieden wurde, erhielten neben den 0,5%, die als asylberechtigt anerkannt wurden, 77,0% den Flüchtlingsstatus nach § 3 Abs. 4 AsylVfG i.V.m. § 60 Abs. 1 AufenthG zugesprochen. Abschiebungsverbote wurden bei 0,9% der irakischen Asylantragsteller festgestellt. Insofern lag die Schutzquote bei irakischen Staatsangehörigen bei 78,4%, die Quote der Ablehnungen dagegen nur noch bei 21,6%. Im Jahr 2006 betrug der Anteil der Ablehnungen von Asylanträgen irakischer Staatsangehöriger noch fast 92%.

Am 21. April 2009 hat das Bundesverwaltungsgericht in einem Urteil zur Flüchtlingsanerkennung wegen geltend gemachter Gruppenverfolgung von Sunniten im Irak seine Rechtsprechung bestätigt (BVerwG 10 C 11.08 vom 21. April 2009), dass ein Asylbewerber nicht notwendigerweise ein individuelles Verfolgungsschicksal darzulegen braucht, sondern sich darauf berufen kann, dass er einer Gruppe angehört, die im Heimatstaat aus asylerheblichen Gründen verfolgt wird. Die Annahme einer solchen Gruppenverfolgung setzt allerdings u.a. voraus, dass die gegen diese Gruppe gerichteten Verfolgungshandlungen so intensiv und zahlreich sind, dass jedes einzelne Mitglied der Gruppe daraus die aktuelle Gefahr eigener Betroffenheit herleiten kann. Um diese Verfolgungsdichte festzustellen, müssen die Anzahl und Intensität der Verfolgungshandlungen gegenüber der gesamten Gruppe ermittelt und zur Größe der Gruppe in Beziehung gesetzt werden.

Im Jahr 2008 wurden 1,3% der afghanischen Antragsteller als asylberechtigt nach Art. 16a Abs. 1 GG anerkannt. Zusätzlich wurde 19,3% der Asylsuchenden der Flüchtlingsstatus gewährt. Bei 24,1% der afghanischen Asylbewerber wurden Abschiebungsverbote festgestellt. Damit stieg zwar die Quote der Schutzgewährungen im Jahr 2008 im Vergleich zum Vorjahr an (von 27,7% auf 44,7%, liegt aber weiterhin deutlich unter der Quote, die nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil zur quasi-staatlichen Verfolgung vom August 2000 und vor Beendigung der Taliban-Herrschaft Ende 2001 zu verzeichnen war.

Von den türkischen Antragstellern erhielten im Jahr 2008 2,5% eine Asylberechtigung, bei 6,0% wurde der Flüchtlingsstatus gewährt und bei 0,9% wurde ein Abschiebungsverbot festgestellt. Insgesamt ergibt sich damit eine Schutzquote von 9,4% und eine Ablehnungsquote von 90,6%. Dagegen lag die Schutzquote russischer Asylbewerber bei 21,8%. Neben 2,2% Asylberechtigungen wurden 16,9% als GFK-Flüchtlinge (Gewährung von Abschiebungsschutz) anerkannt. Zusätzlich wurden bei 2,7% der Antragsteller Abschiebungsverbote festgestellt. Auch Antragsteller aus dem Iran sind durch eine überdurchschnittlich hohe Schutzquote gekennzeichnet. So erhielten zusätzlich zu den 3,5%, die als asylberechtigt anerkannt wurden, 31,2% die Flüchtlingsanerkennung. Bei 2,3% wurden Abschiebungsverbote festgestellt. Damit lag die Schutzquote iranischer Antragsteller bei 37,0%.

¹⁹⁸ Siehe dazu Ständige Konferenz der Innenminister und –senatoren der Länder 2007: 12.

Dagegen lag die Schutzquote bei Asylantragstellern aus Vietnam, Serbien und dem Kosovo in 2008 mit 0,4%, 2,2% bzw. 2,4% deutlich niedriger, die Quote der Ablehnungen betrug dementsprechend über 97% (vgl. Tabelle 2-53 im Anhang).

Im Juni 2005 hat die Innenministerkonferenz bekräftigt, dass die freiwillige Rückkehr der ausreisepflichtigen afghanischen Staatsangehörigen Vorrang vor der zwangsweisen Rückführung genieße.¹⁹⁹ Gleichzeitig hat die Innenministerkonferenz Grundsätze zur Rückführung und weiteren Behandlung der afghanischen Ausreisepflichtigen veröffentlicht.²⁰⁰ Danach sollen mit Vorrang zurückgeführt werden:

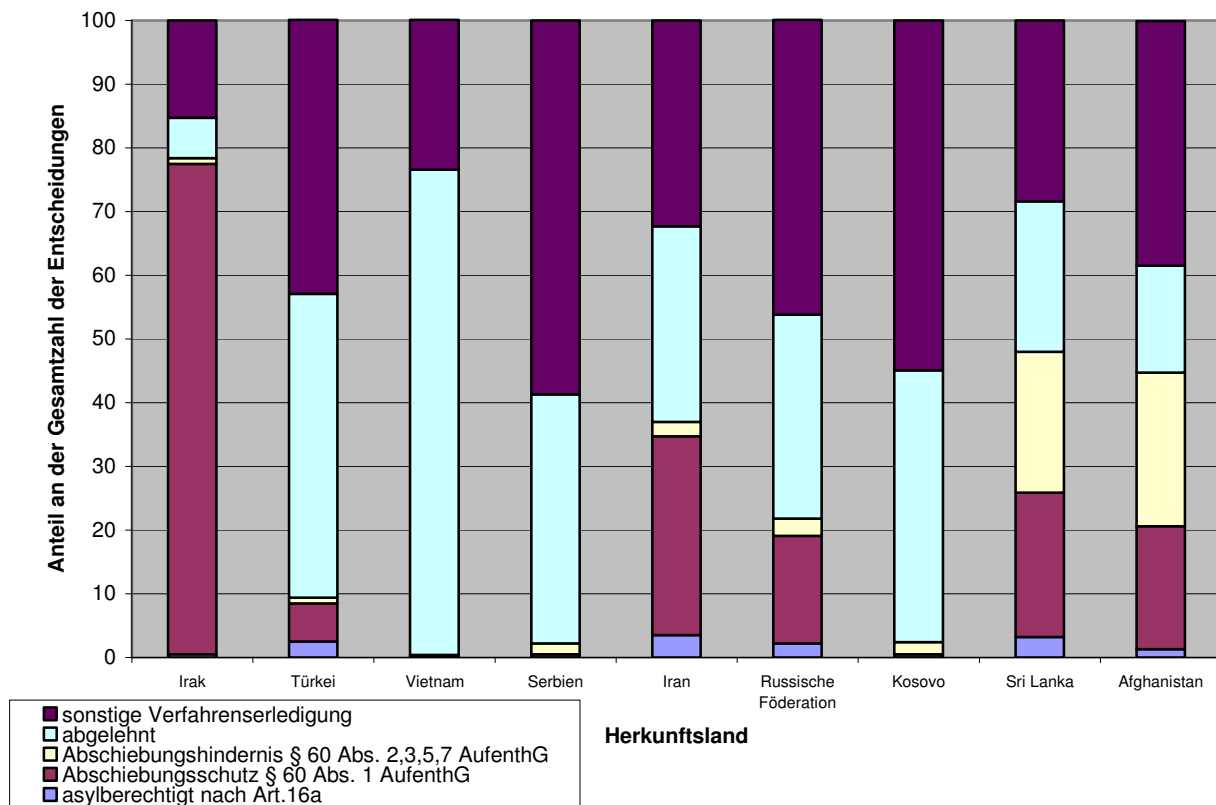
- afghanische Staatsangehörige, die wegen einer im Bundesgebiet begangenen Straftat verurteilt wurden oder bei denen Hinweise für eine die innere Sicherheit gefährdende Betätigung vorliegen,
- volljährige, allein stehende männliche afghanische Staatsangehörige, die sich (zum Zeitpunkt der Beschlussfassung) noch keine sechs Jahre im Bundesgebiet aufhielten.

Ansonsten können die Ausländerbehörden bei den Entscheidungen über Rückführungen verschiedene Kriterien berücksichtigen: die Dauer des bisherigen Aufenthalts, den Familienstand, die Integration in den Arbeitsmarkt (keine Abhängigkeit von Sozialleistungen), bei Schülern und Auszubildenden der Stand der Ausbildung (Restdauer). Zudem kann der weitere Aufenthalt von afghanischen Staatsangehörigen zugelassen werden, wenn sie sich seit mindestens sechs Jahren ununterbrochen im Bundesgebiet aufhalten und seit mehr als zwei Jahren einer dauerhaften Beschäftigung nachgehen. Der weitere Aufenthalt von Personen, die das 65. Lebensjahr vollendet haben, kann ebenfalls gestattet werden, wenn sie in Afghanistan keine Familie, dafür aber in Deutschland Angehörige mit dauerhaftem Aufenthalt haben und keine Sozialleistungen in Anspruch genommen werden.

¹⁹⁹ Siehe dazu Ständige Konferenz der Innenminister und –senatoren der Länder 2005a: 14.

²⁰⁰ Siehe dazu die Anlage zu den Beschlüssen der Innenministerkonferenz vom 24. Juni 2005: Grundsätze zur Rückführung und weiteren Behandlung der afghanischen Flüchtlinge.

Abbildung 2-19: Entscheidungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge nach ausgewählten Herkunftsländern im Jahr 2008 in Prozent



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Gegen eine negative Entscheidung des BAMF steht dem Asylbewerber der Rechtsweg zu den Verwaltungsgerichten offen. 41,7% der durch das BAMF im Jahr 2008 abgelehnten Asylanträge wurden vor Verwaltungsgerichten angefochten (2007: 48,6%). Im Jahr 2007 waren 2.142 Klagen von abgelehnten Asylbewerbern in erster Instanz vor den Verwaltungsgerichten erfolgreich (8,9%), 9.388 wurden abgewiesen (38,9%) und 12.575 anderweitig erledigt (52,2%).²⁰¹

2.6.2.3 Dublinverfahren

Im sogenannten Dublinverfahren wird bestimmt, welcher europäische Staat für die Durchführung eines Asylverfahrens zuständig ist und unter welchen Voraussetzungen gegebenenfalls eine Überstellung in den anderen zuständigen Mitgliedstaat erfolgen kann. Rechtsgrundlage hierfür bildet die Dublin II-Verordnung.²⁰² Diese Verordnung legt die Kriterien und Verfahren fest, die bei der Bestimmung des für die Prüfung des Asylantrags zuständigen Mitgliedstaats zur Anwendung gelangen. Grundsätzlich ist derjenige Mitgliedstaat für das Asylverfahren zuständig, der für die Einreise eines Flüchtlings in die Mitgliedstaaten verantwortlich ist (z. B. Erteilung eines Visums, Einreise über EU-Außengrenze) bzw. bei dem der Asylbewerber zuerst einen Asylantrag gestellt

²⁰¹ Siehe dazu Statistisches Bundesamt 2009: Rechtspflege – Verwaltungsgerichte 2007. Fachserie 10 Reihe 2.4: 20.

²⁰² Verordnung (EG) Nr. 343/2003 des Rates zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen in einem Mitgliedstaat gestellten Asylantrags zuständig ist, vom 18. Februar 2003 (Abl. L 50 S. 1), in Kraft seit dem 1. September 2003.

hat.²⁰³ Ergibt die Prüfung, dass ein anderer Mitgliedstaat zuständig ist, wird an diesen ein Übernahmeersuchen gestellt. Hält der ersuchte Mitgliedstaat dies für begründet, stimmt er innerhalb der Antwortfrist zu. Zu beachten ist im Rahmen der Bestimmung der Zuständigkeit die Wahrung der Einheit der Familie, der Schutz unbegleiteter Minderjähriger und besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge.

Ziel des Verfahrens ist es, dass jeder in einem Mitgliedstaat der EU sowie in Norwegen, Island und der Schweiz²⁰⁴ gestellte Antrag materiell geprüft werden soll, und zwar durch lediglich einen an der Dublin II-Verordnung teilnehmenden Mitgliedstaat (Verhinderung des sogenannten Asylshop-ping). Dadurch soll die Sekundärwanderung innerhalb Europas gesteuert bzw. begrenzt werden, die erst durch den Wegfall der Binnengrenzkontrollen aufgrund des Inkrafttretens des Schengener Durchführungsübereinkommens in größerem Umfang möglich wurde.

Für den dafür notwendigen Informationsaustausch zwischen den Behörden der Mitgliedstaaten dient das zentrale, automatisierte Fingerabdruckidentifizierungssystem EURODAC.

Die Anzahl der Übernahmeersuchen des Bundesamtes nach der Dublin II-Verordnung stieg von 5.390 im Jahr 2007 auf 6.363 im Jahr 2008 (+18%). Gleichzeitig nahm die Zahl der Asylerstanträge um 15,2% zu. Die Anzahl der Aufgriffsfälle in Deutschland erhöhte sich sogar von 2.597 auf 3.266 um 26%. Dabei blieb der Anteil der auf EURODAC-Treffern beruhenden Übernahmeersuchen konstant (62,5%). Die Anzahl der Übernahmeersuchen aus den Mitgliedstaaten an Deutschland sank von 3.739 Ersuchen in 2007 auf 3.126 Ersuchen in 2008 (- 16,4%). Hier erhöhte sich der Anteil der auf EURODAC-Treffern beruhenden Übernahmeersuchen von 56,2% in 2007 auf 57,5% in 2008. Deutschland stellte damit 2008 mehr als doppelt so viele Ersuchen an andere Mitgliedstaaten als es von diesen erhielt.

Vier Fünftel der deutschen Zustimmungen zu den Übernahmeersuchen anderer Mitgliedstaaten beruhten darauf, dass bei dem Antragsteller bereits ein Asylantrag in Deutschland abgelehnt wurde bzw. sich der Antragsteller in einem laufenden Asylverfahren in Deutschland befindet. Ein bereits abgelehnter Asylantrag bzw. ein laufendes Asylverfahren waren auch die Hauptgründe der Zustimmungen der anderen Mitgliedstaaten zu den deutschen Übernahmeersuchen.

Deutschland überstellte im Jahr 2008 insgesamt 2.536 Personen, die meisten davon an Polen (425), Italien (335), Schweden (300), Frankreich (269) und Griechenland (222). Die Überstellungsquote Deutschlands betrug 57,5% in Bezug auf die gegebenen Zustimmungen und ist gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen. An Deutschland wurden 2008 insgesamt 1.782 Personen überstellt, die meisten aus Schweden (465), den Niederlanden (279), Frankreich (227), Belgien (218) und dem Vereinigten Königreich (156). Die Überstellungsquote der Mitgliedstaaten sank auf 75,1%.

²⁰³ Zum Dublin-Verfahren vgl. Dolk, Claudia 2008: Das Dublin-Verfahren in Deutschland, in: Asylmagazin 1-2/2008, S. 16-21; zur Dublin II-Verordnung vgl. Hruschka, Constantin 2008: Die Dublin II-Verordnung, in: Asylmagazin 1-2/2008, S. 1-15; zur Anwendung der Verordnung durch das BAMF vgl. Lang, Elisabeth 2008: Dublin II in der Praxis, in: Asylmagazin 1-2/2008, S. 22-24.

²⁰⁴ Das Dublin-Assoziierungsabkommen mit der Schweiz wurde am 12. Dezember 2008 in Kraft gesetzt (vgl. dazu (Schweizer) Bundesamt für Migration 2009: Migrationsbericht 2008. Bern: 32.

2.6.2.4 Nichtstaatliche und geschlechtsspezifische Verfolgung

Tabelle 2-23: Gewährung von Flüchtlingsschutz aufgrund nichtstaatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung im Jahr 2008

Herkunftsland	Gewährung von Flüchtlingsschutz nach § 3 Abs. 4 AsylVfG i.V.m. § 60 Abs. 1 AufenthG (ohne Familienflüchtlingsschutz)			
	insgesamt	nichtstaatliche Verfolgung	geschlechtsspezifische Verfolgung ¹	
			insgesamt	dar: aufgrund nichtstaatlicher Verfolgung ²
Afghanistan	50	42	8	8
Eritrea	101	1		
Irak	5.445	5.393	16	16
Iran	185	14	10	3
Myanmar	50	1		
Russische Föderation	30	5	7	2
Somalia	81	81	53	53
Sri Lanka	107	14		
Türkei			7	6
Alle Herkunftsländer	6.273	5.660	167	142

Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

1) Geschlechtsspezifische Verfolgung kann sowohl von staatlicher als auch von nichtstaatlicher Seite erfolgen.

2) Die Fälle geschlechtsspezifischer Verfolgung von Seiten nichtstaatlicher Akteure sind in Spalte 3 „nichtstaatliche Verfolgung“ enthalten.

Insgesamt wurde im Jahr 2008 5.660 Personen die Flüchtlingsanerkennung nach § 3 Abs. 4 AsylVfG i.V.m. § 60 Abs. 1 AufenthG aufgrund nichtstaatlicher Verfolgung gewährt (2007: 5.570; 2006: 179 Personen). Damit stieg die Zahl der Flüchtlingsanerkennungen aufgrund nichtstaatlicher Verfolgung im Vergleich zum Vorjahr leicht an (+1,6%). 95,3% bzw. 5.393 Flüchtlingsanerkennungen aufgrund nichtstaatlicher Verfolgung entfielen auf irakische Staatsangehörige. Insbesondere religiöse Minderheiten im Irak waren von nichtstaatlicher Verfolgung betroffen. Die Flüchtlingsanerkennung aufgrund nichtstaatlicher Verfolgung wurde zudem 81 Staatsangehörigen aus Somalia und 42 Personen aus Afghanistan gewährt (vgl. Tabelle 2-23).

Eine Flüchtlingsanerkennung aufgrund geschlechtsspezifischer Verfolgung²⁰⁵ wurde insgesamt 167 Asylantragstellern zugesprochen (2007: 183); bei 142 von ihnen geschah die Verfolgung durch nichtstaatliche Akteure. 96% der Asylsuchenden, die als Flüchtlinge aufgrund geschlechtsspezifischer Verfolgung anerkannt wurden, waren Frauen. Am häufigsten erhielten Asylbewerberinnen aus Somalia (53 Personen), dem Irak (16 Personen), dem Iran (10 Personen) und Äthiopien (10 Personen) den Flüchtlingsstatus aufgrund geschlechtsspezifischer Verfolgung.

²⁰⁵ Vom BAMF ist dabei im Einzelfall sorgfältig zu prüfen, ob etwa bei geltend gemachter Gefahr von Genitalverstümmelung, Ehrenmorden, Zwangsverheiratung, Mitgiftmorden etc. eine Flüchtlingsanerkennung zu gewähren ist.

2.6.2.5 Widerrufungsverfahren

Die Anerkennung als Asylberechtigter gemäß Art. 16a Abs. 1 GG bzw. die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft nach § 3 AsylVfG i.V.m. § 60 Abs. 1 AufenthG und die Feststellung von Abschiebungsverboten nach § 60 Abs. 2, 3, 5 oder Abs. 7 AufenthG sind zu widerrufen, wenn die Voraussetzungen (Verfolgungssituation im Herkunftsland) für sie nicht mehr vorliegen, bzw. zurückzunehmen, wenn sie aufgrund unrichtiger Angaben oder infolge Verschweigens wesentlicher Tatsachen zustande kamen (§ 73 AsylVfG). Im Falle des Familienasyls (§ 26 AsylVfG) ist die Anerkennung als Asylberechtigter zu widerrufen, wenn die Anerkennung des Asylberechtigten, von dem die Anerkennung abgeleitet worden ist, erlischt, widerrufen oder zurückgenommen wird und der Ausländer nicht aus anderen Gründen als Asylberechtigter anerkannt werden könnte; entsprechendes gilt für den Familienflüchtlingsschutz (§ 73 Abs. 2b AsylVfG).

Zusätzlich zu dieser anlassbezogenen Prüfungspflicht wurde mit dem Zuwanderungsgesetz am 1. Januar 2005 eine Regelprüfungspflicht hinsichtlich der Statusgewährungen nach Art. 16a Abs. 1 GG und § 3 Abs. 4 AsylVfG i.V.m. § 60 Abs. 1 AufenthG eingeführt. Nach § 73 Abs. 2a AsylVfG ist spätestens nach Ablauf von drei Jahren nach Unanfechtbarkeit der begünstigenden Entscheidung zu prüfen, ob die Voraussetzungen für einen Widerruf oder eine Rücknahme vorliegen. Das Prüfungsergebnis ist der zuständigen Ausländerbehörde mitzuteilen. Ergibt die Prüfung, dass die Voraussetzungen für einen Widerruf oder eine Rücknahme nicht vorliegen, hat die Ausländerbehörde nach § 26 Abs. 3 AufenthG dem Flüchtling eine Niederlassungserlaubnis zu erteilen. Nach § 73 Abs. 7 AsylVfG hatte für Entscheidungen über Asylanträge, die vor dem 1. Januar 2005 unanfechtbar wurden, die Prüfung spätestens bis zum 31. Dezember 2008 zu erfolgen.²⁰⁶

Der Widerruf der Asylberechtigung oder des Flüchtlingsstatus bedeutet nicht gleichzeitig den Verlust des entsprechenden Aufenthaltstitels oder gar die Aufenthaltsbeendigung. Vielmehr steht die Entscheidung über den Widerruf des Aufenthaltstitels des Ausländers sowie die Entscheidung über eine nachträgliche Verkürzung der Befristung einer Aufenthaltserlaubnis im Ermessen der Ausländerbehörde. Hierbei sind die schutzwürdigen Belange des Ausländers an einem weiteren Verbleib in Deutschland, insbesondere dessen wirtschaftliche und soziale Integration, zu berücksichtigen (§ 52 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4, § 7 Abs. 2 Satz 2 AufenthG). Aufenthaltsbeendigungen streben die Ausländerbehörden meist nur bei Personen an, die noch nicht lange in Deutschland leben, von sozialer Fürsorge leben, Straftäter sind oder ein sonstiges Sicherheitsrisiko bilden. Nach dem Ergebnis einer AZR-Abfrage (Januar 2009) waren circa 87 % der Personen, deren Asyl- bzw. Flüchtlingsanerkennung in den Jahren 2004 bis 2008 widerrufen wurde, zum Stichtag 31. Dezember 2008 noch im Besitz eines befristeten oder unbefristeten Aufenthaltstitels.

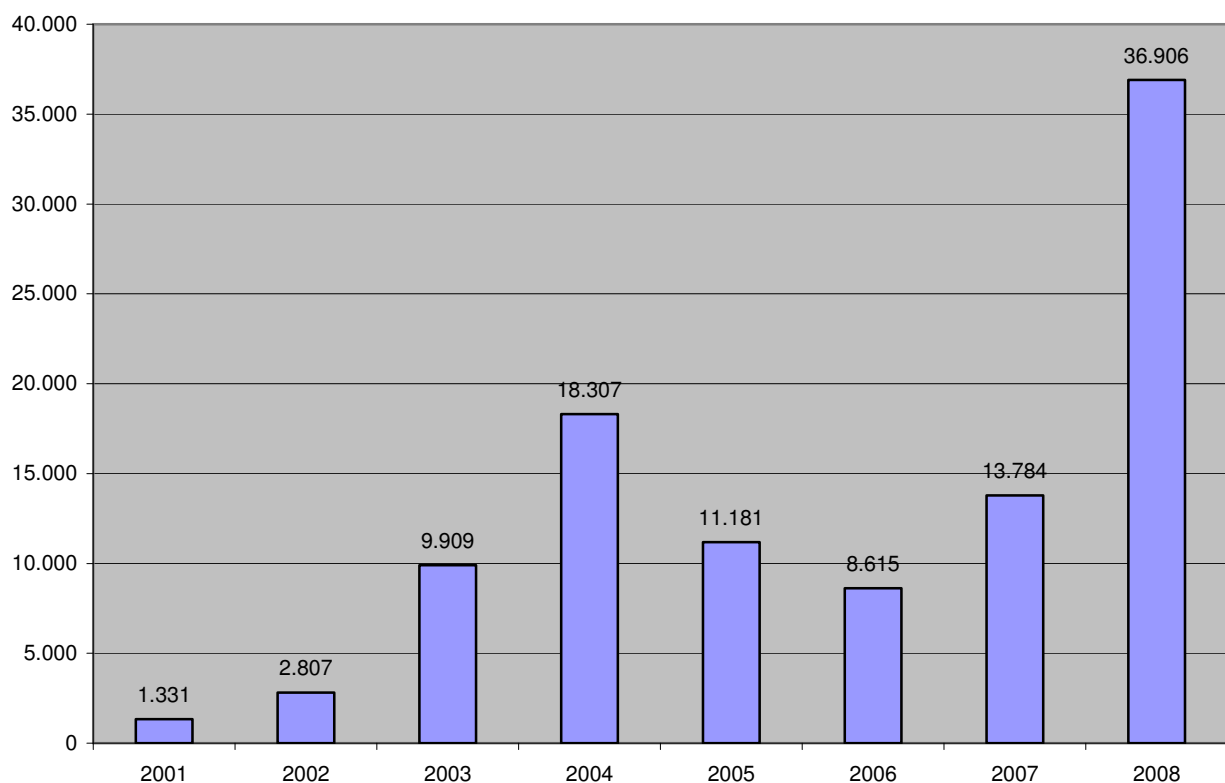
Am 7. Februar 2008 hat das Bundesverwaltungsgericht in drei Verfahren, in denen es um den Widerruf der Flüchtlingsanerkennung von Irakern geht, den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften (EuGH) in Luxemburg angerufen. Die dem Gerichtshof zur Vorabentscheidung vorgelegten Fragen betreffen die Auslegung der sogenannten Qualifikationsrichtlinie. Das Bundesverwaltungsgericht hat dem EuGH insbesondere die Frage vorgelegt, ob der Widerruf der Flüchtlingsanerkennung nach der Qualifikationsrichtlinie schon dann möglich ist, wenn die Umstände, aufgrund derer die Anerkennung erfolgte, weggefallen sind und der Flüchtling im Falle einer Rückkehr in sein Heimatland auch nicht aus anderen Gründen Verfolgung befürchten muss, oder ob weitergehende Anforderungen zu stellen sind. Derartige Anforderungen könnten darin bestehen, dass eine

²⁰⁶ Am 31. Dezember 2008 waren 7.742 der bis dahin eingeleiteten Widerrufsprüfverfahren („Altfälle“ im Sinne des § 73 Abs. 7 AsylVfG) noch nicht entschieden (vgl. Bundestagsdrucksache 16/12377 vom 23. März 2009: Widerrufungsverfahren gegen anerkannte kurdische Flüchtlinge).

prinzipiell schutzmächtige Herrschaftsgewalt im Heimatstaat vorhanden sein muss und, anders als nach der bisherigen Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts, dem Ausländer dort auch keine sonstigen Gefahren etwa im Hinblick auf die allgemeine Sicherheitslage oder die allgemeinen Lebensbedingungen drohen.²⁰⁷ Eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs wird für Anfang 2010 erwartet.

Nachdem die Zahl der Entscheidungen über Widerrufsverfahren von 1.331 im Jahr 2001 auf 18.307 im Jahr 2004 deutlich gestiegen war, sank diese in den beiden Folgejahren wieder ab. In den Jahren 2007 und 2008 wurde wieder ein Anstieg der Widerrufsverfahren registriert. Im Jahr 2008 wurden in 36.906 Widerrufsverfahren Entscheidungen getroffen (2007: 13.784) (vgl. Abbildung 2-20).²⁰⁸

Abbildung 2-20: Entscheidungen über Widerrufsverfahren von 2001 bis 2008



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

²⁰⁷ Vgl. Pressemitteilung des Bundesverwaltungsgerichts Nr. 4/2008 vom 7. Februar 2008.

²⁰⁸ Zur Entwicklung der Widerrufsverfahren vgl. auch Bundestagsdrucksache 16/9252.

Tabelle 2-24: Widerrufsverfahren im Jahr 2008

Herkunftsland	Entscheidungen über Widerrufsverfahren				
	insgesamt	Widerruf/Rücknahme	in %	kein Widerruf/ keine Rücknahme	in %
Irak	13.445	883	6,6	12.562	93,4
Türkei	7.564	3.403	45,0	4.161	55,0
Afghanistan	3.765	204	5,4	3.561	94,6
Iran	2.385	242	10,1	2.143	89,9
Russische Föderation	1.933	57	2,9	1.876	97,1
Syrien	1.314	35	2,7	1.279	97,3
Aserbaidshjan	695	37	5,3	658	94,7
Togo	681	541	79,4	140	20,6
Serbien	481	255	53,0	226	47,0
Pakistan	404	9	2,2	395	97,8
Eritrea	373	19	5,1	354	94,9
Sri Lanka	335	14	4,2	321	95,8
Kongo, Dem. Republik	333	50	15,0	283	85,0
Kosovo	307	197	64,2	110	35,8
sonstige Herkunftsländer	2.891	487	16,8	2.404	83,2
Herkunftsländer gesamt	36.906	6.433	17,4	30.473	82,6

Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Bei 82,6% bzw. 30.473 Personen von den im Jahre 2008 nach § 73 Abs. 2a AsylVfG durch das Bundesamt überprüften Asylberechtigten bzw. Flüchtlingen fand kein Widerruf bzw. keine Rücknahme der Anerkennungen statt. Statusüberprüfungen bei Staatsangehörigen aus dem Irak, Afghanistan, dem Iran, der Russischen Föderation, Syrien, Aserbaidshjan, Sri Lanka, Pakistan, Eritrea, Sri Lanka und der Demokratischen Republik Kongo führten in der ganz überwiegenden Zahl nicht zum Widerruf oder zur Rücknahme der Anerkennung. Beim Herkunftsland Türkei kam überwiegend bei mehreren Jahren zurückliegenden Anerkennungen bzw. Gewährungen des Flüchtlingsstatus ein Widerruf in Betracht. Dagegen wurde die Anerkennung bei Staatsangehörigen aus Togo, Serbien und dem Kosovo mehrheitlich widerrufen bzw. zurückgenommen (vgl. Tabelle 2-24).

2.6.3 Einreise und Aufenthalt aus weiteren völkerrechtlichen, humanitären und politischen Gründen

Zusätzlich zu der in den Kapiteln 2.6.1 und 2.6.2 dargestellten Zuwanderung von jüdischen Migranten aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion mit Ausnahme der baltischen Staaten und von Asylbewerbern wird im Folgenden die Einreise und der Aufenthalt von Ausländern aus weiteren völkerrechtlichen, humanitären und politischen Gründen aufgeführt.

So kann einem Ausländer nach § 22 S. 1 AufenthG für die Aufnahme aus dem Ausland aus völkerrechtlichen oder dringenden humanitären Gründen eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden. Die Erteilung fällt grundsätzlich in die Zuständigkeit der Länder. Eine Aufenthaltserlaubnis ist nach § 22 S. 2 AufenthG zu erteilen, wenn das Bundesministerium des Innern die Aufnahme des Ausländers

zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland erklärt hat.

Zudem wird nach § 24 AufenthG einem Ausländer, dem aufgrund eines Beschlusses des Rates der Europäischen Union gemäß der Richtlinie 2001/55/EG²⁰⁹ vorübergehender Schutz gewährt wird und der seine Bereitschaft erklärt hat, im Bundesgebiet aufgenommen zu werden, eine Aufenthaltserlaubnis für die nach der Richtlinie bemessene Dauer²¹⁰ erteilt. Die Regelung dient der europaeinheitlichen Aufnahme von Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlingen. Diese Vorschrift fand - da noch kein entsprechender Beschluss des Rates der Europäischen Union gefasst wurde - bislang keine Anwendung.

Nach § 25 Abs. 4 AufenthG kann einem nicht vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländer für einen vorübergehenden Aufenthalt eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, solange dringende humanitäre oder persönliche Gründe²¹¹ oder erhebliche öffentliche Interessen²¹² seine vorübergehende weitere Anwesenheit im Bundesgebiet erfordern.

Der durch das am 28. August 2007 in Kraft getretene Richtlinienumsetzungsgesetz eingefügte § 25 Abs. 4a AufenthG ermöglicht die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis für einen vorübergehenden Aufenthalt an einen Ausländer, der Opfer von Menschenhandel wurde, auch wenn er vollziehbar ausreisepflichtig ist.²¹³ Die Aufenthaltserlaubnis darf nur erteilt werden, wenn die Anwesenheit des Ausländers im Bundesgebiet als sachgerecht für das Strafverfahren erachtet wird, er jede Verbindung zu den beschuldigten Personen abgebrochen hat und er seine Bereitschaft erklärt hat, im Strafverfahren als Zeuge auszusagen.

Bis zum 31. Dezember 2008 wurde an 22 Personen eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 4a AufenthG erteilt. 21 dieser Aufenthaltserlaubnisse erhielten Frauen. 9 Personen, die eine entsprechende Aufenthaltserlaubnis erhielten, sind im Jahr 2008 eingereist.²¹⁴

Nach § 25 Abs. 5 AufenthG kann einem Ausländer, der vollziehbar ausreisepflichtig ist, eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, wenn seine Ausreise aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen nicht möglich ist und mit dem Wegfall der Ausreisehindernisse in absehbarer Zeit nicht zu rechnen ist. Die Aufenthaltserlaubnis soll erteilt werden, wenn die Abschiebung seit 18 Monaten ausgesetzt

²⁰⁹ Richtlinie 2001/55/EG des Rates vom 20. Juli 2001 über „Mindestnormen für die Gewährung vorübergehenden Schutzes im Falle eines Massenzustroms von Vertriebenen und über Maßnahmen zur Förderung einer ausgewogenen Verteilung der mit der Aufnahme dieser Personen und den Folgen dieser Aufnahme verbundenen Belastungen auf die Mitgliedstaaten“.

²¹⁰ Nach Artikel 4 der Richtlinie beträgt die Dauer des vorübergehenden Schutzes ein Jahr. Diese verlängert sich zweimal automatisch um jeweils sechs Monate, sofern der Rat keinen Beschluss zur Beendigung des vorübergehenden Schutzes fasst.

²¹¹ Dringende persönliche Gründe im Sinne dieser Vorschrift sind beispielsweise die Durchführung einer medizinischen Operation, die im Herkunftsland nicht gewährleistet ist, die unmittelbar bevorstehende Eheschließung mit einem Deutschen oder einem Ausländer, der einen Aufenthaltstitel besitzt oder der Abschluss einer Schul- oder Berufsausbildung (vgl. Storr u.a. 2005: 159f).

²¹² Ein erhebliches öffentliches Interesse kann vorliegen, wenn der Ausländer als Zeuge in einem Gerichtsverfahren benötigt wird (vgl. Storr u.a. 2005: 160).

²¹³ Der eingefügte Absatz dient der Umsetzung der Opferschutzrichtlinie (Richtlinie 2004/81/EG vom 29. April 2004 über die Erteilung von Aufenthaltstiteln für Drittstaatsangehörige, die Opfer des Menschenhandels sind oder denen Beihilfe zur illegalen Einwanderung geleistet wurde und die mit den zuständigen Behörden kooperieren).

²¹⁴ Nach Angaben des Bundeskriminalamts (BKA) wurden im Jahr 2007 689 Opfer des Menschenhandels zum Zweck der sexuellen Ausbeutung ermittelt, was einem Rückgang um 11% im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Darunter befanden sich 505 Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit. 95% der Opfer von Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung waren Frauen. Zusätzlich wurden 101 Opfer des Menschenhandels zum Zweck der Ausbeutung der Arbeitskraft registriert (+22% im Vergleich zum Vorjahr), zwei Drittel davon Frauen (vgl. dazu Bundeskriminalamt 2008: Menschenhandel – Bundeslagebild 2007).

ist. Die Aufenthaltserlaubnis darf jedoch nur erteilt werden, wenn der Ausländer unverschuldet an der Ausreise gehindert ist.²¹⁵ Bei der Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes von 2004 stellte sich heraus, dass dem überwiegenden Teil der Geduldeten keine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 AufenthG erteilt werden konnte, weil die betreffenden Personen entweder freiwillig ausreisen können oder weil sie durch eigenes Verschulden an der Ausreise gehindert sind.

Die Innenministerkonferenz (IMK) hat sich der Problematik der Vielzahl langjährig Geduldeter auf ihrer Sitzung am 17. November 2006 angenommen und eine Regelung beschlossen, mit der den langjährig Geduldeten, die bereits in einem Beschäftigungsverhältnis stehen und damit ihren Lebensunterhalt sichern, eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird (§ 23 Abs. 1 AufenthG). Diese Bleiberechtsregelung wurde im Rahmen des am 28. August 2007 in Kraft getretenen Richtlinienumsetzungsgesetzes durch die sog. gesetzliche Altfallregelung ergänzt (§§ 104a, 104b AufenthG). Danach erhalten Geduldete, die sich am 1. Juli 2007 seit mindestens acht Jahren oder, falls in häuslicher Gemeinschaft mit minderjährigen Kindern lebend, seit mindestens sechs Jahren in Deutschland aufhalten, ein Mindestmaß an Integrationswilligkeit zeigen und die Ausländerbehörden nicht vorsätzlich getäuscht haben, bis zum 31. Dezember 2009 eine Aufenthaltserlaubnis und einen gleichrangigen Arbeitsmarktzugang. Nach dem 31. Dezember 2009 wird die Aufenthaltserlaubnis nur verlängert, wenn der Ausländer in den vergangenen zweieinhalb Jahren überwiegend erwerbstätig war und für die Zukunft Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass er seinen Lebensunterhalt sichern kann.²¹⁶

Tabelle 2-25: Aus dem Ausland aufgenommene Ausländer nach § 22 AufenthG in den Jahren von 2006 bis 2008 (erteilte Aufenthaltserlaubnisse in den Jahren 2006 bis 2008 mit Einreise im gleichen Jahr, Bestandszahlen jeweils zum 31. Dezember)

Staatsangehörigkeit	2006	2007	2008
Jemen	17	28	26
Aserbaidshan	0	0	4
Russische Föderation	1	3	2
Eritrea	12	0	1
Sonstige	24	15	7
Insgesamt	54	46	40

Quelle: Ausländerzentralregister

Im Jahr 2008 wurden in Deutschland gemäß § 22 AufenthG 40 Ausländer aus völkerrechtlichen oder dringenden humanitären Gründen aus dem Ausland aufgenommen (2007: 46). Davon stammten 26 Personen aus dem Jemen (vgl. Tabelle 2-25). Dies entspricht einem Anteil von zwei Dritteln an allen nach § 22 AufenthG aufgenommenen Personen.

²¹⁵ Ein Verschulden des Ausländers liegt etwa vor, wenn der Ausländer falsche Angaben macht oder über seine Identität oder Staatsangehörigkeit täuscht oder zumutbare Anforderungen zur Beseitigung der Ausreisehindernisse nicht erfüllt.

²¹⁶ Vgl. dazu Kapitel 6.1.4.

Tabelle 2-26: Aus dringenden humanitären oder persönlichen Gründen nach § 25 Abs. 4 AufenthG erteilte Aufenthaltserlaubnisse in den Jahren von 2006 bis 2008 mit Einreise jeweils im gleichen Jahr (Bestandszahlen jeweils zum 31. Dezember)

Staatsangehörigkeit	2006	2007	2008	
				darunter: weiblich
Vereinigte Arabische Emirate	376	413	318	130
Russische Föderation	144	271	307	172
Saudi-Arabien	198	337	253	95
Afghanistan	41	177	197	68
Angola	0	58	132	60
Libyen	42	149	105	37
Ukraine	31	73	83	48
Kuwait	100	62	46	20
Vereinigte Staaten	14	26	41	25
Irak	26	32	37	14
Türkei	40	49	35	30
Sonstige	613	711	786	459
Insgesamt	1.625	2.358	2.340	1.158

Quelle: Ausländerzentralregister

Im Jahr 2008 kamen 2.340 ausländische Staatsangehörige nach Deutschland, denen eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 4 AufenthG erteilt wurde. Dies entspricht etwa der Größenordnung des Vorjahres (2007: 2.358). Hauptherkunftsländer waren die Vereinigten Arabischen Emirate (318 Personen), die Russische Föderation (307 Personen), Saudi-Arabien (253 Personen) und Afghanistan (197 Personen) (vgl. Tabelle 2-26). Etwa die Hälfte der nach § 25 Abs. 4 eingereisten Personen waren Frauen.

Tabelle 2-27: Vorliegen von Ausreisehindernissen nach § 25 Abs. 5 AufenthG in den Jahren von 2006 bis 2008 (erteilte Aufenthaltserlaubnisse in den Jahren 2006 bis 2008 mit Einreise im gleichen Jahr, Bestandszahlen jeweils zum 31. Dezember)

Staatsangehörigkeit	2006	2007	2008	
				darunter: weiblich
Serbien sowie ehem. Serbien und Montenegro	19	43	28	14
Ungeklärt und staatenlos	23	21	23	7
Türkei	11	7	23	8
Vietnam	7	11	16	3
Russische Föderation	2	11	15	11
Sonstige	88	106	185	79
Insgesamt	150	199	290	122

Quelle: Ausländerzentralregister

Insgesamt erhielten 290 Personen, die im Jahr 2008 nach Deutschland eingereist sind, eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 AufenthG (2007: 199) (vgl. Tabelle 2-27). Dies entspricht einem Anstieg um 46% im Vergleich zum Vorjahr. 28 Aufenthaltserlaubnisse wurden an Staatsangehörige aus Serbien bzw. dem ehemaligen Serbien und Montenegro erteilt, 23 Aufenthaltserlaubnisse an Personen, die staatenlos sind oder deren Staatsangehörigkeit nicht geklärt ist. Ebenfalls 23 Aufenthaltserlaubnisse gingen an türkische Staatsangehörige. An vietnamesische Staatsangehöri-

ge wurden 16 Aufenthaltserlaubnisse erteilt. 42% der Aufenthaltserlaubnisse nach § 25 Abs. 5 AufenthG gingen an Frauen.

Das Bundesministerium des Innern hat im Benehmen mit den Bundesländern am 5. Dezember 2008 eine Aufnahmeanordnung nach § 23 Abs. 2 AufenthG erlassen, die eine Aufnahme von bis zu 2.500 irakischen Flüchtlingen aus Syrien und Jordanien vorsieht.²¹⁷ Die Aufnahme setzt voraus, dass der Betroffene auf absehbare Zeit keine Aussicht auf Rückkehr in den Irak und auch keine Aussicht auf eine Integration in den Nachbarstaaten des Irak hat. Ein besonderes Schutzbedürfnis liegt vor bei Angehörigen im Irak verfolgter, insbesondere religiöser Minderheiten, bei Personen, die besonderer medizinischer Hilfe bedürfen und bei alleinstehenden Frauen mit familiären Unterhalts- bzw. Betreuungspflichten. Als weitere Auswahlkriterien sollen zudem die Integrationsfähigkeit²¹⁸ in Deutschland, die Wahrung der Einheit der Familie, familiäre Bindungen nach Deutschland und der Grad der Schutzbedürftigkeit berücksichtigt werden. Ausgeschlossen von der Aufnahme sind Personen, die im früheren irakischen Herrschaftssystem eine bedeutsame Funktion ausgeübt haben, Straftäter und Angehörige von Terrorgruppen.

Den ausgewählten Personen wird zunächst eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 2 AufenthG für bis zu drei Jahre erteilt, eine anschließende Verlängerung ist grundsätzlich möglich. Die Aufenthaltserlaubnis wird mit einer wohnsitzbeschränkenden Auflage versehen, soweit und solange Leistungen nach dem SGB II oder SGB XII bezogen werden. Sie berechtigt zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit. Die Erstaufnahme der ausgewählten Personen wird, mit Ausnahme von medizinischen Schwerstfällen, zentral über das Grenzdurchgangslager Friedland (Niedersächsisches Zentrum für Integration) durchgeführt. Die Verteilung auf die Bundesländer erfolgt unter Einbeziehung von Vertretern der Länder durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.²¹⁹

Die ersten irakischen Flüchtlinge kamen am 19. März 2009 in Deutschland an. Bislang sind 2.069 Personen eingereist (Stand: 19. November 2009). 1.734 Iraker wurden aus Syrien und 335 aus Jordanien ausgeflogen. Unter den eingereisten Personen befanden sich 967 Männer und 1.102 Frauen, darunter 93 alleinstehende Frauen. 1.087 der aufgenommenen Iraker sind Angehörige der christlichen Minderheit, 447 Personen gehören der Minderheit der Mandäer an.

2.6.4 Aufenthaltsgewährung in Härtefällen

Nach § 23a Abs. 1 AufenthG darf die oberste Landesbehörde anordnen, dass einem Ausländer, der vollziehbar ausreisepflichtig ist, abweichend von den in diesem Gesetz festgelegten Erteilungs- und Verlängerungsvoraussetzungen für einen Aufenthaltstitel eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird, wenn eine von der Landesregierung durch Rechtsverordnung eingerichtete Härtefallkommission darum ersucht. Voraussetzung für ein Härtefallersuchen ist, dass nach den Feststellungen der Härtefallkommission dringende humanitäre oder persönliche Gründe die weitere Anwesenheit des

²¹⁷ Zu diesem Zweck wurde beim BAMF eine „Projektgruppe Humanitäre Sonderverfahren“ eingerichtet, die eine Vorprüfung der vom UNHCR vorgeschlagenen Personen durchführt. Anschließend wird von Mitarbeitern des BAMF vor Ort in Syrien und Jordanien eine abschließende Entscheidung auf der Basis von Interviews getroffen.

²¹⁸ Diese wird etwa anhand der schulischen und beruflichen Bildung, der Berufserfahrung und der deutschen Sprachkenntnisse überprüft.

²¹⁹ Die Verteilung der ausgewählten Personen auf die Bundesländer erfolgt nach Maßgabe des für die Verteilung von Asylbewerbern festgelegten Schlüssels und unter Berücksichtigung familiärer und sonstiger besonders integrationsförderlicher Bindungen.

Ausländer im Bundesgebiet rechtfertigen (§ 23a Abs. 2 AufenthG). Mittlerweile sind in allen Bundesländern Härtefallkommissionen eingerichtet.²²⁰

Die Befristung des § 23a AufenthG bis zum 31. Dezember 2009 (Artikel 15 Absatz 4 Zuwanderungsgesetz) wurde durch Artikel 2 des Arbeitsmigrationssteuerungsgesetzes vom 20. Dezember 2008 aufgehoben.

Tabelle 2-28: Erteilte Aufenthaltserlaubnisse nach der Härtefallregelung des § 23a AufenthG nach Bundesländern (Stand zum 31. Dezember 2008)¹

Bundesland	Gesamt
Baden-Württemberg	1.006
Bayern	136
Berlin	1.314
Brandenburg	74
Bremen	23
Hamburg	122
Hessen	145
Mecklenburg-Vorpommern	32
Niedersachsen	34
Nordrhein-Westfalen	816
Rheinland-Pfalz	145
Saarland	176
Sachsen	88
Sachsen-Anhalt	102
Schleswig-Holstein	155
Thüringen	199
Insgesamt	4.567

Quelle: Ausländerzentralregister

1) Hierbei handelt es sich um eine Bestandszahl zum 31. Dezember 2008. Die überwiegende Zahl der Personen, die zwischen 2005 und 2008 eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23a AufenthG erhalten haben, ist vor 2005 nach Deutschland eingereist und hielt sich zum Teil schon viele Jahre im Bundesgebiet auf.

Bis zum 31. Dezember 2008 wurde an fast 4.600 ausländische Staatsangehörige eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23a AufenthG erteilt, die meisten davon in den Bundesländern Berlin, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen (vgl. Tabelle 2-28).²²¹ Die Differenzen in der Zahl der Erteilungen von Aufenthaltserlaubnissen hängen auch mit dem Zeitpunkt der Konstituierung der Härtefallkommissionen in den Bundesländern zusammen. So wurden in Bayern und Niedersachsen erst Ende September 2006 entsprechende Kommissionen eingerichtet.

Etwa die Hälfte der Aufenthaltserlaubnisse wurde an Staatsangehörige aus Serbien bzw. dem ehemaligen Serbien und Montenegro sowie dem Kosovo erteilt (2.150 Aufenthaltserlaubnisse).²²² An türkische Staatsangehörige gingen 554 Aufenthaltserlaubnisse, an Staatsangehörige aus Bosnien und Herzegowina 323 Aufenthaltserlaubnisse.

²²⁰ Die Härtefallkommissionen wurden in den einzelnen Bundesländern zu unterschiedlichen Zeitpunkten eingerichtet. Als Letzte haben sich die Härtefallkommissionen in Bayern und Niedersachsen konstituiert (26. September 2006).

²²¹ Vgl. dazu auch Bundestagsdrucksache 16/12029 vom 23. Februar 2009: 9.

²²² Diese Zahl enthält auch Personen, die im AZR noch mit einer Staatsangehörigkeit des ehemaligen Jugoslawien geführt werden.

2.7 Einreise und Aufenthalt aus familiären Gründen (Ehegatten- und Familiennachzug)

Die Einreise und der Aufenthalt ausländischer Ehegatten und Kinder von in Deutschland lebenden Personen ist seit dem 1. Januar 2005 in den §§ 27-36 des Aufenthaltsgesetzes geregelt. Der Familiennachzug wird aufgrund von Art. 6 Abs. 1 des Grundgesetzes zum Schutz von Ehe und Familie gewährt (§ 27 Abs. 1 AufenthG). Die Regelungen des Aufenthaltsgesetzes zum Familiennachzug finden Anwendung auf Ausländer, die weder Unionsbürger noch Familienangehörige von Unionsbürgern sind. Sie gelten ferner für den Nachzug von Drittstaatsangehörigen zu Deutschen. Die vollständige Umsetzung der EU-Familiennachzugsrichtlinie²²³ in nationales Recht geschah mit dem am 28. August 2007 in Kraft getretenen „Gesetz zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union“ (Richtlinienumsetzungsgesetz). Der Zuzug von bzw. zu freizügigkeitsberechtigten Unionsbürgern und ihren Familienangehörigen ist auf der Basis der europarechtlichen Vorgaben im FreizügG/EU²²⁴ geregelt.

Das Aufenthaltsgesetz sieht grundsätzlich als nachzugsberechtigt nur die Kernfamilie an, wobei in Härtefällen Ausnahmen gemacht werden können. Nachzugsberechtigt sind daher im wesentlichen Kinder und Ehegatten von in Deutschland lebenden Deutschen und Ausländern. Die Nachzugsregelungen sind dabei, je nach Rechtsstellung des in Deutschland lebenden Angehörigen, sehr stark in unterschiedliche Ansprüche und Ermessensnormen ausdifferenziert. Grundsätzlich wird zwischen dem Nachzug zu Deutschen und Ausländern unterschieden. So ist beispielsweise der Familiennachzug von ausländischen Kindern zu Deutschen und Asylberechtigten bzw. GFK-Flüchtlings²²⁵ bis zur Volljährigkeit möglich, während der Nachzug zu sonstigen Ausländern - mit Ausnahmen - nur zugelassen wird, wenn die Kinder das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

Durch das am 28. August 2007 in Kraft getretene Richtlinienumsetzungsgesetz wurden wesentliche Neuregelungen für den Ehegattennachzug in das Aufenthaltsgesetz aufgenommen.²²⁶ Es wurden einige Ausschlussgründe für den Familiennachzug eingeführt. Der Familiennachzug wird nicht zugelassen, wenn feststeht, dass eine sog. Schein- oder Zwangsehe vorliegt (§ 27 Abs. 1a AufenthG). Zusätzliche Voraussetzungen für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis an den Ehegatten eines drittstaatsangehörigen Ausländers sind nunmehr, dass beide Ehegatten das 18. Lebensjahr vollendet haben (§ 30 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 AufenthG) und der nachziehende Ehegatte sich zumindest auf einfache Art in deutscher Sprache verständigen kann (§ 30 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 AufenthG). Diese Bedingungen gelten auch für den Ehegatten eines Deutschen (§ 28 Abs. 1 S. 5 AufenthG). Die Neuregelungen sollen dazu beitragen, die Integration zu fördern und Zwangsverheiratungen zu vermeiden.²²⁷ Für eine Reihe von Fällen sieht das Gesetz Ausnahmen vom Mindestalter und/oder Sprachnachweis vor. So ist ein Sprachnachweis nicht erforderlich, wenn

- der Ausländer einen Aufenthaltstitel als Hochqualifizierter nach § 19 AufenthG, als Forscher nach § 20 AufenthG oder als Selbständiger nach § 21 AufenthG besitzt und die Ehe bereits vor der Einreise ins Bundesgebiet bestand (§ 30 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 AufenthG),

²²³ Richtlinie 2003/86/EG des Rates vom 22. September 2003 betreffend das Recht auf Familienzusammenführung (Abl. EU Nr. L 251 S. 12).

²²⁴ Durch das am 1. Januar 2005 in Kraft getretene Freizügigkeitsgesetz/EU wurden das AufenthG/EWG und die FreizügV/EG abgelöst.

²²⁵ Durch das Zuwanderungsgesetz wurde eine Angleichung des Status von GFK-Flüchtlings mit dem von Asylberechtigten vorgenommen (siehe Kapitel 2.6).

²²⁶ Die Bundesregierung führt eine Evaluierung der Anwendung der Regelung zum Sprachnachweis durch. Die Evaluierung bezieht sich auf die praktische Umsetzung im Rahmen des Visumverfahrens und in den Sprachkursen und -prüfungen (vgl. Bundestagsdrucksache 16/12979: 18).

²²⁷ Vgl. dazu die Begründung zum Richtlinienumsetzungsgesetz.

- der Ausländer einen Aufenthaltstitel als Asylberechtigter oder GFK-Flüchtling besitzt und die Ehe bereits bestand, als der Ausländer seinen Lebensmittelpunkt ins Bundesgebiet verlegt hat (§ 30 Abs. 1 S. 3 Nr. 1 AufenthG),
- der nachziehende Ehegatte aufgrund einer körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung oder Krankheit nicht in der Lage ist, einfache deutsche Sprachkenntnisse nachzuweisen (§ 30 Abs. 1 S. 3 Nr. 2 AufenthG)
- bei dem nachziehenden Ehegatten ein erkennbar geringer Integrationsbedarf besteht (§ 30 Abs. 1 S. 3 Nr. 3 AufenthG) oder
- der Ausländer eine Staatsangehörigkeit besitzt, die ihm auch für einen Aufenthalt, der kein Kurzaufenthalt ist, die visumfreie Einreise und den visumfreien Aufenthalt im Bundesgebiet gestattet (§ 30 Abs. 1 S. 3 Nr. 4 AufenthG).

Beim Sprachnachweis sind einfache Deutschkenntnisse auf der „Kompetenzstufe A1 des Gemeinsamen europäischen Referenzrahmens für Sprachen“ (GER) nachzuweisen. Der Nachweis ist vor der Einreise bei der Beantragung des Visums für den Ehegattennachzug in der deutschen Auslandsvertretung zu erbringen. Dazu ist grundsätzlich ein Sprachzeugnis beizubringen, welches auf einer standardisierten Sprachprüfung gemäß den Standards der Association of Language Testers in Europe (ALTE) beruht.²²⁸ In Ländern, in denen noch keine Sprachprüfungen „Start Deutsch 1“ angeboten werden, „hat sich die Auslandsvertretung auf andere geeignete Weise vom Vorliegen der einfachen Deutschkenntnisse der Antragsteller zu überzeugen.“²²⁹ Dabei wird im Rahmen der persönlichen Vorsprache das Vorhandensein einfacher Deutschkenntnisse, die den Anforderungen des Sprachniveaus A1 des GER entsprechen, überprüft.²³⁰

Nach § 28 Abs.1 AufenthG ist eine Aufenthaltserlaubnis dem Ehegatten sowie dem minderjährigen ledigen Kind eines Deutschen sowie dem Elternteil eines minderjährigen ledigen Deutschen zur Ausübung der Personensorge zu erteilen, wenn der Deutsche seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Bundesgebiet hat. Die Aufenthaltserlaubnis berechtigt zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit (§ 28 Abs. 5 AufenthG).

Voraussetzung für den Familiennachzug zu einem Drittstaatsangehörigen ist, dass der bereits hier lebende Ausländer eine Niederlassungserlaubnis, eine Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG oder eine Aufenthaltserlaubnis besitzt und ausreichender Wohnraum zur Verfügung steht (§ 29 Abs. 1 AufenthG). Zudem muss der Lebensunterhalt des Familienangehörigen ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel gesichert sein (§ 5 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG)²³¹, und es darf kein Ausweisungsgrund vorliegen (§ 5 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG). Bei Asylberechtigten und anerkannten GFK-Flüchtlingen (Konventionsflüchtlingen) kann vom Nachweis ausreichenden Wohnraums und eigenständiger Unterhaltssicherung abgesehen werden (§ 29 Abs. 2 AufenthG). Einem Ausländer, der

²²⁸ Die Prüfung umfasst insgesamt eine Sprachkenntnis von circa 650 Wörtern, von denen lediglich etwa 300 Wörter aktiv beherrscht werden sollten. Vgl. Bundestagsdrucksache 16/9137: 5.

²²⁹ Vgl. Bundestagsdrucksache 16/7259 vom 22. November 2007: 5.

²³⁰ Vgl. dazu Breitzkreutz/Franßen-de la Cerda/Hübner 2007: 381f sowie Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2007a: 82ff.

²³¹ Am 26. August 2008 hat das Bundesverwaltungsgericht in einem Urteil entschieden, dass der Lebensunterhalt eines Ausländers dann nicht im Sinne des AufenthG gesichert ist, wenn er Anspruch auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II hat. Ob die Leistungen tatsächlich in Anspruch genommen werden, ist dabei unerheblich (BVerwG 1 C 32.07). Vgl. die Pressemitteilung des Bundesverwaltungsgerichts vom 26. August 2008 Nr. 54/2008. In einem weiteren Urteil vom 30. April 2009 hat das Bundesverwaltungsgericht entschieden, dass bei der erstmaligen Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zum Ehegattennachzug zu einem Ausländer der Lebensunterhalt gesichert sein muss. Ein Ermessen der Ausländerbehörde bestehe in diesem Fall nicht (BVerwG 1 C 3.08). Vgl. die Pressemitteilung des Bundesverwaltungsgerichts vom 30. April 2009 Nr. 27/2009.

eine Aufenthaltserlaubnis aus bestimmten humanitären Gründen besitzt, kann der Nachzug von Familienangehörigen nur nach den Umständen des Einzelfalls gestattet werden; zudem muss die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis an die Familienangehörigen aus humanitären und völkerrechtlichen Gründen erfolgen. Sofern die Aufenthaltserlaubnis nur für einen vorübergehenden Aufenthalt gewährt wurde oder weil eine Ausreise über einen längeren Zeitraum nicht möglich ist, wird ein Familiennachzug nicht gewährt (§ 29 Abs. 3 AufenthG). Einem nachziehenden Familienangehörigen wird zunächst eine (befristete) Aufenthaltserlaubnis erteilt (§ 27 Abs. 1 AufenthG).

Der Arbeitsmarktzugang für Familienangehörige richtet sich danach, inwieweit der Ausländer, zu dem der Familiennachzug erfolgt, zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit berechtigt ist. Familienangehörige von Ausländern mit gleichberechtigtem (unbeschränktem) Arbeitsmarktzugang erhalten ebenfalls einen gleichberechtigten Zugang, Angehörige von Personen mit nachrangigem Zugang einen nachrangigen Zugang. Im Übrigen erhalten sie einen gleichberechtigten Arbeitsmarktzugang, wenn die eheliche Lebensgemeinschaft seit mindestens zwei Jahren rechtmäßig im Bundesgebiet bestanden hat (§ 29 Abs. 5 AufenthG),²³² es sei denn, der Ausländer, zu dem der Nachzug stattfindet, verfügt nur über ein befristetes Aufenthaltsrecht und hat selbst keine Perspektive auf einen Daueraufenthalt und einen uneingeschränkten Arbeitsmarktzugang.

Beim Kindernachzug besteht ein Nachzugsanspruch bis zum 18. Lebensjahr bei minderjährigen ledigen Kindern von deutschen Staatsangehörigen, von Asylberechtigten und – mit Inkrafttreten des Aufenthaltsgesetzes – auch von GFK-Flüchtlingsen²³³ (§ 32 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG) sowie bei Kindern, die im Familienverbund einreisen (§ 32 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG). Ebenfalls nachzugsberechtigt bis zum 18. Lebensjahr sind Kinder, die die deutsche Sprache beherrschen und bei denen gewährleistet ist, dass sie sich auf Grund ihrer bisherigen Ausbildung und Lebensverhältnisse in die Lebensverhältnisse in Deutschland einfügen können (§ 32 Abs. 2 AufenthG). Ansonsten gilt als Altersgrenze des Kindernachzugs das 16. Lebensjahr (§ 32 Abs. 3 AufenthG) sowie eine Ermessensregelung zur Vermeidung einer besonderen Härte, bei der das Kindeswohl und die familiäre Situation zu berücksichtigen sind (§ 32 Abs. 4 AufenthG).

Der Nachzug sonstiger Familienangehöriger kann gewährt werden, wenn es zur Vermeidung einer außergewöhnlichen Härte erforderlich ist (§ 36 Abs. 2 AufenthG). Zudem ist den Eltern eines minderjährigen Asylberechtigten oder anerkannten GFK-Flüchtlings eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen, wenn sich kein sorgeberechtigter Elternteil im Bundesgebiet aufhält (§ 36 Abs. 1 AufenthG).

In Bezug auf den Familiennachzug zu Unionsbürgern hat der Europäische Gerichtshof mit seinem Urteil vom 25. Juli 2008 in der Rechtssache „Metock“ (C-127/08) entschieden, dass die Anwendung der Richtlinie 2004/38/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 29. April 2004 (Freizügigkeitsrichtlinie) bei Familienangehörigen von Unionsbürgern nicht davon abhängt, dass diese sich zuvor in einem anderen Mitgliedstaat aufgehalten haben. Vielmehr gilt die Richtlinie für jeden Unionsbürger, der sich in einem anderen Mitgliedstaat als den, dessen Staatsangehörigkeit er besitzt, begibt oder sich dort aufhält, sowie für seine Familienangehörigen, die ihn in diesen Mitgliedstaat begleiten oder ihm dorthin nachziehen. Der nicht die Unionsbürgerschaft besitzende Ehegatte eines Unionsbürgers kann sich also auf die Bestimmungen der Freizügigkeitsrichtlinie

²³² Ebenfalls nach zwei Jahren erhalten nachziehende Ehegatten bei Aufhebung der ehelichen Lebensgemeinschaft ein eigenständiges Aufenthaltsrecht (§ 31 Abs. 1 AufenthG). Zur Vermeidung einer besonderen Härte, kann von der Voraussetzung des zweijährigen rechtmäßigen Bestehens der Ehe im Bundesgebiet abgesehen werden (§ 31 Abs. 2 AufenthG).

²³³ Für diese galt bis dahin eine Ermessensregelung.

unabhängig davon berufen, wann und wo die Ehe geschlossen wurde oder wie der betreffende Drittstaatsangehörige in den Aufnahmemitgliedstaat eingereist ist.

Der Familiennachzug zu nicht-deutschen Unionsbürgern richtet sich ausschließlich nach dem Freizügigkeitsgesetz/EU. Danach brauchen Drittstaatsangehörige beim Ehegattennachzug zum nicht-deutschen Unionsbürger keine einfachen Deutschkenntnisse nachzuweisen, wohingegen sie beim Nachzug zu einem Deutschen oder zu einem Ausländer ohne Unionsbürgerschaft diesen Nachweis nach dem Aufenthaltsgesetz grundsätzlich weiterhin erbringen müssen.

Die Bundesregierung ist sich mit einer Mehrheit der Mitgliedstaaten einig, dass die vorgenannte Auslegung der Freizügigkeitsrichtlinie durch den Europäischen Gerichtshof möglicherweise zu einem verstärkten Missbrauch führen kann, z. B. zu Scheineheschließungen mit Unionsbürgern, um die nationalen Vorschriften zum Familiennachzug zu umgehen. Die Mitgliedstaaten – darunter auch Deutschland – haben im Nachgang zur sog. Metock Rechtsprechung des EuGH einen möglichen Missbrauch von Freizügigkeitsrechten wiederholt thematisiert. Nicht zuletzt durch die Rezeption der genannten EuGH-Rechtsprechung hat die Thematik auf europäischer Ebene an Bedeutung gewonnen: Die Mitgliedstaaten sind sich einig darüber,²³⁴ vorrangig die wirksame Anwendung der Richtlinie 2004/38/EG sicherzustellen und auch in den nächsten Jahren Betrug und Missbrauch im Zusammenhang mit dem grundlegenden Prinzip des Rechts auf Freizügigkeit weiterhin genau zu beobachten und dagegen vorzugehen. Schließlich sollen die Mitgliedstaaten Informationen über Missbrauch und Betrug austauschen und der Kommission über systematische Trends Bericht erstatten. Die Arbeitsgruppe der Kommission zur Umsetzung der Freizügigkeitsrichtlinie hat das Thema aufgegriffen.

Im Jahr 2008 sind 1.787 Familienangehörige von Unions- bzw. EWR-Bürgern ins Bundesgebiet eingereist, denen eine Aufenthaltskarte nach § 5 Abs. 2 FreizügG/EU ausgestellt wurde.²³⁵ Darunter befinden sich 184 Staatsangehörige aus Brasilien, 150 aus der Schweiz, 129 aus den Vereinigten Staaten, 86 aus der Türkei und 82 aus der Russischen Föderation.

Der Ehegatten- und Familiennachzug kann nicht aus der allgemeinen Zu- und Fortzugsstatistik ersehen werden, da diese nicht nach der Migrationsart differenziert. Eine wichtige Grundlage für die Erfassung des Ehegatten- und Familiennachzugs bietet jedoch die Visastatistik des Auswärtigen Amtes. Sie weist diejenigen Fälle aus, in denen in einer deutschen Vertretung im Ausland ein Visum auf Nachzug eines Ehegatten oder Familienangehörigen erteilt worden ist.

Seit dem Jahr 2005 kann neben der Visastatistik des Auswärtigen Amtes auch das Ausländerzentralregister (AZR) als Datenquelle für den Ehegatten- und Familiennachzug genutzt werden. Dies wurde möglich durch die Speicherung der Aufenthaltsw Zwecke nach dem zum 1. Januar 2005 in Kraft getretenen Aufenthaltsgesetz.

Im Regelfall ist es erforderlich, dass von der deutschen Auslandsvertretung nach Zustimmung der örtlichen Ausländerbehörde vor der Einreise ein Visum zum Zwecke der Familienzusammenführung erteilt wird. Staatsangehörige von Australien, Israel, Japan, Kanada, der Republik Korea, Neuseeland und der USA²³⁶ bedürfen keines Visums zur Einreise zum Zweck der Familienzusam-

²³⁴ Schlussfolgerungen des Rates der Justiz- und Innenminister vom 21. September 2009.

²³⁵ Die Daten basieren auf einer Auswertung des AZR. Angaben zu den Unionsbürgern, zu denen die drittstaatsangehörigen Familienangehörigen nachziehen, sind nicht möglich, da im AZR keine Querverweise zu in Deutschland aufhaltigen Familienangehörigen erfasst werden.

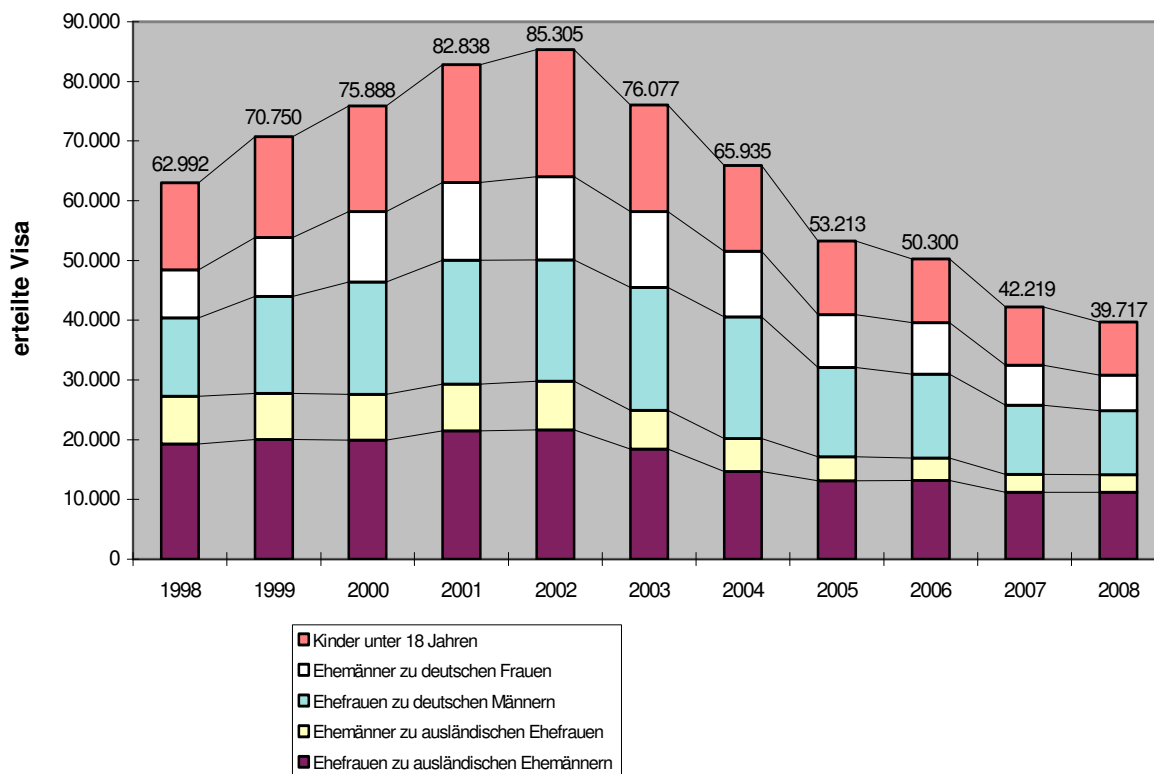
²³⁶ Staatsangehörige dieser Länder können einen erforderlichen Aufenthaltstitel auch nach der Einreise ein-

menführung. Gleiches gilt für Staatsangehörige von Andorra, Honduras, Monaco und San Marino (vgl. § 41 Abs. 2 AufenthV) sowie aufgrund bilateraler Vereinbarungen für Staatsangehörige von Brasilien und El Salvador. Staatsangehörige von EU-Staaten genießen grundsätzlich Freizügigkeit. Auch Staatsangehörige aus den anderen Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums und der Schweiz können visumfrei einreisen. Zudem geben die ausländer- bzw. aufenthaltsrechtlichen Regelungen den örtlichen Ausländerbehörden in Einzelfällen die Möglichkeit, im Inland einen Aufenthaltstitel zu erteilen, auch wenn der Betroffene mit einem Touristenvisum oder zu einem Kurzaufenthalt eingereist ist. Darüber hinaus können Ausländer eine Aufenthaltserlaubnis aus familiären Gründen erhalten, etwa aufgrund einer Heirat im Inland, obwohl sie zu einem anderen Zweck (Erwerbstätigkeit, Ausbildung) nach Deutschland eingereist sind. Diese Fälle der Familienzusammenführung gehen *nicht* in die Statistik des Auswärtigen Amtes ein. Zudem erfasst die Visastatistik auch nicht den Familiennachzug sonstiger Familienangehöriger. Angaben zur Größenordnung dieser Ausnahmefallgruppen lassen sich somit nicht machen. Insofern bildet die Visastatistik des Auswärtigen Amtes den Ehegatten- und Familiennachzug nicht vollständig ab. Ein umfassenderes Bild liefert das AZR. Nachdem nun im AZR auch die Speicherung der Aufenthaltszwecke möglich ist, kann der Familiennachzug differenzierter dargestellt werden als dies bislang durch die Visastatistik möglich war. Zum einen erfasst das AZR auch die Fälle, in denen der Ausländer einen Aufenthaltstitel aus familiären Gründen erst im Inland erhalten hat. Zum anderen wird auch der Nachzug sonstiger Familienangehöriger registriert.

Im Folgenden wird zunächst die Entwicklung des Ehegatten- und Familiennachzugs anhand der Visastatistik des Auswärtigen Amtes nachgezeichnet. Im Anschluss daran wird der Familiennachzug für die Jahre von 2005 bis 2008 auf der Basis des AZR dargestellt.

2.7.1 Ehegatten- und Familiennachzug nach der Visastatistik des Auswärtigen Amtes

Abbildung 2-21: Erteilte Visa zum Zweck des Ehegatten- und Familiennachzugs nach Deutschland von 1998 bis 2008



Quelle: Auswärtiges Amt

Nachdem für die Jahre 1998 bis 2002 eine kontinuierliche Zunahme des Ehegatten- und Familiennachzugs von Drittstaatsangehörigen zu verzeichnen war (von 62.992 im Jahr 1998 bis auf 85.305 im Jahr 2002, vgl. Abbildung 2-21 und Tabelle 2-54 im Anhang), weist die Statistik des Auswärtigen Amtes für die Folgejahre einen kontinuierlichen Rückgang der erteilten Visa aus. Im Jahr 2008 wurden 39.717 Visa zum Zweck des Familiennachzugs erteilt (2007: 42.219). Damit hat sich die Zahl der erteilten Visa zum Zweck des Ehegatten- und Familiennachzugs im Vergleich zum Höchststand im Jahr 2002 mehr als halbiert. Gegenüber dem Vorjahr sank der Ehegatten- und Familiennachzug um 5,9%. Im Jahr 2008 wurde die niedrigste Zahl an erteilten Visa seit der Erfassung des Familiennachzugs in der Visastatistik registriert. Zum Teil ist der Rückgang der erteilten Visa zum Zweck des Ehegatten- und Familiennachzugs auf den Beitritt der neuen EU-Staaten in den Jahren 2004 (Beitritt der EU-10) und 2007 (Beitritt der EU-2) zurückzuführen, da Staatsangehörige aus diesen Ländern aufgrund der Freizügigkeitsregelungen innerhalb der EU kein Visum mehr benötigen.²³⁷ Dennoch ist der Ehegatten- und Familiennachzug nach wie vor eine wichtige Zuwanderungsform. Bei Zuwanderern, die im Rahmen des Familiennachzugs nach Deutschland einreisen, ist in der Regel von einer längerfristigen bzw. dauerhaften Verbleibeabsicht im Bundesgebiet auszugehen.

Nachdem die Nachzugszahlen von Ehegatten zu *deutschen* Staatsangehörigen zwischen 1998 und 2002 kontinuierlich von 21.136 auf 34.248 angestiegen waren, sank diese Zahl in den Folge-

²³⁷ Zur EU-Binnenmigration vgl. Kapitel 2.2.

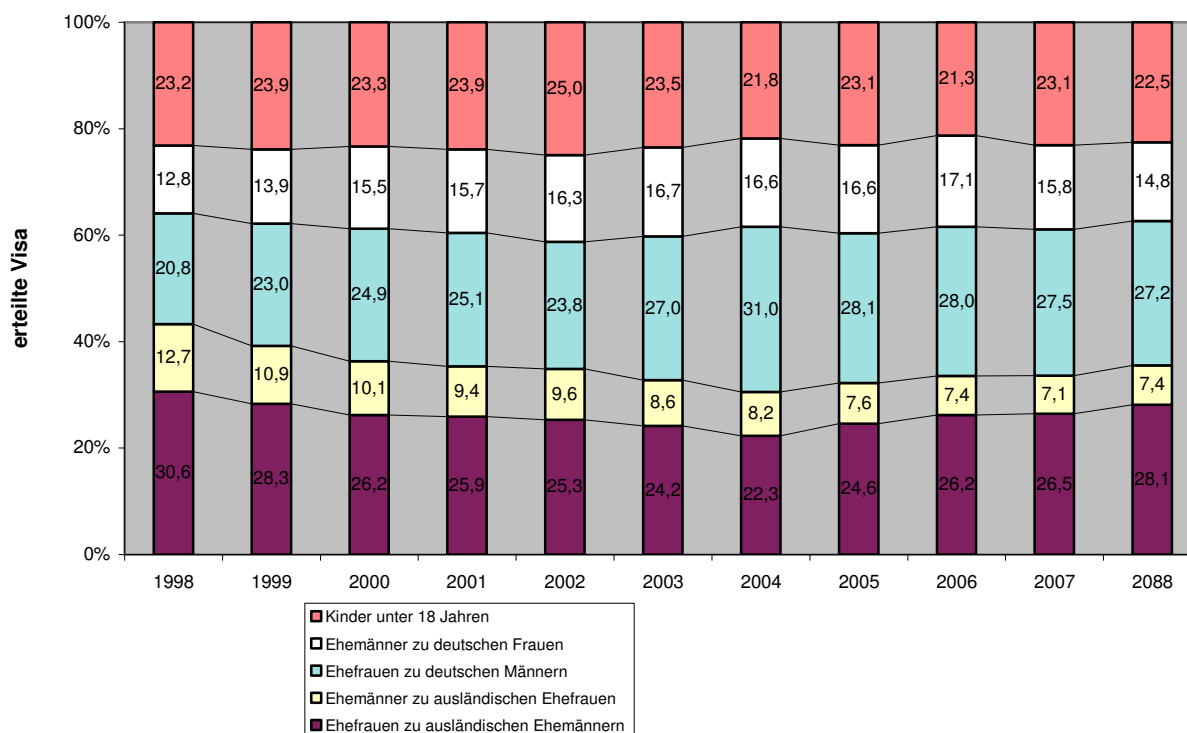
jahren und lag im Jahr 2008 bei 16.661 Personen (2007: 18.277 Personen). Ebenfalls zurück ging die Zahl der Zuzüge von Ehegatten zu *ausländischen* Staatsangehörigen (von 29.773 im Jahr 2002 auf 14.106 Personen im Jahr 2008), nachdem sie zwischen 1998 und 2002 relativ konstant geblieben war (vgl. Tabelle 2-54 im Anhang). Dabei übersteigt die absolute Zahl der Zuwanderung zu deutschen Ehegatten seit dem Jahr 2000 diejenige der Zuwanderung zu ausländischen Personen.

Insgesamt stieg der Anteil des Ehegattennachzugs zu Deutschen am gesamten Familiennachzug von 33,6% im Jahr 1998 auf 47,6% im Jahr 2004, um bis 2008 wieder leicht auf 41,9% abzusinken. Im gleichen Zeitraum sank der Anteil des Ehegattennachzugs zu Ausländern von 43,3% auf 35,5%. Diese Entwicklung ist zum Teil auf die gestiegenen Einbürgerungszahlen sowie auf den Nachzug von Familienangehörigen zu (Spät-)Aussiedlern zurückzuführen.

Die stärkste Gruppe im Rahmen des Ehegatten- und Familiennachzugs bildete im Jahr 2008 mit 28,1% der Nachzug von Ehefrauen zu ausländischen Ehemännern, nachdem von 2003 bis 2007 der Nachzug von Ehefrauen zu Deutschen dominierte. Im Jahr 2008 betrug der Anteil der Ehefrauen, die zu einem deutschen Mann nachzogen 27,2% (vgl. Abbildung 2-21).

Der Anteil des Kindernachzugs am gesamten Familiennachzug bewegte sich im Zeitraum von 1998 bis 2008 relativ konstant zwischen 21% und 25%. Er lag im Jahr 2008 bei 22,5%. Absolut stieg die Zahl der nachziehenden Kinder von 14.591 im Jahr 1998 auf 21.284 im Jahr 2002 an. In den Folgejahren sank diese Zahl ebenso wie beim Gesamtfamiliennachzug. Im Jahr 2007 zogen 9.753 Kinder und im Jahr 2008 8.950 Kinder nach. Im Rahmen des Familiennachzugs bildet der Kindernachzug die drittstärkste Gruppe (vgl. Tabelle 2-54 im Anhang).

Abbildung 2-22: Erteilte Visa zum Zweck des Ehegatten- und Familiennachzugs nach Deutschland von 1998 bis 2008 in Prozent



Quelle: Auswärtiges Amt

Häufigstes Herkunftsland des Ehegatten- und Familiennachzugs ist nach wie vor die Türkei.²³⁸ Nachdem die in deutschen Vertretungen in der Türkei erfolgreich gestellten Anträge zwischen 1998 und 2003 zwischen 21.000 und 27.000 schwankten, ging die Zahl der ausgestellten Visa in den Folgejahren deutlich zurück und sank bis zum Jahr 2008 auf 8.079 Visa (vgl. Tabellen 2-51 und 2-52 im Anhang). Dabei sank der Anteil des Ehegatten- und Familiennachzugs aus der Türkei von einem Drittel im Jahr 1997 auf ein Fünftel im Jahr 2008. Bei der Familienzusammenführung aus der Türkei dominierte im Jahr 2008 der Nachzug von Ehefrauen zu ausländischen Männern (2.497 erteilte Visa) mit etwa einem Drittel (-18% im Vergleich zu 2007) vor dem Nachzug von Ehemännern zu deutschen Frauen (2.043 erteilte Visa) mit circa einem Viertel (-2% zu 2007) (vgl. Abbildung 2-22). Der Kindernachzug betrug etwa 15% am gesamten Familiennachzug aus der Türkei. Er belief sich im Jahr 2008 auf 1.193 ausgestellt Visa (2007: 1.601 erteilte Visa) (vgl. Tabelle 2-55 im Anhang). Von allen Nachzugsarten aus der Türkei sank der Kindernachzug im Vergleich zum Vorjahr damit am stärksten (-25%). Im Jahr 2002 wurden noch 5.638 Visa zum Zweck des Kindernachzugs in deutschen Vertretungen in der Türkei ausgestellt.

Insgesamt lässt sich eine zunehmende Diversifizierung der Herkunftsländer des Ehegattennachzugs feststellen (vgl. Karte 2-9). Zweitgrößte Gruppe im Jahr 2008 nach der Türkei bildeten mit 8,3% Personen aus dem Kosovo²³⁹ (vgl. Abbildung 2-23 und Tabelle 2-55 im Anhang). In der deutschen Auslandsvertretung im Kosovo (Pristina) wurden insgesamt 2.921 Visa zum Zweck des Familiennachzugs erteilt. In der Russischen Föderation wurden 6,6% (2007: 7,9%), in Indien 6,1% (2007: 4,2%) und in Thailand 4,4% (2007: 5,3%) der Visa für den Ehegatten- und Familiennachzug erteilt. 3,5% Anteil am Familiennachzug verzeichneten Personen aus Marokko und jeweils 3,2% Familienangehörige aus der Ukraine und China. Insgesamt war auch im Jahr 2008 der Familiennachzug aus den meisten Herkunftsländern im Vergleich zum Vorjahr rückläufig. Entgegen diesem Trend wurde insbesondere ein Anstieg der Visaerteilungen zum Zweck des Familiennachzugs in den deutschen Auslandsvertretungen in Indien um 36,9% (2007: +22,8%) und in China um 4,5% (2007: +7,7%) verzeichnet. Dieser Anstieg korrespondiert mit einem Anstieg der erteilten Aufenthaltstitel zum Zweck der Beschäftigung an Personen aus diesen Staaten und hält bereits seit mehreren Jahren an (vgl. dazu Kapitel 2.5). Im Vergleich zum Vorjahr wurden im Jahr 2008 auch höhere Nachzugszahlen insbesondere aus der Ukraine (+29,8%), Syrien (+91,8%) und Mexiko (+23,2%) registriert.

²³⁸ Die Visastatistik weist nicht die Staatsangehörigkeit des Antragstellers aus, sondern bezieht sich auf den jeweiligen Ort der Antragstellung (z.B. im Falle der Türkei die Botschaft in Ankara und die Generalkonsulate in Istanbul und Izmir). Es ist anzunehmen, dass türkische Staatsangehörige in der Regel bei den deutschen Vertretungen in der Türkei vorstellig werden, um ein Visum für die Familienzusammenführung zu erhalten.

²³⁹ Das Kosovo hat sich im Februar 2008 für unabhängig erklärt und wird deshalb für das Jahr 2008 eigenständig ausgewiesen. Bereits in den vergangenen Jahren wurden die in Serbien bzw. im ehem. Serbien und Montenegro erteilten Visa zu etwa zwei Dritteln bis drei Vierteln in der Botschaft in Pristina ausgestellt.

Karte 2-9: Erteilte Visa zum Zweck des Ehegatten- und Familiennachzugs nach Herkunftsländern im Jahr 2008

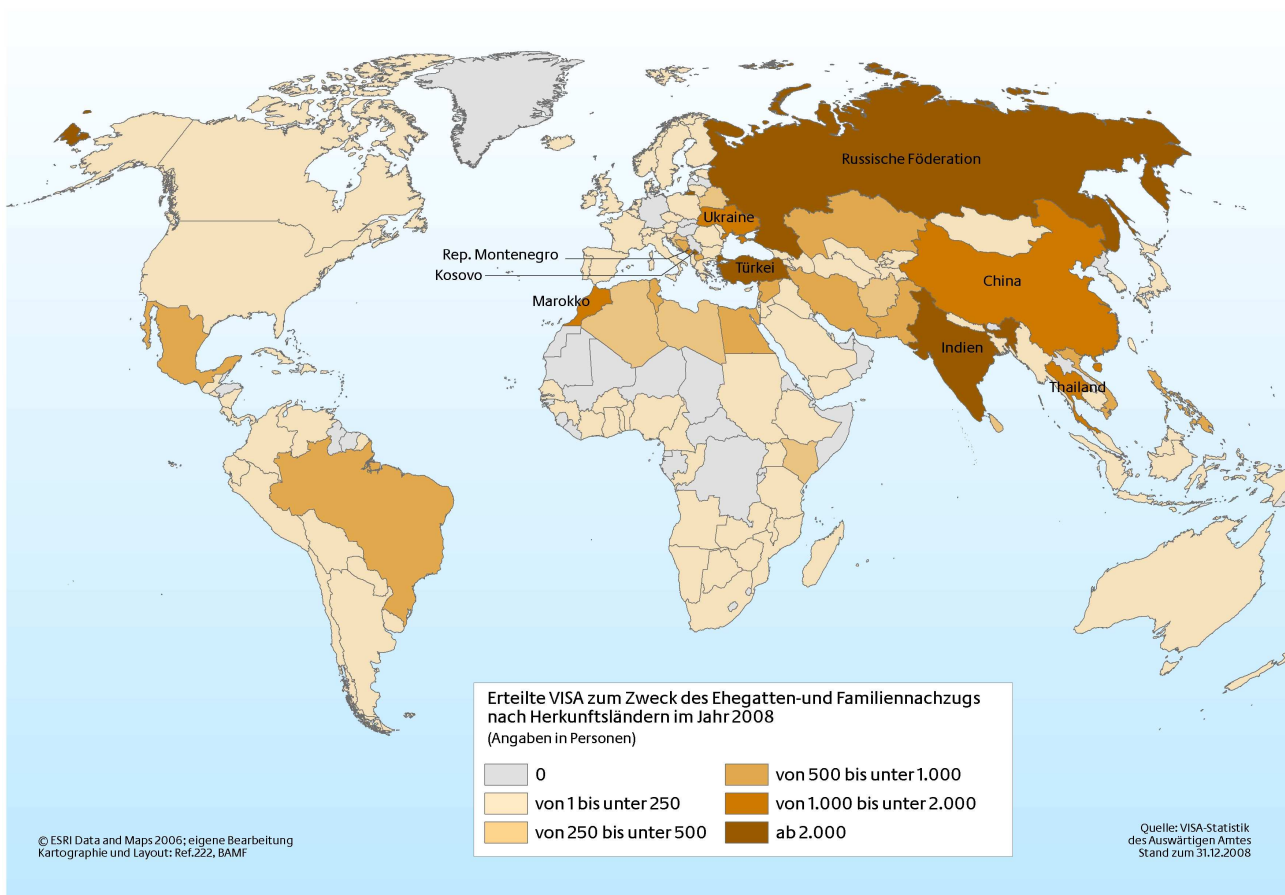
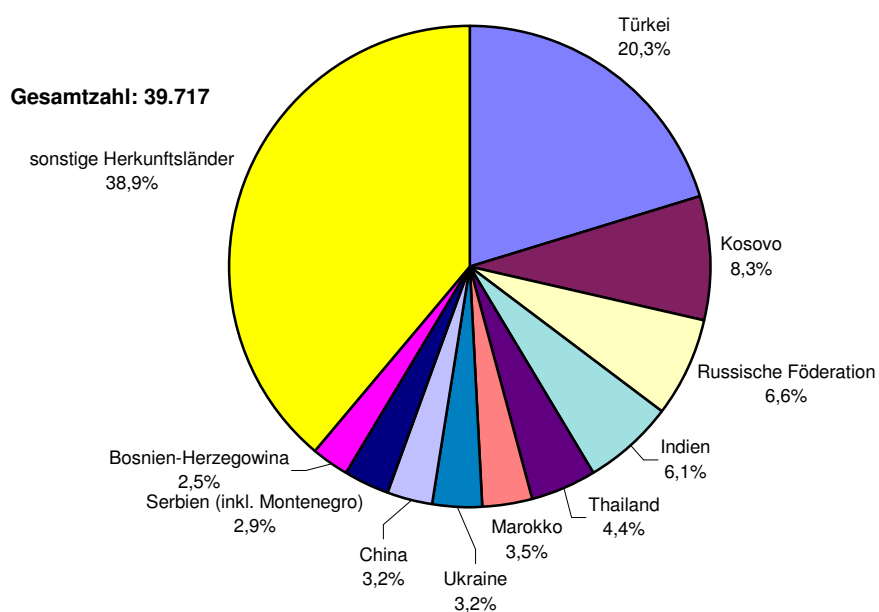


Abbildung 2-23: Erteilte Visa zum Zweck des Ehegatten- und Familiennachzugs nach Herkunftsländern im Jahr 2008

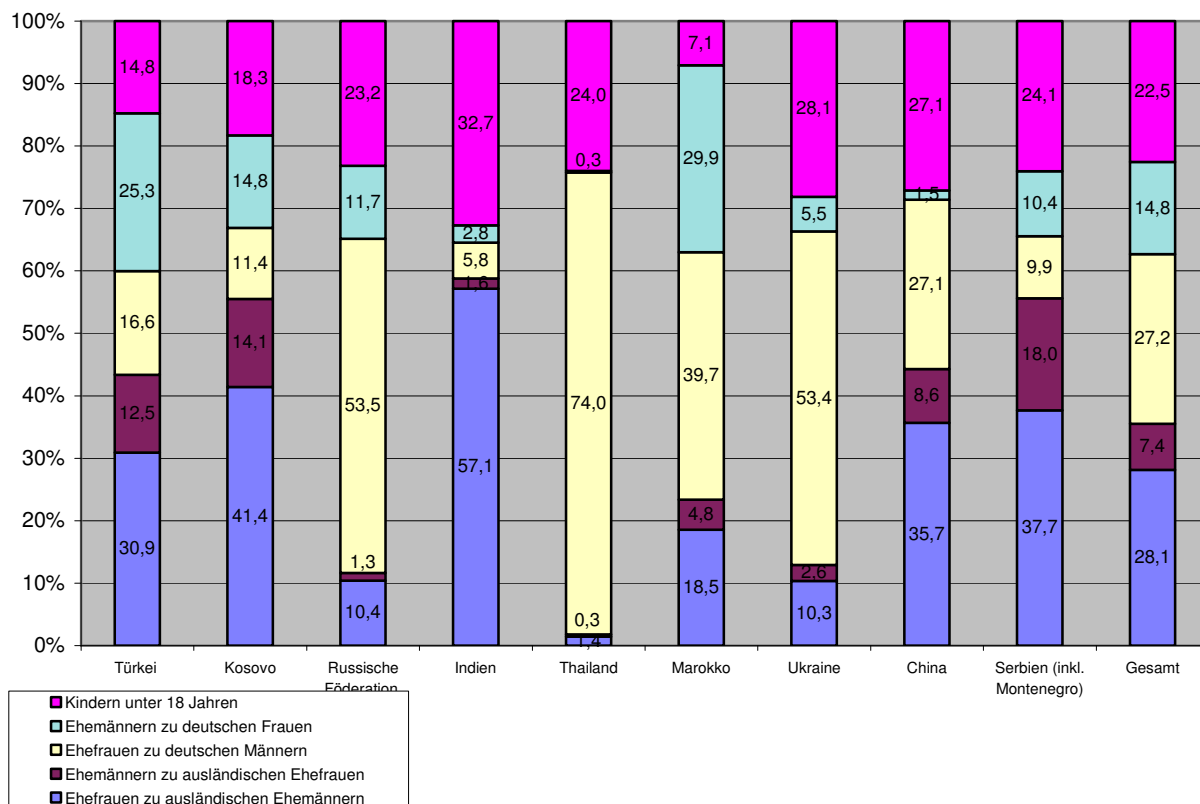


Quelle: Auswärtiges Amt

Beim Familiennachzug aus der Russischen Föderation und Kasachstan dominiert der Nachzug zu deutschen Staatsangehörigen, wobei es sich hierbei häufig um den Nachzug zu Spätaussiedlern handeln dürfte. 65,2% des Ehegatten- und Familiennachzugs aus der Russischen Föderation entfielen im Jahr 2008 auf den Nachzug zu deutschen Ehegatten, wobei der Nachzug von Ehefrauen zu deutschen Ehemännern deutlich überwog (vgl. Abbildung 2-24). Im Falle Kasachstans waren es 70,1% (vgl. Tabelle 2-55 im Anhang).

Der Ehegatten- und Familiennachzug aus Indien wird dagegen dominiert durch den Nachzug von Ehefrauen zu ausländischen Ehemännern. Dessen Anteil betrug im Jahr 2008 57,1%. Auch beim Nachzug aus dem Kosovo sowie aus Serbien überwiegt der Ehegattennachzug zu Ausländern (55,5% bzw. 55,7%). Dagegen wurde in Thailand (74,0%) und auf den Philippinen (73,8%) die überwiegende Mehrheit der Visa zum Zweck des Ehegatten- und Familiennachzugs an ausländische Ehefrauen, die zu deutschen Ehemännern nachziehen, erteilt. Überproportional hoch ist der Anteil des Nachzugs ausländischer Ehemänner zu deutschen Ehefrauen aus Tunesien (53,5%), dem Libanon (35,7%) und Marokko (29,9%). Ein überproportional hoher Anteil des Kindernachzugs am Familiennachzug ist im Falle Indiens (32,7%), der Ukraine (28,1%), Vietnams (37,0%), Mexikos (58,6%), Ägyptens (29,8%) und Brasiliens (52,1%) festzustellen (vgl. Tabelle 2-55 im Anhang).

Abbildung 2-24: Erteilte Visa zum Zweck des Ehegatten- und Familiennachzugs nach Deutschland nach ausgewählten Herkunftsländern im Jahr 2008



Quelle: Auswärtiges Amt

Im Zusammenhang mit der Einführung des Sprachnachweises beim Ehegattennachzug wurde vielfach die Frage nach den Auswirkungen auf die Größenordnung des Familiennachzugs gestellt.²⁴⁰ Deshalb wird im Folgenden der Ehegattennachzug im Jahr 2008 nach Quartalen differenziert dargestellt.

Tabelle 2-29: Ehegattennachzug im Jahr 2008 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten

Erteilte Visa	Nachzug zu deutschen Ehemännern						Nachzug zu ausländischen Ehemännern					
	4. Quartal 2007	1.Quartal 2008	2.Quartal 2008	3.Quartal 2008	4.Quartal 2008	2008 Gesamt	4. Quartal 2007	1.Quartal 2008	2.Quartal 2008	3.Quartal 2008	4.Quartal 2008	2008 Gesamt
Insgesamt	1.841	2.192	2.745	3.036	2.818	10.791	1.719	2.212	2.759	3.131	3.065	11.167
dar.:												
Türkei	78	258	333	441	307	1.339	251	452	659	745	641	2.497
Serbien (inkl. Kosovo)	48	59	124	168	137	488	180	253	429	567	546	1.795
Russ. Föderati- on	327	298	337	384	386	1.405	67	61	48	85	79	273
Indien	31	39	29	38	34	140	232	314	393	349	335	1.391
Thailand	178	255	326	370	345	1.296	10	8	3	8	6	25
Marokko	51	103	152	142	153	550	21	48	52	74	83	257

Erteilte Visa	Nachzug zu deutschen Ehefrauen						Nachzug zu ausländischen Ehefrauen					
	4. Quartal 2007	1.Quartal 2008	2.Quartal 2008	3.Quartal 2008	4.Quartal 2008	2008 Gesamt	4. Quartal 2007	1.Quartal 2008	2.Quartal 2008	3.Quartal 2008	4.Quartal 2008	2008 Gesamt
Insgesamt	1.095	1.408	1.510	1.487	1.465	5.870	492	646	757	791	745	2.939
dar.:												
Türkei	237	473	515	534	521	2.043	107	222	271	283	231	1.007
Serbien (inkl. Kosovo)	142	145	155	148	159	607	103	140	178	185	166	669
Russ. Föderati- on	64	88	78	65	75	306	10	6	14	6	7	33
Marokko	80	93	114	122	86	415	9	24	11	16	16	67

Quelle: Auswärtiges Amt

Nachdem im Jahr 2007 nach der Neuregelung des Ehegattennachzugs, insbesondere durch die Einführung des Sprachnachweises im Herkunftsland, ein deutlicher Rückgang der Zahl der erteilten Visa im 4. Quartal festzustellen war, konnte bis zum 3. Quartal des Jahres 2008 ein kontinuierlicher Wiederanstieg des Ehegattennachzugs verzeichnet werden (von 6.458 erteilten Visa im 4. Quartal 2007 auf 8.445 Visa im 3. Quartal 2008). Im 4. Quartal 2008 (8.093 erteilte Visa) wurden etwas geringere Nachzugszahlen als im 3. Quartal 2008 registriert. Mit insgesamt 30.767 erteilten Visa im Jahr 2008 liegt der Ehegattennachzug jedoch etwas unter dem Vorjahreswert (2007: 32.466 erteilte Visa zum Zweck des Ehegattennachzugs). Ein ähnlicher Verlauf wie beim gesam-

²⁴⁰ Vgl. Bundestagsdrucksache 16/8175 vom 18. Februar 2008; Bundestagsdrucksache 16/9137 vom 7. Mai 2008; Bundestagsdrucksache 16/10052 vom 24. Juli 2008; Bundestagsdrucksache 16/11997 vom 17. Februar 2009; Bundestagsdrucksache 16/12979 vom 8. Mai 2009.

ten Ehegattennachzug während des Verlaufs des Jahres 2008 ist auch bei den Hauptherkunftsländern festzustellen (vgl. Tabelle 2-29).²⁴¹

Die Bundesregierung geht weiterhin davon aus, dass es sich um einen vorübergehenden Rückgang der Zahl der erteilten Visa zum Zweck des Ehegattennachzugs handelt, soweit dieser auf die Einführung des Erfordernisses des Sprachnachweises zurückzuführen ist. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass bereits seit dem Jahr 2003 ein rückläufiger Trend beim Ehegattennachzug festzustellen ist.²⁴²

Bestehensquoten

Im Jahr 2008 haben weltweit insgesamt 60.111 Drittstaatsangehörige, darunter 15.238 Personen in der Türkei, an der Sprachprüfung „Start Deutsch 1“ teilgenommen. Die Bestehensquote bei Personen, die zuvor einen Sprachkurs des Goethe-Instituts besucht haben (interne Prüfungsteilnehmer), betrug 78%; bei externen Prüfungsteilnehmern lag die Bestehensquote bei 61%.²⁴³ Dabei wurden je nach Herkunftsland unterschiedliche Bestehensquoten registriert. Betrachtet man die Hauptherkunftsländer des Ehegattennachzugs, so waren relativ hohe Bestehensquoten in der Türkei (interne Prüfungsteilnehmer: 92%, externe Prüfungsteilnehmer: 57%), der Russischen Föderation (interne Prüfungsteilnehmer: 90%, externe Prüfungsteilnehmer: 70%) und Marokko (interne Prüfungsteilnehmer: 88%, externe Prüfungsteilnehmer: 70%) zu verzeichnen. Relativ niedrige Bestehensquoten wurden dagegen in Thailand (interne Prüfungsteilnehmer: 61%, externe Prüfungsteilnehmer: 52%) registriert.

²⁴¹ Insgesamt wurden in den Auslandsvertretungen der zehn herkunftsstärksten Länder im Jahr 2008 lediglich 474 Visumanträge wegen mangelnder Sprachkenntnisse abgelehnt; darunter befanden sich 208 Ablehnungen in den deutschen Auslandsvertretungen in der Türkei und 80 Ablehnungen in der Vertretung in Pristina (Kosovo). Vgl. Bundestagsdrucksache 16/11997: 22. Über die Zahl derjenigen, die mangels Deutschkenntnissen (noch) keinen Visumantrag zum Zweck des Ehegattennachzugs gestellt haben, liegen keine Erkenntnisse vor. Bei indischen und chinesischen Antragstellern ist aufgrund eines Ausnahmetatbestandes (z.B. bei „erkennbar geringem Integrationsbedarf“ nach § 30 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 AufenthG etwa als IT-Fachkraft) relativ häufig kein Sprachnachweis erforderlich.

²⁴² Vgl. Bundestagsdrucksache 16/11997: 4.

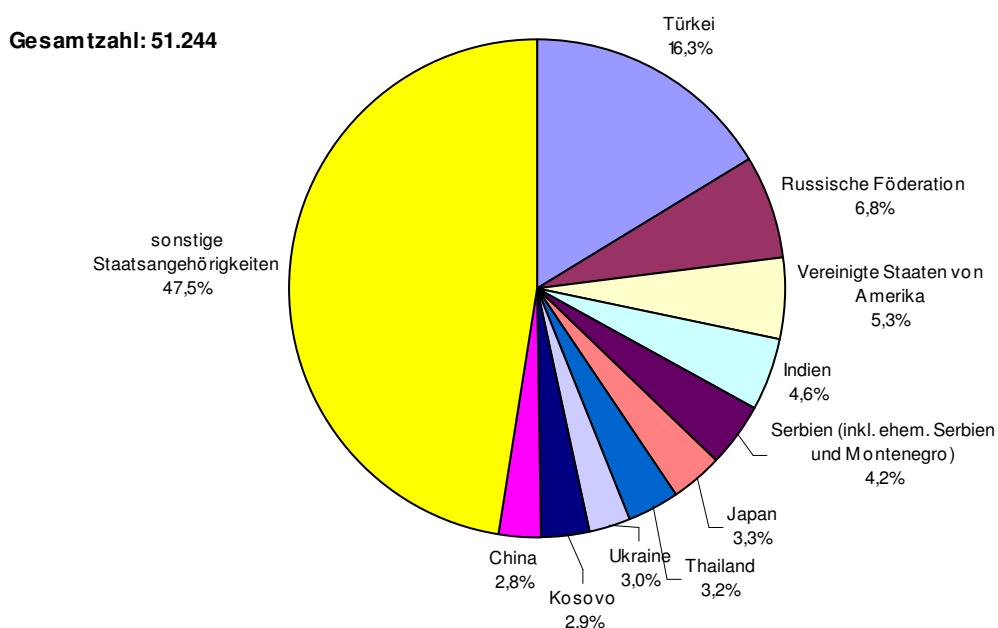
²⁴³ Vgl. Bundestagsdrucksache 16/12979: 21.

2.7.2 Ehegatten- und Familiennachzug nach dem AZR

Auf Basis des AZR kann der tatsächlich erfolgte Ehegatten- und Familiennachzug nach Nationalität und Alter differenziert werden. Die Visastatistik gibt dagegen nur die Auslandsvertretung an, in der ein Visum zum Zwecke des Ehegatten- und Familiennachzugs ausgestellt wurde, d.h. dass hier nur nach dem Herkunftsland differenziert werden kann. Zudem sind über das AZR Informationen über den Nachzug weiterer Familienangehöriger (z.B. Eltern) möglich.

Aufgrund der unterschiedlichen Datenbasis sind die Zahlen aus der Visastatistik und aus dem AZR nur eingeschränkt miteinander vergleichbar.

Abbildung 2-25: Familiennachzug im Jahr 2008 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten



Quelle: Ausländerzentralregister

Tabelle 2-30: Familiennachzug im Jahr 2008 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten

Nachzug von	Ehefrauen zu Deut- schen	Ehemännern zu Deut- schen	Ehefrauen zu Auslän- dern	Ehemän- nern zu Auslän- dern	Kindern	Elternteil	sonstigen Familienan- gehörigen	Familien- nachzug gesamt
Türkei	1.326	2.203	2.311	945	1.281	278	32	8.376
Russische Föderation	1.831	469	309	42	682	151	24	3.508
Vereinigte Staaten	344	530	589	98	1.011	104	16	2.692
Indien	154	108	1.306	37	714	29	3	2.351
Serbien, Montenegro und ehem. Serbien und Montenegro	277	333	791	312	320	103	8	2.144
Japan	115	10	765	9	781	10	3	1.693
Thailand	1.087	55	22	13	415	65	8	1.665
Ukraine	809	113	160	30	350	61	10	1.533
Kosovo	230	198	645	143	226	20	3	1.465
China	520	32	465	84	316	30	5	1.452
Marokko	526	429	180	30	59	52	1	1.277
Brasilien	469	144	194	34	289	85	8	1.223
alle Staatsangehörigkeiten	14.129	8.157	12.012	2.754	11.566	2.396	230	51.244

Quelle: Ausländerzentralregister

Insgesamt wurden 51.244 Aufenthaltserlaubnisse aus familiären Gründen an Personen erteilt, die im Jahr 2008 eingereist sind (2007: 55.194) (vgl. Tabelle 2-30). Diese Zahl liegt höher als die Zahl der erteilten Visa in der Statistik des Auswärtigen Amtes (39.717). Dies liegt unter anderem daran, dass Aufenthaltserlaubnisse aus familiären Gründen auch an Personen erteilt werden können, die zunächst zu einem anderen Zweck eingereist sind, zum anderen daran, dass im AZR auch der Nachzug sonstiger Familienangehöriger und der Nachzug von Staatsangehörigen, die visumfrei in das Bundesgebiet einreisen können, erfasst wird.²⁴⁴ Insgesamt sank die Zahl der Aufenthaltserlaubnisse aus familiären Gründen, die an im Jahr 2007 eingereiste Personen erteilt wurden um 7,2% im Vergleich zum Vorjahr (vgl. Tabelle 2-56 im Anhang). Der Rückgang des Familiennachzugs nach Daten des AZR fällt damit etwas stärker aus als auf Basis der Visastatistik des Auswärtigen Amtes (vgl. Kapitel 2.7.1).

Insgesamt wurden im Jahr 2008 26.141 Aufenthaltserlaubnisse an nachziehende Ehefrauen erteilt (51,0% der Aufenthaltserlaubnisse aus familiären Gründen), davon zogen 14.129 Frauen zu Deutschen und 12.012 zu Ausländern (vgl. Tabellen 2-54 und 2-55 im Anhang). 21,3% der Aufenthaltserlaubnisse wurden an nachziehende Ehemänner erteilt (10.911 Aufenthaltserlaubnisse). Der Großteil davon betraf den Nachzug zu Deutschen (8.157 Aufenthaltserlaubnisse). 11.566 Aufenthaltserlaubnisse wurden zum Zweck des Kindernachzugs erteilt (22,6%), davon 10.532 an Kinder, die zu Ausländern nachzogen (vgl. Tabelle 2-58 im Anhang). An einen nachziehenden Elternteil gingen 2.396 Aufenthaltserlaubnisse (4,7%). Der Großteil hiervon betraf einen ausländischen sorgeberechtigten Elternteil eines deutschen minderjährigen ledigen Kindes (2.374 Aufenthaltserlaubnisse) (vgl. Tabelle 2-58 im Anhang). Während diese Nachzugsart im Vergleich zum Vorjahr (2007: 1.775 erteilte Aufenthaltserlaubnisse) um etwa ein Drittel anstieg, waren sowohl der Ehegatten- als auch der Kindernachzug leicht rückläufig. An sonstige Familienangehörige wurden 230 Aufenthaltserlaubnisse erteilt (0,4%).

²⁴⁴ Die Zahlen der Visastatistik und des AZR lassen sich daher nur bedingt vergleichen.

Von den erteilten Aufenthaltserlaubnissen aus familiären Gründen gingen 8.376 Aufenthaltserlaubnisse an Staatsangehörige aus der Türkei (2007: 9.609 Aufenthaltserlaubnisse). Dies entspricht einem Anteil von 16,3% (2007: 17,4%) (vgl. Abbildung 2-25). Weitere Hauptherkunftsländer waren die Russische Föderation (6,8%), die Vereinigten Staaten (5,3%) und Indien (4,6%) (vgl. Karte 2-10). Während jedoch insbesondere bei Staatsangehörigen aus der Türkei und der Russischen Föderation im Vergleich zum Vorjahr ein weiterer Rückgang des Familiennachzugs zu verzeichnen war, stiegen die Nachzugszahlen im Falle indischer Staatsangehöriger erneut an (vgl. dazu Tabelle 2-56 im Anhang). Auch bei Staatsangehörigen aus der Republik Korea, die visumfrei nach Deutschland einreisen können, war im Jahr 2008 ein deutlicher Anstieg der Zahl der eingereisten Personen, denen eine Aufenthaltserlaubnis aus familiären Gründen erteilt wurde, festzustellen. Dagegen stagnierte der Familiennachzug aus den Vereinigten Staaten, Japan und China, also aus Staaten, die 2007 einen starken Anstieg zu verzeichnen hatten. Weiter gesunken ist der Familiennachzug aus den weiteren Hauptherkunftsländern Serbien bzw. des ehemaligen Serbien und Montenegro (inkl. des Kosovo) sowie aus Thailand. Gegen den rückläufigen Trend deutlich angestiegen sind – analog zu den Visazahlen des Auswärtigen Amtes – die Nachzugszahlen aus dem Irak (+95,7%) und Pakistan (+14,9%). Der Anstieg des Ehegatten- und Kindernachzugs aus Indien und der Republik Korea korrespondiert mit einem Anstieg der Zahl der eingereisten Personen aus diesen Staaten zum Zweck der Beschäftigung (vgl. Kapitel 2.5).

Karte 2-10: Familiennachzug im Jahr 2008 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten

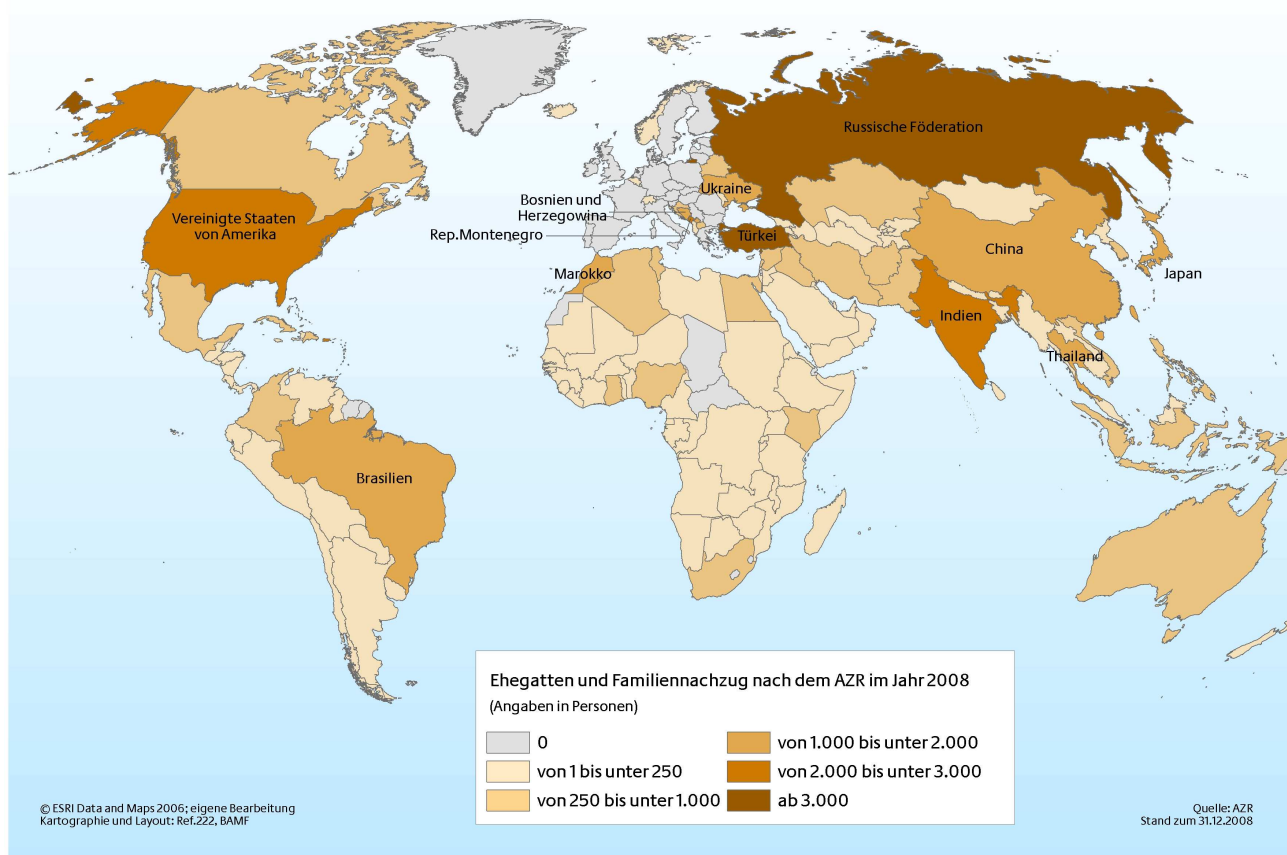
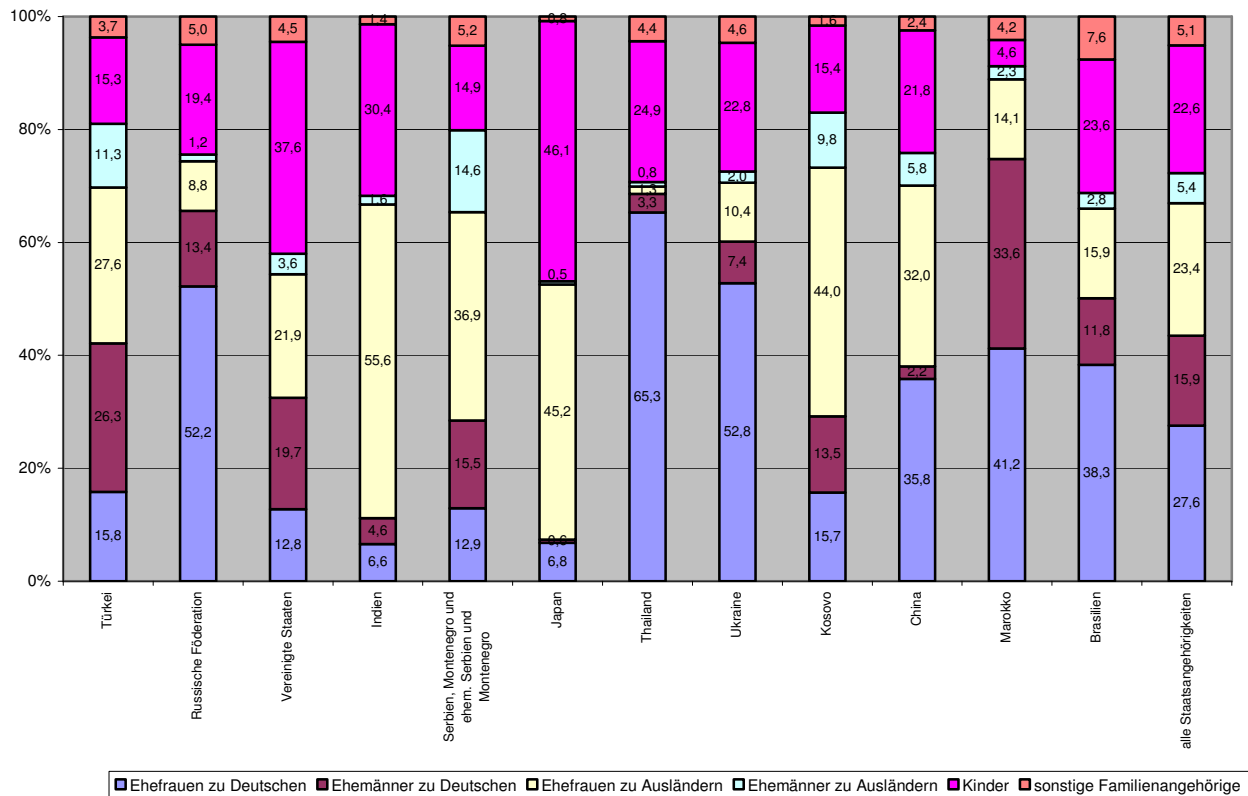


Abbildung 2-26: Familiennachzug im Jahr 2008 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten



Quelle: Ausländerzentralregister

In Bezug auf die Struktur des Familiennachzugs aus den einzelnen Herkunftsländern bestätigen die Daten aus dem AZR die Ergebnisse der Visastatistik des Auswärtigen Amtes. Bei Staatsangehörigen aus der Russischen Föderation und der Ukraine dominiert der Ehegattennachzug zu Deutschen. Dabei dürfte es sich zum einen um den Nachzug zu (Spät-)Aussiedlern, zum anderen um „klassische“ Heiratsmigration handeln. Überproportional hoch ist auch der Nachzug von Ehegatten zu Deutschen bei Staatsangehörigen aus Marokko, wobei es sich hierbei zum Großteil um den Nachzug zu Eingebürgerten handeln dürfte sowie bei brasilianischen Staatsangehörigen. Bei Staatsangehörigen aus Thailand überwiegt die Heiratsmigration von Ehefrauen zu deutschen Männern, bei Staatsangehörigen aus Indien, Japan sowie dem Kosovo von Ehefrauen zu Ausländern. Zudem ist der Familiennachzug aus Japan und den Vereinigten Staaten durch einen hohen Anteil nachziehender Kinder gekennzeichnet. Im Falle Brasiliens ist zudem ein überdurchschnittlich hoher Nachzug sonstiger Familienangehöriger (zumeist eines Elternteils eines minderjährigen ledigen Deutschen) festzustellen (vgl. Abbildung 2-26).

Beim Kindernachzug zu Drittstaatsangehörigen ist festzustellen, dass insgesamt 45,6% der Kinder ihren Lebensmittelpunkt zusammen mit den Eltern bzw. dem sorgeberechtigten Elternteil (§ 32 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG) nach Deutschland verlegen. Überproportional häufig geschieht der Kindernachzug im Familienverbund im Falle Indiens (56,7%), Japans (64,5%), Koreas (55,9%) und der Vereinigten Staaten (58,2%). (Es ist davon auszugehen, dass insbesondere Personen, die zum Zweck der Erwerbstätigkeit nach Deutschland ziehen, zusammen mit ihrer Familie einreisen.) 42,7% des Kindernachzugs entfällt auf Kinder unter 16 Jahren, die zu Eltern nachziehen, die bereits mit einer Aufenthaltserlaubnis, einer Niederlassungserlaubnis oder einer Erlaubnis zu Daueraufenthalt-EG (§ 32 Abs. 3 AufenthG) im Bundesgebiet leben.

Tabelle 2-31: Ehegattennachzug nach Altersgruppen im Jahr 2008

Ehegattennachzug zu ...	Insgesamt	dar: weiblich		Türkei	dar: weiblich	
		absolut	in %		absolut	in %
Deutschen (§ 28 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 AufenthG)	22.286	14.129	63,4	3.529	1.326	37,6
unter 18 Jahre	20	13	65,0	1	1	100,0
18 bis unter 21 Jahre	1.008	846	83,9	380	300	78,9
21 Jahre und älter	21.258	13.263	62,4	3.148	1.025	32,6
Ausländern (§ 30 AufenthG)	14.766	12.012	81,3	3.256	2.311	71,0
unter 18 Jahre	17	10	58,8	2	1	50,0
18 bis unter 21 Jahre	779	726	93,2	401	363	90,5
21 Jahre und älter	13.970	11.277	80,7	2.853	1.947	68,2
Gesamt	37.052	26.141	70,6	6.785	3.637	53,6
unter 18 Jahre	37	23	62,2	3	2	66,7
18 bis unter 21 Jahre	1.787	1.572	88,0	781	663	84,9
21 Jahre und älter	35.228	24.540	69,7	6.001	2.972	49,5

Quelle: Ausländerzentralregister

Mehr als zwei Drittel des gesamten Ehegattennachzugs (70,6%) betrifft den Nachzug von Ehefrauen (vgl. Tabelle 2-31). Bei türkischen Staatsangehörigen liegt dieser Anteil bei 53,6%. Beim Nachzug von Ehegatten in der Altersgruppe unter 18 Jahren sank der Anteil der Frauen im Jahr 2008 auf 62,2% (2007: 81,2%). Allerdings sank die Zahl der nachziehenden Ehegatten unter 18 Jahren aufgrund der Rechtsänderung, wonach beide Ehegatten in der Regel das 18. Lebensjahr vollendet haben müssen, von 154 minderjährigen nachziehende Ehegatten im Jahr 2007 auf 37 im Jahr 2008. Damit sank der Anteil am gesamten Ehegattennachzug auf lediglich 0,1% (2007: 0,4%). Insgesamt wurden 37.052 Aufenthaltserlaubnisse an Ehegatten erteilt, die im Jahr 2008 eingereist sind (2007: 40.978 Aufenthaltserlaubnisse).

In der Altersgruppe zwischen 18 bis unter 21 Jahre zogen 1.787 ausländische Ehegatten nach Deutschland (2007: 2.260). Dies entsprach einem Anteil von 4,8% am gesamten Ehegattennachzug des Jahres 2008. In dieser Altersgruppe betrug der Frauenanteil 88,0%.

2.8 Einreise und Aufenthalt aus sonstigen Gründen

Neben den in den vorangehenden Kapiteln dargestellten Zuwanderergruppen gibt es im Aufenthaltsgesetz noch weitere rechtliche Möglichkeiten der Einreise und des Aufenthalts von Drittstaatsangehörigen. Diese sind nicht von einem bestimmten Aufenthaltszweck, sondern von bestimmten Voraussetzungen abhängige Aufenthaltsrechte. Dabei handelt es sich um das Recht auf Wiederkehr von Ausländern (§ 37 AufenthG) und ehemaligen Deutschen (§ 38 AufenthG) sowie um die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis in begründeten Fällen. Quantitativ sind diese Zuwanderungsmöglichkeiten von untergeordneter Bedeutung.

Gemäß § 37 Abs. 1 AufenthG ist einem Ausländer, der als Minderjähriger rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Bundesgebiet hatte, eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen, wenn er sich vor seiner Ausreise acht Jahre rechtmäßig in Deutschland aufgehalten und sechs Jahre die Schule besucht hat. Zudem muss die Sicherung des Lebensunterhalts gewährleistet sein. Der Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis muss nach Vollendung des 15. und vor Vollendung des 21. Lebensjahres und vor Ablauf von fünf Jahren seit der Ausreise gestellt werden.

Einem Rentner, der in sein Herkunftsland zurückgekehrt war, wird in der Regel eine Aufenthaltserlaubnis erteilt, wenn er sich vor seiner Ausreise acht Jahre rechtmäßig im Bundesgebiet aufgehalten hat (§ 37 Abs. 5 AufenthG).

Gemäß § 38 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG ist einem ehemaligen Deutschen eine Niederlassungserlaubnis zu erteilen, wenn er sich bei Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit seit mindestens fünf Jahren in Deutschland aufhielt. Ansonsten ist einem ehemaligen Deutschen eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen, wenn er bei Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit seit mindestens einem Jahr seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Bundesgebiet hatte (§ 38 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG).

Zudem kann einem Ausländer in begründeten Fällen eine Aufenthaltserlaubnis für einen nicht im Aufenthaltsgesetz vorgesehenen Aufenthaltszweck erteilt werden (§ 7 Abs. 1 S. 3 AufenthG).

Tabelle 2-32: Aus sonstigen Gründen in den Jahren 2007 und 2008 zugewanderte Personen nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten

Staatsangehörigkeit	Aufenthaltserlaubnis								Niederlassungserlaubnis für ehemalige Deutsche (§ 38 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG)		Sonstige Gründe insgesamt	
	für sonstige begründete Fälle (§ 7 Abs. 1 S. 3 AufenthG)		für die Wiederkehr junger Ausländer (§ 37 Abs. 1 AufenthG)		für die Wiederkehr von Rentnern (§ 37 Abs. 5 AufenthG)		für ehemalige Deutsche (§ 38 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 2 und 5 AufenthG)		2007	2008	2007	2008
	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008				
Vereinigte Staaten	730	721	0	2	1	2	46	48	7	1	783	774
Türkei	42	69	15	8	17	23	24	24	48	74	146	198
Kanada	94	93	1	3	2	1	17	15	0	1	114	113
Brasilien	90	106	0	2	1	0	2	0	1	0	94	108
Ukraine	28	105	0	0	0	0	0	0	0	0	28	105
Japan	41	88	0	1	0	1	0	0	0	1	41	91
Australien	82	72	0	0	2	0	17	15	3	0	104	87
Russische Föderation	96	81	1	1	0	0	0	0	0	0	97	82
Insgesamt	1.928	2.188	29	30	39	37	116	114	60	79	2.172	2.448

Quelle: Ausländerzentralregister

Im Jahr 2008 sind 2.448 Personen aus sonstigen Gründen nach Deutschland zugewandert (2007: 2.172 Personen). Damit stieg die Zuwanderung aus sonstigen Gründen im Vergleich zum Vorjahr um etwa 13%. Davon erhielten etwa 90% eine Aufenthaltserlaubnis aus sonstigen begründeten Fällen nach § 7 Abs. 1 S. 3 AufenthG, wobei ein Drittel (33%) dieser Aufenthaltserlaubnisse an Staatsangehörige aus den Vereinigten Staaten erteilt wurde (vgl. Tabelle 2-32). An ehemalige Deutsche wurden 193 Aufenthaltstitel (114 Aufenthalts- und 79 Niederlassungserlaubnisse) erteilt (2007: 176 Aufenthaltstitel), 51% davon an türkische Staatsangehörige.

2.9 Rückkehr deutscher Staatsangehöriger

In den Jahren von 1991 bis 2004 bildeten Deutsche jeweils die größte Gruppe der Zugezogenen. Seit dem Jahr 2005 werden mehr Zuzüge von polnischen Staatsangehörigen als von Deutschen registriert (siehe Kapitel 1.4 bzw. Tabelle 1-10 im Anhang). Im Jahr 2007 wurden 106.014 Zuzüge von Deutschen (einschließlich der nach dem Bundesvertriebenengesetz aufgenommenen Spätaussiedler und der in deren Aufnahmebescheid einbezogenen Ehegatten und Abkömmlinge²⁴⁵) in der Wanderungsstatistik verzeichnet, 2008 waren es 108.331 Zuzüge (vgl. Tabelle 2-33). Insgesamt sank die Zahl der Zuzüge von Deutschen seit Mitte der 1990er Jahre deutlich, auch wenn in den beiden letzten Jahren wieder ein leichter Anstieg festzustellen war. Diese Entwicklung ist wesentlich auf einen Rückgang der Spätaussiedlerzahlen zurückzuführen. Während deren Zahl deutlich rückläufig war (-98% im Zeitraum von 1994 bis 2008), stieg die Zahl der Zuzüge von (rückkehrenden) deutschen Staatsangehörigen bis 1999 auf über 100.000 Personen an und hält sich seitdem auf relativ konstantem Niveau (vgl. Tabelle 2-33).

In den Jahren 1994 und 1995 wurden noch jeweils mehr als 300.000 Zuzüge von Deutschen registriert. Grund für diese vergleichsweise hohen Zuzugszahlen war der hohe Anteil an Spätaussiedlern, die zum Großteil²⁴⁶ als Deutsche in die Wanderungsstatistik eingehen. Deren Anteil an den Zuzügen von Deutschen lag bis 1996 noch bei über zwei Dritteln. Nachdem die Zahl der Spätaussiedler und ihrer Familienangehörigen bis 2008 stark gesunken ist, verringerte sich auch der Anteil der Spätaussiedler an den Zuzügen von Deutschen deutlich. Im Jahr 2008 betrug der Anteil der Zuzüge von Spätaussiedlern mit ihren Familienangehörigen (außer diejenigen nach § 8 Abs. 2 BVFG)²⁴⁷ nur noch etwa 4%. Bei Spätaussiedlern und ihren Familienangehörigen handelt es sich um Migranten, die zum ersten Mal nach Deutschland kommen, um sich hier niederzulassen. Auf die Zuzüge von Spätaussiedlern wird hier nicht weiter eingegangen (siehe dazu Kapitel 2.3).

Den anderen Teil der in der Zu- und Fortzugsstatistik erfassten Zuzüge von Deutschen bilden Rückkehrer mit deutscher Staatsangehörigkeit, die jederzeit das Recht auf Rückkehr nach Deutschland haben.²⁴⁸ Unter Abzug derjenigen Personen, die im Rahmen des Spätaussiedlerzuzugs als Deutsche in die Zuzugsstatistik eingingen, ist die Zahl der deutschen Rückkehrer seit 1993 von etwa 70.000 Zuzügen bis auf rund 107.000 Zuzüge im Jahr 2001 angestiegen und schwankt seitdem zwischen ca. 96.000 und ca. 106.000 Zuzügen.²⁴⁹ Im Jahr 2007 kehrten etwa 101.000 und im Jahr 2008 etwa 104.000 Personen deutscher Staatsangehörigkeit nach Deutschland zurück. Damit sind im Jahr 2008 etwa 4% mehr deutsche Staatsangehörige nach Deutsch-

²⁴⁵ Spätaussiedler in eigener Person (§ 4 Abs. 1 BVFG) und deren in den Aufnahmebescheid einbezogene Ehegatten und Abkömmlinge (§ 7 Abs. 2 BVFG) gehen als Deutsche in die Wanderungsstatistik ein. Für die weiteren Familienangehörigen von Spätaussiedlern (§ 8 Abs. 2 BVFG) gelten dagegen die ausländerrechtlichen Bestimmungen (vgl. dazu ausführlich Kapitel 2.3).

²⁴⁶ Ausgenommen die weiteren Familienangehörigen von Spätaussiedlern nach § 8 Abs. BVFG, die weiterhin als Ausländer in die Wanderungsstatistik eingehen.

²⁴⁷ Im Jahr 2007 erhielten 5.477 Personen und im Jahr 2008 3.950 Personen, die im Rahmen des Spätaussiedlerzuzugs nach Deutschland zogen, mit der Ausstellung der Spätaussiedlerbescheinigung nach dem Bundesvertriebenengesetz die deutsche Staatsangehörigkeit. 2005 waren es noch 30.779 Personen. Dabei handelt es sich um Spätaussiedler in eigener Person (§ 4 Abs. 1 BVFG) sowie deren Ehegatten und Abkömmlinge (§ 7 Abs. 2 BVFG). Dagegen erhalten Personen, die im Rahmen des Spätaussiedlerzuzugs als weitere Familienangehörige nach § 8 Abs. 2 BVFG mit nach Deutschland einreisen können, nicht die deutsche Staatsangehörigkeit und gehen deshalb als Ausländer in die Zuzugsstatistik ein.

²⁴⁸ Darunter fallen auch Kinder mit deutscher Staatsangehörigkeit, die während eines Auslandsaufenthaltes der Eltern geboren wurden und zum ersten Mal nach Deutschland einreisen.

²⁴⁹ Zwar wurden im Jahr 2004 etwa 128.000 deutsche Rückkehrer registriert, allerdings war diese Zahl aufgrund von Korrekturen im Land Hessen überhöht. Wie hoch die Zahl der Deutschen, die 2004 zurückgekehrt sind, tatsächlich war, ist nicht bekannt.

land zurückgeht als im Jahr zuvor. In dem Zeitraum zwischen 1993 und 2008 ist der Anteil der deutschen Rückkehrer an den deutschen Zuwanderern insgesamt von circa 24% auf 96% angestiegen (vgl. Tabelle 2-33). Hierbei handelt es sich überwiegend um Personen, die nach "temporärem" Aufenthalt im Ausland nach Deutschland zurückkehren wie z.B. Techniker, Manager, Kaufleute, Rentner, Studenten²⁵⁰, Wissenschaftler²⁵¹ sowie deren Angehörige.

Es kann jedoch angenommen werden, dass sich ein Teil von aus dem Ausland zurückkehrenden Personen vor ihrer Ausreise aus Deutschland nicht bei den Behörden abmeldet, da bei nur kurzzeitigem Auslandsaufenthalt der inländische Wohnsitz häufig beibehalten wird, so dass eine Anmeldung bei der Rückkehr nach Deutschland ebenfalls unterbleibt. So ist zu vermuten, dass beispielsweise Studierende, die nur für ein oder zwei Semester ins Ausland gehen, ihren Wohnsitz in Deutschland nicht aufgeben und sich deshalb nicht abmelden. Auch Rentner, die einen Teil des Jahres z.B. in Spanien verbringen, behalten häufig ihren Wohnsitz in Deutschland.

Tabelle 2-33: Wanderungen von Deutschen über die Grenzen Deutschlands von 1993 bis 2008

	Zuzüge insgesamt	darunter: Spätaussiedler ²		Zuzüge ohne Spätaussiedler		Fortzüge	Wanderungssaldo	Wanderungssaldo ohne Spätaussiedler
		absolut	in %	absolut	in %			
1993	287.561	217.531	75,6	70.030	24,4	104.653	182.908	-34.623
1994	305.037	218.617	71,7	86.420	28,3	138.280	166.757	-51.860
1995	303.347	211.601	69,8	91.746	30,2	130.672	172.675	-38.926
1996	251.737	172.182	68,4	79.555	31,6	118.430	133.307	-38.875
1997	225.335	128.415	57,0	96.920	43,0	109.903	115.432	-12.983
1998	196.956	97.331	49,4	99.625	50,6	116.403	80.553	-16.778
1999	200.150	95.543	47,7	104.607	52,3	116.410	83.740	-11.803
2000	191.909	85.698	44,7	106.211	55,3	111.244	80.665	-5.033
2001	193.958	86.637	44,7	107.321	55,3	109.507	84.451	-2.186
2002	184.202	78.576	42,7	105.626	57,3	117.683	66.519	-12.057
2003	167.216	61.725	36,9	105.491	63,1	127.267	39.949	-21.776
2004 ¹	177.993	49.815	28,0	128.178	72,0	150.667	27.326	-22.489
2005	128.051	30.779	24,0	97.272	76,0	144.815	-16.764	-47.543
2006	103.388	7.113	6,9	96.275	93,1	155.290	-51.902	-59.015
2007	106.014	5.477	5,2	100.537	94,8	161.105	-55.091	-60.568
2008	108.331	3.950	3,6	104.381	96,4	174.759	-66.428	-70.378

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesverwaltungsamt

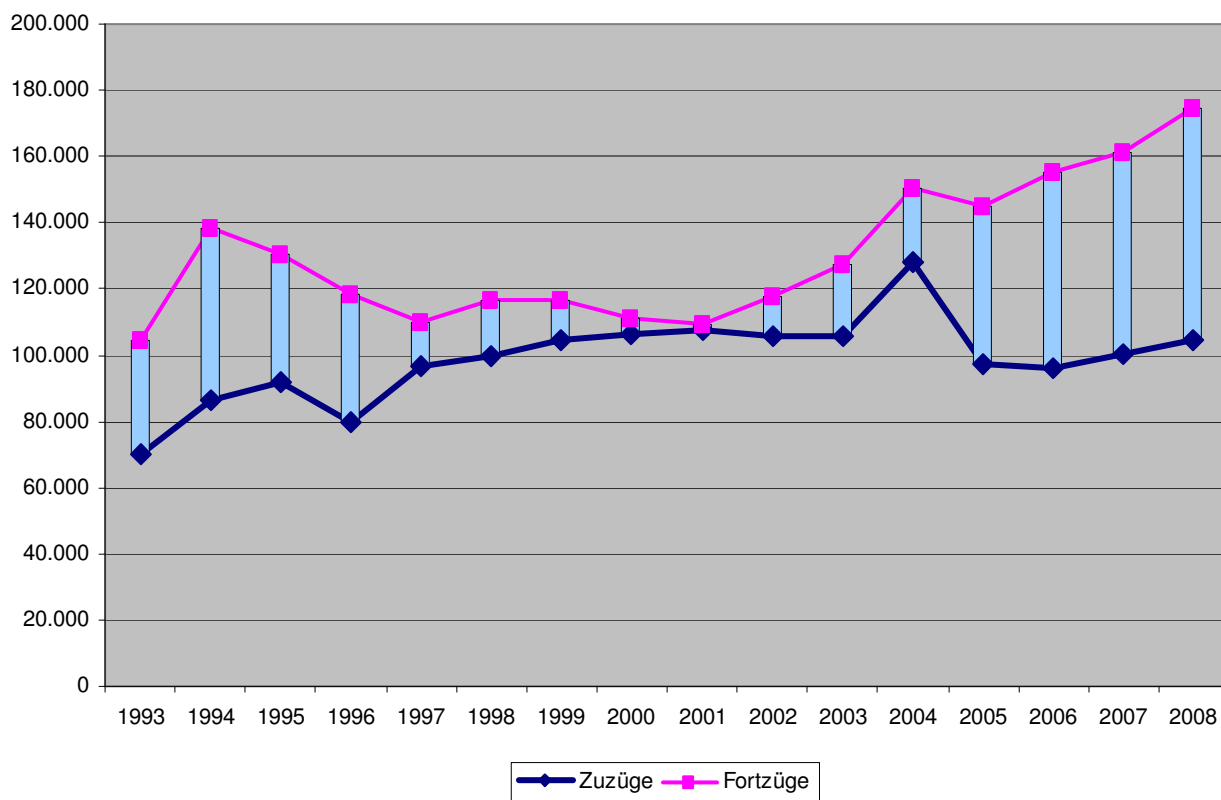
1) Die Wanderungszahlen für Deutsche für das Jahr 2004 sind aufgrund von Korrekturen im Land Hessen überhöht.

2) Personen, die im Rahmen des Spätaussiedlerzuzugs mit Ausstellung der Spätaussiedlerbescheinigung die deutsche Staatsangehörigkeit erhielten. Dies betrifft Spätaussiedler in eigener Person (§ 4 Abs. 1 BVFG) sowie deren Ehegatten und Abkömmlinge (§ 7 Abs. 2 BVFG).

²⁵⁰ Im Jahr 2007 waren etwa 90.000 deutsche Studierende an ausländischen Hochschulen eingeschrieben (2006: 83.600; 2005: 77.300; 2004: 66.500). Insgesamt ist die Zahl der Deutschen, die für ein Studium ins Ausland zogen, seit dem Jahr 1991, in dem etwa 34.000 deutsche Studierende an ausländischen Hochschulen registriert waren, fast kontinuierlich angestiegen. Die begehrtesten Studienländer im Jahr 2007 waren die Niederlande, Österreich, das Vereinigte Königreich, die Schweiz und die Vereinigten Staaten (vgl. dazu Kapitel 3.2 und Statistisches Bundesamt 2009a).

²⁵¹ Zur – häufig nur temporären – Abwanderung und zur Rückkehrbereitschaft deutscher Wissenschaftler vgl. Kapitel 3.2.

Abbildung 2-27: Zu- und Fortzüge von deutschen Staatsangehörigen (Zuzüge ohne Spätaussiedler) von 1993 bis 2008



Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesverwaltungsamt

Im ausgewiesenen Zeitraum überstieg die Zahl der Fortgezogenen mit deutscher Staatsangehörigkeit die der deutschen Rückkehrer in jedem Jahr (vgl. Abbildung 2-27).²⁵² Im Jahr 2007 zogen – ohne Berücksichtigung der zugezogenen Spätaussiedler – fast 61.000 deutsche Staatsangehörige mehr fort als zu; im Jahr 2008 betrug dieser Wanderungsverlust etwa 70.000 Deutsche (vgl. Tabelle 2-33).²⁵³ Insgesamt ist damit seit dem Jahr 2001, in dem nur ein leicht negativer Saldo registriert wurde, ein kontinuierlicher Anstieg des negativen Wanderungssaldos deutscher Staatsangehöriger zu verzeichnen. Allerdings wurde bereits im Jahr 1994 mit etwa –52.000 ebenfalls ein deutlich negativer Wanderungssaldo registriert, der sich dann bis zum Jahr 2001 kontinuierlich verringerte (vgl. Tabelle 2-33). Unter Berücksichtigung der Spätaussiedlerzuzüge gestaltete sich der Wanderungssaldo bis zum Jahr 2005 positiv.

Mit Blick auf die Regionen bzw. Länder, aus denen deutsche Staatsangehörige nach Deutschland zurückkehrten, zeigt sich folgendes Bild: Im Jahr 2008 zogen 38.293 Deutsche aus den alten Staaten der Europäischen Union zurück nach Deutschland (2007: 35.011), darunter 7.891 Deutsche aus Spanien (2007: 6.944) und 5.844 Deutsche aus Frankreich (2007: 5.851) (vgl. Tabelle 2-59 im Anhang). Damit sind 2008 etwa 9% mehr Deutsche aus den EU-14-Staaten zurückgekehrt als im Vorjahr. Aus Polen zogen 12.131 Deutsche zu (2007: 13.622). Ein Großteil hiervon besitzt vermut-

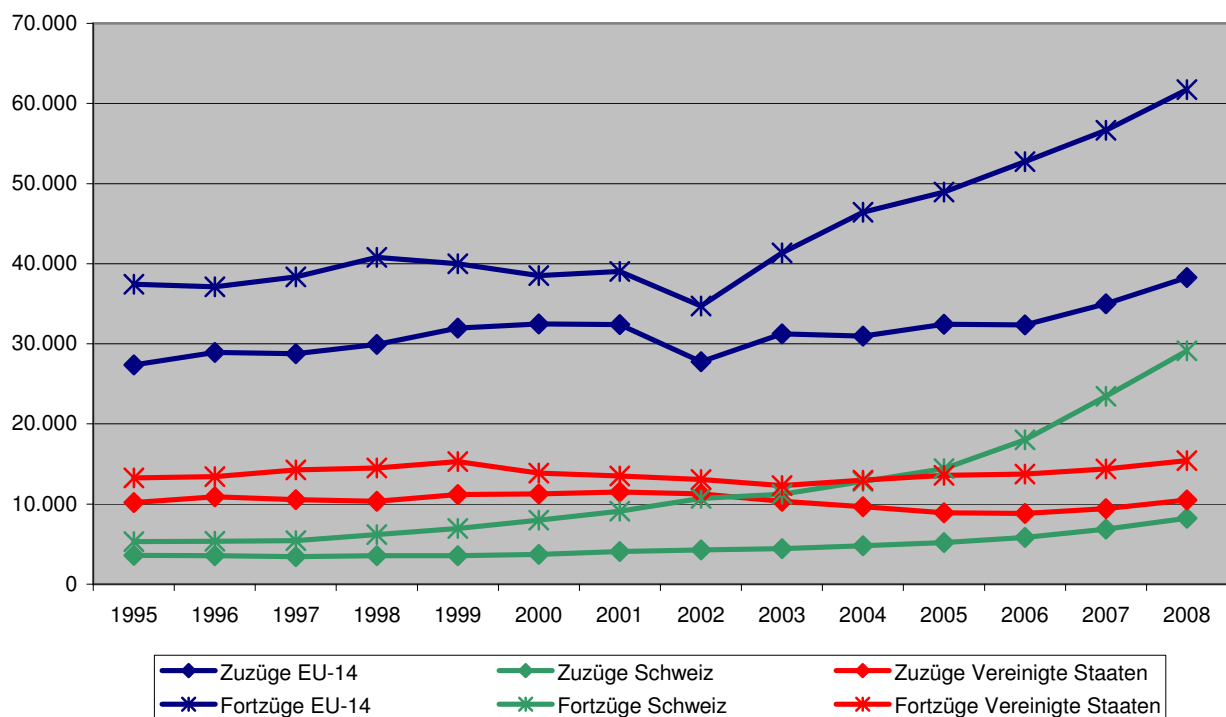
²⁵² Seit dem Jahr 2005 ist zudem ein negativer Wanderungssaldo selbst unter Berücksichtigung der Zuwanderung der Spätaussiedler festzustellen.

²⁵³ Für 2008 ist jedoch zu berücksichtigen, dass die bundesweite Einführung der persönlichen Steuer-Identifikationsnummer im Jahr 2008 zu Bereinigungen in den Melderegistern in der Form von Abmeldungen von Amts wegen geführt hat. Dadurch ist die Zahl der Fortzüge und damit des Wanderungsverlustes für 2008 erhöht. Es lässt sich jedoch nicht sagen, in welcher Größenordnung dies der Fall ist.

lich die doppelte Staatsangehörigkeit. Dies ist Ausdruck einer seit mehreren Jahren festzustellenden Pendelmigration zwischen Deutschland und Polen. Aus der Schweiz kehrten im Jahr 2008 8.216 Deutsche zurück nach Deutschland (2007: 6.860), aus den Vereinigten Staaten 10.524 (2007: 9.444). Damit war auch aus diesen beiden Hauptzielländern von Deutschen ein Anstieg der Rückkehrer zu verzeichnen. Allerdings lag die Zahl der deutschen Rückkehrer aus den Vereinigten Staaten in den Jahren von 1999 bis 2002 jährlich bei über 11.000. Dagegen ist ein kontinuierlicher Anstieg bei der Zahl der Zuzüge von Deutschen aus der Schweiz seit 1997 festzustellen (vgl. Abbildung 2-28 und Tabelle 2-59 im Anhang). Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass parallel dazu die Zahl der Fortzüge von Deutschen in die Schweiz deutlich stärker angestiegen ist, und zwar von 4.642 im Jahr 1993 auf 29.139 im Jahr 2008²⁵⁴: Kamen im Jahr 1995 noch 1,5 Fortzüge auf einen Zuzug, so betrug dieses Verhältnis im Jahr 2008 bereits 3,5 zu 1. D.h. es zogen dreieinhalb mal mehr Deutsche in die Schweiz als von dort zurückkehrten. Eine stetige Zunahme seit dem Jahr 2000 ist auch bei der Zahl der deutschen Rückkehrer aus Österreich zu verzeichnen. Auch in diesem Fall ist jedoch die Zahl der Fortzüge von Deutschen nach Österreich stärker gestiegen als die Zahl der Zuzüge deutscher Rückkehrer von dort.

Kontinuierlich angestiegen ist seit 1992 die Zahl der deutschen Rückkehrer aus der Türkei. Im Jahr 2008 zogen 2.569 Deutsche aus der Türkei nach Deutschland (2007: 2.232). Aus der Wanderungsstatistik ist nicht herauszulesen, inwieweit es sich hierbei um autochthone Deutsche oder um Eingebürgerte handelt. Mehr deutsche Rückkehrer wurden im Jahr 2008 im Vergleich zum Vorjahr zudem aus den beiden klassischen Einwanderungsländern Kanada und Australien sowie aus China registriert. Allerdings ist auch die Zahl der Fortzüge deutscher Staatsangehöriger in diese Länder – zum Teil deutlicher als die der Zuzüge aus diesen Ländern – angestiegen (vgl. Tabelle 3-1).

Abbildung 2-28: Zu- und Fortzüge deutscher Staatsangehöriger von 1995 bis 2008



Quelle: Statistisches Bundesamt

²⁵⁴ Zur Zahl der Fortzüge von Deutschen differenziert nach Zielländern vgl. Tabelle 3-1 in Kapitel 3.2 Abwanderung von Deutschen.

3. Abwanderung aus Deutschland

Mit dem Begriff Migration verbindet man zumeist nur die Zuwanderung nach Deutschland. Dass es auch Abwanderung aus Deutschland in beträchtlichem Umfang gibt, wird dagegen häufig unberücksichtigt gelassen.

Eine Legaldefinition des Begriffs „Auswanderer“ existiert für Deutschland nicht. Melderechtlich gilt: Wer aus einer Haupt- oder alleinigen Wohnung auszieht und keine neue Wohnung im Inland bezieht, hat sich bei der Meldebehörde abzumelden (§ 11 Abs. 2 Melderechtsrahmengesetz (MRRG)).

Dieser Wohnungswechsel ins Ausland in Verbindung mit der Abmeldung bei der alten Gemeinde wird statistisch als Fortzug erfasst (und nicht als Ab- oder Auswanderung). Insofern gilt als Fortzug, wenn sich jemand von einer Gemeinde im Bundesgebiet ins Ausland abmeldet und keine weitere Wohnung in Deutschland angemeldet hat. Somit liefert die Wanderungsstatistik Angaben über die Fortzüge ins Ausland, d.h. über die Wohnortwechsel über die Grenzen Deutschlands. Dabei werden keine weiteren Kriterien wie z.B. die (beabsichtigte) Dauer des Aufenthalts im Ausland berücksichtigt; demnach ist es gleichgültig, ob jemand nur kurzfristig zum Auslandsstudium Deutschland verlässt oder sich dauerhaft in einem anderen Staat niederlässt.

3.1 Abwanderung von Ausländern

Während (Spät-)Aussiedler, jüdische Zuwanderer und Personen, die im Rahmen des Familiennachzugs nach Deutschland kamen, in der Regel eher dauerhaft im Land bleiben, sind andere Migrantengruppen häufig durch temporäre Aufenthalte gekennzeichnet. Vor allem die Arbeitsmigration ist durch eher kurzfristige Aufenthalte zum Zwecke der Beschäftigung mit anschließender Rückkehr in das Herkunftsland charakterisiert. Insbesondere zwischen mittel- und osteuropäischen Staaten (MOEL) und Deutschland hat sich seit Anfang der 1990er Jahre eine Form der Pendelmigration entwickelt, bei der Arbeitnehmer aus den MOEL mehrfach, zum Teil auch mehrmals im Jahr (z.B. Saisonarbeitnehmer), zu- und fortziehen. Einen großen Anteil an den jährlichen Fortzügen stellen auch EU-Binnenmigranten, rückkehrende Studenten und abgelehnte Asylbewerber sowie weitere ausreisepflichtige Personen.²⁵⁵

3.1.1 Entwicklung der Abwanderung von Ausländern

Parallel zum Anstieg der Zuwanderung in Deutschland Ende der 1980er Jahre verließen – mit einer zeitlichen Verzögerung – auch vermehrt Menschen Deutschland. So zogen zwischen 1991 und 2008 zwar 16,5 Millionen Menschen aus dem Ausland nach Deutschland, im gleichen Zeitraum verließen aber 12,3 Millionen Menschen das Bundesgebiet, darunter rund 10,0 Millionen Ausländer. Im Jahr 2008 wurden 737.889 Fortzüge aus Deutschland registriert (2007: 636.854), darunter 563.130 Fortzüge von Ausländern (2007: 475.749).²⁵⁶ Dadurch ergab sich ein negativer Gesamtwanderungssaldo von –55.743. Im Jahr 2008 wurde damit erstmals seit 1984 wieder ein Gesamtwanderungsverlust (Deutsche und Ausländer) registriert (vgl. Kapitel 1). Der Wanderungssaldo der Ausländer betrug +10.865 und ist damit im Vergleich zum Vorjahr deutlich gesunken (2007: +99.003) (vgl. Abbildung 3-1).²⁵⁷ Seit dem Jahr 1999 liegt die Zahl der Fortzüge ausländischer Staatsangehöriger bei einer Größenordnung von unter 600.000 pro Jahr. Allerdings ist noch mal

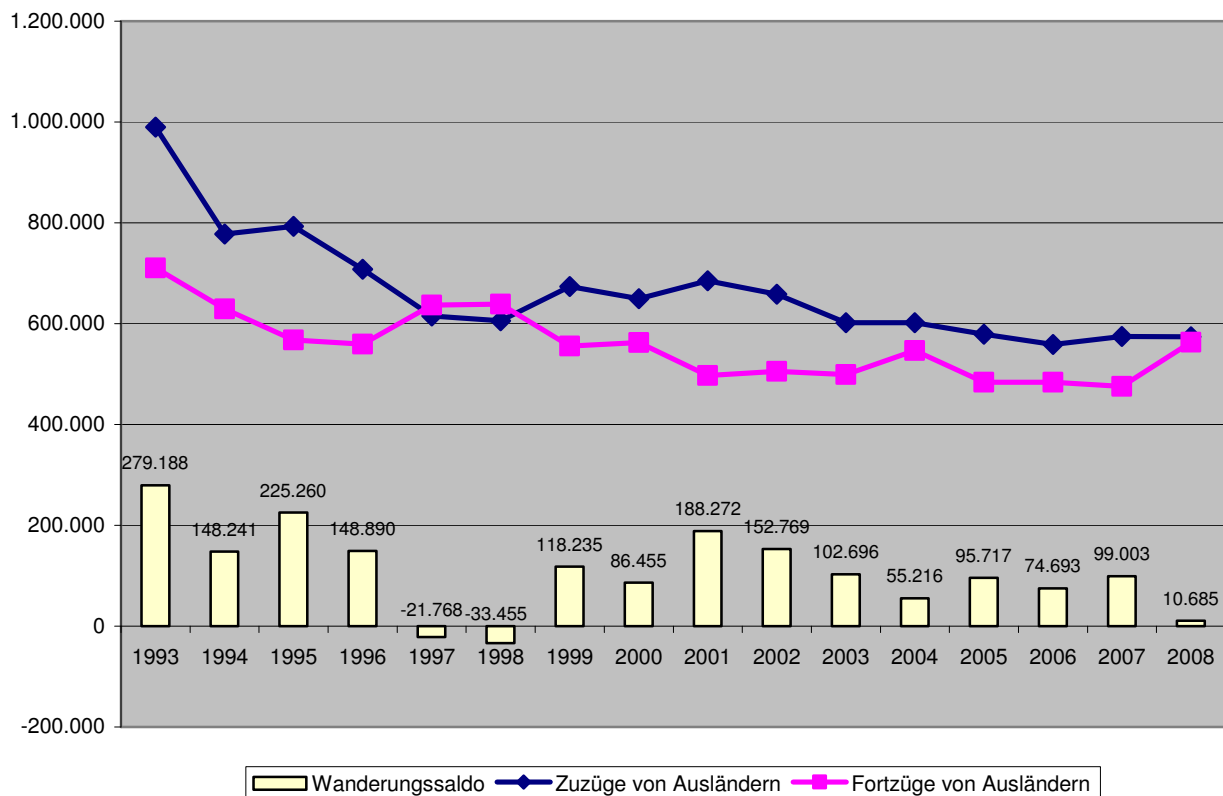
²⁵⁵ Zur Rückführung von ausreisepflichtigen Personen und zur Rückkehrförderung vgl. Kapitel 5.3.1.

²⁵⁶ Der Anteil der abgewanderten Ausländer an der ausländischen Bevölkerung in Deutschland beträgt damit im Jahr 2008 7,8% (Bevölkerungsfortschreibung 2008: 7.185.921 Ausländer).

²⁵⁷ Zu den Fortzügen differenziert nach einzelnen Staatsangehörigkeiten vgl. Kapitel 1.4.

darauf hinzuweisen (vgl. auch Kapitel 1.2), dass aufgrund der bundesweiten Einführung der persönlichen Steuer-Identifikationsnummer im Jahr 2008 umfangreiche Bereinigungen der Melderegister vorgenommen wurden, die zu zahlreichen Abmeldungen von Amts wegen geführt haben. Da der Umfang dieser Bereinigungen aus den Meldungen der Meldebehörden statistisch nicht ermittelt werden kann, bleiben der tatsächliche Umfang der Fortzüge im Jahr 2008 und die Entwicklung gegenüber den Vorjahren unklar.

Abbildung 3-1: Zu- und Fortzüge von ausländischen Staatsangehörigen von 1993 bis 2008



Quelle: Statistisches Bundesamt

Betrachtet man das Remigrationsgeschehen aus den Anwerbestaaten in größeren Zeitabschnitten²⁵⁸, so zeigt sich von 1960 bis zum Anwerbestopp im Jahr 1973 für alle Anwerbestaaten ein positiver Wanderungssaldo bei insgesamt hohem Wanderungsvolumen. Aus der Türkei, Portugal und Tunesien zogen etwa dreimal mehr Ausländer nach Deutschland als aus dem Bundesgebiet dorthin zurückkehrten. Im Zeitraum vom Ende der Anwerbephase bis Ende der 1980er Jahre ist festzustellen, dass – mit Ausnahme der Türkei und Marokko – mehr Ausländer aus den ehemaligen Anwerbestaaten in ihre Heimatländer zurückgekehrt sind als von dort nach Deutschland zuwanderten. Nach Spanien kehrten in diesem Zeitraum etwa dreimal so viele Ausländer zurück als von dort zuzogen (Remigrationsquote²⁵⁹=3,14). Für Portugal lag die Remigrationsquote bei 2,03, für Griechenland bei 1,77; auch für Italien, Jugoslawien und Tunesien wurden mehr Fort- als Zuzüge registriert. In dem Zeitraum von 1989 bis 2008 zogen auch aus den ehemaligen Anwerbe-

²⁵⁸ Vgl. dazu auch Haug/Rühl 2008.

²⁵⁹ Die Remigrationsquote bezeichnet das Verhältnis der Fortzüge ins Herkunftsland zu den Zuzügen aus dem Herkunftsland pro Jahr.

staaten insgesamt mehr ausländische Staatsangehörige nach Deutschland zu als von Deutschland fortzogen, doch ist dies hauptsächlich auf den Wanderungsüberschuss von Ausländern aus der Türkei und den Nachfolgestaaten Jugoslawiens zurückzuführen. Insbesondere im Falle Italiens (Remigrationsquote=1,04) und Spaniens (1,14) wurden auch in der Zeit nach 1989 mehr Rückkehrer als Neu- oder Wiedereinreisende registriert. Dabei ist festzustellen, dass vor allem seit Mitte der 1990er Jahre verstärkt auch Arbeitsmigranten, die mittlerweile im Rentenalter sind, nach langjährigem Aufenthalt in Deutschland in ihre Heimatländer zurückkehren.

Auch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) kommt auf Basis einer aktuellen Auswertung des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) zu dem Zwischenergebnis, dass die Auswanderung von Migranten insbesondere mit dem Übergang in den Ruhestand, aber auch mit einer fehlenden Integration in den Arbeitsmarkt einhergehen dürfte. Allerdings verringert sich aber auch die Wahrscheinlichkeit das Land zu verlassen, je länger Migranten bereits in Deutschland leben.²⁶⁰

Seit einigen Jahren stellt sich auch die Frage, inwieweit gut qualifizierte ausländische Staatsangehörige Deutschland – zum Teil auch nach langfristigem Aufenthalt – wieder verlassen. Da das Qualifikationsniveau von Zu- und Abwanderern in der Zu- und Fortzugsstatistik nicht erfasst wird, lassen sich hierzu Angaben lediglich auf Basis einzelner empirischer Untersuchungen machen, deren Aussagekraft aufgrund geringer Stichprobengröße jedoch sehr begrenzt ist. So wurden im Rahmen einer im April 2009 vorgestellten Studie zu Abwanderungsabsicht und -motiven türkischer Akademiker und Studenten in Deutschland (TASD) vom futureorg-Institut 254 Personen befragt.²⁶¹ 36% der befragten türkischen Akademiker und Studenten in Deutschland gaben an, zukünftig in die Türkei ziehen zu wollen. Wieviele Personen davon die angegebene Abwanderungsabsicht letztlich in die Tat umsetzen lässt sich nicht sagen. Aus Untersuchungen zum Migrationspotenzial auf der Basis von Umfragen zur Wanderungsabsicht zeigt sich, dass nur ein geringer Teil derjenigen, die eine solche Absicht bekundeten auch tatsächlich abgewandert sind. Im Rahmen der TASD-Befragung gaben 60% der Abwanderungswilligen an, frühestens in fünf Jahren ihre Abwanderung zu realisieren. Als Abwanderungsmotive nannten 41% ein „Fehlendes Heimatgefühl in Deutschland“, 25% gaben berufliche und 9% wirtschaftliche Gründe an.

3.1.2 Abwanderung nach der Aufenthaltsdauer

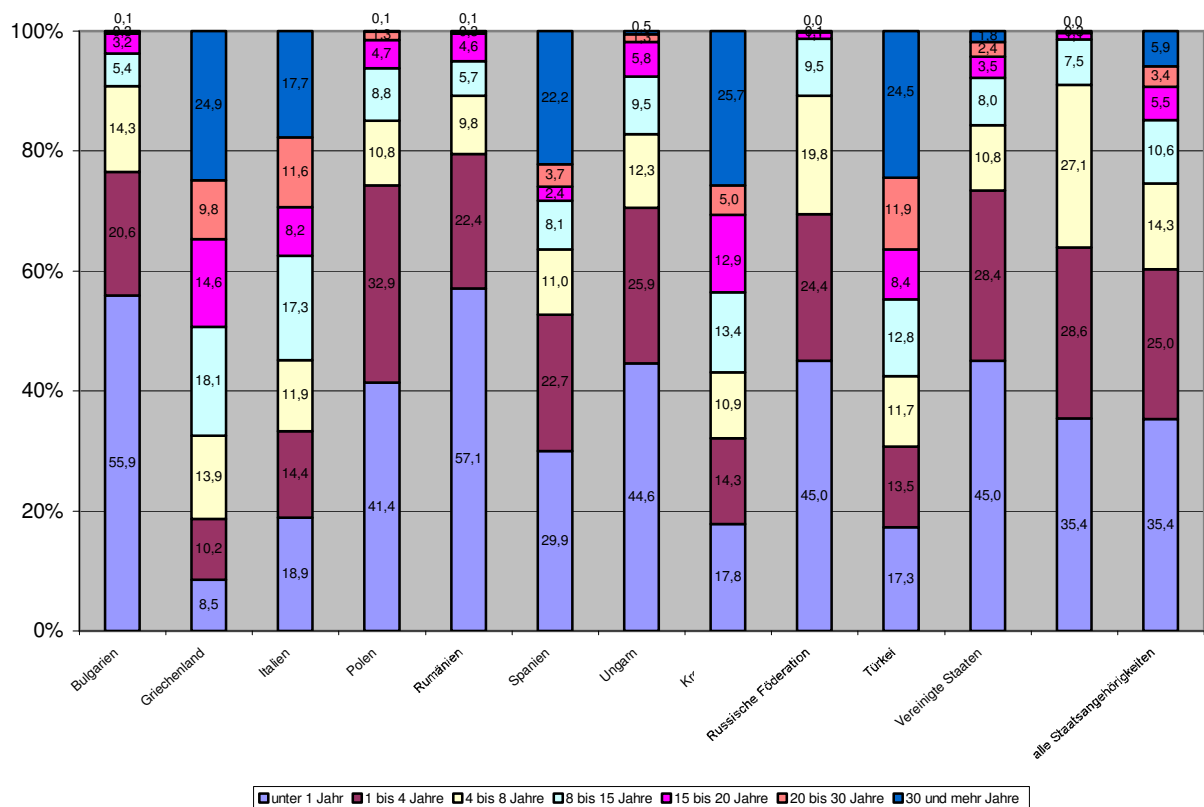
Auf der Basis der Daten des AZR kann angegeben werden, wie lange sich ein Ausländer vor seiner Ausreise im Bundesgebiet aufgehalten hat. Die Fortzüge umfassen die im AZR gespeicherten Kategorien „Fortzüge ins Ausland“ und „nach unbekannt“ sowie Personen mit dem Vermerk „nicht mehr aufhältig“. Insgesamt sind laut AZR im Jahr 2008 311.536 Ausländer fortgezogen (vgl. Tabelle 3-5).²⁶² Mehr als die Hälfte der fortgezogenen ausländischen Staatsangehörigen im Jahr 2008 hielt sich weniger als vier Jahre im Bundesgebiet auf (60,4%) (vgl. Abbildung 3-2 und Tabellen 3-4 und 3-5 im Anhang). Fast 10% verließen Deutschland nach einer Aufenthaltsdauer von mehr als 20 Jahren (9,3%). 5,9% der Abwanderer hielten sich sogar länger als 30 Jahre in Deutschland auf.

²⁶⁰ Vgl. Erlinghagen, Marcel/Stegmann, Tim/Wagner, Gert C. 2009: Deutschland ein Auswanderungsland?, in: Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 39/2009: 663-669.

²⁶¹ Vgl. Sezer, Kamuran/Daglar, Nilgün 2009: Die Identifikation der TASD mit Deutschland. Abwanderungsphänomen der TASD beschreiben und verstehen. Krefeld/Dortmund.

²⁶² Die Zahl der Fortzüge von Ausländern laut AZR liegt deutlich unter der Zahl der Fortzüge laut Wanderungsstatistik (vgl. Kapitel 1.4). Dies ist dadurch bedingt, dass im Gegensatz zur meldewesenbasierten Wanderungsstatistik Migranten mit Kurzaufenthalt unter drei Monaten nicht im AZR registriert sind und somit die Zu- und Fortzüge einer großen Zahl von Migranten (z.B. Saisonarbeitnehmer) nicht enthalten sind.

Abbildung 3-2: Fortzüge von Ausländern nach Aufenthaltsdauer und ausgewählten Staatsangehörigkeiten im Jahr 2008 in Prozent



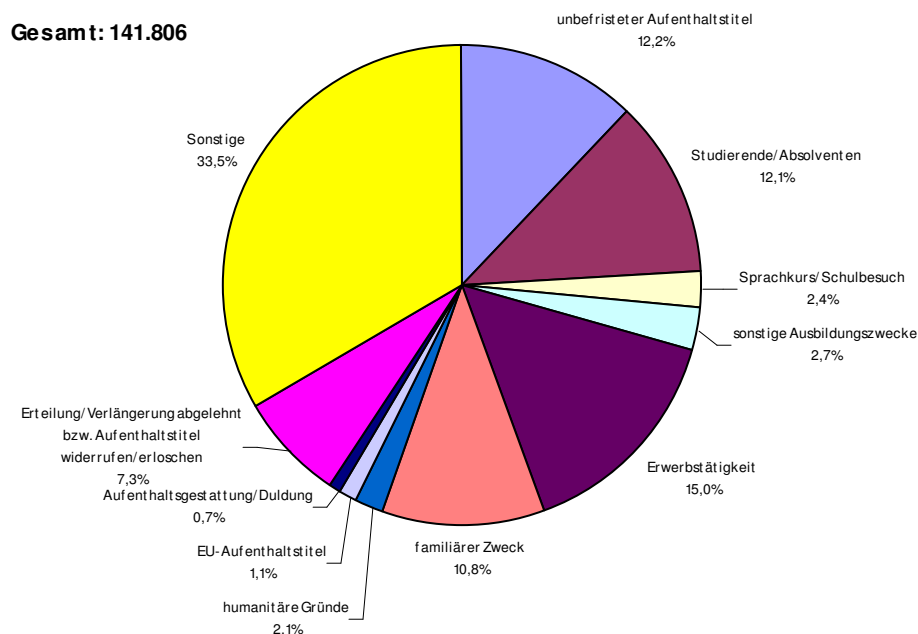
Quelle: Ausländerzentralregister, Statistisches Bundesamt

Die Abwanderung der Ausländer differenziert nach Aufenthaltsdauer und Staatsangehörigkeit spiegelt die Migrationsgeschichte der Bundesrepublik wider. So zogen im Jahr 2008 etwa ein Viertel der Staatsangehörigen aus den ehemaligen Anwerbestaaten Griechenland, Spanien, Kroatien, der Türkei und dem ehemaligen Serbien und Montenegro nach einer Aufenthaltsdauer von mindestens 30 Jahren aus Deutschland fort. Bei Italienern betrug dieser Anteil 17,7%, bei Portugiesen 15,1%. Dagegen hielten sich mehr als zwei Drittel der Staatsangehörigen aus den neueren Herkunftsländern Polen, Russische Föderation, Slowakei, Tschechische Republik und Ungarn, im Falle Rumäniens und Bulgariens sogar mehr als drei Viertel vor ihrer Ausreise aus Deutschland weniger als vier Jahre im Bundesgebiet auf. Mehr als die Hälfte der rumänischen, bulgarischen und brasilianischen Staatsangehörigen reisten sogar nach weniger als einem Jahr Aufenthalt in Deutschland wieder aus. Auch Staatsangehörige aus den Vereinigten Staaten, Indien und Japan haben überproportional häufig eine Aufenthaltsdauer in Deutschland von weniger als vier Jahren zu verzeichnen. Staatsangehörige aus diesen Staaten kommen häufig temporär als hoch qualifizierte Arbeitnehmer nach Deutschland.

3.1.3 Abwanderung von Drittstaatsangehörigen nach dem letzten Aufenthaltsstatus

Von den 311.536 ausländischen Staatsangehörigen, die im Jahr 2008 aus Deutschland fortzogen, besaßen 141.806 Personen eine Staatsangehörigkeit aus einem Staat außerhalb der EU. Damit entsprach der Anteil der Drittstaatsangehörigen an den Abwanderern etwa 46%.

Abbildung 3-3: Abwanderung von Drittstaatsangehörigen nach dem letzten Aufenthaltsstatus im Jahr 2008



Quelle: Ausländerzentralregister

12,2% der Drittstaatsangehörigen zogen im Jahr 2008 aus einem unbefristeten Aufenthaltstitel (unbefristete Aufenthaltserlaubnis sowie Aufenthaltsberechtigung nach altem Recht und Niederlassungserlaubnis) aus Deutschland fort (absolut: 17.327 Personen). Darunter befanden sich 85 Personen mit einer Niederlassungserlaubnis als Hochqualifizierte nach § 19 AufenthG. 12,1% haben als Studierende bzw. Hochschulabsolventen Deutschland verlassen (absolut: 17.102 Personen darunter 732 Hochschulabsolventen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 16 Abs. 4 AufenthG). 15,0% bzw. 21.295 drittstaatsangehörige Abwanderer hatten bei ihrem Fortzug eine Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Erwerbstätigkeit, darunter 533 Selbständige nach § 21 AufenthG. 10,8% verließen Deutschland mit einer Aufenthaltserlaubnis aus familiären Gründen (absolut: 15.286 Personen). 10.361 Drittstaatsangehörige verließen Deutschland (7,3%), weil eine Erteilung bzw. Verlängerung des Aufenthaltstitels abgelehnt wurde oder weil der Aufenthaltstitel widerrufen wurde bzw. erloschen war (vgl. Abbildung 3-3 und Tabelle 3-7 im Anhang).

Betrachtet man die Abwanderung differenziert nach einzelnen Nationalitäten, so zeigt sich, dass türkische (35,7%) und kroatische (31,1%) Staatsangehörige überproportional häufig aus einem unbefristeten Aufenthaltstitel heraus Deutschland verlassen (vgl. Tabelle 3-8 im Anhang). Bei chinesischen Staatsangehörigen sind dagegen mehr als ein Drittel (36,2%) der Abwanderer Studierende bzw. Hochschulabsolventen. Bei Staatsangehörigen aus. Zudem ziehen Staatsangehörige aus China (22,7%) – ebenso wie Staatsangehörige aus Indien (39,2%), Kroatien (28,1%) und den Vereinigten Staaten (20,0%) – überdurchschnittlich häufig mit einer Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Erwerbstätigkeit aus Deutschland fort. Im Falle Indiens und den Vereinigten Staaten zeigt sich, dass auch relativ viele Familienangehörige mit fortziehen. Staatsangehörige aus Indien und den Vereinigten Staaten sind häufig als Fachkräfte zum Zweck einer temporären Beschäftigung nach Deutschland gezogen und haben ihre Familien mitgebracht. Nach dem Ende der Beschäftigung verlassen sie Deutschland im Familienverbund wieder.

3.2 Abwanderung von Deutschen

Nicht nur Ausländer, auch deutsche Staatsangehörige verlassen Deutschland für längere Zeit oder für immer in nicht unbeträchtlichem Ausmaß. Die Fortzüge Deutscher bewegten sich seit den 1970er Jahren konstant zwischen 50.000 und 65.000 jährlich, bis sie ab 1989 auf über 100.000 pro Jahr anwuchsen. Im Jahr 2008 wurden 174.759 Fortzüge von Deutschen aus dem Bundesgebiet registriert (2007: 161.105).²⁶³ Dies ist die höchste registrierte Abwanderung von Deutschen seit 1954 (vgl. Tabelle 1-6 im Anhang).²⁶⁴ Allerdings entspricht die Zahl der abgewanderten Deutschen nur einem Anteil von 0,2% an der deutschen Bevölkerung (ohne Berücksichtigung der Rückkehrer).

Insgesamt ist die Zahl der Fortzüge von deutschen Staatsangehörigen seit dem Jahr 2001, in dem etwa 110.000 Fortzüge registriert wurden, stetig angestiegen (vgl. Tabelle 3-1 und Tabelle 2-33), übertraf aber erst 2005 die Zahl der Fortzüge aus dem Jahr 1994. Im Jahr 2005 ergab sich auch unter Berücksichtigung des Zuzugs von Spätaussiedlern und den in ihren Aufnahmebescheid einbezogenen Angehörigen erstmals seit Ende der 1960er Jahre ein Wanderungsverlust von 16.700 Deutschen. Dieser stieg in den Folgejahren auf über 50.000 Deutsche an und betrug im Jahr 2008 –66.428 (2007: –55.091).²⁶⁵ Diese Entwicklung ist vorwiegend auf die Steigerung der Abwanderungszahlen und auf den Rückgang der im vertriebenenrechtlichen Verfahren Aufgenommenen (Spätaussiedler und ihre Familienangehörigen nach § 7 Abs. 2 BVFG) zurückzuführen. Allerdings ist auch bei der Abwanderung von Deutschen darauf hinzuweisen, dass durch die Bereinigungen der Melderegister aufgrund der Einführung der Steuer-Identifikationsnummer die Fortzugszahlen für 2008 überhöht sind und sich der Wanderungssaldo ohne die Zuwanderung der im vertriebenenrechtlichen Verfahren Aufgenommenen nicht erst seit 2005 ins Negative gekehrt hätte.

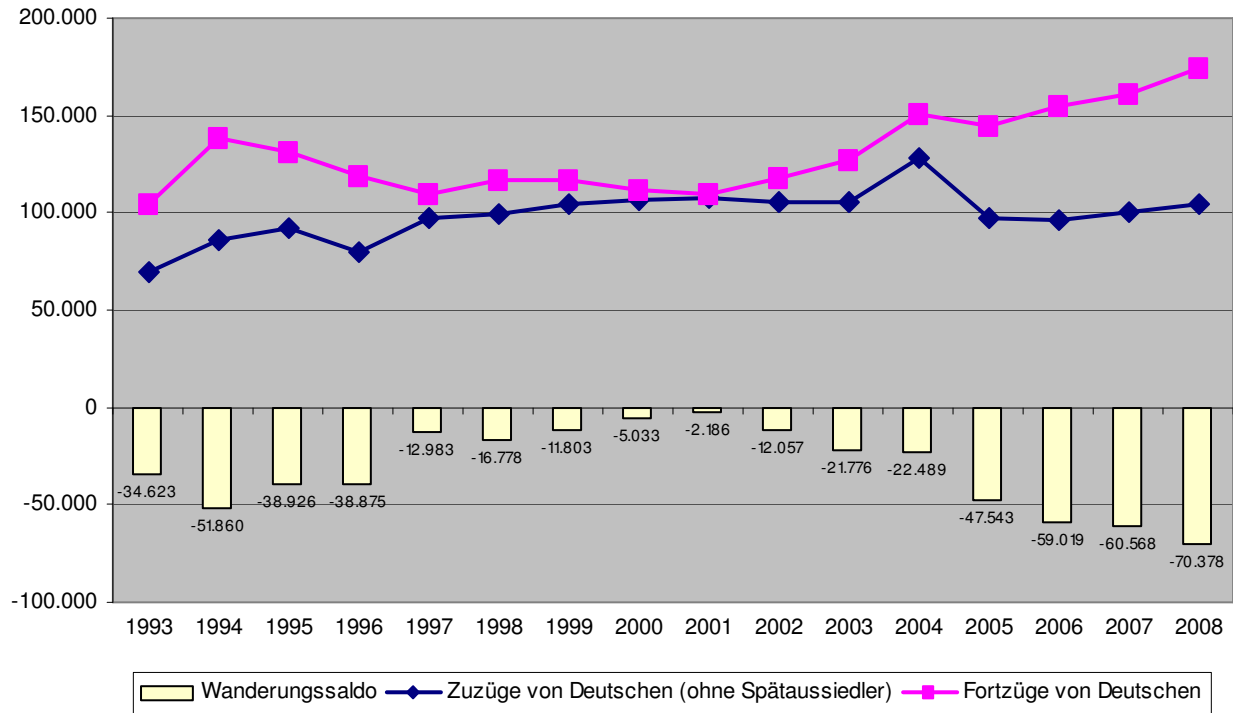
Unter Herausrechnung der im vertriebenenrechtlichen Verfahren Aufgenommenen, die in der Zuzugsstatistik als Zuzüge von Deutschen registriert werden, ist der Wanderungssaldo der deutschen Staatsangehörigen bereits seit den 1980er Jahren negativ. Im Jahr 2005 wurde ein negativer Wanderungssaldo von fast 48.000 registriert, in den beiden Folgejahren stieg dieser weiter an und betrug im Jahr 2008 etwa –70.000. Ein hoher Wanderungsverlust wurde jedoch bereits im Jahr 1994 mit knapp 52.000 verzeichnet (vgl. Abbildung 3-4). Während sich allerdings der negative Wanderungssaldo in dem Zeitraum zwischen 1996 bis 2001 stetig verringerte, stieg er seitdem kontinuierlich an. Zurückzuführen ist diese Entwicklung auf die gestiegene Zahl der Fortzüge, denn die Zahl der Rückkehrer (ohne im vertriebenenrechtlichen Verfahren Aufgenommene) hält sich seit 1999 auf weitgehend konstantem Niveau.

²⁶³ Dieser Anstieg korrespondiert mit gestiegenen Beratungszahlen von Deutschen durch das Raphaels-Werk, das Personen berät, die Interesse an einer dauerhaften oder zeitlich befristeten Abwanderung aus Deutschland haben. So haben sich im Jahr 2007 etwa 14.500 Personen an das Raphaels-Werk gewandt, circa drei Viertel davon waren Deutsche. Die Hälfte der Ratsuchenden gab an, aus beruflichen Gründen Deutschland verlassen zu wollen. Bevorzugte Zielländer waren Kanada, die Vereinigten Staaten, Spanien und Australien. Allerdings wurden auch „verstärkt Anfragen ehemals ausgewanderter Deutscher“ verzeichnet. Vgl. dazu Raphaels-Werk 2008: Jahresbericht 2007: 10-14.

²⁶⁴ Belastbare Wanderungszahlen von Deutschen liegen erst seit 1954 vor (vgl. Statistisches Bundesamt 2008: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit: Wanderungen 2007. Fachserie 1 Reihe 1.2). Inwieweit die Fortzugszahlen von Deutschen in den Jahren zuvor höher ausfielen ist nicht bekannt.

²⁶⁵ Zur Entwicklung der Abwanderung Deutscher vgl. auch Sauer/Ette 2007: 28ff.

Abbildung 3-4: Zu- und Fortzüge von deutschen Staatsangehörigen von 1993 bis 2008



Quelle: Statistisches Bundesamt

Bei den fortziehenden Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit handelt es sich zum einen um „klassische Auswanderer“ (z.B. auf Dauer in die USA), zum anderen aber auch um „temporäre“ Abwanderer wie z.B. Techniker, Manager, Kaufleute, Ärzte, Rentner²⁶⁶ und Studenten sowie deren Angehörige.²⁶⁷ Da der amtlichen Wanderungsstatistik keine Informationen über das Qualifikationsniveau der deutschen Abwanderer entnommen werden können, kann nicht angegeben werden, wie viele hochqualifizierte Deutsche temporär oder auf Dauer aus Deutschland fortziehen. Zudem ist zu berücksichtigen, dass gut qualifizierte Arbeitskräfte etwa aus anderen EU-Staaten in Deutschland arbeiten und auch im Bereich der Forschung und Lehre ein internationaler Austausch stattfindet.²⁶⁸

Im Jahr 2007 waren etwa 90.000 deutsche Studierende an ausländischen Hochschulen eingeschrieben, 8% bzw. 6.700 Studierende mehr als im Vorjahr (2006: 83.600 Studierende).²⁶⁹ Insgesamt ist damit die Zahl der deutschen Studierenden im Ausland in den letzten zehn Jahren kontinuierlich angestiegen.²⁷⁰ 1997 studierten etwa 45.200 Deutsche an einer ausländischen Universi-

²⁶⁶ Verlässliche Zahlen über ältere Menschen, die mit Eintritt in den Ruhestand ihren Wohnsitz endgültig oder vorübergehend (saisonal) ins Ausland (z.B. Mallorca, Kanarische Inseln) verlagern, gibt es statistisch nicht. Allerdings behalten die meisten ausländischen „Rentner-Residenten“ ihren Wohnsitz in Deutschland (tatsächlich oder formal) bei, so dass eine Abmeldung am Wohnsitz des Heimatlandes unterbleibt. Die Wanderungsstatistik des Statistischen Bundesamtes registriert beispielsweise für das Jahr 2008 9.245 Deutsche, die nach Spanien zogen, darunter 951 Deutsche, die älter als 65 Jahre waren.

²⁶⁷ Die genannten Gruppen dürften insgesamt in der Fortzugsstatistik untererfasst sein, da sich wahrscheinlich zahlreiche Abwanderer melderechtlich nicht abmelden oder in Deutschland ihren Wohnsitz behalten.

²⁶⁸ Nach Berechnungen der OECD liegt für Deutschland insgesamt ein positiver Wanderungssaldo in Höhe von 4,1% der Personen mit tertiärem Bildungsabschluss vor. Vgl. dazu die Bundestagsdrucksache 16/5417 vom 23. Mai 2007: 3, 6.

²⁶⁹ Vgl. die Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes Nr. 411 vom 29. Oktober 2009 sowie Statistisches Bundesamt 2009a.

²⁷⁰ Insgesamt ist die Zahl der deutschen Studierenden, die einen studienbezogenen Auslandsaufenthalt aufzuweisen haben, von 23% im Jahr 2007 auf 26% im Jahr 2009 angestiegen. Vgl. dazu DAAD/HIS 2009:

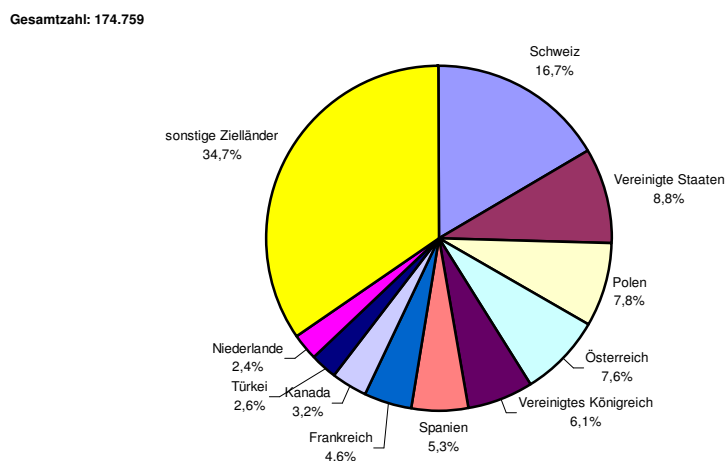
tät. Während im Jahr 1997 noch 27 deutsche Studierende an Hochschulen im Ausland auf 1.000 deutsche Studierende an inländischen Hochschulen kamen, waren es 2007 bereits 53.

Die begehrtesten Studienländer im Jahr 2007 waren die Niederlande, Österreich, das Vereinigte Königreich, die Schweiz und die Vereinigten Staaten. An den Universitäten dieser Länder waren 16.550, 14.789, 11.670, 9.836 bzw. 8.907 deutsche Studierende eingeschrieben. Dabei ist allerdings die Zahl der deutschen Studierenden an Universitäten der Vereinigten Staaten von 2000 (10.128 Studierende) bis 2004 (8.640 Studierende) gesunken und stagniert seitdem, während die Zahl der Immatrikulierten in den Niederlanden, Österreich und in der Schweiz stark angestiegen ist. Im Jahr 2007 wurden die meisten deutschen Hochschulabsolventen im Vereinigten Königreich registriert (5.290 Absolventen). In den Niederlanden schlossen 3.390 deutsche Studierende ihr Studium ab, in der Schweiz waren es 1.729.

3.2.1 Abwanderung nach Zielländern

Von den 174.759 Fortzügen von Deutschen im Jahr 2008 (2007: 161.105) entfielen 61.714 (35,3%) auf einen der alten EU-Staaten (Stand bis einschließlich April 2004). In die USA zogen 15.436 Deutsche (8,8%) (vgl. Abbildung 3-5 und Tabelle 3-1), aber gleichzeitig kehrten 10.524 Deutsche aus den USA zurück nach Deutschland. Hauptzielland deutscher Staatsangehöriger im Jahr 2008 war jedoch – wie bereits seit 2005 – die Schweiz mit 29.139 Fortzügen (16,7%) (2007: 23.459). Insgesamt ist die Zahl der Fortzüge von Deutschen in die Schweiz seit Anfang der 1990er Jahre kontinuierlich angestiegen. Ein deutlicher Anstieg seit 1991 ist auch bei den Fortzügen deutscher Staatsangehöriger nach Österreich zu verzeichnen. Im Jahr 2008 wurden 13.336 Fortzüge in den Nachbarstaat registriert (7,6%). Seit dem Jahr 2001 steigen zudem die Fortzüge Deutscher nach Spanien (2008: 9.245 Fortzüge bzw. 5,3%) und in das Vereinigte Königreich (2008: 10.706 Fortzüge bzw. 6,1%). Auch bei den Fortzügen von Deutschen in die Türkei war ein fast kontinuierlicher Anstieg seit Beginn der 1990er Jahre zu verzeichnen (2008: 4.609 Fortzüge bzw. 2,6%).

Abbildung 3-5: Fortzüge von Deutschen nach Zielländern im Jahr 2008



Quelle: Statistisches Bundesamt

Betrachtet man das Verhältnis der Fortzüge zu den Zuzügen von Deutschen, so zeigt sich, dass im Jahr 2008 auf einen Zuzug aus der Schweiz 3,5 Fortzüge in die Schweiz kamen. 1991 lag das Verhältnis noch bei 1,3 (vgl. Tabelle 3-9 im Anhang). Im Falle Norwegens beträgt das Verhältnis Fortzüge Deutscher/Zuzüge Deutscher sogar 4,2 zu 1, sank damit allerdings etwas gegenüber 2007 (4,7 zu 1).²⁷¹

Tabelle 3-1: Fortzüge deutscher Staatsangehöriger nach Zielland von 1991 bis 2008

Zielland	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004 ²	2005	2006	2007	2008
Belgien	2.492	2.642	2.515	2.908	2.787	2.695	2.649	2.646	2.582	2.230	2.285	2.465	2.471	2.584	2.491	2.638	2.593	2.608
Frankreich	6.493	6.970	7.085	7.766	7.580	7.114	6.873	7.058	6.875	6.603	6.630	6.875	6.864	7.270	7.316	7.572	7.346	7.988
Italien	2.836	2.678	2.579	2.798	2.633	2.563	2.821	3.030	2.871	3.077	3.013	3.264	3.083	3.448	3.435	3.437	3.405	3.645
Niederlande	5.156	5.368	6.153	5.510	5.006	4.514	4.240	4.261	3.709	3.665	3.875	3.660	3.345	3.571	3.404	3.554	3.697	4.282
Österreich	3.792	3.807	3.811	4.277	4.337	4.372	4.415	4.766	5.346	5.225	5.630	6.279	6.903	8.532	9.314	10.345	11.201	13.336
Spanien	3.296	3.698	3.978	4.776	5.071	5.455	6.322	7.357	7.208	6.750	6.697	6.767	6.769	7.196	7.317	8.149	8.991	9.245
Vereinigtes Königreich	3.310	3.466	4.050	4.794	5.024	5.269	5.885	6.119	6.031	5.760	5.596	5.806	6.264	7.842	9.012	9.395	9.996	10.706
EU-14 insgesamt¹	26.771	27.877	29.959	32.706	37.443	37.132	38.365	40.778	40.007	38.508	39.035	40.546	41.366	46.434	48.954	52.743	56.650	61.714
Polen	2.704	2.520	3.034	4.564	6.310	7.228	8.891	9.953	10.935	10.968	11.420	11.084	10.262	9.658	9.229	9.090	10.451	13.711
Norwegen	293	262	266	343	357	341	440	724	750	659	659	821	858	886	991	1.469	2.485	2.973
Schweiz	4.855	4.876	4.642	4.987	5.304	5.340	5.428	6.174	6.968	7.998	9.092	10.703	11.225	12.818	14.409	18.007	23.459	29.139
Türkei	629	722	829	811	908	1.081	1.142	1.113	1.187	1.339	1.384	1.307	1.602	2.125	2.795	3.451	3.826	4.609
Brasilien	865	895	1.001	1.059	1.135	1.123	1.165	1.267	1.116	1.008	1.071	1.069	1.114	1.155	1.371	1.300	1.352	1.446
Kanada	1.531	1.662	1.836	1.951	2.085	1.915	1.831	1.930	2.047	2.092	1.926	2.023	2.442	2.511	3.029	3.831	4.480	5.605
Vereinigte Staaten	12.586	13.767	12.766	13.904	13.270	13.420	14.259	14.518	15.312	13.855	13.485	13.047	12.325	12.976	13.569	13.750	14.385	15.436
China	263	261	352	428	523	638	773	948	816	812	864	1.014	1.133	1.696	2.028	2.294	2.295	2.553
Australien	1.305	1.247	1.213	1.327	1.358	1.395	1.499	1.456	1.470	1.389	1.614	1.715	1.923	2.190	2.512	2.944	3.317	3.674
Gesamt	98.915	105.171	104.653	138.280	130.672	118.430	109.903	116.403	116.410	111.244	109.507	117.683	127.267	150.667	144.815	155.290	161.105	174.759

Quelle: Statistisches Bundesamt

1) Bis 1994 ohne Finnland, Österreich und Schweden.

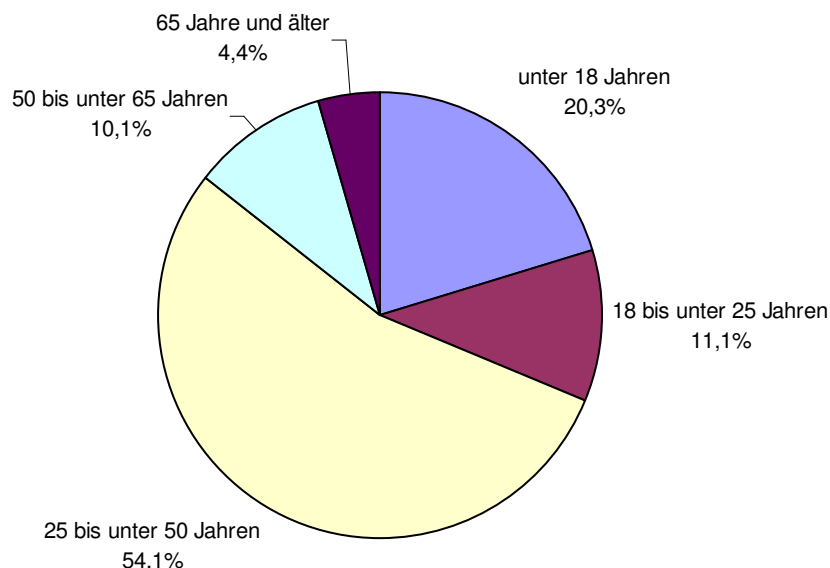
2) Die Fortzugszahlen für Deutsche für das Jahr 2004 sind aufgrund von Korrekturen im Land Hessen überhöht.

²⁷¹ Zur Zahl der Zuzüge von Deutschen vgl. Tabelle 2-59 im Anhang.

3.2.2 Abwanderung nach Altersgruppen

Abbildung 3-6: Fortzüge von Deutschen nach Altersgruppen im Jahr 2008

Gesamt: 174.759



Quelle: Statistisches Bundesamt

Mehr als die Hälfte der Deutschen, die im Jahr 2008 ins Ausland gezogen sind, war zwischen 25 und 50 Jahre alt (54,1%) (vgl. Abbildung 3-6). Etwa ein Fünftel war jünger als 18 Jahre (20,3%). 4,4% aller deutschen Abwanderer waren 65 Jahre und älter. Bei Deutschen, die im Jahr 2008 ihren Wohnsitz nach Spanien verlagerten, waren dies jedoch 10,3% (vgl. Tabelle 3-10 im Anhang). Diese Zahlen weisen darauf hin, dass Spanien in den letzten Jahren auch für Deutsche vermehrt das Ziel von Ruhesitzwanderung wurde. Allerdings deuten die geringen absoluten Zahlen der Wanderungsstatistik bei den über 65-Jährigen darauf hin, dass sich viele Deutsche, die möglicherweise vorübergehend ihren Ruhestand im Ausland genießen, in Deutschland nicht abmelden. Ein Viertel der Deutschen (24,8%), die im Jahr 2008 in das Vereinigte Königreich zogen, war dagegen jünger als 18 Jahre.

Bestätigt werden die Daten der amtlichen Wanderungsstatistik auch durch Ergebnisse des sogenannten PIONEUR-Projekts.²⁷² Hier zeigt ein Vergleich der deutschen Auswanderer hinsichtlich ihres Migrationsalters, dass Deutsche in Spanien bei ihrer Auswanderung durchschnittlich deutlich älter sind als Deutsche, die nach Großbritannien, Frankreich oder Italien gehen. Nur wenige waren

²⁷² Das PIONEUR-Projekt war eine 5-Länder-Studie (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Spanien), die auf die Migration innerhalb der EU fokussiert war. Kernstück des Projekts war der im Jahr 2004 durchgeführte European Internal Movers' Social Survey (EIMSS), bei dem 5000 in einem anderen Mitgliedstaat lebende EU-Bürger befragt wurden. Ziel der Studie war unter anderem die Erforschung der Voraussetzungen und Motive für eine Migration innerhalb der EU sowie der Auswirkungen der EU-internen Migration auf die Lebensqualität und die individuellen Erwartungen der Migranten. Vgl. dazu Fernandez/Rother/Braun 2006: 73 sowie die Bundestagsdrucksache 16/5417 vom 23. Mai 2007: 6.

zu diesem Zeitpunkt unter 40, der Mittelwert liegt bei 47 Jahren. Deutsche in Großbritannien stellen hingegen die jüngste Auswanderergruppe dar. Hier liegt der Mittelwert bei 33 Jahren.²⁷³ Erwartungsgemäß befindet sich die Mehrheit der Deutschen in Spanien ihrer Altersstruktur entsprechend bereits im Ruhestand (64,4%). Diese Auswanderer sind während oder bei Erreichen des Ruhestands nach Spanien gezogen. Auch in Italien und Frankreich ist ein höherer Anteil an Ruhestandsmigranten zu finden (33,1% bzw. 25,2%), wohingegen Deutsche in Großbritannien meist Vollzeit beschäftigt sind (63,9%).

3.2.3 Abwanderung von Arbeitskräften

Aus der Zu- und Fortzugsstatistik lässt sich nicht herauslesen, zu welchem Zweck und für wie lange deutsche Staatsangehörige das Bundesgebiet verlassen.²⁷⁴ Es existieren jedoch einige Statistiken, die Personen erfassen, die zum Zweck der Arbeitsaufnahme für einige Zeit aus Deutschland fortziehen. Sie bilden aber nur einen Teil der Personen ab, die aus Deutschland abwandern, um in einem anderen Land eine Beschäftigung aufzunehmen.

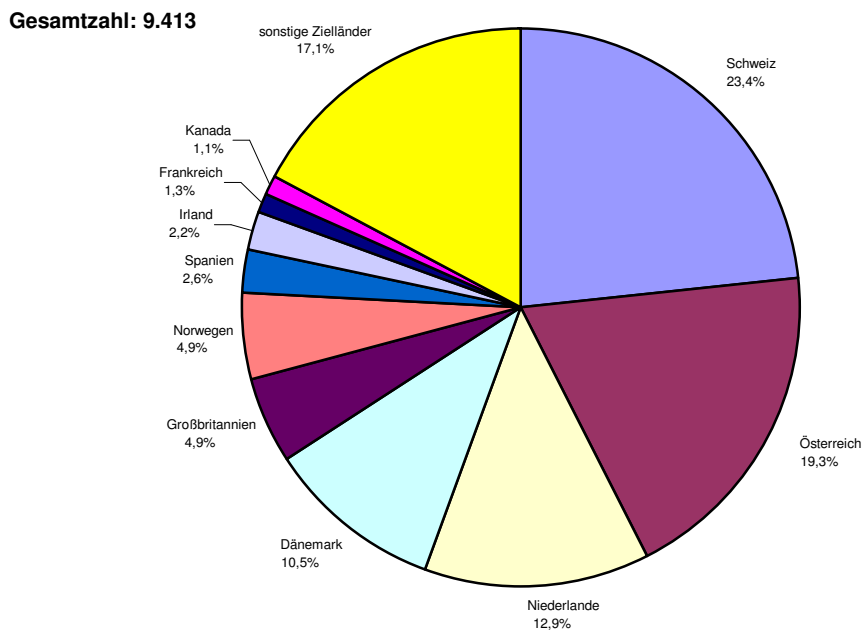
Dazu zählt die Vermittlungsstatistik der Zentralen Auslands- und Fachvermittlung (ZAV) der Bundesagentur für Arbeit. Die ZAV unterstützt zum einen die Vermittlung ausländischer Arbeitskräfte nach Deutschland, etwa durch die Erteilung von Arbeitserlaubnissen für Saisonarbeitnehmer und Haushaltshilfen, zum anderen vermittelt die ZAV inländische Arbeitskräfte ins Ausland.

Im Jahr 2008 wurden von der ZAV 9.413 inländische Arbeitskräfte ins Ausland vermittelt (vgl. Tabelle 3-11 im Anhang). Dies sind etwa 10% mehr als im Vorjahr (2007: 8.565 Vermittlungen). Darunter befanden sich 780 Fachkräfte im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit, 111 Vermittlungen zu internationalen Organisationen und 26 Führungskräfte im Rahmen der Managementvermittlung.

²⁷³ Vgl. Braun, Michael/Arsene, Camelia 2009: The demographics of movers and stayers in the European Union, in: Recchi, Ettore/Favell, Adrian (Hrsg.): *Pioneers of European Integration*. Cheltenham: 26-51 (33f).

²⁷⁴ Im Rahmen von EIMSS gaben 33% der befragten Männer Arbeitsgründe, 24% die Verbesserung der Lebensqualität und 22% persönliche Gründe als wichtige Abwanderungsmotive an. Bei den befragten Frauen nannten 37% persönliche Gründe, 24% die Verbesserung der Lebensqualität, 18% Arbeitsgründe und 8% ein Studium im Ausland. Vgl. Bundestagsdrucksache 16/5417: 6f.

Abbildung 3-7: Vermittlungen von Arbeitnehmern aus Deutschland ins Ausland im Jahr 2008



Quelle: Zentrale Auslands- und Fachvermittlung der Bundesagentur für Arbeit

Der größte Teil der im Jahr 2008 vermittelten Arbeitnehmer nahm eine Stelle im deutschsprachigen Ausland an. 2.198 Personen wurden in die Schweiz vermittelt (23,4%), 1.814 Arbeitnehmer zogen nach Österreich (19,3%) (vgl. Abbildung 3-7). Dabei ist insbesondere die Zahl der nach Österreich vermittelten Arbeitnehmer im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegen (+38,3%). In den Niederlanden nahmen 1.210 Personen eine Beschäftigung an (12,9%). Die weiteren Hauptzielländer inländischer Arbeitnehmer waren Dänemark (10,5%), Großbritannien (4,9%) und Norwegen (4,9%). Insgesamt erfolgten fast 90% der Vermittlungen von Arbeitnehmern ins europäische Ausland (88,2%) (vgl. Tabelle 3-11 im Anhang). 5,6% der Arbeitnehmer gingen nach Asien, 2,6% nach Afrika, wobei hier insbesondere Arbeitnehmer im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit vermittelt wurden. 3,2% der Arbeitnehmer zogen in ein amerikanisches Land, darunter 101 nach Kanada und 89 in die Vereinigten Staaten.

Zahlen liegen auch zur Abwanderung von Ärzten aus Deutschland vor. Diese werden jährlich von der Bundesärztekammer im Rahmen der Ärztestatistik veröffentlicht. Die folgenden Daten basieren für die Jahre bis 2007 auf Meldungen von 15 Ärztekammern, die um eine Hochrechnung für die fehlenden zwei Kammern ergänzt wurden. Für 2008 lagen Daten aller 17 Ärztekammern vor.

Tabelle 3-2: Abwanderung von Ärzten aus Deutschland

Jahr	Anzahl
2001	1.437
2002	1.691
2003	1.992
2004	2.731
2005	2.249
2006	2.575
2007	2.439
2008	3.065

Quelle: Bundesärztekammer

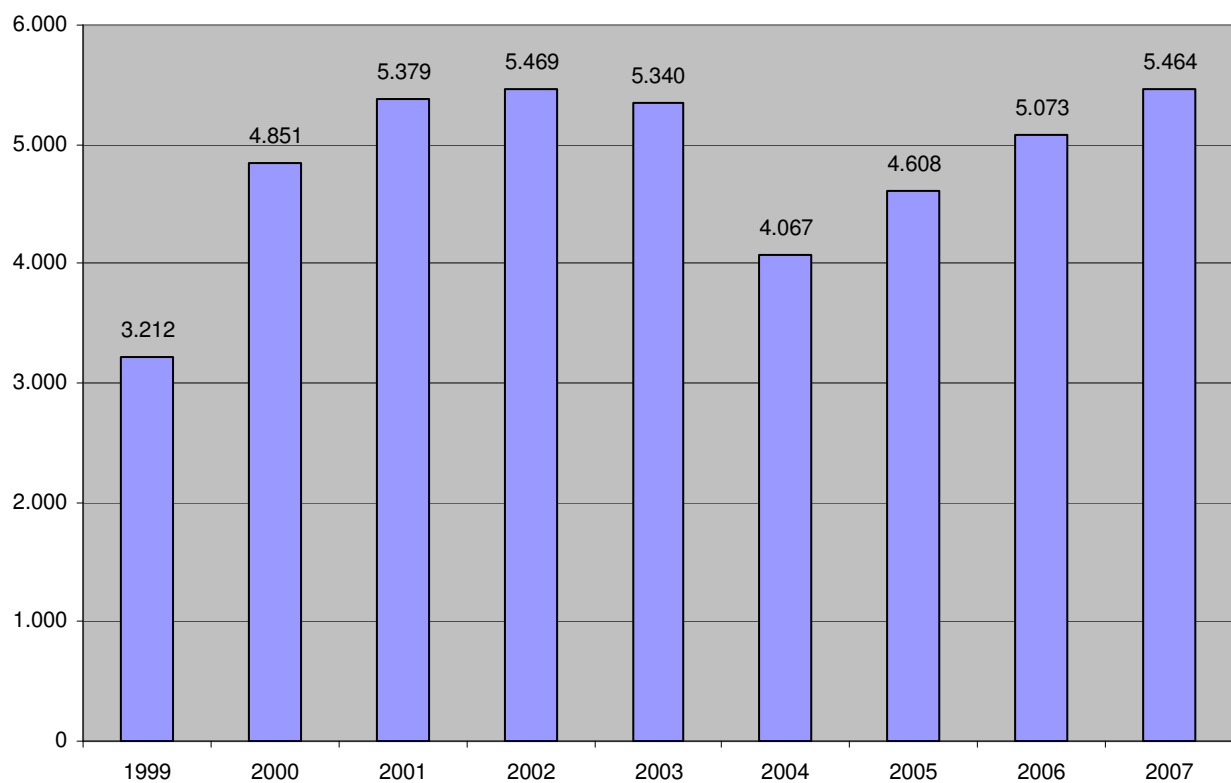
Im Jahr 2008 ist die Abwanderung von Ärzten aus Deutschland im Vergleich zum Vorjahr um etwa ein Viertel (25,7%) auf 3.065 Ärzte angestiegen (2007: 2.439 Ärzte) (vgl. Tabelle 3-2). Von den 3.065 im Jahr 2008 ins Ausland abgewanderten Ärzten besaßen 67% die deutsche Staatsangehörigkeit (von den 2007 abgewanderten Ärzten besaßen noch 77% die deutsche Staatsangehörigkeit). Das beliebteste Zielland der abgewanderten Ärzte im Jahr 2008 war wie im Jahr zuvor die Schweiz (729), vor Österreich (237), den Vereinigten Staaten (168) und Großbritannien (95).

Eine weitere Datenquelle stellen die vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) publizierten Daten zum internationalen Austausch von Wissenschaftlern dar.²⁷⁵ Dabei handelt es sich ausschließlich um Informationen über den unmittelbar geförderten Wissenschaftleraustausch. Die ausgewiesenen Daten geben deshalb nur Auskunft über einen Teil des gesamten Wissenschaftleraustauschs zwischen Deutschland und anderen Ländern. In Deutschland gibt es keine Institution, die Daten zu Forschungsaufenthalten im Ausland zentral erfasst. Die Gesamtzahl der deutschen Wissenschaftler im Ausland dürfte insofern deutlich höher liegen.

Seit dem Jahr 2002, in dem fast 5.500 deutsche Wissenschaftler einen von einer Förderorganisation geförderten Forschungsaufenthalt im Ausland verbrachten, sank deren Zahl bis 2004 auf etwa 4.100. In den Folgejahren stieg die Zahl der deutschen Wissenschaftler im Ausland wieder bis auf fast 5.500 im Jahr 2007 an (vgl. Abbildung 3-8).

²⁷⁵ Vgl. Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD) (Hrsg.) 2009.

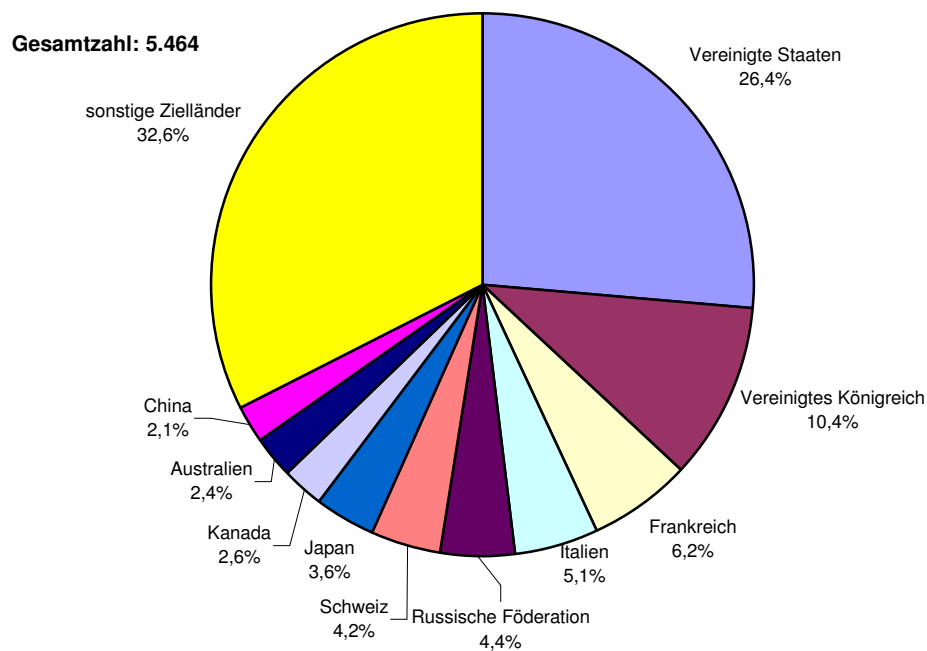
Abbildung 3-8: Deutsche Wissenschaftler im Ausland von 1999 bis 2007



Quelle: Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD)

Der größte Teil der deutschen Wissenschaftler bevorzugt einen Forschungsaufenthalt in den Vereinigten Staaten (26,4% im Jahr 2007) (vgl. Abbildung 3-9 und Tabelle 3-12 im Anhang). Weitere beliebte Zielländer deutscher Wissenschaftler sind das Vereinigte Königreich (10,4%), Frankreich (6,2%), Italien (5,1%), die Russische Föderation (4,4%) und die Schweiz (4,2%).

Abbildung 3-9: Deutsche Wissenschaftler im Ausland nach Zielland im Jahr 2007



Quelle: Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD)

Tabelle 3-3: Deutsche Wissenschaftler im Ausland nach Fächergruppen im Jahr 2007

Aufenthaltsdauer	Deutsche Wissenschaftler im Ausland	
	absolut	in %
Sprach- und Kulturwissenschaften, Sport	1.414	25,9
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	847	15,5
Mathematik, Naturwissenschaften	1.845	33,8
Humanmedizin, Gesundheitswissenschaften	145	2,7
Veterinärmedizin, Agrar- und Ernährungswissenschaften	79	1,4
Ingenieurwissenschaften	305	5,6
Kunst, Kunstwissenschaften	271	5,0
ohne Zuordnung	558	10,2
Ausland insgesamt	5.464	100,0

Quelle: Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD)

Deutsche Wissenschaftler, die einen Forschungsaufenthalt im Ausland verbringen, sind zu etwa einem Drittel in einem mathematischen oder naturwissenschaftlichen Fach tätig. Ein weiteres Viertel arbeitet im Bereich der Sprach- und Kulturwissenschaften (vgl. Tabelle 3-3).

Tabelle 3-4: Deutsche Wissenschaftler im Ausland nach Aufenthaltsdauer im Jahr 2007

Aufenthaltsdauer	Deutsche Wissenschaftler im Ausland	
	absolut	in %
1 bis 6 Monate	1.318	24,1
7 bis 12 Monate	1.357	24,8
1 bis 2 Jahre	638	11,7
2 bis 3 Jahre	260	4,8
über 3 Jahre	36	0,7
ohne Angabe der Aufenthaltsdauer	1.855	33,9
Ausland insgesamt	5.464	100,0

Quelle: Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD)

Ungefähr die Hälfte (48,9%) der deutschen Wissenschaftler, deren Auslandsaufenthalt im Jahr 2007 durch eine Förderorganisation unterstützt wurde, hielten sich weniger als ein Jahr im Ausland auf. Dagegen hält sich nur ein kleiner Teil länger als drei Jahre im Ausland auf (0,7%) (vgl. Tabelle 3-4).²⁷⁶ Dies wird auch durch eine im August 2005 veröffentlichte Studie bestätigt, die zu dem Ergebnis kommt, dass die Abwanderung hoch qualifizierter Arbeitskräfte aus Deutschland in die USA weit weniger dramatisch ist als häufig befürchtet. Zwar ist sowohl die Zahl der Visa für berufsbedingte temporäre Aufenthalte für Hochqualifizierte als auch die Zahl der Immigranten, die entweder aus einem temporären in einen permanenten Aufenthaltsstatus gewechselt sind oder die von Beginn an einen permanenten Aufenthaltstitel erhielten, seit Beginn der 1990er Jahre angestiegen. Die absoluten Zahlen sind jedoch gering. Zudem kehrt der größte Teil dieser Hochqualifizierten wieder nach Deutschland zurück²⁷⁷ oder lässt – wie Umfragen belegen – eine hohe Rückkehrbereitschaft erkennen.²⁷⁸

Dies bestätigt auch eine im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) vom Institut Prognos AG durchgeführte und im Juni 2008 veröffentlichte Studie.²⁷⁹ Sie zeigt, dass die Rückkehrbereitschaft der deutschen Fach- und Führungskräfte hoch ist. So gaben 7% der Befragten an, dass für sie die Rückkehr bereits feststeht, weitere 46% können sich eine Rückkehr in absehbarer Zeit vorstellen. Dabei ist die Rückkehrbereitschaft von Personen mit einem Hochschulabschluss oder einem akademischen Grad sowie bei Wissenschaftlern und Forschern überdurchschnittlich ausgeprägt. Dagegen zogen zwei Drittel der Selbständigen eine Rückkehr nach Deutschland nicht in Betracht.²⁸⁰

Die Studie hat primär die Gründe für die Auswanderung von Fachkräften aus Wirtschaft und Wissenschaft untersucht und kam zu dem Ergebnis, dass die besseren Berufs- und Einkommensper-

²⁷⁶ Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, dass bei etwa einem Drittel der deutschen Wissenschaftler, die sich im Ausland aufhalten, keine Angaben zur Aufenthaltsdauer vorliegen.

²⁷⁷ Vgl. die Pressemitteilung des BMI vom 5. August 2005 sowie Diehl/Dixon 2005.

²⁷⁸ Vgl. Deutsche Forschungsgemeinschaft (Hrsg.) 2004; berlinpolis 2004; Diehl/Mau/Schupp 2008.

²⁷⁹ Ziel der Studie war die Herausarbeitung der Motive für eine Auswanderung, die Untersuchung der beruflichen Situation und der Lebensbedingungen im Zielland sowie die Erörterung der Rückkehrbereitschaft unter den im Ausland lebenden deutschen Fachkräften. An der Befragung, durchgeführt im Jahr 2007, haben 1.410 Auswanderer teilgenommen. Dabei wurden Auswanderer als Personen im Alter von 20 bis 65 Jahre definiert, die seit mindestens zwei Jahren und für einen unbefristeten Zeitraum im Ausland leben.

²⁸⁰ Vgl. dazu auch die Studie von Diehl/Mau/Schupp 2008: 53, die auf Basis der Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) ebenfalls zu dem Ergebnis kam, dass insbesondere Selbständige dauerhafte Auswanderungspläne zeigen, während Deutsche mit Hochschulabschluss besonders selten über eine permanente Abwanderung nachdenken.

spektiven und die höhere Lebensqualität im Zielland sowie die unbefriedigende Einkommens- und Beschäftigungssituation in Deutschland die zentralen Motive für die Auswanderung darstellen.²⁸¹

Eine im September 2009 veröffentlichte Auswertung des DIW von Daten des SOEP (vgl. auch Kapitel 3.1.1) kommt zu dem Ergebnis, dass unter den deutschen Abwanderern eher jüngere (bis 35 Jahre) und alleinlebende Personen, häufig mit einem akademischen Abschluss, aus Deutschland fortziehen. Allerdings finden sich unter den Abwanderern verstärkt auch Arbeitslose, Selbständige und Menschen in Ausbildung. Zudem zeigt die Studie, dass die Abwanderung von Deutschen im Zeitverlauf nicht signifikant zunahm.²⁸²

Insgesamt kann festgestellt werden, dass die erhöhte Mobilität von Deutschen Ausdruck der fortschreitenden Globalisierung ist. Ein temporärer Auslandsaufenthalt zum Zweck des Studiums oder der Beschäftigung wird immer selbstverständlicher und geht in der Regel mit einem Gewinn an sozialem und kulturellem Kapital sowie an beruflichen Kenntnissen einher. Dies kommt auch dem Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Deutschland zugute.

²⁸¹ Vgl. Prognos 2008 sowie die Pressemitteilung des BMWi vom 24. Juni 2008.

²⁸² Vgl. dazu Erlinghagen/Stegmann/Wagner 2009 sowie die Pressemitteilung des DIW vom 23. September 2009.

4. Migrationsgeschehen im europäischen Vergleich

4.1 Zu- und Abwanderung

Im Folgenden wird das Migrationsgeschehen in den Staaten der Europäischen Union sowie in der Schweiz und Norwegen betrachtet. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Vergleichbarkeit der Wanderungszahlen aus verschiedenen Gründen erheblich eingeschränkt ist. So sind die Definitions- und Erfassungskriterien für das Merkmal Migrant international nicht einheitlich. In einigen Staaten wird beispielsweise eine Aufenthaltsdauer von mindestens einem Jahr im Zielland vorausgesetzt, so dass temporäre Formen der Migration (z.B. Saisonarbeitnehmer) in den Wanderungstatistiken dieser Länder nicht erfasst sind. Manche Staaten nehmen die faktische Aufenthaltsdauer, andere die beabsichtigte Dauer des Aufenthalts zum Maßstab. In Deutschland werden dagegen ausschließlich die Wohnortwechsel über die Grenzen (Wohnsitznahme) registriert (vgl. dazu Kapitel 1).

Zusätzlich problematisch für die Vergleichbarkeit der Daten ist die Tatsache, dass die erfassten Zuwanderungsformen nicht einheitlich sind, was unmittelbar mit den unterschiedlichen Definitionskriterien zusammenhängt. So gehen z.B. Asylbewerber in Deutschland in die Zuzugsstatistik ein, sobald eine Anmeldung bei einer Meldebehörde erfolgt, während in der Schweiz erst anerkannte Asylberechtigte verzeichnet sind.²⁸³

Einige Staaten wie z.B. Frankreich führen keine eigene Migrationsstatistik, so dass in diesem Fall auf andere Quellen zurückgegriffen werden muss (in Frankreich etwa auf Daten des Arbeits- und des Außenministeriums). Frankreich, Portugal und Griechenland weisen nur die zuwandernden Ausländer, nicht jedoch zuziehende eigene Staatsangehörige aus. Zudem ist die internationale Vergleichbarkeit der Wanderungstatistiken durch die unterschiedliche Datenqualität und -verfügbarkeit in den einzelnen Ländern erschwert.²⁸⁴ Die unterschiedlichen Definitionskriterien und damit die uneinheitliche Erfassung des Migrationsgeschehens führen dazu, dass eine Gegenüberstellung der Zu- und Abwanderungszahlen in den Statistiken der einzelnen Länder zum Teil zu erheblichen Abweichungen führt.²⁸⁵

Am 14. März 2007 hat das Europäische Parlament dem Vorschlag der Europäischen Kommission für die EG-Verordnung über Gemeinschaftsstatistiken in den Bereichen Migration und internationaler Schutz zugestimmt. Am 12. Juni 2007 wurde dieser vom Rat der Europäischen Union²⁸⁶ angenommen. Ziel dieser Verordnung ist die Verbesserung der Informationen über das Migrationsgeschehen auf europäischer Ebene und eine verbesserte Vergleichbarkeit der jeweiligen Wanderungstatistiken durch die Verwendung einheitlicher Definitionen und Erfassungskriterien.²⁸⁷

²⁸³ Vgl. zu den unterschiedlichen Definitionskriterien für Migration in einigen europäischen Staaten und die Schwierigkeit der internationalen Vergleichbarkeit der Wanderungszahlen Lederer 2004: 75ff sowie Poulain/Perrin/Singleton 2006: 203ff.

²⁸⁴ Die Zuwanderungsdaten für das Jahr 2008 lagen bei Redaktionsschluss noch nicht für alle Länder der Europäischen Union vor.

²⁸⁵ Vgl. dazu Lederer 2004: 80f.

²⁸⁶ Verordnung (EG) Nr. 862/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 zu Gemeinschaftsstatistiken über Wanderung und internationalen Schutz, EU Amtsblatt L 199.

²⁸⁷ Das erste Berichtsjahr wird sich auf die Daten des Jahres 2008 beziehen. Da die erforderlichen Änderungen an den Datenerhebungssystemen Zeit benötigen, können die Mitgliedstaaten für das erste Berichtsjahr Daten entsprechend ihren nationalen Definitionen vorlegen (vgl. dazu die Pressemitteilung der Europäischen Kommission IP/07/804 vom 12. Juni 2007).

In der Verordnung werden die Begriffe Zuwanderung und Abwanderung in Anlehnung an die Empfehlungen der UN wie folgt definiert:

- Zuwanderung ist die Handlung, durch die eine Person ihren üblichen Aufenthaltsort für einen Zeitraum von mindestens zwölf Monaten bzw. von voraussichtlich mindestens zwölf Monaten in das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats verlegt, nachdem sie zuvor ihren üblichen Aufenthaltsort in einem anderen Mitgliedstaat oder einem Drittstaat hatte.²⁸⁸
- Abwanderung ist die Handlung, durch die eine Person, die zuvor ihren üblichen Aufenthaltsort im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats hatte, ihren üblichen Aufenthaltsort in diesem Mitgliedstaat für einen Zeitraum von mindestens zwölf Monaten bzw. von voraussichtlich mindestens zwölf Monaten aufgibt.

Trotz der eingeschränkten Vergleichbarkeit der Zuwanderungszahlen auf europäischer Ebene lässt ein Vergleich bestimmte Strukturen und Trends erkennen. Neben den EU-Staaten wird auch das Wanderungsgeschehen der Schweiz und Norwegens als relevante Zuwanderungsländer in Europa mit einbezogen. Nachfolgend werden sowohl die absoluten Zu- und Abwanderungszahlen der einzelnen Länder als auch die Zu- und Fortzüge im Verhältnis zur Bevölkerungsgröße dargestellt.

Seit Beginn der 1990er Jahre sind insbesondere die westlichen Industrienationen verstärkt das Ziel von Zuwanderung geworden. Fast alle Staaten der Europäischen Union (EU-15) haben seit 1995 einen positiven Wanderungssaldo.²⁸⁹ Nur die Niederlande wies von 2003 bis 2007 wieder negative Wanderungssalden auf. So war der Wanderungsverlust der Niederlande im Jahr 2006 mit circa –31.000 deutlich negativ, im Jahr 2007 sank der Wanderungsverlust jedoch auf –6.000 und im Jahr 2008 wurde bereits wieder ein positiver Saldo registriert (+27.000). Dagegen wurde in Deutschland im Jahr 2008 erstmals seit 1984 wieder ein negativer Wanderungssaldo verzeichnet (circa –56.000). Dieser ist jedoch insbesondere auf den deutlichen Wanderungsverlust bei deutschen Staatsangehörigen zurückzuführen, bei Ausländern wurde auch 2008 ein leichter Wanderungsüberschuss registriert (vgl. dazu ausführlich Kapitel 1.2).²⁹⁰

Im Gegensatz zu den alten EU-Staaten waren die meisten der mittel- und osteuropäischen Staaten seit Beginn der neunziger Jahre durch verstärkte Abwanderung gekennzeichnet. Mittlerweile haben jedoch auch einige der neuen, im Mai 2004 beigetretenen EU-Staaten (EU-10) einen positiven Wanderungssaldo zu verzeichnen. Dies trifft seit 2002 insbesondere auf die Tschechische Republik, Ungarn und Slowenien sowie auf Zypern zu. Weiterhin mehr Ab- als Zuwanderung ist insbesondere für Polen und Litauen zu verzeichnen (vgl. Tabellen 4-1 und 4-2 im Anhang).

Betrachtet man die absoluten Zuwanderungszahlen der einzelnen europäischen Länder, so hatte Spanien im Jahr 2007 mit circa 958.000 Zuzügen die höchsten Zuwanderungszahlen in Europa. Insgesamt ist die Zuwanderung nach Spanien seit Ende der 1990er Jahre stark angestiegen. In

²⁸⁸ Hält sich eine Person nach Einreise mindestens ein Jahr im Zielland auf, spricht man auch von „long-term migrant“. Bei einer Aufenthaltsdauer zwischen drei und zwölf Monaten spricht man dagegen von „short-term migrants“.

²⁸⁹ Zwischen 1992 und 1994 hatte Irland einen negativen Wanderungssaldo, Portugal in den Jahren 1991 und 1992.

²⁹⁰ Zudem ist zu berücksichtigen, dass aufgrund der bundesweiten Einführung der persönlichen Steuer-Identifikationsnummer im Jahr 2008 umfangreiche Bereinigungen der Melderegister vorgenommen wurden, die zu zahlreichen Abmeldungen von Amts wegen und damit zu „überhöhten“ Fortzugszahlen im Vergleich zu den Vorjahren geführt haben.

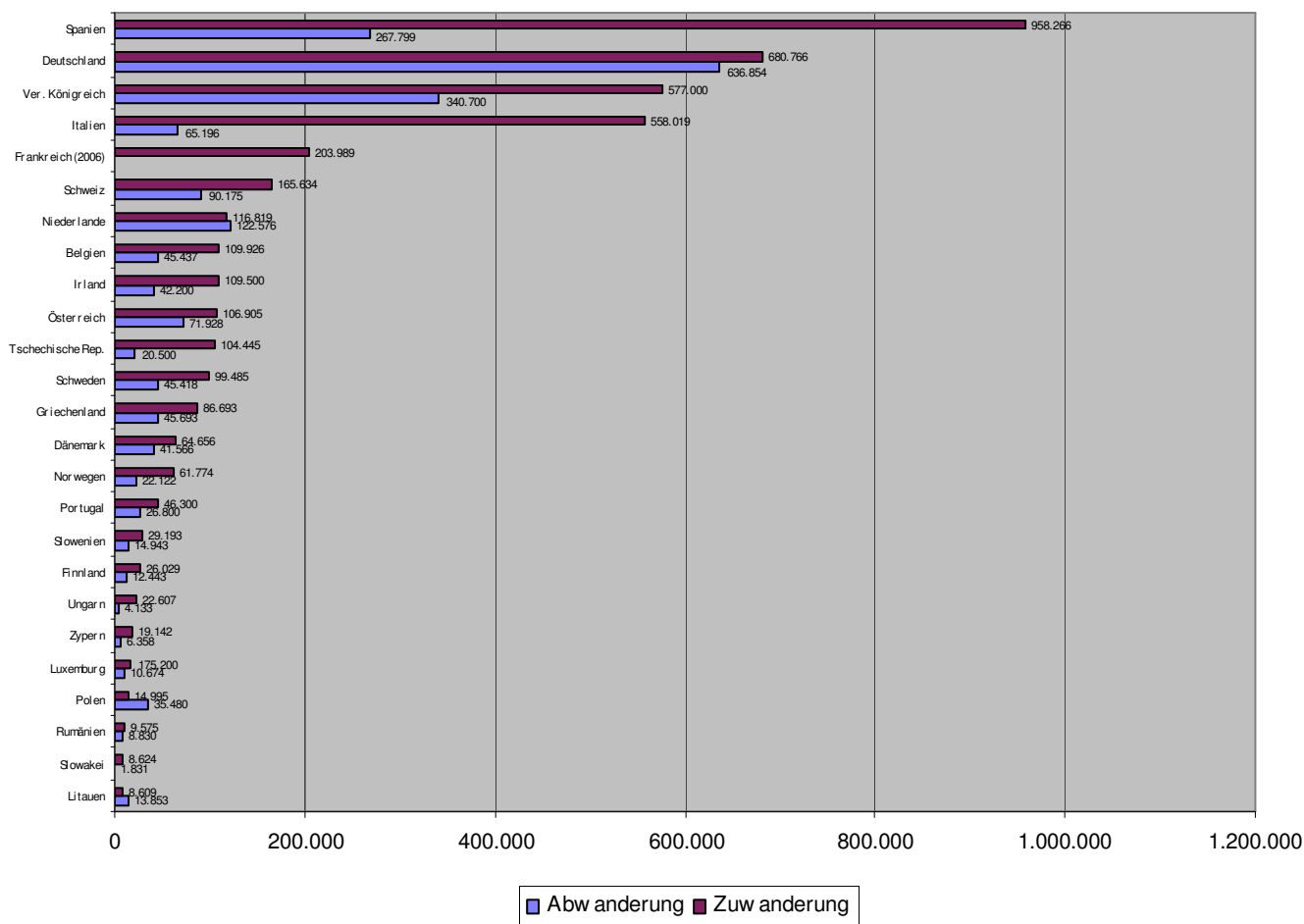
den letzten zehn Jahren hat sich hier die jährliche Zahl der Zuwanderer mehr als verzehnfacht (vgl. Tabelle 4-1 im Anhang und Abbildung 4-8 im Anhang). In Deutschland, als wichtigstem Hauptzielland nach Spanien, wurden im Jahr 2007 etwa 681.000 Zuzüge registriert, im Jahr 2008 circa 682.000 Zuzüge (vgl. dazu ausführlich Kapitel 1). Weiter deutlich angestiegen sind die Zuwanderungszahlen in Italien, das sich in den letzten Jahren neben Spanien zu einem der Hauptzielländer von Migranten entwickelt hat. In Italien wurde im Jahr 2007 mit etwa 558.000 Zuzügen die bis dahin höchste Zahl an Zuwanderern registriert. Im Jahr 2008 war zwar ein leichter Rückgang auf 535.000 Zuzüge festzustellen, die Zahl der Neuzuwanderer verblieb damit jedoch auf relativ hohem Niveau. Deutlich angestiegen sind seit Mitte der 1990er Jahre auch die Zuwanderungszahlen im Vereinigten Königreich, das bis 2003 nach Deutschland das zweitwichtigste Zielland für Migranten in Europa war. Seit 2002 wurden jährlich über 500.000 Zuwanderer registriert. Im Jahr 2007 wurden 577.000 Zuwanderer gezählt, nachdem im Jahr zuvor mit 591.000 Zuwanderern ein neuer Höchststand verzeichnet wurde. Dabei hatte das Vereinigte Königreich einen starken Anstieg von Staatsangehörigen aus Mittel- und Osteuropa, insbesondere aus Polen, zu verzeichnen. Grund hierfür war die sofortige Einführung der Arbeitnehmerfreizügigkeit mit dem Beitritt der neuen EU-Staaten zum 1. Mai 2004. Allerdings ist seit 2006 ein Sinken der Zuwanderung aus den im Mai 2004 der EU beigetretenen mittel- und osteuropäischen Staaten bei gleichzeitig steigenden Rückwanderungszahlen festzustellen (vgl. dazu auch Kapitel 2.5.1). Auch in Irland, das ebenfalls zum 1. Mai 2004 den Arbeitsmarkt für die neu beigetretenen Mitgliedstaaten geöffnet hatte, wurde von 2003 bis 2007 eine deutliche Zunahme der Zuwanderungszahlen von 51.000 auf 110.000 registriert; 2008 sank dann die Zahl der Zuwanderer auf 84.000.

Einen Anstieg der Zuwanderung seit Anfang 2000 hatten auch Österreich und als neue EU-Mitgliedstaaten die Tschechische Republik und Slowenien zu verzeichnen. In Österreich wurden seit 2002 jährlich mehr als 100.000 Zuzüge gemeldet. Im Jahr 2007 waren 107.000 und im Jahr 2008 110.000 Zuzüge zu verzeichnen. Für die Tschechische Republik wurden seit dem Jahr 2003 Zuwanderungszahlen von jeweils mehr als 50.000 registriert, nachdem die Zahlen bis zum Jahr 2000 noch unter 10.000 lagen. Im Jahr 2007 wurde mit 104.000 Zuwanderern der bisherige Höchststand registriert. 2008 sank die Zahl der Zuwanderer auf 78.000. In Slowenien stieg die Zahl der Zuzüge von etwa 5.000 im Jahr 1999 auf circa 44.000 im Jahr 2008.

Deutlich steigende Zuwanderungszahlen waren in den letzten Jahren auch für Belgien (von 79.000 Zuzügen im Jahr 2003 auf 110.000 Zuzüge im Jahr 2007) und die skandinavischen Staaten festzustellen. In Dänemark stieg die Zahl der Zuzüge von 50.000 im Jahr 2003 auf 73.000 im Jahr 2008. Im gleichen Zeitraum wurde in Finnland ein Anstieg der Zuzüge von 18.000 auf 29.000 und in Norwegen von 36.000 auf 67.000 verzeichnet. In Schweden lag die Zahl der jährlichen Neuzuwanderer in den Jahren 2006 bis 2008 bei jeweils über 90.000, nachdem in dem Fünf-Jahres-Zeitraum zuvor eine jährliche Zuwanderungszahl von 60.000 bis 70.000 registriert wurde. Auch in der Schweiz wurde im Jahr 2007 ein starker Wiederanstieg der Zuzugszahlen registriert. Im Jahr 2007 stieg die Zahl der Zuzüge im Vergleich zum Vorjahr um 30% auf etwa 166.000 (vgl. Abbildung 4-1).

Die höchsten Abwanderungszahlen im Jahr 2007 hatten Deutschland mit 637.000, das Vereinigte Königreich mit 341.000 und Spanien mit 268.000 Fortzügen zu verzeichnen (vgl. Abbildung 4-1 und Tabelle 4-2 im Anhang). Während die Fortzugszahlen in Deutschland und dem Vereinigten Königreich über die Jahre relativ konstant waren, konnte für Spanien von 2003 bis 2007 etwa eine Verzehnfachung der Fortzüge festgestellt werden. Mehr Ab- als Zuwanderung wurde insbesondere für Polen, Litauen und Rumänien registriert.

Abbildung 4-1: Zu- und Abwanderung im Jahr 2007 in ausgewählten Staaten der EU sowie in der Schweiz und Norwegen



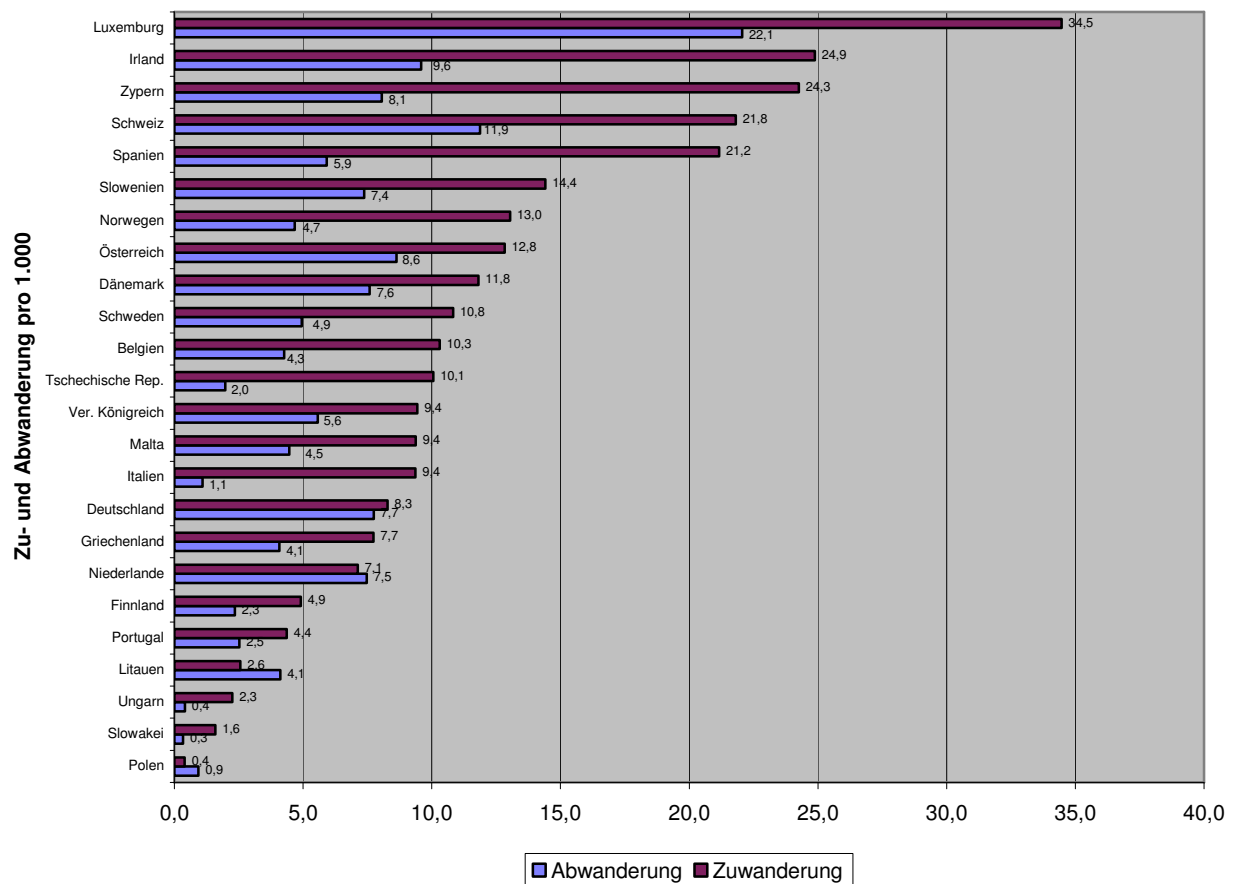
Quelle: Eurostat, Council of Europe, nationale statistische Ämter

Betrachtet man die EU insgesamt (EU-27), so ließen sich laut Eurostat im Jahr 2006 etwa drei Millionen ausländische Einwanderer (d.h. für mindestens zwölf Monate) in einem Land der EU-27 nieder. Davon waren etwa 1,2 Millionen Bürger aus einem jeweils anderen Mitgliedstaat und 1,8 Millionen Nicht-EU-Bürger.²⁹¹ Die größten ausländischen Einwanderergruppen in der EU-27 waren Staatsangehörige aus Polen (circa 290.000 Personen), Rumänien (circa 230.000), Marokko (circa 140.000), dem Vereinigten Königreich, der Ukraine und China (jeweils circa 100.000) sowie Deutschland (circa 90.000). Während die Hauptzielländer polnischer Staatsangehöriger insbesondere Deutschland, das Vereinigte Königreich und Dänemark waren, stellen für rumänische Staatsangehörige vor allem Spanien und Italien die wichtigsten Zielländer dar. Marokkanische Staatsangehörige ziehen überwiegend nach Spanien, Italien, Frankreich und Belgien.

²⁹¹ Vgl. dazu die Eurostat Pressemitteilung 162/2008.

Bei einem Vergleich der Zuwanderungszahlen der einzelnen Staaten im Verhältnis zur jeweiligen Bevölkerungsgröße zeigt sich für 2007, dass neben Luxemburg (vor allem Zuzüge von Unionsbürgern), Irland, Zypern, die Schweiz und Spanien relativ hohe Zuzugszahlen pro Kopf der Bevölkerung zu verzeichnen hatten. Eine relativ geringe Pro-Kopf-Zuwanderung wurde für Polen, die Slowakei, Ungarn und Litauen registriert (vgl. Abbildung 4-2 und Karte 4-1). Die höchste Pro-Kopf-Abwanderung wurde für Luxemburg, die Schweiz, Irland, Österreich und Zypern festgestellt (vgl. Karte 4-2).

Abbildung 4-2: Zu- und Abwanderung in ausgewählten Staaten der EU sowie in der Schweiz und Norwegen pro 1.000 der Gesamtbevölkerung im Jahr 2007



Quelle: Eurostat, Council of Europe, nationale statistische Ämter

Karte 4-1: Zuwanderung in ausgewählte Staaten der EU und in die Schweiz pro 1.000 der Gesamtbevölkerung im Jahr 2007

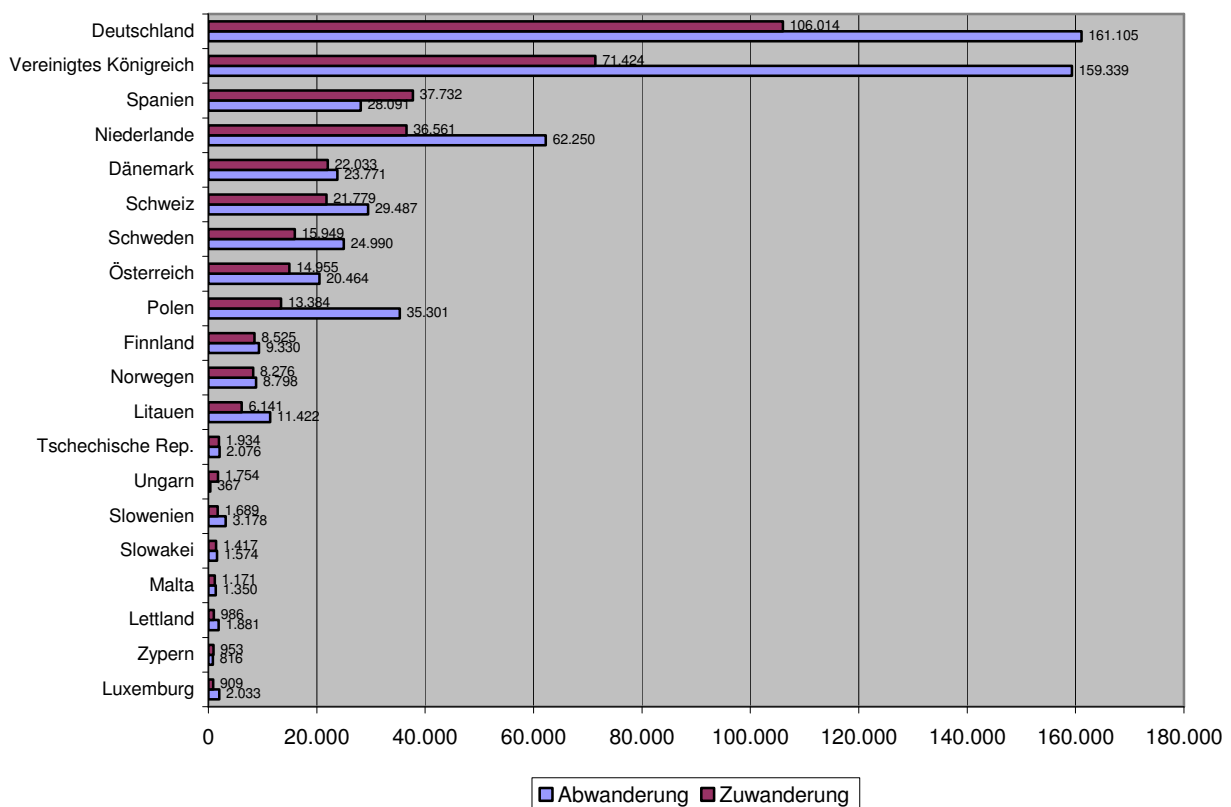


Karte 4-2: Abwanderung aus ausgewählten Staaten der EU und aus der Schweiz pro 1.000 der Gesamtbevölkerung im Jahr 2007



Betrachtet man nur die Zu- und Abwanderung von eigenen Staatsangehörigen (Inländern), so zeigt sich, dass die per Saldo registrierte höhere Abwanderung von Deutschen aus Deutschland im europäischen Vergleich nicht die Ausnahme, sondern eher den Normalfall darstellt. In fast allen europäischen Staaten wanderten im Jahr 2007 (zum Teil deutlich) mehr eigene Staatsangehörige ab als zurückkehrten (vgl. Abbildung 4-3 und Tabelle 4-3 im Anhang). Lediglich nach Spanien, Ungarn, und Zypern kehrten mehr eigene Staatsbürger zurück als das Land verließen. Setzt man die Zahl der Fortzüge ins Verhältnis zur Zahl der Zuzüge, so zeigt sich, dass 2007 etwa 2,6-mal so viele polnische Staatsangehörige aus Polen abwanderten als dorthin zurückzogen. Bei Staatsangehörigen aus Luxemburg und dem Vereinigten Königreich beträgt dieses Verhältnis 2,2:1. Aber auch bei Staatsangehörigen aus Lettland, Slowenien, Litauen, den Niederlanden und Schweden kommen auf einen Zuwanderer (eigener Staatsangehörigkeit) mehr Abwanderer als in Deutschland (vgl. Tabelle 4-3 im Anhang).

Abbildung 4-3: Zu- und Abwanderung von Inländern im Jahr 2007 in ausgewählten europäischen Staaten



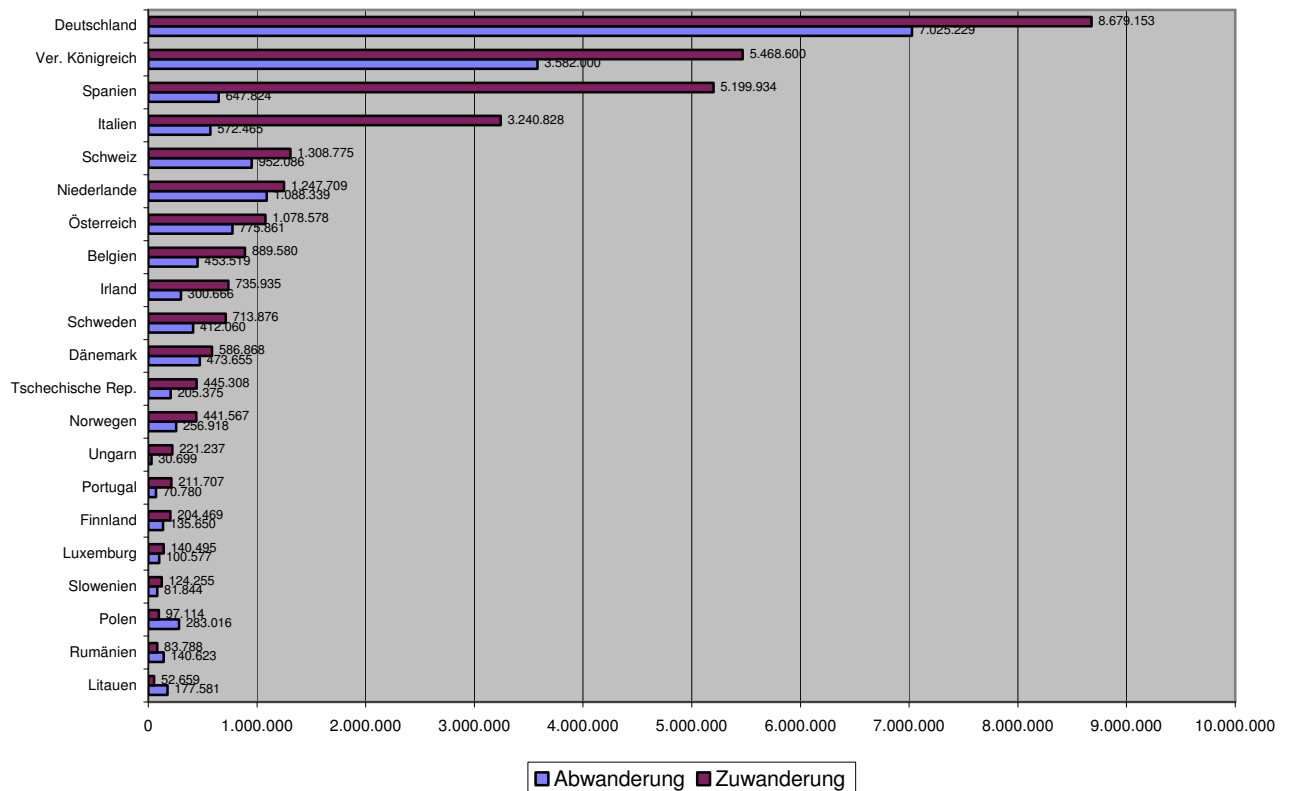
Quelle: Eurostat

Mittelfristige Entwicklungen lassen sich bei einer Betrachtung des Migrationsgeschehens über mehrere Jahre hinweg aufzeigen. Im Folgenden wird daher die Zu- und Abwanderung der Jahre 1997 bis 2007 kumuliert (vgl. Abbildung 4-4) und in Bezug zur jeweiligen Gesamtbevölkerungszahl des Landes dargestellt (vgl. Abbildung 4-5).

Im Zeitraum von 1997 bis 2007 verzeichnete Deutschland insgesamt 8,7 Millionen Zuzüge und 7,0 Millionen Fortzüge. Das Vereinigte Königreich als zweitwichtigstes Zielland registrierte in diesem Zeitraum etwa 5,5 Millionen Zuwanderer und 3,6 Millionen Abwanderer (vgl. Abbildung 4-4). Für Spanien bzw. Italien wurden rund 5,2 bzw. 3,2 Millionen Zuwanderer gezählt. Die registrierte Ab-

wanderung aus diesen Ländern fiel dagegen eher gering aus (jeweils etwa 0,6 Millionen Fortzüge). In die Schweiz und die Niederlande zogen in diesem Zeitraum etwa 1,3 Millionen bzw. 1,2 Millionen Personen, nach Österreich 1,1 Millionen. Für Polen, Rumänien und Litauen wurden in diesem Zeitraum mehr Abwanderer als Zuwanderer registriert.

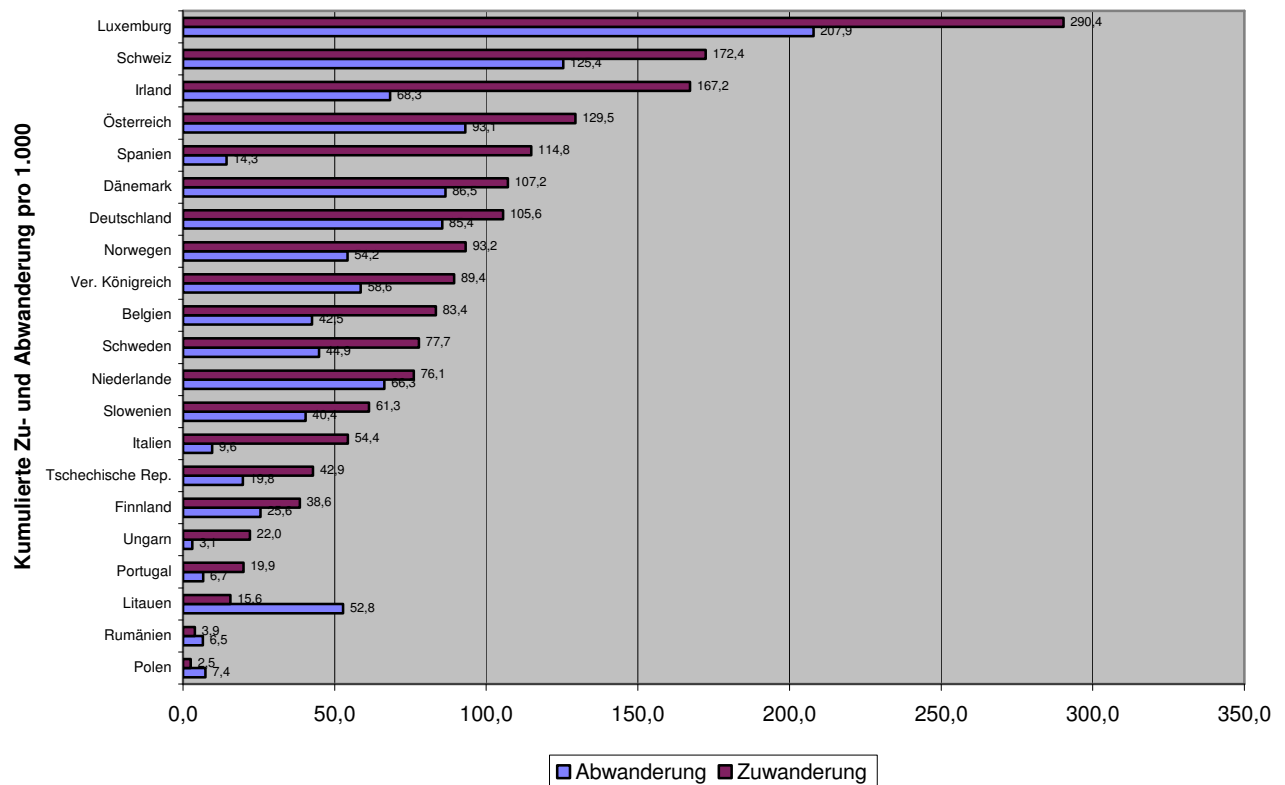
Abbildung 4-4: Kumulierte Zu- und Abwanderung von 1997 bis 2007 in ausgewählten Staaten der EU und in der Schweiz



Quelle: Eurostat, Council of Europe, nationale statistische Ämter

Die höchste Pro-Kopf-Zuwanderung in den Jahren von 1997 bis 2007 verzeichnete Luxemburg vor der Schweiz, Irland, Österreich und Spanien (vgl. Abbildung 4-5). Luxemburg und die Schweiz hatten zudem die höchste Pro-Kopf-Abwanderung, vor Österreich, Dänemark und Deutschland.

Abbildung 4-5: Kumulierte Zu- und Abwanderung von 1997 bis 2007 in ausgewählten Staaten der EU und in der Schweiz pro 1.000 der Gesamtbevölkerung



Quelle: Eurostat, Council of Europe, nationale statistische Ämter

Zwischen den Herkunfts- und Zielländern der Migration bestehen häufig historisch gewachsene Migrationsbeziehungen, so dass sich hinsichtlich der Herkunft der Zuwanderer in den jeweiligen europäischen Staaten bestimmte Muster feststellen lassen. In Frankreich lebt beispielsweise ein Großteil der nach Europa ausgewanderten Algerier, Tunesier und Marokkaner. Im Vereinigten Königreich findet man die Mehrzahl der in Europa lebenden Inder, Pakistani und Bangladeschi. Bestimmte historische Migrationsbeziehungen gelten auch für Deutschland: (Spät-)Aussiedler aus Südost- und Osteuropa und Zentralasien zogen zu; hinzu kommen Türken und Griechen sowie Staatsangehörige aus dem ehemaligen Jugoslawien, die als Flüchtlinge infolge der Kriegshandlungen in hohem Maße auch nach Österreich und Schweden zogen. Zudem hat sich in den letzten Jahren eine stark ausgeprägte Migrationsbeziehung zwischen Deutschland und Polen entwickelt, die durch einen hohen Anteil an Pendelmigration gekennzeichnet ist. Viele polnische Staatsangehörige ziehen nur temporär zur Arbeitsaufnahme nach Deutschland, etwa zur Saisonarbeit. Seit dem EU-Beitritt der mittel- und osteuropäischen Staaten im Jahr 2004 wurde auch das Vereinigte Königreich zu einem Hauptzielland polnischer Arbeitnehmer. Spanien ist dagegen seit langem Hauptzielland lateinamerikanischer Zuwanderer; seit einigen Jahren wandern zudem auch verstärkt rumänische Staatsangehörige zu.

Die neuen EU-Staaten sind dadurch gekennzeichnet, dass insbesondere Personen aus anderen mittel- und osteuropäischen Staaten zuwandern. So ist Polen ein Hauptzielland ukrainischer Staatsangehöriger. In die Tschechische Republik wandern insbesondere Staatsangehörige aus dem Nachbarstaat Slowakei, aber auch Ukrainer und Vietnamesen, in die Slowakei im Gegenzug Staatsangehörige aus der Tschechischen Republik sowie aus Polen und ebenfalls aus der Ukrai-

ne. Ungarn verzeichnet vor allem Zuzüge aus Rumänien, aber auch aus der Ukraine. Nach Rumänien ziehen wiederum überwiegend Personen aus Moldawien. Neu ist allerdings überall in Europa, dass sich auch außerhalb der traditionellen Muster ethnische Gruppen in für sie „untypischen Ländern“ niederlassen (zur Diversifizierung der Zuwanderung in Deutschland siehe Kapitel 1).

4.2 Asylzuwanderung

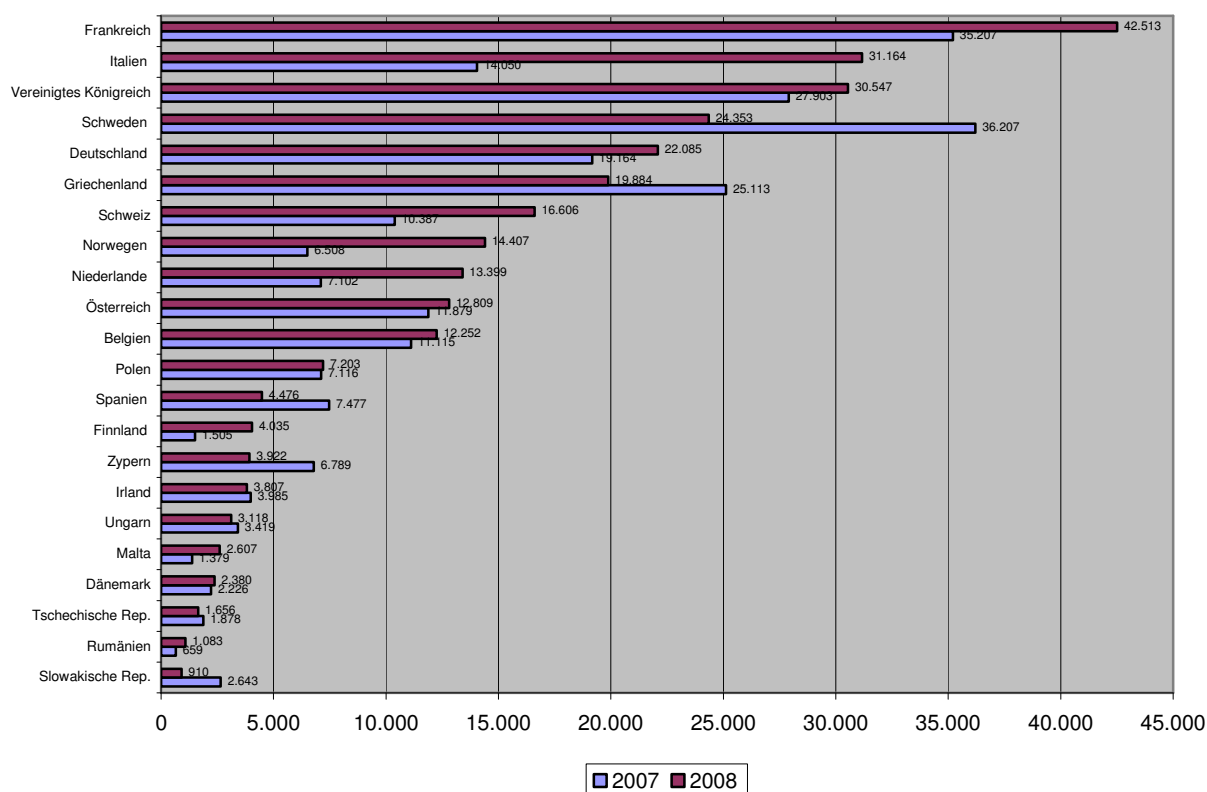
Im Zeitraum von 2000 bis 2006 hat sich die Zahl der Asylbewerber in den alten EU-Staaten (EU-15) in etwa halbiert. Sie sank kontinuierlich von etwa 388.000 auf 189.000 Antragsteller (vgl. Tabelle 4-4 im Anhang). In den beiden Folgejahren war wieder ein Anstieg der Asylbewerberzahlen zu verzeichnen. Im Jahr 2008 wurden in den EU-15-Staaten etwa 224.000 Asylsuchende gezählt. Dies entspricht einem Anstieg um 10,2% gegenüber 2007. In den EU-10-Staaten war dagegen im Jahr 2008 ein leichter Rückgang im Vergleich zum Vorjahr festzustellen (-16,3%).

Stark gesunken im Zeitraum von 2000 bis 2007 sind insbesondere die Asylbewerberzahlen in Deutschland und dem Vereinigten Königreich. Im Jahr 2008 konnte in beiden Ländern wieder ein leichter Anstieg festgestellt werden (für Deutschland vgl. Kapitel 2.6.2). Nennenswerte Rückgänge waren bis 2007 auch in Belgien, Dänemark, den Niederlanden und Österreich zu verzeichnen. In allen vier Ländern wurde 2008 wieder ein Anstieg der Asylzahlen registriert, der in den Niederlanden mit einem Plus von 88,7% deutlich ausfiel. Die stärkste Zunahme innerhalb der EU im Vergleich zu 2007 wurde in Finnland (+168,1%), Italien (+121,8%) und Malta (+89,1%) festgestellt.

Nachdem in den letzten Jahren auch in der Schweiz und Norwegen die Asylbewerberzahlen rückläufig waren, konnte 2008 in beiden Staaten wieder ein deutlicher Anstieg verzeichnet werden. In der Schweiz stieg die Zahl der Asylsuchenden um 59,9%, in Norwegen sogar um 121,4%. Nach einem deutliche Rückgang in den Jahren 2006 und 2007 stieg die Zahl der Asylbewerber in Frankreich, das von 2003 bis 2006 jährlich die meisten Antragsteller zu verzeichnen hatte, wieder an (+20,8%). Dagegen ist die Zahl der Asylbewerber in Schweden im Jahr 2008 um etwa ein Drittel gesunken, nachdem von 2005 bis 2007 ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen war. Dieser hatte dazu geführt, dass Schweden im Jahr 2007 die meisten Asylbewerber in der EU aufgenommen hatte, darunter etwa die Hälfte der insgesamt in der EU aufgenommenen irakischen Asylantragsteller.

Betrachtet man die Entwicklung der Asylbewerberzahlen in Europa im Jahr 2008, so zeigt sich, dass Frankreich die meisten Antragsteller in der EU aufgenommen hat (42.513 Asylbewerber), vor Italien (31.164 Asylbewerber), dem Vereinigten Königreich (30.547 Asylbewerber) und Schweden (24.353 Asylbewerber) (vgl. Abbildung 4-6). Deutschland folgt an fünfter Stelle mit 22.085 Antragstellern.

Abbildung 4-6: Asylantragsteller im europäischen Vergleich in den Jahren 2007 und 2008



Quelle: UNHCR, IGC, nationale Behörden

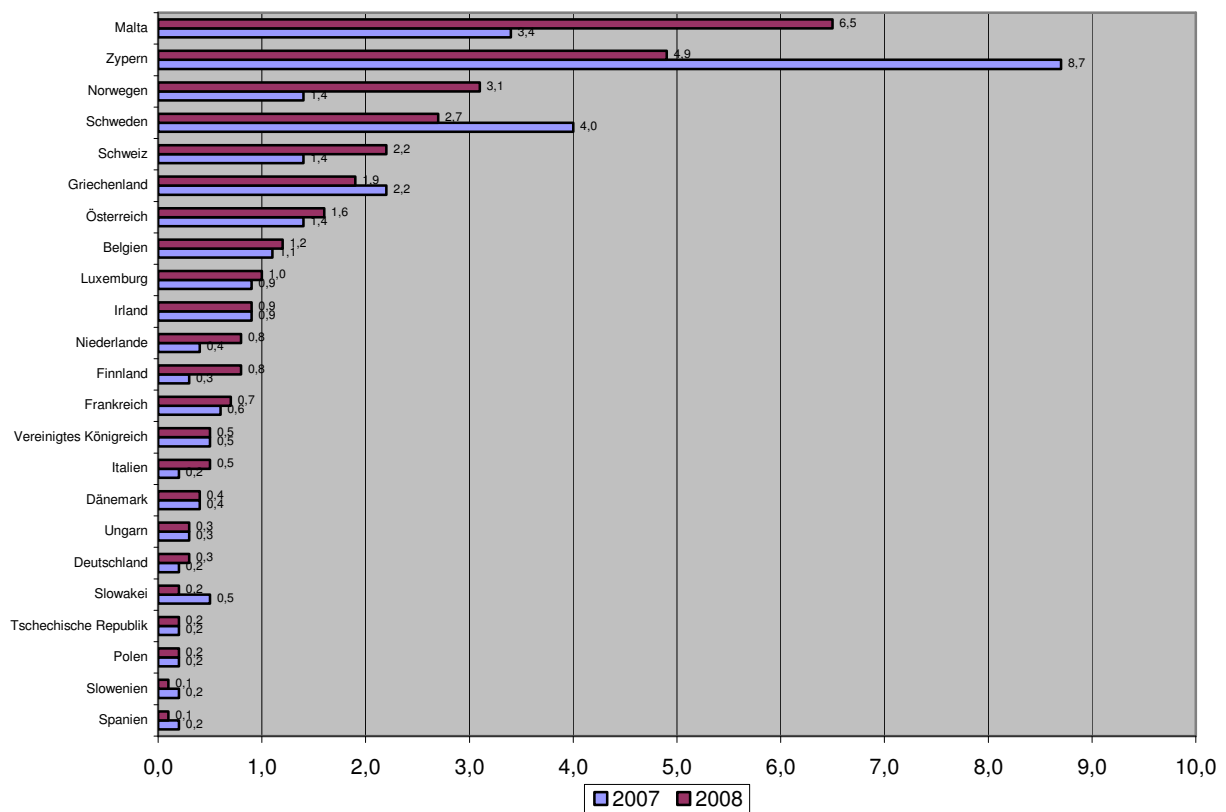
Wie im Vorjahr wurden auch 2008 die meisten Asylanträge in der EU von irakischen Staatsangehörigen gestellt. Allerdings sank die Zahl der Anträge um 27,6% auf 27.607 Anträge (2007: 38.117 Anträge). Irakische Asylbewerber stellten damit im Jahr 2008 etwa 11% aller Antragsteller in der EU, 2007 waren es noch fast 17%. Nachdem 2007 Schweden das Hauptzielland irakischer Asylsuchender war, wurde im Jahr 2008 Deutschland zum stärksten Aufnahmeland innerhalb der EU (6.836 irakische Antragsteller). Dagegen sank die Zahl der irakischen Asylbewerber in Schweden um zwei Drittel von 18.559 auf 6.083 Anträge. Weitere Hauptherkunftsländer von Asylsuchenden, die in der EU einen Asylantrag gestellt haben, waren die Russische Föderation mit 18.183 Anträgen (+8,6%), Somalia mit 17.093 Anträgen (+69,2%), Afghanistan mit 13.497 Anträgen (+62,2%) und Serbien mit 12.633 Anträgen (-5,4%).²⁹² Für russische Staatsangehörige waren Polen, Frankreich und Österreich die wichtigsten Aufnahmелänder, für somalische Staatsangehörige die Niederlande und Schweden.²⁹³

²⁹² Vgl. dazu Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2009: Asyl in Zahlen 2008: 32.

²⁹³ Vgl. dazu die Eurostat Pressemitteilung 66/2009 vom 8. Mai 2009.

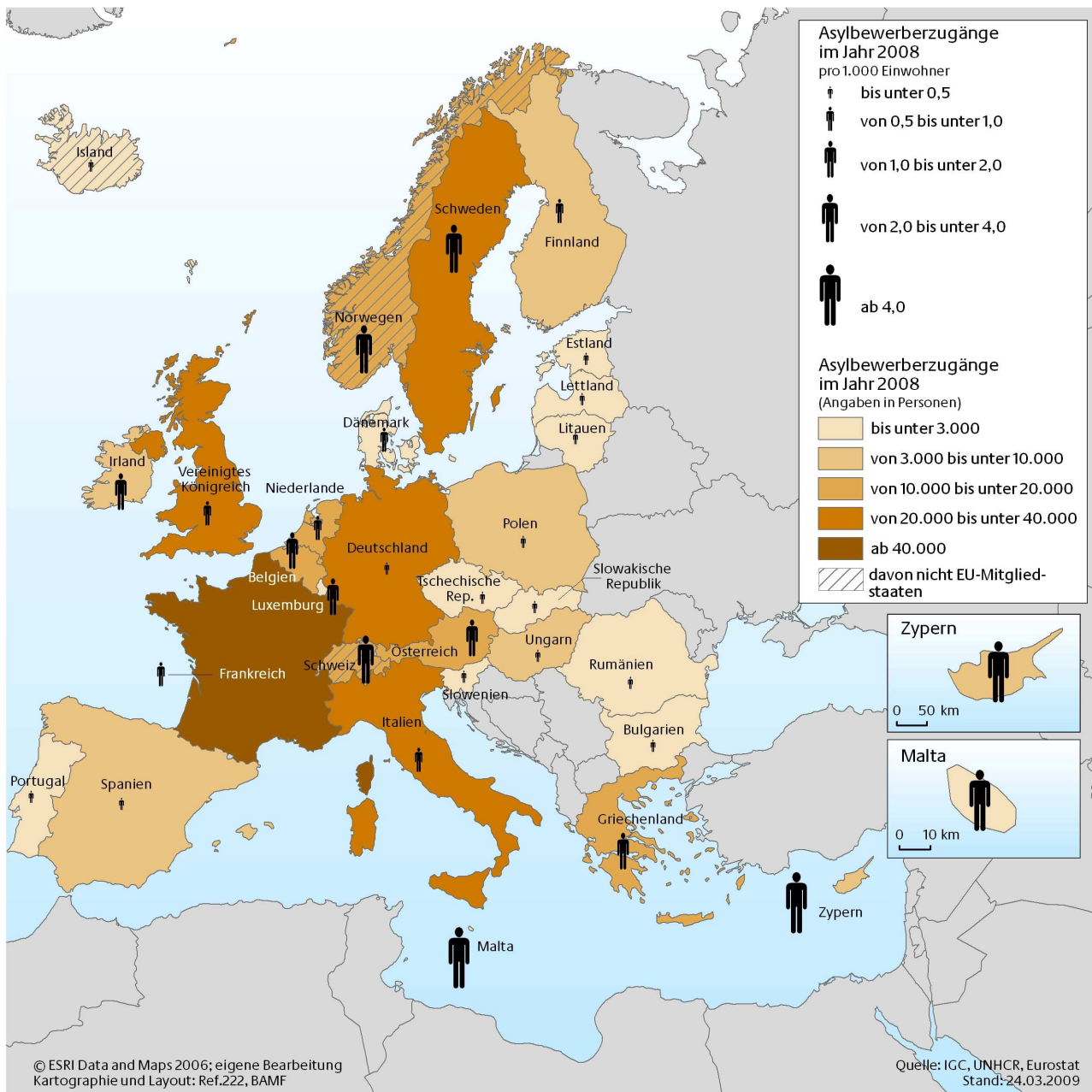
In Bezug auf die Bevölkerungsgröße hat im Jahr 2008 Malta mit 6,5 Asylbewerbern pro 1.000 Einwohner die meisten Asylbewerber aufgenommen (2007: 3,4), vor Zypern mit 4,9 Antragstellern pro 1.000 Einwohnern (2007: 8,7) (vgl. Abbildung 4-7 und Karte 4-3). Pro Kopf betrachtet haben die meisten europäischen Staaten mehr Asylbewerber zu verzeichnen als Deutschland (0,3 im Jahr 2008).

Abbildung 4-7: Asylantragsteller im internationalen Vergleich pro 1.000 der Gesamtbevölkerung in den Jahren 2007 und 2008



Quelle: UNHCR, IGC, nationale Behörden

Karte 4-3: Asylbewerber in europäischen Staaten pro 1.000 Einwohner im Jahr 2008



Betrachtet man die Entwicklung der Asylmigration weltweit, so zeigt sich, dass die Zahl der Asylanträge von 2007 auf 2008 insgesamt um 28% auf 839.000 Anträge, darunter 769.000 Erstanträge, angestiegen ist. Der deutliche Anstieg im Vergleich zum Vorjahr liegt jedoch insbesondere an der starken Zunahme der Asylbewerberzahlen in Südafrika, das nach Angaben des UNHCR mit 207.000 Anträgen weltweit die meisten Anträge zu verzeichnen hatte (2007: 46.000 Anträge). In Europa wurden im Jahr 2008 insgesamt 333.000 Asylanträge gestellt, in Afrika 320.000 und in Amerika 109.000.²⁹⁴

²⁹⁴ UNHCR 2009: 2008 Global Trends: Refugees, Asylum-seekers, Returnees, Internally Displaced and Stateless Persons: 14ff.

5. Illegale/irreguläre Migration

In diesem Kapitel wird die illegale/irreguläre Migration²⁹⁵ nach Deutschland zunächst definiert und dann hinsichtlich ihrer quantitativen Messbarkeit betrachtet. Die dargestellten Indikatoren geben Hinweise auf die Entwicklungstendenzen der illegalen Migration. Die Darstellung wird auf Personen beschränkt, die weder einen asyl- oder ausländerrechtlichen Aufenthaltsstatus besitzen noch eine ausländerrechtliche Duldung vorweisen können und die weder im Ausländerzentralregister (AZR) noch anderweitig behördlich erfasst sind. Anschließend wird auf Maßnahmen zur Verhinderung illegaler Migration eingegangen.

Wie nachfolgend näher erläutert wird, weist die illegale Migration seit 1998 eine deutlich rückläufige Tendenz auf. Dies gilt sowohl für die Feststellungen wegen unerlaubter Einreise als auch für die Feststellungen wegen unerlaubten Aufenthalts.

5.1 Begriff und rechtliche Rahmenbedingungen der illegalen/irregulären Migration

Ausländer dürfen nur in das Bundesgebiet einreisen oder sich darin aufhalten, wenn sie einen anerkannten und gültigen Pass oder Passersatz besitzen, es sei denn, sie sind davon durch Rechtsverordnung befreit (§ 3 Abs. 1 AufenthG). Zudem bedürfen Ausländer für die Einreise und den Aufenthalt eines Aufenthaltstitels, sofern nicht durch EU-Recht oder Rechtsverordnung etwas anderes bestimmt ist oder aufgrund des Assoziationsabkommens EWG/Türkei ein Aufenthaltsrecht besteht. Der Aufenthaltstitel wird (gem. § 4 Abs. 1 AufenthG) erteilt als

- Visum (§ 6 AufenthG),
- Aufenthaltserlaubnis (§ 7 AufenthG),
- Niederlassungserlaubnis (§ 9 AufenthG) oder
- Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG (§ 9a AufenthG).

Findet die Einreise eines Ausländers in das Bundesgebiet ohne einen erforderlichen Pass oder Passersatz bzw. ohne den erforderlichen Aufenthaltstitel statt oder besteht für den Ausländer ein Einreiseverbot nach § 11 Abs. 1 AufenthG, so ist die Einreise unerlaubt (§ 14 Abs. 1 AufenthG). Erfüllt ein Ausländer die vorgenannten Einreisevoraussetzungen nicht, so ist auch sein Aufenthalt im Bundesgebiet unerlaubt. Der Aufenthalt eines Ausländers ist auch unerlaubt, wenn er die erforderlichen Aufenthaltsbedingungen (z.B. durch Überschreiten der erlaubten Aufenthaltsdauer) nicht mehr erfüllt. In diesen Fällen ist er regelmäßig zur Ausreise verpflichtet (§ 50 Abs. 1 AufenthG).

Der Aufenthaltstitel erlischt unter anderem durch Ablauf seiner Geltungsdauer, Eintritt einer auflösenden Bedingung, Rücknahme bzw. Widerruf, Ausweisung oder wenn der Ausländer aus einem seiner Natur nach nicht vorübergehenden Grunde ausreist (§ 51 Abs. 1 AufenthG).

Ausländer, die unerlaubt eingereist sind und die weder um Asyl nachsuchen noch in Abschiebehaft genommen und aus der Haft abgeschoben oder zurückgeschoben werden können, werden auf die Bundesländer verteilt (§ 15a Abs. 1 AufenthG). Die Zuständigkeit für die Verteilung dieser Gruppe liegt beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.²⁹⁶

Die unerlaubte Einreise bzw. der unerlaubte Aufenthalt sind strafbar und werden mit einer Geld- oder Freiheitsstrafe geahndet (§ 95 AufenthG). Strafbare macht sich ebenfalls, wer einen anderen

²⁹⁵ Da der Begriff „illegale Migration“ in Verbindung mit Migrantinnen („illegaler Migrant“) teilweise als herabsetzend empfunden wird, finden sich auch die alternativen Begriffe „irreguläre“, „unkontrollierte“ oder „undokumentierte“ Migration.

²⁹⁶ Die Verteilung erfolgt nach dem Königsteiner Schlüssel.

zur unerlaubten Einreise bzw. zum unerlaubten Aufenthalt anstiftet bzw. dazu Hilfe leistet und dafür einen Vermögensvorteil erhält oder sich versprechen lässt oder wiederholt oder zu Gunsten von mehreren Ausländern handelt (§ 96 AufenthG; Einschleusen von Ausländern).

Die Wanderungsmotive der einzelnen Migranten, die unerlaubt nach Deutschland einreisen, können zum einen ökonomisch bedingt sein, insbesondere durch den Wunsch nach Verbesserung der materiellen Lebenssituation durch Arbeitsaufnahme in Deutschland. Zum anderen können familiäre und verwandtschaftliche Motive eine Rolle spielen, insbesondere bei Personen, deren Status nicht zum Familiennachzug berechtigt. Als weiteres Motiv ist die Möglichkeit des Schutzes vor politischer Verfolgung oder vor erheblicher Gefahr für Leib und Leben zu nennen.

In diesem Zusammenhang ist zum einen auf die Bedeutung der durch Herkunftsgemeinschaften und besonders durch familiäre Bezüge geprägten Migrationsnetzwerke hinzuweisen, die zum Zustandekommen und zur Aufrechterhaltung des illegalen Aufenthalts beitragen können. Sie können die Migrationsentscheidung weiterer Personen positiv beeinflussen und somit einen Ansatzpunkt für Kettenmigration bilden. Zum anderen ist auf die Inanspruchnahme von kommerziellen und kriminellen Schleusernetzwerken zumindest bis zur Einreise nach Deutschland (Transport, Versorgung mit gefälschten Papieren) hinzuweisen.

5.2 Entwicklung illegaler/irregulärer Migration

In der öffentlichen Diskussion werden immer wieder Schätzungen zur Größenordnung illegal aufhältiger Ausländer in Deutschland genannt, die stark voneinander abweichen. Diese Schätzungen sind oft wenig fundiert und daher als Grundlage für politische Entscheidungen nicht geeignet. Hinzu kommt, dass der Umfang dieser (mobilen) Gruppe ständig von Zu- und Fortzügen, Geburten und Sterbefällen, dem Zugang in die Illegalität oder der Erlangung eines legalen Status abhängt. Zudem ist Deutschland in den letzten Jahren verstärkt Transitland illegaler Migration geworden. Entsprechend fehlt eine aussagekräftige Statistik, die illegale Migration umfassend abbilden könnte.²⁹⁷

²⁹⁷ In dem im September 2007 gestarteten Projekt CLANDESTINO („Irreguläre Migration: Das Zählen des Unzählbaren. Daten und Trends in Europa“), das von der Forschungsdirektion der Europäischen Kommission im 6. Forschungsrahmenprogramm finanziert wird und in dem Forschungsinstitute aus Deutschland, Griechenland, Polen, England und Österreich kooperieren, werden Daten und Schätzungen zu illegaler Migration gesammelt, bewertet und analysiert. Dabei wird auch jeweils auf die Schätzmethode eingegangen. Das Projekt wird 2009 beendet. Im Verlauf des Projekts wurden in sechs europäischen Ländern detaillierte Berichte über methodische und ethische Aspekte ausgearbeitet und für zwölf Länder der Europäischen Union und drei Nachbarländer mit hohen Anteilen von Transitmigration eine Bestandsaufnahme der Situation durchgeführt. Auf dieser Basis wurde eine Datenbank zu irregulärer Migration entwickelt, die seit Februar 2009 der Öffentlichkeit zur Verfügung steht (<http://irregular-migration.hwwi.net>). Kern der Datenbank sind Daten und Schätzungen über den Umfang irregulärer Migration in der EU und in ausgewählten EU Mitgliedsstaaten, die in umfangreiche Hintergrundinformationen eingebettet sind.

Auf der Basis der einzelnen Länderberichte hat das HWWI eine grobe Schätzung zum Gesamtumfang illegalen Aufenthalts in der EU für das Jahr 2005 erstellt. Danach gibt es in der EU zwischen 2,8 und 6 Millionen illegal aufhältige Menschen und nicht – wie in offiziellen EU-Dokumenten zu lesen – 4,5 bis 8 Millionen (vgl. dazu Vogel, Dita/Kovacheva, Vesela 2009: Illegal in Europa – Neue Datenbank liefert Zahlen und Dokumentationen, in: HWWI Update 02/09: 1-2. Für Deutschland schätzt das HWWI auf der Basis von Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik, dass zum Ende des Jahres 2007 zwischen 200.000 und 460.000 Menschen illegal

Da sowohl die unerlaubte Einreise als auch der unerlaubte Aufenthalt strafrechtlich relevante Tatbestände darstellen, sind unerlaubt in Deutschland lebende Ausländer – auch wegen drohender Abschiebung – bestrebt, ihren Aufenthalt vor den deutschen Behörden zu verbergen. Diese sind grundsätzlich verpflichtet, die zuständige Ausländer- oder Polizeibehörde zu unterrichten, wenn sie Kenntnis vom Aufenthalt eines Ausländers erlangen, der keinen erforderlichen Aufenthaltstitel besitzt und dessen Abschiebung nicht ausgesetzt ist (§ 87 Abs. 2 Nr. 1 AufenthG), damit aufenthaltsbeendende Maßnahmen eingeleitet werden können. Folglich wird jegliche staatliche Registrierung – z.B. bei den Meldebehörden, in der Sozialversicherung, aber auch bei Schulen – unterlassen. Die unerlaubt in Deutschland lebenden Migranten entziehen sich somit weitgehend der statistischen Erfassung.

Trotz der Schwierigkeit, die Größenordnung der unerlaubt in Deutschland aufhältigen Ausländer zu bestimmen, lassen sich anhand einiger Indikatoren – wenn auch in eingeschränktem Maße – Entwicklungstendenzen im Bereich der illegalen Migration aufzeigen.²⁹⁸ Die folgenden Indikatoren können die illegale Migration als solche nicht messen. Sie können jedoch Hinweise auf Tendenzen der illegalen Migration geben. Solche Indikatoren finden sich zum einen etwa in der durch die Bundespolizei²⁹⁹ erstellten Statistik über die Zahl der unerlaubten Einreisen von Ausländern und über die Zahl der Aufgriffe von Geschleusten und Schleusern an den bundesdeutschen Land- und Seegrenzen und auf den Flughäfen und den an den Grenzen sowie im Inland festgestellten illegal aufhältigen Personen und zum anderen in der vom Bundeskriminalamt erstellten Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) mit Zahlen zur unerlaubten Einreise nach § 95 Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 2 Nr. 1a AufenthG und Zahlen zum Einschleusen von Ausländern nach § 96 AufenthG.

Bei der Betrachtung und Bewertung der Daten der Bundespolizei und der PKS ist zu beachten, dass auf Grund unterschiedlicher Erfassungskriterien – Eingangsstatistik bei der Bundespolizei, Ausgangsstatistik bei der PKS – ein unmittelbarer Vergleich nicht möglich ist. Die im Folgenden aufgeführten Zahlen geben nur das Helfeld der dargestellten Delikte wieder. Hierbei sind auch Fälle erfasst, in denen der unerlaubt Eingereiste wiederholt auf unerlaubtem Weg nach Deutschland eingereist ist.

5.2.1 Feststellungen an den Grenzen

Feststellungen von unerlaubt eingereisten Ausländern an den deutschen Grenzen

Ausländer, die beim Versuch der unerlaubten Einreise durch die Bundespolizei oder andere mit der grenzpolizeilichen Kontrolle beauftragte Behörden³⁰⁰ aufgegriffen werden, gehen in die Statistik der Bundespolizei ein. Sie umfasst sowohl Feststellungen an den Land- und Seegrenzen und auf Flughäfen als auch Feststellungen im Inland.

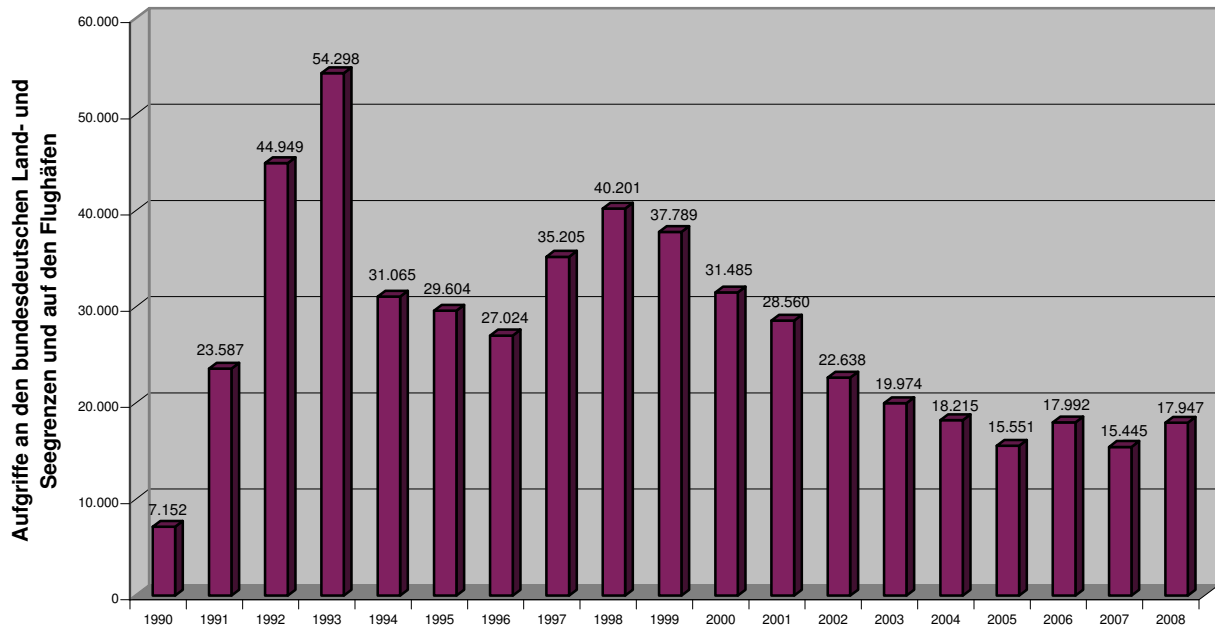
in Deutschland lebten, und damit deutlich weniger als noch einige Jahre zuvor (vgl. dazu die Pressemitteilung des HWWI vom 16. September 2009).

²⁹⁸ Vgl. dazu ausführlich Lederer 2004: 208ff, Sinn/Kreienbrink/von Loeffelholz/Wolf 2006: 26ff sowie BAMF 2006 (Prüfauftrag Illegalität).

²⁹⁹ Bis 1. Juli 2005 Bundesgrenzschutz.

³⁰⁰ Wasserschutzpolizeien Hamburg und Bremen, Landespolizei Bayern und die Bundeszollverwaltung.

Abbildung 5-1: Feststellungen von unerlaubt eingereisten Ausländern an den deutschen Grenzen von 1990 bis 2008



Quelle: Bundespolizei

Nachdem im Zeitraum von 1998 bis 2005 ein kontinuierlicher Rückgang der Zahl der unerlaubten Einreisen von 40.201 auf 15.551 festzustellen war, wurde im Jahr 2006 ein Anstieg der unerlaubten Einreisen auf 17.992 registriert. Die Bundespolizei und die mit den grenzpolizeilichen Aufgaben betrauten Behörden der Bundesländer Bayern, Hamburg und Bremen sowie die Zollverwaltung haben im Jahr 2008 insgesamt 17.947 unerlaubt eingereiste Personen registriert und 7.234 beim Versuch der unerlaubten Einreise zurückgewiesen. Gegenüber dem Jahr 2007, in dem insgesamt 16.446 Personen bei der unerlaubten Einreise nach Deutschland festgestellt wurden, ist dies ein Anstieg; gegenüber dem Jahr 2006 liegt die in 2008 festgestellte Zahl auf gleichem Niveau (vgl. Abbildung 5-1 und Tabelle 5-6 im Anhang). Insgesamt liegen die Feststellungszahlen seit dem Jahr 2003 unter 20.000 Feststellungen pro Jahr und damit deutlich niedriger als im Verlauf der 1990er Jahre.

Die Ursachen hierfür sind im verstärkten Ausbau der Grenzsicherung durch die beiden östlichen Anrainerstaaten sowie in der stetigen Intensivierung der Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen der Bundespolizei und der Anrainerstaaten zu sehen. Zudem ist in einigen Herkunftsgebieten eine allmähliche Normalisierung der Lage festzustellen. Daneben wirkten sich rechtliche Änderungen auf die Feststellungszahlen der Grenzbehörden aus, so die Befreiung von Staatsangehörigen aus Bulgarien und Rumänien von der Visumpflicht in den Jahren 2001 bzw. 2002 sowie der Beitritt dieser Staaten zur EU am 1. Januar 2007. Der Rückgang der Zahl der unerlaubten Einreisen von 2006 auf 2007 ist u.a. auf den EU-Beitritt Rumäniens und Bulgariens zurückzuführen, der diesen Staatsangehörigen die allgemeine Personenfreizügigkeit gewährt.³⁰¹ Eine unerlaubte Einreise von Staatsangehörigen aus diesen Staaten ist deshalb in der Regel nicht mehr möglich. Im Jahr vor

³⁰¹ Dagegen bleiben für einen Übergangszeitraum die Arbeitnehmerfreizügigkeit und zum Teil die Dienstleistungsfreiheit eingeschränkt (vgl. dazu Kapitel 2.5).

dem EU-Beitritt stellten rumänische Staatsangehörige dagegen noch die größte Gruppe an unerlaubt eingereisten Personen.

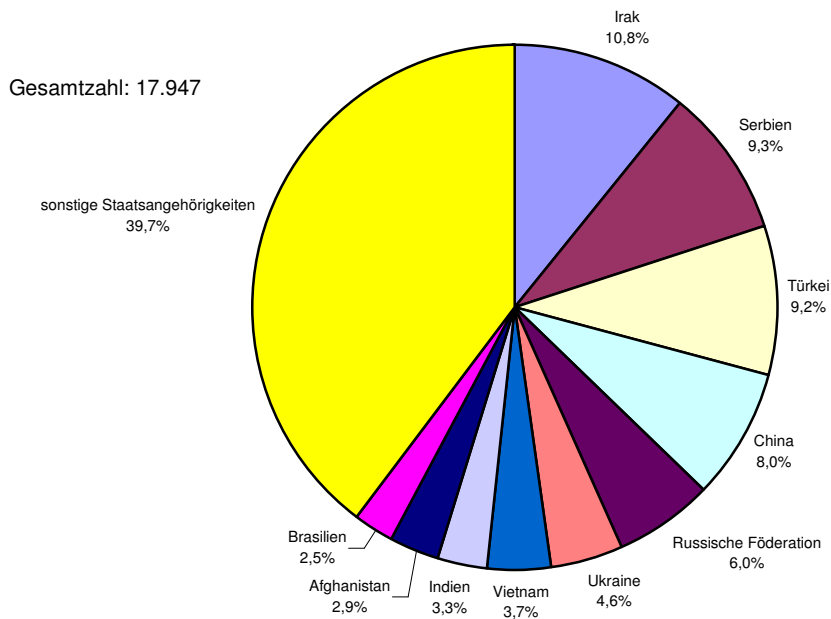
Ein Rückschluss auf die tatsächliche Lageentwicklung durch den statistischen Vergleich der Feststellungen des Jahres 2008 mit den Vorjahren ist nicht möglich, da sich die rechtlichen und tatsächlichen Rahmenbedingungen an den neuen Binnengrenzen Deutschlands – insbesondere zur Polen und zur Tschechischen Republik – grundlegend verändert haben: Irregulär reisende Personen werden seit dem Wegfall der systematischen Grenzübertrittskontrollen regelmäßig erst nach erfolgter Einreise im rückwärtigen Grenzraum festgestellt. Vor dem Wegfall dieser Grenzkontrollen wiesen die Grenzbehörden diese noch vor erfolgter Einreise zurück.

Die Mehrzahl der unerlaubten Einreisen im Jahr 2008 wurde an der deutsch-österreichischen Grenze festgestellt (vgl. Tabelle 5-7 im Anhang). Hier wurden 3.455 Personen aufgegriffen. Dies entspricht in etwa dem Vorjahresniveau (2007: 3.469 Feststellungen). Dagegen wurden insbesondere an den Grenzen zu Frankreich (-38%) und den Niederlanden (-24%) deutlich weniger unerlaubte Einreisen als im Vorjahr festgestellt. Stark angestiegen ist die Zahl der Feststellungen an der Grenze zur Tschechischen Republik (um 94% auf 1.899 unerlaubte Einreisen). Ein Anstieg der Zahl der unerlaubten Einreisen war im Jahr 2008 gegenüber dem Vorjahr auch an der deutsch-polnischen Grenze zu verzeichnen. Hier stieg die Zahl der unerlaubten Einreisen um etwa ein Drittel auf 1.027 Feststellungen.³⁰² Eine deutliche Zunahme der unerlaubten Einreisen im Vergleich zu 2007 konnte auch an der Grenze zur Schweiz festgestellt werden (+76% von 1.285 auf 2.265 Feststellungen).

Ebenfalls stark angestiegen ist die Zahl der Feststellungen an den Flughäfen (von 3.531 Personen im Jahr 2007 auf 5.331 Personen im Jahr 2008). Dies entspricht einem Anstieg um 51%. Insgesamt war seit dem Jahr 2003, in dem lediglich 836 Personen wegen unerlaubter Einreise aufgegriffen wurden, ein deutlicher Zuwachs der Aufgriffszahlen an Flughäfen festzustellen. Bei den Feststellungen an den Flughäfen dominieren Staatsangehörige aus China.

³⁰² Nach der Ausweitung des Schengenraums auf die zum 1. Mai 2004 beigetretenen EU-Mitgliedstaaten (außer Zypern) sind am 21. Dezember 2007 an den Land- und Seegrenzen zu Polen und an der Grenze zur Tschechischen Republik die Binnengrenzkontrollen entfallen.

Abbildung 5-2: Feststellungen von unerlaubt eingereisten Ausländern an den deutschen Grenzen nach Staatsangehörigkeiten im Jahr 2008



Quelle: Bundespolizei

Anmerkung: Im Jahr 2007 wurden zusätzlich 22 unerlaubte Einreisen von Staatsangehörigen aus Montenegro sowie 128 unerlaubte Einreisen von Personen aus dem ehemaligen Serbien und Montenegro, die keinem der beiden Nachfolgestaaten zugeordnet werden konnten, registriert. Somit wurden im Jahr 2007 insgesamt 1.416 unerlaubte Einreisen von Staatsangehörigen aus dem Gebiet des ehemaligen Serbien und Montenegro festgestellt.

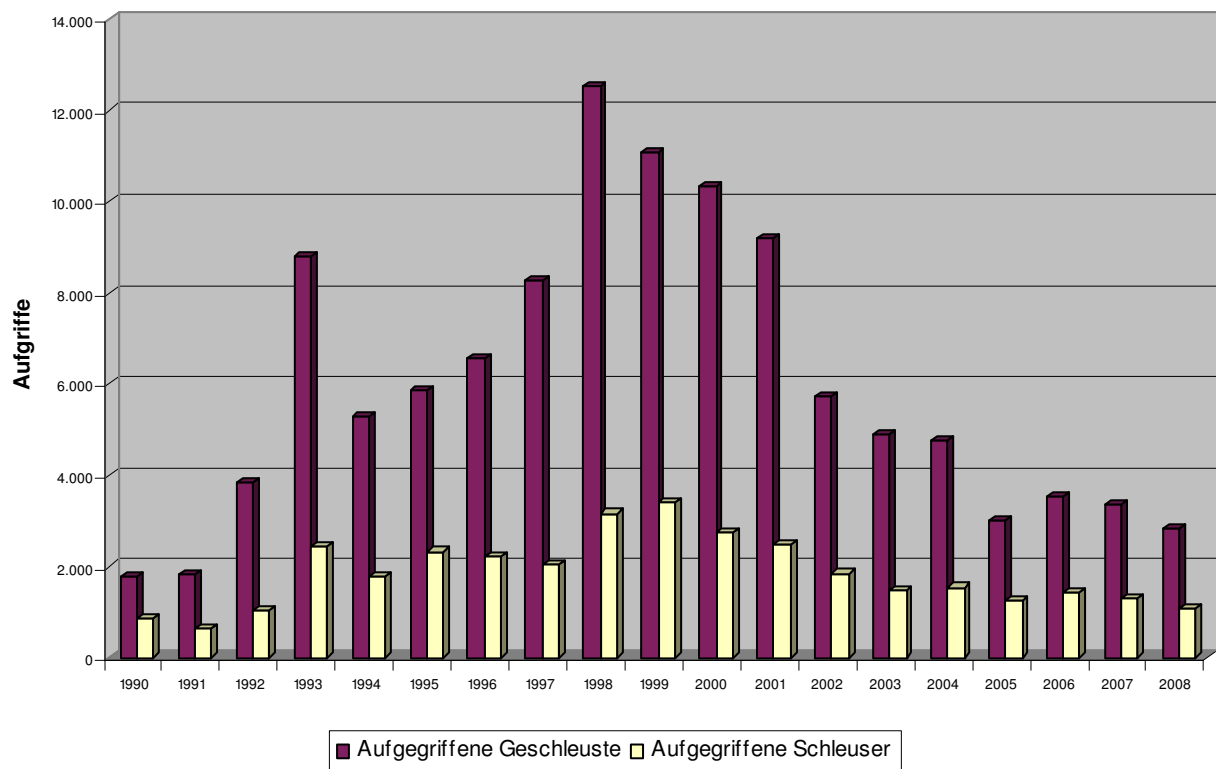
Im Jahr 2008 wurden am häufigsten irakische Staatsangehörige wegen unerlaubter Einreise aufgegriffen. Mit 1.932 unerlaubten Einreisen stellten irakische Staatsangehörige 10,8% aller Aufgriffe wegen unerlaubter Einreise (vgl. Abbildung 5-2 und Tabelle 5-8 im Anhang). Im Vergleich zum Vorjahr war damit ein weiterer Anstieg der Zahl der unerlaubten Einreisen irakischer Staatsangehöriger festzustellen (+13%), nachdem bereits von 2006 auf 2007 eine Zunahme um 71% zu verzeichnen war. Am zweithäufigsten im Jahr 2008 wurden Staatsangehörige aus Serbien bzw. dem ehemaligen Serbien und Montenegro (9,3%) aufgegriffen, vor Staatsangehörigen aus der Türkei (9,2%) und China (8,0%). Bei diesen drei Nationalitäten war im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls ein Anstieg der Zahl der unerlaubten Einreisen festzustellen. Deutlich mehr Feststellungen wegen unerlaubter Einreise als im Jahr zuvor wurden auch bei indischen und afghanischen Staatsangehörigen registriert. Dagegen war die Zahl der Feststellungen bei russischen und ukrainischen Staatsangehörigen gegenüber 2007 rückläufig.

Feststellungen bei Maßnahmen im Grenzbereich

Die im Ausland eingesetzten Dokumenten- und Visumberater der Bundespolizei³⁰³ verhinderten 2008 insgesamt 12.163 unerlaubte Einreisen nach Deutschland bzw. in die Staaten der Europäischen Union. Dies entspricht einer Steigerung zum Vorjahr um 19 %, die im Wesentlichen auf den weiteren Ausbau des Dokumenten- und Visumberaternetzes zurückzuführen ist.

Feststellungen von Geschleusten und Schleusern an den deutschen Grenzen

Abbildung 5-3: An deutschen Grenzen aufgegriffene Geschleuste und Schleuser von 1990 bis 2008



Quelle: Bundespolizei

Im Jahr 2008 wurden 1.086 Schleuser an den deutschen Grenzen registriert. Dies entspricht einem Rückgang um 15,3% im Vergleich zum Vorjahr, nachdem bereits von 2006 auf 2007 ein Rückgang von 11,2% verzeichnet worden war (vgl. Abbildung 5-3 und Tabelle 5-9 im Anhang). Auch bei den Geschleusten konnte seit 2006 ein Rückgang der Aufgriffszahlen festgestellt werden. Im Jahr 2008 wurden 2.827 Geschleuste an deutschen Grenzen registriert (-15,5% gegenüber 2007). Dies ist die niedrigste Zahl an Feststellungen geschleuster Personen seit 1991. Die größte Gruppe der Geschleusten im Jahr 2008 bildeten wie im Vorjahr Staatsangehörige aus dem Irak. Diese stellten etwa ein Drittel aller geschleusten Personen.

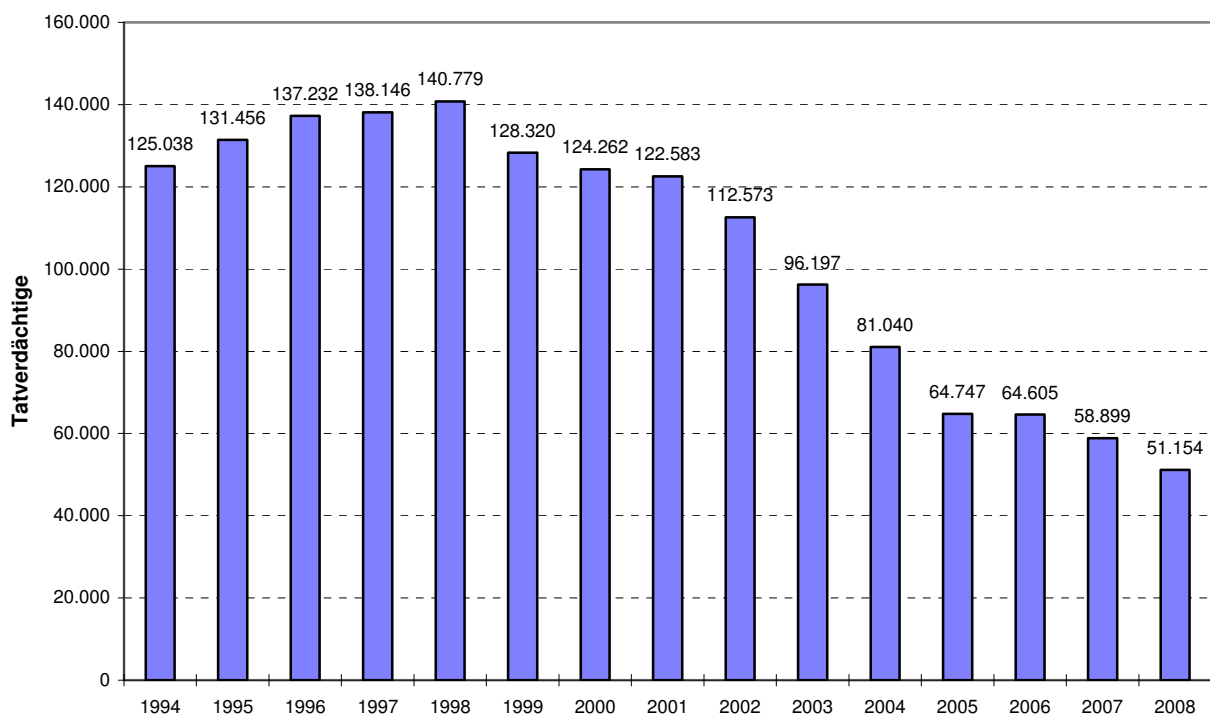
³⁰³ Einzelheiten zum Einsatz von Dokumenten- und Visumberatern der Bundespolizei in Kapitel 5.3.

5.2.2 Nichtdeutsche Tatverdächtige mit illegalem/irregulärem Aufenthalt nach der PKS

Feststellungen wegen unerlaubten Aufenthalts sind in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) erfasst. In dieser Statistik werden alle einer Tat verdächtigen Ausländer auch nach der Art des Aufenthalts unterschieden. Im Folgenden werden zunächst die Personen ohne Aufenthaltsrecht insgesamt betrachtet, anschließend die unerlaubte Einreise und das Einschleusen von Ausländern nach der PKS.

Illegal aufhältige Tatverdächtige insgesamt

Abbildung 5-4: Illegal aufhältige Tatverdächtige insgesamt in Deutschland von 1994 bis 2008



Quelle: Bundeskriminalamt (Polizeiliche Kriminalstatistik)

Für das Jahr 2008 sind in der PKS insgesamt 51.154 Tatverdächtige mit illegalem Aufenthalt registriert (darunter 45.507 nichtdeutsche Tatverdächtige wegen Verstoßes gegen das Aufenthalts- bzw. das Asylverfahrensgesetz sowie das Freizügigkeitsgesetz/EU) (vgl. Abbildung 5-4 und Tabelle 5-10 im Anhang). In diese Zahl gingen auch die Personen ein, die durch die Bundespolizei bzw. die beauftragten Behörden an der Grenze sowie durch die Bundespolizei im Inland als unerlaubt aufhältig festgestellt wurden. Die Zahl der illegal aufhältigen Tatverdächtigen ist seit 1998 kontinuierlich gesunken. Im Jahr 2008 wurde ein Rückgang der Zahl der illegal aufhältigen Tatverdächtigen im Inland um 13,1% im Vergleich zum Vorjahr verzeichnet.

Als mögliche Ursachen für die seit Ende der 1990er Jahre festzustellende rückläufige Tendenz der Zahl der illegal aufhältigen Tatverdächtigen können insbesondere folgende Faktoren genannt werden:

- der EU-Beitritt der mittel- und osteuropäischen Staaten, der zum Rückgang seit 2004 beigetragen hat, da sich Staatsangehörige aus diesen Staaten durch ihren Status als Unionsbürger nicht mehr illegal in Deutschland aufhalten können,
- die wirtschaftliche Situation sowie die Arbeitsmarktsituation in Deutschland im relevanten Zeitraum, die sich im Vergleich zu den anderen (alten) EU-Staaten – zumindest bis 2005 – weniger stark entwickelte³⁰⁴, so dass potentielle Migranten verstärkt in anderen europäischen Staaten (legal oder illegal) eine Beschäftigung aufnahmen, etwa in Spanien oder dem Vereinigten Königreich,
- der Rückgang der weltweiten Flüchtlingszahlen im Zeitraum von 2000 bis 2005³⁰⁵ (UNHCR 2008), insbesondere der Rückgang der Zahl der Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien nach Beendigung des Kosovokonflikts; dies spiegelte sich in einem Absinken der unerlaubten Einreisen von Staatsangehörigen aus Serbien und Montenegro, die im Laufe der 1990er Jahre zu den größten Gruppen bei den Feststellungen wegen unerlaubter Einreise zählten.

Im Folgenden werden die im Zusammenhang mit Verstößen gegen das Aufenthaltsgesetz, das Asylverfahrensgesetz und das Freizügigkeitsgesetz/EU registrierten Tatverdächtigen näher betrachtet. Die Zahlen enthalten illegal und legal aufhältige nichtdeutsche sowie deutsche Tatverdächtige.

Unerlaubter Aufenthalt nach PKS

Tabelle 5-1: Unerlaubter Aufenthalt nach PKS¹ in den Jahren 2007 und 2008

Staatsangehörigkeit	2008	2007	Veränderung	
			absolut	in Prozent
Türkei	4.076	4.189	-113	-2,7
Irak	2.303	1.893	+410	+21,7
Vietnam	2.170	1.833	+337	+18,4
Serbien (einschl. Kosovo) ²	1.796	(2.043)	-	-
Russische Föderation	1.222	1.972	-750	-38,0
Indien	798	916	-118	-12,9
Iran	690	626	+64	+10,2
Kroatien	688	675	+13	+1,9
Ukraine	687	1.648	-961	-58,3
Algerien	630	677	-47	-6,9
Nichtdeutsche Tatverdächtige insgesamt³	29.371	33.637	-4.266	-12,7
Tatverdächtige insgesamt	30.026	34.469	-4.443	-12,9

Quelle: Bundeskriminalamt (PKS)

1) Hierbei handelt es sich um den Straftatbestand des unerlaubten Aufenthalts gemäß § 95 Abs. 1 Nr. 1, 2 und Abs. 2 Nr. 1b AufenthG. Diese Zahl umfasst auch Mittäter, Anstifter und Gehilfen.

³⁰⁴ Eine Auswirkung auf illegale Migration ist umso wahrscheinlicher, wenn man bedenkt, dass qualitative Studien nachweisen, dass es sich bei illegal aufhältigen Migranten häufig um hochmobile Arbeitskräfte handelt, die ihren Aufenthaltsort flexibel nach wirtschaftlichen Möglichkeiten wählen (Düvell 2006: 174).

³⁰⁵ In Europa sanken die Flüchtlingszahlen auch in den Jahren 2006 und 2007, erst im Jahr 2008 wurde wieder ein leichter Anstieg um 2% registriert (UNHCR 2009).

- 2) Seit Juni 2006 sind "Montenegro" und "Serbien" unabhängige Staaten. In der PKS werden sie ab 2007 gesondert ausgewiesen. Erfassbar ist aber auch noch der Schlüssel für "Serbien und Montenegro". Wegen der hohen Anzahl noch erfasster Staatsangehörigkeit "Serbien und Montenegro" wird für 2007 "Serbien und Montenegro" zusammengefasst dargestellt, aber ohne Jugoslawien (Altfälle). Die Jahreszahl aus 2007 entsprach der Summe der Schlüssel "Serbien", "Montenegro" und "Serbien und Montenegro". Im Jahr 2008 wurden für „Montenegro“ 101 Tatverdächtige und für „Serbien und Montenegro – Altfälle“ 203 Tatverdächtige erfasst.
- 3) Von den 29.371 nichtdeutschen Tatverdächtigen des Jahres 2008 hatten 22.609 Personen keinen legalen Aufenthaltstitel.

Die Zahl der Tatverdächtigen mit unerlaubtem Aufenthalt ist im Jahr 2008 im Vergleich zum Vorjahr um 12,9% auf 30.026 Personen gesunken, nachdem bereits von 2006 auf 2007 ein Rückgang um 14,7% zu verzeichnen war (vgl. Tabelle 5-1). Dabei wurden am häufigsten – wie im Jahr zuvor – Tatverdächtige mit türkischer Staatsangehörigkeit im Zusammenhang mit unerlaubtem Aufenthalt festgestellt. Allerdings sank die Zahl der Feststellungen türkischer Staatsangehöriger leicht um 2,7% gegenüber 2007. Entgegen dem rückläufigen Trend war insbesondere bei irakischen (+21,7%), aber auch bei vietnamesischen (+18,4%) Staatsangehörigen ein Anstieg der Zahl der Feststellungen wegen unerlaubten Aufenthalts festzustellen. Stark gesunken ist dagegen die Zahl der Feststellungen bei Staatsangehörigen aus der Russischen Föderation (-38,0%) und der Ukraine (-58,3%).

Unerlaubt eingereiste Personen nach PKS

Tabelle 5-2: Unerlaubte Einreise nach PKS¹ in den Jahren 2007 und 2008

Staatsangehörigkeit	2008	2007	Veränderung	
			absolut	in Prozent
Serbien (einschl. Kosovo) ²	3.363	(4.072)	-	-
Türkei	2.601	2.825	-224	-7,9
Irak	2.414	2.260	+154	+6,8
China	1.308	1.100	+208	+18,9
Russische Föderation	1.191	1.117	+74	+6,6
Vietnam	839	716	+123	+17,2
Mazedonien	804	1.089	-285	-26,2
Ukraine	639	1.326	-687	-51,8
Bosnien-Herzegowina	624	688	-64	-9,3
Indien	620	545	+75	+13,8
Nichtdeutsche Tatverdächtige insgesamt³	25.228	28.034	-2.806	-10,0
Tatverdächtige insgesamt	25.459	28.311	-2.852	-10,1

Quelle: Bundeskriminalamt (PKS)

1) Hierbei handelt es sich um den Straftatbestand der unerlaubten Einreise gemäß § 95 Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 2 Nr. 1a AufenthG. Die Zahl der unerlaubt eingereisten Tatverdächtigen umfasst auch Mittäter, Anstifter und Gehilfen.

2) Seit Juni 2006 sind "Montenegro" und "Serbien" unabhängige Staaten. In der PKS werden sie ab 2007 gesondert ausgewiesen. Erfassbar ist aber auch noch der Schlüssel für "Serbien und Montenegro". Wegen der hohen Anzahl noch erfasster Staatsangehörigkeit "Serbien und Montenegro" wird für 2007 "Serbien und Montenegro" zusammengefasst dargestellt, aber ohne Jugoslawien (Altfälle). Die Jahreszahl aus 2007 entsprach der Summe der Schlüssel "Serbien", "Montenegro" und "Serbien und Montenegro". Im Jahr 2008 wurden für „Montenegro“ 110 Tatverdächtige und für „Serbien und Montenegro – Altfälle“ 46 Tatverdächtige erfasst.

3) Von den 25.228 nichtdeutschen Tatverdächtigen des Jahres 2008 hatten 22.292 Personen keinen legalen Aufenthaltstitel.

Nachdem von 2006 auf 2007 ein Anstieg der Zahl der unerlaubt eingereisten Personen laut PKS festzustellen war (+5,2%), sank die Zahl der Tatverdächtigen im Jahr 2008 um 10,1% im Vergleich zum Vorjahr. Dabei wurden am häufigsten Staatsangehörige aus Serbien (einschl. Kosovo) wegen unerlaubter Einreise festgestellt (3.363 Tatverdächtige), vor türkischen, irakischen und chinesischen Staatsangehörigen. Dabei war bei Irakern ein weiterer Anstieg der Zahl der Taverdächtigen im Vergleich zum Vorjahr festzustellen (+6,8%), nachdem sich deren Zahl bereits 2007 mehr als verdoppelt hatte. Angestiegen ist auch die Zahl der unerlaubten Einreisen von Staatsangehörigen aus China (+18,9%), Vietnam (+17,2%) und Indien (+13,8%) (vgl. Tabelle 5-2).

Einschleusen von Ausländern nach PKS

Tabelle 5-3: Einschleusen von Ausländern gemäß § 96 AufenthG in den Jahren 2007 und 2008

Staatsangehörigkeit	2008	2007	Veränderung	
			absolut	in Prozent
Türkei	194	207	-13	-6,3
Vietnam	168	133	+35	+26,3
Irak	163	205	-42	-20,5
Serbien (einschl. Kosovo) ¹	111	(129)	-	-
Russische Föderation	97	38	+59	+155,3
Polen	82	130	-48	-36,9
Tschechische Republik	79	83	-4	-4,8
Niederlande	35	40	-5	-12,5
Schweden	35	55	-20	-36,4
Ukraine	35	28	+7	+25,0
Nichtdeutsche Tatverdächtige insgesamt²	1.662	1.858	-196	-10,5
Tatverdächtige insgesamt	2.169	2.535	-366	-14,4

Quelle: Bundeskriminalamt (PKS)

1) Seit Juni 2006 sind "Montenegro" und "Serbien" unabhängige Staaten. In der PKS werden sie ab 2007 gesondert ausgewiesen. Erfassbar ist aber auch noch der Schlüssel für "Serbien und Montenegro". Wegen der hohen Anzahl noch erfasster Staatsangehörigkeit "Serbien und Montenegro" wird für 2007 "Serbien und Montenegro" zusammengefasst dargestellt, aber ohne Jugoslawien (Altfälle). Die Jahreszahl aus 2007 entsprach der Summe der Schlüssel "Serbien", "Montenegro" und "Serbien und Montenegro". Im Jahr 2008 wurden für „Montenegro“ 1 Tatverdächtiger und für „Serbien und Montenegro – Altfälle“ 8 Tatverdächtige erfasst.

2) Von den 1.662 nichtdeutschen Tatverdächtigen des Jahres 2008 hatten 244 Personen keinen legalen Aufenthaltstitel.

Beim Einschleusen von Ausländern gemäß § 96 AufenthG ist im Jahr 2008 ein weiterer Rückgang um 14,4% von 2.535 auf 2.169 Tatverdächtige festzustellen (Rückgang 2007: -11,1%) (vgl. Tabelle 5-3). Angestiegen ist jedoch die Zahl der vietnamesischen und russischen Schleuser.

5.3 Maßnahmen zur Verhinderung illegaler/irregulärer Migration auf nationaler Ebene³⁰⁶

Aufgrund seiner Souveränität kontrolliert der Staat den Zugang zu und den Aufenthalt auf seinem Territorium. Daher bedeutet illegale Migration eine Herausforderung, der sich der Staat mit Maßnahmen der Kontrolle entgegenstellt. Das deutsche System der Migrationskontrolle funktioniert durch externe Kontrollen (z. B. über das Visasystem und die Außengrenzkontrollen) sowie durch ein System von internen Kontrollen der Aufenthaltserlaubnisse. Hinzu kommen Kontrollmechanismen, die über Datenaustausch, Arbeitsplatzüberprüfungen, enge Behördenkooperation und Übermittlungspflichten öffentlicher Stellen funktionieren. Aufgrund zunehmend offener Grenzen innerhalb der Europäischen Union wird es jedoch immer schwieriger, illegale Migration mit rein nationalen Ansätzen zu bekämpfen. Daher werden diese Ansätze mit auf europäischer Ebene harmonisierten Maßnahmen und Instrumenten verbunden.

Kontrolle durch Visapolitik

Nach der Regelung im Aufenthaltsgesetz sind die Auslandsvertretungen der Bundesrepublik Deutschland für die Erteilung der Visa verantwortlich (§ 71 Abs. 2 AufenthG). Diese stellen damit eine Kontrollinstanz gegen illegale Migration im Vorfeld dar. Die Kontrolle richtet sich gegen diejenigen, die versuchen, mit falschen Angaben die Erteilung des Visums zu erschleichen.³⁰⁷ Um eine bessere Handhabe bei Kontrollen zu bekommen wurde die Visadatei zu einer Visaentscheidungsdatei ausgebaut, in der nun auch Angaben zur Visaerteilung bzw. –versagung gespeichert werden (§§ 28 ff. AZRG).

Einsatz von Dokumenten- und Visumberatern der Bundespolizei

Zur besseren Verzahnung innerstaatlicher Erkenntnisse der deutschen Sicherheitsbehörden mit den Erkenntnissen der Auslandsvertretungen im Bereich der illegalen Migration und zur Anpassung an die veränderten sicherheitspolitischen, organisatorischen und haushaltsrechtlichen Gegebenheiten vereinbarten das Auswärtige Amt (AA) und das Bundesministerium des Innern (BMI) eine Regelung zum Einsatz von Dokumenten- und Visumberatern (DVB) der Bundespolizei an deutschen Auslandsvertretungen und internationalen Flughäfen im Ausland.

Der Einsatz der DVB soll dazu beitragen, die Mitarbeiter der Visastellen über aktuelle Sicherheitskenntnisse im Bereich der illegalen Migration zu informieren. Zugleich sollen die DVB ihre Erkenntnisse unterstützend bei der Prüfung von Visumanträgen einbringen. Darüber hinaus beraten sie Luftfahrtunternehmen, deren Handlingpartner und ggf. ausländische Behörden vor Ort.

Der Einsatz der DVB erfolgt im Einvernehmen zwischen dem AA und dem BMI auf Grundlage einer migrationsrelevanten und grenzpolizeilichen Lageeinschätzung der Bundespolizei und einem zwischen dem AA und dem BMI abgestimmten Bedarf im Rahmen der Verfügbarkeit personeller und haushaltsseitiger Ressourcen. Auf dieser Grundlage teilt das AA im Einvernehmen mit dem BMI den Auslandsvertretungen Bundespolizeibeamte als DVB zu.

³⁰⁶ Vgl. hierzu ausführlich Sinn/Kreienbrink/von Loeffelholz/Wolf 2006: 65ff.

³⁰⁷ Etwa durch Beantragung eines Visums für touristische Zwecke, obwohl eine Arbeitsaufnahme geplant ist. Zudem besteht die Möglichkeit, dass Drittstaatsangehörige legal mit einem Visum einreisen, sich dann aber über die Gültigkeitsdauer des Visums hinaus im Bundesgebiet aufhalten.

Die Schulungsmaßnahmen für Luftfahrtunternehmen erfolgen lageabhängig. In den Schulungsveranstaltungen werden beauftragte Handlingpartner und private Sicherheitsdienste des jeweiligen Luftfahrtunternehmens über die Pass- und Visabestimmungen der Schengen-Vertragsstaaten informiert und im Erkennen von ge- oder verfälschten Dokumenten unterwiesen. Hierdurch sollen die Luftfahrtunternehmen in die Lage versetzt werden, ihre gesetzlichen Verpflichtungen gemäß § 63 Abs. 1 AufenthG zu erfüllen.

Die DVB sind beratend tätig und üben keine hoheitlichen Befugnisse aus. Die Entscheidung über die Erteilung eines Visums trifft die deutsche Auslandsvertretung; der Beförderungsausschluss eines Passagiers erfolgt durch das Luftfahrtunternehmen.

Die Beratung des Personals der deutschen Visastellen und die Schulung und Beratung des Flughafenpersonals im Ausland durch DVB der Bundespolizei zur Verhinderung der unerlaubten Einreise auf dem Luftweg hat sich als effektive Maßnahme erwiesen.

Grenzkontrollen und Kontrollen im Binnenland

Kontrollen, in deren Verlauf bei der Identitätsprüfung auch der Aufenthaltsstatus geprüft wird, werden von der Bundespolizei und den Polizeien der Länder durchgeführt. Im Grenzraum bzw. im Inland führen die Bundespolizei und die Länderpolizeien lageabhängige Kontrollen durch. Zusätzlich finden interne Kontrollen statt, die am Arbeitsmarkt und am Bezug öffentlicher Leistungen ansetzen.

Dabei wird insbesondere beim Kontakt mit Behörden der Aufenthaltsstatus der Migranten überprüft. Diese Kontrollen ergeben sich aus den Übermittlungsvorschriften des § 87 AufenthG. Demnach haben öffentliche Stellen die Pflicht, den Ausländerbehörden auf Ersuchen relevante Informationen wie den tatsächlichen oder gewöhnlichen Aufenthalt mitzuteilen (§ 87 Abs. 1 AufenthG). Wenn öffentliche Stellen von dem Aufenthalt eines Ausländers Kenntnis erlangen, der keinen erforderlichen Aufenthaltstitel besitzt und dessen Abschiebung nicht ausgesetzt ist (Duldung), sind sie verpflichtet, die zuständige Ausländerbehörde unverzüglich zu unterrichten. Die Meldung kann auch an die Polizei erfolgen, die dann die Ausländerbehörde informiert (§ 87 Abs. 2 AufenthG).

Im Juni 2008 zog Bundesinnenminister Schäuble eine positive Bilanz der Erweiterung des Schengen-Raums. Am 21. Dezember 2007 waren die stationären Grenzkontrollen zwischen Deutschland, Polen und der Tschechischen Republik sowie weiteren EU-Staaten entfallen. Zu Beginn des Jahres 2008 wurde daraufhin zunächst ein Ansteigen der illegalen Einreisen nach Deutschland verzeichnet. Dies war u.a. darauf zurückzuführen, dass Personen mit einem nur für Polen bzw. die Tschechische Republik gültigen Visum versuchten, in den Schengenraum einzureisen, obwohl ihre Visa hierzu nicht berechtigten. Im weiteren Verlauf entwickelten sich die Zahlen dann rückläufig. Aus Sicht des Bundesministeriums des Innern zeigt diese Entwicklung, dass auch ohne stationäre Grenzkontrollen ein wirksamer Grenzschutz möglich ist.³⁰⁸ Betrachtet man das gesamte Jahr 2008 war jedoch sowohl an der deutsch-tschechischen als auch an der deutsch-polnischen Grenze ein Anstieg der unerlaubten Einreisen im Vergleich zum Vorjahr festzustellen, allerdings auf vergleichsweise niedrigem Niveau (vgl. dazu Kapitel 5.2.1).

³⁰⁸ Vgl. „Bundespolizei hat ihre Aufgaben gut erfüllt – Bundesminister Dr. Schäuble zieht positive Zwischenbilanz nach der Schengen-Raum-Erweiterung“, Pressemitteilung des BMI, 21. Juni 2008.

Die Kontrollen an den Arbeitsstätten (Außenprüfungen) obliegen seit Januar 2004 allein dem Zoll unter Federführung der Abteilung Finanzkontrolle Schwarzarbeit bei der Oberfinanzdirektion Köln, wobei jeweils weitere Behörden unterstützend tätig werden.

Pflichten für Beförderungsunternehmer

Gemäß § 63 Abs. 1 AufenthG darf ein Beförderungsunternehmer Ausländer nach Deutschland nur befördern, wenn sie im Besitz eines erforderlichen Passes und eines erforderlichen Aufenthaltstitels (Visum, Aufenthaltserlaubnis, Niederlassungserlaubnis) sind. Wird ein Ausländer zurückgewiesen, so hat ihn der Beförderungsunternehmer, der ihn an die Grenze befördert hat, unverzüglich außer Landes zu bringen.

Bei Zuwiderhandlungen gegen das gesetzliche Beförderungsverbot kann das Bundesministerium des Innern oder eine von ihm beauftragte Stelle ein Beförderungsverbot (§ 63 Abs. 2 AufenthG) erlassen und für den Fall der Zuwiderhandlung ein Zwangsgeld androhen. Das Zwangsgeld gegen den Beförderungsunternehmer beträgt für jeden Ausländer, den er entgegen eines erlassenen Beförderungsverbotes (Untersagungsverfügung) befördert, mindestens 1.000 Euro und höchstens 5.000 Euro (§ 63 Abs. 3 AufenthG).

Verwaltungs koordinierung

Die Bekämpfung von illegaler Einreise und Schleuserkriminalität erfolgt in enger behörden- und ressortübergreifender Zusammenarbeit. Neben dem Ausbau der Grenzsicherung gehört dazu auch die Zusammenführung der verfügbaren Informationen aller betreffenden Behörden und Einrichtungen des Bundes und der Länder im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten. Die Vernetzung der Behörden, die mit illegaler Migration befasst sind, ist ausgebaut worden. In verschiedenen Foren werden die behördenbezogenen Erkenntnisse zusammengeführt und aus der Gesamtschau der Informationen jeweils spezifischer Handlungsbedarf abgeleitet.

Das Gemeinsame Analyse- und Strategiezentrum illegale Migration (GASIM), am Sitz des Bundespolizeipräsidiums in Potsdam eingerichtet, soll auf der Grundlage einer institutionalisierten Kooperation fachliche Kompetenzen aller beteiligten Behörden und Stellen bei der Bekämpfung der illegalen Migration bündeln. Mit dem GASIM hat die Bundesregierung eine ständige, behördenübergreifende „Informations-, Koordinations- und Kooperationsplattform“ unter Beibehaltung der Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten geschaffen. Durch die Beteiligung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, des Bundeskriminalamtes, der Bundespolizei, der Finanzkontrolle Schwarzarbeit sowie des Bundesnachrichtendienstes, des Bundesamtes für Verfassungsschutz und auch durch die unmittelbare Einbindung des Auswärtigen Amtes wird die Fachkompetenz aller beteiligten Behörden gebündelt und effektiv genutzt.

Der bisherige Informationsaustausch zwischen den mit der Bekämpfung und der Verhütung der illegalen Migration befassten Behörden wird durch diesen Kooperationsrahmen nicht ersetzt, sondern ergänzt. Mit dem Zentrum wird der ganzheitliche Bekämpfungsansatz weiter ausgebaut.

Informationssysteme

Ergänzt wird die Zusammenführung der Informationen durch nationale (und europäische) Informationssysteme. Das BAMF erstellt seit 1995 gemeinsam mit dem Bundespolizeipräsidium, dem BKA und dem Bayerischen Landeskriminalamt herkunftsländerbezogene Berichte zu Wanderungsbewegungen. Die Erkenntnisse aus den Asylanörungen, zum Teil durch spezialisierte Reisewegsbeauftragte, werden seit 1998 in einer anonymisierten Datei erfasst und stehen auf Anfrage allen

beteiligten nationalen und internationalen Behörden zur Verfügung.

Mit dem ersten Änderungsgesetz zum Aufenthaltsgesetz wurde zum 1. Oktober 2005 eine Fundpapierdatenbank eingeführt. Erfasst werden in Deutschland aufgefundene, von ausländischen öffentlichen Stellen ausgestellte Identifikationspapiere von Staatsangehörigen visumpflichtiger Drittstaaten, die der Feststellung der Identität oder Staatsangehörigkeit eines Ausländers (§ 89a AufenthG) und der Ermöglichung der Durchführung einer späteren Rückführung dienen können.

Bi- oder multilaterale Abkommen mit den Herkunfts- und Transitländern

Darüber hinaus existieren bi- und multilaterale Abkommen zur Zusammenarbeit der Polizei- und Grenzschutzbehörden mit den Nachbarländern. Im Rahmen der Vorverlagerungsstrategie werden Verbindungsbeamte verschiedener Behörden und Dokumenten- und Visumberater in Herkunfts- und Transitländer entsandt. Im Mai 2005 schloss Deutschland mit den Niederlanden, Belgien, Frankreich, Luxemburg, Österreich und Spanien einen Vertrag über die grenzüberschreitende Vertiefung der Zusammenarbeit, der im Bereich der Bekämpfung illegaler Migration den Einsatz von Dokumenten- und Visumberatern und die gegenseitige Unterstützung bei Rückführungen vorsieht (Prümer Vertrag).³⁰⁹ Der Vertrag stellt in diesem Bereich eine Konkretisierung der bereits bestehenden EU-Bestimmungen dar.

Zudem hat Deutschland seit Anfang der 1990er Jahre verstärkt eine Vielzahl bilateraler Rückübernahmeabkommen mit verschiedenen Staaten abgeschlossen, zuletzt mit Armenien (am 16. November 2006), Georgien (am 6. September 2007) und Syrien (am 14. Juli 2008). Diese regeln die Rücknahme eigener Staatsangehöriger, die Übernahme von Drittstaatsangehörigen und Staatenlosen und die Durchbeförderung (sog. „3-Säulen-Abkommen“).³¹⁰ Die Regelungen beinhalten auch Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit und zur Ausstellung von Heimreisedokumenten.

Maßnahmen im Bereich der freiwilligen und zwangsweisen Rückkehr

Im Bereich der Rückkehr kann unterschieden werden zwischen freiwilliger Rückkehr und zwangsweisen Rückführungen³¹¹, die auf der Basis von Programmen bzw. bilateralen Verträgen durchgeführt werden (aber auch ohne diese möglich sind). Zur zwangsweisen Rückführung zählen Abschiebungen und Zurückschiebungen (vgl. hierzu unten). Daneben existieren Programme zur Förderung der freiwilligen Rückkehr (vgl. hierzu unten). Die Beschäftigung der Europäischen Kommission mit der Frage der Rückkehr illegal aufhältiger Migranten macht deutlich, dass das Thema Rückkehr und Wiedereingliederung von Migranten künftig grundsätzlich an Bedeutung gewinnen wird, wobei besonders Deutschland in diesem Zusammenhang mehrere Vorschläge zur Rückführungspolitik unterbreitet hat.

Rückführung

Kommt ein Ausländer einer bestehenden Ausreiseverpflichtung nicht nach, so wird auf das Mittel der zwangsweisen Rückführung zurückgegriffen. Gem. § 58 Abs. 1 AufenthG ist ein Ausländer abzuschicken, wenn die Ausreisepflicht vollziehbar und die freiwillige Erfüllung dieser Pflicht nicht

³⁰⁹ Vgl. dazu die Pressemitteilung des BMI vom 27. Mai 2005. Im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 wurden die wesentlichen Bestimmungen des Vertrags von Prüm in den Rechtsrahmen der EU überführt (vgl. BMI 2007: 9f).

³¹⁰ Vgl. dazu die Pressemitteilungen des BMI vom 16. November 2006, vom 6. September 2007 und vom 14. Juli 2008. Das Rückübernahmeabkommen mit Armenien trat am 20. April 2008 in Kraft, das Abkommen mit Georgien am 1. Januar 2008, das Abkommen mit Syrien am 3. Januar 2009. Eine Übersicht über Abkommen zur Erleichterung der Rückkehr ausreisepflichtiger Ausländer ist über die Website des BMI abrufbar.

³¹¹ Zur zwangsweisen Rückkehr von Drittstaatsangehörigen vgl. Kreienbrink 2007.

gesichert ist. Zudem ist ein Ausländer, der unerlaubt eingereist ist, innerhalb von sechs Monaten nach dem Grenzübertritt zurückzuschieben (§ 57 Abs. 1 AufenthG).

Von 1990 bis 1994 stieg die Zahl der Abschiebungen von 10.850 auf 53.043.³¹² Danach sank die Zahl der abgeschobenen Personen und bewegte sich bis zum Jahr 2004 zwischen 23.000 und 39.000 Abschiebungen jährlich. In den Jahren 2005 und 2006 wurden jeweils weniger als 20.000 Personen abgeschoben. Im Jahr 2007 wurden erstmals seit den 1980er Jahren weniger als 10.000 Abschiebungen durchgeführt. Im Jahr 2008 sank die Zahl weiter auf 8.394 Abschiebungen (vgl. Tabelle 5-4). Dies bedeutet einen Rückgang im Vergleich zum Vorjahr um 12,7%. Von den Abschiebungen des Jahres 2008 entfielen 1.062 auf türkische Staatsangehörige, 809 auf Staatsangehörige aus Serbien bzw. dem ehemaligen Serbien und Montenegro³¹³ und 775 auf Vietnamesen. Hauptzielländer von Abschiebungen auf dem Luftweg waren dementsprechend die Türkei, Vietnam sowie Serbien und das Kosovo. In andere Mitgliedstaaten der EU wurden 1.833 Personen, sogenannte Dublin-Fälle, abgeschoben.³¹⁴

Tabelle 5-4: Abschiebungen von Ausländern von 1990 bis 2008

Jahr	Abschiebungen
1990	10.850
1991	13.668
1992	19.821
1993	47.070
1994	53.043
1995	36.455
1996	31.761
1997	38.205
1998	38.479
1999	32.929
2000	35.444
2001	27.902
2002	29.036
2003	26.487
2004	23.334
2005	17.773
2006	13.894
2007	9.617
2008	8.394

Quelle: Bundespolizei

Darüber hinaus konnten im Jahr 2008 insgesamt 5.745 Zurückschiebungen vollzogen werden. Dies bedeutet einen Anstieg um 50,5% im Vergleich zum Vorjahr (3.818 Zurückschiebungen).

³¹² Die Entwicklung der Abschiebungen spiegelt leicht zeitversetzt die Entwicklung der Asylbewerberzahlen wider.

³¹³ Zudem wurden 216 Staatsangehörige aus dem Kosovo und 47 Staatsangehörige aus Montenegro abgeschoben.

³¹⁴ Vgl. Bundestagsdrucksache 16/12568 vom 6. April 2009: Abschiebungen im Jahr 2008: 21ff.

Damit wurde das erste mal seit über zehn Jahren wieder ein Anstieg verzeichnet, nachdem die Zahl der Zurückschiebungen seit dem Höhepunkt im Jahr 1998 (31.510 Zurückschiebungen) kontinuierlich bis 2007 gesunken war (vgl. dazu Tabelle 5-6 im Anhang). Am häufigsten wurden Staatsangehörige aus der Russischen Föderation zurückgeschoben (520 Personen).

Rückkehrförderung

Die Rückkehrförderung stellt ein Instrument der Migrationssteuerung dar und trägt dem Grundsatz des Vorrangs der freiwilligen Rückkehr vor zwangsweisen Rückführungen (siehe oben) Rechnung. Die freiwillige Rückkehr wird im Rahmen der von Bund und Ländern finanzierten Rückkehrförderprogramme REAG und GARP unterstützt.³¹⁵ Seit dem 1. Januar 2003 ist das BAMF für die Bewilligung der Bundesmittel für diese beiden Programme zuständig (§ 75 Nr. 7 AufenthG).

Im Rahmen der Rückkehrförderprogramme REAG und GARP kehren jährlich mehrere Tausend Personen in ihre Heimatländer zurück oder wandern in andere Staaten weiter. Dabei handelt es sich zumeist um abgelehnte oder noch im Verfahren befindliche Asylbewerber sowie um Flüchtlinge.

Tabelle 5-5: Freiwillige Rückkehr im Rahmen des Förderprogramms REAG/GARP 1999 bis 2008

Jahr	Anzahl der ausgereisten Personen
1999	61.332
2000	75.416
2001	14.942
2002	11.691
2003	11.588
2004	9.961
2005	7.465
2006	5.757
2007	3.437
2008	2.799

Quelle: IOM, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Insgesamt wurde von 1999 bis Ende 2008 durch das REAG/GARP-Programm die freiwillige Rückkehr von etwa 204.000 Personen in ihre Herkunftsländer gefördert.³¹⁶ Seit dem Jahr 2000 sank die Anzahl der ausgereisten Personen kontinuierlich von 75.416 auf 2.799 (2008) (vgl. Tabelle 5-5).

Nachdem in den Jahren von 1999 bis 2001 überwiegend die Rückkehr in die Herkunftsländer Bosnien und Herzegowina, Mazedonien und Serbien und Montenegro unterstützt wurde, erfolgte ab

³¹⁵ REAG: Reintegration and Emigration Programme for Asylum-Seekers in Germany; GARP: Government Assisted Repatriation Programme. Das REAG/GARP-Programm ist ein humanitäres Hilfsprogramm. Es fördert die freiwillige Rückkehr bzw. Weiterwanderung und bietet Starthilfen für verschiedene Migrantengruppen (etwa für (abgelehnte) Asylbewerber, aber auch für Bürgerkriegsflüchtlinge), die freiwillig in ihr Heimatland zurückkehren oder in einen aufnahmebereiten Drittstaat weiterwandern. Es wird von der International Organisation for Migration (IOM) im Auftrag des BMI und den zuständigen Ministerien der Bundesländer durchgeführt und von diesen gemeinsam je zur Hälfte finanziert.

³¹⁶ Vgl. dazu ausführlich Kreienbrink 2007. Seit bestehen dieser Programme ist die freiwillige Rückkehr ins Heimatland oder die Weiterwanderung in ein aufnahmeberechtigtes Drittland von mehr als 500.000 Menschen finanziell und organisatorisch unterstützt worden.

2002 die Wiederaufnahme der weltweiten Rückkehrförderung.³¹⁷ Im Jahr 2008 haben 2.799 Personen Deutschland im Rahmen dieses Programms verlassen. Fast die Hälfte (45,6%) der ausgereisten Personen hielt sich länger als fünf Jahre in Deutschland auf.

Für 10,8% der geförderten Rückkehrer war der Irak das Zielland (absolut: 302 Personen), 10,2% kehrten in die Russische Föderation zurück (286 Personen), 7,9% in die Türkei (220 Personen) und 7,0% in das Kosovo (195 Personen). Insbesondere die Zahl und der Anteil der Staatsangehörigen aus Serbien und Montenegro an den freiwillig und gefördert ausreisenden Personen ging in den letzten Jahren deutlich zurück. Im Jahr 2003 betrug dieser noch 43,7%.

97,2% der im Jahr 2008 freiwillig und gefördert ausgereisten Personen kehrten in ihre Herkunftsländer zurück. 2,8% zogen in einen anderen Staat, insbesondere nach Kanada und in die Vereinigten Staaten.

Neben dem REAG/GARP-Programm existieren weitere Förderprogramme für Rückkehrer. Um Informationen über bestehende Angebote zu sammeln, wurde beim BAMF die Zentralstelle für Informationsvermittlung zur Rückkehrförderung (ZIRF) eingerichtet. Ziel von ZIRF ist insbesondere die Koordinierung und Steuerung von Rückkehrprojekten und die Unterstützung von Behörden und Wohlfahrtsverbänden bei der Beratung von Rückkehrern durch die Bereitstellung rückkehrrelevanter Informationen über das Herkunftsland.

5.4 Maßnahmen auf europäischer Ebene

Angesichts wachsenden Migrationsdrucks an den Außengrenzen der EU werden die Bemühungen intensiviert, sowohl im Rahmen einer gemeinsamen Außen-, Migrations- und Entwicklungspolitik, als auch durch Koordination der Politik der einzelnen Mitgliedstaaten kohärente Ansätze der Migrationssteuerung und Begrenzung zu verfolgen und Dialog wie Zusammenarbeit mit Herkunfts- und Transitstaaten entlang der maßgeblichen Migrationsströme zu suchen („Gesamtansatz Migration“).³¹⁸

Das schließt mit ein, die Ursachen von Flucht und illegaler Migration zu analysieren und mit den Lösungen dort anzusetzen, wo sie entstehen: in den Herkunftsstaaten. Notwendig ist deshalb eine inhaltlich umfassende, ganzheitliche Herangehensweise, die alle Phasen der Wanderungsbewegungen, die unterschiedlichen Gründe dafür, den Flüchtlingsschutz, die Einreise- und Zuwanderungspolitik sowie die Integrations- und Rückkehrpolitik berücksichtigt, soweit die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene einen Mehrwert bringt. Ebenfalls dazu gehört die Koordinierung der Politik der einzelnen Mitgliedstaaten, denn in vielfacher Hinsicht, z.B. bei Fragen legaler Migration, müssen weiterhin nationale Zuständigkeiten beachtet und gewahrt bleiben. Ein gemeinsames Vorgehen ist deshalb notwendig, weil von den nationalen Entscheidungen eines Staates der EU in der Folge oft auch andere EU-Staaten betroffen sind.

³¹⁷ Vgl. BMI 2008: 157.

³¹⁸ Bereits im 2004 verabschiedeten Haager Programm (2004-2009) hat der Europäische Rat das Ziel einer gemeinsamen Asyl- und Einwanderungspolitik formuliert (vgl. Ratsdokument 16054/04 vom 13. Dezember 2004). Das Haager Programm wird durch das im Dezember 2009 zu verabschiedende Stockholmer Programm ersetzt, in dem der Gesamtansatz in der Migrationsfrage weiter ausgestaltet werden soll (vgl. die Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat „Ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts im Dienste der Bürger“ (KOM(2009)262/4)).

Auf dem EU-Gipfel am 15./16. Oktober 2008 in Paris haben die Staats- und Regierungschefs der 27 EU-Mitgliedstaaten im Rahmen des Gesamtansatzes den „Europäischen Pakt zu Einwanderung und Asyl“ angenommen. In dem Pakt sind allgemeine Leitlinien für die künftige Gestaltung der europäischen Einwanderungs- und Asylpolitik formuliert. Fünf grundlegende Verpflichtungen werden dabei benannt:

- Gestaltung der legalen Einwanderung unter Berücksichtigung der selbstbestimmten Prioritäten, Bedürfnisse und Aufnahmekapazitäten jedes Mitgliedstaates und Förderung der Integration;
- Bekämpfung der illegalen Einwanderung, indem insbesondere sichergestellt wird, dass illegal aufhältige Ausländer in ihre Herkunftsländer zurückkehren oder sich in ein Transitland begeben;
- Stärkung der Wirksamkeit der Grenzkontrollen;
- Schaffung eines Europas des Asyls;
- Aufbau einer umfassenden Partnerschaft mit den Herkunfts- und den Transitländern, die die Synergien zwischen Migration und Entwicklung fördert.³¹⁹

Zum Zweck der Bekämpfung der illegalen Einwanderung kommt der Europäische Rat dabei u.a. überein, sich auf einzelfallabhängige und nicht allgemeine Legalisierungen zu beschränken sowie mit den Ländern, bei denen dies erforderlich ist, entweder auf Gemeinschaftsebene oder bilateral Rückübernahmeabkommen abzuschließen. Daneben soll mit Maßnahmen wie der Einführung eines biometrischen Visums und der Durchführung von Sammel-Rückführungsflügen die Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten weiterentwickelt werden.

Zusammenarbeit mit Drittstaaten

Die Staats- und Regierungschefs haben in den Jahren 2006 bis 2009 den im Jahr 2005 beschlossenen Gesamtansatz in der Migrationsfrage inhaltlich ausgebaut, vertieft sowie geographisch auf östliche und südöstliche Nachbarregionen der EU erweitert.

Mit Hilfe eines vertieften Dialogs, verbesserter Kooperation und des Aufbaus von Partnerschaften mit Drittstaaten entlang der maßgeblichen Migrationsrouten versuchen die EU und ihre Mitgliedstaaten, in allen wichtigen Fragen der Migrationspolitik, des Flüchtlingsschutzes und der Bekämpfung der Ursachen von Flucht und illegaler Migration Fortschritte zu erzielen.

Im Rahmen dieses Gesamtansatzes zur Migration arbeitet die EU seit der deutschen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 außerdem an möglichen Konzepten zirkulärer Migration und von Mobilitätspartnerschaften mit interessierten Drittstaaten.³²⁰ Da insbesondere auch illegale Migration nicht allein auf nationalstaatlicher Ebene gelöst werden kann, ist gerade auch dies ein wesentlicher Bestandteil gemeinsamer Migrationspolitik der Europäischen Union. Im Rahmen der Entwicklungskooperation spielt die Bekämpfung der Ursachen der illegalen Migration (Armut, Arbeitslosigkeit, Konflikte, Verfolgung, schlechte Gesundheitsversorgung, Umweltzerstörung³²¹) eine wichtige Rolle. Zudem sollen die Herkunftsländer beim Aufbau ihrer Kapazitäten zur besseren Steuerung der Migrationsströme unterstützt werden.

Am 5. Juni 2008 ist zwischen interessierten Mitgliedstaaten der Europäischen Union und den Drittstaaten Moldau und Kap Verde jeweils eine gemeinsame Erklärung über eine Mobilitätspartnerschaft unterzeichnet worden. Diese Mobilitätspartnerschaften sind Pilotprojekte zur Erprobung dieses Kooperationsinstrumentes zu verstehen. Die unterzeichneten gemeinsamen Erklärungen enthalten als Annex Auflistungen der von den Teilnehmerstaaten jeweils ins Auge gefassten Maßnahmen; die Verbesserung der Kooperation bei der Bekämpfung illegaler Migration, beim Grenz-

³¹⁹ Vgl. dazu das Ratsdokument 13189/08 ASIM 68.

³²⁰ Vgl. dazu Zerger 2008: 1-5.

³²¹ Zur zunehmenden Bedeutung von Klima- und Umweltveränderungen auf das Migrationsgeschehen vgl. Zerger, Frithjof 2009: Klima- und umweltbedingte Migration, in: ZAR 3/2009: 85-89.

management und in der Zusammenarbeit bei der Rückführungs- und Rückkehrpolitik sind darin intensiv verankert. Der Europäische Rat (ER) vom 19./20.6.2008 hat KOM darüber hinaus den Auftrag erteilt, zusätzlich mit Georgien und Senegal Gespräche über die Initiierung von solchen Pilot-Partnerschaften zu führen und das neue Instrument der Mobilitätspartnerschaften zu evaluieren.

Darüber hinaus wird im Rahmen des Gesamtansatzes gegenwärtig die Einrichtung einer regionalen Kooperationsplattform für Migrationsfragen in der Schwarzmeerregion diskutiert. Die Einrichtung einer solchen Plattform wurde vom ER im Juni 2007 als eine von mehreren prioritären Maßnahmen zur Umsetzung des Gesamtansatzes Migration in den östlichen/südöstlichen Nachbarregionen der EU gebilligt. Dieses weitere Instrument des Gesamtansatzes soll ein Forum für Dialog, Erfahrungsaustausch und Kooperation werden und ist maßgeblich von interessierten Drittstaaten mit Leben zu erfüllen (lokale bzw. regionale „ownership“) und soll deren Interessenschwerpunkte aufgreifen.

Schutz der Außengrenzen

Auf der Grundlage der Verordnung (EG) Nr. 2007/2004 des Rates vom 26. Oktober 2004 zur Einrichtung einer Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union³²² wurde die Europäische Grenzschutzagentur FRONTEX zum 1. Mai 2005 in Warschau eingerichtet.

Wesentliche Aufgabe der Agentur ist die Koordinierung der Zusammenarbeit der Grenzpolizeien der Mitgliedstaaten zum Schutz der Außengrenzen durch gemeinsame Einsätze, Personalaus-tauschmaßnahmen, gemeinsame Rückführungen, die Erstellung von europaweiten Risikoanalysen zur illegalen Migration sowie die Harmonisierung der Aus- und Fortbildung der Grenzpolizeien. Die Beteiligung der Mitgliedstaaten an gemeinsamen Aktionen kann von der Entsendung eines Experten bis zur Bereitstellung von Ausrüstungen wie Schiffen und Flugzeugen reichen.³²³ Die Agentur kann innerhalb ihres Aufgabenbereiches zudem Zusammenarbeitsvereinbarungen mit Drittstaaten schließen.

Zudem sind unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft mit der Verabschiedung der Verordnung über die Einrichtung von Soforteinsatzteams für Grenzsicherungszwecke (Rapid Border Intervention Teams) und der Einrichtung eines Technischen Zentralregisters wichtige Instrumentarien für Frontex auf den Weg gebracht worden. Soforteinsatzteams können nun auf Anforderung eines Mitgliedstaates, der durch illegale Migration besonderem Druck ausgesetzt ist und die aktuelle Situation nicht sofort mit eigenen Mitteln bewältigen kann, aktiv werden. Die Mitgliedstaaten haben zudem grenzpolizeiliche Einsatzmittel in das Register gemeldet, die auf temporärer Basis zum Schutz der Außengrenzen zur Verfügung gestellt werden können.³²⁴

In der Verordnung (EG) Nr. 562/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2006 über einen Gemeinschaftskodex für das Überschreiten der Grenzen durch Personen (Schengener Grenzkodex) werden Gemeinschaftsvorschriften für die Durchführung von Grenzkontrollen bei Personen festgelegt, die sich sowohl auf Grenzübertrittskontrollen als auch auf die Grenzüberwachung beziehen. Der Schengener Grenzkodex stellt sicher, dass die Gemeinschafts-

³²² EU-Amtsblatt vom 25. November 2004, L349.

³²³ Vgl. das Memo/08/84 der EU-Kommission vom 13. Februar 2008: Agentur FRONTEX: Evaluierung und künftige Entwicklung. Zur deutschen Beteiligung vgl. die Bundestagsdrucksache 16/9888 vom 1. Juli 2008: 9ff.

³²⁴ Zu den operativen Maßnahmen von Frontex im Jahr 2008 vgl. Frontex 2009: Allgemeiner Tätigkeitsbericht für 2008: 39-40.

vorschriften über Grenzkontrollen von allen für den Grenzschutz zuständigen nationalen Behörden einheitlich angewandt werden.

In diesem Zusammenhang wird auch dem Einsatz biometrischer Technologie eine stärkere Bedeutung zukommen. Mithilfe des im Aufbau befindlichen Visa-Informationssystems (VIS) werden die Überprüfungen bei der Einreise an den Außengrenzen erleichtert, da zukünftig mittels der Fingerabdrücke festgestellt werden kann, ob für den betreffenden Drittstaatsangehörigen tatsächlich das Visum erteilt wurde und so illegale Einreisen verhindert werden. Das VIS wird zudem dazu beitragen, die Identifizierung von Personen, die die Voraussetzungen für den Aufenthalt im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten nicht bzw. nicht mehr erfüllen, zu ermöglichen. Das VIS wird im Jahr 2010 den Betrieb aufnehmen.

Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Inbetriebnahme des VIS ist die Teilnahme Deutschlands an BIODEV II. Dies ist ein von der Europäischen Kommission initiiertes Pilotprojekt auf europäischer Ebene, bei dem biometrische Daten für Schengen-Visa erhoben, verifiziert und in einer Datenbank abgespeichert und unterschiedliche Modelle konsularischer Zusammenarbeit erprobt werden. Das Pilotprojekt BIODEV II bietet die Möglichkeit, einen hohen Grad an Erkenntnissen im Visumverfahren zu gewinnen, die im Hinblick auf die technische Umsetzung des VIS und die Realisierung einer biometrieunterstützten Grenzkontrolle sowohl für die beteiligten acht Mitgliedstaaten als auch für die Europäische Kommission von großem Nutzen sein werden.³²⁵

Bekämpfung der illegalen/irregulären Beschäftigung

Die Aussicht auf eine Beschäftigung in der EU ist eine der zentralen Ursachen der illegalen Migration. Deshalb kommt der Bekämpfung der illegalen Ausländerbeschäftigung eine zentrale Bedeutung zu. In einigen der Mitgliedstaaten der EU wurden Sanktionen gegen Arbeitgeber eingeführt, die vom Ausschluss von öffentlichen Aufträgen, über strafrechtliche Sanktionen (zumeist Geldstrafen) bis zur Übernahme der Rückführungskosten reichen. In diesem Zusammenhang hat die Kommission mit Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften Gespräche über eine mögliche Haftung der Arbeitgeber bei der Beschäftigung illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger aufgenommen, um über die Erforderlichkeit von Maßnahmen zur Harmonisierung der Sanktionen gegen Arbeitgeber befinden zu können. Darauf aufbauend hat die Kommission am 16. Mai 2007 einen Vorschlag für eine Richtlinie über Sanktionen gegen Personen, die Drittstaatsangehörige ohne legalen Aufenthalt beschäftigen, vorgelegt.³²⁶ Am 18. Juni 2009 wurde dann vom Rat der Europäischen Union die sogenannte Sanktionsrichtlinie³²⁷, die im Wege des Mitentscheidungsverfahrens mit dem Europäischen Parlament verhandelt wurde, verabschiedet.

Die Richtlinie ist Teil der Bemühungen der EU um eine umfassende Migrationspolitik. Sie verbietet die Beschäftigung von Drittstaatsangehörigen ohne legalen Aufenthalt, um die illegale Einwanderung zu bekämpfen. Dazu sieht die Richtlinie gemeinsame Mindeststandards für Sanktionen und Maßnahmen vor, die gegen Arbeitgeber zu verhängen sind, die gegen dieses Verbot verstoßen.³²⁸

³²⁵ Vgl. dazu Bundestagsdrucksache 16/9544 vom 11. Juni 2008: 3.

³²⁶ Vgl. dazu KOM (2007) 249 endg. vom 16. Mai 2007.

³²⁷ Richtlinie 2009/52/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 über Mindeststandards für Sanktionen und Maßnahmen gegen Arbeitgeber, die Drittstaatsangehörige ohne rechtmäßigen Aufenthalt beschäftigen („Sanktionsrichtlinie“, ABl. EU L 168/24 v. 30.6.2009).

³²⁸ Dem Zweck der Bekämpfung der illegalen Beschäftigung dient auch die im Jahr 2002 eingeführte Generalunternehmerhaftung in der Bauwirtschaft, wonach der Bauunternehmer für die Abführung der Sozialversicherungsbeiträge durch seine Subunternehmer (Nachunternehmer) haftet (§ 28e Abs. 3a bis e SGB IV) (vgl. Bundestagsdrucksache 14/8221 vom 11. Februar 2002: Entwurf eines Gesetzes zur Erleichterung der Bekämpfung von illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit: 15f).

Der Arbeitgeber ist verpflichtet, vor der Einstellung zu überprüfen, ob der Drittstaatsangehörige im Besitz eines gültigen Aufenthaltstitels ist. Zudem muss der Beginn der Beschäftigung den zuständigen Behörden mitgeteilt werden. Gegen Arbeitgeber, die dem Verbot der illegalen Beschäftigung zuwider handeln, sind Geldbußen sowie die Nachzahlung ausstehender Löhne, Steuern und Sozialversicherungsbeiträge vorgesehen. Zudem können weitere Verwaltungsmaßnahmen wie etwa der Ausschluss von öffentlichen Ausschreibungen und Subventionen, die Einziehung öffentlicher Zuwendungen und strafrechtliche Sanktionen verhängt werden.³²⁹

Rückführungspolitik

Wesentlicher Bestandteil im Rahmen der Rückführungspolitik ist der Abschluss von weiteren Rückübernahmeabkommen.³³⁰ Hierzu wurden die Verhandlungen mit den Ländern des westlichen Balkans und zuletzt mit Moldau abgeschlossen. Zudem werden gemeinsame Sammelrückführungen organisiert, an denen sich jeweils mehrere europäische Staaten beteiligen.³³¹

Zudem hat der Rat der Europäischen Union am 27. Oktober 2008, ebenfalls im Wege des Mitentscheidungsverfahrens, die sogenannte Rückführungsrichtlinie³³² erlassen. Die Richtlinie enthält gemeinsame Normen und Verfahren, die in den Mitgliedstaaten bei der Rückführung illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger im Einklang mit den Grundrechten, einschließlich der Verpflichtung zum Schutz von Flüchtlingen und zur Achtung der Menschenrechte, anzuwenden sind. Zur Beendigung des illegalen Aufenthalts sieht die Richtlinie vor, dass die Mitgliedstaaten gegen die illegal in ihrem Hoheitsgebiet aufhaltigen Drittstaatsangehörigen eine Rückkehrentscheidung erlassen. Den Einzelstaaten bleibt es jedoch freigestellt, illegal in ihrem Hoheitsgebiet aufhaltigen Drittstaatsangehörigen wegen Vorliegens eines Härtefalls oder aus humanitären oder sonstigen Gründen einen Aufenthaltstitel zu erteilen. Mit der Rückkehrentscheidung wird eine Frist von sieben bis 30 Tagen zur freiwilligen Ausreise gesetzt. Wer der Aufforderung nicht nachkommt, kann bis zu sechs Monate in Abschiebehaft genommen werden. In besonderen Fällen kann die Haftzeit auf 18 Monate ausgedehnt werden.³³³

Informationssysteme

Auf europäischer Ebene ist das Schengener Informationssystem SIS zu nennen. Es enthält u.a. Personenfahndungen sowie Ausschreibungen zur Einreiseverweigerung. Der Anschluss an das System ist Voraussetzung für den Wegfall der Binnengrenzkontrollen zwischen den angeschlossenen Staaten. Mit der geplanten Einführung der zweiten Generation des Schengener Informationssystems (SIS II) ist die Möglichkeit der Speicherung und Übermittlung von Fingerabdrücken und Lichtbildern vorgesehen.³³⁴ Es ist vorgesehen, die neuen EU-Staaten in Mittel- und Osteuropa sowie das Vereinigte Königreich, Irland und die Schweiz an das SIS II anzuschließen, so dass im

³²⁹ Zur Sanktionsrichtlinie vgl. ausführlich Voglrieder, Sabine 2009: Die Sanktionsrichtlinie: ein weiterer Schritt auf dem Weg zu einer umfassenden Migrationspolitik der EU, in: ZAR 5/6/2009: 168-178.

³³⁰ Am 25. Mai 2006 wurde ein Rückübernahmeabkommen zwischen der EU und der Russischen Föderation unterzeichnet, das jedoch noch nicht in Kraft getreten ist.

³³¹ So wurden im April 2007 unter Federführung Deutschlands und mit Beteiligung Spaniens, der Niederlande, Frankreichs, Luxemburgs, Polens, der Tschechischen Republik und Italiens 26 Ausländer nach Togo und Kamerun zurückgeführt (vgl. Pressemitteilung des BMI vom 25. April 2007).

³³² Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über gemeinsame Normen und Verfahren in den Mitgliedstaaten zur Rückführung illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger.

³³³ Zur Rückführungsrichtlinie vgl. ausführlich Franßen-de la Cerda, Boris 2008: Die Vergemeinschaftung der Rückführungspolitik – das Inkrafttreten der EU-Rückführungsrichtlinie, in: ZAR 11/12/2008: 377-385. Franßen-de la Cerda, Boris 2009: Die Vergemeinschaftung der Rückführungspolitik – das Inkrafttreten der EU-Rückführungsrichtlinie – Teil 2, in: ZAR 1/2009: 17-21.

³³⁴ Das Projekt SIS II befindet sich derzeit noch in der Planungsphase.

Ergebnis ein einheitlicher polizeilicher Fahndungsraum für ganz Europa geschaffen wird.

Zudem ist seit dem 15. Januar 2003 das System EURODAC in Betrieb, das der Erfassung und dem Vergleich von Fingerabdrücken von Asylbewerbern und unerlaubt eingereisten Drittstaatsangehörigen dient. Dort werden alle Asylantragsteller und illegal eingereisten Drittstaatsangehörige, die älter als 14 Jahre sind, erfasst. Die Erfassung dient dazu, die in diesem Verfahren Aufgegriffenen in die Mitgliedstaaten abzuschieben, in denen sie zuerst Asyl beantragt haben. Zudem ist die Einführung eines elektronischen Registriersystems für Ein- und Ausreisen in die bzw. aus den Hoheitsgebieten der EU-Mitgliedstaaten vorgesehen.³³⁵

Weitere gemeinsame Maßnahmen

Vom 24. bis 29. September 2008 fand auf Initiative der französischen EU-Ratspräsidentschaft eine europaweite Fahndungsmaßnahme auf dem Gebiet der Eisenbahnen statt. Ziel der Aktion war laut Bundesregierung, die Polizeizusammenarbeit zu fördern und die Kontrollen in Zügen und Bahnhöfen zu intensivieren. Der Initiative folgten 17 Mitgliedstaaten, darunter Deutschland. Die Bundespolizei, welche in Deutschland für grenz- und bahnpolizeiliche Aufgaben zuständig ist, stellte im Rahmen der Aktion 149 Fälle unerlaubter Einreise oder unerlaubten Aufenthalts fest.³³⁶

³³⁵ Vgl. dazu die Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat vom 10. Juni 2009 (KOM(2009)262 endgültig): Ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts im Dienste der Bürger: 20.

³³⁶ Vgl. Bundestagsdrucksache 16/11576.

6. Ausländer und Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland

Das folgende Kapitel informiert über die Größenordnung und die Struktur der ausländischen Bevölkerung und der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Deutschland (Bestandsdaten). Ergänzend wird auf die Entwicklung der Geburten und der Einbürgerungen eingegangen.

6.1 Ausländische Staatsangehörige

Die amtlichen Bevölkerungsstatistik des Statistischen Bundesamtes weist sowohl Daten für die Gesamtbevölkerung insgesamt als auch getrennt für die deutsche und ausländische Bevölkerung aus. Dabei basiert die Zahl der in Deutschland lebenden Ausländer auf der Ermittlung des Bevölkerungsbestandes zu einem bestimmten Stichtag.³³⁷ Grundlage der Ausländerbestandsstatistik ist der rechtliche Ausländerbegriff und nicht der Begriff des Migranten (siehe dazu Kapitel 1). Als Ausländer gelten alle Personen, die nicht Deutsche im Sinne von Art. 116 Abs. 1 GG sind, d.h. nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen.³³⁸ Dies können direkt zugezogene Personen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit sein oder auch deren im Land geborene Nachkommen, die selbst keine Migranten sind³³⁹, sofern sie nicht die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten.³⁴⁰ Ausländer sind eine Teilgruppe der Personen mit Migrationshintergrund (vgl. Kapitel 6.2). In den amtlichen Statistiken wird bislang zumeist die Differenzierung nach Nationalität vorgenommen und nicht nach dem Migrationshintergrund.

Die Zahl der ausländischen Staatsangehörigen in Deutschland (vgl. Tabelle 6-1) ist abhängig von der Zu- und Abwanderung, der Geburtenentwicklung und der Sterblichkeit der ausländischen Bevölkerung sowie von der jeweiligen Einbürgerungspraxis.³⁴¹ In Deutschland war bis Ende 1999 die Einbürgerungsregelung für Ausländer eher restriktiv, was zu einer im europäischen Vergleich unterdurchschnittlichen Einbürgerungsquote geführt hat.

Spätaussiedler und deren in den Aufnahmebescheid einbezogenen Familienangehörigen erwerben dagegen seit der Verabschiedung des neuen Staatsangehörigkeitsrechts mit Wirkung zum 1. August 1999 mit der Ausstellung der Bescheinigung nach § 15 Abs. 1 oder Abs. 2 des Bundesvertriebenengesetzes automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit (§§ 7, 40a Satz 2 StAG).³⁴² Das bedeutet, dass die Ausländerbestandszahlen zum einen zu einer Unterschätzung der Migration durch die Nichteinbeziehung der zuwandernden Spätaussiedler führen, zum anderen aber auch zu einer Überschätzung aufgrund der im Inland geborenen ausländischen Kinder.³⁴³

Datenquellen zur Gewinnung von Informationen über die ausländische Bevölkerung in Deutschland sind die Bevölkerungsfortschreibung und das Ausländerzentralregister (AZR).

³³⁷ Seit 1975 jeweils zum 31. Dezember eines Jahres. Die Zu- und Abwanderungszahlen beziehen sich dagegen auf einen bestimmten Zeitraum (z. B. ein Jahr).

³³⁸ Zu den Ausländern zählen auch Staatenlose.

³³⁹ Die Ausländerbestandszahlen sind somit nicht identisch mit den Migrationszahlen.

³⁴⁰ Seit Inkrafttreten des neuen Staatsangehörigkeitsgesetzes zum 1. Januar 2000 können unter bestimmten Bedingungen auch die in Deutschland geborenen Kinder von Ausländern mit Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten (siehe dazu Kapitel 6.3).

³⁴¹ Zur Entwicklung der Einbürgerungszahlen siehe Kapitel 6.4.

³⁴² Vor der Verabschiedung des neuen Staatsangehörigkeitsrechts wurden Spätaussiedler in einem formellen Verfahren zügig eingebürgert. Seit dem Inkrafttreten des neuen Staatsangehörigkeitsgesetzes gehen Spätaussiedler nicht mehr in die Einbürgerungsstatistik ein.

³⁴³ Sowohl Ausländer als auch Spätaussiedler und Eingebürgerte werden zu den Personen mit Migrationshintergrund gezählt. Siehe dazu Kapitel 6.2.

In der Bevölkerungsfortschreibung werden die Ergebnisse der jeweils letzten Volkszählung differenziert nach Geschlecht, Alter, Familienstand und Nationalität (deutsch/nicht deutsch) auf Gemeindeebene mit den Ergebnissen der Statistiken der natürlichen Bevölkerungsbewegung über die Geburten, Sterbefälle, Eheschließungen und Ehelösungen sowie der Wanderungsstatistik über die Zu- und Fortzüge über Gemeindegrenzen fortgeschrieben. Zudem werden auch die Ergebnisse des Staatsangehörigkeitswechsels und sonstige Bestandskorrekturen berücksichtigt.

Im AZR werden ausländische Staatsangehörige zusätzlich zur kommunalen melderechtlichen Registrierung erfasst. Dabei werden Informationen über Ausländer gespeichert, die sich „nicht nur vorübergehend“ (§ 2 Abs. 1 AZRG) – in der Regel länger als drei Monate – im Bundesgebiet aufhalten. Hierzu liefern die einzelnen lokalen Ausländerbehörden die entsprechenden Personenstandsdaten an das Ausländerzentralregister. Das Statistische Bundesamt erhält zum Jahresende anonymisierte Daten für ausgewählte Merkmale aus dem Ausländerzentralregister, bereitet diese auf und veröffentlicht sie.³⁴⁴ Das AZR ermöglicht eine weitergehende Differenzierung der ausländischen Bevölkerung als die Bevölkerungsfortschreibung. So enthält das AZR auch Informationen über die einzelnen Staatsangehörigkeiten, die Aufenthaltsdauer und den Aufenthaltsstatus.³⁴⁵

Zum Jahresende 2004 wurde eine Bereinigung des AZR durchgeführt. Dabei wurde der Gesamtbestand der ausländischen Bevölkerung im AZR mit den Angaben der regionalen Ausländerbehörden abgeglichen und um unstimmige Fälle bereinigt. Die Bereinigung hat dazu geführt, dass die Gesamtzahl der ausländischen Bevölkerung um etwa 600.000 unter der des Vorjahres lag.³⁴⁶ Deshalb sind die Zahlen ab dem Jahr 2004 nicht unmittelbar mit denen der Vorjahre vergleichbar. Zudem weicht nun die Gesamtzahl der ausländischen Bevölkerung nach dem AZR deutlich von der nach der Bevölkerungsfortschreibung ab. Die Zahlen aus dem AZR müssen grundsätzlich niedriger sein als die aus der Bevölkerungsfortschreibung, da hier nur die nicht nur vorübergehend in Deutschland lebende ausländische Bevölkerung erfasst ist.

³⁴⁴ Deutsche, die zusätzlich eine oder mehrere weitere Staatsangehörigkeiten besitzen, gehen nur als deutsche Staatsangehörige in die Bevölkerungsstatistik ein. Sie zählen nicht als Ausländer und sind deshalb nicht im AZR enthalten.

³⁴⁵ Deshalb werden im Folgenden überwiegend die aktuellen Daten des AZR verwendet, und zwar dort, wo es sich vorrangig um die Beschreibung von Ausländern handelt. Beim Vergleich mit der deutschen bzw. der Gesamtbevölkerung (z.B. beim Ausländeranteil) werden hingegen die Daten der Bevölkerungsfortschreibung genannt (siehe auch Tabelle 6-7 im Anhang).

³⁴⁶ Vgl. dazu Opfermann/Grobecker/Krack-Roberg 2006: 480-494.

Tabelle 6-1: Ausländer und Gesamtbevölkerung in Deutschland von 1991 bis 2008

Jahr	Gesamtbevölkerung	Ausländische Bevölkerung nach der Bevölkerungsfortschreibung ¹	Ausländeranteil in %	Veränderung der ausl. Bev. in % ²	Ausländische Bevölkerung nach dem AZR ¹
1991 ³	80.274.564	6.066.730	7,6	-	5.882.267
1992	80.974.632	6.669.568	8,2	+9,9	6.495.792
1993	81.338.093	6.977.476	8,6	+4,6	6.878.117
1994	81.538.603	7.117.740	8,7	+2,0	6.990.510
1995	81.817.499	7.342.779	9,0	+3,2	7.173.866
1996	82.012.162	7.491.650	9,1	+2,0	7.314.046
1997	82.057.379	7.419.001	9,0	-1,0	7.365.833
1998	82.037.011	7.308.477	8,9	-1,5	7.319.593
1999	82.163.475	7.336.111	8,9	+0,4	7.343.591
2000	82.259.540	7.267.568	8,8	-0,9	7.296.817
2001	82.440.309	7.318.263	8,9	+0,7	7.318.628
2002	82.536.680	7.347.951	8,9	+0,4	7.335.592
2003	82.531.671	7.341.820	8,9	-0,1	7.334.765
2004 ⁴	82.500.849	7.287.980	8,8	-0,7	6.717.115
2005	82.437.995	7.289.149	8,8	0,0	6.755.811
2006	82.314.906	7.255.949	8,8	-0,5	6.751.002
2007	82.217.837	7.255.395	8,8	0,0	6.744.879
2008	82.002.356	7.185.921	8,8	-1,0	6.727.618

Quelle: Statistisches Bundesamt

1) Stichtag: jeweils 31.12.

2) Jährliche Veränderung der ausländischen Bevölkerung nach der Bevölkerungsfortschreibung im Vergleich zum Vorjahr.

3) Zahlen für den Gebietsstand seit dem 03.10.1990.

4) Infolge unterschiedlicher Erhebungsmethoden und aufgrund einer umfangreichen Registerbereinigung des AZR weicht die Gesamtzahl der Ausländer in der Bevölkerungsfortschreibung (ca. 7,3 Mio.) und im Ausländerzentralregister (ca. 6,7 Mio.) insbesondere ab dem Jahr 2004 deutlich voneinander ab.

Die ausländische Bevölkerung in Deutschland hat sich von 1991 bis zum Jahr 2003 von 5,9 Millionen auf 7,3 Millionen erhöht (vgl. Tabelle 6-1 und Abbildung 6-17 im Anhang).³⁴⁷ Der Rückgang auf 6,7 Millionen im Jahr 2004 (nach AZR) ist im Wesentlichen auf die Bereinigung des Ausländerzentralregisters zurückzuführen. Insofern sind die AZR-Zahlen ab dem Jahr 2004 nicht mit den Zahlen der Vorjahre vergleichbar. Am Ende des Jahres 2008 lebten laut AZR insgesamt 6.727.618 Menschen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit in Deutschland. Die Zahl der Ausländer in Deutschland auf Basis der Bevölkerungsfortschreibung beläuft sich dagegen auf 7.185.921. Dies entspricht einem Ausländeranteil von 8,8%.³⁴⁸ Seit Mitte der 1990er Jahre hält sich der Ausländeranteil damit auf relativ konstantem Niveau.

³⁴⁷ Für eine längerfristige Entwicklung der ausländischen Bevölkerung ab 1951 vgl. Tabelle 6-7 im Anhang.

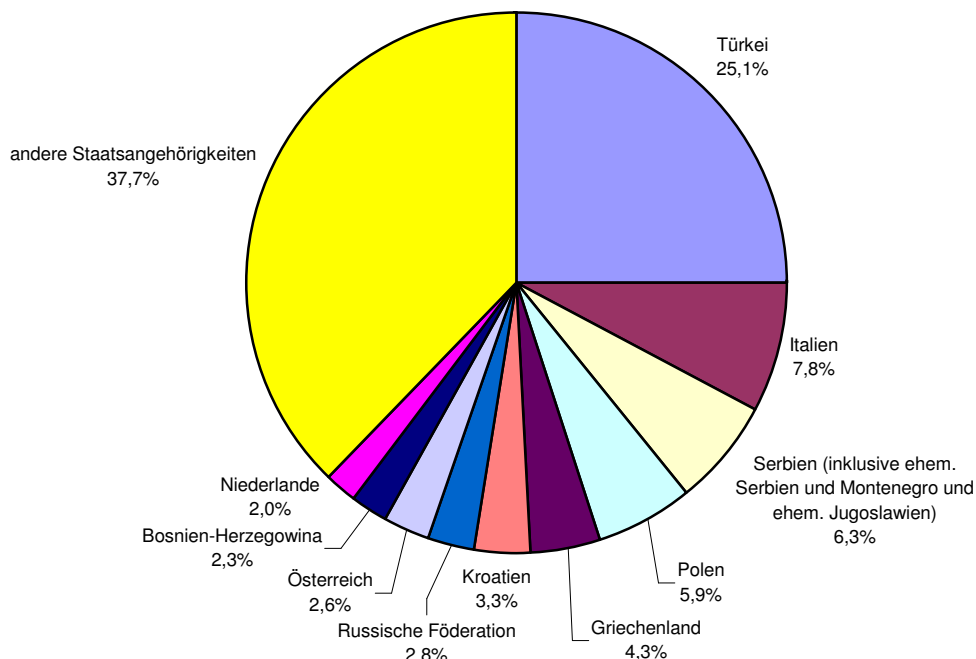
Zur Differenzierung der ausländischen Bevölkerung nach Bundesländern vgl. Tabelle 6-8 im Anhang.

³⁴⁸ Hierbei ist zu berücksichtigen, dass das Statistische Bundesamt damit rechnet, dass die Gesamtbevölkerungszahl für Deutschland (nach der Bevölkerungsfortschreibung circa 82,2 Millionen zum 31. Dezember 2007) um etwa 1,3 Millionen Personen überhöht ist. Genaue amtliche Bevölkerungszahlen werden jedoch erst nach dem Zensus 2011 vorliegen (vgl. Pressemitteilung Nr. 265 des Statistischen Bundesamtes vom 22. Juli 2008). Dies kann auch Auswirkungen auf den Ausländeranteil in Deutschland haben.

6.1.1 Ausländische Bevölkerung nach Staatsangehörigkeiten

Abbildung 6-1: Ausländische Bevölkerung in Deutschland nach den zehn häufigsten Staatsangehörigkeiten am 31. Dezember 2008

Gesamtzahl: 6.727.618



Quelle: Ausländerzentralregister, Statistisches Bundesamt

Am Ende des Jahres 2008 stellten Staatsangehörige aus der Türkei mit 1.688.370 Personen die größte ausländische Personengruppe in Deutschland. Dies entsprach einem Anteil von etwa einem Viertel (25,1%) an allen ausländischen Staatsangehörigen (vgl. Abbildung 6-1 und Tabelle 6-9 im Anhang). Die Zahl der türkischen Staatsangehörigen sank damit im Vergleich zum Vorjahr - wie bereits von 2006 auf 2007 - um etwa 25.000 Personen.³⁴⁹ Die zweitgrößte Nationalitätengruppe bildeten die italienischen Staatsangehörigen mit 523.162 Personen (7,8%), vor Personen aus Serbien mit 424.037 Staatsangehörigen³⁵⁰ (6,3%). Zu den weiteren Hauptherkunftsländern zählen Polen mit 393.848 (5,9%) und Griechenland mit 287.187 Staatsangehörigen (4,3%). Dabei hat sich die Zahl der polnischen Staatsangehörigen in Deutschland seit 2004, dem Jahr des EU-Beitritts, um etwa ein Drittel erhöht (vgl. Tabelle 6-9 im Anhang).

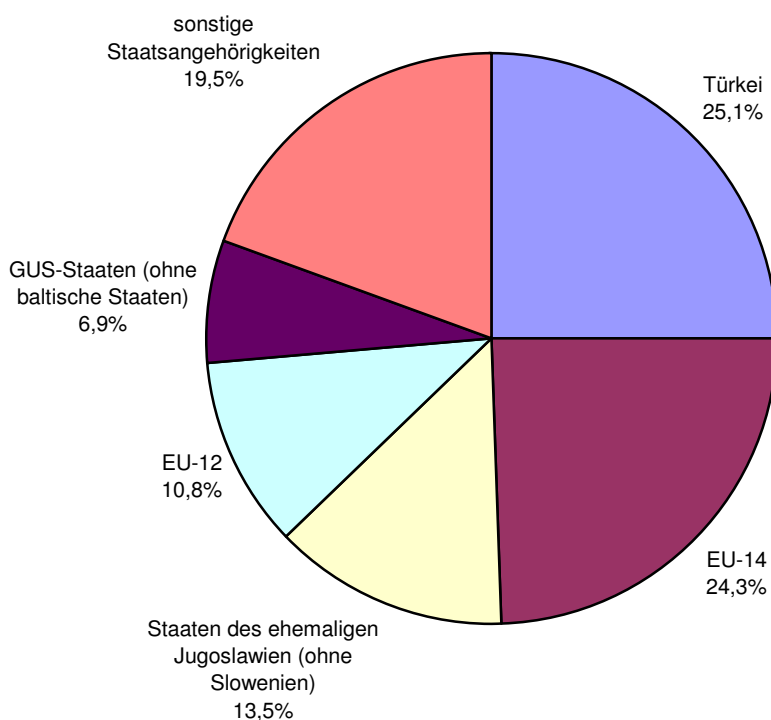
³⁴⁹ Der Rückgang bei türkischen Staatsangehörigen in den letzten Jahren ist u.a. auf Einbürgerungen (vgl. dazu Worbs 2008) und den seit 2006 festzustellenden Wanderungsverlust zurückzuführen.

³⁵⁰ In dieser Zahl sind neben 136.152 Personen mit serbischer Staatsangehörigkeit auch 177.330 Personen mit der Staatsangehörigkeit des ehemaligen Serbien und Montenegro und 110.555 Personen mit der Staatsangehörigkeit des ehemaligen Jugoslawien enthalten. Seit Juni 2006 sind Serbien und Montenegro zwei unabhängige Staaten. Allerdings haben sich noch nicht alle Personen des ehemaligen Serbien und Montenegro bzw. des ehemaligen Jugoslawien einem der beiden Nachfolgestaaten zugeordnet. Seit Mai 2008 werden im AZR auch Staatsangehörige aus dem Kosovo getrennt aufgeführt. Ende 2008 waren 32.183 Personen aus dem Kosovo im AZR gespeichert, die nicht in der Zahl für Serbien bzw. dem ehemaligen Serbien und Montenegro enthalten sind. Ebenso wenig enthalten sind die Personen mit montenegrinischer Staatsangehörigkeit. Dies waren am Jahresende 2008 6.380 Personen.

Nach dem EU-Beitritt von Bulgarien und Rumänien am 1. Januar 2007 lässt sich in den Jahren 2007 und 2008 auch ein deutlicher Anstieg der Staatsangehörigen aus diesen Ländern feststellen. So waren Ende 2008 94.326 Rumänen in Deutschland gemeldet. Damit ist die Zahl der rumänischen Staatsangehörigen in Deutschland innerhalb von zwei Jahren um 29% gestiegen. Noch deutlicher nahm die Zahl der bulgarischen Staatsangehörigen zu. Diese erhöhte sich seit dem Beitritt zur EU um 38% auf 53.984 Personen. Der Anstieg bei rumänischen und bulgarischen Staatsangehörigen ist insbesondere auf den seit 2007 stark angewachsenen Wanderungsüberschuss aus diesen Staaten zurückzuführen.³⁵¹ Leicht gesunken ist dagegen die Zahl der Staatsangehörigen aus den der EU angehörenden ehemaligen Anwerbestaaten Italien, Griechenland, Portugal und Spanien. Ein kontinuierlicher Rückgang der Zahl der Staatsangehörigen aus diesen Ländern ist bereits seit mehreren Jahren festzustellen. Bei Italienern, Griechen, und Portugiesen seit dem Jahr 2000, bei Spaniern bereits seit 1996.

Abbildung 6-2: Ausländische Staatsangehörige in Deutschland nach ausgewählten Herkunftsländern bzw. -regionen am 31. Dezember 2008

Gesamtzahl: 6.727.618



Quelle: Ausländerzentralregister, Statistisches Bundesamt

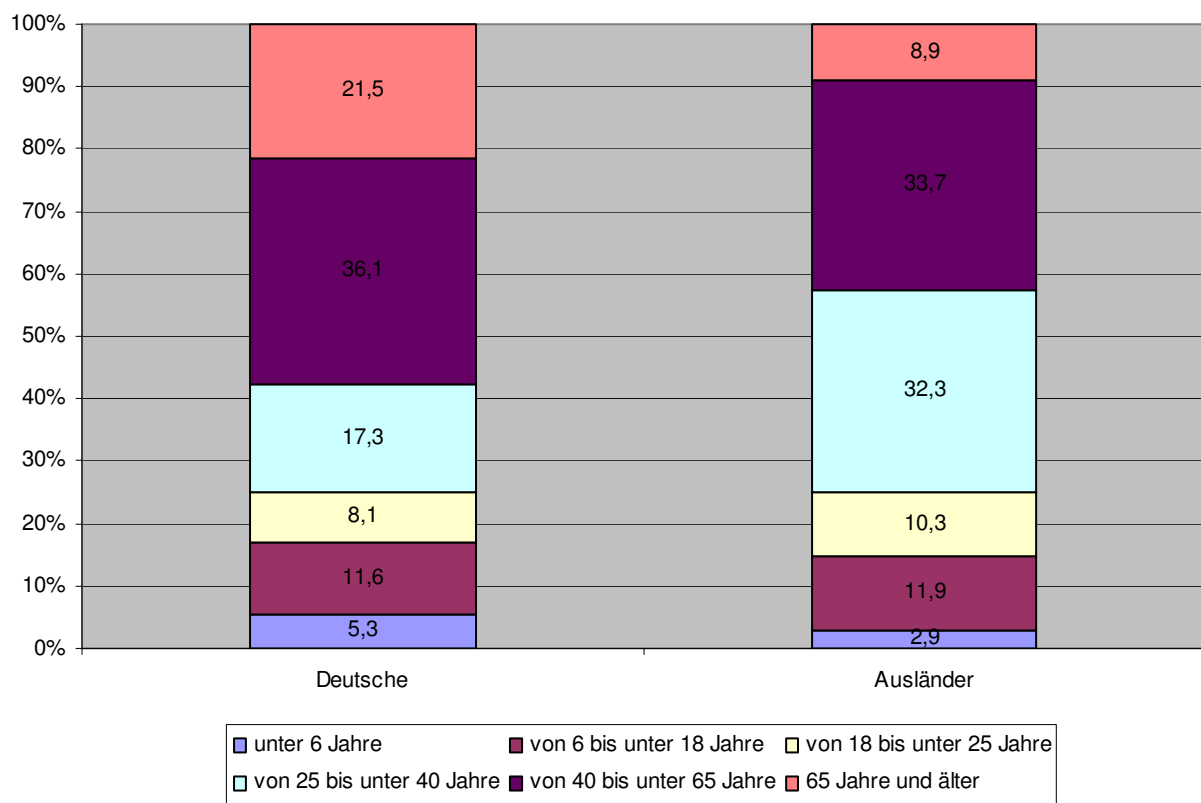
Betrachtet man die ausländische Bevölkerung nicht nur nach einzelnen Staatsangehörigkeiten, sondern auch zusätzlich nach verschiedenen Herkunftsregionen, so zeigt sich, dass Ende 2008 etwa ein Viertel der in Deutschland lebenden Ausländer eine Staatsangehörigkeit aus einem der

³⁵¹ Der Wanderungsüberschuss rumänischer Staatsangehöriger stieg von 2006 auf 2007 von +2.030 auf +19.370, der Wanderungsgewinn bulgarischer Staatsangehöriger von +228 auf +12.226.

alten EU-Staaten (EU-14³⁵²) besaß (vgl. Abbildung 6-2). Etwa 14% der Ausländer stammten aus einem der Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien (ohne Slowenien), circa 11% aus den neuen EU-Staaten (EU-12³⁵³) und 7% aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion (ohne die baltischen Staaten). Während sich die Zahl der Ausländer aus den alten EU-Staaten (EU-14) im Jahr 2008 im Vergleich zum Vorjahr kaum verändert hat (-0,3 %), stieg die Zahl der Staatsangehörigen aus den seit Mai 2004 der EU angehörenden Staaten (EU-10) um 2,2%. Seit 2004 hat sich die Zahl der Staatsangehörigen aus diesen mittel- und osteuropäischen Staaten um 28% erhöht (vgl. Tabelle 6-9 im Anhang).

6.1.2 Alters- und Geschlechtsstruktur der ausländischen Bevölkerung

Abbildung 6-3: Altersstruktur der deutschen und ausländischen Bevölkerung am 31. Dezember 2008



Quelle: Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsfortschreibung

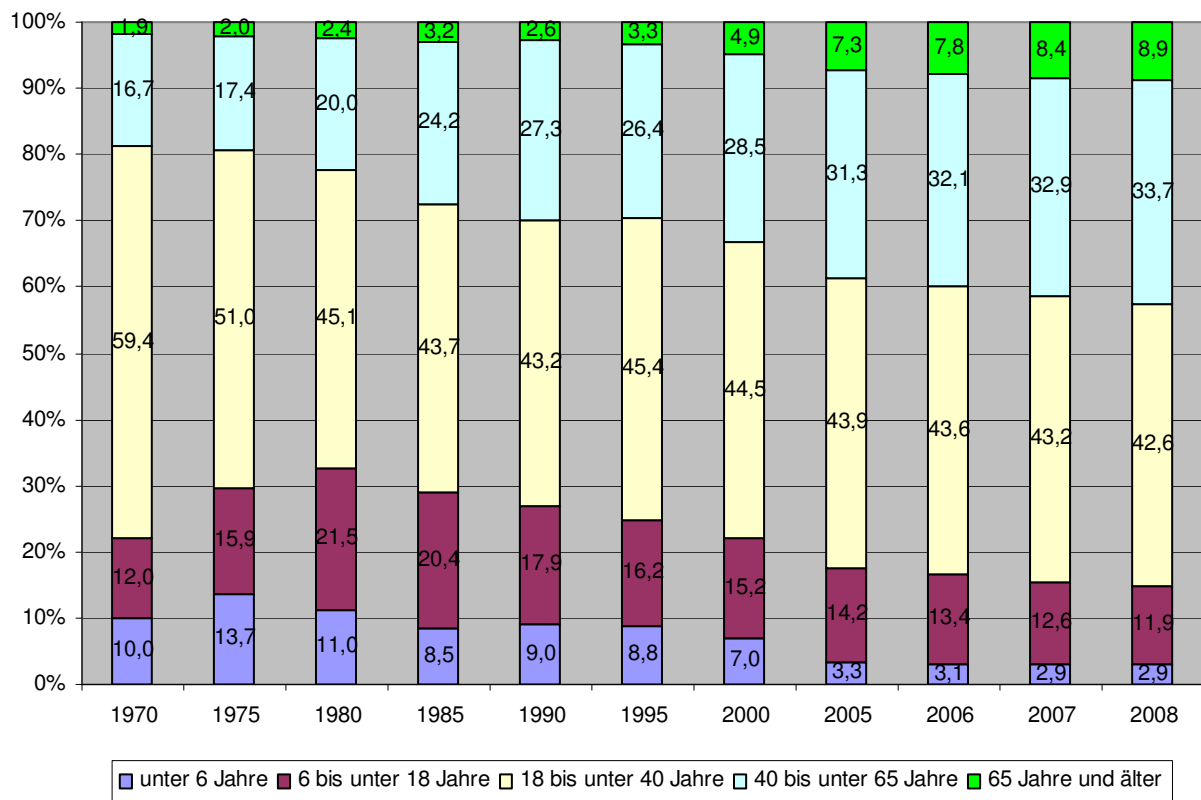
Bei einem Vergleich der Altersstruktur der deutschen mit der ausländischen Bevölkerung zeigt sich, dass die ausländische Bevölkerung sich mehrheitlich auf die jüngeren Jahrgänge verteilt. So waren im Jahr 2008 57,4% der Ausländer jünger als 40 Jahre, während dies nur auf 42,3% der deutschen Bevölkerung zutraf (vgl. Abbildung 6-3 und Tabelle 6-10 im Anhang). Allerdings liegt der Anteil der Kinder unter sechs Jahren bei den Deutschen mit 5,3% höher als bei den Ausländern

³⁵² Dabei handelt es sich um folgende Mitgliedstaaten: Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien und das Vereinigte Königreich.

³⁵³ Dabei handelt es sich um die zehn zum 1. Mai 2004 der EU beigetretenen Staaten Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern (EU-10) sowie die zum 1. Januar 2007 beigetretenen Länder Bulgarien und Rumänien. Letztere werden häufig auch als EU-2 bezeichnet.

(2,9%). Dies liegt auch an der zu Beginn des Jahres 2000 eingeführten Regelung, wonach unter bestimmten Bedingungen Kinder ausländischer Eltern mit Geburt neben der Staatsangehörigkeit der Eltern auch die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten (siehe dazu Kapitel 6.3 Geburten). Bei den älteren Altersstufen sind 21,5% der Deutschen über 65 Jahre alt, bei den Ausländern sind es nur 8,9%.

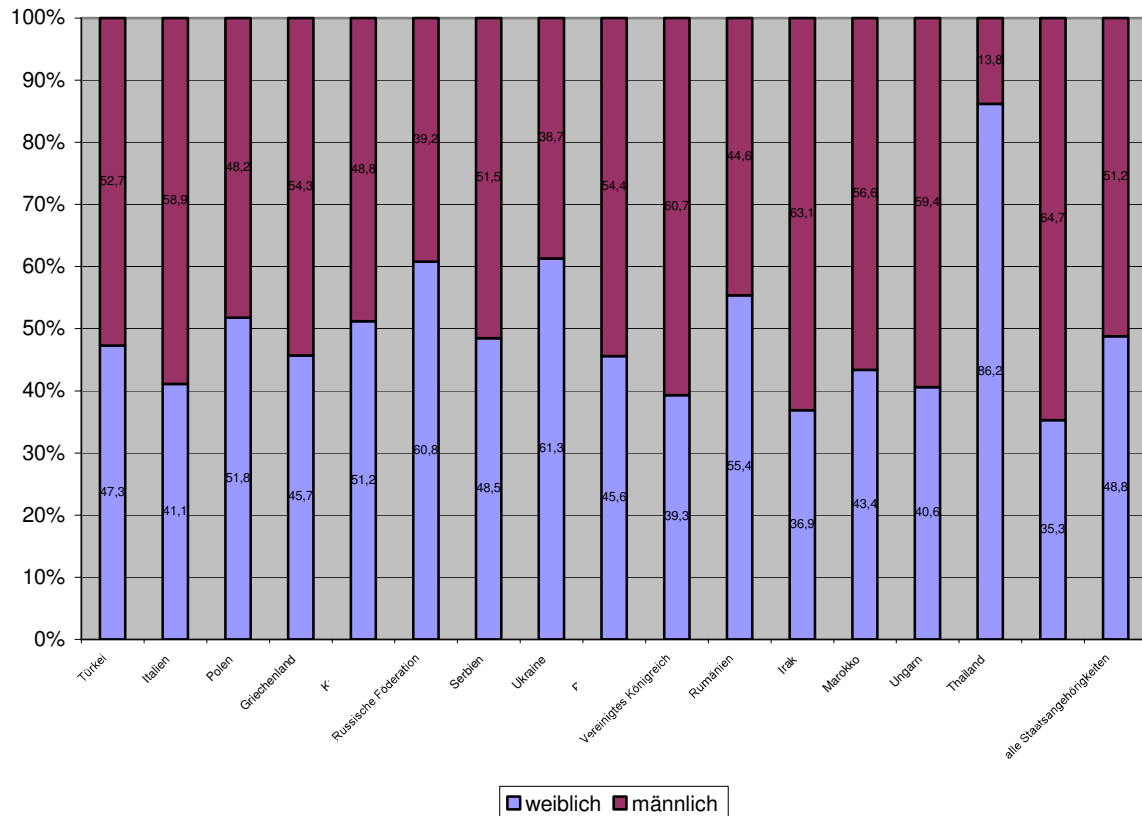
Abbildung 6-4: Altersstruktur der ausländischen Bevölkerung von 1970 bis 2008



Quelle: Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsfortschreibung

Betrachtet man die Entwicklung der Altersstruktur der Ausländer in Deutschland seit Beginn der 1970er Jahre, so ist festzustellen, dass auch die ausländische Bevölkerung altert (vgl. Abbildung 6-4). So lag der Anteil der unter 40-Jährigen Anfang der 1970er Jahre noch bei über 80%, während der Anteil der Personen im Rentenalter noch unter 2% betrug. Im Jahr 2008 waren etwas weniger als 60% der ausländischen Bevölkerung unter 40 Jahre und fast 9% über 65 Jahre alt. Insgesamt ist die ausländische Bevölkerung jedoch noch deutlich jünger als die deutsche Bevölkerung.

Abbildung 6-5: Geschlechtsstruktur ausgewählter Staatsangehörigkeiten am 31. Dezember 2008



Quelle: Ausländerzentralregister, Statistisches Bundesamt

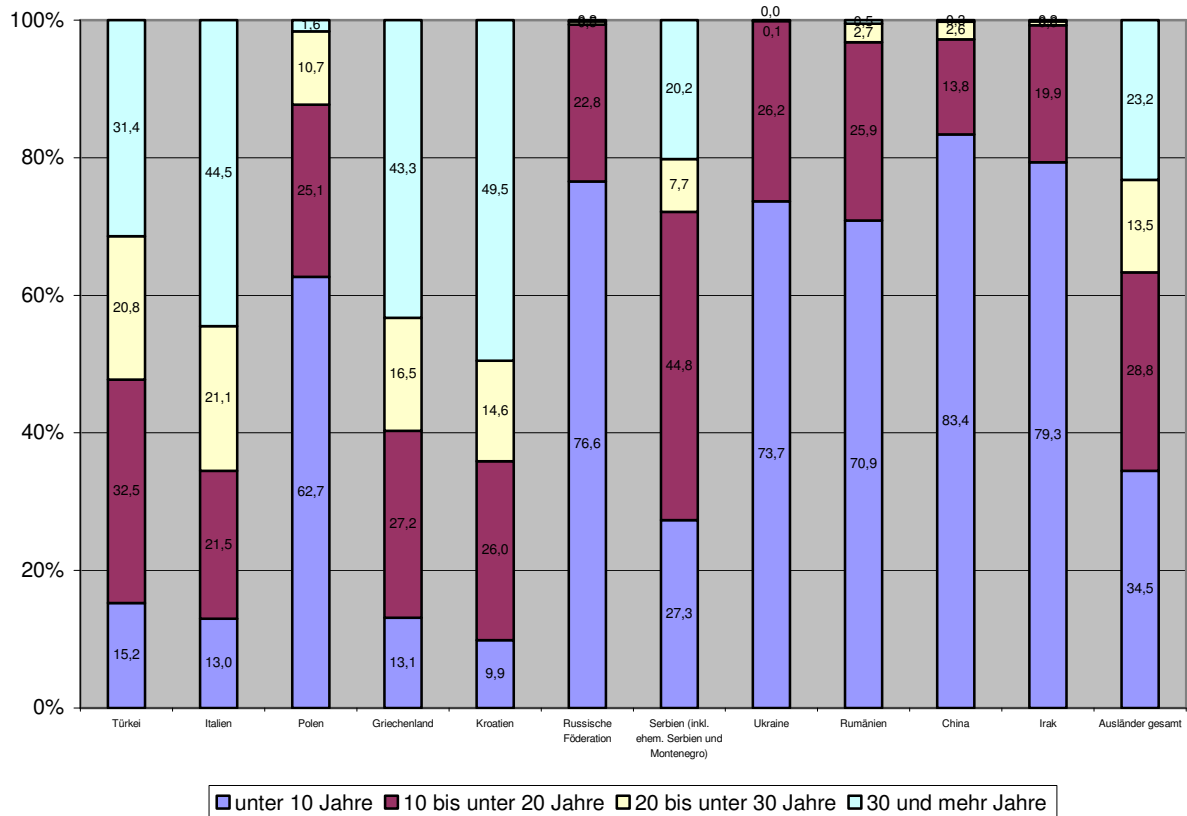
Im Jahr 2008 waren 51,2% der ausländischen Staatsangehörigen in Deutschland männlich und 48,8% weiblich. Insbesondere bei Staatsangehörigen aus der Russischen Föderation (60,8%), der Ukraine (61,3%), Thailand (86,2%), der Tschechischen Republik (66,3%), Brasilien (72,3%), Litauen (71,0%) und den Philippinen (79,6%) war jedoch ein überproportional hoher Frauenanteil zu verzeichnen (vgl. Abbildung 6-5 und Tabelle 6-11 im Anhang). Dagegen ist bei Staatsangehörigen aus dem Vereinigten Königreich (60,7%), dem Irak (63,1%), Indien (64,7%) und Tunesien (67,7%) der Anteil von Männern deutlich höher als der der Frauen. In diesen nach Nationalität ungleichen Geschlechterproportionen spiegelt sich zum einen die Heiratsmigration aus bestimmten Herkunftsländern³⁵⁴, zum anderen die – eher männlich geprägte – Arbeits- und Fluchtmigration wider.

³⁵⁴ Zum Ehegattennachzug nach Herkunftsländern vgl. Kapitel 2.7.

6.1.3 Aufenthaltsdauer und Aufenthaltsstatus

Aufenthaltsdauer

Abbildung 6-6: Aufenthaltsdauer von Ausländern nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten in Deutschland am 31. Dezember 2008



Quelle: Ausländerzentralregister, Statistisches Bundesamt

Zum Ende des Jahres 2008 lebten fast zwei Drittel (65,5%) der ausländischen Bevölkerung seit mindestens zehn Jahren in Deutschland, etwas mehr als ein Drittel (36,7%) seit mehr als zwanzig Jahren und fast ein Viertel (23,2%) sogar seit 30 Jahren und länger (vgl. Abbildung 6-6 und Tabelle 6-12 im Anhang). Insgesamt lebten fast 4,9 Millionen Ausländer seit mehr als acht Jahren im Bundesgebiet. Das bedeutet, dass etwas mehr als zwei Drittel (72,2%) zumindest eine der Einbürgerungsvoraussetzungen erfüllen.

Dabei zeigt sich, dass insbesondere Staatsangehörige aus den ehemaligen Anwerbeländern vielfach einen langjährigen Aufenthalt haben: 84,8% der Türken, 86,9% der Griechen, 87,0% der Italiener und 90,1% der Kroaten weisen eine Aufenthaltsdauer in Deutschland von mindestens zehn Jahren auf. Dagegen sind 76,6% der russischen und 62,7% der polnischen Staatsangehörigen weniger als zehn Jahre in Deutschland. Dies und die durchschnittliche Aufenthaltsdauer einzelner Nationalitäten spiegeln die Migrationsgeschichte Deutschlands wider.

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer aller in Deutschland Ende 2008 aufhältigen Ausländer betrug 18,2 Jahre (vgl. Tabelle 6-12 im Anhang). Deutlich über diesem Wert liegt die durchschnittliche Aufenthaltsdauer bei Staatsangehörigen aus Slowenien (29,5 Jahre), Spanien (27,2 Jahre), Österreich (27,0 Jahre), Kroatien (27,0 Jahre), Italien (26,6 Jahre), Griechenland (25,8 Jahre) und den Niederlanden (23,4 Jahre). Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer türkischer Staatsangehöri-

ger betrug 22,4 Jahre. Eine bislang niedrige durchschnittliche Aufenthaltsdauer ist bei Staatsangehörigen aus den mittel- und osteuropäischen Staaten zu verzeichnen (Polen: 9,4 Jahre, Ukraine: 7,8 Jahre, Russische Föderation: 7,4 Jahre, Rumänien: 7,3 Jahre, Slowakei: 6,9 Jahre, Bulgarien: 6,7 Jahre). Eine ebenfalls niedrige durchschnittliche Aufenthaltsdauer haben Staatsangehörige aus China (6,3 Jahre), dem Irak (7,1 Jahre) und Kasachstan (7,3 Jahre) aufzuweisen.

Aufenthaltsstatus

Ausländer aus einem Nicht-EU-Staat (Drittstaatsangehörige), die ins Bundesgebiet einreisen und sich dort aufhalten, bedürfen in der Regel eines Aufenthaltstitels (§ 4 Abs. 1 AufenthG). Durch das Inkrafttreten des Aufenthaltsgesetzes wurden die bis dahin bestehenden fünf Aufenthaltstitel (im Wesentlichen) auf zwei reduziert³⁵⁵: eine (befristete) Aufenthaltserlaubnis (§ 7 AufenthG) und eine (unbefristete) Niederlassungserlaubnis (§ 9 AufenthG).³⁵⁶ Durch das am 28. August 2007 in Kraft getretene Richtlinienumsetzungsgesetz wurde mit der Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG (§ 4 Abs. 1 S. 2 Nr. 4 AufenthG; § 9a AufenthG) zudem ein weiterer Aufenthaltstitel eingeführt. Unionsbürger fallen dagegen grundsätzlich nicht unter das Aufenthaltsgesetz, sondern unter das Freizügigkeitsgesetz/EU.³⁵⁷

Das neue Aufenthaltsrecht orientiert sich dabei primär an den unterschiedlichen Aufenthaltszwecken (Ausbildung, Erwerbstätigkeit, Familiennachzug, humanitäre Gründe). Die Aufenthaltserlaubnis ist dem beabsichtigten Aufenthaltszweck entsprechend zu befristen (§ 7 Abs. 2 AufenthG). Sie ersetzt die befristete Aufenthaltserlaubnis, die Aufenthaltsbewilligung und die Aufenthaltsbefugnis. Die Niederlassungserlaubnis ersetzt die bisherigen unbefristeten Aufenthaltsgenehmigungen (unbefristete Aufenthaltserlaubnis und Aufenthaltsberechtigung). Sie berechtigt zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit, ist zeitlich und räumlich unbeschränkt und darf nicht mit einer Nebenbestimmung versehen werden (§ 9 Abs. 1 AufenthG). Die Niederlassungserlaubnis ist einem Drittstaatsangehörigen zu erteilen, wenn er seit fünf Jahren eine Aufenthaltserlaubnis besitzt und zusätzliche Bedingungen erfüllt (z.B. gesicherter Lebensunterhalt, ausreichende Altersversorgung, hinreichende Sprachkenntnisse, keine Verurteilung wegen nicht unerheblicher Straftat, ausreichender Wohn-

³⁵⁵ Zudem gilt auch das Visum als eigenständiger Aufenthaltstitel (§ 4 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 AufenthG; § 6 AufenthG).

³⁵⁶ Das Ausländerrecht in Deutschland kannte bis zum Inkrafttreten des Aufenthaltsgesetzes am 1. Januar 2005 folgende Formen der Aufenthaltsgenehmigung:

- Die Aufenthaltsberechtigung konnte einem Ausländer – unter weiteren Voraussetzungen (z.B. Sicherung des Lebensunterhalts aus eigenen Mitteln) – nach achtjährigem Besitz einer Aufenthaltserlaubnis auf Antrag erteilt werden. Sie ist zeitlich und räumlich unbeschränkt und damit im Rahmen des Ausländergesetzes der sicherste Aufenthaltsstatus.
- Die unbefristete Aufenthaltserlaubnis war die erste Stufe der Verfestigung des Aufenthalts. Unter weiteren Voraussetzungen musste sie nach fünfjährigem Besitz der befristeten Aufenthaltserlaubnis auf Antrag erteilt werden.
- Die befristete Aufenthaltserlaubnis war meist Grundlage für einen späteren Daueraufenthalt. Mit Zunahme der Aufenthaltsdauer verfestigt sich der Aufenthalt. Die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis war an keinen bestimmten Aufenthaltszweck gebunden.
- Die Aufenthaltsbewilligung beschränkte den Aufenthalt in Deutschland auf einen ganz bestimmten Zweck, womit auch die Aufenthaltsdauer im Voraus begrenzt war (z.B. Studierende, Werkvertragsarbeitnehmer).
- Die Aufenthaltsbefugnis wurde erteilt, wenn aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen der Aufenthalt im Bundesgebiet erlaubt werden sollte. Die Verlängerung der Aufenthaltsbefugnis war grundsätzlich davon abhängig, inwieweit die humanitären Gründe weiter bestanden. In der Praxis erhielten etwa Konventions- und Bürgerkriegsflüchtlinge eine Aufenthaltsbefugnis.

³⁵⁷ Zu Unionsbürgern siehe ausführlich Kapitel 2.2.

raum) (§ 9 Abs. 2 AufenthG). In Ausnahmefällen kann die Niederlassungserlaubnis einem Ausländer von Anfang an erteilt werden. Dies ist etwa bei Hochqualifizierten nach § 19 AufenthG der Fall. Für Drittstaatsangehörige, die als Selbständige zuwandern, ist die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis bereits nach drei Jahren möglich (§ 21 Abs. 4 AufenthG).

Neben diesen Aufenthaltstiteln gibt es weiterhin die Aufenthaltsgestattung und die Duldung, die beide nicht als Aufenthaltstitel gelten. Eine Aufenthaltsgestattung erhalten Asylbewerber zur Durchführung ihres Asylverfahrens (§ 55 AsylVfG). Sie vermittelt einen rechtmäßigen Aufenthalt und ist räumlich auf den Bezirk der für den Asylbewerber zuständigen Ausländerbehörde beschränkt. Die Duldung wird einem ausreisepflichtigen Ausländer erteilt, solange dessen Abschiebung aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen unmöglich ist und ihm keine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird (§ 60a Abs. 2 AufenthG).

Tabelle 6-2: Aufenthaltsstatus der ausländischen Bevölkerung nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten am 31. Dezember 2008

Staatsangehörigkeit	Insgesamt ²	Aufenthaltstitel									EU-Recht: EU-Aufenthaltstitel/ Freizügigkeitsbeschei- nigung ³	Aufenthaltsgestat- tung	Duldung	ohne Aufenthalts- titel, Gestattung oder Duldung ⁴
		nach altem Recht (AuslG; bis 31.12.2004)		nach neuem Recht (AufenthG; ab 1.1.2005)										
				Aufenthaltserlaubnis					Niederlassungs- erlaubnis					
		befristet	unbefristet	insgesamt	darunter									
					zum Zweck der Ausbildung	zum Zweck der Erwerbstätigkeit	humanitäre Gründe	familiäre Gründe		besondere Aufenthalts- rechte				
Türkei	1.688.370	154.970	802.240	308.295	6.677	4.788	19.470	234.968	42.392	358.003	3.534	2.056	7.460	29.550
Kroatien	223.056	4.718	124.341	25.599	547	3.690	731	18.427	2.204	60.850	1.878	7	461	3.972
Russische Föderation	188.253	4.677	23.756	71.975	8.064	4.858	4.998	50.511	3.544	71.425	1.336	1.606	3.423	7.585
ehem. Serbien und Montenegro ¹	177.330	3.089	53.087	53.084	360	636	12.290	32.075	7.723	49.183	1.326	197	7.066	7.352
Serbien	136.152	1.252	15.878	62.990	536	1.345	15.695	33.290	12.124	39.751	816	741	8.907	2.646
Kosovo	32.183	148	1.379	17.382	64	39	3.530	10.668	3.081	8.215	117	437	3.058	644
Montenegro	6.380	32	427	2.212	38	22	519	1.334	299	2.754	34	32	666	123
Bosnien-Herzegowina	156.804	2.090	11.808	40.081	825	2.540	9.251	24.410	3.055	93.281	1.289	169	2.671	4.001
Ukraine	126.233	3.572	55.312	30.050	4.888	3.220	1.551	18.745	1.646	30.355	1.127	35	448	4.164
Vereinigte Staaten	100.002	7.880	26.221	30.819	6.213	10.063	98	11.470	2.975	21.483	2.002	2	34	7.355
Vietnam	83.606	2.872	7.037	30.697	2.799	319	2.696	22.755	2.128	34.549	160	528	2.485	3.963
China	78.960	3.033	3.137	54.274	29.632	11.643	1.163	10.859	977	8.424	714	340	3.462	3.598
Irak	74.481	604	1.177	33.901	266	85	18.576	12.984	1.990	17.175	225	5.793	7.579	3.116
Marokko	66.189	3.897	15.243	22.409	4.425	527	318	15.664	1.475	17.190	1.284	132	571	2.696
Mazedonien	62.682	2.707	22.172	16.957	448	544	1.216	13.305	1.444	17.327	519	65	644	1.602
Thailand	54.580	1.684	11.185	16.689	1.446	578	80	13.183	1.402	22.411	633	2	54	1.239
Iran	54.317	2.134	6.305	18.811	2.313	676	5.979	8.208	1.635	16.278	341	1.536	3.578	3.806
Kasachstan	53.899	2.261	8.564	25.546	662	202	758	22.432	1.492	14.407	114	8	316	1.843
Afghanistan	48.437	1.592	3.646	24.247	173	21	13.953	8.499	1.601	12.361	146	1.282	1.532	2.264
Indien	44.405	2.308	5.282	23.458	3.913	8.685	340	9.964	556	6.001	663	417	2.304	3.276

Libanon	38.028	1.601	3.439	17.775	1.017	233	5.424	9.214	1.887	5.371	310	549	4.362	2.200
Schweiz	37.139	2.743	12.381	1.976	20	49	3	240	1.664	3.783	12.705	0	0	2.752
Brasilien	31.918	1.147	3.358	13.263	3.400	1.849	79	7.278	657	9.699	2.224	0	57	1.478
Japan	30.440	2.515	2.710	17.778	3.319	6.664	28	7.363	404	5.278	384	0	0	1.314
Sri Lanka	28.780	2.112	5.725	9.752	145	137	2.251	6.495	724	7.301	74	632	467	2.245
Pakistan	28.540	926	2.257	12.567	1.276	391	1.770	8.100	1.030	7.373	652	460	1.439	1.991
Syrien	28.459	518	973	13.561	1.949	243	3.473	6.238	1.658	4.337	177	1.045	5.181	1.440
Korea, Republik	23.917	1.286	2.107	14.260	7.035	2.153	55	4.721	296	4.250	89	0	27	1.041
Tunesien	23.142	674	2.974	9.288	2.567	256	136	5.792	537	7.548	425	83	187	946
Philippinen	19.633	778	3.411	5.281	427	1.054	107	3.392	301	8.376	320	5	47	1.041
alle Staatsangehörig- keiten	6.727.618	314.245	1.712.776	1.287.174	141.236	86.736	169.782	768.270	121.150	1.121.280	1.522.861	25.254	103.218	465.811

Quelle: Statistisches Bundesamt (auf Basis der Daten des Ausländerzentralregisters)

- 1) Seit Juni 2006 sind Serbien und Montenegro zwei unabhängige Staaten. Im AZR sind jedoch viele Personen noch keinem Nachfolgestaat des ehemaligen Serbien und Montenegro zugeordnet. Seit 1. Mai 2008 wird auch das Kosovo getrennt ausgewiesen.
- 2) Die Differenz zwischen der Summe der einzelnen Aufenthaltsstatus und der Angabe "Insgesamt" beträgt 174.999 für alle Staatsangehörigkeiten. Dies lässt sich damit erklären, dass in der Gesamtsumme Personen enthalten sind, die vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit sind oder die einen Antrag auf einen Aufenthaltstitel gestellt haben.
- 3) Bei Drittstaatsangehörigen, die einen EU-Aufenthaltstitel inne haben, handelt es sich in der Regel um Familienangehörige von Unionsbürgern bzw. von Bürgern des EWR. Ihnen wird eine EU-Aufenthaltskarte ausgestellt.
- 4) Darunter fallen u.a. Unionsbürger, Personen, die einen Aufenthaltstitel beantragt haben sowie ausreisepflichtige Personen ohne Duldung.

Nahezu zwei Drittel (64,8%) aller in Deutschland lebenden Ausländer hatten zum Jahresende 2008 ein unbefristetes Aufenthaltsrecht (vgl. Tabelle 6-2).³⁵⁸ Etwa ein Viertel (23,8%) der ausländischen Staatsangehörigen waren im Besitz eines befristeten Aufenthaltstitels auf der Grundlage des bis Ende 2004 geltenden Ausländergesetzes oder einer Aufenthaltserlaubnis nach AufenthG. Betrachtet man nur die Drittstaatsangehörigen, so besaß mehr als die Hälfte (55,8%) der in Deutschland lebenden Drittstaatsangehörigen zum Jahresende 2008 einen unbefristeten Aufenthaltstitel. Etwa ein Drittel (34,5%) der Drittstaatsangehörigen waren im Besitz eines befristeten Aufenthaltstitels. 103.218 Personen bzw. 1,5% aller aufhältigen Ausländer besaßen eine Duldung (Ende 2007: 127.903 Personen), 25.254 eine Aufenthaltsgestattung (0,4%). Weitere 6,9% der im AZR registrierten Ausländer hatten weder einen Aufenthaltstitel noch eine Aufenthaltsgestattung bzw. Duldung. Von diesen knapp 466.000 Personen sind etwa zwei Drittel Unionsbürger, bei denen (noch) keine weiteren Angaben im AZR gespeichert sind, und circa 15 % ausreisepflichtige Personen ohne Duldung.

Nachdem bereits am 17. November 2006 die Innenministerkonferenz (IMK) eine Bleiberechtsregelung für ausreisepflichtige ausländische Staatsangehörige, die faktisch wirtschaftlich und sozial im Bundesgebiet integriert sind, beschlossen hat³⁵⁹, wurde eine entsprechende Altfallregelung auch in das am 14. Juni 2007 vom Bundestag verabschiedete und am 28. August 2007 in Kraft getretene Richtlinienumsetzungsgesetz aufgenommen (§ 104a AufenthG). Danach kann diesem Personenkreis unter bestimmten Bedingungen eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 S. 1 AufenthG gewährt werden.³⁶⁰

Nach der gesetzlichen Altfallregelung soll der weitere Aufenthalt eines geduldeten Ausländers zugelassen werden,

- wenn er sich am 1. Juli 2007 seit mindestens acht Jahren oder, falls er zusammen mit mindestens einem minderjährigen Kind zusammenlebt, seit mindestens sechs Jahren ununterbrochen geduldet, gestattet oder mit einer Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen in Deutschland aufgehalten hat, und er
- über ausreichenden Wohnraum verfügt,
- hinreichende mündliche Deutschkenntnisse besitzt,³⁶¹
- bei schulpflichtigen Kindern den tatsächlichen Schulbesuch nachweist,
- behördliche Maßnahmen zur Aufenthaltsbeendigung nicht vorsätzlich hinausgezögert oder behindert hat,
- keinen Bezug zu extremistischen oder terroristischen Organisationen besitzt und
- nicht wegen einer im Bundesgebiet begangenen vorsätzlichen Straftat verurteilt wurde (§ 104a Abs. 1 AufenthG).³⁶²

³⁵⁸ Entweder in Form einer Aufenthaltsberechtigung, einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis oder eines unbefristeten EU-Aufenthaltstitels nach altem Recht oder in Form einer Niederlassungserlaubnis oder einer EU-Freizügigkeitsbescheinigung bzw. einer (unbefristeten) EU-Aufenthaltserlaubnis nach neuem Recht.

³⁵⁹ Vgl. Ständige Konferenz der Innenminister und –senatoren der Länder: Sammlung der zur Veröffentlichung freigegebenen Beschlüsse der 182. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und –Senatoren der Länder am 17. November 2006 in Nürnberg. Beschluss Nr. 8 Bleiberecht für im Bundesgebiet wirtschaftlich und sozial integrierte ausreisepflichtige ausländische Staatsangehörige. Nach Angaben der Länder wurden 24.271 Aufenthaltserlaubnisse nach der IMK-Bleiberechtsregelung von 2006 erteilt (vgl. dazu Bundestagsdrucksache 16/13163 vom 27. Mai 2009: 10).

³⁶⁰ Die Voraussetzungen und Ausschlussgründe für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 104a AufenthG sind eng an die des IMK-Bleiberechtsbeschlusses angelehnt.

³⁶¹ Von der Bedingung hinreichend mündlicher Sprachkenntnisse konnte bis zum 1. Juli 2008 abgesehen werden.

Zudem muss der Ausländer seinen Lebensunterhalt durch eigene legale Erwerbstätigkeit ohne Inanspruchnahme von Sozialleistungen sichern können. Geduldete Personen, die ihren Lebensunterhalt noch nicht eigenständig durch Erwerbstätigkeit sichern, aber die übrigen Voraussetzungen dieser Regelung erfüllen, erhalten eine „Aufenthaltserlaubnis auf Probe“ nach § 104a Abs. 1 AufenthG.³⁶³

Die Aufenthaltserlaubnis wird mit einer Gültigkeitsdauer bis zum 31. Dezember 2009 erteilt. Wenn bis dahin der Lebensunterhalt des Ausländers überwiegend eigenständig durch Erwerbstätigkeit gesichert ist, soll die Aufenthaltserlaubnis als Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 S. 1 AufenthG um weitere zwei Jahre verlängert werden.³⁶⁴ Für die weitere Zukunft müssen zudem Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass der Lebensunterhalt überwiegend gesichert sein wird. Bei fehlenden hinreichenden mündlichen Sprachkenntnissen wurde die Aufenthaltserlaubnis zunächst bis zum 1. Juli 2008 erteilt und nur verlängert, wenn der Ausländer bis dahin die Erfüllung dieser Voraussetzung nachwies (§ 104a Abs. 5 AufenthG). Die Aufenthaltserlaubnis berechtigt zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit (§ 104a Abs. 4 AufenthG).

Bei der Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis können Ausnahmen zur Vermeidung von Härtefällen zugelassen werden bei Auszubildenden in anerkannten Lehrberufen, bei Alleinerziehenden und Familien mit Kindern, die nur vorübergehend auf Sozialleistungen angewiesen sind, bei erwerbsunfähigen Personen, deren Lebensunterhalt ohne Leistungen der öffentlichen Hand dauerhaft gesichert ist sowie bei Personen, die am 31. Dezember 2009 das 65. Lebensjahr vollendet haben, wenn sie in ihrem Herkunftsland keine Familie, in Deutschland jedoch Angehörige mit dauerhaftem Aufenthalt haben und sichergestellt ist, dass für diesen Personenkreis keine Sozialleistungen in Anspruch genommen werden.

Zum 31. März 2009 lebten etwa 62.000 Ausländer mit einer Duldung und einer Aufenthaltsdauer von mehr als sechs Jahren in Deutschland;³⁶⁵ ein Jahr zuvor waren es noch etwa 65.000 Personen. Mit einer Aufenthaltsgestattung und einem mindestens sechsjährigen Aufenthalt waren zum 31. März 2009 etwa 3.200 Ausländer registriert, Ende März 2008 waren es 1.800 Drittstaatsange-

³⁶² Dabei bleiben Geldstrafen von bis zu 50 Tagessätzen oder bis zu 90 Tagessätzen wegen Straftaten, die nach dem Aufenthaltsgesetz oder dem Asylverfahrensgesetz nur von Ausländern begangen werden können, außer Betracht.

³⁶³ Vgl. dazu die Begründung zu § 104a AufenthG.

³⁶⁴ Im Dezember 2009 beschloss die IMK eine Anschlussregelung in Bezug auf § 104a Abs. 1 S. 1 AufenthG: Danach wird Inhabern einer Aufenthaltserlaubnis auf Probe, die am 31. Dezember 2009 mindestens für die letzten sechs Monate zumindest eine Halbtagsbeschäftigung nachweisen oder bis zum 31. Januar 2010 für die kommenden sechs Monate glaubhaft nachweisen können, eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 S. 1 AufenthG bis zum 31. Dezember 2011 erteilt. Zudem wird Inhabern einer Aufenthaltserlaubnis auf Probe, die zwischen dem 1. Juli 2007 und dem 31. Dezember 2009 entweder ihre Schul- oder Berufsausbildung erfolgreich abgeschlossen haben oder sich derzeit in einer Berufsausbildung befinden und bei denen deshalb erwartet werden kann, dass sie sich erfolgreich in die Gesellschaft integrieren und sie zukünftig ihren Lebensunterhalt selbständig sichern können, eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 S. 1 AufenthG erteilt. Im Übrigen können Inhaber einer Aufenthaltserlaubnis auf Probe, die am 31. Dezember 2009 mangels Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben zur Lebensunterhaltssicherung nicht gemäß § 104 Abs. 5 AufenthG verlängert werden kann, für die Dauer von zwei Jahren eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 S. 1 AufenthG erlangen, sofern sie nachweisen, dass sie sich um die Sicherung des Lebensunterhalts für sich und etwaige Familienangehörige durch eigene Erwerbstätigkeit bemüht haben, und wenn die Annahme gerechtfertigt ist, dass der Lebensunterhalt nach diesen zwei Jahren eigenständig durch Aufnahme einer Erwerbstätigkeit gesichert sein wird. Vgl. Ständige Konferenz der Innenminister und –senatoren der Länder: Sammlung der zur Veröffentlichung freigegebenen Beschlüsse der 189. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und –Senatoren der Länder am 4. Dezember 2009 in Bremen (Beschluss Nr. 13).

³⁶⁵ Vgl. Bundestagsdrucksache 16/13163 vom 27. Mai 2009: 8f.

hörige. Wie viele Personen hiervon die weiteren Voraussetzungen der Altfallregelung erfüllen und das Bleiberecht in Anspruch nehmen können, kann jedoch den Daten des AZR nicht entnommen werden.

Zum 31. Dezember 2008 waren im AZR insgesamt 33.669 Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach der gesetzlichen Altfallregelung (§§ 104a und 104b AufenthG) erfasst (31. Dezember 2007: 11.497 Personen).³⁶⁶ Davon erhielten 27.449 Personen eine Aufenthaltserlaubnis auf Probe (81,5%), 4.814 Ausländern (14,3%) wurde eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 S. 1 i.V.m. § 104a Abs. 1 S. 2 AufenthG aufgrund eigenständiger Sicherung des Lebensunterhalts durch Erwerbstätigkeit erteilt. Die restlichen 1.406 Aufenthaltserlaubnisse wurden an volljährige Kinder (§ 104a Abs. 2 S. 1 AufenthG), unbegleitete Minderjährige (§ 104a Abs. 2 S. 2 AufenthG) und Minderjährige nach der Ausreise ihrer Eltern (§ 104b i.V.m. § 23 Abs. 1 S. 1 AufenthG) erteilt.

Eine Betrachtung des Aufenthaltsstatus der ausländischen Bevölkerung nach Staatsangehörigkeiten zeigt, dass Ende des Jahres 2008 etwas mehr als zwei Drittel (68,9 %) der türkischen Staatsangehörigen einen unbefristeten Aufenthaltstitel inne hatten. Bei Kroaten waren dies 83,9 %, bei Ukrainern, trotz der vergleichsweise geringen Aufenthaltsdauer, bereits 68,8 %. Dagegen ist der Anteil der Staatsangehörigen aus China und dem Irak, die einen unbefristeten Aufenthaltstitel besitzen, relativ gering (15,5 % bzw. 24,9 %). Drei Vierteln der Chinesen wurde eine befristete Aufenthaltserlaubnis erteilt, überwiegend zum Zweck der Ausbildung und Erwerbstätigkeit (vgl. Tabelle 6-2). Ein hoher Anteil der irakischen Staatsangehörigen besitzt dagegen eine befristete Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen bzw. eine Duldung oder Aufenthaltsgestattung. Auch die Staatsangehörigen aus Serbien (inkl. ehem. Serbien und Montenegro) und dem Kosovo sind durch einen relativ hohen Anteil an Personen mit einem unsicheren Aufenthaltsstatus gekennzeichnet; fast 10 % der Personen aus dem Kosovo besitzen lediglich eine Duldung.

6.2 Personen mit Migrationshintergrund

Seit dem Inkrafttreten des Mikrozensusgesetzes 2005³⁶⁷ ermöglichen die Daten des Mikrozensus die Identifizierung von Personen mit Migrationshintergrund. Dadurch lassen sich zusätzlich zum Ausländerbestand auch Zahlen zu Personen mit Migrationshintergrund angeben. So wird bei eingebürgerten Personen nun auch nach der ehemaligen Staatsangehörigkeit und dem Jahr der Einbürgerung gefragt (§ 4 Abs. 1 Nr. 2a MZG 2005). Zusätzlich wird alle vier Jahre die Staatsangehörigkeit der Eltern, sofern sie seit 1960 ihren dauernden Aufenthalt in Deutschland haben oder hatten, ihr Zuzugsjahr sowie, falls eingebürgert, ihre vormalige Staatsangehörigkeit erfragt (§ 4 Abs. 2 Nr. 4 MZG 2005).

Der Mikrozensus³⁶⁸ stellt eine sinnvolle Ergänzung zu anderen amtlichen Statistiken dar, die bislang in der Regel nur das Merkmal Staatsangehörigkeit erfassen und deshalb weder zwischen der

³⁶⁶ Vgl. Bundestagsdrucksache 16/12029 vom 23. Februar 2009: Zahlen in der Bundesrepublik Deutschland lebender Flüchtlinge zum Stand 31. Dezember 2008: 10f; Bundestagsdrucksache 16/8998 vom 29. April 2008: Fortführung der Bilanz der gesetzlichen Altfallregelung: 6.

³⁶⁷ Gesetz zur Durchführung einer Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt sowie die Wohnsituation der Haushalte (Mikrozensusgesetz 2005 – MZG 2005), BGBl. I 2004, S. 1350-1353.

³⁶⁸ Der Mikrozensus ist die amtliche Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt, an der jährlich 1% aller Haushalte in Deutschland beteiligt sind. Die organisatorische und technische Vorbereitung erfolgt im Statistischen Bundesamt, die Befragung und die Aufbereitung der Daten durch die Statistischen Landesämter. Im Rahmen des Mikrozensus werden jährlich etwa 390.000 Haushalte mit rund 830.000 Personen befragt.

ersten und zweiten Ausländergeneration unterscheiden, noch Spätaussiedler und Eingebürgerte, die als Deutsche in die Statistik eingehen, identifizieren können. Diese Informationen sind jedoch notwendig, um bessere Informationen über Art und Umfang des Integrationsbedarfs zu erhalten.

Das Statistische Bundesamt zählt zu den Personen mit Migrationshintergrund „alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil“ (Statistisches Bundesamt 2007: 6).

Im Mikrozensus 2007 wurde erstmals die Gruppe der (Spät-)Aussiedler gesondert ausgewiesen, was aufgrund einer Änderung des Frageprogramms in diesem Erhebungsjahr möglich wurde.³⁶⁹ Es handelt sich dabei um Personen, die angegeben haben, als (Spät-)Aussiedler nach Deutschland eingereist zu sein, und deren mit eingereiste Angehörige, nicht jedoch um bereits in Deutschland geborene Nachkommen dieser Personengruppe.

Auf der Basis der im Mikrozensus erhobenen Daten nimmt das Statistische Bundesamt die folgende Differenzierung der Bevölkerung nach Migrationsstatus vor.³⁷⁰

Bevölkerung in Deutschland nach Migrationsstatus:

1. Deutsche ohne Migrationshintergrund
2. Personen mit Migrationshintergrund im weiteren Sinn³⁷¹
 - 2.1 Personen, deren Migrationshintergrund nicht durchgehend bestimmbar ist
 - 2.2 Personen mit Migrationshintergrund im engeren Sinn
 - 2.2.1 Personen mit eigener Migrationserfahrung (Zugewanderte)
 - 2.2.1.1 Ausländer
 - 2.2.1.2 Deutsche
 - 2.2.1.2.1 ohne Einbürgerung (ab 2007: (Spät-)Aussiedler)
 - 2.2.1.2.2 Eingebürgerte
 - 2.2.2 Personen ohne eigene Migrationserfahrung (nicht Zugewanderte)
 - 2.2.2.1 Ausländer (2. und 3. Generation)
 - 2.2.2.2 Deutsche
 - 2.2.2.2.1 Eingebürgerte
 - 2.2.2.2.2 Deutsche mit mindestens einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil
 - 2.2.2.2.2.1 mit beidseitigem Migrationshintergrund
 - 2.2.2.2.2.2 mit einseitigem Migrationshintergrund

³⁶⁹ Nachdem in den Jahren 2005 und 2006 lediglich gefragt wurde, ob man die deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung erlangt hat, wurde im Jahr 2007 der Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit differenzierter abgefragt. Die entsprechende Frage lautete nun: „Besitzen Sie die deutsche Staatsangehörigkeit durch Geburt, durch den Spätaussiedlerstatus oder durch Einbürgerung?“. Da jedoch auch diese Fragestellung nicht überschneidungsfrei ist (bis Mitte 1999 mussten (Spät-)Aussiedler ein formales Einbürgerungsverfahren durchlaufen), wurde die Frage für den Mikrozensus 2008 noch weiter differenziert. Zusätzlich wird nun gefragt, ob jemand die deutsche Staatsangehörigkeit als (Spät-)Aussiedler mit oder ohne Einbürgerung besitzt. Die Ergebnisse dieser Erhebung liegen noch nicht vor.

³⁷⁰ Siehe dazu ausführlich Statistisches Bundesamt 2008: 6.

³⁷¹ Das Statistische Bundesamt unterscheidet Personen mit Migrationshintergrund im weiteren Sinn und Personen mit Migrationshintergrund im engeren Sinn. Bei Personen mit Migrationshintergrund im weiteren Sinn ist der Migrationsstatus nicht durchgehend bestimmbar, da bei bestimmten Deutschen der Migrationshintergrund nur aus Eigenschaften der Eltern erkennbar ist, diese jedoch nur alle vier Jahre abgefragt werden. Personen mit Migrationshintergrund im engeren Sinn sind dagegen jedes Jahr im Mikrozensus zu identifizieren. Da im Jahr 2007 die Eigenschaften der Eltern nicht abgefragt wurden, werden im Folgenden nur die Personen mit Migrationshintergrund im engeren Sinn betrachtet.

Tabelle 6-3: Bevölkerung Deutschlands nach detailliertem Migrationsstatus von 2005 bis 2007, in Tausend

	2005	2006	2007
Bevölkerung insgesamt	82.465	82.369	82.257
Deutsche ohne Migrationshintergrund	67.132	67.225	66.846
Personen mit Migrationshintergrund im engeren Sinne	15.057	15.143	15.411
Personen mit eigener Migrationserfahrung	10.399	10.431	10.534
Ausländer	5.571	5.584	5.592
Deutsche	4.828	4.847	4.942
Personen ohne eigene Migrationserfahrung	4.658	4.713	4.877
Ausländer	1.749	1.716	1.688
Deutsche	2.908	2.997	3.189

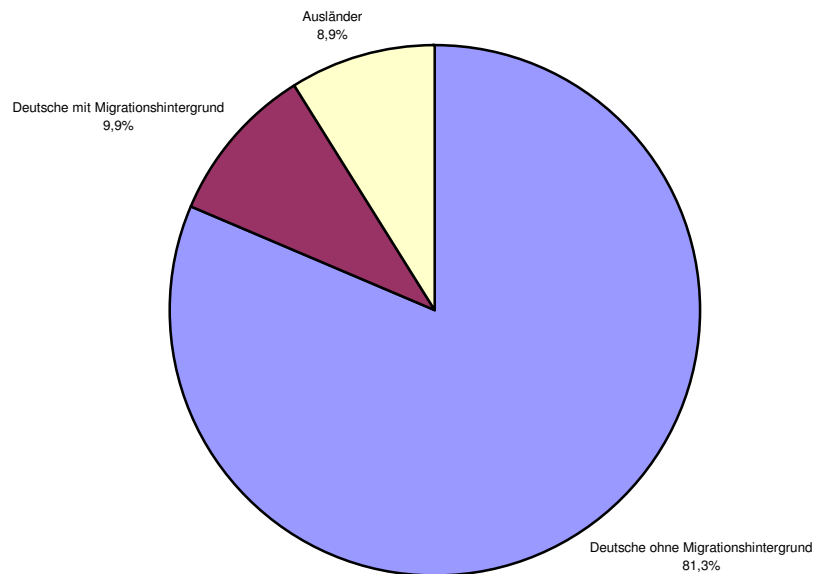
Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

Von den 82,3 Millionen Einwohnern in Deutschland im Jahr 2007 hatten 15,4 Millionen Personen einen Migrationshintergrund (vgl. Tabelle 6-3 und Tabelle 6-13 im Anhang), davon etwa 8,1 Millionen Deutsche und circa 7,3 Millionen Ausländer.³⁷² Der Anteil der Deutschen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung beträgt 9,9%, der Ausländeranteil 8,9% (vgl. Abbildung 6-7). Insgesamt beläuft sich der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund damit auf 18,7 % an der Gesamtbevölkerung. Im Vorjahr betrug dieser Anteil 18,4%, im Jahr 2005 18,3%. Während der Ausländeranteil in diesen drei Jahren relativ konstant geblieben ist, stieg der Anteil der Deutschen mit Migrationshintergrund in diesem Zeitraum (von 9,4% im Jahr 2005 auf 9,9% 2007). Das entspricht einem Anstieg (in absoluten Zahlen) um etwa 400.000 Personen. Der stärkste Zuwachs war dabei bei Deutschen mit Migrationshintergrund, aber ohne eigene Migrationserfahrung zu verzeichnen, also bei den schon im Inland geborenen Nachkommen von Zuwanderern.

³⁷² Das Statistische Bundesamt legt dabei für die ausländische Bevölkerung die Zahlen aus der Bevölkerungsfortschreibung zugrunde, die deutlich höher ausfallen als die Zahlen des Ausländerzentralregisters. Grund hierfür ist u.a., dass im AZR nur die nicht nur vorübergehend in Deutschland lebende ausländische Bevölkerung erfasst ist (vgl. Kapitel 6.1). Zur Aufteilung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Bundesländern vgl. Tabelle 6-14 im Anhang.

Abbildung 6-7: Migrationshintergrund der Bevölkerung in Deutschland im Jahr 2007

Gesamtbevölkerung: 82,257 Millionen



Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

Die Differenzierung der Personen mit Migrationshintergrund zeigt, dass die größte Gruppe mit 36,3% Ausländer mit eigener Migrationserfahrung stellen (circa 5,6 Millionen Personen), d.h. Ausländer, die nach Deutschland zugewandert sind (vgl. Abbildung 6-8). 11,0% der Personen mit Migrationshintergrund sind Ausländer, die in Deutschland geboren wurden (zweite oder dritte Generation; circa 1,7 Millionen Personen). Insgesamt besitzen 47,3% der Personen mit Migrationshintergrund nicht die deutsche Staatsangehörigkeit.

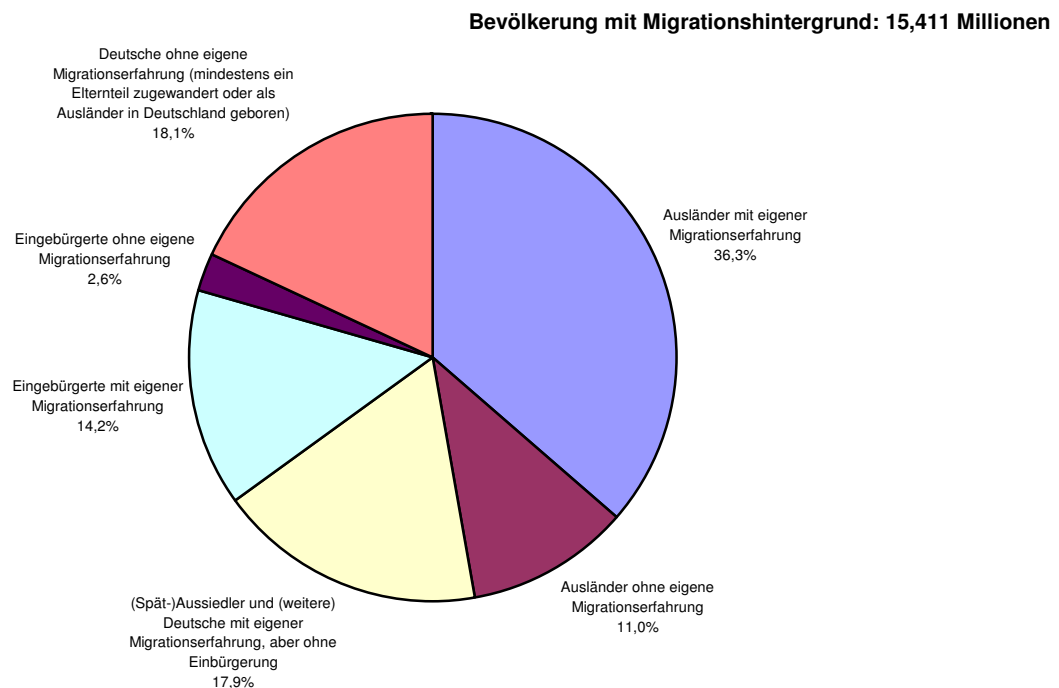
Deutsche mit Migrationshintergrund stellen dagegen 52,7% der Personen mit Migrationshintergrund. Diese Gruppe setzt sich intern wie folgt zusammen: 14,2% entfallen auf selbst zugewanderte Eingebürgerte (circa 2,2 Millionen Personen) und 2,6% auf Eingebürgerte ohne eigene Migrationserfahrung (circa 400.000 Personen). 17,9% aller Deutschen mit Migrationshintergrund sind zugewanderte (Spät-)Aussiedler und weitere deutsche Zuwanderer ohne Einbürgerung (circa 2,8 Millionen Personen).³⁷³ Bei den restlichen 18,1% handelt es sich um Deutsche ohne eigene Migrationserfahrung (circa 2,8 Millionen Personen). Dies sind zum einen Kinder von Eingebürger-

³⁷³ Bei weiteren deutschen Zuwanderern kann es sich auch um Kinder von deutschen Eltern ohne Migrationshintergrund handeln, die sich bei der Geburt des Kindes vorübergehend im Ausland aufhielten. Aufgrund der im Mikrozensus gewählten Fragestellung lässt sich nicht immer bestimmen, ob es sich bei einem zugewanderten Deutschen ohne Einbürgerung um einen solchen Fall oder aber um einen (Spät-)Aussiedler handelt, dessen Eltern im Herkunftsland geblieben sind. Das Statistische Bundesamt unterstellt vereinfachend, dass es sich bei allen zugewanderten Deutschen ohne Einbürgerung um (Spät-)Aussiedler handele, weil die Vermutung begründet ist, diese Gruppe der (Spät-)Aussiedler sei zahlenmäßig die größere (vgl. Statistische Bundesamt 2008b: 312).

ten, (Spät-)Aussiedlern oder Ausländern³⁷⁴, zum anderen Kinder mit einseitigem Migrationshintergrund, bei denen nur ein Elternteil in die genannten Personengruppen fällt.

Insgesamt sind etwa zwei Drittel der Personen mit Migrationshintergrund selbst Migranten (erste Generation), während knapp ein Drittel bereits in Deutschland geboren wurde (zweite oder dritte Generation).

Abbildung 6-8: Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland im Jahr 2007



Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

Im Mikrozensus 2007 wurden Zuwanderer erstmals gefragt, ob sie mit dem (Spät-)Aussiedlerstatus nach Deutschland eingereist sind. Dies gaben etwa 2,8 Millionen Deutsche mit eigener Migrationserfahrung einschließlich ihrer mit eingereisten Familienangehörigen an.³⁷⁵ Von den 2,8 Millionen (Spät-)Aussiedlern in Deutschland lassen sich im Mikrozensus nur 1,8 Millionen einem Herkunftsland zuordnen. Dabei entfallen 518.000 (Spät-)Aussiedler auf Polen, 475.000 auf die Russische Föderation, 320.000 auf Kasachstan, 173.000 auf Rumänien und 137.000 auf die ehemalige Sowjetunion (vgl. Tabelle 6-4).

³⁷⁴ Kinder ausländischer Eltern erwerben durch Geburt in Deutschland unter bestimmten Voraussetzungen seit dem Inkrafttreten des neuen Staatsangehörigkeitsrechts zum 1. Januar 2000 neben der Staatsangehörigkeit der Eltern auch die deutsche Staatsangehörigkeit (siehe dazu Kapitel 6.3).

³⁷⁵ Vgl. dazu Kapitel 2.3.6.

6.2.1 Herkunftsländer

Tabelle 6-4: Personen mit Migrationshintergrund nach Herkunftsland (mit derzeitiger bzw. früherer Staatsangehörigkeit) bzw. Herkunftsland mindestens eines Elternteils 2007, in Tausend

Herkunftsland/-region	mit eigener Migrationserfahrung		ohne eigene Migrationserfahrung		insgesamt
	absolut	in %	absolut	in %	
EU-27	2.545	69,0	1.141	31,0	3.686
dar: Griechenland	240	62,5	144	37,5	384
Italien	431	56,6	330	43,4	761
Polen ¹	529	82,9	109	17,1	638
Rumänien ¹	207	86,3	33	13,8	240
Sonstiges Europa	3.327	69,1	1.486	30,9	4.813
dar: Bosnien und Herzegowina	217	76,7	66	23,3	283
Kroatien	251	67,3	122	32,7	373
Russische Föderation ¹	510	90,9	51	9,1	561
Serbien	287	73,4	104	26,6	391
Türkei	1.511	59,8	1.016	40,2	2.527
Ukraine	192	89,3	23	10,7	215
Europa gesamt	5.872	69,1	2.627	30,9	8.499
Afrika	342	71,3	138	28,8	480
Amerika	233	67,3	113	32,7	346
Asien, Australien und Ozeanien	1.183	78,8	318	21,2	1.501
dar: Naher und Mittlerer Osten	584	82,5	124	17,5	708
- Kasachstan ¹	203	94,4	12	5,6	215
Süd- und Südostasien	416	74,0	146	26,0	562
Ohne Angabe	2.904	63,3	1.682	36,7	4.586
Personen mit Migrationshintergrund gesamt	10.534	68,4	4.877	31,6	15.411
dar: Ausländer	5.592	76,8	1.688	23,2	7.280
Deutsche	4.942	60,8	3.189	39,2	8.131
dar: (Spät-)Aussiedler ²	2.756		-		2.756
aus Polen	518		-		518
aus der Russischen Föderation	475		-		475
aus Kasachstan	320		-		320
aus Rumänien	173		-		173
aus der ehem. Sowjetunion	137		-		137

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

1) Ohne (Spät-)Aussiedler.

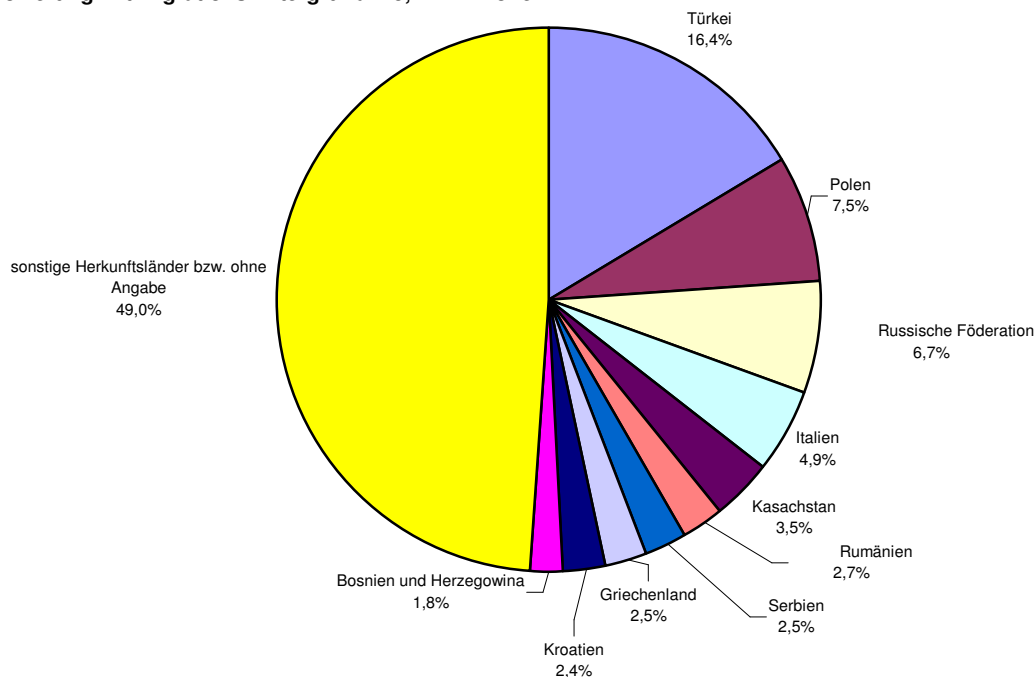
2) Etwa eine Million (Spät-)Aussiedler konnten keinem Herkunftsland zugeordnet werden.

Mit 2,527 Millionen Menschen stellen Personen türkischer Herkunft die größte Gruppe innerhalb der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (vgl. Tabelle 6-4). Dies entspricht einem Anteil von 16,4% an allen Personen mit Zuwanderungsgeschichte (vgl. Abbildung 6-9). Unter Berücksichtigung der einem bestimmten Herkunftsland zuordenbaren (Spät-)Aussiedler haben 7,5% bzw. 1,156 Millionen Personen einen polnischen und 6,7% bzw. 1,036 Millionen Personen einen russi-

schen Hintergrund. 4,9% besitzen einen italienischen Hintergrund. Dabei zeigt sich, dass insbesondere Personen mit einem Migrationshintergrund aus den ehemaligen Anwerbestaaten überproportional häufig keine eigene Migrationserfahrung besitzen, d.h. bereits in Deutschland geboren sind. So sind 43,4% der Personen italienischer, 40,2% derer mit türkischer und 37,5% derer mit griechischer Herkunft nicht selbst nach Deutschland zugewandert. Dagegen zählen bislang noch relativ wenige Personen polnischer (17,1%), rumänischer (13,8%), russischer (9,1%) und kasachischer (5,6%) Herkunft zur zweiten oder gar dritten Generation.

Abbildung 6-9: Personen mit Migrationshintergrund nach Herkunftsland bzw. Herkunftsland mindestens eines Elternteils 2007

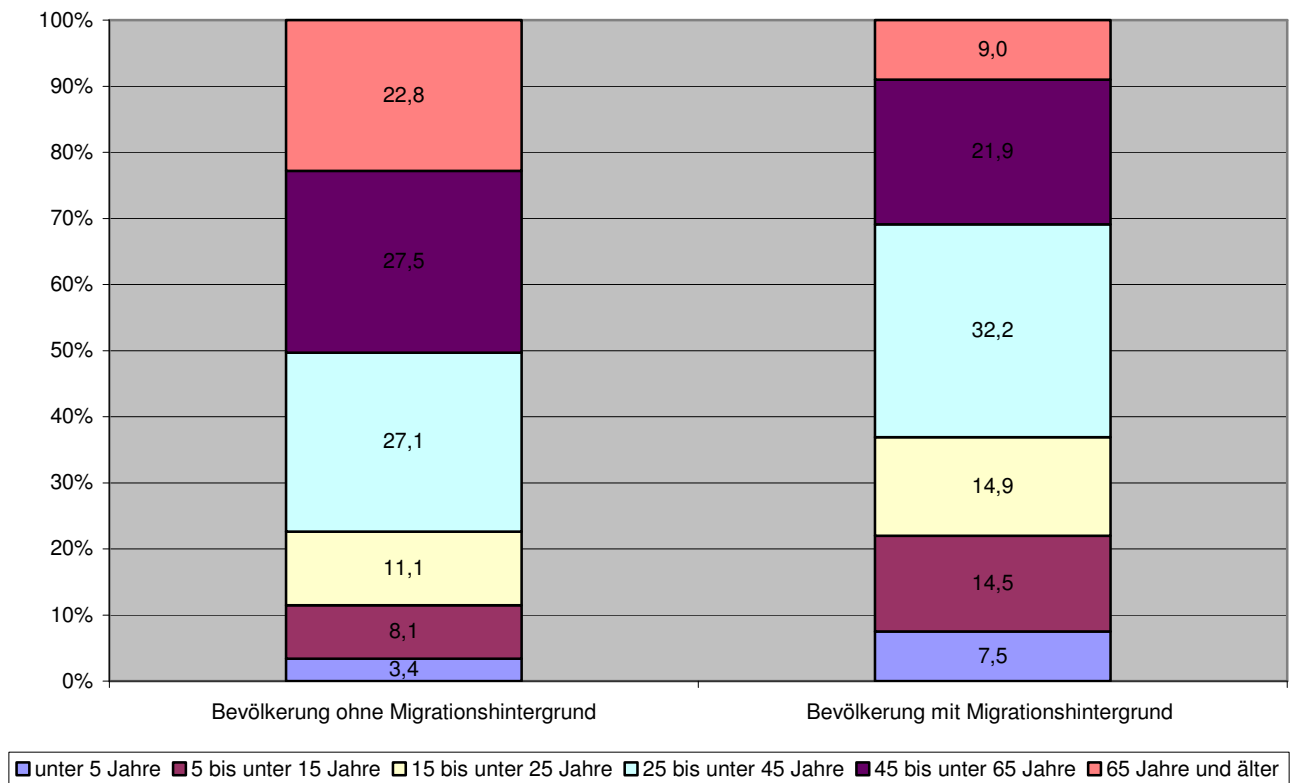
Bevölkerung mit Migrationshintergrund: 15,411 Millionen



Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

6.2.2 Alters- und Geschlechtsstruktur

Abbildung 6-10: Altersstruktur der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund 2007

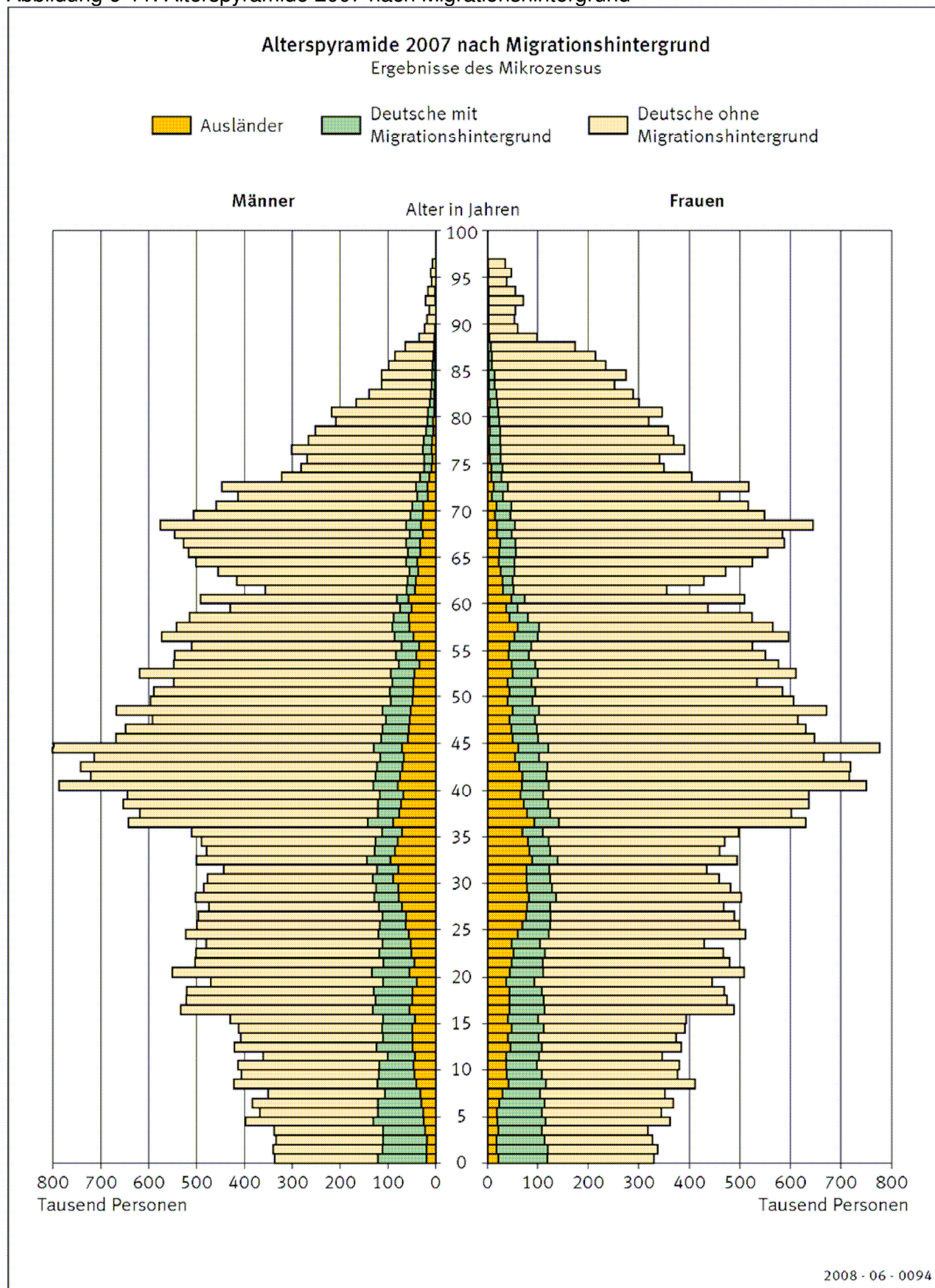


Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

Bei einem Vergleich der Altersstruktur der Bevölkerung ohne und mit Migrationshintergrund zeigt sich, dass sich die Personen mit Migrationshintergrund deutlich stärker auf die jüngeren Jahrgänge verteilen als Personen ohne Migrationshintergrund. So waren im Jahr 2007 69,1% der Personen mit Migrationshintergrund jünger als 45 Jahre, während dies nur auf 49,7 % der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund zutraf (vgl. Abbildung 6-10 und Tabelle 6-15 im Anhang). Dabei liegt der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund unter fünf Jahren mit 7,5% mehr als doppelt so hoch wie bei Kindern ohne Migrationshintergrund (3,4%).

Bei den älteren Jahrgängen sind dagegen 22,8% der Personen ohne Migrationshintergrund über 65 Jahre alt, bei den Migranten sind es nur 9,0%. Auch der Anteil der Altersgruppe der 45- bis unter 65-Jährigen ist bei Personen ohne Migrationshintergrund mit 27,5% deutlich größer als bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (21,9%). Insofern liegt das Durchschnittsalter der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund mit 44,9 Jahren auch deutlich über dem der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (34,3 Jahre).

Abbildung 6-11: Alterspyramide 2007 nach Migrationshintergrund



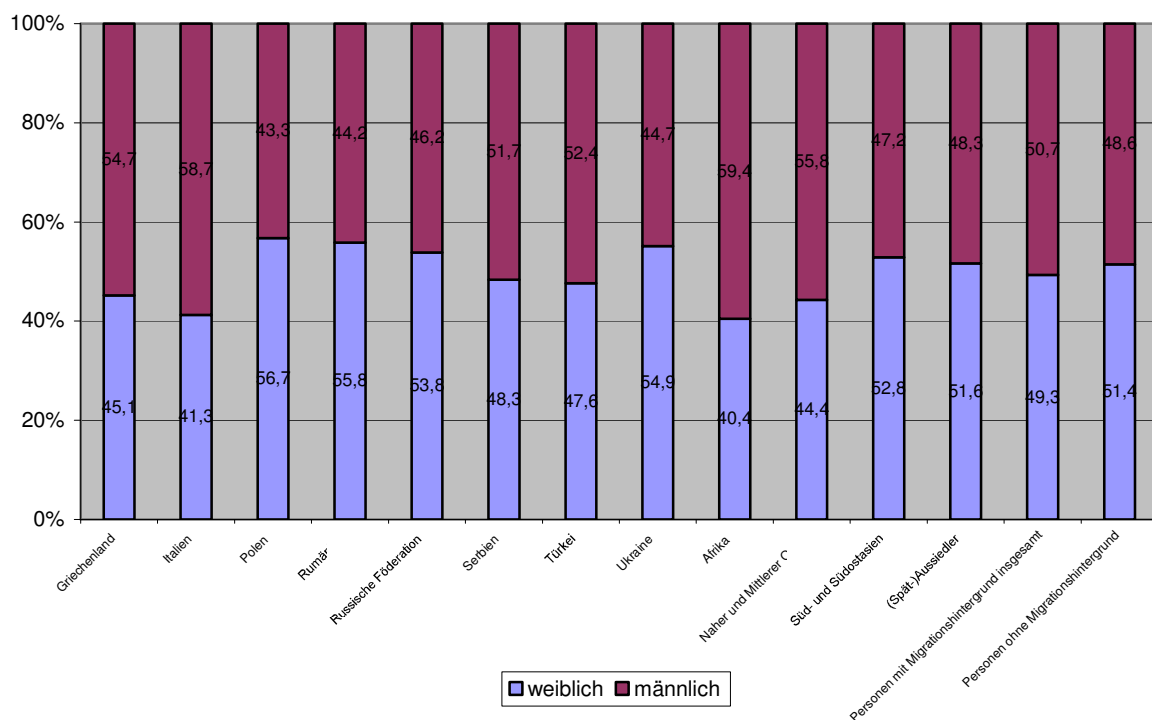
Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus (Abbildung entnommen aus: Statistisches Bundesamt 2008: 14)

Die Alterspyramide der Bevölkerung in Deutschland für das Jahr 2007 zeigt, dass der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund in den jüngeren Jahrgängen am größten ist (vgl. Abbildung 6-

11). So besitzen ein Drittel der Kinder unter fünf Jahren einen Migrationshintergrund (33,9%), in der Altersgruppe von fünf bis unter zehn Jahren sind es 30,1% (vgl. Tabelle 6-15 im Anhang). Auch in den weiteren Altersgruppen bis 35 Jahre liegt der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund bei deutlich über 20%. Dagegen liegt der Migrantenanteil in der Altersgruppe über 65 Jahre bei lediglich 8,4%.

Gleichzeitig ist festzustellen, dass der Anteil der Kinder mit ausländischer Staatsangehörigkeit an der Bevölkerung mit Migrationshintergrund insbesondere bei den Kindern unter sechs Jahren deutlich geringer ausfällt als bei den weiteren (jüngeren) Jahrgängen (vgl. zur Altersstruktur der ausländischen Bevölkerung Kapitel 6.1.2). So ist der Anteil der Kinder unter sechs Jahren bei den Ausländern mit 2,9% niedriger als bei den Deutschen (5,3%) (vgl. Abbildung 6-3 in Kapitel 6.1.2). Dies ist insbesondere auf die am 1. Januar 2000 in Kraft getretene Neuregelung des Staatsangehörigkeitsrechts zurückzuführen. Seitdem können Kinder, die von ausländischen Eltern geboren werden, unter bestimmten Voraussetzungen neben der Nationalität der Eltern auch die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten. Sie werden damit als Deutsche mit Migrationshintergrund im Mikrozensus ausgewiesen, in sonstigen Registern und Statistiken gehen sie jedoch (ausschließlich) als Deutsche ein. Die Einführung von Elementen des *ius soli* in das Staatsangehörigkeitsgesetz hat so statistisch zu einer deutlichen Verringerung der jährlich in Deutschland geborenen ausländischen Kinder geführt (vgl. Kapitel 6.3).

Abbildung 6-12: Geschlechtsstruktur nach ausgewählten Herkunftsländern/-regionen 2007



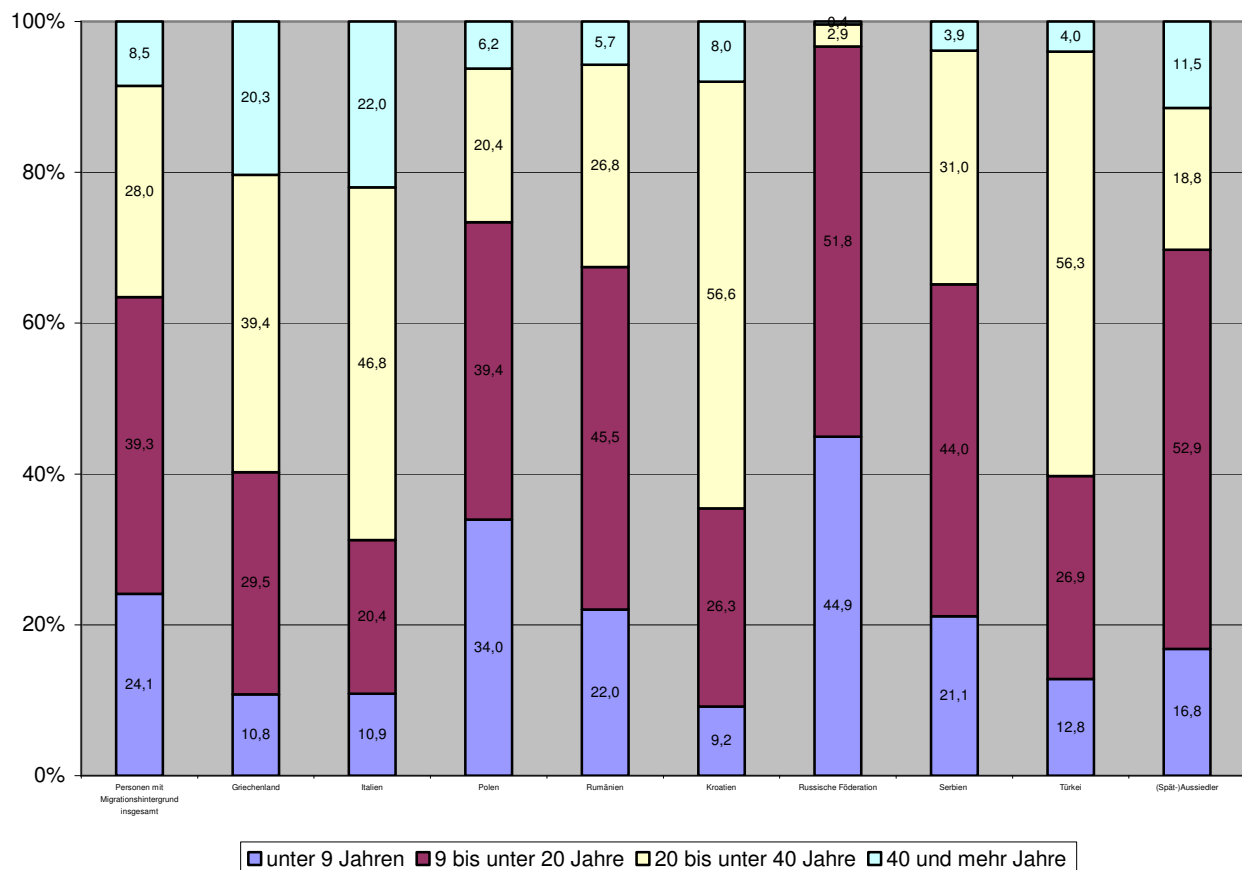
Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

Ein Blick auf die Geschlechtsstruktur der Bevölkerung mit Migrationshintergrund zeigt, dass der Männeranteil etwas höher ist als der Frauenanteil (50,7% zu 49,3%) (vgl. Abbildung 6-12). Bei den einzelnen Gruppen sind jedoch je nach Herkunftsland bzw. -region zum Teil deutliche Unterschiede festzustellen. Ein überproportionaler Frauenanteil ist bei Personen mit polnischem, rumänischem, ukrainischem und russischem Hintergrund zu verzeichnen. Ein deutlich höherer Männeran-

teil zeigt sich dagegen bei der Bevölkerung afrikanischer, italienischer und griechischer Herkunft sowie bei Personen aus dem Nahen und Mittleren Osten. In diesen nach Herkunftsland unterschiedlichen Geschlechteranteilen spiegelt sich zum einen die – eher weiblich geprägte – Heiratsmigration aus bestimmten Herkunftsländern, zum anderen die durch einen überproportional hohen Männeranteil gekennzeichnete Arbeits- und Fluchtmigration wider.

6.2.3 Aufenthaltsdauer

Abbildung 6-13: Personen mit eigener Migrationserfahrung nach Herkunftsland und Aufenthaltsdauer 2007



Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

Im Jahr 2007 lebten etwa drei Viertel (75,9%) der Bevölkerung mit Migrationshintergrund und eigener Migrationserfahrung seit mindestens neun Jahren in Deutschland, etwas mehr als ein Drittel (36,5%) seit mehr als zwanzig Jahren und 8,5% sogar seit 40 Jahren und länger (vgl. Abbildung 6-13 und Tabelle 6-16 im Anhang). Insgesamt lebten etwa 8,0 Millionen Personen mit Migrationshintergrund seit mehr als neun Jahren im Bundesgebiet.

Eine Differenzierung der Aufenthaltsdauer von Migranten nach Herkunftsländern spiegelt auch die Migrationsgeschichte der Bundesrepublik wider. So zeigt sich, dass insbesondere Personen aus den ehemaligen Anwerbeländern vielfach einen langjährigen Aufenthalt haben: 68,8% derer mit italienischer, 64,6% mit kroatischer, 60,3% mit türkischer und 59,7% mit griechischer Herkunft weisen eine Aufenthaltsdauer in Deutschland von mindestens 20 Jahren auf. Dagegen sind 73,4% der Personen polnischer und 96,7% der Personen russischer Herkunft weniger als 20 Jahre in

Deutschland. Bei den russischen Migranten leben sogar fast die Hälfte (44,9%) seit weniger als neun Jahren im Bundesgebiet.

Dies spiegelt sich auch in der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer wider. Im Jahr 2007 betrug die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Bevölkerung mit Migrationshintergrund und eigener Migrationserfahrung 19,8 Jahre (vgl. Tabelle 6-16 im Anhang). Deutlich über diesem Wert liegt die durchschnittliche Aufenthaltsdauer bei italienischen (28,3 Jahre), kroatischen (27,7 Jahre), griechischen (27,5 Jahre) und türkischen (24,2 Jahre) Migranten. Eine bislang niedrige durchschnittliche Aufenthaltsdauer ist bei Personen russischer (10,6 Jahre) und ukrainischer (9,2 Jahre) Herkunft zu verzeichnen. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer von Personen mit polnischem Migrationshintergrund beträgt 16,6 Jahre.

Eine weitere Differenzierung der Personen polnischer Herkunft zeigt, dass deutsche Staatsangehörige mit polnischer Herkunft (und eigener Migrationserfahrung) eine Aufenthaltsdauer von durchschnittlich 24,1 Jahren haben, während Personen mit polnischer Staatsangehörigkeit (und eigener Migrationserfahrung) im Durchschnitt nur 10,3 Jahre Aufenthalt im Bundesgebiet aufweisen. Bei Personen mit russischer Herkunft fällt die Differenz nicht ganz so stark aus: Deutsche Staatsangehörige mit russischer Herkunft (und eigener Migrationserfahrung) haben eine Aufenthaltsdauer von durchschnittlich 13,6 Jahren, während Personen mit russischer Staatsangehörigkeit (und eigener Migrationserfahrung) im Durchschnitt nur 7,3 Jahre Aufenthalt im Bundesgebiet aufweisen. Betrachtet man die Gruppe der (Spät-)Aussiedler, so erkennt man, dass mehr als die Hälfte (52,9%) eine Aufenthaltsdauer zwischen 9 und 20 Jahren aufweisen, 30,3% leben seit mindestens 20 Jahren in Deutschland und 16,8% weniger als neun Jahre. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der (Spät-)Aussiedler beträgt 20,2 Jahre (vgl. Tabelle 6-16 im Anhang).

6.3 Geburten

Seit dem 1. Januar 2000 erwirbt ein Kind ausländischer Eltern neben den Staatsangehörigkeiten der Eltern die deutsche Staatsangehörigkeit mit Geburt in Deutschland, sofern mindestens ein Elternteil seit mindestens acht Jahren rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland hat und eine Niederlassungserlaubnis oder nunmehr ein unbefristetes Aufenthaltsrecht besitzt.³⁷⁶ Dies gilt auch, wenn ein Elternteil eine Aufenthaltserlaubnis auf Grund des Freizügigkeitsabkommens zwischen der EU bzw. deren Mitgliedstaaten und der Schweizerischen Eidgenossenschaft besitzt (§ 4 Abs. 3 StAG).³⁷⁷

³⁷⁶ Die Ergänzung des bislang geltenden Abstammungsprinzips (*ius sanguinis*) durch Elemente des Geburtsorts- oder Territorialprinzips (*ius soli*) war eines der Kernelemente der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 1999. Nach dem bis dahin im deutschen Staatsangehörigkeitsrecht vorherrschenden Abstammungsprinzip richtet sich die Staatsangehörigkeit eines Kindes nach der Staatsangehörigkeit der Eltern. Durch das Territorialprinzip erwirbt ein Kind dagegen die Staatsangehörigkeit des Staates, auf dessen Territorium es geboren wurde.

³⁷⁷ Entsprechend einer bis zum 31. Dezember 2000 befristeten Übergangsregelung galt diese Regelung (auf Antrag) auch für ausländische Kinder, die vor dem 1. Januar 2000 im Inland geboren worden waren, aber das zehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hatten und für die zum Zeitpunkt ihrer Geburt die entsprechenden Voraussetzungen nach § 4 Abs. 3 StAG vorgelegen haben (§ 40b StAG).

Soweit diese Kinder auch die ausländische Staatsangehörigkeit der Eltern beibehalten, müssen sie sich nach Erreichen der Volljährigkeit für eine Staatsangehörigkeit entscheiden (Optionspflicht) (§ 29 Abs. 1 StAG). Erklären sie, dass sie die ausländische Staatsangehörigkeit behalten wollen, verlieren sie die deutsche. Dies gilt auch dann automatisch, wenn sie bis zur Vollendung des 23. Lebensjahres keine entsprechende Erklärung abgeben (§ 29 Abs. 2 StAG). Entscheiden sie sich für die deutsche Staatsangehörigkeit, so müssen sie nachweisen, dass sie die ausländische Staatsangehörigkeit aufgegeben oder verloren haben (§ 29 Abs. 3 StAG). Wird dieser Nachweis nicht bis zur Vollendung des 23. Lebensjahres erbracht, so geht die deutsche Staatsangehörigkeit verloren, es sei denn, die zuständige Behörde hat vorher auf Antrag die Beibehaltung der deutschen Staatsangehörigkeit genehmigt (Beibehaltungsgenehmigung).³⁷⁸

Datenquelle zu Geburten ausländischer Kinder sowie zu von ausländischen Eltern oder einem ausländischen Elternteil geborenen Kindern ist die Geburtenstatistik³⁷⁹ als Teil der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung, die vom Statistischen Bundesamt erstellt und veröffentlicht wird (vgl. Statistisches Bundesamt 2008a). Erhebungsunterlagen für Geburten sind Belege, die von dem Standesamt, in dessen Bezirk das Kind geboren wird, ausgefüllt werden.

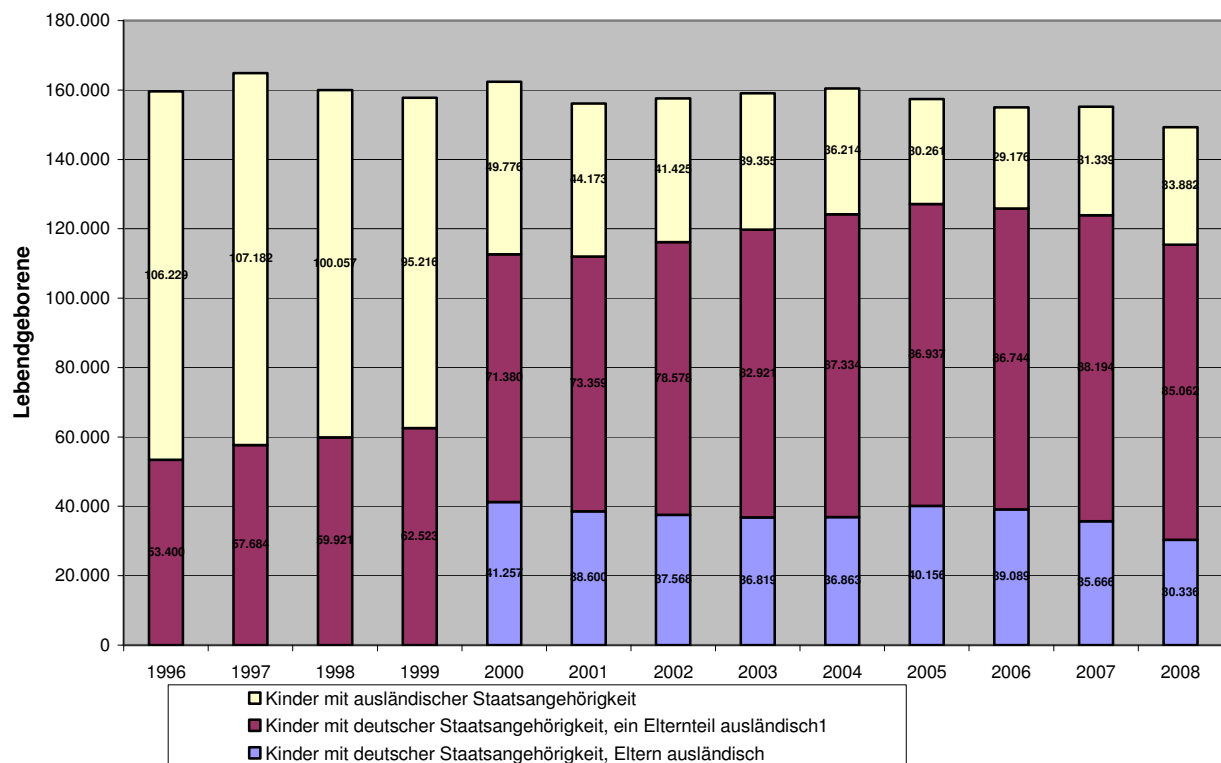
Mit Beginn des Jahres 2008 sind erstmals mehrere Tausend Jugendliche in Deutschland vom sog. Optionsverfahren, § 40b StAG i.V.m. § 29 StAG, betroffen. Danach konnten vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2000 Kinder, die sich rechtmäßig in Deutschland aufgehalten und das zehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hatten, sich einbürgern lassen und dabei ihre ursprüngliche Staatsangehörigkeit beibehalten. Nach Erreichen der Volljährigkeit müssen sie nun erklären, ob sie die deutsche oder die ausländische Staatsangehörigkeit behalten wollen.

Im Laufe des Jahres 2008 sind rund 3.300 dieser Heranwachsenden – der Geburtsjahrgang 1990 – volljährig geworden und mussten von den Behörden schriftlich auf die oben genannte Verpflichtung und die möglichen Rechtsfolgen hingewiesen werden. Sollten einige davon ihrer Optionspflicht bis zur Vollendung des 23. Lebensjahrs nicht nachgekommen sein, so verlieren sie nach § 29 Abs. 2 S. 2 StAG automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit. Dieser Verlust ist gem. § 29 Abs. 6 StAG von Amts wegen festzustellen. Nach gegenwärtiger Rechtslage ergibt sich eine Gesamtzahl von rund 386.000 Personen (Stand 2008), die im Zeitraum 2008 bis 2026 optionspflichtig werden.

³⁷⁸ Der Antrag auf Erteilung dieser Beibehaltungsgenehmigung kann allerdings, auch vorsorglich, nur bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres gestellt werden (Ausschlussfrist). Der Fortbestand oder Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit wird bei diesem Personenkreis von Amts wegen festgestellt (§ 29 Abs. 6 StAG).

³⁷⁹ Erfasst werden hier die Lebendgeborenen.

Abbildung 6-14: Geburten von Kindern mit Migrationshintergrund in Deutschland von 1996 bis 2008



Quelle: Statistisches Bundesamt

1) Kinder einer unverheirateten deutschen Mutter und eines ausländischen Vaters, sind in diesen Zahlen nicht enthalten.

Von 1992 bis 1999 wurden jährlich etwa um die 100.000 Kinder mit ausländischer Staatsangehörigkeit in Deutschland geboren. Dies entsprach jeweils einem Anteil von circa 13% aller in Deutschland geborenen Kinder (vgl. Abbildung 6-14 und Tabelle 6-17 im Anhang). Nach der Einführung des ius soli-Prinzips am 1. Januar 2000 durch § 4 Abs. 3 StAG, wonach Kinder ausländischer Eltern unter den oben genannten Bedingungen neben der ausländischen automatisch auch die deutsche Staatsangehörigkeit mit der Geburt erhalten, hat sich die Zahl der in Deutschland geborenen Kinder mit ausländischer Staatsangehörigkeit im Jahr 2000 im Vergleich zum Vorjahr fast halbiert und ist bis zum Jahr 2006 kontinuierlich weiter gesunken. Erst in den Jahren 2007 und 2008 wurden jeweils wieder etwas mehr ausländische Kinder in Deutschland als im Vorjahr geboren. Im Jahr 2008 wurden 33.882 Kinder mit ausländischer Staatsangehörigkeit geboren gegenüber 31.339 im Jahr 2007. Der Ausländeranteil im Jahr 2008 an allen in Deutschland geborenen Kindern betrug 5,0%. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Ausländeranteil an allen Geborenen leicht um circa 8% angestiegen.

Die Zahl der von ausländischen Eltern geborenen Kinder mit deutscher Staatsangehörigkeit betrug im Jahr der Einführung der neuen Regelung 41.257 und sank in den Folgejahren leicht auf unter 40.000 Geburten. Im Jahr 2005 war ein Anstieg der Geburtenzahl deutscher Kinder mit ausländischen Eltern auf 40.156 zu verzeichnen. In den Folgejahren waren jedoch wieder rückläufige Zahlen zu verzeichnen. 2008 wurden 30.336 derartige Geburten registriert, die niedrigste Zahl seit Einführung der ius-soli-Regelung und ein Rückgang um etwa 15% gegenüber dem Vorjahr (2007: 35.666 Geburten). Insgesamt erhielten 336.354 Kinder, die seit der Reform des Staatsangehörig-

keitsrechts von ausländischen Eltern in Deutschland geboren wurden, die deutsche Staatsangehörigkeit.

Eine Differenzierung nach einzelnen Nationalitäten zeigt, dass insbesondere Kinder von Eltern, die eine Staatsangehörigkeit der ehemaligen Anwerbestaaten besitzen, die deutsche Staatsangehörigkeit mit Geburt erhielten. Das traf auf mehr als drei Viertel der von kroatischen sowie von türkischen Eltern geborenen Kinder zu.

Insgesamt war von den 6.727.618 in Deutschland lebenden Ausländern zum Ende des Jahres 2008 etwa jeder Fünfte im Inland geboren (1.325.841 bzw. 19,7%). Der Anteil der in Deutschland geborenen Ausländer sinkt jedoch seit einigen Jahren. Dies auch deshalb, weil ein Teil der seit 1. Januar 2000 geborenen Kinder ausländischer Eltern nun mit Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten und als Deutsche in die Bevölkerungsstatistik eingehen. Im Jahr 2000 betrug der Anteil noch etwa 22,1% (absolut: 1.613.778). Von den Ausländern unter 18 Jahren waren im Jahr 2008 von 970.193 bereits 690.819 in Deutschland geboren. Dies entspricht einem Anteil von 71,2% an dieser Altersgruppe. Sieben Jahre zuvor lag dieser Anteil bei 68,5%.

Dabei weisen insbesondere Staatsangehörige aus den ehemaligen Anwerbeländern einen überdurchschnittlich hohen Anteil an bereits in Deutschland geborenen Personen auf. So waren zum Ende des Jahres 2008 33,3% der Türken, 30,1% der Italiener und 27,7% der Griechen im Inland geboren (vgl. Tabelle 6-18 im Anhang). Von den unter 18-jährigen türkischen Staatsangehörigen waren es bereits 90,2%. Auch bei Italienern (86,2%), Kroaten (86,3%) und Griechen (83,5%) lag der Anteil deutlich über 80%.

Relativ geringe Anteile an Personen, die bereits in Deutschland geboren sind, zeigen sich dagegen bei Staatsangehörigen aus Polen (3,7%), der Russischen Föderation (3,4%) und der Ukraine (4,5%). In der Altersgruppe der unter 18-Jährigen lag der Anteil bei Ukrainern und Polen Ende 2008 jedoch bei etwa einem Drittel (Ukrainer: 35,6 %, Polen: 30,0%), bei Russen bei etwa einem Viertel (26,6%).

Betrachtet man die Frauen, die über eigene Migrationserfahrung verfügen,³⁸⁰ so zeigt sich, dass diese seltener kinderlos sind als Frauen, die in Deutschland geboren sind.³⁸¹ So haben von den 35- bis 44-jährigen Zuwanderinnen (Jahrgänge 1964 bis 1973) 13% keine Kinder, bei den in Deutschland geborenen Frauen sind es 25%. Unter den 25- bis 34-Jährigen haben 39% der Frauen mit Migrationserfahrung bisher noch keine Kinder, bei den Frauen ohne Migrationserfahrung sind es mit 61% deutlich mehr. Unter den Frauen mit Migrationserfahrung sind insbesondere Frauen türkischer Herkunft seltener kinderlos als der Durchschnitt der zugewanderten Frauen. Bei den zwischen 1933 und 1983 geborenen Frauen mit Migrationserfahrung liegt der Anteil der Kinderlo-

³⁸⁰ Im Jahr 2008 betrug die Zahl der in Deutschland lebenden Frauen mit Migrationserfahrung der Geburtsjahrgänge 1933 bis 1992 4,6 Millionen. Dies waren 85% der Frauen mit Migrationshintergrund in dieser Altersgruppe. Von den Frauen mit Migrationserfahrung sind 53% Ausländerinnen und 47% Deutsche (29% Aus- beziehungsweise Spätaussiedlerinnen und 18% eingebürgerte Frauen). Zu den Frauen mit Migrationshintergrund zählen neben Frauen mit eigener Migrationserfahrung auch diejenigen, die in Deutschland als Nachkommen von Personen mit Migrationserfahrung geboren wurden. Die Gruppe dieser Frauen ist jedoch noch relativ klein ist und zu über 80% jünger als 35 Jahre.

³⁸¹ Vgl. dazu die Pressemitteilung Nr. 283 des Statistischen Bundesamtes vom 29. Juli 2009. Zum generativen Verhalten von Migrantinnen siehe Schmid/Kohls (2008, 2009).

sen unter den Frauen türkischer Herkunft mit 8% nur etwa halb so hoch wie bei den Zugewanderten insgesamt (18%).³⁸²

Unterschiede im generativen Verhalten zwischen Frauen mit und ohne Migrationserfahrung zeigen sich auch in der Zahl der Kinder je Mutter. Die im Ausland geborenen Mütter haben häufiger drei und mehr Kinder als in Deutschland geborene Mütter. So haben etwa 19% der zugewanderten Mütter der Jahrgänge von 1964 bis 1973 drei und 10% vier oder mehr Kinder. Von den in Deutschland geborenen Frauen haben dagegen 12% drei und 3% vier oder mehr Kinder. Allerdings haben auch bei den Müttern mit Migrationserfahrung die jüngeren Jahrgänge immer seltener vier und mehr Kinder. Zugewanderte Frauen türkischer Herkunft haben häufiger vier oder mehr Kinder als die Frauen mit Migrationserfahrung insgesamt. Aber auch bei ihnen ist der Anteil der Mütter mit mindestens vier Kindern rückläufig.

6.4 Einbürgerungen

Am 1. Januar 2000 ist das Gesetz zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts in Kraft getreten, das das bisherige "Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz (RuStAG)" von 1913 in wichtigen Punkten geändert und in Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) umbenannt hat. Mit dem Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes am 1. Januar 2005 wurden zudem die bislang im Ausländergesetz enthaltenen Regelungen weiter modifiziert und in das Staatsangehörigkeitsgesetz überführt, das damit die zentrale Rechtsgrundlage für den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit darstellt (vgl. dazu auch Kapitel 2.3.4).

Der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit erfolgt in der Regel durch Geburt (siehe dazu Kapitel 6.3) oder durch Einbürgerung. Seit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts haben Ausländer bereits nach acht Jahren rechtmäßigen gewöhnlichen Aufenthalts in Deutschland bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen einen Anspruch auf Einbürgerung (§ 10 Abs. 1 StAG).³⁸³ Ehegatten und minderjährige Kinder können mit eingebürgert werden, auch wenn sie sich noch nicht seit acht Jahren im Bundesgebiet aufhalten (§ 10 Abs. 2 StAG). Der Einbürgerungswillige muss sich außerdem zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen und erklären, dass er keine Bestrebungen verfolgt oder unterstützt, die gegen diese Grundordnung gerichtet sind. Zusätzlich muss er den Lebensunterhalt für sich und seine Familienangehörigen grundsätzlich selbst bestreiten können, seine bisherige Staatsangehörigkeit aufgeben und er darf nicht wegen einer Straftat verurteilt worden sein. Zudem muss er über ausreichende deutsche Sprachkenntnisse verfügen. Ferner müssen Einbürgerungsbewerber nach der Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes durch das am 28. August 2007 in Kraft getretene Richtlinienumsetzungsgesetz seit dem 1. September 2008 auch Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung sowie der Lebensverhältnisse in Deutschland haben. Diese können durch einen Einbürgerungstest nachgewiesen werden (§ 10 Abs. 5 StAG). Ein deutscher Hauptschulabschluss oder höherer Bildungsabschluss ersetzt einen Einbürgerungstest. Mit der Einbürgerungstestverordnung vom 5. August 2008 wurde ein bundesweit einheitlicher Einbürgerungstest eingeführt. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hatte dazu ein Konzept für bundeseinheitliche Standards erarbeitet (Einbürgerungskurse, Einbürgerungstest).

³⁸² Vgl. dazu Statistisches Bundesamt 2009b: Mikrozensus 2008 – Neue Daten zur Kinderlosigkeit in Deutschland. Wiesbaden: 21ff.

³⁸³ Vor der Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts lag die Frist für eine Anspruchseinbürgerung bei 15 Jahren.

Mit der Einbürgerungstestverordnung³⁸⁴ kommt das BMI dem gesetzlichen Auftrag des § 10 Abs. 7 StAG nach, die Prüfungs- und Nachweismodalitäten des Einbürgerungstests sowie die Grundstruktur und die Lerninhalte des Einbürgerungskurses zu regeln. Die Rechtsverordnung regelt Art, Umfang und Bestehen des Einbürgerungstests sowie dessen Durchführung. Die Länder haben auf Basis der Verordnung die Testdurchführung durch Verwaltungsvereinbarung auf das BAMF übertragen. Zudem werden die grundlegende Struktur und die einzelnen Lerninhalte der auf Länderebene anzubietenden Einbürgerungskurse geregelt, indem auf das für die Durchführung der Kurse verbindliche Rahmencurriculum verwiesen wird. Das Rahmencurriculum ist vom Bundesamt in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung sowie der Landeszentrale für politische Bildung in Baden-Württemberg entwickelt und als Teil des Konzepts „Bundeseinheitliche Standards für das Einbürgerungsverfahren“ von der Innenministerkonferenz im Frühjahr 2007 gebilligt worden. Im Rahmen des Einbürgerungstests werden 33 Fragen gestellt, von denen mindestens 17 richtig zu beantworten sind (§ 1 Abs. 3 EinbTestV). Dazu wurde ein Fragenkatalog mit 300 allgemeinen Fragen aus den Themenbereichen „Leben in der Demokratie“, „Geschichte und Verantwortung“ und „Mensch und Gesellschaft“ sowie jeweils zehn landesspezifischen Fragen zu jedem Bundesland entwickelt.

Im Zeitraum vom 1. September 2008 bis 30. Juni 2009 haben 63.304 Personen an einem Einbürgerungstest teilgenommen. 62.422 Prüfungsteilnehmer haben den Test erfolgreich abgeschlossen. Die Bestehensquote lag damit bei 98,6%.

Bei erfolgreicher Teilnahme an einem Integrationskurs wird die Frist für eine Anspruchseinbürgerung um ein Jahr auf sieben Jahre verkürzt (§ 10 Abs. 3 StAG).³⁸⁵ Aufgrund einschlägiger Änderungen im Richtlinienumsetzungsgesetz kann bei Vorliegen besonderer Integrationsleistungen, insbesondere beim Nachweis von Sprachkenntnissen, die das Niveau der Sprachkenntnisse nach B 1 des Gemeinsamen europäischen Referenzrahmens (GER) übersteigen, die Mindestzeit des rechtmäßigen Aufenthalts in Deutschland um ein weiteres Jahr auf sechs Jahre reduziert werden.

Aufgrund einer bis zum 31. Dezember 2000 geltenden Übergangsregelung waren vor dem 1. Januar 2000 geborene Kinder im Alter bis zu zehn Jahren, bei denen die Voraussetzungen des erst durch das Reformgesetz geschaffenen „ius soli“ nach § 4 Abs. 3 S. 1 StAG bei Geburt vorgelegen haben, auf Antrag ebenfalls einzubürgern (§ 40b StAG).

Ehegatten und Lebenspartner von Deutschen (§ 9 StAG) sollen in der Regel schon nach dreijährigem Inlandsaufenthalt bei mindestens zweijährigem Bestehen der Ehe bzw. der Lebenspartnerschaft eingebürgert werden. Zudem können auch nach Ermessen der zuständigen Behörde Einbürgerungen von Ausländern mit rechtmäßigem und gewöhnlichem Aufenthalt im Inland (§ 8 StAG) erfolgen. Weitere Möglichkeiten der Einbürgerung gibt es für im Ausland lebende ehemalige Deutsche und deren minderjährige Kinder (§ 13 StAG), sowie in wenigen Ausnahmefällen für im Ausland lebende Ausländer (§ 14 StAG).

Grundsätzlich gilt im Rahmen der Einbürgerung der Grundsatz der Vermeidung von Mehrstaatigkeit. Von der Voraussetzung der Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit wird jedoch abgesehen, wenn der Ausländer diese nicht oder nur unter besonders schwierigen Bedingungen aufge-

³⁸⁴ Verordnung zu Einbürgerungstest und Einbürgerungskurs (Einbürgerungstestverordnung – EinbTestV) vom 5. August 2008 (BGBl. I Nr. 35 S. 1649). Die Verordnung trat am 1. September 2008 in Kraft.

³⁸⁵ Diese Regelung wurde durch das Zuwanderungsgesetz zum 1. Januar 2005 eingeführt.

ben kann (§ 12 Abs. 1 StAG). Dies ist beispielsweise der Fall, wenn das Recht des Herkunftsstaates des Ausländers das Ausscheiden aus dessen Staatsangehörigkeit nicht vorsieht (§ 12 Abs. 1 Nr. 1 StAG), oder der Herkunftsstaat die Entlassung regelmäßig verweigert (§ 12 Abs. 1 Nr. 2 StAG). Zudem ist Mehrstaatigkeit auch zuzulassen, wenn der Ausländer die Staatsangehörigkeit eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union oder nunmehr ab dem 28. August 2007 die der Schweiz besitzt (§ 12 Abs. 2 StAG).

Spätaussiedler und ihre in den Aufnahmebescheid einbezogenen Familienangehörigen erwerben mit der Ausstellung der Bescheinigung nach § 15 BVFG die deutsche Staatsangehörigkeit kraft Gesetzes (§§ 7, 40a Satz 2 StAG).³⁸⁶

Mit dem Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit verliert ein Deutscher automatisch seine Staatsangehörigkeit, wenn dieser Erwerb auf seinen Antrag (oder auf Antrag des gesetzlichen Vertreters) erfolgt (§ 25 Abs. 1 StAG), es sei denn, es wurde vor der Annahme der ausländischen Staatsangehörigkeit von der zuständigen Behörde die Beibehaltung der (deutschen) Staatsangehörigkeit genehmigt. Dies gilt auch, wenn die frühere ausländische Staatsangehörigkeit wiedererworben wird. Mit dem am 28. August 2007 in Kraft getretenen Richtlinienumsetzungsgesetz tritt der Verlust jedoch nicht mehr ein, wenn ein Deutscher die Staatsangehörigkeit eines anderen Mitgliedstaates der EU, der Schweiz oder eines Staates erwirbt, mit dem die Bundesrepublik einen entsprechenden völkerrechtlichen Vertrag abgeschlossen hat.³⁸⁷

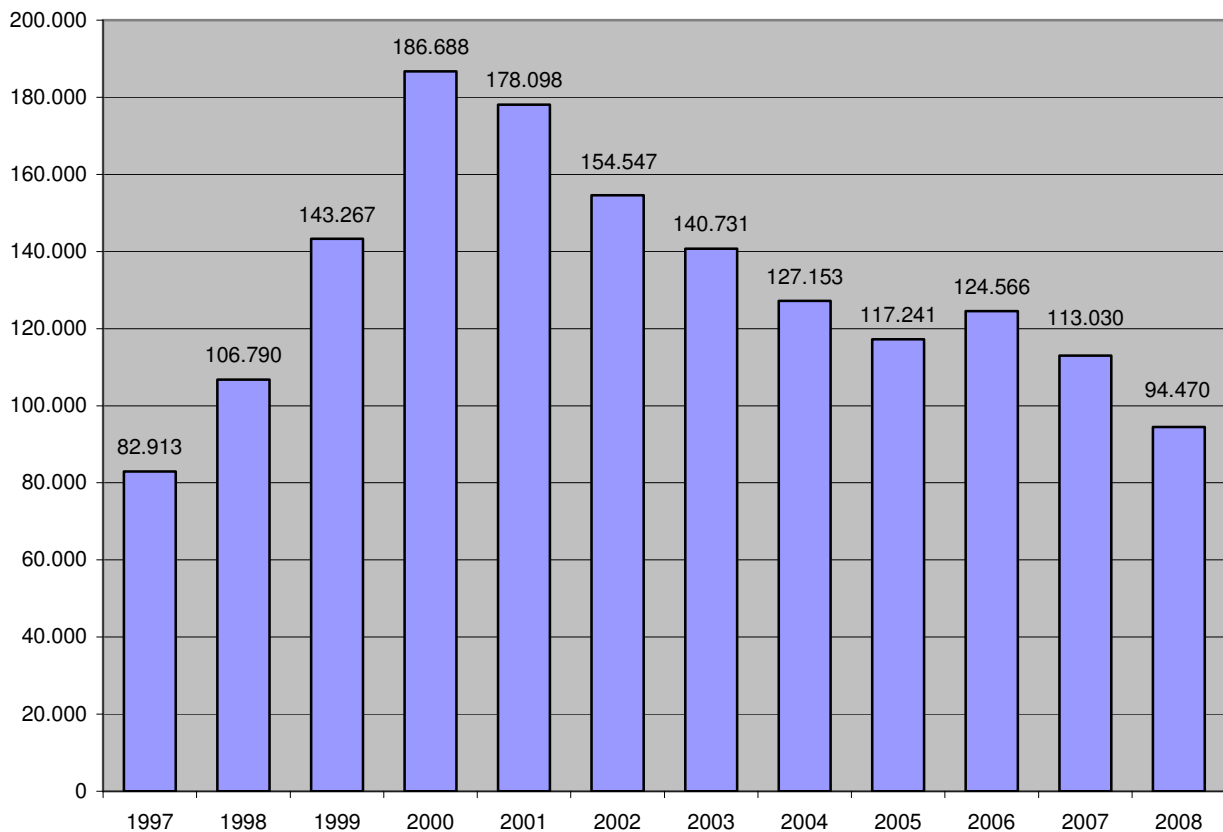
Zum Ende des Jahres 2008 wurde zudem das durch das am 28. August 2007 in Kraft getretene Richtlinienumsetzungsgesetz beim Bundesverwaltungsamt (BVA) eingeführte Register zu Entscheidungen in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten (EStA) in Betrieb genommen. Das Register enthält Eintragungen über Entscheidungen zu Staatsangehörigkeitsurkunden, Entscheidungen zum gesetzlichen Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit sowie Entscheidungen zu Erwerb, Bestand und Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit, die nach dem 31. Dezember 1960 und vor dem 28. August 2007 getroffen worden sind (§ 33 Abs. 1 StAG). Dazu dürfen u.a. folgende Daten in das Register aufgenommen werden: die Grundpersonalien des Betroffenen inklusive der Anschrift zum Zeitpunkt der Entscheidung, Art der Wirksamkeit und Tag des Wirksamwerdens der Entscheidung oder Urkunde oder des Verlustes der Staatsangehörigkeit sowie Bezeichnung, Anschrift und Aktenzeichen der Behörde, die die Entscheidung getroffen hat, sowie die Tatsache, dass nach dem Optionsverfahren gemäß § 29 StAG ein Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit eintreten kann (§ 33 Abs. 2 StAG). Die für Fragen der Staatsangehörigkeit zuständigen Behörden müssen entsprechende Daten unverzüglich an das BVA übermitteln (§ 33 Abs. 3 StAG). Durch das neue Register werden alle relevanten Entscheidungen zu Erwerb, Bestand und Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit erfasst, so dass aufwändige Recherchen zu früheren Entscheidungen überflüssig und die Bearbeitung von Anträgen zur Feststellung der Staatsangehörigkeit oder von Passanträgen im Ausland beschleunigt werden. Auch die deutschen Auslandsvertretungen können zu Fragen der Staatsangehörigkeit über das Register Auskünfte einholen.

³⁸⁶ Dies gilt nicht für die weiteren nichtdeutschen Familienangehörigen nach § 8 BVFG (vgl. dazu Kapitel 2.3).

³⁸⁷ Bislang hat die Bundesrepublik Deutschland noch keinen völkerrechtlichen Vertrag nach § 12 Abs. 3 StAG mit anderen Staaten abgeschlossen.

Datenquelle für statistische Angaben zu den Einbürgerungen ist jedoch die vom Statistischen Bundesamt jährlich veröffentlichte Einbürgerungsstatistik (§ 36 StAG). Diese beruht auf der jeweils zum 31. Dezember eines Jahres durchgeführten Auswertung der von den Einbürgerungsbehörden der Länder über die Statistischen Landesämter übermittelten Angaben.

Abbildung 6-15: Einbürgerungen in Deutschland von 1997 bis 2008



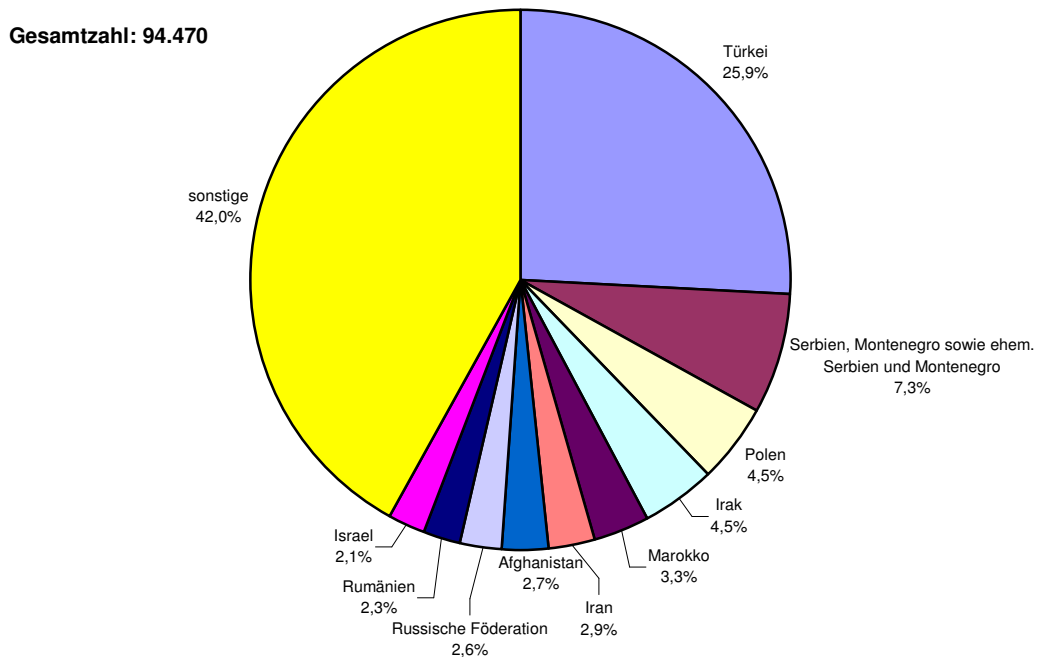
Quelle: Statistisches Bundesamt

Nachdem die Einbürgerungen von 82.913 im Jahr 1997 bis auf 186.688 im Jahr 2000, dem bisherigen Höchststand, angestiegen waren, war bis 2005 ein kontinuierlicher Rückgang der Einbürgerungszahlen auf 117.241 Einbürgerungen zu verzeichnen.³⁸⁸ Im Jahr 2006 wurde wieder ein leichter Anstieg auf 124.566 Einbürgerungen registriert. In den beiden Folgejahren sank die Zahl der Einbürgerungen erneut. Mit 94.470 Einbürgerungen wurden im Jahr 2008 die niedrigsten Einbürgerungszahlen seit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts registriert (vgl. Abbildung 6-15). Dies entsprach einem Rückgang um 16,4% im Vergleich zu 2007 (113.030 Einbürgerungen). 50,2% der Eingebürgerten im Jahr 2008 waren Frauen (2007: 50,4%). Insgesamt wurden seit dem Inkrafttreten des neuen Staatsangehörigkeitsrechts mehr als eine Million Personen (1.236.524) eingebürgert. Die Einbürgerungsquote³⁸⁹ sank im Zeitraum von 2000 bis 2008 von 2,6 auf 1,4.

³⁸⁸ Zur Entwicklung der Einbürgerungen vgl. ausführlich Worbs 2008.

³⁸⁹ Die Einbürgerungsquote ist der Quotient aus der Anzahl der Einbürgerungen und der Zahl der Ausländer im Inland (nach AZR). Zu den Einbürgerungsquoten vgl. Tabelle 3 in: Statistisches Bundesamt 2009c.

Abbildung 6-16: Eingebürgerte Personen im Jahr 2008 nach bisheriger Staatsangehörigkeit



Quelle: Statistisches Bundesamt

Von allen im Jahr 2008 Eingebürgerten stammten 24.449 Personen (25,9%) aus der Türkei, 6.903 Personen aus Serbien, Montenegro bzw. dem ehemaligen Serbien und Montenegro (7,3%)³⁹⁰ und 4.245 Personen aus Polen (4,5%) (vgl. Abbildung 6-16 und Tabelle 6-19 im Anhang). Allerdings ist insbesondere die Zahl der Einbürgerungen von Personen türkischer Herkunft, die seit Jahren die größte Gruppe der Eingebürgerten stellen, seit dem Jahr 2000, in dem noch 82.861 türkische Staatsangehörige eingebürgert wurden, deutlich zurückgegangen. Im Zeitraum von 2000 bis 2007 sank der Anteil der Eingebürgerten aus der Türkei an allen eingebürgerten Personen kontinuierlich von 44,4% auf 25,5% und stieg erst 2008 wieder leicht an. Ein deutlicher Rückgang war im Zeitraum von 2000 bis 2008 auch bei Personen aus dem Iran festzustellen. Wurden im Jahr 2000 noch 14.410 Iraner eingebürgert, waren es im Jahr 2008 nur noch 2.734 (vgl. Tabelle 6-19 im Anhang). Ursache war hier ein Einbürgerungsstau vor dem Jahr 2000. Angestiegen sind dagegen die Einbürgerungszahlen von Personen aus dem Irak (von 984 im Jahr 2000 auf 4.229 Einbürgerungen im Jahr 2008). Deutlich überproportionale Einbürgerungsquoten waren etwa für die Herkunftsländer Israel (20,2), Irak (5,8), Afghanistan (5,0), Sri Lanka (5,0), Iran (4,9) und Marokko (4,6) zu verzeichnen. Insgesamt lagen die Einbürgerungsquoten von Personen aus afrikanischen (3,6) und asiatischen (3,0) Staaten über der Gesamteinbürgerungsquote.

Trotz eines fast ausgeglichenen Geschlechterverhältnisses bei den Eingebürgerten insgesamt zeigen sich bei Betrachtung einzelner Herkunftsländer zum Teil deutliche Unterschiede. So weisen etwa Eingebürgerte aus den neuen mittel- und osteuropäischen EU-Staaten einen deutlich überproportionalen Frauenanteil auf. Jeweils mehr als zwei Drittel der im Jahr 2008 Eingebürgerten aus

³⁹⁰ Einschließlich des Kosovo, das seit 2008 ein eigenständiger Staat ist.

Bulgarien (67,7%), Litauen (74,2%), Polen (72,2%), Rumänien (72,8%), der Slowakei (75,5%), Tschechien (80,1%) und Ungarn (70,2%) waren Frauen. Ein hoher Frauenanteil wurde auch bei Eingebürgerten aus den Philippinen (85,9%) und Brasilien (72,3%) registriert. Weniger als ein Drittel betrug der Frauenanteil dagegen bei Eingebürgerten aus Ägypten (21,6%), Algerien (27,7%), Tunesien (27,9%), Nigeria (30,6%), Togo (31,3%), Kamerun (32,6%) und Jordanien (31,0%). Diese Differenzen sind auf die unterschiedlichen Migrationsmuster (z.B. Heirats-, Arbeits-, Fluchtmigration) und die daraus resultierende unterschiedliche Geschlechtsstruktur der einzelnen Nationalitäten in Deutschland zurückzuführen.³⁹¹

Tabelle 6-5: Einbürgerungen im Jahr 2008 insgesamt und mit fortbestehender bisheriger Staatsangehörigkeit

	Einbürgerungen insgesamt	darunter: mit fortbestehender bisheriger Staatsangehörigkeit	
		absolut	in %
Türkei	24.449	4.459	18,2
Serbien, Montenegro sowie ehem. Serbien und Montenegro	6.903	4.953	71,8
Polen	4.245	4.228	99,6
Irak	4.229	3.615	85,5
Marokko	3.130	3.122	99,7
Iran	2.734	2.729	99,8
Afghanistan	2.512	2.506	99,8
Russische Föderation	2.439	967	39,6
Rumänien	2.137	2.052	96,0
Israel	1.971	1.885	95,6
Ukraine	1.953	928	47,5
Bosnien-Herzegowina	1.878	189	10,1
Griechenland	1.779	1.768	99,4
Libanon	1.675	1.668	99,6
Kasachstan	1.602	91	5,7
Sri Lanka	1.492	326	21,8
Italien	1.392	1.385	99,5
Pakistan	1.208	232	19,2
China	1.172	48	4,1
Syrien	1.156	1.155	99,9
Vietnam	1.048	159	15,2
Kroatien	1.032	62	6,0
Mazedonien	977	87	8,9
Brasilien	967	951	98,3
Insgesamt	94.470	49.937	52,9

Quelle: Statistisches Bundesamt

Nach den Ausnahmeregelungen des § 12 StAG sind Personen unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit einzubürgern. Im Jahr 2008 wurden 52,9% aller Einbürgerungen unter Fortbestehen der bishe-

³⁹¹ Vgl. Worbs 2008: 19.

rigen Staatsangehörigkeit vollzogen (2005: 47,2%; 2006: 51,0%; 2007: 52,4%) (vgl. Tabelle 6-5). Von der Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit wird insbesondere bei Staatsangehörigen aus dem Iran, Marokko, Afghanistan, dem Libanon und Syrien abgesehen, da diese Länder in der Regel eine Entlassung aus ihrer Staatsangehörigkeit verweigern. Insofern besteht bei mehr als 99% der Eingebürgerten aus diesen Ländern die bisherige Staatsangehörigkeit fort. Auch bei Personen aus den EU-Mitgliedstaaten, wie z.B. Polen, Italien und Griechenland, wurden die Einbürgerungen in der Regel unter Beibehaltung der früheren Staatsangehörigkeit vorgenommen. Einen überdurchschnittlich hohen Anteil des Fortbestehens der bisherigen Staatsangehörigkeit bei Einbürgerungen weisen zudem Personen aus Serbien, Montenegro bzw. dem ehemaligen Serbien und Montenegro (71,8%), dem Irak (85,5%), Israel (95,6%) und Brasilien (98,3%) auf.

Tabelle 6-6: Einbürgerungen nach Rechtsgründen von 2000 bis 2008

	2000		2001		2002		2003		2004		2005		2006		2007		2008	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
§ 8 StAG	15.440	8,3	10.212	5,7	8.855	5,7	7.740	5,5	6.286	4,9	5.615	4,8	6.431	5,2	6.221	5,5	4.453	4,7
§ 9 StAG	12.780	6,8	12.739	7,2	12.025	7,8	11.324	8,0	10.810	8,5	11.819	10,1	11.854	9,5	10.705	9,5	8.259	8,7
§ 10 Abs. 1 StAG (von 2000 bis 2004: § 85 Abs. 1 AuslG)	53.634	28,7	74.643	41,9	85.492	55,3	86.288	61,3	82.957	65,2	77.090	65,8	83.178	66,8	77.326	68,4	66.010	69,9
§ 10 Abs. 2 StAG (von 2000 bis 2004: § 85 Abs. 2 AuslG)	19.606	10,5	27.173	15,3	27.064	17,5	25.136	17,9	19.929	15,7	17.223	14,7	16.558	13,3	14.072	12,4	10.704	11,3
§ 10 Abs. 3 StAG	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	77	0,1	76	0,1	257	0,2	715	0,8
§ 40b StAG	20.181	10,8	23.403	13,1	4.375	2,8	731	0,5	299	0,2	96	0,1	36	0,0	48	0,0	18	0,0
Sonstige Rechtsgründe ¹	2.725	1,5	2.571	1,4	2.814	1,8	4.306	3,1	4.361	3,4	4.218	3,6	5.798	4,7	3.877	3,4	3.387	3,6
§ 85 AuslG alte Fassung (bis Ende 1999)	11.604	6,2	5.324	3,0	2.802	1,8	992	0,7	490	0,4	1.103	0,9	635	0,5	524	0,5	924	1,0
§ 86 Abs. 1 AuslG alte Fassung (bis Ende 1999)	28.069	15,0	12.987	7,3	7.047	4,6	2.769	2,0	1.418	1,1	-	-	-	-	-	-	-	-
§ 86 Abs. 2 AuslG alte Fassung (bis Ende 1999)	22.649	12,1	9.046	5,1	4.073	2,6	1.445	1,0	603	0,5	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	186.688	100,0	178.098	100,0	154.547	100,0	140.731	100,0	127.153	100,0	117.241	100,0	124.566	100,0	113.030	100,0	94.470	100,0

Quelle: Statistisches Bundesamt

1) Darunter fallen u.a. Wiedereinbürgerungen ehemaliger deutscher Staatsangehöriger nach Art. 116 Abs. 2 S. 1 GG (Wiedergutmachungsfälle). Im Jahr 2008 wurden 2.864 Personen nach dieser Regelung (wieder-)eingebürgert.

Mit 66.010 Personen erwarben etwas mehr als zwei Drittel (69,9%) aller Eingebürgerten des Jahres 2008 die deutsche Staatsangehörigkeit auf der Grundlage des § 10 Abs. 1 StAG³⁹² (vgl. Tabelle 6-6). Bei dieser Zahl handelt es sich um Anspruchseinbürgerungen. Dabei ist festzustellen, dass die absolute Zahl der Anspruchseinbürgerungen³⁹³ bis zum Jahr 2002 angestiegen und danach bis

³⁹² Dieser entspricht dem von 2000 bis 2004 geltenden § 85 Abs. 1 AuslG.

³⁹³ Zu den Anspruchseinbürgerungen zählen auch die Regelungen nach § 85 Abs. 1 AuslG alte Fassung und § 86 Abs. 1 AuslG alte Fassung, die bis zum Inkrafttreten des neuen Staatsangehörigkeitsrechts galten.

2005 ein leichter Rückgang zu verzeichnen war. Im Jahr 2006 wurde wieder ein leichter Anstieg registriert. Trotz des erneuten Rückgangs der absoluten Zahl in den beiden Folgejahren ist der Anteil der Anspruchseinbürgerungen von etwa der Hälfte im Jahr 2000 auf über zwei Drittel weiter angestiegen. Die Zahl der mit eingebürgerten Ehegatten und Kinder dieser Personen nach § 10 Abs. 2 StAG ist seit dem Jahr 2001 rückläufig und betrug im Jahr 2008 10.704 Personen.

Zu beachten ist, dass die Einbürgerungsverfahren auf Grundlage der Übergangsregelung des § 40b StAG nahezu abgeschlossen sind. Im Rahmen dieser Ausnahmeregelung³⁹⁴ wurden in den ersten beiden Jahren nach Inkrafttreten der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts jeweils über 20.000 Kinder eingebürgert. Wie zu erwarten war, sank deren Zahl danach deutlich. Im Jahr 2008 wurden noch 18 solcher Einbürgerungen registriert.

Anträge, die auf der Grundlage dieser Regelungen bis Ende 1999 gestellt wurden, sind mittlerweile fast vollständig bearbeitet.

³⁹⁴ Die Anträge nach § 40b StAG konnten nur bis zum 31. Dezember 2000 gestellt werden. Es ist darauf hinzuweisen, dass zwischen Antragstellung und der Erteilung des Einbürgerungsbescheids mehrere Jahre vergehen können.

7. Migration und Entwicklung³⁹⁵

7.1 Zusammenhang von Migration und Entwicklung

Die Folgen internationaler Migration für die Herkunftsländer sind bereits seit den 1960er Jahren ein Thema der internationalen Entwicklungsforschung. Die Diskussion begann mit der Feststellung, dass Menschen aus Entwicklungsländern einen erhöhten Anreiz haben, ihre Heimat zu verlassen, um einen höheren Lebensstandard für sich und ihre Familien zu erarbeiten. Dabei verlassen insbesondere gut gebildete und junge Menschen die Entwicklungsregionen. Die sozialen und wirtschaftlichen Folgen des Humankapitalverlustes können für die Entwicklungsländer verheerend sein.³⁹⁶ Im Einklang mit dieser Diskussion setzte die Entwicklungspolitik das Ziel, Maßnahmen zu ergreifen, welche der Abwanderung des Humankapitals entgegenzutreten sollen. Dazu gehörten allgemeine Entwicklungsmaßnahmen, die eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage sowie der Lebenssituation der Bevölkerung bewirken sollten und somit eine Abwanderung weniger attraktiv erscheinen lassen würden, aber auch die Förderung der Rückwanderung des Humankapitals aus den industrialisierten Regionen in die Entwicklungsregionen.³⁹⁷ Diese Maßnahmen basierten auf der Überzeugung, dass eine rasche und positive Entwicklung der Herkunftsregionen zu einer Reduktion des Abwanderungspotenzials führen würde.

Die Annahme, dass Entwicklung die Abwanderung verhindern könne, wurde allerdings durch das Model der sogenannten Migrationsschwelle (migration hump) relativiert.³⁹⁸ Demnach geht die Abwanderungsbereitschaft mit einer fortwährenden Entwicklung nicht zurück. Während die Ärmsten der Armen die Ressourcen für den weiten Weg in die entwickelten Regionen nicht aufbringen können, verbessern sich die materiellen Ressourcen und die Qualifikationen der Bevölkerung in den sich rasch entwickelnden Regionen und hiermit auch die Möglichkeiten, international mobil zu werden. Die Schlussfolgerung daraus war, dass die Abwanderungsbereitschaft in den Entwicklungsregionen erst dann zurück gehen wird, wenn sich die Wohlstandsunterschiede zwischen den entwicklungs- und entwickelten Regionen weitgehend angenähert haben.

Vor dem Hintergrund der Debatte um die steigende internationale Migration im Zuge der Entwicklung, etablierte sich in den letzten Jahren die Ansicht, dass Migration nicht in jedem Falle eine Folge der Armut und Aussichtslosigkeit ist. Internationale Migration ist ferner ein Ausdruck der zunehmenden Angleichung von ökonomischen Systemen, Internationalisierung des Handels, Globalisierung der Bildungsstandards und der Wohlstandserwartungen. Im Rahmen dieser Perspektivenverschiebung wird internationale Migration als Potenzial für die Entwicklung aufgefasst. Dabei kristallisieren sich drei wesentlichen Aspekte des Entwicklungspotenzials durch Migration heraus.

Erstens entdeckte man die entwicklungspolitische Bedeutung der Geldsendungen von Migranten in ihre Herkunftsländer. Ausschlaggebend dafür war die Erkenntnis, dass Geldsendungen von

³⁹⁵ Bei diesem Kapitel handelt es sich um einen einmaligen Exkurs wie dies in früheren Migrationsberichten bereits gehandhabt wurde, etwa zu den Themen EU-Erweiterung und Demographie (vgl. die Migrationsberichte 2004 und 2006).

³⁹⁶ Zu Grundsatzdebatte über Ursachen und Folgen der Abwanderung des Humankapitals, siehe beispielsweise Adams, W. (1960). *The Brain Drain*. New York., Zelinsky, W. (1971). "The Hypothesis of the Mobility Transition." *The Geographical Review* LXI: 219 - 249., Körner, H. (1999). "'Brain Drain' aus Entwicklungsländern." *IMIS-Beiträge* 11: 55 - 65.

³⁹⁷ Vgl. dazu Kubat, D., Ed. (1984). *The Politics of Return: International Return Migration in Europe*. New York, center for Migration Studies.

³⁹⁸ Vgl. dazu Martin, P. L. and E. J. Taylor (1996). *The Anatomy of a Migration Hump. Development Strategy, Employment and Migration: Insights from Models*. E. J. Taylor. Paris, Organization for Economic Cooperation and Development.

Migranten (*remittances*) in einigen Regionen die Mittel der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit und der ausländischen Direktinvestitionen um das Doppelte überstiegen.³⁹⁹ Laut Statistiken der Weltbank erreichten die Rücküberweisungen in einige Länder, wie etwa in die Republik Moldau oder nach Tadschikistan, im Jahr 2007 einen Anteil von rund 40 % des Bruttoinlandsprodukts dieser Länder.⁴⁰⁰ Die Weltbank gibt ferner an, dass Migranten im Jahr 2007 371 Mrd. US \$ in ihre Herkunftsländer sendeten, wovon 281 US \$ in die Entwicklungsländer geflossen sind. In den letzten zehn Jahren haben sich die weltweiten Rücküberweisungen mehr als verdoppelt. Die Rücküberweisungen in die Entwicklungsländer stiegen in diesem Zeitraum sogar um mehr als 70 % an.⁴⁰¹ Die Entwicklungsforschung schlussfolgert aufgrund dieser Zahlen, dass der Beitrag der Rücküberweisungen für das Wirtschaftswachstum und für die Armutsminderung nicht zu unterschätzen ist.

Als zweiter wesentlicher Aspekt des Potenzials von Migration für die Entwicklung wird die Bedeutung der Migranten als Wissens- und Innovationsvermittler in die Entwicklungsländer hervorgehoben. Wie bereits erwähnt, stand bereits seit einigen Jahren Rückwanderung auf der Agenda der Entwicklungsforschung und auch der migrationsbezogenen Entwicklungszusammenarbeit. In der gegenwärtigen Diskussion wird die Vorstellung von einer dauerhaften Rückkehr als Lösung für die Abwanderung des Humankapitals durch weitere Mobilitätsmodi ergänzt. Dabei wird angenommen, dass Rückwanderung nicht nur dann entwicklungsförderlich ist, wenn sie auf Dauer erfolgt, sondern auch dann, wenn Migranten für eine gewisse Zeit in ihre Heimatländer zurückkehren, und später erneut wandern. Die Entwicklungsrelevanz einer solchen zirkulären Wanderung wird insbesondere in bezug auf qualifizierte Arbeitskräfte erkannt.⁴⁰²

Drittens betont man das Potenzial der Migranten, die (noch) nicht in ihre Heimatländer zurückkehren, sondern sich aus der Ferne für die Entwicklung ihrer Heimatländer einsetzen. Das entwicklungspolitische Potenzial der sogenannten diasporischen Gemeinden - mehr oder weniger gut organisierte Migrantennetzwerke, die starke Beziehungen zu ihren Herkunftsländern aufrechterhalten - sieht man vor allem in kollektiven Engagementformen.⁴⁰³ Diese sind beispielsweise das gemeinnützige Engagement, vorrangig in den lokalen Herkunftskontexten, der Einsatz der Diasporaorganisationen für Demokratieförderung, gutes Regieren und Friedensstiftung oder für Wiederaufbau der Regionen mit eingeschränkter Staatlichkeit.

³⁹⁹ Die Bedeutung der Heimatüberweisungen von Migranten fand unter anderem durch einen Bericht der Weltbank im Jahre 2003 Eingang in die Diskussion über die Entwicklung durch Migration. Ratha, D. (2003). *Workers' Remittances: An Important and Stable Source of External Development Finance*. Global Development Finance 2003. W. Bank: 157-175.

⁴⁰⁰ Welt Bank Remittances Data: Release March 2009
<http://econ.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/EXTDEC/EXTDECPROSPECTS/0,,contentMDK:21352016~pagePK:64165401~piPK:64165026~theSitePK:476883,00.html>.

⁴⁰¹ Zur Diskussion über den weltweiten Anstieg der statistisch erfassten Migrantenüberweisungen siehe Zoch, B. (2007). *Das Entwicklungspotenzial von Migrantenüberweisungen*. Fokus Entwicklungspolitik. Positionspapiere der KfW Entwicklungsbank.

⁴⁰² Vgl. dazu Gaillard, J. and A. M. Gaillard (1997). "The International Mobility of Brains: Exodus or Circulation?" *Science, Technology and Society* 2(2): 195 - 228., Krishna, V. V. (1997). "Phasing Scientific Migration in the Context of Brain Gain and Brain Drain in India." *Science, Technology and Society* 2(2): 347 - 385., Hunger, U. (2003). *Brain drain oder brain gain: Migration und Entwicklung*. Migration im Spannungsfeld von Globalisierung und Nationalstaat. D. Thränhardt and U. Hunger, Leviathan. Sonderheft. 22: 58 - 76.

⁴⁰³ Der Diasporabegriff ist sehr vielfältig und wird in den letzten Jahren inflationär benutzt. Dabei subsumiert er verschiedene Vorstellungen von sozialer Organisation dieser Beziehungen: von individuellen und familiären Beziehungen bis zu organisierten Strategien des ökonomischen, politischen oder sozialen Engagements. Vgl. Baraulina, T. and K. Borchers (2008) "Wer migriert, der entwickelt? Bedingungen und Formen des entwicklungspolitischen Engagements von Diaspora." *DOSSIER Migration & Entwicklung* Volume, DOI:

Die gegenwärtige Diskussion um die Potenziale der Migration für die Entwicklung definiert Migranten als Akteure der Entwicklungsförderung. Deshalb wird insbesondere in der internationalen Entwicklungsdebatte dafür geworben, dass Aufnahmeländer, in denen eine bedeutende Zahl der Migranten aus Entwicklungsregionen kommt, diese als Partner der Entwicklungszusammenarbeit gewinnen sollen.⁴⁰⁴ Auch in Deutschland ist deshalb das öffentliche Interesse an der Größe, Organisationsfähigkeit und an den Herkunftsbeziehungen von Migranten aus den Entwicklungsländern gestiegen.

7.2 Migranten aus Entwicklungsregionen in Deutschland

Im Folgenden werden die Größenordnung und die wichtigsten Herkunftsländer der in Deutschland lebenden Migranten aus den Entwicklungsregionen dargestellt. Zunächst wird dabei der Begriff der Entwicklungsländer definiert. Allgemein kann als Charakteristikum von Entwicklungsländern gelten, dass sie nicht in der Lage sind für erhebliche Teile ihrer Bevölkerung grundlegende Existenzbedürfnisse zu befriedigen.⁴⁰⁵ Weltweit und vor allem bei den internationalen Organisationen erfolgt die Definition von Entwicklungsländern allerdings auf keiner einheitlichen Basis. Verschiedene internationale Organisationen benutzen Definitionen, die sich sowohl überschneiden als auch voneinander divergieren. Im öffentlichen Gebrauch herrscht deshalb oft eine „Begriffsverwirrung“.⁴⁰⁶

Wirtschaftswissenschaftler definieren Entwicklungsländer vorrangig nach ökonomischen Kriterien (z.B. niedriges Pro-Kopf-Einkommen) - Entwicklungssoziologen betonen dagegen soziokulturelle Kriterien und Bedingungen (z.B. geringe soziale Mobilität).⁴⁰⁷ Die Vereinten Nationen erheben den Anspruch, eine umfassende Entwicklungskategorisierung abzubilden und messen mit Hilfe des Indexes der menschlichen Entwicklung (*Human Development Index*) sowohl ökonomische als auch soziokulturelle Verhältnisse in den Ländern. Die Weltbank hingegen misst den Entwicklungsstand alleine am Pro-Kopf-Einkommen. Trotz der eindimensionalen Definition der Weltbank erfährt die Weltbankentwicklungsliste die größte internationale Anerkennung. Entsprechend ihres Pro-Kopf-Einkommens werden die Länder in 4 Kategorien eingeteilt: Länder mit niedrigem Einkommen (low income countries – LIC); Länder mit mittlerem Einkommen, unterer Bereich (lower middle income countries – LMC); Länder mit mittlerem Einkommen, oberer Bereich (upper middle income countries – UMC); Länder mit hohem Einkommen (high income countries).⁴⁰⁸ Nationalstaaten mit einer pro-aktiven Entwicklungspolitik definieren ihre Partnerländer sowohl mit Berücksichtigung der internationalen Diskussion, aber auch nach eigenen außen- und entwicklungspolitischen Kriterien. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) legt seiner

⁴⁰⁴ Sowohl im High level Dialogue on Migration and Development der UN also auch im intergovernmentalen Global Forum on Migration and Development, das seit 2007 jährlich im großen Rahmen abgehalten wird, erfährt das Thema mehr und mehr Aufmerksamkeit. Dieses neue Handlungsfeld hat über die EU auch Eingang in die deutsche Entwicklungs- sowie Migrationspolitik gefunden, und erfährt auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene Relevanz.

⁴⁰⁵ Woyke, W., Ed. (2004). Handwörterbuch Internationale Politik. Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung.

⁴⁰⁶ Nuscheler, F. (2004). Entwicklungspolitik. Bonn, Dietz.

⁴⁰⁷ Vgl. Nohlen, D., Ed. (2000). Lexikon Dritte Welt. Länder, Organisationen, Theorien, Begriffe, Personen. Reinbek bei Hamburg, Rowohlt.

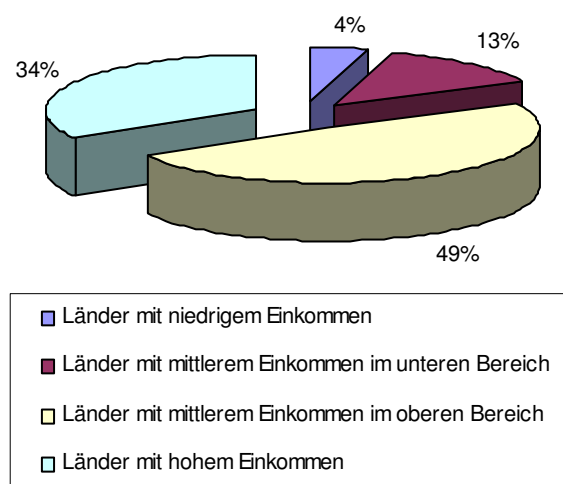
⁴⁰⁸ Die Volkswirtschaften sind in Einkommensgruppen entsprechend dem nach dem Atlas-Verfahren der Weltbank berechneten BNE pro Kopf im Jahr 2003 unterteilt. Die Gruppen sind: Volkswirtschaften mit niedrigem Einkommen (low income – LIC), bis \$ 765; Volkswirtschaften mit mittlerem Einkommen, unterer Bereich (lower middle income – LMC), \$ 766 bis \$ 3.035; Volkswirtschaften mit mittlerem Einkommen, oberer Bereich (upper middle income – UMC), \$ 3.036 bis \$ 9.385; Volkswirtschaften mit hohem Einkommen, ab \$ 9.386.

Arbeit beispielsweise nationale Liste von sogenannten Partnerländern zugrunde.⁴⁰⁹ Im Folgenden werden unter Entwicklungsländern im wesentlichen die Länder betrachtet, die von der Weltbank als Länder mit niedrigem Einkommen und Länder mit mittlerem Einkommen im unteren Bereich bezeichnet werden und mit der Liste der Partnerländer des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung übereinstimmen. Gleichzeitig gilt das Kriterium, dass von ihnen mehr als 10.000 Bürger in Deutschland leben müssen.

Von den 6,7 Millionen in Deutschland lebenden ausländischen Staatsangehörigen kommen lediglich 17% aus den Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen im unteren Bereich. Die meisten Zuwanderer stammen stattdessen aus den Ländern mit höherem Einkommen (vgl. Abbildung 7-1). Dies stimmt einerseits mit der Hypothese überein, dass den potenziellen Migranten in den Ländern mit höherem Einkommen mehr Ressourcen zur Verfügung stehen, um grenzüberschreitend mobil zu werden. Andererseits spiegelt diese Verteilung die Geschichte der Beziehungen Deutschlands mit anderen Weltregionen wieder. Im Vergleich zu anderen europäischen Staaten wie etwa den Niederlanden, Frankreich oder Großbritannien weist Deutschland kaum eine koloniale Vergangenheit auf, aus welcher enge Wanderungstraditionen mit den wichtigsten Entwicklungsregionen – Afrika, Asien und Lateinamerika – hätten erwachsen können. Dahingegen stammen fast 80% der in Deutschland lebenden ausländischen Bürger aus Europa (vgl. Tabelle 7-1).

Zahlenmäßig bedeutende und traditionsreiche Migrationsbewegungen bestehen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Staaten Ost- und Südosteuropas.⁴¹⁰ Dabei stammen die wenigsten ost- und südosteuropäischen Migranten aus den Ländern mit niedrigem Einkommen oder mit mittlerem Einkommen im unteren Bereich. Dazu gehören lediglich Zuwanderer aus der Ukraine, der Republik Moldau und aus dem Kosovo (vgl. Tabelle 7-1).

Abbildung 7-1: Ausländische Bevölkerung in Deutschland nach Entwicklungsregion (Stand: 31. Dezember 2008)



Quelle: Ausländerzentralregister

⁴⁰⁹ Siehe BMZ (2008). Weißbuch zur Entwicklungspolitik. 13. Entwicklungspolitische Bericht der Bundesregierung. Berlin, BMZ.

⁴¹⁰ Zu einer differenzierteren Betrachtung des Wanderungsgeschehens vgl. Kapitel 1.

Rund 12% aller Migranten in Deutschland stammen aus der asiatischen Region. Die wichtigsten Herkunftsländer mit Entwicklungsstatus sind dabei Vietnam, Thailand, Irak, Iran und China (vgl. Tabelle 7-1). Im Vergleich zu den Zuwandererzahlen aus Europa und Asien leben sehr wenig Afrikaner in Deutschland. Der Anteil der Afrikaner an der gesamten ausländischen Bevölkerung übersteigt nicht 4%, wobei ein Viertel aller Afrikaner in Deutschland aus Marokko stammen. Weitere wichtige Herkunftsländer sind Tunesien und Ghana (vgl. Tabelle 7-1).

Tabelle 7-1: Ausländische Staatsangehörige aus den Entwicklungsländern in Deutschland am 31. Dezember 2008

Staatsangehörigkeit	Anzahl der Migranten	Anteil an der Gesamtzahl aller in Deutschland lebender Ausländer
Europa	5.362.629	79,7
darunter:		
Kosovo ¹	32.183	0,5
Moldau	12.214	0,2
Ukraine	126.233	1,9
Afrika	268.116	4,0
darunter:		
Ägypten	11.623	0,2
Äthiopien	10.115	0,2
Ghana	20.447	0,3
Kamerun	14.425	0,2
Kongo, Demokratische Republik	11.068	0,2
Marokko	66.189	1,0
Nigeria	17.186	0,3
Tunesien	23.142	0,3
Asien	811.369	12,1
darunter:		
Afghanistan	48.437	0,7
Aserbaidshan	14.337	0,2
China	78.960	1,2
Georgien	13.304	0,2
Indien	44.405	0,7
Indonesien	11.429	0,2
Irak	74.481	1,1
Iran	54.317	0,8
Pakistan	28.540	0,4
Philippinen	19.633	0,3
Sri Lanka	28.780	0,4
Syrien	28.459	0,4
Thailand	54.580	0,8
Vietnam	83.606	1,2
Alle Staatsangehörigkeiten	6.727.619	100,0

Quelle: Ausländerzentralregister

1) Am 17. Februar 2008 wurde die Unabhängigkeit Kosovos proklamiert. Seit dem 1. Mai 2008 werden Staatsangehörige aus dem Kosovo getrennt nachgewiesen.

Bei den im Jahr 2008 registrierten Zuzügen in die Bundesrepublik Deutschland handelt es sich ähnlich wie bei den Zahlen der in Deutschland ansässigen Migranten in 78% aller Fälle um Staatsangehörige aus europäischen Staaten, etwa 13% der Zuwanderer besaßen eine Staatsangehörigkeit aus einem asiatischen Staat, lediglich 3% waren Afrikaner.⁴¹¹ Hauptherkunftsland unter den Entwicklungsländern war China (14.293 Zuzüge), vor Indien, dem Irak und der Ukraine (vgl. Tabelle 7-2). Es zeigt sich, dass gegenüber fast allen Entwicklungsländern ein positiver Wanderungssaldo zu verzeichnen ist.

Tabelle 7-2: Zu- und Fortzüge von ausländischen Staatsangehörigen aus ausgewählten Entwicklungsländern im Jahr 2008

Staatsangehörigkeit	Zuzüge	Fortzüge	Wanderungssaldo
Europa	531.060	599.492	-68.432
dar.: Kosovo ¹	2.615	337	+2.278
Moldau	699	521	+178
Ukraine	6.869	6.337	+532
Afrika	22.087	19.764	+2.323
dar.: Ägypten	1.847	1.599	+248
Äthiopien	719	596	+123
Ghana	976	995	-19
Kamerun	1.392	1.389	+3
Kongo, Demokratische Republik	223	195	+28
Marokko	3.374	2.765	+609
Nigeria	1.796	1.560	+236
Tunesien	1.868	1.600	+268
Asien	86.373	75.736	+10.637
dar.: Afghanistan	1.855	1.510	+345
Aserbaidshan	831	950	-119
China	14.293	13.647	+646
Georgien	1.693	2.015	-322
Indien	11.403	9.532	+1.871
Indonesien	1.557	1.440	+117
Irak	8.923	3.945	+4.978
Iran	3.257	3.189	+68
Pakistan	2.169	1.741	+428
Philippinen	5.609	5.056	+553
Sri Lanka	1.090	866	+224
Syrien	1.969	1.180	+789
Thailand	3.153	2.843	+310
Vietnam	4.045	4.313	-268
Alle Staatsangehörigkeiten	682.146	737.889	-55.743

Quelle: Statistisches Bundesamt

⁴¹¹ Zum Migrationsgeschehen vgl. ausführlich Kapitel 1.

1) Am 17. Februar 2008 wurde die Unabhängigkeit Kosovos proklamiert. Seit dem 1. Mai 2008 werden Staatsangehörige aus dem Kosovo getrennt nachgewiesen.

Je nach Herkunftsland dominieren unterschiedliche Formen der Migration. So wird die Zuwanderung aus China und Indien zum einen durch einen hohen Anteil an hoch qualifizierten Arbeitsmigranten, zum anderen durch den Zuzug von Studierenden gekennzeichnet.⁴¹² Einen hohen Anteil an Bildungsmigranten (Bildungsausländern) weist auch die Zuwanderung aus Kamerun auf. Bei der Zuwanderung aus Thailand und Marokko überwiegt dagegen der Zuzug aus familiären Gründen.⁴¹³ Im Falle Iraks und Afghanistans spielt demgegenüber Fluchtmigration die größte Rolle.⁴¹⁴

7.3 Rücküberweisungen von Migranten

Die nationalen und supranationalen Zentralbanken, wie etwa die Deutsche Bundesbank, die Europäische Zentralbank oder die Weltbank, zählen zu den Geldsendungen von Migranten das Gesamtvolumen aller Zahlungen von ausländischen Staatsbürgern in ihre Herkunftsländer. Da Migranten ihr Geld vorrangig in kleinen Mengen zurücküberweisen und diese Kleinüberweisungen nicht an die Zentralbanken gemeldet werden müssen, wird die Höhe der Rücküberweisungen meist geschätzt.⁴¹⁵ In den offiziellen Rücküberweisungsstatistiken sind meist „Heimatüberweisungen von ausländischen Arbeitnehmern“ (im internationale Gebrauch - workers' remittances), „Kompensationen von Angestellten“ (compensations of employees) und „Migrantentransfers“ (migrant transfers) enthalten.

Als ausländische Arbeitnehmer gelten all die Migranten, die sich länger als ein Jahr im Einwanderungsland legal aufhalten. Die Schätzungsgrundlage für ihre Rücküberweisungen sind zum einen monatliche Sammelmeldungen über die von Banken getätigten Zahlungen in einzelne Herkunftsländer, die teilweise auch Zahlungen unterhalb der Meldegrenze einschließen. Zum anderen werden die Angaben über die Rücküberweisungsbeträge berücksichtigt, die anhand von Haushaltsbefragungen und der Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer aus diesem Herkunftsland ermittelt werden. Die Kompensationen von Angestellten sind Lohnzahlungen an die ausländischen

⁴¹² Vgl. dazu Kapitel 2.5.1.3 bis 2.5.1.5. und Kapitel 2.4.

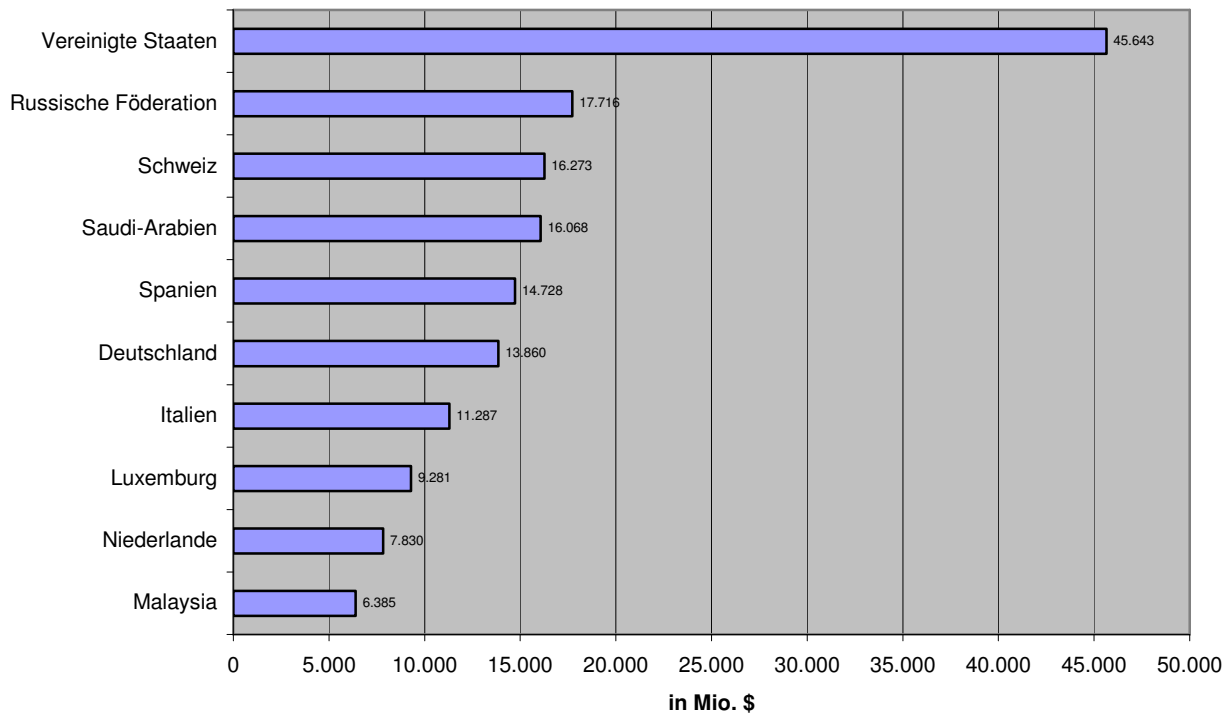
⁴¹³ Vgl. dazu Kapitel 2.7.

⁴¹⁴ Vgl. dazu Kapitel 2.6.2.

⁴¹⁵ Bei den offiziellen Statistiken handelt es sich um einen Teil des tatsächlichen Rücküberweisungsvolumens. Unter den Zuwanderern sind informelle Überweisungskanäle verbreitet. Je nach Herkunftsland ist der Anteil der informellen Rücküberweisungen unterschiedlich: von 5 – 20 % in die Länder Latein Amerikas und von 45 – 65 % in die Länder der Subsahara Afrikas Gupta, S., C. Pattillo, et al. (2007). "Impact of Remittances on Poverty and Financial Development in Sub-Saharan Africa." IMF Working paper 38.. Die formellen Rücküberweisungswege werden nicht genutzt, weil die etablierten Banken in diesem Bereich oft intransparente Angebote haben und langsam sind. Die sogenannten Money Transfer Operators – Finanzdienstleistungen, die sich auf die Rücküberweisungen spezialisieren, sind schnell, aber teuer Holmes, E., C. Menzel, et al. (2007). Remittances aus Deutschland und ihre Wege in die Herkunftsländer der Migranten. I. Dr. Kausch, D. K. Brigitte and D. M. H. Werner. Eschborn, Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH.. Die durchschnittlichen Kosten der Rücküberweisungen werden weltweit auf 10 bis 13 % des transferierten Volumens geschätzt Zoch, B. (2007). das Entwicklungspotenzial von Migrantenüberweisungen. Fokus Entwicklungspolitik. Positionspapiere der KfW Entwicklungsbank.. Oft werden informelle Kanäle deshalb gewählt, weil die Migranten wenig Vertrauen den Finanzsystemen der Herkunftsländer entgegenbringen bzw. weil es in den Herkunftsländern keine flächendeckend funktionierenden Finanzsysteme gibt. In den offiziellen Schätzungen werden ferner die Rücküberweisungen der eingebürgerten Migranten nicht erfasst. Es ist jedoch davon auszugehen, dass eingebürgerte Migranten in Bezug auf ihre ökonomische Situation in Deutschland eine besserer Position einnehmen (Worbs, S. (2008). Die Einbürgerung von Ausländern in Deutschland. Working Paper 17, Integrationsreport, Teil 3. BAMF. Nürnberg, BAMF.) und deshalb eher im Stande sind, mehr Geld in ihre Herkunftsländer zu überweisen.

Arbeitnehmer, die sich vorübergehend, d.h. weniger als ein Jahr, und zu Zwecken der Arbeitsaufnahme im Einwanderungsland aufhalten. Die Lohnzahlungen an die Kurzzeitmigranten werden deshalb zu Rücküberweisungstransfers hinzugerechnet, weil angenommen wird, dass diese Migranten das verdiente Geld nicht im Einwanderungsland ausgeben, sondern nach der Beendigung der Arbeitsverträge in ihre Herkunftsländer mitnehmen. Unter Migrantentransfers versteht man die nicht monetären Sendungen von Migranten in Form von verschiedenen Gütern, aber auch Vermögensübertragungen beispielsweise infolge Erbschaft oder Schenkung.

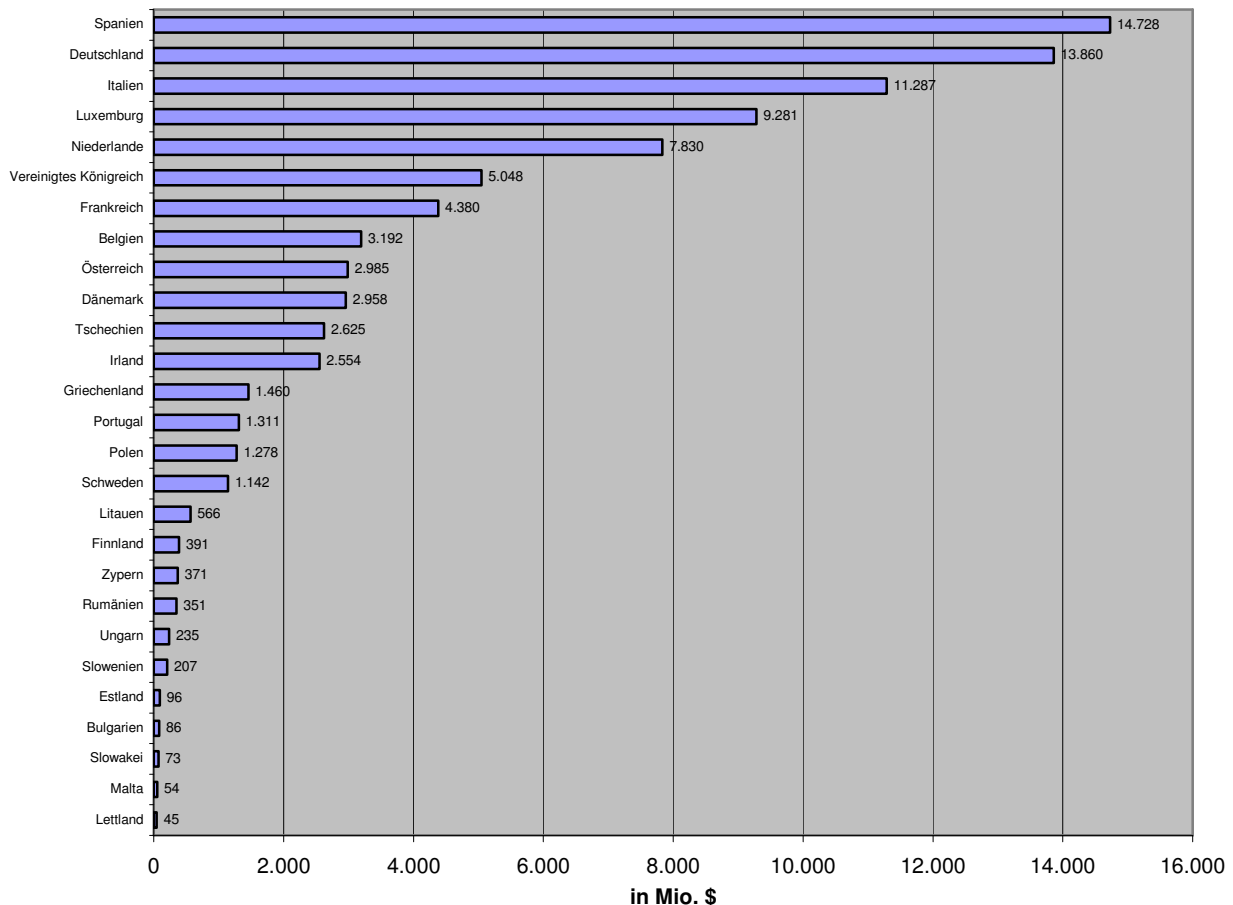
Abbildung 7-2: Staaten mit höchstem Rücküberweisungsvolumen weltweit im Jahr 2007



Quelle: Weltbank

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind mit Abstand der wichtigste Entsendestaat von Rücküberweisungen weltweit. Danach folgen die Russische Föderation, die Schweiz, Saudi-Arabien, Spanien (vgl. Abbildung 7-2). Die genannten Länder zeichnen sich vor allem durch eine zahlenmäßig bedeutende Arbeitsmigration aus. Geldsendungen in die Heimat gehören zu den zentralen Wandermotiven von Migranten in die Russische Föderation, nach Saudi-Arabien oder nach Spanien. Im europäischen Vergleich gehört die Bundesrepublik Deutschland zusammen mit Spanien und Italien zu den Ländern mit den höchsten Rücküberweisungsvolumina (vgl. Abbildung 7-3).

Abbildung 7-3: Rücküberweisungen aus den EU-Staaten im Jahr 2007



Quelle: Weltbank

Im Folgenden werden die Entwicklungen der Rücküberweisungen aus Deutschland betrachtet. Dabei wird insbesondere auf die Unterschiede in den Entwicklungen der Überweisungen von dauerhaft in Deutschland ansässigen ausländischen Arbeitnehmern und der Überweisungen von den Migranten, die sich temporär in Deutschland aufhalten, eingegangen. Die Migrantentransfers werden wegen einer geringen zahlenmäßigen Bedeutung nicht eingehend analysiert.

Die Rücküberweisungen aus Deutschland haben seit der Gastarbeiteranwerbung in den 1960er Jahren an Bedeutung gewonnen. Laut Daten der Weltbank sind sie von etwa 2 Milliarden US Dollar im Jahr 1971 auf rund 14 Milliarden US Dollar im Jahr 2007 gestiegen. Der Anstieg der letzten zehn Jahre ist allerdings weniger auf eine anhaltende Arbeitsmigration aus den Entwicklungsländern, sondern viel mehr auf die angestiegene Mobilität insbesondere innerhalb der Staaten Europas zurückzuführen (vgl. Tabelle 7-3). Über 74% aller Geldsendungen von Migranten aus der Bundesrepublik Deutschland wurden im Jahre 2008 in die 27 EU-Mitgliedstaaten geschickt. Rund 8% aller Rücküberweisungen wurden in die Türkei getätigt (vgl. Tabelle 7-4 im Anhang). Die Großregion Asien empfing lediglich 4,3% aller offiziell erfassten Rücküberweisungen aus Deutschland. Gesamtafrika konnte einen Anteil von 2% aller Rücküberweisungen empfangen (vgl. Tabelle 7-3).

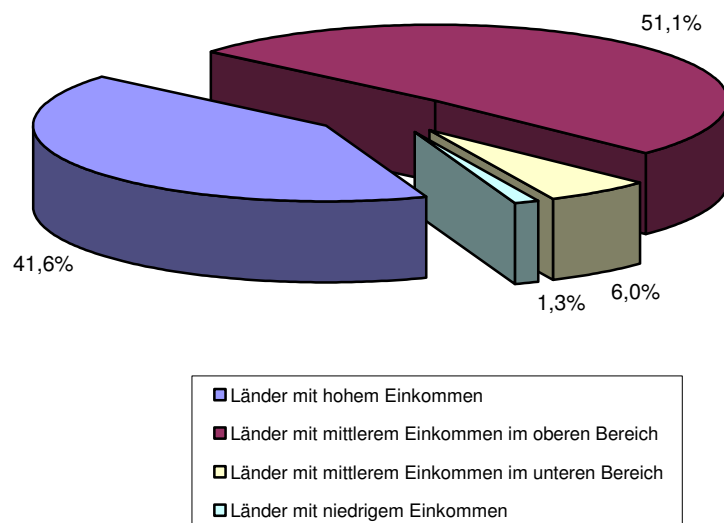
Tabelle 7-3: Rücküberweisungen aus Deutschland nach Kontinenten im Jahr 2008 (in Millionen €)

	Rücküberweisungen tempo- rärer ausländi- scher Arbeit- nehmer	Rücküberweisungen dauer- haft ansässiger ausländischer Arbeitnehmer	Migrantentrans- fers	Rücküberwei- sungen insge- samt	Anteil an den Rücküberwei- sungen in alle Länder (in %)
Alle Länder	6.684	3.122	320	10.126	
Europa	6.630	2.430	143	9.203	90,9
darunter:					
EU-Länder (EU-27)	6.452	1.000	92	7.544	74,5
andere europäische Länder	177	1.431	51	1.659	16,4
Asien	43	378	18	439	4,3
Amerika	-	105	131	236	2,3
Afrika	11	184	5	200	2,0
Australien	-	3	17	20	0,2

Quelle: Deutsche Bundesbank

Bei der Beobachtung der offiziell erfassten Rücküberweisungszahlen lässt sich feststellen, dass das Geld von Migranten hauptsächlich in die wirtschaftlich besser gestellten Länder fließt. So wurden über 90% aller Rücküberweisungen aus Deutschland in die Länder mit hohem und in die Länder mit mittlerem Einkommen im oberen Bereich getätigt. Länder mit niedrigem Einkommen und Länder mit mittlerem Einkommen im unteren Bereich empfangen lediglich 7,3% aller aus Deutschland gesendeten Rücküberweisungen (vgl. Abbildung 7-4).

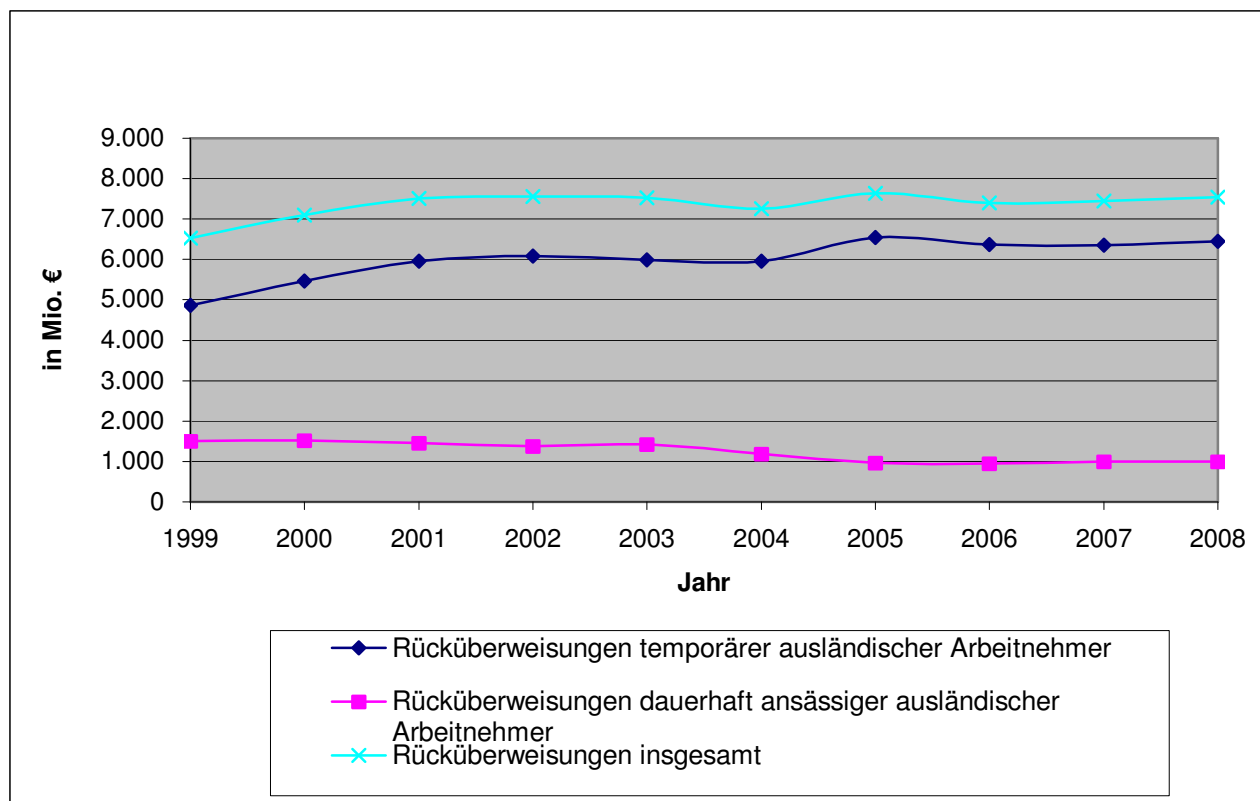
Abbildung 7-4: Rücküberweisungen aus Deutschland nach Entwicklungsregionen im Jahr 2008



Quelle: Deutsche Bundesbank, Ausländerzentralregister

Bei den Rücküberweisungen in die 27 Mitgliedstaaten der europäischen Union handelt es sich vor allem um Geldsendungen von Migranten, die sich temporär zu Arbeitszwecken in Deutschland aufhalten. Ihre Rücküberweisungen stiegen in den letzten zehn Jahren konstant an, während die Rücküberweisungen der dauerhaft in Deutschland ansässigen Zuwanderer aus den EU Mitgliedstaaten stetig zurückgingen (vgl. Abbildung 7-5). Der Rückgang der Geldsendungen von Zuwanderern aus den 27 EU Mitgliedstaaten, die sich dauerhaft in Deutschland aufhalten, kann mit einer kontinuierlichen Rückwanderung in die ehemaligen Gastarbeiteranwerbeländer – Italien, Portugal, Griechenland und Spanien - erklärt werden. Die zahlenmäßig bedeutende Rückwanderung aus Deutschland in diese Länder setzte bereits in den 1980er Jahre ein. Bis heute werden für diese Länder mehr Rückkehrer als Neu- und Wiedereinreisende registriert.⁴¹⁶ Während die Rücküberweisungen in die „alten“ EU-Mitgliedstaaten zurückgehen, steigen die Rücküberweisungen in die „neuen“ EU-Mitgliedstaaten an. Bedeutende Empfängerländer sind dabei Polen und Rumänien, die vor allem von den Rücküberweisungen von Zuwanderern mit temporären Arbeitsaufenthalten in Deutschland profitieren (vgl. Tabelle 7-4 im Anhang).

Abbildung 7-5: Rücküberweisungen aus Deutschland in die Staaten der EU (EU-27) von 1999 bis 2008



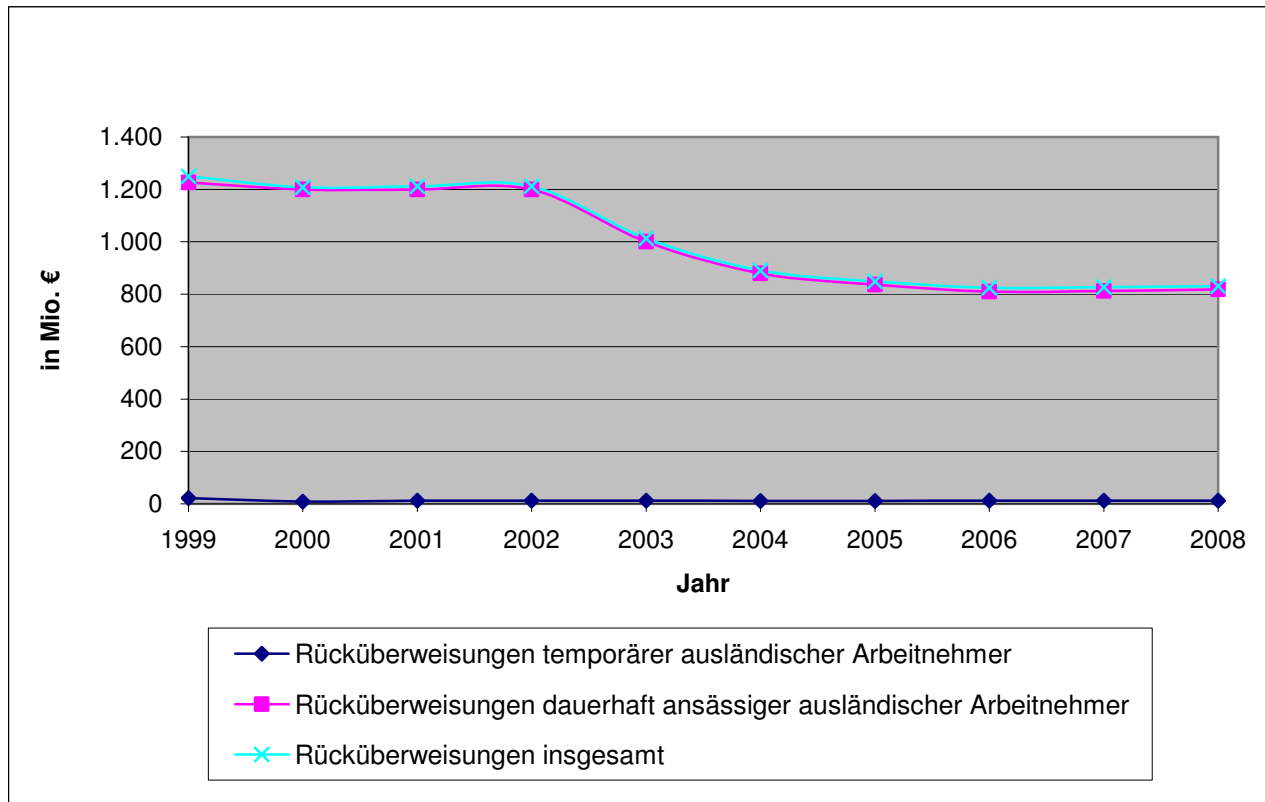
Quelle: Deutsche Bundesbank

Nicht nur die Rücküberweisungen in die ehemaligen Gastarbeiteranwerbeländer, die heute der Europäischen Union angehören, sondern auch die Rücküberweisungen in die außereuropäischen Anwerberstaaten scheinen zu stagnieren bzw. rückgängig zu sein. So gingen die Rücküberweisungen in die Türkei bis zum Jahr 2006 stetig zurück (vgl. Abbildung 7-6). Die Rücküberweisungen nach Serbien (inkl. Kosovo) und nach Marokko stagnieren auf einem relativ niedrigen Niveau. Laut der Zahlungsbilanzstatistiken der Deutschen Bundesbank wurde nach Serbien in den letzten fünf

⁴¹⁶ Zur differenzierten Betrachtung der Abwanderungszahlen aus Deutschland siehe Kapitel 3.

Jahren zwischen 200 und 240 Millionen Euro jährlich zurücküberwiesen. Marokko empfang in den letzten zehn Jahren zwischen 36 und 59 Millionen Euro jährlich.⁴¹⁷

Abbildung 7-6: Rücküberweisungen aus Deutschland in die Türkei von 1999 bis 2008

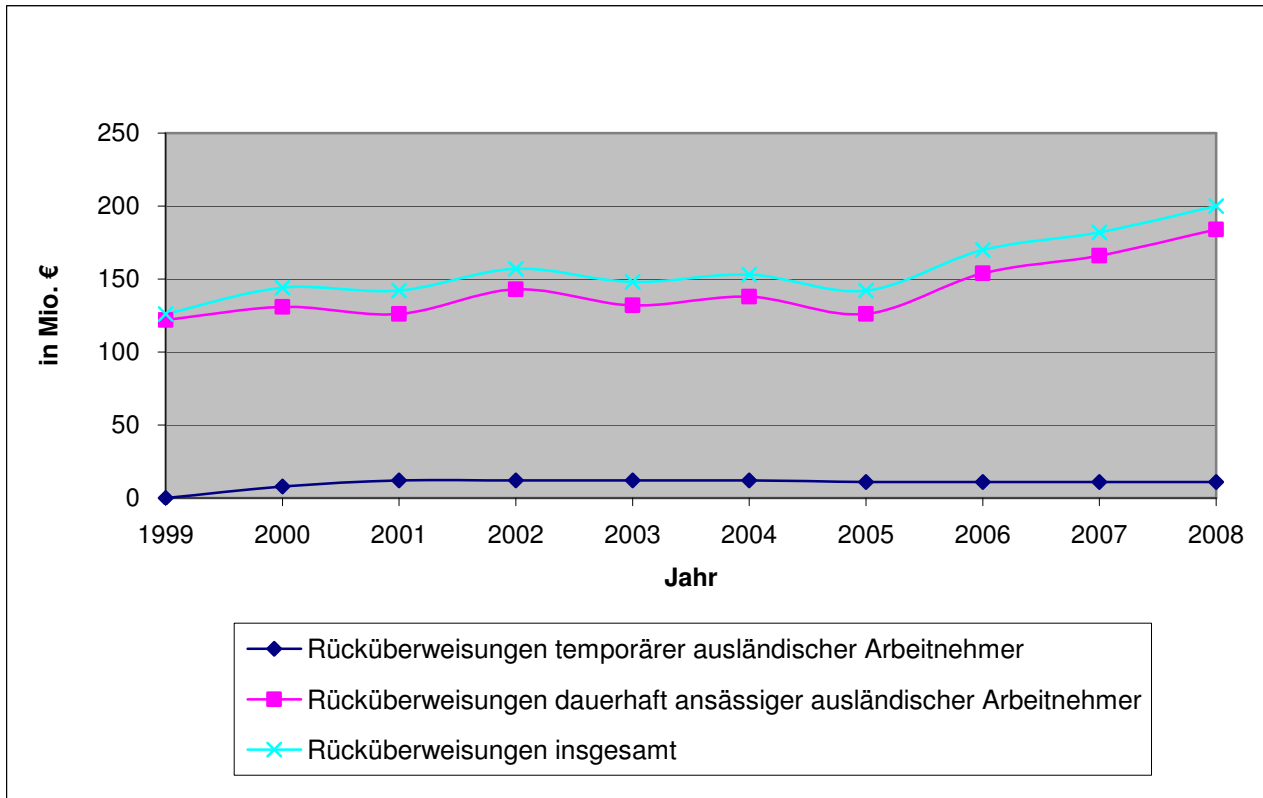


Quelle: Deutsche Bundesbank

Im Gegenteil zur rückläufigen Zahlenentwicklung im Falle der Geldsendungen in die Gastarbeiteranwerbeländer kann man einen Anstieg der Geldüberweisungen in die Entwicklungsregionen Asiens und Afrikas beobachten. So hat sich das Rücküberweisungsvolumen nach Afrika in den letzten zehn Jahren nahezu verdoppelt (vgl. Abbildung 7-7). Dabei spielen die Rücküberweisungen der dauerhaft in Deutschland ansässiger Zuwanderer eine bedeutende Rolle. Die Geldsendungen temporärer Arbeitsmigranten aus Afrika haben hingegen kaum Relevanz. Zwischen 1999 und 2008 haben sie die Schwelle von 25 Millionen Euro im Jahr nicht überschritten (vgl. Abbildung 7-7).

⁴¹⁷ Allerdings muss man bei der Beurteilung der Rücküberweisungsstatistiken in die Anwerbeländer die starken statistischen Verzerrungen beachten, da in den offiziellen Statistiken der Deutschen Bundesbank Rücküberweisungen der beachtlichen Zahl der eingebürgerten Zuwanderer türkischer, marokkanischer oder jugoslawischer Herkunft kaum Berücksichtigung finden. Zudem kann angenommen werden, dass ein gewichtiges Rücküberweisungsvolumen in diese Länder über informelle Kanäle erfolgt.

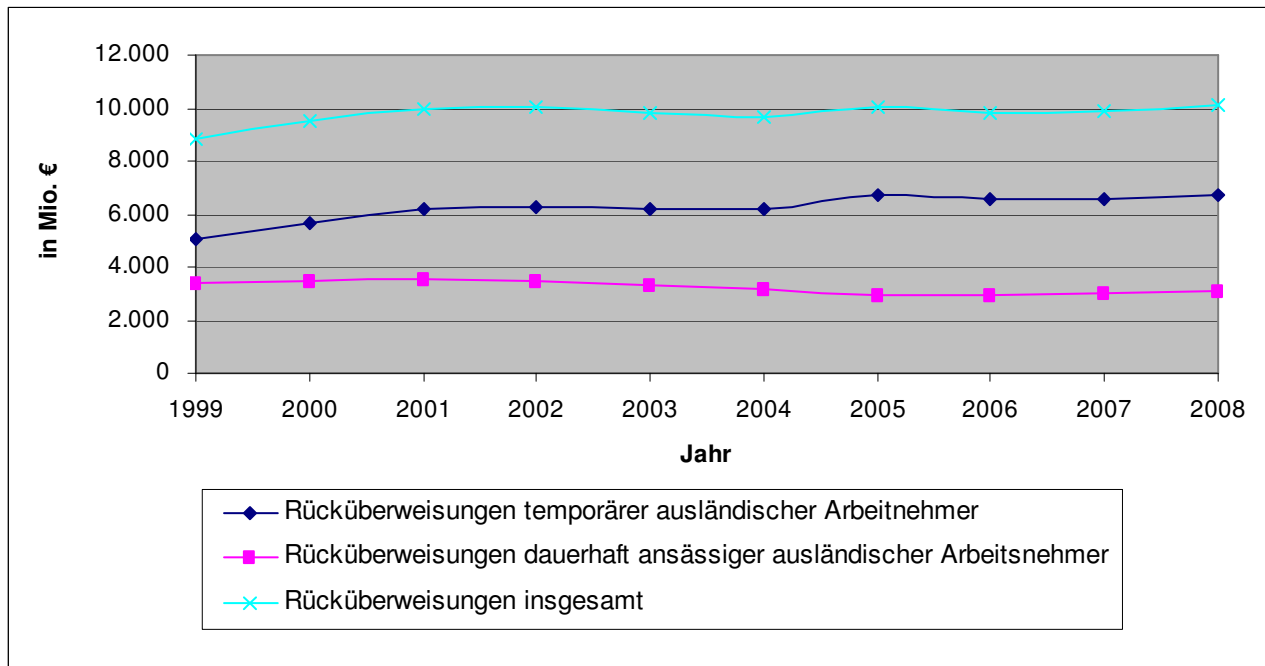
Abbildung 7-7: Rücküberweisungen aus Deutschland in afrikanische Staaten von 1999 bis 2008



Quelle: Deutsche Bundesbank

Die Entwicklung der Rücküberweisungszahlen aus der Bundesrepublik Deutschland ist in den letzten Jahren vor allem durch einen leichten Anstieg der Zahlungen temporärer Arbeitsmigranten aus den Staaten der Europäischen Union gekennzeichnet. Im selben Zeitraum stagnierten die Rücküberweisungen dauerhaft in Deutschland ansässiger Zuwanderer (vgl. Abbildung 7-8). Indessen nimmt das Rücküberweisungsverhalten der Zuwanderer aus den Entwicklungsregionen Asiens und Afrikas an Bedeutung zu, wohingegen die Geldsendungen von Zuwanderern aus den ehemaligen Gastarbeiteranwerbeländern zurückgehen.

Abbildung 7-8: Rücküberweisungen aus Deutschland insgesamt von 1999 bis 2008



Quelle: Deutsche Bundesbank

Die Rücküberweisungen werden von ihren Empfängern meist zu konsumtiven Zwecken und insbesondere für den Erwerb von Immobilien verwendet. Zudem wird in die gesundheitliche Versorgung oder Bildung der Angehörigen der erweiterten Familiennetzwerke investiert. Viel seltener wird Geld wegen besseren Sparmöglichkeiten in die Herkunftsländer überwiesen. Selten sind auch produktive Investitionen.⁴¹⁸ Die Erkenntnis, dass konsumtive Verwendung der Rücküberweisungen überwiegt, rief eine Diskussion über ihre Wirkungen auf die Ökonomien der Herkunftsländer hervor. In diesem Zusammenhang wurden sowohl positive als auch negative Effekte diskutiert. Zu den positiven Effekten zählen zum einen die Steigung der Zahlungsfähigkeit der Rücküberweisungsempfänger. Dies rege die Nachfrage nach lokalen Gütern an und erhöhe aller Wahrscheinlichkeit nach auch Einkommen und Beschäftigung jener Haushalte, die selbst keine Rücküberweisungen beziehen. Zum anderen wirken Rücküberweisungen aus makroökonomischer Sicht stabilisierend auf die Zahlungsbilanz der Entwicklungsländer.⁴¹⁹ Zu den negativen Effekten zählt aus makroökonomi-

⁴¹⁸ Die Forschung sieht einen Zusammenhang zwischen der Verwendung von Rücküberweisungen und den Rücküberweisungsmotiven von Migranten, vgl. Holst, E. and M. Schrooten (2006). "Migration and Money - What Determines Remittances? Evidence from Germany." German Institute for Economic Research. Discussion Papers 556. In der Literatur unterscheidet man altruistische, strategische Motive und die Motive, die sich der Logik des sozialen Austauschs unterordnen lassen. Empirische Studien zu Rücküberweisungen aus der Bundesrepublik Deutschland lassen eine Dominanz der altruistischen Motive vermuten. Demnach überweisen Migranten regelmäßig und unabhängig von ihrer ökonomischen Situation in Deutschland Geld an die zurückgebliebenen Mitglieder der erweiterten Familie. Siehe dazu beispielsweise eine Analyse der Rücküberweisungsmotive in die Türkei Akkoyunlu, S. and K. A. Kholodilin (2006). "What Affects the Remittances of Turkish Workers: Turkish or German Output?" German Institute for Economic Research. Discussion Papers 622.. Wichtig scheinen auch die Motive des sozialen Austausches innerhalb der transnationalen Familien zu sein. Holst, Schäfer und Schrooten finden heraus, dass die relative Position der Migranten im transnationalen Familiengefüge einen gewichtigen Einfluss auf das Rücküberweisungsverhalten der Migranten hat. Vgl. Holst, E., A. Schäfer, et al. (2008). "Gender, Migration, Remittances: Evidence from Germany." German Institute for Economic Research. SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research 111.

⁴¹⁹ Es wird angenommen, dass die Rücküberweisungen sich tendenziell antizyklisch verhalten. Gerade wenn die Ökonomien der Herkunftsländer Krisenzeiten erleben, unterstützen Migranten ihre zurückgebliebenen Familien und tragen hiermit zu ökonomischer Stabilität bei Van Dalen, H. P., G. Groenewold, et al. (2005). Remittances and their Effect on Emigration Intentions in Egypt, Morocco and Turkey. Amsterdam, Tinbergen

scher Sicht die Gefahr, dass massenhafter Devisenfluss in die Entwicklungsländer ungünstige Wechselkursänderungen hervorrufen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit dieser Länder einschränken könnte. Zu den negativen Auswirkungen gehören ferner inflationäre Preisentwicklungen auf lokalen Wohnungsmärkten, welche durch die höhere Zahlungsfähigkeit der Rücküberweisungsempfänger im Vergleich zur restlichen Bevölkerung verursacht würden.⁴²⁰ Generell wird in der Diskussion festgestellt, dass positive ökonomische Effekte von Rücküberweisungen umso größer sind, je besser die Ausgangslage des Empfängerlandes im entwicklungspolitischen Sinne ist.⁴²¹

In den Fokus der jüngsten Studien zur entwicklungspolitischen Bedeutung von Rücküberweisungen rücken nicht nur Fragen nach ihren ökonomischen Effekten, sondern auch nach Ihrem Einfluss auf die Entwicklung der Institutionen, wie etwa des Finanzsektors oder der nationalen und lokalen Verwaltungsstrukturen, bzw. der transparenten und legitimen Politikstrukturen. Werden Gelder von Migranten über offizielle Kanäle gesendet, wirken sie sich positiv auf die Entwicklung des Banken- und Finanzwesens aus.⁴²² Die Wirkung der Rücküberweisungen auf die politischen Systeme kann allerdings unter Umständen problematisch sein, da die Gelder das Kapital darstellen, welches meist für partikuläre politische Zwecke verwendet wird.⁴²³ Auch der Einfluss der Rücküberweisungen auf die Entwicklung der staatlichen Institutionen scheint nicht immer positiv zu sein. Eine aktuelle Studie des Internationalen Währungsfonds kommt etwa zu dem Ergebnis, dass in den Ländern mit einem hohen Anteil an Rücküberweisungen ein geringerer Anreiz für die Entwicklung staatlicher Institutionen, im Sinne der Korruptionsbekämpfung, Effektivität der Verwaltung und des Ausbaus von Rechtsstaatlichkeit bestehen.⁴²⁴

7.4 Rückwanderung, zirkuläre Migration und Diasporaengagement für die Entwicklung der Herkunftsländer

Neben den Rücküberweisungen sind es zwei weitere Felder, die das Handlungsfeld ‚Migration und Entwicklung‘ bestimmen: Das Entwicklungspotenzial der Rückkehrer und das Engagement der Diaspora. In bezug auf beide Themenfelder muss zunächst auf die Datensituation hingewiesen werden: Es gibt zwar Statistiken zur Rückkehr, Zirkulation oder Reintegration von Migranten, diese

Institut Discussion Paper, TI 2005 030/1: 38. Angesichts der gegenwärtigen anhaltenden Weltwirtschaftskrise wird diese Annahme allerdings relativiert. Vgl. dazu die Informationen der Weltbank.

<http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/NEWS/0,,contentMDK:22243070~pagePK:34370~piPK:34424~theSitePK:4607,00.html>

⁴²⁰ Für eine umfassende Übersicht zur Diskussion über die ökonomischen Effekte der Rücküberweisungen siehe Ambrosius, C., B. Fritz, et al. (2008). "Geldsendungen von Migranten - "Manna" für die wirtschaftliche Entwicklung?" GIGA Fokus 10.

⁴²¹ Vgl. dazu Zoch, B. (2007). das Entwicklungspotenzial von Migrantenüberweisungen. Fokus Entwicklungspolitik. Positionspapiere der KfW Entwicklungsbank.

⁴²² Einige Untersuchungen kamen etwa zum Ergebnis, dass Geldsendungen über formelle Kanäle vielen Haushalten einen besseren Zugang zum Finanzsystem verschaffen. Banken entwickeln zudem Finanzdienstleistungen, die auf die Rücküberweisungsempfänger ausgerichtet sind, wie etwa die Kreditierung des Kleinunternehmertums oder des Immobilienkaufs. Vgl. dazu Gupta, S., C. Pattillo, et al. (2007). "Impact of Remittances on Poverty and Financial Development in Sub-Saharan Africa." IMF Working paper 38. Im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und in Kooperation mit der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit hat die Frankfurter Schule für Finanzwesen ein Internetportal <http://www.geldtransfair.de/> eingerichtet. Mithilfe des Portals soll die Transparenz der Finanzdienstleistungsanbieter im Bereich der Rücküberweisungen erhöht werden und hiermit Anreize für Rücküberweisungen über offizielle Kanäle gesetzt werden.

⁴²³ Vgl. dazu Cassanelli, L. (2001). "Diaspora und Entwicklung. Potenziale und Grenzen des diasporagestützten Entwicklungswegs." epd-Entwicklungspolitik 23/24.

⁴²⁴ Vgl. dazu Abdi, Y., R. Chami, et al. (2008). "Remittances and Institutions: Are remittances a Curse?" IMF Working paper 29.

sind jedoch problembehaftet, da die Erfassung weder im Ziel- noch im Herkunftsland für prioritär erachtet wird.⁴²⁵ Das Engagement der Diaspora kann ebenfalls nicht zahlenmäßig erfasst werden, da sowohl die Zahl der Migrantenorganisationen, die oftmals informell arbeiten, als auch deren Aktivitäten einer großen Fluktuation unterliegen und nicht verzeichnet werden.

Die entwicklungspolitische Wirkung von Rückwanderung wird vor allem in bezug auf die Abwanderung der Hochqualifizierten aus den Herkunftsländern thematisiert.⁴²⁶ Von Beginn an konkurrierten in dieser Diskussion zwei gegensätzliche Argumentationslinien: Die erste Position vertritt die Ansicht, dass die Abwanderung den Ökonomien der Herkunftsländer schade. Abwanderung der Qualifizierten senke den Wohlstand der weniger mobilen Bevölkerung. Die zweite Position geht davon aus, dass die Abwanderung den Herkunftsländern nütze. Die Abwanderung von Arbeitskräften, die von den jeweiligen Arbeitsmärkten nicht absorbiert werden können, führe zur besseren Selbstregulation der Lohnentwicklung in den Entwicklungsländern und würde dadurch das allgemeine Beschäftigungsniveau erhöhen.

Empirische Studien der letzten Jahre unterstrichen insbesondere negative Effekte der Abwanderung von Intelligenz. So haben laut einer 2006 veröffentlichten Analyse zehn afrikanische Länder mehr als 40% ihrer Arbeitskräfte mit Universitäts- oder Fachabschluss durch Abwanderung in OECD-Staaten verloren.⁴²⁷ Generell stellt man fest, dass die Abwanderung von Personal die Volkswirtschaften insbesondere kleinerer Länder schwäche. Zu den negativen Effekten zählen zudem das Phänomen einer systematischen Überqualifizierung. In Ländern, in denen die Abwanderung von Intelligenz besonders hoch ist, entscheiden sich immer mehr Menschen für einen höheren Bildungsabschluss, denen jedoch nicht immer die Möglichkeit der Abwanderung offen steht. Bei Übersättigung des Arbeitsmarkts der Herkunftsländer entsteht das Phänomen der hochqualifizierten Arbeitslosigkeit. Die hohen Ausbildungskosten werden in Folge nicht durch den entsprechenden volkswirtschaftlichen Nutzen gedeckt.⁴²⁸

⁴²⁵ Vgl. Haug, S. (2001). "Bleiben oder Zurückkehren? Zur Messung, Erklärung und Prognose der Rückkehr von Immigranten in Deutschland." Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 26(2): 231-270. und Kreienbrink, A. (2006). Freiwillige und zwangsweise Rückkehr von Drittstaatsangehörigen aus Deutschland. Rückkehr aus Deutschland. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Das Ausländerzentralregister verzeichnet zwar den Fortzug von Migranten, gibt jedoch keine Auskunft über das Ziel der Abwanderung. Auch melden sich nicht alle Ausländer bei Fortzug verlässlich bei den für sie zuständigen Ausländerbehörden ab. Fortzüge werden nur nach Nationalitäten verzeichnet, nicht jedoch nach dem Fortzugsgrund. Auch zwischen der Abwanderung von Arbeitsmigranten, Studenten, Hochqualifizierten, Unternehmern, Flüchtlingen oder irregulären bzw. abgeschobenen Migranten kann in der Statistik nicht unterschieden werden. Vgl. hierzu Kapitel 1.

⁴²⁶ Um die negativen Effekte der Abwanderung zu mildern, wurden in Deutschland schon ab den 1970er Jahren Maßnahmen zur flankierenden Unterstützung von Rückkehrern angeboten. Das Spektrum der Maßnahmen bilden, Rückführungs- und Reintegrationsmaßnahmen wie etwa das Programm 'Rückkehrende Fachkräfte', die im Auftrag des BMZ vom Zentrum für Internationale Migration durchgeführt wird. In diesem Bereich herrscht eine Arbeitsteilung zwischen den Ressorts vor. Während im Aufgabenbereich des BMZs hochqualifizierte Rückkehrer unterstützt werden, fördert das Bundesinnenministerium und die Bundesländer Rückkehrergruppen, die während ihrer Wanderungserfahrung tendenziell weniger ökonomische Ressourcen akkumulieren konnten und niedrigere Qualifikationen haben. Die Rückkehrpolitik der Bundesrepublik Deutschland hat im Laufe der Zeit wechselnde Ausrichtungen erfahren. Zunächst waren entwicklungspolitische, dann arbeitsmarktpolitische und schließlich flüchtlingsorientierte Ansätze im Vordergrund. Im Rahmen des neuen Diskurses um Migration und Entwicklung erfahren entwicklungsförderliche Instrumente einen Aufschwung.

⁴²⁷ Marfouk, A. (2007). Africa Brain Drain: Scope and Determinants. The African Brain Drain - Managing the Drain: Working with the Diaspora. Tripoli, University of Brussels (ULB), Belgium.

⁴²⁸ Stark, O. and S. C. Fan (2007). Losses and Gains to Developing Countries from the Migration of Educated Workers: An Overview of Recent Research, and New Reflections. Analytical Report, MIREM - AR. San Domenico di Fiesole, European University Institut.

Der Diskurs ‚Migration und Entwicklung‘ spricht jedoch nicht nur die negativen Folgen der Abwanderung an.⁴²⁹ Er entdeckt auch positive Neben- oder Langzeiteffekte. Die Rückkehr von Intelligenz, in der Literatur auch als *brain gain* bezeichnet, gehört zu den bekanntesten positiven Langzeitfolgen der Abwanderung. Es wird beobachtet, dass qualifizierte und hochqualifizierte Rückkehrer auf dem Arbeitsmarkt besonders erfolgreich sind und dass unter den Rückkehrern die Quote der Selbstständigen besonders hoch ist.⁴³⁰ Dabei verfügen die hochqualifizierten Rückkehrer über Wissen und Kontakte, die sie während ihrer akademischen bzw. beruflichen Karriere im Zielland akkumulieren konnten und entsprechend gewinnbringend einsetzen.⁴³¹ Die Kritiker dieser optimistischen Sichtweise auf Rückwanderung gehen davon aus, dass die tatsächlichen volkswirtschaftlichen Effekte der Rückkehr bei Weitem überschätzt werden.⁴³² Die Effekte hängen vor allem mit der Infrastruktur im Herkunftsland zusammen: damit die Rückkehrer sich in ihrer Heimat entfalten und entwickeln können, müssen umfassende soziale, wirtschaftliche und politische Bedingungen vorhanden sein. So ist der Einsatz der Rückkehrer in sich schnell entwickelnden Ländern – wie etwa Indien oder China - ausgesprochen effektiv, während sich die Rückkehrer in den Ländern mit eingeschränkter Staatlichkeit, gravierenden Wirtschaftsproblemen und sozialen Konflikten als Akteure des Wandels kaum bemerkbar machen können.⁴³³

Am Beispiel Ghanas können die Effekte dieser Rückkehrprozesse in den Herkunftsländern veranschaulicht werden. Nach Deutschland sind Ghanaer in den 1960er und 1970er Jahren meist für Studien- bzw. Forschungsaufenthalte gekommen, in den 1980ern hauptsächlich als Flüchtlinge oder im Rahmen des Familiennachzugs.⁴³⁴ In den 1990er Jahren sind die Akademiker vielfach zurückgewandert, da sie relativ schwer Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt fanden. Zusätzlich war für sie das vertraute soziale Gefüge in den Herkunftsländern sowie eine attraktive berufliche Karriere, die mit hoher sozialer Anerkennung einherging, ein zentrales Motiv für die Rückkehr. Die zurückgekehrten Migranten haben sich in Ghana für den Staatsbildungsprozess eingesetzt. Da sie oft Stellen an Schlüsselpositionen sowohl des öffentlichen als auch des privaten Sektors eingenommen haben, trugen sie zur demokratischen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes bei.⁴³⁵

Als Lösung des Abwanderungsproblems, das durch die Abwerbung von qualifizierten Arbeitskräften aus Entwicklungsländern durch Industrieländer entsteht, erfährt das Konzept der zirkulären Migration im aktuellen Diskurs ein besonderes Interesse. In der jüngsten Debatte hat sich statt einer Forderung der Rückkehr von hochqualifizierten Migranten die Idee einer zeitweisen Rückkehr und einem Pendeln zwischen dem Herkunfts- und Aufnahmeland etabliert. Insbesondere für die Länder, in welche eine permanente Rückkehr nicht attraktiv erscheint, gelten solche Wanderungs-

⁴²⁹ Vgl. dazu Laaser, M. (2008). "Rückkehr und Entwicklung - Folgen von Rückkehr im Herkunftsland." COMCAD Arbeitspapiere - Working papers 36.

⁴³⁰ Commander, S., M. Kangasniemi, et al. (2003). "The Brain Drain: Curse or Boon?" IZA Discussion Paper 809.

⁴³¹ Müller, C. M. (2007). Zur Bedeutung von Remigranten für Innovationsprozesse in China. Eine theoretische und empirische Analyse. Frankfurt am Main, Peter Lang.

⁴³² Schiff, M. (2005). "Brain Gain: Claims about Its Size and Impact on Welfare and Growth Are Greatly Exaggerated." IZA Discussion Paper 1599.

⁴³³ Skeldon, R. (2008). "International Migration as a Tool in Development Policy: A Passing Phase?" *Population and Development Review* 34(1): 1 - 18.

⁴³⁴ Schmelz, A. (2009). Die ghanaische Diaspora in Deutschland. Ihr Beitrag zur Entwicklung Ghanas. GTZ. Eschborn, GTZ.

⁴³⁵ Ammassari, S. (2004). "From Nation-Building to Entrepreneurship: The Impact of Elite Return Migrants in Côte d'Ivoire and Ghana." *Population, Space and Place* 10: 133-154.; Martin, J. (2005). Been-To. Burger. Transmigranten? Zur Bildungsmigration von Ghananern und ihrer Rückkehr aus der Bundesrepublik Deutschland. Münster, Lit.

formen wie Zirkulation von Intelligenz („*brain circulation*“) – Wissensaustausch durch Pendelmigration von Qualifizierten - als sinnvoll.⁴³⁶ Dabei müssen sich Migranten nicht für eine endgültige Rückkehr entscheiden, sondern können ihre Geschäftsideen im Herkunftsland ausprobieren, zeitweise dort beschäftigt sein oder eine Vermittlungsposition einnehmen und andere zu Investitionen dort motivieren bzw. Wissen und Erfahrungen vermitteln.

In der gegenwärtigen öffentlichen Diskussion wird mehrfach angenommen, dass viele hochqualifizierte Migranten in Deutschland an einer temporären Rückkehr nicht interessiert sind, da sie grundsätzlich nach einem halben Jahr im Ausland ihren Aufenthaltsstatus verlieren. Dieser relativ kurze Zeitraum ermöglicht eine berufliche Orientierung im Herkunftsland nur bedingt, so dass die jetzt neu verabschiedeten Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zum Aufenthaltsgesetz (soweit zwischenstaatliche Vereinbarungen bestehen und nach gebundenem Ermessen) eine Auslandsaufenthaltssdauer von maximal zwei Jahren ohne Verlust des Aufenthaltstitels vorsehen, um die sog. „outward mobility“ zu ermöglichen.⁴³⁷ Allerdings gibt es insgesamt wenige empirische Studien, die diesen Zusammenhang untersucht haben, was auch auf andere Aspekte der zirkulären Migration zutrifft. Insbesondere wurden die Effekte von Abwanderung bzw. des Pendelns von un- oder gering qualifizierten Migranten bisher nicht thematisiert.

Das Engagement der Diaspora besetzt einen prominenten Platz im Handlungsfeld ‚Migration und Entwicklung‘, da Diasporas bedeutende Beiträge zur Entwicklung ihres Herkunftslandes leisten können. Dies geschieht beispielsweise durch finanzielle Transfers, die als sogenannte ‚kollektive Rücküberweisungen‘ beispielsweise von Migrantenorganisationen gesammelt und meist für gemeinnützige Zwecke oder für größere produktive Investitionen eingesetzt werden. Migrantenorganisationen werden insofern als Akteure der Entwicklungsförderung betrachtet. Auch diese Ansicht ist relativ neu, denn bis in die 1990er Jahre hinein überwog in der entwicklungsorientierten Migrationsforschung der Diskurs, dass lediglich die Migranten zu Akteuren der Entwicklung werden, die in ihre Heimat zurückkehren.⁴³⁸

Ein wichtiger Bereich, in dem sich die entwicklungspolitischen Auswirkungen von Diasporaengagement im Herkunftsland zeigen können, sind ökonomische Aktivitäten der Migranten in diesen Ländern. Ökonomisch erfolgreiche Migranten investieren häufig in ihren Herkunftsländern oder sind bereit interessierten Unternehmern dort Wagniskapital zur Verfügung stellen. Dabei machen die neuesten Untersuchungen deutlich, dass lediglich solche Migranten, die besser ausgebildet sind, die sich im Einwanderungsland ökonomisch etabliert haben und einen sicheren Aufenthalts-

⁴³⁶ Mahroum, S., C. Elbridge, et al. (2006). "Transnational Diaspora Options: How Developing Countries Could Benefit from their Emigrant Populations." *International Journal on Multicultural Societies* 8(1): 25 - 43.

⁴³⁷ Der Begriff der „outward mobility“ wurde auf EU-Ebene im Rahmen der Entwicklung von Ratsschlussfolgerungen zum Gesamtansatz in der Migrationsfrage und zu Fragen der zirkulären Migration geprägt (vgl. Ratsschlussfolgerung vom 10.12.2007 (Dok. 16283/07). Unter zirkulärer Migration wird in diesem Ratsdokument eine befristete legale Migration zwischen einem oder mehr Mitgliedstaaten und bestimmten Drittstaaten verstanden, sei es von Drittstaatsangehörigen, die eine legale Beschäftigung in der EU aufnehmen (inward mobility), oder von legal in der EU ansässigen Drittstaatsangehörigen, die in ihr Herkunftsland gehen (outward mobility). Die einschlägige Verwaltungsvorschrift zu § 51 Abs. 4, 2. Alternative AufenthG lautet: „Ein Regelanspruch nach Absatz 4, 2. Alt. besteht auch dann, wenn der Aufbau und das Unterhalten von Geschäftsbeziehungen oder Beschäftigungsverhältnissen im Ausland nach Maßgabe zwischenstaatlicher Vereinbarungen der Bundesrepublik Deutschland mit Aufenthaltsstaaten deren wirtschaftlicher Entwicklung dienen und daher im Interesse der Bundesrepublik liegen.“

⁴³⁸ Vgl. Portes, A., C. Escobar, et al. (2007). "Immigrant Transnational Organizations and Development: A Comparative Study." *International Migration Review* 41(1): 242 - 281. Die Gesellschaft für technische Zusammenarbeit hat ferner in einer laufenden Reihe Studien zu einzelnen Diasporagemeinden in Deutschland und deren entwicklungspolitisches Potenzial herausgegeben.

status haben, genügend Ressourcen aufweisen, um sich an Direktinvestitionen zu beteiligen.⁴³⁹ Die Bedeutung von Migranten als Direktinvestoren oder Investitionsvermittler sollte man dennoch nicht überschätzen. Auch Migranten verhalten sich rational und investieren nicht in die Volkswirtschaften, die aufgrund der politischen Situation oder fehlender Infrastruktur instabil sind. Deshalb bleiben gerade in den ärmsten der armen Länder die Migranteninvestitionen gering.⁴⁴⁰

Auf der anderen Seite können sich Migranten aber auch an Projekten beteiligen, die nicht gewinnorientiert sind, und etwa Infrastrukturmaßnahmen oder Demokratisierungsbemühungen in ihren Herkunftsländern unterstützen. Das ehrenamtliche Engagement und der Transfer von Wissen, z.B. durch Hochschulkooperationen, spielen ferner eine große Rolle. Wohltätigkeitsprojekte der Migrantenvereine bringen eine breite Variationspalette in die entwicklungspolitische Landschaft ein. Mal werden Krankenhäuser durch aussortierte deutsche Krankenhausbetten ausgestattet, mal wird der Bildungsaufstieg einzelner benachteiligter Gruppen im Herkunftsland gefördert, mal wird der Bau eines Abwassersystems im Herkunftsdorf finanziert. Von diesen Unternehmungen profitieren nicht nur die zurückgebliebenen Familienmitglieder der Migranten, sondern auch ärmere und nicht mobile Bevölkerungsgruppen. Allerdings ist hierbei zu berücksichtigen, dass Migrantenorganisationen in ihrem Engagement oft partikulare Interessen verfolgen und dass sie in der Ausrichtung der Projekte soziale Gruppen bevorzugen, denen sie selbst zugehören, beispielsweise ihre Dorfgemeinschaften im Heimatland, Menschen ihrer Stammesherkunft, Ethnie oder Glaubensgemeinschaften.⁴⁴¹

Einzelne Fallstudien zu sozialer Zusammensetzung der Diasporagemeinen in Deutschland belegen, dass Diaspora- bzw. Migrantenorganisationen keinesfalls homogen sind. Viele dieser Vereine sind sogenannte Solidaritätsorganisationen, bei denen die Traditionspflege, der Zusammenhalt sowie die soziale Integration im Einwanderungsland und nicht das Engagement im Herkunftsland im Vordergrund stehen. Beispielsweise ist bei zwei wichtigen afrikanischen Diasporagemeinden in Deutschland – der kamerunischen und der marokkanischen – zu beobachten, dass Migranten mit temporären bzw. unsicheren Aufenthaltstiteln sich weniger engagieren, da ihnen häufig nur eingeschränkte ökonomische und soziale Ressourcen zur Verfügung stehen. Auch ältere Migranten organisieren sich häufig lediglich in informellen Zusammenschlüssen, da sie wenig Erfahrung und Kenntnisse in der bürokratischen Vereinsarbeit haben.⁴⁴² Generell gilt die Annahme, dass besser situierte und intergrierte Migranten mehr ökonomisches Potenzial, bessere Kontakte im Einwanderungs- und im Herkunftsland und einen höheren Organisationsgrad aufweisen und hiermit mehr Kapazitäten haben, sich kollektiv in den Herkunftsländern zu engagieren.⁴⁴³

Im Vordergrund der aktuellen Forschung steht die Frage nach der Nachhaltigkeit des Engagements, da bislang ungeklärt ist, wie sich die wesentlich integrierte zweite und dritte Generation der

⁴³⁹ Vgl. beispielsweise Schmelz, A. (2007). Die kamerunische Diaspora in Deutschland. Ihr Beitrag zur Entwicklung Kameruns. GTZ. Eschborn.

⁴⁴⁰ Baraulina, T. and K. Borchers (2008) "Wer migriert, der entwickelt? Bedingungen und Formen des entwicklungspolitischen Engagements von Diaspora." DOSSIER Migration & Entwicklung http://www.migration-boell.de/web/migration/46_1908.asp

⁴⁴¹ Vgl. Schüttler, K. (2007). Die marokkanische Diaspora in Deutschland. Ihr Beitrag zur Entwicklung Marokkos. GTZ. Eschborn.

⁴⁴² Vgl. dazu Sieveking, N., M. Fauser, et al. (2008). "Gutachten zum entwicklungspolitischen Engagement der in NRW lebenden MigrantInnen afrikanischer Herkunft." COMCAD Arbeitspapiere 38. oder Baraulina, T., K. Borchers, et al. (2008). "Afrikanische Einwanderung nach Deutschland – Abwanderung von Intelligenz, Entwertung von Qualifikationen, Folgen für die Herkunftsländer?" Sozialwissenschaftlicher Fachinformationssdienst (soFid). Migration und ethnische Minderheiten 2008(2): 11-37.

⁴⁴³ Vgl. Portes, A., C. Escobar, et al. (2007). "Immigrant Transnational Organizations and Development: A Comparative Study." International Migration Review 41(1): 242 - 281.

Einwanderer engagiert. Eine GTZ-Studie über die marokkanische Diaspora zeigt beispielsweise, dass diese Generation weniger in Immobilien, vielmehr aber in innovative Unternehmungen im Heimatland der Eltern bzw. Großeltern investiert.⁴⁴⁴

Wichtige institutionelle Akteure der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, beispielsweise die Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ), installieren Programme, um die entwicklungspolitischen Aktivitäten der Diaspora zu unterstützen.⁴⁴⁵ Eine Förderung des Engagements findet ferner nicht nur im Einwanderungskontext statt, sondern auch in den Herkunftsländern. Einige Regierungen in Entwicklungsländern haben die große Bedeutung der Auswanderer für ihre wirtschaftliche Entwicklung erkannt und werben gezielt in der Diaspora um Unterstützung für entwicklungspolitische Projekte oder bieten Investitionsmöglichkeiten in z.B. Altersvorsorgeanlagen oder Krankenversicherungen, welche Rücküberweisungen anziehen sollen. Auf den Philippinen gibt es beispielsweise schon seit den 1970er Jahren staatliche Organisationseinheiten, die sich der Vermittlung philippinischer Arbeiter im Ausland sowie deren Schutz und Rechte annehmen.⁴⁴⁶ Im Jahr 1980 wurde dort ein für Diaspora zuständiges Ministerium eingerichtet, das die Verbindungen zu den Migranten im Ausland aufrecht erhalten sowie den Wissensaustausch forcieren soll.⁴⁴⁷

Die Migrationspolitiken der Einwanderungsländer können heutzutage in der Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern positive Auswirkungen der Migration verstärken und Potenziale der Migranten sowohl für die Einwanderungs- als auch für die Herkunftsländer hervorheben. Die momentan auf EU- sowie bi-nationaler Ebene angestrebten Mobilitätspartnerschaften geben wichtige Impulse in dieser Richtung.

⁴⁴⁴ Schüttler, K. (2007). Die marokkanische Diaspora in Deutschland. Ihr Beitrag zur Entwicklung Marokkos. GTZ. Eschborn.

⁴⁴⁵ Vgl. GTZ (2004). Kooperation mit der Diaspora. Ein neuer Weg für die internationale Zusammenarbeit. Eschborn. Ansätze zur Förderung des Diasporaengagements in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit sind die Kanalisierung der Rücküberweisungen, die Unterstützung der Zirkulation von Intelligenz sowie die Förderung von Projekten von einzelnen Migrantenselbstorganisation.

⁴⁴⁶ Etling, S. (2008). Die philippinische Diaspora. Ihr Beitrag zur Entwicklung der Philippinen. GTZ. Eschborn.

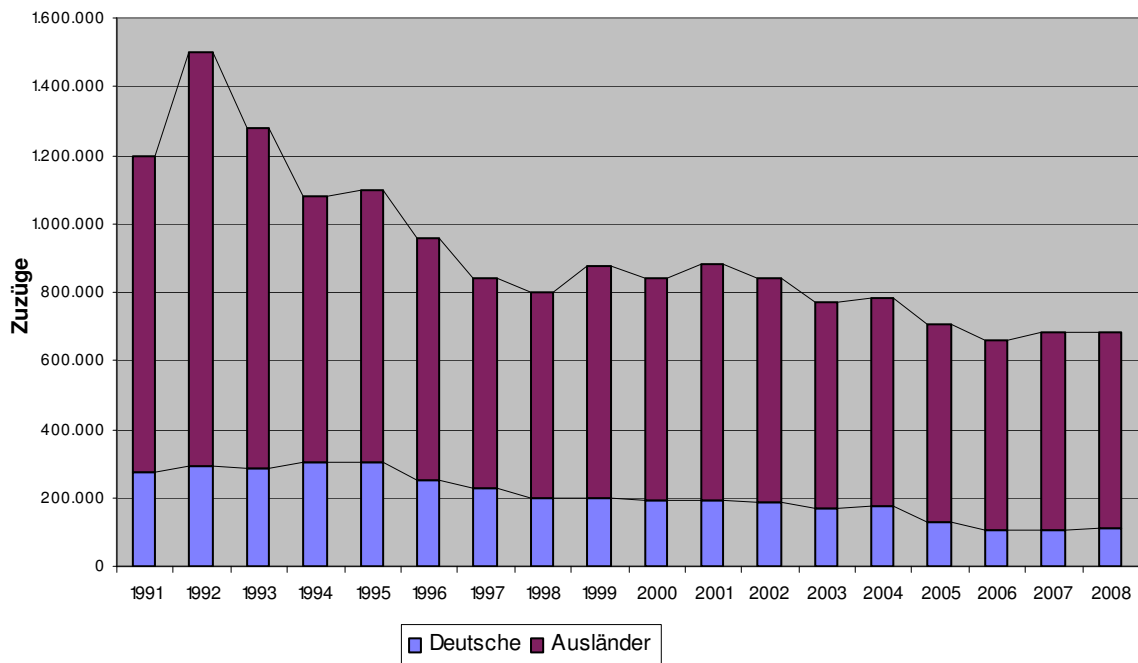
⁴⁴⁷ Das BMZ arbeitet mit Hilfe der GTZ daran, Regierungen in Herkunftsländer in Bezug auf ihre Migrationspolitik zu beraten und Investitionsmöglichkeiten wie Krankenversicherungen zu schaffen, die für Migranten von hoher Attraktivität sind.

Anhang: Tabellen und Abbildungen

1. Überblick über das Migrationsgeschehen in Deutschland

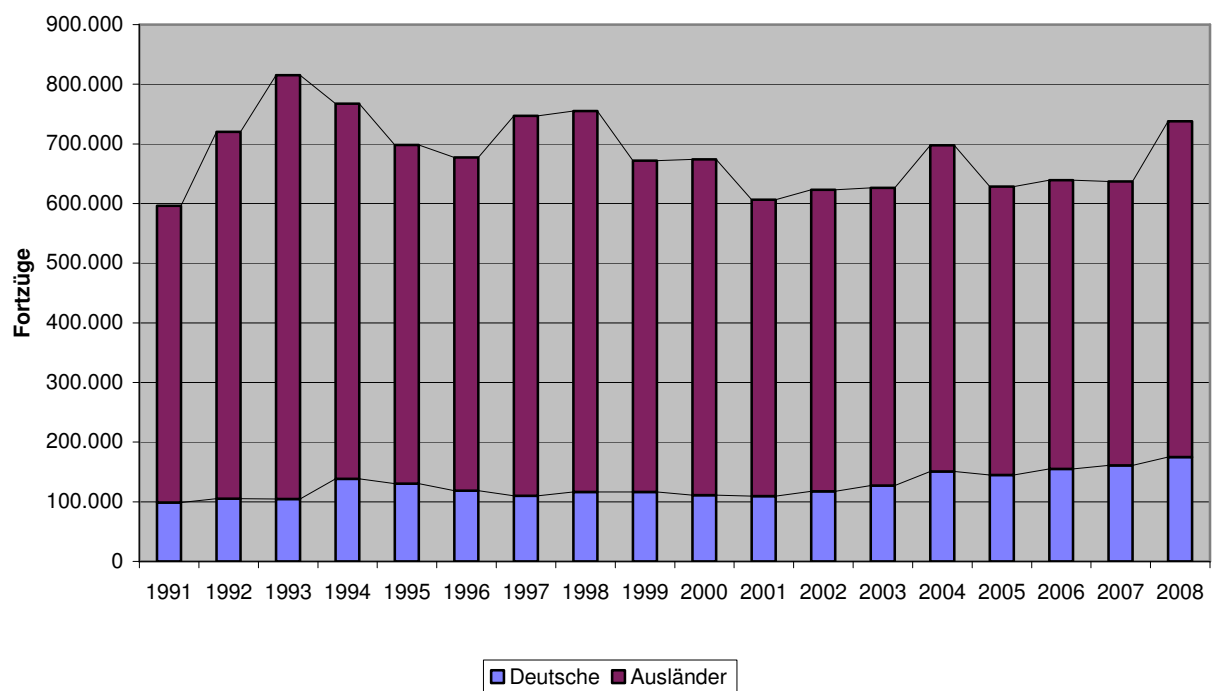
1.2 Migrationsgeschehen insgesamt

Abbildung 1-17: Zuzüge von Deutschen und Ausländern von 1991 bis 2008



Quelle: Statistisches Bundesamt

Abbildung 1-18: Fortzüge von Deutschen und Ausländern von 1991 bis 2008



Quelle: Statistisches Bundesamt

Tabelle 1-6: Wanderungen zwischen Deutschland¹ und dem Ausland von 1950 bis 2008

Jahr	Zuzüge			Fortzüge			Saldo		
	Insgesamt	Ausländer	Deutsche	Insgesamt	Ausländer	Deutsche	Insgesamt	Ausländer	Deutsche
1950	96.140	-	-	78.148	-	-	+17.992	-	-
1951	88.349	-	-	126.071	-	-	-37.722	-	-
1952	88.089	-	-	135.796	-	-	-47.707	-	-
1953	101.599	-	-	122.264	-	-	-20.665	-	-
1954	111.490	46.853	64.637	136.212	28.831	107.381	-24.722	+18.022	-42.744
1955	127.921	60.368	67.553	136.977	35.548	101.429	-9.056	+24.820	-33.876
1956 ²	159.086	82.505	76.581	168.101	48.221	119.880	-9.015	+34.284	-43.299
1957	200.142	107.418	92.724	173.171	59.292	113.879	+26.971	+48.126	-21.155
1958	212.520	118.282	94.238	161.865	64.011	97.854	+50.655	+54.271	-3.616
1959	227.600	145.919	81.681	178.864	80.630	98.234	+48.736	+65.289	-16.553
1960	395.016	317.685	77.331	218.574	124.441	94.133	+176.442	+193.244	-16.802
1961	489.423	411.069	78.354	266.536	181.524	85.012	+222.887	+229.545	-6.658
1962	566.465	494.481	71.984	326.339	247.682	78.657	+240.126	+246.799	-6.673
1963	576.951	505.763	71.188	426.767	348.122	78.645	+150.184	+157.641	-7.457
1964	698.609	625.484	73.125	457.767	371.448	86.319	+240.842	+254.036	-13.194
1965	791.737	716.157	75.580	489.503	412.704	76.799	+302.234	+303.453	-1.219
1966	702.337	632.496	69.841	608.775	535.235	73.540	+93.562	+97.261	-3.699
1967	398.403	330.298	68.105	604.211	527.894	76.317	-205.808	-197.596	-8.212
1968	657.513	589.562	67.951	404.301	332.625	71.676	+253.212	+256.937	-3.725
1969	980.731	909.566	71.165	436.685	368.664	68.021	+544.046	+540.902	+3.144
1970	1.042.760	976.232	66.528	495.675	434.652	61.023	+547.085	+541.580	+5.505
1971	936.349	870.737	65.612	554.280	500.258	54.022	+382.069	+370.479	+11.590
1972	852.549	787.162	65.387	568.610	514.446	54.164	+283.939	+272.716	+11.223
1973	932.583	869.109	63.474	580.019	526.811	53.208	+352.564	+342.298	+10.266
1974	601.013	538.574	62.439	635.613	580.445	55.168	-34.600	-41.871	+7.271
1975	429.064	366.095	62.969	652.966	600.105	52.861	-223.902	-234.010	+10.108
1976	476.286	387.303	88.983	569.133	515.438	53.695	-92.847	-128.135	+35.288
1977	522.611	422.845	99.766	505.696	452.093	53.603	+16.915	-29.248	+46.163
1978	559.620	456.117	103.503	458.769	405.753	53.016	+100.851	+50.364	+50.487
1979	649.832	545.187	104.645	419.091	366.008	53.083	+230.741	+179.179	+51.562
1980	736.362	631.434	104.928	439.571	385.843	53.728	+296.791	+245.591	+51.200
1981	605.629	501.138	104.491	470.525	415.524	55.001	+135.104	+85.614	+49.490
1982	404.019	321.682	82.337	493.495	433.268	60.227	-89.476	-111.586	+22.110
1983	354.496	273.252	81.244	487.268	424.913	62.355	-132.772	-151.661	+18.889
1984	410.387	331.140	79.247	604.832	545.068	59.764	-194.445	-213.928	+19.483
1985	480.872	398.219	82.653	425.313	366.706	58.607	+55.559	+31.513	+24.046
1986	567.215	478.348	88.867	407.139	347.789	59.350	+160.076	+130.559	+29.517
1987	591.765	472.336	119.429	398.518	333.984	64.534	+193.247	+138.352	+54.895
1988	860.578	647.534	213.044	419.439	358.941	60.498	+441.139	+288.593	+152.546
1989	1.133.794	766.945	366.849	539.832	438.082	101.750	+593.962	+328.863	+265.099
1990	1.256.250	835.702	420.548	574.378	465.470	108.908	+681.872	+370.232	+311.640

1991	1.198.978	925.345	273.633	596.455	497.540	98.915	+602.523	+427.805	+174.718
1992	1.502.198	1.211.348	290.850	720.127	614.956	105.171	+782.071	+596.392	+185.679
1993	1.277.408	989.847	287.561	815.312	710.659	104.653	+462.096	+279.188	+182.908
1994	1.082.553	777.516	305.037	767.555	629.275	138.280	+314.998	+148.241	+166.757
1995	1.096.048	792.701	303.347	698.113	567.441	130.672	+397.935	+225.260	+172.675
1996	959.691	707.954	251.737	677.494	559.064	118.430	+282.197	+148.890	+133.307
1997	840.633	615.298	225.335	746.969	637.066	109.903	+93.664	-21.768	+115.432
1998	802.456	605.500	196.956	755.358	638.955	116.403	+47.098	-33.455	+80.553
1999	874.023	673.873	200.150	672.048	555.638	116.410	+201.975	+118.235	+83.740
2000	841.158	649.249	191.909	674.038	562.794	111.244	+167.120	+86.455	+80.665
2001	879.217	685.259	193.958	606.494	496.987	109.507	+272.723	+188.272	+84.451
2002	842.543	658.341	184.202	623.255	505.572	117.683	+219.288	+152.769	+66.519
2003	768.975	601.759	167.216	626.330	499.063	127.267	+142.645	+102.696	+39.949
2004 ³	780.175	602.182	177.993	697.633	546.966	150.667	+82.542	+55.216	+27.326
2005	707.352	579.301	128.051	628.399	483.584	144.815	+78.953	+95.717	-16.764
2006	661.855	558.467	103.388	639.064	483.774	155.290	+22.791	+74.693	-51.902
2007	680.766	574.752	106.014	636.854	475.749	161.105	+43.912	+99.003	-55.091
2008	682.146	573.815	108.331	737.889	563.130	174.759	-55.743	+10.685	-66.428

Quelle: Statistisches Bundesamt

1) Bis 1990 Bundesrepublik Deutschland (Früheres Bundesgebiet), ab 1991 Gesamtdeutschland.

2) Bis einschließlich 1956 ohne Saarland.

3) Überhöhte Wanderungszahlen deutscher Personen aufgrund von statistischen Korrekturen im Land Hessen.

1.3 Herkunfts- und Zielländer

Tabelle 1-7: Zuzüge über die Grenzen Deutschlands nach Herkunftsländern von 1991 bis 2008

Herkunftsland	1991 ¹	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Europa²	985.870	1.163.538	942.518	755.936	762.772	644.373	553.772	550.638	611.545	566.406	583.567	567.014	520.256	530.008	510.390	479.783	501.413	494.968
<i>dar. Deutsche</i>	<i>230.801</i>	<i>155.306</i>	<i>153.773</i>	<i>148.034</i>	<i>152.792</i>	<i>126.343</i>	<i>114.905</i>	<i>108.204</i>	<i>112.852</i>	<i>106.595</i>	<i>109.985</i>	<i>108.285</i>	<i>98.175</i>	<i>90.113</i>	<i>77.761</i>	<i>63.397</i>	<i>68.287</i>	<i>70.843</i>
EU-Staaten³	173.190	166.910	163.143	185.442	204.613	201.417	180.432	167.197	169.267	165.203	157.709	131.004	133.167	316.596	334.900	337.940	366.981	392.642
Albanien	3.629	6.543	4.825	1.693	1.536	1.350	2.123	1.682	2.082	1.323	1.446	1.498	1.515	1.268	1.121	973	930	900
Belgien	4.521	4.445	4.386	4.395	4.518	4.688	4.742	4.587	4.675	4.583	4.703	4.439	4.291	4.349	4.267	4.115	4.198	4.428
Bosnien-Herzeg.	-	75.678	107.422	68.698	55.473	11.185	6.971	8.484	10.459	10.498	12.941	10.566	8.435	8.145	7.073	6.669	6.501	6.230
Bulgarien	17.420	31.523	27.350	10.478	8.165	6.433	6.485	5.336	8.199	10.461	13.472	13.230	13.409	11.584	9.022	7.655	20.702	23.834
Dänemark	3.534	4.104	4.354	4.266	3.765	3.373	3.087	3.071	3.312	3.235	3.236	2.889	2.693	2.678	2.669	2.563	2.631	3.031
Estland (ab 1992)	-	1.236	1.683	1.684	1.852	1.598	1.329	1.126	990	1.071	1.032	991	947	859	773	621	726	647
Finnland	2.271	3.087	3.144	4.025	4.146	3.392	3.227	2.869	2.913	3.014	2.733	2.203	2.204	2.229	2.169	1.984	2.250	2.046
Frankreich	17.701	18.715	18.590	19.055	20.374	21.157	20.458	20.222	21.516	21.486	19.862	18.619	18.133	18.369	18.603	19.095	19.627	19.772
Griechenland	29.332	24.599	19.093	19.796	21.200	19.840	17.305	16.855	18.497	18.358	17.529	15.913	12.959	10.883	9.692	8.957	8.908	9.162
Vereinigtes Königreich	20.174	21.110	19.826	19.833	20.065	19.016	16.477	15.953	16.904	17.130	16.178	14.703	13.197	12.719	12.611	12.903	13.443	15.244
Irland	5.837	6.389	4.914	4.725	5.485	5.426	4.130	3.299	3.075	2.725	2.705	2.230	1.046	1.655	1.551	1.724	1.862	2.169
Italien	38.372	32.801	34.238	41.249	50.642	48.510	41.557	37.660	37.212	35.385	31.578	26.882	23.702	21.422	20.268	20.130	20.771	22.449
Jugoslawien ⁴	222.824	267.000	141.924	63.481	54.418	43.148	31.425	60.144	88.166	33.326	28.637	25.773	21.754	20.628	16.963	14.654	12.640	9.586
Kosovo	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2.792
Kroatien	-	38.839	26.177	16.831	15.127	12.486	10.219	10.056	12.552	14.365	14.108	12.990	11.497	10.352	9.208	8.543	8.684	8.685
Lettland (ab 1992)	-	1.534	2.800	2.389	2.443	2.546	2.433	2.516	2.270	2.199	2.322	2.195	1.966	2.419	2.502	2.092	1.757	2.062
Litauen (ab 1992)	-	1.436	2.495	2.860	3.290	3.201	2.686	2.423	2.554	3.384	3.764	4.135	3.457	4.964	5.468	4.927	4.024	3.454
Luxemburg	1.111	1.132	1.064	1.052	1.138	1.190	1.233	1.316	1.348	1.439	1.522	1.739	1.728	1.987	2.405	2.611	3.224	3.458

Mazedonien	-	-	1.369	3.305	4.028	2.869	3.078	3.088	3.552	3.441	5.478	3.950	3.682	3.260	2.620	2.509	2.343	2.313
Moldau (ab 1992)	-	1.270	2.131	2.436	2.810	2.776	2.010	2.027	2.065	2.234	2.545	2.675	1.936	1.640	1.202	871	808	796
Montenegro	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	637	358
Niederlande	9.949	10.444	11.185	11.613	12.328	12.232	10.941	10.597	10.431	11.007	12.495	13.976	13.015	13.026	13.905	14.054	14.107	14.393
Norwegen	1.702	1.705	1.930	2.046	1.605	1.365	1.360	1.238	1.296	1.352	1.388	1.534	1.439	1.375	1.325	1.190	1.405	1.529
Österreich	16.898	16.490	15.543	14.190	14.308	13.802	13.822	14.432	15.886	15.964	15.820	14.401	13.456	13.466	13.758	14.719	15.743	16.828
Polen	145.663	143.709	81.740	88.132	99.706	91.314	85.615	82.049	90.168	94.105	100.522	100.968	104.924	139.283	159.157	163.643	153.589	131.308
<i>dar. Deutsche</i>	17.276	11.983	6.623	9.486	12.468	13.909	14.401	15.943	17.958	19.961	20.872	19.502	16.904	14.654	12.214	11.900	13.622	12.131
Portugal	11.489	10.825	13.799	27.708	31.355	32.864	27.205	19.509	15.451	12.086	10.293	8.806	7.699	6.225	5.608	5.640	6.128	6.500
Rumänien	84.165	121.291	86.559	34.567	27.217	19.263	16.509	18.491	20.149	25.270	21.145	24.560	24.056	23.825	23.387	23.844	43.456	47.642
<i>dar. Deutsche</i>	22.752	11.475	4.953	3.187	2.403	2.194	2.262	1.459	1.346	1.079	817	757	600	586	514	491	557	628
Russland (ab 1992)	-	84.509	85.451	103.408	107.377	83.378	67.178	58.633	67.734	72.152	78.979	77.403	67.289	58.594	42.980	23.241	20.487	18.611
<i>dar. Deutsche</i>	-	59.901	56.362	69.965	74.391	51.496	42.363	37.297	39.957	40.081	42.425	41.587	36.280	30.931	20.588	6.816	5.527	4.295
Schweden	3.478	3.817	3.735	4.109	4.378	4.088	4.074	4.136	4.068	3.907	3.706	3.481	3.397	3.484	3.287	3.181	3.256	3.124
Schweiz	8.027	8.823	8.417	7.612	7.943	7.938	7.696	7.687	7.810	8.010	8.284	8.533	8.547	9.123	9.405	10.371	11.285	12.913
Slowakische Rep.	-	-	6.953	6.687	7.830	6.587	7.000	6.580	9.131	10.879	11.556	11.600	10.684	11.720	11.851	11.447	9.583	8.828
Slowenien (ab 1992)	-	2.860	2.960	2.534	2.591	2.253	1.913	2.098	2.002	1.950	2.684	2.379	2.053	2.411	1.513	1.157	1.276	1.298
UdSSR (bis 1991)	195.272	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
<i>dar. Deutsche</i>	156.299	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Spanien	8.523	8.952	9.272	9.426	10.911	11.839	12.174	12.691	13.979	14.884	15.349	15.426	14.647	14.406	14.004	14.219	15.515	17.388
Tschechische Rep.	-	-	11.602	10.377	10.832	9.596	8.448	8.632	10.326	12.252	12.206	11.150	9.258	9.711	9.267	8.468	7.455	7.272
CSSR/CSFR ⁵	24.438	37.295	3.523	1.252	1.623	1.380	1.116	950	856	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Türkei	82.818	81.404	68.618	64.811	74.558	74.344	57.148	49.091	48.383	50.499	56.101	58.648	49.699	42.222	36.341	31.449	28.926	28.742
Ukraine (ab	-	9.018	15.112	17.568	18.514	16.707	15.486	16.562	17.713	21.193	23.877	24.047	20.318	17.173	11.780	7.705	7.777	6.812

1992)																		
Ungarn	25.676	28.652	24.853	19.803	19.487	17.333	11.942	14.036	15.677	16.872	18.187	17.211	14.965	17.990	19.181	19.274	22.880	25.872
Weißrussl. (ab 1992)	-	2.402	2.105	1.998	2.352	2.174	2.082	2.036	2.740	3.466	4.272	4.369	4.387	3.696	2.644	1.715	1.584	1.519

Herkunftsland	1991 ¹	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Afrika	52.761	74.012	57.657	38.113	36.680	39.734	36.767	34.731	33.381	35.029	38.936	39.156	35.951	32.310	27.355	25.585	25.056	25.213
Ägypten	3.500	4.599	3.346	2.104	1.914	1.972	2.264	2.078	1.936	2.108	2.308	2.211	1.890	1.793	1.813	2.091	2.502	2.303
Algerien	1.930	6.050	10.725	4.302	3.006	2.756	2.766	2.717	2.524	2.670	3.121	2.990	2.440	2.084	1.556	1.348	1.392	1.448
Marokko	6.094	6.596	5.317	3.997	3.782	4.304	4.142	4.513	5.004	5.545	6.095	6.407	6.021	4.547	4.146	3.797	3.418	3.373
Tunesien	2.905	3.200	2.643	2.539	2.301	2.212	2.116	2.477	2.480	2.663	2.817	2.685	2.579	2.767	2.476	2.521	2.179	2.059
Amerika	52.174	53.363	45.639	43.764	45.506	48.111	46.578	49.039	52.186	54.839	55.875	54.663	51.546	49.825	49.574	49.955	53.041	56.106
Brasilien	5.035	4.786	4.445	4.506	4.647	4.942	4.825	5.455	5.663	6.122	6.472	6.072	6.167	6.440	7.128	7.168	7.669	7.782
Vereinigte Staaten	31.614	33.743	27.606	25.687	26.177	27.225	26.168	27.322	28.821	28.729	28.949	27.956	25.895	25.726	24.904	25.156	26.939	29.145
Asien⁶	83.539	189.086	213.820	224.035	228.549	206.593	183.068	144.907	152.491	165.110	181.714	162.591	134.217	112.919	94.477	83.164	83.985	91.813
Afghanistan	5.541	5.678	5.624	5.944	8.315	6.622	5.283	4.471	5.561	6.123	6.026	3.565	2.229	1.980	1.416	1.426	1.354	1.890
China	5.560	6.698	8.745	5.787	5.530	6.264	7.450	7.888	10.913	15.592	20.752	19.120	16.699	13.778	12.943	14.283	15.061	16.257
Indien	8.079	7.676	6.370	5.183	6.301	6.735	5.556	4.964	5.279	6.718	9.252	9.413	9.191	9.030	8.303	9.375	9.855	11.378
Irak	1.503	1.415	1.308	2.036	6.577	12.661	14.747	8.040	9.162	12.306	18.191	12.511	5.980	3.001	3.120	3.553	5.193	8.737
Iran	8.143	5.842	5.942	6.585	6.846	7.815	6.300	5.547	5.968	7.629	6.684	6.089	4.899	4.138	3.379	3.085	2.890	3.374
Israel	2.555	1.684	1.368	1.205	1.246	1.246	1.289	1.256	1.418	1.560	1.959	2.236	2.111	1.734	1.622	1.769	1.633	1.639
Japan	6.209	6.017	5.694	5.068	5.278	5.535	5.290	5.519	5.703	5.915	6.433	6.159	6.207	5.945	6.015	5.952	6.098	6.160
Kasachstan		86.864	107.076	131.469	123.277	98.137	83.242	56.128	54.054	54.906	53.149	45.865	32.821	24.698	15.384	4.806	3.827	3.313
dar. Deutsche		80.476	85.501	105.968	100.217	79.723	68.604	46.126	42.444	42.657	41.212	33.964	23.557	17.750	10.460	2.121	1.867	1.440
Libanon	6.284	5.518	3.587	2.431	2.645	3.569	3.108	2.811	2.776	3.414	3.076	3.331	3.409	3.013	2.374	2.937	2.607	2.705
Pakistan	5.219	5.797	4.383	3.412	4.892	4.487	4.074	3.180	3.843	3.703	3.583	3.200	3.444	3.576	2.494	2.244	2.064	2.435
Thailand	3.815	4.406	4.481	4.828	4.553	4.422	4.349	5.054	5.689	6.405	7.393	7.547	6.733	6.188	5.505	5.023	4.561	4.099

Vietnam	8.732	10.275	11.819	6.091	4.749	3.482	3.255	5.902	6.076	5.830	7.917	6.890	6.622	5.852	4.896	4.632	4.249	4.033
Australien u. Ozeanien	3.779	3.854	3.109	2.921	3.122	3.332	3.101	3.347	3.278	3.603	4.269	4.208	3.846	4.060	4.178	4.540	4.945	5.787
Unbek. Ausland	4.804	5.596	5.261	5.268	5.547	6.235	6.542	6.897	6.632	5.408	4.300	3.666	-	-	-	-	2.834	1.250
Insgesamt	1.198.978	1.502.198	1.277.408	1.082.553	1.096.048	959.691	840.633	802.456	874.023	841.158	879.217	842.543	768.975	780.175	707.352	661.855	680.766	682.146
<i>dar. Deutsche</i>	<i>273.633</i>	<i>290.850</i>	<i>287.561</i>	<i>305.037</i>	<i>303.347</i>	<i>251.737</i>	<i>225.335</i>	<i>196.956</i>	<i>200.150</i>	<i>191.909</i>	<i>193.958</i>	<i>184.202</i>	<i>167.216</i>	<i>177.993</i>	<i>128.051</i>	<i>103.388</i>	<i>111.291</i>	<i>108.331</i>

Quelle: Statistisches Bundesamt

1) Gebietsstand der Bundesrepublik Deutschland ab dem 03.10.1990.

2) Ab 1992 einschließlich "Gebiet der ehemaligen Sowjetunion ohne nähere Angabe" (1992: 48.959; 1993: 60.397; 1994: 34.878; 1995: 26.457).

3) Summe einschl. Griechenland (ab 1981 zur EG), Spanien, Portugal (ab 1986 zur EG); d.h. EU der 12. Ab 1995 einschl. Finnland, Österreich, Schweden; d.h. EU der 15. Ab 2004 einschl. Polen, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn, Estland, Lettland, Litauen, Malta und Zypern; d.h. EU der 25. Ab 2007 einschl. Bulgarien und Rumänien; d.h. EU der 27.

4) Bis 1991 einschließlich Kroatien, Slowenien und Bosnien-Herzegowina sowie Mazedonien, die seit 1992 bzw. 1993 selbständige Staaten sind. Jugoslawien 1992 Serbien, Mazedonien u. Montenegro, ab 1993 nur Serbien u. Montenegro. Seit Juli 2006 sind Montenegro und Serbien selbständige Staaten, sind für das Jahr 2006 jedoch noch zusammengefasst. Ab 2007 Serbien sowie ehem. Serbien und Montenegro.

5) Obwohl die CSFR im Jahre 1993 nicht mehr bestand, wurden dennoch Zuzüge aus dem Herkunftsland CSFR registriert.

6) Ab 1992 einschließlich der in Asien gelegenen Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion.

Tabelle 1-8: Fortzüge über die Grenzen Deutschlands nach Zielländern von 1991 bis 2008

Zielland	1991 ¹	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Europa²	440.891	558.923	642.479	552.622	505.349	499.628	568.896	554.742	476.445	496.901	444.876	454.099	434.878	479.529	437.427	439.565	458.935	547.523
<i>dar. Ausländer</i>	<i>398.245</i>	<i>515.019</i>	<i>591.914</i>	<i>496.738</i>	<i>447.297</i>	<i>442.066</i>	<i>509.158</i>	<i>490.956</i>	<i>411.791</i>	<i>432.508</i>	<i>378.302</i>	<i>384.172</i>	<i>363.915</i>	<i>400.694</i>	<i>353.670</i>	<i>346.834</i>	<i>355.539</i>	<i>425.477</i>
EU-Staaten³	145.703	143.983	150.641	171.082	177.024	191.027	197.969	186.855	178.252	163.801	161.161	164.305	153.652	319.424	291.690	298.498	343.955	407.457
Albanien	474	1.126	3.253	4.222	2.071	1.588	1.661	1.526	1.527	1.773	1.162	969	1.052	1.017	836	713	659	787
Belgien	4.401	4.494	4.476	5.136	4.827	4.940	4.936	4.926	4.864	4.220	4.255	4.565	4.623	4.936	4.402	4.540	4.716	5.081
Bosnien-Herz.	-	4.223	10.409	16.629	15.803	27.363	84.119	97.739	33.464	17.412	10.590	9.193	7.885	8.115	6.943	6.286	6.662	7.263
Bulgarien	3.555	10.887	35.017	18.000	10.445	7.067	6.368	4.879	5.503	6.747	8.048	8.682	10.088	10.099	8.899	7.152	8.382	15.864
Dänemark	2.465	2.625	3.647	4.232	4.194	4.097	3.863	3.809	3.492	2.805	2.816	2.974	2.712	3.062	2.694	3.115	4.014	4.549
Estland (ab 1992)	-	329	665	864	986	898	951	839	721	639	644	614	597	788	522	518	526	774

Finnland	1.820	1.819	2.373	2.887	3.348	3.725	3.361	3.116	2.880	2.800	2.658	2.658	2.380	2.696	2.172	2.146	2.172	2.485
Frankreich	16.944	17.214	17.593	19.155	19.296	19.480	20.606	20.325	21.173	19.415	19.234	19.815	19.060	20.846	17.957	17.790	17.911	21.546
Griechenland	16.258	17.102	18.358	20.167	20.268	21.044	22.678	20.845	20.292	19.383	19.688	19.998	18.106	20.517	16.884	15.653	15.599	17.537
Vereinigtes Königreich	14.220	15.361	16.711	20.191	19.142	20.922	21.184	19.769	19.124	16.518	16.205	16.662	15.550	18.529	17.396	17.319	17.942	20.299
Irland	5.084	4.189	4.238	4.675	5.092	6.458	5.561	4.337	3.584	3.059	2.795	2.634	2.415	2.489	2.041	2.330	2.538	2.729
Italien	39.207	35.405	33.524	34.970	36.602	39.404	40.758	39.867	38.367	36.707	36.104	36.535	33.802	36.273	28.579	26.807	25.413	28.319
<i>dar. Ausländer</i>	<i>36.371</i>	<i>32.727</i>	<i>30.945</i>	<i>32.172</i>	<i>33.969</i>	<i>36.841</i>	<i>37.937</i>	<i>36.837</i>	<i>35.496</i>	<i>33.630</i>	<i>33.091</i>	<i>33.271</i>	<i>30.719</i>	<i>32.825</i>	<i>25.144</i>	<i>23.370</i>	<i>22.008</i>	<i>24.674</i>
Jugoslawien ⁴	53.571	95.720	73.763	62.557	40.620	34.469	44.691	45.281	48.477	9.620	36.268	36.616	28.292	25.945	18.637	14.790	11.652	13.492
Kosovo	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	793
Kroatien	-	28.709	25.229	28.750	22.273	17.499	19.210	19.816	13.673	13.265	14.233	13.728	11.876	12.240	11.089	10.283	10.610	12.100
Lettland (ab 1992)	-	426	1.118	1.663	1.284	1.278	1.483	1.442	1.394	1.451	1.290	1.378	1.474	1.695	1.440	1.538	1.439	1.769
Litauen (ab 1992)	-	460	1.136	1.792	2.028	2.047	1.876	1.663	1.505	1.699	1.953	2.290	2.011	2.356	2.335	2.822	2.917	3.097
Luxemburg	1.071	1.074	1.232	1.230	1.128	1.298	1.272	1.335	1.227	1.309	1.253	1.327	1.510	1.670	1.740	1.864	2.002	2.336
Mazedonien	-	-	1.322	5.278	5.570	3.805	3.033	2.580	2.528	2.654	2.692	3.367	2.683	2.797	2.080	1.959	1.784	2.282
Moldau (ab 1992)	-	70	368	973	974	1.090	872	744	543	546	634	729	639	544	537	554	471	511
Montenegro	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	275	333
Niederlande	10.278	10.626	11.976	12.058	11.165	11.103	11.291	10.909	10.265	9.311	9.330	9.336	8.616	9.781	8.762	9.189	10.071	11.785
Norwegen	1.269	1.313	1.535	1.647	1.938	1.590	1.754	1.957	1.858	1.685	1.694	1.753	1.730	1.811	1.817	2.274	3.346	4.091
Österreich	17.137	15.692	15.032	15.152	14.430	14.537	15.025	14.377	15.221	15.112	14.875	15.929	15.976	18.528	17.535	18.604	20.152	24.049
Polen	118.029	112.062	104.789	70.322	77.004	78.889	79.062	70.626	69.507	71.409	76.021	78.739	82.910	104.538	105.491	112.492	120.791	132.438
Portugal	4.901	5.655	7.249	15.218	21.505	26.261	27.382	22.853	16.811	13.326	11.805	11.315	8.880	9.098	7.249	7.014	6.988	7.666
Rumänien	30.710	52.367	102.506	44.889	25.706	17.114	14.078	14.003	14.985	17.160	18.903	17.834	19.324	19.839	20.159	20.855	24.054	38.030
Russland (ab 1992)	-	6.650	11.375	15.359	17.202	15.137	12.902	11.688	11.369	12.670	13.468	14.923	14.849	15.234	14.341	13.867	12.922	16.399
Schweden	2.432	2.526	3.128	3.609	3.802	4.088	4.482	4.382	4.084	3.716	3.814	3.876	3.786	4.168	3.568	3.934	4.509	4.979
Schweiz	8.288	8.544	8.311	8.691	8.970	8.852	9.179	10.011	10.790	11.909	13.148	14.660	14.792	16.864	18.224	22.240	28.237	35.061
Slowakische Rep.	-	-	7.165	4.585	7.230	6.249	6.194	5.982	6.823	8.722	9.893	9.820	9.546	10.248	9.209	9.441	8.472	9.483
Slowenien (ab 1992)	-	1.671	2.321	2.899	2.605	2.575	2.424	2.315	2.058	2.012	2.516	2.502	2.346	2.528	1.756	1.432	1.457	1.900
UdSSR (bis 1991)	12.987	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Spanien	9.485	10.201	11.104	12.402	12.225	13.670	15.570	16.205	16.868	16.120	16.329	16.681	16.236	18.010	16.059	16.734	17.124	19.613
<i>dar. Ausländer</i>	<i>6.189</i>	<i>6.503</i>	<i>7.126</i>	<i>7.626</i>	<i>7.154</i>	<i>8.215</i>	<i>9.248</i>	<i>8.848</i>	<i>9.660</i>	<i>9.370</i>	<i>9.632</i>	<i>9.914</i>	9.467	<i>10.814</i>	<i>8.742</i>	<i>8.149</i>	<i>8.133</i>	<i>10.368</i>
Tschechische Rep.	-	-	14.375	9.947	9.598	8.963	8.776	7.500	7.864	9.368	9.304	9.691	8.909	9.079	7.108	15.616	6.636	8.082
CSSR/CSFR ⁵	13.475	25.573	4.778	1.703	1.850	1.467	1.387	882	883	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Türkei	36.763	41.038	47.115	47.174	44.129	44.615	47.120	46.255	42.131	40.369	37.268	36.740	35.612	37.058	34.595	33.229	32.172	38.889
<i>dar. Ausländer</i>	<i>36.134</i>	<i>40.316</i>	<i>46.286</i>	<i>46.363</i>	<i>43.221</i>	<i>43.534</i>	<i>45.978</i>	<i>45.142</i>	<i>40.944</i>	<i>39.030</i>	<i>35.884</i>	<i>35.433</i>	34.010	<i>34.933</i>	<i>31.800</i>	<i>29.778</i>	<i>28.346</i>	<i>34.280</i>
Ukraine (ab 1992)	-	901	3.562	5.785	6.205	4.618	4.487	4.238	4.544	4.659	5.942	6.578	6.309	6.090	5.500	4.936	4.804	6.023
Ungarn	15.278	21.627	25.597	22.525	19.338	17.603	15.796	12.805	13.204	14.973	15.661	16.411	15.429	17.157	16.452	15.620	17.732	22.497
Weißrussl. (ab 1992)	-	438	745	1.053	1.221	998	1.128	1.032	1.055	1.413	1.441	1.709	1.950	1.874	1.508	1.312	1.069	1.299

Zielland	1991 ¹	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Afrika	25.332	30.639	41.701	38.494	28.450	25.499	27.121	29.894	26.034	25.247	22.965	23.785	23.726	25.183	22.716	21.118	19.896	24.117
Ägypten	1.667	2.163	2.696	2.548	2.187	1.882	2.002	2.048	1.745	1.629	1.674	1.644	1.859	1.845	1.791	1.548	1.623	2.247
Algerien	879	1.104	4.660	4.302	2.846	2.439	2.004	2.180	2.148	2.417	2.147	2.057	2.196	2.193	1.557	1.386	1.335	1.435
Marokko	2.072	2.392	2.972	3.462	2.841	2.619	2.596	2.815	2.616	2.907	2.726	2.839	2.791	3.033	2.722	2.312	2.430	2.982
Tunesien	1.932	1.969	2.118	2.163	2.113	1.844	1.800	1.749	1.400	1.393	1.416	1.444	1.301	1.505	1.503	1.422	1.474	1.918
Amerika	44.936	44.566	44.517	46.866	45.686	45.527	52.999	61.922	61.113	53.169	48.512	46.097	45.623	48.851	49.343	50.835	54.080	65.412
Brasilien	2.637	2.830	2.970	3.277	3.391	3.355	3.559	4.067	3.826	3.924	4.167	4.156	4.261	4.671	5.133	5.242	5.516	7.077
Vereinigte Staaten	29.057	29.928	29.348	31.079	29.285	29.377	35.866	42.880	42.306	35.891	31.186	28.758	27.148	28.851	28.856	29.113	30.602	35.592
<i>dar. Deutsche</i>	<i>12.586</i>	<i>13.767</i>	<i>12.766</i>	<i>13.904</i>	<i>13.270</i>	<i>13.420</i>	<i>14.259</i>	<i>14.518</i>	<i>15.312</i>	<i>13.855</i>	<i>13.485</i>	<i>13.047</i>	12.325	<i>12.976</i>	<i>13.569</i>	<i>13.750</i>	<i>14.385</i>	<i>15.436</i>
Asien⁶	49.614	43.205	60.464	63.694	66.256	72.791	73.111	73.236	66.672	61.136	61.717	65.628	69.563	76.145	69.473	70.815	68.836	83.903
Afghanistan	751	778	995	1.098	1.166	1.454	1.957	2.362	1.813	2.102	2.473	1.995	1.649	1.708	1.565	1.419	1.126	1.554
China	3.073	3.144	4.310	4.816	4.744	4.961	5.578	5.923	5.719	6.290	6.826	9.459	11.999	13.730	11.966	12.898	13.069	16.044
Indien	4.608	4.485	6.412	5.819	5.040	5.043	5.246	5.005	4.720	4.661	4.983	5.288	5.764	6.746	6.664	7.441	8.070	9.737
Irak	370	421	425	435	419	948	2.450	3.513	3.412	3.021	3.162	4.908	4.454	4.728	4.231	4.129	3.422	3.944
Iran	4.769	4.051	4.069	3.868	3.640	3.715	3.973	3.997	3.719	3.738	4.056	3.767	3.402	3.497	2.792	2.636	2.361	3.330
Israel	1.279	1.130	1.325	1.343	1.303	1.264	1.347	1.270	1.236	1.223	1.132	1.008	1.255	1.377	1.359	1.358	1.200	1.409

Japan	5.051	5.189	6.017	5.662	5.344	5.215	5.302	5.182	5.173	5.052	5.275	5.645	5.731	6.043	5.481	5.635	5.609	6.423
Kasachstan	-	934	7.908	7.323	11.973	14.539	9.079	7.501	6.445	3.018	3.021	2.863	2.539	2.504	2.321	2.209	2.013	2.261
Libanon	4.349	3.043	3.748	4.031	2.654	2.367	2.846	2.676	2.012	1.903	1.848	1.667	2.050	2.166	1.953	1.936	2.005	2.447
Pakistan	1.776	1.783	2.190	2.833	2.785	2.897	2.880	2.856	2.649	2.478	2.572	1.831	1.825	2.184	2.084	1.704	1.708	1.883
Thailand	1.604	1.896	2.264	2.471	2.616	2.562	2.684	2.763	2.882	3.035	3.137	3.289	3.244	3.443	3.393	3.382	3.379	4.169
Vietnam	9.741	3.389	4.400	4.261	4.261	5.779	6.898	5.535	4.645	4.069	3.606	4.195	4.546	4.833	4.103	4.607	4.040	4.446
Australien u. Ozeanien	3.258	3.268	3.699	4.332	4.532	4.258	4.471	5.157	4.864	4.344	4.188	4.252	4.732	5.094	5.508	6.100	6.762	8.037
Unbek. Ausland	18.209	17.177	3.999	34.518	23.931	21.086	14.516	12.952	11.801	15.502	7.577	10.273	-	-	-	26.440	13.077	2.355
Insgesamt	596.455	720.127	815.312	767.555	698.113	677.494	746.969	755.358	672.048	674.038	606.494	623.255	626.330	697.632	628.399	639.064	636.854	737.889

Quelle: Statistisches Bundesamt

1) Gebietsstand der Bundesrepublik Deutschland ab dem 03.10.1990.

2) Ab 1992 einschließlich "Gebiet der ehemaligen Sowjetunion ohne nähere Angabe" (1992: 3.646; 1993: 4.533, 1994: 3.245; 1995: 2.351).

3) Summe einschl. Griechenland (ab 1981 zur EG), Spanien, Portugal (ab 1986 zur EG); d.h. EU der 12. Ab 1995 einschl. Finnland, Österreich, Schweden; d.h. EU der 15. Ab 2004 einschl. Polen, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn, Estland, Lettland, Litauen, Malta und Zypern; d.h. EU der 25. Ab 2007 einschl. Bulgarien und Rumänien; d.h. EU der 27.

4) Bis 1991 einschließlich Kroatien, Slowenien und Bosnien-Herzegowina sowie Mazedonien, die seit 1992 bzw. 1993 selbständige Staaten sind. Jugoslawien 1992 Serbien, Mazedonien u. Montenegro, ab 1993 nur Serbien u. Montenegro. Seit Juli 2006 sind Montenegro und Serbien selbständige Staaten, sind für das Jahr 2006 jedoch noch zusammengefasst. Ab 2007 Serbien sowie ehem. Serbien und Montenegro.

5) Obwohl die CSFR im Jahre 1993 nicht mehr bestand, wurden dennoch Fortzüge dorthin registriert.

6) Ab 1992 einschließlich der in Asien gelegenen Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion.

Tabelle 1-9: Zu- und Fortzüge über die Grenzen Deutschlands nach Herkunfts- und Zielländern sowie nach Geschlecht im Jahr 2008

Herkunfts- bzw. Ziel- land	Zuzüge			Fortzüge			Zuzüge			Fortzüge		
	Personen insgesamt						Ausländer					
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
Polen	131.308	86.302	45.006	132.438	93.198	39.240	119.177	78.265	40.912	118.727	83.695	35.032
Rumänien	47.642	29.661	17.981	38.030	24.766	13.264	47.014	29.252	17.762	37.113	24.166	12.947
Vereinigte Staaten	29.145	15.350	13.795	35.592	18.126	17.466	18.621	10.175	8.446	20.156	10.988	9.168
Türkei	28.742	17.286	11.456	38.889	24.150	14.739	26.173	16.047	10.126	34.280	22.021	12.259
Ungarn	25.872	19.722	6.150	22.497	17.670	4.827	25.100	19.252	5.848	21.365	16.986	4.379
Bulgarien	23.834	14.480	9.354	15.864	9.907	5.957	23.627	14.340	9.287	15.581	9.707	5.874
Italien	22.449	13.362	9.087	28.319	16.588	11.731	19.809	12.085	7.724	24.674	14.964	9.710
Frankreich	19.772	10.490	9.282	21.546	11.005	10.541	13.928	7.247	6.681	13.558	6.802	6.756
Russische Föderation	18.611	7.335	11.276	16.399	7.478	8.921	14.316	5.237	9.079	13.100	5.671	7.429
Spanien	17.388	9.330	8.058	19.613	10.052	9.561	9.497	4.869	4.628	10.368	5.192	5.176
Österreich	16.828	9.197	7.631	24.049	12.960	11.089	10.626	5.884	4.742	10.713	6.140	4.573
China	16.257	8.501	7.756	16.044	9.378	6.666	14.185	7.249	6.936	13.491	7.760	5.731
Vereinigtes Königreich	15.244	8.606	6.638	20.299	10.757	9.542	9.420	5.598	3.822	9.593	5.466	4.127
Niederlande	14.393	8.398	5.995	11.785	6.621	5.164	11.443	6.771	4.672	7.503	4.469	3.034
Schweiz	12.913	7.049	5.864	35.061	18.832	16.229	4.697	2.375	2.322	5.922	2.987	2.935
Indien	11.378	7.924	3.454	9.737	7.031	2.706	10.767	7.597	3.170	8.932	6.593	2.339
Serbien ¹	9.586	6.090	3.496	13.492	8.759	4.733	9.372	5.953	3.419	13.191	8.591	4.600
Griechenland	9.162	5.448	3.714	17.537	10.195	7.342	8.302	5.048	3.254	15.994	9.461	6.533
Slowakei	8.828	5.674	3.154	9.483	6.152	3.331	8.638	5.542	3.096	9.212	5.957	3.255
Irak	8.737	6.467	2.270	3.944	3.172	772	8.505	6.333	2.172	3.604	2.972	632
Kroatien	8.685	6.415	2.270	12.100	8.579	3.521	8.418	6.246	2.172	11.556	8.268	3.288
Brasilien	7.782	3.796	3.986	7.077	3.597	3.480	6.527	3.073	3.454	5.631	2.673	2.958
Tschechische Republik	7.272	3.751	3.521	8.082	4.206	3.876	6.604	3.277	3.327	7.096	3.518	3.578
Ukraine	6.812	2.540	4.272	6.023	2.556	3.467	6.208	2.202	4.006	5.593	2.290	3.303
Portugal	6.500	4.359	2.141	7.666	4.949	2.717	5.766	3.963	1.803	6.700	4.448	2.252
Bosnien und Herzegowina	6.230	4.488	1.742	7.263	5.431	1.832	6.140	4.438	1.702	7.119	5.358	1.761
Japan	6.160	3.021	3.139	6.423	3.277	3.146	5.592	2.662	2.930	5.769	2.862	2.907
Kanada	4.654	2.471	2.183	8.828	4.618	4.210	2.994	1.569	1.425	3.223	1.696	1.527
Australien	4.481	2.361	2.120	6.058	2.997	3.061	2.333	1.279	1.054	2.384	1.239	1.145
Belgien	4.428	2.431	1.997	5.081	2.685	2.396	2.433	1.410	1.023	2.473	1.369	1.104
Insgesamt	682.146	404.759	277.387	737.889	448.347	289.542	573.815	344.509	229.306	563.130	353.840	209.290

Quelle: Statistisches Bundesamt

1) Einschließlich ehemaliges Serbien und Montenegro.

1.4 Zu- und Fortzüge nach Staatsangehörigkeit

Tabelle 1-10: Zuzüge über die Grenzen Deutschlands nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten von 1991 bis 2008

Land der Staatsangehörigkeit	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Deutschland	273.633	290.850	287.561	305.037	303.347	251.737	225.335	196.956	200.150	191.909	193.958	184.202	167.216	177.993	128.051	103.388	106.014	108.331
Bulgarien	17.172	31.395	27.241	10.387	8.064	6.335	6.433	5.275	8.143	10.411	13.156	13.191	13.369	11.586	9.057	7.749	20.919	24.093
Frankreich	12.906	13.333	13.008	13.564	14.396	14.875	14.357	14.298	15.261	15.276	13.451	12.747	12.324	12.488	12.260	12.705	12.874	12.979
Griechenland	28.429	23.748	18.445	19.021	20.381	18.955	16.503	16.036	17.595	17.403	16.153	14.957	12.146	10.205	8.975	8.289	7.892	8.266
Italien	35.800	30.316	31.910	39.100	48.309	46.249	39.456	35.576	34.934	33.235	28.787	25.011	21.634	19.550	18.349	18.293	18.624	20.087
Niederlande	6.569	6.952	6.989	7.397	8.022	7.943	7.028	6.487	6.526	6.955	8.446	9.945	9.132	9.140	10.088	10.726	10.964	11.203
Österreich	13.486	12.979	12.050	10.810	11.292	10.678	10.521	11.065	11.878	11.863	11.614	10.167	9.154	8.998	8.647	8.901	9.614	9.477
Polen	128.482	131.780	75.195	78.745	87.305	77.545	71.322	66.263	72.402	74.256	79.033	81.551	88.241	125.042	147.716	152.733	140.870	119.867
Portugal	11.013	10.359	13.061	26.726	30.643	32.177	26.619	18.819	14.703	11.369	9.287	7.955	6.981	5.570	5.010	5.001	5.516	5.911
Rumänien	61.670	110.096	81.760	31.449	24.845	16.986	14.144	16.987	18.814	24.202	20.142	23.953	23.780	23.545	23.274	23.743	43.894	48.225
Slowakei	-	-	6.740	6.513	7.685	6.513	6.922	6.504	9.074	10.805	11.374	11.558	10.599	11.633	11.806	11.400	9.505	8.749
Slowenien	-	2.632	2.563	2.112	2.315	2.091	1.818	1.989	1.917	1.848	2.589	2.274	2.029	2.372	1.489	1.160	1.200	1.218
Spanien	4.863	5.210	5.586	5.855	6.911	7.571	7.442	7.497	8.253	8.753	8.652	8.460	7.650	7.613	7.147	7.093	7.241	7.778
Tschechische Republik	-	-	10.951	9.613	10.026	8.888	7.677	7.746	9.345	11.148	10.986	10.236	8.447	8.947	8.459	7.712	6.651	6.309
ehem. Tschechoslowakei	22.381	36.271	3.578	1.215	1.536	1.311	1.026	843	776	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Ungarn	24.763	27.844	24.164	19.186	18.627	16.571	11.140	13.283	14.893	16.056	17.039	16.506	14.252	17.411	18.574	18.654	22.175	25.151
Vereinigtes Königreich	17.103	17.938	16.945	16.838	17.021	15.794	12.860	11.855	12.088	12.071	11.153	9.753	8.489	8.320	7.853	7.942	7.920	8.592
Türkei	82.635	81.303	68.466	64.725	74.517	74.144	56.992	49.178	48.129	50.026	54.695	58.128	49.774	42.644	36.019	30.720	27.599	26.653
Bosnien-Herzegowina	-	60.629	92.640	65.238	54.623	11.141	6.837	8.473	10.222	10.421	12.656	10.489	8.437	7.987	7.026	6.635	6.403	6.154
Kroatien	-	39.884	27.132	17.833	15.334	12.713	10.405	10.140	12.627	14.438	14.115	13.050	11.620	10.513	9.260	8.624	8.758	8.732
Mazedonien	-	-	1.153	3.113	3.872	2.833	3.093	3.108	3.225	3.442	5.299	3.953	3.683	3.292	2.628	2.492	2.334	2.308
Jugoslawien ¹	221.511	280.532	156.253	67.571	56.448	44.547	32.702	61.880	90.508	34.267	28.779	26.420	22.751	21.691	17.514	15.204	12.382	10.171
Kosovo	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2.615
Russische Föderation ²	40.956	26.322	31.062	37.693	35.283	33.701	28.927	26.413	32.843	32.727	35.930	36.479	31.776	28.464	23.078	17.081	15.770	15.052
Ukraine	-	6.555	12.274	13.940	15.399	13.710	12.525	14.121	15.285	18.470	20.307	20.578	17.696	15.000	10.881	7.514	7.551	6.869
Marokko	6.081	6.542	5.306	4.014	3.790	4.302	4.132	4.532	5.003	5.562	5.961	6.490	6.272	4.868	4.390	4.011	3.538	3.374

Brasilien	3.512	3.421	3.328	3.392	3.551	3.845	3.689	4.244	4.342	4.705	4.961	4.714	4.690	5.034	5.518	5.703	6.087	6.290
Vereinigte Staaten	19.226	20.523	16.680	15.288	15.293	15.463	14.931	15.987	16.755	16.523	15.979	15.466	14.666	15.292	15.228	15.435	16.660	17.542
Afghanistan	5.800	5.966	5.908	6.277	8.679	7.019	5.526	4.768	5.893	6.434	6.384	3.896	2.606	2.313	1.600	1.505	1.359	1.855
China	5.685	6.807	8.880	5.834	5.464	5.929	6.794	7.237	10.076	14.676	19.109	18.463	16.059	13.067	12.034	13.211	13.741	14.293
Indien	7.999	7.637	6.158	5.055	6.128	6.545	5.278	4.715	5.077	6.544	8.949	9.433	9.227	9.125	8.364	9.500	9.880	11.403
Irak	1.436	1.459	1.240	2.026	6.683	12.988	15.082	8.283	9.464	12.564	17.675	13.003	6.495	3.275	3.347	3.678	5.303	8.923
Iran	8.374	6.041	6.124	6.720	6.966	7.989	6.411	5.649	6.074	7.753	6.740	6.105	5.017	4.219	3.377	3.050	2.819	3.257
Kasachstan	-	5.609	19.081	23.527	22.815	17.650	14.050	9.766	11.385	-	-	11.684	9.429	6.868	4.904	2.676	1.968	1.883
Thailand	3.440	3.997	4.104	4.345	4.002	3.833	3.728	4.325	5.008	5.729	6.534	6.823	6.029	5.521	4.732	4.216	3.628	3.153
Vietnam	10.380	10.696	11.936	6.198	4.950	3.541	3.317	5.942	6.154	5.867	6.688	6.882	6.704	5.883	4.880	5.557	4.197	4.045

Quelle: Statistisches Bundesamt

1) Bis 1991 einschließlich Kroatien, Slowenien und Bosnien-Herzegowina sowie Mazedonien, die seit 1992 bzw. 1993 selbständige Staaten sind. Jugoslawien 1992 Serbien, Mazedonien u. Montenegro, ab 1993 nur Serbien u. Montenegro. Seit Juli 2006 sind Montenegro und Serbien selbständige Staaten, sind für das Jahr 2006 jedoch noch zusammengefasst. Ab 2007 Serbien (10.630 Zuzüge) sowie ehem. Serbien und Montenegro (1.752 Zuzüge); ab 2008 ohne Kosovo.

2) Für 1991 Angaben für die ehemalige Sowjetunion.

Tabelle 1-11: Fortzüge über die Grenzen Deutschlands nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten von 1991 bis 2008

Land der Staatsangehörigkeit	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Deutschland	98.915	105.171	104.653	138.280	130.672	118.430	109.903	116.403	116.410	111.244	109.507	117.683	127.267	150.667	144.815	155.290	161.105	174.759
Bulgarien	3.634	10.895	34.991	18.056	10.476	7.012	6.362	4.904	5.547	6.783	7.974	8.783	10.280	10.299	9.129	7.521	8.693	15.990
Frankreich	9.761	9.486	9.759	11.097	11.399	11.999	13.320	12.931	14.364	12.817	12.162	12.567	12.045	13.646	10.354	10.387	10.451	12.938
Griechenland	15.532	16.326	17.643	19.349	19.631	20.315	22.010	20.250	19.983	18.866	18.709	19.152	17.769	20.340	16.391	15.318	14.500	16.079
Italien	36.609	32.922	31.362	32.884	34.739	37.535	38.590	37.851	37.205	34.260	33.164	34.179	32.485	35.056	27.118	25.720	23.591	25.846
Niederlande	4.800	4.867	5.432	6.361	5.924	6.519	6.834	6.577	6.542	5.653	5.224	5.493	5.264	6.230	5.479	5.854	6.340	7.309
Österreich	12.757	10.919	10.402	10.426	9.846	10.079	10.568	9.657	9.678	9.691	9.076	9.261	8.663	9.458	7.639	7.870	8.188	9.776
Polen	117.195	110.056	101.904	66.037	71.001	71.824	70.180	60.778	59.352	60.727	64.262	67.907	73.666	96.345	98.190	107.569	113.791	119.649
Portugal	4.188	5.032	6.375	14.558	20.794	25.726	26.716	22.116	16.376	12.861	10.968	10.771	8.508	8.772	6.912	6.729	6.452	7.009
Rumänien	30.786	52.532	102.309	44.987	25.589	16.688	13.496	13.486	14.730	16.756	18.369	17.555	19.759	20.275	20.606	21.713	24.524	37.778
Slowakei	-	-	6.277	4.350	7.043	6.230	6.185	5.985	6.825	8.708	9.703	9.883	9.669	10.284	9.088	9.542	8.479	9.406
Slowenien	-	1.219	1.756	2.252	2.101	2.258	2.135	2.094	1.866	1.886	2.368	2.314	2.223	2.370	1.607	1.265	1.241	1.611
Spanien	5.984	6.332	6.834	7.429	6.873	7.850	8.866	8.413	9.541	8.959	9.004	9.194	8.992	10.345	8.185	8.140	7.442	9.139
Tschechische Republik	-	-	13.716	9.024	8.730	8.073	7.886	6.680	7.076	8.735	8.526	8.942	8.232	8.302	6.254	6.450	5.741	6.929
ehem. Tschechoslowakei	13.250	24.955	5.410	1.900	1.994	1.504	1.376	871	869	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Ungarn	14.880	20.893	24.849	21.826	18.662	16.946	15.065	12.175	12.560	14.407	14.828	15.688	14.972	16.490	15.669	15.036	16.950	21.454
Vereinigtes Königreich	11.337	12.235	13.103	15.861	14.726	15.873	15.365	13.838	13.381	10.903	10.639	10.756	9.576	10.885	7.864	7.771	7.300	8.898
Türkei	36.639	40.727	46.642	47.378	44.366	45.030	46.820	47.154	42.823	40.263	36.495	36.750	36.863	38.005	34.466	32.424	29.879	34.843
Bosnien-Herzegowina	-	3.582	9.140	17.195	17.398	28.303	85.262	105.774	44.055	22.308	11.173	9.168	7.950	8.053	6.829	6.255	6.476	6.900
Kroatien	-	23.391	21.452	25.322	20.522	16.169	17.452	15.722	12.337	12.507	14.069	13.614	12.120	12.379	11.294	10.704	10.535	11.816
Mazedonien	-	-	582	2.996	3.551	2.919	2.468	2.366	2.312	2.528	2.639	3.322	2.751	2.829	2.067	2.000	1.749	2.225
Jugoslawien ¹	53.937	103.650	82.298	72.644	47.158	39.593	54.455	58.484	56.249	95.057	37.668	37.925	30.728	28.345	20.461	16.738	12.318	14.551
Kosovo	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	337
Russische Föderation ²	12.002	6.323	7.854	13.340	14.127	13.181	11.645	11.035	10.839	12.207	12.516	14.414	13.879	14.078	12.899	12.122	11.120	13.881
Ukraine	-	762	3.226	5.417	5.868	4.566	4.370	4.471	5.014	4.893	5.959	7.127	6.626	6.357	5.656	5.240	4.917	6.337
Marokko	2.000	2.319	2.856	3.403	2.807	2.518	2.531	2.800	2.692	2.893	2.667	2.905	3.149	3.515	3.124	2.755	2.515	2.765
Brasilien	1.874	2.006	1.989	2.220	2.269	2.276	2.360	2.783	2.692	2.892	3.039	3.069	3.188	3.449	3.641	3.945	4.091	5.364

Vereinigte Staaten	14.349	13.985	14.794	15.895	14.728	13.915	14.716	15.689	15.525	15.291	15.032	14.615	14.064	14.926	14.409	14.904	15.181	19.019
Afghanistan	999	1.022	1.231	1.332	1.403	1.720	2.199	2.639	2.093	2.273	2.632	2.144	1.778	1.908	1.700	1.615	1.184	1.510
China	3.215	3.367	4.373	4.863	4.567	4.740	5.049	5.266	5.369	6.088	6.349	9.037	11.704	12.793	10.468	11.287	11.020	13.647
Indien	4.565	4.422	6.148	5.568	4.735	4.824	4.894	4.976	4.660	4.630	4.916	5.450	6.121	7.302	7.095	8.228	8.056	9.532
Irak	386	476	467	488	477	1.033	2.587	3.862	3.734	3.340	3.320	5.618	5.088	5.028	4.316	4.169	3.473	3.945
Iran	5.455	4.698	4.510	4.242	4.011	4.034	4.273	4.323	4.191	4.233	4.624	3.950	3.703	3.780	2.939	2.831	2.260	3.189
Kasachstan	-	678	1.616	4.040	6.889	5.125	3.039	2.887	2.649	-	-	2.727	2.156	1.972	1.727	1.561	1.358	1.525
Thailand	1.254	1.471	1.826	1.944	1.986	1.921	1.988	2.121	2.287	2.452	2.531	2.714	2.653	2.767	2.459	2.485	2.296	2.843
Vietnam	9.955	3.490	4.466	4.415	4.643	6.033	7.043	5.716	4.832	4.238	3.262	4.394	4.722	4.971	4.176	4.757	3.919	4.313

Quelle: Statistisches Bundesamt

1) Bis 1991 einschließlich Kroatien, Slowenien und Bosnien-Herzegowina sowie Mazedonien, die seit 1992 bzw. 1993 selbständige Staaten sind. Jugoslawien 1992 Serbien, Mazedonien u. Montenegro, ab 1993 nur Serbien u. Montenegro. Seit Juli 2006 sind Montenegro und Serbien selbständige Staaten, sind für das Jahr 2006 jedoch noch zusammengefasst. Ab 2007 Serbien (8.556 Fortzüge) sowie ehem. Serbien und Montenegro (3.762 Fortzüge); ab 2008 ohne Kosovo.

2) Für 1991 Angaben für die ehemalige Sowjetunion.

Tabelle 1-12: Zu- und Fortzüge über die Grenzen Deutschlands nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und nach Geschlecht im Jahr 2008

Land der Staatsangehörigkeit	Zuzüge			Fortzüge		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
Polen	119.867	78.651	41.216	119.649	84.081	35.568
Deutschland	108.331	60.250	48.081	174.759	94.507	80.252
Rumänien	48.225	29.915	18.310	37.778	24.517	13.261
Türkei	26.653	16.390	10.263	34.843	22.334	12.509
Ungarn	25.151	19.247	5.904	21.454	17.008	4.446
Bulgarien	24.093	14.583	9.510	15.990	9.895	6.095
Italien	20.087	12.438	7.649	25.846	15.771	10.075
Vereinigte Staaten	17.542	9.737	7.805	19.019	10.546	8.473
Russische Föderation	15.052	5.667	9.385	13.881	6.149	7.732
China	14.293	7.280	7.013	13.647	7.820	5.827
Frankreich	12.979	6.716	6.263	12.938	6.486	6.452
Indien	11.403	8.087	3.316	9.532	7.007	2.525
Niederlande	11.203	6.685	4.518	7.309	4.462	2.847
Österreich	9.477	5.358	4.119	9.776	5.834	3.942
Serbien	8.941	5.650	3.291	9.653	6.333	3.320
Irak	8.923	6.536	2.387	3.945	3.252	693
Slowakei	8.749	5.561	3.188	9.406	6.013	3.393
Kroatien	8.732	6.400	2.332	11.816	8.422	3.394
Vereinigtes Königreich	8.592	5.280	3.312	8.898	5.358	3.540
Griechenland	8.266	5.085	3.181	16.079	9.562	6.517
Spanien	7.778	3.858	3.920	9.139	4.531	4.608
Ukraine	6.869	2.605	4.264	6.337	2.832	3.505
Tschechische Republik	6.309	3.097	3.212	6.929	3.347	3.582
Brasilien	6.290	2.829	3.461	5.364	2.418	2.946
Bosnien-Herzegowina	6.154	4.479	1.675	6.900	5.202	1.698
Portugal	5.911	4.037	1.874	7.009	4.615	2.394
Japan	5.847	2.757	3.090	6.037	2.982	3.055
Philippinen	5.609	4.539	1.070	5.056	4.356	700
Vietnam	4.045	2.208	1.837	4.313	2.953	1.360
Korea, Republik	3.915	1.711	2.204	3.654	1.683	1.971
Schweiz	3.626	1.816	1.810	3.387	1.764	1.623
Litauen	3.453	1.420	2.033	3.152	1.348	1.804
Kosovo	2.615	1.125	1.490	337	212	125
ehem. Serbien und Montenegro	1.230	776	454	4.898	3.043	1.855
Montenegro	370	203	167	217	131	86
Insgesamt	682.146	404.759	277.387	737.889	448.347	289.542

Quelle: Statistisches Bundesamt

1.5 Zu- und Fortzüge nach Bundesländern

Tabelle 1-13: Zuzüge über die Grenzen Deutschlands nach Bundesländern von 1999 bis 2008

Bundes- land	1999		2000		2001		2002		2003	
	Gesamt	dar. Aus- länder	Gesamt	dar. Aus- länder	Gesamt	dar. Aus- länder	Gesamt	dar. Aus- länder	Gesamt	dar. Aus- länder
Baden- Württemberg	151.727	117.877	138.886	116.400	138.631	120.556	135.705	118.713	124.013	108.021
Bayern	143.997	124.006	143.456	122.635	152.643	132.433	141.595	122.696	127.161	109.482
Berlin	48.804	42.648	46.545	40.240	45.782	39.662	43.370	37.496	41.109	35.219
Brandenburg	21.736	11.937	10.913	9.377	11.257	10.079	11.815	10.464	10.341	8.776
Bremen	7.024	6.204	6.512	5.800	7.453	6.627	8.134	7.313	7.630	6.832
Hamburg	23.311	19.680	25.185	21.739	24.223	20.966	22.361	19.006	21.762	18.258
Hessen	75.899	64.553	74.133	63.161	77.300	66.135	72.953	61.729	72.749	56.535
Mecklenburg- Vorpommern	7.588	7.083	6.990	6.399	6.974	6.381	7.197	6.573	6.356	5.704
Niedersachsen	118.429	56.383	146.079	59.969	158.246	65.010	150.146	64.981	131.202	62.614
Nordrhein- Westfalen	161.447	129.784	139.465	119.382	148.970	128.182	146.151	125.082	134.792	115.730
Rheinland- Pfalz	41.552	31.583	39.657	29.562	42.026	31.790	39.568	29.080	33.844	24.485
Saarland	8.360	6.634	7.684	5.972	7.790	6.112	7.697	5.930	7.140	5.555
Sachsen	24.000	21.402	20.560	18.445	20.528	18.768	20.470	18.776	19.386	17.573
Sachsen- Anhalt	12.382	10.838	9.756	8.834	10.593	9.704	10.416	9.438	9.668	8.707
Schleswig- Holstein	17.835	14.572	17.117	13.864	17.839	14.735	16.928	13.937	15.142	12.510
Thüringen	9.932	8.689	8.220	7.470	8.962	8.119	8.037	7.127	6.680	5.758

Bundes- land	2004		2005		2006		2007		2008	
	Gesamt	dar. Aus- länder	Gesamt	dar. Aus- länder	Gesamt	dar. Aus- länder	Gesamt	dar. Aus- länder	Gesamt	dar. Aus- länder
Baden- Württemberg	121.797	106.180	121.141	105.736	116.032	100.437	119.110	102.273	121.211	102.825
Bayern	126.423	110.572	119.349	103.125	116.298	100.009	121.638	102.805	119.573	99.823
Berlin	42.063	36.786	42.592	37.048	41.263	35.398	44.422	37.950	45.741	38.987
Brandenburg	9.635	8.229	8.969	7.537	8.652	7.128	8.425	6.708	8.499	6.513
Bremen	7.305	6.570	6.505	5.855	6.406	5.543	7.076	6.186	6.971	6.019
Hamburg	23.738	19.457	24.090	20.665	23.212	19.788	19.690	16.968	21.514	18.401
Hessen	101.322	57.890	66.842	53.152	63.484	50.437	66.541	54.296	63.393	53.958
Mecklenburg- Vorpommern	5.928	5.251	5.569	4.843	5.324	4.565	5.887	5.059	6.292	5.369
Niedersachsen	119.788	62.913	95.893	58.668	69.486	55.893	70.754	58.321	69.064	57.482
Nordrhein- Westfalen	134.528	116.234	131.971	114.136	128.873	111.753	135.453	117.108	137.291	118.092
Rheinland- Pfalz	30.390	22.898	31.328	24.281	31.997	25.156	31.146	25.166	31.436	24.754
Saarland	7.059	5.459	6.802	5.207	6.578	4.984	6.949	5.306	7.218	5.586
Sachsen	18.491	16.624	16.653	14.657	16.428	14.391	16.168	13.838	17.127	14.524
Sachsen- Anhalt	10.199	9.104	8.969	7.273	7.595	6.277	7.235	6.209	7.548	6.351
Schleswig- Holstein	14.562	12.081	14.616	12.074	14.165	11.676	13.737	11.196	12.423	9.626
Thüringen	6.947	5.934	6.063	5.044	6.062	5.032	6.535	5.363	6.845	5.505

Quelle: Statistisches Bundesamt

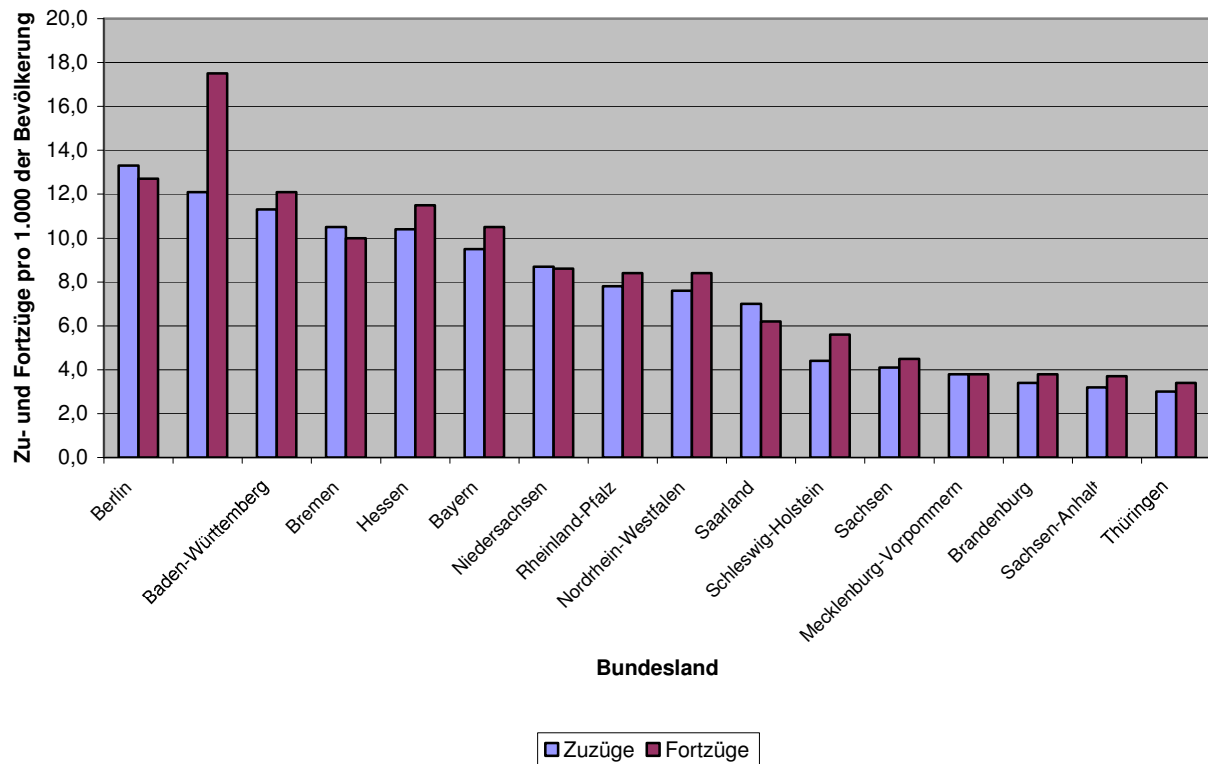
Tabelle 1-14: Fortzüge über die Grenzen Deutschlands nach Bundesländern von 1999 bis 2008

Bundesland	1999		2000		2001		2002		2003	
	Gesamt	dar. Ausländer	Gesamt	dar. Ausländer	Gesamt	dar. Ausländer	Gesamt	dar. Ausländer	Gesamt	dar. Ausländer
Baden-Württemberg	121.471	103.003	127.766	109.982	113.886	95.653	118.864	100.123	119.726	99.985
Bayern	127.535	108.197	122.236	104.700	112.937	94.901	119.398	100.563	114.932	95.908
Berlin	42.594	37.476	41.583	36.172	34.614	29.122	33.635	27.817	33.589	27.125
Brandenburg	13.774	9.250	7.971	6.884	7.459	6.225	8.806	7.139	8.809	6.998
Bremen	6.540	5.640	5.267	4.409	4.872	4.060	4.688	3.848	5.191	4.288
Hamburg	16.994	14.022	17.936	15.362	17.415	14.798	22.103	19.312	19.412	16.535
Hessen	66.778	56.990	66.869	57.208	74.513	64.828	63.288	53.166	72.628	50.125
Mecklenburg-Vorpommern	5.191	4.483	4.197	3.498	4.253	3.341	4.659	3.825	4.252	3.355
Niedersachsen	48.883	38.727	56.139	41.191	46.394	36.106	50.918	38.438	52.677	42.465
Nordrhein-Westfalen	126.262	105.352	132.306	113.340	112.456	92.032	116.975	96.561	118.179	97.838
Rheinland-Pfalz	42.960	30.180	41.314	29.279	33.934	22.044	35.432	21.103	31.554	19.727
Saarland	6.017	4.127	5.691	4.039	4.885	3.106	4.789	2.975	5.494	3.679
Sachsen	18.430	16.243	16.564	14.520	14.307	12.005	13.571	11.285	14.758	12.199
Sachsen-Anhalt	8.925	6.412	8.040	6.343	6.493	4.787	7.754	5.581	6.873	5.098
Schleswig-Holstein	14.410	11.040	13.567	10.261	12.224	9.180	12.628	9.368	12.939	9.755
Thüringen	5.284	4.496	6.592	5.606	5.852	4.799	5.747	4.468	5.317	3.983

Bundes- land	2004		2005		2006		2007		2008	
	Gesamt	dar. Aus- länder	Gesamt	dar. Aus- länder	Gesamt	dar. Aus- länder	Gesamt	dar. Aus- länder	Gesamt	dar. Aus- länder
Baden- Württemberg	123.787	102.594	118.390	96.064	117.775	93.098	116.757	89.753	129.644	98.488
Bayern	126.366	105.318	111.275	88.305	113.115	87.924	114.148	86.627	131.675	99.705
Berlin	31.244	24.332	28.063	20.626	32.539	24.028	39.803	30.278	43.389	33.289
Brandenburg	9.569	7.689	8.583	6.692	8.900	6.564	8.372	5.594	9.677	6.403
Bremen	5.994	5.027	5.134	4.234	5.595	4.433	5.987	4.750	6.633	5.144
Hamburg	27.993	24.509	18.605	14.851	20.357	16.227	14.239	9.438	30.961	25.765
Hessen	94.192	53.679	71.456	47.139	79.236	54.595	70.461	47.899	69.569	54.484
Mecklenburg- Vorpommern	5.661	4.708	4.938	3.855	4.446	3.113	5.008	3.489	6.332	4.273
Niedersachsen	57.265	47.957	55.376	45.664	56.337	46.784	59.027	48.550	68.114	54.976
Nordrhein- Westfalen	128.181	106.108	126.457	102.492	119.207	93.491	125.407	96.620	150.038	118.062
Rheinland- Pfalz	28.050	19.751	32.471	19.170	33.001	19.209	28.061	19.752	33.935	23.936
Saarland	7.723	5.856	7.006	5.066	6.280	4.245	6.611	4.413	6.364	3.840
Sachsen	18.766	15.583	14.241	10.793	15.454	11.368	16.128	11.055	19.065	13.034
Sachsen- Anhalt	11.860	8.062	7.985	5.829	6.527	4.781	7.285	4.981	8.846	6.193
Schleswig- Holstein	14.381	10.908	12.536	8.725	13.743	9.713	13.047	8.643	15.962	11.016
Thüringen	6.600	4.884	5.883	4.079	6.552	4.201	6.513	3.907	7.685	4.522

Quelle: Statistisches Bundesamt

Abbildung 1-19: Zu- und Fortzüge im Jahr 2008 nach Bundesland und pro 1.000 Einwohner



Quelle: Statistisches Bundesamt

1.6 Altersstruktur

Tabelle 1-15: Zu- und Fortzüge nach Altersgruppen von 1991 bis 2008

Jahr	unter 18 Jahre	von 18 bis unter 25 Jahre	von 25 bis unter 40 Jahre	von 40 bis unter 65 Jahre	65 u. mehr Jahre	Insgesamt
Zuzüge						
1991	273.997	244.815	421.629	207.015	35.471	1.182.927
1992	326.292	321.925	549.644	253.622	37.966	1.489.449
1993	264.767	266.855	472.953	225.842	37.587	1.268.004
1994	219.467	214.676	390.628	208.364	36.902	1.070.037
1995	222.080	223.318	400.098	214.674	35.878	1.096.048
1996	182.704	209.205	354.299	185.667	27.816	959.691
1997	148.479	189.530	311.197	165.989	25.438	840.633
1998	138.144	189.076	297.003	156.123	22.110	802.456
1999	157.617	199.870	319.317	172.642	24.577	874.023
2000	132.060	200.550	316.640	169.656	22.252	841.158
2001	135.459	216.331	332.626	172.827	21.974	879.217
2002	123.743	209.000	319.601	168.157	22.042	842.543
2003	104.400	190.257	296.038	157.930	20.350	768.975
2004	95.612	184.049	308.275	172.738	19.501	780.175
2005	80.509	163.115	286.644	160.977	16.107	707.352
2006	66.895	154.623	270.585	153.840	13.860	661.855
2007	71.576	155.646	277.440	161.299	14.805	680.766
2008	72.713	157.390	273.689	163.586	14.768	682.146

Fortzüge						
1991	92.098	105.419	234.615	131.098	19.010	582.240
1992	117.614	127.246	281.589	154.631	20.344	701.424
1993	116.463	147.831	336.427	177.622	18.516	796.859
1994	108.776	132.277	311.480	166.536	21.457	740.526
1995	95.878	119.218	295.688	165.405	21.924	698.113
1996	86.780	119.370	287.011	163.487	20.846	677.494
1997	105.582	125.848	315.369	177.117	23.053	746.969
1998	124.881	123.662	313.023	171.274	22.518	755.358
1999	93.872	119.776	280.443	157.268	20.689	672.048
2000	99.022	122.635	279.213	153.381	19.787	674.038
2001	69.298	112.109	255.780	149.535	19.772	606.494
2002	71.149	118.639	262.753	150.280	20.434	623.255
2003	69.693	117.438	265.365	152.925	20.909	626.330
2004	73.726	122.504	296.274	178.971	26.157	697.632
2005	67.855	106.560	267.569	163.204	23.211	628.399
2006	67.197	106.438	270.709	170.180	24.540	639.064
2007	66.788	105.409	268.473	171.844	24.340	636.854
2008	70.632	119.053	308.664	208.518	31.022	737.889

Quelle: Statistisches Bundesamt

1.7 Geschlechtsstruktur

Tabelle 1-16: Zu- und Fortzüge nach Geschlecht von 1990 bis 2008

Jahr	Zuzüge				Fortzüge			
	männlich	weiblich	Frauenanteil ²	Gesamt	männlich	weiblich	Frauenanteil ²	Gesamt
1990	695.231	561.019	44,7	1.256.250	327.796	246.582	42,9	574.378
1991 ¹	696.279	486.648	41,1	1.182.927	364.116	218.124	37,5	582.240
1992	911.771	577.678	38,8	1.489.449	450.544	250.880	35,8	701.424
1993	771.018	496.986	39,2	1.268.004	543.675	253.184	31,8	796.859
1994	631.596	438.441	41,0	1.070.037	483.819	256.707	34,7	740.526
1995	651.809	444.239	40,5	1.096.048	454.260	243.853	34,9	698.113
1996	571.876	387.815	40,4	959.691	442.324	235.170	34,7	677.494
1997	496.540	344.093	40,9	840.633	477.595	269.374	36,1	746.969
1998	473.145	329.311	41,0	802.456	470.639	284.719	37,7	755.358
1999	504.974	369.049	42,2	874.023	423.940	248.108	36,9	672.048
2000	487.839	353.319	42,0	841.158	426.798	247.240	36,7	674.038
2001	507.483	371.734	42,3	879.217	383.889	222.605	36,7	606.494
2002	481.085	361.458	42,9	842.543	390.764	232.491	37,3	623.255
2003	439.988	328.987	42,8	768.975	392.541	233.789	37,3	626.330
2004	455.601	324.574	41,6	780.175	436.362	261.270	37,5	697.632
2005	411.622	295.730	41,8	707.352	390.266	238.133	37,9	628.399
2006	393.582	268.273	40,5	661.855	394.072	244.992	38,3	639.064
2007	403.500	277.266	40,7	680.766	391.967	244.887	38,5	636.854
2008	404.759	277.387	40,1	682.146	448.347	289.542	39,2	737.889

Quelle: Statistisches Bundesamt

1) Gebietsstand der Bundesrepublik Deutschland ab dem 03.10.1990.

2) Frauenanteil in Prozent.

2. Die einzelnen Zuwanderergruppen

2.2 EU-Binnenmigration von Unionsbürgern

Tabelle 2-34: Zu- und Fortzüge von Unionsbürgern¹ über die Grenzen Deutschlands in den Jahren 2007 und 2008

Land der Staatsangehörigkeit	Zuzüge		Fortzüge		Wanderungssaldo (Zuzugs- bzw. Fortzugsüberschuss)	
	2007	2008	2007	2008	2007	2008
Polen	140.870	119.867	113.791	119.649	+27.079	+218
Rumänien ²	43.894	48.225	24.524	37.778	+19.370	+10.447
Ungarn	22.175	25.151	16.950	21.454	+5.225	+3.697
Bulgarien ²	20.919	24.093	8.693	15.990	+12.226	+8.103
Italien	18.624	20.087	23.591	25.846	-4.967	-5.759
Frankreich	12.874	12.979	10.451	12.938	+2.423	+41
Niederlande	10.964	11.203	6.340	7.309	+4.624	+3.894
Österreich	9.614	9.477	8.188	9.776	+1.426	-299
Slowakei	9.505	8.749	8.479	9.406	+1.026	-657
Vereinigtes Königreich	7.920	8.592	7.300	8.898	+620	-306
Griechenland	7.892	8.266	14.500	16.079	-6.608	-7.813
Spanien	7.241	7.778	7.442	9.139	-201	-1.361
Tschechische Republik	6.651	6.309	5.741	6.929	+910	-620
Portugal	5.516	5.911	6.452	7.009	-936	-1.098
Litauen	4.075	3.453	3.123	3.152	+952	+301
Luxemburg	2.064	2.231	832	1.108	+1.232	+1.123
Schweden	2.257	2.192	2.200	2.345	+57	-153
Dänemark	2.000	2.188	1.934	2.132	+66	+56
Lettland	1.737	2.066	1.400	1.727	+337	+339
Belgien	1.798	2.038	1.658	1.894	+140	+144
Finnland	2.100	1.836	1.844	2.076	+256	-240
Slowenien	1.200	1.218	1.241	1.611	-41	-393
Irland	1.070	1.184	1.142	1.280	-72	-96
Estland	696	621	473	690	+223	-69
Zypern	123	134	103	127	+20	+7
Malta	72	66	36	57	+36	+9
EU-14	91.934	95.962	93.874	107.829	-1.940	-11.867
EU-10	187.104	167.634	151.337	164.802	+35.767	+2.832
EU-2	64.813	72.318	33.217	53.768	+31.596	+18.550
EU insgesamt	343.851	335.914	278.428	326.399	+65.423	+9.515

Quelle: Statistisches Bundesamt

1) Ohne Deutsche.

2) Rumänien und Bulgarien traten zum 1. Januar 2007 der EU bei.

Tabelle 2-35: Zu- und Fortzüge von Unionsbürgern (EU-14) nach und aus Deutschland von 1991 bis 2008¹

	Gesamt- zuzüge	Zuzüge von Unionsbür- gern¹	in %	Gesamtfortzüge	Fortzüge von Unions- bürgern¹	in %
1991	1.198.978	128.142	10,7	596.455	96.727	16,2
1992	1.502.198	120.445	8,0	720.127	94.967	13,2
1993	1.277.408	117.115	9,2	815.312	99.167	12,2
1994	1.082.553	139.382	12,9	767.555	117.486	15,3
1995	1.096.048	175.977	16,1	698.113	140.113	20,1
1996	959.691	171.804	17,9	677.494	154.033	22,7
1997	840.633	150.583	17,9	746.969	159.193	21,3
1998	802.456	135.908	16,9	755.358	146.631	19,4
1999	874.023	135.268	15,5	672.048	141.205	21,0
2000	841.158	130.683	15,5	674.038	126.360	18,7
2001	879.217	120.590	13,7	606.494	120.408	19,9
2002	842.543	110.610	13,1	623.255	122.982	19,7
2003	768.975	98.709	12,8	626.330	114.042	18,2
2004	780.175	92.931	11,9	697.632	126.748	18,2
2005	707.352	89.235	12,6	628.399	99.111	15,8
2006	661.855	89.788	13,6	639.064	97.271	15,2
2007	680.766	91.934	13,5	636.854	93.874	14,7
2008	682.146	95.962	14,1	737.889	107.829	14,6

Quelle: Statistisches Bundesamt

1) Von 1991 bis 1994 Staatsangehörige aus folgenden 11 EU-Staaten: Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Portugal und Spanien; ab 1995 zusätzlich Finnland, Österreich und Schweden (EU-14). Deutsche bleiben unberücksichtigt.

2.3 Spätaussiedler

Tabelle 2-36: Zuzug von (Spät-)Aussiedlern und deren Familienangehörigen nach Deutschland nach Altersgruppen von 1991 bis 2008

Jahr	unter 18 Jahre	in %	von 18 bis unter 45 J.	in %	von 45 bis unter 65 J.	in %	65 Jahre und älter	in %	Gesamt
1991	71.268	32,1	98.320	44,3	38.612	17,4	13.795	6,2	221.995
1992	81.188	35,2	99.045	43,0	34.620	15,0	15.712	6,8	230.565
1993	76.519	35,0	94.871	43,3	31.360	14,3	16.138	7,4	218.888
1994	76.739	34,5	98.124	44,1	31.147	14,0	16.581	7,4	222.591
1995	74.822	34,3	97.257	44,6	30.327	13,9	15.492	7,1	217.898
1996	59.564	33,5	80.545	45,3	26.056	14,7	11.586	6,5	177.751
1997	43.442	32,3	60.111	44,7	21.085	15,7	9.781	7,3	134.419
1998	32.837	31,9	46.777	45,4	16.564	16,1	6.902	6,7	103.080
1999	32.266	30,8	48.243	46,0	17.289	16,5	7.118	6,8	104.916
2000	28.401	29,7	44.315	46,3	16.580	17,3	6.319	6,6	95.615
2001	28.662	29,1	45.883	46,6	17.749	18,0	6.190	6,3	98.484
2002	25.561	28,0	43.080	47,1	16.752	18,3	6.023	6,6	91.416
2003	19.938	27,4	34.269	47,0	13.479	18,5	5.199	7,1	72.885
2004	15.927	27,0	28.016	47,4	11.069	18,7	4.081	6,9	59.093
2005	9.345	26,3	16.560	46,6	7.131	20,1	2.486	7,0	35.522
2006	1.712	22,1	3.246	41,9	1.929	24,9	860	11,1	7.747
2007	1.366	23,6	2.256	39,0	1.483	25,6	687	11,9	5.792
2008	1.006	23,1	1.837	42,1	1.100	25,2	419	9,6	4.362

Quelle: Bundesverwaltungsamt

2.4 Einreise und Aufenthalt zum Zweck der Ausbildung

2.4.1 Ausländische Studierende

Tabelle 2-37: Ausländische Studienanfänger an deutschen Hochschulen nach ausgewählten Herkunftsländern im Sommersemester 2008 und im Wintersemester 2008/2009

Herkunftsland	Studienanfänger im Sommersemester 2008		davon Bildungsausländer		Anteil der Bildungsausländer an den Studienanfängern
	insgesamt	darunter weiblich	insgesamt	darunter weiblich	
Bulgarien	217	151	212	147	97,7
Frankreich	752	393	735	385	97,7
Griechenland	314	189	249	157	79,3
Italien	674	371	568	335	84,3
Luxemburg	171	79	170	79	99,4
Österreich	693	287	661	271	95,4
Polen	884	628	831	596	94,0
Rumänien	255	151	244	145	95,7
Spanien	380	185	346	168	91,1
Tschechische Republik	337	229	333	225	98,8
Ungarn	383	266	377	261	98,4
Vereinigtes Königreich	251	154	239	149	95,2
Kroatien	103	52	32	24	31,1
Russische Föderation	756	554	713	529	94,3
Schweiz	197	113	186	109	94,4
Türkei	960	489	538	277	56,0
Ukraine	348	249	303	229	87,1
Kamerun	316	123	313	121	99,1
Marokko	184	42	168	35	91,3
Brasilien	413	159	405	154	98,1
Mexiko	231	96	223	93	96,5
Vereinigte Staaten	1.150	578	1.141	575	99,2
China	1.186	601	1.142	579	96,3
Indien	311	90	308	90	99,0
Indonesien	138	55	132	53	95,7
Iran	208	90	187	79	89,9
Japan	222	147	215	144	96,8
Korea (Republik)	436	288	408	273	93,6
Vietnam	159	80	143	71	89,9
Insgesamt	17.134	9.096	15.680	8.396	91,5

Herkunftsland	Studienanfänger im Wintersemester 2008/2009		davon Bildungsausländer		Anteil der Bildungsausländer an den Studienanfängern
	insgesamt	darunter weiblich	insgesamt	darunter weiblich	
Bulgarien	904	565	849	529	93,9
Frankreich	2.991	1.722	2.862	1.668	95,7
Griechenland	903	463	527	301	58,4
Italien	2.334	1.367	1.755	1.091	75,2
Luxemburg	651	305	633	298	97,2
Österreich	1.678	727	1.467	637	87,4
Polen	2.608	1.772	2.155	1.532	82,6
Rumänien	730	505	665	467	91,1
Spanien	2.604	1.426	2.468	1.361	94,8
Tschechische Republik	810	506	775	486	95,7
Ungarn	801	507	754	487	94,1
Vereinigtes Königreich	840	466	724	416	86,2
Kroatien	572	303	92	62	16,1
Russische Föderation	2.567	1.875	2.047	1.586	79,7
Schweiz	657	343	586	302	89,2
Türkei	4.434	2.044	1.524	675	34,4
Ukraine	1.338	934	871	681	65,1
Kamerun	619	238	601	231	97,1
Marokko	535	105	452	81	84,5
Brasilien	612	299	578	279	94,4
Mexiko	647	217	641	213	99,1
Vereinigte Staaten	2.013	986	1.946	956	96,7
China	4.218	2.223	4.009	2.114	95,0
Indien	909	225	879	209	96,7
Indonesien	509	220	490	214	96,3
Iran	612	277	450	207	73,5
Japan	530	332	469	296	88,5
Korea (Republik)	912	599	771	502	84,5
Vietnam	540	272	310	160	57,4
Insgesamt	52.675	27.830	42.670	22.965	81,0

Quelle: Statistisches Bundesamt

Tabelle 2-38: Studienanfänger (Bildungsausländer) nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten 1999 bis 2008 (jeweils Sommersemester und darauf folgendes Wintersemester)

Herkunftsland	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
China	2.096	3.451	6.184	6.985	6.676	4.852	3.818	3.856	4.532	5.151
Frankreich	3.124	3.136	3.225	3.128	3.427	3.607	3.459	3.404	3.205	3.597
Vereinigte Staaten	2.245	2.268	2.363	2.366	2.422	2.532	2.699	2.645	2.738	3.087
Polen	2.362	2.660	3.208	3.699	4.028	4.004	4.020	3.469	3.381	2.986
Spanien	2.227	2.422	2.625	2.619	2.698	2.810	2.706	2.598	2.626	2.814
Russische Föderation	1.807	2.070	2.506	2.627	2.650	2.654	2.474	2.512	2.568	2.760
Italien	2.087	2.242	2.274	2.360	2.386	2.230	2.151	2.085	2.158	2.323
Österreich	-	1.372	1.553	1.472	1.273	1.291	1.380	1.498	1.497	2.128
Türkei	747	825	976	1.310	1.605	1.666	1.943	2.070	2.146	2.062
Indien	388	539	902	1.521	1.298	1.118	1.104	1.218	1.114	1.187
Korea (Republik)	529	652	692	757	809	943	877	886	986	1.179
Ukraine	805	1.077	1.394	1.583	1.613	1.573	1.456	1.256	1.171	1.174
Ungarn	958	1.056	1.089	1.099	1.002	1.003	942	976	1.027	1.131
Tschechische Republik	549	769	1.049	1.169	1.226	1.236	1.204	1.120	1.170	1.108
Bulgarien	1.204	1.945	2.678	3.172	3.080	2.489	1.819	1.319	1.067	1.061
Kamerun	1.038	944	813	900	918	873	840	776	805	914
Rumänien	640	797	1.057	1.145	1.273	1.269	1.053	977	927	909
Griechenland	733	726	754	722	750	699	775	705	609	776
Iran	272	244	301	341	448	440	421	442	494	637
Marokko	713	890	968	1.194	1.233	1.187	1.119	810	706	620
Kroatien	141	143	148	162	171	137	140	98	118	124
Insgesamt	39.905	45.652	53.183	58.480	60.113	58.247	55.773	53.554	53.759	58.350

Quelle: Statistisches Bundesamt

Tabelle 2-39: Ausländische Studierende nach Fächergruppen und den 16 häufigsten Ländern der Staatsangehörigkeit im Wintersemester 2008/2009

Land der Staatsangehörigkeit	Ins-gesamt	dar. Bildungs-ausländer	in %	Ausländische Studierende in der Fächergruppe					
				Sprach-, Kultur-wissen-schaften	Rechts-, Wirt-schafts- und Sozialwissen-schaften	Mathematik, Naturwissen-schaften	Ingenieur-wissen-schaften	Human-medizin	Kunst, Kunstwis-senschaft
China	24.746	23.140	93,5	2.597	6.416	5.181	8.639	360	1.031
Türkei	22.335	6.711	30,0	2.764	8.211	4.467	5.565	682	338
Russische Föderation	12.378	9.740	78,7	3.345	4.691	1.880	1.139	337	754
Polen	12.252	9.401	76,7	3.976	4.394	1.385	1.213	470	537
Bulgarien	9.544	9.162	96,0	1.649	3.870	1.750	1.214	587	346
Ukraine	8.557	6.324	73,9	2.197	3.234	1.406	868	297	383
Österreich	7.014	5.465	77,9	1.291	2.846	894	1.056	410	357
Italien	6.863	3.655	53,3	2.238	1.869	880	978	287	456
Marokko	6.649	5.970	89,8	706	1.333	1.314	3.100	113	14
Frankreich	5.988	5.213	87,1	1.359	2.205	569	1.109	160	397
Kamerun	5.536	5.363	96,9	264	1.072	1.478	2.292	288	6
Korea, Republik	5.209	4.136	79,4	1.008	734	312	517	211	2.319
Griechenland	5.182	2.200	42,5	1.055	1.585	810	973	427	230
Spanien	4.715	3.702	78,5	1.158	1.178	657	1.080	160	347
Iran	4.182	2.910	69,6	406	697	1.089	1.389	367	113
Kroatien	4.010	605	15,1	775	1.515	561	774	134	166
Insgesamt	239.143	180.222	75,4	44.827	70.013	41.326	51.126	12.434	13.141
dar. Bildungsausländer	180.222			36.319	48.745	30.942	39.123	10.104	9.548

Quelle: Statistisches Bundesamt

2.5 Einreise und Aufenthalt zum Zweck der Erwerbstätigkeit

Tabelle 2-40: Ausnahmetatbestände nach der Anwerbestoppausnahmereverordnung (ASAV)¹

§ 2 Abs. 1	Absolventen deutscher oder ausländischer Hoch- oder Fachhochschulen zur Aus- und Weiterbildung; Fach- und Führungskräfte (Regierungspraktikanten); Auszubildende mit Hochschul- oder Fachhochschulreife zur höher qualifizierten Fach- oder Führungskraft; Auszubildende nach anerkanntem Lehr- oder Ausbildungsplan; sonstige Weiterzubildende mit Berufsabschluss
§ 2 Abs. 2	Ausländer, die von einem inländischen Unternehmen im Ausland beschäftigt werden zur vorübergehenden Einarbeitung; Fachkräfte zur Einarbeitung oder Aus- und Weiterbildung, die in einem deutsch-ausländischen Gemeinschaftsunternehmen beschäftigt werden; Ausländer zur beruflichen Qualifikation im Rahmen von Exportlieferungs- oder Lizenzverträgen; Au-pair-Beschäftigte
§ 2 Abs. 3	Gastarbeitnehmer; Ausländer zur Einführung in die Geschäftspraxis bei bestehenden Geschäftsbeziehungen
§ 2 Abs. 4	Absolventen deutscher Hoch- und Fachhochschulen für ein fachbezogenes Praktikum; Fach- und Führungskräfte zur Aus- und Weiterbildung aufgrund zwischenstaatlicher Vereinbarungen
§ 3	Werkvertragsarbeitnehmer
§ 4 Abs. 1	Saisonarbeitnehmer
§ 4 Abs. 2	Schaustellergehilfen
§ 4 Abs. 3	Arbeitnehmer zur Montage von Fertighäusern bzw. -hallen
§ 4 Abs. 4	Lehrkräfte zur Erteilung muttersprachlichen Unterrichts an Schulen
§ 4 Abs. 5	Lehrkräfte und Lektoren zur Sprachvermittlung an Hochschulen
§ 4 Abs. 6	Spezialitätenköche
§ 4 Abs. 7 und 8	Fachkräfte in international tätigen Konzernen
§ 4 Abs. 9	Ausländische Hausangestellte eines für einen begrenzten Zeitraum von seinem Arbeitgeber im Inland beschäftigten Ausländers
§ 5 Nr. 1	Wissenschaftler in Forschung und Lehre
§ 5 Nr. 2	Fachkräfte mit Hochschul- oder Fachhochschulausbildung oder vergleichbarer Qualifikation
§ 5 Nr. 3	Leitende Angestellte und Spezialisten eines Unternehmens mit Staatsangehörigkeit des Landes, in dem der Hauptsitz des Unternehmens ist
§ 5 Nr. 4	Leitende Angestellte eines deutsch-ausländischen Gemeinschaftsunternehmens
§ 5 Nr. 5	Fachkräfte bei deutschen Trägern in der Sozialarbeit zur Betreuung ausländischer Arbeitnehmer
§ 5 Nr. 6	Seelsorger für ausländische Arbeitnehmer
§ 5 Nr. 7	Krankenschwestern und -pfleger
§ 5 Nr. 8	Künstler und Artisten mit Hilfspersonal
§ 5 Nr. 9	Fotomodelle, Werbetypen, Mannequins und Dressmen
§ 6	Grenzgänger
§ 7	Beschäftigte auf der Grundlage einer zwischenstaatlichen Vereinbarung
§ 8	Beschäftigte auf der Basis einer Ausnahmefugnis im Einzelfall
§ 9	Bestimmte Staatsangehörige (Andorra, Australien, Israel, Japan, Kanada, Monaco, Neuseeland, San Marino und USA)
§ 10	Ehemalige Deutsche und Kinder ehemaliger Deutscher

Quelle: ASAV; Zusammenstellung efms

1) Stand bis Ende 2008.

Tabelle 2-41: Ausnahmetatbestände nach der Beschäftigungsverordnung (BeschV)

Zustimmungsfreie Beschäftigungen ⁴⁴⁸	
§ 2	Absolventen deutscher Auslandsschulen zum Zweck einer qualifizierten betrieblichen Ausbildung (seit 1. Januar 2009); Praktikanten während eines Aufenthalts zum Zwecke der schulischen Ausbildung oder des Studiums; Praktikanten im Rahmen eines von der EU geförderten Programms oder eines internationalen Austauschprogramms; Regierungspraktikanten
§ 3	Hochqualifizierte nach § 19 Abs. 2 AufenthG: Wissenschaftler mit besonderen fachlichen Kenntnissen; Lehrpersonen und wissenschaftliche Mitarbeiter in herausgehobener Funktion; Spezialisten und leitende Angestellte mit besonderer Berufserfahrung
§ 4	Führungskräfte
§ 5	Wissenschaftliches Personal an Hochschulen und Forschungseinrichtungen; Gastwissenschaftler; Lehrkräfte öffentlicher oder staatlich anerkannter privater Schulen
§ 6	Personen, die im kaufmännischen Bereich beschäftigt sind und sich nicht länger als drei Monate im Jahr im Inland aufhalten
§ 7	Besondere Berufsgruppen: Künstler und Artisten im Rahmen einer Beschäftigung von maximal drei Monaten, Berufssportler, Fotomodelle, Werbetypen, Mannequins, Dressman
§ 8	Journalisten, deren Tätigkeit vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung anerkannt ist
§ 9	Beschäftigungen, die nicht in erster Linie dem Erwerb dienen: Personen, die im Rahmen eines anerkannten Freiwilligendienstes beschäftigt werden sowie aus karitativen oder religiösen Gründen Beschäftigte
§ 10	Studierende und Schüler zur Ausübung einer Ferienbeschäftigung bis zu drei Monaten
§ 11	Kurzfristig entsandte Arbeitnehmer um Maschinen, Anlagen oder EDV-Programme aufzustellen, zu installieren, in ihre Bedienung einzuweisen oder zu warten
§ 12	Personen, die zur Vorbereitung, Teilnahme und Durchführung internationaler Sportveranstaltungen akkreditiert werden
§ 13	Fahrpersonal im grenzüberschreitenden Straßen- und Schienenverkehr
§ 14	Mitglieder der Besatzungen in der Schifffahrt und im Luftverkehr
§ 15	Personen, die von ihrem Arbeitgeber mit Sitz in der EU oder EWR zur Erbringung einer Dienstleistung vorübergehend ins Bundesgebiet entsandt werden
Zustimmungen zu Beschäftigungen, die keine qualifizierte Berufsausbildung voraussetzen ⁴⁴⁹	
§ 18	Saisonarbeitnehmer
§ 19	Schaustellergehilfen
§ 20	Au-pair-Beschäftigte
§ 21	Haushaltshilfen in Haushalten mit Pflegebedürftigen
§ 22	Hausangestellte eines für einen begrenzten Zeitraum von seinem Arbeitgeber im Inland beschäftigten Ausländers
§ 23	Personen, die eine künstlerische oder artistische Beschäftigung ausüben sowie deren Hilfs-

⁴⁴⁸ Die Erteilung eines Aufenthaltstitels zum Zwecke der Beschäftigung bedarf in diesen Fällen nicht der Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit (§ 1 BeschV).

⁴⁴⁹ Voraussetzung für die Erteilung eines Aufenthaltstitels ist hier die Durchführung der Vorrangprüfung nach § 39 Abs. 2 AufenthG.

	personal
§ 24	Praktische Tätigkeiten als Voraussetzung für die Anerkennung ausländischer Abschlüsse
Zustimmungen zu Beschäftigungen, die eine qualifizierte Berufsausbildung voraussetzen⁴⁵⁰	
§ 26	Lehrkräfte zur Erteilung muttersprachlichen Unterrichts an Schulen; Spezialitätenköche
§ 27	IT-Fachkräfte; Fachkräfte, an deren Beschäftigung wegen ihrer fachlichen Kenntnisse ein öffentliches Interesse besteht; Absolventen einer Hochschule im Inland für einen angemessenen Arbeitsplatz ¹
§ 28	Leitende Angestellte und Spezialisten eines im Inland ansässigen Unternehmens; Leitende Angestellte eines deutsch-ausländischen Gemeinschaftsunternehmens
§ 29	Fachkräfte in der Sozialarbeit für ausländische Arbeitnehmer
§ 30	Pflegekräfte
§ 31	Fachkräfte im Rahmen des Personalaustauschs innerhalb eines international tätigen Unternehmens
Zustimmungen zu weiteren Beschäftigungen⁴⁵¹	
§ 33	Deutsche Volkszugehörige, die einen Aufnahmebescheid nach dem Bundesvertriebenengesetz besitzen
§ 34	Bestimmte Staatsangehörige (Andorra, Australien, Israel, Japan, Kanada, Monaco, Neuseeland, San Marino und USA)
§ 35	Arbeitnehmer zur Montage von Fertighäusern bzw. –hallen (ohne Vorrangprüfung)
§ 36	Arbeitnehmer um Maschinen, Anlagen oder EDV-Programme aufzustellen, zu installieren, in ihre Bedienung einzuweisen oder zu warten (ohne Vorrangprüfung)
§ 37	Grenzgänger
Zustimmungen zu Beschäftigungen auf der Grundlage zwischenstaatlicher Vereinbarungen⁴⁵²	
§ 39	Werkvertragsarbeitnehmer
§ 40	Gastarbeitnehmer
§ 41	Sonstige Beschäftigungen auf der Basis zwischenstaatlicher Vereinbarungen, etwa im Rahmen von Fach- oder Weltausstellungen

Quelle: BeschV

1) Seit 1. Januar 2009: Fachkräfte mit Hochschulabschluss; IT-Fachkräfte mit einer einem anerkannten ausländischen Hochschulabschluss vergleichbaren Qualifikation; Absolventen deutscher Auslandsschulen. Die Voraussetzung eines öffentlichen Interesses entfällt.

⁴⁵⁰ Voraussetzung für die Erteilung eines Aufenthaltstitels ist hier eine mindestens dreijährige Berufsausbildung. Zudem ist die Durchführung der Vorrangprüfung nach § 39 Abs. 2 AufenthG vorgesehen.

⁴⁵¹ Voraussetzung für die Erteilung eines Aufenthaltstitels zu diesen Beschäftigungen ist auch hier in der Regel die Durchführung der Vorrangprüfung nach § 39 Abs. 2 AufenthG.

⁴⁵² Voraussetzung für die Erteilung eines Aufenthaltstitels zu diesen Beschäftigungen ist das Bestehen zwischenstaatlicher Vereinbarungen.

Tabelle 2-42: Erteilte Arbeitsgenehmigungen-EU nach den Ausnahmetatbeständen der ASAV in den Jahren 2006 bis 2008

Ausnahmetatbestände ¹	2006	2007	2008	Veränderung 2008 zu 2007 in %
§ 2 Abs. 1	424	591	462	-21,8
§ 2 Abs. 2	3.152	2.784	1.914	-31,3
§ 2 Abs. 3	569	492	382	-22,4
§ 2 Abs. 4	73	73	71	-2,7
§ 4 Abs. 3	23	-	30	-
§ 4 Abs. 4	34	25	12	-52,0
§ 4 Abs. 5	7	-	-	-
§ 4 Abs. 6	6	5	8	60,0
§ 4 Abs. 7	607	749	213	-71,6
§ 4 Abs. 8	27	26	4	-84,6
§ 4 Abs. 9	28	20	-	-
§ 5 Nr. 1	14	10	9	-10,0
§ 5 Nr. 2	267	413	282	-31,7
§ 5 Nr. 3	53	107	120	12,1
§ 5 Nr. 4	-	0	-	-
§ 5 Nr. 5	23	29	-	-
§ 5 Nr. 6	0	-	8	-
§ 5 Nr. 7	-	9	-	-
§ 5 Nr. 8	1.132	1.053	152	-85,6
§ 6	1.520	1.518	1.310	-13,7
§ 7	14	11	-	-
§ 8	94	229	71	-69,0
§ 10	-	0	-	-
sonstige	1.291	2.971	1.987	-33,1
kein Ausnahmetatbestand erforderlich	48.568	68.663	86.120	25,4
insgesamt	57.944	79.778	93.163	16,8

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

1) Die Daten beinhalten nicht die Saisonarbeitnehmer, Schaustellergehilfen, Haushaltshilfen und Werkvertragsarbeitnehmer.

Tabelle 2-43: Erteilte Arbeitsgenehmigungen-EU nach Staatsangehörigkeit im Jahr 2008

Staatsangehörigkeit	erstmalige Beschäftigung		erneute Be- schäftigung	Fortsetzung der Beschäftigung	Insgesamt
	insgesamt	darunter: neu eingereist			
Bulgarien	4.670	476	2.555	1.209	8.434
Estland	191	30	60	51	302
Lettland	472	47	138	100	710
Litauen	1.238	79	495	321	2.054
Polen	20.119	2.669	16.969	8.045	45.133
Rumänien	8.509	1.536	6.583	4.732	19.824
Slowakei	1.966	644	1.709	951	4.626
Slowenien	343	41	136	66	545
Tschechische Republik	2.882	827	1.160	986	5.028
Ungarn	3.750	863	1.262	1.099	6.111
Sonstige ¹	320	15	54	22	396
Insgesamt	44.460	7.227	31.121	17.582	93.163

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

1) Dabei handelt es sich um Familienangehörige von Unionsbürgern.

Tabelle 2-44: Zustimmungen für Drittstaatsangehörige nach den Regelungen der BeschV in den Jahren 2006 bis 2008

Ausnahmetatbestände ¹	2006	2007	2008	Veränderung 2008 zu 2007 in %
§ 20 (Au-Pair-Beschäftigungen)	9.782	8.370	7.730	-7,6
§ 22 (Hausangestellte von Entsandten)	27	17	22	29,4
§ 23 (Kultur und Unterhaltung)	3.382	2.898	2.216	-23,5
§ 24 (Anerkennungspraktikum)	44	36	27	-25,0
§ 26 Abs. 1 (Zulassung von Sprachlehrern)	225	251	285	13,5
§ 26 Abs. 2 (Zulassung von Spezialitätenköchen)	2.712	3.035	2.677	-11,8
§ 27 Nr. 1 (Zulassung von IKT-Fachkräften)	2.845	3.411	3.906	14,5
§ 27 Nr. 2 (Zulassung von Fachkräften – akademische Berufe)	1.854	2.205	2.710	22,9
§ 27 Nr. 3 (Hochschulabsolventen – angemessener Arbeitsplatz)	2.742	4.421	5.935	34,2
§ 28 Nr. 1 (leitende Angestellte – inländ. Unternehmen)	1.175	1.626	2.189	34,6
§ 28 Nr. 2 (leitende Angestellte – Gemeinschaftsunternehmen)	145	81	63	-22,2
§ 29 (Sozialarbeit)	16	10	-	
§ 30 (Pflegekräfte)	71	37	37	0,0
§ 31 Nr. 1 (internationaler Personenaustausch)	4.783	5.419	5.655	4,4
§ 31 Nr. 2 (Vorbereitung Auslandsprojekte)	487	403	246	-39,0
§ 33 (Deutsche Volkszugehörige)	-	4	6	50,0
§ 34 (bestimmte Staatsangehörige)	3.757	4.821	5.617	16,5
§ 35 (Fertighausmontage)	-	3	-	
§ 36 (längerfristig entsandte Arbeitnehmer)	606	720	1.154	60,3
§ 37 (Grenzgänger)	11	7	10	42,9
§ 39 Abs. 2 (Niederlassungspersonal)	107	90	94	4,4
§ 40 (Gastarbeitnehmer)	340	85	111	30,6
Zustimmungen nach der BeschV insgesamt	35.111	37.950	40.690	7,2
sonstige Zustimmungen ²	59.205	65.868	38.155	-42,1
Zustimmungen insgesamt	94.316	103.818	78.845	-24,1

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

1) Die Daten beinhalten nicht die Saisonarbeitnehmer, Schaustellergehilfen, Haushaltshilfen und Werkvertragsarbeitnehmer.

2) Darunter fallen Zustimmungen nach der Beschäftigungsverfahrensverordnung (BeschVerfV), etwa an Geduldete oder zur Fortsetzung eines Arbeitsverhältnisses. Allerdings handelt es sich hierbei in der Regel nicht um neu eingereiste Personen, sondern um Drittstaatsangehörige, die bereits länger in Deutschland leben.

Tabelle 2-45: Werkvertragsarbeitnehmer in Deutschland nach Herkunftsländern von 1991 bis 2008¹

Herkunftsland	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Bosnien-Herzeg.	-	49	1.272	1.172	989	682	511	687	966	884	1.148	1.478	1.146	1.437	1.481	1.522	1.719	1.856
Bulgarien	365	1.968	3.802	2.353	1.866	989	1.229	688	1.402	1.724	1.861	1.309	1.651	1.471	1.038	731	687	363
Serbien und Montenegro ²	8.668	8.862	2.657	15	-	0	0	0	0	0	103	659	603	681	450	516	612	995
Kroatien	-	298	4.792	5.296	4.542	4.375	3.604	2.780	3.876	5.136	5.211	4.595	3.761	3.416	2.918	2.874	3.319	3.432
Lettland	-	0	181	236	146	179	274	167	178	195	217	236	284	117	5	0	0	0
Mazedonien	-	-	472	667	712	194	112	185	253	335	451	340	224	192	100	140	230	273
Polen	27.575	51.176	19.771	13.774	24.499	24.423	21.184	16.942	18.243	18.537	21.797	21.193	20.727	16.546	10.049	9.026	7.084	5.769
Rumänien	1.786	7.785	13.542	2.196	276	15	966	2.631	3.902	5.239	3.728	3.285	4.101	3.947	3.142	2.703	2.039	1.922
Slowakei	-	-	414	1.427	2.036	1.250	1.206	943	1.348	1.543	1.488	1.268	1.594	1.109	756	719	353	305
Slowenien	-	321	1.805	1.350	1.184	974	680	660	657	536	716	655	641	285	85	36	22	31
Tschechische Rep. ³	4.051	10.701	4.113	1.693	2.150	1.947	1.439	1.060	1.366	1.445	1.398	1.353	961	571	301	224	161	98
Türkei	-	441	1.454	1.575	1.603	1.591	1.429	1.103	1.267	1.296	1.420	1.572	1.402	1.017	672	614	826	626
Ungarn	9.326	12.432	14.449	8.890	9.165	8.993	5.813	5.036	6.429	6.705	7.263	7.466	6.709	3.422	919	896	912	906
übrige Länder ⁴	-	869	1.413	572	244	141	101	107	148	107	101	37	70	-	-	-	-	-
Gesamt	51.771	94.902	70.137	41.216	49.412	45.753	38.548	32.989	40.035	43.682	46.902	45.446	43.874	34.211	21.916	20.001	17.964	16.576

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

1) Beschäftigte im Jahresdurchschnitt.

2) Ab 1992 erfolgte eine Aufgliederung nach den einzelnen Republiken. Ab Mai 1993 bis ins Jahr 2000 wurde das Kontingent wegen des UN-Embargos gesperrt. Bis 3. Februar 2003 Bundesrepublik Jugoslawien.

3) Von 1992 bis Juli 1993 noch Zahlen für die CSFR, ab August 1993 erfolgt die Aufgliederung nach Tschechischer und Slowakischer Republik.

4) Werkvertragsarbeitnehmer aus Finnland, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz, Spanien, USA, Liechtenstein, Israel und Kanada. Mit diesen Staaten wurden keine Regierungsvereinbarungen geschlossen.

Tabelle 2-46: Vermittlungen von Saisonarbeitnehmern und Schaustellergehilfen in Deutschland nach Herkunftsländern von 1991 bis 2008

Herkunfts- land	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998 ⁴	1999 ⁵	2000 ⁶	2001 ⁷	2002 ⁸	2003 ⁹	2004 ¹⁰	2005 ¹¹	2006 ¹²	2007 ¹³	2008 ¹⁴
CSFR ¹	13.478	27.988	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Jugoslawien ²	32.214	37.430	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Polen	78.594	136.882	143.861	136.659	170.576	196.278	202.198	209.398	205.439	229.135	243.405	259.615	271.907	286.623	279.197	236.267	228.807	194.288
Kroatien	-	-	6.984	5.753	5.574	5.732	5.839	4.665	5.101	5.943	6.157	5.913	5.069	4.680	4.598	4.785	4.647	4.243
Slowakische Republik	-	-	7.781	3.465	5.443	6.255	6.365	5.534	6.158	8.375	10.054	10.654	9.578	8.995	7.502	6.778	5.122	4.322
Tschechische Republik	-	-	12.027	3.939	3.722	3.391	2.347	2.182	2.031	3.235	2.913	2.791	2.235	1.974	1.625	1.232	1.087	858
Ungarn	4.402	7.235	5.346	2.458	2.841	3.516	3.572	3.200	3.485	4.139	4.783	4.227	3.504	2.784	2.305	1.806	1.800	1.947
Rumänien	-	2.907	3.853	2.272	3.879	4.975	4.961	6.236	7.499	11.842	18.015	22.233	24.599	27.190	33.083	51.190	56.893	76.534
Slowenien	-	-	1.114	601	600	559	466	359	302	311	264	257	223	195	159	141	119	111
Bulgarien ³	-	-	71	70	131	188	203	236	332	825	1.349	1.492	1.434	1.249	1.320	1.293	1.182	2.914
Gesamt	128.688	212.442	181.037	155.217	192.766	220.894	225.951	231.810	230.345	263.805	286.940	307.182	318.549	333.690	329.795	303.492	299.657	285.217
Stornierungen	nicht erfasst	nicht erfasst	nicht erfasst	17.398	16.176	22.970	20.085	23.883	bereits abgezo-	bereits abgezo-	bereits abgezo-	bereits abgezo-	bereits abgezo-	bereits abgezo-	bereits abgezo-	bereits abgezo-	bereits abgezo-	bereits abgezo-
									gen	gen	gen	gen	gen	gen	gen	gen	gen	gen
Nettovermitt- lungen				137.819	176.590	197.924	205.866	207.927	230.345	263.805	286.940	307.182	318.549	333.690	329.795	303.492	299.657	285.217

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

- 1) Bis einschl. 1992 Zahlen für CSFR; ab 1993 getrennt nach Tschechischer und Slowakischer Republik.
- 2) Bis einschl. 1992 Jugoslawien, ab 1993 Zahlen für die einzelnen Teilrepubliken. Regelung mit (Rest-)Jugoslawien ist ausgesetzt.
- 3) Für Bulgarien nur Berufe des Hotel- und Gaststättengewerbes.
- 4) Darunter 6.348 Nettovermittlungen von Schaustellergehilfen.
- 5) Darunter 6.987 Nettovermittlungen von Schaustellergehilfen.
- 6) Darunter 8.290 Nettovermittlungen von Schaustellergehilfen.
- 7) Darunter 9.002 Nettovermittlungen von Schaustellergehilfen.
- 8) Darunter 9.080 Nettovermittlungen von Schaustellergehilfen.
- 9) Darunter 9.081 Nettovermittlungen von Schaustellergehilfen.
- 10) Darunter 9.656 Nettovermittlungen von Schaustellergehilfen.
- 11) Darunter 9.406 Nettovermittlungen von Schaustellergehilfen.
- 12) Darunter 9.042 Nettovermittlungen von Schaustellergehilfen.
- 13) Darunter 8.300 Nettovermittlungen von Schaustellergehilfen.
- 14) Darunter 7.647 Nettovermittlungen von Schaustellergehilfen.

Tabelle 2-47: Vermittlungen von Gastarbeitnehmern in Deutschland nach Herkunftsländern von 1991 bis 2008

Herkunftsland	jährli- ches Kontin- gent	Vermittlungen																		
		1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	
Albanien	1.000	-	129	247	133	126	93	10	5	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Bulgarien	1.000	-	3	176	323	326	304	245	351	378	658	776	648	367	222	157	115	96	68	
Estland ¹	200	-	-	-	-	-	1	2	1	1	2	7	4	10	3	2	3	-	-	
Lettland	100	-	13	57	16	7	9	14	23	31	48	85	72	57	40	26	10	8	3	
Litauen ²	200	-	-	2	89	105	82	29	49	34	57	110	126	56	47	34	10	2	-	
Polen	1.000	398	750	943	1.002	967	722	654	576	592	654	858	786	680	671	606	389	316	154	
Rumänien	500	-	189	562	531	526	507	395	412	523	1.465	514	510	383	205	161	209	90	98	
Russische Föderation ³	2.000	-	-	-	65	96	116	78	73	83	82	78	65	55	23	10	22	9	11	
Slowenien	150	-	-	-	-	-	-	3	8	18	15	16	24	4	1	4	33	2	-	
Slowakische Republik ⁴	1.000	-	-	837	711	812	675	525	465	700	983	964	851	681	560	416	250	166	127	
Tschechische Republik	1.400	-	-	1.577	1.209	1.224	754	381	330	422	701	796	652	353	189	110	97	72	34	
Ungarn ⁵	2.000	1.172	1.996	1.370	1.450	1.289	1.072	829	790	922	1.226	1.134	1.072	519	323	221	177	157	117	
Kroatien ⁶	500	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	54	292	176	111	100	122	130	
Gesamt	11.050	1.570	3.080	5.771	5.529	5.478	4.335	3.165	3.083	3.705	5.891	5.338	4.864	3.457	2.460	1.858	1.415	1.040	742	

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

1) Der Vertrag mit Estland ist erst am 21. August 1995 in Kraft getreten.

2) Vertrag galt erst ab Dezember 1993.

3) Kontingent galt erst ab Mitte 1994.

4) Die Vereinbarung mit der Slowakischen Republik ist vom März 1996.

5) Bis zum Jahr 1992 war das Kontingent 1.500, ab 1993 2.000.

6) Die Vereinbarung mit Kroatien wurde Ende 2002 geschlossen.

Tabelle 2-48: Erteilte Arbeitserlaubnisse für Grenzgänger von 1999 bis 2008

Herkunftsland	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Insgesamt	8.835	9.375	9.957	8.964	7.132	4.822	966	1.514	1.518	1.310
davon: erstmalig beschäftigt	2.276	2.152	2.736	2.292	1.209	1.369	889	1.414	-	-
darunter: Polen	636	380	623	651	437	651	334	860	-	-
Tschechische Republik	1.486	1.675	2.029	1.588	772	718	555	554	-	-
Schweiz ¹	154	97	84	53	-	-	-	-	-	-

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

1) Für das Jahr 2002 sind Arbeitserlaubnisse für Grenzgänger aus der Schweiz nur bis Ende Mai erteilt worden, da diese ab 1. Juni 2002 für eine Beschäftigung in Deutschland keine Arbeitsgenehmigung mehr benötigen.

Tabelle 2-49: Vermittlungen von Kranken- und Altenpflegekräften von 1996 bis 2005

Herkunftsland	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Kroatien	388	287	123	74	137	314	353	103	37	11
Slowenien	10	2	2	-	3	4	5	129	1	-
Insgesamt	398	289	125	74	140	318	358	232	38	11

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Tabelle 2-50: Vermittlungen von Haushaltshilfen in den Jahren 2005 bis 2008

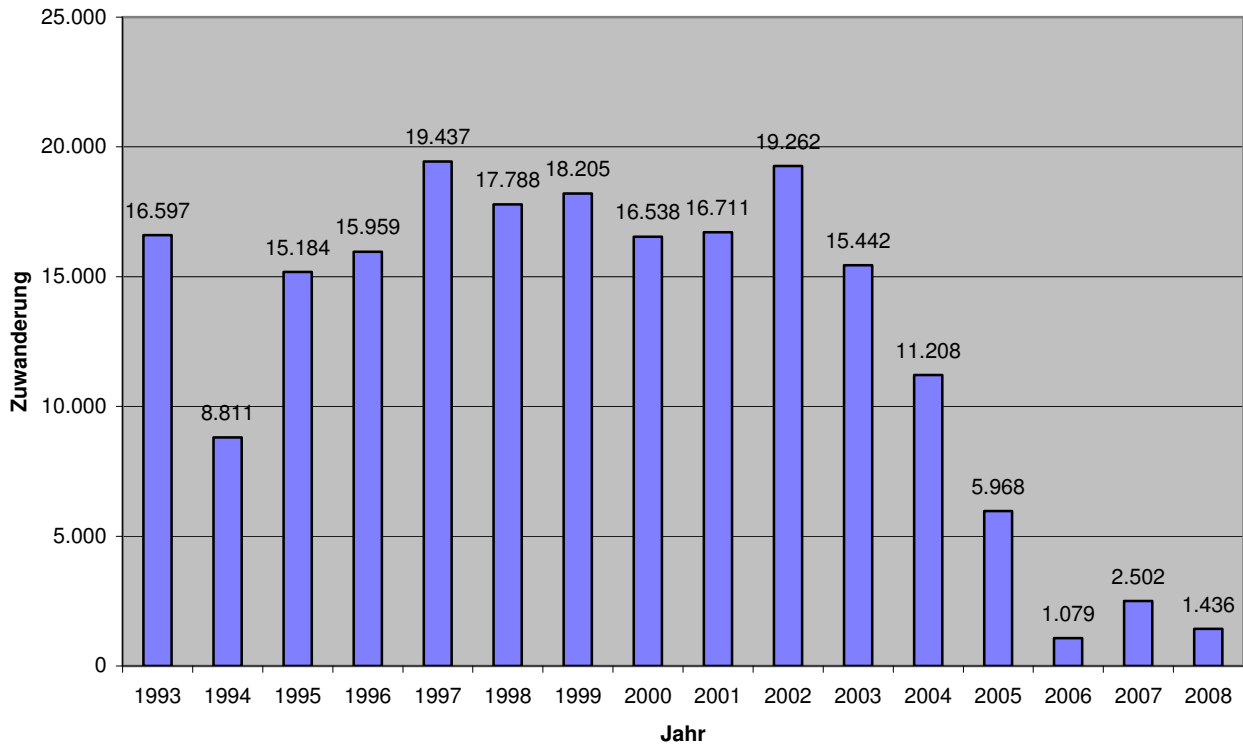
Herkunftsland	2005	2006	2007	2008
Bulgarien	38	29	100	127
Polen	1.334	1.814	2.249	2.254
Rumänien	158	125	261	273
Slowakei	45	80	94	93
Slowenien	3	1	0	0
Tschechische Republik	17	33	42	18
Ungarn	72	159	286	286
Insgesamt	1.667	2.241	3.032	3.051

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

2.6 Einreise und Aufenthalt aus völkerrechtlichen, humanitären und politischen Gründen

2.6.1 Jüdische Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion

Abbildung 2-29: Zuzug jüdischer Personen aus der ehemaligen Sowjetunion in den Jahren 1993 bis 2008



Quelle: Bundesverwaltungsamt, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

2.6.2 Asylzuwanderung

Tabelle 2-51: Asylantragsteller (Erstanträge) nach ausgewählten Herkunftsländern von 1991 bis 2008

Herkunftsland	1991 ¹	%	1992	%	1993	%	1994	%	1995 ²	%	1996	%	1997	%	1998	%	1999	%	2000	%
Europa	166.662	65,1	310.529	70,9	232.678	72,1	77.170	60,7	67.411	52,7	51.936	44,6	41.541	39,8	52.778	53,5	47.742	50,2	27.353	34,8
Polen	3.448	1,3	4.212	1,0	1.670	0,5	326	0,3	119	0,1	137	0,1	151	0,1	49	0,0	42	0,0	141	0,2
Rumänien	40.504	15,8	103.787	23,7	73.717	22,9	9.581	7,5	3.522	2,8	1.395	1,2	794	0,8	341	0,3	222	0,2	174	0,2
Türkei	23.877	9,3	28.327	6,5	19.104	5,9	19.118	15,0	25.514	19,9	23.814	20,5	16.840	16,1	11.754	11,9	9.065	9,5	8.968	11,4
Bulgarien	12.056	4,7	31.540	7,2	22.547	7,0	3.367	2,6	1.152	0,9	940	0,8	761	0,7	172	0,2	90	0,1	72	0,1
Jugoslawien ³	74.854	29,2	115.395	26,3	73.476	22,8	30.404	23,9	26.227	20,5	18.085	15,5	14.789	14,2	34.979	35,5	31.451	33,1	11.121	14,2
Bosnien- Herzeg.	-	-	6.197	1,4	21.240	6,6	7.297	5,7	4.932	3,9	1.939	1,7	1.668	1,6	1.533	1,6	1.755	1,8	1.638	2,1
Russische Föd. ⁴	5.690	2,2	11.952	2,7	5.280	1,6	1.303	1,0	1.436	1,1	1.345	1,2	1.196	1,1	867	0,9	2.094	2,2	2.763	3,5
Afrika	36.094	14,1	67.408	15,4	37.570	11,6	17.341	13,6	14.374	11,2	15.520	13,3	14.126	13,5	11.458	11,6	9.594	10,1	9.513	12,1
Äthiopien	3.096	1,2	1.592	0,4	688	0,2	946	0,7	1.168	0,9	1.292	1,1	878	0,8	373	0,4	336	0,4	366	0,5
Algerien	1.388	0,5	7.669	1,8	11.262	3,5	2.784	2,2	1.447	1,1	1.417	1,2	1.586	1,5	1.572	1,6	1.473	1,5	1.379	1,8
Ghana	4.541	1,8	6.994	1,6	1.973	0,6	300	0,2	275	0,2	277	0,2	369	0,4	308	0,3	277	0,3	268	0,3
Nigeria	8.358	3,3	10.486	2,4	1.083	0,3	838	0,7	1.164	0,9	1.687	1,4	1.137	1,1	664	0,7	305	0,3	420	0,5
Togo	810	0,3	4.052	0,9	2.892	0,9	3.488	2,7	994	0,8	961	0,8	1.074	1,0	722	0,7	849	0,9	751	1,0
Zaire ⁵	2.134	0,8	8.305	1,9	2.896	0,9	1.579	1,2	2.546	2,0	2.971	2,6	1.920	1,8	948	1,0	801	0,8	695	0,9
Amerika u. Australien⁶	293	0,1	356	0,1	287	0,1	214	0,2	235	0,2	380	0,3	436	0,4	262	0,3	288	0,3	323	0,4
Asien	50.612	19,8	56.480	12,9	50.209	15,6	31.249	24,6	43.920	34,3	45.634	39,2	45.549	43,6	31.971	32,4	34.874	36,7	39.091	49,8
Afghanistan	7.337	2,9	6.351	1,4	5.506	1,7	5.642	4,4	7.515	5,9	5.663	4,9	4.735	4,5	3.768	3,8	4.458	4,7	5.380	6,8
Armenien	-	-	-	-	6.469	2,0	2.127	1,7	3.383	2,6	3.510	3,0	2.488	2,4	1.655	1,7	2.386	2,5	903	1,1
Aserbajdschan	-	-	-	-	564	0,2	368	0,3	360	0,3	795	0,7	-	-	1.566	1,6	2.628	2,8	1.418	1,8
Bangladesh	1.228	0,5	2.395	0,5	1.166	0,4	678	0,5	994	0,8	934	0,8	1.278	1,2	541	0,5	449	0,5	205	0,3
China	784	0,3	2.564	0,6	4.396	1,4	628	0,5	673	0,5	1.123	1,0	1.621	1,6	869	0,9	1.236	1,3	2.072	2,6
Georgien	-	-	-	-	1.470	0,5	897	0,7	2.197	1,7	2.165	1,9	2.916	2,8	1.979	2,0	1.096	1,2	801	1,0

Indien	5.523	2,2	5.798	1,3	3.807	1,2	1.768	1,4	2.691	2,1	2.772	2,4	1.860	1,8	1.491	1,5	1.499	1,6	1.826	2,3
Irak	1.384	0,5	1.484	0,3	1.246	0,4	2.066	1,6	6.880	5,4	10.842	9,3	14.088	13,5	7.435	7,5	8.662	9,1	11.601	14,8
Iran	8.643	3,4	3.834	0,9	2.664	0,8	3.445	2,7	3.908	3,1	4.809	4,1	3.838	3,7	2.955	3,0	3.407	3,6	4.878	6,2
Libanon	4.887	1,9	5.622	1,3	2.449	0,8	1.456	1,1	1.126	0,9	1.132	1,0	964	0,9	604	0,6	598	0,6	757	1,0
Pakistan	4.364	1,7	5.215	1,2	2.753	0,9	2.030	1,6	3.116	2,4	2.596	2,2	2.316	2,2	1.520	1,5	1.727	1,8	1.506	1,9
Sri Lanka	5.623	2,2	5.303	1,2	3.280	1,0	4.813	3,8	6.048	4,7	4.982	4,3	3.989	3,8	1.982	2,0	1.254	1,3	1.170	1,5
Syrien	1.588	0,6	1.330	0,3	983	0,3	933	0,7	1.158	0,9	1.872	1,6	1.549	1,5	1.753	1,8	2.156	2,3	2.641	3,4
Vietnam	8.133	3,2	12.258	2,8	10.960	3,4	3.427	2,7	2.619	2,0	1.130	1,0	1.494	1,4	2.991	3,0	2.425	2,5	2.332	3,0
Staatenlose u.a.	2.451	1,0	3.418	0,8	1.855	0,6	1.236	1,0	1.997	1,6	2.897	2,5	2.701	2,6	2.176	2,2	2.615	2,7	2.284	2,9
Gesamt	256.112	100,0	438.191	100,0	322.599	100,0	127.210	100,0	127.937	100,0	116.367	100,0	104.353	100,0	98.644	100,0	95.113	100,0	78.564	100,0

Fortsetzung zu Tabelle 2-51: Asylantragsteller (Erstanträge) nach ausgewählten Herkunftsländern von 1991 bis 2008

Herkunfts- land	2001	%	2002	%	2003	%	2004	%	2005	%	2006	%	2007	%	2008	%
Europa	29.473	33,4	25.631	36,0	18.156	35,9	13.175	37,0	11.712	40,5	7.447	35,4	4.930	25,7	4.266	19,3
Polen	134	0,2	50	0,1	32	0,1	21	0,1	16	0,1	3	0,0	5	0,0	4	0,0
Rumänien	181	0,2	118	0,2	104	0,2	61	0,2	55	0,2	60	0,3	5	0,0	1	0,0
Türkei	10.869	12,3	9.575	13,5	6.301	12,5	4.148	11,6	2.958	10,2	1.949	9,3	1.437	7,5	1.408	6,4
Bulgarien	66	0,1	814	1,1	502	1,0	480	1,3	278	1,0	142	0,7	6	0,0	6	0,0
Jugoslawien ³	7.758	8,8	6.679	9,4	4.909	9,7	3.855	10,8	5.522	19,1	3.237	15,4	1.996	10,4	729	3,3
Kosovo															879	4,0
Bosnien- Herzeg.	2.259	2,6	1.017	1,4	600	1,2	412	1,2	325	1,1	209	1,0	109	0,6	131	0,6
Russische Föd. ⁴	4.523	5,1	4.058	5,7	3.383	6,7	2.757	7,7	1.719	5,9	1.040	4,9	772	4,0	792	3,6
Afrika	11.893	13,5	11.768	16,5	9.997	19,8	8.043	22,6	5.278	18,3	3.855	18,3	3.486	18,2	3.856	17,5
Äthiopien	378	0,4	488	0,7	416	0,8	282	0,8	194	0,7	176	0,8	167	0,9	183	0,8
Algerien	1.986	2,2	1.743	2,5	1.139	2,3	746	2,1	433	1,5	369	1,8	380	2,0	449	2,0
Eritrea															262	1,2
Ghana	284	0,3	297	0,4	375	0,7	394	1,1	459	1,6	413	2,0	267	1,4	206	0,9
Nigeria	526	0,6	987	1,4	1051	2,1	1.130	3,2	608	2,1	481	2,3	503	2,6	561	2,5
Togo	1.129	1,3	1.260	1,8	672	1,3	354	1,0	319	1,1	164	0,8	75	0,4	77	0,3
Zaire ⁵	859	1,0	1.007	1,4	615	1,2	348	1,0	398	1,4	227	1,1	194	1,0	190	0,9
Amerika u.Australien⁶	272	0,3	190	0,3	150	0,3	142	0,4	115	0,4	359	1,7	122	0,6	62	0,3
Asien	45.622	51,7	32.746	46,0	21.856	43,2	13.950	39,2	11.310	39,1	8.997	42,8	10.262	53,5	13.599	61,6
Afghanistan	5.837	6,6	2.772	3,9	1.473	2,9	918	2,6	711	2,5	531	2,5	338	1,8	657	3,0
Armenien	913	1,0	894	1,3	762	1,5	567	1,6	555	1,9	303	1,4	239	1,2	198	0,9
Aserbai- dschan	1.645	1,9	1.689	2,4	1.291	2,6	1.363	3,8	848	2,9	483	2,3	274	1,4	360	1,6
Bangladesh					122	0,2	110	0,3	92	0,3	107	0,5	65	0,3	45	0,2
China	1.531	1,7	1.738	2,4	2.387	4,7	1.186	3,3	633	2,2	440	2,1	253	1,3	299	1,4

Georgien	1.220	1,4	1.531	2,2	1139	2,3	802	2,3	493	1,7	240	1,1	181	0,9	232	1,1
Indien	2.651	3,0	2.246	3,2	1.736	3,4	1.118	3,1	557	1,9	512	2,4	413	2,2	485	2,2
Irak	17.167	19,4	10.242	14,4	3.850	7,6	1.293	3,6	1.983	6,9	2.117	10,1	4.327	22,6	6.836	31,0
Iran	3.455	3,9	2.642	3,7	2.049	4,1	1.369	3,8	929	3,2	611	2,9	631	3,3	815	3,7
Libanon	671	0,8	779	1,1	637	1,3	344	1,0	588	2,0	601	2,9	592	3,1	525	2,4
Pakistan	1.180	1,3	1.084	1,5	1.122	2,2	1.062	3,0	551	1,9	464	2,2	301	1,6	320	1,4
Sri Lanka	622	0,7	434	0,6	278	0,5	217	0,6	220	0,8	170	0,8	375	2,0	468	2,1
Syrien	2.232	2,5	1.829	2,6	1.192	2,4	768	2,2	933	3,2	609	2,9	634	3,3	775	3,5
Vietnam	3.721	4,2	2.340	3,3	2.096	4,1	1.668	4,7	1.222	4,2	990	4,7	987	5,2	1.042	4,7
Staatenlose u.a.	1.027	1,2	792	1,1	404	0,8	297	0,8	499	1,7	371	1,8	364	1,9	302	1,4
Gesamt	88.287	100,0	71.127	100,0	50.563	100,0	35.607	100,0	28.914	100,0	21.029	100,0	19.164	100,0	22.085	100,0

Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

1) Ab 1991 Zahlen für Gesamtdeutschland.

2) Das BAMF unterscheidet erst seit dem Jahr 1995 zwischen Erst- und Folgeanträgen. Für die Jahre ab 1995 wurden die Zahlen der Erstanträge verwendet.

3) Ab 1992 Serbien und Montenegro (Restjugoslawien); ab 1992 werden Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Slowenien und seit August 1993 Mazedonien gesondert gezählt. Die Zahl von 1992 für Jugoslawien beinhaltet noch die Asylbewerber aus Mazedonien. Seit der Unabhängigkeit Montenegros (Juni 2006) werden die Asylanträge von serbischen und montenegrinischen Antragstellern getrennt erfasst. Die 3.237 Asylanträge aus dem Jahr 2006 verteilen sich wie folgt: 1.828 entfallen auf Serbien und Montenegro, 1.354 auf Serbien und 55 auf Montenegro. Ab 2007 nur Serbien. Im Jahr 2007 wurden 61 Anträge von Asylbewerbern aus Montenegro gestellt. Ab 2008 werden Serbien und Kosovo getrennt ausgewiesen. Im Jahr 2008 wurden 37 Anträge von Asylbewerbern aus Montenegro gestellt.

4) 1991 und 1992 Zahlen für die ehemalige Sowjetunion bzw. GUS, ab 1993 Russische Föderation.

5) Ab 1997: Demokratische Republik Kongo.

6) 1997 und 1998 nur Amerika (ohne Australien).

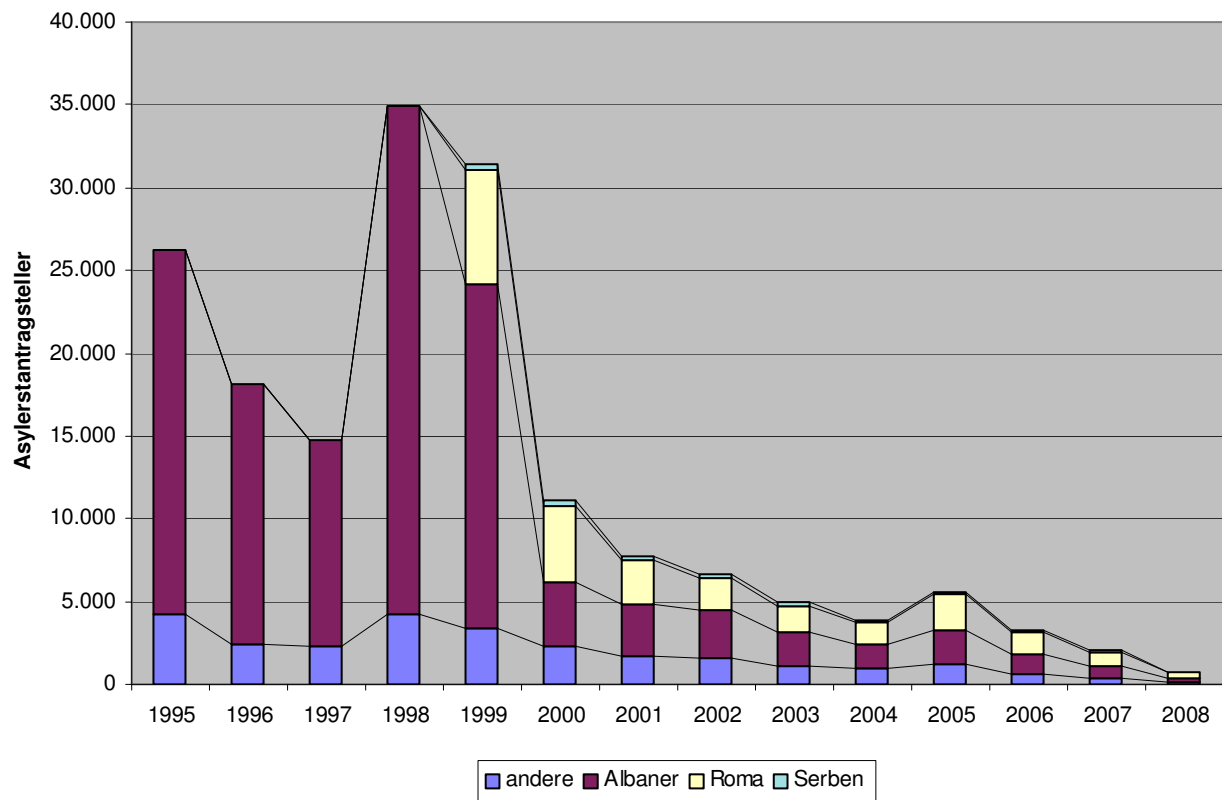
Tabelle 2-52: Die zehn Hauptherkunftsländer von Asylantragstellern (Erstanträge) von 2004 bis 2008

2004		2005		2006		2007		2008	
Türkei	4.148	Serbien und Montenegro	5.522	Irak	2.117	Irak	4.327	Irak	6.836
Serbien und Montenegro	3.855	Türkei	2.958	Türkei	1.949	Serbien	1.996	Türkei	1.408
Russische Föderation	2.757	Irak	1.983	Serbien und Montenegro	1.828	Türkei	1.437	Vietnam	1.042
Vietnam	1.668	Russische Föderation	1.719	Serbien	1.354	Vietnam	987	Kosovo	879
Iran	1.369	Vietnam	1.222	Russische Föderation	1.040	Russische Föderation	772	Iran	815
Aserbaidshan	1.363	Syrien	933	Vietnam	990	Syrien	634	Russische Föderation	792
Irak	1.293	Iran	929	Iran	611	Iran	631	Syrien	775
China	1.186	Aserbaidshan	848	Syrien	609	Libanon	592	Serbien	729
Nigeria	1.130	Afghanistan	711	Libanon	601	Nigeria	503	Afghanistan	657
Indien	1.118	China	633	Afghanistan	531	Indien	413	Nigeria	561
sonstige	15.720	sonstige	11.456	sonstige	8.832	sonstige	6.872	sonstige	7.591
insgesamt	35.607	insgesamt	28.914	insgesamt	21.029	insgesamt	19.164	insgesamt	22.085

Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

1) Seit 4. Februar 2003 Serbien und Montenegro. Ab dem Jahr 2007 nur Serbien.

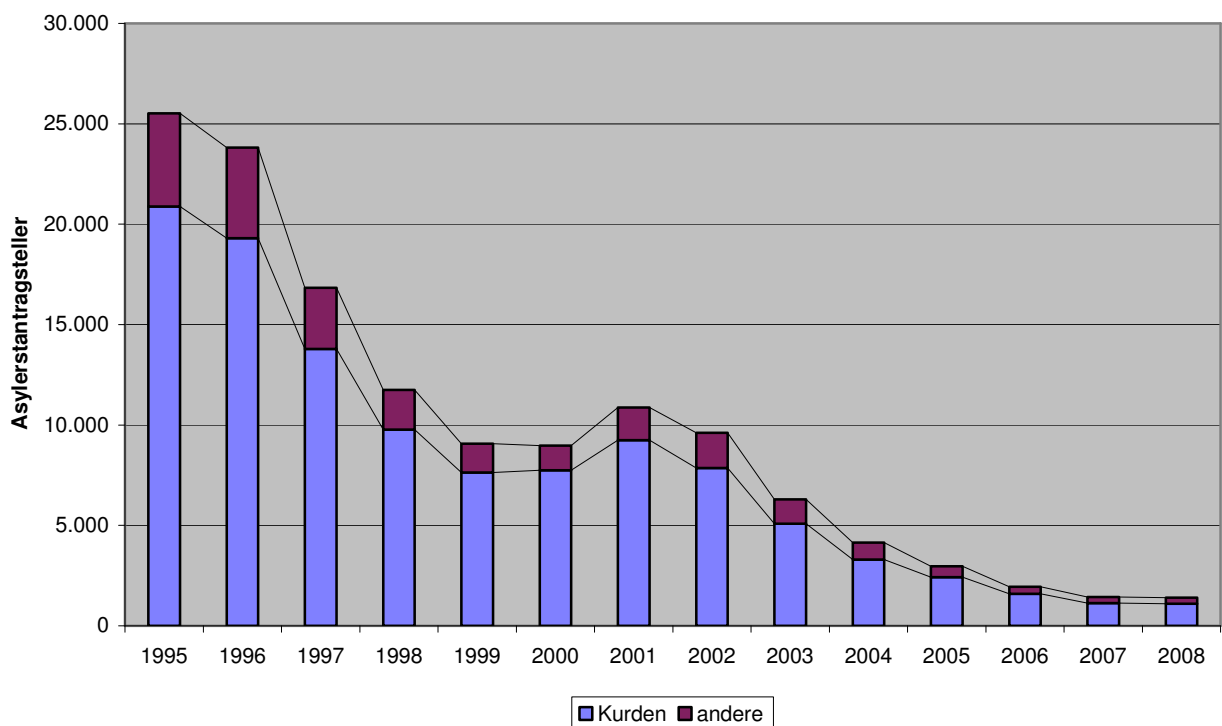
Abbildung 2-30: Asylantragsteller (Erstanträge) aus Serbien und Montenegro bzw. Serbien¹ nach Ethnie von 1995 bis 2008



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

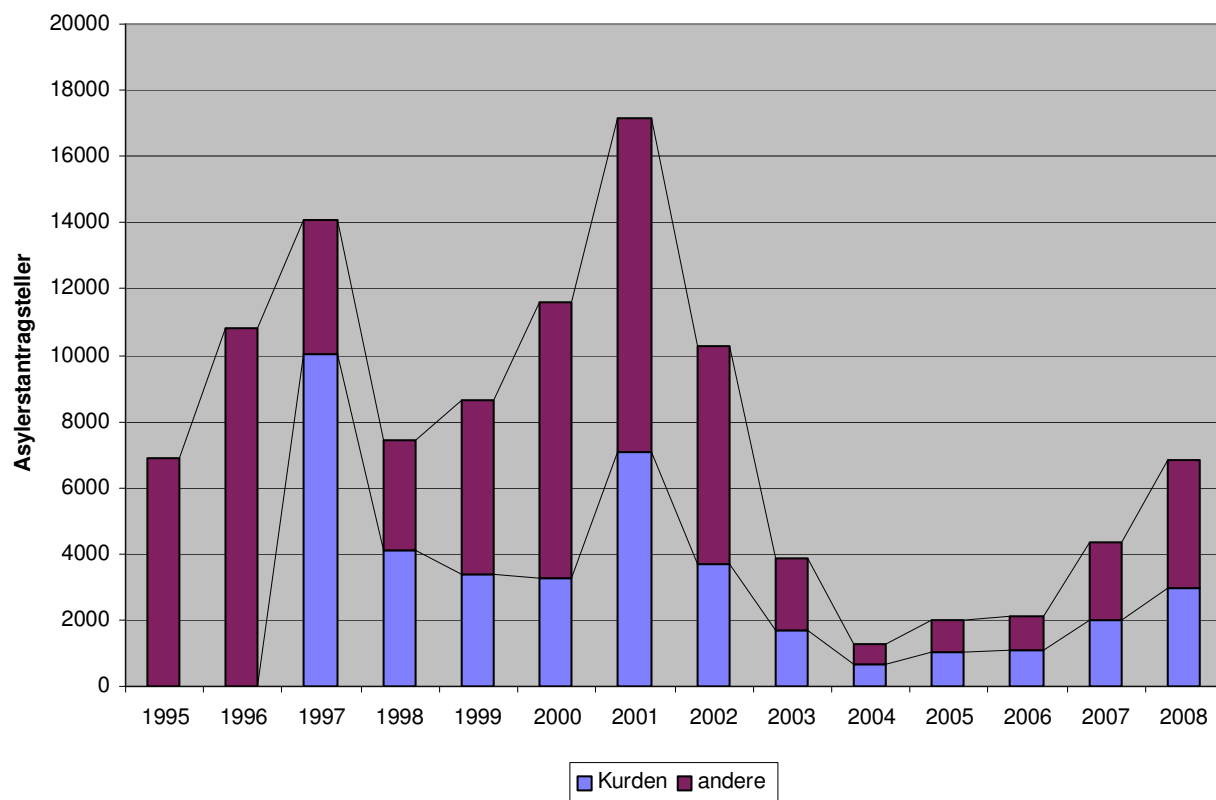
1) Ab 2007 nur Serbien.

Abbildung 2-31: Asylantragsteller (Erstanträge) aus der Türkei nach Ethnie von 1995 bis 2008



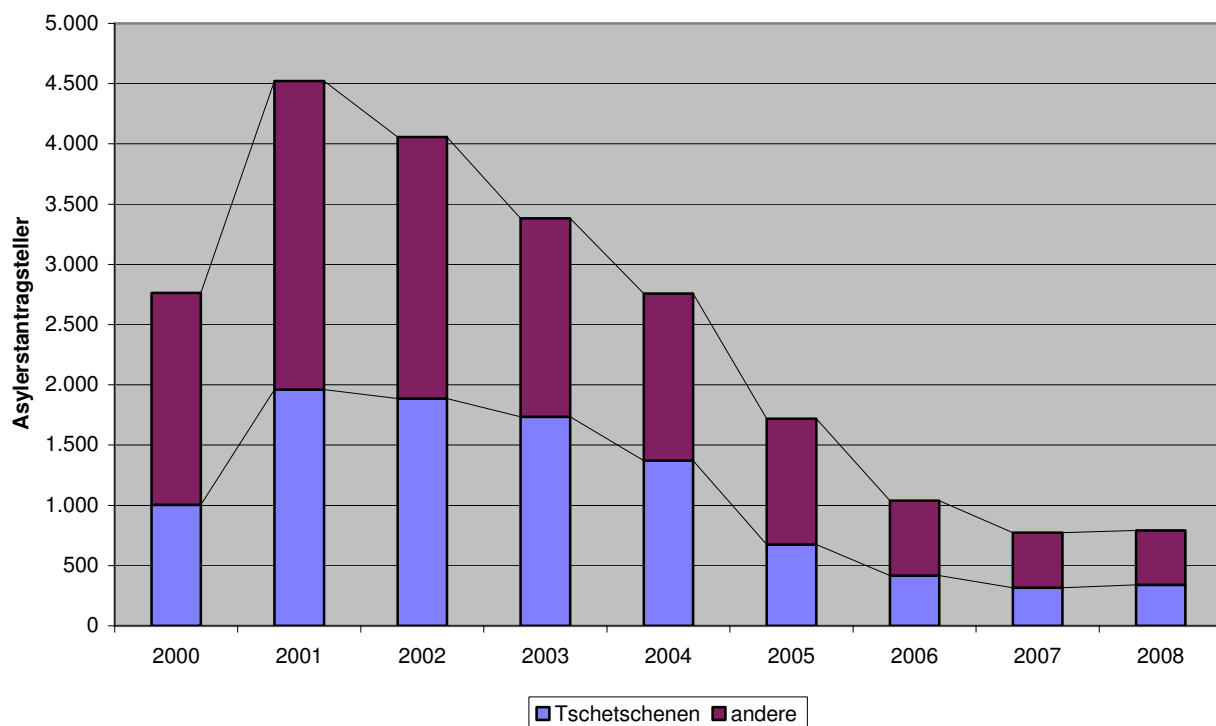
Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Abbildung 2-32: Asylantragsteller (Erstanträge) aus dem Irak nach Ethnie von 1995 bis 2008



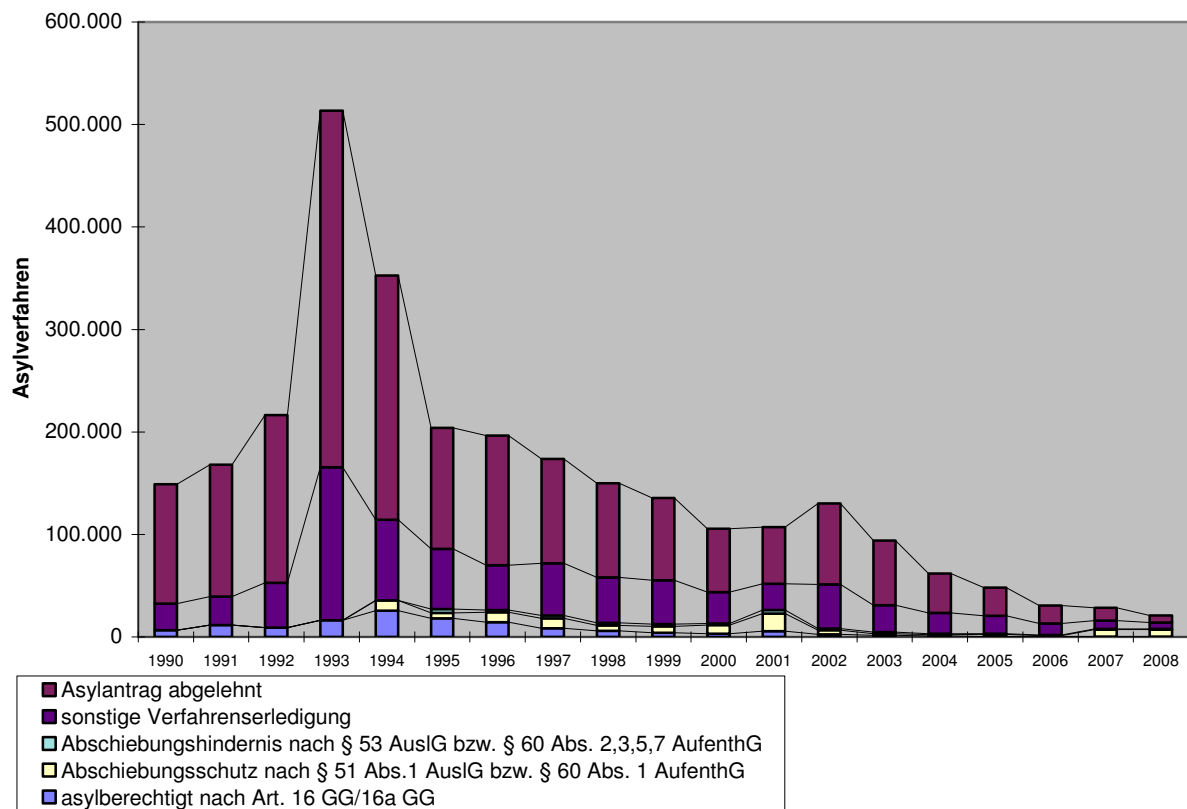
Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Abbildung 2-33: Asylantragsteller (Erstanträge) aus der Russischen Föderation nach Ethnie von 2000 bis 2008



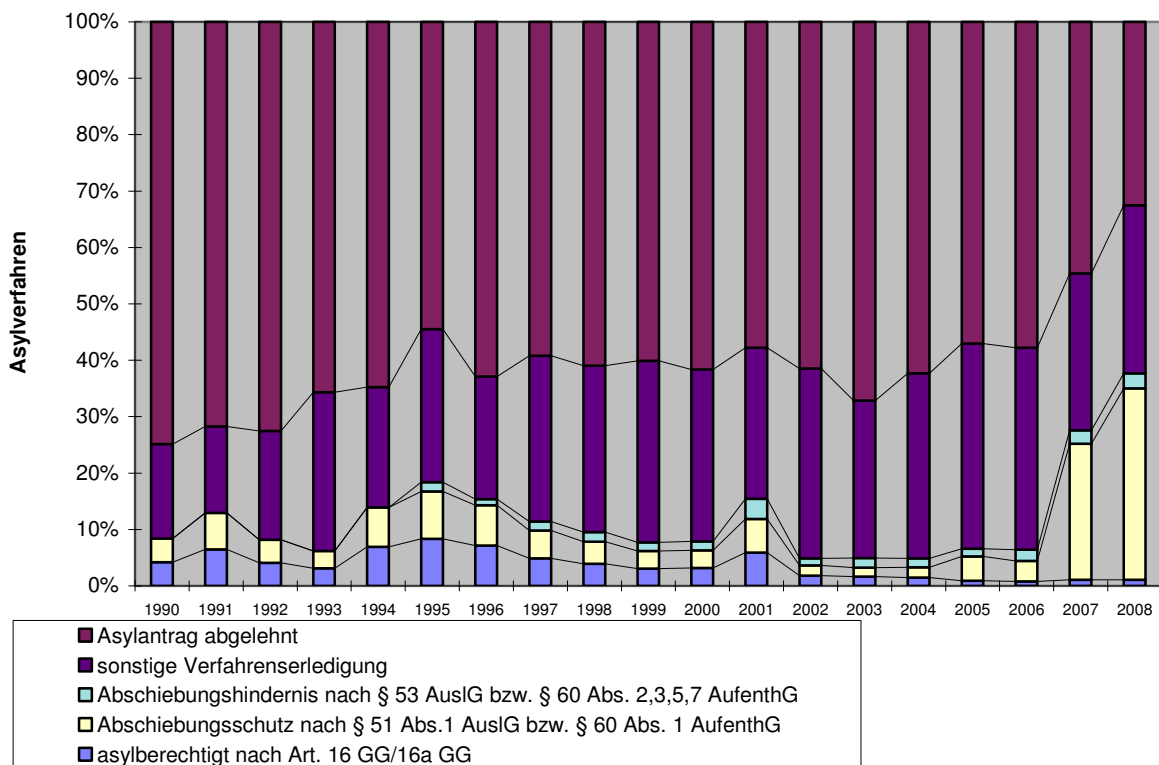
Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Abbildung 2-34: Entscheidungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge von 1990 bis 2008



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Abbildung 2-35: Entscheidungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge in Prozent von 1990 bis 2008



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Tabelle 2-53: Entscheidungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge nach Herkunftsländern im Jahr 2008

Herkunftsland	Gesamtzahl der Entscheidungen über Asylanträge	asylberechtigt nach Art. 16a Abs. 1 GG	in %	Abschiebungsschutz gemäß § 3 Abs. 4 AsylVfG i.V.m. § 60 Abs. 1 AufenthG	in %	Abschiebungsverbot gemäß § 60 Abs. 2, 3, 5, 7 AufenthG	in %	abgelehnte Anträge	in %	sonstige Verfahrenserledigung	in %
Irak	7.390	38	0,5	5.692	77,0	64	0,9	467	6,3	1.129	15,3
Türkei	1.383	34	2,5	83	6,0	13	0,9	659	47,7	594	43,0
Vietnam	1.104	1	0,1	3	0,3	0	0,0	841	76,2	259	23,5
Serbien	929	0	0,0	5	0,5	16	1,7	363	39,1	545	58,7
Iran	874	31	3,5	273	31,2	20	2,3	268	30,7	282	32,3
Russische Föderation	787	17	2,2	133	16,9	21	2,7	252	32,0	364	46,3
Kosovo	780	0	0,0	4	0,5	15	1,9	333	42,7	428	54,9
Syrien	617	9	1,5	97	15,7	9	1,5	285	46,2	217	35,2
Sri Lanka	475	15	3,2	108	22,7	105	22,1	112	23,6	135	28,4
Algerien	431	0	0,0	2	0,5	2	0,5	263	61,0	164	38,1
Afghanistan	398	5	1,3	77	19,3	96	24,1	67	16,8	153	38,4
Libanon	389	2	0,5	12	3,1	0	0,0	268	68,9	107	27,5
Insgesamt	20.817	233	1,1	7.058	33,9	562	2,7	6.761	32,5	6.203	29,8

Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

2.7 Einreise und Aufenthalt aus familiären Gründen (Ehegatten- und Familiennachzug)

2.7.1 Ehegatten- und Familiennachzug nach der Visastatistik des Auswärtigen Amtes

Tabelle 2-54: Erteilte Visa zum Zweck des Ehegatten- und Familiennachzugs nach Deutschland von 1998 bis 2008

Zuzug von...	Ehefrauen zu ausländischen Ehemännern	in %	Ehemännern zu ausländischen Ehefrauen	in %	Ehefrauen zu deutschen Männern	in %	Ehemännern zu deutschen Frauen	in %	Kindern unter 18 Jahren	in %	Gesamt	<i>darunter aus der Türkei</i>	<i>in %</i>
1998	19.275	30,6	7.990	12,7	13.098	20,8	8.038	12,8	14.591	23,2	62.992	<i>21.055</i>	<i>33,4</i>
1999	20.036	28,3	7.711	10,9	16.246	23,0	9.865	13,9	16.892	23,9	70.750	<i>21.056</i>	<i>29,8</i>
2000	19.893	26,2	7.686	10,1	18.863	24,9	11.747	15,5	17.699	23,3	75.888	<i>21.447</i>	<i>28,3</i>
2001	21.491	25,9	7.780	9,4	20.766	25,1	13.041	15,7	19.760	23,9	82.838	<i>23.663</i>	<i>28,5</i>
2002	21.609	25,3	8.164	9,6	20.325	23,8	13.923	16,3	21.284	25,0	85.305	<i>25.068</i>	<i>29,4</i>
2003	18.412	24,2	6.535	8,6	20.539	26,9	12.683	16,7	17.908	23,5	76.077	<i>21.908</i>	<i>28,8</i>
2004	14.692	22,3	5.439	8,2	20.455	31,0	10.966	16,6	14.383	21,8	65.935	<i>17.543</i>	<i>26,6</i>
2005	13.085	24,6	4.068	7,6	14.969	28,1	8.811	16,6	12.280	23,1	53.213	<i>15.162</i>	<i>28,5</i>
2006	13.176	26,2	3.712	7,4	14.075	28,0	8.622	17,1	10.715	21,3	50.300	<i>11.980</i>	<i>23,8</i>
2007	11.177	26,5	3.012	7,1	11.592	27,5	6.685	15,8	9.753	23,1	42.219	<i>9.237</i>	<i>21,9</i>
2008	11.167	28,1	2.939	7,4	10.791	27,2	5.870	14,8	8.950	22,5	39.717	<i>8.079</i>	<i>20,3</i>

Quelle: Auswärtiges Amt

Tabelle 2-55: Erteilte Visa zum Zweck des Ehegatten- und Familiennachzugs nach Deutschland nach Herkunftsländern im Jahr 2008 im Vergleich zum Vorjahr

Zuzug von...	Ehefrauen zu ausländischen Ehemännern		Ehemännern zu ausländischen Ehefrauen		Ehefrauen zu deutschen Männern		Ehemännern zu deutschen Frauen		Kindern unter 18 Jahren		Gesamt	
	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008
Türkei	3.043	2.497	1.038	1.007	1.470	1.339	2.085	2.043	1.601	1.193	9.237	8.079
Kosovo	-	1.363	-	463	-	374	-	488	-	602	-	3.290
Russische Föderation	249	273	55	33	1.757	1.405	577	306	695	609	3.333	2.626
Indien	963	1.391	29	40	134	140	77	67	575	796	1.778	2.434
Thailand	42	25	7	6	1.597	1.296	7	5	586	420	2.239	1.752
Marokko	250	257	71	67	502	550	434	415	108	98	1.365	1.387
Ukraine	125	133	26	33	362	687	86	71	392	362	991	1.286
China	436	451	78	109	302	343	27	19	367	343	1.210	1.265
Serbien (inkl. Montenegro) ¹	2.053	432	569	206	452	114	621	119	1.078	276	4.773	1.147
Bosnien-Herzegowina	417	453	227	172	142	99	127	95	172	172	1.085	991
Syrien	217	443	21	36	107	140	50	52	44	171	439	842
Vietnam	185	183	133	99	254	203	26	25	288	300	886	810
Mexiko	112	127	10	12	79	120	25	44	368	429	594	732
Mazedonien	352	327	122	107	59	75	117	68	165	153	815	730
Pakistan	192	243	39	36	180	199	104	116	102	129	617	723
Philippinen	19	36	10	5	451	501	17	22	102	115	599	679
Tunesien	112	96	21	10	218	184	395	363	44	26	790	679
Ägypten	296	189	32	39	64	71	145	153	352	192	889	644
Kasachstan	11	8	12	8	382	250	290	155	244	157	939	578
Libanon	74	76	27	13	157	243	189	204	20	35	467	571
Iran	207	188	21	29	266	200	51	44	120	85	665	546
Brasilien	147	118	12	18	114	86	19	21	340	264	632	507
Gesamt	11.177	11.167	3.012	2.939	11.592	10.791	6.685	5.870	9.753	8.950	42.219	39.717

Quelle: Auswärtiges Amt

1) Von den im Jahr 2007 in Serbien erteilten 4.773 Visa wurden 3.584 in der Vertretung in Pristina (Kosovo) ausgestellt. Erst für das Jahr 2008 wird das Kosovo eigenständig ausgewiesen. Zudem enthalten die Zahlen für Serbien für beide Jahre auch den eigentlich auf Montenegro fallenden Familiennachzug, da konsularische Angelegenheiten von der Botschaft in Belgrad mit übernommen werden.

2.7.2 Ehegatten- und Familiennachzug nach dem AZR

Tabelle 2-56: Familiennachzug in den Jahren von 2006 bis 2008 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten

	2006	2007	2008	Veränderung 2007/2008	
				absolut	in %
Türkei	10.195	9.609	8.376	-1.233	-12,8
Serbien, Kosovo, Montenegro und ehem. Serbien und Montenegro	5.106	4.533	3.609	-924	-20,4
Russische Föderation	4.771	4.211	3.508	-703	-16,7
Vereinigte Staaten	2.178	2.721	2.692	-29	-1,1
Indien	1.627	2.096	2.351	+255	+12,2
Japan	1.397	1.694	1.693	-1	-0,1
Thailand	1.970	1.980	1.665	-315	-15,9
Ukraine	1.706	1.582	1.533	-49	-3,1
China	1.122	1.432	1.452	+20	+1,4
Marokko	1.347	1.317	1.277	-40	-3,0
Brasilien	1.101	1.309	1.223	-86	-6,6
Bosnien und Herzegowina	1.241	1.125	1.039	-86	-7,6
Vietnam	1.031	955	844	-111	-11,6
Korea, Republik	682	751	841	+90	+12,0
Irak	353	419	820	+401	+95,7
Kroatien	777	857	806	-51	-6,0
Ägypten	576	910	753	-157	-17,3
Kasachstan	1.224	897	724	-173	-19,3
Mazedonien	869	773	713	-60	-7,8
Pakistan	659	599	688	+89	+14,9
Tunesien	812	745	650	-95	-12,8
Philippinen	482	609	644	+35	+5,7
Iran	540	643	604	-39	-6,1
Libanon	540	469	511	+42	+9,0
Mexiko	478	493	498	+5	+1,0
Nigeria	632	609	497	-112	-18,4
Insgesamt	56.302	55.194	51.244	-3.950	-7,2

Quelle: Ausländerzentralregister

Tabelle 2-57: Familiennachzug zu Deutschen im Jahr 2008 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten

Staatsangehörigkeit	nachziehender Drittstaatsangehöriger					Familiennachzug zu Deutschen gesamt	
	Ehegatte		Kinder	Elternanteil	sonstige Familienangehörige	insgesamt	dar: weiblich
	insgesamt	dar: weiblich					
Türkei	3.529	1.326	78	275	2	3.884	1.445
Russische Föderation	2.300	1.831	161	150	2	2.613	2.009
Thailand	1.142	1.087	14	65	3	1.224	1.160
Marokko	955	526	13	52	0	1.020	563
Vereinigte Staaten	874	344	38	99	3	1.014	387
Ukraine	922	809	22	61	0	1.005	867
Serbien, Montenegro und ehem. Serbien und Montenegro	610	277	32	102	1	745	353
Brasilien	613	469	9	85	2	709	540
Kasachstan	492	308	89	64	0	645	373
China	552	520	22	30	0	604	561
Tunesien	521	172	4	26	0	551	180
Philippinen	471	442	11	51	2	535	494
Kosovo	428	230	25	20	0	473	258
Libanon	393	195	7	19	0	419	204
Nigeria	239	99	48	79	0	366	158
Pakistan	291	162	21	33	0	345	194
Vietnam	265	237	11	67	0	343	294
Indien	262	154	46	29	1	338	182
Iran	303	240	4	11	1	319	251
Weißrussland	297	278	5	12	0	314	294
Bosnien-Herzegowina	268	138	7	38	0	313	159
Ägypten	280	90	12	13	0	305	100
Kroatien	241	131	3	47	0	291	156
Afghanistan	269	178	11	10	0	290	189
Mexiko	242	180	6	24	0	272	192
Kuba	218	177	3	19	0	240	192
Gesamt	22.286	14.129	1.034	2.374	29	25.723	15.986

Quelle: Ausländerzentralregister

Tabelle 2-58: Familiennachzug zu Ausländern im Jahr 2008 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten

Staatsangehörigkeit	nachziehender Drittstaatsangehöriger					Familiennachzug zu Ausländern gesamt	
	Ehegatte		Kinder	Elternteil	sonstige Familienangehörige	insgesamt	dar: weiblich
	insgesamt	dar: weiblich					
Türkei	3.256	2.311	1203	3	30	4.492	2.913
Indien	1.343	1.306	668	0	2	2.013	1.647
Vereinigte Staaten	687	589	973	5	13	1.678	1.101
Japan	774	765	775	1	3	1.553	1.177
Serbien, Montenegro und ehem. Serbien und Montenegro	1.103	791	288	1	7	1.399	929
Kosovo	788	645	201	0	3	992	748
Russische Föderation	351	309	521	1	22	895	571
China	549	465	294	0	5	848	609
Korea, Republik	364	350	413	0	3	780	552
Bosnien-Herzegowina	563	389	158	0	5	726	468
Irak	233	220	351	2	9	595	394
Ukraine	190	160	328	0	10	528	340
Kroatien	410	266	101	1	3	515	323
Brasilien	228	194	280	0	6	514	338
Mazedonien	368	268	132	1	3	504	334
Vietnam	242	150	257	1	1	501	274
Ägypten	206	176	241	0	1	448	295
Thailand	35	22	401	0	5	441	254
Pakistan	219	192	122	0	2	343	262
Iran	184	158	97	1	3	285	209
Marokko	210	180	46	0	1	257	207
Kanada	122	110	127	1	1	251	178
Mexiko	110	101	114	0	2	226	165
Syrien	140	121	65	0	1	206	153
Libyen	99	70	102	0	0	201	126
Afghanistan	137	118	50	0	1	188	142
Gesamt	14.766	12.012	10.532	22	201	25.521	17.469

Quelle: Ausländerzentralregister

2.9 Rückkehr deutscher Staatsangehöriger

Tabelle 2-59: Zuzüge deutscher Staatsangehöriger nach Herkunftsland von 1991 bis 2008

Herkunftsland	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Belgien	1.996	2.001	2.121	1.964	2.003	2.148	2.206	2.144	2.305	2.162	2.147	1.960	1.929	1.893	2.033	1.799	1.868	1.995
Frankreich	4.178	4.794	4.972	4.922	5.339	5.638	5.486	5.487	5.644	5.633	5.411	5.412	5.061	5.159	5.593	5.462	5.851	5.844
Italien	2.931	2.746	2.580	2.571	2.644	2.689	2.561	2.586	2.672	2.623	2.559	2.503	2.531	2.421	2.498	2.480	2.587	2.640
Niederlande	3.198	3.286	3.944	3.976	3.961	4.124	3.686	3.771	3.636	3.838	3.762	3.772	3.576	3.647	3.603	3.084	3.012	2.950
Österreich	2.811	2.768	2.774	2.778	2.647	2.849	2.971	3.164	3.665	3.650	3.657	3.687	3.856	4.027	4.437	4.889	5.147	6.202
Spanien	3.458	3.507	3.473	3.403	3.740	4.007	4.399	4.872	5.371	5.747	5.909	6.193	6.156	5.922	5.972	6.023	6.944	7.891
Vereinigtes Königreich	3.540	3.497	3.188	3.161	3.329	3.626	3.780	4.079	4.554	4.657	4.594	4.464	4.186	4.049	4.388	4.600	5.000	5.824
EU-14 insgesamt¹	22.342	22.720	23.195	23.375	27.373	28.934	28.765	29.922	31.983	32.484	32.390	32.243	31.246	30.967	32.452	32.355	35.011	38.293
Polen	17.276	11.983	6.623	9.486	12.468	13.909	14.401	15.943	17.958	19.961	20.872	19.502	16.904	14.654	12.214	11.900	13.622	12.131
Norwegen	255	189	229	197	153	156	189	214	274	338	332	378	367	327	381	406	526	707
Schweiz	3.668	3.741	3.625	3.313	3.584	3.560	3.447	3.565	3.575	3.731	4.093	4.271	4.420	4.795	5.184	5.836	6.860	8.216
Türkei	917	836	840	865	966	1.120	1.167	1.133	1.286	1.385	1.514	1.461	1.492	1.533	1.592	1.860	2.232	2.569
Brasilien	1.548	1.400	1.130	1.127	1.134	1.171	1.185	1.173	1.266	1.278	1.368	1.237	1.287	1.137	1.269	1.196	1.290	1.255
Kanada	1.660	1.659	1.337	1.270	1.298	1.268	1.221	1.175	1.301	1.264	1.322	1.104	1.155	1.038	1.141	1.101	1.544	1.660
Vereinigte Staaten	11.753	12.462	10.272	9.859	10.201	10.891	10.544	10.355	11.196	11.252	11.514	11.268	10.348	9.677	8.902	8.815	9.444	10.524
China	219	239	252	281	338	415	555	758	857	870	801	823	898	837	1.099	1.342	1.488	2.072
Australien	1.344	1.380	939	901	855	888	908	986	983	1.164	1.126	1.205	1.189	1.335	1.393	1.500	1.732	2.148

Quelle: Statistisches Bundesamt

1) Bis 1994 ohne Finnland, Österreich und Schweden.

3. Abwanderung aus Deutschland

Tabelle 3-5: Fortzüge von Ausländern nach Aufenthaltsdauer im Jahr 2008

Land der Staatsangehörigkeit	insgesamt	Aufenthaltsdauer von ... bis unter ... Jahren							durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Jahren
		unter 1	1 bis 4	4 bis 8	8 bis 15	15 bis 20	20 bis 30	30 und mehr	
Europa	224.306	76.377	53.553	28.418	24.961	14.529	8.926	17.542	10,0
darunter:									
Bulgarien	8.007	4.476	1.653	1.147	434	259	26	12	3,3
Frankreich	7.099	2.399	2.387	951	676	256	271	159	7,5
Griechenland	10.123	863	1.028	1.409	1.830	1.481	992	2.520	19,8
Italien	15.694	2.963	2.261	1.866	2.721	1.285	1.818	2.780	17,7
Niederlande	4.754	1.126	1.719	918	478	175	156	182	14,1
Österreich	6.144	1.294	1.530	958	850	345	440	727	15,6
Polen	54.704	22.640	17.987	5.923	4.789	2.561	732	72	4,4
Portugal	3.819	727	616	545	875	302	179	575	13,6
Rumänien	17.897	10.214	4.010	1.747	1.025	823	60	18	3,3
Slowakei	5.226	2.152	1.675	754	476	145	19	5	3,9
Spanien	5.426	1.625	1.233	595	438	128	203	1.204	14,6
Tschechische Republik	4.143	1.735	1.159	639	432	107	53	18	4,4
Ungarn	11.117	4.963	2.880	1.366	1.060	644	148	56	4,9
Vereinigtes Königreich	5.174	1.351	1.525	767	742	316	294	179	9,3
Bosnien-Herzegowina	3.730	745	497	352	578	894	156	508	15,1
Kroatien	6.852	1.219	982	750	918	883	340	1.760	18,6
Russische Föderation	7.749	3.490	1.890	1.531	739	86	11	2	4,0
Serbien ¹	3.257	1.404	479	255	404	329	102	284	10,0
ehem. Serbien und Montenegro ²	2.549	182	383	286	435	468	158	637	20,0
Türkei	18.252	3.153	2.463	2.142	2.330	1.527	2.173	4.464	19,7
Ukraine	3.585	1.627	758	768	390	41	0	1	4,7
Afrika	11.833	3.785	2.954	2.515	1.440	603	327	209	6,5
darunter:									
Marokko	1.529	353	278	327	211	117	131	112	11,8
Amerika	24.016	11.276	6.653	2.869	1.851	649	429	289	4,9
darunter:									
Brasilien	3.708	1.898	1.023	430	258	64	26	9	3,5
Vereinigte Staaten	11.849	5.337	3.367	1.280	947	414	287	217	5,9
Asien	48.195	17.560	13.761	10.159	4.447	1.226	837	205	4,8
darunter:									
China	9.749	3.450	2.784	2.642	735	104	30	4	4,0
Indien	6.629	3.033	2.290	914	259	57	52	24	3,3
Irak	2.593	1.216	247	650	455	14	9	2	4,6
Japan	4.640	1.202	1.949	1.029	285	91	55	29	4,6
Vietnam	2.837	672	819	789	275	200	79	3	6,3

alle Staatsan- gehörigkeiten	311.536	110.176	77.779	44.442	33.028	17.154	10.625	18.332	8,7
---	----------------	----------------	---------------	---------------	---------------	---------------	---------------	---------------	------------

Quelle: Ausländerzentralregister, Statistisches Bundesamt

1) Die Zahlen für Serbien enthalten zum Teil auch Personen aus dem Kosovo, das im Februar 2008 seine Unabhängigkeit von Serbien erklärt hat. Eine eindeutige Zuordnung im AZR war für 2008 jedoch noch nicht in allen Fällen möglich.

2) Seit Juni 2006 sind Serbien und Montenegro zwei unabhängige Staaten. Es sind jedoch noch nicht alle Personen, die im AZR mit der Staatsangehörigkeit des ehemaligen Serbien und Montenegro registriert sind, einem der beiden Nachfolgestaaten zugeordnet.

Tabelle 3-6: Fortzüge von Ausländern nach Aufenthaltsdauer im Jahr 2008 in Prozent

Land der Staats- angehörigkeit	Aufenthaltsdauer von ... bis unter ... Jahren						
	unter 1	1 bis 4	4 bis 8	8 bis 15	15 bis 20	20 bis 30	30 und mehr
Europa	34,1	23,9	12,7	11,1	6,5	4,0	7,8
darunter:							
Bulgarien	55,9	20,6	14,3	5,4	3,2	0,3	0,1
Frankreich	33,8	33,6	13,4	9,5	3,6	3,8	2,2
Griechenland	8,5	10,2	13,9	18,1	14,6	9,8	24,9
Italien	18,9	14,4	11,9	17,3	8,2	11,6	17,7
Niederlande	23,7	36,2	19,3	10,1	3,7	3,3	3,8
Österreich	21,1	24,9	15,6	13,8	5,6	7,2	11,8
Polen	41,4	32,9	10,8	8,8	4,7	1,3	0,1
Portugal	19,0	16,1	14,3	22,9	7,9	4,7	15,1
Rumänien	57,1	22,4	9,8	5,7	4,6	0,3	0,1
Slowakei	41,2	32,1	14,4	9,1	2,8	0,4	0,1
Spanien	29,9	22,7	11,0	8,1	2,4	3,7	22,2
Tschechische Republik	41,9	28,0	15,4	10,4	2,6	1,3	0,4
Ungarn	44,6	25,9	12,3	9,5	5,8	1,3	0,5
Vereinigtes Kö- nigreich	26,1	29,5	14,8	14,3	6,1	5,7	3,5
Bosnien- Herzegowina	20,0	13,3	9,4	15,5	24,0	4,2	13,6
Kroatien	17,8	14,3	10,9	13,4	12,9	5,0	25,7
Russische Föde- ration	45,0	24,4	19,8	9,5	1,1	0,1	0,0
Serbien ¹	43,1	14,7	7,8	12,4	10,1	3,1	8,7
ehem. Serbien und Montenegro ²	7,1	15,0	11,2	17,1	18,4	6,2	25,0
Türkei	17,3	13,5	11,7	12,8	8,4	11,9	24,5
Ukraine	45,4	21,1	21,4	10,9	1,1	0,0	0,0
Afrika	32,0	25,0	21,3	12,2	5,1	2,8	1,8
darunter:							
Marokko	23,1	18,2	21,4	13,8	7,7	8,6	7,3
Amerika	47,0	27,7	11,9	7,7	2,7	1,8	1,2
darunter:							
Brasilien	51,2	27,6	11,6	7,0	1,7	0,7	0,2
Vereinigte Staa- ten	45,0	28,4	10,8	8,0	3,5	2,4	1,8
Asien	36,4	28,6	21,1	9,2	2,5	1,7	0,4

darunter:							
China	35,4	28,6	27,1	7,5	1,1	0,3	0,0
Indien	45,8	34,5	13,8	3,9	0,9	0,8	0,4
Irak	46,9	9,5	25,1	17,5	0,5	0,3	0,1
Japan	25,9	42,0	22,2	6,1	2,0	1,2	0,6
Vietnam	23,7	28,9	27,8	9,7	7,0	2,8	0,1
alle Staatsan- gehörigkeiten	35,4	25,0	14,3	10,6	5,5	3,4	5,9

Quelle: Ausländerzentralregister, Statistisches Bundesamt

1) Die Zahlen für Serbien enthalten zum Teil auch Personen aus dem Kosovo, das im Februar 2008 seine Unabhängigkeit von Serbien erklärt hat. Eine eindeutige Zuordnung im AZR war für 2008 jedoch noch nicht in allen Fällen möglich.

2) Seit Juni 2006 sind Serbien und Montenegro zwei unabhängige Staaten. Es haben sich jedoch noch nicht alle Personen, die im AZR mit der Staatsangehörigkeit des ehemaligen Serbien und Montenegro registriert sind, einem der beiden Nachfolgestaaten zugeordnet.

Tabelle 3-7: Abwanderung von Drittstaatsangehörigen nach dem letzten Aufenthaltsstatus im Jahr 2008

	Gesamt	unbefristeter Aufenthaltstitel ¹	Aufenthaltserlaubnis						EU-Aufenthaltstitel	Aufenthaltsgestattung/Duldung	Erteilung/Verlängerung abgelehnt bzw. Aufenthaltstitel widerrufen/erloschen	sonstiger Aufenthaltsstatus ²
			Studierende/Hochschulabsolventen nach § 16 Abs. 1, 1a, 4 und 6 AufenthG	Sprachkurs/Schulbesuch nach § 16 Abs. 5 AufenthG	sonstige Ausbildungszwecke nach § 17 AufenthG	Erwerbstätigkeit nach §§ 18, 20 und 21 AufenthG	humanitäre Gründe nach §§ 22 bis 25 AufenthG	familiäre Gründe nach §§ 28 bis 36 AufenthG				
China	9.749	129	3.525	190	542	2.210	17	591	19	12	709	1.805
Indien	6.629	161	559	17	224	2.597	34	1.107	12	33	286	1.599
Kroatien	6.852	2.128	59	7	30	1.922	10	355	25	0	517	1.799
Russische Föderation	7.749	606	1.085	101	394	1.095	247	863	48	44	537	2.729
Türkei	18.252	6.520	1.308	66	148	1.109	96	2.315	91	71	1.966	4.562
Vereinigte Staaten	11.849	816	2.280	588	354	2.375	35	1.644	153	0	409	3.195
Drittstaatsangehörige insgesamt	141.806	10.361	17.102	3.403	3.844	21.295	3.004	15.286	1.615	1.039	10.361	54.496

Quelle: Ausländerzentralregister

1) Aufenthaltsberechtigung bzw. unbefristete Aufenthaltserlaubnis nach altem Recht sowie Niederlassungserlaubnis nach dem Aufenthaltsgesetz.

2) Hierunter fallen etwa Personen, die einen Antrag auf einen Aufenthaltstitel gestellt haben, aber vor Erteilung wieder ausgereist sind, Personen, die vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit sind, Personen, die noch eine Aufenthaltsbewilligung oder –befugnis nach altem Recht besaßen oder Personen, die eine Aufenthaltserlaubnis nach § 7 AufenthG (sonstige begründete Fälle) inne hatten.

Tabelle 3-8: Abwanderung von Drittstaatsangehörigen nach dem letzten Aufenthaltsstatus im Jahr 2008 in Prozent

	unbefristeter Aufenthaltstitel	Aufenthaltserlaubnis						EU-Aufenthaltstitel	Aufenthaltsgestattung/Duldung	Erteilung/Verlängerung abgelehnt bzw. Aufenthaltstitel widerrufen/erloschen	sonstiger Aufenthaltsstatus
		Studierende/Hochschulabsolventen nach § 16 Abs. 1, 1a, 4 und 6 AufenthG	Sprachkurs/Schulbesuch nach § 16 Abs. 5 AufenthG	sonstige Ausbildungszwecke nach § 17 AufenthG	Erwerbstätigkeit nach §§ 18, 20 und 21 AufenthG	humanitäre Gründe nach §§ 22 bis 25 AufenthG	familiäre Gründe nach §§ 28 bis 36 AufenthG				
China	1,3	36,2	1,9	5,6	22,7	0,2	6,1	0,2	0,1	7,3	18,5
Indien	2,4	8,4	0,3	3,4	39,2	0,5	16,7	0,2	0,5	4,3	24,1
Kroatien	31,1	0,9	0,1	0,4	28,1	0,1	5,2	0,4	0,0	7,5	26,3
Russische Föderation	7,8	14,0	1,3	5,1	14,1	3,2	11,1	0,6	0,6	6,9	35,2
Türkei	35,7	7,2	0,4	0,8	6,1	0,5	12,7	0,5	0,4	10,8	25,0
Vereinigte Staaten	6,9	19,2	5,0	3,0	20,0	0,3	13,9	1,3	0,0	3,5	27,0

Quelle: Ausländerzentralregister

Tabelle 3-9: Verhältnis der Fortzüge von Deutschen zu den Zuzügen von Deutschen von 1991 bis 2008

Herkunftsland	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Belgien	1,2	1,3	1,2	1,5	1,4	1,3	1,2	1,2	1,1	1,0	1,1	1,3	1,3	1,4	1,2	1,5	1,4	1,3
Frankreich	1,6	1,5	1,4	1,6	1,4	1,3	1,3	1,3	1,2	1,2	1,2	1,3	1,4	1,4	1,3	1,4	1,3	1,4
Italien	1,0	1,0	1,0	1,1	1,0	1,0	1,1	1,2	1,1	1,2	1,2	1,3	1,2	1,4	1,4	1,4	1,3	1,4
Niederlande	1,6	1,6	1,6	1,4	1,3	1,1	1,2	1,1	1,0	1,0	1,0	1,0	0,9	1,0	0,9	1,2	1,2	1,5
Österreich	1,3	1,4	1,4	1,5	1,6	1,5	1,5	1,5	1,5	1,4	1,5	1,7	1,8	2,1	2,1	2,1	2,2	2,2
Spanien	1,0	1,1	1,1	1,4	1,4	1,4	1,4	1,5	1,3	1,2	1,1	1,1	1,1	1,2	1,2	1,4	1,3	1,2
Vereinigtes Königreich	0,9	1,0	1,3	1,5	1,5	1,5	1,6	1,5	1,3	1,2	1,2	1,3	1,5	1,9	2,1	2,0	2,0	1,8
EU-14 insgesamt¹	1,2	1,2	1,3	1,4	1,4	1,3	1,3	1,4	1,3	1,2	1,2	1,3	1,3	1,5	1,5	1,6	1,6	1,6
Norwegen	1,1	1,4	1,2	1,7	2,3	2,2	2,3	3,4	2,7	1,9	2,0	2,2	2,3	2,7	2,6	3,6	4,7	4,2
Schweiz	1,3	1,3	1,3	1,5	1,5	1,5	1,6	1,7	1,9	2,1	2,2	2,5	2,5	2,7	2,8	3,1	3,4	3,5
Türkei	0,7	0,9	1,0	0,9	0,9	1,0	1,0	1,0	0,9	1,0	0,9	0,9	1,1	1,4	1,8	1,9	1,7	1,8
Brasilien	0,6	0,6	0,9	0,9	1,0	1,0	1,0	1,1	0,9	0,8	0,8	0,9	0,9	1,0	1,1	1,1	1,0	1,2
Kanada	0,9	1,0	1,4	1,5	1,6	1,5	1,5	1,6	1,6	1,7	1,5	1,8	2,1	2,4	2,7	3,5	2,9	3,4
Vereinigte Staaten	1,1	1,1	1,2	1,4	1,3	1,2	1,4	1,4	1,4	1,2	1,2	1,2	1,2	1,3	1,5	1,6	1,5	1,5
China	1,2	1,1	1,4	1,5	1,5	1,5	1,4	1,3	1,0	0,9	1,1	1,2	1,3	2,0	1,8	1,7	1,5	1,2
Australien	1,0	0,9	1,3	1,5	1,6	1,6	1,7	1,5	1,5	1,2	1,4	1,4	1,6	1,6	1,8	2,0	1,9	1,7

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

1) Bis 1994 ohne Finnland, Österreich und Schweden.

Tabelle 3-10: Fortzüge von Deutschen nach Altersgruppen und ausgewählten Zielländern im Jahr 2008

Zielland	unter 18 Jahren	18 bis unter 25 Jahren	25 bis unter 50 Jahren	50 bis unter 65 Jahren	65 Jahre und älter	Gesamt
Belgien	585	203	1.460	243	117	2.608
Frankreich	1.375	925	4.250	1.008	430	7.988
Griechenland	637	103	499	197	107	1.543
Irland	213	183	876	74	17	1.363
Italien	1.027	341	1.575	453	249	3.645
Niederlande	715	624	2.467	364	112	4.282
Österreich	2.059	2.065	7.218	1.269	725	13.336
Polen	1.265	3.111	6.564	2.186	585	13.711
Schweden	567	188	1.358	211	86	2.410
Spanien	1.412	863	4.488	1.531	951	9.245
Vereinigtes Königreich	2.655	1.177	6.093	639	142	10.706
EU insgesamt	14.422	10.503	41.132	9.532	4.299	79.888
Schweiz	3.862	3.095	19.903	1.779	500	29.139
Türkei	2.180	364	1.536	331	198	4.609
Russische Föderation	753	324	1.356	504	362	3.299
Südafrika	202	89	631	198	111	1.231
Brasilien	343	130	683	187	103	1.446
Kanada	1.820	565	2.722	367	131	5.605
Vereinigte Staaten	3.878	1.672	8.500	923	463	15.436
China	505	140	1.665	219	24	2.553
Thailand	234	43	538	378	193	1.386
Australien	486	533	2.358	186	111	3.674
Gesamt	35.557	19.397	94.509	17.626	7.670	174.759

Quelle: Statistisches Bundesamt

Tabelle 3-11: Vermittlungen von Arbeitnehmern aus Deutschland ins Ausland in den Jahren 2007 und 2008

Zielland/ -region	2007		2008	
	absolut	in %	absolut	in %
Insgesamt	8.565	100,0	9.413	100,0
Europa	7.629	89,1	8.300	88,2
dar. : Schweiz	1.992	23,3	2.198	23,4
Österreich	1.312	15,3	1.814	19,3
Niederlande	1.077	12,6	1.210	12,9
Dänemark	930	10,9	986	10,5
Großbritannien	450	5,3	463	4,9
Norwegen	524	6,1	462	4,9
Spanien	232	2,7	243	2,6
Irland	243	2,8	206	2,2
Frankreich	120	1,4	118	1,3
Schweden	144	1,7	85	0,9
Außereuropäisches Ausland	936	10,9	1.113	11,8
Asien	422	4,9	528	5,6
Amerika	250	2,9	304	3,2
Afrika	242	2,8	241	2,6
Ozeanien	22	0,3	40	0,4

Quelle: Zentrale Auslands- und Fachvermittlung der Bundesagentur für Arbeit

Tabelle 3-12: Deutsche Wissenschaftler im Ausland nach Zielland von 1999 bis 2007¹

Zielland	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Vereinigte Staaten	1.017	1.681	1.363	1.259	1.441	1.137	1.272	1.358	1.445
Vereinigtes Königreich	454	594	674	623	480	487	474	549	568
Frankreich	174	275	342	339	267	228	261	344	337
Italien	117	175	203	212	164	142	153	193	278
Russische Föderation	25	48	152	328	358	107	184	219	238
Schweiz	59	113	133	143	187	173	163	186	232
Japan	196	185	202	188	207	166	152	190	196
Kanada	68	111	90	117	95	80	102	109	140
Australien	64	118	121	141	174	97	136	137	133
China	62	85	98	146	130	127	99	106	117
sonstige Zielländer	976	1.466	2.001	1.973	1.837	1.323	1.612	1.682	1.780
Ausland insgesamt	3.212	4.851	5.379	5.469	5.340	4.067	4.608	5.073	5.464

Quelle: Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD)

1) Erfasst werden nur Wissenschaftler, deren Forschungsaufenthalte im Ausland durch Förderorganisationen unmittelbar gefördert wurden. Auf andere Art finanzierte Forschungsaufenthalte, etwa aus Drittmitteln, sind nicht berücksichtigt, da diese in Deutschland nicht erfasst werden. Die Daten dokumentieren deshalb nur einen nicht quantifizierbaren, aber wesentlichen Teil der Auslandsaufenthalte deutscher Wissenschaftler. Die Gesamtzahl der deutschen Wissenschaftler im Ausland dürfte deutlich höher liegen.

4. Migrationsgeschehen im europäischen Vergleich

4.1 Zu- und Abwanderung

Tabelle 4-1: Zuzüge in die Staaten der Europäischen Union sowie in die Schweiz und Norwegen in den Jahren 1991 bis 2008

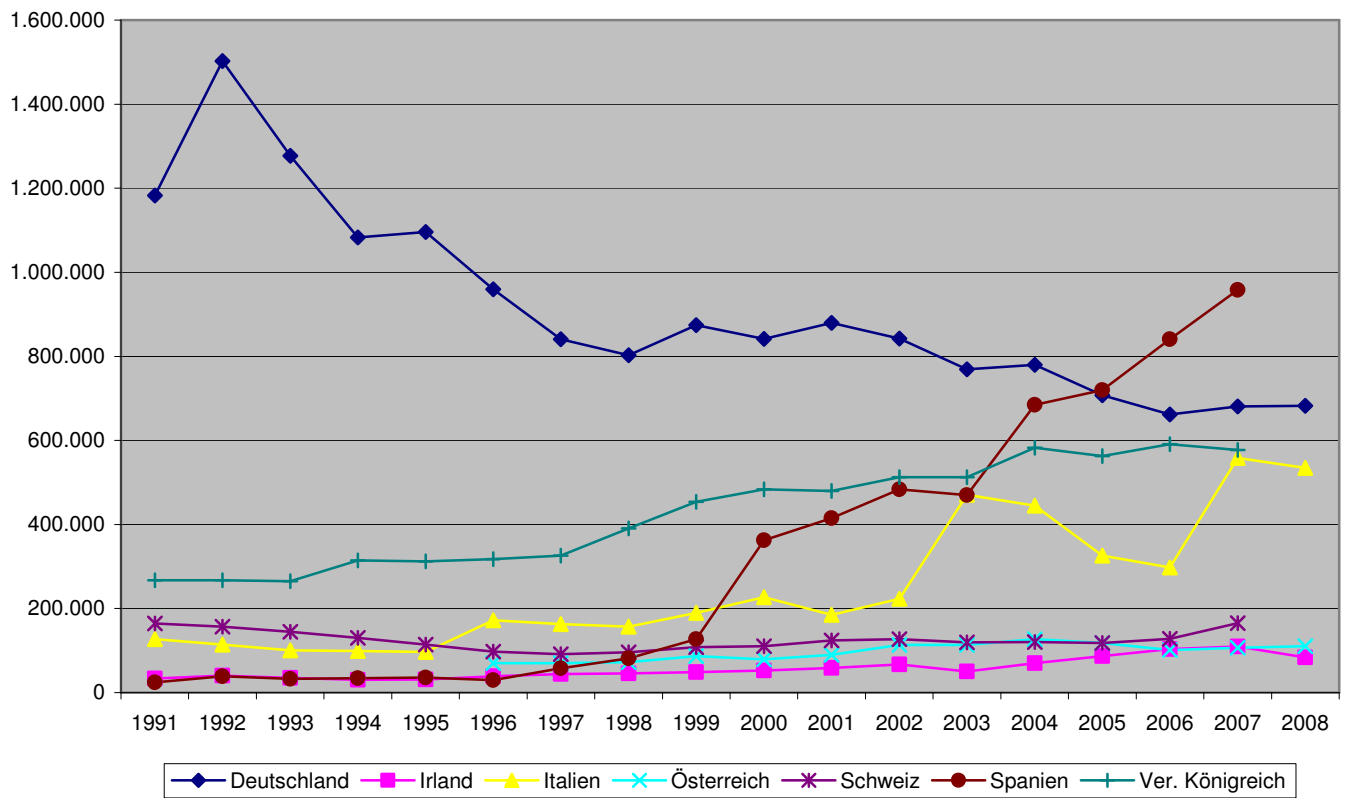
Zielland	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Belgien	67.460	66.763	63.749	66.147	62.950	61.522	58.849	59.666	67.068	62.909	82.228	83.368	78.746	86.960	97.988	101.872	109.926	
Bulgarien				9.361	9.968	10.129	10.917	8.633	10.334	19.781	27.465							
Dänemark	43.567	43.377	43.400	44.961	63.187	54.445	50.105	51.372	50.236	52.915	55.984	52.778	49.754	49.860	52.458	56.750	64.656	72.749
Deutschland	1.182.927	1.502.198	1.277.408	1.082.553	1.096.048	959.691	840.633	802.456	874.023	841.158	879.217	842.543	768.975	780.175	707.352	661.855	680.766	682.146
Estland	5.203	3.548	2.390	1.575	1.616	1.552	1.585	1.414	1.423				1.480	1.759				
Finnland	19.001	14.554	14.975	11.611	12.222	13.294	13.564	14.192	14.744	16.895	18.955	18.113	17.838	20.333	21.355	22.451	26.029	29.114
Frankreich ¹	102.109	110.667	116.161	119.563	106.180	105.986	127.431	155.879	145.120	160.428	182.694	205.707	215.397	210.076	207.561	203.989	192.535	
Griechenland	24.436	32.132	27.129	18.287	20.859	22.214	22.078	12.630			14.679	14.918	14.785	14.267	15.449		86.693	
Irland ²	33.300	40.704	34.702	30.112	31.207	39.162	43.985	45.900	47.522	52.268	59.200	66.900	50.500	70.000	86.900	103.260	109.500	83.800
Italien	126.935	113.916	100.401	99.105	96.710	171.967	162.857	156.885	189.876	226.968	185.052	222.801	470.491	444.566	325.673	297.640	558.019	534.712
Lettland								3.123	1.813	1.627	1.443	1.428	1.364	1.665	1.886	2.801	3.541	3.767
Litauen	11.828	6.640	2.850	1.664	2.020	3.025	2.536	2.706	2.679	1.510	4.694	5.110	4.728	5.553	6.789	7.745	8.609	9.297
Luxemburg	10.913	10.696	9.857	10.030	10.325	10.027	10.423	11.630	12.794	11.765	12.135	12.101	12.613	12.495	13.512	14.352	16.675	
Malta									708	965	1.002	915	1.239	1.989	2.075	1.829	3.847	8.980
Niederlande	120.249	116.926	110.559	92.142	96.099	108.749	109.860	122.395	119.151	132.850	133.404	121.250	104.514	94.019	92.297	101.150	116.819	142.737
Norwegen	26.283	26.743	31.711	26.911	25.678	26.407	31.957	36.704	41.841	36.542	34.264	40.122	35.957	36.482	40.148	45.776	61.774	66.961
Österreich				95.193		69.930	70.122	72.723	86.710	79.278	89.928	113.165	113.554	127.399	117.822	100.972	106.905	110.074
Polen	5.040	6.512	5.924	6.907	8.121	8.186	8.426	8.916	7.525	7.331	6.625	6.587	7.048	9.495	9.364	10.802	14.995	15.275
Portugal ¹		13.735	9.852	5.653	5.025	3.644	3.298	6.485	15.290	18.753	19.135	18.311	14.108	16.519	14.708	38.800	46.300	29.718
Rumänien	1.602	1.753	1.269	878	4.458	2.053	6.600	11.907	10.078	11.024	10.350	6.582	3.267	2.987	3.704	7.714	9.575	
Schweden	49.731	45.419	61.872	83.598	45.887	39.895	44.818	49.391	49.839	58.659	60.795	64.087	63.795	62.028	65.229	95.750	99.485	91.615
Schweiz	164.773	157.190	144.537	130.188	113.967	97.591	91.687	95.955	107.953	110.302	124.077	127.340	119.783	120.188	118.270	127.586	165.634	184.297
Slowakei										2.300	2.023	2.312	2.603	4.460	9.401	12.611	8.624	
Slowenien		3.461	2.745	1.919	5.879	9.495	7.889	4.603	4.941	6.185	7.803	9.134	9.279	10.171	15.041	20.016	29.193	43.815
Spanien	24.320	38.882	33.026	34.123	36.092	29.895	57.877	81.227	127.365	362.468	414.772	483.260	470.010	684.561	719.284	840.844	958.266	
Tschechische Rep.	14.096	19.072	12.900	10.207	10.540	10.857	12.880	10.729	9.910	7.802	12.918	44.679	60.015	53.453	60.294	68.183	104.445	77.817
Ungarn	22.974	15.113	16.397	12.752	14.008	13.734	13.283	16.052	20.151	20.184	20.308	17.972	19.365	22.164	25.582	23.569	22.607	
Ver. Königreich	329.000	268.000	266.000	315.000	312.000	317.800	327.000	391.000	454.000	479.000	479.600	513.000	508.000	586.000	563.000	591.000	577.000	
Zypern								8.801	15.812	22.187	17.485	14.370	16.779	22.003	24.419	15.545	19.142	

Quelle: Eurostat, Council of Europe, nationale statistische Ämter

1) nur ausländische Staatsangehörige.

2) Schätzzahlen.

Abbildung 4-8: Zuwanderung in ausgewählte Staaten der Europäischen Union und in die Schweiz in den Jahren 1991 bis 2008



Quelle: Eurostat, Council of Europe, nationale statistische Ämter

Tabelle 4-2: Fortzüge aus den Staaten der Europäischen Union sowie aus der Schweiz und Norwegen in den Jahren 1991 bis 2008

Herkunftsland	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Belgien	33.752	33.707	34.202	36.572	36.044	36.674	39.320	40.434	40.969	39.613	37.748	37.732	39.216	43.179	44.298	45.573	45.437	
Bulgarien					10.560	7.659	7.058	5.400	5.953	7.403	8.687							
Dänemark	32.629	31.915	32.344	34.710	34.630	37.312	38.393	40.340	41.340	43.417	43.980	43.481	43.466	45.017	45.869	46.786	41.566	43.490
Deutschland	596.455	720.127	815.312	767.550	698.113	677.494	764.969	755.358	672.048	674.038	607.282	623.255	626.330	697.632	628.399	639.064	636.854	737.889
Estland	13.237	37.375	16.169	9.206	9.786	7.235	4.081	2.545	2.059									
Finnland	5.984	6.055	6.405	8.672	8.957	10.587	9.854	10.817	11.966	14.311	13.153	12.891	12.083	13.656	12.369	12.107	12.443	13.657
Frankreich																		
Griechenland									11.966	14.311	13.153						45.693	
Irland ¹					33.100	31.300	25.300	28.500	31.500	26.700	26.200	25.600	20.700	18.500	16.600	38.866	42.200	45.300
Italien					43.302			56.707	76.500	56.601		49.383	62.970	64.849	65.029	75.230	65.196	80.947
Lettland					13.346			6.291	3.660	7.131	6.602	3.262	2.210	2.744	2.450	5.252	4.183	6.388
Litauen	22.503	31.972	26.840	25.859	25.688	26.394	24.957	24.828	23.418	21.816	7.253	7.086	11.032	15.165	15.571	12.602	13.853	17.015
Luxemburg					5.715	6.355	6.591	7.574	8.075	8.121	8.824	9.452	10.513	10.911	10.841	9.001	10.674	
Malta					621	399	453	349	339	450	472	382	518	459		1.908	1.833	6.597
Niederlande	70.639	73.808	74.788	79.228	82.195	91.945	81.973	79.289	78.779	78.977	82.566	96.918	104.831	110.235	119.725	132.470	122.576	116.097
Norwegen	18.238	16.801	18.903	19.475	19.312	20.590	21.257	22.881	22.842	26.854	26.309	22.948	24.672	23.271	21.709	22.053	22.122	23.615
Österreich						66.050	68.585	64.272	66.923	62.006	79.034	74.831	71.996	71.721	70.133	74.432	71.928	75.638
Polen	21.000	18.100	21.300	25.900	26.300	21.300	20.200	22.200	21.500	27.000	23.300	24.500	20.800	18.900	22.200	46.936	35.480	30.140
Portugal ²					8.109			7.935	4.077	4.692	5.762	8.814	6.687	10.680	10.800	12.700	26.800	20.357
Rumänien	44.160	31.152	18.446	17.146	25.675	21.526	19.945	17.536	12.594	14.753	9.921	8.154	10.673	13.082	10.938	14.197	8.830	8.739
Schweden	24.745	25.726	29.874	32.661	33.984	33.884	38.543	38.518	35.705	34.091	32.141	33.009	35.023	36.586	38.118	44.908	45.418	48.187
Schweiz	103.333	117.034	105.205	99.305	99.509	103.398	98.521	94.778	91.084	90.078	82.235	78.425	76.756	79.726	82.090	88.218	90.175	86.130
Slowakei						222	572	746	618	811	1.011	1.411	1.194	1.586	2.784	3.084	1.831	
Slowenien		3.848	1.390	983	3.372	2.985	5.447	6.708	2.606	3.570	4.811	7.269	5.867	8.269	8.605	13.749	14.943	15.484
Spanien									15.148	13.237	14.539	36.605	25.959	64.230	68.011	142.296	267.799	
Tschechische Rep.	11.220	7.291	7.424	264	541	728	805	1.241	1.136	1.263	21.469	32.389	34.226	34.818	24.065	33.463	20.500	6.027
Ungarn	5.376	4.594	2.901	2.378	2.401	2.833	1.928	2.343	2.460	2.208	1.944	2.388	2.553	3.466	3.320	3.956	4.133	
Ver. Königreich	285.000	281.000	266.000	238.000	236.500	263.700	279.200	251.500	290.800	320.700	307.700	359.400	361.500	342.000	359.000	369.500	340.700	
Zypern								6.800		8.800		7.485	4.437	6.279	10.003	6.874	6.358	

Quelle: Eurostat, Council of Europe, nationale statistische Ämter

1) Schätzzahlen.

2) nur ausländische Staatsangehörige.

Tabelle 4-3: Zu- und Abwanderung von Inländern in den Jahren 2006 und 2007 in ausgewählten europäischen Staaten

	Zuwanderung		Abwanderung		Wanderungssaldo		Verhältnis Abwanderung/Zuwanderung	
	2006	2007	2006	2007	2006	2007	2006	2007
Polen	8.978	13.384	46.745	35.301	-37.767	-21.917	5,21	2,64
Luxemburg	621	909	1.323	2.033	-702	-1.124	2,13	2,24
Vereinigtes Königreich	77.306	71.424	196.080	159.339	-118.774	-87.915	2,54	2,23
Lettland	496	986	1.920	1.881	-1.424	-895	3,87	1,91
Slowenien	1.765	1.689	2.703	3.178	-938	-1.489	1,53	1,88
Litauen	5.508	6.141	10.281	11.422	-4.773	-5.281	1,87	1,86
Niederlande	33.493	36.561	64.552	62.250	-31.059	-25.689	1,93	1,70
Schweden	15.352	15.949	24.875	24.990	-9.523	-9.041	1,62	1,57
Deutschland	103.388	106.014	155.290	161.105	-51.902	-55.091	1,50	1,52
Österreich	15.588	14.955	20.591	20.464	-5.003	-5.509	1,32	1,37
Schweiz	20.409	21.779	30.479	29.487	-10.070	-7.708	1,49	1,35
Malta	1.171	1.171	1.079	1.350	92	-179	0,92	1,15
Slowakei	1.302	1.417	1.560	1.574	-258	-157	1,20	1,11
Finnland	8.583	8.525	9.394	9.330	-811	-805	1,09	1,09
Dänemark	22.469	22.033	26.339	23.771	-3.870	-1.738	1,17	1,08
Tschechische Rep.	2.058	1.934	2.075	2.076	-17	-142	1,01	1,07
Norwegen	8.351	8.276	9.563	8.798	-1.212	-522	1,15	1,06
Zypern	1.010	953	229	816	781	137	0,23	0,86
Spanien	37.873	37.732	22.042	28.091	15.831	9.641	0,58	0,74
Ungarn	2.153	1.754	359	367	1.794	1.387	0,17	0,21

Quelle: Eurostat

4.2 Asylzuwanderung

Tabelle 4-4: Asylantragsteller im internationalen Vergleich von 1996 bis 2008

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	Veränd. 2008 zu 2007 in %
Belgien	12.412	11.629	21.965	35.778	42.677	24.527	18.768	16.940	15.357	15.957	11.587	11.115	12.252	+10,2
Dänemark	5.891	5.100	5.699	6.467	10.077	12.512	6.068	4.593	3.222	2.260	1.918	2.226	2.380	+6,9
Deutschland	116.367	104.353	98.644	95.113	78.564	88.287	71.127	50.563	35.607	28.914	21.029	19.164	22.085	+15,2
Finnland	711	977	1.272	3.106	3.170	1.650	3.443	3.221	3.861	3.574	2.288	1.505	4.035	+168,1
Frankreich	17.283	21.256	22.375	30.832	38.747	47.260	51.004	61.993	65.614	59.221	39.315	35.207	42.513	+20,8
Griechenland	1.643	4.376	2.953	1.528	3.083	5.499	5.664	8.178	4.466	9.050	12.267	25.113	19.884	-20,8
Vereinigtes Königreich	29.642	41.500	58.000	71.158	98.866	91.553	103.080	60.047	40.623	30.459	27.849	27.903	30.547	+9,5
Irland	1.179	3.882	4.626	7.724	10.920	10.325	11.634	7.900	4.766	4.323	4.315	3.985	3.807	-4,5
Italien	681	1.712	9.513	3.268	15.560	9.620	16.020	13.460	9.720	9.500	10.110	14.050	31.164	+121,8
Luxemburg	240	427	1.709	2.912	628	686	1.043	1.554	1.577	799	524	426	463	+8,9
Niederlande	22.857	34.443	45.217	39.299	43.895	32.579	18.667	13.402	9.782	12.347	14.465	7.102	13.399	+88,7
Österreich	6.991	6.719	13.805	20.129	18.284	30.135	39.354	32.364	24.676	22.471	13.350	11.879	12.809	+7,8
Portugal	269	297	365	307	224	234	245	107	107	113	128	223	161	-27,8
Schweden	5.774	9.619	12.844	11.231	16.283	23.499	32.995	31.355	23.161	17.530	24.322	36.207	24.353	-32,7
Spanien	4.730	4.975	6.639	8.405	7.235	9.219	6.179	5.918	5.553	5.047	5.266	7.477	4.476	-40,1
EU-15	226.670	251.265	305.626	337.257	388.213	387.585	385.291	311.595	248.092	221.565	188.733	203.582	224.328	+10,2
Estland	k.A.	k.A.	23	21	3	12	9	10	15	10	13	9	14	+55,6
Lettland	k.A.	k.A.	58	19	4	14	30	10	7	20	8	34	51	+50,0
Litauen	k.A.	320	163	133	199	256	294	180	140	118	161	116	216	+86,2
Polen	3.211	3.533	3.373	2.955	4.589	4.506	5.153	6.921	8.077	5.436	4.223	7.116	7.203	+1,2
Slowakische Rep.	415	645	506	1.310	1.556	8.151	9.739	10.323	11.354	3.489	2.871	2.643	910	-65,6
Slowenien	38	72	499	867	9.244	1.511	702	1.102	1.174	1.596	518	427	238	-44,3
Tschechische Rep.	2.156	2.098	4.082	7.285	8.787	18.087	8.481	11.394	5.460	4.021	3.016	1.878	1.656	-11,8
Ungarn	152	209	7.097	11.499	7.801	9.554	6.412	2.401	1.600	1.609	2.109	3.419	3.118	-8,8
Malta	80	70	170	90	70	120	350	568	1.227	1.167	1.272	1.379	2.607	+89,1
Zypern	100	90	230	790	650	1.770	950	4.411	9.859	7.768	4.545	6.789	3.922	-42,2
EU-10			16.201	24.969	32.903	43.981	32.120	37.320	38.913	25.234	18.736	23.810	19.935	-16,3
Bulgarien	302	429	833	1.331	1.755	2.428	2.888	1.549	1.127	822	567	975	746	-23,5
Rumänien	584	1.424	1.236	1.667	1.366	2.431	1.151	1.077	661	594	378	659	1.083	+64,3
EU-2	886	1.853	2.069	2.998	3.121	4.859	4.039	2.626	1.788	1.416	945	1.634	1.829	+11,9
EU gesamt												229.026	246.092	+7,5
Norwegen	1.778	2.273	8.543	10.160	10.843	14.782	17.480	15.959	7.945	5.401	5.320	6.508	14.407	+121,4
Schweiz	19.502	25.329	43.395	48.057	18.484	21.273	26.678	21.037	14.248	10.061	10.537	10.387	16.606	+59,9
Australien	9.770	9.704	7.992	9.496	12.608	12.366	5.867	4.329	3.328	3.144	3.508	3.980	4.750	+19,3
Kanada	25.739	24.331	25.388	30.853	36.143	44.137	33.452	31.857	25.499	19.735	22.907	28.342	36.895	+30,2
Vereinigte Staa- ten	124.112	79.454	51.512	43.677	52.414	65.545	62.966	43.589	31.191	31.460	33.752	32.307	29.260	-9,4
Neuseeland	1.320	1.500	1.970	1.530	1.550	1.600	1.000	841	583	348	276	248	254	+2,4

Quelle: UNHCR, IGC, nationale Behörden

5. Illegale/irreguläre Migration

Tabelle 5-6: Feststellungen von unerlaubt eingereisten Ausländern an den deutschen Grenzen und Zurückschiebungen von 1990 bis 2008

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
unerlaubte Einreisen	7.152	23.587	44.949	54.298	31.065	29.604	27.024	35.205	40.201	37.789	31.485	28.560	22.638	19.974	18.215	15.551	17.992	15.445	17.947
Zurückschiebungen ¹	4.281	18.025	38.497	52.279	32.911	29.673	27.249	26.668	31.510	23.610	20.369	16.048	11.138	9.729	8.455	5.924	4.729	3.818	5.745

Quelle: Bundespolizei

1) Die Zurückschiebungen sind immer Folge eines unerlaubten Aufenthaltes und erfolgen innerhalb der ersten sechs Monate nach Grenzübertritt (§ 57 Abs.1 AufenthG). Sie erfolgten in den Anrainerstaat oder auf dem Luftweg direkt ins Heimatland.

Tabelle 5-7: Feststellungen von unerlaubt eingereisten Ausländern an den Abschnitten der bundesdeutschen Grenzen von 1991 bis 2008

Grenzabschnitte zu...	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999 ³	2000 ⁴	2001 ⁵	2002 ⁶	2003 ⁷	2004 ⁸	2005 ⁹	2006 ¹⁰	2007 ¹¹	2008 ¹²
Polen	9.663	18.981	19.854	14.788	14.049	11.171	8.699	4.847	2.796	3.293	2.592	1.974	2.208	2.277	1.111	957	781	1.027
Tschechische Republik	10.350	21.863	29.834	11.321	9.730	10.805	14.390	19.203	12.846	11.739	7.141	2.500	2.147	1.651	858	878	977	1.899
Österreich ¹	2.333	2.916	2.643	3.007	2.699	1.901	2.664	8.090	10.980	7.404	8.210	7.518	5.479	4.467	3.755	3.888	3.469	3.455
Dänemark ²	344	372	840	381	362	296	242	324	1.007	203	222	230	211	180	212	234	174	72
Schengengrenzen insgesamt ¹³	249	174	212	161	1.268	1.473	5.507	3.357	15.616	12.725	16.377	15.679	13.075	10.884	9.497	10.445	10.067	10.336
Schweiz ¹⁴	589	585	783	1.334	1.318	1.333	1.974	2.138	2.223	591	946	844	862	935	811	1.515	1.285	2.265
Seegrenzen	59	58	132	73	178	k.A.	95	k.A.	349	250	122	481	596	497	545	287	365	426
Gesamt	23.587	44.949	54.298	31.065	29.604	27.024	35.205	40.201	37.789	31.485	28.560	22.638	19.974	18.215	15.551	17.992	15.445	17.947

Quelle: Bundespolizei

1) Seit der vollen Umsetzung des Schengener Durchführungsübereinkommens durch Österreich am 1. April 1998 ist die deutsch-österreichische Grenze Schengenbinnengrenze.

2) Seit der Inkraftsetzung des Schengener Durchführungsübereinkommens durch Dänemark am 25. März 2001 ist die deutsch-dänische Grenze Schengenbinnengrenze.

3) Von den 15.616 Aufgriffen an den Schengengrenzen wurden 10.980 an der deutsch-österreichischen Grenze verzeichnet. In der Gesamtzahl von 37.789 Aufgriffen sind 2.749 unerlaubt Eingereiste, die im Inland festgestellt wurden, sowie 203 Aufgriffe auf den Flughäfen enthalten.

4) Von den 12.725 Aufgriffen an den Schengengrenzen wurden 7.404 an der deutsch-österreichischen Grenze verzeichnet. In der Gesamtzahl von 31.485 Aufgriffen sind 2.247 unerlaubt Eingereiste, die im Inland festgestellt wurden, enthalten.

5) Von den 16.377 Aufgriffen an den Schengengrenzen wurden 8.210 an der österreichischen Grenze verzeichnet. In der Gesamtzahl von 28.560 Aufgriffen sind 488 Aufgriffe ohne Feststellung der Grenze und 894 Aufgriffe auf den Flughäfen enthalten.

6) Von den 15.679 Aufgriffen an den Schengengrenzen wurden 7.518 an der österreichischen Grenze verzeichnet. In der Gesamtzahl von 22.638 Aufgriffen sind 312 Aufgriffe ohne Feststellung der Grenze und 848 Aufgriffe auf den Flughäfen enthalten.

7) Von den 13.075 Aufgriffen an den Schengengrenzen wurden 5.479 an der österreichischen Grenze verzeichnet. In der Gesamtzahl von 19.974 Aufgriffen sind 250 Aufgriffe ohne Feststellung der Grenze und 836 Aufgriffe auf den Flughäfen enthalten.

8) Von den 10.884 Aufgriffen an den Schengengrenzen wurden 4.467 an der österreichischen Grenze verzeichnet. In der Gesamtzahl von 18.215 Aufgriffen sind 296 Aufgriffe ohne Feststellung der Grenze und 1.675 Aufgriffe auf den Flughäfen enthalten.

9) In der Gesamtzahl von 15.551 Aufgriffen sind 46 Aufgriffe ohne Feststellung der Grenze und 2.683 Aufgriffe auf den Flughäfen enthalten.

10) In der Gesamtzahl von 17.992 Aufgriffen sind 47 Aufgriffe ohne Feststellung der Grenze und 3.863 Aufgriffe auf den Flughäfen enthalten.

11) In der Gesamtzahl von 15.445 Aufgriffen sind 197 Aufgriffe ohne Feststellung der Grenze und 3.531 Aufgriffe auf den Flughäfen enthalten.

12) In der Gesamtzahl von 17.947 Aufgriffen sind 89 Aufgriffe ohne Feststellung der Grenze und 5.331 Aufgriffe auf den Flughäfen enthalten.

13) Ab 2007 einschließlich der Grenzen zu Polen und der Tschechischen Republik.

14) Nachdem die Schweizer Bevölkerung im Juni 2005 ihre Zustimmung zum Assoziierungsabkommen der Schweiz mit der EU und der EG zum Schengenraum erklärte, wird auch die Schweiz dem Schengenraum angehören, wenn die Einrichtung der erforderlichen Sicherheitssysteme erfolgt ist.

Tabelle 5-8: Feststellungen von unerlaubt eingereisten Ausländern an den deutschen Grenzen nach Staatsangehörigkeiten von 1991 bis 2008¹

Staatsangehörigkeiten	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Albanien	398	377				168	334	629	405	289	340	329	275			240	239	250
Afghanistan		549			890	969	2.158	2.757	3.236	3.231	2.075	1.083	610			176	279	528
Armenien				656	1.026	879	636	233	274	311	964	378	131			198	168	185
Bosnien-Herzegowina			1.000	844	955	147	251	659	542	504	405	249	282			250	184	249
Bulgarien	2.375	7.134	4.715	2.867	2.115	2.194	2.610	1.583	1.011	708	815	1.091	636	713	462	547	12	10
China						556	581	662	800	718	471	1.017	1.371	1.109	879	1.026	921	1.440
Indien						644	617	708	1.018	1.601	1.354	839	605	453	430	403	368	586
Irak					679	1.549	4.821	2.068	2.324	1.940	2.216	1.835	944	422	665	1.003	1.712	1.932
Kosovo																		239
Serbien und Montenegro bzw. Serbien ²	269	4.399	17.670	5.922	2.971	2.667	3.539	13.047	10.563	2.822	2.521	2.172	1.739	1.555	1.390	1.598	1.266	1.670
Mazedonien				790	1.015	1.194	1.038	1.162	724	649	645	402	277			285	238	349
Moldau						953	868	1.218	1.172	2.415	1.379	701	494	379	497	306	256	183
Polen	335			497	862	791	824	733	442	438	332	255	245					
Rumänien	12.757	22.535	19.153	11.402	9.197	6.426	6.328	4.086	3.760	3.456	2.916	1.118	1.166	1.247	1.253	2.459	40	20
Russische Föderation			791	677		482	437	460	611	961	823	1.129	1.473	1.767	1.196	1.113	1.317	1.084
Sri Lanka						571	1.135	873	1.442	1.241	292	142	118			121	130	181
Türkei	898	1.039	760	718	1.720	1.610	1.627	1.605	1.516	1.597	2.184	1.809	1.486	1.251	1.256	1.253	1.313	1.643
(ehem.) UdSSR	205		1.069															
Ukraine			720	936		592	912	749	960	1.107	1.325	1.125	1.362	1.736	1.158	1.640	1.056	829
Vietnam																215	534	656
Weißrussland																332	203	96
Gesamt	23.587	44.949	54.298	31.065	29.604	27.024	35.205	40.201	37.789	31.485	28.560	22.638	19.974	18.215	15.551	17.992	15.445	17.947

Quelle: Bundespolizei

1) An Land- und Seegrenzen.

2) Ab 2007 nur Serbien. Im Jahr 2007 wurden zusätzlich 22 unerlaubte Einreisen von Staatsangehörigen aus Montenegro sowie 128 unerlaubte Einreisen von Personen aus dem ehemaligen Serbien und Montenegro, die keinem der beiden Nachfolgestaaten zugeordnet werden konnten, registriert. 2008 wurden 30 unerlaubte Einreisen von Staatsangehörigen aus Montenegro und 35 unerlaubte Einreisen von Personen aus dem ehemaligen Serbien und Montenegro festgestellt. Ab 2008 wird das Kosovo eigenständig ausgewiesen.

Tabelle 5-9: An bundesdeutschen Grenzen aufgegriffene Geschleuste, Schleuser sowie Schleusungsfälle von 1990 bis 2008

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Aufgegriffene Geschleuste	1.794	1.802	3.823	8.799	5.279	5.848	6.562	8.288	12.533	11.101	10.320	9.194	5.713	4.903	4.751	2.991	3.537	3.345	2.827
Aufgegriffene Schleuser	847	619	1.040	2.427	1.788	2.323	2.215	2.023	3.162	3.410	2.740	2.463	1.844	1.485	1.534	1.232	1.444	1.282	1.086
Schleusungsfälle	598	398	699	1.731	1.419	1.700	1.775	1.707	2.725	2.829	2.690	2.567	1.837	1.465	1.488	1.199	1.311	1.219	1.120
Geschleuste pro Schleusung	3,0	4,5	5,5	5,1	3,7	3,4	3,7	4,9	4,6	3,9	3,8	3,6	3,1	3,3	3,2	2,5	2,7	2,7	2,5
Aufgegr. Schleuser pro Schleusungsfall	1,4	1,6	1,5	1,4	1,3	1,4	1,2	1,2	1,2	1,2	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,1	1,1	1,0

Quelle: Bundespolizei

Tabelle 5-10: Art des Aufenthalts von nichtdeutschen Tatverdächtigen in Deutschland von 1999 bis 2008

Art des Aufenthalts	1999		2000		2001		2002		2003	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
illegal	128.320	21,3	124.262	21,1	122.583	21,6	112.573	19,9	96.197	17,4
Asylbewerber	107.550	17,9	94.078	16,0	81.438	14,3	78.953	13,9	73.573	13,3
Arbeitnehmer	99.848	16,6	102.282	17,4	99.237	17,5	99.302	17,5	100.974	18,2
Tourist / Durchreisende	38.566	6,4	38.294	6,5	39.916	7,0	42.298	7,5	40.834	7,4
Student / Schüler	46.274	7,7	44.941	7,6	43.157	7,6	42.685	7,5	44.306	8,0
Gewerbetreibende	16.602	2,8	16.448	2,8	15.808	2,8	16.236	2,9	16.854	3,0
Stationierungsstreitkräfte u. Angehörige	2.983	0,5	3.021	0,5	3.313	0,6	3.442	0,6	3.344	0,6
Sonstige ¹	161.078	26,8	165.783	28,1	162.785	28,6	171.417	30,2	177.666	32,1
Gesamt	601.221	100,0	589.109	100,0	568.237	100,0	566.906	100,0	553.750	100,0

Art des Aufenthalts	2004		2005		2006		2007		2008	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
illegal	81.040	14,8	64.747	12,5	64.605	12,8	58.899	12,0	51.154	10,9
Asylbewerber	64.397	11,8	53.165	10,2	42.522	8,5	34.811	7,1	24.954	5,3
Arbeitnehmer	99.260	18,1	92.326	17,8	86.518	17,2	84.943	17,3	78.795	16,7
Tourist / Durchreisende	42.089	7,7	41.971	8,1	39.740	7,9	35.243	7,2	33.238	7,1
Student / Schüler	45.008	8,2	42.622	8,2	40.231	8,0	40.520	8,3	35.884	7,6
Gewerbetreibende	16.650	3,0	15.839	3,0	15.212	3,0	14.665	3,0	13.294	2,8
Stationierungsstreitkräfte u. Angehörige	3.453	0,6	3.636	0,7	3.077	0,6	3.001	0,6	2.651	0,6
Sonstige ¹	195.088	35,7	205.267	39,5	211.065	42,0	218.196	44,5	231.097	49,1
Gesamt	546.985	100,0	519.573	100,0	503.037	100,0	490.278	100,0	471.067	100,0

Quelle: Bundesministerium des Innern (Polizeiliche Kriminalstatistik)

1) Die Kategorie "Sonstige" umfasst eine heterogen zusammengesetzte Restgruppe, zu der beispielsweise Erwerbslose, nicht anerkannte Asylbewerber, Flüchtlinge und andere Personengruppen gehören.

6. Ausländer und Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland

6.1 Ausländische Staatsangehörige

Tabelle 6-7: Gesamtbevölkerung und Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland 1951 bis 1990 und in Gesamtdeutschland von 1991 bis 2008

Jahr	Gesamtbevölkerung ¹	Ausländische Bevölkerung ²	Ausländeranteil in %	Veränderung der ausl. Bev. in % ³
1951	51.434.800	506.000	1,0	-
1961	56.589.100	686.200	1,2	+35,6
1967	59.948.500	1.806.653	3,0	+163,3
1968	60.463.000	1.924.229	3,2	+6,5
1969	61.194.600	2.381.061	3,9	+23,7
1970	61.001.164	2.737.905	4,5	+15,0
1971	61.502.503	3.187.857	5,2	+16,4
1972	61.809.387	3.554.078	5,8	+11,5
1973	62.101.369	3.991.352	6,4	+12,3
1974	61.991.475	4.050.962	6,5	+1,5
1975	61.644.624	3.900.484	6,3	-3,7
1976	61.441.996	3.852.182	6,3	-1,2
1977	61.352.745	3.892.226	6,3	+1,0
1978	61.321.663	4.005.819	6,5	+2,9
1979	61.439.342	4.250.648	6,9	+6,1
1980	61.657.945	4.566.167	7,4	+7,4
1981	61.712.689	4.721.120	7,7	+3,4
1982	61.546.101	4.671.838	7,6	-1,0
1983	61.306.669	4.574.156	7,5	-2,1
1984	61.049.256	4.405.463	7,2	-3,7
1985	61.020.474	4.481.618	7,3	+1,7
1986	61.140.461	4.661.880	7,6	+4,0
1987 ⁴	61.238.079	4.286.472	7,0	-8,1
1988	61.715.103	4.623.528	7,5	+7,9
1989	62.679.035	5.007.161	8,0	+8,3
1990 ⁵	79.753.227	5.582.357	7,0	+11,5
1991	80.274.564	6.066.730	7,6	+8,7
1992	80.974.632	6.669.568	8,2	+9,9
1993	81.338.093	6.977.476	8,6	+4,6
1994	81.538.603	7.117.740	8,7	+2,0
1995	81.817.499	7.342.779	9,0	+3,2
1996	82.012.162	7.491.650	9,1	+2,0
1997	82.057.379	7.419.001	9,0	-1,0
1998	82.037.011	7.308.477	8,9	-1,5
1999	82.163.475	7.336.111	8,9	+0,4
2000	82.259.540	7.267.568	8,8	-0,9
2001	82.440.309	7.318.263	8,9	+0,7
2002	82.536.680	7.347.951	8,9	+0,4

2003	82.531.671	7.341.820	8,9	-0,1
2004	82.500.849	7.287.980	8,8	-0,7
2005	82.437.995	7.289.149	8,8	0,0
2006	82.314.906	7.255.949	8,8	-0,5
2007	82.217.837	7.255.395	8,8	0,0
2008	82.002.356	7.185.921	8,8	-1,0

Quelle: Statistisches Bundesamt

1) Gesamtbevölkerung zum 31.12.; Bevölkerungsfortschreibung.

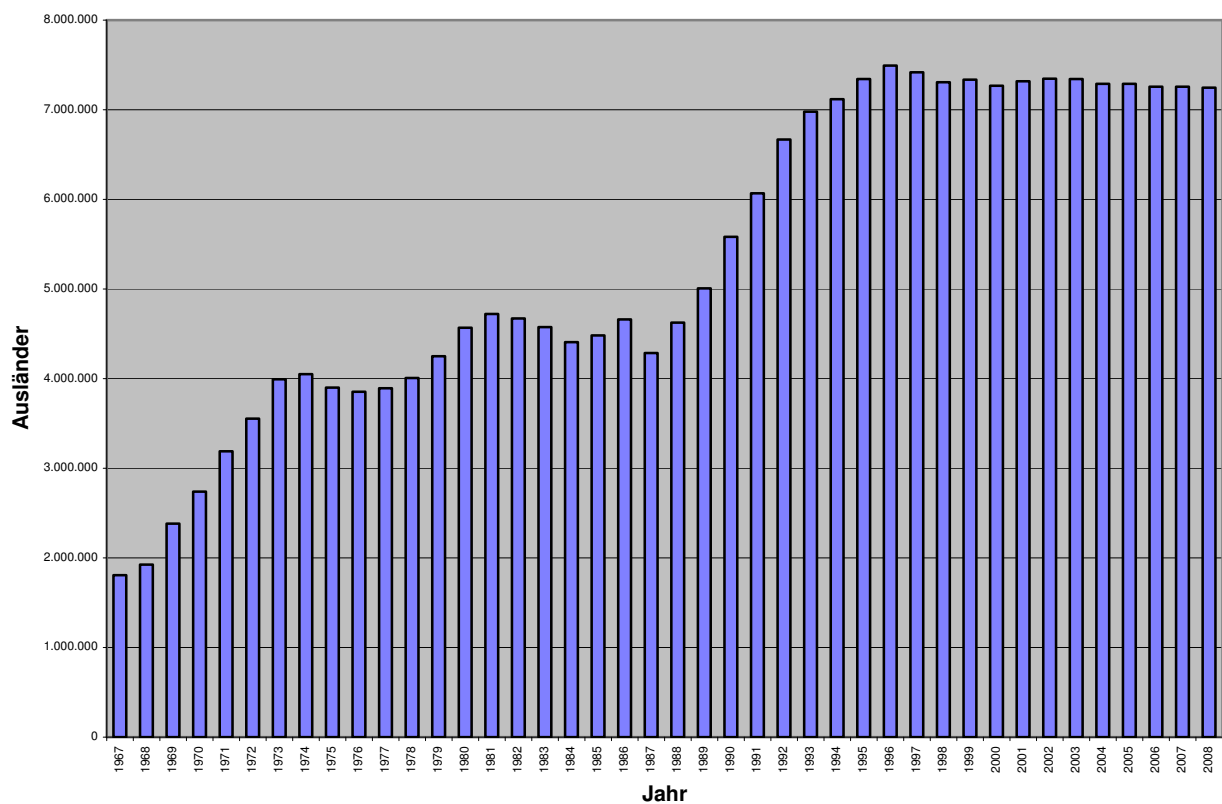
2) Ausländer zum 31.12..

3) Jährliche Veränderung, d.h. Bezug auf das Vorjahr. Ausnahme: Veränderungsraten für 1961 und 1967 beziehen sich auf die Jahre 1951 bzw. 1961.

4) Zahl an die Volkszählung vom 25. Mai 1987 angepasst.

5) Zahlen ab dem 31.12.1990 für den Gebietsstand seit dem 03.10.1990.

Abbildung 6-17: Ausländer in Deutschland von 1967 bis 2008



Quelle: Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsfortschreibung

Tabelle 6-8: Ausländische Bevölkerung nach Bundesländern im Jahr 2008 (jeweils zum 31. Dezember)

Bundesland	Gesamtbevölkerung	Ausländische Bevölkerung nach der Bevölkerungsfort- schreibung	Ausländeranteil	Ausländische Bevölkerung nach AZR
Baden-Württemberg	10.749.506	1.266.030	11,8	1.173.837
Bayern	12.519.728	1.174.934	9,4	1.076.856
Berlin	3.431.675	480.403	14,0	442.498
Brandenburg	2.522.493	64.797	2,6	45.796
Bremen	661.866	83.497	12,6	80.553
Hamburg	1.772.100	245.240	13,8	234.307
Hessen	6.064.953	674.276	11,1	721.648
Mecklenburg-Vorpommern	1.664.356	39.334	2,4	30.631
Niedersachsen	7.947.244	523.999	6,6	453.141
Nordrhein-Westfalen	17.933.064	1.886.864	10,5	1.806.201
Rheinland-Pfalz	4.028.351	308.302	7,7	290.037
Saarland	1.030.324	85.797	8,3	77.340
Sachsen	4.192.801	115.251	2,7	84.820
Sachsen-Anhalt	2.381.872	42.830	1,8	44.335
Schleswig-Holstein	2.834.260	147.273	5,2	132.424
Thüringen	2.267.763	47.094	2,1	33.194
Deutschland	82.002.356	7.185.921	8,8	6.727.618

Quelle: Statistisches Bundesamt

6.1.1 Ausländische Bevölkerung nach Staatsangehörigkeiten

Tabelle 6-9: Ausländische Wohnbevölkerung nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten 2004 bis 2008 (jeweils zum 31. Dezember)

Staatsangehörig- keit	2004	2005	2006	2007	2008	Veränderung 2007/2008		Veränderung 2004/2008	
						absolut	in %	absolut	in %
Europa	5.340.344	5.375.180	5.375.126	5.376.612	5.362.629	-13.983	-0,3	22.285	0,4
EU-Staaten¹	2.108.010	2.144.648	2.183.365	2.337.234	2.361.459	24.225	1,0	253.449	12,0
EU-14	1.659.564	1.653.928	1.649.673	1.643.340	1.638.110	-5.230	-0,3	-21.454	-1,3
Belgien	21.791	22.172	22.365	22.559	22.801	242	1,1	1.010	4,6
Dänemark	17.965	18.352	18.502	18.658	19.014	356	1,9	1.049	5,8
Finnland	13.110	13.253	13.175	13.394	13.400	6	0,0	290	2,2
Frankreich	100.464	102.244	104.085	106.549	108.090	1.541	1,4	7.626	7,6
Griechenland	315.989	309.794	303.761	294.891	287.187	-7.704	-2,6	-28.802	-9,1
Irland	9.989	10.040	10.093	10.059	10.207	148	1,5	218	2,2
Italien	548.194	540.810	534.657	528.318	523.162	-5.156	-1,0	-25.032	-4,6
Luxemburg	6.841	7.595	8.643	9.796	10.964	1.168	11,9	4.123	60,3
Niederlande	114.087	118.556	123.466	128.192	132.997	4.805	3,7	18.910	16,6
Österreich	174.047	174.812	175.653	175.875	175.434	-441	-0,3	1.387	0,8
Portugal	116.730	115.606	115.028	114.552	114.451	-101	-0,1	-2.279	-2,0
Schweden	16.172	16.671	16.919	17.126	17.317	191	1,1	1.145	7,1
Spanien	108.276	107.778	106.819	106.301	105.526	-775	-0,7	-2.750	-2,5
Vereinigtes König- reich	95.909	96.245	96.507	97.070	97.560	490	0,5	1.651	1,7
EU-10	448.446	490.721	533.692	562.492	575.039	12.547	2,2	126.593	28,2
Estland	3.775	3.907	3.970	4.065	4.003	-62	-1,5	228	6,0
Lettland	8.844	9.477	9.775	9.806	9.980	174	1,8	1.136	12,8
Litauen	14.713	17.357	19.030	19.833	20.285	452	2,3	5.572	37,9
Malta	332	360	379	410	428	18	4,4	96	28,9
Polen	292.109	326.596	361.696	384.808	393.848	9.040	2,3	101.739	34,8
Slowakei	20.244	21.685	23.835	24.458	24.477	19	0,1	4.233	20,9
Slowenien	21.034	21.195	21.109	20.971	20.463	-508	-2,4	-571	-2,7
Tschechische Republik	30.301	31.983	33.316	34.266	34.386	120	0,4	4.085	13,5
Ungarn	47.808	49.472	52.347	56.165	60.024	3.859	6,9	12.216	25,6
Zypern	788	832	846	875	864	-11	-1,3	76	9,6
ehem. Tschecho- slowakei	8.498	7.857	7.389	6.835	6.281	-554	-8,1	-2.217	-26,1
EU-2²	-	-	-	131.402	148.310	16.908	12,9	-	-
Bulgarien	39.167	39.153	39.053	46.818	53.984	7.166	15,3	14.817	37,8
Rumänien	73.365	73.043	73.353	84.584	94.326	9.742	11,5	20.961	28,6
Sonstiges Euro- pa³	3.232.334	3.230.532	3.191.761	3.039.378	3.001.170	-38.208	-1,3	-231.164	-7,2
darunter: Albanien	10.449	10.362	10.126	10.009	9.971	-38	-0,4	-478	-4,6
Bosnien- Herzegovina	155.973	156.872	157.094	158.158	156.804	-1.354	-0,9	831	0,5

Kroatien	229.172	228.926	227.510	225.309	223.056	-2.253	-1,0	-6.116	-2,7
Mazedonien	61.105	62.093	62.295	62.474	62.682	208	0,3	1.577	2,6
Moldau	12.941	13.027	12.720	12.365	12.214	-151	-1,2	-727	-5,6
Russische Föderation	178.616	185.931	187.514	187.835	188.253	418	0,2	9.637	5,4
Schweiz	35.441	36.219	36.962	37.291	37.139	-152	-0,4	1.698	4,8
ehem. Jugoslawien ⁴	381.563	196.911	165.106	140.242	110.555	-29.687	-21,2	-271.008	-71,0
ehem. Serbien und Montenegro ⁵	125.765	297.004	316.823	236.451	177.330	-59.121	-25,0	51.565	41,0
Serbien	-	-	-	91.525	136.152	44.627	48,8	-	-
Kosovo	-	-	-	-	32.183	-	-	-	-
Montenegro	-	-	-	2.632	6.380	3.748	142,4	-	-
Türkei	1.764.318	1.764.041	1.738.831	1.713.551	1.688.370	-25.181	-1,5	-75.948	-4,3
Ukraine	128.110	130.674	128.950	126.960	126.233	-727	-0,6	-1.877	-1,5
Weißrussland	17.290	18.037	18.149	18.266	18.382	116	0,6	1.092	6,3
Afrika	276.973	274.929	272.376	269.937	268.116	-1.821	-0,7	-8.857	-3,2
darunter: Ägypten	10.309	10.258	10.645	11.217	11.623	406	3,6	1.314	12,7
Algerien	14.480	13.948	13.555	13.217	13.148	-69	-0,5	-1.332	-9,2
Marokko	73.027	71.639	69.926	67.989	66.189	-1.800	-2,6	-6.838	-9,4
Tunesien	22.429	22.859	23.217	23.228	23.142	-86	-0,4	713	3,2
Ghana	20.636	20.609	20.587	20.392	20.447	55	0,3	-189	-0,9
Nigeria	15.280	15.544	16.189	16.747	17.186	439	2,6	1.906	12,5
Togo	12.099	11.917	11.643	11.454	11.161	-293	-2,6	-938	-7,8
Kamerun	13.834	14.272	14.414	14.650	14.425	-225	-1,5	591	4,3
Kongo	12.175	11.706	11.288	11.150	11.068	-82	-0,7	-1.107	-9,1
Äthiopien	11.390	10.964	10.609	10.293	10.115	-178	-1,7	-1.275	-11,2
Amerika	202.925	208.200	213.069	215.666	216.285	619	0,3	13.360	6,6
darunter: Vereinigte Staaten	96.642	97.864	99.265	99.891	100.002	111	0,1	3.360	3,5
Brasilien	27.176	28.902	30.340	31.461	31.918	457	1,5	4.742	17,4
Asien	826.504	826.432	819.623	812.816	811.369	-1.447	-0,2	-15.135	-1,8
darunter: Armenien	10.535	10.356	10.066	9.727	9.584	-143	-1,5	-951	-9,0
Aserbaidshan	15.950	15.711	15.219	14.586	14.337	-249	-1,7	-1.613	-10,1
Georgien	13.629	14.065	13.995	13.627	13.304	-323	-2,4	-325	-2,4
Irak	78.792	75.927	73.561	72.597	74.481	1.884	2,6	-4.311	-5,5
Iran	65.187	61.792	58.707	56.178	54.317	-1.861	-3,3	-10.870	-16,7
Libanon	40.908	40.060	39.380	38.613	38.028	-585	-1,5	-2.880	-7,0
Syrien	27.741	28.154	28.099	28.161	28.459	298	1,1	718	2,6
Indien	38.935	40.099	41.497	42.495	44.405	1.910	4,5	5.470	14,0
Indonesien	10.778	11.054	11.176	11.233	11.429	196	1,7	651	6,0
Pakistan	30.892	30.034	29.654	28.999	28.540	-459	-1,6	-2.352	-7,6
Philippinen	19.966	20.233	20.093	19.246	19.633	387	2,0	-333	-1,7
Sri Lanka	34.966	33.219	31.440	29.977	28.780	-1.197	-4,0	-6.186	-17,7
Thailand	48.789	51.108	52.849	53.952	54.580	628	1,2	5.791	11,9
Vietnam	83.526	83.446	83.076	83.333	83.606	273	0,3	80	0,1
Afghanistan	57.933	55.111	52.162	49.808	48.437	-1.371	-2,8	-9.496	-16,4

China	71.639	73.767	75.733	78.096	78.960	864	1,1	7.321	10,2
Japan	27.550	29.236	30.125	30.230	30.440	210	0,7	2.890	10,5
Kasachstan	58.645	59.370	57.203	55.393	53.899	-1.494	-2,7	-4.746	-8,1
Korea, Republik	20.658	21.671	22.789	23.595	23.917	322	1,4	3.259	15,8
Australien und Ozeanien	9.801	10.157	10.832	11.116	11.210	94	0,8	1.409	14,4
Staatenlos	13.504	13.709	13.574	13.310	13.630	320	2,4	126	0,9
Ungeklärt und ohne Angabe	47.064	47.204	46.402	45.422	44.379	-1.043	-2,3	-2.685	-5,7
alle Staatsangehörigkeiten	6.717.115	6.755.811	6.751.002	6.744.879	6.727.618	-17.261	-0,3	10.503	0,2

Quelle: Ausländerzentralregister

1) Von 2004 bis 2006 EU-14 plus EU-10. Ab 2007 inklusive EU-2.

2) Bulgarien und Rumänien traten zum 1. Januar 2007 der Europäischen Union bei.

3) Von 2004 bis 2006 einschließlich Bulgarien und Rumänien.

4) Hierbei handelt es sich um Personen, die im Ausländerzentralregister am Auszählungstichtag mit jugoslawischer Staatsangehörigkeit geführt wurden, d.h. keinem der anderen Nachfolgestaaten zugeordnet werden konnten.

5) Seit Juni 2006 sind Serbien und Montenegro zwei unabhängige Staaten, werden für das Jahr 2006 jedoch noch gemeinsam ausgewiesen. Ab 2007 ehemaliges Serbien und Montenegro. Hierbei handelt es sich um Personen, die im AZR noch unter Serbien und Montenegro gespeichert sind, da sie sich noch keinem der beiden Nachfolgestaaten zugeordnet haben.

Anmerkung: Die Entwicklung der Zahlen der letzten drei Jahre bzgl. der Staatsangehörigen der einzelnen Nachfolgestaaten Jugoslawiens deutet darauf hin, dass es sich bei der Restkategorie „ehem. Jugoslawien“ überwiegend um Personen handelt, die sich nach und nach zunächst Serbien und Montenegro zugeordnet haben, um sich aktuell vor allem „Serbien“ (und zum Teil auch Kosovo) zuzuordnen. Dies zeigen die Daten in der Tabelle deutlich. Einem deutlichen Anstieg der Staatsangehörigen aus Serbien und Montenegro von 2004 bis 2006 steht ein ebenso deutlicher Rückgang der Altfälle Jugoslawiens gegenüber, während die Zahl der Staatsangehörigen der anderen Nachfolgestaaten nahezu konstant blieb. Zudem sind die Wanderungsbilanzen für alle Nachfolgestaaten nahezu ausgeglichen, für Kroatien leicht negativ, für Bosnien und Mazedonien leicht positiv. Schließlich dürften die Staatsangehörigen der anderen Nachfolgestaaten auch ein größeres Interesse an einer frühzeitigen Zuordnung gehabt haben (Status als Unionsbürger bei Slowenen, Beitrittskandidat Kroatien etc.).

6.1.2 Alters- und Geschlechtsstruktur der ausländischen Bevölkerung

Tabelle 6-10: Altersstruktur der deutschen und ausländischen Bevölkerung 2008 (zum 31. Dezember)

Altersstruktur	Deutsche		Ausländer nach der Bevölke- rungsfortschreibung		Ausländer nach dem AZR	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
unter 6 Jahre	3.948.969	5,3	205.164	2,9	166.447	2,5
von 6 bis unter 18 Jahre	8.674.104	11,6	855.320	11,9	803.746	11,9
von 18 bis unter 25 Jahre	6.092.790	8,1	742.228	10,3	664.594	9,9
von 25 bis unter 40 Jahre	12.978.135	17,3	2.322.270	32,3	2.264.157	33,7
von 40 bis unter 65 Jahre	27.031.881	36,1	2.422.482	33,7	2.275.950	33,8
65 Jahre und älter	16.090.556	21,5	638.457	8,9	552.724	8,2
Insgesamt	74.816.435	100,0	7.185.921	100,0	6.727.618	100,0

Quelle: Statistisches Bundesamt

Tabelle 6-11: Ausländische Wohnbevölkerung nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Geschlecht am 31. Dezember 2008

Staatsangehörigkeit	insgesamt	weiblich	Anteil weiblich in %	männlich	Anteil männlich in %
Türkei	1.688.370	799.367	47,3	889.003	52,7
Italien	523.162	214.993	41,1	308.169	58,9
Polen	393.848	203.924	51,8	189.924	48,2
Griechenland	287.187	131.185	45,7	156.002	54,3
Kroatien	223.056	114.258	51,2	108.798	48,8
Russische Föderation	188.253	114.488	60,8	73.765	39,2
ehem. Serbien und Montenegro ¹	177.330	84.915	47,9	92.415	52,1
Österreich	175.434	82.877	47,2	92.557	52,8
Bosnien-Herzegowina	156.804	76.011	48,5	80.793	51,5
Serbien	136.152	66.024	48,5	70.128	51,5
Niederlande	132.997	59.761	44,9	73.236	55,1
Ukraine	126.233	77.434	61,3	48.799	38,7
Portugal	114.451	52.160	45,6	62.291	54,4
Frankreich	108.090	57.603	53,3	50.487	46,7
Spanien	105.526	52.911	50,1	52.615	49,9
Vereinigte Staaten	100.002	43.030	43,0	56.972	57,0
Vereinigtes Königreich	97.560	38.383	39,3	59.177	60,7
Rumänien	94.326	52.220	55,4	42.106	44,6
Vietnam	83.606	43.404	51,9	40.202	48,1
China	78.960	38.893	49,3	40.067	50,7
Irak	74.481	27.506	36,9	46.975	63,1
Marokko	66.189	28.722	43,4	37.467	56,6
Mazedonien	62.682	29.392	46,9	33.290	53,1
Ungarn	60.024	24.387	40,6	35.637	59,4
Thailand	54.580	47.030	86,2	7.550	13,8
Iran	54.317	23.950	44,1	30.367	55,9
Bulgarien	53.984	29.457	54,6	24.527	45,4

Kasachstan	53.899	29.181	54,1	24.718	45,9
Afghanistan	48.437	23.243	48,0	25.194	52,0
Indien	44.405	15.663	35,3	28.742	64,7
Libanon	38.028	15.769	41,5	22.259	58,5
Schweiz	37.139	20.887	56,2	16.252	43,8
Tschechische Republik	34.386	22.794	66,3	11.592	33,7
Kosovo	32.183	15.777	49,0	16.406	51,0
Brasilien	31.918	23.076	72,3	8.842	27,7
Japan	30.440	17.770	58,4	12.670	41,6
Sri Lanka	28.780	14.284	49,6	14.496	50,4
Pakistan	28.540	11.776	41,3	16.764	58,7
Syrien	28.459	12.471	43,8	15.988	56,2
Slowakei	24.477	14.301	58,4	10.176	41,6
Korea, Republik	23.917	13.770	57,6	10.147	42,4
Tunesien	23.142	7.467	32,3	15.675	67,7
Belgien	22.801	11.287	49,5	11.514	50,5
Slowenien	20.463	10.404	50,8	10.059	49,2
Ghana	20.447	10.817	52,9	9.630	47,1
Litauen	20.285	14.410	71,0	5.875	29,0
Philippinen	19.633	15.634	79,6	3.999	20,4
Montenegro	6.380	2.890	45,3	3.490	54,7
ehem. Jugoslawien	110.555	52.435	47,0	58.120	53,0
alle Staatsangehörigkeiten	6.727.618	3.284.295	48,8	3.443.323	51,2

Quelle: Statistisches Bundesamt (auf Basis der Daten des Ausländerzentralregisters)

1) Seit Juni 2006 sind Serbien und Montenegro zwei unabhängige Staaten. Es konnten jedoch noch nicht alle Personen einem der beiden Nachfolgestaaten zugeordnet werden, so dass im AZR weiterhin Personen mit der Staatsangehörigkeit des ehemaligen Serbien und Montenegro ausgewiesen werden. Seit 1. Mai 2008 wird auch das Kosovo getrennt ausgewiesen.

6.1.3 Aufenthaltsdauer und Aufenthaltsstatus

Tabelle 6-12: Ausländische Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsdauer am 31. Dezember 2008

Land der Staatsangehörigkeit	insgesamt	Aufenthaltsdauer ² von ... bis unter ... Jahren							durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Jahren
		unter 4	4 bis 8	8 bis 10	10 bis 15	15 bis 20	20 bis 30	30 und mehr	
Türkei	1.688.370	66.502	114.647	76.189	269.065	279.942	351.659	530.366	22,4
Italien	523.162	23.765	24.855	19.183	57.626	54.926	110.128	232.679	26,6
Polen	393.848	147.390	74.502	24.951	51.372	47.331	41.974	6.328	9,4
Griechenland	287.187	11.294	15.082	11.271	31.208	46.819	47.292	124.221	25,8
Kroatien	223.056	6.913	9.398	5.673	17.960	40.031	32.623	110.458	27,0
Russische Föderation	188.253	39.083	75.788	29.258	33.747	9.137	909	331	7,4
ehem. Serbien und Montenegro ¹	177.330	9.952	15.819	13.320	31.041	48.494	15.467	43.237	19,4
Österreich	175.434	17.358	14.006	6.854	13.343	13.805	27.015	83.053	27,0
Bosnien-Herzegowina	156.804	7.404	9.604	4.742	23.468	62.481	12.932	36.173	19,8
Serbien	136.152	16.968	14.193	15.404	25.376	35.465	8.692	20.054	15,6
Niederlande	132.997	29.846	19.190	4.782	9.831	8.530	12.925	47.893	23,4
Ukraine	126.233	19.463	50.340	23.194	27.561	5.496	116	63	7,8
Portugal	114.451	8.248	8.454	6.088	21.773	19.108	12.901	37.879	21,2
Frankreich	108.090	22.121	13.968	6.441	13.335	11.493	16.359	24.373	17,9
Spanien	105.526	11.690	7.741	3.671	7.861	6.396	10.668	57.499	27,2
Vereinigte Staaten	100.002	25.939	11.812	4.685	9.966	12.423	14.589	20.588	16,5
Vereinigtes Königreich	97.560	15.032	10.238	4.933	11.593	12.658	19.207	23.899	19,5
Rumänien	94.326	39.621	19.575	7.651	9.840	14.603	2.545	491	7,3
Vietnam	83.606	10.393	13.834	7.234	12.221	26.431	13.162	331	13,0
China	78.960	31.530	25.923	8.395	5.842	5.051	2.020	199	6,3
Irak	74.481	17.517	27.136	14.425	13.981	853	414	155	7,1
Marokko	66.189	9.571	13.663	5.411	8.715	8.437	11.397	8.995	15,5
Mazedonien	62.682	5.012	6.781	3.660	8.884	14.243	9.961	14.141	19,1
Ungarn	60.024	21.031	9.294	3.501	6.548	8.385	7.172	4.093	11,3
Thailand	54.580	10.252	14.674	5.785	9.550	7.648	5.528	1.143	10,7
Iran	54.317	7.355	11.254	6.255	8.825	6.131	11.444	3.053	13,7
Bulgarien	53.984	23.167	14.954	4.466	3.912	5.553	1.177	755	6,7
Kasachstan	53.899	7.278	25.711	10.488	9.825	577	8	12	7,3
Afghanistan	48.437	5.057	9.858	8.417	14.724	7.461	2.732	188	11,0
Indien	44.405	18.512	11.046	2.512	3.857	3.686	2.797	1.995	8,4
Libanon	38.028	5.152	6.420	2.939	5.668	10.400	6.577	872	13,5
Schweiz	37.139	6.317	4.382	1.707	3.647	3.626	4.218	13.242	23,9
Tschechische Republik	34.386	9.546	7.318	3.305	6.324	3.694	3.038	1.161	10,1
Kosovo	32.183	6.102	4.082	4.094	7.363	8.386	947	1.209	11,5

Brasilien	31.918	10.993	6.567	2.758	5.329	3.480	1.847	944	9,1
Japan	30.440	13.106	6.014	1.715	2.782	2.123	2.484	2.216	9,4
Sri Lanka	28.780	2.718	4.010	2.782	7.341	6.141	5.596	192	13,8
Pakistan	28.540	5.621	6.700	2.724	4.973	5.092	2.603	827	11,0
Syrien	28.459	6.305	8.126	4.331	4.842	3.314	1.213	328	9,1
Slowakei	24.477	9.612	6.721	2.415	3.595	1.208	675	251	6,9
Korea, Republik	23.917	9.072	4.688	1.512	2.120	1.716	2.486	2.323	10,8
Tunesien	23.142	5.340	5.168	1.858	2.658	2.269	2.544	3.305	13,5
Belgien	22.801	3.657	2.618	1.095	2.486	2.517	4.055	6.373	21,0
Slowenien	20.463	1.485	913	354	1.092	1.656	2.284	12.679	29,5
alle Staatsangehörigkeiten	6.727.618	937.589	931.012	451.442	952.711	987.919	905.163	1.561.782	18,2

Quelle: Ausländerzentralregister, Statistisches Bundesamt

1) Seit Juni 2006 sind Serbien und Montenegro zwei unabhängige Staaten. Es konnten jedoch noch nicht alle Personen einem der beiden Nachfolgestaaten zugeordnet werden, so dass im AZR weiterhin Personen mit der Staatsangehörigkeit des ehemaligen Serbien und Montenegro ausgewiesen werden. Seit 1. Mai 2008 wird auch das Kosovo getrennt ausgewiesen.

2) Die Aufenthaltsdauer ergibt sich ohne Berücksichtigung von Aufenthaltsunterbrechungen als Differenz zwischen dem Berichtsstichtag und dem Datum der Ersteinreise in das Bundesgebiet bzw. der Geburt.

6.2 Personen mit Migrationshintergrund

Tabelle 6-13: Bevölkerung nach detailliertem Migrationsstatus 2007, in Tausend

Bevölkerung insgesamt	82.257
Deutsche ohne Migrationshintergrund	66.846
Personen mit Migrationshintergrund	15.411
Personen mit eigener Migrationserfahrung	10.534
Ausländer	5.592
Deutsche	4.942
(Spät-)Aussiedler	2.756
Eingebürgerte	2.187
Personen ohne eigene Migrationserfahrung	4.877
Ausländer	1.688
Deutsche	3.189
Eingebürgerte	393
Deutsche mit mindestens einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil	2.795
mit beidseitigem Migrationshintergrund	1.363
mit einseitigem Migrationshintergrund	1.432

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

Tabelle 6-14: Personen mit Migrationshintergrund nach Bundesländern 2007, in Tausend

Bundesland	Personen mit Migrationshintergrund	Bevölkerungsanteil in %	darunter: Ausländer	Bevölkerungsanteil in %
Baden-Württemberg	2.720	25,3	1.277	11,9
Bayern	2.403	19,2	1.183	9,5
Berlin	810	23,8	471	13,8
Bremen	170	25,6	85	12,8
Hamburg	463	26,3	250	14,2
Hessen	1.461	24,1	685	11,3
Niedersachsen	1.260	15,8	538	6,7
Nordrhein-Westfalen	4.219	23,4	1.918	10,6
Rheinland-Pfalz	729	18,0	316	7,8
Saarland	184	17,7	87	8,4
Schleswig-Holstein	356	12,6	151	5,3
Neue Bundesländer (ohne Berlin)	636	4,8	318	2,4
Gesamt	15.411	18,7	7.280	8,9

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

6.2.2 Alters- und Geschlechtsstruktur

Tabelle 6-15: Altersstruktur der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund 2007, in Tausend

Altersstruktur	ohne Migrationshintergrund		mit Migrationshintergrund		Bevölkerung insgesamt	Migrantenanteil je Altersgruppe
	absolut	in %	absolut	in %		
unter 5 Jahre	2.262	3,4	1.158	7,5	3.419	33,9
von 5 bis unter 10 Jahre	2.640	3,9	1.139	7,4	3.779	30,1
von 10 bis unter 15 Jahre	2.802	4,2	1.089	7,1	3.890	28,0
von 15 bis unter 20 Jahre	3.609	5,4	1.137	7,4	4.746	24,0
von 20 bis unter 25 Jahre	3.799	5,7	1.156	7,5	4.954	23,3
von 25 bis unter 35 Jahre	7.073	10,6	2.529	16,4	9.602	26,3
von 35 bis unter 45 Jahre	11.046	16,5	2.431	15,8	13.476	18,0
von 45 bis unter 55 Jahre	10.123	15,1	1.929	12,5	12.053	16,0
von 55 bis unter 65 Jahre	8.281	12,4	1.452	9,4	9.733	14,9
65 Jahre und älter	15.213	22,8	1.391	9,0	16.603	8,4
Insgesamt	66.846	100,0	15.411	100,0	82.257	18,7

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

6.2.3 Aufenthaltsdauer

Tabelle 6-16: Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Aufenthaltsdauer im Jahr 2007, in Tausend¹

Herkunft	Insgesamt	dar.: Personen mit eigener Migrationserfahrung ²	Aufenthaltsdauer der Personen mit eigener Migrationserfahrung von ... bis unter ... Jahren							durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Jahren
			unter 6	6 bis 8	8 bis 9	9 bis 15	15 bis 20	20 bis 40	40 und mehr	
Europa	8.499	5.872	833	340	164	896	972	2.024	514	21,3
Griechenland	384	240	13	8	/	24	44	93	48	27,5
Italien	761	431	27	12	7	43	40	197	93	28,3
Polen	638	529	123	37	15	58	148	107	32	16,6
Rumänien	240	207	31	11	/	22	72	55	12	18,5
Bosnien-Herzegowina	283	217	13	7	/	52	64	69	/	20,4
Kroatien	373	251	12	7	/	22	42	139	19	27,7
Russische Föderation	561	510	132	69	28	161	98	14	/	10,6
Serbien	391	287	31	11	16	63	62	86	11	20,1
Türkei	2.527	1.511	106	57	22	181	210	831	60	24,2
Ukraine	215	192	59	36	17	59	13	/	/	9,2
Afrika	480	342	85	33	12	61	53	81	8	14,9
Amerika	346	233	68	23	8	34	28	54	12	15,2
Asien, Australien und Ozeanien	1.501	1.183	252	134	49	271	218	208	18	13,5
(Spät-)Aussiedler	2.756	2.756	240	147	73	709	739	514	314	20,2
Ohne Angabe	4.586	2.904	249	156	76	747	784	537	333	20,2
Personen mit Migrationshintergrund insgesamt	15.411	10.534	1.487	687	308	2.009	2.055	2.904	886	19,8

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

1) Die Aufenthaltsdauer ergibt sich ohne Berücksichtigung von Aufenthaltsunterbrechungen als Differenz zwischen dem Berichtsstichtag und dem Datum der Ersteinreise in das Bundesgebiet. Eine Aufenthaltsdauer wird deshalb lediglich bei Personen mit eigener Migrationserfahrung berechnet.

2) Die Differenz zwischen der Angabe in der Spalte „Personen mit eigener Migrationserfahrung“ und der Summe der Spalten der einzelnen Aufenthaltsdauern erklärt sich dadurch, dass nicht für alle zugewanderten Personen Angaben zum Zuzugsjahr vorliegen, so dass für diese Personengruppe auch keine Aufenthaltsdauer berechnet werden konnte.

6.3 Geburten

Tabelle 6-17: Geburten 1990 bis 2008

Jahr	Lebendgeborene								Auslän- der- anteil ²⁾
	Insge- samt	Gesamt	darunter: Eltern auslän- disch ⁴⁾	mit deutscher Staatsangehörigkeit ¹⁾				aus- ländischer Staats- angehö- rigkeit	
				darunter: mindestens ein Elternteil deutsch		Eltern nicht verheiratet ⁶⁾			
				Eltern verheiratet					
				Vater Deut- scher, Mutter Ausländerin ⁵⁾	Mutter Deutsche, Vater Aus- länder ⁵⁾	Mutter Deutsche ⁷⁾	Mutter Aus- länderin, Vater Deut- scher		
1990 ³⁾	727.199	640.879	-	-	-	-	-	86.320	11,9
1991	830.019	739.266	-	17.190	21.467	116.623	-	90.753	10,9
1992	809.114	708.996	-	18.626	21.749	110.309	-	100.118	12,4
1993	798.447	695.573	-	20.227	21.904	106.807	-	102.874	12,9
1994	769.603	668.875	-	21.641	22.226	107.044	-	100.728	13,1
1995	765.221	665.507	-	23.948	23.948	111.214	-	99.714	13,0
1996	796.013	689.784	-	27.192	26.208	122.763	-	106.229	13,3
1997	812.173	704.991	-	29.438	28.246	132.443	-	107.182	13,2
1998	785.034	684.977	-	31.062	28.859	143.330	-	100.057	12,7
1999	770.744	675.528	-	32.523	30.000	155.417	-	95.216	12,4
2000	766.999	717.223	41.257	36.206	32.410	163.086	2.764	49.776	6,5
2001	734.475	690.302	38.600	37.718	32.498	167.680	3.143	44.173	6,0
2002	719.250	677.825	37.568	41.000	33.509	170.915	4.069	41.425	5,8
2003	706.721	667.366	36.819	43.483	34.685	173.305	4.753	39.355	5,6
2004	705.622	669.408	36.863	45.841	35.912	178.992	5.581	36.214	5,1
2005	685.795	655.534	40.156	46.003	35.025	181.105	5.909	30.261	4,4
2006	672.724	643.548	39.089	46.295	34.340	182.525	6.109	29.176	4,3
2007	684.862	653.523	35.666	46.600	35.006	190.979	6.588	31.339	4,6
2008	682.514	648.632	30.336	44.398	33.836	198.365	6.828	33.882	5,0

Quelle: Statistisches Bundesamt

1) Seit 1975 erhält jedes Kind, bei dem mindestens ein Elternteil Deutscher ist, die deutsche Staatsangehörigkeit.

2) Anteil der Lebendgeborenen mit ausländischer Staatsangehörigkeit an der Gesamtzahl der Lebendgeborenen.

3) Bis 1990 alte Bundesländer, ab 1991 gesamtdeutsche Zahlen

4) Seit 01.01.2000 erwerben Kinder ausländischer Eltern neben den Staatsangehörigkeiten der Eltern die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn mindestens ein Elternteil seit mindestens 8 Jahren rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland hat und eine Niederlassungserlaubnis oder nunmehr ein unbefristetes Aufenthaltsrecht besitzt. Dies gilt auch, wenn ein Elternteil eine Aufenthaltserlaubnis auf Grund des Freizügigkeitsabkommen zwischen der EU bzw. deren Mitgliedstaaten und der Schweizerischen Eidgenossenschaft besitzt.

5) Einschließlich nichtaufgliederbarer Gruppen, unbekanntes Ausland, ungeklärte Fälle sowie ohne Angabe.

6) Die Angaben zum nichtehelichen Vater werden bei der Geburt des Kindes aufgrund der Kindschaftsrechtsreform seit dem Berichtsjahr 2000 nachgewiesen.

7) In diesen Zahlen sind auch Kinder mit einem ausländischen Vater enthalten. Im Jahr 2007 waren dies 8.792 Kinder.

Tabelle 6-18: Ausländische Bevölkerung nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Geburtsland am 31. Dezember 2008

Staatsangehörigkeit	Ausländische Bevölkerung insgesamt	davon: in Deutschland geboren		Ausländische Bevölkerung unter 18 Jah- ren	davon: in Deutschland geboren	
		absolut	in %		absolut	in %
Türkei	1.688.370	563.016	33,3	324.843	293.102	90,2
Italien	523.162	157.667	30,1	63.245	54.498	86,2
Polen	393.848	14.663	3,7	32.656	9.788	30,0
Griechenland	287.187	79.414	27,7	34.598	28.879	83,5
Kroatien	223.056	48.995	22,0	17.617	15.209	86,3
Russische Föderation	188.253	6.450	3,4	23.912	6.351	26,6
ehem. Serbien und Montenegro ¹	177.330	37.529	21,2	34.532	25.926	75,1
Serbien	136.152	34.517	25,4	39.822	29.053	73,0
Kosovo	32.183	8.290	25,8	11.505	7.929	68,9
Österreich	175.434	25.694	14,6	9.046	5.027	55,6
Bosnien-Herzegowina	156.804	27.387	17,5	22.751	18.075	79,4
Niederlande	132.997	32.437	24,4	13.064	5.514	42,2
Ukraine	126.233	5.715	4,5	15.963	5.675	35,6
Portugal	114.451	23.226	20,3	14.882	11.228	75,4
Frankreich	108.090	10.367	9,6	8.798	5.053	57,4
Spanien	105.526	25.819	24,5	6.478	4.987	77,0
Vereinigte Staaten	100.002	6.085	6,1	7.835	2.120	27,1
Sonstige Staatsangehörigkeiten	2.058.540	218.570	10,6	288.646	162.405	56,3
Insgesamt	6.727.618	1.325.841	19,7	970.193	690.819	71,2

Quelle: Ausländerzentralregister, Statistisches Bundesamt

1) Seit Juni 2006 sind Serbien und Montenegro zwei unabhängige Staaten. Es konnten jedoch noch nicht alle Personen einem der beiden Nachfolgestaaten zugeordnet werden, so dass im AZR weiterhin Personen mit der Staatsangehörigkeit des ehemaligen Serbien und Montenegro ausgewiesen werden. Seit 1. Mai 2008 wird auch das Kosovo getrennt ausgewiesen.

6.4 Einbürgerungen

Tabelle 6-19: Einbürgerungen nach ausgewählten Herkunftsstaaten von 2000 bis 2008

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Türkei	82.861	76.573	64.631	56.244	44.465	32.661	33.388	28.861	24.449
Serbien und Montenegro ¹	9.776	12.000	8.375	5.504	3.539	8.824	12.601	10.458	6.903
Polen	1.604	1.774	2.646	2.990	7.499	6.896	6.907	5.479	4.245
Irak	984	1.264	1.721	2.999	3.564	4.136	3.693	4.102	4.229
Marokko	5.008	4.425	3.800	4.118	3.820	3.684	3.546	3.489	3.130
Iran	14.410	12.020	13.026	9.440	6.362	4.482	3.662	3.121	2.734
Afghanistan	4.773	5.111	4.750	4.948	4.077	3.133	3.063	2.831	2.512
Russische Föderation	4.583	4.972	3.734	2.764	4.381	5.055	4.679	4.069	2.439
Rumänien	2.008	2.026	1.974	1.394	1.309	1.789	1.379	3.502	2.137
Israel	1.101	1.364	1.739	2.844	3.164	2.871	4.313	2.405	1.971
Ukraine	2.978	3.295	3.656	3.889	3.844	3.363	4.536	4.454	1.953
Bosnien-Herzegowina	4.002	3.791	2.357	1.770	2.103	1.907	1.862	1.797	1.878
Griechenland	1.413	1.402	1.105	1.114	1.507	1.346	1.657	2.691	1.779
Libanon	5.673	4.486	3.300	2.651	2.265	1.969	2.030	1.754	1.675
Kasachstan	2.152	2.148	2.027	3.010	1.443	2.975	3.207	2.180	1.602
Sri Lanka	4.597	3.485	2.904	2.431	1.968	1.944	1.765	1.678	1.492
Italien	1.036	1.048	847	1.180	1.656	1.629	1.558	1.265	1.392
Pakistan	2.808	2.421	1.681	1.500	1.392	1.321	1.116	1.124	1.208
China	1.467	1.556	1.336	1.311	1.133	952	1.036	1.092	1.172
Syrien	1.609	1.337	1.158	1.157	1.070	1.061	1.226	1.108	1.156
Vietnam	4.489	3.014	1.482	1.423	1.371	1.278	1.382	1.078	1.048
Kroatien	3.316	3.931	2.974	2.048	1.689	1.287	1.729	1.224	1.032
Insgesamt	186.688	178.098	154.547	140.731	127.153	117.241	124.566	113.030	94.470

Quelle: Statistisches Bundesamt

1) Bis 3. Februar 2003 Bundesrepublik Jugoslawien. Ab dem Jahr 2006 Serbien, Montenegro sowie ehemaliges Serbien und Montenegro. Ab dem Jahr 2008 Serbien, Montenegro, ehemaliges Serbien und Montenegro sowie das Kosovo, das seit 2008 ein eigenständiger Staat ist. Die Einbürgerungen im Jahr 2008 teilen sich wie folgt auf: Serbien 6.267, Montenegro 141, ehem. Serbien und Montenegro 76, Kosovo 419.

7. Migration und Entwicklung

Tabelle 7-4: Rücküberweisungen in ausgewählte Entwicklungsregionen im Jahr 2008
(in Millionen €)

	Rücküberweisungen tempo- rärer ausländi- scher Arbeit- nehmer	Rücküberwei- sungen dauer- haft ansässiger ausländischer Arbeitnehmer	Migrantentrans- fers	Rücküberwei- sungen insge- samt	Anteil an den Rücküberwei- sungen in alle Länder (in %)
Alle Länder	6.684	3.122	320	10.126	
Länder mit niedrigem Ein- kommen	-	130	0	130	1,3
darunter:					
Vietnam	-	35	0	35	0,3
Afghanistan	-	23	-	23	0,2
Ghana	-	12	0	12	0,1
Togo	-	7	0	7	0,1
Äthiopien	-	6	-	6	0,1
Kenia	-	5	0	5	0,0
Eritrea	-	3	-	3	0,0
Gambia	-	3	-	3	0,0
Usbekistan	-	3	-	3	0,0
Bangladesch	-	3	-	3	0,0
Kirgisistan	-	3	-	3	0,0
Kongo, Dem. Republik	-	2	0	2	0,0

Länder mit mittlerem Ein- kommen im unteren Be- reich	54	543	8	605	6,0
darunter:					
Kosovo ¹	-	104	1	105	1,0
China	43	35	0	78	0,8
Marokko	11	59	0	70	0,7
Ukraine	-	48	1	49	0,5
Irak	-	32	-	32	0,3
Iran	-	28	2	30	0,3
Thailand	-	27	1	28	0,3
Indien	-	26	1	27	0,3
Albanien	-	25	-	25	0,2
Philippinen	-	22	1	23	0,2
Pakistan	-	18	0	18	0,2
Tunesien	-	18	0	18	0,2
Sri Lanka	-	15	0	15	0,1

Nigeria	-	14	0	14	0,1
Kamerun	-	10	-	10	0,1
Syrien	-	9	-	9	0,1
Ägypten	-	8	0	8	0,1
Indonesien	-	6	0	6	0,1
Aserbaidshan	-	4	-	4	0,0
Georgien	-	4	0	4	0,0
Moldau	-	4	-	4	0,0

Länder mit mittlerem Einkommen im oberen Bereich	3.695	1.436	26	5.157	50,9
darunter:					
Polen	2.617	132	3	2.752	27,2
Rumänien	992	51	0	1.043	10,3
Türkei	12	818	1	831	8,2
Serbien ¹	-	104	0	104	1,0
Russische Föderation	17	85	0	102	1,0
Bulgarien	57	26	1	84	0,8
Bosnien und Herzegowina	-	74	0	74	0,7
Brasilien	-	17	13	30	0,3
Kasachstan	-	27	-	27	0,3
Mazedonien	-	26	-	26	0,3
Libanon	-	18	0	18	0,2

Länder mit hohem Einkommen	2.934	991	276	4.201	41,5
darunter:					
Frankreich	1.839	32	13	1.884	18,6
Österreich	390	67	16	473	4,7
Niederlande	314	32	4	350	3,5
Italien	-	269	7	276	2,7
Kroatien	57	119	3	179	1,8
Schweiz	91	9	42	142	1,4
Griechenland	-	137	1	138	1,4
Vereinigte Staaten	-	48	89	137	1,4
Belgien	99	8	1	108	1,1
Slowakei	57	10	1	68	0,7
Spanien	-	57	6	63	0,6

Quelle: Deutsche Bundesbank

1) Serbien wurde in der Datenquelle noch einschließlich des Kosovo geführt. Hier wird der Kosovo getrennt von Serbien betrachtet, da die beiden Länder in unterschiedliche Kategorien fallen; die Werte sind geteilt.

Anmerkungen:

- : nichts vorhanden/ 0 : weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts.

Die Differenz in der Summe aller Länder und der Summe der angegebenen Kategorien ergibt sich aus Rundungen (v.a. Werte der Länder, in welche die Rücküberweisungen mit 0 € ausgewiesen sind).

Literatur

- Abdih, Yasser/Chami, Ralph/Dagher, Jihad/Montiel, Peter 2008: Remittances and Institutions: Are remittances a Curse? IMF Working paper 29
- Adams, Walter 1960: The Brain Drain. New York
- Akkoyunlu, Sule/Kholodilin, Konstantin A. 2006: What Affects the Remittances of Turkish Workers: Turkish or German Output?, German Institute for Economic Research. Discussion Papers 622
- Ambrosius, Christian/Fritz, Barbara 2008: Geldsendungen von Migranten - "Manna" für die wirtschaftliche Entwicklung?, GIGA Fokus 10
- Ammassari, Savina 2004: From Nation-Building to Entrepreneurship: The Impact of Elite Return Migrants in Côte d'Ivoire and Ghana, in: Population, Space and Place 10, S. 133-154
- Bade, Klaus, J./Oltmer, Jochen 2004: Normalfall Migration
- Baraulina, Tatjana/Borchers, Kevin 2008: Wer migriert, der entwickelt? Bedingungen und Formen des entwicklungspolitischen Engagements von Diaspora. DOSSIER Migration & Entwicklung. http://www.migration-boell.de/web/migration/46_1908.asp
- Baraulina, Tatjana/Borchers, Kevin/Schmid, Susanne 2008: Afrikanische Einwanderung nach Deutschland – Abwanderung von Intelligenz, Entwertung von Qualifikationen, Folgen für die Herkunftsländer?, in: Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst (soFid). Migration und ethnische Minderheiten 2008(2), S. 11-37
- Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2007: 7. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland. Berlin
- Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2009: Integration in Deutschland – Erster Integrationsindikatorenbericht: Erprobung des Indikatorensets und Bericht zum bundesweiten Integrationsmonitoring, erstellt für die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Integration und Flüchtlinge vom Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik und dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
- berlinpolis 2004: Push- und Pull-Faktoren des Brain-Drain: Die Abwanderung deutscher Wissenschaftler und der Hochschulstandort Deutschland aus Sicht der „Bildungsflüchtlinge“. Berlin
- BMZ 2008: Weißbuch zur Entwicklungspolitik. 13. Entwicklungspolitischer Bericht der Bundesregierung. Berlin, BMZ
- Braun, Michael/Arsene, Camelia 2009: The demographics of movers and stayers in the European Union, in: Recchi, Ettore/Favell, Adrian (Hrsg.): Pioneers of European Integration. Cheltenham, S. 26-51

Breitkreutz, Katharina/Franßen-de la Cerda, Boris/Hübner, Dr. Christoph 2007: Das Richtlinienumsetzungsgesetz und die Fortentwicklung des deutschen Aufenthaltsrechts – Fortsetzung, in: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik (ZAR) 11-12/2007, S. 381-389

Bünthe, Rudolf/Knödler, Christoph 2008: Recht der Arbeitsmigration – die nicht selbständige Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer nach dem Zuwanderungsgesetz, in: Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht (NZA) 13/2008, S. 743-750

Bünthe, Rudolf/Knödler, Christoph 2009: Beitrag der Arbeitsmigration zur Sicherung der Fachkräftebasis in Deutschland - zur Umsetzung des Aktionsprogramms der Bundesregierung, in: Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht (NZA) 2009, S. 416-420

Bundesagentur für Arbeit 2007: Hinweise zur Vermittlung von Fachkräften aus osteuropäischen Ländern nach Deutschland (Gastarbeitnehmerverfahren)

Bundesagentur für Arbeit 2008: Merkblatt: Vermittlung von Haushaltshilfen in Haushalte mit Pflegebedürftigen nach Deutschland

Bundesagentur für Arbeit 2008a: Information für Unternehmen aus den neuen Mitgliedstaaten der EU – Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer im Rahmen von Werkverträgen: EU-Dienstleistungsfreiheit – Übergangsregelung. Nürnberg

Bundesagentur für Arbeit 2009: Arbeitsgenehmigungen und Zustimmungen 2008. Nürnberg

Bundesagentur für Arbeit 2009a: Merkblatt 16: Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer aus Staaten außerhalb der Europäischen Union im Rahmen von Werkverträgen in der Bundesrepublik Deutschland. Nürnberg

Bundesagentur für Arbeit 2009b: Merkblatt 16a: Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer aus den neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union im Rahmen von Werkverträgen in der Bundesrepublik Deutschland. Nürnberg

Bundesagentur für Arbeit 2009c: Merkblatt für Arbeitgeber zur Vermittlung und Beschäftigung ausländischer Saisonarbeitnehmer und Schaustellergehilfen. Nürnberg

Bundesamt für Migration (Schweiz) 2007: Informationsblatt zum Ende der Übergangsfrist für die alten EU-Mitgliedstaaten per 1. Juni 2007

Bundesamt für Migration (Schweiz) 2009: Migrationsbericht 2008. Bern

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2007a: Nachweis einfacher Deutschkenntnisse beim Nachzug von Ehegatten aus dem Ausland (Flyer). Nürnberg

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2009: Asyl in Zahlen 2008. Nürnberg

Bundeskriminalamt 2008: Menschenhandel – Bundeslagebild 2007

Bundesministerium des Innern (BMI) 2005: Zuwanderungsrecht und Zuwanderungspolitik. Berlin

Bundesministerium des Innern (BMI) 2006: Bericht zur Evaluierung des Gesetzes zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern (Zuwanderungsgesetz). Berlin

Bundesministerium des Innern (BMI) 2007: Europa sicher leben. Eine Erfolgsbilanz europäischer Innenpolitik – Deutsche EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007. Berlin

Bundesministerium des Innern (BMI) 2008: Migration und Integration. Aufenthaltsrecht, Migrations- und Integrationspolitik in Deutschland. Berlin

Bundesministerium des Innern (BMI)/ Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) 2008: Aktionsprogramm der Bundesregierung. Beitrag der Arbeitsmigration zur Sicherung der Fachkräftebasis in Deutschland

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) 2006: Verlängerung der Übergangsregelungen bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit bis 2009

Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) 2005: Internationalisierung des Studiums. Ausländische Studierende in Deutschland – Deutsche Studierende im Ausland. Ergebnisse der 17. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks (DSW) durchgeführt durch HIS Hochschul-Informationen-System. Berlin

Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) 2008: Internationalisierung des Studiums. Ausländische Studierende in Deutschland – Deutsche Studierende im Ausland. Ergebnisse der 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks (DSW) durchgeführt durch HIS Hochschul-Informationen-System. Bonn, Berlin

Bundesratsdrucksache 77/07 vom 2. Februar 2007

Bundesratsdrucksache 840/08 vom 5. November 2008

Bundesregierung 2006: Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung. Migrationsbericht 2005. Nürnberg

Bundesregierung 2007: Der Nationale Integrationsplan. Neue Wege – Neue Chancen. Berlin

Bundestagsdrucksache 15/5546 vom 27. Mai 2005: Dienstleistungsfreiheit nach der EU-Osterweiterung

Bundestagsdrucksache 16/2516 vom 5. September 2006: Einführung des Punktesystems zur Steuerung der jüdischen Zuwanderung nach Deutschland

Bundestagsdrucksache 16/2571 vom 13. September 2006: Aufenthaltsrecht bei beruflicher Bildung

Bundestagsdrucksache 16/5417 vom 23. Mai 2007: Konsequenzen der Auswanderung Hochqualifizierter aus Deutschland

Bundestagsdrucksache 16/6251 vom 23. August 2007: Stand der Umsetzung des Bleiberechtsbeschlusses der Innenministerkonferenz vom November 2006

Bundestagsdrucksache 16/7259 vom 22. November 2007: Das Visumverfahren beim Ehegattennachzug und der Nachweis einfacher Deutschkenntnisse

Bundestagsdrucksache 16/7708 vom 11. Januar 2008: Schriftliche Fragen mit den in der Woche vom 7. Januar 2008 eingegangenen Antworten der Bundesregierung

Bundestagsdrucksache 16/8175 vom 18. Februar 2008: Auswirkungen der neuen Sprachanforderungen beim Ehegattennachzug

Bundestagsdrucksache 16/8321 vom 29. Februar 2008: Zahlen in der Bundesrepublik Deutschland lebender Flüchtlinge

Bundestagsdrucksache 16/8716 vom 4. April 2008: Entwicklung der jüdischen Zuwanderung nach Deutschland im Jahr 2007

Bundestagsdrucksache 16/8997 vom 29. April 2008: 100 Tage Schengen-Ost-Erweiterung

Bundestagsdrucksache 16/8998 vom 29. April 2008: Fortführung der Bilanz der gesetzlichen Unfallregelung

Bundestagsdrucksache 16/9137 vom 7. Mai 2008: Auswirkungen der neuen Sprachanforderungen beim Ehegattennachzug (Stand 31. März 2008)

Bundestagsdrucksache 16/9252 vom 23. Mai 2008: Auswirkungen der EuGH-Vorlageentscheidung des Bundesverwaltungsgerichts auf Asyl-Widerrufsverfahren

Bundestagsdrucksache 16/9303 vom 28. Mai 2008: Antrag der Fraktionen von CDU/CSU und SPD „Deutsches Auslandsschulwesen stärken und weiterentwickeln“

Bundestagsdrucksache 16/9544 vom 11. Juni 2008: Speicherung biometrischer Daten im Visumverfahren

Bundestagsdrucksache 16/9722 vom 24. Juni 2008: Kritik von „Human Rights Watch“ an der Verschärfung des deutschen Ehegattennachzugsrechts

Bundestagsdrucksache 16/9888 vom 1. Juli 2008: Teilnahme Deutschlands an FRONTEX-Grenzschutzoperationen im Jahr 2007

Bundestagsdrucksache 16/10052 vom 24. Juli 2008: Auswirkungen der neuen Sprachanforderungen beim Ehegattennachzug (Stand 30. Juni 2008)

Bundestagsdrucksache 16/11576 vom 8. Januar 2009: Europaweite Razzia gegen illegalisierte Migrantinnen und Migranten

Bundestagsdrucksache 16/11997 vom 17. Februar 2009: Auswirkungen der neuen Sprachanforderungen beim Ehegattennachzug – Bilanz zum 31. Dezember 2008

Bundestagsdrucksache 16/12029 vom 23. Februar 2009: Zahlen in der Bundesrepublik Deutschland lebender Flüchtlinge zum Stand 31. Dezember 2008

Bundestagsdrucksache 16/12377 vom 23. März 2009: Widerrufsverfahren gegen anerkannte kurdische Flüchtlinge

Bundestagsdrucksache 16/12568 vom 6. April 2009: Abschiebungen im Jahr 2008

Bundestagsdrucksache 16/12979 vom 8. Mai 2009: Auswirkungen der neuen Sprachanforderungen beim Ehegattennachzug – Bilanz zum 31. März 2009

Bundestagsdrucksache 16/13163 vom 27. Mai 2009: Bilanz der gesetzlichen Altfallregelung zum 31. März 2009 – drohendes Desaster zum 1. Januar 2010

Bundestagsdrucksache 16/13166 vom 27. Mai 2009: Aufnahme unbegleitet einreisender Minderjähriger

Bundesverwaltungsamt – Zentralstelle für das Auslandsschulwesen 2008: Deutsches Auslandsschulwesen in Zahlen 2008. Köln

Bundesverwaltungsgericht 2008: Pressemitteilung des Bundesverwaltungsgerichts Nr. 4/2008 vom 7. Februar 2008: Europäischer Gerichtshof soll Widerruf der Anerkennung irakischer Flüchtlinge klären

Bundesverwaltungsgericht 2008a: Pressemitteilung des Bundesverwaltungsgerichts Nr. 54/2008 vom 26. August 2008: Kein Kindernachzug bei Anspruch auf Arbeitslosengeld II

Bundesverwaltungsgericht 2008b: Pressemitteilung des Bundesverwaltungsgerichts Nr. 88/2008 vom 18. Dezember 2008: Flüchtlingsanerkennung aufgrund selbst geschaffener Nachfluchtgründe

Bundesverwaltungsgericht 2009: Pressemitteilung des Bundesverwaltungsgerichts Nr. 27/2009 vom 30. April 2009: Versagung des Ehegattennachzugs bei fehlender Sicherung des Lebensunterhalts

Bundesverwaltungsgericht 2009: Pressemitteilung des Bundesverwaltungsgerichts Nr. 44/2009 vom 14. Juli 2009: Abschiebungsschutz wegen Bürgerkriegsgefahren

Cassanelli, Lee 2001: Diaspora und Entwicklung. Potenziale und Grenzen des diasporagestützten Entwicklungswegs. epd-Entwicklungspolitik 23/24

Christen, Torsten 2004: Der Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt nach der EU-Erweiterung, in: Bundesarbeitsblatt 3-2004, S. 4-16

Commander, Simon/Kangasniemi, Mari/Winters, L. Alan 2003: The Brain Drain: Curse or Boon?, IZA Discussion Paper 809

Deutsche Forschungsgemeinschaft (Hrsg.) 2004: Wissenschaft und Karriere – Erfahrungen und Werdegänge ehemaliger Stipendiaten der Deutschen Forschungsgemeinschaft

Deutscher Akademischer Austauschdienst DAAD (Hrsg.) 2009: Wissenschaft weltoffen. Daten und Fakten zur Internationalität von Studium und Forschung in Deutschland. Bonn

Diehl, Claudia/Dixon, David 2005: Zieht es die Besten fort? Ausmaß und Formen der Abwanderung deutscher Hochqualifizierter in die USA, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 57 (4), S. 714 – 734

Diehl, Claudia/Mau, Steffen/Schupp, Jürgen 2008: Auswanderung von Deutschen: kein dauerhafter Verlust von Hochschulabsolventen, in DIW-Wochenbericht Nr. 05/2008, S. 49-55

Dienelt, Klaus 2004: Freizügigkeit nach der EU-Osterweiterung. München

Dolk, Claudia 2008: Das Dublin-Verfahren in Deutschland, in: Asylmagazin 1-2/2008, S. 16-21

Düvell, Franck 2006: Undocumented migration in Europe: a comparative perspective, in: ders. (Hrsg.): Illegal Immigration in Europe – Beyond Control?, Basingstoke: Palgrave, S. 171-196

Etling, Sibille 2008: Die philippinische Diaspora. Ihr Beitrag zur Entwicklung der Philippinen. GTZ. Eschborn

Erlinghagen, Marcel/Stegmann, Tim/Wagner, Gert C. 2009: Deutschland ein Auswanderungsland?, in: Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 39/2009, S. 663-669

Feldgen, Dagmar 2006: Das neue Ausländerbeschäftigungsrecht – Zugang zum Arbeitsmarkt für Drittstaatsangehörige, in: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik (ZAR) 5-6/2006, S. 168-184

Fehrenbacher, Ansgar 2004: Übergangsregelungen bei der EU-Erweiterung und deren Auswirkungen im Ausländerrecht, in: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik (ZAR) 7/2004, S. 240-246

Fernandez, Oscar Santacreu/Rother, Nina/Braun, Michael 2006: Stichprobenziehung für Migrantenpopulationen in fünf Ländern. Eine Darstellung des methodischen Vorgehens im PIONEUR-Projekt, in: ZUMA-Nachrichten 59, S. 72-88

Franßen-de la Cerda, Boris 2008: Die Vergemeinschaftung der Rückführungspolitik – das Inkrafttreten der EU-Rückführungsrichtlinie, in: ZAR 11/12/2008, S. 377-385

Franßen-de la Cerda, Boris 2009: Die Vergemeinschaftung der Rückführungspolitik – das Inkrafttreten der EU-Rückführungsrichtlinie – Teil 2, in: ZAR 1/2009, S. 17-21

Frontex 2009: Allgemeiner Tätigkeitsbericht für 2008

- Gaillard, Jacques/Gaillard, Anne Marie 1997: The International Mobility of Brains: Exodus or Circulation?, in: Science, Technology and Society 2(2), S. 195 - 228
- Grobecker, Claire/Krack-Roberg, Elle/Sommer, Bettina 2007: Bevölkerungsentwicklung 2005, in: Wirtschaft und Statistik 1/2007, S. 45-57
- GTZ 2004: Kooperation mit der Diaspora. Ein neuer Weg für die internationale Zusammenarbeit. Eschborn
- Gupta, Sanjeev/Pattillo, Catherine/Wagh, Smita 2007: Impact of Remittances on Poverty and Financial Development in Sub-Saharan Africa. IMF Working paper 38
- Haug, Sonja 2001: Bleiben oder Zurückkehren? Zur Messung, Erklärung und Prognose der Rückkehr von Immigranten in Deutschland, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 26(2), S. 231-270
- Haug, Sonja/Schimany, Peter 2005: Jüdische Zuwanderer in Deutschland. Working Paper 3/2005 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg
- Haug, Sonja/Sauer, Lenore 2007: Zuwanderung und Integration von (Spät-)Aussiedlern – Ermittlung und Bewertung der Auswirkungen des Wohnortzuweisungsgesetzes. Forschungsstudie im Auftrag des Bundesministeriums des Innern. Forschungsbericht 3 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg
- Haug, Sonja/Rühl, Stefan 2008: Remigration von Zuwanderern in Deutschland, in: Geographische Rundschau 6/2008, S. 26-33
- Heß, Barbara 2009: Zuwanderung von Hochqualifizierten aus Drittstaaten nach Deutschland. Ergebnisse einer schriftlichen Befragung. Working Paper 28 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg
- Holmes, Elizabeth/Menzel, Carola/Schlink, Torsten 2007: Remittances aus Deutschland und ihre Wege in die Herkunftsländer der Migranten. I. Dr. Kausch, D. K. Brigitte and D. M. H. Werner. Eschborn, Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH
- Holst, Elke/Schäfer, Andrea/Schrooten, Mechthild 2008: Gender, Migration, Remittances: Evidence from Germany. German Institute for Economic Research. SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research 111
- Holst, Elke/Schrooten, Mechthild 2006: Migration and Money - What Determines Remittances? Evidence from Germany. German Institute for Economic Research. Discussion Papers 556
- Home Office 2009: Accession Monitoring Report. May 2004 – December 2008
- Hruschka, Constantin 2008: Die Dublin II-Verordnung, in: Asylmagazin 1-2/2008, S. 1-15

Hunger, Uwe 2003: Brain drain oder brain gain: Migration und Entwicklung. Migration im Spannungsfeld von Globalisierung und Nationalstaat, in: D. Thränhardt and U. Hunger, Leviathan. Sonderheft 22, S. 58 - 76

Körner, Heiko 1999: 'Brain Drain' aus Entwicklungsländern, in: IMIS-Beiträge 11, S. 55 - 65

Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2006: Bericht über die Anwendung der im Beitrittsvertrag 2003 festgelegten Übergangsregelungen (Zeitraum 1. Mai 2004 – 30. April 2006), KOM(2006) 48 endgültig vom 8. Februar 2006

Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2006: Mitteilung der Kommission über politische Prioritäten bei der Bekämpfung der illegalen Einwanderung von Drittstaatsangehörigen, KOM(2006) 402 endgültig vom 19. Juli 2006

Kreienbrink, Axel 2007: Freiwillige und zwangsweise Rückkehr von Drittstaatsangehörigen aus Deutschland – Forschungsstudie 2006 im Rahmen des Europäischen Migrationsnetzwerks. Nürnberg

Krishna, V. V./Khadria, Binod 1997: Phasing Scientific Migration in the Context of Brain Gain and Brain Drain in India, in: Science, Technology and Society 2(2), S. 347 - 385

Kubat, Daniel (Hrsg.) 1984: The Politics of Return: International Return Migration in Europe. New York, Center for Migration Studies

Kultusministerkonferenz 2006: Regelungen zum Zugang von Studienbewerberinnen und –bewerbern aus Staaten mit Akademischer Prüfstelle (APS) zu deutschen Hochschulen. Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 17.03.2006

Laaser, Mirjam 2008: Rückkehr und Entwicklung - Folgen von Rückkehr im Herkunftsland. COMCAD Arbeitspapiere - Working papers 36

Lang, Elisabeth 2008: Dublin II in der Praxis, in: Asylmagazin 1-2/2008, S. 22-24

Lederer, Harald W. 2004: Indikatoren der Migration. Zur Messung des Umfangs und der Arten von Migration in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung des Ehegatten- und Familiennachzugs sowie der illegalen Migration. Bamberg

Mahroum, Sami/Elbridge, Cynthia/Abdallah, S. 2006: Transnational Diaspora Options: How Developing Countries Could Benefit from their Emigrant Populations, in: International Journal on Multi-cultural Societies 8(1), S. 25 - 43

Maier-Borst, Michael 2008: Die Verordnung über den Zugang ausländischer Hochschulabsolventen zum Arbeitsmarkt (Hochschulabsolventen-Zugangsverordnung – HschulAbsZugV) von 2007, in: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik (ZAR) 4/2008, S. 126-130

Marfouk, Abdeslam 2007: Africa Brain Drain: Scope and Determinants. The African Brain Drain - Managing the Drain: Working with the Diaspora. Tripoli, University of Brussels (ULB), Belgium

- Martin, Jeannett 2005: Been-To, Burger, Transmigranten? Zur Bildungsmigration von Ghananern und ihrer Rückkehr aus der Bundesrepublik Deutschland. Münster
- Martin, Philip L./Taylor, E. J. 1996: The Anatomy of a Migration Hump. Development Strategy, Employment and Migration: Insights from Models. E. J. Taylor. Paris, Organization for Economic Cooperation and Development
- Müller, Claudia M. 2007: Zur Bedeutung von Remigranten für Innovationsprozesse in China. Eine theoretische und empirische Analyse. Frankfurt am Main
- Neuhaus, Andrea/Isfort, Michael/Weidner, Frank 2009: Situation und Bedarfe von Familien mit mittel- und osteuropäischen Haushaltshilfen. Deutsches Institut für angewandte Pflegeforschung e.V., Köln
- Nohlen, Dieter (Hrsg.) 2000: Lexikon Dritte Welt. Länder, Organisationen, Theorien, Begriffe, Personen. Reinbek bei Hamburg
- Nuscheler, Franz 2004: Entwicklungspolitik. Bonn
- Opfermann, Heike/Grobecker, Claire/Krack-Roberg, Elle 2006: Auswirkung der Bereinigung des Ausländerzentralregisters auf die amtliche Ausländerstatistik, in: Statistisches Bundesamt: Wirtschaft und Statistik 5/2006, S. 480-494
- Pollard, Naomi/Latorre, Maria/Sriskandarajah, Dhananjayan 2008: Floodgates or turnstiles? Post-EU enlargement migration flows to (and from) the UK. London
- von Pollern, Hans-Ingo 2007: Die Entwicklung der Asylbewerberzahlen im Jahre 2006, in: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik (ZAR) 10/2007, S. 347-356
- Portes, Alejandro/Escobar, Cristina/Radford, Alexandria Walton 2007: Immigrant Transnational Organizations and Development: A Comparative Study, in: International Migration Review 41(1), S. 242 - 281
- Poulain, Michel/Perrin, Nicolas/Singleton, Ann 2006: THESIM: Towards Harmonised European Statistics on International Migration. Louvain-la-Neuve
- Prognos 2008: Gründe für die Auswanderung von Fach- und Führungskräften aus Wirtschaft und Wissenschaft
- Raphaels-Werk 2008: Jahresbericht 2007
- Ratha, Dilip 2003: Workers' Remittances: An Important and Stable Source of External Development Finance. Global Development Finance 2003. W. Bank, S. 157-175
- Sauer, Lenore/Ette, Andreas 2007: Auswanderung aus Deutschland. Stand der Forschung und erste Ergebnisse zur internationalen Migration deutscher Staatsbürger. Materialien zur Bevölkerungswissenschaft Heft 123. Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Schiff, Maurice 2005: Brain Gain: Claims about Its Size and Impact on Welfare and Growth Are Greatly Exaggerated, in: IZA Discussion Paper 1599

Schmelz, Andrea 2007: Die kamerunische Diaspora in Deutschland. Ihr Beitrag zur Entwicklung Kameruns. GTZ: Eschborn

Schmelz, Andrea 2009: Die ghanaische Diaspora in Deutschland. Ihr Beitrag zur Entwicklung Ghanas. GTZ: Eschborn

Schoeps, Julius H. 2005: Ein neues Judentum in Deutschland? Zur Debatte um die Zukunftsperspektiven jüdischer Zuwanderer aus der früheren Sowjetunion und deren Nachfolgestaaten, in: Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte 2004, Band 15: Russische Juden und transnationale Diaspora. Berlin/Wien, S. 119-150

Schüttler, Karin 2007: Die marokkanische Diaspora in Deutschland. Ihr Beitrag zur Entwicklung Marokkos. GTZ: Eschborn

Sezer, Kamuran/Daglar, Nilgün 2009: Die Identifikation der TASD mit Deutschland. Abwanderungsphänomen der TASD beschreiben und verstehen. Krefeld/Dortmund

Sieveking, Nadine/Fauser, Margit/Faist, Thomas 2008: Gutachten zum entwicklungspolitischen Engagement der in NRW lebenden MigrantInnen afrikanischer Herkunft. COMCAD Arbeitspapiere 38

Sinn, Annette/Kreienbrink, Axel/von Loeffelholz, Hans Dietrich/Wolf, Michael 2006: Illegal aufhältige Drittstaatsangehörige in Deutschland. Staatliche Ansätze, Profile und soziale Situation. Forschungsstudie 2005 im Rahmen des Europäischen Migrationsnetzwerks. Nürnberg

Skeldon, Ronald 2008: International Migration as a Tool in Development Policy: A Passing Phase?, in: Population and Development Review 34(1), S. 1 - 18

Solka, Simone 2008: Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt für Staatsangehörige aus den neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, in: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik (ZAR) 3/2008, S. 87-92

Ständige Konferenz der Innenminister und –senatoren der Länder 2005a: Sammlung der zur Veröffentlichung freigegebenen Beschlüsse der 178. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und –senatoren der Länder am 24. Juni 2005 in Stuttgart

Ständige Konferenz der Innenminister und –senatoren der Länder 2005b: Umlaufbeschluss der Innenministerkonferenz vom 18.11.2005

Ständige Konferenz der Innenminister und –senatoren der Länder 2006: Sammlung der zur Veröffentlichung freigegebenen Beschlüsse der 180. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und –senatoren der Länder am 8. Mai 2006 in Garmisch-Partenkirchen

Ständige Konferenz der Innenminister und –senatoren der Länder 2006: Sammlung der zur Veröffentlichung freigegebenen Beschlüsse der 182. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und –senatoren der Länder am 17. November 2006 in Nürnberg

Ständige Konferenz der Innenminister und –senatoren der Länder 2007: Sammlung der zur Veröffentlichung freigegebenen Beschlüsse der 185. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und –Senatoren der Länder am 7. Dezember 2007 in Berlin

Stark, Oded/Fan, Simon C. 2007: Losses and Gains to Developing Countries from the Migration of Educated Workers: An Overview of Recent Research, and New Reflections. Analytical Report, MIREM - AR. San Domenico di Fiesole, European University Institut

Statistisches Bundesamt 2006: Deutsche Studierende im Ausland. Statistischer Überblick 1994 – 2004. Wiesbaden

Statistisches Bundesamt 2006: Leben in Deutschland. Haushalte, Familien und Gesundheit – Ergebnisse des Mikrozensus 2005. Wiesbaden

Statistisches Bundesamt 2008: Pressemitteilung Nr. 265 vom 22. Juli 2008: Bevölkerungszahl vermutlich um 1,3 Millionen zu hoch

Statistisches Bundesamt 2008b: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit 2007. Ausländische Bevölkerung – Ergebnisse des Ausländerzentralregisters. Fachserie 1 Reihe 2. Wiesbaden

Statistisches Bundesamt 2008c: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit 2006. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2006. Fachserie 1 Reihe 2.2. Wiesbaden

Statistisches Bundesamt 2008d: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit 2007. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2007. Fachserie 1 Reihe 2.2. Wiesbaden

Statistisches Bundesamt 2009: Rechtspflege – Verwaltungsgerichte 2007. Fachserie 10 Reihe 2.4. Wiesbaden

Statistisches Bundesamt 2009a: Deutsche Studierende im Ausland. Statistischer Überblick 1997 – 2007. Wiesbaden

Statistisches Bundesamt 2009b: Mikrozensus 2008 – Neue Daten zur Kinderlosigkeit in Deutschland. Wiesbaden

Statistisches Bundesamt 2009c: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit – Einbürgerungen 2008. Fachserie 1 Reihe 2.1. Wiesbaden

Storr, Christian u.a. 2005: Kommentar zum Zuwanderungsgesetz. Aufenthaltsgesetz und Freizügigkeitsgesetz/EU. Stuttgart

UNHCR 2009: 2008 Global Trends: Refugees, Asylum-seekers, Returnees, Internally Displaced and Stateless Persons

Van Dalen, Hendrik P./Groenewold, George/Fokkema, Tineke 2005: Remittances and their Effect on Emigration Intentions in Egypt, Morocco and Turkey. Amsterdam, Tinbergen Institut Discussion Paper, TI 2005 030/1: 38

Vogel, Dita/Kovacheva, Vesela 2009: Illegal in Europa – Neue Datenbank liefert Zahlen und Dokumentationen, in: HWWI Update 02/09, S. 1-2

Voglrieder, Sabine 2009: Die Sanktionsrichtlinie: ein weiterer Schritt auf dem Weg zu einer umfassenden Migrationspolitik der EU, in: ZAR 5/6/2009, S. 168-178

Walther, Harald 2006: Wettbewerb um die besten Köpfe, in ZAR 10/2006, S. 354-359

Westphal, Volker/Stoppa, Edgar 2004: Die EU-Osterweiterung und das Ausländerrecht, in: Informationsbrief Ausländerrecht 4/2004, S. 133-139

Worbs, Susanne 2008: Die Einbürgerung von Ausländern in Deutschland. Working Paper 17 der Forschungsgruppe des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge aus der Reihe „Integrationsreport“. Nürnberg, 2. aktualisierte Auflage

Woyke, Wichard (Hrsg.) 2004: Handwörterbuch Internationale Politik. Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung

Zelinsky, Wilbur 1971: The Hypothesis of the Mobility Transition, in: The Geographical Review LXI, S. 219 - 249

Zentralstelle für Arbeitsvermittlung der Bundesagentur für Arbeit (ZAV) 2007: Pressemitteilung der ZAV vom 9. März 2007 (Presse Info 02/2007)

Zerger, Frithjof 2008: Migrationssteuerung und Entwicklungseffekte durch zirkuläre Migration?, in: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik (ZAR) 1/2008, S. 1-5

Zerger, Frithjof 2009: Klima- und umweltbedingte Migration, in: ZAR 3/2009, S. 85-89

Zoch, Bettina 2007: Das Entwicklungspotenzial von Migrantenüberweisungen. Fokus Entwicklungspolitik. Positionspapiere der KfW Entwicklungsbank

Hyper-Text-Kommentar zum Ausländerrecht

Zeitler, HTK-AusIR / § 1 AufenthG / Zu Abs. 2 07/2006

Ausgedruckt am 20.05.2010

§ 1 AufenthG - Zu Abs. 2

Zitierweise: Zeitler, HTK-AusIR / § 1 AufenthG / Zu Abs. 2 07/2006 Nr. ...

Abs. 2 bestimmt im Wesentlichen den **personellen Anwendungsbereich des Aufenthaltsgesetzes**.

Auf **Unionsbürger** ist das Aufenthaltsgesetz grundsätzlich nicht anzuwenden. Etwas anderes gilt nur dann, wenn ein anderes Bundesgesetz Vorschriften dieses Gesetzes ausdrücklich für anwendbar erklärt. Ein entsprechende Regelung enthält § 11 FreizügG/EU.

Danach finden auf Unionsbürger und ihre Familienangehörigen, die nach § 2 Abs. 1 oder Abs. 5 FreizügG/EU das Recht auf Einreise und Aufenthalt haben folgende Bestimmungen entsprechende Anwendung: § 3 Abs. 2 AufenthG, § 11 Abs. 2 AufenthG, § 13 AufenthG, § 14 Abs. 2 AufenthG, § 36 AufenthG, § 44 Abs. 4 AufenthG, § 46 Abs. 2 AufenthG, § 50 Abs. 3 bis 7 AufenthG, die § 69 AufenthG, § 74 Abs. 2 AufenthG, die §§ 77, 80 AufenthG, §§ 85 bis 88 AufenthG, §§ 90 und 91 AufenthG, §§ 96, 97 und 99 AufenthG. Vgl. im Übrigen § 11 FreizügG/EU.

Das Aufenthaltsgesetz ist grundsätzlich auch nicht auf **Staatsangehörige der EWR-Staaten** anzuwenden. Gem. § 12 FreizügG/EU handelt es sich bei diesen ebenfalls um Ausländer Anwendung auf Ausländer, deren Rechtsstellung von dem Gesetz über die allgemeine Freizügigkeit von Unionsbürgern geregelt ist. § 11 FreizügG/EU gilt dementsprechend auch für EWR-Staatsangehörige. Zum Europäischen Wirtschaftsraum vgl.:

 EWR - Europäischer Wirtschaftsraum

Da Schweizerbürger vom Regelungsbereich des Freizügigkeitsgesetzes/EU nicht erfasst werden, ist das Aufenthaltsgesetz auf sie grundsätzlich anwendbar. Zugunsten des mit der Schweiz geschlossenen Freizügigkeitsabkommens besteht jedoch ein Anwendungsvorrang.

 Die sogen. „sektoriellen Abkommen“ EU-Schweiz

Das Aufenthaltsgesetz findet keine Anwendung auf Ausländer, die nach Maßgabe der §§ 18 bis 20 des Gerichtsverfassungsgesetzes nicht der deutschen Gerichtsbarkeit unterliegen, wie z.B. die Angehörige diplomatischer und konsularischer Vertretungen sowie Staatsgäste und deren Begleitung; hierzu: [Diplomaten und andere bevorrechtigte Personen](#) (Rundschreiben des Bundesinnenministeriums).

die Rechtsstellung des zu den Organen der Europäischen Union abgestellten

beziehungsweise abgeordneten Militär- und Zivilpersonals regelt das [EU-Truppenstatut](#)

Für die Rechtsstellung der **Stationierungstreitkräfte** (einschließlich der Übungstreitkräfte) Belgiens, Frankreichs, Kanadas, der Niederlande, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten von Amerika innerhalb der Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen,

Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein gelten das Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags vom 19. Juli 1951 über die Rechtsstellung ihrer Truppen (NATO-Truppenstatut), das Zusatzabkommen vom 3. August 1959 zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen und das Gesetz zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags vom 19. Juni 1951 über die Rechtsstellung ihrer Truppen und zu den Zusatzvereinbarungen vom 3. August 1959 zu diesem Abkommen (Gesetz zum NATO-Truppenstatut und zu den Zusatzvereinbarungen) vom 18. August 1961 (BGBl. 1961 II S.1183).

§ 5 AufenthG - zu Abs. 1

Zitierweise: Zeitler, HTK-AuslR / § 5 AufenthG / zu Abs. 1 02/2010 Nr. ...

1. [Allgemein](#)
 2. [Erfüllung der Passpflicht \(Absatz 1 Nr. 4\)](#)
 3. [Sicherung des Lebensunterhalts \(Absatz 1 Nr. 1\)](#)
 4. [Gesicherte Identität und Staatsangehörigkeit \(Absatz 1 Nr. 1a\)](#)
 5. [Fehlen eines Ausweisungsgrundes \(Absatz 1 Nr. 2\)](#)
 6. [Besondere nationale Interessen \(Absatz 1 Nr. 3\)](#)
 7. [Regel und Ausnahme](#)
 - 7.1 [Grundsatz](#)
 - 7.2 [Ausnahmen bei fehlender Existenzsicherung](#)
 - 7.3 [Ausnahme aufgrund höherrangigen Rechts](#)
 - 7.4 [Ausnahmen bei fehlendem Passbesitz](#)
 - 7.5 [Ausnahme bei Vorliegen eines Ausweisungsgrundes](#)
-

1. Allgemein

§ 5 Abs. 1 AufenthG normiert die Regel-Erteilungsvoraussetzungen für Aufenthaltstitel.


§ 5 Abs. 1 AufenthG gilt nur für nationale Aufenthaltstitel, bzw. rein nationale Visa nach Art. 18 SDÜ nicht für Schengen-Visa nach Art. 19 SDÜ. Die Erteilung eines Schengen-Visums erfolgt unter Beachtung der Voraussetzungen des Art. 5 SGK (Absatz 1 Buchstaben a, c, d und e). Vgl. hierzu:

 [Art. 5 SGK - Einreisevoraussetzungen](#)

 [TOP](#)

2. Erfüllung der Passpflicht (Absatz 1 Nr. 4)

Der Besitz eines gültigen und anerkannten Passes oder Passersatzes ist zwingende Voraussetzung für die Erteilung eines Aufenthaltstitels. Zur Passpflicht vgl.:


 [§ 3 AufenthG - Zu Abs. 1 - Passpflicht](#)

Die Ausländerbehörde kann dem Betroffenen gem. § 82 Abs. 1 Satz 2 AufenthG eine Frist zur Vorlage des Passes einräumen. Der Ausländer ist gem. § 48 Abs. 1 AufenthG verpflichtet, der Behörde seinen Pass auszuhändigen.

 [TOP](#)

3. Sicherung des Lebensunterhalts (Absatz 1 Nr. 1)

Das Tatbestandsmerkmal „gesicherter Lebensunterhalt“ ist gesetzlich definiert in § 2 Abs. 2 AufenthG.

 § 2 AufenthG - zu Abs. 3 - Lebensunterhalt

 TOP

4. Gesicherte Identität und Staatsangehörigkeit (Absatz 1 Nr. 1a)


Die Erteilung eines Aufenthaltstitels setzt in der Regel voraus, dass die Identität und, falls er nicht zur Rückkehr in einen anderen Staat berechtigt ist, die Staatsangehörigkeit des Ausländers geklärt ist. Diese Erteilungsvoraussetzung wurde erst im Laufe des Vermittlungsverfahrens in den Entwurf aufgenommen. Die Regelung entspricht § 8 Abs. 1 Nr. 4 AuslG. Die Feststellung der Identität ist im Falle eines statusbegründenden Verwaltungsakts eine Selbstverständlichkeit. Die Feststellung der Staatsangehörigkeit bei fehlender Rückkehrberechtigung in einen anderen Staat zielt - wie auch der Passbesitz - auf die Zeit nach Ablauf der Gültigkeit der Aufenthaltsgenehmigung.

Behördliche Urkunden, die die Zuordnung eines Namens zu einer Person behaupten, klären eine Identität nur dann im Sinne des § 5 Abs. 1 Nr. 1a AufenthG, wenn in dem der Urkundenausstellung vorangehenden Verwaltungsverfahren auch die Richtigkeit der Verbindung zwischen Person und Name effektiv kontrolliert wird (nicht gegeben z.B. im Falle von Ghana, VG Berlin v. 20.05.2005 - 28 V 14.04).

 TOP

5. Fehlen eines Ausweisungsgrundes (Absatz 1 Nr. 2)

Voraussetzung ist, dass keiner der Ausweisungstatbestände in den §§ 53, 54 und 55 AufenthG erfüllt ist. Dabei ist allerdings keine hypothetische Prüfung vorzunehmen, ob eine Ausweisungsverfügung tatsächlich auch erlassen werden könnte.

 § 5 AufenthG - Zu Abs. 1 Nr. 3 - Ausweisungsgrund

Ein Ausweisungsgrund nach § 54 Nr. 5 oder 5a AufenthG steht zwar in der Regel auch einer Erteilung nach § 5 Abs. 1 AufenthG entgegen. Dieser Fall ist aber speziell als zwingender Versagungsgrund in Absatz 4 geregelt.

 TOP

6. Besondere nationale Interessen (Absatz 1 Nr. 3)

Die Erteilung eines Aufenthaltstitels setzt in der Regel voraus, dass, soweit kein Anspruch auf Erteilung eines Aufenthaltstitels besteht, der Aufenthalt des Ausländers nicht aus einem sonstigen Grund Interessen der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigt oder gefährdet.

Im Hinblick auf die Interessen der Bundesrepublik ist die mit Einführung des Zuwanderungsgesetzes einhergehende Interessenänderung zu berücksichtigen. Zuwanderungsbegrenzung und Anwerbestopp sind nicht mehr primäre Zielsetzungen. Der Gesetzgeber verfolgt stattdessen eine **flexible und bedarfsorientierte Zuwanderungssteuerung** (BT-Drucks. 15/420 S. 70). Die Vorschrift ist ein generalklauselartiger „Platzhalter“ für staatliche Interessen, die sich im Laufe der Zeit auch ändern können. Die Vorschrift ist überflüssig, denn im Falle eines gesetzlichen Anspruchs auf Erteilung eines Aufenthaltstitels, sind sonstige Interessen der Bundesrepublik nicht zu berücksichtigen und im Falle von Ermessensentscheidungen ist die Berücksichtigung staatlicher Interessen selbstverständlicher Bestandteil einer am Verhältnismäßigkeitsgrundsatz orientierten Abwägungsbilanz. Die Vorschrift ist somit nichts weiter als ein Merkposten für Ermessensentscheidungen.

7. Regel und Ausnahme

7.1 Grundsatz

§ 5 Abs. 1 AufenthG normiert gemeinsame Erteilungsvoraussetzungen für alle Aufenthaltstitel. Es handelt sich dabei jeweils um eine "vor die Klammer gezogene" Erteilungsvoraussetzung, die zusätzlich zu den jeweiligen Erteilungsvoraussetzungen der für die Erteilung eines Aufenthaltstitels maßgeblichen Rechtsgrundlage erfüllt sein muss. Die allgemeinen Erteilungsvoraussetzungen des § 5 Abs. 1 AufenthG sind Regelerteilungsvoraussetzungen, d.h. sie müssen im Regelfall vorliegen. Fehlt es an einem der genannten Tatbestandsvoraussetzungen (=Regel-Erteilungsvoraussetzungen) ist die Ausländerbehörde bereits aus **Rechtsgründen** „in der Regel“ **an der Erteilung des Titels gehindert** - und zwar auch dann, wenn die jeweilige Erteilungsnorm einen grundsätzlichen Anspruch normiert -, denn es fehlt an einer gesetzlichen Voraussetzung für die Erteilung. Die Ausgestaltung als Regelerteilungsvoraussetzung impliziert aber auch die grundsätzliche Möglichkeit **atypischer Fallgestaltungen**, bei deren Vorliegen die Behörde den Titel nicht zwingend versagen muss.

Liegt ein atypischer Sachverhalt vor, also eine Ausnahme von der Regel, steht das Fehlen der jeweiligen Erteilungsvoraussetzung der Erteilung des Aufenthaltstitels nicht entgegen. Ob die Behörde den Titel nunmehr erteilen *muss* oder nach Ermessen entscheiden *kann*, hängt von der jeweiligen Erteilungsnorm ab. Die Annahme eines atypischen Falles führt also nicht automatisch zu einer Ermessenentscheidung (Abweichung von der früher hier vertretenen Auffassung).

BVerwG, Urteil v. 30.04.2009 - 1 C 3.08 -

§ 5 Abs. 1 AufenthG ist ausschließlich **auf der Tatbestandsseite** zu prüfen und hat keine Auswirkungen auf die jeweilige Rechtsfolge der Erteilungsnorm.

Das Vorliegen eines atypischen Falles, der zur Unbeachtlichkeit der Regelerteilungsvoraussetzung führt ist aber zu unterscheiden von dem Fall einer Ermessenentscheidung bei Nichtvorliegen einer Regelerteilungsvoraussetzung. Letzteres ergibt sich aus der Erteilungsnorm.

Beispiele und Fallgestaltungen:

- Liegt ein Ausnahmefall vor, steht § 5 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG (Sicherung des Lebensunterhalts) der Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach §§ 30, 29 AufenthG nicht entgegen. Bei Vorliegen aller anderen Tatbestandsvoraussetzungen **muss** die Aufenthaltserlaubnis erteilt werden.
- Ist der Lebensunterhalt nicht gesichert und es liegt kein Ausnahmefall vor, darf die Aufenthaltserlaubnis **nicht** erteilt werden. Es eröffnet sich für die Behörde auch **kein Ermessensspielraum**.
- Ist der Lebensunterhalt nicht gesichert, **kann** die Aufenthaltserlaubnis dennoch nach § 30 Abs. 3 AufenthG verlängert werden (**Ermessen**).
- Ist der Lebensunterhalt gesichert, **muss** die Aufenthaltserlaubnis nach § 30 Abs. 1 AufenthG, § 8 Abs. 1 AufenthG verlängert werden.
- Ist der Lebensunterhalt nicht gesichert, aber es liegt ein atypischer Sachverhalt vor (Ausnahmefall), **muss** die Aufenthaltserlaubnis nach § 30 Abs. 1 AufenthG, § 8 Abs. 1 AufenthG verlängert werden.

Regelfälle im Sinne dieser Vorschrift sind solche, die sich *nicht* durch besondere Umstände von der Menge gleichliegender Fälle unterscheiden. **Ausnahmefälle** sind demgegenüber durch atypische Umstände gekennzeichnet, die so bedeutsam sind, dass sie das sonst ausschlaggebende Gewicht der gesetzlichen Regel

beseitigen. Bei der Prüfung eines Ausnahmefalles ist also stets die gesetzliche Zielsetzung des Regelfalles zugrunde zu legen.

Ausnahmen von der Regel sind daher grundsätzlich **eng auszulegen**.

BVerwG, Urteil v. 28.10.2008 - 1 C 34.07 - (zu Ausnahmen von der Unterhaltssicherung bei Erteilung einer Niederlassungserlaubnis nach § 9 Abs. 2 AufenthG).

Das Vorliegen eines Ausnahmefalles ist eine **gerichtlich in vollem Umfang nachprüfbare Rechtsfrage**, die allerdings von Werturteilen abhängig ist. Gleichwohl wird der Ausländerbehörde **kein Einschätzungsspielraum** zugebilligt.

Für die Beurteilung, ob ein Regelfall gemäß § 5 Abs. 1 AufenthG vorliegt, kommt es auf die Sach- und Rechtslage im Zeitpunkt der mündlichen Verhandlung an.

VGH Baden-Württemberg, Beschluss v. 10.09.2001 - 11 S 2212/00 - AuAS 2001, 242 ff. m.w.N.

7.2 Ausnahmen bei fehlender Existenzsicherung

Eine atypische Fallgestaltung kann gegeben sein, wenn die Sicherung des Lebensunterhalts aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen nicht zumutbar erscheint. Dies wird für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit bejaht, wenn betreuungsbedürftige Kinder vorhanden sind.

Huber/Göbel-Zimmermann, Ausländer- und Asylrecht, 2. Aufl. 2008, Rn. 439

Eventuell ist insoweit eine Teilzeitbeschäftigung angemessen (*Huber/Göbel-Zimmermann*, a.a.O.).

Angesichts einer Vielzahl ausländischer Alleinerziehender wird die Atypik dieser Situation jedoch vom VG *Karlsruhe* in Frage gestellt.

"Im Regelfall wird eine allein erziehende Person mit mehreren minderjährigen Kindern wegen der ihnen gegenüber bestehenden Fürsorgepflichten nicht in der Lage sein, für seinen eigenen gesamten Lebensunterhalt aufzukommen, was dem Gesetzgeber angesichts einer Vielzahl ausländischer Alleinerziehender bekannt gewesen sein musste. Wenn der Gesetzgeber diese Situation generell als atypisch bewertet hätte, hätte er eine Sonderregelung schaffen können. Dass dies nicht geschehen ist, zeigt, dass besondere Umstände hinzukommen müssen, um in der Situation eines Alleinerziehenden mit mehreren minderjährigen Kindern deutscher Staatsangehörigkeit einen Ausnahmefall zu sehen. Der Gesetzgeber hat mit § 28 Abs. 1 AufenthG der aus welchen Gründen auch immer entstandenen Situation der ausländischen Alleinerziehenden mit minderjährigen Kindern deutscher Staatsangehörigkeit ausreichend Rechnung getragen, indem er eine befristete Aufenthaltserlaubnis abweichend von der Sicherung des eigenen Lebensunterhalts (§ 5 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG) vorsieht."

VG Karlsruhe, Urteil v. 25.04.2006 - 11 K 1392/05 -

7.3 Ausnahme aufgrund höherrangigen Rechts

Atypische Umstände sind auch dann gegeben, wenn höherrangiges Recht die Erteilung des Aufenthaltstitels erfordert, insbesondere verfassungsrechtliche Wertentscheidungen der Versagung entgegenstehen (z.B. der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit oder das Grundrecht aus Art. 6 Abs. 1 GG).

BVerwG Urteil v. 26.02.2002 - 1 C 21.00 -

VGH Baden-Württemberg, Beschluss v. 05.03.2008 - 11 S 378/08 -

Die Tatsache einer bestehenden Ehe oder sonstigen familiären Lebensgemeinschaft kann für sich betrachtet allerdings noch keinen atypischen Sachverhalt begründen. Entscheidend ist, ob die Lebensgemeinschaft zumutbar auch im gemeinsamen Herkunftsland geführt werden kann.

BVerwG, Urteil v. 26.08.2008 - [1 C 32.07](#) -

Nur wenn dies nicht der Fall ist, zum Beispiel weil einem beteiligten Familienmitglied ein Verlassen der Bundesrepublik nicht zumutbar ist - etwa weil ihm dort flüchtlingsrechtlich relevante Verfolgung droht -, drängt die Pflicht des Staates, die Familie zu schützen, regelmäßig einwanderungspolitische Belange zurück. Bei **Unzumutbarkeit** stehen somit die Regelerteilungsvoraussetzungen des § 5 Abs. 1 AufenthG der Erteilung der Aufenthaltserlaubnis nicht entgegen.

Für Art. 8 EMRK gilt entsprechendes.

BVerwG, Urteil v. 30.04.2009 - [1 C 3.08](#) -
EGMR, Urteil v. 21.12.2001 - [31465/96](#) - (Sen)

Ein atypischer Ausnahmefall wurde vom *VG Berlin* angenommen im Falle eines 25jährigen, in Deutschland geborenen Türken, dessen Ehefrau und seine in Deutschland geborenen Kinder sich erlaubt im Bundesgebiet aufhalten.

VG Berlin, Urteil v. 04.01.2006 - VG 5 V 12.05 - InfAuslR 2006, 194

Der Besitz einer Niederlassungserlaubnis steht der Zumutbarkeit einer Herstellung der familiären Lebensgemeinschaft im Ausland grundsätzlich nicht entgegen.

BVerwG, Urteil v. 30.04.2009 - [1 C 3.08](#) –

7.4 Ausnahmen bei fehlendem Passbesitz


Ein Ausnahmefall im Hinblick auf **fehlenden Passbesitz** ist gegeben, wenn der Ausländer sich rechtmäßig im Bundesgebiet aufhält und aus von ihm nicht zu vertretenden Gründen keinen Pass erlangen kann (BT-Drucks. 15/420 S. 70).

Nach *VGH Baden-Württemberg* liegt ein atypischer Fall vor, wenn der Antragsteller alle zumutbaren Anstrengungen unternommen hat, um seiner **Passpflicht** zu genügen.

VGH Baden-Württemberg, Beschluss v. 05.03.2008 - [11 S 378/08](#) -

7.5 Ausnahme bei Vorliegen eines Ausweisungsgrundes

Zum Fehlen eines Ausweisungsgrundes als Regelerteilungsvoraussetzung vgl.:

 § 5 AufenthG - zu Abs. 1 Nr. 2 - Ausweisungsgrund

Ein Ausweisungsgrund ist nach Nr. 5.1.2.2 VAH-AufenthG nur dann beachtlich, wenn dadurch **aktuell eine Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung oder sonstiger erheblicher Interessen der Bundesrepublik Deutschland** im Sinne von § 55 Abs. 1 AufenthG zu befürchten ist.

Der *VGH Baden-Württemberg* nimmt einen atypischen Geschehensablauf für den Fall an, dass der Ausländer wegen der **Straftat**, die den Ausweisungsgrund und damit das Fehlen einer Regelerteilungsvoraussetzung begründete (vgl. § 5 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG) **nicht belangt wurde und die Straftat inzwischen verjährt** ist.

VGH Baden-Württemberg, Urteil v. 15.09.2007 - [11 S 837/06](#) -

Eine Ausnahme von der Regelerteilungsvoraussetzung kann auch dann vorliegen, wenn zwar ein Ausweisungsgrund wegen einer Straftat vorliegt, jedoch **keine Wiederholungsgefahr** besteht, weil die Straftaten schon lange zurückliegen und der Betroffenen sich persönlich weiterentwickelt hat.

VG Göttingen, Urteil v. 19.01.2006 - [1 A 7/05](#) -

Kann der Betroffene **Ausweisungsschutz** nach § 56 AufenthG für sich in Anspruch nehmen, kann dies bei der Prüfung Berücksichtigung finden, ob eine atypische Fallgestaltung vorliegt, die eine Ausnahme von der Regel des § 5 Abs.1 Nr.2 AufenthG zulässt.

Anlage 8:

Hyper-Text-Kommentar zum Ausländerrecht

Zeitler, HTK-AuslR / § 25 AufenthG / zu Abs. 5 10/2009

Ausgedruckt am 20.05.2010

§ 25 AufenthG - zu Abs. 5

Zitierweise: Zeitler, HTK-AuslR / § 25 AufenthG / zu Abs. 5 10/2009 Nr. ...

1. Allgemein
- 1.1 Zweck der Norm und Anwendungsbereich
- 1.2 Verhältnis zu anderen Normen
- 1.3 Verhältnis zu Absatz 3
2. Rechtliche und tatsächliche Unmöglichkeit der Ausreise
- 2.1 Ausreise
- 2.2 Begriff der „Unmöglichkeit“ (allgemein)
- 2.3 Tatsächliche Unmöglichkeit
- 2.4 Rechtliche Unmöglichkeit
- 2.5 Zeitliche Komponente
3. Allgemeine Erteilungsvoraussetzungen und Versagungsgründe
4. Verschulden
- 4.1 Grundsätzliches
- 4.2 Ursächlichkeit
- 4.3 Pflichtwidrigkeit
- 4.4 Vorwerfbarkeit
- 4.5 Beispiele für das Verschulden in Satz 4
- 4.6 Nachweislast
5. Bindungswirkung
6. Satz 2 - Aussetzung der Abschiebung seit 18 Monaten

1. Allgemein

1.1 Zweck der Norm und Anwendungsbereich

§ 25 Abs. 5 AufenthG fasst die in § 30 Abs. 3 AuslG geregelten Fälle einer Aufenthaltsgewährung, mit denjenigen des § 30 Abs. 4 AuslG zusammen. Gem. § 25 Abs. 5 Satz 1 AufenthG kann (Ermessen) einem Ausländer, der vollziehbar ausreisepflichtig ist, abweichend von § 11 Abs. 1 AufenthG eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, wenn seine Ausreise aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen unmöglich ist und mit dem Wegfall der Ausreisehindernisse in absehbarer Zeit nicht zu rechnen ist. Ziel dieser Bestimmung ist es, Ausländern, die unverschuldet an der Ausreise gehindert sind, ein Aufenthaltsrecht einzuräumen. Damit sollten die unter dem Ausländergesetz 1990 noch üblichen Kettenduldungen vermieden werden. Ursprünglich wollte der Gesetzgeber ganz auf das Rechtsinstitut der Duldung verzichten. Auf der Grundlage der Beschlussempfehlung des Vermittlungsausschusses vom 30. Juni 2004 (vgl. BT-Drucks. 15/347) blieb die nunmehr in § 60a AufenthG geregelte Duldung nach wie vor Bestandteil des geltenden Aufenthaltsgesetzes. Die Vermeidung von Duldungsaufenthalten ist deshalb kein Ziel, welches das Aufenthaltsgesetz um jeden Preis erreichen möchte. Es handelt sich dabei insbesondere nicht um ein Argument, welches die Ausländerbehörde alleine schon zur Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 AufenthG nötigt. Kann ein Ausländer das der freiwilligen Ausreise entgegenstehende Hindernis beseitigen, soll er nicht mit einer Aufenthaltserlaubnis belohnt werden. Im Falle der unmöglichen Abschiebung bei gleichzeitig möglicher (freiwilliger) Ausreise bleibt es daher bei der Duldung.

OVG Lüneburg, Beschluss v. 24.10.2005 - 8 LA 123/05 -

§ 25 Abs. 5 AufenthG hat in der Rechtspraxis die Funktion eines Auffangtatbestandes erhalten. Dies gilt insbesondere für sogen. Verwurzelte, also Ausländer, die sich - gleichgültig aufgrund welcher

Rechtsgrundlage - schon eine lang Zeit im Bundesgebiet aufhalten und hier ihren Lebensmittelpunkt gefunden haben. In diesen Fällen bejaht die Rechtsprechung ein rechtliches Ausreisehindernis aus Art. 8

Abs. 1 EMRK

BVerwG, Urteil v. 27.06.2006 - 1 C 14.05 -
OVG Niedersachsen, Beschluss v. 08.12.2008 - 8 LA 72/08 -

Ausführlich hierzu:

§ 25 AufenthG - zu Abs. 5 - rechtliche Unmöglichkeit

Der **Anwendungsbereich** des § 25 Abs. 5 AufenthG ist jedenfalls grundsätzlich nur dann eröffnet, wenn der Ausländer sich **im Bundesgebiet aufhält**, d.h. vom Ausland aus kann ein Anspruch auf eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 AufenthG nicht geltend gemacht werden.

OVG Hamburg, Beschluss v. 25.08.2006 - 3 Bf 51/06 - AuAS 2007, 2
VG Sigmaringen, Urteil v. 27.04.2007 - 7 K 1/07 -

- Denn eine der Tatbestandsvoraussetzungen des § 25 Abs. 5 AufenthG ist es gerade, dass die Ausreise eines Ausländers aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen unmöglich ist. Nach erfolgter Ausreise gibt es dann aber keine Grundlage mehr dafür, wegen eines Abschiebungshindernisses eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen.

OVG Hamburg, Beschluss v. 25.08.2006 - 3 Bf 51/06 - AuAS 2007, 2
VG Sigmaringen, Urteil v. 27.04.2007 - 7 K 1/07 -

Für Ausländer, die sich im Ausland aufhalten, kann daher eine Aufenthaltserlaubnis aus (dringenden) humanitären Gründen nur nach § 22 AufenthG erteilt werden, wobei insoweit die Sperrwirkung des § 11 Abs. 1 Satz 2 AufenthG entgegensteht.

Dies muss auch im Falle einer Abschiebung jedenfalls dann gelten, wenn die Abschiebung rechtmäßig war.

Im Übrigen fehlt es auch am Vorliegen der von § 25 Abs. 5 AufenthG vorausgesetzten vollziehbaren Ausreisepflicht nach §§ 58 Abs. 2, 50 Abs. 1 AufenthG, da diese mit der Abschiebung des Ausländers aus dem Bundesgebiet erloschen ist.

Die **Vollziehbarkeit der Ausreisepflicht** bestimmt sich nach § 58 Abs. 2 AufenthG

§ 58 AufenthG - zu Abs. 2 - Vollziehbarkeit

1.2 Verhältnis zu anderen Normen

Das Aufenthaltsrecht der Ausländer mit langem Aufenthalt (also der "Verwurzelten") wurde nunmehr durch die mit dem dem Richtlinienumsetzungsgesetz vom 19.08.2008 eingeführte Altfallregelung in den §§ 104a und 104b AufenthG ausführlich geregelt. **Dies spricht dafür den § 25 Abs. 5 AufenthG nunmehr nicht mehr als Auffangnorm zu verstehen.**

A.A. aber: *Eckertz-Höfer*, ZAR 2008, 41; "Systematisch stehen die Altfallregelungen der §§ 104a und 104b AufenthG neben § 25 AufenthG"

Die Bestimmungen über den **Familiennachzug** (§§ 27 ff. AufenthG) werden nicht als abschließend angesehen. **Auch im Verhältnis zu diesen, soll deshalb § 25 Abs. 5 AufenthG eine Auffangfunktion besitzen.**

OVG Niedersachsen, Beschluss v. 08.12.2008 - 8 LA 72/08 -
Bayerischer VGH, Beschluss v. 22.07.2008 - 19 CE 08.781 - InfAuslR 2009, 158

In dem Zusammenhang ist allerdings zu berücksichtigen, dass das Aufenthaltsgesetz mit den **§§ 27 ff. AufenthG zur Verwirklichung des Grundrechts aus Art. 6 GG** (Ehe und Familie) spezielle Regelungen vorhält. Der § 25 Abs. 5 AufenthG kann daher - auch in Verbindung mit Art. 8 EMRK - **keinen allgemeinen**

"Auffangtatbestand" für diejenigen Fälle darstellen, in denen die in den §§ 27 ff AufenthG genannten Voraussetzungen nicht erfüllt werden.

Ebenso: VG Freiburg, Beschluss v. 08.09.2009 - 4 K 1284/09 -

Die Annahme einer rechtlichen Unmöglichkeit der Ausreise im Sinne dieser Vorschrift setzt daher (deutlich) mehr voraus als üblicherweise mit der Aufenthaltsbeendigung und der Rückkehr in das Heimatland verbundene Schwierigkeiten.

OVG Saarland, Beschluss v. 18.12.2008 - 2 A 317/08 -

1.3 Verhältnis zu Absatz 3

Von ihrem Wortlaut her **unterscheidet die Vorschrift nicht zwischen zielstaatsbezogener und inlandsbezogener Unmöglichkeit der Ausreise.** Liegt allerdings ein Umstand vor, der ein Abschiebungshindernis begründet, ist § 25 Abs. 3 AufenthG die speziellere Regelung.

Das Verhältnis zu Absatz 3 hat weit reichende Konsequenzen. Denn erachtet man die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis wegen (zielstaatsbezogener) Abschiebungsverbote nach § 60 Abs. 2, 3, 5 oder 7 AufenthG als abschließend in Absatz 3 geregelt, bleiben für Absatz 5 **nur die inlandsbezogenen Gründe.**

so: Hessischer VGH, Urteil v. 20.07.2006 - 7 UE 509/06 - m.w.N.

Eine andere Auffassung vertritt nunmehr das BVerwG mit dem Hinweis auf einen auch im Falle des Bestehens zielstaatsbezogener Abschiebungshindernisse (Fall des § 25 Abs. 3 AufenthG) noch möglichen eigenständigen Anwendungsbereich des § 25 Abs. 5 AufenthG. Dieser könnte "namentlich zugunsten von Ausländern, bei denen ein Einreise- und Aufenthaltsverbot nach § 11 Abs. 1 AufenthG besteht, von dem nur § 25 Abs. 5 AufenthG ausdrücklich dispensiert" zur Anwendung kommen.

BVerwG, Urteil v. 27.06.2006 - 1 C 14.05 - (Rdnr. 17)

Nach Ansicht des *Hamburgischen Obergerichtes* soll § 25 Abs. 5 Satz 1 AufenthG trotz der für zielstaatsbezogene Abschiebungsverbote bestehenden Regelung in § 25 Abs. 3 AufenthG auch auf den Fall anwendbar sein, dass die freiwillige Rückkehr in den Heimatstaat unmöglich ist, weil für den Ausländer dort Gefahr im Sinne des § 60 Abs. 7 Satz 1 AufenthG besteht.

OVG Hamburg, Beschluss v. 29.11.2007 - 3 Bs 266/05 -

Im dem vom OVG entschiedenen Fall stand der Erteilung der Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 3 AufenthG die Sperrwirkung des § 11 Abs. 1 Satz 2 AufenthG entgegen.

Nach der *hier* vertretenen Auffassung handelt es sich bei Absatz 3 um die im Verhältnis zu Absatz 5 **speziellere Vorschrift.** Denn von allen möglichen Ausreisehindernissen werden die gem. § 60 Abs. 2, 3, 5 und 7 AufenthG bestehenden zielstaatsbezogenen Abschiebungshindernisse von § 25 Abs. 3 AufenthG erfasst. Damit regelt der Absatz 3 einen spezielleren Sachbereich. Dementsprechend sind auch die Erteilungsvoraussetzungen spezialgesetzlich geregelt. Sind diese nicht erfüllt, darf die Spezialität nicht dadurch unterlaufen werden, dass auf das allgemeine Gesetz zurückgegriffen wird. M.a.W.: Kann die Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 3 AufenthG deshalb nicht erteilt werden, weil der Ausländer ausgewiesen, zurückgeschoben oder abgeschoben worden ist (§ 11 Abs. 1 AufenthG), darf diese gesetzgeberische Entscheidung nicht dadurch unterlaufen werden, dass die Aufenthaltserlaubnis nunmehr auf der Grundlage des § 25 Abs. 5 AufenthG erteilt wird.

▲ TOP

2. Rechtliche und tatsächliche Unmöglichkeit der Ausreise

2.1 Ausreise

Während die Absätze 2 und 3 die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis im Falle einer rechtlichen Unmöglichkeit der Abschiebung regeln, betrifft Absatz 5 die Unmöglichkeit der Ausreise.

Der Begriff der Ausreise umfasst die (zwangsweise) Abschiebung und die freiwillige Ausreise

BVerwG, Urteil v. 27.06.2006 - 1 C 14.05

OVG Lüneburg, Urteil v. 29.11.2005 - 10 LB 84/05 -

VGH Baden-Württemberg, Urteil v. 06.04.2005 - 11 S 2779/04 -

Bayerischer VGH, Urteil v. 10.01.2005 - 24 B 03.3389 -

VG Braunschweig, Beschluss vom 10.01.2006 - 6 B 432/05 -

OVG Niedersachsen, Urteil v. 14.09.2005 - 11 A 5589/03 -

Die Unterscheidung verliert jedoch insofern an Bedeutung, als die Rechtsprechung die Unmöglichkeit der freiwilligen Ausreise im Wesentlichen aus den Abschiebehindernissen herleitet (zur Kritik s.u.).

BVerwG, Urteil v. 27.06.2006 - 1 C 14.05

VG Braunschweig, Beschluss vom 10.01.2006 - 6 B 432/05 -

In der Tendenz etwas abweichend der baden-württembergische VGH: Ein rechtliches oder tatsächliches Ausreisehindernis liegt vielmehr erst dann vor, wenn dem Ausländer - über die Unmöglichkeit seiner Abschiebung hinaus - auch die freiwillige Ausreise nicht zuzumuten ist (wobei hier allerdings das Abstellen auf die Zumutbarkeit problematisch erscheint (s.u.).

VGH Baden-Württemberg, Urteil v. 06.04.2005 - 11 S 2779/04 -

Angesichts der unterschiedlichen Terminologie des Gesetzes ("Abschiebung", "Ausreise") wäre es auf jeden Fall verfehlt, die Ausreise lediglich mit der der Abschiebung gleichzusetzen.

Versteht man somit mit der Rechtsprechung die Ausreise als Oberbegriff, wäre wie folgt zu differenzieren:

- Ist die Abschiebung unmöglich, ist dem Betroffenen eine Duldung zu erteilen. In einem zweiten Schritt ist dann die Möglichkeit der freiwilligen Ausreise zu prüfen. Nur wenn diese nicht gegeben ist und der Ausländer die Unmöglichkeit auch nicht zu vertreten hat, kommt die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis in Betracht. Es ist nicht Zweck des Gesetzes, einen vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländer, der auch ausreisen könnte, mit einer Aufenthaltserlaubnis zu belohnen.
- Ist die Abschiebung möglich, wird der Ausländer abgeschoben. Hier bedarf es keiner weiteren Prüfung, ob die freiwillige Ausreise möglich oder unmöglich ist.

Gleichgültig, ob man das Tatbestandsmerkmal "Ausreise" als Oberbegriff versteht oder lediglich die freiwillige Ausreise darunter subsumiert, entscheidende Voraussetzung ist immer die Unmöglichkeit der freiwilligen Ausreise. Dem steht nicht entgegen, dass sich die Unmöglichkeit der freiwilligen Ausreise aus demselben Lebenssachverhalt ergibt, der auch zur Unmöglichkeit der Abschiebung führte.

Beispiele:

Kann der Ausländer wegen Transportunfähigkeit infolge Krankheit nicht abgeschoben werden, ist auch die freiwillige Ausreise nicht möglich.

Vgl. hierzu:

§ 60a AufenthG - zu Abs. 2 - Rechtliche Unmöglichkeit aus anderen Gründen - Krankheit

Ist das Zielland verkehrstechnisch nicht erreichbar, ist die Abschiebung unmöglich und der Ausländer kann auch nicht freiwillig ausreisen.

Z.T. wird die (tatsächliche oder rechtliche) Unmöglichkeit der Abschiebung aber auch als "Mindestvoraussetzung für die entsprechende Unmöglichkeit der Ausreise" angesehen.

So der 11. Senat des *baden-württembergischen Verwaltungsgerichtshofs* unter Hinweis auf die Anknüpfung des § 25 Abs. 5 Satz 1 AufenthG an die Aussetzung der Abschiebung in § 25 Abs. 5 Satz 2 AufenthG.

VGH Baden-Württemberg, Urteil v. 06.04.2005 - 11 S 2779/04 -

Im Ergebnis verlangt aber auch der *baden-württembergischen Verwaltungsgerichtshof* die **Unmöglichkeit der freiwilligen Ausreise** als Tatbestandsvoraussetzung für die Titelerteilung.

VGH Baden-Württemberg, Urteil v. 06.04.2005 - 11 S 2779/04 - Rdnr. 35 a.E.

Hat jedoch das **BAMF das Fehlen von Abschiebungshindernissen nach den Absätzen 2 bis 7 des § 60 AufenthG verbindlich festgestellt**, kann daraus nicht mehr die Unmöglichkeit der Ausreise hergeleitet werden. Wurden andererseits zielstaatsbezogene Abschiebehindernisse verbindlich festgestellt, kommt § 25 Abs. 5 AufenthG nicht mehr zur Anwendung, bzw. tritt hinter der spezielleren Regelung des § 25 Abs. 3 AufenthG zurück. Daraus ergibt sich, dass die in § 60 Abs. 2, 3, 5 oder 7 AufenthG erfassten Fälle in Zusammenhang mit der Titelerteilung nach Absatz 5 keine Rolle mehr spielen - auch nicht als Mindestvoraussetzung für die Unmöglichkeit der Ausreise.

2.2 Begriff der „Unmöglichkeit“ (allgemein)

Die Ausreise ist unmöglich, wenn sie aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen nicht erfolgen kann. Da die Ausreise eine unvertretbare Handlung darstellt, ist die Unmöglichkeit im Hinblick auf den betroffenen Ausländer zu prüfen.

Grundsätzlich kann nicht von der Unmöglichkeit der Abschiebung auf die Unmöglichkeit der Ausreise geschlossen werden (so aber: VG Braunschweig Beschluss v. 10.01.2006 - 6 B 432/05 -).

Beispiel: Ein Ausländer (serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger) kann aus tatsächlichen Gründen nicht abgeschoben werden, weil er keinen Pass besitzt. Es besteht für ihn aber die Möglichkeit, mit einem EU-Laissez-passer in das Kosovo einzureisen.

VG Osnabrück, Urteil v. 05.04.2005 - 5 A 595/04 -

Der Umstand, dass wegen fehlender Zustimmung der UNMIK eine Abschiebung in den Kosovo unmöglich ist, führt für sich genommen allerdings nicht auf die rechtliche Unmöglichkeit einer freiwilligen Ausreise dorthin.

OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 07.02.2006 - 18 E 1534/05 -

Die Unzumutbarkeit kann **nicht einfach in den rechtlich eindeutigen Begriff der Unmöglichkeit hineininterpretiert werden**. Bereits aus § 25 Abs. 3 AufenthG ergibt sich, dass die *Zumutbarkeit* kein Aspekt der *Möglichkeit* der Ausreise ist.

Insbesondere im Zusammenhang mit der rechtlichen Unmöglichkeit ist problematisch ob und in welchem Umfang die Zumutbarkeit der Ausreise zu berücksichtigen ist (siehe hierzu unten 2.4).

2.3 Tatsächliche Unmöglichkeit

Grundsätzlich ist von der Möglichkeit einer (freiwilligen) Ausreise auszugehen, solange der Ausländer nicht durch einen gescheiterten Ausreiseversuch das Gegenteil nachweist. Es bedarf jedoch dann keines Versuchs der freiwilligen Ausreise in den Heimatstaat, wenn von vornherein feststeht, dass dieser Versuch erfolglos bleiben wird.

VGH Baden-Württemberg, Urteil v. 25.06.2003 - 13 S 2767/02 - m.w.N.

VGH Baden-Württemberg, Urteil v. 07.03.1997 - 13 S 1443/95 -

Die Ausreise ist aus **tatsächlichen Gründen** unmöglich, wenn der Ausländer entweder **nicht die Bundesrepublik Deutschland verlassen kann**, oder auf dem **Land-, See- oder Luftwege nicht in den einzig aufnahmebereiten Zielstaat einreisen kann**.

Zumindest in der ersten Alternative dürfte die tatsächliche Unmöglichkeit der Ausreise höchst selten sein. Bezogen auf das Inland wäre die Ausreise aus tatsächlichen Gründen unmöglich, wenn der Ausländer mit Gewalt am Grenzübertritt gehindert würde. Eine derartige Situation wäre allenfalls denkbar, wenn sich der Ausländer in einer Gewahrsamseinrichtung befände.

Verweigert der Herkunftsstaat die Rückübernahme des ausreisepflichtigen Ausländers, begründet dies keine tatsächliche, sondern eine rechtliche Unmöglichkeit, da eine, wenn auch illegale, Einreise in diesen Staat tatsächlich möglich wäre. Ob man dies aber als tatsächliche oder rechtliche Unmöglichkeit wertet ist letztlich gleichgültig, da das Gesetz an die jeweilige Einordnung der Unmöglichkeit keine unterschiedlichen Konsequenzen knüpft.

Auch **fehlender Passbesitz** wird als **tatsächliche Unmöglichkeit** gewertet. Vgl. hierzu:

BayVGH, Beschluss v. 28.12.2005 - 24 C 05.2694 -

Gerade beim fehlenden Passbesitz spielt jedoch die Frage des **Verschuldens** eine große Rolle. (s.u.).

Ein tatsächliches Ausreisehindernis kann vorliegen, wenn ein Ausländer **staatenlos ist und kein aufnahmebereiter Staat vorhanden ist**.

VG Osnabrück, Urteil v. 19.09.2005 - 5 A 736/04 -

Ob die drohende Verschlimmerung einer Krankheit wegen ihrer nur unzureichenden medizinischen Behandlung im Zielstaat zur tatsächlichen Unmöglichkeit der Ausreise führt braucht hier nicht entschieden zu werden, da in diesem Fall ein Abschiebungshindernis nach § 60 Abs. 7 AufenthG in Betracht kommt und dem Ausländern dann eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 3 AufenthG erteilt werden soll.

Vgl. zum Abschiebungshindernis wegen fehlender oder unzureichender Versorgung im Zielstaat:

BVerwG, Urteil v. 29.07.1999 - 9 C 2.99 -

BVerwG, Urteil v. 25.11.1997 - 9 C 58.96 -

BVerwG, Urteil v. 27.04.1998 - 9 C 13.97 - NVwZ 1998, 973

BVerwG, Urteil v. 29.10.2002 - 1 C 1.02 -

Auch der fehlende Besitz eines Passes oder sonstigen Reisedokuments wird als Fall tatsächlicher Unmöglichkeit gewertet.

VGH Baden-Württemberg, Urteil v. 06.04.2005 - 11 S 2779/04 -

2.4 Rechtliche Unmöglichkeit

Zum Begriff der „Unmöglichkeit“ siehe zunächst oben Nr. 2.2.

Die freiwillige Ausreise ist rechtlich unmöglich, wenn dem Ausländer aus Rechtsgründen nicht zuzumuten ist, Deutschland zu verlassen. Allgemeine Widrigkeiten, oder Überlegungen humanitärer Art, die aber keine Abschiebungshindernisse zur Folge haben, bleiben jedoch unberücksichtigt.

Im Einzelnen vgl.:

§ 25 AufenthG - zu Abs. 5 - rechtliche Unmöglichkeit

2.5 Zeitliche Komponente

Die Unmöglichkeit der Ausreise ist nur dann relevant, wenn mit dem Wegfall der Ausreisehindernisse in absehbarer Zeit nicht zu rechnen ist. Entscheidend für die Beurteilung ist der Zeitpunkt Behördenentscheidung, bzw., wenn es zum gerichtlichen Verfahren kommt, die letzte mündliche Verhandlung in der Tatsacheninstanz. Zum entscheidungserheblichen Zeitpunkt darf sich ein Ende des Ausreisehindernisses nicht abzeichnen.

▲ TOP

3. Allgemeine Erteilungsvoraussetzungen und Versagungsgründe

§ 25 Abs. 5 AufenthG befreit nicht von der Beachtung der allgemeinen Erteilungsvoraussetzungen des § 5 AufenthG. Diese müssen daher grundsätzlich erfüllt sein, die Behörde kann aber davon absehen (Ermessen). Vgl. hierzu:

§ 5 AufenthG - zu Abs. 3

OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 20.05.2008 - 18 A 209/07 -

Da die Aufenthaltserlaubnis aber abweichend von § 11 Abs. 1 AufenthG erteilt werden kann, also auch im Falle einer bereits erfolgten Ausweisung, Ab- oder Zurückschiebung, stellt sich die Frage, ob der Regelerteilungsgrund des § 5 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG hier zu prüfen ist.

bejahend:

OVG Sachsen-Anhalt, Beschluss v. 13.07.2006 - 2 O 230/06 -

OVG Hamburg, Beschluss v. 31.05.2006 - 1 Bs 5/06 -

verneinend:

VG Hamburg Urteil v. 24.11.2006 - 10 K 3207/05 - m.w.N.

Das Nebeneinander von der Befreiung vom Versagungsgrund des § 11 Abs. 1 AufenthG und der Regelerteilungsvoraussetzung des § 5 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG lässt sich jedoch ohne weiteres harmonisieren.

Wurde gegen den Ausländer bereits eine Ausweisung verfügt, kann die Behörde die Aufenthaltserlaubnis trotz des Versagungsgrundes aus § 11 Abs. 1 AufenthG im Ermessenswege erteilen. Zusätzlich müssen die Regelerteilungsvoraussetzungen gegeben sein. Hinsichtlich der Voraussetzung aus § 5 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG ist nunmehr zu untersuchen, ob der damalige Ausweisungsgrund bereits verbraucht ist oder ob ein atypischer Fall vorliegt und die Aufenthaltserlaubnis deshalb, trotz Vorliegens eines Ausweisungsgrundes, erteilt werden kann. Ist beides nicht der Fall, gibt § 5 Abs. 3 Satz 2 AufenthG der Ausländerbehörde die Möglichkeit im Ermessenswege zu entscheiden und die Aufenthaltserlaubnis gleichwohl zu erteilen.

Zu demselben Ergebnis gelangt man, wenn man sich der vom VG Hamburg in der o.a. Entscheidung vertretenen Ansicht anschließt. Auch wenn § 5 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG im Falle des § 25 Abs. 5 Satz 1 AufenthG nicht zur Anwendung kommen sollte, ist es der Behörde allerdings nicht verwehrt, im Rahmen ihrer Ermessensentscheidung dennoch die Ausweisung, bzw. die zur Ausweisung führenden Umstände zu berücksichtigen. Im Hinblick auf die Gewichtung ist jedoch die gesetzgeberische Entscheidung zu berücksichtigen, dass eine Ausweisung nicht automatisch zu einer Versagung führen soll. Ermessensfehlerhaft wäre sicherlich eine Entscheidung der Behörde, die die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis mit dem pauschalen Hinweis auf die erfolgte Ausweisung ablehnt, ohne hier eine differenzierte Abwägung vorzunehmen (Ermessensausfall).

Die Sperrwirkung des § 11 Abs. 1 AufenthG steht weder der erstmaligen Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 AufenthG als auch deren Verlängerung nach § 26 AufenthG entgegen.

Die Sperrwirkung wird durch die Erteilung allerdings **nicht beseitigt**, weshalb ein Umstieg auf eine Aufenthaltserlaubnis zu einem anderen Aufenthaltswort grundsätzlich nicht in Betracht kommt. Vgl. hierzu:

▼ § 11 AufenthG - zu Abs. 1 Satz 2 - Versagungsgrund

Im Übrigen müssen auch im Falle des § 25 Abs. 5 AufenthG die **allgemeinen Erteilungsvoraussetzungen (§ 5 AufenthG)** grundsätzlich erfüllt sein, die Behörde kann aber davon absehen (Ermessen).

▼ § 5 AufenthG - zu Abs. 3

Da kein Rechtsanspruch auf Erteilung der Aufenthaltserlaubnis besteht, darf Ausländern, deren **Asylantrag als offensichtlich unbegründet** abgelehnt worden ist, gemäß § 10 Abs. 3 AufenthG vor der Ausreise keine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden.

▲ TOP

4. Verschulden

4.1 Grundsätzliches

Eine Aufenthaltserlaubnis darf nur erteilt werden, wenn der Ausländer **unverschuldet** an der Ausreise gehindert ist.

Während gem. § 30 Abs. 3 AuslG die Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung ausgeschlossen war, wenn der Ausländer die Unmöglichkeit zu vertreten hatte, spricht § 25 Abs. 5 Satz 3 AufenthG von **verschulden**. Eine Änderung in der Sache ist damit nicht verbunden. Die Formulierung ist jetzt nur klarer.

Der Ausländer ist also dann nicht unverschuldet an der Ausreise gehindert, wenn ihm die Unmöglichkeit der Ausreise zum Vorwurf gemacht werden kann.

Verschulden im zivilrechtlichen wie im strafrechtlichen Sinne (wobei man im Strafrecht eher von Schuld spricht) **meint die persönliche Vorwerfbarkeit eines rechtswidrigen Verhaltens**, das gesetzlich vorgesehene Sanktionen zur Folge hat: Schadensersatz, Strafe oder, wie hier, keine Aufenthaltserlaubnis. Vorwerfbar ist ein Verhalten, das den Erfolg (hier die Unmöglichkeit der Ausreise) vorsätzlich oder zumindest fahrlässig herbeiführt.

Ein Verschulden liegt also vor,

- wenn das fragliche Verhalten des Ausländers für die Unmöglichkeit der Ausreise **ursächlich** war
- der Ausländer **pfllichtwidrig** handelte, also gegen eine Rechtsnorm verstieß bzw., bei Unterlassungen gegen eine Handlungs- oder Mitwirkungsverpflichtung verstieß;
- **wissentlich und willentlich (Vorsatz) oder zumindest unter Außerachtlassung der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt (Fahrlässigkeit) handelte.**

4.2 Ursächlichkeit

Eine Ursächlichkeit fehlt immer dann, wenn von vornherein feststeht, dass das Ausreisehindernis auch durch ein pflichtgemäßes Verhalten nicht hätte beseitigt werden können.

VGH Baden-Württemberg, Urteil v. 25.06.2003 - 13 S 2767/02 - m.w.N.

Dem Ausländer kann ein Verschuldensvorwurf nach § 25 Abs. 5 Satz 3 und 4 AufenthG nur gemacht werden, wenn sein Verhalten für die fehlende Möglichkeit der Ausreise **kausal** ist. Zumutbare Handlungen

können daher dann nicht verlangt werden, wenn sie von vornherein aussichtslos sind, d.h. wenn praktisch ausgeschlossen erscheint, dass sie das Ausreisehindernis beseitigen können.

VG Sigmaringen Urteil v. 20.07.2006 - 8 K 577/04 -

4.3 Pflichtwidrigkeit

Dem Ausländer kann nur ein objektiv pflichtwidriges Verhalten vorgeworfen werden.

Von Bedeutung sind in dem Zusammenhang die gesetzlich geregelten **Mitwirkungspflichten** sowie die **gesetzliche Ausreisepflicht an sich**

§§ 49, 82 AufenthG - Mitwirkungspflichten – Überblick

Die Behörde ist gem. § 49 AufenthG verpflichtet, die **Identität eines Ausländers zweifelsfrei festzustellen**. Die dort aufgezeigten Maßnahmen, wie z.B. die erkennungsdienstliche Behandlung nützen jedoch nichts, wenn in den Datenbanken keine Einträge vorhanden sind. Es obliegt dann dem Ausländer alle Umstände, die einen Rückschluss auf seine Identität zulassen, schlüssig vorzutragen und ggf. zu belegen.

Vgl. hierzu auch: OVG Nordrhein-Westfalen, Urteil v. 09.02.1999 - 18 A 5156/96

Wegen der grundsätzlich **bestehenden Passpflicht** (§ 3 AufenthG) handelt ein Ausländer pflichtwidrig, wenn er sich ohne Pass in Deutschland aufhält. Es ist die **ureigene Angelegenheit eines Ausländers seine Identität aufzuklären und sich an die für ihn zuständige Auslandsvertretung um die Ausstellung eines Ausweispapiers zu bemühen**.

OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 05.06.2008 - 18 E 471/08 -

Die **Passlosigkeit** kann dem Ausländer darüber hinaus **vorgeworfen werden**, wenn er **zumutbare Mitwirkungshandlungen zur Beseitigung dieses Hindernisses verweigert**. Es ist einem ausreisepflichtigen Ausländer zumutbar, **ernsthafte Bemühungen** zur Beschaffung von Dokumenten, z.B. Geburtsurkunde, aus seinem Heimatstaat zu unternehmen, wenn die Beantragung eines Ausweispapiers bei der Auslandsvertretung des Heimatstaates unter Vorlage dieser Dokumente nicht von vornherein aussichtslos erscheint. Diese Mitwirkungspflicht ergibt sich insbesondere aus 48 Abs. 3 Satz 1 AufenthG.

OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 10.01.2008 - 18 E 359/07 - (Rdnrn. 15ff)
VGH Baden-Württemberg, Urteil v. 25.06.2003 - 13 S 2767/02

Dabei sind dem Ausländer auch längere Fahrten, z.B. zur Botschaft seines Heimatstaates zu zumuten.

Ein ausreisepflichtiger Ausländer hat grundsätzlich **alle** zur Erfüllung seiner Ausreisepflicht erforderlichen Maßnahmen, und damit auch die zur Klärung seiner Identität und zur Beschaffung eines gültigen Passes oder Passersatzpapiers, grundsätzlich ohne besondere Aufforderung durch die Ausländerbehörde unverzüglich einzuleiten. Dabei hat er sich gegebenenfalls unter Einschaltung einer Mittelsperson in seinem Heimatland um erforderliche Dokumente und Auskünfte zu bemühen, wobei es grundsätzlich auch zumutbar ist, einen Rechtsanwalt im Herkunftsstaat zu beauftragen.

OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 14.03.2006 - 18 E 924/04 -
OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 02.10.2005 - 18 B 1526/05 -
OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 09.02.1999 - 18 A 5156/96 -

Dabei ist es nicht Sache der Ausländerbehörde sondern des Ausländers, sich gegebenenfalls die dafür erforderlichen finanziellen Mittel auf der Grundlage etwa von § 6 AsylbLG zu beschaffen

OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 05.06.2008 - 18 E 471/08 -

Von einem Asylberechtigten kann allerdings nicht verlangt werden, dass er sich wegen der Ausstellung eines Passes an Stellen des Verfolgerstaates wendet.

Außerdem würde sich der Betroffene mit der Beantragung und ggf. Annahme eines vom Verfolgerstaat ausgestellten Passes dem Risiko aussetzen, dass hierin ein Asylerröschentatbestand nach § 72 Abs. 1 Nr. 1 AsylVfG gesehen wird.

VG Hamburg, Urteil v. 24.11.2006 - 10 K 3207/05

Gem. § 49 Abs. 5 AufenthG darf das gesprochene Wort des Ausländers auf Ton- oder Datenträger aufgezeichnet werden zur Bestimmung des Herkunftsstaates oder der Herkunftsregion des Ausländers kann. Pflichtwidrig handelt ein Ausländer, der sich weigert, an einer entsprechenden Sitzung teilzunehmen oder der Behörde keine Möglichkeit gibt, seine Sprache aufzuzeichnen.

4.4 Vorwerfbarkeit

Vorwerfbarkeit besteht regelmäßig dann, wenn der Ausländer durch ein in seinem freien Willen stehendes Verhalten seine freiwillige Ausreise und seine Abschiebung verhindert oder wesentlich verzögert.

BVerwG, Urteil v. 08.04.1997 - 1 C 12.94

BVerwG, Urteil v. 24.11.1998 - 1 C 8.98

Ist die Möglichkeit der freiwilligen Ausreise nicht von vornherein ausgeschlossen, muss der Ausländer alle ihm möglichen und zumutbaren Maßnahmen zur Beseitigung des Ausreisehindernisses ergreifen. Tut er dies nicht, kann ihm die Unmöglichkeit zum Vorwurf gemacht werden.

Zu verschulden hat ein Ausländer die Unmöglichkeit der Ausreise auch dann, wenn er deshalb nicht ausreisen kann, weil er im Zielstaat wegen früher begangener Straftaten verfolgt wird.

Vgl. hierzu: *Heinhold*, ZAR 2003, 218 (a.A. unter Hinweis auf den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz); *Hailbronner*, Ausländerrecht, § 30 AuslG Rdnr. 39

Ein Ausländer hat ein Ausreisehindernis grundsätzlich dann zu vertreten, wenn dieses darauf beruht, dass er seine Staatsangehörigkeit freiwillig aufgegeben hat, ohne eine neue Staatsangehörigkeit zu erwerben.

BVerwG, Urteil v. 24.11.1998 - 1 C 8.98

4.5 Beispiele für das Verschulden in Satz 4

§ 25 Abs. 5 Satz 4 AufenthG gibt Beispiele („insbesondere“) für ein Verschulden des Ausländers: Ein Verschulden liegt danach insbesondere vor, wenn

- der Ausländer falsche Angaben macht oder
- über seine Identität oder seine Staatsangehörigkeit täuscht, oder
- zumutbare Anforderungen zur Beseitigung der Ausreisehindernisse nicht erfüllt.

Bezüglich der ersten Variante(falsche Angaben) ist praktische Relevanz fraglich. Denn wenn die Angaben des Ausländers als falsche entlarvt sind, können sie korrigiert und somit das Ausreisehindernis beseitigt werden. Höchstens bei der Entscheidung der Ausländerbehörde über die Rücknahme einer rechtswidrigen Aufenthaltserlaubnis (§ 48 VwVfG) könnte diese Variante eine Rolle spielen - allerdings würde man bei Anwendung allgemeiner Grundsätze zum selben Ergebnis gelangen.

Für die zweite Variante (Täuschung über die Identität oder Staatsangehörigkeit) gilt nichts anderes. Entweder die Täuschung hat die Unmöglichkeit der Ausreise zur Folge oder sie wird entdeckt mit der Konsequenz, dass die Täuschungshandlung dann für eine eventuell noch bestehende Unmöglichkeit nicht mehr ursächlich ist, bzw. eine Unmöglichkeit nicht mehr besteht.

Einzig das dritte Beispiel vorwerfbaren Verhaltens kann in der Praxis von großer Bedeutung sein. Der Ausländer handelt danach schuldhaft, wenn er zumutbare Anforderungen zur Beseitigung der

Ausreisehindernisse nicht erfüllt. Inzident folgt aus dieser Regelung die Verpflichtung des Ausländers, alles in seiner Kraft Stehende und ihm Zumutbare dazu beizutragen, etwaige Ausreisehindernisse zu überwinden. Dazu ist es nicht erforderlich, dass der Ausländer sich „förmlich“ weigert, ein Ausreisehindernis zu beseitigen; es genügt, dass er zumutbare Handlungen zur Ermöglichung seiner Ausreise schlicht unterlässt oder verzögert.

Die Frage, welche Anforderungen zumutbar sind, ist zunächst am Maßstab des § 82 Abs. 1 AufenthG zu beurteilen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass auch die Ausländerbehörde verpflichtet ist, den Ausländer auf seine Mitwirkungspflichten hinzuweisen (§ 82 Abs. 3 AufenthG).

Die Behörde kann auch nicht einfach zuwarten und dann an die Passivität des Ausländers negative Konsequenzen knüpfen. Dies verbietet schon der **Grundsatz des fairen Verfahrens** als eines Elements der Rechtsstaatlichkeit, denn der Einzelne darf nicht zum bloßen Objekt staatlichen Handelns gemacht werden (vgl. BVerfGE 101, 397). Die Behörde hat deshalb ihren Wissensvorsprung zu nutzen und den Ausländer anzuleiten (vgl. auch BT-Drucks. 15/420 S. 96).

Dem Ausländer kann nur insoweit ein Verschulden angelastet werden, als es um Handlungen geht, die ihm bekannt sind und die er persönlich auch bewältigen kann.

Auf der anderen Seite gilt natürlich auch: Je mehr die Ausländerbehörde den Ausländer unterstützt und anleitet, desto mehr Pflichten bestehen für ihn, die aufgezeigten Gelegenheiten zur Beseitigung von Ausreisehindernissen wahrzunehmen. So schafft gerade die aktive und fordernde Ausländerbehörde möglicherweise die Grundlage für die spätere Feststellung einer schuldhaften Verweigerung des Ausländers.

Ausführlich zur Pflichtenverteilung (Mitwirkungs- und Initiativpflicht des Ausländers):

Bayerischer VGH, Beschluss v. 19.12.2005 - 24 C 05.2856 -

Die Einschaltung eines Anwalts im Heimatland kann vom Ausländer nur dann gefordert werden, wenn ihm dieser Weg bekannt ist und entsprechende Kontakte bestehen. Auch können keine Unterlagen aus der Heimat nachgefordert werden, wenn der Ausländer dort über keinerlei Kontakte mehr verfügt.

Bayerischer VGH, Beschluss v. 19.12.2005 - 24 C 05.2856 -

Für zumutbar wird erachtet, dass der Ausländer eine von den Behörden des Herkunftsstaats geforderte so genannte **Freiwilligkeitserklärung** abgibt.

OVG Nordrhein-Westfalen, Urteil v. 18.06.2008 - 17 A 2250/07 - m.w.N.

Diese Bereitschaft zur freiwilligen Rückkehr **kann und muss** von einem Ausländer erwartet werden. Denn die Funktionsfähigkeit einer Rechtsordnung setzt voraus, dass nicht nur Rechte in Anspruch genommen, sondern auch Pflichten akzeptiert werden.

Nach Ansicht des Hessischen VGH gilt die Obliegenheit zur Abgabe einer Freiwilligkeitserklärung selbst dann, wenn das Ansinnen des betreffenden Staats als völkerrechtswidrig eingestuft werden müsste (fraglich).

So: Hessischer VGH, Beschluss v. 28.01.2005 - 9 UZ 1412/04

Beispiel einer zumutbaren Freiwilligkeitserklärung: *"Hiermit erkläre ich, dass ich freiwillig in die Islamische Republik Iran zurückkehren möchte."* (nach OVG Nordrhein-Westfalen a.a.O. - 17 A 2250/07)

Nicht zumutbar sind Nachfragen in der Heimat, wenn dadurch Familienangehörige gefährdet werden können.

Bayerischer VGH, Beschluss v. 19.12.2005 - 24 C 05.2856 -

4.6 Nachweislast

Die Unmöglichkeit der freiwilligen Ausreise ist ein für den Ausländer - zumindest im Hinblick auf die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis - günstiger Umstand. Den Ausländer trifft hier die Verpflichtung, entsprechende Nachweise vorzulegen. Die Behörde hat ihn auf diese Verpflichtung hinzuweisen (vgl. § 82 Abs. 3 AufenthG).

Der Ausländer hat auch nachzuweisen, dass er zumutbare Maßnahmen zur Beseitigung des Ausreisehindernisses ergriffen hat.

Die Ausländerbehörde trägt prinzipiell die Feststellungslast für das in § 25 Abs. 5 Sätze 3 und 4 AufenthG normierte Vertretenmüssen.

Davon abweichend gehen Zweifel in Bezug auf die Identitätsaufklärung und die Unmöglichkeit einer Passbeschaffung regelmäßig zu Lasten des Ausländers, weil er für die ausschließlich seinem Einflussbereich unterliegenden, ihm günstigen Tatsachen darlegungs- und beweispflichtig ist.

OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 10.01.2008 - 18 E 359/07 -

OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 14.03.2006 - 18 E 924/04 -

Insbesondere Zweifel in Bezug auf die Identitätsaufklärung und die Unmöglichkeit einer Passbeschaffung gehen zu Lasten des Ausländers.

OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 05.06.2008 - 18 E 471/08 -

Erst wenn ein Ausländer die üblichen Mitwirkungshandlungen erfüllt hat, trägt die Ausländerbehörde die Darlegungs- und Beweislast dafür, welche konkreten weiteren und nicht von vornherein aussichtslosen Mitwirkungshandlungen der Betroffene zur Beseitigung des Ausreisehindernisses noch unternehmen kann.

OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 05.06.2008 - 18 E 471/08 -

▲ TOP

5. Bindungswirkung

Hat das BAMF das Vorliegen von Abschiebungshindernissen verneint, bejaht die Rechtsprechung eine Bindung der Ausländerbehörde an diese Entscheidung, auch im Zusammenhang der Entscheidung über den Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 AufenthG.

OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 10.01.2008 - 18 E 359/07 -

OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 07.02.2006 - 18 E 1534/05 -

OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 14.03.2005 - 18 E 195/05 - InfAusIR 2005, 263

OVG Lüneburg, Beschluss v. 24.10.2005 - 8 LA 123/05 -

VGH Baden-Württemberg, Beschluss v. 15.07.2005 - 13 S 1103/05

VGH Baden-Württemberg, Urteil v. 06.04.2005 - 11 S 2779/04 -

Bayerischer VGH, Beschluss v. 08.11.2005 - 24 CS 05.2630 -

VG Karlsruhe, Urteil v. 07.09.2005 - 4 - K 1390/03 -

Die Bindungswirkung der Entscheidungen des Bundesamtes gilt gem. § 42 Abs. 1 AsylVfG allerdings nur für die Feststellung im Zusammenhang mit *Abschiebungshindernissen*. Hat das BAMF allerdings festgestellt, dass ein ein Abschiebungshindernis begründender Sachverhalt nicht gegeben ist, spricht zumindest eine Vermutung dafür dass aus diesem Sachverhalt *erst recht* kein Ausreisehindernis abzuleiten ist.

Soweit aber kein Asylantrag gestellt worden ist, ist nach der Auffassung einiger Gerichte die Berücksichtigung von zielstaatsbezogenen Umständen möglich (vgl. BayVGh, Beschluss vom 8.11.2005 - 24 CS 05.2630 - 3 S.,; OVG Niedersachsen, Beschluss vom 24.10.2005 - 8 LA 123/05 -

Wird im Falle des § 60 Abs. 7 Satz 1 AufenthG wegen Satz 2 ein Abschiebungshindernis verneint, besteht auch die rechtliche Möglichkeit der Ausreise. Insofern kann schon aus gesetzessystematischen Gründen keine Korrektur über § 25 Abs. 5 AufenthG erfolgen. Etwas anderes gilt allerdings dann, wenn die Entscheidung über die Ausreise wegen des Ausmaßes der Gefährdung der Disposition des Ausländers entzogen ist. Im Rahmen einer verfassungskonformen Anwendung des § 50 AufenthG müsste man dann

zur vorläufigen Aussetzung der Ausreisepflicht gelangen. Dies sind dann aber auch die Fälle, in denen bei Untätigkeit der obersten Landesbehörde nach § 60a Abs. 1 AufenthG ein Abschiebungshindernis zur Vermeidung einer verfassungswidrigen Schutzlücke anzunehmen ist. Dieses führt dann über § 25 Abs. 3 AufenthG zur Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis, so dass es keines Rückgriffs auf Absatz 5 bedarf.

Vgl. zum Verhältnis der Absätze 3 und 5 auch:

OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 07.02.2006 - 18 E 1534/05 -

 TOP

6. Satz 2 - Aussetzung der Abschiebung seit 18 Monaten

Gem. § 25 Abs. 5 Satz 2 AufenthG soll die Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, wenn die Abschiebung seit mehr als 18 Monaten ausgesetzt ist.

Es ist strittig, ob Satz 2 systematisch an Satz 1 anknüpft, also die Tatbestandsvoraussetzungen des Satzes 1 vorliegen müssen und sich lediglich die Rechtsfolge ändert,

so:

BVerwG, Urteil v. 27.06.2006 - 1 C 14.05

OVG Lüneburg, Beschluss v. 24.10.2005 - 8 LA 123/05 - (Rdnr. 7)

VGH Baden-Württemberg, Urteil v. 06.04.2005 - 11 S 2779/04 -

VGH Baden-Württemberg, Beschluss v. 24.11.2005 - 11 S 1078/05 -

VG Karlsruhe, Urteil v. 07.09.2005 - 4 - K 1390/03 -

Nr. 25.5.2 VAH-AufenthG


oder ob es sich bei Satz 2 um eine eigenständige Erteilungsvariante handelt

so: Göbel-Zimmermann, ZAR 2005, 275 m.w.N.

Vom Wortlaut her sind beide Ansichten vertretbar. Die systematische Stellung im Anschluss an Satz 1 spricht eher für die Ansicht, die im Falle einer 18-monatigen Aussetzung der Abschiebung eine Modifizierung der Rechtsfolge (Regelentscheidung statt Ermessen) annehmen möchte. Für die Qualifizierung als selbständige Rechtsgrundlage ohne Anknüpfung an Satz 1 lässt sich zwar die gesetzgeberische Leitlinie "Keine Kettenduldungen mehr" ins Feld führen. Der Gesetzgeber hat diesem Ziel aber keine absolute Priorität eingeräumt. Dies macht insbesondere auch § 25 Abs. 3 Satz 2 deutlich: Obwohl die aus der EMRK abzuleitenden Abschiebungshindernisse absolute Geltung beanspruchen können,

Vgl.

EGMR (Chahal ./ VK) Urteil v. 15.11.1996 - Nr. 70/1995/576/662, InfAuslR 1997, 97

 § 60 AufenthG - zu Abs. 5 - Art. 3 EMRK

der Ausländer also auf unabsehbare Zeit zu dulden sein wird, wird die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis dennoch von der Möglichkeit und Zumutbarkeit der Ausreise, der Erfüllung von Mitwirkungspflichten sowie davon abhängig gemacht, dass keine schwerwiegenden Gründe dagegen sprechen. Kettenduldungen sollen also nach Möglichkeit vermieden, der Ausländer aber auch nicht unverdientermaßen mit einem Aufenthaltstitel belohnt werden. Daher entspricht es dem Sinn und Zweck der gesetzlichen Regelung, in Satz 2 lediglich eine Einschränkung des Entscheidungsspielraums zu sehen.

Die **Tatbestandsvoraussetzungen** für die gebundene Entscheidung sind daher **dieselben wie für die Ermessensentscheidung**. § 25 Abs. 5 Satz 2 AufenthG enthält somit keinen eigenständigen Erteilungstatbestand.

Art. 8 EMRK

Jede Person hat das Recht auf Achtung ihres Privat- und Familienlebens.

Eingriff nur erlaubt, wenn dieser gesetzlich vorgesehen ist.

Familienleben Art. 6 GG

Bindung innerhalb der Kernfamilie

- Eheleute
- Eltern ↔ minderjährige Kinder
- minderjährige Geschwister

Erweiterung nur wenn zusätzliches Element einer Abhängigkeit.

Privatleben

Summe der persönlichen, gesellschaftlichen, beruflichen und wirtschaftlichen Bindungen.

Aber:

Vermittelt kein unmittelbares Recht auf Einreise und Aufenthalt
d.h. keine Anspruchsgrundlage

Wo prüfe ich Art. 8 EMRK:

- § 25 Abs. 5 rechtliches Hindernis

- Ausweisung

§ 53	}	Ermessensentscheidung
§ 54		
§ 55		

- Befristungsantrag
(Ermessensentscheidung)

Wie prüfe ich Art. 8 EMRK:

1. Vertrauensposition
durch langjährigen Voraufenthalt

2. Verwurzelung
in Deutschland

} Feststellung ob Schutzbereich eröffnet

3. Verhältnismäßigkeit
wie stark wiegt persönliches Interesse
gegen Interesse der Allgemeinheit

} Feststellung ob Eingriff in
Schutzbereich gerechtfertigt

Schutzbereich:

1. Vertrauensposition

Länge des Voraufenthaltes (ca. 8 – 10 Jahre)

Problem:

Qualität des Voraufenthaltes

Rechtmäßiger Voraufenthalt notwendig? (strittig)

→ Verlagerung der Auseinandersetzung in Ermessensentscheidung!

Eigenverschulden bei Duldung?

Aus Duldungszeitraum in legalen
Aufenthalt überhaupt möglich?

Mitverschulden der Behörde
ersichtlich?

Wird irgendwie vermittelt, dass
alles so weiter geht?

2. Verwurzelung

Auf Dauer angelegter Lebensmittelpunkt

- wirtschaftliche Integration
 - Lebensunterhaltsicherung
 - Schulische Laufbahn
 - Ausbildung
 - Berufschancen
- soziale / kulturelle Integration
 - Freundeskreis
 - Freizeitgestaltung
 - Freiwillige Dienste
- Sprache
- Familie (über Art. 6 GG)

3. Verhältnismäßigkeit / Eingriffsrechtfertigung

Ist ein Eingriff in den Schutzbereich gerechtfertigt?

Persönliches Interesse Antragssteller	öffentliches Interesse der Allgemeinheit
<ul style="list-style-type: none">- Privatleben in Deutschland	<ul style="list-style-type: none">- Zuwanderungsregelung- Aufrechterhaltung öffentlicher Ordnung

- rechtmäßiger Voraufenthalt
- Eigenverschulden
- Mitwirkungsverhalten
- Gewichtung der Verwurzelungsindizien
- Entwurzelung im Heimatland
- Allgemeine Erteilungsvoraussetzungen § 5 AufenthG

**Beschlussempfehlungen und Berichte
des Petitionsausschusses
zu verschiedenen Eingaben**

Inhaltsverzeichnis

1.	14/3708	Besoldung/Tarifrecht	FM	8.	14/4346	Bausachen	WM
2.	14/4211	Kommunale Angelegenheiten	IM	9.	14/4266	Beschwerden über Be- hörden (Dienstaufsicht)	JuM
3.	14/4442	Schulwesen	KM	10.	14/4391	Schulwesen	KM
4.	14/4147	Denkmalschutz/ Denkmalpflege	WM	11.	14/4245	Ausländerrecht	IM
5.	14/4392	Forsten	MLR	12.	14/4238	Staatsanwaltschaften	JuM
6.	14/4405	Staatsangehörigkeit/ Personenstandswesen	IM	13.	14/4419	Staatsanwaltschaften	JuM
7.	14/4322	Schulwesen	KM	14.	14/4337	Gesundheitswesen	SM

1. Petition 14/3708 betr. Beihilfeangelegenheit

Der Vater des Petenten war ehemaliger Landesbeamter und seit seiner Zuruhesetzung Versorgungsempfänger mit einem Beihilfebemessungssatz von 70 %. Er hatte nach seiner Zuruhesetzung seinen ständigen Wohnsitz in die Schweiz verlegt.

Der Vater des Petenten beantragte beim Landesamt für Besoldung und Versorgung – LBV – Ende 2008 Beihilfe zu Aufwendungen anlässlich einer notfallmäßig erforderlichen stationären Krankenhausbehandlung in einer privaten Spezialklinik in der Schweiz. Die angefallenen Kosten in Höhe von umgerechnet insgesamt 43.581,82 Euro wurden in Höhe von 35.854,17 Euro als beihilfefähig anerkannt. Auf der Basis seines Bemessungssatzes wurde eine Beihilfe von 25.097,93 Euro festgesetzt und ausbezahlt. Der gegen diesen Bescheid eingelegte Widerspruch wurde mit Widerspruchsbescheid vom 28. Januar 2009 zurückgewiesen. Klage wurde nicht erhoben.

Der Vater des Petenten beantragte im Wege der Petition seine ihm entstandenen Kosten anlässlich des akut notwendigen Krankenhausaufenthalts in vollem Umfang als beihilfefähig anzuerkennen. Die Kürzung der Beihilfe stelle für ihn eine unzumutbare Härte dar und würde gegen europarechtliche Bestimmungen über die Freizügigkeit verstoßen, insbesondere gegen die EWG Verordnung Nr. 1408/71. Der Klageweg sei mangels finanzieller Möglichkeiten nicht beschritten worden.

Die Beihilfefähigkeit von außerhalb Deutschlands entstandenen krankheitsbedingten Aufwendungen ist in § 13 der Beihilfeverordnung – BVO – geregelt. Nach § 13 Abs. 1 BVO und den Verwaltungsvorschriften hierzu sind außerhalb der Bundesrepublik entstandene Aufwendungen nur insoweit und bis zu der Höhe beihilfefähig, wie sie in Deutschland, am Sitz der Beihilfestelle oder deren nächster Umgebung, entstanden und beihilfefähig gewesen wären. Da bei einer Krankenhausbehandlung in Deutschland die Aufwendungen für stationäre ärztliche Leistungen nach § 6 a der Gebührenordnung für Ärzte – GOÄ – um 25 % zu kürzen sind, war eine entsprechende Kürzung im Rahmen des Kostenvergleichs auch hier vorzunehmen. § 6 a GOÄ sieht die pauschale Minderung des Arzthonorars für Fälle vor, in denen der Arzt die Behandlung oder Teile hiervon im Krankenhaus vornimmt und dabei die Infrastruktur des Krankenhauses nutzt. Nach bestätigter Auffassung durch den BGH ist der Arzt auch immer dann zu pauschalen Minderungen des Honorars verpflichtet, wenn er auf Veranlassung des Krankenhauses für einen im Krankenhaus behandelten Patienten, der wahlärztliche Leistungen mit dem Krankenhaus vereinbart hat, in Zusammenhang mit der Krankenhausbehandlung stehende ärztliche Leistungen erbringt. Bei einer anderen Behandlung der im Ausland entstandenen Aufwendungen würde der Beihilfeberechtigte finanziell besser gestellt als beim Verbleiben am Wohnort.

Der VGH Baden-Württemberg hat mit Beschluss vom 10. Juli 2002 – 4S 1094/02 – die Vergleichsberechnung bei im Ausland angefallenen ärztlichen Leistun-

gen und die Anwendung der GOÄ sowie die Kürzung um 25 % gem. § 6 a GOÄ ausdrücklich bestätigt. Der Umstand, dass die GOÄ von im Ausland tätigen Ärzten nicht eingehalten werden muss, sei nicht entscheidungserheblich. Entscheidend sei allein die Frage, welche Aufwendungen im Inland angefallen wären. In Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs vom 28. April 1998 – C120/95 und C 158/96 – zum gesetzlichen Krankenversicherungsrecht wurde dies indirekt bestätigt: die gesetzliche Krankenversicherung wurde verpflichtet, bei im EU-Ausland erbrachten Leistungen Kassenleistungen in gleichem Umfang zu erbringen, wie sie bei einer Behandlung im Inland angefallen wären. Das Bundesverwaltungsgericht hat zudem mehrfach, so auch in einem Urteil vom 20. September 1988 – 2 B 91.88 – ausgeführt, dass die Beschränkung der Beihilfefähigkeit für eine Krankenhausbehandlung im Ausland im Rahmen des dem Verordnungsgeber zustehenden Ermessensspielraums der konkreten Ausgestaltung seiner Fürsorgepflicht liegt.

Auf die nur eingeschränkte Beihilfefähigkeit von krankheitsbedingten Aufwendungen bei Aufenthalt im Ausland weist das Landesamt in unregelmäßigen Abständen alle Bezügeempfänger durch Merkblätter hin, seit 2005 regelmäßig vor Beginn der Hauptreisezeit auch auf der Homepage des LBV. Unabhängig hiervon kann vom Dienstherrn erwartet werden und wäre für einen ehemaligen Beamten des gehobenen Dienstes (Oberamtsrat) auch zumutbar gewesen, dass er sich bei einer derart weitreichenden Entscheidung wie der Verlegung des ständigen Wohnsitzes ins Ausland hinreichend über mögliche Konsequenzen hinsichtlich seines Krankenversicherungsschutzes informiert und gegebenenfalls eine Zusatzversicherung zur Abdeckung verbleibender Risiken abschließt. Von der Rechtsprechung wurde bestätigt, dass die Unkenntnis des Beihilfeberechtigten bezüglich der Folgen der beihilferechtlichen Vergleichsberechnung und der damit unter Umständen einhergehenden Deckungslücken keine andere Handhabung rechtfertigen (vgl. BayVGH, Urteil vom 29. März 1995 – 3 B 94.1884 –).

Auch für eine Härtefallentscheidung nach § 5 Abs. 6 BVO fehlt die Grundlage. Aufwendungen, die ausdrücklich von der Beihilfefähigkeit ausgenommen sind oder wie im Falle des Vaters des Petenten der Betragshöhe nach (auf die Kosten im Inland) begrenzt sind, sind hiervon ausdrücklich ausgenommen.

In einer nachgeschobenen Begründung berief sich der Vater des Petenten darauf, dass für die Gewährung von Versicherungsleistungen im Krankheitsfall dann, wenn sich der Berechtigte im Ausland aufhält, in Bezug auf Deutschland und die Schweiz die EWG Verordnung Nr. 1408/71 Anwendung finde. Weiter ging er davon aus, dass diese Verordnung „ähnlich einem Sozialversicherungsabkommen sei“ und daher das seit dem 1. Juni 2002 geltende bilaterale Sozialversicherungsabkommen Deutschland-Schweiz größtenteils außer Kraft setzen würde. Weiterhin vertrat er die Ansicht, dass die Regelung in § 13 BVO europarechtswidrig wäre.

Zur Beantwortung der Frage, ob die Kürzung der Beihilfefähigkeit von im Ausland entstandenen Aufwen-

dungen auf Grundlage eines Inlandskostenvergleichs rechtmäßig ist, kommt es maßgeblich auf die Anwendung und Auslegung der einschlägigen Vorschriften des Beihilfe- und Sozialversicherungsrechts an.

Bei der vorzunehmenden rechtlichen Bewertung sind folgende Gesichtspunkte zu berücksichtigen:

1. Der Inlandskostenvergleich nach § 13 Abs. 1 BVO dürfte an den Bestimmungen des Abkommens der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Schweizerischen Eidgenossenschaft andererseits über die Freizügigkeit vom 21. Juni 1999 (im folgenden: Abkommen) zu messen sein. Dieses ist kraft Ratifikation durch den Deutschen Bundestag mit Gesetz vom 2. September 2001 (BGBl. II S. 810) in den Rang einfachen Bundesrechts überführt worden.

Das Abkommen bestimmt in Artikel 1 Buchst. b als sein Ziel unter anderem die „Erleichterung der Erbringung von Dienstleistungen im Hoheitsgebiet der Vertragsparteien, insbesondere (die) Liberalisierung kurzzeitiger Dienstleistungen“. Nach Artikel 5 Abs. 1 wird einem Dienstleistungserbringer gemäß Anhang I das Recht eingeräumt, Dienstleistungen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei zu erbringen, deren tatsächliche Dauer 90 Arbeitstage pro Kalenderjahr nicht überschreitet. Artikel 5 Abs. 3 räumt natürlichen Personen, die Staatsangehörige eines Mitgliedstaates der Europäischen Gemeinschaft oder der Schweiz sind und sich nur als Empfänger einer Dienstleistung in das Hoheitsgebiet einer Vertragspartei begeben, das Einreise- und Aufenthaltsrecht ein. Nach Artikel 5 Abs. 4 bestehen die in diesem Artikel genannten Rechte gemäß den Bestimmungen der Anhänge I, II und III. Anhang I bestimmt in Artikel 17 Buchst. a, dass hinsichtlich der Erbringung von Dienstleistungen gemäß Artikel 5 des Abkommens Beschränkungen grenzüberschreitender Dienstleistungen im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei, deren Dauer 90 tatsächliche Arbeitstage pro Kalenderjahr nicht überschreitet, untersagt sind.

Das Bundesverwaltungsgericht sieht ärztliche Dienstleistungen, die in der Schweiz gegenüber einem deutschen Staatsangehörigen erbracht worden sind, als grenzüberschreitende Dienstleistungen im Sinne des Abkommens an. Zur Auslegung greift es dabei unter Hinweis auf die Einleitungsformel des Abkommens (*„entschlossen, diese Freizügigkeit zwischen ihnen auf der Grundlage der in der Europäischen Gemeinschaft geltenden Bestimmungen zu verwirklichen“*) auf die Bestimmungen des EG-Vertrages zur Dienstleistungsfreiheit (Artikel 49, 50 EG) und die bis 1999 hierzu ergangene EuGH-Rechtsprechung zurück (vgl. BVerwG, Urteil vom 19. Februar 2009 – 2 BN 1.07 –, DÖD 2009, 190, 192).

Als Beschränkung hinsichtlich der Erbringung dieser Dienstleistungen im Sinne von Artikel 17 Buchst. a Anhang I des Abkommens wertet das Bundesverwaltungsgericht, wenn die Erstattung ihrer Kosten einer ungünstigeren Regelung unter-

liegt als die Erstattung der Kosten einer inländischen Dienstleistung. Zur Begründung zieht es wiederum die zu Artikel 49 EG ergangene EuGH-Rechtsprechung heran (BVerwG, a. a. O. S. 192 f.).

Vorbehaltlich einer vertieften Prüfung anhand der maßgeblichen EuGH-Rechtsprechung dürfte danach der Inlandskostenvergleich für im Ausland entstandene Aufwendungen mit Artikel 17 Buchst. a Anhang I des Abkommens vereinbar sein. Denn § 13 Abs. 1 BVO zielt gerade auf eine gleichmäßige Kostenerstattung für Auslands- und Inlandsbehandlungen.

Hierfür spricht im Übrigen auch, dass sich bei unmittelbarer Anwendung der Binnenmarktvorschriften des EG-Vertrages die Leistungsansprüche eines Krankenversicherten im Falle einer Auslandsbehandlung nach dem Recht des für die Krankenversicherung zuständigen Trägers richten und die zuständige Krankenkasse höchstens das zu zahlen hat, was sie bei einer Inlandsbehandlung aufgebracht hätte (vgl. EuGH, Urteil vom 13. Mai 2003, Rs. C-385/99 – „*Müller-Fauré*“, Tz. 106 f., NJW 2003, 2298, 2302; ferner *Becker*, NJW 2003, 2272, 2274 f. m. w. N.).

2. Die Auffassung des Vaters des Petenten, die Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates vom 14. Juni 1971 über die Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und Selbstständige sowie deren Familienangehörige, die innerhalb der Gemeinschaft zu und abwandern, sei auf ihn anwendbar, dürfte zwar zutreffen. Allerdings dürfte sich aus der Verordnung für die Frage der Zulässigkeit des Inlandskostenvergleichs nach § 13 Abs. 1 BVO nichts herleiten lassen.

Anhang II des oben genannten Abkommens bestimmt in Artikel 1, dass die Vertragsparteien übereinkommen, im Bereich der Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit untereinander die gemeinschaftlichen Rechtsakte, auf die Bezug genommen wird, in der zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens geltenden Fassung einschließlich der in Abschnitt A dieses Anhangs genannten Änderungen oder gleichwertige Vorschriften anzuwenden. Die Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 gehört zu diesen Rechtsakten (BGBl. 2001 II S. 822). Sie dürfte daher auf die Auslandsbehandlung des Vaters des Petenten anzuwenden sein.

Das Koordinierungsrecht folgt dem Prinzip der Sachleistungsaushilfe und sieht für den Arbeitnehmer und Selbstständigen in Artikel 22 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 sowie für den Rentner in Artikel 31 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 einen Anspruch auf Sach- und Dienstleistungen gegen den Träger des Aufenthaltsstaats vor. Die in einem Mitgliedstaat sozialversicherten Personen werden so behandelt, als wären sie auch im Ausland in die dort existierenden sozialen Sicherungssysteme einbezogen: Sie erhalten Sachleistungen auf der Grundlage des ausländischen Rechts, der für sie zuständige Krankenversicherungsträger er-

setzt dem ausländischen Träger die dafür entstehenden Kosten (vgl. *Becker*, a. a. O. S. 2273).

Ein Kostenerstattungsanspruch der sozialversicherten Person gegen den deutschen Versicherungsträger dürfte sich indes aus dem Koordinierungsrecht nicht ergeben; die Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 enthält hierzu keine Regelung. Ein solcher Anspruch dürfte allein nach Maßgabe der Grundfreiheiten bestehen, im Falle der Schweiz also der Bestimmungen in Anhang I des oben genannten Abkommens (vgl. ausführlich *Schiffner*, ZESAR 2006, 304 [abrufbar unter *Juris*]; s. auch EuGH, Urteil vom 12. Juni 2001, Rs. C-368/98 – „*Vanbraekel*“, Tz. 36 f.).

3. Der Inlandskostenvergleich nach § 13 Abs. 1 BVO muss mit der Fürsorgepflicht des Dienstherrn vereinbar sein.

Ausführlich und im Ergebnis positiv hat sich hierzu das Verwaltungsgericht Freiburg geäußert (Urteil vom 24. Oktober 2006 – 6 K 683/06 –, *Juris*). Das Bundesverwaltungsgericht hat in seiner Entscheidung vom 19. Februar 2009 eine entsprechende Kostenbegrenzung nicht von vornherein ausgeschlossen (DÖD 2009, 192: „*Soweit in solchen Fällen eine Kostenbegrenzung überhaupt zu rechtfertigen ist, ist sie durch die in anderen Bundesländern [...] gebräuchliche Regelung zu erreichen, dass im Ausland entstandene Aufwendungen nur in der Höhe beihilfefähig sind, in der sie in Deutschland entstanden und beihilfefähig wären.*“). ...“

Der dem Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweiz über die Freizügigkeit vom 21. Juni 1999 innewohnende Gedanke einer Gleichstellung in- und ausländischer Dienstleistungen wird damit gerade durch die generelle Gleichstellung von Auslands- und Inlandsbehandlung in der Beihilfe erreicht. Die vom Vater des Petenten angesprochene Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 ist dagegen – was die Frage einer Zulässigkeit des Inlandskostenvergleichs betrifft – nicht einschlägig. Eine Verletzung der Fürsorgepflicht des Dienstherrn infolge eines Inlandskostenvergleichs liegt unter Verweis auf ein aktuelles Urteil des BVerwG vom 19. Februar 2009 – 2 CN 1.07 –, in dem das Gericht anlässlich einer Normenkontrollklage gegen die Beihilfeverordnung von Schleswig-Holstein einen derartigen Vergleich gerade als eine mögliche Maßnahme zur Kostenbegrenzung bezeichnet nicht vor.

Als Ergebnis ist festzuhalten, dass die Vorgehensweise des Landesamtes im Fall des Vaters des Petenten nicht zu beanstanden ist und keine Anhaltspunkte erkennbar sind, weshalb § 13 Abs. 1 BVO gegen europarechtliche Bestimmungen verstoßen könnte.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Beck

2. Petition 14/4211 betr. Beschwerde über die Gemeinde wegen einer Grundstücksangelegenheit

I. Gegenstand der Petition

Der Petent begehrt Schadenersatz, da ein von ihm als Bauerwartungsland erworbenes Grundstück bis heute nicht Bauland geworden sei. Er habe das Grundstück im Jahr 1982 auf Anraten des damaligen Bürgermeisters der Stadt erworben, der ihm zugesichert habe, das Grundstück werde in absehbarer Zeit bebaubar.

II. Sachverhalt

Der Petent war seit 1980 in der Stadt N. beschäftigt. Wohnhaft in einer anderen Gemeinde trug er sich mittelfristig mit Umzugsplänen und war auf der Suche nach einem Bauplatz in der Stadt N.

Der Gemeinderat der Stadt N. hat am 25. November 1980 den Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan mit einem Wohn- und Mischgebiet „Oberer B.“ gefasst. Am 13. Januar 1982 erwarb der Petent von einem städtischen Arbeiter ein in diesem Gebiet gelegenes Grundstück mit der Größe von 9 ar zum Preis von 21.500 DM (knapp 24 DM/m²). Das Grundstück wurde im Kaufvertrag als Bauerwartungsland bezeichnet. Ein Bebauungsplanentwurf lag bereits vor, die Anhörung der Träger öffentlicher Belange war bereits im Gange.

Nach Darstellung des Petenten habe ihm der damalige Bürgermeister der Stadt N. mündlich versichert, es handle sich um Bauerwartungsland und er könne dieses Grundstück bedenkenlos erwerben. Spätestens in zwei Jahren könne es bebaut werden. Der damalige Bürgermeister kann sich an eine derartige Aussage jedoch so nicht mehr erinnern. Zum Zeitpunkt des Abschlusses des Kaufvertrags gab es also noch keinen rechtskräftigen Bebauungsplan für dieses Gebiet, das Bebauungsplanverfahren war eingeleitet, aber noch nicht abgeschlossen. Am 29. Juni 1982 wurde für das Gebiet eine Veränderungssperre erlassen, die mit Beschluss vom 15. Mai 1984 nochmals um ein Jahr verlängert wurde. Die Veränderungssperre lief im Juni 1985 aus und wurde nicht mehr weiter verlängert.

Nachdem es dem Petenten mit einem Umzug nicht eilte, sprach er in den Folgejahren den damaligen Bürgermeister nur gelegentlich auf die Grundstückssache an.

In der Diskussion des Gemeinderats zum Flächennutzungsplan in der Sitzung vom 17. Februar 1987 wurde weiterhin am beabsichtigten Baugebiet „Oberer B.“ festgehalten. Auch im genehmigten Flächennutzungsplan von 1989 ist die Fläche des besagten Grundstücks als mögliche Wohnbaufläche dargestellt.

Im Lauf des Jahres 1989 sprachen sich zwei Fraktionen des Gemeinderats erstmals dafür aus, das vorgesehene Baugebiet einzuschränken oder sogar ganz aufzugeben. In der Sitzung des Gemeinderats am 22. August 1989 wurde der Antrag der Verwaltung, das Stadtplanungsbüro S. mit der Erstellung eines Bebauungsplanentwurfs „Oberer B.“ zu beauftragen, vom

Gemeinderat abgelehnt. Stattdessen beschloss der Gemeinderat, mit dem Stadtplaner vor der Vorlage eines Bebauungsplanentwurfs erneut ein Gespräch zu führen. Dieses Gespräch mit dem Stadtplaner fand in der Sitzung des Gemeinderats am 13. September 1989 statt. Mehrheitlich beschloss der Gemeinderat daraufhin, an den bisherigen Baugebietsabgrenzungen festzuhalten. Ein Beschluss über den Auftrag, nun einen erneuten Bebauungsplanentwurf zu erstellen, wurde jedoch nicht gefasst.

Im Jahr 1991 wurde durch ein auswärtiges Planungsbüro eine Umweltverträglichkeitsstudie zur Baulandausweisung in der Stadt N. erstellt. Aus dieser Studie ging hervor, dass der Bereich, in welchem das Grundstück des Petenten liegt, nicht als Wohnbaufläche favorisiert werden sollte. Ein ausdrücklicher Beschluss des Gemeinderats, auf die Flächen künftig zu verzichten, wurde jedoch nicht gefasst.

Noch in einer Gemeinderatssitzung am 11. März 1992 wurde beschlossen, Grundstücke im Plangebiet „Oberer B.“ zu erwerben. In den Folgejahren ging der Trend immer mehr zur weiteren Ausweisung von Naturschutzgebieten und zur Abkehr von der verbreiteten Ausweisung neuer Wohngebiete im Außenbereich. Auch auf kommunalpolitischer Ebene der Stadt N. wurde der Umweltschutzgedanke immer vorherrschender; ökologische Zielsetzungen standen immer mehr im Vordergrund der politischen Diskussion von Planungen bzw. der Ausweisung von Bauland.

Im Jahr 1995 wurde der Entwurf für den neuen Flächennutzungsplan vorgestellt. Er setzte teilweise auch die Erkenntnisse aus der Umweltverträglichkeitsstudie von 1991 um und sah nun einige Gebiete nicht mehr als Wohnbaufläche vor. Das Grundstück des Petenten war ebenfalls aus der künftig vorgesehenen Wohnbaufläche herausgenommen. Das Gebiet „Oberer B.“ wurde aber in der Sitzung des Gemeinderats nicht konkret angesprochen. Dem Entwurf des Flächennutzungsplans wurde en-bloc zugestimmt. Nach Beschlussfassung über den neuen Flächennutzungsplan im Jahr 1995 hatte der Petent nunmehr ein Grundstück, das nicht mehr bebaut werden konnte.

Auch den seit 1990 amtierenden Nachfolger des Bürgermeisters hat der Petent in unregelmäßigen, weit auseinanderliegenden Abständen, auf seine Grundstücksangelegenheit angesprochen. Der (neue) Bürgermeister hat dem Petenten zugesagt, nach einer für beide Seiten befriedigenden Lösung zu suchen, zu der er sich als Amtsnachfolger verpflichtet fühlte. Im Frühjahr 1996 drängte der Petent auf eine abschließende Lösung. Wenn er keinen Anspruch auf Erhalt eines Bauplatzes habe, erwarte er wenigstens den Ersatz des ihm entstandenen Schadens z.B. in Form eines Ankaufes des Grundstücks durch die Stadt zu einem angemessenen Preis. Ihm seien inzwischen Auslagen in Höhe des Kaufpreises, der Notariatskosten, der Grunderwerbsteuer und der Grundsteuer entstanden. Hinzu komme der entgangene Zinsgewinn.

In der Sitzung des Gemeinderats vom 22. Oktober 1996 schlug die Verwaltung vor, einen Kompromiss

mit dem Petenten zu finden. Der Gemeinderat lehnte ein Entgegenkommen der Stadt ab. Dies teilte der Bürgermeister dem Petenten am 31. Oktober 1996 mit. Mit Schreiben vom 16. Dezember 1996 wandte sich der Petent daraufhin mit seinem Anliegen an den Landrat des Landkreises R. und bat diesen, auf eine gütliche Regelung mit der Stadt N. hinzuwirken. Das Landratsamt hat zunächst eine Stellungnahme der Stadt eingeholt, die mit Schreiben vom 21. Februar 1997 erfolgte. Das Landratsamt R. teilte dem Petenten als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde mit Schreiben vom 7. März 1997 mit, dass es sich bei der vom Petenten behaupteten Aussage des früheren Bürgermeisters über die baldige Bebaubarkeit des Grundstücks allenfalls um eine Auskunft über den damaligen tatsächlichen Sachstand gehandelt haben könne. Für eine verbindliche Zusage bzw. Zusicherung im Sinne des § 38 des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes fehle es bereits an der hierfür erforderlichen Schriftform. Außerdem habe sich die Sach- und Rechtslage im Anschluss an die behauptete Äußerung des Bürgermeisters dahin gehend geändert, dass der damals im Verfahren befindliche Bebauungsplan nicht beschlossen worden sei.

Aus den Akten der Stadt N. ist dann kein weiterer Kontakt bzw. Schriftwechsel mehr ersichtlich bis zum Mai 2009. Ob es ggf. sporadische Nachfragen gegeben hat, ist nicht vermerkt. Im Mai 2009 trat der Petent erneut mit der Forderung an die Stadt heran, sie solle das Grundstück zu einem Preis von 20.000 Euro (22,22 Euro/m²) erwerben. Am 28. Mai 2009 richtete der Petent an den neuen – seit 1. August 2004 amtierenden – Bürgermeister die Bitte, ihm eine Kopie des Schreibens der Stellungnahme der Stadt N. an das Landratsamt vom 21. Februar 1997 zu überlassen und ihn über die Stellungnahme des Gemeinderats zu informieren. Das Grundstück gehört zwischenzeitlich der Tochter des Petenten. In einem weiteren Schreiben des Petenten an die Stadt vom Juni 2009 machte der Petent ein „Beratungsverschulden“ analog zur Vermittlung von Geldanlagen geltend.

Der Gemeinderat der Stadt N. hat über die Forderung des Petenten in der Sitzung vom 23. Juni 2009 beraten und dem Petenten für das Grundstück einen Betrag in Höhe von 7.200 Euro (8 €/m²) als Kompromiss angeboten. Üblich sei für landwirtschaftliche Fläche 1 bis 2 Euro/m². Der Petent lehnte das Angebot der Stadt mit Hinweis darauf ab, dass er das Grundstück auf Anraten des vorherigen Bürgermeisters erworben habe und er an seinem Verkaufsangebot in Höhe von 20.000 Euro festhalte.

III. Rechtliche Würdigung

Die Planungshoheit einer Gemeinde ist Bestandteil des den Gemeinden verfassungsrechtlich garantierten Selbstverwaltungsrechts. Es obliegt allein den Städten und Gemeinden, ob und ggf. in welchem Umfang sie im Rahmen der rechtlichen Bestimmungen für bestimmte Gebiete einen Bauleitplan erstellen. Ein Rechtsanspruch eines Einzelnen auf die Aufstellung von Bauleitplänen besteht nach § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) nicht.

Bei derartigen (weisungsfreien) Selbstverwaltungsangelegenheiten beschränkt sich die Rechtsaufsicht darauf, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung sicherzustellen.

Der Petent hat seinerzeit ein Grundstück als Bauerwartungsland erworben. In der Zwischenzeit ist der Gemeinderat jedoch von der zum damaligen Zeitpunkt noch vorgesehenen Planung aus städtebaulichen Gründen abgerückt, sodass das Grundstück nicht bebaubar geworden ist.

Im Zeitpunkt des Kaufs war die Aussage des damaligen Bürgermeisters, es handle sich bei dem Grundstück um Bauerwartungsland korrekt, da ein Bebauungsplanentwurf bereits vorlag und die Anhörung der Träger öffentlicher Belange in die Wege geleitet war. Sollte sich der Bürgermeister tatsächlich darüber hinaus dahin gehend geäußert haben, dass der Petent das Grundstück unbedenklich kaufen könne, weil es in zwei Jahren bebaubar sei, handelte es sich hierbei allenfalls um eine Aussage über den damaligen Sachstand. Der Bürgermeister hätte in diesem Fall nach seiner Kenntnis der Angelegenheit eine Auskunft abgegeben, verbunden mit einer persönlichen Prognose über die zeitliche Entwicklung der Angelegenheit.

Eine verbindliche Zusicherung der Gemeinde im Sinne von § 38 des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes (LVwVfG) liegt aus folgenden Gründen nicht vor:

Eine Zusicherung unterscheidet sich von der Auskunft als einer individuellen Tatsachenmitteilung bzw. unverbindlichen Äußerung einer Rechtsansicht, die sich auf die vorhandene Sach- und Rechtslage bezieht, durch den Bindungswillen der Behörde. Die Auskunft ist eine *Wissenserklärung*, aber keine auf eine bestimmte Rechtsfolge gerichtete *Willenserklärung* (RdNr. 28 zu § 38 der Kommentierung Stelkens/Bonk/Sachs zum Verwaltungsverfahrensgesetz). Maßgeblich für die Abgrenzung ist der Erklärungsinhalt. Im Falle der damaligen Angaben des Bürgermeisters ist davon auszugehen, dass er gegenüber dem Petenten eine Auskunft erteilt hat. Der Bürgermeister ging offensichtlich davon aus, dass das eingeleitete Bebauungsverfahren zügig zum Abschluss gebracht werden könne. Es kann aber nicht unterstellt werden, dass er die Gemeinde verbindlich hierzu verpflichten wollte.

Im Übrigen kann sich, eine Zusicherung nach § 38 LVwVfG nur auf den späteren Erlass eines bestimmten Verwaltungsaktes bzw. sein Unterlassen beziehen. Bei dem Abschluss eines Bebauungsplanverfahrens mit dem Ziel, die Bebaubarkeit der Grundstücke zu ermöglichen, handelt es sich hingegen nicht um einen Verwaltungsakt, sodass eine Zusicherung auf Erlass eines Bebauungsplans unmittelbar nach § 38 LVwVfG schon grundsätzlich nicht möglich war. Dass der Bürgermeister mit seiner Auskunft eine verbindliche Zusicherung einer späteren Baugenehmigung habe abgeben wollen, ist ebenfalls weder anzunehmen noch wird es vom Petenten vorgebracht.

Aus diesem Grund kommt von vornherein keine Zusicherung, sondern allenfalls eine Zusage auf Erlass einer sonstigen Handlung in Betracht. Eine Gemeinde

kann sich jedoch gegenüber einem Bürger nicht rechtswirksam verpflichten, einen Bebauungsplan zu beschließen. Dies ergibt sich bereits aus § 1 Abs. 3 BauGB, wonach auf die Aufstellung von Bauleitplänen kein Anspruch besteht. Eine Selbstbindung der Gemeinde würde der Planungshoheit der Gemeinde widersprechen und wäre mit ihrer Stellung und Funktion als Ortsgesetzgeber unvereinbar.

Im Übrigen wäre eine Behörde auch an eine Zusage dann nicht mehr gebunden, wenn sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der Zusage derart geändert hat, dass die Behörde bei Kenntnis der nachträglich eingetretenen Änderung die Zusage nicht gegeben hätte oder aus rechtlichen Gründen nicht hätte geben dürfen.

Die als Auskunft zu wertende Aussage des damaligen Bürgermeisters musste jedoch richtig, vollständig und unmissverständlich sein, andernfalls wären Ansprüche aus einer möglichen Amtspflichtverletzung nach § 839 BGB i. V. m. Art. 34 des Grundgesetzes denkbar. Danach ist bei vorsätzlicher oder fahrlässiger Amtspflichtverletzung der dem Dritten dadurch entstehende Schaden zu ersetzen. Anhaltspunkte für eine Amtspflichtverletzung bestehen aus den oben dargelegten Gründen nicht. Im Übrigen wäre ein etwaiger Schadensersatzanspruch bereits verjährt. Nach Darstellung der Stadt N. ist die Fläche, innerhalb der sich das maßgebliche Grundstück des Petenten befindet, bereits seit dem Jahr 1995 nicht mehr als Bauland im Flächennutzungsplan dargestellt. Seit diesem Zeitpunkt musste dem Petenten somit bekannt sein, dass das Grundstück nach dem rechtswirksamen Flächennutzungsplan nicht bebaubar ist. Er hätte daher etwaige Ansprüche bereits seinerzeit – ggf. auch gerichtlich – geltend machen können. Das Schreiben des Petenten an den Landrat des Landkreises R. vom 16. Dezember 1996 reicht hierfür nicht aus.

Es bleibt festzustellen, dass die Stadt N. über lange Zeit geplant hatte, einen rechtskräftigen Bebauungsplan aufzustellen. Die Stadt hat auch eine Kompromisslösung angestrebt. Es besteht jedoch nach der Rechtslage keine Verpflichtung der Stadt N., das in Rede stehende Grundstück zu dem vom Petenten geforderten Kaufpreis von 20.000 € zu erwerben. Es sind keine Anhaltspunkte für Gesetzesverstöße erkennbar, die ein Eingreifen der Rechtsaufsicht erfordern bzw. rechtfertigen würden.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Beck

3. Petition 14/4442 betr. einheitliche Lehrpläne und Lernmittel an deutschen Schulen

I.

Der Petent fordert die Einführung einheitlicher Lehrpläne und Lernmittel an deutschen Schulen. Damit

soll die Qualität des Unterrichts erhöht und die Chancengerechtigkeit im Schulsystem gestärkt werden.

II.

Die Zuständigkeit für das Schul- und Hochschulwesen obliegt in der föderalen Kompetenzordnung der Bundesrepublik Deutschland den Ländern.

Um das notwendige Maß an nationalstaatlicher Gemeinsamkeit und Vergleichbarkeit zu sichern, wurde bereits 1948 die Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder gegründet. Die Länder nehmen in der Konferenz ihre Verantwortung für das Staatsganze auf dem Wege der Selbstkoordination wahr und sorgen in Belangen, die von länderübergreifender Bedeutung sind, für verbindliche Rahmenvorgaben. Die vom Petenten intendierte Vergleichbarkeit der Unterrichtsanforderungen an den Schulen in Deutschland wird durch verbindliche Bildungsstandards der Kultusministerkonferenz gewährleistet. Diese Standards gibt es derzeit für den Primarbereich für die Fächer Deutsch und Mathematik, für den Hauptschulabschluss für die Fächer Deutsch, Mathematik und Erste Fremdsprache (Englisch bzw. Französisch), für den Mittleren Schulabschluss für die Fächer Deutsch, Mathematik, Erste Fremdsprache (Englisch bzw. Französisch), Biologie, Chemie und Physik. Im Oktober 2007 hat die Kultusministerkonferenz die Entwicklung von Bildungsstandards und Aufgabenpools für die gymnasiale Oberstufe in den Fächern Deutsch, Mathematik, Englisch, Französisch, Biologie, Chemie und Physik beschlossen. Diese befinden sich derzeit in Erarbeitung. Die Bildungsstandards der Kultusministerkonferenz stellen einen gemeinsam vereinbarten Maßstab dar, an dem sich die (Weiter-)Entwicklung länderspezifischer Standards orientieren muss.

Um die Vergleichbarkeit und Mobilität im Schulwesen zu erhöhen, fordert der Petent des Weiteren die Einführung einheitlicher Lernmittel, die in allen Ländern gleichermaßen eingesetzt werden sollen. Bei der Umsetzung der Bildungsstandards in ein konkretes Unterrichtskonzept verfügen die Lehrkräfte bzw. die Fachschaften in allen Ländern über einen fachdidaktischen Gestaltungsspielraum. Hierzu gehört auch die Auswahl der Lernmittel, insbesondere die der eingesetzten Schulbücher. Diese Flexibilität ist notwendig, um beispielsweise auf die besondere Lernsituation in einer Klasse eingehen zu können. Lehrerinnen und Lehrer haben somit die Möglichkeit zu entscheiden, welche in einem Schulbuch vorgenommenen Akzentuierungen in der Darstellung und Aufbereitung der Kompetenz- und Wissensinhalte ihrem Unterrichtskonzept am besten entspricht. Die verbindlichen Zulassungsvoraussetzungen für die Genehmigung von Schulbüchern, vor allem die notwendige Entsprechung der Inhalte mit den Standards im Bildungsplan, gewährleisten eine Vergleichbarkeit der Kompetenz- und Wissensvermittlung je Schulart innerhalb eines Landes und durch die Ankoppelung an die Standards der Kultusministerkonferenz auch zwischen den Ländern. Ein aus pädagogischer Sicht gelungener Unterricht stützt sich überdies nicht ausschließlich auf die

Verwendung von Schulbüchern, sondern besteht aus dem Einsatz verschiedener fachdidaktischer Methoden und Unterrichtsmittel.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Beck

4. Petition 14/4147 betr. UNESCO-Weltkulturerbe

Der Petent schlägt vor, das Konzilgebäude in Konstanz und die Barockwelt in Ludwigsburg als UNESCO-Weltkulturerbe sowie die Schwäbische Alb als UNESCO-Weltnaturerbe zu schützen.

Der Petent hat sein Begehren nicht näher erläutert.

Grundsätzlich werden bei der Entscheidung über die Aufnahme eines Objektes oder einer Landschaft in die Liste des UNESCO-Weltkulturerbes die übergreifenden Kriterien der Einzigartigkeit, der Authentizität (historische Echtheit) und der Integrität (Unversehrtheit) angewendet. Geprüft wird nach den „Richtlinien für die Durchführung des Übereinkommens zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt“. Maßgeblich für die Aufnahme eines Kulturgutes ist sein „Außergewöhnlicher universeller Wert“. Er bezeichnet eine kulturelle und/oder natürliche Bedeutung, die so außergewöhnlich ist, dass sie die nationalen Grenzen durchdringt und sowohl für gegenwärtige als auch für künftige Generationen der gesamten Menschheit von Bedeutung ist.

In Deutschland haben die Länder das Nominierungsrecht.

Bis ein Objekt in die Welterbeliste der UNESCO aufgenommen wird, ist ein mehrstufiges und zeitaufwendiges Verfahren einzuhalten:

Der Eigentümer der vorgesehenen Welterbestätte erarbeitet zusammen mit dem für die Denkmal- bzw. Naturschutzbelange im Bundesland zuständigen Ressort den Antrag. Das Land unterbreitet der Kultusministerkonferenz seinen Vorschlag, ihn auf die sog. Tentativliste (Vorschlagsliste) für die deutschen Welterbe-Vorhaben aufzunehmen. Die Kultusministerkonferenz entscheidet unter Berücksichtigung der Vorschläge aller deutschen Bundesländer und führt die Vorschläge zu einer einheitlichen deutschen Tentativliste zusammen. Der Vorschlag muss mindestens ein Jahr auf der Tentativliste stehen, bevor das zuständige Landesministerium den Antrag über die Kultusministerkonferenz dem Auswärtigen Amt zuleiten kann. Das Auswärtige Amt übermittelt den Antrag dann über die Ständige Vertretung Deutschlands bei der UNESCO an das UNESCO-Welterbezentrum in Paris. Das Welterbezentrum evaluiert den Antrag. Dies geschieht bei Baudenkmalen u. a. durch ICOMOS (International Council on Monuments and Sites/Internationaler Rat für Denkmalpflege), bei Naturerbe-Anträ-

gen durch IUCNC World Conservation Union (Internationale Union zur Erhaltung der Natur).

Baden-Württemberg hat erst kürzlich den Antrag „Schwetzingen – kurfürstliche Sommerresidenz“ für die Aufnahme in die Weltkulturerbeliste nominieren können. Ob in den nächsten Jahren überhaupt weitere Vorschläge aus Baden-Württemberg nominiert werden können, ist derzeit nicht absehbar.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Behringer

5. Petition 14/4392 betr. Beschwerde über das Forstamt

Mit ihrer Petition begehrt die Petentin die Aufhebung eines vor dem Landgericht K. von ihr geschlossenen gerichtlichen Vergleichs und zugleich Freistellung von der im Vergleich von ihr gegenüber dem Landkreis B. rechtsverbindlich anerkannten Zahlungsverpflichtung in Höhe von 1.000,00 €.

1. Sachverhalt

Die Petentin ist Eigentümerin des zum Teil mit Wald bestockten Flurstücks 54 auf Gemarkung U., Gemeinde D.

Sie hat mit Datum vom 17. Februar 2005 dem Forstamt B. eine Generalvollmacht zur kompletten Abwicklung von Holzerntemaßnahmen erteilt. Die Petentin hatte bereits früher entsprechende Dienstleistungen des Forstamtes in Anspruch genommen. In Absprache mit der Petentin wurde für das Winterhalbjahr 2005/2006 ein schon länger geplanter Holzeinschlag auf dem Flurstück durchgeführt. Allen Beteiligten war vorab bekannt, dass aufgrund der schlechten Wegeerschließung und zur Vermeidung von Befahrungsschäden der Holzeinschlag nur während einer Frostperiode oder bei sehr trockener Witterung erfolgen konnte. Die Durchführung der Maßnahme hatte sich allerdings durch die außergewöhnliche Schneelage im Februar/März 2006 stark verzögert.

Der Holzeinschlag war wegen des Befalls von Fichten mit Borkenkäfern im Herbst 2005 zwingend notwendig geworden. Hierzu erging von der unteren Forstbehörde mit Datum vom 16. Februar 2006 ein genereller forstaufsichtlicher Hinweis nach § 68 Landeswaldgesetz an alle Waldbesitzer, mit der Aufforderung, sämtliche vom Borkenkäfer befallenen Bäume bis 31. März 2006 aufzuarbeiten.

Der konkrete Holzeinschlag erfolgte in Absprache mit der Petentin vom 15. bis 22. März 2006. Zur Beschleunigung des Arbeitsfortschrittes wurde die Aufarbeitung kombiniert mit einigen Waldarbeitern des Kreises sowie mit einer Holzerntemaschine durchgeführt.

Die lang ausgehaltenen Fichten-Stämme wurden zeitnah noch bei Frost zu der mehrere 100 Meter entfernten Kreisstraße über ein fremdes Wiesengrundstück gezogen. Diese erhebliche Distanz war auf die mangelnde Erschließung des Waldgrundstücks zurückzuführen. Das kurze Holz aus der maschinellen Aufarbeitung konnte wegen eines technischen Schadens am Rückefahrzeug des beauftragten Unternehmers erst mit einer zeitlichen Verzögerung von 10 Tagen aus dem Wald gebracht werden. Dies verursachte die von der Petentin dargelegten und von der unteren Forstbehörde auch nicht bestrittenen Befahrungsschäden, da zu diesem Zeitpunkt der Boden nicht mehr gefroren war.

Aus dieser Dienstleistung seitens der unteren Forstbehörde des B.-Kreises entstanden Forderungen gegen die Petentin in Höhe von 3.861,26 €. Die Petentin machte im Frühjahr 2007 ihrerseits Gegenforderungen (Schadensersatz) bezüglich der eingetretenen Befahrungsschäden in Höhe von 2.253,25 € geltend. Zugleich lehnte die Petentin die Begleichung der Forderung der unteren Forstbehörde zuzüglich der bereits entstandenen Mahngebühren ab und forderte ihrerseits eine Aufrechnung des von ihr geltend gemachten Schadensbetrages. Den Differenzbetrag über 1.608,01 € beglich die Petentin im September 2007.

Den weiterhin offenen Restbetrag für die Dienstleistung in Höhe von 2.253,25 € machte das Landratsamt B. gerichtlich geltend. Einen ersten Vergleichsvorschlag des Amtsgerichts Ü. lehnte die Petentin ab. Durch Urteil des Amtsgerichts Ü. vom 31. März 2009 wurde der Petentin ein Schadensersatzbetrag in Höhe von 677,00 € zugesprochen. Die Petentin selbst zur Zahlung von 1.576,25 € nebst Zinsen an den B.-Kreis verurteilt.

Die Petentin schloss im Rahmen des von ihr angestrebten Berufungsverfahrens vor dem Landgericht K. einen gerichtlichen Vergleich über Zahlung von 1.000,00 € an den B.-Kreis. Da sie nicht zahlungswillig war, musste der Betrag im Rahmen einer Zwangsvollstreckung beigetrieben werden.

2. Rechtliche Würdigung

Die untere Forstbehörde anerkennt die von der Petentin dargelegten Befahrungsschäden dem Grunde nach, jedoch nicht in der behaupteten und geltend gemachten Höhe. Die Flurschäden waren bedingt durch den zeitlichen Verzug aufgrund des technischen Maschinenschadens beim beauftragten Forstunternehmer und durch die fehlende Erschließung des Waldgrundstücks.

Die Schadenshöhe wurde von der unteren Forstbehörde auf maximal 600,00 € eingeschätzt, die vom Regierungspräsidium T. und – aufgrund eines Sachverständigengutachtens – auch im Rahmen des gerichtlichen Verfahrens vor dem Amtsgericht Ü. bestätigt wurde. Die Petentin machte darüber hinaus Schäden an einer Drainage sowie an einem Zaun geltend, die sie jedoch laut Sachverständigengutachtens im Prozess nicht beweisen konnte.

Die Petentin hat im gerichtlichen Verfahren einem Vergleichsvorschlag nach § 278 Abs. 6 Zivilprozessordnung wirksam zugestimmt. Es ist schon aus Gründen der Rechtssicherheit nicht möglich, dass sie sich nachträglich im Wege eines Petitionsverfahrens von einem ordnungsgemäß zustande gekommenen gerichtlichen Vergleich wieder löst.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Behring

6. Petition 14/4405 betr. Namensrecht

I. Gegenstand der Petition

Die Petentin begehrt, die Schreibweise des Ehenamens ihres Enkels und seiner Ehefrau von „O.“ in „O.th“ zu ändern.

1. Sachverhalt

Der Enkel der Petentin, ein im Jahr 1983 in Russland geborener Abkömmling eines Spätaussiedlers, ist im Jahr 1998 mit seinen Eltern in die Bundesrepublik Deutschland eingereist. Die persönlichen Daten der Familie wurden durch Geburtsurkunden und eine Heiratsurkunde aus der UdSSR in kyrillischer Schrift nachgewiesen. Diese Dokumente wurden von einer öffentlich bestellten und beeidigten Urkundenübersetzerin für die russische Sprache übersetzt, die kyrillischen Schriftzeichen wurden übertragen. Der Familienname sämtlicher Familienmitglieder, die in den Urkunden Erwähnung fanden, lautete demnach „O.“.

Noch im gleichen Jahr, nämlich am 19. Oktober 1998, haben der Enkel der Petentin und seine Eltern vor dem Standesamt M. Erklärungen zur Namensführung abgegeben. Sie haben eine deutschsprachige Form ihrer Vornamen angenommen – auf diese Weise wurde beim Enkel der Petentin „Evgenij“ zu „Eugen“ –, den Vatersnamen gestrichen und den Familiennamen unangetastet gelassen. Der sodann erteilten Bescheinigung zufolge lautete der Familienname aller Familienmitglieder „O.“. Mit eben diesem Familiennamen erfolgten auch am 29. Mai 2000 beim Standesamt M. die Beurkundungen in dem neu angelegten Familienbuch. Als der Enkel der Petentin und seine Verlobte am 7. August 2009 beim Standesamt M. heirateten, bestimmten sie den Geburtsnamen des Mannes „O.“ zum gemeinsamen Ehenamen.

Ebenfalls im August 2009 sprach der Enkel der Petentin in der Angelegenheit, welche dieser Petition zugrunde liegt, in der Bürgersprechstunde des Oberbürgermeisters der Stadt M. vor. Daraufhin hat das Stadtarchiv M. Ermittlungen angestellt und u. a. mit dem Institut für deutsche Sprache Kontakt aufgenommen. Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass die

Schreibweise „O.“ falsch, die Schreibweise „O.th“ hingegen richtig sein könnte.

Mit der Petition hat sich der Enkel der Petentin nachträglich einverstanden erklärt. Der eigene Familienname der Petentin wurde von der Stadt W. im Jahr 2008 geändert.

2. Rechtliche Würdigung

Die derzeitige Namensführung des Enkels der Petentin steht mit der Rechtslage in Einklang. Es ist nicht ersichtlich, dass die von der Petentin beanstandete Schreibweise „O.“ unzutreffend sein könnte. Im Gegenteil: Sowohl die russischen als auch die deutschen Unterlagen sprechen dafür, dass die Schreibweise „O.“ richtig ist. Im Einzelnen:

Die in den russischen Urkunden des Enkels der Petentin enthaltenen kyrillischen Schriftzeichen wurden – im Einklang mit internationalen Gepflogenheiten – transliteriert, also nach den Normen der Internationalen Normenorganisation (ISO) in lateinische übertragen. Danach lautete der Familienname des Enkels der Petentin „O.“.

Diese Schreibweise wurde bestätigt, als die Familie des Enkels der Petentin von dem Privileg Gebrauch machte, als Spätaussiedler gebührenfreie Erklärungen zur Namensführung abzugeben und beispielsweise Namensbestandteile abzulegen oder die deutschsprachige Form eines Vor- oder Familiennamens anzunehmen (§ 94 des Bundesvertriebenengesetzes). Denn im Zuge dieses Erklärungsverfahrens entschieden sich zwar sämtliche Familienmitglieder dafür, die deutschsprachige Form ihrer Vornamen anzunehmen; der Familienname blieb jedoch „O.“.

Da auch in der Folgezeit keine Gesichtspunkte erkennbar sind, unter denen eine spätere Namensänderung hätte stattgefunden haben können, der Enkel der Petentin bei der Eheschließung vielmehr abermals am Namen „O.“ festgehalten hat, entspricht die Schreibweise „O.“ dem geltenden Recht. Daran vermag auch die Tatsache nichts zu ändern, dass der Familienname der Petentin durch die Stadt W. geändert wurde. Denn diese Änderung beruhte auf einer Würdigung der Umstände des Einzelfalls, insbesondere auf einer von der Petentin geltend gemachten erheblichen psychischen Belastung. Dass der Enkel der Klägerin durch ein Festhalten an der bisherigen Namensführung unzumutbar beschwert würde, ist nicht ersichtlich, zeigt doch eine Suchanfrage z. B. beim „Telefonbuch Deutschland“, dass zwar die von der Petentin bevorzugte Schreibweise „O.th“ häufiger ist als „O.“, dass aber auch der Name „O.“ vielfach – nämlich bei Privatpersonen mehr als 500-mal – anzutreffen ist.

Will der Enkel der Petentin von der letztgenannten Schreibweise abrücken, bleibt ihm nur die Möglichkeit, den Weg eines Namensänderungsverfahrens zu beschreiten. Von der Stadt M. wurde er darauf wiederholt hingewiesen; zugleich hat die Stadt M. ihm allerdings deutlich gemacht, dass dieser Weg gebührenpflichtig ist und dass die Erfolgsaussichten, zumal die Namensänderung einen wichtigen Grund vor-

aussetzt (§ 3 des Namensänderungsgesetzes), ungewiss sind. Der Enkel der Petentin hat bis heute keinen Namensänderungsantrag gestellt.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Dr. Brenner

7. Petition 14/4322 betr. Schulwesen, Notengebung im schriftlichen Abitur

Die Petenten bemängeln, dass bei der Korrektur der schriftlichen Abiturlösungen der Umrechnungsschlüssel für die Verrechnungspunkte auf die Punkteskala 0 bis 15 nicht linear ist. Sie erwähnen hierzu ein Beispiel von bis zu 90 Verrechnungspunkten, das zwar so nicht angewandt wird, aber durchaus Prinzipien des Korrekturmodus für schriftliche Abiturlösungen entspricht: Ein „Sockel“, der eine Mindestzahl von Verrechnungspunkten hat, bei dessen Verfehlen kein Punkt der Punkteskala 1 bis 15 vergeben wird, sowie in vielen Fächern keine reine Linearität, sondern im unteren Punktebereich etwas größere Abstufungen als bei der Vergabe höherer Punktzahlen.

Die geltenden Tabellen, die in der Regel bis zu 60, in den alten Fremdsprachen bis zu 45 und in den modernen Fremdsprachen bis zu 80 Verrechnungspunkte vorsehen, sind mit den Inhalten der Aufgaben abgestimmt. Diese wiederum beruhen auf den einheitlichen Prüfungsanforderungen in der Abiturprüfung der Kultusministerkonferenz, mit denen die Vergleichbarkeit der Abiturzeugnisse im gesamten Bundesgebiet sichergestellt wird.

Die von den Petenten vorgeschlagene Tabelle würde dem widersprechen, da sie bereits bei 30 % der Leistungen 5 Punkte vorsieht, während die einheitlichen Prüfungsanforderungen hierfür die Hälfte (mindestens 45 %) voraussetzen. Der Vorschlag der Petenten würde also zu einem Verlust der Anerkennungsfähigkeit der Abiturzeugnisse aus Baden-Württemberg führen.

Wie auch der Verwaltungsgerichtshof in seiner Entscheidung vom 11. April 1989 (ESVGH 39/207 ff) klargestellt hat, müssen die Verrechnungspunkte nicht linear umgerechnet werden. Erforderlich und ausreichend ist eine in den Inhalten begründete sachgerechte Korrespondenz zwischen Verrechnungspunkten und Noten.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Buschle

8. Petition 14/4346 betr. Baumaßnahme der Stadt F., Brückenerneuerung und Straßenbau G.

Die Petenten begehren einen Stopp der geplanten Bauausführung zur Sanierung und Erweiterung des von der A. Straße abzweigenden ca. 45 m langen Teilstücks der Straße G. in F., zu dem auch ein Brückenbauwerk über den alten Dorfbach gehört. Außerdem begehren die Petenten eine Bebauungsplanänderung des Bebauungsplans „H.“ entsprechend einer älteren Planungsabsicht die in einer Drucksache des Bauausschusses der Stadt F. vom 5. Februar 2003 formuliert wurde und nach der für das Teilstück der Straße G. eine Fahrbahnbreite von 5,50 m, zwei Gehwege sowie ein Parkstreifen vorgesehen war.

Sachverhalt:

Die Petenten M. und E. sind Eigentümer der westlich und östlich des Teilstücks der Straße G. liegenden Grundstücke Flst.-Nr. 20275 und Flst.-Nr. 20486, die im Geltungsbereich des am 12. Oktober 1983 in Kraft getretenen Bebauungsplans „H.“ liegen.

Während des Aufstellungsverfahrens für den Bebauungsplan „H.“ ist 1980 ein Umlegungsverfahren nach den §§ 45 ff. Bundesbaugesetz (BBauG) eingeleitet und mit Inkrafttreten des Umlegungsplans 1992 abgeschlossen worden. In diesem Zusammenhang beantragte 1987 der damalige Eigentümer des Grundstücks Flst.-Nr. 20275 eine Vorwegnahme der Entscheidung nach § 76 Baugesetzbuch (BauGB). Im Rahmen der Vorwegnahme der Entscheidung ist durch Beschluss vom 3. Dezember 1987 ein Teil des Grundstücks Flst.-Nr. 20275 ins Eigentum der Stadt F. als Grundstück Flst.-Nr. 20275-2 (heute Teil des Grundstücks Flst.-Nr. 29946) überführt worden. Im Bebauungsplan ist dieses Grundstück als öffentliche Verkehrsfläche festgesetzt worden. Der damalige Eigentümer des Grundstücks hat eine Entschädigung in Höhe von 18.720 DM erhalten. Darüber hinaus ist dem jeweiligen Eigentümer des Grundstücks Flst.-Nr. 20275 die Befugnis eingeräumt worden, den abgegebenen Grundstücksteil Flst.-Nr. 20275-2 (heute Teil des Grundstücks Flst.-Nr. 29946) weiterhin bis zur jederzeitigen sofortigen Inanspruchnahme durch die Stadt zu nutzen. Von dieser Nutzungsbefugnis macht der Petent M. westlich des Teilstücks der Straße G. bisher Gebrauch.

Für das Teilstück der Straße G. setzt der Bebauungsplan „H.“ eine öffentliche Verkehrsfläche von insgesamt 10,50 m Breite fest, die sich in eine 6 m breite Fahrbahn, zwei 1,25 m und 1,35 m breite Gehwege und einen 1,75 m breiten Parkstreifen aufteilen. Tatsächlich ist die Straße bisher noch nicht plangemäß ausgebaut worden und hat im Einmündungsbereich eine Breite von insgesamt 5,25 m (4,25 m Fahrbahn und 1,0 m einseitiger Gehweg), später insgesamt 6,35 (4,80 m Fahrbahn u. 1,55 m einseitiger Gehweg) und auf dem Brückenbauwerk von 5,90 m (Fahrbahn ohne Gehweg).

Am 5. Februar 2003 hat der zuständige Bauausschuss einen Beschluss zur Änderung des Bebauungsplans

„H.“ nach § 2 Abs. 1 BauGB gefasst. Dabei hat es sich nur um einen Aufstellungsbeschluss bzw. Änderungsbeschluss, d. h. den Beginn des Verfahrens gehandelt. In der angeführten Drucksache hat die Verwaltung unter Anderem unter Ziff. 2 „Planüberlegung“ ihre Absicht dargelegt, auch das Teilstück der Straße G. verkehrsgerecht ausbauen zu wollen. Nach diesen Überlegungen sollte die Fahrbahnbreite 5,50 m betragen. Weiter waren beidseitige Gehwege und ein einseitiger Parkstreifen vorgesehen. Der Beschluss zur Änderung des Bebauungsplans „H.“ vom 5. Februar 2003 war für diese geänderte Ausbauplanung nicht erforderlich. Die Darstellung der geänderten Ausbauplanung erfolgte lediglich zur Information der Gemeinderäte und der Öffentlichkeit.

Der Grund für den Beschluss zur Änderung des Bebauungsplans „H.“ vom 5. Februar 2003 war die Absicht, den sogenannten O. Hof zu erschließen. Der nun strittige Straßenausbau steht mit dieser beabsichtigten Erschließung zwar im räumlichen, nicht aber im sachlichen Zusammenhang. Mit dieser Erschließungsplanung stehen auch die von den Petenten angesprochenen Planungen zur Verdolung des Dorfbaches in Verbindung. Das Verfahren zur Änderung des Bebauungsplans „H.“ wurde nach einer Bürgerbeteiligung am 20. März 2003 bisher nicht mehr weiter fortgesetzt. Für die Erschließung des O. Hofes liegt nun ein neues Konzept vor, wonach der Dorfbach offen bleiben, aber in seinem Querschnitt verkleinert werden soll, um Platz für notwendige Erschließungsanlagen des O. Hofes zu bekommen. Diese Vorschläge sollen im Mai 2010 im Gemeinderat behandelt werden und dann die förmliche Offenlage des Bebauungsplanänderungsentwurfs beschlossen werden.

Nachdem Ende 2008 im Prüfbericht nach DIN 1076 festgestellt wurde, dass das Brückenbauwerk, das Teil des Teilstücks der Straße G. ist, dringend sanierungsbedürftig und nicht mehr verkehrssicher ist, begann die Stadt mit der Sanierungsplanung. Das Brückenbauwerk wurde dabei mit der Note „3,5“ bewertet. („4“ ist die schlechteste Bewertung.)

Da auch die Straße sanierungsbedürftig ist, betrieb die Stadt die Planung für die Sanierung des Brückenbauwerks und den dem Bebauungsplan „H.“ entsprechenden Ausbau des Teilstücks der Straße G. Die Ausführungsplanung vom 15. Mai 2009 sieht nun 6 m Fahrbahnbreite und zwei Gehwege mit einer Breite von 2 m westlich und 2,5 m östlich vor. Damit entfällt der ursprünglich geplante Parkstreifen von 1,75 m zugunsten breiterer Gehwege, wobei die dem Bebauungs- und Umlegungsplan entsprechende Breite der Verkehrsfläche von 10,50 m beibehalten wird. Damit soll die Verkehrssicherheit für Fußgänger erhöht und mit einer Fahrbahnbreite von 6 m der Einmündungsbereich übersichtlicher gemacht werden. Auch ohne ausgewiesenen Parkstreifen können Autos am Rande der Straße parken. In einem Gespräch am 27. März 2009 wurden die Betroffenen, darunter auch die Petenten, über diese konkrete Planung informiert.

Mit Schreiben vom 19. Mai 2009 wehrte sich die Petentin E. gegen den Ausbau, nachdem sie diesen im

Rahmen des Anwohnergesprächs zunächst befürwortet hatte. Sie begründet dies damit, dass die am 5. Februar 2003 vom Bauausschuss beschlossene Fahrbahnbreite von 5,50 m ausreichend sei und sie außerdem befürchte, dass durch die Erweiterung der Straße eine Erschließung für zukünftige Baugebiete – gemeint sind die im Flächennutzungsplan dargestellten Wohnbauflächen R. und Z. – geschaffen werde. Daraufhin nahm die Stadt ausführlich Stellung und erläuterte unter Anderem, dass die Maßnahmen unabhängig von der Erschließung dieser Bauflächen erfolgten. Auch nach weiterem Briefwechsel mit der Petentin hielt die Stadt an der Ausführungsplanung fest.

Für den Ausbau benötigt die Stadt das öffentliche Grundstück (ehemals Flst.-Nr. 20275-2, jetzt 29946), das der Petent M. bisher – wie oben ausgeführt – nutzt. Der Petent, der auf der öffentlichen Verkehrsfläche einen Geräteschuppen errichtet und hochwertige Pflastersteine verlegt hat, wurde aufgefordert, das Grundstück entsprechend der Verpflichtung aus dem Umlegungsverzeichnis zu räumen, was dieser bisher noch nicht getan hat.

Der Beginn der Baumaßnahmen war für März 2010 geplant. Der Auftrag für die Baumaßnahmen ist bereits öffentlich ausgeschrieben und im Dezember 2009 vergeben worden. Aufgrund der Petition wurde das Vorhaben zunächst gestoppt.

Mit Schreiben vom 30. März 2010 hat die Stadt das Wirtschaftsministerium darüber informiert, dass das Brückenbauwerk des Teilstücks der Straße G. seit dem 22. März 2010 gesperrt ist. Die Sperrung erfolgte unmittelbar nach einem zweiten Sachverständigengutachten, das ebenfalls zum Ergebnis kommt, dass die Tragfähigkeit und Verkehrssicherheit der Brücke nicht mehr gewährleistet werden kann. Nachdem die gesperrte Brücke Bestandteil einer Haupteerschließung ist, führt die Sperrung zu einer breiten Betroffenheit von Anwohnern sowie einer Gärtnerei. Der Verkehr muss zum Großteil durch verkehrsberuhigte Bereiche und Spielstraßen umgeleitet werden.

Rechtliche Würdigung:

Die Ausführungsplanung zur Sanierung und Erweiterung des Teilstücks der Straße G. in F. entspricht den Festsetzungen des Bebauungsplans „H.“ und des Umlegungsplans. Die Festsetzungen des Bebauungsplanes sehen für das Teilstück der Straße G. eine Verkehrsfläche von insgesamt 10,50 m Breite vor. Diese Breite wird auch von der Ausführungsplanung nicht überschritten. Der von den Petenten zur Begründung herangezogene Aufstellungs- bzw. Änderungsbeschluss des Bauausschusses vom 5. Februar 2003 ändert nichts an der Vollzugsfähigkeit des rechtskräftigen Bebauungsplans „H.“ und des hierauf beruhenden Umlegungsplans, da diese Änderungsabsichten bisher nicht weiter geführt wurden und somit der Bebauungsplans „H.“ vom 12. Oktober 1983 vollumfänglich Gültigkeit behalten hat.

Abwägungsmängel des Bebauungsplans „H.“ sind nicht ersichtlich. Nach § 215 Abs. 1 Nr. 2 BauGB (in der ab 1. Januar 1987 geltenden Fassung) wären

diese jedoch auch unbeachtlich. Die Stadt F. hat am 3. September 1987 aufgrund des § 244 Abs. 2 Satz 2 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Dezember 1986 bekannt gemacht, dass Mängel der Abwägung aller Satzungen nach dem Bundesbaugesetz, die vor dem 1. Juli 1987 bekannt gemacht worden sind, unbeachtlich sind, wenn sie nicht innerhalb von sieben Jahren nach dem 1. Juli 1987 schriftlich geltend gemacht werden. Diese Frist ist abgelaufen, ohne dass Mängel des Bebauungsplans „H.“ gerügt wurden.

Darüber hinaus ist das Grundstück Flst.-Nr. 20275-2 (jetzt Teil des städtischen Grundstücks Flst.-Nr. 29946) im Rahmen der bestandskräftigen Vorwegnahme der Entscheidung nach § 76 BauGB 1987 ins Eigentum der Stadt übergegangen, sodass die Stadt es entsprechend den Festsetzungen im Bebauungsplan nutzen darf. Dem steht auch nicht entgegen, dass der Petent M. das Grundstück derzeit selbst nutzt. Nach dem Umlegungsverzeichnis ist die dem Eigentümer des Grundstücks Flst.-Nr. 20275 eingeräumte Nutzung auflösend bedingt. Das Grundstück ist zurückzugeben, sobald die Stadt es zur Verwirklichung der Planung benötigt. Der damalige Eigentümer hat als Entschädigung für den Verlust dieses Grundstückes im Rahmen der Umlegung bereits einen Betrag von 18.720 DM erhalten.

Die Frage, ob die Angaben im Bebauungsplan „H.“ zum Ausbau des Teilstücks der Straße G. hinsichtlich der Fahrbahnbreite, der Breite der Gehwege und des Parkstreifens lediglich als unverbindliche Information gedacht sind, wovon die Stadt F. ausgeht, kann dahingestellt bleiben. Der vorgesehene Ausbau des Teilstücks der Straße G. ist jedenfalls auch dann nicht zu beanstanden, wenn man von einer verbindlichen Festsetzung ausgeht, da zumindest die Voraussetzungen des § 125 Abs. 3 BauGB für eine abweichende Herstellung der Erschließung vorliegen. Die vorgesehenen Änderungen beschränken sich auf die Aufteilung der öffentlichen Verkehrsfläche und sind ohne weiteres mit den Grundzügen der Planung vereinbar. Sowohl die Festsetzungen des Bebauungsplanes als auch die Ausführungsplanungen sehen eine Breite der Verkehrsfläche von insgesamt 10,50 m sowie eine Breite der Fahrbahn von 6 m vor. Die Abweichungen liegen in der Vergrößerung der Gehwegbreiten und dem Wegfall des Parkstreifens, wobei es bei 6 m Fahrbahnbreite möglich ist zu parken, ohne den Verkehr wesentlich zu behindern. Die Petenten sind durch die neue Ausführungsplanung nicht mehr belastet, als sie dies bei einer plangemäßen Herstellung wären.

Die 1983 vorgesehenen Gehwegbreiten mit 1,50 m und 1,25 m sind nach heutigen Maßstäben zur Sicherstellung der Verkehrssicherheit von Fußgängern nicht mehr ausreichend und zeitgemäß. Die Richtlinie für die Anlage von Stadtstraßen (RAST 06) sieht bei Straßenraumbreiten von über 10 m eine Breite von 2,50 m als Richtwert vor. Auf diese Weise ist ungehinderter – auch entgegenkommender – Fußgängerverkehr und damit eine höhere Verkehrssicherheit gewährleistet, da Fußgänger nicht mehr auf die Fahrbahn ausweichen müssen. Darüber hinaus ist auf dem

Brückenbauwerk derzeit kein Gehweg eingerichtet, obwohl eine enge, uneinsichtige Kurve unmittelbar anschließt. Fußgänger müssen in diesem Bereich derzeit auf der Fahrbahn gehen, was aus Verkehrssicherheitserwägungen dringend einer Verbesserung bedarf. Durch Erweiterung der Straße auf eine Breite von 6 m wird darüber hinaus der Einmündungsbereich an der Ecke A. Straße deutlich besser einsehbar, was auch von den Anwohnern aus Verkehrssicherheitsgründen gewünscht wird.

Die verschiedenen, durch die Gemeinde getroffenen, planerischen Entscheidungen, erfolgten im Rahmen der kommunalen Planungshoheit und sind nicht zu beanstanden. Dies gilt auch für die Entscheidung, die am 22. März 2010 für den Fahrverkehr gesperrte Brücke nicht durch provisorische Maßnahmen wieder befahrbar zu machen, was aus Sicht der Gemeinde aufgrund der Kosten unverhältnismäßig wäre.

Hinsichtlich der in den Schreiben der Petenten am Rande angesprochenen Erschließung des O. Hofes und der damit verbundenen Veränderungen des Dorfbaches, beabsichtigt die Stadt F. nun das Bebauungsplanänderungsverfahren fortzusetzen für das der Bauausschuss am 5. Februar 2003 den Aufstellungsbeschluss gefasst hat, was den Forderungen der Petenten nach einer Plananpassung entspricht. Der Geltungsbereich dieser Bebauungsplanänderung soll verkleinert werden und sich nur noch auf die Erschließung des O. Hofes beziehen. Mit dieser Bebauungsplanänderung wird auch die Verschmälerung und offene Führung des Dorfbaches sowie die angesprochen Verlegung der Bachmauer einschließlich einer auch dort notwendigen Brücke planungsrechtlich festgesetzt. Die wasserrechtliche Genehmigung dieser Maßnahmen in Verbindung mit der Erschließungskonzeption liegt mit dem Planfeststellungsbeschluss vom 24. Februar 2010 vor. Das Ergebnis dieser Planung bleibt abzuwarten, hat auf die strittige Sanierung der Brücke und Erweiterung des Teilstücks der Straße G. jedoch keine Auswirkungen.

Für den Abschnitt der Straße G., der zwischen dem Abzweig der Erschließung des O. Hofes und dem strittigen Teilstück der Straße G. liegt und für den der geltende Bebauungsplan „H.“ noch eine verdolte Führung des Dorfbaches festsetzt, soll der Bebauungsplan ebenfalls geändert werden. Dieses Änderungsverfahren ist derzeit noch nicht terminiert. Der Grund dafür ist, dass der Dorfbach auch in diesem Bereich offen geführt werden soll, da eine Verdolung nicht mehr zulässig wäre.

Auslöser für das zweite Gutachten zur Standsicherheit der Brücke im Bereich des Teilstücks der Straße G. war die Petition und die dadurch eingetretenen Verzögerungen der Baumaßnahmen, die im März 2010 beginnen sollten. Erst nach diesem Gutachten, das die Brücke mit 3,8 bewertet hat („4“ ist die schlechteste Bewertung), hat sich die Stadt zu einer sofortigen Sperrung dieser wichtigen Straßenverbindung entschlossen.

Der durch die Sperrung besonders betroffenen Gärtnerei, hat die Stadt ein günstig gelegenes Grundstück

angeboten, um dort bis zum Abschluss der Brückensanierung eine temporäre Verkaufseinrichtung zu errichten.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Döpfer

9. Petition 14/4266 betr. Staatsanwaltschaften, Dienstaufsichtsbeschwerde

Der Petent, ein pensionierter Polizeibeamter in ehemals leitender Position, beanstandet die Pressearbeit der Staatsanwaltschaft T. im Rahmen eines gegen ihn geführten Ermittlungsverfahrens wegen Beleidigung.

I.

Bereits seit mehreren Jahren erhielten politische Gegner des Sohnes des Petenten, der seit 1999 das Amt des Bürgermeisters der Gemeinde A. bekleidete, unter ihrer privaten oder beruflichen Anschrift in unregelmäßigen Abständen teilweise handschriftlich verfasste, anonyme Briefe und Postkarten mit beleidigendem Inhalt. Einige der Schreiben gelangten als „offene Briefe“ direkt an die Öffentlichkeit. Verschiedene Adressaten dieser Schreiben erstatteten im Mai 2006 Strafanzeige, woraufhin die Staatsanwaltschaft T. zunächst ein Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt wegen Beleidigung u. a. einleitete. Da die Handschrift auf den beleidigenden Schreiben der in Polizeikreisen noch bekannten Handschrift des Petenten glich, richtete sich gegen ihn nach kurzer Zeit ein konkreter Tatverdacht. Im Rahmen des im Juni 2006 gegen den Petenten eingeleiteten Ermittlungsverfahrens erwirkte die Staatsanwaltschaft T. nach Durchführung weiterer Ermittlungen beim Amtsgericht C. einen Durchsuchungsbeschluss für dessen Wohnung, der am 19. Oktober 2006 vollzogen wurde. Anlässlich der am selben Tag durchgeführten Beschuldigtenvernehmung räumte der Petent die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zunächst ein, widerrief dieses Geständnis jedoch mit Schreiben vom 19. Oktober 2006. Am 26. Oktober 2006 teilte der Petent mit, dass er am Widerruf seines Geständnisses nicht mehr festhalte.

Zwischen dem 23. und 26. Oktober 2006 fanden eine Vielzahl zeugenschaftlicher Vernehmungen der bekannt gewordenen Adressaten dieser Schreiben statt. In diesem Zusammenhang wurde den Zeugen bekannt, dass sich der Tatverdacht gegen den Petenten richtet. Das Strafverfahren gegen den Petenten wurde durch Strafbefehl des Amtsgerichts C. vom 28. März 2007 rechtskräftig abgeschlossen. Der Petent wurde wegen 31 Vergehen der Beleidigung zu einer Gesamtgeldstrafe von 150 Tagessätzen zu je € 50,- verurteilt.

II.

Der Petent trägt vor, die Staatsanwaltschaft habe in diesem Verfahren Pressevertretern bereits bei Bekanntwerden der Vorwürfe unnötig detaillierte, teilweise auch falsche Auskünfte erteilt. Dies verstoße gegen den Grundsatz der Unschuldsvermutung und habe zu einer ungerechtfertigten Vorverurteilung geführt. Überdies sei die landesweite Berichterstattung dem nur lokal interessierenden Vorgang nicht angemessen gewesen. Insgesamt fühlt sich der Petent durch die Pressearbeit in seinen Persönlichkeitsrechten verletzt.

III.

In Übereinstimmung mit der Bewertung der Generalstaatsanwaltschaft S., die die vom Petenten erhobenen Vorwürfe bereits im Rahmen eines Dienstaufsichtsbeschwerdeverfahrens gegen den Leitenden Oberstaatsanwalt in T. geprüft hat, ist die staatsanwaltschaftliche Sachbehandlung dienstaufsichtsrechtlich nicht zu beanstanden.

Nach § 4 Abs. 1 Landespressegesetz sind die Staatsanwaltschaften grundsätzlich verpflichtet, den Vertretern der Presse die der Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben dienenden Auskünfte zu erteilen. Auskünfte können u. a. nur dann verweigert werden, wenn ein überwiegendes schutzwürdiges privates Interesse besteht, § 4 Abs. 2 Nr. 3 Landespressegesetz. Insoweit ist eine Abwägung zwischen dem öffentlichen Interesse an einer Unterrichtung sowie der schutzwürdigen Belange des Beschuldigten vorzunehmen. Entsprechend sieht Nummer 23 Abs. 1 Satz 3 der Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren (RiStBV) vor, dass die Staatsanwaltschaft im Einzelfall zu prüfen hat, ob das Interesse der Öffentlichkeit an einer vollständigen Berichterstattung gegenüber dem Persönlichkeitsrecht des Beschuldigten überwiegt. Nach Nummer 23 Abs. 1 Satz 3 RiStBV kann davon ausgegangen werden, dass dem allgemeinen Informationsinteresse der Öffentlichkeit in der Regel ohne Nennung des Namens entsprochen werden kann.

Vor diesem Hintergrund ist zunächst allgemein festzustellen, dass Gegenstand des gegen den Petenten geführten Ermittlungsverfahrens Vorwürfe waren, die – entgegen seiner Ansicht – nicht lediglich privaten Charakter aufwiesen. Es handelte sich vielmehr um eine Vielzahl erheblicher Beleidigungen von politischen Gegnern eines Ortsbürgermeisters im Rahmen aktueller kommunalpolitischer Auseinandersetzungen. Diese Beleidigungen wurden vom Petenten selbst durch die Wahl der Bekanntgabeform des „offenen Briefs“ sowie den großen Kreis der Empfänger derartiger Schreiben in die Öffentlichkeit getragen.

Der vom Petenten erhobene Vorwurf, die Staatsanwaltschaft habe Pressevertretern bereits zu Beginn der Presseberichterstattung seinen Namen, seine Anschrift und seine frühere berufliche Tätigkeit bekannt gegeben, ist unzutreffend. Soweit ersichtlich datiert der erste Pressebericht vom 25. Oktober 2006. Zum Zeitpunkt der diesem Artikel vorangegangenen Presse-

anfrage war der anfragenden Journalistin nach Auskunft des Leitenden Oberstaatsanwalts in T. sowohl der Name als auch die frühere berufliche Funktion des beschuldigten Petenten bereits bekannt. Auch die übrigen Pressevertreter, die sich in der Folge mit Anfragen an die Staatsanwaltschaft wandten, verfügten ersichtlich bereits im Vorfeld über diese Informationen.

Im Übrigen ist darauf hinzuweisen, dass die Staatsanwaltschaft T. die Öffentlichkeit über das vorliegende Verfahren nicht von sich aus unterrichtete. Vielmehr beruhte die Berichterstattung auf einer eigenständigen Anfrage der genannten Journalistin, ohne dass die Staatsanwaltschaft hierzu Anlass gegeben hatte. Das gegen den Petenten geführte Ermittlungsverfahren und die gegen ihn erhobenen Vorwürfe wurden zwangsläufig im Rahmen der nach dem 23. Oktober 2006 geführten Zeugenvernehmungen einem größeren Personenkreis in A. bekannt und sorgten dort – unmittelbar nach Bekanntwerden und auch im weiteren Verlauf – für erhebliches Aufsehen. Gerade im Hinblick auf den zeitlichen Zusammenhang mit dem Beginn der Medienberichterstattung am 26. Oktober 2006 erscheint es deshalb naheliegend, dass den Medien von dort aus Einzelheiten zur Person des Beschuldigten, den gegen diesen erhobenen Vorwürfen sowie zum Verfahrensstand bekannt wurden.

Der vom Petent erhobene Vorwurf, der Leitende Oberstaatsanwalt in T. habe sich durch eine aktive Pressearbeit „beispielslos selbstinszeniert“, ist ersichtlich haltlos. Die Staatsanwaltschaft T. hat in dem in Rede stehenden Verfahren lediglich eine Presseerklärung herausgegeben. Mit dieser Presseerklärung vom 10. April 2007 wurde über den vorangegangenen Antrag der Staatsanwaltschaft auf Erlass eines Strafbefehls gegen den – zuvor hierüber unterrichteten, namentlich in der Mitteilung nicht genannten – Beschuldigten informiert. Die Presseerklärung, in der auf die frühere Funktion des Petenten und das politische Amt seines Sohnes Bezug genommen wird, ist inhaltlich nicht zu beanstanden, da diese Informationen aufgrund der vorangegangenen, nicht auf Auskünften der Staatsanwaltschaft beruhenden Presseberichterstattung der Öffentlichkeit bereits bekannt waren. Dies gilt auch für die Mitteilung der von der Staatsanwaltschaft im Strafbefehlswege beantragten Tagessatzanzahl und -höhe der Geldstrafe, da die Öffentlichkeit hierdurch sachgerecht über das Ausmaß der Schuld des Petenten und die strafgerichtlichen Reaktionen hierauf unterrichtet wurde. Überdies handelt es sich bei den in der Presseerklärung enthaltenen Ausführungen, wonach der Petent im Falle der Rechtskraft des Strafbefehls vorbestraft sein wird, lediglich um einen Hinweis auf die geltende Rechtslage (§ 32 Abs. 1 und 2 Bundeszentralregistergesetz).

Abgesehen von der genannten Presseerklärung beschränkte sich die Pressearbeit der Staatsanwaltschaft T. im Übrigen auf die Beantwortung konkreter Anfragen von Pressevertretern, zu der sie nach § 4 Abs. 1 Landespressegesetzes verpflichtet war.

Zur Beschwerde des Petenten über die aus seiner Sicht überzogene landesweite Berichterstattung ist le-

diglich anzumerken, dass die Entscheidung über den Inhalt und den Umfang einer Berichterstattung ebenso wie die Entscheidung, in welchem örtlichen Rahmen eine Veröffentlichung erfolgen soll, nicht in der Verantwortung der Staatsanwaltschaft liegt. Konkrete Anhaltspunkte dafür, dass die Staatsanwaltschaft T. anfragenden Medienvertretern inhaltlich falsche Auskünfte erteilt hat, sind schließlich ebenfalls nicht erkennbar. Bei den insoweit vom Petenten erhobenen Vorwürfen handelt es sich ersichtlich lediglich um Mutmaßungen, die er mit aus seiner Sicht inhaltlich falschen Presseberichten zu begründen sucht. Insofern ist zu bemerken, dass die Verantwortung für die inhaltliche Richtigkeit eines Presseberichts alleine bei dem jeweiligen Presseorgan liegt. Sollte über das vorliegende Verfahren tatsächlich inhaltlich unrichtig berichtet worden sein, wofür jedoch keine Hinweise vorhanden sind, muss dies jedenfalls nicht auf einer unrichtigen staatsanwaltschaftlichen Auskunft beruhen, zumal den berichtenden Pressevertretern neben den staatsanwaltschaftlichen Auskünften weitere Informationsquellen zur Verfügung standen. Im Übrigen ist darauf hinzuweisen, dass sich – entgegen dem Vorbringen des Petenten – aus den Ermittlungsakten ergibt, dass sowohl der Petent als auch dessen Sohn im Rahmen des Verfahrens die Vermutung äußerten, dass als Verfasser von weiteren anonymen Schreiben, die dem Sohn des Petenten zuzingen, dessen politische Gegner bzw. ein Mitarbeiter der Gemeinde A. in Betracht kommen könnten.

Abschließend wird darauf hingewiesen, dass sich der Petent bereits Ende 2007 in dieser Angelegenheit an den Landesbeauftragten für den Datenschutz gewandt hatte. Nach eingehender Prüfung wurde ihm von dort mitgeteilt, dass er durch die Pressearbeit der Staatsanwaltschaft T. nicht in seinem Recht auf informationelle Selbstbestimmung verletzt wurde.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatte(rin): Fauser

10. Petition 14/4391 betr. Schulwesen, Einstellung neuer Lehrkräfte an der H.-Schule P.

Der Petent ist Schüler der Fachschule für Technik an einer beruflichen Schule. Er weist auf den hohen Unterrichtsausfall in der von ihm besuchten Klasse hin, der sich seit Schuljahresbeginn im September 2009 mittlerweile auf über 80 Unterrichtsstunden beläuft. Er fordert die Einstellung einer ausreichenden Zahl von Lehrkräften.

Die Schulleitung bestätigt den Unterrichtsausfall in der bezifferten Größenordnung. Hauptursache ist die derzeit dünne Personaldecke bei den Lehrkräften für Fertigungstechnik an der Schule. Dies liegt jedoch nicht an fehlenden Einstellungsmöglichkeiten, sondern vielmehr an dem geringen Angebot an Lehramts-

bewerbern für Fertigungstechnik. Eine entsprechende Lehrkraft der Schule ist seit Herbst 2009 längerfristig erkrankt. Seit feststeht, dass sich ihre Rückkehr in den aktiven Dienst verzögert, bemühen sich die Schulleitung und das zuständige Regierungspräsidium intensiv, kurzfristig eine geeignete Nebenlehrkraft als Vertretung zu finden, sei es eine ausgebildete Lehrkraft oder eine anderweitig fachlich qualifizierte Person. Fachkräfte mit einem Studienabschluss im Bereich Maschinenbau- bzw. Fertigungstechnik sind jedoch auch in der Wirtschaft sehr gefragt, sodass kaum Interessenten für eine befristete nebenberufliche Lehr-tätigkeit zu gewinnen sind. Wesentlich erfolgreicher sind die Maßnahmen der Kultusverwaltung zur Gewinnung von berufserfahrenen Ingenieuren für einen dauerhaften Wechsel in den beruflichen Schuldienst im Wege des Direkteinstiegs. An der betreffenden Schule konnten bereits zum Schuljahr 2009/2010 drei Direkteinsteiger im Bereich Fertigungstechnik eingestellt werden. In der laufenden Lehrereinstellung zum Schuljahr 2010/2011 wurden bislang zwei weitere Lehrkräfte für Fertigungstechnik für die Schule gewonnen, die ab September 2010 den Dienst antreten. Die eingestellten Direkteinsteiger werden in ihren ersten beiden Unterrichtsjahren berufsbegleitend pädagogisch nachqualifiziert und unterrichten zunächst reduziert. Sie werden deshalb erst mit einer gewissen Verzögerung, dann jedoch deutlich – beginnend mit dem kommenden Schuljahr – zu einer Verbesserung der Unterrichtsversorgung in Fertigungstechnik beitragen. Um schon vorher eine vertretbare Unterrichtsversorgung für die betroffene Klasse der Fachschule für Technik zu erreichen, prüfen das zuständige Regierungspräsidium und die Schulleitung derzeit schulinterne Umschichtungsmöglichkeiten von Lehraufträgen, da sich mit dem Unterrichtswegfall für die Abiturklassen neue Spielräume an der Schule abzeichnen. Parallel wird die gezielte Suche nach Vertretungslehrkräften fortgesetzt. Der Petition kann durch diese Maßnahmen abgeholfen werden.

Beschlussempfehlung:

Die Petition wird für erledigt erklärt.

Berichterstatlerin: Fauser

11. Petition 14/4245 betr. Aufenthaltstitel

I.

Der Petent begehrt den weiteren Verbleib im Bundesgebiet und zu diesem Zweck die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis mit der Möglichkeit der Erwerbstätigkeit.

II.

Bei dem Petenten handelt es sich um einen 54-jährigen Staatsangehörigen aus K., der vor seiner Einreise nach Deutschland im Februar 2002 jahrelang als

(Chef-)Koch in K. gearbeitet hat. Für die Botschaft der Republik K. führte er diese Tätigkeit als örtlich eingestellter Mitarbeiter (sog. „unechte“ Ortskraft) im Bundesgebiet weiter aus und war im Besitz eines vom Auswärtigen Amt ausgestellten Protokollausweises für Ortskräfte.

Während seines Aufenthaltes im Bundesgebiet trat der Petent strafrechtlich in Erscheinung. So wurde er im Juli 2006 wegen Erschleichens von Leistungen zu einer Geldstrafe von 8 Tagessätzen zu je 15 € verurteilt, ein weiteres Strafverfahren wegen Leistungsererschleichung wurde mit Blick auf diese Verurteilung eingestellt. Im August 2007 wurde der Petent erneut wegen Erschleichens von Leistungen zu einer Geldstrafe von 15 Tagessätzen zu je 25 € verurteilt.

Im Oktober 2007 stellte er einen Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zum Zwecke der Erwerbstätigkeit nach § 18 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG). Diesen Antrag lehnte die damals zuständige Ausländerbehörde ab. Die vom Petenten gegen diese Entscheidung erhobene Klage wies das Verwaltungsgericht im April 2008 zurück. Hiergegen beantragte der Petent die Zulassung der Berufung. Im Juni 2008 beantragte der Petent außerdem erneut die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 18 AufenthG und legte eine Einstellungszusage als Spezialitätenkoch vor. Die Ausländerbehörde änderte ihre Entscheidung nicht und verwies auf das laufende Berufungsverfahren.

Im Dezember 2008 kündigte die Botschaft der Republik K. das Arbeitsverhältnis des Petenten. Der ausgestellte Protokollausweis verlor im Januar 2009 seine Gültigkeit und wurde von der Ausländerbehörde eingezogen. Die Behörden K.'s verlängerten den Reisepass des Petenten bis Ende Dezember 2013, stempelten diesen Eintrag jedoch wieder ungültig. Den Grund hierfür konnte der Petent nicht angeben. Er weigerte sich fortan, an der Beschaffung eines gültigen Passes mitzuwirken.

Im Januar 2009 beantragte der Petent die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 104a AufenthG (Altfallregelung) und erneut die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zur Arbeitsaufnahme als Spezialitätenkoch, da ihm nun ein Angebot eines Partyservices vorlag. Er gab an, während seiner Beschäftigungszeit Sozialabgaben abgeführt zu haben und damit in Deutschland faktisch integriert zu sein. Die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis sei auch auf Grundlage von Artikel 6 des Grundgesetzes (GG) erforderlich, da er durch die Arbeit seine Frau und mehrere Kinder im Herkunftsland unterstütze. Dies sei ihm dort nicht möglich. Zudem schulde ihm die Botschaft Geld aus dem Beschäftigungsverhältnis. Diesen Anspruch könne er von Deutschland aus wesentlich besser geltend machen.

Die Behörde, die aufgrund der geringen Deutschkenntnisse des Petenten schriftlich mit dessen Anwalt korrespondierte, lehnte diesen Antrag im April 2009 ab. Sie forderte den Petenten auf, das Bundesgebiet bis Ende Mai 2009 zu verlassen und drohte die Abschiebung in sein Herkunftsland an. Die hiergegen

erhobene Klage wurde vom Verwaltungsgericht im August 2009 zurückgewiesen. Im Oktober 2009 lehnte das Oberverwaltungsgericht schließlich die Anträge auf Zulassung der Berufung gegen die Urteile des Verwaltungsgerichtes vom April 2008 und August 2009 ab. Die Entscheidungen der Ausländerbehörde wurden damit bestandskräftig und die Abschiebung des Petenten vorbereitet.

Noch im Oktober 2009 stellte der Petent einen Asylantrag. Im Rahmen des Asylverfahrens wurde der Petent dem Land Baden-Württemberg zugewiesen. Er ist im Besitz einer bis zum 15. August 2010 gültigen Aufenthaltsgestattung und bezieht Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat noch nicht über den Asylantrag entschieden.

III.

Der Petent hat keinen Anspruch auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis.

Da das Asylverfahren des Petenten noch nicht bestandskräftig abgeschlossen ist, ist die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis gemäß § 10 Abs. 1 AufenthG grundsätzlich ausgeschlossen. Eine Ausnahme ist nur möglich, wenn wichtige Interessen der Bundesrepublik Deutschland die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis erfordern und die oberste Landesbehörde zugestimmt hat oder im Falle eines gesetzlichen Anspruchs auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis.

Wichtige Interessen der Bundesrepublik, die die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis erfordern, sind nur in Ausnahmefällen zu bejahen. Der maßgebliche Grund muss regelmäßig in der Person des Ausländers liegen. Ein solcher Ausnahmefall kommt beispielsweise etwa in Betracht, wenn es sich um einen Wissenschaftler von internationalem Rang oder eine international geachtete Persönlichkeit handelt. Auch erhebliche außenpolitische Interessen können im Einzelfall eine Aufenthaltsgewährung erfordern. Ein solcher Ausnahmefall ist beim Petenten nicht gegeben. Zudem fehlt die Zustimmung der obersten Landesbehörde.

Der Petent hat auch keinen gesetzlichen Anspruch auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis.

Die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Erwerbstätigkeit gemäß § 18 AufenthG scheitert bereits daran, dass der Petent kein geeignetes konkretes Arbeitsplatzangebot vorgelegt hat. Insbesondere hat das Oberverwaltungsgericht bestätigt, dass die bisher vorgelegten Arbeitsplatzangebote nicht den Bestimmungen des § 26 Abs. 2 der Beschäftigungsverordnung entsprachen, weil es sich nicht um Spezialitätenrestaurants handelte. Zudem sind die allgemeinen Erteilungsvoraussetzungen nicht gegeben, da der Lebensunterhalt des Petenten nicht gesichert ist und er keinen gültigen Pass besitzt. Darüber hinaus gewährt § 18 AufenthG keinen gesetzlichen Anspruch auf Erteilung eines Aufenthaltstitels, sondern lediglich einen Anspruch auf eine ermessensfehlerfreie Prüfung des Antrags.

Ein Anspruch auf die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 104 a AufenthG scheidet ebenfalls aus. Voraussetzung hierfür ist u. a., dass es sich um den Antrag eines Ausländers handelt, der aktuell im Besitz einer Duldung ist, und der sich am 1. Juli 2007 seit mindestens acht Jahren ununterbrochen geduldet, gestattet oder mit einer Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen im Bundesgebiet aufgehalten hat. Da der Petent derzeit eine Aufenthaltsgestattung besitzt und sich am 1. Juli 2007 erst seit fünf Jahren im Bundesgebiet aufgehalten hat (Ersteinreise war im Februar 2002), erfüllt er diese Voraussetzungen nicht. Als Ortskraft war er darüber hinaus im Besitz eines Protokollausweises und damit weder geduldet oder gestattet noch im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen. Im Übrigen verpasste der Petent die Ende 2009 ausgelaufene Frist zur Antragstellung.

Im Falle der (bestandskräftigen) Ablehnung des Asylantrags darf dem Petenten vor der Ausreise nur ein Aufenthaltstitel aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen erteilt werden (§ 10 Abs. 3 AufenthG). Eine entsprechende Erteilungsgrundlage ist aber nicht ersichtlich.

Auf Grundlage der Anordnung des Innenministeriums Baden-Württemberg nach § 23 Abs. 1 AufenthG über die Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen für im Ausland angeworbene („unechte“) Ortskräfte an diplomatischen und berufskonsularischen Vertretungen in Deutschland vom 22. Januar 2010 kann dem Petenten keine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden. Er erreicht den erforderlichen Tätigkeitszeitraum von mehr als 15 Jahren nicht. Zudem ist er weder im Besitz eines gültigen Passes noch ist der Lebensunterhalt gesichert. Schließlich mangelt es auch an den erforderlichen hinreichenden mündlichen Deutschkenntnissen. Im Asylverfahren war eine sinnvolle Verständigung mit dem Petenten nur über dessen Anwalt möglich.

Dem Petenten kann auch keine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 4 Satz 1 AufenthG erteilt werden. Dringende humanitäre oder persönliche Gründe im Sinne dieser Vorschrift, die seine Anwesenheit im Bundesgebiet erfordern, liegen nicht vor, zudem müssen diese Gründe auf einen vorübergehenden Aufenthalt bezogen sein. Der vom Petenten vorgetragene Aufenthaltswitz, in Deutschland ein ausreichendes Einkommen zur Unterstützung seiner Familie in K. zu erzielen, ist hingegen auf unbestimmte Dauer angelegt. Im Übrigen ist nicht ersichtlich, dass der Petent hierfür auf den weiteren Aufenthalt im Bundesgebiet unbedingt angewiesen ist. Immerhin war er vor seiner Einreise nach Deutschland lange Jahre in K. als (Chef-)Koch tätig und hat Einnahmen erzielt.

Den Rechtsstreit gegen seinen früheren Arbeitgeber kann der anwaltlich vertretene Petent auch von seinem Herkunftsland aus führen. Sollte die Anwesenheit des Petenten zu einem gerichtlichen Termin zwingend erforderlich sein, kann diese durch ein kurzzeitiges Visum sichergestellt werden. Auch insofern liegt also kein anerkannter Grund für den Verbleib des Petenten im Bundesgebiet vor.

Ein Anspruch auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 4 Satz 2 AufenthG wegen einer außergewöhnlichen Härte steht dem Petenten schon deshalb nicht zu, weil nach dieser Bestimmung nur die Verlängerung einer schon erteilten Aufenthaltserlaubnis in Betracht kommt. Der Petent ist aber als „unechte“ Ortskraft gemäß § 27 Abs. 1 Nr. 2 der Aufenthaltungsverordnung vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit und damit nicht im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis gewesen.

Ein Anspruch auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 AufenthG scheidet ebenfalls aus. Die Ausreise des Petenten ist nicht aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen unmöglich. Zwar ist der Petent nicht im Besitz eines gültigen Passes, was die Ausreise derzeit tatsächlich unmöglich macht. Eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 AufenthG darf aber nur erteilt werden, wenn der Ausländer unverschuldete an der Ausreise gehindert ist. Ein Verschulden liegt nach § 25 Abs. 5 Satz 4 AufenthG insbesondere vor, wenn der Ausländer zumutbare Anforderungen zur Beseitigung des Ausreisehindernisses nicht erfüllt. Ein ausreisepflichtiger Ausländer hat grundsätzlich alle zur Erfüllung seiner Ausreisepflicht erforderlichen Maßnahmen, und damit auch die zur Klärung seiner Identität und zur Beschaffung eines gültigen Passes oder Passersatzpapiers, grundsätzlich ohne besondere Aufforderung durch die Ausländerbehörde unverzüglich einzuleiten. Dabei hat er sich gegebenenfalls unter Einschaltung einer Mittelsperson in seinem Heimatland um erforderliche Dokumente und Auskünfte zu bemühen, wobei es grundsätzlich auch zumutbar ist, einen Rechtsanwalt im Herkunftsstaat zu beauftragen. Der Petent war aber nach den Feststellungen der Ausländerbehörde bisher nicht bereit, in dem erforderlichen Umfang an der Beschaffung eines Passes mitzuwirken.

Im Übrigen ist die Beendigung des Aufenthaltes des Petenten im Bundesgebiet auch nicht wegen Verstoßes gegen Art. 8 EMRK (Recht auf Achtung des Privatlebens) rechtlich unmöglich. Art. 8 EMRK vermittelt einem Ausländer ein Aufenthaltsrecht nicht allein deswegen, weil er sich eine bestimmte Zeit im Hoheitsgebiet des Vertragsstaates aufgehalten hat. Das Abführen von Sozialversicherungsbeiträgen allein kann noch nicht zu einer Verwurzelung eines Ausländers im Bundesgebiet führen. Vielmehr sind im Rahmen einer Gesamtabwägung die Aspekte, die zu einer intensiven, persönlichen, familiären, wirtschaftlichen und sozialen Bindung des Petenten im Bundesgebiet führen können, zu berücksichtigen. Gegen eine Verwurzelung des Petenten spricht bei einer solchen Gesamtbetrachtung maßgeblich, dass er nach wie vor starke persönliche und soziale Bindungen an seine in K. lebende Familie hat und er seit seiner Entlassung aus dem Beschäftigungsverhältnis an der Botschaft von K. keine wirtschaftlichen Bindungen im Bundesgebiet aufbauen konnte. Weil der Petent sich noch wirtschaftlich verantwortlich für seine Familie fühlt, kann auch keine vollständige Entwurzelung vom Heimatland angenommen werden. Zudem hat der Petent den weit überwiegenden Teil seines Lebens in K. verbracht. Es darf schließlich nicht unberücksichtigt blei-

ben, dass es der Praxis im diplomatischen Verkehr der Bundesrepublik entspricht, dass im Ausland angeworbene Ortskräfte Deutschland unverzüglich nach Beendigung ihrer Beschäftigung bei der diplomatischen Vertretung wieder verlassen müssen. Die Beschäftigung ist von vornherein begrenzt auf die Dauer der Zugehörigkeit zum Botschaftspersonal und kann daher nicht zu einer Aufenthaltsverfestigung führen.

Weitere Rechtsgrundlagen, nach denen dem Petenten ein Aufenthaltsrecht erteilt werden könnte, sind nicht ersichtlich.

Soweit der Petent einen Rechtsanspruch auf Ausübung einer Beschäftigung nach § 61 Abs. 2 des Asylverfahrensgesetzes (AsylVfG) geltend macht, liegt dieser derzeit nicht vor. Voraussetzung hierfür ist, dass sich der Petent mindestens seit einem Jahr gestattet im Bundesgebiet aufgehalten hat, wobei nach § 61 Abs. 2 Satz 2 AsylVfG ein unmittelbar vorausgegangener geduldeter oder rechtmäßiger Voraufenthalt auf die Frist anzurechnen ist. Da der Petent am 25. August 2009 eine Duldung erhielt und sein Aufenthalt seit dem 10. November 2009 gestattet ist, kann er frühestens ab dem 25. August 2010 die Erlaubnis zur Ausübung einer Beschäftigung beantragen.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Nelius

12. Petition 14/4238 betr. staatsanwaltschaftliche Ermittlungen

Die Petenten beschwerten sich über die aus ihrer Sicht unzureichenden Ermittlungen der Staatsanwaltschaft E. im Zusammenhang mit der Aufklärung der näheren Umstände des Todes ihres Sohnes.

Am 2. Oktober 2007 kurz nach 22:00 Uhr wurde der 16-jährige Sohn der Petenten an einem Bahnübergang auf der Gemarkung H. auf den Gleisen stehend von einem Zug erfasst und getötet. Die von der Kriminalpolizei H. durchgeführten Ermittlungen ergaben keine Anhaltspunkte für ein vorsätzliches oder fahrlässiges Verschulden oder Mitverschulden eines Dritten. Daher stellte die Staatsanwaltschaft E. das Todesermittlungsverfahren mit Verfügung vom 12. Oktober 2007 ein.

Der Suizid steht mutmaßlich im Zusammenhang mit einem Ermittlungsverfahren gegen den Sohn der Petenten wegen der Beteiligung an einem Einbruchsdiebstahl in eine Gaststätte am 24. September 2007. Der Sohn der Petenten war am 2. Oktober 2007 kurz nach 20:00 Uhr von einem Zeugen telefonisch benachrichtigt worden, dass dieser soeben bei der Polizei das ihm zuvor gegebene falsche Alibi richtiggestellt habe. Als Reaktion auf diese Mitteilung hatte der Sohn der Petenten gegenüber dem Zeugen geäußert, dass „er sich jetzt aufhängen“ werde.

In der Folge wandte sich der Petent an das Polizeirevier H. mit dem Vorbringen, sein Sohn sei nicht freiwillig aus dem Leben geschieden, sondern unter Vorhalt einer Waffe gezwungen worden, sich auf die Gleise zu stellen und vom Zug überfahren zu lassen. Dafür spräche zum einen die Örtlichkeit am Bahnübergang, die möglichen Tätern eine gute Versteckmöglichkeit biete. Zum anderen habe sein Sohn zwar Helm und Geldbeutel auf die Sitzbank seines am Bahnübergang abgestellten Motorrollers gelegt, nicht jedoch sein Handy, auf dem die Telefonnummern seiner „Hintermänner“ gespeichert gewesen seien. Außerdem habe er erfahren, dass sein Sohn von zwei „Russen“ unter Druck gesetzt worden sei.

Daraufhin leitete die Staatsanwaltschaft E. ein Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt wegen des Verdachts eines Tötungsdelikts ein. Die weiteren Ermittlungen und insbesondere die Zeugenvernehmungen mehrerer Freunde ergaben jedoch keine Hinweise auf eine Straftat. Der Triebwagenführer hatte keine weiteren Personen im Bereich des Bahnübergangs gesehen. Hinzu kam, dass der Sohn der Petenten bereits im August 2007 – vermutlich wegen der Beendigung der Freundschaft mit einem Mädchen – gegenüber seiner Schwester Suizidabsichten geäußert hatte. Aufgrund dieser Umstände und insbesondere angesichts der telefonischen Ankündigung seines Suizids gegenüber einem Zeugen zwei Stunden vor seinem Tod stellte die Staatsanwaltschaft E. das Verfahren mit Verfügung vom 6. November 2007 ein. Der dagegen eingelegten Beschwerde des Petenten gab die Generalstaatsanwaltschaft S. am 10. Dezember 2007 nicht statt und wies ergänzend darauf hin, dass es sich bei den vom Petenten vorgebrachten Umständen, die dafür sprechen sollten, dass sein Sohn von unbekannten Tätern zur Selbsttötung gezwungen wurde, um bloße Mutmaßungen handele, die durch die eingehenden Untersuchungen der Kriminalpolizei nicht gestützt würden. Insbesondere spreche gegen eine Mitwirkung dritter Personen auch der Umstand, dass der Sohn der Petenten seinen Motorroller ordnungsgemäß am Rande der Bahnstrecke abgestellt und seine persönliche Habe – bis auf das Handy – dort deponiert hatte.

Im weiteren Verlauf ergab sich aufgrund einer Zeugenvernehmung ein Hinweis darauf, dass der Sohn der Petenten am 2. Oktober 2007 möglicherweise gegen 20:45 Uhr auf seinem Handy einen Anruf erhalten hatte, der zu einer Veränderung seiner Stimmungslage geführt hatte. Da nicht auszuschließen war, dass es sich bei dem Anrufer um einen Mittäter des Einbruchsdiebstahls gehandelt haben könnte, wurde im Ermittlungsverfahren beim Amtsgericht E. am 21. Dezember 2007 eine richterliche Anordnung erwirkt, wonach die Netzbetreiber D. T., T-M., V. D., E.-P. und O. G. Auskunft über Verbindungsdaten zu erteilen haben, welche am 2. Oktober 2007 im Zeitraum von 19:00 Uhr bis 22:15 Uhr sowie an den darauffolgenden Tagen bis zum 10. Oktober 2007 bei zwei Handyanschlüssen – darunter das mutmaßlich vom Sohn der Petenten am 2. Oktober 2007 benutzte Handy – angefallen sind. Die Auskünfte der Netzbetreiber führten jedoch zu keinen weiteren Erkennt-

nissen, zumal es hinsichtlich der in Rede stehenden Daten zum damaligen Zeitpunkt keine Speicherverpflichtung gab und diese deshalb aus technischen Gründen oftmals nur wenige Tage dort gespeichert waren.

Auf Wunsch seines Rechtsanwalts wurde dem Petenten vom zuständigen staatsanwaltlichen Dezernenten am 5. Dezember 2008 im Rahmen eines ca. 90-minütigen Gesprächs die Sachlage ausführlich erläutert. Der Petent wandte sich dann im Weiteren an einen Abgeordneten, der mit Schreiben vom 17. April 2009 Herrn Justizminister um Wiederaufnahme der Ermittlungen zur Sachaufklärung der näheren Todesumstände des Sohnes der Petenten bat. Mit Antwortschreiben vom 4. Mai 2009 teilte Herr Justizminister mit, dass die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft E. zu den Umständen des Versterbens des Sohnes der Petenten umfassend und erschöpfend gewesen seien und für eine Wiederaufnahme des Ermittlungsverfahrens kein Raum sei.

Die Petenten werfen der Staatsanwaltschaft E. und der Generalstaatsanwaltschaft S. Ermittlungsfehler und das Unterlassen weiterer Sachaufklärung vor. So gehen die Petenten weiterhin davon aus, dass ihr Sohn unter Druck gesetzt worden sei und seinen Tod nicht freiwillig herbeigeführt habe. Die Staatsanwaltschaft habe die zur Verfügung stehenden Aufklärungsmöglichkeiten nicht ausgeschöpft. So seien insbesondere die Telefonverbindungsdaten bei der ausdrücklich benannten Betreibergesellschaft D. AG nicht abgefragt worden. Ferner seien mehrere Bekannte seines Sohnes bzw. mögliche Mittäter, deren Vernehmung sich aufgedrängt habe, nicht vernommen worden. Seitens der Polizeidirektion H. seien weitere Ermittlungen beabsichtigt gewesen, jedoch auf Drängen der Staatsanwaltschaft E. nicht weitergeführt worden. Außerdem sei der Verbleib der Telefonkarte des am Unfallort aufgefundenen Handys ihres Sohnes weiterhin ungeklärt.

Die Sachbehandlung durch die Staatsanwaltschaft E. und die Generalstaatsanwaltschaft S. in den genannten Verfahren ist nicht zu beanstanden.

Es liegen keine hinreichenden tatsächlichen Anhaltspunkte dafür vor, dass der Tod des Sohnes der Petenten durch Fremdverschulden verursacht wurde. Sämtliche gebotenen und erfolgsversprechenden Ermittlungsmaßnahmen, die zu einer weiteren Klärung der Umstände des Todes hätten führen können, wurden durchgeführt.

Der polizeiliche Sachbearbeiter regte gegenüber der Staatsanwaltschaft E. mit Schreiben vom 5. Oktober 2007 an, die ein- und ausgehenden Telefonate vom Handy des Sohnes der Petenten zu erheben. Zu diesem Zeitpunkt lagen die rechtlichen Voraussetzungen für die Einholung einer derartigen Auskunft über Telekommunikationsverbindungsdaten gemäß § 100 g StPO in der bis zum 31. Dezember 2007 geltenden Fassung nicht vor, da die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise nicht aussichtslos erschien. Sobald das Vorliegen dieser Anordnungsvoraussetzungen bejaht werden konnten, wurden die Verbin-

ungsdaten der am 2. Oktober 2007 eingegangenen – und nicht die der ausgegangenen – Anrufe bei den in Betracht kommenden Netzbetreibern abgefragt. Deren Auskünfte erbrachten keine weiterführenden Erkenntnisse. Soweit die Petenten beanstanden, dass bei der D. AG keine Verbindungsdaten erhoben wurden, ist darauf hinzuweisen, dass es sich bei der D. AG nicht um einen Netzbetreiber, sondern um einen netz-unabhängigen Service-Provider handelt, der lediglich Tarife aller Mobilfunknetze anbietet. Auskunftser-suchen der vorliegenden Art werden deshalb grund-sätzlich nur an die D. T. AG als Festnetzbetreiber so-wie die vier Mobilfunknetzbetreiber gerichtet. Eine Anfrage bei einzelnen Service-Providern, insbesonde-re auch der D. AG, hätte mithin zu keinem weiterge-henden Erkenntnisgewinn führen können, zumal den Petenten eine Aufstellung der ausgehenden Gespräche bereits als Einzelverbindungs-nachweis der D. AG vorlag.

Für eine Vernehmung der von den Petenten in der Petitionsschrift benannten Personen besteht kein An-lass. Aus den Vernehmungen der in diesem Zusam-menhang genannten Zeugen ergeben sich keine kon-kreten Hinweise darauf, dass diese den Sohn der Pe-tenten unter Druck gesetzt bzw. erpresst haben könn-ten. Zu Beginn der Ermittlungen wegen des Ein-bruchsdiebstahls am 24. September 2007 lagen sehr vage polizeiliche Anhaltspunkte dafür vor, dass einige der auch in der Petitionsschrift benannten Personen möglicherweise an dieser Tat beteiligt waren. Vor diesem Hintergrund wurden deren bereits bei der Po-lizei einliegende Fingerspuren – ebenso wie die Fin-gerspuren des Betreibers der Gaststätte, in die einge-brochen wurde – mit den am Tatort sichergestellten Fingerspuren abgeglichen. Da dieser Abgleich in allen Fällen negativ verlief, bestätigten sich diese vagen Anhaltspunkte nicht, weshalb auch eine zeu-genschaftliche Vernehmung der genannten Personen nicht erfolgsversprechend war.

Bezüglich des Verbleibs der Telefonkarte des Handys des Sohnes der Petenten ist ergänzend zu bemerken, dass Ansatzpunkte zur Durchführung entsprechender Ermittlungen nicht erkennbar sind. Schließlich konn-ten im Rahmen der Ermittlungen auch keine Hinweise dafür gewonnen werden, dass diese Telefonkarte nach dem 2. Oktober 2007 nochmals benutzt wurde. Auch die insoweit von den Petenten – ergänzend zu den bereits von den Strafverfolgungsbehörden erhobenen Verbindungsdaten – vorgelegten Unterlagen sind nicht geeignet, derartige Telefonate zu belegen. Zum einen betreffen diese ersichtlich einen anderen Zeit-raum, zum anderen handelt es sich um Sammelnach-weise für mehrere Rufnummern, weshalb eine kon-krete Zuordnung zu einzelnen Verbindungen eben-falls nicht möglich ist.

Insgesamt ist festzustellen, dass sämtliche Ermitt-lungsansätze ausgeschöpft wurden. Die von den Pe-tenten vorgebrachten Umstände, die für ein Tötungs-delikt zum Nachteil ihres Sohnes sprechen sollen, sind letztlich bloße Mutmaßungen, die durch die poli-zeilichen Untersuchungen nicht bestätigt wurden, zumal der Sohn der Petenten seine Selbsttötung un-

mittelbar zuvor angekündigt hatte und auch das mut-mäßliche Motiv hierfür – die geänderte Aussage des Zeugen – nachvollziehbar erscheint.

Ziel der Petenten ist es, Gewissheit über die Umstän-de des Todes ihres Sohnes zu erlangen, insbesondere zum Geschehensablauf in den letzten Stunden vor seinem Tod. Dieser Wunsch ist menschlich verständ-lich und nachvollziehbar. Gleichwohl ist es der Staats-anwaltschaft als Strafverfolgungsbehörde im vor-liegenden Fall aus den dargestellten Gründen im Rah-men ihrer Aufgabenstellung nicht möglich, sämtliche Umstände, die zu dem Suizid geführt haben, restlos zu klären.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatlerin: Razavi

13. Petition 14/4419 betr. Stelle für NS-Verbrechen, Aufnahme in das Unesco-Weltdokumentenerbe

Der Petent begehrt die Benennung der Unterlagen der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Lud-wigsburg für die Aufnahme in das Weltdokumenten-erbe der UNESCO.

In das seit 1992 bestehende UNESCO-Programm „Memory of the World“ werden weltweit kulturell bedeutsame und historisch wichtige Dokumente mit dem Ziel aufgenommen, deren Erhalt zu sichern und diese weltweit zugänglich zu machen.

Zur Aufnahme in das Register, das derzeit 193 Doku-mente enthält – darunter elf aus der Bundesrepublik, wie beispielsweise die Gutenberg-Bibel sowie Goe-thes literarischen Nachlass –, ist ein besonders gere-geltes Aufnahmeverfahren vorgesehen:

Bis zu zwei Aufnahmevorschläge können pro Land alle zwei Jahre abgegeben werden. In der Bundes-republik ist zu diesem Zweck ein nationales Nominie-rungskomitee eingerichtet. Über die Aufnahme der von diesem Komitee vorgeschlagenen Werke ent-scheidet sodann der Generaldirektor der UNESCO, der hierbei durch ein internationales Beraterkomitee unterstützt wird. Das letzte Aufnahmeverfahren fand 2009 statt, das Nächste steht daher 2011 an.

Die Unterlagen der Zentralen Stelle in Ludwigsburg, deren Benennung der Petent für die Aufnahme vor-schlägt, werden zwar örtlich in Räumlichkeiten des Landes gelagert, befinden sich jedoch unter der Ver-waltung des Bundesarchivs. Diesem wurden die Akten der Zentralen Stelle mit Vereinbarung zwis-chen den Bundesländern und dem Bund „für die Übernahme der Unterlagen der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung national-sozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg durch das Bundesarchiv“ übergeben. Diese Vereinbarung ist am

1. Januar 2000 in Kraft getreten. Nach Ziffer „II.3“ richtet sich die Sicherung und Nutzung des Archivguts seitdem nach dem Bundesarchivgesetz.

Eine Benennung, die als Anregung an das nationale Nominierungskomitee auf Prüfung und eventuelle Aufnahme in die nächste Vorschlagsliste zu verstehen ist, obliegt aus Zuständigkeits- und Verantwortungsgesichtspunkten hinsichtlich des Aktenbestandes zunächst dem Bund. Das Land sieht mit Blick hierauf von einem Benennungsvorschlag ab.

Dem Petenten wird empfohlen, sich mit seinem Begehren auch direkt an das nationale Nominierungskomitee zu wenden. Ungeachtet dessen wird das Justizministerium einen Abdruck der Petition und der Stellungnahme nach Abschluss des Petitionsverfahrens dem Präsidenten des Bundesarchivs zur Kenntnis bringen.

Beschlussempfehlung:

Die Petition wird mit diesen Ausführungen für erledigt erklärt.

Berichterstatterin: Razavi

14. Petition 14/4337 betr. Arzneimittelwesen; glucosaminhaltige Produkte als Nahrungsergänzungsmittel

1. Gegenstand der Petition

Die Petentin beklagt in einem Schreiben an den Bundestagsausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz vom 7. September 2007, dass glucosaminhaltige Produkte als Nahrungsergänzungsmittel in Verkehr sind. Die Petentin ist ein pharmazeutisches Unternehmen, das u. a. ein Arzneimittel zur Behandlung der Symptome der Kniegelenksarthrose vertreibt, dessen wesentlicher Bestandteil Glucosaminsulfat ist. Der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestags hat am 28. Januar 2010 die Petition beraten, dabei eine Stellungnahme des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) berücksichtigt und beschlossen, den Vorgang an das BMELV und an die Landesvolksvertretungen abzugeben.

2. Sachverhalt

Die Lebensmittelüberwachung befasst sich schon lange und ausführlich mit der genannten Problematik. Wie bereits in der Stellungnahme des BMELV ausgeführt, stellt sich der Sachverhalt wie folgt dar:

Die Stoffe Glucosaminsulfat und Chondroitinsulfat wurden durch die Sachverständigen des Arbeitskreises lebensmittelchemischer Sachverständiger (ALS) der Arbeitsgruppe „Diätetische Lebensmittel, Ernährungs- und Abgrenzungsfragen“ gemäß § 2 Abs. 3 Nr. 1 des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches

(LFGB) als den Zusatzstoffen gleichgestellte Stoffe eingestuft und bedürfen danach einer Zulassung. Diese Auffassung wurde durch ein Urteil des Hanseatischen Oberlandesgerichtes vom 29. März 2007 (Az.: 3 V 279/96) bestätigt und bildet somit die Basis einer einheitlichen Beurteilungspraxis für diese Stoffe. Die Sachverständigen der Untersuchungsämter wenden diese Beurteilungspraxis an, sodass im Grunde ein einheitlicher Vollzug der Überwachung zu erwarten wäre.

Allerdings ist derzeit eine Verunsicherung der Sachverständigen der Untersuchungsämter und der Vollzugsbehörden zu beobachten, bedingt durch das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 25. Juli 2007 (BVerwG 3 C 21.06) („OPC-Urteil“). Dieses besagt, dass Produkte, die von ihrem Hersteller als Nahrungsergänzungsmittel auf den Markt gebracht werden, nur dann von den Behörden als Arzneimittel eingeordnet und wegen fehlender Zulassung als nicht verkehrsfähig bezeichnet werden dürfen, wenn belastbare wissenschaftliche Erkenntnisse belegen, dass sie die Funktionsbedingungen des menschlichen Körpers erheblich beeinflussen. Dazu hat das Bundesverwaltungsgericht ausgeführt, es gehe nicht an, zum Verzehr bestimmte Produkte „auf Verdacht“ den Arzneimitteln zuzurechnen. Anderenfalls würde vielen Produkten endgültig die Verkehrsfähigkeit genommen, weil wegen fehlender Nachweisbarkeit der therapeutischen Wirksamkeit eine Zulassung als Arzneimittel nicht in Betracht komme. Erwägungen des Gesundheitsschutzes könnten eine solche Praxis nicht rechtfertigen.

Die derzeitige Situation in der Lebensmittelüberwachung gestaltet sich aufgrund dieses Urteils äußerst schwierig und es besteht eine erhebliche Rechtsunsicherheit. Die Problematik des einheitlichen Vollzugs der Lebensmittelüberwachung bei Beanstandungen von Nahrungsergänzungsmitteln – auch von Nahrungsergänzungsmitteln mit Glucosamin- und Chondroitinsulfat – wird daher seit längerem zwischen den Bundesländern in verschiedenen Gremien diskutiert.

Das Hanseatische Oberlandesgericht Hamburg ist zwischenzeitlich selbst mit Urteil vom 11. Juni 2009 (3 U 161/08) von seiner bisherigen Rechtsprechung abgewichen und hat entschieden, dass jedenfalls glucosamin- und chondroitinsulfathaltige Nahrungsergänzungsmittel mit einer Dosierung unterhalb von 1.250 mg pro Tag nicht gegen das Zusatzstoffverbot verstoßen. Nahrungsergänzungsmittel in solcher Dosierung sind mithin auch ohne Zusatzstoffzulassung in Deutschland verkehrsfähig.

3. Rechtliche Würdigung

Die rechtliche Einordnung von glucosaminhaltigen Produkten ist äußerst differenziert zu beurteilen. Auf die Begründung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages (Pet-3-16-10-2120-028350) Seite 14, 1. Absatz wird hingewiesen. Bei der weiteren Beurteilung ist die neue Entwicklung der Rechtsprechung und der einschlägigen Fachgremien zu berücksichtigen.

Lebensmitteleinfuhr-Verordnung

Nach Nr. 7 in Anlage 1 zu § 5 Abs. 2 Nr. 3 Lebensmitteleinfuhr-Verordnung gehören Nahrungsergänzungsmittel in Fertigpackungen, die geringe Mengen von Erzeugnissen tierischen Ursprungs oder von Glucosaminen, Chondroitin oder Chitosan enthalten, zu Lebensmitteln, die nicht einer Einfuhruntersuchung nach § 7 Lebensmitteleinfuhr-Verordnung zu unterziehen sind.

Hiermit wird Anhang II der Entscheidung der Kommission vom 17. April 2007 mit Verzeichnissen von Tieren und Erzeugnissen, die gemäß den Richtlinien 91/496/EWG und 97/78/EG des Rates an Grenzkontrollstellen zu kontrollieren sind (2007/275/EG) in nationales Recht umgesetzt. In Anhang II werden „Für den Endverbraucher abgepackte Nahrungsergänzungsmittel, die geringe Mengen von tierischen Erzeugnissen enthalten, sowie solche, die Glucosamin, Chondroitin oder Chitosan enthalten“ aufgeführt. Indirekt geht daraus hervor, dass der europäische Gesetzgeber diese Nahrungsergänzungsmittel als rechtmäßig ansieht.

Novel Food (Verordnung [EG] Nr. 258/97)

Laut Novel Food Katalog war Glucosaminsulfat vor dem 15. Mai 1997 in den Mitgliedstaaten nur als oder in Nahrungsergänzungsmitteln im Verkehr. Daher unterliegen andere Verwendungszwecke den Vorschriften der Novel Food Verordnung.

Die Europäische Kommission hat im September 2008 die Mitgliedstaaten unterrichtet, dass die Firma H., S., China bzw. H., M. das Inverkehrbringen von Glucosamin-hydrochlorid aus *Aspergillus niger* in der Gemeinschaft gemäß Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 258/97 bei der Europäischen Kommission notifiziert hat. Food Safety Authority of Ireland hatte eine Stellungnahme abgegeben, dass das Glucosamin-hydrochlorid aus *Aspergillus niger*, in Bezug auf Zusammensetzung, Nährwert, Stoffwechsel, Verwendungszweck und den Gehalt von unerwünschten Stoffen im Wesentlichen gleichwertig zu Glucosamin-hydrochlorid aus Schalentieren ist (Artikel 3 Abs. 4 der VO [EG] Nr. 258/97).

Für Glucosaminhydrochlorid aus *Aspergillus niger* hat die Fa. C. in Großbritannien (08/2006) einen Antrag auf Zulassung neuartiger Lebensmittel gemäß Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 258/97 für die Verwendung als Lebensmittelzutat gestellt. Der Antragsteller möchte diese Zutat zu Fruchtsäften, Smoothies, Instantgetränkpulver, fermentierten Milchprodukten, Sportlergetränken und Eisteegetränken zu setzen.

Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) hat im Jahr 2009 eine wissenschaftliche Stellungnahme zur Sicherheit von Glucosaminhydrochlorid aus *Aspergillus niger* abgegeben und kommt zu dem Ergebnis, dass die Aufnahme von bis zu 750 mg Glucosamin/Tag bei Erwachsenen als sicher einzustufen ist. Diabetiker und Personen mit eingeschränkter Glucosetoleranz sollten darauf hingewiesen werden,

vor der Einnahme ärztlichen Rat einzuholen (EFSA, 2009). Risiken für Personen, die Cumarin-Antikoagulantien einnehmen, und Personen mit bekanntem Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen werden nicht erwähnt.

Vor diesem Hintergrund hat das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) die gesundheitlichen Risiken von Personen, die Cumarin-Antikoagulantien einnehmen, und von Personen mit bekanntem Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen für Nahrungsergänzungsmittel mit Tageszufuhr von 390 bis 790 mg isoliertem Glucosamin/Tag neu bewertet.

Auch aus diesen Zulassungsverfahren und dem Eintrag im Novel Food Katalog auf der Homepage der Europäischen Kommission ist zu schließen, dass die EU glucosaminhaltige Nahrungsergänzungsmittel grundsätzlich als zulässig ansieht.

Health Claims Verordnung (EG) Nr. 1924/2006

Zu den gesundheitsbezogenen Angaben zu „allgemeinen Funktionen“ zählen gemäß Artikel 13 Absatz 1 der Verordnung Angaben, die sich auf Wachstum, Entwicklung und Körperfunktionen oder auf psychologische Funktionen und Verhaltensfunktionen des Menschen beziehen sowie Angaben mit Bezug zum Körpergewicht.

Die EFSA hat mehr als 500 Angaben begutachtet. Die Gutachten betreffen mehr als 200 Lebensmittel und Lebensmittelbestandteile, darunter z. B. Vitamine und Mineralstoffe, Ballaststoffe, Fette, Kohlenhydrate, „probiotische“ Bakterien und pflanzliche Stoffe.

Nur für ungefähr 30 Prozent der Angaben ist die Bewertung positiv ausgefallen. Auch die Zusammenhänge zwischen Glucosamin, Chondroitin, Grünlippmuschel-Extrakt sowie Haifischknorpel-Pulver und der Aufrechterhaltung bzw. Stärkung von Gelenken und Knochen wurden als nicht hinreichend wissenschaftlich erwiesen beurteilt. Solche und weitere als negativ bewertete Aussagen finden sich häufig im Bereich der Lebensmittel, vor allem bei Nahrungsergänzungsmitteln.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatte: Schwehr

23. 06. 2010

Der Vorsitzende:
Döpper



Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen

Innenministerium NRW, 40190 Düsseldorf

**Bezirksregierungen
Arnsberg, Detmold, Düsseldorf,
Köln und Münster**

Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf

Bearbeitung: **RD Braun**
manfred.braun@im.nrw.de
Durchwahl (0211) 871 **2518**
Fax (0211) 871 **3097**

Aktenzeichen
15-39.10.03-1-BÄK

nachrichtlich

15.02.05

Zentrale Ausländerbehörden
Bielefeld, Dortmund, Düsseldorf
und Köln

Staatskanzlei
des Landes Nordrhein-Westfalen

Ministerium für Gesundheit, Soziales,
Frauen, und Familie
des Landes Nordrhein-Westfalen

Justizministerium
des Landes Nordrhein-Westfalen

Präsident des Landtags
Nordrhein-Westfalen
-Geschäftsstelle des
Petitionsausschusses-

Oberverwaltungsgericht
für das Land Nordrhein-Westfalen
Münster

Oberlandesgerichte
Düsseldorf, Hamm und Köln

Verwaltungsgerichte
Aachen, Arnsberg, Düsseldorf,
Gelsenkirchen, Köln, Minden
und Münster

Landkreistag Nordrhein-Westfalen
Liliencronstr. 14
40472 Düsseldorf

Städtetag Nordrhein-Westfalen
Lindenallee 13 – 17
50968 Köln

Nordrhein-Westfälischer
Städte- und Gemeindebund
Kaiserswerther Str. 199
40474 Düsseldorf

Arbeitsgemeinschaft
der Spitzenverbände
der Freien Wohlfahrtspflege NRW
z.Hd. Herrn Neuses
DRK-Landesverband Nordrhein
Auf'm Hennekamp 71
40225 Düsseldorf

Flüchtlingsrat NRW
Zeche Zollverein / Asienhaus
Bullmannaue 11
45327 Essen

Bundesministerium des Innern
Innenministerien und -senatsverwaltungen
der Länder

Ärztekammer Nordrhein
Tersteegenstraße 9
40474 Düsseldorf

Ärztekammer Westfalen-Lippe
Gartenstraße 210-214
48147 Münster

Bundesärztekammer
Postfach 120 864
10589 Berlin

Mitwirkung von Ärztinnen und Ärzten bei Rückführungsmaßnahmen
Mein Runderlass vom 16.12.2004



"Erlass


Anlagen: Informations- und Kriterienkatalog Informations- unc

Mit Bezugserlass hatte ich Ihnen den modifizierten „Informations- und Kriterienkatalog“ übermittelt. Dem Katalog lag die auf Seite 7 unter III. erwähnte „Muster-Einverständniserklärung“ noch nicht bei, da sie mit der Ärzteschaft noch abgestimmt werden musste. Dies ist inzwischen geschehen.

Anliegend übersende ich Ihnen deshalb nunmehr den vollständigen Katalog. Bei dieser Gelegenheit wurden an wenigen Stellen zudem noch geringfügige redaktionelle Fehler beseitigt. Ich bitte Sie, ggf. bei Ihnen vorgehaltene Kataloge gegen diese Neufassung auszutauschen.

Der Informations- und Kriterienkatalog kann unter der o.g. e-Mail-Adresse auch elektronisch angefordert werden.

Im Auftrag



(Sander)

Informations- und Kriterienkatalog

In der von einer gemeinsamen Arbeitsgruppe
von Ländervertretern und Vertretern der
Bundesärztekammer zu Fragen der
ärztlichen Mitwirkung bei Rückführungsfragen
erstellten Fassung.

Düsseldorf, den 22.11.2004

Informations- und Kriterienkatalog

I. Allgemeine Hinweise

Vor der zwangsweisen Durchsetzung einer bestehenden Ausreiseverpflichtung ist zu jedem Zeitpunkt beachtlichen Indizien für eine gesundheitliche Beeinträchtigung des Betroffenen nachzugehen, die ein Vollstreckungshindernis darstellen könnten.

Im Regelfall wurde das Vorliegen von zielstaats- und/oder auch inlandsbezogenen Abschiebungshindernissen aufgrund von gesundheitlichen Beeinträchtigungen, die von den Betroffenen geltend gemacht oder den zuständigen Behörden auf andere Weise bekannt wurden, in den der Rückführung vorausgegangenen abgeschlossenen asylrechtlichen, ausländerrechtlichen und ggf. verwaltungsgerichtlichen Verfahren überprüft und verneint. Der "Informations- und Kriterienkatalog" soll den zuständigen Ausländerbehörden Hilfestellung für die Fälle geben, in denen die nicht freiwillig ausreisenden Ausländerinnen und Ausländer erst kurz vor einer Abschiebung zielstaatsbezogene Abschiebungshindernisse oder inlandsbezogene Vollstreckungshindernisse aus gesundheitlichen Gründen geltend machen. Ist in den vorausgegangenen Verfahren das Vorliegen solcher Hindernisse bereits verneint worden worden, geht es in diesem Verfahrensstadium im Normalfall nur noch um die Prüfung der Frage, ob aufgrund der geltend gemachten gesundheitlichen Gründe durch den Vorgang der Abschiebung (im wesentlichen die Flugreise) eine erhebliche Gefahr für Gesundheit oder Leben des Betroffenen zu befürchten ist. Der Prüfauftrag beschränkt sich daher in diesen Fällen auf diese Prüfung. Fragen mit Zielstaatsbezug, also z. B. die Frage der medizinischen Versorgungslage im Zielstaat haben in diesem Rahmen keine Entscheidungsrelevanz, wenn die entsprechenden medizinischen Fragen in den vorangegangenen Verfahren bereits geklärt worden sind und dies dem untersuchenden ärztlichen, ggf. psychologisch psychotherapeutischen Sachverständigen nachvollziehbar vorgetragen wird (siehe auch Ausführungen zu III. – letzten beiden Sätze).

Vielmehr ist, soweit der ärztliche, ggf. psychologisch psychotherapeutische Sachverständige im Rahmen der Exploration Veranlassung sieht, neben der Prüfung der Flugreisetauglichkeit eine Einschätzung zu eventuellen zielstaatsbezogenen und in den vorausgegangenen asylrechtlichen Verfahren noch nicht geprüften Abschiebungshindernissen abzugeben, dies gegenüber dem wegen des Zielstaatsbezugs zuständigen Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge (BAFI) (ab 1.1.2005 Bundesamt für Migration und Flüchtlinge - BAMF) vorzutragen.

Soweit der ärztliche, ggf. psychologisch psychotherapeutische Sachverständige im Rahmen seiner Untersuchung auf ein inlandsbezogenes Vollstreckungshindernis Veranlassung sieht, neben der Prüfung der Flugreisetauglichkeit eine Einschätzung zu aus Krankheiten resultierenden, vor oder während der Abschiebung drohenden Gesundheitsgefahren für den Ausländer, die dem vorausgehenden Prüfungsverfahren der Ausländerbehörden noch nicht zu Grunde lagen, abzugeben, ist dies gegenüber der zuständigen Ausländerbehörde vorzutragen.

In der Zuständigkeit der Ausländerbehörden liegt außer der Prüfung von Vollstreckungshindernissen auch die Abklärung von Gesundheitsbeeinträchtigungen in den Fällen, in denen mit entsprechenden Vorträgen ein zielstaatsbezogenes Abschiebungshindernis nach § 53 Abs. 6 AuslG (ab 1.1.2005 § 60 Abs. 7 AufenthG; die Entscheidung der Ausländerbehörde bedarf dann gem. § 72 Abs. 2 AufenthG der vorherigen Beteiligung des Bundesamtes) geltend gemacht wird und kein Asylantrag gestellt wurde.

In diesen Fällen ist daher auch, soweit der ärztliche, ggf. psychologisch psychotherapeutische Sachverständige im Rahmen der Exploration Veranlassung sieht, neben der Prüfung der Flugreisetauglichkeit eine Einschätzung zu eventuellen zielstaatsbezogenen und bisher noch nicht geprüften Abschiebungshindernissen abzugeben, dies gegenüber der zuständigen Ausländerbehörde vorzutragen.

Die zuständigen Behörden werden diese Vorträge tatsächlich und rechtlich würdigen.

Werden im Rahmen des Vollzugs der Abschiebung neue zielstaatsbezogene Abschiebungshindernisse oder Vollstreckungshindernisse vorgetragen, ist eine sofortige Prüfung durch die zuständige Behörde vorzunehmen und bei Substantiiertheit und Schlüssigkeit des Vortrags die Abschiebung abubrechen. Dies gilt auch, wenn Veränderungen des Gesundheitszustandes im Vergleich zu einer vorhergehenden Prüfung vorgetragen werden. In diesem Rahmen kommt dem Vortrag einer posttraumatischen Belastungsstörung eine große Rolle zu. Dabei darf in der Regel weder der späte Sachvortrag erst kurz vor der Abschiebung noch eine (bisherige) Nichtbehandlung der Krankheit zu Lasten des Ausländers/der Ausländerin gewertet werden.

Wird eine Abschiebung vom Bundesgrenzschutz begleitet (Grenzpolizei, Zuständigkeit für Luftsicherheit, Sicherheitsbegleitung), verlangt er eine Bescheinigung über die Flugreisetauglichkeit nach der Dienstvorschrift "Bestimmungen für die Rückführung ausländischer Staatsangehöriger auf dem Luftweg" (Ziff. C 1.2.2 Best-Rück Luft)

Falls die Ausländerbehörden bei ihrer Entscheidung ein Gutachten (siehe Begriffserklärung am Schluss des Textes) eines ärztlichen, ggf. psychologisch psychotherapeutischen Sachverständigen benötigen, ist es geboten, diesem die rechtlichen Rahmenbedingungen zu verdeutlichen und die für die anstehende ausländerrechtliche Entscheidung relevanten Fragen zu stellen, bei deren Beurteilung die Ausländerbehörden auf die medizinischen Auskünfte angewiesen sind.

Hierzu hatte eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe in Umsetzung eines Auftrages der Innenministerkonferenz unter Beteiligung medizinischer Experten einen ersten Informations und Kriterienkatalog entwickelt, der von einer weiteren Arbeitsgruppe mit Vertretern der Bundesärztekammer und der Innenministerkonferenz evaluiert wurde und auf dessen Inhalte sich die Ausländerbehörden bei der Erteilung von Aufträgen an ärztliche, ggf. psychologisch psychotherapeutische Sachverständige stützen können. Dieser Katalog ist dem ärztlichen, ggf. psychologisch psychotherapeutischen Sachverständigen zusammen mit dem Auftrag zu übermitteln.

II. Informations- und Kriterienkatalog

Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge (BAFI) - im Falle eines gestellten, ggf. auch bereits abgelehnten Asylantrages -, ansonsten die Ausländerbehörden sind für die abschließende Entscheidung zuständig, ob vom Betroffenen geltend gemachte oder von Amts wegen zu prüfende Erkenntnisse zu Erkrankungen als zielstaatsbezogenes Abschiebungshindernis dem zwangsweisen Vollzug einer ansonsten bestehenden Ausreiseverpflichtung entgegenstehen.

Für die Prüfung und Entscheidung der Frage, ob wegen der Gefahr einer erheblichen Verschlechterung des Gesundheitszustandes infolge der Abschiebung ein Vollstreckungshindernis vorliegt, ist stets die Ausländerbehörde zuständig.

Bei der Prüfung möglicher gesundheitlicher Abschiebungshindernisse ist also aus Rechtsgründen stets zu unterscheiden zwischen

- (1.) einem sog. zielstaatsbezogenen Abschiebungshindernis wegen einer im Zielstaat drohenden konkreten und erheblichen Gefahr für Gesundheit oder Leben (z.. B. wegen einer nicht möglichen, unzureichenden oder nicht zugänglichen Behandlungsmöglichkeit im Heimatland) und
- (2.) einem inlandsbezogenen Vollstreckungshindernis - beispielsweise in Form der Flugreiseuntauglichkeit - d.h. einer durch den Vorgang der Abschiebung konkret drohenden erheblichen Gesundheitsgefährdung bis zur Ankunft im Zielstaat.

II.1. Zielstaatsbezogene Abschiebungshindernisse

- Inhaltliche Erläuterungen:

Erheblich ist die Gefahr, wenn sich der Gesundheitszustand im Heimatland wesentlich oder gar lebensbedrohlich verschlechtern würde und dies auch nicht durch eine dort zugängliche zureichende Behandlungsmöglichkeit abgewendet werden kann.

Bei der Prüfung ist die Sperrwirkung des § 53 Abs. 6 Satz 2 AuslG zu berücksichtigen, wonach Gefahren wie z.B. ein allgemein schlechteres Niveau des Gesundheitssystems als in Deutschland, denen die Bevölkerung oder die Bevölkerungsgruppe, der der Ausländer angehört, im Zielstaat (i.d.R. der Heimatstaat) allgemein ausgesetzt ist, allein bei (Gruppen)Entscheidungen der obersten Landesbehörde nach § 54 AuslG (ab 1.1.2005 § 60a Abs. 1 AufenthG) über eine generelle Abschiebestoppregelung berücksichtigt werden dürfen.

Diese Sperrwirkung bei allgemeinen, also nicht allein individuellen, personenbezogenen Gesundheitsgefahren, besteht nach der Rechtsprechung nur dann ausnahmsweise nicht, wenn - wegen fehlender Gruppenentscheidung durch die oberste Landesbehörde - die vorgesehene Abschiebung diesen Ausländer in eine „extreme“ Gefahrenlage bringt. Als extrem ist eine Gefahrenlage zu beschreiben, wenn eine Abschiebung in diesem Einzelfall bedeutet, den Ausländer in der konkret gegebenen Situation einer notwendigen Behandlung der Erkrankung in Deutschland zu entziehen und ihn im Heimatland wegen der Verhältnisse dort mit hoher Wahrscheinlichkeit einem Risiko von Tod oder schwersten Gesundheitsverletzungen auszusetzen (BVerwG v. 12.7.2001, Az. 1 C 5.01). Die Prüfung von Risiken für den Einzelnen kann sich damit nur auf individuell-konkrete Gefahren beziehen. Erforderlich ist für die Bejahung eines Schutzbedürfnisses, dass die Betroffenen alsbald nach der Rückkehr in das Heimatland die zur Vermeidung einer wesentlichen oder sogar lebensbedrohlichen Verschlimmerung notwendige Behandlung eines Leidens nicht erfahren und auch anderswo keine wirksame Hilfe in Anspruch nehmen können. Erst wenn diese Umstände glaubhaft und nachvollziehbar dargelegt sind und einer Überprüfung standhalten, kann eine konkrete Gefahr angenommen werden. Eine Verantwortlichkeit des Aufnahmestaates für eine lebenslange medizinische Versorgung und eine Schutzpflicht vor den in dem Zielstaat bestehenden allgemeinen Lebensrisiken bestehen nach der Rechtsprechung nicht.

- Rechtlicher Hinweis:

Es ist zu beachten, dass krankheitsbedingte zielstaatsbezogene Abschiebungshindernisse nach der Rechtsprechung nur auf der Grundlage des § 53 Abs. 6 AuslG zu prüfen sind.

Nach § 24 Abs. 2 AsylVfG obliegt diese Prüfung ausschließlich dem BAFI, wenn ein Asylantrag gestellt worden ist. Die Ausländerbehörde ist gem § 42 AsylVfG an dessen Entscheidung gebunden. Liegt zum Zeitpunkt der Geltendmachung bereits eine negative Entscheidung des BAFI über krankheitsbedingte zielstaatsbezogene Abschiebungshindernisse nach § 53 AuslG vor, können auch vorgetragene zielstaatsbezogene Veränderungen des Gesundheitszustandes (neue Gründe) wegen der Bindungswirkung des § 42 AsylVfG nur über einen Asylfolgeantrag oder einen Antrag auf Wiederaufgreifen des Verfahrens beim BAFI geltend gemacht werden.

Wird ein Antrag beim Bundesamt gestellt, entscheidet die Ausländerbehörde über das Vorliegen eines inlandsbezogenen Vollstreckungshindernisses nur dann bereits vor der Entscheidung des Bundesamtes, wenn das Abschiebungshindernis nicht im Rahmen eines Asylfolgeantrages geltend gemacht wird, sondern lediglich im Rahmen eines isolierten Wiederaufgreifensantrages zu der Entscheidung des Bundesamtes nach § 53 AuslG, der ohne entsprechenden Antrag nach § 123 VwGO nicht zur Aussetzung der Abschiebung führt. Auch in diesem Falle soll die Ausländerbehörde jedoch regelmäßig vor einer Prüfung von Vollstreckungshindernissen und vor Terminierung der Rückführung mit dem Bundesamt Kontakt aufzunehmen und klären, wann mit einer Entscheidung über das Vorliegen eines zielstaatsbezogenen Abschiebungshindernisses zu rechnen ist und diese Entscheidung abwarten, obwohl hierfür keine Rechtspflicht besteht. Dem ärztlichen, ggf. psychologisch psychotherapeutischen Sachverständigen muss mitgeteilt werden, dass eine Wiederaufnahme des Verfahrens beim BAFI eine Abschiebung nicht zwangsläufig aufschiebt.

II.2. Inlandsbezogene Vollstreckungshindernisse, z.B. (Flug)Reiseuntauglichkeit

- Inhaltliche Erläuterungen:

Reiseuntauglichkeit infolge Krankheit begründet kein Abschiebungshindernis in Bezug auf einen bestimmten Zielstaat, sondern steht (i.d.R. auch nur vorübergehend) dem Vollzug der Abschiebung an sich entgegen, etwa weil ein Flugtransport wegen einer derzeit bestehenden Erkrankung nicht ohne das beachtliche Risiko von erheblichen gesundheitlichen Schäden durchgeführt werden kann.

Regelmäßig ist ohne konkrete Anhaltspunkte, die Bedenken überhaupt rechtfertigen könnten, von einer Reiseuntauglichkeit auszugehen. Schlüssig vorgetragene oder bekannte Indizien für eine mögliche Reiseuntauglichkeit sind zu prüfen und zu bewerten. Ist also ein der Rückführung entgegenstehender Vortrag zum Gesundheitszustand zumindest beachtlich, wird zur Überprüfung regelmäßig ein ärztliches, ggf. psychologisch psychotherapeutisches Gutachtenerforderlich sein. In diesem Zusammenhang ist gleichzeitig stets die Frage zu klären, ob und unter welchen Voraussetzungen trotz der bestehenden Erkrankung die Möglichkeit besteht, durch geeignete Maßnahmen die vorgesehene Flugreise ohne erhebliche Gesundheitsschäden durchzuführen. Von einem ärztlichen Gutachten kann abgesehen werden, wenn ein beigebrachtes ärztliches Zeugnis die Reiseunfähigkeit bereits nachvollziehbar begründet belegt.

III. Auftragsinhalt

Unter Beachtung der allgemeinen Hinweise, die gleichzeitig den rechtlichen Hintergrund für einen Auftrag an einen medizinischen Sachverständigen vermitteln, wird um die Erstellung eines dem Krankheitsbild entsprechenden fachärztlichen, ggf. psychologisch psychotherapeutischen Gutachtens gebeten, das die erhobenen Befunde und die daraus gezogenen medizinischen Schlussfolgerungen nachvollziehbar darstellt. Alle Tatsachen, an die die ärztlichen Schlussfolgerungen anknüpfen, sind zu benennen. Der Auftrag kann sich entsprechend der geltenden Rechtslage sowohl auf ein Gutachten zu zielstaatsbezogenen Abschiebungshindernissen als auch auf die Prüfung der (Flug)Reisetauglichkeit erstrecken; er kann aber auch – entsprechend der Zuständigkeit der nachfragenden Behörde – auf die eine oder andere Prüfung beschränkt werden. Gleichwohl gilt für den ärztlichen, ggf. psychologisch psychotherapeutischen Sachverständigen, den Patienten in seiner gesundheitlichen Situation ganzheitlich zu betrachten und die medizinischen Konsequenzen seines ärztlichen Handelns im Sinne des Prinzips „nil nocere“ zu betrachten. Deshalb hat der ärztliche, ggf. psychologisch psychotherapeutische Sachverständige die unter I. aufgezeigte Möglichkeit, sich im Rahmen seiner Exploration auch über den eigentlichen Auftragsinhalt hinaus zu äußern. Das auf die präzise Fragestellung abhebende Gutachten des ärztlichen, ggf. psychologisch psychotherapeutischen Sachverständigen unterliegt mit Blick auf die damit verbundene Erfüllung gesetzlicher Aufgabenstellungen des Auftraggebers insoweit nicht der ärztlichen Schweigepflicht, als diese Daten notwendig sind, damit die Ausländerbehörde ihre Entscheidung treffen kann. Die zu untersuchende Person ist vor Beginn der ärztlichen, ggf. psychologisch psychotherapeutischen Untersuchung über den Zweck der Untersuchung, die Übermittlung der Daten an die Ausländerbehörde und seine gesetzlichen Mitwirkungspflichten (§ 70 Abs. 1 AuslG; demnächst § 82 Abs.1 AufenthG) und über die Folgen der Verweigerung der Mitwirkung (insbesondere § 82 Abs. 4 AufenthG) zu informieren. Es empfiehlt sich, von dem Betroffenen eine Einverständniserklärung (siehe anliegendes Muster) einzuholen. Dem ärztlichen, ggf. psychologisch psychotherapeutischen Sachverständigen sollen alle aus dem Asylverfahren und alle auf sonstige Weise bekannt gewordenen gesundheitlichen Informationen vorgelegt werden. Soweit es zur Prüfung der Schlüssigkeit des Vortrags eines Krankheitsbildes erforderlich ist, empfiehlt es sich, Anhörungsprotokolle aus den Asylverfahren und Gerichtsentscheidungen beizufügen.

III.1. Zielstaatsbezogene Abschiebungshindernisse

Um das Schutzbedürfnis des Betroffenen abschließend ausländerrechtlich bewerten zu können, wird regelmäßig die Beantwortung insbesondere folgender Fragestellungen zum Komplex 'zielstaatsbezogener Abschiebungshindernisse' bei der Prüfung des § 53 Abs. 6 AuslG notwendig sein:

- Kann die in einem Attest bescheinigte physische oder psychische Erkrankung bestätigt werden?
- Ist der Betreffende wegen dieser physischen oder psychischen Erkrankung bereits in Behandlung ? (Seit wann?) Wenn nicht, warum nicht ?
- Welche anderen physischen oder psychischen Erkrankungen werden diagnostiziert?
- Welche Behandlung muss im Heimatland gewährleistet sein?
- Besteht das Behandlungserfordernis unmittelbar oder kann die Behandlung aufgeschoben werden? (Wie lange?)
- Welche konkreten Folgen hätte es für den weiteren Verlauf der erkannten und hier bereits behandelten physischen oder psychischen Erkrankung, wenn diese im Heimatland nicht weiterbehandelt werden würde (erwarteter Krankheitsverlauf ohne angemessene ärztliche Behandlung im Vergleich zum Krankheitsverlauf mit fortgesetzter Behandlung in Deutschland)?

III.2. Inlandsbezogene Vollstreckungshindernisse, z.B. (Flug) Reiseuntauglichkeit

Ist die (Flug)Reisetauglichkeit zu bewerten, ist aus Sicht flugärztlicher Experten insbesondere Hinweisen zu folgenden Erkrankungen / festzustellenden Besonderheiten im Rahmen einer persönlichen Untersuchung einschließlich Anamnese nachzugehen, das Vorliegen festzustellen und ggf hinsichtlich der Flugreisetauglichkeit zu bewerten:

- Ansteckende Infektionskrankheiten (offene Tbc, infektiöse Hepatitis A/B/C, HIV, Scharlach, Diphtherie, Windpocken etc. in der akuten Phase)
- Schwere Herz- Kreislauferkrankungen sowie Lungenerkrankungen
- Personen nach Herzinfarkt und Schlaganfall
- Innere Verletzungen (Ausmaß beschreiben)
- Schädel- oder Hirnverletzungen (Ausmaß beschreiben)
- Schwangerschaft
- Neurologische / psychische Erkrankungen (einschließlich PTBS, schwerster Depression und schwerster Angststörung)
- Anfallsleiden
- Akute Magen-/Darmerkrankungen
- Akute Erkrankungen des HNO-Gebiets
- Zustand nach Thrombosen

Bestehen Hinweise auf Eigen- oder Fremdgefährdung als Folge einer psychischen Erkrankung, ist - wie bei anderen psychischen Erkrankungen - ein psychologisch psychotherapeutisches Gutachten einzuholen

Durch den ärztlichen, ggf. psychologisch psychotherapeutischen Sachverständigen sind auf dieser Grundlage regelmäßig die nachstehenden Fragen zu beantworten:

- Welche medizinischen Befunde sind erhoben worden? (Genaue Beschreibung und Diagnose).
- Ist nach diesen Erhebungen die Flugreisetauglichkeit gegeben?
- Wenn nicht: Ans welchen Gründen nicht? Ergänzend: Kann Flugreisetauglichkeit mit begleitenden Vorsorgemaßnahmen bejaht werden, ggf, durch welche ? (z.B. Fortführung einer erforderlichen Therapie während des Fluges, (fach)ärztliche, pflegerische, allgemeine Begleitung).
- Falls die Flugreisetauglichkeit nicht durch begleitende Maßnahmen hergestellt werden kann: Welche Behandlung ist erforderlich, um die Flugreisetauglichkeit zu einem späteren Zeitpunkt wiederherzustellen und wie schätzen Sie den dafür erforderlichen Zeitbedarf ein?

Im Falle einer psychischen Erkrankung (einschließlich PTBS, schwerster Depression, schwerster Angststörung) und/oder vorgetragener Suizidalität ist zusätzlich stets die Frage zu stellen, ob bei dem Probanden

- das Risiko einer Eigengefährdung (Suizidalität) bzw. einer Fremdgefährdung,
- die konkrete (nicht nur theoretische) Gefahr einer Retraumatisierung im Sinne der Gefahr einer erheblichen Verschlechterung des Gesundheitszustandes besteht.

Ist die Flugreisetauglichkeit nur durch Auflagen/Zusatzmaßnahmen sicherzustellen, so sind die erforderlichen Maßnahmen genau zu beschreiben.

Im Bedarfsfall ist für eine ärztliche oder pflegerische Begleitung zu sorgen. Auch dürfen entsprechend angezeigte Medikamente/Geräte mitgeführt werden, die bei Bedarf und mit Einwilligung des Betroffenen verabreicht/genutzt werden können. Konkrete ärztliche Maßnahmen bedürfen grundsätzlich ebenfalls der Zustimmung des Betroffenen Ggf. sind auch die notwendigen äußeren Bedingungen einer Flugrückführung (Flugambulanz oder z. B. nicht aufgestellter Fluggastsitz oder Liegendtransport) genau zu benennen.

Die Maßnahmen müssen eine wesentliche oder lebensbedrohliche Verschlechterung des Gesundheitszustandes durch die Rückführung als unwahrscheinlich erscheinen lassen.

Bei Eigen- und/oder Fremdgefährdung können zumeist besondere Maßnahmen empfohlen werden, die z. B. vom Beginn der (nicht angekündigten) Abschiebung bis zur Übergabe in eine Therapieeinrichtung im Heimatland (vorherige Abklärung der Aufnahme) eine permanente Überwachung, z.B. durch einen Arzt, vorsehen.

Schließlich ist der ärztliche, ggf. psychologischpsychotherapeutische Sachverständige gebeten, seine Erkenntnisse zu Gefährdungen, die von dem Probanden bei einer Flugrückführung für Dritte (z.B. Ansteckungsgefahr, Gewaltbereitschaft) ausgehen könnten, zu bezeichnen.

➤ Begriffserklärung:

Der im Text an verschiedenen Stellen gewählte Begriff „Gutachten“ ist im Zusammenhang mit den Vorschriften über die "Mitwirkung von Ärzten bei Rückführungsmaßnahmen" im Sinne der folgenden Begriffsbestimmungen zu verstehen:

Ein Gutachten ist die umfassende und mit Gründen versehene Beurteilung einer oder mehrerer konkreter Fragestellungen durch einen medizinischen Sachverständigen. Im Rahmen der Mitwirkung von Ärzten bei Rückführungsmaßnahmen sowie von psychologischen Psychotherapeuten, soweit diese in die Begutachtung einbezogen werden, sind gesundheitliche Abschiebungshindernisse in Bezug auf den von der konkreten Maßnahme Betroffenen zu prüfen. Dabei ist das ärztliche von dem psychologisch psychotherapeutischen Gutachten zu unterscheiden. Zu unterscheiden ist ferner zwischen öffentlichen Gutachten und Privatgutachten. Öffentliche Gutachten werden von Behörden oder Gerichten in Auftrag gegeben und durch neutrale Ärzte / psychologische Psychotherapeuten erstellt. Privatgutachten werden im Auftrag von Privaten angefertigt; dies kann durch einen neutralen oder den behandelnden Arzt/psychologischen Psychotherapeuten geschehen.

Ein Attest ist eine urkundliche Bescheinigung schriftlicher Art, durch die der Arzt/psychologische Psychotherapeut dem Patienten bzw. der Ausländerbehörde das Ergebnis der nach diesen Vorschriften vorgesehenen Prüfung der gesundheitlichen Abschiebungshindernisse bescheinigt. Ein Attest wird regelmäßig durch den behandelnden Arzt/psychologischen Psychotherapeuten ausgestellt. Der Begriff der ärztlichen Bescheinigung ist mit dem des Attests gleichbedeutend.

Auf die Richtlinien des BAFI für den Umgang mit traumatisierten Antragstellern vom 18.2.2003 wird in diesem Zusammenhang ebenfalls hingewiesen.

Anlage

Einverständniserklärung

Hiermit erkläre ich mein Einverständnis mit einer medizinischen / psychologischen Untersuchung durch

(untersuchende Stelle / Arzt)

zum Zweck der Aufklärung des Sachverhalts in meinem aufenthaltsrechtlichen Verfahren. Des Weiteren gestatte ich, dass zur Durchführung dieser Untersuchung die Ausländervorgänge und die Asylverfahrensakte an diesen Arzt bzw. diese Stelle weitergegeben werden.

Die Untersuchung, zu deren Vorbereitung auch die Vorlage dieser Unterlagen erforderlich ist, dient der Begutachtung der von mir vorgetragenen gesundheitlichen Abschiebungshindernisse. Es werden daher Gesundheitsdaten erhoben, verarbeitet und genutzt.

Ich wurde darauf aufmerksam gemacht, dass die Ausländerbehörde im Falle meiner Weigerung, an der Begutachtung mitzuwirken, nur nach Aktenlage entscheiden kann.

Diese Erklärung wurde mir in meiner Heimatsprache übersetzt, ich habe ihren Inhalt verstanden und erteile diese Einwilligung freiwillig.

Ort, Datum

Unterschrift
(und Name u. Vorname in Druckbuchstaben)

Erklärung des Verwandten oder Ehegatten:

Ich bin damit einverstanden, dass zur Durchführung der o.a. Untersuchung auch meine in der Ausländer- / Asylverfahrensakte enthaltenen Daten, soweit erforderlich, an die o.a. Stelle weitergegeben werden. Diese Erklärung wurde mir in meiner Heimatsprache übersetzt, ich habe ihren Inhalt verstanden und erteile diese Einwilligung freiwillig.

Ort, Datum

Unterschrift
(und Name u. Vorname sowie
Verwandtschaftsverhältnis in Druckbuchstaben)

Kleine Anfrage

des Abg. Stephan Braun SPD

und

Antwort

des Innenministeriums

Umgang mit und Abschiebung von traumatisierten Flüchtlingen

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Asylantragstellerinnen und -antragsteller in Baden-Württemberg gaben in den Jahren 2005, 2006 und im ersten Halbjahr 2007 bei der Erstbefragung an, gefoltert worden zu sein, wie viele zeigten zu einem späteren Zeitpunkt eine Traumatisierung an und wie vielen wurde aufgrund ihrer Traumatisierung ein Abschiebehindernis zuerkannt, oder wie viele wurden als Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannt?
2. Wie hoch ist in Baden-Württemberg der Anteil der Traumatisierten an der Gesamtzahl der Flüchtlinge?
3. Welche Maßnahmen ergreift das Land, um sicherzustellen, dass schwere Traumatisierungen bei Flüchtlingen frühzeitig erkannt und adäquat behandelt werden und nach welchen Kriterien wird dabei vorgegangen?
4. Wie hoch war in den Jahren 2005, 2006 und im ersten Halbjahr 2007 die Beteiligung des Landes an den Psychotherapie- und Betreuungskosten von schwer traumatisierten Flüchtlingen?
5. Findet der im November 2004 von Vertretern der Bundesländer und der Bundesärztekammer entwickelte „Informations- und Kriterienkatalog“ zu „Fragen der ärztlichen Mitwirkung bei Rückführungsfragen“ in Baden-Württemberg Anwendung? Wenn ja, wie sieht die Umsetzung konkret aus – wenn nein, warum nicht?

6. Wird vor der Abschiebung von Flüchtlingen überprüft, ob bei ihnen ein körperliches oder psychisches Trauma vorliegt? Wenn ja, auf welcher Grundlage findet die Überprüfung statt – wenn nein, warum nicht?
7. Sind in den Jahren 2005, 2006 und im ersten Halbjahr 2007 schwer traumatisierte Flüchtlinge aus Baden-Württemberg abgeschoben worden? Wenn ja, wie viele und sind bei diesen Abschiebungen Flüchtlinge von ihren Familien getrennt worden?
8. Ist für die Landesregierung der Zweifel an einer ausreichenden psychotherapeutischen Versorgung eines traumatisierten Flüchtlings im Aufnahme-land ein Grund zur Aussetzung der Abschiebung?
9. Teilt die Landesregierung die Ansicht, dass schwer traumatisierten Flüchtlingen ein dauerhaftes Bleiberecht zuerkannt werden soll, auch wenn sie das in der Bleiberechtsregelung geforderte Kriterium der wirtschaftlichen Selbstständigkeit nicht erfüllen können, da sie aus Krankheitsgründen einer Beschäftigung, zumindest zeitweise, nicht nachgehen können?

10. 09. 2007

Braun SPD

Begründung

Ärztekammern und Flüchtlingsorganisationen sprechen sich seit langem für einen sensiblen und qualifizierten Umgang mit traumatisierten Flüchtlingen aus (siehe Stellungnahme der Landesärztekammer Baden-Württemberg vom Juli 2006), kritisieren deren Abschiebung und fordern für sie ein gesichertes Bleiberecht. Grundsätzliche Anforderungen an die Prüfung krankheitsbedingter Abschiebungshindernisse hat auch das Bundesverwaltungsgericht in einem Urteil vom 24. Mai 2006 (BVerwG 1 B 118.05) gestellt.

Antwort

Mit Schreiben vom 25. September 2007 Nr. 4–1362/132 beantwortet das Innenministerium im Einvernehmen mit dem Ministerium für Arbeit und Soziales die Kleine Anfrage wie folgt:

1. *Wie viele Asylantragstellerinnen und -antragsteller in Baden-Württemberg gaben in den Jahren 2005, 2006 und im ersten Halbjahr 2007 bei der Erstbefragung an, gefoltert worden zu sein, wie viele zeigten zu einem späteren Zeitpunkt eine Traumatisierung an und wie vielen wurde aufgrund ihrer Traumatisierung ein Abschiebehindernis zuerkannt, oder wie viele wurden als Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannt?*

Zu 1.:

Die Entscheidung über das Vorliegen politischer Verfolgung – auch im Sinne des § 60 Abs. 1 AufenthG – ist beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bundesamt) konzentriert. Nach dem Asylverfahrensgesetz entscheidet

das Bundesamt auch über das Vorliegen von Abschiebungsverboten nach § 60 Abs. 2 bis 7 AufenthG. Hiervon umfasst ist auch die Frage einer Folter im Herkunftsstaat und der Zuerkennung eines Abschiebungsverbots aufgrund einer Traumatisierung. Die Entscheidungen des Bundesamts sind für die Ausländerbehörden des Landes bindend. Das Land hat insoweit keine Prüfungs- und Entscheidungskompetenz; ihm liegen daher keine entsprechenden Daten vor.

Das im Zusammenhang mit der Beantwortung der Kleinen Anfrage beteiligte Bundesamt hat folgende Daten übermittelt:

Jahr	Asylerstanträge (BW)	Traumatisierung vorgetragen
2005	3.703	32
2006	2.406	26
bis August 2007	1.170	8

2. Wie hoch ist in Baden-Württemberg der Anteil der Traumatisierten an der Gesamtzahl der Flüchtlinge?

Zu 2.:

Dem Land und dem Bundesamt liegen keine entsprechenden Daten vor.

3. Welche Maßnahmen ergreift das Land, um sicherzustellen, dass schwere Traumatisierungen bei Flüchtlingen frühzeitig erkannt und adäquat behandelt werden und nach welchen Kriterien wird dabei vorgegangen?

Zu 3.:

Sofern das Bundesamt aufgrund der Geltendmachung von Folter oder Traumatisierung eine Asylberechtigung anerkannt oder die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt hat, wird dem Betroffenen eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 1 oder 2 AufenthG erteilt. Sofern das Bundesamt Abschiebungsverbote nach § 60 Abs. 2 bis 7 AufenthG festgestellt hat, wird in der Regel eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 3 AufenthG erteilt.

Nach Erteilung eines Aufenthaltstitels aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen hat der Betroffene einen Anspruch auf Leistungen nach dem SGB XII (Sozialhilfe) bzw., wenn er arbeitsfähig ist, nach dem SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende). Diese Leistungen umfassen auch Maßnahmen der gesundheitlichen Versorgung. Der Betroffene wird vom zuständigen Sozialamt bzw. von der Agentur für Arbeit bei einer gesetzlichen Krankenkasse angemeldet, die die Aufwendungen für medizinische Behandlungen oder andere therapeutische Maßnahmen trägt; im Falle des Leistungsbezugs nach dem SGB XII hat der Träger der Sozialhilfe der Krankenkasse die tatsächlich angefallenen Kosten zuzüglich einer Verwaltungspauschale zu erstatten (§ 264 SGB V). Somit ist sichergestellt, dass Traumatisierte die notwendige Therapie erhalten.

4. Wie hoch war in den Jahren 2005, 2006 und im ersten Halbjahr 2007 die Beteiligung des Landes an den Psychotherapie- und Betreuungskosten von schwer traumatisierten Flüchtlingen?

Zu 4.:

In der Antwort zu Nummer 3 ist bereits ausgeführt, dass im Regelfall die Krankenkassen für die Behandlungskosten aufkommen. Psychisch Kranke jedweder Art (auch psychisch traumatisierte Flüchtlinge) können im ausdiffe-

renzierten Vollversorgungsangebot, das in Baden-Württemberg besteht, adäquat behandelt werden. Zusätzliche Angebote sind deshalb nicht erforderlich.

5. *Findet der im November 2004 von Vertretern der Bundesländer und der Bundesärztekammer entwickelte „Informations- und Kriterienkatalog“ zu „Fragen der ärztlichen Mitwirkung bei Rückführungsfragen“ in Baden-Württemberg Anwendung? Wenn ja, wie sieht die Umsetzung konkret aus – wenn nein, warum nicht?*

Zu 5.:

Eine gemeinsame Arbeitsgruppe des Bundes, der Länder und der Bundesärztekammer hat in den Jahren 2003 und 2004 versucht, gemeinsam Kriterien zur Mitwirkung von Ärzten bei Rückführungsmaßnahmen festzulegen. Eine Einigung konnte nicht erzielt werden. Nur Nordrhein-Westfalen hat in der Folge mit der Ärzteschaft einen „Informations- und Kriterienkatalog zu Fragen der ärztlichen Mitwirkung bei Rückführungsfragen“ vereinbart.

Dieser Katalog findet in Baden-Württemberg – wie auch in nahezu allen anderen Ländern – keine Anwendung. Fragen der ärztlichen Mitwirkung bei Rückführungen und Anforderungen an die Prüfung krankheitsbedingter Abschiebungsverbote bzw. inlandsbezogener Vollstreckungshindernisse sind in der Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums zur Durchführung des Asylverfahrensgesetzes und zur Beendigung des Aufenthalts abgelehnter Asylbewerber und sonstiger ausreisepflichtiger Ausländer durch die Landesbehörden (VwV Asyl/Rückführung) geregelt.

6. *Wird vor der Abschiebung von Flüchtlingen überprüft, ob bei ihnen ein körperliches oder psychisches Trauma vorliegt? Wenn ja, auf welcher Grundlage findet die Überprüfung statt – wenn nein, warum nicht?*

Zu 6.:

Die Frage, ob ein Trauma vorliegt, wird zunächst vom Bundesamt im Asylverfahren geprüft. Bestehen tatsächliche Anhaltspunkte, dass der Ausländer aufgrund einer Erkrankung nicht reisefähig ist, erfolgt zusätzlich eine ärztliche Untersuchung im Auftrag der Ausländerbehörde. Zudem veranlasst die Ausländerbehörde eine ärztliche Untersuchung, wenn der Ausländer keinen Asylantrag gestellt hat und tatsächliche Anhaltspunkte für das Vorliegen eines zielstaatsbezogenen Abschiebungsverbots aufgrund einer Erkrankung vorliegen.

7. *Sind in den Jahren 2005, 2006 und im ersten Halbjahr 2007 schwer traumatisierte Flüchtlinge aus Baden-Württemberg abgeschoben worden? Wenn ja, wie viele und sind bei diesen Abschiebungen Flüchtlinge von ihren Familien getrennt worden?*

Zu 7.:

Es ist davon auszugehen, dass beim Vorliegen einer schweren Traumatisierung ein Abschiebungsverbot bzw. ein inlandsbezogenes Vollstreckungshindernis festgestellt wird und eine Abschiebung unterbleibt.

8. *Ist für die Landesregierung der Zweifel an einer ausreichenden psychotherapeutischen Versorgung eines traumatisierten Flüchtlings im Aufnahme-land ein Grund zur Aussetzung der Abschiebung?*

Zu 8.:

Die Prüfung einer ausreichenden psychotherapeutischen Versorgung eines traumatisierten Ausländers im Aufnahmeland fällt in die Zuständigkeit des Bundesamts. Die Entscheidungen des Bundesamts sind für das Land bindend. Stellt das Bundesamt bei seiner Prüfung ein Abschiebungsverbot fest, erhält der Ausländer in der Regel eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 3 AufenthG.

9. Teilt die Landesregierung die Ansicht, dass schwer traumatisierten Flüchtlingen ein dauerhaftes Bleiberecht zuerkannt werden soll, auch wenn sie das in der Bleiberechtsregelung geforderte Kriterium der wirtschaftlichen Selbstständigkeit nicht erfüllen können, da sie aus Krankheitsgründen einer Beschäftigung, zumindest zeitweise, nicht nachgehen können?

Zu 9.:

Wie bereits in der Antwort zu Nummer 7 ausgeführt, ist davon auszugehen, dass beim Vorliegen einer schweren Traumatisierung ein Abschiebungsverbot oder ein inlandsbezogenes Vollstreckungshindernis festgestellt wird. Diese Feststellung bildet regelmäßig die Grundlage für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 3 oder Abs. 5 AufenthG, wobei von der Voraussetzung, dass der Lebensunterhalt eigenständig gesichert sein muss, in den Fällen des § 25 Abs. 3 AufenthG abzusehen ist und in den Fällen des § 25 Abs. 5 AufenthG abgesehen werden kann. Die Frage der Sicherung des Lebensunterhalts stellt sich daher bei schwer Traumatisierten im Zusammenhang mit der Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis in der Regel ebenso wenig wie die Frage einer Einbeziehung in die Bleiberechtsregelung des Innenministeriums vom 20. November 2006 oder in die neu geschaffene gesetzliche Altfallregelung nach § 104 a AufenthG.

Im Übrigen sieht die gesetzliche Altfallregelung die Erteilung einer bis 31. Dezember 2009 gültigen Aufenthaltserlaubnis unabhängig davon vor, ob der Ausländer seinen Lebensunterhalt eigenständig durch Erwerbstätigkeit sichert. Auch bei der Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis können von der Anforderung einer eigenständigen Sicherung des Lebensunterhalts zur Vermeidung von Härtefällen in den in § 104 a Abs. 6 AufenthG genannten Fällen Ausnahmen zugelassen werden.

Rech

Innenminister

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern (Zuwanderungsgesetz)

A. Problem und Ziel

Die Zuwanderung zum Zweck der Erwerbstätigkeit soll erleichtert, die Steuerung und Begrenzung des Zuzugs von Ausländern und die Integration dauerhaft aufhältiger Ausländer verbessert sowie das Ausländerrecht und das Aufenthaltsrecht von Unionsbürgern vereinfacht werden. Die Durchführung des Asylverfahrens soll gestrafft und beschleunigt und dem Missbrauch von Asylverfahren entgegengewirkt werden.

B. Lösung

Die Einreise und der Aufenthalt von Ausländern werden in einem neuen Aufenthaltsgesetz ausgehend von ihrem Zweck (Ausbildung, Erwerbstätigkeit, humanitäre Gründe, Familiennachzug) statt wie bisher nach Aufenthaltstiteln neu geregelt, die Zahl der Aufenthaltstitel wird reduziert. Der Aufenthalt zu Erwerbszwecken wird bedarfsabhängig und branchenübergreifend geregelt. Darüber hinaus wird die Zuwanderung einer ausgewählten und begrenzten Zahl von Personen ermöglicht. Die Rechte und Pflichten der Ausländer im Hinblick auf ihre Eingliederung werden geregelt. Die Durchführung der Asylanerkennungsverfahren und die Rückkehr ausreisepflichtiger Personen wird beschleunigt. Das Aufenthaltsrecht für Unionsbürger wird zusammengefasst; die Aufenthaltsgenehmigungspflicht entfällt. Eine Reihe von Zuständigkeiten von Bundesbehörden bei der Einreise, dem Aufenthalt und der Integration von Ausländern werden bei einem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gebündelt.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

Die vorgeschlagenen Regelungen werden vor allem im Bereich der Integration zunächst zu Mehrausgaben führen. In einigen deutschen Auslandsvertretungen ist mit einem höheren Vollzugsaufwand zu rechnen. Dem stehen insbesondere langfristig Entlastungen der öffentlichen Haushalte gegenüber, deren Höhe nicht prognostizierbar ist.

E. Sonstige Kosten

Es sind keine Auswirkungen auf Preise und Preisniveau zu erwarten. Für die Wirtschaft, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, entstehen keine Kosten.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DER BUNDESKANZLER

Berlin, den 7. Februar 2003

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Herrn Wolfgang Thierse
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zur Steuerung und Begrenzung
der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und
der Integration von Unionsbürgern und Ausländern
(Zuwanderungsgesetz)

mit Begründung und Vorblatt.

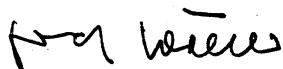
Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium des Innern.

Der Gesetzentwurf ist dem Bundesrat am 16. Januar 2003 als besonders
eilbedürftig zugeleitet worden.

Die Stellungnahme des Bundesrates zu dem Gesetzentwurf sowie die Auffassung
der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates werden unverzüglich
nachgereicht.

Mit freundlichen Grüßen



Entwurf eines Gesetzes zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern (Zuwanderungsgesetz)

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Inhaltsübersicht

- Artikel 1 Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (Aufenthaltsgesetz – AufenthG)
- Artikel 2 Gesetz über die allgemeine Freizügigkeit von Unionsbürgern (Freizügigkeitsgesetz/EU – FreizügG/EU)
- Artikel 3 Änderung des Asylverfahrensgesetzes
- Artikel 4 Änderung des AZR-Gesetzes
- Artikel 5 Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes
- Artikel 6 Änderung des Bundesvertriebenengesetzes
- Artikel 7 Änderung des Gesetzes über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer im Bundesgebiet
- Artikel 8 Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes
- Artikel 9 Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch
- Artikel 10 Änderungen sonstiger sozial- und leistungsrechtlicher Gesetze
- Artikel 11 Änderungen sonstiger Gesetze
- Artikel 12 Änderung sonstiger Verordnungen
- Artikel 13 Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang
- Artikel 14 Bekanntmachungserlaubnis
- Artikel 15 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Artikel 1

Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (Aufenthaltsgesetz – AufenthG)

Inhaltsübersicht

Kapitel 1

Allgemeine Bestimmungen

- § 1 Zweck des Gesetzes; Anwendungsbereich
- § 2 Begriffsbestimmungen

Kapitel 2

Einreise und Aufenthalt im Bundesgebiet

Abschnitt 1

Allgemeines

- § 3 Passpflicht
- § 4 Erfordernis eines Aufenthaltstitels
- § 5 Allgemeine Erteilungsvoraussetzungen

- § 6 Visum
- § 7 Aufenthaltserlaubnis
- § 8 Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis
- § 9 Niederlassungserlaubnis
- § 10 Aufenthaltstitel bei Asylantrag
- § 11 Einreise- und Aufenthaltsverbot
- § 12 Geltungsbereich; Nebenbestimmungen

Abschnitt 2

Einreise

- § 13 Grenzübertritt
- § 14 Unerlaubte Einreise; Ausnahme-Visum
- § 15 Zurückweisung

Abschnitt 3

Aufenthalt zum Zweck der Ausbildung

- § 16 Studium; Sprachkurse; Schulbesuch
- § 17 Sonstige Ausbildungszwecke

Abschnitt 4

Aufenthalt zum Zweck der Erwerbstätigkeit

- § 18 Beschäftigung
- § 19 Niederlassungserlaubnis für Hochqualifizierte
- § 20 Zuwanderung im Auswahlverfahren
- § 21 Selbständige Tätigkeit

Abschnitt 5

Aufenthalt aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen

- § 22 Aufnahme aus dem Ausland
- § 23 Aufenthaltsgewährung durch die obersten Landesbehörden
- § 24 Aufenthaltsgewährung zum vorübergehenden Schutz
- § 25 Aufenthalt aus humanitären Gründen
- § 26 Dauer des Aufenthalts

Abschnitt 6

Aufenthalt aus familiären Gründen

- § 27 Grundsatz des Familiennachzugs
- § 28 Familiennachzug zu Deutschen
- § 29 Familiennachzug zu Ausländern
- § 30 Ehegattennachzug
- § 31 Eigenständiges Aufenthaltsrecht der Ehegatten
- § 32 Kindernachzug
- § 33 Geburt eines Kindes im Bundesgebiet
- § 34 Aufenthaltsrecht der Kinder
- § 35 Eigenständiges, unbefristetes Aufenthaltsrecht der Kinder
- § 36 Nachzug sonstiger Familienangehöriger

**Abschnitt 7
Besondere Aufenthaltsrechte**

- § 37 Recht auf Wiederkehr
- § 38 Aufenthaltstitel für ehemalige Deutsche

**Abschnitt 8
Beteiligung der Bundesanstalt für Arbeit**

- § 39 Zustimmung zur Ausländerbeschäftigung
- § 40 Versagungsgründe
- § 41 Widerruf der Zustimmung
- § 42 Verordnungsermächtigung und Weisungsrecht

**Kapitel 3
Förderung der Integration**

- § 43 Integrationskurs und -programm
- § 44 Berechtigung zur Teilnahme an einem Integrationskurs
- § 45 Verpflichtung zur Teilnahme an einem Integrationskurs

**Kapitel 4
Ordnungsrechtliche Vorschriften**

- § 46 Ordnungsverfügungen
- § 47 Verbot und Beschränkung der politischen Betätigung
- § 48 Ausweisrechtliche Pflichten
- § 49 Feststellung und Sicherung der Identität

**Kapitel 5
Beendigung des Aufenthalts****Abschnitt 1
Begründung der Ausreisepflicht**

- § 50 Ausreisepflicht
- § 51 Beendigung der Rechtmäßigkeit des Aufenthalts; Fortgeltung von Beschränkungen
- § 52 Widerruf
- § 53 Zwingende Ausweisung
- § 54 Ausweisung im Regelfall
- § 55 Ermessensausweisung
- § 56 Besonderer Ausweisungsschutz

**Abschnitt 2
Durchsetzung der Ausreisepflicht**

- § 57 Zurückschiebung
- § 58 Abschiebung
- § 59 Androhung der Abschiebung
- § 60 Verbot der Abschiebung
- § 61 Räumliche Beschränkung; Ausreiseeinrichtungen
- § 62 Abschiebungshaft

**Kapitel 6
Haftung und Gebühren**

- § 63 Pflichten der Beförderungsunternehmer
- § 64 Rückbeförderungspflicht der Beförderungsunternehmer

- § 65 Pflichten der Flughafenunternehmer
- § 66 Kostenschuldner; Sicherheitsleistung
- § 67 Umfang der Kostenhaftung
- § 68 Haftung für Lebensunterhalt
- § 69 Gebühren
- § 70 Verjährung

**Kapitel 7
Verfahrensvorschriften****Abschnitt 1
Zuständigkeiten**

- § 71 Zuständigkeit
- § 72 Beteiligungserfordernisse
- § 73 Sonstige Beteiligungserfordernisse im Visumverfahren und bei der Erteilung von Aufenthaltstiteln
- § 74 Beteiligung des Bundes; Weisungsbefugnis

**Abschnitt 2
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge**

- § 75 Aufgaben
- § 76 Sachverständigenrat für Zuwanderung und Integration

**Abschnitt 3
Verwaltungsverfahren**

- § 77 Schriftform; Ausnahme von Formerfordernissen
- § 78 Vordrucke für Aufenthaltstitel, Ausweisersatz und Bescheinigungen
- § 79 Entscheidung über den Aufenthalt
- § 80 Handlungsfähigkeit Minderjähriger
- § 81 Beantragung des Aufenthaltstitels
- § 82 Mitwirkung des Ausländers
- § 83 Beschränkung der Anfechtbarkeit
- § 84 Wirkungen von Widerspruch und Klage
- § 85 Berechnung von Aufenthaltszeiten

**Abschnitt 4
Datenübermittlung und Datenschutz**

- § 86 Erhebung personenbezogener Daten
- § 87 Übermittlungen an Ausländerbehörden
- § 88 Übermittlungen bei besonderen gesetzlichen Verwendungsregelungen
- § 89 Verfahren bei identitätssichernden und -feststellenden Maßnahmen
- § 90 Übermittlungen durch Ausländerbehörden
- § 91 Speicherung und Löschung personenbezogener Daten

**Kapitel 8
Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration**

- § 92 Amt der Beauftragten
- § 93 Aufgaben
- § 94 Amtsbefugnisse

Kapitel 9

Straf- und Bußgeldvorschriften

- § 95 Strafvorschriften
- § 96 Einschleusen von Ausländern
- § 97 Einschleusen mit Todesfolge; gewerbs- und bandenmäßiges Einschleusen
- § 98 Bußgeldvorschriften

Kapitel 10

Verordnungsermächtigungen; Übergangs- und Schlussvorschriften

- § 99 Verordnungsermächtigung
- § 100 Sprachliche Anpassung
- § 101 Fortgeltung bisheriger Aufenthaltsrechte
- § 102 Fortgeltung sonstiger ausländerrechtlicher Maßnahmen und Anrechnung
- § 103 Anwendung bisherigen Rechts
- § 104 Übergangsregelungen
- § 105 Fortgeltung von Arbeitsgenehmigungen
- § 106 Einschränkung von Grundrechten
- § 107 Stadtstaatenklausel

Kapitel 1

Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Zweck des Gesetzes; Anwendungsbereich

(1) Das Gesetz dient der Steuerung und Begrenzung des Zuzugs von Ausländern in die Bundesrepublik Deutschland. Es ermöglicht und gestaltet Zuwanderung unter Berücksichtigung der Integrationsfähigkeit sowie der wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland. Das Gesetz dient zugleich der Erfüllung der humanitären Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland. Es regelt hierzu die Einreise, den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Förderung der Integration von Ausländern. Die Regelungen in anderen Gesetzen bleiben unberührt.

(2) Dieses Gesetz findet keine Anwendung auf Ausländer,

1. deren Rechtsstellung von dem Gesetz über die allgemeine Freizügigkeit von Unionsbürgern geregelt ist, soweit nicht durch Gesetz etwas anderes bestimmt ist,
2. die nach Maßgabe der §§ 18 bis 20 des Gerichtsverfassungsgesetzes nicht der deutschen Gerichtsbarkeit unterliegen,
3. soweit sie nach Maßgabe völkerrechtlicher Verträge für den diplomatischen und konsularischen Verkehr und für die Tätigkeit internationaler Organisationen und Einrichtungen von Einwanderungsbeschränkungen, von der Verpflichtung, ihren Aufenthalt der Ausländerbehörde anzuzeigen und dem Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit sind und wenn Gegenseitigkeit besteht, sofern die Befreiungen davon abhängig gemacht werden können.

§ 2

Begriffsbestimmungen

(1) Ausländer ist jeder, der nicht Deutscher im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes ist.

(2) Erwerbstätigkeit ist die selbständige Tätigkeit und die Beschäftigung im Sinne von § 7 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch.

(3) Der Lebensunterhalt eines Ausländers ist gesichert, wenn er ihn einschließlich ausreichenden Krankenversicherungsschutzes ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel bestreiten kann. Dabei bleiben das Kindergeld sowie öffentliche Mittel außer Betracht, die auf Beitragsleistungen beruhen oder die gewährt werden, um den Aufenthalt im Bundesgebiet zu ermöglichen.

(4) Als ausreichender Wohnraum wird nicht mehr gefordert, als für die Unterbringung eines Wohnungssuchenden in einer öffentlich geförderten Sozialmietwohnung genügt. Der Wohnraum ist nicht ausreichend, wenn er den auch für Deutsche geltenden Rechtsvorschriften hinsichtlich Beschaffenheit und Belegung nicht genügt. Kinder bis zur Vollendung des zweiten Lebensjahres werden bei der Berechnung des für die Familienunterbringung ausreichenden Wohnraumes nicht mitgezählt.

(5) Ein Schengen-Visum ist der einheitliche Sichtvermerk nach Maßgabe der als Schengen-Besitzstand in das Gemeinschaftsrecht überführten Bestimmungen (ABl. EG 2000 Nr. L 239 S.1) und der nachfolgend ergangenen Rechtsakte.

(6) Vorübergehender Schutz im Sinne dieses Gesetzes ist die Aufenthaltsgewährung in Anwendung der Richtlinie 01/55/EG des Rates vom 20. Juli 2001 über Mindestnormen für die Gewährung vorübergehenden Schutzes im Falle eines Massenzustroms von Vertriebenen und über Maßnahmen zur Förderung einer ausgewogenen Verteilung der mit der Aufnahme dieser Personen und den Folgen dieser Aufnahme verbundenen Belastungen auf die Mitgliedstaaten (ABl. EG Nr. L 212 S. 12).

Kapitel 2

Einreise und Aufenthalt im Bundesgebiet

Abschnitt 1

Allgemeines

§ 3

Passpflicht

(1) Ausländer dürfen nur in das Bundesgebiet einreisen oder sich darin aufhalten, wenn sie einen anerkannten und gültigen Pass oder Passersatz besitzen, sofern sie von der Passpflicht nicht durch Rechtsverordnung befreit sind.

(2) Das Bundesministerium des Innern oder die von ihm bestimmte Stelle kann in begründeten Einzelfällen vor der Einreise des Ausländers für den Grenzübergang und einen anschließenden Aufenthalt von bis zu sechs Monaten Ausnahmen von der Passpflicht zulassen.

§ 4

Erfordernis eines Aufenthaltstitels

(1) Ausländer bedürfen für die Einreise und den Aufenthalt im Bundesgebiet eines Aufenthaltstitels, sofern nicht durch Recht der Europäischen Union oder durch Rechtsverordnung etwas anderes bestimmt ist oder auf Grund des Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Türkei vom 12. September 1963 (BGBl. 1964 II S. 509) (Assoziationsabkommen EWG/Türkei) ein Aufenthaltsrecht besteht. Die Aufenthaltstitel werden erteilt als

1. Visum (§ 6),
2. Aufenthaltserlaubnis (§ 7) oder
3. Niederlassungserlaubnis (§ 9).

(2) Ein Aufenthaltstitel berechtigt zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit, sofern es nach diesem Gesetz bestimmt ist oder der Aufenthaltstitel die Ausübung der Erwerbstätigkeit ausdrücklich erlaubt. Jeder Aufenthaltstitel muss erkennen lassen, ob die Ausübung einer Erwerbstätigkeit erlaubt ist. Einem Ausländer, der keine Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Beschäftigung besitzt, kann die Ausübung einer Beschäftigung nur erlaubt werden, wenn die Bundesanstalt für Arbeit zugestimmt hat oder durch Rechtsverordnung bestimmt ist, dass die Ausübung der Beschäftigung ohne Zustimmung der Bundesanstalt für Arbeit zulässig ist. Beschränkungen bei der Erteilung der Zustimmung durch die Bundesanstalt für Arbeit sind in den Aufenthaltstitel zu übernehmen.

(3) Ausländer dürfen eine Beschäftigung nur ausüben, wenn der Aufenthaltstitel es erlaubt, und von Arbeitgebern nur beschäftigt werden, wenn sie über einen solchen Aufenthaltstitel verfügen. Dies gilt nicht, wenn dem Ausländer auf Grund einer zwischenstaatlichen Vereinbarung, eines Gesetzes oder einer Rechtsverordnung die Erwerbstätigkeit ohne den Besitz eines Aufenthaltstitels gestattet ist.

(4) Ein Aufenthaltstitel bedürfen auch Ausländer, die als Besatzungsmitglieder eines Seeschiffes tätig sind, das berechtigt ist, die Bundesflagge zu führen.

(5) Ein Ausländer, dem nach dem Assoziationsabkommen EWG/Türkei ein Aufenthaltsrecht zusteht, ist verpflichtet, das Bestehen des Aufenthaltsrechts durch den Besitz einer Aufenthaltserlaubnis nachzuweisen. Die Aufenthaltserlaubnis wird auf Antrag ausgestellt.

§ 5

Allgemeine Erteilungsvoraussetzungen

(1) Die Erteilung eines Aufenthaltstitels setzt in der Regel voraus, dass die Passpflicht nach § 3 erfüllt wird und

1. der Lebensunterhalt gesichert ist,
2. kein Ausweisungsgrund vorliegt und
3. soweit kein Anspruch auf Erteilung eines Aufenthaltstitels besteht, der Aufenthalt des Ausländers nicht aus einem sonstigen Grund Interessen der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigt oder gefährdet.

(2) Des Weiteren setzt die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis oder einer Niederlassungserlaubnis voraus, dass der Ausländer

1. mit dem erforderlichen Visum eingereist ist und
2. die für die Erteilung maßgeblichen Angaben bereits im Visumantrag gemacht hat.

Hiervon kann abgesehen werden, wenn die Voraussetzungen eines Anspruchs auf Erteilung erfüllt sind oder es auf Grund besonderer Umstände des Einzelfalls nicht zumutbar ist, das Visumverfahren nachzuholen.

(3) In den Fällen der Erteilung eines Aufenthaltstitels nach den §§ 24, 25 Abs. 1 bis 3 sowie § 26 Abs. 3 ist von der Anwendung der Absätze 1 und 2 abzugehen; in den übrigen Fällen der Erteilung eines Aufenthaltstitels nach Kapitel 2 Abschnitt 5 kann hiervon abgesehen werden.

(4) Die Erteilung eines Aufenthaltstitels ist zu versagen, wenn der Ausländer die freiheitliche demokratische Grundordnung oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährdet oder sich bei der Verfolgung politischer Ziele an Gewalttätigkeiten beteiligt oder öffentlich zur Gewaltanwendung aufruft oder mit Gewaltanwendung droht oder wenn Tatsachen belegen, dass er einer Vereinigung angehört, die den internationalen Terrorismus unterstützt oder er eine derartige Vereinigung unterstützt. Von Satz 1 können in begründeten Einzelfällen Ausnahmen zugelassen werden, wenn sich der Ausländer gegenüber den zuständigen Behörden offenbart und glaubhaft von seinem sicherheitsgefährdenden Handeln Abstand nimmt. Das Bundesministerium des Innern oder die von ihm bestimmte Stelle kann in begründeten Einzelfällen vor der Einreise des Ausländers für den Grenzübergang und einen anschließenden Aufenthalt von bis zu sechs Monaten Ausnahmen von Satz 1 zulassen.

§ 6

Visum

(1) Einem Ausländer kann

1. ein Schengen-Visum für die Durchreise oder
2. ein Schengen-Visum für Aufenthalte von bis zu drei Monaten innerhalb einer Frist von sechs Monaten von dem Tag der ersten Einreise an (kurzfristige Aufenthalte)

erteilt werden, wenn die Erteilungsvoraussetzungen des Schengener Durchführungsübereinkommens und der dazu ergangenen Ausführungsvorschriften erfüllt sind. In Ausnahmefällen kann das Schengen-Visum aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen oder zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland erteilt werden, wenn die Erteilungsvoraussetzungen des Schengener Durchführungsübereinkommens nicht erfüllt sind. In diesen Fällen ist die Gültigkeit räumlich auf das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland zu beschränken.

(2) Das Visum für kurzfristige Aufenthalte kann auch für mehrere Aufenthalte mit einem Gültigkeitszeitraum von bis zu fünf Jahren mit der Maßgabe erteilt werden, dass der Aufenthaltszeitraum jeweils drei Monate pro Halbjahr nicht überschreiten darf.

(3) Ein nach Absatz 1 Satz 1 erteiltes Schengen-Visum kann in besonderen Fällen bis zu einer Gesamtaufenthaltsdauer von drei Monaten pro Halbjahr verlängert werden. Dies gilt auch dann, wenn das Visum von einer Auslandsvertretung eines anderen Schengen-Anwenderstaates erteilt worden ist. Für weitere drei Monate innerhalb des betreffen-

den Halbjahres kann das Visum nur unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 2 verlängert werden.

(4) Für längerfristige Aufenthalte ist ein Visum für das Bundesgebiet (nationales Visum) erforderlich, das vor der Einreise erteilt wird. Die Erteilung richtet sich nach den für die Aufenthalts- und Niederlassungserlaubnis geltenden Vorschriften. Die Dauer des rechtmäßigen Aufenthalts mit einem nationalen Visum wird auf die Zeiten des Besizes einer Aufenthaltserlaubnis oder Niederlassungserlaubnis angerechnet.

§ 7

Aufenthaltserlaubnis

(1) Die Aufenthaltserlaubnis ist ein befristeter Aufenthaltstitel. Sie wird zu den in den nachfolgenden Abschnitten genannten Aufenthaltszwecken erteilt. In begründeten Fällen kann eine Aufenthaltserlaubnis auch für einen von diesem Gesetz nicht vorgesehenen Aufenthaltszweck erteilt werden.

(2) Die Aufenthaltserlaubnis ist unter Berücksichtigung des beabsichtigten Aufenthaltszwecks zu befristen. Ist eine für die Erteilung, die Verlängerung oder die Bestimmung der Geltungsdauer wesentliche Voraussetzung entfallen, so kann die Frist auch nachträglich verkürzt werden.

§ 8

Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis

(1) Auf die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis finden dieselben Vorschriften Anwendung wie auf die Erteilung.

(2) Die Aufenthaltserlaubnis kann in der Regel nicht verlängert werden, wenn die zuständige Behörde dies bei einem seiner Zweckbestimmung nach nur vorübergehenden Aufenthalt bei der Erteilung oder der zuletzt erfolgten Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis ausgeschlossen hat.

(3) Hat ein Ausländer entgegen seiner Verpflichtung nach § 45 nicht mit der Teilnahme an einem Integrationskurs begonnen, so soll dieser Umstand bei der Entscheidung über die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis berücksichtigt werden.

§ 9

Niederlassungserlaubnis

(1) Die Niederlassungserlaubnis ist ein unbefristeter Aufenthaltstitel. Sie berechtigt zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit, ist zeitlich und räumlich unbeschränkt und darf nicht mit einer Nebenbestimmung versehen werden. § 47 bleibt unberührt.

(2) Einem Ausländer ist die Niederlassungserlaubnis zu erteilen, wenn

1. er seit fünf Jahren die Aufenthaltserlaubnis besitzt,
2. sein Lebensunterhalt gesichert ist,
3. er mindestens 60 Monate Pflichtbeiträge oder freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung geleistet hat oder Aufwendungen für einen Anspruch auf vergleichbare Leistungen einer Versicherungs- oder Versorgungseinrichtung oder eines Versicherungsunternehmens nachweist; berufliche Ausfallzeiten auf Grund von

Kinderbetreuung oder häuslicher Pflege werden entsprechend angerechnet,

4. er in den letzten drei Jahren nicht wegen einer vorsätzlichen Straftat zu einer Jugend- oder Freiheitsstrafe von mindestens sechs Monaten oder einer Geldstrafe von mindestens 180 Tagessätzen verurteilt worden ist,
5. ihm die Beschäftigung erlaubt ist, sofern er Arbeitnehmer ist,
6. er im Besitz der sonstigen für eine dauernde Ausübung seiner Erwerbstätigkeit erforderlichen Erlaubnisse ist,
7. er über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache verfügt,
8. er über Grundkenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet verfügt und
9. er über ausreichenden Wohnraum für sich und seine mit ihm in häuslicher Gemeinschaft lebenden Familienangehörigen verfügt.

Die Voraussetzungen des Satzes 1 Nr. 7 und 8 sind nachgewiesen, wenn ein Integrationskurs erfolgreich abgeschlossen wurde. Von diesen Voraussetzungen wird abgesehen, wenn der Ausländer sie wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung nicht erfüllen kann. Im Übrigen kann zur Vermeidung einer Härte von den Voraussetzungen des Satzes 1 Nr. 7 und 8 abgesehen werden. Darüber hinaus wird von den Voraussetzungen des Satzes 1 Nr. 2 und 3 abgesehen, wenn der Ausländer diese aus den in Satz 3 genannten Gründen nicht erfüllen kann.

(3) Bei Ehegatten, die in ehelicher Lebensgemeinschaft leben, genügt es, wenn die Voraussetzungen nach Absatz 2 Nr. 3, 5 und 6 durch einen Ehegatten erfüllt werden. Von der Voraussetzung nach Absatz 2 Nr. 3 wird abgesehen, wenn sich der Ausländer in einer Ausbildung befindet, die zu einem anerkannten schulischen oder beruflichen Bildungsabschluss führt. Satz 1 gilt in den Fällen des § 26 Abs. 4 entsprechend.

(4) Bei straffälligen Ausländern beginnt die in Absatz 2 Nr. 4 bezeichnete Frist mit der Entlassung aus der Straftat. Auf die für die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis erforderlichen Zeiten des Besizes einer Aufenthaltserlaubnis werden folgende Zeiten angerechnet:

1. die Zeit des früheren Besizes einer Aufenthaltserlaubnis oder Niederlassungserlaubnis, wenn der Ausländer zum Zeitpunkt seiner Ausreise im Besitz einer Niederlassungserlaubnis war, abzüglich der Zeit der dazwischen liegenden Aufenthalte außerhalb des Bundesgebietes, die zum Erlöschen der Niederlassungserlaubnis führten; angerechnet werden höchstens vier Jahre,
2. höchstens sechs Monate für jeden Aufenthalt außerhalb des Bundesgebietes, der nicht zum Erlöschen der Aufenthaltserlaubnis führte.

§ 10

Aufenthaltstitel bei Asylantrag

(1) Einem Ausländer, der einen Asylantrag gestellt hat, kann vor dem bestandskräftigen Abschluss des Asylverfahrens ein Aufenthaltstitel außer in den Fällen eines gesetzlichen Anspruchs nur mit Zustimmung der obersten Landes-

behörde und nur dann erteilt werden, wenn wichtige Interessen der Bundesrepublik Deutschland es erfordern.

(2) Ein nach der Einreise des Ausländers von der Ausländerbehörde erteilter oder verlängerter Aufenthaltstitel kann nach den Vorschriften dieses Gesetzes ungeachtet des Umstandes verlängert werden, dass der Ausländer einen Asylantrag gestellt hat.

(3) Einem Ausländer, dessen Asylantrag unanfechtbar abgelehnt worden ist oder der seinen Asylantrag zurückgenommen hat, darf vor der Ausreise ein Aufenthaltstitel nur nach Maßgabe des Abschnitts 5 erteilt werden. Sofern der Asylantrag nach § 30 Abs. 3 des Asylverfahrensgesetzes abgelehnt wurde, darf vor der Ausreise kein Aufenthaltstitel erteilt werden. Die Sätze 1 und 2 finden im Falle eines Anspruchs auf Erteilung eines Aufenthaltstitels keine Anwendung.

§ 11

Einreise- und Aufenthaltsverbot

(1) Ein Ausländer, der ausgewiesen, zurückgeschoben oder abgeschoben worden ist, darf nicht erneut in das Bundesgebiet einreisen und sich darin aufhalten. Ihm wird auch bei Vorliegen der Voraussetzungen eines Anspruchs nach diesem Gesetz kein Aufenthaltstitel erteilt. Die in den Sätzen 1 und 2 bezeichneten Wirkungen werden auf Antrag in der Regel befristet. Die Frist beginnt mit der Ausreise.

(2) Vor Ablauf der nach Absatz 1 Satz 3 festgelegten Frist kann dem Ausländer ausnahmsweise erlaubt werden, das Bundesgebiet kurzfristig zu betreten, wenn zwingende Gründe seine Anwesenheit erfordern oder die Versagung der Erlaubnis eine unbillige Härte bedeuten würde.

§ 12

Geltungsbereich; Nebenbestimmungen

(1) Der Aufenthaltstitel wird für das Bundesgebiet erteilt. Seine Gültigkeit nach den Vorschriften des Schengener Durchführungsübereinkommens für den Aufenthalt im Hoheitsgebiet der Vertragsparteien bleibt unberührt.

(2) Das Visum und die Aufenthaltserlaubnis können mit Bedingungen erteilt und verlängert werden. Sie können, auch nachträglich, mit Auflagen, insbesondere einer räumlichen Beschränkung, verbunden werden.

(3) Ein Ausländer hat den Teil des Bundesgebiets, in dem er sich ohne Erlaubnis der Ausländerbehörde einer räumlichen Beschränkung zuwider aufhält, unverzüglich zu verlassen.

(4) Der Aufenthalt eines Ausländers, der keines Aufenthaltstitels bedarf, kann zeitlich und räumlich beschränkt sowie von Bedingungen und Auflagen abhängig gemacht werden.

(5) Die Ausländerbehörde kann dem Ausländer das Verlassen des auf der Grundlage dieses Gesetzes beschränkten Aufenthaltsbereichs erlauben. Die Erlaubnis ist zu erteilen, wenn hieran ein dringendes öffentliches Interesse besteht, zwingende Gründe es erfordern oder die Versagung der Erlaubnis eine unbillige Härte bedeuten würde. Der Ausländer kann Termine bei Behörden und Gerichten, bei denen sein persönliches Erscheinen erforderlich ist, ohne Erlaubnis wahrnehmen.

Abschnitt 2 Einreise

§ 13

Grenzübertritt

(1) Die Einreise in das Bundesgebiet und die Ausreise aus dem Bundesgebiet sind nur an den zugelassenen Grenzübergangsstellen und innerhalb der festgesetzten Verkehrsstunden zulässig, soweit nicht auf Grund anderer Rechtsvorschriften oder zwischenstaatlicher Vereinbarungen Ausnahmen zugelassen sind. Ausländer sind verpflichtet, bei der Einreise und der Ausreise einen anerkannten und gültigen Pass oder Passersatz gemäß § 3 Abs. 1 mitzuführen und sich der polizeilichen Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs zu unterziehen.

(2) An einer zugelassenen Grenzübergangsstelle ist ein Ausländer erst eingereist, wenn er die Grenze überschritten und die Grenzübergangsstelle passiert hat. Lassen die mit der polizeilichen Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs beauftragten Behörden einen Ausländer vor der Entscheidung über die Zurückweisung (§ 15 dieses Gesetzes, §§ 18, 18a des Asylverfahrensgesetzes) oder während der Vorbereitung, Sicherung oder Durchführung dieser Maßnahme die Grenzübergangsstelle zu einem bestimmten vorübergehenden Zweck passieren, so liegt keine Einreise im Sinne des Satzes 1 vor, solange ihnen eine Kontrolle des Aufenthalts des Ausländers möglich bleibt. Im Übrigen ist ein Ausländer eingereist, wenn er die Grenze überschritten hat.

§ 14

Unerlaubte Einreise; Ausnahme-Visum

(1) Die Einreise eines Ausländers in das Bundesgebiet ist unerlaubt, wenn er

1. einen erforderlichen Pass oder Passersatz gemäß § 3 Abs. 1 nicht besitzt,
2. den nach § 4 erforderlichen Aufenthaltstitel nicht besitzt oder
3. nach § 11 Abs. 1 nicht einreisen darf, es sei denn, er besitzt eine Betretenserlaubnis nach § 11 Abs. 2.

(2) Die mit der polizeilichen Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs beauftragten Behörden können Ausnahme-Visa und Passersatzpapiere ausstellen.

§ 15

Zurückweisung

(1) Ein Ausländer, der unerlaubt einreisen will, wird an der Grenze zurückgewiesen.

(2) Ein Ausländer kann an der Grenze zurückgewiesen werden, wenn

1. ein Ausweisungsgrund vorliegt,
2. der begründete Verdacht besteht, dass der Aufenthalt nicht dem angegebenen Zweck dient oder
3. er die Voraussetzungen für die Einreise in das Hoheitsgebiet der Vertragsparteien nach Artikel 5 des Schengener Durchführungsübereinkommens nicht erfüllt.

(3) Ein Ausländer, der für einen vorübergehenden Aufenthalt im Bundesgebiet vom Erfordernis eines Aufenthalts-

titels befreit ist, kann zurückgewiesen werden, wenn er nicht die Voraussetzungen des § 3 Abs. 1 und des § 5 Abs. 1 erfüllt.

(4) § 60 Abs. 1 bis 3, 5, 8 und 9 sowie § 62 finden entsprechende Anwendung. Ein Ausländer, der einen Asylantrag gestellt hat, darf nicht zurückgewiesen werden, solange ihm der Aufenthalt im Bundesgebiet nach den Vorschriften des Asylverfahrensgesetzes gestattet ist.

Abschnitt 3

Aufenthalt zum Zweck der Ausbildung

§ 16

Studium; Sprachkurse; Schulbesuch

(1) Einem Ausländer kann zum Zweck der Studienbewerbung und des Studiums an einer staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschule oder vergleichbaren Ausbildungseinrichtung einschließlich der studienvorbereitenden Maßnahmen eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden. Die Geltungsdauer bei der Ersterteilung der Aufenthaltserlaubnis bei studienvorbereitenden Maßnahmen soll zwei Jahre nicht überschreiten; im Falle des Studiums wird sie für zwei Jahre erteilt und kann um jeweils bis zu weiteren zwei Jahren verlängert werden, wenn der Aufenthaltswitzweck noch nicht erreicht ist und in einem angemessenen Zeitraum noch erreicht werden kann. Die Aufenthaltsdauer als Studienbewerber darf höchstens neun Monate betragen.

(2) Während des Aufenthalts nach Absatz 1 soll in der Regel keine Aufenthaltserlaubnis für einen anderen Aufenthaltswitzweck erteilt oder verlängert werden, sofern nicht ein gesetzlicher Anspruch besteht.

(3) Die Aufenthaltserlaubnis berechtigt zur Ausübung einer Beschäftigung, die insgesamt 90 Tage oder 180 halbe Tage im Jahr nicht überschreiten darf, sowie zur Ausübung studentischer Nebentätigkeiten.

(4) Nach Abschluss des Studiums kann die Aufenthaltserlaubnis um bis zu einem Jahr zur Arbeitsplatzsuche verlängert werden.

(5) Einem Ausländer kann eine Aufenthaltserlaubnis zur Teilnahme an Sprachkursen, die nicht der studienvorbereitung dienen, und in Ausnahmefällen für den Schulbesuch erteilt werden. Absatz 2 gilt entsprechend.

§ 17

Sonstige Ausbildungszwecke

Einem Ausländer kann eine Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der beruflichen Aus- und Weiterbildung erteilt werden, wenn die Bundesanstalt für Arbeit nach § 39 zugestimmt hat oder durch Rechtsverordnung nach § 42 oder zwischenstaatliche Vereinbarung bestimmt ist, dass die Aus- und Weiterbildung ohne Zustimmung der Bundesanstalt für Arbeit zulässig ist. Beschränkungen bei der Erteilung der Zustimmung durch die Bundesanstalt für Arbeit sind in die Aufenthaltserlaubnis zu übernehmen. § 16 Abs. 2 gilt entsprechend.

Abschnitt 4

Aufenthalt zum Zweck der Erwerbstätigkeit

§ 18

Beschäftigung

Einem Ausländer kann eine Aufenthaltserlaubnis zur Ausübung einer Beschäftigung erteilt werden, wenn die Bundesanstalt für Arbeit nach § 39 zugestimmt hat oder durch Rechtsverordnung nach § 42 oder zwischenstaatliche Vereinbarung bestimmt ist, dass die Ausübung der Beschäftigung ohne Zustimmung der Bundesanstalt für Arbeit zulässig ist. Beschränkungen bei der Erteilung der Zustimmung durch die Bundesanstalt für Arbeit sind in die Aufenthaltserlaubnis zu übernehmen.

§ 19

Niederlassungserlaubnis für Hochqualifizierte

(1) Einem hoch qualifizierten Ausländer kann in besonderen Fällen eine Niederlassungserlaubnis erteilt werden, wenn die Bundesanstalt für Arbeit nach § 39 zugestimmt hat oder durch Rechtsverordnung nach § 42 oder zwischenstaatliche Vereinbarung bestimmt ist, dass die Niederlassungserlaubnis ohne Zustimmung der Bundesanstalt für Arbeit nach § 39 erteilt werden kann und die Annahme gerechtfertigt ist, dass die Integration in die Lebensverhältnisse der Bundesrepublik Deutschland ohne staatliche Hilfe gewährleistet ist.

(2) Hoch qualifiziert nach Absatz 1 sind insbesondere

1. Wissenschaftler mit besonderen fachlichen Kenntnissen,
2. Lehrpersonen in herausgehobener Funktion oder wissenschaftliche Mitarbeiter in herausgehobener Funktion oder
3. Spezialisten und leitende Angestellte mit besonderer Berufserfahrung, die ein Gehalt in Höhe von mindestens dem Doppelten der Beitragsbemessungsgrenze der gesetzlichen Krankenversicherung erhalten.

§ 20

Zuwanderung im Auswahlverfahren

(1) Eine Niederlassungserlaubnis wird zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit erteilt, wenn ein Ausländer erfolgreich am Auswahlverfahren teilgenommen hat. Dies gilt auch für Ausländer, die sich bereits rechtmäßig im Bundesgebiet aufhalten.

(2) Das Auswahlverfahren erfolgt im wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Interesse der Bundesrepublik Deutschland und dient der Zuwanderung qualifizierter Erwerbspersonen, von denen ein Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung und die Integration in die Lebensverhältnisse der Bundesrepublik Deutschland zu erwarten sind. Die Auswahl erfolgt durch ein Punktesystem unter besonderer Berücksichtigung von Staatsangehörigen der Länder, mit denen die Verhandlungen über den Beitritt zur Europäischen Union eröffnet sind.

(3) Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundestages und des Bundesrates die Bedingungen für die Teilnahme an dem Auswahlverfahren, die allgemeinen Kriterien für die Auswahl der Zuwanderungsbewerber sowie die Bewertung durch ein

Punktesystem und Einzelheiten des Verfahrens festzulegen. Als Mindestbedingungen für die Teilnahme sind die gesundheitliche Eignung, ein guter Leumund, die Sicherung des Lebensunterhalts und eine Berufsausbildung vorzusehen. Für die Auswahl der Zuwanderungsbewerber ist zumindest die Bewertung der folgenden Kriterien vorzusehen:

1. Alter des Zuwanderungsbewerbers;
2. schulische und berufliche Qualifikation sowie die Berufserfahrung des Zuwanderungsbewerbers; Unterbrechung der Berufstätigkeit oder längere Ausbildungsdauer auf Grund der Wahrnehmung von Familienpflichten wie Kindererziehung oder häusliche Pflege dürfen keine nachteilige Bewertung zur Folge haben;
3. Familienstand des Zuwanderungsbewerbers;
4. Sprachkenntnisse des Zuwanderungsbewerbers;
5. Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland;
6. Herkunftsland.

Bei der Auswahl der Zuwanderungsbewerberinnen und Zuwanderungsbewerber ist ein den Bewerbungen entsprechender Anteil von Frauen und Männern auszuwählen.

(4) Das Auswahlverfahren wird nur durchgeführt, wenn das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und die Bundesanstalt für Arbeit nach Beteiligung des Zuwanderungsrates (§ 76) gemeinsam eine Höchstzahl für die Zuwanderung im Auswahlverfahren festgesetzt haben.

(5) Die Niederlassungserlaubnis darf nur erteilt werden, wenn sie innerhalb eines Jahres nach der Mitteilung über die erfolgreiche Teilnahme am Auswahlverfahren (Zuwanderungsmitteilung) beantragt wird.

(6) Bewerber, die nicht erfolgreich am Auswahlverfahren teilgenommen haben, können frühestens nach Ablauf von drei Jahren ab Bekanntgabe der ablehnenden Zuwanderungsmitteilung erneut am Auswahlverfahren teilnehmen.

§ 21

Selbständige Tätigkeit

(1) Einem Ausländer kann eine Aufenthaltserlaubnis zur Ausübung einer selbständigen Tätigkeit erteilt werden, wenn ein übergeordnetes wirtschaftliches Interesse oder ein besonderes regionales Bedürfnis besteht, die Tätigkeit positive Auswirkungen auf die Wirtschaft erwarten lässt und die Finanzierung der Umsetzung durch Eigenkapital oder durch eine Kreditzusage gesichert ist. Die Beurteilung der Voraussetzungen nach Satz 1 richtet sich insbesondere nach der Tragfähigkeit der zu Grunde liegenden Geschäftsidee, den unternehmerischen Erfahrungen des Ausländers, der Höhe des Kapitaleinsatzes, den Auswirkungen auf die Beschäftigungs- und Ausbildungssituation und dem Beitrag für Innovation und Forschung; ein übergeordnetes wirtschaftliches Interesse ist in der Regel anzunehmen, wenn die Investition mindestens 1 Million Euro beträgt und mindestens zehn Arbeitsplätze geschaffen werden. Bei der Prüfung sind die für den Ort der geplanten Tätigkeit fachkundigen Körperschaften, die zuständigen Gewerbebehörden, die öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen und die für die Berufszulassung zuständigen Behörden zu beteiligen.

(2) Eine Aufenthaltserlaubnis zur Ausübung einer selbständigen Tätigkeit kann auch erteilt werden, wenn völker-

rechtliche Vergünstigungen auf der Grundlage der Gegenseitigkeit bestehen.

(3) Ausländer, die älter sind als 45 Jahre, sollen die Aufenthaltserlaubnis nur erhalten, wenn sie über eine angemessene Altersversorgung verfügen.

(4) Die Aufenthaltserlaubnis wird auf längstens drei Jahre befristet. Nach drei Jahren ist abweichend von § 9 Abs. 2 eine Niederlassungserlaubnis zu erteilen, wenn der Ausländer die geplante Tätigkeit erfolgreich verwirklicht hat und der Lebensunterhalt gesichert ist.

Abschnitt 5

Aufenthalt aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen

§ 22

Aufnahme aus dem Ausland

Einem Ausländer kann für die Aufnahme aus dem Ausland aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden. Eine Aufenthaltserlaubnis ist zu erteilen, wenn das Bundesministerium des Innern oder die von ihm bestimmte Stelle zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland die Aufnahme erklärt hat. Im Falle des Satzes 2 berechtigt die Aufenthaltserlaubnis zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit.

§ 23

Aufenthaltsgewährung durch die obersten Landesbehörden

(1) Die oberste Landesbehörde kann aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen oder zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland anordnen, dass Ausländern aus bestimmten Staaten oder in sonstiger Weise bestimmten Ausländergruppen eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird. Die Anordnung kann unter der Maßgabe erfolgen, dass eine Verpflichtungserklärung nach § 68 abgegeben wird. Zur Wahrung der Bundeseinheitlichkeit bedarf die Anordnung des Einvernehmens mit dem Bundesministerium des Innern.

(2) Bei besonders gelagerten politischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland kann die Anordnung vorsehen, dass den betroffenen Personen eine Niederlassungserlaubnis erteilt wird. In diesen Fällen kann abweichend von § 9 Abs. 1 eine wohnsitzbeschränkende Auflage erteilt werden.

(3) Die Anordnung kann vorsehen, dass § 24 ganz oder teilweise entsprechende Anwendung findet.

§ 24

Aufenthaltsgewährung zum vorübergehenden Schutz

(1) Einem Ausländer, dem auf Grund eines Beschlusses des Rates der Europäischen Union gemäß der Richtlinie 01/55/EG vorübergehender Schutz gewährt wird und der seine Bereitschaft erklärt hat, im Bundesgebiet aufgenommen zu werden, wird für die nach den Artikeln 4 und 6 der Richtlinie bemessene Dauer des vorübergehenden Schutzes eine Aufenthaltserlaubnis erteilt. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge führt ein Register über die Identifizierungs-

daten der aufgenommenen Ausländer und deren Familienangehörigen.

(2) Die Gewährung von vorübergehendem Schutz ist ausgeschlossen, wenn eine der Voraussetzungen des § 60 Abs. 8 vorliegt; die Aufenthaltserlaubnis ist zu versagen.

(3) Die auf Grund eines Beschlusses nach Absatz 1 aufgenommenen Personen werden auf die Länder verteilt. Die Länder können Kontingente für die Aufnahme zum vorübergehenden Schutz und die Verteilung vereinbaren. Die Verteilung auf die Länder erfolgt durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Solange die Länder für die Verteilung keinen abweichenden Schlüssel vereinbart haben, gilt der für die Verteilung von Asylbewerbern festgelegte Schlüssel.

(4) Die oberste Landesbehörde oder die von ihr bestimmte Stelle erlässt eine Zuweisungsentscheidung. Die Landesregierungen werden ermächtigt, die Verteilung innerhalb der Länder durch Rechtsverordnung zu regeln, sie können die Ermächtigung durch Rechtsverordnung auf andere Stellen übertragen. Ein Widerspruch gegen die Zuweisungsentscheidung findet nicht statt. Die Klage hat keine aufschiebende Wirkung.

(5) Der Ausländer hat keinen Anspruch darauf, sich in einem bestimmten Land oder an einem bestimmten Ort aufzuhalten. Er hat seine Wohnung und seinen gewöhnlichen Aufenthalt an dem Ort zu nehmen, dem er nach den Absätzen 3 und 4 zugewiesen wurde.

(6) Die Ausübung einer selbständigen Tätigkeit darf nicht ausgeschlossen werden. Für die Ausübung einer Beschäftigung gilt § 4 Abs. 2.

(7) Der Ausländer wird über die mit dem vorübergehenden Schutz verbundenen Rechte und Pflichten schriftlich in einer ihm verständlichen Sprache unterrichtet.

§ 25

Aufenthalt aus humanitären Gründen

(1) Einem Ausländer ist eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen, wenn er unanfechtbar als Asylberechtigter anerkannt ist. Dies gilt nicht, wenn der Ausländer aus schwerwiegenden Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ausgewiesen worden ist. Bis zur Erteilung der Aufenthaltserlaubnis gilt der Aufenthalt als erlaubt. Die Aufenthaltserlaubnis berechtigt zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit.

(2) Einem Ausländer ist eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen, wenn das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge unanfechtbar das Vorliegen der Voraussetzungen des § 60 Abs. 1 festgestellt hat. Absatz 1 Satz 2 bis 4 gilt entsprechend.

(3) Einem Ausländer soll eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, wenn die Voraussetzungen für die Aussetzung der Abschiebung nach § 60 Abs. 2 bis 7 vorliegen. Die Aufenthaltserlaubnis wird nicht erteilt, wenn die Ausreise in einen anderen Staat möglich und zumutbar ist.

(4) Einem Ausländer kann für einen vorübergehenden Aufenthalt eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, solange dringende humanitäre oder persönliche Gründe oder erhebliche öffentliche Interessen seine vorübergehende weitere Anwesenheit im Bundesgebiet erfordern. Eine Aufenthalts-

erlaubnis kann abweichend von § 8 Abs. 1 und 2 verlängert werden, wenn auf Grund besonderer Umstände des Einzelfalles das Verlassen des Bundesgebiets für den Ausländer eine außergewöhnliche Härte bedeuten würde.

(5) Abweichend von den in diesem Gesetz festgelegten Erteilungs- und Verlängerungsvoraussetzungen für einen Aufenthaltstitel kann einem Ausländer auf Ersuchen einer von der Landesregierung durch Rechtsverordnung bestimmten Stelle eine Aufenthaltserlaubnis erteilt oder verlängert werden, wenn dringende humanitäre oder persönliche Gründe die weitere Anwesenheit des Ausländers im Bundesgebiet rechtfertigen.

(6) Einem Ausländer, der vollziehbar ausreisepflichtig ist, kann eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, wenn seine Ausreise aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen unmöglich ist. Die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis ist ausgeschlossen, wenn der Ausländer die Ausreisehindernisse selbst zu vertreten hat, insbesondere wenn er falsche Angaben macht oder über seine Identität oder Staatsangehörigkeit täuscht, oder zumutbare Anforderungen zur Beseitigung der Ausreisehindernisse nicht erfüllt.

§ 26

Dauer des Aufenthalts

(1) Die Aufenthaltserlaubnis nach diesem Abschnitt kann für jeweils längstens drei Jahre erteilt und verlängert werden.

(2) Die Aufenthaltserlaubnis darf nicht verlängert werden, wenn das Ausreisehindernis oder die sonstigen einer Aufenthaltsbeendigung entgegenstehenden Gründe entfallen sind.

(3) Einem Ausländer, der seit drei Jahren eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 1 oder 2 besitzt, ist eine Niederlassungserlaubnis zu erteilen, wenn das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gemäß § 73 Abs. 2a des Asylverfahrensgesetzes mitgeteilt hat, dass die Voraussetzungen für den Widerruf oder die Rücknahme nicht vorliegen.

(4) Im Übrigen kann einem Ausländer, der seit sieben Jahren eine Aufenthaltserlaubnis nach diesem Abschnitt besitzt, eine Niederlassungserlaubnis erteilt werden, wenn die in § 9 Abs. 2 Nr. 2 bis 9 bezeichneten Voraussetzungen vorliegen. § 9 Abs. 2 Satz 2 bis 5 gilt entsprechend. Die Aufenthaltszeit des der Erteilung der Aufenthaltserlaubnis vorangegangenen Asylverfahrens wird abweichend von § 55 Abs. 3 des Asylverfahrensgesetzes auf die Frist angerechnet. Für Kinder, die vor Vollendung des 18. Lebensjahres nach Deutschland eingereist sind, kann § 35 entsprechend angewandt werden.

Abschnitt 6

Aufenthalt aus familiären Gründen

§ 27

Grundsatz des Familiennachzugs

(1) Die Aufenthaltserlaubnis zur Herstellung und Wahrung der familiären Lebensgemeinschaft im Bundesgebiet für ausländische Familienangehörige (Familiennachzug) wird zum Schutz von Ehe und Familie gemäß Artikel 6 des Grundgesetzes erteilt und verlängert.

(2) Für die Herstellung und Wahrung einer lebenspartner-schaftlichen Gemeinschaft im Bundesgebiet finden Absatz 3, § 9 Abs. 3, §§ 28 bis 31 sowie § 51 Abs. 2 entsprechende Anwendung.

(3) Die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis zum Zweck des Familiennachzugs kann versagt werden, wenn derjenige, zu dem der Familiennachzug stattfindet, für den Unterhalt von anderen ausländischen Familienangehörigen oder anderen Haushaltsangehörigen auf Sozialhilfe angewiesen ist. Von § 5 Abs. 1 Nr. 2 kann abgesehen werden.

§ 28

Familiennachzug zu Deutschen

(1) Die Aufenthaltserlaubnis ist abweichend von § 5 Abs. 1 Nr. 1 dem ausländischen

1. Ehegatten eines Deutschen,
2. minderjährigen ledigen Kind eines Deutschen,
3. Elternteil eines minderjährigen ledigen Deutschen zur Ausübung der Personensorge

zu erteilen, wenn der Deutsche seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Bundesgebiet hat. Sie kann abweichend von § 5 Abs. 1 dem nichtsorgeberechtigten Elternteil eines minderjährigen ledigen Deutschen erteilt werden, wenn die familiäre Gemeinschaft schon im Bundesgebiet gelebt wird.

(2) Dem Ausländer ist in der Regel eine Niederlassungserlaubnis zu erteilen, wenn er drei Jahre im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis ist, die familiäre Lebensgemeinschaft mit dem Deutschen im Bundesgebiet fortbesteht, kein Ausweisungsgrund vorliegt und er sich auf einfache Art in deutscher Sprache mündlich verständigen kann. Im Übrigen wird die Aufenthaltserlaubnis verlängert, solange die familiäre Lebensgemeinschaft fortbesteht.

(3) Die §§ 31 und 35 finden mit der Maßgabe Anwendung, dass an die Stelle des Aufenthaltstitels des Ausländers der gewöhnliche Aufenthalt des Deutschen im Bundesgebiet tritt.

(4) Auf sonstige Familienangehörige findet § 36 entsprechende Anwendung.

(5) Die Aufenthaltserlaubnis berechtigt zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit.

§ 29

Familiennachzug zu Ausländern

(1) Für den Familiennachzug zu einem Ausländer muss

1. der Ausländer eine Niederlassungserlaubnis oder Aufenthaltserlaubnis besitzen und
2. ausreichender Wohnraum zur Verfügung stehen.

(2) Bei dem Ehegatten und dem minderjährigen ledigen Kind eines Ausländers, der eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 1 oder 2 oder eine Niederlassungserlaubnis nach § 26 Abs. 3 besitzt, kann von den Voraussetzungen des § 5 Abs. 1 Nr. 1 und des Absatzes 1 Nr. 2 abgesehen werden.

(3) Die Aufenthaltserlaubnis darf dem Ehegatten und dem minderjährigen Kind eines Ausländers, der eine Aufenthaltserlaubnis nach den §§ 22, 23 Abs. 1 oder § 25 Abs. 3 besitzt, nur aus völkerrechtlichen oder humanitären

Gründen oder zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland erteilt werden. Ein Familiennachzug wird in den Fällen des § 25 Abs. 4 und 6 nicht gewährt.

(4) Die Aufenthaltserlaubnis wird dem Ehegatten und dem minderjährigen ledigen Kind eines Ausländers oder dem minderjährigen ledigen Kind seines Ehegatten abweichend von § 5 Abs. 1 und § 27 Abs. 3 erteilt, wenn dem Ausländer vorübergehender Schutz nach § 24 Abs. 1 gewährt wurde und

1. die familiäre Lebensgemeinschaft im Herkunftsland durch die Fluchtsituation aufgehoben wurde und
2. der Familienangehörige aus einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union übernommen wird oder sich außerhalb der Europäischen Union befindet und schutzbedürftig ist.

Die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis an sonstige Familienangehörige eines Ausländers, dem vorübergehender Schutz nach § 24 Abs. 1 gewährt wurde, richtet sich nach § 36. Auf die nach diesem Absatz aufgenommenen Familienangehörigen findet § 24 Anwendung.

(5) Unbeschadet des § 4 Abs. 2 Satz 3 berechtigt die Aufenthaltserlaubnis zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit, soweit der Ausländer, zu dem der Familiennachzug erfolgt, zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit berechtigt ist.

§ 30

Ehegattennachzug

(1) Dem Ehegatten eines Ausländers ist eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen, wenn der Ausländer

1. eine Niederlassungserlaubnis besitzt,
2. eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 1 oder 2 besitzt,
3. seit fünf Jahren eine Aufenthaltserlaubnis besitzt oder
4. eine Aufenthaltserlaubnis besitzt, die Ehe bei deren Erteilung bereits bestand und die Dauer seines Aufenthalts voraussichtlich über ein Jahr betragen wird.

(2) Die Aufenthaltserlaubnis kann abweichend von Absatz 1 Nr. 4 erteilt werden, wenn der Ausländer eine Aufenthaltserlaubnis besitzt.

(3) Die Aufenthaltserlaubnis kann abweichend von § 5 Abs. 1 Nr. 1 und § 29 Abs. 1 Nr. 2 verlängert werden, solange die eheliche Lebensgemeinschaft fortbesteht.

§ 31

Eigenständiges Aufenthaltsrecht der Ehegatten

(1) Die Aufenthaltserlaubnis des Ehegatten wird im Falle der Aufhebung der ehelichen Lebensgemeinschaft als eigenständiges, vom Zweck des Familiennachzugs unabhängiges Aufenthaltsrecht für ein Jahr verlängert, wenn

1. die eheliche Lebensgemeinschaft seit mindestens zwei Jahren rechtmäßig im Bundesgebiet bestanden hat oder
2. der Ausländer gestorben ist, während die eheliche Lebensgemeinschaft im Bundesgebiet bestand

und der Ausländer bis dahin im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis oder Niederlassungserlaubnis war, es sei denn, er konnte die Verlängerung aus von ihm nicht zu vertretenden

Gründen nicht rechtzeitig beantragen. Die Aufenthaltserlaubnis berechtigt zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit.

(2) Von der Voraussetzung des zweijährigen rechtmäßigen Bestandes der ehelichen Lebensgemeinschaft im Bundesgebiet nach Absatz 1 Nr. 1 ist abzusehen, soweit es zur Vermeidung einer besonderen Härte erforderlich ist, dem Ehegatten den weiteren Aufenthalt zu ermöglichen, es sei denn, für den Ausländer ist die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis ausgeschlossen. Eine besondere Härte liegt insbesondere vor, wenn dem Ehegatten wegen der aus der Auflösung der ehelichen Lebensgemeinschaft erwachsenden Rückkehrverpflichtung eine erhebliche Beeinträchtigung seiner schutzwürdigen Belange droht oder wenn dem Ehegatten wegen der Beeinträchtigung seiner schutzwürdigen Belange das weitere Festhalten an der ehelichen Lebensgemeinschaft unzumutbar ist; zu den schutzwürdigen Belangen zählt auch das Wohl eines mit dem Ehegatten in familiärer Lebensgemeinschaft lebenden Kindes. Zur Vermeidung von Missbrauch kann die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis versagt werden, wenn der Ehegatte aus einem von ihm zu vertretenden Grund auf Sozialhilfe angewiesen ist.

(3) Wenn der Lebensunterhalt des Ehegatten nach Aufhebung der ehelichen Lebensgemeinschaft durch Unterhaltsleistungen aus eigenen Mitteln des Ausländers gesichert ist und dieser eine Niederlassungserlaubnis besitzt, ist dem Ehegatten abweichend von § 9 Abs. 2 Nr. 3, 5 und 6 ebenfalls eine Niederlassungserlaubnis zu erteilen.

(4) Die Inanspruchnahme von Sozialhilfe steht der Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis unbeschadet des Absatzes 2 Satz 3 nicht entgegen. Danach kann die Aufenthaltserlaubnis befristet verlängert werden, solange die Voraussetzungen für die Erteilung der Niederlassungserlaubnis nicht vorliegen.

§ 32

Kindernachzug

(1) Dem minderjährigen ledigen Kind eines Ausländers ist eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen, wenn

1. der Ausländer eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 1 oder 2 besitzt,
2. der Ausländer eine Niederlassungserlaubnis nach den §§ 19, 20 oder 26 Abs. 3 besitzt oder
3. beide Eltern oder der allein personensorgeberechtigte Elternteil eine Aufenthaltserlaubnis oder Niederlassungserlaubnis besitzen und das Kind seinen Lebensmittelpunkt zusammen mit seinen Eltern oder dem allein personensorgeberechtigten Elternteil in das Bundesgebiet verlegt.

(2) Einem minderjährigen ledigen Kind, welches das zwölfte Lebensjahr vollendet hat, ist eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen, wenn es ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache besitzt und beide Eltern oder der allein personensorgeberechtigte Elternteil eine Aufenthaltserlaubnis oder Niederlassungserlaubnis besitzen.

(3) Dem Kind eines Ausländers, welches das zwölfte Lebensjahr noch nicht vollendet hat, ist eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen, wenn beide Eltern oder der allein perso-

nensorgeberechtigte Elternteil eine Aufenthaltserlaubnis oder Niederlassungserlaubnis besitzen.

(4) Abweichend von den Absätzen 1 bis 3 kann dem minderjährigen ledigen Kind eines Ausländers unter Berücksichtigung des Kindeswohls, der familiären Situation sowie der Erwartung, dass das Kind, beispielsweise wegen vorhandener Kenntnisse der deutschen Sprache, sich integrieren wird, eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden.

§ 33

Geburt eines Kindes im Bundesgebiet

Einem Kind, das im Bundesgebiet geboren wird, ist abweichend von den §§ 5 und 29 Abs. 1 Nr. 2 von Amts wegen eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen, wenn die Mutter eine Aufenthaltserlaubnis oder eine Niederlassungserlaubnis besitzt. Der Aufenthalt eines im Bundesgebiet geborenen Kindes, dessen Mutter zum Zeitpunkt der Geburt im Besitz eines Visums ist oder sich visumfrei aufhalten darf, gilt bis zum Ablauf des Visums oder des visumfreien Aufenthalts als erlaubt.

§ 34

Aufenthaltsrecht der Kinder

(1) Die einem Kind erteilte Aufenthaltserlaubnis ist abweichend von § 5 Abs. 1 Nr. 1 und § 29 Abs. 1 Nr. 2 zu verlängern, solange ein personensorgeberechtigter Elternteil eine Aufenthaltserlaubnis oder Niederlassungserlaubnis besitzt und das Kind mit ihm in familiärer Lebensgemeinschaft lebt oder das Kind im Falle seiner Ausreise ein Wiederkehrrecht gemäß § 37 hätte.

(2) Mit Eintritt der Volljährigkeit wird die einem Kind erteilte Aufenthaltserlaubnis zu einem eigenständigen, vom Familiennachzug unabhängigen Aufenthaltsrecht. Das Gleiche gilt bei Erteilung einer Niederlassungserlaubnis oder wenn die Aufenthaltserlaubnis in entsprechender Anwendung des § 37 verlängert wird.

(3) Die Aufenthaltserlaubnis kann verlängert werden, solange die Voraussetzungen für die Erteilung der Niederlassungserlaubnis noch nicht vorliegen.

§ 35

Eigenständiges, unbefristetes Aufenthaltsrecht der Kinder

(1) Einem minderjährigen Ausländer, der eine Aufenthaltserlaubnis nach diesem Abschnitt besitzt, ist abweichend von § 9 Abs. 2 eine Niederlassungserlaubnis zu erteilen, wenn er im Zeitpunkt der Vollendung seines 16. Lebensjahres seit fünf Jahren im Besitz der Aufenthaltserlaubnis ist. Das Gleiche gilt, wenn

1. der Ausländer volljährig und seit fünf Jahren im Besitz der Aufenthaltserlaubnis ist,
2. er über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache verfügt und
3. sein Lebensunterhalt gesichert ist oder er sich in einer Ausbildung befindet, die zu einem anerkannten schulischen oder beruflichen Bildungsabschluss führt.

(2) Auf die nach Absatz 1 erforderliche Dauer des Besitzes der Aufenthaltserlaubnis werden in der Regel nicht die

Zeiten angerechnet, in denen der Ausländer außerhalb des Bundesgebiets die Schule besucht hat.

(3) Ein Anspruch auf Erteilung einer Niederlassungserlaubnis nach Absatz 1 besteht nicht, wenn

1. ein auf dem persönlichen Verhalten des Ausländers beruhender Ausweisungsgrund vorliegt,
2. der Ausländer in den letzten drei Jahren wegen einer vorsätzlichen Straftat zu einer Jugend- oder Freiheitsstrafe von mindestens sechs Monaten oder einer Geldstrafe von mindestens 180 Tagessätzen verurteilt worden oder wenn die Verhängung einer Jugendstrafe ausgesetzt ist oder
3. der Lebensunterhalt nicht ohne Inanspruchnahme von Sozialhilfe oder Jugendhilfe nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch gesichert ist, es sei denn, der Ausländer befindet sich in einer Ausbildung, die zu einem anerkannten schulischen oder beruflichen Bildungsabschluss führt.

In den Fällen des Satzes 1 kann die Niederlassungserlaubnis erteilt oder die Aufenthaltserlaubnis verlängert werden. Ist im Falle des Satzes 1 Nr. 2 die Jugend- oder Freiheitsstrafe zur Bewährung oder die Verhängung einer Jugendstrafe ausgesetzt, wird die Aufenthaltserlaubnis in der Regel bis zum Ablauf der Bewährungszeit verlängert.

(4) Von den in Absatz 1 Nr. 2 und 3 und Absatz 3 Satz 1 Nr. 3 bezeichneten Voraussetzungen ist abzusehen, wenn sie von dem Ausländer wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung nicht erfüllt werden können.

§ 36

Nachzug sonstiger Familienangehöriger

Einem sonstigen Familienangehörigen eines Ausländers kann zum Familiennachzug eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, wenn es zur Vermeidung einer außergewöhnlichen Härte erforderlich ist. Auf volljährige Familienangehörige finden § 30 Abs. 3 und § 31 und auf minderjährige Familienangehörige § 34 entsprechende Anwendung.

Abschnitt 7

Besondere Aufenthaltsrechte

§ 37

Recht auf Wiederkehr

(1) Einem Ausländer, der als Minderjähriger rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Bundesgebiet hatte, ist eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen, wenn

1. der Ausländer sich vor seiner Ausreise acht Jahre rechtmäßig im Bundesgebiet aufgehalten und sechs Jahre im Bundesgebiet eine Schule besucht hat,
2. sein Lebensunterhalt aus eigener Erwerbstätigkeit oder durch eine Unterhaltsverpflichtung gesichert ist, die ein Dritter für die Dauer von fünf Jahren übernommen hat, und
3. der Antrag auf Erteilung der Aufenthaltserlaubnis nach Vollendung des 15. und vor Vollendung des 21. Lebens-

jahres sowie vor Ablauf von fünf Jahren seit der Ausreise gestellt wird.

Die Aufenthaltserlaubnis berechtigt zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit.

(2) Zur Vermeidung einer besonderen Härte kann von den in Absatz 1 Nr. 1 und 3 bezeichneten Voraussetzungen abgewichen werden. Von den in Absatz 1 Nr. 1 bezeichneten Voraussetzungen kann abgesehen werden, wenn der Ausländer im Bundesgebiet einen anerkannten Schulabschluss erworben hat.

(3) Die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis kann versagt werden,

1. wenn der Ausländer ausgewiesen worden war oder ausgewiesen werden konnte, als er das Bundesgebiet verließ,
2. wenn ein Ausweisungsgrund vorliegt oder
3. solange der Ausländer minderjährig und seine persönliche Betreuung im Bundesgebiet nicht gewährleistet ist.

(4) Der Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis steht nicht entgegen, dass der Lebensunterhalt nicht mehr aus eigener Erwerbstätigkeit gesichert oder die Unterhaltsverpflichtung wegen Ablaufs der fünf Jahre entfallen ist.

(5) Einem Ausländer, der von einem Träger im Bundesgebiet Rente bezieht, wird in der Regel eine Aufenthaltserlaubnis erteilt, wenn er sich vor seiner Ausreise mindestens acht Jahre rechtmäßig im Bundesgebiet aufgehalten hat.

§ 38

Aufenthaltstitel für ehemalige Deutsche

(1) Einem ehemaligen Deutschen ist

1. eine Niederlassungserlaubnis zu erteilen, wenn er bei Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit seit fünf Jahren als Deutscher seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Bundesgebiet hatte,
2. eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen, wenn er bei Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit seit mindestens einem Jahr seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Bundesgebiet hatte.

Der Antrag auf Erteilung eines Aufenthaltstitels nach Satz 1 ist innerhalb von sechs Monaten nach Kenntnis vom Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit zu stellen. § 81 Abs. 3 gilt entsprechend.

(2) Einem ehemaligen Deutschen, der seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland hat, kann eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, wenn er über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache verfügt.

(3) In besonderen Fällen kann der Aufenthaltstitel nach Absatz 1 oder 2 abweichend von § 5 erteilt werden.

(4) Die Aufenthaltserlaubnis nach Absatz 1 oder 2 berechtigt zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit.

(5) Die Absätze 1 bis 4 finden entsprechende Anwendung auf einen Ausländer, der aus einem nicht von ihm zu vertretenden Grund bisher von deutschen Stellen als Deutscher behandelt wurde.

Abschnitt 8 **Beteiligung der Bundesanstalt für Arbeit**

§ 39 **Zustimmung zur Ausländerbeschäftigung**

(1) Ein Aufenthaltstitel, der einem Ausländer die Ausübung einer Beschäftigung erlaubt, kann nur mit Zustimmung der Bundesanstalt für Arbeit erteilt werden, soweit durch Rechtsverordnung nicht etwas anderes bestimmt ist. Die Zustimmung kann erteilt werden, wenn dies in zwischenstaatlichen Vereinbarungen, durch ein Gesetz oder durch Rechtsverordnung bestimmt ist.

(2) Die Bundesanstalt für Arbeit kann der Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zur Ausübung einer Beschäftigung nach § 18 zustimmen, wenn

1. a) sich durch die Beschäftigung von Ausländern nachteilige Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt nicht ergeben,
b) für die Beschäftigung deutsche Arbeitnehmer sowie Ausländer, die diesen hinsichtlich der Arbeitsaufnahme rechtlich gleichgestellt sind oder andere Ausländer, die nach dem Recht der Europäischen Union einen Anspruch auf vorrangigen Zugang zum Arbeitsmarkt haben, nicht zur Verfügung stehen oder
2. der Verwaltungsausschuss des Arbeitsamtes im Benehmen mit dem Landesarbeitsamt durch Prüfung nach Satz 1 Nr. 1 Buchstabe a und b für einzelne Berufsgruppen oder für einzelne Wirtschaftszweige festgestellt hat, dass die Besetzung der offenen Stellen mit ausländischen Bewerbern arbeitsmarkt- und integrationspolitisch verantwortbar ist,

und der Ausländer nicht zu ungünstigeren Arbeitsbedingungen als vergleichbare deutsche Arbeitnehmer beschäftigt wird. Für die Beschäftigung stehen deutsche Arbeitnehmer und diesen gleichgestellte Ausländer auch dann zur Verfügung, wenn sie nur mit Förderung des Arbeitsamtes vermittelt werden können. Der Arbeitgeber, bei dem ein Ausländer beschäftigt werden soll, der dafür eine Zustimmung benötigt, hat der Bundesanstalt für Arbeit Auskunft über Arbeitsentgelt, Arbeitszeiten und sonstige Arbeitsbedingungen zu erteilen.

(3) Absatz 2 gilt auch, wenn bei Aufenthalt zu anderen Zwecken der Abschnitte 3, 5, 6 oder 7 eine Zustimmung der Bundesanstalt für Arbeit zur Ausübung einer Beschäftigung erforderlich ist.

(4) Die Zustimmung zu einer Beschäftigung nach § 18, die keine qualifizierte Berufsausbildung voraussetzt, darf nur erteilt werden, wenn dies durch Rechtsverordnung oder zwischenstaatliche Vereinbarung bestimmt ist.

(5) Die Zustimmung kann die Dauer und die berufliche Tätigkeit festlegen sowie die Beschäftigung auf bestimmte Betriebe oder Bezirke beschränken.

(6) Die Bundesanstalt für Arbeit kann der Erteilung einer Niederlassungserlaubnis nach § 19 zustimmen, wenn sich durch die Beschäftigung des Ausländers nachteilige Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt nicht ergeben.

§ 40 **Versagungsgründe**

(1) Die Zustimmung nach § 39 ist zu versagen, wenn

1. das Arbeitsverhältnis auf Grund einer unerlaubten Arbeitsvermittlung oder Anwerbung zustande gekommen ist oder
2. der Ausländer als Leiharbeitnehmer (§ 1 Abs. 1 des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes) tätig werden will.

(2) Die Zustimmung kann versagt werden, wenn

1. der Ausländer gegen § 404 Abs. 1 Nr. 2 oder Abs. 2 Nr. 2 bis 13, § 406 oder § 407 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch oder gegen die §§ 15, 15a oder 16 Abs. 1 Nr. 2 des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes schuldhaft verstoßen hat oder
2. wichtige Gründe in der Person des Ausländers vorliegen.

§ 41 **Widerruf der Zustimmung**

Die Zustimmung kann widerrufen werden, wenn der Ausländer zu ungünstigeren Arbeitsbedingungen als vergleichbare deutsche Arbeitnehmer beschäftigt wird (§ 39 Abs. 2 Satz 1) oder der Tatbestand des § 40 Abs. 1 oder 2 erfüllt ist.

§ 42 **Verordnungsermächtigung und Weisungsrecht**

(1) Das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit kann durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates Folgendes bestimmen:

1. Beschäftigungen, in denen eine Zustimmung der Bundesanstalt für Arbeit für die Beschäftigung eines Ausländers nicht erforderlich ist (§ 4 Abs. 2 Satz 3, § 17 Satz 1, § 18 Satz 1, § 19 Abs. 1),
2. die Voraussetzungen und das Verfahren zur Erteilung der Zustimmung der Bundesanstalt für Arbeit; dabei kann auch ein alternatives Verfahren zur Vorrangprüfung geregelt werden,
3. Ausnahmen, in denen eine Zustimmung auch für weniger qualifizierte Beschäftigungen erteilt werden darf (§ 39 Abs. 4),
4. Einzelheiten über die zeitliche, betriebliche, berufliche und regionale Beschränkung der Zustimmung nach § 39 Abs. 5,
5. Ausnahmen, in denen eine Zustimmung abweichend von § 39 Abs. 2 erteilt werden darf.

(2) Das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit kann der Bundesanstalt für Arbeit zur Durchführung der Bestimmungen dieses Gesetzes und der hierzu erlassenen Rechtsverordnungen sowie der von den Europäischen Gemeinschaften erlassenen Bestimmungen über den Zugang zum Arbeitsmarkt und der zwischenstaatlichen Vereinbarungen über die Beschäftigung von Arbeitnehmern Weisungen erteilen.

Kapitel 3 Förderung der Integration

§ 43

Integrationskurs und -programm

(1) Die Integration von rechtmäßig auf Dauer im Bundesgebiet lebenden Ausländern in das wirtschaftliche, kulturelle und gesellschaftliche Leben in der Bundesrepublik Deutschland wird gefördert.

(2) Eingliederungsbemühungen von Ausländern werden durch ein Grundangebot zur Integration (Integrationskurs) unterstützt. Der Integrationskurs umfasst Angebote, die Ausländer an die Sprache, die Rechtsordnung, die Kultur und die Geschichte in Deutschland heranzuführen. Ausländer sollen dadurch mit den Lebensverhältnissen im Bundesgebiet so weit vertraut werden, dass sie ohne die Hilfe oder Vermittlung Dritter in allen Angelegenheiten des täglichen Lebens selbständig handeln können.

(3) Der Integrationskurs umfasst einen Basis- und einen Aufbausprachkurs von jeweils gleicher Dauer zur Erlangung ausreichender Sprachkenntnisse sowie einen Orientierungskurs zur Vermittlung von Kenntnissen der Rechtsordnung, der Kultur und der Geschichte in Deutschland. Die erfolgreiche Teilnahme wird durch eine vom Sprachkursträger auszustellende Bescheinigung nachgewiesen. Die Teilnahme am Basissprachkurs ist in der Regel Voraussetzung für die Teilnahme am Aufbausprachkurs. Soweit erforderlich, soll der Integrationskurs durch eine sozialpädagogische Betreuung sowie durch Kinderbetreuungsangebote ergänzt werden. Für teilnahmeberechtigte und -verpflichtete Ausländer (§§ 44, 45) werden der Basissprachkurs und der Orientierungskurs vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge koordiniert und durchgeführt, das sich hierzu privater oder öffentlicher Träger bedienen kann. Im Übrigen ist die Durchführung der Integrationsmaßnahmen Aufgabe der Länder. Für die Teilnahme am Integrationskurs kann unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit ein angemessener Kostenbeitrag erhoben werden. Zur Zahlung ist auch derjenige verpflichtet, der dem Ausländer zur Gewährung des Lebensunterhalts verpflichtet ist.

(4) Die Bundesregierung wird ermächtigt, nähere Einzelheiten des Integrationskurses, insbesondere die Grundstruktur, die Dauer, die Lerninhalte und die Durchführung der Kurse, die Vorgaben bezüglich der Auswahl und Zulassung der Kursträger sowie die Rahmenbedingungen für die Teilnahme einschließlich der Kostenbeiträge durch eine Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates zu regeln.

(5) Der Integrationskurs kann durch weitere Integrationsangebote, insbesondere ein migrationsspezifisches Beratungsangebot, ergänzt werden. Das Bundesministerium des Innern oder die von ihm bestimmte Stelle entwickelt ein bundesweites Integrationsprogramm, in dem insbesondere die bestehenden Integrationsangebote von Bund, Ländern, Kommunen und privaten Trägern für Ausländer und Spätaussiedler festgestellt und Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Integrationsangebote vorgelegt werden. Bei der Entwicklung des bundesweiten Integrationsprogramms sowie der Erstellung von Informationsmaterialien über bestehende Integrationsangebote werden die Länder, die Kommunen und die Ausländerbeauftragten von Bund, Ländern und Kommunen sowie der Beauftragte der Bundesregierung

für Aussiedlerfragen beteiligt. Darüber hinaus sollen Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, die Träger der freien Wohlfahrtspflege sowie sonstige gesellschaftliche Interessenverbände beteiligt werden.

§ 44

Berechtigung zur Teilnahme an einem Integrationskurs

(1) Einen Anspruch auf die einmalige Teilnahme an einem Integrationskurs hat ein Ausländer, der erstmals eine Aufenthaltserlaubnis

1. zu Erwerbszwecken (§§ 18, 21),
2. zum Zweck des Familiennachzugs (§§ 28, 29, 30, 32, 36),
3. aus humanitären Gründen nach § 25 Abs. 1 oder 2 oder
4. ohne Bindung an einen Aufenthaltswort (§ 7 Abs. 1 Satz 2)

erhält, wenn er sich dauerhaft im Bundesgebiet aufhält. Von einem dauerhaften Aufenthalt ist in der Regel auszugehen, wenn der Ausländer eine Aufenthaltserlaubnis von mehr als einem Jahr oder seit über 18 Monaten eine Aufenthaltserlaubnis besitzt, es sei denn, der Aufenthalt ist vorübergehender Natur. Einen Anspruch auf Teilnahme an einem Integrationskurs hat auch, wer eine Niederlassungserlaubnis nach § 23 Abs. 2 erhält. Ausgenommen sind Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, die eine schulische Ausbildung aufnehmen oder ihre bisherige Schullaufbahn in der Bundesrepublik Deutschland fortsetzen.

(2) Der Teilnahmeanspruch nach Absatz 1 erlischt zwei Jahre nach Erteilung des den Anspruch begründenden Aufenthaltstitels oder bei dessen Wegfall.

(3) Ein Ausländer, der einen Teilnahmeanspruch nicht oder nicht mehr besitzt, kann im Rahmen verfügbarer Kursplätze zur Teilnahme zugelassen werden.

§ 45

Verpflichtung zur Teilnahme an einem Integrationskurs

(1) Ein Ausländer, der nach § 44 einen Anspruch auf Teilnahme an einem Integrationskurs hat, ist zur Teilnahme verpflichtet, wenn er sich nicht auf einfache Art in deutscher Sprache mündlich verständigen kann.

(2) Die Ausländerbehörde stellt bei der Ausstellung des den Teilnahmeanspruch begründenden Aufenthaltstitels fest, ob der Ausländer zur Teilnahme verpflichtet ist.

(3) Ein Ausländer ist von der Teilnahmepflicht nach Absatz 1 ganz oder teilweise zu befreien, wenn

1. er sich im Bundesgebiet in einer beruflichen oder sonstigen Ausbildung befindet,
2. er die Teilnahme an vergleichbaren Bildungsangeboten im Bundesgebiet nachweist oder
3. seine Teilnahme auf Dauer unmöglich oder unzumutbar ist.

(4) Kommt ein Ausländer seiner Teilnahmepflicht nach Absatz 1 aus von ihm zu vertretenden Gründen nicht nach, so führt die zuständige Ausländerbehörde vor der Verlängerung seiner Aufenthaltserlaubnis ein Beratungsgespräch durch, in dem der Ausländer auf die Auswirkungen seiner

Pflichtverletzung und der Nichtteilnahme am Integrationskurs (§ 8 Abs. 3, § 9 Abs. 2 Nr. 7 und 8, § 10 Abs. 3 des Staatsangehörigkeitsgesetzes) hingewiesen wird.

Kapitel 4 Ordnungsrechtliche Vorschriften

§ 46

Ordnungsverfügungen

(1) Die Ausländerbehörde kann gegenüber einem vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländer Maßnahmen zur Förderung der Ausreise treffen, insbesondere kann sie den Ausländer verpflichten, den Wohnsitz an einem von ihr bestimmten Ort zu nehmen.

(2) Einem Ausländer kann die Ausreise in entsprechen- der Anwendung des § 10 Abs. 1 und 2 des Passgesetzes untersagt werden. Im Übrigen kann einem Ausländer die Ausreise aus dem Bundesgebiet nur untersagt werden, wenn er in einen anderen Staat einreisen will, ohne im Besitz der dafür erforderlichen Dokumente und Erlaubnisse zu sein. Das Ausreiseverbot ist aufzuheben, sobald der Grund seines Erlasses entfällt.

§ 47

Verbot und Beschränkung der politischen Betätigung

(1) Ausländer dürfen sich im Rahmen der allgemeinen Rechtsvorschriften politisch betätigen. Die politische Betätigung eines Ausländers kann beschränkt oder untersagt werden, soweit sie

1. die politische Willensbildung in der Bundesrepublik Deutschland oder das friedliche Zusammenleben von Deutschen und Ausländern oder von verschiedenen Ausländergruppen im Bundesgebiet, die öffentliche Sicherheit und Ordnung oder sonstige erhebliche Interessen der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigt oder gefährdet,
2. den außenpolitischen Interessen oder den völkerrechtlichen Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland zuwiderlaufen kann,
3. gegen die Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere unter Anwendung von Gewalt, verstößt oder
4. bestimmt ist, Parteien, andere Vereinigungen, Einrichtungen oder Bestrebungen außerhalb des Bundesgebiets zu fördern, deren Ziele oder Mittel mit den Grundwerten einer die Würde des Menschen achtenden staatlichen Ordnung unvereinbar sind.

(2) Die politische Betätigung eines Ausländers wird untersagt, soweit sie

1. die freiheitliche demokratische Grundordnung oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährdet oder den kodifizierten Normen des Völkerrechts widerspricht,
2. Gewaltanwendung als Mittel zur Durchsetzung politischer, religiöser oder sonstiger Belange öffentlich unterstützt, befürwortet oder hervorzurufen bezweckt oder geeignet ist oder

3. Vereinigungen, politische Bewegungen oder Gruppen innerhalb oder außerhalb des Bundesgebiets unterstützt, die im Bundesgebiet Anschläge gegen Personen oder Sachen oder außerhalb des Bundesgebiets Anschläge gegen Deutsche oder deutsche Einrichtungen veranlasst, befürwortet oder angedroht haben.

§ 48

Ausweisrechtliche Pflichten

(1) Ein Ausländer ist verpflichtet, seinen Pass, seinen Passersatz oder seinen Ausweisersatz und seinen Aufenthaltstitel oder eine Bescheinigung über die Aussetzung der Abschiebung auf Verlangen den mit der Ausführung dieses Gesetzes betrauten Behörden vorzulegen, auszuhändigen und vorübergehend zu überlassen, soweit dies zur Durchführung oder Sicherung von Maßnahmen nach diesem Gesetz erforderlich ist.

(2) Ein Ausländer, der einen Pass weder besitzt noch in zumutbarer Weise erlangen kann, genügt der Ausweispflicht mit der Bescheinigung über einen Aufenthaltstitel oder die Aussetzung der Abschiebung, wenn sie mit den Angaben zur Person und einem Lichtbild versehen und als Ausweisersatz bezeichnet ist.

(3) Besitzt der Ausländer keinen gültigen Pass oder Passersatz, ist er verpflichtet, an der Beschaffung des Identitätspapiers mitzuwirken sowie alle Urkunden und sonstigen Unterlagen, die für die Feststellung seiner Identität und Staatsangehörigkeit und für die Feststellung und Geltendmachung einer Rückführungsmöglichkeit in einen anderen Staat von Bedeutung sein können und in deren Besitz er ist, den mit der Ausführung dieses Gesetzes betrauten Behörden auf Verlangen vorzulegen, auszuhändigen und zu überlassen. Kommt der Ausländer seiner Verpflichtung nach Satz 1 nicht nach und bestehen tatsächliche Anhaltspunkte, dass er im Besitz solcher Unterlagen ist, können er und die von ihm mitgeführten Sachen durchsucht werden. Der Ausländer hat die Maßnahme zu dulden.

§ 49

Feststellung und Sicherung der Identität

(1) Jeder Ausländer ist verpflichtet, gegenüber den mit dem Vollzug des Ausländerrechts betrauten Behörden auf Verlangen Angaben zu seiner Identität und Staatsangehörigkeit zu machen.

(2) Bestehen Zweifel über die Person oder die Staatsangehörigkeit des Ausländers, so sind die zur Feststellung seiner Identität oder Staatsangehörigkeit erforderlichen Maßnahmen zu treffen, wenn

1. dem Ausländer die Einreise erlaubt oder ein Aufenthaltstitel erteilt werden soll oder
2. es zur Durchführung anderer Maßnahmen nach diesem Gesetz erforderlich ist.

(3) Zur Feststellung und Sicherung der Identität können die erforderlichen Maßnahmen durchgeführt werden,

1. wenn der Ausländer mit einem gefälschten oder verfälschten Pass oder Passersatz einreisen will oder eingereist ist;

2. wenn sonstige Anhaltspunkte den Verdacht begründen, dass der Ausländer nach einer Zurückweisung oder Beendigung des Aufenthalts erneut unerlaubt ins Bundesgebiet einreisen will;
3. bei Ausländern, die vollziehbar ausreisepflichtig sind, sofern die Zurückschiebung oder Abschiebung in Betracht kommt;
4. wenn der Ausländer in einen in § 26a Abs. 2 des Asylverfahrensgesetzes genannten Drittstaat zurückgewiesen oder zurückgeschoben wird;
5. bei der Beantragung eines Visums für einen Aufenthalt von mehr als drei Monaten durch Staatsangehörige von Staaten, bei denen Rückführungsschwierigkeiten bestehen sowie in den nach § 73 Abs. 4 festgelegten Fällen;
6. bei der Gewährung von vorübergehendem Schutz nach § 24 sowie in den Fällen der §§ 23, 29 Abs. 3;
7. wenn ein Versagungsgrund nach § 5 Abs. 4 festgestellt worden ist.

(4) Maßnahmen im Sinne der Absätze 2 und 3 sind die Aufnahme von Lichtbildern und Fingerabdrücken sowie die Vornahme von Messungen und ähnlichen Maßnahmen. Diese sind zulässig bei Ausländern, die das 14. Lebensjahr vollendet haben. Zur Feststellung der Identität sind diese Maßnahmen nur zulässig, wenn die Identität in anderer Weise, insbesondere durch Anfragen bei anderen Behörden nicht oder nicht rechtzeitig oder nur unter erheblichen Schwierigkeiten festgestellt werden kann.

(5) Zur Bestimmung des Herkunftsstaates oder der Herkunftsregion des Ausländers kann das gesprochene Wort des Ausländers auf Ton- oder Datenträger aufgezeichnet werden. Diese Erhebung darf nur erfolgen, wenn der Ausländer vorher darüber in Kenntnis gesetzt wurde.

(6) Die Identität eines Ausländers, der das 14. Lebensjahr vollendet hat und in Verbindung mit der unerlaubten Einreise aus einem Drittstaat kommend aufgegriffen und nicht zurückgewiesen wird, ist durch Abnahme der Abdrücke aller zehn Finger zu sichern.

(7) Die Identität eines Ausländers, der das 14. Lebensjahr vollendet hat und sich ohne erforderlichen Aufenthaltstitel im Bundesgebiet aufhält, ist durch Abnahme der Abdrücke aller zehn Finger zu sichern, wenn Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass er einen Asylantrag in einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften gestellt hat.

(8) Der Ausländer hat die Maßnahmen nach den Absätzen 2 bis 7 zu dulden.

Kapitel 5

Beendigung des Aufenthalts

Abschnitt 1

Begründung der Ausreisepflicht

§ 50

Ausreisepflicht

(1) Ein Ausländer ist zur Ausreise verpflichtet, wenn er einen erforderlichen Aufenthaltstitel nicht oder nicht mehr besitzt und ein Aufenthaltsrecht nach dem Assoziationsabkommen EWG/Türkei nicht oder nicht mehr besteht.

(2) Der Ausländer hat das Bundesgebiet unverzüglich oder, wenn ihm eine Ausreisefrist gesetzt ist, bis zum Ablauf der Frist zu verlassen. Die Ausreisefrist endet spätestens sechs Monate nach dem Eintritt der Unanfechtbarkeit der Ausreisepflicht. Sie kann in besonderen Härtefällen verlängert werden.

(3) Die Ausreisefrist wird unterbrochen, wenn die Vollziehbarkeit der Ausreisepflicht oder der Abschiebungsandrohung entfällt.

(4) Durch die Einreise in einen anderen Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften genügt der Ausländer seiner Ausreisepflicht nur, wenn ihm Einreise und Aufenthalt dort erlaubt sind.

(5) Ein ausreisepflichtiger Ausländer, der seine Wohnung wechseln oder den Bezirk der Ausländerbehörde für mehr als drei Tage verlassen will, hat dies der Ausländerbehörde vorher anzuzeigen.

(6) Der Pass oder Passersatz eines ausreisepflichtigen Ausländers soll bis zu dessen Ausreise in Verwahrung genommen werden.

(7) Ein Ausländer kann zum Zweck der Aufenthaltsbeendigung in den Fahndungshilfsmitteln der Polizei zur Aufenthaltsermittlung und Festnahme ausgeschrieben werden, wenn sein Aufenthalt unbekannt ist. Ein ausgewiesener oder abgeschobener Ausländer kann zum Zweck der Einreiseverweigerung zur Zurückweisung und, für den Fall des Antretens im Bundesgebiet, zur Festnahme ausgeschrieben werden.

§ 51

Beendigung der Rechtmäßigkeit des Aufenthalts; Fortgeltung von Beschränkungen

(1) Der Aufenthaltstitel erlischt in folgenden Fällen:

1. Ablauf seiner Geltungsdauer,
2. Eintritt einer auflösenden Bedingung,
3. Rücknahme des Aufenthaltstitels,
4. Widerruf des Aufenthaltstitels,
5. Ausweisung des Ausländers,
6. wenn der Ausländer aus einem seiner Natur nach nicht vorübergehenden Grunde ausreist,
7. wenn der Ausländer ausgereist und nicht innerhalb von sechs Monaten oder einer von der Ausländerbehörde bestimmten längeren Frist wieder eingereist ist,
8. wenn ein Ausländer nach Erteilung eines Aufenthaltstitels gemäß den §§ 22, 23 oder 25 Abs. 3 bis 6 einen Asylantrag stellt;

ein für mehrere Einreisen oder mit einer Geltungsdauer von mehr als drei Monaten erteiltes Visum erlischt nicht nach den Nummern 6 und 7.

(2) Die Niederlassungserlaubnis eines Ausländers, der sich als Arbeitnehmer oder als Selbständiger mindestens 15 Jahre rechtmäßig im Bundesgebiet aufgehalten hat sowie die Niederlassungserlaubnis seines Ehegatten erlöschen nicht nach Absatz 1 Nr. 6 und 7, wenn deren Lebensunterhalt gesichert ist. Zum Nachweis des Fortbestandes der Niederlassungserlaubnis stellt die Ausländerbehörde am Ort

des letzten gewöhnlichen Aufenthalts auf Antrag eine Bescheinigung aus.

(3) Der Aufenthaltstitel erlischt nicht nach Absatz 1 Nr. 7, wenn die Frist lediglich wegen Erfüllung der gesetzlichen Wehrpflicht im Heimatstaat überschritten wird und der Ausländer innerhalb von drei Monaten nach der Entlassung aus dem Wehrdienst wieder einreist.

(4) Nach Absatz 1 Nr. 7 wird in der Regel eine längere Frist bestimmt, wenn der Ausländer aus einem seiner Natur nach vorübergehenden Grunde ausreisen will und eine Niederlassungserlaubnis besitzt oder wenn der Aufenthalt außerhalb des Bundesgebiets Interessen der Bundesrepublik Deutschland dient.

(5) Die Befreiung vom Erfordernis des Aufenthaltstitels entfällt, wenn der Ausländer ausgewiesen oder abgeschoben wird; § 11 Abs. 1 findet entsprechende Anwendung.

(6) Räumliche und sonstige Beschränkungen und Auflagen nach diesem und nach anderen Gesetzen bleiben auch nach Wegfall des Aufenthaltstitels in Kraft, bis sie aufgehoben werden oder der Ausländer seiner Ausreisepflicht nach § 50 Abs. 1 bis 4 nachgekommen ist.

(7) Im Falle der Ausreise eines Asylberechtigten oder eines Ausländers, bei dem das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge unanfechtbar das Vorliegen der Voraussetzungen nach § 60 Abs. 1 festgestellt hat, erlischt der Aufenthaltstitel nicht, solange er im Besitz eines gültigen, von einer deutschen Behörde ausgestellten Reiseausweises für Flüchtlinge ist. Der Ausländer hat auf Grund seiner Anerkennung als Asylberechtigter oder der unanfechtbaren Feststellung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, dass die Voraussetzungen nach § 60 Abs. 1 vorliegen, keinen Anspruch auf erneute Erteilung eines Aufenthaltstitels, wenn er das Bundesgebiet verlassen hat und die Zuständigkeit für die Ausstellung eines Reiseausweises für Flüchtlinge auf einen anderen Staat übergegangen ist.

§ 52

Widerruf

(1) Der Aufenthaltstitel des Ausländers kann außer in den Fällen des Absatzes 2 nur widerrufen werden, wenn

1. er keinen gültigen Pass oder Passersatz mehr besitzt,
2. er seine Staatsangehörigkeit wechselt oder verliert,
3. er noch nicht eingereist ist oder
4. seine Anerkennung als Asylberechtigter oder seine Rechtsstellung als Flüchtling erlischt oder unwirksam wird.

In den Fällen des Satzes 1 Nr. 4 kann auch der Aufenthaltstitel der mit dem Ausländer in häuslicher Gemeinschaft lebenden Familienangehörigen widerrufen werden, wenn diesen kein eigenständiger Anspruch auf den Aufenthaltstitel zusteht.

(2) Ein Visum und eine Aufenthaltserlaubnis, die zum Zweck der Beschäftigung erteilt wurden, sind zu widerrufen, wenn die Bundesanstalt für Arbeit nach § 41 die Zustimmung zur Ausübung der Beschäftigung widerrufen hat. Ein Visum und eine Aufenthaltserlaubnis, die nicht zum Zweck der Beschäftigung erteilt wurden, sind im Falle des

Satzes 1 in dem Umfang zu widerrufen, in dem sie die Beschäftigung gestatten.

§ 53

Zwingende Ausweisung

Ein Ausländer wird ausgewiesen, wenn er

1. wegen einer oder mehrerer vorsätzlicher Straftaten rechtskräftig zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe von mindestens drei Jahren verurteilt worden ist oder wegen vorsätzlicher Straftaten innerhalb von fünf Jahren zu mehreren Freiheits- oder Jugendstrafen von zusammen mindestens drei Jahren rechtskräftig verurteilt oder bei der letzten rechtskräftigen Verurteilung Sicherungsverwahrung angeordnet worden ist oder
2. wegen einer vorsätzlichen Straftat nach dem Betäubungsmittelgesetz, wegen Landfriedensbruches unter den in § 125a Satz 2 des Strafgesetzbuches genannten Voraussetzungen oder wegen eines im Rahmen einer verbotenen öffentlichen Versammlung oder eines verbotenen Aufzugs begangenen Landfriedensbruches gemäß § 125 des Strafgesetzbuches rechtskräftig zu einer Jugendstrafe von mindestens zwei Jahren oder zu einer Freiheitsstrafe verurteilt und die Vollstreckung der Strafe nicht zur Bewährung ausgesetzt worden ist.

§ 54

Ausweisung im Regelfall

Ein Ausländer wird in der Regel ausgewiesen, wenn er

1. wegen einer oder mehrerer vorsätzlicher Straftaten rechtskräftig zu einer Jugendstrafe von mindestens zwei Jahren oder zu einer Freiheitsstrafe verurteilt und die Vollstreckung der Strafe nicht zur Bewährung ausgesetzt worden ist,
2. wegen Einschleusens von Ausländern gemäß § 96 oder § 97 rechtskräftig verurteilt ist,
3. den Vorschriften des Betäubungsmittelgesetzes zuwider ohne Erlaubnis Betäubungsmittel anbaut, herstellt, einführt, durchführt oder ausführt, veräußert, an einen anderen abgibt oder in sonstiger Weise in Verkehr bringt oder mit ihnen handelt oder wenn er zu einer solchen Handlung anstiftet oder Beihilfe leistet,
4. sich im Rahmen einer verbotenen oder aufgelösten öffentlichen Versammlung oder eines verbotenen oder aufgelösten Aufzugs an Gewalttätigkeiten gegen Menschen oder Sachen, die aus einer Menschenmenge in einer die öffentliche Sicherheit gefährdenden Weise mit vereinten Kräften begangen werden, als Täter oder Teilnehmer beteiligt,
5. wegen des Vorliegens der Voraussetzungen eines Versagungsgrundes gemäß § 5 Abs. 4 keinen Aufenthaltstitel erhalten dürfte oder
6. in einer Befragung, die der Klärung von Bedenken gegen die Einreise oder den weiteren Aufenthalt dient, der deutschen Auslandsvertretung oder der Ausländerbehörde gegenüber frühere Aufenthalte in Deutschland oder anderen Staaten verheimlicht oder in wesentlichen Punkten falsche oder unvollständige Angaben über Verbindungen zu Personen oder Organisationen macht, die

der Unterstützung des internationalen Terrorismus verdächtig sind. Die Ausweisung auf dieser Grundlage ist nur zulässig, wenn der Ausländer vor der Befragung ausdrücklich auf den sicherheitsrechtlichen Zweck der Befragung und die Rechtsfolgen falscher oder unrichtiger Angaben hingewiesen wurde.

§ 55

Ermessensausweisung

(1) Ein Ausländer kann ausgewiesen werden, wenn sein Aufenthalt die öffentliche Sicherheit und Ordnung oder sonstige erhebliche Interessen der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigt.

(2) Ein Ausländer kann nach Absatz 1 insbesondere ausgewiesen werden, wenn er

1. in Verfahren nach diesem Gesetz oder zur Erlangung eines einheitlichen Sichtvermerkes nach Maßgabe des Schengener Durchführungsübereinkommens falsche Angaben zum Zwecke der Erlangung eines Aufenthaltstitels gemacht oder trotz bestehender Rechtspflicht nicht an Maßnahmen der für die Durchführung dieses Gesetzes zuständigen Behörden im In- und Ausland mitgewirkt hat, wobei die Ausweisung auf dieser Grundlage nur zulässig ist, wenn der Ausländer vor der Befragung ausdrücklich auf die Rechtsfolgen falscher oder unrichtiger Angaben hingewiesen wurde,
2. einen nicht nur vereinzelt oder geringfügigen Verstoß gegen Rechtsvorschriften oder gerichtliche oder behördliche Entscheidungen oder Verfügungen begangen oder außerhalb des Bundesgebiets eine Straftat begangen hat, die im Bundesgebiet als vorsätzliche Straftat anzusehen ist,
3. gegen eine für die Ausübung der Gewerbsunzucht geltende Rechtsvorschrift oder behördliche Verfügung verstößt,
4. Heroin, Cocain oder ein vergleichbar gefährliches Betäubungsmittel verbraucht und nicht zu einer erforderlichen seiner Rehabilitation dienenden Behandlung bereit ist oder sich ihr entzieht,
5. durch sein Verhalten die öffentliche Gesundheit gefährdet oder längerfristig obdachlos ist,
6. für sich, seine Familienangehörigen oder für sonstige Haushaltsangehörige Sozialhilfe in Anspruch nimmt oder
7. Hilfe zur Erziehung außerhalb der eigenen Familie oder Hilfe für junge Volljährige nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch erhält; das gilt nicht für einen Minderjährigen, dessen Eltern oder dessen allein personensorgeberechtigter Elternteil sich rechtmäßig im Bundesgebiet aufhalten.

(3) Bei der Entscheidung über die Ausweisung sind zu berücksichtigen

1. die Dauer des rechtmäßigen Aufenthalts und die schutzwürdigen persönlichen, wirtschaftlichen und sonstigen Bindungen des Ausländers im Bundesgebiet,
2. die Folgen der Ausweisung für die Familienangehörigen oder Lebenspartner des Ausländers, die sich rechtmäßig

im Bundesgebiet aufhalten und mit ihm in familiärer oder lebenspartnerschaftlicher Lebensgemeinschaft leben,

3. die in § 60 Abs. 11 Satz 3 genannten Voraussetzungen für die Aussetzung der Abschiebung.

§ 56

Besonderer Ausweisungsschutz

(1) Ein Ausländer, der

1. eine Niederlassungserlaubnis besitzt und sich seit mindestens fünf Jahren rechtmäßig im Bundesgebiet aufgehalten hat,
2. eine Aufenthaltserlaubnis besitzt und im Bundesgebiet geboren oder als Minderjähriger in das Bundesgebiet eingereist ist und sich mindestens fünf Jahre rechtmäßig im Bundesgebiet aufgehalten hat,
3. eine Aufenthaltserlaubnis besitzt, sich mindestens fünf Jahre rechtmäßig im Bundesgebiet aufgehalten hat und mit einem der in den Nummern 1 und 2 bezeichneten Ausländer in ehelicher oder lebenspartnerschaftlicher Lebensgemeinschaft lebt,
4. mit einem deutschen Familienangehörigen oder Lebenspartner in familiärer oder lebenspartnerschaftlicher Lebensgemeinschaft lebt,
5. als Asylberechtigter anerkannt ist, im Bundesgebiet die Rechtsstellung eines ausländischen Flüchtlings genießt oder einen von einer Behörde der Bundesrepublik Deutschland ausgestellten Reiseausweis nach dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951 (BGBl. 1953 II S. 559) besitzt,

genießt besonderen Ausweisungsschutz. Er wird nur aus schwerwiegenden Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ausgewiesen. Liegen die Voraussetzungen des § 53 vor, so wird der Ausländer in der Regel ausgewiesen. Liegen die Voraussetzungen des § 54 vor, so wird über seine Ausweisung nach Ermessen entschieden.

(2) Über die Ausweisung eines Heranwachsenden, der im Bundesgebiet aufgewachsen ist und eine Niederlassungserlaubnis besitzt, sowie über die Ausweisung eines Minderjährigen, der eine Aufenthaltserlaubnis oder Niederlassungserlaubnis besitzt, wird in den Fällen der §§ 53, 54 nach Ermessen entschieden. Soweit die Eltern oder der allein personensorgeberechtigte Elternteil des Minderjährigen sich rechtmäßig im Bundesgebiet aufhalten, wird der Minderjährige nur in den Fällen des § 53 ausgewiesen; über die Ausweisung wird nach Ermessen entschieden.

(3) Ein Ausländer, der eine Aufenthaltserlaubnis nach § 24 oder § 29 Abs. 3 besitzt, kann nur unter den Voraussetzungen des § 24 Abs. 2 ausgewiesen werden.

(4) Ein Ausländer, der einen Asylantrag gestellt hat, kann nur unter der Bedingung ausgewiesen werden, dass das Asylverfahren unanfechtbar ohne Anerkennung als Asylberechtigter oder ohne die Feststellung eines Abschiebungshindernisses nach § 60 Abs. 1 abgeschlossen wird. Von der Bedingung wird abgesehen, wenn

1. ein Sachverhalt vorliegt, der nach Absatz 1 eine Ausweisung rechtfertigt, oder

2. eine nach den Vorschriften des Asylverfahrensgesetzes erlassene Abschiebungsandrohung vollziehbar geworden ist.

Abschnitt 2

Durchsetzung der Ausreisepflicht

§ 57

Zurückschiebung

(1) Ein Ausländer, der unerlaubt eingereist ist, soll innerhalb von sechs Monaten nach dem Grenzübertritt zurückgeschoben werden. Abweichend hiervon ist die Zurückschiebung zulässig, solange ein anderer Staat auf Grund einer zwischenstaatlichen Übereinkommenvereinbarung zur Übernahme des Ausländers verpflichtet ist.

(2) Ein ausreisepflichtiger Ausländer, der von einem anderen Staat rückgeführt oder zurückgewiesen wird, soll unverzüglich in einen Staat zurückgeschoben werden, in den er einreisen darf, es sei denn, die Ausreisepflicht ist noch nicht vollziehbar.

(3) § 60 Abs. 1 bis 5, 8, 9 und § 62 finden entsprechende Anwendung.

§ 58

Abschiebung

(1) Der Ausländer ist abzuschieben, wenn die Ausreisepflicht vollziehbar ist und die freiwillige Erfüllung der Ausreisepflicht nicht gesichert ist oder aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung eine Überwachung der Ausreise erforderlich erscheint.

(2) Die Ausreisepflicht ist vollziehbar, wenn der Ausländer

1. unerlaubt eingereist ist,
2. noch nicht die erstmalige Erteilung des erforderlichen Aufenthaltstitels oder nach Ablauf der Geltungsdauer noch nicht die Verlängerung beantragt hat und der Aufenthalt nicht nach § 81 Abs. 2 oder 3 als erlaubt oder der Aufenthaltstitel nach § 81 Abs. 4 nicht als fortbestehend gilt,
3. auf Grund einer Rückführungsentscheidung gemäß Artikel 3 der Richtlinie 01/40/EG des Rates vom 28. Mai 2001 über die gegenseitige Anerkennung von Entscheidungen über die Rückführung von Drittstaatsangehörigen eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union (ABl. EG Nr. L 149 S. 34 bis 36) ausreisepflichtig wird, sofern diese von der zuständigen Behörde anerkannt wird,

und eine Ausreisefrist nicht gewährt wurde oder diese abgelaufen ist. Im Übrigen ist die Ausreisepflicht erst vollziehbar, wenn die Versagung des Aufenthaltstitels oder der sonstige Verwaltungsakt, durch den der Ausländer nach § 50 Abs. 1 ausreisepflichtig wird, vollziehbar ist.

(3) Die Überwachung der Ausreise ist insbesondere erforderlich, wenn der Ausländer

1. sich auf richterliche Anordnung in Haft oder in sonstigem öffentlichen Gewahrsam befindet,

2. innerhalb der ihm gesetzten Ausreisefrist nicht ausgereist ist,
3. nach § 53 oder § 54 ausgewiesen worden ist,
4. mittellos ist,
5. keinen Pass oder Passersatz besitzt,
6. gegenüber der Ausländerbehörde zum Zwecke der Täuschung unrichtige Angaben gemacht oder die Angaben verweigert hat oder
7. zu erkennen gegeben hat, dass er seiner Ausreisepflicht nicht nachkommen wird.

§ 59

Androhung der Abschiebung

(1) Die Abschiebung soll schriftlich unter Bestimmung einer Ausreisefrist angedroht werden.

(2) In der Androhung soll der Staat bezeichnet werden, in den der Ausländer abgeschoben werden soll, und der Ausländer darauf hingewiesen werden, dass er auch in einen anderen Staat abgeschoben werden kann, in den er einreisen darf oder der zu seiner Übernahme verpflichtet ist.

(3) Dem Erlass der Androhung steht das Vorliegen von Abschiebungsverboten nicht entgegen. In der Androhung ist der Staat zu bezeichnen, in den der Ausländer nicht abgeschoben werden darf. Stellt das Verwaltungsgericht das Vorliegen eines Abschiebungsverbots fest, so bleibt die Rechtmäßigkeit der Androhung im Übrigen unberührt.

(4) Nach dem Eintritt der Unanfechtbarkeit der Abschiebungsandrohung bleiben für weitere Entscheidungen der Ausländerbehörde über die Abschiebung oder die Aussetzung der Abschiebung Umstände unberücksichtigt, die einer Abschiebung in den in der Abschiebungsandrohung bezeichneten Staat entgegenstehen und die vor dem Eintritt der Unanfechtbarkeit der Abschiebungsandrohung eingetreten sind; sonstige von dem Ausländer geltend gemachte Umstände, die der Abschiebung oder der Abschiebung in diesen Staat entgegenstehen, können unberücksichtigt bleiben. Die Vorschriften, nach denen der Ausländer die im Satz 1 bezeichneten Umstände gerichtlich im Wege der Klage oder im Verfahren des vorläufigen Rechtsschutzes nach der Verwaltungsgerichtsordnung geltend machen kann, bleiben unberührt.

§ 60

Verbot der Abschiebung

(1) In Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951 (BGBl. 1953 II S. 559) darf ein Ausländer nicht in einen Staat abgeschoben werden, in dem sein Leben oder seine Freiheit wegen seiner Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, seines Geschlechts, seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung bedroht ist. Dies gilt auch für Ausländer, die im Bundesgebiet die Rechtsstellung ausländischer Flüchtlinge genießen oder die außerhalb des Bundesgebiets als ausländische Flüchtlinge im Sinne des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge anerkannt sind. Die Voraussetzungen des Satzes 1 liegen bei nichtstaatlicher Verfolgung nur vor, wenn es sich um Verfolgung im Sinne des Abkommens über die Rechtsstellung der

Flüchtlinge vom 28. Juli 1951 handelt. Es ist hierbei zu prüfen, ob der Antragsteller in seinem Herkunftsland Schutz vor drohender Verfolgung erhalten kann. Dabei ist es unerheblich, ob die Verfolgung dem Herkunftsstaat zuzurechnen ist. Wenn der Ausländer sich auf ein Abschiebungshindernis nach diesem Absatz beruft, stellt außer in den Fällen des Satzes 2 das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in einem Asylverfahren nach den Vorschriften des Asylverfahrensgesetzes fest, ob dessen Voraussetzungen vorliegen. Die Entscheidung des Bundesamtes kann nur nach den Vorschriften des Asylverfahrensgesetzes angefochten werden.

(2) Ein Ausländer darf nicht in einen Staat abgeschoben werden, in dem für diesen Ausländer die konkrete Gefahr besteht, der Folter unterworfen zu werden.

(3) Ein Ausländer darf nicht in einen Staat abgeschoben werden, wenn dieser Staat den Ausländer wegen einer Straftat sucht und die Gefahr der Todesstrafe besteht. In diesen Fällen finden die Vorschriften über die Auslieferung entsprechende Anwendung.

(4) Liegt ein förmliches Auslieferungsersuchen oder ein mit der Ankündigung eines Auslieferungsersuchens verbundenes Festnahmeersuchen eines anderen Staates vor, kann der Ausländer bis zur Entscheidung über die Auslieferung nicht in diesen Staat abgeschoben werden.

(5) Ein Ausländer darf nicht abgeschoben werden, soweit sich aus der Anwendung der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950 (BGBl. 1952 II S. 685) ergibt, dass die Abschiebung unzulässig ist.

(6) Die allgemeine Gefahr, dass einem Ausländer in einem anderen Staat Strafverfolgung und Bestrafung drohen können und, soweit sich aus den Absätzen 2 bis 5 nicht etwas anderes ergibt, die konkrete Gefahr einer nach der Rechtsordnung eines anderen Staates gesetzmäßigen Bestrafung stehen der Abschiebung nicht entgegen.

(7) Von der Abschiebung eines Ausländers in einen anderen Staat soll abgesehen werden, wenn dort für diesen Ausländer eine erhebliche konkrete Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit besteht. Gefahren in diesem Staat, denen die Bevölkerung oder die Bevölkerungsgruppe, der der Ausländer angehört, allgemein ausgesetzt ist, werden bei Entscheidungen nach Absatz 11 Satz 1 berücksichtigt.

(8) Absatz 1 findet keine Anwendung, wenn der Ausländer aus schwerwiegenden Gründen als eine Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland anzusehen ist oder eine Gefahr für die Allgemeinheit bedeutet, weil er wegen eines Verbrechens oder besonders schweren Vergehens rechtskräftig zu einer Freiheitsstrafe von mindestens drei Jahren verurteilt worden ist. Das Gleiche gilt, wenn aus schwerwiegenden Gründen die Annahme gerechtfertigt ist, dass der Ausländer ein Verbrechen gegen den Frieden, ein Kriegsverbrechen oder ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Sinne der internationalen Vertragswerke, die ausgearbeitet worden sind, um Bestimmungen bezüglich dieser Verbrechen zu treffen, begangen hat oder dass er vor seiner Aufnahme als Flüchtling ein schweres nichtpolitisches Verbrechen außerhalb des Gebiets der Bundesrepublik Deutschland begangen hat oder sich hat Handlungen zu-

schulden kommen lassen, die den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen zuwiderlaufen.

(9) In den Fällen des Absatzes 8 kann einem Ausländer, der einen Asylantrag gestellt hat, abweichend von den Vorschriften des Asylverfahrensgesetzes die Abschiebung angedroht und diese durchgeführt werden.

(10) Soll ein Ausländer abgeschoben werden, bei dem die Voraussetzungen des Absatzes 1 vorliegen, kann nicht davon abgesehen werden, die Abschiebung anzudrohen und eine angemessene Ausreisefrist zu setzen. In der Androhung sind die Staaten zu bezeichnen, in die der Ausländer nicht abgeschoben werden darf.

(11) Die oberste Landesbehörde kann aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen oder zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland anordnen, dass die Abschiebung von Ausländern aus bestimmten Staaten oder von in sonstiger Weise bestimmten Ausländergruppen allgemein oder in bestimmte Staaten für längstens sechs Monate ausgesetzt wird. Für einen Zeitraum von länger als sechs Monaten gilt § 23 Abs. 1. Im Übrigen ist die Abschiebung nur auszusetzen, solange sie aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen unmöglich ist und dem Ausländer kein Aufenthaltstitel erteilt wird. Dem Ausländer ist hierüber eine Bescheinigung auszustellen.

§ 61

Räumliche Beschränkung; Ausreiseeinrichtungen

(1) Der Aufenthalt eines vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländers ist räumlich auf das Gebiet des Landes beschränkt. Weitere Bedingungen und Auflagen können angeordnet werden.

(2) Die Länder können Ausreiseeinrichtungen für vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer schaffen. In den Ausreiseeinrichtungen soll durch Betreuung und Beratung die Bereitschaft zur freiwilligen Ausreise gefördert und die Erreichbarkeit für Behörden und Gerichte sowie die Durchführung der Ausreise gesichert werden.

§ 62

Abschiebungshaft

(1) Ein Ausländer ist zur Vorbereitung der Ausweisung auf richterliche Anordnung in Haft zu nehmen, wenn über die Ausweisung nicht sofort entschieden werden kann und die Abschiebung ohne die Inhaftnahme wesentlich erschwert oder vereitelt würde (Vorbereitungshaft). Die Dauer der Vorbereitungshaft soll sechs Wochen nicht überschreiten. Im Falle der Ausweisung bedarf es für die Fortdauer der Haft bis zum Ablauf der angeordneten Haftdauer keiner erneuten richterlichen Anordnung.

(2) Ein Ausländer ist zur Sicherung der Abschiebung auf richterliche Anordnung in Haft zu nehmen (Sicherungshaft), wenn

1. der Ausländer auf Grund einer unerlaubten Einreise vollziehbar ausreisepflichtig ist,
2. die Ausreisefrist abgelaufen ist und der Ausländer seinen Aufenthaltsort gewechselt hat, ohne der Ausländerbehörde eine Anschrift anzugeben, unter der er erreichbar ist,

3. er aus von ihm zu vertretenden Gründen zu einem für die Abschiebung angekündigten Termin nicht an dem von der Ausländerbehörde angegebenen Ort angetroffen wurde,
4. er sich in sonstiger Weise der Abschiebung entzogen hat oder
5. der begründete Verdacht besteht, dass er sich der Abschiebung entziehen will.

Der Ausländer kann für die Dauer von längstens zwei Wochen in Sicherungshaft genommen werden, wenn die Ausreisefrist abgelaufen ist und feststeht, dass die Abschiebung durchgeführt werden kann. Von der Anordnung der Sicherungshaft nach Satz 1 Nr. 1 kann ausnahmsweise abgesehen werden, wenn der Ausländer glaubhaft macht, dass er sich der Abschiebung nicht entziehen will. Die Sicherungshaft ist unzulässig, wenn feststeht, dass aus Gründen, die der Ausländer nicht zu vertreten hat, die Abschiebung nicht innerhalb der nächsten drei Monate durchgeführt werden kann.

(3) Die Sicherungshaft kann bis zu sechs Monaten angeordnet werden. Sie kann in Fällen, in denen der Ausländer seine Abschiebung verhindert, um höchstens zwölf Monate verlängert werden. Eine Vorbereitungshaft ist auf die Gesamtdauer der Sicherungshaft anzurechnen.

Kapitel 6 Haftung und Gebühren

§ 63

Pflichten der Beförderungsunternehmer

(1) Ein Beförderungsunternehmer darf Ausländer nur in das Bundesgebiet befördern, wenn sie im Besitz eines erforderlichen Passes und eines erforderlichen Aufenthaltstitels sind.

(2) Das Bundesministerium des Innern oder die von ihm bestimmte Stelle kann im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen einem Beförderungsunternehmer untersagen, Ausländer entgegen Absatz 1 in das Bundesgebiet zu befördern und für den Fall der Zuwiderhandlung ein Zwangsgeld androhen. Widerspruch und Klage haben keine aufschiebende Wirkung.

(3) Das Zwangsgeld gegen den Beförderungsunternehmer beträgt für jeden Ausländer, den er einer Verfügung nach Absatz 2 zuwider befördert, mindestens 1 000 und höchstens 5 000 Euro.

(4) Das Bundesministerium des Innern oder die von ihm beauftragte Stelle kann mit Beförderungsunternehmern Regelungen zur Umsetzung der in Absatz 1 genannten Pflicht vereinbaren.

§ 64

Rückbeförderungspflicht der Beförderungsunternehmer

(1) Wird ein Ausländer zurückgewiesen, so hat ihn der Beförderungsunternehmer, der ihn an die Grenze befördert hat, unverzüglich außer Landes zu bringen.

(2) Die Verpflichtung nach Absatz 1 besteht für die Dauer von drei Jahren hinsichtlich der Ausländer, die ohne

erforderlichen Pass oder erforderlichen Aufenthaltstitel in das Bundesgebiet befördert werden und die bei der Einreise nicht zurückgewiesen werden, weil sie sich auf politische Verfolgung oder die in § 60 Abs. 2, 3 oder 5 bezeichneten Umstände berufen. Sie erlischt, wenn dem Ausländer ein Aufenthaltstitel nach diesem Gesetz erteilt wird.

(3) Der Beförderungsunternehmer hat den Ausländer auf Verlangen der mit der polizeilichen Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs beauftragten Behörden in den Staat, der das Reisedokument ausgestellt hat oder aus dem er befördert wurde, oder in einen sonstigen Staat zu bringen, in dem seine Einreise gewährleistet ist.

§ 65

Pflichten der Flughafenunternehmer

Der Unternehmer eines Verkehrsflughafens ist verpflichtet, auf dem Flughafengelände geeignete Unterkünfte zur Unterbringung von Ausländern, die nicht im Besitz eines erforderlichen Passes oder eines erforderlichen Visums sind, bis zum Vollzug der grenzpolizeilichen Entscheidung über die Einreise bereitzustellen.

§ 66

Kostenschuldner; Sicherheitsleistung

(1) Kosten, die durch die Durchsetzung einer räumlichen Beschränkung, die Zurückweisung, Zurückschiebung oder Abschiebung entstehen, hat der Ausländer zu tragen.

(2) Neben dem Ausländer haftet für die in Absatz 1 bezeichneten Kosten, wer sich gegenüber der Ausländerbehörde oder der Auslandsvertretung verpflichtet hat, für die Ausreisekosten des Ausländers aufzukommen.

(3) In den Fällen des § 64 Abs. 1 und 2 haftet der Beförderungsunternehmer neben dem Ausländer für die Kosten der Rückbeförderung des Ausländers und für die Kosten, die von der Ankunft des Ausländers an der Grenzübergangsstelle bis zum Vollzug der Entscheidung über die Einreise entstehen. Ein Beförderungsunternehmer, der schuldhaft einer Verfügung nach § 63 Abs. 2 zuwiderhandelt, haftet neben dem Ausländer für sonstige Kosten, die in den Fällen des § 64 Abs. 1 durch die Zurückweisung und in den Fällen des § 64 Abs. 2 durch die Abschiebung entstehen.

(4) Für die Kosten der Abschiebung oder Zurückschiebung haftet, wer den Ausländer als Arbeitnehmer beschäftigt hat, wenn diesem die Ausübung der Erwerbstätigkeit nach den Vorschriften dieses Gesetzes nicht erlaubt war. In gleicher Weise haftet, wer eine nach § 96 strafbare Handlung begeht. Der Ausländer haftet für die Kosten nur, soweit sie von dem anderen Kostenschuldner nicht beigetragen werden können.

(5) Von dem Kostenschuldner kann eine Sicherheitsleistung verlangt werden. Die Anordnung einer Sicherheitsleistung des Ausländers oder des Kostenschuldners nach Absatz 4 Satz 1 und 2 kann von der Behörde, die sie erlassen hat, ohne vorherige Vollstreckungsanordnung und Fristsetzung vollstreckt werden, wenn andernfalls die Erhebung gefährdet wäre. Zur Sicherung der Ausreisekosten können Rückflugscheine und sonstige Fahrausweise beschlagnahmt werden, die im Besitz eines Ausländers sind, der zurückgewiesen, zurückgeschoben, ausgewiesen oder abgeschoben

werden soll oder dem Einreise und Aufenthalt nur wegen der Stellung eines Asylantrages gestattet wird.

§ 67

Umfang der Kostenhaftung

(1) Die Kosten der Abschiebung, Zurückschiebung, Zurückweisung und der Durchsetzung einer räumlichen Beschränkung umfassen

1. die Beförderungs- und sonstigen Reisekosten für den Ausländer innerhalb des Bundesgebiets und bis zum Zielort außerhalb des Bundesgebiets,
2. die bei der Vorbereitung und Durchführung der Maßnahme entstehenden Verwaltungskosten einschließlich der Kosten für die Abschiebungshaft und der Übersetzungs- und Dolmetscherkosten und die Ausgaben für die Unterbringung, Verpflegung und sonstige Versorgung des Ausländers sowie
3. sämtliche durch eine erforderliche amtliche Begleitung des Ausländers entstehenden Kosten einschließlich der Personalkosten.

(2) Die Kosten, für die der Beförderungsunternehmer nach § 66 Abs. 3 Satz 1 haftet, umfassen

1. die in Absatz 1 Nr. 1 bezeichneten Kosten,
2. die bis zum Vollzug der Entscheidung über die Einreise entstehenden Verwaltungskosten und Ausgaben für die Unterbringung, Verpflegung und sonstige Versorgung des Ausländers und Übersetzungs- und Dolmetscherkosten und
3. die in Absatz 1 Nr. 3 bezeichneten Kosten, soweit der Beförderungsunternehmer nicht selbst die erforderliche Begleitung des Ausländers übernimmt.

(3) Die in den Absätzen 1 und 2 genannten Kosten werden von der nach § 71 zuständigen Behörde durch Leistungsbescheid in Höhe der tatsächlich entstandenen Kosten erhoben. Hinsichtlich der Berechnung der Personalkosten gelten die allgemeinen Grundsätze zur Berechnung von Personalkosten der öffentlichen Hand.

§ 68

Haftung für Lebensunterhalt

(1) Wer sich der Ausländerbehörde oder einer Auslandsvertretung gegenüber verpflichtet hat, die Kosten für den Lebensunterhalt eines Ausländers zu tragen, hat sämtliche öffentlichen Mittel zu erstatten, die für den Lebensunterhalt des Ausländers einschließlich der Versorgung mit Wohnraum und der Versorgung im Krankheitsfalle und bei Pflegebedürftigkeit aufgewendet werden, auch soweit die Aufwendungen auf einem gesetzlichen Anspruch des Ausländers beruhen. Aufwendungen, die auf einer Beitragsleistung beruhen, sind nicht zu erstatten.

(2) Die Verpflichtung nach Absatz 1 Satz 1 bedarf der Schriftform. Sie ist nach Maßgabe des Verwaltungs-Vollstreckungsgesetzes vollstreckbar. Der Erstattungsanspruch steht der öffentlichen Stelle zu, die die öffentlichen Mittel aufgewendet hat.

(3) Die Auslandsvertretung unterrichtet unverzüglich die Ausländerbehörde über eine Verpflichtung nach Absatz 1 Satz 1.

(4) Die Ausländerbehörde unterrichtet, wenn sie Kenntnis von der Aufwendung nach Absatz 1 zu erstattender öffentlicher Mittel erlangt, unverzüglich die öffentliche Stelle, der der Erstattungsanspruch zusteht, über die Verpflichtung nach Absatz 1 Satz 1 und erteilt ihr alle für die Geltendmachung und Durchsetzung des Erstattungsanspruchs erforderlichen Auskünfte. Der Empfänger darf die Daten nur zum Zwecke der Erstattung der für den Ausländer aufgewendeten öffentlichen Mittel sowie der Versagung weiterer Leistungen verwenden.

§ 69

Gebühren

(1) Für Amtshandlungen nach diesem Gesetz und den zur Durchführung dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen werden Gebühren und Auslagen erhoben. Satz 1 gilt nicht für Amtshandlungen der Bundesanstalt für Arbeit nach den §§ 39 bis 42. § 287 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch bleibt unberührt.

(2) Die Bundesregierung bestimmt durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates die gebührenpflichtigen Tatbestände und die Gebührensätze sowie Gebührenbefreiungen und -ermäßigungen, insbesondere für Fälle der Bedürftigkeit. Das Verwaltungskostengesetz findet Anwendung, soweit dieses Gesetz keine abweichenden Vorschriften enthält.

(3) Die in der Rechtsverordnung bestimmten Gebühren dürfen folgende Höchstsätze nicht übersteigen:

1. für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis: 80 Euro,
2. für die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis: 200 Euro,
3. für die Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis: 40 Euro,
4. für die Erteilung eines nationalen Visums und die Ausstellung eines Passersatzes und eines Ausweisersatzes: 30 Euro,
5. für die Erteilung eines Schengen-Visums: 210 Euro,
6. für die Erteilung eines Schengen-Sammelvisums: 50 Euro und 6 Euro pro Person,
7. für sonstige Amtshandlungen: 30 Euro,
8. für Amtshandlungen zu Gunsten Minderjähriger: die Hälfte der für die Amtshandlung bestimmten Gebühr.

(4) Für Amtshandlungen, die im Ausland vorgenommen werden, können Zuschläge zu den Gebühren festgesetzt werden, um Kaufkraftunterschiede auszugleichen. Für die Erteilung eines Visums und eines Passersatzes an der Grenze darf ein Zuschlag von höchstens 25 Euro erhoben werden. Für eine auf Wunsch des Antragstellers außerhalb der Dienstzeit vorgenommene Amtshandlung darf ein Zuschlag von höchstens 30 Euro erhoben werden. Gebührenzuschläge können auch für die Amtshandlungen gegenüber einem Staatsangehörigen festgesetzt werden, dessen Heimatstaat von Deutschen für entsprechende Amtshandlungen höhere als die nach Absatz 2 festgesetzten Gebühren erhebt. Bei der Festsetzung von Gebührenzuschlägen können die in Absatz 3 bestimmten Höchstsätze überschritten werden.

(5) Die Rechtsverordnung nach Absatz 2 kann vorsehen, dass für die Beantragung gebührenpflichtiger Amtshandlungen eine Bearbeitungsgebühr erhoben wird. Die Bearbeitungsgebühr für die Beantragung einer Niederlassungserlaubnis darf höchstens die Hälfte der für die Erteilung der Niederlassungserlaubnis zu erhebenden Gebühr betragen. Die Gebühr ist auf die Gebühr für die Amtshandlung anzurechnen. Sie wird auch im Falle der Rücknahme des Antrages und der Versagung der beantragten Amtshandlung nicht zurückgezahlt.

(6) Die Rechtsverordnung nach Absatz 2 kann für die Einlegung eines Widerspruchs Gebühren vorsehen, die höchstens betragen dürfen

1. für den Widerspruch gegen die Ablehnung eines Antrages auf Vornahme einer gebührenpflichtigen Amtshandlung: die Hälfte der für diese vorgesehenen Gebühr,
2. für den Widerspruch gegen eine sonstige Amtshandlung: 55 Euro.

Soweit der Widerspruch Erfolg hat, ist die Gebühr auf die Gebühr für die vorzunehmende Amtshandlung anzurechnen und im Übrigen zurückzuzahlen.

§ 70

Verjährung

(1) Die Ansprüche auf die in § 67 Abs. 1 und 2 genannten Kosten verjähren sechs Jahre nach Eintritt der Fälligkeit.

(2) Die Verjährung von Ansprüchen nach den §§ 66, 69 wird neben den Fällen des § 20 Abs. 3 des Verwaltungskostengesetzes auch unterbrochen, solange sich der Kostenschuldner nicht im Bundesgebiet aufhält oder sein Aufenthalt im Bundesgebiet deshalb nicht festgestellt werden kann, weil er einer gesetzlichen Meldepflicht oder Anzeigepflicht nicht nachgekommen ist.

Kapitel 7 Verfahrensvorschriften

Abschnitt 1 Zuständigkeiten

§ 71

Zuständigkeit

(1) Für aufenthalts- und passrechtliche Maßnahmen und Entscheidungen nach diesem Gesetz und nach ausländerrechtlichen Bestimmungen in anderen Gesetzen sind die Ausländerbehörden zuständig. Die Landesregierung oder die von ihr bestimmte Stelle kann bestimmen, dass für einzelne Aufgaben nur eine oder mehrere bestimmte Ausländerbehörden zuständig sind.

(2) Im Ausland sind für Pass- und Visaangelegenheiten die vom Auswärtigen Amt ermächtigten Auslandsvertretungen zuständig.

(3) Die mit der polizeilichen Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs beauftragten Behörden sind zuständig für

1. die Zurückweisung, die Zurückschiebung an der Grenze, die Rückführung von Ausländern aus und in andere

Staaten und, soweit es zur Vorbereitung und Sicherung dieser Maßnahmen erforderlich ist, die Festnahme und die Beantragung von Haft,

2. die Erteilung eines Visums und die Ausstellung eines Passersatzes nach § 14 Abs. 2 sowie die Durchführung des § 63 Abs. 3,
3. den Widerruf eines Visums
 - a) im Falle der Zurückweisung oder Zurückschiebung,
 - b) auf Ersuchen der Auslandsvertretung, die das Visum erteilt hat, oder
 - c) auf Ersuchen der Ausländerbehörde, die der Erteilung des Visums zugestimmt hat, sofern diese ihrer Zustimmung bedurfte,
4. das Ausreiseverbot und die Maßnahmen nach § 66 Abs. 5 an der Grenze,
5. die Prüfung an der Grenze, ob Beförderungsunternehmer und sonstige Dritte die Vorschriften dieses Gesetzes und die auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Verordnungen und Anordnungen beachtet haben,
6. sonstige ausländerrechtliche Maßnahmen und Entscheidungen, soweit sich deren Notwendigkeit an der Grenze ergibt und sie vom Bundesministerium des Innern hierzu allgemein oder im Einzelfall ermächtigt sind, sowie
7. die Beschaffung von Heimreisedokumenten für Ausländer einzelner Staaten im Wege der Amtshilfe.

(4) Für die erforderlichen Maßnahmen nach §§ 48 und 49 sind die Ausländerbehörden, die mit der polizeilichen Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs beauftragten Behörden und, soweit es zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach Absatz 5 erforderlich ist, die Polizeien der Länder zuständig. In den Fällen des § 49 Abs. 3 Nr. 5 sind die vom Auswärtigen Amt ermächtigten Auslandsvertretungen zuständig.

(5) Für die Zurückschiebung sowie die Durchsetzung der Verlässenspflicht des § 12 Abs. 3 und die Durchführung der Abschiebung und, soweit es zur Vorbereitung und Sicherung dieser Maßnahmen erforderlich ist, die Festnahme und Beantragung der Haft sind auch die Polizeien der Länder zuständig.

(6) Das Bundesministerium des Innern oder die von ihm bestimmte Stelle entscheidet im Benehmen mit dem Auswärtigen Amt über die Anerkennung von Pässen und Passersatzpapieren (§ 3 Abs. 1).

§ 72

Beteiligungserfordernisse

(1) Eine Betretenserlaubnis (§ 11 Abs. 2) darf nur mit Zustimmung der für den vorgesehenen Aufenthaltsort zuständigen Ausländerbehörde erteilt werden. Die Ausländerbehörde, die den Ausländer ausgewiesen oder abgeschoben hat, ist in der Regel zu beteiligen.

(2) Über das Vorliegen eines zielstaatsbezogenen Abschiebungsverbots des § 60 Abs. 7 entscheidet die Ausländerbehörde nur nach vorheriger Beteiligung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge.

(3) Räumliche Beschränkungen, Auflagen und Bedingungen, Befristungen nach § 11 Abs. 1 Satz 3, Anordnungen nach § 47 und sonstige Maßnahmen gegen einen Ausländer, der nicht im Besitz eines erforderlichen Aufenthaltstitels ist, dürfen von einer anderen Ausländerbehörde nur im Einvernehmen mit der Ausländerbehörde geändert oder aufgehoben werden, die die Maßnahme angeordnet hat. Satz 1 findet keine Anwendung, wenn der Aufenthalt des Ausländers nach den Vorschriften des Asylverfahrensgesetzes auf den Bezirk der anderen Ausländerbehörde beschränkt ist.

(4) Ein Ausländer, gegen den öffentliche Klage erhoben oder ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren eingeleitet ist, darf nur im Einvernehmen mit der zuständigen Staatsanwaltschaft ausgewiesen und abgeschoben werden. Ein Ausländer, der zu schützende Person im Sinne des Zeugenschutz-Harmonisierungsgesetzes ist, darf nur im Einvernehmen mit der Zeugenschutzdienststelle ausgewiesen oder abgeschoben werden.

(5) § 45 des Achten Buches Sozialgesetzbuch gilt nicht für Ausreiseeinrichtungen und Einrichtungen, die der vorübergehenden Unterbringung von Ausländern dienen, denen aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird.

§ 73

Sonstige Beteiligungserfordernisse im Visumverfahren und bei der Erteilung von Aufenthaltstiteln

(1) Die im Visumverfahren von der deutschen Auslandsvertretung erhobenen Daten der visumantragstellenden Person und des Einladers können von dieser zur Feststellung von Versagungsgründen nach § 5 Abs. 4 an den Bundesnachrichtendienst, das Bundesamt für Verfassungsschutz, den Militärischen Abschirmdienst, das Bundeskriminalamt und das Zollkriminalamt übermittelt werden. Das Verfahren nach § 21 des Ausländerzentralregistergesetzes bleibt unberührt.

(2) Die Ausländerbehörden können zur Feststellung von Versagungsgründen nach § 5 Abs. 4 vor der Erteilung oder Verlängerung eines sonstigen Aufenthaltstitels die bei ihr gespeicherten personenbezogenen Daten der betroffenen Person an den Bundesnachrichtendienst, den Militärischen Abschirmdienst und das Zollkriminalamt sowie an das Landesamt für Verfassungsschutz und das Landeskriminalamt übermitteln.

(3) Die in den Absätzen 1 und 2 genannten Sicherheitsbehörden und Nachrichtendienste teilen der anfragenden Stelle unverzüglich mit, ob Versagungsgründe nach § 5 Abs. 4 vorliegen. Sie dürfen die mit der Anfrage übermittelten Daten speichern und nutzen, wenn das zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben erforderlich ist. Übermittlungsregelungen nach anderen Gesetzen bleiben unberührt.

(4) Das Bundesministerium des Innern bestimmt im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt und unter Berücksichtigung der aktuellen Sicherheitslage durch allgemeine Verwaltungsvorschrift, in welchen Fällen gegenüber Staatsangehörigen bestimmter Staaten sowie Angehörigen von in sonstiger Weise bestimmten Personengruppen von der Ermächtigung des Absatzes 1 Gebrauch gemacht wird.

§ 74

Beteiligung des Bundes; Weisungsbefugnis

(1) Ein Visum kann zur Wahrung politischer Interessen des Bundes mit der Maßgabe erteilt werden, dass die Verlängerung des Visums und die Erteilung eines anderen Aufenthaltstitels nach Ablauf der Geltungsdauer des Visums sowie die Aufhebung und Änderung von Auflagen, Bedingungen und sonstigen Beschränkungen, die mit dem Visum verbunden sind, nur im Benehmen oder Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern oder der von ihm bestimmten Stelle vorgenommen werden dürfen.

(2) Die Bundesregierung kann Einzelweisungen zur Ausführung dieses Gesetzes und der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen erteilen, wenn

1. die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder sonstige erhebliche Interessen der Bundesrepublik Deutschland es erfordern,
2. durch ausländerrechtliche Maßnahmen eines Landes erhebliche Interessen eines anderen Landes beeinträchtigt werden,
3. eine Ausländerbehörde einen Ausländer ausweisen will, der zu den bei konsularischen und diplomatischen Vertretungen vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreiten Personen gehört.

Abschnitt 2

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

§ 75

Aufgaben

(1) Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat unbeschadet der Aufgaben nach anderen Gesetzen folgende Aufgaben:

1. Durchführung des Auswahlverfahrens und Auswahl der Zuwanderungsbewerber nach § 20;
2. Koordinierung der Informationen über den Aufenthalt zum Zweck der Erwerbstätigkeit zwischen den Ausländerbehörden, der Bundesanstalt für Arbeit und der für Pass- und Visaangelegenheiten vom Auswärtigen Amt ermächtigten deutschen Auslandsvertretungen;
3. a) Entwicklung von Grundstruktur und Lerninhalten des Basissprachkurses und des Orientierungskurses nach § 43 Abs. 3 Satz 5,
b) deren Durchführung und
c) Maßnahmen nach § 9 Abs. 5 des Bundesvertriebenengesetzes;
4. fachliche Zuarbeit für die Bundesregierung auf dem Gebiet der Integrationsförderung und der Erstellung von Informationsmaterial über Integrationsangebote von Bund, Ländern und Kommunen für Ausländer und Spätaussiedler;
5. Zusammenarbeit mit den Verwaltungsbehörden der Mitgliedstaaten der Europäischen Union als Nationale Kontaktstelle nach der Richtlinie 01/55/EG;
6. Führung des Registers nach § 24 Abs. 1 Satz 2;

7. Gewährung der Auszahlungen der nach den Programmen zur Förderung der freiwilligen Rückkehr bewilligten Mittel;
8. Verteilung der nach § 23 Abs. 2 aufgenommenen Personen auf die Länder.

(2) Beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wird als unabhängige wissenschaftliche Forschungseinrichtung das Bundesinstitut für Bevölkerungs- und Migrationsforschung eingerichtet. Es untersteht der Dienst- und Rechtsaufsicht durch das Bundesministerium des Innern.

§ 76

Sachverständigenrat für Zuwanderung und Integration

(1) Bei dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wird ein weisungsunabhängiger Sachverständigenrat für Zuwanderung und Integration (Zuwanderungsrat) gebildet. Er hat die Aufgabe, die innerstaatlichen Aufnahme- und Integrationskapazitäten sowie die aktuelle Entwicklung der Wanderungsbewegungen regelmäßig zu begutachten.

(2) Der Zuwanderungsrat setzt sich aus sieben Mitgliedern zusammen, die über besondere Kenntnisse im Bereich der Bevölkerungswissenschaft, der Arbeitsmarktpolitik, der Migration oder der Integration verfügen müssen. Die Mitglieder des Zuwanderungsrates werden vom Bundesministerium des Innern für die Dauer von vier Jahren ernannt.

(3) Der Zuwanderungsrat erstattet jährlich ein Gutachten zur aktuellen Entwicklung der Zuwanderungsbewegungen in der Bundesrepublik Deutschland und zu deren absehbarer Entwicklung. In dem Gutachten soll auch die Entwicklung bei der Aufnahme von Spätaussiedlern, der Erteilung von Aufenthaltstiteln für die in diesem Gesetz genannten Zwecke und der Zahl und der Ergebnisse der Asylverfahren dargestellt werden. Das Gutachten soll auch Aussagen zum Erfordernis der Zuwanderung in dem Auswahlverfahren nach § 20 und gegebenenfalls eine Empfehlung zur Höchstzahl enthalten.

(4) Der Zuwanderungsrat legt sein Gutachten jeweils bis zum 15. Juni dem Bundesministerium des Innern vor. Die Bundesregierung leitet das Gutachten zusammen mit ihrer Stellungnahme dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat zu.

Abschnitt 3 Verwaltungsverfahren

§ 77

Schriftform; Ausnahme von Formerfordernissen

(1) Der Verwaltungsakt, durch den ein Passersatz, ein Ausweisersatz oder ein Aufenthaltstitel versagt, räumlich oder zeitlich beschränkt oder mit Bedingungen und Auflagen versehen wird, sowie die Ausweisung und die Aussetzung der Abschiebung bedürfen der Schriftform. Das Gleiche gilt für Beschränkungen des Aufenthalts nach § 12 Abs. 4, die Anordnungen nach § 47 und den Widerruf von Verwaltungsakten nach diesem Gesetz.

(2) Die Versagung und die Beschränkung eines Visums und eines Passersatzes vor der Einreise bedürfen keiner Be-

gründung und Rechtsbehelfsbelehrung; die Versagung an der Grenze bedarf auch nicht der Schriftform.

§ 78

Vordrucke für Aufenthaltstitel, Ausweisersatz und Bescheinigungen

(1) Der Aufenthaltstitel wird nach einheitlichem Vordruckmuster ausgestellt, das eine Seriennummer und eine Zone für das automatische Lesen enthält. Das Vordruckmuster enthält folgende Angaben:

1. Name und Vorname des Inhabers,
2. Gültigkeitsdauer,
3. Ausstellungsort und -datum,
4. Art des Aufenthaltstitels,
5. Ausstellungsbehörde,
6. Seriennummer des zugehörigen Passes oder Passersatzpapiers,
7. Anmerkungen.

(2) Wird der Aufenthaltstitel als eigenständiges Dokument ausgestellt, werden folgende zusätzliche Informationsfelder vorgesehen:

1. Tag und Ort der Geburt,
2. Staatsangehörigkeit,
3. Geschlecht,
4. Anmerkungen,
5. Anschrift des Inhabers.

(3) Der Aufenthaltstitel kann neben dem Lichtbild und der eigenhändigen Unterschrift weitere biometrische Merkmale von Fingern oder Händen oder Gesicht des Inhabers enthalten. Das Lichtbild, die Unterschrift und die weiteren biometrischen Merkmale dürfen auch in mit Sicherheitsverfahren verschlüsselter Form in den Aufenthaltstitel eingebracht werden. Auch die in den Absätzen 1 und 2 aufgeführten Angaben über die Person dürfen in mit Sicherheitsverfahren verschlüsselter Form in den Aufenthaltstitel eingebracht werden.

(4) Die Zone für das automatische Lesen enthält folgende Angaben:

1. Familienname und Vorname,
2. Geburtsdatum,
3. Geschlecht,
4. Staatsangehörigkeit,
5. Art des Aufenthaltstitels,
6. Seriennummer des Vordrucks,
7. ausstellender Staat,
8. Gültigkeitsdauer,
9. Prüfziffern.

(5) Öffentliche Stellen können die in der Zone für das automatische Lesen enthaltenen Daten zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben speichern, übermitteln und nutzen.

(6) Der Ausweisersatz enthält eine Seriennummer und eine Zone für das automatische Lesen. In dem Vordruck-

muster können neben der Bezeichnung von Ausstellungsbehörde, Ausstellungsort und -datum, Gültigkeitszeitraum bzw. -dauer, Name und Vorname des Inhabers, Aufenthaltsstatus sowie Nebenbestimmungen folgende Angaben über die Person des Inhabers vorgesehen sein:

1. Tag und Ort der Geburt,
2. Staatsangehörigkeit,
3. Geschlecht,
4. Größe,
5. Farbe der Augen,
6. Anschrift des Inhabers,
7. Lichtbild,
8. eigenhändige Unterschrift,
9. weitere biometrische Merkmale von Fingern oder Händen oder Gesicht,
10. Hinweis, dass die Personalangaben auf den eigenen Angaben des Ausländers beruhen.

Das Lichtbild, die Unterschrift und die weiteren biometrischen Merkmale dürfen auch in mit Sicherheitsverfahren verschlüsselter Form in den Ausweisersatz eingebracht werden. Die Absätze 4 und 5 gelten entsprechend.

(7) Die Bescheinigungen nach § 60 Abs. 11 und § 81 Abs. 5 werden nach einheitlichem Vordruckmuster ausgestellt, das eine Seriennummer enthält und mit einer Zone für das automatische Lesen versehen sein kann. Die Bescheinigung darf im Übrigen nur die in Absatz 6 bezeichneten Daten enthalten sowie den Hinweis, dass der Ausländer mit ihr nicht der Passpflicht genügt. Die Absätze 4 und 5 gelten entsprechend.

§ 79

Entscheidung über den Aufenthalt

(1) Über den Aufenthalt von Ausländern wird auf der Grundlage der im Bundesgebiet bekannten Umstände und zugänglichen Erkenntnisse entschieden. Über das Vorliegen der Voraussetzungen des § 60 Abs. 2 bis 7 entscheidet die Ausländerbehörde auf der Grundlage der ihr vorliegenden und im Bundesgebiet zugänglichen Erkenntnisse und, soweit es im Einzelfall erforderlich ist, der den Behörden des Bundes außerhalb des Bundesgebiets zugänglichen Erkenntnisse.

(2) Wird gegen einen Ausländer, der die Erteilung oder Verlängerung eines Aufenthaltstitels beantragt hat, wegen des Verdachts einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit ermittelt, ist die Entscheidung über den Aufenthaltstitel bis zum Abschluss des Verfahrens, im Falle der Verurteilung bis zum Eintritt der Rechtskraft des Urteils auszusetzen, es sei denn, über den Aufenthaltstitel kann ohne Rücksicht auf den Ausgang des Verfahrens entschieden werden.

§ 80

Handlungsfähigkeit Minderjähriger

(1) Fähig zur Vornahme von Verfahrenshandlungen nach diesem Gesetz ist ein Ausländer, der das 16. Lebensjahr vollendet hat, sofern er nicht nach Maßgabe des Bürgerlichen Gesetzbuchs geschäftsunfähig oder im Falle seiner

Volljährigkeit in dieser Angelegenheit zu betreuen und einem Einwilligungsvorbehalt zu unterstellen wäre.

(2) Die mangelnde Handlungsfähigkeit eines Minderjährigen steht seiner Zurückweisung und Zurückschiebung nicht entgegen. Das Gleiche gilt für die Androhung und Durchführung der Abschiebung in den Herkunftsstaat, wenn sich sein gesetzlicher Vertreter nicht im Bundesgebiet aufhält oder dessen Aufenthaltsort im Bundesgebiet unbekannt ist.

(3) Bei der Anwendung dieses Gesetzes sind die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs dafür maßgebend, ob ein Ausländer als minderjährig oder volljährig anzusehen ist. Die Geschäftsfähigkeit und die sonstige rechtliche Handlungsfähigkeit eines nach dem Recht seines Heimatstaates volljährigen Ausländers bleiben davon unberührt.

(4) Die gesetzlichen Vertreter eines Ausländers, der das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, und sonstige Personen, die an Stelle der gesetzlichen Vertreter den Ausländer im Bundesgebiet betreuen, sind verpflichtet, für den Ausländer die erforderlichen Anträge auf Erteilung und Verlängerung des Aufenthaltstitels und auf Erteilung und Verlängerung des Passes, des Passersatzes und des Ausweisersatzes zu stellen.

§ 81

Beantragung des Aufenthaltstitels

(1) Die Erteilung eines Aufenthaltstitels erfolgt nur auf Antrag, soweit nicht etwas anderes bestimmt ist.

(2) Ein Aufenthaltstitel, der nach Maßgabe der Rechtsverordnung nach § 99 Abs. 1 Nr. 2 nach der Einreise eingeholt werden kann, ist unverzüglich nach der Einreise oder innerhalb der in der Rechtsverordnung bestimmten Frist zu beantragen. Für ein im Bundesgebiet geborenes Kind, dem nicht von Amts wegen ein Aufenthaltstitel zu erteilen ist, ist der Antrag innerhalb von sechs Monaten nach der Geburt zu stellen. Der Aufenthalt gilt bis zur Entscheidung der Ausländerbehörde über den Antrag als erlaubt, wenn der Antrag rechtzeitig gestellt wird.

(3) Beantragt ein Ausländer, der sich rechtmäßig im Bundesgebiet aufhält, die Erteilung eines Aufenthaltstitels, gilt sein Aufenthalt bis zur Entscheidung der Ausländerbehörde als erlaubt. Wird der Antrag verspätet gestellt, gilt ab dem Zeitpunkt der Antragstellung bis zur Entscheidung der Ausländerbehörde die Abschiebung als ausgesetzt.

(4) Beantragt ein Ausländer vor Ablauf der Geltungsdauer die Verlängerung seines Aufenthaltstitels oder die Erteilung eines anderen Aufenthaltstitels, gilt der Aufenthaltstitel bis zur Entscheidung der Ausländerbehörde als fortbestehend. Wird der Antrag danach gestellt, gilt ab dem Zeitpunkt der Antragstellung bis zur Entscheidung der Ausländerbehörde die Abschiebung als ausgesetzt.

(5) Dem Ausländer ist eine Bescheinigung über die Wirkung seiner Antragstellung (Fiktionsbescheinigung) auszustellen.

§ 82

Mitwirkung des Ausländers

(1) Der Ausländer ist verpflichtet, seine Belange und für ihn günstige Umstände, soweit sie nicht offenkundig oder

bekannt sind, unter Angabe nachprüfbarer Umstände unverzüglich geltend zu machen und die erforderlichen Nachweise über seine persönlichen Verhältnisse, sonstige erforderliche Bescheinigungen und Erlaubnisse sowie sonstige erforderliche Nachweise, die er erbringen kann, unverzüglich beizubringen. Die Ausländerbehörde kann ihm dafür eine angemessene Frist setzen. Nach Ablauf der Frist geltend gemachte Umstände und beigebrachte Nachweise können unberücksichtigt bleiben.

(2) Absatz 1 findet im Widerspruchsverfahren entsprechende Anwendung.

(3) Der Ausländer soll auf seine Pflichten nach Absatz 1 sowie seine wesentlichen Rechte und Pflichten nach diesem Gesetz, insbesondere die Verpflichtungen aus den §§ 45, 48, 49 und 81 und die Möglichkeit der Antragstellung nach § 11 Abs. 1 Satz 3 hingewiesen werden. Im Falle der Fristsetzung ist er auf die Folgen der Fristversäumung hinzuweisen.

(4) Soweit es zur Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen nach diesem Gesetz und nach ausländerrechtlichen Bestimmungen in anderen Gesetzen erforderlich ist, kann angeordnet werden, dass ein Ausländer bei der zuständigen Behörde sowie den Vertretungen des Staates, dessen Staatsangehörigkeit er vermutlich besitzt, persönlich erscheint sowie eine ärztliche Untersuchung zur Feststellung der Reisefähigkeit durchgeführt wird. Kommt der Ausländer einer Anordnung nach Satz 1 nicht nach, kann sie zwangsweise durchgesetzt werden. § 40 Abs. 1 und 2, die §§ 41, 42 Abs. 1 Satz 1 und 3 des Bundesgrenzschutzgesetzes finden entsprechende Anwendung.

§ 83

Beschränkung der Anfechtbarkeit

Die Versagung einer Zuwanderungsmitteilung nach § 20, eines Visums zu touristischen Zwecken sowie eines Visums und eines Passersatzes an der Grenze sind unanfechtbar. Der Ausländer wird bei der Versagung eines Visums und eines Passersatzes an der Grenze auf die Möglichkeit einer Antragstellung bei der zuständigen Auslandsvertretung hingewiesen.

§ 84

Wirkungen von Widerspruch und Klage

(1) Widerspruch und Klage gegen die Ablehnung eines Antrages auf Erteilung oder Verlängerung des Aufenthaltstitels und gegen die Auflage nach § 61 Abs. 1, in einer Ausreiseeinrichtung Wohnung zu nehmen, haben keine aufschiebende Wirkung.

(2) Widerspruch und Klage lassen unbeschadet ihrer aufschiebenden Wirkung die Wirksamkeit der Ausweisung und eines sonstigen Verwaltungsaktes, der die Rechtmäßigkeit des Aufenthalts beendet, unberührt. Eine Unterbrechung der Rechtmäßigkeit des Aufenthalts tritt nicht ein, wenn der Verwaltungsakt durch eine behördliche oder unanfechtbare gerichtliche Entscheidung aufgehoben wird.

§ 85

Berechnung von Aufenthaltszeiten

Unterbrechungen der Rechtmäßigkeit des Aufenthalts bis zu einem Jahr können außer Betracht bleiben.

Abschnitt 4

Datenübermittlung und Datenschutz

§ 86

Erhebung personenbezogener Daten

Die mit der Ausführung dieses Gesetzes betrauten Behörden dürfen zum Zwecke der Ausführung dieses Gesetzes und ausländerrechtlicher Bestimmungen in anderen Gesetzen personenbezogene Daten erheben, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach diesem Gesetz und nach ausländerrechtlichen Bestimmungen in anderen Gesetzen erforderlich ist. Daten im Sinne von § 3 Abs. 9 des Bundesdatenschutzgesetzes sowie entsprechender Vorschriften der Datenschutzgesetze der Länder dürfen erhoben werden, soweit dies im Einzelfall zur Aufgabenerfüllung erforderlich ist.

§ 87

Übermittlungen an Ausländerbehörden

(1) Öffentliche Stellen haben ihnen bekannt gewordene Umstände den in § 86 Satz 1 genannten Stellen auf Ersuchen mitzuteilen, soweit dies für die dort genannten Zwecke erforderlich ist.

(2) Öffentliche Stellen haben unverzüglich die zuständige Ausländerbehörde zu unterrichten, wenn sie Kenntnis erlangen von

1. dem Aufenthalt eines Ausländers, der keinen erforderlichen Aufenthaltstitel besitzt und dessen Abschiebung nicht ausgesetzt ist,
2. dem Verstoß gegen eine räumliche Beschränkung oder
3. einem sonstigen Ausweisungsgrund;

in den Fällen der Nummern 1 und 2 und sonstiger nach diesem Gesetz strafbarer Handlungen kann statt der Ausländerbehörde die zuständige Polizeibehörde unterrichtet werden, wenn eine der in § 71 Abs. 5 bezeichneten Maßnahmen in Betracht kommt; die Polizeibehörde unterrichtet unverzüglich die Ausländerbehörde.

(3) Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration ist nach den Absätzen 1 und 2 zu Mitteilungen über einen diesem Personenkreis angehörenden Ausländer nur verpflichtet, soweit dadurch die Erfüllung der eigenen Aufgaben nicht gefährdet wird. Die Landesregierungen können durch Rechtsverordnung bestimmen, dass Ausländerbeauftragte des Landes und Ausländerbeauftragte von Gemeinden nach den Absätzen 1 und 2 zu Mitteilungen über einen Ausländer, der sich rechtmäßig in dem Land oder der Gemeinde aufhält oder der sich bis zum Erlass eines die Rechtmäßigkeit des Aufenthalts beendenden Verwaltungsaktes rechtmäßig dort aufgehalten hat, nur nach Maßgabe des Satzes 1 verpflichtet sind.

(4) Die für die Einleitung und Durchführung eines Straf- oder eines Bußgeldverfahrens zuständigen Stellen haben die zuständige Ausländerbehörde unverzüglich über die Einleitung des Verfahrens sowie die Verfahrenserledigungen bei der Staatsanwaltschaft, bei Gericht oder bei der für die Verfolgung und Ahndung der Ordnungswidrigkeit zuständigen Verwaltungsbehörde unter Angabe der gesetzlichen Vorschriften zu unterrichten. Satz 1 gilt entsprechend für die Einleitung eines Auslieferungsverfahrens gegen einen Aus-

länder. Satz 1 gilt nicht für Verfahren wegen einer Ordnungswidrigkeit, die nur mit einer Geldbuße bis zu eintausend Euro geahndet werden kann. Die Zeugenschutzdienststelle unterrichtet die zuständige Ausländerbehörde unverzüglich über Beginn und Ende des Zeugenschutzes für einen Ausländer.

§ 88

Übermittlungen bei besonderen gesetzlichen Verwendungsregelungen

(1) Eine Übermittlung personenbezogener Daten und sonstiger Angaben nach § 87 unterbleibt, soweit besondere gesetzliche Verwendungsregelungen entgegenstehen.

(2) Personenbezogene Daten, die von einem Arzt oder anderen in § 203 Abs. 1 Nr. 1, 2, 4 bis 6 und Abs. 3 des Strafgesetzbuches genannten Personen einer öffentlichen Stelle zugänglich gemacht worden sind, dürfen von dieser übermittelt werden,

1. wenn der Ausländer die öffentliche Gesundheit gefährdet und besondere Schutzmaßnahmen zum Ausschluss der Gefährdung nicht möglich sind oder von dem Ausländer nicht eingehalten werden oder
2. soweit die Daten für die Feststellung erforderlich sind, ob die im § 55 Abs. 2 Nr. 4 bezeichneten Voraussetzungen vorliegen.

(3) Personenbezogene Daten, die nach § 30 der Abgabenordnung dem Steuergeheimnis unterliegen, dürfen übermittelt werden, wenn der Ausländer gegen eine Vorschrift des Steuerrechts einschließlich des Zollrechts und des Monopolrechts oder des Außenwirtschaftsrechts oder gegen Einfuhr-, Ausfuhr-, Durchfuhr- oder Verbringungsverbote oder -beschränkungen verstoßen hat und wegen dieses Verstoßes ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren eingeleitet oder eine Geldbuße von mindestens fünfhundert Euro verhängt worden ist. In den Fällen des Satzes 1 dürfen auch die mit der polizeilichen Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs beauftragten Behörden unterrichtet werden, wenn ein Ausreiseverbot nach § 48 Abs. 4 erlassen werden soll.

(4) Auf die Übermittlung durch die mit der Ausführung dieses Gesetzes betrauten Behörden und durch nichtöffentliche Stellen finden die Absätze 1 bis 3 entsprechende Anwendung.

§ 89

Verfahren bei identitätssichernden und -feststellenden Maßnahmen

(1) Das Bundeskriminalamt leistet Amtshilfe bei der Auswertung der nach § 49 gewonnenen Unterlagen. Die nach § 49 Abs. 2 und 3 gewonnenen Unterlagen werden getrennt von anderen erkennungsdienstlichen Unterlagen aufbewahrt. Die Sprachaufzeichnungen nach § 49 Abs. 5 werden bei der aufzeichnenden Behörde aufbewahrt.

(2) Die Nutzung der nach § 49 gewonnenen Unterlagen ist auch zulässig zur Feststellung der Identität oder der Zuordnung von Beweismitteln im Rahmen der Strafverfolgung und der polizeilichen Gefahrenabwehr. Sie dürfen, soweit und solange es erforderlich ist, den für diese Maßnahmen zuständigen Behörden überlassen werden.

(3) Die nach § 49 Abs. 2, 3 oder 5 gewonnenen Unterlagen sind von allen Behörden, die sie aufbewahren, zu vernichten, wenn

1. dem Ausländer ein gültiger Pass oder Passersatz ausgestellt und von der Ausländerbehörde ein Aufenthaltstitel erteilt worden ist,
2. seit der letzten Ausreise oder versuchten unerlaubten Einreise zehn Jahre vergangen sind,
3. in den Fällen des § 49 Abs. 3 Nr. 3 und 4 seit der Zurückweisung oder Zurückschiebung drei Jahre vergangen sind oder
4. im Falle des § 49 Abs. 3 Nr. 5 seit der Beantragung des Visums sowie im Falle des § 49 Abs. 5 seit der Sprachaufzeichnung zehn Jahre vergangen sind.

(4) Absatz 3 gilt nicht, soweit und solange die Unterlagen im Rahmen eines Strafverfahrens oder zur Abwehr einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung benötigt werden. Über die Vernichtung ist eine Niederschrift anzufertigen.

§ 90

Übermittlungen durch Ausländerbehörden

(1) Ergeben sich im Einzelfall konkrete Anhaltspunkte für

1. eine Beschäftigung oder Tätigkeit von Ausländern ohne erforderlichen Aufenthaltstitel nach § 4,
2. Verstöße gegen die Mitwirkungspflicht nach § 60 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 des Ersten Buches Sozialgesetzbuch gegenüber einer Dienststelle der Bundesanstalt für Arbeit, einem Träger der gesetzlichen Kranken-, Pflege-, Unfall- oder Rentenversicherung oder einem Träger der Sozialhilfe oder gegen die Meldepflicht nach § 8a des Asylbewerberleistungsgesetzes,
3. die in § 308 Abs. 3 Nr. 1 bis 4 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch bezeichneten Verstöße,

unterrichten die mit der Ausführung dieses Gesetzes betrauten Behörden die für die Verfolgung und Ahndung der Verstöße nach den Nummern 1 bis 3 zuständigen Behörden, die Träger der Sozialhilfe sowie die nach § 10 des Asylbewerberleistungsgesetzes zuständigen Behörden.

(2) Bei der Verfolgung und Ahndung von Verstößen gegen dieses Gesetz arbeiten die mit der Ausführung dieses Gesetzes betrauten Behörden insbesondere mit den anderen in § 304 Abs. 2 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch genannten Behörden zusammen.

(3) Die mit der Ausführung dieses Gesetzes betrauten Behörden teilen Umstände und Maßnahmen nach diesem Gesetz, deren Kenntnis für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erforderlich ist, sowie die ihnen mitgeteilten Erteilungen von Zustimmungen zur Aufnahme einer Beschäftigung an Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und Angaben über das Erlöschen, den Widerruf oder die Rücknahme von erteilten Zustimmungen zur Aufnahme einer Beschäftigung den nach § 10 des Asylbewerberleistungsgesetzes zuständigen Behörden mit.

§ 91

**Speicherung und Löschung
personenbezogener Daten**

(1) Die Daten über die Ausweisung und die Abschiebung sind zehn Jahre nach dem Ablauf der in § 11 Abs. 1 Satz 3 bezeichneten Frist zu löschen. Sie sind vor diesem Zeitpunkt zu löschen, soweit sie Erkenntnisse enthalten, die nach anderen gesetzlichen Bestimmungen nicht mehr gegen den Ausländer verwertet werden dürfen.

(2) Mitteilungen nach § 87 Abs. 1, die für eine anstehende ausländerrechtliche Entscheidung unerheblich sind und voraussichtlich auch für eine spätere ausländerrechtliche Entscheidung nicht erheblich werden können, sind unverzüglich zu vernichten.

(3) § 20 Abs. 5 des Bundesdatenschutzgesetzes sowie entsprechende Vorschriften in den Datenschutzgesetzen der Länder finden keine Anwendung.

Kapitel 8**Beauftragte für Migration, Flüchtlinge
und Integration**

§ 92

Amt der Beauftragten

(1) Die Bundesregierung bestellt eine Beauftragte oder einen Beauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration.

(2) Das Amt der Beauftragten wird beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend eingerichtet und kann von einem Mitglied des Deutschen Bundestages bekleidet werden. Ohne dass es einer Genehmigung (§ 5 Abs. 2 Satz 2 des Bundesministergesetzes, § 7 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Parlamentarischen Staatssekretäre) bedarf, kann die Beauftragte zugleich ein Amt nach dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Parlamentarischen Staatssekretäre inne haben. Die Amtsführung der Beauftragten bleibt in diesem Falle von der Rechtsstellung nach dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Parlamentarischen Staatssekretäre unberührt.

(3) Die für die Erfüllung der Aufgaben notwendige Personal- und Sachausstattung ist zur Verfügung zu stellen. Der Ansatz ist im Einzelplan 17 des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in einem eigenen Kapitel auszuweisen.

(4) Das Amt endet, außer im Falle der Entlassung, mit dem Zusammentreten eines neuen Bundestages.

§ 93

Aufgaben

Die Beauftragte hat die Aufgaben,

1. die Integration der dauerhaft im Bundesgebiet ansässigen Migranten zu fördern und insbesondere die Bundesregierung bei der Weiterentwicklung ihrer Integrationspolitik auch im Hinblick auf arbeitsmarkt- und sozialpolitische Aspekte zu unterstützen sowie für die Weiterentwicklung der Integrationspolitik auch im europäischen Rahmen Anregungen zu geben;

2. die Voraussetzungen für ein möglichst spannungsfreies Zusammenleben zwischen Ausländern und Deutschen sowie unterschiedlichen Gruppen von Ausländern weiterzuentwickeln, Verständnis für einander zu fördern und Fremdenfeindlichkeit entgegenzuwirken;
3. nicht gerechtfertigten Ungleichbehandlungen, soweit sie Ausländer betreffen, entgegenzuwirken;
4. den Belangen der im Bundesgebiet befindlichen Ausländer zu einer angemessenen Berücksichtigung zu verhelfen;
5. über die gesetzlichen Möglichkeiten der Einbürgerung zu informieren;
6. auf die Wahrung der Freizügigkeitsrechte der im Bundesgebiet lebenden Unionsbürger zu achten und zu deren weiterer Ausgestaltung Vorschläge zu machen;
7. Initiativen zur Integration der dauerhaft im Bundesgebiet ansässigen Migranten auch bei den Ländern und kommunalen Gebietskörperschaften sowie bei den gesellschaftlichen Gruppen anzuregen und zu unterstützen;
8. die Zuwanderung ins Bundesgebiet und in die Europäische Union sowie die Entwicklung der Zuwanderung in anderen Staaten zu beobachten;
9. in den Aufgabenbereichen der Nummern 1 bis 8 mit den Stellen der Gemeinden, Länder, anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union und der Europäischen Union selbst, die gleiche oder ähnliche Aufgaben haben wie die Beauftragte, zusammenzuarbeiten;
10. die Öffentlichkeit zu den in den Nummern 1 bis 9 genannten Aufgabenbereichen zu informieren.

§ 94

Amtsbefugnisse

(1) Die Beauftragte wird bei Rechtsetzungsvorhaben der Bundesregierung oder einzelner Bundesministerien sowie bei sonstigen Angelegenheiten, die ihren Aufgabenbereich betreffen, möglichst frühzeitig beteiligt. Sie kann der Bundesregierung Vorschläge machen und Stellungnahmen zuleiten. Die Bundesministerien unterstützen die Beauftragte bei der Erfüllung ihrer Aufgaben.

(2) Die Beauftragte erstattet dem Deutschen Bundestag mindestens alle zwei Jahre einen Bericht über die Lage der Ausländer in Deutschland.

(3) Liegen der Beauftragten hinreichende Anhaltspunkte vor, dass öffentliche Stellen des Bundes Verstöße im Sinne des § 93 Nr. 3 begehen oder sonst die gesetzlichen Rechte von Ausländern nicht wahren, so kann sie eine Stellungnahme anfordern. Sie kann diese Stellungnahme mit einer eigenen Bewertung versehen und der öffentlichen und deren vorgesetzter Stelle zuleiten. Die öffentlichen Stellen des Bundes sind verpflichtet, Auskunft zu erteilen und Fragen zu beantworten. Personenbezogene Daten übermitteln die öffentlichen Stellen nur, wenn sich der Betroffene selbst mit der Bitte, in seiner Sache gegenüber der öffentlichen Stelle tätig zu werden, an die Beauftragte gewandt hat oder die Einwilligung des Ausländers anderweitig nachgewiesen ist.

Kapitel 9 Straf- und Bußgeldvorschriften

§ 95 Strafvorschriften

(1) Mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer

1. entgegen § 3 Abs. 1 in Verbindung mit § 48 Abs. 2 sich im Bundesgebiet aufhält,
2. ohne erforderlichen Aufenthaltstitel nach § 4 Abs. 1 Satz 1 sich im Bundesgebiet aufhält, vollziehbar ausreisepflichtig ist und dessen Abschiebung nicht ausgesetzt ist,
3. entgegen § 14 Abs. 1 Nr. 1 oder 2 in das Bundesgebiet einreist,
4. einer vollziehbaren Anordnung nach § 46 Abs. 2 Satz 1 oder 2 oder § 47 Abs. 1 Satz 2 oder Abs. 2 zuwiderhandelt,
5. entgegen § 49 Abs. 1 eine Angabe nicht, nicht richtig oder nicht vollständig macht, sofern die Tat nicht in Absatz 2 Nr. 2 mit Strafe bedroht ist,
6. entgegen § 49 Abs. 8 eine dort genannte Maßnahme nicht duldet,
7. wiederholt einer räumlichen Beschränkung nach § 61 Abs. 1 zuwiderhandelt oder
8. im Bundesgebiet einer überwiegend aus Ausländern bestehenden Vereinigung oder Gruppe angehört, deren Bestehen, Zielsetzung oder Tätigkeit vor den Behörden geheim gehalten wird, um ihr Verbot abzuwenden.

(2) Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer

1. entgegen § 11 Abs. 1 Satz 1
 - a) in das Bundesgebiet einreist oder
 - b) sich darin aufhält oder
2. unrichtige oder unvollständige Angaben macht oder benutzt, um für sich oder einen anderen einen Aufenthaltstitel zu beschaffen oder einen so beschafften Aufenthaltstitel wissentlich zur Täuschung im Rechtsverkehr gebraucht.

(3) In den Fällen des Absatzes 1 Nr. 3 und des Absatzes 2 Nr. 1 Buchstabe a ist der Versuch strafbar.

(4) Gegenstände, auf die sich eine Straftat nach Absatz 2 Nr. 2 bezieht, können eingezogen werden.

(5) Artikel 31 Abs. 1 des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge bleibt unberührt.

§ 96 Einschleusen von Ausländern

(1) Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer einen anderen zu einer der in § 95 Abs. 1 Nr. 1, 2 oder 3 oder Abs. 2 bezeichneten Handlungen anstiftet oder ihm dazu Hilfe leistet und

1. dafür einen Vermögensvorteil erhält oder sich versprechen lässt oder
2. wiederholt oder zu Gunsten von mehreren Ausländern handelt.

(2) Mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu zehn Jahren wird bestraft, wer in den Fällen des Absatzes 1

1. gewerbsmäßig handelt,
2. als Mitglied einer Bande, die sich zur fortgesetzten Begehung solcher Taten verbunden hat, handelt,
3. eine Schusswaffe bei sich führt, wenn sich die Tat auf eine Handlung nach § 95 Abs. 1 Nr. 3 oder Abs. 2 Nr. 1 Buchstabe a bezieht,
4. eine andere Waffe bei sich führt, um diese bei der Tat zu verwenden, wenn sich die Tat auf eine Handlung nach § 95 Abs. 1 Nr. 3 oder Abs. 2 Nr. 1 Buchstabe a bezieht, oder
5. den Geschleusten einer das Leben gefährdenden, unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung oder der Gefahr einer schweren Gesundheitsschädigung aussetzt.

(3) Der Versuch ist strafbar.

(4) Absatz 1 Nr. 1, Absatz 2 Nr. 1 und Absatz 3 sind auf Zuwiderhandlungen gegen Rechtsvorschriften über die Einreise und den Aufenthalt von Ausländern in das europäische Hoheitsgebiet einer der Vertragsstaaten des Schengener Durchführungsübereinkommens anzuwenden, wenn

1. sie den in § 95 Abs. 1 Nr. 2 oder 3 oder Abs. 2 Nr. 1 bezeichneten Handlungen entsprechen und
2. der Täter einen Ausländer unterstützt, der nicht die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum besitzt.

(5) In den Fällen des Absatzes 2 Nr. 1, auch in Verbindung mit Absatz 4, ist § 73d des Strafgesetzbuches anzuwenden. In den Fällen des Absatzes 2 Nr. 2 bis 5 sind die §§ 43a, 73d des Strafgesetzbuches anzuwenden.

§ 97 Einschleusen mit Todesfolge; gewerbs- und bandenmäßiges Einschleusen

(1) Mit Freiheitsstrafe nicht unter drei Jahren wird bestraft, wer in den Fällen des § 96 Abs. 1, auch in Verbindung mit § 96 Abs. 4, den Tod des Geschleusten verursacht.

(2) Mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren wird bestraft, wer in den Fällen des § 96 Abs. 1, auch in Verbindung mit § 96 Abs. 4, als Mitglied einer Bande, die sich zur fortgesetzten Begehung solcher Taten verbunden hat, gewerbsmäßig handelt.

(3) In minder schweren Fällen des Absatzes 1 ist die Strafe Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren, in minder schweren Fällen des Absatzes 2 Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu zehn Jahren.

(4) Die §§ 43a, 73d des Strafgesetzbuches sind anzuwenden.

§ 98 Bußgeldvorschriften

(1) Ordnungswidrig handelt, wer eine in § 95 Abs. 1 Nr. 1 oder 2 oder Abs. 2 Nr. 1 Buchstabe b bezeichnete Handlung fahrlässig begeht.

(2) Ordnungswidrig handelt, wer

1. entgegen § 4 Abs. 5 Satz 1 einen Nachweis nicht führt,
2. entgegen § 13 Abs. 1 Satz 2 sich der polizeilichen Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs nicht unterzieht oder
3. entgegen § 48 Abs. 1 oder 3 Satz 1 eine dort genannte Urkunde oder Unterlage nicht oder nicht rechtzeitig vorlegt, nicht oder nicht rechtzeitig aushändigt oder nicht oder nicht rechtzeitig überlässt.

(3) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. einer vollziehbaren Auflage nach § 12 Abs. 2 Satz 2 oder Abs. 4 oder einer räumlichen Beschränkung nach § 61 Abs. 1 zuwiderhandelt,
2. entgegen § 13 Abs. 1 außerhalb einer zugelassenen Grenzübergangsstelle oder außerhalb der festgesetzten Verkehrsstunden einreist oder ausreist oder einen Pass oder Passersatz nicht mitführt,
3. einer vollziehbaren Anordnung nach § 46 Abs. 1 oder § 61 Abs. 1 zuwiderhandelt,
4. entgegen § 80 Abs. 4 einen der dort genannten Anträge nicht stellt oder
5. einer Rechtsverordnung nach § 99 Abs. 1 Nr. 6 oder 8 zuwiderhandelt, soweit sie für einen bestimmten Tatbestand auf diese Bußgeldvorschrift verweist.

(4) In den Fällen des Absatzes 2 Nr. 2 und des Absatzes 3 Nr. 2 kann der Versuch der Ordnungswidrigkeit geahndet werden.

(5) Die Ordnungswidrigkeit kann in den Fällen des Absatzes 2 Nr. 2 mit einer Geldbuße bis zu fünftausend Euro, in den Fällen der Absätze 1 und 2 Nr. 1 und 3 und des Absatzes 3 Nr. 2 mit einer Geldbuße bis zu dreitausend Euro und in den übrigen Fällen mit einer Geldbuße bis zu tausend Euro geahndet werden.

(6) Artikel 31 Abs. 1 des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge bleibt unberührt.

Kapitel 10 Verordnungsermächtigungen; Übergangs- und Schlussvorschriften

§ 99

Verordnungsermächtigung

(1) Das Bundesministerium des Innern wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates

1. zur Erleichterung des Aufenthalts von Ausländern Befreiungen vom Erfordernis des Aufenthaltstitels vorzusehen,
2. zu bestimmen, dass der Aufenthaltstitel vor der Einreise bei der Ausländerbehörde oder nach der Einreise eingeholt werden kann,
3. zu bestimmen, in welchen Fällen die Erteilung eines Visums der Zustimmung der Ausländerbehörde bedarf, um die Mitwirkung anderer beteiligter Behörden zu sichern,

4. Ausländer, deren Übernahme gesichert ist, von der Passpflicht zu befreien,

5. andere amtliche Ausweise als Passersatz einzuführen oder zuzulassen,

6. zu bestimmen, dass zur Wahrung von Interessen der Bundesrepublik Deutschland Ausländer, die vom Erfordernis des Aufenthaltstitels befreit sind und Ausländer, die mit einem Visum einreisen, bei oder nach der Einreise der Ausländerbehörde oder einer sonstigen Behörde den Aufenthalt anzuzeigen haben,

7. zu bestimmen, dass Ausländern, die einen Pass oder Passersatz weder besitzen noch in zumutbarer Weise erlangen können, ein Reisedokument als Passersatz ausgestellt, die Berechtigung zur Rückkehr in das Bundesgebiet bescheinigt und für den Grenzübertritt eine Ausnahme von der Passpflicht erteilt werden kann,

8. die ausweisrechtlichen Pflichten von Ausländern, die sich im Bundesgebiet aufhalten, hinsichtlich der Ausstellung und Verlängerung, des Verlustes und des Wiederauffindens sowie der Vorlage und der Abgabe eines Passes, Passersatzes und Ausweisersatzes zu regeln,

9. den Inhalt des Registers nach § 24 Abs. 1 Satz 2 sowie das Verfahren der Verlegung des Wohnsitzes von Ausländern, denen vorübergehender Schutz gewährt wird, in einen anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union zu regeln,

10. die Muster und Ausstellungsmodalitäten für die bei der Ausführung dieses Gesetzes zu verwendenden Vordrucke sowie die Aufnahme und die Einbringung von Merkmalen in verschlüsselter Form nach § 78 Abs. 3 nach Maßgabe der gemeinschaftsrechtlichen Regelungen und nach § 78 Abs. 6 und 7 festzulegen und

11. zu bestimmen, dass die

- a) Meldebehörden,
- b) Staatsangehörigkeitsbehörden,
- c) Pass- und Personalausweisbehörden,
- d) Sozial- und Jugendämter,
- e) Justiz-, Polizei- und Ordnungsbehörden,
- f) Arbeitsämter,
- g) Finanz- und Hauptzollämter und
- h) Gewerbebehörden

ohne Ersuchen den Ausländerbehörden personenbezogene Daten von Ausländern, Amtshandlungen und sonstige Maßnahmen gegenüber Ausländern und sonstige Erkenntnisse über Ausländer mitzuteilen haben, soweit diese Angaben zur Erfüllung der Aufgaben der Ausländerbehörden nach diesem Gesetz und nach ausländerrechtlichen Bestimmungen in anderen Gesetzen erforderlich sind; die Rechtsverordnung bestimmt Art und Umfang der Daten, die Maßnahmen und die sonstigen Erkenntnisse, die zu übermitteln sind.

(2) Das Bundesministerium des Innern wird ferner ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates zu bestimmen, dass

1. jede Ausländerbehörde eine Datei über Ausländer führt, die sich in ihrem Bezirk aufhalten oder aufgehalten haben, die bei ihr einen Antrag gestellt oder Einreise und Aufenthalt angezeigt haben und für und gegen die sie eine ausländerrechtliche Maßnahme oder Entscheidung getroffen hat,
2. die Auslandsvertretungen eine Datei über die erteilten Visa führen und
3. die mit der Ausführung dieses Gesetzes betrauten Behörden eine sonstige zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderliche Datei führen.

Nach Satz 1 Nr. 1 und 2 werden erfasst die Personalien einschließlich der Staatsangehörigkeit und der Anschrift des Ausländers, Angaben zum Pass, über ausländerrechtliche Maßnahmen und über die Erfassung im Ausländerzentralregister sowie über frühere Anschriften des Ausländers, die zuständige Ausländerbehörde und die Abgabe von Akten an eine andere Ausländerbehörde. Die Befugnis der Ausländerbehörden, weitere personenbezogene Daten zu speichern, richtet sich nach den datenschutzrechtlichen Bestimmungen der Länder.

(3) Das Bundesministerium des Innern kann Rechtsverordnungen nach Absatz 1 Nr. 1 und 2 soweit es zur Erfüllung einer zwischenstaatlichen Vereinbarung oder zur Wahrung öffentlicher Interessen erforderlich ist, ohne Zustimmung des Bundesrates erlassen und ändern. Eine Rechtsverordnung nach Satz 1 tritt spätestens drei Monate nach ihrem Inkrafttreten außer Kraft. Ihre Geltungsdauer kann durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates verlängert werden.

(4) Die Landesregierungen werden ermächtigt, durch Rechtsverordnung die Stelle nach § 25 Abs. 5 zu bestimmen. Die Rechtsverordnung muss die Zusammensetzung der Stelle und das Verfahren regeln.

§ 100

Sprachliche Anpassung

Das Bundesministerium des Innern kann durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates die in diesem Gesetz verwendeten Personenbezeichnungen, soweit dies ohne Änderung des Regelungsinhalts möglich und sprachlich sachgerecht ist, durch geschlechtsneutrale oder durch maskuline und feminine Personenbezeichnungen ersetzen und die dadurch veranlassten sprachlichen Anpassungen vornehmen. Das Bundesministerium des Innern kann nach Erlass einer Verordnung nach Satz 1 den Wortlaut dieses Gesetzes im Bundesgesetzblatt bekannt machen.

§ 101

Fortgeltung bisheriger Aufenthaltsrechte

(1) Eine vor dem [Einsetzen: Datum des Inkrafttretens nach Artikel 15 Abs. 3] erteilte Aufenthaltsberechtigung oder unbefristete Aufenthaltserlaubnis gilt fort als Niederlassungserlaubnis entsprechend dem ihrer Erteilung zu Grunde liegenden Aufenthaltswitz und Sachverhalt. Eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis, die nach § 1 Abs. 3 des Gesetzes über Maßnahmen für im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommene Flüchtlinge vom 22. Juli 1980 (BGBl. I S. 1057) oder in entsprechender Anwendung des vorgenannten Gesetzes erteilt worden ist, und eine anschlie-

ßend erteilte Aufenthaltsberechtigung gelten fort als Niederlassungserlaubnis nach § 23 Abs. 2.

(2) Die übrigen Aufenthaltsgenehmigungen gelten fort als Aufenthaltserlaubnisse entsprechend dem ihrer Erteilung zu Grunde liegenden Aufenthaltswitz und Sachverhalt.

§ 102

Fortgeltung sonstiger ausländerrechtlicher Maßnahmen und Anrechnung

(1) Die vor dem [Einsetzen: Datum des Inkrafttretens nach Artikel 15 Abs. 3] getroffenen sonstigen ausländerrechtlichen Maßnahmen, insbesondere zeitliche und räumliche Beschränkungen, Bedingungen und Auflagen, Verbote und Beschränkungen der politischen Betätigung sowie Ausweisungen, Abschiebungsandrohungen, Aussetzungen der Abschiebung und Abschiebungen einschließlich ihrer Rechtsfolgen und der Befristung ihrer Wirkungen sowie begünstigende Maßnahmen, die Anerkennung von Pässen und Passersatzpapieren und Befreiungen von der Passpflicht, Entscheidungen über Kosten und Gebühren, bleiben wirksam. Ebenso bleiben Maßnahmen und Vereinbarungen im Zusammenhang mit Sicherheitsleistungen wirksam, auch wenn sie sich ganz oder teilweise auf Zeiträume nach Inkrafttreten dieses Gesetzes beziehen.

(2) Auf die Frist für die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis nach § 26 Abs. 4 wird die Zeit des Besitzes einer Aufenthaltsbefugnis oder einer Duldung vor dem [Einsetzen: Datum des Inkrafttretens nach Artikel 15 Abs. 3] angerechnet.

§ 103

Anwendung bisherigen Rechts

Für Personen, die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes gemäß § 1 des Gesetzes über Maßnahmen für im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommene Flüchtlinge vom 22. Juli 1980 (BGBl. I S. 1057), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 29. Oktober 1997 (BGBl. I S. 2584) geändert worden ist, die Rechtsstellung nach den Artikeln 2 bis 34 des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge genießen, finden die §§ 2a und 2b des Gesetzes über Maßnahmen für im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommene Flüchtlinge in der bis zum [Einsetzen: Datum des Inkrafttretens nach Artikel 15 Abs. 3] geltenden Fassung weiter Anwendung. In diesen Fällen gilt § 52 Abs. 1 Nr. 4 entsprechend.

§ 104

Übergangsregelungen

(1) Über vor dem [Einsetzen: Datum des Inkrafttretens nach Artikel 15 Abs. 3] gestellte Anträge auf Erteilung einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis oder einer Aufenthaltsberechtigung ist nach dem bis zu diesem Zeitpunkt geltenden Recht zu entscheiden. § 101 Abs. 1 gilt entsprechend.

(2) Bei Ausländern, die vor dem [Einsetzen: Datum des Inkrafttretens nach Artikel 15 Abs. 3] im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis oder Aufenthaltsbefugnis sind, ist es bei der Entscheidung über die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis hinsichtlich der sprachlichen Kenntnisse nur erforderlich, dass sie sich auf einfache Art in deutscher Sprache

mündlich verständigen können. § 9 Abs. 2 Nr. 3 und 8 findet keine Anwendung.

(3) Bei Ausländern, die sich vor dem [Einsetzen: Datum des Inkrafttretens nach Artikel 15 Abs. 3] rechtmäßig in Deutschland aufhalten, gilt hinsichtlich der vor diesem Zeitpunkt geborenen Kinder für den Nachzug § 20 des Ausländergesetzes in der zuletzt gültigen Fassung, es sei denn, das Aufenthaltsgesetz gewährt eine günstigere Rechtsstellung.

(4) Dem volljährigen ledigen Kind eines Ausländers, bei dem bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes unanfechtbar das Vorliegen der Voraussetzungen des § 51 Abs. 1 des Ausländergesetzes festgestellt wurde, wird in entsprechender Anwendung des § 25 Abs. 2 eine Aufenthaltserlaubnis erteilt, wenn das Kind zum Zeitpunkt der Asylantragstellung des Ausländers minderjährig war und sich mindestens seit der Unanfechtbarkeit der Feststellung der Voraussetzungen des § 51 Abs. 1 des Ausländergesetzes im Bundesgebiet aufhält und seine Integration zu erwarten ist. Die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis kann versagt werden, wenn das Kind in den letzten drei Jahren wegen einer vorsätzlichen Straftat zu einer Jugend- oder Freiheitsstrafe von mindestens sechs Monaten oder einer Geldstrafe von mindestens 180 Tagesstrafen verurteilt worden ist.

§ 105

Fortgeltung von Arbeitsgenehmigungen

(1) Eine vor Inkrafttreten dieses Gesetzes erteilte Arbeitserlaubnis behält ihre Gültigkeit bis zum Ablauf ihrer Geltungsdauer. Wird ein Aufenthaltstitel nach diesem Gesetz erteilt, gilt die Arbeitserlaubnis als Zustimmung der Bundesanstalt für Arbeit zur Aufnahme einer Beschäftigung. Die in der Arbeitserlaubnis enthaltenen Maßgaben sind in den Aufenthaltstitel zu übernehmen.

(2) Eine vor Inkrafttreten dieses Gesetzes erteilte Arbeitsberechtigung gilt als uneingeschränkte Zustimmung der Bundesanstalt für Arbeit zur Aufnahme einer Beschäftigung.

§ 106

Einschränkung von Grundrechten

(1) Die Grundrechte der körperlichen Unversehrtheit (Artikel 2 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes) und der Freiheit der Person (Artikel 2 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes) werden nach Maßgabe dieses Gesetzes eingeschränkt.

(2) Das Verfahren bei Freiheitsentziehungen richtet sich nach dem Gesetz über das gerichtliche Verfahren bei Freiheitsentziehungen. Ist über die Fortdauer der Abschiebungshaft zu entscheiden, so kann das Amtsgericht das Verfahren durch unanfechtbaren Beschluss an das Gericht abgeben, in dessen Bezirk die Abschiebungshaft vollzogen wird.

§ 107

Stadtstaatenklausel

Die Senate der Länder Berlin, Bremen und Hamburg werden ermächtigt, die Vorschriften dieses Gesetzes über die Zuständigkeit von Behörden dem besonderen Verwaltungsaufbau ihrer Länder anzupassen.

Artikel 2

Gesetz über die allgemeine Freizügigkeit von Unionsbürgern (Freizügigkeitsgesetz/EU – FreizügG/EU)

§ 1

Anwendungsbereich

Dieses Gesetz regelt die Einreise und den Aufenthalt von Staatsangehörigen anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union (Unionsbürger) und ihrer Familienangehörigen.

§ 2

Recht auf Einreise und Aufenthalt

(1) Freizügigkeitsberechtigte Unionsbürger und ihre Familienangehörigen haben das Recht auf Einreise und Aufenthalt nach Maßgabe dieses Gesetzes.

(2) Gemeinschaftsrechtlich freizügigkeitsberechtigt sind:

1. Unionsbürger, die sich als Arbeitnehmer, zur Arbeitssuche oder zur Berufsausbildung aufhalten wollen,
2. Unionsbürger, wenn sie zur Ausübung einer selbständigen Erwerbstätigkeit berechtigt sind (niedergelassene selbständige Erwerbstätige),
3. Unionsbürger, die, ohne sich niederzulassen, als selbständige Erwerbstätige Dienstleistungen im Sinne des Artikels 50 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft erbringen wollen (Erbringer von Dienstleistungen), wenn sie zur Erbringung der Dienstleistung berechtigt sind,
4. Unionsbürger als Empfänger von Dienstleistungen,
5. Verbleibeberechtigte im Sinne der Verordnung (EWG) Nr. 1251/70 der Kommission vom 29. Juni 1970 über das Recht der Arbeitnehmer, nach Beendigung einer Beschäftigung im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates zu verbleiben (ABl. EG L 142 S. 24, ber. ABl. EG 1975 L 324 S. 31) und der Richtlinie 75/34/EWG des Rates vom 17. Dezember 1974 über das Recht der Staatsangehörigen eines Mitgliedstaates, nach Beendigung der Ausübung einer selbständigen Tätigkeit im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaates zu verbleiben (ABl. EG Nr. L 14 S. 10),
6. nicht erwerbstätige Unionsbürger unter den Voraussetzungen des § 4,
7. Familienangehörige unter den Voraussetzungen der §§ 3 und 4.

(3) Vorübergehende Arbeitsunfähigkeit infolge Krankheit oder Unfalls lassen das Recht nach § 2 Abs. 1 unberührt. Dies gilt auch für die vom zuständigen Arbeitsamt bestätigten Zeiten unfreiwilliger Arbeitslosigkeit eines Arbeitnehmers sowie für Zeiten der Einstellung einer selbständigen Tätigkeit infolge von Umständen, auf die der Selbständige keinen Einfluss hatte.

(4) Unionsbürger bedürfen für die Einreise keines Visums und für den Aufenthalt keines Aufenthaltstitels. Familienangehörige, die nicht Unionsbürger sind, bedürfen für die Einreise eines Visums, sofern eine Rechtsvorschrift dies vorsieht.

(5) Unionsbürger, ihre Ehegatten oder Lebenspartner und ihre unterhaltsberechtigten Kinder, die sich seit fünf Jahren ständig rechtmäßig im Bundesgebiet aufgehalten haben, haben unabhängig vom weiteren Vorliegen der Freizügigkeitsvoraussetzungen das Recht auf Einreise und Aufenthalt. Für Kinder unter 16 Jahren gilt dies nur, wenn ein Erziehungsberechtigter sich rechtmäßig im Bundesgebiet aufhält.

(6) Für die Erteilung der Bescheinigung über das Aufenthaltsrecht, der Aufenthaltserlaubnis-EU und des Visums werden keine Gebühren erhoben.

§ 3

Familienangehörige

(1) Familienangehörige der in § 2 Abs. 2 Nr. 1 bis 3 genannten Personen haben das Recht nach § 2 Abs. 1, wenn sie bei der freizügigkeitsberechtigten Person, deren Familienangehörige sie sind, Wohnung nehmen. Familienangehörige der in § 2 Abs. 2 Nr. 4 und 5 genannten Personen haben das Recht nach § 2 Abs. 1, letztere nach Maßgabe der Absätze 4 und 5.

(2) Familienangehörige im Sinne des Absatzes 1 sind

1. der Ehegatte und die Verwandten in absteigender Linie, die noch nicht 21 Jahre alt sind,
2. die Verwandten in aufsteigender und in absteigender Linie der in Absatz 1 genannten Personen oder ihrer Ehegatten, denen diese Personen oder ihre Ehegatten Unterhalt gewähren.

(3) Familienangehörige eines verstorbenen Erwerbstätigen (§ 2 Abs. 2 Nr. 1 bis 3), die im Zeitpunkt seines Todes bei ihm ihren ständigen Aufenthalt hatten, haben das Recht nach § 2 Abs. 1, wenn

1. der Erwerbstätige sich im Zeitpunkt seines Todes seit mindestens zwei Jahren ständig im Geltungsbereich dieses Gesetzes aufgehalten hat oder
2. der Erwerbstätige infolge eines Arbeitsunfalls oder einer Berufskrankheit gestorben ist oder
3. der überlebende Ehegatte des Erwerbstätigen Deutscher im Sinne von Artikel 116 des Grundgesetzes ist oder diese Rechtsstellung durch Eheschließung mit dem Erwerbstätigen bis zum 31. März 1953 verloren hat.

Der ständige Aufenthalt im Sinne von Nummer 1 wird durch vorübergehende Abwesenheit bis zu insgesamt drei Monaten im Jahr oder durch längere Abwesenheit zur Ableistung des Wehrdienstes oder eines Ersatzdienstes nicht berührt.

(4) Familienangehörige eines Verbleibeberechtigten (§ 2 Abs. 2 Nr. 5) oder eines verstorbenen Verbleibeberechtigten, die bereits bei Entstehen seines Verbleiberechts ihren ständigen Aufenthalt bei ihm hatten, haben das Recht nach § 2 Abs. 1.

(5) Das Recht der Familienangehörigen nach den Absätzen 3 und 4 muss binnen zwei Jahren nach seinem Entstehen ausgeübt werden. Es wird nicht beeinträchtigt, wenn sie das Bundesgebiet während dieser Frist verlassen.

(6) Auf die Einreise und den Aufenthalt des nicht freizügigkeitsberechtigten Lebenspartners einer nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 bis 5 zur Einreise und zum Aufenthalt berechtigten

Person sind die für den Lebenspartner eines Deutschen geltenden Vorschriften des Aufenthaltsgesetzes anzuwenden.

§ 4

Nicht erwerbstätige Freizügigkeitsberechtigte

Nicht erwerbstätige Unionsbürger und ihre Familienangehörigen, die bei dem nicht erwerbstätigen Freizügigkeitsberechtigten ihre Wohnung nehmen, haben das Recht nach § 2 Abs. 1, wenn sie über ausreichenden Krankenversicherungsschutz und ausreichende Existenzmittel verfügen. Familienangehörige im Sinne dieser Vorschrift sind:

1. der Ehegatte und die Kinder, denen Unterhalt geleistet wird,
2. die sonstigen Verwandten in absteigender und aufsteigender Linie sowie die sonstigen Verwandten des Ehegatten in aufsteigender Linie, denen Unterhalt geleistet wird, sowie der Lebenspartner.

Abweichend von Satz 1 haben als Familienangehörige eines Studenten nur der Ehegatte, der Lebenspartner und die unterhaltsberechtigten Kinder das Recht nach § 2 Abs. 1.

§ 5

Bescheinigung über das gemeinschaftsrechtliche Aufenthaltsrecht, Aufenthaltserlaubnis-EU

(1) Freizügigkeitsberechtigten Unionsbürgern und ihren Familienangehörigen mit Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Union wird von Amts wegen eine Bescheinigung über das Aufenthaltsrecht erteilt.

(2) Familienangehörigen, die nicht Unionsbürger sind, wird von Amts wegen eine Aufenthaltserlaubnis-EU erteilt.

(3) Die zuständige Ausländerbehörde kann verlangen, dass die Voraussetzungen des Rechts nach § 2 Abs. 1 innerhalb angemessener Fristen glaubhaft gemacht werden. Die Angaben können bei der meldebehördlichen Anmeldung gegenüber der zuständigen Meldebehörde gemacht werden. Diese leitet die Angaben an die zuständige Ausländerbehörde weiter. Eine darüber hinausgehende Verarbeitung oder Nutzung durch die Meldebehörde erfolgt nicht.

(4) Der Fortbestand der Erteilungsvoraussetzungen kann aus besonderem Anlass überprüft werden.

(5) Sind die Voraussetzungen des Rechts nach § 2 Abs. 1 innerhalb von fünf Jahren nach Begründung des ständigen Aufenthalts im Bundesgebiet entfallen, kann der Verlust des Rechts nach § 2 Abs. 1 festgestellt und die Bescheinigung über das gemeinschaftsrechtliche Aufenthaltsrecht eingezogen und die Aufenthaltserlaubnis-EU widerrufen werden. § 3 Abs. 3 Satz 2 gilt entsprechend.

§ 6

Verlust des Rechts auf Einreise und Aufenthalt

(1) Der Verlust des Rechts nach § 2 Abs. 1 kann unbeschadet des § 5 Abs. 5 nur aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit (Artikel 39 Abs. 3, Artikel 46 Abs. 1 des Vertrages über die Europäische Gemeinschaft) festgestellt und die Bescheinigung über das gemeinschaftsrechtliche Aufenthaltsrecht eingezogen und die Aufenthaltserlaubnis-EU widerrufen werden. Aus den in

Satz 1 genannten Gründen kann auch die Einreise verweigert werden.

(2) Die Tatsache einer strafrechtlichen Verurteilung genügt für sich allein nicht, um die in Absatz 1 genannten Entscheidungen oder Maßnahmen zu begründen. Es dürfen nur im Bundeszentralregister noch nicht getilgte strafrechtliche Verurteilungen und diese nur insoweit berücksichtigt werden, als die ihnen zu Grunde liegenden Umstände ein persönliches Verhalten erkennen lassen, das eine gegenwärtige Gefährdung der öffentlichen Ordnung darstellt. Es muss eine tatsächliche und hinreichend schwere Gefährdung vorliegen, die ein Grundinteresse der Gesellschaft berührt.

(3) Der Verlust des Rechts auf Einreise und Aufenthalt kann nach ständigem rechtmäßigen Aufenthalt im Bundesgebiet von mehr als fünf Jahren Dauer nur noch aus besonders schwer wiegenden Gründen festgestellt werden.

(4) Die in den Absätzen 1 und 3 genannten Entscheidungen oder Maßnahmen dürfen nicht zu wirtschaftlichen Zwecken getroffen werden.

(5) Wird der Pass, Personalausweis oder sonstige Passersatz ungültig, so kann dies die Aufenthaltsbeendigung nicht begründen.

(6) Vor der Feststellung nach Absatz 1 soll der Betroffene persönlich angehört werden. Die Feststellung bedarf der Schriftform.

§ 7

Ausreisepflicht

(1) Unionsbürger sind ausreisepflichtig, wenn die Ausländerbehörde unanfechtbar festgestellt hat, dass das Recht auf Einreise und Aufenthalt nicht besteht. Familienangehörige, die nicht Unionsbürger sind, sind ausreisepflichtig, wenn die Ausländerbehörde die Aufenthaltserlaubnis-EU unanfechtbar widerrufen oder zurückgenommen hat. In dem Bescheid soll die Abschiebung angedroht und eine Ausreisefrist gesetzt werden. Außer in dringenden Fällen muss die Frist, falls eine Aufenthaltserlaubnis-EU oder eine Bescheinigung über das gemeinschaftsrechtliche Aufenthaltsrecht noch nicht erteilt ist, mindestens 15 Tage, in den übrigen Fällen mindestens einen Monat betragen.

(2) Unionsbürger und ihre Familienangehörigen, die ihr Freizügigkeitsrecht nach § 6 Abs. 1 oder 3 verloren haben, dürfen nicht erneut in das Bundesgebiet einreisen und sich darin aufhalten. Das Verbot nach Satz 1 wird befristet. Die Frist beginnt mit der Ausreise.

§ 8

Ausweispflicht

Unionsbürger und ihre Familienangehörigen sind verpflichtet,

1. bei der Einreise in das Bundesgebiet einen Pass oder anerkannten Passersatz
 - a) mit sich zu führen und
 - b) einem zuständigen Beamten auf Verlangen zur Prüfung auszuhändigen,
2. für die Dauer des Aufenthalts im Bundesgebiet den erforderlichen Pass oder Passersatz zu besitzen,

3. den Pass oder Passersatz sowie die Bescheinigung über das gemeinschaftsrechtliche Aufenthaltsrecht und die Aufenthaltserlaubnis-EU den mit der Ausführung dieses Gesetzes betrauten Behörden vorzulegen, auszuhändigen und vorübergehend zu überlassen, soweit dies zur Durchführung oder Sicherung von Maßnahmen nach diesem Gesetz erforderlich ist.

§ 9

Strafvorschriften

Mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer entgegen § 7 Abs. 2 Satz 1 in das Bundesgebiet einreist oder sich darin aufhält.

§ 10

Bußgeldvorschriften

(1) Ordnungswidrig handelt, wer entgegen § 8 Nr. 1 Buchstabe b einen Pass oder Passersatz nicht oder nicht rechtzeitig aushändigt.

(2) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder leichtfertig entgegen § 8 Nr. 2 einen Pass oder Passersatz nicht besitzt.

(3) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen § 8 Nr. 1 Buchstabe a einen Pass oder Passersatz nicht mit sich führt.

(4) Die Ordnungswidrigkeit kann in den Fällen der Absätze 1 und 3 mit einer Geldbuße bis zu zweitausendfünfhundert Euro, in den übrigen Fällen mit einer Geldbuße bis zu tausend Euro geahndet werden.

(5) Verwaltungsbehörden im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten sind in den Fällen der Absätze 1 und 3 die Grenzschutzämter.

§ 11

Anwendung des Aufenthaltsgesetzes

(1) Auf Unionsbürger und ihre Familienangehörigen, die nach § 2 Abs. 1 oder Abs. 5 das Recht auf Einreise und Aufenthalt haben, finden § 3 Abs. 2, § 11 Abs. 2, die §§ 13, 14 Abs. 2, die §§ 36, 44 Abs. 3, § 46 Abs. 2, § 50 Abs. 3 bis 7, § 74 Abs. 2, die §§ 77, 80, 85, 86 bis 88, 90, 91, 96, 97 und 99 des Aufenthaltsgesetzes entsprechende Anwendung. Das Aufenthaltsgesetz findet auch dann Anwendung, wenn es eine günstigere Rechtsstellung vermittelt als dieses Gesetz.

(2) Hat die Ausländerbehörde das Nichtbestehen oder den Verlust des Rechts nach § 2 Abs. 1 oder des Rechts nach § 2 Abs. 5 festgestellt, findet das Aufenthaltsgesetz Anwendung, sofern dieses Gesetz keine besonderen Regelungen trifft.

(3) Zeiten des rechtmäßigen Aufenthalts nach diesem Gesetz unter fünf Jahren entsprechen den Zeiten des Besitzes einer Aufenthaltserlaubnis, Zeiten über fünf Jahren dem Besitz einer Niederlassungserlaubnis.

§ 12

Staatsangehörige der EWR-Staaten

Dieses Gesetz gilt auch für Staatsangehörige der EWR-Staaten und ihre Familienangehörigen im Sinne dieses Gesetzes.

Artikel 3**Änderung des Asylverfahrensgesetzes**

Das Asylverfahrensgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juli 1993 (BGBl. I S. 1361), zuletzt geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 9. Januar 2002 (BGBl. I S. 361), wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

- a) Im Ersten Abschnitt werden die Angabe zu § 6 durch die Angabe „(weggefallen)“ ersetzt und nach § 11 die Angabe „§ 11a Vorübergehende Aussetzung von Entscheidungen“ eingefügt.
- b) Im Zweiten Abschnitt werden nach § 14 die Angabe „§ 14a Familieneinheit“ eingefügt und die Angabe zu § 26 durch die Angabe „Familienasyl und Familienabschiebungsschutz“ ersetzt, nach der Angabe zu § 32 werden die Wörter „oder Verzicht“ angefügt und die Angaben zu den §§ 41, 43a und 43b werden jeweils durch die Angabe „(weggefallen)“ ersetzt.
- c) Die Angaben zum Vierten Abschnitt werden wie folgt geändert:
 - aa) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

„Vierter Abschnitt
Recht des Aufenthalts während des
Asylverfahrens“.
 - bb) Die Angaben „Erster Unterabschnitt. Aufenthalt während des Asylverfahrens“ und „Zweiter Unterabschnitt. Aufenthalt nach Abschluss des Asylverfahrens“ werden gestrichen.
 - cc) Die Angaben zu den §§ 68, 69 und 70 werden jeweils durch die Angabe „(weggefallen)“ ersetzt.
- d) Nach der Angabe zu § 73 wird folgende Angabe eingefügt:

„§ 73a Ausländische Anerkennung als Flüchtling“.
- e) Im Neunten Abschnitt werden nach der Angabe zu § 87a die Angabe „§ 87b Übergangsvorschrift aus Anlass der am [Einsetzen: Datum des Inkrafttretens nach Artikel 15 Abs. 2] in Kraft getretenen Änderungen“ eingefügt und die Angabe zu § 90 durch die Angabe „(weggefallen)“ ersetzt.

2. § 1 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 wird die Angabe „§ 51 Abs. 1 des Ausländergesetzes“ durch die Angabe „§ 60 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.
- b) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Dieses Gesetz gilt nicht für heimatlose Ausländer im Sinne des Gesetzes über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer im Bundesgebiet in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 243-1, veröffentlichten bereinigten Fassung in der jeweils geltenden Fassung.“

3. In § 3 werden nach dem Wort „Bundesamt“ die Wörter „für Migration und Flüchtlinge“ eingefügt sowie die An-

gabe „§ 51 Abs. 1 des Ausländergesetzes“ durch die Angabe „§ 60 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.

4. § 5 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Über Asylanträge einschließlich der Feststellungen, ob die Voraussetzungen des § 60 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes vorliegen, entscheidet das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.“
- b) Absatz 2 wird aufgehoben.
- c) Die bisherigen Absätze 3, 4 und 5 werden die Absätze 2, 3 und 4.

5. § 6 wird aufgehoben.

6. Dem § 7 Abs. 1 wird folgender Satz angefügt:

„Daten im Sinne des § 3 Abs. 9 des Bundesdatenschutzgesetzes sowie entsprechender Vorschriften der Datenschutzgesetze der Länder dürfen erhoben werden, soweit dies im Einzelfall zur Aufgabenerfüllung erforderlich ist.“

7. § 8 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 wird das Wort „Ausländergesetzes“ durch das Wort „Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.
 - bb) In Satz 3 wird die Angabe „§ 77 Abs. 1 bis 3 des Ausländergesetzes“ durch die Angabe „§ 88 Abs. 1 bis 3 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.
- b) Nach Absatz 4 wird folgender Absatz 5 angefügt:

„(5) Die Regelung des § 20 Abs. 5 des Bundesdatenschutzgesetzes sowie entsprechende Vorschriften der Datenschutzgesetze der Länder finden keine Anwendung.“

8. Nach § 11 wird folgender § 11a eingefügt:

„§ 11a
Vorübergehende Aussetzung von Entscheidungen

Das Bundesministerium des Innern kann Entscheidungen des Bundesamtes nach diesem Gesetz zu bestimmten Herkunftsländern für die Dauer von sechs Monaten vorübergehend aussetzen, wenn die Beurteilung der asyl- und abschiebungsrelevanten Lage besonderer Aufklärung bedarf. Die Aussetzung nach Satz 1 kann verlängert werden.“

9. § 14 wird wie folgt geändert:

- a) Dem Absatz 1 werden folgende Sätze angefügt:

„Der Ausländer ist vor der Antragstellung schriftlich und gegen Empfangsbestätigung darauf hinzuweisen, dass nach Rücknahme oder unanfechtbarer Ablehnung seines Asylantrages die Erteilung eines Aufenthaltstitels gemäß § 10 Abs. 3 des Aufenthaltsgesetzes Beschränkungen unterliegt. In Fällen des Absatzes 2 Satz 1 Nr. 2 ist der Hinweis unverzüglich nachzuholen.“
- b) In Absatz 2 Satz 1 Nr. 1 werden die Wörter „eine Aufenthaltsgenehmigung“ durch die Wörter „einen Aufenthaltstitel“ ersetzt.
- c) Absatz 3 wird aufgehoben.

- d) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 3 und in Satz 1 wie folgt geändert:
- aa) In Nummer 3 wird die Angabe „§ 57 Abs. 1 des Ausländergesetzes“ durch die Angabe „§ 62 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.
- bb) In Nummer 4 wird die Angabe „§ 57 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 des Ausländergesetzes“ durch die Angabe „§ 62 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.
- cc) In Nummer 5 wird die Angabe „§ 57 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 bis 5 des Ausländergesetzes“ durch die Angabe „§ 62 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 bis 5 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.

10. Nach § 14 wird folgender § 14a eingefügt:

„§ 14a
Familieneinheit

(1) Mit der Asylantragstellung nach § 14 gilt ein Asylantrag auch für jedes Kind des Ausländers als gestellt, das ledig ist, das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet hat und sich zu diesem Zeitpunkt im Bundesgebiet aufhält, ohne im Besitz eines Aufenthaltstitels zu sein, wenn es zuvor noch keinen Asylantrag gestellt hatte.

(2) Reist ein lediges, unter 16 Jahre altes Kind des Ausländers nach dessen Asylantragstellung ins Bundesgebiet ein oder wird es hier geboren, so ist dies dem Bundesamt unverzüglich anzuzeigen, wenn ein Elternteil eine Aufenthaltsgestattung besitzt oder sich nach Abschluss seines Asylverfahrens ohne Aufenthaltstitel oder mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 6 Satz 1 des Aufenthaltsgesetzes im Bundesgebiet aufhält. Die Anzeigepflicht obliegt neben dem Vertreter des Kindes im Sinne von § 12 Abs. 3 auch der Ausländerbehörde. Mit Zugang der Anzeige beim Bundesamt gilt ein Asylantrag für das Kind als gestellt.

(3) Der Vertreter des Kindes im Sinne von § 12 Abs. 3 kann jederzeit auf die Durchführung eines Asylverfahrens für das Kind verzichten, indem er erklärt, dass dem Kind keine politische Verfolgung droht.“

11. In § 15 Abs. 2 Nr. 2 werden die Wörter „eine Aufenthaltsgenehmigung“ durch die Wörter „ein Aufenthaltstitel“ ersetzt.
12. In § 19 Abs. 3 Satz 1 wird die Angabe „§ 61 Abs. 1 des Ausländergesetzes“ durch die Angabe „§ 57 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.
13. § 20 wird wie folgt gefasst:

„§ 20
Weiterleitung an eine Aufnahmeeinrichtung

(1) Der Ausländer ist verpflichtet, der Weiterleitung nach § 18 Abs. 1 oder § 19 Abs. 1 unverzüglich oder bis zu einem ihm von der Behörde genannten Zeitpunkt zu folgen.

(2) Kommt der Ausländer nach Stellung eines Asylgesuchs der Verpflichtung nach Absatz 1 vorsätzlich oder grob fahrlässig nicht nach, so gilt für einen später gestellten Asylantrag § 71 entsprechend. Abweichend von § 71 Abs. 3 Satz 3 ist eine Anhörung durchzuführen.

ren. Auf diese Rechtsfolgen ist der Ausländer von der Behörde, bei der er um Asyl nachsucht, schriftlich und gegen Empfangsbestätigung hinzuweisen. Kann der Hinweis nach Satz 3 nicht erfolgen, ist der Ausländer zu der Aufnahmeeinrichtung zu begleiten.

(3) Die Behörde, die den Ausländer an eine Aufnahmeeinrichtung weiterleitet, teilt dieser unverzüglich die Weiterleitung, die Stellung des Asylgesuchs und den erfolgten Hinweis nach Absatz 2 Satz 3 schriftlich mit. Die Aufnahmeeinrichtung unterrichtet unverzüglich, spätestens nach Ablauf einer Woche nach Eingang der Mitteilung nach Satz 1, die ihr zugeordnete Außenstelle des Bundesamtes darüber, ob der Ausländer in der Aufnahmeeinrichtung aufgenommen worden ist, und leitet ihr die Mitteilung nach Satz 1 zu.“

14. Dem § 22 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Der Ausländer ist verpflichtet, der Weiterleitung an die für ihn zuständige Aufnahmeeinrichtung nach Absatz 1 Satz 2 oder Absatz 2 unverzüglich oder bis zu einem ihm von der Aufnahmeeinrichtung genannten Zeitpunkt zu folgen. Kommt der Ausländer der Verpflichtung nach Satz 1 vorsätzlich oder grob fahrlässig nicht nach, so gilt § 20 Abs. 2 und 3 entsprechend. Auf diese Rechtsfolgen ist der Ausländer von der Aufnahmeeinrichtung schriftlich und gegen Empfangsbestätigung hinzuweisen.“

15. § 23 wird wie folgt geändert:

- a) Der bisherige Wortlaut wird Absatz 1.
- b) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 2 angefügt:

„(2) Kommt der Ausländer der Verpflichtung nach Absatz 1 vorsätzlich oder grob fahrlässig nicht nach, so gilt für einen später gestellten Asylantrag § 71 entsprechend. Abweichend von § 71 Abs. 3 Satz 3 ist eine Anhörung durchzuführen. Auf diese Rechtsfolgen ist der Ausländer von der Aufnahmeeinrichtung schriftlich und gegen Empfangsbestätigung hinzuweisen. Die Aufnahmeeinrichtung unterrichtet unverzüglich die ihr zugeordnete Außenstelle des Bundesamtes über die Aufnahme des Ausländers in der Aufnahmeeinrichtung und den erfolgten Hinweis nach Satz 3.“

16. In § 24 Abs. 2 werden die Wörter „Abschiebungshindernisse nach § 53 des Ausländergesetzes“ durch die Wörter „die Voraussetzungen für die Aussetzung der Abschiebung nach § 60 Abs. 2 bis 7 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.

17. § 26 wird wie folgt geändert:

- a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

„§ 26
Familienasyl und
Familienabschiebungsschutz“.

- b) In Absatz 1 werden nach den Wörtern „Asylberechtigten wird“ die Wörter „auf Antrag“ eingefügt.
- c) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Ein zum Zeitpunkt seiner Asylantragstellung minderjähriges lediges Kind eines Asylberechtigten wird auf Antrag als asylberechtigt anerkannt, wenn

die Anerkennung des Ausländers als Asylberechtigter unanfechtbar ist und diese Anerkennung nicht zu widerrufen oder zurückzunehmen ist. Für im Bundesgebiet nach der unanfechtbaren Anerkennung des Asylberechtigten geborene Kinder ist der Antrag innerhalb eines Jahres nach der Geburt zu stellen.“

- d) Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 4 angefügt:

„(4) Ist der Ausländer nicht als Asylberechtigter anerkannt worden, wurde für ihn aber unanfechtbar das Vorliegen der Voraussetzungen des § 60 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes festgestellt, gelten die Absätze 1 bis 3 entsprechend. An die Stelle der Asylberechtigung tritt die Feststellung, dass für den Ehegatten und die Kinder die Voraussetzungen des § 60 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes vorliegen.“

18. § 28 wird wie folgt geändert:

- a) Der bisherige Wortlaut wird Absatz 1.

- b) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 2 angefügt:

„(2) Stellt der Ausländer nach Rücknahme oder unanfechtbarer Ablehnung eines früheren Asylantrages erneut einen Asylantrag und stützt er sein Vorbringen auf Umstände im Sinne des Absatzes 1, die nach Rücknahme oder unanfechtbarer Ablehnung seines früheren Antrages entstanden sind, und liegen im Übrigen die Voraussetzungen für die Durchführung eines Folgeverfahrens vor, kann in diesem in der Regel die Feststellung, dass ihm die in § 60 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes bezeichneten Gefahren drohen, nicht mehr getroffen werden.“

19. § 30 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 wird die Angabe „§ 51 Abs. 1 des Ausländergesetzes“ durch die Angabe „§ 60 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.

- b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

- aa) In Nummer 5 wird am Ende das Wort „oder“ gestrichen.

- bb) In Nummer 6 werden die Angabe „§ 47 des Ausländergesetzes“ durch die Angabe „§§ 53, 54 des Aufenthaltsgesetzes“ und am Ende der Punkt durch das Wort „oder“ ersetzt.

- cc) Es wird folgende Nummer 7 angefügt:

„7. er für einen nach diesem Gesetz handlungsunfähigen Ausländer gestellt wird, nachdem zuvor Asylanträge der Eltern oder des allein personensorgeberechtigten Elternteils unanfechtbar abgelehnt worden sind.“

- c) In Absatz 4 wird die Angabe „§ 51 Abs. 3 des Ausländergesetzes“ durch die Angabe „§ 60 Abs. 8 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.

20. § 31 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 2 Satz 1 und 2 wird jeweils die Angabe „§ 51 Abs. 1 des Ausländergesetzes“ durch die Angabe „§ 60 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.

- b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

- aa) In Satz 1 werden die Wörter „Abschiebungshindernisse nach § 53 des Ausländergesetzes“ durch die Wörter „die Voraussetzungen des § 60 Abs. 2 bis 7 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.

- bb) In Satz 2 Nr. 2 wird die Angabe „§ 51 Abs. 1 des Ausländergesetzes“ durch die Angabe „§ 60 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.

- c) In Absatz 4 wird folgender Satz angefügt:

„In den Fällen des § 26 Abs. 1 bis 3 bleibt § 26 Abs. 4 unberührt.“

- d) In Absatz 5 wird die Angabe „§ 51 Abs. 1 und § 53 des Ausländergesetzes“ durch die Angabe „§ 60 Abs. 1 bis 7 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.

21. § 32 wird wie folgt gefasst:

„§ 32

Entscheidung bei Antragsrücknahme oder Verzicht

Im Falle der Antragsrücknahme oder des Verzichts gemäß § 14a Abs. 3 stellt das Bundesamt in seiner Entscheidung fest, dass das Asylverfahren eingestellt ist und ob die in § 60 Abs. 2 bis 7 des Aufenthaltsgesetzes bezeichneten Voraussetzungen für die Aussetzung der Abschiebung vorliegen. In den Fällen des § 33 ist nach Aktenlage zu entscheiden.“

22. § 32a wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Das Asylverfahren eines Ausländers ruht, solange ihm vorübergehender Schutz nach § 24 des Aufenthaltsgesetzes gewährt wird.“

- b) In Absatz 2 wird das Wort „Aufenthaltsbefugnis“ durch das Wort „Aufenthaltsurlaubnis“ ersetzt.

23. In § 33 Abs. 3 Satz 3 wird die Angabe „§ 51 Abs. 1, § 53 Abs. 1, 2 und 4 sowie die §§ 57 und 60 Abs. 4 des Ausländergesetzes“ durch die Angabe „§ 60 Abs. 1 bis 3 und 5 sowie § 62 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.

24. In § 34 Abs. 1 Satz 1 werden die Angabe „§§ 50 und 51 Abs. 4 des Ausländergesetzes“ durch die Angabe „§§ 59 und 60 Abs. 10 des Aufenthaltsgesetzes“ und die Wörter „keine Aufenthaltsgenehmigung“ durch die Wörter „keinen Aufenthaltstitel“ ersetzt.

25. In § 39 Abs. 2 werden die Wörter „Abschiebungshindernisse nach § 53 des Ausländergesetzes“ durch die Wörter „die Voraussetzungen des § 60 Abs. 2 bis 7 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.

26. In § 40 Abs. 1 Satz 2 werden die Wörter „eines Abschiebungshindernisses nach § 53 des Ausländergesetzes“ durch die Wörter „des Vorliegens der Voraussetzungen des § 60 Abs. 2 bis 7 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.

27. § 41 wird aufgehoben.

28. § 42 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 werden die Wörter „von Abschiebungshindernissen nach § 53 des Ausländergesetzes“ durch die Wörter „der Voraussetzungen des § 60 Abs. 2 bis 7 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.

- b) In Satz 2 werden die Wörter „des Abschiebungshindernisses nach § 53 Abs. 3 des Ausländergesetzes“ durch die Wörter „der Voraussetzungen des § 60 Abs. 4 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.
29. § 43 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 werden die Wörter „einer Aufenthaltsgenehmigung“ durch die Wörter „eines Aufenthaltstitels“ und die Angabe „§ 42 Abs. 2 Satz 2 des Ausländergesetzes“ durch die Angabe „§ 58 Abs. 2 Satz 2 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.
- b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 1 werden die Wörter „einer Aufenthaltsgenehmigung“ durch die Wörter „eines Aufenthaltstitels“ ersetzt.
- bb) In Satz 2 wird die Angabe „§ 69 des Ausländergesetzes“ durch die Angabe „§ 81 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.
- c) In Absatz 3 werden die Wörter „auch abweichend von § 55 Abs. 4 des Ausländergesetzes“ gestrichen und folgender Satz angefügt:
- „Solange der Ausländer verpflichtet ist, in einer Aufnahmeeinrichtung zu wohnen, entscheidet abweichend von Satz 1 das Bundesamt.“
30. Die §§ 43a und 43b werden aufgehoben.
31. In § 48 Nr. 2 werden nach dem Wort „ist“ die Wörter „oder das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge unanfechtbar das Vorliegen der Voraussetzungen des § 60 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes festgestellt hat“ eingefügt.
32. In § 48 Nr. 3 werden die Wörter „einer Aufenthaltsgenehmigung nach dem Ausländergesetz“ durch die Wörter „eines Aufenthaltstitels nach dem Aufenthaltsgesetz“ ersetzt.
33. In § 49 Abs. 1 werden die Wörter „nach § 32a Abs. 1 und 2 des Ausländergesetzes eine Aufenthaltsbefugnis“ durch die Wörter „eine Aufenthaltserlaubnis nach § 24 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.
34. § 50 Abs. 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:
- a) In Nummer 1 wird die Angabe „Abschiebungshindernisse nach § 53 des Ausländergesetzes“ durch die Angabe „die Voraussetzungen des § 60 Abs. 2 bis 7 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.
- b) In Nummer 2 wird das Wort „oder“ durch das Wort „hat“ und einen Punkt ersetzt.
- c) Nummer 3 wird aufgehoben.
35. Die Überschriften des Vierten Abschnitts und seines Ersten Unterabschnitts werden durch folgende Überschrift ersetzt:
- „Vierter Abschnitt
Recht des Aufenthalts während des Asylverfahrens“.
36. § 55 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:
- „(2) Mit der Stellung eines Asylantrages erlöschen eine Befreiung vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels und ein Aufenthaltstitel mit einer Gesamtgeldungsdauer bis zu sechs Monaten sowie die in § 81 Abs. 2 bis 4 des Aufenthaltsgesetzes bezeichneten Wirkungen eines Antrages auf Erteilung eines Aufenthaltstitels. § 81 Abs. 4 des Aufenthaltsgesetzes bleibt unberührt, wenn der Ausländer einen Aufenthaltstitel mit einer Gesamtgeldungsdauer von mehr als sechs Monaten besessen und dessen Verlängerung beantragt hat.“
- b) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:
- „(3) Soweit der Erwerb eines Rechtes oder die Ausübung eines Rechtes oder einer Vergünstigung von der Dauer des Aufenthalts im Bundesgebiet abhängig ist, wird die Zeit eines Aufenthaltes nach Absatz 1 nur angerechnet, wenn der Ausländer unanfechtbar als Asylberechtigter anerkannt worden ist oder das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge unanfechtbar das Vorliegen der Voraussetzungen des § 60 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes festgestellt hat.“
37. In § 58 Abs. 1 werden nach dem Wort „aufzuhalten“ ein Punkt und die Wörter „Die Erlaubnis ist zu erteilen“ eingefügt.
38. In § 59 Abs. 1 Satz 1 wird die Angabe „§ 36 des Ausländergesetzes“ durch die Angabe „§ 12 Abs. 3 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.
39. § 61 Abs. 2 wird wie folgt gefasst:
- „(2) Im Übrigen kann einem Asylbewerber, der sich seit einem Jahr gestattet im Bundesgebiet aufhält, abweichend von § 4 Abs. 3 des Aufenthaltsgesetzes die Ausübung einer Beschäftigung erlaubt werden, wenn die Bundesanstalt für Arbeit zugestimmt hat oder durch Rechtsverordnung bestimmt ist, dass die Ausübung der Beschäftigung ohne Zustimmung der Bundesanstalt für Arbeit zulässig ist. Die §§ 39 bis 42 des Aufenthaltsgesetzes gelten entsprechend.“
40. In § 63 Abs. 5 wird die Angabe „§ 56a des Ausländergesetzes“ durch die Angabe „§ 78 Abs. 7 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.
41. In § 65 Abs. 1 werden jeweils die Wörter „eine Aufenthaltsgenehmigung“ durch die Wörter „einen Aufenthaltstitel“ ersetzt.
42. In § 67 Abs. 1 Nr. 4 wird die Angabe „§ 52 des Ausländergesetzes“ durch die Angabe „§ 60 Abs. 9 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.
43. Im Vierten Abschnitt wird der Zweite Unterabschnitt „Aufenthalt nach Abschluss des Asylverfahrens“ aufgehoben.
44. § 71 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt gefasst:
- „Das Gleiche gilt für den Asylantrag eines Kindes, wenn der Vertreter nach § 14a Abs. 3 auf die Durchführung eines Asylverfahrens verzichtet hatte.“

- b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
- aa) Satz 3 wird wie folgt geändert:
- aaa) In Nummer 2 werden das Komma und das Wort „oder“ durch einen Punkt ersetzt.
- bbb) Nummer 3 wird aufgehoben.
- bb) Satz 4 wird aufgehoben.
- c) In Absatz 5 Satz 1 werden die Wörter „innerhalb von zwei Jahren“ gestrichen.
- d) In Absatz 6 Satz 2 wird die Angabe „§ 61 Abs. 1 des Ausländergesetzes“ durch die Angabe „§ 57 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.
45. § 71a wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 3 Satz 1 wird durch folgende Sätze ersetzt:
- „Während der Prüfung des Bundesamtes, ob ein weiteres Asylverfahren durchzuführen ist, gilt eine Abschiebung als ausgesetzt. § 60 Abs. 11 Satz 4 des Aufenthaltsgesetzes ist entsprechend anzuwenden.“
- b) In Absatz 4 wird die Angabe „41 bis 43a“ durch die Angabe „42 und 43“ ersetzt.
46. § 73 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 Satz 2 wird jeweils die Angabe „§ 51 Abs. 1 des Ausländergesetzes“ durch die Angabe „§ 60 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.
- b) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 2a eingefügt:
- „(2a) Die Prüfung, ob die Voraussetzungen für einen Widerruf nach Absatz 1 oder eine Rücknahme nach Absatz 2 vorliegen, hat spätestens nach Ablauf von drei Jahren nach Unanfechtbarkeit der Entscheidung zu erfolgen. Das Ergebnis ist der Ausländerbehörde mitzuteilen. Ist nach der Prüfung ein Widerruf oder eine Rücknahme nicht erfolgt, so steht eine spätere Entscheidung nach Absatz 1 oder 2 im Ermessen.“
- c) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:
- „(3) Die Entscheidung, ob die Voraussetzungen des § 60 Abs. 2, 3, 5 oder 7 des Aufenthaltsgesetzes vorliegen, ist zurückzunehmen, wenn sie fehlerhaft ist, und zu widerrufen, wenn die Voraussetzungen nicht mehr vorliegen.“
- d) In Absatz 6 wird die Angabe „§ 51 Abs. 1 des Ausländergesetzes“ durch die Angabe „§ 60 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.
47. § 76 wird wie folgt gefasst:
- „§ 76
Einzelrichter
- (1) In Streitigkeiten nach diesem Gesetz entscheidet ein Mitglied der Kammer als Einzelrichter. Dies gilt nicht, wenn nach dem vor dem [Einsetzen: Datum des Inkrafttretens nach Artikel 15 Abs. 3] geltenden Recht bereits vor der Kammer mündlich verhandelt worden ist, es sei denn, dass inzwischen ein Vorbehalts-, Teil- oder Zwischenurteil ergangen ist.

(2) Der Einzelrichter überträgt den Rechtsstreit auf die Kammer, wenn er von der Rechtsprechung der Kammer abweichen will oder wenn die Rechtssache besondere Schwierigkeiten tatsächlicher oder rechtlicher Art aufweist oder grundsätzliche Bedeutung hat.

(3) Ein Richter auf Probe darf in den ersten sechs Monaten nach seiner Ernennung nicht Einzelrichter sein.“

48. In § 80a Abs. 2 und 3 werden die Wörter „Aufenthaltsbefugnis nach § 32a des Ausländergesetzes“ jeweils durch die Wörter „Aufenthaltserteilung nach § 24 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.
49. Nach § 87a wird folgender § 87b eingefügt:
- „§ 87b
Übergangsvorschrift aus Anlass der am [Einsetzen: Datum des Inkrafttretens nach Artikel 15 Abs. 2] in Kraft getretenen Änderungen
- In gerichtlichen Verfahren nach diesem Gesetz, die vor dem [Einsetzen: Datum des Inkrafttretens nach Artikel 15 Abs. 2] anhängig geworden sind, gilt § 6 in der vor diesem Zeitpunkt geltenden Fassung weiter.“
50. § 90 wird aufgehoben.
51. In § 4 Satz 1, § 13 Abs. 1 und 2, § 34a Abs. 1 Satz 2, § 53 Abs. 2 Satz 2, § 58 Abs. 4 Satz 1, § 72 Abs. 1, § 73a Abs. 2 Satz 1, § 83b Abs. 2 Satz 1 und § 84 Abs. 1 wird die Angabe „§ 51 Abs. 1 des Ausländergesetzes“ jeweils durch die Angabe „§ 60 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.
52. In § 26a Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 und § 63 Abs. 1 werden die Wörter „einer Aufenthaltsgenehmigung“ jeweils durch die Wörter „eines Aufenthaltstitels“ ersetzt.

Artikel 4

Änderung des AZR-Gesetzes

Das AZR-Gesetz vom 2. September 1994 (BGBl. I S. 2265), zuletzt geändert durch Artikel 5 Abs. 4 des Gesetzes vom 22. August 2002 (BGBl. I S. 3390), wird wie folgt geändert:

1. Das Inhaltsverzeichnis wird wie folgt geändert:
- a) Die Angaben zu Kapitel 2 Abschnitt 3 werden wie folgt geändert:
- aa) In der Überschrift des Abschnitts wird das Wort „Übermittlungsempfänger“ durch die Wörter „Dritte, an die Daten übermittelt werden“ ersetzt.
- bb) In der Angabe zu § 15 werden die Wörter „die Anerkennung ausländischer“ durch die Wörter „Migration und“ ersetzt.
- cc) Nach der Angabe zu § 18 wird folgende Angabe eingefügt:
- „§ 18a Datenübermittlung an die Träger der Sozialhilfe und die für die Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes zuständigen Stellen“.

- dd) In der Überschrift des Unterabschnitts 2 wird das Wort „zwischenstaatliche“ durch die Wörter „über- oder zwischenstaatliche“ ersetzt.
- ee) In der Angabe zu § 26 wird das Wort „zwischenstaatliche“ durch die Angabe „über- oder zwischenstaatliche“ ersetzt.
- b) In den Angaben zu Kapitel 3 wird die Angabe zu § 32 wie folgt gefasst:
- „§ 32 Dritte, an die Daten übermittelt werden“.
2. § 1 Abs. 1 wird wie folgt gefasst:
- „(1) Das Ausländerzentralregister wird vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge geführt (Registerbehörde). Das Bundesverwaltungsamt verarbeitet und nutzt die Daten im Auftrag und nach Weisung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Das Ausländerzentralregister besteht aus einem allgemeinen Datenbestand und einer gesondert geführten Visadatei.“
3. § 2 Abs. 2 wird wie folgt geändert:
- a) In Nummer 2 werden die Wörter „als Kriegs- oder Bürgerkriegsflüchtlinge eine Aufenthaltsbefugnis nach § 32a des Ausländergesetzes“ durch die Wörter „eine Aufenthaltserlaubnis nach § 24 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.
- b) In Nummer 3 werden die Wörter „eine Aufenthaltsgenehmigung“ durch die Wörter „einen Aufenthaltstitel“ ersetzt.
- c) Nummer 4 wird wie folgt gefasst:
- „4. gegen deren Einreise Bedenken bestehen, weil die Erteilungsvoraussetzungen nach § 5 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes nicht vorliegen und denen die Einreise und der Aufenthalt nicht erlaubt werden sollen, es sei denn, es besteht ein Recht zum Aufenthalt im Geltungsbereich dieses Gesetzes,“.
- d) In Nummer 7 wird die Angabe „§ 92 Abs. 1 Nr. 7 des Ausländergesetzes“ durch die Angabe „§ 95 Abs. 1 Nr. 8 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.
- e) In Nummer 11 wird die Angabe „§ 92 Abs. 1 Nr. 6 oder Abs. 2 Nr. 1 des Ausländergesetzes“ durch die Angabe „§ 95 Abs. 1 Nr. 3 oder Abs. 2 Nr. 1 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.
4. In § 3 Nr. 6 werden nach dem Wort „Status“ das Komma sowie die Wörter „zur rechtlichen Stellung nach § 1 Abs. 1 des Gesetzes über Maßnahmen für im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommene Flüchtlinge vom 22. Juli 1980 (BGBl. I S. 1057) in der jeweils geltenden Fassung“ gestrichen.
5. § 4 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 Satz 2 werden die Wörter „dem Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge“ durch die Wörter „der für das Asylverfahren zuständigen Organisationseinheit im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge“ ersetzt.
- b) In Absatz 4 Satz 2 werden das Wort „Empfänger“ durch die Wörter „Dritten, an den Daten übermittelt worden sind,“ ersetzt.
6. In § 6 Abs. 1 Nr. 4 werden die Wörter „die Anerkennung ausländischer“ durch die Wörter „Migration und“ ersetzt.
7. In der Überschrift des Abschnitts 3 wird das Wort „Übermittlungsempfänger“ durch die Wörter „Dritte, an die Daten übermittelt werden“ ersetzt.
8. § 10 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 2 Satz 1 werden nach den Wörtern „vorhanden, die“ die Wörter „AZR-Nummer, anderenfalls alle verfügbaren“ eingefügt und nach dem Wort „Betroffenen“ die Wörter „und die AZR-Nummer“ gestrichen.
- b) In Absatz 3 Satz 1 werden nach dem Wort „Identitätsprüfung“ die Wörter „und -feststellung“ sowie nach dem Wort „Ausländerbehörden“ die Wörter „die AZR-Nummer,“ eingefügt.
- c) In Absatz 4 Satz 2 werden die Wörter „die Anerkennung ausländischer“ durch die Wörter „Migration und“ ersetzt.
9. In § 15 werden in der Überschrift und in Absatz 1 Satz 1 jeweils die Wörter „die Anerkennung ausländischer“ durch die Wörter „Migration und“ ersetzt.
10. Nach § 18 wird folgender § 18a eingefügt:
- „§ 18a
Datenübermittlung an die Träger der Sozialhilfe
und die für die Durchführung des
Asylbewerberleistungsgesetzes
zuständigen Stellen
- An die Träger der Sozialhilfe und die zur Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes zuständigen Stellen werden zur Prüfung, ob die Voraussetzungen für eine Inanspruchnahme von Leistungen vorliegen, auf Ersuchen neben den Grunddaten folgende Daten des Betroffenen übermittelt:
1. abweichende Namensschreibweisen, andere Namen, Aliaspersonalien und Angaben zum Ausweispapier,
 2. Angaben zum aufenthaltsrechtlichen Status und zu den für oder gegen den Ausländer getroffenen aufenthaltsrechtlichen Entscheidungen,
 3. Angaben zum Asylverfahren.“
11. § 19 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 Nr. 2 wird wie folgt gefasst:
- „2. Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 24 des Aufenthaltsgesetzes“.
- b) Absatz 2 wird gestrichen.
- c) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 2.
12. § 22 Abs. 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:
- a) In Nummer 2 werden die Wörter „die Anerkennung ausländischer“ durch die Wörter „Migration und“ ersetzt.
- b) Nach Nummer 7 wird folgende Nummer 8 eingefügt:

„8. die Träger der Sozialhilfe und die für die Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes zuständigen Stellen,“.

- c) Die bisherigen Nummern 8 und 9 werden Nummern 9 und 10.

13. In der Überschrift des Unterabschnitts 2 wird das Wort „zwischenstaatliche“ durch die Wörter „über- oder zwischenstaatliche“ ersetzt.

14. § 26 wird wie folgt gefasst:

„§ 26

Datenübermittlung an Behörden anderer Staaten und an über- oder zwischenstaatliche Stellen

An Behörden anderer Staaten und an über- oder zwischenstaatliche Stellen können Daten nach Maßgabe der §§ 4b, 4c des Bundesdatenschutzgesetzes und des § 14 übermittelt werden. Für eine nach § 4b Abs. 1 des Bundesdatenschutzgesetzes zulässige Übermittlung an ausländische Behörden findet auch § 15 entsprechende Anwendung. Für die Datenübermittlung ist das Einvernehmen mit der Stelle herzustellen, die die Daten an die Registerbehörde übermittelt hat.“

15. In § 27 Abs. 2 Satz 5 werden die Wörter „den Empfänger“ durch die Wörter „die Dritten, an die Daten übermittelt worden sind,“ ersetzt.

16. In § 29 Abs. 1 Nr. 9 wird die Angabe „§ 84 Abs. 1, § 82 Abs. 2 des Ausländergesetzes“ durch die Angabe „§ 68 Abs. 1, § 66 Abs. 2 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.

17. § 31 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

- a) Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Das Ersuchen um Übermittlung von Daten muss, soweit vorhanden, die Visadatei-Nummer, anderenfalls alle verfügbaren Grundpersonalien des Betroffenen enthalten.“

- b) In Satz 3 werden nach dem Wort „Identitätsprüfung“ die Wörter „und -feststellung“ eingefügt.

18. § 32 wird wie folgt geändert:

- a) die Überschrift wie folgt gefasst:

„§ 32

Dritte, an die Daten übermittelt werden“.

- b) In Absatz 1 Nr. 2 werden die Wörter „die Anerkennung ausländischer“ durch die Wörter „Migration und“ ersetzt.

19. § 34 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „Herkunft oder Empfänger dieser Daten beziehen“ ersetzt durch die Wörter „die Herkunft dieser Daten beziehen, den Zweck der Speicherung und den Empfänger oder Kategorien von Empfängern, an die Daten weitergegeben werden“.

- b) In Absatz 3 Satz 2 werden nach dem Wort „Empfänger“ die Wörter „oder Kategorien von Empfängern“ eingefügt.

20. Dem § 37 Abs. 1 wird folgender Satz angefügt:

„§ 20 Abs. 5 des Bundesdatenschutzgesetzes findet keine Anwendung.“

Artikel 5

Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes

Das Staatsangehörigkeitsgesetz in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 102-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 21. August 2002 (BGBl. I S. 3322), wird wie folgt geändert:

1. Die Gliederung in Abschnitte wird aufgehoben und die Überschriften der bisherigen Abschnitte werden gestrichen.

2. § 1 wird wie folgt gefasst:

„§ 1

Deutscher im Sinne dieses Gesetzes ist, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.“

3. § 3 wird wie folgt geändert:

- a) Die Wörter „in einem Bundesstaate“ werden gestrichen.

- b) In Nummer 5 wird die Angabe „(§§ 8 bis 16 und 40b)“ durch die Angabe „(§§ 8 bis 16, 40b und 40c)“ ersetzt.

4. § 4 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Ein Kind, das im Inland aufgefunden wird (Findelkind), gilt bis zum Beweis des Gegenteils als Kind eines Deutschen.“

- b) Absatz 3 Satz 1 Nr. 2 wird wie folgt gefasst:

2. freizügigkeitsberechtigter Unionsbürger oder gleichgestellter Staatsangehöriger eines EWR-Staates ist oder eine Aufenthaltserlaubnis-EU oder eine Niederlassungserlaubnis besitzt.“

5. Die Überschrift des § 5 wird gestrichen.

6. § 8 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

- aa) Die Wörter „sich im Inland niedergelassen“ werden durch die Wörter „rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Inland“ ersetzt und die Wörter „von dem Bundesstaat, in dessen Gebiete die Niederlassung erfolgt ist,“ gestrichen.

- bb) In Nummer 1 wird die Angabe „§ 68 Abs. 1 des Ausländergesetzes“ durch die Angabe „§ 80 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.

- cc) In Nummer 2 wird die Angabe „§ 46 Nr. 1 bis 4, § 47 Abs. 1 oder 2 des Ausländergesetzes“ durch die Angabe „§ 53, § 54 oder § 55 Abs. 2 Nr. 1 bis 4 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.

- dd) In Nummer 3 werden die Wörter „an dem Orte seiner Niederlassung“ gestrichen.

- ee) In Nummer 4 werden die Wörter „an diesem Orte“ gestrichen.

b) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Von den Voraussetzungen des Absatzes 1 Nr. 2 und 4 kann aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Vermeidung einer besonderen Härte abgesehen werden.“

7. In § 9 Abs. 1 Nr. 1 wird die Angabe „§ 87 des Ausländergesetzes“ durch die Angabe „§ 12“ ersetzt.

8. Nach § 9 werden folgende §§ 10 bis 12b eingefügt:

§ 10

(1) Ein Ausländer, der seit acht Jahren rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Inland hat, ist auf Antrag einzubürgern, wenn er

1. sich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland bekennt und erklärt, dass er keine Bestrebungen verfolgt oder unterstützt oder verfolgt oder unterstützt hat, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben oder die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden, oder glaubhaft macht, dass er sich von der früheren Verfolgung oder Unterstützung derartiger Bestrebungen abgewandt hat,
2. freizügigkeitsberechtigter Unionsbürger oder gleichgestellter Staatsangehöriger eines EWR-Staates ist oder eine Aufenthaltserlaubnis-EU oder eine Niederlassungserlaubnis oder eine Aufenthaltserlaubnis für andere als die in den §§ 16, 17, 22, 23 Abs. 1, §§ 24 und 25 Abs. 3 bis 5 des Aufenthaltsgesetzes aufgeführten Aufenthaltsw Zwecke besitzt,
3. den Lebensunterhalt für sich und seine unterhaltsberechtigten Familienangehörigen ohne Inanspruchnahme von Sozial- oder Arbeitslosenhilfe bestreiten kann,
4. seine bisherige Staatsangehörigkeit aufgibt oder verliert und
5. nicht wegen einer Straftat verurteilt worden ist.

Satz 1 Nr. 1 findet keine Anwendung, wenn ein minderjähriges Kind im Zeitpunkt der Einbürgerung das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet hat. Von der in Satz 1 Nr. 3 bezeichneten Voraussetzung wird abgesehen, wenn der Ausländer das 23. Lebensjahr noch nicht vollendet hat oder aus einem von ihm nicht zu vertretenden Grund den Lebensunterhalt nicht ohne Inanspruchnahme von Sozial- oder Arbeitslosenhilfe bestreiten kann.

(2) Der Ehegatte und die minderjährigen Kinder des Ausländers können nach Maßgabe des Absatzes 1 mit eingebürgert werden, auch wenn sie sich noch nicht seit acht Jahren rechtmäßig im Inland aufhalten.

(3) Hat ein Ausländer erfolgreich an einem Integrationskurs nach § 43 des Aufenthaltsgesetzes teilgenommen, wird die Frist nach Absatz 1 auf sieben Jahre verkürzt.

§ 11

Ein Anspruch auf Einbürgerung nach § 10 besteht nicht, wenn

1. der Ausländer nicht über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache verfügt,
2. tatsächliche Anhaltspunkte die Annahme rechtfertigen, dass der Ausländer Bestrebungen verfolgt oder unterstützt oder verfolgt oder unterstützt hat, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben oder die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden, es sei denn, der Ausländer macht glaubhaft, dass er sich von der früheren Verfolgung oder Unterstützung derartiger Bestrebungen abgewandt hat, oder
3. ein Ausweisungsgrund nach § 54 Nr. 5 des Aufenthaltsgesetzes vorliegt.

§ 12

(1) Von der Voraussetzung des § 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 wird abgesehen, wenn der Ausländer seine bisherige Staatsangehörigkeit nicht oder nur unter besonders schwierigen Bedingungen aufgeben kann. Das ist anzunehmen, wenn

1. das Recht des ausländischen Staates das Ausscheiden aus dessen Staatsangehörigkeit nicht vorsieht,
2. der ausländische Staat die Entlassung regelmäßig verweigert,
3. der ausländische Staat die Entlassung aus der Staatsangehörigkeit aus Gründen versagt hat, die der Ausländer nicht zu vertreten hat, oder von unzumutbaren Bedingungen abhängig macht oder über den vollständigen und formgerechten Entlassungsantrag nicht in angemessener Zeit entschieden hat,
4. der Einbürgerung älterer Personen ausschließlich das Hindernis eintretender Mehrstaatigkeit entgegensteht, die Entlassung auf unverhältnismäßige Schwierigkeiten stößt und die Versagung der Einbürgerung eine besondere Härte darstellen würde,
5. dem Ausländer bei Aufgabe der ausländischen Staatsangehörigkeit erhebliche Nachteile insbesondere wirtschaftlicher oder vermögensrechtlicher Art entstehen würden, die über den Verlust der staatsbürgerlichen Rechte hinausgehen, oder
6. der Ausländer einen Reiseausweis nach Artikel 28 des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951 (BGBl. 1953 II S. 559) oder eine nach Maßgabe des § 23 Abs. 2 des Aufenthaltsgesetzes erteilte Niederlassungserlaubnis besitzt.

(2) Von der Voraussetzung des § 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 wird ferner abgesehen, wenn der Ausländer die Staatsangehörigkeit eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union besitzt und Gegenseitigkeit besteht.

(3) Von der Voraussetzung des § 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 kann abgesehen werden, wenn der ausländische Staat die Entlassung aus der bisherigen Staatsangehörigkeit von der Leistung des Wehrdienstes abhängig macht und der Ausländer den überwiegenden Teil seiner Schul- ausbildung in deutschen Schulen erhalten hat und im In- land in deutsche Lebensverhältnisse und in das wehr- pflichtige Alter hineingewachsen ist.

(4) Weitere Ausnahmen von der Voraussetzung des § 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 können nach Maßgabe völker- rechtlicher Verträge vorgesehen werden.

§ 12a

(1) Nach § 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 bleiben außer Be- tracht

1. die Verhängung von Erziehungsmaßregeln oder Zuchtmitteln nach dem Jugendgerichtsgesetz,
2. Verurteilungen zu Geldstrafe bis zu 180 Tagessätzen und
3. Verurteilungen zu Freiheitsstrafe bis zu sechs Mona- ten, die zur Bewährung ausgesetzt und nach Ablauf der Bewährungszeit erlassen worden sind.

Ist der Ausländer zu einer höheren Strafe verurteilt wor- den, so wird im Einzelfall entschieden, ob die Straftat außer Betracht bleiben kann.

(2) Im Falle der Verhängung von Jugendstrafe bis zu einem Jahr, die zur Bewährung ausgesetzt ist, erhält der Ausländer eine Einbürgerungszusicherung für den Fall, dass die Strafe nach Ablauf der Bewährungszeit erlassen wird.

(3) Wird gegen einen Ausländer, der die Einbürgerung beantragt hat, wegen des Verdachts einer Straftat ermit- telt, ist die Entscheidung über die Einbürgerung bis zum Abschluss des Verfahrens, im Falle der Verurteilung bis zum Eintritt der Rechtskraft des Urteils auszusetzen. Das Gleiche gilt, wenn die Verhängung der Jugendstrafe nach § 27 des Jugendgerichtsgesetzes ausgesetzt ist.

§ 12b

(1) Der gewöhnliche Aufenthalt im Inland wird durch Aufenthalte bis zu sechs Monaten im Ausland nicht un- terbrochen. Bei längeren Auslandsaufenthalten besteht er fort, wenn der Ausländer innerhalb der von der Aus- länderbehörde bestimmten Frist wieder eingereist ist. Gleiches gilt, wenn die Frist lediglich wegen Erfüllung der gesetzlichen Wehrpflicht im Herkunftsstaat über- schritten wird und der Ausländer innerhalb von drei Mo- naten nach der Entlassung aus dem Wehr- oder Ersatz- dienst wieder einreist.

(2) Hat der Ausländer sich aus einem seiner Natur nach nicht vorübergehenden Grund länger als sechs Mo- nate im Ausland aufgehalten, kann die frühere Aufent- haltszeit im Inland bis zu fünf Jahren auf die für die Ein- bürgerung erforderliche Aufenthaltsdauer angerechnet werden.

(3) Unterbrechungen der Rechtmäßigkeit des Aufent- halts bleiben außer Betracht, wenn sie darauf beruhen, dass der Ausländer nicht rechtzeitig die erstmals erfor-

derliche Erteilung oder die Verlängerung des Aufent- haltstitels beantragt hat.“

9. § 13 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 werden die Wörter „sich nicht im Inland niedergelassen“ durch die Wörter „seinen gewöhn- lichen Aufenthalt im Ausland“ ersetzt und die Wör- ter „von dem Bundesstaate, dem er früher angehört hat,“ gestrichen.
- b) Satz 2 wird aufgehoben.

10. In § 14 werden die Wörter „sich nicht im Inland nie- dergelassen“ durch die Wörter „seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland“ ersetzt.

11. § 15 Abs. 2 wird aufgehoben.

12. In § 23 Abs. 1 werden die Wörter „des Heimatstaates“ gestrichen.

13. § 25 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Wörter „seines Heimat- staates“ gestrichen.

bb) Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Hat ein Antragsteller seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland, ist die deutsche Aus- landsvertretung zu hören.“

b) Absatz 3 wird aufgehoben.

14. In § 28 Satz 1 werden die Wörter „nach § 8 des Wehr- pflichtgesetzes“ durch die Wörter „der zuständigen Be- hörde“ ersetzt.

15. In § 29 Abs. 4 wird die Angabe „§ 87 des Ausländer- gesetzes“ durch die Angabe „§ 12“ ersetzt.

16. § 37 wird wie folgt gefasst:

„§ 37

§ 80 Abs. 1 und 3 sowie § 82 des Aufenthaltsgeset- zes gelten entsprechend.“

17. Die §§ 39 und 40 werden aufgehoben.

18. Nach § 40b wird folgender § 40c eingefügt:

„§ 40c

Auf Einbürgerungsanträge, die bis zum 16. März 1999 gestellt worden sind, finden die §§ 85 bis 91 des Ausländergesetzes in der vor dem 1. Januar 2000 gel- tenden Fassung mit der Maßgabe Anwendung, dass die Einbürgerung zu versagen ist, wenn ein Ausschluss- grund nach § 11 Nr. 2 oder 3 vorliegt, und dass sich die Hinnahme von Mehrstaatigkeit nach § 12 beurteilt.“

Artikel 6

Änderung des Bundesvertriebenengesetzes

Das Bundesvertriebenengesetz in der Fassung der Be- kanntmachung vom 2. Juni 1993 (BGBl. I S. 829), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 30. August 2001 (BGBl. I S. 2266), wird wie folgt geändert:

1. § 4 Abs. 3 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Nichtdeutsche Ehegatten oder Abkömmlinge von Spätaussiedlern, die nach § 27 Abs. 1 Satz 2 in den Aufnahmebescheid einbezogen worden sind, erwerben, sofern die Einbeziehung nicht unwirksam geworden ist, diese Rechtsstellung mit ihrer Aufnahme im Geltungsbereich des Gesetzes.“

2. In § 6 Abs. 2 Satz 1 werden die Wörter „einem deutschen Staatsangehörigen oder deutschen Volkszugehörigen“ durch die Wörter „mindestens einem Elternteil mit deutscher Staatsangehörigkeit oder deutscher Volkszugehörigkeit“ ersetzt.

3. § 9 wird wie folgt geändert:

- a) Es wird folgender neuer Absatz 1 eingefügt:

„(1) Spätaussiedler gemäß § 4 Abs. 1 oder 2 sowie deren Ehegatten oder Abkömmlinge, welche die Voraussetzungen des § 7 Abs. 2 Satz 1 erfüllen, haben Anspruch auf kostenlose Teilnahme an einem Integrationskurs, der einen Basis- und einen Aufbaukurs von gleicher Dauer zur Erlangung ausreichender Sprachkenntnisse sowie einen Orientierungskurs zur Vermittlung von Kenntnissen der Rechtsordnung, der Kultur und der Geschichte in Deutschland umfasst. Ausgenommen sind Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, die eine schulische Ausbildung aufnehmen oder ihre bisherige Schullaufbahn in der Bundesrepublik Deutschland fortsetzen. Der Sprachkurs dauert bei ganztägigem Unterricht (Regelfall) längstens sechs Monate. Soweit erforderlich soll der Integrationskurs durch eine sozialpädagogische Betreuung sowie durch Kinderbetreuungsangebote ergänzt werden. Das Bundesministerium des Innern wird ermächtigt, nähere Einzelheiten des Integrationskurses, insbesondere die Grundstruktur, die Dauer, die Lerninhalte und die Durchführung der Kurse, die Vorgaben bezüglich der Auswahl und Zulassung der Kursträger sowie die Rahmenbedingungen für die Teilnahme durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, zu regeln.“

- b) Der bisherige Absatz 1 wird Absatz 2 und Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Spätaussiedler können erhalten

1. eine einmalige Überbrückungshilfe des Bundes und
2. einen Ausgleich für Kosten der Aussiedlung.“

- c) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3.

- d) Nach Absatz 3 werden folgende Absätze 4 und 5 angefügt:

„(4) Weitere Integrationshilfen wie Ergänzungsförderung für Jugendliche und ergänzende Sprach- und sozialpädagogische Förderung können gewährt werden.

(5) Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ist zuständig für

- a) die Entwicklung von Grundstruktur und Lerninhalten des Basissprachkurses, des Aufbaukurses und des Orientierungskurses nach Absatz 1 und

- b) die Durchführung der Maßnahmen nach den Absätzen 1 und 4.“

4. § 15 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

- aa) Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Das Bundesverwaltungsamt stellt Spätaussiedlern zum Nachweis ihrer Spätaussiedlereigenschaft eine Bescheinigung aus.“

- bb) Nach Satz 1 werden folgende Sätze eingefügt:

„Eine Wiederholung des Gesprächs im Sinne von § 6 Abs. 2 Satz 3 findet hierbei nicht statt. In den Aufnahmebescheid einbezogene nichtdeutsche Ehegatten oder Abkömmlinge sind verpflichtet, sich unmittelbar nach ihrer Einreise in den Geltungsbereich des Gesetzes in einer Erstaufnahmeeinrichtung des Bundes registrieren zu lassen.“

- cc) In dem neuen Satz 5 werden die Wörter „der zuständigen Behörde“ durch die Wörter „des Bundesverwaltungsamtes“ und die Wörter „die Ausstellungsbehörde“ durch die Wörter „das Bundesverwaltungsamt“ ersetzt.

- dd) Der letzte Satz wird aufgehoben.

- b) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Das Bundesverwaltungsamt stellt dem in den Aufnahmebescheid eines Spätaussiedlers einbezogenen nichtdeutschen Ehegatten oder Abkömmling zum Nachweis des Vorliegens der Voraussetzungen des § 7 Abs. 2 eine Bescheinigung aus. Eine Bescheinigung nach Absatz 1 kann nur ausgestellt werden, wenn die Erteilung eines Aufnahmebescheides beantragt und nicht bestands- oder rechtskräftig abgelehnt worden ist. Im Übrigen gilt Absatz 1 entsprechend.“

5. Die §§ 22 bis 24 werden aufgehoben.

6. § 27 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 werden die Wörter „Verlassen dieser Gebiete“ durch die Wörter „Begründung des ständigen Aufenthalts im Geltungsbereich des Gesetzes“ ersetzt.

- b) Die Sätze 2 bis 4 werden wie folgt gefasst:

„Der im Aussiedlungsgebiet lebende nichtdeutsche Ehegatte, sofern die Ehe seit mindestens drei Jahren besteht, oder nichtdeutsche Abkömmling einer Person im Sinne des Satzes 1 (Bezugsperson) werden zum Zweck der gemeinsamen Aussiedlung in den Aufnahmebescheid der Bezugsperson nur dann einbezogen, wenn die Bezugsperson dies ausdrücklich beantragt, sie ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache besitzen und in ihrer Person keine Ausschlussgründe im Sinne des § 5 vorliegen; Absatz 2 bleibt unberührt. Die Einbeziehung von minderjährigen Abkömmlingen in den Aufnahmebescheid ist nur gemeinsam mit der Einbeziehung der Eltern oder des sorgeberechtigten Elternteils zulässig. Die Einbeziehung in den Aufnahmebescheid wird insbesondere dann unwirksam, wenn die Ehe aufgelöst wird, bevor beide Ehegatten die Aussiedlungsgebiete verlassen

haben, oder die Bezugsperson verstirbt, bevor die einbezogenen Personen Aufnahme im Sinne von § 4 Abs. 3 Satz 2 gefunden haben.“

7. Nach § 100a wird folgender § 100b eingefügt:

„§ 100b
Anwendungsvorschrift

§ 15 Abs. 1 und 2 ist in der bis zum [Einsetzen: Datum des Inkrafttretens nach Artikel 15 Abs. 3] geltenden Fassung auf alle Anträge von Personen anzuwenden, die bis zu diesem Zeitpunkt in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Bundes registriert und vom Bundesverwaltungsamt auf die Länder verteilt worden sind.“

8. § 104 wird wie folgt gefasst:

„§ 104

Das Bundesministerium des Innern kann allgemeine Verwaltungsvorschriften zur Ausführung dieses Gesetzes durch das Bundesverwaltungsamt erlassen.“

Artikel 7

Änderung des Gesetzes über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer im Bundesgebiet

Das Gesetz über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer im Bundesgebiet in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 243-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 19 des Gesetzes vom 3. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3306), wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Abs. 2 werden die Wörter „im Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes zur Neuordnung des Ausländerrechts“ durch die Wörter „am 1. Januar 1991“ ersetzt.
2. In § 12 Satz 2 werden die Wörter „keiner Aufenthaltsgenehmigung“ durch die Wörter „keines Aufenthaltstitels“ ersetzt.
3. In § 21 Abs. 2 werden die Sätze 2 und 3 aufgehoben.
4. § 23 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 Satz 1 wird die Angabe „§ 47 Abs. 3 und des § 48 Abs. 1 des Ausländergesetzes“ durch die Angabe „§ 56 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.
 - b) In Absatz 3 Satz 2 wird die Angabe „§ 51 Abs. 4 des Ausländergesetzes“ durch die Angabe „§ 60 Abs. 10 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.
5. § 27 wird aufgehoben.

Artikel 8

Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes

Das Asylbewerberleistungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. August 1997 (BGBl. I S. 2022), zuletzt geändert durch Artikel 65 der Verordnung vom 29. Oktober 2001 (BGBl. I S. 2785), wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

- aa) Nummer 3 wird wie folgt gefasst:

„3. eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1, § 24 oder § 25 Abs. 4 oder 6 des Aufenthaltsgesetzes besitzen,“.

- bb) Nummer 4 wird wie folgt gefasst:

„4. die einen Folgeantrag nach § 71 des Asylverfahrensgesetzes oder einen Zweitantrag nach § 71a des Asylverfahrensgesetzes stellen,“.

- b) In Absatz 2 werden die Wörter „eine andere Aufenthaltsgenehmigung“ durch die Wörter „ein anderer Aufenthaltstitel“ und die Wörter „bezeichneten Aufenthaltsgenehmigungen“ durch die Wörter „bezeichnete Aufenthaltserlaubnis“ ersetzt.
 - c) In Absatz 3 Nr. 2 werden die Wörter „die Anerkennung ausländischer“ durch die Wörter „Migration und“ ersetzt.
2. In § 1a wird die Angabe „4 und“ gestrichen.
 3. § 2 Abs. 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Abweichend von den §§ 3 bis 7 ist das Bundessozialhilfegesetz auf diejenigen Leistungsberechtigten entsprechend anzuwenden, die über eine Dauer von insgesamt 36 Monaten Leistungen nach § 3 erhalten haben und die Dauer des Aufenthalts nicht rechtsmissbräuchlich selbst beeinflusst haben.“
 4. In § 5 Abs. 2 wird die Angabe „2 Deutsche Mark“ durch die Angabe „1,05 Euro“ ersetzt.
 5. In § 8 wird die Angabe „§ 84 Abs. 1 Satz 1 des Ausländergesetzes“ jeweils durch die Angabe „§ 68 Abs. 1 Satz 1 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.
 6. In § 11 Abs. 3 Satz 2 wird die Angabe „§ 84 des Ausländergesetzes“ durch die Angabe „§ 68 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.
 7. In § 12 Abs. 1 Nr. 1 wird Buchstabe d gestrichen.
 8. In § 13 Abs. 2 wird die Angabe „zehntausend Deutsche Mark“ durch die Angabe „fünftausend Euro“ ersetzt.

Artikel 9

Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch

Das Dritte Buch Sozialgesetzbuch – Arbeitsförderung – (Artikel 1 des Gesetzes vom 24. März 1997, BGBl. I S. 594, 595), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. Dezember 2002 (BGBl. I S. 4607) und Artikel 1 des Gesetzes vom 23. Dezember 2002 (BGBl. I S. 4621), wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
 - a) Im Zweiten Abschnitt des Siebten Kapitels werden die Angaben zu den §§ 284 bis 286, 288, 302 und 303 jeweils durch die Angabe „(weggefallen)“ ersetzt und die Angabe zu § 292 wie folgt gefasst:

„§ 292 Auslandsvermittlung, Anwerbung aus dem Ausland“.

- b) In der Angabe zu § 406 wird das Wort „Genehmigung“ durch das Wort „Aufenthaltstitel“ ersetzt.
 - c) In der Angabe zu § 407 werden nach dem Wort „Beschäftigung“ die Wörter „oder Erwerbstätigkeit“ eingefügt.
 - d) Im Zweiten Abschnitt des Dreizehnten Kapitels werden die Angaben zu den §§ 419, 420a durch die Angaben „(weggefallen)“ ersetzt.
 - e) Im Fünften Abschnitt des Dreizehnten Kapitels wird nach der Angabe zu § 434g die Angabe „§ 434h Zuwanderungsgesetz“ eingefügt.
2. § 63 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
- a) In Nummer 3 werden nach dem Wort „sind“ die Wörter „oder bei denen das Vorliegen der Voraussetzungen des § 60 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes festgestellt wurde“ eingefügt.
 - b) Nummer 4 wird wie folgt gefasst:
„4. Ausländer, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Inland haben und eine Niederlassungserlaubnis nach § 23 Abs. 2 des Aufenthaltsgesetzes besitzen,“.
 - c) Nummer 6 wird aufgehoben.
 - d) Die bisherigen Nummern 7 und 8 werden Nummern 6 und 7 und in der neuen Nummer 7 wird das Wort „Aufenthaltsgesetz/EWG“ durch das Wort „Freizügigkeitsgesetz/EU“ ersetzt.
3. Die §§ 284 bis 286 werden aufgehoben.
4. § 287 Abs. 2 Nr. 3 wird wie folgt gefasst:
- „3. Zusicherung, Erteilung und Aufhebung der Zustimmung der Bundesanstalt für Arbeit zur Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zum Zwecke der Beschäftigung,“.
5. § 288 wird aufgehoben.
6. Im Siebten Kapitel, Zweiter Abschnitt, Zweiter Unterabschnitt wird die Überschrift „Vierter Titel Anwerbung aus dem Ausland“ gestrichen.
7. § 304 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 Nr. 2 wird wie folgt gefasst:
„2. ausländische Arbeitnehmer den erforderlichen Aufenthaltstitel besitzen, der sie zur Ausübung ihrer Beschäftigung berechtigt, und nicht zu ungünstigeren Arbeitsbedingungen als vergleichbare deutsche Arbeitnehmer beschäftigt werden oder wurden,“.
 - b) In Absatz 2 Satz 1 Nr. 5 werden die Wörter „in § 63 des Ausländergesetzes“ durch die Wörter „in § 71 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.
8. § 306 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
- a) In Satz 1 werden die Wörter „mit einer erforderlichen Genehmigung“ durch die Wörter „den erforderlichen Aufenthaltstitel besitzen, der sie zur Ausübung ihrer Beschäftigung berechtigt,“ ersetzt.
 - b) In Satz 4 werden die Wörter „ihre Aufenthaltsgenehmigung oder Duldung“ durch die Wörter „ihren Aufenthaltstitel oder ihre Aufenthaltsgestattung (§ 55 des Asylverfahrensgesetzes)“ ersetzt.
9. In § 308 Abs. 3 Satz 1 Nr. 5 wird das Wort „Ausländergesetz“ durch das Wort „Aufenthaltsgesetz“ ersetzt.
10. In § 378 Abs. 1 Satz 2 werden der Punkt durch ein Komma ersetzt und die Wörter „insbesondere durch die Feststellung gemäß § 39 Abs. 2 Nr. 2 des Aufenthaltsgesetzes“ angefügt.
11. § 402 Abs. 1 Satz 2 wird wie folgt geändert:
- a) Nummer 6 wird wie folgt gefasst:
„6. die Zustimmungen zur Zulassung der Beschäftigung nach dem Aufenthaltsgesetz sowie die Zustimmung zur Anwerbung aus dem Ausland,“.
 - b) In Nummer 8 wird das Wort „Ausländergesetz“ durch das Wort „Aufenthaltsgesetz“ ersetzt.
12. § 404 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 Nr. 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) Buchstabe a wird wie folgt gefasst:
 - a) „entgegen § 4 Abs. 3 des Aufenthaltsgesetzes Ausländer ohne den erforderlichen Aufenthaltstitel beschäftigt oder“.
 - bb) In Buchstabe b werden die Wörter „entgegen § 284 Abs. 1 Satz 1 Ausländer ohne erforderliche Genehmigung“ durch die Wörter „entgegen § 4 Abs. 3 des Aufenthaltsgesetzes Ausländer ohne den erforderlichen Aufenthaltstitel“ ersetzt.
 - bb) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Nummer 3 wird die Angabe „§ 284 Abs. 1 Satz 1“ durch die Angabe „§ 4 Abs. 3 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.
 - bb) Nummer 4 wird wie folgt gefasst:
„4. ohne den nach § 4 Abs. 3 des Aufenthaltsgesetzes erforderlichen Aufenthaltstitel eine Beschäftigung ausübt,“.
 - cc) In Nummer 5 wird die Angabe „§ 284 Abs. 3“ durch die Angabe „§ 39 Abs. 2 Satz 3 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.
13. In § 405 Abs. 4 werden die Wörter „erforderliche Genehmigung nach § 284 Abs. 1 Satz 1“ durch die Wörter „erforderlichen Aufenthaltstitel nach § 4 Abs. 3 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.
14. In der Überschrift zu § 406 wird das Wort „Genehmigung“ durch das Wort „Aufenthaltstitel“ ersetzt.
15. § 407 wird wie folgt geändert:
- a) In der Überschrift werden nach dem Wort „Beschäftigung“ die Wörter „oder Erwerbstätigkeit“ eingefügt.
 - b) In Absatz 1 Nr. 1 wird die Angabe „eine Genehmigung nach § 284 Abs. 1 Satz 1“ durch die Angabe „einen Aufenthaltstitel nach § 4 Abs. 3 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.

- c) Absatz 1 Nr. 2 wird wie folgt gefasst:
- „2. eine in
- a) § 404 Abs. 2 Nr. 3,
- b) § 404 Abs. 2 Nr. 4
- bezeichnete vorsätzliche Handlung beharrlich wiederholt,“.
- b) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:
- „(2) Handelt der Täter in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 1 oder Nr. 2 Buchstabe a aus grobem Eigennutz, ist die Strafe Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe.“
16. § 418 wird wie folgt geändert:
- a) In Nummer 1 wird nach den Wörtern „Arbeitslosenhilfe nicht haben“ das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt.
- b) In Nummer 2 wird der Punkt durch das Wort „und“ ersetzt.
- c) Folgende Nummer 3 wird angefügt:
- „3. bereit und in der Lage sind, an einem Integrationskurs nach § 9 Abs. 1 des Bundesvertriebenengesetzes teilzunehmen.“
- d) Nach Satz 1 wird folgender Satz 2 angefügt:
- „Anspruch auf Eingliederungshilfe besteht nicht für Tage, an denen die Personen nach Satz 1 an dem Integrationskurs ohne wichtigen Grund nicht teilnehmen.“
17. § 419 wird aufgehoben.
18. § 420 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 werden das Wort „Deutsch-Sprachlehrgang“ durch die Wörter „Integrationskurs nach § 44 des Aufenthaltsgesetzes oder § 9 Abs. 1 des Bundesvertriebenengesetzes“ ersetzt und Nummer 3 wie folgt gefasst:
- „3. Ausländer, die nach § 23 Abs. 2 des Aufenthaltsgesetzes eine Niederlassungserlaubnis erhalten haben,“.
- b) In Absatz 2 Satz 1 Nr. 4 wird das Wort „Deutsch-Sprachlehrgangs“ durch das Wort „Integrationskurses“ ersetzt.
- c) Absatz 3 wird aufgehoben.
19. § 420a wird aufgehoben.
20. § 421 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
- aa) In Nummer 2 wird Satz 2 wie folgt gefasst:
- „Die Vorschrift über die Minderung der Anspruchsdauer beim Arbeitslosengeld gilt entsprechend mit der Maßgabe, dass sich die Anspruchsdauer auch um Tage mindert, an denen ein Anspruch nach § 418 Satz 2 nicht besteht.“
- bb) Nummer 4 wird wie folgt gefasst:
- „4. Der Anspruch auf Eingliederungshilfe für Spätaussiedler wird nicht dadurch ausge-

schlossen, dass der Spätaussiedler an einem Integrationskurs oder mit Zustimmung des Arbeitsamtes an einer Maßnahme der beruflichen Weiterbildung teilnimmt, die für seine berufliche Eingliederung erforderlich ist.“

b) Absatz 3 wird aufgehoben.

c) In Absatz 4 werden die Wörter „und der Sprachförderung“ gestrichen.

21. Nach § 434g wird folgender § 434h eingefügt:

„§ 434h
Zuwanderungsgesetz

Die §§ 419, 420 Abs. 1, 2 Nr. 4 und Abs. 3 und § 420a sind in der bis zum [Datum des Tages vor dem Inkrafttreten nach Artikel 15 Abs. 3] geltenden Fassung bis zum Ende des Deutsch-Sprachlehrgangs weiterhin anzuwenden, wenn vor dem [Datum des Inkrafttretens nach Artikel 15 Abs. 3]

1. der Anspruch entstanden ist oder

2. der Deutsch-Sprachlehrgang begonnen hat und die Leistungen bis zum Beginn der Maßnahme beantragt worden sind.“

Artikel 10

Änderungen sonstiger sozial- und leistungsrechtlicher Gesetze

1. § 1 Abs. 2a des Unterhaltsvorschussgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 2002 (BGBl. I S. 2, 615) wird wie folgt gefasst:

„(2a) Ein Ausländer hat einen Anspruch nach diesem Gesetz nur, wenn er oder der in Absatz 1 Nr. 2 bezeichnete Elternteil im Besitz

1. einer Niederlassungserlaubnis,

2. einer Aufenthaltserlaubnis zum Zwecke der Erwerbstätigkeit,

3. einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 1 und 2, den §§ 31, 37, 38 des Aufenthaltsgesetzes oder

4. einer Aufenthaltserlaubnis zum Zwecke des Familiennachzugs zu einem Deutschen oder zu einer von den Nummern 1 bis 3 erfassten Person ist.

Abweichend von Satz 1 besteht der Anspruch für Angehörige eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum mit Beginn des Aufenthaltsrechts. Auch bei Besitz einer Aufenthaltserlaubnis hat ein Ausländer keinen Anspruch auf Unterhaltsleistung nach diesem Gesetz, wenn der in Absatz 1 Nr. 2 bezeichnete Elternteil ein Saisonarbeitnehmer, ein Werkvertragsarbeitnehmer oder ein Arbeitnehmer ist, der zur vorübergehenden Dienstleistung nach Deutschland entsandt ist.“

2. Das Bundessozialhilfegesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. März 1994 (BGBl. I S. 646, 2975), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes

vom 23. Dezember 2002 (BGBl. I S. 4621), wird wie folgt geändert:

1. In § 25 Abs. 2 werden in Nummer 3 der Punkt durch ein Komma ersetzt und folgende Nummer 4 angefügt:
„4. für den Zeitraum, in dem der Anspruch auf Eingliederungshilfe nach § 418 Satz 2 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch nicht besteht.“
2. § 120 Abs. 5 Satz 2 wird durch folgende Sätze ersetzt:
„Das Gleiche gilt für Ausländer, die einen räumlich nicht beschränkten Aufenthaltstitel nach den §§ 23, 24 Abs. 1 oder § 25 Abs. 3 bis 6 des Aufenthaltsgesetzes besitzen, wenn sie sich außerhalb des Landes aufhalten, in dem der Aufenthaltstitel erstmals erteilt worden ist. Satz 2 findet keine Anwendung, wenn der Wechsel in ein anderes Land zur Wahrnehmung der Rechte zum Schutz der Ehe und Familie nach Artikel 6 des Grundgesetzes oder aus vergleichbar wichtigen Gründen gerechtfertigt ist.“
3. Das Bundesausbildungsförderungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Juni 1983 (BGBl. I S. 645, 1680), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 20. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3986), wird wie folgt geändert:
 1. § 5 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 Satz 1 wird die Angabe „§ 8 Abs. 1 Nr. 1, 7 und 8“ durch die Angabe „§ 8 Abs. 1“ ersetzt.
 - b) Absatz 2 Satz 4 wird wie folgt gefasst:
„Satz 1 Nr. 3 gilt nicht für die in § 8 Abs. 2 bezeichneten Auszubildenden.“
 2. § 8 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Nummer 4 wird wie folgt gefasst:
„4. Ausländern, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Inland haben und eine Niederlassungserlaubnis nach § 23 Abs. 2 des Aufenthaltsgesetzes besitzen,“.
 - b) In Nummer 6 wird die Angabe „§ 51 Abs. 1 des Ausländergesetzes“ durch die Angabe „§ 60 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.
 - c) In Nummer 8 wird das Wort „Aufenthaltsgesetz/EWG“ durch das Wort „Freizügigkeitsgesetz/EU“ ersetzt.
 - d) In Nummer 9 wird das Wort „EG-Mitgliedstaates“ durch die Wörter „Mitgliedstaates der Europäischen Union“ ersetzt.
4. § 1 des Bundeserziehungsgeldgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3358) wird wie folgt geändert:
 1. Absatz 6 wird wie folgt geändert:
 - a) Satz 2 wird wie folgt gefasst:
„Ein anderer Ausländer ist anspruchsberechtigt, wenn er im Besitz
 1. einer Niederlassungserlaubnis,
 2. einer Aufenthaltserlaubnis zum Zwecke der Erwerbstätigkeit,

3. einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 1 und 2, den §§ 31, 37, 38 des Aufenthaltsgesetzes oder

4. einer Aufenthaltserlaubnis zum Zwecke des Familiennachzugs zu einem Deutschen oder zu einer von den Nummern 1 bis 3 erfassten Person ist.“

- b) Satz 4 wird gestrichen.

2. In Absatz 9 Satz 1 werden nach dem Wort „wer“ die Wörter „Saisonarbeitnehmer oder Werkvertragsarbeitnehmer ist oder“ eingefügt.

5. § 1 Abs. 3 des Bundeskindergeldgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 2002 (BGBl. I S. 6), das durch Artikel 8 des Gesetzes vom 23. Dezember 2002 (BGBl. I S. 4621) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

- „(3) Ein Ausländer erhält Kindergeld nur, wenn er im Besitz

1. einer Niederlassungserlaubnis,

2. einer Aufenthaltserlaubnis zum Zwecke der Erwerbstätigkeit,

3. einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 1 und 2, den §§ 31, 37, 38 des Aufenthaltsgesetzes oder

4. einer Aufenthaltserlaubnis zum Zwecke des Familiennachzugs zu einem Deutschen oder zu einer von den Nummern 1 bis 3 erfassten Person ist.

- Ein Saisonarbeitnehmer, ein Werkvertragsarbeitnehmer und ein Arbeitnehmer, der zur vorübergehenden Dienstleistung nach Deutschland entsandt ist, erhält kein Kindergeld.“

6. Das Fünfte Buch Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Krankenversicherung – (Artikel 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 1988, BGBl. I S. 2477, 2482), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 23. Dezember 2002 (BGBl. I S. 4607) Artikel 3 des Gesetzes vom 23. Dezember 2002 (BGBl. I S. 4621) und Artikel 1 des Gesetzes vom 23. Dezember 2002 (BGBl. I S. 4637), wird wie folgt geändert:

1. In § 27 Abs. 2 werden nach dem Wort „aufhalten“ das Komma durch das Wort „und“ sowie die Wörter „zur Ausreise verpflichtete Ausländer, deren Aufenthalt aus völkerrechtlichen, politischen oder humanitären Gründen geduldet wird“ durch die Wörter „Ausländer, die eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 4 und 6 des Aufenthaltsgesetzes besitzen“ ersetzt.

2. § 306 wird wie folgt geändert:

- a) In den Sätzen 1 und 2 wird die Angabe „§ 63 des Ausländergesetzes“ jeweils durch die Angabe „§ 71 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.

- b) In Satz 1 Nr. 2 werden die Wörter „die erforderliche Genehmigung nach § 284 Abs. 1 Satz 1 des Dritten Buches“ durch die Wörter „den erforderlichen Aufenthaltstitel nach § 4 Abs. 3 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.

- c) In Satz 1 Nr. 7 wird das Wort „Ausländergesetz“ durch das Wort „Aufenthaltsgesetz“ ersetzt.

7. § 321 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Rentenversicherung – in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 2002 (BGBl. I S. 754, 1404), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 23. Dezember 2002 (BGBl. I S. 4621) und Artikel 2 des Gesetzes vom 23. Dezember 2002 (BGBl. I S. 4637) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
 1. In den Sätzen 1 und 2 wird die Angabe „§ 63 des Ausländergesetzes“ jeweils durch die Angabe „§ 71 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.
 2. In Satz 1 Nr. 2 werden die Wörter „die erforderliche Genehmigung nach § 284 Abs. 1 Satz 1 des Dritten Buches“ durch die Wörter „den erforderlichen Aufenthaltstitel nach § 4 Abs. 3 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.
 3. In Satz 1 Nr. 7 wird das Wort „Ausländergesetz“ durch das Wort „Aufenthaltsgesetz“ ersetzt.
8. § 211 des Siebten Buches Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Unfallversicherung – (Artikel 1 des Gesetzes vom 7. August 1996, BGBl. I S. 1254), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 23. Juli 2002 (BGBl. I S. 2787) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
 1. In den Sätzen 1 und 2 wird die Angabe „§ 63 des Ausländergesetzes“ jeweils durch die Angabe „§ 71 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.
 2. In Satz 1 Nr. 2 werden die Wörter „erforderliche Genehmigung nach § 284 Abs. 1 Satz 1 des Dritten Buches“ durch die Wörter „erforderlichen Aufenthaltstitel nach § 4 Abs. 3 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.
 3. In Satz 1 Nr. 7 wird das Wort „Ausländergesetz“ durch das Wort „Aufenthaltsgesetz“ ersetzt.
9. In § 6 Abs. 2 des Achten Buches Sozialgesetzbuch – Kinder- und Jugendhilfe – in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3546), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. April 2002 (BGBl. I S. 1239) geändert worden ist, werden die Wörter „ausländerrechtlichen Duldung“ durch die Wörter „Aussetzung der Abschiebung“ ersetzt.
10. § 71 Abs. 2 des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch – Sozialverfahren und Sozialdatenschutz – in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Januar 2001 (BGBl. I S. 130), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 23. Dezember 2002 (BGBl. I S. 4621) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
 1. Satz 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Nummer 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) Im einleitenden Satzteil wird die Angabe „§ 76 Abs. 1 des Ausländergesetzes“ durch die Angabe „§ 87 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.
 - bb) In Buchstabe c wird die Angabe „§ 46 Nr. 4 des Ausländergesetzes“ durch die Angabe „§ 55 Abs. 2 Nr. 4 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.
 - cc) In Buchstabe d wird die Angabe „§§ 45 bis 48 des Ausländergesetzes“ durch die Angabe „§§ 53 bis 56 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.
 - b) In Nummer 2 wird die Angabe „§ 76 Abs. 2 des Ausländergesetzes“ durch die Angabe „§ 87 Abs. 2 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.
 - c) In Nummer 3 wird die Angabe „§ 76 Abs. 5 Nr. 4 und 6 des Ausländergesetzes“ durch die Angabe „§ 99 Abs. 1 Nr. 11 Buchstabe d und f des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.
 2. In Satz 2 Nr. 2 wird die Angabe „§ 46 Nr. 4 des Ausländergesetzes“ durch die Angabe „§ 55 Abs. 2 Nr. 4 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.
11. § 1 des Opferentschädigungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. Januar 1985 (BGBl. I S. 1), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 6. Dezember 2000 (BGBl. I S. 1676) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
 1. Absatz 5 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Ein rechtmäßiger Aufenthalt im Sinne dieses Gesetzes ist auch gegeben, wenn die Abschiebung aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen oder auf Grund erheblicher öffentlicher Interessen ausgesetzt ist.“
 2. Absatz 7 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 Nr. 2 wird das Wort „Aufenthaltsgenehmigung“ durch das Wort „Aufenthaltstitel“ ersetzt.
 - b) In Satz 2 wird die Angabe „§ 46 Nr. 1 bis 4 oder § 47 des Ausländergesetzes“ durch die Angabe „den §§ 53, 54 oder 55 Abs. 2 Nr. 1 bis 4 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.

Artikel 11

Änderungen sonstiger Gesetze

1. In § 2 Abs. 1 Satz 3 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 1100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das durch Artikel 2 des Gesetzes vom 24. Juni 1975 (BGBl. I S. 1593) geändert worden ist, wird die Angabe „§ 1 Abs. 2 des Ausländergesetzes“ durch die Angabe „§ 2 Nr. 1 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.
2. In § 3 Abs. 1 Satz 2 des Bundeswahlgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Juli 1993 (BGBl. I S. 1288, 1594), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 7. Mai 2002 (BGBl. I S. 1529) geändert worden ist, wird die Angabe „§ 1 Abs. 2 des Ausländergesetzes“ durch die Angabe „§ 2 Nr. 1 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.
3. Das Bundesgrenzschutzgesetz vom 19. Oktober 1994 (BGBl. I S. 2978, 2979), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 19. Juli 2002 (BGBl. I S. 2674), wird wie folgt geändert:
 1. In § 12 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 wird das Wort „Ausländergesetzes“ durch das Wort „Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.

2. In § 45 Abs. 3 Nr. 3 werden die Wörter „erforderliche Aufenthaltsgenehmigung“ durch die Wörter „erforderlichen Aufenthaltstitel“ ersetzt.
4. Artikel 6a des Gesetzes zu dem Schengener Übereinkommen vom 19. Juni 1990 betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen vom 15. Juli 1993 (BGBl. 1993 II S. 1010, 1994 II S. 631), das zuletzt durch Artikel 28 des Gesetzes vom 3. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3306) geändert worden ist, wird aufgehoben.
5. In § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 7 des Artikel 10-Gesetzes vom 26. Juni 2001 (BGBl. I S. 1254, 2298), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 9. Januar 2002 (BGBl. I S. 361) geändert worden ist, wird die Angabe „§ 92 Abs. 1 Nr. 7 des Ausländergesetzes“ durch die Angabe „§ 95 Abs. 1 Nr. 8 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.
6. Anlage I (Bundesbesoldungsordnungen A und B) des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3434), das zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 6. August 2002 (BGBl. I S. 3082) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
 1. In der Besoldungsgruppe B 3 wird die Amtsbezeichnung „Bundesbeauftragter für Asylangelegenheiten“ gestrichen.
 2. In der Besoldungsgruppe B 8 wird die Amtsbezeichnung „Präsident des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge“ durch die Amtsbezeichnung „Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge“ ersetzt.
7. § 11 Abs. 3 Nr. 2 der Bundes-Apothekerordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Juli 1989 (BGBl. I S. 1478, 1842), die zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 27. April 2002 (BGBl. I S. 1467) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

„2. eine Niederlassungserlaubnis nach § 23 Abs. 2 des Aufenthaltsgesetzes besitzt,“.
8. § 10 Abs. 3 Nr. 2 der Bundesärzteordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. April 1987 (BGBl. I S. 1218), die zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 27. April 2002 (BGBl. I S. 1467) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

„2. eine Niederlassungserlaubnis nach § 23 Abs. 2 des Aufenthaltsgesetzes besitzt,“.
9. § 4 Abs. 2 Satz 4 Nr. 2 des Psychotherapeutengesetzes vom 16. Juni 1998 (BGBl. I S. 1311), das durch Artikel 10 des Gesetzes vom 27. April 2002 (BGBl. I S. 1467) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

„2. eine Niederlassungserlaubnis nach § 23 Abs. 2 des Aufenthaltsgesetzes besitzen,“.
10. § 13 Abs. 3 Nr. 2 des Gesetzes über die Ausübung der Zahnheilkunde in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. April 1987 (BGBl. I S. 1225), das zuletzt durch Artikel 13 des Gesetzes vom 27. April 2002 (BGBl. I S. 1467) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

„2. eine Niederlassungserlaubnis nach § 23 Abs. 2 des Aufenthaltsgesetzes besitzt,“.
11. § 8 Abs. 1 Nr. 4 des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes vom 23. April 1996 (BGBl. I S. 623), das zuletzt durch Artikel 3 Abs. 3 Nr. 4 der Verordnung vom 5. April 2002 (BGBl. I S. 1250) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

„4. Ausländern, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Inland haben und eine Niederlassungserlaubnis nach § 23 Abs. 2 des Aufenthaltsgesetzes besitzen,“.
12. Die Strafprozessordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. April 1987 (BGBl. I S. 1074, 1319), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11. Oktober 2002 (BGBl. I S. 3970), wird wie folgt geändert:
 1. § 100a Satz 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Nummer 1 Buchstabe c wird die Angabe „§ 92 Abs. 1 Nr. 7 des Ausländergesetzes“ durch die Angabe „§ 95 Abs. 1 Nr. 8 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.
 - b) In Nummer 5 wird die Angabe „§ 92a Abs. 2 oder § 92b des Ausländergesetzes“ durch die Angabe „§ 96 Abs. 2 oder § 97 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.
 2. In § 100c Abs. 1 Nr. 3 Buchstabe f wird die Angabe „§ 92a Abs. 2 oder § 92b des Ausländergesetzes“ durch die Angabe „§ 96 Abs. 2 oder § 97 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.
13. § 6 des Adoptionsübereinkommens-Ausführungsgesetzes vom 5. November 2001 (BGBl. I S. 2950) wird wie folgt geändert:
 1. In Absatz 1 wird das Wort „Ausländergesetzes“ durch das Wort „Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.
 2. Absatz 3 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 werden die Wörter „unbefristete Verlängerung“ durch die Wörter „Erteilung einer Niederlassungserlaubnis“ ersetzt.
 - b) Satz 2 wird aufgehoben.
14. Das Strafgesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. November 1998 (BGBl. I S. 3322), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 22. August 2002 (BGBl. I S. 3390), wird wie folgt geändert:
 1. In § 261 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 Buchstabe b wird die Angabe „§ 92a des Ausländergesetzes“ durch die Angabe „§ 96 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.
 2. In § 276a werden die Wörter „Aufenthaltsgenehmigungen und Duldungen“ durch das Wort „Aufenthaltstitel“ ersetzt.
15. § 3 des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Februar 1995 (BGBl. I S. 165), das zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 23. Juli 2002 (BGBl. I S. 2787) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 1 Nr. 3 und Absatz 2 wird die Angabe „§ 63 des Ausländergesetzes“ jeweils durch die Angabe „§ 71 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.
 2. Absatz 2 wird wie folgt geändert:
 - a) In Nummer 2 werden die Wörter „erforderliche Genehmigung nach § 284 Abs. 1 Satz 1 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch.“ durch die Wörter „erforderlichen Aufenthaltstitel nach § 4 Abs. 3 des Aufenthaltsgesetzes.“ ersetzt.
 - b) In Nummer 6 wird das Wort „Ausländergesetz“ durch das Wort „Aufenthaltsgesetz“ ersetzt.
 16. In Artikel 2 § 2 Abs. 6 Satz 3 des Streitkräfteaufenthaltsgesetzes vom 20. Juli 1995 (BGBl. 1995 II S. 554), das durch Artikel 103 der Verordnung vom 29. Oktober 2001 (BGBl. I S. 2785) geändert worden ist, wird das Wort „Ausländergesetzes“ durch das Wort „Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.
 17. Das Einkommensteuergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Oktober 2002 (BGBl. I S. 4210), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 23. Dezember 2002 (BGBl. I S. 4621), wird wie folgt geändert:
 1. In § 52 wird nach Absatz 61 folgender Absatz eingefügt:

„(61a) § 62 Abs. 2 in der Fassung des Gesetzes vom [Einsetzen: Datum der Verkündung des Zuwanderungsgesetzes] (BGBl. I S. 1946) ist erstmals für den Veranlagungszeitraum 2004 anzuwenden.“
 2. § 62 Abs. 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Ein Ausländer erhält Kindergeld nur, wenn er im Besitz

 1. einer Niederlassungserlaubnis,
 2. einer Aufenthaltserlaubnis zum Zwecke der Erwerbstätigkeit,
 3. einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 1 und 2, den §§ 31, 37, 38 des Aufenthaltsgesetzes oder
 4. einer Aufenthaltserlaubnis zum Zwecke des Familiennachzugs zu einem Deutschen oder zu einer von den Nummern 1 bis 3 erfassten Person ist.

Ein Saisonarbeitnehmer, ein Werkvertragsarbeitnehmer und ein Arbeitnehmer, der zur vorübergehenden Dienstleistung nach Deutschland entsandt ist, erhält kein Kindergeld.“
 18. Die Gewerbeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Februar 1999 (BGBl. I S. 202), zuletzt geändert durch Artikel 11 des Gesetzes vom 23. Juli 2002 (BGBl. I S. 2787) wird wie folgt geändert:
 1. § 139b wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 7 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Nummer 1 wird die Angabe „erforderliche Genehmigung nach § 284 Abs. 1 Satz 1 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch“ durch die Angabe „erforderlichen Aufenthaltstitel nach § 4 Abs. 3 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.
 - bb) In Nummer 6 wird das Wort „Ausländergesetz“ durch das Wort „Aufenthaltsgesetz“ ersetzt.
 - cc) Im letzten Satzteil wird die Angabe „§ 63 des Ausländergesetzes“ durch die Angabe „§ 71 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.
 - b) In Absatz 8 Nr. 5 wird die Angabe „§ 63 des Ausländergesetzes“ durch die Angabe „§ 71 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.
 2. In § 150a Abs. 2 Nr. 1 wird die Angabe „§ 92 Abs. 1 Nr. 4 des Ausländergesetzes“ durch die Angabe „§ 95 Abs. 1 Nr. 4 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.
19. In § 1 Nr. 3 des Gesetzes über eine Wiedereingliederungshilfe im Wohnungsbau für rückkehrende Ausländer vom 18. Februar 1986 (BGBl. I S. 280) werden die Wörter „Aufenthaltserlaubnis oder Aufenthaltsberechtigung“ durch die Wörter „Niederlassungserlaubnis oder Aufenthaltserlaubnis zu Erwerbszwecken, zum Zweck des Familiennachzugs oder ohne Bindung an einen Aufenthaltswort“ ersetzt.
20. § 23 Abs. 3 des Arbeitsschutzgesetzes vom 7. August 1996 (BGBl. I S. 1246), das zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 7. Mai 2002 (BGBl. I S. 1529) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
 1. Satz 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Nummer 1 wird die Angabe „die erforderliche Genehmigung nach § 284 Abs. 1 Satz 1 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch“ durch die Angabe „den erforderlichen Aufenthaltstitel nach § 4 Abs. 3 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.
 - b) In Nummer 6 wird das Wort „Ausländergesetz“ durch das Wort „Aufenthaltsgesetz“ ersetzt.
 - c) Im letzten Satzteil wird die Angabe „§ 63 des Ausländergesetzes“ durch die Angabe „§ 71 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.
 2. In Satz 2 wird die Angabe „§ 63 des Ausländergesetzes“ durch die Angabe „§ 71 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.
21. Das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Februar 1995 (BGBl. I S. 158), zuletzt geändert durch Artikel 13 des Gesetzes vom 23. Dezember 2002 (BGBl. I S. 4607), wird wie folgt geändert:
 1. In § 15 Abs. 1, § 15a Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Nr. 1 und § 16 Abs. 1 Nr. 2 werden jeweils die Wörter „eine erforderliche Genehmigung nach § 284 Abs. 1 Satz 1 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch“ durch die Wörter „einen erforderlichen Aufenthaltstitel nach § 4 Abs. 3 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.
 2. § 18 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 Nr. 2 wird die Angabe „§ 63 des Ausländergesetzes“ durch die Angabe „§ 71 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.

b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

- aa) In Nummer 2 wird die Angabe „erforderliche Genehmigung nach § 284 Abs. 1 Satz 1“ durch die Angabe „erforderlichen Aufenthaltstitel nach § 4 Abs. 3 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.
- bb) In Nummer 6 wird das Wort „Ausländergesetz“ durch das Wort „Aufenthaltsgesetz“ ersetzt.
- cc) Im letzten Satzteil wird die Angabe „§ 63 des Ausländergesetzes“ durch die Angabe „§ 71 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.

22. In § 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 des Rückkehrhilfegesetzes vom 28. November 1983 (BGBl. I S. 1377) werden die Wörter „Aufenthaltserlaubnis oder Aufenthaltsberechtigung“ durch die Wörter „Niederlassungserlaubnis oder Aufenthaltserlaubnis zu Erwerbszwecken, zum Zweck des Familiennachzugs oder ohne Bindung an einen Aufenthaltswort“ ersetzt.

Artikel 12

Änderung sonstiger Verordnungen

1. In § 6 Nr. 2 der Verordnung über die Zuständigkeit der Bundesgrenzschutzbehörden vom 17. Dezember 1997 (BGBl. I S. 3133) wird die Angabe „§ 63 Abs. 4 Nr. 1 des Ausländergesetzes“ durch die Angabe „§ 71 Abs. 3 Nr. 1 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.
2. Die Verordnung zur Ausführung des Personenstandsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Februar 1977 (BGBl. I S. 377), zuletzt geändert durch Artikel 18 des Gesetzes vom 21. August 2002 (BGBl. I S. 3322), wird wie folgt geändert:
 1. § 26 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 werden die Wörter „eine Aufenthaltsberechtigung oder seit drei Jahren eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis besitzt“ durch die Wörter „freizügigkeitsberechtigter Unionsbürger oder gleichgestellter Staatsangehöriger eines EWR-Staates ist oder eine Aufenthaltserlaubnis-EU oder eine Niederlassungserlaubnis besitzt“ ersetzt.
 - b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 werden nach dem Wort „hinsichtlich“ die Wörter „der Rechtsstellung oder“ eingefügt.
 - bb) In Satz 3 werden die Wörter „ihre Aufenthaltsberechtigung oder -erlaubnis“ durch die Wörter „ihre Rechtsstellung oder ihren Aufenthaltstitel (Absatz 1)“ ersetzt.
 2. Der amtliche Vordruck Anlage „K“ – Anlage 28 – (zu § 26) wird wie folgt geändert:
 - a) Bei den Angaben über die Eltern („Vater“, „Mutter“) sind jeweils die Angabenfelder „☐ Aufenthaltsberechtigung“ und „☐ Aufenthaltserlaubnis, seit 3 Jahren unbefristet“ durch die Angabenfelder „☐ freizügigkeitsberechtigter Unionsbürger oder

gleichgestellter Staatsangehöriger eines EWR-Staates“, „☐ Aufenthaltserlaubnis-EU“ und „☐ Niederlassungserlaubnis“ zu ersetzen.

- b) Im Text der Prüfbitte an die Ausländerbehörde werden die Wörter „eine Aufenthaltsberechtigung oder seit drei Jahren eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis“ durch die Wörter „freizügigkeitsberechtigter Unionsbürger oder gleichgestellter Staatsangehöriger eines EWR-Staates war oder eine Aufenthaltserlaubnis-EU oder eine Niederlassungserlaubnis“ ersetzt.
- c) Die Bestätigung der Ausländerbehörde zur Rechtsstellung oder zum Aufenthaltstitel wird wie folgt gefasst:

„Bestätigung: Zum Zeitpunkt der Geburt des Kindes war/hatte
die Mutter der Vater

- freizügigkeitsberechtigter Unionsbürger oder gleichgestellter Staatsangehöriger eines EWR-Staates ☐ ja ☐ nein ☐ ja ☐ nein
- eine Aufenthaltserlaubnis-EU ☐ ja ☐ nein ☐ ja ☐ nein
- eine Niederlassungserlaubnis ☐ ja ☐ nein ☐ ja ☐ nein“.

3. In § 1 Abs. 1 Satz 1 der Asylzuständigkeitsbestimmungsverordnung vom 4. Dezember 1997 (BGBl. I S. 2852), die zuletzt durch die Verordnung vom [... (BGBl. I S. ...)] geändert worden ist, werden die Wörter „Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge“ durch die Wörter „Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bundesamt)“ ersetzt.
4. In § 6 Abs. 5 der Schwerbehindertenausweisverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Juli 1991 (BGBl. I S. 1739), die zuletzt durch Artikel 56 des Gesetzes vom 19. Juni 2001 (BGBl. I S. 1046) geändert worden ist, wird das Wort „Aufenthaltsgenehmigung“ durch das Wort „Aufenthaltstitel“ ersetzt.
5. § 4 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe b der Seemannsamtverordnung vom 21. Oktober 1981 (BGBl. I S. 1146), die durch Artikel 8 des Gesetzes vom 23. März 2002 (BGBl. I S. 1163) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:
 - „b) einen Aufenthaltstitel, soweit dieser nach § 4 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes erforderlich ist.“

Artikel 13

Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang

Die auf Artikel 12 beruhenden Teile der dort geänderten Rechtsverordnungen können auf Grund der jeweils einschlägigen Ermächtigungen durch Rechtsverordnung geändert werden.

Artikel 14

Bekanntmachungserlaubnis

Das Bundesministerium des Innern kann den Wortlaut des Asylverfahrensgesetzes, des AZR-Gesetzes und des Staatsangehörigkeitsgesetzes und das Bundesministerium für Bildung und Forschung den Wortlaut des Bundesausbildungsförderungsgesetzes in der vom Inkrafttreten dieses Gesetzes an geltenden Fassung im Bundesgesetzblatt bekannt machen.

Artikel 15**Inkrafttreten, Außerkrafttreten**

(1) Artikel 1 § 20 Abs. 3, §§ 42, 43 Abs. 4, § 69 Abs. 2 bis 6, § 99 und Artikel 6 Nr. 3 Buchstabe a hinsichtlich des § 9 Abs. 1 Satz 5 des Bundesvertriebenengesetzes treten am Tage nach der Verkündung in Kraft. Die auf Grund der genannten Vorschriften erlassenen Rechtsverordnungen dürfen frühestens an dem in Absatz 3 genannten Zeitpunkt in Kraft treten.

(2) Artikel 1 § 75 Abs. 1 Nr. 3 Buchstabe a, Artikel 3 Nr. 4 Buchstabe b und c, Nr. 5 und 49 und Artikel 6 Nr. 3 Buchstabe d hinsichtlich des § 9 Abs. 5 Buchstabe a des Bundesvertriebenengesetzes treten am ersten Tage des auf die Verkündung folgenden Monats in Kraft.

(3) Im Übrigen tritt dieses Gesetz am [Einsetzen: Datum des ersten Tages des siebten auf die Verkündung folgenden Kalendermonats] in Kraft; gleichzeitig treten

1. das Ausländergesetz vom 9. Juli 1990 (BGBl. I S. 1354, 1356), zuletzt geändert durch Artikel 11 des Gesetzes vom 9. Januar 2002 (BGBl. I S. 361),
2. das Aufenthaltsgesetz/EWG in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Januar 1980 (BGBl. I S. 116), zuletzt geändert durch Artikel 32 des Gesetzes vom 3. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3306),

3. das Gesetz über Maßnahmen für im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommene Flüchtlinge vom 22. Juli 1980 (BGBl. I S. 1057), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 29. Oktober 1997 (BGBl. I S. 2584),
4. das Gesetz zur Änderung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 102-1/1, veröffentlichten bereinigten Fassung,
5. das Gesetz zur Änderung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 102-1/2, veröffentlichten bereinigten Fassung,
6. die Verordnung zur Durchführung einer Zusatzstatistik auf dem Gebiet der Sozialhilfe über Hilfe zum Lebensunterhalt vom 2. Juli 1981 (BGBl. I S. 610),
7. die Arbeitsaufenthaltsverordnung vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2994), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 4. Februar 2002 (BGBl. I S. 578),
8. die Freizügigkeitsverordnung/EG vom 17. Juli 1997 (BGBl. I S. 1810), geändert durch Artikel 11 des Gesetzes vom 19. März 2001 (BGBl. I S. 390),
9. die Anwerbestoppausnahmereverordnung vom 17. September 1998 (BGBl. I S. 2893), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 30. Januar 2002 (BGBl. I S. 575), außer Kraft.

Begründung

Gliederungsübersicht	Seite
A. Allgemeiner Teil	
I. Ausgangslage	59
II. Lösung	61
1. Überblick	61
2. Erfordernis einer Neuregelung	62
3. Einzelne Regelungsvorschläge	63
a) Aufenthaltstitel	63
b) Zuwanderung zu Ausbildungs- und Erwerbszwecken	63
c) Integration	64
d) Humanitäre Aufnahme und Bleiberechte	64
e) Beendigung des Aufenthalts	64
f) Bündelung von Kompetenzen	65
g) Unionsbürger/Europäische Harmonisierung	65
h) Beschleunigung der Asylverfahren	65
i) Novellierung AZR-Gesetz	65
III. Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes	66
IV. Kosten und Preise	66
a) Kosten für die öffentlichen Haushalte	66
b) Sonstige Kosten	67
c) Preise	67
B. Besonderer Teil	
I. Erläuterungen zu den Vorschriften des Artikels 1	67
II. Erläuterungen zu den Vorschriften der Artikel 2 bis 15	101

A. Allgemeiner Teil

I. Ausgangslage

Die Bundesrepublik Deutschland steht ähnlich wie andere hochindustrialisierte Staaten vor der Situation, in einigen Bereichen der Wirtschaft, insbesondere in der Biotechnologie und der Informations- und Kommunikationstechnologie, einen gestiegenen Bedarf an qualifizierten Fach- und Führungskräften über die nationalen Arbeitsmärkte nicht decken zu können. Auch in einer Reihe anderer Branchen erfordern der steigende Wettbewerbsdruck und der sich beschleunigende Wandel in der Arbeitswelt hochqualifizierte Arbeitskräfte, um die internationale Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu erhalten. Es entwickelt sich deshalb ein zunehmender internationaler Wettbewerb um die besten Kräfte, der sich auch zur Sicherung und zum Ausbau der Leistungsfähigkeit von Wissenschaft und Forschung auf die Gewinnung hochqualifizierter Forscher, Dozenten und des wissenschaftlichen Nachwuchses erstreckt.

Zwar kann angesichts einer Arbeitslosigkeit von rund 4 Millionen Menschen von einem allgemeinen Arbeitskräftemangel in Deutschland keine Rede sein, dennoch gibt es einige Tätigkeitsbereiche, in denen ein großer Anteil der insgesamt ungefähr 1,5 Millionen offenen Stellen nicht besetzt werden kann. Insbesondere technologie- und wissensintensive Unternehmen des Dienstleistungsbereichs sind oft nicht in der Lage, offene Stellen für Ingenieure, Informatiker und Mathematiker mangels geeigneter inländischer Bewerber zu besetzen. Die fehlende Möglichkeit, ausreichend hochqualifizierte Bewerber zu finden, beeinträchtigt besonders die wirtschaftliche Situation kleinerer Unternehmen.

Es ist notwendig, die Politik der systematischen Qualifizierung und Ausschöpfung des in Deutschland verfügbaren Potenzials an Erwerbspersonen intensiv weiterzuverfolgen. Dazu gehört die Erhöhung der Zahl der Weiterbildungsmaßnahmen ebenso wie die Einlösung der von der Wirtschaft eingegangenen Verpflichtung, weitere Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Alle diese Anstrengungen werden ihre Wirkung allerdings nicht kurzfristig entfalten können. Bereits heute ist absehbar, dass der künftige Arbeitskräftebedarf weder durch verstärkte Anstrengungen im Bereich der Aus- und Weiterbildung noch durch eine intensivere Aktivierung des inländischen Arbeitskräftepotenzials in ausreichendem Maße gedeckt werden kann.

Hinzu kommen die Auswirkungen einer ungünstigen demographischen Entwicklung. Die Geburtenrate in Deutschland ist in den vergangenen Jahrzehnten sehr stark zurückgegangen und liegt inzwischen im europäischen Vergleich mit etwa 1,3 Kindern pro Frau nahe der unteren Grenze. Das bestehende Geburtendefizit wird sich in der Zukunft weiter vergrößern und zu einer Schrumpfung der Bevölkerung führen. Neben einer Überalterung der Gesellschaft führt dies zu einer weiteren Reduzierung des Erwerbspersonenpotenzials.

Das Statistische Bundesamt geht im Rahmen der Bevölkerungsvorausberechnung davon aus, dass die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland ohne weitere Zuwanderung und bei unverändertem Geburtenverhalten von derzeit 82 Millionen bis zum Jahr 2050 auf weniger als 60 Millionen sinken würde. Die Zahl der Erwerbspersonen würde von 41 Millionen auf 26 Millionen abnehmen. Selbst bei moderater Zuwanderung von etwa 100 000 Personen jährlich wird sich der Altenquotient (Verhältnis der Bevölkerung im Rentenalter zu derjenigen im Erwerbsalter) in diesem Zeitraum etwa verdoppeln. Auf zehn Menschen im Alter zwischen 20 und 60 Jahren kommen derzeit vier Personen im Rentenalter, 2050 werden dies acht Personen sein.

Die Zuwanderung von jungen und gut qualifizierten Menschen, für die auch aus demographischer Sicht ein erkennbarer Bedarf besteht, kann die dargestellte Entwicklung zwar nicht verhindern oder vollständig ausgleichen, allerdings kann sie zu einer Abmilderung der sonst zu erwartenden Überalterung beitragen.

Bereits in den vergangenen Jahrzehnten hat sich die Zusammensetzung der Bevölkerung aufgrund von Wanderungsbewegungen in Deutschland ganz erheblich verändert. In der Folge des Zweiten Weltkriegs kamen deutsche Staatsange-

hörige und deutsche Volkszugehörige ins Bundesgebiet. Auch heute noch stellen die Spätaussiedler insbesondere aus den Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion einen großen Teil der Zuwanderer.

Zum Jahresende 2002 lebten etwa 2,5 Millionen Menschen in Deutschland, die als Aussiedler oder Spätaussiedler zugewandert sind. Insgesamt sind seit 1983 etwa 12,8 Millionen Ausländer ins Bundesgebiet eingereist und etwa 9,7 Millionen ausgereist. Damit ergibt sich im Ergebnis ein Wandlungsgewinn von etwa 3,1 Millionen Menschen. Zwölf Prozent der heute in Deutschland lebenden Bevölkerung sind im Rahmen von Zuwanderung hierher gekommen und integriert worden.

Während 1950 in der Bundesrepublik Deutschland nur knapp 570 000 Ausländer lebten, hat sich deren Anzahl seitdem stetig vergrößert. Sie liegt seit einigen Jahren bei ca. 7,3 Millionen. Das entspricht einem Bevölkerungsanteil von etwa 9 Prozent.

Bei den ausländischen Zuwanderern sind mehrere Gruppen zu unterscheiden:

- Deutschland hat von Mitte der fünfziger Jahre bis November 1973 ausländische Arbeitnehmer im Wesentlichen aus dem Mittelmeerraum angeworben, deren Aufenthalt zunächst als zeitlich begrenzt angesehen wurde, die sich jedoch tatsächlich zum großen Teil dauerhaft in Deutschland niedergelassen haben.
- 1,8 Millionen Staatsangehörige aus den Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben sich auf der Grundlage der in Europa bestehenden Freizügigkeit in Deutschland niedergelassen. Damit ist jeder vierte in Deutschland lebende Ausländer EU-Bürger.
- Aus allen Teilen der Welt wurden politisch Verfolgte und – um ihnen temporären Schutz zu gewähren – Bürgerkriegsflüchtlinge aus Krisenregionen aufgenommen. Die Zahl der Asylbewerber erreichte 1992 mit über 438 000 ihren Höchststand und ging bis zum Jahr 2002 auf 71 127 Personen zurück. Von den in den neunziger Jahren insgesamt 345 000 im Bundesgebiet aufgenommenen Bürgerkriegsflüchtlingen aus Bosnien-Herzegowina haben fast alle Deutschland inzwischen wieder verlassen. Der verbleibende Restbestand von schätzungsweise 20 000 Personen fällt größtenteils unter die einschlägigen Bleiberechtsregelungen der Jahre 2001 und 2002. Die Gesamtzahl der in Deutschland lebenden Flüchtlinge, Asylberechtigten und Asylbewerber liegt bei etwa 1,1 Millionen Personen.
- Aus der ehemaligen Sowjetunion kamen seit Mitte 1990 über 170.000 jüdische Immigranten. Sie haben sich für eine Zukunft in Deutschland entschieden und stärken das Leben der hiesigen jüdischen Gemeinden.
- Im Rahmen des auf den Artikel 6 des Grundgesetzes („Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung“) gestützten Familiennachzugs sind Ausländer zu ihren in Deutschland lebenden Familienangehörigen nachgezogen. Dabei finden heute 40 Prozent der Familiennachzüge zu deutschen Ehepartnern statt. Die Statistik weist aus, dass im Wege des Familiennachzugs allein im Jahr 2001 knapp 83 000 Personen nach Deutschland gekommen sind.

Die Globalisierung der Wirtschaft ist in immer stärkerem Maß durch die gleichzeitig wachsende Mobilität ihrer Mitarbeiter gekennzeichnet. Ein permanenter weltweiter Austausch auf der Ebene der Führungskräfte wird selbstverständlich werden. Die Attraktivität eines Landes wird auch danach beurteilt werden, unter welchen rechtlichen Rahmenbedingungen ein vorübergehender oder dauerhafter Aufenthalt dort möglich ist und wie die zu beachtenden Verfahren gestaltet sind.

Den gesteigerten Anforderungen an die Mobilität werden die hierfür geltenden Vorschriften nicht gerecht. Die Aufenthalts- und arbeitserlaubnisrechtlichen Vorschriften bilden mit verstreuten Zuständigkeiten ein sehr komplexes und undurchsichtiges Rechtsgebiet und sind nur unzureichend aufeinander abgestimmt.

Das Ausländer- und Arbeitserlaubnisrecht gehen von den Grundsätzen der einseitigen Zuwanderungsbegrenzung und des Anwerbestopps aus. Das grundsätzliche Verbot, zur Arbeitsaufnahme nach Deutschland zu kommen, wirkt sich auch auf Ermessensentscheidungen negativ aus, da eine Auslegung von Vorschriften generell restriktiv zu erfolgen hat. Eine an den Erfordernissen des sich wandelnden Arbeitsmarkts orientierte flexible Steuerung der Zuwanderung ist mit den geltenden Rechtsvorschriften daher nur eingeschränkt möglich.

Die Praxis hat gezeigt, dass die Verfahrens- und Aufenthaltsbedingungen in Deutschland für dringend benötigte qualifizierte Fachkräfte unattraktiv sind. Die Zuständigkeit verschiedener Behörden mit unterschiedlichen Rechtsgrundlagen führt häufig zu langer Verfahrensdauer und zu Reibungsverlusten. Unübersichtliche Regelungen führen zudem zur Verunsicherung der betroffenen Arbeitgeber und der ausländischen Arbeitnehmer.

Auch die Gewährung eines Daueraufenthaltsrechts für Erwerbstätige von Anfang an ist im geltenden Recht bisher nicht vorgesehen. Für die Gewinnung insbesondere von höchstqualifizierten ausländischen Experten kann dies im Hinblick auf ihre weitere Lebensplanung eine entscheidende Voraussetzung darstellen.

Ausländische Studenten müssen derzeit nach Abschluss ihres Studiums Deutschland regelmäßig wieder verlassen. Danach können sie frühestens nach Ablauf eines Jahres eine Aufenthaltserlaubnis erhalten und stehen damit auch im Falle eines vorliegenden konkreten Bedarfs für eine Tätigkeit im Bundesgebiet nicht zur Verfügung.

Erfolgreiche Zuwanderung setzt gegenseitige Akzeptanz und die Eingliederung der Zuwanderer in das wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Leben voraus.

Im geltenden, auf einseitige Zuwanderungsbegrenzung ausgerichteten Ausländerrecht sind konkrete staatliche Integrationsangebote und -hilfen nur vereinzelt geregelt. Der Bund ist bisher nur in Teilbereichen der Integrationsförderung aktiv und konzentriert seine Fördermaßnahmen vor allem auf die Sprachförderung, die Spätaussiedlern und Ausländern bisher nach unterschiedlichen Modalitäten angeboten wird.

Das geltende Ausländergesetz sieht keine Integrationsmaßnahmen vor. Nach dem Willen des Gesetzgebers wurde als ausreichend erachtet, dem legal zugewanderten Ausländer hinsichtlich seines weiteren Aufenthalts im Bundesgebiet

Rechtssicherheit zu verschaffen. Die Notwendigkeit einer systematischen Förderung der Integration von Ausländern zeigt sich vor allem an Defiziten in der sprachlichen Verständigung, die zugleich zu einem beschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt und damit oft zu entsprechenden sozialen Folgekosten führt.

Der Gesetzgeber hat das geltende Ausländerrecht starr durchnormiert. Das System der Aufenthaltstitel und die Voraussetzungen für deren Erteilung sind für die betroffenen Personen oftmals unverständlich und für die Rechtsanwender nach wie vor schwer handhabbar. Neben fünf Aufenthaltstiteln tritt die Aufenthaltsgestattung des Asylverfahrensgesetzes. In der Praxis kommt zusätzlich noch der Duldung eine aufenthaltsichernde Funktion zu. Diese hat zugleich dazu geführt, dass die Duldung fälschlicherweise als „Aufenthaltstitel“ angesehen und missbraucht wurde. Die mangelnde Flexibilität führt insbesondere bei Ausnahme- und Härtefällen zu unbefriedigenden Ergebnissen. Darüber hinaus bedingt der Vollzug der komplexen Regelungen einen hohen zeitlichen und administrativen Aufwand.

Die aufenthaltsrechtliche Situation ehemaliger Deutscher, die aufgrund des Staatsangehörigkeitsgesetzes im Inland ihre deutsche Staatsangehörigkeit verlieren, bedarf der Regelung.

Trotz weitreichender Gleichstellung von Unionsbürgern mit Deutschen wird noch immer eine Aufenthaltsgenehmigung verlangt, der jedoch nur deklaratorische Bedeutung zukommt. Das geltende Recht der Aufenthaltsbeendigung für Unionsbürger entspricht nicht den Anforderungen des Gemeinschaftsrechts und der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes und bedarf daher einer entsprechenden Ausgestaltung.

Die grundlegenden Entscheidungen in der Zuwanderungs- und Asylpolitik werden in Zukunft nicht mehr in der ausschließlichen Kompetenz der einzelnen Staaten liegen, sondern ganz oder teilweise auf europäischer Ebene getroffen. Über die jetzt bereits für die nationale Gesetzgebung geltenden europarechtlichen Vorgaben hinaus, werden künftig Mindestnormen für alle wesentlichen Bereiche der Asyl- und Flüchtlingspolitik auf der Grundlage des Amsterdamer Vertrages geschaffen. Die EU-Kommission hat in diesem Zusammenhang bereits eine Reihe von Richtlinien-Entwürfen zur Diskussion gestellt und eine Richtlinie zu Mindestnormen für die Gewährung von vorübergehendem Schutz erlassen. Das geltende Recht muss den auf dieser Grundlage geänderten europäischen Rahmenbedingungen angepasst werden.

Die Zuständigkeiten in den Bereichen Einwanderung, Asyl und Rückkehr von Ausländern sind auf mehrere Behörden verteilt. Die Koordinierung der für die Migrationssteuerung erforderlichen Maßnahmen wird hierdurch erschwert.

Eine effektive Flüchtlingspolitik setzt voraus, dass durch ein faires und effizientes Prüfungsverfahren der tatsächliche Schutz von Schutzbedürftigen gewährleistet wird. Durch eine zu lange Dauer der Anerkennungsverfahren und einen zu langen Aufenthalt einer größeren Zahl von im Ergebnis nicht schutzbedürftigen Personen darf die Akzeptanz der einheimischen Bevölkerung nicht strapaziert und ihre Aufnahmebereitschaft nicht belastet werden. Die überlange, häufig mehrjährige Dauer der Asylverfahren, die insbeson-

dere durch die langen Verfahrenszeiten bei den erstinstanzlichen Verwaltungsgerichten verursacht wird, stellt ein erhebliches Problem dar. Die Entscheidung über die unter Berufung auf das Asylrecht stattfindende Zuwanderung bedarf vor diesem Hintergrund und im Interesse einer verbesserten Rechtssicherheit eines noch effizienteren und rascheren Verfahrens.

Seit ihrem Höchststand im Jahre 1992 sind die Asylbewerberzugänge in der Bundesrepublik Deutschland infolge der im Asylkompromiss im Jahre 1993 vorgenommenen Grundgesetzänderung und der gesetzlichen Verfahrensänderungen fast kontinuierlich rückläufig gewesen, haben sich allerdings in den letzten Jahren unter 100 000 pro Jahr stabilisiert. Sie stiegen erstmals im Jahr 2001 wieder an. So kamen in den ersten neun Monaten rund 16 % mehr Asylbewerber als in dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Im Übrigen verzeichnet das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge trotz dieses Rückganges nach wie vor einen erheblichen Entscheidungsrückstau.

Auch wenn die Zahlen im Jahr 2002 rückläufig sind, sind darüber hinaus ca. 118 000 Klageverfahren rechtshängig, deren nach Bundesland unterschiedliche Verfahrensdauer auf abweichende organisatorische Rahmenbedingungen schließen lässt. Dies zeigt, dass die bisherigen legislativen Maßnahmen zwar nachhaltig die Zugangszahlen zum Asylverfahren gesenkt haben, es belegt aber auch, dass weiterer gesetzgeberischer Handlungsbedarf zur Beschleunigung der Asylverfahren und der verwaltungsgerichtlichen Verfahren besteht. Insbesondere erscheint erforderlich, die Tätigkeit der Gerichte auf die Kontrolle der Verwaltungsentscheidung zu konzentrieren und korrespondierend dazu die Sachverhaltsaufklärung durch die Verwaltungsebene und die Qualität ihrer Entscheidungen zu verbessern.

Über die Notwendigkeit zur Schaffung eines modernen aufenthaltsrechtlichen Instrumentariums, das alle Erscheinungsformen der Migration erfasst und einer differenzierten, zielorientierten Steuerung zugänglich macht, besteht ein breiter gesellschaftlicher Konsens, wie die in jüngster Zeit von verschiedenen Parteien und gesellschaftlichen Gruppen hierzu gefassten Beschlüsse deutlich machen. Dieser Konsens erstreckt sich insbesondere auf die erforderliche Einbettung der unterschiedlichen Zuwanderungstatbestände in einen überschaubaren aufenthaltsrechtlichen Rahmen. Auf den legislativen Handlungsbedarf hat auch die vom Bundesminister des Innern eingesetzte Unabhängige Kommission „Zuwanderung“ in ihrem am 4. Juli 2001 vorgelegten Bericht zu den verschiedenen Bereichen nachdrücklich hingewiesen.

Die Terrorakte vom 11. September 2001 in New York und Washington zeigten, dass sich der internationale Terrorismus zu einer weltweiten Bedrohung entwickelt hat. In dem Zuwanderungsgesetz werden die notwendigen Änderungen des Ausländerrechts durch das Gesetz zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus (Terrorismusbekämpfungsgesetz) vom 9. Januar 2002 (BGBl. I S. 361) nachvollzogen.

II. Lösung

1. Überblick

In einem neuen Aufenthaltsgesetz werden die bestehenden Aufenthaltstitel auf zwei reduziert: die (befristete) Aufent-

haltserlaubnis und die (unbefristete) Niederlassungserlaubnis. Im Bereich der hochqualifizierten Arbeitszuwanderung kann von Anfang an eine Niederlassungserlaubnis erteilt werden. Der Aufbau des Gesetzes orientiert sich nicht mehr an Aufenthaltstiteln, sondern an Aufenthaltszwecken (Erwerbstätigkeit, Ausbildung, Familiennachzug, humanitäre Gründe).

Im Bereich der Arbeitsmigration wird das doppelte Genehmigungsverfahren (Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung) durch ein Zustimmungsverfahren (mehrstufiger Verwaltungsakt) ersetzt; es erfolgt eine interne Beteiligung der Arbeitsverwaltung durch die Ausländerbehörde. Die alleinige Entscheidungskompetenz über den Arbeitsmarktzugang obliegt weiterhin der Arbeitsverwaltung. Die Steuerung des Verfahrens erfolgt bedarfsorientiert über den Nachweis eines konkreten Arbeitsplatzes. Ergänzend wird die Möglichkeit zur Aufnahme einer begrenzten Zahl besonders geeigneter Zuwanderer über ein Auswahlssystem ohne feste Arbeitsplatzzusage geschaffen (angebotsorientiertes Verfahren). Studenten kann ohne vorherige Ausreise die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit nach Abschluss des Studiums gestattet werden.

Ein Mindestrahmen staatlicher Integrationsangebote (Sprachkurse, Einführungen in die Lebensverhältnisse) wird aufenthaltsgesetzlich geregelt. Auf die Durchführung der Integrationsmaßnahmen besteht ein gesetzlicher Anspruch. Bei fehlenden Sprachkenntnissen besteht auch eine Verpflichtung zur Teilnahme, deren Nichterfüllung bei der Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis berücksichtigt wird. Eine erfolgreiche Teilnahme wird durch die Möglichkeit einer früheren Einbürgerung honoriert. Auch der übrige Regelungsrahmen orientiert sich z. B. bei der Erteilung der Niederlassungserlaubnis am jeweils erreichten Fortschritt der Integration. Durch entsprechende Anpassungen im Bundesvertriebenengesetz wird sichergestellt, dass entsprechend dem Gesamtsprachkonzept der Bundesregierung Ausländer und Aussiedler zusammen an den gleichen Integrationskursen teilnehmen.

Die humanitären Bleiberechte werden neu strukturiert, die Duldung wird abgeschafft. Personen, die Rückkehrhindernisse nicht zu vertreten haben, kann eine befristete Aufenthaltserlaubnis erteilt werden. Die Möglichkeiten zur Durchsetzung der Ausreisepflicht für Personen, die Rückkehrhindernisse selbst zu vertreten und z. B. ihre Identität verschleiert oder ihre Pässe vernichtet haben, werden verbessert.

Die beschlossenen Richtlinien des Rates zur Gewährung von vorübergehendem Schutz, zur gegenseitigen Anerkennung von Rückführungsentscheidungen und zur Ergänzung der Regelungen nach Artikel 26 des Schengener Durchführungsübereinkommens werden in nationales Recht umgesetzt.

Unionsbürger unterfallen grundsätzlich nicht mehr dem Anwendungsbereich des Aufenthaltsgesetzes. Die noch notwendigen Regelungen werden unter Aufhebung der Freizügigkeitsverordnung/EG in einem neuen Freizügigkeitsgesetz/EU zusammengefasst.

Neben dem Asylverfahren werden eine Reihe von Koordinierungsaufgaben sowie die Datenerfassung und -übermittlung beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gebün-

delt. Die Behörde trifft die Einzelentscheidungen über die Zuwanderung im angebotsorientierten Verfahren. Sie geht aus dem Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge hervor.

Zur Verbesserung der Entscheidungsgrundlagen für die migrationspolitische Steuerung wird ein Sachverständigenrat für Zuwanderung und Integration eingerichtet. Er wird jährlich ein Gutachten zur Migrationslage und zu deren absehbarer Entwicklung erstatten. Das Gutachten kann eine Empfehlung zur Höchstzahl der Zuwanderung im Auswahlverfahren enthalten.

Der aufenthaltsrechtliche Status von Asylberechtigten und Ausländern, die die Rechtsstellung ausländischer Flüchtlinge nach § 51 Ausländergesetz genießen, wird angeglichen.

Nichtstaatlich und geschlechtsspezifisch Verfolgte werden ausdrücklich als schutzbedürftig anerkannt.

Die Asylverfahren werden durch die Abschaffung des Bundesbeauftragten für Asylangelegenheiten und der Weisungsunabhängigkeit der Einzelentscheider beschleunigt. Im verwaltungsgerichtlichen Verfahren erfolgt die Entscheidung durch den Einzelrichter.

Die Bekämpfung der unerlaubten Einreise wird durch eine verbesserte Datenerfassung und -übermittlung intensiviert.

2. Erfordernis einer Neuregelung

Die Änderungen eröffnen Gestaltungsspielräume für eine gesteuerte Zuwanderung.

Zur Umsetzung der Änderungen wird den geltenden Rechtsvorschriften nicht ein weiteres Gesetz zur Regelung erweiterter Zuwanderungsmöglichkeiten hinzugefügt. Das Ausländergesetz wird neu gefasst und in Gesetz über den Aufenthalt von Ausländern im Bundesgebiet (Aufenthaltsgesetz) umbenannt.

Die Neufassung ist im Hinblick auf die umfangreichen Änderungen bei der Rechts- und Verfahrensvereinfachung und wegen der Neustrukturierung der Kompetenzen erforderlich. Das geltende Ausländergesetz bestimmt ausgehend von den Aufenthaltstiteln den Aufenthaltszweck. Die Neufassung geht vom jeweiligen Aufenthaltszweck aus; die Zahl der Aufenthaltstitel wird auf zwei reduziert. Die hiermit verbundene Änderung der Gesamtsystematik bedingt eine grundlegende Neustrukturierung des Aufenthaltsrechts. Um eine an den Erfordernissen des Arbeitsmarkts orientierte flexible Steuerung der Zuwanderung aus Erwerbsgründen zu ermöglichen, wird in diesem Bereich auch der dem gesamten Ausländerrecht zugrunde liegende Grundsatz der einseitigen Zuwanderungsbegrenzung aufgegeben.

Die Neufassung erleichtert die Rechts- und Verwaltungsvereinfachung. Neben der Straffung einzelner Vorschriften werden drei Gesetze (Ausländergesetz, Aufenthaltsgesetz/EWG, Gesetz über Maßnahmen für im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommene Flüchtlinge) und drei Verordnungen (Freizügigkeitsverordnung/EG, Arbeitsaufenthaltsverordnung, Anwerbestoppausnahmereverordnung) aufgehoben.

Ausgelöst durch die so genannte Green-Card-Initiative des Bundeskanzlers, die in die Verordnungen der Bundesregie-

zung über Aufenthaltserlaubnisse und Arbeitsgenehmigungen für hoch qualifizierte ausländische Fachkräfte der Informations- und Kommunikationstechnologie (IT-AV und IT-ArGV) vom Juli 2001 mündete, hat eine breite öffentliche Diskussion die Bereiche des legislativen Handlungsbedarfs in der Zuwanderungspolitik deutlich gemacht. Der Anpassungsbedarf wird auch in dem Bericht der durch den Bundesminister des Innern eingesetzten Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“ eingehend analysiert.

Dieser Gesetzentwurf trägt sowohl den Empfehlungen der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“ als auch den von Parteigremien der SPD und der CDU erhobenen Forderungen zur Schaffung eines umfassenden Instrumentariums zur zielorientierten Steuerung künftiger Zuwanderung und zur Vereinfachung und Flexibilisierung der ausländerrechtlichen Bestimmungen dieses Gesetzes in erheblichem Umfang Rechnung.

3. Einzelne Regelungsvorschläge

a) Aufenthaltstitel

Das bestehende System der Aufenthaltstitel (Aufenthaltsberechtigung, befristete/unbefristete Aufenthaltserlaubnis, Aufenthaltsbewilligung, Aufenthaltsbefugnis) wird durch zwei Aufenthaltstitel abgelöst: die (befristete) Aufenthaltserlaubnis (§ 7 Aufenthaltsgesetz) und die (unbefristete) Niederlassungserlaubnis (§ 9 Aufenthaltsgesetz). Das Aufenthaltsgesetz orientiert sich nicht mehr an Aufenthaltstiteln, sondern an den Aufenthaltswegen (Erwerbstätigkeit, Ausbildung, Familiennachzug, humanitäre Gründe). Der Übergang von der befristeten Aufenthaltserlaubnis zur unbefristeten Niederlassungserlaubnis ist grundsätzlich möglich. Gewünschte Modalitäten können durch Nebenbestimmungen (Auflage, Bedingung) zum Aufenthaltstitel erreicht werden.

b) Zuwanderung zu Ausbildungs- und Erwerbszwecken

Angesichts der Arbeitslosigkeit in Deutschland hat eine vorausschauende Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik für die Bundesregierung eine herausragende Bedeutung. Demgegenüber erfordern der steigende Wettbewerbsdruck auf den Märkten und der sich beschleunigende Wandel in der Arbeitswelt den Zuzug und länderübergreifenden Austausch hoch qualifizierter Arbeitskräfte. Zur Förderung des Wissenschafts- und Hochschulstandorts Deutschland müssen die Bedingungen für innovative Fachkräfte und Studenten aus dem Ausland attraktiv werden. Engpässe am Arbeitsmarkt müssen durch die Möglichkeit flexibler Arbeitsmigration beseitigt werden können.

Vor diesem Hintergrund wird der heute geltende Anwerbestopp für ausländische Arbeitnehmer aufgehoben und durch ein vielschichtiges Instrumentarium ersetzt, mit dem auch in Zukunft auf gewandelte Verhältnisse angemessen reagiert werden kann:

Zur Behebung von Engpässen am Arbeitsmarkt können Ausländer eine befristete Aufenthaltserlaubnis erhalten (§ 18 Aufenthaltsgesetz), wenn ein unabweisbarer Bedarf besteht und bevorrechtigte inländische Arbeitnehmer bundesweit nicht zur Verfügung stehen. Zusätzlich kann der mit den Sozialpartnern und Gemeinden paritätisch besetzte Verwaltungsausschuss des Arbeitsamtes im Benehmen mit dem

Landesarbeitsamt die Arbeitsmarktzulassung ausländischer Bewerber empfehlen (§ 39 Aufenthaltsgesetz).

Hochqualifizierte Spitzenkräfte der Wirtschaft und Wissenschaftler, die ein entsprechendes Arbeitsplatzangebot haben, werden ohne Arbeitsmarktprüfung zum Arbeitsmarkt zugelassen. Sie können von Anfang an eine Niederlassungserlaubnis erhalten, wenn die Integration in die Lebensverhältnisse der Bundesrepublik Deutschland gewährleistet ist (§ 19 Aufenthaltsgesetz).

Ergänzend wird die Möglichkeit zur Aufnahme einer begrenzten Zahl besonders geeigneter Zuwanderer, von denen ein Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes zu erwarten ist, nach Teilnahme an einem Auswahlverfahren (Punktesystem) geschaffen (§ 20 Aufenthaltsgesetz). Sie erhalten eine Niederlassungserlaubnis. Das Auswahlverfahren nach einem Punktesystem zielt auf qualifizierte Ausländer der unterschiedlichsten Berufe unabhängig von einem konkreten Arbeitsplatzangebot. Einzelheiten und insbesondere die Kriterien der Auswahl legt die Bundesregierung durch Rechtsverordnung fest. Die Zuwanderung über das Punktesystem ist als optionales Modell angelegt. Die Durchführung ist davon abhängig, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und die Bundesanstalt für Arbeit nach Beteiligung des Zuwanderungsrates gemeinsam eine Höchstzahl für die Zuwanderung in diesem Verfahren festgelegt haben.

Zur Förderung des Studien- und Wissenschaftsstandorts Deutschland erhalten Studenten attraktivere Aufenthaltsbedingungen (§ 16 Aufenthaltsgesetz).

Im Gegensatz zur geltenden Rechtslage können sie nach erfolgreichem Abschluss des Studiums zu Erwerbszwecken in Deutschland bleiben und ihren Aufenthalt als Hochqualifizierte über das Punktesystem oder allgemeine Regelungen verfestigen. Aufenthalte zu sonstigen Aus- und Weiterbildungszwecken werden ermöglicht (§ 17 Aufenthaltsgesetz). Der genaue Umfang wird durch Rechtsverordnung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit festgelegt (§ 42 Aufenthaltsgesetz).

Die Zuwanderung Selbständiger erhält eine eigenständige Rechtsgrundlage (§ 21 Aufenthaltsgesetz) und ist erwünscht, wenn ihre Geschäftsideen positive Auswirkungen auf Wirtschaft und Beschäftigung erwarten lassen.

Zur Vereinfachung der oft beklagten bürokratischen Hemmnisse wird das doppelte Genehmigungsverfahren (Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung) durch ein Zustimmungsverfahren (mehrstufiger Verwaltungsakt) ersetzt, bei dem eine interne Beteiligung der Arbeitsverwaltung durch die Ausländerbehörde erfolgt (§§ 17, 18, 19, 39 Aufenthaltsgesetz). Durch Nebenbestimmungen kann eine spätere Aufenthaltsverfestigung ausgeschlossen werden. Erfolgt dies nicht, besteht die Möglichkeit einer Verfestigung.

Die Regelungen über den Arbeitsmarktzugang von Ausländern, die sich nicht zu Erwerbszwecken, sondern aus anderen Gründen (Familiennachzug, humanitäre Gründe) rechtmäßig im Bundesgebiet aufhalten, werden übersichtlich und transparent ins Aufenthaltsgesetz eingegliedert. Dabei wird der Arbeitsmarktzugang von Ausländern teilweise erleichtert. So werden die Familienangehörigen eines Ausländers im Falle des Familiennachzugs beim Arbeitsmarktzugang dem Ausländer gleichgestellt, zu dem der Nachzug erfolgt

(§ 29 Abs. 5 Aufenthaltsgesetz) und die Wartezeit entfällt. Ausländern, denen Schutz im Rahmen des „Kleinen Asyls“ gewährt wurde, erhalten ebenso wie anerkannte Asylberechtigte unbeschränkten Arbeitsmarktzugang (§ 25 Abs. 2 Aufenthaltsgesetz).

c) Integration

Der gesamte rechtliche Regelungsrahmen ist darauf angelegt, für die Integration der Zuwanderer und der auf Dauer in der Bundesrepublik Deutschland aufhaltigen Ausländer günstige Bedingungen zu schaffen und ihre Eingliederung in die Gesellschaft zu fördern. Zur Vermittlung der notwendigen Kenntnisse, die für den Integrationserfolg eine grundlegende Voraussetzung bilden, werden in Kapitel 3 des Aufenthaltsgesetzes die Rahmenbedingungen für konkrete Maßnahmen zur Eingliederung von Ausländern formuliert.

Ein Ausländer, der zu Erwerbszwecken, im Rahmen des Familiennachzugs, als Flüchtling nach der Genfer Konvention oder ohne Bindung an einen Aufenthaltswitz neu zuwandert oder sich bereits rechtmäßig im Bundesgebiet aufhält, erhält einen Anspruch auf Teilnahme an einem Integrationskurs. Diesem Anspruch entspricht eine Teilnahmeverpflichtung, sofern er sich nicht auf einfache Art in deutscher Sprache verständigen kann. Die Nichtbeachtung der Teilnahmeverpflichtung soll bei der Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis Berücksichtigung finden. Schüler, Auszubildende und Personen, die vergleichbare Angebote wahrnehmen, sind von der Teilnahme befreit; dies gilt auch, soweit die Teilnahme unzumutbar ist.

Bei erfolgreicher Teilnahme am Integrationskurs wird die gesetzliche Frist für die Einbürgerung auf sieben Jahre verkürzt (§ 10 Abs. 3 Staatsangehörigkeitsgesetz). Die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis wird von ausreichenden Kenntnissen der deutschen Sprache sowie von Grundkenntnissen der Lebensverhältnisse und der Rechts- und Gesellschaftsordnung abhängig gemacht, die auch durch die erfolgreiche Teilnahme an einem Integrationskurs nachgewiesen werden können (§ 9 Abs. 2 Nr. 7 und 8).

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge führt für Neuzuwanderer einen Basissprachkurs sowie einen Orientierungskurs zur Vermittlung von Kenntnissen der Rechtsordnung, der Kultur und Geschichte durch; es entwickelt ein bundesweites Integrationsprogramm und informiert über die Integrationsangebote von Bund und Ländern (§ 75 Aufenthaltsgesetz).

d) Humanitäre Aufnahme und Bleiberechte

Die in den §§ 30 und 32 bis 33 Ausländergesetz enthaltenen Regelungen zur Aufnahme und zur Gewährung von Bleiberechten aus humanitären Gründen werden neu strukturiert (Kapitel 2 Abschnitt 5 Aufenthaltsgesetz). Angehörige des betroffenen Personenkreises können eine (befristete) Aufenthaltserlaubnis erhalten.

Das Gesetz über Maßnahmen für im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommene Flüchtlinge (Kontingentflüchtlingsgesetz) wird aufgehoben. Bereits nach geltender Rechtslage besteht für das Gesetz in seiner ursprünglich konzipierten Form kein Anwendungsbedarf mehr. Zurzeit erfolgt lediglich die Aufnahme jüdischer Immigranten aus der ehemaligen Sowjetunion in entsprechender Anwendung

des Kontingentflüchtlingsgesetzes. Nunmehr wird für diesen Personenkreis bei besonders gelagerten politischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland die Möglichkeit geschaffen, eine Niederlassungserlaubnis von Anfang an zu erteilen (§ 23 Abs. 2 Aufenthaltsgesetz).

§ 24 Aufenthaltsgesetz setzt als zentrale Vorschrift zur Gewährung von vorübergehendem Schutz die europäischen Vorgaben in nationales Recht um.

In § 25 Aufenthaltsgesetz werden auch die bislang im Bereich der Durchsetzung der Ausreisepflicht (§§ 51 bis 55 Ausländergesetz) normierten Bestimmungen über Abschiebungshindernisse aufgenommen. Den betroffenen Personen soll nach § 25 AufenthG nunmehr eine (befristete) Aufenthaltserlaubnis erteilt werden. Die aufenthaltsrechtliche Stellung der bislang durch die §§ 51 und 53 AuslG geschützten Personen wird dadurch verbessert. Erfasst sind auch Fälle der geschlechtsspezifischen und nichtstaatlichen Verfolgung. Deutlicher als bisher wird geregelt, dass die Gewährung eines Aufenthaltstitels jedoch nicht in Betracht kommt, wenn die Ausreise in einen anderen Staat möglich und zumutbar ist (§ 25 Abs. 3 Satz 2 Aufenthaltsgesetz) oder wenn der Ausländer die Ausreisehindernisse selbst zu vertreten hat (§ 25 Abs. 6 Aufenthaltsgesetz). § 25 Abs. 5 Aufenthaltsgesetz schafft eine Basis für eine Entscheidung über die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis in Härtefällen. Die Aufenthaltserlaubnis kann mit Auflagen, Beschränkungen und Befristungen versehen werden; hierdurch wird eine flexible, den Erfordernissen des Einzelfalls Rechnung tragende Gesetzesanwendung ermöglicht.

Die Duldung (§ 56 Ausländergesetz) wird abgeschafft. Die bislang verbreitete Praxis, die Duldung nicht als Instrument der Verwaltungsvollstreckung, sondern als „zweitklassigen Aufenthaltstitel“ einzusetzen, wird damit aufgehoben. Die mit der Duldung eigentlich erfasste Aussetzung der Abschiebung wird auf diese Weise auf ihren eigentlichen Rechtscharakter einer Verwaltungsvollstreckungsmaßnahme zurückgeführt.

Die Änderungen erlauben eine bessere aufenthaltsrechtliche Differenzierung zwischen schutzbedürftigen Personen und denjenigen, die ihrer Ausreisepflicht rechtsmissbräuchlich nicht nachkommen.

e) Beendigung des Aufenthalts

Die aufenthaltsrechtliche Besserstellung für schutzbedürftige Personen entlastet das Vollstreckungsverfahren (Abschiebung). Dies stellt sicher, dass sich die Maßnahmen zur Durchsetzung der Aufenthaltsbeendigung auf die Personen konzentrieren, die vorwerfbar ihrer Ausreisepflicht nicht nachkommen. Insbesondere gegenüber den Personen, die Ausreisehindernisse selbst zu vertreten haben (z. B. durch Verschleierung von Identität und Staatsangehörigkeit) werden die Möglichkeiten zur Durchsetzung der Ausreisepflicht erweitert.

Die Länder können Ausreisereinrichtungen für vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer schaffen (§ 61 Abs. 2 Aufenthaltsgesetz). Hierdurch wird eine intensive Beratung über die Förderung der freiwilligen Ausreise und eine zielgerichtete Betreuung für die Beschaffung von Heimreisedokumenten ermöglicht. Dies stellt gegenüber der Abschiebung ein milderes Mittel dar.

Zur Sicherung der Identität können bei der Beantragung eines Visums Lichtbilder und Fingerabdrücke gefertigt werden (§ 49 Abs. 2 Aufenthaltsgesetz). Die Speicherung und Weiterleitung an die zuständigen Ausländerbehörden wird gesondert geregelt. Hiermit wird die Identifizierung von Personen erleichtert, die nach ihrer Einreise die Reisedokumente verstecken oder vernichten.

f) Bündelung von Kompetenzen

Einem neuen Bundesamt für Migration und Flüchtlinge werden unter anderem die Entscheidung über die Zuwanderung im Auswahlverfahren nach § 20 Aufenthaltsgesetz, die Koordinierung der Informationen über die Zuwanderung zum Zweck der Erwerbstätigkeit, die Entwicklung eines bundesweiten Integrationsprogramms sowie die Information über Integrationsangebote von Bund und Ländern übertragen. Die Behörde baut auf den vorhandenen Strukturen des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge auf (§ 75 Aufenthaltsgesetz).

Beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wird ein Sachverständigenrat für Zuwanderung und Integration eingerichtet, dessen Mitglieder über besondere Kenntnisse im Bereich der Bevölkerungswissenschaft, der Arbeitsmarktpolitik, der Migration oder der Integration verfügen. Der Zuwanderungsrat legt der Bundesregierung jährlich ein Gutachten zur Migrationslage in der Bundesrepublik Deutschland und zu deren absehbarer Entwicklung vor, das auch Empfehlungen zur Höchstzahl der Zuwanderer im Auswahlverfahren enthalten kann (§ 76 Aufenthaltsgesetz).

g) Unionsbürger/Europäische Harmonisierung

Die Änderungen im Aufenthaltsrecht tragen auch den geänderten europäischen Rahmenbedingungen Rechnung.

Das Aufenthaltsrecht für Unionsbürger ist größtenteils gemeinschaftsrechtlich geregelt. Es ist gekennzeichnet durch den Vorrang des Gemeinschaftsrechts und durch darauf abgestellte mitgliedstaatliche Regelungen. Insgesamt bilden die Rechtsregeln für nach Deutschland zuziehende und hier lebende Unionsbürger eine vom allgemeinen Ausländerrecht zu trennende eigene Rechtsmaterie mit weitreichenden Garantien für einen gesicherten Aufenthalt und eine Inländergleichbehandlung in allen Bereichen.

Vor dem Hintergrund der Weiterentwicklung des Gemeinschaftsrechts und der durch die Europäische Kommission wiederholt angemahnten Anpassung der Rechtsvorschriften für Unionsbürger ist eine Gesamtrevision erforderlich. Die Rechtsstellung der Unionsbürger wird deshalb unter Aufhebung der Freizügigkeitsverordnung/EG in einem Freizügigkeitsgesetz/EU zusammengefasst und neu geregelt.

Die Neugestaltung bedeutet auch eine Annäherung an die Regelungen anderer Mitgliedstaaten. Aufgrund einer von Deutschland vorgetragenen Initiative im Rahmen des Informellen Rates Justiz und Inneres im Juli 2000 haben die Innenminister von Deutschland, Frankreich, Spanien und Italien vereinbart, nicht nur erwerbstätige und verbleibeberechtigte Unionsbürger und Erbringer und Empfänger von Dienstleistungen und ihre Familienangehörigen von der Aufenthaltserlaubnispflicht zu befreien, sondern auch Studenten und ihre Familienangehörigen mit der Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der EU.

In Anpassung an das Gemeinschaftsrecht wird das Visum als eigener Titel benannt (§ 4 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 und § 6 Aufenthaltsgesetz). Bislang ist ein Visum nach § 3 Abs. 3 Satz 1 Ausländergesetz nur eine besondere Form der Aufenthaltsgenehmigung. Die Neuregelung berücksichtigt die eigenständigen Verfahrens- und Aufenthaltsregelungen des Schengener Durchführungsübereinkommens. Die Frage der Visumfreiheit für Aufenthalte bis zu drei Monaten ist nunmehr durch die EU-Visum-Verordnung geregelt. Sie hat unmittelbaren Geltungsvorrang und ist neben dem Aufenthaltsgesetz wesentlicher Bestandteil der Einreiseregulungen für Kurzaufenthalte. Die Ausnahmen, die die EU-Visum-Verordnung noch zulässt (Artikel 4 Abs. 1, 3), werden durch künftige Einschränkungen und Befreiungen in der Durchführungsverordnung zum Aufenthaltsgesetz ausgeschöpft.

Ausländer, denen nach den Assoziationsabkommen EWG/Türkei ein Aufenthaltsrecht zusteht, erhalten nach § 4 Abs. 5 Aufenthaltsgesetz einen deklaratorischen Aufenthaltstitel.

h) Beschleunigung der Asylverfahren

Die Änderungen im Asylverfahrensgesetz gewährleisten eine verbesserte Steuerung der Annerkennungsverfahren und zielen zugleich auf eine Reduzierung und raschere Erledigung der Klageverfahren.

Die Weisungsunabhängigkeit der Einzelentscheider und das hierzu korrelierende Amt des Bundesbeauftragten für Asylangelegenheiten werden im Interesse der Verfahrensstraffung und Beschleunigung abgeschafft. Hierdurch wird eine einheitliche Entscheidungspraxis des Bundesamtes gewährleistet und die Verwaltungsgerichtsbarkeit entlastet.

Darüber hinaus wird Antragstellern, die im Asylfolgeverfahren selbst geschaffene Nachfluchtgründe vorbringen, kein Flüchtlingsstatus nach der Genfer Flüchtlingskonvention zugebilligt. Bei Folgeantragstellung wird vom Erlass einer erneuten Abschiebungsandrohung bzw. -anordnung abgesehen.

In den Kreis der Empfänger abgesenkter Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz werden alle Ausländer, die rechtsmissbräuchlich die Dauer ihres Aufenthalts (z. B. durch Vernichtung des Passes, Angabe einer falschen Identität) selbst beeinflusst haben, aufgenommen.

Die anerkennende Entscheidung wird nach Ablauf von drei Jahren einer Prüfung unterzogen, inwieweit die generellen Voraussetzungen im Herkunftsstaat eine Korrektur der Entscheidung erforderlich machen.

Bei Asylrechtsstreitigkeiten erfolgt im erstinstanzlichen Klageverfahren die Entscheidung obligatorisch durch den Einzelrichter.

i) Novellierung des AZR-Gesetzes

Neben notwendigen Anpassungen im AZR-Gesetz an die Neustrukturierung der Aufenthaltstitel durch das Aufenthaltsgesetz werden die Übermittlung von Daten an die Träger der Sozialhilfe vorgesehen und überfällige Anpassungen des bereichsspezifischen Datenschutzes an die Datenschutzrichtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 1995 sowie Änderungen wegen der An-

passung des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) vorgenommen. Dabei ist der wesentliche Umsetzungsbedarf der Richtlinie bereits durch die Novellierung des BDSG erfolgt. Gleichwohl gibt es punktuellen Anpassungsbedarf auf Grund bereichsspezifischer Besonderheiten.

Das Zuwanderungsrecht (AufenthG, AsylVfG) enthält nur begrenzte und daher nicht abschließende Regelungen zum bereichsspezifischen Datenschutz. Dies betrifft insbesondere die Generalnorm zur Erhebung personenbezogener Daten (§ 86 AufenthG), die über eine datenschutzrechtliche Zulässigkeitsnorm hinausgehenden Übermittlungspflichten an die Ausländerbehörden nach § 87 AufenthG sowie die Spezialregelung zur Speicherung und Löschung von Daten nach § 91 AufenthG. Soweit bereichsspezifisch keine abschließenden Regelungen getroffen wurden und auch keine anderen bereichsspezifischen Regelungen einschlägig sind, gilt das BDSG bzw. die Datenschutzgesetze der Länder, die ergänzend heranzuziehen sind (vgl. Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Ausländergesetz zu § 75). Danach richtet sich beispielsweise die Zulässigkeit der Datenübermittlung an andere Behörden als die Ausländerbehörden nach dem BDSG bzw. den Datenschutzgesetzen der Länder.

Die Zentralisierung von Aufgaben beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, das als zuständige Registerbehörde künftig auch den ausländerrechtlich relevanten Datenbestand führt, dient der Effizienzsteigerung.

III. Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes

Die Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes ergibt sich aus Artikel 73 Nr. 3 GG (Einwanderung) sowie Artikel 74 Abs. 1 Nr. 1 GG (Strafrecht, gerichtliches Verfahren), Artikel 74 Abs. 1 Nr. 4 GG (Aufenthalts- und Niederlassungsrecht der Ausländer), Artikel 74 Abs. 1 Nr. 6 GG (Angelegenheiten der Flüchtlinge und Vertriebenen), Artikel 74 Abs. 1 Nr. 7 GG (öffentliche Fürsorge), Artikel 74 Abs. 1 Nr. 11 GG (Recht der Wirtschaft), Artikel 74 Abs. 1 Nr. 12 GG (Arbeitsrecht), Artikel 74 Abs. 1 Nr. 13 GG (Regelung der Ausbildungsbeihilfen) und Artikel 74 Abs. 1 Nr. 19 GG (Zulassung zu ärztlichen und anderen Heilberufen, Verkehr mit Arzneien) jeweils in Verbindung mit Artikel 72 Abs. 2 GG. Die bundesgesetzliche Regelung ist sowohl im Hinblick auf die Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland aufgrund des Schengener Durchführungsübereinkommens gegenüber den übrigen Vertragsparteien als auch sonst zur Wahrung der Rechtseinheit im gesamtstaatlichen Interesse erforderlich. Ohne eine bundeseinheitliche Regelung sind erhebliche Schwierigkeiten bei Einreise und Aufenthalt von Ausländern zu erwarten. Die Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes für die redaktionellen Folgeänderungen folgt aus der den jeweiligen Gesetzen zugrunde liegenden Kompetenz.

IV. Kosten und Preise

a) Kosten für die öffentlichen Haushalte

Die vorgeschlagenen Regelungen werden zu Entlastungen und zu Belastungen der öffentlichen Haushalte führen, deren Höhe nicht bezifferbar ist.

Die Kosten, die den für die Ausführung des Aufenthaltsgesetzes zuständigen Behörden des Bundes und der Länder

durch den Erwerb der neuen bundeseinheitlichen Vordrucke sowie der zum Ausfüllen erforderlichen technischen Ausstattung (Scanner, PC, Tintenstrahldrucker) entstehen, sind aus dem Gebührenaufkommen sowie aus dem allgemeinen Sachmittelhaushalt zu bestreiten. Trotz des stetigen technischen Fortschritts bei Produktion und Einsatz der erforderlichen IT-Ausstattung wird für die anteiligen Sachmittelkosten – verglichen mit dem bisherigen Abschreibungsbedarf – von einem erhöhten Finanzbedarf ausgegangen, der jedoch auf Grund der heterogenen Ausstattungsverhältnisse in den einzelnen Behörden nicht im Einzelnen beziffert werden kann.

Im Übrigen entstehen geringfügige weitere Kosten im Bereich der Informationstechnik bei den zuständigen Behörden des Bundes (Auswärtiges Amt, Bundesverwaltungsamt, Bundesanstalt für Arbeit und Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) und bei den Ländern (insbesondere Ausländerbehörden) im Zusammenhang mit der Anpassung der IT-Infrastruktur an die geänderten Regelungen.

Dem Auswärtigen Amt entstehen Kosten durch die Modifizierung der Visumsantragsunterlagen und der Neugestaltung der Visa-Etiketten. Es werden zudem Kosten für die Erstinvestition in die entsprechende Hardware, deren Installation und Wartung in den Auslandsvertretungen anfallen.

In den Ländern entstehen Kosten dadurch, dass die Änderungen im Ausländerzentralregister Folgeänderungen in der eigenen IT-Infrastruktur der Ausländerbehörden verursachen. Auf Grund der heterogenen IT-Infrastruktur in den Nutzerbehörden des AZR (Ausländerzentralregisters) sind die Anpassungskosten unterschiedlich hoch und derzeit nicht bezifferbar.

Ein erheblicher Teil des erforderlichen personellen und finanziellen Mehrbedarfs für die Wahrnehmung der Aufgaben durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erfolgt kostenneutral. Die Kosten im Zusammenhang mit der Führung des Ausländerzentralregisters, der Förderung der freiwilligen Rückkehr und der wissenschaftlichen Forschung werden durch Umschichtungen innerhalb der Bundesbehörden gedeckt. Durch die Zusammenführung der bislang auf Bundesebene durch unterschiedliche Behörden wahrgenommenen Aufgaben bei einer Behörde sind Einsparungen in nicht bezifferbarer Höhe zu erwarten. Diese ergeben sich insbesondere aufgrund der verbesserten Möglichkeit eines flexiblen Personaleinsatzes und aufgrund von Synergieeffekten (z. B. sind eingehende Kenntnisse über den Herkunftsstaat sowohl bei Beurteilung von Asyl-, als auch von Rückführungsfragen erforderlich).

Der Bedarf an Personal und an Sachmitteln für die Durchführung des Auswahlverfahrens im Bereich der Arbeitsmigration kann nicht abschließend beurteilt werden. Sofern dieses Verfahren durchgeführt wird, entstehen zusätzliche Kosten (Personal und Sachmittel) beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und den Auslandsvertretungen.

Die erforderlichen Mehrkosten durch die Einrichtung des Sachverständigenrates für Zuwanderung und Integration sind ebenfalls vom Bund zu tragen.

Dem Bund entstehen durch die Durchführung der Integrationskurse beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Verwaltungskosten in geringem Umfang.

Ausgehend von der Annahme, dass als Berechnungsbasis für die Integrationskurse eine Stundenzahl von 630 mit einem Stundensatz von 2,05 Euro angesetzt werden kann, entstehen bei einer zu erwartenden Teilnehmerzahl von 98 000 anspruchsberechtigten Neuzuwanderern im Jahr Kosten in Höhe von ca. 126 Mio. Euro jährlich. Hinzu kommen Teilnehmer ohne Teilnahmeanspruch (Altfälle) mit jährlich ca. 20 000 Personen und Kosten in Höhe von bis zu 26 Mio. Euro.

Durch die Zuständigkeit des Bundes für die Durchführung von Basissprach- und Orientierungskursen für Neuzuwanderer und Altfälle entstehen dem Bund Kosten in Höhe von 79 Mio. Euro jährlich, bei den Ländern entstehen aufgrund ihrer Zuständigkeit für die Aufbausprachkurse Kosten in Höhe von 72 Mio. Euro.

Über die Erhebung von Eigenbeiträgen zu den Kursgebühren wird eine zusätzliche Kostendämpfung erzielt. Unter der Annahme eines Teilnehmerbeitrages von 1 Euro pro Unterrichtsstunde und der Befreiung vom Teilnehmerbeitrag für Empfänger von Sozialhilfe, Arbeitslosenhilfe oder Grundversicherung ist als Mittelwert 0,75 Euro bei den Altfällen sowie der Hälfte der Neuzuwanderer anzusetzen. Hieraus ergibt sich eine Einsparung in Höhe von 17 Mio. Euro (Bund) und 16 Mio. Euro (Länder). Beim Bund verbleiben somit Kosten in Höhe von 62 Mio. Euro, bei den Ländern in Höhe von 56 Mio. Euro.

Im Falle einer Teilnahme von EU-Ausländern an Integrationskursen im Rahmen verfügbarer Kursplätze nach § 44 Abs. 3 des Aufenthaltsgesetzes würden zusätzliche Kosten von etwa 25 Mio. Euro beim Bund und 22 Mio. Euro bei den Ländern entstehen.

Die Kosten für die Durchführung der Integrationskurse für Aussiedler, die der Bund alleine zu tragen hat, würden sich bei einer jährlichen Teilnehmerzahl von 64 000 Personen auf rund 82 Mio. Euro belaufen.

Nicht berücksichtigt und nicht genau bezifferbar sind die Kosten für die Durchführung etwaiger sozialpädagogischer Maßnahmen und Kinderbetreuungsmaßnahmen.

Bei den Ländern und Kommunen entstehen Verwaltungskosten in nicht zu bezifferndem Umfang.

Dem bei den Ländern anfallenden Vollzugsaufwand steht die Erwartung eines künftig zurückgehenden Bedarfs bei Sozialleistungen für den Lebensunterhalt gegenüber. Die Teilnahme am Integrationskurs wird mögliche Sprachbarrieren bei der Qualifikation auf dem Arbeitsmarkt überwinden helfen und bei einer Vielzahl von Zuwanderern die Unabhängigkeit von staatlichen Sozialleistungen stärken. Betrachtungsmäßig sind diese Effekte derzeit nicht zu beziffern.

Für die Durchführung identitätssichernder Maßnahmen im Visumverfahren entstehen Kosten bei den deutschen Auslandsvertretungen in nicht bezifferbarer Höhe. Im Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes lösen die neu geschaffenen Aufenthaltsmöglichkeiten für ausländische Arbeitnehmer und Selbständige (§§ 18, 19, 20 AufenthG) zusätzliche Beratungs- und Prüfungsaufgaben für die Auslandsvertretungen und, im Wege der Fachaufsicht, auch in der Zentrale aus. Durch die durch das Zuwanderungsgesetz vollzogene förmliche Aufhebung des Arbeitszuwanderungsverbots werden Visaanfragen und Visaanträge erheb-

lich ansteigen. Als wahrscheinliche Brennpunkte mit besonders hohem Aufkommen an Anfragen sind, neben den GUS- und MOE-Staaten vor allem Länder mit bekannt hohem Migrationsdruck wie z. B. die Türkei, China, Iran, Pakistan, Indien, Nigeria, Ghana, Algerien, Tunesien, Marokko, Kolumbien, Ecuador und Bolivien zu erwarten. An Vertretungen in Westeuropa ist hingegen nur mit relativ wenigen zusätzlichen Anfragen der dort lebenden Drittstaaten zu rechnen. Damit die Beratungszeiten und die Bearbeitungszeiten für Visaanträge sich überall in einem angemessenen Rahmen bewegen (bis zu 5 Arbeitstage), sind zusätzliches entsandtes Personal als Entscheider von Visumanträgen und zusätzliche Ortskräfte für die Visumstellen unverzichtbar. Ohne den tatsächlichen Mehrbedarf an Personal für jede betroffene Auslandsvertretung derzeit genau beziffern zu können, wird – durchschnittlich – von einem Mehrbedarf von ein bis drei Entsandten und von zwei bis vier Ortskräften pro Auslandsvertretung ausgegangen.

Sofern die Länder Ausreisezentren einrichten, wird deren Betrieb zu nicht bezifferbaren Mehrbelastungen führen, die jedoch aufgrund der frühzeitigeren Beendigung unrechtmäßigen Aufenthalts und der Erhöhung der Zielgenauigkeit staatlicher Leistungen bei Ländern und Kommunen zu erheblichen Entlastungen führen.

Die beabsichtigte Abschaffung des Bundesbeauftragten für Asylangelegenheiten führt zu Einsparungen. Die Abschaffung der Weisungsungebundenheit der Einzelentscheider im Asylverfahren ermöglicht eine kohärentere und raschere Aufgabenerledigung. Die hierdurch möglichen Einsparungen können ebenso wie die sonstigen Einsparungen durch die Verkürzung der Asylverfahren nicht beziffert werden.

b) Sonstige Kosten

Keine

c) Preise

Auswirkungen auf das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

B. Besonderer Teil

I. Zu Artikel 1

Kapitel 1 Allgemeine Bestimmungen

Zu § 1

Die Vorschrift enthält den Zweck und den Anwendungsbereich des Aufenthaltsgesetzes.

Absatz 1 umschreibt den wesentlichen Gesetzesinhalt. In den Sätzen 1 bis 3 sind die politischen Ziele des Aufenthaltsgesetzes dargelegt. Dies sind die Steuerung und Begrenzung des Zuzugs von Ausländern, die Ermöglichung und Gestaltung der Zuwanderung unter Berücksichtigung der Integrationsfähigkeit sowie der wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Interessen und die Erfüllung der humanitären Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland.

Dazu regeln das Aufenthaltsgesetz und die damit im Zusammenhang stehenden ausländerrechtlichen Bestimmungen die Einreise, den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Förderung der Integration von Ausländern im Bundesge-

biet. Damit ist klargestellt, dass das Aufenthaltsgesetz nicht die Summe der Rechtsvorschriften enthält, denen der Ausländer im Unterschied zu Deutschen insgesamt unterworfen ist. Die Vorschrift besagt auch, dass ein Recht zur Einreise und zum Aufenthalt von der Anwendung ausländerrechtlicher Vorschriften abhängig ist.

Im Gegensatz zum geltenden Ausländergesetz wird die Erwerbstätigkeit von Ausländern in den Anwendungsbereich des Gesetzes aufgenommen, um die wesentlichen Aufenthalts- und Zuwanderungstatbestände vollständig und übersichtlich zusammenzufassen. Das Gleiche gilt für das übergeordnete ausländerpolitische Ziel der Integrationsförderung, das als wesentlicher Gesetzeszweck im Rahmen der verfassungsrechtlichen Kompetenzen Berücksichtigung findet und damit zu einer Handlungsmaxime für die mit den ausländerrechtlichen Entscheidungen betrauten Behörden wird.

Entsprechend der Regelung in § 1 Abs. 1 AuslG genießen speziellere Vorschriften in anderen Gesetzen (z. B. Freizügigkeitsgesetz/EU, Asylverfahrensgesetz, Gesetz über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer im Bundesgebiet, Streitkräfteaufenthaltsgesetz) Vorrang.

Absatz 2 bestimmt im Wesentlichen den personellen Anwendungsbereich des Gesetzes. Auf Grund der fortschreitenden Einigung Europas und der weitreichenden Sonderstellung des Freizügigkeitsrechts werden Unionsbürger grundsätzlich aus dem Anwendungsbereich des Gesetzes ausgenommen. Eine Anwendung kommt nur in Betracht, wenn ein anderes Bundesgesetz Vorschriften dieses Gesetzes ausdrücklich für anwendbar erklärt. Die Vorschrift setzt ferner die bereits nach allgemeinem Völkerrecht gebotene Freistellung der Exterritorialen und der Konsuln von der Anwendung ausländerrechtlicher Vorschriften um und übernimmt insoweit die derzeit in § 2 Abs. 1 AuslG enthaltene Regelung.

Zu § 2

Die Vorschrift enthält Begriffsbestimmungen zum Aufenthaltsgesetz, die Allgemeingültigkeit für die Rechtsanwendung besitzen. Durch die zentrale Benennung werden bislang im geltenden Ausländergesetz vorhandene Wiederholungen überflüssig.

Absatz 1 legt den Ausländerbegriff fest und regelt gleichzeitig einen Teil des personellen Anwendungsbereichs des Gesetzes (vgl. § 1 Abs. 2).

Absatz 2 definiert den Begriff der Erwerbstätigkeit als Beschäftigung und selbständige Tätigkeit. In § 7 des SGB IV wird die Beschäftigung als „die nichtselbständige Arbeit, insbesondere in einem Arbeitsverhältnis“ definiert. Dieser Beschäftigungsbegriff umfasst z. B. auch die betriebliche Berufsausbildung und die betriebliche Weiterbildung.

Absatz 3 bestimmt den für das Ausländerrecht zentralen Begriff der Lebensunterhaltssicherung. Dabei orientiert sich die Definition an der bisher geltenden Auslegung des § 7 Abs. 2 Nr. 2 AuslG.

Absatz 4 definiert den Begriff des ausreichenden Wohnraums, der als Erteilungsvoraussetzung bei der Niederlassungserlaubnis als auch beim Familiennachzug gefordert wird. Die Definition entspricht § 17 Abs. 4 AuslG.

Absatz 5 definiert den durch das Schengener Durchführungsübereinkommen (SDÜ) eingeführten einheitlichen Sichtvermerk, der im Aufenthaltsgesetz erstmalig als eigenständiger Aufenthaltstitel benannt wird (§ 4 Abs. 1 Nr. 1).

Absatz 6 legt fest, dass sich die Verwendung des Begriffs „vorübergehender Schutz“ auf die Anwendung der genannten Richtlinie bezieht.

Kapitel 2 Einreise und Aufenthalt im Bundesgebiet

Abschnitt 1 Allgemeines

Zu § 3

Die Vorschrift fasst passrechtliche Bestimmungen des in der jetzigen Fassung geltenden Ausländergesetzes zur besseren Übersichtlichkeit und Systematik zusammen.

Absatz 1 beinhaltet die allgemeine Passpflicht des Ausländers. Dieser Pflicht kann nur mit einem vom Bundesministerium des Innern im Benehmen mit dem Auswärtigen Amt anerkannten (vgl. § 71 Abs. 6 AufenthG) und gültigen Pass oder Passersatz nachgekommen werden. Die Passpflicht ist von den ausweisrechtlichen Bestimmungen des § 48 zu unterscheiden. Sie ist grundlegende Voraussetzung für die Einreise und den rechtmäßigen Aufenthalt im Bundesgebiet (§ 14 Abs. 1 Nr. 1). Ihre Erfüllung ist gleichzeitig allgemeine Voraussetzung für die Erteilung eines Aufenthaltstitels (§ 5 Abs. 1). Die in der Ermächtigung zum Erlass einer Rechtsverordnung nach der geltenden Vorschrift des § 4 Abs. 2 AuslG vorgesehenen Ausnahmen werden in den Umfang der Passpflicht aufgenommen. Die Ermächtigung zum Erlass der entsprechenden Rechtsverordnung findet sich in § 99 Abs. 1 Nr. 4.

Absatz 2 enthält die gegenwärtig in § 9 Abs. 2 AuslG vorgesehene Möglichkeit zu einer Ausnahme von der Passpflicht im Einzelfall. Für die bislang zusätzlich vorgesehene Ausnahmeregelung bei ungeklärter Identität und ungeklärter Staatsangehörigkeit (§ 9 Abs. 2 i. V. m. § 8 Abs. 1 Nr. 4 AuslG) hat sich in der ausländerrechtlichen Praxis kein Anwendungsfall ergeben, so dass die Regelung entfallen kann.

Zu § 4

Durch Absatz 1 wird in Übereinstimmung mit dem geltenden Recht (§ 1 Abs. 1, § 3 Abs. 1 Satz 1 AuslG) und der internationalen Rechtspraxis der Aufenthalt von Ausländern im Bundesgebiet unter Erlaubnisvorbehalt gestellt. Das Erfordernis einer Erlaubnis für den Aufenthalt im Bundesgebiet ist eines der wesentlichen Instrumentarien für die Zuwanderungssteuerung. Es lässt die Frage, ob ein Aufenthaltsrecht im Bundesgebiet besteht, unberührt. Ebenso wie das geltende Ausländergesetz (§ 3 Abs. 1 Satz 1 AuslG) sieht der Entwurf Einreise und Aufenthalt als Einheit.

Zur Erleichterung des internationalen Reiseverkehrs bestehen Ausnahmen vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels. Satz 1 weist auf Sonderregelungen durch Rechtsverordnung hin, die auf Grund der Ermächtigung in § 99 Abs. 1 Nr. 1 entsprechende Befreiungen vorsehen kann. Dies entspricht der geltenden Rechtslage (§ 3 Abs. 1 Satz 2 AuslG). Es ist vorgesehen, die bestehenden Befreiungstatbestände der geltenden Durchführungsverordnung zum Ausländergesetz zusammenzufassen und entsprechend der Systematik gemeinschaftsrechtlicher Vorgaben anzupassen. Daneben sind Be-

freiungen von der Visumpflicht in unmittelbar anwendbaren Regelungen des Gemeinschaftsrechts enthalten (Verordnung des Rates der Europäischen Union Nr. 539/2001 zur Aufstellung der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der Außengrenzen im Besitz eines Visums sein müssen, sowie in der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige von dieser Visumpflicht befreit sind). Ausländer, die nach dem Assoziierungsabkommen EWG/Türkei und den dazu ergangenen Assoziationsratsbeschlüssen ein Aufenthaltsrecht besitzen, sind vom Erfordernis eines konstituierenden Aufenthaltstitels befreit. Dazu korrespondierend besteht die Pflicht des begünstigten Personenkreises, sich das bestehende Aufenthaltsrecht durch die Ausstellung eines Aufenthaltstitels bestätigen zu lassen (Absatz 5).

Der sprachlich geläufigere Begriff des Aufenthaltstitels ersetzt den Begriff der Aufenthaltsgenehmigung. Er verdeutlicht zugleich besser, dass es sich um einen übergeordneten Sammelbegriff handelt. Die nach dem geltenden Ausländergesetz (einschließlich der Unterscheidung befristete/unbefristete Aufenthaltserlaubnis) vorgesehenen fünf Aufenthaltsgenehmigungen werden durch zwei Aufenthaltstitel, eine (befristete) Aufenthaltserlaubnis und eine (unbefristete) Niederlassungserlaubnis ersetzt. Die gesetzliche Grundlage für deren Erteilung wird auf dem Dokument vermerkt. Zusätzlich wird in Anlehnung an die gemeinschaftsrechtlichen Regelungen das Visum als eigenständiger Aufenthaltstitel benannt. Die bisherige Umdeutung des Visums in eine entsprechende Aufenthaltsgenehmigung (§ 3 Abs. 3 AuslG) wird den gemeinschaftsrechtlichen Visumregelungen und der Visumerteilungspraxis nicht gerecht.

Absatz 2: Nach bisherigem Recht konnte durch Auflagen zur Aufenthaltsgenehmigung die Ausübung einer selbständigen oder unselbständigen Erwerbstätigkeit ausgeschlossen oder gestattet werden. Die eigentliche Entscheidung über den Arbeitsmarktzugang richtet sich jedoch nach den arbeitsgenehmigungsrechtlichen Vorschriften der §§ 284 f. SGB III oder den besonderen Genehmigungen für die Ausübung eines Gewerbes oder freier Berufe. Durch die Änderung des SGB III und die Regelung in Absatz 3 steht die Berechtigung zur Ausübung einer Beschäftigung nunmehr unter dem Genehmigungsvorbehalt durch einen entsprechenden Aufenthaltstitel. Die Entscheidung über den Aufenthalt und die Ausübung einer Erwerbstätigkeit ergeht gegenüber dem Ausländer nunmehr einheitlich. Satz 1 legt vor diesem Hintergrund fest, dass ein Aufenthaltstitel zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit berechtigt, wenn es gesetzlich vorgesehen ist (§ 9 Abs. 1, § 16 Abs. 3, § 22 Satz 3, § 25 Abs. 1 und 2, § 28 Abs. 6, § 29 Abs. 5, § 31 Abs. 1, § 37 Abs. 1, § 38 Abs. 4) oder durch den Aufenthaltstitel ausdrücklich erlaubt wird. Während bei der ersten Alternative die Niederlassungserlaubnis ohnehin unbeschränkten Arbeitsmarktzugang vermittelt (§ 9 Abs. 1 Satz 2), ist bei der Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis die Berechtigung zur Erwerbstätigkeit lediglich deklaratorisch zu vermerken (§ 16 Abs. 3, § 22 Satz 3, § 25 Abs. 1 und 2, § 28 Abs. 6, § 29 Abs. 5, § 31 Abs. 1, § 37 Abs. 1, § 38 Abs. 4).

In der zweiten Alternative ist der Aufenthaltstitel mit der Erlaubnis zur Erwerbstätigkeit konstitutiv und betrifft überwiegend die Fälle des Aufenthalts zum Zweck der Erwerbstätigkeit (§§ 17 bis 19). Die Erteilung eines Aufenthaltstitels

bedarf daher der Zustimmung der Bundesanstalt für Arbeit (§§ 17, 18, 19, 39).

Satz 3 bestimmt ergänzend, dass in den Fällen des Aufenthalts zu anderen Zwecken (humanitärer Gründe, Familiennachzug), in denen die Erwerbstätigkeit nicht von Gesetzes wegen zugelassen ist, der Aufenthaltstitel die Erwerbstätigkeit (durch entsprechende Nebenbestimmung) nur erlauben darf, wenn die Bundesanstalt für Arbeit zugestimmt hat oder die Ausübung der Beschäftigung nach Maßgabe einer Rechtsverordnung ohne ausdrückliche Zustimmung zulässig ist.

Nach Satz 4 hat die Ausländerbehörde die mit der Zustimmung der Bundesanstalt für Arbeit möglichen Beschränkungen (Befristung, bestimmter Betrieb etc., § 39 Abs. 5) als Nebenbestimmung in den Aufenthaltstitel zu übernehmen.

Absatz 3 bestimmt, dass ein Ausländer im Bundesgebiet einer Beschäftigung nur nachgehen darf, wenn ihm dies durch den Aufenthaltstitel erlaubt wurde. Die Vorschrift übernimmt damit inhaltlich das Verbot mit Erlaubnisvorbehalt für unselbständige Erwerbstätigkeit im geltenden Recht (§ 284 Abs. 1 SGB III). Bereits jetzt gibt es Tätigkeiten, bei denen der Ausländer weder einer Arbeits- noch einer Aufenthaltsgenehmigung bedarf (z. B. Fahrer im grenzüberschreitenden LKW- oder Busverkehr). Hierbei soll es auch nach dem Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes bleiben. Die Straf- und Bußgeldvorschriften über die unerlaubte Erwerbstätigkeit und unerlaubte Beschäftigung von Ausländern knüpfen jedoch an § 4 Abs. 3 AufenthG an. Der Tatbestand ist somit dann erfüllt, wenn ein Ausländer einen Aufenthaltstitel nicht besitzt, der ihm eine Erwerbstätigkeit erlaubt. Um zu verhindern, dass davon auch solche Ausländer erfasst werden, denen die Erwerbstätigkeit auch ohne einen Aufenthaltstitel gestattet ist, wird dies durch Satz 2 klargestellt.

Absatz 4: In Übereinstimmung mit der gegenwärtigen Rechtslage (§ 3 Abs. 2 AuslG) sollen die auf deutschen Schiffen beschäftigten ausländischen Seeleute der Verpflichtung aus Absatz 1 unterworfen bleiben.

Absatz 5 trägt der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs zum Assoziationsabkommen EWG/Türkei Rechnung. Da das geltende Ausländergesetz nur konstituierende Aufenthaltsgenehmigungen kennt, gibt es keine Verpflichtung zur Beantragung deklaratorischer Aufenthaltstitel zum Nachweis eines bestehenden Aufenthaltsrechts nach höherem Recht. Nach Satz 1 ist für diese Zwecke nunmehr die Aufenthaltserlaubnis vorgesehen, die nach Satz 2 auf Antrag auszustellen ist, sofern das Aufenthaltsrecht aus dem Assoziationsrecht EWG/Türkei, insbesondere aus dem Assoziationsratsbeschluss Nr. 1/80, tatsächlich besteht. Da der Aufenthaltserlaubnis in diesen Fällen lediglich deklaratorische Wirkung zukommt, wird sie nach Satz 2 ausgestellt und nicht erteilt. Die Möglichkeit, trotz des bestehenden Aufenthaltsrechts bei Vorliegen der Voraussetzungen eine Niederlassungserlaubnis mit entsprechend konstitutiver Wirkung zu erhalten, bleibt unberührt. Durch die Vorschrift wird die bislang ungerechtfertigte Besserstellung gegenüber Unionsbürgern beseitigt.

Zu § 5

Die Vorschrift enthält die grundlegenden Voraussetzungen für die Erteilung eines Aufenthaltstitels. Die Vorschrift fasst

für die Einreise und den Aufenthalt von Ausländern die Grundentscheidungen der Erteilungs- und Versagungsvorschriften der §§ 6 bis 9 AuslG in vereinfachter Form zusammen. Die geltenden Regelungen haben in der ausländerrechtlichen Praxis zu Anwendungsschwierigkeiten geführt.

Die Vorschrift unterscheidet mit Ausnahme von Absatz 1 Nr. 3 nicht mehr, ob ein Rechtsanspruch auf Erteilung eines Aufenthaltstitels besteht oder nach Ermessen entschieden werden kann. In § 5 werden die Erteilungsvoraussetzungen von grundlegendem staatlichem Interesse festgelegt. Abweichende Regelungen finden sich in Absatz 3 und in den speziellen Erteilungsvorschriften.

Absatz 1 benennt neben der Passpflicht nach § 3 noch drei weitere Regel-Erteilungsvoraussetzungen für einen Aufenthaltstitel, von denen nur bei besonders gelagerten Einzelfällen abgewichen werden kann. Gründe, die ausnahmsweise eine Abweichung von der Passpflicht rechtfertigen, sind insbesondere die bisher in § 9 Abs. 1 Nr. 3 AuslG ausdrücklich geregelten Fälle, etwa das Vorliegen eines Anspruchs auf Erteilung des Aufenthaltstitels, wenn der Ausländer sich rechtmäßig im Bundesgebiet aufhält und aus von ihm nicht zu vertretenden Gründen keinen Pass erlangen kann oder sonstige begründete Einzelfälle. Ausnahmen vom Passzwang vor der Einreise des Ausländers richten sich nach § 3 Abs. 2.

Nummer 1 beinhaltet mit der Lebensunterhaltssicherung die wichtigste Voraussetzung, um die Inanspruchnahme öffentlicher Mittel zu verhindern. Die Definition der Lebensunterhaltssicherung findet sich als Begriffsbestimmung in § 2 Abs. 3.

Nach Nummer 2 steht das Vorliegen eines Ausweisungsgrundes der Erteilung eines Aufenthaltstitels entgegen.

Nummer 3 übernimmt den derzeit geltenden Versagungsgrund des § 7 Abs. 2 Nr. 3 AuslG. Zu den öffentlichen Interessen gehören im Gegensatz zum geltenden Ausländergesetz nicht länger eine übergeordnete ausländerpolitische einseitige Grundentscheidung der Zuwanderungsbegrenzung oder der Anwerbestopp. Stattdessen ist Ziel der Anwendung der ausländerrechtlichen Instrumentarien eine flexible und bedarfsorientierte Zuwanderungssteuerung. Dabei können je nach bestehender Zuwanderungs- und Integrationssituation Interessen der Zuwanderungsbegrenzung wie auch der gezielten Zuwanderung im Vordergrund stehen. Um die notwendige Flexibilität zu erhalten, erfolgt abgesehen von dem Interesse an Zuwanderungssteuerung keine übergeordnete Festlegung.

Absatz 2 bestimmt als weitere Voraussetzung für die Erteilung der längerfristigen oder dauerhaften Aufenthaltstitel, dass das Visumverfahren nicht nur ordnungsgemäß, sondern auch unter vollständiger Angabe insbesondere des Aufenthaltszwecks durchgeführt worden ist. Auf diese Weise soll die Einhaltung des Visumverfahrens als wichtiges Steuerungsinstrument der Zuwanderung gewährleistet werden.

Ausnahmen kommen wie bisher in Betracht, wenn ein Anspruch auf Erteilung des Aufenthaltstitels besteht. Ferner kann in besonders gelagerten Einzelfällen auf die Nachholung des Visumverfahrens verzichtet werden, in denen bisher eine grenznahe Auslandsvertretung zur Visumerteilung ermächtigt wurde.

Absatz 3: In den Fällen der Aufenthaltsgewährung aus völkerrechtlichen, humanitären und politischen Gründen kann die Erteilung eines Aufenthaltstitels typischerweise nicht von der Einhaltung aller Voraussetzungen des § 5 abhängig gemacht werden. Absatz 3 trifft daher für diese Fälle eine zusammenfassende Sonderregelung. Soweit in anderen Fällen abweichend von § 5 ein Aufenthaltstitel erteilt werden kann, ist dies in der Erteilungsnorm angegeben.

Absatz 4: Personen, bei denen es sich um gewaltbereite Extremisten, Terroristen oder Unterstützer von Terroristen handelt, darf kein Aufenthaltstitel erteilt werden. Dabei muss die von einem Ausländer ausgehende Gefahr entweder gegenwärtig bestehen oder für die Zukunft zu erwarten sein, abgeschlossene Sachverhalte aus der Vergangenheit ohne gegenwärtige oder künftige Relevanz bleiben außer Betracht. Der Versagungsgrund besteht somit nicht, wenn die Gefahrenprognose negativ ausfällt und somit eine Sicherheitsbeeinträchtigung nicht mehr zu erwarten ist. Die erforderliche Beurteilung obliegt regelmäßig den Sicherheitsbehörden.

Mit der Regelung werden die Bestrebungen innerhalb und außerhalb des Bundesgebietes agierender Tätergruppen erfasst, die gegen das vom Bundesverfassungsgericht ausgefüllte Verfassungsprinzip der freiheitlichen demokratischen Grundordnung sowie gegen die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind (vgl. § 3 Abs. 1 Nr. 1 BVerfSchG, § 1 Gesetz zu Artikel 10 GG). Schutzgut ist insbesondere auch die Fähigkeit des Staates, Beeinträchtigungen und Störungen seiner Sicherheit nach innen und außen abzuwehren. Dazu gehört es auch, wenn auswärtige Konflikte auf deutschem Boden ausgetragen werden. Erfasst wird ebenfalls die Mitgliedschaft oder Unterstützung von Gruppierungen, die Anschläge gegen Personen oder Sachen veranlassen, befürworten oder androhen, unabhängig davon, wo die Anschläge verübt werden. Diese Ausdehnung auf über das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland hinaus agierende Tätergruppen ist angesichts der Erscheinungsformen des international organisierten Terrorismus geboten.

Die vom Gesetzgeber vorzunehmende Abwägung der staatlichen Sicherheitsinteressen mit den verfassungsrechtlich schutzwürdigen Belangen der betroffenen Person erfordert, dass die mit dem Versagungsstatbestand abzuwehrende Gefährdung hinreichend konkretisiert sein muss. Der Verdacht einer Gefährdung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, einer Beteiligung an Gewalttätigkeiten bei Verfolgung politischer Ziele oder eines öffentlichen Aufrufs zur Gewaltanwendung reicht hierfür noch nicht aus, selbst wenn die Annahme sich auf Tatsachen stützt. Es ist vielmehr der Nachweis erforderlich. Ein derartiger Nachweis kann bei der Zugehörigkeit zu einem Verein, der den internationalen Terrorismus unterstützt, nicht durch Mitgliederlisten erbracht werden, da derartige Vereinigungen üblicherweise keine Mitgliederlisten führen. Die Zugehörigkeit muss insoweit über andere Mittel belegt werden.

Der Versagungsgrund gilt uneingeschränkt sowohl für Aufenthaltstitel, die im Ermessenswege erteilt werden können, als auch für solche, auf die ein gesetzlicher Anspruch besteht. Bei Terrorismusverdacht überwiegt das Interesse der Bundesrepublik Deutschland an der Fernhaltung des Betroffenen vom Bundesgebiet gegenüber der dem Anspruch zugrundeliegenden Grundrechtsposition (z. B. aus

Artikel 6 GG). Artikel 6 Grundgesetz verleiht keinen unmittelbaren Rechtsanspruch auf Aufenthaltsgewährung im Bundesgebiet, sondern verpflichtet lediglich den Staat, familiäre Bindungen möglichst zu berücksichtigen.

Mit Satz 2 wird die Möglichkeit geschaffen, im Einzelfall trotz zwingenden Versagungsgrundes Ausländern ein Aufenthaltsrecht zu gewähren, wenn sie sich offenbaren und glaubhaft von ihren Bestrebungen distanzieren.

Zu § 6

Die Vorschrift regelt die Erteilung von Visa. Sie resultiert aus der Einordnung des Visums als selbständiger Aufenthaltstitel (§ 4 Abs. 1). Die Systematik des geltenden Ausländergesetzes, die das Visum als eine Form der jeweiligen Aufenthaltsgenehmigung begreift, entspricht nicht mehr der Rechtswirklichkeit, in der sich auf der Grundlage von Gemeinschaftsrecht ein eigenständiges Visaregime insbesondere für Aufenthalte bis zu drei Monaten herausgebildet hat.

Es wird daher zwischen Schengen-Visa für kurzfristige Aufenthalte bis zu drei Monaten (Absatz 1 Nr. 2) und einem nationalen Visum für längerfristige Aufenthalte unterschieden (Absatz 4). Die Einordnung entspricht Gemeinschaftsrecht, das gleichzeitig Regelungen über die Ausgestaltung und Rechtsfolgen eines Visums vorsieht (Artikel 10 f. Schengener Durchführungsübereinkommen).

Absatz 1 verweist für die Erteilung der im Schengenraum gängigen Visa aus Gründen der Rechtsvereinheitlichung auf die Voraussetzungen des Schengener Durchführungsübereinkommens (Artikel 15 i. V. m. Artikel 10, Artikel 5 Abs. 1 SDÜ), die zwar im Wesentlichen deckungsgleich mit § 5 sind, mit Artikel 5 Abs. 1 Buchstabe e aber insbesondere auch die Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen anderer Schengen-Staaten erfasst. Eine Abweichung von den Erteilungsvoraussetzungen des Schengener Durchführungsübereinkommens kommt nach Artikel 16 SDÜ nur aus humanitären Gründen, aus Gründen des nationalen Interesses oder aufgrund internationaler Verpflichtungen in Betracht. Von dieser Möglichkeit wurde mit Satz 2 für Ausnahmefälle Gebrauch gemacht. Ein solcher Ausnahmefall kann z. B. mit Blick auf die verfassungsrechtliche Wertung des Artikels 6 GG bei Familienbesuchen angenommen werden. Die Umsetzung der Möglichkeit nach Artikel 16 SDÜ hat allerdings zwingend zur Folge, dass die räumliche Geltung des Visums auf das Hoheitsgebiet der Vertragspartei beschränkt werden muss. Dem trägt Satz 3 Rechnung. Die Erteilung des in Absatz 1 Nr. 2 bezeichneten Schengen-Visums ist nicht von einem konkret benannten Aufenthaltswitz abhängig. Die wesentliche Einschränkung ergibt sich aus der geplanten Kurzfristigkeit des Aufenthalts. Für die Ausübung einer Erwerbstätigkeit während eines kurzfristigen Aufenthalts ist § 4 Abs. 2 und 3 zu beachten. Die Erteilung eines nationalen Visums für längerfristige Aufenthalte ist nicht durch Gemeinschaftsrecht festgelegt, sie richtet sich nach Absatz 4.

Absatz 2 regelt die Erteilung von Visa für mehrere Aufenthalte.

Die Verlängerung eines Schengen-Visums richtet sich nach Absatz 3. Danach kann ein Schengen-Visum, das bei der Erteilung durch die Auslandsvertretung nicht für drei Monate ausgestellt wurde, im Inland entsprechend gemeinschafts-

rechtlicher Vorgaben bis zu einer Gesamtaufenthaltsdauer von drei Monaten pro Halbjahr verlängert werden (Satz 1), sofern die Erteilungsvoraussetzungen noch vorliegen. Dies gilt nach Satz 2 auch für Schengen-Visa, die nicht von einer deutschen Auslandsvertretung ausgestellt wurden. Eine weitere Verlängerung bis zu drei Monaten innerhalb des betreffenden Halbjahres kommt nach Satz 3 entsprechend dem Verweis auf Absatz 1 Satz 2 nur aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen oder zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland in Betracht. Durch die Verlängerung über drei Monate hinaus kann das Schengen-Visum nach den Regelungen des SDÜ in Satz 3 nicht mehr als Schengen-Visum bezeichnet werden. Es wird als nationales Visum auf dem einheitlichen Sichtvermerk verlängert.

Absatz 4 legt in Anlehnung an Artikel 18 SDÜ fest, dass für längerfristige Aufenthalte ein nationales Visum erforderlich ist. Die Erteilung des Visums richtet sich nach den für die Aufenthalts- und Niederlassungserlaubnis geltenden Vorschriften. Nach Ablauf der Geltungsdauer des Visums ist entsprechend dem bei der Visumerteilung angegebenen Aufenthaltswitz die entsprechende Aufenthaltserlaubnis oder Niederlassungserlaubnis zu beantragen, deren Erteilung vom Vorliegen der Voraussetzungen abhängt. Veränderungen während der Geltungsdauer des Visums können, etwa in Fällen des § 31 Abs. 1 Nr. 2, zur Anwendbarkeit einer anderen Rechtsgrundlage führen. Um spätere Unklarheiten bei der Berechnung von Fristen zu vermeiden, enthält Satz 3 eine entsprechende Anrechnungsbestimmung.

Zu § 7

Die Vorschrift regelt die Grundsätze zur Aufenthaltserlaubnis. Die Aufenthaltserlaubnis ist der befristete Aufenthaltstitel und ersetzt die Aufenthaltsbewilligung, die Aufenthaltsbefugnis und die befristete Aufenthaltserlaubnis nach geltendem Recht.

Absatz 1: Die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis richtet sich grundsätzlich nach den besonderen Erteilungsvorschriften der Abschnitte 3 bis 7. Angesichts der bestehenden Unklarheiten über das Bestehen und den Umfang einer allgemeinen Ermächtigungsbasis für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach den §§ 7, 15 AuslG stellt Satz 3 klar, dass eine Aufenthaltserlaubnis außerhalb der vom Gesetz erfassten und speziell geregelten Aufenthaltswitze erteilt werden kann.

Absatz 2 beinhaltet die wesentlichen Grundregeln für die Befristung der Aufenthaltserlaubnis. Mit der Maßgabe, die Aufenthaltserlaubnis unter Berücksichtigung des beabsichtigten Aufenthaltswitzes zu befristen, hat die zuständige Behörde ausreichenden Spielraum, eine dem Einzelfall angemessene Frist festzulegen. Die Frist muss sich nicht auf die gesamte Dauer des beabsichtigten Aufenthalts erstrecken. Sie kann unter dem Gesichtspunkt der Überprüfung der Voraussetzungen auch vorzeitig enden. Nach Satz 2 kann die Frist unter den dort genannten Voraussetzungen nachträglich verkürzt werden. Die Regelung entspricht § 12 Abs. 2 Satz 2 AuslG. Neben der Befristung der Aufenthaltserlaubnis verbleibt nach § 12 die Möglichkeit, die Aufenthaltserlaubnis mit weiteren Nebenbestimmungen zu versehen.

Zu § 8

Absatz 1 entspricht inhaltlich der geltenden Regelung in § 13 Abs. 1 AuslG. Der Begriff der Aufenthaltsgenehmigung wird durch den der Aufenthaltserlaubnis ersetzt.

Absatz 2 eröffnet der zuständigen Behörde die Möglichkeit, die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis durch eine Nebenbestimmung auszuschließen. Dies betrifft beispielsweise kurzfristige Arbeitsaufenthalte, bei denen eine Aufenthaltsverfestigung nicht beabsichtigt ist, oder Aufenthalte aufgrund spezifischer Postgraduiertenprogramme der Entwicklungszusammenarbeit, bei denen sich die Geförderten verpflichtet haben, nach Abschluss der Hochschulfortbildung zurückzukehren. Auf diese Weise kann sie von Anfang an Klarheit über die Perspektive der Aufenthaltsdauer im Bundesgebiet schaffen. Die Rechtsfolge der Nichtverlängerbarkeit tritt kraft Gesetzes ein.

Das geltende Recht schließt eine Aufenthaltsverfestigung für ganze Personengruppen (z. B. Studenten) aus (§ 28 Abs. 3 AuslG, § 4 Abs. 6, § 6 Abs. 2 AAV). Diese Regelung ist unflexibel und führt in der Praxis zu unbilligen Ergebnissen. Um aber zu verhindern, dass sich der Ausländer durch Verlängerungen der Aufenthaltserlaubnis auf Vertrauensschutz berufen kann, wird mit Absatz 2 ein variables Instrumentarium für Bedarfsfälle eingeführt. Mit der Beschränkung auf Regelfälle können nachträglich eingetretene Änderungen hinreichend berücksichtigt werden.

Absatz 3 gibt der Behörde auf, im Rahmen ihrer Entscheidung über die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis den Umstand zu berücksichtigen, dass der Ausländer seine Pflicht zur Teilnahme an einem Integrationskurs nach § 45 verletzt. Dies kann z. B. durch die Festlegung einer kürzeren Verlängerungsfrist geschehen, um alsbald eine erneute Gelegenheit zur Überprüfung zu erhalten. Soweit die Verlängerung im Ermessen der Behörde steht, kann insbesondere eine beharrliche Verweigerung der Teilnahme eine Ablehnung der Verlängerung rechtfertigen.

Zu § 9

Absatz 1: Die Niederlassungserlaubnis ersetzt die Aufenthaltsberechtigung und die unbefristete Aufenthaltserlaubnis nach dem geltenden Ausländergesetz, zwischen denen nur ein geringer Unterschied besteht. Die Niederlassungserlaubnis ist der Daueraufenthaltstitel, der den Aufenthalt des Ausländers im Bundesgebiet am stärksten verfestigt und sichert. Dies wird auch durch den Begriff selbst unterstrichen. Sie gewährt besonderen Ausweisungsschutz. Satz 2 bestimmt in Anlehnung an die bisherige genehmigungsfreie Beschäftigung für Inhaber einer Aufenthaltsberechtigung und unbefristeten Aufenthaltserlaubnis (§ 284 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 SGB III) und der bisherigen Praxis bei der selbständigen Tätigkeit (Nr. 10.3.3.2.1 AuslG-VwV) die Berechtigung zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit. Wie die Aufenthaltsberechtigung im geltenden Recht, kann die Niederlassungserlaubnis nicht mit Nebenbestimmungen versehen werden. Ihre Erteilung ist nur bei Vorliegen besonderer Voraussetzungen vorgesehen.

Absatz 2 regelt den Anspruch auf eine Niederlassungserlaubnis für Ausländer, die auf Grund der Dauer des Aufenthalts und ihrer persönlichen Lebensumstände in die Lebensverhältnisse der Bundesrepublik Deutschland integriert

sind. Dies wird durch die Voraussetzungen der Nummern 1 bis 9 sichergestellt. Sie entsprechen im Wesentlichen den Voraussetzungen, die für die Erteilung einer Aufenthaltsberechtigung nach den geltenden § 27 Abs. 2, § 24 Abs. 1 Nr. 2 bis 5 AuslG vorgesehen sind. Unterbrechungen der Berufstätigkeit oder längere Ausbildungsdauer aufgrund der Wahrnehmung von Familienpflichten wie Kindererziehung oder häusliche Pflege dürfen keine nachteiligen Auswirkungen haben. Daher bedarf es einer entsprechenden Anrechnung im Rahmen der Prüfung der Voraussetzungen von Absatz 2 Nr. 3. Absatz 2 Nr. 4 hindert die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis auch dann, wenn die Jugend- oder Freiheitsstrafe zur Bewährung ausgesetzt ist. Es ist nicht erforderlich, dass die Verurteilung bereits rechtskräftig ist.

Die bisherige Voraussetzung, sich auf einfache Art in deutscher Sprache mündlich verständigen zu können, wird durch ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache ersetzt (Nummer 7), um dem Erfordernis der Sprachkenntnisse als wesentlicher Integrationsvoraussetzung und als Voraussetzung für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben größere Bedeutung zu verschaffen. Ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache liegen vor, wenn sich der Ausländer im täglichen Leben einschließlich der Kontakte mit Behörden in seiner deutschen Umgebung sprachlich zurechtzufinden vermag und mit ihm ein seinem Alter und Bildungsstand entsprechendes Gespräch geführt werden kann. Dazu gehört auch, dass der Ausländer einen deutschsprachigen Text des alltäglichen Lebens lesen, verstehen und die wesentlichen Inhalte mündlich wiedergeben kann. Die Fähigkeit, sich auf einfache Art mündlich verständigen zu können, reicht nicht aus. Bei den Anforderungen an die deutschen Sprachkenntnisse ist zu berücksichtigen, ob sie von dem Ausländer wegen einer körperlichen oder geistigen Krankheit oder Behinderung nicht erfüllt werden können.

Hinzukommen müssen Grundkenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet (Nummer 8). Die Grundkenntnisse können ebenso wie die erforderlichen Sprachkenntnisse durch die erfolgreiche Teilnahme an einem Integrationskurs, aber auch auf andere Weise – etwa über einen entsprechenden Schulabschluss – nachgewiesen werden.

Satz 3 liegt der Gedanke zu Grunde, dass auch behinderten Ausländern eine Aufenthaltsverfestigung möglich sein muss (vgl. auch Artikel 3 Abs. 3 Satz 2 GG). Insoweit kommen aber Fälle vor, in denen auch durch die sinnvolle Berücksichtigung der spezifischen Einschränkungen bei Art und Inhalt der Prüfungen nicht geholfen werden kann, weil Betroffene überhaupt nicht in der Lage sind, Deutsch zu sprechen, zu schreiben oder Kenntnisse der deutschen Gesellschaft zu erwerben. Satz 5 stellt dabei sicher, dass Behinderte auch nicht benachteiligt werden, wenn sie wegen ihrer Behinderung nicht arbeiten können.

Satz 4 gibt der Ausländerbehörde eine Ermächtigung (Ermessen), Härtefälle zu lösen. Gedacht ist hier an Fälle, in denen die Betroffenen z. B. trotz verstärkter Bemühungen die Anforderungen unverschuldet nicht erfüllen können. Insoweit wird es (auch bei strikter Steuerung der Zuwanderung im Bereich der wirtschaftlichen Migration) immer Einzelfälle – z. B. im Rahmen der Familienzusammenführung – geben, in denen die Betroffenen bei aller Anstrengung – und selbst bei Berücksichtigung von Alter und Bil-

dungsstand – die geforderten Kenntnisse nicht in hinreichendem Maße erwerben können. Dies kann etwa bei „bildungsfernen“ Menschen vorkommen, die in einer anderen Schriftsprache sozialisiert worden sind. Es kann nicht Intention des Gesetzes sein, diesen Menschen dauerhaft eine Aufenthaltsverfestigung vorzuenthalten, obgleich sie im Alltagsleben erkennbar zurecht kommen und sie alles unternehmen haben, was ihnen möglich war, um die in den Nummern 7 und 8 geforderten Kenntnisse zu erwerben.

Absatz 3 entspricht § 27 Abs. 4 und 4a AuslG. Mit Satz 3 wird Satz 1 auch auf Fälle des § 26 Abs. 4 angewandt.

Absatz 4 Satz 1 entspricht § 27 Abs. 5 AuslG. Satz 2 Nr. 1 regelt, dass die einmal erreichte Integration in die deutschen Lebensverhältnisse unter bestimmten Voraussetzungen auch nach dem Erlöschen des Aufenthaltstitels berücksichtigt wird. Ein Ausländer, der bei seiner Ausreise bereits im Besitz einer Niederlassungserlaubnis war und dem nach einer zum Erlöschen des Titels führenden Ausreise aufgrund der allgemeinen Voraussetzungen nach diesem Gesetz wieder eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird, soll – abhängig von der Länge des Inlandsaufenthalts und des dazwischen liegenden Auslandsaufenthalts – schneller eine Niederlassungserlaubnis erhalten können als ein Ausländer, der vorher noch nicht im Bundesgebiet gelebt hat.

Absatz 4 Satz 2 Nr. 2 entspricht inhaltlich § 44 Abs. 4 AuslG. Es wird klargestellt, dass bei der Berechnung der Aufenthaltszeiten sechs Monate für jeden Fall eines Aufenthalts außerhalb des Bundesgebiets von mehr als sechs Monaten angerechnet werden, es sei denn, die Aufenthaltserlaubnis ist zwischenzeitlich erloschen.

Zu § 10

Die Vorschrift soll verhindern, dass ein Asylbewerber während der Durchführung eines Asylverfahrens einen Aufenthaltstitel zu einem anderen Zweck im Bundesgebiet erlangen kann. § 10 Abs. 1 und 2 entspricht inhaltlich § 11 AuslG.

Absatz 3 legt in Anlehnung an die geltende Regelung in § 30 Abs. 5 AuslG fest, dass unanfechtbar abgelehnte Asylbewerber nur noch eingeschränkt die Möglichkeit haben, einen Aufenthaltstitel zu erlangen. Sie können nur einen Aufenthaltstitel aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen erhalten, beispielsweise im Rahmen einer „Bleiberechtsregelung“ nach § 23 Abs. 1. Sofern der Asylantrag nach § 30 Abs. 3 AsylVfG abgelehnt wurde (Gründe, die zur offensichtlichen Unbegründetheit eines Asylantrages führen, insbesondere im Falle der Täuschung), darf kein Aufenthaltstitel erteilt werden. Ausgenommen hiervon sind Fälle, in denen ein Anspruch auf Erteilung eines Aufenthaltstitels besteht, zum Beispiel bei deutsch-verheirateten Ausländern.

Zu § 11

Die Vorschrift entspricht inhaltlich § 8 Abs. 2 AuslG und der korrespondierenden Ausnahmeregelung in § 9 Abs. 3 AuslG. Sie regelt zusammen mit § 10 besondere Versagungsgründe bei der Beantragung eines Aufenthaltstitels. Auf das Antragserfordernis bei der Befristung der Einreisepflicht nach Absatz 1 soll künftig nach Maßgabe der beson-

deren Beratungs- und Auskunftspflicht des § 82 Abs. 3 hingewiesen werden.

Die in Absatz 1 bezeichneten Wirkungen treten bei Zurückschiebungen nach § 57 gleichermaßen wie bei Abschiebungen ein, da ein sachlicher Grund, zurückgeschobene Ausländer gegenüber abgeschobenen Ausländern zu privilegieren, nicht ersichtlich ist.

Die in § 9 Abs. 4 AuslG enthaltene Verordnungsermächtigung für Ausnahmen von § 7 Abs. 2 und § 8 Abs. 2 und AuslG ist mangels völkerrechtlicher Verpflichtungen entbehrlich. Die Vorschrift war ursprünglich für die Umsetzung von Vorgaben aus dem Schengener Durchführungsübereinkommen vorgesehen, die nunmehr unmittelbar gelten.

Zu § 12

In der Vorschrift sind die wesentlichen Nebenbestimmungen zu einem Aufenthaltstitel zusammengefasst, die bisher in den §§ 12, 14 AuslG geregelt waren. Die Bestimmung wurde klarstellend durch einen Hinweis auf das Schengener Durchführungsübereinkommen ergänzt.

Mit Absatz 5 werden Ausnahmen von der räumlichen Beschränkung wie im Asylverfahrensgesetz geregelt. Satz 1 gibt der Ausländerbehörde – auch für räumliche Beschränkungen auf anderen Rechtsgrundlagen des Aufenthaltsgesetzes (z. B. § 61) – eine flexible Möglichkeit Ausnahmen zuzulassen. Satz 2 regelt Fallgruppen, in denen entsprechenden Anträgen stattzugeben ist. Satz 3 stellt klar, dass in bestimmten Fällen eine Erlaubnis nicht erforderlich ist.

Abschnitt 2 Einreise (§§ 13 bis 15)

Die bisher im fünften Abschnitt des Ausländergesetzes über den Grenzübertritt enthaltenen Regelungen über unerlaubte Einreise, Ausnahmevisa, den Grenzübertritt und die Zurückweisung (§§ 58 bis 60) werden in dem Entwurf aus systematischen Gründen an den Anfang des Gesetzes gestellt.

Zu § 13

Die Vorschrift entspricht inhaltlich § 59 AuslG.

Zu § 14

Die Vorschrift entspricht im Wesentlichen § 58 AuslG.

Absatz 1: Durch den Verweis in Nummer 2 auf die Erforderlichkeit des Aufenthaltstitels nach § 4 soll angesichts der unterschiedlichen Auffassung in Rechtsprechung und Lehre klargestellt werden, dass sich die Erforderlichkeit des Aufenthaltstitels nach objektiven Kriterien und nicht nach dem beabsichtigten Aufenthaltszweck bemisst. Die in § 58 Abs. 1 Nr. 3 AuslG enthaltene Ausnahme durch Rechtsverordnung ist entbehrlich (vgl. Begründung zu § 11).

In Absatz 2 wird das Ermächtigungserfordernis durch das Bundesministerium des Innern in § 58 Abs. 2 AuslG für die Erteilung eines Ausnahmevisums an der Grenze nicht wieder aufgenommen. Die ausländerrechtliche Praxis hat gezeigt, dass die ausdrückliche Ermächtigung durch das Bundesministerium des Innern angesichts der Sachkompetenz der Grenzbeamten nicht erforderlich ist.

Zu § 15

Die Vorschrift entspricht inhaltlich § 60 AuslG. Sie wurde klarstellend durch einen Hinweis auf das Schengener Durchführungsübereinkommen ergänzt.

Abschnitt 3 Aufenthalt zum Zweck der Ausbildung
(§§ 16, 17)**Zu § 16**

Die Vorschrift soll der Bedeutung des Studienstandortes Deutschland im internationalen Vergleich Rechnung tragen und es im Gegensatz zur geltenden Rechtslage ermöglichen, ausländische Studenten und Studienbewerber unter erleichterten Bedingungen und besseren Perspektiven für einen Aufenthalt im Bundesgebiet zu gewinnen. Hierzu regelt die Vorschrift die wesentlichen Voraussetzungen.

Absatz 1 beinhaltet die Erteilungsnorm für Studienbewerber und Studenten einschließlich der studienvorbereitenden Maßnahmen. Die Immatrikulation zum Zweck einer Dissertation wird auch als Promotionsstudium bezeichnet, für das damit auch eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden kann. Die ausdrückliche Nennung des Promotionszwecks würde andere Postgraduiertenstudien ohne gesonderten akademischen Abschluss mangels ausdrücklicher Erwähnung von der Zweckbestimmung des Studiums in aufenthaltsrechtlicher Sicht ausschließen. Ein ausführlicher gesetzlicher Katalog möglicher Studienzwecke ist aber aufenthaltsrechtlich nicht wünschenswert und trägt nicht zur vereinfachten Rechtsanwendung bei. Die Nennung der staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschule dient der Anpassung des Wortlauts an die Nomenklatur des Hochschulrahmengesetzes (§§ 1, 70). Die Befristung der Aufenthaltserlaubnis für den Aufenthalt von Studienbewerbern, für studienvorbereitende Maßnahmen und für das Studium entsprechen der derzeitigen Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zu § 28 AuslG.

Sofern aus entwicklungspolitischen Gründen nach Abschluss des Studiums die Rückkehr des Absolventen in sein Heimatland gewollt ist, kann nach § 8 Abs. 2 die Verlängerungsmöglichkeit der Aufenthaltserlaubnis ausgeschlossen werden.

Durch Absatz 2 wird der Wechsel des Aufenthaltszwecks im Grundsatz ausgeschlossen. Es soll sichergestellt werden, dass nur Studien- und keine anderen Aufenthaltszwecke verfolgt werden. Inhaltlich ist die Vorschrift an die geltende Regelung des § 28 Abs. 2 AuslG angelehnt.

Absatz 3 regelt den Arbeitsmarktzugang ausländischer Studenten während des Studiums. Studenten haben derzeit die Möglichkeit, bis zu drei Monaten im Jahr arbeitsgenehmigungsfrei zu arbeiten (§ 9 Nr. 9 der Arbeitsgenehmigungsverordnung). Diese Möglichkeit bleibt erhalten, wird aber an die gegenwärtigen Bedürfnisse der Praxis der Zulassung angepasst. Die Neuregelung soll es ausländischen Studierenden ohne Beeinträchtigung ihres Studienerfolges ermöglichen, ganzjährig stundenweise oder in den Semesterferien mit voller Arbeitszeit und im Semester entsprechend kürzer oder gar nicht ihr Studium zu finanzieren. Eine stundenweise Beschäftigung oder die Beschäftigung in mehreren Arbeitsverhältnissen sind in Anlehnung an § 2 Abs. 1 Arbeitszeitgesetz (ArbZG) zusammenzurechnen. Neu ermöglicht wird künftig die Ausübung studentischer Nebentätigkeiten an der Hochschule oder an einer anderen wissen-

schaftlichen Einrichtung ohne zeitliche Einschränkung. Die Erlaubnis zu diesen Tätigkeiten ist kraft Gesetzes von der Aufenthaltserlaubnis mit erfasst. Eine separate Genehmigung des Arbeitsamtes ist nicht erforderlich. Die Tätigkeiten dürfen jedoch den Zweck „Studium“ nicht gefährden.

Absatz 4 eröffnet neben den Möglichkeiten eines sich anschließenden Aufenthalts zum Zweck der Erwerbstätigkeit nach den §§ 18 bis 21 die Option, dem Studienabsolventen durch Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis ausreichend Zeit für die Arbeitsplatzsuche einzuräumen. Auf diese Weise hat er die Möglichkeit, einen seiner Qualifikation angemessenen Arbeitsplatz zu finden. Die allgemeinen Erteilungsvoraussetzungen nach § 5, insbesondere die Sicherung des Lebensunterhalts, müssen vorliegen.

Absatz 5 regelt die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis für die Teilnahme an Sprachkursen und für den Schulbesuch, der angesichts des allgemeinen und kostenlosen Zugangs zu öffentlichen Schulen – wie bisher – auf Ausnahmefälle beschränkt wird.

Zu § 17

Die Vorschrift regelt die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Aus- und Weiterbildung. Die Erteilung ist von der Zustimmung der Bundesanstalt für Arbeit abhängig (vgl. Begründung zu § 39). Die genaue Ausgestaltung der Fälle, in denen die Zustimmung durch die Bundesanstalt für Arbeit erteilt werden kann, erfolgt nach Maßgabe einer Rechtsverordnung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit (§ 42). Inhaltlich sollen zumindest die Fälle des § 2 Arbeitsaufenthalteverordnung und des § 2 Anwerbestoppausnahmeverordnung erfasst werden.

Abschnitt 4 Aufenthalt zum Zweck der Erwerbstätigkeit
(§§ 18 bis 21)**Zu § 18**

Die Vorschrift eröffnet die Möglichkeit, einem Ausländer im Ermessenswege zur Ausübung einer Beschäftigung (§ 2 Abs. 2) eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen. Die Aufenthaltserlaubnis beinhaltet gleichzeitig die Berechtigung zur Ausübung der jeweils erlaubten Erwerbstätigkeit (§ 284 SGB III, § 4 Abs. 2 Satz 1).

Die Vorschrift gilt für jede Beschäftigung im Bundesgebiet. Sie schreibt im Grundsatz fest, dass für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zur Aufnahme einer Beschäftigung die Zustimmung der Bundesanstalt für Arbeit erforderlich ist. Die Vorschrift ist im Gegensatz zu den Regelungen des § 10 AuslG und der Arbeitsaufenthalteverordnung, die den seit 1973 geltenden Anwerbestopp ausländischer Arbeitnehmer ausländerrechtlich umsetzen, erwerbspolitisch neutral. Die Beurteilung einer Beschäftigungsmöglichkeit oder -notwendigkeit für einen Ausländer obliegt ausschließlich der Arbeitsverwaltung. Dies wird durch das Erfordernis der Zustimmung sichergestellt. Die Ausländerbehörde hat die allgemeinen ausländerrechtlichen Voraussetzungen zu prüfen und gegebenenfalls allgemeine Migrationsgesichtspunkte im Rahmen ihres Ermessens zu bewerten. Ist die Ausländerbehörde nach den allgemeinen ausländerrechtlichen Erwägungen bereit, eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen, hat sie die erforderliche Zustimmung der Bundesanstalt für Arbeit

einzuholen. Liegt die Zustimmung der Arbeitsverwaltung vor, so ist das Ermessen der Ausländerbehörde im Weiteren intendiert. Sie sollte nunmehr die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nur noch versagen, wenn zwischenzeitlich eine allgemeine Erteilungsvoraussetzung nach § 5 entfallen ist.

Die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis kann ohne die Zustimmung der Bundesanstalt für Arbeit erfolgen, sofern dies durch Rechtsverordnung vorgesehen ist. Die Rechtsverordnung wird durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit auf der Grundlage von § 42 Abs. 1 erlassen. Auf diese Weise kann die Systematik der bisher arbeitsgenehmigungsfreien Erwerbstätigkeit je nach Bedarf beibehalten werden.

Durch das Zustimmungserfordernis wird das Verfahren bei einer Behörde konzentriert. Das umständliche Wechselverhältnis zwischen Aufenthaltsgenehmigung und Arbeitsgenehmigung entfällt.

Nach Satz 2 ist die Ausländerbehörde bei der Erteilung der Aufenthaltserlaubnis an die mit der Zustimmung verbundenen Vorgaben (Befristung, bestimmter Betrieb etc., § 39 Abs. 5) der Bundesanstalt für Arbeit gebunden.

Zu § 19

Die Erfahrung mit der Green Card hat gezeigt, dass international inzwischen längst ein Wettbewerb um die Hochqualifizierten entbrannt ist. Sie lösen Wachstumsbremsen in der Wirtschaft und schaffen zusätzliche Arbeitsplätze für Arbeitnehmer mit einfachen, mittleren und gehobenen Qualifikationen. So wurden nach den Feststellungen des ersten Berichts „Monitoring des IT-Sofortprogramms“ vom 2. Juli 2001 im Umfeld jedes Green-Card-Inhabers im Durchschnitt weitere 2,5 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen.

Im Rahmen der Green-Card-Diskussion wurde von vielen Seiten darauf hingewiesen, dass eine auf fünf Jahre begrenzte Aufenthaltserlaubnis wie bei der Green-Card-Regelung im Wettbewerb um die besten Köpfe möglicherweise nur begrenzt wettbewerbsfähig ist.

Absatz 1 ermöglicht es daher erstmals, hoch qualifizierten Arbeitskräften, an deren Aufenthalt im Bundesgebiet ein besonderes wirtschaftliches und gesellschaftliches Interesse besteht, von Anfang an einen Daueraufenthaltstitel in Form der Niederlassungserlaubnis zu erteilen. Damit wird den hoch qualifizierten Fachkräften die für ihre Aufenthaltsentscheidung notwendige Planungssicherheit geboten. Die Vorschrift zielt auf Spitzenkräfte der Wirtschaft und Wissenschaft. Die Erteilung erfolgt nach Ermessen und ist damit hinreichend flexibel. Sie ist wie bei § 18 von der Zustimmung der Arbeitsverwaltung abhängig. Zur besseren Eingrenzung, welche Personen als hoch qualifizierte Arbeitskräfte einzuordnen sind, enthält Absatz 2 Regelbeispiele. Eine weitergehende Konkretisierung oder genaue Einordnung kann durch Rechtsverordnung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit auf der Grundlage von § 42 Abs. 1 erfolgen.

Die Ausländerbehörde hat vor der Erteilung der Niederlassungserlaubnis eine Prognoseentscheidung über die Integrationsfähigkeit des Betroffenen zu treffen, um von Anfang an erkennbare Schwierigkeiten bei der Eingliederung in die Gesellschaftsordnung zu vermeiden. Hierbei kann sie die

besonderen Anforderungen in ihre Entscheidung einstellen, wie sie auch bei dem Auswahlverfahren nach § 20 gefordert werden (z. B.: guter Leumund).

Mit der Niederlassungserlaubnis ist langfristig besonderer Ausweisungsschutz verbunden, der jedoch einen fünfjährigen Aufenthalt im Bundesgebiet voraussetzt (§ 56 Abs. 1 Nr. 1), um zu vermeiden, dass der nach dieser Vorschrift Begünstigte zu Beginn seines Aufenthaltes ohne Folgen Ausweisungstatbestände verwirklichen kann.

Absatz 2 enthält Regelbeispiele, um den weiten Begriff hoch qualifizierter Personen einzugrenzen. Da sich bei der Green Card die Abgrenzung des Personenkreises der Hochqualifizierten durch Ausbildung und Bezahlung bewährt hat, orientiert sich auch die Regelung des Absatzes 2 an diesen Kriterien. Die Regelbeispiele der Nummern 1 und 2 basieren auf den Vorschriften der Arbeitsaufenthaltsverordnung (§ 5 Nr. 1) und Arbeitsgenehmigungsverordnung (§ 9 Nr. 8) und rechtfertigen angesichts der überdurchschnittlichen Berufsqualifikation eine Niederlassungserlaubnis von Anfang an. Sollte dieser Personenkreis seine Arbeitsstelle aufgeben oder verlieren, so ist davon auszugehen, dass diese Personen aufgrund der vorhandenen Qualifikation ohne weiteres eine neue Arbeitsstelle finden werden.

Im Regelbeispiel Nummer 3 ist eine solche Qualifikation keine Voraussetzung. Bei diesem Personenkreis ist die Annahme der „Hochqualifikation“ durch ihre Berufserfahrung und berufliche Stellung gerechtfertigt. Um eine missbräuchliche Anwendung und Auslegung zu verhindern, wird zusätzlich die von der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“ vorgeschlagene Gehaltsgrenze gefordert, die regelmäßig ein Indiz für die herausragende berufliche Stellung und Fähigkeit darstellt.

Anderen Fachkräften mit besonderen fachlichen Kenntnissen, die eine Hochschul- oder Fachhochschulausbildung oder eine vergleichbare Qualifikation besitzen (vgl. § 5 Nr. 2 AAV) können gemäß § 18 eine Aufenthaltserlaubnis zum Zwecke einer Beschäftigung erhalten.

Zu § 20

Absatz 1 regelt die Möglichkeit, Ausländern, die durch ein besonderes Auswahlverfahren ihre Qualifikation und Integrationsfähigkeit als dauerhafte Zuwanderer nachgewiesen haben, von Anfang an eine Niederlassungserlaubnis zu erteilen. Die Erteilung dient der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit, kann aber unabhängig von einem konkreten Arbeitsplatzangebot erfolgen. Die Durchführung des Auswahlverfahrens erfolgt nach § 75 Abs. 1 Nr. 1 durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge nach Maßgabe der Rechtsverordnung nach Absatz 3. Die erfolgreiche Teilnahme am Auswahlverfahren wird dem Bewerber durch eine Zuwanderungsmitteilung eröffnet (Absatz 5). Auf der Grundlage der Zuwanderungsmitteilung erteilt die Auslandsvertretung das erforderliche Visum (§ 6 Abs. 3) und die Ausländerbehörde die Niederlassungserlaubnis, sofern im Zeitpunkt der Beantragung die allgemeinen Erteilungsvoraussetzungen nach § 5 vorliegen. Die Versagung einer positiven Zuwanderungsmitteilung ist unanfechtbar (§ 83).

Durch Satz 2 wird klargestellt, dass auch Ausländer, die sich bereits rechtmäßig im Bundesgebiet aufhalten, die Möglichkeit haben, neben § 9 Abs. 2 und § 19 eine Niederlassungs-

erlaubnis über das Auswahlverfahren zu erhalten. Zwar erfassen auch die §§ 16 bis 19 bereits rechtmäßig im Inland lebende Ausländer. Um jedoch durch den Begriff der Zuwanderung im Auswahlverfahren Missverständnisse zu vermeiden, erfolgt eine entsprechende Klarstellung.

Absatz 2 stellt klar, dass die Zuwanderung im Auswahlverfahren im Interesse der Bundesrepublik Deutschland erfolgt und keinen Individualinteressen dient. Entsprechend wird in § 83 die Rechtsschutzmöglichkeit gegen ablehnende Entscheidungen über die Durchführung des Auswahlverfahrens ausgeschlossen. Die Auswahl der Zuwanderungsbewerber erfolgt wie in klassischen Einwanderungsländern durch ein Punktesystem. Satz 2 bestimmt in Anlehnung an die Erklärungen der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten im Zusammenhang mit den Beitrittsverhandlungen, dass den Beitrittsländern bei der Öffnung der nationalen Arbeitsmärkte eine „*préférence communautaire*“ einzuräumen ist, allerdings eingeschränkt auf die Länder, mit denen die Beitrittsverhandlungen bereits eröffnet wurden.

Absatz 3: Die Kriterien für das Auswahlverfahren und die Bewertung durch ein Punktesystem werden durch Rechtsverordnung der Bundesregierung mit Zustimmung des Deutschen Bundestages und des Bundesrates festgelegt. Die Festlegung erfolgt in einer Rechtsverordnung, damit die Bundesregierung nach den ersten Erfahrungen mit dem Auswahlverfahren notwendige Anpassungen vornehmen, flexibel auf die Entwicklungen des Arbeitsmarktes reagieren und die Anforderungen an die Zuwanderer zeitnah verändern kann. In der Ermächtigung werden Inhalt und Ausmaß der Verordnung festgelegt. So muss die Verordnung neben den Mindestbedingungen, die den Zuwanderungsbewerber zur Teilnahme berechtigen, ein Minimum an Auswahlkriterien enthalten und eine entsprechende Bewertung vornehmen. Insbesondere Ausbildung, Berufserfahrung, Alter und Sprachkenntnisse sind zu berücksichtigen. Bezüge zu Deutschland fallen besonders ins Gewicht, etwa frühere Berufstätigkeit oder Verwandtschaft in Deutschland, deutsche Abstammung, Studium oder Ausbildung in Deutschland. Ausländische Absolventen deutscher Hochschulen haben damit gute Chancen, zuwandern zu können. Mit Satz 3 Nr. 2 und Satz 4 wird besonderen Aspekten, die in der Regel Frauen betreffen, Rechnung getragen. Ein konkretes Arbeitsplatzangebot und vorhandenes Vermögen könnten ebenfalls positiv ins Gewicht fallen, sind aber nicht ausdrücklich erwähnt. Durch die Auswahl soll vermieden werden, dass Menschen zuwandern, die den Gegebenheiten des sich ständig wandelnden Arbeitsmarktes nicht gerecht werden. Gleichzeitig ermächtigt Absatz 3 die Bundesregierung, den Verfahrensablauf durch Rechtsverordnung näher auszugestalten.

Absatz 4 verlangt als unabdingbare Voraussetzung für eine Durchführung des Auswahlverfahrens, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und die Bundesanstalt für Arbeit nach Beteiligung des Zuwanderungsrates (§ 76) gemeinsam eine Höchstzahl festgesetzt haben. Erst dann kann mit dem Verfahren begonnen werden. Nach Erreichen der Höchstzahl ist das Verfahren einzustellen. Sind nicht genügend geeignete Bewerber vorhanden, so bleibt die vorgesehene Höchstzahl unausgeschöpft.

Absatz 5 stellt sicher, dass die Zuwanderungsmittelung, die die erfolgreiche Teilnahme am Auswahlverfahren bestätigt

und die Grundlage für die Erteilung der Niederlassungserlaubnis bzw. des Visums ist, nicht unbeschränkt gilt, sondern in einer unter Berücksichtigung der Interessen des Zuwanderers angemessenen Frist zur Beantragung des Visums bzw. der Niederlassungserlaubnis nach Absatz 1 vorgelegt wird. Nach Ablauf der Frist wird keine Niederlassungserlaubnis mehr auf der Grundlage des zuvor absolvierten Auswahlverfahrens erteilt. Hiervon unbenommen bleibt die Möglichkeit der nochmaligen Teilnahme an einem Auswahlverfahren.

Absatz 6 soll verhindern, dass erfolglose Bewerbungen periodisch eingereicht werden und das Verwaltungsverfahren unnötig belasten.

Zu § 21

Der wirtschaftliche Nutzen aus der Zuwanderung von Selbständigen ist groß, da in modernen Volkswirtschaften neue Arbeitsplätze vor allem in kleinen und mittleren Unternehmen entstehen. Die Zuwanderung von ausländischen Unternehmern vor allem mit guten Geschäftsideen soll daher erleichtert werden. Zu diesem Zweck regelt die Vorschrift den Aufenthalt zur Ausübung einer selbständigen Erwerbstätigkeit. Im Gegensatz zum geltenden Ausländergesetz wird damit erstmals eine eigenständige Rechtsgrundlage geschaffen, die der Bedeutung dieses Zuwanderungstatbestandes angemessen Rechnung trägt. Mit der Vorschrift soll insbesondere die dauerhafte Investition ausländischer Unternehmer mit einer tragfähigen Geschäftsidee und gesicherter Finanzierung im Bundesgebiet erleichtert werden.

Absatz 1: Die Erteilungsnorm des Satzes 1 ist als Ermessensnorm grundsätzlich flexibel ausgestaltet. Damit hat die zuständige Ausländerbehörde ausreichenden Spielraum. Satz 1 gilt gleichermaßen für Ausländer, die im Ausland bereits ein Unternehmen betreiben und nach Deutschland übersiedeln wollen, wie auch für Existenzgründer. Begünstigt sind nicht nur Unternehmensgründer oder Einzelunternehmer, sondern auch Geschäftsführer und gesetzliche Vertreter von Personen- und Kapitalgesellschaften. Voraussetzung ist ein übergeordnetes wirtschaftliches Interesse oder ein besonderes regionales Bedürfnis. Zur Beurteilung dieser Tatbestandsvoraussetzungen hat die Ausländerbehörde entsprechend der bisherigen Praxis eine Stellungnahme der zuständigen Gewerbebehörde einzuholen. Ferner ist im Rahmen einer Prognose zu prüfen, ob von dem Vorhaben positive ökonomische Auswirkungen zu erwarten sind und vor allem die Finanzierung gesichert ist. Satz 2 legt für die Beurteilung der Prognoseentscheidung verschiedene Kriterien fest, die als Regelbeispiele nicht abschließend sind. Satz 2 zweiter Teilsatz konkretisiert dabei die Voraussetzungen für ein übergeordnetes wirtschaftliches Interesse für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis bei selbständiger Erwerbstätigkeit. Angesichts der mitunter komplexen Zusammenhänge ist nach Satz 3 für die Beurteilung der entsprechenden Kriterien und zur Vorbereitung der Entscheidung der Ausländerbehörde auf den Sachverstand der regionalen Gewerbebehörden, der öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen, der Industrie- und Handelskammer oder Handwerkskammer sowie im Bedarfsfall auf die für die Berufszulassung zuständigen Behörden zurückzugreifen. Die Beteiligung der Gewerbebehörde ersetzt dabei nicht die Anzeigepflicht nach § 14 GewO.

Absatz 2 trägt besonderen völkerrechtlichen Vereinbarungen Rechnung, wie sie insbesondere in den Europaabkommen der Europäischen Union mit den Mittel- und Osteuropäischen Staaten ihren Niederschlag gefunden haben.

Absatz 3 verlangt bei Personen über 45 Jahren im öffentlichen Interesse eine ausreichende Alterssicherung.

Absatz 4: Die Zuwanderung Selbständiger ist wie die Zuwanderung qualifizierter Arbeitnehmer nach dem Auswahlverfahren auf Dauer angelegt. Dennoch erhalten Selbständige die Niederlassungserlaubnis nicht sofort, sondern erst nach drei Jahren. Die Niederlassungserlaubnis würde auch zur Aufnahme einer unselbständigen Tätigkeit berechtigen. Ein Ausländer, der als Selbständiger nach Deutschland kommt, soll aber unter Beweis stellen, dass er auch als Selbständiger tätig sein kann, damit die Anforderungen des Auswahlverfahrens und sonstiger Vorschriften nicht unterlaufen werden können. Wenn der Ausländer nach drei Jahren seine Geschäftsidee erfolgreich verwirklicht hat, erhält er eine Niederlassungserlaubnis abweichend von § 9 Abs. 2, wenn der Lebensunterhalt weiterhin gesichert ist. Damit hat der zuwandernde Selbständige von Anfang an die Gewissheit, dass er in Deutschland bleiben kann, wenn er mit seinem Unternehmen erfolgreich ist.

Abschnitt 5 Aufenthalt aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen (§§ 22 bis 26)

Im Bereich des humanitären Aufenthalts berechtigt die Aufenthaltserlaubnis nach § 22 Satz 2 und § 25 Abs. 1 und 2 zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit.

Asylberechtigte und der Personenkreis des § 33 AuslG (jetzt: § 22 Satz 2) werden beim Arbeitsmarktzugang wie bisher behandelt (Asylberechtigte: § 284 Abs. 1 Nr. 2 SGB III, Inhaber einer Aufenthaltsbefugnis nach § 33 AuslG: § 2 Abs. 1 Nr. 3 Arbeitsgenehmigungsverordnung).

Inhaber einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 2, die bislang nachrangigen Arbeitsmarktzugang hatten, werden diesen gleichgestellt.

In allen übrigen Fällen gelten die allgemeinen Beschäftigungsregelungen nach § 4 Abs. 2 i. V. m. § 39.

Zu § 22

Die Vorschrift regelt die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis für Personen, die sich zum Zeitpunkt der Aufenthaltsgewährung noch nicht im Bundesgebiet aufhalten. Die Regelung betrifft Einzelfälle; die Aufnahme von Gruppen von Ausländern richtet sich nach den Vorschriften der §§ 23 und 24. Die Entscheidung über die Aufnahme ist Ausdruck autonomer Ausübung staatlicher Souveränität. Die Vorschrift gewährt Ausländern deshalb keinen Anspruch auf die Erklärung der Aufnahme.

Völkerrechtliche Gründe für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis liegen insbesondere vor, wenn die Aufnahme auf Grund internationaler Verpflichtungen erfolgt. Humanitäre Gründe liegen vor, wenn die Aufnahme im Hinblick auf eine Sondersituation gegenüber anderen Ausländern gerechtfertigt ist. Die bisherige Differenzierung zwischen „dringenden humanitären Gründen“ in § 30 Abs. 1 AuslG und „humanitären Gründen“ in § 33 AuslG wird aufgege-

ben, es wird nur auf die „humanitären Gründe“ abgestellt. Die Differenzierung war bislang in der Praxis angesichts des im Übrigen weit gefassten Inhalts beider Regelungen bedeutungslos.

Von den allgemeinen Erteilungsvoraussetzungen des § 5 kann – wie in § 5 Abs. 3 geregelt – abgesehen werden; dies schließt jedoch nicht aus, das Vorliegen der Erteilungsvoraussetzungen bei der Ausübung des Ermessens zu berücksichtigen.

Satz 2 verpflichtet zur Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis, wenn der Bund die Aufnahme zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland erklärt hat. Die Vorschrift dient insbesondere der Wahrung des außenpolitischen Handlungsspielraums; die Entscheidung über das Vorliegen politischer Interessen ist deshalb dem Bund vorbehalten.

Zu § 23

Die Regelung des Absatzes 1 entspricht weitgehend der des § 32 AuslG. Sie eröffnet den obersten Landesbehörden die Möglichkeit anzuordnen, dass für bestimmte Ausländergruppen aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen oder zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird. Im Gegensatz zu § 22 Satz 1 kann die Anordnung der obersten Landesbehörde auch zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland erfolgen. Die Wahrung der Bundesinteressen erfolgt in den Fällen der Gruppenaufnahme durch die Einholung des Einvernehmens des Bundesministeriums des Innern (Satz 3).

Die Anordnung kann sich sowohl auf Personen beziehen, die sich noch nicht im Bundesgebiet aufhalten als auch auf bereits Aufhältige. Die Anordnung kann auch die Aufnahme von Personen aus Kriegs- oder Bürgerkriegsgebieten durch eigenständige nationale Entscheidung betreffen; die Gewährung von vorübergehendem Schutz durch eine vorhergehende Entscheidung auf EU-Ebene richtet sich dagegen nach § 24.

In Satz 2 wurde die Möglichkeit aufgenommen, die Anordnung von der Übernahme der mit der Aufnahme verbundenen Kosten abhängig zu machen. Hiermit soll insbesondere den humanitären Interessen international tätiger Körperschaften, beispielsweise der Kirchen, Rechnung getragen werden können.

Die Entscheidung über die Gruppenaufnahme hat erhebliche Auswirkungen auch auf die anderen Länder, sie bedarf zur Wahrung der Bundeseinheitlichkeit daher des Einvernehmens des Bundesministeriums des Innern. Eine gesonderte Regelung der Verlängerung (§ 32 Satz 1 AuslG) ist nicht erforderlich, da nach § 8 Abs. 1 auf die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis dieselben Vorschriften Anwendung finden, wie auf deren Erteilung.

Absatz 2 wird an Stelle des aufzuhebenden Gesetzes über Maßnahmen für im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommene Flüchtlinge (Kontingentflüchtlingsgesetz) aufgenommen. Hierdurch bleibt die Möglichkeit zur Gewährung eines Daueraufenthaltsrechts in besonders gelagerten Fällen, beispielsweise bei der Aufnahme jüdischer Immigranten aus der ehemaligen Sowjetunion, erhalten. Das Kontingentflüchtlingsgesetz findet seit nahezu zwanzig Jahren

keine Anwendung. Bislang einziger größerer Anwendungsfall war die Aufnahme von ca. 35 000 vietnamesischen „boat people“ Anfang der 80er Jahre. In einigen Fällen wurden darüber hinaus Personen aus Chile, Argentinien, Kuba und dem Irak übernommen. Die Aufnahme jüdischer Immigranten aus der ehemaligen Sowjetunion seit 1991 (insgesamt bisher über 170 000 Personen) erfolgt bislang lediglich in entsprechender Anwendung des Kontingentflüchtlingsgesetzes (Ergebnis der Besprechung des Bundeskanzlers mit den Regierungschefs der Länder vom 9. Januar 1991). Die neue Vorschrift schafft für derartige Fälle nunmehr eine sichere Rechtsgrundlage. Das Ergebnis der Besprechung vom 9. Januar 1991 dokumentiert den übereinstimmenden Willen zur Aufnahme dieses Personenkreises, es bedarf deshalb auch nach Inkrafttreten des Aufenthaltsgesetzes keiner erneuten Anordnung. Die in § 1 Abs. 1 Kontingentflüchtlingsgesetz vorgesehene Gewährung der Rechtsstellung nach den Artikeln 2 bis 34 des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951 (Genfer Flüchtlingskonvention) ist im Hinblick auf die Gewährung einer Niederlassungserlaubnis nicht erforderlich. Darüber hinaus ist eine Reihe der sich aus der Anwendung der Genfer Flüchtlingskonvention ergebenden Rechtsfolgen (z. B. Erlöschen der Rechtsstellung, wenn die Person sich freiwillig oder durch Annahme oder Erneuerung eines Nationalpasses erneut in den Schutz des Staates, dessen Staatsangehörigkeit er besitzt, begibt, § 2a Abs. 1 Nr. 1 Kontingentflüchtlingsgesetz) der Stellung aufgenommener jüdischer Immigranten nicht angemessen.

Die Möglichkeit der Erteilung einer wohnsitzbeschränkten Auflage (Satz 2) entspricht der bisherigen Praxis und ist auch weiterhin bei Sozialhilfebezug für die gerechte Lastenverteilung auf die Länder erforderlich.

Absatz 3: Nach Artikel 7 Abs. 1 der Richtlinie zur Gewährung von vorübergehendem Schutz bleibt es den Mitgliedstaaten unbenommen, vorübergehenden Schutz gemäß der Richtlinie weiteren Gruppen von Vertriebenen zu gewähren. Absatz 3 setzt diese Bestimmung in nationales Recht um. Auf die Aufnahmebedingungen nach § 24 kann jedoch auch ganz oder teilweise verwiesen werden, wenn auf nationaler Ebene ohne eine Aufnahmeaktion aufgrund eines Ratsbeschlusses Ausländer aufgenommen werden. Insoweit enthält Absatz 3 einen klarstellenden Hinweis.

Zu § 24

Die Vorschrift trägt den geänderten europäischen Rahmenbedingungen für die Aufnahme von Personen aus Kriegs- oder Bürgerkriegsgebieten Rechnung und setzt die wesentlichen Bestimmungen der Richtlinie 01/55/EG des Rates vom 20. Juli 2001 über Mindestnormen für die Gewährung vorübergehenden Schutzes im Falle eines Massenzustroms von Vertriebenen und über Maßnahmen zur Förderung einer ausgewogenen Verteilung der mit der Aufnahme dieser Personen und den Folgen dieser Aufnahme verbundenen Belastungen auf die Mitgliedstaaten (ABl. EG Nr. L 212 S. 12) in nationales Recht um. Die Regelung verdeutlicht die gewachsene Bedeutung der europäischen Harmonisierung bei der Aufnahme und der Schutzgewährung für Flüchtlinge. Sie ersetzt als zentrale Regelung zur Aufnahme dieses Personenkreises den bisherigen § 32a AuslG.

Absatz 1 setzt das in Artikel 25 der Richtlinie postulierte Prinzip der doppelten Freiwilligkeit um; der jeweilige Mitgliedstaat und die betroffenen Personen müssen ihre Bereitschaft zur Aufnahme erklärt haben. Zuvor wird die nach Konsultationen mit den Bundesländern durch die Bundesregierung festgelegte Aufnahmekapazität dem Rat und der Kommission mitgeteilt. Nach Artikel 4 der Richtlinie beträgt die Dauer des vorübergehenden Schutzes ein Jahr. Der vorübergehende Schutz verlängert sich zweimal automatisch um jeweils sechs Monate sofern der Rat keinen Beschluss zu seiner Beendigung fasst. Der Rat kann im Anschluss mit qualifizierter Mehrheit den vorübergehenden Schutz nochmals um bis zu ein Jahr verlängern. Die Aufenthaltserlaubnis ist entsprechend diesen Fristen zu erteilen.

Nach Artikel 10 der Richtlinie ist ein Register über die aufgenommenen Personen zu führen. Das Register enthält z. T. Angaben (die zur Feststellung der familiären Bande wesentlichen Informationen), die über die im Ausländerzentralregister zu speichernden Sachverhalte hinausgehen. Die Führung des Registers wird dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge übertragen. Das Bundesamt ist nach § 75 Abs. 1 Nr. 5 auch Kontaktstelle für die Zusammenarbeit zwischen den Verwaltungsbehörden der Mitgliedstaaten.

Absatz 2 stellt klar, dass kein vorübergehender Schutz gewährt wird und die Aufenthaltserlaubnis zu versagen ist, wenn die Voraussetzungen für eine Ausnahme vom Abschiebungsverbot vorliegen. Wird der Betroffene einer schweren nichtpolitischen Straftat außerhalb des Aufnahmelandes verdächtigt, ist gemäß Artikel 28 der Richtlinie bei der Entscheidung über die Aussetzung oder die Durchführung der Abschiebung die Schwere der zu erwartenden Verfolgung gegen die Art der Straftat, derer der Betroffene verdächtigt wird, abzuwägen. Ferner müssen die Gründe für den Ausschluss vom vorübergehenden Schutz nach Artikel 28 der Richtlinie auf dem persönlichen Verhalten des Betroffenen beruhen.

Absatz 3 regelt in Anlehnung an § 32a Abs. 10 und 11 AuslG die Verteilung der aufgenommenen Personen auf die Bundesländer. Da anders als beim bisherigen Verfahren nach § 32a AuslG die Entscheidung über das „ob“ einer Aufnahme von Flüchtlingen nicht mehr in der Hand der obersten Landesbehörde liegt, sondern vom Rat der Europäischen Union getroffen wird, wird zur Klarstellung ausdrücklich geregelt, dass in diesen Fällen eine Verteilung unter den Ländern stattfindet. Die Verteilung erfolgt durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Das Bundesamt ist die nach seinem Aufgabenzuschnitt geeignete Behörde. Im bislang einzigen Fall einer Aufnahme nach § 32a AuslG (Aufnahme aus Mazedonien evakuierter Kosovo-Albaner) wurde das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, der Rechtsvorgänger des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, als zentrale Verteilungsstelle bestimmt. Einzelheiten der Anrechnung auf bereits aufhältige Ausländer können die Länder im Einzelfall vereinbaren; die gesonderte Erwähnung dieser Möglichkeit im Gesetz (§ 32a Abs. 10 Satz 2 und 3 sowie Abs. 11 Satz 4 AuslG) ist nicht erforderlich.

Absatz 4 regelt entsprechend § 32a Abs. 12 AuslG die Zuständigkeit für den Erlass der Zuweisungsentscheidung bei der länderübergreifenden Verteilung und enthält eine Verordnungsermächtigung für die Verteilung innerhalb der

Länder. Um die zügige Verteilung der betroffenen Personen sicherzustellen, ist der Widerspruch gegen die Zuweisungsentscheidung ausgeschlossen, eine Klage hat keine aufschiebende Wirkung.

Absatz 5: Satz 1 entspricht § 32a Abs. 5 Satz 1 AuslG. Mit Satz 2 erfolgt die Wohnortfestlegung kraft Gesetzes, wodurch verzögernde Rechtsstreitigkeiten mit aufschiebender Wirkung von Widerspruch und Klage gegenüber einer isoliert anfechtbaren ausländerbehördlichen Auflage vermieden werden. Die darüber hinausgehende Möglichkeit, die Aufenthaltserlaubnis durch Auflage räumlich zu beschränken, bleibt gemäß § 12 Abs. 3 erhalten. Eine Änderung der Wohnsitzauflage mit Zustimmung der betroffenen Ausländerbehörde ist nach § 72 Abs. 3 möglich.

Absatz 6 setzt die in Artikel 12 der Richtlinie zur Gewährung von vorübergehendem Schutz geregelte Möglichkeit der Ausübung einer abhängigen oder selbständigen Tätigkeit um. Die Ausübung einer selbständigen Tätigkeit darf nicht ausgeschlossen werden. Die Aufnahme einer abhängigen Tätigkeit ist nach Zustimmung durch die Bundesanstalt für Arbeit möglich (§ 4 Abs. 2). Die Bundesanstalt für Arbeit hat zu prüfen, ob für die Beschäftigung deutsche oder ihnen rechtlich gleichgestellte Arbeitnehmer nicht zur Verfügung stehen (§ 39 Abs. 2 Nr. 1b).

Absatz 7 stellt die nach Artikel 9 der Richtlinie zur Gewährung von vorübergehendem Schutz erforderliche Information der aufgenommenen Personen sicher.

Zu § 25

In dieser Vorschrift werden die bislang im Bereich der Durchsetzung der Ausreisepflicht (§§ 51 bis 55 AuslG) normierten Bestimmungen über Abschiebungshindernisse zusammengefasst. Den betroffenen Personen kann eine (befristete) Aufenthaltserlaubnis erteilt werden. Die bisher als Abschiebungsverbot oder Abschiebungshindernis normierten Kriterien werden nunmehr als Erteilungsvoraussetzung für die Aufenthaltserlaubnis geregelt. Die Aufenthaltserlaubnis kann mit Auflagen, Beschränkungen und Befristungen versehen werden; hierdurch wird eine flexible, den Erfordernissen des Einzelfalls Rechnung tragende Gesetzesanwendung ermöglicht. Insbesondere die aufenthaltsrechtliche Stellung der bislang durch die §§ 51 und 53 AuslG geschützten Personen wird dadurch verbessert, sofern nicht die Ausreise in einen anderen Staat möglich und zumutbar ist oder sofern nicht der Ausländer die Ausreisehindernisse selbst zu vertreten hat.

Die Duldung (§ 56 AuslG) wird abgeschafft. Der bislang verbreiteten Praxis, die Duldung nicht als Instrument der Verwaltungsvollstreckung, sondern als „zweitklassigen Aufenthaltstitel“ – häufig in Form von sog. Kettenduldungen – einzusetzen, wird damit entgegengetreten. Zurzeit sind knapp 227 000 Personen im Besitz einer Duldung, ca. 25 % davon wurde die Duldung bereits 1997 oder früher ausgestellt.

Absatz 1 regelt die Aufenthaltsgewährung für die bislang in § 68 AsylVfG und § 51 Abs. 2 Nr. 1 und Abs. 3 AuslG geregelten Fälle.

In Absatz 2 wird die Aufenthaltsgewährung für die bislang in § 51 Abs. 1, 2 Nr. 2 und Abs. 3 AuslG genannten Fälle geregelt. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

stellt fest, ob für eine Person ein Abschiebungshindernis nach § 60 Abs. 1 vorliegt. Aufenthaltsrechtliche Folge ist gemäß Absatz 2 die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis. Die Regelung entspricht der Regelungstechnik im gegenwärtigen Recht (§ 70 Abs. 1 AsylVfG). Die in § 70 Abs. 1 AsylVfG normierte Erteilung einer Aufenthaltsbefugnis nach unanfechtbarer Feststellung des Vorliegens der Voraussetzungen des § 51 Abs. 1 AuslG wurde in das Aufenthaltsgesetz inkorporiert. Dabei wurde die Voraussetzung der Feststellung durch ein Gericht gestrichen. Nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts trifft diese Feststellung stets das Bundesamt, ein Gericht kann das Bundesamt hierzu lediglich verpflichten.

Absatz 3 Satz 1 regelt die Aufenthaltsgewährung für die bislang in § 53 AuslG genannten Fälle (Gefahr der Folter oder Todesstrafe; Auslieferung; Unzulässigkeit der Abschiebung nach der Europäischen Menschenrechtskonvention; erhebliche konkrete Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit). In diesen Fällen soll eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden.

Satz 2 stellt sicher, dass kein Aufenthaltstitel erteilt wird, wenn die Ausreise in einen anderen Staat möglich und zumutbar ist. Der Begriff der Ausreise umfasst sowohl die zwangsweise Rückführung, als auch die freiwillige Ausreise. Ein anderer Staat ist ein Drittstaat, in dem der betroffenen Person die genannten Gefahren nicht drohen.

Möglich ist die Ausreise, wenn die betroffene Person in den Drittstaat einreisen und sich – zumindest vorübergehend – aufhalten darf. Die Ausreise ist zumutbar, wenn die mit dem Aufenthalt im Drittstaat verbundenen Folgen die betroffene Person nicht stärker treffen, als die Bevölkerung des Drittstaates, oder die Bevölkerungsgruppe, der der Betroffene angehört. Dies betrifft beispielsweise Fälle von gemischt nationalen Ehen, wenn dem Ehepartner die Einreise und der Aufenthalt im Heimatstaat des anderen Ehepartners erlaubt wird oder wenn der betroffenen Person aufgrund seiner ethnischen Zugehörigkeit Einreise und Aufenthalt in einem Drittstaat gestattet wird.

Die Darlegung, in welchen Staat eine Ausreise möglich ist, obliegt der Ausländerbehörde. Sie hat sich dabei an konkreten Anhaltspunkten zu orientieren. Maßgeblich für die Auswahl ist die Beziehung der betroffenen Person zum Drittstaat (Beispiele: Ausländer hat einen Aufenthaltstitel für einen Drittstaat oder hat lange dort gelebt; Ehepartner oder nahe Verwandte sind Drittstaatsangehörige; Ausländer gehört einer Volksgruppe an, der im Drittstaat regelmäßig Einreise und Aufenthalt ermöglicht wird) und die Aufnahmebereitschaft des Drittstaates. Der Ausländer kann hiergegen Einwendungen geltend machen.

Die Zumutbarkeit der Ausreise wird vermutet, sofern der Ausländerbehörde keine besonderen Hinweise vorliegen. Die mit dem Aufenthalt im Drittstaat verbundenen Folgen dürfen den Ausländer nicht stärker treffen als die Bevölkerung, oder die Bevölkerungsgruppe der er angehört. Unzumutbar ist die Ausreise in den Drittstaat insbesondere dann, wenn dem Ausländer dort die „Kettenabschiebung“ in den Verfolgerstaat droht.

Absatz 4 Satz 1 eröffnet die Möglichkeit zur Gewährung einer Aufenthaltserlaubnis für die Personen, deren Abschiebung bislang nach § 55 Abs. 3 AuslG ausgesetzt werden kann. Als dringende persönliche Gründe kommen beispiels-

weise die Durchführung einer Operation, die im Herkunftsland nicht gewährleistet ist, die vorübergehende Betreuung eines schwer kranken Familienangehörigen oder der Abschluss einer Schul- oder Berufsausbildung in Betracht. Erhebliche öffentliche Interessen können vorliegen, wenn der Ausländer als Zeuge in einem Gerichtsverfahren benötigt wird oder mit deutschen Behörden bei der Ermittlung von Straftaten vorübergehend zusammenarbeitet.

Satz 2 schafft eine Ausnahmemöglichkeit für Fälle, in denen bereits ein rechtmäßiger Aufenthalt besteht und das Verlassen des Bundesgebietes für den Ausländer eine außergewöhnliche Härte bedeuten würde. Die Regelung entspricht inhaltlich der Möglichkeit zur Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 30 Abs. 2 AuslG. Es handelt sich hierbei um eine eigenständige Möglichkeit der Verlängerung, unabhängig von den Voraussetzungen nach Satz 1.

Absatz 5 schafft eine Basis für eine Entscheidung über die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis in Härtefällen.

Absatz 6 regelt die Aufenthaltsgewährung für die bislang in § 55 Abs. 4 AuslG genannten Fälle. Durch die Anwendung der Regelung soll sichergestellt werden, dass die Praxis der „Kettenduldung“ beendet wird. Ein positiver Ermessensgebrauch wird jedenfalls für Minderjährige und für seit längerem in Deutschland sich aufhaltende Ausländer geboten sein.

Der Begriff der Ausreise entspricht der Definition in Absatz 3. Kein Ausreisehindernis liegt vor, wenn zwar eine Abschiebung nicht möglich ist, z. B. weil eine Begleitung durch Sicherheitsbeamte nicht durchführbar ist, eine freiwillige Ausreise jedoch möglich und zumutbar ist. Dieser Ansatz ist bereits in § 30 Abs. 3, 4 AuslG enthalten. Bei der Frage, ob eine Ausreisemöglichkeit besteht, ist auch die subjektive Möglichkeit – und damit implizit auch die Zumutbarkeit – der Ausreise zu prüfen.

Die Unmöglichkeit der Ausreise aus rechtlichen Gründen umfasst inlandsbezogene Ausreisehindernisse, soweit diese nicht bereits durch Absatz 3 abgedeckt werden, beispielsweise aus den Artikeln 1, 2 GG bei schwerer Krankheit oder Schwangerschaft.

Die Unmöglichkeit aus tatsächlichen Gründen betrifft z. B. Fälle der Reiseunfähigkeit, Passlosigkeit und unterbrochener Verkehrsverbindungen.

Satz 2 stellt sicher, dass eine Aufenthaltserlaubnis nicht erteilt wird, wenn der Ausländer die Ausreisehindernisse selbst zu vertreten hat, insbesondere bei Täuschung über seine Identität oder Nationalität oder wenn er zumutbare Anforderungen zur Beseitigung der Ausreisehindernisse, beispielsweise die Mitwirkung bei der Beschaffung von Heimreisedokumenten, nicht erfüllt.

Zu § 26

Absatz 1: Die Befristung der Aufenthaltserlaubnis auf drei Jahre korrespondiert mit der in § 73 Abs. 3a AsylVfG geregelten Frist zur Überprüfung der Voraussetzungen der Anerkennungentscheidung.

Absatz 2 entspricht § 34 Abs. 2 AuslG. Er verdeutlicht, dass der Aufenthalt aus humanitären Gründen vom Grundsatz des temporären Schutzes ausgeht. Wie in § 25 Abs. 6 Satz 2 wird nicht mehr auf das Vorliegen von Abschiebehindernis-

sen, sondern auf das Vorliegen von Ausreisehindernissen abgestellt.

Absatz 3 sieht vor, dass Asylberechtigten und sonstigen Personen, die die Rechtsstellung ausländischer Flüchtlinge genießen, nach drei Jahren eine Niederlassungserlaubnis erteilt wird, sofern das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge nicht mitgeteilt hat, dass die Voraussetzungen für die Anerkennung entfallen sind. Den betroffenen Personen wird damit die Perspektive für eine dauerhafte Lebensplanung in Deutschland eröffnet.

Die Vorschrift erfasst auch Rücknahmen auf der Grundlage des § 48 VwVfG in den Fällen, in den die Asylanerkennung oder Festsstellung eines Abschiebungsverbotes nach § 60 Abs. 1 AufenthG von Anfang an rechtswidrig war, für die jedoch kein Widerrufs- oder Rücknahmegrund nach § 73 AsylVfG vorliegt.

Absatz 4 entspricht § 35 Abs. 1 AuslG. Die Wartezeit wird von acht Jahren auf sieben Jahre verkürzt, um den unter dem Ausländergesetz bestehenden Wertungswiderspruch zu den Einbürgerungsvorschriften zu vermeiden: Nach § 35 Abs. 1 AuslG kann dem Ausländer, der seit acht Jahren eine Aufenthaltserlaubnis besitzt, eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis erteilt werden; als Inhaber einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis hat er dann – bei Vorliegen der übrigen Voraussetzungen – unmittelbar einen Einbürgerungsanspruch nach § 85 Abs. 1 AuslG.

Mit Satz 2 wird klargestellt, dass auch bei Ausländern mit einem humanitären Aufenthaltsrecht in Ausnahmefällen eine Aufenthaltsverfestigung möglich ist, wenn die für einen unbefristeten Aufenthaltstitel erforderlichen Kenntnisse unverschuldet nicht erreicht werden können.

Mit Satz 4 wird Kindern mit einem humanitären Aufenthaltsrecht unter den gleichen Voraussetzungen die Aufenthaltsverfestigung ermöglicht, wie sie bei Kindern gelten, die eine zum Zwecke der Familienzusammenführung erteilte Aufenthaltserlaubnis besitzen. Diese Regelung ist aus integrationspolitischen Gründen und zur Wahrung des Kindeswohls zwingend erforderlich, da diese Kinder ansonsten eine Aufenthaltsverfestigung in vielen Fällen nicht erreichen können.

Abschnitt 6 Aufenthalt aus familiären Gründen (§§ 27 bis 36)

Im Bereich des Familiennachzugs berechtigt die Aufenthaltserlaubnis beim Nachzug zu Deutschen (§ 28) zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit. Dies entspricht inhaltlich der geltenden Rechtslage im Arbeitsgenehmigungsrecht.

Beim Familiennachzug zu Ausländern entfällt die Wartezeitregelung. Der nachziehende Familienangehörige erhält den gleichen Arbeitsmarktzugang wie der bereits im Bundesgebiet aufhältige Ausländer (§ 29 Abs. 5).

In allen übrigen Fällen gelten die allgemeinen Beschäftigungsregelungen nach § 4 Abs. 2 i. V. m. § 39.

Zu § 27

Absatz 1 entspricht inhaltlich § 17 Abs. 1 AuslG. Die Vorschrift regelt die für den Familiennachzug generell geltende Zweckbestimmung der Aufenthaltserlaubnis, die ausländischen Familienangehörigen von Deutschen oder von Aus-

ländern mit Aufenthaltserlaubnis oder Niederlassungserlaubnis zur Herstellung und Wahrung der familiären Lebensgemeinschaft erteilt wird. Dadurch kommt auch zum Ausdruck, dass die Akzessorietät der Aufenthaltserlaubnis bis zur Erlangung eines eigenständigen Aufenthaltstitels bestehen bleibt. Unabhängig vom Aufenthaltstitel des im Bundesgebiet lebenden Ausländers wird dem Familienangehörigen zunächst eine Aufenthaltserlaubnis als befristeter Aufenthaltstitel erteilt.

Absatz 2 entspricht inhaltlich § 27a AuslG. Die Anwendung der Regelungen des Familiennachzugs erstreckt sich auch auf Paare gleichen Geschlechts, deren lebenspartnerschaftliche Gemeinschaft durch einen staatlichen Akt anerkannt sein muss. Wie bei der Ehe ist Schutzgut nicht der formale Bestand des Rechtsinstituts, sondern die tatsächliche Lebensgemeinschaft.

Auch bei gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften besteht ein Bedarf für die Anwendung einer Härtefallregelung, die Lebenspartnern ein eigenständiges Aufenthaltsrecht unabhängig von dem Vorliegen der Voraussetzungen nach § 31 Abs. 1 zugesteht (vgl. Nummer 24 der Stellungnahme des Bundesrates vom 20. Dezember 2001 zum Zuwanderungsgesetz, Bundestagsdrucksache 14/7987).

Absatz 3: Durch den Zuzug soll die Sicherung des Lebensunterhalts auch für die Personen nicht in Frage gestellt werden, denen der Unterhaltsverpflichtete, zu dem der Familiennachzug stattfindet, bisher Unterhalt geleistet hat. Dies gilt z. B. soweit beim Nachzug von Familienangehörigen aus einer späteren Ehe die aus einer früheren Ehe unterhaltsberechtigten Personen nicht mehr ohne Inanspruchnahme von Sozialhilfe mit ausreichendem Unterhalt rechnen können, weil der Unterhalt vorrangig den hinzukommenden Familienangehörigen gewährt wird. Wie im bisherigen Recht kommt es nur auf das Bestehen des Anspruchs auf Sozialhilfe, d. h. das Vorliegen der Voraussetzungen, nicht auf die tatsächliche Inanspruchnahme an.

Wie im bisherigen Recht (§ 17 Abs. 5 AuslG) ist beim Vorliegen von Ausweisungsgründen eine Ermessensentscheidung zu treffen.

Zu § 28

Diese Vorschrift entspricht weitgehend § 23 AuslG.

Absätze 1 und 2: Der Anspruch auf Erteilung und Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis eines ausländischen Familienangehörigen eines Deutschen wird zur Herstellung und Wahrung der familiären Lebensgemeinschaft im Bundesgebiet gewährt und ist daher an den gewöhnlichen Aufenthalt des Deutschen im Bundesgebiet geknüpft. Die Regelung berücksichtigt, dass dem Deutschen das Grundrecht auf Freizügigkeit im Bundesgebiet zusteht und sein Interesse an der Herstellung der familiären Lebensgemeinschaft im Bundesgebiet besonders geschützt ist.

Absatz 3: Die Verweisung auf die §§ 31 und 35 stellt die Familienangehörigen von Deutschen denen der im Bundesgebiet lebenden Ausländer hinsichtlich des eigenständigen Aufenthaltsrechts gleich. Wenn ihr Aufenthaltsrecht nicht länger vom Bestand der familiären Lebensgemeinschaft mit einem Deutschen abhängt, sondern zu einem eigenständigen und verfestigten Aufenthaltsrecht wird, besteht kein Bedarf einer Differenzierung danach, ob der Familiennachzug zu

einem Deutschen oder zu einem aufenthaltsberechtigten Ausländer stattgefunden hatte.

Absatz 4: Aus der Verweisung auf § 36 folgt, dass anderen als den in Absatz 1 genannten Familienangehörigen von Deutschen nur in Härtefällen eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden kann. Dies entspricht der bisherigen ausländerrechtlichen Regelung (§ 23 Abs. 4 AuslG).

Zu § 29

Absatz 1: Die Vorschrift regelt die Grundvoraussetzungen für den Familiennachzug zu einem Ausländer nach den §§ 30, 32 und 36. Sie entspricht inhaltlich im Wesentlichen § 17 Abs. 2 AuslG. Das Erfordernis des ausreichenden Lebensunterhalts ist bereits in § 5 enthalten und wird daher an dieser Stelle, anders als in § 17 Abs. 2 AuslG, nicht mehr erwähnt.

Absatz 2: Asylberechtigten steht das in Artikel 16a Abs. 1 GG gewährte Grundrecht zu, sich im Bundesgebiet aufzuhalten. Eine Aufenthaltserlaubnis zum Zweck des Schutzes erhalten auch die in § 25 Abs. 2 genannten Personen, die, ohne Asylberechtigte zu sein, vergleichbare Voraussetzungen erfüllen. Beide Personengruppen erhalten nach drei Jahren eine Niederlassungserlaubnis nach § 26 Abs. 3.

Angesichts des besonderen Status bzw. der vergleichbaren Situation dieser Personen ist es angemessen, dass ein Familiennachzug auch zugelassen werden kann, wenn der Lebensunterhalt der Familie noch nicht gesichert ist.

Absatz 3: Ein genereller Anspruch auf Familiennachzug zu aus humanitären Gründen aufgenommenen Ausländern würde die Möglichkeiten der Bundesrepublik Deutschland zur humanitären Aufnahme unvertretbar festlegen und einschränken. Nicht familiäre Bindungen allein, sondern alle Umstände, die eine humanitäre Dringlichkeit begründen, sind für die Entscheidung maßgeblich, ob und wann welche Ausländer aus humanitären Gründen aufgenommen und ihnen der Aufenthalt im Bundesgebiet erlaubt werden soll.

Der Familiennachzug zu Ausländern mit einer Aufenthaltserlaubnis nach §§ 22, 23 Abs. 1 oder § 25 Abs. 3 ist daher nur für Personen möglich, die selbst die Voraussetzungen für die Aufnahme aus dem Ausland aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen erfüllen. Ein dringender humanitärer Grund liegt insbesondere vor, wenn die Familien Einheit auf absehbare Zeit nur im Bundesgebiet hergestellt werden kann.

Zu Personen, die sich nach § 25 Abs. 4 und 6 im Bundesgebiet aufhalten, findet im Hinblick auf den vorübergehenden Charakter des Aufenthalts bzw. die bestehende Ausreisepflicht ein Familiennachzug nicht statt.

Absatz 4 dient der Umsetzung der Richtlinie zur Gewährung von vorübergehendem Schutz. Ehegatten, minderjährige Kinder sowie andere enge Angehörige der auf der Basis eines Ratsbeschlusses aufgenommenen Personen haben Anspruch auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zum Zweck des Familiennachzugs unter den in der Richtlinie festgelegten Voraussetzungen. Der Nachzug muss entweder der Zusammenführung von in verschiedenen EU-Mitgliedstaaten aufgenommenen Personen oder bei Aufnahme von außerhalb der Europäischen Union der Schutzgewährung des Nachziehenden dienen. Dabei muss die Trennung der Fami-

lienangehörigen in jedem Fall durch die Fluchtsituation selbst verursacht worden sein.

Nach Artikel 15 Abs. 2 und 3 der Richtlinie können die Mitgliedstaaten auch sonstige Familienangehörige aufnehmen, wobei im Einzelfall die außergewöhnliche Härte zu berücksichtigen ist, die eine unterbleibende Familienzusammenführung für die Betroffenen bedeuten würde. Insoweit wird die Richtlinie dadurch umgesetzt, dass auf sonstige Familienangehörige § 36 Anwendung findet. Nach Artikel 15 Abs. 6 werden den nachgezogenen Familienangehörigen ebenfalls im Rahmen des vorübergehenden Schutzes Aufenthaltstitel erteilt. Daher bestimmt § 29 Abs. 4, dass auf die Familienangehörigen § 24 Anwendung findet.

Absatz 5 regelt, inwieweit Familienangehörige, die zu Ausländern nachziehen, eine Erwerbstätigkeit ausüben dürfen. Nachziehende Familienangehörige werden dabei so gestellt wie der Ausländer, zu dem sie nachziehen. Das bedeutet: Hat der Ausländer, zu dem der Nachzug erfolgt, einen unbeschränkten Arbeitsmarktzugang, gilt dies auch für die nachziehenden Familienangehörigen. Ist für den Arbeitsmarktzugang des Ausländers, zu dem der Nachzug erfolgt, dagegen eine Zustimmung der Bundesanstalt für Arbeit erforderlich, benötigen auch die nachziehenden Familienangehörigen diese Zustimmung nach den Regelungen des § 39.

Zu § 30

Absatz 1 regelt die über die allgemeinen Voraussetzungen des Familiennachzugs hinaus erforderlichen Voraussetzungen für einen Rechtsanspruch auf den Nachzug des Ehegatten. Dabei betreffen die Nummern 1 bis 3 auch die Fälle, in denen ein bereits in Deutschland lebender Ausländer die Ehe mit einer Person geschlossen hat, die zur Zeit der Eheschließung im Ausland lebte. Nummer 4 betrifft dagegen nur den Fall, dass die Ehe im Zeitpunkt des Zuzugs des Ausländers nach Deutschland bereits bestanden hatte.

Nummer 1: Ehegatten von Ausländern mit einer Niederlassungserlaubnis erhalten im Hinblick auf die besondere Qualität dieses Aufenthaltstitels einen Rechtsanspruch.

Nummer 2: Ehegatten von Asylberechtigten wird unverändert im Hinblick auf diesen Status das Recht auf Nachzug eingeräumt. Den gleichen Anspruch erhalten Ehegatten von Ausländern mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 2, die ohne Asylberechtigte zu sein, im Übrigen vergleichbare Voraussetzungen erfüllen.

Nummer 3: Personen, die sich seit fünf Jahren im Bundesgebiet aufhalten, erreichen damit die für die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis erforderliche Mindestaufenthaltsdauer. Ihren Ehegatten soll im Hinblick auf den Familiennachzug daher gleichermaßen ein Rechtsanspruch eingeräumt werden.

Nummer 4: Ein Rechtsanspruch ist in diesen Fällen gerechtfertigt, weil die Aufrechterhaltung einer bereits bestehenden Familiengemeinschaft einen stärkeren aufenthaltsrechtlichen Schutz verlangt als der Fall, dass die eheliche Lebensgemeinschaft erstmals durch den Nachzug des Ehegatten begründet werden soll.

Absatz 2: In Übereinstimmung mit dem bisher geltenden Recht (§ 18 Abs. 2 AuslG) soll künftig nach Ermessen ein

Ehegattennachzug auch dann zugelassen werden können, wenn die Ehe erst nach der Einreise geschlossen wird oder die Dauer des Aufenthaltes unter einem Jahr liegt. Gegenstand einer Ermessensentscheidung werden daher regelmäßig auch die Fälle sein, in denen z. B. Wissenschaftler oder Gastdozenten für weniger als ein Jahr eine Tätigkeit in Deutschland aufnehmen und von ihrem Ehepartner bzw. ihrer Familie begleitet werden.

Absatz 3: Dem Gesichtspunkt der Aufrechterhaltung der familiären Lebensgemeinschaft, die rechtmäßig im Bundesgebiet geführt wird, kommt ein besonderes Gewicht zu. Daher wird die Möglichkeit der Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis eingeräumt, auch soweit die Voraussetzungen ausreichenden Wohnraums oder des gesicherten Lebensunterhalts nicht mehr erfüllt sind.

Zu § 31

Die Vorschrift orientiert sich an der bereits bisher geltenden Regelung in § 19 AuslG.

Absatz 1: Nachgezogene Ehegatten erhalten bei Scheitern der Ehe einen vorzeitigen Rechtsanspruch auf ein eigenständiges Aufenthaltsrecht. Die Verselbständigung des Aufenthaltsrechts erfordert, dass die eheliche Lebensgemeinschaft im Bundesgebiet mindestens zwei Jahre bestanden hat.

Mit Satz 2 wird beim eigenständigen Ehegattenaufenthaltsrecht ein gesetzlich gewährtes Recht zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit geschaffen.

Bei Tod des Ausländers und unter den Voraussetzungen des Absatzes 2 bedarf es dieser Mindestbestandszeit der Ehe nicht.

Absatz 2 sieht vor, dass ein eigenständiges Aufenthaltsrecht zu erteilen ist, wenn eine besondere Härte vorliegt. Es ist klargestellt, dass ein eigenständiges Aufenthaltsrecht bereits dann zu erteilen ist, wenn der Ehegatte durch die Rückkehr ins Herkunftsland ungleich härter getroffen wird als andere Ausländer, die nach kurzen Aufenthaltszeiten Deutschland verlassen müssen. Dies gilt jedoch dann nicht, wenn der Ehegatte auch im Fall des Fortbestands der ehelichen Lebensgemeinschaft nicht mit einem weiteren Aufenthalt rechnen könnte, weil der Aufenthalt des Ausländers, zu dem er nachgezogen ist und von dem er sein Aufenthaltsrecht ableitet, nicht verlängerbar ist. Dies ist bisher in § 19 Abs. 1 Nr. 2 in der Weise geregelt, dass ein Aufenthalt nach der Härtefallregelung nicht Betracht kommt, wenn die Erteilung der unbefristeten Aufenthaltserlaubnis ausgeschlossen ist. An die Stelle des bisher nach § 10 Abs. 2 AuslG vorgesehenen Ausschlusses der Erteilung einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis tritt nun nach § 8 Abs. 2 die Möglichkeit, eine Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis auszuschließen. Die Härtefallregelung ist an diese Änderung angepasst worden und nimmt daher auf die Verlängerbarkeit der Aufenthaltserlaubnis Bezug. Die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis und ihre Verlängerung sollte Alleinerziehenden nicht deshalb versagt werden, weil sie wegen der Betreuungsbedürftigkeit minderjähriger Kinder auf den Bezug von Sozialhilfe angewiesen sind.

Absatz 3: Soweit auch nach der Aufhebung der ehelichen Lebensgemeinschaft für den nachgezogenen Ehegatten der Unterhalt durch Unterhaltsansprüche gegen seinen ehemaligen Ehegatten gesichert ist, der eine Niederlassungserlaub-

nis besitzt, erhält auch der Nachgezogene diesen Aufenthaltstitel.

Absatz 4: Auf erstmalige Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis besteht der in Absatz 1 eingeräumte Rechtsanspruch auch, soweit nach dem Eintritt der Voraussetzungen für die Verselbständigung des Aufenthaltsrechts noch Sozialhilfebedürftigkeit gegeben ist. Da die Notwendigkeit einer eigenständigen Sicherung des Lebensunterhalts regelmäßig erst nach dem Scheitern einer Ehe entsteht, sollen die Ehegatten zunächst die Gelegenheit haben, sich ohne Gefährdung ihres Aufenthaltsrechts eine eigene wirtschaftliche Existenz zu schaffen. Die nach Ablauf der erstmalig eigenständig erteilten Aufenthaltserlaubnis erforderliche Verlängerung richtet sich nach den allgemeinen Voraussetzungen.

Zu § 32

Nach Absatz 1 Nr. 1 erhalten minderjährige Kinder eines Asylberechtigten oder eines Ausländers mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 2 einen Rechtsanspruch auf Familiennachzug bis zum 18. Lebensjahr.

Nummer 2: Ein Rechtsanspruch besteht ebenso für die Kinder der Zuwanderer, die im Hinblick auf ihre hohe Qualifikation von Anfang an eine Niederlassungserlaubnis erhalten, und den Inhaber einer Niederlassungserlaubnis nach § 26 Abs. 3.

Nummer 3: Lebt nur einer von beiden sorgeberechtigten Elternteilen in Deutschland, besteht kein Anspruch auf Nachzug des Kindes zu diesem. Der Nachzug eines Kindes in eine fremde Umgebung, die Trennung von dem bisher erziehenden Elternteil und die Betreuung durch den anderen Elternteil, der zugleich für den Lebensunterhalt sorgen muss, könnte in vielen Fällen nachteilige Auswirkungen auf die Kindesentwicklung, die Integration in die Lebensverhältnisse in Deutschland und dadurch letztlich auch für die Bundesrepublik Deutschland haben. Eine nur teilweise Verlagerung des Aufenthalts der Familienmitglieder würde auch nicht dem Zweck der Herstellung der familiären Lebensgemeinschaft dienen. Dies rechtfertigt es, den Kinder nachzug zu nur einem im Bundesgebiet lebenden Elternteil grundsätzlich auszuschließen. Ein Anspruch besteht gleichwohl, wenn der Ausländer die Personensorge allein ausübt.

Wenn die gesamte Familie zusammen zuwandert und damit der Lebensmittelpunkt der Kinder gemeinsam mit den Eltern oder im zeitlichen Zusammenhang mit der Zuwanderung der Eltern ins Bundesgebiet verlagert wird, ist es gerechtfertigt, den Nachzugsanspruch allen minderjährigen Kindern einzuräumen. Für einen Umzug der ganzen Familie bedarf es oft weitreichender Vorbereitungen (Wohnungssuche, Suche eines Kindergarten- oder Schulplatzes, Auswahl von Betreuungspersonen etc.). Es kann sachgerecht sein, dem Kind vor dem Umzug die Beendigung des laufenden Schuljahres zu ermöglichen. Die gemeinsame Verlagerung des Lebensmittelpunktes ist daher nicht mit einer gleichzeitigen Einreise aller Familienangehörigen gleichzusetzen, sondern bezeichnet einen Vorgang, dessen Dauer sich nach den Umständen des Einzelfalles bestimmt.

Absatz 2 sieht einen Rechtsanspruch auf Familiennachzug für minderjährige ledige Kinder vor, wenn sie das in Absatz 3 bestimmte allgemeine Nachzugshöchstalter zwar überschritten haben, aber ausreichende Kenntnisse der deutschen

Sprache besitzen und damit hinreichende Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration mit sich bringen.

Zu Absatz 3: Die Begrenzung des Nachzugsalters auf zwölf Jahre trägt der gesteigerten Integrationsfähigkeit im frühen Lebensalter Rechnung. Die Integration soll nach Möglichkeit im Familienverband erfolgen und der notwendige Bildungs- und Spracherwerb durch das schulische Angebot gewährleistet werden. Ausländische Eltern, die sich nicht nur z. B. zu Erwerbszwecken für einen bereits absehbaren Zeitraum im Bundesgebiet aufhalten und deren dauerhafter Lebensmittelpunkt hier liegt, sollten so früh wie möglich entscheiden, ob sie auch für ihre Kinder die Entwicklung einer dauerhaften Lebensperspektive im Bundesgebiet vorsehen. Spätestens bis zur Vollendung des 12. Lebensjahres der Kinder muss die Entscheidung über den Familiennachzug getroffen sein.

Absatz 4: Besteht nach den Absätzen 1 bis 3 kein Nachzugsanspruch, wird über den Nachzug eines minderjährigen Kindes nach Ermessen entschieden. Hierdurch wird sichergestellt, dass den sich aus Artikel 6 GG ergebenden Schutzwirkungen in jedem Einzelfall hinreichend Rechnung getragen werden kann.

Zu § 33

Die Vorschrift trägt dem besonderen Sachverhalt der Geburt im Bundesgebiet Rechnung und regelt den Anspruch des Kindes auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis, soweit nicht die weiter gehenden Voraussetzungen für den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit nach § 4 StAG vorliegen. Auch wenn sich die Mutter visumfrei oder auf der Grundlage eines Visums rechtmäßig im Bundesgebiet aufhält, nimmt das Kind an diesem erlaubten Aufenthalt teil.

Zu § 34

Absatz 1 macht die Verlängerung der einem Kind erteilten Aufenthaltserlaubnis generell nur von der Fortführung der familiären Lebensgemeinschaft mit mindestens einem sorgeberechtigten Elternteil abhängig, der selbst über eine Aufenthaltserlaubnis oder Niederlassungserlaubnis verfügt. Der hohe Stellenwert der familiären Lebensgemeinschaft gebietet es, an die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis ebenso wie bei nachgezogenen Ehegatten einen weiteren Maßstab als bei der Erteilung anzulegen.

Unabhängig von sonstigen Voraussetzungen erfolgt die Verlängerung auch, soweit das Kind selbst bereits die Voraussetzungen des Rechts auf Wiederkehr nach § 37 erfüllt. Insofern gewährt § 37 nicht nur ein Recht auf Wiederkehr, sondern auch ein Bleiberecht.

Absatz 2 entspricht § 21 Abs. 3 AuslG. Er fasst die Fälle zusammen, in denen die Aufenthaltserlaubnis der Kinder zu einem eigenständigen Aufenthaltsrecht erstarkt.

Absatz 3 entspricht § 21 Abs. 4 AuslG. Über die Verlängerung dieser eigenständigen Aufenthaltserlaubnis wird jeweils nach Ermessen entschieden.

Zu § 35

Diese Vorschrift entspricht weitgehend § 26 AuslG.

Absatz 1: Bei ausländischen Kindern, die mit 16 Jahren seit mindestens fünf Jahren im Bundesgebiet leben, kann regel-

mäßig davon ausgegangen werden, dass sie sich bereits sehr weitgehend in die rechtliche, wirtschaftliche und soziale Ordnung der Bundesrepublik Deutschland eingefügt haben. Die geforderte Frist von fünf Jahren orientiert sich an der Frist, die auch sonst für die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis vorausgesetzt wird.

Auch als Kinder nachgezogene volljährige Ausländer, die seit fünf Jahren eine Aufenthaltserlaubnis besitzen, erhalten unabhängig vom Einreisealter einen Rechtsanspruch auf die Niederlassungserlaubnis, soweit sie zusätzlich über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen und der Lebensunterhalt gesichert ist oder sie sich in der Ausbildung befinden.

Absatz 2: Es wäre nicht gerechtfertigt, die Jahre einer schulischen Erziehung im Ausland auf die für eine Aufenthaltsverfestigung erforderliche Aufenthaltsdauer von fünf Jahren anzurechnen. Im Einzelfall können aber Ausnahmen gerechtfertigt sein, etwa bei Besuch einer deutschsprachigen Schule im Ausland.

Absatz 3 regelt, unter welchen Voraussetzungen kein gesetzlicher Anspruch auf Erteilung einer Niederlassungserlaubnis besteht und die Erteilung damit einer Ermessensentscheidung bedarf.

Satz 1:

Nummer 1 regelt, dass bei Kindern mit einem familienbedingten Aufenthalt im Unterschied zu anderen Ausländern nur ein auf dem persönlichen Verhalten beruhender Ausweisungsgrund den Anspruch verhindert.

Nummer 2 stellt klar, dass die Begehung einer vorsätzlichen Straftat einen Anspruch auf Erteilung einer Niederlassungserlaubnis ausschließt.

Nummer 3: Die Sozialhilfebedürftigkeit eines ausländischen Jugendlichen, der sich weder in einer schulischen noch in einer beruflichen Ausbildung befindet, ist geeignet, Zweifel an den Erfolgsaussichten der beruflichen Eingliederung zu begründen. Diese Zweifel schließen einen Anspruch auf Erteilung einer Niederlassungserlaubnis aus.

Absatz 3 Satz 2 macht deutlich, dass die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis als Aufenthaltsverfestigung trotz des nicht bestehenden Rechtsanspruchs möglich ist. Auch bei negativer Entscheidung über die Niederlassungserlaubnis ist eine weitere Aufenthaltsgewährung nicht ausgeschlossen. Sobald der den Anspruch hindernde Umstand entfallen ist, ist die Niederlassungserlaubnis zu erteilen.

Satz 3 stellt sicher, dass Jugendverfehlungen und vereinzelte leichtere Straftaten, die lediglich mit Jugend- oder Freiheitsstrafe mit Bewährung geahndet wurden, nicht zu einer Aufenthaltsbeendigung führen.

Absatz 4 entspricht inhaltlich § 26 Abs. 4 AuslG und wurde redaktionell gestrafft. Die Voraussetzungen sind – wie nach geltendem Recht – erfüllt, wenn für die gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen im Ablauf des täglichen Lebens voraussichtlich auf Dauer in erheblichem Maße eine Hilfsbedürftigkeit besteht.

Zu § 36

Bereits das bisher geltende Recht (§ 22 AuslG) hat den Familiennachzug generell auf Ehegatten und minderjährige Kinder beschränkt. Im Hinblick auf die hohe Zahl der in Deutschland lebenden Ausländer wird an dieser Zuwanderungsbegrenzung festgehalten. Anderen Familienangehörigen als Ehegatten und minderjährigen Kindern wird eine Aufenthaltserlaubnis daher nur in Härtefällen erteilt.

Aus Gründen der Zweckmäßigkeit werden für sonstige Familienangehörige keine weiteren Bestimmungen getroffen. Aufenthaltsrechtlich werden deshalb sonstige Familienangehörige, die volljährig sind, Ehegatten gleichgestellt und sonstige minderjährige Familienangehörige wie nachgezogene Kinder behandelt.

Abschnitt 7 Besondere Aufenthaltsrechte

Im Bereich der besonderen Aufenthaltsrechte berechtigt die Aufenthaltserlaubnis nach § 37 Abs. 1 und § 38 Abs. 1 Nr. 2 zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit.

Zu § 37

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 16 AuslG.

Zu § 38

Die Regelung in Absatz 1 ist notwendig, weil der Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit, insbesondere nach dem Wegfall der so genannten Inlandsklausel in § 25 StAG durch den Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit oder durch die Erklärung zu Gunsten der ausländischen Staatsangehörigkeit nach § 29 StAG, auch bei gewöhnlichem Aufenthalt im Inland eintreten kann. Sie setzt im Grundsatz die Aufenthaltszeiten als Deutscher im Inland den Zeiten des rechtmäßigen Aufenthalts als Ausländer gleich.

Satz 1 Nr. 1 ermöglicht einem ehemaligen Deutschen den Erwerb einer Niederlassungserlaubnis abweichend von den allgemeinen Voraussetzungen des § 9 Abs. 2. Voraussetzung ist, dass er bei Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit seit fünf Jahren als Deutscher seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Bundesgebiet hatte.

Satz 1 Nr. 2 ist ein Auffangtatbestand unbeschadet der Möglichkeit, eine Aufenthaltserlaubnis nach den sonstigen Vorschriften des Gesetzes zu erteilen.

Satz 2 befristet den Anspruch auf Erteilung eines Aufenthaltstitels nach Satz 1 auf die Dauer von sechs Monaten seit Kenntnis vom Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit. Satz 3 schafft für die Zeit bis zur Entscheidung über einen fristgerecht gestellten Antrag auf Erteilung eines Aufenthaltstitels nach Satz 1 eine Erlaubnisfiktion entsprechend § 81 Abs. 2 Satz 2.

Absatz 2 orientiert sich an der bisherigen Regelung in § 10 der Arbeitsaufenthaltsverordnung und ergänzt für einen ehemaligen Deutschen mit gewöhnlichem Aufenthalt im Ausland die Möglichkeit, eine Aufenthaltserlaubnis nach den sonstigen Vorschriften des Gesetzes zu erhalten. Ihm kann eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, wenn er ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache besitzt. Die Vorschrift soll insbesondere einem ehemaligen Deutschen, der aus beruflichen oder familiären Gründen ins Ausland

gegangen ist und wieder in Deutschland leben möchte, eine Rückkehr ins Bundesgebiet erleichtern. Zugleich wird eine Lücke zum Einbürgerungsrecht geschlossen, das für einen ehemaligen Deutschen nach § 13 StAG eine Einbürgerungsmöglichkeit auch bei gewöhnlichem Aufenthalt im Ausland vorsieht.

Absatz 3 sieht vor, dass für die Erteilung eines Aufenthaltstitels nach Absatz 1 oder 2 in begründeten Fällen ganz oder teilweise von den allgemeinen Voraussetzungen des § 5 abgesehen werden kann.

Absatz 4 stellt klar, dass eine nach Absatz 1 oder 2 erteilte Aufenthaltserlaubnis zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit berechtigt.

Absatz 5 enthält eine notwendige Auffangregelung für die Fälle, in denen ein Ausländer aus einem nicht von ihm zu vertretenden Grund von deutschen Stellen als Deutscher behandelt wurde (z. B. als Findelkind oder in der unrichtigen Annahme eines gesetzlichen Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit).

Abschnitt 8 Beteiligung der Bundesanstalt für Arbeit

Der Abschnitt beinhaltet die wesentlichen Regelungen über die Zustimmung der Bundesanstalt für Arbeit und ihrer Dienststellen gegenüber den Ausländerbehörden, wenn einem Ausländer die Ausübung einer Beschäftigung im Bundesgebiet erlaubt werden soll. Zentrale Vorschrift ist § 39 mit der gegenüber der geltenden Rechtslage abgewandelten Arbeitsmarktpflicht und der neu eingeführten Zuständigkeit der Verwaltungsausschüsse der Arbeitsämter zur Beurteilung der Arbeitsmarktlage für die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer. Beide Komponenten führen weg von einer breit angelegten, statischen Arbeitsmarktpflicht hin zu einer flexiblen und regional angepassten Steuerung der Arbeitsmarktzulassung von Ausländern.

Eine Zustimmung der Bundesanstalt für Arbeit zur Beschäftigung von Ausländern ist nicht in jedem Fall erforderlich. Folgende Fälle sind zu unterscheiden:

1. Das Aufenthaltsgesetz selbst erlaubt die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit, etwa im Fall der Niederlassungserlaubnis (§ 9 Abs. 1 Satz 2), bei Ausländern, die sich aus politischen Gründen in Deutschland aufhalten (§ 22 Satz 2, § 25 Abs. 1, 2), beim Familiennachzug (§ 28 Abs. 6, § 31 Abs. 1). Hier besteht der Arbeitsmarktzugang kraft Gesetzes. Die Bundesanstalt für Arbeit ist nicht beteiligt.
2. Das Aufenthaltsgesetz sieht die Zustimmung der Bundesanstalt für Arbeit vor, z. B. Aufenthalt zum Zweck der Erwerbstätigkeit (§ 18). Für die Zustimmung gilt § 39, der eine Vorrangprüfung beim Arbeitsmarktzugang vorsieht. Durch Rechtsverordnung oder zwischenstaatliche Vereinbarung kann bestimmt werden, dass in bestimmten Fällen keine Zustimmung erforderlich ist.
3. Für alle Ausländer, deren Aufenthaltswert nicht die Erwerbstätigkeit ist, gilt § 4 Abs. 2, der die Aufnahme einer Beschäftigung an die Zustimmung der Bundesanstalt für Arbeit knüpft. Auch dieses Zustimmungserfordernis führt über § 39 zu einer Vorrangprüfung beim Arbeitsmarktzugang. Betroffen sind hiervon die Ausländer, die sich aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen in Deutschland aufhalten und deren Arbeits-

marktzugang sich nicht bereits aus dem fünften Abschnitt des Aufenthaltsgesetzes ergibt, z. B. Ausländer, die vorübergehenden Schutz genießen (§ 24), die eine nach § 25 Abs. 3 bis 6 erteilte Aufenthaltserlaubnis besitzen sowie nachziehende Familienangehörige, wenn der bereits hier befindliche Ausländer selbst auch nur nachrangigen Arbeitsmarktzugang hat (§ 29 Abs. 5).

4. Asylbewerber haben wie bisher nach einer Wartezeit von einem Jahr nachrangigen Arbeitsmarktzugang. Die Regelung wurde aus § 3 Arbeitsgenehmigungsverordnung in § 61 Abs. 2 AsylVfG (Artikel 3 Nr. 39 Zuwanderungsgesetz) übernommen.

Zu § 39

Absatz 1 bestätigt den Grundsatz, dass einem Ausländer eine Beschäftigung im Bundesgebiet durch Erteilung eines Aufenthaltstitels nur mit Zustimmung der Bundesanstalt für Arbeit erlaubt werden kann. Satz 2 bestimmt, dass die Zustimmung zur Ausübung einer Beschäftigung nach Maßgabe gesetzlicher Bestimmungen oder auf Grund zwischenstaatlicher Vereinbarungen durch die Bundesanstalt für Arbeit erteilt werden kann.

Absatz 2 Nr. 1 Buchstabe a stellt klar, dass die bundesweite Vermittlung deutscher und bevorzogter ausländischer Arbeitsloser auch weiterhin Vorrang vor der Zulassung weiterer ausländischer Arbeitskräfte zur Beschäftigung hat.

Absatz 2 Nr. 1 Buchstabe b enthält den nach EG-Recht notwendigen Vorrang von Deutschen und EU-Ausländern (heute § 285 Abs. 1 SGB III) sowie von Ausländern, die Gemeinschaftspräferenz genießen. Gemeinschaftspräferenz ist der Anspruch auf vorrangigen Zugang zum Arbeitsmarkt von Ausländern, die Staatsangehörige eines EU-Mitgliedsstaates sind. Dies wird die Bürger der neuen EU-Mitgliedsstaaten betreffen, die nach dem Wirksamwerden der Beitritte zwar EU-Bürger sind, aber auf Grund der Beitrittsverträge noch keine vollständige Arbeitnehmer-Freizügigkeit genießen. Die Vorschrift stellt klar, dass auch diesen Ausländern ein Vorrang vor Ausländern aus Drittstaaten zukommt.

Das Verfahren wird künftig zusätzlich dadurch flexibilisiert und erleichtert, dass der Verwaltungsausschuss des Arbeitsamtes im Benehmen mit dem Landesarbeitsamt die Prüfung für einzelne Berufsgruppen und Wirtschaftszweige vorzunehmen und feststellen kann, dass die Besetzung offener Stellen in diesen Berufsgruppen mit ausländischen Bewerbern arbeitsmarkt- und integrationspolitisch verantwortbar ist. Der Verwaltungsausschuss kann also generelle Regelungen für bestimmte Berufsgruppen und Wirtschaftszweige treffen. Er beschäftigt sich nicht mit Einzelfällen. Der Verwaltungsausschuss ist bei seiner Entscheidung nicht völlig frei. Er hat vielmehr auch bei der globalen Prüfung zu untersuchen, ob sich durch die Beschäftigung von Ausländern in der betroffenen Berufsgruppe nachteilige Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt ergeben und ob deutsche oder gleichgestellte Arbeitnehmer für die Beschäftigung zur Verfügung stehen. Nachteilige Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt könnten sich etwa dann ergeben, wenn zwar in dem Arbeitsamtsbezirk, für den der Verwaltungsausschuss zuständig ist, ein Mangel an bestimmten Arbeitskräften herrscht, in Nachbarbezirken oder bundesweit aber entsprechende Arbeits-

suchende zur Vermittlung zur Verfügung stehen (trotz zehn verschiedener Arbeitsamtsbezirke wird das Ruhrgebiet fast als ein Arbeitsmarkt angesehen). Die Berücksichtigung der bundesweiten Vermittlungssituation wird insbesondere durch das erforderliche Benehmen mit dem Landesarbeitsamt gewährleistet. Wenn das Arbeitsamt über eine Zustimmung zu einer Tätigkeit zu entscheiden hat, die von einer Feststellung des Verwaltungsrates umfasst ist, prüft es nur noch, ob der Ausländer nicht zu ungünstigeren Arbeitsbedingungen als vergleichbare deutsche Arbeitnehmer beschäftigt wird. Eine individuelle Arbeitsmarktpflicht findet nicht mehr statt. Satz 3 entspricht der bisherigen Regelung in § 284 Abs. 3 SGB III.

Absatz 3 regelt, dass das Zustimmungsverfahren auch gilt, wenn sich ein Ausländer zu anderen Zwecken in Deutschland aufhält und eine Beschäftigung aufnehmen will (vgl. auch die einleitende Begründung zu Abschnitt 8).

Absatz 4 trägt der Tatsache Rechnung, dass ein Bedarf an ausländischen Arbeitnehmern auch künftig in erster Linie nur für qualifizierte Beschäftigungen besteht. Die Arbeitslosigkeit bei Menschen mit geringen Qualifikationen ist überdurchschnittlich hoch. Damit dürften Arbeitsplätze für einfache Tätigkeiten in der Regel aus dem einheimischen Arbeitskräftepotential zu besetzen sein. Wenn dennoch ein Bedarf an der Beschäftigung von Ausländern in einfachen Tätigkeiten besteht, kann die Beschäftigung durch Rechtsverordnung oder zwischenstaatliche Vereinbarung ermöglicht werden. Auf diesem Weg können z. B. die heute bestehenden Beschäftigungsmöglichkeiten für Saisonarbeitnehmer und Schaustellergehilfen aufrechterhalten bleiben.

Absatz 5 entspricht inhaltlich dem geltenden § 285 Abs. 5 SGB III.

Mit Absatz 6 wird der Umfang der Prüfung der Bundesanstalt für Arbeit für die Zustimmung zur Erteilung einer Niederlassungserlaubnis an Personen nach § 19 auf die Prüfung nach Absatz 2 Nr. 1 Buchstabe a beschränkt.

Zu § 40

Die Vorschrift entspricht in den Absätzen 1 und 2 den bisherigen Versagungsgründen in § 6 der Arbeitsgenehmigungsverordnung.

Zu § 41

Die Vorschrift entspricht inhaltlich den Widerrufungsgründen für eine Arbeitserlaubnis nach § 7 Abs. 1 Satz 1 der Arbeitsgenehmigungsverordnung. Sie ermächtigt die Arbeitsverwaltung, ihre Zustimmung zur Beschäftigung gegenüber der zuständigen Ausländerbehörde zu widerrufen. Nach erfolgtem Widerruf ist die Ausländerbehörde ihrerseits nach § 52 Abs. 2 verpflichtet, den Aufenthaltstitel in dem entsprechenden Umfang zu widerrufen.

Zu § 42

Die Vorschrift ersetzt in vereinfachter Form die Verordnungsermächtigung des § 288 SGB III und regelt in Absatz 2 der Regelung in § 303 SGB III entsprechend das Weisungsrecht der Bundesanstalt für Arbeit. Die Regelung des § 42 ermöglicht es in Absatz 1 Nr. 5 auch, die bisherigen Abweichungen vom Vorrangprinzip in das neue Recht zu übernehmen

men und insbesondere aus integrationspolitischen Gründen Ausnahmen zuzulassen. Gedacht ist hier insbesondere an Regelungen für die Fortsetzung der Beschäftigung, Härtefälle, seit längerem aufhältige Ausländer und für als minderjährige nach Deutschland zugewanderte Ausländer (siehe auch zum bisherigen Recht: § 2 Abs. 3 ArGV).

Kapitel 3 Förderung der Integration (§§ 43 bis 45)

Zu § 43

Absatz 1 normiert erstmals im Aufenthaltsrecht den Grundsatz der Integration. Damit wird dem Umstand Rechnung getragen, dass in den vergangenen Jahrzehnten viele Ausländer rechtmäßig ihren Lebensmittelpunkt auf Dauer in der Bundesrepublik Deutschland gefunden haben. Auch künftig werden qualifizierte Zuwanderer und ihre Familien die dazu geschaffenen Möglichkeiten nutzen, im Bundesgebiet eine dauerhafte wirtschaftliche Existenz aufzubauen. Die Eingliederung der dauerhaft im Bundesgebiet lebenden Ausländer und ihre aktive Teilnahme in allen Bereichen des Lebens werden ermutigt und staatlich gefördert.

Integration beruht auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit und des Austauschs zwischen dem zuziehenden Ausländer und der ihn aufnehmenden Gesellschaft. Der Zuzug aus dem Ausland führt nicht nur für den Ausländer zur Notwendigkeit, sich in einer neuen und ungewohnten Umgebung einzuleben, sondern fordert auch von der Gesellschaft zusätzliche Hilfen zur Orientierung. Die Nutzung der verfügbaren Bildungsangebote ist ein notwendiger, aktiver Eigenbeitrag zur Integration.

Absatz 2: Das Angebot der gezielten Förderung wird durch ein staatliches Grundangebot zur Integration realisiert. Die in diesem Rahmen angebotenen Kursinhalte sollen im Sinne eines Basisangebots ein Minimum an erforderlicher Integration gewährleisten. Der Integrationskurs fördert vor allem den zur Kommunikation und zur täglichen Verständigung unverzichtbaren Erwerb deutscher Sprachkenntnisse und umfasst auch grundlegende Angebote zum Verständnis der Rechts- und Wirtschaftsordnung, der Kultur, der Geschichte und der Lebensverhältnisse in Deutschland. Wesentlich ist auch die Vermittlung von Grundkenntnissen über Rechte und Pflichten der Bürger, die den Umgang mit Behörden und anderen Verwaltungseinrichtungen erleichtern und jedem Ausländer die eigenständige Orientierung in allen Lebensbereichen ermöglichen sollen.

Nach Absatz 3 Satz 1 setzt sich der Integrationskurs zusammen aus einem Basis- und einem Aufbausprachkurs von jeweils gleicher Dauer sowie einem Orientierungskurs, der die wesentlichen Kenntnisse über die Lebensverhältnisse in Deutschland vermitteln soll. Dabei soll die durch Rechtsverordnung nach Absatz 4 festgelegte Kursdauer für die Vermittlung eines Basisssprachschatzes verwendet werden, der ein sprachliches Grundniveau für eine Orientierung im täglichen Leben darstellt. Darauf aufbauend wird der Aufbausprachkurs für die Vermittlung des Aufbausprachschatzes verwendet, um das für eine Aufenthaltsverfestigung vorausgesetzte, ausreichende Sprachniveau zu erreichen.

Nach Satz 2 ist die erfolgreiche Teilnahme an dem Integrationskurs zu bescheinigen. Soweit durch Gesetz, Rechtsverordnung oder Verwaltungsvorschrift Vergünstigungen an den Besuch von Integrationskursen geknüpft werden, gilt

die Bescheinigung als Nachweis einer erfolgreichen Teilnahme.

Satz 3 sieht die Teilnahme am Basissprachkurs vor, bevor der Aufbausprachkurs besucht werden kann. Soweit Ausländer bereits Sprachkenntnisse besitzen, die dem Niveau des Basiskurses entsprechen, kann davon abgesehen werden.

Satz 4: In einigen Fällen, in denen die Lebenssituation als Zuwanderer als besonders belastend empfunden wird, kann eine sozialpädagogische Begleitung die Voraussetzungen für einen Erfolg der Integrationsmaßnahmen erheblich verbessern. Auch die Bereitstellung von Kinderbetreuungsangeboten dient als begleitende Maßnahme der Sicherung des Lern- und Integrationserfolgs.

Der Basissprachkurs wird als einheitliches Angebot des Bundes durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge durchgeführt, das sich dazu der jeweils geeigneten privaten oder öffentlichen Träger bedienen kann. Bei der Übernahme dieser Aufgabe kann das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bereits auf wesentliche Vorarbeiten des Sprachverbandes – Deutsch für ausländische Arbeitnehmer e. V. – zurückgreifen und die dort bestehenden Erfahrungen im Rahmen der künftigen Zusammenarbeit nutzen. Der Bund bringt durch die Organisation und Finanzierung des Basisangebots für alle Neuzuwanderer den hohen politischen und gesellschaftlichen Stellenwert zum Ausdruck, den er der Integration beimisst.

Gleiches gilt für den Orientierungskurs, der in systematischer und komprimierter Weise einen Überblick und notwendige Kenntnisse über die wesentlichen rechtlichen Regelungen und tatsächlichen Lebensverhältnisse im Bundesgebiet vermitteln soll.

Die übrigen nicht vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge durchgeführten Integrationskurse gehören als typische Aufgabe der Gesetzesausführung zur Aufgabe der Länder.

Die Sätze 6 und 7 stellen den Grundsatz der Kostenbeteiligung für die Teilnahme an Integrationskursen klar und bilden die Rechtsgrundlage für die Kostenerhebung, wobei auch auf die Leistungsfähigkeit von unterhaltsverpflichteten Personen abgestellt werden kann.

Absatz 4 enthält eine Ermächtigung zum Erlass einer Rechtsverordnung, in der die Rahmenvorgaben für die Grundstruktur der Integrationskurse im Sinne eines Mindeststandards für die Anfangsorientierung der Ausländer definiert werden und weitere Einzelheiten des Integrationskurses geregelt werden sollen. Die Rechtsverordnung ist durch die Bundesregierung zu erlassen, wodurch die Gesamtverantwortung aller Ressorts für die Fragen der Integration zum Ausdruck kommt. Die Rechtsverordnung soll die Inhalte des Integrationskurses für Bund und Länder einheitlich festlegen und bedarf der Zustimmung des Bundesrates.

Absatz 5: In der Bundesrepublik Deutschland besteht seit Jahren auf den Ebenen des Bundes, der Länder und der Kommunen ein breites Angebot zur Förderung der verschiedenen Aspekte der Integration. Diese Angebote, die insbesondere auch eine migrationsspezifische Beratung umfassen, werden das staatliche Grundangebot der Integration,

den Integrationskurs, ergänzen. Ergänzt werden die Integrationskurse auch durch Aufbausprachkurse für jugendliche Ausländer, wie es im Gesamtsprachkonzept der Bundesregierung vorgesehen ist.

Die einzelnen Förderangebote der verschiedenen staatlichen Einrichtungen und der freien Träger sind bisher allenfalls in Teilbereichen aufeinander abgestimmt. Das Bundesministerium des Innern oder die von ihm bestimmte Stelle soll deshalb in Form eines Integrationsprogramms und unter Nutzung bereits bestehender Konzepte, wie z. B. des Gesamtsprachkonzepts des Bundes, Vorschläge zur konkreten Gestaltung und Koordinierung der bestehenden Integrationsangebote der unterschiedlichen Träger vorlegen. Dabei sollen im Interesse einer breiteren Nutzungsmöglichkeit auch die Voraussetzungen für die Angleichung der Integrationsangebote für Ausländer und Aussiedler geschaffen werden. Die bei Ländern und Kommunen sowie bei den Ausländerbeauftragten und dem Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen bestehenden Erfahrungen im Bereich der Integrationsförderung sollen in dieses Integrationsprogramm ebenso einfließen wie die umfangreichen Erfahrungen der sonstigen gesellschaftlichen und privaten Träger.

Zu § 44

Absatz 1: Der Anspruch auf die Teilnahme an dem Integrationskurs ist an die erstmalige Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis für die genannten Aufenthaltzwecke gebunden und setzt einen dauerhaften Aufenthalt im Bundesgebiet voraus. Von der Dauerhaftigkeit des rechtmäßigen Aufenthalts kann regelmäßig ausgegangen werden, wenn der Ausländer eine Aufenthaltserlaubnis von mehr als einem Jahr oder seit über 18 Monaten eine Aufenthaltserlaubnis besitzt. Soweit es sich jedoch um einen Aufenthalt von vorübergehender Natur handelt (z. B. von Auszubildenden, Werksvertragsarbeitnehmern u. Ä.), würden Integrationsmaßnahmen ihren auf das künftige Zusammenleben im Bundesgebiet gerichteten Zweck verfehlen, so dass in diesem Fall kein Anspruch besteht. Anspruchsberechtigt sind auch Ausländer, die eine Niederlassungserlaubnis nach § 23 Abs. 2 erhalten. Nicht anspruchsberechtigt sind dagegen Ausländer, deren Aufenthalt regelmäßig Sprachkenntnisse voraussetzt, wie z. B. Studenten.

Satz 4 macht die klare Trennung der Zielgruppen für die Integrationssprachkurse (zum Beispiel Erwachsene für den Arbeitsmarkt, junge Erwachsene mit einem anerkannten Schulabschluss) auf der einen Seite und für die schulische Integration in Zuständigkeit der Kultusministerien (Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene) auf der anderen Seite deutlich.

Ein Integrationssprachkurs bei einem Sprachkursträger stellt zudem keine wirksame Vorbereitung auf eine schulische oder weiterführende Bildungslaufbahn dar, da diese sprachliche Förderung den schulischen Anforderungen (zum Beispiel hinsichtlich Fachsprache) nicht gerecht wird. Sachgerecht und notwendig ist im schulischen Bereich ausschließlich eine systematische Förderung in der Zweitsprache Deutsch in Verbindung mit dem Fach- und Regelunterricht.

Absatz 2: Die Nichtinanspruchnahme über einen Zeitraum von zwei Jahren rechtfertigt es, den Teilnahmeanspruch entfallen zu lassen und wie bei anderen Ausländern, die nicht über einen Anspruch verfügen, die Einräumung einer Teilnahmemöglichkeit von noch vorhandenen Kurskapazitäten abhängig zu machen.

Absatz 3 dient der Einführung eines allgemeinen Ermessensstatbestands für die Zulassung eines Ausländers ohne Teilnahmeanspruch am Integrationskurs. Dies gilt auch für Ausländer, die über einen Aufenthaltstitel nach Kapitel 2 Abschnitt 5 verfügen.

Zu § 45

Absatz 1: Dem Anspruch des Ausländers auf die Teilnahme am Integrationskurs entspricht dann eine Teilnahmeverpflichtung, wenn die Mindestvoraussetzung für eine erfolgreiche Integration, nämlich eine Verständigung auf einfache Art in deutscher Sprache nicht vorliegt. An der einfachen sprachlichen Verständigungsmöglichkeit mit allen auf Dauer in Deutschland lebenden Ausländern besteht ein besonders hohes staatliches und gesellschaftliches Interesse. Der Vermeidung bzw. dem Abbau von Sprachbarrieren und der Vorbeugung gegen Tendenzen zur Segregation innerhalb der Bevölkerung wegen mangelnder Sprachkompetenz kommt eine hohe Bedeutung zu. Dies rechtfertigt in den Fällen, in denen die Möglichkeit der sprachlichen Verständigung nicht besteht, die Begründung einer Teilnahmeverpflichtung. Für die Inhaber einer Niederlassungserlaubnis nach § 23 Abs. 2 kommt eine Verpflichtung zur Teilnahme nicht in Betracht.

Durch Absatz 2 ist sichergestellt, dass der Ausländer über seine Teilnahmeverpflichtung am Integrationskurs und zugleich von seinem Anspruch auf Integrationsförderung unterrichtet wird.

Absatz 3 regelt die Befreiungstatbestände von der Verpflichtung zur Kursteilnahme nach Absatz 1. In Fällen, in denen vergleichbare Qualifikationen durch Angebote anderer Bildungseinrichtungen, z. B. öffentliche oder private Schulen, Berufsschulen oder private Kursangebote der Arbeitgeber oder anderer Träger, erworben werden, bedarf es keiner Verpflichtung zur Teilnahme am Integrationskurs. Zudem ist der besonderen Situation von Ausländern Rechnung zu tragen, denen etwa aufgrund besonderer familiärer oder persönlicher Umstände eine Teilnahme auf Dauer nicht zumutbar ist, etwa bei eigener Behinderung oder der Pflege behinderter Familienangehöriger. Die bloße Erziehung eigener Kinder führt dagegen nicht ohne weiteres zur Unzumutbarkeit der Kursteilnahme, dies gilt insbesondere bei der Möglichkeit kursergänzender Kinderbetreuung.

Absatz 4: Das hohe Interesse an der Integration der im Bundesgebiet lebenden Ausländer rechtfertigt es im Falle seiner Nichtteilnahme, ihn in einem besonderen Termin bei der Ausländerbehörde auf seine Teilnahmeverpflichtung an dem Integrationskurs mit Nachdruck hinzuweisen und ihn insbesondere auf die möglichen Folgen seines Verhaltens im Rahmen der Verlängerung seiner Aufenthaltserlaubnis nach § 8 Abs. 3 und die Auswirkungen auf eine mögliche Aufenthaltsverfestigung oder Einbürgerung aufmerksam zu machen.

Kapitel 4 Ordnungsrechtliche Vorschriften

Zu § 46

Absatz 1 regelt die Befugnis der Ausländerbehörde, gegenüber vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländern Maßnahmen zu treffen, welche die Ausreise fördern.

Durch den Wegfall der Duldung nach dem Ausländergesetz, mit der beschränkende Maßnahmen verbunden werden konnten (vgl. § 56 Abs. 3 AuslG), wird eine Ermächtigung der Ausländerbehörde notwendig, bei vollziehbar Ausreisepflichtigen vergleichbare Maßnahmen zu ergreifen. Dabei kommen alle Maßnahmen in Betracht, die geeignet sind, die Voraussetzungen für die tatsächliche Ausreise des Ausländers zu fördern. Hierzu zählt die Auferlegung von Handlungspflichten, z. B. die regelmäßige Vorsprache bei den zuständigen Behörden oder das Gebot zum Ansparen von finanziellen Mitteln für die Heimreise. Über die Verfügung zur Wohnsitznahme wird die Erreichbarkeit des Ausländers und die Einwirkungsmöglichkeit der Ausländerbehörde erreicht. Hierzu zählt auch die Verpflichtung, in einer Ausreiseeinrichtung zu wohnen (§ 61 AufenthG).

Absatz 2 enthält die bereits im geltenden Recht normierte Untersagung der Ausreise des § 62 Abs. 2 und 3 AuslG, die auf § 10 Abs. 1 und 2 des Passgesetzes vom 19. April 1986 (BGBl. I S. 537) Bezug nimmt. Die statische Verweisung wurde durch eine dynamische Verweisung ersetzt, um keinen Anpassungsbedarf bei Änderungen des Passgesetzes hervorzurufen.

Zu § 47

Die Vorschrift entspricht § 37 AuslG.

Zu § 48

In § 48 werden die ausweisrechtlichen Pflichten nach § 39 Abs. 1 und § 40 Abs. 1 AuslG zusammengefasst.

Die Bezeichnung der Bescheinigung nach Absatz 2 als Ausweisersatz dient der Rechtsklarheit. Die Bescheinigung enthält die ausdrückliche Bezeichnung „Ausweisersatz“.

In Absatz 3 wurde die Pflicht des Ausländers, bei der Beschaffung eines Identitätspapiers mitzuwirken, neu aufgenommen. Der Verstoß gegen diese Pflicht ist bußgeldbewehrt (§ 98 Abs. 2 Nr. 3).

Die Sätze 2 und 3 ermöglichen eine zu duldende Durchsuchung, wenn der Ausländer nicht im Besitz eines Identitätspapiers ist, er seine Mitwirkungspflicht verletzt und der Verdacht besteht, dass er im Besitz von Unterlagen ist, die für die Feststellung seiner Identität und Staatsangehörigkeit und der Feststellung und Geltendmachung einer Rückführungsmöglichkeit in einen anderen Staat von Bedeutung sein können.

Zu § 49

Die Vorschrift fasst die Bestimmungen zur Sicherung und Feststellung der Identität von Ausländern zusammen (§§ 41, 41a AuslG).

In Absatz 1 ist die Pflicht der Ausländer geregelt, richtige Angaben über die Identität und Staatsangehörigkeit zu machen. Hieran knüpft die Strafvorschrift in § 95 Abs. 1 Nr. 6 an. Mit der Angabe, dass er die Angaben „auf Verlangen“

machen muss, ist der Zeitpunkt, in dem die Angaben gemacht werden müssen, klargestellt.

Absatz 2 entspricht § 41 Abs. 1 AuslG.

Absatz 3 fasst die in § 41 Abs. 3 und § 41a Abs. 1 AuslG bezeichneten Tatbestände zusammen. In Nummer 5 ist die Möglichkeit vorgesehen, bei der Visumbeantragung Lichtbilder und Fingerabdrücke zur Identitätssicherung zu fertigen. Hierdurch wird die Identifizierung und Rückführung von Personen aus Staaten, mit denen Rückführungsschwierigkeiten bestehen, erleichtert. Insbesondere sollen die Rückführungsmöglichkeiten von Personen, die nach Erteilung eines Visums oder nach erfolgloser Visumantragstellung in das Bundesgebiet eingereist sind und anschließend die Identitätsdokumente den Behörden vorenthalten, verbessert werden.

Nach Nummer 7 sind identitätssichernde Maßnahmen auch bei Personen möglich, die unter dem Verdacht stehen, terroristische oder extremistische Aktivitäten zu unterstützen. Damit werden die Fälle erfasst, in denen bei Antrag auf Erteilung eines Visums oder auf Erteilung oder Verlängerung eines Aufenthaltstitels durch die Ausländerbehörde unabhängig von den nach § 73 Abs. 4 festgelegten Fallkonstellationen ein Versagungsgrund nach § 5 Abs. 4 positiv festgestellt worden ist. Auch in diesen Fällen der notwendigen Ablehnung der Anträge ist die identitätssichernde Maßnahme erforderlich, um eine zukünftige Einreise unter falscher Identität zu verhindern bzw. um den Informationsaustausch mit den Sicherheitsbehörden bei Extremismus- oder Terrorismusverdacht durch die notwendige Erhebung der ED-Daten zu verbessern.

Die Maßnahmen der Nummern 5 und 7 entsprechen der VN-Resolution 1373 vom 28. September 2001 zur Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus. Die VN fordern darin die Staaten auf, die Nutzung ihres Staatsgebietes für die Vorbereitung, Durchführung und Finanzierung terroristischer Akte zu verhindern (Nr. 2d) sowie den Informationsaustausch zu verbessern und zu beschleunigen, insbesondere zu Handlungen und Reisen von Terroristen, ge- oder verfälschten Reisedokumenten u. a. (Nr. 3a). Präzisierende Hinweise sowohl zu den Staaten, bei denen Rückführungsschwierigkeiten bestehen, als auch zu den nach § 73 Abs. 4 festzulegenden Fällen werden in der Verwaltungsvorschrift erfolgen.

Absatz 4 enthält die nach § 81b der Strafprozessordnung möglichen und zulässigen Maßnahmen.

Die Absätze 5 bis 7 übernehmen die Regelungen des durch das Terrorismusbekämpfungsgesetz vom 9. Januar 2002 (BGBl. I S. 361) geänderten § 41 Abs. 2, 4 und 5 AuslG.

Absatz 8 setzt die Duldungspflicht des Ausländers fest, an deren Nichterfüllung die Strafvorschrift des § 95 Abs. 1 Nr. 6 anknüpft.

Kapitel 5 Beendigung des Aufenthalts

Abschnitt 1 Begründung der Ausreisepflicht

Zu § 50

Absatz 1: Ergänzend zur gegenwärtig geltenden Regelung (§ 42 Abs. 1 AuslG) wird klargestellt, dass der Ausländer auch bei Wegfall eines Aufenthaltsrechts nach assoziations-

rechtlichen Bestimmungen zur Ausreise verpflichtet ist. Der Begriff „Aufenthaltsgenehmigung“ wird ersetzt durch „Aufenthaltstitel“.

Absatz 2 entspricht der gegenwärtig geltenden Regelung (§ 42 Abs. 3 AuslG). In Satz 1 ist das Wort „vollziehbar“ aus sprachlichen Gründen nicht wieder aufgenommen, weil der Ausländer auch schon vor der Vollziehbarkeit der Ausreisepflicht zur Ausreise verpflichtet ist. Satz 3 enthält abweichend vom geltenden Recht die Befristung der Verlängerung der Ausreisefrist aus sprachlichen Gründen nicht mehr; die Verlängerung einer Frist ist ihrer Natur nach befristet.

Absatz 3 entspricht § 50 Abs. 4 Satz 1 AuslG. Satz 2 ist entbehrlich, da sich die darin enthaltene Aussage bereits aus Satz 1 ergibt.

Die Absätze 4 bis 6 entsprechen § 42 Abs. 4 bis 6 AuslG.

Absatz 7 entspricht § 42 Abs. 7 AuslG. Anstelle der Verweisung auf § 8 Abs. 2 Satz 1 AuslG wurde zur Klarstellung die Formulierung „ein ausgewiesener oder abgescho-bener Ausländer“ aufgenommen.

Zu § 51

Absatz 1 entspricht § 44 Abs. 1 AuslG. Aus Gründen der Übersichtlichkeit werden die Erlöschenstatbestände enumerativ aufgeführt. Die Rücknahme des Aufenthaltstitels (Nummer 3) wird zur Klarstellung als Erlöschenstatbestand aufgeführt. Auch bislang wird davon ausgegangen, dass eine Rücknahme des Aufenthaltstitels (z. B. bei Erschleichen eines Aufenthaltstitels mittels falscher Angaben) möglich sei, da § 44 Abs. 1 AuslG keine abschließende Aufzählung enthält. Die Regelung in Nummer 8 korrespondiert mit der Aufhebung des bisher geltenden § 14 Abs. 3 AsylVfG. Hierdurch wird bei Ausländern, die nach Erteilung eines Aufenthaltstitels aus humanitären Gründen einen Asylantrag stellen, anstelle einer statusrechtlichen Einschränkung eine unmittelbare aufenthaltsrechtliche Folge ausgelöst. Der Wechsel von der Aufnahme aus humanitären Gründen in das Asylverfahren soll damit erschwert werden.

Absatz 2 fasst die gegenwärtig geltenden Regelungen (§ 44 Abs. 1a und 1b AuslG) zusammen. In Satz 1 wird die Aufzählung der Einkommensarten zur Beseitigung nicht erforderlicher Überregulierung ersetzt durch die Bezugnahme auf den Begriff des gesicherten Lebensunterhaltes (Definition in § 2 Abs. 3). Der Ehegatte eines begünstigten Ausländers braucht – wie bislang – keinen Voraufenthalt bestimmter Dauer nachzuweisen. Die bisherige Benachteiligung des Ehegatten (keine Berücksichtigung der Unterhaltssicherung durch eigenes Vermögen) wird aufgehoben, da hierfür kein sachlicher Grund besteht.

Die Absätze 3 bis 6 entsprechen § 44 Abs. 2, 3, 5 und 6 AuslG.

Absatz 7 ist in Teilen inhaltsgleich mit der bisher in § 69 AsylVfG enthaltenen Regelung. Die Regelungen über das Aufenthaltsrecht von Asylberechtigten und Flüchtlingen werden aus systematischen Gründen in das Aufenthaltsgesetz übernommen.

Das Aufenthaltsrecht von Asylberechtigten erlischt trotz einer Ausreise erst dann, wenn der Reiseausweis nach der Genfer Flüchtlingskonvention nicht mehr gültig ist. Die Ergänzung des Satzes 1 im Vergleich mit § 69 AsylVfG

stellt sicher, dass Gleiches auch für Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention gilt. Die Angleichung ist zudem völkerrechtlich geboten, weil auch diese Personen einen Reiseausweis nach der Genfer Flüchtlingskonvention erhalten und Deutschland gemäß § 13 des Anhangs zu Artikel 28 Genfer Flüchtlingskonvention verpflichtet ist, dem Betreffenden während der Gültigkeitsdauer des Reiseausweises die Rückkehr in das Bundesgebiet zu gestatten.

Die Ergänzung des Satzes 2 gegenüber § 69 AsylVfG ist aus Gründen der aufenthaltsrechtlichen Angleichung des Status von Flüchtlingen im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention mit Asylberechtigten erforderlich. Die Notwendigkeit der Ergänzung ergibt sich im Übrigen auch aus dem Anhang zu Artikel 28 Genfer Flüchtlingskonvention. Nach § 6 Abs. 1 des Anhangs zu Artikel 28 bleibt der Staat, der einem Flüchtling im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention einen Reiseausweis ausgestellt hat, für diesen Flüchtling und die Verlängerung des Reiseausweises solange zuständig, bis die Zuständigkeit auf einen anderen Staat übergegangen ist. Nach § 11 Abs. 1 des Anhangs zu Artikel 28 Genfer Flüchtlingskonvention geht die Zuständigkeit auf einen anderen Staat erst über, wenn sich der Betreffende dort rechtmäßig niedergelassen hat. Die Regelung soll verhindern, dass ein Flüchtling im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention in ein Zuständigkeitsloch fällt.

Zu § 52

Absatz 1 entspricht inhaltlich der gegenwärtig geltenden Regelung (§ 43 Abs. 1 AuslG), ergänzt um die Klarstellung, dass die in § 52 Abs. 1 abschließend formulierten Widerrufsründe einen Widerruf nach Absatz 2 unberührt lassen.

In Nummer 4 wird der Verweis auf das in Artikel 15 Abs. 3 Nr. 3 aufgehobene Gesetz über Maßnahmen für im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommener Flüchtlinge entbehrlich. Der Widerruf und das Erlöschen der Rechtsstellung der bisher unter die Anwendung dieses Gesetzes fallenden Personen wird nunmehr in § 103 geregelt.

Satz 2 entspricht der gegenwärtig geltenden Regelung in § 43 Abs. 2 AuslG. Das Wort „eigenständiger“ wird zur Klarstellung eingefügt.

Absatz 2 verpflichtet die Ausländerbehörde, einen Aufenthaltstitel (Visum oder Aufenthaltserlaubnis), der ausschließlich zum Zweck der Beschäftigung erteilt wurde, zu widerrufen, wenn die Bundesanstalt für Arbeit bei der Bekämpfung illegaler Beschäftigung einen Verstoß gegen gesetzliche Bestimmungen festgestellt und infolgedessen ihre Zustimmung zur Ausländerbeschäftigung nach § 41 widerrufen hat (Satz 1). Das Gleiche gilt eingeschränkt auf die Gestattung der Beschäftigung, wenn der Aufenthaltstitel zu anderen Zwecken ausgestellt wurde, gleichzeitig aber die Ausübung einer Beschäftigung gestattet (Satz 2).

Zu den §§ 53 bis 55

Die Vorschriften entsprechen inhaltlich den gegenwärtig in den §§ 45 bis 47 AuslG normierten Ausweisungstatbeständen. Die Ausweisungstatbestände werden aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit neu strukturiert. Nunmehr sind die Voraussetzungen für die zwingende Ausweisung, die Ausweisung im Regelfall und die Ermessensausweisung in jeweils einer Vorschrift zusammengefasst.

§ 53 entspricht § 47 Abs. 1 AuslG.

§ 54 Nr. 1, 3 und 4 entspricht § 47 Abs. 2 AuslG. Nummer 2 wurde zusätzlich eingefügt. Die wirksame Bekämpfung des Menschen Schmuggels erfordert es, dass verurteilte Schleuser in der Regel das Bundesgebiet zu verlassen haben. Die Nummern 5 und 6 übernehmen die Regelungen des durch das Terrorismusbekämpfungsgesetz vom 9. Januar 2002 geänderten § 47 Abs. 1 Nr. 4 und 5 AuslG.

§ 55 Abs. 1 entspricht § 45 Abs. 1 AuslG.

§ 55 Abs. 2 entspricht § 46 AuslG. Nummer 6 entspricht § 46 Nr. 6 AuslG. Sie wurde lediglich sprachlich gestrafft.

Die Vorschrift des § 55 Abs. 3 beinhaltet die gegenwärtig geltende Regelung in § 45 Abs. 2 AuslG ergänzt um die Berücksichtigung der Folgen der Ausweisung für den Lebenspartner bei der Ermessensentscheidung. Nach § 27 wird die Aufenthaltserlaubnis auch zur Herstellung und Wahrung einer Lebenspartnerschaft im Bundesgebiet erteilt. In der Konsequenz besteht besonderer Ausweisungsschutz nach § 56 Abs. 1 Nr. 3 für Ausländer, die mit einem anderen Ausländer in einer lebenspartnerschaftlichen Lebensgemeinschaft leben. Vor diesem Hintergrund erscheint es nicht sachgerecht, bei der Ermessensausweisung nur die Folgen der Ausweisung für Familienangehörige und die familiäre Lebensgemeinschaft zu berücksichtigen, nicht aber die Folgen der Ausweisung für den Lebenspartner.

Zu § 56

Absatz 1 entspricht weitgehend der gegenwärtig geltenden Regelung (§ 48 Abs. 1 AuslG). Das neu eingefügte Erfordernis des fünfjährigen rechtmäßigen Aufenthalts im Bundesgebiet bezieht sich auf die Fälle, in denen von Anfang an eine Niederlassungserlaubnis erteilt wird. Der mit der Erteilung einer Niederlassungserlaubnis verbundene weitgehende Ausweisungsschutz wird erst nach einer Mindestaufenthaltsdauer von fünf Jahren gewährt.

In Nummer 3 erfolgt die Ergänzung „oder lebenspartnerschaftlicher“ aufgrund Artikel 3 § 11 Nr. 4 Lebenspartnerschaftsgesetz.

Entsprechend wurde die Nummer 4 um den Lebenspartner und die lebenspartnerschaftliche Lebensgemeinschaft ergänzt, um den in § 48 Abs. 1 AuslG bestehenden Widerspruch zu beheben, dass die Lebenspartnerschaft von Ausländern geschützt ist; dieser Schutz aber im Fall der Lebenspartnerschaft eines Ausländers mit einem Deutschen nicht vorgesehen ist.

Die Sätze 3 und 4 entsprechen der gegenwärtig geltenden Regelung in § 47 Abs. 3 Satz 1 und 2 AuslG. Die Gründe für den besonderen Ausweisungsschutz werden in einer Vorschrift zusammengeführt.

In Absatz 2 Satz 1 wird die gegenwärtig geltende Regelung über den besonderen Ausweisungsschutz für Heranwachsende aus § 47 Abs. 3 Satz 3 AuslG übernommen. Die Regelung in § 48 Abs. 2 Satz 2 AuslG ist nicht aufgenommen, da kein Grund dafür besteht, einen Heranwachsenden, der mit seinen Eltern in häuslicher Gemeinschaft lebt, gegenüber anderen Heranwachsenden zu privilegieren. Dieselbe Regelung gilt für alle Minderjährigen. Die Möglichkeit zur Regelausweisung nach § 47 Abs. 2 Nr. 2 und 3 AuslG wurde in den Katalog der Ermessenstatbestände aufgenom-

men, da die Folgen nicht abgeurteilter Drogentaten und Gewalttätigkeiten bei Versammlungen für den Betroffenen nicht einschneidender sein können als bei abgeurteilten Taten. Bei den in § 53 genannten schweren Straftaten wird über die Ausweisung ebenfalls nach Ermessen entschieden. Dadurch ist eine den Umständen des Einzelfalles angemessene Abwägung zwischen dem Interesse der Allgemeinheit am Schutz vor gefährlichen Straftätern und dem Schutzbedürfnis Minderjähriger gewährleistet. Satz 2 enthält wie bereits jetzt § 48 Abs. 2 Satz 1 AuslG einen besonderen Ausweisungsschutz von Minderjährigen, deren Eltern oder allein sorgeberechtigter Elternteil sich rechtmäßig im Bundesgebiet aufhalten.

Absatz 3 dient der Umsetzung des Artikels 28 der Richtlinie über die Gewährung von vorübergehendem Schutz. Da die Richtlinie die Ausstellung eines Aufenthaltstitels verlangt, kann der Aufenthaltstitel auch nur in den Fällen durch Ausweisung entzogen werden, in denen die Richtlinie die Vergabung des vorübergehenden Schutzes gestattet.

Absatz 4 entspricht § 48 Abs. 3 AuslG ergänzt um die Ausländer, deren Asylverfahren unanfechtbar ohne die Feststellung eines Abschiebungshindernisses nach § 60 Abs. 1 abgeschlossen wird.

Abschnitt 2 Durchsetzung der Ausreisepflicht

Zu § 57

Die Vorschrift entspricht im Wesentlichen § 61 AuslG. Absatz 1 Satz 2 wurde redaktionell angepasst, um zu verdeutlichen, dass eine Zurückschiebung in diesem Fall auch nach Ablauf der Sechsmonatsfrist in Betracht kommt. Die Wörter „Rückübernahme“ und „Rückübernahmevereinbarung“ wurden durch die präziseren Begriffe „Übernahme“ und „Übernahmevereinbarung“ ersetzt, da entsprechende Übernahmeabkommen nicht notwendigerweise voraussetzen, dass der Ausländer aus dem anderen Vertragsstaat des Abkommens in das Bundesgebiet eingereist ist. In Absatz 3 wurden die Verweisungen an das Aufenthaltsgesetz angepasst.

Zu § 58

Absatz 1 entspricht § 49 Abs. 1 AuslG.

Absatz 2 Nr. 1 bis 3 entspricht inhaltlich der gegenwärtig geltenden Regelung in § 42 Abs. 2 AuslG. Sie wurde aus systematischen Gründen in die Regelung über die Abschiebung übernommen, da die Vollziehbarkeit der Ausreisepflicht Voraussetzung für die zwangsweise Durchsetzung der Ausreise ist.

Aus Gründen der Klarstellung wurde in Nummer 2 ein Hinweis auf die Fiktionswirkung des § 81 Abs. 2 und 4 und am Ende des Absatzes ein Hinweis auf die Ausreisefrist (§ 42 Abs. 3 AuslG) aufgenommen. Nummer 3 dient der Umsetzung der Richtlinie des Rates über die gegenseitige Anerkennung von Entscheidungen über die Rückführung von Drittstaatsangehörigen vom 28. Mai 2001 (ABl. EG Nr. L 149 S. 34).

Absatz 3 entspricht der bisher geltenden Regelung in § 49 Abs. 2 AuslG. Das neu eingefügte Wort „insbesondere“ stellt klar, dass die Aufzählung nicht abschließend ist.

Zu § 59

Die Vorschrift entspricht im Wesentlichen § 50 AuslG.

Absatz 1 entspricht § 50 Abs. 1 Satz 1 AuslG. § 50 Abs. 1 Satz 2 AuslG wird nicht übernommen, da sich der Inhalt bereits aus allgemeinem Verwaltungsverfahrenrecht ergibt.

In Absatz 2 wird das Wort „Rückübernahme“ durch den weiteren Begriff „Übernahme“ ersetzt.

In Absatz 3 entfällt der Verweis auf die Duldungsgründe, anstelle des Verweises auf die Abschiebungshindernisse wird auf die Abschiebungsverbote (§ 60) verwiesen.

Absatz 4 entspricht § 70 Abs. 3 AuslG.

Zu § 60

Absatz 1 Satz 1 entspricht inhaltlich der Regelung in § 51 Abs. 1 AuslG. Ausdrücklich genannt wird jedoch aus Gründen der Klarstellung das Merkmal „Geschlecht“, das bisher mit Blick auf die internationale Staatenpraxis bei der Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951 und die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts (vgl. Bundesverwaltungsgericht Az.: 9 C 28.99 vom 25. Juli 2000 und 9 C 21.00 vom 21. Februar 2001) als Verfolgung aufgrund der Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe zu berücksichtigen war. Letzteres gilt auch für Verfolgung auf Grund der sexuellen Identität. Die Sätze 3 bis 5 verdeutlichen darüber hinaus, dass der Schutz des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951 auch auf Fälle von nichtstaatlicher Verfolgung erstreckt werden soll. Auch insoweit schließt sich Deutschland damit nunmehr der Auffassung der überwiegenden Zahl der Staaten in der Europäischen Union an. Zudem wird klargestellt, dass auch dann ein Asylverfahren nach den Vorschriften des Asylverfahrensgesetzes in der Zuständigkeit des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge durchzuführen ist, wenn kein Asylantrag, sondern nur ein Antrag nach § 60 Abs. 1 gestellt wird. Damit soll vermieden werden, dass der Betroffene einen isolierten Antrag bei der Ausländerbehörde stellen kann, etwa um die Verteilung in ein anderes Bundesland gemäß § 46 AsylVfG zu umgehen.

Die Absätze 2 bis 7 entsprechen inhaltlich § 53 AuslG. In allen Fällen soll gemäß § 25 (Aufenthalt aus humanitären Gründen) normalerweise eine (befristete) Aufenthaltserlaubnis erteilt werden.

Absatz 8 enthält die gegenwärtig geltende Regelung in § 51 Abs. 3 AuslG. Der Text wurde redaktionell gestrafft. In der Androhung sind – ebenso wie im geltenden § 50 Abs. 3 AuslG und in § 55 vorgesehen – die Staaten zu bezeichnen, in die der Ausländer nicht abgeschoben werden darf. Eine einheitliche Handhabung ist sinnvoll. Satz 2 übernimmt die Regelung des durch das Terrorismusbekämpfungsgesetz vom 9. Januar 2002 (BGBl. I S. 361) eingefügten § 51 Abs. 3 Satz 2 AuslG. Die Regelung schließt dabei nicht die Prüfung von Abschiebungshindernissen aus. Sie bewirkt aber, dass Ausländer, die aus schwerwiegenden Gründen schwerster Verbrechen verdächtig sind, nicht mehr die Rechtsstellung nach der Genfer Flüchtlingskonvention erhalten. Sie erhalten keinen Aufenthaltstitel, unterfallen den Einschränkungen des Asylbewerberleistungsgesetzes und unterliegen Beschränkungen ihrer Bewegungsfreiheit. Da-

mit wird Deutschland als Ruheraum für international agierende terroristische Netzwerke weniger interessant. Beispielsweise beeinträchtigt die mit der Aussetzung der Abschiebung verbundene Beschränkung der Bewegungsfreiheit auf den Bereich des Bundeslandes die direkten Kontakte und Kommunikationsmöglichkeiten terroristischer Gruppierungen. Auslandsreisen sind erheblich erschwert und mit dem Risiko der Entdeckung verhaftet.

Absatz 9 entspricht § 52 AuslG.

Absatz 10 entspricht § 51 Abs. 4 AuslG, jedoch sind in der Androhung – ebenso wie in § 59 Abs. 3 und bereits derzeit in § 50 Abs. 3 AuslG – die Staaten zu bezeichnen, in die der Ausländer nicht abgeschoben werden darf. Für die bisherige unterschiedliche Handhabung gibt es keinen plausiblen Grund.

Absatz 11 enthält die bisher in § 54 AuslG für die Länder vorgesehene Möglichkeit zur (zeitlich befristeten) Anordnung eines allgemeinen Abschiebestopps. Bei einem über sechs Monate hinausgehenden Zeitraum gelten die Voraussetzungen für eine Aufenthaltsgewährung durch die obersten Landesbehörden im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern nach § 23 Abs. 1. Im Übrigen entspricht Absatz 11 inhaltlich § 55 Abs. 2 AuslG. Er stellt klar, dass die Abschiebung nur auszusetzen ist, solange sie aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen unmöglich ist und dem Ausländer kein Aufenthaltstitel nach § 25 erteilt wird. Hiermit wird deutlich gemacht, dass die Durchsetzung der Ausreisepflicht nicht im Ermessen der zuständigen Behörde steht, sondern nur bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen ausgesetzt wird. Bei Erteilung eines Aufenthaltstitels ist die Ausstellung einer Bescheinigung über die Aussetzung der Abschiebung ausgeschlossen.

Zu § 61

Absatz 1 ermöglicht es, das Untertauchen eines vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländers zu erschweren und die Erfüllung der Ausreisepflicht besser zu überwachen. Durch die gesetzliche Anordnung der räumlichen Beschränkung für vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer wird vermieden, dass in jedem Fall einer räumlichen Beschränkung ein rechtsmittelfähiger Verwaltungsakt erlassen werden muss. Daneben hat die Ausländerbehörde die Möglichkeit, weitere Bedingungen und Auflagen anzuordnen. Die Vorschrift dient darüber hinaus der Angleichung der aufenthaltsrechtlichen Folgen von vollziehbar Ausreisepflichtigen gegenüber Asylbewerbern. Vollziehbar Ausreisepflichtige sollen gegenüber Asylbewerbern nicht besser gestellt werden.

Absatz 2 ermöglicht den Ländern, Ausreiseeinrichtungen zu schaffen. Soweit sie hiervon Gebrauch machen, können sie vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer aufgrund der Ermächtigung in Absatz 1 verpflichten, darin zu wohnen. Ausreiseeinrichtungen dienen als offene Einrichtungen der Unterbringung von Personen, die keine oder unzutreffende Angaben zu ihrer Identität und Staatsangehörigkeit machen und/oder die Mitwirkung bei der Beschaffung von Heimreisedokumenten verweigern. Die Unterbringung in einer zentralen Gemeinschaftsunterkunft ermöglicht eine intensive auf eine Lebensperspektive außerhalb des Bundesgebiets gerichtete psycho-soziale Betreuung; sie stellt gegenüber der Abschiebungshaft ein milderes Mittel dar. Die intensive

Betreuung trägt zur Förderung der Bereitschaft zur freiwilligen Ausreise oder zur notwendigen Mitwirkung bei der Beschaffung von Heimreisedokumenten bei. Darüber hinaus ist die gezielte Beratung über die bestehenden Programme zur Förderung der freiwilligen Rückkehr möglich. Den besonderen Bedürfnissen von Frauen, Kindern und Jugendlichen sowie Traumatisierten ist bei der räumlichen und personellen Ausstattung der Ausreiseeinrichtungen Rechnung zu tragen. Die Erreichbarkeit für Behörden und Gerichte wird vereinfacht, die Durchführung der Ausreise kann besser sichergestellt werden.

Zu § 62

Die Vorschrift entspricht § 57 AuslG.

Kapitel 6 Haftung und Gebühren (§§ 63 bis 70)

Zu § 63

Die Vorschrift untersagt es Beförderungsunternehmern, wie bereits jetzt § 74 AuslG, Ausländer ohne die erforderlichen Reisedokumente in das Bundesgebiet zu befördern. Mit der Neuformulierung soll das Verwaltungsverfahren vereinfacht und die Akzeptanz bei den Betroffenen erhöht werden.

Absatz 1: Die bisher in § 74 Abs. 1 AuslG enthaltene Differenzierung zwischen Beförderungen auf dem Luft- und Seeweg, für die das gesetzliche Verbot unmittelbar galt und Beförderungen auf dem Landweg, bei denen zuerst ein Beförderungsverbot angeordnet werden musste, entfällt. Ein sachlicher Grund für die bisher bestehende Differenzierung besteht nicht. Auch die praktischen Auswirkungen sind gering, weil das Beförderungsverbot – wie auch bisher – in jedem Fall durch eine Untersagungsverfügung konkretisiert werden muss. Da das Visum gemäß § 4 nunmehr ein Aufenthaltstitel ist und somit ein Ausländer mit gültigem Pass und Aufenthaltstitel vorschriftsmäßig ausgewiesen ist, wurden die Begriffe angepasst.

Absatz 2: Über den Erlass einer Untersagungsverfügung und Androhung eines Zwangsgeldes entscheiden wie bisher das Bundesministerium des Innern oder die von ihm bestimmte Stelle im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen nach pflichtgemäßem Ermessen. Im Rahmen der Ermessensausübung ist zu berücksichtigen, ob der Beförderungsunternehmer durch zumutbare Kontrollmaßnahmen die unerlaubte Beförderung hätte vermeiden können. Unvermeidbar sind zum Beispiel Dokumentenfälschungen, die von einem interessierten Laien nicht erkannt werden können.

Auf die in § 74 Abs. 3 AuslG zusätzlich vorgeschaltete obligatorische Abmahnung wurde verzichtet. Stattdessen wird künftig die Untersagungsverfügung selbst mit einer Anhörung nach § 28 VwVfG verbunden. Der ursprüngliche Zweck der vorgeschalteten Abmahnung, den Unternehmen die Möglichkeit zu geben, innerhalb einer bestimmten Frist ihr Beförderungsverhalten zu ändern und so den Erlass einer Untersagungsverfügung abzuwenden, wurde faktisch nicht erreicht, weil kaum ein Unternehmen auf die Abmahnung reagiert hat. Dadurch ging auch das mit der Abmahnung verbundene Anhörungsrecht ins Leere. Erst nach Erlass der Untersagungsverfügung mit konkreter Zwangsgeldandrohung erfolgte eine Reaktion, mangels erneuter Anhörungsfrist dann regelmäßig in Form der Widerspruchseinlegung.

Die verwaltungsökonomische Verbindung von Androhung, Fristsetzung und rechtlichem Gehör in einem Schritt entspricht dem allgemeinen Verwaltungsverfahrenrecht und wird auch den Erfordernissen der Praxis besser gerecht: Im Rahmen der Untersagungsverfügung wird die Zwangsgeldandrohung mit einer Frist verbunden, innerhalb derer die Unternehmen Stellung nehmen und ihr Beförderungsverhalten – eventuell unterstützt durch eine Schulungsmaßnahme von Dokumentenberatern des Bundesgrenzschutzes – ändern können. Die Zwangsgeldandrohung wird erst wirksam, wenn die gesetzte Frist verstrichen und keine Besserung eingetreten ist. In geeigneten Fällen kann auch weiterhin vor der Zwangsgeldandrohung zunächst eine Abmahnung ausgesprochen werden, ohne dass es dafür einer gesetzlichen Ermächtigung bedarf.

Absatz 3: Der Höchstbetrag des Zwangsgeldes wurde in Umsetzung des Artikels 4 Abs. 1 Buchstabe a der Richtlinie 01/51/EG des Rates vom 28. Juni 2001 zur Ergänzung der Regelungen nach Artikel 26 des Übereinkommens zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985 (ABl. EG Nr. L 187 vom 10. Juli 2001) auf 5 000 Euro erhöht. Der Mindestbetrag bleibt mit 1 000 Euro hinter dem in der o. g. Richtlinie in Artikel 4 Abs. 1 Buchstabe b fakultativ vorgegebenen Betrag von 3 000 Euro zurück und entspricht dem bisher nach § 74 Abs. 2 Satz 2 AuslG für Beförderungen auf dem Luft- und Seeweg vorgesehenen Mindestbetrag. Der bestehende Spielraum ermöglicht es, auf das Beförderungsverhalten der Unternehmen individuell angemessen zu reagieren.

Absatz 4: Wie international üblich, hat die Grenzschutzdirektion seit 1994 mit 29 Luftfahrtgesellschaften „Memoranda of Understanding“ abgeschlossen, denen in der Praxis große Bedeutung zukommt. Die bisher geschlossenen Vereinbarungen lehnen sich eng an den Gesetzestext an und lassen keinen weiteren Spielraum zu. Es entspricht jedoch einem erheblichen praktischen Bedürfnis, mit den Beförderungsunternehmen weitergehende individuelle Vereinbarungen zu treffen, die auch das Zahlenverhältnis der unerlaubten Beförderungen zum gesamten Passagieraufkommen berücksichtigt und Bemühungen der Beförderungsunternehmen um verbesserte Kontrollen honoriert, etwa in Form einer Toleranzquote, bei deren Einhaltung keine Zwangsgelder erhoben werden. Weitere Inhalte des Memorandums könnten Vereinbarungen über Schulungen des Personals, Gate-Überprüfungen oder den Informationsaustausch sein. Solche erweiterten „Memoranda of Understanding“, die auch klassische Einwanderungsstaaten wie z. B. Kanada abgeschlossen haben, könnten erheblich zur Akzeptanz der Regelung durch die Beförderungsunternehmen beitragen. Die Wahrscheinlichkeit, dass die betroffenen Unternehmen in jedem Einzelfall den Rechtsweg ausschöpfen, wie dies zurzeit die Regel ist, würde damit geringer und der Verwaltungsaufwand würde minimiert. Aus diesem Grund erscheint es zweckmäßig, eine gesetzliche Grundlage für den Abschluss von „Memoranda of Understanding“ in das Aufenthaltsgesetz aufzunehmen.

Zu § 64

Die Vorschrift entspricht inhaltlich weitgehend § 73 AuslG. Die Rückbeförderungspflicht betrifft sowohl Personenbeförderungsunternehmer als auch Beförderungsunternehmer,

deren Geschäftstätigkeit auf den Gütertransport gerichtet ist.

Die Neuformulierung des Absatzes 1 bezieht auch den Ausländer ein, dem im Transit die Einreise verweigert wurde. Die Vorschrift berücksichtigt damit Artikel 26 Abs. 1 Buchstabe a SDÜ sowie die EU-Richtlinie 01/51/EG vom 28. Juni 2001.

Absatz 2 entspricht § 73 Abs. 2 AuslG. Die in Bezug genommenen Vorschriften wurden an die inhaltlich entsprechenden Paragraphen des Aufenthaltsgesetzes angeglichen. Zusätzlich aufgenommen wurde das Abschiebungshindernis der Todesstrafe, weil es einen vergleichbaren Fall betrifft. Anstelle des Visums geht die Vorschrift nunmehr von einem erforderlichen Aufenthaltstitel aus.

Absatz 3 entspricht § 73 Abs. 3 AuslG.

Zu § 65

Die Vorschrift entspricht § 74a AuslG.

Zu § 66

Die Vorschrift entspricht inhaltlich § 82 AuslG.

Absatz 1 wurde gegenüber der geltenden Regelung des § 82 Absatz 1 AuslG ergänzt. Da es sachlich nicht gerechtfertigt ist, die Durchsetzung der Verlassenspflicht aufgrund räumlicher Beschränkungen – anders als die Zurückweisung, Zurückschiebung oder Abschiebung – kostenfrei zu stellen, wurde die Durchsetzung der räumlichen Beschränkung in den Katalog der Maßnahmen aufgenommen, die eine ausländerrechtliche Kostenhaftung auslösen.

Absatz 5 enthält gegenüber § 82 Abs. 5 AuslG eine Ergänzung. Diese Ergänzung ermöglicht die erleichterte Erhebung einer Sicherheitsleistung nicht nur gegenüber dem kostenpflichtigen Ausländer, sondern auch gegenüber Kostenschuldern gemäß § 66 Abs. 4 Satz 1 und 2.

Zu § 67

Die Vorschrift entspricht § 83 Abs. 1, 2 und 4 Satz 1 und 2 AuslG. Klarstellend werden die Dolmetscherkosten aufgenommen.

Zu § 68

Die Vorschrift entspricht § 84 AuslG. Absatz 4 wurde reaktionell gestraft.

Zu § 69

Die Absätze 1 und 2 entsprechen § 81 Abs. 1 und 2 AuslG.

Absatz 3: Die Gebührentatbestände werden an das neue System der Aufenthaltstitel angepasst sowie nach den Vorgaben des Gesetzes zur Umstellung von Vorschriften des Dienst-, allgemeinen Verwaltungs-, Sicherheits-, Ausländer- und Staatsangehörigkeitsrechts (Sechstes Euro-Einführungsgesetz vom 3. Dezember 2001, BGBl. I S. 3306) auf Euro umgestellt. Dabei entspricht in Nummer 1 die Gebühr für die Aufenthaltserlaubnis der Gebühr für eine befristete Aufenthaltserlaubnis nach § 81 Abs. 3 Nr. 1 AuslG. Der Höchstsatz der Gebühr in Nummer 2 für eine Niederlassungserlaubnis wurde gegenüber der Gebühr für eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis oder Aufenthaltsberechtigung nach dem bis-

her geltenden § 81 Abs. 3 Nr. 3 AuslG angehoben, um die Möglichkeit zu schaffen, die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis an hoch qualifizierte Ausländer unmittelbar nach der Einreise an eine höhere Gebühr zu knüpfen. Die Nummern 5 und 6 übernehmen aus Artikel 6a des Gesetzes zu dem Schengener Übereinkommen vom 19. Juli 1990 betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen (Schengener Durchführungsübereinkommen) die Höchstsätze der Gebühren für ein Schengenvisum bzw. ein Schengen-Sammelvisum. Eine detailliertere Regelung, wie sie im Gesetz zum Schengener Durchführungsübereinkommen getroffen wurde, ist verzichtbar, weil die Gebührensätze im Einzelnen ohnehin durch Rechtsverordnung festgelegt werden.

Die Absätze 4 bis 6 entsprechen im Wesentlichen der gegenwärtig geltenden Regelung in § 81 Abs. 4 bis 6 AuslG, wobei jedoch der Gebührenzuschlag für die Erteilung eines Visums an der Grenze 25 statt 15 Euro beträgt. Dies beruht auf der Aufnahme des Artikels 6a des Gesetzes zum Schengener Durchführungsübereinkommen in die Regelung, wonach der Zuschlag für ein Schengenvisum höher ist als für ein nationales Visum. Die Geldbeträge werden entsprechend dem Sechsten Euro-Einführungsgesetz auf Euro umgestellt.

Absatz 5 ermöglicht, dass künftig für die Bearbeitung von Anträgen (im Falle der Ablehnung) grundsätzlich eine volle Gebühr erhoben werden kann, da die Bearbeitung eines abzulehnenden Antrages oft ebenso aufwendig ist wie die Erteilung des gewünschten Aufenthaltstitels. Dies kann jedoch nicht für die Beantragung einer Niederlassungserlaubnis gelten, weil dies Betroffene von der Antragstellung abhalten könnte (Satz 2). Es besteht aber auch ein öffentliches Interesse daran, dass sich der Aufenthalt verfestigt.

Zu § 70

Die Regelungen über die Verjährung werden aus Gründen der Übersichtlichkeit in einer eigenen Vorschrift zusammengefasst. Der Verweis auf das Verwaltungskostengesetz wurde aus Gründen der Klarstellung eingefügt.

Absatz 1 entspricht § 83 Abs. 4 Satz 3 AuslG.

Absatz 2 entspricht § 83 Abs. 3 AuslG.

Kapitel 7 Verfahrensvorschriften

Abschnitt 1 Zuständigkeiten (§§ 71 bis 74)

Zu § 71

Die Vorschrift entspricht inhaltlich § 63 Abs. 1 und 3 bis 6 AuslG. Die bisher in § 63 Abs. 1 Satz 3 AuslG enthaltene Zuständigkeitsregelung für die Einbürgerung entfällt, weil die Einbürgerung nunmehr im Staatsangehörigkeitsgesetz geregelt wird.

In Absatz 3 Nr. 7 wurde aus § 43b AsylVfG die Zuständigkeit der grenzpolizeilichen Behörden für die Beschaffung von Heimreisedokumenten übernommen. Entsprechend den Erfordernissen der Praxis wird die Zuständigkeit auf die Beschaffung von Heimreisedokumenten für Ausländer einzelner Staaten konzentriert.

Mit der Bezugnahme in Absatz 4 Satz 1 auch auf § 48 wird für die neu geschaffene Durchsuchungsmöglichkeit in § 48

Abs. 3 eine Zuständigkeitsregelung getroffen. In Satz 2 wurde außerdem die Zuständigkeit der Auslandsvertretungen für die in § 49 Abs. 3 Nr. 5 bezeichneten Maßnahmen neu eingefügt.

Absatz 6: Die Passanerkennung durch das Bundesministerium des Innern entspricht der derzeitigen Praxis. Diese soll aus Gründen der Rechtsklarheit jetzt im Gesetz verankert werden. Aufgenommen wurde die Möglichkeit der Delegation.

Zu § 72

Absatz 1 entspricht § 64 Abs. 1 AuslG.

Absatz 2 verpflichtet die Ausländerbehörde, bei Entscheidungen über das Vorliegen von zielstaatsbezogenen Abschiebungshindernissen gemäß § 60 Abs. 7 eine Stellungnahme des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge einzuholen, um das Einfließen der besonderen Sachkunde hinsichtlich der Verhältnisse in den Herkunftsländern sicherzustellen. Es handelt sich hierbei um eine nicht selbständig anfechtbare verwaltungsinterne Stellungnahme.

Die Absätze 3 und 4 entsprechen der gegenwärtig geltenden Regelung in § 64 Abs. 2 und 3 AuslG.

In Absatz 5 wird klargestellt, dass § 45 des Achten Buches Sozialgesetzbuch nicht für Ausreisereinrichtungen gilt. Im Übrigen entspricht die Regelung inhaltlich dem geltenden § 64 Abs. 5 AuslG. Die Aufenthaltsbefugnis und die Duldung werden durch eine Aufenthaltserlaubnis aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen ersetzt.

Zu § 73

Die Vorschrift entspricht dem durch das Terrorismusbekämpfungsgesetz vom 9. Januar 2002 (BGBl. I S. 361) geschaffenen § 64a AuslG.

Zu § 74

Die Vorschrift entspricht im Wesentlichen der gegenwärtig geltenden Regelung in § 65 Abs. 1 und 2 AuslG.

In Absatz 1 entfällt die Nennung der Duldung, da es eine Duldung im Aufenthaltsgesetz nicht mehr gibt. Aus demselben Grund wird der zweite Halbsatz des § 65 Abs. 1 AuslG nicht übernommen.

Absatz 2 wurde an die geänderte Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu Artikel 85 GG angepasst (Urteil des BVerfG vom 2. März 1999, Az. 2 BvF 1/94). Danach ist davon auszugehen, dass auch im Fall des Artikels 84 Abs. 5 GG nur die Bundesregierung als Kollegium zum Erlass von Einzelweisungen ermächtigt ist.

Abschnitt 2 Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Zu § 75

Dem neuen Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) wird die Entscheidung über die Zuwanderung im Auswahlverfahren nach § 20 übertragen. Das Auswahlverfahren kann seiner Natur nach nur durch eine zentrale Behörde durchgeführt werden.

Dem BAMF obliegt auch die Koordinierung der Informationen über den Aufenthalt zum Zweck der Erwerbstätigkeit

zwischen den Ausländerbehörden, der Bundesanstalt für Arbeit und den deutschen Auslandsvertretungen. Die für politische Entscheidungen im Bereich der Zuwanderung erforderlichen Informationen sollen von einer Stelle ausgewertet und aufbereitet werden können.

Im Hinblick auf die hohe Bedeutung, die der Eingliederung von Ausländern und Spätaussiedlern in die Gesellschaft zukommt, ist das BAMF auch für fachliche Zuarbeit für die Bundesregierung auf dem Gebiet der Integrationsförderung sowie für die Durchführung des Basissprachkurses und des Orientierungskurses zuständig. Daher ist es sachgerecht, das Bundesamt nicht nur mit der Durchführung, sondern auch mit der Entwicklung eines Konzepts hinsichtlich der Grundstruktur und Lerninhalte für die Integrationskurse des Bundes zu beauftragen. Das Ergebnis dieser Entwicklung geht in die Rechtsverordnung gemäß § 43 Abs. 4 ein.

Die Nennung des Bundesvertriebenengesetzes folgt aus der Verweisung in Artikel 6 Nr. 3 Buchstabe d. Damit wird nochmals betont, dass hinsichtlich der verschiedenen Zuwanderungsgruppen bei der Durchführung der Integrationskurse eine einheitliche Koordinierung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erfolgt.

Die ressortübergreifenden Aufgaben des BAMF liegen in der gemeinsamen Verantwortung der Bundesregierung, wobei es für die Aufgabenwahrnehmung der jeweiligen Fachaufsicht des zuständigen Bundesressorts untersteht.

Das BAMF fungiert ferner als Nationale Kontaktstelle gemäß Artikel 27 der Richtlinie über die Gewährung von vorübergehendem Schutz. Bei dem BAMF wird auch das Register nach Artikel 10 der Richtlinie geführt.

Darüber hinaus werden beim BAMF folgende bereits auf Bundesebene bestehende Aufgaben zusammengefasst:

- die Durchführung des Asylverfahrens;
- die Führung des Ausländerzentralregisters (bislang zuständig: Bundesverwaltungsamt);
- die Abwicklung der Auszahlung und Prüfung der Verwendung der nach den Rückkehrförderprogrammen bewilligten Mittel (bislang zuständig: Bundesverwaltungsamt);
- die Verteilung der nach § 23 Abs. 2 aufgenommenen Personen auf die Länder, dies betrifft vor allem jüdische Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion (bislang zuständig: Bundesverwaltungsamt).

Die Bündelung der Aufgaben hat folgende Vorteile:

- Vereinheitlichung des Gesetzesvollzugs;
- Flexibilisierung des Personaleinsatzes (zz. in diversen Bundesbehörden tätige Mitarbeiter könnten innerhalb einer Behörde bedarfsgerechter eingesetzt werden);
- Synergieeffekte (z. B. bei der Feststellung der Staatsangehörigkeit im Asylverfahren und bei der Vorbereitung der Rückkehr);
- zentrale Erfassung und Auswertung aller migrationspolitisch relevanten statistischen Angaben.

Die Behörde baut auf den vorhandenen Strukturen des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge auf; dieses wird zu einer zentralen migrationspolitischen Steuerungsstelle mit umfassenden Kompetenzen ausgebaut.

Absatz 2: Auf Grund der großen Bedeutung der Bevölkerungswissenschaft im Bereich Migration wird das bereits bestehende Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung umbenannt in Bundesinstitut für Bevölkerungs- und Migrationsforschung und als eine unabhängige wissenschaftliche Einrichtung beim BAMF eingerichtet. Hierdurch werden weitere Synergieeffekte geschaffen. Die unabhängige wissenschaftliche Forschungseinrichtung und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge können von den im Arbeitsbereich der jeweils anderen Einrichtung anfallenden Erkenntnissen über Migrationsfragen profitieren. Die Umbenennung verdeutlicht den besonderen Stellenwert der Migrationsforschung.

Zu § 76

Absatz 1: Zur Verbesserung der Entscheidungsgrundlagen für die künftige migrationspolitische Steuerung wird ein Sachverständigenrat für Zuwanderung und Integration eingerichtet. Seine Tätigkeit soll sich auf die für die Steuerung wichtigsten Parameter, die innerstaatliche Aufnahme und Integrationskapazität sowie die Entwicklung der Wanderungsbewegungen konzentrieren. Hierbei sollen auch geschlechtsspezifische Fragestellungen und Auswirkungen berücksichtigt werden. Der Zuwanderungsrat wird organisatorisch beim BAMF angesiedelt, um den raschen Zugriff auf das Wissen und die Erfahrung der zentralen Migrationsbehörde auf Bundesebene zu gewährleisten. Der Zuwanderungsrat ist in seiner fachlichen Arbeit nicht an Weisungen gebunden.

Absatz 2: Die Besetzung des Zuwanderungsrates mit Vertretern der für die Zuwanderung und die Integration wichtigen gesellschaftlichen Gruppen stellt sicher, dass alle für eine fundierte Begutachtung relevanten Umstände Eingang in die Urteilsbildung des Zuwanderungsrates finden. Die Mitglieder müssen über besondere Kenntnisse im Bereich der Bevölkerungswissenschaft, der Arbeitsmarktpolitik, der Migration und der Integration verfügen. Hierdurch wird gewährleistet, dass bei der Tätigkeit die wissenschaftlichen und fachlichen Aspekte im Vordergrund stehen. Dem Interesse der Länder an einer angemessenen Beteiligung wird ebenfalls Rechnung getragen, beispielsweise indem der Vorsitz der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder einen Vertreter in den Zuwanderungsrat entsendet. Politische Entscheidungen zur Steuerung der Zuwanderung bleiben dem Gesetzgeber und der Bundesregierung vorbehalten. Die Bestellung der Mitglieder erfolgt durch das Bundesministerium des Innern als das für die Migrationspolitik federführende Ressort. Die Bestimmungen des Bundesgremienbesetzungsgesetzes werden bei der Ernennung der Mitglieder berücksichtigt.

Absatz 3: Der Zuwanderungsrat wird – ähnlich dem Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung – jährlich ein Gutachten zur Migrationslage und zu deren absehbarer Entwicklung erstatten. Das Gutachten soll einen Gesamtüberblick über die Entwicklung aller migrationspolitisch bedeutsamen Faktoren, einschließlich der Zahl und Ergebnisse von Asylverfahren und der Aufnahme von Spätaussiedlern, enthalten. Das Gutachten soll als wissenschaftlich fundierte Grundlage für die Entscheidung des Verordnungsgebers über das Erfordernis der Zuwanderung im Auswahlverfahren nach § 20 dienen. Es

soll daher – soweit erforderlich – auch eine Empfehlung zur Höchstzahl der Zuwanderung im Auswahlverfahren enthalten.

Absatz 4: Die Frist ermöglicht dem Zuwanderungsrat die Erfassung der erforderlichen Daten des Vorjahres und deren Bewertung. Die Befassung des Deutschen Bundestages und die mit der Veröffentlichung als Bundestagsdrucksache einhergehende öffentliche Zugänglichkeit des Berichts ermöglicht eine umfassende öffentliche Diskussion über das Erfordernis und die Höhe der Zuwanderung im Auswahlverfahren.

Abschnitt 3 Verwaltungsverfahren (§§ 77 bis 85)

Zu § 77

Absatz 1 entspricht im Wesentlichen dem § 66 Abs. 1 AuslG. Die Aussetzung der Abschiebung bedarf aus Gründen der Rechtssicherheit ebenfalls der Schriftform.

Absatz 2 entspricht § 66 Abs. 2 AuslG.

Zu § 78

Die Vorschrift fasst die Regelungen aus Artikel 11 Nr. 2, 5, 10 und 13 (§§ 5, 39, 56a, 69 Ausländergesetz) des Gesetzes zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus vom 9. Januar 2002 (BGBl. I S. 361) zusammen. Die Ermächtigungsgrundlage für eine weitergehende Rechtsverordnung findet sich in § 99 Abs. 1 Nr. 10.

Absatz 7 wird dem bestehenden Bedürfnis gerecht, Bescheinigungsinhaber nach § 60 Abs. 11 ohne Pass oder Ausweisersatz für Kontrollzwecke mit fälschungssicheren Papieren auszustatten. Diese dürfen jedoch nicht den Eindruck erwecken, dass die Identität geklärt sei, wenn dies in Wirklichkeit nicht der Fall ist und die Personalangaben lediglich auf den Angaben des Bescheinigungsinhabers beruhen.

Im Hinblick auf die Strafbarkeit eines Aufenthalts ohne Pass oder Ausweisersatz (§ 95 Abs. 1 Nr. 1) ist damit klar gestellt, dass der Inhaber der Bescheinigung nach § 60 Abs. 11 im Gegensatz zum Inhaber eines Ausweisersatzes mit der Bescheinigung nach § 60 Abs. 11 nicht der Passpflicht genügt.

Zu § 79

Die Vorschrift entspricht § 67 AuslG.

Zu § 80

Die Vorschrift entspricht § 68 AuslG.

Zu § 81

Absatz 1 stellt klar, dass ein Aufenthaltstitel nur auf Antrag erteilt und verlängert wird, soweit nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist (z. B. in § 33 für im Bundesgebiet geborene Kinder).

Absatz 2 entspricht im Wesentlichen § 69 Abs. 1 Satz 1 und 2 AuslG. Die bereits im bisherigen Recht enthaltene Antragsfrist für im Bundesgebiet geborene Kinder (§ 69 Abs. 1 AuslG) ist nach wie vor erforderlich. Satz 3 regelt die Fiktionswirkung bezüglich der Tatbestände des Absatzes 2.

Absatz 3 gibt im Wesentlichen den geltenden Rechtszustand in § 69 Abs. 2 und 3 AuslG wieder. Die Aufteilung in Duldungs- und Erlaubnisfiktion ist mit der Abschaffung der Duldung entbehrlich.

Die im bisherigen Recht enthaltene überdifferenzierte Regelung wird zwar vereinfacht. Es wird jedoch sichergestellt, dass auch bei verspäteter Antragstellung der Aufenthalt nicht in manchen Konstellationen zwangsläufig zunächst beendet werden muss. Dabei wird in Absatz 3 nur noch danach unterscheiden, ob der Antrag rechtzeitig oder verspätet gestellt worden ist. Erfasst werden hier insbesondere die Fälle des Absatzes 2 sowie die Fälle, in denen zunächst eine Befreiung vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels gegeben war (§ 4 Abs. 1 Satz 1).

In Absatz 4 wird eine Sonderregelung für die Fälle getroffen, in denen der Betroffene bereits einen Aufenthaltstitel besaß. In diesen Fällen der Verlängerung eines Aufenthaltstitels (oder z. B. der Beantragung einer Niederlassungserlaubnis) gilt der bisherige Aufenthaltstitel mit allen sich daran anschließenden Wirkungen bis zur Entscheidung der Ausländerbehörde als fortbestehend, wenn der Antrag rechtzeitig gestellt wird. Eine Erlaubnisfiktion wäre in diesen Fällen nicht ausreichend, da damit insbesondere die Frage der Berechtigung zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit offen bliebe. Sonderregelungen, die diese Frage im arbeits- und sozialrechtlichen Bereich punktuell klärten, werden damit entbehrlich. Vielmehr ist die Frage damit für das gesamte Arbeits- und Sozialrecht geklärt. Wird der Antrag erst nach Ablauf der Geltungsdauer des Aufenthaltstitels gestellt, treten diese Wirkungen nach Satz 2 – wie bisher – nicht ein. Lediglich die Abschiebung gilt als ausgesetzt (§ 60 Abs. 11).

Absatz 5 übernimmt die durch das Terrorismusbekämpfungsgesetz vom 9. Januar 2002 (BGBl. I S. 361) eingeführte Bescheinigungspflicht für die gesetzliche Fiktion des erlaubten Aufenthalts (§ 69 AuslG).

Zu § 82

Absatz 1 entspricht § 70 Abs. 1 Satz 1 bis 3 AuslG.

Absatz 2 entspricht § 70 Abs. 2 AuslG.

Absatz 3: Über § 25 VwVfG und § 70 Abs. 1 Satz 4 AuslG hinausgehend soll der Ausländer nicht nur auf seine Mitwirkungspflichten nach Absatz 1, sondern über seine wesentlichen Rechte und Pflichten nach diesem Gesetz informiert werden. Die Vorschrift trägt dem Umstand Rechnung, dass die Adressaten des Ausländergesetzes häufig aus sprachlichen und sozialen Gründen, mangelnder Vertrautheit mit der deutschen Behördenorganisation sowie der Komplexität der Rechtsmaterie Schwierigkeiten haben, ihre Rechte und Pflichten zu überschauen. Da dem Integrationskurs wesentliche Bedeutung zukommt, sollen die Betroffenen ausdrücklich auf eine bestehende Teilnahmeverpflichtung hingewiesen werden. Satz 2 entspricht der gegenwärtig geltenden Regelung in § 70 Abs. 1 Satz 5 AuslG.

Absatz 4 entspricht inhaltlich § 70 Abs. 4 AuslG. Zusätzlich aufgenommen wurde die Anordnung der Untersuchung auf die Reisefähigkeit. Insoweit gehört es auch zu den Mitwirkungspflichten des Ausländers, zu der Untersuchung zu erscheinen und die Untersuchung zu dulden. Die Untersuchung kann insbesondere erforderlich zu sein, um die ge-

sundheitlichen Voraussetzungen einer Rückführung auf dem Luftwege zu klären.

Die Verweisung auf die Vorschriften des Bundesgrenzschutzgesetzes dient der Schaffung einer Rechtsgrundlage für die zwangsweise Vorführung eines geladenen, aber nicht freiwillig erscheinenden Ausländers. Aus der Verweisung auf die Vorschriften des Bundesgrenzschutzgesetzes folgt keine Zuständigkeit des Bundesgrenzschutzes für entsprechende Maßnahmen.

Zu § 83

Die Unanfechtbarkeit der Versagung eines Visums und eines Passersatzes an der Grenze entspricht § 71 Abs. 1 AuslG. Die Versagung eines Zuwanderungsbescheids nach § 20 und eines touristischen Visums sind unanfechtbar, weil hierbei keine subjektiven Rechte des Ausländers betroffen sind und auf die Erteilung kein Anspruch besteht.

Zu § 84

Die Vorschrift entspricht § 72 AuslG.

Absatz 1 wurde gegenüber § 72 AuslG um die Auflage nach § 61 Abs. 1 ergänzt. Die Ergänzung bewirkt, dass die Einweisung in eine Ausreiseeinrichtung nach § 61 nicht durch die Einlegung von Rechtsmitteln mit aufschiebender Wirkung verzögert werden kann.

Zu § 85

Die Vorschrift entspricht § 97 AuslG. Sie erlaubt es, Unterbrechungen außer Betracht zu lassen, die z. B. bei verspätetem Antrag auf Verlängerung einer Aufenthaltsgenehmigung oder durch Ungültigwerden des Passes entstanden sind.

Abschnitt 4 Datenübermittlung und Datenschutz (§§ 86 bis 91)

Zu § 86

Satz 1, der der gegenwärtig geltenden Regelung in § 75 Abs. 1 AuslG entspricht, stellt lediglich einen Grundtatbestand zur Datenerhebung dar. Die Absätze 2 und 3 des § 75 AuslG, die – ebenso wie Absatz 1 – im Wesentlichen dem Regelungsgehalt der Erhebungsvorschrift des § 13 BDSG a. F. entsprochen haben, sind gestrichen worden. Mit der Reduzierung des Regelungsinhaltes der bereichsspezifischen Erhebungsvorschrift auf einen Grundtatbestand gelten, soweit nicht bereichsspezifische Regelungen in anderen Gesetzen einschlägig sind (z. B. § 19 des Infektionsschutzgesetzes), die weitgehend inhaltsgleichen Erhebungsvorschriften des BDSG bzw. die Datenschutzgesetze der Länder.

Satz 2 dient der Umsetzung von Artikel 8 Abs. 4 der Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 1995 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr (DSRL). Danach können vorbehaltlich angemessener Garantien aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses auch die in § 3 Abs. 9 BDSG genannten „sensitiven Daten“ erhoben werden. Dieses wichtige Interesse ist bei der Ausführung des Aufenthaltsgesetzes gegeben. Gesundheitsdaten oder Daten über politische und religiöse Überzeugung bzw. die rassische oder ethnische Her-

kunft werden zum Beispiel für die Entscheidung über die Gewährung von Aufenthaltstiteln aus humanitären Gründen, über die Aussetzung der Abschiebung oder über die Ausweisung relevant. Bei diesen „sensitiven“ Daten bedarf jedoch die Erforderlichkeit der Erhebung eines bestimmten Datums im Hinblick auf das konkrete Verwaltungshandeln jeweils einer gesonderten Erwägung. Dies wird durch den letzten Halbsatz der Vorschrift hervorgehoben.

Zu § 87

Die Vorschrift entspricht inhaltlich § 76 Abs. 1 bis 4 AuslG. Absatz 1 wurde zum Zweck der besseren Verständlichkeit redaktionell geändert.

Zu § 88

Die Vorschrift entspricht § 77 AuslG.

Zu § 89

Absatz 1 entspricht inhaltlich § 78 Abs. 1 und 2 AuslG, die aus redaktionellen Gründen zu einem Absatz zusammengefasst wurden. Die Beschränkung in Satz 2 dient der Klarstellung, dass nur die nach § 49 Abs. 2 und 3 gewonnenen Unterlagen (Aufnahme von Lichtbildern und Fingerabdrücken) vom Bundeskriminalamt aufbewahrt werden dürfen, nicht aber die Sprachaufzeichnungen nach § 49 Abs. 5, da es sich hierbei nicht um identitätssichernde Maßnahmen handelt. Die Ergänzung des Absatzes 1 um die Aufbewahrung der Sprachaufzeichnungen nach § 49 Abs. 5 bei der aufzeichnenden Behörde entspricht dem durch das Terrorismusbekämpfungsgesetz vom 9. Januar 2002 (BGBl. I S. 361) geänderten § 41 Abs. 2 Satz 3 AuslG.

Die Absätze 2 bis 4 entsprechen weitgehend der gegenwärtig geltenden Regelung in § 78 Abs. 3 und 4 AuslG. Die Regelung in Absatz 3 Nr. 4 entspricht dem durch das Terrorismusbekämpfungsgesetz vom 9. Januar 2002 (BGBl. I S. 361) geänderten § 78 Abs. 4 Nr. 4 AuslG. § 78 Abs. 3 Satz 2 AuslG wird zum eigenständigen Absatz 4.

Darüber hinaus ist eine Erstreckung auf die als Folge der Durchführung der EUODAC-Verordnung aufgenommenen Absätze 6 und 7 des § 49 nicht sachgemäß, da es sich in diesen Fällen um kriminalpolizeiliche Unterlagen handelt, die ohnehin in den originären Anwendungsbereich des Bundeskriminalamtes fallen und nach dem BKAG im Rahmen des kriminalpolizeilichen Bestandes aufbewahrt und ausgewertet werden dürfen. Die Regelung des Absatzes 3 wurde deshalb auf die nach § 49 Abs. 2, 3 und 5 gewonnenen Unterlagen beschränkt.

Zu § 90

Die Vorschrift entspricht inhaltlich der gegenwärtig geltenden Regelung in § 79 AuslG. Sie wurde begrifflich an die veränderte Systematik des Zugangs zum Arbeitsmarkt angepasst. Die neu eingefügte Mitteilungspflicht an die nach § 10 des Asylbewerberleistungsgesetzes zuständige Behörde ist erforderlich, damit diese z. B. auch von Verstößen gegen § 60 Abs. 1 Satz 2 SGB I Kenntnis erlangt, wonach eine Änderung der für den Bezug von Sozialleistungen erheblichen Umstände mitgeteilt werden muss.

Zu § 91

Die Absätze 1 und 2 entsprechen inhaltlich § 80 Abs. 2 und 3 AuslG.

Absatz 3 schließt den in § 20 Abs. 5 BDSG und in den Datenschutzgesetzen der Länder für bestimmte Fälle vorgesehenen Widerspruch gegen die rechtmäßige Nutzung von Daten aus. Der Ausschluss ist im Ausländerrecht sachlich geboten, weil im Fall des Widerspruchs gegen die Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten die Gefahr erheblicher Verzögerung bei der Ausführung des Ausländer-, Asylverfahrens- und Asylbewerberleistungsgesetzes und ausländerrechtlicher Bestimmungen in anderen Gesetzen bestünde (z. B. bei der gesetzlich vorgesehenen Übermittlung der Sozial- und Strafverfolgungsbehörden an die Ausländerbehörden). Der durch § 91 Abs. 3 erfolgende bereichsspezifische Ausschluss des Widerspruchsrechts ist nach Artikel 14 Buchstabe a der EG-Datenschutzrichtlinie ohne eine besondere Begründungslast zulässig. Der Gesichtspunkt der Verfahrensbeschleunigung ist im Ausländerrecht von besonderer Bedeutung. Im Übrigen liegt jedem Widerspruch nach dieser Vorschrift stets eine rechtmäßige Verarbeitung und Nutzung zugrunde (vgl. dazu die Begründung zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes und anderer Gesetze, Bundestagsdrucksache 14/4329, S. 41).

Kapitel 8 Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration (§§ 92 bis 94)**Zu § 92**

Die Vorschrift entspricht inhaltlich § 91a AuslG. Sie wurde sprachlich korrigiert. Die gegenwärtige Fassung besagt, dass es sich bei der Beauftragten in jedem Falle um eine Frau handeln muss, die jedoch ggf. die männliche Amtsbezeichnung tragen kann. Beabsichtigt war jedoch auch bisher lediglich eine geschlechtsneutrale Bezeichnung des Personen beider Geschlechter offenstehenden Amtes. Darüber hinaus trägt der Name der veränderten gesellschaftlichen Realität Rechnung.

Die Regelung in Absatz 2 trägt der Neuorganisation der Bundesregierung Rechnung.

Zu § 93

Die Vorschrift entspricht im Wesentlichen § 91b AuslG. Die Verwendung des Ausdrucks „Migranten“ trägt der veränderten gesellschaftlichen Realität, insbesondere der durch die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts erleichterten Einbürgerung von Ausländern, Rechnung.

Zu § 94

Die Vorschrift entspricht § 91c AuslG. Bei der Vorlage des Berichts nach Absatz 2 sollen künftig geschlechtsspezifische Fragestellungen und Auswirkungen besonders berücksichtigt werden.

Kapitel 9 Straf- und Bußgeldvorschriften (§§ 95 bis 98)**Zu § 95**

Die Vorschrift übernimmt im Wesentlichen den Inhalt des § 92 AuslG, wurde jedoch in Anlehnung an die Empfehlun-

gen zur Ausgestaltung von Straf- und Bußgeldvorschriften im Nebenstrafrecht (Bundesanzeiger Nr. 178a vom 22. September 1999) redaktionell umgestaltet. Danach sollen unter anderem die Straf- und Bußgeldnormen entsprechend der Paragraphenfolge der bewehrten verwaltungsrechtlichen Normen geordnet werden.

Absatz 1 Nr. 1 bis 4 und 6 und 8 entsprechen inhaltlich § 92 Abs. 1 AuslG.

Die Einfügung von Nummer 5 ist erforderlich geworden, um der wachsenden Tendenz zur Verschleierung der Identität und Staatsangehörigkeit entgegenzuwirken. Die Folge ist, dass – oftmals über Jahre hinweg – vollziehbare Rückführungsentscheidungen nicht durchgesetzt werden können und in dieser Zeit Sozialleistungen in Anspruch genommen werden.

Nummer 7 entspricht dem in der Begründung zu § 61 postulierten Grundsatz, vollziehbar Ausreisepflichtige rechtlich nicht besser zu stellen als Asylbewerber. Wie in § 85 Nr. 2 AsylVfG ist hiermit auch der wiederholte Verstoß gegen eine räumliche Beschränkung nach § 61 Abs. 1 als Straftatbestand verankert.

Die Absätze 2 bis 5 entsprechen § 92 Abs. 2 bis 5 AuslG.

Zu § 96

Die Vorschrift entspricht inhaltlich weitgehend dem § 92a AuslG.

Absatz 2 wurde um die Tatbestände des Führens einer (Schuss-)Waffe und der Gefährdung des Lebens sowie der Gefahr einer schweren Gesundheitsschädigung des Geschleusten ergänzt, um eine wirksamere Bekämpfung der Schleuserkriminalität zu gewährleisten. Die Regelung berücksichtigt bereits Artikel 6 Abs. 3 des Zusatzprotokolls Schleusung zum VN-Übereinkommen zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität, welches in Deutschland noch der Ratifizierung bedarf. Im Interesse der wirksamen Bekämpfung dieser Form der organisierten Kriminalität wird in diesen Fällen die Anwendung der §§ 43a, 73d des Strafgesetzbuches vorgesehen (Absatz 7).

Der Tatbestand des Absatzes 5 wurde um die leichtfertige Verursachung des Todes des Geschleusten erweitert, um die zunehmende Skrupellosigkeit der Schleuser zu bekämpfen.

Zu § 97

Absatz 1 enthält den Tatbestand, dass der Schleuser den Tod des Geschleusten verursacht. In diesen Fällen ist die Strafandrohung wie üblicherweise in vergleichbaren Fällen des Strafgesetzbuches Freiheitsstrafe nicht unter drei Jahren (vgl. § 227 Abs. 1, § 235 Abs. 5 StGB). Eine Strafbarkeit ist gegeben, wenn der Täter den Tatbestand des § 96 Abs. 1, auch in Verbindung mit § 96 Abs. 4, vorsätzlich erfüllt und den Tod des Geschleusten wenigstens fahrlässig herbeiführt (§ 18 StGB).

Absatz 2 entspricht § 92b AuslG.

In Absatz 3 wurde die Strafe im minderschweren Fall des Absatzes 2 von fünf auf zehn Jahre aufgesetzt, um den bisher bestehenden Wertungswiderspruch zwischen § 92a Abs. 2 AuslG und § 92b Abs. 2 AuslG zu vermeiden. Dieser besteht bisher darin, dass in den Fällen, in denen der

Täter gewerbsmäßig und bandenmäßig handelt und ein minderschwerer Fall vorliegt, ein deutlich niedrigeres Strafmaß gegeben ist, als in den Fällen, in denen gewerbsmäßig oder bandenmäßig gehandelt wird. Angesichts dessen, dass der Unrechtsgehalt eines gewerbs- und bandenmäßigen Schleusens deutlich höher sein dürfte als in den Fällen, in denen nur gewerbsmäßig oder bandenmäßig vorgegangen wird, wurde die Strafbewehrung, in der die Wertung der Tat zum Ausdruck kommt, angepasst.

Zu § 98

Die Vorschrift entspricht inhaltlich der gegenwärtig geltenden Regelung in § 93 AuslG, wurde jedoch in Anlehnung an die Empfehlungen zur Ausgestaltung von Straf- und Bußgeldvorschriften im Nebenstrafrecht (Bundesanzeiger Nr. 178a vom 22. September 1999) redaktionell umgestaltet. Danach sollen unter anderem die Straf- und Bußgeldnormen entsprechend der Paragrafenfolge der bewehrten verwaltungsrechtlichen Normen geordnet werden.

Neu eingefügt wurde der Tatbestand des Absatzes 3 Nr. 3. Anderenfalls würde ein Ausländer ohne Aufenthaltstitel, der einer räumlichen Beschränkung zuwider handelt, günstiger gestellt, als ein Ausländer mit einem Aufenthaltstitel, der räumlich beschränkt ist oder eine Wohnsitzauflage enthält. Um vollziehbar Ausreisepflichtige rechtlich nicht besser zu stellen als Asylbewerber, ist wie in § 86 Abs. 1 AsylVfG auch in § 98 der Verstoß gegen eine räumliche Beschränkung nach § 61 Abs. 1 als Ordnungswidrigkeit zu ahnden.

Die Bußgeldbeträge in Absatz 5 wurden nach dem Sechsten Euro-Einführungsgesetz umgestellt. Der Verstoß gegen die Verpflichtung zum Besitz eines Aufenthaltstitels nach § 4 Abs. 5 wird, anders als der Verstoß gegen § 4 Abs. 1 Satz 1, lediglich als Ordnungswidrigkeit verfolgt. Dem Assoziationsbegünstigten steht ein gemeinschaftsrechtliches Aufenthaltsrecht zu, weshalb der Nichtbesitz eines Aufenthaltstitels milder zu bewerten ist als ein auch materiell unerlaubter Aufenthalt.

Die Regelungen des § 93 Abs. 3 Nr. 2 und Abs. 5 letzte Alternative AuslG wurden nicht in das Aufenthaltsgesetz übernommen, da in diesen Fällen sowohl ein Zwangsgeld als auch ein Bußgeld zu zahlen wäre. Von einigen Gerichten wurden diese Regelungen unter dem Gesichtspunkt einer unzulässigen „Doppelbestrafung“ wiederholt in Frage gestellt.

Kapitel 10 Verordnungsermächtigungen; Übergangs- und Schlussvorschriften (§§ 99 bis 107)

Zu § 99

Zur besseren Übersichtlichkeit werden die meisten Ministerermächtigungen in einer Vorschrift zusammengefasst.

Absatz 1:

Nummer 1 entspricht der Ermächtigung aus § 3 Abs. 1 AuslG.

Nummer 2 entspricht der Ermächtigung aus § 3 Abs. 3 AuslG.

Nummer 3 entspricht der Ermächtigung aus § 64 Abs. 4 AuslG.

Die Nummern 4 und 5 entsprechen der Ermächtigung aus § 4 Abs. 2 AuslG, wobei in Nummer 4 jedoch das Wort „Rückübernahme“ durch den weiteren Begriff „Übernahme“ ersetzt wurde, weil diese nicht voraussetzt, dass der Ausländer aus dem übernahmebereiten Staat einreist.

Nummer 6 entspricht der Ermächtigung aus § 38 AuslG.

Nummer 7 entspricht der Ermächtigung aus § 39 Abs. 2 AuslG.

Nummer 8 entspricht der Ermächtigung aus § 40 Abs. 2 AuslG.

Nummer 9: Die Verordnung regelt Inhalt und Führung des Registers gemäß Artikel 10 der Richtlinie 01/55/EG des Rates vom 20. Juli 2001 über die Gewährung vorübergehenden Schutzes (ABl. EG Nr. L 212 S. 12). Dieses enthält insbesondere Angaben, die erforderlich sind, um im Laufe der Flucht auseinandergerissene Familienmitglieder wieder zusammenzuführen. Ferner ist das Verfahren zu regeln, mittels dessen gemäß Artikel 26 der Richtlinie Personen, die unter vorübergehendem Schutz stehen, ihren Wohnsitz von einem Aufnahmemitgliedstaat in einen anderen verlegen können. Dies kann insbesondere zum Zweck der Familienzusammenführung geschehen, aber auch aus anderen Gründen, wenn der Ausländer seiner Verlegung zugestimmt hat. Sowohl die Führung des Registers als auch die Funktion als nationale Kontaktstelle im Rahmen der Durchführung des vorübergehenden Schutzes sollen dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge übertragen werden.

Die Ermächtigung in Nummer 10 entspricht inhaltlich den Verordnungsermächtigungen, wie sie in den durch das Terrorismusbekämpfungsgesetz vom 9. Januar 2002 (BGBl. I S. 361) geänderten §§ 5, 39, 56a, 69 AuslG vorgesehen sind.

Nummer 11 entspricht § 76 Abs. 5 AuslG.

Absatz 2 entspricht § 80 Abs. 1 AuslG.

Absatz 3 Satz 1 und 2 entspricht der gegenwärtig geltenden Regelung in § 3 Abs. 4 AuslG. Die Vorschrift wurde um eine Verlängerungsmöglichkeit erweitert, um den Erfordernissen der Praxis Rechnung zu tragen.

Absatz 4 enthält die Ermächtigung für die Landesregierungen zum Erlass der Rechtsverordnung nach § 25 Abs. 5.

Zu § 100

Diese Verordnungsermächtigung ermöglicht es, dass das Bundesministerium des Innern – ohne Änderung der Regelungsinhalte – sprachliche Anpassungen vornehmen kann, die dem § 1 Abs. 2 des Bundesgleichstellungsgesetzes vom 30. November 2001 (BGBl. I S. 3234) Rechnung tragen.

Zu § 101

Das Aufenthaltsgesetz knüpft, anders als das Ausländergesetz, nicht an unterschiedliche Titel, sondern an unterschiedliche Aufenthaltszwecke an. Es enthält spezifische, auf einen bestimmten Aufenthaltszweck passende Regelungen. Mit einem Aufenthaltstitel können daher verschiedene Rechtsstellungen verbunden sein.

Bei der Überleitung von nach dem Ausländergesetz erteilten Aufenthaltsgenehmigungen auf die nach dem Aufenthaltsgesetz vorgesehenen Titel ist daher zweistufig zu verfahren. Zunächst muss der Aufenthaltstitel als solcher in einen Titel

nach neuem Recht (Aufenthaltserlaubnis, Niederlassungserlaubnis) übergeleitet werden.

Zusätzlich muss der Aufenthaltstitel den Aufenthaltswzwecken zugeordnet werden. Hierbei orientiert sich die Ausländerbehörde an dem mit dem Aufenthalt verfolgten Zweck und an dem konkreten Lebenssachverhalt.

Absatz 1 stellt sicher, dass Ausländer, die bisher eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung (Aufenthaltsberechtigung, unbefristete Aufenthaltserlaubnis) innehaben, nach neuem Recht stets eine Niederlassungserlaubnis erhalten. Dadurch wird der Verlust bestehender Rechtspositionen vermieden.

Anerkannte Asylberechtigte erhalten im Hinblick auf den humanitären Aufenthaltswzweck eine Niederlassungserlaubnis nach § 26 Abs. 3.

Für jüdische Immigranten, die in entsprechender Anwendung des HumHAG aufgenommen wurden, gilt § 23 Abs. 2, wobei es sich ebenfalls um einen humanitären Aufenthaltswzweck handelt. Die Nennung dieser Personengruppe erfolgt aus Gründen der Klarstellung. Dadurch werden spezielle Überleitungsregelungen, wie sie in den Artikeln 10 und 11 erforderlich wären, überflüssig.

Nach Absatz 2 werden die übrigen Aufenthaltstitel (die befristete Aufenthaltserlaubnis, die Aufenthaltsbewilligung und die Aufenthaltsbefugnis) in eine Aufenthaltserlaubnis nach dem Aufenthaltsgesetz überführt. Auch hier ist sowohl dem Aufenthaltswzweck im weiteren Sinne (Ausbildung, Erwerbstätigkeit, humanitärer Aufenthalt, Familiennachzug) als auch die dem individuellen Sachverhalt angemessene Regelung zu beachten (z. B. gilt für Ausländer, denen eine Aufenthaltsbefugnis nach § 70 des Asylverfahrensgesetzes erteilt wurde, § 25 Abs. 2 AufenthG.)

Zu § 102

Absatz 1 gewährleistet, dass die mit einer Aufenthaltsgenehmigung versehenen Nebenbestimmungen auch nach der Überführung in die Aufenthaltstitel nach dem Aufenthaltsgesetz ebenso erhalten bleiben wie die Wirkungen der Ausweisung und Abschiebung (Einreiseverbot nach § 8 Abs. 2 AuslG). Für Inhaber einer Duldung bleibt die Abschiebung ausgesetzt. Nach Ablauf der Duldung erteilt die Ausländerbehörde eine befristete Aufenthaltserlaubnis, wenn der Ausländer das Ausreisehindernis nicht zu vertreten hat. Hat der Ausländer das Ausreisehindernis selbst zu vertreten, erhält er eine Bescheinigung über die Aussetzung der Abschiebung.

Um die Ausländer nicht zu benachteiligen, die nach dem Aufenthaltsgesetz eine Aufenthaltserlaubnis bekommen, jedoch nach dem Ausländergesetz – zum Teil seit vielen Jahren – lediglich eine Duldung erhielten, werden nach Absatz 2 wie bei der Berücksichtigung der Dauer eines Asylverfahrens (§ 26 Abs. 4 Satz 2) die Zeiten der Duldung vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes angerechnet. Auch die Zeit des Besizes einer Aufenthaltsbefugnis wird auf die Frist für die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis angerechnet.

Zu § 103

Mit der Übergangsregelung in § 103 wird sichergestellt, dass mit dem Außerkrafttreten des Gesetzes über Maßnahmen für im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommene

Flüchtlinge (Artikel 15 Abs. 4 Nr. 3) die speziellen Regelungen für das Erlöschen und den Widerruf der Rechtsstellung weiterhin für den Personenkreis der Kontingentflüchtlinge nach altem Recht Anwendung finden. Für den durch den Wegfall des Status erforderlichen Widerruf des Aufenthaltstitels soll § 48 entsprechend angewendet werden.

Zu § 104

Absatz 1 ermöglicht es Ausländern, die vor Inkrafttreten des Gesetzes einen Antrag auf Erteilung einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis oder einer Aufenthaltsberechtigung gestellt haben, einen unbefristeten Aufenthaltstitel (Niederlassungserlaubnis) nach dem bis dahin geltenden Recht zu erlangen, um Rechtsnachteile in der Umstellungszeit zu vermeiden.

Absatz 2: Soweit dieses Gesetz in § 9 Abs. 2 Nr. 7 und 8 an die weitere Verfestigung des Aufenthalts strengere Integrationsanforderungen stellt (ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache, Grundkenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet), werden diese von Ausländern, die vor Inkrafttreten des Gesetzes bereits im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis sind, nicht verlangt. Die weitergehenden Anforderungen gehen einher mit dem neu geschaffenen staatlichen Grundangebot zur Integration (vgl. § 43), an dem der hier angesprochene Personenkreis noch nicht partizipieren konnte. Daraus soll kein Rechtsnachteil erwachsen. Die Erfüllung der Vorgaben des § 9 Abs. 1 Nr. 3 müssen nicht vorliegen, da diese nach § 24 AuslG keine Voraussetzung zur Erteilung einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis darstellen.

Absatz 3: Durch die Herabsetzung des Kindernachzugsalters ergibt sich für die Kinder bereits rechtmäßig in Deutschland lebender Ausländer eine gravierende Rechtsänderung, auf die sich die Betroffenen in ihrer Lebensplanung nicht einstellen konnten. Durch eine weite Übergangsregel, die alle vor Inkrafttreten des Gesetzes geborenen Kinder erfasst, soll den familienbezogenen Belangen hinreichend Rechnung getragen werden.

Absatz 4: Durch die Änderung des § 26 AsylVfG (Familienabschiebungsschutz) wird erreicht, dass der Ehegatte und die minderjährigen ledigen Kinder eines Ausländers, dem Abschiebungsschutz nach § 60 Abs. 1 zuerkannt wird, denselben Status erhalten wie der Ausländer. Dadurch, dass hinsichtlich der Minderjährigkeit der Kinder auf den Zeitpunkt der Asylantragstellung abgestellt wird, haben sie auch dann Anspruch auf einen Aufenthaltstitel, wenn sie im Zeitpunkt des Abschlusses des Verfahrens bereits volljährig geworden sind. Dies ist nach der bisher geltenden Rechtslage nicht der Fall, da die Kinder bisher lediglich eine Aufenthaltsbefugnis nach § 31 AuslG erhalten können, wenn sie auch zum Zeitpunkt der rechtskräftigen Zuerkennung der Voraussetzungen des § 51 AuslG an den Elternteil noch minderjährig sind. Während des Verfahrens volljährig gewordene Kinder haben dagegen keine Möglichkeit, einen Aufenthaltstitel zu erhalten, was allgemein als unbillige Härte empfunden wird (vgl. auch den Beschluss der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder vom 7./8. November 2001 zu TOP 9). Mit dieser Übergangsregelung wird erreicht, dass den vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes während des Verfahrens im Bundesgebiet volljährig gewordenen Kindern eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden kann. Dies

soll jedoch nicht bei erheblichen Straftaten gelten. Insoweit wird derselbe Maßstab zugrunde gelegt wie für die Aufenthaltsverfestigung in § 9 Abs. 2 Nr. 4 und in § 35 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2. Weitere Voraussetzung ist, dass damit zu rechnen ist, dass das Kind sich in die hiesigen Lebensverhältnisse einordnen und ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache erwerben wird. Die Aufenthaltserlaubnis wird in entsprechender Anwendung des § 25 Abs. 2 erteilt, d. h. soweit die Rechtsfolgen an den Aufenthaltswert anknüpfen (vgl. z. B. § 5 Abs. 3), gilt die Aufenthaltserlaubnis als eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 2. Hingegen ist es nicht erforderlich, dass die Voraussetzungen des § 25 Abs. 2 selbst vorliegen müssen.

Zu § 105

Die Übergangsregelungen stellen sicher, dass erteilte Arbeitsgenehmigungen ohne Einschränkung fortgelten oder als Zustimmung der Bundesanstalt für Arbeit nach diesem Gesetz gelten, wenn ein neuer Aufenthaltstitel erteilt wird. Damit wird der zuvor erworbene Rechtsstatus auch unter dem geänderten Instrumentarium gewahrt. Dies führt dazu, dass die Ausländerbehörde eine Aufenthaltserlaubnis, die zur Arbeitsaufnahme berechtigt, ohne Beteiligung der Bundesanstalt für Arbeit ausstellen kann, wenn der Ausländer eine Arbeitsberechtigung oder eine noch gültige Arbeitserlaubnis vorlegt. Im Hinblick auf die bisherigen Duldungsinhaber, deren Arbeitsgenehmigungen nach dieser Vorschrift fortgelten, steht § 4 Abs. 3 der Beschäftigung während der Geltungsdauer der Arbeitsgenehmigung nicht entgegen.

Zu § 106

Absatz 1 entspricht dem Zitiergebot des Artikels 19 Abs. 1 Satz 2 GG.

Absatz 2 entspricht § 103 Abs. 2 AuslG.

Zu § 107

Die Vorschrift entspricht der gegenwärtig geltenden Regelung in § 105 AuslG.

II. Erläuterungen zu den Vorschriften der Artikel 2 bis 15

Zu Artikel 2

Mit der Neufassung wird die Gesamtrevision des Aufenthaltsrechts der Unionsbürger in Deutschland vollzogen. Die bisher im Aufenthaltsgesetz/EWG, der Freizügigkeitsverordnung/EG und dem Ausländergesetz geregelten Voraussetzungen des Aufenthaltes der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen werden im Freizügigkeitsgesetz/EU zusammengefasst und gebündelt. Das Aufenthaltsgesetz/EWG und die Freizügigkeitsverordnung/EG werden durch Artikel 15 aufgehoben.

Die Gesamtrevision beschränkt sich jedoch nicht auf eine redaktionelle Zusammenfassung der Regelungen zum Aufenthaltsrecht. Das Aufenthaltsrecht der erwerbstätigen und nichterwerbstätigen Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen wird auch inhaltlich umgestaltet und gestärkt, indem die Regelungen der Aufenthaltsbeendigung unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des EuGH präzisiert

und ein über die gemeinschaftsrechtlichen Vorgaben noch weiter als bisher hinausgehender Schutz vor Aufenthaltsbeendigung für einen erweiterten Personenkreis sichergestellt wird.

Über den gegenwärtigen Stand des Gemeinschaftsrechts hinausgehend sah bereits das Aufenthaltsgesetz/EWG die Gewährung eines gegen Aufenthaltsbeendigung besonders geschützten Aufenthaltsstatus für Erwerbstätige, Verbleibeberechtigte und die jeweiligen Familienangehörigen vor. Durch das Freizügigkeitsgesetz/EU erhalten nunmehr auch nichterwerbstätige Unionsbürger und ihre Familienangehörigen ein solches, besonders geschütztes Aufenthaltsrecht (§ 2 Abs. 5 in Verbindung mit § 6 Abs. 3).

Freizügigkeitsberechtigte Unionsbürger, die sich während der beruflich aktiven Phase als Arbeitnehmer oder Selbständige in Deutschland niederlassen möchten oder sich vorübergehend zur Erbringung oder zum Empfang von Dienstleistungen in Deutschland aufhalten oder nach Abschluss der beruflich aktiven Phase in Deutschland verbleiben möchten, benötigten bisher die deklaratorische Aufenthaltserlaubnis für Angehörige eines Mitgliedstaates der Europäischen Gemeinschaften (Aufenthaltserlaubnis-EG). Gleiches galt für Studenten und andere nichterwerbstätige Unionsbürger sowie für die Familienangehörigen, die unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit ebenfalls freizügigkeitsberechtigt sind.

Die Aufenthaltserlaubnis-EG wurde von den Unionsbürgern und ihren Familienangehörigen zunehmend als zeitaufwändiges, bürokratisches Relikt mit fragwürdigem praktischem Nutzen angesehen. Die Abschaffung der Aufenthaltserlaubnispflicht für die meisten Freizügigkeitsberechtigten ist ein nachhaltiges Zeichen fortschreitender Integration und Angleichung der Rechtsstellung der Unionsbürger aus anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union in Deutschland.

Die Abschaffung der Aufenthaltserlaubnis verdeutlicht den hohen Stellenwert des – von bürokratischen Hemmnissen künftig weitgehend befreiten – Freizügigkeitsrechts. Der Wegfall der Aufenthaltserlaubnis führt zu spürbarer Verwaltungsvereinfachung, da Hunderttausenden von Unionsbürgern der oftmals zeitaufwändige Weg zur Ausländerbehörde erspart wird.

Anlässlich des Informellen Rates Justiz und Inneres sind die Innenminister von Deutschland, Frankreich, Spanien und Italien am 28. Juli 2000 deshalb überein gekommen, nicht nur die erwerbstätigen und verbleibeberechtigten Unionsbürger sowie die Erbringer und Empfänger von Dienstleistungen und die jeweiligen Familienangehörigen von der Aufenthaltserlaubnispflicht zu befreien, sondern auch die Studenten und ihre Familienangehörigen mit der Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der EU.

Über die Gemeinsame Erklärung hinausgehend sollen außer den Studenten auch alle übrigen nichterwerbstätigen Freizügigkeitsberechtigten von der Aufenthaltserlaubnispflicht befreit werden.

Da der Nachweis der Freizügigkeitsberechtigung oftmals für die Inanspruchnahme staatlicher Leistungen des Aufnahmemitgliedstaates erforderlich ist, wird eine Bescheinigung über das Aufenthaltsrecht ausgestellt.

Die Aufenthaltserlaubnis ist auch künftig für Familienangehörige von Unionsbürgern, die nicht die Staatsangehörigkeit

eines Mitgliedstaates der Europäischen Union besitzen, vorgesehen. Während Unionsbürger im Regelfall freizügigkeitsberechtigt sind, besteht bei Drittstaatsangehörigen keine Vermutung für eine Freizügigkeitsberechtigung, da sie in den meisten Fällen nicht freizügigkeitsberechtigt sind. Die Erteilung einer deklaratorischen Aufenthaltserlaubnis erleichtert den Familienangehörigen freizügigkeitsberechtigter Unionsbürger den Nachweis des Aufenthaltsrechts.

Für die Regelung des Aufenthaltsrechtes der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen hat der Bund das Gesetzgebungsrecht nach Artikel 72 Abs. 2 in Verbindung mit Artikel 74 Abs. 1 Nr. 4 Grundgesetz. Eine bundesgesetzliche Regelung des Aufenthaltsrechtes von Unionsbürgern ist für die Wahrung der Rechtseinheit im gesamtstaatlichen Interesse erforderlich, zumal die freizügigkeitsrelevanten primär- und sekundärrechtlichen Regelungen des Gemeinschaftsrechtes einheitlich und mit Wirkung für das gesamte Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten der Europäischen Union umzusetzen sind.

Zu § 1

§ 1 beschreibt den Anwendungsbereich des Gesetzes, mit dem eine vom allgemeinen Ausländerrecht weitestgehend losgelöste Regelung des Aufenthaltsrechts der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen erreicht wird.

Zu § 2

Absatz 1 benennt die wesentlichen Elemente des gemeinschaftsrechtlichen Freizügigkeitsrechts, nämlich die Aufenthaltserlaubnisfreie Einreise und das Aufenthaltsrecht. Diese Vorschrift gibt damit die wesentlichen Rechtsfolgen der in mehreren EWG-Richtlinien und -Verordnungen für die unterschiedlichen Personengruppen geregelten, gemeinschaftsrechtlichen Freizügigkeit wieder, während Absatz 2 in Übereinstimmung mit dem Gemeinschaftsrecht diese Personengruppen und (ergänzt durch weitere Vorschriften des Gesetzes) die tatbestandlichen Voraussetzungen des Freizügigkeitsrechts definiert. Gemeinschaftsrechtliche Begriffe, wie z. B. der Arbeitnehmerbegriff und die tatbestandlichen Voraussetzungen, die durch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes konkretisiert worden sind, werden vom Freizügigkeitsgesetz/EU vorausgesetzt und nicht modifiziert. Absatz 5 enthält demgegenüber ein von den gemeinschaftsrechtlichen (Freizügigkeits-)Voraussetzungen losgelöstes, allein und ausschließlich durch das Freizügigkeitsgesetz/EU begründetes Recht auf Einreise und Aufenthalt, das mit dem gemeinschaftsrechtlich begründeten Freizügigkeitsrecht i. S. d. Absatzes 1 nicht verwechselt werden darf.

Absatz 2 benennt die nach Maßgabe des Gemeinschaftsrechts freizügigkeitsberechtigten Personengruppen. Die bisher in § 6a AufenthG/EWG deklaratorisch wiedergegebene, gemeinschaftsrechtliche Legaldefinition der Verbleibberechtigten (Absatz 2 Nr. 5) wurde nicht in die Neufassung des Gesetzes übernommen. Die Vorschrift verweist lediglich auf die gemeinschaftsrechtlichen Grundlagen.

Arbeitnehmer und selbständig erwerbstätige Unionsbürger erwerben das Verbleiberecht, wenn sie zu dem Zeitpunkt, zu dem sie ihre Erwerbstätigkeit aufgeben,

1. das für die Geltendmachung einer Altersrente gesetzlich vorgesehene Alter erreicht oder das 65. Lebensjahr vollendet haben und
2. im Bundesgebiet in den letzten zwölf Monaten ihre Erwerbstätigkeit ausgeübt und sich dort seit mindestens drei Jahren ständig aufgehalten haben.

Das Verbleiberecht kann ferner erworben werden, wenn die Erwerbstätigkeit im Bundesgebiet infolge dauernder Arbeitsunfähigkeit aufgegeben wurde und

1. die Unionsbürger sich seit mindestens zwei Jahren im Bundesgebiet ständig aufgehalten haben, oder
2. die dauernde Arbeitsunfähigkeit durch Arbeitsunfall oder Berufskrankheit eingetreten ist, auf Grund derer ein Anspruch auf Rente entsteht, die ganz oder teilweise zu Lasten eines Trägers im Bundesgebiet geht.

Das Recht nach § 2 Abs. 1 erwerben ferner Erwerbstätige, deren Ehegatten Deutsche im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes sind oder diese Rechtsstellung durch Eheschließung mit dem Erwerbstätigen bis zum 31. März 1953 verloren haben, auch wenn die Voraussetzungen des ständigen Aufenthaltes von mindestens drei bzw. mindestens zwei Jahren nicht vorliegen.

Das Recht nach § 2 Abs. 1 haben ferner die in § 2 Abs. 2 Nr. 1 bis 3 genannten Personen, wenn sie nach drei Jahren Erwerbstätigkeit und ständigem Aufenthalt im Geltungsbereich dieses Gesetzes eine Erwerbstätigkeit in einem anderen Mitgliedstaat ausüben, ihren Wohnsitz jedoch im Bundesgebiet beibehalten und in der Regel jeden Tag oder mindestens einmal in der Woche dorthin zurückkehren; die Erwerbstätigkeit im anderen Mitgliedstaat gilt insofern auch als Erwerbstätigkeit im Bundesgebiet nach § 2.

Der ständige Aufenthalt wird weder durch vorübergehende Abwesenheit bis zu insgesamt drei Monaten im Jahr noch durch längere Abwesenheit zur Ableistung des Wehr- oder Zivildienstes berührt.

Als Erwerbstätigkeit gelten

1. Tätigkeitsunterbrechungen infolge Krankheit oder Unfalls,
2. die vom zuständigen Arbeitsamt bestätigten Zeiten unfreiwilliger Arbeitslosigkeit eines Arbeitnehmers und
3. die Zeiten der Einstellung einer selbständigen Tätigkeit infolge von Umständen, auf die der Selbständige keinen Einfluss hatte.

Das Verbleiberecht muss binnen zwei Jahren nach seinem Entstehen ausgeübt werden. Es wird nicht beeinträchtigt, wenn der Verbleiberechtigte während dieser Frist das Bundesgebiet verlässt.

Absatz 3 stellt klar, dass vorübergehende Arbeitsunfähigkeit infolge Krankheit oder Unfalles sowie unfreiwillige Arbeitslosigkeit das Aufenthaltsrecht der Arbeitnehmer nicht beeinträchtigen. Dasselbe gilt für Unterbrechungen der Tätigkeit von Selbständigen, auf die diese keinen Einfluss haben.

Absatz 4 verdeutlicht, dass Unionsbürger weder eines Visums noch eines Aufenthaltstitels bedürfen. Familienangehörige, die nicht Staatsangehörige eines Mitgliedstaates

der Europäischen Union sind, sind nach Maßgabe der allgemeinen Regelungen visumpflichtig.

Absatz 5 gewährt ein Recht auf Einreise und Aufenthalt nach mindestens fünfjährigem ständigem Aufenthalt im Bundesgebiet unabhängig vom weiteren Vorliegen des gemeinschaftsrechtlichen Aufenthaltsrechts. Das Freizügigkeitsgesetz/EU geht insoweit deutlich über die gegenwärtigen gemeinschaftsrechtlichen Vorgaben hinaus. Absatz 5 berücksichtigt die mit der Dauer des Aufenthaltes regelmäßig stärker werdenden Bindungen der Kernfamilie im Aufnahmemitgliedstaat. Die zunehmende Integration in Deutschland und die mit Zeitablauf regelmäßig schwächer werdenden Bindungen und Reintegrationsmöglichkeiten im Herkunftsstaat erfordern nach längerem, rechtmäßigem Aufenthalt im Bundesgebiet einen gesteigerten Schutz vor Aufenthaltsbeendigung, der nach fünf Jahren nur noch aus besonders schwerwiegenden Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, nicht jedoch wegen nachträglichen Wegfalls der allgemeinen Voraussetzungen des Aufenthaltsrechts nach § 2 Abs. 1 durchbrochen wird.

Kinder unter 16 Jahren erhalten ein von den gemeinschaftsrechtlichen Voraussetzungen unabhängiges Aufenthaltsrecht nur, wenn mindestens ein Erziehungsberechtigter sich rechtmäßig im Bundesgebiet aufhält. Damit soll eine Betreuung durch die Familie sichergestellt werden.

Absatz 6 bestimmt, dass für die Erteilung der Bescheinigung über das Aufenthaltsrecht, der Aufenthaltserlaubnis-EU und des Visums keine Gebühren erhoben werden.

Zu § 3

Absatz 1 stellt klar, dass die Familienangehörigen von freizügigkeitsberechtigten Arbeitnehmern und selbständigen Erwerbstätigen ein abgeleitetes Aufenthaltsrecht genießen. Das abgeleitete Aufenthaltsrecht besteht auch für die Familienangehörigen der Dienstleistungsempfänger und Verbleibeberechtigten.

Absatz 2 enthält die Legaldefinition der Familienangehörigen von Erwerbstätigen, Dienstleistungsempfängern und Verbleibeberechtigten.

Absatz 3 gibt die gemeinschaftsrechtlichen Entstehungsvoraussetzungen des abgeleiteten Aufenthaltsrechts der Familienangehörigen wieder (Nummern 1 und 2) und regelt den Sonderfall, in dem der überlebende Ehegatte entweder Deutscher im Sinne des Artikels 116 GG ist oder diese Rechtsstellung durch Eheschließung bis zum 31. März 1953 verloren hat.

Absatz 4 regelt die Entstehung des abgeleiteten Verbleiberechts von Familienangehörigen lebender oder verstorbener Verbleibeberechtigter.

Absatz 5 enthält eine gesetzliche Ausschlussfrist für die Geltendmachung der Rechte nach den Absätzen 3 und 4 sowie eine Klarstellung, dass zwischenzeitliche Auslandsaufenthalte während dieser Zweijahresfrist unschädlich sind.

Absatz 6 regelt das Recht auf Einreise und Aufenthalt der Lebenspartner (§ 1 Abs. 1 Satz 1 LPartG) freizügigkeitsberechtigter Unionsbürger, soweit diese Lebenspartner nicht selbst unmittelbar freizügigkeitsberechtigt sind. Der EuGH hat aus Artikel 7 Abs. 2 der Verordnung (EWG) 1612/68 ein Aufenthaltsrecht für den nichtehelichen Lebenspartner eines

freizügigkeitsberechtigten Arbeitnehmers hergeleitet, soweit das Recht des Aufnahmemitgliedstaates dem nichtehelichen Lebenspartner seiner eigenen Staatsangehörigen ein solches Recht einräumt (Urteil des EuGH vom 17. April 1986, Rs. 59/85 – Florence Reed).

Zu § 4

§ 4 knüpft an die gemeinschaftsrechtlichen Voraussetzungen des Freizügigkeitsrechts nichterwerbstätiger Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen an. In den Sätzen 2 und 3 werden die durch die Vorschrift begünstigten Familienangehörigen von Rentnern und weitere nichterwerbstätige Unionsbürger und Studenten definiert.

Voraussetzung des Freizügigkeitsrechts sind eigenständige Existenzsicherung und hinreichender Krankenversicherungsschutz. Diese bisher in den §§ 7 und 8 der FreizügV/EG geregelten Voraussetzungen sind in § 4 in gestraffter Form zusammengefasst. Der Kreis der Familienangehörigen wird dem Gemeinschaftsrecht folgend bei Studenten enger gezogen als bei den übrigen nichterwerbstätigen Freizügigkeitsberechtigten.

Student im Sinne dieses Gesetzes ist eine Person, die eine Zulassung zu einer staatlichen oder nach Landesrecht staatlich anerkannten Universität, Pädagogischen Hochschule, Kunsthochschule, Fachhochschule oder sonstigen anerkannten Lehranstalt, die eine über die Allgemeinbildung hinausgehende berufliche Qualifikation vermittelt, besitzt oder an einer solchen immatrikuliert ist.

Die einschlägigen sekundärrechtlichen Vorgaben (Artikel 1 der drei „Nichterwerbstätigenrichtlinien“ Nr. 90/364, 90/365 und 93/96) setzen für die Entstehung des Freizügigkeitsrechts nichterwerbstätiger Unionsbürger die eigenständige Unterhaltssicherung voraus. Die Existenzmittel müssen ab dem Zeitpunkt der Einreise verfügbar sein. Bei gesteigertem Bedarf z. B. wegen Krankheit, Behinderung oder Pflegebedürftigkeit sind zusätzliche Existenzmittel nachzuweisen, um sicherzustellen, dass die Inanspruchnahme der Sozialhilfe ausgeschlossen wird. Die Inanspruchnahme ergänzender Sozialhilfe durch Verbleibeberechtigte führt nicht zum Ausschluss des Freizügigkeitsrechts.

Existenzmittel sind alle gesetzlich zulässigen Einkommen und Vermögen in Geld oder Geldeswert oder sonstige eigene Mittel, insbesondere Unterhaltsleistungen von Familienangehörigen oder Dritten, Stipendien, Ausbildungs- oder Umschulungsbeihilfen, Arbeitslosengeld, Invaliditäts-, Hinterbliebenen-, Vorruhestands- oder Altersrenten, Renten wegen Arbeitsunfall, Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit oder sonstiger auf einer Beitragsleistung beruhender öffentlicher Mittel.

Nicht übernommen wurde der in § 8 Abs. 3 Satz 1 FreizügV/EG als „Orientierungsmarke“ festgelegte sog. Bedarfseckwert für Alleinstehende und Haushaltsvorstände und die hieraus abgeleiteten Bedarfseckwerte für weitere Haushaltsangehörige (§ 8 Abs. 3 Satz 2 ff. FreizügV/EG).

Diese bisherigen, auf der Grundlage der durchschnittlichen Sozialhilfesätze in den alten Bundesländern unter Hinzurechnung eines Sicherheitszuschlages für die Wohnkosten ermittelten Sätze sollten den Ausländerbehörden als einfache Orientierungshilfe für die Feststellung der wirtschaftlichen Voraussetzungen der Nichterwerbstätigenfreizügig-

keit an die Hand gegeben werden. Eine wesentliche Vereinfachung des Verwaltungsverfahrens ist jedoch nicht eingetreten, da in Grenzfällen bei niedrigem Einkommen eine exakte Vergleichsberechnung unter Einbeziehung der regionalen, sozialhilferechtlichen Bedarfssätze durchgeführt werden muss. Bei höheren Einkünften wird der maßgebliche sozialhilferechtliche Bedarf häufig evident überschritten. Der Bedarfseckwert ist als Orientierungsmarke in diesen Fällen nicht erforderlich.

Der notwendige, gemeinschaftsrechtlich vorausgesetzte Krankenversicherungsschutz ist als ausreichend anzusehen, wenn er im Umfang der gesetzlichen Krankenversicherung folgende Leistungen umfasst:

1. ärztliche und zahnärztliche Behandlung,
2. Versorgung mit Arznei-, Verbands-, Heil- und Hilfsmitteln,
3. Krankenhausbehandlung,
4. medizinische Leistungen zur Rehabilitation und
5. Leistungen bei Schwangerschaft und Geburt.

Studenten können die erforderlichen Existenzmittel durch eine Erklärung oder andere gleichwertige selbst gewählte Mittel glaubhaft machen.

Die Familienangehörigen aller freizügigkeitsberechtigten Unionsbürger haben das unbeschränkte Recht auf Ausübung abhängiger Beschäftigung oder selbständiger Erwerbstätigkeit.

Zu § 5

Freizügigkeitsberechtigten Unionsbürgern und ihren Familienangehörigen, die ebenfalls Unionsbürger sind, wird künftig von Amts wegen eine Bescheinigung über das Aufenthaltsrecht erteilt (Absatz 1). Familienangehörige, die nicht Unionsbürger sind, erhalten von Amts wegen eine Aufenthaltserlaubnis-EU (Absatz 2). Die Ausländerbehörde kann die Glaubhaftmachung der aufenthaltsrechtlichen Voraussetzungen verlangen. Unionsbürger und ihre Familienangehörigen können die wesentlichen Informationen z. B. zu ihrem Arbeitnehmerstatus anlässlich der Anmeldung der Meldebehörde mitteilen, die diese Daten außerhalb der Meldedatenübermittlung an die Ausländerbehörde weitergibt. Der häufig zeitaufwändige Weg zur Ausländerbehörde wird damit im Regelfall überflüssig (Absatz 3).

Die Ausländerbehörde kann innerhalb der ersten fünf Jahre des ständigen Aufenthaltes den Fortbestand der Erteilungsvoraussetzungen der Bescheinigung über das Aufenthaltsrecht aus besonderem Anlass prüfen (Absatz 4 i. V. m. Absatz 5). Ein besonderer Anlass liegt insbesondere dann vor, wenn nichterwerbstätige Unionsbürger Sozialhilfe in Anspruch nehmen oder wenn über die Verlängerung einer befristeten Bescheinigung zu entscheiden ist.

Die Bescheinigung über das Aufenthaltsrecht kann mit der Angabe eines Gültigkeitszeitraumes versehen werden. Die Eintragung eines auf weniger als fünf Jahre begrenzten Gültigkeitszeitraumes ist insbesondere in den folgenden Fällen möglich:

1. bei Arbeitnehmern, soweit es sich um eine erstmalige Beschäftigung handelt, zum voraussichtlichen Ende des

auf weniger als ein Jahr befristeten Arbeitsverhältnisses oder der Dienstleistung;

2. bei Studenten zum Zeitpunkt, in dem die Ausbildung voraussichtlich endet oder – falls dieser bekannt ist – frühestens zwei Jahre nach der Einreise;
3. bei anderen nichterwerbstätigen Unionsbürgern auf mindestens zwei Jahre ab Einreise;
4. bei Familienangehörigen kann der Gültigkeitszeitraum entsprechend dem Gültigkeitszeitraum der Bescheinigung des Unionsbürgers festgelegt werden, von dem das Freizügigkeitsrecht akzessorisch abgeleitet wird.

Die Ausländerbehörde prüft von Amts wegen alle für den Fortbestand oder die anderweitige oder erneute Begründung des Freizügigkeitsrechts in Betracht kommenden Rechtsgrundlagen und berät den Unionsbürger und seine Familienangehörigen.

Zu § 6

Die Freizügigkeit von Unionsbürgern und Familienangehörigen, die nicht Unionsbürger sind, kann durch Feststellung des Verlustes des Freizügigkeitsrechts beschränkt werden. Satz 1 stellt insofern unverändert gegenüber dem bisherigen § 12 Abs. 1 Satz 1 AufenthG/EWG klar, dass derartige freizügigkeitsbeschränkende Maßnahmen nur aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit im Sinne des Artikels 39 Abs. 3 und des Artikels 46 Abs. 1 des EGV zulässig sind. Diese Gründe können nicht nur zur Aufenthaltsbeendigung (§ 6 Abs. 1 Satz 1), sondern bereits zur Verweigerung der Einreise (§ 6 Abs. 2 Satz 2) führen.

Absatz 2 konkretisiert die gemeinschaftsrechtlichen, durch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes weiter ausgeformten Vorgaben zur Aufenthaltsbeschränkung nach strafrechtlicher Verurteilung. Der Verstoß gegen die öffentliche Ordnung muss nach ständiger Rechtsprechung des EuGH eine tatsächliche und hinreichend schwere Gefährdung darstellen, die ein Grundinteresse der Gesellschaft berührt. Freizügigkeitsbeschränkende Maßnahmen gegenüber Unionsbürgern werden daher auch durch wiederholte Begehung von Ordnungswidrigkeiten und durch wiederholte leichte Kriminalität nicht gerechtfertigt. Auch bei mittelschwerer oder schwererer Delinquenz genügt allein die Tatsache einer strafrechtlichen Verurteilung nicht, um freizügigkeitsbeschränkende Maßnahmen zu begründen.

Absatz 2 findet unabhängig von der bisherigen Aufenthaltsdauer Anwendung. Satz 1 greift dabei die Vorgabe des Artikels 3 Abs. 1 der Richtlinie 64/221/EWG auf, der allein generalpräventiv motivierte Maßnahmen ausschließt und ein die öffentliche Ordnung oder Sicherheit gefährdendes, persönliches Verhalten voraussetzt. Die Tatsache einer strafrechtlichen Verurteilung genügt für sich alleine nicht, um freizügigkeitsbeschränkende Maßnahmen zu begründen (Artikel 3 Abs. 2 der Richtlinie 64/221/EWG, § 12 Abs. 4 AufenthG/EWG).

Rückschlüsse dürfen insofern nur aus den noch nicht getilgten Eintragungen zu strafrechtlichen Verurteilungen im Bundeszentralregister gezogen werden. § 6 soll damit – besser als der bisherige § 12 AufenthG/EWG – verdeutlichen, dass nicht jede frühere strafrechtliche Verurteilung zum Anlass für eine Aufenthaltsbeendigung genommen werden

kann. Tatbestände, die bei Drittausländern die zwingende Ausweisung bzw. die Regelausweisung zur Folge haben, dürfen bei Unionsbürgern nicht zur „quasi-automatischen“ Ausweisung ohne gründliche Gefahrenprognose führen. Die Gefahrenprognose ist zu begründen. Die Entscheidung des Strafgerichts zur Strafaussetzung zur Bewährung ist auch für die Gefahrenprognose der Ausländerbehörde verbindlich.

Bei der Entscheidung über die Aufenthaltsbeendigung sind darüber hinaus die Dauer des rechtmäßigen Aufenthaltes, der Grad der Integration in Deutschland sowie die familiären und sonstigen sozialen Bindungen im Herkunftsstaat zu berücksichtigen.

Sichergestellt und gestärkt werden soll der – schon bisher grundsätzlich vorgesehene, über die gemeinschaftsrechtlichen Vorgaben hinausgehende – besondere Schutz langfristig in Deutschland aufhältiger freizügigkeitsberechtigter Unionsbürger.

Freizügigkeitsbeschränkende Maßnahmen sind gegenüber diesem Personenkreis nur aus besonders schwerwiegenden Gründen der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung zulässig (Absatz 3).

Dies ist insbesondere bei drohender Wiederholung von Verbrechen und besonders schweren Vergehen anzunehmen, wenn der Betroffene wegen eines einzelnen Deliktes rechtskräftig zu einer Freiheitsstrafe von mindestens drei Jahren verurteilt worden und die Strafe nicht zur Bewährung ausgesetzt worden ist.

Erfolgt die Feststellung des Verlustes des Freizügigkeitsrechtes zu Recht, wird weder die anteilige Dauer des zunächst rechtmäßigen Aufenthaltes noch die anschließende Dauer des ausländerbehördlichen bzw. verwaltungsgerichtlichen Verfahrens berücksichtigt.

Im Falle rechtmäßiger Aufenthaltsbeendigung und erneuter Einreise nach Befristung der Wiedereinreisesperre gemäß § 7 Abs. 2 Satz 2 wird die „Verfestigungsschwelle“ des § 6 Abs. 3 daher erst nach mindestens fünfjährigem ständigem rechtmäßigem Aufenthalt ohne Berücksichtigung früherer Aufenthaltszeiten erreicht.

Absatz 4 greift – inhaltlich unverändert gegenüber dem bisherigen § 12 Abs. 2 AufenthG/EWG – die Vorgabe des Artikels 2 Abs. 2 der Richtlinie 64/221/EWG auf und untersagt die Beschränkung der Freizügigkeit zu wirtschaftlichen Zwecken wie z. B. zum Schutz einheimischer Unternehmer vor ausländischen Konkurrenten oder zum Schutz des einheimischen Arbeitsmarktes.

Absatz 5 ersetzt den Absatz 5 des § 12 AufenthG/EWG.

Absatz 6: Artikel 8 der Richtlinie 64/221/EWG verweist hinsichtlich der Rechtsbehelfe auf das nationale Recht. Die Ausländerbehörde ist daher nach Absatz 6 verpflichtet, den Betroffenen vor Erlass aufenthaltsbeschränkender Maßnahmen persönlich anzuhören, es sei denn, eine Anhörung ist nach § 28 Abs. 2 oder 3 VwVfG nicht geboten.

Die durch Verweisung im bisherigen § 12 Abs. 1 Satz 1 AufenthG/EWG eröffnete Möglichkeit zur zeitlichen und räumlichen Beschränkung sowie zur Anordnung von Bedingungen und Auflagen, gegen die schon seit längerem erhebliche, gemeinschaftsrechtlich begründete Bedenken bestan-

den, ist mit der Gesamtrevision des Aufenthaltsrechtes der Unionsbürger weggefallen.

Zu § 7

§ 7 knüpft die Ausreisepflicht an die unanfechtbare Feststellung des Wegfalles bzw. des anfänglichen Fehlens der Freizügigkeitsberechtigung, die durch feststellenden Verwaltungsakt oder bei Familienangehörigen, die nicht Unionsbürger sind, durch bestandskräftigen Widerruf oder Rücknahme der Aufenthaltserlaubnis-EU erfolgt.

Das Wiedereinreiseverbot nach Absatz 2 tritt nur in den Fällen des § 6 ein. Gemeinschaftsrechtliche Bedenken gegen eine stets von Amts wegen zu befristende Wiedereinreisesperre bestehen nicht. Der Europäische Gerichtshof hat deutlich gemacht, dass lediglich eine lebenslängliche, unwiderrufliche und nicht befristbare gesetzliche Wiedereinreisesperre mit dem Gemeinschaftsrecht unvereinbar wäre. Bei langfristig fortbestehender Rückfall- bzw. Gefährdungprognose ist weiterhin ein langfristiger Ausschluss der Wiedereinreise möglich.

Anders als bei Drittausländern ist bei der Aufenthaltsbeendigung von Unionsbürgern und ihren Familienangehörigen unabhängig von einem entsprechenden Antrag zu prüfen, wie das Wiedereinreiseverbot zu befristen ist. Dabei sind positive Entwicklungen in der Person des Betroffenen von Amts wegen zu berücksichtigen.

Zu § 8

Die Vorschrift regelt die Ausweisungspflicht der Unionsbürger.

Zu § 9

Bei Verstoß gegen das Wiedereinreiseverbot des § 7 Abs. 2 Satz 1 werden Unionsbürger und ihre Familienangehörigen – milder als Drittstaatsangehörige bei entsprechenden Verstößen – mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.

Die zunehmende Gleichstellung von Unionsbürgern mit Inländern rechtfertigt es, eine unerlaubte Einreise bei Unionsbürgern milder zu bestrafen als bei sonstigen Ausländern. Dieser Gedanke liegt auch Artikel 33 des Vorschlags für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über das Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten, zugrunde. Danach müssen die von den Mitgliedstaaten festgelegten Sanktionen den Sanktionen entsprechen, die die Mitgliedstaaten bei geringfügigeren Vergehen gegen ihre eigenen Staatsangehörigen verhängen (vgl. § 24 Abs. 1 PassG).

Zu § 10

§ 10 übernimmt die Regelungen des zuletzt durch das Fünfte Gesetz zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes/EWG geänderten § 12a Aufenthaltsgesetz/EWG und stellt damit eine inländergleiche, diskriminierungsfreie bußgeldrechtliche Sanktionierung der Pass- und Ausweisverstöße sicher.

Zu § 11

Absatz 1: Auf Unionsbürger und ihre Familienangehörigen, die auf Grund des Gemeinschaftsrechts freizügigkeits-

berechtigt sind (§ 2 Abs. 1) oder die – unabhängig vom weiteren Vorliegen der gemeinschaftsrechtlichen Voraussetzungen – zum weiteren Aufenthalt berechtigt sind (§ 2 Abs. 5), finden die Regelungen des Aufenthaltsgesetzes nur insoweit Anwendung, als dies in Satz 1 ausdrücklich vorgesehen ist. Die Auffangklausel in Satz 2 stellt sicher, dass das Aufenthaltsgesetz darüber hinaus immer dann Anwendung findet, wenn es im Einzelfall eine günstigere Rechtsstellung vermittelt als das Freizügigkeitsgesetz/EU, so dass es nicht zu einer nach dem Gemeinschaftsrecht unzulässigen Schlechterstellung von Unionsbürgern gegenüber sonstigen Ausländern kommen kann. Durch die Anwendbarkeit der §§ 96 und 97 des Aufenthaltsgesetzes auf EU-Bürger und ihre freizügigkeitsberechtigten Familienangehörigen wird sichergestellt, dass diese, ebenso wie sonstige Ausländer und Deutsche, Täter der Schleusungsdelikte sein können. Die Aufnahme des § 99 ist erforderlich, weil auch freizügigkeitsberechtigte Personen von einigen durch Rechtsverordnung geregelten Tatbeständen betroffen sind. So finden beispielsweise die Vorschriften über die Ausstellung eines Notreiseausweises oder über die Aufnahme in die Ausländerdateien auch für Freizügigkeitsberechtigte Anwendung.

Absatz 2: Auf Unionsbürger und ihre Familienangehörigen, die nicht oder nicht mehr nach Gemeinschaftsrecht freizügigkeitsberechtigt sind und auch kein Aufenthaltsrecht nach § 2 Abs. 5 genießen, findet dieses Gesetz keine Anwendung, sondern die Betroffenen unterliegen dem allgemeinen Ausländerrecht. Entsprechend dem Grundsatz, dass Unionsbürger und ihre Angehörigen weitestgehend aus dem Geltungsbereich des allgemeinen Ausländerrechts herausgenommen werden, setzt dies einen – nicht notwendigerweise unanfechtbaren – Feststellungsakt der zuständigen Behörde voraus. Damit gilt für den in § 1 beschriebenen Personenkreis zunächst eine Vermutung der Freizügigkeit.

Absatz 3: Da das Aufenthaltsgesetz an den Besitz von Aufenthaltstiteln anknüpft, wird in Absatz 3 bestimmt, dass rechtmäßige Aufenthalte nach dem Freizügigkeitsgesetz/EU von unter fünf Jahren dem Besitz einer Aufenthaltserlaubnis und Aufenthalte von längerer Dauer dem Besitz einer Niederlassungserlaubnis gleichstehen.

Zu § 12

Bereits nach § 15c Aufenthaltsgesetz/EWG wurde den Staatsangehörigen der EWR-Staaten Einreise und Aufenthalt im selben Umfang wie Unionsbürgern ermöglicht. Die mit dem Freizügigkeitsgesetz/EU eingeführten Verbesserungen sollen daher gleichermaßen auch den EWR-Staatsangehörigen und ihren Familienangehörigen zu Gute kommen.

Zu Artikel 3

Infolge der Umsetzung des Asylkompromisses im Jahr 1993 sind die Asylbewerberzugänge in der Bundesrepublik Deutschland zurückgegangen. Gegenüber dem Höchststand von 438 191 Personen im Jahr 1992 waren im Jahr 2002 lediglich noch 71 127 Asylbewerberzugänge zu verzeichnen.

Gleichwohl verzeichnet das Bundesamt eine erhebliche Zahl von Personen, über deren Anträge noch nicht entschieden wurde. Ende Dezember 2002 betrug diese 39 238

(38 494 Erstanträge und 744 durchzuführende Folgeverfahren). Zudem lagen dem Bundesamt 10 762 Asylfolgeanträge vor, bei denen noch nicht entschieden war, ob ein Folgeverfahren durchzuführen ist (insgesamt lagen beim Bundesamt Ende Dezember 2002 damit 50 000 unerledigte Anträge).

Darüber hinaus waren am 30. Juni 2002 117 881 Klagen bei Gericht rechtshängig (betroffene Personen).

Dies verdeutlicht einerseits, dass die bisher ergriffenen gesetzlichen Maßnahmen zu einer Senkung der Zugangszahlen geführt haben. Andererseits zeigt diese Gegenüberstellung aber auch, dass noch immer gesetzlicher Handlungsbedarf zur Beschleunigung der Asylverfahren und der verwaltungsgerichtlichen Verfahren in Asylsachen besteht:

1. Mit dem Gesetz soll die Weisungsunabhängigkeit der Einzelentscheider des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge aufgehoben (§ 5 Abs. 2 Satz 1 AsylVfG) sowie akzessorisch hieran anknüpfend der Bundesbeauftragte für Asylangelegenheiten als organisatorisch verselbständigter Teil des Bundesamtes abgeschafft werden (§ 6 AsylVfG).

Die derzeitige komplizierte Rechtskonstruktion, dem weisungsungebundenen Einzelentscheider (früher: unabhängige Ausschüsse, deren Vorsitzende die Befähigung zum Richteramt haben mussten) beim Bundesamt als Regulativ eine behördliche Stelle gegenüberzusetzen, die staatliche Interessen in das Asylverfahren einzubringen und durchzusetzen vermag, geht auf das Ausländergesetz von 1965 zurück und erweist sich heute zunehmend als unpraktikabel und verfahrensverzögernd.

Mit der ursprünglichen Einführung der Weisungsunabhängigkeit sollte das Asylverfahren von politischen Einflüssen freigehalten werden, welche die Richtigkeit der Asylentscheidung beeinträchtigen oder auch außenpolitische Schwierigkeiten verursachen könnten. Diese vom üblichen Verwaltungsverfahren abweichende Sonderkonstruktion führt in der Praxis auf Grund der Weisungsunabhängigkeit der Einzelentscheider vielfach zu uneinheitlichen Entscheidungen des Bundesamtes bei gleichen oder ähnlichen Sachverhalten. Eine fehlerhafte Entscheidung kann weder vom Bundesamt selbst noch im Wege der Fachaufsicht korrigiert werden. Zur Wahrung der Rechtseinheitlichkeit wird – soweit nicht die Asylbewerber selbst gegen ablehnende Entscheidungen Klage erheben – die Rechtsmitteltätigkeit des Bundesbeauftragten für Asylangelegenheiten ausgelöst, was wiederum zu Verfahrensverzögerungen führt und die ohnehin begrenzten Ressourcen der Verwaltungsgerichtsbarkeit zusätzlich belastet.

Die Entscheidung des Gesetzgebers, in das Anerkennungsverfahren eine behördliche Institution mit eigener Rechtsmittelbefugnis einzubauen, ist seinerzeit auf ausdrücklichen Wunsch der Länder erfolgt (vgl. Bundestagsdrucksache IV/3013, S. 7): Da das Asylverfahren vor weisungsunabhängigen Entscheidungsorganen stattfindet und die Länder – die für die ausländerrechtlichen und integrativen Folgemaßnahmen zuständig sind – am Verfahren nicht beteiligt sind, fehle es an einem prozessualen Gegner des Antragstellers, der etwaige mit der

Rechtslage nicht in Einklang stehende Entscheidungen der weisungsunabhängigen Einzelentscheider mit Rechtsmitteln korrigieren könne.

2. Darüber hinaus enthält der asylverfahrensrechtliche Teil des Gesetzentwurfs weitere Maßnahmen zur Beschleunigung des Asylverfahrens. Dazu gehören insbesondere
 - die künftige Verweisung des Antragstellers in das Asylfolgeverfahren, wenn der Ausländer zwar bei Grenzbehörden, Ausländerbehörden oder den Polizeien der Länder ein Asylgesuch stellt, danach aber seinen Mitwirkungspflichten (persönliches Erscheinen bei einer Aufnahmeeinrichtung bzw. einer Außenstelle des Bundesamtes) nicht nachkommt und durch Unterlassen einer förmlichen Asylantragstellung bzw. Untertauchen den Beginn seines Asylverfahrens und damit seine Aufenthaltsdauer selbst bestimmt (§§ 20, 22 Abs. 3, § 23 AsylVfG),
 - künftig regelmäßiger Ausschluss auch des sog. Kleinen Asyls (§ 28 AsylVfG), wenn der Ausländer unverfolgt aus seinem Herkunftsland ausreist und nach Rücknahme oder unanfechtbarer Ablehnung eines früheren Asylantrages durch selbst geschaffene (subjektive) Nachfluchtgründe eine Verfolgung im Herkunftsland auslöst (z. B. herausgehobene exilpolitische Tätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland),
 - die Streichung der im Asylfolgeverfahren bislang enthaltenen Zweijahresfrist (§ 71 Abs. 5 Satz 1 AsylVfG), um künftig in allen Fallkonstellationen, bei denen ohnehin kein Folgeverfahren durchgeführt wird, den lediglich wiederholenden und insoweit verfahrensverzögernden Erlass von erneuten Abschiebungsandrohungen bzw. -anordnungen zu vermeiden,
 - die Einführung einer obligatorischen Überprüfungspflicht nach Ablauf von drei Jahren im Hinblick auf Widerruf oder Rücknahme (§ 73 Abs. 1 und 2 AsylVfG) einer anerkennenden Entscheidung, um den Vorschriften, die in der Praxis bislang weitgehend leergelaufen sind, mehr Bedeutung zu verleihen (z. B. haben Ausländerbehörden nach einer generellen Überprüfung eines bestimmten Herkunftslandes die Möglichkeit, nach Bestätigung der Anerkennungsentscheidungen das Aufenthaltsrecht durch Erteilung einer Niederlassungserlaubnis zu verfestigen) sowie
 - die obligatorische Einführung des Einzelrichters in Asylrechtsstreitigkeiten erster Instanz (§ 76 AsylVfG).

Zu Nummer 1

Die Änderungen in der Inhaltsübersicht vollziehen die in diesem Gesetzentwurf vorgesehene Abschaffung des Bundesbeauftragten für Asylangelegenheiten beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge sowie die Aufhebung der Ermächtigung des Bundesministeriums des Innern zum Erlass Allgemeiner Verwaltungsvorschriften sowie redaktionelle Folgeänderungen nach, einschließlich der Einfügung von § 73a (Ausländische Anerkennung als Flüchtling) durch das Gesetz zur Änderung ausländer- und asylverfahrensrechtlicher Vorschriften vom 29. Oktober 1997 (BGBl. I S. 2584, 2588).

Zu Nummer 2

Die Änderung in § 1 Abs. 1 dient der redaktionellen Anpassung an das Aufenthaltsgesetz, welches den bisherigen § 51 Abs. 1 AuslG in dem neuen § 60 Abs. 1 AufenthG regelt.

In Absatz 2 wird der Aufhebung des Gesetzes über Maßnahmen für im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommene Flüchtlinge vom 22. Juli 1980 (BGBl. I S. 1057) Rechnung getragen (vgl. im Übrigen Begründung zu Artikel 1 § 23 Abs. 2 sowie zu Artikel 15 Abs. 3 Nr. 3).

Zu Nummer 3

Die Änderung ist wegen der neuen Behördenbezeichnung sowie der redaktionellen Anpassung an das Aufenthaltsgesetz erforderlich.

Zu Nummer 4

Durch die Aufhebung des Absatzes 2 wird die Weisungsungebundenheit bei der Entscheidung über den einzelnen Asylantrag aufgehoben, was die übrigen Regelungen hierzu entbehrlich macht. Die Tätigkeit des Einzelentscheiders beim Bundesamt unterliegt insoweit (wieder) der unmittelbaren Regierungs- und Ressortverantwortung, die bislang lediglich mittelbar über die Rechtsmitteltätigkeit des – an Weisungen des Bundesministeriums des Innern gebundenen – Bundesbeauftragten für Asylangelegenheiten wahrgenommen wurde.

Mit dem Wegfall der Weisungsungebundenheit des Einzelentscheiders ist es künftig in Verwaltungsgerichtsverfahren für den Prozessvertreter des Bundesamtes einfacher, unter dem Eindruck der mündlichen Verhandlung eine (vormals weisungsunabhängig) getroffene Verwaltungsentscheidung abzuändern bzw. den Kläger klaglos zu stellen. Dies trägt zur Entlastung der Verwaltungsgerichte und der Beschleunigung des Asylverfahrens bei.

Zu Nummer 5

Mit der Aufhebung der Weisungsungebundenheit des Einzelentscheiders kann eine einheitliche Entscheidungspraxis des Bundesamtes nunmehr, wie in jeder anderen monokratischen Behördenstruktur auch, hierarchisch sichergestellt werden. Damit entfallen die bisherigen Aufgaben des Bundesbeauftragten für Asylangelegenheiten, so dass diese Behörde aufgelöst werden kann.

Zu Nummer 6

Mit dem neuen Satz 2 des § 7 Abs. 1 soll sichergestellt werden, dass wie bisher sensitive Daten, wie z. B. Angaben zur Ethnie, Rasse oder Religion, als asylrelevante Daten erhoben werden können und vom allgemeinen Erhebungsverbot der EU-Datenschutzrichtlinie ausgeschlossen bleiben.

Im Übrigen gelten die Ausführungen zu der durch die EU-Datenschutzrichtlinie bedingten Ergänzung in § 86 AufenthG entsprechend.

Zu Nummer 7

Die Ergänzungen in § 8 Abs. 3 dienen der redaktionellen Anpassung an das Aufenthaltsgesetz. Der neue Absatz 5 bezweckt den Ausschluss des allgemeinen Widerspruchsrech-

tes des Betroffenen gegen rechtmäßige Datenverarbeitung, um eine beschleunigte Durchführung des Asylverfahrens zu gewährleisten. Im Übrigen gelten die Ausführungen zu der durch die EU-Datenschutzrichtlinie bedingten Ergänzung in § 86 AufenthG entsprechend.

Zu Nummer 8

Die Vorschrift des § 11a schafft eine klarstellende Rechtsgrundlage für die schon seit längerem praktizierte Aussetzung von Asylverfahren zu bestimmten Herkunftsländern, in denen die Beurteilung der asyl- und abschiebungsrelevanten Lage, beispielsweise auf Grund temporärer Bürgerkriegssituationen, besondere Schwierigkeiten bereitet.

Die dem Bundesministerium des Innern vorbehaltene Entscheidung ist auf sechs Monate zu befristen und kann verlängert werden.

Von der Aussetzung nicht umfasst sind entscheidungsvorbereitende Maßnahmen des Bundesamtes, wie z. B. die Durchführung von Anhörungen (§ 25 AsylVfG), um nach Beendigung der Aussetzung die Entscheidungstätigkeit unverzüglich wieder aufnehmen zu können. Ebenso ausgenommen sind Fälle, bei denen es nicht auf die asyl- und abschiebungsrelevante Lage im Herkunftsland ankommen kann, wie z. B. Drittstaatenfälle, bei denen feststeht, dass die Abschiebung in diesen sicheren Drittstaat durchgeführt werden kann (§ 34a) sowie bei Rücküberstellungsentscheidungen nach dem Dubliner Übereinkommen.

Zu Nummer 9

Die in Artikel 1 neu aufgenommene Regelung des § 10 Abs. 3 AufenthG beschränkt künftig die Erteilung von Aufenthaltstiteln in Fällen, in denen ein Asylantrag zurückgenommen oder unanfechtbar abgelehnt wurde. Auf diese Rechtsfolgen ist der Ausländer bei der (förmlichen) Asylantragstellung gemäß § 14 Abs. 1 Satz 2 schriftlich und gegen Empfangsbestätigung hinzuweisen.

Die Aufhebung des § 14 Abs. 3 AsylVfG a. F. (Ausschluss eines Asylantrages bei Aufnahme als Kriegs- oder Bürgerkriegsflüchtling) ist Folge der Umsetzung der Richtlinie des Rates über Mindestnormen für die Gewährung vorübergehenden Schutzes im Falle eines Massenzustroms von Vertriebenen und Maßnahmen zur Förderung einer ausgewogenen Verteilung der Belastungen, die mit der Aufnahme dieser Personen und den Folgen dieser Aufnahme verbunden sind, auf die Mitgliedstaaten, vom 20. Juli 2001 (ABl. EG Nr. L 212 S. 12), hier Artikel 17 Abs. 1 der Richtlinie.

Die übrigen Ergänzungen dienen der redaktionellen Anpassung an das Aufenthaltsgesetz.

Zu Nummer 10

Durch die Fiktion der Asylantragstellung für ledige Kinder bis zum vollendeten 16. Lebensjahr wird verhindert, dass durch sukzessive Asylantragstellung überlange Aufenthaltszeiten in Deutschland ohne aufenthaltsrechtliche Perspektive für die Betroffenen entstehen. Damit würden auch die in der Vergangenheit regelmäßig als notwendig erachteten Altfall- oder Härtefallregelungen weitgehend entfallen können.

Die im dritten Absatz der Vorschrift vorgesehene Verzichtsmöglichkeit wahrt die Dispositionsbefugnis über die Geltendmachung des Asylgrundrechts.

Zu Nummer 11

Die Änderung dient der redaktionellen Anpassung an das Aufenthaltsgesetz, das künftig den Begriff „Aufenthaltsgeheimung“ durch den Begriff „Aufenthaltstitel“ ersetzt.

Zu Nummer 12

Die Änderung ist wegen der redaktionellen Anpassung an das Aufenthaltsgesetz erforderlich.

Zu den Nummern 13 bis 15

Nach § 18 Abs. 1 und § 19 Abs. 1 sind sowohl die Grenzbehörden als auch die Ausländerbehörden und Polizeien der Länder zur Entgegennahme von Asylgesuchen befugt. Zur Durchführung des Asylverfahrens, das erst mit der förmlichen Asylantragstellung bei der zuständigen Außenstelle des Bundesamtes beginnt, werden die Ausländer regelmäßig an die zuständige Aufnahmeeinrichtung weitergeleitet bzw. müssen sich gemäß § 22 Abs. 1 dort melden. Die Ausländer sind gemäß § 20 darüber hinaus verpflichtet, dieser Weiterleitung unverzüglich Folge zu leisten; Entsprechendes gilt auch bei einer Weiterleitung von Asylsuchenden von der Erstaufnahmeeinrichtung zu der zuständigen Aufnahmeeinrichtung. Um das Verfahren beim Bundesamt einzuleiten, sind die Ausländer gemäß § 23 verpflichtet, entweder unverzüglich oder zu einem näher bestimmten Termin bei der zuständigen Außenstelle des Bundesamtes zu erscheinen, um persönlich einen Asylantrag zu stellen.

In der Praxis häufen sich Fälle, in denen Ausländer, beispielsweise im Zusammenhang mit einer polizeilichen Kontrolle, zwar ein Asylgesuch stellen und hiernach von den Behörden an die zuständige Aufnahmeeinrichtung weitergeleitet werden, aber im Weiteren eine förmliche Asylantragstellung unterlassen und wieder untertauchen.

Bei einem erneuten Aufgreifen wird, wenn keine Haft zur Sicherung der Abschiebung angeordnet wird, das skizzierte Verfahren wiederholt, so dass die Betroffenen auf diese Weise den förmlichen Beginn des Asylverfahrens immer weiter verzögern und damit die Aufenthaltsdauer selbst bestimmen.

Mit den Neuregelungen der §§ 20, 22 Abs. 3 und des § 23 Abs. 2 soll dem entgegengewirkt werden, ohne die bewährte Verfahrenskonzentration der Zuständigkeit für die Asylantragstellung beim Bundesamt bzw. seinen Außenstellen in Folge der Asylrechtsreform 1993 zu berühren.

Durch die in § 20 Abs. 2 Satz 3, § 22 Abs. 3 Satz 3 und § 23 Abs. 2 Satz 3 vorgesehenen schriftlichen Hinweise (gegen Empfangsbestätigung) über die Rechtsfolgen einer eventuellen Säumigkeit nach Stellung eines Asylgesuchs wird die Dispositionsbefugnis über die Geltendmachung des Asylgrundrechtes gewahrt.

Entsprechende Hinweisformulare können in den verschiedenen Sprachen der Hauptherkunftsländer vom Bundesamt den betroffenen Grenz- oder Landesbehörden bzw. den Aufnahmeeinrichtungen im Rahmen der Amtshilfe zur Verfü-

gung gestellt werden, bei Bedarf auch in einem automatisierten Verfahren („online“).

Dem Gesetzgeber ist es im Rahmen der ihm in Bezug auf Organisation und Verfahren eingeräumten weiten Gestaltungsfreiheit unbenommen, dem Asylbewerber besondere Pflichten aufzuerlegen, die der Sicherung seiner Mitwirkung im Asylverfahren zu dienen bestimmt sind (BVerfGE 60, 253, 295; BVerfG DVBl. 1994, 631 f.). Die künftige Verweisung auf das Asylfolgeverfahren in Fällen, in denen der Ausländer zwar ein Asylgesuch, aber keinen förmlichen Asylantrag stellt, ist verfassungsrechtlich unbedenklich, wenn der Betroffene auf diese gesetzliche Regelung hingewiesen wird. Diesem Erfordernis wird in aller Regel schon durch die in der ganz überwiegenden Anzahl der Fälle erforderliche Übersetzung der Vorschriften in eine dem Asylbewerber geläufige Sprache genügt werden, weil sich dabei allein aus Gründen der Praktikabilität eine sinngemäße, nicht strikt an juristischen Begrifflichkeiten orientierte Übertragung anbietet (BVerfG DVBl. 1994, 631, 633). Insofern reicht es allerdings aus, dem Asylbewerber, sofern er des Lesens kundig ist, die erforderlichen Hinweise in schriftlicher Form zugänglich zu machen (BVerfG a. a. O.) und zu Beweis Zwecken den Empfang bestätigen zu lassen.

Ist der Hinweis über die Rechtsfolgen gemäß § 20 Abs. 2 Satz 3 nicht möglich, beispielsweise, weil überhaupt keine Verständigung mit dem Asylsuchenden möglich ist, ist der Asylbewerber zu der Aufnahmeeinrichtung zu begleiten (§ 20 Abs. 2 Satz 4).

Die Regelung des § 19 Abs. 4 bleibt von alledem unberührt.

Die künftige Verweisung in das Asylfolgeverfahren ist mit der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK; BGBl. 1953 II S. 560 ff.) vereinbar. Wie das Asylverfahrensgesetz (z. B. § 13 Abs. 3 Satz 2) geht auch Artikel 31 Abs. 1 GFK (§ 92 Abs. 4 AuslG) im Zusammenhang mit dem Bestrafungsverbot davon aus, dass Flüchtlinge sich unverzüglich bei den Behörden melden und Gründe darlegen, die ihre unrechtmäßige Einreise oder ihren unrechtmäßigen Aufenthalt rechtfertigen (vgl. BVerfG, Beschluss vom 16. Juni 1987, NVwZ 1987, 1068; BayObLG, Beschluss vom 2. Oktober 1998, DÖV 1999, 119, 120 f.).

Den Ausländer sollen die negativen Auswirkungen der Verweisung nicht treffen, wenn er schuldlos oder nur fahrlässig seiner Verpflichtung nicht nachkommt.

Zu Nummer 16

Die Änderung in § 24 Abs. 2 dient der redaktionellen Anpassung an das Aufenthaltsgesetz, das die bisherigen Abschiebungshindernisse des § 53 AuslG nunmehr in § 60 Abs. 2 bis 7 AufenthG zusammenfasst.

Zu Nummer 17

Die Neuregelung trägt dem in Artikel 6 Abs. 1 GG verankerten und dem internationalen Flüchtlingsschutz immanenten Gedanken der Familieneinheit Rechnung und schafft die Möglichkeit der Zuerkennung von Familienabschiebungsschutz für enge Familienangehörige von Flüchtlingen, die nach § 60 Abs. 1 AufenthG unanfechtbar als politisch verfolgt anerkannt sind, ohne asylberechtigt zu sein.

Vor dem Hintergrund, dass die Zahl der Konventionsflüchtlinge bereits nach jetziger Rechtslage mehr als doppelt so hoch ist wie die der Flüchtlinge, die asylberechtigt sind, ist es erforderlich, einen dem Familienasyl vergleichbaren Status für deren enge Angehörige zu schaffen.

Zu Buchstabe a

Die Änderung der Überschrift trägt der Tatsache Rechnung, dass die Vorschrift nunmehr auch Familienabschiebungsschutzregelungen für Familienangehörige enthält, die sich rechtlich vom Familienasyl unterscheiden.

Zu Buchstabe b

Die Einfügung „auf Antrag“ in Absatz 1 dient der Klarstellung.

Zu Buchstabe c

Die Änderung in Absatz 2 dient der Gleichbehandlung von Ehegatten und minderjährigen ledigen Kindern Asylberechtigter. Ein sachlicher Grund für eine unterschiedliche Behandlung hinsichtlich der Unanfechtbarkeit der Anerkennung des Stamberechtigten ist nicht erkennbar. Auch das Bundesverwaltungsgericht sieht in der bisherigen „verunglückten“ Fassung der Vorschrift ein „Redaktionsversehen“ des Gesetzgebers (Urteil vom 29. September 1998 – 9 C 31.97 –, NVwZ 1999, 196). Durch die Wörter „seiner Asylantragstellung“ wird sichergestellt, dass Kinder nur eine abgeleitete Asylberechtigung erhalten, wenn sie zum Zeitpunkt ihrer Asylantragstellung minderjährig und ledig sind. Abweichend von der bisherigen Rechtslage ist es nicht mehr erforderlich, dass der Asylantrag des Kindes „unverzüglich nach der Einreise“ gestellt wird. Bei den Kindern, die vor Vollendung des 16. Lebensjahres ins Bundesgebiet eingereist sind, führt dies im Hinblick auf die Fiktionswirkung des § 14a Abs. 2 Satz 3 zu keiner inhaltlichen Änderung. 16- bis 18-jährige ledige Kinder können künftig bis kurz vor Vollendung des 18. Lebensjahres mit der Asylantragstellung warten.

Während die bisherige Regelung des § 26 einen Anspruch auf Familienasyl nur für den Fall der Anerkennung eines Ausländers als Asylberechtigten vorsieht, dehnt die Neuregelung diesen Anspruch auf die Fälle der Feststellung aus, dass für ihn die Voraussetzungen des § 60 Abs. 1 AufenthG vorliegen.

Zu Buchstabe d

Die Neuregelung in Absatz 4 berücksichtigt das Interesse an einem einheitlichen Rechtsstatus innerhalb einer Familie und trägt vor dem Hintergrund der Drittstaatenregelung Forderungen nach einem gesicherten aufenthaltsrechtlichen Status für die engsten Familienangehörigen der Konventionsflüchtlinge Rechnung.

Zu Nummer 18

Das Asylgrundrecht ist darauf gerichtet, demjenigen Aufnahme und Schutz zu gewähren, der sich in einer für ihn ausweglosen Lage befindet (BVerfGE 74, 51, [64]). Voraussetzung für die Asylrechtsgewährung ist daher grundsätzlich ein unmittelbarer Kausalzusammenhang zwischen drohender Verfolgung und Flucht (Reihenfolge: Verfolgung – Flucht – Zuflucht); BVerfG NVwZ 1987, 311 ff. Dieser Kausalzusammenhang ist regelmäßig unterbrochen in Fäl-

len, in denen der Ausländer unverfolgt aus seinem Herkunftsland ausreist und erst durch selbstgeschaffene (subjektive) Nachfluchtgründe eine Verfolgung im Herkunftsland auslöst (z. B. herausgehobene exilpolitische Tätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland). Nach der bisherigen Fassung des § 28 AsylVfG wird ein Ausländer regelmäßig nicht als Asylberechtigter anerkannt, wenn er erst nach seiner Flucht Gründe aus eigenem Entschluss geschaffen hat, die eine Verfolgung auslösen. In diesen Fällen wird ihm aber bislang Abschiebungsschutz nach § 51 Abs. 1 AuslG („Kleines Asyl“) zuerkannt, da eine entsprechende Regelung für das Kleine Asyl fehlt.

Mit der Neuregelung in § 28 Abs. 2 AsylVfG wird künftig auch die Zuerkennung des sog. Kleinen Asyls regelmäßig ausgeschlossen, wenn nach unanfechtbarer Ablehnung eines früheren Asylantrages ein Folgeverfahren auf selbst geschaffene Nachfluchtgründe gestützt wird. Damit wird der bislang bestehende Anreiz genommen, nach unverfolgter Ausreise und abgeschlossenen Asylverfahren auf Grund neu geschaffener Nachfluchtgründe ein Asylverfahren zu betreiben, um damit zu einem dauerhaften Aufenthalt zu gelangen. Auch ist damit zu rechnen, dass durch diese Maßnahme die hohe Anzahl der beim Bundesamt anhängigen (Folge-)Verfahren langfristig reduziert wird.

Eine Schutzlücke entsteht für die Betroffenen auf Grund der Versagung des „Großen“ und „Kleinen“ Asyls nicht, da Artikel 16a Abs. 1 GG und § 60 Abs. 1 AufenthG (früher § 51 Abs. 1 AuslG) nicht die alleinigen Rechtsgrundlagen für einen (Schutz-)Aufenthalt von Ausländern im Bundesgebiet oder jedenfalls für ihren Schutz vor Abschiebung darstellen. Im Falle konkreter Gefahren kann der erforderliche Schutz im Rahmen der Prüfung von Abschiebungshindernissen durch das Bundesamt (§ 24 Abs. 2, § 30 Abs. 3 AsylVfG) gewährleistet werden, ohne den aufenthaltsrechtlichen Status zu verfestigen (vgl. Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom 7. März 2000 – 43844/98; ebenso Beschluss des BVerfG – 2 BvR 1989/97 – vom 21. Juni 2000, DVBl. 2000, 1279, (1280), das in Fortsetzung der Rechtsprechung aus BVerfGE 60, 253, 299 f.) darauf hinweist, dass auch die Ausländerbehörde in diesen Fällen verpflichtet ist, eine Ermessensprüfung nach § 53 Abs. 6 Satz 1 AuslG nachzuholen). Auch aus Sicht der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) erscheint dies unbedenklich, da diese von den Vertragsstaaten nicht die (dauerhafte) Aufnahme von Ausländern verlangt, sondern lediglich – bei Vorliegen der Voraussetzungen des Artikels 33 Abs. 1 GFK – einen Abschiebungsschutz für die Dauer der Bedrohung garantiert.

Zu Nummer 19

Eigene Asylgründe wird ein Kind, das im Bundesgebiet geboren oder unter 16-jährig ins Bundesgebiet eingereist ist und dessen Eltern im Asylverfahren bereits unanfechtbar abgelehnt worden sind, nur in absoluten Ausnahmefällen geltend machen können. Ergibt die Prüfung des Bundesamtes, dass ein solcher Ausnahmefall nicht vorliegt und der Asylantrag unbegründet ist, ist es sachgerecht, ihn aus Gründen der Verfahrensbeschleunigung als offensichtlich unbegründet zurückzuweisen.

Die übrigen Änderungen haben redaktionellen Charakter im Hinblick auf die geänderten Regelungen im Aufenthaltsgesetz.

Zu Nummer 20

Die Änderungen in § 31 Abs. 2, 3 und 5 vollziehen die Änderungen im Aufenthaltsgesetz nach (die Regelungen des § 51 Abs. 1 AuslG werden als § 60 Abs. 1 AufenthG, die Regelungen des § 53 AuslG als § 60 Abs. 2 bis 7 AufenthG übernommen). Die Anfügung an Absatz 4 dient der Klarstellung, dass die Einreise aus einem sicheren Drittstaat der Gewährung von Familienabschiebungsschutz nach § 26 Abs. 4 nicht entgegensteht, wenn für den Stammberechtigten unanfechtbar die Asylberechtigung und/oder das Vorliegen der Voraussetzungen des § 60 Abs. 1 AufenthG festgestellt wurde.

Zu Nummer 21

Die Ergänzung des § 32 stellt sicher, dass auch im Falle des Verzichts das Bundesamt das Vorliegen der Voraussetzungen für die Aussetzung der Abschiebung in Bezug auf das Kind zeitnahe prüft.

Zu Nummer 22

Die Änderungen in § 32a folgen aus der Umsetzung der Richtlinie des Rates über Mindestnormen für die Gewährung vorübergehenden Schutzes im Falle eines Massenzustroms von Vertriebenen und über Maßnahmen zur Förderung einer ausgewogenen Verteilung der mit der Aufnahme dieser Personen und den Folgen dieser Aufnahme verbundenen Belastungen auf die Mitgliedstaaten (vgl. Bundesratsdrucksache 437/01 vom 8. Juni 2001) in § 24 AufenthG. Nach Artikel 17 Abs. 1 der Richtlinie ist der Zugang zum Asylverfahren für Personen, denen vorübergehender Schutz gewährt wird, jederzeit sicherzustellen, was das Ruhen des Asylverfahrens nicht ausschließt.

Nach Artikel 17 Abs. 2 der Richtlinie sind nach Ablauf des vorübergehenden Schutzes noch nicht bearbeitete Asylanträge zu entscheiden.

Die Änderungen in § 32a tragen dem Rechnung.

Zu den Nummern 23 bis 26

Die Änderungen sind wegen der redaktionellen Anpassung an das Aufenthaltsgesetz erforderlich.

Zu Nummer 27

Im Falle der Aussetzung einer Abschiebung in einen anderen Staat gemäß § 60 Abs. 7 AufenthG (früher § 53 Abs. 6 Satz 1 AuslG) kann von der Ausländerbehörde eine befristete Aufenthaltserlaubnis erteilt werden (§ 25 Abs. 3 Satz 1 AufenthG), es sei denn, die Ausreise in einen anderen Staat ist möglich und zumutbar (§ 25 Abs. 3 Satz 3 AufenthG).

Die im bisherigen § 41 AsylVfG getroffenen Verfahrensregelungen sind daher entbehrlich. Die Regelung kann im Ganzen aufgehoben werden.

An die Entscheidung des Bundesamtes über ein zielstaatsbezogenes Abschiebungshindernis ist die Ausländerbehörde gemäß § 42 Satz 1 AsylVfG auch nach Abschluss eines

Asylverfahrens gebunden. Dies gilt nicht in Fällen des § 42 Satz 2 AsylVfG.

Im Übrigen vergleiche Begründung zu § 72 Abs. 2 AufenthG.

Zu Nummer 28

Die Änderungen sind wegen der redaktionellen Anpassung an das Aufenthaltsgesetz erforderlich.

Zu Nummer 29

Die Änderungen sind wegen der redaktionellen Anpassung an das Aufenthaltsgesetz erforderlich. Wegen der Aufhebung des § 43a ist die Regelung des dortigen Absatzes 4 in den § 43 Abs. 3 aufzunehmen.

Zu Nummer 30

Die Regelung des § 43a Abs. 4 wurde aus systematischen Gründen unmittelbar bei § 43 Abs. 3 angefügt. Das Bundesamt wird künftig nur noch über die Aussetzung der Abschiebung entscheiden in Fällen, in denen der Ausländer in einer Aufnahmeeinrichtung zu wohnen verpflichtet ist und die gemeinsame Ausreise seiner Familie sichergestellt werden soll.

Im Übrigen ist der Regelungsbedarf entfallen. Die Erteilung eines Aufenthaltstitels während des Asylverfahrens ist abschließend in § 10 AufenthG geregelt.

Auf der Grundlage des § 43b AsylVfG wird bislang die Beschaffung von Heimreisedokumenten für Ausländer aus 13 sog. Problemstaaten – auch auf Bitten der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK – Beschluss vom 21. November 1997 und 24. November 2000) – von der Bundesgrenzschutzdirektion im Wege der Amtshilfe wahrgenommen. Die Zuständigkeit wird nunmehr in Absatz 3 Nr. 7 AufenthG geregelt und an die Erfordernisse der Praxis angepasst.

Zu Nummer 31

Mit Unanfechtbarkeit der Feststellung eines Abschiebungshindernisses nach § 60 Abs. 1 AufenthG erlischt die Aufenthaltsgestattung (§ 67 Abs. 1 Nr. 6 AsylVfG) und der Ausländer hat Anspruch auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis. Es ist offensichtlich wertungswidrig und integrationshemmend, ihn bis zum Ablauf der Dreimonatsfrist zum Wohnen in einer Aufnahmeeinrichtung zu verpflichten. Die Vorschrift des § 48 Nr. 2 wird nach dem Wegfall des Bundesbeauftragten für Asylangelegenheiten eine größere praktische Bedeutung erlangen.

Zu den Nummern 32 bis 34

Die Änderungen sind, bis auf die Aufhebung der Regelung des § 50 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 (Wegfall des Bundesbeauftragten), wegen der redaktionellen Anpassung an das Aufenthaltsgesetz erforderlich.

Zu Nummer 35

Die Zwischenüberschrift des Vierten Abschnitts musste neu gefasst werden, weil die bisherigen Regelungen im Zweiten Unterabschnitt des Vierten Abschnitts (§§ 68 bis 70

AsylVfG) aus systematischen Gründen vollständig in das Aufenthaltsgesetz übernommen worden sind und der Zweite Unterabschnitt aufgehoben worden ist (Nr. 40).

Zu Nummer 36

Die Änderungen in § 55 Abs. 2 sind wegen der redaktionellen Anpassung an das Aufenthaltsgesetz erforderlich. Durch den Wegfall der Duldungsfiktion des § 69 Abs. 2 AuslG ist der bisherige Verweis entbehrlich.

§ 55 Abs. 3 Asylverfahrensgesetz erfasst nach geltendem Recht nur Asylberechtigte. Die aufenthaltsrechtliche Angleichung von Asylberechtigten und Flüchtlingen nach der Genfer Flüchtlingskonvention erfordert eine Angleichung auch im Hinblick auf die Anrechnung von Asylverfahrenszeiten. Die Dauer des Aufenthalts ist für eine Vielzahl von behördlichen Entscheidungen relevant. Zudem führt die gegenwärtige Rechtslage zu dem unververtretbaren Ergebnis, dass die unterschiedliche Dauer des Asylverfahrens zu Lasten des jeweiligen Konventionsflüchtlings geht. Die Änderung beseitigt diese Ungerechtigkeit.

Zu Nummer 37

Die Änderung bewirkt, dass im Falle eines dringenden öffentlichen Interesses, wenn zwingende Gründe es erfordern oder wenn die Versagung eine unbillige Härte darstellen würde, die Erlaubnis zu erteilen ist. Für ein Ermessen ist in diesen Fällen kein Raum. Die Änderung vollzieht damit die gegenwärtige Rechtspraxis nach. § 58 Abs. 1 wird dadurch hinsichtlich der Erteilungsvoraussetzungen an § 12 Abs. 5 des Aufenthaltsgesetzes angeglichen. Damit wird auch verhindert, dass vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer besser gestellt werden als Asylbewerber.

Zu Nummer 38

Die Änderung ist wegen der redaktionellen Anpassung an das Aufenthaltsgesetz erforderlich.

Zu Nummer 39

Die Änderung des § 61 berücksichtigt die Wartezeit-Regelung des § 3 der Arbeitsgenehmigungsverordnung und macht den Arbeitsmarktzugang von der Zustimmung der Bundesanstalt für Arbeit abhängig.

Zu den Nummern 40 bis 42

Die Änderung ist wegen der redaktionellen Anpassung an das Aufenthaltsgesetz erforderlich.

Zu Nummer 43

Die bisherigen Regelungen im Zweiten Unterabschnitt des Vierten Abschnitts (§§ 68 bis 70 AsylVfG) werden aus systematischen Gründen vollständig in das Aufenthaltsgesetz übernommen (§ 25 Abs. 1 und 2 sowie § 51 Abs. 7 AufenthG).

Zu Nummer 44

Zu Buchstabe a

Die Ergänzung des § 71 stellt sicher, dass der Asylantrag eines Kindes, dessen gesetzlicher Vertreter eine Verzichts-

erklärung gemäß § 14a Abs. 3 abgegeben hatte, als Asylfolgeantrag behandelt wird.

Zu Buchstabe b

Darüber hinaus wird mit der Änderung die Einschränkung der Folgeantragstellung für Personen, die als Bürgerkriegsflüchtlinge aufgenommen wurden, aufgehoben (vgl. zu Nummer 9).

Zu Buchstabe c

Bei der Entscheidung über aufenthaltsbeendende Maßnahmen differenziert § 71 hinsichtlich der Notwendigkeit des Erlasses einer Abschiebungsandrohung oder -anordnung zwischen Asylfolgeanträgen, die innerhalb von zwei Jahren, nachdem eine nach Stellung des früheren Asylantrages oder eines früheren Asylfolgeantrages ergangene Abschiebungsandrohung vollziehbar geworden ist, gestellt werden, und solchen Folgeanträgen, die nach Ablauf von zwei Jahren gestellt werden.

Für eine solche temporäre Differenzierung besteht letztlich kein Regelungsbedürfnis, da nur der vollziehbar ausreisepflichtige Folgeantragsteller von der Abschiebung bedroht ist, bei dem der Folgeantrag nicht zur Durchführung eines weiteren Verfahrens führt (§ 71 Abs. 5 Satz 1). Darüber hinaus darf die Abschiebung nach Satz 2 grundsätzlich erst vollzogen werden, wenn das Bundesamt der zuständigen Ausländerbehörde mitteilt, dass die für die Durchführung eines Folgeverfahrens maßgeblichen Voraussetzungen des § 51 Abs. 1 bis 3 des Verwaltungsverfahrensgesetzes nicht vorliegen.

Mit der vorgesehenen Streichung der Zweijahresfrist entfällt daher künftig der verfahrensverzögernde, weil lediglich wiederholende Erlass von erneuten Abschiebungsandrohungen bzw. -anordnungen in allen Fallkonstellationen, bei denen ohnehin kein Folgeverfahren durchgeführt wird.

Zu Buchstabe d

Die Änderung ist wegen der redaktionellen Anpassung an das Aufenthaltsgesetz erforderlich.

Zu Nummer 45

Die Änderungen in § 71a sind wegen des Wegfalls der Duldung im Aufenthaltsgesetz erforderlich.

Zu Nummer 46

Zu den Buchstaben a, c und d

Die Änderungen sind wegen der redaktionellen Anpassung an das Aufenthaltsgesetz erforderlich.

Zu Buchstabe b

Durch die Einführung einer obligatorischen Überprüfungspflicht (§ 73 Abs. 2a) wird erreicht, dass die Vorschriften über den Widerruf und die Rücknahme, die in der Praxis bislang weitgehend leergelaufen sind, an Bedeutung gewinnen. Spätestens nach Ablauf von drei Jahren ist vom Bundesamt zu prüfen, ob die ursprünglichen Anerkennungs Voraussetzungen nachträglich weggefallen oder zu Unrecht angenommen worden sind. Diese Überprüfungen sollen gene-

rell anhand der aktuellen Länderberichte des Auswärtigen Amtes erfolgen. Ergibt sich hieraus eine neue Situation, ist das Bundesamt gehalten, die entsprechenden Anerkennungsentscheidungen auf der Grundlage der neuen Länderberichte erneut zu überprüfen. Die Ergebnisse der Prüfung sind der Ausländerbehörde mitzuteilen, damit diese über den Aufenthaltstitel befinden kann. Danach steht die Widerruf- und Rücknahmeentscheidung nach den Absätzen 1 und 2 im Ermessen des Bundesamtes.

Zu Nummer 47

Nach § 76 Abs. 1 AsylVfG geltender Fassung soll in der Regel die Kammer Asylrechtsstreitigkeiten einem Einzelrichter übertragen, wenn nicht die Sache besondere Schwierigkeiten tatsächlicher oder rechtlicher Art aufweist oder die Rechtssache grundsätzliche Bedeutung hat. In Verfahren des vorläufigen Rechtsschutzes entscheidet gemäß § 76 Abs. 4 AsylVfG ohnehin ein Einzelrichter.

Mit der nunmehr vorgesehenen obligatorischen Einführung des Einzelrichters auch in Hauptsacheverfahren erster Instanz wird die Justiz entlastet und Gerichtsverfahren werden im Ganzen beschleunigt.

Zu Nummer 48

Die Änderungen sind wegen der redaktionellen Anpassung an das Aufenthaltsgesetz erforderlich.

Zu Nummer 49

Die Übergangsvorschrift gewährleistet, dass für die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes anhängigen Gerichtsverfahren, an denen der Bundesbeauftragte für Asylangelegenheiten beteiligt ist, von diesem beendet werden können. Durch die insoweit gemäß § 6 Abs. 4 AsylVfG weiterhin bestehende Weisungsgebundenheit des Bundesbeauftragten, die auch die Klaglosstellung mitumfasst, kann das Bundesministerium des Innern mittelbar auch die Dauer der Prozessabwicklung steuern.

Zu Nummer 50

Mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 2. März 1999 – 2 BvF 1/94 – ist klargestellt, dass die Einzelermächtigung eines oder mehrerer Bundesminister zum Erlass allgemeiner Verwaltungsvorschriften im Bereich der landeseigenen oder der Auftragsverwaltung im Sinne des Artikels 84 Abs. 2 und des Artikels 85 Abs. 2 Satz 1 GG entsprechend dem Wortlaut der Verfassungsnormen entfällt und allgemeine Verwaltungsvorschriften künftig ausschließlich von der Bundesregierung als Kollegium mit Zustimmung des Bundesrates erlassen werden können. Die Regelung des § 90 ist daher aufzuheben.

Zu Nummer 51

Die Sammeländerungen sind jeweils wegen der redaktionellen Anpassung an das Aufenthaltsgesetz erforderlich.

Zu Nummer 52

Die Sammeländerungen sind jeweils wegen der redaktionellen Anpassung an das Aufenthaltsgesetz erforderlich.

Zu Artikel 4

Die Neuregelungen im Aufenthaltsgesetz (Artikel 1) führen zwangsläufig auch zum Anpassungsbedarf des AZR-Gesetzes vom 2. September 1994. Insbesondere die Neustrukturierung der Aufenthaltstitel führt zu Folgeänderungen in diesem Gesetz. Weitere Änderungen sind zurückzuführen auf die überfällige Anpassung des bereichsspezifischen Datenschutzrechts an die Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 1995 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr (DSRL – ABl. EG Nr. L 281 vom 23. November 1995 S. 31 ff.). Zu berücksichtigen sind auch Änderungen wegen der Anpassung des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG).

Darüber hinaus wird künftig das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zuständige Registerbehörde. Infolge der Zentralisierung von Aufgaben dient die Führung des ausländischerrechtlich relevanten Datenbestandes beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge der Effizienzsteigerung bei deren Wahrnehmung.

Weiterhin sollen die Träger der Sozialhilfe und die für die Gewährung von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zuständigen Stellen neben den Grunddaten weitere Daten aus dem AZR erhalten, um die Anspruchsberechtigung vor Leistungsgewährung prüfen zu können und Personen in Anspruch zu nehmen, die Verpflichtungserklärungen abgegeben haben.

Zu Nummer 1

Die Ergänzungen des Inhaltsverzeichnisses folgen aus den Änderungen der Zwischenüberschriften des Kapitels 2 Abschnitt 3 sowie des Kapitels 2 Abschnitt 3 Unterabschnitt 2 und der Überschriften der §§ 15, 26 und 32 sowie der Einfügung des neuen § 18a.

Zu Nummer 2

Die Aufgaben der Registerbehörde werden vom Bundesverwaltungsamt an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge übertragen. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erhält eine Bündelungsfunktion für Aufgaben des Bundes im Bereich der Zuwanderung und Integration. Zu den Koordinierungsaufgaben dieser neuen Behörde gehören auch das Sammeln und Auswerten von Daten. Da diese Auswertungen in der Regel auf Daten des Ausländerzentralregisters beruhen, werden diese Aufgaben durch die Zuständigkeit für die Registerbehörde des AZR erleichtert. Die Informationstechnik, über die das AZR betrieben wird, verbleibt dagegen im Bundesverwaltungsamt. Eine Verlagerung ist untunlich, da über diese Informationstechnik zugleich andere Verfahren im Bundesverwaltungsamt abgewickelt werden. Ein Neuaufbau einer Informationstechnik für das AZR im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ist kurzfristig nicht möglich und aus finanziellen Gründen nicht vertretbar.

Zu Nummer 3

Zu den Buchstaben a und b

Die Änderungen beruhen auf der Neustrukturierung der Aufenthaltstitel im Aufenthaltsgesetz (Artikel 1).

Zu Buchstabe c

Die Umformulierung beruht auf den neuen Vorschriften des Aufenthaltsgesetzes (Artikel 1) zur Erteilung eines Aufenthaltstitels, die nicht mehr – wie das Ausländergesetz – von Regelversagungsgründen ausgehen, sondern allgemeine Erteilungsvoraussetzungen vorsehen.

Zu Buchstabe d

Die Änderung dient der Anpassung der Vorschrift an das Aufenthaltsgesetz (Artikel 1). Die bisherige Regelung des § 92 Abs. 1 Nr. 7 AuslG findet sich in § 95 Abs. 1 Nr. 7 des Aufenthaltsgesetzes wieder.

Zu Buchstabe e

Die Änderung dient der Anpassung der Vorschrift an das Aufenthaltsgesetz (Artikel 1).

Die bisherigen Regelungen des § 92 Abs. 1 Nr. 6 und Abs. 2 Nr. 1 AuslG finden sich in § 95 Abs. 1 Nr. 7 und Abs. 2 Nr. 1 des Aufenthaltsgesetzes wieder.

Zu Nummer 4

Das Gesetz über Maßnahmen für im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommene Flüchtlinge vom 22. Juli 1980 (BGBl. I S. 1057) tritt durch Artikel 15 Nr. 3 außer Kraft. Dem trägt die Streichung Rechnung.

Zu Nummer 5**Zu Buchstabe a**

Die Änderung beruht auf der Umbenennung des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Durch die weitergehende Ergänzung wird klargestellt, dass der Antrag auch bei der für das Asylverfahren zuständigen Organisationseinheit im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, die insofern nicht als Registerbehörde fungiert, gestellt werden kann.

Zu Buchstabe b

Mit der Einführung des Begriffs „Dritten, an den Daten übermittelt worden sind“ wird Artikel 2 Buchstabe g der EG-Datenschutzrichtlinie umgesetzt. Der Begriff des „Empfängers“ kann in diesem Zusammenhang nicht mehr verwendet werden, da dieser nunmehr neben dem Dritten auch den Betroffenen und diejenigen Personen und Stellen, die im Geltungsbereich des Bundesdatenschutzgesetzes personenbezogene Daten im Auftrag verarbeiten oder nutzen, und die verschiedenen Organisationseinheiten innerhalb einer speichernden Stelle umfasst.

Zu Nummer 6

Die Änderung beruht auf der Umbenennung des Bundesamts für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Zu Nummer 7

Der Begriff entspricht der Terminologie der EG-Datenschutzrichtlinie.

Zu Nummer 8**Zu Buchstabe a**

Im Verkehr mit der Registerbehörde ist die AZR-Nummer unbestritten das eindeutige Identifizierungskriterium. Übermittlungersuchen müssen deshalb, soweit vorhanden, immer unter Angabe der AZR-Nummer erfolgen. Die verfügbaren Grundpersonalien des Betroffenen sind nur dann anzugeben, wenn die AZR-Nummer der ersuchenden Stelle nicht bekannt ist.

Zu Buchstabe b

Bestehen bei einem Übermittlungersuchen Zweifel an der Identität des Betroffenen und erfolgt eine Identifizierung durch die ersuchende Stelle auf der Grundlage der nach § 10 Abs. 3 Satz 1 von der Registerbehörde übermittelten Daten ähnlicher Personen, bedeutet das Fehlen der AZR-Nummer für diejenigen Stellen, die nicht über einen Onlineanschluss verfügen und deshalb Daten nicht im automatisierten Verfahren abrufen und im Wege der Direkteingabe übermitteln können, ebenso wie für die Registerbehörde eine erhebliche Verwaltungserchwernis. Die Registerbehörde soll deshalb berechtigt sein, zusammen mit den Daten ähnlicher Personen auch jeweils die zu den Daten gehörende AZR-Nummer zu übermitteln. Mit der AZR-Nummer kann die ersuchende Stelle dann ihrerseits der Registerbehörde nach der Identifizierung genau angeben, wer der Betroffene ist.

Zu Buchstabe c

Die Änderung beruht auf der Umbenennung des Bundesamts für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Zu Nummer 9

Die Änderung beruht auf der Umbenennung des Bundesamts für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Zu Nummer 10

Die Träger der Sozialhilfe und die für die Gewährung von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zuständigen Stellen sollen im größeren Umfang Daten aus dem Ausländerzentralregister erhalten, um überprüfen zu können, ob der Leistungsempfänger zum Empfang der Leistungen berechtigt ist oder in rechtsmissbräuchlicher Weise Leistungen in Anspruch nimmt. Für die genannten Stellen ist die Kenntnis der in den Nummern 1 bis 3 bezeichneten Daten notwendig, um diese Überprüfung durchführen zu können.

Zu Nummer 11**Zu Buchstabe a**

Die Änderung beruht auf der Neustrukturierung der Aufenthaltstitel im Aufenthaltsgesetz (Artikel 1).

Zu den Buchstaben b und c

Durch die Verlagerung der Registerbehörde zum Bundesamt für Migration und Flüchtlinge finden im Verkehr zwischen der Registerbehörde und dem Bundesverwaltungsamt, so-

weit es für die Feststellung der Staatsangehörigkeit zuständig ist, künftig keine behördeninternen Weitergaben statt, sondern Datenübermittlungen zwischen zwei Behörden. Die bisher erforderliche Gleichstellung von Weitergaben mit den Übermittlungsregelungen, die darauf beruhte, dass Registerbehörde und die für die Feststellung der Staatsangehörigkeit zuständige Organisationseinheit innerhalb einer Behörde angesiedelt waren, ist damit gegenstandslos.

Der bisherige Absatz 3 wird durch die Streichung des bisherigen Absatzes 2 zu Absatz 2.

Zu Nummer 12**Zu Buchstabe a**

Die Änderung beruht auf der Umbenennung des Bundesamts für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Zu Buchstabe b

Die vorgesehene Ergänzung soll es den Trägern der Sozialhilfe und den für die Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes zuständigen Stellen ermöglichen, die zur Prüfung der Anspruchsberechtigung und zur Verhinderung rechtswidriger Inanspruchnahme von Leistungen erforderlichen Daten im automatisierten Verfahren zu erhalten, sofern die genannten Stellen die Voraussetzungen für eine Zulassung zu diesem Verfahren erfüllen.

Zu Buchstabe c

Die Änderung der Nummerierung folgt aus der Einfügung der Sozialbehörden (Nr. 8) in den Kreis der Behörden, die zum automatisierten Abrufverfahren zugelassen werden können.

Zu Nummer 13

Die Änderung ist notwendig, da in der Übermittlungsvorschrift des § 26 der Begriff „zwischenstaatliche Stellen“ durch „über- oder zwischenstaatliche Stellen“ ersetzt wird.

Zu Nummer 14

Die Neufassung der Vorschrift trägt zur Vereinheitlichung der datenschutzrechtlichen Vorschriften in der sog. 1. Säule der EU nach dem Amsterdamer Vertrag bei. Für eine Vollregelung im AZR-Gesetz besteht kein Bedürfnis mehr, da die §§ 4b und 4c Bundesdatenschutzgesetz und § 14 angemessene Abwägungsklauseln enthalten, die insbesondere auch die schutzbedürftigen Interessen des betroffenen Ausländers berücksichtigen. Hinzu kommt, dass für die Regelung in der Vergangenheit kaum praktisches Bedürfnis bestand. Es ging vor allem um Anfragen ausländischer Staaten, um statistische Angaben und um Auskünfte zum Verbleib bestimmter Personen. Neben den §§ 4b und 4c bestimmt sich die Zulässigkeit der Übermittlung nach § 15 Abs. 1 BDSG und § 14 AZR-Gesetz. Die Anwendbarkeit des § 15 Abs. 1 BDSG, demzufolge insbesondere die Erforderlichkeit der Übermittlung geprüft werden muss, ergibt sich aus der in § 4b Abs. 1 und 2 BDSG enthaltenen Verweisung. § 14 AZR-Gesetz bestimmt hier darüber hinaus den zulässigen Datenumfang, der bei einer Übermittlung ins Ausland nicht den zulässigen Umfang einer innerstaatlichen

Datenübermittlung überschreiten kann. Die in Absatz 1 Satz 2 ausgesprochene Analogieverweisung auch auf § 15 AZR-Gesetz ermöglicht es, die Behörden anderer EU-Staaten, die funktional entsprechende Aufgaben wie die in § 15 AZR-Gesetz genannten Behörden wahrnehmen, den in § 15 AZR-Gesetz aufgezählten innerstaatlichen Übermittlungsempfängern gleichzusetzen. Diese Gleichsetzung ist auf der Grundlage des mittlerweile harmonisierten Datenschutzstandards in der EU angemessen. Eine Übermittlung im Sinne des § 4b Abs. 1 BDSG liegt unter zwei Voraussetzungen vor. Zunächst muss es sich um eine Stelle gemäß der Aufzählung in § 4b Abs. 1 Satz 1 BDSG handeln, sodann muss die Übermittlung im Rahmen von Tätigkeiten erfolgen, die ganz oder teilweise dem Anwendungsbereich des Rechts der Europäischen Gemeinschaften unterfallen, m. a. W. der sog. 1. Säule der EU-Zusammenarbeit unterliegen. Davon ist auszugehen, wenn die Übermittlung im Rahmen der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Ausländerrechts erfolgt. Durch die Verwendung des Begriffs „können“ im Zusammenhang mit der Datenübermittlung wird klargestellt, dass – im Gegensatz zum innerstaatlichen Datenverkehr – eine Pflicht zur Datenübermittlung an ausländische Behörden und Stellen nicht besteht. Diese Einschränkung lässt EG-gemeinschaftsrechtliche Verpflichtungen und Verpflichtungen aufgrund völkerrechtlicher Verträge unberührt.

Die in Satz 3 geregelte Maßgabe, dass das Einvernehmen der datenübermittelnden Stellen, in der Regel der zuständigen Ausländerbehörde, einzuholen ist, entspricht der bestehenden Praxis. Bei einem Wechsel der Zuständigkeit gilt Satz 3 entsprechend für die Stelle, auf die die Zuständigkeit übergegangen ist. Die datenübermittelnde Stelle ist ebenso wie die Registerbehörde von Amts wegen verpflichtet, im Rahmen ihrer Entscheidung über die grenzüberschreitende Übermittlung neben den Belangen der Bundesrepublik Deutschland auch die individuellen Belange des betroffenen Ausländers einfließen zu lassen.

Zu Nummer 15

Der neue Begriff entspricht der Terminologie der EG-Datenschutzrichtlinie.

Zu Nummer 16

Die Änderung dient der Anpassung der Vorschrift an das Aufenthaltsgesetz (Artikel 1). Die bisherige Regelung des § 84 Abs. 1 und des § 82 Abs. 2 AuslG findet sich in § 68 Abs. 1 und § 66 Abs. 2 des Aufenthaltsgesetzes wieder.

Zu Nummer 17

Zu Buchstabe a

Im Verkehr mit der Registerbehörde ist bezüglich der Visadei die Visadei-Nummer unbestritten das eindeutige Identifizierungskriterium. Übermittlungersuchen müssen deshalb, soweit vorhanden, immer unter Angabe der Visadei-Nummer erfolgen. Die verfügbaren Grundpersonalien des Betroffenen sind nur anzugeben, wenn die Visadei-Nummer der ersuchenden Stelle nicht bekannt ist.

Zu Buchstabe b

Das Fehlen der Visadei-Nummer bedeutet vor allem für diejenigen Stellen, die nicht über einen Onlineanschluss verfügen und deshalb Daten nicht im automatisierten Verfahren abrufen und übermitteln können, ebenso wie für die Registerbehörde eine erhebliche Verwaltungsschwernis. Die Änderung ermöglicht es der Registerbehörde, an die ersuchende öffentliche Stelle auch die Visadei-Nummer zu übermitteln. Mit der Visadei-Nummer kann die ersuchende Stelle ihrerseits der Registerbehörde nach der Identifizierung genau angeben, wer der Betroffene ist.

Zu Nummer 18

Zu Buchstabe a

Der neue Begriff entspricht der Terminologie der EG-Datenschutzrichtlinie.

Zu Buchstabe b

Die Änderung beruht auf der Umbenennung des Bundesamts für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Zu Nummer 19

Die Änderungen beruhen auf Artikel 12 Buchstabe a erster Spiegelstrich der EG-Datenschutzrichtlinie. Der Umfang des Auskunftsrechts wird um die Information über Empfänger oder Kategorien von Empfängern erweitert.

Zu Nummer 20

In Umsetzung des Artikels 14 Buchstabe a der EG-Datenschutzrichtlinie ist in § 20 Abs. 5 BDSG nunmehr geregelt, dass dem Betroffenen unter bestimmten Voraussetzungen ein Widerspruchsrecht gegen eine rechtmäßige Datenverarbeitung und Nutzung garantiert wird. Nach Artikel 14 Buchstabe a zweiter Halbsatz der EG-Datenschutzrichtlinie kann dieses Widerspruchsrecht durch einzelstaatliche Rechtsvorschriften ausgeschlossen werden. Mit dieser Regelung wird das Widerspruchsrecht gegen die rechtmäßige Datenverarbeitung für das AZR ausgeschlossen. Der Ausschluss ist gerechtfertigt. Zweck des AZR ist die Unterstützung von Behörden, die u. a. mit der Durchführung ausländer- und asylrechtlicher Vorschriften betraut sind. Im Hinblick auf die Speicherung und Übermittlung personenbezogener Daten im AZR besteht die Gefahr erheblicher Verzögerungen bei der Ausführung dieser Vorschriften. Die mit der Einrichtung des AZR bezweckte Beschleunigung ausländer- und asylrechtlicher Verfahren würde durch die Möglichkeit des Widerspruchsrechts in Frage gestellt werden.

Zu Artikel 5

Artikel 5 enthält die Änderungen des Staatsangehörigkeitsgesetzes (StAG), die sich aus der systematischen Eingliederung der Einbürgerungsvorschriften des bisherigen Ausländergesetzes (AuslG) und der Anpassung an die Begrifflichkeit des neuen Aufenthaltsrechts ergeben. Der Regelungsgehalt der Einbürgerungsvorschriften des bisherigen AuslG bleibt im Wesentlichen bestehen. Im Übrigen enthält Artikel 5 redaktionelle Anpassungen, die sich aus der Streichung

überholter, noch aus der Entstehungszeit des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 22. Juli 1913 herrührender Begriffe ergeben. Damit soll einem Gesetzesvorhaben nicht vorgegriffen werden, das die mit dem Gesetz zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts vom 15. Juli 1999 (BGBl. I S. 1618) eingeleitete Modernisierung durch Zusammenfassung der derzeit noch in verschiedenen Gesetzen geregelten Einbürgerungsvorschriften fortführt.

Zu den Nummern 1 bis 3

Redaktionelle Bereinigung durch Streichung der gegenstandslos gewordenen auf das Reich bezogenen Begriffe („Bundesstaat“ und „unmittelbare Reichsangehörigkeit“). Mit der Aufhebung der Gliederung in Abschnitte entfällt die obsolet gewordene Abschnittsüberschrift „unmittelbare Reichsangehörigkeit“ ohne dass die Reihenfolge der Paragraphen beeinträchtigt wird.

Zu Nummer 4

In § 4 Abs. 2 erfolgt eine redaktionelle Bereinigung überholter Begriffe. In § 4 Abs. 3 wird der als Voraussetzung für den Ius-soli-Erwerb schon bisher geforderte verfestigte Aufenthaltsstatus an das neue System der Aufenthaltstitel des Aufenthaltsgesetzes angepasst. Bislang musste ein Elternteil neben einem achtjährigen rechtmäßigen gewöhnlichen Aufenthalt im Besitz einer Aufenthaltsberechtigung oder seit drei Jahren im Besitz einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis sein, damit das Kind mit der Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit erwirbt. Diese Funktion einer Sicherstellung eines verfestigten Aufenthalts wird nunmehr durch die Niederlassungserlaubnis übernommen. Ferner werden die Regelungen für Unionsbürger und ihre Familienangehörigen sowie nach dem Freizügigkeitsgesetz/EU gleichgestellte Personen berücksichtigt.

Zu Nummer 5

Mit Streichung der einzigen Paragraphenüberschrift in § 5 wird zum generellen Verzicht auf Paragraphenüberschriften im Staatsangehörigkeitsgesetz zurückgekehrt.

Zu Nummer 6

Neben einer rein redaktionellen Anpassung (Streichung überholter Begriffe und Regelungen und Umstellung von Verweisungen) sieht Nummer 6 die Aufnahme einer Ermessensregelung in § 8 Abs. 2 vor, die aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Vermeidung einer unbilligen Härte den Behörden ein Absehen von einzelnen Einbürgerungsvoraussetzungen erlaubt. Im Hinblick auf die bisher in den §§ 85 ff. AuslG geregelte und nun in die §§ 10 ff. StAG übernommene Anspruchseinbürgerung mit ihren speziellen Voraussetzungen ist auch bei der Ermessenseinbürgerung eine Ausnahmeregelung erforderlich. Damit können Härten vermieden werden, die dadurch entstehen, dass etwa die ausländische Ehefrau aufgrund einer zur Durchführung eines Entlassungsverfahrens erteilten Einbürgerungszusicherung aus ihrer bisherigen Staatsangehörigkeit ausgeschieden ist, nun aber ihrer Einbürgerung – auch bei unverschuldet eingetretener Arbeitslosigkeit ihres deutschen Ehegatten – mangelnde Unterhaltsfähigkeit entgegensteht und sie dadurch staatenlos geworden ist.

Zu Nummer 7

Verweisung auf eine ins Staatsangehörigkeitsgesetz übernommene Regelung des Ausländergesetzes.

Zu Nummer 8

Mit Nummer 8 werden die Vorschriften des Siebten Abschnitts des bisherigen Ausländergesetzes über einen Einbürgerungsanspruch für Ausländer mit längerem Aufenthalt im Bundesgebiet in das Staatsangehörigkeitsgesetz eingegliedert. Die bisherigen Vorschriften im Ausländergesetz über die Einbürgerungsgebühr und das Verwaltungsverfahren werden dabei angesichts entsprechender Regelungen in den §§ 37 und 38 StAG entbehrlich.

Der Einbürgerungsanspruch setzt nach § 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 den Besitz einer Niederlassungserlaubnis oder einer Aufenthaltserlaubnis voraus. Der Ausschluss von bestimmten, nach der neuen Systematik des Aufenthaltsgesetzes als Aufenthaltserlaubnis erteilten Titeln dient dazu, den Kreis der nach der bisherigen Regelung in § 85 AuslG Anspruchsberechtigten beizubehalten. Aufenthaltsbewilligung und Aufenthaltsbefugnis reichen bisher für einen Einbürgerungsanspruch nicht aus. Die Regelung berücksichtigt ferner den besonderen Aufenthaltsstatus von Unionsbürgern und ihren Familienangehörigen sowie von nach dem Freizügigkeitsgesetz/EU gleichgestellten Personen. § 10 Abs. 3 verkürzt die Zeit des für das Entstehen eines Einbürgerungsanspruchs geforderten Mindestaufenthalts von acht auf sieben Jahre, wenn der Ausländer erfolgreich an einem Integrationskurs teilgenommen hat. Dies ist ein statusrechtlicher Anreiz für entsprechende Integrationsbemühungen. Die bisherigen Regelungen zum Verzicht auf die Loyalitätserklärung bei unter 16-Jährigen (§ 85 Abs. 2 Satz 2 AuslG) und zu Ausnahmen von der Unterhaltsfähigkeit (§ 85 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 3 AuslG) sind vollinhaltlich in § 10 Abs. 1 Satz 2 und 3 übernommen.

§ 11 enthält redaktionelle Anpassungen. In § 12 werden die Regelungen des § 87 AuslG übernommen, jedoch ohne die Regelungen des § 87 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 AuslG, soweit dort die Übergabe eines Entlassungsantrages des Ausländers zur Weiterleitung an seinen Herkunftsstaat vorgesehen ist, und des § 87 Abs. 5 AuslG. In § 12 Abs. 1 Satz 2 Nr. 6 wird die Regelung an die Systematik des Aufenthaltsgesetzes angepasst. Die Weiterleitung von Entlassungsanträgen von Ausländern an ihre Herkunftsstaaten, die die Entlassung aus ihrer Staatsangehörigkeit regelmäßig verweigern (§ 87 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 AuslG), hat diese nicht dazu bewegen können, ihre Praxis zu ändern und den Entlassungsanträgen zu entsprechen. In diesen Fällen erfolgt die Einbürgerung weiterhin stets unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit. Die Erteilung einer Einbürgerungszusicherung an Minderjährige, die nach dem Recht ihres Herkunftsstaates erst nach Erreichen der Volljährigkeit ihre bisherige Staatsangehörigkeit aufgeben können (§ 87 Abs. 5 AuslG), hat sich in der Praxis nicht bewährt. Da die Einbürgerungszusicherung unter dem Vorbehalt des Gleichbleibens der Sach- und Rechtslage erteilt wird, ist nach Erreichen der Volljährigkeit neu zu prüfen, ob die Einbürgerungsvoraussetzungen weiterhin gegeben sind. Durch den Wegfall dieser Regelungen können Einbürgerungsverfahren ohne Nachteile für die Betroffenen vereinfacht und beschleunigt und Verwaltungskosten eingespart werden.

§ 12a übernimmt die bisherige Regelung in § 88 AuslG. § 12b ersetzt den bisherigen § 89 AuslG und übernimmt die bereits beim Ius-soli-Erwerb praktizierten Regelungen in Nr. 4.3.1.3 der mit Zustimmung des Bundesrates erlassenen Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Staatsangehörigkeitsrecht.

Zu den Nummern 9 bis 13

Streichung überholter Begriffe und Aufhebung obsoleter Regelungen.

Zu Nummer 14

Nummer 14 enthält eine notwendige rechtliche Anpassung. Da z. B. weibliche Mehrstaater in fremden Streitkräften dienen können, ohne jedoch nach deutschem Wehrrecht wehrpflichtig zu sein, wird mit der Änderung dem Umstand Rechnung getragen, dass eine Genehmigung nach § 8 des Wehrpflichtgesetzes für sie nicht möglich und stattdessen eine Zustimmung der Staatsangehörigkeitsbehörde einzuholen ist.

Zu Nummer 15

Nummer 15 enthält die Ersetzung einer Verweisung.

Zu Nummer 16

Nummer 16 verweist wie bisher auf die ausländerrechtlichen Vorschriften zur Handlungsfähigkeit Minderjähriger und zur Mitwirkungspflicht des Ausländers.

Zu Nummer 17

Nummer 17 regelt die Aufhebung einer Ermächtigungsnorm zum Erlass von allgemeinen Verwaltungsvorschriften, die nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 2. März 1999 – 2 BvF 1/94 – obsolet geworden ist, sowie die Aufhebung einer Zuständigkeitsregelung aus der Entstehungszeit des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes.

Zu Nummer 18

§ 40c übernimmt inhaltlich die Übergangsregelung des § 102a AuslG.

Zu Artikel 6

Durch Artikel 6 sollen in erster Linie die Empfehlungen der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“ in ihrem Bericht „Zuwanderung gestalten – Integration fördern“ zur künftigen Gestaltung des Spätaussiedlerzuzugs umgesetzt werden (siehe dort Seiten 183 bis 185). Dies betrifft insbesondere eine Modifizierung des durch das Kriegsfolgenbereinigungsgesetz in das Bundesvertriebenengesetz (BVFG) eingefügten Instituts der Einbeziehung für die nichtdeutschen Ehegatten oder Abkömmlinge von Spätaussiedlerbewerbern sowie die Konzentration der Zuständigkeit für das Aufnahme- und Bescheinigungsverfahren beim Bundesverwaltungsamt: Danach soll künftig die Einbeziehung mit der Folge, dass der Einbezogene nach seiner Aufnahme in Deutschland zunächst den Deutschen-Status und mit Ausstellung der Bescheinigung nach § 15 Abs. 2 BVFG die deutsche Staatsangehörigkeit erwirbt, von dem Nachweis

ausreichender Deutschkenntnisse abhängig gemacht und das Bescheinigungsverfahren nunmehr von Amts wegen eingeleitet sowie zügig abgeschlossen werden, wobei eine wiederholte Feststellung von Deutschkenntnissen im Rahmen der Statusprüfung für Spätaussiedler verzichtbar wird.

Schließlich werden die Vorschläge zur klarstellenden Änderung des BVFG, die in dem Entwurf eines Spätaussiedlerstatusgesetzes der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Bundestagsdrucksache 14/6310) enthalten waren, jedoch im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens zurückgestellt wurden (Bundestagsdrucksache 14/6573), erneut aufgegriffen. Sie betreffen vor allem Klarstellungen zu dem § 6 Abs. 2 BVFG zu Grunde liegenden Abstammungs-Begriff sowie die Verdeutlichung der akzessorischen Natur des Instituts der Einbeziehung.

Zu Nummer 1

Die Neufassung der Bestimmung dient der Klarstellung unter Berücksichtigung des Änderungsvorschlags zu Nummer 5 Buchstabe b.

Zu Nummer 2

Nach der Begründung des Regierungsentwurfs zum Kriegsfolgenbereinigungsgesetz (KfbG) liegt dem seinerzeit vorgeschlagenen § 6 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 (Artikel 1 Nr. 5 Buchstabe b des Gesetzesentwurfs [Bundestagsdrucksache 12/3212]) ein enger Abstammungs-Begriff zu Grunde, der „nicht über die Elterngeneration hinaus weist“ (Urteil des VG Köln vom 9. Juni 1998 [9 K 2645/97], Umdruck S. 5, unter Bezugnahme auf S. 23 der Regierungsbegründung zum KfbG; diese Auslegung wurde – ohne nähere Begründung – bestätigt durch das Urteil des OVG Münster vom 17. März 2000 [2 A 888/98], Umdruck S. 28). Die Bundesregierung hält diese Auslegung für zutreffend, den Inhalt der gesetzlichen Regelung jedoch aus Gründen der Rechtssicherheit und -einheit insoweit für klarstellungsbedürftig.

Ein Widerspruch zur Regelung in § 6 Abs. 2 Satz 2, wonach Deutschkenntnisse familiär, d. h. nicht notwendigerweise durch die Eltern, vermittelt worden sein müssen, besteht nicht. Vielmehr trägt diese Regelung der Fallkonstellation Rechnung, in der die deutsche Volkszugehörigkeit der Eltern oder eines Elternteils wegen der Ausnahmeregelung in § 6 Abs. 2 Satz 4 trotz Fehlens familiär vermittelter Deutschkenntnisse festgestellt worden ist und diese demzufolge zwar eine deutsche Abstammung, jedoch keine Deutschkenntnisse an ihre Abkömmlinge haben vermitteln können, gleichwohl eine familiäre Vermittlung durch andere Verwandte möglich ist oder war.

Ferner besteht kein Sachzusammenhang mit der Wohnsitzregelung in § 4 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3, der einen einheitlich auszulegenden Abstammungs-Begriff im BVFG erforderlich machen würde.

Zu Nummer 3

Durch die Neufassung der Norm wird der bisher im SGB III geregelte Anspruch von Spätaussiedlern sowie deren in den Aufnahmebescheid einbezogenen Ehegatten oder Abkömmlingen auf Sprachförderung im BVFG geregelt. Nähere Regelungen sind dazu durch das Bundesministerium des Innern im Rahmen einer Rechtsverordnung zu treffen, die im

Hinblick auf die Angleichung der Integrationsmaßnahmen für Spätaussiedler und Ausländer inhaltlich der nach § 43 Abs. 4 Aufenthaltsgesetz zu erlassenden Rechtsverordnung entsprechen soll.

Mit den neuen Absätzen 1 und 4 wird das innerhalb der Bundesregierung bereits abgestimmte Gesamtsprachkonzept umgesetzt, wonach ein Rechtsanspruch auf Sprachförderung zur Erlangung ausreichender Sprachkenntnisse besteht und darüber hinaus eine Zusatzförderung für bestimmte Personengruppen wie junge Spätaussiedler bis zu 27 Jahren ohne ausreichende berufliche Ausbildung oder Qualifikation sowie erwachsene Spätaussiedler, die nach Abschluss des Integrationskurses noch nicht in den Arbeitsmarkt vermittelbar und auf Sozialhilfe angewiesen sind, möglich sein soll. Die Ausschlussklausel des Absatzes 1 Satz 2 entspricht der Ausschlussklausel in § 44 Abs. 1 AufenthG.

Die Sprachförderung von Ausländern und Aussiedlern soll nach einheitlichen Maßstäben erfolgen. Daher wird auch insoweit das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mit der Entwicklung eines Konzepts beauftragt.

Zu Nummer 4

Zu Buchstabe a

Zu Doppelbuchstabe aa

Die statusrechtlichen Voraussetzungen für die Anerkennung als Spätaussiedler werden im Aufnahmeverfahren durch das Bundesverwaltungsamt nur vorläufig geprüft. Erst nachdem ein Spätaussiedlerbewerber und seine Familie mit einem aufgrund des Aufnahmebescheides erteilten Visum nach Deutschland eingereist sind, wird gemäß § 15 BVFG im sog. Bescheinigungsverfahren auf Antrag von den zuständigen Behörden der das BVFG insoweit ausführenden Länder mit bindender Wirkung gegenüber den Leistungsbehörden darüber entschieden, ob die rechtlichen Voraussetzungen für die Anerkennung als Spätaussiedler oder als Ehegatte bzw. Abkömmling eines solchen vorliegen.

Kommt hierbei die zuständige Behörde eines Landes zu einem von den Feststellungen im Aufnahmeverfahren abweichenden Ergebnis, wird dies im Allgemeinen von den Betroffenen darauf zurückgeführt, dass das geltende Recht von der zuständigen Behörde nicht richtig angewandt worden sei. Die Bundesregierung wird in der Folge mit einer Vielzahl von Petitionen befasst, in denen die vermeintlich unrichtige Anwendung des geltenden Rechts im Bescheinigungsverfahren beanstandet und um Abhilfe gebeten wird. Letzteres ist aufgrund der Kompetenzlage nicht möglich (und auch in der Sache selbst regelmäßig nicht veranlasst).

Wird die Ausstellung einer Bescheinigung nach § 15 BVFG bestands- oder rechtskräftig abgelehnt, steht fest, dass sich der Antragsteller sowie ggf. sein nichtdeutscher Ehegatte oder seine nichtdeutschen Abkömmlinge als Ausländer in Deutschland aufhalten. Besondere Leistungen, die nach erfolgreichem Durchlaufen des Aufnahmeverfahrens im Interesse einer raschen Integration zunächst aufgrund des Aufnahmebescheides an Spätaussiedler und deren Ehegatten oder Abkömmlinge erbracht worden sind (z. B. Eingliederungshilfe gemäß § 328 Abs. 3 Satz 2 SGB III), müssen dann zurückgefordert werden (wäre der Betroffene ohne die Gewährung von Eingliederungshilfe zum Bezug von Sozialhilfe berech-

tigt gewesen, beschränkt sich die Rückforderung auf den die Sozialhilfe übersteigenden Teil der Eingliederungshilfe). Dabei war es bereits Ziel des mit dem Aussiedleraufnahmegesetz (AAG) eingeführten Aussiedleraufnahmeverfahrens, durch die Prüfung der Frage, ob ein Antragsteller „zum schutzbedürftigen Personenkreis des Gesetzes“ gehört, vor dessen Aussiedlung „Belastungen insbesondere für die Kommunen, wie sie durch die Betreuung nichtberechtigter Personen auftreten“, zu vermeiden (vgl. Begründung zum Entwurf eines AAG, Bundestagsdrucksache 11/6937, S. 5, 6). Dies wird ohne Beseitigung der zeitlich nicht befristeten Einleitung des Bescheinigungsverfahrens auf Antrag derjenigen, die die Ausstellung einer Bescheinigung nach § 15 Abs. 1 oder 2 begehren, kaum zu erreichen sein.

Der gegenwärtige Zustand ist daher sowohl für die Betroffenen als auch für die Verwaltung unbefriedigend: Deshalb wird vorgeschlagen, die Zuständigkeit für das Aufnahme- und Bescheinigungsverfahren beim Bundesverwaltungsamt zu konzentrieren. (Der Änderungsvorschlag berührt die in § 28 Abs. 2 Satz 1 BVFG vorgesehene Zustimmung des aufnehmenden Landes zu dem vom Bundesverwaltungsamt zu erteilenden Aufnahmebescheid nicht.) Ferner soll die Bescheinigung nach § 15 BVFG von Amts wegen ausgestellt und das Verfahren unmittelbar mit der Registrierung in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Bundes von Amts wegen eingeleitet und zügig abgeschlossen werden, um möglichst rasch abschließend über den Status zu entscheiden und Rückforderungen von Integrationsleistungen möglichst zu vermeiden.

Eine Wiederholung des in § 6 Abs. 2 Satz 3 vorgesehenen Gesprächs zur Feststellung der deutschen Volkszugehörigkeit im Bescheinigungsverfahren ist entbehrlich, insoweit besitzt der Aufnahmebescheid Tatbestandswirkung für das Bescheinigungsverfahren (dadurch wird ein erstmaliges Gespräch nicht ausgeschlossen, wenn es etwa infolge einer Identitätstauschung im Aussiedlungsgebiet noch nicht stattgefunden hat). Durch diese Regelung wird eine der häufigsten Petitionsursachen bei der Spätaussiedleraufnahme ausgeräumt (vgl. vorstehend) und für die Betroffenen ein entscheidendes Maß an Sicherheit bei der Aussiedlung hergestellt.

Die abschließende Feststellung der deutschen Volkszugehörigkeit oder gar der Spätaussiedlereigenschaft während des Aufnahmeverfahrens, d. h. solange sich die Antragsteller noch im Aussiedlungsgebiet aufhalten, erscheint indessen nicht empfehlenswert: Artikel 116 Abs. 1 GG knüpft den Erwerb des Deutschen-Status an die Aufnahme in Deutschland. Die einfachgesetzliche Regelung in § 4 Abs. 1 in Verbindung mit § 4 Abs. 3 Satz 1 trägt dieser Vorgabe dementsprechend Rechnung, indem der Spätaussiedlerstatus kraft Gesetzes erst mit der Begründung ständigen Aufenthalts in Deutschland entsteht und gleichzeitig zum Erwerb des Deutschen-Status führt. Diese Regelung ist schon deshalb sachlich geboten, weil für den Erwerb des Deutschen-Status vor der Aussiedlung – unbeschadet der Frage der völkerrechtlichen Opportunität – kein hinreichender Grund besteht. So halten sich in den Aussiedlungsgebieten u. a. über 110 000 Personen auf, die seit mehr als einem Jahr einen Aufnahmebescheid besitzen oder in diesen (als nichtdeutsche Ehegatten oder Abkömmlinge) einbezogen worden sind, jedoch keine Aussiedlungsabsichten besitzen. Der

Aufnahmebescheid dient ihnen (nur) als „Sicherheitspapier“. Die „Einbürgerung“ dieser Personen wäre in jeder Hinsicht unangemessen.

Darüber hinaus müssen intervenierende Ereignisse wie beispielsweise die Auflösung der Ehe oder das Versterben eines (potentiellen) Spätaussiedlers vor seiner Aussiedlung mit Blick auf die rechtlichen Konsequenzen für die in dessen Aufnahmebescheid einbezogenen nichtdeutschen Verwandten berücksichtigt werden können (vgl. § 27 Abs. 1 Satz 3 sowie Artikel 6 Nr. 5 Buchstabe b dieses Gesetzes).

Schließlich ist das persönliche Erscheinen der Antragsteller in Verbindung mit der Vorlage und Prüfung feststellungserheblicher Dokumente für die Verwaltungspraxis unverzichtbar, um der missbräuchlichen Inanspruchnahme des Anspruchs auf Erteilung eines Aufnahmebescheides aus § 27 Abs. 1 Satz 1 wirkungsvoll begegnen zu können. Eine abschließende Durchführung dieser Prüfung auf fremdem Hoheitsgebiet ist schon aus Kapazitätsgründen allenfalls begrenzt möglich.

Die vorgeschlagene Zuständigkeitskonzentration dürfte in der Regel einen schnellen Abschluss des Bescheinigungsverfahrens erlauben und ferner mit erheblichen Synergieeffekten verbunden sein, die unter Berücksichtigung der veränderten Umstände und Bedeutung der Spätaussiedlung sowie der Schwerpunktverlagerung auf Fragen der Integration die Aufgabenwahrnehmung durch den Bund sinnvoll erscheinen lassen.

Zu Doppelbuchstabe bb

Die Einleitung des Bescheinigungsverfahrens von Amts wegen erfordert im Hinblick auf seine praktische Durchführbarkeit die Anordnung einer Registrierpflicht in einer Erstaufnahmeeinrichtung des Bundes auch für die nichtdeutschen Ehegatten oder Abkömmlinge von Spätaussiedlern, welche für letztere bereits nach § 3a Abs. 1 Satz 1 Wohnortzuweisungsgesetz angeordnet ist.

Zu Doppelbuchstabe cc

Redaktionelle Anpassung an die Neufassung von Satz 1.

Zu Doppelbuchstabe dd

Der bisherige Satz 4 wird infolge der Zuständigkeitskonzentration beim Bundesverwaltungsamt obsolet.

Zu Buchstabe b

Die Neufassung von Absatz 2 stellt zunächst eine redaktionelle Anpassung an die in Absatz 1 normierte Einleitung des Bescheinigungsverfahrens von Amts wegen dar. Ferner wird durch die Neufassung bewirkt, dass Bescheinigungen nach Absatz 2 nur dann ausgestellt werden dürfen, wenn der (eigene) Antrag des Betroffenen auf Erteilung eines Aufnahmebescheides gestellt und nicht bestands- oder rechtskräftig abgelehnt wurde. Sofern ein solcher Antrag gestellt und bestands- oder rechtskräftig abgelehnt wurde, steht fest, dass der Anspruch auf Erteilung eines Aufnahmebescheides nicht besteht. In diesen Fällen oder dann, wenn ein Antrag auf Erteilung eines Aufnahmebescheides nicht gestellt wurde, haben die Betroffenen die Aussiedlungsgebiete nicht im Wege des Aufnahmeverfahrens gemäß § 4 Abs. 1 verlas-

sen und können dementsprechend nicht als Spätaussiedler anerkannt werden. Letzteres trifft nicht zu, sofern über den (eigenen) Aufnahmebescheid noch nicht abschließend entschieden und das Aussiedlungsgebiet zum Zwecke der beschleunigten gemeinsamen Aussiedlung mit Hilfe des Instituts der Einbeziehung verlassen wurde.

Zu Nummer 5

Der neu einzurichtende Zuwanderungsrat soll nach § 76 Abs. 3 Satz 2 Aufenthaltsgesetz auch die Entwicklung bei der Aufnahme von Spätaussiedlern begutachten, wodurch der in den §§ 22 bis 24 Bundesvertriebenengesetz vorgesehene Beirat beim Bundesministerium des Innern entbehrlich wird. Länderregelungen über die Organisation ihrer Beratung bleiben unberührt.

Zu Nummer 6

Zu Buchstabe a

Klarstellende redaktionelle Anpassung an den Wortlaut des § 4 Abs. 1.

Zu Buchstabe b

Kern der Neuregelung ist der Nachweis von ausreichenden Deutschkenntnissen als gesetzliche Voraussetzung für die Einbeziehung in den Aufnahmebescheid eines Spätaussiedlerbewerbers. Eine entsprechende Empfehlung hat die Unabhängige Kommission „Zuwanderung“ in ihrem Bericht „Zuwanderung gestalten – Integration fördern“ vom 4. Juli 2001 ausgesprochen (a. a. O. S. 183 f.). Sachlich bedeutet dies eine Annäherung an die Regelung in § 86 Nr. 1 AuslG, wonach die Anspruchseinbürgerung nach § 85 AuslG ausgeschlossen ist, wenn der Einbürgerungsbewerber nicht über ausreichende Deutschkenntnisse verfügt (vgl. hierzu auch Rn. 86.1 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Staatsangehörigkeitsgesetz vom 13. Dezember 2000, GMBI. 52 S. 122). Anlass für diese Regelung ist die von den Annahmen des Kriegsfolgenbereinigungsgesetzes vom 21. Dezember 1992 stark abweichende Entwicklung der Zusammensetzung der aussiedelnden russlanddeutschen Familien, die sich (durchschnittlich) nicht – wie vom Gesetzgeber angenommen worden ist (vgl. Regierungsentwurf zum Kriegsfolgenbereinigungsgesetz [Bundestagsdrucksache 12/3212], Begründung zu B. Besonderer Teil, zu Nummer 33) – zum weitaus größten Teil aus Spätaussiedlern zusammensetzen, sondern inzwischen umgekehrt nur zu einem Viertel aus Spätaussiedlern und im Übrigen aus nichtdeutschen Familienangehörigen, von denen die in den Aufnahmebescheid Einbezogenen etwa 4/5 ausmachen. Durch die Neuregelung sollen die Betroffenen dazu angeregt werden, sich bereits im Aussiedlungsgebiet ausreichende Deutschkenntnisse anzueignen und dadurch ihre Integration in Deutschland zu erleichtern.

Solange ausreichende Deutschkenntnisse nicht nachgewiesen werden, ist die Einbeziehung ausgeschlossen, eine gemeinsame Aussiedlung kommt dann nur nach Maßgabe der ausländerrechtlichen Vorschriften über den Familiennachzug zu Deutschen in Betracht.

Die Neufassung von Satz 2 soll ferner klarstellend dem durch die Rechtsprechung zuerkannten eigenen Anspruch der nichtdeutschen Ehegatten oder Abkömmlinge von Spä-

aussiedlern auf Einbeziehung in den Aufnahmebescheid und damit auf Aufnahme in Deutschland und den Erwerb des Deutschen-Status sowie der deutschen Staatsangehörigkeit (vgl. § 7 StAG) begegnen, indem das Rechtsinstitut der Einbeziehung wieder auf seine Funktion zurückgeführt wird: Es soll ein potentiellcs Aussiedlungshindernis für den Spätaussiedler zu dessen Gunsten ausräumen, d. h. die Möglichkeit der gemeinsamen Aussiedlung mit dem Spätaussiedler begünstigt dessen nichtdeutsche Familienangehörige nur mittelbar. Daraus folgt konsequenterweise, dass der Antrag auf Einbeziehung nur durch den Spätaussiedler gestellt werden kann, in dessen Aufnahmebescheid die Einbeziehung möglich ist. Dieser Antrag kann bzw. muss in den Fällen bedingt gestellt werden, in denen eine einzubeziehende Person in erster Linie ihre Anerkennung als Spätaussiedler verfolgt und dementsprechend die Erteilung eines Aufnahmebescheides für sich beantragt. Die Neufassung verdeutlicht überdies, dass ohne Antrag eine Einbeziehung nicht erfolgen und die Antragstellung in der Verwaltungspraxis nicht unterstellt werden darf. Um auch den integrationspolitischen Zweck, der mit der Neufassung von Satz 2 beabsichtigt ist, vollständig erreichen zu können, muss ausgeschlossen werden, dass über die Einbeziehung von Abkömmlingen der zweiten Generation mittelbar ein Aufenthaltsrecht für deren Eltern geschaffen wird (§ 28 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 AufenthG), wenn diese selbst etwa wegen fehlender Deutschkenntnisse nicht einbezogen werden können und auch keine unzumutbare Härte im Sinne der ausländerrechtlichen Bestimmungen zum Familiennachzug (zu Deutschen) vorliegt (§ 28 Abs. 5, § 36 AufenthG).

Aus der Akzessorietät der Einbeziehung folgt ohne weiteres, dass Rechte aus ihr dann nicht mehr hergeleitet werden können, wenn und soweit eine gemeinsame Aussiedlung des Spätaussiedlers mit den in seinem Interesse begünstigten Familienangehörigen nicht mehr möglich ist. In der bisherigen Gesetzesfassung ist dies in § 27 Abs. 1 Satz 3 exemplarisch nur für den Fall der Auflösung der Ehe ausdrücklich geregelt. Deshalb wird durch die Neufassung von Satz 3 diese Regelung ausdrücklich auch auf den Fall des Versterbens der Bezugsperson vor Aufnahme der begünstigten Familienangehörigen in Deutschland ausgedehnt und zugleich verdeutlicht, dass beide Fallgestaltungen lediglich exemplarischen Charakter besitzen.

Sind in den Aufnahmebescheid einbezogene nichtdeutsche Familienangehörige bereits vor dem Spätaussiedlerbewerber selbst ausgesiedelt, so entsteht ihr Status gemäß § 4 Abs. 3 Satz 2 nicht etwa mit ihrer Aufenthaltsnahme in Deutschland, sondern erst dann, wenn – was in der hier angesprochenen Fallkonstellation des vorzeitigen Ablebens der Bezugsperson nicht (mehr) möglich ist – der Spätaussiedlerbewerber gemäß § 4 Abs. 3 Satz 1 kraft Gesetzes den Spätaussiedlerstatus erwirbt. Über die Aufenthaltsberechtigung muss dann nach Ausländerrecht entschieden werden.

Zu Nummer 7

Die Übergangsregelung dient verwaltungs- und verfahrensökonomischen Zwecken: Das Bundesverwaltungsamt gibt bisher seine Verwaltungsvorgänge aus dem Aufnahmeverfahren unmittelbar nach Abschluss von Verteilung und Registrierung an das jeweilige Land ab, so dass ein übergangsloser Zuständigkeitswechsel einen umfangreichen Akten-

rücktransport erfordern würde, der seinerseits einen vermeidbaren Antragsstau mit sich bringen würde.

Zu Nummer 8

Auf Grund der Neufassung des § 15 Abs. 1 BVFG ist das Bundesverwaltungsamt nunmehr für das Aufnahme- und das Bescheinigungsverfahren zuständig. Die Neufassung trägt dem Rechnung.

Zu Artikel 7

Artikel 7 regelt die erforderlichen redaktionellen Anpassungen des Gesetzes über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer im Bundesgebiet an das neue Aufenthaltsgesetz.

Zu Nummer 1

Die Änderung dient der Klarstellung hinsichtlich der Stichtagsregelung.

Zu den Nummern 2 und 4

Die Umbenennung der aufenthaltsrechtlichen Titel und die Umstrukturierung der Ausweisungstatbestände sowie Veränderungen bei der Aufenthaltsbeendigung machen in den Nummern 2 und 4 redaktionelle Anpassungen erforderlich.

Zu den Nummern 3 und 5

Mit den Änderungen werden obsolet gewordene Regelungen aufgehoben.

Zu Artikel 8

Mit der Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes wird der Kreis der Empfänger von abgesenkten Sozialleistungen geändert. Künftig erhalten alle Ausländer, die rechtsmissbräuchlich die Dauer ihres Aufenthalts (z. B. durch Vernichtung des Passes, Angabe einer falschen Identität) selbst beeinflusst haben, nicht mehr nach drei Jahren den vollen Leistungsumfang des Bundessozialhilfegesetzes (Nummer 3).

Damit wird der Anreiz zur missbräuchlichen Asylantragstellung weiter eingeschränkt, was letztlich zu einer Reduzierung der Anträge und damit insgesamt zu einer Verfahrensbeschleunigung führen dürfte.

Im Übrigen vollzieht Artikel 8 die erforderlichen redaktionellen Anpassungen des Asylbewerberleistungsgesetzes an das neue Aufenthaltsgesetz nach.

Zu Nummer 1

Zu Buchstabe a

Zu Doppelbuchstabe aa

Die Vorschrift umfasst bisherige Duldungsinhaber sowie in Teilen den Personenkreis, der bislang eine Aufenthaltsbefugnis nach den §§ 32 oder 32a des Ausländergesetzes erhalten hat.

Zu Doppelbuchstabe bb

Im Folgeantragsverfahren gelangt der Antragsteller erst nach der Entscheidung des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge (künftig Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) über die Durchführung eines weite-

ren Asylverfahrens in den Besitz der Aufenthaltsgestattung und ist damit leistungsberechtigt nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (§ 1 Abs. 1 Nr. 1). Zur Eingrenzung der missbräuchlichen, häufig mehrfachen Folgeantragstellung ist eine Erweiterung auf den Zeitraum vor der Entscheidung des Bundesamtes erforderlich. Die Folgeantragsteller werden damit Erstantragstellern gleichgestellt.

Zu Buchstabe b

Die Änderung dient der redaktionellen Anpassung.

Zu Buchstabe c

Die Änderung berücksichtigt die Umbenennung der Behörde.

Zu Nummer 2

Die Duldung ist im Aufenthaltsgesetz nicht mehr vorgesehen, die Streichung der Verweisung ist auch durch die neue Belegung der Nummer 4 in § 1 Abs. 1 begründet.

Zu Nummer 3

Die Anwendung des BSHG soll wie im derzeit geltenden Recht grundsätzlich für alle Fälle des § 1 nach 36 Monaten erfolgen. Dies wird angesichts der erstrebten Verkürzung der Asylverfahren und der Beschleunigung der Abschiebungen zu keinen zusätzlichen finanziellen Belastungen der Länder führen. Ausgenommen wären nur die Fälle, in denen der Ausländer rechtsmissbräuchlich die Dauer seines Aufenthalts (z. B. durch Vernichtung des Passes, Angabe einer falschen Identität) selbst beeinflusst hat.

Dies entspricht auch der Intention des Gesetzes, zwischen denjenigen Ausländern zu unterscheiden, die unverschuldet nicht ausreisen können und denjenigen, die ihrer Ausreisepflicht rechtsmissbräuchlich nicht nachkommen.

Die Bestimmung über die Folgen rechtsmissbräuchlichen Verhaltens knüpft an den Entwurf einer Richtlinie des Rates der Europäischen Union zur Festlegung von Mindestnormen für die Aufnahme von Asylbewerbern an. In Artikel 16 des Entwurfs werden Formen von „negativen Verhalten“ zusammengefasst, die auf nationaler Ebene eine Einschränkung der Leistungen erlauben. Mit dem allgemeinen Hinweis auf rechtsmissbräuchliches Verhalten wird die Vereinbarkeit mit der zu erwartenden Richtlinie der EU gewährleistet.

Zu Nummer 4

Unter Zugrundelegung des amtlichen Umrechnungskurses von 1,95583 ergibt die Umstellung des Betrages von 2 DM auf Euro den Betrag von 1,05 Euro.

Zu den Nummern 5 und 6

Die Änderung berücksichtigt die Anpassung von Verweisungen.

Zu Nummer 7

In § 12 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe d AsylbLG wird festgelegt, dass zur Beurteilung der Auswirkungen des Asylbewerberleistungsgesetzes eine Statistik über die Zuschüsse nach § 8

Abs. 2 AsylbLG zu führen ist. Die Erhebungszahlen über die Empfänger von diesen Zuschüssen ist so niedrig, dass eine praktische Relevanz dieses Erhebungsteils der Asylbewerberleistungsstatistik nicht gegeben ist. Die Regelung kann daher entfallen.

Zu Nummer 8

Unter Zugrundelegung des amtlichen Umrechnungskurses von 1,95583 ergibt die Umstellung des Betrages von 10 000 DM auf Euro den Betrag von 5 000 Euro.

Zu Artikel 9

Artikel 9 passt das SGB III an das neue Aufenthaltsgesetz an.

Zu den Nummern 1 und 2

Die Nummern 1 und 2 enthalten Folgeänderungen aus dem neuen Aufenthaltsgesetz.

Zu Nummer 3

Die Vorschriften werden aufgehoben, weil sie durch die Übernahme der Arbeitsgenehmigungsvorschriften in das Aufenthaltsgesetz nicht mehr benötigt werden.

Zu Nummer 4

Folgeänderung aus dem neuen Aufenthaltsgesetz.

Zu Nummer 5

Die Vorschrift wird aufgehoben, weil sie durch die Übernahme der Arbeitsgenehmigungsvorschriften in das Aufenthaltsgesetz nicht mehr benötigt wird.

Zu den Nummern 6 bis 9

Redaktionelle Anpassungen auf Grund des neuen Aufenthaltsgesetzes.

Zu Nummer 10

Im Hinblick auf die in § 39 beschriebene Rolle des Verwaltungsausschusses ist seine Aufgabenbeschreibung in § 378 Abs. 1 Satz 2 SGB III entsprechend zu ändern.

Zu den Nummern 11 bis 14

Redaktionelle Anpassungen auf Grund des neuen Aufenthaltsgesetzes.

Zu Nummer 15

Obgleich der Straftatbestand des § 92 Abs. 1 Nr. 3 Ausländergesetze hinsichtlich der Zuwiderhandlung gegen eine vollziehbare Auflage über das Verbot oder die Beschränkung der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit infolge des Umbaus der arbeitserlaubnisrechtlichen Systematik gestrichen worden ist, kann im Interesse der wirksamen Bekämpfung der unerlaubten Erwerbstätigkeit von Ausländern nicht auf einen Straftatbestand verzichtet werden. Daher wird § 407 Abs. 1 Nr. 2 SGB III um einen Straftatbestand der wiederholten unerlaubten Ausübung einer Beschäftigung ergänzt. Die Formulierung entspricht dem für den Arbeitgeber gel-

tenden Straftatbestand und stellt die notwendige Abstufung im Unrechtsgehalt zu dem Bußgeldtatbestand in § 404 Abs. 2 Nr. 4 SGB III sicher. Die Änderung des § 407 Abs. 2 SGB III ist eine Folgeänderung, da die Qualifikation nicht auf den neu geschaffenen Straftatbestand passt.

Zu Nummer 16

Der Zuzug führt für den Spätaussiedler, seinen Ehegatten und seine Abkömmlinge im Sinne des § 7 Abs. 2 des Bundesvertriebenengesetzes zur Notwendigkeit, sich in einer neuen und ungewohnten Umgebung einzuleben. Die Nutzung der verfügbaren Angebote zur Erleichterung des Einlebens ist ein notwendiger aktiver Eigenbeitrag zur Integration. Der Anspruch auf Eingliederungshilfe setzt deshalb voraus, dass der Spätaussiedler, sein Ehegatte und seine Abkömmlinge bereit und in der Lage sind, an einem Integrationskurs nach § 9 Abs. 1 des Bundesvertriebenengesetzes teilzunehmen; er entfällt für Zeiten der Nichtteilnahme ohne wichtigen Grund.

Zu Nummer 17

Folgeänderung zur Regelung der Integrationskurse in § 44 Aufenthaltsgesetz und § 9 Abs. 1 Bundesvertriebenengesetz.

Zu Nummer 18

Folgeänderungen zur Regelung der Integrationskurse in § 44 Aufenthaltsgesetz und § 9 Abs. 1 Bundesvertriebenengesetz.

Zu Nummer 19

Folgeänderung zur Aufhebung der §§ 419 und 420 Abs. 3.

Zu Nummer 20

Siehe Begründung zu den Nummern 16 und 17.

Zu Nummer 21

Aus Gründen des Vertrauensschutzes werden vor dem Tag des Inkrafttretens des Gesetzes begonnene Deutsch-Sprachlehrgänge bis zum Ende des Sprachkurses nach den vor dem Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes geltenden Regelungen behandelt.

Zu Artikel 10

Artikel 10 regelt die Anpassungen in sozial- und leistungswirtschaftlichen Gesetzen an das neue Aufenthaltsgesetz. Durch die Umstrukturierung aufenthaltsrechtlicher Titel und einer Differenzierung nach Aufenthaltszwecken ist bei der Festlegung des anspruchsberechtigten Personenkreises in leistungsgewährenden Gesetzen eine Anpassung erforderlich. Die Anpassung soll kostenneutral erfolgen. Im Übrigen werden Verweisungen auf das Ausländergesetz durch entsprechende Verweisungen auf das Aufenthaltsgesetz ersetzt.

Zu den Nummern 1, 4 und 5

Anspruchsberechtigt sollen Personen sein, die bereits nach geltendem Recht Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz, Bundeserziehungsgeldgesetz und Bundeskindergeldgesetz erhalten. Dies betrifft grundsätzlich Personen, die sich dauerhaft in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten. Dementsprechend gehören zum Berechtigtenkreis Inhaber einer Niederlassungserlaubnis. Ferner sind Personen erfasst, die sich mit der Perspektive eines dauerhaften Aufenthalts zu Erwerbszwecken im Bundesgebiet aufhalten, ebenso Asylberechtigte und andere Konventionsflüchtlinge (§ 25 Abs. 1 und 2 des Aufenthaltsgesetzes), Ehegatten mit einem eigenständigen Aufenthaltsrecht (§ 31 des Aufenthaltsgesetzes), Wiederkehrer (§ 37 des Aufenthaltsgesetzes), ehemalige Deutsche (§ 38 des Aufenthaltsgesetzes) sowie die Familienangehörigen, die zu dem benannten Personenkreis nachziehen.

Der Zweck des Aufenthalts ist für die zuständigen Behörden unmittelbar aus der Aufenthaltserlaubnis des Ausländers zu erkennen.

Zu Nummer 2

§ 120 Abs. 5 Satz 2 dient der gleichmäßigen Lastenverteilung unter den Ländern und Gemeinden bei Sozialhilfebedürftigkeit von in ihrem Zuständigkeitsbereich aufhaltigen Ausländern. Neben einer ausdrücklichen räumlichen Beschränkung, die einen Eingriff in die Freizügigkeit darstellt, ist die Gewährung von reduzierten Leistungen der Sozialhilfe auch bei Inhabern einer Aufenthaltserlaubnis aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen (Abschnitt 5 des Aufenthaltsgesetzes) erforderlich, um den Anstieg von Sozialhilfekosten in Gebieten, die eine höhere Konzentration von Ausländern aufweisen, zu vermeiden. Diese Einschränkung gilt nicht für Asylberechtigte oder Personen, die Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention sind, da hier der Eingriff in die Freizügigkeit nicht mit der Genfer Flüchtlingskonvention in Einklang zu bringen ist. Die Nichtanwendbarkeit des § 120 Abs. 5 Satz 2 Bundessozialhilfegesetz aus anderen wichtigen Gründen tritt nur dann ein, wenn diese Gründe ein dem Schutz von Ehe und Familie vergleichbares Gewicht haben.

Zu Nummer 3

Zu Nummer 1

In § 5 BAföG sind zwei Änderungen vorgesehen:

Zu Buchstabe a

Durch die Änderung des § 5 Abs. 1 Satz 1 BAföG wird allen Auszubildenden, die nach § 8 Abs. 1 BAföG förderungsrechtlich deutschen Staatsangehörigen gleichgestellt sind, auch die Möglichkeit eingeräumt, Ausbildungsförderung für eine als „Grenzpendler/-in“ im grenznahen Ausland durchgeführte Ausbildung zu erhalten. Damit wird eine kaum zu rechtfertigende Differenzierung zwischen EU-Staatsangehörigen, die bereits de lege lata gefördert werden können, und z. B. den bei ihren Eltern in Deutschland lebenden ausländischen Kindern deutscher Staatsangehöriger beseitigt.

Zu Buchstabe b

Mit der Neufassung des § 5 Abs. 2 Satz 4 BAföG wird sichergestellt, dass ausländische Auszubildende ohne besonderen Rechtsstatus künftig ohne weiteres Ausbildungsförderung auch für im Rahmen einer Inlandsausbildung befristet durchgeführte Auslandsausbildungen beanspruchen können. Die bisherige Beschränkung der Auslandsförderung für diesen Personenkreis auf die Fälle, in denen der Auslandsaufenthalt in den jeweiligen Ausbildungsbestimmungen zwingend vorgeschrieben ist, entfällt. Lediglich die Förderung bis zum Abschluss der Ausbildung an einer Ausbildungsstätte im EU-Ausland (§ 5 Abs. 2 Nr. 3 BAföG) soll auch weiterhin deutschen Auszubildenden und ausländischen mit besonderem Rechtsstatus vorbehalten bleiben. Drittstaatsangehörige sind von der primär europapolitischen Zielsetzung dieser Bestimmung dagegen nicht betroffen. Mit der Neuregelung wird – einer Anregung der Ausländerbeauftragten folgend – ein Beitrag zur Integration und Chancengleichheit von „Bildungsinländern“ geleistet.

Zu Nummer 2

In § 8 BAföG sind vier Änderungen vorgesehen:

Zu Buchstabe a

§ 8 Abs. 1 Nr. 4 BAföG enthält eine Folgeänderung. Wegen der Außerkraftsetzung des Gesetzes über Maßnahmen für im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommene Flüchtlinge (HumHAG) vom 22. Juli 1980 (BGBl. I S. 1057) durch Artikel 15 Nr. 3 des Zuwanderungsgesetzes wird künftig auf die Nachfolgeregelung in § 23 Abs. 2 des Aufenthaltsgesetzes Bezug genommen. Wer zuvor bereits als Flüchtling nach § 1 HumHAG aufgenommen worden war, soll aber auch ohne die neue Niederlassungserlaubnis nach § 23 Abs. 2 des Aufenthaltsgesetzes – wie bisher – nach § 8 Abs. 1 Nr. 4 BAföG gefördert werden. Dies wird durch die Gleichstellung der Rechtsstellung als Flüchtling mit der Niederlassungserlaubnis nach § 23 Abs. 2 des Aufenthaltsgesetzes ausdrücklich klargestellt.

Zu Buchstabe b

Die Änderung in § 8 Abs. 1 Nr. 6 BAföG ist ebenfalls eine Folgeänderung. Der Abschiebeschutz nach § 51 Abs. 1 des Ausländergesetzes wird künftig in § 60 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes geregelt, so dass hierauf Bezug genommen werden muss.

Zu Buchstabe c

Die Bezugnahme in § 8 Abs. 1 Nr. 8 BAföG auf das Aufenthaltsgesetz/EWG wird auf das diesem nachfolgende Freizügigkeitsgesetz/EU umgestellt.

Zu Buchstabe d

Die Änderung in § 8 Abs. 1 Nr. 9 BAföG ist nur eine redaktionelle Anpassung an aktuelle Begriffe des Gemeinschaftsrechts.

Zu Nummer 6

Die Erteilung einer Duldung ist im Aufenthaltsgesetz nicht mehr vorgesehen. Das Vorliegen von völkerrechtlichen, po-

litischen oder humanitären Gründen rechtfertigt künftig die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis. Entsprechend der Duldung, die nur Ausländer mit vorübergehendem Aufenthalt erhalten, beschränkt sich die Regelung auf Ausländer, die im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 4 und 6 Aufenthaltsgesetz sind.

Im Übrigen werden redaktionelle Anpassungen vorgenommen.

Zu den Nummern 7, 8 und 10

Die Änderungen beinhalten jeweils redaktionelle Anpassungen von Verweisungen auf Vorschriften des bisher geltenden Ausländergesetzes.

Zu Nummer 9

Der Leistungsbezug nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch orientiert sich am gewöhnlichen Aufenthalt im Inland. Ausländer haben ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Inland, wenn sie sich rechtmäßig im Bundesgebiet aufhalten, d. h. im Besitz eines Aufenthaltstitels sind. In den Fällen der Aussetzung der Abschiebung bei Vorliegen eines Ausreisehindernisses liegt ebenfalls ein gewöhnlicher Aufenthalt im Inland vor.

Zu Nummer 11

Die Regelung stellt sicher, dass Ausländer nach dem Opferentschädigungsgesetz anspruchsberechtigt sind, wenn sie sich aus humanitären oder tatsächlichen Gründen oder aufgrund öffentlicher Interessen im Bundesgebiet aufhalten.

Es wäre nicht begründbar, dass eine Anspruchsberechtigung am fehlenden Aufenthaltstitel scheitert, obwohl die Ausländerbehörde dem Ausländer eine Bescheinigung nach § 60 Abs. 11 AufenthG erteilt hat.

Im Übrigen werden redaktionelle Anpassungen vorgenommen.

Zu Artikel 11

Artikel 11 regelt die erforderlichen redaktionellen Anpassungen anderer Gesetze an das neue Aufenthaltsgesetz.

Anpassungen sind insbesondere bei Verweisungen auf das bisher geltende Ausländergesetz erforderlich sowie aufgrund der Umstrukturierung der aufenthaltsrechtlichen Titel, die eine Differenzierung hinsichtlich des Aufenthaltsweges vorsieht.

Zu den Nummern 1 und 2

Der Verweis auf den künftig im Aufenthaltsgesetz definierten Begriff „Ausländer“ wird angepasst.

Zu den Nummern 3, 5 bis 6, 12, 14, 16, 18 und 20 bis 22

Die Änderungen sind ausschließlich redaktioneller Art.

Zu Nummer 4

Die Höchstsätze der Gebühren für ein Schengen-Visum nach Artikel 6a des Gesetzes zum Schengener Übereinkommen wurden in § 69 Abs. 3 Nr. 6 und 7 aufgenommen.

Zu den Nummern 7 bis 11

Die Nummern 7 bis 11 enthalten Folgeänderungen. Wegen der Außerkraftsetzung des Gesetzes über Maßnahmen für im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommene Flüchtlinge (HumHAG) vom 22. Juli 1980 (BGBl. I S. 1057) durch Artikel 15 Nr. 3 des Zuwanderungsgesetzes wird künftig auf die Nachfolgeregelung in § 23 Abs. 2 des Aufenthaltsgesetzes Bezug genommen.

Zu Nummer 13**Zu Nummer 1**

In § 6 Abs. 1 des Adoptionsübereinkommens-Ausführungsgesetzes (BGBl. 2001 I S. 2950 – AdÜbAG) wird auf das Ausländergesetz verwiesen. Da dieses durch das Aufenthaltsgesetz abgelöst wird, ist dementsprechend in § 6 Abs. 1 AdÜbAG für die Einreise und den Aufenthalt des aufzunehmenden Kindes nunmehr auf die Vorschriften des Aufenthaltsgesetzes zu verweisen.

Zu Nummer 2**Zu Buchstabe a**

Nach dem Aufenthaltsgesetz wird die Aufenthaltserlaubnis nur noch befristet erteilt oder verlängert, während es sich bei der Niederlassungserlaubnis um den einzigen unbefristeten Aufenthaltstitel handelt. Dementsprechend ist auf die „Erteilung der Niederlassungserlaubnis“ abzustellen.

Zu Buchstabe b

Satz 2 des § 6 Abs. 3 AdÜbAG ist aufzuheben, da die genannten Aufenthaltsgenehmigungen (Aufenthaltsbefugnis, Aufenthaltsbewilligung) künftig nicht mehr vorgesehen sind und dem Kind unter den jeweiligen Voraussetzungen eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird.

Zu Nummer 17**Zu Nummer 1**

§ 52 Abs. 61a Einkommensteuergesetz stellt sicher, dass die Neufassung des § 62 Abs. 2 Einkommensteuergesetz für Zeiträume ab Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes angewandt wird.

Zu Nummer 2

Anspruchsberechtigt sollen Personen sein, die bereits nach geltendem Recht Kindergeld nach dem Einkommensteuergesetz erhalten. Dies betrifft grundsätzlich Personen, die sich dauerhaft in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten. Dementsprechend gehören zum Berechtigtenkreis Inhaber einer Niederlassungserlaubnis. Ferner sind Personen erfasst, die sich mit der Perspektive eines dauerhaften Aufenthalts zu Erwerbszwecken im Bundesgebiet aufhalten, ebenso Asylberechtigte und andere Konventionsflüchtlinge (§ 25 Abs. 1 und 2 des Aufenthaltsgesetzes), Ehegatten mit einem eigenständigen Aufenthaltsrecht (§ 31 des Aufenthaltsgesetzes), Wiederkehrer (§ 37 des Aufenthaltsgesetzes), ehemalige Deutsche (§ 38 des Aufenthaltsgesetzes) so-

wie die Familienangehörigen, die zu dem benannten Personenkreis nachziehen.

Der Zweck des Aufenthalts ist für die Familienkassen unmittelbar aus der Aufenthaltserlaubnis des Ausländers zu erkennen.

Zu Nummer 19

Bei Absatz 18 ist über den redaktionellen Anpassungsbedarf hinaus eine Abgrenzung des anspruchsberechtigten Personenkreises über die Zweckbestimmung der Aufenthaltserlaubnis erforderlich.

Zu Artikel 12

Artikel 12 regelt die erforderlichen redaktionellen Anpassungen anderer Rechtsverordnungen an das neue Aufenthaltsgesetz.

Notwendig sind insbesondere Änderungen in Bezug auf die Umstrukturierung der ausländerrechtlichen Aufenthaltstitel und infolge der Umbenennung des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowie die Anpassung von Verweisungen auf das bisher geltende Ausländergesetz.

Zu Artikel 13

Artikel 13 enthält die Entsteinerungsklausel, die den einheitlichen Verordnungsrang für die durch dieses Gesetz geänderten Rechtsverordnungen wiederherstellt.

Zu Artikel 14

Die zahlreichen Änderungen des Asylverfahrensgesetzes, des AZR-Gesetzes, des Staatsangehörigkeitsgesetzes und des Bundesausbildungsförderungsgesetzes machen eine Neubekanntmachung der Gesetze erforderlich.

Zu Artikel 15

Absatz 1 regelt das Inkrafttreten der Verordnungsermächtigungen. Mit dem vorgezogenen Inkrafttreten der Verordnungsermächtigungen wird sichergestellt, dass die Verordnungen rechtzeitig bis zum Inkrafttreten der übrigen Regelungen des Zuwanderungsgesetzes erlassen werden können.

Absatz 2 bewirkt, dass die Maßnahmen zur Beschleunigung des Asylverfahrens (Abschaffung der Weisungsungebundenheit der Einzelentscheider und des Amtes des Bundesbeauftragten für Asylangelegenheiten) frühzeitig greifen können und die neue Organisationsstruktur des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes sichergestellt wird.

Absatz 3 regelt das Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes im Übrigen sowie das Außerkrafttreten der Gesetze und Verordnungen, die durch das Zuwanderungsgesetz abgelöst werden. Durch die flexible Inkrafttretensregelung besteht ausreichend Zeit für die betroffenen Behörden, um die notwendigen Umsetzungsarbeiten vornehmen zu können.

Amtlicher Teil

Bundesministerium des Innern

M. Migration, Integration; Flüchtlinge; Europäische Harmonisierung

Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Aufenthaltsgesetz

Vom 26. Oktober 2009

Nach Artikel 84 Absatz 2 des Grundgesetzes wird folgende Allgemeine Verwaltungsvorschrift erlassen:

Artikel 1		7	Zu § 7 – Aufenthaltserlaubnis
1	Zu § 1 – Zweck des Gesetzes; Anwendungsbereich	7.1	Aufenthaltszwecke
1.1	Gesetzeszweck	7.2	Befristung bzw. nachträgliche Verkürzung der Geltungsdauer der Aufenthaltserlaubnis
1.2	Anwendungsbereich	8	Zu § 8 – Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis
2	Zu § 2 – Begriffsbestimmungen	8.1	Verlängerungsvoraussetzungen
2.0	Allgemeines	8.2	Ausschluss der Verlängerung
2.1	Begriff des Ausländers	8.3	Berücksichtigung der Verpflichtung zum Integrationskurs
2.2	Erwerbstätigkeit	8.4	Ausnahmen von Absatz 3
2.3	Sicherung des Lebensunterhalts	9	Zu § 9 – Niederlassungserlaubnis
2.4	Ausreichender Wohnraum	9.1	Unbeschränktes Aufenthaltsrecht
2.5	Schengen-Visum	9.2	Erteilungsvoraussetzungen
2.6	Richtlinie zum vorübergehenden Schutz	9.3	Ehegatten- und Auszubildendenprivileg
2.7	Langfristig Aufenthaltsberechtigter	9.4	Anrechnung von Auslandsaufenthalten und Aufenthalten zum Zweck des Studiums oder der Berufsausbildung
3	Zu § 3 – Passpflicht	9a	Zu § 9a – Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG
3.0	Allgemeines	9a.0	Allgemeines
3.1	Erfüllung der Passpflicht	9a.1	Rechtsfolgen
3.2	Befreiung von der Passpflicht	9a.2	Erteilungsvoraussetzungen
3.3	Deutsche Passersatzpapiere für Ausländer	9a.3	Ausschlussgründe
4	Zu § 4 – Erfordernis eines Aufenthaltstitels	9b	Zu § 9b – Anrechnung von Aufenthaltszeiten
4.1	Aufenthaltstitelpflicht	9c	Zu § 9c – Lebensunterhalt
4.2	Erwerbstätigkeit	10	Zu § 10 – Aufenthaltstitel bei Asylantrag
4.3	Die Erwerbstätigkeit erlaubende Aufenthaltstitel	10.1	Erstmalige Erteilung eines Aufenthaltstitels
4.4	Aufenthaltstitelpflicht von Seeleuten	10.2	Verlängerung eines Aufenthaltstitels
4.5	Deklaratorischer Aufenthaltstitel	10.3	Aufenthaltstitel bei Ablehnung oder Rücknahme des Asylantrages
5	Zu § 5 – Allgemeine Erteilungsvoraussetzungen	11	Zu § 11 – Einreise- und Aufenthaltsverbot
5.0	Allgemeines	11.1	Einreise- und Aufenthaltsverbot nach Ausweisung, Zurückschiebung oder Abschiebung
5.1	Die Regelerteilungsvoraussetzungen nach Absatz 1	11.2	Betretenserlaubnis
5.2	Erteilungsvoraussetzungen der Aufenthaltserlaubnis und der Niederlassungserlaubnis	12	Zu § 12 – Geltungsbereich, Nebenbestimmungen
5.3	Ausnahmeregelungen	12.1	Geltungsbereich
5.4	Versagungsgründe	12.2	Nebenbestimmungen
5.5	Zusätzlich zu beachtende Einreisevoraussetzungen nach dem Schengener Grenzkodex	12.3	Verlassenspflicht
6	Zu § 6 – Visum	12.4	Beschränkungen des genehmigungsfreien Aufenthalts
6.0	Allgemeines	12.5	Verlassen des beschränkten Aufenthaltsbereichs
6.1	Erteilung von Schengen-Visa		
6.2	Erteilung von Visa mit mehrjähriger Gültigkeit		
6.3	Verlängerung von Schengen-Visa		
6.4	Nationales Visum		

- 13 **Zu § 13 – Grenzübertritt**
 - 13.1 Ein- und Ausreisekontrolle
 - 13.2 Beendigung der Einreise
 - 13.3 Allgemeine Hinweise zum Grenzübertritt und zur Einreiseverweigerung nach dem Schengener Grenzkodex
- 14 **Zu § 14 – Unerlaubte Einreise; Ausnahmevisum**
 - 14.1 Kriterien der unerlaubten Einreise
 - 14.2 Erteilung von Ausnahmevisa an der Grenze
- 15 **Zu § 15 – Zurückweisung**
 - 15.0 Allgemeines
 - 15.1 Zwingende Zurückweisung
 - 15.2 Zurückweisung im Ermessenswege
 - 15.3 Zurückweisung von Ausländern, die vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit sind
 - 15.4 Zurückweisungsverbote und -hindernisse
 - 15.5 Zurückweisungshaft
 - 15.6 Flughafentransitaufenthalt
- 15a **Zu § 15a – Verteilung unerlaubt eingereister Ausländer**
 - 15a.0 Allgemeines
 - 15a.1 Persönlicher Anwendungsbereich und Verfahren
 - 15a.2 Verpflichtung, sich zu der Verteilungsstelle zu begeben
 - 15a.3 Aufnahmepflicht
 - 15a.4 Modalitäten der landesinternen Verteilung
 - 15a.5 Erlaubnis zum länderübergreifenden Wohnsitzwechsel
 - 15a.6 Zeitlicher Anwendungsbereich
- 16 **Zu § 16 – Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Studienbewerbung, des Studiums, für Sprachschüler und für den Schulbesuch**
 - 16.0 Allgemeines
 - 16.1 Aufenthaltserlaubnis zum Zweck des Studiums sowie vorbereitender Sprachkurse
 - 16.1a Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Studienbewerbung
 - 16.2 Wechsel des Aufenthaltszweckes
 - 16.3 Erwerbstätigkeit neben dem Studium
 - 16.4 Arbeitsplatzsuche und Aufnahme einer Erwerbstätigkeit nach Abschluss des Studiums
 - 16.5 Aufenthaltserlaubnisse zur Teilnahme an Sprachkursen und zum Schulbesuch
 - 16.6 Aufenthaltserlaubnis zur Fortsetzung eines in einem anderen EU-Mitgliedstaat begonnenen Studiums
 - 16.7 Zustimmung der Personensorgeberechtigten
- 17 **Zu § 17 – Sonstige Ausbildungszwecke**
- 18 **Zu § 18 – Beschäftigung**
 - 18.1 Grundsätze für die Zulassung ausländischer Beschäftigter
 - 18.2 Erteilungsvoraussetzungen
 - 18.3 Aufenthaltserlaubnis für Beschäftigung ohne qualifizierte Berufsausbildung
 - 18.4 Aufenthaltserlaubnis für Beschäftigung mit qualifizierter Berufsausbildung
- 18.5 Erfordernis des Vorliegens eines konkreten Arbeitsplatzangebots
- 18a **Zu § 18a – Aufenthaltserlaubnis für qualifizierte Geduldete zum Zweck der Beschäftigung**
 - 18a.0 Allgemeines
 - 18a.1 Erteilungsvoraussetzungen
 - 18a.2 Zustimmungserfordernis der Bundesagentur für Arbeit
- 19 **Zu § 19 – Niederlassungserlaubnis für Hochqualifizierte**
 - 19.1 Voraussetzungen
 - 19.2 Regelbeispiele für das Merkmal „hochqualifiziert“
- 20 **Zu § 20 – Forschung**
 - 20.0 Allgemeines
 - 20.1 Erteilungsvoraussetzungen
 - 20.2 Verzicht auf die Vorlage der Kostenübernahmeerklärung
 - 20.3 Abgabe einer allgemeinen Übernahmeerklärung
 - 20.4 Geltungsdauer der Aufenthaltserlaubnis
 - 20.5 Inhaber eines Aufenthaltstitels eines anderen Mitgliedstaats
 - 20.6 Berechtigung zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit
 - 20.7 Ausschlussgründe
- 21 **Zu § 21 – Selbständige Erwerbstätigkeit**
 - 21.0 Allgemeines
 - 21.1 Erteilungsvoraussetzungen
 - 21.2 Erteilung aufgrund besonderer völkerrechtlicher Vereinbarungen
 - 21.3 Erfordernis angemessener Altersversorgung bei Personen über 45 Jahren
 - 21.4 Geltungsdauer
 - 21.5 Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis an Freiberufler
 - 21.6 Erlaubnis der selbständigen Tätigkeit an Inhaber anderer Aufenthaltserlaubnisse
- 22 **Zu § 22 – Aufnahme aus dem Ausland**
 - 22.0 Allgemeines
 - 22.1 Erteilung aus völkerrechtlichen oder dringenden humanitären Gründen
 - 22.2 Erklärung der Aufnahme durch das Bundesministerium des Innern zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland
- 23 **Zu § 23 – Aufenthaltsgewährung durch die obersten Landesbehörden; Aufnahme bei besonders gelagerten politischen Interessen**
 - 23.0 Allgemeines
 - 23.1 Aufenthaltsgewährung durch die obersten Landesbehörden
 - 23.2 Aufnahmezusage durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
 - 23.3 Entsprechende Anwendung von § 24
- 23a **Zu § 23a – Aufenthaltsgewährung in Härtefällen**
 - 23a.0 Allgemeines
 - 23a.1 Voraussetzungen
 - 23a.2 Verfahren
 - 23a.3 Kostenerstattung bei Umzug
- 24 **Zu § 24 – Aufenthaltsgewährung zum vorübergehenden Schutz**

- 24.0 Allgemeines
- 24.1 Erteilungsvoraussetzungen
- 24.2 Ausschlussgründe
- 24.3 Verteilung auf die Länder
- 24.4 Zuweisungsentscheidung
- 24.5 Örtliche Aufenthaltsbeschränkung
- 24.6 Ausübung einer Erwerbstätigkeit
- 25 Zu § 25 – Aufenthalt aus humanitären Gründen**
- 25.1 Aufenthaltserlaubnis für Asylberechtigte
- 25.2 Aufenthaltserlaubnis für Konventionsflüchtlinge
- 25.3 Aufenthaltserlaubnis bei Abschiebungsverbot nach § 60 Absatz 2 bis 7
- 25.4 Vorübergehender Aufenthalt und Verlängerung
- 25.4.1 Aufenthaltserlaubnis für vorübergehenden Aufenthalt aus dringenden humanitären oder politischen Gründen
- 25.4a Aufenthaltserlaubnis für Opfer von Menschenhandel
- 25.5 Aufenthaltserlaubnis in Fällen, in denen die Ausreise aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen unmöglich ist
- 26 Zu § 26 – Dauer des Aufenthalts**
- 26.1 Höchstgeltungsdauer der Aufenthaltserlaubnisse nach Kapitel 2 Abschnitt 5
- 26.2 Ausschluss der Verlängerung
- 26.3 Erteilung einer Niederlassungserlaubnis an Inhaber einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 1 oder 2
- 26.4 Erteilung einer Niederlassungserlaubnis an andere Inhaber einer Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen
- 27 Zu § 27 – Grundsatz des Familiennachzugs**
- 27.0 Allgemeines
- 27.1 Erforderlicher Aufenthaltswert
- 27.1a Ausdrücklicher Ausschlussgrund bei Scheinehe, Scheinverwandtschaftsverhältnissen und Zwangsverheiratung
- 27.2 Herstellung und Wahrung einer lebenspartnerschaftlichen Gemeinschaft
- 27.3 Absehen von der Erteilung der Aufenthaltserlaubnis in Fällen des Angewiesenseins auf Leistungen nach dem SGB II oder XII
- 27.4 Grundsatz der Zweckbindung und Akzessorität
- 28 Zu § 28 – Familiennachzug zu Deutschen**
- 28.1 Voraussetzungen der erstmaligen Erteilung
- 28.2 Erteilung einer Niederlassungserlaubnis und Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis
- 28.3 Eigenständiges Aufenthaltsrecht
- 28.4 Sonstige Familienangehörige Deutscher
- 28.5 Ausübung einer Erwerbstätigkeit
- 29 Zu § 29 – Familiennachzug zu Ausländern**
- 29.1 Aufenthaltsstatus; Wohnraumerfordernis
- 29.2 Abweichungen bei anerkannten Flüchtlingen
- 29.3 Beschränkung des Familiennachzugs bei humanitären Aufnahmen
- 29.4 Familiennachzug bei Gewährung vorübergehenden Schutzes
- 29.5 Ausübung einer Erwerbstätigkeit
- 30 Zu § 30 – Ehegattennachzug zu Ausländern**
- 30.0 Allgemeines
- 30.1 Anspruch auf Ehegattennachzug
- 30.2 Ehegattennachzug nach Ermessen
- 30.3 Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis
- 30.4 Mehrehe
- 31 Zu § 31 – Eigenständiges Aufenthaltsrecht der Ehegatten**
- 31.0 Allgemeines
- 31.1 Anspruch auf Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis
- 31.2 Wegfall der Frist in Fällen besonderer Härte
- 31.3 Erleichterte Erteilung einer Niederlassungserlaubnis
- 31.4 Bezug von Leistungen nach dem SGB II oder SGB XII und Verlängerung
- 32 Zu § 32 – Kindernachzug**
- 32.0 Allgemeines
- 32.1 Anspruch auf Nachzug von Kindern bis zum 18. Lebensjahr
- 32.2 Anspruch auf Nachzug von Kindern nach Vollendung des 16. Lebensjahres
- 32.2a Kinder von Ausländern mit einer Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG
- 32.3 Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis für Kinder unter 16 Jahren
- 32.4 Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach Ermessen
- 33 Zu § 33 – Geburt eines Kindes im Bundesgebiet**
- 34 Zu § 34 – Aufenthaltsrecht der Kinder**
- 34.1 Verlängerung bei Weiterbestehen der familiären Lebensgemeinschaft oder bei Bestehen eines Wiederkehrrechts
- 34.2 Eigenständiges Aufenthaltsrecht bei Erreichen der Volljährigkeit
- 34.3 Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis
- 35 Zu § 35 – Eigenständiges, unbefristetes Aufenthaltsrecht der Kinder**
- 35.0 Allgemeines
- 35.1 Anspruchsvoraussetzungen
- 35.2 Besuch ausländischer Schulen
- 35.3 Ausschluss des Anspruches
- 35.4 Erteilung einer Niederlassungserlaubnis bei Krankheit oder Behinderung
- 36 Zu § 36 – Nachzug sonstiger Familienangehöriger**
- 36.1 Nachzugsrecht der Eltern Minderjähriger
- 36.2 Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis an sonstige Familienangehörige
- 37 Zu § 37 – Recht auf Wiederkehr**
- 37.1 Wiederkehranspruch für junge Ausländer
- 37.2 Ausnahmen
- 37.3 Versagung der Wiederkehr
- 37.4 Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis für Wiederkehrer
- 37.5 Wiederkehr von Rentnern
- 38 Zu § 38 – Aufenthaltsrecht für ehemalige Deutsche**
- 38.0 Allgemeines
- 38.1 Aufenthaltstitel bei Voraufenthalt in Deutschland

- 38.2 Aufenthaltstitel bei gewöhnlichem Aufenthalt im Ausland
- 38.3 Abweichungen von Regelerteilungsvoraussetzungen in besonderen Fällen
- 38.4 Ausübung einer Erwerbstätigkeit
- 38.5 Entsprechende Anwendung bei irrtümlicher Behandlung als Deutscher
- 38a Zu § 38a – Aufenthaltserlaubnis für in anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union langfristig Aufenthaltsberechtigte**
- 38a.0 Allgemeines
- 38a.1 Erteilungsvoraussetzungen
- 38a.2 Ausschlussgründe
- 38a.3 Zusätzliche Voraussetzungen für besondere Aufenthaltsw Zwecke
- 38a.4 Höchstdauer einer Nebenbestimmung nach § 38a Absatz 4
- 39 Zu § 39 – Zustimmung zur Ausländerbeschäftigung**
- 39.0 Allgemeines
- 39.1 Zustimmungsbedürftigkeit des Aufenthaltstitels
- 39.2 Zustimmungsvoraussetzungen
- 39.3 Anwendbarkeit des Zustimmungsverfahrens auf andere Aufenthaltsw Zwecke
- 39.4 Beschränkung der Zustimmung
- 39.5 Zustimmungsbedürftigkeit der Niederlassungserlaubnis nach § 19
- 39.6 Sonderregeln über Staatsangehörige der neu beigetretenen EU-Staaten
- 40 Zu § 40 – Versagungsgründe**
- 41 Zu § 41 – Widerruf**
- 42 Zu § 42 – Verordnungsermächtigung und Weisungsrecht**
- 42.0 Allgemeines
- 42.1 Verordnungsermächtigung nach Absatz 1
- 42.2 Verordnungsermächtigung nach Absatz 2
- 42.3 Weisungsrecht des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales
- 43 Zu § 43 – Integrationskurs**
- 43.0 Allgemeines
- 43.1 Förderung der Integration
- 43.2 Grundangebot zur Integration
- 43.3 Inhalte der Integrationskurse, Rahmenbedingungen
- 43.4 Rechtsverordnungsermächtigung; Hinweise zur IntV
- 43.5 Erfahrungsbericht
- 44 Zu § 44 – Berechtigung zur Teilnahme an einem Integrationskurs**
- 44.1 Teilnahmeanspruch
- 44.2 Erlöschen des Teilnahmeanspruchs
- 44.3 Nicht anspruchsberechtigte Ausländer
- 44.4 Nachholende Integration
- 44a Zu § 44a – Verpflichtung zur Teilnahme an einem Integrationskurs**
- 44a.1 Begründung der Teilnahmeverpflichtung
- 44a.2 Befreiung von der Teilnahmepflicht
- 44a.2a Befreiung von der Teilnahmepflicht am Orientierungskurs
- 44a.3 Auswirkung der Pflichtverletzung
- 45 Zu § 45 – Integrationsprogramm**
- 46 Zu § 46 – Ordnungsverfügungen**
- 46.0 Allgemeines
- 46.1 Ordnungsverfügungen zur Förderung der Ausreise
- 46.2 Untersagung der Ausreise
- 47 Zu § 47 – Verbot und Beschränkung der politischen Betätigung**
- 47.0 Allgemeines
- 47.1 Beschränkung und Untersagung nach Ermessen
- 47.2 Zwingende Untersagung
- 48 Zu § 48 – Ausweisrechtliche Pflichten**
- 48.0 Allgemeines
- 48.1 Pflicht zur Vorlage, zur Aushändigung und Übergabe von Papieren
- 48.2 Erfüllung der Ausweispflicht mit einem Ausweiser-satz
- 48.3 Verpflichtung zur Mitwirkung an der Beschaffung von Dokumenten
- 48.4 Ausstellung eines Ausweisersatzes bei Ausnahmen von der Passpflicht
- 49 Zu § 49 – Überprüfung, Feststellung und Sicherung der Identität**
- 49.1 Identitätsüberprüfung und Überprüfung der Echtheit biometriegestützter Identitätspapiere
- 49.2 Verpflichtung zu Angaben zur Identität und Staatsangehörigkeit
- 49.3 Feststellende Maßnahmen bei Zweifeln über die Person, das Lebensalter oder die Staatsangehörigkeit
- 49.4 Identitätssicherung bei einer Verteilung gemäß § 15a
- 49.5 Feststellende und sichernde Maßnahmen in weiteren Fällen
- 49.6 Ausführung der identitätsfeststellenden und -sichernden Maßnahmen
- 49.6a Maßnahmen i. S. d. Absatzes 5 Nummer 5
- 49.7 Aufzeichnung des gesprochenen Wortes
- 49.8 Identitätssicherung bei unerlaubter Einreise
- 49.9 Identitätssicherung bei Aufenthalt ohne erforderlichen Aufenthaltstitel
- 49.10 Duldungspflicht
- 49a Zu § 49a – Fundpapier-Datenbank**
- 49a.0 Allgemeines
- 49a.1 Datenspeicherung, Datenpflege durch die Register-behörde
- 49a.2 Übersendungspflichten
- 49b Zu § 49b – Inhalt der Fundpapier-Datenbank**
- 50 Zu § 50 – Ausreisepflicht**
- 50.1 Voraussetzungen der Ausreisepflicht
- 50.2 Ausreisefrist
- 50.2a Ausreisepflicht für Opfer von Menschenhandel
- 50.3 Unterbrechung der Ausreisefrist
- 50.4 Erfüllung der Ausreisepflicht
- 50.5 Anzeigepflicht
- 50.6 Passverwahrung
- 50.7 Ausschreibung in den Fahndungshilfsmitteln der Polizei

- 51 Zu § 51 – Beendigung der Rechtmäßigkeit des Aufenthalts; Fortgeltung von Beschränkungen**
 - 51.1 Erlöschen der Aufenthaltstitel
 - 51.2 Fortgeltung des Aufenthaltsrechts in bestimmten Fällen
 - 51.3 Erfüllung der Wehrpflicht
 - 51.4 Wiedereinreisefrist bei Niederlassungserlaubnis oder wegen öffentlicher Interessen
 - 51.5 Fortfall der Befreiung vom Genehmigungserfordernis
 - 51.6 Fortgeltung von Beschränkungen
 - 51.7 Wiederkehr eines Asylberechtigten und eines Flüchtlings
 - 51.8 Konsultationsverfahren bei aufenthaltsbeendenden Maßnahmen gegen Inhaber von Aufenthaltserlaubnissen nach § 38a
 - 51.9 Erlöschen der Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG
- 52 Zu § 52 – Widerruf**
 - 52.0 Allgemeines
 - 52.1 Widerrufsründe
 - 52.2 Widerruf bei einem Aufenthalt zum Zwecke der Beschäftigung
 - 52.3 Widerruf einer zum Zweck des Studiums erteilten Aufenthaltserlaubnis
 - 52.4 Widerruf einer zum Zweck der Forschung nach § 20 erteilten Aufenthaltserlaubnis
 - 52.5 Widerruf beim Aufenthalt von Opfern von Menschenhandel
 - 52.6 Widerruf einer Aufenthaltserlaubnis nach § 38a
 - 52.7 Widerruf bei einem Aufenthalt mit Schengen-Visum
- Vorbemerkung zu den §§ 53 bis 55 355**
- 53 Zu § 53 – Zwingende Ausweisung**
- 54 Zu § 54 – Ausweisung im Regelfall**
- 54a Zu § 54a – Überwachung ausgewiesener Ausländer aus Gründen der inneren Sicherheit**
 - 54a.0 Allgemeines
 - 54a.1 Meldepflicht
 - 54a.3 Wohnsitzbeschränkende Auflagen
 - 54a.4 Kommunikationsbeschränkungen
 - 54a.5 Ruhen der Verpflichtungen bei Haft
- 55 Zu § 55 – Ermessensausweisung**
 - 55.0 Allgemeines
 - 55.1 Grundtatbestand
 - 55.2 Einzelne Ausweisungsgründe
 - 55.3 Bei der Ausweisungsentscheidung zu berücksichtigende Gesichtspunkte
- 56 Zu § 56 – Besonderer Ausweisungsschutz**
 - 56.0 Allgemeines
 - 56.1 Ausweisungsschutz
 - 56.2 Minderjährige und Heranwachsende
 - 56.3 Fälle des vorübergehenden Schutzes
 - 56.4 Asylantragsteller
- 57 Zu § 57 – Zurückschiebung**
 - 57.0 Allgemeines
 - 57.1 Voraussetzung und Ziel der Zurückschiebung
 - 57.2 Zurückschiebung rückgeführter und zurückgewiesener Ausländer

- 57.3 Zurückschiebungsverbote und -hindernisse sowie Zurückschiebungshaft
- 58 Zu § 58 – Abschiebung**
 - 58.0 Allgemeines und Verfahren
 - 58.1 Voraussetzungen für die Abschiebung
 - 58.2 Vollziehbarkeit der Ausreisepflicht
 - 58.3 Überwachungsbedürftigkeit der Ausreise
- 58a Zu § 58a – Abschiebungsanordnung**
 - 58a.0 Allgemeines
 - 58a.1 Voraussetzungen der Abschiebungsanordnung
 - 58a.2 Abschiebungsanordnung des Bundesministeriums des Innern
 - 58a.3 Prüfung des Vorliegens von Abschiebungsverböten
 - 58a.4 Verfahren
- 59 Zu § 59 – Androhung der Abschiebung**
 - 59.0 Allgemeines und Verfahren
 - 59.1 Abschiebungsandrohung
 - 59.2 Zielstaat
 - 59.3 Vorliegen von Abschiebungsverböten
 - 59.4 Darlegung und Ausschluss von Abschiebungsverböten
 - 59.5 Abschiebung aus der Haft oder aus öffentlichem Gewahrsam
- 60 Zu § 60 – Verbot der Abschiebung**
 - 60.0 Allgemeines und Verfahren
 - 60.1 Flüchtlingsrechtliche Verfolgung
 - 60.2 Gefahr der Folter oder der unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung oder Bestrafung (§ 60 Absatz 2)
 - 60.3 Gefahr der Todesstrafe
 - 60.4 Auslieferungsersuchen
 - 60.5 Abschiebungsverböte nach der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK)
 - 60.6 Gefahr der Strafverfolgung und Bestrafung in einem anderen Staat
 - 60.7 Humanitäre Abschiebungsverböte und Abschiebungsverbot im Rahmen bewaffneter Konflikte
 - 60.8 Ausschluss des Abschnebungsschutzes nach § 60 Absatz 1
 - 60.9 Abschiebung bei möglicher politischer Verfolgung
 - 60.10 Abschiebung
 - 60.11 Verweis auf die Bestimmungen der Richtlinie 2004/83/EG des Rates vom 29. April 2004 (ABl. EU Nummer L 304 S. 12, so genannte Qualifikationsrichtlinie)
- 60a Zu § 60a – Vorübergehende Aussetzung der Abschiebung (Duldung)**
 - 60a.1 Anordnung der Aussetzung von Abschiebungen durch die oberste Landesbehörde
 - 60a.2 Gesetzliche Duldungsgründe
 - 60a.2a Duldung wegen gescheiterter Zurückschiebung/ Abschiebung und Rückübernahmepflicht, § 60a Absatz 2a
 - 60a.3 Fortbestehen der Ausreisepflicht
 - 60a.4 Bescheinigung
 - 60a.5 Abschiebung nach Erlöschen der Duldung
- 61 Zu § 61 – Räumliche Beschränkung**
 - 61.1 Räumliche Beschränkung und Nebenbestimmungen

- 61.1a Räumliche Beschränkung in Fällen des § 60a Absatz 2a
- 61.2 Ausreiseeinrichtungen
- 62 Zu § 62 – Abschiebungshaft**
- 62.0 Allgemeines und Verfahren
- 62.1 Vorbereitungshaft
- 62.2 Sicherungshaft
- 62.3 Dauer der Sicherungshaft
- 62.4 Vorläufige Ingewahrsamnahme ohne vorherige richterliche Anordnung zur Sicherstellung der Sicherungshaft
- 63 Zu § 63 – Pflichten der Beförderungsunternehmer**
- 63.1 Kontroll- und Sicherungspflichten
- 63.2 Untersagung der Beförderung und Zwangsgeld
- 63.3 Höhe des Zwangsgeldes
- 63.4 Vereinbarungen mit Beförderungsunternehmen
- 64 Zu § 64 – Rückbeförderungspflicht der Beförderungsunternehmer**
- 64.1 Rückbeförderung nach Zurückweisung
- 64.2 Rückbeförderung in sonstigen Fällen
- 64.3 Bestimmung des Zielstaates
- 65 Zu § 65 – Pflichten der Flughafenunternehmer**
- 66 Zu § 66 – Kostenschuldner; Sicherheitsleistung**
- 66.1 Kostentragungspflicht des Ausländers
- 66.2 Haftung des Verpflichtungsschuldners
- 66.3 Haftung des Beförderungsunternehmers
- 66.4 Haftung des Arbeitgebers bei unerlaubter Beschäftigung und Haftung des Schleusers
- 66.5 Sicherheitsleistung
- 67 Zu § 67 – Umfang der Kostenhaftung**
- 67.0 Allgemeines
- 67.1 Umfang der Kostenhaftung
- 67.2 Umfang der Haftung des Beförderungsunternehmers
- 67.3 Kostenerhebung durch Leistungsbescheid
- 68 Zu § 68 – Haftung für Lebensunterhalt**
- 68.0 Allgemeines
- 68.1 Verpflichtungserklärung
- 68.2 Verfahren
- 68.3 Unterrichtungspflicht der Auslandsvertretung
- 68.4 Unterrichts- und Auskunftspflicht der Ausländerbehörde
- 69 Zu § 69 – Gebühren**
- 69.1 Erhebung von Gebühren und Auslagen für ausländerrechtliche Amtshandlungen
- 69.2 Anwendung des VwKostG
- 69.3 Höchstsätze
- 69.4 Zuschläge für Amtshandlungen
- 69.5 Bearbeitungsgebühren
- 69.6 Widerspruchsgebühren
- 70 Zu § 70 – Verjährung**
- 70.1 Verjährungsfrist
- 70.2 Verjährungsunterbrechung
- 71 Zu § 71 – Zuständigkeit**
- 71.1 Zuständigkeit der Ausländerbehörden
- 71.2 Zuständigkeit der deutschen Auslandsvertretungen
- 71.3 Zuständigkeit der mit der polizeilichen Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs betrauten Behörden
- 71.4 Erkennungsdienstliche Maßnahmen
- 71.5 Zuständigkeit der Polizeien der Länder
- 71.6 Anerkennung ausländischer Pässe und Passersatzpapiere
- 71a Zu § 71a – Zuständigkeit und Unterrichtung**
- 72 Zu § 72 – Beteiligungserfordernisse**
- 72.1 Betretenserlaubnis
- 72.2 Beteiligung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge
- 72.3 Änderung und Aufhebung von Maßnahmen
- 72.4 Strafrechtliche Verfahren
- 72.5 Nichtanwendung von § 45 – SGB VIII
- 72.6 Beteiligung der zuständigen Strafverfolgungsbehörden sowie des Strafgerichtes bei Entscheidungen betreffend Aufenthaltstitel nach § 25 Absatz 4a bzw. Ausreisefristen nach § 50 Absatz 2a
- 73 Zu § 73 – Sonstige Beteiligungserfordernisse im Visumverfahren und bei der Erteilung von Aufenthaltstiteln**
- 73.1 Beteiligung der Sicherheitsbehörden im Visumverfahren
- 73.2 Beteiligung der Sicherheitsbehörden durch die Ausländerbehörden
- 73.3 Rückmeldung und Nachberichtspflicht
- 73.4 Ermächtigung zum Erlass einer Verwaltungsvorschrift
- 74 Zu § 74 – Beteiligung des Bundes; Weisungsbefugnis**
- 74.1 Beteiligung des Bundes
- 74.2 Weisungsbefugnis
- 74a Zu § 74a – Durchbeförderung von Ausländern**
- 74a.0 Allgemeines
- 74a.1 Durchbeförderungen auf dem Luftweg in Anwendung der Durchbeförderungsrichtlinie
- 74a.2 Durchbeförderungen (Land/Luft) auf Grund zwischenstaatlicher Vereinbarungen
- 74a.3 Durchbeförderungen von gemeinschaftsrechtlich begünstigten Personen
- 74a.4 Zuständige Behörden
- 75 Zu § 75 – Aufgaben**
- 76 Zu § 76 – (weggefallen)**
- 77 Zu § 77 – Schriftform; Ausnahme von Formerfordernissen**
- 77.0 Allgemeines
- 77.1 Schriftformerfordernis
- 77.2 Ausnahmen
- 78 Zu § 78 – Vordrucke für Aufenthaltstitel, Ausweisersatz und Bescheinigungen**
- 79 Zu § 79 – Entscheidung über den Aufenthalt**
- 79.1 Entscheidungsgrundlage
- 79.2 Aussetzung der Entscheidung
- 80 Zu § 80 – Handlungsfähigkeit Minderjähriger**
- 80.1 Handlungsfähigkeit minderjähriger Ausländer
- 80.2 Besondere aufenthaltsrechtliche Maßnahmen
- 80.3 Minderjährigkeit und Geschäftsfähigkeit

- 80.4 Verpflichtung zur Antragstellung
- 81 Zu § 81 – Beantragung des Aufenthaltstitels**
 - 81.1 Antragserfordernis
 - 81.2 Antrag nach Einreise oder Geburt im Bundesgebiet
 - 81.3 Erlaubnis- und Duldungsfiktion
 - 81.4 Fortgeltungsfiktion
 - 81.5 Fiktionsbescheinigung
- 82 Zu § 82 – Mitwirkung des Ausländers**
 - 82.1 Besondere Mitwirkungspflichten
 - 82.2 Widerspruchsverfahren
 - 82.3 Hinweispflicht
 - 82.4 Zwangsweise Vorführung
 - 82.5 Mitwirkungspflichten bei Ausstellung von Dokumenten nach einheitlichem Vordruckmuster
- 83 Zu § 83 – Beschränkung der Anfechtbarkeit**
 - 83.1 Ausschluss von Rechtsbehelfen
 - 83.2 Ausschluss des Widerspruchsverfahrens
- 84 Zu § 84 – Wirkungen von Widerspruch und Klage**
 - 84.1 Ausschluss der aufschiebenden Wirkung
 - 84.2 Wirksamkeit der die Ausreisepflicht begründenden Verwaltungsakte
- 85 Zu § 85 – Berechnung von Aufenthaltszeiten**
- 86 Zu § 86 – Erhebung personenbezogener Daten**
 - 86.0 Allgemeines
 - 86.1 Datenerhebung
 - 86.2 Erhebung von Daten i. S. d. § 3 Absatz 9 BDSG
- 87 Zu § 87 – Übermittlungen an Ausländerbehörden**
 - 87.0 Anwendungsbereich
 - 87.1 Mitteilungen auf Ersuchen
 - 87.2 Unterrichtung ohne Ersuchen
 - 87.3 Mitteilungs- und Unterrichtungspflichten der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration
 - 87.4 Unterrichtung über Straf- und Bußgeldverfahren
 - 87.5 Mitteilungen der nach § 72 Absatz 6 zu beteiligenden Stellen von Amts wegen
 - 87.6 Unterrichtung über eine Vaterschaftsanfechtungsklage
- 88 Zu § 88 – Übermittlungen bei besonderen gesetzlichen Verwendungsregelungen**
 - 88.0 Anwendungsbereich
 - 88.1 Besondere gesetzliche Verwendungsregelungen
 - 88.2 Übermittlung von Daten, die von einer der in § 203 Absatz 1 Nummer 1, 2, 4 bis 6 und Absatz 3 StGB genannten Personen zugänglich gemacht worden sind
 - 88.3 Übermittlung von Daten, die dem Steuergeheimnis unterliegen
 - 88.4 Übermittlung von Daten durch die mit der Ausführung des Aufenthaltsgesetzes betrauten Behörden und durch nicht-öffentliche Stellen
- 89 Zu § 89 – Verfahren bei identitätsüberprüfenden, -feststellenden und -sichernden Maßnahmen**
 - 89.0 Anwendungsbereich
 - 89.1 Amtshilfe des Bundeskriminalamtes und Speicherung der Daten
 - 89.2 Nutzung der Daten zu anderen Zwecken
- 89.3 Löschung der Daten
- 89.4 Ausnahmen von den Lösungsfristen
- 89a Zu § 89a – Verfahrensvorschriften für die Fundpapier-Datenbank**
 - 89a.0 Allgemeines
 - 89a.1 Voraussetzungen für den Abgleich
 - 89a.2 Zu übermittelnde Daten
 - 89a.3 Datenübermittlung
 - 89a.4 Verfahren bei Zweifeln an der Identität
 - 89a.5 Form der Datenübermittlung
 - 89a.6 Weitere Nutzung der Fundpapier-Datenbank
 - 89a.7 Löschung
 - 89a.8 Gewährleistung von Datenschutz und Datensicherheit
- 90 Zu § 90 – Übermittlungen durch Ausländerbehörden**
 - 90.0 Anwendungsbereich
 - 90.1 Unterrichtungspflichten
 - 90.2 Zusammenarbeit der Behörden
 - 90.3 Datenübermittlungen an die für die Durchführung des AsylbLG zuständigen Behörden
 - 90.4 Unterrichtung der nach § 72 Absatz 6 zu beteiligenden Stellen
 - 90.5 Unterrichtung hinsichtlich Anfechtung der Vaterschaft
- 90a Zu § 90a – Mitteilungen der Ausländerbehörden an die Meldebehörden**
 - 90a.0 Allgemeines
 - 90a.1 Mitteilungspflicht der Ausländerbehörden
 - 90a.2 Zu übermittelnde Daten
- 90b Zu § 90b – Datenabgleich zwischen Ausländer- und Meldebehörden**
- 91 Zu § 91 – Speicherung und Löschung personenbezogener Daten**
 - 91.0 Anwendungsbereich
 - 91.1 Vernichtung von Unterlagen über Ausweisung, Zurückschiebung und Abschiebung
 - 91.2 Vernichtung von Mitteilungen nach § 87
 - 91.3 Ausschluss des datenschutzrechtlichen Widerspruchs
- 91a Zu § 91a – Register zum vorübergehenden Schutz**
 - 91a.1 Registerführende Stelle und Registerinhalt
 - 91a.2 Zu übermittelnde Daten
 - 91a.3 Datenübermittlung an die Registerbehörde
 - 91a.4 Verantwortung für Registerinhalt, Datenpflege, Aufzeichnungspflicht bei Speicherung
 - 91a.5 Datenübermittlung durch die Registerbehörde
 - 91a.6 Aufzeichnungspflicht bei Datenübermittlung
 - 91a.7 Verfahren der Datenübermittlung, automatisiertes Verfahren
 - 91a.8 Löschung und Sperrung von Daten, Auskunft an den Betroffenen
- 91b Zu § 91b – Datenübermittlung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge als nationale Kontaktstelle**
- 91c Zu § 91c – Innergemeinschaftliche Auskünfte zur Durchführung der Richtlinie 2003/109/EG (Daueraufenthalt-Richtlinie)**

- 91c.0 Allgemeines
- 91c.1 Deutschland erteilt/verlängert Aufenthaltstitel
- 91c.2 Deutschland will in ein Land außerhalb des Geltungsbereichs der Daueraufenthalt-Richtlinie abschieben
- 91c.3 Aufenthaltsbeendende Maßnahmen in Deutschland
- 91c.4 Übermittlung der Personalien bei Absatz 1 bis 3
- 91c.5 Anderer Mitgliedstaat leitet aufenthaltsbeendende Maßnahmen ein
- 91c.6 Mitteilungspflichten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge gegenüber den Ausländerbehörden
- 91d Zu § 91d – Innergemeinschaftliche Auskünfte zur Durchführung der Richtlinie 2004/114/EG (Studentenrichtlinie)**
- 91d.0 Allgemeines
- 91d.1 Wechsel in einen anderen Mitgliedstaat nach Studienzulassung in Deutschland
- 91d.2 Studienfortsetzung in Deutschland
- 91e Zu § 91e – Gemeinsame Vorschriften für das Register zum vorübergehenden Schutz und zu innergemeinschaftlichen Datenübermittlungen**
- 92–94 Zu den §§ 92–94 Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration**
- Vorbemerkung zu den §§ 95–98**
- 95 Zu § 95 – Strafvorschriften**
- 95.0 Allgemeines
- 95.1 Straftaten mit einer Strafobergrenze von einem Jahr Freiheitsstrafe
- 95.1a Unerlaubte Erwerbstätigkeit
- 95.2 Straftaten mit einer Strafobergrenze von drei Jahren Freiheitsstrafe
- 95.3 Versuchsstrafbarkeit
- 95.4 Einziehung
- 95.5 Schutz gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention
- 95.6 Handeln auf Grund unrechtmäßig erlangtem Aufenthaltstitel
- 96 Zu § 96 – Einschleusen von Ausländern**
- 96.0 Allgemeines
- 96.1 Grundtatbestand
- 96.2 Qualifikationstatbestand
- 96.3 Strafbarkeit des Versuchs
- 96.4 Schleusungen in das Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, der Republik Island und des Königreichs Norwegen
- 96.5 Erweiterter Verfall
- 97 Zu § 97 – Einschleusen mit Todesfolge; gewerbs- und bandenmäßiges Einschleusen**
- 97.0 Allgemeines
- 97.1 Einschleusen mit Todesfolge
- 97.2 Gewerbs- und bandenmäßiges Einschleusen
- 97.3 Minder schwerer Fall
- 97.4 Erweiterter Verfall
- 98 Zu § 98 – Bußgeldvorschriften**
- 98.0 Allgemeines
- 98.1 Fahrlässiges Begehen von Straftatbeständen
- 98.2 Einzelne Ordnungswidrigkeitentatbestände
- 98.2a Beauftragung eines Ausländers zu einer nachhaltigen entgeltlichen Dienst- oder Werkleistung
- 98.3 Weitere Ordnungswidrigkeitentatbestände
- 98.4 Versuch
- 98.5 Bußgeldrahmen
- 98.6 Schutz gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention
- 99 Zu § 99 – Verordnungsermächtigung**
- 100 Zu § 100 – Sprachliche Anpassung**
- 101 Zu § 101 – Fortgeltung bisheriger Aufenthaltsrechte**
- 101.0 Allgemeines
- 101.1 Aufenthaltsberechtigung; unbefristete Aufenthaltserlaubnis
- 101.2 Übrige Aufenthaltsgenehmigungen
- 101.3 Daueraufenthalt-EG
- 102 Zu § 102 – Fortgeltung ausländerrechtlicher Maßnahmen und Anrechnung**
- 102.1 Fortgeltung ausländerrechtlicher Maßnahmen
- 102.2 Anrechnung
- 103 Zu § 103 – Anwendung bisherigen Rechts**
- 104 Zu § 104 – Übergangsregelungen**
- 104.1 Anträge auf unbefristete Aufenthaltserlaubnis/Aufenthaltsberechtigung
- 104.2 Erteilung einer Niederlassungserlaubnis nach § 9
- 104.3 Meistbegünstigungsklausel zum Kindernachzug
- 104.4 Volljährig gewordene Kinder
- 104.5 Anspruch auf Teilnahme am Integrationskurs
- 104.6 Anwendung von § 23 Absatz 2
- 104.7 Niederlassungserlaubnis für Ehegatten, Lebenspartner und minderjährige Kinder
- 104a Zu § 104a – Altfallregelung**
- 104a.0 Allgemeines
- 104a.1 Voraussetzungen für die Erteilung der Aufenthaltserlaubnisse nach Absatz 1
- 104a.2 Volljährige ledige Kinder und unbegleitete Minderjährige
- 104a.3 Ausschluss bei Straftaten von Familienangehörigen
- 104a.4 Integrationsvereinbarung
- 104a.5 Verlängerung gemäß § 104a Absatz 5
- 104a.6 Ausnahmen bei der Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis zur Vermeidung von Härtefällen
- 104b Zu § 104b – Aufenthaltsrecht für integrierte Kinder von geduldeten Ausländern**
- 105 Zu § 105 – Fortgeltung von Arbeitsgenehmigungen**
- 105.1 Arbeitserlaubnis
- 105.2 Arbeitsberechtigung
- 105a Zu § 105a – Bestimmungen zum Verwaltungsverfahren**
- 106 Zu § 106 – Einschränkung von Grundrechten**
- 107 Zu § 107 – Stadtstaatenklausel**

1	Zu § 1 – Zweck des Gesetzes; Anwendungsbereich
1.1	Gesetzeszweck
1.1.1	§ 1 Absatz 1 Satz 1 bis 3 enthält die Zielbestimmungen des Gesetzes, an denen sich die Ausfüllung von Ermessenstatbeständen zu orientieren hat. Vorrangiges Ziel ist die Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung. Dabei sind Aufnahme- und Integrationsfähigkeit sowie die wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland zu berücksichtigen.
1.1.2	Nach § 1 Absatz 1 Satz 4 regelt das Gesetz die Einreise und den Aufenthalt von Ausländern. Das Gebiet von inländischen Flughäfen ist ungeachtet des Erreichens der Grenzkontrollstellen Teil des Staatsgebietes der Bundesrepublik Deutschland. Der Transitbereich eines Flughafens unterliegt in vollem Umfang der deutschen staatlichen Hoheitsgewalt. Dasselbe gilt für das Gebiet von Küstengewässern, Flussmündungen und Freihäfen.
1.1.3	Nach Satz 4 regelt das Gesetz auch die Erwerbstätigkeit von Ausländern. Die Berechtigung zur Erwerbstätigkeit ergibt sich aus dem Aufenthaltstitel des Ausländers (vgl. Nummer 4.2).
1.1.4	Das Aufenthaltsgesetz regelt auch das übergeordnete ausländerpolitische Ziel der Integration, das als wesentlicher Gesetzeszweck im Rahmen der verfassungsrechtlichen Kompetenzen Berücksichtigung findet und damit zu einer Handlungsmaxime für die mit den ausländerrechtlichen Entscheidungen betrauten Behörden wird. Die Grundsätze der staatlichen Integrationsmaßnahmen sind in den §§ 43 bis 45 niedergelegt. Sie werden ergänzt durch die IntV.
1.1.5	Andere Gesetze i. S. d. § 1 Absatz 1 Satz 5 mit eigenständigen Regelungen für bestimmte Ausländer sind derzeit insbesondere das <ul style="list-style-type: none"> – FreizügG/EU, – AsylVfG, – HAuslG, – SkAufG.
1.1.5.1	Für die Einreise von Asylsuchenden sind insbesondere Artikel 16a GG sowie §§ 18, 18a, 19 Absatz 3 AsylVfG maßgeblich.
1.1.5.2	Völkerrechtliche Verträge sind nur dann andere Gesetze i. S. d. § 1 Absatz 1 Satz 5, wenn sie im Wege eines Vertragsgesetzes nach Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 GG ratifiziert worden sind und wenn die in ihnen enthaltenen Vorschriften keine bloßen Staatenverpflichtungen begründen, sondern nach ihrem Inhalt und Zweck für eine unmittelbare Anwendung bestimmt und geeignet sind (z. B. Genfer Flüchtlingskonvention, Staatenlosenübereinkommen). Eine unmittelbare Anwendbarkeit ist generell zu bejahen bei Bestimmungen, die Be-

freiungen vom Erfordernis der Aufenthaltstitel vorsehen (z. B. NATO-Truppenstatut, Wiener Übereinkommen über Konsularische Beziehungen) und/oder zur Ausstellung von Passersatzpapieren verpflichten (Artikel 28 Genfer Flüchtlingskonvention, Artikel 28 Staatenlosenübereinkommen). Das SDÜ hat nach seiner Überführung in Gemeinschaftsrecht durch den Amsterdamer Vertrag nicht mehr die Rechtsqualität eines völkerrechtlichen Vertrages, sondern von sekundärem Gemeinschaftsrecht. Es ist daher unmittelbar anwendbar (vgl. Nummer 1.1.5.3.1).

Das NATO-Truppenstatut und das dazugehörige Zusatzübereinkommen enthalten unter bestimmten Voraussetzungen für Truppenmitglieder ausländischer Streitkräfte, ziviles Gefolge und deren Angehörige Befreiungen von aufenthaltsrechtlichen Verpflichtungen im Aufenthaltsstaat. Dies gilt insbesondere für Pass- und Sichtvermerksbestimmungen, Ein- und Ausreisekontrollen sowie Meldevorschriften. Schließt ein Ausländer, der bislang eines Aufenthaltstitels bedurfte, die Ehe mit einem i. S. d. NATO-Truppenstatuts privilegierten Angehörigen ausländischer Streitkräfte, kommt es zum Ruhen des bisherigen Aufenthaltsrechts. Im Falle der Ehescheidung oder des sonstigen Verlustes der vorgenannten Befreiungen lebt das bisherige Aufenthaltsrecht wieder auf, soweit es nicht nach § 51 inzwischen erloschen ist. Anders als in den in § 27 Absatz 3 AufenthV geregelten Fällen wird ein noch nicht beschiedener Antrag des Ehegatten auf Erteilung oder Verlängerung eines Aufenthaltstitels dadurch, dass die vorgenannten Befreiungen eintreten, gegenstandslos. Ein entsprechender Antrag kann erst nach dem Wegfall der vorgenannten Befreiungen wieder gestellt werden.

1.1.5.3 Für nach dem Europäischen Gemeinschaftsrecht freizügigkeitsberechtigte Unionsbürger und Staatsangehörige der EWR-Staaten und deren Familienangehörige gilt § 1 Absatz 2 Nummer 1.

1.1.5.3.1 Das Europäische Gemeinschaftsrecht hat Anwendungsvorrang vor dem Aufenthaltsgesetz. Die Verordnungen und Entscheidungen des Rates und der Kommission haben eine unmittelbare Wirkung (Artikel 249 EGV). Dasselbe gilt für die Teile des SDÜ und die übrigen Bestimmungen des Schengen-Acquis, die durch den Amsterdamer Vertrag in Gemeinschaftsrecht überführt worden sind. Richtlinien der EU bzw. EG bedürfen der Umsetzung in innerstaatliches Recht. Sind Richtlinien nicht oder nicht ausreichend in innerstaatliches Recht umgesetzt worden, gelten nach Ablauf der Umsetzungsfrist die Regelungen der Richtlinie als unmittelbar anwendbar, die für eine Einzelfallanwendung inhaltlich unbedingt und hinreichend genau bestimmt sind und nicht selbst Verpflichtungen für den Einzelnen begründen. Die mit der Ausführung des Aufenthalts-

gesetzes beauftragten Behörden haben das durch die Richtlinien zu erreichende Ziel im Rahmen bestehender Auslegungs- oder Ermessensspielräume zu berücksichtigen.

Bestehen Zweifel an der Vereinbarkeit nationalen Rechts mit dem Recht der Europäischen Union, so sollte eine isolierte Entscheidung einzelner Behörden oder Länder über die Nicht-Anwendung nationaler Gesetze wegen vermeintlicher Richtlinienwidrigkeit vermieden werden. Vielmehr ist eine abgestimmte Verfahrensweise anzustreben, die zügig herbeigeführt werden sollte.

1.2 Anwendungsbereich

1.2.1 Freizügigkeitsgesetz/EU

1.2.1.1 Ausländer, deren Rechtsstellung durch das Gesetz über die allgemeine Freizügigkeit von Unionsbürgern (Freizügigkeitsgesetz/EU – FreizügG/EU) geregelt ist, sind gemäß § 1 FreizügG/EU Staatsangehörige anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union (Unionsbürger) und ihre Familienangehörigen sowie Staatsangehörige der EWR-Staaten und ihre Familienangehörigen (§ 12 FreizügG/EU).

1.2.1.2 Auf Grund der fortschreitenden Einigung Europas und der weit reichenden Sonderstellung des Freizügigkeitsrechts werden Unionsbürger und ihre Familienangehörigen grundsätzlich vom Anwendungsbereich des Aufenthaltsgesetzes ausgenommen. Es ist auf diese Personen nur anwendbar, wenn dies ausdrücklich durch ein anderes Gesetz bestimmt ist. § 11 FreizügG/EU erklärt in drei Fällen das Aufenthaltsgesetz für anwendbar:

- entsprechende Anwendung der in § 11 Absatz 1 Satz 1 bis 4 FreizügG/EU genannten Vorschriften auf Freizügigkeitsberechtigte,
- entsprechende Anwendung des Aufenthaltsgesetzes, wenn dieses eine günstigere Rechtsstellung vermittelt als das FreizügG/EU (§ 11 Absatz 1 Satz 5 FreizügG/EU) oder
- generelle Anwendung des Aufenthaltsgesetzes nach Feststellung des Nichtbestehens oder des Verlustes des Freizügigkeitsrechts (§ 11 Absatz 2 FreizügG/EU).

1.2.2 Völkerrechtliche Ausnahmen

1.2.2.1 Die Einreise und der Aufenthalt von Ausländern, auf die gemäß § 1 Absatz 2 Nummer 2 und 3 das Aufenthaltsgesetz keine Anwendung findet, werden im Rahmen des Völkerrechts vom Auswärtigen Amt im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern durch besondere Bestimmungen geregelt. Soweit diese Bestimmungen für die Einreise und den Aufenthalt eine besondere Erlaubnis vorsehen, sind für ihre Erteilung, Versagung, Verlängerung oder Entziehung das Auswärtige Amt einschließlich der deutschen Auslandsvertretungen oder die vom Auswärtigen Amt bezeich-

neten ausländischen Behörden zuständig. Einer Beteiligung der Ausländerbehörde bedarf es nicht, es sei denn, dies ist ausdrücklich vorgeschrieben. Bei der besonderen Erlaubnis, die etwa aufgrund internationaler Gepflogenheiten oder zur Wahrung der Gegenseitigkeit für die Einreise beispielsweise in der Form eines Visums erteilt wird (so genanntes diplomatisches Visum), handelt es sich nicht um einen Aufenthaltstitel i. S. v. § 4.

1.2.2.2

Die aufenthaltsrechtliche, ausweisrechtliche und sonstige Behandlung von Diplomaten und anderen bevorrechtigten Personen in der Bundesrepublik Deutschland findet auf der Grundlage des Rundschreibens des Auswärtigen Amtes über Diplomaten und andere bevorrechtigte Personen in der jeweils geltenden und im GMBL veröffentlichten Fassung statt.

1.2.2.3

Verzeichnisse über die diplomatischen Missionen, die konsularischen Vertretungen in der Bundesrepublik Deutschland und die Internationalen Organisationen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland sind auf der Internetseite des Auswärtigen Amtes aufgelistet (www.auswaertiges-amt.de).

1.2.2.4

Eine Zusammenstellung der völkerrechtlichen Übereinkommen und der damit in Zusammenhang stehenden Rechtsvorschriften, aufgrund derer Personen, insbesondere Bedienstete aus anderen Staaten in der Bundesrepublik Deutschland besondere Vorrechte und Immunitäten genießen, ist in dem vom Bundesministerium der Justiz jährlich als Beilage zum BGBl. II herausgegebenen Fundstellennachweis B sowie in dem vom Bundesministerium der Justiz jährlich als Beilage zum BGBl. I herausgegebenen Fundstellennachweis A enthalten (www.bgb1.de).

1.2.2.5

Hinsichtlich der Rechtsstellung der Streitkräfte aus den Vertragsstaaten des Nordatlantikvertrages und der im Rahmen des Nordatlantikvertrages errichteten internationalen militärischen Hauptquartiere (Mitglieder der Truppe und ziviles Gefolge sowie Angehörige) wird auf das Rundschreiben des Auswärtigen Amtes über Diplomaten und andere bevorrechtigte Personen in seiner jeweiligen Fassung verwiesen (siehe Nummer 1.2.2.2).

1.2.2.6

Hinsichtlich der Vorrechte und Befreiungen von Soldaten anderer Staaten wird auf das Übereinkommen vom 19. Juni 1995 zwischen den Vertragsstaaten des Nordatlantikvertrages und den anderen an der Partnerschaft für den Frieden teilnehmenden Staaten über die Rechtsstellung ihrer Truppen sowie das Zusatzprotokoll (PfP-Truppenstatut, BGBl. 1998 II S. 1338), die aufgrund des Streitkräfteaufenthaltsgesetzes vom 20. Juli 1995 (BGBl. II S. 554) abgeschlossenen Vereinbarungen sowie auf das Rundschreiben des Auswärtigen Amtes über Diplomaten und andere bevorrechtigte Personen verwiesen (siehe Nummer 1.2.2.2).

1.2.2.7	Das Aufenthaltsgesetz findet auf den gemäß § 27 AufenthV vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreiten Personenkreis Anwendung (Personen bei Vertretungen ausländischer Staaten), soweit völkerrechtliche Vereinbarungen nicht entgegenstehen. Der Aufenthalt dieser Ausländer kann gemäß § 12 Absatz 4 zeitlich und räumlich beschränkt und von Bedingungen und Auflagen abhängig gemacht werden, soweit hierdurch völkerrechtliche Verpflichtungen insbesondere nach dem Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen (WÜD) und dem Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen (WÜK) (z. B. Organisationshoheit der Entsendestaaten, Pflicht zu umfassender Unterstützung der ausländischen Mission durch deutsche Behörden) nicht verletzt werden. Dem Aufenthaltsgesetz und dem Erfordernis eines Aufenthaltstitels können allerdings bestimmte Personengruppen, insbesondere aufgrund ihrer ständigen Ansässigkeit im Bundesgebiet, unterfallen (z. B. im Bundesgebiet angeworbene Ortskräfte ausländischer Missionen); vgl. hierzu Rundschreiben des Auswärtigen Amtes über Diplomaten und andere bevorrechtigte Personen.	
2	Zu § 2 – Begriffsbestimmungen	
2.0	Allgemeines	
	Die in § 2 enthaltenen Begriffsbestimmungen gelten für das gesamte Aufenthaltsgesetz und die auf seiner Grundlage erlassenen Rechtsverordnungen.	
2.1	Begriff des Ausländers	
2.1.1	Ausländer ist jede natürliche Person, die nicht Deutscher i. S. d. Artikels 116 Absatz 1 GG ist. Eine Person mit deutscher und zugleich einer oder mehreren fremden Staatsangehörigkeit(en) ist kein Ausländer i. S. d. § 2 Absatz 1. Beruft sich eine Person darauf, Deutscher zu sein, hat sie das Bestehen der deutschen Staatsangehörigkeit oder ihre Eigenschaft als Statusdeutscher nach § 82 Absatz 1 nachzuweisen. Die deutsche Staatsangehörigkeit ist i. d. R. anhand eines deutschen Personalausweises oder Passes zu belegen. Bei Spätaussiedlern und ihren in den Aufnahmebescheid einbezogenen Familienangehörigen (Ehegatte und Abkömmlinge) genügt bis zur Ausstellung eines solchen Personalausweises oder Passes die Vorlage einer Bescheinigung nach § 15 Absatz 1 oder Absatz 2 BVFG. Bestehen Zweifel, ob die deutsche Staatsangehörigkeit erworben worden ist oder noch besteht, ist eine Auskunft der Personalausweis- bzw. Passbehörde einzuholen, die ggf. in Zusammenarbeit mit der Staatsangehörigkeitsbehörde die entsprechenden Feststellungen trifft. Bis zur Klärung ist die Person als Ausländer zu behandeln. Bestehen Zweifel, ob eine Person nach § 4 Absatz 3 BVFG Statusdeutscher geworden ist, so ist die Auskunft des Bundesverwaltungsamtes oder der nach § 100b Absatz 2 BVFG zuständigen Behörde einzuholen.	2.1.2
		Ist ein Ausländer eingebürgert worden, wird sein Aufenthaltstitel gegenstandslos. Die Staatsangehörigkeitsbehörde wird einen vorhandenen Aufenthaltstitel „ungültig“ stempeln und die zuständige Ausländerbehörde unterrichten (§ 73 Nummer 1 AufenthV). § 36 Absatz 2 und 3 AZRG ist zu beachten. Einem unter Fortbestehen der bisherigen Staatsangehörigkeit Eingebürgerten oder einem Deutschen, der aus einem sonstigen Grund zugleich eine oder mehrere fremde Staatsangehörigkeit(en) besitzt, darf kein Aufenthaltstitel erteilt werden; ihm kann aber zur Vermeidung von Schwierigkeiten bei einer Reise in seinen Herkunftsstaat im ausländischen Pass oder Passersatz die Eintragung angebracht werden: „Der Passinhaber besitzt Aufenthaltsrecht in der Bundesrepublik Deutschland ... (Datum, Dienstsiegel).“
		2.1.3
		Die Behandlung der Pässe und Passersatzpapiere eingebürgerter Personen bzw. die ausländerbehördlichen Eintragungen in diesen Dokumenten bestimmen sich nach den Richtlinien des Bundesministeriums des Innern über die Behandlung ausländischer Pässe, Passersatzpapiere, Personalausweise und Personenstandsurkunden in der jeweils geltenden Fassung. Das Eigentumsrecht des ausstellenden Staates ist zu beachten.
		2.1.4
		Heimatlose Ausländer sind kraft Gesetzes (§ 12 HAusG) zum Aufenthalt im Bundesgebiet berechtigt (siehe Nummer 3.3.4.1.3).
		2.2
		Erwerbstätigkeit
		2.2.1
		Erwerbstätigkeit ist ein Oberbegriff. Er umfasst sowohl die selbständige Erwerbstätigkeit als auch die Beschäftigung i. S. d. § 7 SGB IV. Die Definition in § 7 Absatz 1 SGB IV lautet: „Beschäftigung ist die nichtselbständige Arbeit, insbesondere in einem Arbeitsverhältnis. Anhaltspunkte für eine Beschäftigung sind eine Tätigkeit nach Weisungen und eine Eingliederung in die Arbeitsorganisation des Weisungsgebers.“
		2.2.2
		Als Beschäftigung gilt auch der Erwerb beruflicher Kenntnisse, Fertigkeiten oder Erfahrungen im Rahmen betrieblicher Berufsbildung (§ 7 Absatz 2 SGB IV).
		2.2.3
		Der Begriff der Selbständigkeit ist gesetzlich nicht definiert. Er ergibt sich aus der Umkehr der Kennzeichnungsmerkmale einer abhängigen Beschäftigung. Die Abgrenzung zwischen selbständiger Erwerbstätigkeit und Beschäftigung ist anhand der Kriterien in § 7 Absatz 1 SGB IV vorzunehmen. Die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der selbständigen Erwerbstätigkeit bestimmt sich nach § 21, wenn die Ausübung der selbständigen Tätigkeit der Hauptzweck des Aufenthalts im Bundesgebiet ist; vgl. näher Nummer 21.0.5.

	Für die Frage der Abgrenzung zwischen einer selbständigen Erwerbstätigkeit und einer Beschäftigung als Arbeitnehmer kommt es nach der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts maßgeblich darauf an, ob eine Tätigkeit nach einer Gesamtwürdigung aller Umstände des Einzelfalles in persönlicher Abhängigkeit ausgeübt wird. Kriterien für die Feststellung einer persönlichen Abhängigkeit und damit für das Vorliegen eines Arbeitsverhältnisses sind insbesondere das Weisungsrecht des Arbeitgebers, die Eingliederung in den Betrieb sowie die Vergütung in Gestalt eines monatlichen Gehalts.	2.3.1.2	Der Lebensunterhalt eines Ausländers ist insbesondere nicht gesichert, wenn er für sich selbst einen Anspruch auf Leistungen hat
		2.3.1.2.1	– zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II,
		2.3.1.2.2	– der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach SGB XII,
		2.3.1.2.3	– der Hilfe zum Lebensunterhalt nach SGB XII oder entsprechende Leistungen nach SGB VIII oder
		2.3.1.2.4	– nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.
2.2.4	Tätigkeiten, die in den §§ 2 und 4 bis 13 der BeschV genannt sind, gelten nach § 16 Satz 1 BeschV nicht als Beschäftigung i. S. d. Aufenthaltsgesetzes, sofern sie nur für bis zu drei Monate innerhalb eines Zeitraums von zwölf Monaten im Bundesgebiet ausgeübt werden. Dasselbe gilt nach § 16 Satz 2 BeschV für Tätigkeiten von Personen, die nach den §§ 23 bis 30 AufenthV vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit sind. Die Folge dieser Ausnahme von der Pflicht zum Besitz eines Aufenthaltstitels, die insbesondere visumrechtliche Auswirkungen hat, ist u. a. in § 17 Absatz 2 Satz 1 AufenthV geregelt. Sofern entsprechende Tätigkeiten selbstständig ausgeübt werden, findet ebenfalls § 17 Absatz 2 AufenthV Anwendung. Vgl. näher Nummer 4.1.3.2.1.		Auf den tatsächlichen Bezug kommt es nicht an.
		2.3.1.3	Eine Sicherung des Lebensunterhalts liegt auch dann nicht vor, wenn Wohngeld tatsächlich bezogen wird.
		2.3.1.4	Dagegen ist der Lebensunterhalt gesichert, wenn der Ausländer Kindergeld, Kinderzuschlag und Erziehungsgeld oder Elterngeld oder öffentliche Mittel in Anspruch nimmt, die auf einer Beitragsleistung beruhen (z. B. Leistungen aus der Kranken- oder Rentenversicherung und das Arbeitslosengeld I) oder gerade zu dem Zweck gewährt werden, dem Ausländer einen Aufenthalt im Bundesgebiet zu ermöglichen. Stipendien sollen diesem Zweck dienen. Der Lebensunterhalt ist auch bei Bezug von Leistungen nach dem BAföG, nach dem Gesetz zur Förderung der beruflichen Aufstiegsförderung (AFBG) sowie nach dem SGB III, Viertes Kapitel, Fünfter Abschnitt (Förderung der Berufsausbildung) gesichert, auch soweit diese Leistungen zum Teil auf Darlehensbasis gewährt werden. Dies gilt auch in den Fällen der Aufenthaltserlaubnis nach § 16, da BAföG-Leistungen an diesen Personenkreis nur in wenigen Fällen geleistet werden, die dann dem Ziel dienen, dem Ausländer die Durchführung eines Studiums im Bundesgebiet zu ermöglichen. Des Weiteren ist bei BAföG-Empfängern der Bezug aufstockender Leistungen nach § 22 Absatz 7 SGB II für Wohnkosten in Fällen, in denen sie bei ihren nach SGB II geförderten Eltern wohnen, unschädlich. Dasselbe gilt für BAföG-Empfänger, die nach § 7 Absatz 6 SGB II zusätzlich Leistungen nach dem SGB II beziehen können.
2.3	Sicherung des Lebensunterhalts		
2.3.1	Eine Sicherung des Lebensunterhalts ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel ist gegeben, wenn der Lebensunterhalt entweder aus eigenen Mitteln des Ausländers oder aus Mitteln Dritter, die keine öffentlichen Mittel sind, bestritten wird. Lebensunterhalt ist dabei die Gesamtheit der Mittel, die erforderlich sind, um den Bedarf eines Menschen zu decken. Eine Sicherungsmöglichkeit besteht auch durch einen Dritten im Rahmen einer Verpflichtungserklärung nach § 68. Liegt eine Verpflichtungserklärung vor, so führt dies allerdings nicht zwingend dazu, dass zugleich auch eine Sicherung des Lebensunterhalts nach § 5 Absatz 1 Nummer 1 gegeben ist. Bei der Prüfung dieses Tatbestandes sind vielmehr die Umstände des Einzelfalles zu berücksichtigen (vgl. dazu Nummer 5.1.1.1). Die Ausländerbehörde soll im Rahmen einer Zustimmung nach § 31 AufenthV die zur Lebensunterhaltssicherung vorliegenden Feststellungen und Berechnungen darlegen.	2.3.2	Darüber hinaus setzt die Lebensunterhaltssicherung des Ausländers voraus, dass er seine Unterhaltspflichten gegenüber den in Deutschland lebenden Familienangehörigen erfüllen kann. Bei isolierter Betrachtung bezieht sich § 2 Absatz 3 nur auf die Sicherung des Lebensunterhalts des jeweiligen Antragstellers. Die Einbeziehung der Unterhaltspflichten des Ausländers ergibt sich jedoch aufgrund gesetzessystematischer Auslegung:
2.3.1.1	Die in Artikel 6 GG vorgenommenen Wertungen wie auch der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz sind bei Anwendung von § 2 Absatz 3 zu berücksichtigen. Dem entsprechend ist die Inanspruchnahme einzelner Hilfen nach dem SGB II oder XII in seltenen Ausnahmefällen unschädlich, etwa bei Studierenden aufgrund einer Schwangerschaft.	2.3.2.1	– In § 2 Absatz 3 Satz 2 werden das Kindergeld, der Kinderzuschlag und das Erziehungsgeld oder Elterngeld ausdrücklich aus

der Berechnung der Lebensunterhaltssicherungspflicht herausgenommen. Diese Leistungen – mit Ausnahme des Erziehungsgeldes und teilweise des Elterngeldes – werden aber gerade in Bezug auf unterhaltsberechtigten Kinder gewährt und dienen nicht der Sicherung des Lebensunterhalts des Elternteils.

- 2.3.2.2 – Darüber hinaus unterliegt der Ausländer ebenso wie ein Deutscher den unterhaltsrechtlichen Verpflichtungen des BGB (z. B. aus §§ 1360, 1601 und 1602 Absatz 2 BGB). Die Geltung dieser Jedermannpflicht wird auch im Aufenthaltsgesetz vorausgesetzt.

- 2.3.2.3 – Die Notwendigkeit einer Gesamtbetrachtung ergibt sich (insbesondere auch in Familiennachzugsfällen) jedoch auch aus dem Verständnis der Familie als durch Unterhaltspflichten miteinander verbundene Wirtschaftsgemeinschaft. Auch wird bei der Gewährung sozialer Leistungen stets vermutet, dass innerhalb einer Haushaltsgemeinschaft gemeinsam gewirtschaftet wird (§ 36 SGB XII) und infolgedessen eine Gesamtbetrachtung angestellt.

Die Sicherung des Lebensunterhalts der unterhaltsberechtigten Familienangehörigen ist daher Bestandteil der eigenen Lebensunterhaltssicherung. Eine Zusammenrechnung ist hingegen ausgeschlossen, wenn hierdurch die Ehegatten aufenthaltsrechtlich schlechter stehen würden als im Falle einer Trennung. Dies ist etwa der Fall, wenn ein Ehegatte im Falle der Aufhebung der ehelichen Lebensgemeinschaft ein eigenes Aufenthaltsrecht (z. B. nach § 31 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1) hätte, weil sein Einkommen ausreicht, seinen eigenen Bedarf – gemessen an den Maßstäben des SGB II – zu decken, so dass die Regelungsvoraussetzungen aus § 5 Absatz 1 Nummer 1 und Nummer 2 erfüllt wären (vgl. BVerfG, Beschluss vom 11. Mai 2007. Az: 2 BvR 2483/06).

- 2.3.3 Die Fähigkeit zur Bestreitung des Lebensunterhalts darf nicht nur vorübergehend sein. Demnach ist eine Prognoseentscheidung erforderlich, ob der Lebensunterhalt des Ausländers für die Dauer des beabsichtigten Aufenthalts gesichert ist. Diese Frage ist insbesondere dann zu prüfen, wenn Erziehungsgeld oder Elterngeld bezogen wird, da Erziehungsgeld für maximal 24 Monate und Elterngeld i. d. R. für maximal 14 Monate gewährt wird und nicht als Einkommen nach SGB XII gilt, so dass trotz gesicherten Lebensunterhalts dennoch ein Anspruch auf Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt nach SGB XII bestehen kann. Bei befristeten Arbeitsverträgen ist neben den Gesamtumständen des jeweiligen Einzelfalles auch zu berücksichtigen, ob – wie in einigen Wirtschaftszweigen üblich – der kettenartige Abschluss neuer Verträge mit demselben Arbeitgeber oder ständig neue Abschlüsse mit verschiedenen Vertragspartnern zu erwarten

sind, oder ob die Gefahr der Erwerbslosigkeit nach Auslaufen des Vertrages nahe liegt. Im Fall der Erwerbstätigkeit sind bei der Berechnung des verfügbaren Einkommens von dem Erwerbseinkommen sämtliche in § 11 Absatz 2 SGB II aufgeführte Beträge abzuziehen, da diese auch bei der Berechnung eines etwaigen leistungrechtlichen Anspruchs zu berücksichtigen sind.

2.3.4

Das Aufenthaltsgesetz definiert nicht, wann der Lebensunterhalt gesichert ist. Auch wenn ein Ausländer für sich selbst keine der in Nummer 2.3.1.2 genannten Leistungen erhält, ist darauf abzustellen, ob er im konkreten Einzelfall Anspruch auf Leistungen zur Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II oder auf Leistungen der Sozialhilfe nach SGB XII hat. Bei der Bedarfsermittlung sind neben den Regelsätzen auch Miet- und Nebenkosten und Beiträge zu Kranken- und Pflegeversicherung sowie alle weiteren in § 11 Absatz 2 SGB II aufgeführten Beträge zu berücksichtigen. Bei Zweifeln ist ggf. die örtliche Leistungsbehörde (Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende, Sozialamt) um eine entsprechende Berechnung zu bitten. Verbleibt nach dieser fiktiven Berechnung ein Anspruch auf öffentliche Leistungen, ist der Lebensunterhalt nicht gesichert. Einer fiktiven Berechnung bedarf es i. d. R. nicht bei Empfängern von BAföG-Leistungen. Für diese kann ohne weiteres von gesichertem Lebensunterhalt ausgegangen werden, da die BAföG-Bedarfssätze bedarfsdeckend sind.

2.3.4.1

Der Lebensunterhalt kann auch durch Unterhaltsleistungen von Familienangehörigen gesichert werden. Der Nachweis, dass im Bundesgebiet eine zum gesetzlichen Unterhalt verpflichtete Person vorhanden ist, reicht für sich allein nicht aus. Durch Unterhaltsleistungen einer anderen Person ist der Lebensunterhalt gesichert, wenn und solange sich auch die andere Person rechtmäßig in Deutschland aufhält und den Lebensunterhalt ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel leisten kann. Hält sich die andere Person nicht im Bundesgebiet auf, hat der Ausländer gemäß § 82 Absatz 1 den Nachweis zu erbringen, dass entsprechende Mittel bis zum Ablauf der Geltungsdauer des Aufenthaltstitels verfügbar sind. Berücksichtigungsfähig sind Geldleistungen und geldwerte Leistungen, die entweder zu einer Erhöhung des der Familie als Wirtschaftseinheit zur Verfügung stehenden Einkommens führen (etwa Geldüberweisungen) oder zu einer Verringerung der Ausgabenhöhe führen (etwa kostenloses oder deutlich vergünstigtes Wohnen). Der Familienangehörige, der die Unterhaltsleistungen erbringt, muss nicht mit den Begünstigten zusammenleben. Familienangehöriger ist jeder zum Familienkreis Zählende, der gerade auf Grund der familiären Verbundenheit die Unterhaltsleistungen erbringt (etwa auch ein Stiefelternteil oder Geschwister). Zur Lebensunterhaltssicherung bei Stiefkindernachzug vgl. Nummer 32.0.5.

2.3.4.2 Schließlich können auch freiwillige Leistungen nicht unterhaltspflichtiger Personen zur Sicherung des Lebensunterhalts i. S. d. § 2 Absatz 3 beitragen. Diese Möglichkeit kommt aber für längerfristige Aufenthalte nur ausnahmsweise in Betracht. Die Sicherung des Lebensunterhalts soll i. d. R. aus eigener Kraft, d. h. in erster Linie durch eigenes Erwerbseinkommen des Ausländers bzw. seines Ehepartners erfolgen. Freiwillige Leistungen Dritter sind demgegenüber mit erheblichen Unsicherheiten und Risiken behaftet. Es sind deshalb strenge Anforderungen an den Nachweis der Leistungsfähigkeit des Dritten zu stellen. So muss auf jeden Fall gewährleistet sein, dass die entsprechenden freiwilligen Leistungen tatsächlich auch über den erforderlichen Zeitraum erbracht werden.

Dies kann etwa dadurch geschehen, dass ein selbständiges Schuldversprechen nach § 780 BGB oder eine Verpflichtungserklärung nach § 68 abgegeben wird. Die Verpflichtungserklärung begründet allerdings für sich genommen keinen Anspruch zwischen dem Verpflichtungsgeber und der Bezugsperson, sondern vermittelt lediglich eine Rückgriffsmöglichkeit öffentlicher Leistungsträger. Ob derartige Schuldversprechen ausreichend sind, kann nur im Wege einer Einzelfallwürdigung beurteilt werden. Da ein Schuldversprechen im Ausländerrecht der Belastung öffentlicher Kassen vorbeugen soll, kommt es auf den jeweiligen Aufenthaltswort und die jeweilige Aufenthaltsdauer an (siehe dazu auch Nummer 68.1.2). Geht es um einen auf Dauer angelegten Aufenthalt des Ausländers zur Familienzusammenführung, ist zu fordern, dass der Lebensunterhalt dauerhaft gesichert ist.

2.3.4.3 Hinsichtlich der Sicherstellung des Lebensunterhalts im Rahmen eines Ausbildungs- oder Studienaufenthalts siehe Nummer 16.0.8.

2.3.5 Zu dem in § 2 Absatz 3 geforderten Krankenversicherungsschutz gehört nicht die Pflegeversicherung, die einen besonderen Sicherungsgrund darstellt (§ 68 Absatz 1 Satz 1) und deren Nachweis aus besonderem Anlass – etwa in den Fällen des § 7 Absatz 1 Satz 3 und der §§ 21, 36 – verlangt werden kann.

2.3.5.1 Ausreichender Krankenversicherungsschutz liegt im Übrigen vor, wenn der Ausländer in einer gesetzlichen Krankenversicherung krankenversichert ist. Einer weiteren Prüfung bedarf es in diesem Fall nicht.

2.3.5.2 Ausreichender Krankenversicherungsschutz kann auch vorliegen, wenn der Ausländer in einer privaten Krankenversicherung krankenversichert ist. In diesem Fall bedarf es einer eingehenden Prüfung anhand des Einzelfalls, ob ausreichender Krankenversicherungsschutz vorliegt. Dabei sind u. a. auch der mit dem Aufenthalt verfolgte Zweck sowie die Dauer des Aufenthalts zu berücksichtigen (vgl. Nummer 9c.1.3). So kann bei beabsichtigten Kurzaufenthalten vermutet werden, dass der Aus-

länder das umfangreiche Leistungsspektrum, das von einer gesetzlichen Krankenversicherung abgedeckt wird, erkennbar nicht in Anspruch nehmen wird, so dass in diesen Fällen eine Krankenversicherung auch dann als ausreichend betrachtet werden kann, wenn sie nicht dem Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung entspricht. Voraussetzung der Erteilung eines Schengen-Visums zum kurzfristigen Aufenthalt von bis zu drei Monaten ist nach Kapitel V der Gemeinsamen Konsularischen Instruktion an die diplomatischen Missionen und die konsularischen Vertretungen, die von Berufskonsularbeamten geleitet werden (GKI ABl. C 326 vom 22. Dezember 2005, S. 1 bis 149) grundsätzlich der Nachweis einer ausreichenden Reisekrankenversicherung auch für Repatriierungs-, ärztliche Nothilfe- und Notaufnahmehleistungen im Krankenhaus für das gesamte Schengen-Gebiet.

2.3.6 Ausreichende Mittel stehen Studenten, die nicht nach dem BAföG gefördert werden, nach § 16 dann zur Verfügung, wenn diese dem BAföG-Förderungshöchstatz (§§ 13 und 13a Absatz 1 BAföG) entsprechen. Dieser wird jährlich zum Jahresende durch das Bundesministerium des Innern im Bundesanzeiger veröffentlicht.

2.3.7 Als Mindestbetrag für die Lebensunterhaltssicherung für Forscher nach § 20 gilt nach § 2 Absatz 3 Satz 6 ein Betrag in Höhe von zwei Dritteln der Bezugsgröße i. S. d. § 18 SGB IV. Das Bundesministerium des Innern gibt den betreffenden Nettobetrag für das kommende Jahr jeweils bis zum 31. Dezember des Vorjahres im Bundesanzeiger bekannt. Stehen dem Forscher Mittel in Höhe des veröffentlichten Mindestbetrags zur Verfügung, ist in jedem Fall ohne weitere Prüfung davon auszugehen, dass der Lebensunterhalt gesichert ist. Wird der Mindestbetrag, z. B. wegen Teilzeitbeschäftigung oder wegen anfänglicher tarifmäßig niedriger Einstufung nicht erreicht, ist im Wege einer individuellen Prüfung festzustellen, ob der Lebensunterhalt nach § 2 Absatz 3 Satz 1 bis 4 gesichert ist (siehe Nummer 2.3.4). Neben dem in der Aufnahmevereinbarung genannten Gehalt sind weitere laufende Einkünfte, wie z. B. zugesagte Stipendien, den zur Verfügung stehenden Mitteln zuzurechnen. Bei fehlender Sicherung des Lebensunterhalts ist die Aufnahmevereinbarung nicht wirksam (§ 38f Absatz 2 Nummer 3 AufenthV). Das hat zur Folge, dass die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 20 nicht erfolgen kann. Die vorstehenden allgemeinen Grundsätze zur Bedarfsermittlung gelten im Fall des § 2 Absatz 3 Satz 6 nicht.

2.4 Ausreichender Wohnraum

2.4.0 Der Wohnraum muss einer menschenwürdigen Unterbringung dienen. Eine abgeschlossene Wohnung wird jedoch nicht verlangt.

- 2.4.1 Die Voraussetzung „ausreichend“ bezieht sich auf zwei Faktoren: die Beschaffenheit und Belegung, d. h. die Größe der Wohnung im Hinblick auf die Zahl der Bewohner. Die Obergrenze bildet das Sozialwohnungsniveau, d. h. es darf keine bessere Ausstattung verlangt werden, als sie auch typischerweise Sozialwohnungen in der jeweils entsprechenden Region aufweisen. Die Untergrenze bilden die auch für Deutsche geltenden Rechtsvorschriften der Länder, also z. B. die Wohnungsaufsichtsgesetze oder in Ermangelung solcher Gesetze das allgemeine Polizei- bzw. Ordnungsrecht.
- 2.4.2 Ausreichender Wohnraum ist – unbeschadet landesrechtlicher Regelungen – stets vorhanden, wenn für jedes Familienmitglied über sechs Jahren zwölf Quadratmeter und für jedes Familienmitglied unter sechs Jahren zehn Quadratmeter Wohnfläche zur Verfügung stehen und Nebenräume (Küche, Bad, WC) in angemessenem Umfang mitbenutzt werden können. Eine Unterschreitung dieser Wohnungsgröße um etwa zehn Prozent ist unschädlich. Wohnräume, die von Dritten mitbenutzt werden, bleiben grundsätzlich außer Betracht; mitbenutzte Nebenräume können berücksichtigt werden.
- 2.5 Schengen-Visum**
- 2.5.1 Staatsangehörige der Staaten, die in Anhang I der aktuellen Fassung der Verordnung (EG) Nummer 539/2001 des Rates vom 15. März 2001 zur Aufstellung der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der Außengrenzen im Besitz eines Visums sein müssen, sowie der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige von der Visumpflicht befreit sind (ABl. EG Nummer L 81 S. 1) aufgeführt sind, benötigen für die Einreise in das gemeinsame Gebiet der Schengenstaaten ein Visum. Die Staatsangehörigen der in Anhang II der Verordnung aufgeführten Staaten bedürfen für die Einreise anlässlich eines Kurzaufenthalts für bis zu drei Monaten innerhalb einer Frist von sechs Monaten vom Tag der ersten Einreise an kein Visum, sofern sie nicht beabsichtigen, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen (vgl. Nummer 2.2). Der sich anschließende Aufenthalt nach der Einreise bemisst sich nach Artikel 20 SDÜ.
- 2.5.2 Darüber hinaus ergeben sich die wesentlichen rechtlichen Maßgaben für die Visumerteilung aus dem SDÜ (siehe hierzu allgemein Nummer 2.5.4). Das Schengen-Visum (siehe § 6 Absatz 1) wird für einen Kurzaufenthalt bis zu drei Monaten ausgestellt (z. B. für Touristenreisen, Besuchsaufenthalte, Geschäftsreisen, erwerbsbezogene Aufenthalte i. S. v. § 16 BeschV) und berechtigt nach Maßgabe der Artikel 10, 11 und 19 SDÜ zum freien Reiseverkehr im Hoheitsgebiet der Schengen-Staaten. Für die Erteilung von Schengen-Visa mit dem Hauptreiseziel Deutschland sind grundsätzlich die deutschen Auslandsvertretungen zuständig (vgl. Artikel 12 Absatz 2 SDÜ); solche Visa können jedoch im Rahmen von Vertretungsregelungen, die das Auswärtige Amt für den Amtsbereich bestimmter Konsulate mit anderen Schengen-Staaten vereinbart, auch von den Auslandsvertretungen dieser anderen Schengen-Staaten erteilt werden.
- 2.5.3.1 Nach Artikel 21 Absatz 1 SDÜ sind Ausländer, die über einen von einem Schengen-Staat ausgestellten Aufenthaltstitel verfügen, zur Einreise, Durchreise und zum (Kurz-) Aufenthalt im gesamten Schengen-Gebiet bis zu drei Monaten berechtigt, soweit sie die in Artikel 5 Absatz 1 Buchstaben a), c) und e) der Verordnung (EG) Nummer 562/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2006 über einen Gemeinschaftskodex für das Überschreiten der Grenzen durch Personen (Schengener Grenzkodex; ABl. EG Nummer L 105 S. 1) aufgeführten Einreisevoraussetzungen erfüllen und nicht auf der nationalen Ausschreibungsliste der betroffenen Vertragspartei stehen. Die insoweit berechtigten Ausländer bedürfen demnach für einen kurzfristigen Aufenthalt bis zu drei Monaten keines weiteren Aufenthaltstitels. Die jeweils geltenden Aufenthaltstitel ergeben sich aus den nach Artikel 21 Absatz 3 SDÜ notifizierten Titeln sowie anhand der Anlage 4 der Gemeinsamen Konsularischen Instruktion. Nicht zu den Aufenthaltstiteln zählen nach Artikel 2 Nummer 15 Buchstabe b) Schengener Grenzkodex die Aufenthaltsgestattung für Asylbewerber (§ 55 AsylVfG), der erlaubte Aufenthalt nach § 81 Absatz 3 Satz 1, die Aussetzung der Abschiebung nach § 81 Absatz 3 Satz 2, die Duldung (§ 60a) sowie die Betretenserlaubnis (§ 11 Absatz 2).
- 2.5.3.2 Ein Bezugszeitraum für einen dreimonatigen Kurzaufenthalt ist in Artikel 21 SDÜ nicht ausdrücklich festgelegt. Zur Verhinderung von Missbrauch sind hierbei die durch den Europäischen Gerichtshof in der Rechtssache „Bot“ (EuGH, Urteil vom 3. Oktober 2006 Rs. C 241/05 – Bot) herausgearbeiteten Berechnungsgrundsätze heranzuziehen (vgl. Nummer 6.1.2.3). Missbrauch liegt vor und die Interessen der Bundesrepublik Deutschland wären gefährdet, wenn sich ein Ausländer aufgrund von Artikel 21 SDÜ unter Umgehung aufenthaltsrechtlicher Regelungen des Aufenthaltsgesetzes insgesamt länger im Bundesgebiet gewöhnlich aufhielte als in dem Schengen-Staat, dessen Aufenthaltstitel er besitzt (Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe e) Schengener Grenzkodex i. V. m. § 5 Absatz 1 Nummer 3). Zur Bestimmung des Bezugszeitraums vgl. auch Nummer 6.1.8.1.1 ff.
- 2.5.4 Annex: Schengener Durchführungsübereinkommen (SDÜ)
- 2.5.4.1 Das SDÜ hat zum Ziel, die Kontrollen des Personenverkehrs an den gemeinsamen Grenzen der Vertragsstaaten (Schengen-Binnen-

grenzen) abzuschaffen und den Transport und Warenverkehr zu erleichtern. Gleichzeitig sieht es eine Reihe von Maßnahmen vor, um dadurch entstehende Sicherheitseinbußen auszugleichen (z.B. Harmonisierung der Visumpolitik und des Erteilungsverfahrens, Schaffung einheitlicher Kontrollen an den Schengen-Außengrenzen, Einrichtung des SIS, Regelungen zur polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit).

2.5.4.2 Das SDÜ ist – zunächst als völkerrechtlicher Vertrag – am 26. März 1995 für die Vertragsstaaten Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg, Niederlande, Spanien und Portugal und später für Italien, Österreich sowie die nordischen Staaten Dänemark, Finnland und Schweden und die assoziierten Staaten Island und Norwegen, die nicht Mitgliedstaaten der EU sind, in Kraft gesetzt worden. Im Dezember 2007 beschloss der Europäische Rat eine Ost- und Süderweiterung mit dem Wegfall der Kontrollen an den Binnengrenzen zwischen Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn zum 21. Dezember 2007 (Land- und Seegrenzen) bzw. zum 30. März 2008 (an den Flughäfen). Nachdem der Rat den Beschluss vom 27. November 2008 über die vollständige Anwendung der Bestimmungen des Schengen-Besitzstandes in der Schweizerischen Eidgenossenschaft gefasst hat, sind die Personenkontrollen zum 12. Dezember 2008 (Landgrenzen) und zum 29. März 2009 (Luftgrenzen) weggefallen. Gemäß dem Protokoll zum Vertrag von Amsterdam können sich Irland und das Vereinigte Königreich am Schengen-Besitzstand oder an Teilen davon beteiligen. Beide Staaten haben hiervon in Teilen Gebrauch gemacht, die jedoch nicht den freien Personenverkehr betreffen.

2.5.4.3 Nach dem „Protokoll zur Einbeziehung des Schengen-Besitzstands in den Rahmen der Europäischen Union“, das am 1. Mai 1999 zusammen mit dem Amsterdamer Vertrag (BGBl. 1999 II S. 416) in Kraft getreten ist, wurde der damalige „Schengen-Besitzstand“ in das Gemeinschaftsrecht überführt und damit zu unmittelbar anwendbarem Gemeinschaftsrecht erklärt. Hierdurch wurde er Änderungen und Ergänzungen zugänglich, die auf der Grundlage der in Artikel 61 ff. EGV enthaltenen Ermächtigungen erfolgen können; ein völkerrechtlicher Vertrag ist für eine Änderung des SDÜ nicht länger erforderlich. Wegen dieser Änderung des Rechtscharakters sind sowohl das SDÜ als auch die übrigen zum Schengen-Besitzstand gehörenden Vorschriften bei der Auslegung als unmittelbar geltendes Gemeinschaftsrecht zu behandeln, das Anwendungsvorrang gegenüber eventuell abweichenden nationalen Rechtsvorschriften besitzt. Der Europäische Gerichtshof ist für die Auslegung der Bestimmungen des Schengen-Rechts zuständig.

2.5.4.4 Vorschriften des SDÜ und die übrigen Vorschriften des Schengen-Rechts können somit

unmittelbar Rechte und Pflichten für Personen begründen, die sich im Hoheitsgebiet der Anwenderstaaten aufhalten. Bei der Bestimmung, ob eine Vorschrift unmittelbare Wirkung entfaltet, ist vorrangig anhand des Wortlauts zu bestimmen, ob die Bestimmung Personen oder aber Anwenderstaaten oder deren Behörden zu einem bestimmten Handeln oder Unterlassen auffordert. Werden Behörden zu einem bestimmten Handeln aufgefordert, bilden die zum Schengen-Recht gehörenden Vorschriften dann eine ausreichende Rechtsgrundlage für das beschriebene Verwaltungshandeln, wobei allerdings ggf. ergänzende Zuständigkeits- und Verfahrensvorschriften des nationalen Rechts zu beachten sind.

2.5.4.5 Die Regelungen des SDÜ erstrecken sich nur auf „Drittausländer“, d.h. auf Personen, die nicht Staatsangehörige eines der Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind (Artikel 1 SDÜ). Zu den „Drittausländern“ gehören (materiell-rechtlich) auch nicht die Staatsangehörigen der Schengen-Staaten Island und Norwegen sowie des EWR-Staats Liechtenstein und der Schweiz, auf die das mit der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten geschlossene Freizügigkeitsabkommen (BGBl. 2001 II S. 810) als gemeinschaftsrechtliche Sonderregelung Anwendung findet. Nach Artikel 2 Nummer 6 Schengener Grenzkodex ist die Definition nunmehr der gemeinschaftsrechtlichen Terminologie dergestalt angepasst, dass „Drittstaatsangehöriger“ jede Person ist, die nicht Unionsbürger i.S.d. Artikels 17 Absatz 1 EGV ist und die nicht unter Artikel 2 Nummer 5 Schengener Grenzkodex fällt. Artikel 2 Nummer 5 Schengener Grenzkodex definiert „Personen, die das Gemeinschaftsrecht auf freien Personenverkehr genießen“. Demnach sind „Drittstaatsangehörige“ i.S.d. Schengener Grenzkodex alle Personen, die nicht EU-Bürger, EWR-Bürger oder Schweizer und nicht deren Familienangehörige sind. Solche Familienangehörigen (Ehegatten oder Lebenspartner sowie die Verwandten in absteigender Linie, die noch nicht 21 Jahre alt sind oder denen Unterhalt gewährt wird oder Verwandte in aufsteigender Linie, denen Unterhalt gewährt wird), die die Staatsangehörigkeit von Drittstaaten besitzen, genießen ein dem europäischen Freizügigkeitsrecht nachgebildetes „abgeleitetes“ Recht auf Freizügigkeit.

2.5.4.6 Das SDÜ und die übrigen schengenrechtlichen Regelungen finden zudem grundsätzlich nur auf die dort erwähnten Aufenthalte Anwendung. Dies sind zum einen die (Kurz-)Aufenthalte, die den zeitlichen Rahmen von drei Monaten je Sechsmonatszeitraum – jeweils ab der Einreise gerechnet – nicht überschreiten (Artikel 11, 19 SDÜ, Artikel 5 Absatz 1 Schengener Grenzkodex) oder Durchreisen in den Ausstellerstaat eines Aufenthaltstitels bzw. nationalen Visums (Artikel 5 Absatz 4 Buch-

stabe a) Schengener Grenzkodex, Artikel 18 SDÜ). Zum anderen sind Aufenthalte in Bezug genommen, bei denen visumbefreite Drittstaaten oder Inhaber eines Aufenthaltstitels eines Anwenderstaates vorübergehend in einen anderen Anwenderstaat reisen (Artikel 20, 21 SDÜ).

- 2.5.4.6.1 Verordnung (EG) Nummer 562/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2006 über einen Gemeinschaftskodex für das Überschreiten der Grenzen durch Personen (Schengener Grenzkodex; ABl. EG Nummer L 105 S. 1)

Mit dem Schengener Grenzkodex wurden die Artikel 2 bis 8 des SDÜ sowie weitere Rechtsakte aufgehoben. Bezugnahmen auf die gestrichenen Artikel des SDÜ und die aufgehobenen Rechtsakte gelten als Bezugnahme auf den Schengener Grenzkodex.

Der Schengener Grenzkodex hat als Verordnung der Europäischen Union Gesetzescharakter und gilt seit seinem Inkrafttreten am 13. Oktober 2006 in allen Anwenderstaaten. Für die neuen Beitrittsstaaten der Europäischen Union, in denen das SDÜ noch nicht vollständig angewendet wird, gelten die Bestimmungen des Schengener Grenzkodex in dem Umfang, wie es die Beitrittsakte vorsehen.

- 2.5.4.6.2 Verordnung (EG) Nummer 539/2001 des Rates zur Aufstellung der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der Außengrenzen im Besitz eines Visums sein müssen, sowie der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige von dieser Visumpflicht befreit sind, vom 15. März 2001 (ABl. EG Nummer L 81 S. 1)

Die Verordnung regelt unmittelbar, welche Staatsangehörigen von Drittländern beim Überschreiten der Außengrenzen der Mitgliedstaaten für Kurzaufenthalte visumpflichtig und welche für Kurzaufenthalte von der Visumpflicht befreit sind. Artikel 1 Absatz 1 der Verordnung bestimmt eine Visumpflicht für beabsichtigte Aufenthalte von bis zu drei Monaten. Diese supranationale Bestimmung entspricht der Aufenthaltstitelpflicht für die Einreise nach § 4 Absatz 1. Eine Einreise ohne Visum entgegen dieser Vorschrift ist unerlaubt. Artikel 1 Absatz 2 der Verordnung befreit die benannten Personengruppen von der Visumpflicht nach Absatz 1 für geplante Aufenthalte bis zu drei Monaten im Gebiet der Schengen-Staaten. Die Befreiung von der Aufenthaltstitelpflicht nach der Einreise richtet sich vorrangig nach Artikel 20 Absatz 1 SDÜ.

Einreisen zu geplanten Aufenthalten von über drei Monaten unterliegen grundsätzlich der Aufenthaltstitelpflicht nach § 4 Absatz 1, sofern keine Ausnahmeregelung nach § 41 AufenthV besteht.

Daneben enthält die Verordnung Öffnungsklauseln für nationale Befreiungen vom Er-

fordernis eines Aufenthaltstitels, die im deutschen Recht durch die §§ 16 bis 25 und 29 AufenthV ausgefüllt werden (vgl. zu § 16 AufenthV die Ausführungen in Nummer 4.1.3.1 ff.).

- 2.5.4.6.3 Verordnung (EG) Nummer 415/2003 des Rates vom 27. Februar 2003 über die Erteilung von Visa an der Grenze, einschließlich der Erteilung derartiger Visa an Seeleute auf der Durchreise (ABl. EG Nummer L 64 S. 1)

Die Verordnung regelt unmittelbar die Erteilung von Visa an der Grenze (vgl. Artikel 17 Absatz 3 Buchstabe c) SDÜ; siehe hierzu im Einzelnen Nummer 14.2).

2.6

Richtlinie zum vorübergehenden Schutz

Die Richtlinie 2001/55/EG des Rates vom 20. Juli 2001 über Mindestnormen für die Gewährung vorübergehenden Schutzes im Falle eines Massenzustroms von Vertriebenen und Maßnahmen zur Förderung einer ausgewogenen Verteilung der Belastungen, die mit der Aufnahme dieser Personen und den Folgen dieser Aufnahme verbunden sind, auf die Mitgliedstaaten (ABl. EG Nummer L 212 S. 12, so genannte Richtlinie zum vorübergehenden Schutz) wird durch das Aufenthaltsgesetz und die AufenthV in das innerstaatliche Recht umgesetzt. § 24 regelt den Aufenthaltsstatus und die Verteilung von Ausländern, die vorübergehenden Schutz genießen, § 29 Absatz 4 die Familienzusammenführung und § 56 Absatz 3 den besonderen Ausweisungsschutz. §§ 42 und 43 AufenthV regeln die Verlegung des Wohnsitzes, § 91 a das Register über die Personen, denen nach der Richtlinie vorübergehender Schutz gewährt wird, und § 91 b den innergemeinschaftlichen Datenaustausch hierzu.

2.7

Langfristig Aufenthaltsberechtigter

2.7.1

Absatz 7 enthält die Legaldefinition eines langfristig Aufenthaltsberechtigten i. S. v. Artikel 2 Buchstabe b) der Richtlinie 2003/109/EG des Rates vom 25. November 2003 betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen (ABl. EU 2004 Nummer L 16 S. 44, so genannte Daueraufenthalt-Richtlinie).

2.7.2

Der Begriff umfasst diejenigen Drittstaatsangehörigen, die in anderen Anwenderstaaten der Daueraufenthalt-Richtlinie die Rechtsstellung besitzen. Das Vereinigte Königreich, Irland und Dänemark beteiligen sich nicht an dieser Richtlinie (Erwägungsgrund 25 und 26 der Daueraufenthalt-Richtlinie). Sie sind daher weder zur Umsetzung verpflichtet, noch können sie den Aufenthaltstitel „Daueraufenthalt-EG“ i. S. d. Daueraufenthalt-Richtlinie erteilen. Auch die Mobilitätsregelungen des dritten Kapitels der Richtlinie können folglich auf Ausländer, die sich in diesen Staaten aufhalten, keine Anwendung finden.

2.7.3 Durch die Formulierung „verliehen und nicht entzogen wurde“ wird klargestellt, dass die Rechtsstellung auf Grund eines Verwaltungsaktes auf Antrag und nicht etwa bereits bei Erfüllung der Voraussetzungen erworben wird. Zudem wird durch die Worte „und nicht entzogen“ klargestellt, dass die Rechtsstellung i. S. d. Definition fortbesteht, bis sie entzogen wird und nicht etwa bereits dann entfällt, wenn die Voraussetzungen für eine Entziehung gegeben sind.

2.7.4 Der Besitz der Rechtsstellung ist regelmäßig durch einen Aufenthaltstitel nachzuweisen, der in einer der Amtssprachen der Europäischen Union den Vermerk „Daueraufenthalt-EG“ trägt (siehe hierzu im Einzelnen Nummer 38.a.1.1.1). Anderslautende nationale Daueraufenthalts- oder langfristige Aufenthaltstitel verleihen grundsätzlich keine Rechtsstellung i. S. d. Daueraufenthalt-Richtlinie. Beim Besitz eines entsprechenden Aufenthaltstitels kann vermutet werden, dass die Rechtsstellung nicht entzogen wurde; der Umstand einer Entziehung würde sich aber im Verfahren nach dem neuen § 91 c erweisen. Da die Richtlinie in Artikel 15 Absatz 4 aber hinsichtlich der Geltendmachung der Rechtsstellung nicht zwingend an die Vorlage eines solchen Aufenthaltstitels anknüpft, kann der Nachweis der Rechtsstellung als langfristig Aufenthaltsberechtigter daneben auch durch eine schriftliche Bestätigung der Behörden des Mitgliedstaates, ggf. auch dessen Auslandsvertretung in Deutschland geführt werden. In diesem Fall bedarf es einer sorgfältigen Vergewisserung durch die Ausländerbehörden, dass die Rechtsstellung als langfristig Aufenthaltsberechtigter auch tatsächlich verliehen worden ist.

2.7.5 Die Darlegungs- und Beweislast für den Besitz der Rechtsstellung trifft nach § 82 Absatz 1 den Ausländer, der sich auf die Rechtsstellung beruft. Langfristig Aufenthaltsberechtigte, die in Deutschland diese Rechtsstellung besitzen, erhalten zum Nachweis dieser Rechtsstellung den Aufenthaltstitel „Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG“ nach § 9a. Ausländer, die in einem anderen Anwenderstaat der Richtlinie die Rechtsstellung eines langfristig Aufenthaltsberechtigten innehaben und gemäß der Mobilitätsregelungen des dritten Kapitels der Richtlinie zu einem langfristigen Aufenthalt nach Deutschland weiterwandern, haben einen Anspruch auf eine Aufenthaltserlaubnis nach § 38a.

3 Zu § 3 – Passpflicht

3.0 Allgemeines

3.0.1 Die Passpflicht, also die Pflicht zum Besitz eines gültigen und anerkannten Passes oder Passersatzes, erstreckt sich zum einen auf die Einreise, zum anderen auf den Aufenthalt des Ausländers im Bundesgebiet. Die Erfüllung der

Passpflicht ist grundsätzlich eine zwingende Voraussetzung für die erlaubte Einreise (§ 14 Absatz 1 Nummer 1) sowie für die Erteilung eines Aufenthaltstitels oder dessen Verlängerung (§ 5 Absatz 1 Nummer 4 und § 8 Absatz 1). Bei der Erteilung und Verlängerung von Aufenthaltstiteln sind jedoch Ausnahmen vom Regelerteilungsgrund der Passpflicht in dem in § 5 Absatz 3 genannten Umfang zulässig. Wird die Passpflicht im Bundesgebiet nicht mehr erfüllt, kann ein erteilter Aufenthaltstitel widerrufen werden (§ 52 Absatz 1 Nummer 1).

3.0.2 Die Passpflicht besteht unabhängig von der Pflicht zur Mitführung des Passes oder Passersatzes beim Grenzübergang (§ 13 Absatz 1 Satz 2) und von den ausweisrechtlichen Pflichten gemäß § 48 und nach §§ 56 und 57 AufenthV (z. B. Passvorlagepflicht).

3.0.2.1 Ausländer, die nach § 1 Absatz 2 Nummer 1 von der Anwendung des Aufenthaltsgesetzes ausgenommen sind, unterliegen gemäß § 8 FreizügG/EU nur einer dort geregelten Ausweisungspflicht. Ein Verstoß gegen diese Pflicht (Ordnungswidrigkeit nach § 10 FreizügG/EU) führt für sich allein nicht zu einer die Freizügigkeit beschränkenden Maßnahme (Artikel 15 Absatz 2 der Richtlinie 2004/38/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 über das Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten der Europäischen Union frei zu bewegen und aufzuhalten, zur Änderung der Verordnung (EWG) Nummer 1612/68 und zur Aufhebung der Richtlinien 64/221/EWG, 68/380/EWG, 72/194/EWG, 73/148/EWG, 75/34/EWG, 75/35/EWG, 90/364/EWG, 90/365 EWG und 93/96/EWG (ABl. EU Nummer L 229 S. 35, so genannte Freizügigkeitsrichtlinie) und führt nicht dazu, dass der Aufenthalt unerlaubt ist.

3.0.2.2 Die Passpflicht erstreckt sich nicht auf die Ausländer, die nach § 1 Absatz 2 von der Anwendung des Aufenthaltsgesetzes ausgenommen sind. Hinsichtlich der Ausstellung von Ausweisen für Mitglieder ausländischer Vertretungen und internationaler Organisationen wird auf Abschnitt VIII des Rundschreibens des Auswärtigen Amtes über Diplomaten und andere bevorrechtigte Personen in der jeweils gültigen Fassung verwiesen. Staatsoberhäupter benötigen nach allgemeinen völkerrechtlichen Grundsätzen auch bei Privatreisen keinen Pass.

3.0.3 Ein Verstoß gegen die Passpflicht ist gemäß § 95 Absatz 1 Nummer 1 und 3 strafbewehrt. Ein Verstoß gegen die Passpflicht und Visumpflicht liegt nicht vor, wenn der Ausländer, der einen gültigen Aufenthaltstitel besitzt, aus einem seiner Natur nach lediglich vorübergehenden Grund mit einem gültigen und anerkannten Pass das Bundesgebiet verlässt, diesen im Ausland verliert und innerhalb der Geltungsdauer des Aufenthaltstitels mit einem neuen Pass in das Bundesgebiet einreist.

- 3.0.4 Ein Pass ist ein Dokument, das von einem Staat an seine eigenen Staatsangehörigen ausgestellt wird. Er bedarf der Unterschrift durch den Passinhaber. Der Pass hat nach überkommenem Verständnis verschiedene Funktionen. Er bescheinigt, dass die Personendaten (Name, Vorname, Geburtsdatum) den Personalien des durch Lichtbild und – außer bei Analphabeten – Unterschrift ausgewiesenen Inhabers des Papiers entsprechen. Durch den Pass wird die Inanspruchnahme des Inhabers als eigener Staatsangehöriger im völkerrechtlichen Verkehr erklärt. Durch den Pass wird dem Inhaber von seinem Staat grundsätzlich erlaubt, die eigene Staatsgrenze in auswärtige Richtung zu überschreiten, und erklärt, dass gegen die Einreise in die Staaten, für die der Pass gültig ist, keine Bedenken bestehen. Mit dem Pass wird eine Erlaubnis ausgesprochen, die eigene Staatsgrenze zur Einreise in – grundsätzlich – das gesamte eigene Hoheitsgebiet zu überschreiten. Ferner wird gegenüber auswärtigen Staaten nach überwiegender Auffassung versichert, dass der Ausstellerstaat den Inhaber im Rahmen der Passgültigkeit zurücknimmt. Der Ausstellerstaat übernimmt den konsularischen Schutz des Passinhabers.
- 3.0.5 Passersatzpapier – oder kürzer Passersatz – i. S. d. allgemeinen ausländerrechtlichen Sprachgebrauchs ist ein Papier, das nach der Bestimmung der ausstellenden Stelle zumindest auch zum Grenzübertritt geeignet und bestimmt ist, ohne dass es sämtliche Funktionen eines Passes aufweist. Ist ein Passersatz in Deutschland anerkannt, zugelassen oder eingeführt, so genügt ein Ausländer auch mit dem Passersatz der Passpflicht. Ein Papier, das nach dem Willen der ausstellenden Behörde nicht zum grenzüberschreitenden Reisen bestimmt ist, sondern ausschließlich andere Funktionen erfüllt, ist niemals Passersatz.
- 3.0.6 Der anerkannte und gültige Pass oder Passersatz berechtigt zum ordnungsgemäßen Grenzübertritt nach Maßgabe des § 13 sowie nach Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe a) Schengener Grenzkodex. Einen erforderlichen Aufenthaltstitel ersetzt er nicht.
- 3.0.7 Die Passpflicht und die Pflicht zum Besitz eines Aufenthaltstitels (Visum, Aufenthaltserlaubnis, Niederlassungserlaubnis, Daueraufenthalt-EG) bestehen unabhängig voneinander und werden auch unabhängig voneinander erfüllt oder nicht erfüllt. Ob für die Einreise und den Aufenthalt ein Visum bzw. Aufenthaltstitel erforderlich ist, hängt, sofern nicht Sonderregeln greifen, nicht davon ab, mit welchem Dokument die Passpflicht erfüllt wird. Insbesondere hängt die durch die Verordnung (EG) Nummer 539/2001 des Rates vom 15. März 2001 zur Aufstellung der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der Außengrenzen im Besitz eines Visums sein müssen, sowie der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige von der Visumpflicht befreit sind (ABl. EG Nummer L 81 S. 1) im Rahmen ihres Anwendungsbereichs festgelegte Visumpflicht oder Visumbefreiung von der Staatsangehörigkeit des einreisenden Ausländers und nicht von dem Papier ab, das zur Erfüllung der Passpflicht verwendet wird (eine systematische Ausnahme bilden die Inhaber der in der Verordnung genannten Dokumente der Sonderverwaltungszonen Hongkong und Macao).
- 3.0.8 Durch den Besitz eines gültigen Passes wird den Behörden die Feststellung der Identität und Staatsangehörigkeit sowie der Rückkehrberechtigung seines Inhabers ohne weiteres ermöglicht. Ein gültiger Pass, den ein Staat an seine eigenen Angehörigen ausstellt, beinhaltet die völkerrechtlich verbindliche Erklärung des ausstellenden Staates, dass der Inhaber ein eigener Staatsangehöriger ist. Da ausschließlich der Staat, dessen Staatsangehörigkeit ein Ausländer besitzt, rechtlich zur Feststellung der Namensführung berechtigt ist, gilt der in einem solchen Pass eingetragene Name des Inhabers als rechtlich verbindlich festgestellt (zu Ausnahmen vgl. Nummer 3.0.9). Wird diese der Rechtssicherheit im internationalen Reiseverkehr dienende Funktion des Passes erfüllt, erübrigt sich somit eine Identitätsfeststellung gemäß § 49. Hiervon unberührt bleiben die ebenfalls in § 49 geregelten Befugnisse zur Identitätssicherung oder eine Prüfung der Echtheit des Passes.
- 3.0.9 Artikel 10 Absatz 1 EGBGB sieht vor, dass der Name einer Person dem Recht des Staates unterliegt, dem die Person angehört. Als Durchbrechung dieses Prinzips sieht Artikel 10 Absatz 2 und 3 EGBGB in bestimmten Fällen die Möglichkeit vor, das deutsche Namensrecht für den Ehenamen (Absatz 2) oder den Namen des Kindes (Absatz 3) zu wählen. Sofern infolge dieser Rechtswahl und etwaigen weiteren Erklärungen im deutschen Rechtskreis ein Name geführt wird, der von dem Namen abweicht, den der Ausländer nach Heimatrecht hat, ist in Deutschland der nach deutschem Recht bestimmte Name maßgeblich. Der Umstand, dass der betreffende Ausländer in Deutschland einen abweichenden Namen führt, hat aber nicht zur Folge, dass der Ausländer nicht mehr einen abweichenden Namen nach ausländischem Recht innehat. Insofern wird der Pass oder Passersatz, der denjenigen Namen enthält, der nach wie vor dem Heimatrecht entspricht, nicht inhaltlich unrichtig. Die in § 56 Absatz 1 Nummer 3 AufenthV vorgesehene Verpflichtung zur Korrektur besteht also nicht, solange der Name nach Heimatrecht im Pass richtig eingetragen ist. Es besteht auch keine Verpflichtung zur Abgabe von Erklärungen, um im Heimatstaat den Namen dem Namen anzugleichen, der nach deutschem Recht geführt wird.
- In diesen Fällen der nach deutschem Recht abweichenden Namensführung ist wie folgt zu verfahren:

3.0.9.1 In Etiketten für den Aufenthaltstitel und das Visum, in denen der Name wiedergegeben wird und die in den Pass eingeklebt werden, sowie in der Fiktionsbescheinigung ist der Name einzutragen, der im Pass verzeichnet ist. Damit wird verdeutlicht, dass das Etikett zum Pass gehört; andernfalls bestünde, etwa auf Reisen, die Gefahr, dass vermutet wird, der Aufenthaltstitel gehöre nicht zum Pass, sei also gefälscht. Auf dem Etikett ist im Feld für Anmerkungen oder auf einem Zusatzblatt (im Beispielsfalle einer Wahl des Namens „Mustermann“) folgender Vermerk anzubringen:

– bei einer Wahl des Ehenamens:

„Der Inhaber führt in Deutschland den Ehenamen MUSTERMANN.“

– bei einer Wahl des Kindesnamens:

„Die Inhaberin führt in Deutschland den Namen Erika MUSTERMANN.“

3.0.9.2 Werden deutsche Passersatzpapiere ausgestellt, wird dadurch nicht völkerrechtlich verbindlich der Name festgestellt. Deutsche Behörden sind daher nicht gezwungen, das Namensrecht des Heimatstaates anzuwenden, sondern nur das deutsche Namensrecht. Umgekehrt sollte wegen des Gebrauchs des Dokuments in auswärtigen Staaten, wo das deutsche Namensrecht keine Rolle spielt, ein nach ausländischem Recht weiter geführter Name aufgeführt werden. Als Namen sind die nach deutschem Recht geführten Namen anzugeben, allerdings der nach ausländischem Recht geführte Namen in Klammern zuzusetzen, und zwar (beispielsweise, wenn der Inhaber nach deutschem Recht Stefan Mustermann und nach ausländischem Recht Ploni Almoni heißt) in der Form:

Name: MUSTERMANN (ALMONI)

Vornamen: Stefan (Ploni)

und als amtlicher Eintrag erläuternd auf einer leeren Dokumentenseite aufzunehmen:

„Der Name des Inhabers lautet nach deutschem Recht Stefan MUSTERMANN und nach dem Recht des Staates, dem er angehört, Ploni ALMONI.“

3.0.9.3 Die Ausstellungsvoraussetzungen für einen Reiseausweis für Ausländer liegen in den genannten Fällen nicht allein wegen der unterschiedlichen Namensführung vor, wenn der betroffene Ausländer einen gültigen und anerkannten ausländischen Pass oder Passersatz besitzt.

3.0.10 Stellt hingegen ein auswärtiger Staat einen Passersatz an eine Person aus, die dieser Staat nicht als eigenen Staatsangehörigen in Anspruch nimmt, wird die in Nummer 3.0.8 erwähnte Feststellungsbefugnis nicht ausgeübt, sondern nur der Inhaber bezeichnet. Wie weit die Indizwirkung der Eintragungen im Passersatz reicht, hängt vom jeweiligen Einzelfall ab. Zu den in § 3 Absatz 1 und 3 AufenthV genannten Papieren (insbesondere Reiseauswei-

sen für Flüchtlinge und Staatenlose) ist von der Richtigkeit der Eintragungen im Regelfall auszugehen. Bei Passersatzpapieren, die mit einem Visum oder anderen Aufenthaltstitel eines Schengen-Staates versehen sind, wird vermutet, dass die Identität schon im Erteilungsverfahren sicher festgestellt wurde. Die zur Verwendung im internationalen Reiseverkehr bestimmten Grenzübertrittsdokumente müssen generell zumindest das Geburtsdatum des Passinhabers sowie Ausstellungs- und Ablaufdatum gemäß dem Gregorianischen Kalender unter Verwendung der international gebräuchlichen arabischen Ziffern enthalten. Datumseintragungen ausschließlich nach sonstigen Zeitrechnungen sind mit den langjährigen völkerrechtlichen Gepflogenheiten und den ICAO-Standards (hier: maschinenlesbare Dokumente, Nummer 10.1 von Teil 1 des Doc. 9303) unvereinbar. Insofern handelt es sich hierbei um eine elementare ungeschriebene Voraussetzung zur Erfüllung der gesetzlichen Passpflicht i. S. d. § 3 Absatz 1.

3.0.11 Beabsichtigt der Passbewerber in Kürze zu heiraten, so kann, wenn sofort eine Auslandsreise angetreten werden soll und sich der Familienname ändert, der Pass schon vor der Eheschließung mit dem neuen Namen hergestellt werden. Als Beginn der Gültigkeitsdauer ist der Tag der Eheschließung einzutragen. Die Aushändigung des Passes darf jedoch erst nach der Eheschließung erfolgen. Vor der Aushändigung des Passes ist die Namensführung anhand der Heiratsurkunde oder des Familienbuches zu überprüfen.

3.1 Erfüllung der Passpflicht

3.1.1 Nach § 3 Absatz 1 Satz 1 kann ein Ausländer, der in das Bundesgebiet einreist oder sich darin aufhält, die Passpflicht durch Besitz eines anerkannten und gültigen Passes oder Passersatzes erfüllen, sofern nicht durch Rechtsverordnung eine Befreiung geregelt oder im Einzelfall nach § 3 Absatz 2 eine Ausnahme zugelassen wurde.

3.1.2 Kann ein Ausländer einen anerkannten und gültigen Pass oder Passersatz nicht in zumutbarer Weise erlangen, genügt der Ausländer gemäß § 48 Absatz 2 – im Inland, aber nicht beim Grenzübertritt – seiner Passpflicht durch Besitz eines Ausweisersatzes (§ 3 Absatz 1 Satz 2 i. V. m. § 48 Absatz 2). § 3 Absatz 1 Satz 2 hat klarstellenden Charakter. Die Erfüllung der Passpflicht durch den Besitz eines Ausweisersatzes lässt die Verpflichtung zur Passbeschaffung nach § 48 Absatz 3 und die Pflichten nach § 56 AufenthV unberührt.

3.1.3 Ausländer, die das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, können die Passpflicht auch durch Eintragung in den Pass eines gesetzlichen Vertreters erfüllen (§ 2 Satz 1 AufenthV); ab dem zehnten Lebensjahr muss ein Lichtbild des Kindes in einen solchen Pass eingebracht worden sein (§ 12 Satz 2 AufenthV). Die Eltern sind

verpflichtet, dafür zu sorgen, dass ihre Kinder der Passpflicht genügen (§ 80 Absatz 4). Die Ausländerbehörde soll die Eltern auf diese Verpflichtung hinweisen.

3.1.4 Das Merkmal „Besitz“ eines Passes oder Passersatzes ist auch dann erfüllt, wenn der Ausländer den Pass oder Passersatz zwar nicht mitführt, jedoch der Ausländerbehörde oder den mit der Durchführung dieses Gesetzes beauftragten Behörden binnen angemessener Frist nachweist, dass er über einen gültigen und anerkannten Pass oder Passersatz verfügt (§ 82 Absatz 1). Ein Verstoß gegen die Passpflicht liegt nicht vor, wenn der Pass in Verwahrung genommen wurde (§ 50 Absatz 6, § 21 Absatz 1 AsylVfG). Asylantragsteller sind verpflichtet, den Pass oder Passersatz den mit der Ausführung des AsylVfG betrauten Behörden zu überlassen (§ 15 Absatz 2 Nummer 4 AsylVfG). Für die Dauer der Überlassung des Passes oder Passersatzes wird dem Ausländer auf Antrag ein Ausweisersatz (Anlage D1 zur AufenthV) ausgestellt, wenn er einen Aufenthaltstitel besitzt oder die Abschiebung ausgesetzt ist (§ 55 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 AufenthV). § 50 Absatz 6 bleibt unberührt. Asylantragsteller erhalten für die Dauer des Asylverfahrens eine Bescheinigung über die Aufenthaltsgestattung, wenn sie nicht im Besitz eines Aufenthaltstitels sind (§ 63 AsylVfG). Für die Dauer des Asylverfahrens genügen sie ihrer Ausweispflicht mit der Bescheinigung über die Aufenthaltsgestattung (§ 64 AsylVfG). Die Herausgabe des Passes an Asylantragsteller richtet sich nach § 21 Absatz 5, § 65 AsylVfG. Eine Ablichtung des Passes oder Passersatzes ist zu den Akten zu nehmen.

3.1.5 Die Passpflicht ist in erster Linie auf den Besitz eines gültigen und anerkannten Passes oder Passersatzes gerichtet. Die Ausstellung eines deutschen Passersatzes richtet sich in den Fällen des § 4 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und 2 AufenthV nach den Vorschriften der §§ 5 ff. AufenthV, in den Fällen des § 4 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 bis 7 AufenthV nach den maßgeblichen gemeinschaftsrechtlichen und völkerrechtlichen Vorschriften bzw. innerstaatlichen Transformationsvorschriften. Die Ausländerbehörde hat die Erfüllung der Passpflicht im Zusammenwirken mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge – Ausländerzentralregister – zu überwachen.

3.1.6 Ein ausländischer Pass oder Passersatz ist nur dann für die Erfüllung der Passpflicht geeignet, wenn er anerkannt oder allgemein zugelassen ist. Ein Pass oder Passersatz wird auf Grund § 71 Absatz 6 vom Bundesministerium des Innern oder von der von ihm bestimmten Stelle im Benehmen mit dem Auswärtigen Amt anerkannt. Die Anerkennung ist jeweils auf ein bestimmtes Muster bezogen (beispielsweise: „Dienstpass der Republik X“), das dem Bundesministerium des Innern entsprechend der gängigen internationalen Praxis vom aus-

ländischen Staat übermittelt wird. Sie wirkt konstitutiv, weil § 3 Absatz 1 zur Erfüllung der Passpflicht die Anerkennung voraussetzt.

3.1.7 Bei den Anerkennungsentscheidungen des Bundesministeriums des Innern handelt es sich um Allgemeinverfügungen i. S. d. § 35 Satz 2 VwVfG. Sie werden im Bundesanzeiger bekannt gegeben. Zu beachten sind neben den später erlassenen weiteren Allgemeinverfügungen die Regelungen in der Allgemeinverfügung vom 3. Januar 2005 (BANz. S. 745) zu neuen Mustern: Folgemuster gelten als vorläufig anerkannt, bis über die Folgeanerkennung entschieden ist. Gleiches gilt nach den in der Allgemeinverfügung enthaltenen Maßgaben für neue Muster, über die noch keine Entscheidung getroffen worden ist. Bestehen Zweifel, ob das Muster eines von dem Ausländer vorgelegten Dokuments einem für Deutschland gültigen Nationalpass oder einem zugelassenen Passersatz entspricht, hat die Ausländerbehörde über die oberste Landesbehörde beim Bundesministerium des Innern anzufragen. Dies gilt – unbeschadet einer strafrechtlichen Verfolgung (z. B. wegen Urkundenfälschung) – nicht, wenn es sich um einen gefälschten oder verfälschten ausländischen Pass oder Passersatz handelt. Die Grenzbehörden wenden sich in Zweifelsfällen an das Bundespolizeipräsidium, das seinerseits das Bundesministerium des Innern befragen kann. Allein die im Bundesanzeiger jeweils veröffentlichte Entscheidung ist rechtlich maßgebend (§ 43 Absatz 1 Satz 2 VwVfG).

3.1.8 Während sich die Anerkennung eines Passes oder Passersatzes auf ein bestimmtes Muster bezieht, das der Entscheidung zugrunde liegt, handelt es sich im Gegensatz dazu bei der Zulassung eines Passersatzes um die abstrakte Bestimmung, dass ein amtlicher Ausweis für die Erfüllung der Passpflicht ausreichend ist. Eine solche Zulassung sieht § 3 Absatz 1 und 3 AufenthV vor. Dokumente, die unter diese Vorschrift fallen, bedürfen keiner Anerkennung. Mitteilungen des Bundesministeriums des Innern zur Anerkennung solcher Dokumente haben rein nachrichtliche Funktion. Hingegen handelt es sich bei Entscheidungen nach § 3 Absatz 2 AufenthV um Allgemeinverfügungen, die im Bundesanzeiger bekannt gemacht werden.

3.1.9.1 Bei Proxy-Pässen handelt es sich um authentische Passformulare, die von einem autorisierten Amtsträger ausgestellt wurden, wobei sich der Antragsteller bei Ausstellung von einem Mittelemann vertreten lässt, der zur Ausfertigung ein Lichtbild und eine Unterschriftsprobe zum Einscannen an den Passbeamten überbringt und anschließend den Pass an den eigentlichen Inhaber übergibt bzw. diesem zukommen lässt.

3.1.9.2 Proxy-Pässe sind u. a. aufgrund ihrer fehlenden Visa sowie Ein- und Ausreisevermerke bei Vorlage im Bundesgebiet erkennbar. Anstatt einer Originalunterschrift ist regelmäßig eine

eingescannte Unterschrift mit erkennbaren Rändern vorhanden. Darüber hinaus ist häufig feststellbar, dass sich der Passinhaber zum Ausstellungszeitpunkt nachweislich im Bundesgebiet aufgehalten hat, obwohl der Pass außerhalb Deutschlands ausgestellt wurde.

3.1.9.3

Für die Beurteilung, ob ein grundsätzlich anerkannter ausländischer Pass oder Passersatz ungültig ist, gelten unbeschadet völkerrechtlicher Regelungen die Regelungen, die der Ausstellerstaat hierzu trifft. So bestimmt sich nach dem Recht des Ausstellerstaates, ob Pässe, die durch einen Vertreter des Antragstellers durch diesen beantragt und in einem postalischen Verfahren erteilt worden sind (so genannte „Proxy-Pässe“), gültig sind oder nicht. Einige Staaten erklären Proxy-Pässe für ungültig, während andere Staaten, auch westliche Industriestaaten, postalische Verfahren für die Ausstellung von Folgepässen vorsehen. Das Bundesministerium des Innern entscheidet im Einzelfall über die Anerkennungsfähigkeit von „by-Proxy“-Pässen in Form einer Allgemeinverfügung nach § 71 Absatz 6, die im Bundesanzeiger bekannt gemacht wird.

3.1.10

Nach § 56 Absatz 1 Nummer 8 AufenthV muss der Ausländer die Anbringung von Vermerken über die Ein- und Ausreise, über das Antreffen im Bundesgebiet sowie über Maßnahmen und Entscheidungen nach dem Aufenthaltsgesetz dulden. Die Anbringung anderer Eintragungen oder Vermerke im Pass oder Passersatz ist grundsätzlich unzulässig, sofern nicht europäisches Recht weiter gehende Vorschriften enthält. Im Pass oder Passersatz eines Ausländers dürfen somit keine Eintragungen vorgenommen werden, die erkennen lassen, dass er seine Anerkennung als Asylberechtigter oder die Feststellung nach § 60 Absatz 1 begehrt. Des Weiteren darf die Beantragung eines Aufenthaltstitels nicht im Pass oder Passersatz vermerkt werden, da damit nicht eine behördliche Maßnahme oder Entscheidung dokumentiert wird. Fiktionsbescheinigungen werden daher nicht in den Pass oder Passersatz eingeklebt, sondern müssen i. V. m. einem separaten Trägervordruck (Anlage D3 zur AufenthV) verwendet werden (vgl. Nummer 81.5). Eine Ausnahme bildet der Vermerk über einen Visumantrag, der in Nummer VIII 2 der Gemeinsamen Konsularischen Instruktion geregelt ist. Weiterhin ist es nach Maßgabe des § 4 Absatz 6 AufenthV zulässig, in deutschen Passersatzpapieren einen Hinweis anzubringen, dass „die Personalangaben auf den eigenen Angaben des Ausländers beruhen“.

3.1.11

Zu der Anbringung von Vermerken, die im Pass oder Passersatz eines Ausländers eingetragen werden, bestehen überwiegend konkrete Vorgaben oder Ausfüllhinweise. Dies gilt insbesondere für die in den Anlagen D2a, D11, D13a, D13b und D14 zur AufenthV vorgesehenen Aufkleber und zu Ein- und Ausreisekontrollstempeln. Andere zulässige Vermerke sind mit

Angabe des Ortes und des Datums, Unterschrift und einem Abdruck des Dienstsiegels zu versehen.

3.1.12

Wird einem Ausländer ein neuer Pass ausgestellt, wird ein in dem alten Pass eingetragener und noch gültiger Aufenthaltstitel unter Verwendung des entsprechenden amtlichen Vordrucks in den neuen Pass übertragen. Der Vordruck ist mit dem Vermerk: „Übertrag des Aufenthaltstitels“ samt Ort, Datum, Dienstsiegel und Unterschrift zu versehen. Hat die übertragende Behörde den Aufenthaltstitel nicht selbst erteilt, so ist auch zu vermerken, welche Behörde (§ 71 Absatz 1 und 2) den Aufenthaltstitel erteilt hat. Die Amtshandlung ist gebührenpflichtig (§ 47 Absatz 1 Nummer 11 AufenthV).

3.1.13

Durch Rechtsverordnung von der Passpflicht befreit sind Ausländer nur in den Fällen des § 14 AufenthV (Rettungsfälle). Diese Befreiung endet, wenn dem Ausländer situationsbedingt die Beschaffung eines Passes oder Passersatzes (ggf. eines deutschen Dokuments) zumutbar ist. Im Zweifel ist hier ein großzügiger Maßstab anzusetzen und flexibel zu verfahren. Den befassten Behörden wurde, um Rettungsmaßnahmen nicht durch aufenthaltsrechtliche Formerfordernisse zu behindern, durch eine offene Formulierung in § 14 Satz 2 AufenthV bewusst ein großer Spielraum eingeräumt. In Rettungsfällen ist aber im Ausgleich hierzu dafür zu sorgen, dass die Behörden den Vorgang von sich aus verfolgen und die wesentlichen Sachverhalte aktenkundig machen.

3.2

Befreiung von der Passpflicht

Nach § 3 Absatz 2 kann das Bundesministerium des Innern oder die von ihm bestimmte Stelle in begründeten Einzelfällen vor der Einreise eine Ausnahme von der Passpflicht zulassen. Das Bundesministerium des Innern oder die von ihm bestimmte Stelle entscheidet bei der Erteilung der Ausnahme von der Passpflicht nach einheitlichen Ermessensgrundsätzen.

Im Rahmen des regulären Visumverfahrens kann die Ausnahme nur von der für die Ausstellung des Visums zuständigen Behörde (Auslandsvertretung) über das Auswärtige Amt beim Bundesministerium des Innern beantragt werden (vgl. Nummer 5.1.4). In begründeten Einzelfällen (z. B. im Flugzeug verlorener Reisepass) kann jedoch auch bei einer Bundespolizeibehörde der Antrag auf Zulassung einer Ausnahme von der Passpflicht vor Einreise beantragt werden. Die Behörde, die um die Ausnahme ersucht hat (Auslandsvertretung oder Bundespolizeibehörde), händigt dem Ausländer den ergangenen Bescheid des Bundesministeriums des Innern oder das von der zuständigen Bundespolizeibehörde auf einem besonderen Blatt angebrachte Visum (Blattvisum) über die auf maximal sechs Monate befristete

	Zulassung einer Ausnahme von der Passpflicht aus.		
	Die Befreiung von der Passpflicht stellt einen von der Entscheidung über den Visumantrag unabhängigen Verwaltungsakt dar. Die Befreiung von der Passpflicht samt Bescheinigung ist gebührenpflichtig (§ 48 Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 AufenthV).		
3.3	Deutsche Passersatzpapiere für Ausländer		
3.3.0	§ 4 Absatz 1 AufenthV enthält eine abschließende Aufzählung der von deutschen Behörden auszustellenden Passersatzpapiere. Soweit nach § 81 AufenthV keine Übergangsregelung besteht, sind deutsche Dokumente, die nicht in der AufenthV aufgeführt sind oder den in der AufenthV bestimmten Mustern entsprechen, nicht für den Grenzübertritt und die Erfüllung der Passpflicht geeignet. Etwaige sonstige oder weitere Berechtigungen, die diese Papiere vermitteln, bleiben unberührt. Insbesondere handelt es sich bei Grenzübertrittsbescheinigungen nicht um Passersatzpapiere.	3.3.1.3	Die Erlangung eines Passes oder Passersatzes ist grundsätzlich auch nicht zumutbar bei Forderungen des Heimatstaates nach vorübergehender Rückkehr, wenn ein Abschiebungshindernis nach § 60 vorliegt.
3.3.1	Reiseausweis für Ausländer (§ 4 Absatz 1 Nummer 1, §§ 5 bis 11 AufenthV)	3.3.1.4	Wenn ein Ausländer sich darauf beruft, dass ihm kein Pass ausgestellt wird, hat er Nachweise beizubringen (z. B. Vorlage des Schriftverkehrs mit der Auslandsvertretung), dass die Ausstellung des Passes aus von ihm nicht zu vertretenden Gründen verweigert wird (§ 82 Absatz 1). Dem steht der Nachweis gleich, dass aus von dem Ausländer nicht zu vertretenden Gründen der Pass entzogen wurde. Die Ausländerbehörde soll sich ihrerseits bei der zuständigen Auslandsvertretung des fremden Staates um die Ausstellung eines Passes für Ausreisepflichtige bemühen.
3.3.1.1	Die Ausstellung von Reiseausweisen für Ausländer ist in den §§ 5 bis 11 AufenthV im Einzelnen geregelt. Die Erteilung erfolgt im Ermessen der zuständigen Behörde. Neben der Berücksichtigung der in der Verordnung genannten Kriterien kann die Behörde weitere Erwägungen anstellen. Allgemein soll, vor allem im Hinblick auf die Passhoheit des Herkunftsstaates, die erhebliche abstrakte Missbrauchsgefahr und die Interessen der Bundesrepublik Deutschland, die Ausstellung des Reiseausweises für Ausländer zurückhaltend gehandhabt werden. Die Ausstellung setzt in jedem Fall voraus, dass der Ausländer einen Pass oder Passersatz auf zumutbare Weise nicht erlangen kann, § 5 Absatz 1 AufenthV. Hierfür hat der Ausländer entsprechende Nachweise beizubringen (vgl. Nummer 3.3.1.4).	3.3.1.5	Soweit ein Anspruch auf Ausstellung eines Reiseausweises für Flüchtlinge oder eines Reiseausweises für Staatenlose besteht, wird kein Reiseausweis für Ausländer ausgestellt, es sei denn, der Ausländer möchte in einen Staat reisen, der den Reiseausweis für Flüchtlinge bzw. den Reiseausweis für Staatenlose nicht anerkennt, jedoch den Reiseausweis für Ausländer.
3.3.1.2	Eine Unzumutbarkeit der Erfüllung der Wehrpflicht im Heimatstaat aus zwingenden Gründen (§ 5 Absatz 2 Nummer 3 AufenthV) liegt regelmäßig vor: <ul style="list-style-type: none"> – bei Ausländern der zweiten Generation, die vor Abschluss eines Einbürgerungsverfahrens stehen, – bei Ausländern, die mit Deutschen verheiratet sind, wenn aus der Ehe ein Kind hervorgegangen ist oder wenn ein Kind eines Ehegatten im gemeinsamen Haushalt lebt und in diesen Fällen die eheliche Lebensgemeinschaft fortbesteht, – bei Ausländern, die mit Deutschen in ehelicher Lebensgemeinschaft leben, wenn sie über 35 Jahre alt sind und sich mindestens fünf Jahre rechtmäßig in der Bundesrepublik Deutschland aufgehalten haben, sowie 	3.3.1.6	Der Reiseausweis für Ausländer darf mit Ausnahme des in § 6 Satz 1 Nummer 3 AufenthV genannten Falles nur auf Antrag ausgestellt werden. Die Ausstellung darf zudem nur erfolgen, wenn die Voraussetzungen des § 5 AufenthV erfüllt sind, sofern nicht in § 6 Satz 2 AufenthV für einzelne Ausstellungsfälle Abweichendes geregelt ist. Die Ausstellung liegt im Ermessen der Behörde. Grundsätzlich haben die Ausstellungsbehörden bei der Ermessensentscheidung auch die Dauer der Bindung des Antragstellers an das Bundesgebiet zu beachten, vgl. § 6 Satz 1 Nummer 1 AufenthV. Ist der Aufenthalt nur kurzfristig, bedarf die Ausstellung einer besonderen Rechtfertigung. Der Reiseausweis kann zeitgleich mit der Erteilung des erforderlichen Aufenthaltstitels ausgestellt werden; vgl. auch § 6 Satz 1 Nummer 2 AufenthV.
		3.3.1.7	Die Ausstellung eines deutschen Reiseausweises für Ausländer berührt die Passhoheit des Heimatstaates. Bei nur vorübergehender Passlosigkeit kommt daher die Ausstellung eines Reiseausweises für Ausländer nur in Betracht, wenn der Ausländer aus zwingenden Gründen darauf angewiesen ist (z. B. dringende familiäre Hilfeleistung im Ausland) und die Ausstellung eines Notreiseausweises nicht ausreicht.
		3.3.1.8	Auf die Ausstellung eines Reiseausweises für Ausländer besteht kein Rechtsanspruch. Über die Ausstellung ist nach pflichtgemäßem Ermessen zu entscheiden. Die Ausstellung soll im

Allgemeinen nur versagt werden, wenn die Ausstellungsvoraussetzungen des § 5 AufenthV nicht erfüllt werden, wenn kein Ausstellungsgrund nach den §§ 6 und 7 gegeben ist, oder wenn öffentliche Interessen der Bundesrepublik Deutschland der Ausstellung entgegenstehen. Für die Entziehung gelten § 4 Absatz 7 und 8 AufenthV.

Für das Ausfüllen, die Änderung, Umschreibung und Einziehung von Reiseausweisen, die Aufbewahrungsdauer für Passanträge sowie die Behandlung abgelaufener, ungültig gewordener, eingezogener oder in Verlust geratener Reiseausweise finden die Bestimmungen für deutsche Reisepässe entsprechende Anwendung, soweit hier oder in gesonderten Ausfüllhinweisen nichts anderes bestimmt ist. Entsprechendes gilt für die Feststellung, ob ein Reiseausweis gültig oder ungültig ist.

3.3.1.9

In Umsetzung der Verordnung (EG) Nummer 2252/2004 des Rates vom 13. Dezember 2004 über Normen für Sicherheitsmerkmale und biometrische Daten in den von den Mitgliedstaaten ausgestellten Pässen und Reisedokumenten (ABl. EU Nummer L 385 S. 1) wird der Reiseausweis für Ausländer nach dem in Anlage D4c zur AufenthV abgedruckten amtlichen Muster seit dem 1. November 2007 von der Bundesdruckerei auf Antrag der Ausländerbehörden zentral hergestellt und personalisiert. Der bisherige Vordruck in Anlage D4a zur AufenthV ist seit dem 1. Januar 2007 nur noch zur Ausstellung vorläufiger Reiseausweise für Ausländer ohne Speicher- und Verarbeitungsmedium und befristet bis zum 31. August 2009 weiter zu verwenden. Der vorläufige Reiseausweis für Ausländer ist – auch nach Verlängerung – mit einer maximalen Gültigkeit von insgesamt nicht mehr als einem Jahr in den Ausländerbehörden auszustellen (§ 4 Absatz 1 Satz 3 AufenthV). Reiseausweise mit bis zu einjähriger Gültigkeit gelten als „vorläufige Passersatzpapiere“, ohne dass es eines entsprechenden Eintrags („vorläufig“) in den Pass bedarf.

3.3.1.10

Die Verlängerung von alten, bereits ausgestellten Reiseausweisen ist nicht möglich. Der vorläufige Reiseausweis ist nur in Eilfällen, das heißt dann, wenn die Produktionsdauer eines Reiseausweises mit Speicher- und Verarbeitungsmedium die Reise des Ausländers vereiteln würde, auszustellen. Der Eilfall ist besonders darzulegen. Grundsätzlich sind alle Passersatzpapiere mit Speicher- und Verarbeitungsmedium auszustellen. Eine Wahlfreiheit zwischen Reiseausweisen mit und ohne Speicher- und Verarbeitungsmedium (vorläufige Reiseausweise) besteht nicht. Seit dem 1. November 2007 erhalten Kinder einen eigenen Reiseausweis. Bis zum zwölften Lebensjahr ist dafür das Muster der Anlage D4a zur AufenthV zu verwenden und in den Ausländerbehörden zu personalisieren. Ab dem zwölften Lebensjahr ist ein Reiseausweis mit Speicher-

und Verarbeitungsmedium auf dem Muster der Anlage D4c zur AufenthV auszustellen. Auf Wunsch der gesetzlichen Vertreter können Reiseausweise mit Speicher- und Verarbeitungsmedium bereits vor dem zwölften Lebensjahr ausgestellt werden. Die Eintragung in den Reiseausweis der Eltern ist in keinem Fall mehr zulässig. Ab dem 1. September 2009 sind die nach dem in Anlage D4d abgedruckten amtlichen Muster für vorläufige Reiseausweise und für Reiseausweise für Kinder zu verwenden (§ 80 AufenthV). Auf die Ausfüllhinweise des Bundesministeriums des Innern sowie den Handlungsleitfaden für Ausländerbehörden in der jeweils gültigen Fassung wird verwiesen.

3.3.1.11

Die Gebühren für die Ausstellung von Passersatzpapieren richten sich nach den §§ 48 ff. AufenthV. Da die Rechtsgrundlage zur Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen nach dem Aufenthaltsgesetz (§ 69) nicht für abweichungsfest bestimmt worden ist (vgl. § 105a), steht es den Ländern frei, unter Wahrung der völkerrechtlichen Verpflichtungen und gebührenrechtlichen Grundsätze für Reiseausweise für Ausländer abweichende Regelungen zu treffen.

3.3.1.12

Nach Maßgabe des § 6 Satz 1 Nummer 3 und Satz 2 AufenthV darf ein Reiseausweis für Ausländer abweichend von § 5 Absatz 2 bis 4 AufenthV ausgestellt werden, um dem Ausländer die endgültige Ausreise aus dem Bundesgebiet zu ermöglichen. Die Gültigkeitsdauer ist auf den für diesen Zweck erforderlichen Zeitraum zu beschränken. In diesen Fällen ist der Heimatstaat nicht aus dem Geltungsbereich auszuschließen.

3.3.1.13

Gültigkeitsdauer und Geltungsbereich des Reiseausweises für Ausländer sind in §§ 8 und 9 AufenthV geregelt. Reiseausweise mit Speicher- und Verarbeitungsmedium sind nicht verlängerbar. Bei Reiseausweisen ohne Speicher- und Verarbeitungsmedium ist auch bei der Verlängerung nach § 5 Absatz 5 AufenthV zu prüfen, ob die Ausstellungsvoraussetzungen noch erfüllt sind. Entfallen die Ausstellungsvoraussetzungen vor Ablauf der Gültigkeit, ist der Reiseausweis i. d. R. zu entziehen (§ 4 Absatz 7 Satz 1 AufenthV).

3.3.2

Die nach § 12 Absatz 1 AufenthV ausgestellten Grenzgängerkarten sind keine Passersatzpapiere mehr (§ 4 Absatz 1 AufenthV). Die in Anlage D5 zur AufenthV abgedruckten Muster wurden ab dem 1. Januar 2008 von den dann zu verwendenden Mustern der Anlage D5a AufenthV abgelöst (§ 80 Satz 3 AufenthV). Grenzgängerkarten fördern die Freizügigkeit von Unionsbürgern, die ansonsten beim Umzug in einen anderen angrenzenden Mitgliedstaat befürchten müssten, dass ihre Ehegatten oder Lebenspartner, die während des Aufenthalts der Ehegatten oder Lebenspartner in Deutschland erwerbstätig sein durften, nur wegen des Umzugs nicht mehr ihrer bisherigen Beschäftigung

	nachgehen können. § 12 Absatz 2 AufenthV dient der Umsetzung des Freizügigkeitsabkommens EU – Schweiz. Die Ausstellungsdauer und Verlängerung richtet sich nach dem Freizügigkeitsabkommen EU – Schweiz, worauf in der Regelung durch die Verweisung auf die „Bedingungen“ des Abkommens ausdrücklich hingewiesen wird.	3.3.4.0	Die Ausstellung des Reiseausweises für Flüchtlinge (§ 4 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 AufenthV) richtet sich nach Artikel 28 Genfer Flüchtlingskonvention.
		3.3.4.1	Folgende Ausländer haben im Rahmen eines rechtmäßigen Aufenthalts im Bundesgebiet Anspruch auf Ausstellung eines Reiseausweises für Flüchtlinge:
3.3.3	Notreiseausweise (Anlage D6 zur AufenthV) nach § 4 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 AufenthV werden nach den Vorschriften des § 13 AufenthV ausgestellt. Ausstellungsberechtigt sind die mit der Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs beauftragten Behörden (§ 13 Absatz 2 AufenthV) und die Ausländerbehörden (§ 13 Absatz 3 AufenthV). Die Grenzbehörden sollen die Ausstellung von Notreiseausweisen restriktiv handhaben. Die Ausländerbehörden können wegen seiner Nachrangigkeit gegenüber anderen Passersatzpapieren einen Notreiseausweis nur ausstellen, wenn die Beschaffung eines anderen – deutschen oder nicht-deutschen – Passes oder Passersatzpapiers etwa wegen der gebotenen Eile oder aus sonstigen Gründen nicht in Betracht kommt. Die Ausstellung eines Notreiseausweises als Passersatz ist zudem nur zulässig, wenn der Ausländer sich in anderer Weise als durch einen Pass oder Passersatz über seine Identität ausweisen kann, etwa durch Vorlage eines Personalausweises, und wenn zudem die Staatsangehörigkeit feststeht. Die Bescheinigung der bereits bestehenden Rückkehrberechtigung ist nur durch oder mit Zustimmung der Ausländerbehörde zulässig. Notreiseausweise können auch ohne diese Bestätigung ausgestellt werden. Bei Staatsangehörigen, die nicht der Visumpflicht unterliegen, ist eine solche Bestätigung i. d. R. entbehrlich. Die Bestätigung erfolgt zwar auf dem Vordruck des Notreiseausweises, dennoch handelt es sich um eine gesonderte Bescheinigung. Sie ist daher auf Seite 6 des Vordrucks gesondert mit Unterschrift und Dienstsiegel zu bestätigen; Unterschrift und Dienstsiegel auf Seite 3 des Vordrucks genügen nicht. Wird die Bescheinigung nicht erteilt, ist Seite 6 des Vordrucks durch Durchstreichen oder in anderer auffälliger und dauerhafter Weise zu entwerten; Dienstsiegel und Unterschrift dürfen dann auf Seite 6 nicht angebracht werden. Mit der Unterschrift auf dem bei der Behörde verbleibenden Ausstellungsbeleg bestätigt der Ausländer, dass er darauf hingewiesen wurde, dass der Notreiseausweis nicht von allen Staaten anerkannt wird. Von der Anbringung eines Lichtbildes kann abgesehen werden, wenn der Notreiseausweis lediglich zur Einreise zum Zweck des Landgangs während der Liegezeit ausgestellt wird und ein anderes amtliches Dokument mit Lichtbild vorhanden ist. Auf dieses Dokument ist im Notreiseausweis zu verweisen.	3.3.4.1.1	<ul style="list-style-type: none"> – Personen, die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge als Asylberechtigte anerkannt worden sind und gleichgestellte Personen wie: <ul style="list-style-type: none"> – Ausländer, denen bis zum Wirksamwerden des Beitritts in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet Asyl gewährt worden ist (§ 2 Absatz 3 AsylVfG), – Familienangehörige eines Asylberechtigten, die nach § 26 AsylVfG als Asylberechtigte anerkannt worden sind, – Familienangehörige eines Asylberechtigten, denen nach § 7a Absatz 3 AsylVfG 1982 die Rechtsstellung eines Asylberechtigten gewährt wurde, – Personen, die als ausländische Flüchtlinge nach der Asylverordnung vom 6. Januar 1953 anerkannt worden sind
			mit dem Eintrag: „Der Inhaber dieses Reiseausweises ist als Asylberechtigter anerkannt.“
		3.3.4.1.2	<ul style="list-style-type: none"> – Ausländer, denen das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge die Flüchtlingseigenschaft nach § 3 Absatz 4 AsylVfG zuerkannt hat oder ihnen gleichgestellte Personen wie Familienangehörige eines Flüchtlings, denen nach § 26 Absatz 4 AsylVfG die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt wurde (Familienflüchtlingsschutz)
			mit dem Eintrag: „Der Inhaber dieses Reiseausweises ist Flüchtling i. S. d. Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge.“
		3.3.4.1.3	<ul style="list-style-type: none"> – Heimatlose Ausländer mit dem Eintrag: „Der Inhaber dieses Reiseausweises ist heimatloser Ausländer nach dem Gesetz über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer im Bundesgebiet vom 25. April 1951 und zum Aufenthalt im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland berechtigt.“
		3.3.4.1.4	<ul style="list-style-type: none"> – Kontingentflüchtlinge, die vor dem 1. Januar 2005 nach dem bis dahin geltenden § 1 Absatz 1 des Gesetzes über Maßnahmen für im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommene Flüchtlinge vom 22. Juli 1980 (BGBl I 1980 S. 1057) die Rechtsstellung von Flüchtlingen nach der Genfer Flüchtlingskonvention genossen haben (vgl. § 103); dies gilt nicht für Personen, die nur in analoger Anwendung des Gesetzes auf-
3.3.4	Reiseausweis für Flüchtlinge (§ 4 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 bzw. Anlage D7 zur AufenthV)		

genommen wurden. Hierzu erfolgt der Eintrag:

„Der Ausweisinhaber ist als ausländischer Flüchtling nach § 1 Absatz 1 des Gesetzes über Maßnahmen im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen, das am 1. Januar 2005 außer Kraft trat, aufgenommen worden. Die Rechtsstellung gilt nach § 103 AufenthG fort.“

- 3.3.4.1.5 – Ausländer, denen von einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt worden ist, wenn die Verantwortung für die Ausstellung des Reiseausweises auf Deutschland übergegangen ist (Artikel 28 Genfer Flüchtlingskonvention i. V. m. § 11 des Anhangs zu diesem Abkommen) mit dem Eintrag:

„Der Inhaber dieses Reiseausweises hat außerhalb des Gebietes der Bundesrepublik Deutschland Anerkennung als Flüchtling nach dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge gefunden.“

- 3.3.4.2 Reiseausweise für Flüchtlinge mit Speicher- und Verarbeitungsmedium werden mit einer Gültigkeitsdauer von grundsätzlich drei Jahren ausgestellt. Eine Ausnahme besteht nur für Ausländer nach dem HAuslG. Für diese wird ein Reiseausweis für Flüchtlinge mit einer Gültigkeitsdauer von zehn Jahren ausgestellt. Die auf drei Jahre beschränkte Gültigkeitsdauer gilt auch für Inhaber eines längerfristigen Aufenthaltstitels. Diese beschränkte Gültigkeitsdauer für Reiseausweise für Flüchtlinge mit Speicher- und Verarbeitungsmedium, die an Personen nach Vollendung des zwölften Lebensjahres ausgestellt werden, ist u. a. eine Konsequenz aus § 11 des Anhangs zur Genfer Flüchtlingskonvention. Danach geht gemäß Artikel 28 dieser Konvention die Verantwortung für die Ausstellung eines neuen Ausweises auf den anderen Staat über, wenn sich ein Flüchtling rechtmäßig im Gebiet eines anderen vertragschließenden Staates niederlässt. Konkretisiert wird diese Regelung in Artikel 2 und 3 des Übereinkommens über den Übergang der Verantwortung für Flüchtlinge vom 30. September 1994 (BGBl. 1994 II S. 2645). Demnach geht die Zuständigkeit für die Erneuerung des Reiseausweises unter den nachstehenden Voraussetzungen auf einen anderen Staat über:

- zwei Jahre tatsächlicher und dauernder Aufenthalt mit Zustimmung der Behörden des anderen Staates,
- Gestattung des dauernden Aufenthalts durch den anderen Staat,
- Gestattung des Aufenthalts über die Geltungsdauer des Reiseausweises hinaus,
- sofern die Verantwortung entsprechend den o. g. Voraussetzungen noch nicht übergegangen ist, sechs Monate nach Geltungsdauer des Reiseausweises (zu dieser

Möglichkeit hat Deutschland jedoch einen Vorbehalt erklärt, der für und gegen Deutschland gilt).

Es ist zu beachten, dass das Übereinkommen über den Übergang der Verantwortung für Flüchtlinge nur zwischen europäischen Staaten anwendbar ist und auch insoweit nur eine eingeschränkte Bindungswirkung besteht, da eine Reihe von Staaten das Abkommen nicht oder nur mit Vorbehalten unterzeichnet haben.

§ 51 Absatz 7 greift die o. g. Regelung auf und verneint den Anspruch eines vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge anerkannten Asylberechtigten oder eines Ausländers, dem die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt worden ist, auf erneute Erteilung eines Aufenthaltstitels, wenn dieser das Bundesgebiet verlassen hat und die Zuständigkeit für die Ausstellung des genannten Dokuments auf einen anderen Staat übergegangen ist. Ein Reiseausweis für Flüchtlinge wird dann nicht mehr ausgestellt.

Würden Reiseausweise für Flüchtlinge mit Speicher- und Verarbeitungsmedium an Personen nach Vollendung des zwölften Lebensjahres mit einer Gültigkeitsdauer von bis zu zehn Jahren ausgestellt, könnte sich der Reiseausweisinhaber für mehrere Jahre im Ausland aufhalten, ohne dass die Genfer Flüchtlingskonvention in der beschriebenen Form Anwendung findet. Zudem könnte sich der Betroffene zumindest vorübergehend der Kontrolle durch die zuständigen Behörden sowohl im Bundesgebiet als auch dem Staat des tatsächlichen Aufenthaltes entziehen; unabhängig davon, ob dieser Staat die Konvention unterzeichnet hat. Negative Beeinträchtigungen der deutschen Sicherheitsinteressen können dabei nicht ausgeschlossen werden.

3.3.4.3

In den ab dem 1. November 2007 bis zum 31. August 2009 zu verwendenden Vordrucken (Anlage D7 zur AufenthV für vorläufige Reiseausweise und Reiseausweise für Kinder und Anlage D7a zur AufenthV für Reiseausweise mit Speicher- und Verarbeitungsmedium) ist ein Vermerk vorgedruckt, wonach sich die Rückkehrberechtigung nach der Gültigkeitsdauer des Reiseausweises richtet. Gleiches gilt für den ab dem 1. September 2009 zu verwendenden Vordruck Anlage D7b zur AufenthV. Auf die Ausfüllhinweise des Bundesministeriums des Innern sowie den Handlungsleitfaden für Ausländerbehörden in der jeweils gültigen Fassung sowie auf Nummer 3.3.1.9 wird verwiesen.

3.3.4.4

Sofern der Geltungsbereich des Reiseausweises nicht nach § 4 des Anhangs zur Genfer Flüchtlingskonvention auf bestimmte Länder zu beschränken ist, gilt er für alle Staaten mit Ausnahme des Herkunftsstaats; als Geltungsbereich ist in diesem Fall in den Vordrucken für den Reiseausweis, die ab dem 1. November 2007 bzw. ab dem 1. September 2009 zu verwenden sind (Anlagen D7, D7a, D 7b zur AufenthV) der Text

„Dieser Reiseausweis ist gültig für alle Staaten mit Ausnahme von: . . .“

dreisprachig vorgedruckt einzutragen; es ist also nur noch die Bezeichnung des Herkunftsstaates vorzunehmen.

3.3.4.5 Für Kinder sind ab dem 1. November 2007 eigene Reiseausweise auszustellen. Bei Vorlage eines durch eine deutsche Behörde ausgestellten Reiseausweises für Flüchtlinge ist eine Eintragung über Kinder, die das 16. Lebensjahr vollendet haben, von Amts wegen zu löschen. Dies gilt nicht für die in dem Reiseausweis eingetragenen minderjährigen Kinder eines Ausländers, der seine dauernde Niederlassung in einem anderen Staat anstrebt.

3.3.4.6 Für die zu erhebenden Gebühren sieht die Genfer Flüchtlingskonvention in § 3 des Anhangs vor: „Die für die Ausstellung des Ausweises erhobenen Gebühren dürfen den niedrigsten Ansatz, der für heimatliche Pässe gilt, nicht übersteigen“. Die Gebühren von 59 Euro entsprechen den Gebühren für deutsche Nationalpässe. Für Befreiungen von den Passgebühren bei Flüchtlingen im Sozialleistungsbezug sind § 52 Absatz 7 und § 53 AufenthV grundsätzlich anwendbar.

3.3.4.7 Wird dem Inhaber eines Nationalpasses ein Reiseausweis für Flüchtlinge ausgestellt, ist ihm der Nationalpass gleichwohl zu belassen. Handelt es sich um einen anerkannten Asylberechtigten oder um einen Ausländer, dem die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt wurde, ist eine Kontrollmitteilung an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge unter Beifügung von Kopien des Nationalpasses zu übermitteln. Sowohl der Reiseausweis als auch der Nationalpass sind mit einem Vermerk zu versehen, der auf das Vorhandensein des anderen Ausweises hinweist und der lautet:

- Im Nationalpass nur auf Deutsch:
„Dem Inhaber wurde ein deutsches Passersatzpapier ausgestellt.“
- Im Reiseausweis für Flüchtlinge:
„Der Inhaber ist auch Inhaber eines Nationalpasses. The bearer also holds a national passport.“

3.3.4.8 Der Ausländer hat den Reiseausweis für Flüchtlinge unverzüglich bei der Ausländerbehörde abzugeben (vgl. § 72 Absatz 2, § 73 Absatz 6 AsylVfG) wenn:

- die Anerkennung als Asylberechtigter oder die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft erlischt (§ 72 AsylVfG) oder unanfechtbar widerrufen oder zurückgenommen (§ 73 AsylVfG) worden ist oder
- in den Fällen des § 75 Satz 2 AsylVfG die aufschiebende Wirkung der Klage nicht angeordnet bzw. in den Fällen des § 75 Satz 3 AsylVfG nicht wieder hergestellt wird.

Falls der Ausländer dieser gesetzlichen Pflicht nicht nachkommt, wird der Reiseausweis entzogen (§ 4 Absatz 2 Satz 2 AufenthV). Auf Nummer 3.3.1.8 und Nummer 48.1.6.1 wird verwiesen.

3.3.4.9 Lässt sich die Staatsangehörigkeit oder Staatenlosigkeit nicht feststellen, so ist „ungeklärt“ einzutragen. Vermag der Ausländer seine Staatsangehörigkeit oder seine Staatenlosigkeit nicht durch Urkunden zu belegen, genügt es, wenn er sie glaubhaft macht, es sei denn, dass auf den urkundlichen Nachweis aus besonderen Gründen nicht verzichtet werden kann. Eidesstattliche Versicherungen dürfen hierbei von den Ausländerbehörden nicht entgegengenommen werden. Auf die Anmerkung zu Nummer 3.3.5.0 wird hingewiesen.

3.3.4.10 Stehen zwingende Gründe der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung der Ausstellung eines Reiseausweises entgegen (Artikel 28 Genfer Flüchtlingskonvention), kann einem Asylberechtigten oder einem Ausländer, dem die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt wurde, ein Ausweisersatz ausgestellt werden.

3.3.4.11 Für Reisen in Staaten, die den Reiseausweis für Flüchtlinge nicht als Grenzübertrittspapier anerkennen, kann ein Reiseausweis für Ausländer ausgestellt werden, sofern die allgemeinen Voraussetzungen der §§ 5 ff. AufenthV erfüllt sind.

3.3.4.12 Hält sich der Inhaber eines von einer deutschen Behörde ausgestellten Reiseausweises rechtmäßig in einem Staat auf, für den die Genfer Flüchtlingskonvention oder das Protokoll vom 31. Januar 1967 oder das Londoner Abkommen betreffend Reiseausweise an Flüchtlinge vom 15. Oktober 1946 gilt, sind für die Ausstellung eines neuen Reiseausweises die Behörden desjenigen Staates zuständig, bei denen der Flüchtling seinen Antrag zu stellen berechtigt ist (§ 11 des Anhangs zur Genfer Flüchtlingskonvention, Artikel 13 des Londoner Abkommens). Eine Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Reiseausweises durch die deutsche Auslandsvertretung scheidet daher in diesen Fällen regelmäßig aus. Der Reiseausweis ohne Speicher- und Verarbeitungsmedium kann jedoch von der deutschen Auslandsvertretung dann verlängert werden, wenn der Inhaber des Reiseausweises von den Behörden des Staates, in dem er sich aufhält, keinen Reiseausweis oder sonstigen Ausweis erhält, und die Behörden dieses Staates den weiteren Aufenthalt nur unter der Voraussetzung gestatten, dass der Reiseausweis verlängert wird. Dabei ist zu beachten, dass ein Reiseausweis nur ausgestellt werden kann, solange ein Aufenthaltsrecht für das Bundesgebiet besteht. Für eine Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Reiseausweises um mehr als sechs Monate und für eine erneute Verlängerung bedarf es daher im Hinblick auf § 51 Absatz 1 Nummer 6 und 7 (vgl. aber auch § 51 Absatz 7) der Zustimmung der Ausländerbehörde, die den Reiseausweis ausgestellt oder

- seine Gültigkeitsdauer zuletzt verlängert hat. Die Zustimmung ist unmittelbar bei der Ausländerbehörde einzuholen.
- 3.3.4.13 Hält sich der Ausländer mit einem von einer deutschen Behörde ausgestellten Reiseausweis rechtmäßig in einem Staat auf, für den die Genfer Flüchtlingskonvention oder das Protokoll vom 31. Januar 1967 oder das Londoner Abkommen betreffend Reiseausweise an Flüchtlinge vom 15. Oktober 1946 nicht gelten, kann die deutsche Auslandsvertretung die Gültigkeitsdauer des Reiseausweises ohne Speicher- und Verarbeitungsmedium verlängern, wenn der Inhaber von den Behörden dieses Staates keinen Ausweis erhalten kann und die Behörden den weiteren Aufenthalt nur unter der Voraussetzung gestatten, dass der Reiseausweis verlängert wird. Auch dabei ist zu beachten, dass ein Reiseausweis nur ausgestellt werden kann, solange ein Aufenthaltsrecht für das Bundesgebiet besteht. Für eine Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Reiseausweises um mehr als sechs Monate und für eine erneute Verlängerung bedarf es daher im Hinblick auf § 51 Absatz 1 Nummer 6 und 7 (vgl. aber auch § 51 Absatz 7) der Zustimmung der Ausländerbehörde, die den Reiseausweis ausgestellt oder seine Gültigkeitsdauer zuletzt verlängert hat. Die Zustimmung ist unmittelbar bei der Ausländerbehörde einzuholen.
- 3.3.4.14 Hat der Ausländer das Bundesgebiet verlassen und ist die Zuständigkeit für die Ausstellung eines Reiseausweises für Flüchtlinge auf einen anderen Staat übergegangen (§ 11 des Anhangs der Genfer Flüchtlingskonvention; Artikel 2 des Europäischen Übereinkommens über den Übergang der Verantwortung für Flüchtlinge vom 16. Oktober 1980, BGBl. 1994 II S. 2645), hat der Ausländer trotz seiner Anerkennung als Asylberechtigter keinen Anspruch auf erneute Erteilung eines Aufenthaltstitels (§ 51 Absatz 7). Solange der Asylberechtigte im Besitz eines gültigen von einer deutschen Behörde ausgestellten Reiseausweises für Flüchtlinge ist, erlischt der Aufenthaltstitel im Fall der Ausreise nicht (§ 51 Absatz 7). Dies gilt auch für Ausländer, denen die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt wurde (§ 3 Absatz 4 AsylVfG).
- 3.3.4.15 Ausländer, die außerhalb des Bundesgebiets als ausländische Flüchtlinge i. S. d. Genfer Flüchtlingskonvention anerkannt worden sind, können nach § 22 in das Bundesgebiet übernommen werden. Soll ihnen aufgrund einer entsprechenden Entscheidung der Aufenthalt im Bundesgebiet über die Gültigkeitsdauer eines Reiseausweises für Flüchtlinge, der von einer Behörde eines anderen Staates ausgestellt wurde, hinaus gestattet werden, hat die Ausländerbehörde einen neuen Reiseausweis nach der Genfer Flüchtlingskonvention auszustellen. Entsprechendes gilt in den Fällen des § 11 des Anhangs zur Genfer Flüchtlingskonvention. Die Behandlung des ausländischen Reiseausweises richtet sich nach § 12 des Anhangs zur Genfer Flüchtlingskonvention.
- 3.3.5 Reiseausweis für Staatenlose (§ 4 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 bzw. Anlagen D8 bis D8b zur AufenthV)
- 3.3.5.0 Die Ausstellung des Reiseausweises für Staatenlose (§ 4 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 AufenthV) richtet sich nach dem Übereinkommen über die Rechtsstellung der Staatenlosen vom 28. September 1954 (BGBl. 1976 II S. 473), das am 24. Januar 1977 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft getreten ist (BGBl. 1977 II S. 235). Staatenlos i. S. d. Übereinkommens sind nur Ausländer, die nachweislich keine Staatsangehörigkeit eines in Betracht kommenden Staates besitzen (de-jure-Staatenlose), nicht aber Personen, deren Staatsangehörigkeit ungeklärt ist, oder deren rechtlich vorhandene Staatsangehörigkeit von ihrem Herkunftsstaat rechtswidrig, etwa durch Verweigerung der Ausstellung eines Passes, nicht berücksichtigt wird (de-facto-Staatenlose, vgl. Nummer 3.3.1.8 und Nummer 48.1.6.1 f.).
- 3.3.5.1 Die Reiseausweise für Staatenlose mit Speicher- und Verarbeitungsmedium, die an Personen nach Vollendung des zwölften Lebensjahres ausgestellt werden, werden mit einer Gültigkeitsdauer von bis zu drei Jahren ausgestellt. Die Vorschriften zur Gültigkeitsdauer der Reiseausweise für Flüchtlinge unter Nummer 3.3.4.2 finden entsprechende Anwendung. In Bezug auf die seit dem 1. November 2007 zu verwendenden Muster für vorläufige Reisepässe und Reisepässe für Kinder bzw. solche mit Speicher- und Verarbeitungsmedium wird auf die Ausführungen zu Nummer 3.3.1.9, die Ausfüllhinweise des Bundesministeriums des Innern sowie den Handlungsleitfaden für Ausländerbehörden in der jeweils gültigen Fassung hingewiesen.
- 3.3.5.2 Für die zu erhebenden Gebühren sieht das Staatenlosenabkommen in § 3 des Anhangs vor: „Die für die Ausstellung des Ausweises erhobenen Gebühren dürfen den niedrigsten Ansatz, der für heimatliche Pässe gilt, nicht übersteigen“. Die Gebühren von 59 Euro entsprechen den Gebühren für deutsche Nationalpässe.
- Für Befreiungen von den Passgebühren bei Staatenlosen im Sozialleistungsbezug sind § 52 Absatz 7 und § 53 AufenthV grundsätzlich anwendbar.
- 3.3.5.3 Ein Rechtsanspruch auf Ausstellung eines Reiseausweises für Staatenlose besteht nur dann, wenn der Staatenlose sich rechtmäßig im Bundesgebiet aufhält und zwingende Gründe aus sicherheitspolitischem Interesse oder der öffentlichen Ordnung nicht entgegenstehen (Artikel 28 Satz 1 Staatenlosenübereinkommen). Grundsätzlich wird ein Daueraufenthaltsrecht vorausgesetzt. Verweigert ein Staat, in dem sich der Staatenlose zuvor aufgehalten hatte, diesem

die Rückkehr auf Dauer, ist für den Ausländer dieser Staat nicht mehr das Land seines gewöhnlichen bzw. rechtmäßigen Aufenthalts i. S. v. Artikel 28 des Staatenlosenübereinkommens. Die Aufenthaltserlaubnis, die für eine Gültigkeitsdauer von mindestens einem Jahr und nicht nur für einen seiner Natur nach vorübergehenden Zweck (z. B. Studium) erteilt wurde, verleiht ein entsprechendes Aufenthaltsrecht i. S. d. Artikels 28 Satz 1 des Staatenlosenübereinkommens. Diese Anforderung wird jedoch durch die Wirkung des § 81 Absatz 2 oder 3 ebenso wenig erfüllt wie durch eine Duldung nach § 60a.

3.3.5.4 Nach Artikel 28 Satz 2 des Staatenlosenübereinkommens können die Vertragsstaaten auch jedem anderen in ihrem Hoheitsgebiet befindlichen Staatenlosen einen Reiseausweis (§ 4 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 AufenthV) im Ermessenswege ausstellen. Sie werden insbesondere wohlwollend die Möglichkeit prüfen, solche Reiseausweise denjenigen in ihrem Hoheitsgebiet befindlichen Staatenlosen auszustellen, die von dem Land, in dem sie ihren rechtmäßigen Aufenthalt haben, keinen Reiseausweis erhalten können (so genannte Wohlwollensklausel). Die Ausstellung eines Reiseausweises für Staatenlose im Ermessenswege kommt insbesondere dann nicht in Betracht, wenn dem Ausländer die Stellung eines (Wieder-)Einbürgerungsantrags zugemutet werden kann und der Ausländer nicht nachweist, dass dieser Antrag keinen Erfolg hat.

3.3.6 Die Schülersammelliste (§ 4 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 AufenthV) erfüllt zugleich zwei Funktionen: Zum einen ersetzt sie einen Aufenthaltstitel, zum anderen stellt sie einen Passersatz dar. Zu den genauen Ausstellungsmodalitäten wird auf Nummer 4.1.3.6 hingewiesen. Damit eine deutsche Schülersammelliste die Funktion eines Passersatzpapiers erfüllt, ist es erforderlich, dass die Liste nach Aufbau und Text der Vorgabe der EU-Schülersammellistenregelung entspricht, vollständig und gut lesbar ausgefüllt ist und die gesamte Reisendengruppe (einschließlich der deutschen Schüler und der nicht deutschen Schüler mit einem geeigneten Pass oder Passersatz) sowie Zweck und Umstände der Reise aufführt, ggf. in einem Anhang, der der Liste beigefügt wird und mit ihr (etwa durch gefächertes Zusammenheften und Anbringen eines Dienstsiegels, das alle beigefügten Blätter erfasst) verbunden wird. Einziger zulässiger Zweck ist ein bestimmter Schulausflug einer Schülergruppe an einer allgemein- oder berufsbildenden Schule. Die Bestätigung der Ausländerbehörde, die dazu führt, dass die Liste die Funktion eines Passersatzpapiers erfüllen kann, wird nur mit Bezug zu denjenigen Schülern erteilt, die nicht Unionsbürger sind und die keinen eigenen geeigneten, also im Ziel- oder Transitstaat anerkannten Pass oder Passersatz mit Lichtbild besitzen. Die Identität – nur – dieser Schüler ist durch ein an der Liste angebrachtes aktuelles Lichtbild zu

bestätigen. Vor der Bestätigung ist sicherzustellen, dass der Schüler im Bundesgebiet wohnhaft ist, sich erlaubt oder befugt im Bundesgebiet aufhält und, sofern nicht die Regelung zu geduldeten Schülern greift (siehe sogleich), zur Wiedereinreise berechtigt ist. Bestätigungen der Ausländerbehörde sind nur auf Listen anzubringen, die von der Schulleiterin oder dem Schulleiter – persönlich oder durch die allgemein bestellte Vertreterin oder den allgemein bestellten Vertreter – bereits gegengezeichnet sind.

Nach § 22 Absatz 2 AufenthV kann die Ausländerbehörde für geduldete Schüler, die in einer Schülergruppe in Begleitung einer Lehrkraft einer allgemeinbildenden oder berufsbildenden inländischen Schule in das Ausland zu reisen beabsichtigen, anordnen, dass die Abschiebung nach der Wiedereinreise ausgesetzt wird. Diese Anordnung der aufschiebend bedingten Duldung ist erforderlich, weil mit einer Ausreise eine Duldung erlischt. Die Duldung, deren Wirkung aufschiebend bedingt mit der Wiedereinreise eintritt, ist auf der Schülersammelliste zu vermerken. Der Vermerk hat den Wortlaut:

„Die Abschiebung von [Bezeichnung des Schülers/der Schülerin/der Schüler] ist nach der Wiedereinreise und bis zum ... ausgesetzt (§ 22 Absatz 2 AufenthV).“

Ob die Voraussetzungen für die Anbringung des Vermerks gegeben sind, hat die Ausländerbehörde von Amts wegen zu prüfen. Die von der Duldung erfassten Schüler sind für die Wiedereinreise in das Bundesgebiet vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit. Im europäischen Recht ist die Befreiung von der Visumpflicht für die Wiedereinreise der betreffenden Schüler in den Schengen-Raum in Artikel 1 Absatz 2 Satz 2, 2. Spiegelstrich der Verordnung (EG) Nummer 539/2001 des Rates zur Aufstellung der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der Außengrenzen im Besitz eines Visums sein müsse, sowie der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige von dieser Visumpflicht befreit sind, vom 15. März 2001 (ABl. EG Nummer L 81 S. 1) geregelt, so dass auch eine Wiedereinreise möglich ist, wenn die Reiseroute über einen anderen Schengen-Staat in das Bundesgebiet führt und somit die Außengrenzkontrolle von einem anderen Staat als Deutschland durchgeführt wird.

3.3.7

Die Bescheinigung über die Wohnsitzverlegung (§ 4 Absatz 1 Satz 1 Nummer 6 bzw. Anlage D9 zur AufenthV) ist näher in § 43 Absatz 2 AufenthV geregelt. Diese Regelung entspricht Artikel 26 Absatz 5 der Richtlinie 2001/55/EG des Rates vom 20. Juli 2001 über Mindestnormen für die Gewährung vorübergehenden Schutzes im Falle eines Massenzustroms von Vertriebenen und Maßnahmen zur Förderung einer ausgewogenen Verteilung der Belastungen, die mit der Aufnahme dieser Personen und den Folgen dieser Aufnahme verbunden sind, auf

die Mitgliedstaaten (ABl. EG Nummer L 212 S. 12, so genannte Richtlinie zum vorübergehenden Schutz).

3.3.8 Das Standardreisedokument für die Rückführung (§ 4 Absatz 1 Nummer 7 bzw. Anlage D10 zur AufenthV) dient, wenn es von einer deutschen Behörde ausgestellt wurde, als Passersatz- und damit Grenzübertrittspapier nur für die Ausreise aus der Bundesrepublik Deutschland. Seine Ausstellung erfolgt unter Berücksichtigung der in § 1 Absatz 8 AufenthV genannten Empfehlung des Rates.

3.3.9.0 Für andere als die in § 4 Absatz 1 AufenthV genannten deutsche Passersatzpapiere gilt die Übergangsregelung des § 81 AufenthV. Dort geregelt ist die Weitergeltung von

3.3.9.1 – Reiseausweisen für Flüchtlinge und für Staatenlose, Grenzgängerkarten und Eintragungen in Schülersammlisten, die bis zum 31. Dezember 2004 ausgestellt worden sind, für die Dauer des jeweiligen Gültigkeitszeitraums,

3.3.9.2 – Reisedokumenten (§ 14 Absatz 1 Nummer 1 DVAuslG), Reiseausweisen als Passersatz, die an Ausländer ausgestellt worden sind, Befreiungen von der Passpflicht i. V. m. Rückkehrberechtigungsvermerken auf einem Ausweisersatz, Passierscheinen für Fluggesellschaften und Landgangsausweisen für Seeleute und Grenzkarten nach dem Freizügigkeitsabkommen EU-Schweiz, die entsprechend der näheren Regelung in der Übergangsvorschrift des § 81 Absatz 2 AufenthV als Dokumente nach der AufenthV weiter gelten (vgl. auch § 81 Absatz 3 AufenthV). In § 81 Absatz 5 AufenthV ist die Möglichkeit eines Umtausches in neue Passersatzpapiere näher beschrieben. Von der Möglichkeit eines solchen Umtausches können die Behörden, welche die neuen Papiere ausstellen dürfen, insbesondere dann Gebrauch machen, wenn hierdurch im Hinblick auf die erhöhte Fälschungssicherheit neuer Vordrucke ein Sicherheitsgewinn zu erwarten ist, oder wenn ältere Dokumente abgenutzt oder wegen eines veralteten Lichtbildes in ihrer Verwendbarkeit eingeschränkt sind. Passersatzpapiere, die nicht in § 81 Absatz 1 oder 2 AufenthV genannt sind, wurden am 1. Februar 2005 ungültig. Hiervon betroffen sind insbesondere die diversen Sonderbescheinigungen, die auf Grund zwischenstaatlicher Vereinbarungen mit Nachbarstaaten ausgestellt wurden. Solche Bescheinigungen werden zum Stichtag zwar nicht insgesamt ungültig, sind aber seit dem 1. Februar 2005 nicht mehr geeignet, einen anerkannten und gültigen Pass oder Passersatz zu ersetzen. Wenn beispielsweise ein Ausweis dazu berechtigt, den Bodensee auch außerhalb der Grenzkontrollstellen von der Schweiz nach Deutschland zu überqueren, besteht diese Berechti-

gung auf Grund des Ausweises weiterhin, jedoch ist beim Grenzübertritt stets ein anerkannter und gültiger Pass oder Passersatz mitzuführen.

4

Zu § 4 – Erfordernis eines Aufenthaltstitels

4.1

Aufenthaltstitelpflicht

4.1.0.1

Aus § 4 Absatz 1 Satz 1 ergibt sich, dass nach Maßgabe des Aufenthaltsgesetzes der Aufenthalt von Ausländern im Bundesgebiet grundsätzlich unter Erlaubnisvorbehalt steht. Aus dem Aufenthaltstitel ergibt sich – konstitutiv – das Recht auf Einreise und Aufenthalt. Es endet, wenn der Aufenthaltstitel wegfällt.

4.1.0.2

Das Aufenthaltsgesetz kennt vier Aufenthaltstitel: Das Visum (Schengen-Visum und nationales Visum) ist ein eigenständiger Aufenthaltstitel. Die Aufenthaltserlaubnis ist ein befristeter, die Niederlassungserlaubnis ein unbefristeter Aufenthaltstitel. Mit dem Gesetz zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union wurde die Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG als eigenständiger Aufenthaltstitel neben der Niederlassungserlaubnis aufgenommen. Der Erteilungsgrund wird in dem Klebeetikett vermerkt.

4.1.0.3

Allein zum Zwecke der Straf- oder Untersuchungshaft ist ein Aufenthaltstitel nicht zu erteilen oder zu verlängern.

4.1.1.1

Aus dem Recht der Europäischen Union kann sich eine unmittelbare Befreiung von der Aufenthaltstitelpflicht ergeben. Soweit das Aufenthaltsgesetz insoweit Anwendung findet (vgl. den Ausschlussstatbestand des § 1 Absatz 2 Nummer 1), hat ein vorhandener Aufenthaltstitel dann nur deklaratorische Wirkung. Eine sich unmittelbar aus Gemeinschaftsrecht ergebende Befreiung von der Aufenthaltstitelpflicht zur Einreise und zum Aufenthalt in das Bundesgebiet besteht vor allem folgenden in Fällen:

- für Staatsangehörige der Schweiz und deren Familienangehörige, soweit sie nach dem Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Schweizerischen Eidgenossenschaft andererseits über die Freizügigkeit (BGBl. 2001 II S. 810) ein Aufenthaltsrecht haben,
- für Staatsangehörige eines Staates, der in Anhang II der Verordnung (EG) Nummer 539/2001 des Rates vom 15. März 2001 zur Aufstellung der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der Außengrenzen im Besitz eines Visums sein müssen, sowie der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige von der Visumpflicht befreit sind (ABl. EG Nummer L 81 S. 1) in der jeweils geltenden Fassung aufgeführt ist, für einen Kurzaufenthalt für bis zu drei Monate innerhalb einer Frist von sechs

- Monaten vom Tag der ersten Einreise an; vgl. auch § 17 Absatz 1 AufenthV zu einer Ausnahme hierzu und § 17 Absatz 2 AufenthV zu Gegenausnahmen; Rechtsgrundlage der Befreiung ist Artikel 20 Absatz 1 SDÜ,
- nach Artikel 5 Absatz 4 Buchstabe a) Schengener Grenzkodex (Durchreiserecht für Inhaber eines von einer Vertragspartei ausgestellten Aufenthaltstitels, auch ohne Pass),
 - nach Artikel 18 Satz 3 SDÜ (Durchreise für Inhaber von Visa anderer Schengenstaaten für einen längerfristigen Aufenthalt, um sich in den Schengenstaat zu begeben, der das Visum ausgestellt hat, nicht aber Durchreise zur Rückkehr oder mehrfache Durchreise),
 - für die nach Artikel 21 SDÜ begünstigten Ausländer (Inhaber eines Aufenthaltstitels der Schengenstaaten) für einen Kurzaufenthalt bis zu drei Monaten.
- 4.1.1.2 Hängt die Befreiung vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels davon ab, ob der Aufenthalt des Ausländers einen bestimmten Zeitraum nicht überschreitet, und ist das Reisedokument eines Drittstaatsangehörigen nicht mit einem Einreisestempel versehen, so können die zuständigen nationalen Behörden gemäß Artikel 11 Absatz 1 Schengener Grenzkodex annehmen, dass der Inhaber des Reisedokuments die geltenden Voraussetzungen hinsichtlich der Aufenthaltsdauer nicht oder nicht mehr erfüllt. Nach Artikel 11 Absatz 2 Schengener Grenzkodex kann diese Annahme von einem Drittstaatsangehörigen durch jedweden glaubhaften Nachweis widerlegt werden, insbesondere durch Belege wie Beförderungsnachweise oder Nachweise über seine Anwesenheit außerhalb des Hoheitsgebiets der Mitgliedstaaten, aus denen hervorgeht, dass er die Voraussetzungen hinsichtlich der Dauer eines kurzfristigen Aufenthalts eingehalten hat. Hierbei können Ausländerbehörden die Möglichkeit des § 82 Absatz 1 Satz 2 nutzen, dem Drittstaatsangehörigen zur Beibringung von Nachweisen eine angemessene Frist zu setzen. Gemäß § 82 Absatz 1 Satz 4 können nach Ablauf der Frist geltend gemachte Umstände und beigebrachte Nachweise unberücksichtigt bleiben.
- 4.1.1.3 In den folgenden Fällen ist zwar durch das Recht der Europäischen Union unter bestimmten Voraussetzungen ein Anspruch auf einen Aufenthaltstitel vorgesehen, wobei allerdings allein die Erfüllung der Anspruchsvoraussetzungen nicht unmittelbar zur Einreise oder zur Erteilung eines Ausnahmevisums berechtigt, so dass nach allgemeinen Vorschriften ein Durchlaufen des Visumverfahrens vor der Einreise gefordert werden kann und im Inland für einen rechtmäßigen Aufenthalt nach allgemeinen Vorschriften ein Aufenthaltstitel erforderlich ist:
- bei Begünstigten nach den Assoziierungsabkommen mit mittel- und osteuropäischen Staaten (in erster Linie Dienstleister und Selbständige), soweit diese Staaten nicht bereits der Europäischen Union beigetreten sind,
 - bei drittstaatsangehörigen ausländischen Arbeitnehmern, die bei einem Unternehmen mit Sitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union ordnungsgemäß beschäftigt sind, und die zur Erbringung einer Dienstleistung gemäß Artikel 49 und 50 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft vorübergehend in das Bundesgebiet entsandt werden (so genannte „Vander-Elst-Fälle“; vgl. auch § 15 BeschV).
- 4.1.2 Personen, auf die gemäß § 1 Absatz 2 Nummer 3 das Aufenthaltsgesetz keine Anwendung findet (vgl. Nummer 1.2.2) kann auf Antrag eine deklaratorische Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, wenn sie aufgrund des NATO-Truppenstatuts zum Aufenthalt in Deutschland berechtigt sind. Dieser soll mit der Nebenbestimmung „Deklaratorisch; Inhaber unterliegen dem NATO-Truppenstatut“ versehen werden.
- 4.1.3 Ausnahmen und Befreiungstatbestände zur Pflicht des Besitzes eines Aufenthaltstitels bei kurzfristigen Aufenthalten sind in den §§ 15 bis 30 AufenthV geregelt. Artikel 20 Absatz 2 SDÜ und die Artikel 4 und 5 der Verordnung (EG) Nummer 539/2001 enthalten einen Spielraum für nationale Sonderregelungen. Dieser Gestaltungsspielraum wurde durch die AufenthV genutzt, indem ausdrücklich geregelt wurde, dass in bestimmten Fällen für die Einreise und den Aufenthalt abweichend von den allgemeinen Vorschriften des europäischen Rechts ein Aufenthaltstitel benötigt oder nicht benötigt wird. Ohne eine solche ausdrückliche Ausnahmeregelung auf nationaler Ebene würde allein die Verordnung (EG) Nummer 539/2001 gelten.
- 4.1.3.1 § 16 AufenthV berücksichtigt völkerrechtliche Verpflichtungen, insbesondere aus Sichtvermerksabkommen, die Deutschland vor dem Inkrafttreten des SDÜ gegenüber Drittstaaten eingegangen ist und wonach die Beschränkung des Artikels 20 Absatz 1 SDÜ (visumfreier Aufenthalt von drei Monaten innerhalb eines Zeitraums von sechs Monaten vom Datum der ersten Einreise an, bezogen auf den Schengen-Raum) nicht Anwendung finden kann. Diese Abkommen sind, soweit sie nicht EU-, EWR- oder Schweizer Bürger betreffen, in Anlage A zur AufenthV aufgeführt. Es handelt sich um die folgenden Abkommen:
- 4.1.3.1.1 – Australien (GMBI 1953 S. 575). Bei der Bestimmung der Dauer von Aufenthalten von bis zu drei Monaten werden Aufenthalte in anderen Schengen-Staaten nicht angerechnet, auch wenn kein Aufenthaltstitel nach der Einreise beantragt wird. Die Be-

- freierung geht ansonsten nicht über die Regelung in § 41 Absatz 1 AufenthV hinaus.
- 4.1.3.1.2 – Brasilien (BGBl. 2008 II S. 1179).
- 4.1.3.1.3 – Chile (GMBL 1955 S. 22). Bei der Bestimmung der Dauer von Aufenthalten von bis zu 90 Tagen ohne Ausübung einer Erwerbstätigkeit werden Aufenthalte in anderen Schengen-Staaten nicht angerechnet.
- 4.1.3.1.4 – El Salvador (BANz. 1998 S. 12778). Salvadorianische Staatsangehörige sind ohne zeitliche Beschränkung von der Visumpflicht befreit, sofern sie nicht einer Erwerbstätigkeit nachgehen wollen. Bei Aufenthalten von mehr als drei Monaten benötigen sie einen Aufenthaltstitel, den sie im Inland beantragen können. Zur Visum- und Erlaubnispflicht bei einer Ausübung einer Erwerbstätigkeit gelten die allgemeinen Regelungen.
- 4.1.3.1.5 – Ghana (BGBl. 1998 II S. 2909). Die Vereinbarung gilt nur für Inhaber von Diplomaten- und Dienstpässen der Republik Ghana. Wenn die Dauer des Aufenthaltes drei Monate nicht überschreitet und die betreffenden Personen keine Erwerbstätigkeit ausüben wollen, ist für die Einreise und den Aufenthalt kein Aufenthaltstitel, auch kein Visum, erforderlich. Aufenthalte in anderen Schengen-Staaten werden auf den genannten Zeitraum nicht angerechnet.
- 4.1.3.1.6 – Honduras (GMBL 1963 S. 363). Honduranische Staatsangehörige sind ohne zeitliche Beschränkung von der Visumpflicht befreit, sofern sie nicht einer Erwerbstätigkeit nachgehen wollen. Bei Aufenthalten von mehr als drei Monaten – ohne Berücksichtigung von Voraufenthalten in anderen Schengen-Staaten – benötigen sie jedoch einen Aufenthaltstitel, den sie im Inland beantragen können. Zur Visum- und Erlaubnispflicht bei Ausübung einer Erwerbstätigkeit gelten die allgemeinen Regelungen. Auf § 41 Absatz 2 AufenthV wird hingewiesen.
- 4.1.3.1.7 – Japan (BANz. 1998 S. 12778). Bei der Bestimmung der Dauer von Aufenthalten von bis zu drei Monaten werden Aufenthalte von Inhabern japanischer Nationalpässe in anderen Schengen-Staaten nicht angerechnet, auch wenn kein Aufenthaltstitel nach der Einreise beantragt wird. Die Befreiung geht ansonsten nicht über die Regelung in § 41 Absatz 1 AufenthV hinaus.
- 4.1.3.1.8 – Kanada (GMBL 1953 S. 575). Bei der Bestimmung der Dauer von Aufenthalten von bis zu drei Monaten werden Aufenthalte von Inhabern kanadischer Nationalpässe in anderen Schengen-Staaten nicht angerechnet, auch wenn kein Aufenthaltstitel nach der Einreise beantragt wird. Die Befreiung geht ansonsten nicht über die Regelung in § 41 Absatz 1 AufenthV hinaus.
- 4.1.3.1.9 – Korea (Republik Korea) (BGBl. 1974 II S. 682 sowie BGBl. 1998 II S. 1390). Bei der Bestimmung der Dauer von Aufenthalten von bis zu drei Monaten werden Aufenthalte in anderen Schengen-Staaten nicht angerechnet, auch wenn kein Aufenthaltstitel nach der Einreise beantragt wird. Die Befreiung geht ansonsten nicht über die Regelung in § 41 Absatz 1 AufenthV hinaus.
- 4.1.3.1.10 – Kroatien (BGBl. 1998 II S. 1388). Bei der Bestimmung der Dauer von Aufenthalten von bis zu drei Monaten ohne Ausübung einer Erwerbstätigkeit werden Aufenthalte in anderen Schengen-Staaten nicht angerechnet.
- 4.1.3.1.11 – Monaco (GMBL 1959 S. 287). Zur Einreise ohne Ausübung einer Erwerbstätigkeit genügen ein gültiger oder seit höchstens fünf Jahren abgelaufener Nationalpass, eine gültige amtliche Identitätskarte, wenn diese den Inhaber als monegasischen Staatsangehörigen ausweist oder eine von französischen Behörden ausgestellte Identitätskarte (*carte de séjour*), die den Inhaber als monegasischen Staatsangehörigen ausweist. Die Befreiung geht ansonsten nicht über die Regelung in § 41 Absatz 2 AufenthV hinaus.
- 4.1.3.1.12 – Neuseeland (BGBl. 1972 II S. 1550). Bei der Bestimmung der Dauer von Aufenthalten von bis zu drei Monaten werden Aufenthalte in anderen Schengen-Staaten nicht angerechnet, auch wenn kein Aufenthaltstitel nach der Einreise beantragt wird. Die Befreiung geht ansonsten nicht über die Regelung in § 41 Absatz 1 AufenthV hinaus.
- 4.1.3.1.13 – Panama (BANz. 1967 Nummer 171, S. 1). Bei der Bestimmung der Dauer von Aufenthalten von bis zu drei Monaten ohne Ausübung einer Erwerbstätigkeit werden bei Touristen Aufenthalte in anderen Schengen-Staaten nicht angerechnet.
- 4.1.3.1.14 – Philippinen (BANz. 1968 Nummer 135, S. 2). Die Vereinbarung findet nur noch auf Inhaber von Diplomaten- und Dienstpässen der Republik der Philippinen Anwendung. Wenn die Dauer des Aufenthaltes drei Monate nicht überschreitet und die betreffenden Personen keine Erwerbstätigkeit ausüben wollen, ist für die Einreise und den Aufenthalt kein Aufenthaltstitel, auch kein Visum, erforderlich. Aufenthalte in anderen Schengen-Staaten werden auf den genannten Zeitraum nicht angerechnet.
- 4.1.3.1.15 – San Marino (BGBl. 1969 II S. 203). Zur Einreise ohne Ausübung einer Erwerbstätigkeit genügen ein gültiger Nationalpass, eine gültige Identitätskarte der Republik San Marino oder ein gültiger Kinderausweis. Bei der Bestimmung der Dauer von Aufenthalten von bis zu drei Monaten ohne Ausübung einer Erwerbstätigkeit werden Aufenthalte in anderen Schengen-Staaten nicht

- angerechnet. Die Befreiung geht ansonsten nicht über die Regelung in § 41 Absatz 2 AufenthV hinaus.
- 4.1.3.1.16 – Vereinigte Staaten von Amerika (GMBL 1953 S. 575). Die Befreiung geht nicht über die Regelung in § 41 Absatz 1 AufenthV hinaus.
- 4.1.3.1.17 Berücksichtigung finden in Anlage A Nummer 3 AufenthV auch das Europäische Übereinkommen über die Aufhebung des Sichtvermerkszwangs für Flüchtlinge vom 20. April 1959 (BGBl. 1961 II S. 1097, 1098) und das Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Schweizerischen Bundesrat über die Abschaffung des Sichtvermerkszwangs für Flüchtlinge vom 4. Mai 1962 (BGBl. 1962 II S. 2331, 2332). Inhaber von Reiseausweisen für Flüchtlinge (§ 1 Absatz 3 AufenthV) der Staaten, die diese Übereinkommen ratifiziert haben, und die ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Ausstellungsstaat haben, können für einen Aufenthalt von bis zu drei Monaten visumfrei nach Deutschland einreisen, sofern sie keine Erwerbstätigkeit ausüben. Dies gilt unter dem Gesichtspunkt der Gegenseitigkeit nicht für Inhaber von Reiseausweisen für Flüchtlinge derjenigen Staaten, die einen Nichtanwendungsvorbehalt erklärt haben, solange dieser Vorbehalt nicht zurückgenommen wird. Dies ist insbesondere im Verhältnis zu Frankreich und dem Vereinigten Königreich der Fall. Treten weitere Staaten dem Übereinkommen bei, wird die Geltung der entsprechenden Bestimmungen des § 16 AufenthV auch vor einer Anpassung der Anlage A Nummer 3 AufenthV auf diese Staaten erstreckt.
- 4.1.3.2 § 17 Absatz 1 AufenthV erfasst die in Anhang II der Verordnung (EG) Nummer 539/2001 erfassten Ausländer, die – ohne die damit geschaffene nationale Regelung – auch bei Ausübung von Erwerbstätigkeiten für Kurzaufenthalte visumfrei einreisen könnten. Insofern wird hier auf der Ebene des nationalen Rechts zur Steuerung der Erwerbstätigkeit von Ausländern eine Beschränkung vorgesehen.
- 4.1.3.2.1 Da der Erwerbstätigkeitsbegriff des § 2 Absatz 2 sehr weit geht und etwa auch typische Geschäftsreisen erfassen würde, musste eine Gegen Ausnahme geschaffen werden. Daher verweist § 17 Absatz 2 AufenthV durch Erwähnung der entsprechenden Ermächtigungsgrundlage auf § 16 BeschV. In § 16 BeschV wird bestimmt, dass die in den §§ 2 sowie 4 bis 13 BeschV genannten Tätigkeiten nicht als Beschäftigung gelten, wenn sie bis zu drei Monate innerhalb eines Zeitraums von zwölf Monaten im Inland ausgeübt werden. Da es sich bei diesen Tätigkeiten, wenn sie innerhalb dieses Zeitrahmens ausgeübt werden, nicht um Beschäftigungen handelt, handelt es sich auch nicht um aufenthaltsrechtlich relevante Erwerbstätigkeiten. § 17 Absatz 1 AufenthV findet in diesem Falle also keine Anwendung. Der betreffende Ausländer ist in jeder Hinsicht so zu behandeln, als wäre er nicht erwerbstätig, insbesondere hinsichtlich der Frage des Erfordernisses eines Aufenthaltstitels. Für Selbständige wird in § 17 Absatz 2 AufenthV im Hinblick auf die Aufenthaltstitelpflicht eine entsprechende Anwendung des § 16 BeschV i. V. m. §§ 2 sowie 4 bis 13 BeschV angeordnet. Enthält ein Aufenthaltstitel den Vermerk, wonach eine (selbständige) Erwerbstätigkeit nicht gestattet ist, ist die Ausübung selbständiger Erwerbstätigkeiten, die inhaltlich und hinsichtlich des Zeitrahmens ihrer Ausübung im Bundesgebiet den Beschäftigungen nach § 16 BeschV entsprechen, daher dennoch gestattet.
- 4.1.3.2.2 Von der Dreimonatsfrist ausgenommen ist nach § 17 Absatz 2 Satz 2 AufenthV das Personal, das Deutschland nur im Rahmen von Transitfahrten durchfährt, also im grenzüberschreitenden Verkehr, sofern lediglich Güter durch das Bundesgebiet hindurchbefördert werden, ohne sie im Bundesgebiet zu laden oder zu entladen, oder Personen durch das Bundesgebiet reisen, ohne dass sie – außer für kurze Pausen oder Übernachtungen – ein- und aussteigen. Eine „Durchbeförderung“ lässt sich am sinnvollsten dadurch beschreiben, dass das Transportfahrzeug nicht wechselt. Nicht erfasst sind somit etwa Fälle, in denen ein Container im Bundesgebiet umgeladen wird oder Busse im Linienverkehr im Bundesgebiet eine Station anfahren, um die Fahrgäste auf andere Fahrzeuge oder auf andere Verkehrsmittel umsteigen zu lassen.
- 4.1.3.3 § 18 AufenthV sieht unter bestimmten Bedingungen eine Visumbefreiung für Inhaber ausländischer Ausweise für Flüchtlinge und für Staatenlose vor. Die Vorschrift geht weiter als § 16 AufenthV, da die Genfer Flüchtlingskonvention durch weitaus mehr Ausstellerstaaten, und zwar auch solche, die in Anhang II zur Verordnung (EG) Nummer 539/2001 aufgeführt sind, ratifiziert wurde als das Europäische Abkommen über die Aufhebung des Sichtvermerkszwangs für Flüchtlinge, auf das § 18 Satz 2 AufenthV und § 16 AufenthV Bezug nehmen. Der von § 16 AufenthV i. V. m. Anlage A Nummer 3 zur AufenthV erfasste Personenkreis ist mit demjenigen, der durch § 18 AufenthV erfasst ist, also nur teildentisch, weshalb die besondere Regelung des § 18 AufenthV erforderlich ist. Das Verhältnis zwischen § 16 AufenthV und § 18 AufenthV wird durch § 18 Satz 2 AufenthV klargestellt. Die Befreiung vom Erfordernis des Aufenthaltstitels befreit nicht von den übrigen Einreisevoraussetzungen, so dass eine Ausschreibung zur Einreiseverweigerung zur Zurückweisung berechtigen würde. In geeigneten Fällen ist also durch eine solche Ausschreibung eine Steuerung möglich.
- 4.1.3.4 Durch § 19 AufenthV wird die Visumfreiheit entsprechend der in Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe a) der Verordnung (EG) Nummer 539/

2001 geschaffenen Möglichkeit auf Inhaber der in Anlage B zur AufenthV aufgeführten dienstlichen Pässe ausgedehnt. Die Befreiung vom Erfordernis des Aufenthaltstitels führt unbeschadet völkerrechtlicher Verpflichtungen nicht zu einer Befreiung von den übrigen Einreisevoraussetzungen, so dass eine Ausschreibung zur Einreiseverweigerung zur Zurückweisung führen würde. Auch durch § 20 AufenthV werden bestimmte dienstlich Reisende vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit; Vatikanpässe kommen ihrer Funktion nach amtlichen Pässen gleich. Der jeweilige konkrete Reisezweck ist bei Inhabern dieser Ausweise für die Befreiung unerheblich.

4.1.3.5 In § 21 AufenthV sind die Fälle der Grenzgänerkarten geregelt. Die räumliche Gültigkeit von Grenzgänerkarten erstreckt sich auf das gesamte Bundesgebiet.

4.1.3.6 Durch § 22 Absatz 1 AufenthV wird die Befreiung von Schülern von der Aufenthaltspflicht geregelt, die auf ordnungsgemäß ausgestellten Schülersammellisten aufgeführt sind. Hierzu wird im Einzelnen auf die EU-Schülersammellistenregelung vom 30. November 1994 (ABl. EG Nummer L 327 S. 1) sowie auf Nummer 3.3.6 verwiesen. Die EU-Schülersammellistenregelung betrifft Schüler, die Drittausländer sind und in einem anderen EU-Mitgliedstaat ihren Wohnsitz haben. Nach Artikel 1 Absatz 1 der nicht unmittelbar geltenden, sondern durch die AufenthV umgesetzten EU-Schülersammellistenregelung verlangt ein Mitgliedstaat von Schülern, die auf eine Sammeliste eingetragen sind, nach Maßgabe der in der Sammellistenregelung wiedergegebenen Voraussetzungen kein Visum. Die Schülergruppe muss von einem Lehrer begleitet sein. Die Schülersammelliste muss die Schule mit Name und Anschrift, den begleitenden Lehrer, Reiseziel und -zeitraum und sämtliche mitreisenden Schüler (unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit) bezeichnen und von der Schulleitung unterzeichnet sein. Der Aufbau und der textliche Inhalt sind in der Sammellistenregelung vorgeschrieben. Listen, die dieser Form nicht zumindest im Wesentlichen entsprechen, sind unwirksam. Die Schüler auf der Liste müssen sich grundsätzlich durch einen eigenen Lichtbildausweis ausweisen können. Soll die Schülersammelliste hiervon abweichend nicht nur vom Erfordernis des Aufenthaltstitels befreien, sondern auch als Passersatzpapier gelten, ist eine amtliche Bestätigung durch die zuständigen Behörde des Wohnsitzlandes (nicht nur der Schule) und eine Integration der Lichtbilder sämtlicher Schüler erforderlich, die keinen eigenen Lichtbildausweis besitzen und auf die sich die Passersatzfunktion daher beziehen soll. Die Sammellistenregelung wird durch § 22 Absatz 1 AufenthV von Deutschland einseitig auf Schüler mit Wohnsitz in den Staaten ausgedehnt, die nicht EU-Mitgliedstaaten sind, deren Staatsangehörige aber visumfrei nach

Deutschland einreisen können. Diese Ausdehnung gilt aber nicht für die mögliche passersatzende Funktion. Andere Befreiungstatbestände, die zugunsten von Schülern anwendbar sind, die in Schülergruppen reisen, werden durch § 22 Absatz 1 AufenthV nicht verdrängt, bleiben also in vollem Umfang anwendbar. Somit können etwa Schülergruppen, deren Schüler ausschließlich aus visumfreien Staaten stammen, nicht zurückgewiesen werden, nur weil sie nicht auf einer Sammeliste eingetragen sind. In § 22 Absatz 2 AufenthV wird – i. V. m. Artikel 1 Absatz 2 Satz 2, 2. Gedankenstrich der Verordnung (EG) Nummer 539/2001 – die Wiedereinreise von in Deutschland geduldeten Schülern in das Bundesgebiet geregelt. Voraussetzung ist der Vermerk der Aussetzung der Abschiebung im Falle der Wiedereinreise; näher dazu Nummer 3.3.6.

4.1.3.7 In den §§ 23 bis 25 AufenthV sind für Personen, die im Bereich des grenzüberschreitenden, nicht straßengebundenen Transportwesens reisen, bestimmte Befreiungen vorgesehen. Die dort erwähnten Passierscheine unterscheiden sich in der Form danach, ob sie im Luft- oder Seeverkehr ausgestellt werden. Im Luftverkehr werden sie mit Computerdruckern ausgestellt. Missbrauch wird dadurch ausgeschlossen, dass auf den Passierscheinen die Dienststelle angegeben wird, an die Rückfragen zur Echtheit gerichtet werden können. Die Dienststellen, die zur Ausstellung von Passierscheinen berechtigt sind, führen ein entsprechendes Register und sind rund um die Uhr und sieben Tage in der Woche besetzt, so dass dort Rückfragen stets möglich sind. Die Passierscheine sind keine Passersatzpapiere.

4.1.3.8.1 In § 26 Absatz 1 AufenthV wird allgemein festgelegt, dass sich Ausländer, die sich im Bundesgebiet befinden, ohne i. S. d. § 13 einzuweisen, keinen Aufenthaltstitel benötigen. Die Regelung gibt damit ein allgemeines Grundprinzip wieder. Nicht eingereist sind Personen, die noch nicht die Grenzübergangsstelle passiert haben (§ 13 Absatz 2 Satz 1) oder deren Passage vor einer voraussichtlichen Zurückweisung zu einem bestimmten vorübergehenden Zweck gestattet wird, solange eine Kontrolle des Aufenthalts möglich bleibt (§ 13 Absatz 2 Satz 2). Eingereist ist jedoch etwa ein Ausländer, der die Grenzkontrollen umgangen hat oder innerhalb des Schengen-Raums oder ausnahmsweise sonst die Bundesgrenze überschreiten darf, ohne hierfür Grenzübergangsstellen zu benutzen (§ 13 Absatz 2 Satz 3).

Insbesondere bedürfen danach keines Aufenthaltstitels

- Personen, die den Transitbereich eines Flughafens nicht verlassen, sofern nicht eine besondere Flughafentransitvisumpflicht besteht,
- Fahrgäste oder Besatzungsmitglieder von Schiffen, solange sie nur auf dem Schiff ver-

bleiben oder sonst keine im Hafengebiet befindliche Grenzübergangsstelle (z. B. Passagierschiffs-/Fährterminal) passieren und nicht § 4 Absatz 4 eingreift,

- Personen, die sich an Bord von Flugzeugen befinden, solange sie das Bundesgebiet überfliegen,
- Personen, die deutsche Küstengewässer nur durchfahren und
- Personen, denen von den Grenzbehörden in den Fällen des § 13 Absatz 2 Satz 2 das Passieren gestattet wird.

Eine Befreiung von der Passpflicht ist in den Transitfällen nicht vorgesehen. Flughafentransitvisa sind selbst keine Aufenthaltstitel, befreien aber – soweit Flughafentransitpflicht besteht – von der Pflicht zum Besitz eines Aufenthaltstitels.

4.1.3.8.2

§ 26 Absatz 2 AufenthV weist auf eine weitere Voraussetzung der Befreiung zu Absatz 1 hin, die auf der als unmittelbares Recht im Range einer europäischen Verordnung anwendbaren Regelungen der Gemeinsamen Konsularischen Instruktion beruht, die eine besondere Genehmigung (Flughafentransitvisum) für das Betreten des Transitbereichs durch Staatsangehörige bestimmter Staaten verlangen. Die in Teil I der Anlage 3 der Gemeinsamen Konsularischen Instruktion aufgeführten Staatsangehörigen sind grundsätzlich verpflichtet, auch beim Flughafentransit eine Genehmigung zu besitzen; dasselbe gilt für Personen, die – nur – im Besitz der von diesen Staaten ausgestellten Reisedokumente sind. Diese Personen unterliegen jedoch nicht der Flughafentransitvisumpflicht, wenn sie im Besitz eines in Teil III der Anlage 3 der Gemeinsamen Konsularischen Instruktion aufgeführten Aufenthaltstitels eines EWR-Staates oder eines dort genannten Aufenthaltstitels Andorras, Japans, Kanadas, Monacos, San Marinos, der Schweiz oder der Vereinigten Staaten sind, der ein uneingeschränktes Rückkehrrecht garantiert. Die Pflicht zum Besitz eines Flughafentransitvisums gilt mit Rücksicht auf Nummer 3.24 und 3.25 des Anhangs 9 des Abkommens über die internationale Zivilluftfahrt vom 7. Dezember 1944 (BGBl. 1956 II S. 411) zudem nicht für Flugbesatzungsmitglieder, die einen Flugbesatzungsausweis besitzen. Ein Aufenthalt im Transitbereich ohne Flughafentransitvisum ist ein unerlaubter Aufenthalt. Das Flughafentransitvisum stellt keinen Aufenthaltstitel dar. Die Tatsache, dass dem Ausländer mit einem Flughafentransitvisum der Aufenthalt im Transitbereich gestattet ist, bedeutet damit keine Zulassung zur Einreise in diesen Staat („legally admitted for entry“) i. S. d. Anhangs 9 Kapitel 3 I B Nummer 3.51 zum Abkommen über die internationale Zivilluftfahrt vom 7. Dezember 1944, so dass eine Zurückweisung möglich ist, wenn der Ausländer seine Reise nicht von sich aus fortsetzt.

4.1.3.8.3

§ 26 Absatz 3 AufenthV ergänzt als nationale Regelung die europäische Regelung zum Flughafentransit. Als Voraussetzung für die Befreiung nach § 26 Absatz 1 AufenthV wird daher ein nach nationalem Recht bestehendes Erfordernis eines Flughafentransitvisums beibehalten. Die Staatenliste in Anlage C zur AufenthV ist maßgeblich. Für jordanische, indische und türkische Staatsangehörige wurden in Anlage C Nummer 3 und 4 zur AufenthV Sonderregelungen vorgesehen, mit der Besonderheiten des Transitflugreiseverkehrs in die und aus den in Nummer 3 und 4 der Anlage C zur AufenthV genannten Zielstaaten berücksichtigt wurden; auch auf diese Fälle ist zudem § 26 Absatz 3 Nummer 2 AufenthV anwendbar.

4.1.3.9

§ 27 AufenthV sieht Befreiungen für Personen vor, die sich im Zusammenhang mit der Tätigkeit der Vertretungen auswärtiger Staaten im Bundesgebiet aufhalten, und die nicht bereits völkerrechtlich und wegen § 1 Absatz 2 Nummer 2 oder 3 aus dem Anwendungsbereich des gesamten Aufenthaltsrechts ausgenommen sind. § 27 Absatz 1 Nummer 3 und Nummer 5, Absatz 2 und Absatz 3 AufenthV gilt entsprechend für das private Hauspersonal und andere zum Haushalt gehörende Personen von Bediensteten der Internationalen Organisationen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland, sofern ein entsprechendes Sitzstaatsabkommen besteht. § 27 AufenthV sieht keine Freistellung von sämtlichen aufenthaltsrechtlichen Regelungen vor, sondern nur eine Befreiung vom Erfordernis des Aufenthaltstitels. Das Vorliegen des Befreiungstatbestandes stellt das Auswärtige Amt fest, das einen entsprechenden Protokollausweis ausstellt. Die Erlaubnis zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit nach § 27 Absatz 2 AufenthV erteilt das Auswärtige Amt unter Beteiligung der Bundesagentur für Arbeit; hierzu beurteilt das Auswärtige Amt auch die Erfüllung des Merkmals der Gegenseitigkeit. Die Berechtigung zur Ausübung der Erwerbstätigkeit ist im Fall von Familienangehörigen im Protokollausweis vermerkt (Ausweise „D-A“ und „VB-A“).

Die Ersterteilung einer Aufenthaltserlaubnis oder einer Niederlassungserlaubnis ist nicht zulässig, solange ein Befreiungstatbestand nach § 27 AufenthV besteht. Dies gilt auch für Personen, die zunächst als entsandte einer ausländischen Vertretung in die Bundesrepublik eingereist sind, während ihres Aufenthalts in den Status einer Ortskraft der Vertretung wechseln und als solche nach § 27 AufenthV vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit sind. § 27 Absatz 3 AufenthV bestimmt, dass Ausländer, die bereits eine Aufenthalts- oder Niederlassungserlaubnis besitzen und erst danach einem Befreiungstatbestand des § 27 AufenthV unterfallen, weiterhin die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis oder die Erteilung der Niederlassungserlaubnis beantragen können; hierfür gelten die allgemeinen rechtlichen Vo-

raussetzungen. Die Ausländer können damit ihren aufenthaltsrechtlichen Status beibehalten oder verbessern. Den Betroffenen soll es durch diese Regelung ermöglicht werden, ihren vor Aufnahme der Ortskrafttätigkeit erworbenen ausländerrechtlichen Status beizubehalten und weiter zu verfestigen. Ansonsten würde – wegen des Verlustes des bereits gesicherten ausländerrechtlichen Status – die Bereitschaft von sich bereits im Bundesgebiet befindenden ausländischen Arbeitsuchenden, als Ortskraft zu arbeiten, erheblich geschmälert, da sie nach einer etwaigen Beendigung der Tätigkeit keinen Aufenthaltstitel mehr besäßen. In der Folge würden zur Besetzung der offenen Stellen Ortskräfte und ihre Angehörigen aus dem Ausland angeworben werden, obwohl bereits auf dem deutschen Arbeitsmarkt geeignete Arbeitsuchende zur Verfügung stehen.

4.1.3.10

§ 28 AufenthV enthält eine allgemeine Verweisung auf das Freizügigkeitsabkommen EU – Schweiz und setzt die darin vorgesehenen Befreiungen auf nationaler Ebene um. Die Ausstellung der im Abkommen oder in dieser Verordnung vorgesehenen Aufenthaltserlaubnisse und Grenzgängerkarten richtet sich nach den hierfür jeweils geltenden Vorschriften, die durch § 28 AufenthV nicht berührt werden. Sofern ein Schweizer Bürger also nicht bereits nach dem Freizügigkeitsabkommen vom Erfordernis des Aufenthaltstitels befreit ist, sondern einen Aufenthaltstitel benötigt, besteht auch keine Befreiung nach § 28 AufenthV.

Nach Artikel 2 Absatz 1 Satz 2, Absatz 2 Satz 2 i. V. m. Artikel 6, 12, 20, 23, 24 und 31 des Anhangs I zum Abkommen mit der Schweiz vom 21. Juni 1999 haben Staatsangehörige der Schweiz unter den dort genannten Voraussetzungen einen Rechtsanspruch auf Ausstellung einer (deklaratorischen) Aufenthaltserlaubnis. In § 28 Satz 2 AufenthV ist daher bestimmt, dass die Aufenthaltserlaubnis von Amts wegen auszustellen ist. Die Ausstellung einer Grenzgängerkarte erfolgt nur in den in § 12 Absatz 2 AufenthV genannten Fällen.

Für die (deklaratorische) Aufenthaltserlaubnis ist das gemeinsame Vordruckmuster „Aufenthaltskarte für Familienangehörige eines Unionsbürgers oder eines Staatsangehörigen eines EWR-Staates bzw. Aufenthaltserlaubnis für Staatsangehörige der Schweizerischen Eidgenossenschaft und ihre Familienangehörigen, die nicht Staatsangehörige der Schweizerischen Eidgenossenschaft sind“ zu verwenden.

4.1.3.11

§ 29 AufenthV enthält im Hinblick auf das Erfordernis des Aufenthaltstitels eine Parallelregelung zu § 14 AufenthV. Insofern wird auf Nummer 3.1.13 verwiesen. Aufenthaltstitel, die nach der Beendigung der Befreiung erforderlich werden, können ohne Visumverfahren im Bundesgebiet erteilt werden, weil die Befreiung weder räumlich beschränkt war noch

von vornherein zeitlich befristet ist (§ 39 Nummer 2 AufenthV).

4.1.3.12

§ 30 AufenthV enthält einen Befreiungstatbestand für bestimmte Durchbeförderungen. Da das Gemeinschaftsrecht für die Fälle der Durchreise und Durchbeförderung keine Abweichung von der Verordnung (EG) Nummer 539/2001 zulässt, können die Befreiungen für die danach visumpflichtigen Staatsangehörigen nur gewährt werden, wenn keine Schengen-Außengrenze überschritten wird. § 30 Nummer 1 AufenthV ist praktisch relevant insbesondere bei der Durchführung der Abkommen, die die Rückkehr der Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien aus verschiedenen europäischen Staaten auf dem Landweg betreffen. § 30 Nummer 2 AufenthV sieht für die dort genannten Fälle eine Zustimmung des Bundesministeriums des Innern oder der von ihm beauftragten Stelle vor. Bei der vom Bundesministerium des Innern beauftragten Stelle handelt es sich um das Bundespolizeipräsidium. In Bezug auf die Anwendung der Verordnung (EG) Nummer 539/2001 ist beim Überschreiten einer Schengen-Außengrenze die Genehmigung der Durchbeförderung durch Deutschland i. S. d. Artikels 2 der Verordnung (EG) Nummer 539/2001 als Visum zu werten.

4.1.4

Ausländer, die nach dem Assoziierungsabkommen EWG/Türkei und den dazu ergangenen Assoziationsratsbeschlüssen ein Aufenthaltsrecht besitzen, sind vom Erfordernis eines konstituierenden Aufenthaltstitels befreit. Dazu korrespondierend besteht die Pflicht des begünstigten Personenkreises, sich das bestehende Aufenthaltsrecht durch die Ausstellung einer Aufenthaltserlaubnis bestätigen zu lassen (§ 4 Absatz 5). Bei Erfüllung der entsprechenden Voraussetzungen kann dem begünstigten Personenkreis eine Niederlassungserlaubnis erteilt werden; die Verpflichtung nach § 4 Absatz 5, die sich nicht auf Inhaber einer Niederlassungserlaubnis oder Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG bezieht, entfällt dann.

4.2

Erwerbstätigkeit

4.2.1.1

Die Berechtigung eines Ausländers zur Erwerbstätigkeit wird in den Aufenthaltstitel eingetragen. Eine Arbeitsgenehmigung in Form eines separaten Verwaltungsaktes gibt es außer in den Fällen der Staatsangehörigen der Beitrittsstaaten, die den Übergangsregelungen unterliegen (§ 13 FreizügG/EU i. V. m. §§ 284 bis 288 SGB III und der ArGV sowie ASAV) nicht mehr. Die Entscheidung über den Aufenthalt und die Ausübung einer Erwerbstätigkeit ergeht gegenüber dem Ausländer nunmehr einheitlich durch die Ausländerbehörde („one-stop-government“). Die Werkvertragsarbeitnehmerkarten, die von der Bundesagentur für Arbeit an Werkvertragsarbeitnehmer ausgestellt werden, konkretisieren den Aufenthaltstitel lediglich hinsichtlich des Beschäftigungsrechts,

gelten damit aber auch als dessen Bestandteil und stellen rechtlich keine separate Erlaubnis dar. Ist eine Erwerbstätigkeit nicht zugelassen, ist auch dies im Aufenthaltstitel zu vermerken mit der Formulierung:

„Beschäftigung nur mit Genehmigung der Ausländerbehörde gestattet.“

Sind einige, jedoch nicht sämtliche Erwerbstätigkeiten zugelassen, ist durch entsprechende Formulierungen die Ausübung anderer Erwerbstätigkeiten auszuschließen. Auch die Ausübung einer Erwerbstätigkeit, die – insbesondere nach der BeschV – keiner Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit bedarf, muss von der Ausländerbehörde zugelassen werden.

Tätigkeiten, die in § 16 BeschV genannt sind, gelten im dort genannten zeitlichen Rahmen nicht als Beschäftigung i. S. d. Aufenthaltsgesetzes; zur Ausübung entsprechender selbständiger Tätigkeiten ist § 17 Absatz 2 AufenthV zu beachten (vgl. näher Nummer 4.3.4). Selbst wenn die Nebenbestimmung die Ausübung einer Erwerbstätigkeit ausschließt, können also die entsprechenden Tätigkeiten innerhalb des zeitlichen Rahmens, der in § 16 BeschV genannt ist, ausgeübt werden, weil es sich dabei nicht um eine Erwerbstätigkeit handelt. Eine entsprechende, in ihrer Formulierung vom Fall abhängige Klarstellung im Visum oder ggf. im Aufenthaltstitel (etwa: „Erwerbstätigkeit nicht gestattet. Durchführung geschäftlicher Besprechungen für bis zu drei Monate im Jahr gestattet.“ oder „Erwerbstätigkeit nicht gestattet. Messepräsentation auf der Messe ist gestattet.“) ist unschädlich. Ein entsprechender Hinweis soll klarstellend aufgenommen werden, wenn die Behörde besonders geprüft hat, ob die beabsichtigte Tätigkeit dem § 16 BeschV unterfällt und dies dann bejaht hat.

Ist die Ausübung einer Erwerbstätigkeit ohne Einschränkungen gestattet, lautet der Vermerk:

„Erwerbstätigkeit gestattet.“ (vgl. den Vordruck zur Niederlassungserlaubnis in Anlage D14 zur AufenthV)

oder

„Jede Erwerbstätigkeit gestattet.“

Jede Niederlassungserlaubnis berechtigt zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit. Dieser Grundsatz ist zwar nur in § 9 Absatz 1 festgelegt, gilt jedoch ebenso für die auf der Grundlage des § 26 Absatz 3 und 4 erteilten Niederlassungserlaubnisse sowie in den Fällen der § 19 Absatz 1, § 21 Absatz 4, § 23 Absatz 2, § 28 Absatz 2, § 31 Absatz 3, § 35 Absatz 1 und § 38 Absatz 1 Nummer 1.

- 4.2.1.2 Die Berechtigung zur Erwerbstätigkeit ergibt sich in den Fällen des § 9 Absatz 1, § 22 Satz 3, § 25 Absatz 1 und 2, § 28 Absatz 5, § 31 Absatz 1, § 37 Absatz 1, § 38 Absatz 4 und § 104a Absatz 1 und 2 ohne Einschränkungen. Sie bezieht sich nicht nur auf Beschäftigungen, sondern auch auf selbständige Tätigkeiten und be-

ruht direkt auf dem Aufenthaltsgesetz. Unberührt bleiben spezifische Zulassungs- und Ausübungsvorschriften bei geregelten Berufen (Medizinberufe, Rechtsanwälte, Steuerberater, Handwerk etc.). Der Aufenthaltstitel ersetzt nicht entsprechende Zulassungsentscheidungen der zuständigen Behörden. Nach § 16 Absatz 3 sind Studenten während des Studiums und Personen in studienvorbereitenden Maßnahmen zur Ausübung einer Beschäftigung und zur Ausübung studentischer Nebentätigkeiten (siehe im Einzelnen Nummer 16.3 bis 16.3.11) berechtigt. § 29 Absatz 5 eröffnet dem Ausländer, der im Rahmen des Familiennachzuges eine Aufenthaltserlaubnis erhält, ein abgeleitetes Arbeitsmarktzugangsrecht (Nummer 29.5). In den übrigen Fällen muss die Erlaubnis zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit einzelfallbezogen entschieden werden.

- 4.2.2.1 Nach § 4 Absatz 2 Satz 2 muss jeder Aufenthaltstitel erkennen lassen, ob und ggf. unter welchen Bedingungen die Ausübung einer Erwerbstätigkeit erlaubt ist. Dies geschieht durch einen entsprechenden Eintrag in den Aufenthaltstitel. Gleiches gilt für die Duldung und die Aufenthaltsgestattung, in der eine Nebenbestimmung zur Erwerbstätigkeit zu verfügen ist.

- 4.2.2.2 Bei der Niederlassungserlaubnis ist die Berechtigung zur Erwerbstätigkeit bereits in das Klebeetikett eingedruckt. Einschränkungen der Erwerbstätigkeit sind nicht zulässig. Abweichendes kann gelten, wenn eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis, die bis zum 31. Dezember 2004 erteilt wurde, mit einschränkenden Bedingungen oder Auflagen zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit nach § 101 Absatz 1 als Niederlassungserlaubnis fortgilt. In derartigen Fällen ist, sofern nicht ausnahmsweise ein Grund für die Beibehaltung der Bedingung oder Auflage besteht, dem betroffenen Ausländer nahe zu legen, die Streichung der betreffenden Bedingung oder Auflage zu beantragen. Entsprechend dem Gesetzeszweck des Aufenthaltsgesetzes ist diesem Antrag regelmäßig stattzugeben.

- 4.2.2.3 In der Aufenthaltserlaubnis ist stets eine Aussage über die Berechtigung zur Erwerbstätigkeit zu treffen. Diese ist in den im Gesetz geregelten Fällen (vgl. Nummer 4.2.1.2) lediglich deklaratorisch, in den übrigen Fällen konstitutiv.

- 4.2.3.1 Eine Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der betrieblichen Aus- oder Weiterbildung sowie zur Ausübung einer Beschäftigung (§§ 17, 18) kann nur nach Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit erteilt werden, es sei denn, dass es sich um eine zustimmungsfreie Beschäftigung nach §§ 2 bis 15 BeschV handelt (vgl. Durchführungsanweisungen der Bundesagentur für Arbeit). Über die Zulassung einer zustimmungsfreien Beschäftigung entscheidet die Behörde, die den Aufenthaltstitel erteilt. Beantragt der

Ausländer ein Visum zum Zweck der Aufnahme einer Beschäftigung oder zur betrieblichen Aus- oder Weiterbildung, wird die Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit im Visumverfahren von der Auslandsvertretung über die Ausländerbehörde eingeholt. Die Ausländerbehörde übernimmt die entsprechende Nebenbestimmung aus dem Visum in die Aufenthaltserlaubnis, ohne hierfür eine erneute Zustimmung zu benötigen, soweit die Zustimmung einen längeren Zeitraum als die Gültigkeit des Visums umfasst.

4.2.3.2 Besitzt der Ausländer eine Aufenthaltserlaubnis zu einem anderen Zweck (humanitäre Gründe, Familiennachzug), bei dem die Erwerbstätigkeit nicht von Gesetzes wegen zugelassen ist, kann die Ausländerbehörde die Aufnahme einer Beschäftigung erlauben, wenn die Bundesagentur für Arbeit zugestimmt hat oder es sich um eine zustimmungsfreie Beschäftigung nach §§ 2 bis 15 BeschV handelt.

4.2.3.3 Die Aufenthaltserlaubnis zur Ausübung einer selbständigen Erwerbstätigkeit kann unter den Voraussetzungen des § 21 erteilt werden. Hinsichtlich kurzfristiger Aufenthalte ist § 17 Absatz 2 AufenthV zu beachten. Für Ausländer, die bereits eine Aufenthaltserlaubnis zu einem anderen Zweck (humanitäre Gründe, Familiennachzug) besitzen, bei dem die Erwerbstätigkeit nicht von Gesetzes wegen zugelassen ist, kann die selbständige Erwerbstätigkeit nach § 21 Absatz 6 erlaubt werden.

4.2.4 Die Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit kann Beschränkungen hinsichtlich der beruflichen Tätigkeit, des Arbeitgebers, des Bezirks der Agentur für Arbeit und der Lage und Verteilung der Arbeitszeit sowie eine Gültigkeitsdauer enthalten. Solche Beschränkungen sind in die Nebenbestimmung zur Aufenthaltserlaubnis aufzunehmen. Falls aus Platzgründen erforderlich, ist hierfür das Zusatzblatt zur Aufenthaltserlaubnis gemäß amtlichem Muster zu verwenden.

4.3 Die Erwerbstätigkeit erlaubende Aufenthaltstitel

4.3.1.0 § 4 Absatz 3 Satz 1 bestimmt, dass ein Ausländer im Bundesgebiet einer Erwerbstätigkeit nur nachgehen darf, wenn ihm dies durch den Aufenthaltstitel erlaubt wurde. Die Vorschrift übernimmt damit inhaltlich das Verbot mit Erlaubnisvorbehalt für selbständige und unselbständige Erwerbstätigkeit im früheren Recht.

4.3.1.1 Die Aufenthaltsgestattung, die Aufenthaltserlaubnis und die Duldung sollen, wenn noch eine Prüfung nach § 39 Absatz 2 durchzuführen ist, mit folgendem Hinweis versehen werden:

„Beschäftigung nur mit Genehmigung der Ausländerbehörde gestattet.“

Besteht eine Wartezeit oder wird bei Duldungsinhabern die Erlaubnis nach § 11 BeschVerfV versagt, soll der Hinweis lauten:

„Erwerbstätigkeit nicht gestattet.“

4.3.1.2

Wer einen Aufenthaltstitel nicht oder nicht mehr besitzt, darf keine Erwerbstätigkeit ausüben. Dies betrifft auch Ausländer, die erst nach Ablauf ihres Aufenthaltstitels dessen Verlängerung beantragen; in diesem Fall greift die Fiktionswirkung des § 81 Absatz 3 nicht ein (siehe aber Nummer 81.4.2.3). Ebenso liegt kein Anwendungsfall des § 84 Absatz 2 Satz 2 vor, da kein Verwaltungsakt vorliegt, der die Rechtmäßigkeit des Aufenthalts beendet (vgl. § 84 Absatz 2 Satz 1, auf den sich der folgende Satz 2 bezieht). Ausländer, denen gegenüber eine Ausweisungsverfügung ergangen ist oder deren Aufenthaltserlaubnis nachträglich befristet wurde, können eine Erwerbstätigkeit weiter ausüben, soweit vor Erlass der Entscheidung ein Aufenthaltstitel bestand, wonach die Ausübung der Erwerbstätigkeit zulässig war, und solange einer der in § 84 Absatz 2 Satz 2 genannten Sachverhalte vorliegt. Diese Wirkungen bescheinigt die Ausländerbehörde auf Antrag dem Ausländer; der Vordruck „Fiktionsbescheinigung“ (Anlage D3 zur AufenthV) ist zur Vermeidung von Missverständnissen nicht zu verwenden. Beantragt ein Ausländer vor Ablauf der Geltungsdauer die Verlängerung oder Neuerteilung eines Aufenthaltstitels, gilt der alte Aufenthaltstitel nach § 81 Absatz 4 als fortbestehend. Diese Fortgeltung erstreckt sich auch auf eine in diesem Titel enthaltene Berechtigung zur Erwerbstätigkeit.

4.3.2

Für Asylbewerber, denen nach § 61 Absatz 2 AsylVfG die Ausübung einer Beschäftigung erlaubt werden kann, gelten nach der Prüfung, ob ein mindestens einjähriger gestatteter Aufenthalt im Bundesgebiet vorliegt, Nummer 4.2.3.2 und 4.2.4 entsprechend. An die Stelle der Aufenthaltserlaubnis tritt die Bescheinigung über die Aufenthaltsgestattung nach § 63 AsylVfG.

4.3.3

Ausländern, deren Aufenthalt nach § 60a geduldet wird, kann die Beschäftigung nach Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit erlaubt werden. § 10 BeschVerfV schreibt für Geduldete eine Wartezeit von einem Jahr vor. Anzurechnen auf die Wartezeit sind erlaubte und geduldete sowie Aufenthaltszeiten mit Aufenthaltsgestattung vor Erteilung der Duldung nur, wenn ein durchgängiger Aufenthalt in Deutschland besteht (vgl. Nummer 42.2.1.1.1).

4.3.4

Eine weitere Ausnahme vom Grundsatz des Satzes 1 enthält § 16 BeschV (Fiktion der Nichterwerbstätigkeit). Damit können diejenigen Ausländer, die nach § 17 Absatz 2, §§ 23 bis 30 AufenthV vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit sind, auch ohne Aufenthaltstitel die in der Aufenthaltsverordnung genannten Beschäftigungen ausüben. Daher wird in den zeitlichen und sachlichen Grenzen der

- Fiktion der Nichterwerbstätigkeit durch eine beabsichtigte berufliche Tätigkeit im Bundesgebiet nicht die Visumpflicht ausgelöst, die im übrigen nach § 17 Absatz 1 AufenthV bestehen würde, wenn ein ansonsten für Kurzaufenthalte visumfreier Dritttausländer im Bundesgebiet erwerbstätig werden möchte. Dies betrifft – z. B. – Geschäftsreisende, die für Besprechungen oder Verhandlungen in das Bundesgebiet reisen. Entsprechendes gilt auch für Dritttausländer mit einem Aufenthaltstitel eines anderen Schengen-Staates, die aus beruflichen Gründen vorübergehend im Bundesgebiet tätig werden und wegen Artikel 21 Absatz 1 SDÜ mit ihrem Aufenthaltstitel des anderen Schengen-Staates für bis zu drei Monate nach Deutschland reisen dürfen, ohne hierfür ein Visum zu benötigen.
- 4.3.5 Im Gegensatz zu Absatz 3 Satz 1 ist in Absatz 3 Satz 2 nicht der Ausländer der Normadressat. Adressat dieser Regelung ist derjenige, der Ausländer beschäftigt oder der Ausländer mit der Erbringung von Dienst- oder Werkleistungen beauftragt. Der mit Satz 2 in Verbindung stehende Satz 4 spricht die Verpflichtung aus, sich vor einer Beschäftigung oder Beauftragung mit nachhaltigen entgeltlichen Dienst- oder Werkleistungen einer Person davon zu überzeugen, dass diese Person entweder nicht Ausländer oder zur Ausübung der Erwerbstätigkeit berechtigt ist. Hierdurch wird der Maßstab der Fahrlässigkeit i.S.d. § 404 SGB III konkretisiert. Die Prüfungspflicht besteht bei der Beauftragung mit Dienst- und Werkleistungen nur im Falle der Nachhaltigkeit, also etwa nicht bei gelegentlichen Hilfeleistungen, Beauftragungen im Rahmen von Kontakten in Ladengeschäften oder in ähnlich flüchtigen Situationen, bei Gefälligkeiten gegen kein oder geringes Entgelt oder im Rahmen der Nachbarschaftshilfe. Die leichtfertige Beauftragung zu Werk- oder Dienstleistungen entgegen dem Beauftragungsverbot des Satzes 2 wird nach § 98 Absatz 2a sanktioniert.
- 4.4 **Aufenthaltstitelpflicht von Seeleuten**
- 4.4.1 Ausländische Seeleute auf deutschen Seeschiffen benötigen auch dann einen Aufenthaltstitel, wenn das Schiff sich außerhalb des Bundesgebietes befindet. Wenn sie im Ausland anheuern, müssen sie den Aufenthaltstitel vor Ausstellung des Seefahrtbuches als Visum einholen. Das Visum bedarf gemäß § 35 Nummer 3 AufenthV nicht der Zustimmung der Ausländerbehörde, wenn der Ausländer auf einem deutschen Seeschiff beschäftigt werden soll, das berechtigt ist, die Bundesflagge zu führen, und in das internationale Seeschiffahrtregister eingetragen ist (§ 12 FlaggRG), sofern nicht zugleich ein gewöhnlicher Aufenthalt im Bundesgebiet begründet wird.
- 4.4.2 Seeleute, die Staatsangehörige eines in Anhang II der Verordnung (EG) Nummer 539/2001 genannten Staates sind, benötigen keinen Aufenthaltstitel, wenn sie sich innerhalb der durch Schengen-Recht vorgegebenen Dreimonatsfrist ein Seefahrtbuch ausstellen lassen. Danach gilt für sie die Befreiung nach § 24 Absatz 1 Nummer 2 AufenthV. Für die Ausstellung des Seefahrtbuches, die sich nicht nach dem Aufenthaltsgesetz richtet, muss die Voraussetzung des § 5 Absatz 2 Nummer 1 nicht erfüllt sein.
- 4.4.3 Den nicht von der Aufenthaltstitelpflicht befreiten Seeleuten kann eine Aufenthaltserlaubnis bzw. ein nationales Visum nach § 18 für die Dauer der Beschäftigung, längstens jedoch für drei Jahre bzw. für ein Jahr erteilt werden. Die Aufenthaltserlaubnis kann entsprechend verlängert werden. Die Aufenthaltserlaubnis wird mit der Nebenbestimmung
„Beschäftigung nur als Seemann gemäß § 14 Nummer 1 BeschV gestattet“
versehen.
- 4.5 **Deklaratorischer Aufenthaltstitel**
- 4.5.1 § 4 Absatz 5 trägt der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs zum Assoziierungsabkommen EWG/Türkei Rechnung. Da das Aufenthaltsgesetz im Übrigen nur konstituierende Aufenthaltstitel regelt, gäbe es ohne diesen Absatz keine Verpflichtung zur Beantragung deklaratorischer Aufenthaltstitel zum Nachweis eines bestehenden Aufenthaltsrechts nach Assoziationsrecht. Die deklaratorische Aufenthaltserlaubnis ist auf Antrag auszustellen, sofern das Aufenthaltsrecht nach dem Assoziationsrecht EWG/Türkei, insbesondere aus dem ARB 1/80, tatsächlich besteht. Die Möglichkeit, trotz des bestehenden Aufenthaltsrechts bei Vorliegen der Voraussetzungen eine Niederlassungserlaubnis mit entsprechend konstitutiver Wirkung zu erhalten, bleibt unberührt.
- 4.5.2 Die Ersteinreise türkischer Staatsangehöriger einschließlich des damit verbundenen Visumverfahrens sowie deren erstmalige Erwerbstätigkeitsaufnahme sind nach den allgemeinen Bestimmungen des Aufenthaltsgesetzes zu steuern. Hierzu bestehen zumeist keine besonderen assoziationsrechtlichen Regelungen oder Verpflichtungen. Die Allgemeinen Anwendungshinweise des Bundesministerium des Innern zum ARB 1/80 (AAH-ARB 1/80) in der jeweils gültigen Fassung sind anzuwenden; die nach Erlass der jeweils letzten Fassung ergangene Rechtsprechung, insbesondere des Europäischen Gerichtshofs, ist zu beachten.
- 4.5.3 Sofern nicht die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis in Betracht kommt, ist entsprechend der eigentlichen Zwecksetzung des ARB 1/80, nämlich eine Bewerbung um und die Ausübung einer Beschäftigung zu ermöglichen, die deklaratorische Aufenthaltserlaubnis für denjenigen Gültigkeitszeitraum auszustellen, für den sie erteilt würde, wenn die Voraussetzungen der Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis für eine Beschäftigung nach § 18 vorliegen würden. Ergibt sich daraus kein hin-

	reichender Maßstab für die Bemessung des Gültigkeitszeitraums, ist die Aufenthaltserlaubnis jeweils für drei Jahre auszustellen. Liegen die Voraussetzungen für die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis vor, soll der Antragsteller auf die Möglichkeit der Beantragung hingewiesen werden. Inhaber einer Niederlassungserlaubnis unterliegen nicht der Verpflichtung nach § 4 Absatz 5, da sie einen Aufenthaltstitel besitzen, der eine grundsätzlich weitergehende Berechtigung vermittelt als das Assoziationsrecht EWG/Türkei.		
4.5.4	Zur Sanktionierung von Verletzungen der Pflicht zur Teilnahme an Integrationskursen vgl. Nummer 44a.3.3.		
5	Zu § 5 – Allgemeine Erteilungsvoraussetzungen		
5.0	Allgemeines	5.1	Die Regelerteilungsvoraussetzungen nach Absatz 1
5.0.1	§ 5 regelt die grundlegenden Voraussetzungen für die Erteilung eines Aufenthaltstitels. Diese Erteilungsgründe gelten mit Ausnahme von Absatz 1 Nummer 3 unabhängig davon, ob ein Rechtsanspruch auf Erteilung eines Aufenthaltstitels besteht oder nach Ermessen entschieden werden kann. Die Voraussetzungen des § 5 Absatz 1 gelten für alle Aufenthaltstitel, d. h. auch für das Visum und die Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG. Die Voraussetzungen des § 5 Absatz 2 müssen bei der Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis, Niederlassungserlaubnis oder Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG zusätzlich zu denjenigen erfüllt werden, die in § 5 Absatz 1 genannt sind. Der Umstand, dass es sich in den Fällen des Absatzes 1 um Regelerteilungsgründe handelt, hat zur Folge, dass ein Aufenthaltstitel nicht erteilt werden kann, wenn nicht feststellbar ist, ob der Erteilungsgrund vorliegt (objektive Beweislast). Bei der Darlegung der Voraussetzungen hat der Ausländer eine Mitwirkungspflicht gemäß § 82 Absatz 1, auf die ihn die Ausländerbehörde hinweisen soll (§ 82 Absatz 3).	5.1.1.1	Die Regelerteilungsvoraussetzung der Lebensunterhaltssicherung dient dazu, die Inanspruchnahme öffentlicher Mittel zu vermeiden. Die Definition der Lebensunterhaltssicherung findet sich in § 2 Absatz 3 (vgl. Nummer 2.3). Allerdings soll dadurch auch verhindert werden, dass die Bundesrepublik Deutschland auf sonstige Weise einen finanziellen Nachteil erleidet. Dies ist beispielsweise dann der Fall, wenn der Ausländer seinen Unterhalt dadurch bestreitet, dass er einer illegalen Beschäftigung nachgeht. Der Regelerteilungsgrund ist immer dann gegeben, wenn feststeht, dass der Ausländer seinen vollen, allgemeinen Lebensunterhalt abdecken kann. Hierzu kann die Verpflichtungserklärung eines Dritten nach § 68 als Nachweis verwendet werden (siehe auch Nummer 68 und Nummer 2.3.4.2).
5.0.2	Ausnahmen von diesen Erteilungsvoraussetzungen finden sich in § 5 Absatz 2 Satz 2, § 5 Absatz 3 sowie in speziellen Erteilungsvorschriften für bestimmte Aufenthaltszwecke. Darüber hinaus kann von einem Regelerteilungsgrund nur abgewichen werden, wenn ein Sachverhalt vorliegt, der sich so sehr vom gesetzlichen Regeltatbestand unterscheidet, dass er das ausschlaggebende Gewicht des gesetzlichen Regelerteilungsgrundes beseitigt. Dies ist anhand des Zwecks des Regeltatbestands zu ermitteln. Ein Fall unterscheidet sich demnach nicht bereits deshalb vom Regelfall, weil besondere, außergewöhnliche Umstände und Merkmale zu einer Abweichung von der Vielzahl gleich liegender Fälle führen. Vielmehr ist zusätzlich erforderlich, dass eine solche Abweichung die Anwendung des Regeltatbestandes nach seinem Sinn und Zweck unpassend	5.1.1.2	Von der Regelerteilungsvoraussetzung der Lebensunterhaltssicherung kann nur bei Vorliegen besonderer, atypischer Umstände abgesehen werden, die so bedeutsam sind, dass sie das sonst ausschlaggebende Gewicht der gesetzlichen Regelung beseitigen, aber auch dann, wenn entweder aus Gründen höherrangigen Rechts wie etwa Artikel 6 GG oder im Hinblick auf Artikel 8 EMRK (Schutz des Familienlebens) die Erteilung eines Visums zum Familiennachzug zwingend geboten ist. Solche Umstände können vorliegen, wenn die Herstellung der Lebensgemeinschaft im Herkunftsland im Einzelfall nicht möglich ist. Sie kommen auch dann in Betracht, wenn das nachzugsvermittelnde Familienmitglied Kinder deutscher Staatsangehörigkeit im Bundesgebiet hat. Denn in solchen Fällen ist auch das Recht der in Deutschland lebenden Familienangehörigen auf Umgang mit der Referenzperson zu berücksichtigen.
		5.1.1a	Identität und Staatsangehörigkeit sind im Regelfall durch die Vorlage eines gültigen Passes oder Passersatzes nachgewiesen. Sofern ein solches Dokument nicht vorliegt, sind die Identität
			oder grob unverhältnismäßig oder unzulässig erscheinen lässt. Die Beurteilung, ob ein Regelerteilungsgrund eingreift, erfordert eine rechtlich gebundene Entscheidung, die einer uneingeschränkten gerichtlichen Überprüfung unterliegt.
		5.0.3	Das Europäische Fürsorgeabkommen vom 11. Dezember 1953 (BGBl. 1956 II S. 563/1958 II S. 18) und das Europäische Niederlassungsabkommen vom 13. Dezember 1959 (BGBl. 1959 II S. 998) schränken zwar die Ausweisung eines Ausländers ein, die sich daraus ergebende Schutzwirkung schließt jedoch nicht die Versagung der Verlängerung eines Aufenthaltstitels aus. Die Schutzwirkung dieser Verträge erstreckt sich nur auf bestehende Aufenthaltsrechte. Siehe hierzu auch Nummer 5.1.2.1.

und Staatsangehörigkeit durch andere geeignete Mittel nachzuweisen (z. B. Geburtsurkunde, andere amtliche Dokumente). Als Drittausländer sind auch Personen zu behandeln, bei denen noch nicht geklärt ist, ob sie Deutsche (vgl. § 2 Absatz 1) bzw. Unionsbürger sind. Die zur Feststellung der Identität oder Staatsangehörigkeit erforderlichen Maßnahmen nach § 49 Absatz 1 und 2 veranlasst grundsätzlich die Ausländerbehörde (vgl. § 71 Absatz 4). Deutsche Volkszugehörige, die einen Aufnahmebescheid und einen Registrierschein besitzen, sind insoweit nicht als Drittausländer zu behandeln.

5.1.2 Ausweisungsgrund

5.1.2.1 Es kommt darauf an, ob im Einzelfall die Voraussetzungen eines Ausweisungstatbestandes nach den §§ 53, 54 oder 55 (Ausweisungsgrund) objektiv vorliegen. Es wird nicht gefordert, dass der Ausländer auch ermessensfehlerfrei ausgewiesen werden könnte. Daher ist keine hypothetische Prüfung durchzuführen, ob der Ausländer wegen des Ausweisungsgrundes ausgewiesen werden könnte oder würde, und ob der Ausweisung Schutzvorschriften entgegenstehen. Bei der Feststellung, ob ein Ausweisungsgrund vorliegt, ist daher unbeachtlich, ob die Ausweisungsbeschränkungen des § 56 gegeben sind, oder ob das im Europäischen Fürsorgeabkommen für den dort begünstigten Personenkreis geregelte Verbot der Ausweisung wegen Sozialhilfebedürftigkeit eingreift. Diese Regelung verbietet nämlich lediglich, dass an das Vorliegen des Ausweisungsgrundes nach § 55 Absatz 2 Nummer 6 die Rechtsfolge der Ausweisung geknüpft wird. Sie verpflichtet jedoch nicht, einem Ausländer, der Sozialhilfe in Anspruch nimmt, den Aufenthaltstitel zu erteilen oder zu verlängern.

5.1.2.2 Der Ausweisungsgrund ist nur beachtlich, wenn dadurch aktuell eine Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung oder sonstiger erheblicher Interessen der Bundesrepublik Deutschland i. S. v. §§ 53, 54 und 55 zu befürchten ist. Je gewichtiger der Ausweisungsgrund ist, umso weniger strenge Voraussetzungen sind an die Prüfung des weiteren Vorliegens einer Gefährdung zu stellen. Ausweisungsgründe nach §§ 53, 54 und § 55 Absatz 2 Nummer 1 bis 3 liegen solange vor, wie eine Gefährdung fortbesteht. Längerfristige Obdachlosigkeit, Sozialhilfebezug und Inanspruchnahme von Erziehungshilfe (§ 55 Absatz 2 Nummer 5, 2. Alternative Nummer 6 und 7) können keine Grundlage für die Versagung bieten, wenn diese Umstände zwischenzeitlich weggefallen sind. Ein Ausweisungsgrund ist auch dann unbeachtlich, wenn er auf Grund einer Zusicherung der Ausländerbehörde verbraucht ist (Gesichtspunkt des Vertrauensschutzes). Hingegen dürfen solche Zusagen nur gegeben werden, wenn eine Gefährdung der geschützten Rechtsgüter in Zu-

kunft mit hoher Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden kann.

5.1.2.3.1

Da die Ausländerbehörden nach § 41 Absatz 1 Nummer 7 BZRG eine unbeschränkte Auskunft aus dem Bundeszentralregister verlangen können, sind Einträge im Bundeszentralregister und die ihnen zu Grunde liegenden Sachverhalte – insbesondere zu strafrechtlichen Verurteilungen, aber auch zu Suchvermerken im Zusammenhang mit noch nicht abgeschlossenen Strafverfahren – mit Ausnahme der in § 17 BZRG genannten Eintragungen und mit Ausnahme der Verurteilungen zu Jugendstrafe, bei denen der Strafmakel als beseitigt erklärt ist (vgl. § 41 Absatz 3 BZRG) – grundsätzlich bis zur Tilgung im Bundeszentralregister (Zweiter Teil, Viertes Abschnitt BZRG) verwertbar. Ist die Eintragung über eine Verurteilung im Register getilgt worden oder ist sie zu tilgen, so dürfen die Tat und die Verurteilung dem Betroffenen hingegen nach § 51 Absatz 1 BZRG nicht mehr vorgehalten und nicht zu seinem Nachteil verwertet werden. Entscheidungen von Gerichten oder Ausländerbehörden, die im Zusammenhang mit der Tat oder der Verurteilung vor der Tilgung bereits ergangen sind, bleiben hingegen nach § 51 Absatz 2 BZRG unberührt. Nach § 52 Absatz 1 Nummer 1 BZRG darf die frühere Tat zudem auch nach der Tilgung berücksichtigt werden, wenn die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder dies zwingend gebietet. Hiervon ist im Zusammenhang mit § 5 Absatz 4 sowie § 54 Nummer 5 oder 5a regelmäßig auszugehen.

5.1.2.3.2

Zu beachten ist, dass ein Antragsteller im Visumverfahren und im Verfahren zur Beantragung eines Aufenthaltstitels sich nach § 53 Absatz 1 BZRG als unbestraft bezeichnen darf und den der Verurteilung zugrunde liegenden Sachverhalt nicht zu offenbaren braucht, wenn die Verurteilung entweder nicht in ein Führungszeugnis oder nur in ein Führungszeugnis für Behörden aufzunehmen ist oder aus dem Bundeszentralregister zu tilgen ist. Von der Pflicht zur Offenbarung von Verurteilungen, die zwar nicht zu tilgen sind, aber nicht in ein Führungszeugnis aufgenommen werden, ist der Betroffene nach § 53 Absatz 2 BZRG gegenüber Behörden, die zu einer unbeschränkten Auskunft aus dem Bundeszentralregister befugt sind, nur dann nicht befreit, wenn eine entsprechende Belehrung erfolgt ist. Eine entsprechende Bestätigung der Belehrung – auch im Hinblick auf § 55 Absatz 2 Nummer 1 – ist stets zu erteilen. Sie kann wie folgt lauten:

„In § 55 Absatz 2 Nummer 1 AufenthG ist bestimmt, dass ein Ausländer/eine Ausländerin aus Deutschland ausgewiesen werden kann, wenn er/sie im Verfahren zur Erteilung eines Aufenthaltstitels falsche Angaben zum Zwecke der Erteilung eines Aufenthaltstitels gemacht hat. Der Antragsteller/die Antragstellerin ist ver-

pflichtet, alle Angaben nach bestem Wissen und Gewissen zu machen. Bewusste Falschangaben können zur Folge haben, dass der Antrag abgelehnt wird bzw. die Antragstellerin/der Antragsteller aus Deutschland ausgewiesen wird, sofern ein Aufenthaltstitel bereits erteilt wurde.

Die Behörde darf nach den Vorschriften des BZRG eine unbeschränkte Auskunft über die im Bundeszentralregistergesetz eingetragenen und nicht zu tilgenden strafrechtlichen Verurteilungen einholen, auch wenn diese nicht mehr in Führungszeugnisse aufgenommen werden. Daher ist ein Antragsteller verpflichtet, auch strafrechtliche Verurteilungen, die zwar nicht zu tilgen sind, aber nicht in ein Führungszeugnis aufgenommen werden, anzugeben.

Durch die Unterschrift bestätigt die Antragstellerin/der Antragsteller, dass er/sie über die Rechtsfolgen falscher oder unvollständiger Angaben im Verfahren belehrt worden ist.“

5.1.2.4 Für ein Absehen von der Regelerteilungsvoraussetzung des Fehlens eines Ausweisungsgrundes können im Hinblick auf verfassungsrechtliche Vorgaben die nachfolgenden, nicht abschließenden Gesichtspunkte maßgebend sein. Sie kommen insbesondere bei der Ermessensausübung über ein Absehen beim Familiennachzug nach § 27 Absatz 3 Satz 2 in Betracht:

5.1.2.4.1 – Die Dauer der Aufenthaltszeit, in der keine Straftaten begangen wurden, im Verhältnis zur Gesamtaufenthaltsdauer. Ein langwährender rechtmäßiger Aufenthalt im Bundesgebiet und die damit regelmäßig einhergehende Integration kann unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit eine atypische Fallgestaltung in der Weise ergeben, dass schutzwürdige Bindungen des Ausländers im Bundesgebiet zu berücksichtigen sind und ein Aufenthaltstitel je nach dem Grad der Entfremdung vom Heimatland grundsätzlich nur noch zur Gefahrenabwehr aus gewichtigen Gründen versagt werden darf.

5.1.2.4.2 – Hat der Ausländer die Inanspruchnahme von Sozialhilfeleistungen nicht zu vertreten (z.B. unverschuldete Arbeitslosigkeit, unverschuldeter Unfall) und hält er sich seit vielen Jahren rechtmäßig im Bundesgebiet auf, ist dieser Umstand insbesondere dann zugunsten des Ausländers zu gewichten, wenn er aufgrund seiner Sondersituation dem deutschen Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung steht oder die Minderung der Erwerbsfähigkeit einen ergänzenden Bezug von Leistungen nach SGB XII erforderlich macht. Dies gilt auch bei der Verlängerung einer nach § 31 erteilten Aufenthaltserlaubnis.

5.1.2.4.3 – Bei Inanspruchnahme von Leistungen nach SGB XII zur Bestreitung des Lebensunter-

haltes nach lang währendem Aufenthalt im Bundesgebiet ist auch darauf abzustellen, ob diese Leistungen nur in geringer Höhe oder für eine Übergangszeit in Anspruch genommen werden. Dies kann insbesondere bei Alleinerziehenden der Fall sein.

5.1.3 Beeinträchtigung oder Gefährdung der Interessen der Bundesrepublik Deutschland

5.1.3.1 Der Begriff der Interessen der Bundesrepublik Deutschland umfasst in einem weiten Sinne sämtliche öffentlichen Interessen. Der Regelversagungsgrund fordert nicht die Beeinträchtigung oder Gefährdung eines „erheblichen“ öffentlichen Interesses (vgl. im Gegensatz hierzu § 55 Absatz 1). Eine Gefährdung öffentlicher Interessen ist anzunehmen, wenn Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass der Aufenthalt des betreffenden Ausländers im Bundesgebiet öffentliche Interessen mit hinreichender Wahrscheinlichkeit beeinträchtigen wird. Allgemeine entwicklungspolitische Interessen erfüllen an sich allein diese Anforderungen nicht. Die Ausländerbehörde hat unter Berücksichtigung des bisherigen Werdegangs des Ausländers eine Prognoseentscheidung zu treffen.

5.1.3.2.1 Zu den in § 5 Absatz 1 Nummer 3 genannten Interessen gehört auch das öffentliche Interesse an der Einhaltung des Aufenthaltsrechts einschließlich der Einreisevorschriften, um insbesondere dem Hineinwachsen in einen vom Gesetz verwehrten Daueraufenthalt in Deutschland vorzubeugen. Die die Einreise und den Aufenthalt regelnden Vorschriften konkretisieren die allgemeine Zweckbestimmung des Aufenthaltsgesetzes, den Zuzug von Ausländern in die Bundesrepublik Deutschland zu steuern und zu begrenzen (§ 1 Absatz 1 Satz 1). Das vorgenannte Interesse ist grundsätzlich verletzt, wenn der Ausländer in das Bundesgebiet einreist und sich die Art des von ihm beantragten und danach erteilten Aufenthaltstitels mit dem tatsächlichen Aufenthaltsgrund oder -zweck nicht deckt. Erhärtet sich der Verdacht der Begehung einer Straftat gemäß § 95 Absatz 2 Nummer 2 (unrichtige Angaben) mit der Folge, dass in der Person des Ausländers ein Ausweisungsgrund vorliegt, liegt auch die Regelerteilungsvoraussetzung des § 5 Absatz 1 Nummer 2 nicht vor. Eine Gefährdung der Interessen der Bundesrepublik Deutschland kann insbesondere angenommen werden, wenn das Ausländerrecht für den beabsichtigten Aufenthaltswert des Ausländers im Regelfall keine legale Verwirklichungsmöglichkeit vorsieht und somit zu befürchten ist, dass der Ausländer den Aufenthaltswert illegal erreichen will.

5.1.3.2.2.1 Einem Ausländer, dem nur vorübergehender Aufenthalt gewährt werden soll, darf kein Aufenthaltstitel erteilt werden, wenn begründete Zweifel an der Möglichkeit oder der Bereitschaft zur Rückkehr in seinen Herkunftsstaat bestehen (zur Ablehnung eines Schengen-Vi-

- sums wegen fehlender Rückkehrbereitschaft vgl. auch Nummer 6.1.3.1). Kann im Einzelfall die Rückkehrbereitschaft nicht festgestellt werden, ist die Erteilung eines Visums bereits tatbestandlich wegen des Fehlens der Regelerteilungsvoraussetzung ausgeschlossen (vgl. Nummer 6.1.3).
- 5.1.3.2.2 Diese Voraussetzung ist auch in Fällen der Beantragung eines Schengen- oder eines nationalen Visums zum Zweck eines Sprachkursbesuchs des Ehegatten eines Ausländers oder eines Deutschen von besonderer Bedeutung, mit dem der Ehegatte eines Ausländers oder Deutschen den Erwerb von Deutschkenntnissen zur Erfüllung der Voraussetzung des § 30 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 im Inland beabsichtigt.
- 5.1.3.2.3 Die Auslandsvertretungen prüfen im Wege der gebotenen Einzelfallbetrachtung die Rückkehrbereitschaft und -möglichkeit des Antragstellers unter Einbeziehung ihrer Erkenntnisse zum Herkunftsland. In die Prognoseentscheidung über die Rückkehrbereitschaft fließt das Bestehen eventueller individueller Abschiebungshindernisse im Herkunftsstaat mit ein.
- 5.1.3.3 Zu den öffentlichen Interessen i. S. v. § 5 Absatz 1 Nummer 3 gehört auch, die Verpflichtungen einzuhalten, die sich aus völkerrechtlichen Verträgen für die Vertragsstaaten ergeben. Für die Erteilung eines Schengen-Visums sind die Voraussetzungen des Artikels 5 Absatz 1 Schengener Grenzkodex maßgebend.
- 5.1.3.4 Zu den öffentlichen Interessen gehört auch die Vermeidung einer Belastung der öffentlichen Haushalte. Der Aufenthaltstitel ist daher regelmäßig zu versagen, wenn der Ausländer, insbesondere als ältere Person, keinen Krankenversicherungsschutz nachweist oder Rückkehrhilfen in Anspruch genommen hat. Bei älteren Ausländern muss das Risiko der Krankheit durch eine Versicherung oder im Einzelfall durch eine gleichwertige Absicherung, z. B. durch Abgabe einer Erklärung gemäß § 68 oder einer Bürgschaft, gedeckt sein (vgl. Nummer 68.1.2.2).
- 5.1.3.5.1 Zu den öffentlichen Interessen i. S. v. § 5 Absatz 1 Nummer 3 gehört die öffentliche Gesundheit. Der Schutz der öffentlichen Gesundheit umfasst die Verhinderung der Weiterverbreitung von übertragbaren Krankheiten beim Menschen. Als übertragbare Krankheiten kommen hier vor allem die in Artikel 29 der Richtlinie 2004/38/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 über das Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten der Europäischen Union frei zu bewegen und aufzuhalten, zur Änderung der Verordnung (EWG) Nummer 1612/68 und zur Aufhebung der Richtlinien 64/221/EWG, 68/380/EWG, 72/194/EWG, 73/148/EWG, 75/34/EWG, 75/35/EWG, 90/364/EWG, 90/365 EWG und 93/96/EWG (ABl. EU Nummer L 229 S. 35, so genannte Freizügigkeitsrichtlinie) genannten Krankheiten (siehe dazu Nummer 6.1.1.3 VwV-FreizügigG/EU) und Krankheiten mit klinisch schweren Verlaufsformen, die sich im Inland epidemisch verbreiten können, in Betracht. Erfasst sind Kranke, Krankheitsverdächtige, Ansteckungsverdächtige, Ausscheider (§ 2 IfSG) sowie sonstige Personen, die Krankheitserreger so in oder an sich tragen, dass im Einzelfall die Gefahr einer Weiterverbreitung besteht. Eine Gefahr für die öffentliche Gesundheit besteht im Einzelfall nicht, wenn die Krankheit nachweislich nicht auf andere Menschen übertragen werden kann. Auch eine ordnungsgemäße Heilbehandlung einschließlich der Befolgung der erforderlichen Präventionsmaßnahmen schließt die Gefahr einer Weiterverbreitung der Krankheit weitgehend aus. Ein Regelversagungsgrund wegen Beeinträchtigung oder Gefährdung der öffentlichen Gesundheit ist daher nicht gegeben, wenn nachgewiesen wird, dass die Krankheit auch im Inland ordnungsgemäß unter Beachtung des Arztprivilegs nach § 24 IfSG behandelt werden wird und erforderliche Präventionsmaßnahmen befolgt werden. Ist eine Störung oder Gefährdung der öffentlichen Gesundheit auf das persönliche Verhalten des Ausländers zurückzuführen, liegt der Ausweisungsgrund des § 55 Absatz 2 Nummer 2 vor, so dass die Regelversagung auch auf § 5 Absatz 1 Nummer 2 gestützt werden kann.
- 5.1.3.5.2 Nicht übertragbare Krankheiten berühren zwar nicht die Gesundheit der Bevölkerung und stellen keinen Regelversagungsgrund dar; sie können jedoch öffentliche Belange anderer Art, insbesondere wegen der Notwendigkeit finanzieller Aufwendungen der Sozialversicherung oder öffentlicher Haushalte beeinträchtigen (siehe Nummer 5.1.1 f.). Insoweit kann die Regelerteilungsvoraussetzung des ausreichenden Krankenversicherungsschutzes nach § 5 Absatz 1 Nummer 1 i. V. m. § 2 Absatz 3 Satz 1 fehlen.
- 5.1.3.5.3 Bei Vorliegen von Anhaltspunkten für die Gefährdung der öffentlichen Gesundheit kann die Ausländerbehörde die Vorlage eines Gesundheitszeugnisses verlangen, im Visumverfahren die Auslandsvertretung die Beibringung einer geeigneten und zuverlässigen ärztlichen Bescheinigung. Die Vorlage von Gesundheitszeugnissen für Angehörige bestimmter Ausländergruppen kann nur die oberste Landesbehörde anordnen.
- 5.1.3.6 Eine Beeinträchtigung öffentlicher Interessen liegt vor, wenn der Ausländer seinen Lebensunterhalt aus einer sittenwidrigen oder sozial unwerten Erwerbstätigkeit bestreitet. In diesen Fällen greift der Versagungsgrund jedoch nicht ein, wenn der Ausländer einen gesetzlichen Aufenthaltsanspruch hat oder das Diskriminierungsverbot nach Europäischem Gemeinschaftsrecht eine Inländergleichbehandlung gebietet. Die Ausübung der Prostitution beein-

trächtigt öffentliche Interessen insbesondere dann stets, wenn sie in tatsächlicher wirtschaftlicher Abhängigkeit ausgeübt wird, selbst wenn diese Abhängigkeit nicht eine strafrechtliche Erheblichkeit aufweist. Soweit Ermessen eröffnet ist, ist zudem zu beachten, dass die Zulassung des Aufenthalts zum Zwecke der Ausübung der Prostitution, auch wenn sie legal erfolgt, nicht im migrationspolitischen Interesse liegt.

5.1.4 Erfüllung der Passpflicht

5.1.4.1 Der Regelerteilungsgrund der Erfüllung der Passpflicht dient neben der Feststellung der Identität und Staatsangehörigkeit des Ausländers auch dazu, die Rückkehrmöglichkeit des Ausländers in den Staat, der den Pass oder Passersatz ausgestellt hat, sicherzustellen (vgl. Nummer 3.0.8).

5.1.4.2 Gründe, die ausnahmsweise eine Abweichung von der Passpflicht rechtfertigen, sind außer den in § 5 Absatz 3 genannten Fällen etwa das Vorliegen eines Anspruchs auf Erteilung des Aufenthaltstitels, wenn der Ausländer sich rechtmäßig im Bundesgebiet aufhält und aus von ihm nicht zu vertretenden Gründen keinen Pass erlangen kann, oder sonstige begründete Einzelfälle.

5.1.4.3.1 Eine Erteilung von Aufenthaltstiteln ohne Vorliegen eines anerkannten Passes oder Passersatzpapiers soll erst nach einer umfassenden Überprüfung der zu befreienden Person, bei einem Voraufenthalt in Deutschland auch anhand des Bundeszentralregisters, erfolgen. Dies entspricht dem Charakter der Entscheidung als Ausnahmeentscheidung, die einen durch den Gesetzgeber als grundsätzlich zwingend ausgestalteten Grund für eine Versagung des Aufenthaltstitels – sogar in Fällen, in denen sonst ein Anspruch bestehen würde – durchbricht. Auch bei Bestehen eines Anspruchs kann auf das Vorhandensein eines ausreichenden Passes oder Passersatzes ausnahmsweise nur verzichtet werden, wenn an der Rückkehrwilligkeit, -bereitschaft und -berechtigung ausnahmsweise keine vernünftigen Zweifel bestehen, oder wenn ein Anspruch oder ein sehr gewichtiger Grund für die Begründung eines Daueraufenthalts besteht und keine Gründe ersichtlich sind, wonach in naher oder mittlerer Zukunft mit einer Aufenthaltsbeendigung oder der Verwirklichung von Ausweisungstatbeständen zu rechnen ist. In aller Regel kann demnach beim Vorliegen von Vorstrafen in derartigen Fällen kein Aufenthaltstitel erteilt werden, insbesondere wenn es sich um erheblichere oder Rohheitsdelikte handelt. Bei der Entscheidung sind wegen der im Ergebnis entfallenden Rückführungsmöglichkeit bei Passlosigkeit auch allgemeine migrationspolitische Erwägungen verstärkt zu berücksichtigen. Im Ergebnis muss verhindert werden, dass in gleicher Lebenslage bei Passlosigkeit ein wegen der fehlenden Rückführungsmöglichkeit sichererer

Aufenthalt gegeben ist als bei Vorhandensein eines Passes.

5.1.4.3.2

Ausnahmen von der Passpflicht vor der Einreise des Ausländers richten sich nach § 3 Absatz 2. Das Bundesministerium des Innern entscheidet über die Ausnahme von der Passpflicht in einem selbständigen Verwaltungsverfahren und ist dabei nicht an Entscheidungen oder Zusagen anderer Behörden gebunden. Die Ausnahme vom Regelerteilungsgrund der Passpflicht hat lediglich zur Folge, dass trotz der Nichterfüllung der Passpflicht ein Aufenthaltstitel erteilt wird. Sie befreit den Ausländer jedoch nicht davon, sich um die Erfüllung der nach § 3 Absatz 1 weiterhin bestehenden Passpflicht zu bemühen. Die Pflichten nach § 48 Absatz 3 gelten weiterhin. Ihre schuldhaftes Nichterfüllung ist gemäß § 98 Absatz 2 Nummer 3 bußgeldbewehrt. Sofern der Ausländer keinen Pass oder Passersatz besitzt (insbesondere keinen Reiseausweis für Flüchtlinge) und ein Pass oder Passersatz trotz entsprechend nachgewiesener erfolgloser Bemühungen nicht innerhalb von zwei Monaten erlangt werden kann, ist mit dem Aufenthaltstitel ein Ausweisersatz auszustellen.

5.2

Erteilungsvoraussetzungen der Aufenthaltserlaubnis und der Niederlassungserlaubnis

5.2.1

§ 5 Absatz 2 bestimmt als weitere Voraussetzung für die Erteilung der längerfristigen oder dauerhaften Aufenthaltstitel, dass das Visumverfahren nicht nur ordnungsgemäß, sondern auch unter vollständiger Angabe insbesondere des Aufenthaltszwecks durchgeführt worden sein muss. Auf diese Weise soll die Einhaltung des Visumverfahrens als wichtiges Steuerungsinstrument der Zuwanderung gewährleistet werden.

5.2.1.1

Die Voraussetzung kommt nur zum Tragen, wenn ein Visum erforderlich ist. Dies ist nicht der Fall, soweit der Ausländer gemäß §§ 39 bis 41 AufenthV den Aufenthaltstitel nach der Einreise einholen darf (siehe hierzu im Falle der Eheschließung auch Nummer 30.0.1 f.).

5.2.1.2

Einem Ausländer, der bereits eine Aufenthaltserlaubnis besitzt und deren Verlängerung oder die Erteilung eines anderen Aufenthaltstitels begehrt, kann bei dieser Gelegenheit ein früherer Visumverstoß nicht mehr vorgehalten werden.

5.2.2.1

Von der Einhaltung des Visumverfahrens kann im Einzelfall abgesehen werden, wenn die Voraussetzungen eines Anspruchs auf Erteilung der Aufenthaltserlaubnis, einer Niederlassungserlaubnis oder einer Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG erfüllt sind. Damit soll in Fällen, in denen die materielle Prüfung der Ausländerbehörde bereits zu Gunsten des Ausländers abgeschlossen ist, vermieden werden, dass das Visumverfahren lediglich als leere Förmlichkeit durchgeführt werden muss. Dies ist jedoch insbesondere dann nicht der Fall, wenn es Gründe

dafür gibt, das Vorliegen der Voraussetzungen eines Anspruchs auf Erteilung eines Aufenthaltstitels, z. B. das Bestehen einer wirksamen Ehe, in Zweifel zu ziehen. Es ist auch mit dem verfassungsrechtlichen Schutz von Ehe und Familie nach Artikel 6 GG grundsätzlich vereinbar, den Ausländer auf die Einholung eines erforderlichen Visums zu verweisen (siehe aber Nummer 5.2.3). Einem mit einem Visum zu einem anderen Aufenthaltsweg eingereisten Ehegatten kann ein Aufenthaltswegwechsel zum Ehegattennachzug nicht gestattet werden, wenn der Ehegattennachzug auch bei Vorliegen aller übrigen Voraussetzungen vom Nachweis der einfachen Deutschkenntnisse nach § 30 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 und § 28 Absatz 1 Satz 5 abhängig ist, da der Ehegatte nach Sinn und Zweck des § 30 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 die einfachen Deutschkenntnisse bereits vor dem Zuzug nach Deutschland bei der Erteilung des nationalen Visums zum Ehegattennachzug nachweisen soll.

5.2.2.2 Im Rahmen der nach § 5 Absatz 2 Satz 2 zu treffenden Ermessensentscheidung ist ein erheblicher öffentlicher Belang, dass aus generalpräventiven Gründen im Falle des gezielten Versuchs einer Umgehung der Erteilungsvoraussetzungen für ein nationales Visum die Nachholung des Visumverfahrens als Steuerungsinstrument vor der Einreise gefordert wird. Häufig sind allein die Auslandsvertretungen im Visumverfahren in der Lage, anhand der Gegebenheiten im jeweiligen Herkunftsland das Vorliegen bestimmter Erteilungsvoraussetzungen (z. B. sozial-familiäre Verwurzelung hinsichtlich der Rückkehrbereitschaft, Mittel zur Lebensunterhaltssicherung, persönliche Voraussetzungen bei Anträgen zu Erwerbs- oder Studienaufenthalten) zu beurteilen. Es widerspräche darüber hinaus dem gesetzlichen Ziel der Steuerung der Zuwanderung nach § 1, einen weiteren Aufenthalt im Inland während der notwendigen Bearbeitung des Antrags zum Aufenthaltswegwechsel zu gestatten, wenn der Antrag auf weiteren Aufenthalt im Einzelfall letztlich versagt werden muss.

5.2.2.3 Ein Anspruch auf Erteilung eines Aufenthaltstitels i. S. d. Aufenthaltsgesetzes ist nicht anzunehmen, wenn ein Aufenthaltstitel auf Grund einer Ermessensreduzierung auf Null erteilt werden muss, ohne dass ein Anspruch entstanden ist. Dies ist vielmehr im Rahmen der Regelung besonderer Gründe des Einzelfalles nach § 5 Absatz 2 Satz 2, 2. Alternative zu berücksichtigen.

5.2.3 In Ermessensfällen kann von der Nachholung des Visumverfahrens abgesehen werden, wenn sie auf Grund besonderer Umstände des Einzelfalles nicht zumutbar ist. Dies kann z. B. der Fall sein, wenn

- im Haushalt des Ausländers betreuungsbedürftige Kinder oder pflegebedürftige Personen leben, deren Betreuung im Fall der Reise nicht gesichert wäre,

- dem Ausländer wegen Krankheit, Schwangerschaft, Behinderung oder hohen Alters die Reise nicht zumutbar ist,
- wenn reguläre Reiseverbindungen in das Herkunftsland des Ausländers nicht bestehen,
- eine legale oder angesichts der Rahmenbedingung der Reise zumutbare Durchreise durch Drittstaaten nicht gewährt wird,
- im Herkunftsland keine deutsche Auslandsvertretung existiert oder
- ein Aufenthaltstitel auf Grund einer Ermessensreduzierung auf Null erteilt werden muss, ohne dass ein Anspruch entstanden ist.

Die Kosten der Reise für die Nachholung des Visumverfahrens im Herkunftsland sind für sich allein keine solchen besonderen Umstände.

Liegen im Einzelfall besondere Umstände vor, so soll die Ausländerbehörde von ihrem Ermessen insbesondere Gebrauch machen, wenn sie im Einzelfall über den Antrag zum Aufenthaltswegwechsel sachlich ohne eine Beteiligung der Auslandsvertretung entscheiden kann und der Antrag nicht offensichtlich unbegründet ist. Dies dient auch dazu, eine Nachholung des Visumverfahrens durch Ermächtigung der grenznahen Auslandsvertretungen zu vermeiden.

5.3

Ausnahmeregelungen

5.3.0.1

In vielen Fällen der Aufenthaltsgewährung aus völkerrechtlichen, humanitären und politischen Gründen kann die Erteilung eines Aufenthaltstitels typischerweise nicht von der Einhaltung aller Voraussetzungen des § 5 abhängig gemacht werden. Absatz 3 trifft daher für diese Fälle eine zusammenfassende Sonderregelung. Bei Ausländern, die die Voraussetzungen eines humanitären Aufenthaltstitels erfüllen, besteht i. d. R. nicht die Möglichkeit, den Aufenthalt zu beenden. Sie sollen nach dem Aufenthaltsgesetz für die Dauer der humanitären Notlage die Möglichkeit eines legalen Aufenthaltsstatus erhalten.

5.3.0.2

§ 5 Absatz 3 gilt nicht für den Fall der Familienzusammenführung zu diesem Personenkreis. Ein nachziehendes Familienmitglied muss die Voraussetzungen des § 5 erfüllen, soweit in den Vorschriften zum Familiennachzug keine Ausnahmen vorgesehen sind.

5.3.1.1

In den Fällen des § 5 Absatz 3, 1. Halbsatz ist der Aufenthaltstitel ungeachtet der allgemeinen Erteilungsvoraussetzungen der Absätze 1 und 2 zu erteilen. Hinsichtlich der Ausweisungsgründe regelt § 25 Absatz 1 Satz 2 einen speziellen Versagungsgrund, der auch im Fall des § 25 Absatz 2 anwendbar ist.

5.3.1.2

Nach § 5 Absatz 3 Satz 1 ist im Rahmen der Prüfung der Erteilungsvoraussetzungen einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 4a von

den allgemeinen Erteilungsvoraussetzungen nach § 5 Absatz 1 Nummer 1, Nummer 1a und Nummer 2 und Absatz 2 abzusehen. Zu prüfen bleiben daher die sonstige Gefährdung der öffentlichen Interessen der Bundesrepublik Deutschland nach § 5 Absatz 1 Nummer 3 und das Vorliegen der Ausweisungsgründe des § 54 Absatz 5 sowie Absatz 5a nach § 5 Absatz 4 Satz 1 (vgl. Nummer 25.4a.3).

Die Einschränkung des § 5 Absatz 3 Satz 1 beinhaltet jedoch keine Einschränkung der Möglichkeit, den Ausländer bei Vorliegen der Voraussetzungen auszuweisen.

5.3.2 In den übrigen Fällen des Kapitels 2 Abschnitt 5 des Aufenthaltsgesetzes kann nach § 5 Absatz 3 Satz 2 von der Anwendung der Absätze 1 und 2 abgesehen werden.

5.3.2.1 Ein Absehen vom Erfordernis des gesicherten Lebensunterhalts kommt bei erstmaliger Erteilung eines Aufenthaltstitels nach Kapitel 2 Abschnitt 5 grundsätzlich in Betracht, da ohne den Besitz eines Aufenthaltstitels die Aufnahme einer Beschäftigung erschwert ist. Dies gilt nicht, wenn der Betroffene sich bereits seit einem Jahr in Deutschland aufgehalten hat und geduldet war, weil dann die Möglichkeit nach § 10 BeschVerfV besteht, auch Geduldeten die Ausübung einer Erwerbstätigkeit zu erlauben. Bei der Ermessensentscheidung ist in diesen Fällen daher zu prüfen, ob Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass der Ausländer in absehbarer Zeit in der Lage sein wird, seinen Lebensunterhalt eigenständig zu sichern. Bei der anzustellenden Prognose ist die Qualifikation des Ausländers, insbesondere seine Ausbildung und Sprachkenntnisse, ebenso zu berücksichtigen wie die Frage, ob der Ausländer sich in der Vergangenheit aktiv um eine Beschäftigung bemüht hat. Ist absehbar, dass der Ausländer auf unabsehbare Zeit von Sozialleistungen abhängig sein wird, sprechen gute Gründe dafür, von der Voraussetzung der Lebensunterhaltssicherung nicht abzusehen. Diese Grundsätze gelten auch für den Ausweisungsgrund des § 55 Absatz 2 Nummer 6. Dient der Aufenthalt nach § 25 Absatz 4 Satz 1 vorrangig den persönlichen Interessen des Ausländers, wie etwa im Falle der Regelung wichtiger persönlicher Angelegenheiten oder des Abschlusses einer Ausbildung, wird man von der Voraussetzung der Lebensunterhaltssicherung regelmäßig nicht absehen können. Die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis kann auch von der Abgabe einer Verpflichtungserklärung abhängig gemacht werden.

5.3.2.2 Ausweisungstatbestände können bis zu der Grenze außer Betracht bleiben, die auch eine Aufenthaltsverfestigung nicht verhindert (§ 9 Absatz 2 Satz 1 Nummer 4).

5.3.2.3 Im Fall des § 23 Absatz 2 soll von der Einhaltung des Visumverfahrens im Regelfall nicht abgesehen werden, da hier ein überwiegendes öffentliches Interesse an der Einhaltung des ge-

regelten Aufnahmeverfahrens besteht und der Ausländer sich nicht in einer Fluchtsituation befindet. Bei Bürgerkriegsflüchtlingen oder Personen, bei denen rechtliche Abschiebungsverbote vorliegen, soll von der Einhaltung des Visumverfahrens abgesehen werden, im Übrigen ist nach den Umständen des Einzelfalles zu entscheiden.

5.3.2.4

Sofern von dem Erfordernis der Erfüllung der Passpflicht im Rahmen der Erteilung des Aufenthaltstitels abgesehen werden kann, befreit dies den Ausländer nicht zugleich von der allgemeinen Obliegenheit, die Passpflicht nach § 3 Absatz 1 sowie die Pflichten nach § 48 Absatz 3 und nach § 56 AufenthV zu erfüllen. Sofern das Vorliegen der Voraussetzungen für die Ausstellung eines Ausweisersatzes oder deutschen Passersatzes nicht festgestellt werden kann (die Darlegungslast trifft hierzu grundsätzlich den Ausländer), zugleich aber dennoch ausnahmsweise ein Aufenthaltstitel erteilt werden kann, weil die Erteilungsvoraussetzungen vorliegen, ist das Klebeetikett für den Aufenthaltstitel auf den Vordruck „Ausweisersatz“ nach Anlage D1 zur AufenthV aufzukleben; die Wörter „Ausweisersatz“ auf Seite 1 und „als Ausweisersatz“ auf Seite 4 sind zu streichen und der Vermerk

„Die Inhaberin/der Inhaber genügt mit dieser Bescheinigung nicht der Pass- und Ausweisungspflicht.“

auf Seite 1 anzubringen.

5.3.3

In Satz 3 wird den Ausländerbehörden in Anlehnung an die verwaltungsgerichtliche Rechtsprechung ausdrücklich die Möglichkeit eröffnet, einem Ausländer einen Aufenthaltstitel zu erteilen, ohne dass Ausweisungsgründe „verbraucht“ werden. Auf Nummer 79.2.3.5 wird verwiesen.

5.3.3.1

Eine solche Handhabe ist insbesondere dann sinnvoll, wenn es die Behörde als wahrscheinlich erachtet, dass es letztendlich nicht zu einer Ausweisung kommt, allerdings eine nähere Prüfung noch vorbehalten bleiben soll (z.B. Abwarten des Ausgangs eines gegen den Ausländer anhängigen strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens), oder wenn ein lang andauerndes Ausweisungsverfahren durchgeführt wird. In solchen Fällen müsste die Ausländerbehörde, wenn die Möglichkeit der Erteilung des Aufenthaltstitels unter Vorbehalt nicht möglich wäre, den Ausländer auf die Titelfiktion (§ 81) verweisen oder den „Verbrauch“ eines Ausweisungsgrundes akzeptieren.

5.3.3.2

Durch das Erfordernis der Benennung der vorbehaltenen Ausweisungsgründe besteht Rechtssicherheit hinsichtlich des Umfangs des Vorbehalts. Der Vorbehalt muss nicht in den Aufenthaltstitel aufgenommen werden. Es genügt, wenn er dem Ausländer in anderer Weise, etwa durch ein Begleitschreiben, mitgeteilt wird. Er steht der Eignung des Aufenthaltstitels für Reisen nach Artikel 21 SDÜ nicht entgegen.

5.4 Versagungsgründe

5.4.1 Der Versagungsgrund nach § 5 Absatz 4 greift ein, wenn ein Ausweisungsgrund nach § 54 Nummer 5 oder 5a objektiv vorliegt. § 5 Absatz 4 ist gegenüber § 5 Absatz 1 Nummer 2 insoweit die speziellere Vorschrift. Ebenso wie im Rahmen von § 5 Absatz 1 Nummer 2 ist es nicht erforderlich, dass der Ausländer auch ermessensfehlerfrei ausgewiesen werden könnte. Die Ausführungen zu Nummer 5.1.2.1 gelten entsprechend.

5.4.2 Der Versagungsgrund gilt uneingeschränkt sowohl für Aufenthaltstitel, die im Ermessenswege erteilt werden können, als auch für solche, auf die ein gesetzlicher Anspruch besteht. Bei Vorliegen von Tatsachen, die die Schlussfolgerung rechtfertigen, dass ein Terrorismusbezug i. S. d. § 54 Nummer 5 besteht, sowie in Fällen des § 54 Nummer 5a, überwiegt nach der Wertung des Gesetzgebers – wie die Ausgestaltung des § 5 Absatz 4 Satz 1 als zwingender Versagungsgrund zeigt – stets das Interesse der Bundesrepublik Deutschland an der Fernhaltung des Betroffenen vom Bundesgebiet gegenüber der dem Anspruch zugrunde liegenden Grundrechtsposition (z. B. aus Artikel 6 GG). Artikel 6 GG verleiht keinen unmittelbaren Rechtsanspruch auf Aufenthaltsgewährung im Bundesgebiet, sondern verpflichtet lediglich den Staat, familiäre Bindungen in erforderlicher und angemessener Weise zu berücksichtigen. Für die hinter § 5 Absatz 4 stehende gesetzgeberische Wertung ist insbesondere entscheidend, dass sich der Terrorismus zielgerichtet gegen die Sicherheit der gesamten Gesellschaft und dabei auch gegen zentrale, verfassungsrechtlich verbürgte Rechtsgüter, unter anderem gegen die Grundrechte auf Leben (Artikel 2 Absatz 2 GG) und Eigentum (Artikel 14 GG) richtet. Die objektive staatliche Pflicht zur Achtung und Wahrung der Würde aller Menschen und der betroffenen Rechtsgüter ist Gegenstand der im Grundgesetz verankerten objektiven Werteordnung und richtet sich daher nicht nur auf den Schutz der entsprechenden Rechtsgüter im In-, sondern auch im Ausland. Es besteht zudem weltweiter Konsens, dass für Terroristen kein sicheres Refugium geschaffen werden darf. Auch terroristische Aktivitäten mit Auslandsbezug führen daher zu einem überwiegenden Interesse an der Fernhaltung des Betroffenen aus dem Bundesgebiet.

5.4.3 In den Fällen, in denen § 54 Nummer 5 über die Verweisung des § 5 Absatz 4 zur Anwendung kommt, muss die Frage der Gegenwärtigkeit auch im Zusammenhang mit der Regelung des § 5 Absatz 4 Satz 2 beurteilt werden. Danach ist bei der Gefahrenprognose zu berücksichtigen, ob sich der Betroffene gegenüber den zuständigen Behörden offenbart und glaubhaft von seinem sicherheitsgefährdenden Handeln Abstand nimmt.

5.4.4.1

Die Regelung des § 5 Absatz 4 Satz 2 kommt – ebenso wie § 54 Nummer 5, 2. Halbsatz – zur Anwendung, wenn die fragliche Handlung, die einen Versagungsgrund rechtfertigt, in der Vergangenheit liegt. An das glaubhafte Abstandnehmen sind ausgesprochen hohe Maßstäbe zu setzen, da nur aufgrund eindeutigen aktiven Tuns des Betroffenen davon ausgegangen werden kann, dass dieser von seiner früheren, den Terrorismus unterstützenden Einstellung endgültig Abstand genommen hat.

5.4.4.2

Satz 2 ermöglicht im Einzelfall Ausnahmen bei tätiger Reue. Durch diese Regelung soll die Möglichkeit geschaffen werden, Ausländern, die sich bereits im Bundesgebiet aufhalten und sich von ihren bisherigen terroristischen Bestrebungen vollständig und dauerhaft distanzieren, ein Aufenthaltsrecht zu gewähren. Die Feststellung, ob vom Terrorismus Abstand genommen wurde und entsprechende Behauptungen glaubhaft sind, ist in erster Linie von den Sicherheitsbehörden aufgrund der konkreten Erfahrungen in Bezug auf bestimmte Vereinigungen zu treffen. Um glaubhaft von einem sicherheitsgefährdenden Handeln Abstand zu nehmen, muss der Ausländer eine innere und äußere völlige Abkehr von den sicherheitsgefährdenden Zielen überzeugend deutlich machen. Insbesondere muss sich die Abkehr nach außen durch entsprechende Handlungen manifestieren, und es muss deutlich werden, dass die Abkehr auf Dauer und zudem nicht aus äußeren Zwängen oder auf Grund rechtlicher Konsequenzen (beispielsweise infolge eines Vereinsverbotes) erfolgt.

5.4.5

Für Ausnahmen vor der Einreise nach Satz 3 ist das Bundesministerium des Innern oder die von ihm bestimmte Stelle zuständig. Die Entscheidung des Bundesministeriums des Innern ergeht gegenüber der Behörde, die den Aufenthaltstitel erteilt oder versagt und ist somit ein Mitwirkungsakt innerhalb des Visumverfahrens, der als solcher nicht durch Rechtsmittel selbständig angegriffen werden kann. Die Ausnahmeregelung ist nur besonders gelagerten und konkreten Einzelfällen vorbehalten und muss vor der Einreise ausgesprochen werden.

5.5

Zusätzlich zu beachtende Einreisevoraussetzungen nach dem Schengener Grenzkodex

Neben den allgemeinen Erteilungsvoraussetzungen nach § 5 sind bei der Erteilung von Schengen-Visa und bei der Einreise in das Schengen-Gebiet die Einreisevoraussetzungen nach dem Schengener Grenzkodex zu beachten. Neben Artikel 1 des Schengener Grenzkodex, wonach keine Grenzkontrollen in Bezug auf Personen stattfinden, die die Binnengrenzen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union überschreiten, ist Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe a) bis e) Schengener Grenzkodex für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen im Schengen-Gebiet maß-

geblich. Für einen Aufenthalt von bis zu drei Monaten je Sechsmonatszeitraum

5.5.1

muss ein Drittstaatsangehöriger bei der Einreise

- im Besitz eines oder mehrerer gültiger Reisedokumente sein, wobei es sich im Fall der Bundesrepublik Deutschland – sofern keine Ausnahme von der Passpflicht zugelassen wurde – um anerkannte und gültige Pässe oder Passersatzpapiere i. S. d. § 3 Absatz 1 handeln muss. Die Befugnis zur Anerkennung von Reisedokumenten liegt nach wie vor ausschließlich bei den Mitgliedstaaten. Bei einer Einreise in das Bundesgebiet ist es nicht erheblich, ob alle anderen Schengen-Staaten das Reisedokument anerkennen. Werden Schengen-Visa in Reisedokumenten erteilt, die nicht von allen Schengen-Staaten anerkannt werden, sind die nicht anerkennenden Staaten aus dem Geltungsreich auszunehmen,
- soweit erforderlich über ein gültiges Visum verfügen, außer wenn er Inhaber eines sonstigen gültigen Aufenthaltstitels ist (siehe § 6),
- den Zweck und die Umstände seines beabsichtigten Aufenthalts belegen und ausreichende Mittel zur Bestreitung seines Lebensunterhalts sowohl für die Dauer des beabsichtigten Aufenthalts als auch für die Rückreise in den Herkunftsstaat nachweisen und

5.5.2.1

darf ein Drittstaatsangehöriger

- nicht gemäß Artikel 96 SDÜ im SIS zur Einreiseverweigerung ausgeschrieben sein sowie
- keine Gefahr für die öffentliche Ordnung, die innere Sicherheit, die öffentliche Gesundheit oder die internationalen Beziehungen eines Mitgliedstaats darstellen und insbesondere nicht in den nationalen Datenbanken der Mitgliedstaaten zur Einreiseverweigerung aus diesen Gründen ausgeschrieben sein.

5.5.2.2

Abweichungen hiervon sind in Artikel 5 Absatz 4 Schengener Grenzkodex und den „Sonderbestimmungen für bestimmte Personengruppen“ im Anhang VII Schengener Grenzkodex geregelt. Die genannten Einreisevoraussetzungen sind zwar im Wesentlichen deckungsgleich mit den Voraussetzungen des § 5; nach Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe e) Schengener Grenzkodex werden aber insbesondere auch die Sicherheitsinteressen anderer Schengen-Staaten berücksichtigt.

5.5.2.3

Die genannten Einreisevoraussetzungen müssen jeweils einzeln erfüllt sein. Die Nichterfüllung einer Einreisevoraussetzung kann nicht durch die Erfüllung einer anderen Einreisevoraussetzung ersetzt werden. Ein grundsätzlich visumfreier Drittausländer kann etwa nicht die Passpflicht dadurch erfüllen, dass er

zwar kein anerkanntes gültiges Grenzübertrittspapier besitzt, ihm jedoch ein Ausnahmervisum erteilt wird. Vielmehr kann die Erfüllung der Passpflicht nur durch die Ausstellung eines Passersatzpapiers bewirkt werden.

5.5.3

Für die Einreise und den Aufenthalt im Schengen-Gebiet müssen Drittstaatsangehörige im Besitz eines oder mehrerer gültiger Reisedokumente sein, die sie zum Überschreiten der Grenze berechtigen (Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe a) Schengener Grenzkodex; siehe jedoch Artikel 5 Absatz 4 Buchstabe a) Schengener Grenzkodex).

5.5.3.1

Die auf EU-Ebene als gültig anerkannten Reisedokumente sind in der jährlich von den Ratsgremien aktualisierten Liste der zum Grenzübertritt berechtigenden Dokumente aufgeführt.

Die Schengener Vertragsparteien hatten ursprünglich vorgesehen, auch die Anerkennung von Reisedokumenten auf Schengener Ebene zu regeln. Später hatten sie sich zwar auf eine gemeinsame Visa-Politik, nicht jedoch auf eine gemeinsame Politik der Anerkennung von Pässen oder Reisedokumenten verständigt. Diese unterliegt nach wie vor den einzelnen Schengen-Staaten, was inzwischen in mehreren Verordnungen auch dauerhaft festgeschrieben ist; vgl. nur Artikel 6 der Verordnung (EG) Nummer 539/2001 des Rates vom 15. März 2001 zur Aufstellung der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der Außengrenzen im Besitz eines Visums sein müssen, sowie der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige von der Visumpflicht befreit sind (ABl. EG Nummer L 81 S. 1). Insofern bestehen unterschiedliche Gegebenheiten hinsichtlich der Anerkennung von Reisedokumenten.

5.5.3.2

Vermerke, die in dem Pass oder Passersatz eines Ausländers eingetragen werden, sind mit Angabe des Ortes und des Datums, der Unterschrift und einem Abdruck des Dienstsiegels -stempels zu versehen. Im automatisierten Visumverfahren sowie bei der Eintragung von Kontrollstempeln werden Ausnahmen zugelassen. Das Abstempeln der Reisedokumente ist in Artikel 10 Schengener Grenzkodex geregelt. Die Abstempelungsmodalitäten sind dem Anhang IV Schengener Grenzkodex zu entnehmen. Vermerke dürfen nur eingetragen werden, wenn dies nach europäischem oder deutschem Recht ausdrücklich zugelassen ist.

5.5.4

Allgemeine Hinweise zum SDÜ: Ausschreibung zur Einreiseverweigerung nach Artikel 96 SDÜ/Abfrage des SIS

5.5.4.0

Allgemeines

5.5.4.0.1.1

Vor jeder ausländerrechtlichen Entscheidung ist durch Abfrage des SIS zu prüfen, ob der Ausländer von deutschen Behörden und Gerichten oder von Behörden und Gerichten anderer

	Schengen-Staaten zur Einreiseverweigerung ausgeschrieben ist.		kel 96 Absatz 3 SDÜ die Ausschreibung zur Einreiseverweigerung im SIS unverzüglich zu veranlassen.
5.5.4.0.1.2	Beim SIS handelt es sich um ein EDV-gestütztes Erfassungs- und Abfragesystem zur Personen- und Sachfahndung, das sich in das jeweilige nationale Informationssystem N.SIS und die zentrale technische Unterstützungseinheit C.SIS in Straßburg gliedert. Die Zentralstelle für das deutsche N.SIS ist die SIRENE Deutschland, eingerichtet beim Bundeskriminalamt in Wiesbaden. Die SIRENE ist die nationale Stelle, die die im SDÜ vorgesehenen Informationsübermittlungs- und Koordinationsaufgaben im Zusammenhang mit einer Ausschreibung im SIS wahrzunehmen hat.		Ist die Ausweisung beabsichtigt gewesen, aber mangels Bekanntgabe unterblieben, weil der Ausländer ausgereist oder untergetaucht ist, sollte im Interesse der Rechtsklarheit und zur Verfahrensvereinfachung gleichwohl die beabsichtigte Ausweisung verfügt und die Ausweisungsverfügung öffentlich zugestellt werden. Ausschreibungsgrundlage ist dann weiterhin Artikel 96 Absatz 3 SDÜ.
5.5.4.0.1.3	Diese Abfrage ist für die Prüfung, ob ein Konsultationsverfahren nach Artikel 25 SDÜ einzuleiten ist, ebenso erforderlich wie für aufenthaltsbeendende Maßnahmen. Die Ausschreibung von Ausländern zur Einreiseverweigerung im SIS ist durch Artikel 96 SDÜ geregelt. Diese Ausschreibung bewirkt eine Einreisesperre für das gesamte Schengen-Gebiet und ist von allen Schengen-Staaten bei der Visumerteilung, der Grenzkontrolle, der Kontrolle des Binnen-Reiseverkehrs sowie der Erteilung und Verlängerung von Aufenthaltstiteln zu beachten. Personen, die das Gemeinschaftsrecht auf freien Personenverkehr genießen, dürfen zur Einreiseverweigerung nicht im SIS ausgeschrieben werden.	5.5.4.1.2	Artikel 96 SDÜ, der Ausschreibungen zum Zweck der Einreiseverweigerung regelt, bietet keine Rechtsgrundlage für Ausschreibungen, die lediglich den Zweck der Aufenthaltsermittlung verfolgen. Danach darf z. B. ein abgelehnter Asylbewerber, der untergetaucht ist, nur zur Aufenthaltsermittlung im INPOL oder im Ausländerzentralregister, nicht jedoch im SIS ausgeschrieben werden.
		5.5.4.1.3	Eine Ausschreibung im SIS nach Artikel 96 Absatz 3 SDÜ kann nicht im Fall einer Zurückweisung nach § 15 erfolgen, da diese nicht die ausländerrechtlichen Folgen des § 11 Absatz 1 Satz 1 auslöst und somit die Voraussetzungen nach Artikel 96 Absatz 3 SDÜ nicht gegeben sind.
		5.5.4.2	Ausschreibungsfristen für das SIS
5.5.4.0.2	Die Ausweisung, Zurückschiebung oder die vollzogene Abschiebung haben nach § 11 Absatz 1 Satz 1 zur Folge, dass der Ausländer nicht erneut in das Bundesgebiet einreisen und sich darin aufhalten darf (gesetzliche Sperrwirkung). Ausschreibungen zur Einreiseverweigerung nach Artikel 96 SDÜ von anderen Schengen-Staaten und solche nach Artikel 96 Absatz 2 SDÜ von deutschen Behörden bewirken kein Einreise-, Aufenthalts- und Erteilungsverbot i. S. v. § 11 Absatz 1 Satz 1 und 2. Die Voraussetzungen für eine unerlaubte Einreise nach § 14 Absatz 1 Nummer 3 liegen in diesen Fällen nicht vor. Die Ausschreibungen sind jedoch bei der Visumerteilung, der Grenzkontrolle, der Kontrolle des Binnen-Reiseverkehrs sowie der Erteilung und Verlängerung von Aufenthaltstiteln zu beachten. Sie rechtfertigen unter anderem eine Zurückweisung nach § 15 Absatz 2 Nummer 3 und führen im Falle eines kurzfristigen Aufenthaltes dazu, dass der Ausländer die Aufenthaltsvoraussetzungen nach Artikel 19, 20 oder 21 SDÜ nicht erfüllt, somit kein Aufenthaltsrecht besitzt und nach Artikel 23 SDÜ verpflichtet ist, den Schengen-Raum zu verlassen.	5.5.4.2.1	Die für Deutschland zutreffenden Ausschreibungsfristen betragen – unbeschadet einer Verlängerung – bei einer <ul style="list-style-type: none"> – Ausweisung nach §§ 53, 54 sechs Jahre, – Ausweisung nach § 55 drei Jahre, – Zurückschiebung nach § 57 drei Jahre und – Abschiebung nach §§ 58 ff. drei Jahre. In den Fällen einer Ausweisung nach §§ 53, 54 mit späterer Abschiebung gilt die längere Ausschreibungsfrist. Die Ausschreibungsfrist beginnt mit der Ausreise. Im Fall einer erneuten Abschiebung oder Zurückschiebung nach unerlaubter Einreise während der Sperrwirkung nach § 11 Absatz 1 Satz 1 ist die Ausschreibungsfrist um weitere drei Jahre zu verlängern.
		5.5.4.2.2	Wird die Sperrwirkung von Ausweisung, Zurückschiebung und Abschiebung nach § 11 Absatz 1 Satz 3 auf Antrag des Ausländers aufgehoben bzw. befristet, ist die Löschung der Ausschreibung im SIS mit der Aufhebung der Sperrwirkung bzw. mit Ablauf der Befristung unverzüglich zu veranlassen (vgl. Artikel 112 Absatz 1 Satz 1 SDÜ).
5.5.4.1	Ausschreibungstatbestände	5.5.4.2.3	Die Datenerfassung von Ausschreibungen nach Artikel 96 Absatz 2 und 3 SDÜ im SIS ist zunächst auf drei Jahre befristet, kann jedoch verlängert werden (Artikel 112 Absatz 1 und 2 SDÜ). Die Überwachung der Prüffristen erfolgt – unbeschadet von Wiedervorlagesystemen der zuständigen Behörden – in jedem Ein-
5.5.4.1.1	Ist ein Ausländer i. S. v. § 11 Absatz 1 Satz 1 ausgewiesen, zurückgeschoben oder abgeschoben worden, hat die zuständige Behörde, unbeschadet sonstiger nationaler Ausschreibungen (INPOL, Ausländerzentralregister) nach Arti-		

	zelfall über die SIRENE Deutschland. Dabei wird sichergestellt, dass Löschungen von Ausschreibungen nicht ohne die Möglichkeit einer vorherigen Prüfung durch die Ausländerbehörden erfolgen.		
5.5.4.3	Verfahrensweise		
	Ausschreibungen im SIS nach Artikel 96 SDÜ sowie die Löschung von Ausschreibungen sind von der zuständigen Ausländerbehörde über die örtlich zuständigen Polizeidienststellen unter Verwendung des amtlichen Vordrucks KP 21/24 bzw. entsprechender Ländervordrucke unverzüglich zu veranlassen. Meldungen an das Ausländerzentralregister haben möglichst zeitgleich zu erfolgen. Der Informationsaustausch in Trefferfällen aufgrund von Ausschreibungen nach Artikel 96 SDÜ wird von der SIRENE Deutschland gesteuert. Beim Verkehr mit der SIRENE Deutschland sind die amtlich vorgeschriebenen Formulare zu verwenden.		
5.5.4.4	Konsultationsverfahren nach Artikel 25 SDÜ		
5.5.4.4.0	Nach Artikel 25 SDÜ ist ein so genanntes Konsultationsverfahren zwischen den zuständigen Behörden der Schengen-Staaten zur Wahrung ihrer Interessen durchzuführen, wenn festgestellt wird, dass ein Ausländer, dem ein Aufenthaltstitel erteilt werden soll, im SIS zur Einreiseverweigerung ausgeschrieben ist, oder wenn eine solche Ausschreibung nach Erteilung eines Aufenthaltstitels festgestellt wird.	5.5.4.4.1.3	Die im Konsultationsverfahren von der Behörde des ausschreibenden Schengen-Staates übermittelten Ausschreibungsgründe sind bei der Entscheidung über den Aufenthaltstitel maßgeblich zu berücksichtigen. Die Regelung im SDÜ, nach der Aufenthaltstitel in Ausschreibungsfällen nur bei Vorliegen von gewichtigen Gründen, insbesondere wegen humanitärer Erwägungen oder infolge internationaler Verpflichtungen erteilt werden dürfen, sind zu beachten. Danach kann auch bei Erfüllung tatbestandlicher Voraussetzungen eines Anspruchs auf Erteilung eines Aufenthaltstitels die Nichterfüllung einer Erteilungsvoraussetzung bzw. Regelerteilungsvoraussetzung zur Versagung des Aufenthaltstitels führen.
5.5.4.4.1	Ersuchen nach Artikel 25 Absatz 1 SDÜ	5.5.4.4.1.4	Erteilt die Ausländerbehörde den Aufenthaltstitel, muss der ausschreibende Schengen-Staat nach Artikel 25 Absatz 1 Satz 2 SDÜ die Ausschreibung zur Einreiseverweigerung zurückziehen. Es bleibt ihm unbenommen, den Ausländer weiterhin national mit entsprechender Wirkung auszuschreiben. In Deutschland bleiben solche Ausländer weiterhin im INPOL und im Ausländerzentralregister ausgeschrieben.
5.5.4.4.1.1	Vor der Erteilung bzw. Verlängerung eines Aufenthaltstitels haben die zuständigen Behörden (§ 71) zu prüfen, ob der Ausländer im SIS von einem anderen Schengen-Staat zur Einreiseverweigerung ausgeschrieben ist (Artikel 96 SDÜ). Dies gilt auch für den Fall, dass die Visumerteilung der vorherigen Zustimmung der Ausländerbehörde bedarf (§ 31 Absatz 1 AufenthV). Liegt eine Ausschreibung vor, hat die Ausländerbehörde über die SIRENE Deutschland ein Konsultationsverfahren nach Artikel 25 Absatz 1 Satz 1, 1. Halbsatz SDÜ einzuleiten, um die Interessen des ausschreibenden Schengen-Staates bei ihrer Entscheidung berücksichtigen zu können. Aufenthaltstitel dürfen in diesem Fall nur bei Vorliegen gewichtiger Gründe erteilt oder verlängert werden.	5.5.4.4.2	Ersuchen nach Artikel 25 Absatz 2 SDÜ
		5.5.4.4.2.1	Stellt sich erst im Nachhinein, z. B. im Rahmen einer Personenkontrolle, heraus, dass ein Ausländer, der über einen von einem Schengen-Staat erteilten gültigen Aufenthaltstitel verfügt, im SIS zur Einreiseverweigerung nach Artikel 96 SDÜ ausgeschrieben ist, muss ein Konsultationsverfahren nach Artikel 25 Absatz 2 Satz 1 SDÜ eingeleitet werden. Das Konsultationsverfahren soll dem Schengen-Staat, der den Aufenthaltstitel erteilt hat, die Prüfung ermöglichen, ob ausreichende Gründe für die Einziehung des Aufenthaltstitels vorliegen.
5.5.4.4.1.2	Gewichtige Gründe liegen neben humanitären Erwägungen und infolge internationaler Verpflichtungen (vgl. § 22) grundsätzlich dann vor, wenn die Voraussetzungen eines Anspruchs auf Erteilung bzw. Verlängerung eines Aufenthaltstitels i. S. v. § 5 vorliegen (z. B. Recht auf Wiederkehr, Ehegatten- und Kindernachzug, ausländischer Ehegatte eines Deutschen) und keine Tatbestände erfüllt sind, die den Anspruch derart einschränken, dass über die Erteilung des Aufenthaltstitels nur nach Ermessen entschieden wird (z. B. § 27 Absatz 3). Gewichtige Gründe liegen nicht allein deshalb vor,	5.5.4.4.2.2	Stellt eine der in § 71 genannten Behörden fest, dass ein Ausländer, der über einen gültigen Aufenthaltstitel eines anderen Schengen-Staates verfügt, von Deutschland nach Artikel 96 SDÜ im SIS zur Einreiseverweigerung ausgeschrieben ist, hat sie unverzüglich über die SIRENE Deutschland ein Konsultationsverfahren nach Artikel 25 Absatz 2 Satz 1 SDÜ einzuleiten. Zieht der Schengen-Staat den erteilten Aufenthaltstitel nach der Konsultation nicht ein, ist die Löschung der Ausschreibung im SIS zu veranlassen (vgl. Artikel 25 Absatz 2 Satz 2 SDÜ). Der Ausländer bleibt weiterhin im INPOL und im Ausländerzentralregister ausgeschrieben (nationale Ausschreibungsliste). Im Übrigen hat die örtlich zuständige Ausländerbehörde aufenthaltsbeendende Maßnahmen zu prüfen.
		5.5.4.4.2.3	Stellt eine der in § 71 genannten Behörden fest, dass ein Ausländer, der über einen gültigen deutschen Aufenthaltstitel verfügt, von einem anderen Schengen-Staat im SIS zur Einreiseverweigerung ausgeschrieben ist, hat sie unver-

zöglich die für die Erteilung des Aufenthaltstitels zuständige Ausländerbehörde zu unterrichten. Diese hat über die SIRENE Deutschland ein Konsultationsverfahren nach Artikel 25 Absatz 2 Satz 1 SDÜ gegenüber dem ausschreibenden Schengen-Staat einzuleiten und zu prüfen, ob aufgrund der übermittelten Ausschreibungsgründe Anlass besteht, den Aufenthaltstitel einzuziehen und aufenthaltsbeendende Maßnahmen einzuleiten (z. B. Ausweisung).

- 5.5.4.4.2.4 Stellt eine der in § 71 genannten Behörden fest, dass ein Ausländer, der über einen gültigen Aufenthaltstitel eines Schengen-Staates verfügt, von einem anderen Schengen-Staat nach Artikel 96 SDÜ im SIS zur Einreiseverweigerung ausgeschrieben ist, hat sie unverzüglich die SIRENE Deutschland zu unterrichten, die ihrerseits die SIRENE des ausschreibenden Schengen-Staates über den Konsultationsfall unterrichtet. Soweit sich der Ausländer nicht zum Zweck der Durchreise nach Artikel 5 Absatz 4 Buchstabe a) Schengener Grenzkodex im Bundesgebiet aufhält, ist er kraft Gesetzes ausreisepflichtig, da die Voraussetzungen für die Einreise, Durchreise und den Kurzaufenthalt nach Artikel 21 Absatz 1 i. V. m. Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe e) Schengener Grenzkodex schon vor der Einreise nicht vorgelegen haben oder nach der Einreise weggefallen sind. Die zuständigen Behörden haben zu prüfen, ob die Ausreisepflicht mittels Zurückschiebung oder Abschiebung durchzusetzen ist (Artikel 23 Absatz 1 bis 3 SDÜ i. V. m. §§ 57, 58); Vorrang hat die freiwillige Ausreise im Rahmen der Ausreisefrist.
- 5.5.4.4.3 Verfahrensweise
- 5.5.4.4.3.1 Beim Konsultationsverfahren nach Artikel 25 Absatz 1 und 2 SDÜ sind die amtlich vorgeschriebenen Formulare zu verwenden. Beim Ausfüllen der Formulare ist zu beachten, dass der betreffende Schengen-Staat möglichst umfangreich und genau über den bisherigen wie den beabsichtigten Aufenthalt bzw. den Aufenthaltstitel und die Gründe für die Ausschreibung zur Einreiseverweigerung unterrichtet wird. Wird das Konsultationsverfahren durch eine deutsche Behörde in Gang gesetzt, ist bei der Angabe von „Deutschland“ als Schengen-Staat in Klammern die zuständige Behörde sowie das entsprechende Aktenzeichen hinzuzufügen.
- 5.5.4.4.3.2 Die mit einem Anschreiben zu versenden Formulare sind im Behördenverkehr unmittelbar der SIRENE Deutschland beim Bundeskriminalamt in Wiesbaden als der Behörde zuzuleiten, die bis auf Weiteres für die Steuerung der Konsultationen gegenüber den anderen Schengen-Staaten zuständig ist.
- 5.5.4.4.3.3 Muss nach Abschluss des Konsultationsverfahrens die Ausschreibung zur Einreiseverweigerung durch die Ausländerbehörde zurückgezogen werden, hat die zu veranlassende Löschung weiterhin über den Meldeweg der

datenerfassenden Polizeidienststellen der Länder mittels des Vordrucks KP 21/24 bzw. entsprechender Ländervordrucke („Löschung im SIS“) zu erfolgen. Der betreffende Ausländer bleibt weiterhin im INPOL sowie im Ausländerzentralregister ausgeschrieben.

6

Zu § 6 – Visum

6.0

Allgemeines

Die Vorschrift regelt die Erteilung von Visa. Sie resultiert aus der Einordnung des Visums als selbständiger Aufenthaltstitel (§ 4 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1). Es wird zwischen Schengen-Visa für kurzfristige Aufenthalte bis zu drei Monaten (§ 6 Absatz 1 Nummer 2) und einem nationalen Visum für längerfristige Aufenthalte unterschieden (§ 6 Absatz 4). Die Einordnung entspricht Gemeinschaftsrecht, das gleichzeitig Regelungen über die Ausgestaltung und Rechtsfolgen eines Visums vorsieht (Artikel 10 f. SDÜ).

6.1

Erteilung von Schengen-Visa

6.1.1

Durch das SDÜ ist zur Vereinheitlichung des Personenverkehrs im Bereich der Visumregelungen für den kurzfristigen Aufenthalt ein einheitliches Visum eingeführt worden (Schengen-Visum, Artikel 10 bis 17 SDÜ, § 6 Absatz 1 bis 3). Das SDÜ sowie andere Vorschriften des Gemeinschaftsrechts (u. a. Gemeinsame Konsularische Instruktion, Verordnung (EG) Nummer 1683/95 des Rates vom 29. Mai 1995 über eine einheitliche Visagestaltung (ABl. EG Nummer L 164 S. 1) in der jeweils geltenden Fassung) enthalten hinsichtlich der Ausgestaltung, des Berechtigungsinhalts sowie des Erteilungsverfahrens von Schengen-Visa unmittelbar geltende Regelungen, auf die das nationale Recht (etwa in § 6 Absatz 1 und § 59 AufenthV) verweist.

6.1.2

Das Schengen-Visum wird in folgenden Kategorien erteilt (siehe Nummer I.2. i. V. m. Nummer V.2.1. und Nummer VI 1.7. Gemeinsame Konsularische Instruktion):

6.1.2.1

Visum für den Flughafentransit (Kategorie „A“): Dieses Transitvisum berechtigt einen der Transitvisumpflicht unterliegenden Drittausländer (vgl. Nummer I.2.1.1. i. V. m. Anlage 3 der Gemeinsamen Konsularischen Instruktion), sich im Rahmen der Gültigkeitsdauer während einer Zwischenlandung, eines Flugabschnitts oder internationalen Flügen in der internationalen Transitzone eines Flughafens aufzuhalten. Es kann für ein-, zwei- oder mehrmalige Transitaufenthalte erteilt werden, berechtigt nicht zur Einreise in das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland oder eines anderen Schengen-Staates und ist kein Aufenthaltstitel (§ 26 Absatz 2 Satz 3 AufenthV). In Fällen der Durchbeförderung ersetzt die Genehmigung der Durchbeförderung ein ggf. erforderliches Visum für den Flughafentransit.

- 6.1.2.2 Visum für die Durchreise (Kategorie „B“): Dieses Transitvisum (§ 6 Absatz 1 Nummer 1) berechtigt einen Drittausländer, im Rahmen der Gültigkeitsdauer durch das Schengen-Gebiet zu reisen, um von dem Hoheitsgebiet eines Drittstaats in einen anderen Drittstaat zu gelangen. Es kann für ein-, zwei- oder in Ausnahmefällen auch mehrmalige Durchreisen erteilt werden. Die Dauer jeder Durchreise darf fünf Tage nicht überschreiten.
- 6.1.2.3 Visum für den kurzfristigen Aufenthalt (Kategorie „C“): Dieses Visum (§ 6 Absatz 1 Nummer 2) berechtigt einen Drittausländer zur Einreise in das Schengen-Gebiet für einen ununterbrochenen Aufenthalt oder verschiedene aufeinander folgende Aufenthalte mit einer Gesamtdauer von nicht mehr als drei Monaten je Sechsmonatszeitraum ab dem Datum der ersten Einreise. Der Begriff der „ersten Einreise“ i. S. v. Artikel 20 Absatz 1 SDÜ umfasst außer der zeitlich ersten Einreise in den Schengen-Raum auch die erste Einreise dorthin nach Ablauf einer Frist von sechs Monaten ab dieser zeitlich ersten Einreise sowie jede weitere erste Einreise, die nach Ablauf jeder neuen Frist von sechs Monaten ab einem vorangegangenen Datum der ersten Einreise erfolgt (vgl. EuGH, Urteil vom 3. Oktober 2006, Rs. C – 241/05 – Bot) – vgl. Nummer 6.1.8.1.1 ff. Das Visum kann unter bestimmten Voraussetzungen für mehrere Aufenthalte ausgestellt werden (vgl. Nummer 6.2), wobei die Gesamtdauer dieser Aufenthalte drei Monate je Sechsmonatszeitraum nicht überschreiten darf. Die Gültigkeitsdauer dieses Visums für die mehrfache Einreise kann ein Jahr, in Ausnahmefällen über ein Jahr bis zu fünf Jahren betragen (vgl. Nummer I.2.1.3. i. V. m. Nummer V.2.1. und VI.1.7. Gemeinsame Konsularische Instruktion).
- 6.1.2.4 Nationales Visum für den längerfristigen Aufenthalt mit gleichzeitiger Gültigkeit als Visum für einen kurzfristigen Aufenthalt (Kategorie „D+C“): Bei diesem Visum handelt es sich um ein nationales Visum, welches ab dem ersten Tag seiner Gültigkeit für höchstens drei Monate gleichzeitig als einheitliches Visum für einen kurzfristigen Aufenthalt (Kategorie „C“) gilt, da es unter Einhaltung der gemeinsamen Voraussetzungen und Kriterien erteilt wurde und der Inhaber die in Artikel 5 Absatz 1 Buchstaben a), c), d) und e) Schengener Grenzkodex aufgeführten Einreisevoraussetzungen erfüllt (vgl. Nummer I.2.2. i. V. m. Nummer VI.1.7. Gemeinsame Konsularische Instruktion). Zum Inhalt der Berechtigung siehe Nummer 6.4.
- 6.1.2.5 Visum mit räumlich beschränkter Gültigkeit: Nach Artikel 15 SDÜ dürfen einheitliche Sichtvermerke einem Drittausländer grundsätzlich nur erteilt werden, wenn er die in Artikel 5 Absatz 1 Buchstaben a), c), d) und e) Schengener Grenzkodex aufgeführten Einreisevoraussetzungen erfüllt. Hält eine Vertragspartei es für notwendig, aus humanitären Gründen oder Gründen des nationalen Inte-

resses oder aufgrund internationaler Verpflichtungen (Artikel 5 Absatz 4 Buchstabe c) Schengener Grenzkodex) einem Drittausländer, der nicht sämtliche Einreisevoraussetzungen gemäß Artikel 5 Absatz 1 Schengener Grenzkodex erfüllt, die Einreise in sein Hoheitsgebiet zu gestatten, wird das einheitliche Visum gemäß Artikel 16 SDÜ auf das Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei beschränkt. Eine räumliche Beschränkung eines Schengen-Visums erfolgt auch in den Fällen der Artikel 11 Absatz 2 und 14 Absatz 1 Satz 2 SDÜ. Aufgrund der Aufhebung der Kontrollen an den Binnengrenzen soll jedoch die Erteilung von räumlich beschränkten Visa aus Gründen der inneren Sicherheit aller Schengen-Staaten auf Ausnahmefälle beschränkt bleiben.

6.1.3 § 6 Absatz 1 verweist für die Erteilung des Schengen-Visums auf die Voraussetzungen des SDÜ, des Schengener Grenzkodex und der danach ergangenen Ausführungsvorschriften. Die Grundlagen für die Prüfung eines Visumantrags ergeben sich demnach aus dem SDÜ (Artikel 10, 15 SDÜ i. V. m. Artikel 5, 39 Absatz 3 Schengener Grenzkodex). Sie werden durch die Gemeinsame Konsularische Instruktion sowohl inhaltlich als auch verfahrenstechnisch ergänzt und erläutert. Dies entspricht weitgehend den in § 5 dargelegten allgemeinen Regelerteilungsvoraussetzungen für einen Aufenthaltstitel.

6.1.3.1 Die Feststellung der Rückkehrabsicht ist nach Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe e) Schengener Grenzkodex zentrale Erteilungsvoraussetzung. Kapitel V der Gemeinsamen Konsularischen Instruktion bekräftigt, dass bei der Bearbeitung von Visumanträgen auch das Ziel der Bekämpfung der illegalen Einreise als ein wesentlicher Punkt zu berücksichtigen ist. Das Vorliegen der Rückkehrabsicht des Antragstellers nach Beendigung des Aufenthaltswerts ist als tatbestandliche Einreisevoraussetzung in jedem Einzelfall festzustellen. Hinweise auf die fehlende Rückkehrabsicht ergeben sich aus tatsächlichen Indizien in der Person des Antragstellers, aufgrund derer auf eine mangelnde „Verwurzelung“ des Ausländers im Herkunftsstaat geschlossen werden kann. Kann die Rückkehrbereitschaft nicht festgestellt werden (vgl. Kapitel V Ziff. 3 Gemeinsame Konsularische Instruktion), so ist das Visum mangels Erfüllung der Erteilungsvoraussetzungen gemäß Artikel 15 SDÜ i. V. m. Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe e) Schengener Grenzkodex zu versagen.

6.1.3.2.1 Hinsichtlich der Prüfung der Mittel zur Bestreitung des Lebensunterhalts nach Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe c) Schengener Grenzkodex führt Artikel 5 Absatz 3 Schengener Grenzkodex entsprechende Belege auf. Artikel 5 Absatz 2 Schengener Grenzkodex verweist insbesondere im Hinblick auf die Prüfung des tatsächlichen Reisezwecks auf eine in Anhang I Schengener Grenzkodex enthaltene, nicht abschließende Liste von Belegen, die sich der

- Grenzschutzbeamte von dem Drittstaatsangehörigen vorlegen lassen kann.
- 6.1.3.2.2 Die Mittel zur Bestreitung des Lebensunterhalts werden nach Artikel 5 Absatz 3 Schengener Grenzkodex nach der Dauer und dem Zweck des Aufenthalts und unter Zugrundelegung der Ausgaben für Unterkunft und Verpflegung in dem/den betreffenden Mitgliedstaat(en) nach Maßgabe eines mittleren Preisniveaus für preisgünstige Unterkünfte bewertet, die um die Zahl der Aufenthaltstage multipliziert werden.
- 6.1.3.2.3 Die Feststellung ausreichender Mittel zur Bestreitung des Lebensunterhalts kann anhand von Bargeld, Reiseschecks und Kreditkarten erfolgen, die sich im Besitz des Drittstaatsangehörigen befinden. Sofern dies in den nationalen Rechtsvorschriften vorgesehen ist, können auch Verpflichtungserklärungen und Bürgschaften von Gastgebern i.S.d. nationalen Rechts Nachweise für das Vorhandensein ausreichender Mittel darstellen (zur Sicherung des Lebensunterhalts vgl. § 2 Absatz 3 sowie Nummer V.1.4. Gemeinsame Konsularische Instruktion), wobei allerdings zu berücksichtigen ist, dass es sich hierbei nur um Rückgriffsinstrumente handelt. Das Aufenthaltsgesetz sieht eine Sicherungsmöglichkeit im Rahmen einer Verpflichtungserklärung nach § 68 vor, die bei der Prüfung der Erteilungsvoraussetzungen des Schengen-Visums ggf. zu berücksichtigen ist.
- 6.1.4.1 Eine Abweichung von den Erteilungsvoraussetzungen des SDÜ kommt nach den Artikeln 5 Absatz 4 Buchstabe c) Schengener Grenzkodex, 16 SDÜ nur aus humanitären Gründen, aus Gründen des nationalen Interesses oder auf Grund internationaler Verpflichtungen in Betracht. § 6 Absatz 1 Satz 2 stellt klar, dass von der Ausnahmemöglichkeit u.a. zur Wahrung politischer Interessen oder aus völkerrechtlichen Gründen Gebrauch gemacht werden kann.
- 6.1.4.2 Die Abweichung nach den Artikeln 5 Absatz 4 Buchstabe c) Schengener Grenzkodex, 16 SDÜ hat allerdings zwingend zur Folge, dass die räumliche Geltung des Visums auf das Hoheitsgebiet der betroffenen Vertragspartei beschränkt werden muss (Artikel 16 SDÜ). Dem trägt § 6 Absatz 1 Satz 3 Rechnung. Liegt zu dem betreffenden Drittstaatsangehörigen eine Ausschreibung gemäß Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe d) Schengener Grenzkodex vor, so unterrichtet der Mitgliedstaat, der die Einreise in sein Hoheitsgebiet gestattet, die anderen Mitgliedstaaten darüber (vgl. Artikel 5 Absatz 4 Buchstabe c) Satz 2 Schengener Grenzkodex, Artikel 16 SDÜ). Eine Ausnahme nach Artikel 5 Absatz 4 Buchstabe c) Schengener Grenzkodex kommt nicht in Betracht, wenn nationales Recht sie ausschließt (z.B. § 5 Absatz 4, § 11 Absatz 1).
- 6.1.5 Die Erteilung des in Absatz 1 Nummer 2 bezeichneten Schengen-Visums ist anders als bei einem nationalen Visum nicht von einem gesetzlich vorgesehenen oder konkret benannten Aufenthaltszweck abhängig. Maßgeblich ist die Beantragung für einen kurzfristigen Aufenthalt (Gültigkeit bis zu drei Monaten innerhalb einer Sechsmonatsfrist). Unberührt hiervon bleibt die Obliegenheit des Antragstellers, im Regelfall den tatsächlich beabsichtigten Aufenthaltszweck (z. B. Besuchsaufenthalt, Geschäftsreise etc.) und die Rückkehrbereitschaft nachzuweisen.
- 6.1.6 Im Visum soll der Aufenthaltszweck so konkret wie möglich angegeben werden. Das Schengen-Visum kann bei der Erteilung und Verlängerung mit einer Bedingung oder Auflage verbunden werden (§ 12 Absatz 2). Bei den im Schengen-Visum enthaltenen und nach der Gemeinsamen Konsularischen Instruktion zulässigen Eintragungen (Feld „Anmerkungen“) handelt es sich nur dann um Nebenbestimmungen i. S. v. § 12, wenn das Schengen-Visum von einer deutschen Behörde erteilt oder verlängert und die Nebenbestimmung von einer deutschen Behörde verfügt worden ist. Vor der Erteilung oder Verlängerung eines Schengen-Visums kann eine Sicherheitsleistung für entstehende Ausreisekosten gefordert werden (§ 66 Absatz 2 und 5, § 67).
- 6.1.7 Für deutsche Schengen-Visa gilt § 4 Absatz 2 Satz 2, wonach jeder Aufenthaltstitel erkennen lassen muss, ob die Ausübung einer Erwerbstätigkeit erlaubt ist. Die Erlaubnis gilt nur für Deutschland, nicht für andere Schengen-Staaten. Umgekehrt gilt ein entsprechender Eintrag anderer Schengen-Staaten nicht für Deutschland. Die Ausübung einer Erwerbstätigkeit i. S. d. § 2 Absatz 2 ist im Bundesgebiet allerdings auch ohne besondere Erlaubnis einer deutschen Behörde mit einem von einem anderen Schengen-Staat ausgestellten Schengen-Visum zulässig, wenn die Tätigkeit nach § 16 BeschV nicht als Beschäftigung gilt oder eine entsprechende Erwerbstätigkeit selbständig ausgeübt wird (vgl. § 17 Absatz 2 AufenthV).
- 6.1.8.1.1 Nach Artikel 11 Absatz 1, 19 Absatz 2 und 20 Absatz 1 SDÜ wird der kurzfristige Aufenthalt von bis zu drei Monaten je Sechsmonatszeitraum vom Datum der ersten Einreise an berechnet. Der Europäische Gerichtshof hat mit Urteil vom 3. Oktober 2006 über die Auslegung des Artikels 20 Absatz 1 SDÜ und den darin enthaltenen Begriff „erste Einreise“ entschieden (Rs. Bot – C-241/05). Der Begriff der „ersten Einreise“ i. S. d. Artikel bezeichnet demnach
- die zeitlich erste Einreise in den Schengenraum überhaupt,
 - die weitere Einreise in den Schengenraum nach Ablauf einer Frist von sechs Monaten ab der zeitlich ersten Einreise oder jede weitere Einreise, die nach Ablauf jeder

neuen Frist von sechs Monaten ab einem Datum der ersten Einreise erfolgt.

6.1.8.1.2 Im Ergebnis ist es zulässig, wenn ein Drittstaatsangehöriger zwei unmittelbar aufeinander folgende Aufenthalte kumuliert und sich dadurch nahezu sechs Monate im Schengenraum aufhält. Allerdings muss zwischen den Sechsmonatszeiträumen in jedem Fall zwingend eine Aus- und Wiedereinreise in den Schengenraum erfolgen.

6.1.8.1.3 Die in Artikel 11 Absatz 1, 19 Absatz 2 bzw. 20 Absatz 1 SDÜ genannte Dreimonatsfrist wird in Kapitel VI Ziff. 1.4. Gemeinsame Konsularische Instruktion konkretisiert. Danach beträgt die Höchstaufenthaltsdauer 90 Tage pro Halbjahr. Der Begriff „Halbjahr“ wird nach Artikel 5 Absatz 1 Schengener Grenzkodex für Zwecke der Berechnung der Aufenthaltsdauer durch den Begriff „Sechsmonatszeitraum“ konkretisiert.

6.1.8.2 Bei Staatsangehörigen der Drittländer, die in der Liste in Anhang I der Verordnung (EG) Nummer 539/2001 des Rates zur Aufstellung der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der Außengrenzen im Besitz eines Visums sein müssen, sowie der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige von dieser Visumpflicht befreit sind (ABl. L 81 S. 1) aufgeführt sind („Negativstaater“), ist ein vorangegangener nationaler Aufenthalt (länger als drei Monate) nicht auf die Zeiten des Aufenthalts nach dem SDÜ anzurechnen, sofern kurz nach dem Ende des Aufenthalts nach nationalem Recht ein Kurzaufenthalt nach dem SDÜ begehrt wird. Bei Staatsangehörigen der Drittländer, die in der Liste in Anhang II der o. a. Verordnung aufgeführt sind („Positivstaater“) ist nach Beendigung eines Aufenthalts nach nationalem Recht die unmittelbare Wiedereinreise als sichtsvermerksfreier Drittstaat i. S. v. Artikel 20 Absatz 1 SDÜ möglich. In beiden Fällen ist bei einem kurzfristigen Aufenthalt, der an einen Aufenthalt nach nationalem Recht anschließt erforderlich, dass erst eine Ausreise aus dem Schengengebiet und eine anschließende Wiedereinreise erfolgt, damit die erforderlichen Einreisevoraussetzungen nach Artikel 5 Absatz 1 Schengener Grenzkodex überprüft werden können.

In derartigen Fällen ist – um dem Ausländer den Aufwand einer aus rein formalen Gründen vorzunehmenden Aus- und Wiedereinreise zu ersparen – die Erteilung einer anschließend an den ursprünglichen Aufenthalt nach nationalem Recht für drei Monate gültigen Aufenthaltserlaubnis nach § 7 Absatz 1 Satz 3 i. d. R. auf Antrag vorzunehmen, sofern die Einreisevoraussetzungen nach Artikel 5 Schengener Grenzkodex und die Erteilungsvoraussetzungen des § 5 erfüllt sind, keine Anhaltspunkte dafür bestehen, dass unmittelbar nach Ablauf der so erteilten Aufenthaltserlaubnis eine Aus- und Wiedereinreise erfolgt, um zusätzlich ein Auf-

enthaltsrecht nach Artikel 20 SDÜ zu erlangen und auch sonst gegen den weiteren Aufenthalt keine Bedenken bestehen.

6.1.8.3 Für einen Aufenthalt im Schengenraum vor Beginn der Gültigkeit eines bereits erteilten nationalen Visums gilt Folgendes: So genannte „Positivstaater“ (d. h. nach der EG-Visa-Verordnung visumfreie Drittstaatsangehörige), denen bereits ein Visum für einen längerfristigen Aufenthalt (z. B. Au-pair-Beschäftigung) erteilt wurde, können auch für einen Aufenthalt von bis zu drei Monaten vor Gültigkeit des nationalen Visums visumsfrei einreisen.

Da auch „Positivstaater“ grundsätzlich nicht das Recht haben, die Aufenthaltserlaubnis nach der Einreise im Inland einzuholen (vgl. §§ 17, 41 AufenthV), muss der „Positivstaater“ bereits mit dem (erst später wirksamen) nationalen Visum in die Bundesrepublik einreisen.

6.2 Erteilung von Visa mit mehrjähriger Gültigkeit

Ein Schengen-Visum nach § 6 Absatz 1 kann unter den schengenrechtlichen Voraussetzungen auch als einheitliches Visum mit ein- oder mehrjähriger Gültigkeit erteilt werden (so genanntes unechtes Einjahres- oder Mehrjahresvisum) (vgl. auch Nummer 6.1.2.3). Das Visum mit einer Gültigkeitsdauer von einem bis zu fünf Jahren berechtigt zu einem dreimonatigem Aufenthalt innerhalb eines Sechsmonatszeitraums und zur mehrmaligen Einreise. Nach Kapitel I Nummer 2.1.3 Gemeinsame Konsularische Instruktion kann das Visum an zuverlässige Personen ausgestellt werden, die die erforderlichen Garantien bieten und für eine Vertragspartei von besonderem Interesse sind oder die aus nachvollziehbaren Gründen regelmäßig reisen werden. Die Feststellung der erforderlichen Garantien verlangt eine hinreichende Wahrscheinlichkeit, dass sämtliche Erteilungsvoraussetzungen während der gesamten Geltungsdauer des Visums vorliegen werden, so dass eine erneute Einzelfallprüfung vor jeder Einreise entbehrlich ist. Der Nachweis eines Reisekrankenversicherungsschutzes für den ersten Aufenthaltszeitraum ist ausreichend. Nach den Vorschriften der Gemeinsamen Konsularischen Instruktion darf von der Möglichkeit der Ausstellung von Mehrjahresvisa nur in Ausnahmefällen Gebrauch gemacht werden. Regelungen über Mehrjahresvisa in zwischen der Europäischen Union und Drittstaaten geschlossenen so genannten Visum erleichterungsabkommen lassen die o. g. Regelungen der Gemeinsamen Konsularischen Instruktion unberührt.

6.3 Verlängerung von Schengen-Visa

6.3.1 Die Verlängerung eines Schengen-Visums richtet sich nach § 6 Absatz 3. Danach kann ein Schengen-Visum, das bei der Erteilung durch die Auslandsvertretung nicht für drei Monate

	ausgestellt wurde, im Inland entsprechend gemeinschaftsrechtlicher Vorgaben bis zu einer Gesamtaufenthaltsdauer von drei Monaten innerhalb einer Frist von sechs Monaten verlängert werden (Satz 1), sofern die Erteilungsvoraussetzungen noch vorliegen. Eine Änderung des Visumzwecks ist nicht gestattet. Der Antrag ist ordnungsgemäß zu begründen; insbesondere können höhere Gewalt, humanitäre, berufliche oder schwerwiegende persönliche Gründe berücksichtigt werden. Die Sechsmonatsfrist beginnt mit dem Tag der ersten Einreise. Wenn die Dauer des Aufenthaltes mit einem Schengen-Visum durch die Ausländerbehörde in diesem Sinne verändert wird, handelt es sich also um die Verlängerung eines Visums, nicht um die Erteilung eines anderen Aufenthaltstitels.		der zuständigen Verwaltungsbehörde von dieser Regelung abgewichen werden.
6.3.1.1	Nach Artikel 17 Absatz 3 Buchstabe e) SDÜ trifft der Exekutivausschuss (nunmehr der Rat) die erforderlichen Entscheidungen in Bezug auf die Voraussetzungen für die Verlängerung von Schengen-Visa unter Berücksichtigung der Interessen aller Vertragsparteien. Die gemeinsamen Grundsätze für die Verlängerung des einheitlichen Visums sind in der Anlage des Beschlusses des Exekutivausschusses SCH/Com-ex (93) 21 vom 14. Dezember 1993 aufgeführt. Danach ist u. a. Folgendes festgelegt:	6.3.1.2	Die Verlängerung eines Schengen-Visums kommt nur unter den Voraussetzungen für die Erteilung eines Schengen-Visums in Betracht (Artikel 15 SDÜ i. V. m. Artikel 5 Absatz 1 Buchstaben a), c), d) und e) Schengener Grenzkodex). Bei der Verlängerung ist insbesondere zu prüfen,
	– Die Verlängerung der durch das Visum gewährten Aufenthaltsdauer ist auf Antrag bis zu einer Aufenthaltsdauer von 90 Tagen (je Sechsmonatszeitraum) möglich, wenn sich nach der Ausstellung des Visums neue Tatsachen ergeben.	6.3.1.2.1	– ob der Lebensunterhalt des Ausländers gesichert ist (Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe c) Schengener Grenzkodex) und der Ausländer nicht zur Einreiseverweigerung ausgeschrieben ist (Artikel 96 SDÜ) sowie
	– Der Antrag ist ordnungsgemäß zu begründen, wobei insbesondere höhere Gewalt, humanitäre, berufliche oder schwerwiegende persönliche Gründe angeführt werden können.	6.3.1.2.2	– ob Tatsachen geltend gemacht werden, die eine Verlängerung des Visums wegen wichtiger persönlicher Belange (z. B. Krankenhausbehandlung, familiäre Hilfeleistung, Todesfall eines nahen Verwandten, Termine bei Gerichten und Behörden), aus humanitären Gründen oder wegen höherer Gewalt rechtfertigen. Bei Besuchsreisen zu Verwandten ist ein den Belangen des Einzelfalls angemessener Maßstab anzulegen (z. B. Grad der Verwandtschaft, Verfestigung des Aufenthalts des im Bundesgebiet lebenden Ausländers).
	– Eine Änderung des Zwecks des Visums ist in keinem Fall gestattet.	6.3.1.3	Bestehen begründete Zweifel, ob der Ausländer über ausreichende Mittel zur Sicherung des Lebensunterhalts für den weiteren Aufenthalt im Bundesgebiet verfügt, kann die Verlängerung von einem geeigneten Nachweis und in geeigneten Fällen der ergänzenden Vorlage einer Erklärung nach § 68 Absatz 1 Satz 1 abhängig gemacht werden.
	– Die Verlängerung des Visums erfolgt im Rahmen der nationalen Verfahren.	6.3.1.4	Die Erteilung oder Verlängerung eines Schengen-Visums in einem ungültig gewordenen Reisedokument ist grundsätzlich ausgeschlossen (Artikel 13 Absatz 1 SDÜ; siehe jedoch Artikel 5 Absatz 4 Buchstabe c) Schengener Grenzkodex). Bei der Erteilung bzw. Verlängerung des Schengen-Visums ist sicherzustellen, dass die Rückreise des Ausländers in seinen Herkunftsstaat oder eine Reise in einen Drittstaat auch in Anbetracht der Gültigkeitsdauer des Reisedokuments möglich ist (Artikel 13 Absatz 2 SDÜ) und ggf. durchgesetzt werden kann.
	– Für die Verlängerung ist die Behörde des Staates zuständig, in dessen Hoheitsgebiet sich der Antragsteller befindet.	6.3.1.5	Bei der Bemessung der Verlängerungsfrist ist auf das Datum der ersten Einreise bzw. die Gültigkeit des Visums abzustellen. Im Fall der Verlängerung darf der räumliche Geltungsbereich des Visums nicht erweitert werden. Bei der Verlängerung können die Ausländerbehörden in Ausnahmefällen (z. B. ärztliche Behandlung, besorgniserregende Ereignisse bei nächsten Familienangehörigen, wichtige persönliche Gründe) jeweils eine zusätzliche (Wieder-) Einreise in das Schengen-Gebiet gestatten (siehe Nummer 2.5).
	– Bei Angehörigen von Staaten oder bei Personengruppen, bei denen in einer oder mehreren Vertragspartei(en) das Verfahren der Konsultation der zentralen Behörden erforderlich ist, darf die Verlängerung des Visums nur in Ausnahmefällen erfolgen. Wird das Visum verlängert, so ist die zentrale Behörde des Staates in Kenntnis zu setzen, dessen Auslandsvertretung das Visum ausgestellt hat.	6.3.1.6	Bei Angehörigen von Staaten oder bei Personengruppen, bei denen vor der Visumerteilung
	– Das verlängerte Visum bleibt ein einheitliches Visum, das zur Einreise in das Hoheitsgebiet aller Vertragsparteien berechtigt, für das es bei seiner Erteilung gültig war; in Ausnahmefällen kann durch Entscheidung		

durch die Auslandsvertretungen der Schengen-Staaten ein Konsultationsverfahren erforderlich ist (Artikel 17 Absatz 2 SDÜ; siehe auch Anlage 5 zur Gemeinsamen Konsularischen Instruktion), darf die Verlängerung nur in dringenden Ausnahmefällen erfolgen. Die Verlängerung des Visums ist dem Auswärtigen Amt bzw. dem Bundesverwaltungsamt innerhalb von drei Tagen mitzuteilen, wenn das Schengen-Visum von der Auslandsvertretung eines anderen Schengen-Staates erteilt worden ist. Das Auswärtige Amt bzw. das Bundesverwaltungsamt setzt die zentrale Behörde des Staates in Kenntnis, dessen Auslandsvertretung das Visum ausgestellt hat. In die Mitteilung sind Name, Vorname, Geburtsdatum, Staatsangehörigkeit des Visuminhabers, Art und Nummer des Reisedokuments, Nummer der Visummarke, Visumkategorie, Datum und Ort der Visa Ausstellung, verlängerte Gültigkeits- bzw. Aufenthaltsdauer aufzunehmen.

6.3.1.7 Bei der Verlängerung des Visums ist durch einen Vermerk nach § 4 Absatz 2 Satz 2 die Ausübung einer Erwerbstätigkeit auszuschließen, sofern die Auslandsvertretung dies im ursprünglichen Visum ebenfalls vermerkt hatte oder der Grund des weiteren Aufenthaltes nicht in der Ausübung einer Erwerbstätigkeit besteht. Ist hingegen der Zweck des ursprünglichen Visums zum kurzfristigen Aufenthalt auf die Aufnahme oder Ausübung einer Erwerbstätigkeit gerichtet und besteht der Verlängerungsgrund gerade darin, dass die Möglichkeit der Ausübung dieser Tätigkeit verlängert werden soll, so ist auch in das Verlängerungsvisum die Erlaubnis zur Ausübung der Tätigkeit aufzunehmen. Handelt es sich dabei um eine Tätigkeit, deren Erlaubnis nur mit Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit erteilt werden darf, ist diese Zustimmung vor der Verlängerung einzuholen.

6.3.1.8.1 Nach § 59 Absatz 1 Satz 3 AufenthV ist für die Verlängerung des Schengen-Visums das in Anlage D13b AufenthV abgedruckte Muster zu verwenden. Bei den Verlängerungsetiketten handelt es sich um sicherungsbedürftige Gegenstände, die nach den einschlägigen Sicherheitsvorschriften für Bundes- und Landesbehörden aufzubewahren und zu registrieren sind.

6.3.1.8.2 Für das Ausfüllen des Visumetiketts wird auf Abschnitt VI sowie auf die Anlagen 9 und 13 zur Gemeinsamen Konsularischen Instruktion verwiesen. Die Eintragungen sind mit dokumentenechter Tinte bzw. Dokumentenstiften vorzunehmen.

6.3.1.8.3 Auf dem Klebeetikett ist im Feld „Dauer des Aufenthalts ... Tage“ (Nutzungsdauer) die Anzahl der für den verlängerten Aufenthalt gestatteten Tage mit zwei Ziffern einzutragen, wobei die erste Ziffer eine 0 ist, wenn die Anzahl der Tage weniger als 10 beträgt. Die Aufenthaltstage dürfen 90 Tage pro Sechsmonats-

zeitraum ab dem Datum der ersten Einreise (soweit angegeben) bzw. der Gültigkeit des Schengen-Visums nicht überschreiten.

6.3.1.8.4 Unter Berücksichtigung der Nutzungs- und Gültigkeitsdauer des ursprünglichen Schengen-Visums ist im Feld der Gültigkeitsdauer nach dem Wort „vom“ der erste Tag anzugeben, an dem das verlängerte Schengen-Visum gültig ist (= Tag nach Ablauf der Nutzungsdauer, wenn die Gültigkeit noch länger andauert, oder Tag nach Ablauf der Gültigkeitsdauer, wenn die Nutzungsdauer von 90 Tagen pro Halbjahr noch nicht erschöpft ist). Nach dem Wort „bis“ ist unter Berücksichtigung der verlängerten Nutzungsdauer der letzte Tag der Gültigkeit anzugeben. Die Tage der Gültigkeitsdauer dürfen die Tage der Nutzungsdauer nicht überschreiten.

6.3.1.8.5 Die Felder hinsichtlich des räumlichen Gültigkeitsbereichs und der Art des Visums sind grundsätzlich dem ursprünglichen Schengen-Visum entsprechend auszufüllen. Wird eine zusätzliche Einreise gewährt, ist im Feld „Anzahl der Einreisen“ die zusätzliche Einreise mit „01“ anzugeben; ansonsten ist das Feld durchzustreichen.

6.3.1.8.6 Bei der Verlängerung des Schengen-Visums ist das Verlängerungsetikett im Anschluss an das Schengen-Visumetikett bzw. andere Klebeetiketten, an Stempel oder sonstige Eintragungen anzubringen.

6.3.1.8.7 Bei der Verlängerung eines Schengen-Visums von Staatsangehörigen der Staaten, bei denen bei der Visumerteilung in einem oder mehreren Schengen-Staaten das Verfahren der Konsultation der zentralen Behörden erforderlich gewesen ist (Artikel 17 Absatz 2 SDÜ; Anlage 5B zur Gemeinsamen Konsularischen Instruktion), ist im Bundesgebiet kein Konsultationsverfahren durchzuführen.

6.3.2 Eine weitere Verlängerung für weitere drei Monate innerhalb der betreffenden Sechsmonatsfrist kommt nach Absatz 3 Satz 3 entsprechend dem Verweis auf Absatz 1 Satz 2 nur aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen oder zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland in Betracht. Durch die Verlängerung über drei Monate hinaus darf das Schengen-Visum nach den Regelungen des SDÜ nicht mehr als Schengen-Visum bezeichnet werden. Es wird als nationales Visum („D“-Visum) auf dem einheitlichen Sichtvermerk verlängert. Als nationales Visum berechtigt es nach Artikel 18 Satz 3 SDÜ den Inhaber nur noch dazu, durch andere Schengen-Staaten zu reisen, um sich nach Deutschland zu begeben, solange kein dort aufgeführter Versagungsgrund vorliegt; diese Durchreisefunktion ist allerdings bereits bei der Erteilung erschöpft, weil sich der Ausländer schon im Bundesgebiet befindet. Zur Durchreise durch andere Schengen-Staaten zum Zweck der Rückreise, insbesondere nach Artikel 5 Absatz 4 Buchstabe c)

Schengener Grenzkodex, berechtigt das Visum dann nicht. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, dass bei einer Verlängerung als nationales Visum, womit zwar nur ein Aufenthalt in Deutschland möglich ist, gleichwohl eine oder mehrere Wiedereinreisen nach Deutschland innerhalb des Gültigkeitszeitraums ausnahmsweise erlaubt werden können (z. B. zur Ausreise aus dem Schengenraum). In diesem Fall stellt die Ausländerbehörde die Verlängerung des Visums aus und sieht die Möglichkeit einer mehrfachen Einreise in dem Klebeetikett vor.

In besonders gelagerten Ausnahmefällen, in denen der Ausländer im Schengen-Raum reisen muss und Sicherheits- oder andere Interessen anderer Schengen-Staaten nicht gefährdet sind, kann – obwohl nicht das erforderliche Visum nach § 5 Absatz 2 Satz 1 vorliegt – auf Grund der Ausnahmeregelung des § 5 Absatz 2 Satz 2 eine Aufenthaltserlaubnis nach § 7 Absatz 1 Satz 3 erteilt werden, die dann nach Artikel 21 SDÜ zum Reisen innerhalb des Schengen-Raums berechtigt. Von dieser Möglichkeit ist restriktiv Gebrauch zu machen.

6.3.3 Die Fiktionsbescheinigung berechtigt, sofern sie nach § 81 Absatz 4 erteilt wurde (drittes Feld auf Seite 3 des Trägervordrucks angekreuzt) im Zusammenhang mit dem bisherigen Aufenthaltstitel (einschließlich des bisherigen Visums), dessen Gültigkeitszeitraum endete, und einem anerkannten und noch gültigen Pass oder Passersatz zum Reisen innerhalb des Schengen-Raums; sie ist entsprechend für die Aufnahme in die Gemeinsame Konsularische Instruktion notifiziert worden. Sofern die Fiktionsbescheinigung nach § 81 Absatz 3 erteilt wurde (erstes oder zweites Feld auf Seite 3 des Trägervordrucks angekreuzt), berechtigt sie nicht zum Reisen im Schengen-Raum (vgl. näher Nummer 81.3.6 und 81.5.3).

6.4 Nationales Visum

6.4.1 § 6 Absatz 4 legt in Anlehnung an Artikel 18 SDÜ fest, dass für längerfristige Aufenthalte ein nationales Visum erforderlich ist. Nach § 4 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 ist das nationale Visum ein eigenständiger Aufenthaltstitel. Seine Erteilung richtet sich gemäß § 6 Absatz 4 Satz 2 nach den für die Aufenthalts- und Niederlassungserlaubnis sowie die Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG je nach Aufenthaltszweck geltenden Vorschriften. Bereits für die Erteilung des Visums müssen daher neben den allgemeinen Regelerteilungsvoraussetzungen gemäß § 5 – z. B. Sicherung des Lebensunterhalts (§ 5 Absatz 1 Nummer 1), Ausschluss einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit (§ 5 Absatz 1 Nummer 2 i. V. m. § 55 Absatz 1), Erfüllung der Passpflicht (§ 5 Absatz 1 Nummer 4) – auch die für die Erteilung einer Aufenthalts- oder Niederlassungserlaubnis oder einer Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG erforderlichen besonderen tatbestandlichen Erfordernisse erfüllt sein. Vor Ablauf der Gel-

tungsdauer des Visums ist entsprechend dem bei der Visumerteilung angegebenen Aufenthaltszweck eine Aufenthaltserlaubnis, Niederlassungserlaubnis oder Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG im Inland zu beantragen. Veränderungen während der Geltungsdauer des Visums können zur Anwendbarkeit einer anderen Rechtsgrundlage führen; nach § 39 Nummer 1 AufenthV kann einem Inhaber eines nationalen Visums ein Aufenthaltstitel zu jedem gesetzlich vorgesehenen Aufenthaltszweck ohne erneutes Visumverfahren erteilt werden. Um spätere Unklarheiten bei der Berechnung von Fristen zu vermeiden, enthält § 6 Absatz 4 Satz 3 eine Anrechnungsbestimmung.

6.4.2.1 Nationale Visa werden, sofern nicht besondere Umstände eine Abweichung rechtfertigen, etwa um eine frühzeitige Vorsprache bei der Ausländerbehörde zu bewirken, für drei Monate ausgestellt. Da das „D“-Visum nur zur Durchreise durch das Hoheitsgebiet der anderen Mitgliedstaaten und nicht zum Aufenthalt im Schengenraum berechtigt, sollten nationale Visa grundsätzlich als „D+C“ mit mehrfacher Einreise und grundsätzlich nur für drei Monate erteilt werden. Für Folgeaufenthalte ist bei Erfüllung der Voraussetzungen eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen.

6.4.2.2 In Absprache mit der zuständigen Ausländerbehörde können im Einzelfall zur Wahrung von Sicherheitsbelangen eine kürzere Geltungsdauer vorgesehen und Nebenbestimmungen verfügt werden (z. B. Verpflichtung zur sofortigen Vorsprache bei der Ausländerbehörde nach der Einreise, Beschränkung auf einen bestimmten Studienort und Studiengang), wobei entsprechende Anregungen bereits bei Übersendung des Visumantrags in das Votum an die Ausländerbehörde aufgenommen werden können.

6.4.2.3 Das nationale Visum kann in Einzelfällen in Abstimmung mit der zuständigen Ausländerbehörde für einen längeren Zeitraum als drei Monate ausgestellt werden, wenn – etwa in Fällen des § 7 Absatz 1 Satz 3 – der Aufenthalt für einen vorübergehenden sonstigen Zweck für höchstens ein Jahr ermöglicht werden soll, die Ausländerbehörde keinen Bedarf für eine Vorsprache des Antragstellers und zur Durchführung weiterer Überprüfungen sieht, und ersichtlich kein Bedürfnis für die Erteilung eines Aufenthaltstitels besteht, der gemäß Anlage 4 der Gemeinsamen Konsularischen Instruktion zu Reisen in andere Schengen-Staaten berechtigen würde.

6.4.2.4 Jüdischen Zuwanderern und ihren gemeinsam mit ihnen aufzunehmenden Familienangehörigen ist ein auf 90 Tage befristetes nationales Visum zu erteilen, wenn eine bestandskräftige gültige Aufnahmezusage i. S. d. § 23 Absatz 2 vorliegt (vgl. Nummer 23.2). In das Visum sind Auflagen aus der Aufnahmezusage zu übernehmen. Die Zustimmung nach § 32 AufenthV

gilt als erteilt. Bei der Erteilung dieses Visums prüfen die Auslandsvertretungen neben der Gültigkeitsdauer und Erlöschenstatbeständen nur, ob der zugrunde liegende Aufnahmebescheid nicht offensichtlich rechtswidrig ist. Im Übrigen besteht keine Prüfungskompetenz oder weiteres Ermessen der Auslandsvertretungen.

6.4.3

Grundsätzlich bedarf ein nationales Visum der Zustimmung der zuständigen Ausländerbehörde am beabsichtigten Aufenthaltsort (§ 99 Absatz 1 Nummer 3; § 31 AufenthV). Nach § 31 AufenthV bedarf ein Visum der Zustimmung, wenn

- der Ausländer sich länger als drei Monate im Bundesgebiet aufhalten will,
- der Ausländer im Bundesgebiet eine Erwerbstätigkeit ausüben will, die nicht § 16 BeschV unterfällt oder
- die Daten des Ausländers nach § 73 Absatz 1 Satz 1 an die Sicherheitsbehörden übermittelt werden.

In den beiden letzten Fallgruppen gilt das Zustimmungserfordernis auch bei der Erteilung von Schengen-Visa.

6.4.3.1

Mit dem Zustimmungsverfahren bei der Erteilung nationaler Visa sollen eine umfassende Feststellung des entscheidungserheblichen Sachverhalts auch im Inland (Einkommensverhältnisse und Wohnraum des zusammenführenden Ehegatten in Deutschland zur Sicherung des Lebensunterhalts) und im Hinblick auf die regelmäßig nach der Einreise bei der zuständigen Ausländerbehörde beantragte längerfristige Aufenthalts- und Niederlassungserlaubnis eine einvernehmliche Würdigung des Antrags ermöglicht werden. Ausnahmen vom Zustimmungserfordernis sehen §§ 32 bis 37 AufenthV vor.

6.4.3.2

Die Zustimmung zur Visumerteilung ist eine verwaltungsinterne, selbständig nicht einklagbare oder anfechtbare Handlung. Eine Visumerteilung ohne erforderliche Zustimmung ist nicht zulässig. Eine abschließende Entscheidung über die Erteilung nationaler Visa, bei der die Ausländerbehörde nach § 31 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 AufenthV beteiligt worden ist, soll grundsätzlich im Einvernehmen getroffen werden. Soweit das Einvernehmen im Ausnahmefall nicht hergestellt werden kann, kann die Auslandsvertretung den Visumantrag trotz Zustimmung der Ausländerbehörde in eigener Zuständigkeit nach § 71 Absatz 2 ablehnen. Bei anderen langfristigen Aufenthaltszwecken (z. B. Studien- oder Au-pair-Aufenthalte) kann die Auslandsvertretung das nationale Visum im Einzelfall ohne eine Beteiligung der Ausländerbehörde ablehnen, wenn sie den entscheidungserheblichen Sachverhalt eigenständig feststellen kann und eine darüber hinausgehende Würdigung durch die

Ausländerbehörde im Inland entbehrlich erscheint.

6.4.3.3

Im Zustimmungsverfahren nach § 31 AufenthV übermittelt die Auslandsvertretung der Ausländerbehörde am beabsichtigten Aufenthaltsort den Antrag auf das nationale Visum mit den antragsbegründenden und ggf. weiteren Unterlagen (z. B. Befragungsniederschriften) zur eigenständigen Prüfung. Sie fügt ein Votum zum Visumantrag bei. Die Zustimmungserklärung der Ausländerbehörde muss ausdrücklich erfolgen. Sie muss eine Würdigung des entscheidungserheblichen Sachverhalts und die Auseinandersetzung mit den einschlägigen Erteilungsvoraussetzungen erkennen lassen, um Grundlage für die Erteilung eines Visums der Auslandsvertretung sein zu können.

6.4.3.4

Nach § 31 Absatz 1 Satz 2 und 3 AufenthV gilt die Zustimmung der Ausländerbehörde als erteilt, wenn sie nicht innerhalb der dort bestimmten Fristen der Visumerteilung ausdrücklich widerspricht oder eine längere Bearbeitungsdauer mitteilt (so genanntes Schweigefristverfahren). Die Aufzählung der Fallgruppen in § 31 Absatz 1 Satz 2 und 3 AufenthV ist abschließend. Die Anwendung des Schweigefristverfahrens schließt eine ausdrückliche Zustimmung der Ausländerbehörde gegenüber der Auslandsvertretung während der Frist nicht aus. Hierdurch kann im Einzelfall eine beschleunigte Visumerteilung ermöglicht werden.

6.4.4

Das als „D“-Visum ausgestellte nationale Visum ist grundsätzlich nur für das Hoheitsgebiet des jeweils ausstellenden Schengen-Staates gültig. Es berechtigt den Ausländer jedoch zur einmaligen Einreise in das Schengen-Gebiet und zur Durchreise durch andere Schengen-Staaten, um in das Hoheitsgebiet des ausstellenden Staates zu gelangen, sofern der Ausländer die Einreisevoraussetzungen gemäß Artikel 5 Absatz 1 Buchstaben a), d) und e) Schengener Grenzkodex erfüllt oder er nicht auf der nationalen Ausschreibungsliste des Mitgliedstaats steht, durch dessen Hoheitsgebiet die Durchreise begehrt wird (Artikel 18 Satz 3 SDÜ).

Nach Artikel 5 Absatz 4 Buchstabe a) Schengener Grenzkodex wird Ausländern, die über einen von einem Schengen-Staat ausgestellten Aufenthaltstitel, ein Rückreisevisum oder erforderlichenfalls über beide Dokumente verfügen und die nicht auf der nationalen Ausschreibungsliste des Mitgliedstaats, an dessen Außengrenzen sie einreisen wollen, mit einer Anweisung ausgeschrieben sind, sie zurückzuweisen oder ihnen die Durchreise zu verweigern, die Einreise in das Hoheitsgebiet der anderen Mitgliedstaaten zum Zwecke der Durchreise zur Erreichung des Hoheitsgebiets des Mitgliedstaats gestattet, der den Aufenthaltstitel oder das Rückreisevisum ausgestellt hat. Die jeweils geltenden Aufenthaltstitel und Rückreiseseichtvermerke ergeben sich aus An-

	lage 4 zur Gemeinsamen Konsularischen Instruktion. Die Dauer der Durchreise ist auf fünf Tage beschränkt.						stehen, befinden sich diese i. d. R. in dem Abschnitt für den jeweiligen Aufenthaltszweck. Nach dem in §§ 7 und 8 verankerten Trennungsprinzip zwischen den in Kapitel 2 Abschnitte 3 bis 7 näher beschriebenen Aufenthaltszwecken ist ein Ausländer regelmäßig darauf verwiesen, seine aufenthaltsrechtlichen Ansprüche aus den Rechtsgrundlagen abzuleiten, die der Gesetzgeber für die spezifischen vom Ausländer verfolgten Aufenthaltszwecke geschaffen hat.
6.4.5	Wird ein nationales Visum nach § 6 Absatz 4 Satz 2 für einen Aufenthaltszweck ausgestellt, bei dem eine Erwerbstätigkeit ganz oder mit Beschränkungen zu gestatten ist, oder liegt eine Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit zur Erlaubnis zur Beschäftigung vor, ist die Erlaubnis zur Ausübung der Erwerbstätigkeit im entsprechenden Umfang bereits im nationalen Visum anzugeben. Ist dies in fehlerhafter Weise unterblieben, besteht in Fällen, in denen die Ausübung einer Erwerbstätigkeit kraft Gesetzes auf Grund der Rechtsgrundlage des erteilten nationalen Visums erlaubt ist, diese Erlaubnis auch entgegen der fehlerhaften Angabe im Visum. Die fehlerhafte Angabe im Visum ist dann auf Antrag oder von Amts wegen von der zuständigen Auslandsvertretung oder Ausländerbehörde gebührenfrei zu berichtigen. Wird in diesen Fällen nach der Einreise mit dem Visum eine Aufenthaltserlaubnis, Niederlassungserlaubnis oder Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG bei der Ausländerbehörde beantragt, ist in eine ggf. ausgestellte Fiktionsbescheinigung die Erlaubnis zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit trotz des fehlerhaften Vermerks im Visum im rechtlich zutreffenden Umfang zu vermerken.	7.1.1.0	Der Aufenthaltszweck ist aus dem Aufenthaltstitel ersichtlich. Bei der Erteilung der Aufenthaltserlaubnis trägt die Ausländerbehörde den Erteilungsgrund in derselben Weise in das Klebeetikett ein, in der der Aufenthaltszweck im Ausländerzentralregister gespeichert wird. Die Eintragung ist im Feld für Anmerkungen vorzunehmen (§ 59 Absatz 3 AufenthV). Die abschließende Liste der möglichen Aufenthaltszwecke ergibt sich aus den Tabellenteilen 10 und 11 der Anlage zur DV-AZRG, die in ihrem wesentlichen Inhalt nachstehend abgedruckt ist:				
		7.1.1.1	Aufenthaltserlaubnis				
		7.1.1.1.1	A. Aufenthalte zum Zweck der Ausbildung nach				
			1. § 16 Absatz 1 (Studium)				
			2. § 16 Absatz 1a (Studienbewerbung)				
			3. § 16 Absatz 4 (Arbeitsplatzsuche nach Studium)				
			4. § 16 Absatz 5 (Sprachkurse, Schulbesuch)				
			5. § 16 Absatz 6 (innergemeinschaftlich mobiler Student)				
			6. § 17 (sonstige Ausbildungszwecke)				
		7.1.1.1.2	B. Aufenthalt zum Zweck der Erwerbstätigkeit nach				
			1. § 18 (Beschäftigung)				
			2. § 18a (Aufenthaltserlaubnis für qualifizierte Geduldete zum Zweck der Beschäftigung)				
			3. § 20 Absatz 1 (Forscher)				
			4. § 20 Absatz 5 (in einem anderen Mitgliedsstaat zugelassener Forscher)				
			5. § 21 (selbständige Tätigkeit)				
		7.1.1.1.3	C. Aufenthalt aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen nach				
			1. § 22 Satz 1 (Aufnahme aus dem Ausland)				
			2. § 22 Satz 2 (Aufnahme durch Bundesministerium des Innern)				
			3. § 23 Absatz 1 (Aufnahme durch Land)				
			4. § 23 Absatz 2 (besondere Fälle)				
			5. § 23a (Härtefallaufnahme durch Länder)				
			6. § 24 (vorübergehender Schutz)				
7	Zu § 7 – Aufenthaltserlaubnis						
7.1	Aufenthaltszwecke						
7.1.1	Die Aufenthaltserlaubnis ist der befristete Aufenthaltstitel nach dem Aufenthaltsgesetz. Sie wird zu den in Kapitel 2 Abschnitte 3 bis 7 genannten Aufenthaltszwecken erteilt. Je nach dem verfolgten Aufenthaltszweck ergeben sich aus der Aufenthaltserlaubnis unterschiedliche Rechtsfolgen, etwa hinsichtlich der Möglichkeiten der Verfestigung, des Familiennachzuges, der Erwerbstätigkeit oder dem Zugang zu sozialen Leistungen. Sofern für bestimmte Aufenthaltszwecke Sonderregelungen be-						

	<ul style="list-style-type: none"> 7. § 25 Absatz 1 (Asyl) 8. § 25 Absatz 2 (Genfer Flüchtlingskonvention) 9. § 25 Absatz 3 (Abschiebungsverbot) 10. § 25 Absatz 4 Satz 1 (dringende persönliche oder humanitäre Gründe) 11. § 25 Absatz 4 Satz 2 (Verlängerung wegen außergewöhnlicher Härte) 12. § 25 Absatz 5 (rechtliche oder tatsächliche Gründe) 		<ul style="list-style-type: none"> 8. § 38a (langfristig Aufenthaltsberechtigte anderer Mitgliedstaaten) 9. § 104a Absatz 1 Satz 1 (Aufenthaltserlaubnis auf Probe) 10. § 23 Absatz 1 Satz 1 i. V. m. § 104a Absatz 1 Satz 2 (gesetzliche Altfallregelung) 11. § 23 Absatz 1 Satz 1 i. V. m. § 104a Absatz 2 Satz 1 (Altfallregelung für volljährige Kinder von Geduldeten) 12. § 23 Absatz 1 Satz 1 i. V. m. § 104a Absatz 2 Satz 2 (Altfallregelung für unbegleitete Flüchtlinge) 13. § 23 Absatz 1 Satz 1 i. V. m. § 104b (integrierte Kinder von Geduldeten) 14. § 4 Absatz 5 (Assoziationsrecht EWG/Türkei) 15. Aufenthaltserlaubnis nach dem Freizügigkeitsabkommen EG/Schweiz für freizügigkeitsberechtigte Schweizerische Bürger 16. Aufenthaltserlaubnis nach dem Freizügigkeitsabkommen EG/Schweiz für Angehörige von freizügigkeitsberechtigten Schweizerischen Bürgern
7.1.1.1.4	<p>D. Aufenthalt aus familiären Gründen nach</p> <ul style="list-style-type: none"> 1. § 28 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 (Familiennachzug zu Deutschen: Ehegatte) 2. § 28 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 (Familiennachzug zu Deutschen: Kinder) 3. § 28 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 Satz 2 (Familiennachzug zu Deutschen: Elternteil) 4. § 28 Absatz 4 (Familiennachzug zu Deutschen: Sonstige) 5. § 30 (Ehegattennachzug) 6. § 32 Absatz 1 Nummer 1 (Kindernachzug zu Asylberechtigten) 7. § 32 Absatz 1 Nummer 2 (Kindernachzug im Familienverband) 8. § 32 Absatz 2 (Kindernachzug über 16 Jahren) 9. § 32 Absatz 2a (Kind eines langfristig Aufenthaltsberechtigten im Mitgliedstaat) 10. § 32 Absatz 3 (Kindernachzug unter 16 Jahren) 11. § 32 Absatz 4 (Kindernachzug im Härtefall) 12. § 33 (Geburt im Bundesgebiet) 13. § 36 Absatz 1 (Nachzug von Eltern) 14. § 36 Absatz 2 (Nachzug sonstiger Familienangehöriger) 		
7.1.1.1.5	<p>E. Besondere Aufenthaltserlaubnisse nach</p> <ul style="list-style-type: none"> 1. § 7 Absatz 1 Satz 3 (sonstige begründete Fälle) 2. § 25 Absatz 4a (Opfer von Menschenhandel) 3. § 31 Absatz 1, 2, 4 (eigenständiges Ehegattenaufenthaltsrecht) 4. § 34 Absatz 2 (eigenständiges Aufenthaltsrecht von Kindern) 5. § 37 Absatz 1 (Wiederkehr Jugendlicher und Heranwachsender) 6. § 37 Absatz 5 (Wiederkehr Rentner) 7. § 38 Absatz 1 Nummer 2, Absatz 2 und 5 (ehemalige Deutsche) 	7.1.1.2	<p>Niederlassungserlaubnis/unbefristeter Aufenthaltstitel nach</p> <ul style="list-style-type: none"> 1. § 9 (allgemein) 2. § 9a (Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG) 3. § 19 (Hochqualifizierte) 4. § 21 Absatz 4 (drei Jahre selbständige Tätigkeit) 5. § 23 Absatz 2 (besondere Fälle) 6. § 26 Absatz 3 (Asyl/Genfer Flüchtlingskonvention nach drei Jahren) 7. § 26 Absatz 4 (aus humanitären Gründen nach sieben Jahren) 8. § 28 Absatz 2 (Familienangehörige von Deutschen) 9. § 31 Absatz 3 (eigenständiges Aufenthaltsrecht der ausländischen Ehegatten) 10. § 35 (Kinder) 11. § 38 Absatz 1 Nummer 1 (ehemalige Deutsche) 12. dem Freizügigkeitsabkommen EG/Schweiz für freizügigkeitsberechtigte Schweizerische Bürger 13. dem Freizügigkeitsabkommen EG/Schweiz für Angehörige von freizügigkeitsberechtigten Schweizerischen Bürgern
		7.1.2	<p>Der Wechsel des Aufenthaltszwecks ist möglich, wenn im Aufenthaltsgesetz keine speziellen Ausschlussgründe genannt sind. Kommen mehrere Aufenthaltszwecke in Betracht, ist im Zweifel davon auszugehen, dass ein Aus-</p>

länder denjenigen Aufenthaltstitel beantragt hat, der den weitest gehenden Berechtigungsgehalt – etwa mit Bezug auf die Ausübung einer Erwerbstätigkeit und die Aufenthaltsverfestigung – vermittelt, sofern der entsprechende Erteilungstatbestand erfüllt ist, und hilfsweise ein Aufenthaltstitel für andere in Betracht kommende Zwecke beantragt wurde. Nach § 14 Absatz 2 Satz 1 BeschVerfV gilt die Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit zur Ausübung einer Beschäftigung im Rahmen ihrer zeitlichen Begrenzung auch für jeden weiteren Titel fort. Die Zustimmung gilt allerdings dann nicht fort, wenn ein Aufenthaltszweckwechsel vom völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Aufenthaltszweck zum Zwecke der Beschäftigung nach § 18 erfolgen soll.

7.1.2.1 Einschränkungen für einen Zweckwechsel bestehen während des Studiums (§ 16 Absatz 2) und während einer beruflichen Aus- oder Weiterbildung (§ 17 Satz 3). Inhaber eines Schengenvisums können ohne vorherige Ausreise nur dann in einen langfristigen Aufenthaltszweck überwechseln, wenn nach der Einreise ein Anspruch auf Erteilung eines Aufenthaltstitels entstanden ist (§ 39 Nummer 3 AufenthV). Für Asylbewerber gilt § 10.

7.1.2.2 Beantragt ein Ausländer einen Aufenthaltstitel zu einem anderen Zweck, prüft die Ausländerbehörde, ob die gesetzlichen Voraussetzungen für den neuen Aufenthaltszweck vorliegen, ob keine Ausschlussgründe eingreifen und übt, soweit erforderlich, Ermessen aus. Gibt sie dem Antrag statt, wird eine neue Aufenthaltserlaubnis ausgestellt. Im Fall der Ablehnung des Antrages gilt die alte Aufenthaltserlaubnis bis zum Ablauf ihrer Geltungsdauer weiter und kann auch bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen verlängert werden. Im Zweifel gilt die Verlängerung als mit beantragt, wenn die bisherige Aufenthaltserlaubnis zeitnah ausläuft. Für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zu einem anderen Aufenthaltszweck als demjenigen, zu dem eine bestehende Aufenthaltserlaubnis bisher galt, findet die besondere Gebührenregelung des § 45 Nummer 3 AufenthV Anwendung, deren Formulierung allein zur Klarstellung des Unterschiedes zwischen einer völligen Neuerteilung einer Aufenthaltserlaubnis einerseits und der Änderung des Aufenthaltszwecks andererseits gewählt wurde.

7.1.3 Ein Aufenthaltstitel nach § 7 Absatz 1 Satz 3 kann nur zu einem Zweck erteilt werden, der in Kapitel 2 Abschnitte 3 bis 7 nicht geregelt ist. Diese Zwecke lassen sich nicht abschließend aufzählen. Denkbar ist z.B., dass ein vermöglicher Ausländer sich in Deutschland niederlassen möchte, um hier von seinem Vermögen zu leben. Darüber hinaus handelt es sich um eine Auffangregelung für unvorhergesehene Fälle. Es gelten die allgemeinen Erteilungsvoraussetzungen des § 5. In allen Fällen, in denen auf § 7 Absatz 1 Satz 3 zurückgegriffen wird, ist unter Berücksichtigung der für und

gegen den Aufenthalt des Ausländers im Bundesgebiet sprechenden schutzwürdigen Individualinteressen des Ausländers und öffentlichen Interessen zu entscheiden. Sind spezielle Voraussetzungen, die für den angestrebten Aufenthaltszweck in gesetzlichen Sondertatbeständen festgelegt sind, nicht erfüllt, ist die zuständige Ausländerbehörde nicht berechtigt, weitere auf § 7 Absatz 1 Satz 3 gestützte Ermessenserwägungen anzustellen. So kann § 7 Absatz 1 Satz 3 nicht herangezogen werden, wenn dem Ausländer unter Anwendung von § 27 eine Aufenthaltserlaubnis erteilt oder verlängert werden soll. Dies bedeutet aber nicht, dass § 7 Absatz 1 Satz 3 allein deshalb nicht angewendet werden kann, nur weil der Ausländer zu einem speziell geregelten Zweck einen Aufenthalt im Bundesgebiet anstreben könnte, es aber gar nicht will. So kann etwa § 7 Absatz 1 Satz 3 auf vermögliche Pensionäre angewendet werden, deren erwachsene Kinder im Bundesgebiet leben, sofern keine familiäre Lebensgemeinschaft angestrebt wird, sondern nur reine Besuchsbegegnungen stattfinden sollen. Denn dann handelt es sich von vornherein nicht um einen beabsichtigten Aufenthalt aus familiären Gründen i. S. d. Kapitels 2 Abschnitt 6, so dass auch keine außergewöhnliche Härte i. S. d. § 36 vorliegen muss. In Betracht kommen etwa auch Fälle, in denen ein Drittstaatler mit Wohnsitz in einem anderen Staat – auch ggf. einem Schengen-Staat – eine Ferienwohnung in Deutschland unterhält, in der er sich häufiger aufhält. Hinsichtlich der hierfür erforderlichen Erteilung eines Visums wird auf Nummer 6.4.2.3 hingewiesen. Eine Aufenthaltserlaubnis kann auch nach § 7 Absatz 1 Satz 3 erteilt werden, wenn ein Ausländer im Schengen-Raum reisen möchte, sein Antrag auf einen Aufenthaltstitel aber noch bearbeitet wird. Die entsprechende Fiktionsbescheinigung nach § 81 Absatz 3 Satz 1 würde zum Reisen im Schengenraum nicht berechtigen (vgl. näher Nummer 6.3.3). Die Aufenthaltserlaubnis ist dann mit dem Vermerk zu versehen:

„Vorläufige Aufenthaltserlaubnis unter dem Vorbehalt des Widerrufs.“

Dem Ausländer ist aktenkundig mitzuteilen, dass die endgültige Entscheidung über die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis vorbehalten bleibt. Mit diesem Vermerk versehen, begründet die Aufenthaltserlaubnis keinen Vertrauensschutz (vgl. auch Nummer 8.1.2). Der vorläufig erteilte Aufenthaltstitel ist auf den voraussichtlichen Bearbeitungszeitraum zu befristen.

7.2

Befristung bzw. nachträgliche Verkürzung der Geltungsdauer der Aufenthaltserlaubnis

7.2.1

Mit der Maßgabe, die Geltungsdauer der Aufenthaltserlaubnis unter Berücksichtigung des beabsichtigten Aufenthaltszwecks zu befristen, hat die zuständige Behörde ausreichenden Spielraum, eine dem Einzelfall angemessene

	Befristung festzulegen. Die Befristung muss sich nicht auf die gesamte Dauer des beabsichtigten Aufenthalts erstrecken. Sie kann unter dem Gesichtspunkt der Überprüfung der Voraussetzungen auch vorzeitig enden.		
7.2.2	Nachträgliche Verkürzung der Geltungsdauer	7.2.2.1.3	Bei der Ermessensausübung können etwa die in § 55 Absatz 3 genannten Gesichtspunkte Gewicht haben. Liegen Ausweisungsgründe vor, sind diese in die Ermessenserwägungen auch unter dem Gesichtspunkt einzubeziehen, ob anstelle der Ausweisung die nachträgliche Verkürzung der Geltungsdauer der Aufenthaltserlaubnis als mildere Maßnahme in Betracht kommt.
7.2.2.1	Eine für die Erteilung, die Verlängerung oder die Bestimmung der Geltungsdauer wesentliche Voraussetzung ist dann entfallen, wenn eine Erteilungsvoraussetzung des § 5 entfällt oder der Aufenthaltsszweck, zu dem der Aufenthalt im Bundesgebiet erlaubt wurde, nicht durchgeführt wird, vorzeitig erfüllt oder sonst vorzeitig entfallen ist, ohne dass damit zugleich ein Ausweisungsgrund verwirklicht sein müsste. Liegen diese Voraussetzungen vor, ist der Ausländerbehörde ein weiter Ermessensbereich eröffnet, in dem sie eine sachgerechte Interessenabwägung vorzunehmen hat. Zu berücksichtigen ist jedoch, ob der nachträglichen Verkürzung der Geltungsdauer des Aufenthaltstitels spezielle Vorschriften entgegenstehen, die den Anwendungsbereich des § 7 Absatz 2 Satz 2 einschränken.	7.2.2.2	Sind wesentliche Voraussetzungen für die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis entfallen, darf dies in die Ermessenserwägungen mit einbezogen werden, es sei denn, dass die Aufenthaltserlaubnis auf einem gesetzlichen Anspruch beruht. Sofern kein gültiger Pass oder Passersatz vorliegt (§ 5 Absatz 1, § 3 Absatz 1), ist § 52 Absatz 1 Nummer 1 anzuwenden.
		7.2.2.3	Wurde der Aufenthaltstitel durch unzutreffende Angaben erschlichen (z.B. Vortäuschen einer ehelichen Lebensgemeinschaft) und wurden diese Angaben der Erteilung eines Aufenthaltstitels maßgeblich zugrunde gelegt, kommt neben strafrechtlichen Sanktionen die Rücknahme des Aufenthaltstitels nach Verwaltungsverfahrenrecht in Betracht. § 7 Absatz 2 Satz 2 ist nicht anwendbar, da die Erteilungsvoraussetzungen nicht nachträglich entfallen sind, sondern nie vorgelegen haben. Die Möglichkeit der Rücknahme hängt nicht davon ab, ob wegen einer nachweislichen Täuschungshandlung eine strafrechtliche Verurteilung bereits erfolgt ist. Bei Rücknahme einer erschlichenen Einbürgerung lebt der ehemalige Aufenthaltstitel nicht wieder auf. In diesen Fällen ist nicht über die Rücknahme eines Aufenthaltstitels, sondern über die Erteilung eines Aufenthaltstitels bzw. über die Beendigung des Aufenthalts zu entscheiden.
7.2.2.1.1	Der Wegfall einer Erteilungs- bzw. Verlängerungsvoraussetzung i. S. d. Vorschrift kann etwa in der Beendigung der Lebensgemeinschaft eines Ausländers mit seinem im Bundesgebiet lebenden Ehegatten oder in der dauernden Aufhebung einer sonstigen für den Fortbestand des Aufenthaltsszwecks erheblichen familiären Lebensgemeinschaft liegen. Diese Umstände sind insoweit wesentlich, als die Voraussetzungen für einen Familiennachzug nun nicht mehr vorliegen. Wesentlich im gesetzlichen Sinne ist diese Voraussetzung allerdings nur dann, wenn sich nicht aus anderen Gründen eine gesetzliche Möglichkeit ergibt, den Aufenthaltstitel zu verlängern. Dies ist etwa dann zu bejahen, wenn die Voraussetzungen für ein eigenständiges Aufenthaltsrecht bereits vorliegen oder die Voraussetzungen für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit vorliegen und die Bundesagentur für Arbeit zugestimmt hat, soweit dies nach den allgemeinen Regeln erforderlich ist.	7.2.2.4	Die nachträgliche zeitliche Verkürzung der Geltungsdauer einer Aufenthaltserlaubnis darf nicht rückwirkend verfügt werden. Sie darf frühestens auf den Zeitpunkt der Bekanntgabe festgelegt werden. Da erst nach diesem Zeitpunkt die Ausreisepflicht beginnt, darf die in der Abschiebungsandrohung zu bestimmende Ausreisefrist erst nach der zeitlichen Verkürzung des Aufenthalts beginnen.
		7.2.2.5	Die nachträgliche zeitliche Verkürzung der Geltungsdauer der Aufenthaltserlaubnis bedarf der Schriftform (§ 77 Absatz 1 Satz 1).
7.2.2.1.2	Auch Aufenthaltsrechte, die auf Europäischem Gemeinschaftsrecht beruhen (z.B. Aufenthaltsrechte nach Artikel 6 Absatz 1, Artikel 7 ARB 1/80) können einer nachträglichen Verkürzung der Geltungsdauer der Aufenthaltserlaubnis entgegenstehen. Dies ist nicht der Fall bei § 38a, da Artikel 22 Absatz 1 Buchstabe b) der Richtlinie 2003/109/EG des Rates vom 25. November 2003 betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen (ABl. EU 2004 Nummer L 16 S. 44, so genannte Daueraufenthalts-Richtlinie) den Mitgliedstaaten die Möglichkeit einräumt, den Aufenthaltstitel bei Wegfall der Voraussetzungen nachträglich zu beenden.	7.2.2.6	Widerspruch und Anfechtungsklage gegen die nachträgliche zeitliche Verkürzung der Geltungsdauer der Aufenthaltserlaubnis haben aufschiebende Wirkung (§ 80 Absatz 1 VwGO). Die aufschiebende Wirkung dieser Rechtsbehelfe bewirkt zwar nicht, dass die Ausreisepflicht entfällt (vgl. § 84 Absatz 2 Satz 1), sie ist jedoch nicht vollziehbar (vgl. § 58 Absatz 2 Satz 2). Die Ausreisepflicht ist jedoch vollziehbar, wenn gemäß § 80 Absatz 2 Satz 1 Nummer 4 VwGO die sofortige Vollziehung einer Verfügung nach § 7 Absatz 2 Satz 2 angeordnet wird oder in den Fällen des § 80b Ab-

	satz 1 VwGO. Mit Rücksicht auf den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit muss ein besonderes, über die Voraussetzung für die Beschränkung der Aufenthaltserlaubnis hinausgehendes öffentliches Interesse vorliegen (z.B. Wiederholungsgefahr, Ausschreibung zur Einreiseverweigerung im SIS). Es ist bei Täuschungshandlungen zu berücksichtigen, dass nicht der Eindruck erweckt werden darf, dass Ausländer trotz einer nachweisbaren Täuschung ein – wenn auch unsicheres – Aufenthaltsrecht erwirken können und somit im Ergebnis gegenüber Ausländern, die richtige Angaben machen, einen Vorteil haben.		
7.2.2.7	Grundsätzlich kann von einer nachträglichen zeitlichen Verkürzung der Geltungsdauer der Aufenthaltserlaubnis abgesehen werden, wenn deren Geltungsdauer nur noch sechs Monate beträgt und keine gewichtigen Gründe für eine (umgehende) Entfernung des Ausländers aus dem Bundesgebiet vorliegen (z.B. Wiederholungsgefahr, Ausschreibung zur Einreiseverweigerung im SIS). Im Hinblick auf eine sofortige Durchsetzung der Ausreisepflicht kann mit der nachträglichen Verkürzung der Geltungsdauer der Aufenthaltserlaubnis und durch die Ausgestaltung der Nebenbestimmung mit einer Frist zur Ausreise, die mindestens 14 Tage betragen soll, die Abschiebung ohne Androhung und Fristsetzung in Betracht kommen.		
7.2.2.8	Die Ausreisefrist darf erst zu einem Zeitpunkt beginnen, in dem der Ausländer den Aufenthaltstitel gemäß § 84 Absatz 2 nicht mehr besitzt.		
8	Zu § 8 – Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis		
8.1	Verlängerungsvoraussetzungen		
8.1.1	Nach § 8 Absatz 1 gelten für die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis im Anspruchs- oder Ermessensbereich dieselben Vorschriften wie für ihre Erteilung. Besondere gesetzliche Verlängerungsregelungen sind vorrangig (z. B. § 16 Absatz 4, § 30 Absatz 3, § 31 Absatz 4 Satz 1, § 34 Absatz 1).	8.1.3	Erfüllt ein Ausländer die zeitlichen Voraussetzungen für die Erteilung der Niederlassungserlaubnis oder der Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG, soll die Ausländerbehörde ihn auf die Möglichkeit der Antragstellung hinweisen (§ 82 Absatz 3). Weist der Ausländer die Voraussetzungen für die Niederlassungserlaubnis bzw. die Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG nicht nach, obwohl er auf den Rechtsanspruch hingewiesen wurde, darf die Aufenthaltserlaubnis antragsgemäß befristet verlängert werden.
		8.1.4	Im Falle der Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis ist die Geltungsdauer grundsätzlich so zu bestimmen, dass sie am Tage nach dem Ablauf der bisherigen Geltungsdauer beginnt. Dies gilt auch dann, wenn die Ausländerbehörde erst zu einem späteren Zeitpunkt über die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis entscheidet. Bei rechtzeitiger Antragstellung gilt der bisherige Aufenthaltstitel bis zur Entscheidung der Ausländerbehörde als fortbestehend (§ 81 Absatz 4). Zur verspäteten Antragstellung vgl. ausführlich Nummer 81.4.2.1 ff..
8.1.2	Die Gewährung eines befristeten Aufenthaltsrechts gibt dem Ausländer keinen Anspruch auf Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis. Soweit ein Ermessenstatbestand vorliegt, ist unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit, der Gleichbehandlung und des Vertrauensschutzes bei der Entscheidung über die Verlängerung zugunsten des Ausländers auch zu berücksichtigen, dass während eines vorangegangenen rechtmäßigen Aufenthalts schutzwürdige persönliche, wirtschaftliche oder sonstige Bindungen zum Bundesgebiet entstanden sein können. Bei einem Wechsel des Aufenthaltszwecks handelt es sich i. d. R. um die Erteilung eines neuen Aufenthaltstitels, so dass die entsprechenden Erteilungsvoraussetzungen für den anderen Aufenthaltszweck erfüllt sein müssen. Zum Fachrichtungswechsel bei Studienaufenthalten ist Nummer 16.2 zu beachten.	8.1.5	Eine zu einem früheren Aufenthaltstitel erteilte Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit zu einer Beschäftigung gilt im Rahmen ihrer zeitlichen Begrenzung fort, sofern das Beschäftigungsverhältnis fortgesetzt wird (§ 14 Absatz 2 BeschVerfV). Eine vor Inkrafttreten des Aufenthaltsgesetzes erteilte Arbeitsgenehmigung gilt bei Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis im Rahmen ihrer Geltungsdauer als Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit fort (§ 105 Absatz 1 Satz 2). Die einer IT-Fachkraft nach § 6 Absatz 2 der Verordnung über die Arbeitsgenehmigung für hochqualifizierte Fachkräfte der Informations- und Kommunikationstechnologie erteilte befristete Arbeitserlaubnis gilt als unbefristete Zustimmung zum Aufenthaltstitel zur Ausübung einer Beschäftigung fort (§ 46 Absatz 2 BeschV).
		8.2	Ausschluss der Verlängerung
		8.2.1.1	§ 8 Absatz 2 eröffnet der zuständigen Behörde die Möglichkeit, die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis durch eine Nebenbestimmung auszuschließen. Dies betrifft beispielsweise kurzfristige Arbeitsaufenthalte, bei denen eine Aufenthaltsverfestigung nicht zulässig ist (Saisonarbeitnehmer, Werkvertragsarbeitnehmer) oder Aufenthalte auf Grund spezifischer Postgraduiertenprogramme der Entwicklungszusammenarbeit, bei denen sich die Geförderten von vornherein verpflichtet haben, nach Abschluss der Hochschulfortbildung zurückzukehren. Auf diese Weise soll die Ausländerbehörde von Anfang an Klarheit über die Perspektive der Aufenthaltsdauer im Bundesge-

	biet schaffen. Siehe hierzu auch Nummer 9a.3.4.1.		
8.2.1.2	<p>Absatz 2 ist nicht anzuwenden, wenn der Aufenthaltswitzwek zwar einem zeitlichen Rahmen unterliegen mag, aber nach der gesetzlichen Wertung des Aufenthaltsgesetzes keine Bedenken gegen einen längeren Aufenthalt bestehen.</p> <ul style="list-style-type: none"> – Dies ist z. B. der Fall bei Studenten (vgl. § 16 Absatz 4). Etwas anderes gilt, wenn sie bereits derart lange ein Studium betreiben, dass ein Hineinwachsen in ein verfestigtes Aufenthaltsrecht ohne Studienabschluss zu erwarten ist. Ist bei Studenten etwa damit zu rechnen, dass sie auf Grund der Vorgaben von Richtlinien der Europäischen Union ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht erlangen können, obwohl sie zuvor ihr Studium nicht abgeschlossen haben werden, kommt eine Anwendung des § 8 Absatz 2 in Betracht. – Dies ist auch der Fall bei hoch qualifiziertem Personal, das sich zwar zur Durchführung eines bestimmten Vorhabens in Deutschland aufhält, dessen längerer Aufenthalt aber wegen der Qualifikation migrationspolitisch erwünscht wäre. 		
8.2.2	Die Rechtsfolge der Nichtverlängerbarkeit tritt kraft Gesetzes ein. Widerspruch und Klage gegen die Nebenbestimmung haben aufschiebende Wirkung.		
8.2.3	Eine Ausnahme von der als Regel angeordneten Nichtverlängerbarkeit kann dann in Betracht kommen, wenn sich die dem Erlass der Nebenbestimmung zu Grunde gelegten Umstände so wesentlich verändert haben, dass bei deren Kenntnis die Nebenbestimmung nach § 8 Absatz 2 nicht hätte erlassen werden dürfen. Im Falle einer solchen Ausnahme behält der Ausländer die Aufenthaltserlaubnis zum bisherigen Aufenthaltswitzwek. Kommt eine solche Ausnahme nicht in Betracht, ist zu prüfen, ob ihm aus humanitären Gründen eine Aufenthaltserlaubnis auf der Grundlage des § 25 Absatz 4 Satz 2 verlängert werden kann.		
8.3	Berücksichtigung der Verpflichtung zum Integrationskurs		
8.3.0.1	Absatz 3 enthält drei Regelungen. Nach Satz 1 ist jede Verletzung der Pflicht zur ordnungsgemäßen Teilnahme an einem Integrationskurs bei der Verlängerung zu berücksichtigen. Die Sätze 2 und 3 differenzieren dies für Anspruchs- und Ermessenskonstellationen. Nach Satz 2 soll eine Verlängerung bei wiederholter und gröblicher Verletzung der Teilnahmepflicht versagt werden, sofern kein Anspruch auf Verlängerung besteht. Nach Satz 3 kann eine Verlängerung auch in Anspruchsfällen versagt werden. Damit erfolgt eine rechtsfolgenbezogene Abstufung: Aus einer Kann-Verlängerung wird eine Soll-Versagung. Aus einem Anspruch wird eine Kann-Versagung.	8.3.0.2	Der Kursträger hat die Ausländerbehörde oder den zuständigen Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach § 8 Absatz 3 Satz 1 IntV zu informieren, wenn er feststellt, dass ein zur Teilnahme verpflichteter Ausländer nicht ordnungsgemäß i. S. v. § 14 Absatz 5 Satz 2 IntV teilnimmt. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge übermittelt der Ausländerbehörde Informationen über die Teilnahmeverpflichtung nach § 5 Absatz 2 und § 6 Absatz 1 IntV auf Ersuchen. Die Verpflichtung zur Teilnahme am Integrationskurs ist in dem bundeseinheitlichen Vordruck gemäß § 6 Absatz 3 IntV zu vermerken.
		8.3.1	Nach § 8 Absatz 3 hat die Ausländerbehörde die Verletzung der nach § 44a Absatz 1 Satz 1 bestehenden Pflicht zur ordnungsgemäßen Teilnahme an einem Integrationskurs bei der Entscheidung über die Verlängerung des Aufenthaltstitels zu berücksichtigen.
		8.3.1.1	Die Teilnahmepflicht richtet sich nach § 44a und der IntV (vgl. Nummer 44a).
		8.3.1.2	Die Teilnahme am Integrationskurs ist nach § 14 Absatz 5 Satz 2 IntV ordnungsgemäß, wenn der Ausländer so regelmäßig am Kurs teilnimmt, dass ein Kurserfolg möglich ist und der Lernerfolg insbesondere nicht durch Kursabbruch oder häufige Nichtteilnahme gefährdet ist und er am Abschlusstest nach § 17 Absatz 1 IntV teilnimmt. Die Teilnahme ist daher insbesondere dann nicht ordnungsgemäß, wenn der Integrationskurs gar nicht oder nur so unregelmäßig besucht wird, dass das Kursziel gefährdet wird. Die Ausländerbehörde kann vom Ausländer die Vorlage der Bescheinigung über die ordnungsgemäße Teilnahme nach § 14 Absatz 5 Satz 1 IntV verlangen.
			Die ordnungsgemäße Teilnahme ist auf Erreichung des Kursziels gerichtet, die Abschlussprüfung mit dem Ziel ausreichender Deutschkenntnisse. Zur ordnungsgemäßen Teilnahme gehört daher auch die Teilnahme am Abschlusstest; auf eine erfolgreiche Teilnahme am Abschlusstest kommt es aber nicht an. Ziel ist es, dass der Teilnehmer durch die Teilnahme dokumentiert, dass er sich bemüht, ausreichende Sprachkenntnisse i. S. v. § 43 Absatz 3 i. V. m. § 3 Absatz 2 IntV zu erlangen.
		8.3.1.3	Die Berücksichtigung der nicht ordnungsgemäßen Teilnahme am Integrationskurs kann z. B. durch die Festlegung einer kürzeren Verlängerungsfrist, um alsbald eine erneute Gelegenheit zur Überprüfung zu erhalten oder durch die Ablehnung der Verlängerung geschehen. Soweit die Verlängerung im Ermessen der Behörde steht, soll bei wiederholter und gröblicher Verletzung der Pflichten nach Satz 1 die Verlängerung abgelehnt werden. Besteht ein Anspruch auf Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis nur nach dem Aufenthaltsgesetz, kann die Verlängerung abgelehnt werden. Im Rahmen der Ermessensentscheidung ist zu berücksichtigen, ob der Ausländer den Nachweis er-

	bringt, dass seine Integration in das gesellschaftliche Leben anderweitig erfolgt oder mit hinreichender Sicherheit zu erwarten ist, und die Versagung der Verlängerung nicht insbesondere aus den in Satz 4 genannten Gesichtspunkten als unbillige Härte anzusehen ist.		
8.3.2	Die Regelung des § 8 Absatz 3 Satz 2 betrifft die Fälle, in denen der Ausländer keinen Anspruch auf die Erteilung einer Verlängerung hat. Hiernach soll die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis versagt werden, sofern der Ausländer wiederholt und gröblich gegen die Teilnahmepflicht verstoßen hat.		
8.3.2.1	Wiederholt ist ein Verstoß gegen die Teilnahmepflicht dann, wenn der Ausländer – trotz der erstmaligen Meldung des Kursträgers an die Ausländerbehörde oder den Träger der Grundversicherung für Arbeitsuchende nach § 8 Absatz 3 Satz 1 IntV – weiterhin dem Integrationskurs fernbleibt.	8.3.2	Als Rechtsfolge sieht § 8 Absatz 3 Satz 3 ein pflichtgemäßes Ermessen vor. Die Ausländerbehörde kann unter den Voraussetzungen des Satzes 3 den Anspruch auf die Verlängerung auf eine Ermessensentscheidung herabstufen. Im Rahmen dieser Ermessensentscheidung muss insbesondere der Verstoß gegen die Teilnahmepflicht berücksichtigt werden. Darüber hinaus sind jedoch auch weitere für die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis relevante Aspekte zu berücksichtigen, vgl. insbesondere § 8 Absatz 3 Satz 4.
8.3.2.2	Das Tatbestandsmerkmal „gröblich“ setzt voraus, dass der Ausländer – über das wiederholte Fernbleiben vom Integrationskurs hinaus – in besonders offenkundiger und damit schwerwiegender Weise gegen die Teilnahmeverpflichtung verstoßen hat. Der Ausländer wird auf die Teilnahmeverpflichtung und die rechtlichen Konsequenzen der Verletzung der Teilnahmepflicht im Rahmen der Titelerteilung bzw. bei Unterzeichnung der Eingliederungsvereinbarung hingewiesen, so dass eine spätere erneute Aufklärung grundsätzlich entbehrlich ist. Verstößt der Ausländer trotz dieses ersten Hinweises wiederholt gegen die Teilnahmeverpflichtung und erhält er deshalb einen weiteren Hinweis auf die ihm obliegende Pflicht sowie die rechtlichen Konsequenzen der Verletzung dieser Pflicht, so ist insbesondere im Fall des erneuten Fernbleibens eine gröbliche Verletzung der Teilnahmeverpflichtung anzunehmen. Die Pflicht zur ordnungsgemäßen Teilnahme ist insbesondere dann nicht gröblich verletzt, wenn der Teilnehmer krankheitsbedingt nicht an dem Kurs teilnehmen konnte und hierfür ein ärztliches Attest vorlegt.	8.3.4	Zur Vermeidung unbilliger Härten sind bei den Entscheidungen nach Absatz 3 Satz 1 bis 3 die Dauer des rechtmäßigen Aufenthalts, schutzwürdige Bindungen des Ausländers an das Bundesgebiet und die Folgen für die rechtmäßig im Bundesgebiet lebenden Familienangehörigen des Ausländers als maßgebliche Kriterien zu berücksichtigen.
		8.4	Ausnahmen von Absatz 3
			§ 8 Absatz 4 regelt die Ausnahmen von der Sanktionsregelung nach Absatz 3. Die Regelung ist teilweise europarechtlich geboten, teilweise hat sie klarstellenden Charakter.
8.3.3	§ 8 Absatz 3 Satz 3 betrifft die Fälle, in denen der Ausländer grundsätzlich einen Anspruch auf die Erteilung einer Verlängerung hat. Hiernach kann die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis versagt werden, sofern der Ausländer wiederholt und gröblich gegen die Teilnahmepflicht verstoßen hat.	8.4.1	Die in § 8 Absatz 4 enthaltene Ausnahmeregelung ist europarechtlich geboten, da nach der Richtlinie 2004/83/EG des Rates vom 29. April 2004 über Mindestnormen für die Anerkennung und den Status von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Flüchtlinge oder als Personen, die anderweitig internationalen Schutz benötigen, und über den Inhalt des zu gewährenden Schutzes (ABl. EU L 304 S. 12, so genannte Qualifikationsrichtlinie) Asylberechtigten und Flüchtlingen ein Aufenthaltstitel (siehe § 25 Absatz 1 und 2) nur aus zwingenden Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung oder im Falle von subsidiär Schutzberechtigten nur bei Vorliegen von Ausschlussklauseln (siehe § 25 Absatz 3 Satz 2) versagt werden kann. Der Verstoß gegen die Pflicht zur Teilnahme am Integrationskurs erfüllt diese Voraussetzungen nicht.
8.3.3.0	Im Umkehrschluss zu § 8 Absatz 3 Satz 2 a. F. war eine Versagung der Verlängerung in Anspruchsfällen vor In-Kraft-Treten des Richtlinienumsetzungsgesetzes nicht möglich, da die Ablehnung der Verlängerung ausschließlich in der Variante des Nichtvorliegens eines Anspruchs geregelt war.	8.4.2	Zwar ist § 8 Absatz 3 bereits durch § 26 Absatz 3 grundsätzlich ausgeschlossen, da der Ausländer eine Niederlassungserlaubnis erhält. Jedoch kann auch bei einer nach § 25 Absatz 1 oder 2 erteilten Aufenthaltserlaubnis im Einzelfall eine bloße Verlängerung in Betracht kommen, wenn das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge die in § 26 Absatz 3 erwähnte Mitteilung (noch) nicht getätigt hat.
8.3.3.1	Die Merkmale „wiederholt und gröblich“ in Satz 2 sind ergänzend auch in Satz 3 zu be-	8.4.3	Die Aufnahme von § 25 Absatz 4a hat klarstellenden Charakter, da diese Personengruppe auf Grund ihres nur vorübergehenden Aufenthalts nicht integrationsbedürftig ist und somit auch nicht unter die Regelung der §§ 44 und 44a fällt.

8.4.4 Ebenfalls von den Sanktionen des § 8 Absatz 3 ausgenommen sind türkische Arbeitnehmer und deren Familienangehörige, sofern sie auf der Grundlage des Assoziationsrechts mit der Europäischen Union, insbesondere nach ARB 1/80 begünstigt sind (vgl. Artikel 6 oder 7 ARB 1/80). Die nicht ordnungsgemäße bzw. Nichtteilnahme an einem Integrationskurs darf nicht bei der Entscheidung über die Beendigung des Aufenthaltes eines nach Assoziationsrecht begünstigten türkischen Staatsangehörigen berücksichtigt werden. Mangelnde Integration stellt für sich genommen keinen Grund zur Aufenthaltsbeendigung dar, die i. S. d. Artikels 14 Absatz 1 ARB 1/80 aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit erfolgen kann. Zur Auslegung der Merkmale der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ist zu beachten, dass der Europäische Gerichtshof diese entsprechend der Rechtsprechung zur Beendigung des Aufenthalts freizügigkeitsberechtigter Unionsbürger und deren Familienangehöriger auslegt, wobei allerdings die mit der Unionsbürgerrichtlinie eingeführten weitergehenden Ausweisungstatbestände auf türkische Staatsangehörige nicht anwendbar sind. Zur Möglichkeit der Sanktionierung bei nach Assoziationsrecht begünstigten türkischen Arbeitnehmern und deren Familienangehörigen vgl. Nummer 44a.3.3.

9 Zu § 9 – Niederlassungserlaubnis

9.1 Unbeschränktes Aufenthaltsrecht

Die Niederlassungserlaubnis gilt unbefristet, berechtigt zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit und darf nur in den durch das Aufenthaltsgesetz geregelten Fällen mit einer Nebenbestimmung versehen werden (Verbot bzw. Beschränkung der politischen Betätigung nach § 47; wohnsitzbeschränkende Auflage in den Fällen des § 23 Absatz 2). Die Niederlassungserlaubnis verleiht immer ein vollumfängliches Aufenthaltsrecht, losgelöst von einer ursprünglichen Zweckbindung.

9.2 Erteilungsvoraussetzungen

9.2.0 Die Niederlassungserlaubnis wird, wenn im Aufenthaltsgesetz nichts anderes bestimmt ist, unter den in § 9 Absatz 2 festgelegten Voraussetzungen erteilt. Dies gilt mit Ausnahme der verlängerten Mindestfrist von sieben Jahren auch im Fall des § 26 Absatz 4. Darüber hinaus gibt es bei einigen Aufenthaltswegen Sonderregelungen für die Erlangung der Niederlassungserlaubnis (§§ 19, 21 Absatz 4, § 23 Absatz 2, § 26 Absatz 3 und 4, § 28 Absatz 2, § 31 Absatz 3, §§ 35, 38 Absatz 1 Nummer 1). Die Erteilung der Niederlassungserlaubnis richtet sich in diesen Fällen nach den dort genannten Voraussetzungen und den allgemeinen Erteilungsvoraussetzungen des § 5. Statt dessen ist auch die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis nach § 9 Absatz 2 möglich, wenn die dort

genannten Voraussetzungen vorliegen; im Fall des § 26 Absatz 4 muss aber zudem die verlängerte Mindestfrist von sieben Jahren gegeben sein (zur Möglichkeit der Erteilung einer Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG in den Fällen des § 26 Absatz 3 und 4 vgl. Nummer 9a.3.1.1).

9.2.1.1

Aufenthaltserlaubnis seit fünf Jahren

Der Ausländer muss nach § 9 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 seit fünf Jahren eine Aufenthaltserlaubnis besitzen. Zeiten im Besitz eines nationalen Visums zählen mit (§ 6 Absatz 4 Satz 3). Hinsichtlich der Anrechenbarkeit von Auslandsaufenthalten und Aufenthalten zum Zweck des Studiums oder der Berufsausbildung ist § 9 Absatz 4 zu beachten. Aufenthaltsrechte, die bestanden haben, ohne dass der Ausländer eine Aufenthaltserlaubnis besaß, oder indem er von der Aufenthaltstitelpflicht befreit war – etwa indem er, ohne eine Aufenthaltserlaubnis zu besitzen, unter entsprechende Tatbestände des ARB 1/80 oder nach § 27 AufenthV fiel – werden nicht angerechnet. Angerechnet werden aber Aufenthaltszeiten, während derer er eine Aufenthaltserlaubnis nach § 4 Absatz 5 oder in Anwendung des § 27 Absatz 3 AufenthV besaß. Unterbrechungen der Rechtmäßigkeit des Aufenthalts (z. B. infolge verspäteter Anträge auf Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis) können gemäß § 85 bis zu einem Jahr außer Betracht bleiben.

9.2.1.1.1

Eine Anrechnung von Zeiten des Besitzes einer Aufenthaltsgenehmigung vor dem 1. Januar 2005 ist ausdrücklich nur im Fall des Besitzes einer Aufenthaltsbefugnis für den Anwendungsbereich des § 26 Absatz 4 vorgesehen. Zeiten des Besitzes einer Aufenthaltsbewilligung, die einer Verfestigung nicht zugänglich war, vor Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes zählen daher grundsätzlich nicht als Zeiten im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis nach § 9 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 (vgl. aber Nummer 9.2.1.1.2, 9.4.3 zur Ausnahme bei Aufenthalt zum Zwecke des Studiums oder der Berufsausbildung). Aufenthaltsbewilligungen und -befugnisse gelten zwar nach § 101 Absatz 2 mit Wirkung ab dem 1. Januar 2005 als Aufenthaltserlaubnis neuen Rechts fort. Diese Vorschrift stellt jedoch lediglich eine Überleitungsregelung dar und bezweckt ausschließlich, dass eine bestehende Aufenthaltsgenehmigung nicht förmlich umgeschrieben werden muss, sondern kraft Gesetzes mit Wirkung vom 1. Januar 2005 die Rechtswirkungen neuen Rechts entfaltet (vgl. Nummer 101.2). Rückwirkende Folgen wurden vom Gesetzgeber hingegen nicht angeordnet. Dies ergibt sich auch aus dem Umkehrschluss zu der Vorschrift in § 102 Absatz 2, die u. a. die Anrechnung von Zeiten des Besitzes einer Aufenthaltsbefugnis nach dem Ausländergesetz für die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis ausdrücklich anordnet. Einer solchen Regelung hätte es nicht bedurft, wenn diese Zeiten ohnehin rückwirkend als Zeiten einer Aufenthaltserlaubnis

	nach neuem Recht gelten würden. Die Zeiten des Besitzes einer nach dem Ausländergesetz erteilten Aufenthaltserlaubnis werden hingegen angerechnet, da die Aufenthaltserlaubnis im Gegensatz zur Aufenthaltsbewilligung einer Verfestigung zugänglich war.		
9.2.1.1.2	Zur Anrechnung von Zeiten des rechtmäßigen Aufenthalts zum Zweck des Studiums siehe Nummer 9.4.3.	9.2.1.4	Keine entgegenstehenden Gründe der öffentlichen Sicherheit und Ordnung
9.2.1.1.3	Besitzt der Ausländer zum Zeitpunkt der Antragstellung einen Aufenthaltstitel nach Kapitel 2 Abschnitt 5, gelten die abweichenden Erteilungsfristen des § 26.		Das Tatbestandsmerkmal der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in § 9 Absatz 2 Satz 1 Nummer 4 wurde im Rahmen des Richtlinienumsetzungsgesetzes an das Tatbestandsmerkmal des § 9a Absatz 2 Satz 1 Nummer 5 angepasst. Insoweit wird auf Nummer 9a.2.1.5 verwiesen.
9.2.1.2	Lebensunterhaltssicherung Hinsichtlich der Sicherung des Lebensunterhalts nach § 9 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 gilt grundsätzlich § 2 Absatz 3. Die Voraussetzung ist nicht erfüllt, wenn der Antragsteller den Lebensunterhalt nur für sich, nicht aber für seine Familienangehörigen in Deutschland, denen er zum Unterhalt verpflichtet ist, sicherstellen kann (siehe hierzu Nummer 2.3.2). Handelt es sich bei dem Antragsteller um einen ehemaligen Deutschen, der seinen gewöhnlichen Aufenthalt als Deutscher noch nicht fünf Jahre im Bundesgebiet hatte, aber über mindestens diesen Zeitraum über einen gesicherten Aufenthaltsstatus (ggf. als Deutscher und Ausländer) verfügt hat, so sollte der Rechtsgedanke von § 38 Absatz 3 herangezogen werden und in besonderen Fällen von der Anforderung der Lebensunterhaltssicherung abgesehen werden (vgl. hierzu Nummer 38.3.3).	9.2.1.5	Beschäftigungserlaubnis Arbeitnehmer müssen über einen Aufenthaltstitel verfügen, der ihnen die Beschäftigung erlaubt (§ 4 Absatz 3 Satz 1). Diese Erlaubnis muss unbefristet (z. B. auf Grund einer Regelung des Aufenthaltsgesetzes oder auf Grund § 46 Absatz 2 BeschV oder § 9 BeschVerfV) vorliegen. Arbeitnehmer in diesem Sinne ist jeder, der eine Beschäftigung i. S. d. § 2 Absatz 2 ausübt.
9.2.1.3	Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung	9.2.1.6	Berufsausübungserlaubnis
9.2.1.3.1	Der Nachweis von Aufwendungen für einen Anspruch auf Versicherungsleistungen, die denen aus der gesetzlichen Rentenversicherung vergleichbar sind, setzt nicht voraus, dass der Ausländer im Zeitpunkt der Erteilung der Niederlassungserlaubnis einen Versorgungsanspruch erworben hat, der den Lebensunterhalt ausreichend sichert. Entscheidend ist, ob unter der Voraussetzung, dass die private Altersvorsorge weitergeführt wird, Ansprüche in gleicher Höhe erworben werden, wie sie entstehen würden, wenn der Ausländer 60 Monatsbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung geleistet hätte und künftig weitere Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung entrichten würde. Die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung führen zum Erwerb eines Anspruchs auf Rente, zum einen für den Zeitpunkt des Ausscheidens aus dem Erwerbsleben mit Erreichen der entsprechenden Altersgrenze und zum anderen im Falle eines vorzeitigen Ausscheidens aus dem Erwerbsleben infolge Erwerbs- oder Berufsunfähigkeit. Diese beiden Ansprüche bilden den Maßstab für die Vergleichbarkeit. Vorausgesetzt ist dabei, dass die Beiträge wie bisher bis zum Eintritt des Versicherungsfalles weiter entrichtet werden. Grundlage für die Ermittlung ist ein Ein-	9.2.1.6.1	Sofern für die Ausübung bestimmter Berufe besondere Erlaubnisse vorgeschrieben sind (z. B. Rechtsanwältin, Heilberufe, im Gewerbe recht vorgesehene Erlaubnisse) muss ein Ausländer, der diesen Beruf als Selbständiger oder Beschäftigter ausüben will, im Besitz der erforderlichen Erlaubnis sein, die ihm die dauerhafte Ausübung eines solchen Berufes erlaubt. Eine auf eine befristete berufliche Tätigkeit beschränkte Erlaubnis reicht nicht aus. Vor allem bei den Heilberufen besteht nicht für alle Ausländer die rechtliche Möglichkeit einer dauernden Berufsausübung. Es besteht hier aber die Möglichkeit, eine Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG zu beantragen. In § 9a Absatz 2 ist eine dauerhafte Berufsausübungserlaubnis als Erteilungsvoraussetzung nicht aufgeführt.
		9.2.1.6.2	Trotz einer etwaigen Befristung liegt eine Erlaubnis zur dauernden Berufsausübung vor, wenn die Befristung nur bezweckt, die Berufstauglichkeit erneut zu prüfen. Dies ist in allen Fällen anzunehmen, in denen für Deutsche dieselben Regelungen gelten. Einer Dauererlaubnis zur selbständigen Erwerbstätigkeit steht es gleich, wenn die Berufsausübung wie etwa im Einzelhandel ohne Genehmigung erlaubt ist.
		9.2.1.7	Ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache Ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache entsprechen der Definition des Sprachniveaus B1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen (Empfehlungen des Ministerkomitees des Europarates an die

Mitgliedstaaten Nummer R (98) 6 vom 17. März 1998 zum Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für Sprachen – GER). Das Niveau B1 GER setzt folgende sprachliche Fähigkeiten bei allen Sprachkompetenzen (Hören, Sprechen, Lesen und Schreiben) voraus: Kann die Hauptpunkte verstehen, wenn klare Standardsprache verwendet wird und es um vertraute Dinge aus Arbeit, Schule, Freizeit usw. geht. Kann die meisten Situationen bewältigen, denen man auf Reisen im Sprachgebiet begegnet. Kann sich einfach und zusammenhängend über vertraute Themen und persönliche Interessensgebiete äußern. Kann über Erfahrungen und Ereignisse berichten, Träume, Hoffnungen und Ziele beschreiben und zu Plänen und Ansichten kurze Begründungen oder Erklärungen geben (vgl. Nummer 44a.1.2.2). Bei Ausländern, die vor dem 1. Januar 2005 im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis oder Aufenthaltsbefugnis waren, wird nur verlangt, dass sie sich auf einfache Art in deutscher Sprache mündlich verständigen können (§ 104 Absatz 2). Die Voraussetzung ausreichender Kenntnisse der deutschen Sprache ist von der Ausländerbehörde festzustellen. Die erforderlichen Sprachkenntnisse sind i. d. R. nachgewiesen, wenn der Ausländer

- das „Zertifikat Deutsch“ oder den „Deutsch-Test für Zuwanderer“ (Kompetenzstufe B1) nach § 17 Absatz 1 Nummer 1 IntV erworben hat,
- vier Jahre eine deutschsprachige Schule mit Erfolg (Versetzung in die nächst höhere Klasse) besucht hat,
- einen Hauptschulabschluss oder wenigstens gleichwertigen deutschen Schulabschluss erworben hat,
- in die zehnte Klasse einer weiterführenden deutschsprachigen Schule (Realschule, Gymnasium oder Gesamtschule) versetzt worden ist oder
- ein Studium an einer deutschsprachigen Hochschule oder Fachhochschule oder eine deutsche Berufsausbildung erfolgreich abgeschlossen hat.

Sind die erforderlichen Kenntnisse der deutschen Sprache nicht oder nicht hinreichend anhand von Zeugnissen oder Zertifikaten nachgewiesen, ist dem Ausländer ein Sprachtest, ggf. auch ein Sprachkurs zu empfehlen, es sei denn, der Ausländer verfügt nach der in einem persönlichen Gespräch gewonnenen Überzeugung der Ausländerbehörde offensichtlich über die geforderten Sprachkenntnisse. In diesen Fällen kann auf einen Sprachtest verzichtet werden.

9.2.1.8 Grundkenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse

Grundkenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung umfassen die grundlegenden Prinzipien des Rechtsstaats. Eine Orientierung über die Inhalte geben die Lehrpläne des

Orientierungskurses, der Bestandteil des Integrationskurses ist. Das Vorliegen der Grundkenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung ist von der Ausländerbehörde festzustellen. I. d. R. werden diese Kenntnisse durch den bundeseinheitlichen Test zum Orientierungskurs nach § 17 Absatz 1 Nummer 2 IntV nachgewiesen. Der Nachweis der Kenntnisse ist auch erbracht, wenn der Ausländer einen Abschluss einer deutschen Hauptschule oder einen vergleichbaren oder höheren Schulabschluss einer deutschen allgemein bildenden Schule nachweisen kann. Bei Ausländern, die vor dem 1. Januar 2005 im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis oder Aufenthaltsbefugnis waren, findet § 9 Absatz 2 Nummer 8 keine Anwendung (§ 104 Absatz 2).

9.2.1.9 Ausreichender Wohnraum

Auf die Voraussetzungen nach § 2 Absatz 4 wird Bezug genommen (vgl. Nummer 2.4).

9.2.2 Nachweis der bzw. Ausnahmen von den Voraussetzungen nach § 9 Absatz 2 Satz 1 Nummer 7 und 8

9.2.2.1 Über die erfolgreiche Teilnahme am Integrationskurs erhält der Ausländer eine Bescheinigung (§ 17 Absatz 4 IntV). Nach § 9 Absatz 2 Satz 2 genügt diese Bescheinigung in jedem Fall als Nachweis der Voraussetzungen des § 9 Absatz 2 Satz 1 Nummer 7 und 8. Ausländer, die am Integrationskurs nicht oder nicht erfolgreich teilgenommen haben, können die Voraussetzungen auf andere Weise nachweisen. Sie können die Abschlusstests des Integrationskurses auf freiwilliger Basis ablegen.

9.2.2.2.1 Von den Voraussetzungen der ausreichenden Kenntnisse der deutschen Sprache nach § 9 Absatz 2 Satz 1 Nummer 7 und der Grundkenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse in Deutschland nach § 9 Absatz 2 Satz 1 Nummer 8 wird zwingend abgesehen, wenn der Ausländer wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung oder aufgrund seines Alters nicht in der Lage ist, diese Voraussetzungen zu erfüllen. In diesen Fällen ist auch kein Nachweis geringerer Kenntnisse zu verlangen. Nicht jede Krankheit oder Behinderung führt zum Ausschluss der genannten Voraussetzungen, sondern nur diejenigen, die den Ausländer an der Erlangung der Kenntnisse hindern, insbesondere die Unfähigkeit, sich mündlich oder schriftlich zu artikulieren sowie angeborene oder erworbene Formen geistiger Behinderung oder altersbedingte Beeinträchtigungen. Die Ausschlussgründe sind vom Ausländer durch ein ärztliches Attest nachzuweisen, wenn sie nicht offenkundig sind.

9.2.2.2.2 Eine Härte, bei der nach Absatz 2 Satz 4 von den Voraussetzungen der Nummer 7 und 8 abgesehen werden kann, kann z. B. vorliegen, wenn eine körperliche, geistige oder seelische

	Erkrankung oder Behinderung die Erfüllung der Voraussetzungen zwar nicht unmöglich macht, aber dauerhaft wesentlich erschwert, wenn der Ausländer bei der Einreise bereits über 50 Jahre alt war, oder wenn wegen der Pflegebedürftigkeit eines Angehörigen der Besuch eines Integrationskurses auf Dauer unmöglich oder unzumutbar war. Aus den geltend gemachten, nachzuweisenden Gründen muss sich unmittelbar nachvollziehen lassen, dass im Einzelfall eine Erschwerung vorliegt.		
9.2.2.3.1	Darüber hinaus wird nach Absatz 2 Satz 5 von den Voraussetzungen der Nummer 7 und 8 auch dann abgesehen, wenn der Ausländer sich auf einfache Art in deutscher Sprache mündlich verständigen kann und zugleich entweder nur einen geringen Integrationsbedarf hat (§ 44 Absatz 3 Nummer 2) oder dessen Teilnahme am Integrationskurs auf Dauer unmöglich oder unzumutbar ist (§ 44a Absatz 2 Nummer 3).	9.4.1.1	Der Ausländer muss bei seiner Ausreise im Besitz der Niederlassungserlaubnis gewesen sein. Dies ist nicht der Fall, wenn diese bereits vorher (z. B. durch Ausweisung, Rücknahme oder Widerruf) erloschen ist. Einem ehemaligen Deutschen, der bei seiner Einbürgerung im Besitz einer Niederlassungserlaubnis war und nach der Spezialregelung des § 38 lediglich eine Aufenthaltserlaubnis erhalten konnte, können die Zeiten des Besitzes einer Niederlassungserlaubnis sowie die Zeiten mit deutscher Staatsangehörigkeit ebenfalls bis zu vier Jahren angerechnet werden.
9.2.2.3.2	Zur Feststellung, ob sich der Ausländer auf einfache Art in deutscher Sprache mündlich verständigen kann wird auf Nummer 28.2.4 und 30.1.2.1 verwiesen.	9.4.1.2	Alle Voraussetzungen für die Erteilung der Niederlassungserlaubnis müssen erfüllt werden. § 9 Absatz 4 bewirkt lediglich, dass auf Grund der Anrechnung alter Aufenthaltszeiten nicht die gesamte erforderliche Frist zurückgelegt werden muss.
9.2.3	Nach § 9 Absatz 2 Satz 6 ist von den Voraussetzungen des § 9 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 und 3 (Lebensunterhaltssicherung/Rentenversicherungspflichtbeiträge) abzugehen, wenn der Ausländer diese aus den in § 9 Absatz 2 Satz 3 genannten Gründen nicht erfüllen kann.	9.4.1.3	Von den vor der Ausreise liegenden Zeiten im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis und Niederlassungserlaubnis (z. B. zehn Jahre) wird die Zeit des Auslandsaufenthalts abgezogen, sofern sie zum Erlöschen der Niederlassungserlaubnis führte (z. B. drei Jahre). Von der übrig bleibenden Zeit (im Beispiel: sieben Jahre) werden höchstens vier Jahre angerechnet (im Beispiel hat der Ausländer daher bereits nach einem Jahr im Besitz der Aufenthaltserlaubnis die Frist gemäß § 9 Absatz 2 Nummer 1 erfüllt). Ist die Zeit des Auslandsaufenthalts länger als die Voraufenthaltszeit, führt die Regelung dazu, dass keine Voraufenthaltszeiten angerechnet werden. Ist für die Erlangung der Niederlassungserlaubnis eine kürzere Zeit als vier Jahre erforderlich (z. B. nach § 28 Absatz 2), kann bei entsprechend langem Voraufenthalt bei Erfüllung aller übrigen Voraussetzungen bereits unmittelbar nach der Einreise ein Anspruch auf Erteilung der Niederlassungserlaubnis entstehen. Dies bedeutet, dass ein Visum, das für die Einreise beantragt wird, auch sogleich nach § 6 Absatz 4 nach den für die Niederlassungserlaubnis geltenden Vorschriften erteilt werden kann und darin die entsprechende Rechtsgrundlage angegeben und der Vermerk „Erwerbstätigkeit gestattet“ eingetragen wird; dennoch ist das Visum zu befristen; der Ausländer hat nach der Einreise einen Anspruch auf Erteilung einer Niederlassungserlaubnis auf dem Vordruck „Aufenthaltstitel“ anstelle des Visums.
9.3	Ehegatten- und Auszubildendenprivileg		
9.3.1	§ 9 Absatz 3 Satz 1 gilt für verheiratete Ausländer unabhängig davon, ob sie im Wege des Familiennachzuges eingereist sind. Die Vorschrift gilt nicht für Ehegatten von Deutschen, für diese enthält § 28 Absatz 2 eine privilegierende Sonderregelung. Das Erfordernis des gesicherten Lebensunterhalts gilt auch für den verheirateten Antragsteller. Hierfür genügt die Gewährung des Lebensunterhalts durch den anderen Ehegatten (siehe Nummer 2.3.2.3).		
9.3.2	Zu einem anerkannten schulischen oder beruflichen Bildungsabschluss führt nicht nur der Besuch einer allgemeinbildenden Schule, sondern auch der Besuch von Berufsfachschulen (z. B. Handelsschule) oder sonstigen öffentlichen oder staatlich anerkannten berufsbildenden Schulen. Berufsvorbereitende Maßnahmen wie ein berufliches Vollzeitschuljahr oder eine außerschulische berufsvorbereitende Vollzeitmaßnahme sowie die Tätigkeit als Praktikant führen nicht zu einem anerkannten beruflichen Bildungsabschluss.		
9.4	Anrechnung von Auslandsaufenthalten und Aufhalten zum Zweck des Studiums oder der Berufsausbildung		
9.4.1	§ 9 Absatz 4 Nummer 1 bezweckt, dass die einmal erreichte Integration in die deutschen Lebensverhältnisse unter bestimmten Voraussetzungen auch dann berücksichtigt wird, wenn	9.4.2	Die Anrechnung nach § 9 Absatz 4 Nummer 2 ist nur möglich, soweit der Ausländer während seines Auslandsaufenthalts im Besitz der Aufenthaltserlaubnis war. War die Aufenthaltser-

	laubnis wegen Ablaufs der Geltungsdauer erloschen, kann die Zeit danach nicht angerechnet werden. Anrechenbar sind maximal sechs Monate.		
9.4.2.1	War der Ausländer vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit, kommt es für die Anrechnung von Zeiten eines Auslandsaufenthalts darauf an, ob durch diesen Aufenthalt der gewöhnliche Aufenthalt im Bundesgebiet weggefallen bzw. unterbrochen worden ist. Im Hinblick auf § 51 Absatz 1 Nummer 7 ist anzunehmen, dass durch einen Auslandsaufenthalt bis zu sechs Monaten der gewöhnliche Aufenthalt im Bundesgebiet grundsätzlich nicht wegfällt. Es müssen jedoch entsprechende Anknüpfungspunkte im Bundesgebiet bestanden haben, die auf den Mittelpunkt der Lebensbeziehungen des Ausländers im Bundesgebiet hindeuten (z. B. Fortbestehen des Arbeitsverhältnisses, familiäre Anknüpfungspunkte).	9a.0.3	Nach § 11 Absatz 1 Satz 5 des FreizügG/EU sind freizügigkeitsberechtigte Unionsbürger und ihre Familienangehörigen bei Vorliegen der Voraussetzungen nach §§ 9a bis 9c vom Anwendungsbereich der Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG umfasst, da diese eine günstigere Regelung hinsichtlich der Erlöschensfristen bei Auslandsaufenthalten nach Maßgabe von § 51 Absatz 9 Nummer 4, § 4a Absatz 7 FreizügG/EU vermittelt. Zur Anrechnung von Zeiten, in denen der Ausländer freizügigkeitsberechtigt war, siehe Nummer 9b.1.3.
9.4.3	Mit § 9 Absatz 4 Nummer 3 wird die für die Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG geltende Regelung des § 9b Satz 1 Nummer 4 zur Anrechnung von Studienzeiten und Zeiten der Berufsausbildung nach Artikel 4 Absatz 2, Unterabsatz 2 der Richtlinie 2003/109/EG des Rates vom 25. November 2003 betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen (ABl. EU 2004 Nummer L 16 S. 44, so genannte Daueraufenthalt-Richtlinie) gleichermaßen auf die Niederlassungserlaubnis angewandt (siehe Nummer 9b.1.4).	9a.0.4	Bei der Umsetzung der Daueraufenthalt-Richtlinie war es möglich, die Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG nach Tatbestand und Rechtsfolge stark an der Niederlassungserlaubnis zu orientieren; dies wird hinsichtlich der Rechtsfolge insbesondere an § 9a Absatz 1 Satz 2 und 3 deutlich.
9a	Zu § 9a – Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG	9a.0.5	Da der aufenthaltsrechtliche Status eines Ausländers eindeutig definiert sein muss, ist eine parallele Erteilung einer Niederlassungserlaubnis und einer Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG selbst dann ausgeschlossen, wenn der Ausländer die Voraussetzungen beider Aufenthaltstitel erfüllt. Da die Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG eine weitergehende Rechtsposition einräumt als die Niederlassungserlaubnis, ist grundsätzlich davon auszugehen, dass der Ausländer in diesem Fall eine Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG beantragt. Inhaber einer Niederlassungserlaubnis können beantragen, dass ihnen anstelle der Niederlassungserlaubnis die Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG erteilt wird. Die Voraussetzungen für die Erteilung der Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG sind dann vollständig zu prüfen. Werden sie nicht erfüllt, bleibt die Niederlassungserlaubnis wirksam; werden sie hingegen erfüllt, ist die Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG zu erteilen und die Niederlassungserlaubnis als ungültig zu kennzeichnen.
9a.0	Allgemeines		
9a.0.1	Die Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG ist ein eigenständiger unbefristeter Aufenthaltstitel neben der Niederlassungserlaubnis (siehe § 4 Absatz 1 Nummer 4). Sie beruht auf der Richtlinie 2003/109/EG des Rates vom 25. November 2003 betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen (ABl. EU 2004 Nummer L 16 S. 44, so genannte Daueraufenthalt-Richtlinie), in deren Umsetzung folgende Regelungen des Aufenthaltsgesetzes aufgenommen wurden: § 2 Absatz 7, § 4 Absatz 1 Nummer 4, § 5 Absatz 2, § 6 Absatz 4, §§ 9a bis 9c, 29 Absatz 1 Nummer 1, § 30 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 Buchstaben b) und f), § 30 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2, § 31 Absatz 1 Satz 1 und 2, Absatz 3 und 4, § 32 Absatz 2 bis 3, §§ 33, 34, 38a, 44a Absatz 2a, § 51 Absatz 8 und 9, § 52 Absatz 6, § 56 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1a, § 69 Absatz 3 Nummer 2a, § 75 Nummer 5, § 77 Absatz 1 Satz 3, § 91c, § 101 Absatz 3 und § 105a.	9a.0.6	Im Gegensatz zur Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG berechtigt eine Niederlassungserlaubnis nach nationalem Recht, die nach §§ 9, 19, 21 Absatz 4, § 23 Absatz 2, § 26 Absatz 3 und 4, § 28 Absatz 2, § 31 Absatz 3, §§ 35 und 38 Absatz 1 Nummer 1 erteilt wird, nicht zur Mobilität nach Artikel 13 Satz 2 Daueraufenthalt-Richtlinie.
9a.0.2	§ 9a regelt den persönlichen Anwendungsbereich sowie die Erteilungsvoraussetzungen der Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG. Die §§ 9b	9a.0.7	In formeller Hinsicht gelten die nachfolgend dargestellten Besonderheiten:
		9a.0.7.1	Im Rahmen des Verwaltungsverfahrens sind folgende Mitteilungspflichten zu beachten:

- 9a.0.7.1.1 – bei Erteilung einer Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG, § 91c Absatz 1,
- 9a.0.7.1.2 – bei aufenthaltsbeendenden Maßnahmen einer deutschen Ausländerbehörde gegen einen in einem anderen Mitgliedstaat lebenden Ausländer, der die Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG besitzt, § 91c Absatz 3 und
- 9a.0.7.1.3 – bei aufenthaltsbeendenden Maßnahmen eines anderen Mitgliedstaats gegen einen in diesem Mitgliedstaat lebenden Ausländer, der die Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG besitzt, auf Nachfrage, § 91c Absatz 5.
- 9a.0.7.2 Im Rahmen der innergemeinschaftlichen grenzüberschreitenden Kooperation ist die Zentralstellenfunktion des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge als nationale Kontaktstelle zu beachten.
- 9a.0.7.3 Nach § 77 Absatz 1 Satz 3 ist einem Verwaltungsakt, mit dem eine Aufenthaltserlaubnis, eine Niederlassungserlaubnis oder eine Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG versagt wird, eine Rechtsbehelfsbelehrung beizufügen (siehe Nummer 77.1.4.2).
- 9a.0.8 Für das Erlöschen gilt § 51 Absatz 9 als abschließende Sonderregelung, daher ist der Widerruf nach § 52 ausgeschlossen.
- 9a.1 Rechtsfolgen**
- 9a.1.1 Nach § 9a Absatz 1 Satz 1 wird die Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG als ein eigenständiger unbefristeter Aufenthaltstitel erteilt (siehe § 4 Absatz 1 Nummer 4).
- 9a.1.2 Durch die Regelung des § 9a Absatz 1 Satz 2, die § 9 Absatz 1 Satz 2 und 3 für entsprechend anwendbar erklärt, wird die Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG hinsichtlich ihrer Rechtsfolgen weitgehend an die Niederlassungserlaubnis angelehnt. Diese rechtsfolgenorientierte Gleichbehandlung wird noch durch § 9 Absatz 1 Satz 3 verstärkt, indem die an die Niederlassungserlaubnis geknüpften Rechtsfolgen, mit Ausnahme abweichender Regelungen im Aufenthaltsgesetz, auch für die Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG gelten sollen.
- 9a.2 Erteilungsvoraussetzungen**
- 9a.2.0 In § 9a Absatz 2 werden die Erteilungsvoraussetzungen der Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG geregelt. Wie bei den Erteilungsvoraussetzungen der Niederlassungserlaubnis nach § 9 Absatz 2 handelt es sich nicht um eine abschließende Aufzählung. Vielmehr ist § 5 zusätzlich zu beachten. Der in § 9a Absatz 2 Satz 1 enthaltene Katalog von Tatbestandsmerkmalen ist zu einem weiten Teil identisch mit demjenigen in § 9 Absatz 2 Satz 1.
- 9a.2.1.1 Fünfjähriger rechtmäßiger Aufenthalt
- 9a.2.1.1.1 § 9a Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 sieht in Umsetzung von Artikel 4 Daueraufenthalt-Richtlinie vor, dass sich ein Ausländer seit fünf Jahren ununterbrochen mit Aufenthaltstitel in Deutschland aufhält. Diese Voraussetzungen müssen im Zeitpunkt der Antragstellung erfüllt sein, insbesondere muss der Aufenthaltstitel im Zeitpunkt der Antragstellung Gültigkeit besitzen. Zur Bestimmung der erforderlichen Aufenthaltsdauer muss auch die Regelung zur Anrechnung von Aufenthaltszeiten nach § 9b beachtet werden (vgl. Nummer 9b).
- 9a.2.1.1.2 Mangels einschränkender Regelungen müssen dabei auch titulierte Aufenthaltszeiten vor Inkrafttreten dieser Regelung am 28. August 2007 einbezogen werden. Gleiches gilt für Aufenthaltszeiten, die vor dem Inkrafttreten der Daueraufenthalt-Richtlinie am 23. Januar 2006 liegen, da sich auch aus der Daueraufenthalt-Richtlinie insoweit keine Einschränkungen ergeben.
- 9a.2.1.1.3 Zeiten des Besitzes eines nationalen Visums werden nach § 6 Absatz 4 Satz 3 angerechnet.
- 9a.2.1.1.4 Die Aufenthaltszeiten mit einem deklaratorischen Aufenthaltstitel nach § 4 Absatz 5 aufgrund des Assoziationsabkommens EWG/Türkei werden einbezogen.
- 9a.2.1.2 Lebensunterhaltssicherung
- 9a.2.1.2.0 § 9a Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 setzt Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe a) Daueraufenthalt-Richtlinie um. Nummer 2 sieht vor, dass der Lebensunterhalt des Ausländers und derjenige seiner Angehörigen, denen er Unterhalt zu leisten hat, durch feste und regelmäßige Einkünfte gesichert ist.
- 9a.2.1.2.1 Zur Bestimmung der Lebensunterhaltssicherungspflicht sind neben dem Ausländer alle unterhaltsberechtigten Familienangehörigen im Bundesgebiet einzubeziehen. Dabei wird die Familie als durch Unterhaltungspflichten miteinander verbundene Wirtschaftsgemeinschaft verstanden.
- 9a.2.1.2.2 Die Sicherung des Lebensunterhalts muss durch feste und regelmäßige Einkünfte erfolgen. Nach § 9a Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 ist daher auf die Dauerhaftigkeit und Regelmäßigkeit der Erzielung von Einkünften abzustellen. Dabei ist neben der Legaldefinition des Begriffs der Lebensunterhaltssicherung in § 2 Absatz 3 insbesondere auch § 9c hinsichtlich seiner Regel-Inhaltsbestimmung von festen und regelmäßigen Einkünften zu beachten (vgl. Nummer 9c).
- 9a.2.1.3 Ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache
- § 9a Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 entspricht hinsichtlich seines Wortlautes und seiner inhaltlichen Anforderung § 9 Absatz 2 Satz 1 Nummer 7 (vgl. Nummer 9.2.1.7). Bei dem Erfordernis des Vorhandenseins ausreichender Kenntnisse der deutschen Sprache handelt es sich um Integrationsanforderungen nach Artikel 5 Absatz 2 Daueraufenthalt-Richtlinie.

9a.2.1.4	<p>Grundkenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse</p> <p>§ 9a Absatz 2 Satz 1 Nummer 4 entspricht hinsichtlich seines Wortlautes und seiner inhaltlichen Anforderung § 9 Absatz 2 Satz 1 Nummer 8 (vgl. Nummer 9.2.1.8). Auch bei dem Erfordernis des Vorhandenseins von Grundkenntnissen der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet handelt es sich um Integrationsanforderungen nach Artikel 5 Absatz 2 Daueraufenthalt-Richtlinie.</p>	<p>werden. Es ist daher eine Abwägung zwischen den für einen Daueraufenthalt sprechenden privaten Interessen eines Ausländers und den hiergegen sprechenden öffentlichen Interessen vorzunehmen.</p>
9a.2.1.5	Keine entgegenstehenden Gründe der öffentlichen Sicherheit und Ordnung	
9a.2.1.5.0	<p>Mit § 9a Absatz 2 Satz 1 Nummer 5 wird Artikel 6 Absatz 1 Daueraufenthalt-Richtlinie umgesetzt. Um eine Parallelität zwischen der Niederlassungserlaubnis und der Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG zu erreichen, wurde auch § 9 Absatz 2 Satz 1 Nummer 4 an die Neuregelung des § 9a Absatz 2 Satz 1 Nummer 5 angepasst. Wie bei § 9 Absatz 2 Satz 1 Nummer 4 wird durch die Neuregelung klargestellt, dass § 9a Absatz 2 Satz 1 Nummer 5 keine ausschließende Wirkung gegenüber den allgemeinen Erteilungsvoraussetzungen in § 5 hat. Dies gilt insbesondere für § 5 Absatz 4 Satz 1 sowie § 5 Absatz 1 Nummer 2 i. V. m. § 54 Nummer 5 und 5a.</p>	<p>9a.2.1.5.2.1 Dabei können die folgenden Erwägungen für die Ermessensentscheidung herangezogen werden: Die Regelung des § 9 Absatz 2 Satz 1 Nummer 4a. F., die bis zum 27. August 2007 galt, konnte aufgrund der nach Artikel 6 Absatz 1 Daueraufenthalt-Richtlinie notwendigen Ermessensentscheidung nicht auf die entsprechende Regelung des § 9a Absatz 2 Satz 1 Nummer 5 übertragen werden. Daher kann auf die inhaltliche Wertung dieser Regelung in ihrer durch das Richtlinienumsetzungsgesetz modifizierten Form (vgl. z. B. § 35 Absatz 3 Nummer 2; § 12a Absatz 1 Nummer 2 und 3 StAG) als ein Gesichtspunkt im Rahmen der Ermessensentscheidung – nicht als Regelannahme – zurückgegriffen werden.</p> <p>Wenn der Ausländer in den letzten drei Jahren wegen einer vorsätzlichen Straftat zu einer Jugendstrafe von mindestens sechs oder einer Freiheitsstrafe von mindestens drei Monaten oder einer Geldstrafe von mindestens 90 Tagessätzen verurteilt worden oder wenn die Verhängung einer Jugendstrafe ausgesetzt ist, sind bei diesem in die Ermessensentscheidung einzubeziehenden Gesichtspunkt insbesondere die Schwere und Art der Straftat sowie die vom Ausländer ausgehende Gefahr zu bewerten. Hiervon unberührt bleibt die mögliche Rechtfertigung eines Versagungsgrundes aufgrund anderer Rechtsverstöße unterhalb dieser Schwelle einschließlich einer Gefährdung der staatlichen Sicherheit unter Einbeziehung von extremistischen und terroristischen Aktivitäten (siehe Nummer 9a.2.1.5.1.2).</p>
9a.2.1.5.1.1	<p>Der Vorbehalt der Gründe der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ist i. S. d. Daueraufenthalt-Richtlinie und des weiteren EU-Rechts (Artikel 27 der Richtlinie 2004/38/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 über das Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten der Europäischen Union frei zu bewegen und aufzuhalten, zur Änderung der Verordnung (EWG) Nummer 1612/68 und zur Aufhebung der Richtlinien 64/221/EWG, 68/380/EWG, 72/194/EWG, 73/148/EWG, 75/34/EWG, 75/35/EWG, 90/364/EWG, 90/365 EWG und 93/96/EWG (ABl. EU Nummer L 229 S. 35, so genannte Freizügigkeitsrichtlinie, Artikel 39 Absatz 3, Artikel 46 Absatz 1 und Artikel 55 i. V. m. Artikel 46 Absatz 1 EGV) auszulegen.</p>	<p>9a.2.1.5.2.2 Darüber hinaus müssen die persönlichen Interessen des Ausländers an der Erteilung der Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG, die Dauer seines Aufenthalts sowie seine Bindung im Bundesgebiet im Rahmen der Ermessensentscheidung berücksichtigt werden.</p>
9a.2.1.5.1.2	Vom Schutzbereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung mit umfasst sind Verstöße gegen die Rechtsordnung, insbesondere Straftatbestände. Gleichwohl sind auch Gefährdungen der staatlichen Sicherheit unter Einbeziehung von extremistischen und terroristischen Aktivitäten einbezogen.	<p>9a.2.1.6 Ausreichender Wohnraum</p> <p>§ 9a Absatz 2 Satz 1 Nummer 6 setzt Artikel 7 Absatz 1 Unterabsatz 2 der Daueraufenthalt-Richtlinie um (vgl. Nummer 9.2.1.9).</p>
9a.2.1.5.2	Der Vorbehalt der Gründe der öffentlichen Sicherheit und Ordnung steht unter dem Gebot, die Schwere oder die Art des Verstoßes gegen die öffentliche Sicherheit oder Ordnung oder die vom Ausländer ausgehenden Gefahr zu berücksichtigen. Dabei müssen ferner die Dauer des bisherigen Aufenthalts und das Bestehen von Bindungen im Bundesgebiet berücksichtigt	<p>9a.2.2 Nach § 9a Absatz 2 Satz 2 gelten § 9 Absatz 2 Satz 2 bis 5 für die Tatbestandsmerkmale nach § 9a Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 und 4 entsprechend.</p>
9a.3		Ausschlussgründe
9a.3.0.1		§ 9a Absatz 3 bestimmt den personellen Anwendungsbereich der Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG, indem – in Umsetzung von Artikel 3 Absatz 2 Daueraufenthalt-Richtlinie – bestimmte Ausländergruppen ausgeschlossen werden.

- 9a.3.0.2 Die Ausschlussgründe nach § 9a Absatz 3 Nummer 1 und 2 gelten auch für Inhaber entsprechender Rechtsstellungen in anderen Mitgliedstaaten. Der Ausschlussgrund des § 9a Absatz 3 Nummer 3 gilt nur für Ausländer, die eine Rechtsstellung in anderen Mitgliedstaaten besitzen, die der in § 1 Absatz 2 Nummer 2 entspricht.
- 9a.3.1.1 Nach § 9a Absatz 3 Nummer 1 findet die Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG keine Anwendung auf Aufenthaltstitel nach Kapitel 2 Abschnitt 5 des Aufenthaltsgesetzes, dem „Aufenthalt aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen“. Hiermit wird Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe c) und d) der Daueraufenthalt-Richtlinie umgesetzt, der eine Anwendung auf Flüchtlinge, subsidiär Geschützte i. S. d. Richtlinie 2004/83/EG des Rates über Mindestnormen für die Anerkennung und den Status von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Flüchtlinge oder als Personen, die anderweitig internationalen Schutz benötigen, und über den Inhalt des zu gewährenden Schutzes (ABl. EG L 304 S. 12, ber. ABl. EG L 204 S. 24, so genannte Qualifikationsrichtlinie) oder humanitäre Aufenthalte nach nationalem Recht in den Mitgliedstaaten ausschließt. Der Begriff der subsidiären Schutzform in Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe c) ist weitergehend als der in der Qualifikationsrichtlinie verwandte Begriff, da er auch nach nationalem Recht vorgegebene Schutzformen umfasst. Da die Qualifikationsrichtlinie zeitlich nach der Daueraufenthalt-Richtlinie erlassen wurde und lediglich Mindestkriterien für den subsidiären Schutz vorsieht, kann sie nicht zu einer gegenteiligen Auslegung führen. Da die Aufenthaltstitel nach Kapitel 2 Abschnitt 5 des Aufenthaltsgesetzes mit Ausnahme des Aufenthaltstitels nach § 23 Absatz 2 an Flüchtlinge oder subsidiär Geschützte erteilt werden, ist dieser Personenkreis vom Anwendungsbereich des § 9a Absatz 2 ausgenommen. Die Erteilung einer Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG ist (anstelle der Erteilung einer Niederlassungserlaubnis nach § 9) wegen Wegfalls dieser ursprünglichen Zweckrichtung aber möglich, wenn eine Niederlassungserlaubnis nach § 26 Absatz 3 bzw. Absatz 4 erteilt werden könnte und im Fall des § 26 Absatz 3 zudem die Voraussetzungen für die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis nach § 9 Absatz 2 vorliegen (vgl. Nummer 9.2.0).
- 9a.3.1.2 Damit sind auch Ausländer mit einem Aufenthaltstitel nach der gesetzlichen Altfallregelung bzw. nach einer IMK-Bleiberechtsregelung vom Anwendungsbereich der Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG ausgeschlossen (vgl. § 104a Absatz 1 Satz 2 und 3).
- 9a.3.1.3 Die Beschränkung gilt auch für nationale humanitäre Aufenthaltstitel der anderen Mitgliedstaaten. Diese berechtigen nicht zum Erwerb einer Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG. Dies bedeutet jedoch nicht, dass diejenigen
- Drittstaatsangehörigen, die auf der Grundlage eines in einem anderen Mitgliedstaat erteilten nationalen humanitären Aufenthaltstitels einen Daueraufenthalt-EG des anderen Mitgliedstaats erhalten haben, keinen Aufenthaltstitel nach § 38a erhalten dürfen und somit von der Mobilität ausgeschlossen wären. Denn als Zweitstaat i. S. d. Daueraufenthalt-Richtlinie ist Deutschland an die Entscheidung des Erststaats gebunden.
- 9a.3.2 Ausländern, die lediglich einen Antrag auf Flüchtlingsanerkennung oder Gewährung subsidiären Schutzes gestellt haben, kann nach § 9a Absatz 3 Nummer 2 die Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG nicht erteilt werden (vgl. Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe b) bis d) Daueraufenthalt-Richtlinie).
- 9a.3.3 Diplomaten und andere Personen, die insbesondere nach den Wiener Übereinkommen über diplomatische und konsularische Beziehungen (WÜK) eine besondere Rechtsstellung genießen, werden in Umsetzung von Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe f) Daueraufenthalt-Richtlinie vom Erwerb der Rechtsstellung eines langfristig Aufenthaltsberechtigten ausgeschlossen. Der in § 1 Absatz 2 Nummer 2 geregelte Grundsatz, wonach das Aufenthaltsgesetz auf diesen Personenkreis grundsätzlich keine Anwendung findet, wird durch diese Regelung hinsichtlich der Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG auf den Geltungsbereich der Richtlinie erweitert.
- 9a.3.4.0 Mit Nummern 4 und 5 wird die Erteilung der Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG an Personen ausgeschlossen, die sich zum Studium, zur Berufsausbildung oder zu einem anderen seiner Natur nach vorübergehenden Zweck im Bundesgebiet aufhalten. Die entsprechenden Gründe werden beispielhaft aufgezählt.
- 9a.3.4.1 Buchstabe a) ist neben § 9a Absatz 3 Nummer 5 Buchstabe b) erforderlich, weil nicht jeder Aufenthalt nach § 9a Absatz 3 Nummer 5 Buchstabe a) mit einer Befristung nach § 8 Absatz 2 einhergeht. Die Befristung nach § 8 Absatz 2 wird in der Praxis nur auf den jeweils letzten Aufenthaltstitel angewendet, der zur Ausübung einer von vornherein zeitlich beschränkten Beschäftigung ausgestellt wird. Beträgt die Höchstbeschäftigungsdauer nach der BeschV beispielsweise vier Jahre, ist es dennoch nicht unüblich, dass zunächst eine Aufenthaltserlaubnis für zwei Jahre ausgestellt wird, die dann für weitere zwei Jahre verlängert werden kann. Nur die letzte dieser Aufenthaltserlaubnisse wird mit einer Einschränkung nach § 8 Absatz 2 versehen, weil ansonsten bereits die erste Aufenthaltserlaubnis nicht verlängert werden könnte.
- 9a.3.4.2 Von besonderer Bedeutung ist die Regelung in § 9a Absatz 3 Nummer 5 Buchstabe c). Hiernach kommt für den nachgezogenen Familienangehörigen die Erteilung der Rechtsstellung eines langfristig Aufenthaltsberechtigten nicht

in Betracht, wenn auch der Stamberechtigte wegen der vorübergehenden Natur des Aufenthaltsrechts hierzu nicht berechtigt wäre. Eine Ausnahme gilt, wenn bei einer Aufhebung der Lebensgemeinschaft ein eigenständiges Aufenthaltsrecht entstehen würde. In diesem Fall darf das Zusammenleben des Familienangehörigen mit dem Stamberechtigten – auch im Hinblick auf Artikel 6 GG – im Vergleich zu einer Trennung nicht zu Nachteilen führen.

9b Zu § 9b – Anrechnung von Aufenthaltszeiten

9b.0.1 § 9b ist eine Spezifizierung der in § 9a Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 enthaltenen Tatbestandsvoraussetzung der notwendigen Voraufenthaltszeit von fünf Jahren mit Aufenthaltstitel. Hiermit wird Artikel 4 Absatz 2 und 3 der Richtlinie 2003/109/EG des Rates vom 25. November 2003 betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen (ABl. EU 2004 Nummer L 16 S. 44, so genannte Daueraufenthalts-Richtlinie) umgesetzt. § 85 ist wegen dieser Sonderregelung nicht anwendbar.

9b.0.2 Die Regelaussage wird in § 9b Satz 4 getroffen: Grundsätzlich unterbrechen Auslandsaufenthalte die Aufenthaltszeit, es sei denn, in § 9b wird etwas anderes geregelt.

9b.1.1.1 Nach § 9b Satz 1 Nummer 1 Buchstabe a) wird der Auslandsaufenthalt von Ausländern, die sich im Rahmen einer vorübergehenden Entsendung aus beruflichen Gründen im Ausland aufgehalten haben, als Zeit eines Inlandsaufenthalts angerechnet (Artikel 4 Absatz 3, Unterabsatz 3 Daueraufenthalts-Richtlinie). Solche beruflich bedingten Auslandsaufenthalte führen vor allem höher qualifizierte Ausländer, wie etwa Wissenschaftler, qualifizierte Dienstleister oder Führungskräfte der Wirtschaft durch. Voraussetzung für die Anrechnung nach dieser Vorschrift ist zum einen, dass berufliche und nicht private Gründe den Hauptanlass für den Auslandsaufenthalt bildeten. Grundsätzlich darf die Dauer jedes Auslandsaufenthalts sechs Monate nicht überschreiten, es sei denn, die Ausländerbehörde hat eine verlängerte Wiedereinreisefrist nach § 51 Absatz 1 Nummer 7 bestimmt. Der Wortlaut macht deutlich, dass auch mehrmalige, die vorgegebenen Fristen nicht überschreitende Auslandsaufenthalte aus beruflichen Gründen als Zeiten eines Inlandsaufenthalts angerechnet werden können. Mit der Bezugnahme auf die Entscheidung der Ausländerbehörde nach § 51 Absatz 1 Nummer 7 wird klargestellt, dass Auslandsaufenthalte, die nach dieser Vorschrift zum Erlöschen des Aufenthaltstitels führen würden, zumindest nach § 9b Satz 1 Nummer 1 Buchstabe a) nicht (auch nicht bis zu sechs Monaten) anrechnungsfähig sind. § 9b Satz 1 Nummer 2 bleibt hiervon unberührt.

9b.1.1.2 § 9b Satz 1 Nummer 1 Buchstabe b) regelt die Anrechnung für Auslandsaufenthalte aufgrund nicht beruflicher Zwecke (vgl. Artikel 4 Absatz 3, Unterabsatz 1 Daueraufenthalts-Richtlinie). Jeder einzelne Auslandsaufenthalt darf nicht länger als sechs Monate dauern. Zudem darf – anders als bei Auslandsaufenthalten aus beruflichen Zwecken – die Gesamtdauer der Auslandsaufenthalte für übrige Zwecke zehn Monate nicht überschreiten.

9b.1.2.1 Durch § 9b Satz 1 Nummer 2 wird die für die Niederlassungserlaubnis geltende Regelung in § 9 Absatz 4 Nummer 1 sinngemäß auf die Erlaubnis zum Daueraufenthalts-EG angewandt. Ehemaligen Inhabern einer Niederlassungserlaubnis, deren Aufenthaltstitel durch einen Auslandsaufenthalt erloschen ist, wird mit der Anrechnungsvorschrift der Wiedererwerb der Rechtsstellung unter erleichterten Voraussetzungen ermöglicht. Dasselbe gilt für Ausländer, die zwar keine Niederlassungserlaubnis, aber eine Erlaubnis zum Daueraufenthalts-EG besaßen.

9b.1.2.2 Die Anrechnung ist nach Artikel 4 Absatz 3, Unterabsatz 2 i. V. m. Absatz 1 Daueraufenthalts-Richtlinie zulässig. Denn die Privilegierung von ehemals niedergelassenen Ausländern nach § 9 Absatz 4 stellt einen „spezifischen Grund“ i. S. d. Artikels 4 Absatz 3, Unterabsatz 2 der Richtlinie dar, da sie über eine enge Beziehung zu Deutschland verfügen. Zudem werden nur Aufenthaltszeiten im Bundesgebiet bis zu maximal vier Jahren angerechnet. Zugleich wird damit die zwingend ausgestaltete Vorgabe des Artikels 9 Absatz 5 Daueraufenthalts-Richtlinie umgesetzt, wonach nach einem Verlust der Rechtsstellung eines dauerhaft Aufenthaltsberechtigten, der nicht auf schuldhaftes Verhalten zurückzuführen ist, ein vereinfachtes Verfahren für die Wiedererlangung der Rechtsstellung vorzusehen ist. Die Regelung ist derart formuliert, dass Inhaber einer Niederlassungserlaubnis, die vor der Umsetzung der Richtlinie erloschen ist, mit erfasst werden, weil sie bereits nach der Regelung des bisherigen § 9 Absatz 4 Nummer 1 eine vergleichbare Vergünstigung im Hinblick auf die Niederlassungserlaubnis beanspruchen konnten.

9b.1.3 Nach § 9b Satz 1 Nummer 3 werden auch Zeiten, in denen der Ausländer freizügigkeitsberechtigt war, angerechnet. Dies ist einerseits notwendig, da Artikel 4 Absatz 1 Daueraufenthalts-Richtlinie als Anspruchsgrundlage u. a. auf den rechtmäßigen Aufenthalt im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates abstellt. Dies ist aufgrund des Zwecks der Daueraufenthalts-Richtlinie andererseits auch geboten, da diese die Rechtsstellung der Daueraufenthaltsberechtigten an die der Freizügigkeitsberechtigten angleicht. Eine Schlechterstellung der Freizügigkeitsberechtigten ist nicht beabsichtigt. Daher erfüllen nicht nur Inhaber eines Aufenthaltstitels, sondern auch Drittstaatsangehörige, die sich vor Erteilung eines Aufenthaltstitels nach dem

	Aufenthaltsgesetz als Freizügigkeitsberechtigte im Bundesgebiet aufgehalten haben, diese Voraussetzung.		dienstes im Heimatstaat (§ 51 Absatz 3) nicht zu einem neuen Lauf der Frist nach § 9a Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 (vgl. Nummer 51.3).
9b.1.4	Mit § 9b Satz 1 Nummer 4 wird die Anrechnung von Studienzeiten und Zeiten der Berufsausbildung nach Artikel 4 Absatz 2, Unterabsatz 2 Daueraufenthalt-Richtlinie umgesetzt. Es wird dabei lediglich festgelegt, in welchem Umfang die Dauer des Studiums und der Berufsausbildung auf die erforderlichen Zeiten nach § 9a Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 angerechnet werden können. Nicht geregelt ist hingegen die Frage, ob Zeiten vor einem Auslandsaufenthalt, der zum Erlöschen der Aufenthaltserlaubnis geführt hat, nach Wiedereinreise zur Berechnung der erforderlichen Zeiten angerechnet werden können. Grundsätzlich sind diese vollständig neu zu erbringen, wenn eine Aufenthaltserlaubnis einmal erloschen ist. Die einzige Regelung, die dazu führt, dass früher erbrachte Zeiten angerechnet werden, ist in Nummer 2 enthalten. § 9b Satz 1 Nummer 4 gilt auch für Zeiten, die vor dem 1. Januar 2005 liegen (z.B. Aufenthaltsbewilligung zum Zweck des Studiums nach § 28 AuslG).	9b.4	In § 9b Satz 4 wird in Übereinstimmung mit den zwingenden Vorgaben der Daueraufenthalt-Richtlinie klargestellt, dass in allen verbleibenden – also den nicht in den § 9b Satz 1 bis 3 geregelten – Fällen eine Ausreise dazu führt, dass der Aufenthalt unterbrochen ist. Die Zeiten vorheriger Aufenthalte können daher nicht mehr angerechnet werden.
		9c	Zu § 9c – Lebensunterhalt
		9c.0.1	§ 9c enthält Spezifizierungen zu dem in § 9a Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 enthaltenen Tatbestandsmerkmal „feste und regelmäßige Einkünfte“ im Rahmen der Lebensunterhaltssicherung. § 2 Absatz 3 findet daher auch in Bezug auf § 9a Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 i. V. m. § 9c Anwendung.
		9c.0.2	Die in § 9c Satz 1 enthaltenen Voraussetzungen sind als Regeltatbestände ausgestaltet. Sind diese Regeltatbestände nicht erfüllt, ist grundsätzlich davon auszugehen, dass der Lebensunterhalt nicht hinreichend gesichert ist.
9b.1.4.1	Zu Aufenthalten zum Zweck des Studiums gehören neben den Aufenthalten nach § 16 Absatz 1 sowohl Aufenthalte zum Zweck der Studienbewerbung nach § 16 Absatz 1a als auch Aufenthalte zur Suche eines angemessenen Arbeitsplatzes nach erfolgreichem Abschluss des Studiums nach § 16 Absatz 4. Auf den erfolgreichen Abschluss des Studiums kommt es dabei nicht an.	9c.1.1	Nach § 9c Satz 1 Nummer 1 soll auch die Erfüllung der steuerlichen Verpflichtungen überprüft werden, was regelmäßig anhand einer Bescheinigung des zuständigen Wohnsitzfinanzamtes nachzuweisen ist (so genannte „Auskunft in Steuersachen“). Steuerliche Unregelmäßigkeiten stellen erfahrungsgemäß ein frühes Indiz für eine mangelnde finanzielle Leistungsfähigkeit dar, so dass das Merkmal der Erfüllung der steuerrechtlichen Verpflichtungen für die Prüfung einer dauerhaften Leistungsfähigkeit des Ausländers besonders geeignet ist.
9b.2	Durch § 9b Satz 2 wird das Anrechnungsverbot des Artikels 4 Absatz 2, Unterabsatz 1 Daueraufenthalt-Richtlinie umgesetzt, wonach Diplomaten und andere Personen, die insbesondere nach den Wiener Übereinkommen über diplomatische und konsularische Beziehungen (WÜK) eine besondere Rechtsstellung genießen, nicht in den Anwendungsbereich der Daueraufenthalt-Richtlinie fallen.	9c.1.2	Der Ausländer muss eine angemessene Altersversorgung nach § 9c Satz 1 Nummer 2 nachweisen. Die Prüfung der angemessenen Altersversorgung ist prognostischer Natur; nicht notwendig ist, dass der Ausländer zum Zeitpunkt der Antragstellung, sondern im Zeitpunkt des Ausscheidens aus dem Erwerbsleben über eine angemessene Altersversorgung verfügt. Insoweit sind auch in der Vergangenheit wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Erkrankung oder Behinderung nicht geleistete Beiträge oder Aufwendungen für eine angemessene Altersversorgung nach dem letzten Halbsatz unschädlich. Bei der Prüfung der angemessenen Altersversorgung können neben erworbenen Anwartschaften inländischer Träger auch Anwartschaften ausländischer Träger berücksichtigt werden, sofern nur so eine angemessene Altersvorsorge sichergestellt werden kann. Der in § 9c Satz 3 enthaltene Verweis auf § 9 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 beinhaltet keine Regelanforderung, sondern ist als Obergrenze zu verstehen.
9b.3	Mit § 9b Satz 3 wird von der Möglichkeit nach Artikel 4 Absatz 3, Unterabsatz 2 der Richtlinie Gebrauch gemacht, Unterbrechungen aus „spezifischen Gründen“ oder aufgrund „zeitlich begrenzter Ausnahmesituationen“ für unschädlich für den Erwerb der Rechtsstellung eines langfristig Aufenthaltsberechtigten zu erklären. Die spezifischen Gründe liegen bei Erfüllung der Tatbestandsmerkmale des § 51 Absatz 2 bis 4 vor. Unterbrechungen des Aufenthaltes, die nach diesen Vorschriften im jeweiligen Einzelfall nicht zum Erlöschen eines Aufenthaltstitels geführt haben, aber auch nicht nach § 9b Satz 1 anrechenbar sind, unterbrechen den Zeitraum nach § 9a Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 nicht. Die davor liegenden Zeiträume eines Aufenthalts mit einem Aufenthaltstitel werden zur Anspruchsentstehung berücksichtigt. Beispielsweise führt damit eine Ausreise zur Ableistung des Pflichtwehr-	9c.1.3	In § 9c Satz 1 Nummer 3 werden im Hinblick auf das unbefristete Aufenthaltsrecht die An-

	forderungen an eine ausreichende Kranken- und auch Pflegeversicherung konkretisiert (vgl. Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe b) der Daueraufenthalt-Richtlinie) (vgl. zu den allgemeinen Anforderungen an einen ausreichenden Krankenversicherungsschutz Nummer 2.3.5). Qualitativ muss der Krankenversicherungsschutz im Wesentlichen der deutschen gesetzlichen Krankenversicherung (bzw. Pflegeversicherung) entsprechen, wobei Abweichungen hinsichtlich einzelner Leistungsdetails unschädlich sind. Der Versicherungsschutz muss unbefristet sein oder sich automatisch verlängern. Dies dient dem Ausschluss der missbräuchlichen Nutzung neuerer Versicherungsprodukte, die gezielt an jüngere Zuwanderer mit der Erwartung eines Daueraufenthaltsrechts zu niedrigen Preisen veräußert werden und eine Krankenversicherung vorsehen, deren Schutz nach zehn oder fünfzehn Jahren automatisch endet, so dass die Versicherten zu einer Zeit, in der das Risiko ihrer Krankheit und Pflegebedürftigkeit größer wird, keinen Versicherungsschutz mehr genießen.	
9c.1.4	Das in § 9c Satz 1 Nummer 4 genannte Merkmal stellt die Voraussetzung für feste und regelmäßige Einkünfte aus einer erlaubten Erwerbstätigkeit dar und konkretisiert damit die zwingende Voraussetzung des Artikels 5 Absatz 1 Buchstabe a) der Daueraufenthalt-Richtlinie.	
9c.2	§ 9c Satz 2 entspricht dem Inhalt des § 9 Absatz 3 Satz 1. Beiträge zur Altersversorgung betreffend ist der Inhalt des § 9 Absatz 3 Satz 1 in der Formulierung des neuen § 9c Satz 1 Nummer 2 entsprechend berücksichtigt.	
9c.3	In § 9c Satz 3 wird festgelegt, dass die Anforderungen, die nach Satz 1 Nummer 2 an die Altersversorgung gestellt werden, i. S. d. Festlegung einer absoluten Obergrenze nicht höher sein dürfen als diejenigen nach § 9 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 für die Niederlassungserlaubnis.	
10	Zu § 10 – Aufenthaltstitel bei Asylantrag	
10.1	Erstmalige Erteilung eines Aufenthaltstitels	
10.1.1	§ 10 Absatz 1 findet nur Anwendung, solange das Asylverfahren noch nicht bestandskräftig abgeschlossen ist. Die asylrechtliche Entscheidung darf daher nicht bestandskräftig oder rechtskräftig geworden sein. Im Falle der Rücknahme des Asylantrags oder des Verzichts gemäß § 14a Absatz 3 AsylVfG, ohne dass eine Entscheidung in der Sache über das Asylbegehren erging, muss die Feststellung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge gemäß § 32 AsylVfG bestandskräftig geworden sein.	
10.1.2	Auch ein Folgeantrag stellt einen Asylantrag i. S. d. § 10 Absatz 1 dar (vgl. § 13 Absatz 1 und § 71 Absatz 1 Satz 1 AsylVfG). Auch wenn ein Folgeantrag nicht zwingend dazu führt, dass	
	das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in der Sache über das Asylbegehren entscheidet (Asylverfahren im engeren Sinne), handelt es sich bei dem hierdurch ausgelösten Verfahren um ein Asylverfahren im weiteren Sinne, auf das § 10 Absatz 1 nach Sinn und Zweck Anwendung findet. Gleiches gilt für einen Zweit-antrag nach § 71a AsylVfG.	
10.1.3	Ein Aufenthaltstitel, auf den ein gesetzlicher Anspruch besteht, ist zu erteilen, auch wenn das Asylverfahren noch nicht bestandskräftig abgeschlossen ist.	
10.1.4	Die Voraussetzung, dass wichtige Interessen der Bundesrepublik Deutschland den Aufenthalt des Ausländers erfordern, wird nur in seltenen Ausnahmefällen zu bejahen sein. Der maßgebliche Grund muss regelmäßig in der Person des Ausländers liegen. Ein solcher Ausnahmefall kommt etwa in Betracht, wenn es sich um einen Wissenschaftler von internationalem Rang oder eine international geachtete Persönlichkeit handelt. Auch erhebliche außenpolitische Interessen können im Einzelfall eine Aufenthaltsgewährung erfordern. Der Umstand, dass Interessen der Bundesrepublik Deutschland lediglich weder beeinträchtigt noch gefährdet sind (vgl. § 5 Absatz 1 Nummer 3), genügt den Anforderungen nicht.	
10.1.5	Die Ausländerbehörde entscheidet in eigener Zuständigkeit, ob ein Ausnahmefall vorliegt. Die Einholung einer Weisung der obersten Landesbehörde auf dem Dienstweg ist nur erforderlich, sofern sie das Vorliegen eines Ausnahmefalls bejaht und dies begründet wird. § 10 Absatz 1 findet auch Anwendung bei der Verlängerung eines unter Beachtung dieser Vorschrift erteilten Aufenthaltstitels. Soweit die Gründe weiterhin fortbestehen, auf denen das wichtige Interesse der Bundesrepublik Deutschland für eine Aufenthaltsgewährung beruht, bedarf es keines erläuternden Berichts an die oberste Landesbehörde. Eine Berichtspflicht besteht, wenn der Aufenthalt des Ausländers nach erteiltem Aufenthaltstitel beendet werden soll.	
10.2	Verlängerung eines Aufenthaltstitels	
10.2.1	§ 10 Absatz 2 ist auch anzuwenden, wenn der Ausländer im Anschluss an die Aufenthaltserlaubnis eine Niederlassungserlaubnis oder Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG beantragt.	
10.2.2	In allen anderen Fällen, in denen der Ausländer nicht die Verlängerung des vor dem Asylantrag erteilten Aufenthaltstitels, sondern die Erteilung eines Aufenthaltstitels zu einem anderen Aufenthaltswert beantragt, findet nicht § 10 Absatz 2, sondern § 10 Absatz 1 Anwendung. Dies gilt auch in den Fällen des § 8 Absatz 2. Da § 10 Absatz 2 zudem nur auf nach der Einreise von der Ausländerbehörde erteilte Aufenthaltstitel Anwendung findet, werden von der Vorschrift Fälle nicht erfasst, in denen der Ausländer mit einem nationalen oder einem Schen-	

- gen-Visum eingereist ist und noch kein Aufenthaltstitel im Inland erteilt wurde. Auch in diesen Fällen findet allein § 10 Absatz 1 Anwendung.
- 10.2.3 Beantragt ein Ausländer nach der Stellung eines Asylantrags einen Aufenthaltstitel, ist § 55 Absatz 2 AsylVfG zu beachten. Wird der Antrag auf Erteilung eines Aufenthaltstitels abgelehnt und liegt bereits eine nach den Vorschriften des AsylVfG vollziehbare Abschiebungsandrohung vor, richtet sich das weitere Verfahren nach § 43 AsylVfG.
- 10.3 **Aufenthaltstitel bei Ablehnung oder Rücknahme des Asylantrages**
- 10.3.0 § 10 Absatz 3 bezweckt, dass erfolglose Asylbewerber nur eingeschränkt die Möglichkeit haben, einen Aufenthaltstitel zu erlangen. § 10 Absatz 3 findet erst Anwendung, wenn das Asylverfahren unanfechtbar abgeschlossen ist. Im Falle der Rücknahme des Asylantrags, ohne dass eine Entscheidung in der Sache über das Asylbegehren erging, muss die Feststellung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge gemäß § 32, § 32a Absatz 2 oder § 33 Absatz 1 und 2 AsylVfG unanfechtbar geworden sein. Dies gilt nicht für den Fall des Verzichts gemäß § 14a Absatz 3 AsylVfG.
- 10.3.1 Die Möglichkeit einer Erteilung beschränkt sich nach § 10 Absatz 3 Satz 1 auf Aufenthaltstitel aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen, beispielsweise im Rahmen einer Bleiberechtsregelung nach § 23 Absatz 1 oder bei positiver Entscheidung der Härtefallkommission der Landesregierung bzw. des Senats (vgl. Hinweise zu §§ 22, 23, 23a, 24, 25). Von der Sperrwirkung des § 10 Absatz 3 Satz 1 ebenfalls ausgenommen sind die Aufenthaltserlaubnisse nach § 104a Absatz 1 Satz 1 i. V. m. Satz 3 und § 104a Absatz 1 Satz 2 i. V. m. § 23 Absatz 1 Satz 1.
- 10.3.2 Dem Ausländer darf vor der Ausreise kein Aufenthaltstitel erteilt werden, wenn das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge den Asylantrag zuvor gemäß § 30 Absatz 3 AsylVfG als offensichtlich unbegründet abgelehnt hat. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge muss die offensichtliche Unbegründetheit des Asylantrages hierbei auf die in § 30 Absatz 3 AsylVfG genannten qualifizierten Gründe gestützt haben (z. B. Täuschung über verfahrensrelevante Tatsachen, Verletzung von Mitwirkungspflichten, vollziehbare Ausweisung nach §§ 53, 54, Asylantrag nach § 14a AsylVfG, wenn zuvor Eltern unanfechtbar abgelehnt worden sind). Die Vorschrift findet keine Anwendung, wenn das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge den Asylantrag wegen fehlender Flüchtlingseigenschaft (§ 30 Absatz 1 AsylVfG), bei Flucht aus wirtschaftlichen Gründen (§ 30 Absatz 2 AsylVfG) oder bei Vorliegen der Ausschlussgründe nach § 3 Absatz 2 AsylVfG oder § 60 Absatz 8 als offensichtlich unbegründet abgelehnt hat. Die letztgenannten Fälle sind von § 10 Absatz 3 Satz 1 erfasst.
- 10.3.3.1 Die vorgenannten Einschränkungen der Sätze 1 und 2 gelten nicht, wenn der Ausländer aus anderen Gründen einen Anspruch auf die Erteilung eines Aufenthaltstitels hat (z. B. bei einem deutschverheirateten Ausländer nach § 28 Absatz 1). Im Falle einer Ermessensreduzierung auf Null besteht kein Anspruch i. S. d. Vorschrift.
- 10.3.3.2 § 10 Absatz 3 Satz 2 findet keine Anwendung auf den Aufenthaltstitel nach § 25 Absatz 3 Satz 1. Auch wenn der Asylantrag nach § 30 Absatz 3 AsylVfG durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge abgelehnt worden ist, findet § 25 Absatz 3 Satz 1 Anwendung, wenn das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Abschiebungsverbote nach § 60 Absatz 2, 3, 5 oder 7 festgestellt hat. Damit wird die uneingeschränkte Geltung des subsidiären Schutzes klargestellt.
- 11 **Zu § 11 – Einreise- und Aufenthaltsverbot**
- 11.1 **Einreise- und Aufenthaltsverbot nach Ausweisung, Zurückschiebung oder Abschiebung**
- 11.1.0 Die Ausweisung, Zurückschiebung oder Abschiebung haben zur Folge, dass der Ausländer nicht erneut in das Bundesgebiet einreisen und sich darin aufhalten darf (gesetzliche Sperrwirkung). Sie führen i. d. R. zu einer Ausweisung zur Einreiseverweigerung im SIS (Artikel 96 Absatz 3 SDÜ) und bewirken damit auch eine Einreisesperre für das gesamte Gebiet der Schengen-Staaten.
- Für gemeinschaftsrechtlich freizügigkeitsberechtigten Unionsbürger und EWR-Bürger sowie deren Familienangehörige i. S. d. §§ 2, 3, 4, 4a und 12 FreizügG/EU gilt § 11 Absatz 1 auch nach Verlust des Freizügigkeitsrechts nicht. Insofern geht die spezielle Regelung in § 7 Absatz 2 FreizügG/EU vor (vgl. § 11 Absatz 1 Satz 1 FreizügG/EU). Daher ist für Unionsbürger, die vor dem Inkrafttreten des FreizügG/EU abgeschoben worden sind, die Wirkung der Abschiebung mit Inkrafttreten des FreizügG/EU entfallen. Eine vor dem 1. Januar 2005 erlassene Ausweisung entfaltet aber so lange Sperrwirkung, bis über den Antrag auf Befristung positiv entschieden wurde. Zur Ausweisung zur Einreiseverweigerung vgl. Nummer 7.2.1 FreizügG/EU-VwV.
- Auf Staatsangehörige der Schweiz ist § 7 Absatz 2 FreizügG/EU entsprechend anzuwenden. Das Europäische Niederlassungsabkommen (hier nur im Verhältnis zur Türkei bedeutsam, die übrigen Vertragsstaaten sind EU- oder EWR-Staaten) regelt zwar in Artikel 3 die Voraussetzungen für die Ausweisung, nicht jedoch die Wirkung der Ausweisung und

die Möglichkeit ihrer nachträglichen Befristung und hat daher keinen Einfluss auf die Anwendbarkeit von § 11 Absatz 1.

11.1.1 Ausweisung, Zurückschiebung oder Abschiebung haben zur Folge, dass die Einreise verboten ist (§ 14 Absatz 1 Nummer 3), dem Ausländer auch bei Vorliegen der Voraussetzungen eines Anspruchs kein Aufenthaltstitel erteilt werden darf und etwaige Befreiungen vom Erfordernis des Aufenthaltstitels bei der Einreise entfallen. Dieser absolute Versagungsgrund ist jedoch im Anwendungsbereich von § 25 Absatz 4a, 5 sowie § 25 Absatz 1 und 2 durchbrochen. Hierbei ist jedoch zu beachten, dass die Anwendung von § 25 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 Satz 1 wiederum durch § 25 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 Satz 2 in den Fällen einer Ausweisung aus schwerwiegenden Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ausgeschlossen wird. Durch die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 5 wird jedenfalls die Sperrwirkung für Aufenthaltstitel nach Kapitel 2 Abschnitt 5 aufgehoben. Zur Frage der Anwendbarkeit von § 11 Absatz 1 Satz 2 in Bezug auf die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 3 siehe Nummer 25.3.2. Auf Nummer 23a.1.1.3 wird hingewiesen.

11.1.2 Hinsichtlich des Entstehens der Sperrwirkung ist zu differenzieren:

11.1.2.1 Die Sperrwirkung des § 11 Absatz 1 tritt bei einer Zurückschiebung oder Abschiebung nur nach deren tatsächlichem Vollzug ein.

11.1.2.2 Bei der Ausweisung tritt die Sperrwirkung unabhängig davon ein, ob diese sofort vollziehbar oder bestandskräftig ist. Das folgt aus der Regelung des § 84 Absatz 2, aufgrund derer nur die Vollziehbarkeit der Ausweisung gehemmt ist, nicht aber die sonstigen Wirkungen der Ausweisung, zu denen auch die Sperrwirkung nach § 11 Absatz 1 gehört. Danach hat die Behörde selbst dann die Erteilung eines Aufenthaltstitels zu versagen, wenn das Verwaltungsgericht nur die Vollziehbarkeit einer Ausweisung im Verfahren auf Gewährung vorläufigen Rechtsschutzes gemäß § 80 Absatz 5 VwGO ausgesetzt hat. Das hat im Fall einer Ausweisungsverfügung, mit der zugleich ein Antrag auf Erteilung eines Aufenthaltstitels abgelehnt wurde, zur Folge, dass die durch die Versagung des Aufenthaltstitels begründete vollziehbare Ausreisepflicht (vgl. § 84 Absatz 1, § 58 Absatz 2 Satz 2) unabhängig davon eintritt, ob der gegen die Ausweisungsverfügung gerichtete Rechtsbehelf (Widerspruch/Klage) aufschiebende Wirkung hat.

Die bestandskräftige Ausweisung begründet das Einreise- und Aufenthaltsverbot selbst dann, wenn sie rechtswidrig ist. Etwas anderes gilt nur dann, wenn die Ausweisung etwa gemäß § 44 VwVfG nichtig ist – also wenn sie an einem besonders schwerwiegenden Fehler leidet und dies bei verständiger Würdigung aller in

Betracht kommenden Umstände offensichtlich ist – oder wenn durch die Anordnung gegen das sich aus Artikel 3 Absatz 1 GG ergebende Willkürverbot verstoßen wurde. Ein derartiger Verstoß ist nur in den Fällen anzunehmen, in denen die Anordnung unter Berücksichtigung der das Grundgesetz beherrschenden Gedanken unter keinem denkbaren Aspekt rechtlich vertretbar ist und sich daher der Schluss aufdrängt, dass sie auf sachfremden Erwägungen beruht.

11.1.2.3 Im Falle der Ausweisung nach erteiltem Aufenthaltstitel findet § 51 Absatz 1 Nummer 5 Anwendung. Da mit der Ausweisung der Aufenthalt unrechtmäßig wird, kann eine Erlaubnisfiktion nach § 81 nicht eintreten.

11.1.2.4 Ist im Falle einer Ausweisung die Sperrwirkung bereits im Rahmen der Verfügung der Ausweisung befristet worden und wird der Ausländer anschließend zurückgeschoben oder abgeschoben, entsteht eine neue unbefristete Sperrwirkung. Ebenso entsteht eine neue unbefristete Sperrwirkung, wenn der Ausländer unerlaubt wieder eingereist und daraufhin erneut ausgewiesen, zurückgeschoben oder abgeschoben worden ist.

11.1.3 Die von der Ausweisung, Zurückschiebung oder Abschiebung ausgehenden Wirkungen werden auf Antrag i. d. R. befristet. Eine Notwendigkeit, bereits mit Erlass einer Ausweisung deren Wirkungen zu befristen, ergibt sich weder aus Gemeinschafts- noch aus Konventionsrecht.

11.1.3.1 Grundsätzlich ausgeschlossen ist die Befristung, wenn ein Ausländer aus den in Satz 5 genannten schwerwiegenden Gründen oder aufgrund einer Abschiebungsanordnung nach § 58a abgeschoben wurde. Nur wenn wichtige, insbesondere politische Gründe vorliegen, kann nach Satz 6 die oberste Landesbehörde in diesen Fällen die Befristung ausnahmsweise zulassen.

11.1.3.2 Die Zuständigkeit für die Befristungsentscheidung ergibt sich grundsätzlich aus § 71, ggf. i. V. m. Landesrecht.

11.1.3.2.1 Für die Entscheidung über die Befristung ist grundsätzlich diejenige Behörde zuständig, die die Maßnahme getroffen hat, die zur Wiedereinreiseperrre führte. Soweit ein Ausländer seinen gewöhnlichen Aufenthalt an einem anderen Ort genommen hat, dort das Befristungsverfahren betreibt und sich nach Landesrecht hieraus die örtliche Zuständigkeit der Ausländerbehörde am Zuzugsort ergibt, ist – in sinngemäßer Anwendung von § 72 Absatz 3 – Einvernehmen mit der Ursprungsbehörde herzustellen.

11.1.3.2.2 Haben Maßnahmen der Bundespolizei die Sperrwirkung ausgelöst, erfolgt die Entscheidung über die Befristung ebenfalls durch die Bundespolizei (vgl. Nummer 71.3.1.2.3). Über die Befristungen wird im Bereich der Bundes-

polizei – vorbehaltlich der Möglichkeit vorge-setzter Behörden, Entscheidungen an sich zu ziehen – auf der Ebene der Bundespolizeidirektionen entschieden. Vor der Entscheidung werden die Bundespolizeidirektionen überprüfen, ob für den betroffenen Ausländer eine Ausländerbehörde zuständig war oder ist. Sollte dies der Fall sein, wird die Entscheidung über die Befristung nur nach Einsichtnahme in die Ausländerakte getroffen. Der aktenführenden Ausländerbehörde ist dabei die Möglichkeit einer Stellungnahme einzuräumen. Im Zweifel muss die Bundespolizeidirektion mit der Ausländerbehörde eine einvernehmliche Entscheidung treffen. Umgekehrt übermitteln die Bundespolizeidirektionen den Ausländerbehörden auf Anforderung Informationen über Zurückschiebungen und deren Gründe.

- 11.1.3.3 Der Ausländer soll auf die Möglichkeit der Antragstellung hingewiesen werden (§ 82 Absatz 3 Satz 1). Nach dem Rechtsgedanken des § 25 VwVfG soll dies vor allem dann erfolgen, wenn der Antrag offensichtlich nur versehentlich oder in Unkenntnis unterblieben ist. Der Ausländer kann den Antrag bereits bei seiner Anhörung über die Ausweisung stellen. Im Falle der Befristung soll der Ausländer darauf hingewiesen werden, dass die von der Ausweisung, Zurückschiebung oder Abschiebung ausgehenden Sperrwirkungen erneut unbefristet entstehen, wenn er nach der Ausweisung zurück- oder abgeschoben oder erneut ausgewiesen, zurück- oder abgeschoben wird und dass die Frist für den Wegfall der Sperrwirkung erst mit der Ausreise beginnt (§ 11 Absatz 1 Satz 4). Der Ausländer soll spätestens bei der Ausweisung, Zurückschiebung oder Abschiebung von der Ausländerbehörde über die Folgen eines Verstoßes auch im Hinblick auf das Schengen-Gebiet aktenkundig belehrt werden.
- 11.1.3.4 Vor oder nach der Ausreise kann der Befristungsantrag gestellt und darüber entschieden werden. Die Entscheidung über die Befristung kann zurückgestellt werden, bis die Ausreisefrist abgelaufen ist oder ein Nachweis über die freiwillige Ausreise vorliegt. Der Ausländer ist in diesem Fall darauf hinzuweisen, dass bei der Entscheidung über die Befristung auch berücksichtigt wird, ob er der Ausreisepflicht zur Vermeidung der von der Abschiebung ausgehenden Sperrwirkung freiwillig nachgekommen ist.
- 11.1.3.5 Bei einem Antrag auf Erteilung eines Aufenthaltstitels nach einer Ausweisung, Zurückschiebung oder Abschiebung ist zu prüfen, ob dieser Antrag als Antrag auf Befristung der in § 11 Absatz 1 Satz 1 und 2 genannten Wirkungen ausgelegt werden kann. Im Zweifelsfall ist der Ausländer auf die Rechtslage hinzuweisen.
- 11.1.4. Die Wirkung der Ausweisung, Zurückschiebung oder Abschiebung wird auf Antrag i. d. R. befristet, d. h. von der Regelbefristung darf nur abgesehen werden, wenn im konkreten Einzel-

fall besondere Umstände vorliegen, die es rechtfertigen, die Sperrwirkung unbefristet bestehen zu lassen. Die zuständige Behörde hat bei der Prüfung der Frage, ob ein Regelfall i. S. d. § 11 Absatz 1 vorliegt, keinen Ermessensspielraum. Vielmehr unterliegt die Befristungsentscheidung der vollen gerichtlichen Nachprüfung.

- 11.1.4.1 Entscheidend ist, ob der mit der Ausweisung, Zurückschiebung oder Abschiebung verfolgte Zweck aufgrund besonderer Umstände nicht durch die zeitlich befristete Fernhaltung des Ausländers vom Bundesgebiet bzw. vom Schengen-Gebiet erreicht werden kann. Dies bestimmt sich wesentlich nach dem Gewicht des Ausweisungsgrundes und den mit der Ausweisung verfolgten spezial- und/oder generalpräventiven Zwecken. Von einem Regelfall kann dann nicht ausgegangen werden, wenn der Ausländer in so hohem Maß eine Gefährdung der öffentlichen Interessen darstellt (Wiederholungsgefahr), dass eine fortdauernde Fernhaltung geboten ist. Bei einer generalpräventiv motivierten Ausweisung ist insbesondere darauf abzustellen, ob die Abschreckungswirkung noch nicht verbraucht ist. Bei Betäubungsmitteldelikten und Bezügen zum Terrorismus und Extremismus ist beispielsweise ein besonders strenger Maßstab anzulegen.

- 11.1.4.2 Die Befristungsmöglichkeit ist ein geeignetes Mittel, die einschneidenden Folgen einer Ausweisung, Zurück- oder Abschiebung für die persönliche Lebensführung des Ausländers einzuschränken und bei generalpräventiven Überlegungen zu verhindern, dass sich die ausländerrechtlichen Maßnahmen im Verhältnis zur beabsichtigten Abschreckung anderer Ausländer als unverhältnismäßig erweisen. Dabei sind nach der Ausweisung eintretende Umstände, die für oder gegen das Fortbestehen der Sperrwirkung sprechen, insbesondere die Fortgeltung der Beweggründe der Maßnahme und die Entwicklung der persönlichen Verhältnisse des Ausländers (vgl. § 55 Absatz 3), abzuwägen und zu berücksichtigen. Nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts zur Maßgeblichkeit der Sach- und Rechtslage im Zeitpunkt der letzten mündlichen Verhandlung oder Entscheidung des Tatsachengerichts (vgl. Nummer Vor 53.3.1.2) werden bei nachträglichen Befristungen vor allem Veränderungen eine Rolle spielen, die nach Unanfechtbarkeit der Ausweisung eintreten. Insbesondere ist die aufenthaltsrechtliche Schutzwirkung von Artikel 6 Absatz 1 und 2 GG und Artikel 8 EMRK in die Abwägungsentscheidung einzustellen. Artikel 6 GG gebietet jedoch auch bei Ausländern mit deutschem Ehegatten nicht generell eine Befristung der Maßnahme, sondern lediglich eine Abwägung nach Maßgabe des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit.

- 11.1.4.3 Eine Ausweisung nach § 53 oder § 54 ist Indiz für das Vorliegen eines Ausnahmefalls; es ist jedoch dessen ungeachtet eine Beurteilung nach

den in Nummer 11.1.4.1f. genannten Umständen des Einzelfalls vorzunehmen. Im Falle einer Ausweisung nach § 54 Nummer 5 und 5a ist der im Einzelfall vom Ausländer ausgehenden Gefahr für die innere Sicherheit maßgeblich Rechnung zu tragen. Bei einer Ermessensausweisung nach § 55 werden nur eine Vielzahl und mit besonderer Hartnäckigkeit begangene Verstöße für eine Ausnahme von § 11 Absatz 1 Satz 3 sprechen. Der Annahme eines Regelfalls steht grundsätzlich nicht entgegen, dass der Ausländer unerlaubt eingereist ist oder gegenüber der deutschen Auslandsvertretung im Visumverfahren oder gegenüber der Ausländerbehörde zum Zwecke der Täuschung unrichtige oder unvollständige Angaben gemacht oder diese verweigert hat, wenn er diese Angaben zu einem späteren Zeitpunkt macht oder korrigiert. Der Umstand muss jedoch durch eine längere Fristbemessung berücksichtigt werden.

11.1.4.4 Die Befristung soll davon abhängig gemacht werden, dass die Zurückschiebungs- oder Abschiebungskosten und sonstige während seines Aufenthalts in der Bundesrepublik Deutschland für den Ausländer aufgewandten öffentlichen Mittel erstattet werden, zu deren Erstattung der Ausländer verpflichtet ist (vgl. §§ 66 bis 68). Die Bearbeitung des Antrags auf Befristung kann von der vorherigen Zahlung der Bearbeitungsgebühr abhängig gemacht werden (Sicherheitsleistung; vgl. § 16 VwKostG). Bei Beantragung eines neuen Aufenthaltstitels ist dieser Aspekt auch bei Prüfung der Regelerteilungsvoraussetzung des § 5 Absatz 1 Nummer 3 zu berücksichtigen. Bei deutschverheirateten Ausländern tragen jedoch finanzielle Erwägungen die Ablehnung eines Regelbefristungsantrags für sich allein nicht.

11.1.4.5 Hinsichtlich der Frage, ob die von der Abschiebung ausgehende Wirkung befristet werden soll, ist auf das Verhalten des Ausländers vor und – in Fällen der nachträglichen Befristung – nach der Ausreise abzustellen. I.d.R. sind Führungszeugnisse oder ähnliche Dokumente des Aufenthaltsstaates anzufordern; eine Stellungnahme der konsularisch zuständigen deutschen Auslandsvertretung über die inhaltliche Richtigkeit des Dokuments ist ggf. über das Auswärtige Amt anzufordern.

11.1.4.6 Ungeachtet einer vom Ausländer ausgehenden und fortbestehenden speziellen oder generellen Gefahr sind im Übrigen bei der Entscheidung über die Befristung strafgerichtliche Verurteilungen unerheblich, die nach den Vorschriften des BZRG nicht mehr gegen den Ausländer verwendet werden dürfen; vgl. hierzu näher Nummer 5.1.2.3.1 f.

11.1.4.6.1 Für die Bestimmung der Dauer der Frist ist maßgebend, ob und ggf. wann der mit der Ausweisung, Zurückschiebung oder Abschiebung verfolgte Zweck durch die vorübergehende Fernhaltung des Ausländers aus dem Bundes-

gebiet erreicht ist. Die Behörde hat dazu auch das Verhalten des Betroffenen nach der Ausweisung zu würdigen und im Wege einer Prognose auf der Grundlage einer aktualisierten Tatsachenbasis die (Höchst-)Frist nach dem mutmaßlichen Eintritt der Zweckerreichung zu bemessen. Dabei ist grundsätzlich auf den der Ausweisung zugrunde liegenden Tatbestand abzustellen, dessen Gewicht der Gesetzgeber bereits durch die Abstufung in Ermessens-, Regel- und Ist-Ausweisung berücksichtigt hat. Im Interesse einer einheitlichen Ermessensausübung soll die Frist im Regelfall – vorbehaltlich einer Würdigung der Umstände des Einzelfalls – wie folgt festgesetzt werden:

- drei Jahre bei Ausweisungen nach § 55,
- sieben Jahre bei Ausweisungen nach § 54 und
- zehn Jahre bei Ausweisungen nach § 53.

Die einmal gesetzte Frist kann nachträglich aufgrund Änderung der für die ursprüngliche Bemessung erheblichen Umstände verlängert oder verkürzt werden.

11.1.4.6.2 Ist aufgrund besonderen Ausweisungsschutzes nach § 56 eine Ausweisung gemäß § 56 Absatz 1 Satz 4 und 5 oder § 56 Absatz 2 zu einer Regel- oder Ermessensausweisung herabgestuft worden, bleibt dies bei der Bemessung der Frist unberücksichtigt. Den besonderen Umständen des Einzelfalles ist vielmehr durch Verkürzung oder Verlängerung der regelmäßigen Frist um bis zu drei Jahre Rechnung zu tragen. Hierbei sind auch besondere Sicherheitsinteressen, z. B. bei Ausweisungen mit Bezug zu Terrorismus bzw. Extremismus, zu berücksichtigen. Eine weitergehende Verkürzung der Frist kann grundsätzlich nur in Betracht kommen, wenn ohne Ausweisung ein gesetzlicher Anspruch auf Erteilung eines Aufenthaltstitels bestünde oder schutzwürdige Belange des Ausländers (z. B. die Wiederherstellung der familiären Lebensgemeinschaft zur Personensorge für ein Kind mit deutscher Staatsangehörigkeit) eine frühere Wiedereinreisemöglichkeit zwingend gebieten. Diese Prüfung kann frühestens drei Jahre vor Ablauf der Regelfrist bzw. der im Einzelfall bereits um bis zu drei Jahre verkürzten Frist erfolgen, da ihr die dann aktuellen Umstände zugrunde gelegt werden müssen.

11.1.4.6.3 Bei Abschiebungen ohne vorausgegangene Ausweisung und bei Zurückschiebungen beträgt die Frist im Regelfall zwei Jahre und kann nach den Umständen des Einzelfalles halbiert oder verdoppelt werden. Eine weitergehende Verkürzung der Frist sollte nur im Fall eines gesetzlichen Anspruchs auf Erteilung der Aufenthaltserlaubnis oder bei Ausländern erwogen werden, die zum Zeitpunkt der Abschiebung oder Zurückschiebung minderjährig waren.

11.1.4.6.4 Der für die Fristberechnung maßgebliche Zeitpunkt der Ausreise ist ein für den Ausländer günstiger Umstand i. S. d. § 82 Absatz 1. Der

- Ausländer ist regelmäßig darauf hinzuweisen, dass ihm eine entsprechende Nachweispflicht obliegt.
- 11.1.4.7 Fällt die Sperrwirkung mit Ablauf der Befristung weg, hat die Behörde, die die Befristung verfügt hat, die Löschung der Ausschreibung zur Einreiseverweigerung im SIS und in INPOL zu veranlassen. In diesen Fällen sind auch die Meldepflichten nach dem AZRG und den hierzu ergangenen Bestimmungen zu beachten.
- 11.1.4.8 § 11 Absatz 1 ist hinsichtlich der Sperrwirkung bei jeder Entscheidung über einen Antrag auf Erteilung oder Verlängerung eines Aufenthaltstitels zu prüfen. Ein dieser Vorschrift zuwider erteilter Aufenthaltstitel ist grundsätzlich unter Berücksichtigung des Grundsatzes des Vertrauensschutzes zurückzunehmen, solange die Sperrwirkung andauert. Bei einer Ausschreibung zur Einreiseverweigerung im SIS ist Artikel 25 Absatz 1 und 2 SDÜ zu beachten (vgl. Nummer 5.5.4.4).
- 11.1.4.9 Die Befristung darf nur im Einvernehmen mit der Behörde geändert oder aufgehoben werden, die die Befristung erlassen hat (§ 72 Absatz 3).
- 11.1. 4. 10 Nach Ablauf der Frist der Sperrwirkung finden die Vorschriften über die Befreiung vom Erfordernis des Aufenthaltstitels wieder Anwendung (§ 51 Absatz 5). Die Erteilung eines Aufenthaltstitels richtet sich dann nach den allgemeinen Vorschriften. Bei erneuter Beantragung eines Aufenthaltstitels sind sämtliche Erteilungsvoraussetzungen, vor allem auch das Nichtvorliegen von Ausweisungsgründen (§ 5 Absatz 1 Nummer 2) zu prüfen. Ausweisungsgründe, die der abgelaufenen Befristung zugrunde gelegen haben, können insoweit Berücksichtigung finden, als sie in Gesamtschau mit weiteren Anhaltspunkten Anlass zu der Prognose geben, dass die von dem Ausländer ausgehende Gefährdung über das Fristende hinaus fortbesteht. Dies gilt nur dann, wenn die der Ausweisung zugrunde liegenden Verurteilungen noch nicht getilgt sind.
- 11.2 Betretenserlaubnis**
- 11.2.1 Für die Erteilung einer Betretenserlaubnis ist die Ausländerbehörde zuständig, in deren Bezirk sich der Ausländer aufhalten will. Dies gilt auch nach einer Zurückschiebung durch die Grenzbehörden oder die Polizeien der Länder. Die Beteiligungsvorschrift des § 72 Absatz 1 ist zu beachten. Die Vorschrift ist auch auf Ausländer anwendbar, die unter das FreizügG/EU fallen (§ 11 Absatz 1 FreizügG/EU). Eine Durchschrift der Betretenserlaubnis ist dem jeweiligen Landeskriminalamt zuzuleiten, das die Aussetzung der Festnahme für die Dauer der Betretenserlaubnis in INPOL und SIS veranlasst.
- 11.2.2 Die Betretenserlaubnis ist kein Aufenthaltstitel. Sie bewirkt lediglich die zeitweilige Aussetzung des Einreise- und Aufenthaltsverbots nach § 11 Absatz 1. Ausländer, die visumpflichtig sind, benötigen neben der Betretenserlaubnis ein Visum für die Einreise in das Bundesgebiet. Die Auslandsvertretungen berücksichtigen bei ihrer Entscheidung über den Visumantrag die Betretenserlaubnis im Rahmen der Ermessensabwägung. Aus der Betretenserlaubnis an sich folgt weder ein Anspruch auf Visumerteilung noch eine Ermessensbindung. Während der Geltungsdauer der Betretenserlaubnis lebt eine nach den Vorschriften der AufenthV bestehende Befreiung vom Erfordernis des Aufenthaltstitels wieder auf. Angehörige eines Staates, der in Anhang II der Verordnung (EG) Nummer 539/2001 des Rates vom 15. März 2001 zur Aufstellung der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der Außengrenzen im Besitz eines Visums sein müssen, sowie der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige von der Visumpflicht befreit sind (ABl. EG Nummer L 81 S. 1) aufgeführt ist, können daher mit einer Betretenserlaubnis für einen Kurzaufenthalt in das Bundesgebiet ohne Visum einreisen. Soweit es sich um andere Staatsangehörige handelt, darf für die Geltungsdauer der Betretenserlaubnis ein (Schengen-)Visum mit räumlich beschränkter Gültigkeit (VRG) erteilt werden.
- 11.2.3 Die Betretenserlaubnis muss befristet werden. Sie darf nicht für eine längere Zeit erteilt werden, als zur Erreichung des Reisezwecks unbedingt erforderlich ist. In den in Absatz 1 Satz 5 genannten Fällen darf eine Betretenserlaubnis nur erteilt werden, wenn dies von der obersten Landesbehörde im Einzelfall als Ausnahme zugelassen wird. In den Fällen des § 58a Absatz 2 bedarf die Erteilung einer Betretenserlaubnis der Zustimmung des Bundesministeriums des Innern.
- 11.2.4 Reiseweg und Aufenthaltsort können vorgeschrieben werden. Entsprechende Nebenbestimmungen sind ggf. in das Visum aufzunehmen. Der Reiseweg ist unter Umständen zu überwachen. Die Bestimmung der Frist, des Reiseweges oder Aufenthaltsortes kann nachträglich geändert werden, wenn es aus zwingenden Gründen oder zur Vermeidung unbilliger Härten erforderlich ist. In die Erwägungen sind Gründe der öffentlichen Sicherheit und Ordnung einzubeziehen.
- 11.2.5 Zwingende Gründe, die eine Betretenserlaubnis rechtfertigen, können sich auch unabhängig von den persönlichen Belangen des Ausländers aus Gründen des öffentlichen Interesses, z. B. bei Wahrnehmung von Terminen bei Gerichten und Behörden (Zeugenvernehmung, Vorladung bei Behörden, Erbschaftsangelegenheiten) oder mit Rücksicht auf Dritte ergeben (Regelung von Geschäften im Inland, die die persönliche Anwesenheit unbedingt erfordern). Bei der Beurteilung, ob eine unbillige Härte vorliegt, kommen insbesondere humanitäre Gründe oder zwingende persönliche Gründe in Betracht.

(z.B. schwere Erkrankung von Angehörigen, Todesfall).

11.2.6 Die Betretenserlaubnis darf nicht erteilt werden, wenn der Aufenthalt des Ausländers mit einiger Wahrscheinlichkeit zu einer erneuten Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung oder der öffentlichen Gesundheit führt. So sollte eine Betretenserlaubnis in den Fällen einer Ausweisung nach § 54 Nummer 5 und 5a jedenfalls in den ersten Jahren nach der Ausreise grundsätzlich nicht erteilt werden. Besteht eine Wiederholungsgefahr, die sich bis zur Ausreise verwirklichen kann, wird eine Betretenserlaubnis nicht erteilt. Auch wenn die Erteilung der Betretenserlaubnis im öffentlichen Interesse liegt, darf sie grundsätzlich nicht gewährt werden, wenn Zweifel bestehen, ob der Ausländer freiwillig wieder ausreisen wird oder wenn nicht gewährleistet ist, dass der Ausländer im Falle seiner nicht freiwilligen Ausreise abgeschoben werden kann. Die Erteilung einer Betretenserlaubnis kann grundsätzlich auch davon abhängig gemacht werden, ob der Ausländer die Abschiebungskosten oder die Kosten der Zurückschiebung beglichen hat oder ob er hierzu bereit ist. Es kann auch eine Sicherheitsleistung (vgl. Nummer 66.5) verlangt werden.

12 Zu § 12 – Geltungsbereich, Nebenbestimmungen

12.1 Geltungsbereich

12.1.1 Der Aufenthaltstitel gilt für das gesamte Bundesgebiet. Räumliche Beschränkungen können für Inhaber eines Aufenthaltstitels nur in Form einer entsprechenden Auflage verfügt werden (§ 12 Absatz 2 Satz 2).

12.1.1.1 Von dem Grundsatz, dass der Aufenthaltstitel für das Bundesgebiet erteilt wird, darf nur in Ausnahmefällen abgewichen werden. Der Aufenthaltstitel kann zur Wahrung öffentlicher Interessen, die insbesondere aufenthaltsrechtlichen Zwecken dienen (vgl. § 5 Absatz 1 Nummer 3) auch nachträglich räumlich beschränkt werden (Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, Willkürverbot). Er kann auf bestimmte Teile des Bundesgebiets beschränkt werden, wenn besondere Gründe es erfordern, die in der Person oder im Verhalten des Ausländers oder in besonderen örtlichen Verhältnissen liegen können (z.B. Grenz- oder Notstandsgebiete, Verhinderung von Straftaten). Die räumliche Beschränkung bleibt auch nach Wegfall des Aufenthaltstitels in Kraft (§ 51 Absatz 6).

12.1.1.2 Die Ausländerbehörde darf einen Aufenthaltstitel nicht unter Ausschluss ihres eigenen örtlichen Zuständigkeitsbereichs nur für andere Teile des Bundesgebietes erteilen oder verlängern. Soll ausnahmsweise ein Aufenthaltstitel unter Ausschluss des eigenen Zuständigkeitsbereiches erteilt werden, ist das Benehmen mit

den obersten Landesbehörden der betreffenden Ausländerbehörden herzustellen.

12.1.1.3 Eine von einer Ausländerbehörde eines anderen Landes erteilte oder verlängerte Aufenthaltserlaubnis darf auch nachträglich auf das Gebiet des anderen Landes beschränkt werden. Dies gilt nicht, wenn dadurch dem Ausländer die Ausübung einer erlaubten unselbständigen Erwerbstätigkeit unmöglich wird.

12.1.2 Das Schengen-Visum kann unter den Voraussetzungen der Artikel 5 Absatz 4 Buchstabe c) Schengener Grenzkodex, Artikel 10 Absatz 3, Artikel 11 Absatz 2, Artikel 14 Absatz 1 Satz 2 und Artikel 16 SDÜ räumlich beschränkt erteilt oder verlängert werden (siehe auch Artikel 19 Absatz 3 SDÜ). Dabei ist der Grundsatz zu beachten, dass der Schengen-Raum grundsätzlich ein einheitlicher Reiseraum ist, weshalb die Beschränkung eines Schengen-Visums auf Deutschland nur in Übereinstimmung mit den genannten Vorschriften des SDÜ erfolgen darf und sonst zu unterbleiben hat.

12.2 Nebenbestimmungen

12.2.0 Gemäß Absatz 2 Satz 1 und 2 können das Visum und die Aufenthaltserlaubnis mit Nebenbestimmungen erteilt und verlängert werden. Nebenbestimmungen können u. a. als Auflagen oder Bedingungen verfügt werden. Sie müssen hinreichend bestimmt sein und dürfen keine Unklarheiten darüber lassen, unter welchen Voraussetzungen ein Aufenthaltsrecht entsteht, fortbesteht oder entfällt. Die Auflage verlangt ein Tun, Dulden oder Unterlassen und kann auch nachträglich verfügt werden. Bedingungen machen den Eintritt oder Wegfall einer Vergünstigung oder Belastung von dem ungewissen Eintritt eines mit der Bedingung bezeichneten Ereignisses abhängig. Unterschieden wird zwischen aufschiebender und auflösender Bedingung. Insbesondere die auflösende Bedingung hat im Falle ihres Eintritts ganz erhebliche Auswirkungen auf die Rechtsstellung des Ausländers (vgl. Nummer 12.2.3).

12.2.1 Nebenbestimmungen und Hinweise sind im Visumetikett aufzunehmen. In Anlage 9 der Gemeinsamen Konsularischen Instruktion werden die üblichen Nebenbestimmungen und Hinweise eines Mitgliedstaates notifiziert. Deutschland hat sich die Möglichkeit weiterer Nebenbestimmungen bei nationalen Visa vorbehalten. Nur bei nationalen Visa (Visa der Kategorie „D“) darf auch von anderen als den in Anlage 9 zur Gemeinsamen Konsularischen Instruktion aufgeführten Nebenbestimmungen und Hinweisen Gebrauch gemacht werden.

12.2.2 Die Niederlassungserlaubnis ist mit Ausnahme des in § 23 Absatz 2 speziell geregelten Falles stets nebenbestimmungsfrei. Sofern vor dem 1. Januar 2005 erteilte unbefristete Aufenthaltserlaubnisse, die nach § 101 Absatz 1 als Niederlassungserlaubnisse weiter gelten, Nebenbestimmungen enthalten, bleiben diese Ne-

- benbestimmungen nach § 102 Absatz 1 zunächst wirksam. Sie sind auf Antrag aufzuheben, sofern nicht ein besonderer gewichtiger Grund für die weitere Aufrechterhaltung besteht.
- 12.2.3 Das Verfügen einer auflösenden Bedingung muss wegen der schwerwiegenden Rechtsfolgen bei deren Eintritt im Einzelfall gegenüber anderen milderen Regelungen, wie z.B. dem Verfügen einer Auflage oder den Möglichkeiten der nachträglichen Befristung bzw. des Widerrufs einer Aufenthaltserlaubnis abgewogen werden. Dies gilt insbesondere in Bezug auf auflösende Bedingungen, die einzelne Modalitäten des Aufenthaltswerts oder die allgemeinen Erteilungsvoraussetzungen absichern sollen. Im Rahmen der Abwägung ist insbesondere zu berücksichtigen, ob ein konkreter Missbrauchsverdacht vorliegt. Tritt eine auflösende Bedingung ein, gelten die allgemeinen Regelungen: Der Ausländer ist mangels Aufenthaltstitel vollziehbar ausreisepflichtig (§ 50 Absatz 1). Hierbei ist dem Ausländer aber durch die Ausgestaltung der auflösenden Bedingung zugleich eine hinreichende Frist zur Ausreise, die mindestens 14 Tage betragen soll, einzuräumen.
- 12.2.4 Auflösende Bedingungen und Auflagen dürfen nicht dazu führen, dass Handlungen, die durch besondere Vorschriften mit Sanktionen belegt sind, entgegen der Wertung des Gesetzgebers zugleich unter § 95 Absatz 1 Nummer 2 oder § 98 Absatz 3 Nummer 2 fallen. Unter die besonders sanktionierten Tatbestände, die somit nicht Gegenstand einer zusätzlichen Auflage oder auflösenden Bedingung nach § 12 Absatz 2 werden können, fallen insbesondere die Begehung von Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten im Allgemeinen, dabei insbesondere die Ausübung einer unerlaubten Erwerbstätigkeit (vgl. § 404 Absatz 2 Nummer 4 SGB III). Auch die Erfüllung von Ausweisungstatbeständen kann nicht zur auflösenden Bedingung erhoben werden, da hierdurch die Pflicht zur Ermessensausübung (§ 55 Absatz 1) umgangen bzw. ein besonderer Ausweisungsschutz nicht berücksichtigt würde.
- 12.2.5.1.1 Der Aufenthaltstitel kann mit einer wohnsitzbeschränkenden Auflage versehen werden. Hierbei wird, anders als bei der räumlichen Beschränkung, nur die Wohnortwahl, nicht aber die Reisefreiheit im Bundesgebiet eingeschränkt.
- 12.2.5.1.2 Die der Ausländerbehörde bekannten oder erkennbaren Belange des Ausländers, die einer bestimmten Beschränkung der Wohnsitznahme im Einzelfall entgegenstehen (z. B. Notwendigkeit des Umzugs zwecks Herstellung der familiären Lebensgemeinschaft oder eine Behinderung), sind von Amts wegen bereits bei der Entscheidung über die Auflagenerteilung zu berücksichtigen.
- 12.2.5.2.1 Die wohnsitzbeschränkende Auflage stellt insbesondere ein geeignetes Mittel dar, um mittels einer regionalen Bindung die überproportionale fiskalische Belastung einzelner Länder und Kommunen durch ausländische Empfänger sozialer Leistungen zu verhindern. Entsprechende Auflagen können auch dazu beitragen, einer Konzentrierung sozialhilfeabhängiger Ausländer in bestimmten Gebieten und der damit einhergehenden Entstehung von sozialen Brennpunkten mit ihren negativen Auswirkungen auf die Integration von Ausländern vorzubeugen. Entsprechende Maßnahmen sind auch gerechtfertigt, um Ausländer mit einem besonderen Integrationsbedarf an einen bestimmten Wohnort zu binden, damit sie dort von den Integrationsangeboten Gebrauch machen können.
- 12.2.5.2.2 Vor diesem Hintergrund werden wohnsitzbeschränkende Auflagen erteilt und aufrechterhalten bei Inhabern von Aufenthaltserlaubnissen nach Kapitel 2 Abschnitt 5 des Aufenthaltsgesetzes bzw. Niederlassungserlaubnissen nach § 23 Absatz 2, soweit und solange sie Leistungen nach dem SGB II oder XII oder dem AsylbLG beziehen. Hierzu zählen auch Aufenthaltserlaubnisse nach §§ 104a und 104b.
- 12.2.5.2.3 Für Asylberechtigte und Flüchtlinge, d.h. für Inhaber von Aufenthaltstiteln nach § 25 Absatz 1 und 2 kommen wohnsitzbeschränkende Auflagen nur in Betracht, soweit deren Verhängung auch aus migrations- und integrationspolitischen Interessen erforderlich ist, da sich aus dem Zusammenwirken der in Artikel 26 Genfer Flüchtlingskonvention gewährten Freizügigkeit mit dem Grundsatz fürsorgerechter Gleichbehandlung (Artikel 24 Genfer Flüchtlingskonvention) ergibt, dass freizügigkeitsbeschränkende Maßnahmen gegenüber Flüchtlingen nicht allein zum Zweck der angemessenen Verteilung öffentlicher Soziallasten eingesetzt werden dürfen. Die zuständige Ausländerbehörde hat in diesem Fall die migrations- bzw. integrationspolitischen Konflikte zu beschreiben, die im jeweiligen Einzelfall bei einer – durch Verhängung wohnsitzbeschränkender Auflagen zu vermeidenden – unkontrollierten Binnenwanderung entstünden. Soweit die Maßnahme im konkreten Fall der Verhinderung sozialer Brennpunkte durch gehäufte Ansiedlung von Ausländern in bestimmten Gebieten dient, sind diese (potenziellen) Brennpunkte näher zu beschreiben. Gleiches gilt für die Eignung von entsprechenden Auflagen, zur Problemlösung beizutragen. Ebenso sind konkrete und nachvollziehbare Ausführungen zu den örtlichen Integrationsangeboten erforderlich, wenn Ausländer durch die Wohnsitzauflage an einen bestimmten Wohnort gebunden werden sollen, damit sie dort von bedarfsgerechten Integrationsangeboten profitieren können.
- 12.2.5.2.4 Eine Streichung oder Änderung der wohnsitzbeschränkenden Auflage zur Ermöglichung

eines den Zuständigkeitsbereich der Ausländerbehörde überschreitenden Wohnortwechsels bedarf der vorherigen Zustimmung durch die Ausländerbehörde des Zuzugsortes. Bei einer Verweigerung der Zustimmung hat die Ausländerbehörde des Zuzugsortes im Hinblick auf das von der Ausländerbehörde des bisherigen Wohnorts zu tragende Prozessrisiko alle Gründe für ihre Entscheidung mitzuteilen. Die Ausländerbehörde des Zuzugsortes darf die Zustimmung zur Streichung der Auflage nicht allein unter Hinweis darauf, dass der Zweck des Wohnsitzwechsels auch an einem anderen Ort erreicht werden kann, verweigern.

12.2.5.2.4.1 Die Zustimmung ist, soweit die Auflage aus den unter Nummer 12.2.5.2.2 genannten Gründen verfügt wurde, zu erteilen, wenn der Lebensunterhalt am neuen Wohnort auch für alle Familienangehörigen voraussichtlich dauerhaft ohne die Inanspruchnahme von Leistungen nach dem SGB II oder XII oder dem AsylbLG gesichert ist (vgl. § 2 Absatz 3). Bei beabsichtigter Aufnahme einer Erwerbstätigkeit genügt die Vorlage eines entsprechenden Arbeitsvertrages; zu befristeten Arbeitsverhältnissen wird auf Nummer 2.3.3 Bezug genommen. Die Zustimmung ist auch zu erteilen, wenn das für die Sicherung des Lebensunterhalts erforderliche Einkommen um bis zu zehn Prozent unterschritten wird.

12.2.5.2.4.2 Darüber hinaus ist die Zustimmung – unabhängig von der Sicherung des Lebensunterhalts oder den genannten migrations- und integrationspolitischen Interessen – zu erteilen, wenn mindestens eine der folgenden Voraussetzungen vorliegt:

- Der Umzug dient der Herstellung der familiären Lebensgemeinschaft zwischen Ehe- bzw. Lebenspartnern sowie Eltern und ihren minderjährigen Kindern, die über eine Aufenthaltserlaubnis nach Kapitel 2 Abschnitt 5 des Aufenthaltsgesetzes verfügen. Die Zustimmung darf bei Verfügung der Auflage aus den unter Nummer 12.2.5.2.2 genannten Gründen nicht erteilt werden, wenn der zuziehende Ehe- bzw. Lebenspartner oder Elternteil im Falle des Umzugs seine Erwerbstätigkeit aufgeben müsste, es sei denn, der Lebensunterhalt wird auch für den zuziehenden Ehe- bzw. Lebenspartner durch den Partner, zu dem zugezogen wird, gesichert.
- Der Umzug der Verwandten dient der dauerhaften und nachhaltigen Verbesserung der benötigten Pflege von Betroffenen, die wegen ihres Alters oder wegen ihrer Krankheit oder Behinderung pflegebedürftig sind. Entsprechendes gilt, wenn der Pflegebedürftige zu den Verwandten zieht.
- Der Umzug ist erforderlich, um einer Gefahrenlage im Gebiet des räumlichen Bereichs einer wohnsitzbeschränkenden Auf-

lage, die von Familienangehörigen bzw. dem ehemaligen Partner ausgeht, zu begegnen.

12.2.5.2.4.3 Die Ausländerbehörde des bisherigen Wohnorts darf die wohnsitzbeschränkende Auflage erst dann streichen oder ändern, wenn die Zustimmung der Ausländerbehörde des Zuzugsorts vorliegt.

12.2.5.2.5 Wurde eine aus den unter Nummer 12.2.5.2.2 genannten Gründen verfügte Auflage ohne die vorherige Zustimmung der Ausländerbehörde des Zuzugsorts gestrichen oder geändert und tritt innerhalb von sechs Monaten am Zuzugsort Bedürftigkeit nach Leistungen nach dem SGB II oder XII oder dem AsylbLG ein, so ist die Wohnsitznahme erneut durch Auflage auf das Land des vorherigen Wohnorts zu beschränken, es sei denn, es liegen die in Nummer 12.2.5.2.4.2 genannten Gründe vor.

12.3 Verlassenspflicht

12.3.1 Die Regelung des § 12 Absatz 3 bezieht sich nicht lediglich auf den von § 12 Absatz 2 und 4 erfassten Personenkreis, sondern auch auf ausreisepflichtige Ausländer (§ 51 Absatz 6) und Ausländer, deren Abschiebung ausgesetzt ist (§ 61 Absatz 1), sowie auf Asylbewerber (§ 56 Absatz 1 und 3, § 59 Absatz 2 AsylVfG). Un-erheblich ist, ob die räumliche Beschränkung unmittelbar kraft Gesetzes besteht, durch Verwaltungsakt angeordnet ist oder fortgilt.

12.3.2 Die Verlassenspflicht ist unverzüglich, ggf. im Wege des unmittelbaren Zwanges nach Maßgabe des § 59 AsylVfG und der landesrechtlichen Vorschriften durchzusetzen.

12.3.3 Zuständig ist die Ausländerbehörde, in deren Bezirk sich der Ausländer widerrechtlich aufhält (§ 71 Absatz 1) und auch die Polizei des betroffenen Landes (§ 71 Absatz 5).

12.3.4 Bei einem Verstoß gegen eine räumliche Beschränkung kann je nach Art, Schwere, Umständen und Dauer ein Ausweisungsgrund gemäß § 55 Absatz 2 Nummer 2 gegeben sein.

12.3.5 Bei vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländern, die nicht im Besitz einer Duldung sind, hat die Aufenthaltsbeendigung im Wege der Abschiebung oder Zurückschiebung Vorrang vor der Anwendung des § 12 Absatz 3.

12.3.6 Die Durchsetzung der Verlassenspflicht des § 12 Absatz 3 ist kostenpflichtig (§ 66 Absatz 1) für den Ausländer, den Verpflichteten aus einer Verpflichtungserklärung sowie den kostenpflichtigen Beförderungsunternehmer. Der einmalige Verstoß gegen eine vollziehbare räumliche Beschränkung stellt einen Bußgeldtatbestand dar (§ 98 Absatz 3 Nummer 2, § 86 AsylVfG).

12.4 Beschränkungen des genehmigungsfreien Aufenthalts

§ 12 Absatz 4 findet auf sämtliche Ausländer Anwendung, die insbesondere nach Bestim-

	mungen der AufenthV keinen Aufenthaltstitel benötigen. Die Befreiung endet mit der Anordnung von Bedingungen und Auflagen nicht. Bei Ausländern, die vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit sind, ist von der Möglichkeit der Anordnung von Bedingungen und Auflagen nur Gebrauch zu machen, wenn die Wahrung öffentlicher Interessen dies im jeweiligen Einzelfall gebietet. Insbesondere soll die Anordnung von Rechtsfolgen unterbleiben, die sich ohnehin aus dem Gesetz ergeben (z.B. Beschränkungen bei der Aufnahme einer Beschäftigung).	13	Zu § 13 – Grenzübertritt
12.5	Verlassen des beschränkten Aufenthaltsbereichs	13.1	Ein- und Ausreisekontrolle
12.5.0	§ 12 Absatz 5 entspricht weitgehend § 58 Absatz 1 und 3 AsylVfG.	13.1.1	Der Begriff der Einreise ist im Sinne eines tatsächlichen Vorgangs (Grenzübertritt, Betreten des Hoheitsgebietes der Bundesrepublik Deutschland) zu verstehen; die Frage, ob die Einreise erlaubt ist, beurteilt sich nach § 14 Absatz 1.
12.5.1	Satz 1 gibt der Ausländerbehörde – auch für räumliche Beschränkungen aufgrund anderer Bestimmungen des Aufenthaltsgesetzes (z.B. § 61) – eine flexible Möglichkeit, Ausnahmen zuzulassen.		An einer zugelassenen Grenzübergangsstelle ist ein Ausländer erst ausgereist, wenn er die Grenze überschritten und die Grenzübergangsstelle passiert hat. Im Übrigen ist eine Person ausgereist, sobald sie die Grenzlinie überschritten hat.
12.5.2	Satz 2 regelt Fallgruppen, in denen entsprechenden Anträgen stattzugeben ist.	13.1.2	Über die Zulassung und Schließung von Grenzübergangsstellen entscheidet gemäß § 61 Absatz 1 BPolG das Bundesministerium des Innern im Benehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen. Das Bundesministerium des Innern gibt die entsprechende Entscheidung im Bundesanzeiger bekannt. Die Verkehrsstunden werden von der zuständigen Bundespolizeidirektion festgelegt und durch Aushang an der Grenzübergangsstelle bekannt gegeben. An den EU-Außengrenzen erfolgt die Festlegung im Benehmen mit dem zuständigen Hauptzollamt.
12.5.2.1	Ein dringendes öffentliches Interesse kann z.B. bestehen, wenn der Ausländer unter Zeugenschutz steht, oder wenn das Verlassen des Geltungsbereichs der räumlichen Beschränkung der Beschaffung von Heimreisedokumenten oder Identitätsnachweisen dient (Termine bei Botschaften oder Konsulaten sind jedoch gemäß Satz 3 erlaubnisfrei).	13.1.3	Der Grenzübertritt kann ausnahmsweise außerhalb einer zugelassenen Grenzübergangsstelle erfolgen, wenn dies durch andere Rechtsvorschriften oder zwischenstaatliche Vereinbarungen zugelassen ist.
12.5.2.2	Zwingend sind nur Gründe von erheblichem Gewicht. Sie können familiärer, religiöser, gesundheitlicher oder politischer Natur sein. In Betracht kommen etwa der Besuch eines Facharztes, dringende familiäre Angelegenheiten, z.B. Besuch schwer kranker Familienmitglieder sowie eine Teilnahme an bedeutenden religiösen Riten und Festen.	13.1.3.1	Nach Artikel 20 Schengener Grenzkodex dürfen die Binnengrenzen unabhängig von der Staatsangehörigkeit der betreffenden Person an jeder Stelle ohne Personenkontrollen überschritten werden. Artikel 2 Nr. 1 Schengener Grenzkodex legt fest, was unter Binnengrenze i.S.d. Schengener Grenzkodex zu verstehen ist. Das Recht, die Binnengrenzen an jeder Stelle überschreiten zu dürfen, entfällt bei Wiedereinführung der Binnengrenzkontrollen (Artikel 28 Schengener Grenzkodex). In diesen Fällen ist die Benutzung von Grenzübergangsstellen wieder vorgeschrieben.
12.5.2.3	Unbillige Härten sind Beeinträchtigungen persönlicher Belange, die im Vergleich zu den betroffenen öffentlichen Interessen und im Hinblick auf den vom Gesetz vorausgesetzten Zweck der Aufenthaltsbeschränkung als unangemessen schwer anzusehen sind. Es handelt sich um einen gerichtlich voll überprüfbaren unbestimmten Rechtsbegriff. Persönliche Interessen des Ausländers können stärker berücksichtigt werden als beim Begriff des zwingenden Grundes.	13.1.3.2	Nach § 61 Absatz 3 und 4 BPolG können die Bundespolizeidirektionen einzelnen Personen oder Personengruppen die Erlaubnis erteilen, die Grenze außerhalb einer zugelassenen Grenzübergangsstelle, außerhalb der festgesetzten Verkehrsstunden oder mit anderen als den zugelassenen Verkehrsarten zu überschreiten, wenn ein besonderes Bedürfnis dafür besteht und öffentliche Belange nicht entgegenstehen. Gemäß § 61 Absatz 4 BPolG kann, soweit ein Land im Einvernehmen mit dem Bund Aufgaben des grenzpolizeilichen Einzeldienstes mit eigenen Kräften wahrnimmt, in der Vereinbarung gemäß § 2 Absatz 3 BPolG bestimmt werden, dass Behörden oder Dienststellen der Polizei des Landes anstelle der Bundespolizei tätig werden. Die Grenzerlaubnis
12.5.3	Satz 3 stellt klar, dass in bestimmten Fällen eine Erlaubnis nicht erforderlich ist. Erforderlich ist die persönliche Anwesenheit nicht nur bei ausdrücklicher Anordnung des persönlichen Erscheinens, sondern auch dann, wenn die Anwesenheit bei objektiver Betrachtung geboten erscheint. Behörden in diesem Sinne sind auch Botschaften und Konsulate ausländischer Staaten.		

kann auch in Form einer Allgemeinverfügung i. S. v. § 35 Absatz 1 Satz 2 VwVfG, mündlich oder mit Auflagen versehen, erteilt werden. Ein Widerruf der Grenzurlaubnis ist jederzeit möglich.

13.1.4 Der Ausländer ist gemäß § 13 Absatz 1 Satz 2 verpflichtet, beim Grenzübertritt seinen gültigen und anerkannten Pass oder Passersatz mitzuführen, sich damit über seine Person auszuweisen und sich der polizeilichen Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs, deren Gegenstand in Artikel 7 Schengener Grenzkodex näher beschrieben ist, zu unterziehen. Die Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs führt die Grenzbehörde im Rahmen ihrer polizeilichen Befugnisse durch. Ein Verstoß gegen die Passmitführungspflicht stellt eine Ordnungswidrigkeit nach § 98 Absatz 3 Nummer 3 oder im Falle der erfolgten Einreise bei Nichtbesitz eines Passes oder Passersatzes (vgl. § 14) einen Straftatbestand nach § 95 Absatz 1 Nummer 3 dar. Der Versuch ist im letztgenannten Fall nach § 95 Absatz 3 strafbar. Schleuser haben ggf. Straftaten gemäß §§ 96 und 97 begangen.

13.1.4.1 Diese Pflichten bestehen für das Überschreiten der Grenze sowohl an als auch außerhalb von zugelassenen Grenzübergangsstellen. Außerhalb einer zugelassenen Grenzübergangsstelle entzieht sich ein Ausländer in Fällen, in denen eine Grenzübergangsstelle zu benutzen ist, der grenzpolizeilichen Kontrolle, wenn er die Grenze zur Ausreise überschreiten will oder im Fall der Einreise bereits überschritten hat und einer Kontrollaufforderung der Grenzbehörde nicht nachkommt und begeht damit eine Ordnungswidrigkeit gemäß § 98 Absatz 2 Nummer 2.

13.1.4.2 Die Passmitführungspflicht besteht auch für den Grenzübertritt an den Schengen-Binnen Grenzen.

13.1.4.3 Die Pflicht, sich auszuweisen und der Grenzkontrolle zu unterziehen, besteht nur im Rahmen einer Grenzkontrolle. Sie umfasst die Pflicht, die entsprechenden grenzpolizeilichen Anordnungen zu befolgen.

13.2 Beendigung der Einreise

13.2.1.1 Der Ausländer hat eine Grenzübergangsstelle erst dann passiert, wenn er die Kontrollstationen der Grenzpolizei und des Zolls, soweit an den EU-Außengrenzen vorhanden, hinter sich gelassen hat und sich frei in Richtung Inland bewegen kann. Eine Einreise im ausländerrechtlichen Sinne liegt in den in § 13 Absatz 2 Satz 2 genannten Fällen nicht vor. Solange der Ausländer sich danach im Falle einer näheren Überprüfung, im Falle der Festnahme, im Rahmen der Zurückweisung, aus Anlass der medizinischen Versorgung oder aus anderen Gründen noch in der Obhut der Grenzbehörden befindet, sich also nicht frei bewegen kann, ist er nicht eingereist, auch wenn er körperlich die Kontrollstationen überschritten hat.

Das gilt auch für Ausländer, die sich im asylrechtlichen Flughafenverfahren gemäß § 18a AsylVfG befinden.

13.2.1.2

Dabei ist die Formulierung „solange ihnen eine Kontrolle des Aufenthalts des Ausländers möglich bleibt“ so auszulegen, dass diese Möglichkeit auch dann besteht, wenn die tatsächliche Kontrolle durch andere Behörden (z. B. Jugendamt, geschlossene psychiatrische Einrichtung, Justizvollzugsanstalt, Militärbehörden der in Deutschland stationierten NATO-Streitkräfte) im Auftrag der mit der polizeilichen Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs beauftragten Behörde wahrgenommen wird (Amtshilfe). Wird der Aufenthalt eines Ausländers demnach im Inland von einer anderen Behörde derart gestaltet, dass der Ausländer sich faktisch nicht ohne besondere Gestattung dieser Behörde frei im Inland bewegen kann, bedarf es einer besonderen Bewachung des Ausländers durch die Grenzbehörden nicht. Entzieht sich der Ausländer unerlaubt der Kontrolle des Aufenthaltes durch Grenz- oder andere Behörden, ist er unerlaubt eingereist (siehe auch Nummer 13.2.5).

13.2.2

Überschreitet ein Ausländer die Grenze an einer Grenzübergangsstelle außerhalb der Öffnungszeiten oder an einer Stelle, an der sich keine Grenzübergangsstelle befindet, ist er eingereist, wenn er die Grenzlinie überschritten hat.

13.2.3

Befindet sich die Einreisekontrollstelle auf fremdem Hoheitsgebiet (gemäß den mit den Nachbarstaaten geschlossenen Vereinbarungen über die Gemeinschaftsabfertigung), ist die Einreise erst erfolgt, wenn die auf fremdem Hoheitsgebiet liegende Grenzübergangsstelle passiert und anschließend die Grenzlinie überschritten wurde.

13.2.4

Einreise ist auch die Grenzüberschreitung zum Zwecke der Durchreise.

13.2.5

Die Einreise an einer Flughafen-Grenzübergangsstelle ist erst erfolgt, wenn der Ausländer die Kontrollstationen der Grenzbehörden (Bundespolizei und Zoll) passiert hat (siehe auch Nummer 13.2.1.1). Ein Ausländer ist nicht eingereist, wenn er sich noch im Transitbereich eines Flughafens oder der Unterkunft nach § 65 aufhält bzw. im Rahmen des asylrechtlichen Flughafenverfahrens gemäß § 18a AsylVfG auf dem Flughafengelände untergebracht ist.

13.2.6.1

Seereisende überschreiten die Grenze mit dem Überfahren der seewärtigen Begrenzung des deutschen Küstenmeeres (so genannte Zwölf-Seemeilen-Zone) oder dem Überfahren der seitlichen Begrenzung des deutschen Küstenmeeres bzw. der deutschen Eigengewässer zu dem jeweiligen Nachbarstaat. Die Ausländer an Bord eines Schiffes, das von der Hohen See kommend einen als Grenzübergang zugelassenen deutschen Hafen anläuft, sind erst ein-

	gereist, wenn sie im Hafen kontrolliert worden sind und das Schiff verlassen haben.				gesetzten Verkehrsstunden überschritten werden. Die Verkehrsstunden sind an den Grenzübergangsstellen, die nicht rund um die Uhr geöffnet sind, deutlich anzugeben. Ausnahmen hierzu sind in Artikel 4 Absatz 2 Schengener Grenzkodex geregelt. Nach Artikel 4 Absatz 3 Schengener Grenzkodex sehen die Mitgliedstaaten nach nationalem Recht wirksame, verhältnismäßige und abschreckende Sanktionen für das unbefugte Überschreiten der Außengrenzen außerhalb der Grenzübergangsstellen oder der festgesetzten Verkehrsstunden vor. Nach § 98 Absatz 3 Nummer 3 handelt ordnungswidrig, wer vorsätzlich oder fahrlässig außerhalb einer zugelassenen Grenzübergangsstelle oder außerhalb der festgesetzten Verkehrsstunden einreist. Nach § 98 Absatz 4 kann der Versuch der Ordnungswidrigkeit geahndet werden. Die Ordnungswidrigkeit kann nach § 98 Absatz 5 mit einer Geldbuße bis zu 3 000 Euro geahndet werden.
13.2.6.2	Ausländer an Bord eines Schiffes, die beabsichtigen, unter Umgehung der Grenzübergangsstellen an Land zu gehen, haben die Einreise bereits mit der Einfahrt in das Küstenmeer vollendet. Das ist z. B. der Fall, wenn Schleuser Ausländer mit dem Schiff in Küstennähe bringen, um sie am Strand anzulanden. Sie können sich nicht auf das Recht der friedlichen Durchfahrt berufen.				
13.2.6.3	Ausländer an Bord eines Schiffes, das aus einem anderen Staat oder über die Hohe See kommt und den Nord-Ostsee-Kanal passiert, reisen nach Deutschland ein. § 26 AufenthV findet keine Anwendung.				
13.2.6.4	Bei der Einfahrt nach Deutschland über die Flussmündungen und Kanäle aus Richtung Hoher See oder über eine andere Außengrenze der Schengen-Staaten muss grundsätzlich ein als Grenzübergangsstelle zugelassener Hafen angelaufen werden, um eine Einreisekontrolle zu ermöglichen. Es ist nicht zulässig, Deutschland bzw. die Schengen-Staaten auf Flüssen oder Kanälen zu durchqueren, ohne einen Hafen zur Einreisekontrolle anzulaufen. Ausnahmen können sich aufgrund zwischenstaatlicher Vereinbarungen oder durch Grenzurlaubnisse ergeben (siehe Nummer 13.1.3, z. B. für den Grenzübertritt auf dem Bodensee).				
13.2.7	Bei Kontrollen im fahrenden Zug ist eine Einreise erst dann erfolgt, wenn sich der Zug auf deutschem Hoheitsgebiet befindet, die grenzpolizeiliche Kontrolle im Zug beendet wurde und die Kontrollbeamten den Zug verlassen haben. Findet im Zug keine Grenzkontrolle statt, ist die Einreise mit dem Überfahren der Grenzlinie erfolgt.				
13.2.8	Die Bestimmung des Einreisebegriffs in § 13 Absatz 2 lässt Rechtsvorschriften über die Einreise außerhalb des Ausländerrechts unberührt. Strafbare Handlungen eines Ausländers auf deutschem Staatsgebiet unterfallen gemäß § 3 StGB i. V. m. den jeweiligen bilateralen Abkommen über die Gemeinschaftsabfertigung dem deutschen Strafrecht, auch wenn er ausländerrechtlich als noch nicht eingereist gilt. Dies gilt insbesondere auch dann, wenn der Ausländer an einer so genannten „Vorgeschobenen Grenzkontrollstelle“ (deutsche Grenzkontrollstelle auf dem Hoheitsgebiet eines fremden Staates) Delikte begeht, insbesondere gemäß § 95 Absatz 3 i. V. m. § 95 Absatz 1 Nummer 3.	13.3.2	Einreiseverweigerung nach Artikel 13 Schengener Grenzkodex		
		13.3.2.1	Nach Artikel 13 Absatz 1 Schengener Grenzkodex wird einem Drittstaatsangehörigen, der nicht alle Einreisevoraussetzungen des Artikels 5 Absatz 1 Schengener Grenzkodex erfüllt und der nicht zu dem in Artikel 5 Absatz 4 Schengener Grenzkodex genannten Personenkreis gehört, die Einreise in das Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten verweigert. Das SDÜ und die zu seiner Ausführung und Fortschreibung erlassenen gemeinschaftsrechtlichen Vorschriften erfassen den Begriff der unerlaubten Einreise nicht. Erfasst ist hier lediglich die Einreiseverweigerung im Falle der Nichterfüllung der Voraussetzungen des Artikels 5 Absatz 1 Schengener Grenzkodex sowie die Pflicht, das Hoheitsgebiet der Vertragsparteien unverzüglich zu verlassen, wenn die Voraussetzungen für einen kurzen Aufenthalt nicht oder nicht mehr erfüllt sind (vgl. Artikel 23 Absatz 1 SDÜ).		
		13.3.2.2	Verfahren		
		13.3.2.2.1	Die Einreiseverweigerung erfolgt mittels einer begründeten Entscheidung unter Angabe der Gründe für die Einreiseverweigerung. Die Entscheidung wird von einer nach nationalem Recht zuständigen Behörde erlassen und tritt unmittelbar in Kraft. Die begründete Entscheidung mit genauer Angabe der Gründe für die Einreiseverweigerung wird mit dem Standardformular nach Anhang V Teil B Schengener Grenzkodex erteilt, das von der nach nationalem Recht zur Einreiseverweigerung berechtigten Behörde ausgefüllt wird. Das ausgefüllte Standardformular wird dem betreffenden Drittstaatsangehörigen ausgehändigt, der den Empfang der Entscheidung auf dem		
13.3	Allgemeine Hinweise zum Grenzübertritt und zur Einreiseverweigerung nach dem Schengener Grenzkodex				
13.3.1	Grenzübertritt				
	Nach Artikel 4 Absatz 1 Schengener Grenzkodex dürfen die Außengrenzen nur an den Grenzübergangsstellen und während der fest-				

	Standardformular bestätigt (vgl. Artikel 13 Absatz 2 Schengener Grenzkodex).		eingetragen ist. Die Passpflicht wird auch durch Eintragung im gültigen Pass oder Passersatz des gesetzlichen Vertreters dann erfüllt, wenn dieser nicht bei ihm ist,
13.3.2.2.2	Nach Artikel 13 Absatz 2 Schengener Grenzkodex steht Personen, denen die Einreise verweigert wird, ein Rechtsmittel zu. Das Verfahren für die Einlegung des Rechtsmittels bestimmt sich nach nationalem Recht. Dem Drittstaatsangehörigen werden auch schriftliche Angaben zu Kontaktstellen gemacht, die ihn über eine rechtliche Vertretung unterrichten können, die entsprechend dem nationalen Recht in seinem Namen vorgehen kann. Die Einlegung eines solchen Rechtsmittels hat keine aufschiebende Wirkung und ist als Rechtsbehelfsbelehrung in dem auszuhändigenden Standardformular angegeben.		– er gemäß § 3 AufenthV über einen zugelassenen nichtdeutschen amtlichen Ausweis als Passersatz verfügt oder
			– er über eines der in § 4 AufenthV aufgezählten Passersatzpapiere verfügt.
13.3.2.2.3	Die Modalitäten der Einreiseverweigerung an der Grenze wie Streichungen, Stempelungen usw. sind in Anhang V Teil A Schengener Grenzkodex aufgeführt.	14.1.1.3	Die Einreise ist i. S. d. § 14 Absatz 1 Nummer 1 unerlaubt, wenn der Ausländer einen Pass oder Passersatz nicht mit sich führt und kein Fall des § 14 AufenthV vorliegt. Etwas anderes kann im Einzelfall gelten, wenn der Ausländer bis zur Beendigung der Einreisekontrolle den Nachweis erbringen kann, dass er im Besitz eines gültigen Passes oder Passersatzes bzw. von der Passpflicht befreit ist.
13.3.2.2.4	Wird im Rechtsmittelverfahren festgestellt, dass die Entscheidung über die Einreiseverweigerung unbegründet war, so hat der betreffende Drittstaatsangehörige unbeschadet einer nach nationalem Recht gewährten Entschädigung einen Anspruch auf Berichtigung des ungültig gemachten Einreisestempels und anderer Streichungen und Vermerke durch den Mitgliedsstaat, der ihm die Einreise verweigert hat.	14.1.1.3.1	Ein Ausländer besitzt auch einen Pass bzw. Passersatz, wenn er ihn einer inländischen Behörde oder Behörde eines anderen Schengen-Staates überlassen hat, um Eintragungen vornehmen zu lassen oder ein Visum zu beantragen, und dies nachweisen kann.
		14.1.1.3.2	Ein Ausländer besitzt auch einen Pass bzw. Passersatz, wenn er ihn einer im Inland oder in einem anderen Schengen-Staat gelegenen Vertretung eines auswärtigen Staates zur Durchführung eines Visumverfahrens vorübergehend überlassen hat. In diesem Fall hat der Ausländer gemäß § 55 Absatz 2, § 56 Absatz 1 Nummer 4 AufenthV einen Ausweisersatz zu beantragen, um damit gemäß § 3 Absatz 1 Satz 2 die Passpflicht zu erfüllen. Daher hat der Ausländer, der sich auf diesen Sachverhalt beruft, darzulegen, dass er seiner Verpflichtung nachgekommen ist oder ihr ohne sein Verschulden nicht nachkommen konnte. Hat er die Beantragung eines Ausweisersatzes schuldhaft unterlassen, ist der Tatbestand einer Ordnungswidrigkeit gemäß § 77 Nummer 2 AufenthV erfüllt.
14	Zu § 14 – Unerlaubte Einreise; Ausnahmevisum		
14.1	Kriterien der unerlaubten Einreise		
14.1.0	Einreise		
14.1.0.1	Eine Einreise liegt erst vor, wenn der Ausländer gemäß § 13 Absatz 2 tatsächlich die Außengrenze der Bundesrepublik Deutschland von einem Drittstaat oder von einem anderen Schengenstaat aus überschritten hat (siehe Nummer 13.2). Eine bereits erfolgte Einreise in einen anderen Schengenstaat lässt die Anwendbarkeit des § 14 unberührt.	14.1.1.3.3	Ein Ausländer besitzt den Pass nicht mehr, wenn er ihn verloren oder unauffindbar verlegt hat, wenn das Dokument entwendet oder in wesentlichen Teilen vernichtet wurde oder unleserlich ist. Zur Vermeidung einer Straftat (§ 95 Absatz 1 Nummer 1 bzw. Nummer 3) und zur Gewährleistung der Passvorlagepflicht (§ 48 Absatz 1) sind Einreise und Aufenthalt des Ausländers in das Bundesgebiet ohne Pass, Passersatz oder entsprechender Befreiung zu verhindern.
14.1.0.2	§ 14 Absatz 1 findet gemäß § 1 Absatz 2 Nummer 1 auf Ausländer, deren Rechtsstellung von dem Gesetz über die allgemeine Freizügigkeit von Unionsbürgern geregelt ist (vgl. § 1 FreizügG/EU) keine Anwendung (zur Ausweisungspflicht vgl. § 8 FreizügG/EU, zum Erfordernis des Aufenthaltstitels vgl. Nummer 14.1.2.1.1.6).		
14.1.1	Einreise ohne erforderlichen Pass		
14.1.1.1	Die Einreise eines Ausländers ist unerlaubt, wenn er einen erforderlichen Pass oder Passersatz gemäß § 3 Absatz 1 nicht besitzt.	14.1.1.4	Ein Ausländer, der zu einem Aufenthalt bis zu drei Monaten in das Schengen-Gebiet einreisen will und lediglich über einen Pass oder Passersatz verfügt, der zwar in Deutschland, nicht aber in allen Schengen-Staaten anerkannt ist, erfüllt die Einreisevoraussetzung gemäß Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe a) Schengener Grenzkodex nur mit Bezug auf Deutschland und diejenigen Schengen-Staaten, die das Dokument anerkennen. Eine unerlaubte Einreise gemäß
14.1.1.2	Ein Ausländer erfüllt die Passpflicht, wenn <ul style="list-style-type: none"> – er einen gemäß § 71 Absatz 6 anerkannten, gültigen Pass oder Passersatz besitzt, – er gemäß § 2 AufenthV minderjährig ist und in den anerkannten und gültigen Pass oder Passersatz seines gesetzlichen Vertreters 		

§ 14 Absatz 1 Nummer 1 liegt schon deshalb nicht vor, da die Vorschrift lediglich auf die Erfüllung der Passpflicht für Deutschland abstellt. Findet die Einreise in den Schengen-Raum über eine deutsche Grenzübergangsstelle statt und ist der Kontrollperson bekannt, dass der Pass oder Passersatz nicht in allen Schengen-Staaten anerkannt ist, soll sie den Ausländer mündlich darauf hinweisen. Hierzu besteht aber keine rechtliche Verpflichtung.

14.1.2 Einreise ohne erforderlichen Aufenthaltstitel

14.1.2.1 Die Einreise eines Ausländers nach Deutschland ist unerlaubt, wenn er den erforderlichen Aufenthaltstitel nicht besitzt. Ein Aufenthaltstitel ist nach § 4 Absatz 1 erforderlich, wenn der Ausländer nicht vom Anwendungsbereich des Aufenthaltsgesetzes ausgenommen ist (§ 1 Absatz 2) und nicht durch europäische Rechtsvorschriften, nationales Gesetz oder Rechtsverordnung vom Erfordernis des Besitzes eines Aufenthaltstitels befreit ist. Kann der Ausländer den Aufenthaltstitel nach der Einreise einholen (41 AufenthV), ist seine Einreise ohne den Besitz eines Aufenthaltstitels erlaubt. §§ 39 und 40 AufenthV setzen jedoch für den Zeitpunkt der Einreise einen Aufenthaltstitel oder die Befreiung voraus.

14.1.2.1.1 Der Besitz eines Aufenthaltstitels ist nicht erforderlich für

14.1.2.1.1.1 – bevorrechtigte Personen, soweit gemäß § 1 Absatz 2 Nummer 2 bzw. Nummer 3 das Aufenthaltsgesetz auf sie nicht anzuwenden ist (u. a. in Deutschland akkreditierte Diplomaten, NATO-Truppenangehörige im Rahmen des NATO-Truppenstatuts und des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut),

14.1.2.1.1.2 – Ausländer, die dem HAuslG unterfallen,

14.1.2.1.1.3 – Personen, die Deutsche sind und zugleich eine fremde Staatsangehörigkeit besitzen,

14.1.2.1.1.4 – Ausländer, die nach den Regelungen des SDÜ/Schengener Grenzkodex zur Durchreise oder zum Kurzaufenthalt ohne deutsches Visum berechtigt sind (z. B. Artikel 5 Absatz 4 Buchstabe a) Schengener Grenzkodex, Artikel 18 Satz 2 SDÜ, Artikel 21 SDÜ),

14.1.2.1.1.5 – Ausländer, die zur Geltendmachung eines Anspruchs auf Asylberechtigung oder auf Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft in das Bundesgebiet einreisen dürfen (vgl. § 18 Absatz 2, § 18a AsylVfG),

14.1.2.1.1.6 – die in § 2 FreizügG/EU genannten Ausländer, soweit nach § 2 Absatz 4 FreizügG/EU keine Visumpflicht besteht. Auch soweit danach die Visumpflicht besteht, kann eine visumfreie Einreise nach anderen Rechtsvorschriften (z. B. Artikel 21 SDÜ) in Betracht kommen,

14.1.2.1.1.7 – Ausländer, die durch die Verordnung (EG) Nummer 539/2001 des Rates vom 15. März 2001 zur Aufstellung der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der Außengrenzen im Besitz eines Visums sein müssen, sowie der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige von dieser Visumpflicht befreit sind (ABl. L 81 S. 1) in der jeweils geltenden Fassung von der Visumpflicht für einen Kurzaufenthalt befreit sind (so genannte „Positivstaater“). Soweit es dabei um die Frage geht, ob wegen eines entsprechenden Vorbehalts aufgrund von Artikel 4 Absatz 3 der Verordnung oder der zeitlichen Beschränkung auf Kurzaufenthalte der Befreiungstatbestand erfüllt ist, ist folgendes zu beachten:

14.1.2.1.1.7.1 – Für die Anwendbarkeit der Befreiung kommt es darauf an, ob der Ausländer einen Aufenthalt beabsichtigt, der wegen Aufnahme einer Erwerbstätigkeit oder der Absicht, den zeitlichen Rahmen zu überschreiten, eines Visums (mit Zustimmung der Ausländerbehörde) bedürfte. Die Befreiung nach Artikel 1 Absatz 2 der Verordnung ist in diesen Fällen nicht anwendbar, vgl. die zeitliche Beschränkung in Artikel 1 Absatz 2 bzw. Artikel 4 Absatz 3 der Verordnung i. V. m. § 17 Absatz 1 AufenthV. Daher reist z. B. ein Staatsangehöriger einer der in Anhang II der Verordnung genannten Staaten (so genannter „Positivstaater“) unerlaubt ein, wenn er bereits bei der Einreise die Absicht hat, sich länger als drei Monate im Bundesgebiet oder im Gebiet der Anwenderstaaten aufzuhalten oder eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen. Der Nachweis dieser Absicht beim Grenzübertritt ist anhand objektiver Kriterien zu führen (z. B. Mitführen von Werkzeugen oder der Adresse eines Arbeitgebers). Auf § 17 Absatz 2 AufenthV i. V. m. § 16 BeschV wird hingewiesen. Die Einreise eines so genannten „Positivstaaters“ ist jedoch dann nicht unerlaubt, wenn er für einen längeren visumpflichtigen Aufenthalt oder einen Aufenthalt zur Erwerbstätigkeit ein entsprechendes nationales Visum besitzt, dessen Gültigkeitszeitraum innerhalb der auf die Einreise folgenden nächsten drei Monate beginnt (vgl. Nummer 6.1.8.3). Aufenthalte bis zu drei Monaten, die an sich visumfrei wären, bleiben visumfrei, auch wenn sich an sie ein visumpflichtiger Aufenthalt anschließt, für den bereits bei Einreise ein nationales Visum besteht.

14.1.2.1.1.7.2 – Wird die Absicht eines Staatsangehörigen der in Anhang II der Verordnung genannten Staaten, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen, beim Grenzübertritt nicht erkannt, kann deren

Vorliegen schon zum Zeitpunkt des Grenzübertritts aber später anhand objektiver Kriterien nachgewiesen werden, liegt eine unerlaubte Einreise (sowie ein unerlaubter Aufenthalt) vor.

- 14.1.2.1.1.7.3 – Lag die entsprechende Absicht nicht schon bei der Einreise vor (der zum Zeitpunkt der Einreise nach der Verordnung befreite Ausländer hat sich erst im Inland entschlossen, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen) oder kann das Vorliegen der Absicht schon zum Zeitpunkt der Einreise später nicht nachgewiesen werden, führt dies allerdings nicht zu einer gleichsam rückwirkend unerlaubten Einreise, weil eine rückwirkende Erfüllung von Straftatbeständen nicht möglich ist.

- 14.1.2.1.1.7.4 – Die in Nummer 14.1.2.1.1.7 bis 14.1.2.1.1.7.3 dargelegten Grundsätze gelten nicht, wenn der Staatsangehörige der in Anhang II der Verordnung genannten Staaten aufgrund anderer Vorschriften vom Erfordernis des Besitzes eines Aufenthaltstitels befreit ist, z.B. wegen der Anwendbarkeit älterer Sichtvermerksabkommen gemäß § 16 AufenthV, oder wenn ihm die nachträgliche Einholung eines erforderlichen Aufenthaltstitels im Bundesgebiet gemäß § 41 AufenthV gestattet ist.

- 14.1.2.1.1.8 – Ausländer, die nach den §§ 15 bis 30 der AufenthV vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit sind. Für die Anknüpfung an objektive Kriterien sind die Nummer 14.1.2.1.1.7.1 ff. entsprechend anwendbar.

- 14.1.2.1.1.9 – Nach Deutschland zurückreisende, in Deutschland geduldete Schüler auf Schülersammellisten (§ 22 AufenthV), sofern die Ausländerbehörde in der Schülersammelkarte vermerkt hat, dass nach der Wiedereinreise die Abschiebung ausgesetzt sein wird.

- 14.1.2.1.2 Der Begriff „erforderlich“ i. S. d. § 14 Absatz 1 Nummer 2 ist so zu verstehen, dass der Ausländer irgendeinen Aufenthaltstitel besitzen muss, sofern er nicht Regelungen unterliegt, die dem Aufenthaltsgesetz vorgehen, oder von dem Erfordernis des Besitzes eines Aufenthaltstitels befreit ist. Die Grenzbehörden sollen daher bei der Einreisekontrolle in der Kürze der Zeit anhand möglichst objektiver Merkmale feststellen können, ob der Ausländer die formellen Einreisevoraussetzungen nach §§ 3 und 4 erfüllt.

- 14.1.2.1.3 Enthält der Aufenthaltstitel aufschiebende oder auflösende Bedingungen, die auf Umstände verweisen, die nicht aus den mitgeführten Grenzübertrittspapieren hervorgehen, ist bei der Grenzkontrolle nicht von der Ungültigkeit des Aufenthaltstitels wegen der Bedingung auszugehen, sofern diese Ungültigkeit nicht offensichtlich ist. So gehen etwa das Fortbestehen

einer ehelichen Lebensgemeinschaft oder eines Arbeitsverhältnisses nicht aus den Grenzübertrittspapieren hervor. Entsprechende Nachforschungen sollen unterbleiben. Ist allerdings ausdrücklich vermerkt, dass der Aufenthaltstitel nur in Verbindung mit bestimmten Dokumenten (wie etwa einer Verpflichtungserklärung) gilt, müssen diese bei der Grenzkontrolle auch vorgewiesen werden können.

- 14.1.2.2 Eine unerlaubte Einreise liegt nicht vor, wenn der Ausländer mit einem Visum einreist, das aufgrund seiner Angaben ohne erforderliche Zustimmung der Ausländerbehörde (§ 31 AufenthV) erteilt wurde, obwohl er bereits bei der Einreise einen Aufenthaltswitz beabsichtigt, für den er ein Visum benötigt, das nur mit Zustimmung der Ausländerbehörde erteilt werden darf. So liegt keine unerlaubte Einreise vor, wenn ein Ausländer mit einem kurzfristig geltenden Visum einreist, obwohl er einen Daueraufenthalt beabsichtigt. Sofern die Grenzbehörde den begründeten Verdacht hat, dass der Aufenthalt nicht dem Zweck dienen soll, für den das Visum erteilt wurde, kann sie den Ausländer gemäß § 15 Absatz 2 Nummer 2 zurückweisen. In den Fällen der §§ 39 bis 41 AufenthV hat eine Einreise ohne Aufenthaltstitel keine aufenthaltsrechtlichen Folgen (z.B. Zurückschiebung), weil der Aufenthaltstitel nach diesen Vorschriften bei der Einreise noch nicht „erforderlich“ ist.

- 14.1.3 Einreise entgegen einer Wiedereinreisesperre

- 14.1.3.1 Nach § 11 Absatz 1 Satz 1 tritt die Wiedereinreisesperre außer in den Fällen der Ausweisung und Abschiebung auch dann ein, wenn der Ausländer gemäß § 57 zurückgeschoben wurde.

- 14.1.3.2 Die Einreise entgegen der gesetzlichen Wiedereinreisesperre nach § 11 Absatz 1 ist unerlaubt. Nach der Einreise besteht die vollziehbare Ausreisepflicht (§ 58 Absatz 2 Nummer 1), die regelmäßig eine Zurückschiebung zur Folge hat (§ 57 Absatz 1). Ein nach unerlaubter Einreise gestellter Antrag auf Erteilung eines Aufenthaltstitels bewirkt nicht die Erlaubnisfiktion des § 81 Absatz 3. Nicht unerlaubt gemäß § 14 Absatz 1 Nummer 3 ist die Einreise, wenn der Ausländer eine Betretenserlaubnis sowie das erforderliche Visum besitzt.

- 14.1.3.3 Die Einreise eines zur Einreiseverweigerung im SIS (Artikel 96 Absatz 3 SDÜ) ausgeschriebenen Ausländers nach Deutschland ist dann unerlaubt, wenn der Ausschreibung eine Ausweisung oder Abschiebung oder Zurückschiebung einer deutschen Ausländerbehörde oder einer sonstigen mit der Maßnahme der Zurückschiebung betrauten Behörde zu Grunde liegt (siehe Nummer 58.0.13.1.1 und Vor 53.10) und somit zugleich eine Wiedereinreisesperre gemäß § 11 Absatz 1 besteht (siehe auch Nummer 14.1.5).

- 14.1.3.4 Wird dem Ausländer durch eine deutsche Auslandsvertretung entgegen § 11 Absatz 1 vor der

	Einreise aufgrund unrichtiger oder unvollständiger Angaben ein Visum erteilt, kann die Grenzbehörde den Ausländer gemäß § 15 Absatz 2 Nummer 1 zurückweisen und das Visum gemäß § 52 Absatz 1 Nummer 3 widerrufen. Reist der Ausländer mit diesem Visum unkontrolliert ein oder hat die Grenzbehörde bei der Einreisekontrolle nicht erkannt, dass das Visum entgegen § 11 Absatz 1 erteilt wurde, ist zwar die Voraussetzung für eine unerlaubte Einreise i. S. v. § 14 Absatz 1 Nummer 3 erfüllt. Der Umstand des wirksam erteilten Visums gebietet es jedoch, so lange vom Bestand der durch das Visum verliehenen Rechtsposition auszugehen, bis die vollziehbare Ausreisepflicht durch Erlass eines entsprechenden Verwaltungsaktes bewirkt worden ist (vgl. § 48 VwVfG).	14.2	Erteilung von Ausnahmevisa an der Grenze
		14.2.0	Allgemeines
14.1.3.5	Die für die Befristung der Sperrwirkung nach § 11 Absatz 1 zuständige Ausländerbehörde oder im Falle einer zuvor erfolgten Zurückschiebung (§ 57) die für die polizeiliche Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs zuständige Behörde (§ 71 Absatz 3 Nummer 1) ist gemäß § 87 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 über eine unerlaubte Einreise oder einen entsprechenden Versuch zu unterrichten.	14.2.0.1	In Ausnahmefällen kann nach § 14 Absatz 2 ein Visum an der Grenze erteilt werden. Ein Ausnahmevisum kann grundsätzlich als nationales Visum oder als so genanntes einheitliches Visum nach Artikel 10 SDÜ erteilt werden. Letzteres kann auch räumlich beschränkt erteilt werden.
14.1.4	Ein Ausländer reist unter den Voraussetzungen des § 14 Absatz 1 auch dann unerlaubt ein, wenn er bei der Einreise kontrolliert worden ist (z. B. nur Sichtkontakt), aber die Grenzbehörde nicht bemerkt hat, dass er die Einreisevoraussetzungen des Besitzes von Pass und Aufenthaltstitel nicht erfüllt und ihm die Einreise freigegeben oder sie nicht aktiv verhindert hat. Eine grenzpolizeiliche Kontrolle und auch die Anbringung eines Einreisekontrollstempels in einem Dokument rechtfertigt für sich allein nicht die Annahme, der Ausländer habe die formellen Einreisevoraussetzungen erfüllt.	14.2.0.2	Wird ein Ausnahmevisum für einen Aufenthalt erteilt, dessen Dauer insgesamt drei Monate überschreitet, handelt es sich nicht um ein einheitliches, sondern gemäß Artikel 18 SDÜ um ein nationales Ausnahmevisum. Das nationale Visum wird grundsätzlich von den diplomatischen und konsularischen Vertretungen nach Maßgabe des nationalen Rechts erteilt. Die ausnahmsweise Erteilung eines solchen Visums an der Grenze ist möglich.
14.1.5	Die Einreise bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 5 Absatz 4 (insbesondere Terrorismusverdacht) ist nicht ohne weiteres unerlaubt. Anders als § 11 normiert § 5 Absatz 4 kein generelles Einreise- und Betretensverbot, sondern nur einen zwingenden Versagungsgrund für die Erteilung eines Aufenthaltstitels. Sinn dieser Regelung ist, dass das Vorliegen einer Terrorismusgefahr – anders als eine erfolgte Ausweisung, Abschiebung oder Zurückschiebung – nicht zeitnah bei Grenzübertritt beurteilt werden kann. Allerdings ist Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe e) Schengener Grenzkodex zu beachten, die Tatbestandsvoraussetzungen sind bei entsprechender Ausschreibung im SIS als vorliegend zu betrachten. Eine Einreiseverweigerung ist – ggf. nach Widerruf des Visums, § 71 Absatz 3 Nummer 3 – auf § 15 Absatz 2 Nummer 1 und 3 zu stützen, auch wenn eine entsprechende Ausschreibung nicht vorliegt, sondern sich die Gefährlichkeit aus anderen Tatsachen ergibt. Die Unterrichtung von Strafverfolgungsbehörden bzw. anderen Stellen ist stets zu veranlassen.	14.2.0.3	Nach Artikel 12 Absatz 1 SDÜ wird das einheitliche Visum grundsätzlich von den diplomatischen und konsularischen Vertretungen erteilt. Die ausnahmsweise Erteilung eines einheitlichen Visums an der Grenze ist nur nach Maßgabe der Verordnung (EG) Nummer 415/2003 des Rates vom 27. Februar 2003 über die Erteilung von Visa an der Grenze, einschließlich der Erteilung derartiger Visa an Seeleute auf der Durchreise (ABl. EG Nummer L 64 S. 1) unter den dort genannten Voraussetzungen möglich.
		14.2.0.4	Im Rahmen des Artikels 10 SDÜ (einheitliches Visum, Ausnahmevisum) ist zwischen einem unbeschränkten und einem räumlich beschränkten Ausnahmevisum zu unterscheiden. Ein unbeschränktes Ausnahmevisum gilt für die Bundesrepublik Deutschland und alle anderen Schengen-Staaten, während das räumlich beschränkte Ausnahmevisum nur für einen oder mehrere Schengen-Staaten erteilt wird.
		14.2.0.5	Die Befugnis zur Erteilung eines einheitlichen Visums an der Grenze (Ausnahmevisum) ergibt sich aus § 14 Absatz 2 i. V. m. der Verordnung (EG) Nummer 415/2003.
		14.2.0.6	Die Zuständigkeit der Grenzbehörden für die Erteilung von Ausnahmevisa ergibt sich aus § 71 Absatz 3 Nummer 2. Die Grenzbehörden sind dementsprechend grundsätzlich unzuständig zur Ausstellung von Ausnahmevisa an Personen, die bereits eingereist sind; dasselbe gilt für die Verlängerung von Visa. Antragsteller sind an die jeweils örtlich zuständige Ausländerbehörde zu verweisen. Das Bundesministerium des Innern kann jedoch Ausnahmen hiervon zulassen. Örtlich zuständig ist die Ausländerbehörde, in deren Bezirk der betreffende Ausländer wohnt oder sich ständig aufhält, hilfsweise die Ausländerbehörde, in der sich der Ausländer gegenwärtig aufhält.
		14.2.0.7	Grundsätzlich sind Drittausländer, die die Einreisevoraussetzungen nicht erfüllen, zurückzu-

weisen. Die Darlegungslast, dass Gründe für die Erteilung eines Ausnahmevisums gegeben sein könnten, trifft ausnahmslos den Ausländer (vgl. § 82 Absatz 1). Bestehen, insbesondere im Hinblick auf Sicherheitsbelange, Zweifel, ob ein Ausnahmevisum erteilt werden kann, ist von einer Erteilung abzugehen. Bei der Überprüfung der Voraussetzungen gilt der Grundsatz: „Im Zweifel für die Sicherheit“.

14.2.1 Voraussetzungen für die Erteilung von einheitlichen Visa an der Grenze

14.2.1.1 Vor der Erteilung eines einheitlichen Ausnahmevisums ist die Erfüllung auch der allgemeinen Einreisevoraussetzungen (Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe a), c), d) und e) Schengener Grenzkodex) zu überprüfen. Vorhandene Konsultationsvorbehalte (Artikel 17 Absatz 2 SDÜ) sind zu berücksichtigen (vgl. Nummer 14.2.4).

14.2.1.2 Ein einheitliches Ausnahmevisum darf grundsätzlich nur erteilt werden, sofern der Ausländer

- im Besitz eines oder ggf. mehrerer gültiger und anerkannter Grenzübertrittspapiere ist,
- in geeigneter Weise, ggf. unter Vorlage von Dokumenten folgende Aspekte belegen kann:
 - dass die Dauer des Aufenthaltes insgesamt drei Monate nicht überschreitet,
 - den Zweck des Aufenthaltes,
 - das Vorliegen eines unvorhersehbaren zwingenden Einreisegrundes, der es ihm unmöglich gemacht hat, ein Visum im Voraus bei einer diplomatischen oder konsularischen Vertretung zu beantragen,
 - das Vorhandensein ausreichender Mittel zur Bestreitung des Lebensunterhaltes sowohl für die Dauer des Aufenthaltes als auch für die Rückreise in den Herkunftsstaat oder die Durchreise in einen Drittstaat, in dem seine Einreise gewährleistet ist, bzw. die Möglichkeit, solche Mittel in erlaubter Weise zu erwerben, und
 - dass seine Rückreise in seinen Herkunftsstaat oder die Durchreise in einen Drittstaat gewährleistet ist, und zwar durch Vorlage eines oder ggf. mehrerer gültiger und anerkannter Grenzübertrittspapiere einschließlich ggf. erforderlicher Visa, die hinreichend gültig sind, sowie eines Nachweises einer hinreichenden Rückreisemöglichkeit, wobei dieser Nachweis im Luftverkehr grundsätzlich durch einen bestätigten und bezahlten Rückflugschein, im See-, Bahn- und Busverkehr durch bezahlte Beförderungsausweise oder hinreichende Mittel zur Bezahlung solcher Ausweise sowie im individuellen Straßenverkehr durch Vorhandensein eines hinreichend verkehrstauglichen Fahrzeuges und die

notwendigen Mittel zum Kraftstoffverbrauch zu erbringen ist,

- nicht im SIS oder im Geschützten Grenzfehndungsbestand zur Einreiseverweigerung ausgeschlossen ist oder sonst eine Wiedereinreisesperre besteht, und
- keine Gefahr für die öffentliche Ordnung, die nationale Sicherheit oder die internationalen Beziehungen eines Schengen-Staates einschließlich Deutschlands darstellt und hierfür auch keine Anhaltspunkte vorliegen.

14.2.1.3 Das unter den Voraussetzungen nach Nummer 14.2.1.2 erteilte Ausnahmevisum ist grundsätzlich in seinem räumlichen Geltungsbereich nicht zu beschränken. Im Ausnahmefall kann eine räumliche Beschränkung gemäß Artikel 10 Absatz 3 SDÜ in Frage kommen. Das Ausnahmevisum ist hingegen entsprechend räumlich zu beschränken, wenn das Reisedokument lediglich für eine oder mehrere Vertragsparteien gültig ist (Artikel 14 Absatz 1 Satz 2 SDÜ).

14.2.1.4 Einem Dritttausländer, der nicht alle in Nummer 14.2.1.3 genannten Voraussetzungen erfüllt, darf grundsätzlich kein einheitliches Visum erteilt werden. Von diesem Grundsatz darf abgewichen werden, wenn die Erteilung eines einheitlichen Ausnahmevisums aus humanitären Gründen, Gründen des nationalen Interesses oder auf Grund internationaler Verpflichtungen erforderlich ist.

14.2.1.5 Ein nach Nummer 14.2.1.4 erteiltes Ausnahmevisum ist gemäß Artikel 16 SDÜ i. V. m. Artikel 5 Absatz 4 Buchstabe c) Schengener Grenzkodex räumlich auf Deutschland zu beschränken.

14.2.1.6 Ein Visum, das bei Vorliegen der in Nummer 14.2.1.2 oder 14.2.1.4 genannten Bedingungen an der Grenze erteilt wird, kann je nach Fall und Zweck entweder ein Durchreisevisum (Typ „B“) oder ein Einreisevisum (Typ „C“) sein. Die Gültigkeitsdauer eines Einreisevisums (Typ „C“) beträgt höchstens 15 Tage, die eines Durchreisevisums (Typ „B“) höchstens fünf Tage. Es ist jeweils nur für eine Einreise gültig.

14.2.1.7 Ein Drittstaatsangehöriger, der an der Grenze ein Durchreisevisum beantragt, muss im Besitz der Visa sein, die für seine Weiterreise in andere Transitstaaten als Mitgliedstaaten, die Titel II Kapitel 3 des SDÜ anwenden, und für den Bestimmungsstaat erforderlich sind.

14.2.2 Besondere Voraussetzungen für die Erteilung eines einheitlichen Ausnahmevisums zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit

Zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit kann ein einheitliches Ausnahmevisum (Typ „C“) nur erteilt werden, wenn der beabsichtigte Aufenthalt die Dauer von drei Monaten nicht übersteigt

- auf ausdrückliches Ersuchen einer Ausländerbehörde, die schriftlich bestätigt, dass

	<p>sie der Erteilung eines Visums für den vorgesehenen Aufenthaltszweck zustimmt,</p>		<p>Einreise der zuständigen Grenzbehörde vorliegen. Das Visum ist räumlich nicht zu beschränken.</p>
14.2.2.2	<p>– auf Anordnung des Bundesministeriums des Innern,</p>	14.2.4.2	<p>Personen, die zu einer Kategorie von Ausländern gehören, für die zwingend vorgeschrieben ist, die eigene Zentralbehörde Deutschlands (Auswärtiges Amt) zu konsultieren (siehe Anlage 5 der Gemeinsamen Konsularischen Instruktion in der jeweils gültigen Fassung) kann nach Konsultation des Bundesnachrichtendienstes, des Bundesamtes für Verfassungsschutz, des Militärischen Abschirmdienstes, des Bundeskriminalamtes und des Zollkriminalamtes ein einheitliches Ausnahmevisum erteilt werden</p>
14.2.2.3	<p>– auf Ersuchen und in Amtshilfe für das Auswärtige Amt oder</p>		
14.2.2.4	<p>– auf Bitten einer obersten Landesbehörde.</p>		
14.2.3	<p>Besondere Voraussetzungen für die Erteilung eines nationalen Ausnahmevisums</p> <p>Die Erteilung eines nationalen Ausnahmevisums (Typ „D“) an der Grenze für Aufenthalte von insgesamt mehr als drei Monaten richtet sich ausschließlich nach dem Aufenthaltsgesetz. Voraussetzung für die Erteilung eines nationalen Ausnahmevisums (Typ „D“) ist, dass es dem Ausländer aus zwingenden Gründen verwehrt war, bei der zuständigen deutschen Auslandsvertretung ein Visum einzuholen, und er unter Vorlage entsprechender Nachweise einen unvorhersehbaren zwingenden Einreisegrund geltend machen kann. Die nach § 31 Absatz 1 Nummer 1 AufenthV erforderliche Zustimmung der Ausländerbehörde muss eingeholt werden.</p> <p>Wird ein nationales Ausnahmevisum an der Grenze erteilt, beträgt die maximale Gültigkeitsdauer 15 Tage. Damit wird sichergestellt, dass Personen, die einen längerfristigen Aufenthaltstitel anstreben, unmittelbar nach der Einreise bei der zuständigen Ausländerbehörde vorstellig werden.</p>		<p>Ausgenommen von der Konsultationspflicht sind Seeleute in Ausübung ihrer Berufstätigkeit oder bei in unmittelbarem Zusammenhang mit der Seemannseigenschaft stehenden Einreisen und Aufhalten zur An-, Ab- oder Ummusterung und andere Personen oder Personengruppen, bei denen eine Ausnahme aus humanitären Gründen, Gründen des nationalen Interesses oder auf Grund internationaler Verpflichtungen erforderlich ist.</p> <p>In den Fällen des § 14 Absatz 2 kann die jeweilige mit der polizeilichen Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs beauftragte Behörde die im Visumverfahren erhobenen Daten an die in Satz 1 genannten Behörden übermitteln (§ 73 Absatz 1 Satz 4).</p>
14.2.4	<p>Konsultationsvorbehalte</p>	14.2.5	<p>Fallgruppen</p>
14.2.4.1	<p>Personen, die zu einer Kategorie von Ausländern gehören, für die zwingend vorgeschrieben ist, eine oder mehrere Zentralbehörden anderer Schengen-Staaten zu konsultieren (siehe Anlage 5 der Gemeinsamen Konsularischen Instruktion in der jeweils gültigen Fassung), darf grundsätzlich kein einheitliches Ausnahmevisum erteilt werden. In Ausnahmefällen kann diesen Personen jedoch gemäß Artikel 5 Absatz 4 Buchstabe c) Schengener Grenzkodex ein auf Deutschland räumlich beschränktes einheitliches Ausnahmevisum erteilt werden, soweit es aus humanitären Gründen, aus Gründen des nationalen Interesses oder auf Grund internationaler Verpflichtungen erforderlich ist und die Reise nur nach Deutschland führt.</p> <p>Seeleuten in Ausübung ihrer Berufstätigkeit oder bei in unmittelbarem Zusammenhang mit der Seemannseigenschaft stehenden Einreisen und Aufhalten, sofern diese zur An-, Ab- oder Ummusterung rechtzeitig bei der zuständigen Grenzbehörde angekündigt wurden, kann nur nach Einholung der Zustimmung des Auswärtigen Amtes ein Ausnahmevisum in Amtshilfe erteilt werden. I.d.R. ist es für die Durchführung des Konsultationsverfahrens erforderlich, dass die Personendaten der Seeleute mindestens zehn Tage vor der beabsichtigten</p>	14.2.5.1	<p>In den folgenden Fällen liegt i. d. R. ein unvorhersehbarer zwingender Einreise- oder Durchreisegrund vor, sofern dieser erst zu einem Zeitpunkt bekannt wurde, zu dem ein reguläres Visumverfahren nicht mehr durchgeführt werden konnte:</p> <ul style="list-style-type: none"> – plötzliche schwere Erkrankung eines nahen Angehörigen oder einer gleichartig nahe stehenden Person, – Tod eines nahen Angehörigen oder einer gleichartig nahe stehenden Person. Es wird darauf hingewiesen, dass in einigen Kulturen und Religionen eine Beerdigung am Todestag oder an dem auf den Tod folgenden Tag üblich oder sogar religiös geboten ist, – durch Unfälle, insbesondere Schiffbruch in Gewässern nahe des Bundesgebietes, sonstige Rettungs- und Katastrophenfälle oder aus sonstigen Gründen erforderlich gewordene Einreise zur medizinischen und/oder psychologischen Erstversorgung und ausnahmsweise Folgeversorgung in Deutschland, – unverschuldetes Versäumen oder Ausfall von Anschlussverbindungen, sofern sich

hieraus auf Grund des Einzelfalles die Notwendigkeit einer Einreise ergibt, sowie, bei sonstigen Reisen, von den ursprünglichen Reiseplänen ohne erkennbares Verschulden des Reisenden um bis zu einen Tag abweichende Gültigkeitsdauer des Visums (die Gesamtaufenthaltdauer von 90 Tagen pro Halbjahr darf nicht überschritten werden),

- Notwendigkeit der kurzfristigen Reparatur eines Luftfahrzeuges durch Personal, das durch den Inhaber des Fluggerätes beauftragt wurde. Es ist wegen der erhöhten Sicherheitsbedürfnisse im Luftverkehr das schriftlich erklärte Einvernehmen der Behörden, die für die Gewährleistung der Sicherheit des Luftverkehrs und des Flughafengebäudes zuständig sind, und des Inhabers des Luftfahrzeuges sicherzustellen.

14.2.5.2 In den folgenden Fällen liegen Sachverhalte vor, in denen aus Gründen des nationalen Interesses ein einheitliches Ausnahmervisum erteilt werden kann:

- Einreise von Mitgliedern der Regierung (Regierungschef; Minister, bei Bundesstaaten nur auf Bundesebene) eines Staates, zu dem die Bundesrepublik Deutschland diplomatische Beziehungen unterhält, aus dargelegten dienstlichen Gründen, sofern die behauptete Dienststellung nachgewiesen ist (ggf. beim Auswärtigen Amt anzufragen),
- Einreise zu Gesprächsterminen mit Vertretern deutscher oberster oder oberer Bundes- oder Landesbehörden, sofern ein Einladungsschreiben vorgelegt werden kann; sofern möglich, ist der Termin durch einen Rückruf bei der einladenden Stelle zu verifizieren,
- Einreise zu Veranstaltungen der Bundesregierung oder einer Landesregierung bei Vorlage einer persönlichen, namentlichen Einladung,
- Einreise prominenter Personen des internationalen öffentlichen Lebens (nach internationalem Maßstab bedeutende Persönlichkeiten des politischen, wirtschaftlichen oder kulturellen Lebens),
- vorhandenes erhebliches außenpolitisches Interesse nach Einschätzung des Auswärtigen Amtes (stets auf Grund eines in Textform, etwa per Telefax oder E-Mail, einzuholenden Votums des Auswärtigen Amtes, das ggf. über das Bundesministerium des Innern anzufordern ist).

Die vorstehenden Ausnahmegründe erstrecken sich auch auf mitreisende Begleiter. Sofern es sich eher um eine Delegationsgruppe handelt, ist im Zweifel, sofern das Auswärtige Amt nicht selbst votiert, beim Bundesministerium des Innern eine Entscheidung einzuholen.

14.2.5.3

Die folgenden Umstände rechtfertigen beispielhaft, jeweils für sich allein betrachtet, keine Ausnahmeentscheidung:

- Bezeichnung des mitgeführten Passes oder sonstiger Ausweise, sofern hiervon nicht nach europäischem oder deutschem Recht unmittelbar und ausdrücklich eine rechtliche Folge abhängt,
- Ehren- oder akademische Titel, Ehrenprädikate, Adelstitel, Verwandtschaft,
- ökonomische Interessen, es sei denn, es handelt sich um Interessen, die im Einzelfall erkennbar von nationaler Bedeutung für die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland sind,
- kurzfristige Änderungen von Reiseplänen,
- Falschinformation durch ein Reisebüro über Visumerfordernisse,
- Einreise von Passagieren im Rahmen einer Kreuzfahrt,
- Wunsch mehrfacher Einreise trotz Ausstellung des Visums nur zur einfachen Einreise,
- Abweichungen des Regelungsgegenstandes der jeweiligen Visa bei mehreren Personen, die zusammen reisen, sofern kein offenkundiger Ausstellungsfehler nahe liegt,
- Beschränkung der Visumgültigkeit nur auf andere Schengen-Staaten trotz erkennbaren Einreisewunsches nach Deutschland,
- angebliche Fehler bei der Visumerteilung durch andere Schengen-Staaten; der Inhalt der entsprechenden Visa liegt allein im Verantwortungsbereich des Ausstellerstaates,
- Eintreffen zur Nachtzeit und Wunsch nach rascher Schaffung einer Übernachtungsmöglichkeit, solange kein medizinisch-pathologischer Zustand festzustellen ist,
- Schwangerschaft, solange kein medizinisch-pathologischer Zustand festzustellen ist.

14.2.6

Verfahren

14.2.6.0

Sämtliche pass- und ausländerrechtlichen Verwaltungsakte, soweit sich die Notwendigkeit an der Grenze ergibt, sind durch die jeweils örtliche Dienststelle der Grenzbehörde zu erlassen. Die Grenzbehörde gilt i. S. d. Verwaltungsverfahrenrechts als diejenige Verwaltungsbehörde, die den entsprechenden Verwaltungsakt erlässt. Dies gilt auch in den Bereichen, in denen nach den nachstehend genannten Vorbehalten vor dem Erlass des betreffenden Verwaltungsaktes die Entscheidung einer anderen Stelle einzuholen ist. Die Befugnis übergeordneter Behörden und Dienststellen, sich bestimmte Entscheidungen auf Grund ihrer Bedeutung bzw. ihrer möglichen Auswirkungen selbst vorzubehalten, bleibt unberührt.

14.2.6.1

Wurde die Entscheidung einer übergeordneten Behörde oder anderen Dienststelle eingeholt, hat die örtliche Dienststelle dieser auf dem

	Dienstweg unverzüglich auf elektronischem Weg einen grenzpolizeilichen Bericht über den Sachverhalt und den Vollzug der getroffenen Entscheidung vorzulegen. Sofern ein Ausnahmervisum erteilt wurde, ist dem Bericht eine Kopie davon beizufügen.	14.2.7	Korrektur oder Ergänzung vorhandener Visa
14.2.6.2	Die mit der polizeilichen Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs beauftragten Behörden treffen nach § 14 Absatz 2, § 71 Absatz 3 Nummer 2 die Entscheidungen über Ausnahmvisa selbst, sofern nicht nach dem Aufenthaltsgesetz oder auf Grund eines Erlasses vorgesetzter Behörden Entscheidungsvorbehalte bestehen. <ul style="list-style-type: none"> – Nach § 31 Absatz 1 AufenthV besteht das Erfordernis der Zustimmung der Ausländerbehörde in bestimmten Fallgruppen. – Sofern eine nicht nach der BeschV zustimmungsfreie Erwerbstätigkeit, die nicht nach der Fiktion des § 17 Absatz 2 AufenthV i. V. m. § 16 BeschV als Nichterwerbstätigkeit gilt, ausgeübt werden soll und nicht nach dem Aufenthaltsgesetz ein Recht zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit besteht, bedarf die Erteilung eines Ausnahmervisums, das zur Erwerbstätigkeit berechtigen soll, neben der nach § 31 Absatz 1 Nummer 2 AufenthV erforderlichen Zustimmung der Ausländerbehörde auch der Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit. Es wird darauf hingewiesen, dass eine bestehende Zustimmung im Rahmen ihrer zeitlichen Begrenzung nach § 14 Absatz 2 Satz 1 BeschVerfV auch für weitere Aufenthaltstitel gilt. Ob eine Zustimmung erteilt wurde, kann dem Ausländerzentralregister entnommen werden. 	14.2.7.1	Ergeben sich besondere Anhaltspunkte, wonach versehentlich von einer deutschen Auslandsvertretung ein Visum in korrekturbedürftiger Weise erteilt wurde oder nach dem Sinn der Entscheidung, mit der das Visum erteilt wurde, eine Ergänzung erforderlich wird, kann die zuständige Grenzbehörde das Visum korrigieren bzw. ergänzen. Korrektur- oder Ergänzungsbedarf kann in den folgenden Fallkonstellationen bestehen:
		14.2.7.1.1	– Korrekturbedarf besteht bei offensichtlichen Schreibfehlern bei Namens- und Datumsangaben, wobei die Möglichkeit einer Fälschung oder Verfälschung des Visumetiketts ausgeschlossen sein muss.
		14.2.7.1.2	– Ergänzungsbedarf kann aus reisetech-nischen Gründen entstehen, wenn ein für eine oder zwei Einreisen ausgestelltes Visum lediglich für kurze „Aus- und Wiedereinreisen“ genutzt werden soll, also bei verständiger Würdigung des Einzelfalles bei der „Ausreise“ aus dem Schengen-Gebiet nicht von einem endgültigen Verlassen und somit nicht von einer erneuten Einreise ausgegangen werden kann. Ein Beispiel ist die Inanspruchnahme eines Fluges von einem Schengen-Staat im unmittelbaren Transit über einen Drittstaat in einen anderen Schengen-Staat. Ein weiteres Beispiel ist die Ausreise im Rahmen eines Tagesausfluges in einen Nicht-Schengen-Staat von einem Schengen-Staat aus, insbesondere, wenn sich das Reisegepäck während des Tagesausfluges noch im Schengen-Gebiet befindet. Der bereits in Anspruch genommene und der sich daran anschließende Aufenthalt im Schengen-Gebiet darf die zulässige Höchstdauer (90 Tage pro Halbjahr) nicht überschreiten.
14.2.6.3	Die Durchführung einer erforderlichen Konsultation eigener Zentralbehörden oder der Zentralbehörden anderer Schengen-Staaten veranlasst die Grenzbehörde in eigener Zuständigkeit; Rechtsgrundlage ist § 73 Absatz 1 Satz 3.	14.2.7.2	Im Falle der Korrektur bzw. Ergänzung ist das zu korrigierende oder zu ergänzende Visum ungültig zu stempeln. Da die Annullierung des von der Auslandsvertretung ausgestellten Visums in der AZR-Visadatei nur von der Registerbehörde selbst vorgenommen werden kann, ist der Sachverhalt unter Angabe der Personalien und der Visumsdaten auf elektronischem Wege an das Bundesverwaltungsamt zu melden. Es ist ein neuer Visumaufkleber anzubringen, der den gesamten Inhalt des Visums unter Berücksichtigung der Korrektur bzw. Ergänzung enthält. Dabei wird als erster Tag der Gültigkeit der Tag der Entscheidung eingetragen und die handelnde Dienststelle als Ausstellungsbehörde angegeben.
14.2.6.4	In allen Fällen und bei allen Visumkategorien ist – unabhängig von der Staatsangehörigkeit oder von einem möglichen Rechtsanspruch auf Erteilung eines Visums – zu prüfen, ob eine Einreiseverweigerung (Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe d) Schengener Grenzkodex, 96 SDÜ) oder sonstige nationale Speichersachverhalte bestehen. Dies erfolgt durch die Abfrage im INPOL/SIS und im Ausländerzentralregister. Sofern aus dem Ausländerzentralregister ersichtlich ist, dass bereits ein Visum im zeitlichen Zusammenhang beantragt wurde, die Entscheidung aber noch aussteht, ist Kontakt mit der zuständigen Auslandsvertretung aufzunehmen und der Grund für die ausstehende Entscheidung abzuklären. Im Falle einer bereits erteilten Ablehnung des Antrages von der Auslandsvertretung ist dem Antragsteller an der Grenze die Erteilung eines Ausnahmervisums ebenfalls zu versagen.	15	Zu § 15 – Zurückweisung
		15.0	Allgemeines
		15.0.1	Ausländer, die nach Deutschland einreisen wollen, können unter den Voraussetzungen des

§ 15 an der Grenze zurückgewiesen werden. Für die Zurückweisung sind die mit der polizeilichen Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs beauftragten Behörden zuständig (§ 71 Absatz 3 Nummer 1).

15.0.2 Auf Ausländer, die unter den Anwendungsbe-
reich des § 1 FreizügG/EU fallen, ist § 15 nicht
anwendbar, solange die Ausländerbehörde das
Nichtbestehen oder den Verlust des Rechts
nach § 2 Absatz 1 FreizügG/EU nicht fest-
gestellt hat, vgl. § 11 Absatz 1 i. V. m. Absatz 2
FreizügG/EU. Zur Frage der Zurückweisung
siehe § 6 Absatz 1 Satz 2 FreizügG/EU (vgl.
Nummer 6.1.2 FreizügG/EU-VwV).

15.0.3 Soweit einem Ausländer aufgrund der §§ 18,
18a bzw. 33 AsylVfG die Einreise verweigert
wird, richtet sich die Zurückweisung nach § 15.

15.0.4 Kann über die Zurückweisung trotz der ge-
botenen zügigen Bearbeitung nicht zeitnah
entschieden werden (z.B. weil Behörden für
zwingend notwendige Auskünfte vorüber-
gehend nicht erreichbar sind) und ist dem Aus-
länder aus besonderen Gründen ganz aus-
nahmsweise nicht zuzumuten, die Entschei-
dung vor Ort abzuwarten (z.B. wegen einer
dringend gebotenen medizinischen Behand-
lung), ist stets zu prüfen, inwieweit von der
Vorschrift des § 13 Absatz 2 Satz 2 Gebrauch
gemacht werden kann. Die Anwendung dieser
Vorschrift setzt in aller Regel jedoch voraus,
dass der Ausländer bei negativer Einreiseent-
scheidung unverzüglich noch zurückgewiesen
werden kann. Insbesondere bei möglicher An-
wendung des ICAO-Übereinkommens ist
grundsätzlich eine Zurückweisung zu verfügen
oder § 13 Absatz 2 Satz 2 anzuwenden.

15.0.5 Gesetzliche Bestimmungen über das Ziel der
Zurückweisung sind in § 15 nicht enthalten. Es
gilt Folgendes:

15.0.5.1 Die Zurückweisung erfolgt grundsätzlich in
den Staat, aus dem der Ausländer einzureisen
versucht. Ein Ausländer kommt in diesem Sin-
ne nicht aus einem Staat, in dem er sich lediglich
im Flughafentransit oder im Schiffstransit auf-
gehalten hat und nicht grenzpolizeilich kon-
trolliert wurde. Die Zurückweisung in einen
Transitstaat ist aber zulässig, wenn dieser auf
vorherige Nachfrage der Grenzbehörde der
Rückübernahme zustimmt.

15.0.5.2 Die Grenzbehörde kann nach pflichtgemäßem
Ermessen auch einen anderen Staat als denjen-
igen Staat, aus dem die Einreise versucht wur-
de, als Zielstaat bestimmen. Als Zielstaat
kommt nur ein Staat in Betracht, der völker-
rechtlich zur Aufnahme des Ausländers ver-
pflichtet oder zur Aufnahme bereit ist. Eine
völkerrechtliche Verpflichtung ergibt sich aus
völkerrechtlichen Verträgen, insbesondere aus
den Rückübernahmeabkommen, oder gewohn-
heitsrechtlich für den Fall einer unverzüglichen
Zurückweisung in den Staat, aus dem der Aus-
länder auszureisen versucht. Abgesehen davon

ist jeder Staat zur Rückübernahme eigener
Staatsangehöriger verpflichtet. Von einer Auf-
nahmebereitschaft durch einen anderen als den
Herkunftsstaat kann ausgegangen werden,
wenn der Staat dem Ausländer einen Aufent-
haltstitel oder eine Rückkehrberechtigung aus-
gestellt hat und diese noch gültig sind.

15.0.5.3 Bei der Ermessensentscheidung, in welches
Land der Ausländer zurückgewiesen werden
soll, sind in erster Linie die Interessen der Bun-
desrepublik Deutschland und der Schengen-
Staaten zu berücksichtigen. Die Auswahl er-
folgt unter dem Gesichtspunkt einer effektiven
Zurückweisung. Es sind aber auch die Belange
des Ausländers (z. B. Hauptreiseziel) und eines
ggf. kostenpflichtigen Beförderungsunterneh-
mers (§ 64) zu berücksichtigen.

15.0.5.4 Das Ziel der Zurückweisung ist dem Ausländer
zusammen mit der Eröffnung der Zurück-
weisung bekannt zu geben. Grundsätzlich soll
in Fällen, in denen der Zielstaat nicht bereits
eindeutig feststeht, Folgendes eröffnet werden:

„Die Zurückweisung erfolgt in den Staat,
aus dem Sie einzureisen versuchten. Sie
kann auch in den Staat erfolgen, in dem Sie
die Reise angetreten haben, in dem Sie Ih-
ren gewöhnlichen Aufenthalt haben, des-
sen Staatsangehörigkeit Sie besitzen oder
der Ihren Pass oder Passersatz ausgestellt
hat, oder in einen sonstigen Staat, in den Sie
einreisen dürfen.“

Im Hinblick auf § 15 Absatz 4 Satz 1 kann der
Ausländer somit unmittelbar zielstaats-
bezogene Zurückweisungshindernisse geltend
machen, ohne dass es wegen der späteren Er-
öffnung des Zielstaates zu vermeidbaren Ver-
zögerungen kommt. Insbesondere bei Zurück-
weisungen auf dem Luftwege ist dies zu be-
achten.

15.0.6 Im Falle der Einreiseverweigerung bringt der
Kontrollbeamte in dem Pass einen Einreise-
stempel an, den er in Form eines Kreuzes (ver-
tikale und horizontale Linie) mit schwarzer,
dokumentenechter Tinte durchstreicht; zudem
trägt er rechts neben diesem Stempel ebenfalls
mit dokumentenechter Tinte den jeweiligen
Kennbuchstaben ein, der entsprechend dem in
Anhang V, Teil B zum Schengener Grenzkodex
enthaltenen Standardformular für die Einreise-
verweigerung einen oder mehrere Gründe für
die Einreiseverweigerung wiedergibt. Mehr-
fachnennungen sind hierbei möglich.

15.0.7 Die Zurückweisung ist dem Ausländer auf dem
in Anhang V, Teil B zum Schengener Grenz-
kodex vorgesehenen Vordruck zu bescheinigen.

15.1 Zwingende Zurückweisung

15.1.1 Ausländer, die i. S. v. § 14 Absatz 1 unerlaubt
einreisen wollen, sind zurückzuweisen. Verfügt
ein Ausländer nicht über einen erforderlichen
Aufenthaltstitel (§ 14 Absatz 1 Nummer 2)
oder über einen erforderlichen Pass oder Pass-

ersatz (§ 14 Absatz 1 Nummer 1), prüft die Grenzbehörde grundsätzlich auf Antrag, ob dem Ausländer nach Maßgabe des § 14 Absatz 2 ein Ausnahmervisum (siehe Nummer 14.2) bzw. nach Maßgabe des § 14 Absatz 2 i. V. m. § 13 AufenthV ein Notreiseausweis erteilt werden kann. Darf ein Notreiseausweis nicht erteilt werden, kann in begründeten Einzelfällen das Bundesministerium des Innern oder die von ihm bestimmte Stelle auf Ersuchen der Grenzbehörde eine Ausnahme von der Passpflicht zulassen (§ 3 Absatz 2). Ein solcher Ausnahmefall kann insbesondere dann vorliegen, wenn der Ausländer über Dokumente verfügt, die von einem anderen Schengen-Staat als für den Grenzübertritt genügend angesehen werden.

- 15.1.2 Eine unerlaubte Einreise liegt nicht bereits dann vor, wenn ein Ausländer mit einem Visum einreist, das nicht den wahren Aufenthaltswitzweck abdeckt (z. B. Einreise mit einem Touristenvisum, obwohl ein Erwerbsaufenthalt beabsichtigt ist). In diesem Fall richtet sich die Zurückweisung nach § 15 Absatz 2 Nummer 2. Etwas anderes gilt aber dann, wenn sich ein Ausländer auf eine Befreiung (nur) nach der Verordnung (EG) Nummer 539/2001 des Rates vom 15. März 2001 zur Aufstellung der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der Außengrenzen in Besitz eines Visums sein müssen, sowie der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige von dieser Visumpflicht befreit sind (ABl. L 81 S. 1) berufen will, aber erkennbar beabsichtigt, eine nicht durch § 17 Absatz 2 AufenthV freigestellte Erwerbstätigkeit aufzunehmen, so dass § 17 Absatz 1 AufenthV eingreift, siehe Nummer 14.1.2.1.1.7 ff. In diesem Fall ist die Zurückweisung auf § 15 Absatz 1 zu stützen. Zusätzlich kann die Zurückweisung auf § 15 Absatz 2 Nummer 3 und der Widerruf des Visums auf § 52 Absatz 1 Nummer 3 gestützt werden.
- 15.1.3 Nach § 15 Absatz 1 ist ein Ausländer zurückzuweisen, wenn gegen ihn eine gesetzliche Wiedereinreisesperre gemäß § 11 Absatz 1 besteht und er keine Betretenserlaubnis nebst dem erforderlichen Visum besitzt.

15.2 Zurückweisung im Ermessenswege

- 15.2.1.0 Für die Zurückweisung im Ermessenswege gemäß § 15 Absatz 2 Nummer 1 genügt es, dass ein Ausweisungsgrund vorliegt. Es kommt nicht darauf an, ob die Ausländerbehörde im Einzelfall eine Ausweisung verfügen könnte.
- 15.2.1.1 Ist ein Ausländer ausgewiesen, zurückgeschoben oder abgeschoben worden und die Wiedereinreisesperre des 11 Absatz 1 Satz 1 entfallen, sind die dafür maßgebenden Gründe nicht mehr erheblich. Auf Gründe, die vor der Ausweisung, Abschiebung oder Zurückschiebung entstanden sind, kann die Zurückweisung nur dann gestützt werden, wenn sie der Ausländerbehörde bzw. der Grenzbehörde bei

der Ausweisung, Abschiebung oder Zurückweisung nicht bekannt waren oder wenn sie in der Gesamtschau mit weiteren Anhaltspunkten Anlass zu der Prognose geben, dass die von dem Ausländer ausgehende Gefährdung fortbesteht. Bei Ausländern, die mit einem Visum einreisen wollen, ist die Entscheidung der Auslandsvertretung zu beachten. Hat die Auslandsvertretung das Visum in Kenntnis des Fehlens einer Regelerteilungsvoraussetzung erteilt, ist die Grenzbehörde grundsätzlich an diese Entscheidung gebunden, sofern ihr dies bekannt ist; im Zweifel soll sich die Grenzbehörde mit der zuständigen Auslandsvertretung in Verbindung setzen.

- 15.2.1.2 Zur Zurückweisung von Unionsbürgern siehe Nummer 15.0.2 sowie Nummer 6.0.5 und 6.1.2 FreizügG/EU-VwV. Eine Zurückweisung nach § 15 kommt in Betracht, wenn der Verlust des Rechts nach § 2 Absatz 1 FreizügG/EU festgestellt wurde. Für die zugrunde liegenden Feststellungen sind die Grenzbehörden nicht zuständig, in Eilfällen – insbesondere in Fällen, in denen Anhaltspunkte für das Vorliegen der Tatbestandsmerkmale nach § 5 Absatz 4 vorliegen – ist die Ausländerbehörde zu beteiligen.
- 15.2.1.3 Sieht die Grenzbehörde bei einem Ausländer, gegen den ein Ausweisungsgrund besteht, im Rahmen der Ermessensentscheidung von einer Zurückweisung ab, unterrichtet sie die für den Aufenthaltsort zuständige Ausländerbehörde von ihrer Entscheidung unter Hinweis auf den Ausweisungsgrund (§ 87 Absatz 2 Nummer 3). In nicht eiligen Fällen ist der zuständigen Ausländerbehörde eine Kontrollmitteilung zu übermitteln.
- 15.2.2.0 Gemäß § 15 Absatz 2 Nummer 2 können Ausländer, die ein Visum besitzen, zurückgewiesen werden, wenn der begründete Verdacht besteht, dass der Aufenthalt nicht dem angegebenen Zweck dient. Der Aufenthaltswitzweck ist aus der Art des Visums und aus den Eintragungen ersichtlich. Der Verdacht muss durch konkrete Anhaltspunkte begründet sein. Die Zurückweisung ist auch in den Fällen zulässig, in denen der Ausländer den abweichenden Zweck in einem anderen Schengen-Staat verwirklichen will. Dem Auswärtigen Amt ist auf dem Dienstweg eine Kontrollmitteilung zu machen; dies gilt auch, wenn das Visum nicht von einer deutschen Auslandsvertretung erteilt wurde.
- 15.2.2.1 Die Zurückweisung ist nur geboten, wenn es sich um einen ausländerrechtlich erheblichen Zweckwechsel handelt. Das ist z. B. der Fall, wenn das Visum wegen des beabsichtigten Aufenthaltswitzwecks der Zustimmung der Ausländerbehörde bedurft hätte, das Visum aber ohne deren Zustimmung erteilt worden ist. Der Tatbestand ist erfüllt, wenn bei einem Ausländer, der mit einem Besuchervisum einreist, der begründete Verdacht besteht, dass der Aufenthalt von Dauer sein oder Erwerbszwecken dienen soll (vgl. § 31 Absatz 1 AufenthV). Der

	Umstand, dass ein Kurzaufenthalt nur der Vorbereitung eines längeren oder zustimmungspflichtigen Aufenthalts dienen soll, der dann selbst erst nach einer Wiederaus- und -einreise mit dem erforderlichen Visum erfolgen würde – z.B. eine bis zu dreimonatige Einreise lediglich zur Führung von Bewerbungsgesprächen ohne Arbeitsaufnahme während dieses Kurzaufenthalts –, rechtfertigt keine Zurückweisung.	
15.2.2.2	Der Tatbestand des § 15 Absatz 2 Nummer 2 ist auch erfüllt, wenn konkrete Anhaltspunkte darauf hindeuten, dass der Aufenthalt länger dauern soll als im Visum vorgesehen, oder wenn ein Verstoß gegen Auflagen, Bedingungen oder eine räumliche Beschränkung des Visums zu befürchten ist. Regelmäßig sollen Auflagen, Bedingungen oder räumliche Beschränkungen den angegebenen Aufenthaltswitz sichern. Auch der Missbrauch eines Transitvisums für einen Inlandsaufenthalt erfüllt den Tatbestand des § 15 Absatz 2 Nummer 2.	
15.2.2.2a	Nach § 15 Absatz 2 Nummer 2a können Ausländer an der Grenze zurückgewiesen werden, die über ein Schengen-Visum verfügen oder für einen kurzfristigen Aufenthalt von der Visumpflicht befreit sind und mit der objektiv feststellbaren Absicht der Aufnahme einer unerlaubten Erwerbstätigkeit einzureisen beabsichtigen. Die Regelung in Nummer 2 deckt diesen Sachverhalt nicht hinreichend ab, weil die unerlaubte Erwerbstätigkeit auch „Nebenzweck“ des Aufenthalts sein kann. Bei visumfreien Einreisen ist zudem der Aufenthaltswitz oftmals nicht erkennbar bzw. wird nicht angegeben. Auf Nummer 52.7.1.1.2 bis 52.7.1.3 wird Bezug genommen. Die Regelung in § 17 Absatz 1 AufenthV bleibt unberührt.	
15.2.2.3	Durch die Bestimmung des § 15 Absatz 2 Nummer 3 ist nunmehr Artikel 5 Schengener Grenzkodex ausdrücklich in Bezug genommen. Die Einreiseverweigerung aufgrund der Verpflichtungen des Schengener Grenzkodex und die anschließende Zurückweisung erfolgt an der Grenze somit auch nach Maßgabe des § 15.	
15.3	Zurückweisung von Ausländern, die vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit sind	
15.3.1	Von der Regelung erfasst sind Ausländer, die durch die Verordnung (EG) Nummer 539/2001 oder gemäß §§ 15 bis 31 AufenthV vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit sind.	
15.3.2	Ausländer, die nach den §§ 15 bis 31 AufenthV vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit sind, können nach § 15 Absatz 3 zurückgewiesen werden, wenn sie zwar nach der Dokumentenlage die Kriterien der Befreiung beim Grenzübertritt erfüllen, aber erkennbar die Absicht haben, einen anderen als den in den §§ 15 bis 31 AufenthV zur Befreiung führenden Aufenthaltswitz anzustreben (z.B. im Falle des § 18 AufenthV einen länger als drei Monate	
15.3.3	Die Vorschrift stellt klar, dass der Ausländer alle Erteilungsvoraussetzungen nach § 3 Absatz 1 und § 5 Absatz 1 erfüllen muss. Das Fehlen einer Erteilungsvoraussetzung für einen Aufenthaltstitel im Falle einer Befreiung kann zu einer Zurückweisung führen. Davon unberührt bleibt die Verpflichtung nach Absatz 1 i. V. m. § 14 Absatz 1 Nummer 1, den Ausländer bei Nichterfüllung der Passpflicht zurückzuweisen. Durch § 15 Absatz 3 wird die Anwendung des § 15 Absatz 2 nicht ausgeschlossen.	
15.3.4	Für die grenzpolizeiliche Praxis sind in diesem Zusammenhang die Mittellosigkeit gemäß § 5 Absatz 1 Nummer 1 und die Beeinträchtigung oder Gefährdung der Interessen der Bundesrepublik Deutschland gemäß § 5 Absatz 1 Nummer 3 von besonderer Bedeutung. Hinsichtlich des Begriffs der Gefährdung der Interessen der Bundesrepublik Deutschland wird auf Nummer 5.1.3 verwiesen.	
15.3.5	Ausländer, die zwar für einen vorübergehenden Aufenthalt von der Visumpflicht befreit, aber im SIS zur Einreiseverweigerung ausgeschrieben sind, sind gemäß § 15 Absatz 3 i. V. m. § 5 Absatz 1 Nummer 3 (Beeinträchtigung der Interessen der Bundesrepublik Deutschland) zurückzuweisen (Artikel 13 Absatz 1 Schengener Grenzkodex); zugleich ist der Tatbestand des § 15 Absatz 2 Nummer 3 i. V. m. Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe d) Schengener Grenzkodex erfüllt. Liegt der Ausschreibung eine Wiedereinreisesperre gemäß § 11 Absatz 1 zu Grunde, ist der Ausländer gemäß § 15 Absatz 1 zurückzuweisen.	
15.4	Zurückweisungsverbote und -hindernisse	
15.4.0	Der Ausländer darf nicht in einen Staat zurückgewiesen werden, in dem ihm die in § 60 Absatz 1 bis 3, 5, 7 bis 9 genannten Gefahren konkret-individuell drohen.	
15.4.1	Kann ein Ausländer, dessen Einreise unerlaubt wäre, aus den in § 60 Absatz 1 bis 3, 5, 7 bis 9 genannten Gründen oder weil tatsächliche Zurückweisungshindernisse bestehen, nicht zurückgewiesen werden, hat die Grenzbehörde zu prüfen,	
15.4.1.1	– ob die Zurückweisungshindernisse in absehbarer Zeit entfallen oder beseitigt werden können, insbesondere, ob der Ausländer in absehbarer Zeit in einen Staat zurückgeschoben werden kann, in dem ihm die in § 60 Absatz 1 bis 3, 5 und 7 genannten Gefahren nicht drohen, oder	
15.4.1.2	– ob die tatsächlichen Hindernisse (z. B. Passlosigkeit, ungeklärte Identität) beseitigt werden können.	

	Ist das der Fall, so beantragt die Grenzbehörde Zurückweisungshaft gemäß § 15 Absatz 5, wenn die weiteren Voraussetzungen für die Haft gegeben sind (z. B. Entziehungsabsicht) und die Haft nach verständiger Würdigung der Umstände des Einzelfalls verhältnismäßig wäre.	15.5	Zurückweisungshaft
15.4.2.1	Ist eine Zurückweisung in absehbarer Zeit nicht möglich, setzt sich die Grenzbehörde frühzeitig mit der für den Ort der Einreise zuständigen Ausländerbehörde ins Benehmen. Muss die Einreise des Ausländers zugelassen werden, weil eine Zurückweisung nicht erfolgen darf oder kann, soll über den aufenthaltsrechtlichen Status von der zuständigen Ausländerbehörde bereits zu dem Zeitpunkt entschieden sein, in dem der Ausländer aus der Obhut der Grenzbehörde entlassen wird. Entsprechendes gilt in diesem Zusammenhang, wenn das Gericht einen Antrag auf Sicherungshaft in Form der Zurückweisungshaft ablehnt. Ein Ausnahmervisum ist grundsätzlich nicht zu erteilen. Ist die Ausländerbehörde nicht erreichbar (z. B. an Wochenenden), ist dem Ausländer eine Bescheinigung über die Gestattung der Einreise und ggf. über die Einbehaltung des Passes oder Passersatzes zu erteilen und ihm aufzugeben, sich unverzüglich bei der zuständigen Ausländerbehörde zu melden. Die Grenzbehörde unterrichtet die Ausländerbehörde.	15.5.0	§ 15 Absatz 5 und 6 und § 18a Absatz 6 AsylVfG dienen dazu, die Folgen einer Zurückweisung rechtlich zu regeln. § 15 Absatz 5 ist die allgemeine Regelung, während Absatz 6 eine ergänzende Regelung für Flughäfen mit Transitbereich oder Unterkunft auf dem Flughafengelände (§ 65) enthält. Damit wird einerseits dem Erfordernis nach Rechtsklarheit für die handelnden Grenzbeamten, andererseits dem Spannungsverhältnis zwischen dem Recht des Staates, die Einreise von Ausländern zu verweigern, und der daraus entstehenden faktischen Beschränkung der Bewegungsfreiheit des zurückgewiesenen Ausländers auf den Transitbereich Rechnung getragen. Zurückweisungshaft soll nach § 15 Absatz 5 dann angeordnet werden, wenn eine Zurückweisungsentscheidung ergangen ist und eine Zurückweisung an der Grenze, etwa auf Grund fehlender Heimreisepapiere, nicht unmittelbar vollzogen werden kann.
15.4.2.2	Eine Einreise unter diesen Umständen bleibt aufenthaltsrechtlich unerlaubt. Entfallen die Hindernisse und ist die Frist für die Zurückschiebung gemäß § 57 Absatz 1 noch nicht überschritten oder sonst noch möglich, soll der Ausländer aufgrund der unerlaubten Einreise zurückgeschoben werden.	15.5.1	Aus der in § 15 Absatz 5 Satz 2 erfolgten Verweisung auf § 62 Absatz 3 wird deutlich, dass es keines Haftgrundes nach § 62 Absatz 2 neben den Voraussetzungen des § 15 Absatz 5 bedarf. Die Zurückweisungshaft ist ultima ratio; daher muss eine konkrete Gefahr bestehen, dass der Ausländer entgegen der Zurückweisung den Versuch unternehmen wird, (unerlaubt) einzureisen. Insoweit ist der Rechtsgedanke des § 62 Absatz 2 Satz 3, wonach von der Anordnung der Sicherungshaft ausnahmsweise abgesehen werden kann, wenn der Ausländer glaubhaft macht, dass er sich der Abschiebung nicht entziehen will, entsprechend anzuwenden. Bei tatsächlichen Hinderungsgründen (z. B. Passlosigkeit, ungeklärte Identität) ist der Rechtsgedanke des § 62 Absatz 2 Satz 4 ebenso beachtlich, wonach die Sicherungshaft unzulässig wäre, wenn feststeht, dass aus Gründen, die der Ausländer nicht zu vertreten hat, die Zurückweisung nicht innerhalb der nächsten drei Monate durchgeführt werden kann. Umfangreiche Passbeschaffungsmaßnahmen dürfen nicht in Ermangelung der Anwendung des § 62 Absatz 2 Satz 4 zu der Vorstellung führen, die Sicherungshaft könne jederzeit beantragt werden, auch wenn die Beschaffung von Heimreisedokumenten unübersehbar lange dauern könnte. In diesen Fällen wäre auch bereits die Beantragung unzulässig.
15.4.3.1	Ein Ausländer, dem nach Maßgabe von § 55 Absatz 1 AsylVfG der Aufenthalt in Deutschland gestattet ist, darf, außer in den Fällen des § 33 Absatz 2 und 3 AsylVfG (vgl. Nummer 15.4.3.2) und des § 18 Absatz 2, 3 AsylVfG nicht zurückgewiesen werden. Das gilt auch für den Fall, dass der Ausländer ohne Genehmigung der Ausländerbehörde ausgereist ist. Die Grenzbehörde hat zu prüfen, ob der Ausländer einer räumlichen Aufenthaltsbeschränkung zuwidergehandelt hat (§§ 56, 71a Absatz 3 AsylVfG, § 85 Nummer 2 AsylVfG, § 86 Absatz 1 AsylVfG). Ggf. sind die erforderlichen Schritte zur Verfolgung der damit verbundenen Straftat oder Ordnungswidrigkeit einzuleiten.		
15.4.3.2	Ist die Aufenthaltsgestattung erloschen (§ 67 AsylVfG), genießt der Ausländer nicht mehr den Zurückweisungsschutz gemäß § 15 Absatz 4 Satz 2. Ist er in den Herkunftsstaat gereist, gilt sein Asylantrag als zurückgenommen (§ 33 Absatz 2 AsylVfG). Er wird an der Grenze zurückgewiesen, sofern kein Abschiebungsverbot nach § 60 Absatz 1 bis 3 oder Absatz 5 vorliegt (§ 33 Absatz 3 AsylVfG). Seine Aufenthaltsgestattung erlischt dann mit der Zurückweisung (§ 67 Absatz 1 Nummer 1a AsylVfG).	15.5.2	Als Rechtsfolge sieht § 15 Absatz 5 Satz 1 eine Soll-Regelung vor. Bei Vorliegen der tatbestandlichen Voraussetzungen ist der Ausländer daher i. d. R. in Haft zu nehmen. Nur in atypischen Sonderfällen (vgl. dazu auch Nummer 15.5.1, 62.0.5) ist von der Zurückweisungshaft abzusehen. Ein solcher Fall liegt auch bei objektiver Unmöglichkeit der Zurückweisung vor (z. B. grundsätzliche Rückübernahmeverweigerung eines Staates).

- 15.5.3 Die Anordnung der Haft durch den zuständigen Richter setzt einen entsprechenden Antrag voraus. In Eilfällen kann dieser gestützt auf den Antrag in der Hauptsache (§ 15 Absatz 5) nach § 427 FamFG gestellt werden. Eine zwischenzeitlich kurzfristig notwendige Freiheitsentziehung kann nur auf die Befugnis zur Ingewahrsamnahme nach ordnungsrechtlichen Vorschriften gestützt werden (vgl. für die Bundespolizei § 39 Absatz 1 Nummer 3 BPolG, und für die Landespolizeien, falls diese auf Grundlage einer Vereinbarung nach § 2 Absatz 3 BPolG für die Wahrnehmung grenzpolizeilichen Einzeldienstes zuständig sind, das jeweilige Landesrecht, sofern dieses eine entsprechende Befugnis vorsieht); § 62 Absatz 4 ist hier nicht einschlägig.
- 15.5.4 Der Richter hat über die Anordnung der Haft zu entscheiden, nicht über die Einreise ins Bundesgebiet. Lehnt der Richter die Anordnung oder die Verlängerung der Haft ab, wird der Ausländer aus der Haft bzw. dem Gewahrsam entlassen. Die Einreise trotz fehlenden Aufenthaltstitels folgt unmittelbar aus § 15 Absatz 5 Satz 3 (zur Einreise nach erfolglos abgeschlossenen Flughafenasylverfahren vgl. § 18a Absatz 6 Nummer 4 AsylVfG). Zur Vermeidung unnötiger gerichtlicher Verfahren ist die Einreise auch zu gestatten, wenn von der Beantragung von Zurückweisungshaft abgesehen wird. Im Übrigen richtet sich das Verfahren nach dem Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (§ 106 Absatz 2 Satz 1). Der Aufenthalt des Ausländers im Bundesgebiet ist mangels Vorliegens der erforderlichen ausländerrechtlichen Voraussetzungen unerlaubt. Sofern nach der Einreise die Abschiebung ausgesetzt wird, ist eine Duldung auszustellen (vgl. § 60a Absatz 4).
- 15.5.5 Nach der Einreise wird das von den Grenzbehörden eingeleitete Verfahren zur Passersatzbeschaffung an die zuständige Ausländerbehörde abgegeben.
- 15.6 Flughafentransitaufenthalt**
- 15.6.0 § 15 Absatz 6 ist eine ergänzende Regelung für die Zurückweisung bei der Einreise auf dem Luftweg. Der Anwendungsbereich des Absatzes 6 bezieht sich insbesondere auf die Fälle, in denen einem Ausländer die Einreise gemäß § 18 Absatz 2 AsylVfG oder nach Durchführung eines Flughafenasylverfahrens (§ 18a AsylVfG), bei dem der Asylantrag als offensichtlich unbegründet abgelehnt wurde, nach § 18a Absatz 3 Satz 1 AsylVfG verweigert wird.
- 15.6.1 Personen, die auf dem Luftweg nach Deutschland gelangen und denen die deutschen Grenzbehörden die Einreise verweigern, sind – sofern die Zurückweisung nicht sofort vollzogen werden kann und Zurückweisungshaft nicht beantragt wurde – in eine Unterkunft zu verbringen, von wo aus die Abreise möglich ist. Sofern eine derartige Unterkunft nicht besteht, kann die zurückgewiesene Person auch unmittelbar im Transitbereich eines Flughafens untergebracht werden. Diese Regelung gilt unabhängig davon, ob der zurückgewiesene Ausländer ein Asylgesuch bei dem Einreiseversuch geäußert hatte oder nicht. Tatbestandliche Voraussetzung für den Transitaufenthalt des Ausländers ist daher Zweierlei:
- 15.6.1.1 – Absatz 6 Satz 1 setzt voraus, dass die Einreise nach § 15 verweigert wurde. Hierbei ist § 13 Absatz 2 Satz 1 zu beachten, wonach der Ausländer als noch nicht eingereist gilt, sofern er sich im Transitbereich eines Flughafens aufhält. Damit sind auch diejenigen Ausländer tatbestandlich ausgenommen, die nicht nach Deutschland einreisen wollen.
- 15.6.1.2 – Es darf keine Zurückweisungshaft nach Absatz 5 beantragt worden sein. Die Beantragung der Zurückweisungshaft ist grundsätzlich erforderlich, wenn die Zurückweisung nicht unverzüglich, aber in absehbarer Zeit erfolgen kann. Im Fall der Zurückweisung gemäß § 15 Absatz 1 kann der Ausländer zur Verhinderung einer unerlaubten Einreise (Straftat) bis zur Entscheidung über die Haft nach ordnungsrechtlichen Vorschriften in Gewahrsam genommen werden (vgl. für die Bundespolizei § 39 Absatz 1 Nummer 3 BPolG, und für die Landespolizeien, falls diese auf Grundlage einer Vereinbarung nach § 2 Absatz 3 BPolG für die Wahrnehmung grenzpolizeilichen Einzeldienstes zuständig sind, das jeweilige Landesrecht, sofern dieses eine entsprechende Befugnis vorsieht).
- 15.6.2 Nach § 15 Absatz 6 Satz 2 bedarf der Transitaufenthalt i. S. d. Absatzes 6 Satz 1 spätestens 30 Tage nach der Ankunft des Ausländers am Flughafen bzw. – soweit das Datum der Ankunft nicht feststeht – ab der Kenntnis der Grenzbehörden von der Ankunft einer richterlichen Anordnung. Bei Unmöglichkeit der Abreise z. B. auf Grund fehlender Heimreisepapiere ist unverzüglich Zurückweisungshaft zu beantragen oder die Einreise entsprechend § 15 Absatz 5 Satz 3 zu gestatten.
- 15.6.3 Jedenfalls spätestens zum Fristende ist die richterliche Anordnung für den Aufenthalt im Transitbereich oder in einer Unterkunft nach § 15 Absatz 6 Satz 1 zwingend durch die Grenzbehörden bei Gericht einzuholen. Sobald absehbar ist, dass die Zurückweisung nicht innerhalb von 30 Tagen vollzogen werden kann, soll die richterliche Anordnung unverzüglich herbeigeführt werden.
- 15.6.4 Absatz 6 Satz 3 enthält die Aussage zum Regelungszweck: Die Anordnung des Aufenthalts im Transitbereich oder in einer Unterkunft nach § 15 Absatz 6 Satz 1 ergeht zur Sicherung der Abreise.

15.6.5	Nach Absatz 6 Satz 4 ist die Anordnung daher nur zulässig, soweit die Abreise innerhalb der Anordnungsdauer zu erwarten ist.	15a.0.3	Gegen die jeweils durch Verwaltungsakt getroffene Verteilungsentscheidung (vgl. Nummer 15a.0.2) findet kein Widerspruch statt, Klagen haben keine aufschiebende Wirkung (Absatz 2 Satz 3 und 4).
15.6.6	Absatz 6 Satz 5 regelt die entsprechende Anwendbarkeit von § 15 Absatz 5 (zu den Einzelheiten vgl. Nummer 15.5). Soweit die Voraussetzungen vorliegen, kann der Aufenthalt zur Sicherung der Abreise für bis zu sechs Monate angeordnet werden; in Fällen, in denen der Ausländer seine Zurückweisung verhindert, kann die Anordnung um bis zu 12 Monate verlängert werden (§ 15 Absatz 5 und 6 i. V. m. § 62 Absatz 3).	15a.1	Persönlicher Anwendungsbereich und Verfahren
15.6.7	Wenn die Frist von 30 Tagen verstrichen und die richterliche Anordnung nicht ergangen ist, ist dem Ausländer die Einreise nach Deutschland zu gestatten. Dies ergibt sich für die Fälle des Flughafenasylverfahrens aus § 18a Absatz 6 Nummer 4 AsylVfG und im Übrigen aus § 15 Absatz 5 Satz 3.	15a.1.1.1	In Absatz 1 Satz 1 wird der Personenkreis der zu verteilenden Ausländer festgelegt. Wann die Einreise unerlaubt ist, ergibt sich aus § 14. Die Entscheidung über die Aussetzung der Abschiebung oder die Erteilung eines Aufenthaltstitels erfolgt nach der Verteilung durch die Behörde, bei der der Ausländer erstmals vorspricht. Die unmittelbar mögliche Abschiebung oder Zurückschiebung geht der Verteilung nach Absatz 1 Satz 1 vor. Deshalb sind Personen, die unmittelbar nach der Feststellung der unerlaubten Einreise in Abschiebungshaft genommen und unmittelbar aus der Haft abgeschoben werden oder unmittelbar nach der Feststellung der unerlaubten Einreise zurückgeschoben werden können, von der Verteilung ausgenommen. Ebenfalls von der Verteilung ausgenommen sind minderjährige Ausländer vor Vollendung des 16. Lebensjahres (vgl. Nummer 80.1 f.).
15a	Zu § 15a – Verteilung unerlaubt eingereister Ausländer	15a.1.1.2	Über die Verteilungsentscheidung nach § 15a Absatz 1 Satz 1 erhält der Ausländer für die Weiterreise an den Ort, dem er zugeteilt worden ist, eine Bescheinigung nach einem bundeseinheitlichen Muster. Die Bescheinigung lehnt sich an die im Asylverfahren ausgestellte Bescheinigung über die Meldung als Asylberechtigter an und wird vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Abstimmung mit dem Bundesministerium des Innern und den Ländern erarbeitet. Neben dieser Bescheinigung ist dem Ausländer ein schriftlicher Bescheid auszuhändigen. Nach geltender Rechtslage ist für diesen Verteilungsbescheid sowohl eine Begründung als auch eine Anhörung notwendig.
15a.0	Allgemeines Die Vorschrift soll eine gleichmäßige Verteilung unerlaubt eingereister Ausländer, die keinen Asylantrag stellen, gewährleisten. Die Aufnahme unerlaubt eingereister Ausländer ist eine gesamtstaatliche Aufgabe, bei deren Erfüllung auf eine gleichmäßige Verteilung der durch sie entstehenden finanziellen Lasten zu achten ist. Zwischen den Ländern ist diese Lastenverteilung durch eine quotengerechte Verteilung dieser Personen herzustellen.	15a.1.1.3	Ein Ausländer gilt als verteilt i. S. d. Absatzes 1 Satz 1, sobald ihm der Bescheid über die Verteilungsentscheidung ausgehändigt wurde.
15a.0.1	Die Vorschrift orientiert sich an den für die Verteilung von Asylbewerbern geltenden Regelungen. Hier kann auf ein funktionierendes System zurückgegriffen werden, das in weiten Teilen auch bei der Verteilung unerlaubt einreisender Ausländer nutzbar ist.	15a.1.1.4	Vor einer beabsichtigten Verteilung ist die Identität des betreffenden Ausländers gemäß § 49 Absatz 4 durch erkennungsdienstliche Maßnahmen zu sichern und eine Abfrage des Ausländerzentralregisters durchzuführen. Dadurch kann festgestellt werden, ob Gründe vorliegen, die eine Verteilung ausschließen. Zu diesen Gründen können z. B. zählen: Zuständigkeit einer anderen Ausländerbehörde, laufendes oder abgeschlossenes Asylverfahren, Fahndungstreffer. Die Zuständigkeit für die Durchführung der erkennungsdienstlichen Maßnahmen richtet sich nach § 71 Absatz 4 Satz 1 und 2. Vorrangig sollten die erkennungsdienstlichen Maßnahmen durch die Ausländerbehörden durchgeführt werden, da durch deren
15a.0.2	Die Verteilung nach § 15a verläuft in bis zu drei Schritten:		
15a.0.2.1	– Nach Absatz 2 Satz 1 kann der Ausländer von der Ausländerbehörde verpflichtet werden, sich zu der Behörde zu begeben, die die Verteilung bei der zentralen Verteilungsstelle veranlasst.		
15a.0.2.2	– Nachdem das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge als zentrale Verteilungsstelle die zur Aufnahme verpflichtete Aufnahmeeinrichtung mitgeteilt hat, ordnet die die Verteilung veranlassende Stelle an, dass sich der Ausländer zu dieser Aufnahmeeinrichtung zu begeben hat.		
15a.0.2.3	– Von der Aufnahmeeinrichtung kann der Ausländer innerhalb des Landes weiterverteilt werden. Das landesinterne Verteilungsverfahren können die Länder aufgrund von Absatz 4 Satz 5 entweder durch Rechtsverordnung oder ein Landesgesetz regeln.		

flächendeckende Präsenz eine schnelle und effiziente Durchführung gewährleistet wird. Soweit Ausländerbehörden nicht über die notwendige technische Ausrüstung verfügen, sollten Polizeibehörden um Amtshilfe ersucht werden. Denkbar sind auch gemeinsame erkennungsdienstliche Maßnahmen von Ausländer- und Polizeibehörden, da im Falle des § 15a regelmäßig auch die strafprozessualen Voraussetzungen für eine erkennungsdienstliche Behandlung gegeben sein dürften.

15a.1.2 Unerlaubt einreisende Ausländer haben keinen Anspruch darauf, sich in einem bestimmten Land oder an einem bestimmten Ort aufzuhalten. Absatz 1 Satz 2 stellt klar, dass kein Anspruch auf Verteilung in ein bestimmtes Land oder an einen bestimmten Ort besteht. Dies entspricht den für Asylbewerber (vgl. § 55 Absatz 1 Satz 2 AsylVfG) und Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge (vgl. § 24 Absatz 5 Satz 1) geltenden Bestimmungen. Ausländische Opfer von Menschenhandel und Personen, bei denen zumindest Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie Opfer von Menschenhandel sind, sollen jedoch grundsätzlich nicht in Sammelunterkünften, sondern an sicheren und ihren Bedürfnissen entsprechenden sonstigen Orten untergebracht werden (vgl. Nummer 15a.1.5.2).

15a.1.3 Nach Absatz 1 Satz 3 und 5 werden die auf Bundes- und Landesebene bei der Verteilung tätigen Behörden bestimmt, wobei jedes Land bis zu sieben Behörden bestimmen kann, die die Verteilung durch die zuständige Stelle veranlassen und verteilte Ausländer aufnehmen. Die Aufgabe der zentralen Verteilungsstelle übernimmt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

15a.1.4 Absatz 1 Satz 4 regelt die Aufnahmequoten. Diese entsprechen den Quoten nach § 45 AsylVfG, wenn für die unerlaubt einreisenden Ausländer kein abweichender Schlüssel festgelegt wird.

15a.1.5.1 Die gemeinsame Verteilung von Ehegatten und von Eltern und ihren minderjährigen ledigen Kindern wird durch die Regelung in Absatz 1 Satz 6 gewährleistet. Darüber hinaus sieht Absatz 1 Satz 6 vor, dass sonstige zwingende Gründe, die der Verteilung an einen bestimmten Ort entgegenstehen, ebenfalls bei der Verteilung zu berücksichtigen sind. Die genannten Gründe führen nicht zu einer Aussetzung der Abschiebung, sondern ermöglichen lediglich einen Wohnsitzwechsel. Im Interesse eines funktionierenden Verteilungsverfahrens – entsprechend den für die Verteilung von Asylbewerbern geltenden Grundsätzen – ist eine Berücksichtigung von Gründen, die einer Verteilung an einen bestimmten Ort entgegenstehen, allerdings nur unter der Voraussetzung möglich, dass der Ausländer sie vor der Entscheidung der Verteilung geltend macht.

Hierbei kommen z.B. in Betracht: Sicherstellung der Betreuung von pflegebedürftigen

Verwandten in gerader Linie und von Geschwistern, Sicherstellung von Behandlungsmöglichkeiten für schwer erkrankte Personen und Schutz von Personen, die als Zeugen in einem Strafverfahren benötigt werden und zur Aussage bereit sind.

15a.1.5.2

Sowohl ausländische Opfer von Menschenhandel, insbesondere solche, die eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 4a haben, als auch Personen, bei denen zumindest Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie Opfer von Menschenhandel sind, die aber ihre Entscheidung über ihre Aussagebereitschaft noch nicht getroffen haben (vgl. § 50 Absatz 2a), sind nicht auf Sammelunterkünfte zu verteilen. Um dem Schutzbedürfnis dieser Personen ausreichend Rechnung zu tragen und ihre Bereitschaft zur Kooperation mit den Behörden zu fördern, soll vielmehr die zuständige Leistungsbehörde in Abstimmung mit der Strafverfolgungsbehörde und der betreuenden Fachberatungsstelle für einen geeigneten und sicheren Unterbringungsort wie z.B. eine Schutzwohnung oder eine von einer Fachberatungsstelle betriebene oder betreute Unterbringungseinrichtung sorgen. Entgegen dem Wortlaut des Absatzes 1 Satz 6 soll dies auch dann gelten, wenn diese Personen die Gründe, die einer Unterbringung in einer Sammelunterkunft entgegenstehen, nicht ausdrücklich geltend machen, die Behörden aber Kenntnis von dem besonderen Status der Personen haben.

15a.2

Verpflichtung, sich zu der Verteilungsstelle zu begeben

Nach Absatz 2 können die Ausländerbehörden den Ausländer verpflichten, sich zu der Behörde zu begeben, die die Verteilung veranlasst.

15a.3

Aufnahmepflicht

Die Bestimmung eines Landes oder eines bestimmten Ortes in dem Land, in dem der Ausländer seinen Wohnsitz und seinen gewöhnlichen Aufenthalt zu nehmen hat, folgt den Regeln des Absatzes 3 Satz 1 bis 4. Falls hiernach eine länderübergreifende Verteilung stattfindet, sichern die Bestimmungen des Absatzes 4 die zügige Umsetzung der getroffenen Verteilungsentscheidung.

15a.4

Modalitäten der landesinternen Verteilung

Die Modalitäten der landesinternen Verteilung können die Länder gemäß Absatz 4 Satz 5 durch Rechtsverordnung oder Landesgesetz bestimmen. Um sicherzustellen, dass die Verteilung schnellstmöglich durchgeführt wird, bestimmen Satz 7 und 8, dass der Widerspruch gegen die Anordnung einer Verteilung nach Satz 1 ausgeschlossen ist (§ 68 Absatz 1 Satz 2, 1. Halbsatz VwGO) und der Klage keine aufschiebende Wirkung zukommt (§ 80 Absatz 2 Nummer 3 VwGO).

15a.5	Erlaubnis zum länderübergreifenden Wohnsitzwechsel	16.0.2	Bei der Entscheidung über Aufenthaltserlaubnisse zum Zweck der Studienbewerbung und des Studiums soll die Ausländerbehörde in Fragen der Studienvoraussetzungen, des Studienverlaufs, des Studienabschlusses und sonstiger akademischer Belange Stellungnahmen der Hochschule oder sonstiger zur Aus- oder Weiterbildung zugelassenen Einrichtungen einholen und berücksichtigen. § 82 Absatz 1 bleibt unberührt. Die Geltungsdauer der Aufenthaltserlaubnis ist nach Maßgabe des § 16 Absatz 1 in der Weise zu befristen, dass eine ordnungsgemäße Durchführung des Ausbildungsganges einschließlich der Ausbildungsabschnitte gewährleistet ist (siehe Nummer 16.1.1.5). Hierbei ist den besonderen Schwierigkeiten, die Ausländern bei der Aufnahme und Durchführung eines Studiums entstehen können, angemessen Rechnung zu tragen.
15a.6	Zeitlicher Anwendungsbereich		
15a.6.1	Absatz 6 stellt klar, dass die Regelung keine Anwendung auf Personen findet, die sich vor In-Kraft-Treten des Gesetzes bereits in der Bundesrepublik Deutschland aufgehalten haben und nicht nach dem 31. Dezember 2004 wieder eingereist sind. Eine Verteilung findet auch dann nicht statt, wenn ein abgelehnter Asylbewerber, der nach dem 31. Dezember 2004 wieder einreist, einen Asylfolgeantrag stellt. War der Aufenthalt während des Asylverfahrens räumlich beschränkt, gelten nach § 71 Absatz 7 AsylVfG die letzten räumlichen Beschränkungen fort.	16.0.3	Die Aus- oder Fortbildung kann an staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen (Universitäten, pädagogischen Hochschulen, Kunsthochschulen und Fachhochschulen) oder an vergleichbaren Ausbildungseinrichtungen, an vergleichbaren Berufsakademien sowie an staatlichen oder staatlich anerkannten Studienkollegs durchgeführt werden. Zu vergleichbaren weiteren Ausbildungseinrichtungen sind Einrichtungen zu rechnen, die auf einen Abschluss an einer staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschule oder auf die Verleihung eines Grades durch eine staatliche oder staatlich anerkannte Hochschule vorbereiten. Zu vergleichbaren weiteren Ausbildungseinrichtungen sind auch Einrichtungen zu rechnen, die eine staatliche Anerkennung beantragt haben, und Einrichtungen, die einzelne akkreditierte Studiengänge anbieten. Vor Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis für ein Studium an den vergleichbaren weiteren Ausbildungseinrichtungen soll eine Stellungnahme der für Hochschulfragen zuständigen obersten Landesbehörde eingeholt werden. Im Fall der Beantragung der staatlichen Anerkennung kommt die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nur in Betracht, wenn nach Auskunft der für die Anerkennung zuständigen Behörde innerhalb eines überschaubaren Zeitraums (höchstens ein Jahr) mit der Anerkennung zu rechnen ist.
15a.6.2	Eine Verteilung nach § 15a erfolgt hingegen in den folgenden Fallkonstellationen:		
–	Ein illegal eingereister Ausländer reist nach dem 31. Dezember 2004 wieder ein. § 15a Absatz 6 unterscheidet nicht danach, ob der Ausländer erstmalig oder wieder eingereist ist.		
–	Ein abgelehnter Asylbewerber reist nach dem 31. Dezember 2004 wieder ein und stellt keinen Asylfolgeantrag. Mangels Asylfolgeantrag gelten etwaige räumliche Beschränkungen nicht gemäß § 71 Absatz 7 AsylVfG fort. Auch eine Fortgeltung nach § 51 Absatz 6 kommt nicht in Betracht, da es sich bei etwaigen räumlichen Beschränkungen um Entscheidungen vor Geltung des Aufenthaltsgesetzes gehandelt hat; § 102 Absatz 1 gilt jedoch nur für ausländerrechtliche Maßnahmen, nicht für asylrechtliche.		
–	Ein Ausländer, der zuvor seiner Ausreisepflicht nachgekommen ist, reist nach dem 31. Dezember 2004 wieder ein. Etwaige räumliche Beschränkungen sind gemäß § 44 Absatz 6 AuslG bzw. § 51 Absatz 6 erloschen.		
16	Zu § 16 – Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Studienbewerbung, des Studiums, für Sprachschüler und für den Schulbesuch	16.0.4	Das Studium muss den Hauptzweck des Aufenthalts darstellen. Diesen Anforderungen genügt beispielsweise ein Abend-, Wochenend- oder Fernstudium nicht. Für den kurzfristigen Aufenthalt zur Durchführung von Prüfungen oder zur Wahrnehmung einer mehrwöchigen Anwesenheitspflicht im Rahmen so genannter Einsemestrierstudien wird ein Schengen-Visum (§ 6 Absatz 1 Nummer 2) erteilt. In Ausnahmefällen (z. B. bei Schwangerschaft oder längere Erkrankung) kann auch im Falle der Beurlaubung von der Hochschule eine vorübergehende Fortsetzung des Aufenthalts mit Aufenthaltserlaubnis nach § 16 erlaubt werden. Im Falle einer Beurlaubung für einen mehr als
16.0	Allgemeines		
16.0.1	Auf die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zum Zweck des Studiums besteht kein Rechtsanspruch. Über entsprechende Anträge wird nach § 16 Absatz 1, Absatz 1a oder Absatz 2 im Wege des Ermessens entschieden. Die allgemeinen Erteilungsvoraussetzungen des § 5 Absatz 1 und 2 sowie die Versagungsgründe des § 5 Absatz 4, § 10 und § 11 sind zu beachten.		

sechsmoatigen Studien- oder Praktikumsaufenthalt im Ausland ist i. d. R. vor Abreise eine verlängerte Frist zur Wiedereinreise und Fortsetzung des Studiums zu vereinbaren.

16.0.5

Der Aufenthaltsweg Studium umfasst sämtliche mit dem Studium verbundenen Ausbildungsphasen. Abhängig vom Einzelfall gehören dazu

- Sprachkurse, insbesondere zur Studienvorbereitung,
- Studienkollegs oder andere Formen staatlich geförderter studienvorbereitender Maßnahmen,
- für das Studium erforderliche oder von der Hochschule empfohlene vorbereitende Praktika,
- ein Studium bis zu einem ersten berufsqualifizierenden Abschluss bzw. bei konsekutiven und nicht konsekutiven Bachelor-/Master-Studiengängen auch bis zu einem zweiten berufsqualifizierenden Abschluss an einer deutschen Hochschule (Grund- und Hauptstudium einschließlich studienbegleitender Praktika, Zwischen- und Abschlussprüfungen), auch nach einem vorherigen Studium im Ausland,
- nach einem Studium ein Aufbau-, Zusatz- oder Ergänzungsstudium (Postgraduierstudium) oder eine Promotion,
- praktische Tätigkeiten, sofern sie zum vorgeschriebenen Ausbildungsgang gehören oder zur umfassenden Erreichung des Ausbildungszieles nachweislich erforderlich sind (§ 2 Absatz 2 Nummer 1 BeschV) und
- Studien, die ein im Ausland begonnenes Studium ergänzen und Studien, die in Deutschland begonnen und im Ausland beendet werden.

Der Zeitpunkt des erfolgreichen Abschlusses eines Studiums richtet sich nach der jeweiligen Studien- und Prüfungsordnung für das Studium, für das die Aufenthaltserlaubnis erteilt wurde. Dieser wird i. d. R. die schriftliche Bekanntgabe des Bestehens der Prüfung und des Prüfungsergebnisses sein. Der Tag der Exmatrikulation ist dabei unerheblich.

16.0.6

Die für die Zulassung zum Studium erforderliche Teilnahme an Deutschsprachkursen (siehe Nummer 16.1.2), Studienkollegs und anderen Formen staatlich geförderter studienvorbereitender Maßnahmen und studienbezogenen vorbereitenden Praktika darf i. d. R. nicht länger als insgesamt zwei Jahre dauern. Die gesetzlich zugelassene Ausübung einer Beschäftigung während der studienvorbereitenden Maßnahmen (siehe Nummer 16. 3. 10) rechtfertigt kein Abweichen von diesem Regelzeitraum.

16.0.7

Die allgemeinen schulischen Voraussetzungen für die Aufnahme der beabsichtigten Aus-

bildung können im Bundesgebiet nicht nachgeholt werden (siehe auch Nummer 16.5.2.1 ff.).

16.0.8

Erforderlich ist der Nachweis ausreichender Mittel zur Sicherung des Lebensunterhalts einschließlich ausreichenden Krankenversicherungsschutzes nach Maßgabe des § 2 Absatz 3 Satz 5 (§ 82 Absatz 1), siehe auch Nummer 2.3.6. Ausreichende Mittel stehen dann zur Verfügung, wenn sie dem BAföG-Förderungshöchstsatz (§§ 13 und 13a Absatz 1 BAföG) entsprechen. Dieser wird jährlich zum Jahresende durch das Bundesministerium des Innern im Bundesanzeiger veröffentlicht; dieser Betrag ist der für die Berechnung maßgebende. Bei Nachweis einer Unterkunft, deren Miet- und Nebenkosten den in § 13 Absatz 2 Nummer 2 BAföG genannten Betrag unterschreiten, vermindert sich der zu fordernde Betrag entsprechend, höchstens jedoch um den in § 13 Absatz 3 BAföG genannten Betrag.

16.0.8.1

Den Anforderungen genügt insbesondere

- die Darlegung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Eltern oder
- eine Verpflichtung gemäß § 68 oder
- die Einzahlung einer Sicherheitsleistung auf ein Sperrkonto bei einem Geldinstitut, dem die Vornahme von Bankgeschäften im Bundesgebiet gestattet ist, von dem monatlich nur 1/12 des eingezahlten Betrages ausbezahlt werden darf; das Sperrkonto ist auf den Namen des Studenten einzurichten und der Sperrvermerk ist zugunsten der öffentlich-rechtlichen Gebietskörperschaft, der die zuständige Ausländerbehörde zuzurechnen ist, einzutragen oder
- die Hinterlegung einer jährlich zu erneuernden Bankbürgschaft bei einem Geldinstitut im Bundesgebiet oder einem Geldinstitut, dem die Vornahme von Bankgeschäften im Bundesgebiet gestattet ist, soweit die Bankbürgschaft nicht über eine längere Laufzeit verfügt.

16.0.8.2

Der Umfang der einzuzahlenden Sicherheitsleistung oder der Bankbürgschaft ist nach dem durch das Bundesministerium des Innern im Bundesanzeiger veröffentlichten Monatsbetrag, gerechnet auf ein Jahr, zu bestimmen. Servicepakete der Studentenwerke mindern den einzuzahlenden Betrag um den Preis des Servicepaketes, wenn dieses die Unterkunft umfasst. Der Nachweis ausreichender Mittel gilt auch als geführt, wenn der Aufenthalt in Höhe des nach Nummer 16.0.8 maßgeblichen Betrags finanziert wird durch

- Die Bewilligung von Leistungen nach dem BAföG (siehe Nummer 16. 0. 11).
- Stipendien aus deutschen öffentlichen Mitteln,
- Stipendien einer in Deutschland anerkannten Förderorganisation oder

- Stipendien aus öffentlichen Mitteln des Herkunftslandes, wenn das Auswärtige Amt, der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) oder eine sonstige deutsche stipendiengebende Organisation die Vermittlung an die deutsche Hochschule übernommen hat.
- 16.0.8.3 Kann der Ausländer die Lebensunterhaltssicherung nur für die Dauer von weniger als einem Jahr nachweisen, hat dies keine Auswirkung auf den Verlängerungszeitraum der Aufenthaltserlaubnis. In diesen Fällen ist die Aufenthaltserlaubnis mit der Auflage zu versehen, vor Ablauf des Zeitraumes, für den die Lebensunterhaltssicherung nachgewiesen wurde, die weitergehende Lebensunterhaltssicherung nachzuweisen.
- 16.0.9 Darüber hinausgehende Sicherheitsleistungen sind nicht zu erbringen. Ein Nachweis über das Vorhandensein ausreichenden Wohnraums am Studienort ist vor der Einreise nicht zu führen. Der Ausländer hat die entsprechenden Nachweise im Falle der Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis vorzulegen (vgl. § 82 Absatz 1). Die Möglichkeit eines zustimmungsfreien Zuverdienstes kann bei der Entscheidung über die Verlängerung mit berücksichtigt werden. Vertraglich nachgewiesene zu erwartende Einkünfte aus einer erlaubten Tätigkeit (z.B. Praktikumsvergütung, Einkünfte als Tutor) werden auf die nachzuweisende Finanzierungshöhe angerechnet.
- 16.0.10 Die Mittel zur Deckung der Studienkosten, die nicht zum Lebensunterhalt zählen (etwa Studiengebühren), sind nicht nachzuweisen, da die Bildungseinrichtung die Möglichkeit hat, die Zulassung zum Studium, die Voraussetzung für die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis ist, von einer entsprechenden Deckung abhängig zu machen.
- 16.0.11 Erhält der Ausländer Leistungen nach dem BAföG, ist der Lebensunterhalt gesichert, da diese Leistungen der Ermöglichung des Aufenthalts zum Zwecke des Studiums in Deutschland dienen und bedarfsdeckend gewährt werden (siehe Nummer 2.3.4).
- 16.0.12 Der Familiennachzug bestimmt sich nach Kapitel 2 Abschnitt 6 (siehe auch Nummer 30.1.4.2.3.2). Hinsichtlich des Arbeitsmarktzuganges von Familienangehörigen sind die Bestimmungen des § 29 Absatz 5 zu beachten (Nummer 29.5).
- 16.0.13 Bei türkischen Staatsangehörigen ist Nummer 27.0.6.8 zu beachten.
- 16.1 Aufenthaltserlaubnis zum Zweck des Studiums sowie vorbereitender Sprachkurse**
- 16.1.1 Studierende
- 16.1.1.1 § 16 Absatz 1 regelt Aufenthalte zum Zweck des Studiums. Klarstellend werden studienvorbereitende Maßnahmen (studienvorbereitende Sprachkurse und Studienkollegs) in § 16 Absatz 1 Satz 2 ausdrücklich entsprechend Artikel 2 Buchstabe b) der Richtlinie 2004/114/EG des Rates vom 13. Dezember 2004 über die Bedingungen für die Zulassung von Drittstaatsangehörigen zur Absolvierung eines Studiums oder zur Teilnahme an einem Schüleraustausch, einer unbezahlten Ausbildungsmaßnahme oder einem Freiwilligendienst (ABl. EU Nummer L 375 S. 12, so genannte Studentenrichtlinie) dem Aufenthaltswitzweck Studium zugerechnet. Die in § 16 Absatz 1 Satz 3 aufgestellte Voraussetzung der Zulassung zum Studium ist auch dann erfüllt, wenn der Ausländer an studienvorbereitenden Maßnahmen teilnimmt. Im Übrigen gelten Ausländer als Studierende, wenn sie für ein Studium an einer der in Nummer 16.0.3 genannten Einrichtungen zugelassen sind. Der Nachweis der Zulassung wird durch die Vorlage des Zulassungsbescheides (im Original) der Bildungseinrichtung geführt. Er kann ersetzt werden durch
- 16.1.1.1.1 – eine Studienplatzvormerkung einer Hochschule oder einer staatlichen, staatlich geförderten oder staatlich anerkannten Einrichtung zum Erlernen der deutschen Sprache,
 - 16.1.1.1.2 – eine Bescheinigung einer Hochschule oder eines Studienkollegs, aus der sich ergibt, dass für die Entscheidung über den Zulassungsantrag die persönliche Anwesenheit des Ausländers am Hochschulort erforderlich ist oder
 - 16.1.1.1.3 – eine Bestätigung über das Vorliegen einer ordnungsgemäßen Bewerbung zur Zulassung zum Studium (Bewerber-Bestätigung).
- 16.1.1.2 Das nationale Visum wird erteilt
- mit einer Gültigkeitsdauer von regelmäßig drei Monaten, sofern im Einzelfall nach der Einreise keine frühere Vorsprache bei der Ausländerbehörde erfolgen soll,
 - mit einer Gültigkeit von sechs Monaten bei einem Studierendenaustausch für ein Semester im Rahmen von Hochschulkoooperationen,
 - mit einer Gültigkeitsdauer von einem Jahr, wenn die Ausländerbehörde ausdrücklich zustimmt oder
 - gemäß abweichender Bestimmungen der Ausländerbehörde, wenn der Ausländer den Zulassungsbescheid vorlegt,
 - mit einer Gültigkeitsdauer bis zum Ablauf der Stipendienzusage, höchstens jedoch von einem Jahr, auch wenn der Aufenthalt zunächst der Studienzvorbereitung (§ 16 Absatz 1 Satz 2) dient und über ein Stipendium nach Nummer 16.0.8.2 finanziert wird.
- 16.1.1.3 Das Visum kann auch erteilt werden, wenn der Zulassungsbescheid von einer anderen Bildungseinrichtung als derjenigen vorgelegt wird,

mit deren Bewerberbestätigung das Visumverfahren in Gang gesetzt wurde (Mehrfachbewerbung). Die einmal erteilte Zustimmung der zuständigen Ausländerbehörde umfasst auch dieses Studium an einer entsprechenden Bildungseinrichtung.

16.1.1.4 Die zum Studium erforderlichen Sprachkenntnisse sind i. d. R. nicht durch die Ausländerbehörden zu prüfen, da diese regelmäßig durch die Hochschulen bei der Zulassungsentscheidung berücksichtigt werden. Auch kann die Aufenthaltserlaubnis ohne Prüfung der Sprachkenntnisse erteilt werden, wenn die erforderlichen Sprachkenntnisse in studienvorbereitenden Maßnahmen erworben werden sollen. Besteht nicht die Absicht, die für das Studium erforderlichen Sprachkenntnisse in einer studienvorbereitenden Maßnahme zu erwerben und liegt noch keine förmliche Zulassungsentscheidung einer deutschen Hochschule vor, so hat der Visumantragsteller den Nachweis zu erbringen, dass er über die erforderlichen deutschen Sprachkenntnisse verfügt.

16.1.1.4.1 Dabei können nur Nachweise eines nach dem Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen des Europarats (GER) zertifizierten Sprachkursveranstalters (zurzeit neben dem Goethe-Institut lediglich „The European Language Certificate“ – TELC) oder des Österreichischen Sprachdiploms (ÖSD) anerkannt werden. Für das Goethe-Institut sind dies das „Zertifikat Deutsch“ sowie das „Zertifikat Deutsch für Jugendliche“. Eine Liste der aktuellen TELC-Anbieter im Ausland ist im Internet über den Link <http://telc.net/Ausland.208+M54a708de802.0.html> abrufbar.

16.1.1.4.2 Der Sprachnachweis gilt ferner als erbracht im Fall des Nachweises, dass eine der beiden hochschulspezifischen Zugangsprüfungen

- Deutsche Sprachprüfung für den Hochschulzugang ausländischer Studienbewerber (DSH)
- Test Deutsch als Fremdsprache (TestDaF)

bereits erfolgreich abgelegt wurde oder der Bewerber gemäß Beschlusslage der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (KMK) aufgrund seiner schulischen Vorbildung von diesen Zugangsprüfungen befreit ist. Letzteres ist der Fall, wenn (Aufzählung abschließend!)

- das deutsche Abitur,
- das Deutsche Sprachdiplom der Stufe II der KMK (DSD-II),
- die Zentrale Oberstufenprüfung (ZOP) des Goethe-Instituts,
- das Kleine Deutsche Sprachdiplom (KDS) des Goethe-Instituts oder
- das Große Deutsche Sprachdiplom (GDS) des Goethe-Instituts

abgelegt wurde.

16.1.1.5

Nach § 16 Absatz 1 Satz 5, 1. Halbsatz wird die Aufenthaltserlaubnis zum Zweck des Studiums, womit auch studienvorbereitende Maßnahmen umfasst sind, für mindestens ein Jahr erteilt. Diese Regelung gilt jedoch nur, soweit eine studienvorbereitende Maßnahme oder ein Studienprogramm eine Laufzeit von mindestens einem Jahr hat. Das hat zur Folge, dass die Aufenthaltserlaubnis nur in den Fällen für mindestens ein Jahr zu erteilen ist, in denen die Bildungsmaßnahme mindestens ein Jahr andauert. Die Studentenrichtlinie sieht in Artikel 12 Absatz 1 Satz 2 ausdrücklich vor, in den Fällen, in denen die Dauer des Studienprogramms weniger als ein Jahr beträgt, die Aufenthaltserlaubnis auf die Dauer des Programms zu befristen. Eine Befristung der Aufenthaltserlaubnis auf weniger als ein Jahr kommt damit insbesondere in der Phase studienvorbereitender Maßnahmen – auch in den Fällen, in denen die Studentenrichtlinie nicht anwendbar ist – in Betracht. Dabei ist die Aufenthaltserlaubnis auf die Dauer der jeweiligen Maßnahme zu beschränken, soweit die Zulassung für eine Anschlussmaßnahme oder die Aufnahme des Studiums noch nicht vorliegt; soweit aus im Verantwortungsbereich der Hochschule liegenden organisatorischen Gründen die Aufnahme des Studiums erst zu einem späteren Zeitpunkt möglich ist, kann die Aufenthaltserlaubnis bis zu diesem Zeitpunkt verlängert werden. Bei Aufnahme des Studiums wird die Geltungsdauer der Aufenthaltserlaubnis regelmäßig auf zwei Jahre befristet. Zur Begleitung des Aufenthalts durch die Ausländerbehörden sollte aus sicherheitspolitischen Erwägungen die Geltungsdauer einer Aufenthaltserlaubnis zu Studienzwecken bei Ersterteilung an Antragsteller aus konsultationspflichtigen Staaten (Liste konsultationspflichtiger Staaten gemäß § 73 Absatz 4) auf ein Jahr beschränkt werden. Auch bei der Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis kann die Verlängerung um jeweils nur ein Jahr geboten sein. Neben einer kürzeren Geltungsdauer der Aufenthaltserlaubnis können im Einzelfall auch andere Nebenbestimmungen zur Wahrung von Sicherheitsbelangen bei Studenten gerechtfertigt sein. Dazu kommt vor allem in Betracht, den Aufenthalt (weiterhin) auf einen bestimmten Studienort oder den Studienzweck auf einen bestimmten Studiengang zu beschränken. Es kann es darüber hinaus geboten sein, dem Ausländer aufzugeben, dass die Inanspruchnahme von Urlaubssemestern der Zustimmung der Ausländerbehörde bedarf. Bei der Bemessung des zeitlichen Rahmens der Verlängerung sind Nachweise über erbrachte Leistungen als Anhaltspunkte für einen ausreichenden Studienfortschritt sowie Abwesenheitszeiten, insbesondere Auslandsaufenthalte, zu berücksichtigen. Grundsätzlich soll die Geltungsdauer bei Erteilung und Verlängerung zwei Jahre nicht überschreiten.

16.1.1.6

Die Aufenthaltserlaubnis ist grundsätzlich um jeweils zwei Jahre zu verlängern, soweit aus-

- reichende Mittel zur Sicherung des Lebensunterhalts nachgewiesen werden und nach der von der Ausländerbehörde zu treffenden Prognoseentscheidung der Abschluss des Studiums in einem angemessenen Zeitraum erreicht werden kann.
- 16.1.1.6.1 Wird die Sicherung des Lebensunterhalts in Form einer Bankbürgschaft oder einer Sicherheitsleistung nachgewiesen, ist die Aufenthaltserlaubnis für diese Dauer, jedoch höchstens um zwei Jahre zu verlängern. Nummer 16.1.1.2 letzter Spiegelstrich gilt für die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis entsprechend.
- 16.1.1.6.2 Ein ordnungsgemäßes Studium liegt regelmäßig vor, solange der Ausländer die durchschnittliche Studiendauer an der betreffenden Hochschule in dem jeweiligen Studiengang nicht um mehr als drei Semester überschreitet (siehe auch Nummer 16.1.1.7). Die Hochschule teilt die durchschnittliche Fachstudiendauer in den einzelnen Studiengängen der Ausländerbehörde auf Anfrage mit. Bei der Berechnung der Fachsemesterzahl bleiben Zeiten der Studienvorbereitung (z. B. Sprachkurse, Studienkollegs, Praktika) außer Betracht.
- 16.1.1.7 Wird die zulässige Studiendauer (Nummer 16.1.1.6.2) überschritten, ist der Ausländer von der Ausländerbehörde schriftlich darauf hinzuweisen, dass eine Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis nur erfolgt, wenn die Ausbildungsstelle unter Berücksichtigung der individuellen Situation des ausländischen Studierenden einen ordnungsgemäßen Verlauf des Studiums bescheinigt, die voraussichtliche weitere Dauer des Studiums angibt und zu den Erfolgsaussichten Stellung nimmt. Ergibt sich aus der Mitteilung der Ausbildungsstelle, dass das Studium nicht innerhalb der in Nummer 16.2.7 genannten Frist von zehn Jahren erfolgreich abgeschlossen werden kann, ist die beantragte Verlängerung i. d. R. abzulehnen. Erhält die Ausländerbehörde während der Laufzeit einer Aufenthaltserlaubnis Kenntnis davon, dass die Studienfortschritte des Ausländers nicht im vorgenannten Sinne ausreichend sind, besteht die Möglichkeit, die Aufenthaltserlaubnis zu widerrufen (vgl. Nummer 52.3.2). Zur Beendigung des Aufenthalts von Studierenden, die keine ausreichenden Studienfortschritte nachweisen können, kommt der Möglichkeit des Widerrufs der Aufenthaltserlaubnis bzw. deren Nichtverlängerung eine besonders zu beachtende Bedeutung zu, da für den Erhalt der Niederlassungserlaubnis oder Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG die Studienzeiten auch dann zur Hälfte angerechnet werden, wenn das Studium nicht erfolgreich abgeschlossen wurde (vgl. Nummer 9b.1.4.1). Ein ordnungsgemäßes Studium kann auch durch Vorlage einer Bewilligung von Leistungen nach dem BAföG belegt werden.
- 16.1.1.8 Die umfangreichen Beschäftigungsmöglichkeiten nach § 16 Absatz 3 dürfen den Zweck des Studiums und damit auch dessen Erfolg nicht gefährden. Die kraft Gesetzes eröffneten Beschäftigungsmöglichkeiten während des Studiums können nicht eingeschränkt werden. Wird die zulässige Studiendauer überschritten (Nummer 16.1.1.6.2) und wird der Nachweis der Sicherung des Lebensunterhalts im Wesentlichen über Vergütungen aus Beschäftigungen nach § 16 Absatz 3 geführt, ist der Ausländer von der Ausländerbehörde schriftlich darauf hinzuweisen, dass eine Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis nur unter der Maßgabe erfolgt, dass das Studium innerhalb der in Nummer 16.2.7 genannten Frist von zehn Jahren erfolgreich abgeschlossen wird und eine weitere Verlängerung über diesen Zeitraum hinaus nicht erfolgen wird.
- 16.1.2 Studienvorbereitende Sprachkurse
- 16.1.2.1 Ausländern, die eine Ausbildung an einer deutschen Hochschule anstreben (siehe Nummer 16.0.3 und 16.0.4), soll eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, wenn die für die Erteilung eines Aufenthaltstitels an ausländische Studienbewerber geltenden Voraussetzungen vorliegen (siehe Nummer 16.1a.1) und der Intensivsprachkurs zur Vorbereitung auf einen der von der Kultusministerkonferenz anerkannten Nachweise ausreichender deutscher Sprachkenntnisse für den Hochschulbesuch (z. B. DSH, TestDaF, ZOP des Goethe-Instituts) ausgerichtet ist; nach erfolgreichem Abschluss des Sprachkurses kann die Aufenthaltserlaubnis zum Zweck des Besuchs eines Studienkollegs bzw. eines Studiums verlängert werden (siehe Nummer 16.0.6), wenn die weiteren Voraussetzungen erfüllt sind. Das Visum bzw. die Aufenthaltserlaubnis sind mit folgender Nebenbestimmung zu versehen:
- „Aufenthalt für einen studienvorbereitenden Sprachkurs in ... (Ort)“.
- 16.1.2.2 Ist das Ausbildungsziel des Sprachkurses zum Ablauf der Geltungsdauer der Aufenthaltserlaubnis noch nicht erreicht und besteht aufgrund vorliegender Unterlagen der Bildungseinrichtung die Aussicht, dass es noch erreicht werden kann, soll die Aufenthaltserlaubnis längstens bis zur Gesamtgeltungsdauer von 18 Monaten verlängert werden (siehe Nummer 16.0.4 und 16.0.5).
- 16.1a Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Studienbewerbung
- 16.1a.1 Als Studienbewerber gelten Ausländer, die ein Studium anstreben, aber noch nicht an einer der in Nummer 16.0.3 genannten Einrichtungen zugelassen sind.
- 16.1a.2 Im Rahmen des Zustimmungsverfahrens zur Visumerteilung (§ 31 Absatz 1 AufenthV) beschränkt sich die Prüfung der Ausländerbehörde i. d. R. auf die Abfrage beim Ausländerzentralregister. Ob die Voraussetzungen für den Zugang zu einer bestimmten Bildungs-

einrichtung und der Finanzierungsnachweis bezüglich des Studienaufenthalts vorliegen, wird im Einzelfall nur dann geprüft, wenn aufgrund der Angaben der deutschen Auslandsvertretung eine entsprechende Prüfung im Bundesgebiet für erforderlich gehalten wird.

16.1a.3

Nach § 31 Absatz 1 Satz 3 AufenthV gilt die Zustimmung der Ausländerbehörde als erteilt, wenn innerhalb der Verschweigungsfrist von drei Wochen und zwei Arbeitstagen der deutschen Auslandsvertretung keine gegenteilige Mitteilung vorliegt, und zwar stets mit der Bedingung, dass die Erfordernisse der Zugangsberechtigung, der gesicherten Finanzierung und des Passbesitzes erfüllt sind. Die Verschweigungsfrist gilt nicht, wenn von der Ausländerbehörde ergänzende Nachprüfungen vorzunehmen sind. Die Verschweigungsfrist hindert die Ausländerbehörde nicht an einer ausdrücklichen Zustimmung vor Fristende, um die Visumerteilung im Einzelfall zu beschleunigen.

16.1a.4

Das Visum wird als nationales Visum mit einer Gültigkeitsdauer von regelmäßig drei Monaten erteilt, sofern im Einzelfall nach der Einreise keine frühere Vorsprache bei der Auslandsvertretung erfolgen soll. Es kann von der Ausländerbehörde als Aufenthaltserlaubnis um sechs Monate verlängert werden mit der Auflage, dass der Studienbewerber innerhalb dieser Frist die Zulassung zum Studium oder die Aufnahme in einen studienvorbereitenden Deutschkurs oder in ein Studienkolleg nachzuweisen hat (vgl. § 82 Absatz 1). Die Gesamtaufenthaltszeit als Studienbewerber ist nach § 16 Absatz 1a Satz 2 auf höchstens neun Monate beschränkt. Diese Aufenthaltszeit als Studienbewerber vor Aufnahme einer studienvorbereitenden Maßnahme wird nicht auf die Aufenthaltszeit der studienvorbereitenden Maßnahmen wie Sprachkurse, Studienkollegs oder vorbereitende Praktika (siehe Nummer 16.0.5) angerechnet.

16.1a.5

Die weitere Aufenthaltserlaubnis ist erst zu erteilen, wenn die Zulassung zur Ausbildungsstelle unter genauer Bezeichnung des beabsichtigten Studiums nachgewiesen ist. Hinsichtlich der Geltungsdauer siehe Nummer 16.1.1.5.

16.2

Wechsel des Aufenthaltszweckes

16.2.1

Die Beschränkung des § 16 Absatz 2 gilt nur in Fällen, in denen der Ausländer eine Aufenthaltserlaubnis nach § 16 besitzt. Nach § 16 Absatz 2 ist zu beurteilen, ob ein Regelfall oder ein Ausnahmefall vorliegt, der ein Abweichen von dem Regelversagungsgrund rechtfertigt. Ausnahmefälle sind durch einen außergewöhnlichen Geschehensablauf gekennzeichnet, der so bedeutsam ist, dass er das ansonsten ausschlaggebende Gewicht des gesetzlichen Regelversagungsgrundes beseitigt. Entsprechendes gilt, wenn der Versagung der Aufenthaltserlaubnis höherrangiges Recht entgegensteht,

insbesondere die Versagung mit verfassungsrechtlichen Wertentscheidungen nicht vereinbar ist. Der Regelversagungsgrund greift lediglich vor der Ausreise des Ausländers ein.

16.2.2

Ein Zweckwechsel kommt beispielsweise nicht in Betracht, wenn der Ausländer die fachlichen Voraussetzungen für die Zulassung zu einer bestimmten Ausbildung oder zu einem bestimmten Studium noch nicht erfüllt (siehe auch Nummer 16.0.7). Eine Abweichung von § 16 Absatz 2 kommt in Betracht, wenn dies eine völkerrechtliche Vereinbarung erfordert. In diesem Falle kann die Aufenthaltserlaubnis ohne vorherige Ausreise bis zu der in der zwischenstaatlichen Vereinbarung vorgesehenen Beschäftigungsdauer verlängert werden.

16.2.3

Ist der ursprüngliche Aufenthaltszweck erfüllt oder weggefallen und begehrt der Ausländer die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis für einen anderen als nach § 16 Absatz 4 zugelassenen Aufenthaltszweck, ist die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis erst möglich, nachdem der Ausländer ausgereist ist. Ohne vorherige Ausreise ist ein unmittelbarer Wechsel des Aufenthaltszwecks ohnehin nur möglich, wenn der Ausländer (z. B. durch Eheschließung) einen gesetzlichen Anspruch auf Erteilung der Aufenthaltserlaubnis erworben hat, ihm die Ausreise unzumutbar ist (vgl. auch § 5 Absatz 2 Satz 2) oder er im Rahmen von § 41 AufenthV einen erforderlichen Aufenthaltstitel im Bundesgebiet einholen kann.

16.2.4

Der Inhalt des Aufenthaltszwecks wird grundsätzlich durch die Fachrichtung bestimmt. Der Zweck des Studiums ist in der Aufenthaltserlaubnis durch die Bezeichnung der Fachrichtung (Studiengang und ggf. Studienfächer) anzugeben.

16.2.5

Der Aufenthaltszweck wird bei einem Wechsel des Studienganges (z. B. Germanistik statt Romanistik) oder einem Wechsel des Studienfaches innerhalb desselben Studienganges (z. B. Haupt- oder Nebenfach Italienisch statt Französisch im Studiengang Romanistik) in den ersten 18 Monaten nach Beginn des Studiums nicht berührt. Ein späterer Studiengang- oder Studienfachwechsel kann im Rahmen der zu treffenden Ermessensentscheidung zugelassen werden, wenn das Studium innerhalb einer angemessenen Zeit abgeschlossen werden kann. Ein angemessener Zeitraum ist i. d. R. dann nicht mehr gegeben, wenn das Studium unter Berücksichtigung der bisherigen Studienleistungen und des dafür aufgewendeten Zeitbedarfs innerhalb einer Gesamtaufenthaltsdauer von zehn Jahren nicht abgeschlossen werden kann. Die vorstehenden Regelungen gelten für einen Wechsel zwischen verschiedenen Hochschularten entsprechend (z. B. Wechsel von einem Universitätsstudium zu einem Fachhochschulstudium in derselben Fachrichtung). Der Ausländer ist auf die mit dem Wechsel der Fachrichtung verbundenen

	Beschränkungen hinzuweisen. Wird ein Studium innerhalb kurzer Frist erfolgreich abgeschlossen, kann für ein weiteres Studium die Aufenthaltserlaubnis verlängert werden, wenn dadurch die Gesamtaufenthaltsdauer von zehn Jahren nicht überschritten wird.		
16.2.6	Kein Fachrichtungswechsel, sondern lediglich eine Schwerpunktverlagerung im Rahmen des Studiums liegt vor, wenn		
16.2.6.1	– sich aus den entsprechenden Ausbildungsbestimmungen ergibt, dass die betroffenen Studiengänge bis zum Wechsel identisch sind oder darin vorgeschrieben ist, dass die im zunächst durchgeführten Studiengang erbrachten Semester auf den anderen Studiengang voll angerechnet werden,		
16.2.6.2	– der Ausländer eine Bescheinigung der zuständigen Stelle vorlegt, in der bestätigt wird, dass die im zunächst durchgeführten Studiengang verbrachten Semester auf den anderen Studiengang überwiegend angerechnet werden, oder		
16.2.6.3	– wenn aus organisatorischen, das Studium betreffenden Gründen (z. B. Aufnahme nur zum Wintersemester) nach Ablauf der Studienvorbereitungsphase die Aufnahme des angestrebten Studiums nicht sofort möglich ist und daher die Zeit durch ein Studium in einem anderen Studiengang im Umfang von einem Semester überbrückt wird.		
16.2.7	Abgesehen von den in Nummer 16.0.5 genannten Fällen stellt die sonstige Aufnahme einer zweiten Ausbildung oder die berufliche Weiterbildung nach Abschluss der ersten Ausbildung in Deutschland einen Wechsel des Aufenthaltszwecks dar. Soweit für diese zweite Ausbildung eine Aufenthaltserlaubnis nach § 16 Absatz 1 erteilt werden kann, kann die bestehende Aufenthaltserlaubnis für die zweite Ausbildung verlängert werden, wenn das Ausbildungsziel innerhalb einer Gesamtaufenthaltsdauer von zehn Jahren erreicht werden kann.		
16.2.8	Hat sich der Ausländer bei Stipendienvergabe zur Rückkehr verpflichtet, ist die Aufnahme einer dauerhaften Beschäftigung ausgeschlossen, vgl. Nummer 16.4.5.		
16.2.9	Während des Aufenthalts zum Zweck des Studiums (siehe Nummer 16.0.5) ist die Anwendung des § 9 ausgeschlossen.		
16.3	Erwerbstätigkeit neben dem Studium		
16.3.1	§ 16 Absatz 3 regelt den Arbeitsmarktzugang ausländischer Studenten während des Studiums. Die Erlaubnis zu den in Absatz 3 genannten Tätigkeiten ist kraft Gesetzes von der Aufenthaltserlaubnis mit erfasst. Eine separate Genehmigung der Bundesagentur für Arbeit ist nicht erforderlich. Die Tätigkeiten dürfen jedoch den Zweck „Studium“ nicht gefährden.		
16.3.2	Die durch den Aufenthaltstitel kraft Gesetzes eröffnete Möglichkeit berechtigt zur Beschäftigung an bis zu 90 Arbeitstagen oder 180 halben Arbeitstagen pro Jahr. Maßgeblich für die Berechnung der Jahresfrist ist das Kalenderjahr. Es ist keine Anteilsberechnung erforderlich, sofern der Aufenthaltstitel nicht das gesamte Kalenderjahr abdeckt. Als Beschäftigungszeiten werden auch im Fall, dass die Beschäftigung nicht über einen längeren Zeitraum verteilt erfolgt, sondern zusammenhängend z. B. in den Semesterferien ausgeübt wird, nur die Arbeitstage oder halben Arbeitstage angerechnet, an denen tatsächlich gearbeitet wurde. Über die Zeiten der erfolgten Beschäftigung ist in geeigneter Weise ein Nachweis zu führen. Berechnungsgrundlage für die Beschäftigung an halben Arbeitstagen ist die regelmäßige Arbeitszeit der weiteren Beschäftigten des Betriebes. Als halber Arbeitstag sind Beschäftigungen bis zu einer Höchstdauer von vier Stunden anzusehen, wenn die regelmäßige Arbeitszeit der weiteren Beschäftigten acht Stunden beträgt. Die Höchstdauer ist fünf Stunden, wenn die regelmäßige Arbeitszeit zehn Stunden beträgt.		
16.3.3	Daneben ist ausländischen Studierenden die Möglichkeit eröffnet, ohne zeitliche Beschränkung studentische Nebentätigkeiten an der Hochschule oder an einer anderen wissenschaftlichen Einrichtung auszuüben. Zu den studentischen Nebentätigkeiten sind auch solche Beschäftigungen zu rechnen, die sich auf hochschulbezogene Tätigkeiten im fachlichen Zusammenhang mit dem Studium in hochschulnahen Organisationen (wie z. B. Tutoren in Wohnheimen der Studentenwerke, Tätigkeiten in der Beratungsarbeit der Hochschulgemeinden, der Asten und des World University Service) beschränken. Bei Abgrenzungsschwierigkeiten soll die Hochschule beteiligt werden.		
16.3.4	Die zu verfügende Nebenbestimmung lautet: „Beschäftigung bis zu 90 Tage oder 180 halbe Tage im Jahr sowie Ausübung studentischer Nebentätigkeit gestattet.“		
16.3.5	Praktika, die vorgeschriebener Bestandteil des Studiums oder zur Erreichung des Ausbildungszieles nachweislich erforderlich sind, sind als zustimmungsfreie Beschäftigungen nach § 2 Absatz 2 Nummer 1 BeschV keine Beschäftigung i. S. v. Nummer 16.3.1 und 16.3.2. Sie werden entsprechend nicht auf die Beschäftigungszeit nach Nummer 16.3.2 angerechnet.		
16.3.6	Sonstige empfohlene oder freiwillige Beschäftigungen, die als Praktika bezeichnet werden, kommen als zustimmungspflichtige Beschäftigungen im Rahmen von Nummer 16.3.7 in Betracht. Hospitationen bedürfen nicht der Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit. Die Hospitation ist kein Beschäftigungsverhältnis		

und ist gekennzeichnet durch die Sammlung von Kenntnissen und Erfahrungen in einem Tätigkeitsbereich ohne zeitliche und inhaltliche Festlegung und ohne rechtliche und tatsächliche Eingliederung in den Betrieb. Aufschluss kann der Praktikums-/Hospitationsvertrag geben.

16.3.7 Eine über die gesetzlich bereits vorgesehenen Beschäftigungsmöglichkeiten hinausgehende längerfristige Erwerbstätigkeit (z. B. ganzjährig) kann als Teilzeit nur zugelassen werden, wenn dadurch der auf das Studium beschränkte Aufenthaltswitz nicht verändert und die Erreichung dieses Zwecks nicht erschwert oder verzögert wird (vgl. § 16 Absatz 1 Satz 5 2. Halbsatz). Dies ist anzunehmen, wenn die Erwerbseinkünfte nach Abzug der Werbungskosten die in § 23 Absatz 1 BAföG genannten Beträge nicht übersteigen. Durch die Zulassung einer Erwerbstätigkeit darf ein Wechsel des Aufenthaltswitzes i. S. v. § 16 Absatz 2 nicht vor Abschluss des Studiums ermöglicht werden. Ansonsten handelt es sich um eine Unterbrechung des Studiums. Die Zulassung dieser Beschäftigung wird durch Nebenbestimmung im Ermessenswege gesteuert und bedarf der Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit, soweit sie nicht nach §§ 2 bis 15 BeschV zustimmungsfrei ist.

16.3.8 Die Zulassung einer über die gesetzlich bereits vorgesehenen Beschäftigungsmöglichkeiten hinausgehenden Beschäftigung kommt auch dann in Betracht, wenn die Sicherung des Lebensunterhalts des Ausländers durch Umstände gefährdet ist, die er und seine Unterhalt leistenden oder hierzu rechtlich verpflichteten Angehörigen nicht zu vertreten haben und das Studium unter Berücksichtigung der besonderen Schwierigkeiten, die Ausländern bei der Aufnahme und Durchführung eines Studiums entstehen können, bisher zielstrebig durchgeführt worden ist und nach der Bestätigung der Hochschule daher von einem erfolgreichen Abschluss ausgegangen werden kann. Im Übrigen hat die Ausländerbehörde zu prüfen, ob einer Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis das Fehlen der Regelerteilungsvoraussetzung des § 5 Absatz 1 Nummer 1 entgegensteht oder ob eine nachträgliche Befristung der Aufenthaltserlaubnis gemäß § 7 Absatz 2 in Betracht kommt.

16.3.9 Im Hinblick auf die Zweckbindung des Aufenthalts und zur Vermeidung eines Zweckwechsels nach § 16 Absatz 2 ist der Ausländer mit der Änderung der Nebenbestimmung zur Ausübung einer Beschäftigung aktenkundig darauf hinzuweisen, dass die Beschäftigung nur zur Sicherung des Lebensunterhalts bis zur Beendigung des Studiums ermöglicht worden ist.

16.3.10 Eine Beschäftigung während des Aufenthalts zur Studienbewerbung sowie im ersten Jahr des Aufenthalts während vorbereitender Sprachkurse oder Studienkollegs außerhalb der Ferien

ist durch Nebenbestimmung auszuschließen. Aufenthaltszeiten der Studienbewerbung werden nicht auf die Jahresfrist angerechnet. Studenten, die ohne studienvorbereitende Maßnahmen unmittelbar nach der Einreise das Studium aufnehmen, unterliegen diesen Beschränkungen nicht.

16.3.11 Im Hinblick auf das Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 24. Januar 2008 (Rs. C-294/06 – Payir u. a.) ist bei türkischen Staatsangehörigen, die auf der Grundlage des § 16 Absatz 3 Satz 1 einer Beschäftigung nachgehen, zu prüfen, ob sie die Voraussetzungen des Artikel 6 ARB 1/80 erfüllen und daher nur den beschäftigungsrechtlichen Beschränkungen des Artikels 6 ARB 1/80 – nicht aber denen des § 16 Absatz 3 – unterliegen. Diese Voraussetzungen können erfüllt sein, wenn

- der Zeitraum der Beschäftigung bei dem gleichen Arbeitgeber sich auf mindestens ein Jahr beläuft,
- das Arbeitsverhältnis nicht nur formal unterbrochen für die Dauer von mindestens einem Jahr bestand, sondern auch tatsächlich die Arbeitsleistung kontinuierlich erbracht wurde und nicht etwa für drei Monate oder länger unterbrochen war,
- die durch den Ausländer ausgeübte Tätigkeit einen zeitlichen und wirtschaftlichen Umfang hatte, nach dem sie sich nicht als völlig untergeordnet und unwesentlich darstellt und
- nicht bereits die Entscheidung, einen Antrag auf Aufenthalt zum Zweck der Ausbildung zu stellen, von der Überlegung geprägt war, die Rechtsvorschriften des Aufenthalts zum Zweck der Erwerbstätigkeit zu umgehen und schrittweise einen Anspruch auf unbeschränkten Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt zu erlangen.

16.3.12 Die Regelungen zur gesetzlich erlaubten Beschäftigung sowie die weiteren beschäftigungsrechtlichen Bestimmungen des Aufenthaltsgesetzes und der BeschV sowie der BeschVerfV werden mit § 52 Absatz 3 Nummer 1 ergänzt durch die Möglichkeit, die Aufenthaltserlaubnis bei Ausübung einer Erwerbstätigkeit ohne erforderliche Erlaubnis nach Ermessen zu widerrufen (siehe Nummer 52.3.1).

16.4 Arbeitsplatzsuche und Aufnahme einer Erwerbstätigkeit nach Abschluss des Studiums

16.4.1 Absatz 4 eröffnet neben den Möglichkeiten eines sich unmittelbar anschließenden Aufenthalts zum Zweck der Erwerbstätigkeit nach §§ 18 bis 21 die Option, dem Studienabsolventen durch Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis ausreichend Zeit für die Suche eines seiner Qualifikation angemessenen Arbeitsplatzes einzuräumen.

16.4.2 Dazu kann nach Abschluss des Studiums die Aufenthaltserlaubnis um bis zu ein Jahr ver-

	<p>längert werden. Zum maßgeblichen Zeitpunkt für die Beendigung des Studiums siehe Nummer 16.0.5. Die allgemeinen Erteilungsvoraussetzungen nach § 5, insbesondere die Sicherung des Lebensunterhalts, müssen vorliegen. Mit der Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis tritt ein Aufenthaltswertwechsel vom Aufenthalt nach § 16 Absatz 1 zum Aufenthalt nach § 16 Absatz 4 ein (siehe auch Nummer 7.1.1.1.1). Zustimmungsfreie Beschäftigungen sind im Jahr der Arbeitsuche im Rahmen des § 16 Absatz 3 erlaubt. Soweit hochschulrechtliche Bestimmungen nicht entgegenstehen, ist die Möglichkeit eröffnet, studentische Nebentätigkeiten an der Hochschule oder einer anderen wissenschaftlichen Einrichtung ohne zeitliche Beschränkung auszuüben. Darüber hinausgehende Beschäftigungen unterliegen der Zustimmungspflicht durch die Bundesagentur für Arbeit. Eine selbstständige Tätigkeit kann im Rahmen von § 21 Absatz 6 durch die Ausländerbehörde erlaubt werden. Soweit kein zustimmungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis besteht, lautet die Nebenbestimmung:</p> <p>„Beschäftigung bis zu 90 Tage oder 180 halbe Tage im Jahr</p> <p>sowie Ausübung studentischer Nebentätigkeit gestattet. Weitere</p> <p>Erwerbstätigkeit nur mit Erlaubnis der Ausländerbehörde.“</p> <p>Bei türkischen Staatsangehörigen sind die Regelungen des Artikels 6 ARB 1/80 zu beachten (vgl. Nummer 16. 3. 11).</p>	
16.4.3	<p>Soweit der Studienabsolvent in dieser Zeit die Aufnahme einer über den gesetzlichen Rahmen von § 16 Absatz 3 hinausgehenden Beschäftigung beabsichtigt, ist dazu die Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit erforderlich. Mit der Aufnahme einer Beschäftigung, die lediglich der Sicherung des Lebensunterhalts während des Zeitraumes zur Suche eines der Qualifikation angemessenen Arbeitsplatzes dient, erfolgt kein Aufenthaltswertwechsel von § 16 Absatz 4 nach § 18. Sie kann ggf. mit Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit erlaubt werden. Die mit der Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit verbundenen Vorgaben sind als Nebenbestimmung zu übernehmen.</p>	
16.4.4	<p>Für die Aufnahme einer selbstständigen Erwerbstätigkeit kann bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 21 eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden. Hat der Studienabsolvent einen seiner Qualifikation angemessenen Arbeitsplatz gefunden oder liegen die Voraussetzungen zur Aufnahme einer selbstständigen Erwerbstätigkeit vor, so kann eine Aufenthaltserlaubnis nach § 18 i. V. m. beispielsweise § 27 Satz 1 Nummer 3 BeschV oder nach § 21 oder eine Niederlassungserlaubnis nach § 19 erteilt werden, wenn die dazu erforderlichen Voraussetzungen vorliegen. Hiermit ist ein Aufenthaltswertwechsel verbunden. Der neue Aufenthaltswert ist in dem erteilten Aufenthaltstitel zu vermerken.</p>	
16.4.5	<p>Wurde der Aufenthalt durch Stipendien finanziert und hat sich der Geförderte verpflichtet, nach Abschluss der Ausbildung in seinen Heimatstaat zurückzukehren, soll nach erfolgreichem Abschluss einer Ausbildung in Deutschland keine Aufenthaltserlaubnis nach § 16 Absatz 4 erteilt werden. Eine befristete praktische berufliche Tätigkeit in der erworbenen Qualifikation von höchstens zwei Jahren kann zugelassen werden, um die späteren Einsatzmöglichkeiten im jeweiligen Herkunftsland zu verbessern. Die Verlängerbarkeit der Aufenthaltserlaubnis ist in diesen Fällen nach § 8 Absatz 2 auszuschließen.</p>	
16.5	<p>Aufenthaltserlaubnisse zur Teilnahme an Sprachkursen und zum Schulbesuch</p>	
16.5.1	<p>Aufenthaltserlaubnisse zur Teilnahme an Sprachkursen</p>	
16.5.1.1	<p>Eine Aufenthaltserlaubnis zum Erlernen der deutschen Sprache wird nur für die Teilnahme an einem Intensivsprachkurs erteilt. Ein Intensivsprachkurs setzt voraus, dass seine Dauer von vornherein zeitlich begrenzt ist (vgl. Nummer 7.2.1), i. d. R. täglichen Unterricht (mindestens 18 Unterrichtsstunden pro Woche) umfasst und auf den Erwerb umfassender deutscher Sprachkenntnisse gerichtet ist. Abend- und Wochenendkurse erfüllen diese Voraussetzungen nicht.</p>	
16.5.1.2	<p>Eine Aufenthaltserlaubnis zur Teilnahme an einem Intensivsprachkurs soll Ausländern erteilt werden, die lediglich den Erwerb von deutschen Sprachkenntnissen anstreben, wenn sie über ausreichende Mittel für ihren Lebensunterhalt während ihres voraussichtlichen Aufenthalts im Bundesgebiet verfügen (vgl. auch § 5 Absatz 1); eine Verpflichtung nach § 68 reicht aus.</p>	
16.5.1.3	<p>Ist das Ausbildungsziel nach Ablauf der Geltungsdauer der Aufenthaltserlaubnis noch nicht erreicht und besteht aufgrund vorliegender Unterlagen der Bildungseinrichtung die Aussicht, dass es noch erreicht werden kann, soll die Aufenthaltserlaubnis längstens bis zur Gesamtgeltungsdauer von zwölf Monaten verlängert werden.</p>	
16.5.1.4	<p>§ 16 Absatz 3 und 4 finden keine Anwendung. Eine Erwerbstätigkeit während eines Intensivsprachkurses kann während der Ferien nach Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit gestattet werden.</p>	
16.5.1.5	<p>Das Visum bzw. die Aufenthaltserlaubnis ist mit folgender Nebenbestimmung zu versehen:</p> <p>„Aufenthaltserlaubnis berechtigt nur zur Teilnahme an einem Sprachkurs der ...schule. Erwerbstätigkeit nur mit Erlaubnis der Ausländerbehörde.“</p>	

16.5.1.6	§ 16 Absatz 2 gilt mit der Wirkung entsprechend, dass nach Beendigung von Sprachkursen, die für die Aufnahme einer Beschäftigung oder anderen, nicht von § 16 Absatz 1 erfassten Aus- oder Weiterbildung erforderlich sind, die zweckentsprechende Aufenthaltserlaubnis ohne vorherige Ausreise erteilt werden kann.		9. Klassenstufe in Betracht. An Staatsangehörige von Staaten, bei denen die Rückführung eigener Staatsangehöriger auf Schwierigkeiten stößt, kann die Aufenthaltserlaubnis nur erteilt werden, wenn darüber hinaus
16.5.2	Aufenthaltserlaubnisse zum Schulbesuch	16.5.2.3.1	– die Schule die Schüler zur Hochschulreife oder einem vergleichbaren Abschluss führt,
16.5.2.1	Im Allgemeinen können Aufenthaltserlaubnisse zum Schulbesuch (z. B. allgemeinbildende Schulen) nicht erlaubt werden. Dies gilt insbesondere, wenn die Einreise zum Zweck des Schulbesuchs erfolgen soll oder wenn nicht die Eltern des ausländischen Schülers, sondern nur Verwandte im Bundesgebiet leben und sich ein Aufenthaltsrecht auch nicht aus einem anderen Rechtsgrund ergibt. Die Teilnahme am Schulunterricht begründet kein Aufenthaltsrecht.	16.5.2.3.2	– die Schüler grundsätzlich in einem zur Schule gehörenden Internat untergebracht werden,
16.5.2.2	Nach Absatz 5 kann eine Aufenthaltserlaubnis zur Teilnahme am Schulbesuch nur in Ausnahmefällen erteilt werden. Wenn der Lebensunterhalt und entstehende Ausbildungskosten des ausländischen Schülers z. B. durch Zahlungen der Eltern gesichert sind und die Rückkehrbereitschaft im Anschluss an die Schulausbildung sichergestellt ist, können Ausnahmen nur in Betracht kommen, wenn	16.5.2.3.3	– der Anteil der ausländischen Schüler je Staatsangehörigkeit der Staaten, mit denen Rückführungsschwierigkeiten bestehen, 20 Prozent je Schulklasse nicht überschreitet und
16.5.2.2.1	– es sich um Schüler handelt, die die Staatsangehörigkeit von Andorra, Australien, Israel, Japan, Kanada, der Republik Korea, von Monaco, Neuseeland, San Marino, der Schweiz oder der Vereinigten Staaten von Amerika besitzen (vgl. § 41 AufenthV) oder die als deutsche Volkszugehörige einen Aufnahmebescheid nach dem BVFG besitzen und wenn eine Aufnahmezusage der Schule vorliegt oder	16.5.2.3.4	– die Schule oder eine andere Person, die im Bundesgebiet lebt, i. d. R. für diese Schüler eine Verpflichtungserklärung nach § 68 abgibt.
16.5.2.2.2	– im Rahmen eines zeitlich begrenzten Schüleraustausches der Austausch mit einer deutschen Schule oder einer sonstigen öffentlichen Stelle in Zusammenarbeit mit einer Schule oder öffentlichen Stelle in einem anderen Staat oder einer Schüleraustauschorganisation oder einem Träger der freien Jugendhilfe vereinbart worden ist oder	16.5.2.4	Schulen i. S. d. Nummer 16.5.2.2.3 sind insbesondere öffentliche Schulen oder staatlich anerkannte Ersatzschulen in privater Trägerschaft, die bilinguale Bildungsgänge oder Bildungsgänge mit einem deutschen und einem ausländischen Abschluss anbieten.
16.5.2.2.3	– es sich bei der Schule um eine öffentliche oder staatlich anerkannte Schule mit internationaler Ausrichtung handelt oder	16.5.2.5	Zu den Schulen i. S. d. Nummer 16.5.2.2.4 zählen die in verschiedenen Formen ausgestalteten Ergänzungsschulen, die auf die staatliche Nichtschülerprüfung vorbereiten oder z. B. zum Erwerb des „International General Certificate of Secondary Education“ (IGCSE), von High-School-Diplomen (AP-Prüfung) oder des International Baccalaureat führen. Die Schulen müssen grundsätzlich eine Zusammensetzung aus Schülern verschiedener Staatsangehörigkeiten gewährleisten. Ausnahmen kommen bei den so genannten Botschaftsschulen in Betracht. Da die Ergänzungsschulen keiner staatlichen Schulaufsicht unterliegen, die zu einer internationalen Schülerschaft verpflichten könnte, kann eine Steuerung nur über die Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen erfolgen.
16.5.2.2.4	– es sich um eine Schule handelt, die nicht oder nicht überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanziert wird, die Schüler auf internationale Abschlüsse, Abschlüsse anderer Staaten oder staatlich anerkannte Abschlüsse vorbereitet und insbesondere bei Internatsschulen eine Zusammensetzung aus Schülern verschiedener Staatsangehörigkeiten gewährleistet.	16.5.2.6	Zu den Aufenthaltswegen des § 16 Absatz 5 zählen auch berufliche Bildungsmaßnahmen, die nicht einem Studium nach § 16 Absatz 1 oder einer betrieblichen Ausbildung i. S. v. § 17 entsprechen. Zu diesen Maßnahmen sind Ausbildungen in vorwiegend fachtheoretischer Form zu zählen, die nach bundes- oder landesrechtlichen Regelungen zu einem staatlichen Berufsabschluss führen. Die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis kommt grundsätzlich nur dann in Betracht, wenn sich der Bildungsgang bei dem Bildungsträger nicht ausschließlich an Staatsangehörige eines Staates richtet. Die Länder können bestimmen, dass Ausnahmen von Satz 2 und 3 der Billigung der obersten Landesbehörde obliegen. Berufliche Praktika, die vorgeschriebener Bestandteil der Ausbildung sind, bedürfen nach § 2 Absatz 2 Nummer 1 BeschV nicht der Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit.
16.5.2.3	Die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zum Besuch einer Schule nach Nummer 16.5.2.2.3 und 16.5.2.2.4 kommt i. d. R. nur ab der		

- 16.5.2.7 Von den Regelungen der Nummer 16.5.2.3 bis 16.5.2.6 ausgenommen sind bilaterale oder multilaterale Vereinbarungen der Bundesländer mit einer öffentlichen Stelle in einem anderen Staat über den Besuch ausländischer Schüler an inländischen staatlich öffentlichen Schulen. Aufenthaltserlaubnisse zur Teilnahme am Schulbesuch können aufgrund solcher Vereinbarungen nur erteilt werden, wenn die für das Aufenthaltsrecht zuständige oberste Landesbehörde der Vereinbarung zugestimmt hat. Die Zustimmung der obersten Landesbehörde ist auch erforderlich für außergewöhnliche Einzelfälle, die in Nummer 16.5.2.2 bis 16.5.2.6 nicht erfasst sind.
- 16.6 Aufenthaltserlaubnis zur Fortsetzung eines in einem anderen EU-Mitgliedstaat begonnenen Studiums**
- 16.6.1 Mit § 16 Absatz 6 werden die Mobilitätsvorschriften des Artikels 8 Studentenrichtlinie umgesetzt. Studenten i.S.d. Richtlinie sind Drittstaatsangehörige, die von einer höheren Bildungseinrichtung angenommen und in das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats zugelassen wurden, um als Haupttätigkeit ein Vollzeitstudienprogramm zu absolvieren, das zu einem von dem Mitgliedstaat anerkannten höheren Abschluss wie einem Diplom, Zertifikat oder Doktorgrad von höheren Bildungseinrichtungen führt, einschließlich Vorbereitungskursen für diese Studien gemäß dem einzelstaatlichen Recht. Studenten mit einem Aufenthaltstitel für einen anderen Zweck (z. B. Familiennachzug) sind demnach ebenso wenig begünstigt wie Ausländer mit einem Aufenthaltstitel zum Zweck des Studiums, der anderweitig genutzt wird. Die Anwendung dieser Mobilitätsregelungen setzt voraus, dass der Student bereits in einem Mitgliedstaat der EU einen Aufenthaltstitel als Student besitzt. Die Mobilitätsregelungen zur Einreise nach Deutschland finden keine Anwendung auf Drittstaatsangehörige, die in Großbritannien, Irland oder Dänemark studieren. Da § 16 Absatz 6 keine spezielle Vorschrift zur Befristung der Aufenthaltserlaubnis und zur Beschäftigung enthält, finden die allgemein diesbezüglichen Regelungen Anwendung. Auf die Erteilung der erforderlichen Aufenthaltserlaubnis zum Zweck des Studiums im Rahmen der Mobilitätsregelungen besteht ein Anspruch. Zur Erfüllung des Erteilungsanspruchs sind zwei verschiedene Fallgruppen zu unterscheiden, die in § 16 Absatz 6 Satz 1 Nummer 1 und 2 entsprechend Artikel 8 Studentenrichtlinie benannt sind.
- 16.6.2.1 § 16 Absatz 6 Satz 1 Nummer 1 erfasst die Fälle nach Artikel 8 Absatz 2 Studentenrichtlinie. Ist der Studierende verpflichtet, im Rahmen seines Studienprogramms einen Teil seiner Ausbildung an einer Bildungseinrichtung eines anderen Mitgliedstaates der EU durchzuführen, besteht der Anspruch auf Erteilung der Aufenthaltserlaubnis bereits auf Grund dieser Verpflichtung. Nach Artikel 8 Absatz 2 der Studentenrichtlinie sind weitere Erteilungsvoraussetzungen, insbesondere i.S.d. §§ 5, 16 Absatz 1, nicht zu erfüllen. Notwendige Informationen zur Prüfung der Voraussetzungen zur Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 16 Absatz 6 können die Ausländerbehörden und Auslandsvertretungen nach § 91d Absatz 2 auch über die nationale Kontaktstelle im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge einholen.
- 16.6.2.2 Von § 16 Absatz 6 Satz 1 Nummer 2 werden die Fälle nach Artikel 8 Absatz 1 Studentenrichtlinie erfasst. Im Gegensatz zu den Fällen des § 16 Absatz 6 Nummer 1 handelt es sich hier nicht um eine Verpflichtung zur Mobilität, die sich zwingend aus dem Studienprogramm ergibt, sondern um eine freiwillige Mobilität. Zu unterscheiden ist hierbei zwischen der Teilnahme an einem Austauschprogramm zwischen Mitgliedstaaten der EU oder einem Austauschprogramm der EU (§ 16 Absatz 6 Satz 1 Nummer 2 Buchstabe a) und der Fortführung oder Ergänzung des Studiums außerhalb dieser Programme unter der Voraussetzung, dass der Studierende in einem anderen Mitgliedstaat von einer Hochschule oder einer vergleichbaren Ausbildungseinrichtung für die Dauer von mindestens zwei Jahren zum Studium zugelassen wurde (§ 16 Absatz 6 Satz 1 Nummer 2 Buchstabe b). Im Gegensatz zu § 16 Absatz 6 Satz 1 Nummer 1 gelten für den Studierenden auch die allgemeinen Erteilungsvoraussetzungen nach § 5. Ergänzend können nach § 91d Absatz 2 weitere Informationen über die nationale Kontaktstelle im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge eingeholt werden.
- 16.7 Zustimmung der Personensorgeberechtigten**
- § 16 Absatz 7 dient der Umsetzung des zwingenden Erfordernisses des Einverständnisses der erziehungsberechtigten Personen mit dem Aufenthalt Minderjähriger, das Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b) der Studentenrichtlinie vorsieht. Eine Erlaubnis der zur Personensorge allein berechtigten Person kann auch durch eine gerichtliche Entscheidung ersetzt werden.
- 17 Zu § 17 – Sonstige Ausbildungszwecke**
- 17.1 Die Vorschrift regelt die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der betrieblichen Aus- und Weiterbildung. Die Erteilung ist von der Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit abhängig (siehe Nummer 39.3), soweit die BeschV nicht die zustimmungsfreie Aufnahme der Ausbildung oder Weiterbildung vorsieht.
- 17.1.1 Zustimmungspflichtige Ausbildungszwecke
- 17.1.1.1 Ausländern kann generell nach § 17 zu betrieblichen Erstausbildungen sowie zu Beschäftigungen zur Weiterbildung (Praktika) eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, wenn die Arbeitsverwaltung nach Prüfung der Auswirkungen auf die Ausbildungs- und Arbeits-

marktsituation im Einzelfall gemäß § 39 zugestimmt hat, soweit die Beschäftigung nicht nach der BeschV zustimmungsfrei ist. Beschränkungen der Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit sind in die Aufenthaltserlaubnis zu übernehmen. Wird die Ausbildung im Rahmen eines entwicklungspolitischen Programms finanziell gefördert, ist die Aufenthaltserlaubnis mit einer Nebenbestimmung gemäß § 8 Absatz 2 zu versehen.

17.1.1.2 Die Aufenthaltserlaubnis wird für zwei Jahre erteilt. Beträgt die Aus- oder Weiterbildung weniger als zwei Jahre, wird die Aufenthaltserlaubnis auf die Dauer der Aus- oder Weiterbildung befristet. Die Aufenthaltserlaubnis kann bei Fortbestehen des Ausbildungsverhältnisses bis zum voraussichtlichen Abschluss der Ausbildung verlängert werden.

17.1.1.3 Ein Wechsel des Aufenthaltszwecks ist während der Zeit der Ausbildung außer in den Fällen, in denen ein Anspruch auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis entstanden ist, nicht zuzulassen. Nach Abschluss der Ausbildung kann eine Aufenthaltserlaubnis für eine Beschäftigung nach § 18 mit Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit grundsätzlich nur erteilt werden, soweit die Aufnahme der Beschäftigung nach der BeschV zugelassen ist und die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis nicht nach § 8 Absatz 2 durch Nebenbestimmung ausgeschlossen wurde (Nummer 17.1.1.1 Satz 3). Eine Ausnahme bilden Absolventen deutscher Auslandsschulen, die hier eine Berufsausbildung abgeschlossen haben. Ihnen kann die Aufenthaltserlaubnis nach § 18 i. V. m. § 27 Satz 1 Nummer 4 BeschV erteilt werden.

17.1.2 Zustimmungsfreie Ausbildungszwecke

17.1.2.1 Die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Aus- und Weiterbildung ohne Zustimmung der Arbeitsverwaltung ist nach § 2 Absatz 1, Absatz 2 Nummer 2 bis 4 und Absatz 3 BeschV vorgesehen

17.1.2.1.1 – bei Absolventen deutscher Auslandsschulen zum Zweck einer qualifizierten betrieblichen Ausbildung in einem staatlich anerkannten oder vergleichbar geregelten Ausbildungsberuf i. S. v. § 25 BeschV;

17.1.2.1.2 – im Rahmen eines von der Europäischen Union finanziell geförderten Programms. Dies sind z. B. die Programme im Rahmen des PROGRAMMS FÜR LEBENSLANGES LERNEN wie z. B. ERASMUS MUNDUS und LEONARDO DA VINCI oder die Programme PHARE, TACIS oder MARIE CURIE. Der Ausländer hat durch Unterlagen der für das Programm verantwortlichen Stellen nachzuweisen, dass die Beschäftigung auf der Grundlage eines von der Europäischen Union finanziell geförderten Programms erfolgt;

17.1.2.1.3 – bis zu einem Jahr im Rahmen eines nachgewiesenen internationalen Austauschpro-

gramms von Verbänden und öffentlichen Einrichtungen oder studentischen Organisationen im Einvernehmen mit der Bundesagentur für Arbeit. Innerhalb der Bundesagentur für Arbeit wird das Einvernehmen von der Zentralen Auslands- und Fachvermittlung (ZAV) erteilt. Die Praktikumsdauer beträgt längstens ein Jahr; das Praktikum kann auch in mehreren Teilen durchgeführt werden, wenn dies von vornherein zur Erreichung des Weiterbildungszieles vorgesehen war und die Gesamtdauer von einem Jahr nicht überschritten wird. Die das Austauschprogramm durchführende Einrichtung muss im Visumverfahren über Art und Umfang des Programms informieren. Insbesondere muss aus dem Programm der Austauschcharakter hervorgehen. Als Verbände, öffentliche Einrichtungen oder studentische Organisationen kommen z. B. in Betracht:

- Deutscher Bauernverband,
- Zentrale für Auslands- und Fachvermittlung (ZAV),
- DAAD, AIESEC, COUNCIL,
- sonstige gemeinnützige Institutionen für internationale Bildungszusammenarbeit, z. B. InWEnt;

17.1.2.1.4 – an Fach- und Führungskräfte, die ein Stipendium aus öffentlichen deutschen Mitteln, Mitteln der Europäischen Union oder Internationaler Organisationen (z. B. WHO, Weltbank) erhalten (Regierungspraktikanten) oder bei im Ausland beschäftigten Fachkräften eines international tätigen Konzerns oder Unternehmens, die bis zu drei Monate innerhalb eines Jahres im inländischen Konzern- oder Unternehmensteil weitergebildet werden.

17.1.2.1.4.1 Eine Fachkraft ist ein ausländischer Arbeitnehmer, der über eine abgeschlossene Berufsausbildung oder über eine mindestens sechsjährige einschlägige Berufserfahrung verfügt.

17.1.2.1.4.2 Führungskräfte sind Personen, die über ein abgeschlossenes Hochschulstudium (z. B. Bachelor, Master) oder einen vergleichbaren Abschluss verfügen.

17.1.2.1.4.3 Der Nachweis der öffentlichen Mittel wird über die Stipendienzusage des Geldgebers (Programmträger können sein: Bund, Länder, Kommunen) geführt. Aus dem Bescheid muss erkennbar sein, dass die Zuwendungen zur beruflichen Aus- und Weiterbildung vorgesehen sind. Von einem Stipendium aus öffentlichen Mitteln ist auszugehen, wenn mindestens 25 Prozent der Gesamtförderung von öffentlicher Hand getragen wird.

17.1.2.2 Bei der Erteilung der Aufenthaltserlaubnis ist als Nebenbestimmung der Befreiungstatbestand nach § 2 BeschV zu bezeichnen. Die Nebenbestimmung lautet:

	„Beschäftigung nur gemäß § 2 Absatz ... BeschV gestattet.“				forderliche Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit einzuholen. Liegt die Zustimmung der Arbeitsverwaltung vor, so sollte die Ausländerbehörde die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nur dann versagen, wenn zwischenzeitlich eine allgemeine Erteilungsvoraussetzung nach § 5 entfallen ist oder sonst nachträglich Umstände bekannt geworden sind, bei deren früherer Kenntnis die Ausländerbehörde den Antrag von vornherein abgelehnt hätte.
	Selbständige Erwerbstätigkeit gestattet/nicht gestattet.“				
17.1.2.3	Die Befristung der Aufenthaltserlaubnis ergibt sich aus dem zu Grunde liegenden Programm. Die Aufenthaltserlaubnis von Regierungspraktikanten wird auf den Zeitraum des Stipendiums befristet.				
17.1.2.4	Die Ausübung einer weiteren zustimmungsfreien Beschäftigung ist ausgeschlossen.	18.2.2			§ 18 ist nicht anwendbar auf Ausländer, deren Aufenthaltstitel die Erwerbstätigkeit bereits kraft Gesetzes ausdrücklich erlaubt, also in den Fällen der
17.2	Eine Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis im Rahmen des § 17 über den Zeitraum der Aus- oder Weiterbildung hinaus ist bei der Erteilung bzw. letzten Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis auszuschließen (§ 8 Absatz 2).	18.2.2.1			– Niederlassungserlaubnis,
		18.2.2.2			– Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG gemäß § 9a,
		18.2.2.3			– Aufenthaltserlaubnis nach Aufnahme aus dem Ausland gemäß § 22 Satz 3,
18	Zu § 18 – Beschäftigung	18.2.2.4			– Aufenthaltserlaubnis nach Anordnung des Bundesministeriums des Innern nach § 23 Absatz 2,
18.1	Grundsätze für die Zulassung ausländischer Beschäftigter	18.2.2.5			– Aufenthaltserlaubnis nach Anerkennung als politisch Verfolgter gemäß § 25 Absatz 1 und Absatz 2,
	§ 18 bildet die Rechtsgrundlage für die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis an neu einreisende ausländische Arbeitnehmer. Die Berücksichtigung der Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt und das Erfordernis, die Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen, sowie das Erfordernis, Mangelsituationen am Arbeitsmarkt hinreichend zu begegnen, sind ermessenslenkende Vorgaben für die Erteilung der Zustimmung zur Beschäftigung durch die Bundesagentur für Arbeit und finden ihren Ausdruck in der Ausgestaltung der Bestimmungen der BeschV sowie der BeschVerfV.	18.2.2.6			– Aufenthaltserlaubnis zum Zwecke des Familiennachzugs zu Deutschen nach § 28 Absatz 5,
		18.2.2.7			– Aufenthaltserlaubnis zum Zwecke des Familiennachzugs zu Ausländern, soweit diese selbst nach § 29 Absatz 5, 2. Alternative zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit berechtigt sind (siehe auch Nummer 29.5),
		18.2.2.8			– Aufenthaltserlaubnis auf Grund eigenständigen Aufenthaltsrechts nach § 31 Absatz 1,
18.2	Erteilungsvoraussetzungen	18.2.2.9			– Aufenthaltserlaubnis im Rahmen der Wiederkehr nach § 37 Absatz 1,
18.2.0	§ 18 Absatz 2 ist als Ermessensvorschrift ausgestaltet. Mit der Bezugnahme der Absätze 3 und 4 auf Absatz 2 wird verdeutlicht, dass auf die Erteilung eines Aufenthaltstitels nach § 18 kein Anspruch besteht. Dies gilt auch in den Fällen, in denen die Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit vorliegt.	18.2.2.10			– Aufenthaltserlaubnis für ehemalige Deutsche nach § 38 Absatz 4,
		18.2.2.11			– Aufenthaltserlaubnis nach der Altfallregelung nach § 104a Absatz 4.
18.2.1	Die Vorschrift gilt für jede Beschäftigung im Bundesgebiet, auch für Aufenthalte unter drei Monaten. Sie schreibt im Grundsatz fest, dass für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zur Aufnahme einer Beschäftigung die Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit erforderlich ist. Die Beurteilung einer Beschäftigungsmöglichkeit oder -notwendigkeit für einen Ausländer obliegt ausschließlich der Arbeitsverwaltung. Dies wird durch das Erfordernis der Zustimmung sichergestellt. Die Ausländerbehörde hat die allgemeinen ausländerrechtlichen Voraussetzungen zu prüfen und ggf. allgemeine Migrationsgesichtspunkte im Rahmen ihres Ermessens zu bewerten. Ist die Ausländerbehörde nach den allgemeinen ausländerrechtlichen Erwägungen bereit, eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen, hat sie die er-	18.2.3			§ 18 kann zu einem späteren Zeitpunkt nach der Erteilung eines Visums oder einer anderen Aufenthaltserlaubnis erstmals anwendbar sein. Das gilt z. B. für Ausländer,
		18.2.3.1			– denen nach den §§ 27 bis 30, 32 bis 34 und 36 eine Aufenthaltserlaubnis erteilt worden ist, wenn die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis nach diesen Vorschriften nicht erfolgen kann, bevor die Voraussetzungen für ein eigenständiges Aufenthaltsrecht vorliegen (vgl. § 28 Absatz 2, §§ 31, 34 Absatz 2 und 3, § 35),
		18.2.3.2			– denen eine Aufenthaltserlaubnis nach den §§ 16 oder 17 erteilt worden ist, wenn der ursprüngliche Aufenthaltszweck durch Erreichen des Ausbildungszieles entfallen ist

- oder eine Ausnahme von dem Regelversagungsgrund des § 16 Absatz 2 zugelassen wird und sie nunmehr eine Beschäftigung im Bundesgebiet anstreben,
- 18.2.3.3 – denen als Nichterwerbstätige eine Aufenthaltserlaubnis nach § 7 Absatz 1 Satz 3 erteilt worden ist und die nach einem Wechsel des ursprünglichen Aufenthaltswerts eine Beschäftigung aufnehmen wollen.
- 18.2.4 Wird eine Beschäftigung angestrebt, ist im Einzelfall zu prüfen, ob im Rahmen der Erteilung der Aufenthaltserlaubnis die angestrebte Beschäftigung erlaubt werden kann. Hierzu ist die gemäß § 39 Absatz 1 erforderliche Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit einzuholen, soweit nicht nach §§ 2 bis 15 BeschV die Beschäftigung nicht der Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit bedarf. Zum Verfahren siehe Nummer 39.1.1 ff.
- 18.2.5 Durch das Zustimmungserfordernis wird das Verfahren bei einer Behörde konzentriert. Die Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit ist in einem verwaltungsinternen Verfahren einzuholen – vergleichbar der ausländerbehördlichen Zustimmung zur Visumerteilung nach § 31 AufenthV. Das Vorliegen der beschäftigungsrechtlichen Voraussetzungen für die Ausübung einer Beschäftigung sowie die Einhaltung der beschäftigungsrechtlichen Bestimmungen (vgl. § 39 Absatz 2 bis 4, § 40) sind im Rahmen dieses Zustimmungsverfahrens von der Arbeitsverwaltung zu prüfen.
- 18.2.6 Nach Satz 2 ist die Ausländerbehörde bei der Erteilung der Aufenthaltserlaubnis an die mit der Zustimmung verbundenen Vorgaben der Bundesagentur für Arbeit gebunden. Die Vorgaben sind in den Aufenthaltstitel zu übernehmen. Gleiches gilt für die Erteilung eines Visums. Hinsichtlich der Besonderheiten des Verfahrens bei Werkvertragsarbeitnehmern siehe Nummer 39.1.1.
- 18.2.7 In den Fällen des § 105 erfolgt keine Beteiligung der Bundesagentur für Arbeit.
- 18.2.8 Die Erteilung eines Aufenthaltstitels kann ohne die Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit erfolgen, sofern dies durch Rechtsverordnung (Nummer 42.1) oder zwischenstaatliche Vereinbarung bestimmt ist. In diesen Fällen bedarf die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis, die die Ausübung einer entsprechenden Beschäftigung zulässt, keiner förmlichen Beteiligung der Arbeitsverwaltung. Bei Zweifeln an der Zustimmungsfreiheit der Beschäftigung kann die Bundesagentur für Arbeit beteiligt werden. Die Nebenbestimmung lautet:
- „Beschäftigung nur gemäß § ... BeschV gestattet. Selbständige Erwerbstätigkeit gestattet/nicht gestattet.“
- Die Art der zustimmungsfreien Beschäftigung ist ggf. mit weiteren Beschränkungen in den Nebenbestimmungen zur Aufenthaltserlaubnis (z. B. zum Arbeitgeber) aufzunehmen.
- 18.2.9 Versagt die Bundesagentur für Arbeit im Rahmen der Beteiligung in einem Visumverfahren zu einem Beschäftigungsaufenthalt die Zustimmung, ist das Visum abzulehnen. Wird die Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit vor Erteilung der Aufenthaltserlaubnis widerrufen, ist die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis durch die Ausländerbehörde abzulehnen und das ggf. bestehende Visum zum Beschäftigungsaufenthalt zu widerrufen; erfolgt der Widerruf der Zustimmung nach Erteilung der Aufenthaltserlaubnis, ist die Aufenthaltserlaubnis zu widerrufen (vgl. Nummer 52.2). Besitzt der Ausländer eine Aufenthaltserlaubnis, die nicht zum Zweck der Beschäftigung erteilt wurde, ist die Versagung der Zustimmung durch die Bundesagentur für Arbeit dem Ausländer bekannt zu geben.
- 18.2.9.1 Wurde die Zustimmung zur Beschäftigung im Rahmen eines Visumverfahrens versagt oder eine erteilte Zustimmung widerrufen, bevor das Visum erteilt wurde, ist die Zustimmung zur Visumerteilung ebenfalls zu versagen. Die Begründung der Versagung oder des Widerrufs der Zustimmung zur Beschäftigung ist der Auslandsvertretung mitzuteilen.
- 18.2.9.2 Wurde die Zustimmung zur Beschäftigung für einen Ausländer versagt, der sich bereits im Bundesgebiet aufhält und der erstmals oder erneut die Erlaubnis zur Beschäftigung beantragt hat, so ist dem Ausländer oder seinem gesetzlichen Vertreter die Versagung unter Bezugnahme auf die Begründung der Bundesagentur für Arbeit durch die Ausländerbehörde bekannt zu geben. In dem Aufenthaltstitel ist zu vermerken:
- „Erwerbstätigkeit nicht gestattet.“
oder:
„Erwerbstätigkeit nur mit Erlaubnis der Ausländerbehörde gestattet.“
- Wird eine selbständige Erwerbstätigkeit gestattet, lautet die Nebenbestimmung:
- „Beschäftigung nicht gestattet.“; es folgt die entsprechende Bestimmung zur selbständigen Erwerbstätigkeit.
- 18.2.9.3 Die Zustimmung bzw. die Versagung und der Widerruf einer Zustimmung zur Beschäftigung sind kein selbständiger Verwaltungsakt. Widerspruch und Klage richten sich gegen die ausländerbehördliche Versagung der Erlaubnis zur Beschäftigung. Damit ist nicht der Rechtsweg zu den Sozialgerichten, sondern zu den Verwaltungsgerichten gegeben. Die Belange der Arbeitsverwaltung sind durch die notwendige Beteiligung im Widerspruchsverfahren bzw. Beiladung im Verfahren vor dem Verwaltungsgericht gewahrt.
- 18.3 **Aufenthaltserlaubnis für Beschäftigung ohne qualifizierte Berufsausbildung**
- Die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zur Ausübung einer Beschäftigung, die keine quali-

	fizierte Berufsausbildung voraussetzt, kann nur mit Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit für die Beschäftigungen erfolgen, die in der BeschV vorgesehen sind, es sei denn, die Beschäftigung basiert auf einer zwischenstaatlichen Vereinbarung, die die Beschäftigung ohne Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit (ohne Arbeitserlaubnis) vorsieht oder die Beschäftigung bedarf nicht der Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit. Bedarf eine Beschäftigung auf Grund einer Verordnung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales nicht der Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit, ist in dem Verzicht auf das Zustimmungungsverfahren die pauschale Zustimmung zur Beschäftigung zu sehen, da arbeitsmarktpolitische Gesichtspunkte einer solchen Beschäftigung nicht entgegenstehen. In diesen Fällen ergeben sich wegen der Eigenart der Tätigkeiten im Allgemeinen keine nachteiligen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und auf die Beschäftigungsmöglichkeiten bevorzogter Arbeitssuchender.	
18.4	Aufenthaltserlaubnis für Beschäftigung mit qualifizierter Berufsausbildung	
18.4.0	§ 18 Absatz 4 regelt zwei unterschiedliche Sachverhalte, wobei Satz 2 eine Ergänzung zu den in der Rechtsverordnung nach § 42 geregelten Sachverhalten, die eine qualifizierte Berufsausbildung voraussetzen, darstellt.	
18.4.1	Für Beschäftigungen, die eine qualifizierte Berufsausbildung voraussetzen, gilt ebenfalls das Verbot mit Erlaubnisvorbehalt durch Rechtsverordnung. Für diese Beschäftigungen ist ebenfalls die Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit erforderlich, soweit die Beschäftigung nicht ohne Zustimmung zur Beschäftigung ausgeübt werden darf.	
18.4.2	Abweichend von den durch die BeschV vorgegebenen Berufsgruppen wird mit Satz 2 für begründete Einzelfälle die Möglichkeit der Erteilung der Aufenthaltserlaubnis zur Beschäftigung eröffnet. Voraussetzung ist, dass an der Beschäftigung des Ausländers ein öffentliches, insbesondere ein regionales, wirtschaftliches oder arbeitsmarktpolitisches Interesse besteht. Da Satz 2 als eine Ergänzung zu Satz 1 ausgestaltet ist, beschränken sich die Beschäftigungsmöglichkeiten jedoch auf solche, die eine qualifizierte Berufsausbildung voraussetzen. Die Bestimmung ist als Ausnahmevorschrift ausgestaltet. Damit gilt auch für die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis nach Satz 2 das zwingende Erfordernis der Zustimmung durch die Bundesagentur für Arbeit. Die Regelung kann darüber hinaus nur einzelfallbezogen auf die Person eines bestimmten Ausländers Anwendung finden. Sie dient nicht dazu, die Einschränkungen der BeschV auf bestimmte Berufe beliebig zu erweitern. Soweit in der BeschV für einzelne Berufsgruppen zeitliche Beschränkungen der Beschäftigung vorgesehen sind, kann sich in der Fortsetzung der Beschäftigung	
18.4.3		über den in der BeschV festgelegten Zeitraum hinaus kein öffentliches Interesse begründen, denn diese zeitlichen Beschränkungen basieren auf arbeitsmarktpolitischen Entscheidungen zur Beschäftigung von Ausländern.
18.5	Erfordernis des Vorliegens eines konkreten Arbeitsplatzangebots	Das geforderte öffentliche Interesse muss zwingend über das privatwirtschaftliche, betriebliche Interesse des Arbeitgebers hinausgehen. Die Tatsache, dass ein Vermittlungsauftrag über einen längeren Zeitraum nicht erledigt werden konnte, reicht zur Begründung des öffentlichen Interesses nicht aus. Ein öffentliches Interesse für die Zustimmung kann z. B. vorliegen, wenn durch die Beschäftigung eines Ausländers Arbeitsplätze erhalten oder geschaffen werden. Zuständig für die Beurteilung des arbeitsmarktpolitischen Interesses ist die Bundesagentur für Arbeit.
18a	Zu § 18a – Aufenthaltserlaubnis für qualifizierte Geduldete zum Zweck der Beschäftigung	Absatz 5 ist für die Ausländerbehörden für solche Beschäftigungen von besonderer Bedeutung, die ohne Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit ausgeübt werden können, da in diesen Fällen i. d. R. die Bundesagentur für Arbeit nicht beteiligt wird (siehe Nummer 18.2.8). Der Ausländer hat das Bestehen des Beschäftigungsverhältnisses gegenüber der Ausländerbehörde durch entsprechende Unterlagen (z. B. Arbeitsvertrag) nachzuweisen.
18a.0	Allgemeines	Mit der Regelung von § 18a soll beruflich qualifizierten Geduldeten die Gelegenheit gegeben werden, in einen rechtmäßigen Aufenthalt mit Aufenthaltserlaubnis zu wechseln. Es wird dabei hinsichtlich der beruflichen Tätigkeit nicht allein darauf abgestellt, dass der Ausländer daraus seinen Lebensunterhalt bestreiten kann, sondern auch auf ein Qualifikationsprofil des Ausländers, mit dem das Ziel unterstützt wird, den steigenden Bedarf an gut ausgebildeten Fachkräften, insbesondere durch Nutzung inländischer Potenziale, zu befriedigen. Da die berufliche Qualifikation und die in einem gewissen Umfang erfolgte Integration in den Arbeitsmarkt somit die hauptsächliche Intention zur Erteilung der Aufenthaltserlaubnis ist, handelt es sich nicht um einen Aufenthaltstitel aus humanitären Gründen nach Abschnitt 5, sondern um einen Aufenthaltstitel zum Zweck der Erwerbstätigkeit nach Abschnitt 4. Auf Grund dessen finden die Vorschriften des Abschnitts 1 uneingeschränkt – soweit deren Anwendung nicht explizit ausgenommen wird – bei der Erteilung und Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis nach § 18a Anwendung. Der

Familiennachzug richtet sich nach den allgemeinen Vorschriften.

18a.1 Erteilungsvoraussetzungen

18a.1.0 § 18a Absatz 1 sieht vor, dass die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis der Zustimmung durch die Bundesagentur für Arbeit bedarf. Im Gegensatz zu den Regelungen nach § 18 erfolgt keine Beschränkung auf die Berufsgruppen der BeschV. Darüber hinaus wird in den Einzelregelungen der Nummer 1 Buchstaben a) bis c) nicht auf eine bestimmte Aufenthaltszeit, sondern auf die durch Ausbildung erworbene berufliche Qualifikation oder die bisherige Beschäftigungszeit als Fachkraft abgestellt. Voraussetzung ist weiterhin, dass der Geduldete nicht nur über ein beliebiges Arbeitsplatzangebot verfügt oder eine beliebige Beschäftigung fortsetzt. Die vorgesehene Beschäftigung muss der Qualifikation des Ausländers entsprechen. Als der beruflichen Qualifikation entsprechende Beschäftigungen sind auch solche Tätigkeiten zu verstehen, die üblicherweise eine der jeweils in der Nummer 1 Buchstaben a) bis c) genannten Qualifikationen voraussetzen und bei denen die mit der Ausbildung erworbenen Kenntnisse zumindest teilweise oder mittelbar benötigt werden.

18a.1.1.1 § 18a Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe a) ist die Grundlage für die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis an Geduldete, die im Bundesgebiet eine qualifizierte Berufsausbildung in einem staatlich anerkannten oder vergleichbar geregelten Ausbildungsberuf oder ein Hochschulstudium abgeschlossen haben. Mit der Bezugnahme auf eine „qualifizierte Berufsausbildung“ wird der Terminologie des Aufenthaltsgesetzes gefolgt, das auch in § 18 Absatz 4 und § 39 Absatz 6 diese Begrifflichkeit verwendet. Konkretisiert wird der Begriff der „qualifizierten Berufsausbildung“ durch § 25 BeschV. Die danach geforderte Dauer der Ausbildung bezieht sich auf die generelle Dauer der Ausbildung und nicht auf die individuelle Ausbildungsdauer des betroffenen Ausländers. Die Voraussetzungen für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis sind daher auch in den Fällen erfüllt, in denen die Ausbildung durch vorzeitige Zulassung zur Abschlussprüfung im Einzelfall vor Ablauf der Regelausbildungsdauer erfolgreich abgeschlossen worden ist.

18a.1.1.2 § 18a Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe b) gilt für Geduldete, die ihr Studium im Ausland abgeschlossen haben. Erforderlich ist, dass die Studienabschlüsse, die im Ausland erworben wurden, in Deutschland rechtlich anerkannt oder einem deutschen Hochschulabschluss vergleichbar sind. Soweit für einen im Ausland erworbenen Studienabschluss eine formale Anerkennung nicht vorgesehen oder nicht erforderlich ist, ist für die Frage, ob es sich um einen mit einem deutschen Studienabschluss vergleichbaren Abschluss handelt, auf die Bewertungsvorschläge der Zentralstelle für aus-

ländisches Bildungswesens bei der Kultusministerkonferenz abzustellen, die im Internet unter www.anabin.de öffentlich zugänglich sind. Als faktisch anerkannt gilt ein Studienabschluss, wenn er dort als einem deutschen Hochschulabschluss „gleichwertig“ oder entsprechend („entspricht“) eingestuft ist. In den mithilfe von *anabin* nicht zu entscheidenden Fällen bildet die tatbestandlich erforderliche zweijährige angemessene Beschäftigung ein im Regelfall gewichtiges Indiz für die vom Gesetz geforderte Vergleichbarkeit. Des Weiteren muss der Ausländer bei Antragstellung bereits seit zwei Jahren ohne Unterbrechung eine dem Studienabschluss angemessene Beschäftigung ausgeübt haben. Angemessen ist die Beschäftigung, wenn sie üblicherweise einen akademischen Abschluss voraussetzt und die mit der Hochschulbildung erworbenen Kenntnisse zumindest teilweise oder mittelbar benötigt werden. Kürzere Unterbrechungen der Beschäftigung, die im Regelfall eine Gesamtdauer von drei Monaten nicht übersteigen sollten, sind unschädlich; sie werden aber nicht auf die erforderliche Beschäftigungsdauer von zwei Jahren angerechnet.

18a.1.1.3 § 18a Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe c) erfasst die geduldeten Fachkräfte, die ihre berufliche Qualifikation vor der Einreise nach Deutschland im Herkunftsland erworben haben. Bei diesen Fachkräften muss bei Antragstellung eine dreijährige Vorbeschäftigungszeit im Bundesgebiet vorliegen, in der eine Beschäftigung ausgeübt wurde, die eine qualifizierte Berufsausbildung (vgl. 18a.1.1.1) voraussetzt. Wie in § 18a Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe b) ist es nicht erforderlich, dass eine neue Beschäftigung aufgenommen wird; § 18a ist auch anzuwenden, wenn die Beschäftigung, die die Voraussetzungen erfüllt, fortgesetzt wird. Die geforderte Vorbeschäftigungszeit soll grundsätzlich ununterbrochen vorliegen. Kürzere Unterbrechungen des Beschäftigungsverhältnisses, die im Regelfall eine Gesamtdauer von drei Monaten nicht übersteigen sollten, sind unschädlich; sie werden aber nicht auf die erforderliche Beschäftigungsdauer von drei Jahren angerechnet. Während der Vorbeschäftigungszeit darf der Ausländer und seine Familienangehörigen nicht auf öffentliche Leistungen zur Deckung des Lebensunterhalts angewiesen gewesen sein (siehe dazu Nummer 27.3.1 und Nummer 2.3.1). Der Bezug von Leistungen zur Deckung der notwendigen Kosten für Unterkunft und Heizung in dem Bemessungszeitraum ist bei dieser Fallgruppe unschädlich.

18a.1.2 Die Kriterien der Nummern 2 bis 7 entsprechen inhaltlich § 104a Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und 4 bis 6. Die Ausführungen zu § 104a Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und 4 bis 6 gelten entsprechend.

18a.1.3 Nach Nummer 3 werden von den Geduldeten mit dem Qualifikationsprofil des § 18a ausreichende Deutschkenntnisse erwartet. Dies

entspricht dem Niveau B 1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen (GER; vgl. Nummer 44a.1.2.2).

18a.2 Zustimmungserfordernis der Bundesagentur für Arbeit

18a.2.1 Das Zustimmungserfordernis durch die Bundesagentur für Arbeit begründet sich insbesondere darin, dass die Ausländerbehörden nicht über die fachliche Kompetenz verfügen zu beurteilen, ob die Ausbildung zu der geforderten Qualifikation geführt hat oder ob die nach Absatz 1 Nummer 1 Buchstaben b) und c) vorausgesetzten Vorbeschäftigungszeiten als Fachkräfte erfüllt sind und weiter eine entsprechend qualifizierte Tätigkeit ausgeübt werden soll. Darüber hinaus ist durch die Bundesagentur für Arbeit zu prüfen, dass die Arbeitsbedingungen denen vergleichbarer deutscher Fachkräfte entsprechen. Dagegen wird auf die Vorrangprüfung nach § 39 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 verzichtet, da sich insbesondere der Personenkreis nach Satz 1 Nummer 1 Buchstaben a) und c) bereits über einen längeren Zeitraum in Deutschland aufgehalten hat und dadurch i. d. R. über eine unbeschränkte Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit nach § 10 Absatz 2 Nummer 2 BeschVerfV verfügen dürfte. Durch dieses gesetzliche Erfordernis der Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit finden aber die §§ 9 und 10 BeschVerfV bei der Erteilung der Aufenthaltserlaubnis nach § 18a keine Anwendung. Das hat zur Folge, dass auch eine bereits erteilte Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit nach § 10 Absatz 2 Satz 1 BeschVerfV bei der Erteilung der Aufenthaltserlaubnis nach § 18a keine Beachtung findet.

18a.2.2 Mit Satz 2 wird die entsprechende Anwendung von § 18 Absatz 2 Satz 2 und Absatz 5 bestimmt. Da § 18a Absatz 2 Satz 1 ausdrücklich das Zustimmungserfordernis der Bundesagentur für Arbeit vorsieht, ist eine zustimmungsfreie Beschäftigung nicht möglich. Soweit die beabsichtigte oder bereits ausgeübte und fortgesetzte Beschäftigung einem Sachverhalt entspricht, der nach der BeschV oder BeschVerfV zustimmungsfrei ist, unterliegt wegen der Nichtanwendbarkeit von § 18 Absatz 2 Satz 1 auch diese Beschäftigung der Zustimmungspflicht.

18a.2.3 Nach Satz 3 berechtigt die Aufenthaltserlaubnis nach zweijähriger Beschäftigung als Fachkraft entsprechend den beschäftigungsrechtlichen Erleichterungen nach § 9 BeschVerfV dazu, jede Beschäftigung auszuüben. Satz 3 macht gleichzeitig deutlich, dass die Beschäftigung in den auf die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis folgenden zwei Jahren auf eine der beruflichen Qualifikation entsprechende Beschäftigung (vgl. Nummer 18a.1.0) beschränkt ist. Damit ist die Erteilung der unbeschränkten Zustimmung durch die Bundesagentur für Arbeit nach § 9 BeschVerfV in diesem Zeitraum ausgeschlossen. Für jedes weitere Beschäftigungsverhältnis in-

nerhalb des Zweijahreszeitraumes, das jeweils die Anforderungen des Erteilungsgrundes nach Absatz 1 Buchstabe a) bis c) erfüllen muss, ist die Zustimmung nach Satz 1 erforderlich.

18a.3 Von den allgemeinen Erteilungsvoraussetzungen werden nur die des § 5 Absatz 2 ausgenommen, da diese regelmäßig von Geduldeten nicht erfüllt werden können. Hinsichtlich der Sicherung des Lebensunterhalts ist Nummer 18a.1.1.3 (letzter Satz) zu beachten. Die Sperrwirkung des § 10 Absatz 3 Satz 2 entfällt bei denjenigen Geduldeten, bei denen die Offensichtlichkeitsentscheidung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge auf § 30 Absatz 3 Nummer 7 AsylVfG beruht, weil diese Gruppe die Ablehnung des Asylantrags als offensichtlich unbegründet nicht persönlich zu vertreten hat.

19 Zu § 19 – Niederlassungserlaubnis für Hochqualifizierte

19.1 Voraussetzungen

19.1.1 Nach Absatz 1 kann hoch qualifizierten Arbeitskräften, an deren Aufenthalt im Bundesgebiet ein besonderes Interesse besteht, von Anfang an ein Daueraufenthaltstitel in Form der Niederlassungserlaubnis erteilt werden. Damit wird den hoch qualifizierten Fachkräften die für ihre Aufenthaltsentscheidung notwendige Planungssicherheit geboten. Die Vorschrift zielt auf Spitzenkräfte der Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung mit einer herausragenden beruflichen Qualifikation. Die Erteilung erfolgt nach Ermessen und ist damit hinreichend flexibel. Die Erteilung der Niederlassungserlaubnis bedarf der Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit, soweit nicht nach § 3 BeschV die Erteilung der Niederlassungserlaubnis keiner Zustimmung bedarf. Nach § 3 BeschV bedarf die Erteilung der Niederlassungserlaubnis dann nicht der Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit, wenn eine Beschäftigung aufgenommen wird, die den Regelbeispielen des Absatzes 2 entspricht.

19.1.2 Die Formulierung, einem hoch qualifizierten Ausländer könne in besonderen Fällen eine Niederlassungserlaubnis erteilt werden, kann nicht dahingehend ausgelegt werden, dass auch die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis möglich ist. Der nach § 19 zu erteilende Aufenthaltstitel ist stets die Niederlassungserlaubnis. Die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Beschäftigung bestimmt sich ausschließlich nach § 18, wenn der Tatbestand des § 19 nicht erfüllt ist.

19.1.3 Die Landesregierungen werden mit Satz 2 ermächtigt, zu bestimmen, dass die Erteilung der Niederlassungserlaubnis der Zustimmung der obersten Landesbehörde oder einer von ihr bestimmten Stelle bedarf. Damit kann eine dieser Regelung gerecht werdende und einheitliche Entscheidungspraxis herbeigeführt werden.

19.2	Regelbeispiele für das Merkmal „hochqualifiziert“		
19.2.0	Zur besseren Eingrenzung, welche Personen insbesondere als hoch qualifizierte Arbeitskräfte einzuordnen sind, enthält Absatz 2 Regelbeispiele, in denen die Voraussetzungen zur Erteilung der Niederlassungserlaubnis vorliegen. Soweit die beabsichtigte Beschäftigung einem dieser Regelbeispiele entspricht, bedarf die Erteilung der Niederlassungserlaubnis gemäß § 3 BeschV nicht der Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit. Für die Beurteilung der Frage, ob die beabsichtigte Beschäftigung der Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit bedarf, ist der Katalog der Regelbeispiele als abschließend zu betrachten. Bei Abgrenzungsschwierigkeiten in Einzelfällen kann die Bundesagentur für Arbeit beteiligt werden.		linie 2005/71/EG des Rates vom 12. Oktober 2005 über ein besonderes Zulassungsverfahren für Drittstaatsangehörige zum Zweck der wissenschaftlichen Forschung (ABl. EU Nummer L 289 S. 15, so genannte Forscherrichtlinie). Die Regelungen zur Erteilung der Aufenthaltserlaubnis werden durch besondere, nur für diesen Aufenthaltstitel geltende Bestimmungen begleitet. Dies sind Regelungen zum Mindestbetrag zum Lebensunterhalt (§ 2 Absatz 3 Satz 6) und zum Widerruf der Aufenthaltserlaubnis (§ 52 Absatz 4). Die Regelungen der §§ 18 und 19 bleiben von § 20 unberührt.
19.2.1	Die besonderen fachlichen Kenntnisse von Wissenschaftlern nach Nummer 1 liegen vor, wenn der Wissenschaftler über eine besondere Qualifikation oder über Kenntnisse von überdurchschnittlich hoher Bedeutung in einem speziellen Fachgebiet verfügt. Dies ist regelmäßig der Fall, wenn ein Forschungsgebiet identifiziert werden kann, in dem der Wissenschaftler sich eine besondere Expertise angeeignet hat. In Zweifelsfällen soll eine Stellungnahme fachkundiger wissenschaftlicher Einrichtungen oder Organisationen eingeholt werden.	20.1	Erteilungsvoraussetzungen
19.2.2	Die herausragende Funktion bei Lehrpersonen nach Nummer 2 ist bei Lehrstuhlinhabern und Institutsdirektoren gegeben. Die herausgehobene Funktion bei wissenschaftlichen Mitarbeitern ist gegeben, wenn sie eigenständig und verantwortlich Abteilungen, wissenschaftliche Projekt- oder Arbeitsgruppen leiten oder leiten sollen.	20.1.0	Drittstaatsangehörige Forscher haben einen Anspruch auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis, wenn sie eine wirksame Aufnahmevereinbarung zur Durchführung eines bestimmten wissenschaftlichen Forschungsvorhabens mit einer nach § 20 Absatz 1 Nummer 1i. V.m. § 38a AufenthV anerkannten Forschungseinrichtung in Deutschland abgeschlossen haben (§ 20 Absatz 1) und die Forschungseinrichtung sich zur Übernahme der Kosten verpflichtet hat, die öffentlichen Stellen bis zu sechs Monaten nach der Beendigung der Aufnahmevereinbarung für Lebensunterhalt während eines unerlaubten Aufenthalts und durch eine Abschiebung des Ausländers entstehen, und die allgemeinen Erteilungsvoraussetzungen nach § 5 vorliegen. Zur Sicherung des Lebensunterhalts siehe Nummer 2.3.7.
19.2.3	Bei dem Personenkreis nach Nummer 3 ist die Annahme der „Hochqualifikation“ durch ihre Berufserfahrung und berufliche Stellung gerechtfertigt. Um eine missbräuchliche Anwendung und Auslegung zu verhindern, wird zusätzlich eine Mindestgehaltsgrenze in der Höhe der Beitragsbemessungsgrenze der allgemeinen Rentenversicherung gefordert, die regelmäßig ein Indiz für die herausragende berufliche Stellung und Fähigkeit darstellt. Diese bundeseinheitliche Mindestgehaltsgrenze gilt ausschließlich für den Personenkreis der Nummer 3. Die Beitragsbemessungsgrenze wird jährlich zum Ende des Kalenderjahres an die allgemeine Entwicklung angepasst. Sie findet sich in der Verordnung über maßgebende Rechengrößen der Sozialversicherung, die im BGBl. I veröffentlicht wird.	20.1.1	Ein einheitliches Formular für die Aufnahmevereinbarung zwischen Forscher und Forschungseinrichtung ist nicht vorgesehen, sie muss jedoch nach § 38f AufenthV über folgende Mindestinhalte verfügen:
		20.1.1.1	– genaue Bezeichnung des Forschungsvorhabens,
		20.1.1.2	– die Verpflichtung des drittstaatsangehörigen Forschers, das Forschungsvorhaben durchzuführen,
		20.1.1.3	– die Verpflichtung der Forschungseinrichtung, den drittstaatsangehörigen Forscher zur Durchführung des Forschungsvorhabens aufzunehmen,
		20.1.1.4	– Angaben zum wesentlichen Inhalt des Rechtsverhältnisses zwischen der Forschungseinrichtung und dem drittstaatsangehörigen Forscher und, insbesondere in den Fällen, in denen der Forschungstätigkeit ein Beschäftigungsverhältnis zugrunde liegt, zum Umfang seiner Tätigkeit sowie zu Gehalt, Urlaub, Arbeitszeit und Versicherung, sowie
20	Zu § 20 – Forschung	20.1.1.5	– eine Unwirksamkeitsklausel für den Fall, dass keine Aufenthaltserlaubnis nach § 20 erteilt wird.
20.0	Allgemeines	20.1.1.6	– Unerheblich ist, ob die Aufnahmevereinbarung in einem Dokument oder in Form
	§ 20 enthält Regelungen zur Erteilung der Aufenthaltserlaubnis für Forscher nach der Richt-		

	zweier getrennter, jedoch inhaltsgleicher Willenserklärungen der Forschungseinrichtung und des Forschers geschlossen wird.		
20.1.2	Die Ausländerbehörden und Auslandsvertretungen haben zu prüfen, ob die Aufnahmevereinbarung die o. g. Voraussetzungen enthält, da diese Mindestangaben Voraussetzung für die Wirksamkeit der Aufnahmevereinbarung sind. Sie haben die o. g. Angaben nicht auf ihre inhaltliche Richtigkeit hin zu überprüfen.		wird, soll auf die Vorlage der Kostenübernahmeerklärung verzichtet werden. Wenn die Durchführung eines bestimmten Forschungsprojekts im öffentlichen Interesse liegt, kann darauf verzichtet werden. Eine Liste der diesbezüglich wirksamen Feststellungen wird durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Internet veröffentlicht.
20.1.3	Im Visumverfahren ist bei der Erteilung der Zustimmung zur Visumerteilung zu beachten, dass nach § 31 Absatz 1 Satz 3 AufenthV das Schweigefristverfahren angewendet wird. Eine Zustimmung ist ausnahmsweise nicht erforderlich, soweit zugleich die Voraussetzungen nach § 34 Nummer 1 oder Nummer 2 AufenthV vorliegen.	20.3	Abgabe einer allgemeinen Übernahmeerklärung Anerkannte Forschungseinrichtungen können sich einzelfallbezogen (§ 20 Absatz 1 Nummer 2) oder allgemein (§ 20 Absatz 3) zur Übernahme der Kosten für den Lebensunterhalt für den Fall eines unerlaubten Aufenthalts im Bundesgebiet und der Abschiebung verpflichten. Allgemeine Übernahmeerklärungen werden tagesaktuell im Internet durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge veröffentlicht.
20.1.4	Das Anerkennungsverfahren für Forschungseinrichtungen wird vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge durchgeführt. Dieses veröffentlicht im Internet auf www.bamf.de eine aktuelle Liste der Bezeichnungen und Anschriften der anerkannten Forschungseinrichtungen. Die Liste enthält auch die Dauer der Gültigkeit der Anerkennung, die auf mindestens fünf Jahre befristet werden soll. Die Anerkennung einer Forschungseinrichtung ist Grundvoraussetzung für das erleichterte aufenthaltsrechtliche Verfahren zur Erlangung einer Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Forschung nach § 20. § 38b Absatz 1 AufenthV nennt Gründe, bei denen die Anerkennung zu widerrufen ist. Nach § 38b Absatz 4 AufenthV haben die Ausländerbehörden und die Auslandsvertretungen dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge alle ihnen bekannten Tatsachen mitzuteilen, die Anlass für die Aufhebung der Anerkennung einer Forschungseinrichtung geben können. Darüber hinaus bestehen auch für die Forschungseinrichtungen Mitteilungspflichten an die Ausländerbehörden. So haben diese nach § 38c AufenthV der zuständigen Ausländerbehörde schriftlich mitzuteilen, wenn die Aufnahmevereinbarung nicht erfüllt werden kann oder die Voraussetzungen zur Wirksamkeit der Aufnahmevereinbarung (§ 38f Absatz 2 AufenthV), die bei Abschluss vorgelegen haben, entfallen sind. Die Forschungseinrichtung ist auch zur Mitteilung darüber verpflichtet, dass ein Ausländer die Tätigkeit nach der Aufnahmevereinbarung beendet hat.	20.4	Geltungsdauer der Aufenthaltserlaubnis Die Aufenthaltserlaubnis wird für mindestens ein Jahr erteilt. Ist das Forschungsvorhaben von vornherein auf einen kürzeren Zeitraum beschränkt, so wird die Aufenthaltserlaubnis für diesen Zeitraum erteilt. Die Aufenthaltserlaubnis kann während der Gültigkeitsdauer aus den in § 52 Absatz 4 Gründen widerrufen werden (siehe Nummer 52.4 ff.).
		20.5	Inhaber eines Aufenthaltstitels eines anderen Mitgliedstaats
		20.5.0	Bei der Einreise eines Forschers ist zu unterscheiden zwischen der unmittelbaren Einreise aus einem Drittstaat (§ 20 Absatz 1) und Einreisen von Forschern, die als solche mit einem auf der Forscherrichtlinie basierenden Aufenthaltstitel bereits in einem anderen EU-Mitgliedstaat tätig sind und die Forschungstätigkeit in Deutschland fortsetzen (§ 20 Absatz 5).
20.1.5	Eine Kostenübernahmeerklärung der Forschungseinrichtung bezieht sich nur auf die Zeit nach Beendigung der Forschertätigkeit nach § 20 Absatz 1 Nummer 2 im Rahmen der Aufnahmevereinbarung. Sie dient nicht zum Nachweis der Sicherung des Lebensunterhalts.	20.5.1	Mit § 20 Absatz 5 wird Artikel 13 der Forscherrichtlinie umgesetzt. Forscher, die in einem anderen EU-Mitgliedstaat einen Aufenthaltstitel in Anwendung der Forscherrichtlinie erhalten haben, haben danach einen Anspruch auf Erteilung eines Visums bzw. einer Aufenthaltserlaubnis, wenn ein Teil des Forschungsvorhabens in Deutschland durchgeführt wird. Ist für die Ausländerbehörde nicht eindeutig feststellbar, ob es sich bei dem vorgelegten Aufenthaltstitel eines anderen EU-Mitgliedstaates um einen Titel in Anwendung der Forscherrichtlinie handelt, können diesbezügliche Fragen über das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge abgeklärt werden. Für Aufenthalte bis zu drei Monaten ist keine Aufnahmevereinbarung mit der in Deutschland ansässigen Forschungseinrichtung erforderlich. Für Aufenthalte über drei Monaten müssen die Voraussetzungen von § 20 Absatz 1 erfüllt sein.
20.2	Verzicht auf die Vorlage der Kostenübernahmeerklärung Wenn die Tätigkeit der Forschungseinrichtung überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanziert		

20.5.2 Da das Vereinigte Königreich und Dänemark die Forscherrichtlinie nicht anwenden, fallen in diesen Staaten erteilte Aufenthaltstitel nicht in die Anwendbarkeit von § 20 Absatz 5.

20.5.3 Beim grenzüberschreitenden Aufenthalt von Forschern im Bundesgebiet sind die folgenden Konstellationen denkbar:

20.5.3.1 Der Forscher besitzt einen Aufenthaltstitel für Forscher in einem anderen Mitgliedstaat, der Schengen-Staat ist, und möchte seine Forschung im Bundesgebiet nur für höchstens drei Monate betreiben:

Nach Artikel 21 SDÜ ist der Forscher – bei Erfüllung der in diesem Artikel genannten allgemeinen Voraussetzungen – berechtigt, mit diesem Aufenthaltstitel sich bis zu drei Monate im Bundesgebiet aufzuhalten. Er benötigt dann einen deutschen Aufenthaltstitel auch nicht für die Ausübung seiner Erwerbstätigkeit als Forscher, weil diese Erwerbstätigkeit nach § 20 Absatz 6 Satz 3 ohne besondere Erlaubnis ausgeübt werden darf. Dies gilt nicht, soweit das durch § 20 Absatz 6 Satz 3 eingeräumte Recht zur Ausübung der Erwerbstätigkeit ganz oder teilweise verbraucht ist, weil es bereits innerhalb der letzten zwölf Monate in Anspruch genommen worden ist. In diesem Fall ist für den beabsichtigten Kurzaufenthalt zu Forschungszwecken für die Einreise ein Visum zu erteilen, das die Tätigkeit als Forscher ausdrücklich erlaubt (vgl. § 4 Absatz 2 Satz 1 und 2).

20.5.3.2 Der Forscher besitzt einen Aufenthaltstitel für Forscher in einem anderen Mitgliedstaat, der Schengen-Staat ist, und möchte seine Forschung im Bundesgebiet für mehr als drei Monate betreiben:

Der Forscher benötigt einen deutschen Aufenthaltstitel. Für die Erteilung wird durch § 20 Absatz 5 Satz 2 entsprechend Artikel 13 Absatz 3 der Forscherrichtlinie gefordert, dass die Zulassungsvoraussetzungen auch im Hinblick auf Deutschland erfüllt sind. Ein Visum wird nicht benötigt, weil § 39 Nummer 6 AufenthV bestimmt, dass bei dem vorhandenen Anspruch auf den Aufenthaltstitel ein Ausländer, der ein Reiserecht nach Artikel 21 SDÜ in Anspruch nehmen kann, der Aufenthaltstitel im Bundesgebiet eingeholt werden kann. Nach dem durch § 39 Nummer 6 AufenthV für anwendbar erklärten § 41 Absatz 3 AufenthV ist die Aufenthaltserlaubnis innerhalb von drei Monaten nach der Einreise einzuholen; § 81 Absatz 2 Satz 1 findet Anwendung. Bis zur Einholung des Aufenthaltstitels ist der Aufenthalt erlaubt. Wegen § 20 Absatz 6 Satz 3 kann der Ausländer in diesen ersten drei Monaten seit der Einreise auch ohne die später erforderliche Erlaubnis seiner Erwerbstätigkeit als Forscher nachgehen und somit nahtlos nach der Einreise die Forschung fortsetzen; dies gilt nicht, soweit das durch § 20 Absatz 6 Satz 3 eingeräumte Recht zur Ausübung der Erwerbstätigkeit ganz oder teilweise verbraucht ist, weil es bereits inner-

halb der letzten zwölf Monate in Anspruch genommen worden ist. Soll die Tätigkeit als Forscher in diesen Fällen unmittelbar nach Einreise aufgenommen werden, ist vor Einreise ein nationales Visum zu beantragen, das die Tätigkeit als Forscher ausdrücklich erlaubt (vgl. § 4 Absatz 2 Satz 1 und 2).

20.5.3.3 Der Forscher besitzt einen Aufenthaltstitel für Forscher in einem anderen Mitgliedstaat, der nicht Schengen-Staat ist:

Hier kann der Forscher nicht das Reiserecht aus Artikel 21 SDÜ in Anspruch nehmen, er kann allerdings in dem in § 20 Absatz 6 Satz 3 genannten Zeitrahmen Tätigkeiten als Forscher ausüben, ohne deswegen einen Aufenthaltstitel zu benötigen, der ihm dies ausdrücklich gestattet. Gehört er also einem Staat an, der in Anhang II der Verordnung (EG) Nummer 539/2001 des Rates vom 15. März 2001 zur Aufstellung der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der Außengrenzen im Besitz eines Visums sein müssen, sowie der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige von der Visumpflicht befreit sind (ABl. EG Nummer L 81 S. 1) aufgeführt ist, kann er ohne Visum einreisen und bis zu drei Monate in einem Zeitraum von zwölf Monaten einer Tätigkeit als Forscher nachgehen, ohne deshalb einen Aufenthaltstitel zu benötigen. Er benötigt hingegen auch für Tätigkeiten von bis zu drei Monaten einen Aufenthaltstitel, ggf. in der Form eines Visums, wenn er einem Staat angehört, der in Anhang I zur Verordnung (EG) Nummer 539/2001 aufgeführt ist und keine Ausnahme nach §§ 16 bis 21 AufenthV vorliegt. Für Forschungsaufenthalte in Deutschland von über drei Monaten in einem Zeitraum von zwölf Monaten benötigt er – unabhängig davon, ob er für Kurzaufenthalte visumfrei einreisen darf – stets einen Aufenthaltstitel. Das Erfordernis eines Visums kann nach Artikel 13 Absatz 4 der Forscherrichtlinie auch verlangt werden. Das Visum wird abhängig von der beabsichtigten Aufenthaltsdauer als Schengen-Visum oder als nationales Visum erteilt und muss die Tätigkeit als Forscher ausdrücklich erlauben (vgl. § 4 Absatz 2 Satz 1 und 2).

20.6 Berechtigung zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit

20.6.1 Nach § 4 Absatz 2 Satz 2 muss jeder Aufenthaltstitel erkennen lassen, ob die Ausübung einer Erwerbstätigkeit erlaubt ist. Wesentliche Gründe dafür sind, dass potenzielle Arbeitgeber dem Aufenthaltstitel die Berechtigung zur Erwerbstätigkeit entnehmen können und bei Kontrollen an Arbeitsplätzen bereits auf Grund des Aufenthaltstitels die Erlaubnis zur ausgeübten Tätigkeit zu erkennen ist. Da die Tätigkeit des Forschers nach § 20 auf der Aufnahmevereinbarung beruht, damit nur bei einem konkreten Arbeitgeber erfolgen kann und die typischen Arbeitsstellen dieser For-

	<p>scher nicht häufig von Kontrollbehörden geprüft werden, ist es nicht erforderlich, Einzelheiten zum Forschungsprojekt oder dem beschäftigenden Arbeitgeber aufzunehmen. In diesen Fällen ist ein Verweis auf die Rechtsnorm ausreichend. In der Aufenthaltserlaubnis ist daher folgende Nebenbestimmung zu vermerken:</p> <p>„Forscher, Beschäftigung nur gemäß § 20 Absatz 6 gestattet.“</p> <p>Soll auch zusätzlich die selbständige Erwerbstätigkeit nach § 21 Absatz 6 erlaubt werden, ist dies entsprechend in die Nebenbestimmungen aufzunehmen.</p>	21	Zu § 21 – Selbständige Erwerbstätigkeit
		21.0	Allgemeines
		21.0.1	Mit § 21 wurde erstmals eine eigenständige Rechtsgrundlage geschaffen, die der Bedeutung des Zuwanderungstatbestandes der selbständigen Erwerbstätigkeit angemessen Rechnung trägt. Mit der Vorschrift soll insbesondere die dauerhafte Investition ausländischer Unternehmer mit einer tragfähigen Geschäftsidee und gesicherter Finanzierung im Bundesgebiet erleichtert werden.
		21.0.2	§ 21 findet keine Anwendung auf die Fälle, in denen bereits von Gesetzes wegen die Ausübung einer Erwerbstätigkeit und damit auch eine selbständige Tätigkeit (Nummer 2.2) gestattet ist, also in den Fällen der Nummer 18.2.2.1 bis 18.2.2.11 und des § 24 Absatz 6.
		21.0.3	Eine Beteiligung der Kammern und sonstigen Stellen findet in diesen Fällen nicht statt.
		21.0.4	§ 21 findet mit Ausnahme der Regelung in Absatz 6 keine Anwendung in Fällen, in denen ein anderer Aufenthaltswitz verfolgt und die Aufenthaltserlaubnis für einen anderen Zweck erteilt wird.
		21.0.5	Zur Lösung von Abgrenzungsproblemen im Einzelfall zwischen selbständiger Erwerbstätigkeit und Beschäftigung kann die Agentur für Arbeit beteiligt werden.
		21.1	Erteilungsvoraussetzungen
		21.1.0	§ 21 Absatz 1 ist eine Ermessensnorm, die gleichermaßen für Ausländer, die im Ausland bereits ein Unternehmen betreiben und nach Deutschland übersiedeln wollen, wie auch für Existenzgründer gilt, die aus dem Ausland zu diesem Zweck einreisen wollen oder sich bereits mit einem Aufenthaltstitel in Deutschland aufhalten (Ausnahmen in Nummer 21.0.1 und bei Ausschluss des Zweckwechsels). Begünstigt sind nicht nur Unternehmensgründer oder Einzelunternehmer, sondern auch Geschäftsführer und gesetzliche Vertreter von Personen- und Kapitalgesellschaften, soweit sie nicht als Beschäftigte nach § 18 i. V. m. § 4 BeschV gelten.
20.6.2	Ein Aufenthaltstitel nach § 20 Absatz 1 und 5 Satz 2 berechtigt zur Ausübung der Erwerbstätigkeit für das in der Aufnahmevereinbarung bezeichnete Forschungsvorhaben und zur Ausübung von – auch selbstständigen – Tätigkeiten in der Lehre. Eine Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit ist damit für die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis nach § 20 nicht erforderlich. Ein Wechsel des Forschungsvorhabens führt nicht zum Wegfall des Beschäftigungsrechts. Eine Veränderung von Projektinhalten oder die Änderung der Zielrichtung eines Forschungsprojektes soll nicht zum Verlust der Aufenthaltserlaubnis nach § 20 oder dazu führen, dass stets neue Aufnahmevereinbarungen mit demselben Forscher abgeschlossen werden müssen, sofern die dann zugrunde liegende Tätigkeit dem in der Forscherrichtlinie und in der AufenthV definierten Begriff der Forschung entspricht. Die selbständige Erwerbstätigkeit außerhalb der Lehre kann nach § 21 Absatz 6 erlaubt werden.		
20.6.3	Durch § 20 Absatz 6 Satz 3 wird das bereits im Zusammenhang mit § 20 Absatz 5 dargestellte Recht zur Ausübung der Erwerbstätigkeit für einen Zeitraum von drei Monaten innerhalb von zwölf Monaten eingeräumt. Die Frist und die Bezugsfrist folgen den Vorbildern in § 17 Absatz 2 AufenthV sowie in der BeschV. Die selbständige Erwerbstätigkeit auch außerhalb der Lehre kann nach § 21 Absatz 6 erlaubt werden.		
20.7	Ausschlussgründe		
	Keine Anwendung findet § 20 auf Ausländer mit Asylbewerber-, Flüchtlings- bzw. Duldungsstatus, Ausländer, deren Forschungstätigkeit Bestandteil eines Promotionsstudiums als Vollzeitstudienprogramm ist, und Ausländer, die von einer Forschungseinrichtung in einem anderen EU-Mitgliedstaat als Arbeitnehmer entsandt werden. Personen, die ihre Promotions- oder Habilitationsleistung im Rahmen einer Forschungstätigkeit erbringen, für die mit einer Forschungseinrichtung eine Aufnahmevereinbarung abgeschlossen wurde, fallen hingegen in den Anwendungsbereich der Forscherrichtlinie und können eine Aufenthaltserlaubnis nach § 20 erhalten.	21.1.1	Die Erteilungsnorm des Satzes 1 ist als Ermessensnorm grundsätzlich flexibel ausgestaltet. Eine Aufenthaltserlaubnis zur Ausübung einer selbständigen Erwerbstätigkeit kann danach erteilt werden, wenn
		21.1.1.1	– ein übergeordnetes wirtschaftliches Interesse oder
		21.1.1.2	– ein besonderes regionales Bedürfnis besteht und
		21.1.1.3	– die Tätigkeit positive Auswirkungen auf die Wirtschaft erwarten lässt und
		21.1.1.4	– die Finanzierung der Umsetzung durch Eigenkapital oder durch eine Kreditzusage gesichert ist.

21.1.2	Ein übergeordnetes wirtschaftliches Interesse kann insbesondere dann vorliegen, wenn erhebliche Investitionen und/oder eine nennenswerte Zahl von Arbeitsplätzen geschaffen oder gesichert werden, wenn mit der Unternehmensgründung eine nachhaltige Verbesserung der Absatz- oder Marktchancen inländischer Unternehmen verbunden ist oder es sich um die Errichtung eines Fertigungsbetriebes für technisch hochwertige (zukunftsichere) und/oder besonders umweltverträgliche Produkte handelt. Hingegen wird bei reinen, am privaten Verbrauch orientierten Einzelhandelsunternehmen wegen deren insgesamt geringerer wirtschaftlicher Bedeutung überwiegend die Annahme eines übergeordneten wirtschaftlichen Interesses zu verneinen sein. Hier wird alternativ geprüft werden müssen, ob ein besonderes örtliches Bedürfnis vorliegt.	21.1.5.2	– die unternehmerischen Erfahrungen des Ausländers,
		21.1.5.3	– die Höhe des Kapitaleinsatzes,
		21.1.5.4	– die Auswirkungen auf die Ausbildungs- und Beschäftigungssituation und
		21.1.5.5	– der Beitrag für Innovation und Forschung.
		21.1.6	Zur Beurteilung der Tatbestandvoraussetzungen hat die Ausländerbehörde nach Satz 4 die regionalen Gewerbebehörden, die öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen, die Industrie- und Handelskammer oder Handwerkskammer sowie im Bedarfsfall auch die für die Berufszulassung zuständigen Behörden zu beteiligen. Die Beteiligung der Gewerbebehörde ersetzt dabei nicht die Anzeigepflicht nach § 14 GewO.
21.1.3	Ein besonderes regionales Bedürfnis liegt z. B. vor, wenn durch Analyse der Gewerbestruktur in der unmittelbaren Umgebung des geplanten Standortes eine Unterversorgung mit bestimmten Gütern oder Dienstleistungen festgestellt wurde. Versorgungs- oder sonstige kommunalpolitische Gründe können hierbei mit in die Entscheidung einfließen. Das private Unternehmerinteresse an einer Geschäftstätigkeit im Bundesgebiet begründet für sich kein besonderes regionales Interesse.	21.2	Erteilung aufgrund besonderer völkerrechtlicher Vereinbarungen
		21.2.0	Als Ausnahme von den Voraussetzungen des Absatzes 1 trägt Absatz 2 den besonderen völkerrechtlichen Vereinbarungen Rechnung.
		21.2.1	Zu berücksichtigende völkerrechtliche Vereinbarungen sind insbesondere die bestehenden Freundschafts-, Handels- und Niederlassungsverträge mit Meistbegünstigungs- oder Wohlwollensklauseln mit folgenden Staaten:
21.1.4	Als Regelannahme für das Vorliegen eines übergeordneten wirtschaftlichen Interesses oder eines besonderen regionalen Bedürfnisses gilt die Investition von mindestens 250.000 Euro verbunden mit der Schaffung von mindestens fünf Vollzeitarbeitsplätzen. Diese Regelannahme entbindet die Ausländerbehörde nicht von dem Beteiligungserfordernis nach Satz 4.	Dominikanische Republik	Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrag vom 23. Dezember 1957 (BGBl. 1959 II S. 1468; Artikel 2 Absatz 1 [Wohlwollensklausel]),
		Indonesien	Handelsabkommen vom 22. April 1953 nebst Briefwechsel (BANz. Nummer 163); Briefe Nummer 7 und 8 (Meistbegünstigungsklausel); die Meistbegünstigung bezieht sich nur auf Aktivitäten, deren Zweck die Förderung des Handels zwischen den Vertragsstaaten ist,
21.1.5	Mit Satz 3 wird die Möglichkeit eröffnet, auch dann eine Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der selbständigen Erwerbstätigkeit zu erteilen, wenn die Voraussetzungen der Regelannahme nicht erfüllt sind. Dies bedeutet jedoch nicht, dass zu jeder selbständigen Erwerbstätigkeit eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden kann. Vielmehr muss die Prüfung des Einzelfalls ergeben, dass die in § 21 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 3 genannten Voraussetzungen erfüllt sind. Die Beurteilung dieser Voraussetzungen richtet sich vor allem nach den in Satz 3 genannten Kriterien. Das übergeordnete wirtschaftliche Interesse oder das besondere regionale Bedürfnis an der selbständigen Erwerbstätigkeit des Ausländers sollte umso klarer durch andere Faktoren begründet sein, je geringer die Investitionssumme ist und je weniger Arbeitsplätze geschaffen werden. Die unternehmerischen Interessen des Ausländers begründen für sich genommen noch kein übergeordnetes wirtschaftliches Interesse. Vielmehr sind regelmäßig zu berücksichtigen.	Iran	Niederlassungsabkommen vom 17. Februar 1929 (RGBl. 1930 II S. 1002); Artikel 1 (Meistbegünstigungsklausel),
		Japan	Handels- und Schifffahrtsvertrag vom 20. Juli 1927 (RGBl. II S. 1087), Artikel 1 Absatz 2 Nummer 1 (Meistbegünstigungsklausel),
		Philippinen	Übereinkunft über Einwanderungs- und Visafragen vom 3. März 1964 (BANz. Nummer 89), Nummer 1, 2 und 4 (Wohlwollensklausel),
21.1.5.1	– die Tragfähigkeit der zugrunde liegenden Geschäftsidee,	Sri Lanka	Protokoll über den Handel betreffende allgemeine Fragen vom 22. November 1972 (BGBl. 1955

- II S. 189); Artikel 1 (Meistbegünstigungsklausel),
- Türkei Niederlassungsabkommen vom 12. Januar 1927 (RGBl. II S. 76; BGBl. 1952 S. 608), Artikel 2 Sätze 3 und 4 (Meistbegünstigungsklausel),
- Vereinigte Staaten von Amerika Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrag vom 29. Oktober 1954 (BGBl. II S. 487), Artikel II Absatz 1 (Meistbegünstigungsklausel).
- 21.2.2 Soweit Ausländern aus den in § 41 AufenthV genannten Staaten nicht bereits auf Grund einer völkerrechtlichen Vereinbarung nach Nummer 21.2.1 unter erleichterten Bedingungen eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden kann, kann auch ihnen für die Niederlassung von Gesellschaften und Staatsangehörigen dieser Staaten eine Behandlung gewährt werden, die nicht weniger günstig ist als die Behandlung deutscher Gesellschaften und Staatsangehöriger. Sie unterliegen damit nur noch berufs- oder gewerberechtlichen Beschränkungen.
- 21.3 **Erfordernis angemessener Altersversorgung bei Personen über 45 Jahren**
- Absatz 3 verlangt bei Personen über 45 Jahren im öffentlichen Interesse grundsätzlich eine angemessene Alterssicherung. Dazu ist durch die Ausländerbehörde eine Prognoseentscheidung zu treffen. Grundlagen für diese Prognoseentscheidung können sein:
- eigenes Vermögen in jeglicher Form,
 - im Aus- und/oder Inland erworbene Rentenanwartschaften,
 - Betriebsvermögen/Investitionssumme.
- Absatz 3 findet keine Anwendung auf Personen nach Nummer 21.2.1.
- 21.4 **Geltungsdauer**
- Die Zuwanderung Selbständiger ist grundsätzlich auf Dauer angelegt. Dennoch erhalten Selbständige die Niederlassungserlaubnis nicht sofort, sondern erst nach drei Jahren, da die Niederlassungserlaubnis auch zur Aufnahme einer unselbständigen Tätigkeit berechtigen würde. Nach drei Jahren kann abweichend von § 9 Absatz 2 die Niederlassungserlaubnis erteilt werden, wenn der Ausländer seine Geschäftsidee erfolgreich verwirklicht hat und der Lebensunterhalt weiterhin gesichert ist. Die Sicherung des Lebensunterhalts ist auch für Personen nach Nummer 21.2.1 Voraussetzung für die Erteilung der Niederlassungserlaubnis. Dabei ist zu berücksichtigen, dass nicht nur der Lebensunterhalt des Selbständigen selbst gesichert ist, sondern dass dies auch für die Familienangehörigen sichergestellt sein muss. Der Kreis der Familienangehörigen, auf die abzustellen ist, wird durch das Merkmal der familiären

Gemeinschaft und die Unterhaltspflicht definiert. Hiermit wird dem Umstand Rechnung getragen, dass bei der Lebensunterhaltssicherung im Hinblick auf einen dauerhaften Aufenthalt gegenüber der Lebensunterhaltssicherung für zeitlich beschränkte Aufenthalte andere Erfordernisse aufzustellen sind. Es ist vor allem auf die Nachhaltigkeit der finanziellen Absicherung abzustellen. Bei Prüfung der Erteilung einer Niederlassungserlaubnis an erfolgreiche Selbständige wird auf das Ausreichen der Einkünfte abgestellt. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass bei Selbständigen auf Grund der Besonderheiten unternehmerischen Handelns größere Einkommenschwankungen denkbar sind als bei Arbeitnehmern. Auf Grund der bisherigen durchschnittlichen Einkünfte ist bei Fortführung der bisherigen geschäftlichen Tätigkeit eine Prognoseentscheidung zu den zukünftigen Einkünften zu treffen. Zur Beurteilung, ob der Ausländer die geplante Tätigkeit erfolgreich verwirklicht hat, können die in Absatz 1 genannten Behörden erneut beteiligt werden. Anstelle der erneuten Beteiligung der in Absatz 1 genannten Behörden kann in Abhängigkeit vom Einzelfall der Selbständige aufgefordert werden, konkrete Unterlagen einzureichen, die eine nachvollziehbare Beurteilung des bisherigen Geschäftsergebnisses erlauben. Von einer erfolgreichen Verwirklichung der unternehmerischen Tätigkeit kann danach auch ohne erneute Beteiligung der in § 21 Absatz 1 Satz 4 genannten Behörden ausgegangen werden, wenn das Unternehmen zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen hat und Gewinne erwirtschaftet.

21.5 **Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis an Freiberufler**

Mit § 21 Absatz 5 wird die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis an Freiberufler ermöglicht. Für sie gelten die engen Voraussetzungen des § 21 Absatz 1 nicht. Der Personenkreis der Freiberufler orientiert sich an den Katalogberufen von § 18 Absatz 1 Nummer 1 Satz 2 EStG, zu denen z.B. Künstler, Schriftsteller, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Dolmetscher oder Architekten zählen. Durch die entsprechende Anwendbarkeit von § 21 Absatz 1 Satz 4 ist die Beteiligung fachkundiger Stellen zwingend vorgeschrieben. Bei der Ermessensausübung kommt den Stellungnahmen der nach Absatz 5 Satz 3 i. V. m. Absatz 1 Satz 4 zu beteiligenden Institutionen maßgebende Bedeutung zu. Aufgrund der systematischen Stellung des Absatzes 5 in § 21 kann eine Aufenthaltserlaubnis zur Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit nur erteilt werden, wenn die freiberufliche Tätigkeit auch tatsächlich selbständig ausgeübt wird. Auch darf die Regelung in Absatz 5 nicht zu einer Umgehung der Regelungen über die Zulassung ausländischer Beschäftigter in den §§ 18 f., 39 ff. i. V. m. der BeschV und der BeschVerfV führen. Zur Abgrenzung zwischen einer selbständigen Erwerbstätigkeit und einer

Beschäftigung als Arbeitnehmer wird auf Nummer 2.2.3 hingewiesen. In Zweifelsfällen ist die Bundesagentur für Arbeit zu beteiligen. Fachkundige Körperschaften können insofern neben den Industrie- und Handelskammern auch die Agenturen für Arbeit sein, die beurteilen können, ob der Freiberufler in einem Bereich tätig wird, in dem vergleichbare Arbeitnehmer in größerem Umfang zur Vermittlung zur Verfügung stehen. Die selbständige Erwerbstätigkeit in Form der Ausübung freiberuflicher Nebentätigkeiten (etwa nebenberufliche Dozenturen oder schriftstellerische oder wissenschaftliche Tätigkeiten im Nebenerwerb) ist i. d. R. zuzulassen. Die in Absatz 4 vorgesehene privilegierte Erteilung einer Niederlassungserlaubnis ist für diesen Personenkreis kraft Gesetzes ausgeschlossen.

- die fachkundigen Körperschaften (etwa Handwerkskammer, Industrie- und Handelskammer) haben keine gravierenden Bedenken geäußert,
- durch die angestrebte selbständige Tätigkeit kann der Lebensunterhalt voraussichtlich gesichert werden und
- eine Änderung der Wohnsitzauflage ist nicht erforderlich.

Entscheidend sind jedoch die Gesamtumstände des jeweiligen Einzelfalles.

Die Richtlinie 2004/83/EG des Rates vom 29. April 2004 über Mindestnormen für die Anerkennung und den Status von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Flüchtlinge oder als Personen, die anderweitig internationalen Schutz benötigen, und über den Inhalt des zu gewährenden Schutzes (ABl. EU Nummer L 304 S. 12, so genannte Qualifikationsrichtlinie) sieht in Artikel 26 Absatz 3 für ausländische Staatsangehörige nach der Zuerkennung des subsidiären Schutzstatus (Abschiebungsverbot nach § 60 Absatz 2, 3, 5 oder 7) vor, die Aufnahme einer unselbständigen oder selbständigen Erwerbstätigkeit nach den Vorschriften, die für den betreffenden Beruf oder für die öffentliche Verwaltung allgemein gelten, zu gestatten. Das durch die Ausländerbehörde zu prüfende Ermessen ist in diesen Fällen auf die Prüfung reduziert, ob die ggf. erforderlichen Berufszugangsvoraussetzungen (z. B. Approbation) vorliegen.

21.6

Erlaubnis der selbständigen Tätigkeit an Inhaber anderer Aufenthaltserlaubnisse

Nach § 21 Absatz 6 kann Ausländern, denen eine Aufenthaltserlaubnis zu einem anderen Zweck als der selbständigen Tätigkeit erteilt worden ist, die selbständige Tätigkeit erlaubt werden. Damit wird klargestellt, dass die Voraussetzungen des § 21 Absatz 1 bis 3 und 5 als solche nur dann Anwendung finden, wenn ein Ausländer gerade aus dem Grund einreist, um in Deutschland selbständig tätig zu werden. Die Erlaubniserteilung zur selbständigen Tätigkeit im Rahmen von Absatz 6 führt nicht zu einem Wechsel des Aufenthaltszwecks, weshalb Absatz 4 mit der Möglichkeit der Erteilung der Niederlassungserlaubnis bereits nach dreijährigem Aufenthalt keine Anwendung findet. § 21 Absatz 6 findet aufgrund der ausdrücklichen Voraussetzung einer Aufenthaltserlaubnis keine Anwendung auf Ausländer mit einer Duldung. Studierenden mit Aufenthaltserlaubnis nach § 16 Absatz 1 darf eine Erlaubnis zur selbständigen Tätigkeit nur erteilt werden, wenn dadurch der Abschluss des Studiums nicht gefährdet wird. Da die gesetzlichen Beschäftigungsmöglichkeiten nach § 16 Absatz 3 nicht eingeschränkt werden können, kommt die Erlaubnis zu einer darüber hinausgehenden selbständigen Tätigkeit i. d. R. nur dann in Betracht, wenn es sich um Tätigkeiten in geringem zeitlichem Umfang handelt, wie z. B. bei Dolmetschertätigkeiten. Bei der Ermessensentscheidung, ob eine selbstständige Tätigkeit zugelassen werden kann, sollten folgende Gesichtspunkte berücksichtigt werden:

- die Passpflicht wird erfüllt,
- es liegt kein Ausweisungsgrund vor,
- ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache sowie Grundkenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung sowie der deutschen Lebensverhältnisse werden nachgewiesen,
- unternehmerische Fähigkeiten wurden durch eine frühere Beschäftigung in Deutschland nachgewiesen,

22

Zu § 22 – Aufnahme aus dem Ausland

22.0

Allgemeines

22.0.1.1

Für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 22 Satz 1 sind folgende Gründe maßgebend:

- völkerrechtliche Gründe, nicht jedoch vertragliche Verpflichtungen aus einem zwischenstaatlichen Übernahmeabkommen,
- dringende humanitäre Gründe (z. B. humanitäre Hilfeleistungen in einer Notsituation).

22.0.1.2

Für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 22 Satz 2 ist ausschließlich die Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland (innen- und außenpolitische Interessen), über deren Vorliegen das Bundesministerium des Innern oder die von ihm bestimmte Stelle entscheidet, maßgeblich. Die Vorschrift gewährt Ausländern keinen Rechtsanspruch auf Aufenthaltsgewährung oder auf Entscheidung über die Aufnahme. Sie stellt hinsichtlich der übrigen gesetzlichen Aufenthaltsw Zwecke keine allgemeine Härtefallregelung dar.

22.0.2

§ 22 ist anwendbar, wenn der Ausländer sich im Zeitpunkt der ersten Entscheidung über die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis noch nicht

	im Bundesgebiet aufhält und die Erteilung einer anderen Aufenthaltserlaubnis ausgeschlossen ist. Die Übernahme von Ausländern findet grundsätzlich im Visumverfahren statt. § 22 findet auch auf Ausländer Anwendung, die von der allgemeinen Visumpflicht befreit sind; es ist dabei erforderlich, dass diese bei der deutschen Auslandsvertretung ein Visum beantragen.	22.0.6.1	Die Zweckbindung gemäß § 22 Satz 1 schließt es aus, dass eine Aufenthaltserlaubnis zu Erwerbszwecken erteilt wird.
		22.0.6.2	Eine nach § 22 Satz 2 erteilte Aufenthaltserlaubnis berechtigt kraft Gesetzes zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit (§ 22 Satz 3).
22.0.2.1	Soweit das Auswärtige Amt zu dem Ergebnis kommt, dass im Einzelfall Gründe für eine Aufnahme nach Satz 2 vorliegen könnten, wird das Bundesministerium des Innern aufgrund der vom Auswärtigen Amt übermittelten Informationen den Fall prüfen. Gibt das Bundesministerium des Innern eine entsprechende Übernahmeerklärung ab, wird das Auswärtige Amt im Hinblick auf das anstehende Visumverfahren in Kenntnis gesetzt. Das Auswärtige Amt ist an die Entscheidung des Bundesministeriums des Innern gebunden, die zuständige Auslandsvertretung erteilt dem Ausländer ein nationales Visum. Die Übernahmeentscheidung erfolgt ungeachtet dessen, ob in einem früheren Visumverfahren die Zustimmung der Ausländerbehörde verweigert wurde.	22.1	Erteilung aus völkerrechtlichen oder dringenden humanitären Gründen
		22.1.1	§ 22 betrifft ausschließlich Ausländer, die sich im Zeitpunkt der ersten Entscheidung über die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis noch nicht im Bundesgebiet aufhalten und denen ein anderweitiges Einreiserecht nicht eingeräumt ist. § 22 findet daher auf Ausländer, die von der Visumpflicht allgemein befreit sind, nur dann Anwendung, wenn diese bei der deutschen Auslandsvertretung ein Visum beantragen. Die Auslandsvertretungen entscheiden, ob im Einzelfall völkerrechtliche oder dringende humanitäre Erteilungsgründe vorliegen könnten, die die Weiterleitung an die zuständigen Innenbehörden der Länder und eine weitere Prüfung rechtfertigen.
22.0.2.2	Das Auswärtige Amt bittet das Bundesministerium des Innern insbesondere in folgenden Fällen um Prüfung einer Übernahme:	22.1.1.1	Völkerrechtliche Gründe (§ 22 Satz 1, 1. Alternative)
22.0.2.2.1	– in Einzelfällen, in denen kein Anknüpfungspunkt zum Bundesgebiet besteht,		Die Bundesrepublik Deutschland kann eine völkerrechtliche Aufnahmeverpflichtung aus allgemeinem Völkerrecht oder aus Völkervertragsrecht haben. Eine Aufnahme nach § 22 Satz 1 aus völkerrechtlichen Gründen kommt nur in Betracht, wenn nach dem Aufenthaltsgesetz bzw. nach ausländerrechtlichen Spezialgesetzen die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nicht möglich ist. Insofern ist diese Tatbestandsalternative ein Auffangtatbestand.
22.0.2.2.2	– in Einzelfällen, in denen ein bundespolitisches Interesse an der Übernahme vorhanden ist,		
22.0.2.2.3	– bei der Aufnahme mehrerer Personen (z. B. Familien und nahe Verwandte), bei denen sich eine länderübergreifende Verteilungsfrage stellt. Das Bundesministerium des Innern konsultiert in diesen Fällen die betreffenden obersten Landesbehörden.	22.1.1.2	Dringende humanitäre Gründe (§ 22 Satz 1, 2. Alternative)
22.0.3	§ 22 ist nur auf die Aufnahme einzelner Personen anwendbar, wobei es sich nicht zwingend um Einzelreisende, sondern auch um Familien handeln kann. Die Aufnahme von Ausländergruppen ist in erster Linie einer Anordnung der obersten Landesbehörde oder des Bundesministeriums des Innern nach § 23 unter den dort genannten Voraussetzungen vorbehalten.		Eine Aufnahme aus dringenden humanitären Gründen setzt voraus, dass sich der Ausländer in einer besonders gelagerten Notsituation befindet. Aufgrund des Ausnahmecharakters der Vorschrift ist weiter Voraussetzung, dass sich der Schutzsuchende in einer Sondersituation befindet, die ein Eingreifen zwingend erfordert und es rechtfertigt, ihn – im Gegensatz zu anderen Ausländern in vergleichbarer Lage – aufzunehmen. Dabei muss die Aufnahme des Schutzsuchenden im konkreten Einzelfall ein Gebot der Menschlichkeit sein. Zur Beurteilung, ob dem Schutzsuchenden die Aufnahme gewährt werden soll, sind alle Gesichtspunkte, die für oder gegen eine Aufnahme sprechen, zu berücksichtigen:
22.0.4	Die allgemeinen Regelungen für Einreise und Aufenthalt sind zu beachten, d. h. insbesondere §§ 5 und 11. Nach § 5 Absatz 3 Satz 2 kann im Ermessenswege von den Regelerteilungsvoraussetzungen unter Berücksichtigung des im Einzelfall gegebenen Aufnahmegrundes insgesamt oder im Einzelnen abgesehen werden.		– Bestehen einer erheblichen und unausweichlichen Gefahr für Leib und Leben des Schutzsuchenden,
22.0.5	Die Dauer der Erteilung und die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis sowie die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis richten sich nach § 26 Absatz 1 Satz 1, Absatz 2 und 4. Entfällt der für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis maßgebliche Grund, darf sie nicht verlängert werden.		– enger Bezug zu Deutschland (frühere Aufenthalte, Familienangehörige in Deutschland u. ä.),

	<ul style="list-style-type: none"> – besondere Anknüpfungspunkte an ein bestimmtes Bundesland in Deutschland, – Kontakte in Deutschland zu Personen/Organisationen, die ggf. bereit wären, Kosten für Aufenthalt/Transport zu übernehmen, – möglicherweise bereits bestehende Kontakte zu anderen Staaten, für die eine Übernahme in Betracht kommen könnte. 		als dringender humanitärer Grund eingestuft werden.
22.1.2	Vor der Entscheidung der deutschen Auslandsvertretung über den Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 22 Satz 1 ist die Ausländerbehörde im Visumverfahren gemäß § 31 Absatz 1 AufenthV zu beteiligen. Die Auslandsvertretung erteilt das nationale Visum, das im Inland in einen Aufenthaltstitel umgewandelt wird. Für die Erteilung und Verlängerung des Aufenthaltstitels ist die Ausländerbehörde zuständig. Liegen konkrete Anhaltspunkte dafür vor, dass die für die Erteilung eines Visums maßgebenden Gründe entfallen sind, hat sie vor der Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis eine entsprechende Auskunft bei der deutschen Auslandsvertretung einzuholen.	22.2	Erklärung der Aufnahme durch das Bundesministerium des Innern zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland
		22.2.0.1	Vom Bundesministerium des Innern in das Bundesgebiet übernommene Ausländer haben einen Rechtsanspruch auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 22 Satz 2, es besteht jedoch kein Anspruch auf eine Übernahmeentscheidung des Bundesministeriums des Innern.
		22.2.0.2	Bei einer Aufnahme zur Wahrung der politischen Interessen des Bundes ersetzt eine Entscheidung des Bundesministeriums des Innern die Zustimmung der Ausländerbehörde im Visumverfahren nach § 31 Absatz 1 AufenthV.
		22.2.1	Die Ausländerbehörde hat bei der Anwendung des § 22 Satz 2 nur zu prüfen,
22.1.3	Die für eine entsprechende Entscheidung zuständige deutsche Auslandsvertretung hat im Zustimmungsverfahren nach § 31 Absatz 1 AufenthV die völkerrechtlichen oder dringenden humanitären Gründe darzustellen, die nach ihrer Auffassung für das Vorliegen der Erteilungsvoraussetzungen sprechen. Soweit die dringenden humanitären Gründe auf Umständen im Bundesgebiet beruhen, obliegt deren Nachprüfung der Ausländerbehörde, die die für die Entscheidung erforderlichen Nachweise vom Ausländer verlangen kann.	22.2.1.1	– ob der Ausländer aufgrund einer Übernahmeerklärung des Bundesministeriums des Innern eingereist ist und
		22.2.1.2	– ob die Passpflicht nach § 5 Absatz 1 Nummer 4 i. V. m. § 3 erfüllt ist, die Erteilungsvoraussetzungen des § 5 Absatz 1 Nummer 1a und Versagungsgründe nach § 5 Absatz 4 vorliegen und ob ein Einreiseverbot gemäß § 11 Absatz 1 besteht.
		22.2.2	Hinsichtlich der Ausstellung eines Reisedokuments vor der Einreise finden die §§ 5 und 7 AufenthV Anwendung.
22.1.4	Aus § 22 Satz 1 lässt sich kein Rechtsanspruch auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis herleiten. Bei der Ermessenentscheidung über die Visumerteilung können auch nach den Regelerteilungsvoraussetzungen des § 5 Absatz 1 und 2 maßgebliche Gesichtspunkte berücksichtigt werden. Im Allgemeinen kommt den Erteilungsgründen ein besonderes Gewicht zu. Dies gilt insbesondere auch für eine wirtschaftliche Unterstützungsbedürftigkeit des Ausländers als Versagungsgrund. In Fällen des § 5 Absatz 4 ist keine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen. Soweit ein Fall des Familiennachzugs nach § 29 Absatz 3 vorliegt und aufgrund der fehlenden Lebensunterhaltssicherung nicht in Betracht kommt, ist dies auch bei der Entscheidung über eine eigenständige Aufnahme nach § 22 Satz 1 zu berücksichtigen.	22.2.3.1	Satz 2 verpflichtet die zuständige Ausländerbehörde ohne die Möglichkeit einer eigenen Prüfung zur Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis, wenn das Bundesministerium des Innern oder die von ihm bestimmte Stelle die Aufnahme zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland erklärt hat. Die Entscheidung über das Vorliegen politischer Interessen dient vor allem der Wahrung des außen- und innenpolitischen Handlungsspielraums und ist deshalb ausschließlich dem Bund vorbehalten. Ungeachtet dessen wird das Bundesministerium des Innern sich in bestimmten Fällen, in denen Landesinteressen in besonderer Weise berührt sind, vor einer Entscheidung mit dem betroffenen Bundesland ins Benehmen setzen.
		22.2.3.2	Das Bundesministerium des Innern teilt der Ausländerbehörde den Übernahmegrund mit. Sofern sich diese Mitteilung nicht in der Ausländerakte befindet, fragt die Ausländerbehörde über die oberste Landesbehörde beim Bundesministerium des Innern an. Sofern sich aus der Übernahmeerklärung nicht ergibt, nach welchen Voraussetzungen sich die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis richtet, hat die Ausländerbehörde vor der Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis eine entsprechende Auskunft über die oberste Landesbehörde beim
22.1.5	Der Umstand, dass der Ausländer im Bundesgebiet arbeiten will, und die Gründe, auf denen dieses Begehren beruht (z. B. die Unmöglichkeit, im Ausland eine zur Bestreitung des Lebensunterhalts erforderliche Arbeit zu finden), sind keine dringenden humanitären Gründe i. S. d. § 22 Satz 1. Im Anwendungsbereich dieser Vorschrift kann auch der Hinweis auf die allgemeinen Verhältnisse im Heimatstaat nicht		

	Bundesministerium des Innern einzuholen, ob der Übernahmegrund noch vorliegt.		eines Reisedokuments vor der Einreise finden die §§ 5 und 7 AufenthV Anwendung.
22.2.4	Will die Ausländerbehörde gegen einen im Einzelfall übernommenen Ausländer ausländerrechtliche Maßnahmen ergreifen, so hat sie der obersten Landesbehörde zu berichten.	23.1.1.3	Eine gesonderte Regelung der Verlängerung ist in § 23 Absatz 1 nicht vorgesehen; dem entsprechend finden nach § 8 Absatz 1 auf die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis dieselben Vorschriften Anwendung wie auf deren Erteilung. Die Wahrung der Bundesinteressen erfolgt durch die Einholung des Einvernehmens des Bundesministeriums des Innern. Keines Einvernehmens des Bundesministeriums des Innern bedarf dagegen die von der obersten Landesbehörde verfügte Aussetzung der Abschiebung von bestimmten Ausländergruppen von bis zu sechs Monaten (§ 60a Absatz 1).
23	Zu § 23 – Aufenthaltsgewährung durch die obersten Landesbehörden; Aufnahme bei besonders gelagerten politischen Interessen		
23.0	Allgemeines § 23 gibt den obersten Landesbehörden die Möglichkeit, für bestimmte Ausländergruppen aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen oder zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland eine Aufenthaltserlaubnis anzuordnen. Das Bundesministerium des Innern kann darüber hinaus zur Wahrung besonders gelagerter politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland im Benehmen mit den Ländern anordnen, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Ausländern eine Aufnahmezusage erteilt. Die jeweilige Maßnahme kann sich auf die Aufnahme von Personen aus bestimmten Staaten oder in sonstiger Weise bestimmten Ausländergruppen (z. B. Personen aus Kriegs- oder Bürgerkriegsgebieten) durch eine rein nationale Entscheidung beziehen. Im Falle des § 23 Absatz 1 ist sie unabhängig davon, ob sich die betroffenen Personen bereits im Bundesgebiet aufhalten. Die Gewährung von vorübergehendem Schutz durch eine vorhergehende Entscheidung auf EU-Ebene richtet sich dagegen nach § 24.	23.1.2	Durch die in Satz 2 aufgenommene Möglichkeit, die Anordnung von der Übernahme der mit der Aufnahme verbundenen Kosten nach § 68 abhängig zu machen, kann besonders den humanitären Interessen international tätiger Körperschaften, beispielsweise der Kirchen, Rechnung getragen werden (so genanntes „Kirchenkongingent“). Gleichwohl handelt es sich um eine staatliche Entscheidung über die Aufenthaltsgewährung. § 23 Absatz 1 Satz 2 weist nur auf die nach § 68 bestehende Möglichkeit hin, dass Private wie auch Kirchen gerade in Fällen, in denen sie ausländerrechtliche Maßnahmen des Staates im Einzelfall für fehlerhaft halten, durch Abgabe einer Verpflichtungserklärung Verantwortung übernehmen können für die von ihnen geforderte Aufnahme bestimmter Ausländer nach § 23 Absatz 1 Satz 1.
23.1	Aufenthaltsgewährung durch die obersten Landesbehörden	23.2	Aufnahmezusage durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
23.1.1.1	Bei Anordnungen nach § 23 Absatz 1 handelt es sich um verbindliche Regelungen. Erfüllt der Ausländer die Erteilungsvoraussetzungen der getroffenen Anordnung, ist ihm die Aufenthaltserlaubnis zu erteilen, soweit die Entscheidung nicht aufgrund der Anordnung in das Ermessen der Behörden gestellt ist. Soweit die Anordnung vorliegt, prüft die Ausländerbehörde nicht mehr, ob die allgemeinen Tatbestandsvoraussetzungen für die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis vorliegen. Die aufgrund von § 23 Absatz 1 erlassenen Anordnungen der obersten Landesbehörden werden von der Ausländerbehörde durch Verwaltungsakt auf Antrag umgesetzt.	23.2.0.1	§ 23 Absatz 2 ersetzt das HumHAG. Die Vorschrift war bislang zum einen Rechtsgrundlage für die Aufnahme jüdischer Zuwanderer, die bisher nur in dessen analoger Anwendung auf der Basis einer Übereinkunft zwischen dem Bundeskanzler und den Regierungschefs der Länder vom 9. Januar 1991 vorgenommen wurde. Zum anderen kam § 23 Absatz 2 im Falle der Aufnahme von 2.500 irakischen Flüchtlingen aus Syrien und Jordanien zur Anwendung.
23.1.1.2	Der Vorrang der Anordnung nach § 23 Absatz 1 erstreckt sich auch auf die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis im Visumverfahren. Das Auswärtige Amt ist an die Anordnung gebunden. Soweit Ausländern aufgrund der Anordnung eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen ist, bleibt für eine von dieser Anordnung abweichende anderweitige Ermessensentscheidung kein Raum. Hinsichtlich der Ausstellung	23.2.0.2	Die aufenthaltsrechtliche Rechtsstellung und daran anknüpfende Ansprüche werden für den betroffenen Personenkreis u. a. durch § 44 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2, § 75 Nummer 8, § 101 Absatz 1, § 104 Absatz 6 geregelt. Ansprüche dieses Personenkreises auf Leistungen nach SGB II, III, XII, BAföG und ähnlichen Leistungsgesetzen bestehen auch weiterhin.
		23.2.1	Mit der Neufassung des § 23 Absatz 2 durch das 7. Gesetz zur Änderung des Bundesvertriebenengesetzes vom 16. Mai 2007 (BGBl. I S. 748) wird für den Bund eine dem § 23 Absatz 1 nachgebildete Rechtsgrundlage (Anordnungsbefugnis) zur Aufenthaltsgewährung bei besonders gelagerten politischen In-

teressen geschaffen (Bundesvollzug beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge). Die Anordnung des Bundesministeriums des Innern gegenüber dem Bundesamt, Aufnahmezusagen an Ausländer aus bestimmten Staaten zu erteilen, erfolgt im Benehmen mit den Ländern. Die Länder vollziehen die Aufnahmeentscheidung des Bundesamtes durch Erteilung des Aufenthaltstitels (Niederlassungserlaubnis bzw. Aufenthaltserlaubnis) entsprechend der Aufnahmezusage durch die zuständige Behörde. Die Aufnahmeentscheidung des Bundesamtes ist für die Erteilung des Aufenthaltstitels durch die Ausländerbehörde und das Auswärtige Amt im Visumverfahren verbindlich; Versagungsgründe nach § 5 Absatz 4 sind zu beachten.

23.2.2.1.1 Im Hinblick auf die jüdische Zuwanderung aus der ehemaligen Sowjetunion mit Ausnahme der baltischen Staaten ist das Benehmen auf der Basis der Beschlusslage der Innenministerkonferenz vom Juni und November 2005 hergestellt.

23.2.2.1.2 Die Anordnung des Bundesministeriums des Innern gemäß § 23 Absatz 2 betreffend die Neuregelung der jüdischen Zuwanderung ist mit Schreiben vom 24. Mai 2007 – Az. MI 1–125225–3/6 zeitgleich mit Inkrafttreten des 7. Gesetzes zur Änderung des Bundesvertriebenengesetzes an das Bundesamt ergangen. Die Anordnung regelt die Voraussetzungen für die Erteilung von Aufnahmezusagen an jüdische Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion. Die Aufnahmezusage wird vom Bundesamt in bundeseigener Verwaltung erteilt.

23.2.2.2 Die Innenministerkonferenz hat sich am 20./21. November 2008 im Vorgriff auf die Sitzung des Rats der Europäischen Union vom 27. November 2008 darauf verständigt, dass Deutschland sich an einer europäischen Aufnahmeaktion beteiligt und insgesamt 2.500 besonders schutzbedürftige irakische Flüchtlinge aus Syrien und Jordanien aufnimmt. Das Bundesministerium des Innern hat daraufhin am 5. Dezember 2008 die Anordnung nach § 23 Absatz 2 zur Aufnahme bestimmter Flüchtlinge aus dem Irak an das Bundesamt erlassen. In dieser sind die Eckdaten des nationalen Aufnahmeverfahrens, insbesondere die Voraussetzungen für das die Aufnahme rechtfertigende besondere Schutzbedürfnis festgelegt.

23.2.3 § 75 Nummer 8 enthält die mit § 23 Absatz 2 korrespondierende Aufgabenzuweisungsnorm an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Er weist dem Bundesamt zugleich die Zuständigkeit für die Verteilung der nach § 23 und der nach § 22 Satz 2 aufgenommenen Ausländer auf die Länder zu.

23.2.4 Die nach Satz 4 vorgesehene Möglichkeit der Erteilung einer wohnsitzbeschränkenden Auflage entspricht der bisherigen Praxis (vgl. Nummer 12.2.5.2.1 ff.) und ist auch weiterhin bei Bezug von Leistungen nach dem SGB II

oder XII für die gerechte Lastenverteilung auf die Länder erforderlich. Zum Zweck der Aufnahme und Durchführung einer Ausbildung oder eines Studiums wird die wohnsitzbeschränkende Auflage aufgehoben, wenn am neuen Wohnort Ausbildungsförderung (Leistungen nach dem BAföG oder SGB III) bezogen wird und damit der Lebensunterhalt gesichert ist (vgl. Nummer 2.3.1.4). Die wohnsitzbeschränkende Auflage wird mit der Maßgabe aufgehoben, dass der Wohnsitz wieder im Aufnahmeland zu nehmen ist, wenn die Ausbildung oder das Studium abgebrochen wird oder nach erfolgreichem Abschluss der Ausbildung oder des Studiums mehr als drei Monate Leistungen nach dem SGB II oder dem SGB XII bezogen werden.

23.3

Entsprechende Anwendung von § 24

Absatz 3 trägt Artikel 7 Absatz 1 der Richtlinie 2001/55/EG des Rates vom 20. Juli 2001 über Mindestnormen für die Gewährung vorübergehenden Schutzes im Falle eines Massenzustroms von Vertriebenen und Maßnahmen zur Förderung einer ausgewogenen Verteilung der Belastungen, die mit der Aufnahme dieser Personen und den Folgen dieser Aufnahme verbunden sind, auf die Mitgliedstaaten (ABl. EG Nummer L 212 S. 12, so genannte Richtlinie zum vorübergehenden Schutz) Rechnung, wonach es den Mitgliedstaaten unbenommen bleibt, vorübergehenden Schutz gemäß der Richtlinie weiteren Gruppen von Vertriebenen zu gewähren. Darüber hinaus enthält Absatz 3 einen klarstellenden Hinweis, dass auf die Aufnahmebedingungen nach § 24 ganz oder teilweise verwiesen werden kann, wenn auf nationaler Ebene ohne eine Aufnahmeaktion aufgrund eines EU-Ratsbeschlusses Ausländer nach § 23 aufgenommen werden.

23a

Zu § 23a – Aufenthaltsgewährung in Härtefällen

23a.0

Allgemeines

23a.0.1

Die Regelung bietet die Grundlage für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis an vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer in besonders gelagerten Härtefällen, in denen nach den allgemeinen Erteilungs- und Verlängerungsvoraussetzungen für einen Aufenthaltstitel keine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden kann. Begünstigt werden kann nur ein Ausländer, der sich bereits im Bundesgebiet aufhält. Seine weitere Anwesenheit im Bundesgebiet muss durch dringende humanitäre oder persönliche Gründe gerechtfertigt sein. Ziel dieser Regelung ist es, einen Einzelfall humanitär zu lösen, der bei Anwendung der allgemeinen Bestimmungen des Aufenthaltsgesetzes nicht sachgerecht hätte gelöst werden können. Die Tatsache, dass diese Vorschrift nur für vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer und nur bei besonders gelagerten Härtefällen zur An-

	<p>wendung kommt, unterstreicht den Ausnahmeharakter der Vorschrift. Die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 23a ist insbesondere nicht als Ersatz für eine Bleiberechtsregelung zugunsten einer großen Anzahl von Ausländern vorgesehen, sondern als Abhilfemöglichkeit in besonders gelagerten, humanitären Fallgestaltungen, beispielsweise – je nach den Umständen des Einzelfalls – bei Ausländern oder Ausländerinnen, die in Fällen schwerer häuslicher Gewalt oder im Zusammenhang mit einer drohenden bzw. durchgeführten Zwangsverheiratung suizidgefährdet oder traumatisiert sein können.</p> <p>Die Anwendbarkeit der Vorschrift setzt voraus, dass die jeweilige Landesregierung durch Rechtsverordnung die in § 23a Absatz 1 genannte Stelle (Härtefallkommission) bestimmt hat. Hierzu sind die Landesregierungen nach § 23a Absatz 2 ermächtigt; eine Verpflichtung zur Einrichtung einer Härtefallkommission besteht nicht.</p>	
23a.0.2	<p>Ausländern, die nicht vollziehbar ausreisepflichtig sind, kann bei Vorliegen der tatbestandlichen Voraussetzungen nach § 25 Absatz 4 Satz 1 eine Aufenthaltserlaubnis für einen vorübergehenden Aufenthalt erteilt werden.</p>	
23a.1	<p>Voraussetzungen</p>	
23a.1.1.1	<p>Die Härtefallregelung setzt vor die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis ein mehrstufiges Verfahren. Die von der Landesregierung eingerichtete Härtefallkommission richtet zunächst ein entsprechendes Ersuchen an die oberste Landesbehörde oder die durch Rechtsverordnung bestimmte Stelle. Diese entscheidet auf der Grundlage des Härtefallersuchens, ob sie anordnet, dass einem Ausländer eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird. Wenn eine Anordnung vorliegt, erteilt die Ausländerbehörde dem Ausländer eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23a Absatz 1. Die Vorschrift vermittelt dem Ausländer selbst keinen subjektiven Anspruch auf das Stellen eines Ersuchens durch die Härtefallkommission, auf die Anordnung der obersten Landesbehörde oder die durch Rechtsverordnung bestimmte Stelle sowie auf die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis. Das Härtefallverfahren steht ausschließlich im öffentlichen Interesse und ist ein gerichtlich nicht überprüfbares, rein humanitär ausgestaltetes Entscheidungsverfahren.</p>	<p>23a.1.1.3</p> <p>Die oberste Landesbehörde oder die durch Rechtsverordnung bestimmte Stelle entscheidet nach Ermessen, ob auf Grund des Härtefallersuchens die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis angeordnet wird. Sie wird insbesondere dann nicht dem Ersuchen folgen, wenn dieses auf eine fehlerhafte Tatsachengrundlage gestützt, der strenge Maßstab für ein Härtefallersuchen nicht eingehalten wird, der Ausländer Straftaten von erheblichem Gewicht begangen hat oder ein in der Rechtsverordnung der Landesregierung vorgesehener Ausschlussgrund vorliegt. Ausschlussgründe können insbesondere vorliegen, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> – der Ausländer zum Zweck der Aufenthaltsbeendigung, zur Aufenthaltsmittlung oder Festnahme ausgeschrieben ist, – der Ausländer rechtskräftig wegen einer Straftat verurteilt worden ist, es sei denn, er darf sich als nicht vorbestraft bezeichnen, – eine Ausweisungsverfügung nach § 53, § 54 Nummer 5, 5a, 7, § 55 Absatz 2 Nummer 8 oder eine Abschiebungsanordnung nach § 58a erlassen worden ist, – nicht zu erwarten ist, dass der Ausländer seinen Lebensunterhalt zukünftig ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel bestreiten kann, – der Ausländer seinen Lebensunterhalt in der Vergangenheit überwiegend durch öffentliche Mittel bestritten hat, obwohl er zur Aufnahme einer Beschäftigung berechtigt und zumutbar in der Lage war. <p>Für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis kann von den im Aufenthaltsgesetz festgelegten allgemeinen Erteilungs- und Verlängerungsvoraussetzungen für einen Aufenthaltstitel abgewichen werden. Ein Abweichen von den Versagungsgründen des § 5 Absatz 4 ist hingegen nicht zulässig.</p>
		<p>23a.1.2</p> <p>Sofern die oberste Landesbehörde oder die durch Rechtsverordnung bestimmte Stelle dem Härtefallersuchen entsprechen will, hat sie zu entscheiden, ob die Anordnung der Aufenthaltsgewährung von der Sicherung des Lebensunterhalts oder der Abgabe einer Verpflichtungserklärung abhängig gemacht wird oder ob die Inanspruchnahme öffentlicher Mittel unschädlich sein soll. Dabei wird zu berücksichtigen sein, ob der Ausländer in der Vergangenheit auf zumutbare Weise zum eigenen Lebensunterhalt beigetragen hatte und ob zu erwarten ist, dass er auch in Zukunft seinen Lebensunterhalt durch eigene Erwerbstätigkeit sichern kann. Ordnet sie die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis an, ist diese von der zuständigen Ausländerbehörde zu erteilen.</p>
23a.1.1.2	<p>Voraussetzung für ein Härtefallersuchen ist, dass der Ausländer vollziehbar ausreisepflichtig ist und ein Härtefall vorliegt. Bei dem Härtefallersuchen handelt es sich um eine Empfehlung wertender Art durch ein weisungsfreies Gremium. Die Härtefallkommission wird ausschließlich im Wege der Selbstbefassung tätig. Ist die Härtefallkommission der Auffassung, dass bei Anlegung eines strengen Maßstabes dringende humanitäre oder persönliche Gründe die weitere Anwesenheit eines Ausländers in</p>	<p>23a.1.3</p> <p>Die Durchführung des Verfahrens nach § 23a soll – insbesondere bei offensichtlich unbegründeten Eingaben – nicht zu einer Verzögerung</p>

	<p>fung von aufenthaltsbeendenden Maßnahmen führen. Die Befassung der Härtefallkommission oder das Vorliegen eines Härtefallersuchens begründen kein Abschiebungshindernis und auch keinen Anspruch auf Aussetzung der Abschiebung nach § 60a. Die Regelung des § 60a Absatz 2 Satz 3 bleibt hiervon unberührt.</p>	
23a.1.4	<p>Durch § 23a Absatz 1 Satz 4 wird klargestellt, dass die Härtefallregelung keine subjektiven Rechte des Ausländers begründet. Das Härtefallverfahren begründet lediglich eine faktische Begünstigung, nicht aber eine rechtliche Begünstigung für Personen, die alle in Betracht kommenden Möglichkeiten, ein Aufenthaltsrecht für die Bundesrepublik Deutschland zu erhalten, in der Vergangenheit bereits genutzt hatten.</p>	
23a.2	<p>Verfahren</p> <p>Die Landesregierungen können durch Rechtsverordnung bestimmen, dass andere als oberste Landesbehörden die Anordnung über die Aufenthaltsgewährung in Härtefällen treffen. Durch Rechtsverordnung wird auch die Zusammensetzung der Härtefallkommission bestimmt. Dabei kann die Aufgabe der Härtefallkommission auch auf bestehende Einrichtungen übertragen werden.</p>	
23a.3	<p>Kostenerstattung bei Umzug</p> <p>§ 23a Absatz 3 verbindet mit der Anordnung der Aufenthaltsgewährung in Härtefällen eine finanzielle Verantwortung für den Bereich der Sozialhilfegewährung bzw. der Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach § 6 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 SGB II.</p>	
24	<p>Zu § 24 – Aufenthaltsgewährung zum vorübergehenden Schutz</p>	
24.0	<p>Allgemeines</p>	
24.0.1	<p>§ 24 setzt die Richtlinie 2001/55/EG des Rates vom 20. Juli 2001 über Mindestnormen für die Gewährung vorübergehenden Schutzes im Falle eines Massenzustroms von Vertriebenen und Maßnahmen zur Förderung einer ausgewogenen Verteilung der Belastungen, die mit der Aufnahme dieser Personen und den Folgen dieser Aufnahme verbunden sind, auf die Mitgliedstaaten (ABl. EG Nummer L 212 S. 12, so genannte Richtlinie zum vorübergehenden Schutz) in nationales Recht um.</p>	24.0.3
24.0.2	<p>Artikel 2 Buchstabe a) der Richtlinie definiert vorübergehenden Schutz als ein ausnahmsweise durchzuführendes Verfahren, das im Falle eines aktuellen oder bevorstehenden Massenzustroms von Vertriebenen aus Drittländern, die nicht in ihr Herkunftsland zurückkehren können, diesen sofortigen, vorübergehenden Schutz garantiert, insbesondere wenn auch die Gefahr besteht, dass das Asylsystem diesen Zustrom nicht ohne Beeinträchtigung seiner Funktionsweise und ohne Nachteile für die betroffenen Personen oder andere um Schutz nachsuchende Personen auffangen kann.</p>	
	<p>Vertriebene i. S. d. Richtlinie sind Drittstaatsangehörige oder Staatenlose, die ihr Herkunftsland oder ihre Herkunftsregion haben verlassen müssen oder evakuiert wurden (etwa nach einem Aufruf internationaler Organisationen) und wegen der in diesem Land herrschenden Lage nicht sicher und dauerhaft zurückkehren können und die möglicherweise Flüchtlinge i. S. d. Genfer Flüchtlingskonvention sind oder in den Anwendungsbereich von internationalen oder nationalen Schutzinstrumenten fallen. Erfasst sind insbesondere Personen, die aus Gebieten geflohen sind, in denen ein bewaffneter Konflikt oder dauernde Gewalt herrscht oder die ernsthaft von systematischen oder weit verbreiteten Menschenrechtsverletzungen bedroht waren oder Opfer solcher Menschenrechtsverletzungen sind (vgl. Artikel 2 Buchstabe c) der Richtlinie).</p>	
	<p>Unter Massenzustrom ist ein Zustrom einer großen Zahl Vertriebenen zu verstehen, der aus einem bestimmten Land oder einem bestimmten Gebiet kommt, unabhängig davon, ob der Zustrom in die Gemeinschaft spontan erfolgte oder beispielsweise durch ein Evakuierungsprogramm unterstützt wurde (vgl. Artikel 2 Buchstabe d) der Richtlinie).</p>	24.0.4
	<p>Das Bestehen eines Massenzustroms von Vertriebenen wird auf Vorschlag der Kommission, der auch von jedem Mitgliedstaat angeregt werden kann, vom Rat mit qualifizierter Mehrheit per Beschluss festgelegt. Dabei prüft der Rat die Lage und den Umfang der Wanderungsbewegungen von Vertriebenen und bewertet die Zweckmäßigkeit der Einleitung des vorübergehenden Schutzes. Der Ratsbeschluss enthält mindestens (vgl. Artikel 5 Absatz 3 der Richtlinie):</p>	24.0.5
	<ul style="list-style-type: none"> – Eine Beschreibung der spezifischen Personengruppen, denen vorübergehender Schutz gewährt wird. Die Mitgliedstaaten können den vorübergehenden Schutz weitergehenden Gruppen von Personen gewähren, die aus den gleichen Gründen vertrieben wurden und aus demselben Herkunftsland oder derselben Herkunftsregion stammen (vgl. Artikel 7 Absatz 1 der Richtlinie). 	24.0.5.1
	<ul style="list-style-type: none"> – Den Zeitpunkt des Wirksamwerdens des vorübergehenden Schutzes. Die Dauer des vorübergehenden Schutzes beträgt ein Jahr. Wird die Dauer nicht durch einen Beschluss des Rates beendet, kann sie sich automatisch um jeweils sechs Monate, höchstens jedoch um ein Jahr verlängern. Weitere Verlängerungen bis zu einem Jahr können bei Fortbestehen der Gründe für den vorübergehenden Schutz vom Rat beschlossen werden (vgl. Artikel 4 der Richtlinie). Die maximale Aufenthaltsdauer beträgt hiernach drei Jahre. Ein längerer Aufenthalt ist nur auf einer 	24.0.5.2

- anderen aufenthaltsrechtlichen Grundlage oder zur Durchführung eines Asylverfahrens möglich.
- 24.0.5.3 – Informationen der Mitgliedstaaten über ihre Aufnahmekapazität; dem entsprechend erfolgt die Festlegung der Aufnahmequoten auf freiwilliger Basis durch die Mitgliedstaaten (vgl. Artikel 25 Absatz 1 der Richtlinie).
- 24.0.5.4 – Informationen der Kommission, des UNHCR und anderer einschlägiger Organisationen.
- 24.0.6 Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge führt nach §§ 91a und 91b ein Register zum vorübergehenden Schutz und darf diese Daten als nationale Kontaktstelle nach Artikel 27 Absatz 1 der Richtlinie zum vorübergehenden Schutz an die in § 91b genannten Stellen übermitteln (näheres hierzu siehe Nummer 91a und 91b).
- 24.0.7 Erhält ein Asylbewerber vorübergehenden Schutz, ruht das Asylverfahren für die Dauer der vorübergehenden Schutzgewährung. Die Rechtsstellung des Asylbewerbers richtet sich nach § 24 (§ 32a Absatz 1 AsylVfG).
- 24.0.8 Beantragt ein von Deutschland aufgenommener Ausländer die Verlegung seines Wohnsitzes in einen anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union, richtet sich das Verfahren nach §§ 42 und 43 AufenthV.
- 24.1 Erteilungsvoraussetzungen**
- Die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 24 Absatz 1 setzt einen vorangehenden Beschluss des Rates der Europäischen Union voraus, mit dem das Bestehen eines Massenzustroms von Flüchtlingen festgestellt wird, ferner die Erklärung, dass einer Personengruppe vorübergehender Schutz gewährt wird, der der Ausländer zugehört. Erforderlich ist darüber hinaus eine Erklärung des Schutzsuchenden, mit der Aufnahme im Bundesgebiet einverstanden zu sein.
- 24.2 Ausschlussgründe**
- Von der Gewährung vorübergehenden Schutzes werden Personen ausgeschlossen, die i. S. v. § 60 Absatz 8 Satz 1 oder des § 3 Absatz 2 AsylVfG eine schwere Straftat verübt haben oder eine Gefahr für die Sicherheit darstellen.
- 24.3 Verteilung auf die Länder**
- Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge verteilt die Flüchtlinge auf die Bundesländer (§ 24 Absatz 3 Satz 3). Solange die Länder für die Verteilung keinen abweichenden Schlüssel vereinbart haben, gilt der für die Verteilung von Asylbewerbern festgelegte Schlüssel (§ 24 Absatz 3 Satz 4).
- 24.4 Zuweisungsentscheidung**
- Für die Zuweisung des Flüchtlings in den Zuständigkeitsbereich einer bestimmten Auslän-

derbehörde ist das jeweilige Land zuständig (§ 24 Absatz 4 Satz 1). Der Zuweisungsentscheidung der Länder kommt, im Gegensatz zur Verteilung durch das Bundesamt, Verwaltungsaktqualität zu. Die landesinterne Verteilung können die Länder durch Rechtsverordnung regeln (§ 24 Absatz 4 Satz 2).

24.5

Örtliche Aufenthaltsbeschränkung

Der Ausländer hat Wohnung und gewöhnlichen Aufenthalt an dem Ort zu nehmen, dem er nach Absatz 3 und Absatz 4 zugewiesen wurde. Durch diese kraft Gesetzes vorgesehene örtliche Aufenthaltsbeschränkung soll verzögernden Rechtsstreitigkeiten mit aufschiebender Wirkung von Widerspruch und Klage gegenüber einer isoliert anfechtbaren ausländerbehördlichen Auflage entgegengewirkt werden. Weitergehende Modifizierungen der Aufenthaltserlaubnis (z. B. durch Auflagen nach § 12 Absatz 2) sind möglich, soweit diese nicht mit Bestimmungen der Richtlinie kollidieren.

24.6

Ausübung einer Erwerbstätigkeit

Die Aufenthaltserlaubnis nach § 24 berechtigt nicht bereits bei Erteilung zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit, wie dies z. B. in § 22 Satz 3 der Fall ist. Nach Artikel 12 der Richtlinie gestatten die Mitgliedstaaten Personen, die vorübergehenden Schutz genießen, die Ausübung einer abhängigen oder selbständigen Erwerbstätigkeit nach für den jeweiligen Berufsstand geltenden Regeln und können aus Gründen der Arbeitsmarktpolitik EU-/EWR-Bürgern und anderen Bevorrechtigten Vorrang einräumen. Die selbständige Erwerbstätigkeit ist damit auf Antrag zu erlauben; ggf. erforderliche Berufszugangsvoraussetzungen (z. B. Approbation) müssen vorliegen. Hinsichtlich der Ausübung einer Beschäftigung verweist Absatz 6 Satz 2 auf § 4 Absatz 2, was zur Folge hat, dass § 39 Anwendung findet. Soweit nicht die Aufnahme einer nach der BeschV oder BeschVerfV zustimmungsfreien Beschäftigung beabsichtigt ist, ist die Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit erforderlich.

25

Zu § 25 – Aufenthalt aus humanitären Gründen

25.1

Aufenthaltserlaubnis für Asylberechtigte

25.1.1

§ 25 Absatz 1 regelt die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis für Asylberechtigte nach Artikel 16a GG. Voraussetzung für die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis ist, dass der Ausländer

- unanfechtbar als Asylberechtigter anerkannt worden ist (§ 25 Absatz 1 Satz 1) und
- nicht aus schwerwiegenden Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ausgewiesen worden ist (§ 25 Absatz 1 Satz 2).

25.1.2

Die Ausländerbehörden sind an die Entscheidung des Bundesamtes für Migration und

	Flüchtlinge gebunden (§ 4 AsylVfG) und nicht berechtigt, im Rahmen der Entscheidung über die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis die Anerkennungsentscheidung des Bundesamtes auf ihre Richtigkeit hin zu überprüfen.		Asylberechtigten zuwiderlaufen. Zu Einschränkungen bei der Verfügung wohnsitzbeschränkender Auflagen an Inhaber von Aufenthaltstiteln nach § 25 Absatz 1 vgl. Nummer 12.2.5.2.3.
25.1.3	Vom Vorliegen der Erteilungsvoraussetzungen nach § 5 Absatz 1 und Absatz 2 ist abzusehen (§ 5 Absatz 3 Satz 1); von § 5 Absatz 4 darf hingegen nicht abgewichen werden (siehe hierzu Nummer 5.4.2). Liegen die Voraussetzungen vor, hat der Ausländer einen Rechtsanspruch auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis; es verbleibt kein Entscheidungsermessen.	25. 1. 11	Hinsichtlich des Widerrufs des Aufenthaltstitels eines Asylberechtigten siehe Nummer 52.1.4.
		25.2	Aufenthaltserlaubnis für Konventionsflüchtlinge
25.1.4	Nach Anerkennung als Asylberechtigter ist zunächst eine Aufenthaltserlaubnis für drei Jahre zu erteilen (§ 26 Absatz 1 Satz 2). Erst danach kann, außer in den Fällen der Nummer 26.4.2, der Asylberechtigte eine Niederlassungserlaubnis erhalten. Zu den Voraussetzungen der Niederlassungserlaubnis siehe Nummer 26.3. Es ist hingegen gesetzlich ausgeschlossen, dem Asylberechtigten eine Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG zu erteilen (§ 9a Absatz 3 Nummer 1, siehe Nummer 9a.3.1.1).	25.2.1	§ 25 Absatz 2 regelt die Aufenthaltsgewährung für Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention. Voraussetzung für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 2 Satz 1 ist, dass <ul style="list-style-type: none"> – dem Ausländer nach § 3 Absatz 4 AsylVfG die Flüchtlingseigenschaft unanfechtbar zuerkannt wurde und – der Ausländer nicht aus schwerwiegenden Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ausgewiesen worden ist (§ 25 Absatz 2 Satz 2 i. V. m. § 25 Absatz 1 Satz 2, siehe Nummer 25.1.1).
25.1.5	Zur Verlängerung der nach § 25 Absatz 1 erteilten Aufenthaltserlaubnis siehe Nummer 25.2.4.	25.2.2	Die Ausländerbehörden sind an die Entscheidung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge gebunden (§ 4 AsylVfG) und nicht berechtigt, im Rahmen der Entscheidung über die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis die Anerkennungsentscheidung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge auf ihre Richtigkeit hin zu überprüfen. Von den Erteilungsvoraussetzungen nach § 5 Absatz 1 und Absatz 2 ist abzusehen (§ 5 Absatz 3 Satz 1); von § 5 Absatz 4 darf hingegen nicht abgewichen werden.
25.1.6	Nach § 25 Absatz 1 Satz 2 darf eine Aufenthaltserlaubnis im Falle einer Ausweisung aus schwerwiegenden Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nicht erteilt werden. In diesen Fällen ist über die Aussetzung der Abschiebung eine Bescheinigung nach § 60a Absatz 4 auszustellen. Hinsichtlich der Ausweisung aus schwerwiegenden Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung siehe Nummer 56.1.0.2 ff.	25.2.3	Die in § 25 Absatz 1 Satz 3 und 4 enthaltenen Bestimmungen über die Erlaubnisfiktion und die Berechtigung zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit gelten auch bei Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 2 (siehe Nummer 25.1.7 und 25.1.9). Ebenso wie bei anerkannten Asylberechtigten wird auch bei anerkannten Flüchtlingen die Aufenthaltserlaubnis auf drei Jahre befristet erteilt (§ 26 Absatz 1 Satz 2). Erst danach – außer in den Fällen der Nummer 26.4.2 – kann der Ausländer eine Niederlassungserlaubnis erhalten. Zu den Voraussetzungen siehe Nummer 26.3.
25.1.7	Nach § 25 Absatz 1 Satz 3 tritt bis zur Entscheidung über die Aufenthaltserlaubnis die Erlaubnisfiktion ein. Der Aufenthalt gilt danach abweichend von der allgemeinen Fiktionsregelung des § 81 Absatz 3 Satz 1 nicht ab der Beantragung einer Aufenthaltserlaubnis, sondern bereits für die Zeit zwischen der unanfechtbaren Anerkennung als Asylberechtigter nach Artikel 16a Absatz 1 GG und der Entscheidung über die Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 1 Satz 1 als erlaubt.	25.2.4	Nach Artikel 24 Absatz 1 der Richtlinie 2004/83/EG des Rates vom 29. April 2004 über Mindestnormen für die Anerkennung und den Status von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Flüchtlinge oder als Personen, die anderweitig internationalen Schutz benötigen, und über den Inhalt des zu gewährenden Schutzes (ABl. EU Nummer L 304 S. 12, so genannte Qualifikationsrichtlinie) sind die Mitgliedstaaten verpflichtet, Personen, denen die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt worden ist, einen Aufenthaltstitel auszustellen, der mindestens drei Jahre gültig und verlängerbar sein muss. Nach richtlinienkonformer Aus-
25.1.8	Asylberechtigte sind ebenfalls die Ausländer, denen Familienasyl nach § 26 Absatz 1 und 2 AsylVfG gewährt worden ist.		
25.1.9	Nach Absatz 1 Satz 4 gestattet die erteilte Aufenthaltserlaubnis uneingeschränkte Erwerbstätigkeit.		
25. 1. 10	Die Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 1 kann grundsätzlich nach den allgemeinen Vorschriften (vgl. § 12) mit einer Nebenbestimmung, insbesondere mit Bedingungen und Auflagen versehen werden, soweit sie mit der Rechtsstellung des Asylberechtigten vereinbar sind und nicht den garantierten Rechten des		

legung des § 26 Absatz 1 Satz 1 und 2 muss daher ein nach § 25 Absatz 2 erteilter Aufenthaltstitel verlängerbar sein. Dabei gilt die Gültigkeitsdauer von drei Jahren nach § 26 Absatz 1 Satz 2 jedoch entsprechend dem ausdrücklichen Wortlaut nur für die Ersterteilung. Die Verlängerung richtet sich nach § 26 Absatz 1 Satz 1 und kann für eine kürzere Geltungsdauer erfolgen. Eine Fiktionsbescheinigung nach § 81 Absatz 4 anstelle der Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis kommt nur in Betracht, wenn die Mitteilung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge nach § 73 Absatz 2a AsylVfG unmittelbar bevorsteht.

25.2.5 Es ist gesetzlich ausgeschlossen, anerkannten Flüchtlingen eine Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG zu erteilen (§ 9a Absatz 3 Nummer 1, siehe Nummer 9a.3.1.1).

25.2.6 Anerkannten Flüchtlingen gleichgestellt sind Ausländer, denen Familienflüchtlingsschutz nach § 26 Absatz 4 AsylVfG gewährt worden ist. Volljährige ledige Kinder eines Ausländers, der vor Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes als Flüchtling anerkannt wurde, und die zum Zeitpunkt der Asylantragstellung minderjährig waren, können keinen Familienflüchtlingsschutz nach § 26 Absatz 4 AsylVfG erhalten. Für sie sieht die Übergangsregelung in § 104 Absatz 4 eine entsprechende Anwendung von § 25 Absatz 2 vor (siehe Nummer 104.4).

25.2.7 Hinsichtlich des Widerrufs des Aufenthaltstitels eines anerkannten Flüchtlings siehe Nummer 52.1.4.

25.3 Aufenthaltserlaubnis bei Abschiebungsverbot nach § 60 Absatz 2 bis 7

25.3.1 Nach § 25 Absatz 3 soll einem Ausländer eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, wenn ein Abschiebungsverbot nach § 60 Absatz 2, 3, 5 oder Absatz 7 vorliegt. Die Regelung dient auch der Umsetzung der Qualifikationsrichtlinie. Die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 3 setzt voraus, dass

- ein Abschiebungsverbot nach § 60 Absatz 2, 3, 5 oder Absatz 7 vorliegt und
- keine schwerwiegenden Gründe die Annahme rechtfertigen, dass der Ausländer eine der Voraussetzungen des § 25 Absatz 3 Satz 2 Buchstabe a) bis d) verwirklicht.

Für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis bei Abschiebungsverboten nach § 60 Absatz 5 und 7 Satz 1 ist ferner erforderlich, dass nach § 25 Absatz 3 Satz 2

- die Ausreise in einen anderen Staat nicht möglich und nicht zumutbar ist (vgl. Nummer 25.3.5) und
- kein wiederholter oder gröblicher Verstoß gegen entsprechende Mitwirkungspflichten vorliegt.

In den Fällen des § 60 Absatz 2, 3 und 7 Satz 2 wird eine Aufenthaltserlaubnis auch dann er-

teilt, wenn die Ausreise in einen anderen Staat möglich und zumutbar ist oder aber wiederholt oder gröblich gegen Mitwirkungspflichten verstoßen wurde. Mit § 60 Absatz 2, 3 und 7 Satz 2 wird der subsidiäre Schutz nach Artikel 15 der Qualifikationsrichtlinie in das deutsche Recht übertragen. Da die Richtlinie nur die Ausschlussklauseln nach § 25 Absatz 3 Satz 2 Buchstabe a) bis d) vorsieht, ist – bei richtlinienkonformer Auslegung – eine Ausdehnung auf die weiteren in § 25 Absatz 3 Satz 2 genannten Ausschlussgründe nicht möglich.

25.3.2

Vom Vorliegen der allgemeinen Erteilungsvoraussetzungen nach § 5 Absatz 1 und 2 ist abzugehen (§ 5 Absatz 3 Satz 1); von § 5 Absatz 4 darf hingegen nicht abgewichen werden (siehe hierzu Nummer 5.4.2). Zwar ist nach § 5 Absatz 3 Satz 1 auch von der Erfüllung der Passpflicht abzugehen; wirkt der Ausländer jedoch an der Passbeschaffung nicht mit oder verstößt er gegen seine Pflichten bei der Feststellung und Sicherung der Identität und der Beschaffung gültiger Reisepapiere, kann dies einen gröblichen Verstoß gegen Mitwirkungspflichten i. S. d. § 25 Absatz 3 Satz 2 darstellen (zu den Folgen siehe unten Nummer 25.3.6.1 f.); in Bezug auf den Verfolgerstaat ist der Ausländer nicht zu Mitwirkungshandlungen verpflichtet. Die Ablehnung des Asylantrags als offensichtlich unbegründet steht nach § 10 Absatz 3 Satz 3, 2. Halbsatz (siehe Nummer 10.3.3.2) der Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 3 nicht entgegen. Liegen die Voraussetzungen für die Erteilung nach § 25 Absatz 3 vor, hat die Ausländerbehörde grundsätzlich keinen Ermessensspielraum. In den Fällen des § 60 Absatz 2, 3 und 7 Satz 2 gilt dieser Grundsatz – bei richtlinienkonformer Auslegung des § 25 Absatz 3 im Hinblick auf Artikel 24 Absatz 2 der Qualifikationsrichtlinie – ausnahmslos (soweit zwingende Gründe der öffentlichen Sicherheit und Ordnung i. S. v. Artikel 24 Absatz 2 der Qualifikationsrichtlinie vorliegen, steht allerdings ein auf solchen Gründen fußendes Einreise- und Aufenthaltsverbot gemäß § 11 Absatz 1 der Titelerteilung entgegen, wobei in diesen Fällen in aller Regel bereits der Tatbestandsausschluss nach § 25 Absatz 3 Satz 2 Buchstaben a) bis d) greifen dürfte). In den Fällen des § 60 Absatz 5 und 7 Satz 1 steht in atypischen Fallgestaltungen die Erteilung im Ermessen (siehe Beispiele hierzu unter Nummer 25.3.3.3). In allen Fällen des § 60 Absatz 5 und Absatz 7 Satz 1 steht ein bestehendes Einreise- und Aufenthaltsverbot nach § 11 Absatz 1 der Erteilung eines Aufenthaltstitels entgegen.

25.3.3.1

Hat der Ausländer einen Asylantrag gestellt, entscheidet nach § 24 Absatz 2, § 31 Absatz 3 AsylVfG das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge über das Vorliegen von Abschiebungsverboten. An die Entscheidung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge ist die

Ausländerbehörde gebunden (§ 42 AsylVfG). Grundsätzlich setzt die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis die Unanfechtbarkeit der positiven Entscheidung voraus. Diese Voraussetzungen liegen für positive Entscheidungen des Bundesamtes, die nach dem 1. Januar 2005 erlassen wurden, immer vor, da sie unmittelbar in Bestandskraft erwachsen. Die Voraussetzungen liegen nicht vor bei positiven Entscheidungen, die vor dem 1. Januar 2005 erlassen wurden und noch rechtshängig sind. Hier kann erst nach rechtskräftiger positiver Entscheidung eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden. Das Bundesamt unterrichtet die Ausländerbehörde unverzüglich über die getroffene Entscheidung sowie über Erkenntnisse, die der Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis entgegenstehen können (§ 24 Absatz 3 AsylVfG).

25.3.3.2 Die Ausländerbehörde ist nur dann für die Feststellung von Abschiebungsverboten nach § 60 Absatz 2, 3, 5 oder Absatz 7 zuständig, wenn der Ausländer keinen Asylantrag gestellt hat. In diesem Fall darf die Ausländerbehörde gemäß § 72 Absatz 2 nur nach vorheriger Beteiligung des Bundesamtes eine Entscheidung über das Vorliegen eines Abschiebungsverbotes treffen.

25.3.3.3 Für die Fälle des § 60 Absatz 5 und Absatz 7 Satz 1, in denen – anders als in den Fällen des § 60 Absatz 2, 3 oder Absatz 7 Satz 2 – in atypischen Fällen die Aufenthaltserlaubnis versagt werden kann, gilt Folgendes: Hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in den Fällen des § 60 Absatz 5 oder Absatz 7 Satz 1 ein Widerrufsverfahren eingeleitet, ändert dies nichts an der Bindungswirkung nach § 42 AsylVfG. Für einen Widerruf der Aufenthaltserlaubnis ist notwendig, dass der Widerruf des Abschiebungsverbots unanfechtbar oder sofort vollziehbar ist (§ 52 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 Buchstabe c); siehe Nummer 52.1.5.1.3). Die Erteilung bzw. Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis steht dann jedoch im Ermessen der Ausländerbehörde, da die Einleitung eines Widerrufsverfahrens durch das Bundesamt wegen einer Änderung der Verhältnisse im Zielstaat der Abschiebung einen atypischen Ausnahmefall begründet. Das gleiche gilt, wenn offenkundig ist, dass die Gefährdungslage im Heimatstaat nicht mehr besteht oder aus anderen Gründen mit dem Widerruf der anerkennenden Entscheidung des Bundesamtes zu rechnen ist. Die Ausländerbehörde hat in diesem Fall bei der Entscheidung über die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 3 unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalles und nach Würdigung des in Frage stehenden Widerrufsgrundes eine Prognose darüber zu treffen, ob und wann ein Widerruf des Abschiebungsverbots zu erwarten ist. Je weniger absehbar eine Beendigung des Aufenthalts erscheint, desto näher liegt es, das Ermessen dahin gehend auszuüben, eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen. Hinsichtlich der voraussichtlichen

Dauer des Verfahrens kann das Bundesamt beteiligt werden. Die Ausländerbehörden haben bei der Prüfung von Sicherheitsbedenken die Möglichkeit, nach § 73 Absatz 2 die dort genannten Sicherheitsbehörden zu beteiligen.

25.3.4 Die Aufenthaltserlaubnis ist für mindestens ein Jahr zu erteilen (§ 26 Absatz 1 Satz 2). Sie kann mit Auflagen und Bedingungen verbunden (§ 12 Absatz 2) und ggf. nachträglich zeitlich verkürzt werden (§ 7 Absatz 2 Satz 2).

25.3.5.1 § 25 Absatz 3 Satz 2 stellt sicher, dass kein Aufenthaltstitel erteilt wird, wenn die Ausreise in einen anderen Staat möglich und zumutbar ist. In diesen Fällen bleibt es bei der Duldung nach § 60a, es wird eine Bescheinigung über die Aussetzung der Abschiebung (§ 60a Absatz 4) erteilt. Der Ausschlussgrund ist jedoch nicht anwendbar in den Fällen des § 60 Absatz 2, 3 und 7 Satz 2. Die Bestimmungen beruhen auf der Qualifikationsrichtlinie, nach der die Möglichkeit der Ausreise in einen Drittstaat keinen Grund für die Versagung der Aufenthaltserlaubnis darstellt.

25.3.5.2 Der Begriff der Ausreise umfasst sowohl die zwangsweise Rückführung als auch die freiwillige Ausreise. Es ist daher unerheblich, ob eine zwangsweise Rückführung unmöglich ist, z.B. weil eine Begleitung durch Sicherheitsbeamte nicht durchgeführt werden kann, wenn der Ausländer freiwillig in den Herkunftsstaat oder in einen anderen aufnahmebereiten Staat ausreisen könnte. Dabei ist nicht auf das bloße Verlassen des Bundesgebiets abzustellen, sondern auch darauf, ob es dem Ausländer möglich ist, in einen anderen Staat einzureisen und sich dort aufzuhalten.

25.3.5.3 Ein anderer Staat ist ein Drittstaat, in dem der betroffenen Person die in § 60 Absatz 5 oder Absatz 7 Satz 1 genannten Gefahren nicht drohen.

25.3.5.4 Möglich ist die Ausreise, wenn die betroffene Person in den Drittstaat einreisen und sich dort zumindest für die Zeit ihrer Schutzbedürftigkeit aufhalten darf. Eine kurzfristige Möglichkeit zum Aufenthalt in einem anderen Staat genügt hierfür nicht. Die Ausreise ist zumutbar, wenn die mit dem Aufenthalt im Drittstaat verbundenen Folgen die betroffene Person nicht stärker treffen als die Bevölkerung des Drittstaates oder die Bevölkerungsgruppe, der der Betroffene angehört. Dies ist z.B. bei gemischt nationalen Ehen der Fall, wenn dem Ehepartner die Einreise und der Aufenthalt im Heimatstaat des anderen Ehepartners erlaubt wird oder wenn der betroffenen Person aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit Einreise und Aufenthalt in einem Drittstaat gestattet wird.

25.3.5.5 Die Darlegung, in welchen Staat eine Ausreise möglich ist, obliegt der Ausländerbehörde. Sie hat sich dabei an konkreten Anhaltspunkten zu orientieren. Maßgeblich für die Auswahl ist die

- Beziehung der betroffenen Person zum Drittstaat (Beispiele: Ausländer hat einen Aufenthaltstitel für einen Drittstaat oder hat lange dort gelebt; Ehepartner oder nahe Verwandte sind Drittstaatsangehörige; Ausländer gehört einer Volksgruppe an, der im Drittstaat regelmäßige Einreise und Aufenthalt ermöglicht wird) und die Aufnahmebereitschaft des Drittstaates. Der Ausländer kann hiergegen Einwendungen geltend machen.
- 25.3.5.6 Die Zumutbarkeit der Ausreise wird vermutet, sofern der Ausländerbehörde keine gegenteiligen Hinweise vorliegen. Unzumutbar ist die Ausreise in den Drittstaat insbesondere dann, wenn dem Ausländer dort die „Kettenabschiebung“ in den Verfolgerstaat droht oder ihn dort ähnlich unzumutbare Lebensbedingungen erwarten. Demnach ist die Ausreise in einen Staat unzumutbar, wenn der Ausländer dort keine Lebensgrundlage nach Maßgabe der dort bestehenden Verhältnisse finden kann.
- 25.3.6.1 Eine Aufenthaltserlaubnis darf auch nicht erteilt werden, wenn der Ausländer wiederholt oder gröblich gegen „entsprechende Mitwirkungspflichten“ (zu dem Begriff sogleich) verstößt. Auch dieser Ausschlussgrund ist nicht anwendbar bei Abschiebungsverboten nach § 60 Absatz 2, 3 und 7 Satz 2, da es sich hierbei um subsidiäre Schutztatbestände nach der Qualifikationsrichtlinie handelt, die derartige Ausschlussgründe nicht vorsieht. Stellt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ein Abschiebungsverbot in diesem Sinne fest, enthält der Bescheid einen entsprechenden Hinweis. Die Vorschrift sanktioniert nicht die wiederholte oder gröbliche Verletzung aller, sondern nur „entsprechender“ Mitwirkungspflichten (vgl. Nummer 25.3.2). Der Ausländer muss hierzu eine gesetzliche Mitwirkungspflicht nach dem Aufenthaltsgesetz oder dem AsylVfG verletzt haben, wodurch die Ausreise in einen anderen Staat gegenwärtig nicht möglich oder zumutbar ist. Hierzu zählen insbesondere die ausweisrechtlichen Mitwirkungspflichten sowie die Pflichten bei der Feststellung und Sicherung der Identität und der Beschaffung gültiger Reisepapiere (§§ 48, 49, 82 Absatz 4, §§ 15, 16 AsylVfG). Ein Bezug auf einen konkreten Zielstaat muss nicht vorliegen. Auch wenn nach § 5 Absatz 3 Satz 1 bei Vorliegen der besonderen Erteilungsvoraussetzungen auf das Vorliegen von § 5 Absatz 1 Nummer 1a und Nummer 4 verzichtet wird, bedeutet dies nicht, dass den Ausländer keine Mitwirkungspflichten bei der Identitätsfeststellung und der Beschaffung von Reisedokumenten treffen. Ein Verstoß gegen andere gesetzliche Mitwirkungspflichten, die sich nicht auf das Ausländerrecht beziehen (z.B. AsylbLG oder SGB II), genügt dagegen nicht.
- 25.3.6.2 Der einfache Verstoß gegen die unter Nummer 25.3.6.1 genannten Mitwirkungspflichten reicht nicht aus. Erforderlich ist, dass der Ausländer mehr als einmal gegen entsprechende Mitwirkungspflichten verstoßen hat, wobei der Verstoß gegen unterschiedliche Mitwirkungspflichten genügt. Ein wiederholter Verstoß setzt allerdings voraus, dass der Ausländer in unterschiedlichen Situationen und nicht im Rahmen eines einheitlichen Lebenssachverhalts gegen die Mitwirkungspflichten verstößt. Eine einmalige Verletzung der Mitwirkungspflichten ist jedoch dann ausreichend, wenn es sich um einen gröblichen Verstoß handelt. Ein gröblicher Verstoß gegen eine Mitwirkungspflicht liegt dann vor, wenn der Ausländer durch aktives Tun hiergegen verstößt. Die Begehung strafbarer Handlungen, wie z.B. die Vorlage gefälschter Unterlagen, im Zusammenhang mit der Erfüllung von Mitwirkungspflichten begründet in jedem Fall einen gröblichen Verstoß.
- Die Formulierung „verstößt“ bedeutet nicht, dass der Verstoß erst noch stattfinden muss oder unmittelbar bevorsteht; es genügt, dass ein bereits eingetretener Verstoß Auswirkungen auf die Gegenwart hat und nicht gänzlich ohne Wirkung geblieben ist.
- 25.3.7 Versagung der Aufenthaltserlaubnis bei Schutzunwürdigkeit und gegenüber Gefährdungen
- 25.3.7.1 Eine Aufenthaltserlaubnis darf nach § 25 Absatz 3 Satz 2 Buchstabe a) bis d) nicht erteilt werden, wenn schwerwiegende Gründe die Annahme rechtfertigen, dass der Ausländer schwere Menschenrechtsverletzungen oder andere Straftaten von erheblicher Bedeutung begangen hat oder er eine Gefahr für die Allgemeinheit oder die Sicherheit des Landes darstellt. Die Vorschrift setzt Artikel 17 Absatz 1 der Qualifikationsrichtlinie in das deutsche Recht um. Die Ausschlussstatbestände kommen – bei Vorliegen der Voraussetzungen – in allen Fällen der Aufenthaltserteilung aufgrund von Abschiebungsverboten nach § 60 Absatz 2, 3, 5 und 7 in Betracht. Die vorliegenden Ausschlussgründe sind den Ausschlussklauseln im Flüchtlingsrecht (vgl. § 3 Absatz 2 AsylVfG, § 60 Absatz 8) ähnlich, aber weiter gefasst als diese. Mit der Vorschrift soll verhindert werden, dass schwere Straftäter und Gefährder, deren Aufenthalt nicht beendet werden kann, einen rechtmäßigen Aufenthalt in Deutschland erhalten.
- 25.3.7.2 Bei Vorliegen der Voraussetzungen ist der Ausschluss der Aufenthaltserlaubnis zwingend.
- 25.3.7.3 Es ist unerheblich, wo die Taten und Handlungen nach § 25 Absatz 3 Satz 2 Buchstabe a) bis d) begangen wurden. Zum Ausschluss der Aufenthaltserlaubnis führt eine Tatbegehung im Herkunftsland, in einem Drittstaat oder in Deutschland.
- 25.3.7.4 Für die Anwendung der Ausschlussklauseln ist eine strafrechtliche Verurteilung des Ausländers nicht erforderlich. Umgekehrt schließt die Verübung einer Strafe die Anwendung der Ausschlussklauseln nicht aus.

- 25.3.7.5 Die Ausschlussstatbestände nach § 25 Absatz 3 Satz 2 Buchstabe a) bis d) kommen nicht nur in Betracht, wenn die Tat eigenhändig begangen wurde, sondern auch dann, wenn ein Ausländer einen anderen zu einer schweren Straftat anstiftet oder diesen dabei in irgendeiner Weise fördert oder unterstützt. Der Tatbeitrag kann z. B. in Hilfeleistungen bei der Durchführung der Tat, in verbaler Ermutigung oder öffentlicher Befürwortung der Tat bestehen. Für die Beurteilung, ob ein Ausschlussstatbestand vorliegt, muss die konkrete Tat und der Tatbeitrag des Ausländers benannt werden können. Die bloße Mitgliedschaft in einer Organisation, die für Straftaten verantwortlich ist, reicht i. d. R. noch nicht für einen Ausschluss aus. Besteht allerdings ein erheblicher Teil der Aktivitäten der Organisation in der Begehung von schweren Straftaten, steht die Mitgliedschaft einer aktiven Beteiligung an den Taten i. d. R. gleich. In diesen Fällen ist die Aufenthaltserlaubnis zu versagen, sofern der Ausländer Kenntnis von den Aktivitäten hat und der Organisation freiwillig angehört.
- 25.3.7.6 Für die Anwendung der Ausschlussklauseln ist nur in den Fällen von § 25 Absatz 3 Satz 2 Buchstabe d) erforderlich, dass der Ausländer eine Gefahr für die Sicherheit Deutschlands oder für die Allgemeinheit darstellt. In den anderen Tatbestandsvarianten (Buchstabe a) bis c)) kommt es hierauf nicht an. Hier ist die Schutzwürdigkeit des Betroffenen maßgeblich für die Versagung der Aufenthaltserlaubnis.
- 25.3.7.7 Es müssen schwerwiegende Gründe die Annahme rechtfertigen, dass Ausschlussstaten begangen wurden. Dafür sind mehr als bloße Verdachtsmomente erforderlich. Andererseits sind die Beweisanforderungen geringer als die für eine strafrechtliche Verurteilung geltenden Maßstäbe. Zum Nachweis können u. a. Aussagen des Antragstellers in seiner Anhörung vor der Ausländerbehörde oder dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Zeugenaussagen, Urkunden, Auskünfte des Auswärtigen Amtes oder anderer Stellen, aber auch Zeitungsartikel, Urteile oder Anklageschriften herangezogen werden.
- 25.3.7.8 Die Ausländerbehörde darf eine Entscheidung über das Vorliegen von Ausschlussgründen nur nach vorheriger Beteiligung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge treffen (vgl. § 72 Absatz 2). Damit wird das Einfließen der besonderen Sach- und Rechtskunde des Bundesamtes in diesen Bereichen sichergestellt. Es handelt sich jeweils um nicht selbständig anfechtbare verwaltungsinterne Stellungnahmen.
- 25.3.7.9 Aufgrund der Wortgleichheit der Vorschriften können Sachverhalte, die Ausschlussgründe nach § 3 Absatz 2 AsylVfG begründen oder nach § 60 Absatz 8 zur Versagung der Flüchtlingsanerkennung oder der Asylberechtigung geführt haben (vgl. § 30 Absatz 4 AsylVfG), auch im Hinblick auf eine Versagung gemäß § 25 Absatz 3 Satz 2 Buchstabe a) bis c) bzw. d) von Relevanz sein. Das Bundesamt unterrichtet die Ausländerbehörde über die im Asylverfahren zu Tage getretenen Ausschlussgründe (§ 24 Absatz 3 Nummer 2 Buchstabe b) AsylVfG).
- 25.3.7.10 Wird die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis nach dieser Vorschrift ausgeschlossen, erhält der Ausländer nach § 60a Absatz 2 und 4 eine Bescheinigung über die Aussetzung der Abschiebung.
- 25.3.7.11 Der Ausschluss der Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 3 Satz 2 Buchstabe a) bis d) schließt die Erteilung oder Beibehaltung einer Aufenthaltserlaubnis aus anderen Gründen nicht aus (z. B. wenn die Voraussetzungen für den Familiennachzug vorliegen); allerdings dürften in diesen Fällen regelmäßig die Erteilungsvoraussetzung nach § 5 Absatz 1 Nummer 2 oder 3 nicht erfüllt sein oder ein Versagungsgrund nach § 5 Absatz 4 vorliegen. Bei abgelehnten Asylbewerbern ist allerdings zu beachten, dass Ausländern, deren Asylantrag als offensichtlich unbegründet abgelehnt worden ist, gemäß § 10 Absatz 3 vor ihrer Ausreise eine Aufenthaltserlaubnis nur erteilt werden darf, wenn ein Anspruch besteht. Die Ausnahmeregelung in § 10 Absatz 3, 2. Halbsatz greift nicht, wenn ein Ausschlussgrund nach § 25 Absatz 3 Satz 2 Buchstabe a) bis d) vorliegt.
- 25.3.8 Die einzelnen Ausschlussgründe
- § 25 Absatz 3 Satz 2 Buchstabe a) bis d) überträgt die Ausschlussklauseln nach Artikel 17 der Qualifikationsrichtlinie in das deutsche Recht. Zwischen den einzelnen Tatbeständen der Vorschrift sind Überschneidungen möglich, so dass mehr als nur eine Tatbestandsalternative zur Anwendung kommen kann.
- 25.3.8.1 Ausschlussgründe in Anlehnung an das humanitäre Völkerrecht
- 25.3.8.1.0 Die Ausschlussgründe des § 25 Absatz 3 Satz 2 Buchstabe a) sind dem humanitären Völkerrecht entlehnt. Die Auslegung der Tatbestände bestimmt sich daher vorrangig nach Maßgabe völkerrechtlicher Bestimmungen und nicht nach nationalen (strafrechtlichen) Vorschriften. Bislang gibt es keine allgemein gültige Definition der Begriffe „Verbrechen gegen den Frieden“, „Kriegsverbrechen“ und „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“. Wesentliche Orientierungshilfe bei der Auslegung bietet aber das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs vom 17. Juli 1998 (BGBl. 2000 II S. 1393) sowie das VStGB, welches die Regelungen des Römischen Statuts in das deutsche Recht überträgt. Das Römische Statut enthält eine aktuelle und umfassende Kodifizierung von Straftaten, die nach § 25 Absatz 3 Satz 2 Buchstabe a) zur Versagung der Aufenthaltserlaubnis führen (vgl. §§ 7 ff. VStGB sowie Artikel 7 und 8 des Römischen Statuts). Auch hinsichtlich der weiteren allgemeinen Tatbe-

standselemente, wie etwa Tatbeteiligungsfragen, sind die beiden Regelwerke heranzuziehen (vgl. etwa §§ 3, 4 VStGB, Artikel 25, 27, 28 des Römischen Statuts). Darüber hinaus sollten die weiteren geschriebenen wie ungeschriebenen Regeln des humanitären Völkerrechts herangezogen werden.

25.3.8.1.1 Verbrechen gegen den Frieden

Die Tatbestandsalternative „Verbrechen gegen den Frieden“ umfasst Angriffskriege (bewaffnete Angriffe) und vergleichbare Aggressionen. Im Völkerrecht gibt es bisher keine allgemein anerkannte Definition für den Begriff Angriffskrieg. Der Begriff wird bislang weder im Römischen Statut noch im VStGB näher erläutert. Soweit diese Tatbestandsalternative in Betracht gezogen wird, kann auf die in der Entschließung 3314 der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 14. Dezember 1974 enthaltenen Hinweise zurückgegriffen werden. Danach ist eine Angriffshandlung im obigen Sinne die Anwendung von Gewalt durch einen Staat gegen die Souveränität, die territoriale Unversehrtheit oder politische Unabhängigkeit eines anderen Staates. Als Angriffshandlungen kommen in Betracht: Invasion oder Angriff durch die Streitkräfte eines Staates, militärische Besetzung, Beschießung oder Bombardierung, Blockade der Häfen und Küsten, Entsendung bewaffneter Banden, Gruppen, Freischärler oder Söldner und die wesentliche Beteiligung an solchen Aktionen. Grundsätzlich müssen die Angriffe aber nachhaltig sein und einen gewissen Schweregrad erreicht haben, um die Voraussetzungen für einen Angriffskrieg zu erfüllen. Da sich Verbrechen gegen den Frieden gegen die territoriale Integrität eines Staates richten, kommen grundsätzlich nur führende Vertreter von Staaten oder mit vergleichbarer Macht ausgestattete Personen als Täter in Betracht (z. B. Rebellenführer, die eine Sezession vom Staatsgebiet anstreben).

25.3.8.1.2 Kriegsverbrechen

Kriegsverbrechen sind schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht im Rahmen bewaffneter internationaler und nicht-internationaler Konflikte. Dazu zählen Verstöße gegen Regelungen zum Schutz von Personen, die nicht oder nicht mehr an bewaffneten Kämpfen teilnehmen sowie Verstöße gegen Regelungen über die Mittel und Methoden der Kriegsführung (z. B. Einsatz verbotener Waffen). Kriegsverbrechen können von Zivilpersonen und Soldaten begangen werden. Umgekehrt können Zivilpersonen und Soldaten Opfer von Kriegsverbrechen werden.

25.3.8.1.2.1 Kriegsverbrechen setzen immer einen internationalen oder nicht-internationalen bewaffneten Konflikt voraus. Mit dem Begriff internationaler Konflikt wird eine bewaffnete Auseinandersetzung zwischen zwei oder mehreren Staaten bezeichnet. Auch die Besetzung eines Staates durch einen anderen Staat fällt

darunter. Eine förmliche Kriegserklärung ist nicht erforderlich. Unter einem nicht-internationalen Konflikt ist eine bewaffnete Auseinandersetzung zu verstehen, an der die Regierung und bewaffnete Gruppen beteiligt sind oder bewaffnete Gruppen gegeneinander kämpfen. Im Falle nicht-internationaler bewaffneter Konflikte müssen die Auseinandersetzungen eine gewisse Größenordnung erreicht haben. Bürgerkriege können darunter fallen, nicht jedoch gelegentliche bewaffnete Kämpfe, allgemeine Spannungen, kleinere Grenzverletzungen und Unruhen (vgl. Zusatzprotokoll II vom 8. Juni 1977 zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über den Schutz der Opfer nicht-internationaler bewaffneter Konflikte). Der nicht-internationale Konflikt muss seiner Art und Intensität nach mit zwischenstaatlichen kriegerischen Auseinandersetzungen zumindest annähernd vergleichbar sein. Die Auseinandersetzungen müssen sich nicht auf das gesamte Staatsgebiet erstrecken. Es reicht aus, wenn nur in einem Teil davon Kampfhandlungen stattfinden. Die Auseinandersetzungen müssen auch nicht notwendigerweise auf das Gebiet eines Staates beschränkt sein. Die bewaffneten Gruppen müssen einen bestimmten Organisationsgrad aufweisen, der innerhalb der Gruppe eine Befehlsstruktur ähnlich wie in regulären Streitkräften erlaubt (vgl. Artikel 1 des Zusatzprotokolls II vom 8. Juni 1977). Bewaffnete Banden, die nur einen losen Zusammenhang haben, fallen nicht darunter. Ein Hinweis darauf, dass es sich um einen nicht-internationalen bewaffneten Konflikt im völkerrechtlichen Sinne handelt, kann sich daraus ergeben, dass sich der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen oder das Internationale Komitee des Roten Kreuzes mit dem Konflikt befasst.

25.3.8.1.2.2 Artikel 8 des Römischen Statuts (vgl. auch § 8 VStGB) enthält eine nicht abschließende Liste der Handlungen, die als Kriegsverbrechen in Betracht kommen. Dazu zählen u. a.:

- vorsätzliche Tötung einer nach dem humanitären Völkerrecht zu schützenden Person, z. B. Angehörige der Zivilbevölkerung,
- Angriffe auf Personen, die nicht mehr an den Feindseligkeiten teilnehmen, z. B. Verwundete, Kriegsgefangene,
- Zwangsumsiedlung geschützter Personen aus den besetzten Gebieten in das Territorium der Besatzungsmacht,
- Plünderungen,
- umfangreiche Zerstörungen und Aneignungen von zivilen Objekten, ohne dass hierfür eine militärische Notwendigkeit gegeben ist,
- Zwangsrekrutierung von unter 15-jährigen Kindern in die Streitkräfte,
- Anordnung, kein Pardon zu geben,

- Anwendung verbotener Mittel der Kriegsführung, z. B. biologischer und chemischer Waffen.

25.3.8.1.2.3 Für die Beurteilung, ob eine Handlung ein Kriegsverbrechen im Rahmen eines internationalen Konflikts darstellt, sind neben dem Römischen Statut die Rechtsinstrumente des Kriegsvölkerrechts zu beachten, insbesondere die Genfer Konventionen vom 12. August 1949 (BGBl. 1954 II S. 781, 783, 813, 838, 917; 1956 II S. 1586) und das Zusatzprotokoll I vom 8. Juni 1977 (BGBl. 1990 II S. 1550, 1637). Während für die unter Artikel 8 des Römischen Statuts fallenden Taten feststeht, dass es sich jeweils um Kriegsverbrechen handelt, kann dies für Verstöße gegen die in den Genfer Konventionen und anderen Vertragswerken genannte Verstöße nicht ohne weiteres angenommen werden. Da nicht alle, sondern nur schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht Kriegsverbrechen sind, muss im Einzelfall geprüft werden, ob der jeweilige Verstoß hinreichend schwerwiegend ist. Ein schwerer Verstoß in diesem Sinne ist anhand der Gesamtumstände des Einzelfalls zu beurteilen. Er liegt dann vor, wenn grundlegende Prinzipien der Menschlichkeit missachtet wurden (vgl. gemeinsamer Artikel 3 der Genfer Konventionen).

25.3.8.1.2.4 Für Taten, die im Rahmen von nicht-internationalen bewaffneten Konflikten verübt werden, findet das Römische Statut ebenfalls Anwendung. Allerdings kann hier nur eingeschränkt auf geschriebenes Völkerrecht zurückgegriffen werden. Eine unmittelbare Anwendung der Genfer Konventionen ist nicht möglich, da die darin enthaltenen Regelungen grundsätzlich nur für internationale Konflikte gelten. Grundlegend für die Beurteilung von Taten im Zusammenhang mit nicht-internationalen bewaffneten Konflikten sind der gemeinsame Artikel 3 der Genfer Konventionen, das Zusatzprotokoll II vom 8. Juni 1977 und das (übrige) Völkergewohnheitsrecht. Große Teile der Genfer Konventionen gehören inzwischen zum Völkergewohnheitsrecht und sind daher auch im Rahmen bewaffneter Konflikte anzuwenden.

25.3.8.1.3 Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind schwere Menschenrechtsverletzungen, die im Rahmen ausgedehnter oder systematischer Angriffe gegen die Zivilbevölkerung verübt werden (vgl. Artikel 7 des Römischen Statuts, § 7 VStGB). Von isolierten Taten unterscheiden sich Verbrechen gegen die Menschlichkeit dadurch, dass sie Teil eines bestimmten Verhaltensmusters sind, das i. d. R. auf einer ablehnenden Haltung gegenüber bestimmten nationalen, ethnischen, religiösen oder anderweitig charakterisierten Gruppen beruht. Es ist nicht erforderlich, dass mehrere Personen von dem Angriff betroffen sind. Vielmehr genügt auch eine gegen einen Einzelnen gerichtete

Tat, wenn diese im Zusammenhang mit dem diskriminierenden Verhaltensmuster steht. Verbrechen gegen die Menschlichkeit können sowohl im Zusammenhang mit bewaffneten Konflikten als auch in Friedenszeiten begangen werden. Im Rahmen von bewaffneten Konflikten begangene Taten sollten jedoch unter dem spezielleren Tatbestandsmerkmal „Kriegsverbrechen“ geprüft werden.

25.3.8.1.3.1 Eine nicht abschließende Liste der Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist in Artikel 7 des Römischen Statuts (vgl. § 7 VStGB) enthalten. Dazu zählen u. a. folgende Handlungen (sofern sie Teil eines ausgedehnten oder systematischen Angriffs gegen die Zivilbevölkerung sind):

- Tötung eines Menschen,
- Menschenhandel,
- Vertreibung einer rechtmäßig aufhältigen Person in einen anderen Staat oder ein anderes Gebiet unter Verstoß gegen eine allgemeine Regel des Völkerrechts,
- Folterungen von Personen, die in Gewahrsam genommen wurden oder sich in sonstiger Weise unter der Kontrolle der Gewahrsamsperson befinden,
- Sexuelle Nötigung, Vergewaltigung und Zwangsprostitution,
- Verschwindenlassen von Personen im Auftrag oder mit Billigung eines Staates oder einer politischen Organisation.

25.3.8.1.3.2 Völkermord zählt ebenfalls zu den Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Völkermord verübt, wer in der Absicht, eine nationale, rassische, religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören, schwere Menschenrechtsverletzungen begeht (vgl. Artikel 6 Römisches Statut, § 6 VStGB).

25.3.8.2 Straftat von erheblicher Bedeutung

§ 25 Absatz 3 Satz 2 Buchstabe b) bestimmt, dass Personen, die Straftaten von erheblicher Bedeutung begangen haben, keine Aufenthaltserlaubnis erhalten. Die Vorschrift eröffnet die Möglichkeit, auch bei Straftaten von erheblicher Bedeutung nach dem allgemeinen Strafrecht die Aufenthaltserlaubnis und die damit verbundenen weiteren Vorteile zu versagen.

25.3.8.2.1 Eine Straftat von erheblicher Bedeutung liegt vor, wenn die Straftat mindestens dem Bereich der mittleren Kriminalität angehört, den Rechtsfrieden empfindlich stört und geeignet ist, das Gefühl der Rechtssicherheit der Bevölkerung erheblich zu beeinträchtigen. Zur Bewertung der konkreten Tat können als Anhaltspunkte auf die Tatausführung, das verletzte Rechtsgut, die Schwere des eingetretenen Schadens sowie die von dem Straftatbestand vorgesehene Strafandrohung abgestellt werden.

25.3.8.2.2 Die Voraussetzungen für eine Straftat von erheblicher Bedeutung liegen regelmäßig bei Kapitalverbrechen wie Mord und Totschlag vor, daneben auch bei Raub, Kindesmissbrauch,

	Entführung, schwerer Körperverletzung, Brandstiftung und Drogenhandel. Dagegen scheiden Bagatelldelikte als Straftaten von erheblicher Bedeutung aus, z. B. Diebstahl geringwertiger Sachen und geringfügige Sachbeschädigungen.		
25.3.8.3	Verstöße gegen die Ziele und Grundsätze der Vereinten Nationen		
25.3.8.3.1	Nach § 25 Absatz 3 Satz 2 Buchstabe c) ist Personen die Aufenthaltserlaubnis zu verwehren, wenn sie den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen, wie sie in der Präambel und in Artikel 1 und 2 der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt sind, zuwider handeln. Die ausdrückliche Bezugnahme auf die Präambel sowie Artikel 1 und 2 der Charta soll verdeutlichen, dass nur fundamentale Verstöße als Ausschlussgründe in Betracht kommen. Dazu zählen Handlungen, die geeignet sind, den internationalen Frieden, die internationale Sicherheit oder die friedliche Koexistenz der Staaten zu gefährden sowie schwere und anhaltende Menschenrechtsverletzungen.	25.3.8.4	Gefährder
25.3.8.3.2	Ein Verstoß gegen die Ziele und Grundsätze der Vereinten Nationen kann auf zweierlei Weise festgestellt werden: Zum einen, indem die fragliche Handlung ausdrücklich als Handlung, die gegen die Ziele und Grundsätze der Vereinten Nationen verstößt, eingestuft wird, etwa im Rahmen einer Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen; zum anderen, wenn die Handlung auf der Grundlage von Völkerrechtsinstrumenten als schwerwiegende Verletzung grundlegender Menschenrechte angesehen wird.		§ 25 Absatz 3 Satz 2 Buchstabe d) schließt Personen, die ein Sicherheitsrisiko darstellen, von der Gewährung einer Aufenthaltserlaubnis aus. Darunter fallen Personen, die die Allgemeinheit gefährden, insbesondere durch erhebliche Straftaten. Eine strafrechtliche Verurteilung ist nicht erforderlich. Allerdings ist im Falle einer Verurteilung zu einer mindestens dreijährigen Haftstrafe in Anlehnung an die entsprechenden flüchtlingsrechtlichen Regelungen des § 60 Absatz 8 die Aufenthaltserlaubnis regelmäßig zu versagen. In den übrigen Fällen kommt es auf den Einzelfall an. Bei Personen, die die Sicherheit des Landes gefährden, ist erforderlich, dass die von ihnen ausgehende Gefahr sich gegen das Staatsgefüge richtet. Dies ist etwa bei terroristischen Aktivitäten der Fall (vgl. im Einzelnen Nummer 54.2.2.2 bis 54.2.2.2.2). Im Unterschied zu den anderen Ausschlussgründen in § 25 Absatz 3 Satz 2 Buchstabe a) bis c) reicht für die Anwendung des Buchstaben d) die bloße Feststellung einer in der Vergangenheit begangenen Straftat oder Gefährdung nicht aus. Vielmehr muss zusätzlich immer eine vom Betroffenen weiterhin ausgehende Gefahr festgestellt werden. Bei Straftätern ist anhand der Gesamtumstände des Einzelfalles zu prüfen, ob die Gefahr besteht, dass auch in Zukunft Straftaten begangen werden. Die bloße Aussetzung einer Strafverbüßung zur Bewährung ist alleine noch nicht ausreichend für die Annahme, dass der Betreffende künftig ein straffreies Leben führen wird.
25.3.8.3.3	Da Artikel 1 und 2 der Charta der Vereinten Nationen im Wesentlichen das Verhältnis zwischen Staaten festlegen, kommt die Anwendung der Ausschlussklausel i. d. R. nur bei Personen mit entsprechender Machtposition in Betracht. Dazu gehören in erster Linie Regierungsmitglieder, führende Angehörige des Staatsapparats, hochrangige Militärangehörige und Guerillaführer. Im Einzelfall kann aber auch ein Einzelner, der nicht in einen Staatsapparat oder eine nichtstaatliche Organisation eingebunden ist, die Voraussetzungen des § 25 Absatz 3 Satz 2 Buchstabe c) erfüllen, wenn er Mittel und Methoden einsetzt, die zu kriegsgleichen Zerstörungen führen oder die die friedliche Koexistenz der Staatengemeinschaft in sonstiger Weise beeinträchtigen. Die Vorschrift ist jedoch nicht anwendbar auf Straftäter, deren Wirken diesen Schweregrad nicht erreicht, selbst wenn sie Kapitalverbrechen begehen. In diesen Fällen liegen i. d. R. die Ausschlussklauseln „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ oder „Straftat von erheblicher Bedeutung“ vor.	25.4	Vorübergehender Aufenthalt und Verlängerung
		25.4.1	Aufenthaltserlaubnis für vorübergehenden Aufenthalt aus dringenden humanitären oder politischen Gründen
25.3.8.3.4	Die Ausschlussklausel ist unter den oben genannten Voraussetzungen auch bei Begehen terroristischer Handlungen anwendbar. Allerdings fallen nur Handlungen darunter, die in	25.4.1.1	Die Regelung bietet die Möglichkeit der Erteilung einer befristeten Aufenthaltserlaubnis für einen vorübergehenden Aufenthalt. Ein Daueraufenthalt soll über diese Vorschrift nicht eröffnet werden. Der Ausländer muss sich be-

ihren Dimensionen potenziell friedensgefährdend sind oder massivste Menschenrechtsverletzungen nach sich ziehen (vgl. auch ausschließlich auf den internationalen Terrorismus bezogene Resolutionen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, z. B. Resolutionen 1373 (2001), 1377 [2001]). Terroristische Taten, die die Voraussetzungen von §§ 129a und 129b StGB erfüllen, erreichen die vorgenannten Dimensionen i. d. R. nicht. Sie sollten daher bei der Beurteilung, ob eine Handlung i. S. d. von § 25 Absatz 3 Satz 2 Buchstabe c) auszuschließen ist, nicht herangezogen werden. Als Ausschlussstatbestände kommen hier aber regelmäßig § 25 Absatz 3 Satz 2 Buchstabe a) (Verbrechen gegen die Menschlichkeit) oder § 25 Absatz 3 Satz 2 Buchstabe b) (Straftat von erheblicher Bedeutung) in Betracht.

reits im Bundesgebiet befinden und darf nicht vollziehbar ausreisepflichtig sein. In Fällen, in denen der Ausländer vollziehbar ausreisepflichtig ist, kann bei Vorliegen der weiteren Voraussetzungen eine Aufenthaltserlaubnis nur nach § 23 Absatz 1, § 23a, § 25 Absatz 4a, § 25 Absatz 5, § 104a oder § 104b erteilt werden. Darüber hinaus kann die Erteilung einer Duldung nach § 60a Absatz 2 Satz 3 in Betracht kommen (siehe Nummer 60a.2.3).

Die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 4 Satz 1 setzt voraus, dass der Ausländer

- nicht vollziehbar ausreisepflichtig ist,
- einen nur vorübergehenden Aufenthalt beabsichtigt und
- dringende humanitäre oder persönliche Gründe oder
- erhebliche öffentliche Interessen seine vorübergehende Anwesenheit in Deutschland erfordern.

25.4.1.2 Zudem müssen die allgemeinen Erteilungsvoraussetzungen nach § 5 vorliegen; die Ausländerbehörde kann nach Ermessen von § 5 Absatz 1 und 2 abweichen (§ 5 Absatz 3 Satz 2, siehe aber bezüglich des Abweichens vom Erfordernis der Lebensunterhaltssicherung Nummer 5.3.2.1); von § 5 Absatz 4 darf nicht abgewichen werden (dazu siehe Nummer 5.4). Im Rahmen des Ermessens sind insbesondere der geltend gemachte Aufenthaltszweck, die Länge des angestrebten vorübergehenden Aufenthalts, die bisherigen rechtmäßigen Aufenthalte im Bundesgebiet und die öffentlichen Interessen an der Anwesenheit im Bundesgebiet zu berücksichtigen.

25.4.1.3 Darüber hinaus entscheidet die Ausländerbehörde über die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis nach pflichtgemäßem Ermessen (siehe dazu Nummer 25.4.1.6 f.); es besteht kein Rechtsanspruch auf Erteilung der Aufenthaltserlaubnis. Anders als bei § 25 Absatz 4a und § 25 Absatz 5 ist bei § 25 Absatz 4 das Einreise- und Aufenthaltsverbot nach § 11 Absatz 1 zwingend zu berücksichtigen.

25.4.1.4 Bei der Prüfung, ob dringende humanitäre Gründe vorliegen, ist auf die individuell-konkreten Umstände des Einzelfalles abzustellen. Es kommen nur inlandsbezogene Gründe in Frage, nicht erheblich i. S. d. § 25 Absatz 4 Satz 1 sind zielstaatsbezogene Gründe, insbesondere das Vorliegen von Abschiebungshindernissen oder Gefahren für den Ausländer, die im Falle seiner Rückkehr im Heimatstaat auftreten können. Nicht berücksichtigt werden kann damit insbesondere die Unmöglichkeit, im Ausland eine zur Bestreitung des Lebensunterhalts erforderliche Arbeit zu finden. Der Ausländer muss sich aufgrund besonderer Umstände in einer auf seine Person bezogenen Sondersituation befinden, die sich deutlich von der Lage vergleichbarer Ausländer unterscheidet. Das Ver-

lassen des Bundesgebiets in einen Staat, in dem keine entsprechenden Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten bestehen, ist kein dringender humanitärer Grund i. S. d. § 25 Absatz 4 Satz 1.

25.4.1.5 Nach § 25 Absatz 4 Satz 1 kommt die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nur in Betracht, wenn ein vorübergehender, also ein zeitlich begrenzter Aufenthalt angestrebt wird; begehrt der Ausländer einen Daueraufenthalt oder einen zeitlich nicht absehbaren Aufenthalt im Bundesgebiet, so kommt eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 4 Satz 1 nicht in Betracht.

25.4.1.6 Bei der Ermessensentscheidung sind daher nur solche Umstände zu berücksichtigen, die ihrer Natur nach einen vorübergehenden Aufenthalt notwendig machen; Umstände, die auf einen Daueraufenthalt abzielen, sind grundsätzlich nicht berücksichtigungsfähig. Im Rahmen der Ermessensentscheidung sind die privaten Interessen des Ausländers und die öffentlichen Interessen abzuwägen. Als Gesichtspunkte können die Dauer des Voraufenthalts, der Grund für die Ausreisepflicht und die Folgen einer alsbaldigen Abschiebung für den Ausländer herangezogen werden.

25.4.1.6.1 Dringende humanitäre oder persönliche Gründe können z. B. in folgenden Fällen angenommen werden:

- Durchführung einer medizinischen Operation oder Abschluss einer ärztlichen Behandlung, die im Herkunftsland nicht oder nicht in ausreichendem Maße gewährleistet ist,
- vorübergehende Betreuung erkrankter Familienangehöriger,
- die Regelung gewichtiger persönlicher Angelegenheiten, wie z. B. die Teilnahme an einer Beisetzung oder dringende Regelungen im Zusammenhang mit dem Todesfall eines Angehörigen oder die Teilnahme an einer Gerichtsverhandlung als Zeuge; bei der Teilnahme an Gerichtsverhandlungen als Verfahrenspartei kommt es auf die Umstände des Einzelfalles an,
- Abschluss einer Schul- oder Berufsausbildung, sofern sich der Schüler oder Auszubildende bereits kurz vor dem angestrebten Abschluss, i. d. R. also zumindest im letzten Schul- bzw. Ausbildungsjahr befindet.

25.4.1.6.2 Dringende humanitäre oder persönliche Gründe wird man z. B. regelmäßig nicht annehmen können

- allein wegen der Integration in die deutschen Lebensverhältnisse, wie etwa bei Vorliegen von guten deutschen Sprachkenntnissen,
- beim Erlöschen der Aufenthaltserlaubnis zu einem anderen Aufenthaltszweck, weil die Voraussetzungen nicht mehr vorliegen, ins-

	<p>besondere bei Verlust des Arbeitsplatzes oder der Wohnung,</p> <ul style="list-style-type: none"> – wenn der Ausländer die Absicht hat, eine Aufenthaltserlaubnis zu einem anderen Aufenthaltswitz zu beantragen, er die Voraussetzungen hierfür gegenwärtig aber noch nicht erfüllt, – allein wegen der gerichtlichen Durchsetzung von Ansprüchen oder der Durchführung eines Vaterschaftsanfechtungsprozesses (siehe aber Nummer 25.4.1.6.1), – bei einem Petitionsverfahren, das die Fortsetzung des Aufenthalts zum Gegenstand hat. 	25.4. 1. 10	Die Aufenthaltserlaubnis erlischt nach den allgemeinen Vorschriften (§§ 51 ff., siehe Nummer 51.1), insbesondere wenn der Ausländer einen Asylantrag stellt (§ 51 Absatz 1 Nummer 8).
		25.4. 1. 11	Ein Familiennachzug zu Ausländern, die im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 4 Satz 1 sind, wird nicht gewährt (§ 29 Absatz 3 Satz 3, siehe hierzu Nummer 29.3.3), da sich der Ausländer nur vorübergehend im Bundesgebiet aufhalten wird.
		25.4. 1. 12	Die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit bestimmt sich nach § 21 Absatz 6 bzw. nach § 39 Absatz 3.
25.4.1.6.3	<p>Erhebliche öffentliche Interessen können vorliegen, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> – der Ausländer als Zeuge in einem Gerichts- oder Verwaltungsverfahren benötigt wird, – der Ausländer mit deutschen Behörden bei der Ermittlung von Straftaten vorübergehend zusammenarbeitet, sich insbesondere in einem Zeugenschutzprogramm befindet; zu beachten ist insoweit auch § 25 Absatz 4a, der eine Sonderregelung für die Erteilung einer vorübergehenden Aufenthaltserlaubnis für Opfer von Menschenhandel enthält, – der Aufenthalt des Ausländers zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland fortgesetzt werden soll, wie z.B. aufgrund sicherheitspolitischer Interessen deutscher Sicherheitsbehörden, außenpolitischer oder auch sportpolitischer Interessen, etwa wenn es um die Fortsetzung des Aufenthalts eines sportpolitisch bedeutenden ausländischen Sportlers geht. 	25.4.2.1	§ 25 Absatz 4 Satz 2 schafft eine Ausnahmemöglichkeit für die Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis in Fällen, in denen bereits ein rechtmäßiger Aufenthalt besteht und das Verlassen des Bundesgebietes für den Ausländer eine außergewöhnliche Härte bedeuten würde. Es handelt sich hierbei um eine eigenständige Möglichkeit der Verlängerung, unabhängig von den Voraussetzungen des § 25 Absatz 4 Satz 1. Die Verlängerung darf daher unabhängig von der Grundlage des ursprünglichen Aufenthaltstitels und abweichend von den Bestimmungen nach § 8 Absatz 1 und 2 erteilt werden. Verlängerungen sind in diesen Fällen somit auch dann möglich, wenn der Ausländer z. B. im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen ist, deren Voraussetzungen nicht mehr vorliegen, oder wenn die zuständige Behörde die Verlängerung ursprünglich durch Nebenstimmung ausdrücklich ausgeschlossen hat. Die Ausländerbehörde hat sich mit einer anderen Ausländerbehörde ins Benehmen zu setzen, die zuvor die Verlängerung ausgeschlossen hatte.
25.4.1.7	Dringende humanitäre oder persönliche Gründe oder erhebliche öffentliche Interessen erfordern den weiteren Aufenthalt nur, wenn das mit dem weiteren Aufenthalt des Ausländers angestrebte Ziel nicht auch in zumutbarer Weise im Ausland erreicht werden kann.	25.4.2.2	<p>Die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 4 Satz 2 setzt voraus, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> – der Ausländer im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis oder Fiktionsbescheinigung (§ 81 Absatz 4) ist, – sich im Bundesgebiet aufhält und – das Verlassen des Bundesgebiets aufgrund besonderer Umstände des Einzelfalles eine außergewöhnliche Härte bedeuten würde.
25.4.1.8	Die Aufenthaltserlaubnis wird grundsätzlich für den Zeitraum erteilt, der für die Erreichung des Aufenthaltswitzes erforderlich ist (§ 7 Absatz 2 Satz 1), längstens für sechs Monate, solange sich der Ausländer noch nicht mindestens 18 Monate rechtmäßig im Bundesgebiet aufhalten hat (§ 26 Absatz 1 Satz 1).	25.4.2.3	Grundsätzlich müssen die allgemeinen Erteilungsvoraussetzungen nach § 5 erfüllt sein. Zwingende Versagungsgründe oder Erteilungsverbote sind grundsätzlich anzuwenden; die Ausländerbehörde kann nach Ermessen von § 5 Absatz 1 und 2 abweichen (siehe Nummer 5.3.2), von § 5 Absatz 4 darf hingegen nicht abgewichen werden (siehe Nummer 5.4). Es besteht kein Anspruch auf Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 4 Satz 2; die Ausländerbehörde entscheidet vielmehr nach pflichtgemäßem Ermessen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Vorschrift für Ausnahmefälle reserviert ist. Bei Ausländern, deren Asylantrag als offensichtlich unbegründet abgelehnt worden ist, darf gemäß § 10 Absatz 3
25.4.1.9	Eine Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis kommt nur ausnahmsweise in Betracht, wenn wider Erwarten der Aufenthaltswitz noch nicht erreicht werden konnte. Eine Verfestigung des Aufenthalts nach § 26 Absatz 4 Satz 1 ist nicht zuzulassen (§ 8 Absatz 2), da es sich nach der Zweckbestimmung um einen nur vorübergehenden Aufenthalt handelt. Wenn die Voraussetzungen vorliegen, ist die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 4 Satz 2 möglich, ebenso die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zu einem anderen Aufenthaltswitz.		

vor der Ausreise eine Aufenthaltserlaubnis grundsätzlich nicht erteilt werden; ebenso ist das Einreise- und Aufenthaltsverbot nach § 11 anwendbar.

25.4.2.4.1

Eine außergewöhnliche Härte setzt voraus, dass der Ausländer sich in einer individuellen Sondersituation befindet, aufgrund derer ihn die Aufenthaltsbeendigung nach Art und Schwere des Eingriffs wesentlich härter treffen würde als andere Ausländer, deren Aufenthalt ebenfalls zu beenden wäre. Dies kommt z. B. in Betracht, wenn den Ausländer im Falle der Ausreise ein außergewöhnlich schweres Schicksal trifft, das sich von gewöhnlichen Schwierigkeiten unterscheidet, denen andere Ausländer im Falle der Ausreise ausgesetzt wären. Eine außergewöhnliche Härte kann sich für den Ausländer auch aus besonderen Verpflichtungen ergeben, die für ihn im Verhältnis zu dritten im Bundesgebiet lebenden Personen bestehen, z. B. wenn die dauerhafte Betreuung eines plötzlich pflegebedürftigen Angehörigen notwendig ist, der Deutscher ist oder sich als Ausländer im Bundesgebiet dauerhaft rechtmäßig aufhält. Eine Aufenthaltserlaubnis kann nach § 25 Absatz 4 Satz 2 nur verlängert werden, wenn die Aufenthaltsbeendigung als regelmäßige Folge des Ablaufs bisheriger anderer Aufenthaltstitel unvermeidbar wäre und dadurch konkret-individuelle Belange des Ausländers in erheblicher Weise beeinträchtigt würden. Bei der Beurteilung, ob die Beendigung des Aufenthalts eines in Deutschland aufgewachsenen Ausländers eine außergewöhnliche Härte darstellt, kann nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts auch dem Umstand Bedeutung zukommen, inwieweit der Ausländer in Deutschland verwurzelt ist. Das Ausmaß der Verwurzelung bzw. die für den Ausländer mit einer „Entwurzelung“ verbundenen Folgen seien unter Berücksichtigung der verfassungsrechtlichen Vorgaben der Artikel 2 Absatz 1 und Artikel 6 Absatz 1 GG sowie der Regelung des Artikels 8 EMRK zu ermitteln, zu gewichten und mit den Gründen, die für eine Aufenthaltsbeendigung sprechen, abzuwägen. Dabei sei der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu beachten. Die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts gibt verschiedene Kriterien vor, die bei der Prüfung der Verwurzelung eingrenzend zu berücksichtigen sind und die es nahe legen, die Annahme einer außergewöhnlichen Härte aufgrund von Verwurzelung restriktiv zu handhaben:

- Der Aufenthaltsdauer kommt erhebliches Gewicht zu, es sei denn, die Legitimität des Aufenthalts war belastet, z. B. durch Täuschungen der Ausländerbehörde über die Staatsangehörigkeit.
- Im Rahmen der Prüfung der beruflichen Verwurzelung ist zu prüfen, inwieweit der Ausländer durch seine Berufstätigkeit in der Lage ist, den Lebensunterhalt für sich und seine Familie dauerhaft zu sichern, wobei

auch ein in der Vergangenheit liegender, lang anhaltender Bezug öffentlicher Sozialleistungen zu berücksichtigen ist. Von Belang ist außerdem, ob der Ausländer eine Berufsausbildung absolviert hat und ihn diese Ausbildung ggf. für eine Berufstätigkeit qualifiziert, die nur oder bevorzugt in Deutschland ausgeübt werden kann.

Bei der sozialen Integration sind unter anderem die Bindungen bzw. Kontakte des Ausländers außerhalb der Kernfamilie zu berücksichtigen. Falls Familienmitglieder des Ausländers bereits ausgereist sind, ist hier die Frage zu klären, ob ein Zusammenleben mit ihnen im Herkunftsland möglich und zumutbar ist.

25.4.2.4.2

Die Annahme einer außergewöhnlichen Härte kann nicht darauf gestützt werden, dass der Ausländer eine Arbeitsstelle in Aussicht hat. Ebenso wenig gehören politische Verfolgungsgründe (§ 60 Absatz 1 Satz 1) und Abschiebungsverbote i. S. v. § 60 Absatz 2 bis 7 zum Prüfungsrahmen des § 25 Absatz 4 Satz 2 (keine die außergewöhnliche Härte bestimmenden persönlichen Merkmale). Gleiches gilt für Gesichtspunkte, die zu Aufenthaltsrechten nach anderen Härtefallklauseln führen, wie § 31 Absatz 2 oder § 25 Absatz 4 Satz 1 (z. B. Ausbildungsaufenthalte zur Absolvierung einer Prüfung).

25.4.2.4.3

Das Nichtvorliegen der tatbestandlichen Voraussetzungen anderer aufenthaltsrechtlicher Vorschriften rechtfertigt die Annahme einer außergewöhnlichen Härte nicht. Beruft sich beispielsweise ein Ausländer auf allgemeine Verhältnisse im Heimatstaat (z. B. Katastrophen- oder Kriegssituation), ist nur auf die Lage vergleichbarer Fälle aus oder in diesem Staat abzustellen. Allgemeine Verhältnisse im Heimatstaat, die unter Umständen der Ausreise des Ausländers aus dem Bundesgebiet vorübergehend entgegenstehen, fallen unter die Regelungsbereiche der §§ 23, 24 oder 60a Absatz 1.

25.4.2.4.4

Eine außergewöhnliche Härte wird z. B. regelmäßig in den folgenden Fällen nicht anzunehmen sein:

- nur weil der Ausländer eine Arbeitsstelle in Aussicht hat,
- bei Beendigung eines Ausbildungsaufenthalts vor Abschluss der Prüfung,
- im Falle fehlender Erwerbsmöglichkeiten im Zielstaat.

25.4.2.5

Sind die Voraussetzungen für das Vorliegen einer außergewöhnlichen Härte nicht gegeben, kann unter Umständen die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 4 Satz 1 für einen vorübergehenden Aufenthalt oder die Erteilung einer Duldung nach § 60a Absatz 2 Satz 3 in Frage kommen.

25.4.2.6

Die Aufenthaltserlaubnis wird nur für den Zeitraum erteilt, der für die Erreichung des Aufenthaltszwecks erforderlich ist (§ 7 Ab-

	satz 2 Satz 1) und längstens für jeweils drei Jahre verlängert (§ 26 Absatz 1 Satz 1). Eine Aufenthaltsverfestigung ist unter den Voraussetzungen des § 26 Absatz 4 möglich. Die Aufenthaltserlaubnis erlischt nach den allgemeinen Vorschriften (§§ 51 ff., siehe Nummer 51.1), insbesondere wenn der Ausländer einen Asylantrag stellt (§ 51 Absatz 1 Nummer 8).	25.4a.0.2	Zur Frage der Anwendbarkeit von § 25 Absatz 4a in Bezug auf Freizügigkeitsberechtigte siehe Nummer 2.2, 2.3 sowie Nummer 13.2.2.1 FreizügG/EU-VwV.
25.4.2.7	Ein Familiennachzug zu Ausländern, die im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 4 Satz 2 sind, wird nicht gewährt (§ 29 Absatz 3 Satz 3). Familienangehörige, die bereits eine im Bundesgebiet bestehende familiäre Lebensgemeinschaft mit dem betreffenden Ausländer führen, können – sofern sie die Voraussetzungen des § 25 Absatz 4 Satz 2 in eigener Person erfüllen – ebenfalls eine solche Aufenthaltserlaubnis erhalten.	25.4a.1	Der Ausländer muss die folgenden Tatbestandsvoraussetzungen erfüllen:
25.4.2.8	Die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit bestimmt sich nach § 21 Absatz 6 bzw. nach § 39 Absatz 3.	25.4a.1.1	Nach § 25 Absatz 4a Satz 1 muss der Ausländer Opfer einer Straftat nach den §§ 232, 233 oder § 233a StGB sein. Opfer einer solchen Straftat ist nur die „andere Person“ i. S. v. §§ 232 und 233 StGB. Die Art der Begehung der Straftat ist unerheblich, Versuch und Teilnahme sind daher auch erfasst. Dabei setzt § 25 Absatz 4a jedoch nicht voraus, dass der Täter bereits rechtskräftig verurteilt wurde. Vielmehr reicht es aus, dass die Staatsanwaltschaft oder ihre Ermittlungspersonen wegen zureichender tatsächlicher Anhaltspunkte für eine solche Straftat, die auf konkreten Tatsachen beruhen (Anfangsverdacht gemäß § 152 Absatz 2 StPO), ermitteln (vgl. Nummer 50.2a.1.1). Um dem gesetzgeberischen Ziel dieser Regelung gerecht zu werden, die neben dem Schutz der Opfer von Menschenhandel auch der Erleichterung des Strafverfahrens gegen die Täter dient, muss während des Ermittlungsverfahrens die Möglichkeit bestehen, den Zeugen einen Aufenthaltstitel nach § 25 Absatz 4a zu erteilen.
25.4a	Aufenthaltserlaubnis für Opfer von Menschenhandel		
25.4a.0.1	Nach dieser Regelung kann Opfern von Menschenhandel eine befristete Aufenthaltserlaubnis erteilt werden. Sie dient der Umsetzung der Richtlinie 2004/81/EG des Rates vom 29. April 2004 über die Erteilung von Aufenthaltstiteln für Drittstaatsangehörige, die Opfer des Menschenhandels sind oder denen Beihilfe zur illegalen Einwanderung geleistet wurde und die mit den zuständigen Behörden kooperieren (ABl. EU Nummer L 261 S. 19, so genannte Opferschutzrichtlinie) und steht in engem Zusammenhang mit weiteren Regelungen des Aufenthaltsgesetzes (§ 5 Absatz 3 Satz 1, § 26 Absatz 1 Satz 3, § 50 Absatz 2a, § 52 Absatz 5, § 72 Absatz 6, § 87 Absatz 5 und § 90 Absatz 4), des AsylbLG (§ 1 Absatz 1 Nummer 3 AsylbLG) und der BeschVerfV (§ 6a BeschVerfV). Es handelt sich hierbei um eine humanitäre Sonderregelung, da sie wie § 23a und § 25 Absatz 5 gerade auf vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer Anwendung findet. Ausländer, die sich rechtmäßig im Bundesgebiet aufhalten, benötigen diesen Aufenthaltstitel regelmäßig nicht.	25.4a.1.2	§ 25 Absatz 4a Satz 1 enthält eine Ausnahme von § 11 Absatz 1 Satz 2, d. h. eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 4a kann auch im Falle eines Einreise- und Aufenthaltsverbotes sowie dann erteilt werden, wenn der Ausländer vollziehbar ausreisepflichtig ist.
	Die Wahrung der Sicherheitsinteressen der Opferzeugen bzw. -innen von Menschenhandel sowie deren angemessene Unterstützung bilden eine wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Verfolgung der Täter und damit für die Erreichung des mit § 25 Absatz 4a sowie der zugrunde liegenden Richtlinie verfolgten gesetzgeberischen Zieles. Im Zuge der Anwendung des § 25 Absatz 4a sowie der damit zusammenhängenden weiteren Regelungen ist daher grundsätzlich immer darauf zu achten, dass Ausländer, die als potenzielle Zeugen anzusehen sind, nicht durch eine Offenlegung dieser Eigenschaft zusätzlichen Gefährdungen oder Stigmatisierungen ausgesetzt werden.	25.4a.2.0	Weitere, kumulativ zu erfüllende Tatbestandsmerkmale sind in § 25 Absatz 4a Satz 2 enthalten. Dabei ist die Ausländerbehörde an die tatbestandlichen Feststellungen der Staatsanwaltschaft und des Gerichtes gebunden.
		25.4a.2.1	Nach § 25 Absatz 4a Satz 2 Nummer 1 darf die Aufenthaltserlaubnis nur erteilt werden, wenn die vorübergehende Anwesenheit des Ausländers im Bundesgebiet für ein Strafverfahren wegen dieser Straftat von der Staatsanwaltschaft oder dem Strafgericht für sachgerecht erachtet wird, weil ohne seine Angaben die Erforschung des Sachverhalts erschwert wäre.
		25.4a.2.2	Nach § 25 Absatz 4a Satz 2 Nummer 2 darf die Aufenthaltserlaubnis nur erteilt werden, wenn der Ausländer jede Verbindung zu den Personen, die beschuldigt werden, die Straftat begangen zu haben, abgebrochen hat. Wie aus § 52 Absatz 5 Nummer 3 deutlich wird, kommt es darauf an, dass das Opfer den Kontakt abgebrochen hat. Eine weiterhin bestehende Verbindung auf Veranlassung der Täter kann unerheblich sein. Bei der Beurteilung ist insbesondere zu beachten, ob das Opfer sich auf Grund bestehender Zwänge zur Aufrechterhaltung des Kontaktes genötigt sieht und dabei versucht, diesen auf ein Minimum zu be-

schränken. Ein Kontakt, der nur durch die Täter initiiert oder aufrechterhalten wird, z.B. durch Telefonanrufe, ist unerheblich; zu berücksichtigen ist insbesondere, ob der Täter den Kontakt zum Opfer aufnimmt, um eine Einbeziehung des Opfers als Zeuge im Strafverfahren zu behindern. Zu berücksichtigen ist auch, dass nicht selten Personen des näheren sozialen Umfelds des Ausländers im Herkunftsland in die Tat involviert sind, von denen eine vollständige Distanzierung z. B. mit Rücksicht auf eventuelle Repressalien gegenüber Angehörigen des Opfers nur schwer möglich ist.

25.4a.2.3 Nach § 25 Absatz 4a Satz 2 Nummer 3 darf die Aufenthaltserlaubnis nur erteilt werden, wenn der Ausländer seine Bereitschaft erklärt hat, in dem Strafverfahren wegen der Straftat als Zeuge auszusagen. Zu berücksichtigen ist aber, dass nach den Regeln des Strafprozessrechts ein Zeuge, wenn er von der Staatsanwaltschaft oder dem Gericht geladen wird, eine Erscheins- und Aussagepflicht hat, die auch erzwungen werden kann (vgl. §§ 51, 70 und § 161a StPO). Nur in den Fällen, in denen ein Zeuge die Aussage aufgrund einer gesetzlichen Regelung verweigern darf, kann er entscheiden, ob er von diesem Recht Gebrauch machen oder dennoch aussagen möchte. In Betracht kommen hierfür das in § 52 StPO geregelte Zeugnisverweigerungsrecht, wenn der Zeuge in einem nahen persönlichen Verhältnis zum Beschuldigten steht, und das Auskunftsverweigerungsrecht nach § 55 StPO, wenn er sich durch seine Aussage der Gefahr aussetzen würde, selbst strafrechtlich verfolgt zu werden. Beide Rechte verhindern aber nicht, dass der Zeuge vor Gericht oder der Staatsanwaltschaft auf deren Ladung zu erscheinen hat. Hierauf soll hingewiesen werden, um Missverständnisse zu vermeiden. Durch die Bezugnahme auf die konkrete Straftat und das konkrete Strafverfahren wird deutlich, dass eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 4a nur auf Grund eines Strafverfahrens erteilt werden darf, das zumindest eine der aufgeführten Straftaten zum Gegenstand hat. Auf Strafverfahren mit ausschließlich anderem Verfahrensgegenstand gegen dieselben Täter ist § 25 Absatz 4a nicht anwendbar. Siehe hierzu jedoch die Duldungsregelung des § 60a Absatz 2 Satz 2 (vgl. Nummer 60a.2.2).

25.4a.3 Die Prüfung der allgemeinen Erteilungsvoraussetzung nach § 5 Absatz 1 und 2 ist durch § 5 Absatz 3 Satz 1 weitgehend eingeschränkt (vgl. Nummer 5.3.1.2). Neben § 5 Absatz 4 findet lediglich die allgemeine Regelerteilungsvoraussetzung des § 5 Absatz 1 Nummer 3 Anwendung, wonach der Aufenthalt des Ausländers nicht aus einem sonstigen Grund die Interessen der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigen oder gefährden darf. Ungeachtet seiner Funktion als Generalklausel sind die in

Nummer 1 bis 2 und 4 genannten – isolierten – Gründe in Nummer 3 auf Tatbestandsebene nicht erfasst; ansonsten liefe die Einschränkung des § 5 Absatz 3 Satz 1 leer.

25.4a.4 Auf die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 4a besteht kein Anspruch. Vielmehr sieht § 25 Absatz 4a ein Ermessen der Ausländerbehörde vor.

25.4a.4.1 In die Interessenabwägung ist einerseits das Interesse der Strafverfolgungsbehörden an dem für das Strafverfahren notwendigen Aufenthalt des Ausländers einzubeziehen. Andererseits ist dies mit der Gefährdung der Interessen der Bundesrepublik Deutschland nach § 5 Absatz 1 Nummer 3 abzuwägen. Überwiegen die Interessen der Strafverfolgungsbehörden am Aufenthalt des Ausländers, wird die Aufenthaltserlaubnis erteilt.

25.4a.4.2 Im Rahmen dieser Interessenabwägung nur nachrangig zu berücksichtigen sind die persönlichen Interessen des Ausländers, da es sich bei § 25 Absatz 4a um einen Spezialtatbestand handelt, der primär die Erleichterung der Durchführung des gegen den Täter gerichteten Strafverfahrens beinhaltet. Darüber hinausgehende Fragen des Opferschutzes werden nicht im Verfahren der Erteilung eines Aufenthaltstitels nach § 25 Absatz 4a abgehandelt, sondern werden im Rahmen der Prüfung der Erteilung eines anderen Aufenthaltstitels (z. B. nach § 25 Absatz 5 oder § 25 Absatz 3 aufgrund eines Abschiebungsverbotes nach § 60 Absatz 2 und 7 Satz 1) bzw. einer Duldung nach § 60a Absatz 2 Satz 1, 2 oder 3 berücksichtigt. Der häufig erheblichen Gefährdung von Menschenhandelsopfern, die mit den Strafverfolgungsbehörden kooperieren, ist im Rahmen dieser Vorschriften auch nach Abschluss des Strafverfahrens bzw. nach deren Ausscheiden aus der Rolle des Opferzeugen Rechnung zu tragen. Einer Rückkehr dieser Personen in das Herkunftsland stehen häufig erhebliche Gefährdungen für Leib, Leben oder Freiheit durch das im Herkunftsland verbliebene Umfeld der Täter entgegen. Zudem trifft dieser Personenkreis bei Bekanntwerden der (erzwungenen) Tätigkeit in der Prostitution und anderer Umstände, die die Ausländer zu Zeugen im Menschenhandelsverfahren machen, im Herkunftsland häufig auf eine schwerwiegende soziale Ausgrenzung und Stigmatisierung. Dieser Sondersituation, die sich im kausalen Zusammenhang mit der Kooperation mit den Strafverfolgungsbehörden ergibt, soll im Rahmen der Prüfung der sonstigen in Betracht kommenden Rechtsgrundlagen, soweit dies dort möglich ist, Rechnung getragen werden.

25.4a.5 Die Aufenthaltserlaubnis wird nach § 26 Absatz 1 Satz 3 für jeweils sechs Monate erteilt und verlängert; in begründeten Fällen ist eine längere Geltungsdauer zulässig (vgl. Nummer 26.1.3.1 f.).

25.5 Aufenthaltserlaubnis in Fällen, in denen die Ausreise aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen unmöglich ist

25.5.0 Die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach Ermessen gemäß § 25 Absatz 5 Satz 1 setzt voraus, dass

- der Ausländer vollziehbar ausreisepflichtig i. S. d. § 58 Absatz 2 ist und sich noch im Bundesgebiet aufhält,
- seine Ausreise aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen unmöglich ist,
- mit dem Wegfall der Ausreisehindernisse in absehbarer Zeit nicht zu rechnen ist und
- der Ausländer unverschuldet an der Ausreise gehindert ist.

Darüber hinaus müssen die allgemeinen Erteilungsvoraussetzungen grundsätzlich erfüllt sein; die Ausländerbehörde kann nach Ermessen von § 5 Absatz 1 und 2 abweichen (Nummer 5.3.2). Von § 5 Absatz 4 darf hingegen nicht abgewichen werden (siehe Nummer 5.4). Der Ausländer hat keinen Rechtsanspruch auf Erteilung der Aufenthaltserlaubnis; die Ausländerbehörde entscheidet nach pflichtgemäßem Ermessen (siehe hierzu Nummer 25.5.6). Bei Vorliegen eines Einreise- oder Aufenthaltsverbots kann abweichend von § 11 Absatz 1 eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden. Die Ausländerbehörde, die über die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 5 entscheidet, hat zu prüfen, ob die mit Ausweisung, Zurückschiebung oder Abschiebung verbundenen Zwecke bereits erreicht worden sind. Handelt es sich um eine andere Ausländerbehörde als diejenige, die die aufenthaltsbeendenden Maßnahmen verfügt hat, ist in sinngemäßer Anwendung von § 72 Absatz 3 Einvernehmen mit der Ursprungsbehörde herzustellen (vgl. Nummer 11.1.3.2.1). Ist die Zweckerreichung nicht eingetreten, ist zu prüfen, ob die Interessen des Ausländers die öffentlichen Interessen an der Erreichung des mit der den Aufenthalt beendenden Verfügung angestrebten Zwecks erheblich überwiegen. Bei Ausländern, deren Asylantrag gemäß § 30 Absatz 3 AsylVfG als offensichtlich unbegründet abgelehnt worden ist, darf gemäß § 10 Absatz 3 vor der Ausreise eine Aufenthaltserlaubnis nicht erteilt werden.

25.5.1.1 Die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis kommt nur in Betracht, wenn der Ausländer nicht ausreisen kann. Der Begriff der Ausreise entspricht dem in § 25 Absatz 3 verwendeten Begriff, vgl. Nummer 25.3.5.2.

25.5.1.2 Die Unmöglichkeit aus tatsächlichen Gründen betrifft z. B. Fälle der Reiseunfähigkeit, unverschuldeter Passlosigkeit und unterbrochener oder fehlender Verkehrsverbindungen, sofern mit dem Wegfall der Hindernisse in absehbarer Zeit nicht zu rechnen ist.

25.5.1.3.1 Die Unmöglichkeit der Ausreise aus rechtlichen Gründen umfasst inlandsbezogene Aus-

reisehindernisse, beispielsweise bei Vorliegen einer körperlichen oder psychischen Erkrankung, wenn die ernsthafte Gefahr besteht, dass sich der Gesundheitszustand des Ausländers durch die Ausreise als solche, also unabhängig von den spezifischen Verhältnissen im Abschiebestaat, erheblich verschlechtert. Da es im Rahmen des § 25 Absatz 5 auf die Unmöglichkeit nicht nur der Abschiebung, sondern auch der freiwilligen Ausreise ankommt, sind Gesundheitsverschlechterungen, die lediglich im Fall der zwangsweisen Rückführung drohen, nicht ausreichend für die Erteilung eines Titels. Eine dem Ausländer wegen der spezifischen Verhältnisse im Herkunftsland drohende Gefahr einer wesentlichen Gesundheitsverschlechterung, der nicht durch eine geeignete Behandlung begegnet werden kann, fällt i. d. R. nicht in den Anwendungsbereich des § 25 Absatz 5, sondern ist bei der Prüfung zielstaatsbezogener Abschiebungsverbote nach § 60 Absatz 2, 3, 5 oder 7 zu berücksichtigen und kann zur Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 3 führen.

25.5.1.3.2 Nur wenn die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 3 i. V. m. § 60 Absatz 5, Absatz 7 Satz 1 wegen Vorliegens eines Einreise- und Aufenthaltsverbots nach § 11 Absatz 1 nicht möglich ist, verbleibt ein Anwendungsbereich für zielstaatsbezogene Abschiebungsverbote im Rahmen des § 25 Absatz 5. Die Ausländerbehörden sind jedoch an die unanfechtbare Feststellung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge über das Vorliegen von Abschiebungsverböten nach § 60 Absatz 2, 3, 5 und 7 gebunden. Im Rahmen der Prüfung, ob eine Unmöglichkeit vorliegt, sind deshalb grundsätzlich nur solche Gefahren zu berücksichtigen, die sich allein als Folge der Abschiebung bzw. der freiwilligen Reise und nicht wegen der spezifischen Verhältnisse im Zielstaat ergeben.

25.5.1.3.3 Selbst wenn die oberste Landesbehörde einen allgemeinen Abschiebestopp nach § 60a Absatz 1 verfügt hat, lässt dies noch keinen Schluss auf die Unmöglichkeit auch einer freiwilligen Ausreise zu. Die oberste Landesbehörde kann sich aus unterschiedlichen Gründen veranlasst sehen, einen Abschiebestopp zu verfügen (vgl. Nummer 60a.1).

25.5.1.4 Ist in absehbarer Zeit mit dem Wegfall des Ausreisehindernisses zu rechnen, darf keine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden. Bei der Entscheidung über die Erteilung eines Aufenthaltstitels ist zu prognostizieren, ob das Ausreisehindernis auch in absehbarer Zeit bestehen wird. Dies würde beispielsweise dann gegeben sein, wenn das Ausreisehindernis seiner Natur nach nicht nur ein vorübergehendes ist. Ist auf Grund der Umstände des Falles erkennbar, dass das Ausreisehindernis für länger als sechs Monate (vgl. § 26 Absatz 1) bzw. für einen unbegrenzten Zeitraum bestehen wird, kann eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden.

- 25.5.2 I.d.R. soll bei Vorliegen der Voraussetzungen nach § 25 Absatz 5 Satz 1 eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, wenn die Abschiebung seit 18 Monaten ausgesetzt ist. Diese Regelung findet auch Anwendung auf Fälle, in denen nach dem Ausländergesetz die Abschiebung seit 18 Monaten ausgesetzt worden ist (vgl. § 102 Absatz 1). Die Aufenthaltserlaubnis ist allerdings nicht schon allein aufgrund Ablaufs der 18-Monats-Frist zu erteilen. Zusätzlich müssen vielmehr die Voraussetzungen nach § 25 Absatz 5 Satz 1 erfüllt sein, insbesondere darf mit dem Wegfall der Ausreisehindernisse in absehbarer Zeit nicht zu rechnen sein (siehe Nummer 25.5.1.4). Die Soll-Regelung bedeutet, dass grundsätzlich eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen ist, sofern nicht ein atypischer Ausnahmefall vorliegt. Auf die 18-Monats-Frist sind nur Aufenthaltszeiten anzurechnen, in denen der Ausländer geduldet wurde, nicht aber Zeiten, in denen er über einen Aufenthaltstitel oder eine Aufenthaltsgestattung verfügte.
- Bei der Beurteilung der Frage, ob von der „Soll“-Regelung des § 25 Absatz 5 Satz 2 abgewichen werden kann, kann die Gewichtigkeit des vom Ausländer ggf. verwirklichten Ausweisungsgrundes und der mit der Ausweisung verfolgte generalpräventive Zweck in der Weise berücksichtigt werden, dass trotz Ablaufs der 18-Monats-Frist die Aufenthaltserlaubnis (noch) nicht erteilt wird, weil auch die Voraussetzungen für die Befristung der Wirkungen der Ausweisung (noch) nicht gegeben wären.
- 25.5.3 § 25 Absatz 5 Satz 3 und 4 stellen sicher, dass eine Aufenthaltserlaubnis nur erteilt wird, wenn positiv festgestellt ist, dass der Ausländer unverschuldet an der Ausreise gehindert ist. Verschulden erfordert ein zurechenbares Verhalten des Ausländers. Der Begriff des Verschuldens soll in einem umfassenden Sinn Personen von der Gewährung des Aufenthaltsrechts ausschließen, wenn diese die Gründe für den fortdauernden Aufenthalt selbst zu vertreten haben.
- 25.5.4 § 25 Absatz 5 Satz 4 nennt beispielhaft Fälle, in denen von einem Verschulden des Ausländers stets auszugehen ist. Dies trifft bei Täuschung über seine Identität oder Nationalität zu oder wenn er zumutbare Anforderungen zur Beseitigung der Ausreisehindernisse, beispielsweise die Mitwirkung bei der Beschaffung von Heimreisedokumenten z.B. durch Zeichnung einer so genannten Freiwilligkeitserklärung oder durch Vorlage der für das Heimreisedokument erforderlichen Fotos, nicht erfüllt. Auch soweit das Ausreisehindernis darauf beruht, dass der Ausländer erforderliche Angaben verweigert hat, ist dies von ihm zu vertreten und schließt die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis aus. Aus den Beispielen wird deutlich, dass eine schuldhafte Verhinderung oder Verzögerung der Ausreise sowohl in aktivem Tun als auch in Unterlassen bestehen kann. Der Ausländer kann sich danach nicht auf eine passive Rolle zurückziehen, sondern muss im Rahmen des Zumutbaren aktiv tätig werden, um Ausreisehindernisse zu beseitigen. Zumutbar sind dem Ausländer grundsätzlich alle Handlungen, die zur Beschaffung von Heimreisepapieren erforderlich sind und von ihm persönlich vorgenommen werden können. Offensichtlich aussichtslose Anstrengungen zur Beschaffung von Heimreisepapieren sind hingegen unzumutbar. So ist einem Ausländer eine erneute Vorsprache bei der Botschaft seines Heimatlandes nicht zuzumuten, wenn feststeht, dass diese ergebnislos sein würde, nachdem er in der Vergangenheit wiederholt dort erfolglos vorgesprochen hatte und dabei seinen Verpflichtungen ordnungsgemäß nachgekommen war. Eine Unzumutbarkeit ergibt sich nicht aus der Dauer des bisherigen Aufenthalts.
- 25.5.4.1 Ein Verschulden durch aktives Tun ist z. B. in den folgenden Fällen anzunehmen:
- Täuschung über Identität oder Staatsangehörigkeit,
 - Angabe falscher Tatsachen, Missbrauch, Vernichtung oder Unterschlagung von Urkunden oder Beweismitteln,
 - Untertauchen zur Verhinderung der aufenthaltsbeendenden Maßnahme, aktiver oder passiver körperlicher Widerstand gegen Vollzugsmaßnahmen zur Aufenthaltsbeendigung,
 - Zusammenwirken mit der Botschaft oder Behörden des Herkunftsstaates, um eine Rückübernahme zu verhindern,
 - Verstreichenlassen der Rückkehrberechtigung,
 - Entlassung aus der bisherigen Staatsangehörigkeit auf Antrag, ohne gleichzeitig eine neue Staatsangehörigkeit anzunehmen.
- 25.5.4.2 Ein Verschulden durch Nichtvornahme von zumutbaren Handlungen kann z.B. anzunehmen sein, wenn der Ausländer:
- die für die Ausreise notwendigen ihm bekannten Angaben nicht macht oder verweigert,
 - relevante Dokumente oder Beweismittel, über die er verfügt, nicht vorlegt,
 - nicht mitwirkt an der Feststellung der Identität und der Beschaffung von Heimreisepapieren,
 - kraft Gesetzes aus der bisherigen Staatsangehörigkeit entlassen wurde (z.B. wegen Nichtableistung des Wehrdienstes) und keinen Wiedererwerb beantragt,
 - eine von der Botschaft seines Herkunftsstaates geforderte „Freiwilligkeitserklärung“ nicht abgibt.
- 25.5.5 Durch das dem Ausländer zurechenbare Handeln oder Unterlassen muss die Ausreise verhindert oder wesentlich verzögert worden sein. Das Verhalten des Ausländers muss damit für die Schaffung oder Aufrechterhaltung eines ak-

	tuell bestehenden Ausreisehindernisses zumindest mitursächlich sein.		
25.5.6	Die Ausländerbehörde hat bei der Ausübung des Ermessens ausgehend von der Zielvorgabe des § 1 Absatz 1 u. a. folgende Kriterien heranzuziehen: <ul style="list-style-type: none"> – die Dauer des Aufenthalts in Deutschland, – die Integration des Ausländers in den Arbeitsmarkt durch den Nachweis eines Beschäftigungsverhältnisses oder einer selbständigen Arbeit, – die Integration in die Lebensverhältnisse der Bundesrepublik Deutschland, wobei abhängig von der Dauer des Aufenthalts in Deutschland zumindest einfache Deutschkenntnisse vorausgesetzt werden können. 		
25.5.7	Die Aufenthaltserlaubnis wird nur für den Zeitraum, der für die Erreichung des Aufenthaltszwecks erforderlich ist (§ 7 Absatz 2 Satz 1), erteilt. Auf § 26 Absatz 1 Satz 1 wird hingewiesen. Eine Aufenthaltsverfestigung ist unter den Voraussetzungen des § 26 Absatz 4 möglich.		
25.5.8	Der Familiennachzug zu einem Ausländer, der eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 5 besitzt, wird nicht gewährt (§ 29 Absatz 3 Satz 3).		
25.5.9	Die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit bestimmt sich nach § 21 Absatz 6 bzw. nach § 39 Absatz 3.		
26	Zu § 26 – Dauer des Aufenthalts		
26.1	Höchstgeltungsdauer der Aufenthaltserlaubnisse nach Kapitel 2 Abschnitt 5		
26.1.1	§ 26 Absatz 1 sieht eine Höchstgeltungsdauer der Aufenthaltserlaubnis von grundsätzlich drei Jahren vor. In den Fällen, in denen der Ausländer eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 4 Satz 1 oder § 25 Absatz 5 besitzt und sich noch nicht seit mindestens 18 Monaten rechtmäßig in Deutschland aufhält, ist die Höchstgeltungsdauer der Aufenthaltserlaubnis auf sechs Monate beschränkt. Zu erwarten ist ein ununterbrochener rechtmäßiger Aufenthalt von mindestens 18 Monaten; Duldungszeiten können nicht angerechnet werden. Soweit absehbar ist, dass der Schutzzweck früher enden wird oder ein Abschiebungshindernis in nächster Zeit entfallen könnte, sollte die Frist entsprechend kürzer bemessen werden. So kann die Aufenthaltserlaubnis auch auf Tage, Wochen oder Monate befristet werden. Dies sollte insbesondere in den Fällen der §§ 23a, 25 Absatz 4 und 5 berücksichtigt werden.		
26.1.2	In den Fällen des § 25 Absatz 1 und 2 ist die Aufenthaltserlaubnis für drei Jahre zu erteilen. Die Geltungsdauer von drei Jahren entspricht der in § 73 Absatz 2a AsylVfG geregelten Frist zur Überprüfung der Voraussetzungen der Anerkennungsentscheidung.		
		26.1.3.	Die Geltungsdauer der Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 3 beträgt mindestens ein Jahr. Die Ausländerbehörde kann die Geltungsdauer der Aufenthaltserlaubnis für diesen Personenkreis im Rahmen ihrer Ermessensentscheidung danach jeweils auf einen Zeitraum zwischen einem Jahr und drei Jahren befristen.
			§ 26 Absatz 1 Satz 3 regelt die Erteilungsdauer der Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 4a. Diese beträgt grundsätzlich sechs Monate, sie kann jedoch in begründeten Fällen auch länger erteilt werden. Auch wenn damit die Aufenthaltserlaubnis regelmäßig für sechs Monate zu erteilen ist, so handelt es sich bei der Möglichkeit der längeren Erteilung nicht um eine Ausnahmeregelung im eigentlichen Sinn, da diese nicht auf atypische Sonderfälle beschränkt ist. Die Regelbefristung trägt dem Umstand Rechnung, dass die Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 4a als Aufenthaltsrecht für einen nur vorübergehenden Aufenthalt ausgestaltet ist. In begründeten Fällen kann die Ausländerbehörde die Aufenthaltserlaubnis für eine längere Geltungsdauer erteilen. Ein solcher Fall liegt insbesondere dann vor, wenn von vornherein absehbar ist, dass die Notwendigkeit der Anwesenheit des Ausländers als Zeuge auf Grund der Ermittlungen der Strafverfolgungsbehörden oder/und der gerichtlichen Verhandlungen länger als sechs Monate bestehen wird. Zur Realisierung des mit § 25 Absatz 4a verfolgten Zwecks – der Gewinnung von verwertbaren Aussagen der Opfer im Interesse der Strafverfolgung von Menschenhandelsdelikten – ist es in diesen Fällen zweckmäßig, die Aufenthaltserlaubnis von vornherein für einen längeren, im Hinblick auf den Abschluss des Strafverfahrens realistischen Zeitraum zu erteilen. Hierdurch kann ein erheblicher Beitrag zur persönlichen Stabilisierung der Opferzeugen geleistet werden.
		26.2	Ausschluss der Verlängerung
			Absatz 2 verdeutlicht, dass der Aufenthalt aus humanitären Gründen vom Grundsatz des temporären Schutzes geprägt ist. Wie in § 25 Absatz 5 Satz 3 wird nicht mehr auf das Vorliegen von Abschiebungshindernissen, sondern auf das Vorliegen von Ausreisehindernissen abgestellt. Auch bei der Entscheidung über die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis ist auf das Fortbestehen der Erteilungsvoraussetzungen zu achten.
		26.3	Erteilung einer Niederlassungserlaubnis an Inhaber einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 1 oder 2
		26.3.1	§ 26 Absatz 3 sieht vor, dass Asylberechtigte und Konventionsflüchtlinge einen Rechtsanspruch auf Erteilung einer Niederlassungserlaubnis haben, wenn <ul style="list-style-type: none"> – sie seit drei Jahren eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 1 oder Absatz 2 besitzen und

	– das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gemäß § 73 Absatz 2a AsylVfG mitgeteilt hat, dass die Voraussetzungen für den Widerruf und die Rücknahme der Asyl- oder Flüchtlingsanerkennung nicht vorliegen.	
26.3.2	Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge überprüft die Situation nach der Drei-Jahres-Frist von Amts wegen und teilt der Ausländerbehörde das Ergebnis mit. Die Vorschrift setzt für die Erteilung der Niederlassungserlaubnis ein aktives Handeln des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge in Form einer Mitteilung voraus, die beinhaltet, dass die Voraussetzungen für einen Widerruf und eine Rücknahme nach § 73 AsylVfG bzw. eine Rücknahme nach § 48 VwVfG nicht vorliegen. Die Vorschrift erfasst auch Rücknahmen auf Grundlage von § 48 VwVfG in den Fällen, in denen die Asylanerkennung oder die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft von Anfang an rechtswidrig war, für die jedoch kein Widerrufs- oder Rücknahmegrund nach § 73 AsylVfG vorliegt.	
26.3.3	Für die Berechnung der Drei-Jahres-Frist kommt es darauf an, dass der Ausländer während des gesamten Zeitraums im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 1 oder Absatz 2 war. Die Fiktion der Fortgeltung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 81 Absatz 4 reicht aus, wenn dem Ausländer nach § 25 Absatz 1 oder Absatz 2 ein Anspruch auf Verlängerung zusteht. Bagatellunterbrechungen, die der Ausländer nicht zu vertreten hat, sollte die Ausländerbehörde im Rahmen der Ermessensentscheidung nach § 85 unberücksichtigt lassen; sie sind jedoch nicht anrechenbar. Eine Anrechnung von Zeiten des Besitzes einer Aufenthaltserlaubnis nach dem AuslG ist im Rahmen der Erteilung einer Niederlassungserlaubnis nach § 26 Absatz 3 nicht vorgesehen. Der Gesetzgeber hat in § 102 Absatz 2 eine Anrechnung nur im Fall der Erteilung einer Niederlassungserlaubnis nach § 26 Absatz 4 angeordnet (vgl. hierzu Nummer 26.4.8 und 102.2). Aus der dort vorgenommenen ausdrücklichen Beschränkung der Anrechnung von Zeiten des Besitzes einer Aufenthaltserlaubnis auf den Anwendungsbereich des § 26 Absatz 4 folgt im Umkehrschluss, dass eine Anrechnung in anderen Fällen nicht in Betracht kommt (siehe aber Nummer 26.4.2).	
26.4	Erteilung einer Niederlassungserlaubnis an andere Inhaber einer Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen	
26.4.1	Die Niederlassungserlaubnis kann nach § 26 Absatz 4 im Ermessenswege erteilt werden, wenn der Ausländer seit sieben Jahren eine Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen besitzt und die Voraussetzungen des § 9 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 bis 9 erfüllt. Bei Ehegatten genügt es, wenn die Voraussetzungen nach § 9 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3, 5 und 6	
	durch einen Ehegatten erfüllt werden (§ 9 Absatz 3 Satz 3).	
26.4.2	Die Vorschrift ist auch auf Asylberechtigte und anerkannte Flüchtlinge anwendbar, für die jedoch i. d. R. § 26 Absatz 3 günstiger sein wird, es sei denn, sie können sich z. B. Aufenthaltszeiten nach § 102 Absatz 2 oder nach § 55 Absatz 3 AsylVfG anrechnen lassen.	
26.4.3	§ 26 Absatz 4 findet keine Anwendung auf Ausländer nach § 24, da für diesen Personenkreis nach § 24 Absatz 1 die Verlängerungsregelung nach Artikel 4 der Richtlinie 2001/55/EG des Rates vom 20. Juli 2001 über Mindestnormen für die Gewährung vorübergehenden Schutzes im Falle eines Massenzustroms von Vertriebenen und Maßnahmen zur Förderung einer ausgewogenen Verteilung der Belastungen, die mit der Aufnahme dieser Personen und den Folgen dieser Aufnahme verbunden sind, auf die Mitgliedstaaten (ABl. EG Nummer L 212 S. 12, so genannte Richtlinie zum vorübergehenden Schutz) gilt, sowie auf Ausländer, die im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 4 Satz 1 oder Absatz 4a sind, da diese Vorschriften ausdrücklich nur den vorübergehenden Aufenthalt in Deutschland regeln. Auch auf Ausländer, die eine Aufenthaltserlaubnis auf Probe (§ 104a Absatz 1 Satz 1) besitzen, findet § 26 Absatz 4 keine Anwendung (§ 104a Absatz 1 Satz 3). Erst, wenn sich der weitere Aufenthalt aufgrund der Verlängerung gemäß § 104a Absatz 5 Satz 2, 3 nach § 23 Absatz 1 richtet, ist § 26 Absatz 4 auch bei einer ursprünglichen Aufenthaltserlaubnis auf Probe anwendbar. Im Falle des § 104b findet § 26 Absatz 4 durch den Verweis auf § 23 Absatz 1 Anwendung.	
26.4.4	Voraussetzung für die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis nach § 26 Absatz 4 Satz 1 ist, dass der Ausländer <ul style="list-style-type: none"> – bereits seit sieben Jahren eine Aufenthaltserlaubnis nach §§ 22 bis 25 besitzt und – die Voraussetzungen für die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis nach § 9 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 bis 9 erfüllt. 	
26.4.5	Nicht erforderlich ist, dass die materiell-rechtlichen Voraussetzungen für die Erteilung oder Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis noch erfüllt sind, solange der Ausländer noch im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis nach den §§ 22 ff. ist. § 26 Absatz 2 findet keine Anwendung.	
26.4.6	Vom Vorliegen der allgemeinen Erteilungsvoraussetzungen kann nach § 5 Absatz 3 Satz 2 abgesehen werden; § 5 Absatz 4 ist zu beachten.	
26.4.7	Die Ausländerbehörde kann bei der Ausübung des Ermessens ausgehend von der Zielvorgabe des § 1 Absatz 1 u. a. folgende Kriterien heranziehen: <ul style="list-style-type: none"> – Dauer des Aufenthalts in Deutschland, – Integration in die Lebensverhältnisse der Bundesrepublik Deutschland, 	

- Fortdauer des Aufenthaltszwecks bzw. der Schutzgründe, die die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis rechtfertigen.
- 26.4.8 Die Wartezeit beträgt sieben Jahre. Bei der Fristberechnung werden angerechnet:
- Zeiten des Besitzes einer Aufenthaltserlaubnis nach den §§ 22 bis 25, 104a und 104b,
 - Zeiten des Besitzes einer Fiktionsbescheinigung nach § 81 Absatz 4 zu einer Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen,
 - Zeiten des Besitzes einer Aufenthaltserlaubnis, wenn während dieser Zeit zugleich die Voraussetzungen für die Verlängerung einer Aufenthaltsbefugnis oder Duldung vor dem 1. Januar 2005 oder einer Aufenthaltserlaubnis nach Kapitel 2 Abschnitt 5 nach dem 1. Januar 2005 vorlagen,
 - Zeiten des Besitzes einer Aufenthaltsbefugnis oder Duldung vor dem 1. Januar 2005 (§ 102 Absatz 2) sowie Zeiten einer Duldung nach altem Recht über den 1. Januar 2005 hinaus, wenn sich an sie „nahtlos“ die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen nach neuem Recht angeschlossen hat,
 - Zeiten des Besitzes der Aufenthaltsgestattung während des Asylverfahrens, das der Erteilung der Aufenthaltserlaubnis vorangegangen ist (§ 26 Absatz 4 Satz 3). Aufenthaltszeiten von früheren, erfolglos betriebenen Asylverfahren können bei der Berechnung des anrechenbaren Zeitraums nicht berücksichtigt werden. Zeiten eines Asylfolgeverfahrens – unter Ausschluss der Zeiten des diesen vorangegangenen Asylverfahrens – sind anzurechnen, wenn der Aufenthalt wegen Vorliegens der Voraussetzungen nach § 71 Absatz 1 AsylVfG gestattet war.

Der Ausländer muss grundsätzlich ununterbrochen im Besitz eines anrechenbaren humanitären Aufenthaltstitels gewesen sein. Zeiten des Besitzes einer Duldung nach § 60a sind nicht anrechenbar und führen darüber hinaus dazu, dass die vor der Erteilung dieser Duldung erreichten anrechenbaren Zeiten nicht mehr angerechnet werden können („schädliche Unterbrechung“). Unterbrechungen des rechtmäßigen Aufenthaltes, die der Ausländer nicht zu vertreten hat, sollen nach Maßgabe des § 85 außer Betracht bleiben, sie sind damit unschädlich, aber nicht anrechenbar.

In den Fällen, in denen kraft Gesetzes die Anrechnung von Besitzzeiten einer Aufenthaltsbefugnis oder Duldung vor dem 1. Januar 2005 (§ 102 Absatz 2) oder einer Aufenthaltsgestattung (§ 26 Absatz 4 Satz 3), auf die Sieben-Jahres-Frist angeordnet wird, ist dieser Zeitraum unabhängig von einer etwaigen Unterbrechung beispielsweise durch den Besitz

einer Duldung nach § 60a anzurechnen („unschädliche Unterbrechung“).

26.4.9

Mit § 26 Absatz 4 Satz 2 wird klargestellt, dass auch bei Ausländern mit einem humanitären Aufenthaltsrecht in Ausnahmefällen eine Aufenthaltsverfestigung möglich ist, wenn die für einen unbefristeten Aufenthaltstitel erforderlichen Kenntnisse unverschuldet nicht erreicht werden können (vgl. § 9 Absatz 2 Satz 2 bis 6). Bei Ausländern, die vor dem 1. Januar 2005 im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis waren, ist zu beachten, dass hinsichtlich der Voraussetzungen des § 9 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3, 7 und 8 die Übergangsregelung des § 104 Absatz 2 anwendbar ist.

26.4.10

Nach § 26 Absatz 4 Satz 4 i. V. m. § 35 kann Kindern mit einem humanitären Aufenthaltsrecht, also meist als unbegleitete Minderjährige Eingereiste, im Ermessenswege unter den gleichen Voraussetzungen die Aufenthaltsverfestigung ermöglicht werden, wie sie bei Kindern gelten, die eine zum Zwecke der Familienzusammenführung erteilte Aufenthaltserlaubnis besitzen (siehe hierzu Nummer 35). § 26 Absatz 4 Satz 4 bewirkt Folgendes:

- Das Kind muss nicht die Voraussetzungen des § 9 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 bis 9 erfüllen, sondern die des § 35 (je nach Alter die Voraussetzungen nach § 35 Absatz 1 Satz 1 (bei 16- und 17-Jährigen) oder Satz 2 (bei Antragstellung nach Volljährigkeit);
- fünf Jahre anrechenbaren Voraufenthaltes sind ausreichend.

§ 26 Absatz 4 Satz 4 gilt auch (i. V. m. § 35 Absatz 1 Satz 2) für inzwischen Volljährige, die vor Vollendung des 18. Lebensjahres nach Deutschland eingereist sind. Für in Deutschland geborene Kinder ist § 26 Absatz 4 Satz 4 analog anzuwenden (Erst-Recht-Schluss).

26.4.11

Nach § 104 Absatz 7 besteht i. V. m. § 26 Absatz 4 die Möglichkeit für den Ehegatten, Lebenspartner und die minderjährigen ledigen Kinder eines Ausländers, der im Besitz einer Aufenthaltsbefugnis war, eine Niederlassungserlaubnis zu erhalten. Diesen Personen, die vor dem 1. Januar 2005 im Besitz einer Aufenthaltsbefugnis nach § 31 Absatz 1 oder § 35 Absatz 2 waren und denen nach fünf bzw. acht Jahren gemäß § 35 Absatz 1 AuslG eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis hätte erteilt werden können, kann unter Anrechnung der Aufenthaltsbefugniszeiten eine Niederlassungserlaubnis erteilt werden, wenn die Voraussetzungen des § 26 Absatz 4 vorliegen und der Rechtsgrund für die Erteilung der Aufenthaltsbefugnis nach § 31 Absatz 1 bzw. § 35 Absatz 2 weiterhin besteht. Zum Zeitpunkt der Erteilung der Niederlassungserlaubnis nach § 26 Absatz 4 i. V. m. § 104 Absatz 7 und § 31 Absatz 1 muss das Kind insbesondere noch minderjährig und ledig sein. Die Anrechnung der Aufenthaltsbefugniszeiten erfolgt nach § 102 Absatz 2.

27 Zu § 27 – Grundsatz des Familiennachzugs

27.0 Allgemeines

27.0.1 § 27 enthält allgemeine Regelungen zum Familiennachzug von Ausländern zu Deutschen oder Ausländern. Die Vorschrift vermittelt für sich genommen keinen Anspruch und beinhaltet keine Ermächtigung zur Erteilung von Aufenthaltstiteln. Die in § 27 geregelten Voraussetzungen bzw. Ausschlussgründe gelten zusätzlich zu den Voraussetzungen der jeweiligen Ermächtigungsgrundlage für die Erteilung eines Aufenthaltstitels aus familiären Gründen.

27.0.2 Die Vorschriften des Aufenthaltsgesetzes zum Familiennachzug werden in dessen Anwendungsbereich durch das FreizügG/EU verdrängt. Wenn also ein Ausländer einer der in § 3 FreizügG/EU genannten Familienangehörigen eines Unionsbürgers oder EWR-Staatsangehörigen ist, finden die §§ 27 ff. grundsätzlich keine Anwendung (vgl. § 1 Absatz 2 Nummer 1). Vor einer Prüfung nach den §§ 27 ff. ist daher stets zu untersuchen, ob der sachliche Anwendungsbereich des FreizügG/EU eröffnet ist (siehe Nummer 3 f. FreizügG/EU – VwV). Nur wenn sich nach dem FreizügG/EU ergeben sollte, dass ein Familienangehöriger kein Recht auf Einreise und Aufenthalt hat, ihm jedoch nach den §§ 27 ff. ein Aufenthaltstitel erteilt werden müsste oder nach Ermessen erteilt werden könnte, sind die §§ 27 ff. gemäß § 1 Absatz 2 Nummer 1 anwendbar.

27.0.3 Der Anwendungsbereich des FreizügG/EU ist auch eröffnet, wenn ein Deutscher von seinem Freizügigkeitsrecht nach Europäischem Recht in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union Gebrauch macht und er mit seinen drittstaatsangehörigen Familienangehörigen von diesem Mitgliedstaat aus vorübergehend oder dauerhaft nach Deutschland zurückreist (so genannter „Rückkehrer-Fall“). (siehe hierzu Nummer 1.3 und 3.0.2 FreizügG/EU – VwV).

27.0.4 Beruht ein Antrag auf Erteilung eines Aufenthaltstitels darauf, dass familienrechtliche Beziehungen zwischen Personen bestehen, so sind diese Beziehungen grundsätzlich durch öffentliche Urkunden, vorzugsweise Personenstands-urkunden, nachzuweisen (siehe auch Nummer 82.1.2). Ausländische Urkunden haben nach § 438 ZPO Beweiswert, sofern ihre Echtheit und inhaltliche Richtigkeit festgestellt wird, nur hinsichtlich der darin angegebenen Tatsachen, nicht hinsichtlich der sich aus diesen Tatsachen ergebenden Rechtsfolgen. Alle entscheidungserheblichen Gesichtspunkte, die einer rechtlichen Prüfung zugänglich sind (z. B. Wirksamkeit einer Eheschließung, Abstammung, Annahme als Kind, Namensführung), sind ausgehend von den einschlägigen kollisionsrechtlichen Normen des EGBGB selbstständig zu prüfen. Ausgenommen hiervon sind unter Berücksichtigung von § 328 ZPO und § 109 Absatz 1 FamFG anererkennungsfähige

ausländische, gerichtliche und behördliche Entscheidungen. In welcher Form der Nachweis im Einzelfall zu führen ist, liegt im Ermessen der Behörde. Bei fremdsprachigen Urkunden kann die Vorlage einer Übersetzung durch eine geeignete Person verlangt werden. Grundsätzlich kann der Antragsteller zum Nachweis der Echtheit einer ausländischen öffentlichen Urkunde auf die Legalisation durch die zuständige deutsche Auslandsvertretung hingewiesen werden. Soweit das Auswärtige Amt für Urkunden aus bestimmten Staaten keine Legalisation durchführt, kommt eine Überprüfung der Echtheit und der inhaltlichen Richtigkeit der vorgelegten Urkunden durch ein Sachverständigengutachten eines Vertrauensanwalts der zuständigen Auslandsvertretung in Betracht. Die Identität des Vertrauensanwalts wird aus Sicherheitsgründen bei der Übersendung des Gutachtens an die Ausländerbehörde im Zustimmungsverfahren nach § 31 AufenthV nicht offen gelegt. Bei Urkunden aus Staaten, die Vertragsstaaten des Haager Übereinkommens zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Legalisation vom 5. Oktober 1961 (BGBl. 1965 II 875) sind, und gegen deren Beitritt die Bundesrepublik Deutschland keinen Einspruch eingelegt hat, kann eine Legalisation nicht erfolgen. An die Stelle der Legalisation tritt ein als „Apostille“ bezeichneter Vermerk einer Behörde des Ausstellerstaates. Mit einigen Staaten bestehen zudem Abkommen, wonach einfach- bzw. mehrsprachige Urkunden ohne weitere Förmlichkeit (Legalisation oder Apostille) anzuerkennen sind. Aktuelle Informationen zum internationalen Urkundenverkehr finden sich auf der Internetseite des Auswärtigen Amtes.

27.0.5

In den Fällen, in denen ein entscheidungserheblicher Nachweis der Abstammung nicht durch verlässliche Urkunden erbracht werden kann und begründete Zweifel an der Identität, Abstammung oder Familienzugehörigkeit nicht auf andere Weise ausgeräumt werden können, kann der Antragsteller darauf hingewiesen werden, dass er die weitere Möglichkeit hat, mittels eines freiwilligen DNS-Abstammungsgutachtens die Voraussetzungen für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zur Familienzusammenführung nachzuweisen. Der Nachweis ist in Fällen der rechtlich begründeten Verwandtschaft ungeeignet, z. B. nach BGB im Fall der so genannten ehelichen Geburt oder bei einer Vaterschaftsanerkennung, der die Kindesmutter zugestimmt hat. Die Vaterschaftsanerkennung kann auch später wirksam werden, wenn die Zustimmung der Mutter zur Anerkennung erst später vorliegt. In diesen Fällen kommt es auf die biologische Abstammung nicht an; dies kann anders sein, wenn der Verdacht einer so genannten Scheinvaterschaft zur Verschaffung eines Aufenthaltsrechts besteht und die Vaterschaft angefochten wird (siehe hierzu Nummer 27.1a.1.3 und 90.5). Im Übrigen können im Ausland erfolgte Va-

- terschaftsanerkennungen dann rechtlich unbeachtlich sein, wenn sie nach Kollisionsrecht gegen den deutschen ordre public verstoßen. Insbesondere beim Verdacht einer Vaterschaftsanerkennung zwecks Umgehung von Adoptionsvorschriften, die rechtlich missbilligt wird (Fall des ausdrücklichen Adoptionsvermittlungsverbots nach § 5 Absatz 4 AdVerMiG), kann ggf. ein freiwilliges Abstammungsgutachten zum Nachweis biologischer Vaterschaft angezeigt sein.
- 27.0.6 Bei der erstmaligen Gestattung des Nachzugs zu türkischen Staatsangehörigen gilt ausschließlich das innerstaatliche Recht. Auf folgende Gesichtspunkte wird hingewiesen:
- 27.0.6.1 Nach Artikel 7 ARB 1/80 erwirbt der Familienangehörige eines türkischen Arbeitnehmers, der „die Genehmigung erhalten hat, zu ihm zu ziehen“, unter bestimmten Voraussetzungen ein besonderes, kraft Gesetzes bestehendes Aufenthaltsrecht, das mit einem erhöhten Ausweisungsschutz verbunden ist. Eine entsprechende Genehmigung, als Angehöriger zu einem türkischen Arbeitnehmer zu ziehen, liegt vor, wenn ein Aufenthaltstitel nach Kapitel 2 Abschnitt 6 erteilt wurde. Im Einzelnen wird auf die Allgemeinen Anwendungshinweise des Bundesministeriums des Innern zum ARB 1/80 in der jeweiligen Fassung verwiesen.
- 27.0.6.2 Die erstmalige Gestattung des Nachzuges bestimmt sich allein nach nationalem Recht, ist aber tatbestandliche Voraussetzung des späteren, auf Assoziationsrecht beruhenden Anspruches. Dabei kann maßgeblich sein, zu welchem Angehörigen genau der Nachzug gestattet wurde.
- 27.0.6.3 Die Person, zu der der Nachzug stattfindet, ist daher in einer dem Antragsteller zusammen mit der Erteilung zu überreichenden, in Durchschrift zur Akte zu nehmenden Erläuterung genau zu bezeichnen, sofern diese die türkische Staatsangehörigkeit besitzt. Das Zusammenleben mit anderen Personen türkischer oder anderer Staatsangehörigkeit wird durch den Aufenthaltstitel nicht untersagt. Es muss aber aus der Entscheidung über die Gewährung des Aufenthaltstitels – auch für den Antragsteller – ggf. deutlich werden, dass sich die Entscheidung nicht auf eine etwaige Lebensgemeinschaft mit weiteren Personen bezieht. Wird die Form einer gesonderten Erläuterung gewählt, ist deren Bekanntgabe an den Antragsteller in geeigneter Weise aktenkundig zu machen. Die Auslandsvertretung übersendet eine Ausfertigung der Erläuterung an die nach § 31 Absatz 1 AufenthV beteiligte Ausländerbehörde.
- 27.0.6.4 Besteht ein Nachzug hinsichtlich mehrerer Personen, die türkische Staatsangehörige sind und mit denen der nachziehende Familienangehörige auch zusammenleben wird, sind diese Personen in der Erläuterung sämtlich aufzuführen.
- 27.0.6.5 Auch in Ermessensfällen sind in der Erläuterung sämtliche Personen türkischer Staatsangehörigkeit aufzuführen, mit denen der Nachziehende zusammenleben wird und deren Aufenthalt im Bundesgebiet bei der Ermessensentscheidung berücksichtigt wurde.
- 27.0.6.6 Ebenfalls in der Erläuterung aufzunehmen sind unter den vorstehend genannten Voraussetzungen türkische Angehörige, die noch im Ausland leben, mit denen der Nachziehende aber im Bundesgebiet zusammenleben wird, weil diesen Angehörigen gleichzeitig ein Aufenthaltstitel erteilt wird (etwa im Falle der gleichzeitigen Erteilung eines nationalen Visums).
- 27.0.6.7 Die Bestimmung des oder der Angehörigen, zu denen der Nachzug gestattet wird, ist in der Erläuterung zu vermerken nach folgendem Muster:
- „Aufenthaltszweck ist die Herstellung und Wahrung der familiären Lebensgemeinschaft mit (Name/-n) ...; die Herstellung oder Wahrung einer ehelichen oder familiären Lebensgemeinschaft mit anderen türkischen Staatsangehörigen ist nicht Gegenstand der Entscheidung.“
- 27.0.6.8 Wird einem Familienangehörigen eines türkischen Staatsangehörigen zu einem anderen Zweck als dem Familiennachzug ein Aufenthaltstitel erteilt und ist bekannt oder nicht auszuschließen, dass der türkische Staatsangehörige bei in Deutschland lebenden Angehörigen wohnen wird, obwohl ein Nachzug anderer türkischer Staatsangehöriger bei der Erteilung der Aufenthaltserlaubnis nicht vorgesehen ist, ist in der Erläuterung der Vermerk anzubringen:
- „Die Herstellung oder Wahrung einer ehelichen oder familiären Lebensgemeinschaft mit türkischen Staatsangehörigen ist nicht Gegenstand der Entscheidung.“
- Dieser Vermerk schließt einen späteren Familiennachzug nicht aus, sondern gibt nur die Entscheidungsgrundlage des betreffenden Aufenthaltstitels wieder.
- 27.0.6.9 Bei der erstmaligen Gewährung des Familiennachzugs, vor allem bei einer Einreise aus dem Ausland, ist der Aufenthaltszweck nicht durch Artikel 7 ARB 1/80 bestimmt, da dieser Artikel nicht bei der erstmaligen Zulassung, sondern erst danach und bei Erfüllung der in Artikel 7 Satz 1 oder 2 ARB 1/80 genannten Voraussetzungen eingreift. Somit ist bei der erstmaligen Gewährung des Familiennachzugs als gesetzliche Grundlage stets allein die angewandte Rechtsvorschrift des Aufenthaltsgesetzes anzugeben.
- 27.1 Erforderlicher Aufenthaltszweck**
- 27.1.1 In § 27 Absatz 1 wird die Herstellung und Wahrung der familiären Lebensgemeinschaft im Bundesgebiet als bindender Aufenthaltszweck

festgeschrieben. Trotz des Begriffs „Nachzug“ wird nicht vorausgesetzt, dass der Zuzug der Familienangehörigen vom Ausland aus betrieben wird.

(klarstellend siehe Nummer 29.5.2.6 und 29.5.2.7).

27.1.2 Es handelt sich zugleich um eine Zweckbindung des Aufenthaltes, die erst mit der Erlangung eines eigenständigen Aufenthaltsrechts (§ 31, § 34 Absatz 2 und § 35, auch i. V. m. § 36 Absatz 2 Satz 2) oder der Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zu einem anderen Zweck entfällt. Sind die Voraussetzungen für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zu einem anderen Zweck erfüllt, steht die vorherige Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zum Zwecke des Familiennachzugs der Erteilung einer solchen Aufenthaltserlaubnis zu dem anderen Zweck nicht entgegen.

27.1.3 Das Aufenthaltsrecht des nachgezogenen Familienangehörigen ist nicht nur zweckgebunden, sondern auch akzessorisch zum Aufenthaltsrecht des Stambberechtigten. Dies bedeutet, dass das Aufenthaltsrecht des Familienangehörigen als abgeleitetes Recht dem Aufenthaltsrecht des Stambberechtigten grundsätzlich nachfolgt. Die Aufenthaltserlaubnis des Familienangehörigen darf längstens für den Zeitraum erteilt werden, für den auch der Stambberechtigte über einen gültigen Aufenthaltstitel verfügt (§ 27 Absatz 4, siehe hierzu Nummer 27.4). Des Weiteren darf die Aufenthaltserlaubnis des Familienangehörigen nur verlängert werden, wenn der Stambberechtigte weiterhin eine Niederlassungserlaubnis, Aufenthaltserlaubnis oder Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG besitzt (vgl. § 29 Absatz 1 Nummer 1, § 8 Absatz 1) und auch nur längstens für deren Geltungszeitraum (vgl. § 27 Absatz 4, Nummer 27.4). Ist die Aufenthaltserlaubnis des Stambberechtigten nach § 8 Absatz 2 von vornherein ohne Verlängerungsmöglichkeit zeitlich befristet, so ist auch die Aufenthaltserlaubnis des Familienangehörigen entsprechend auszugestalten. Verliert der Stambberechtigte sein Aufenthaltsrecht, etwa weil ein zwingender Ausweisungsgrund erfüllt wird, so entfällt auch der Grund für das Aufenthaltsrecht des Familienangehörigen, soweit noch nicht die Voraussetzungen für ein eigenständiges Aufenthaltsrecht bestehen (vgl. hierzu Nummer 31.1 und 34.2) oder bereits eine aufenthaltsrechtliche Verfestigung eingetreten ist (vgl. hierzu Nummer 9). Es kann nämlich die Geltungsdauer der Aufenthaltserlaubnis nachträglich verkürzt werden (§ 7 Absatz 2 Satz 2). In jedem Fall ist die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis abzulehnen (§ 8 Absatz 1). Der akzessorische Konnex kommt auch beim Arbeitsmarktzugang zum Tragen. Nach § 29 Absatz 5 berechtigt die dem Familienangehörigen erteilte Aufenthaltserlaubnis in gleicher Weise zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit wie sie dem Stambberechtigten – sowohl im positiven (Zugang zum Arbeitsmarkt) als auch im negativen Sinne (Beschränkungen) – gestattet ist

27.1.4

§ 27 Absatz 1 fordert als grundlegenden Aufenthaltswitz die (beabsichtigte) Herstellung und Wahrung der familiären Lebensgemeinschaft, wobei grundsätzlich ein Lebensmittelpunkt der Familienmitglieder in der Form einer gemeinsamen Wohnung nachgewiesen sein muss (zur ehelichen Lebensgemeinschaft siehe Nummer 27.1a.1.0). Fehlt es an einer derartigen häuslichen Gemeinschaft, kann im Allgemeinen eine familiäre Lebensgemeinschaft nur dann bejaht werden, wenn die einer solchen Lebensgemeinschaft entsprechende Beistands- oder Betreuungsgemeinschaft auf andere Weise verwirklicht wird. Dies kann z. B. bei einer notwendigen Unterbringung in einem Behinderten- oder Pflegeheim oder einer berufs- und ausbildungsbedingten Trennung der Fall sein. In diesen Fällen liegt eine familiäre Lebensgemeinschaft erst dann vor, wenn die Angehörigen regelmäßigen Kontakt zueinander pflegen, der über ein bloßes Besuchen hinausgeht. Ein überwiegendes Getrenntleben der Familienangehörigen, insbesondere wenn einzelne Mitglieder ohne Notwendigkeit über eine eigene Wohnung verfügen, deutet eher auf das Vorliegen einer nach Artikel 6 GG und daher auch aufenthaltsrechtlich nicht besonders schutzwürdigen Begegnungsgemeinschaft hin. Allerdings verbietet sich eine schematische Betrachtungsweise. Entscheidend für die ausländerrechtlichen Schutzwirkungen aus Artikel 6 GG ist die tatsächliche Verbundenheit zwischen den Familienmitgliedern, wobei grundsätzlich eine Betrachtung des Einzelfalles geboten ist. Eine im Bundesgebiet hergestellte familiäre Lebensgemeinschaft wird im Allgemeinen nicht allein dadurch aufgehoben, dass ein Familienmitglied in öffentlichen Gewahrsam genommen wird oder sich in Haft befindet, wenn Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die familiäre Lebensgemeinschaft nach Beendigung der Haft fortgesetzt wird. Der erstmalige Zuzug ins Bundesgebiet zu einem in Haft (ohne offenen Vollzug) befindlichen Familienmitglied kann während der Dauer der Inhaftierung jedoch nicht zur Herstellung der familiären Lebensgemeinschaft führen.

27.1.5

Die Aufenthaltserlaubnis darf vorbehaltlich Absatz 2 nur für eine dem Schutz des Artikels 6 GG unterfallende familiäre Lebensgemeinschaft erteilt werden. Besonders geschützt, und damit grundsätzlich einem Familiennachzug zugänglich, ist die Gemeinschaft von Ehegatten sowie von Eltern mit ihren minderjährigen Kindern (zu Adoptivkindern vgl. auch Nummer 28.1.2.1 ff.). Der Nachzug von Stiefkindern bemisst sich grundsätzlich nach § 32 Absatz 1 Nummer 2 als Nachzug zu bzw. – i. S. v. Zuzug – mit dem leiblichen Elternteil aufgrund dessen Aufenthaltsrechts (vgl. Nummer 32.0.5); nur in besonderen Konstellationen kommt ein Nachzug zu dem Stiefelternteil aufgrund von § 36

- Absatz 2 in Frage (vgl. Nummer 36.2.1.2). Bei Pflegekindern ist der Nachzug jedoch auf § 36 Absatz 2 beschränkt (vgl. Nummer 36.2.1.2). Dort finden im Rahmen der Prüfung der außergewöhnlichen Härte auch die Rechte der leiblichen Eltern Berücksichtigung (vgl. Nummer 36.2.2.4). Zusätzlich ist das Einverständnis der Behörden des Heimatstaates des Kindes mit der Ausreise herzustellen. Ein Nachzug von volljährigen Kindern zu den im Bundesgebiet lebenden Eltern ist grundsätzlich nicht von §§ 27 ff. gedeckt. Sind diese Kinder jedoch aufgrund besonderer Lebensumstände auf die Betreuung der Eltern angewiesen, können sie unter den Voraussetzungen des § 36 Absatz 2 Satz 1 nachziehen.
- 27.1.6 Ein mit einem Ausländer in Mehrehe verbundener Ehegatte gehört nicht zu dem nach Artikel 6 GG schutzwürdigen Personenkreis, wenn sich bereits ein Ehegatte beim Ausländer im Bundesgebiet aufhält. Ebenso wenig fällt der Nachzug zur Herstellung einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft oder einer Zwangsehe unter die Schutzwirkung des Artikels 6 GG (siehe hierzu auch Nummer 27.1a.2.1 f.). Eine Zwangsverheiratung liegt vor, wenn mindestens einer der zukünftigen Ehepartner mit Gewalt oder durch Drohung zur Eingehung der Ehe genötigt wird (besonders schwerer Fall der Nötigung nach § 240 Absatz 4 Satz 2 Nummer 1, 2. Alternative StGB). Von der Zwangsverheiratung abzugrenzen ist die arrangierte Ehe. Arrangierte Ehen unterscheiden sich dadurch von Zwangsverheiratungen, dass sie nicht erzwungen sind, sondern letztlich auf dem freien Willen beider Ehepartner beruhen. Der Übergang zwischen arrangierten und erzwungenen Ehen kann fließend, die Abgrenzung in der Praxis daher schwierig sein (siehe hierzu Nummer 27.1a.2.1 f.). Zur lebenspartnerschaftlichen Gemeinschaft vgl. Nummer 27.2.
- 27.1.7 Ein Familiennachzug zu Seeleuten nach § 27 Absatz 1 ist ausgeschlossen, wenn diese nur deshalb einen deutschen Aufenthaltstitel besitzen, weil sie ihn nach § 4 Absatz 4 benötigen und soweit deren Visum gemäß § 35 Nummer 3 AufenthV nicht der Zustimmung der Ausländerbehörde bedarf. Da diese Seeleute im Bundesgebiet keinen Wohnsitz nehmen dürfen, kann die familiäre Lebensgemeinschaft nicht im Bundesgebiet hergestellt werden.
- 27.1.8 Wegen des Phänomens der Scheinehen, bei denen das Bestehen einer familiären Lebensgemeinschaft nur zur Erlangung eines Aufenthaltsstatus vorgegeben wird, kann es in einzelnen Fällen erforderlich sein, eine Sachverhaltsermittlung durchzuführen (siehe hierzu Nummer 27.1a.1.1.2 ff.). Nach den allgemeinen Grundsätzen ist nicht die Ausländerbehörde, sondern der Antragsteller für seine Absicht, eine eheliche Lebensgemeinschaft aufzunehmen, materiell beweisbelastet. Der Ausländer ist nach § 82 Absatz 1 Satz 1 auch in Bezug auf die Voraussetzung des Vorliegens einer ehelichen Lebensgemeinschaft verpflichtet, seine Belange und für ihn günstige Umstände, soweit sie nicht offenkundig sind, geltend zu machen und die erforderlichen Nachweise über seine persönlichen Verhältnisse etc. unverzüglich beizubringen (siehe hierzu auch Nummer 82). Das bedeutet, dass eine trotz aller Bemühungen ggf. verbleibende Unerweislichkeit von Tatsachen zu Lasten des Antragstellers geht.
- 27.1.9 Die §§ 27 ff. entfalten keine Sperrwirkung mit Bezug auf die Erteilung von Aufenthaltstiteln zu anderen Zwecken. Werden die Herstellung oder Wahrung einer familiären Lebensgemeinschaft nicht angestrebt, ist also zu prüfen, ob ein Aufenthaltstitel für einen anderen Zweck erteilt werden kann. Dasselbe gilt, wenn von vornherein ausdrücklich ein Aufenthaltstitel zu einem anderen Zweck beantragt wird. Es greifen in diesen Fällen nicht die in den §§ 27 ff. genannten Einschränkungen ein, sondern nur die Voraussetzungen, die an die Erteilung des Aufenthaltstitels zu dem anderen Zweck geknüpft sind. Wird der Aufenthaltstitel für den anderen Zweck erteilt, ist der Familiennachzug als Zweck nicht anzugeben und im Aufenthaltstitel auch nicht zu vermerken. Die tatsächliche Herstellung einer familiären Lebensgemeinschaft ist hierdurch nicht unzulässig.
- 27.1a **Ausdrücklicher Ausschlussgrund bei Scheinehe, Scheinverwandtschaftsverhältnissen und Zwangsverheiratung**
- 27.1a.1 § 27 Absatz 1a Nummer 1 normiert einen ausdrücklichen Ausschlussgrund für den Ehegattennachzug im Falle einer Scheinehe oder von Scheinverwandtschaftsverhältnissen, um den Anreiz hierfür zu mindern.
- 27.1a.1.1.0 Die formal wirksam geschlossene Ehe berechtigt für sich allein nicht zum Ehegattennachzug. Erforderlich ist vielmehr das Vorliegen einer ehelichen Lebensgemeinschaft. Eine eheliche Lebensgemeinschaft ist dann anzunehmen, wenn die Ehepartner erkennbar in einer dauerhaften, durch enge Verbundenheit und gegenseitigen Beistand geprägten Beziehung zusammenleben oder zusammenleben wollen. Vorausgesetzt ist somit eine Verbindung zwischen den Eheleuten, deren Intensität über die einer Beziehung zwischen Freunden in einer reinen Begegnungsgemeinschaft hinausgeht. Daneben vorliegende Motive bei der Eheschließung stellen jedenfalls dann keine missbräuchliche Ehe i. S. d. § 27 Absatz 1a Nummer 1 dar, wenn gleichzeitig der Wille zu einer ehelichen Lebensgemeinschaft im o. g. Sinn besteht.
- 27.1a.1.1.1 Zur Beweislastverteilung siehe Nummer 27.1.8. Die Vorschrift des 27 Absatz 1a Nummer 1 ändert hieran nichts.
- 27.1a.1.1.2 Die Ausländerbehörde bzw. Auslandsvertretung kann weitere Ermittlungen anstellen, wenn im konkreten Einzelfall tatsächliche Anhaltspunkte dafür bekannt sind, dass zumindest

ein Ehegatte – entgegen seiner Aussage – keine eheliche Gemeinschaft herstellen will. Solche Anhaltspunkte können sich z.B. aus widersprüchlichen bzw. unschlüssigen Angaben bei der Antragstellung ergeben oder aus Erkenntnissen, die bei der Behörde vorliegen (weitere Beispiele siehe unter Nummer 27.1a.1.1.7). Verdachtsunabhängige durchgängige bzw. pauschale Ermittlungen und „Stichproben“ sind nicht zulässig.

Die Ausländerbehörden können dabei gemäß § 86 – auch ohne Mitwirkung der Betroffenen (§ 3 BDSG) – im geeigneten und erforderlichen Umfang personenbezogene Daten erheben und den Ehepartnern die Beibringung geeigneter Nachweise aufgeben, die ihre Absicht belegen, eine familiäre Lebensgemeinschaft in Deutschland herzustellen. Die Sachverhaltsermittlung beschränkt sich nicht nur auf die Feststellung der familienrechtlichen Beziehung und das Vorhandensein einer gemeinsamen Meldeanschrift. Umgekehrt ist vorrangig unter Berücksichtigung der Verdachtsmomente im Einzelfall nach Umständen außerhalb der engsten Privatsphäre der Ehegatten zu fragen (z. B. Umstände des persönlichen Kennenlernens, Umstände der Hochzeit, Kenntnis über Familienverhältnisse des Ehegatten, gemeinsame Lebensplanung in Deutschland etc.). Unzulässig sind Fragen bzw. Ermittlungen zur Intimsphäre der Ehegatten. Insgesamt ist zu berücksichtigen, dass die konkrete Ausgestaltung einer Beistands- und Betreuungsgemeinschaft im Einzelfall Angelegenheit der Familienmitglieder ist; bei der Prüfung ist die Vielgestaltigkeit der Lebenssachverhalte zu berücksichtigen. Ob eine familiäre Lebensgemeinschaft im Sinne einer Beistands- und Betreuungsgemeinschaft vorliegt, kann nicht nur anhand der tatsächlichen Kontakte, sondern auch anhand der wirtschaftlichen Gestaltung des Zusammenlebens der Familienmitglieder festgestellt werden. Hierbei kann eine Sachverhaltsermittlung insbesondere auch anhand von Bankunterlagen (etwa gegenseitige Bevollmächtigung zum Zugang zu Konten oder gemeinsame Kreditaufnahme bei Ehegatten), sonstigen Vertragsunterlagen (bei gemeinsamem Bezug von Wasser, Strom, Telekommunikationsdienstleistungen etc. durch Ehegatten), Anhaltspunkten für die geteilte Übernahme gemeinsamer Kosten (etwa Übernahme der Wohnkosten durch den einen Ehegatten und der Kosten für ein Auto oder der Kinderbetreuung durch den anderen Ehegatten) oder durch die Feststellung einer anderen Kosten- und Aufgabenverteilung innerhalb der Familie erfolgen. Aufgrund der vielfältigen Gestaltungsmöglichkeiten der ehelichen Lebensführung ist eine Beibehaltung der Trennung wirtschaftlicher Belange für sich genommen noch kein zwingender Beleg für eine Scheinehe; umgekehrt ist aber die gemeinsame Wirtschaftsführung ein Indiz, das zugunsten der Antragsteller für das Vorliegen einer ehelichen Lebensgemeinschaft zu werten ist.

- 27.1a.1.1.3 Wird auf der Grundlage einer Scheinehe eine Aufenthaltserlaubnis zum Familiennachzug beantragt, ist der Straftatbestand des § 95 Absatz 2 Nummer 2 erfüllt, so dass die Ausländerbehörde ggf. eine entsprechende Strafanzeige stellen kann, die weitere Ermittlungen der zuständigen Behörden nach sich zieht.
- 27.1a.1.1.4 Im Rahmen des Visumverfahrens erfolgt die Entscheidungsfindung im Regelfall in enger Abstimmung mit der zuständigen Auslandsvertretung. Das gilt insbesondere für die Prognose über die Absicht der Ehepartner, eine familiäre Lebensgemeinschaft im Bundesgebiet herstellen zu wollen. In diese Prognose sind sowohl die (im Ausland) gewonnenen Erkenntnisse der Auslandsvertretung als auch die (im Inland) gewonnenen Erkenntnisse der Ausländerbehörde einzubeziehen. Dies kann insbesondere in Form einer zeitgleichen (ggf. schriftlichen), getrennten Befragung des Stammberechtigten und des Ehegatten in der Ausländerbehörde bzw. der Auslandsvertretung, ggf. unter Beiziehung eines Dolmetschers, erfolgen.
- 27.1a.1.1.5 Nach Abschluss der Sachverhaltsermittlungen bzw. Befragungen ist im Rahmen einer Gesamtwürdigung aller Umstände des Einzelfalls zu prüfen, ob die Herstellung einer ehelichen Lebensgemeinschaft in Deutschland beabsichtigt ist, oder ob feststeht, dass es sich ausschließlich um eine missbräuchliche Eheschließung nach § 27 Absatz 1a handelt.
- 27.1a.1.1.6 Umstände, die u. a. für die beabsichtigte Herstellung einer ehelichen Lebensgemeinschaft sprechen können:
 - gemeinsame Wohnung steht zur Verfügung und soll bewohnt werden,
 - Ehepartner kennen sich bereits länger und machen hinsichtlich ihrer Personalien und sonstiger für die Herstellung der ehelichen Lebensgemeinschaft entscheidender sowie beide Partner betreffender persönlicher Umstände im Wesentlichen übereinstimmende Angaben,
 - Ehepartner haben bereits vor der Eheschließung zusammengelebt,
 - gegenseitige Besuche und andere nachweisbare Kontakte, während ein Ehegatte im Inland, der andere im Ausland wohnt, angemessene Beiträge der Ehepartner zu den Verpflichtungen aus der Ehe sind geplant (z. B. Betreuung von Kindern, des Haushalts, Sicherung der finanziellen Grundlage der Ehe durch Arbeitsverhältnis eines oder beider Ehepartner/s),
 - sonstige gemeinsame Lebensplanung ist erkennbar,
 - Zahlung von Unterhaltsleistungen eines Ehepartners an den anderen.
- 27.1a.1.1.7 Umstände, die u. a. vermuten lassen, dass trotz formal geschlossener Ehe keine Herstellung

einer familiären Lebensgemeinschaft in Deutschland beabsichtigt ist:

- Ehepartner sind sich vor ihrer Ehe nie oder nur auffallend kurz begegnet,
- Ehepartner machen widersprüchliche Angaben zu ihren jeweiligen Personalien (Name, Adresse, Staatsangehörigkeit, Beruf), den (objektivierbaren) Umständen ihres Kennenlernens oder sonstigen sie betreffenden wichtigen persönlichen Informationen. (Hinweis: Unter „wichtigen persönlichen Informationen“ sind nur Angaben außerhalb der Intimsphäre zu verstehen, die für beide Ehepartner und die geplante Herstellung einer Lebensgemeinschaft von wesentlicher Bedeutung sind. Gemeint sind nicht Gewohnheiten der Lebensführung eines Ehepartners, die für die Herstellung einer Lebensgemeinschaft ohne ausschlaggebende Relevanz sind oder deren Kenntnis erst bei Bestehen einer langjährigen ehelichen Lebensgemeinschaft vernünftigerweise erwartet werden kann),
- Ehepartner sprechen keine für beide verständliche Sprache und es gibt auch keine erkennbaren Bemühungen zur Herstellung einer gemeinsamen Kommunikationsbasis,
- für das Eingehen der Ehe wird ein Geldbetrag an den Ehegatten übergeben (abgesehen von im Rahmen einer Mitgift übergebenen Beträgen bei Angehörigen von Drittländern, in denen das Einbringen einer Mitgift in die Ehe oder das Übergeben eines Geldbetrages an die Eltern gängige Praxis ist),
- Fehlen einer Planung über eine angemessene Verteilung der Beiträge der Ehepartner zu den Verpflichtungen aus der Ehe,
- Fehlen einer sonstigen gemeinsamen Lebensplanung oder erhebliche Abweichungen in diesem Punkt (möglicher Rückschluss auf mangelnde Kommunikation und persönlichen Austausch zwischen den Eheleuten),
- es gibt konkrete Anhaltspunkte dafür, dass ein oder beide Ehegatte/n schon früher Scheinehen eingegangen ist/sind oder sich unbefugt bzw. im Rahmen eines Asylantrags in einem EU-Mitgliedstaat aufgehalten hat/haben (erkennbare Absicht, einen Aufenthalt zu begründen, auch unabhängig vom Ehepartner).

27.1a.1.1.8 Die Beurteilung richtet sich nach den Umständen des Einzelfalls und dem ortsüblichen Verständnis von der Ehe. Hieraus kann sich auch ergeben, dass einer der genannten Umstände für die Prognose nicht erheblich ist oder nur eine untergeordnete Rolle spielt. Gleichzeitig können sich aus kulturellen Besonderheiten weitere Kriterien schlussfolgern lassen, die für die Prognoseentscheidung im Einzelfall herangezogen werden können. In Bezug auf die in verschiedenen Herkunftsländern vorkom-

menden so genannten „arrangierten Eheschließungen“ (zum Begriff vgl. Nummer 27.1a.2.1) ist zu berücksichtigen, dass bei der persönlichen Vorsprache des Antragstellers insoweit Fragen nach näherer Kenntnis der jeweiligen familiären und sozialen Lebensumstände naturgemäß für sich kaum geeignet sind, um auf das Vorliegen einer aufenthaltsrechtlichen Scheinehe zu schließen. In diesen Fällen ist stattdessen abzustellen auf Anhaltspunkte für eine Absicht, sich ein Daueraufenthaltsrecht in Deutschland zu verschaffen (beispielsweise mehrere Vorehen oder unerlaubte Aufenthalte im Schengen-Gebiet des in Deutschland lebenden Ehegatten), Fragen nach Einzelheiten des persönlichen bzw. Familientreffens zur Vermittlung der Ehe bzw. zur Kenntnis über die Familie des Ehepartners, Fragen zu Vorkehrungen für die tatsächliche Herstellung der ehelichen Lebensgemeinschaft nach Zuzug ins Bundesgebiet, Fragen zur persönlichen Lebensplanung in Bezug auf das eheliche Zusammenleben nach der Eheschließung und Fragen zu Vereinbarungen der Familien bei der Ehevermittlung, welche als auf die erfolgreiche Herstellung der Lebensgemeinschaft gerichtet erscheinen.

27.1a.1.1.9 Ggf. kann die Ausländerbehörde bei verbleibenden Zweifeln, die (noch) nicht die Versagung des Aufenthaltstitels rechtfertigen, nach dem Zuzug zunächst eine kurz befristete Aufenthaltserlaubnis erteilen, um anlässlich der Verlängerung das tatsächliche Bestehen der ehelichen Lebensgemeinschaft in Deutschland festzustellen (siehe zur Dauer der Aufenthaltserlaubnis Nummer 28.1.6 und 30. 0. 11).

27.1a.1.2 § 27 Absatz 1a Nummer 1, 2. Alternative stellt klar, dass ein Recht auf Kindernachzug von vornherein nicht besteht, wenn das zugrunde liegende Verwandtschafts- bzw. Kindschaftsverhältnis keinem anderen Zweck dient, als dem Kind zu einem Aufenthaltsrecht in Deutschland zu verhelfen. Damit soll Formen des „Handelns“ mit Kindern aus so genannten Armutsregionen entgegengewirkt werden. In Fällen von Visumanträgen zum Nachzug von im Ausland adoptierten (ausländischen) Kindern ist zunächst die zivilrechtliche Vorfrage zu prüfen, ob die Auslandsadoption anerkennungsfähig ist (vgl. hierzu Nummer 28.1.2.1). Im Fall der Anerkennung ist aufenthaltsrechtlich zu prüfen, ob ausnahmsweise eine den Nachzug ausschließende so genannte Scheinadoption i. S. d. § 27 Absatz 1a gegeben ist. Dies ist nicht der Fall, wenn das Ziel der Adoption die Begründung einer Eltern-Kind-Beziehung und das Zusammenleben in einer Familie ist, und der Umstand, dass die Lebensverhältnisse im Bundesgebiet günstiger sind als im Herkunftsland, unter Umständen eines der Motive, aber nicht das alleinige Motiv der konkreten Adoption darstellt.

27.1a.1.3 Auf ein durch missbräuchliche Vaterschaftsanerkennung begründetes Kindschaftsverhältnis ist § 27 Absatz 1a Nummer 1 ebenfalls an-

wendbar. Allerdings ist grundsätzlich das Verfahren der behördlichen Anfechtung nach § 1600 Absatz 1 Nummer 5 BGB zu beachten, welches durch die ausländerrechtlichen Regelungen der §§ 79 Absatz 2, 87 Absatz 6 und 90 Absatz 5 flankiert wird (vgl. Nummer 79.2, 87.6 sowie 90.5). Danach besteht für – von den Ländern zu bestimmende – Behörden ein Recht zur Anfechtung einer Vaterschaftsanerkennung vor dem Familiengericht, wenn sie den begründeten Anfangsverdacht haben, dass der Anerkennende nicht der biologische Vater ist und zwischen ihm und dem Kind keine sozial-familiäre Beziehung (Verantwortungsgemeinschaft) besteht oder im Zeitpunkt der Anerkennung oder des Todes des Anerkennenden bestanden hat, und durch die Anerkennung rechtliche Voraussetzungen für die erlaubte Einreise oder den erlaubten Aufenthalt des Kindes oder eines Elternteils geschaffen werden (§ 1600 Absatz 1 Nummer 5, Absatz 3 BGB). Das Anfechtungsrecht gilt auch für die im Ausland erfolgte Anerkennung von Vaterschaften ohne sozial-familiären Bezug. Anhängige Verfahren auf Erteilung oder Verlängerung eines Aufenthaltstitels hat die Ausländerbehörde bzw. Auslandsvertretung ab Eingang einer Mitteilung nach § 87 Absatz 6 oder ab Abgabe ihrer Mitteilung nach § 90 Absatz 5 bis zur Entscheidung der anfechtungsberechtigten Behörde bzw. im Fall der Klageerhebung bis zur Rechtskraft der familiengerichtlichen Entscheidung über die Anfechtung grundsätzlich auszusetzen (§ 79 Absatz 2 Nummer 2, siehe hierzu Nummer 79.2). Die von dem Familiengericht im Anfechtungsverfahren nach § 1600 Absatz 3 BGB getroffene Entscheidung über das Bestehen der Vaterschaft ist für die aufenthaltsrechtliche Entscheidung maßgeblich. Eine hiervon abweichende Entscheidung nach § 27 Absatz 1a Nummer 1 ist nicht zulässig. Teilt die anfechtungsberechtigte Behörde hingegen mit, keine Anfechtungsklage zu erheben, und hält die Ausländerbehörde bzw. Auslandsvertretung ihre Bedenken weiter aufrecht, so bleibt – im Hinblick auf die Einheit der Rechtsordnung – bei ernsthaften Zweifeln eine Gegenvorstellung bei der anfechtungsberechtigten Behörde und in eng gelagerten Ausnahmefällen eine Entscheidung nach § 27 Absatz 1a Nummer 1 möglich. Dies kommt insbesondere in Betracht, falls die Mitteilung der anfechtungsberechtigten Behörde keine sachliche Begründung bzw. Auseinandersetzung mit dem Anlassfall erkennen lässt. Dann kann beispielsweise trotz der Tatsache, dass das Kind aufgrund der missbräuchlichen Vaterschaftsanerkennung die deutsche Staatsangehörigkeit erworben hat, der Mutter, die mit dem anerkennenden Mann kollusiv zusammengearbeitet hat, um sich und dem Kind den Aufenthalt im Bundesgebiet zu ermöglichen, die Aufenthaltserlaubnis versagt werden.

27.1a.2.1 Nach § 27 Absatz 1a Nummer 2 ist ein Familiennachzug auch dann nicht zuzulassen, wenn

tatsächliche Anhaltspunkte für die Annahme einer Zwangsverheiratung vorliegen (siehe hierzu, insbesondere auch zum Begriff der Zwangsverheiratung Nummer 27.1.6). Keine Zwangsverheiratung i. S. v. § 27 Absatz 1a Nummer 2 liegt im Fall so genannter arrangierter Ehen vor, welche als traditionelle soziale Form von Eheschließungen in verschiedenen Herkunftsländern vorkommen. Bei diesen ist in Abgrenzung von der Zwangsehe wesentlich, dass trotz der vorherigen familiären Absprachen und meist nur kurzer vorheriger Begabung der Verlobten (oft im Beisein der Familie) die Betroffenen den empfohlenen Ehegatten letztlich auch „ablehnen“ können, d. h. es wird eine freiwillige Entscheidung zur Eheschließung getroffen. Diese Form von arrangierter Eheschließung ist damit ungeachtet ihres vermittelten Zustandekommens und unter Umständen überwiegend anderer Motive auch auf die freiwillige Herstellung einer ehelichen Lebensgemeinschaft gerichtet und somit aufenthaltsrechtlich schutzwürdig. Insbesondere die Abgrenzung zwischen arrangierter Eheschließung und Zwangsehe kann im Einzelfall schwierig sein und verlangt eine sorgfältige Ermittlung und Bewertung aller gegebenen Umstände. Bei den (getrennten) Befragungen, die durchgeführt werden sollten, ist stets darauf zu achten, dass auf Opfer von Zwangssehen kein physischer und/oder psychischer Druck durch das familiäre Umfeld ausgeübt wird, und daher insbesondere keine weiteren Personen aus dem familiären Umfeld der Betroffenen anwesend sein dürfen. Erfahrungsgemäß wird es häufig zu widersprüchlichen Aussagen der Betroffenen bei der Frage kommen, ob sie zur Eingehung der Ehe gezwungen wurden. Dies kann einerseits auf eine Verunsicherung der Betroffenen über ihre eigenen Gefühle, andererseits auch darauf zurückzuführen sein, dass Opfer von Zwangsverheiratungen massiv unter Druck gesetzt werden.

27.1a.2.2

Nach § 27 Absatz 1a Nummer 2 genügen für die Versagung des Aufenthaltstitels tatsächliche Anhaltspunkte für eine Zwangsverheiratung. Damit wird auch der menschenrechtliche Schutz der Betroffenen berücksichtigt. Das Erfordernis tatsächlicher Anhaltspunkte im Einzelfall schließt jedoch aus, das Vorliegen des Versagungsgrundes aufgrund bloßer Vermutungen oder Hypothesen oder in systematischer Weise auf Verdacht zu prüfen.

27.2

Herstellung und Wahrung einer lebenspartnerschaftlichen Gemeinschaft

27.2.1

Unter dem Begriff der lebenspartnerschaftlichen Gemeinschaft sind Gemeinschaften zu verstehen, die von zwei gleichgeschlechtlichen Lebenspartnern i. S. d. LPartG gebildet werden.

27.2.2

Nach ausländischem Recht geschlossene gleichgeschlechtliche Partnerschaften fallen unter den Begriff der „Lebenspartnerschaft“, wenn die Partnerschaft staatlich anerkannt ist

- und sie in ihrer Ausgestaltung der deutschen Lebenspartnerschaft im Wesentlichen entspricht. Eine wesentliche Entsprechung liegt vor, wenn das ausländische Recht von einer Lebensgemeinschaft der Partner ausgeht und insbesondere wechselseitige Unterhaltungspflichten der Lebenspartner und die Möglichkeit der Entstehung nachwirkender Pflichten bei der Auflösung der Partnerschaft vorsieht.
- 27.2.3 Die Lebenspartnerschaft endet außer durch Tod und Aufhebung auch mit der Eheschließung einer der Lebenspartner.
- 27.2.4 Für die Herstellung und Wahrung einer lebenspartnerschaftlichen Gemeinschaft im Bundesgebiet finden § 27 Absatz 1a und 3, § 9 Absatz 3, § 9c Satz 2, §§ 28 bis 31 sowie § 51 Absatz 2 entsprechende Anwendung.
- 27.3 Absehen von der Erteilung der Aufenthaltserlaubnis in Fällen des Angewiesenseins auf Leistungen nach dem SGB II oder XII**
- 27.3.1 Selbst wenn die Voraussetzungen eines gesetzlichen Anspruchs auf Erteilung oder Verlängerung des Aufenthaltstitels vorliegen, kann dieser im Ermessenswege versagt werden, wenn die Person, zu der der Nachzug stattfindet, unabhängig von deren Staatsangehörigkeit für den Unterhalt
- von mindestens einem ausländischen oder deutschen Familienangehörigen, selbst wenn diese nicht im selben Haushalt leben, oder
 - von mindestens einem anderen Haushaltangehörigen, unabhängig von dessen Staatsangehörigkeit oder dessen familienrechtlicher Stellung gegenüber der Person, zu der ein Nachzug stattfinden soll,
- auf Leistungen nach dem SGB II oder XII angewiesen ist. Ob tatsächlich Leistungen nach dem SGB II oder XII bezogen werden oder beantragt worden sind, ist unerheblich; es kommt nur darauf an, ob ein Anspruch besteht. Im Fall der Erwerbstätigkeit sind bei der Berechnung des verfügbaren Einkommens die so genannten Erwerbstätigenfreibeträge nach § 11 i. V. m. § 30 SGB II abzuziehen, da diese sozialhilferechtlich nicht zur Deckung des Bedarfs herangezogen werden dürfen. Durch den Zuzug von Familienangehörigen soll die Sicherung des Lebensunterhalts auch für die Personen nicht in Frage gestellt werden, denen der Unterhaltsverpflichtete, zu dem der Familiennachzug stattfindet, bisher Unterhalt geleistet hat. Dies gilt z. B., soweit beim Nachzug von Familienangehörigen aus einer späteren Ehe die aus einer früheren Ehe unterhaltsberechtigten Personen nicht mehr ohne Inanspruchnahme von Leistungen nach dem SGB II oder XII mit ausreichendem Unterhalt rechnen können, weil der Unterhalt vorrangig den hinzukommenden Familienangehörigen gewährt wird.
- 27.3.2 Die Voraussetzungen des Absatzes 3 sind erfüllt, wenn infolge des Nachzuges ein Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II oder XII entstehen würde, aber auch dann, wenn ein solcher Anspruch bereits ohne den Nachzug besteht. Der Versagungsgrund kann insbesondere entstehen, wenn die Person, zu der der Nachzug stattfindet, geschieden ist und sie dem früheren Ehegatten oder Kindern aus früherer Ehe zum Unterhalt verpflichtet ist. Die Feststellung des Angewiesenseins i. S. d. § 27 Absatz 3 Satz 1 entfällt in diesem Fall nicht dadurch, dass trotz der Unterhaltsverpflichtung der Unterhalt bislang nicht geleistet wird.
- 27.3.3 Bei der Interessenabwägung ist maßgeblich zu berücksichtigen, in welchem Umfang der Nachzug voraussichtlich zu einer Erhöhung solcher öffentlicher Leistungen führt; unerheblich sind dabei die in § 2 Absatz 3 Satz 2 genannten Leistungen. Es spricht für eine Erteilung des Aufenthaltstitels, wenn nachweislich (z. B. Beschäftigungszusage oder -vertrag) in Aussicht steht, dass der nachziehende Ausländer in Deutschland ein ausreichendes Einkommen erzielen wird oder über Vermögen verfügt, aus dem dauerhaft sein Lebensunterhalt gesichert sein wird. Bei der Prognose sind auch Unterhaltsleistungen des nachziehenden Familienangehörigen zu berücksichtigen, die er aufgrund einer rechtlichen Verpflichtung übernehmen muss oder voraussichtlich, auch ohne eine solche Verpflichtung, übernehmen wird.
- 27.3.4 Ein Aufenthaltstitel zum Familiennachzug ist bei Vorliegen der übrigen Voraussetzungen regelmäßig zu erteilen, wenn nachweislich in Aussicht steht, dass der nachziehende Ausländer nachhaltig imstande und bereit sein wird, in Deutschland lebende Personen, die bislang ihren Lebensunterhalt aus öffentlichen Leistungen bestritten haben, nach seinem Nachzug zu unterstützen und so die Gesamthöhe öffentlicher Leistungen zu verringern.
- 27.3.5 Nummer 27.3.4 gilt entsprechend in Fällen der Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis, wenn andernfalls das Einkommen oder das Vermögen des nachgezogenen Ausländers als Mittel zum Lebensunterhalt für andere im Bundesgebiet wohnhafte Personen wegfallen würde. Gleiches gilt, wenn wegen einer Ausreise ins Ausland Unterhaltsansprüche nicht oder schwerer durchsetzbar sind und daher wahrscheinlich ist, dass aufgrund der Ausreise des nachgezogenen Ausländers öffentliche Leistungen in größerem Umfang von anderen Personen in Anspruch genommen werden.
- 27.3.6 § 27 Absatz 3 wird nicht dadurch verdrängt, dass die Lebensunterhaltssicherung des Nachziehenden selbst in einigen in §§ 28 und 29 geregelten Fällen nicht erforderlich ist. Diese Anspruchstatbestände wandeln sich bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 27 Absatz 3 in Ermessenstatbestände um.

27.3.7 Neben der Regelung des § 27 Absatz 3 ist, wo dies nicht gesetzlich ausgeschlossen ist, auch die allgemeine Erteilungsvoraussetzung des § 5 Absatz 1 Nummer 1 zu beachten. Ist der Lebensunterhalt auch des nachziehenden Ausländers nicht gesichert i. S. d. § 5 Absatz 1 Nummer 1 i. V. m. § 2 Absatz 3, kommt die Erteilung eines Aufenthaltstitels regelmäßig nicht in Betracht. Dies gilt nicht in den Fällen nach § 28 Absatz 1 Satz 2, § 29 Absatz 2 Satz 2, § 29 Absatz 4, § 33 Satz 2 und § 34 Absatz 1 und § 36 Absatz 1, in denen die Anwendung des § 5 Absatz 1 Nummer 1 ausgeschlossen ist. Bei jüdischen Zuwanderern, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit haben, ist für nicht von der Aufnahmezusage umfasste Ehegatten und minderjährige ledige Kinder der Nachzug i. d. R. ebenfalls von der Sicherung des Lebensunterhalts abhängig (anders bei jüdischen Zuwanderern mit deutscher Staatsangehörigkeit).

Sofern in den Fällen des § 28 Absatz 1 Satz 4, § 29 Absatz 2 Satz 1, § 30 Absatz 3 und § 33 Satz 1 von § 5 Absatz 1 Nummer 1 abgewichen werden kann, hat dies zur Folge, dass die mangelnde Sicherung des Lebensunterhalts nicht regelmäßig zur Versagung des Aufenthaltstitels führt. Jedoch ist sie bei der Ermessensentscheidung über die Erteilung oder Verlängerung des Aufenthaltstitels als Abwägungskriterium heranzuziehen.

Zur Berücksichtigung der Lebensunterhaltssicherung in den Fällen des § 28 Absatz 1 Satz 3 vgl. Nummer 28.1.1.0.

27.3.8 Bei der Interessenabwägung sind zudem neben dem aufenthaltsrechtlichen Status und der Dauer des bisherigen Aufenthaltes der Person, zu der der Nachzug stattfindet, die in § 55 Absatz 3 und § 56 genannten Gesichtspunkte in Bezug auf den nachziehenden Ausländer zu berücksichtigen.

27.3.9 Die Regelung nach § 27 Absatz 3 Satz 2, wonach bei der Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zum Familiennachzug von § 5 Absatz 1 Nummer 2 abgesehen werden kann, bezieht sich nicht nur auf den Ausweisungsgrund „Inanspruchnahme von Sozialhilfe“, sondern auf alle Ausweisungsgründe.

27.4 Grundsatz der Zweckbindung und Akzessorietät

§ 27 Absatz 4 schreibt den dem deutschen Aufenthaltsrecht zugrunde liegenden Grundsatz der Zweckbindung und akzessorischen Verknüpfung zum Aufenthaltsrecht des Stammberechtigten fest (siehe Nummer 27.1.3). Danach darf die Aufenthaltserlaubnis des nachziehenden Familienangehörigen nur für den Zeitraum erteilt und verlängert werden, für den auch der Stammberechtigte über einen gültigen Aufenthaltstitel verfügt. Nach Artikel 13 Absatz 2 der Richtlinie 2003/86/EG des Rates vom 22. September 2003 betreffend das Recht auf Familienzusammenführung (ABl. EU Nummer

L 251 S. 12, so genannte Familiennachzugsrichtlinie) besteht die grundsätzliche Verpflichtung, die erstmalige Aufenthaltserlaubnis zur Herstellung der familiären Lebensgemeinschaft in den von der Richtlinie erfassten Fällen mit einer Geltungsdauer von mindestens einem Jahr zu erteilen. In Fällen, in denen nach der bisherigen Verwaltungspraxis eine längere Regelbefristung gehandhabt wird (siehe Nummer 28.1.6), kann dies auch weiterhin erfolgen, da Satz 4 nur eine Grenze vorgibt, die nicht unterschritten werden darf. Eine kürzere Befristung ist jedoch in Fällen des Satzes 1 vorzusehen, wenn die Aufenthaltserlaubnis des Stammberechtigten, zu dem der Nachzug erfolgt, eine Geltungsdauer von einem Jahr nicht mehr aufweist. Durch die Regelung in den Sätzen 2 und 3 werden Artikel 19 Absatz 3 der Richtlinie 2003/109/EG des Rates vom 25. November 2003 betreffend die Rechtsstellung der langfristig Aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen (ABl. EU 2004 Nummer L 16 S. 44; so genannte Daueraufenthalt-Richtlinie) und Artikel 9 Absatz 1 der Richtlinie 2005/71/EG des Rates vom 12. Oktober 2005 über ein besonderes Zulassungsverfahren für Drittstaatsangehörige zum Zweck der wissenschaftlichen Forschung (ABl. EU Nummer L 289 S. 15, so genannte Forscherrichtlinie) umgesetzt. Die vorgeschriebene Gültigkeitsdauer entspricht der bisherigen Erteilungspraxis, musste aber zur Umsetzung der genannten Vorgaben der Richtlinien ausdrücklich geregelt werden.

28

Zu § 28 – Familiennachzug zu Deutschen

28.1

Voraussetzungen der erstmaligen Erteilung

28.1.1.0

Ist einer der Ehepartner Deutscher (vgl. Nummer 2.1.1), so ist zu beachten, dass Artikel 6 GG gegenüber dem deutschen Staatsangehörigen eine besondere Wirkung entfaltet. Ihm soll es grundsätzlich nicht verwehrt werden, seine Ehe- und Familiengemeinschaft in Deutschland zu führen. Daher besteht für den nachziehenden Ausländer ein gesetzlicher Anspruch auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis, sofern der deutsche Ehegatte seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Bundesgebiet hat und die weiteren Zuzugsvoraussetzungen vorliegen. Bei Personen, die als Spätaussiedler oder Einbezogene in einen Aufnahmebescheid eingetragen sind, richtet sich der Familiennachzug weiterer Angehöriger nach den Vorschriften des Familiennachzugs zu Deutschen, auch wenn Spätaussiedler oder Einbezogener sich zur Zeit der Entscheidung über den Familiennachzug noch in den Herkunftsgebieten aufhalten. Beim gewöhnlichen Aufenthalt ist darauf abzustellen, ob eine Person an dem Ort nicht nur vorübergehend verweilt. Die Sicherung des Lebensunterhalts (§ 5 Absatz 1 Nummer 1, § 2 Absatz 3) ist wegen des uneingeschränkten Aufenthaltsrechts von Deutschen im Bundesgebiet gemäß § 28 Absatz 1 Satz 3 im Regelfall keine

Voraussetzung für den Ehegattennachzug zu Deutschen und nicht durchgängig zu prüfen. Bei Vorliegen besonderer Umstände kann jedoch auch der Ehegattennachzug zu Deutschen von dieser Voraussetzung abhängig gemacht werden. Besondere Umstände können bei Personen vorliegen, denen die Herstellung der ehelichen Lebensgemeinschaft im Ausland zumutbar ist. Dies kann in Einzelfällen in Betracht kommen bei Doppelstaatern in Bezug auf den Staat, dessen Staatsangehörigkeit sie neben der deutschen besitzen, oder bei Deutschen, die geraume Zeit im Herkunftsland des Ehegatten gelebt und gearbeitet haben und die Sprache dieses Staates sprechen. Darüber hinaus kann unter den Voraussetzungen des § 27 Absatz 3 trotz des grundsätzlich bestehenden Anspruchs die Aufenthaltserlaubnis verweigert werden; vgl. näher Nummer 27.3. Im Rahmen der nach § 27 Absatz 3 erforderlichen Ermessensabwägung ist maßgeblich darauf abzustellen, dass dem Deutschen regelmäßig nicht zugemutet werden kann, die familiäre Lebensgemeinschaft im Ausland zu leben, und dass der besondere grundrechtliche Schutz aus Artikel 6 GG eingreift.

28.1.1.1 Bei Ehegatten von Spätaussiedlern und von in den Aufnahmebescheid einbezogenen Abkömmlingen liegt kein atypischer Fall vor, der es rechtfertigen würde, den Nachzug von der Lebensunterhaltssicherung abhängig zu machen. Nach der vertriebenenrechtlichen Grundentscheidung, dass Spätaussiedler und ihre Familienangehörigen auf Grund ihres besonderen Kriegsfolgenschicksals in Deutschland Aufnahme finden sollen, ist für Spätaussiedler und ihre Ehegatten die Wahrung der ehelichen Lebensgemeinschaft im jeweiligen Aussiedlungsgebiet nicht zumutbar. Diese Grundentscheidung würde unterlaufen, wenn der Ehegattennachzug zu den deutschen Spätaussiedlern mit der Begründung versagt würde, die eheliche Lebensgemeinschaft sei im Herkunftsstaat zumutbar, da die Eheleute dort geraume Zeit gelebt und gearbeitet haben und die Sprache dieses Staates sprechen oder der Spätaussiedler eine doppelte Staatsangehörigkeit besitzt. Entsprechendes gilt für jüdische Zuwanderer, die (mittlerweile) die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen (vgl. aber zu jüdischen Zuwanderern ohne deutsche Staatsangehörigkeit Nummer 27.3.7).

28.1.1.2 Bei Anwendung des Absatzes 1 Satz 1 Nummer 1 kommt es nicht darauf an, ob die Ehe in Deutschland oder im Ausland geschlossen wurde. Nach Artikel 13 Absatz 1 EGBGB wird für die materiellen Voraussetzungen der Eheschließung auf das Recht des jeweiligen Heimatstaats der Verlobten verwiesen. Bei jeder Eheschließung muss hinsichtlich der Form der Eheschließung zudem das Geschäftsrecht oder das Ortsrecht beachtet worden sein. Das Geschäftsrecht ist gewahrt, wenn die Form der Eheschließung den Formvorschriften der Hei-

matrechte beider Eheschließender genügt. Das Ortsrecht ist gewahrt, wenn die am Ort der Eheschließung geltenden Formvorschriften beachtet worden sind. Religiöse Ehen stehen den vor staatlichen Stellen geschlossenen Ehen gleich, wenn sie am Ort der Eheschließung in der konkret vollzogenen Weise staatlich anerkannt sind; Gleiches gilt für Nottrauungen. Ehen, die durch Stellvertreter im Willen geschlossen werden, d. h. bei denen die Auswahl des Partners und Entscheidung über die Eheschließung im Rahmen der Vertretungsmacht liegt, verstoßen gegen den deutschen ordre public (Artikel 6 EGBGB) und sind daher in Deutschland unwirksam; hiervon zu unterscheiden sind Ehen, bei denen ein oder beide Partner die Konsenserklärung vor dem Trauungsorgan durch eine Mittelsperson (Boten) abgeben, die ohne eigene Entscheidungsfreiheit in der Trauungszeremonie für den abwesenden Verlobten auftritt. Die Zulässigkeit des Auftretens eines solchen Boten bei der Eheschließung ist nach dem für die Form maßgeblichen Recht zu beurteilen. Die so genannte Handschuhehe durch Boten kann daher nach Artikel 11 Absatz 1, 2. Alternative EGBGB ohne Rücksicht auf die Heimatrechte der Verlobten in der Ortsform gültig geschlossen werden. Das bedeutet, die Eheschließung ist wirksam, wenn nach dem Ortsrecht eine Ehe durch Boten zulässig ist. Der Ort der Eheschließung liegt in dem Staat, in dem die Trauungszeremonie stattfindet, also dort, wo das Trauungsorgan die Ehwillenserklärungen unter Einhaltung der vorgeschriebenen Förmlichkeiten mit eheschließender Wirkung zur Kenntnis nimmt. Wird eine Konsenserklärung in Deutschland durch einen Dritten abgegeben, scheitert eine wirksame Eheschließung bereits an Artikel 13 Absatz 3 Satz 1 EGBGB, soweit keine Ausnahme nach Artikel 13 Absatz 3 Satz 2 EGBGB vorliegt. Ferntrauungen sind allenfalls in Not-situationen anzuerkennen. Zur Erteilung von Visa und Aufenthaltserlaubnissen vor der Eheschließung vgl. Nummer 30.0.

28.1.2 Ein Kind eines Deutschen, das einen Nachzugsanspruch nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 geltend macht, darf nicht verheiratet, geschieden oder verwitwet sein und darf das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

28.1.2.1 Vorrangig ist zu prüfen, ob das Kind durch Geburt, Legitimation oder Adoption (§§ 4 und 6 StAG sowie bis zum 30. Juni 1998 § 5 RuStAG) die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt und daher die Ausstellung eines deutschen Reisepasses in Betracht kommt.

Im Fall der Auslandsadoption kann der Nachweis des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit mittels eines Staatsangehörigkeitsausweises geführt werden. Die Anerkennungsfähigkeit eines ausländischen Adoptionsdekrets sowie deren Wirkungen können durch einen Feststellungsbeschluss gemäß § 2 Absatz 2 Nummer 1 AdWirkG („starke“ Adoption oder

ggf. Volladoption) bzw. Umwandlungsausspruch gemäß § 3 AdWirkG des deutschen Vormundschaftsgerichts nachgewiesen werden. Die für den Staatsangehörigkeitserwerb erforderliche annähernde Gleichstellung der rechtlichen Wirkungen der ausländischen Adoption mit denen des deutschen Rechts liegt in aller Regel auch bei den „starken“ Adoptionen vor.

Ist die Anerkennungsfähigkeit eines ausländischen Adoptionsdekrets offenkundig (vgl. zu Anerkennungshindernissen § 109 Absatz 1 FamFG) und bestehen keine Zweifel hinsichtlich der „starken“ Wirkungen des ausländischen Adoptionsrechts, kann auf die vorgenannten Nachweise verzichtet werden und die Feststellung des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit aufgrund der betreffenden Auslandsadoption inzidenter getroffen werden.

Dabei ist für die Anerkennungsfähigkeit maßgeblich auf eine den Anforderungen des deutschen Rechts genügende Kindeswohlprüfung abzustellen. Diese setzt voraus, dass der Adoptionsentscheidung eine fachliche Begutachtung der Adoptionsbewerber vorausgegangen ist, die deren Lebensumstände annähernd vollständig erfassen muss (vgl. Begründung des Gesetzes zur Regelung von Rechtsfragen auf dem Gebiet der internationalen Adoption und zur Weiterentwicklung des Adoptionsvermittlungsgesetzes, BT-Drs. 14/6011, S. 29). Dies kann regelmäßig nur durch die Fachstelle des Landes erfolgen, in dem der Adoptionsbewerber seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat (positives Eltern-Eignungsgutachten). Weiteres Prüfkriterium ist die Auslandsadoptionsbedürftigkeit des Kindes (vgl. Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen vom 20. November 1989 bzw. Haager Adoptionsübereinkommen (HAÜ) vom 29. Mai 1993).

In Anwendungsfällen des HAÜ dient die Vorlage einer Bescheinigung gemäß Artikel 23 Absatz 1 HAÜ als Nachweis, dass die Adoption gemäß dem Übereinkommen zustande gekommen ist und somit in den anderen Vertragsstaaten kraft Gesetz regelmäßig anerkannt wird.

Ist die Anerkennungsfähigkeit der Auslandsadoption und deren Wirkung als „starke“ oder als Volladoption nicht offenkundig, kommt eine inzidente Feststellung des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit nicht in Betracht. In diesem Fall soll – wie in anderen Zweifelsfällen – auf ein Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit nach § 30 StAG bei der zuständigen Staatsangehörigkeitsbehörde verwiesen werden; bei dauerndem Aufenthalt des Kindes im Ausland ist das Bundesverwaltungsamt zuständig. Weitere Erläuterungen zur Wirkung von Auslandsadoptionen und deren staatsangehörigkeitsrechtliche Folgen enthält die Broschüre „Internationale Adoption“ des

Bundesamts für Justiz (verfügbar im Internet unter www.bundesjustizamt.de).

28.1.2.2

Für den Einreise- und Aufenthaltswert der Herstellung einer familiären Lebensgemeinschaft zwischen Adoptionsbewerbern und dem aufzunehmenden Kind (Adoptionspflege) enthält § 6 AdÜbAG eine besondere Rechtsgrundlage. Handelt es sich dabei um einen Fall der Adoption eines Kindes aus einem Nichtvertragsstaat des Haager Übereinkommens zum Schutz von Kindern und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der internationalen Adoption, kann § 6 AdÜbAG dann analoge Anwendung finden, wenn ein Adoptionsvermittlungsvorschlag der Behörden des Herkunftsstaates vorliegt (nicht aber, wenn seitens des Herkunftsstaates lediglich ein Pflegeverhältnis oder eine Vormundschaft vermittelt werden soll, vgl. hierzu auch Nummer 36.2.1.2).

28.1.2.3

Außer im Fall des Geburtserwerbs ist es unerheblich, ob der betreffende Elternteil auch bei der Geburt des Kindes die deutsche Staatsangehörigkeit besaß. Ist nur der Vater Deutscher, muss eine nach deutschem Recht als wirksam zu wertende Vaterschaftsanerkennung vorliegen. Diese muss nicht notwendigerweise nach den Vorschriften der §§ 1592, 1594 BGB zustande gekommen sein. Denkbar ist auch eine wirksame Vaterschaftsanerkennung, die nach fremdem Recht zustande gekommen ist (vgl. Artikel 19 I EGBGB i. V. m. mit dem maßgeblichen Zivilrecht). Erlangt die Ausländerbehörde oder die Auslandsvertretung Kenntnis von konkreten Tatsachen, die die Annahme rechtfertigen, dass die Vaterschaftsanerkennung ausschließlich zur Erlangung eines Aufenthaltsrechts ohne Bestehen einer sozial-familiären Verantwortungsgemeinschaft erfolgt ist, sind diese der zur Anfechtung einer Vaterschaftsanerkennung berechtigten Landesbehörde mitzuteilen (§ 90 Absatz 5, siehe hierzu Nummer 90.5). Im Fall einer Mitteilung ist das ausländerrechtliche Verfahren über die Erteilung oder Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis bis zur Entscheidung der anfechtungsberechtigten Behörde bzw. im Fall der Klageerhebung bis zur Rechtskraft der familiengerichtlichen Entscheidung über die Anfechtung grundsätzlich auszusetzen (§ 79 Absatz 2, siehe Nummer 79.2).

28.1.2.4

Bei Stief- und Pflegekindern besteht kein Nachzugsanspruch nach § 28 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2. Möglich ist aber die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis auf Grundlage von § 32 (Stiefkinder) und § 36 Absatz 2 (vgl. auch Nummer 27.1.5, Nummer 32.0.5 und Nummer 36.2.1.2).

28.1.2.5

Für den Nachzug eines minderjährigen Kindes eines Deutschen nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 ist es nicht erforderlich, dass der Deutsche zur Ausübung der Personensorge berechtigt ist. Die Herstellung einer familiären Le-

bensgemeinschaft zwischen dem Deutschen und dem Kind ist jedoch Voraussetzung und muss beabsichtigt und rechtlich sowie tatsächlich möglich und zu erwarten sein. Hat der deutsche Elternteil das Personensorgerecht, so kann von der Absicht und Möglichkeit der Herstellung der familiären Lebensgemeinschaft i. d. R. ausgegangen werden. In Fällen der Anerkennung oder Feststellung der Vaterschaft durch einen Deutschen erwirbt das Kind bereits mit Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit (§ 4 Absatz 1 Satz 2 StAG), so dass regelmäßig kein Nachzug eines minderjährigen ausländischen Kindes i. S. d. Absatzes 1 Nummer 2 vorliegt (Ausnahme: ist das Kind vor dem 1. Juli 1993 geboren, gilt dies nicht. Zum Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit in diesem Fall vgl. § 5 StAG). Die Mutter erwirbt in diesen Fällen durch die Vaterschaftsanerkennung einen Anspruch auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 28 Absatz 1 Nummer 3. Diese Fallkonstellation steht daher im Mittelpunkt missbräuchlicher Vaterschaftsanerkennungen (siehe hierzu Nummer 27.0.5, 27.1a.1.3, 79.2, 87.2.4 und 90.5).

28.1.3

Der ausländische Elternteil eines minderjährigen ledigen Deutschen hat den Nachzugsanspruch hingegen nur, wenn ihm das Personensorgerecht für das deutsche Kind zusteht und er auf Grund dessen beabsichtigt, die Personensorge auszuüben. Beim nichtsorgeberechtigten Elternteil eines deutschen Kindes steht die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis im Ermessen (siehe hierzu Nummer 28.1.5). Für das Sorgerecht ist auf den familienrechtlichen Sorgerechtsbegriff des § 1626 Absatz 1 BGB abzustellen. Unter den Begriff des Sorgerechts ist danach nicht nur die alleinige, sondern auch die gemeinsame Sorgeberechtigung zu fassen, die nach der Änderung des Kindschaftsrechts der Regelfall ist. Allein vom formellen Bestehen des Sorgerechts gehen keine aufenthaltsrechtlichen Schutzwirkungen aus. Für den Nachzugsanspruch kommt es vielmehr auf die tatsächliche Ausübung des Sorgerechts an. Besteht ein gemeinsames Sorgerecht beider Elternteile, so reicht dies für den Nachzugsanspruch aus, sofern eine familiäre Gemeinschaft tatsächlich beabsichtigt ist. Erforderlich ist daher, dass der Sorgeberechtigte nach außen erkennbar in ausreichendem Maße Verantwortung für die Betreuung und Erziehung seines minderjährigen Kindes übernimmt. Beruht das Sorgerecht auf der Entscheidung einer ausländischen Behörde oder eines ausländischen Gerichts, ist vorauszusetzen, dass sie im Bundesgebiet unter Berücksichtigung der Anerkennungshindernisse nach § 109 Absatz 1 FamFG anzuerkennen ist (z. B. nach dem Haager Minderjährigenschutzübereinkommen). Der Umfang des Sorgerechts bemisst sich auch bei einer Anerkennung nur nach dem der ausländischen Entscheidung zugrunde liegenden Sachverhalt. Dem Aufenthaltsanspruch steht nicht entgegen, dass auch der andere Elternteil das Sorgerecht besitzt.

28.1.4

Erforderlich ist jedoch, dass die Personensorge im Rahmen einer familiären Lebensgemeinschaft ausgeübt wird. Im begründeten Ausnahmefall kann es auch ausreichen, wenn die Personensorge im Rahmen einer Betreuungs- und Beistandsgemeinschaft tatsächlich ausgeübt wird. Zur Scheinvaterschaft siehe Nummer 27.0.5, 27.1a.1.3, 79.2, 87.2.4 und 90.5.

Unter Berücksichtigung des grundrechtlichen Schutzgebots des Artikels 6 GG kann dem Elternteil eines minderjährigen ledigen Deutschen im Einzelfall der Aufenthaltstitel nach § 28 Absatz 1 Nummer 3 auch bei einem beabsichtigten gemeinsamen Zuzug erteilt werden, sofern glaubhaft gemacht wird, dass der bisherige gewöhnliche Aufenthalt des minderjährigen Deutschen im Herkunftsstaat aufgegeben und im Bundesgebiet unmittelbar nach Einreise neu begründet wird.

Aufgrund der aufenthaltsrechtlichen Vorwirkung des Schutzgebots des Artikels 6 GG kann werdenden Eltern von Kindern, die aufgrund ihrer Abstammung von einem deutschen Elternteil die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen werden (§ 4 Absatz 1 StAG), ein mit Blick auf den voraussichtlichen Geburtszeitpunkt entsprechend langfristig berechnetes Visum zur Einreise auf Grundlage des künftigen Anspruchs nach § 28 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 erteilt werden. Gleiches gilt für werdende Väter von Kindern, die aufgrund des gewöhnlichen Aufenthalts der Mutter in Deutschland nach § 4 Absatz 3 StAG durch Geburt im Inland die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben werden.

Die Einreise ist der Schwangeren zu ermöglichen, sobald die Geburt mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist. Die Reisefähigkeit der Schwangeren – insbesondere im Zusammenhang mit möglichen Gesundheitsrisiken – und die Reisemöglichkeiten sind dabei zu berücksichtigen. I. d. R. wird daher die Einreise zwischen dem vierten und dem Ende des siebenten Schwangerschaftsmonats ermöglicht werden. Dem Vater ist die Einreise zu ermöglichen, wenn die Schwangere – z. B. wegen des Vorliegens einer Risikoschwangerschaft – auf seinen Beistand angewiesen ist. Liegen keine solchen Gründe vor, ist dem Vater die Einreise so rechtzeitig zu ermöglichen, dass er bei der Geburt anwesend sein kann. Es ist eine geeignete ärztliche Bescheinigung beizubringen. Außerdem ist Voraussetzung für die Ermöglichung der Einreise, dass das Elternteil nicht nur formal, etwa durch Abgabe der Vaterschaftsanerkennung oder Sorgerechtserklärung, eine Beziehung zu dem Kind entstehen lässt, sondern auch tatsächlich den Willen hat, die Elternrolle auszufüllen und elterliche Verantwortung zu übernehmen. In Fällen des begründeten Verdachts einer missbräuchlichen Vaterschaftsanerkennung in diesem Zusammenhang vgl. Nummer 27.1a.1.3. Die Aufenthaltserlaubnis selbst wird nach der Geburt er-

teilt. Werdende Eltern, die sich bereits im Bundesgebiet befinden, haben lediglich Anspruch auf Erteilung einer Duldung gemäß § 60a Absatz 2 Satz 1.

28.1.5

Der Nachzug eines nicht sorgeberechtigten Elternteils eines minderjährigen ledigen Deutschen kann nach Absatz 1 Satz 4 im Ermessenswege, auch abweichend von § 5 Absatz 1 Nummer 1, gestattet werden. Die Ermessensausübung wird durch § 5 Absatz 2 und 4, § 11 und § 27 Absatz 3 begrenzt. Familie als verantwortliche Elternschaft wird von der prinzipiellen Schutzbedürftigkeit des heranwachsenden Kindes bestimmt. Bei der Ermessensentscheidung ist daher zu berücksichtigen, ob eine solche Lebens- und Erziehungsgemeinschaft zwischen dem Ausländer und seinem Kind besteht und ob diese Gemeinschaft nur im Bundesgebiet verwirklicht werden kann, etwa weil das Kind deutscher Staatsangehöriger ist und ihm wegen der Beziehung zu seiner Mutter das Verlassen der Bundesrepublik nicht zumutbar ist. Der Nachzug kommt nur in Betracht, wenn eine Beistands- und Betreuungsgemeinschaft im Bundesgebiet schon besteht. Zwar genügt allein die rechtliche Vaterschaft, um dem Schutzzweck des Artikels 6 GG zu entsprechen, aufenthaltsrechtlich bedarf es jedoch einer verantwortlich gelebten Eltern-Kind-Gemeinschaft. Hierfür kommt es auf die Umstände des Einzelfalles an. Voraussetzung ist i. d. R. ein Zusammenleben mit dem Kind, wenn auch eine häusliche Gemeinschaft nicht in jedem Fall verlangt werden kann. Leben die Familienmitglieder getrennt, müssen zusätzliche Anhaltspunkte vorhanden sein, um eine familiäre Gemeinschaft annehmen zu können. Solche können in intensiven Kontakten, gemeinsam verbrachten Urlauben, in der Übernahme eines nicht unerheblichen Anteils der Betreuung und Versorgung des Kindes, z. B. auch im Krankheitsfall, oder in sonstigen Beistandsleistungen bestehen. Auch Unterhaltsleistungen sind in diesem Zusammenhang ein Zeichen für die Wahrnehmung elterlicher Verantwortung. Die §§ 1626 ff. BGB stellen seit ihrer Neufassung durch das Kindschaftsrechtsreformgesetz das Kindeswohl in den Mittelpunkt. Bei aufenthaltsrechtlichen Entscheidungen, die den Umgang mit einem Kind berühren, ist daher maßgeblich auf die Sicht des Kindes abzustellen und im Einzelfall zu untersuchen, ob tatsächlich eine persönliche Verbundenheit besteht, auf deren Aufrechterhaltung das Kind zu seinem Wohl angewiesen ist. Die familiäre Gemeinschaft zwischen einem Elternteil und seinem minderjährigen Kind ist getragen von tatsächlicher Anteilnahme am Leben und Aufwachsen des Kindes. Während lediglich lose und seltene Kontakte nicht als ausreichend anzusehen sind, kann im Falle eines regelmäßigen Umgangs von einer familiären Gemeinschaft ausgegangen werden. Mit der Kindschaftsrechtsreform hat der Gesetzgeber deutlich gemacht, dass sich auch neben der persönlichen Begegnung Um-

gang ereignen kann und soll, etwa durch Brief- und Telefonkontakte, die Teil der Wahrnehmung des Umgangs und insoweit – zumal bei getrennten Wohnsitzen – u. a. Element familiärer Gemeinschaft sind. Erforderlich ist ein flexibler und den Umständen des Einzelfalles gerecht werdender Maßstab, der die Zumutbarkeit einer Trennung sowie der Möglichkeit, über Briefe, Telefonate und Besuche auch aus dem Ausland Kontakt zu halten, neben dem Alter des Kindes mit einbezieht.

Bei der Ermessensausübung ist insbesondere zu berücksichtigen, ob

- 28.1.5.1 – das deutsche Kind in seiner Entwicklung auf den ausländischen Elternteil angewiesen ist (die Ausländerbehörde soll in geeigneten Fällen prüfen, ob das Jugendamt einbezogen werden kann),
- 28.1.5.2 – der nichtsorgeberechtigte Elternteil seit der Geburt des Kindes seinen Unterhaltsverpflichtungen regelmäßig nachgekommen ist und
- 28.1.5.3 – das Kindeswohl einen auf Dauer angelegten Aufenthalt des nicht-sorgeberechtigten Elternteils im Bundesgebiet erfordert.

28.1.6 Die Aufenthaltserlaubnis ist bei der Erteilung i. d. R. auf drei Jahre zu befristen. Hiervon abweichend ist eine Befristung auf nur ein Jahr angezeigt, wenn Restzweifel bestehen (unterhalb der eine Ablehnung des Antrags rechtfertigenden Schwelle), ob die Eheschließung nur zum Zweck der Aufenthaltssicherung des ausländischen Ehegatten geschlossen wurde (so genannte Scheinehe, siehe hierzu Nummer 27.1a.1.1.2 f.). Soweit entsprechende Zweifel am Vorliegen einer allgemeinen Erteilungsvoraussetzung bestehen oder Obdachlosigkeit droht, ist die Aufenthaltserlaubnis ebenfalls zunächst nur für ein Jahr zu erteilen.

28.1.7 Nach § 28 Absatz 1 Satz 5, der auf die entsprechenden Regelungen des Ehegattennachzugs zu Ausländern in § 30 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und 2, Satz 3 (nicht § 30 Absatz 1 Satz 2) und § 30 Absatz 2 Satz 1 verweist, sind auch für den Ehegattennachzug zu Deutschen das Mindestalter von 18 Jahren und der Nachweis von zumindest einfachen Deutschkenntnissen des zuziehenden Ehegatten grundsätzlich Voraussetzungen (siehe hierzu Nummer 30.1.1 f.).

28.1.8 Der Rechtsgrund des Ehegattennachzugs nach §§ 28 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1, 30 und des Nachzugs zum deutschen Kind nach § 28 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 können zur Herstellung der familiären Lebensgemeinschaft ggf. unabhängig von einander geltend gemacht werden, wenn sich sowohl der Ehegatte als auch das minderjährige ledige Kind im Bundesgebiet aufhalten. Beide Nachzugstatbestände verwirklichen eigenständige grundrechtliche Schutzgebote des Artikels 6 GG. Die Beantragung des Familiennachzugs zum deutschen Kind bedeutet in diesem Fall keine unzulässige

	Umgehung der Voraussetzungen des Ehegattennachzugs, insbesondere des Nachweises einfacher Deutschkenntnisse.			punkte, ob die Voraussetzungen erfüllt sind, können sich auch aus Schul- oder Sprachzeugnissen oder Nachweisen über Berufstätigkeiten ergeben. § 44a bleibt unberührt.
28.2	Erteilung einer Niederlassungserlaubnis und Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis	28.2.5		Auf die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis besteht nach Absatz 2 Satz 2 grundsätzlich ein Anspruch, sofern die familiäre Lebensgemeinschaft fortbesteht. Hinsichtlich der Auswirkungen des Bezugs von Leistungen nach dem SGB II oder XII und des Vorliegens von Regelversagungsgründen gelten die Regelungen zur erstmaligen Erteilung der Aufenthaltserlaubnis; vgl. Nummer 27.3 und 28.1.1.0 f.
28.2.1	Die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis nach Absatz 2 Satz 1 setzt das Fortbestehen der familiären Lebensgemeinschaft voraus. Sie ist ausgeschlossen, wenn einer der zwingenden Versagungsgründe nach § 5 Absatz 4 vorliegt. Liegt ein Regelversagungsgrund nach § 5 Absatz 1 vor, hat diese Regel Vorrang vor § 28 Absatz 2 mit der Folge, dass die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis i. d. R. zu versagen ist. Dies schließt die Erteilung einer weiteren befristeten Aufenthaltserlaubnis nicht aus; vgl. Nummer 28.2.5. Hinsichtlich der Erteilung der Niederlassungserlaubnis nach Absatz 2 Satz 1 findet § 9 keine Anwendung.	28.3	Eigenständiges Aufenthaltsrecht	
		28.3.1		Durch die Vorschrift soll eine Gleichstellung, nicht aber eine Besserstellung der Familienangehörigen von Deutschen gegenüber denen der im Bundesgebiet lebenden Ausländer hinsichtlich des eigenständigen Aufenthaltsrechts bewirkt werden.
28.2.2	Nach Beendigung der familiären Lebensgemeinschaft kann eine Niederlassungserlaubnis nur nach den allgemeinen Vorschriften, nicht aber nach Absatz 2 Satz 1 erteilt werden, sofern dann ein Aufenthaltsrecht auf einer anderen Grundlage und zu einem anderen Zweck bestehen sollte.	28.3.2		Für ausländische Ehegatten Deutscher gilt mit der in der Vorschrift genannten Maßgabe § 31 und für die minderjährigen ledigen Kinder eines Deutschen § 35 entsprechend.
28.2.3	Die dreijährige Frist beginnt mit der erstmaligen Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zur Herstellung der familiären Lebensgemeinschaft. Grund der Privilegierung nach Absatz 2 Satz 1 ist die Annahme des Gesetzgebers, dass durch die familiäre Lebensgemeinschaft mit einem Deutschen eine positive Integrationsprognose antizipiert und die soziale und wirtschaftliche Integration daher zu einem früheren Zeitpunkt als nach den Regelvoraussetzungen nach § 9 angenommen werden kann. Zeiten des Besitzes einer Aufenthaltserlaubnis zu anderen Zwecken können daher nicht berücksichtigt werden, da sie dieser immanenten Zweckausrichtung nicht entsprechen. Die Zeit des Besitzes eines nationalen Visums zum Familiennachzug ist nach § 6 Absatz 4 Satz 3 anzurechnen, soweit sich der Inhaber währenddessen im Bundesgebiet aufgehalten hat.	28.3.3		Ein eigenständiges Aufenthaltsrecht von Elternteilen minderjähriger lediger Deutscher entsteht hingegen bei Auflösung der familiären Lebensgemeinschaft – unbeschadet der ggf. nach den allgemeinen Regeln gegebenen Möglichkeit der Erteilung einer Niederlassungserlaubnis – nicht. Bei Vorliegen einer außergewöhnlichen Härte kommt die Verlängerung nach § 25 Absatz 4 Satz 2 in Betracht.
		28.4	Sonstige Familienangehörige Deutscher	
		28.4.1		Zu den sonstigen Familienangehörigen i. S. d. § 36 gehören auch <ul style="list-style-type: none"> – ausländische Elternteile minderjähriger Deutscher, die nicht personensorgeberechtigt sind, soweit auf sie nicht § 28 Absatz 1 Satz 2 Anwendung findet, – volljährige Ausländer, die von einem Deutschen adoptiert wurden; sie erwerben mit der Adoption nicht die deutsche Staatsangehörigkeit (vgl. § 6 StAG) und können daher nur zur Vermeidung einer außergewöhnlichen Härte i. S. v. § 36 Absatz 2 Satz 1 nachziehen, – der ausländische Elternteil eines volljährigen oder nicht mehr ledigen Deutschen, der keine Aufenthaltserlaubnis nach § 28 Absatz 1 Nummer 3 erhalten kann.
28.2.4	Die Anforderung, wonach der Nachziehende in der Lage sein muss, sich auf einfache Art in deutscher Sprache zu verständigen, ist weniger weit gehend als das in § 9 Absatz 2 Nummer 7 genannte Merkmal. Zur Feststellung, ob sich der Ausländer in deutscher Sprache verständigen kann, ist grundsätzlich das persönliche Erscheinen des Ausländers erforderlich (§ 82 Absatz 4), soweit diesbezügliche Erkenntnisse nicht bereits vorliegen. Zum Sprachniveau A 1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens (GER) siehe Nummer 30.1.2.1. Ein entsprechendes Sprachniveau kann nicht angenommen werden, wenn der Ausländer sich bei der persönlichen Vorsprache nicht einmal auf einfache Art ohne die Hilfe Dritter verständlich machen kann. Anhalts-	28.4.2		Die Vorschriften zu § 36 sind zu beachten. Die Geltungsdauer des erteilten Aufenthaltstitels richtet sich nach den allgemeinen Regeln.
		28.5	Ausübung einer Erwerbstätigkeit	
				Die Ausübung einer Erwerbstätigkeit ist kraft Gesetzes uneingeschränkt gestattet. Eine Zu-

stimmung der Bundesagentur für Arbeit ist für die Erteilung nicht erforderlich.

29 Zu § 29 – Familiennachzug zu Ausländern

29.1 Aufenthaltsstatus; Wohnraumerfordernis

29.1.1 Die in § 29 genannten Voraussetzungen gelten zusätzlich zu denen der §§ 5 und 27, soweit sie nicht besonders ausgeschlossen sind.

29.1.2 Der im Bundesgebiet lebende Ausländer (Stammberechtigter) muss im Zeitpunkt der Erteilung der Aufenthaltserlaubnis an den Familienangehörigen im Besitz einer Niederlassungserlaubnis, Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG oder Aufenthaltserlaubnis sein.

29.1.2.1 Diese Voraussetzung ist nicht erfüllt, wenn der geforderte Aufenthaltstitel ungültig geworden oder aus anderen Gründen erloschen ist. Beruht das Erlöschen auf einem Verwaltungsakt (z. B. Widerruf, Rücknahme, Ausweisung, nachträgliche Befristung), kommt es auf dessen Unanfechtbarkeit nicht an (§ 84 Absatz 2 Satz 1). Dies ist insbesondere auch zu bedenken, wenn die Anerkennung als Asylberechtigter oder die Rechtsstellung als Flüchtling nach § 73 AsylVfG widerrufen wird und nachfolgend ein Widerruf des Aufenthaltstitels erfolgt (§ 52 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4). In diesem Fall kommt aufgrund der akzessorischen Verknüpfung zum Aufenthaltsrecht des Stammberechtigten (vgl. hierzu Nummer 27.1.3) ein Familiennachzug nicht in Betracht.

29.1.2.2 Wenn der Ausländer, zu dem der Nachzug stattfindet, im Besitz eines nationalen Visums ist und in Aussicht steht, dass ihm im Inland auf seinen Antrag hin eine Aufenthaltserlaubnis, Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG oder Niederlassungserlaubnis erteilt werden wird, kann auch dem Nachziehenden bereits ein Visum erteilt werden. Die Voraussetzung des Absatzes 1 Nummer 1 ist auch erfüllt, wenn dem Ausländer, zu dem der Nachzug stattfindet, gleichzeitig mit dem nachziehenden Ausländer ein solcher Aufenthaltstitel erteilt wird. Ein Voraufenthalt des Ausländers, zu dem der Nachzug stattfindet, im Bundesgebiet ist daher nicht erforderlich, sofern beide Ausländer, die sich noch im Ausland befinden, beabsichtigen, künftig die familiäre Lebensgemeinschaft im Bundesgebiet zu leben. Dies können sie i. d. R. nur dadurch dokumentieren, dass sie beide einen Aufenthaltstitel beantragen.

29.1.3 Die Voraussetzung ausreichenden Wohnraums richtet sich nach § 2 Absatz 4 (vgl. Nummer 2.4).

29.2 Abweichungen bei anerkannten Flüchtlingen

29.2.1 Nach Absatz 2 Satz 1 kann von den Voraussetzungen des § 5 Absatz 1 Nummer 1 und des Absatzes 1 Nummer 2 im Ermessenswege abgewichen werden. Bei der Zulassung einer Ausnahme nach Absatz 2 ist dem Umstand,

dass dem Asylberechtigten oder Konventionsflüchtling eine Familienzusammenführung in einem Verfolgerstaat nicht zugemutet werden kann, besondere Bedeutung beizumessen.

29.2.2.1

Leben die nachzugswilligen Familienangehörigen noch im Verfolgerstaat oder halten sich diese bereits im Bundesgebiet etwa als Asylbewerber auf, kommt eine Ausnahme nach § 29 Absatz 2 Satz 1 grundsätzlich in Betracht, wenn sich der Asylberechtigte oder Konventionsflüchtling nach der Asylanerkennung oder der Anerkennung des Flüchtlingsstatus nachhaltig um die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit (z. B. Vorlage einer Bescheinigung der Arbeitsagentur) sowie um die Bereitstellung von Wohnraum außerhalb einer öffentlichen Einrichtung bemüht hat. Leben nachzugswillige Familienangehörige mit einem Daueraufenthaltsrecht oder als anerkannte Flüchtlinge in einem Drittstaat, ist auch zu prüfen, ob dem Asylberechtigten oder Konventionsflüchtling die Herstellung der familiären Lebensgemeinschaft im Drittstaat zuzumuten ist. Lässt die Ausländerbehörde eine Ausnahme zu, haben die Familienangehörigen des Asylberechtigten oder Konventionsflüchtlings einen Rechtsanspruch auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis (vgl. § 30 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 Buchstabe c), § 32 Absatz 1 Nummer 1).

29.2.2.2

Sofern die in § 29 Absatz 2 Satz 2 Nummer 1 und Nummer 2 genannten Voraussetzungen vorliegen (Unmöglichkeit der Familienzusammenführung in einem Drittstaat, zu dem eine besondere Bindung des Zusammenführenden oder von Familienangehörigen besteht und Antragstellung auf Familienzusammenführung innerhalb der Dreimonatsfrist), ist beim Nachzug des Ehegatten oder des minderjährigen ledigen Kindes stets von den Voraussetzungen des § 5 Absatz 1 Nummer 1 (gesicherter Lebensunterhalt) und des § 29 Absatz 1 Nummer 2 (ausreichender Wohnraum) abzugehen. Als erforderlicher Antrag auf Erteilung eines Aufenthaltstitels zum Zwecke des Familiennachzugs kommt ein Antrag auf Erteilung eines Visums oder – bei Staatsangehörigen eines in Anhang II der Verordnung (EG) Nummer 539/2001 des Rates zur Aufstellung der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der Außengrenzen im Besitz eines Visums sein müsse, sowie der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige von dieser Visumpflicht befreit sind, vom 15. März 2001 (ABl. EG Nummer L 81 S. 1) aufgeführten Staates, denen nach § 39 AufenthV die Einholung eines Aufenthaltstitels für einen längerfristigen Aufenthalts im Bundesgebiet gestattet ist – auch einer Aufenthaltserlaubnis in Betracht. § 29 Absatz 2 Satz 3 führt dazu, dass sowohl der Antrag des Familienangehörigen als auch der des zusammenführenden Ausländers (der hierzu keine schriftliche Vollmacht vorlegen muss) fristwährend sind. Die Regelung soll dem Umstand Rechnung tragen, dass dem

	Familienangehörigen eines Flüchtlings auf Grund besonderer Umstände im Aufenthaltsstaat eine fristgerechte Antragstellung nicht oder nur unter erschwerten Bedingungen möglich ist. Sinn und Zweck der Regelung ist die Erleichterung eines zeitlich unmittelbaren Nachzugs auch der Familienangehörigen eines anerkannten Flüchtlings. Von den genannten Regelerteilungsvoraussetzungen ist daher bei der Entscheidung über denjenigen Aufenthaltstitel abzusehen, der fristwährend beantragt worden ist. Bei einem nach Ablauf der Frist gestellten Antrag ist eine Ermessensentscheidung nach § 29 Absatz 2 Satz 1 zu treffen.	
29.3	Beschränkung des Familiennachzugs bei humanitären Aufnahmen	
29.3.1.0	Die allgemeinen Bestimmungen, insbesondere die Vorschriften der §§ 5, 11, 27 und des § 29 Absatz 1, finden in den Fällen des Absatzes 3 Satz 1 uneingeschränkt Anwendung.	
29.3.1.1	Das Begehren nach Herstellung der familiären Lebensgemeinschaft mit einem Ausländer, der eine Aufenthaltserlaubnis nach den §§ 22, 23 Absatz 1 oder § 25 Absatz 3 besitzt, ist allein noch kein hinreichender Grund für die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis an den Ehegatten und die minderjährigen ledigen Kinder. Es müssen also weitere (völkerrechtliche oder humanitäre) Gründe (oder das politische Interesse der Bundesrepublik Deutschland) hinzutreten, wenn der Nachzug bereits vor Erteilung einer Niederlassungserlaubnis des Stammberechtigten zugelassen werden soll. Die grundgesetzliche Wertentscheidung des Artikels 6 GG erfordert es regelmäßig nicht, dem Begehren eines Ausländers nach familiärem Zusammenleben im Bundesgebiet schon dann zu entsprechen, wenn der Aufenthalt des Angehörigen im Bundesgebiet nicht auf Dauer gesichert ist. Im Anwendungsbereich des § 29 Absatz 3 Satz 1 bestimmt sich nach den Umständen des Einzelfalles, ob Familienangehörigen zum Schutz von Ehe und Familie eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden kann. Im Hinblick auf Artikel 6 GG sind allerdings bei der Entscheidung über die Aufenthaltserlaubnis für den Ehegatten und die minderjährigen ledigen Kinder an das Vorliegen eines humanitären Grundes geringere Anforderungen zu stellen; insbesondere, wenn die familiäre Lebensgemeinschaft bereits in Deutschland geführt wird. Sowohl im Interesse des Schutzes von Ehe und Familie als auch des Wohles des Kindes sollen Anträge des Kindes oder seiner Eltern auf Herstellung der familiären Lebensgemeinschaft vorrangig und beschleunigt bearbeitet werden. Ist in absehbarer Zeit mit dem Wegfall des Schutzzwecks zu rechnen, der zur Erteilung der Aufenthaltserlaubnis an den im Bundesgebiet lebenden Ausländer geführt hat, kommt ein Nachzug nicht in Betracht. Sofern die Herstellung der Familieneinheit im Ausland aus zwingenden persönlichen Gründen unmöglich ist, ist stets ein dringender humanitärer Grund i. S. d. Vorschrift anzunehmen. Bei Ausländern, die eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 1 bis 3 besitzen, ist – außer in den Fällen des § 60 Absatz 4 – anzunehmen, dass die Herstellung der familiären Einheit im Herkunftsstaat unmöglich ist. Ob die Herstellung in einem anderen als dem Herkunftsstaat möglich ist, bedarf nur der Prüfung, sofern ein Ehegatte oder ein Kind in einem Drittland ein Daueraufenthaltsrecht besitzt.	29.3.1.2
		Solange ein Asylverfahren der Familienangehörigen noch nicht bestandskräftig abgeschlossen ist, findet § 10 Absatz 1 Anwendung.
		29.3.2
		Die Voraussetzungen für die Aufenthaltserlaubnis von Ehegatten und minderjährigen Kindern eines Ausländers, die eine Aufenthaltserlaubnis nach §§ 22, 23 Absatz 1 oder § 25 Absatz 3 besitzen, sind zwar in Kapitel 2 Abschnitt 6 des Aufenthaltsgesetzes geregelt, der Ehegatte und das minderjährige Kind dürfen jedoch nicht besser gestellt werden als der Stammberechtigte. Daher stellt § 29 Absatz 3 Satz 2 klar, dass auch die Niederlassungserlaubnis der Familienangehörigen ein humanitärer Aufenthaltstitel nach Abschnitt 5 ist und sich die Voraussetzungen für deren Niederlassungserlaubnis entsprechend dem Stammberechtigten nach § 26 Absatz 4 und nicht nach § 9 richten. Hintergrund für die für Ehegatten im Vergleich zu § 9 um zwei Jahre längere Frist des § 26 Absatz 4 ist der Umstand, dass es sich bei den humanitären Aufenthaltstiteln um prinzipiell als vorübergehend konzipierte Aufenthaltsrechte handelt und damit auch nicht die Voraussetzungen für eine Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG erfüllt werden können.
		Die Aufenthaltserlaubnis zum Familiennachzug wird nach §§ 30 ff. i. V. m. § 29 Absatz 3 erteilt. Auch die §§ 31 und 34 Absatz 2 sind grundsätzlich anwendbar. Um Ehegatten und Kind nicht besser zu stellen als den Stammberechtigten, bedarf es aber der erneuten Prüfung, ob die humanitären Gründe, auf denen der Titel des Stammberechtigten beruht, noch bestehen.
		29.3.3
		In den Fällen des Absatz 3 Satz 3 ist ein Familiennachzug absolut ausgeschlossen. Der Erteilung eines Aufenthaltstitels zu einem anderen Zweck als dem Familiennachzug nach allgemeinen Vorschriften steht die Regelung jedoch nicht entgegen.
		29.3.4
		Die Beschränkungen des § 29 Absatz 3 gelten nicht in Fällen des § 23a; hier kommen die allgemeinen Regelungen zum Familiennachzug zur Anwendung, da der Aufenthalt in Härtefallentscheidungen grundsätzlich auf Dauer angelegt ist.
		29.4
		Familiennachzug bei Gewährung vorübergehenden Schutzes
		29.4.1
		§ 29 Absatz 4 dient der Umsetzung der Richtlinie 2001/55/EG des Rates vom 20. Juli

2001 über Mindestnormen für die Gewährung vorübergehenden Schutzes im Falle eines Massenzustroms von Vertriebenen und Maßnahmen zur Förderung einer ausgewogenen Verteilung der Belastungen, die mit der Aufnahme dieser Personen und den Folgen dieser Aufnahme verbunden sind, auf die Mitgliedstaaten (ABl. EG Nummer L 212 S. 12, so genannte Richtlinie zum vorübergehenden Schutz). Die Richtlinie und die zu ihr ergehende Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs sind bei der Anwendung der Vorschrift zu beachten.

29.4.2 Bei Erfüllung der Tatbestandsvoraussetzungen besteht ein Anspruch auf Familiennachzug, auch wenn die Voraussetzungen des § 5 Absatz 1 oder § 27 Absatz 3 nicht erfüllt sind. Da nach Absatz 4 Satz 3 die Vorschrift des § 24 entsprechende Anwendung findet, gilt zudem § 5 Absatz 3, weshalb auch die Voraussetzungen des § 5 Absatz 2 Satz 1 keine Anwendung finden, soweit dies ausnahmsweise nicht auf Grund des Sachzusammenhangs ohnehin ausgeschlossen ist.

29.4.3 In den Fällen des Absatzes 4 sind die §§ 30 und 32 unanwendbar. Hingegen finden die §§ 31, 33, 34 und 35 hinsichtlich der Verlängerung, der Entstehung eines eigenständigen Aufenthaltsrechts und der Erteilung einer Niederlassungserlaubnis unmittelbar Anwendung.

29.4.4 Tatbestandsvoraussetzung nach Absatz 4 Satz 1 Nummer 1 ist, dass eine familiäre Lebensgemeinschaft bereits im Herkunftsland bestand und dass diese Lebensgemeinschaft durch die Fluchtsituation selbst und nicht aus anderen Gründen aufgehoben wurde. Die Trennung muss nicht im Herkunftsland stattgefunden haben. Es genügt, wenn die Trennung auf dem Fluchtweg erfolgte. Eine Trennung aufgrund der Fluchtsituation liegt nicht nur in Fällen gewaltsamer Trennung vor, sondern auch dann, wenn etwa die Trennung aufgrund eines eigenen Entschlusses der Familienangehörigen erfolgte und vor dem Hintergrund der konkreten Fluchtsituation und der damit verbundenen Belastungen nachvollziehbar ist.

29.4.5 In Fällen, in denen der Familienangehörige nach der genannten Richtlinie von einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union übernommen wird, ist die Schutzbedürftigkeit nicht besonders zu prüfen. Erfolgt hingegen eine Aufnahme aus einem Gebiet außerhalb der Europäischen Union, muss auch in der Person des Nachziehenden das erforderliche Schutzbedürfnis gegeben sein.

29.4.6 Auch die in Absatz 4 Satz 3 enthaltene Verweisung auf § 36 dient der Umsetzung der genannten Richtlinie. Daher sind die Richtlinie und die zu ihr etwa ergehende Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs bei der Anwendung dieser Vorschrift zu beachten.

29.5

29.5.1

Ausübung einer Erwerbstätigkeit

Die Berechtigung zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit besteht, wenn der Ausländer, zu dem der Nachzug stattfindet, zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit berechtigt ist (Nummer 1) oder die eheliche Lebensgemeinschaft seit mindestens zwei Jahren rechtmäßig im Bundesgebiet bestanden hat und die Aufenthaltserlaubnis des Ausländers, zu dem der Familiennachzug erfolgt, nicht mit einer Nebenbestimmung nach § 8 Absatz 2 versehen oder dessen Aufenthalt nicht bereits durch Gesetz oder Verordnung von einer Verlängerung ausgeschlossen ist (Nummer 2).

29.5.2.1

Maßgeblich für die Beurteilung der Voraussetzungen der Nummer 1 ist der Zeitpunkt der Erteilung des Aufenthaltstitels an den nachziehenden Ausländer. Es genügt, wenn beiden Ausländern gleichzeitig ein Aufenthaltstitel mit einer bestimmten Berechtigung erteilt wird. Der Aufenthaltstitel, der tatsächlich dem Ausländer erteilt wurde oder wird, zu dem der Nachzug stattfindet, stellt die alleinige Grundlage für die Entscheidung über die Berechtigung des nachziehenden Ausländers über die Erwerbstätigkeit dar. Der Umstand, dass dem Ausländer, zu dem der Nachzug stattfindet, ein Aufenthaltstitel mit einer weiter gehenden Berechtigung zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit erteilt werden könnte oder sogar müsste, ist unerheblich, solange dieser Ausländer einen solchen Aufenthaltstitel nicht beantragt. Umgekehrt ist es unerheblich, ob dem Ausländer, zu dem der Nachzug stattfindet, im Wege der Rücknahme oder des Widerrufs seines Aufenthaltstitels oder durch Ausweisung die Berechtigung zur Ausübung der Erwerbstätigkeit entzogen werden dürfte, solange die Behörde nicht tatsächlich eine derartige Entscheidung trifft.

29.5.2.2

Die Berechtigung zur Ausübung einer selbständigen Erwerbstätigkeit kann nach § 21 Absatz 6 auch dann erteilt werden, wenn der Ausländer, zu dem der Nachzug stattfindet, nicht zur Ausübung einer selbständigen Erwerbstätigkeit, aber zur Ausübung einer Beschäftigung berechtigt ist.

29.5.2.3

Dem nachziehenden Familienangehörigen ist die Ausübung der Beschäftigung uneingeschränkt zu erlauben, wenn der Ausländer, zu dem der Nachzug stattfindet, selber einen uneingeschränkten Arbeitsmarktzugang hat. Dies ist der Fall, wenn der Ausländer auf Grund einer gesetzlichen Regelung, z. B. nach § 9 oder § 25 Absatz 1, auf Grund einer ihm ohne Beschränkungen nach § 13 BeschVerfV erteilten Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit oder gemäß § 3a BeschVerfV ohne Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit jede Beschäftigung am Arbeitsmarkt ausüben darf.

Solange der stamm-berechtigte Ausländer keinen uneingeschränkten Zugang zu jeder Beschäftigung hat und bei dem Familienange-

	hörigen noch nicht die Voraussetzungen des Absatzes 5 Nummer 2 vorliegen (vgl. Nummer 29.5.3), kann dem nachziehenden Familienangehörigen die Aufnahme einer Beschäftigung nur mit Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit erlaubt werden (§ 4 Absatz 2 Satz 3 i. V. m. § 39 Absatz 2 und 3), sofern die Beschäftigung nicht nach §§ 2 bis 15 BeschV zustimmungsfrei ausgeübt werden kann.		
29.5.2.4	Ist der Ausländer, zu dem der Nachzug stattfindet, selbständig tätig und ist daher die Ausübung einer Beschäftigung im Aufenthaltstitel nicht erlaubt worden, richtet sich das Erfordernis der Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit für die Gestattung einer Beschäftigung des nachziehenden Ausländers danach, ob eine Zustimmung auch bei der Aufnahme einer Beschäftigung durch den Ausländer, zu dem der Nachzug stattfindet, erforderlich wäre. Für eine Beschäftigung des nachgezogenen Familienangehörigen im Betrieb des Familienangehörigen ist keine Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit erforderlich (§ 3 BeschVerfV).	29.5.4	Absatz 5 hat nicht zur Folge, dass Beschränkungen hinsichtlich der beruflichen Tätigkeit, des Arbeitgebers, eines Ortes oder eines Bezirkes der Arbeitsagentur oder der Lage und Verteilung der Arbeitszeit, die für den Ausländer gelten, zu dem der Nachzug stattfindet, bei dem nachziehenden Ausländer zu übernehmen sind.
29.5.2.5	Die Prüfung der Bundesagentur für Arbeit, ob der Ausübung einer Beschäftigung durch den nachziehenden Ausländer zugestimmt wird, ist eine eigenständige und richtet sich nach den Vorschriften der §§ 39 bis 41. Es ist daher möglich, dass die Zustimmung zur Ausübung der Beschäftigung des nachziehenden Ausländers versagt wird, obwohl dem Ausländer, zu dem der Nachzug stattfindet, die Ausübung einer Beschäftigung erlaubt ist.	30	Zu § 30 – Ehegattennachzug zu Ausländern
		30.0	Allgemeines
		30.0.1	§ 30 ist erst anwendbar, wenn die Ehe bereits besteht.
29.5.2.6	Familienangehörige von Personen, die im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis nach § 16 Absatz 1 sind, benötigen für die Ausübung einer Beschäftigung eine Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit, soweit die Beschäftigung nicht nach §§ 2 bis 15 BeschV zustimmungsfrei ist. Die Regelung des § 16 Absatz 3, die sich ausschließlich auf Studenten während des Studiums bezieht, ist ihrer Natur nach auf Familienangehörige nicht anwendbar.	30.0.2	Zum Zweck der Eheschließung im Bundesgebiet kann einem Ausländer ein nationales Visum (§ 6 Absatz 4) erteilt werden, wenn auf die anschließende Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach einer Eheschließung während der Gültigkeit des Visums ein Anspruch besteht (§ 6 Absatz 4 i. V. m. §§ 28 und 30). Zudem sind die unter Nummer 30.0.6 genannten Voraussetzungen zu erfüllen (dies gilt auch für bezweckte Eheschließungen mit Deutschen, die nach der Heirat einen Titel gemäß § 28 Absatz 1 Nummer 1 begründen).
	29.5.2.7 Familienangehörigen von Personen, die im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis nach § 20 sind oder die nach den §§ 4, 5, 27, 28 und 31 Satz 1 Nummer 1 BeschV eine Beschäftigung ausüben dürfen, wird die Zustimmung zur Ausübung einer Beschäftigung ohne Prüfung nach § 39 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 (Vorangprüfung) erteilt.	30.0.3	§ 31 Absatz 1 AufenthV findet Anwendung.
		30.0.4	Nach der Eheschließung kann der nachziehende Ehegatte, der ein nationales Visum besitzt, eine Aufenthaltserlaubnis im Bundesgebiet beantragen (§ 39 Nummer 1 AufenthV).
29.5.3	Absatz 5 Nummer 2 korrespondiert mit den Bestimmungen zur Gewährung des eigenständigen Aufenthaltsrechts des Ehegatten nach § 31 Absatz 1 Nummer 1 und verfolgt den Zweck, den Ehegatten, dem im Falle der Aufhebung der ehelichen Lebensgemeinschaft eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird, die zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit berechtigt, nicht besser zu stellen, als den Ehegatten, dessen eheliche Lebensgemeinschaft fortgeführt wird. Der Aufenthaltstitel des nachgezogenen Familienangehörigen berechtigt deshalb nach zwei Jahren rechtmäßig im Bundesgebiet bestehender Ehe nicht zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit, wenn der Ausländer, zu dem der Familiennachzug erfolgt ist, selbst nur über ein befristetes Aufenthaltsrecht verfügt und dessen Aufenthaltserlaubnis auf der Grundlage eines Gesetzes, einer Verordnung oder einer Nebenbestimmung zur Aufenthaltserlaubnis nach § 8 Absatz 2 nicht verlängert werden kann oder die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis ausgeschlossen ist. In den übrigen Fällen ist der Ehegatte nach zwei Jahren rechtmäßig im Bundesgebiet bestehender Ehe uneingeschränkt zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit berechtigt und zwar unabhängig davon, ob die Ehe dann weiter besteht (§ 30) oder ob die Eheleute sich getrennt haben (§ 31).	30.0.5	Zudem kann nach einer Eheschließung im Bundesgebiet oder im Ausland die Aufenthaltserlaubnis zum Ehegattennachzug auch in den übrigen in § 39 AufenthV genannten Fällen, soweit deren Voraussetzungen vorliegen, ohne vorherige Ausreise unmittelbar bei der Ausländerbehörde beantragt werden. Dasselbe gilt in den Fällen des § 5 Absatz 3 Satz 1, 1. Halbsatz.
			Ist eine Eheschließung im Bundesgebiet beabsichtigt, und besteht nach der Eheschließung kein Anspruch auf eine Aufenthaltserlaubnis zum Ehegattennachzug, sondern kann die

- Aufenthaltserlaubnis nur nach Ermessen erteilt werden, liegt kein Anwendungsfall des § 39 Nummer 3 AufenthV vor. Dies gilt auch für die in Anhang II der Verordnung (EG) Nummer 539/2001 genannten Staatsangehörigen.
- 30.0.6 Das nationale Visum zur Eheschließung ist erst zu erteilen, wenn der Eheschließung keine rechtlichen und tatsächlichen Hindernisse entgegenstehen und sie unmittelbar bevorsteht. Die Eheschließung steht unmittelbar bevor, wenn das – durch die Anmeldung der Eheschließung beim zuständigen Standesamt eingeleitete – Verwaltungsverfahren zur Prüfung der Ehefähigkeit nachweislich abgeschlossen ist und seitdem nicht mehr als sechs Monate vergangen sind. Der Abschluss des Anmeldeverfahrens kann durch eine vom zuständigen Standesamt ausgestellte Bescheinigung nachgewiesen werden.
- 30.0.7 Ist nur die Eheschließung im Bundesgebiet, nicht aber ein anschließender, längerfristiger Aufenthalt im Bundesgebiet beabsichtigt, ist i. d. R. ein Schengen-Visum für kurzfristige Aufenthalte (§ 6 Absatz 1 Nummer 2) zu erteilen. Bei der Beantragung ist der Ausländer darauf hinzuweisen, dass sein Aufenthalt im Bundesgebiet nach der Eheschließung i. d. R. nicht verlängert werden kann, ohne dass der Ausländer zuvor ausreist (vgl. § 5 Absatz 2 Satz 1), sofern nicht ein Anspruch auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach der Eheschließung besteht (vgl. die in § 39 Nummer 3 AufenthV genannten Voraussetzungen). Ggf. ist er von Amts wegen auf die Möglichkeit zu verweisen, ein nationales Visum (§ 6 Absatz 4) zu beantragen. Ein solcher Hinweis ist aktenkundig zu machen.
- 30.0.8 In geeigneten Fällen ist besonders zu prüfen, ob auch in Fällen, in denen eine Aufenthaltserlaubnis nur nach Ermessen erteilt wird und kein Fall des § 39 AufenthV oder des § 5 Absatz 3 Satz 1, 1. Halbsatz vorliegt, gemäß § 5 Absatz 2 Satz 2 eine Ausnahme gestattet werden kann. Dies gilt insbesondere in Fällen, in denen eine Ausreise zum Zweck der Beantragung des Visums eine besondere Härte darstellen würde, vgl. näher Nummer 5.2.3. Wurde nachweislich ein Hinweis nach Nummer 30.0.7 gegeben, ist eine Anwendung des § 5 Absatz 2 Satz 2 regelmäßig ausgeschlossen.
- 30.0.9 Ein Ausländer, der mit einem Schengen-Visum ins Bundesgebiet einreist und nach einer Eheschließung im Schengengebiet (z. B. Dänemark) ins Bundesgebiet zurückreist, reist i. S. d. § 39 Nummer 3 AufenthV ein. Der Einreisebegriff des § 39 Nummer 3 AufenthV ist nicht schengenrechtlich zu verstehen, da es hier um eine Zuständigkeitsfestlegung (auch) für den Bereich nationaler Visa geht. In diesem Bereich gibt es – vorbehaltlich spezifischer Harmonisierungen – kein Gebot gemeinschaftsrechtsfreundlicher Auslegung.
- 30.0.10 Hinsichtlich des eindeutigen gesetzgeberischen Willens ist die Anwendung des § 39 Nummer 3 AufenthV ausgeschlossen, wenn bei einer begährten Aufenthaltserlaubnis zum Zweck des Ehegattennachzugs der erforderliche Sprachnachweis erst nach der Einreise ins Bundesgebiet erbracht wird. Der Gesetzgeber hat bei Einführung des Sprachnachweiserfordernisses klargestellt, dass der Sprachnachweis noch vor der Einreise zu erbringen ist (vgl. BT-Drs. 16/5065, S. 173 f.). Die verspätete Erbringung im Inland kann daher nicht die Verwirklichung eines Ausnahmetatbestandes auslösen, der von der bezweckten Integrationsvorleistung entbindet. Sonst würde die mit der Regelung des § 30 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 verfolgte Absicht des Gesetzgebers vollkommen unterwandert. Aus demselben Grund ist in dieser Konstellation auch eine Ausnahme nach § 5 Absatz 2 Satz 2 nicht möglich (vgl. Nummer 5.2.2.1).
- 30.0.11 Aufgrund der akzessorischen Verknüpfung zum Aufenthaltsrecht des Stamberechtigten (§ 27 Absatz 4, vgl. Nummer 27.1.3 und 27.4) darf die Geltungsdauer der einem Ehegatten erteilten Aufenthaltserlaubnis die Geltungsdauer der Aufenthaltserlaubnis des im Bundesgebiet lebenden Ausländers nicht überschreiten. Die Vorschriften über Geltungsdauer und Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis sind zu beachten. Soweit es danach möglich ist, wird die Aufenthaltserlaubnis i. d. R. für ein Jahr erteilt und dann i. d. R. um jeweils zwei Jahre verlängert, bis die Voraussetzungen für die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis gemäß § 9 vorliegen. Soweit kein anderer Aufenthaltsgrund besteht, kann die einem Ehegatten erteilte Aufenthaltserlaubnis im Falle der Aufhebung der ehelichen Lebensgemeinschaft nur nach Maßgabe des § 31 verlängert werden (siehe hierzu insbesondere auch Nummer 31.0.1). Bei Ehegatten von türkischen Arbeitnehmern ist zu berücksichtigen, ob sie ein eigenständiges Aufenthaltsrecht nach Artikel 6 oder 7 ARB 1/80 erlangt haben.
- 30.1 Anspruch auf Ehegattennachzug**
- 30.1.0 In den Fällen, die in Absatz 1 genannt sind, besteht grundsätzlich ein Rechtsanspruch auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis. Jedoch finden die §§ 5, 11, 27 und § 29 Absatz 1 bis 3 und 5 Anwendung, sofern nicht einzelne Vorschriften besonders ausgeschlossen worden sind. Dies bedeutet auch, dass aufgrund der akzessorischen Bindung ein Anspruch nicht geltend gemacht werden kann, wenn der Aufenthaltstitel des Stamberechtigten ungültig geworden oder aus anderen Gründen erloschen ist (vgl. hierzu Nummer 27.1.3 und 29.1.2.1).
- 30.1.1 Nach § 30 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und § 28 Absatz 1 Satz 5 ist für den Ehegattennachzug zu Ausländern und zu Deutschen grundsätzlich Voraussetzung, dass beide Ehegatten das 18. Lebensjahr vollendet haben (zu den Aus-

nahmen siehe Nummer 30.1.4.1 sowie 30.2.1). Die Regelung soll insbesondere Zwangsverheiratungen (siehe hierzu Nummer 27.1.6 und 27.1a.2.1) von jungen Frauen und Männern mit Auslandsbezug entgegenwirken und allgemein die Integrationsfähigkeit fördern (z. B. Abschluss der Schulbildung im Heimatstaat). Nach anwendbarem Recht wirksame und mit deutschem *ordre public* vereinbare Eheschließungen der Betroffenen in jüngerem Alter sind für den Ehegattennachzug anzuerkennen, können aber vor Erreichen des Mindestalters nicht zu einem Aufenthalt in Deutschland führen. Soweit der Nachweis des Mindestalters nicht durch Geburtsurkunden, Ausweis- und sonstige Dokumente geführt werden kann bzw. im Einzelfall Zweifel an deren Echtheit und inhaltlicher Richtigkeit bestehen, kommen unter Berücksichtigung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes im Einzelfall auch ergänzende Sachverhaltsermittlungen oder die freiwillige Beibringung eines medizinischen Sachverständigengutachtens durch den Antragsteller (§ 82) in Betracht. Im Übrigen können auch Maßnahmen nach § 49 Absatz 3 Nummer 1 getroffen werden.

30.1.2.0 Nach § 30 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 und § 28 Absatz 1 Satz 5 ist für den Ehegattennachzug zu Ausländern und zu Deutschen zudem grundsätzlich Voraussetzung, dass der zuziehende Ehegatte sich mindestens auf einfache Art in deutscher Sprache verständigen kann (zu den Ausnahmen vom Sprachnachweis siehe Nummer 30.1.4.1 ff.).

30.1.2.1 Die gesetzliche Voraussetzung, sich auf einfache Art in deutscher Sprache verständigen zu können, entspricht der Definition des Sprachniveaus der Stufe A 1 der elementaren Sprachanwendung des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens des Europarats (GER). Die Stufe A 1 GER (Globalskala) beinhaltet als unterstes Sprachstandsniveau die folgenden sprachlichen Fähigkeiten: „Kann vertraute, alltägliche Ausdrücke und ganz einfache Sätze verstehen und verwenden, die auf die Befriedigung konkreter Bedürfnisse zielen. Kann sich und andere vorstellen und anderen Leuten Fragen zu ihrer Person stellen – z. B. wo sie wohnen, was für Leute sie kennen oder was für Dinge sie haben – und kann auf Fragen dieser Art Antwort geben. Kann sich auf einfache Art verständigen, wenn die Gesprächspartnerinnen oder Gesprächspartner langsam und deutlich sprechen und bereit sind zu helfen.“

Das Sprachniveau A 1 GER umfasst alle vier Sprachfertigkeiten (Hören, Sprechen, Lesen, Schreiben). Die schriftlichen Kenntnisse umfassen dabei folgendes: „Kann eine kurze einfache Postkarte schreiben, z. B. Feriengrüße. Kann auf Formularen, z. B. in Hotels, Namen, Adresse, Nationalität usw. eintragen“.

30.1.2.2 Es ist im Einklang mit der gesetzlichen Vorgabe darauf zu achten, dass nicht bereits weiter-

gehende Fähigkeiten verlangt werden, etwa nach der höheren Sprachstufe A 2 GER (Globalskala), die folgende Fähigkeiten voraussetzt (siehe hierzu auch Nummer 104a.1.2): „Kann Sätze und häufig gebrauchte Ausdrücke verstehen, die mit Bereichen von ganz unmittelbarer Bedeutung zusammenhängen (z. B. Informationen zur Person und zur Familie, Einkaufen, Arbeit, nähere Umgebung). Kann sich in einfachen, routinemäßigen Situationen verständigen, in denen es um einen einfachen und direkten Austausch von Informationen über vertraute und geläufige Dinge geht. Kann mit einfachen Mitteln die eigene Herkunft und Ausbildung, die direkte Umgebung und Dinge im Zusammenhang mit unmittelbaren Bedürfnissen beschreiben.“

30.1.2.3.1 Deutschkenntnisse mindestens des Sprachstandsniveaus A 1 GER sind vom nachziehenden Ehegatten im Visumverfahren durch ein geeignetes und zuverlässiges Sprachstandszeugnis nachzuweisen. Das Sprachstandszeugnis muss auf einer standardisierten Sprachprüfung beruhen (vgl. hierzu Nummer 30.1.2.3.4.2). Sofern in bestimmten Herkunftsstaaten ein derartiges Sprachzeugnis nicht erlangt werden kann, hat sich die Auslandsvertretung vom Vorliegen der einfachen Deutschkenntnisse (hierzu siehe oben Nummer 30.1.2.1 f.) im Rahmen der persönlichen Vorsprache des Antragstellers in geeigneter Weise zu überzeugen. Ein besonderer Nachweis ist nicht erforderlich, wenn die geforderten Deutschkenntnisse des Antragstellers bei der Antragstellung offenkundig sind (vgl. hierzu Nummer 30.1.2.3.4.4). Soweit der Nachweis einfacher Deutschkenntnisse nicht bereits im Visumverfahren erbracht werden musste, ist er bei der erstmaligen Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zum Ehegattennachzug zu Deutschen oder Ausländern im Bundesgebiet zu erbringen. Dies kommt in den Fällen in Betracht, in denen Visumfreiheit auch für längerfristige Aufenthalte besteht oder ein Aufenthaltswertwechsel zugelassen ist oder wird. Kann die Aufenthaltserlaubnis in diesen Fällen nur deshalb nicht erteilt werden, weil einfache Deutschkenntnisse noch nicht vorliegen, ist der Antragsteller zum Integrationskurs zu verpflichten und kann das Verfahren ausgesetzt werden, damit der Antragsteller im Rahmen des Integrationskurses – zunächst – das Sprachniveau A 1 erwerben kann. Den für die Verpflichtung erforderlichen gesetzlichen Teilnahmeanspruch nach § 44 (§ 4 Absatz 1 IntV) hat der Antragsteller, da ihm erstmals eine Aufenthaltserlaubnis nach § 28 bzw. § 30 erteilt wird. Diese Voraussetzung (erstmalige Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis) ist auch dann gegeben, wenn das Antragsverfahren noch läuft bzw. ausgesetzt ist, weil es lediglich am Sprachnachweis fehlt. Nach dem ausdrücklichen Gesetzeswortlaut ist gerade nicht erforderlich, dass die Aufenthaltserlaubnis bereits erteilt worden ist.

- 30.1.2.3.2 Die Nachweispflicht gilt nicht für die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis zum Ehegattennachzug, da hier der Ausnahmetatbestand des § 30 Absatz 1 Satz 3 Nummer 3 i. V. m. § 44 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 greift.
- 30.1.2.3.3 Unerheblich ist, auf welche Weise der Ehegatte die für die Sprachprüfung erforderlichen Deutschkenntnisse erworben hat. Die Kosten der Sprachprüfung und Sprachstandsnachweise hat nach allgemeinen aufenthaltsrechtlichen Grundsätzen (§ 82 Absatz 1) der Antragsteller zu tragen.
- 30.1.2.3.4.1 Soweit dies aus Kapazitätsgründen möglich ist, kann sich die Ausländerbehörde – wie bereits bisher im Rahmen der Verpflichtung nach § 44a Absatz 1 Nummer 1 – selbst auf geeignete Weise vom Vorliegen der einfachen Deutschkenntnisse des Antragstellers überzeugen. Die Ausländerbehörde kann sich hierbei an der Sprachprüfung „Start Deutsch 1“ orientieren. Dabei ist darauf zu achten, dass während des Gesprächs mit dem Ehegatten die akustische Verständnismöglichkeit nicht beeinträchtigt wird.
- 30.1.2.3.4.2 Die Ausländerbehörden dürfen in Deutschland ausgestellte Sprachnachweise anerkennen, die auf standardisierten Sprachprüfungen beruhen. Es existieren drei Institute, die als deutsche Mitglieder der ALTE Association of Language Testers in Europe derartige standardisierte Deutschprüfungen anbieten: Goethe-Institut, TestDaF-Institut und telc GmbH (DVV). Die Deutschprüfung „Start Deutsch 1“ ist die einzige standardisierte Deutschprüfung auf der Kompetenzstufe A 1, die in Deutschland abgelegt werden kann, und wird nur vom Goethe-Institut und der telc GmbH angeboten. Von ALTE-Mitgliedern angebotene höherwertige Prüfungen können ebenfalls anerkannt werden. Nicht anerkannt werden können dagegen informelle Lernzielkontrollen, die von anderen Kursträgern erstellt und durchgeführt werden und ebenfalls den Anspruch erheben, ein Sprachstandsniveau zu bescheinigen, da diese nicht über einen vergleichbaren Standardisierungsgrad bei Durchführung und Auswertung verfügen und auf eine wissenschaftliche Testentwicklung verzichten.
- 30.1.2.3.4.3 Bei Vorlage von Sprachnachweisen über den niedrigsten Sprachstand A 1 GER, deren Ausstellung mehr als ein Jahr zurück liegt, ist wegen des in diesem Fall raschen Verlusts der Sprachfähigkeit stets die inhaltliche Plausibilität der darin bezeichneten Sprachkenntnis zu überprüfen. Im Übrigen ist aus Gründen der Verhältnismäßigkeit zu beachten, dass der gesetzliche Zweck der Verbesserung der (sprachlichen) Integrationsfähigkeit nach dem Zuzug nach Deutschland grundsätzlich auch durch einen Spracherwerb erreicht wird, der nicht unmittelbar vor der Antragstellung stattgefunden hat.
- 30.1.2.3.4.4 Ist im Rahmen der persönlichen Vorsprache des Ehegatten bereits offenkundig, d. h. bestehen keine vernünftigen Zweifel, dass dieser mindestens die erforderlichen einfachen Sprachkenntnisse i. S. d. Sprachniveaus A 1 GER besitzt, so bedarf es eines Sprachstandsnachweises nicht.
- 30.1.2.3.5 Auch wenn der nachziehende Ehegatte einfache Deutschkenntnisse im Visumverfahren bzw. bei der Erteilung der Aufenthaltserlaubnis zum Ehegattennachzug nachweisen konnte, ist er nach Maßgabe des § 44a Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe b) zur Teilnahme am Integrationskurs verpflichtet. Danach besteht seine Teilnahmepflicht, wenn der nachziehende Ehegatte zum Zeitpunkt der Erteilung der Aufenthaltserlaubnis nach § 28 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 oder § 30 Absatz 1 nicht über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache verfügt (§ 44a Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe b), siehe hierzu Nummer 44a.1.2.2).
- 30.1.3.1 Weitere Voraussetzung für den Nachzugsanspruch des Ehegatten nach § 30 Absatz 1 ist, dass der stammerechtigte Ausländer über einen der in Satz 1 Nummer 3 genannten Aufenthaltstitel verfügt. Die Buchstaben a) bis d) des Absatzes 1 Nummer 3 erfassen auch Fälle, in denen die Ehe erst während des Aufenthaltes des Ausländers, zu dem der Nachzug stattfindet, geschlossen wurde. Bei Buchstabe d) ist im Einzelfall zu prüfen, ob der Stammberechtigte im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis mit einer begründeten Aussicht auf ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht in Deutschland ist.
- 30.1.3.2 Bei Absatz 1 Satz 1 Buchstabe e) muss die Ehe bereits bei der Erteilung der Aufenthaltserlaubnis an den Stammberechtigten bestanden haben, wobei es nicht auch auf die „eheliche Lebensgemeinschaft“ ankommt (siehe hierzu auch Nummer 30.1.3.3). Zur Möglichkeit, nach Ermessen von einzelnen Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Buchstabe e) abzuweichen, vgl. Nummer 30.2.2 ff. Im Zusammenhang mit der Beurteilung der Dauer des voraussichtlichen Aufenthaltes des Ausländers, zu dem der Nachzug stattfindet, ist nicht auf die jeweilige Befristung des Aufenthaltstitels abzustellen, sondern auf den Aufenthaltswitz. Ist dieser nicht seiner Natur nach zeitlich begrenzt, ist von einem Aufenthalt auszugehen, dessen Dauer ein Jahr überschreitet. Abweichendes gilt nur, wenn mit überwiegender Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist, dass der Aufenthaltstitel des Ausländers, zu dem der Nachzug stattfindet, nicht über die Jahresfrist hinaus verlängert wird oder der Ausländer vor Ablauf der Jahresfrist seinen Aufenthalt im Bundesgebiet dauerhaft beenden wird. Der Jahresfrist in Absatz 1 Satz 3 Buchstabe e) liegt die Überlegung zugrunde, dass Ehegatten, die sich wegen eines auf längere Dauer angelegten rechtmäßigen Aufenthaltes eines Ehegatten in Deutschland entschieden haben, ihre familiäre Lebensgemeinschaft im Bundesgebiet herzu-

stellen, nicht zugemutet werden soll, noch länger als ein Jahr voneinander getrennt zu leben. Die Jahresfrist des Absatzes 1 Satz 3 Buchstabe e) bezieht sich daher auf die noch verbleibende Aufenthaltsdauer im Zeitpunkt der Entscheidung der Ehegatten, den Nachzug durchzuführen. Diese wird durch die Beantragung des Visums zum Zweck des Ehegattennachzugs dokumentiert. Die Jahresfrist beginnt daher mit der Visumantragstellung und nicht erst mit der Visumerteilung, da das Bestehen eines Nachzugsanspruchs nach Absatz 1 Satz 3 Buchstabe e) ansonsten von der außerhalb der Sphäre der Ehegatten liegenden Bearbeitungsdauer für die Erteilung des Visums abhängig wäre. Ebenso wenig ist auf den späteren Zeitpunkt der Einreise oder Erteilung der Aufenthaltserlaubnis an den nachziehenden Ehegatten abzustellen.

30.1.3.3 In Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 Buchstabe e) kommt es auf den Bestand der Ehe an, während in Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 Buchstabe f) auf den Bestand der ehelichen Lebensgemeinschaft Bezug genommen wird. Die unterschiedlichen Anknüpfungspunkte haben ihren Grund darin, dass nach Buchstabe e) grundsätzlich auch der Nachzug von Ehegatten möglich sein soll, die nach einer Eheschließung erstmals in Deutschland Gelegenheit haben, die eheliche Lebensgemeinschaft zu leben. Diese Fallgestaltung wird gerade auch bei Ehen zwischen Qualifizierten vorliegen, die bisher auf Grund ihres Arbeitsplatzes nicht an einem Ort leben konnten, also Personen, für die das Bundesgebiet attraktiv sein soll. Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 Buchstabe f) beruht hingegen auf einer anderen Fallgestaltung – der innergemeinschaftlichen Mobilität von langfristig Aufenthaltsberechtigten – und ist inhaltlich an die Richtlinie 2003/109/EG des Rates vom 25. November 2003 betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen (ABl. EU 2004 Nummer L 16 S. 44; so genannte Daueraufenthalt-Richtlinie) angelehnt (Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie).

30.1.4.1 Ausgenommen vom Mindestalter und Spracherfordernis sind Ehegatten, die zu den in § 30 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 bis 3 genannten Ausländern nachziehen (Hochqualifizierte, Selbständige, Forscher, langfristig Aufenthaltsberechtigte). Soweit darin der Ehebestand im Zeitpunkt des Zuzugs des Ausländers nach Deutschland gefordert wird, genügt das formale Bestehen der Ehe, verbunden mit der Absicht, eine eheliche Lebensgemeinschaft zu begründen oder fortzuführen.

30.1.4.2.1 Vom Sprachnachweis sind ferner die Ehegatten ausgenommen, die zu Asylberechtigten oder anerkannten Flüchtlingen nachziehen und deren Ehe bereits bestand, als sie ihren Lebensmittelpunkt in das Bundesgebiet verlegt haben (Absatz 1 Satz 3 Nummer 1). Soweit der Ehebestand vor Zuzug des Ausländers in das Bundesgebiet gefordert wird, genügt auch hier das formale Bestehen der Ehe im Gegensatz zur

ehelichen Lebensgemeinschaft. Die Vorschrift findet unter dieser Voraussetzung entsprechende Anwendung in Fällen, in denen ein vormals Stamberechtiger nach § 25 Absatz 1 oder Absatz 2 oder § 26 Absatz 3 die deutsche Staatsangehörigkeit erworben hat und sein Ehegatte nunmehr den Nachzug nach § 28 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1, Satz 5 beantragt.

30.1.4.2.2 Die in § 30 Absatz 1 Satz 3 Nummer 2 vorgesehene Ausnahmeregelung bei Vorliegen von körperlicher, geistiger oder seelischer Krankheit oder Behinderung des nachziehenden Ehegatten erfordert stets eine Betrachtung des Einzelfalls. Das Abstellen auf die fehlende Nachweismöglichkeit bedeutet, dass nicht nur Umstände zu berücksichtigen sind, welche das sprachliche und schriftliche Ausdrucksvermögen unmittelbar beeinträchtigen. Auch eine Krankheit oder Behinderung, die den Antragsteller daran hindert, die geforderten Deutschkenntnisse in zumutbarer Weise zu erlernen (z. B. Art der Behinderung schließt den Besuch von Sprachkursen und eine eigenständige Aneignung der Deutschkenntnis aus), kann einen Ausnahmefall darstellen. Bei Erkrankungen von vermutlich kurzfristiger Dauer ist in jedem Einzelfall zu prüfen, inwieweit voraussichtlich in absehbarer Zeit ein Spracherwerb wieder möglich und zumutbar sein wird. Das tatsächliche Vorliegen der Krankheit bzw. Behinderung ist ggf. durch aktuelle und zuverlässige ärztliche Bescheinigung o. ä. vom Antragsteller nachzuweisen. Eine Schwangerschaft stellt als solche keine Erkrankung dar, bei Schwangerschaftskomplikationen können jedoch im Einzelfall die Voraussetzungen des § 30 Absatz 1 Satz 3 Nummer 2 gegeben sein.

30.1.4.2.3 Eine Ausnahme vom Spracherfordernis besteht ferner bei erkennbar geringem Integrationsbedarf des nachziehenden Ehegatten bzw. fehlender Berechtigung zur Integrationskursteilnahme aus anderen Gründen (Absatz 1 Satz 3 Nummer 3).

30.1.4.2.3.1 Ein erkennbar geringer Integrationsbedarf ist i. d. R. anzunehmen bei Ehegatten, die einen Hoch- oder Fachhochschulabschluss oder eine entsprechende Qualifikation besitzen oder eine Erwerbstätigkeit ausüben, die regelmäßig eine solche Qualifikation voraussetzt, und wenn im Einzelfall die Annahme gerechtfertigt ist, dass der Ehegatte sich ohne staatliche Hilfe in das wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Leben in Deutschland integrieren wird (vgl. § 4 Absatz 2 IntV). Letztere Voraussetzung schließt die Prüfung ein, ob der Lebensunterhalt des nachziehenden Ehegatten von ihm selbst bzw. durch den Stamberechtigten ohne staatliche Hilfe bestritten werden kann. Nach § 4 Absatz 2 Nummer 1, 2. Halbsatz IntV ist ein erkennbar geringer Integrationsbedarf nicht anzunehmen, wenn der Ausländer „wegen mangelnder Sprachkenntnisse innerhalb eines angemessenen Zeitraums nicht eine seiner Qualifikation entsprechende Erwerbstätigkeit

im Bundesgebiet erlaubt aufnehmen“ kann. Im Einzelfall kann diese Prognose auch trotz fehlender Deutschkenntnisse, z. B. wegen guter und in der Branche maßgeblicher Englischkenntnisse, positiv sein. Im Falle des Sprachnachweises vor der Einreise in das Bundesgebiet ist die Prüfung des erkennbar geringen Integrationsbedarfs vor allem anhand geeigneter und zuverlässiger Nachweise der Hochschulabschlüsse bzw. entsprechender Qualifikation im jeweiligen Herkunftsstaat zunächst durch die Auslandsvertretung vorzunehmen. Im Zustimmungsverfahren nach § 31 AufenthV ist jedoch auch die Ausländerbehörde grundsätzlich zur Prüfung des Ausnahmetatbestands verpflichtet, insbesondere hinsichtlich der Integrations- und der Erwerbstätigkeitsprognose im Inland, wenn sie auf dieser Grundlage die Zustimmung zur Visumerteilung erteilt. Die Zustimmungserklärung muss entsprechende Erwägungen erkennen lassen. Eine positive Erwerbstätigkeitsprognose ist nicht vom Nachweis eines konkreten Beschäftigungsangebots oder -vertrages abhängig. Die Bundesagentur für Arbeit ist nicht zu beteiligen. Regelmäßig wird eine enge Abstimmung zwischen Auslandsvertretung und Ausländerbehörde zur Feststellung des Ausnahmetatbestands im Einzelfall geboten sein. Die geforderte Erwerbstätigkeitsprognose stellt ein Korrektiv dahingehend dar, dass die Inhaber ausländischer Hochschulabschlüsse bzw. vergleichbarer Qualifikation nur dann vom Sprachnachweis befreit werden, wenn sie in Deutschland auch begründete Aussicht auf Aufnahme einer entsprechenden Erwerbstätigkeit haben.

30.1.4.2.3.2 Eine Berechtigung zur Integrationskursteilnahme fehlt zudem in Fällen, in denen sich die Eheleute nicht dauerhaft, sondern nur vorübergehend in Deutschland aufhalten. Dies kommt z. B. bei Geschäftsleuten und deren Ehegatten oder Mitarbeitern international tätiger Wirtschaftsunternehmen in Betracht, die nur für einen bestimmten, absehbaren Zeitraum nach Deutschland entsandt und hier gemäß § 18 tätig werden, oder bei Gastwissenschaftlern mit einem Aufenthaltstitel nach § 17 sowie deren Ehegatten. Die beabsichtigte Aufenthaltsdauer kann auch mehrere Jahre betragen, da es nach § 44 Absatz 1 Satz 2a.E. maßgeblich darauf ankommt, dass der Aufenthalt vorübergehender Natur ist. Wird die Absicht zu einem Aufenthalt von mehr als fünf Jahren geltend gemacht, ist dessen vorübergehende Natur vom Ehegatten im Einzelnen nachzuweisen. Nur vorübergehend können sich gemäß bilateraler Vereinbarung auch Religionslehrer hier aufhalten, die für mehrere Jahre nach Deutschland entsandt werden, gleichfalls entsandte Imame. Weitere Personengruppen, die sich i. d. R. nur vorübergehend im Bundesgebiet aufhalten, sind die Ehegatten von Stipendiaten und von Studierenden. Falls nach Studienabschluss des Stammberechtigten die Erlaubnis für einen weiteren Aufenthalt in Deutschland beantragt

wird (Fall des Aufenthaltswertwechsels von § 16z. B. zu § 18), sind vor Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis an den Ehegatten die erforderlichen einfachen Deutschkenntnisse zu überprüfen (siehe hierzu auch Nummer 30.1.2.3.1) und die Betroffenen hierauf rechtzeitig hinzuweisen. Dies gilt auch in anderen Fällen des Aufenthaltswertwechsels eines sich zunächst nur vorübergehend in Deutschland aufhaltenden Ehegatten.

30.1.4.2.3.3 Ein Anspruch zur Integrationskursteilnahme fehlt darüber hinaus jungen Erwachsenen, die z. B. eine schulische Ausbildung aufnehmen oder Ausländern, die bereits über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache verfügen (§ 44 Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 und 3). Zudem besteht der Anspruch auf Integrationskursteilnahme nur bei erstmaliger Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach den §§ 28 und 30, also nur für Neuzuwanderer, nicht für Bestandsausländer (§ 44 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 Buchstabe b). Danach gilt die Ausnahme vom Sprachnachweis auch im Fall der Visumbeantragung zur Wiedereinreise von Ehegatten, die bereits zuvor Inhaber einer zwischenzeitlich erloschenen Aufenthaltserlaubnis zu einem der in § 44 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 genannten Zwecke gewesen sind oder nach dem 1. Januar 2005 im Besitz eines gemäß § 101 Absatz 2 fortwirkenden Aufenthaltstitels nach dem Ausländergesetz waren, der erst später erlosch. Auf Grund der Ausnahme des § 30 Absatz 1 Satz 3 Nummer 3, 2. Halbsatz sind einfache Deutschkenntnisse daher nicht bei der Verlängerung einer nach dem Aufenthaltsgesetz erteilten Aufenthaltserlaubnis zum Ehegattennachzug nachzuweisen. Eine Ausnahme gilt nur beim Aufenthaltswertwechsel des Stammberechtigten von einem vorübergehenden zu einem dauerhaften Aufenthalt (siehe Nummer 30.1.4.2.3.2a.E.).

30.1.4.2.3.4 Eine generelle Ausnahme vom Sprachnachweiserfordernis gilt auch für die Ehegatten derjenigen Ausländer, die aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit zu langfristigen Aufenthalten visumfrei nach Deutschland einreisen dürfen, § 30 Absatz 1 Satz 3 Nummer 4. Dies trifft auf die in § 41 Absatz 1 und 2 AufenthV aufgeführten Staatsangehörigkeiten zu. Hintergrund für diese Privilegierung ist die traditionell enge wirtschaftliche Verflechtung der betreffenden Staaten mit Deutschland, die auch beim Ehegattennachzug zu den o. g. begünstigten Ausländern ihren Niederschlag finden soll. Die Angehörigen dieser Staaten können bereits seit längerer Zeit ohne Zuzugsbeschränkung einreisen und aufgrund der insoweit weitestgehend deckungsgleichen Staatenliste im Beschäftigungsrecht (§ 34 BeschV) unter erleichterten Bedingungen eine Beschäftigung aufnehmen. Die Ausnahme vom Spracherfordernis zugunsten von deren Ehegatten lehnt sich u. a. an diese Privilegierungen an, um sie nicht durch die Er-

	höhung der Voraussetzungen für den Ehegattennachzug zu unterlaufen.				allgemeinen Erteilungsvoraussetzungen des § 5 Absatz 1 Nummer 1 oder des § 29 Absatz 1 Nummer 2 nicht mehr vorliegen. Von den übrigen in § 5 Absatz 1, Absatz 4 und § 29 Absatz 1 Nummer 1 bezeichneten Voraussetzungen darf – sofern die betreffende Norm eine Regel vorgibt, jedenfalls regelmäßig – nicht abgesehen und muss das Versagungsermessen des § 27 Absatz 3 ausgeübt werden. Zu prüfen ist insbesondere der Fortbestand der ehelichen Lebensgemeinschaft.
30.2	Ehegattennachzug nach Ermessen				
30.2.1	Nach Absatz 2 Satz 1 besteht eine allgemeine Härtefallregelung hinsichtlich des Mindestalters (§ 30 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1). Zur Vermeidung einer besonderen Härte soll nach Ermessen ein Ehegattennachzug auch dann zugelassen werden können, wenn der nachziehende Ehegatte und/oder der stammberechtigte Ausländer das Mindestalter von 18 Jahren noch nicht erreicht haben. Die eheliche Lebensgemeinschaft muss das geeignete und notwendige Mittel sein, um die besondere Härte zu vermeiden. Nach Art und Schwere müssen die vorgetragenen besonderen Umstände so deutlich von den sonstigen Fällen des Ehegattennachzugs abweichen, dass das Festhalten am Mindestaltererfordernis im Hinblick auf das geltend gemachte Interesse der Führung der Lebensgemeinschaft in Deutschland – bei Vorliegen aller übrigen Zuzugsvoraussetzungen – unverhältnismäßig wäre (Einzelfallbetrachtung). Dabei ist auch zu berücksichtigen, wie weit das Alter des/der Betroffenen das Mindestaltererfordernis im Zuzugszeitpunkt unterschreitet.	30.3.2	Der nach Artikel 6 GG gebotene Schutz von Ehe und Familie während des Fortbestandes der ehelichen Lebensgemeinschaft ist als besonderer Umstand zu werten, der eine Abweichung von Regelerteilungsvoraussetzungen rechtfertigen kann.		
		30.4	Mehrehe		
		30.4.1	Der Fall des Ehegattennachzugs in Mehrehe ist in § 30 Absatz 4 geregelt. Dabei ist zunächst die zivilrechtliche Vorfrage zu prüfen, inwieweit nach dem auf beide Ehegatten jeweils anwendbaren Personalstatut eine wirksame Eheschließung stattgefunden hat. Insbesondere nach muslimisch geprägten Rechtsordnungen unterliegt die wirksame Eingehung einer Mehrehe häufig besonderen verfahrens- und materiellrechtlichen Voraussetzungen.		
30.2.2	Die in Absatz 2 Satz 2 genannte Abweichung kann sich sowohl beziehen auf das in Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 Buchstabe e) genannte Merkmal des Bestands der Ehe vor der Erteilung der Aufenthaltserlaubnis an den Ehegatten, zu dem der Nachzug stattfinden soll, als auch auf das dort aufgestellte Erfordernis der voraussichtlichen Aufenthaltsdauer von über einem Jahr, als auch auf beide Voraussetzungen zugleich. Bei der Ermessensentscheidung nach Absatz 2 Satz 2 kommt es nicht auf das Vorliegen einer besonderen Härte an.	30.4.2	Liegt zwischen den Ehegatten eine wirksame (Mehr-)Eheschließung vor, besteht nach § 30 Absatz 4 nur insoweit ein Nachzugsrecht, als in Deutschland die eheliche Lebensgemeinschaft nicht schon mit einem anderen Ehegatten geführt wird. Sicherzustellen ist zudem, dass der Lebensunterhalt konkret des nachzugswilligen Ehegatten gesichert ist, wozu auch ein ausreichender Krankenversicherungsschutz gehört. Da die gesetzlichen Krankenkassen die Mitversicherung in der Familienversicherung bei Mehrehen derart regeln, dass nicht notwendig der nachziehende Ehegatte mitversichert ist, muss die Behörde im Fall einer Mehrehe stets die Bescheinigung einer Krankenversicherung verlangen, wonach im Fall des Familiennachzugs der konkret genannte Ehegatte entweder in der Familienversicherung mitversichert ist oder beitragspflichtig freiwillig versichert wird. Ersatzweise besteht die Möglichkeit, einen ausreichenden privaten Krankenversicherungsschutz nachzuweisen.		
30.2.3	Für die Ermessensentscheidung kann abhängig von der Fallgestaltung u. a. maßgeblich sein,				
30.2.3.1	– wie lange sich der Ehegatte, zu dem der Nachzug stattfindet, bereits im Bundesgebiet aufhält,				
30.2.3.2	– insbesondere, ob der Ehegatte, zu dem der Nachzug stattfindet, im Bundesgebiet geboren oder als Minderjähriger eingereist ist, obwohl er keine Niederlassungserlaubnis besitzt,				
30.2.3.3	– dass die Ehefrau schwanger ist oder aus der Ehe bereits ein Kind hervorgegangen ist,	31	Zu § 31 – Eigenständiges Aufenthaltsrecht der Ehegatten		
30.2.3.4	– dass an dem Aufenthalt einer Person, die sich vorübergehend im Bundesgebiet aufhält, ein öffentliches Interesse besteht; dies gilt insbesondere für die in § 34 AufenthV genannten Personen.	31.0	Allgemeines		
		31.0.1	Sobald die eheliche Lebensgemeinschaft – auch schon vor Auflösung der Ehe – aufgehoben ist, darf die nach den §§ 27 und 30 erteilte zweckgebundene Aufenthaltserlaubnis des Ehegatten nur unter den Voraussetzungen des § 31 befristet verlängert werden. Eine „Aufenthaltserlaubnis des Ehegatten“ i.S.d § 31 Absatz 1		
30.3	Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis				
30.3.1	Die Aufenthaltserlaubnis darf im Wege des Ermessens auch dann verlängert werden, wenn die				

Satz 1 liegt nur dann vor, wenn sie dem Ehegatten nach den Vorschriften des Kapitels 2, Abschnitt 6 zum Zwecke des Ehegattennachzugs erteilt worden ist. Eine Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen nach § 25 erfüllt diese Voraussetzung z. B. nicht. Hiervon ist auch dann keine Ausnahme zu machen, wenn sich der Ausländer für die Tatbestandsvoraussetzung der Unmöglichkeit der Ausreise des § 25 Absatz 5 gerade auf den besonderen Schutz der ehelichen Lebensgemeinschaft durch Artikel 6 GG oder Artikel 8 EMRK berufen hat. Eine solche Ausnahme widerspricht insbesondere dem Sinn und Zweck des § 31 Absatz 1, nur das besondere Vertrauensinteresse auf Gewährung eines längerfristigen Aufenthalts in Deutschland zu schützen, das grundsätzlich durch die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zum Zweck des ehelichen Zusammenlebens begründet wird. Nach dem in §§ 7, 8 verankerten Trennungsprinzip zwischen den in den Abschnitten 3 bis 7 des Aufenthaltsgesetzes näher beschriebenen Aufenthaltswirken ist ein Ausländer regelmäßig darauf zu verweisen, seine aufenthaltsrechtlichen Ansprüche aus den Rechtsgrundlagen abzuleiten, die der Gesetzgeber für die spezifischen vom Ausländer verfolgten Aufenthaltswirke geschaffen hat. Nichts anderes ergibt sich aus § 104 Absatz 7 (siehe hierzu Nummer 104.7), der lediglich eine Ausnahme von dem im Aufenthaltsgesetz verankerten Trennungsprinzip normiert.

31.0.2 § 30 Absatz 3 ist im Rahmen des § 31 nicht mehr anwendbar, so dass die allgemeinen Erteilungsvoraussetzungen eingreifen. Ein anhängiges Scheidungsverfahren hindert die Behörde nicht, eine Aufenthaltserlaubnis gemäß Absatz 1 zu versagen und den Aufenthalt zu beenden.

31.0.3 Die eheliche Lebensgemeinschaft ist aufgehoben, wenn die Ehe durch Tod oder Scheidung beendet oder diese Gemeinschaft tatsächlich durch Trennung auf Dauer aufgelöst ist. Ein vorübergehendes Getrenntleben der Ehegatten genügt diesen Anforderungen nicht. Soweit auf eine bestimmte Ehebestandszeit abzustellen ist (Absatz 1 Satz 1 Nummer 1), ist nur die Bestandszeit einer ehelichen Lebensgemeinschaft mit einem Ehegatten gemeint.

31.1 Anspruch auf Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis

31.1.1 Regelungsgegenstand des Absatzes 1 ist die Entstehung eines eigenständigen Aufenthaltsrechts. Durch die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis des nachgezogenen Ehegatten unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 als selbständige Aufenthaltserlaubnis erfolgt die Umwandlung des ursprünglich akzessorischen Aufenthaltsrechts (vgl. Nummer 27.1.3 und 27.4) in ein hiervon unabhängiges, eigenständiges Aufenthaltsrecht.

31.1.2

Nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 ist die Dauer der ehelichen Lebensgemeinschaft im Bundesgebiet und nicht die Dauer des bisherigen Aufenthalts des Ehegatten maßgebend. Vorübergehende Trennungen, die den Fortbestand der ehelichen Lebensgemeinschaft nicht berühren, bleiben außer Betracht. Wenn sich die Ehegatten aber vor Ablauf der Zweijahresfrist trennen und diese Trennung nach dem ernsthaften, nach außen verlautbarten Willen beider oder auch nur eines der Ehepartner als dauerhaft betrachtet wird, wird die Zweijahresfrist bei einer späteren Wiederaufnahme der ehelichen Lebensgemeinschaft neu in Lauf gesetzt. Das Merkmal „rechtmäßig“ bezieht sich auf den Aufenthalt. Beide Ehegatten müssen sich während der Führung der ehelichen Lebensgemeinschaft rechtmäßig im Bundesgebiet aufgehalten haben. Nicht erforderlich ist, dass während des gesamten Zeitraums der rechtmäßige Aufenthalt des Ehegatten auf einer Aufenthaltserlaubnis nach § 30 beruhte. Eine Aufenthaltserlaubnis nach dem Aufenthaltsgesetz stellt jedoch nur dann eine „Aufenthaltserlaubnis des Ehegatten“ i. S. d. § 31 Absatz 1 Satz 1 dar, wenn sie diesem nach den Vorschriften des Kapitels 2 Abschnitt 6 zum Zwecke des Ehegattennachzugs erteilt worden ist.

31.1.3

Die Aufenthaltserlaubnis darf nach Absatz 1 Satz 1 nur verlängert werden, wenn bis zum Eintritt der in Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 oder 2 bzw. Absatz 2 bezeichneten Voraussetzungen die Ehegattennachzugsvoraussetzung des § 29 Absatz 1 Nummer 1 erfüllt war. Eine Ausnahme gilt nach Absatz 1 Satz 1a. E.; insofern kommt es darauf an, ob der stammrechtlich berechtigte Ausländer die Gründe für die Nichtbeantragung der Verlängerung nicht zu vertreten hat.

31.1.4

Grundlegende Voraussetzung für die Selbstständigkeit des Aufenthaltsrechts ist, dass der stammrechtlich berechtigte Ausländer im Zeitpunkt der Beendigung der ehelichen Lebensgemeinschaft im Besitz eines grundsätzlich zur Verfestigung geeigneten Aufenthaltsrechts (Aufenthaltserlaubnis, Niederlassungserlaubnis oder Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG, vgl. § 31 Absatz 1 Satz 1 a.E.) war. In den Anwendungsbereich der Norm gelangen damit nach dem Willen des Gesetzgebers alle Ehegatten, bei denen aufgrund der akzessorischen Verknüpfung zum Aufenthaltsrecht des Stammrechtlich Berechtigten ebenfalls eine dauerhafte Aufenthaltsperspektive bestand (vgl. zum Grundsatz der Akzessorität auch Nummer 27.1.3 und Nummer 27.4). Bei diesem Personenkreis kann angenommen werden, dass im Vertrauen auf die Perspektive eines fortwährenden Aufenthalts in der Bundesrepublik Deutschland eine Eingliederung in die hiesige Gesellschaft erfolgt ist, so dass eine Rückkehr in das Herkunftsland mit erheblichen Belastungen verbunden wäre. Durch das eigenständige Aufenthaltsrecht soll eine schutzwürdige Verfestigung der Lebensumstände des

Ehegatten perpetuiert werden, der nur wegen der nicht vorhersehbaren Beendigung der Lebensgemeinschaft die ursprünglich auf Dauer angelegte Aufenthaltsperspektive verlieren würde. Ausgeschlossen ist durch Absatz 1 Satz 2 das eigenständige Aufenthaltsrecht von Ehegatten von Ausländern, die selbst keine Perspektive der Aufenthaltsverfestigung haben. In diesen Fällen kann der Ehegatte nicht darauf vertrauen, dass ihm ein längerfristiges Aufenthaltsrecht im Bundesgebiet gewährt wird. In derartigen Fällen eines nur temporären Aufenthaltsrechts (Beispiel: auf vier Jahre befristeter Arbeitsaufenthalt als Spezialitätenkoch), in denen für den Stammberechtigten und – aufgrund der akzessorischen Verknüpfung – auch für den Ehegatten von Anbeginn eine Rückkehrverpflichtung besteht, kommt ein eigenständiges Aufenthaltsrecht nicht in Betracht. Andernfalls würde sich aus der Auflösung der Ehe eine aufenthaltsrechtliche Besserstellung des nachgezogenen Ehegatten ergeben. Dies wäre mit der Zweckbestimmung des § 31 nicht vereinbar.

31.2 Wegfall der Frist in Fällen besonderer Härte

31.2.1.1 § 31 Absatz 2 verlangt für die Verkürzung der Frist eine besondere Härte. Es handelt sich bei dem Begriff der „besonderen Härte“ um einen unbestimmten Rechtsbegriff und nicht um eine Ermächtigung zur Ausübung behördlichen Ermessens. Liegt eine besondere Härte tatbestandlich vor, so ist daher nach Absatz 2 Satz 1 – unbeschadet des Satzes 3 – bei Vorliegen der übrigen Voraussetzungen zwingend auch vor Ablauf der Zweijahresfrist eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen.

31.2.1.2 Nach Absatz 2 Satz 1 2. Halbsatz erwirbt der Ehegatte auch bei Vorliegen eines Härtefalles kein eigenständiges Aufenthaltsrecht, wenn für den Stammberechtigten die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis ausgeschlossen ist (siehe hierzu auch Nummer 31.1.4). Es kann bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen jedoch ein Aufenthaltsrecht für den Ehegatten nach Kapitel 2 Abschnitt 5 in Betracht kommen. Der Versagungstatbestand des § 31 Absatz 2 Satz 1 a.E. erfasst jedoch nicht den Fall, dass die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis des stammberechtigten Ausländers gemäß § 8 Absatz 1, § 5 Absatz 1 Nummer 2 ausscheidet, weil der Ausländer den gesetzlichen Beispielsfall einer besonderen Härte gemäß § 31 Absatz 2 gegenüber seinem Ehegatten in einer Weise verwirklicht hat (z.B. durch Straftaten gegenüber dem Ehegatten), die zugleich einen Ausweisungsgrund darstellt. Ob eine Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis des stammberechtigten Ausländers i.S.d. Absatzes 2 Satz 1, 2. Halbsatz ausgeschlossen ist, ist in derartigen Fällen daher unter Ausblendung der Umstände zu beurteilen, die zur Aufhebung der ehelichen Lebensgemeinschaft geführt haben.

31.2.2 Absatz 2 Satz 2 führt beispielhaft Fälle auf, in denen eine besondere Härte i.S.d. Satzes 1

vorliegt. Aus der Regelung ist ersichtlich, dass das Vorliegen einer besonderen Härte anhand von zwei Vergleichen festgestellt werden kann.

31.2.2.1 Zum einen ist die Situation des betroffenen Ehegatten im Falle der Rückkehr in sein Heimatland mit derjenigen zu vergleichen, die bei einem Verbleib in Deutschland besteht. Ergibt sich, dass bei der Rückkehr eine erhebliche Beeinträchtigung schutzwürdiger Belange droht, liegt eine besondere Härte vor. Dabei ist die mit jeder Ausreiseverpflichtung ohne weiteres verbundene Härte unerheblich. Zu berücksichtigen sind nur solche Härten, die sich auf die Auflösung der ehelichen Lebensgemeinschaft zurückführen lassen. Zu berücksichtigen ist nach Absatz 2 Satz 2, 2. Halbsatz auch das Wohl eines Kindes, das mit dem betroffenen Ehegatten in familiärer Lebensgemeinschaft lebt. Schutzwürdig sind somit unter anderem Belange, die verbunden sind mit:

31.2.2.1.1 – dem Interesse an einem weiteren Umgang mit einem eigenen Kind, das im Bundesgebiet verbleibt; insbesondere, wenn die Personensorge beiden Elternteilen zusteht und eine Verlegung des Wohnsitzes in das Ausland durch die gesamte Familie innerhalb der nächsten Monate nicht zu erwarten ist, oder wenn ein Kind mit Bleiberecht zurückgelassen würde, das durch den betroffenen Ehegatten versorgt würde,

31.2.2.1.2 – der Tatsache, dass die Betreuung eines behinderten Kindes, das auf Beibehaltung des spezifischen sozialen Umfeldes existentiell angewiesen ist, im Herkunftsland nicht sichergestellt werden kann,

31.2.2.1.3 – Eigenarten des Rechts- oder Kulturkreises im Herkunftsstaat, die zu einer erheblichen rechtlichen oder gesellschaftlichen Diskriminierung des betroffenen Ehegatten wegen der Auflösung der ehelichen Lebensgemeinschaft oder Elternschaft führen können; hierbei sind auch tatsächliche Anhaltspunkte zu berücksichtigen, wonach eine Verfolgung durch im Herkunftsstaat lebende nahe stehende Personen zu erwarten ist. Sonstige zielstaatsbezogene Abschiebungsgründe sind nicht im Rahmen des § 31 Absatz 2, sondern in einem Asylverfahren zu prüfen.

31.2.2.2 Zum anderen ist die Situation bei Weiterbestehen der ehelichen Lebensgemeinschaft mit derjenigen zu vergleichen, die bestehen würde, wenn die Lebensgemeinschaft erst nach Ablauf der Zweijahresfrist aufgehoben worden wäre. Allein die Zerrüttung der ehelichen Lebensgemeinschaft im Sinne eines Zerfalls der Beziehung zwischen den Ehegatten begründet keine Unzumutbarkeit des Festhaltens an der ehelichen Lebensgemeinschaft. Unzumutbar ist das Festhalten an der ehelichen Lebensgemeinschaft u. a., wenn

31.2.2.2.1 – sich der Ehegatte in einer Zwangsehe befindet (siehe hierzu auch Nummer 27.1.6,

	27.1a.2.1); dies gilt auch dann, wenn beide Ehegatten Opfer der Zwangssituation sind,	31.2.5	Eine Härte ist begrifflich bei einem Einverständnis oder einer Teilnahme des anderen Ehegatten an grundsätzlich härtefallbegründenden Handlungen ausgeschlossen, wie etwa in Fällen der gemeinsamen, nicht gegeneinander gerichteten Begehung von Straftaten oder einvernehmlichen Alkoholmissbrauchs.
31.2.2.2.2	– der betroffene Ehegatte oder ein in der Ehe lebendes Kind durch den stammberechtigten Ausländer physisch oder psychisch misshandelt oder das Kind in seiner geistigen oder körperlichen Entwicklung erheblich gefährdet wurde, insbesondere wenn bereits Maßnahmen im Rahmen des Gewaltschutzes getroffen worden waren, z.B. wenn die betroffenen Ehegatten aufgrund der Misshandlungen Zuflucht in einer Hilfseinrichtung (z. B. Frauenhaus) suchen mussten oder eine polizeiliche oder gerichtliche Wegweisung des Stammberechtigten aus der ehelichen Wohnung erfolgte,	31.3	Erleichterte Erteilung einer Niederlassungserlaubnis
31.2.2.2.3	– der stammberechtigten Ausländer gegen den betroffenen Ehegatten oder gegen ein in der Ehe lebendes Kind sonstige erhebliche Straftaten begangen hat,	31.3.1	Maßgeblicher Zeitpunkt, zu dem die Niederlassungserlaubnis oder die Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG des Ausländers vorliegen muss, ist die Erteilung der Niederlassungserlaubnis oder die Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG an den betroffenen Ehegatten, nicht aber der Tag der Aufhebung der ehelichen Lebensgemeinschaft.
31.2.2.2.4	– der stammberechtigten Ausländer vom betroffenen Ehegatten nachhaltig die Teilnahme an strafbaren Handlungen verlangt hat, wenn der betroffene Ehegatte eine solche Teilnahme in der Vergangenheit stets abgelehnt hatte.	31.3.2	Der Ehegatte muss grundsätzlich die allgemeinen Voraussetzungen für die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis oder einer Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG erfüllen. Absatz 3 erlaubt bei Vorliegen der übrigen Voraussetzungen lediglich ein Abweichen von § 9 Absatz 2 Nummer 3, 5 und 6.
31.2.3	Der Verselbständigung des Aufenthaltsrechts des Ehegatten kann die Inanspruchnahme von Leistungen nach dem SGB II oder SGB XII als Versagungsgrund nach Absatz 2 Satz 3 zur Vermeidung von Missbrauch insbesondere dann entgegenstehen, wenn sich der Ehegatte nicht in zumutbarer Weise auf Arbeitsuche begeben hat, auf eine Arbeitsvermittlung nicht reagiert hat oder eine ihm zumutbare Arbeit nicht leistet. Bei der Prüfung ist zu berücksichtigen, ob der Ehegatte Kleinkinder oder pflegebedürftige Kinder zu betreuen hat und aus diesem Grund eine Arbeitsaufnahme nicht möglich ist. Darüber hinaus muss auch Umständen Rechnung getragen werden, die die besondere Härte i.S.d. Absatzes 2 Satz 1 und 2 begründet haben und aufgrund derer der Ehegatte nicht in der Lage ist, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen (z.B. Traumatisierung in Folge erlittener Misshandlungen). Die Inanspruchnahme von Leistungen nach dem BAföG steht der Verselbständigung des Aufenthaltsrechts des Ehegatten nicht entgegen. Auch in den Fällen des § 31 Absatz 2 berechtigt die Aufenthaltserlaubnis gemäß § 31 Absatz 1 zur Erwerbstätigkeit.	31.3.3	Eine Unterhaltssicherung i. S.d. Absatzes 3 liegt vor, wenn der stammberechtigten Ausländer seiner Unterhaltsverpflichtung nachkommt. Voraussetzung ist, dass eine Unterhaltsverpflichtung besteht und diese vom stammberechtigten Ausländer aus eigenen Mitteln erfüllt wird. Eine Unterhaltsverpflichtung, die zwar besteht, aber nicht durchsetzbar ist oder nicht aus eigenen Mitteln des stammberechtigten Ehegatten bestritten wird, ist nicht ausreichend. Eigene Mittel des betroffenen Ehegatten, die zusätzlich zur Unterhaltssicherung eingesetzt werden können, insbesondere ein voraussichtlich auf Dauer erzielt eigenes Einkommen, sind berücksichtigungsfähig. Zudem findet § 2 Absatz 3 Anwendung. Nicht berücksichtigt werden Unterhaltsleistungen von dritter Seite.
		31.3.4	Absatz 3 findet auch dann Anwendung, wenn dem betroffenen Ehegatten bereits nach Entstehung des eigenständigen Aufenthaltsrechts eine Aufenthaltserlaubnis nach § 31 Absatz 1 oder 2 erteilt worden war.
		31.4	Bezug von Leistungen nach dem SGB II oder SGB XII und Verlängerung
31.2.4	Bei der Prüfung der Voraussetzungen des Absatzes 2 ist sprachlichen, kulturell bedingten oder psychischen Problemen des betroffenen Ehegatten Rechnung zu tragen. Solche Probleme können zu Schwierigkeiten bei der Darstellung der Umstände führen, die eine besondere Härte rechtfertigen können. Insofern genügt es, wenn die Härtegründe durch den betroffenen Ehegatten plausibel dargestellt werden.	31.4.1	Die Verlängerung des nach der Entstehung des eigenständigen Aufenthaltsrechts erteilten Aufenthaltstitels richtet sich nach den allgemeinen Vorschriften. Sie erfolgt nach Ermessen. Der Aufenthaltswort liegt im weiteren Aufenthalt im Bundesgebiet nach Entstehung eines eigenständigen Aufenthaltsrechts. Die §§ 27 bis 30 finden keine Anwendung.
		31.4.2	Umstände, die zur Begründung der besonderen Härte beigetragen haben, können weiterhin eine Ausnahme von § 5 Absatz 1 rechtfertigen. Außerdem kann von § 5 Absatz 1 eine Aus-

nahme gemacht werden, wenn wegen der Erziehung kleiner Kinder die Erwerbstätigkeit unzumutbar ist (vgl. hierzu Nummer 104a.6.3).

32 Zu § 32 – Kindernachzug

32.0 Allgemeines

32.0.1 Der Nachzug setzt in allen Fällen des § 32 voraus, dass das Kind nicht verheiratet, geschieden oder verwitwet ist und das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat (vgl. § 80 Absatz 3 Satz 1; hiervon abweichende Volljährigkeitsgrenzen nach dem Recht der Herkunftsstaaten sind unerheblich). Darüber hinaus kommt ein Kindernachzug nur nach § 36 Absatz 2 in Fällen einer außergewöhnlichen Härte im Ermessenswege in Betracht. Für die Berechnung der Altersgrenzen maßgeblich ist der Zeitpunkt der Antragstellung, nicht derjenige der Erteilung oder der Möglichkeit einer Erteilung im Falle einer Antragstellung, die tatsächlich nicht erfolgte. Es müssen die Voraussetzungen der für dieses Alter maßgeblichen Rechtsgrundlage geprüft werden. Im Anschluss kann bei mittlerweile eingetretener Volljährigkeit der Titel auch nach Maßgabe des § 34 Absatz 2 verlängert werden.

32.0.2.1 Die Geltungsdauer der Aufenthaltserlaubnis darf die Geltungsdauer der Aufenthaltserlaubnis beider Eltern oder, wenn das Kind nur zu einem Elternteil nachzieht, die Geltungsdauer der Aufenthaltserlaubnis dieses Elternteils nicht überschreiten (siehe Nummer 27.1.3 und 27.4). Besitzt ein Elternteil eine Niederlassungserlaubnis, soll die Aufenthaltserlaubnis für das Kind bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres erteilt werden. Anschließend findet § 35 Absatz 1 Satz 1 für die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis Anwendung.

32.0.2.2 In den übrigen Fällen ist die Aufenthaltserlaubnis des Kindes in der Weise zu befristen, dass sie gleichzeitig mit der Aufenthaltserlaubnis der Eltern ungültig wird und verlängert werden kann. Hiervon kann abgewichen werden, wenn das Aufenthaltsrecht des Kindes gemäß § 34 ein eigenständiges Recht wird. Diesbezüglich sind auch die Regelungen über die Geltungsdauer und Verlängerung von Aufenthaltserlaubnissen zu beachten (siehe Nummer 27.4).

32.0.3 Der Nachzug zu einem nicht sorgeberechtigten Elternteil, der sich allein in Deutschland aufhält, ist regelmäßig zu versagen, sofern kein Fall des § 32 Absatz 1 Nummer 1 vorliegt. Der nicht sorgeberechtigte Elternteil ist darauf zu verweisen, dass er zunächst alle geeigneten Möglichkeiten zur Herbeiführung einer alleinigen Personensorgeberechtigung auszuschöpfen hat.

32.0.4 Eine Ausnahme kann in Betracht kommen, wenn eine familiäre Situation vorliegt, in der nach deutschem Kindschaftsrecht eine Personensorgeberechtsübertragung möglich wäre (insbesondere im Fall des Getrenntlebens bzw. der

Scheidung der Eltern), jedoch die Herbeiführung eines alleinigen Personensorgerechts des im Bundesgebiet ansässigen Elternteils entsprechend dem nach § 1626 BGB vorgesehenen Rechteumfang nach der Rechtsordnung oder der Rechtspraxis im Heimatstaat nicht vorgesehen bzw. aussichtslos ist. In diesem Fall ist auf der Rechtsgrundlage des § 32 Absatz 4 im Ermessenswege der Kindernachzug zum nicht-sorgeberechtigten Elternteil zulässig, wenn der andere Elternteil dem Kindernachzug zustimmt oder seine Zustimmung nach Nummer 32.4.4.4 entbehrlich ist und nach eingehender Prüfung der Auswirkungen eines Zuzugs das maßgebliche Kindeswohl zu bejahen ist. Die Zustimmungserklärung des anderen Elternteils soll an eine umfassende Personensorgerechtsübertragung angenähert sein, soweit die einschlägigen Rechtsvorschriften dem nicht ausdrücklich entgegenstehen; eine bloße Zustimmung zur Aufenthaltsbestimmung genügt hierfür nicht. Zur Vermeidung von Kindesentziehungen ist die Echtheit der Zustimmungserklärung besonders zu prüfen. Der Zuzug zum im Bundesgebiet ansässigen, nicht-sorgeberechtigten Elternteil und die Herauslösung des Kindes aus seinen bisher bestehenden persönlichen Bindungen müssen maßgeblich dem Wohl des Kindes dienen. Die Feststellung ist im Sinne einer offenen Abwägung bei gleichwertiger Betrachtung des Lebensumfelds beider Eltern zu treffen; nicht ausschlaggebend ist ein abstrakter Vergleich des allgemeinen Lebensstandards im Herkunftsland und in Deutschland. Maßgeblich sind die im Einzelfall festzustellenden persönlichen und sozialen Beziehungen des Kindes zu den beiden Elternteilen und deren jeweiligem sozialen Umfeld. Zur Kindeswohlprüfung sind geeignete Nachweise zur familiären Kindessituation beizubringen. Die Ausländerbehörde sollte im Zweifel eine Stellungnahme des Jugendamtes einholen.

Liegen diese Voraussetzungen vor, ist bei der Ausübung des Ermessens nach § 32 Absatz 4 auch die in den § 32 Absatz 1 und 2 enthaltene, auf das Kindesalter und die individuelle Integrationsprognose abstellende Gesetzessystematik zu berücksichtigen. Zu beachten ist weiter, dass die geltenden internationalen Kinderschutzabkommen prinzipiell dem Verbleib des Kindes im Herkunftsstaat den Vorzug geben, auch um missbräuchliche Kindesentziehungen zu vermeiden (siehe hierzu auch Nummer 32.4).

32.0.5

Zur Scheinvaterschaft siehe Nummer 27.1a.1.3 und 79.2. Zu Adoptivkindern siehe die Erläuterungen in Nummer 28.1.2.1 f.. Pflegekinder haben kein Nachzugsrecht nach § 32. Möglich ist aber die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach Maßgabe des § 36 Absatz 2 (vgl. auch Nummer 27.1.5 und Nummer 36.2.1.2). Bei Stiefkindern, die mit einem leiblichen Elternteil zu dessen Ehegatten nach Deutschland ziehen, ist die Nachzugsmög-

	lichkeit nicht daran geknüpft, dass der Stiefvater/die Stiefmutter das Kind adoptiert. Dies gilt auch, wenn die Stiefkinder erst später nachziehen. Der Nachzug findet nicht zu dem Stiefelternteil, sondern dem leiblichen Elternteil aufgrund von dessen Aufenthaltsrecht statt. Da mit dem Stiefelternteil i. d. R. eine Bedarfsgemeinschaft gebildet werden soll, ist im Hinblick auf die Sicherung des Lebensunterhalts auch nicht erforderlich, dass von dem Stiefelternteil eine Verpflichtungserklärung abgegeben wird. Eine Belastung der Sozialsysteme ist aufgrund der Regelung des § 9 Absatz 2 Satz 2 SGB II nicht zu befürchten.				stellung des Aufenthaltstitels das Erreichen der Altersgrenze bzw. der Volljährigkeit unmittelbar bevorstehen.
		32.1.2			Nach Nummer 1 ist Voraussetzung, dass der Ausländer, zu dem der Nachzug erfolgt, entweder eine Aufenthaltserlaubnis als Asylberechtigter oder anerkannter Flüchtling oder eine Niederlassungserlaubnis nach § 26 Absatz 3 besitzt.
32.0.6	§ 32 ist auch auf Kinder anwendbar, die im Bundesgebiet geboren sind (vgl. Nummer 27.1.1).	32.1.3.1			Eine gemeinsame Verlegung des Lebensmittelpunktes i. S. d. Absatzes 1 Nummer 2 liegt vor, wenn die Familienangehörigen innerhalb eines überschaubaren Zeitraumes, der i. d. R. drei Monate nicht übersteigen darf, jeweils ihren Lebensmittelpunkt in das Bundesgebiet verlegen.
32.0.7	Für den Einreise- und Aufenthaltszweck der Herstellung einer familiären Lebensgemeinschaft zwischen Adoptionsbewerbern und dem aufzunehmenden Kind (Adoptionspflege) enthält § 6 AdÜbAG eine besondere Rechtsgrundlage. Handelt es sich dabei um einen Fall der Adoption eines Kindes aus einem Nichtvertragsstaat des Haager Übereinkommens zum Schutz von Kindern und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der internationalen Adoption, kann § 6 AdÜbAG dann analoge Anwendung finden, wenn ein Adoptionsvermittlungsvorschlag der Behörden des Herkunftsstaates vorliegt (nicht aber, wenn seitens des Herkunftsstaates lediglich ein Pflegeverhältnis oder eine Vormundschaft vermittelt werden soll (vgl. hierzu auch Nummer 36.2.1.2)).	32.1.3.2			Als Verlegung des Lebensmittelpunktes ist die Verlagerung des Schwerpunktes der Lebens- und Arbeitsbeziehungen und des damit verbundenen Aufenthaltes anzusehen. Maßgeblich sind bei Erwachsenen insbesondere die Arbeitsorte, bei Kindern, Jugendlichen und Studenten die Orte, an denen die Schul- oder Berufsausbildung stattfindet. Die Niederlassung in Deutschland auf unabsehbare Zeit muss hingegen nicht beabsichtigt werden. Aufenthalte, die ihrem Zweck nach auf einen Aufenthalt von einem Jahr oder weniger hinauslaufen, führen i. d. R. nicht zu einer Verlegung des Lebensmittelpunktes, wenn eine Verlängerung des Aufenthaltes im Bundesgebiet über diese Zeit hinaus ausgeschlossen erscheint. In diesen Fällen kommt aber die Erteilung eines Aufenthaltstitels nach Absatz 2 bis 4 in Betracht, wenn die dortigen Voraussetzungen erfüllt sind. Längere, ihrer Natur nach begrenzte Aufenthalte, wie etwa zur Erfüllung eines mehrjährigen befristeten Arbeitsverhältnisses oder zur Ableistung einer mehrjährigen Ausbildung, führen hingegen i. d. R. zur Verlagerung des Lebensmittelpunktes nach Deutschland. Zur Möglichkeit des Nachzugs, wenn der/die Stamm-berechtigte(n) erst im Besitz eines nationalen Visums ist/sind bzw. zur gleichzeitigen Titelerteilung siehe Nummer 29.1.2.2.
32.1	Anspruch auf Nachzug von Kindern bis zum 18. Lebensjahr				
32.1.1	§ 32 Absatz 1 geht als Spezialregelung den Absätzen 2 und 3 vor. Es ist also in diesen Fällen nicht erforderlich, dass auch die Voraussetzungen der Folgeabsätze erfüllt sind. Das Gesetz bestimmt unterschiedliche Voraussetzungen einerseits für den gemeinsamen Zuzug von Eltern und Kind nach § 32 Absatz 1 Nummer 2 und andererseits für den getrennten Nachzug des Kindes zu den bereits im Bundesgebiet lebenden Eltern nach § 32 Absatz 2 und Absatz 3. Nur im letztgenannten Fall ist die Altergrenze von 16 Jahren von Bedeutung, mit deren Erreichen an den Nachzug des Kindes die erhöhten Integrationsanforderungen nach § 32 Absatz 2 gestellt werden. Einen eigenständigen Anspruch auf Aufenthalt sieht § 32 Absatz 1 Nummer 1 für das Kind von Eltern bzw. eines Elternteils mit Asyl- bzw. Flüchtlingsstatus vor; das in Absatz 1 Nummer 2 genannte Erfordernis der Personensorgeberechtigung ist nach dem Gesetzeswortlaut keine Voraussetzung für das Aufenthaltsrecht des Kindes nach Absatz 1 Nummer 1. Die nach § 32 gewährten Ansprüche werden nicht dadurch ausgeschlossen, dass bei Aus-	32.1.3.3			Im Zweifel ist von einem Lebensmittelpunkt im Bundesgebiet auszugehen, wenn sich eine Person für mehr als 180 Tage im Jahr in Deutschland gewöhnlich aufhält.
		32.1.3.4			Die Beibehaltung einer Wohnung oder eine nur saisonale Berufstätigkeit am bisherigen Ort sind allein genommen unerheblich.
		32.1.3.5			Bereits vor der Verlegung muss ein gemeinsamer Lebensmittelpunkt außerhalb des Bundesgebietes bestanden haben.
		32.1.3.6			Voraufenthalte einzelner Familienmitglieder im Bundesgebiet oder in anderen Staaten zu Zwecken, die ihrer Natur nach vorübergehend sind oder der Verlegung des Lebensmittelpunktes in das Bundesgebiet dienen, wie etwa zur Wohnungs- oder Arbeitssuche oder zur

	vorübergehenden Einarbeitung, sind unerheblich.	32.2.6	Es ist davon auszugehen, dass einem Kind die Integration umso leichter fallen wird, je jünger es ist.
32.1.3.7	Wird bei der gemeinsamen Verlegung der Zeitraum von drei Monaten aus nachvollziehbaren Gründen durch einzelne Familienmitglieder überschritten – etwa zur Beendigung eines Schuljahres oder eines Ausbildungsabschnittes im Ausland, zur vorübergehenden Fortsetzung eines im Ausland bestehenden Arbeitsverhältnisses bei langen Kündigungsfristen oder für eine längere Urlaubsreise – ist dies ebenfalls unerheblich, sofern das Gesamtbild eines Umzuges der gesamten Familie vom Ausland in das Bundesgebiet gewahrt bleibt.	32.2a	Kinder von Ausländern mit einer Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG
32.1.3.8	Bei Verzögerungen, die sechs Monate überschreiten, ist nicht von einer gemeinsamen Verlegung des Lebensmittelpunktes auszugehen.	32.2a.1	Der Kindernachzug im Fall der Weiterwanderung von langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen aus einem EU-Mitgliedstaat nach Deutschland findet unter den erleichterten Voraussetzungen des § 32 Absatz 2a i. V. m. § 38a statt, sofern dadurch die bereits bestehende familiäre Lebensgemeinschaft fortgesetzt wird. Einen Nachzugsanspruch haben danach die minderjährigen ledigen Kinder von Ausländern, die im Besitz einer Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG nach § 38a sind, wenn die familiäre Lebensgemeinschaft bereits in dem Mitgliedstaat der EU bestand, in dem der Stammberechtigte die Rechtsstellung als langfristig Aufenthaltsberechtigter besitzt (§ 32 Absatz 2a Satz 1). Der Erteilungstatbestand dient der Umsetzung des Artikels 16 Absatz 1 der Richtlinie 2003/109/EG des Rates vom 25. November 2003 betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen (ABl. EU 2004 Nummer L 16 S. 44, so genannte Daueraufenthalt-Richtlinie).
32.2	Anspruch auf Nachzug von Kindern nach Vollendung des 16. Lebensjahres	32.2a.2	Damit eine Aufenthaltsverfestigung dem Ausländer nicht zum Nachteil gereicht wird, sieht § 32 Absatz 2a Satz 2 vor, dass die erleichterte Nachzugsmöglichkeit nach § 32 Absatz 2a Satz 1 auch gilt, wenn der Ausländer unmittelbar vor Erteilung der Niederlassungserlaubnis oder einer Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG eine Aufenthaltserlaubnis nach § 38a besaß.
32.2.1	Wann die Sprache beherrscht wird, ist entsprechend der Definition der Stufe C 1 der kompetenten Sprachanwendung des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen (GER) zu bestimmen.	32.3	Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis für Kinder unter 16 Jahren
32.2.2	Der Nachweis, dass dieser Sprachstand erreicht ist, wird durch eine Bescheinigung einer geeigneten und zuverlässigen in- oder ausländischen Stelle erbracht, die auf Grund einer Sprachstandsprüfung ausgestellt wurde. Die Bescheinigung darf nicht älter sein als ein Jahr. Inländische Stellen, die eine derartige Bescheinigung ausstellen, sollen durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge für die Ausführung von Sprachkursen zertifizierte Träger sein. Im Inland sind alternativ die Vorgaben aus Nummer 104b.3.1 entsprechend anzuwenden.	32.3.1	Auf die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis besteht unter den genannten Voraussetzungen und nach Maßgabe der allgemeinen Vorschriften, insbesondere der §§ 5 und 27, ein Anspruch.
32.2.3	Eine positive Integrationsprognose hängt maßgeblich – jedoch nicht allein – von den Kenntnissen der deutschen Sprache ab.	32.3.2	Es genügt, wenn die Aufenthaltserlaubnis, Niederlassungserlaubnis oder Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG der genannten Personen gleichzeitig mit derjenigen des Kindes erteilt wird.
32.2.4	Voraussetzung nach § 32 Absatz 2, 2. Alternative ist, dass gewährleistet erscheint, das Kind werde sich aufgrund seiner bisherigen Ausbildung und Lebensverhältnisse in die Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland einfügen. Dies ist im Allgemeinen bei Kindern anzunehmen, die in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder in einem sonstigen in § 41 Absatz 1 Satz 1 AufenthV genannten Staat aufgewachsen sind.	32.3.3	Zur Möglichkeit des Nachzugs, wenn der/die Stammberechtigte(n) erst im Besitz eines nationalen Visums ist/sind bzw. zur gleichzeitigen Titelerteilung siehe Nummer 29.1.2.2.
32.2.5	Auch bei Kindern, die nachweislich aus einem deutschsprachigen Elternhaus stammen oder die im Ausland nicht nur kurzzeitig eine deutschsprachige Schule besucht haben, ist davon auszugehen, dass sie sich integrieren werden.	32.3.4	Der Anspruch besteht selbst dann, wenn der Ausländer, zu dem der Nachzug stattfindet, sich nur für einen begrenzten Zeitraum und ggf. ohne Verlegung des Lebensmittelpunktes in Deutschland aufhält, wie dies etwa bei Gastwissenschaftlern oder Studenten der Fall sein kann.

- 32.3.5 Kein Anspruch besteht bei Erteilung eines Schengen-Visums für einen kurzfristigen Aufenthalt.
- 32.4 Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach Ermessen**
- 32.4.1 Die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis nach Absatz 4 ist nur dann zu prüfen, wenn die Erteilung gemäß § 32 Absatz 1 bis 3 oder § 33 mangels Erfüllung der Tatbestandsvoraussetzungen nicht möglich ist. Sie kommt nur in Betracht, wenn es unter Berücksichtigung des Kindeswohls oder der familiären Situation zur Vermeidung einer besonderen Härte erforderlich ist. Die Voraussetzungen des § 29 Absatz 1 müssen vorliegen.
- 32.4.2 Hat das Kind das 18. Lebensjahr vollendet, oder ist es verheiratet, geschieden oder verwitwet, richtet sich der Nachzug ausschließlich nach § 36.
- 32.4.3.1 Eine besondere Härte i. S. v. § 32 Absatz 4 ist nur anzunehmen, wenn die Versagung der Aufenthaltserlaubnis für ein minderjähriges Kind nachteilige Folgen auslöst, die sich wesentlich von den Folgen unterscheiden, die anderen minderjährigen Ausländern zugemutet werden, die keine Aufenthaltserlaubnis nach § 32 Absatz 1 bis 3 erhalten.
- 32.4.3.2 Zur Feststellung einer besonderen Härte ist unter Abwägung aller Umstände zu prüfen, ob nach den Umständen des Einzelfalles das Interesse des minderjährigen Kindes und der im Bundesgebiet lebenden Eltern an einem Zusammenleben im Bundesgebiet vorrangig ist. Dies kann der Fall sein, wenn sich die Lebensumstände wesentlich geändert haben, die das Verbleiben des Kindes in der Heimat bisher ermöglichen, und weil den Eltern ein Zusammenleben mit dem Kind im Herkunftsstaat auf Dauer nicht zumutbar ist. Zu berücksichtigen sind hierbei neben dem Kindeswohl und dem elterlichen Erziehungs- und Aufenthaltsbestimmungsrecht, das für sich allein kein Nachzugsrecht schafft, u. a. auch die Integrationschancen des minderjährigen Kindes sowie die allgemeinen integrations- und zuwanderungspolitischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland. Danach liegt z. B. keine besondere Härte im Fall vorhersehbarer Änderungen der persönlichen Verhältnisse (z. B. Beendigung der Ausbildung, notwendige Aufnahme einer Erwerbstätigkeit) oder der Änderungen der allgemeinen Verhältnisse im Herkunftsstaat vor (z. B. bessere wirtschaftliche Aussichten im Bundesgebiet).
- 32.4.3.3 Eine besondere Härte, die den Nachzug auch noch nach Vollendung des 16. Lebensjahres rechtfertigt, kann angenommen werden, wenn das Kind aufgrund eines unvorhersehbaren Ereignisses auf die Pflege der Eltern angewiesen ist (z. B. Betreuungsbedürftigkeit aufgrund einer plötzlich auftretenden Krankheit oder eines Unfalls). Von Bedeutung ist, ob lediglich
- der im Bundesgebiet lebende Elternteil zur Betreuung des Kindes in der Lage ist.
- 32.4.3.4 Eine besondere Härte, die den Nachzug eines Kindes aus einer gültigen Mehrhe des im Bundesgebiet lebenden Elternteils rechtfertigt, kann nur angenommen werden, wenn der im Ausland lebende Elternteil nachweislich nicht mehr zur Betreuung des Kindes in der Lage ist.
- 32.4.3.5 Eine besondere Härte ergibt sich nicht bereits daraus, dass dem im Bundesgebiet lebenden Elternteil das Personensorgerecht übertragen worden ist. Allein die formale Ausübung des elterlichen Aufenthaltsbestimmungsrechts löst noch nicht den besonderen aufenthaltsrechtlichen Schutz des Artikels 6 GG mit der Folge des Kindernachzugs aus Ermessensgründen gemäß § 32 Absatz 4 aus. Dem Umstand einer Sorgerechtsänderung kommt bei der aufenthaltsrechtlichen Entscheidung um so weniger Gewicht zu, je älter der minderjährige Ausländer ist und je weniger er deshalb auf die persönliche Betreuung durch den sorgeberechtigten Elternteil im Bundesgebiet angewiesen ist.
- 32.4.4 Bei der Ermessensentscheidung sind die familiären Belange, insbesondere das Wohl des Kindes, und die einwanderungs- und integrationspolitischen Belange der Bundesrepublik Deutschland zu berücksichtigen. Für die Frage, welches Gewicht den familiären Belangen des Kindes und den geltend gemachten Gründen für einen Kindernachzug in das Bundesgebiet zukommt, ist die Lebenssituation des Kindes im Heimatstaat von wesentlicher Bedeutung. Zur maßgeblichen Lebenssituation gehört, ob ein Elternteil im Heimatland lebt, inwieweit das Kind eine soziale Prägung im Heimatstaat erfahren hat, inwieweit es noch auf Betreuung und Erziehung angewiesen ist, wer das Kind bislang im Heimatstaat betreut hat und dort weiter betreuen kann und wer das Sorgerecht für das Kind hat. Bedeutsam ist vor allem auch das Alter des Kindes. I. d. R. wird hierbei gelten: je jünger das Kind ist, in desto höherem Maße ist es betreuungsbedürftig, desto eher wird auch seine Integration in die hiesigen Lebensverhältnisse gelingen.
- 32.4.4.1 Im Zusammenhang mit dem Kindeswohl und der familiären Situation (§ 32 Absatz 4 Satz 2) ist der Gedanke zu berücksichtigen, dass die Entscheidung der Eltern, nach Deutschland zu ziehen, grundsätzlich eine autonome Entscheidung darstellt. Das elterliche Erziehungs- und Aufenthaltsbestimmungsrecht verschafft an sich kein Nachzugsrecht. Ziehen die Eltern nach Deutschland um und lassen sie ihr Kind im Ausland zurück, obwohl sie nach Absatz 1 Nummer 2 oder Absatz 3 die Möglichkeit gehabt hätten, mit dem Kind nach Deutschland zu ziehen, rechtfertigt allein eine Änderung der Auffassung der Eltern, welche Aufenthaltslösung für das Kind die bessere ist, nicht eine

	nachträgliche Nachholung eines Kindes gemäß Absatz 4.	32.4.4.7	Im Zusammenhang mit Maßnahmen deutscher oder ausländischer Gerichte oder Behörden nach § 1666 BGB oder §§ 42 oder 43 SGB VIII bzw. nach entsprechenden ausländischen Vorschriften, die zur Abwehr von Gefahren für das Kindeswohl eine Unterbringung des Kindes bei einem Elternteil vorsehen, der sich in Deutschland aufhält, ist der Nachzug zum betreffenden Elternteil auch in Abweichung zu Absatz 1 bis 3 regelmäßig zu gestatten. Die Aufenthaltsdauer ist entsprechend dem Zweck der vorgesehenen Maßnahme zu befristen.
32.4.4.2	Wenn ein Kind während eines erheblichen Zeitraums bis zur Vollendung des zwölften Lebensjahres seinen Wohnsitz in Deutschland hatte, dann aufgrund der Entscheidung einer die Personensorge ausübenden Person in einem anderen Land außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums seinen Wohnsitz genommen hat, dort die deutsche Sprache nicht nachweislich erlernt oder gepflegt hat und nach Vollendung des 16. Lebensjahres nach Deutschland nachziehen soll, ist ein Familiennachzug aus migrationspolitischen Gründen regelmäßig zu versagen. In diesen Fällen kann jedoch die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 37 in Betracht kommen.	32.4.4.8	Im Übrigen kommt dem Umstand einer Sorge-rechtsänderung umso weniger Gewicht zu, je älter das Kind ist und je weniger es daher auf die persönliche Betreuung durch den in Deutschland lebenden Elternteil angewiesen ist.
32.4.4.3	Berücksichtigungsfähig ist hingegen der nicht unmittelbar vorhersehbare Wegfall von zum Zeitpunkt des Umzugs oder vor Vollendung des 16. Lebensjahres vorhandenen Pflegepersonen im Ausland, insbesondere durch Tod, Krankheit oder nicht vorhersehbare Ungeeignetheit der Pflegeperson. Es ist davon auszugehen, dass Kinder bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres zumindest eine erwachsene Bezugsperson benötigen, mit der sie zusammenleben. Zu prüfen ist, ob andere, gleichwertige Pflegepersonen im Ausland vorhanden sind, die zur Aufnahme des Kindes bereit und rechtlich befugt sind.	32.4.4.9	Der Umstand, dass die Eltern des Kindes nicht miteinander verheiratet sind oder waren, rechtfertigt es für sich allein nicht, den Kindernachzug an der Entscheidung der Eltern auszurichten, dass das Kind bei dem im Bundesgebiet lebenden Elternteil wohnen soll.
		32.4.5	Für die Versagung der Aufenthaltserlaubnis gelten die §§ 5, 8 und § 27 Absatz 3. §§ 10 und 11 sind anwendbar.
		33	Zu § 33 – Geburt eines Kindes im Bundesgebiet
32.4.4.4	Das Kindeswohl und die familiäre Situation können für sich ebenfalls eine Ausnahme von dem nach Absatz 1 bis 3 bestehenden Erfordernis des Aufenthaltes beider personensorgeberechtigter Eltern oder des allein personensorgeberechtigten Elternteils in Deutschland rechtfertigen, wenn die Herbeiführung eines alleinigen Personensorgerechts des nicht-sorgeberechtigten Elternteils insbesondere im Fall des elterlichen Getrenntlebens nach der Rechtsordnung oder Entscheidungspraxis des Herkunftsstaats nicht möglich oder aussichtslos ist (siehe hierzu Nummer 32.0.4). Gleiches gilt für Fälle, in denen eine entsprechende Klärung zum Sorgerecht nicht möglich bzw. aussichtslos ist, weil der andere, rechtlich weiterhin sorgeberechtigte Elternteil nicht auffindbar ist. Geeignete Bemühungen zur Ermittlung des anderen Elternteils sind nachzuweisen, ggf. sind geeignete Belege, etwa über Nachforschungen bei Melde- oder ähnlichen Behörden, vorzulegen.	33.0	§ 33 regelt die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis an im Bundesgebiet geborene Kinder von Ausländern. Die (Regel-)Voraussetzungen nach §§ 5 und 29 Absatz 1 Nummer 2 greifen nicht ein. Die Erteilungsvoraussetzung des § 29 Absatz 3 Satz 1 ist als erfüllt anzusehen. Für den Fall, dass der Wegfall der Aufenthaltserlaubnis eines Elternteils, oder im Fall des Satzes 2 beider Elternteile, unmittelbar bevorsteht, kann die von Amts wegen vorgesehene Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis für bis zu sechs Monate nach der Geburt ausgesetzt werden. In diesem Zeitraum gilt der Aufenthalt als erlaubt (Erst-Recht-Schluss aus § 81 Absatz 2 Satz 2, der eine Erlaubnisfiktion während der Antragsfrist für Kinder enthält, denen eine Aufenthaltserlaubnis nicht von Amts wegen erteilt wird). In den Fällen des § 29 Absatz 3 Satz 3, also bei Aufenthaltstiteln nach §§ 25 Absatz 4 bis 5, 104a Absatz 1 Satz 1 und § 104b ist die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 33 nicht möglich; in Frage kommt hier nur bei Vorliegen der jeweiligen Voraussetzungen die Erteilung eines humanitären Aufenthaltstitels.
32.4.4.5	Bei der Beurteilung des Kindeswohls ist zu berücksichtigen, dass vorhersehbare Integrations-schwierigkeiten die geistige Entwicklung des Kindes erheblich beeinträchtigen können. Je älter und damit selbständiger das Kind ist, desto gewichtiger wiegt das Bedürfnis nach einer gesellschaftlichen Integration gegenüber dem Bedürfnis nach elterlichem Schutz und Beistand.	33.1	Satz 1 stellt die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis in das Ermessen der Ausländerbehörde, wenn nur ein Elternteil eine Aufenthaltserlaubnis, eine Niederlassungserlaubnis oder eine Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG besitzt. Bei der Ausübung des Ermessens soll der besonderen Beziehung zwischen den Eltern und dem Kleinkind unmittelbar nach der Geburt im
32.4.4.6	Im Zweifel sollte eine Stellungnahme des Jugendamtes eingeholt werden.		

Interesse der Gewährung der Familieneinheit und zur Aufrechterhaltung der nach Artikel 6 Absatz 1 GG besonders geschützten familiären Betreuungsgemeinschaft Rechnung getragen werden. Hinsichtlich des Vaters eines nicht-ehelichen Kindes ist dabei insbesondere zu berücksichtigen, ob ihm ein Sorgerecht zusteht oder er in familiärer Lebensgemeinschaft mit seinem Kind lebt.

33.2 Die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis setzt weder im Fall des Satz 1 noch des Satz 2 einen Antrag gemäß § 81 Absatz 1 voraus. Aufgrund einer entsprechenden Mitteilung durch die Meldebehörde (§ 72 Absatz 1 Nummer 7 AufenthV) wird das Verfahren bei der Ausländerbehörde eingeleitet. Stellt die Ausländerbehörde keine Aufenthaltserlaubnis nach Satz 1 von Amts wegen aus, muss für das Kind ein Aufenthaltstitel beantragt werden. Die Ausländerbehörde prüft dann die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis aufgrund anderer Rechtsgrundlage als § 33. Dabei muss die Frist des § 81 Absatz 2 Satz 2 beachtet werden, wonach der Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis innerhalb von sechs Monaten nach der Geburt zu stellen ist.

33.3 Nach Satz 2 hat das Kind einen Anspruch auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis und diese wird von Amts wegen erteilt. Der Anspruch setzt voraus, dass zum Zeitpunkt der Geburt beide Elternteile oder der allein personensorgeberechtigte Elternteil eine Aufenthaltserlaubnis, eine Niederlassungserlaubnis oder eine Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG besitzen.

33.4 Der Rechtsanspruch nach Satz 2 besteht nur, solange die Eltern oder der allein personensorgeberechtigte Elternteil im Besitz der Aufenthaltserlaubnis, Niederlassungserlaubnis oder Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG sind. Wird nach der Geburt des Kindes der Aufenthaltstitel zurückgenommen (§ 48 VwVfG; § 51 Absatz 1 Nummer 4) oder widerrufen (§ 52) oder werden die Eltern oder wird der allein personensorgeberechtigte Elternteil ausgewiesen, kommt eine entsprechende Maßnahme in Bezug auf das Kind in Betracht, wenn die Voraussetzungen der Rücknahme, des Widerrufs oder der Ausweisung des Kindes selbständig vorliegen. Die Geltungsdauer des Titels des Kindes kann außerdem bei Wegfall des Aufenthaltsrechts des Stammberechtigten nachträglich verkürzt werden (§ 7 Absatz 2 Satz 2, vgl. Nummer 27.1.3). Bei Kindern, die vom Erfordernis des Aufenthaltstitels befreit sind, kann der Aufenthalt gemäß § 12 Absatz 4 zeitlich beschränkt werden.

33.5 Aufgrund einer entsprechenden Mitteilung der Geburt des Kindes (§ 72 Absatz 1 Nummer 7 AufenthV) hat die Ausländerbehörde vor der Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zu prüfen, ob das Kind die Passpflicht erfüllt (§ 3). Die gesetzlichen Vertreter sind unter Hinweis auf ihre entsprechende Pflicht nach § 80 Absatz 4 aufzufordern, das Kind entweder im aner-

kannten Pass oder Passersatz zumindest eines Elternteils eintragen oder für das Kind einen eigenen Pass ausstellen zu lassen oder entsprechend der Verpflichtung nach § 56 Nummer 4 AufenthV i. V. m. § 80 Absatz 4 einen Ausweisersatz für das Kind zu beantragen, sofern sie nicht für das Kind einen eigenen deutschen Passersatz beantragen. Ausländische Kinderausweise gelten im völkerrechtlichen Verkehr unabhängig von ihrer Bezeichnung als Pässe; dasselbe gilt für vorläufige Pässe, die der Ausstellerstaat an eigene Staatsangehörige ausgibt, selbst wenn diese etwa als „Travel Document“ bezeichnet sind. Auch Kinderausweise sind nur anerkannt, wenn die Anerkennung durch Entscheidung nach § 3 Absatz 1 i. V. m. § 71 Absatz 6 erfolgt ist. Ein Nationalpass des Kindes ist daher insbesondere dann erforderlich, sofern der Kinderausweis des betreffenden Staates nicht als Pass anerkannt ist, selbst wenn der Herkunftsstaat Kinderausweise ausstellt. Hinsichtlich der Eintragung in den Pass der Eltern vgl. § 2 AufenthV. Sollte es unmöglich bzw. unzumutbar sein, einen Pass für das Kind zu erlangen, kann (in den Fällen des § 33 Satz 1) der Aufenthaltstitel abweichend von § 5 Absatz 1 Nummer 4 dennoch erteilt werden bzw. ist (in den Fällen des § 33 Satz 2) er zu erteilen.

33.6 Besitzt die Mutter oder der Vater ein Visum oder dürfen sie sich – auf Grund einer Befreiung vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels auf Grund § 41 AufenthV oder auf Grund der Fiktion nach § 81 Absatz 3 Satz 1 oder § 81 Absatz 4 Satz 1 – ohne Visum im Bundesgebiet aufhalten, ist der Aufenthalt des Kindes nach Satz 3 für den entsprechenden Zeitraum ebenfalls erlaubt. Im Falle des § 81 Absatz 3 Satz 2 findet Satz 3 hingegen keine Anwendung.

33.7 In eine Verlängerung eines Visums der Mutter oder des Vaters nach der Geburt gemäß § 40 AufenthV ist das Kind automatisch einbezogen. Wird das Visum nach der Geburt des Kindes erteilt, ist dies durch den Vermerk:

„Das am geborene Kind ist in das Visum mit einbezogen.“

klarzustellen.

33.8 Besitzt die Mutter oder der Vater bei der Geburt des Kindes ein nationales Visum, wird das Kind gemäß den Regelungszwecken des Satzes 3 sowie des § 6 Absatz 4 Satz 3 so behandelt, als besäße es selbst ein Visum. Wird dem/den Stammberechtigten im Anschluss daran im Bundesgebiet eine Aufenthaltserlaubnis, Niederlassungserlaubnis oder Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG erteilt, findet hinsichtlich der Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis für das Kind § 33 Anwendung.

33.9 Besitzt die Mutter oder der Vater bei der Geburt des Kindes ein Schengen-Visum oder hält sie bzw. er sich erlaubt visumfrei im Bundesgebiet auf, und wird ihr bzw. ihm sodann im Bundesgebiet eine Aufenthaltserlaubnis, Nie-

derlassungserlaubnis oder Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG erteilt, findet hingegen § 32 Anwendung, da aufgrund eines Umkehrschlusses aus § 6 Absatz 4 Satz 3 das Schengen-Visum oder der erlaubte visumfreie Aufenthalt dem Besitz eines nationalen Visums (mit der entsprechenden Erstreckung der Wirkung auf das Kind) nicht gleich steht.

- 34 Zu § 34 – Aufenthaltsrecht der Kinder**
- 34.1 Verlängerung bei Weiterbestehen der familiären Lebensgemeinschaft oder bei Bestehen eines Wiederkehrrechts**
- 34.1.1 Absatz 1 betrifft Kinder, die noch nicht volljährig sind und die bereits eine Aufenthaltserlaubnis zum Zwecke des Familiennachzuges besitzen. Die Vorschrift vermittelt einen Anspruch, sofern nicht kraft Verweisung auf Regelungen in § 37, die eine Ermessensausübung vorsehen, eine Aufenthaltserlaubnis nach Ermessen zu erteilen ist.
- 34.1.2 Die Sicherung des Lebensunterhalts (§ 5 Absatz 1 Nummer 1) und das Wohnraumerfordernis (§ 29 Absatz 1 Nummer 2) sind bei der Verlängerung unbeachtlich.
- 34.1.3 Wie aus der 2. Alternative des § 34 Absatz 2 Satz 2 ersichtlich ist, bezieht sich das Erfordernis, dass mindestens noch ein personensorgeberechtigter Elternteil eine Aufenthaltserlaubnis, Niederlassungserlaubnis oder Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG besitzen und das Kind mit diesem Elternteil in familiärer Lebensgemeinschaft leben muss, nur auf die 1. Alternative des Absatzes 1 Satz 1, also auf Fälle, in denen im Falle einer Ausreise noch kein Wiederkehrrecht nach § 37 entstanden wäre.
- 34.1.4 Alternative 2 des Absatzes 1 Satz 1 – entsprechende Anwendung von § 37 – bezieht sich auch auf § 37 Absatz 2, so dass unter den dort genannten Voraussetzungen von den in § 37 Absatz 1 Nummer 1 und 3 genannten Voraussetzungen abgewichen werden kann. Umgekehrt findet auch § 37 Absatz 3 Nummer 2 und 3 entsprechende Anwendung, während § 37 Absatz 3 Nummer 1 nicht entsprechend herangezogen werden kann, da ein hiervon erfasster Fall in hiesigem Zusammenhang nicht vorliegen kann und das Vorhandensein von Ausweisungsgründen bereits durch § 37 Absatz 3 Nummer 2 abgedeckt ist.
- 34.1.5 Für die Anwendung von § 37 Absatz 4 ist wegen des weitergehenden Ausschlusses von § 5 Absatz 1 Nummer 1 durch § 34 Absatz 1 kein Raum.
- 34.1.6 Wenn ein Kind von einem Träger im Bundesgebiet Rente – etwa Waisenrente – bezieht und sich das Kind acht Jahre lang rechtmäßig im Bundesgebiet aufgehalten hat, findet § 37 Absatz 5 entsprechende Anwendung. Auch bei sehr geringen Renten ist die Entscheidung, ob

eine Abweichung vom Regelfall des § 37 Absatz 5 vorliegt, unter Berücksichtigung des gesetzlichen Ausschlusses des Merkmals der Lebensunterhaltssicherung (§ 5 Absatz 1 Nummer 1) sowie des langjährigen Aufenthaltes des Ausländers zu treffen. Bei Waisenrenten ist zudem ein besonderes persönliches Schicksal des Betroffenen bei der Entscheidung zu berücksichtigen.

- 34.2 Eigenständiges Aufenthaltsrecht bei Erreichen der Volljährigkeit**
- 34.2.1 Nach Satz 1 finden § 27 und § 28 bzw. § 32 keine Anwendung mehr, sobald das Kind das Volljährigkeitsalter erreicht und ihm bislang eine Aufenthaltserlaubnis zur Herstellung und Wahrung einer familiären Lebensgemeinschaft erteilt war.
- 34.2.2 Satz 2 stellt klar, dass die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis oder einer Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG oder die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis in entsprechender Anwendung des § 37 (vgl. dazu Nummer 34.1) nicht vom Fortbestehen einer familiären Lebensgemeinschaft abhängig ist.
- 34.3 Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis**
- 34.3.1 Die Aufenthaltserlaubnis, die nach Absatz 2 ein eigenständiges Aufenthaltsrecht vermittelt hat, kann nach Absatz 3 nach Ermessen verlängert werden, wenn die Voraussetzungen für die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis (vgl. § 35) noch nicht vorliegen.
- 34.3.2 Es finden die allgemeinen Voraussetzungen für die Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis Anwendung; vgl. § 8 Absatz 1. Während insbesondere § 5 im vollem Umfang zu berücksichtigen ist, sind die §§ 27 bis 33 nicht einschlägig, da das Aufenthaltsrecht eigenständig und somit vom Zweck des Familiennachzuges abgekoppelt ist.
- 35 Zu § 35 – Eigenständiges, unbefristetes Aufenthaltsrecht der Kinder**
- 35.0 Allgemeines**
- 35.0.1 § 35 ist eine begünstigende Sonderregelung für Ausländer, denen als Minderjährige die Aufenthaltserlaubnis nach Kapitel 2 Abschnitt 6 zum Zwecke der Herstellung und Wahrung der familiären Lebensgemeinschaft im Bundesgebiet erteilt worden ist (im Bundesgebiet geborene oder nachgezogene Kinder). Nach § 26 Absatz 4 Satz 4 kann § 35 auch für Kinder, die vor Vollendung des 18. Lebensjahres nach Deutschland eingereist sind und eine Aufenthaltserlaubnis nach Kapitel 2 Abschnitt 5 besitzen, entsprechend angewandt werden. § 34 findet subsidiär Anwendung.
- 35.0.2.1 Kinder von Unionsbürgern, die nach Europäischem Gemeinschaftsrecht freizügigkeits-

	berechtigt sind, haben nach Maßgabe von § 4a FreizügG/EU ein Daueraufenthaltsrecht oder nach Maßgabe von § 3 Absatz 3 oder 4 FreizügG/EU ein Verbleiberecht. Diese Rechte vermitteln eine stärkere Position als die Niederlassungserlaubnis nach § 35.			folgt). Dies gilt nicht für die vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreiten Ausländer, wenn der Antrag auf Erteilung einer Niederlassungserlaubnis erst nach Vollendung des 16. Lebensjahres gestellt wurde (siehe Nummer 35.1.1.8).
35.0.2.2	Erfüllt das Kind eines Ausländers, der nach Europäischem Gemeinschaftsrecht freizügigkeitsberechtigt ist, die Voraussetzungen für das Daueraufenthaltsrecht oder das Verbleiberecht nicht, hat die Ausländerbehörde zu prüfen, ob eine Niederlassungserlaubnis gemäß § 35 erteilt werden kann, da der Anwendungsbereich des Aufenthaltsgesetzes nach § 1 Absatz 2 eröffnet ist (siehe hierzu auch Nummer 27.0.2 f.). Dies ist nur bei einem nicht unterhaltsberechtigten Kind denkbar.	35.1.1.3	Als Zeiten des Besitzes der Aufenthaltserlaubnis sind vorbehaltlich des Absatzes 2 anzurechnen	
		35.1.1.3.1	– die Geltungsdauer des Visums, mit dem der Ausländer eingereist ist, sofern im Anschluss an das Visum nach Wegfall der Wirkung des § 81 Absatz 3 Satz 1 die Aufenthaltserlaubnis erteilt wurde,	
		35.1.1.3.2	– die Zeiten eines nach § 81 Absatz 4 rechtmäßigen Aufenthalts,	
35.0.3	Ausländische Jugendliche, die voraussichtlich die Voraussetzungen für die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis nach § 35 erfüllen werden, sind frühestens vier Wochen und spätestens zwei Wochen vor ihrem 16. Geburtstag bzw. vor dem Ablauf der Gültigkeit der maßgebenden Aufenthaltserlaubnis schriftlich über diese Antragsmöglichkeit zu informieren. Die Behörde kann den Hinweis mit einer Einladung zu einem Vorsprache- bzw. Beratungstermin verbinden.	35.1.1.3.3	– in den Fällen des § 35 Absatz 2 auch die Zeiten eines vorherigen Besitzes einer Aufenthaltserlaubnis,	
		35.1.1.3.4	– nach § 84 Absatz 2 Satz 3 die Zeit von der Versagung der Aufenthaltserlaubnis bis zu ihrer Erteilung oder Verlängerung aufgrund eines erfolgreichen Rechtsbehelfs,	
		35.1.1.3.5	– die Zeiten einer Befreiung vom Erfordernis der Aufenthaltsgenehmigung nach Maßgabe der Nummer 35.1.1.4,	
35.1	Anspruchsvoraussetzungen	35.1.1.3.6	– Auslandsaufenthaltszeiten nach Maßgabe der Nummer 35.1.1.5.0 ff.,	
35.1.0	In Absatz 1 ist der Grundtatbestand für die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis wiedergegeben. Sie wird abweichend von § 9 Absatz 2 erteilt. § 9 Absatz 3 findet mangels eines vergleichbaren Regelungszwecks keine Anwendung; es gelten aber § 9 Absatz 1 und 4. Auf die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis besteht bei Erfüllung der in Absatz 1 genannten Voraussetzungen ein Anspruch.	35.1.1.3.7	– für als Minderjährige eingereiste Ausländer Zeiten des der Erteilung der Aufenthaltserlaubnis nach Kapitel 2 Abschnitt 5 vorangegangenen Asylverfahrens (§ 26 Absatz 4 Satz 3 i. V. m. Satz 4) sowie die nach § 102 Absatz 2 anrechenbaren Zeiten. Das anzurechnende Asylverfahren muss der Erteilung der Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen zeitlich nicht unmittelbar vorangegangen sein.	
35.1.1	Rechtsanspruch nach § 35 Absatz 1 Satz 1			
35.1.1.1	Der Ausländer muss im Zeitpunkt der Vollendung seines 16. Lebensjahres seit fünf Jahren im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis sein, die nach den Vorschriften des Kapitels 2 Abschnitt 6 erteilt und verlängert wurde. Auf den Zeitpunkt der Antragstellung kommt es nicht an. Ist die Aufenthaltserlaubnis nicht zum Zweck des Familiennachzugs erteilt worden, ist § 35 nicht unmittelbar anwendbar; ggf. kommt aber eine entsprechende Anwendung in den Fällen des § 26 Absatz 4 Satz 4 in Betracht (siehe Nummer 26. 4. 10).	35.1.1.4	Soweit ein Ausländer nach § 2 DVAuslG aufgrund seines Alters vor dem 1. Januar 2005 vom Erfordernis der Aufenthaltsgenehmigung befreit war, sind die Zeiten seines rechtmäßigen Aufenthalts ohne Aufenthaltsgenehmigung als Zeiten des Besitzes eines Aufenthaltstitels anzurechnen, soweit der Aufenthalt dem in § 27 Absatz 1 bezeichneten Zweck diente. Ein rechtmäßiger Aufenthalt liegt nicht vor, wenn der Aufenthalt des Ausländers gemäß § 3 Absatz 5 AuslG zeitlich beschränkt wurde. Die aufschiebende Wirkung eines Rechtsbehelfs gegen eine entsprechende Entscheidung bewirkt nicht die Rechtmäßigkeit des Aufenthalts (§ 72 Absatz 2 Satz 1 AuslG/§ 84 Absatz 1 Satz 1).	
35.1.1.2	Die Voraussetzung des fünfjährigen Besitzes der Aufenthaltserlaubnis ist dann nicht erfüllt, wenn die zuletzt erteilte Aufenthaltserlaubnis vor Vollendung des 16. Lebensjahres ungültig geworden ist und der Verlängerungsantrag nicht vor Ablauf der Geltungsdauer gestellt wurde (siehe jedoch Nummer 35.1.1.7 sowie Nummer 81.4.2.3 für Fälle, in denen die verspätete Antragstellung aus bloßer Nachlässigkeit und nur mit kurzer Zeitüberschreitung er-	35.1.1.5.0	Der Ausländer hat den für ihn günstigen Umstand darzulegen, dass er sich während der fünf Jahre im Bundesgebiet aufgehalten hat (§ 82 Absatz 1). Liegt der Nachweis vor, dass er im Bundesgebiet eine Schule oder eine sonstige Bildungseinrichtung besucht, eine Ausbildung oder ein Studium abgeschlossen hat oder in	

35.1.1.5.1 Unterlag der unter 16 Jahre alte Ausländer dem Erfordernis eines Aufenthaltstitels bzw. der Aufenthaltsgenehmigungspflicht, ist bei der Beurteilung, ob der Ausländer seit fünf Jahren eine Aufenthaltserlaubnis besitzt, § 51 Absatz 1 Nummer 6 und 7 sowie § 9 Absatz 4 Satz 2 Nummer 2 maßgebend. Danach ist der Aufenthalt im Bundesgebiet unterbrochen worden, wenn die Aufenthaltserlaubnis infolge der Ausreise oder während des Auslandsaufenthalts erloschen ist. Die vorherigen Aufenthaltszeiten im Bundesgebiet sind nicht mehr anrechenbar. Ist der Ausländer hingegen während der Auslandsaufenthaltszeit im Besitz der Aufenthaltserlaubnis geblieben, ist diese Zeit bis zu sechs Monaten anrechenbar. Die vorherigen Aufenthaltszeiten im Bundesgebiet sind uneingeschränkt anrechenbar.

35.1.1.5.2 War der Ausländer vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit, kommt es hinsichtlich eines Auslandsaufenthalts darauf an, ob durch diesen Aufenthalt der gewöhnliche Aufenthalt im Bundesgebiet weggefallen bzw. unterbrochen worden ist. Im Hinblick auf § 51 Absatz 1 Nummer 7 ist anzunehmen, dass durch einen Auslandsaufenthalt bis zu sechs Monaten der gewöhnliche Aufenthalt im Bundesgebiet grundsätzlich nicht wegfällt. Es müssen jedoch entsprechende Anknüpfungspunkte im Bundesgebiet bestanden haben, die auf den Mittelpunkt der Lebensbeziehungen des Ausländers im Bundesgebiet hindeuten (z. B. Fortbestehen des Arbeitsverhältnisses, familiäre Anknüpfungspunkte).

35.1.1.6 Nicht anrechenbar sind Zeiten einer Strafhaft sowie einer Untersuchungshaft, sofern diese auf eine verhängte Freiheitsstrafe angerechnet wurden. Die Dauer des Besitzes einer Aufenthaltserlaubnis vor der Strafhaft ist nur dann anrechenbar, wenn der Ausländer während der Haft ebenfalls eine Aufenthaltserlaubnis hatte. Zeiten der Aufenthaltsgestattung sind nur nach § 55 Absatz 3 AsylVfG anrechenbar. Die Dauer des Besitzes einer Betretenerlaubnis nach § 11 Absatz 2 ist nicht anrechenbar.

35.1.1.7 Unterbrechungen des Besitzes der Aufenthaltserlaubnis bzw. der Rechtmäßigkeit des

35.1.1.8	<p>Eine den Anspruch ausschließende Unterbrechung der Rechtmäßigkeit des Aufenthalts tritt nicht ein, wenn der Ausländer bis zur Vollendung seines 16. Lebensjahres vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit war und nach diesem Zeitpunkt die Aufenthaltserlaubnis verspätet beantragt hat. Denn für den Anspruch nach § 35 Absatz 1 Satz 1 ist nicht der Zeitpunkt der Antragstellung maßgebend, sondern der Zeitpunkt, in dem der Ausländer das 16. Lebensjahr vollendet hat.</p>
35.1.2	<p>Rechtsanspruch nach § 35 Absatz 1 Satz 2</p>
35.1.2.1	<p>Auch § 35 Absatz 1 Satz 2 setzt voraus, dass die Aufenthaltserlaubnis des Ausländers zu dem in § 27 Absatz 1 bezeichneten Zweck erteilt wurde.</p>
35.1.2.2	<p>Die unter Nummer 35.1.1.2 bis 35.1.1.8 geschilderten Grundsätze gelten auch für die Anwendung von § 35 Absatz 1 Satz 2. Diese Vorschrift stellt im Vergleich zu § 35 Absatz 1 Satz 1 bei der Beurteilung, ob der Ausländer seit fünf Jahren im Besitz der Aufenthaltserlaubnis ist, auf den Zeitpunkt der Antragstellung ab. Der Ausländer muss im Zeitpunkt der Erteilung der Niederlassungserlaubnis volljährig sein (§ 80 Absatz 3 Satz 1).</p>
35.1.2.3	<p>Zum Begriff der ausreichenden Kenntnisse der deutschen Sprache siehe Nummer 9.2.1.7. Sofern der Ausländer im Bundesgebiet länger als vier Jahre eine deutschsprachige Schule besucht hat, kann davon ausgegangen werden, dass er die erforderlichen Sprachkenntnisse besitzt, wenn im Fach Deutsch mindestens ein „Ausreichend“ erzielt worden ist.</p>
35.1.2.4	<p>Zu einem anerkannten schulischen oder beruflichen Bildungsabschluss führt nicht nur der Besuch einer allgemeinbildenden Schule, sondern auch der Besuch von Berufsfachschulen (z.B. Handelsschule), sonstiger öffentlicher oder staatlich anerkannter berufsbildender Schulen. Die Berufsvorbereitung oder berufliche Grundausbildung sowie die Tätigkeit als Praktikant führen nicht zu einem anerkannten beruflichen Bildungsabschluss; dagegen ermöglicht ein Fachhochschulstudium oder Universitätsstudium einen adäquaten beruflichen Bildungsabschluss. Zur Sicherung des Lebensunterhalts bei Empfang von Leistungen nach dem BAföG bzw. dem SGB III vgl. Nummer 2.3.1.4.</p>
35.2	<p>Besuch ausländischer Schulen</p>
35.2.1	<p>Auf die fünfjährige Aufenthaltszeit werden gemäß Absatz 2 regelmäßig Zeiten nicht angerechnet, in denen der Ausländer außerhalb des Bundesgebiets die Schule besucht hat.</p>
35.2.2	<p>Dem Besuch einer Schule im Bundesgebiet und damit dem Aufenthalt im Bundesgebiet wird allerdings der Besuch einer deutschen Aus-</p>

	landsschule angerechnet, die sich unter der Aufsicht einer deutschen Landesbehörde befindet, sofern der Ausländer dort an Unterricht teilnahm, der aufgrund eines deutschen Lehrplanes abgehalten wurde und die Unterrichtssprache Deutsch war.		
35.2.3	Ein Schulbesuch von einer Dauer bis zu einem Jahr in einem Staat, der nicht der Herkunftstaat des Ausländers ist, in dessen Zusammenhang der Ausländer in einer Gastfamilie des Gastlandes lebt und der im Zusammenhang mit einem Programm durchgeführt wird, an dem ebenso deutsche Schüler in vergleichbarer Lebenssituation teilnehmen können, ist i. d. R. auf die Aufenthaltszeit im Bundesgebiet anzurechnen, wenn die Ausländerbehörde die Frist zur Wiedereinreise nach § 51 Absatz 1 Nummer 7 verlängert hatte und die ausländische Schule hinsichtlich Bildungsziel und Leistungsstandard der besuchten deutschen Schule entspricht.		
35.3	Ausschluss des Anspruches		
35.3.1	Liegen die Voraussetzungen des § 35 Absatz 1 vor, besteht nur dann kein Anspruch auf Erteilung der Niederlassungserlaubnis, wenn einer der in Absatz 3 genannten Ausschlussgründe vorliegt.		
35.3.2	Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 verweist auf Ausweisungsgründe nach §§ 53 ff., die nur objektiv vorliegen müssen. Der Ausweisungsgrund längerfristiger Obdachlosigkeit (§ 55 Absatz 2 Nummer 5) beruht im Allgemeinen nicht auf einem persönlichen Verhalten des Ausländers.		
35.3.3	Die Versagung kann nicht auf die Ausweisungsgründe nach § 55 Absatz 2 Nummer 6 und 7 gestützt werden, da für die Sozial- und Jugendhilfebedürftigkeit § 35 Absatz 3 Satz 1 Nummer 3 eine Sonderregelung trifft. Die Jugendhilfebedürftigkeit kann danach auch dann einen Versagungsgrund darstellen, wenn sie kein Ausweisungsgrund nach § 55 Absatz 2 Nummer 7 ist.		
35.3.4	Besteht bei dem Ausländer Wiederholungsgefahr, liegt stets ein auf seinem persönlichen Verhalten beruhender Ausweisungsgrund vor. Dies gilt vor allem für Straftaten, die den Ausweisungsgrund nach § 55 Absatz 2 Nummer 2 oder die Ausweisungsgründe nach §§ 53 oder 54 erfüllen. Die Ausweisungsgründe nach § 54 Nummer 3 bis 7 und § 55 Absatz 2 setzen nicht voraus, dass der Ausländer wegen einer Straftat verurteilt worden ist.		
35.3.5	Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 findet auch dann Anwendung, wenn gegen den Ausländer noch ein Strafverfahren anhängig ist und ein Ausweisungsgrund aktuell vorliegt. Nach Abschluss des Strafverfahrens findet Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 Anwendung.		
35.3.6	Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 ermöglicht in dem festgelegten zeitlichen Rahmen die Berücksichtigung einer rechtskräftigen strafgericht-		
	lichen Verurteilung als Versagungsgrund. Im Gegensatz zu Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 muss ein auf der Verurteilung beruhender Ausweisungsgrund nicht mehr aktuell vorliegen. Verurteilungen, die länger als drei Jahre zurückliegen, bleiben außer Betracht. Soweit der Ausländer sich in Haft befunden hat, findet § 9 Absatz 4 Satz 1 entsprechende Anwendung.		
35.3.7	Mehrere Verurteilungen, die je für sich nicht das in Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 vorgesehene Strafmaß erreichen, können nicht zusammen gerechnet werden. Soweit das Gericht eine Gesamtstrafe gebildet hat, ist deren Höhe maßgebend. Liegen mehrere strafgerichtliche Verurteilungen vor, ist auch zu prüfen, ob der Versagungsgrund nach Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 erfüllt ist (z. B. bei Wiederholungsgefahr). Eine Prüfung, ob der Versagungsgrund nach Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 erfüllt ist, kann auch in anderen Fällen erfolgen, wenn strafrechtliche Verurteilungen vorliegen, die das in Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 vorgesehene Strafmaß nicht erreichen.		
35.3.8	Die Aufenthaltserlaubnis eines Ausländers, der die Voraussetzungen nach Absatz 1 erfüllt, kann nach Absatz 3 Satz 2 trotz Vorliegens eines Versagungsgrundes im Ermessenswege verlängert werden; ebenso ist die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis im Ermessenswege möglich. Insoweit verdrängt Absatz 3 Satz 1 als Spezialregelung die Regelgründe des § 5. In den Fällen nach § 5 Absatz 4 Satz 1 kommt hingegen die Erteilung eines Aufenthaltstitels nicht in Betracht, es sei denn, es kann nach § 5 Absatz 4 Satz 2 oder 3 unter den dort genannten Voraussetzungen eine Ausnahme zugelassen werden.		
35.3.9	Die Aussetzung der Vollstreckung eines Strafrestes gehört nicht zu den in Absatz 3 Satz 3 genannten Fällen der Strafaussetzung.		
35.4	Erteilung einer Niederlassungserlaubnis bei Krankheit oder Behinderung		
	Nach § 82 Absatz 1 und 2 hat der Ausländer Nachweise für die Prüfung beizubringen (z. B. fachärztliche Stellungnahme, Nachweis über Heimunterbringung), ob die in Absatz 4 Satz 1 genannten Voraussetzungen erfüllt sind. Hinsichtlich der Handlungsfähigkeit ist § 80 Absatz 1 und 4 zu beachten.		
36	Zu § 36 – Nachzug sonstiger Familienangehöriger		
36.1	Nachzugsrecht der Eltern Minderjähriger		
36.1.1	Nach § 36 Absatz 1 haben Eltern eines minderjährigen Ausländers mit Asyl- bzw. Flüchtlingsstatus (Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 1 und 2 oder Niederlassungserlaubnis nach § 26 Absatz 3) einen Anspruch auf Familiennachzug, sofern sich in Deutschland nicht bereits ein personensorgeberechtigter Elternteil		

	aufhält. Für diesen Nachzug sind die Sicherung des Lebensunterhalts und ausreichender Wohnraum keine Voraussetzungen. Auf die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis besteht ein Anspruch, so dass von § 5 Absatz 2 abgesehen werden kann. Der Titel ist abweichend von § 5 Absatz 1 Nummer 1 zu erteilen; die Voraussetzungen des § 5 Absatz 1 Nummer 1a und 2 müssen jedoch erfüllt sein.		
36.1.2	Minderjährige Asylberechtigte und Flüchtlinge i. S. d. Regelung sind Drittstaatsangehörige oder Staatenlose unter 18 Jahren, die sich im Zeitpunkt der Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 1 bzw. 2 und danach ohne Begleitung eines sorgeberechtigten Elternteils in Deutschland aufhalten. Die Voraussetzung, dass sich kein sorgerechtsberechtigter Elternteil im Bundesgebiet aufhält, ist auch dann erfüllt, wenn ein Elternteil zeitgleich oder in unmittelbarem zeitlichem Zusammenhang mit dem anderen Elternteil den Lebensmittelpunkt ins Bundesgebiet verlagert.		treuungsgemeinschaft abzustellen. Bei einem im Ausland begründeten Pflegeverhältnis oder einer Vormundschaft ist das Einverständnis der Behörden des Heimatstaates des Kindes mit der Ausreise herzustellen und nachzuweisen. Wenn die Ausreise zum Zweck der Adoption erfolgt, muss auch die Zustimmung der ausländischen Behörde zur Adoption vorliegen. Bei Stiefkindern vollzieht sich der Nachzug grundsätzlich nicht nach § 36 Absatz 2, sondern als Nachzug zu bzw. mit dem leiblichen Elternteil (vgl. Nummer 27.1.5 und Nummer 32.0.5). Nur in Ausnahmefällen ist die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis nach § 36 Absatz 2 denkbar, etwa wenn der personensorgeberechtigte leibliche Elternteil verstirbt oder dessen Aufenthaltsrecht entfällt. Wenn zu dem Stiefelternteil zu diesem Zeitpunkt eine über einen längeren Zeitraum gewachsene Bindung und Betreuungsgemeinschaft besteht, kommt eine Erteilung nach § 36 Absatz 2 in Betracht (zur Lebensunterhaltssicherung vgl. Nummer 32.0.5). Zur Scheinvaterschaft siehe auch Nummer 27.1a.1.3 und 90.5.
36.2	Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis an sonstige Familienangehörige	36.2.1.3	Für einen Nachzug nach § 36 kommen in Abgrenzung zu den abschließenden Nachzugsvorschriften der §§ 28 bis 33 insbesondere in Betracht:
36.2.0	Die Aufenthaltserlaubnis darf nach Absatz 2 Satz 1 im Wege des Ermessens sonstigen Familienangehörigen, die nicht von §§ 29 bis 33 erfasst werden, nur nach Maßgabe des § 36 Absatz 2 Satz 1 erteilt werden, d.h. die allgemeinen in § 27 und – beim Nachzug zu Ausländern – in § 29 normierten Familiennachzugsvoraussetzungen müssen vorliegen. Die insoweit allgemeine Beschränkung des Familiennachzugs auf Ehegatten und minderjährige Kinder liegt im öffentlichen Interesse (Zuwanderungsbegrenzung). Die Versagungsgründe nach § 27 Absatz 3 sind zu berücksichtigen. Hinsichtlich des Familiennachzugs zu Deutschen findet § 36 entsprechende Anwendung (§ 28 Absatz 4).		<ul style="list-style-type: none"> – Eltern zu ihren deutschen oder ausländischen volljährigen oder ausländischen minderjährigen Kindern, – volljährige Kinder zu ihren Eltern oder – Minderjährige zu engen volljährigen Familienangehörigen, die die alleinige Personensorge in der Weise innehaben, dass eine geschützte Eltern-Kind-Beziehung besteht.
36.2.1	Herstellung und Wahrung der familiären Lebensgemeinschaft	36.2.1.4.1	Ein Nachzug minderjähriger sonstiger Familienangehöriger zu Verwandten in aufsteigender Linie kommt ausnahmsweise nur in Betracht, wenn sie Vollwaisen sind (z. B. Enkelkinder zu Großeltern) oder wenn die Eltern nachweislich auf Dauer nicht mehr in der Lage sind, die Personensorge auszuüben (z. B. wegen einer Pflegebedürftigkeit). Dem steht es gleich, wenn zum Schutze des Kindes den Eltern durch eine für deutsche Stellen maßgebliche gerichtliche oder behördliche Entscheidung die Personensorge auf Dauer entzogen wurde und diese Maßnahme nicht nur auf dem Umstand beruht, dass dem Kind ein Aufenthaltsrecht im Bundesgebiet verschafft werden soll. Dem Wohl des Kindes kommt bei der Feststellung, ob eine außergewöhnliche Härte vorliegt, besonderes Gewicht zu. Bei der Ermessensausübung ist Nummer 32.4.4 zu beachten.
36.2.1.1	Nach § 27 Absatz 1 darf die Aufenthaltserlaubnis zur Herstellung und Wahrung der familiären Lebensgemeinschaft erteilt werden, die grundsätzlich auf Dauer angelegt ist (Beistands- oder Betreuungsgemeinschaft). Diese Gemeinschaft erschöpft sich nicht in der Kindererziehung, sondern umfasst den Unterhalt und eine materielle Lebenshilfe.	36.2.1.4.2	Der Nachzug minderjähriger wie volljähriger nicht mehr lediger Kinder zu ihren Eltern ins Bundesgebiet scheidet grundsätzlich aus, solange die Ehe des Kindes im Ausland noch besteht. Die Möglichkeit der Erteilung eines Aufenthaltstitels aus anderen Gründen bleibt unberührt.
36.2.1.2	Die familiäre Lebensgemeinschaft muss durch Artikel 6 GG geschützt sein. Besonders geschützt werden Ehegatten und die engere Familie im Sinne einer Eltern-Kind-Beziehung, die nicht nur durch Abstammung, sondern auch rechtlich vermittelt sein kann. Dem Schutz des Artikels 6 GG unterliegt daher auch die familiäre Gemeinschaft mit Adoptiv-, Pflege- und Stiefkindern. Dabei ist nicht auf den formellen Bestand des Rechtsverhältnisses, sondern wie allgemein auf die tatsächliche, über einen längeren Zeitraum gewachsene Bindung und Be-		

36.2.2 Außergewöhnliche Härte

36.2.2.0 Die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis zur Herstellung und Wahrung der familiären Lebensgemeinschaft muss zur Vermeidung einer außergewöhnlichen Härte (unbestimmter Rechtsbegriff) erforderlich sein, d. h. die familiäre Lebensgemeinschaft muss das geeignete und notwendige Mittel sein, um die außergewöhnliche Härte zu vermeiden.

36.2.2.1 Ein Nachzug kommt nur in Betracht, wenn im Fall der Versagung des Nachzugs die Interessen des im Bundesgebiet lebenden Ausländers oder des nachzugswilligen sonstigen Familienangehörigen mindestens genauso stark berührt wären, wie dies im Fall von Ehegatten und minderjährigen ledigen Kindern der Fall sein würde. Nach Art und Schwere müssen so erhebliche Schwierigkeiten für den Erhalt der familiären Lebensgemeinschaft drohen, dass die Versagung der Aufenthaltserlaubnis ausnahmsweise als unvertretbar anzusehen ist. § 36 setzt dabei nicht nur eine besondere, sondern eine außergewöhnliche Härte voraus.

36.2.2.2 Härtefallbegründend sind danach solche Umstände, aus denen sich ergibt, dass entweder der im Bundesgebiet lebende oder der nachzugswillige Familienangehörige auf die familiäre Lebenshilfe angewiesen ist, die sich nur im Bundesgebiet erbringen lässt (z. B. infolge einer besonderen Betreuungsbedürftigkeit). Bei Minderjährigen sind das Wohl des Kindes und dessen Lebensalter vorrangig zu berücksichtigen. Der Verlust eines Anspruchs auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zum Kindernachzug infolge einer Überschreitung der Altersgrenze für den Nachzug stellt grundsätzlich keinen Härtefall dar.

36.2.2.3 Umstände, die ein familiäres Angewiesensein begründen, können sich nur aus individuellen Besonderheiten des Einzelfalles ergeben (z. B. Krankheit, Behinderung, Pflegebedürftigkeit, psychische Not). Umstände, die sich aus den allgemeinen Lebensverhältnissen im Herkunftsland des nachziehenden Familienangehörigen ergeben, können insoweit nicht berücksichtigt werden. Keinen Härtefall begründen danach z. B. ungünstige schulische, wirtschaftliche, soziale und sonstige Verhältnisse im Heimatstaat. Ebenso wenig sind politische Verfolgungsgründe maßgebend. Dringende humanitäre Gründe, die nicht auf der Trennung der Familienangehörigen beruhen, sind nur im Rahmen humanitärer Aufenthaltsgewährung zu berücksichtigen (§§ 22 ff.) und begründen keinen Härtefall i. S. d. § 36.

36.2.2.4 Die Herstellung der familiären Lebensgemeinschaft mit einem im Bundesgebiet lebenden Angehörigen ist im Allgemeinen nicht zur Vermeidung einer außergewöhnlichen Härte erforderlich, wenn im Ausland andere Familienangehörige leben, die zur Betreuung und Erziehung in der Lage sind. Dies ist bei einem Nachzug volljähriger Kinder und volljähriger

Adoptivkinder zu den Eltern, beim Nachzug von Eltern zu volljährigen Kindern, beim Enkelnachzug und dem Nachzug von Kindern zu Geschwistern besonders zu prüfen.

36.2.2.5

Im Falle einer lediglich vorübergehenden erforderlichen familiären Betreuung kommt nicht der grundsätzlich auf Dauer angelegte Familiennachzug, sondern allenfalls eine Aufenthaltserlaubnis, die unter Ausschluss der Verlängerung erteilt wird (§ 8 Absatz 2), in Betracht. In solchen Fällen hat die Ausländerbehörde vor der Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis im Benehmen mit der Arbeitsverwaltung zu prüfen, ob eine familiäre Hilfeleistung oder eine Beschäftigung vorliegt. In diesem Falle findet § 18 vorrangig Anwendung.

36.2.2.6

Die Anwendung von Absatz 2 Satz 1 scheidet auch dann regelmäßig aus, wenn die Eltern eines im Bundesgebiet lebenden Kindes geschieden sind und dem nachzugswilligen geschiedenen ausländischen Elternteil kein Personensorgerecht zusteht. Aufgrund der auch in diesen Fällen schutzwürdigen familiären Beziehung nach Artikel 6 GG zwischen dem nichtsorgeberechtigten Elternteil und dem Kind kann es jedoch im Einzelfall bei der Übernahme tatsächlicher Verantwortung durch den nicht personensorgeberechtigten Elternteil geboten sein, dem Elternteil den Aufenthalt in Deutschland zu ermöglichen. Hierfür kommt es auf die Umstände des Einzelfalles an. Voraussetzungen für die Bejahung des Vorliegens einer schutzwürdigen familiären Gemeinschaft sind aber in jedem Fall, dass der Elternteil die Übernahme elterlicher Erziehungs- und Betreuungsverantwortung durch regelmäßige Kontakte zum Ausdruck bringt sowie eine emotionale Verbundenheit. Zu den konkreten Anforderungen an eine geschützte familiäre Gemeinschaft vgl. Nummer 28.1.5).

36.2.2.7

Die Betreuungsbedürftigkeit von minderjährigen Kindern im Bundesgebiet stellt für sich allein keinen außergewöhnlichen Härtefall dar. Ein Zuzug sonstiger Familienangehöriger zur Kinderbetreuung kommt danach grundsätzlich nicht in Betracht, wenn die Eltern die Kinderbetreuung nicht selbst übernehmen können, weil sie beispielsweise beide (ganztätig) erwerbstätig sind. Soweit eine außergewöhnliche Härte angenommen werden kann (z. B. ein Elternteil kann infolge einer schweren Erkrankung die Kinder nicht mehr betreuen, ein Elternteil ist verstorben), ist zu prüfen, ob der Zuzug sonstiger Verwandter zwingend erforderlich ist oder ob nicht, wenn sich der Ausländer bereits in Deutschland aufhält, eine Aufenthaltserlaubnis für einen vorübergehenden Aufenthalt nach § 25 Absatz 4 Satz 1 ausreichend ist.

36.2.2.8

Bei den Ermessenserwägungen nach Absatz 2 Satz 1 ist insbesondere zu berücksichtigen, ob die Betreuung oder Pflege des nachziehenden Familienangehörigen tatsächlich und rechtlich

	gewährleistet sind (z.B. Verpflichtung nach § 68, Stellung einer Bankbürgschaft).		dere vom Familiennachzug und den §§ 18 bis 21) unabhängiges Wiederkehr- und Aufenthaltsrecht.
36.2.2.9	Soweit es sich bei dem Betroffenen um einen Familienangehörigen eines freizügigkeitsberechtigten Unionsbürgers handelt, der nicht bereits nach dem FreizügG/EU ein Aufenthaltsrecht hat, ist dies im Rahmen der Ermessensausübung bei Absatz 2 Satz 1 zu berücksichtigen, wenn der Unionsbürger dem Familienangehörigen im Herkunftsmitgliedstaat Unterhalt gewährt hat, Unionsbürger und Familienangehöriger im Herkunftsmitgliedstaat in häuslicher Gemeinschaft gelebt haben oder schwerwiegende gesundheitliche Gründe die persönliche Pflege durch den Unionsbürger zwingend erforderlich machen. Sofern der Stammberechtigte Student ist, gilt dies nur, wenn es sich um Verwandte in gerade aufsteigender Linie handelt, denen Unterhalt gewährt wird. Dies führt nicht zu einer Ausweitung des Anwendungsbereichs, sondern ist lediglich bei der Ausübung des pflichtgemäßen Ermessens zu berücksichtigen.		Der Anspruch besteht auch, wenn der Ausländer aufgrund einer ausländerrechtlichen Maßnahme zur Ausreise verpflichtet war (siehe jedoch Absatz 3 Nummer 1). Der Wiederkehranspruch setzt nicht voraus, dass der Ausländer <ul style="list-style-type: none"> – im Zeitpunkt der Ausreise minderjährig war, – familiäre Beziehungen im Bundesgebiet hat oder – sich vor der Einreise im Heimatstaat aufgehalten hat.
36.2.3	Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis	37.1.0.2	Absätze 1 und 2 sollen nur denjenigen Ausländern die Wiederkehr ermöglichen, die aufgrund ihres früheren rechtmäßigen Aufenthalts die Möglichkeit einer aufenthaltsrechtlichen Verfestigung im Bundesgebiet hatten (Daueraufenthalt). Absatz 1 findet daher grundsätzlich keine Anwendung, wenn der Ausländer im Zeitpunkt seiner Ausreise lediglich im Besitz einer nach seiner Zweckbestimmung begrenzten Aufenthaltserlaubnis war, deren Verlängerung nach § 8 Absatz 2 ausgeschlossen war. Bei Aufhalten vor Inkrafttreten des Aufenthaltsgesetzes sind die in § 102 Absatz 2 genannten Kriterien für die Feststellung maßgebend, ob sich der Aufenthalt des Ausländers rechtlich verfestigt hat; dies ist bei Inhabern bisheriger Aufenthaltsbewilligungen und Aufenthaltsbefugnisse nicht anzunehmen. Hinsichtlich der Aufenthaltszeiten bis zum Inkrafttreten des AuslG aus dem Jahre 1990 ist die Bestimmung des § 94 AuslG zur Beurteilung heranzuziehen.
36.2.3.1	Die Aufenthaltserlaubnis kann verlängert werden, wenn die Voraussetzungen des § 36 weiterhin vorliegen und die familiäre Lebensgemeinschaft weiter fortbesteht. Bei minderjährigen Familienangehörigen schließt der Wegfall der Voraussetzungen, die zur Erteilung der Aufenthaltserlaubnis geführt haben, allerdings nicht notwendig die weitere Verlängerung aus. Nach mehrjährigem Bestehen der familiären Lebensgemeinschaft im Bundesgebiet kann die Nichtverlängerung der Aufenthaltserlaubnis dem Wohl des Kindes in so erheblichem Maße widersprechen, dass sie Artikel 6 GG nicht gerecht und eine außergewöhnliche Härte bedeuten würde.	37.1.1	Anrechenbarer rechtmäßiger Aufenthalt
36.2.3.2	Bei minderjährigen Familienangehörigen muss nach § 36 Absatz 2 Satz 2 i. V. m. § 34 Absatz 1 und bei volljährigen Familienangehörigen kann nach § 36 Absatz 2 Satz 2 i. V. m. § 30 Absatz 3 bei der Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis von den Voraussetzungen des § 5 Absatz 1 Nummer 1 und des § 29 Absatz 1 Nummer 2 abgesehen werden.	37.1.1.1	Als Zeiten des rechtmäßigen Aufenthalts nach Absatz 1 Nummer 1 sind anzurechnen die Zeiten:
36.2.3.3	Die im Zeitpunkt des Nachzugs bereits volljährigen Familienangehörigen erwerben nach § 36 Absatz 2 Satz 2 i. V. m. § 31, Minderjährige nach § 36 Absatz 2 Satz 2 i. V. m. § 34 Absatz 2 ein eigenständiges Aufenthaltsrecht.	37.1.1.1.1	– des Besitzes einer Aufenthaltserlaubnis oder Niederlassungserlaubnis,
		37.1.1.1.2	– einer Befreiung vom Erfordernis des Aufenthaltstitels, sofern unabhängig während dieses Zeitraums die Voraussetzungen für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis oder einer Niederlassungserlaubnis vorlagen oder
		37.1.1.1.3	– des Besitzes einer Aufenthaltserlaubnis, deren Verlängerung nach § 8 Absatz 2 ausgeschlossen war (bzw. einer Aufenthaltsbewilligung oder Aufenthaltsbefugnis nach dem AuslG), sofern der Ausländer vor seiner Ausreise zuletzt im Besitz einer nicht nach § 8 Absatz 2 beschränkten Aufenthaltserlaubnis oder Niederlassungserlaubnis war.
37	Zu § 37 – Recht auf Wiederkehr	37.1.1.2	Nicht anrechenbar sind die Zeiten einer Aufenthaltsgestattung im Falle einer unanfechtbaren Ablehnung des Asylantrags (vgl. § 55
37.1	Wiederkehranspruch für junge Ausländer		
37.1.0	Allgemeines		
37.1.0.1	Absätze 1 und 2 vermitteln jungen Ausländern, die Deutschland nach einem längeren Daueraufenthalt verlassen haben, ein eigenständiges, von anderen Aufenthaltszwecken (insbeson-		

	Absatz 3 AsylVfG). Am Erfordernis eines rechtmäßigen Aufenthalts fehlt es in den Fällen des § 51 Absatz 1 und 5, insbesondere bei Aufenthaltszeiten zwischen einer Ausweisung und der Ausreise aus dem Bundesgebiet (§ 51 Absatz 1 Nummer 5 i. V. m. § 84 Absatz 2 Satz 1).	
37.1.1.3	Verlangt wird ein rechtmäßiger, jedoch nicht ununterbrochener Voraufenthalt von insgesamt acht Jahren.	
37.1.1.4	Als Schulbesuch nach § 37 Absatz 1 Nummer 1 kommen sowohl der Besuch allgemeinbildender Schulen als auch der Besuch von berufsbildenden Schulen oder vergleichbarer berufsqualifizierender Bildungseinrichtungen in Betracht. Dagegen sind zweckgebundene Ausbildungsaufenthalte wie z. B. der Besuch einer Sprach- oder Musikschule nicht anrechenbar.	
37.1.2	<p>Sicherstellung des Lebensunterhalts</p> <p>Der Lebensunterhalt ist nach Absatz 1 Nummer 2 aus eigener Erwerbstätigkeit nur gesichert, wenn die Erwerbstätigkeit erlaubt ist. Der Maßstab für die Unterhaltssicherung ergibt sich aus § 2 Absatz 3 (vgl. Nummer 2.3). Das Erwerbsverhältnis muss nicht notwendig bereits unbefristet sein, aber es muss eine dauernde berufliche Eingliederung erwarten lassen. Eine vereinbarte Probezeit steht dem nicht entgegen. Bestehen Zweifel, ob der Lebensunterhalt durch eigene Erwerbstätigkeit gesichert ist, muss eine Unterhaltsverpflichtung gefordert werden. Die Unterhaltsverpflichtung eines Dritten ist nach § 68 abzusichern.</p>	
37.1.3	<p>Zeitliche Antragsvoraussetzungen</p> <p>Die zeitlichen Antragsvoraussetzungen nach Absatz 1 Nummer 3 müssen im Zeitpunkt der Beantragung des Aufenthaltstitels (ggf. bei der Auslandsvertretung) vorliegen; der Tag der Einreise oder der tatsächlichen Erteilung ist nicht maßgeblich. Das gilt auch für den Fall, dass zunächst ein Antrag auf Erteilung eines Aufenthaltstitels nur für einen seiner Natur nach zeitlich begrenzten Zweck (z. B. Studium) gestellt und dem Antrag entsprochen worden ist. Eine solchermaßen erlangte Aufenthaltserlaubnis kann später in eine Aufenthaltserlaubnis nach § 37 umgewandelt werden.</p>	
37.1.4	<p>Ausübung einer Erwerbstätigkeit</p> <p>Die Aufenthaltserlaubnis berechtigt nach Absatz 1 Satz 2 zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit.</p>	
37.2	Ausnahmen	
37.2.1.1	Die Abweichung von den Erteilungsvoraussetzungen nach Absatz 1 im Härtefall ist in Absatz 2 Satz 1 abschließend geregelt. Ob ein besonderer Härtefall vorliegt, ist durch Vergleich des konkreten Einzelfalles mit den in Absatz 1 genannten Anspruchsvoraussetzungen (gesetzlicher Maßstab der Wiederkehrberechtigung) zu ermitteln. Es ist darauf abzustellen, ob der Ausländer von den Lebens-	
	verhältnissen im Bundesgebiet so entscheidend geprägt ist, dass es eine besondere Härte darstellen würde, wenn er keine Möglichkeit hätte, dauerhaft in das Bundesgebiet zurückzukehren.	
37.2.1.2	Der Ausschluss von der Wiederkehr kann deshalb eine besondere Härte darstellen, weil die Abweichung von Absatz 1 Nummer 1 und 3 insgesamt geringfügig ist (z. B. wenige Wochen), insbesondere, wenn nur eine einzelne Voraussetzung des Absatzes 1 Nummer 1 und 3 nicht erfüllt ist, der Ausländer sich jedoch während seines früheren Aufenthalts in die sozialen und wirtschaftlichen Lebensverhältnisse der Bundesrepublik Deutschland eingegliedert hatte. Eine besondere Härte kann auch vorliegen, wenn die Nichterfüllung einzelner Voraussetzungen durch eine Übererfüllung anderer mehr als ausgeglichen wird (z. B. wesentlich längere Aufenthaltsdauer im Bundesgebiet, wesentlich längerer Schulbesuch).	
	In Fällen der Zwangsverheiratung kann je nach Umständen des Einzelfalles eine besondere Härte vorliegen.	
37.2.1.3	Ebenso kann eine besondere Härte vorliegen, wenn anstelle eines Schulbesuches in Deutschland ein Schulbesuch an einer deutschen Auslandsschule im Ausland stattfand, an der völlig oder nahezu ausschließlich in deutscher Sprache unterrichtet wird, die unter der Aufsicht einer deutschen Landesbehörde steht und an der nach deutschen Lehrplänen unterrichtet wird. Ebenso kann die Zeit einer Teilnahme an einem Austausch- oder vergleichbaren Programm berücksichtigt werden, in dessen Rahmen der Ausländer in einem Staat, dessen Staatsangehörigkeit er nicht besitzt, für einen Zeitraum von bis zu einem Jahr in einer Gastfamilie gelebt und dabei eine Schule im Aufenthaltsstaat besucht hat, die hinsichtlich der Lehrinhalte und -ziele als mit einer deutschen Schule gleichwertig anzusehen ist, sofern die Ausländerbehörde entsprechend eine Frist zur Wiedereinreise nach § 51 Absatz 1 Nummer 7 gesetzt hatte. Für die Beurteilung maßgeblich ist dabei, ob ein deutscher Schüler in vergleichbarer Lebenssituation – etwa bei einer beruflichen Versetzung der Eltern ins Ausland oder bei Interesse an einem „Gastschuljahr“ im Ausland – ohne Absicht dauerhafter Auswanderung aus Deutschland, aber mit der Absicht der Beibehaltung der Bindungen zum deutschen Lebens- und Bildungsbereich eine ähnliche Gestaltung seiner Schullaufbahn typischerweise gewählt hätte.	
37.2.1.4	Ist nur ein Schulbesuch von fünf Jahren und darunter nachgewiesen, handelt es sich außer in dem in Nummer 37.2.1.3 genannten Fall um eine erhebliche Abweichung von der in Absatz 1 Nummer 1 geforderten Schulzeit von sechs Jahren. Beruhte der Umstand, dass der Ausländer verspätet eingeschult worden ist oder den Schulbesuch vorzeitig beendet hat, jedoch auf zwingenden, von ihm nicht zu ver-	

- tretenden Gründen (z.B. Erkrankung), kann eine Ausnahme in Betracht gezogen werden.
- 37.2.1.5 Eine besondere Härte ist regelmäßig anzunehmen, wenn der Ausländer wegen der Leistung des gesetzlich vorgeschriebenen Wehrdienstes die rechtzeitige Antragstellung versäumt hat. Allerdings muss er den Antrag innerhalb von drei Monaten nach Entlassung aus dem Wehrdienst bei der zuständigen Behörde stellen. Eine besondere Härte kann vorliegen, wenn diese Antragsfrist aus zwingenden Gründen, die der Ausländer nicht zu vertreten hat, überschritten wurde. Sachfremde Umstände (z.B. Ausweichen vor Bürgerkriegsfolgen) stellen keine Härte i.S.d. Absatzes 2 Satz 1 dar, die eine Überschreitung der Antragsfrist rechtfertigen können.
- 37.2.1.6 Ist die Voraufenthaltszeit im Bundesgebiet kürzer als die nachfolgende Aufenthaltszeit im Ausland, ist die Anwendung der Härteklauseel grundsätzlich ausgeschlossen. Ein Ausländer, der z.B. aus dem Bundesgebiet ausgereist ist, nach Ablauf des Wehrdienstes im Heimatstaat ein mehrjähriges Studium betrieben hat und erst im Alter von 25 Jahren wieder in das Bundesgebiet einreisen will, weicht regelmäßig erheblich von den Voraussetzungen des Absatzes 1 Nummer 3 ab, mit der Folge, dass der Ausschluss von der Wiederkehr keine besondere Härte darstellt.
- 37.2.2 Die Ausnahme nach Absatz 2 Satz 2 setzt voraus, dass der Ausländer während seines früheren Aufenthalts im Bundesgebiet den Abschluss einer allgemeinbildenden Schule, also mindestens den Hauptschulabschluss, erreicht hat. Ein beruflicher Bildungsabschluss reicht ebenfalls aus. Die durch Absatz 2 Satz 2 gewährte Ausnahmemöglichkeit steht im Ermessen der Behörde und ist nicht auf besondere Härtefälle beschränkt.
- 37.3 Versagung der Wiederkehr**
- 37.3.0 Auch wenn im Übrigen nach Absatz 1 ein gesetzlicher Anspruch vorliegt, finden die Regelerteilungsgründe des § 5 Absatz 1 Nummer 1, 1a und 2, des § 5 Absatz 2, die Versagungsgründe des § 5 Absatz 4 und des § 11 Anwendung. Wenn die Wiederkehr nur nach Ermessen (Absatz 2) gestattet wird, sind zudem § 5 Absatz 1 Nummer 3 und § 10 Absatz 1 zu beachten.
- 37.3.1.1 Solange die Sperrwirkung des § 11 Absatz 1 Satz 2 gilt, steht der sich aus dieser Vorschrift ergebende zwingende Versagungsgrund der Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 37 entgegen. Erst nach Wegfall der Sperrwirkung ist der Ermessensversagungsgrund des Absatzes 3 Nummer 1, erste Alternative erheblich. Bei der Ermessensausübung hat die Ausländerbehörde insbesondere zu prüfen, ob aufgrund des bisherigen Verhaltens des Ausländers, das zu einer Ausweisung geführt hat, begründete Zweifel an einer Eingliederung in die sozialen und wirtschaftlichen Lebensverhältnisse der Bundesrepublik Deutschland bestehen.
- 37.3.1.2 Die zweite Alternative des Absatzes 3 Nummer 1 setzt nicht nur das frühere Vorliegen eines Ausweisungsgrundes, sondern auch voraus, dass der Ausländer im Zeitpunkt seiner Ausreise unter Beachtung der Ausweisungsbeschränkungen nach § 56 (insbesondere nach § 56 Absatz 2) hätte ausgewiesen werden können. Völkervertragliche Beschränkungen der Ausweisung sowie Beschränkungen nach Artikel 14 ARB 1/80 sowie sonstige Beschränkungen, die sich aus europäischem Recht ergeben, sind ebenfalls zu berücksichtigen (vgl. Nummer Vor 53.5).
- 37.3.2 Für den Versagungsgrund nach Absatz 3 Nummer 2 genügt das objektive Vorliegen eines Ausweisungsgrundes nach den §§ 53 bis 55. Ausweisungsbeschränkungen nach § 56 oder nach europäischen oder völkerrechtlichen Vorschriften sind unerheblich.
- 37.3.3 Der Versagungsgrund des Absatzes 3 Nummer 3 ist gegeben, wenn die Betreuung des Minderjährigen durch Privatpersonen ohne öffentliche Mittel nicht gewährleistet ist, d.h., die Betreuung muss insbesondere ohne Inanspruchnahme von Jugendhilfe sichergestellt sein.
- 37.4 Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis für Wiederkehrer**
- 37.4.1 Die Aufenthaltserlaubnis kann auch verlängert werden, wenn der Lebensunterhalt nicht mehr gesichert oder die Unterhaltsverpflichtung entfallen ist. Diese Vorschrift gilt auch, wenn die Aufenthaltserlaubnis in Anwendung von Absatz 2 im Wege des Ermessens oder in Anwendung von § 85 erteilt worden ist. Die Verlängerung darf nur auf der Grundlage von § 5 Absatz 1 Nummer 1 oder 2, Absatz 4 und § 11 sowie nach § 37 Absatz 3 Nummer 2 und 3 versagt werden.
- 37.4.2 Die Unterhaltsverpflichtung des Dritten muss insgesamt nur fünf Jahre bestehen. War der Lebensunterhalt im Zeitpunkt der Erteilung der Aufenthaltserlaubnis aus eigener Erwerbstätigkeit des Ausländers gesichert, kann bei Entfallen dieser Voraussetzung bei der Verlängerung nicht die Unterhaltsverpflichtung eines Dritten verlangt werden. Im Falle der Sozialhilfebedürftigkeit ist § 37 Absatz 3 Nummer 2 anwendbar. Dadurch wird sichergestellt, dass der Ausländer nicht besser behandelt wird als Ausländer, die das Bundesgebiet nie verlassen haben.
- 37.5 Wiederkehr von Rentnern**
- 37.5.1 Dem ausländischen Rentner ist nach Absatz 5 i. d. R. die Aufenthaltserlaubnis zu erteilen. Das Recht auf Wiederkehr setzt voraus, dass der Ausländer nach einem rechtmäßigen Aufent-

	halt von acht Jahren die Voraussetzungen für ein Daueraufenthaltsrecht erfüllte, diesen Status jedoch auf Grund freier Entscheidung mit seiner Ausreise aufgegeben hat. Ein ununterbrochener rechtmäßiger Voraufenthalt ist ebenso wenig erforderlich wie im Vergleich zu Absatz 1 ein gewöhnlicher Aufenthalt vor der Ausreise. Allerdings sind solche Aufenthalte nicht anrechenbar, die keinen Bezug zum Erwerb der Rentenberechtigung aufweisen (z. B. Besuchsaufenthalte, spätere Aufenthalte aus humanitären Gründen).	38.0.2	In Zweifelsfällen ist zunächst zu prüfen, ob der Antragsteller noch bzw. auch die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt (vgl. Nummer 2.1.1). Besteht die deutsche Staatsangehörigkeit fort, ist von Amts wegen zu empfehlen, die Ausstellung eines deutschen Personalausweises oder Reisepasses zu beantragen. Hierbei ist darauf hinzuweisen, dass Deutsche nach Artikel 11 Absatz 1 GG Freizügigkeit im gesamten Bundesgebiet genießen und allgemein berechtigt sind, eine Erwerbstätigkeit im Bundesgebiet auszuüben, aber auch verpflichtet sind, sich im Bundesgebiet mit deutschen Ausweisdokumenten auszuweisen.
37.5.2	Ein Regelfall nach Absatz 5 liegt vor, wenn der Ausländer bereits im Ausland eine Rente eines deutschen Trägers bezieht. Der Rentenanspruch darf also nicht erst nach der Wiedereinreise in das Bundesgebiet entstehen. An die Art der Rente (Alter, Unfall, Erwerbsunfähigkeit, Witwen- und Waisenrenten) werden keine besonderen Anforderungen gestellt. Der Rententräger braucht nicht öffentlich-rechtlich organisiert sein. Es kann sich auch um eine private Versicherungsgesellschaft oder eine betriebliche Versorgungseinrichtung handeln, die vergleichbare Leistungen in Form einer regelmäßigen, wiederkehrenden Zahlung, die auf einem Rechtsanspruch beruhen und für einige Dauer geleistet werden, gewähren.	38.0.3	Die Regelung erfasst nur ehemalige Deutsche (vgl. Nummer 2.1.1). Nicht erfasst werden deren Abkömmlinge, sofern diese niemals Deutsche waren.
		38.0.4	§ 38 greift nicht, wenn eine Einbürgerung mit Wirkung ex tunc zurückgenommen wurde.
		38.1	Aufenthaltstitel bei Voraufenthalten in Deutschland
37.5.3	Ein Regelfall liegt grundsätzlich nicht vor, wenn der Ausländer im Zeitpunkt seiner Ausreise nicht die rechtliche Möglichkeit hatte, auf Dauer im Bundesgebiet zu bleiben. Reicht der Rentenbezug nicht zur Bestreitung des Lebensunterhalts aus oder liegen die Voraussetzungen des § 5 Absatz 1 Nummer 1 nicht vor, ist von der Erteilung der Aufenthaltserlaubnis nach Absatz 5 regelmäßig abzusehen. Im Gegensatz zur Aufenthaltserlaubnis nach Absatz 1 berechtigt die Aufenthaltserlaubnis, die nach Absatz 5 erteilt wird, nicht von sich aus zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit, so dass die Ausübung einer Beschäftigung nur mit Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit erlaubt werden kann. Die Ausübung einer selbstständigen Erwerbstätigkeit ist auszuschließen, es sei denn, es besteht ein besonderes öffentliches Interesse an der Ausübung der Erwerbstätigkeit durch den Rentner.	38.1.1	Absatz 1 sieht einen Anspruch auf Erteilung einer Niederlassungserlaubnis bzw. Aufenthaltserlaubnis unter bestimmten Voraussetzungen vor. Für die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis nach § 38 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 werden dazu ausschließlich Zeiten des gewöhnlichen Aufenthalts als Deutscher im Bundesgebiet berücksichtigt. Für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 38 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 wird dagegen unabhängig von der Staatsangehörigkeit nur auf den gewöhnlichen Aufenthalt abgestellt (Zeiten des gewöhnlichen Aufenthalts als deutscher Staatsangehöriger und ggf. als Ausländer sind zusammenzuzählen).
		38.1.2	Vorbehaltlich des Absatzes 3 finden die allgemeinen Erteilungsvoraussetzungen nach § 5 Absatz 1 und 2 sowie die Versagungsgründe nach § 5 Absatz 4 und § 11 Anwendung.
37.5.4	Anwendbar sind die §§ 5, 10 und 11. In den Fällen des § 51 Absatz 2 erübrigt sich eine Entscheidung nach § 37 Absatz 5.	38.1.3	Die Regelung erfasst Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit während ihres gewöhnlichen Aufenthaltes im Bundesgebiet (insbesondere durch Antragserwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit nach § 25 StAG, durch Erklärung nach § 29 StAG oder nach einer sonstigen Vorschrift) verloren haben (vgl. § 17 StAG) und ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Bundesgebiet beibehalten.
38	Zu § 38 – Aufenthaltsrecht für ehemalige Deutsche	38.1.4	Bei Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit während des gewöhnlichen Aufenthaltes im Ausland findet nur Absatz 2 Anwendung (vgl. Nummer 38.2.1 f.). Ein gewöhnlicher Aufenthalt im Bundesgebiet wird beendet, wenn der Lebensmittelpunkt dauerhaft ins Ausland verlegt wird.
38.0	Allgemeines		
38.0.1	§ 38 ist ein Auffangtatbestand, wonach ehemaligen Deutschen (vgl. Nummer 2.1.1) unter erleichterten Voraussetzungen ein Aufenthaltstitel erteilt werden kann. Ein Aufenthaltstitel kann auch nach den allgemeinen Vorschriften des Aufenthaltsgesetzes erteilt werden.	38.1.5	Bei der Berechnung der Voraufenthaltszeiten werden nur zusammenhängende Zeiten angerechnet, in denen der Antragsteller seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Bundesgebiet hatte.

	Ob der Antragsteller mit Wohnsitz in Deutschland gemeldet war, ist für die Bestimmung des gewöhnlichen Aufenthaltes rechtlich nicht maßgeblich, kann aber als Indiz hierfür gewertet werden. Unerheblich sind nur vorübergehende Unterbrechungen des Aufenthaltes; diese sind in die Zeit des gewöhnlichen Aufenthaltes in Deutschland einzubeziehen.		Hinsichtlich der Aufnahme oder Ausübung einer Erwerbstätigkeit während des Rechtsmittelverfahrens findet § 84 Absatz 2 Satz 2 Anwendung.
		38.2	Aufenthaltstitel bei gewöhnlichem Aufenthalt im Ausland
38.1.6	Die Beibehaltung des gewöhnlichen Aufenthaltes in Deutschland ist bei Unterbrechungen des Aufenthaltes für einen Zeitraum von bis zu sechs Monaten zu unterstellen; das Gleiche gilt bei einem längeren Zeitraum, wenn der ehemalige deutsche Staatsangehörige zur Ableistung der gesetzlichen Wehrpflicht eines anderen Staates das Bundesgebiet verlassen hatte und innerhalb von drei Monaten nach Entlassung aus dem Wehr- oder Ersatzdienst wieder einreist (vgl. § 12b Absatz 1 StAG).	38.2.0	Die Regelung soll insbesondere ehemaligen Deutschen, die aus beruflichen oder familiären Gründen ins Ausland gegangen sind und wieder in Deutschland leben möchten, die Rückkehr ins Bundesgebiet und eine spätere Wiedereinbürgerung erleichtern. Ehemaligen Deutschen, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt ins Bundesgebiet verlegen möchten, ist deshalb i. d. R. zu empfehlen, zunächst eine Aufenthaltserlaubnis zu beantragen.
38.1.7	Als Deutscher hatte der Antragsteller seinen Aufenthalt im Bundesgebiet, solange er während des Aufenthaltes die deutsche Staatsangehörigkeit oder zuvor den Status eines Deutschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit besaß (Artikel 116 Absatz 1 GG).	38.2.1	Absatz 2 betrifft nur ehemalige Deutsche, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland haben. Hatte der Ausländer bei Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Bundesgebiet, findet Absatz 1 Anwendung. Bei späterer Verlegung des Wohnsitzes ins Ausland ist allerdings die Anwendung des Absatzes 2 nicht ausgeschlossen.
38.1.8	Satz 1 Nummer 1 ermöglicht einem ehemaligen deutschen Staatsangehörigen den Erwerb einer Niederlassungserlaubnis abweichend von den allgemeinen Voraussetzungen des § 9 Absatz 2.	38.2.2	Hatte der Ausländer bei Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit den gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland und hat er bei der Antragstellung seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Inland, finden weder Absatz 1 noch Absatz 2 Anwendung. Allerdings ist anzunehmen, dass der gewöhnliche Aufenthalt im Ausland fortbesteht, solange eine dauerhafte aufenthaltsrechtliche Position des Ausländers im Inland noch nicht gesichert ist. Absatz 2 kann daher weiterhin angewendet werden, wenn kurz nach der Einreise nach Deutschland, etwa bei der Anmeldung bei der Meldebehörde, festgestellt wird, dass ein Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit eingetreten ist. Geht der Ausländer bei der Verlegung seines Wohnsitzes zunächst davon aus, dass er Deutscher ist, ist zu prüfen, ob ein Fall des Absatzes 5 vorliegt.
38.1.9	Die Frist nach Satz 2 beginnt, wenn der Antragsteller von der Rechtsfolge des Verlustes der deutschen Staatsangehörigkeit Kenntnis erlangt, nicht aber bereits mit der Erlangung der Kenntnis von den tatsächlichen Umständen, die zu diesem Verlust führten. Zudem setzt erst die hinreichend sichere Kenntnis von dem Verlust der Staatsangehörigkeit die Frist in Gang. Erforderlich ist i. d. R. die Kenntnisnahme einer verbindlichen Äußerung einer zuständigen Behörde, etwa einer Staatsangehörigkeitsbehörde. Nicht ausreichend für die Kenntnis ist die Äußerung der Behörde von einer Vermutung oder einem Verdacht, sofern sich nicht dem Ausländer daraufhin aufdrängen musste, dass er die deutsche Staatsangehörigkeit verloren hat. Geringere Anforderungen an den Beweis der Kenntnisnahme können gestellt werden, wenn der Ausländer rechtskundig oder rechtlich beraten war.	38.2.3	Frühere deutsche Staatsangehörige, denen zwischen dem 30. Januar 1933 und dem 8. Mai 1945 die Staatsangehörigkeit aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen entzogen worden ist, sind darauf hinzuweisen, dass nach Artikel 116 Absatz 2 die deutsche Staatsangehörigkeit durch Wiedereinbürgerung auf Antrag oder durch Wohnsitznahme in Deutschland wiederhergestellt werden kann. Bei Personen, welche die ehemalige Deutsche Demokratische Republik als eigene Staatsbürger in Anspruch genommen hatte, ist vorrangig zu prüfen, ob die deutsche Staatsangehörigkeit fortbesteht. Zu beachten ist, dass nach § 24 StAG eine Entlassung aus der deutschen Staatsangehörigkeit als nicht erfolgt gilt, wenn der Entlassene die ihm zugesicherte ausländische Staatsangehörigkeit nicht innerhalb eines Jahres nach der Aushängung der Entlassungsurkunde erworben hat. Erscheint es möglich, dass dieser Sachver-
38.1.10	Wird der Antrag innerhalb der Sechsmonatsfrist gestellt, gilt der Aufenthalt seit dem Eintritt des Verlustes der deutschen Staatsangehörigkeit bis zur Entscheidung der Ausländerbehörde als erlaubt (§ 38 Absatz 1 Satz 3 i. V. m. § 81 Absatz 3 Satz 1). Die Sechsmonatsfrist ist vom Gesetzgeber als materielle Ausschlussfrist angelegt. Der Verweis auf § 81 Absatz 3 kann sich nicht auf den dortigen Satz 2 beziehen, da es keine Fallgestaltungen gibt, in denen der Antrag zulässig verspätet gestellt wird und die Rechtsfolgen von § 81 Absatz 3 Satz 2 auslöst.		

	halt gegeben ist, ist vorrangig zu prüfen, ob der Antragsteller deutscher Staatsangehöriger ist. Bei einem späteren Erwerb der ausländischen Staatsangehörigkeit kann der Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit nach § 25 Absatz 1 StAG eingetreten sein.		tikel 6, 7 ARB 1/80 erhalten. Im Hinblick auf eine verfassungskonforme Ausgestaltung des Optionsverfahrens sollen sie als besondere Fälle i. S. v. § 38 Absatz 3 behandelt werden. Bei der Ausübung des Ermessens kann aber zu Lasten des Betroffenen z. B. berücksichtigt werden, dass er schwere Straftaten begangen hat.
38.2.4	Vorbehaltlich des Absatzes 3 finden die Allgemeinen Erteilungsvoraussetzungen nach § 5 Absatz 1 und 2 sowie die Versagungsgründe nach § 5 Absatz 4 und § 11 Anwendung.	38.3.4	Aufgrund ihres oftmals langjährigen Aufenthalts als deutsche Staatsangehörige kommen als besondere Fälle weiterhin Personen in Betracht, die unverschuldet ohne Kenntnis der gesetzlich vorgesehenen Folgen (insbesondere in engem zeitlichen Zusammenhang zum Inkrafttreten der Regelung des § 25 StAG am 1. Januar 2000) die deutsche Staatsangehörigkeit durch Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit verloren haben. Von § 5 Absatz 1 Nummer 1 kann beispielsweise bereits dann abgewichen werden, wenn der Betroffene die fehlende Sicherung des Lebensunterhalts nicht zu vertreten hat. Im Rahmen der Anwendung von § 5 Absatz 1 Nummer 2 sollte berücksichtigt werden, ob der Betroffene – ohne Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit – besonderen Ausweisungsschutz nach § 56 genossen hätte oder es sich um Ausweisungsgründe handelt, die eine Einbürgerung nach §§ 10, 12a StAG nicht verhindern.
38.2.5	Hinsichtlich des Merkmals der ausreichenden Kenntnisse der deutschen Sprache wird auf Nummer 9.2.1.7 und 44a.1.2.2 verwiesen.		
38.2.6	Bei der Ermessensausübung sind u. a. die Umstände, die zum Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit geführt haben, das Lebensalter, der Gesundheitszustand, die Lebensumstände des Antragstellers im Ausland sowie die Sicherung seines Lebensunterhaltes und ggf. die Erwerbsaussichten in Deutschland angemessen zu berücksichtigen.		
38.2.7	Im Wege des Ermessens ist auch zu berücksichtigen, ob der Antragsteller fortbestehende Bindungen an Deutschland glaubhaft machen kann.		
38.2.8	Berücksichtigungsfähig ist ferner, wenn der Antragsteller, insbesondere im Zusammenhang mit nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen oder mit Kriegsfolgen veranlasst war, eine andere Staatsangehörigkeit zu erwerben.	38.3.5	Weitere Beispiele für besondere Fälle: <ul style="list-style-type: none">– Antragsteller, die im Zusammenhang mit nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen oder mit Kriegsfolgen eine andere Staatsangehörigkeit erworben haben,– Antragsteller, bei denen absehbar ist, dass die zum Entscheidungszeitpunkt noch nicht vorgegebene Sicherung des Lebensunterhalts voraussichtlich bald erreicht werden kann (auf Grund der vorausgegangenen Tätigkeit, des Zeitraums der Erwerbstätigkeit, den Gründen für die Aufgabe der Erwerbstätigkeit etc.).
38.3	Abweichungen von Regelerteilungsvoraussetzungen in besonderen Fällen		
38.3.1	Nach Absatz 3 kann von den allgemeinen Erteilungsvoraussetzungen nach § 5 in besonderen Fällen nach Ermessen abgewichen werden. Die Voraussetzungen des § 38 Absatz 1 oder 2 müssen vorliegen. Der Nachweis einer besonderen Härte ist nicht erforderlich.		
38.3.2	Bei entsprechenden Entscheidungen ist neben dem Schutzzweck der jeweiligen Erteilungsvoraussetzung insbesondere der Regelungszweck von § 38 zu berücksichtigen, ehemaligen deutschen Staatsangehörigen einen gesicherten Aufenthaltsstatus im Bundesgebiet zu eröffnen. Bei einem mehrjährigen Inlandsaufenthalt als Deutscher und/oder als Ausländer ist ein besonderer Fall daher insbesondere dann gegeben, wenn an das Fehlen der entsprechenden allgemeinen Erteilungsvoraussetzung bei einem Ausländer (ohne zwischenzeitlichen Erwerb und Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit) keine aufenthaltsrechtlichen Folgen (mehr) geknüpft werden könnten.	38.3.6	Ein Verstoß gegen § 5 Absatz 2 Nummer 1 kann nicht angenommen werden, wenn der Ausländer zum Zeitpunkt des Verlusts der deutschen Staatsangehörigkeit seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland hatte und es bis zur Antragstellung nicht verlassen hat. In diesen Fällen ist nach § 5 Absatz 2 Satz 2 regelmäßig vom Erfordernis der Ausreise zur Visumbeschaffung abzusehen.
		38.3.7	Von der Anwendung des § 5 Absatz 4 Satz 1 ist nur unter den Voraussetzungen des § 5 Absatz 4 Satz 2 abzusehen.
		38.4	Ausübung einer Erwerbstätigkeit
38.3.3	Ein besonderer Fall liegt auch vor bei ehemaligen deutschen Staatsangehörigen, die die deutsche Staatsangehörigkeit kraft Gesetzes nach § 29 StAG im Rahmen des Optionsverfahrens verloren haben und keinen Aufenthaltstitel nach den allgemeinen Vorschriften, insbesondere § 9 oder § 4 Absatz 5 i. V. m. Artikel 6, 7 ARB 1/80 erhalten. Im Hinblick auf eine verfassungskonforme Ausgestaltung des Optionsverfahrens sollen sie als besondere Fälle i. S. v. § 38 Absatz 3 behandelt werden. Bei der Ausübung des Ermessens kann aber zu Lasten des Betroffenen z. B. berücksichtigt werden, dass er schwere Straftaten begangen hat.		Neben der Niederlassungserlaubnis nach Absatz 1 Nummer 1 berechtigt jede Aufenthaltserlaubnis nach Absatz 1 Nummer 2 bzw. Absatz 2 kraft Gesetzes zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit. Dies gilt bereits während der Antragsfrist nach Absatz 1 Satz 2 und im Fall der Antragstellung bis zur Entscheidung. In die Aufenthaltserlaubnis und auch in die Beschei-

nigung, die aufgrund der Regelung des § 38 Absatz 4 Satz 2 für die Zeit der Antragsfrist bzw. bis zur Entscheidung der Ausländerbehörde auszustellen ist, ist folgende Nebenbestimmung aufzunehmen:

„Erwerbstätigkeit gestattet“.

38.5 Entsprechende Anwendung bei irrtümlicher Behandlung als Deutscher

38.5.0 Die Vorschrift erfasst Fälle, in denen durch deutsche Stellen dadurch ein Vertrauenstatbestand geschaffen wurde, dass diese irrtümlich angenommen hatten, der Ausländer sei Deutscher. In diesen Fällen ist allerdings vorrangig zu prüfen, ob ein Erwerb der Staatsangehörigkeit, ggf. auch als Abkömmling eines langjährig irrtümlich als Deutschen Behandelten, nach § 3 Absatz 2 StAG erfolgt ist.

38.5.1 Eine Person wurde von deutschen Stellen irrtümlich als Deutscher behandelt, wenn diese durch Verwaltungshandeln – nicht notwendig in Form eines Verwaltungsaktes – zum Ausdruck gebracht haben, dass sie davon ausgehen, der Betreffende sei Deutscher i.S.d. Artikels 116 Absatz 1 GG. Dabei muss eine Prüfung der Staatsangehörigkeit, wenn auch nur in summarischer Form, vorgenommen worden sein. Nicht erforderlich ist, dass ein Versagen oder sogar ein Verschulden der maßgeblichen Behörde festgestellt werden kann.

38.5.2 Ob es sich bei den deutschen Stellen um eine kommunale, eine Landes- oder eine Bundesbehörde handelt, ist unerheblich. Ebenso ist nicht erforderlich, dass die deutschen Stellen zur Feststellung der Staatsangehörigkeit befugt sind.

38.5.3 Nicht hinreichend ist hingegen eine rein formularmäßige Übernahme der Angabe, der Betroffene sei Deutscher, die mit keiner auch nur summarischen Prüfung verbunden ist. Insbesondere ist es nicht ausreichend, als Deutscher durch Sozialversicherungsträger oder andere Behörden erfasst zu werden, die ohne Prüfung der Staatsangehörigkeitsverhältnisse – etwa durch Vorlage eines Ausweises – erfolgt ist. Dasselbe gilt, wenn die Staatsangehörigkeit lediglich mündlich angegeben, entgegengenommen und dann in Schriftstücke aufgenommen wird.

38.5.4 Nicht ausreichend ist des Weiteren, dass eine einzelne Behörde irrtümlich davon ausgegangen ist, der Betreffende sei Deutscher, wenn nicht feststellbar ist, dass deutsche Stellen den Betreffenden als solchen behandelt haben. Insbesondere liegt ein Fall nach Absatz 5 daher nicht vor, wenn eine einzelne Behörde (etwa bei der Bewilligung von Sozialleistungen) irrtümlich davon ausging, der Betroffene sei Deutscher.

38.5.5 Wenn eine Stelle, zu deren Kernaufgaben die Prüfung zählt, ob jemand Deutscher ist, dies

nach – auch nur summarischer – Prüfung bejaht oder sogar mit öffentlichem Glauben beurkundet, ist davon auszugehen, dass allgemein deutsche Stellen den Betroffenen als Deutschen behandelt haben. Dies gilt insbesondere für das Handeln

38.5.5.1 – der Staatsangehörigkeitsbehörden,

38.5.5.2 – der Pass- und Personalausweisbehörden,

38.5.5.3 – der Auslandsvertretungen im sonstigen konsularischen Aufgabenbereich,

38.5.5.4 – der Meldebehörden,

38.5.5.5 – der Personenstandsbehörden, insbesondere im Zusammenhang mit der Beurkundung von Personenstandsfällen,

38.5.5.6 – bei der Ernennung von Beamten, sofern diese Ernennung auf der Annahme beruhte, der Ernannte sei Deutscher und

38.5.5.7 – bei Berufszulassungen, sofern für sie erheblich ist, dass der Betreffende Deutscher ist, und die Zulassung auf dieser Annahme beruhte.

In diesem Zusammenhang ist eine spätere Rücknahme oder ein späterer Widerruf eines Verwaltungsaktes unerheblich, wenn dieser nicht zeitnah oder nicht deshalb erfolgte, weil der Betroffene kein Deutscher war.

38.5.6 Der Vertrauensschutz entsteht nicht, wenn es der Ausländer zu vertreten hat, dass er irrtümlich als Deutscher behandelt wurde. Die bloße Veranlassung genügt nicht für den Ausschluss. Hinsichtlich des Sorgfaltsmaßstabes ist auf das Urteilsvermögen einer durchschnittlichen Person in der Situation des Betroffenen abzustellen. Kenntnisse des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts sind i. d. R. nicht zu erwarten, zumal ein Betroffener grundsätzlich auf die Richtigkeit von Verwaltungshandeln vertrauen darf.

38.5.7 Der Ausländer hat seine fehlerhafte Behandlung als Deutscher insbesondere dann zu vertreten, wenn sie geschehen ist, weil er

38.5.7.1 – bewusst wahrheitswidrig angegeben hat, er sei Deutscher,

38.5.7.2 – Urkunden vorgelegt hat, die nach seiner Kenntnis oder leicht erkennbar gefälscht oder verfälscht sind,

38.5.7.3 – auf die – ggf. auch formularmäßig gestellte – Frage, ob

38.5.7.3.1 – er aus der deutschen Staatsangehörigkeit entlassen worden ist (§§ 18 bis 24 StAG),

38.5.7.3.2 – er ohne eine Beibehaltungsgenehmigung eine andere Staatsangehörigkeit erworben hat (§ 25 Absatz 1 und 2 StAG, Artikel 1 des am 21. Dezember 2002 für Deutschland außer Kraft getretenen Übereinkommens vom 6. Mai 1963 über die Verringerung der Mehrstaatigkeit und über die Wehrpflicht

	von Mehrstaaten [BGBl. 1969 II S. 1953, 1956]),	38a.0.3	Im Gegensatz zur Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG richtet sich die Aufenthaltserlaubnis nach § 38a weitgehend nach den allgemeinen Bestimmungen. Es gibt keine besondere Erlöschenregelung (beachte jedoch die besonderen Konsultations- und Mitteilungspflichten nach § 91c Absatz 2 i. V. m. § 51 Absatz 8 und § 91c Absatz 3; vgl. Nummer 91c.2 und 91c.3). Für den Widerruf gelten die allgemeinen Widerrufsgründe nach § 52 Absatz 1 sowie die Sonderregelung nach § 52 Absatz 6 (Regelverpflichtung zum Widerruf).
38.5.7.3.3	– er auf die deutsche Staatsangehörigkeit verzichtet habe (§ 26 StAG),		
38.5.7.3.4	– er durch einen Ausländer als Kind angenommen wurde (§ 27 StAG),		
38.5.7.3.5	– er in die Streitkräfte oder einen vergleichbaren bewaffneten Verband eines ausländischen Staates eingetreten sei (§ 28 StAG) und ob hierfür eine Genehmigung des Bundesministeriums der Verteidigung oder der von ihm bezeichneten Stelle vorlag,	38a.0.4	Da der aufenthaltsrechtliche Status eines Ausländers eindeutig definiert sein muss, ist eine parallele Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 38a und einer Aufenthaltserlaubnis zu anderen Aufenthaltswegen (z. B. Familiennachzug) ausgeschlossen, selbst wenn der Ausländer die Voraussetzungen beider Aufenthaltstitel erfüllt. Ob die Aufenthaltserlaubnis nach § 38a oder ein anderer Aufenthaltstitel eine weitergehende Rechtsposition einräumt, ist auf der Grundlage der Einzelfallumstände (z. B. Ausübung einer Erwerbstätigkeit) zu beurteilen.
38.5.7.3.6	– er eine Erklärung nach § 29 StAG abgegeben habe oder	38a.0.5	Hinsichtlich des Verwaltungsverfahrens sind folgende Besonderheiten zu beachten:
38.5.7.3.7	– er als Vertriebener, Aussiedler oder Spätaussiedler oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling nach Aufnahme in Deutschland ohne vorherige Einbürgerung als Deutscher ohne deutsche Staatsangehörigkeit i. S. d. Artikels 116 Absatz 1 GG vor dem 1. August 1999 seinen dauernden Aufenthalt in einem Aussiedlungsgebiet (vgl. § 1 Absatz 2 Nummer 3 BVFG) genommen hat (§ 7 StAngRegG a. F.),	38a.0.5.1	Bei Erteilung und Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis ist die Bearbeitungsfrist von grundsätzlich vier Monaten nach Artikel 19 Absatz 1 Daueraufenthalt-Richtlinie zu beachten.
	eine bewusst falsche oder unvollständige Angabe gemacht hat,	38a.0.5.2	Bei Erteilung und Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis ist die Mitteilungspflicht nach § 91c Absatz 1 und die damit verbundene Zentralstellenfunktion des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge als nationale Kontaktstelle zu berücksichtigen.
38.5.7.4	– er sonst an einem Verwaltungsverfahren, in dem geprüft werden sollte, ob er Deutscher ist, nicht ordnungsgemäß mitgewirkt hat und ihm dies vorzuwerfen ist.	38a.0.5.3	Beim Erlöschen der Aufenthaltserlaubnis, die nach den allgemeinen Voraussetzungen des § 51 Absatz 1 erfolgt, müssen die Konsultations- und Mitteilungspflichten nach § 91c Absatz 2 i. V. m. § 51 Absatz 8 und 91c Absatz 3 beachtet werden.
38a	Zu § 38a – Aufenthaltserlaubnis für in anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union langfristig Aufenthaltsberechtigte	38a.0.5.4	Die Erteilung eines nationalen Visums nach § 38a für die Einreise in die Bundesrepublik Deutschland ist unter den Voraussetzungen des § 39 Nummer 6 AufenthV entbehrlich. Bei visumfreier Einreise darf der Daueraufenthaltsberechtigte jedoch nicht unmittelbar eine Erwerbstätigkeit aufnehmen. Wegen des Ausdrücklichkeitserfordernisses nach § 4 Absatz 3 Satz 1 und 2 ist hierfür zunächst die Ausstellung der Aufenthaltserlaubnis nach § 38a erforderlich.
38a.0	Allgemeines	38a.0.5.5	Familienangehörige von langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen i. S. d. § 38a haben einen abgeleiteten Anspruch auf Familiennachzug unter den Voraussetzungen der § 30 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 Buchstabe f) und § 32 Absatz 2a. Für den Nachzug des Ehegatten sind einfache Deutschkenntnisse
38a.0.1	§ 38a regelt das Aufenthaltsrecht für langfristig aufenthaltsberechtigte Drittstaatsangehörige anderer Mitgliedstaaten in Deutschland und setzt damit die Mobilitätsregelungen des Kapitels III der Richtlinie 2003/109/EG des Rates vom 25. November 2003 betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen (ABl. EU 2004 Nummer L 16 S. 44, so genannte Daueraufenthalt-Richtlinie) um. Es handelt sich damit um Fälle der so genannten Weiterwanderung nach Deutschland von langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen mit einer Rechtsstellung i. S. d. § 2 Absatz 7.		
38a.0.2	Während in § 38a Absatz 1 Erteilungsvoraussetzungen enthalten sind, wird der persönliche Anwendungsbereich durch den Ausschlussstatbestand in § 38a Absatz 2 begrenzt. Die Regelung zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit, Ausbildung und eines Studiums in § 38a Absatz 3 und 4 verdeutlicht, dass es sich um einen Sondertatbestand handelt, der anderen Erteilungstatbeständen (z. B. §§ 16, 17) vorgeht.		

keine Voraussetzung (§ 30 Absatz 1 Satz 2 Nummer 3).

38a.0.5.6 Nach § 77 Absatz 1 Satz 3 ist einem Verwaltungsakt, mit dem eine Aufenthaltserlaubnis, eine Niederlassungserlaubnis oder eine Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG versagt wird, eine Rechtsbehelfsbelehrung beizufügen (vgl. Nummer 77.1.4.2).

38a.1 Erteilungsvoraussetzungen

38a.1.1.1 § 38a findet nur Anwendung auf Drittstaatsangehörige, denen in einem anderen Mitgliedstaat die Rechtsstellung eines langfristig Aufenthaltsberechtigten verliehen wurde. In Umsetzung von Artikel 8 Absatz 3 Daueraufenthalt-Richtlinie müssen die nationalen Aufenthaltstitel grundsätzlich die Bezeichnung „Daueraufenthalt-EG“ in ihren jeweiligen Amtssprachen enthalten. Damit wird gewährleistet, dass die Behörden des zweiten Mitgliedstaates die besondere Rechtsstellung des Ausländers erkennen können; zum anderweitigen Nachweis der Rechtsstellung als langfristig Aufenthaltsberechtigter siehe Nummer 2.7.4. Es wird auf die nachfolgend abgebildete Sprachenliste verwiesen, in der die Bezeichnungen der Europäischen Rechtsstellung „Daueraufenthalt-EG“ in den Amtssprachen der Europäischen Union aufgeführt sind.

Sprache	Länder- abkürzung	Nationaler Aufenthaltstitel zur Umsetzung des Daueraufenthalt-EG
bulgarisch	BG	„дългосрочно пребиваващ в ЕО“
dänisch	DK*	„Fastboende udlænding – EF“
deutsch	DE, AT, BE	„Daueraufenthalt – EG“
englisch	UK*, IE*	„long-term resident – EC“
estnisch	EE	„pikaajaline elanik – EL“
finnisch	FI	„pitkään oleskeleen kolmannen maan kansalaisen EY-oleskelulupa“
französisch	FR, BE, LU	„résident de longue durée – CE“
griechisch	EL, CY	„π μακρυν διαμνν – “
italienisch	IT	„soggiornante di lungo periodo – CE“
lettisch	LV	„pastvgais iedzvojts – EK“
litauisch	LT	„ilgalaikis gyventojas – EB“
maltesisch	MT	„residenti gat-tul – KE“
niederländisch	NL, BE	„EG-langdurig ingezetene“
polnisch	PL	„rezydent długoterminowy – WE“

Sprache	Länder- abkürzung	Nationaler Aufenthaltstitel zur Umsetzung des Daueraufenthalt-EG
portugiesisch	PT	„residente CE de longa duração“
rumänisch	RO	„rezident pe termen lung – CE“
schwedisch	SE	„varaktigt bosatt inom EG“
slowakisch	SK	„osoba s dlhodobm pobytom – ES“
slowenisch	SI	„rezident za daljši as – ES“
spanisch	ES	„Residente de larga duración – CE“
tschechisch	CZ	„povolní k pobytu pro dlouhodob pobvajícího rezidenta – ES“
ungarisch	HU	„huzamos tartózkodási engedéllyel rendelkező – EK“

* Der Aufenthaltstitel „Daueraufenthalt-EG“ i. S. d. Daueraufenthalt-Richtlinie kann nicht erworben werden, weil die Richtlinie keine Anwendung findet.

38a.1.1.2 Auf andere unbefristete Aufenthaltstitel anderer EU-Mitgliedstaaten findet § 38a keine Anwendung.

38a.1.1.3 Im Vereinigten Königreich, Irland und Dänemark findet die Daueraufenthalt-Richtlinie keine Anwendung. Drittstaatsangehörige mit langfristigen britischen, irischen oder dänischen Aufenthaltstiteln können keine Aufenthaltsansprüche nach der Daueraufenthalt-Richtlinie in Deutschland und den übrigen EU-Mitgliedstaaten geltend machen, da die vorgenannten drei Staaten den zugrunde liegenden Aufenthaltstitel „Daueraufenthalt-EG“ nicht ausstellen.

38a.1.2 Eine Aufenthaltserlaubnis wird darüber hinaus nur dann erteilt, wenn der in einem anderen Mitgliedstaat Daueraufenthaltsberechtigte sich länger als drei Monate im Bundesgebiet aufhalten will. Für Kurzaufenthalte unter drei Monaten kommt ein Schengen-Visum nach § 6 Absatz 1 Nummer 2 in Betracht, sofern nicht Artikel 21 SDÜ Anwendung findet.

38a.1.3 Daneben gelten die allgemeinen Erteilungsvoraussetzungen. Daueraufenthaltsberechtigte müssen nach § 38a i. V. m. §§ 3 und 5 bei Antragstellung insbesondere folgende Nachweise zum Aufenthaltsanspruch vorlegen, um der zuständigen Ausländerbehörde die Prüfung und Entscheidung zu ermöglichen:

38a.1.3.1 – Nachweis des Aufenthaltstitels „Daueraufenthalt-EG“ des ersten EU-Mitgliedstaats,

38a.1.3.2 – gültiges und von deutschen Behörden anerkanntes Reisedokument (Pass oder Passersatz),

38a.1.3.3	– Nachweis über die Sicherung des Lebensunterhalts, der ohne Inanspruchnahme deutscher Sozialhilfeleistungen für den eigenen Lebensunterhalt und den der Familienangehörigen ausreicht (§ 5 Absatz 1 Nummer 1 i. V. m. § 2 Absatz 3, § 9c findet keine Anwendung),		
38a.1.3.4	– Nachweis einer Krankenversicherung, die in Deutschland sämtliche Risiken abdeckt (siehe auch Nummer 2.3.5),		
38a.1.3.5	– ggf. Nachweise zur konkret geplanten Beschäftigung bzw. zur Finanzierung der selbstständigen Tätigkeit und behördlicher Erlaubnisse bei erwerbsbezogenen Aufenthalten gemäß §§ 18 bis 21,		
38a.1.3.6	– ggf. Nachweise zur Studieneinschreibung etc. bei geplanten ausbildungsbezogenen Aufenthalten gemäß §§ 16, 17.		
38a.1.4	Die Beschränkung nach § 8 Absatz 2 ist ausgeschlossen.	38a.4	Höchstdauer einer Nebenbestimmung nach § 38a Absatz 4
38a.2	Ausschlussgründe In Umsetzung von Artikel 14 Absatz 5 der Daueraufenthalt-Richtlinie enthält § 38a Absatz 2 den Ausschluss bestimmter Gruppen von Ausländern aus dem Anwendungsbereich dieser Regelung. Ausgeschlossen sind Ausländer, die	38a.4.0	§ 38a Absatz 4 ergänzt die in Absatz 3 enthaltenen Regelungen zum Zugang zur Erwerbstätigkeit. Die Regelung betrifft die Nebenbestimmung zur Erwerbstätigkeit, die von der Ausländerbehörde im Aufenthaltstitel eingetragen wird. Dabei wird mit Absatz 4 Artikel 21 Absatz 2, Unterabsatz 2 Daueraufenthalt-Richtlinie umgesetzt.
38a.2.1	– von einem Dienstleistungserbringer im Rahmen einer grenzüberschreitenden Dienstleistungserbringung entsandt werden,	38a.4.1	§ 38a Absatz 4 Satz 1 begrenzt die in § 39 Absatz 4 vorgesehene Möglichkeit auf zwölf Monate, die Aufenthaltserlaubnis mit einer beschränkenden Nebenbestimmung in Bezug auf die Dauer, die berufliche Tätigkeit, auf bestimmte Betriebe oder Bezirke zu verbinden.
38a.2.2	– sonst grenzüberschreitende Dienstleistungen erbringen wollen oder	38a.4.2	Nach Ablauf der Zwölfmonatsfrist muss kein neuer Aufenthaltstitel erteilt werden, sofern in der betreffenden Nebenbestimmung zur Aufenthaltserlaubnis von vornherein festgelegt wurde, dass die Beschränkung nur zwölf Monate lang Anwendung findet.
38a.2.3	– sich zur Ausübung einer Beschäftigung als Saisonarbeitnehmer im Bundesgebiet aufhalten oder im Bundesgebiet eine Tätigkeit als Grenzarbeitnehmer aufnehmen wollen.	39	Zu § 39 – Zustimmung zur Ausländerbeschäftigung
38a.3	Zusätzliche Voraussetzungen für besondere Aufenthaltsw Zwecke	39.0	Allgemeines Die Vorschrift regelt die Voraussetzungen für die Erteilung von Zustimmungen für die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer durch die Bundesagentur für Arbeit mit den in § 18 Absatz 1 festgelegten Zielen, die Zulassung ausländischer Arbeitnehmer unter Berücksichtigung der am Arbeitsmarkt bestehenden Bedarfe und einer wirksamen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gerecht zu steuern.
38a.3.1	Die Aufenthaltserlaubnis nach § 38a berechtigt nur nach den Voraussetzungen der §§ 18 Absatz 2, 19, 20 und 21 zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit. Für die Erteilung eines Aufenthaltstitels zur Beschäftigung ist eine Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit nach § 39 Absatz 2 erforderlich.	39.1	Zustimmungsbedürftigkeit des Aufenthaltstitels
38a.3.2	Die Aufenthaltserlaubnis nach § 38a berechtigt unter entsprechender Anwendung der §§ 16 und 17 zur Aufnahme eines Studiums oder einer Ausbildung. Dabei richten sich die aufenthaltsrechtlichen Voraussetzungen nach § 38a, die studien- und ausbildungsspezifischen Voraussetzungen nach §§ 16 und 17.	39.1.0	§ 39 Absatz 1 bestätigt den Grundsatz, dass einem Ausländer ein Aufenthaltstitel für eine Beschäftigung im Bundesgebiet nur mit Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit erteilt werden kann. Satz 2 bestimmt, dass die Zustimmung zur Ausübung einer Beschäftigung nur nach Maßgabe gesetzlicher Bestimmungen, auf Grund zwischenstaatlicher Vereinbarungen oder nach Maßgabe einer Rechtsverordnung durch die Bundesagentur für Arbeit erteilt werden kann. Maßgebliche Rechtsverordnung in diesem Sinn ist die BeschV (Nummer 42.1).
38a.3.3	Eine Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit ist für Aufenthalte zum Zwecke der betrieblichen Ausbildung nach § 17 gemäß § 38a Absatz 3 Satz 3 auf Grund der Beschränkungen der Daueraufenthalt-Richtlinie nicht erforderlich: Die Absolvierung einer Berufsausbildung ist in Artikel 14 Absatz 2 Buchstabe b) Daueraufenthalt-Richtlinie geregelt. Eine Arbeitsmarktprüfung ist nach Artikel 14 Absatz 3, Unterabsatz 1 Daueraufenthalt-Richtlinie jedoch nur für Fälle des Artikels 14 Absatz 2 Buchstabe a) (Erwerbstätigkeit) vorgesehen, nicht aber für Fälle des Artikels 14 Absatz 2 Buchstabe b) der Daueraufenthalt-Richtlinie.		

39.1.1	Die Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit wird durch die Ausländerbehörde eingeholt. Für die Zustimmung zur Beschäftigung ist i. d. R. die örtliche Agentur für Arbeit zuständig, in deren Bereich die Beschäftigung ausgeübt werden soll. Für verschiedene Beschäftigungen hat die Bundesagentur für Arbeit bestimmte Dienststellen zentral mit der Aufgabe der Erteilung der Zustimmung beauftragt. Diese besonderen Zuständigkeiten ergeben sich aus den Durchführungsanweisungen der Bundesagentur für Arbeit, sie betreffen Künstler, Artisten und deren Hilfspersonal (§ 23 Nummer 1 BeschV), ausländische Zirkusartisten (§ 23 Nummer 2 BeschV), Personen im internationalen Personalaustausch (§ 31 BeschV), Gastarbeitnehmer (§ 40 BeschV), Fertighausaufsteller (§ 35 BeschV) und Werkvertragsarbeitnehmer (§ 39 BeschV).	39.2	Zustimmungsvoraussetzungen
39.1.2	In Deutschland ansässige Großunternehmen verfügen meist über zentrale Personalabteilungen am Hauptsitz des Unternehmens. Für ausländische Beschäftigte dieser Unternehmen bestehen teilweise gesonderte Absprachen über die örtliche Zuständigkeit der Agentur für Arbeit. In diesen Fällen sind meist die Agenturen für Arbeit am Hauptsitz zuständig, auch wenn das Personal in Unternehmensteilen in anderen Orten beschäftigt wird. Soweit vom Unternehmen auf eine solche gesonderte Zuständigkeit hingewiesen wird, bleiben diese abgesprochenen Zuständigkeiten der Agenturen für Arbeit bestehen.	39.2.0	Absatz 2 benennt die von der Bundesagentur für Arbeit zu prüfenden Voraussetzungen, unter denen die Zustimmung zur Erlaubnis einer Beschäftigung für einen Aufenthaltstitel nach § 18 erteilt werden kann.
39.1.3	Wird die Zustimmung zur Beschäftigung im Rahmen einer Zustimmungsanfrage einer Auslandsvertretung erforderlich, so sind die die Beschäftigung betreffenden Unterlagen an die örtlich zuständige Agentur für Arbeit weiterzuleiten. Diese teilt nach Abschluss ihrer Prüfung das Ergebnis mit. Die sich aus der Zustimmung ergebenden Beschränkungen der Beschäftigung sind der Auslandsvertretung zusammen mit der Zustimmung zur Visumerteilung mitzuteilen. Wird die Zustimmung zur Beschäftigung nicht erteilt, so sind die Versagungsgründe der Auslandsvertretung als Begründung zur Verweigerung der Zustimmung zur Visumerteilung zu übermitteln.	39.2.1.1	Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 Buchstabe a) sieht vor, dass die Auswirkungen der Beschäftigung von Ausländern auf den Arbeitsmarkt, insbesondere hinsichtlich der Beschäftigungsstruktur, Regionen sowie Wirtschaftszweige durch die Bundesagentur für Arbeit im Verfahren der Zustimmungserteilung zu prüfen sind.
39.1.4	Beantragt ein Ausländer, der sich im Inland aufhält und dem nicht bereits kraft Gesetzes die Erwerbstätigkeit erlaubt ist, die Erlaubnis einer Beschäftigung, so leitet die Ausländerbehörde die antragsbegründenden Unterlagen mit bundeseinheitlichem Formblatt an die für den Arbeitsplatz örtlich zuständige Agentur für Arbeit weiter. Erteilt die Agentur für Arbeit die Zustimmung zur Beschäftigung, sind die mit der Zustimmung versehenen Beschränkungen in die Aufenthaltserlaubnis zu übernehmen. Soweit bei der Ausländerbehörde die technischen Voraussetzungen für die Nutzung des online-basierten Zustimmungsverfahrens durch Nutzung des AZR/VISA-online-Portals vorhanden sind, soll die Zustimmungsanfrage online an die Bundesagentur für Arbeit übermittelt werden.	39.2.1.2	Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 Buchstabe b) bestimmt, dass die bundesweite Vermittlung deutscher und ihnen beim Arbeitsmarktzugang rechtlich gleichgestellter ausländischer Arbeitssuchender (z. B. Unionsbürger aus den „alten“ EU-Mitgliedstaaten) auch weiterhin Vorrang vor der Zulassung drittstaatsangehöriger ausländischer Arbeitskräfte zur Beschäftigung hat. Die Staatsangehörigen der neuen EU-Mitgliedstaaten, die nach dem Beitritt zwar Unionsbürger geworden sind, aber denen auf Grund des EU-Beitrittsvertrags noch keine vollständige Arbeitnehmerfreizügigkeit eingeräumt ist, haben ebenfalls Vorrang vor der Zulassung von Drittstaatsangehörigen (siehe auch Nummer 39.6).
		39.2.2	Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 räumt der Bundesagentur für Arbeit die Möglichkeit ein, die Arbeitsmarktprüfung für einzelne Berufsgruppen und Wirtschaftszweige vorwegzunehmen und allgemein festzustellen, dass die Besetzung offener Stellen in diesen Berufsgruppen mit ausländischen Bewerbern arbeitsmarkt- und integrationspolitisch verantwortbar ist. Auch wenn die Bundesagentur für Arbeit solche generelle Regelungen treffen sollte, bleibt eine Zustimmung im Einzelfall erforderlich, da die Agentur für Arbeit noch zu prüfen hat, ob der Ausländer nicht zu ungünstigeren Arbeitsbedingungen als vergleichbare deutsche Arbeitnehmer beschäftigt wird (Absatz 2 Satz 1a. E.).
		39.3	Anwendbarkeit des Zustimmungsverfahrens auf andere Aufenthaltsw Zwecke
			Das Zustimmungsverfahren nach Absatz 2 gilt nach Absatz 3 auch, wenn ein Ausländer zu anderen Zwecken nach Deutschland einreist oder sich zu anderen Zwecken in Deutschland aufhält und eine Beschäftigung nicht bereits kraft Gesetzes erlaubt ist (vgl. Nummer 4.2.3.2 und 4.3.2). Neben den Aufenthaltsw Zwecken der Abschnitte 5, 6 oder 7 betrifft dies auch zustimmungspflichtige Beschäftigungen im Rahmen der §§ 16 oder 17.
		39.4	Beschränkung der Zustimmung
			Absatz 4 regelt, mit welchen Beschränkungen die Zustimmung erteilt werden kann (siehe dazu Nummer 4.2.4).

39.5	Zustimmungsbedürftigkeit der Niederlassungserlaubnis nach § 19		§ 11 BeschVerfV fällt nicht unter den Regelungsbereich des § 40.
	Nach Absatz 5 kann die Bundesagentur für Arbeit der Erteilung einer Niederlassungserlaubnis nach § 19 unter bestimmten Voraussetzungen zustimmen. Der Verordnungsgeber hat von der Ermächtigung nach § 42 Absatz 1 Nummer 1 Gebrauch gemacht und durch § 3 BeschV die Beschäftigung nach § 19 Absatz 2 zustimmungsfrei gestellt. Zur Erteilung einer Niederlassungserlaubnis nach § 19 siehe Nummer 19.1.1.	40.2	Versagt die Arbeitsverwaltung bei Ausländern, die einen Aufenthaltstitel nach den Abschnitten 5, 6 oder 7 haben, die erforderliche Zustimmung, ist in der Aufenthaltserlaubnis die Auflage „Erwerbstätigkeit nicht gestattet“ zu verfügen.
		40.3	Zur Versagung der Zustimmung siehe im Übrigen Nummer 18.2.9.1 ff.
39.6	Sonderregeln über Staatsangehörige der neu beigetretenen EU-Staaten	41	Zu § 41 – Widerruf
	Nach Absatz 6 kann neu einreisenden Staatsangehörigen der neuen EU-Mitgliedstaaten, für die die Arbeitnehmerfreizügigkeit noch nicht uneingeschränkt gilt, jede Beschäftigung im Bundesgebiet, die eine qualifizierte Berufsausbildung voraussetzt, erlaubt werden. Dies erfolgt durch Erteilung der Arbeitserlaubnis-EU durch die Agenturen für Arbeit (vgl. § 284 SGB III). Hinsichtlich der Beschäftigungen, die keine qualifizierte Berufsausbildung voraussetzen, sind für die Staatsangehörigen der zum 1. Mai 2004 und zum 1. Januar 2007 beigetretenen Staaten – soweit sie den Übergangsregelungen unterliegen – ArGV und ASAV weiter anzuwenden, soweit die auf der Grundlage von § 42 erlassenen Verordnungen keine günstigeren Regelungen vorsehen. Für die Erteilung der Arbeitsberechtigung-EU gilt § 12a ArGV. Ob ggf. die Voraussetzungen für eine arbeitsgenehmigungsfreie Beschäftigung vorliegen, ist ebenfalls von den Agenturen für Arbeit zu prüfen. Die Bescheinigung über das Aufenthaltsrecht nach § 5 FreizügG/EU wird für Arbeitnehmer erst nach Erteilung der Arbeitsgenehmigung-EU bzw. Vorlage der Bestätigung, dass es sich um eine arbeitsgenehmigungsfreie Tätigkeit handelt, ausgestellt (siehe auch Nummer 13.2 ff. FreizügG/EU – VwV). Satz 2 regelt den Vorrang der Neuunionsbürger von zum Zweck der Beschäftigung einreisenden drittstaatsangehörigen Ausländern, der von der Bundesagentur für Arbeit bei der Prüfung zur Erteilung der Zustimmung zur Beschäftigung neu einreisender drittstaatsangehöriger Arbeitnehmer zu berücksichtigen ist.	41.1	Die Vorschrift ermächtigt die Arbeitsverwaltung, eine erteilte Zustimmung zur Beschäftigung gegenüber der zuständigen Ausländerbehörde zu widerrufen. Die Zuständigkeit für den Widerruf einer Zustimmung liegt wie bei deren Erteilung ausschließlich bei der Bundesagentur für Arbeit. Grundsätzlich ist die Dienststelle der Bundesagentur für Arbeit für den Widerruf zuständig, die die Zustimmung erteilt hat. Der Widerruf der Zustimmung ist kein eigenständiger Verwaltungsakt, sondern ein verwaltungsinterner Mitwirkungsakt gegenüber der für die Entscheidung über den Aufenthaltstitel zuständigen Ausländerbehörde.
		41.2	Die Bundesagentur für Arbeit ist verpflichtet, den Widerruf der Zustimmung der Ausländerbehörde mitzuteilen. In der Aufenthaltserlaubnis ist die Auflage „Erwerbstätigkeit nicht gestattet“ zu verfügen.
		41.3	Zum Widerruf der Zustimmung siehe im Übrigen Nummer 18.2.9.1 ff.
		41.4	Wird eine Zustimmung zur Beschäftigung widerrufen, die Grundlage für die Erteilung eines Visums oder einer Aufenthaltserlaubnis nach § 18 ist, ist § 52 Absatz 2 Satz 1 zu beachten, in den übrigen Fällen § 52 Absatz 2 Satz 2.
		42	Zu § 42 – Verordnungsermächtigung und Weisungsrecht
		42.0	Allgemeines Die Absätze 1 und 2 dieser Vorschrift ermächtigen das Bundesministerium für Arbeit und Soziales zum Erlass von Verordnungen zur Beschäftigung von Ausländern, die zum Zweck der Beschäftigung einreisen. Absatz 3 enthält ein Weisungsrecht des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales gegenüber der Bundesagentur für Arbeit bei der Durchführung der Regelungen des Ausländerbeschäftigungsrechts.
40	Zu § 40 – Versagungsgründe		
40.1	Die Vorschrift regelt, in welchen Fällen die Zustimmung zur Beschäftigung nach § 39 zu versagen ist (Absatz 1) oder versagt werden kann (Absatz 2). Die Zuständigkeit für die Versagung der Zustimmung zur Beschäftigung liegt ausschließlich bei der Bundesagentur für Arbeit. Die Versagungsgründe werden im Rahmen der Erteilung der Zustimmung nach § 39 Absatz 2 geprüft. Die Versagung der Erlaubnis zur Beschäftigung im Rahmen von	42.1	Verordnungsermächtigung nach Absatz 1 Auf Grund der Ermächtigung in Absatz 1 wurde die BeschV mit Zustimmung des Bun-

desrates erlassen. Die Verordnung regelt, für welche Tätigkeiten Ausländer einen Aufenthaltstitel zur Beschäftigung nach § 18 erhalten können. Näheres zu einzelnen Regelungen der Verordnung, insbesondere auch zu besonderen Zuständigkeiten (Nummer 39.1.1) wird in den Durchführungsanweisungen der Bundesagentur für Arbeit erläutert.

42.2 Verordnungsermächtigung nach Absatz 2

42.2.0 Auf der Ermächtigungsgrundlage von § 42 Absatz 2 wurde die BeschVerfV erlassen. Sie regelt, welche Beschäftigungen von den Ausländern, die sich zu einem anderen Zweck als der Beschäftigung (§§ 17, 18, 19) in Deutschland aufhalten und die nicht schon kraft Gesetzes uneingeschränkt zur Erwerbstätigkeit berechtigt sind, abweichend von dem Grundprinzip des Zustimmungserfordernisses (§ 4 Absatz 2 Satz 3 i. V. m. § 39 Absatz 2 und 3) ohne Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit aufgenommen werden können. Die Verordnung regelt außerdem für alle sich im Bundesgebiet erlaubt aufhaltenden Ausländer, einschließlich der Inhaber von Aufenthaltserlaubnissen zum Zweck der Beschäftigung, in welchen Fällen die Zustimmung zur Beschäftigung unter Verzicht auf die Arbeitsmarktprüfung nach § 39 Absatz 2 erteilt werden kann. In den Fällen der zustimmungspflichtigen Beschäftigungen sehen die Regelungen keine Differenzierung nach Berufen oder Qualifikationen vor. Damit stehen den im Inland erlaubt lebenden Ausländern grundsätzlich alle Beschäftigungen im Rahmen des Zustimmungsverfahrens nach § 39 Absatz 2 vorbehaltlich des Vorrangs von bevorrechtigten Arbeitsuchenden offen. Näheres zu einzelnen Regelungen der Verordnung wird in der Dienstanweisung der Bundesagentur für Arbeit erläutert.

42.2.1 Von besonderer Bedeutung für die ausländerbehördliche Praxis sind die Bestimmungen der §§ 10 und 11 BeschVerfV, die die Zulassung von geduldeten Ausländern (§ 60a) zur Ausübung einer Beschäftigung bzw. deren Versagung regeln.

42.2.1.1 § 10 BeschVerfV regelt die Erteilung der Erlaubnis zur Beschäftigung an Geduldete. Die Regelung ist insbesondere vor dem Hintergrund von § 11 BeschVerfV nicht nur für die Bundesagentur für Arbeit im Zusammenhang mit der Erteilung der Zustimmung, sondern auch für die Ausländerbehörden von Bedeutung, da diese vor einer Zustimmungsanfrage zu prüfen haben, ob Versagungsgründe nach § 11 BeschVerfV vorliegen (siehe dazu auch Nummer 42.2.1.2.1 bis 42.2.1.2.3).

42.2.1.1.1 § 10 Absatz 1 BeschVerfV schreibt eine Wartezeit von einem Jahr vor erstmaliger Erteilung der Zustimmung an einen Geduldeten vor. Der mindestens einjährige Aufenthalt im Bundesgebiet muss ununterbrochen vorliegen. Zeiten des erlaubten Aufenthalts mit einer Aufent-

haltserlaubnis oder Aufenthaltsgestattung vor Erteilung der Duldung werden angerechnet. Erfüllt der geduldete Ausländer nicht die Wartezeit oder liegt ein Versagungskriterium nach § 11 BeschVerfV vor, wird der Antrag des Ausländers, die Beschäftigung zu erlauben, ohne Beteiligung der Agentur für Arbeit abgelehnt. Das Zustimmungsverfahren entspricht dem Verfahren nach § 39 Absatz 3.

42.2.1.1.2 Nach § 10 Absatz 2 BeschVerfV wird Geduldeten in bestimmten Fallgestaltungen die Zustimmung zur Beschäftigung ohne Arbeitsmarktprüfung nach § 39 Absatz 2 erteilt. Dies gilt für Geduldete, die eine betriebliche Berufsausbildung in einem staatlich anerkannten oder vergleichbar geregelten Ausbildungsberuf aufnehmen wollen. Für sie gilt aber ebenfalls die einjährige Wartezeit aus § 10 Absatz 1 BeschVerfV. Hält sich der geduldete Ausländer bereits vier Jahre im Bundesgebiet auf, wird die Zustimmung von der Bundesagentur für Arbeit für eine Beschäftigung als Arbeitnehmer ebenfalls ohne Prüfung nach § 39 Absatz 2 erteilt. Diese Zustimmung für Geduldete, die sich bereits seit vier Jahren ununterbrochen im Bundesgebiet aufgehalten haben, wird wie die Zustimmung nach § 9 BeschVerfV ohne Beschränkungen nach § 13 BeschVerfV erteilt.

42.2.1.2.1 § 11 BeschVerfV sieht die Versagung der Erlaubnis zur Beschäftigung an Geduldete vor, wenn diese sich in das Inland begeben haben, um Leistungen nach dem AsylbLG zu erlangen oder wenn bei diesen Ausländern aus von ihnen zu vertretenden Gründen aufenthaltsbeendende Maßnahmen nicht vollzogen werden können. Zur näheren Bestimmung des Verschuldens wurden die Kriterien des § 25 Absatz 5 Satz 4 übernommen. Die Versagungsgründe von § 25 Absatz 5 Satz 3, 4 unterscheiden sich jedoch in Folgendem von denen nach § 11 BeschVerfV: Die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 5 kommt nicht in Betracht, wenn dem Ausländer eine freiwillige Ausreise möglich ist. Nach § 25 Absatz 5 Satz 3, 4 darf eine Aufenthaltserlaubnis auch dann nicht erteilt werden, wenn aus vom Ausländer zu vertretenden Gründen eine Ausreise nicht möglich ist. Dies gilt sowohl für die zwangsweise Rückführung als auch für die freiwillige Ausreise. Im Gegensatz dazu erfordert der Versagungsgrund nach § 11 BeschVerfV, dass bei dem Ausländer aufenthaltsbeendende Maßnahmen aus von ihm zu vertretenden Gründen nicht vollzogen werden können. Das bedeutet, dass Ausländern, denen zwar die Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 5 wegen eines Versagungsgrundes nach § 25 Absatz 5 Satz 3, 4 nicht erteilt werden kann und die deshalb weiterhin im Besitz einer Duldung sein werden, dennoch die Aufnahme einer Beschäftigung erlaubt werden kann, wenn nicht auch gleichzeitig die Unmöglichkeit der zwangsweisen Aufenthaltsbeendigung von ihnen verschuldet wird.

42.2.1.2.2 Der Wortlaut des § 11 Satz 1, 2. Alternative BeschVerfV macht deutlich, dass dieser Versagungsgrund nur dann zu bejahen ist, wenn ein Verhalten des Ausländers für die fehlende Möglichkeit der Aufenthaltsbeendigung kausal ist. In § 11 Satz 2 BeschVerfV wird beispielhaft hervorgehoben, in welchen – schwerwiegenden – Fallgestaltungen ein Vertretenmüssen „insbesondere“ gegeben ist. Das schließt nicht aus, dass auch in anderen Fällen, in denen die Verhaltensweisen möglicherweise von geringerem Unwertgehalt sind, ein Vertretenmüssen angenommen werden kann. Neben den in § 11 Satz 2 BeschVerfV genannten Fällen kann u. a. auch davon ausgegangen werden, dass bei einem Antragsteller aus von ihm zu vertretenden Gründen aufenthaltsbeendende Maßnahmen nicht vollzogen werden können, wenn er seinen Mitwirkungspflichten bei der Beschaffung von Reisepapieren nur unzureichend nachkommt oder wegen der Angabe einer falschen Anschrift aufenthaltsbeendende Maßnahmen nicht vollzogen werden können.

42.2.1.2.3 In den Fällen, in denen eine fehlende Mitwirkung bei der Passbeschaffung zwar nicht ursächlich für die Unmöglichkeit der Aufenthaltsbeendigung ist, weil auch andere Gründe, wie z. B. eine fehlende Flugverbindung oder eine vorübergehende Erkrankung eine zwangsweise Aufenthaltsbeendigung ausschließen können, kann eine solche Unterlassung im Rahmen der Ermessensausübung von § 10 Satz 1 BeschVerfV berücksichtigt werden. Bei Wegfall des vom Ausländer nicht zu vertretenden Abschiebungshindernisses erfüllt der fehlende Passbesitz aufgrund fehlender Mitwirkung einen Versagungsgrund nach § 11 BeschVerfV.

42.3 Weisungsrecht des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

Nicht belegt.

43 Zu § 43 – Integrationskurs

43.0 Allgemeines

Der Integrationskurs ist ein staatliches Grundangebot zur Integration. Er richtet sich an neu nach Deutschland kommende Zuwanderer mit dauerhafter Aufenthaltsperspektive sowie im Wege der nachholenden Integration an Ausländer, die schon länger rechtmäßig in Deutschland leben. Darüber hinaus können integrationsbedürftige Unionsbürger und deutsche Staatsangehörige zur Teilnahme an einem Integrationskurs zugelassen werden. Der Anspruch von Spätaussiedlern und der in deren Aufnahmebescheid einbezogenen Familienangehörigen auf Teilnahme an einem Integrationskurs sowie die Inhalte entsprechender Integrationskurse sind in § 9 Absatz 1 BVFG geregelt. Der Schwerpunkt der Integrationsbemühungen wird auf den Erwerb der deut-

schen Sprache gelegt, da deutsche Sprachkenntnisse Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration sind. Darüber hinaus werden Kurse zur Einführung in die Rechtsordnung, die Kultur und die Geschichte in Deutschland angeboten. Sie sollen den Zuwanderern helfen, sich in der deutschen Gesellschaft zu orientieren und im alltäglichen Leben selbständig handeln zu können.

43.1

Förderung der Integration

43.1.1

§ 43 Absatz 1 bestimmt, dass die Integration von rechtmäßig auf Dauer in Deutschland lebenden Ausländern staatliche Aufgabe ist. Integration wird nicht nur gefördert, sondern auch gefordert. Dies dient umgekehrt der Klarstellung, dass Integration nicht nur gefördert wird, sondern dass von Ausländern Integrationsbemühungen auch gefordert werden. Der Umfang der Förderung richtet sich nach den folgenden Bestimmungen und der auf der Grundlage des § 43 Absatz 4 erlassenen IntV. Die Integration ist auf die Eingliederung in das wirtschaftliche, kulturelle und gesellschaftliche Leben in Deutschland gerichtet.

43.1.2

Gefördert wird nach § 43 Absatz 1 die Integration von rechtmäßig auf Dauer in Deutschland lebenden Ausländern. Ausländer, die sich nicht rechtmäßig oder nicht dauerhaft in Deutschland aufhalten, erhalten keine Förderung nach den §§ 43 bis 45. Zur Frage der Dauer des Aufenthaltes siehe Nummer 44.1.1.

43.2

Grundangebot zur Integration

43.2.1

Nach § 43 Absatz 2 wird das Angebot der gezielten Förderung durch ein staatliches Grundangebot zur Integration realisiert, den Integrationskurs. Die Integrationskurse sollen als staatliches Grundangebot ein Minimum an erforderlicher Integration gewährleisten. Die staatliche Förderung soll die Integrationsbemühungen der Ausländer unterstützen, nicht aber ersetzen. Ohne eigenständige Integrationsbemühungen ist eine erfolgreiche Integration nicht zu erwarten.

43.2.2

Neben der bisherigen Verpflichtung zur ordnungsgemäßen Teilnahme ist das Ziel der erfolgreichen Vermittlung der Sprache, Rechtsordnung und Kultur und Geschichte in Deutschland durch das Richtlinienumsetzungsgesetz neu aufgenommen worden. Noch immer erreichen zu wenige Teilnehmer der Integrationskurse das vorgesehene Sprachniveau B 1 des Gemeinsamen europäischen Referenzrahmens für Sprachen (Empfehlungen des Ministerkomitees des Europarates an die Mitgliedsstaaten Nummer R (98) 6 vom 17. März 1998 zum Gemeinsamen europäischen Referenzrahmen für Sprachen – GER). Die Prüfungsteilnahme wird deshalb als generelles Ziel für die Kursteilnahme vorgesehen. Über das Prüfergebnis wird eine entsprechende Bescheinigung ausgestellt (siehe Nummer 43.3.2).

	In der Evaluation der Kurse konnte festgestellt werden, dass eine gezielte Prüfungsvorbereitung unabhängig von der Vorqualifikation der Ausländer zu höheren Erfolgsquoten im Vergleich zu denjenigen Sprachkursen führt, bei denen keine Prüfungsvorbereitung erfolgt. Mit der gesetzlichen Zielbestimmung der erfolgreichen Vermittlung wird das Ziel verfolgt, dass in der Kurspraxis durchgehend eine Prüfungsvorbereitung erfolgen wird, damit die Erfolgsquoten beim Erreichen des Kursziels erhöht werden können.	
43.2.3	In Satz 3 wird das gesetzgeberische Ziel der erfolgreichen Vermittlung veranschaulicht: Der Integrationskurs fördert vor allem den zur Kommunikation und zur täglichen Verständigung unverzichtbaren Erwerb deutscher Sprachkenntnisse sowie den Erwerb von Grundkenntnissen der Rechts- und Wirtschaftsordnung, der Kultur, der Geschichte und der Lebensverhältnisse in Deutschland. Wesentlich ist auch die Vermittlung von Rechten und Pflichten, die den Umgang mit Behörden und anderen Verwaltungseinrichtungen erleichtern und jedem Ausländer die eigenständige Orientierung in allen Lebensbereichen ermöglichen sollen.	
43.3	Inhalte der Integrationskurse, Rahmenbedingungen	
43.3.1	Nach § 43 Absatz 3 Satz 1 setzt sich der Integrationskurs zusammen aus einem Basis- und einem Aufbausprachkurs sowie einem Orientierungskurs, der die wesentlichen Kenntnisse über die Lebensverhältnisse in Deutschland, der Rechtsordnung, der Kultur und der Geschichte Deutschlands, insbesondere auch der Werte des demokratischen Staatswesens der Bundesrepublik Deutschland und der Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, Gleichberechtigung, Toleranz und Religionsfreiheit vermitteln soll. Die abschließende Aufzählung der Kurselemente lässt für eine Erweiterung des Kursangebotes selbst keinen Spielraum.	
	Das gesetzliche Sprachkursziel ist die Erlangung ausreichender deutscher Sprachkenntnisse (§ 43 Absatz 3 Satz 1, § 9 Absatz 2 Satz 1 Nummer 7 i. V. m. Satz 2). Über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache verfügt, wer sich im täglichen Leben in seiner Umgebung selbständig sprachlich zurechtfinden und entsprechend seinem Alter und Bildungsstand ein Gespräch führen und sich schriftlich ausdrücken kann (Niveau B 1 des GER), vgl. § 3 Absatz 2 IntV (siehe Nummer 43.4.3.2).	
43.3.2	Nach § 17 Absatz 4 IntV bescheinigt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge die erfolgreiche Teilnahme am Integrationskurs mit dem „Zertifikat Integrationskurs“. Eine erfolgreiche Teilnahme ist nach § 17 Absatz 2 IntV bei Bestehen des Sprachtests für das Sprachniveau B 1 sowie des Tests zum Orientierungskurs gegeben. War die Teilnahme am	
43.3.3	Integrationskurs nicht erfolgreich, wird das tatsächlich erreichte Ergebnis des Abschlusstests durch eine Bescheinigung bestätigt.	
	Der Integrationskurs wird als einheitliches Grundangebot des Bundes durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge durchgeführt, das sich dazu der jeweils geeigneten privaten oder öffentlichen Träger bedienen kann (siehe Nummer 43.4.1). Der Bund bringt durch Organisation und Finanzierung des Integrationskurses den hohen politischen und gesellschaftlichen Stellenwert zum Ausdruck, den er der Integration beimisst.	
43.3.4	§ 43 Absatz 3 Satz 3 stellt den Grundsatz der angemessenen Kostenbeteiligung für die Teilnahme am Integrationskurs klar (Soll-Regelung) und bildet die Rechtsgrundlage für die Kostenerhebung (vgl. dazu § 9 Absatz 1 IntV), wobei nach § 43 Absatz 3 Satz 4 auch auf die Leistungsfähigkeit von unterhaltsverpflichteten Personen abgestellt wird (siehe Nummer 43.4.9.1).	
43.4	Rechtsverordnungsermächtigung; Hinweise zur IntV	
43.4.0	Die Bundesregierung hat aufgrund der Ermächtigung aus § 43 Absatz 4 die Verordnung über die Durchführung von Integrationskursen für Ausländer und Spätaussiedler (Integrationskursverordnung – IntV) vom 13. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3370) erlassen, die mit der Änderungsverordnung vom 5. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2787) an die neuen gesetzlichen Bestimmungen in Folge des Richtlinienumsetzungsgesetzes angepasst wurde.	
43.4.1	Zu § 1 – IntV – Durchführung der Integrationskurse Mit § 1 IntV wird klargestellt, dass der Bund die Durchführung der Kurse grundsätzlich nicht selbst vornimmt. In tatsächlicher Hinsicht werden Integrationskurse von qualifizierten Kursträgern durchgeführt (vgl. § 43 Absatz 3 Satz 2). Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge nimmt seine Koordinierungs- und Steuerungsfunktion insbesondere auf regionaler und örtlicher Ebene wahr.	
43.4.2	Zu § 2 – IntV – Anwendungsbereich der Verordnung § 2 IntV bestimmt, dass die Verordnung auch für Unionsbürger und ihre Familienangehörigen gilt, die nach § 11 Absatz 1 Satz 1 FreizügG/EU i. V. m. § 44 Absatz 4 zum Integrationskurs zugelassen werden können. Hierdurch wird sichergestellt, dass die aus dem Anwendungsbereich des Aufenthaltsgesetzes herausfallenden Unionsbürger, deren Einreise- und Aufenthaltsrecht in der spezialgesetzlichen Regelung des FreizügG/EU niedergelegt sind, auf Antrag an Integrationskursen nach § 44 Absatz 4 teilnehmen können. Einen Anspruch auf Teilnahme haben Unionsbürger und ihre Familienangehörigen dabei ebenso wenig wie	

	bereits im Bundesgebiet vor dem 1. Januar 2005 aufhältige Ausländer (vgl. § 44 Absatz 4 i. V. m. § 5 IntV).			trägt § 4 Absatz 4 IntV dem Wegfall des Kriteriums der zumutbaren Erreichbarkeit von Kursplätzen Rechnung. An die Stelle der Zumutbarkeit tritt die Erstattung der notwendigen Fahrtkosten bzw. die Gewährung eines Fahrtkostenzuschusses für Teilnahmeverpflichtete. Sie sollen Teilnahmeverpflichteten die tatsächliche Teilnahme am Integrationskurs ermöglichen. Das Nähere wird in einer Verwaltungsvorschrift des Bundesamtes geregelt, die auch die Umsetzung der Regelung in § 9 Absatz 1 Satz 5 BVFG zur Fahrtkostenerstattung der Spätaussiedler einbeziehen wird.
43.4.3	Zu § 3 – IntV – Ziel des Integrationskurses			
43.4.3.1	Ziele des Integrationskurses sind die erfolgreiche Vermittlung ausreichender Kenntnisse der deutschen Sprache sowie die Vermittlung von Grundkenntnissen der Rechts- und Wirtschaftsordnung, der Kultur, der Geschichte und der Lebensverhältnisse in Deutschland. Der Integrationskurs soll dem Teilnehmer zum selbständigen Handeln in allen Angelegenheiten des täglichen Lebens verhelfen.	43.4.5	Zu § 5 – IntV – Zulassung zum Integrationskurs	
43.4.3.2	§ 3 Absatz 2 IntV definiert unter Bezugnahme auf das Sprachniveau B 1 GER den Begriff der ausreichenden deutschen Sprachkenntnisse. Das Niveau B 1 GER setzt folgende sprachliche Fähigkeiten bei allen Sprachkompetenzen (Hören, Sprechen, Lesen und Schreiben) voraus: Kann die Hauptpunkte verstehen, wenn klare Standardsprache verwendet wird und wenn es um vertraute Dinge aus Arbeit, Schule, Freizeit usw. geht. Kann die meisten Situationen bewältigen, denen man auf Reisen im Sprachgebiet begegnet. Kann sich einfach und zusammenhängend über vertraute Themen und persönliche Interessengebiete äußern. Kann über Erfahrungen und Ereignisse berichten, Träume, Hoffnungen und Ziele beschreiben und zu Plänen und Ansichten kurze Begründungen oder Erklärungen geben.	43.4.5.1	§ 5 Absatz 1 IntV regelt das Verfahren zur Umsetzung der Teilnahmeberechtigung nach § 44 Absatz 4.	
		43.4.5.2	Der Ausländer braucht für die Zulassung zur Kursteilnahme nicht persönlich beim Bundesamt vorstellig zu werden. Die Zulassung zur Kursteilnahme erfolgt auf schriftlichen Antrag und kann schriftlich durch das Bundesamt erledigt werden. Der Antrag soll zur Vereinfachung auch über einen Kursträger erfolgen können. Durch die Befristung der Zulassung in § 5 Absatz 2 Satz 1 IntV soll die Anmeldung des Zugelassenen innerhalb von zwei Jahren sichergestellt werden.	
43.4.4	Zu § 4 – IntV – Teilnahmeberechtigung	43.4.5.3	Bei der Verteilung verfügbarer Kursplätze im Rahmen der Ermessensentscheidung nach § 44 Absatz 4 ist insbesondere die individuelle Integrationsbedürftigkeit sowie die Angewiesenheit auf finanzielle Unterstützung zu berücksichtigen. Die in § 5 Absatz 3 Satz 2 Nummer 1 bis 4 IntV genannten Fallgruppen sind hierbei vorrangig zu berücksichtigen. § 5 Absatz 3 Satz 2 Nummer 4 IntV konkretisiert den Begriff der besonderen Integrationsbedürftigkeit deutscher Staatsangehöriger gemäß § 44 Absatz 4.	
43.4.4.1	§ 4 Absatz 1 IntV enthält die Definition der Teilnahmeberechtigung und umschreibt den Umfang des mit der Teilnahmeberechtigung verbundenen Rechts auf einmalige Teilnahme am Integrationskurs. Zum Erlöschen bzw. Nichtbestehen des Teilnahmeanspruchs siehe Nummer 44.2 und Nummer 44.3.			
43.4.4.2	Mit § 4 Absatz 2 IntV wird definiert, wann i. d. R. von einem erkennbar geringen Integrationsbedarf i. S. v. § 44 Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 auszugehen ist (vgl. Nummer 30.1.4.2.3.1).	43.4.5.4	Absatz 4 dient der Umsetzung der neuen Zielbestimmung der erfolgreichen Vermittlung der Sprache, Rechtsordnung, Kultur und Geschichte in Deutschland in § 43 Absatz 2. Wer ordnungsgemäß am Integrationskurs teilgenommen hat, aber das Kursziel im Sprachtest – Nachweis von Sprachkenntnissen des Niveaus B 1 GER – nicht erreicht, kann unter Inanspruchnahme der staatlichen Förderung einmalig zur Wiederholung des Aufbausprachkurses (300 Unterrichtsstunden) und der Abschlussprüfung durch das Bundesamt zugelassen werden (vgl. Nummer 43. 4. 17.3).	
43.4.4.3	§ 4 Absatz 3 IntV beschreibt einen nicht abschließenden Regelfall der besonderen Integrationsbedürftigkeit i. S. v. § 44a Absatz 1 Satz 1 Nummer 3. Maßstab für die besondere Integrationsbedürftigkeit sind soziale Problemlagen im unmittelbaren Lebens- und Arbeitsumfeld aufgrund von Integrationsdefiziten, die auf fehlende Sprachkenntnisse zurückzuführen sind.	43.4.6	Zu § 6 – IntV – Bestätigung der Teilnahmeberechtigung	
43.4.4.4	Teilnahmeverpflichteten Beziehnern von Leistungen nach dem SGB II sowie Teilnahmeberechtigten, die von der Kostenbeitragspflicht nach § 9 Absatz 2 IntV befreit wurden, erstattet das Bundesamt gemäß § 4 Absatz 4 IntV die notwendigen Fahrtkosten. Anderen Teilnahmeverpflichteten kann das Bundesamt einen Fahrtkostenzuschuss gewähren. Damit	43.4.6.1	§ 6 Absatz 1 IntV sieht die Aushändigung einer Bestätigung über die Teilnahmeberechtigung nach § 44 an den Ausländer durch die Ausländerbehörde bzw. den Träger der Grundversicherung für Arbeitsuchende mit den erforderlichen Angaben vor.	

- 43.4.6.2.1 Nach § 6 Absatz 2 IntV soll Personen, die gemäß § 8 Absatz 1 BVFG als (voraussichtliche) Spätaussiedler oder deren Ehegatten oder Abkömmlinge registriert werden, zusammen mit dem Registrierteintrag vom Bundesverwaltungsamt die Bestätigung der Teilnahmeberechtigung am Integrationskurs ausgehändigt werden. Eine endgültige, für die Leistungsbehörden bindende Feststellung der Anspruchsberechtigung erfolgt jedoch erst mit der Entscheidung über die Ausstellung der Bescheinigung nach § 15 Absatz 1 oder 2 BVFG. Bei negativer Entscheidung durch das Bundesverwaltungsamt wird die Teilnahmeberechtigung aufgehoben. Auch Personen, die vor dem 1. Januar 2005 registriert worden sind, erhalten auf formlosen Antrag vom Bundesverwaltungsamt eine Bestätigung der Teilnahmeberechtigung. In diesen Fällen sind gemäß § 100b Absatz 2 BVFG noch die Länder für die Durchführung des Bescheinigungsverfahrens zuständig. Das Bundesverwaltungsamt erlangt in diesen Fällen von einem eventuellen negativen Ausgang des Bescheinigungsverfahrens keine Kenntnis. Deshalb zeigt es grundsätzlich der für die Durchführung des Bescheinigungsverfahrens zuständigen Landesbehörde an, dass die Teilnahmeberechtigung bestätigt wurde, um ggf. eine Aufhebung der Teilnahmeberechtigung zu ermöglichen. Eine Anzeige ist nicht erforderlich, wenn das Bundesverwaltungsamt durch Vorlage einer Bescheinigung Kenntnis von einem positiven Ausgang des Bescheinigungsverfahrens erlangt hat.
- 43.4.6.2.2 Für Familienangehörige von Spätaussiedlern, die nicht in den Aufnahmebescheid einbezogen wurden und damit nicht teilnahmeberechtigt i. S. d. § 4 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 IntV sind, richtet sich die Bestätigung der Teilnahmeberechtigung nach § 6 Absatz 1 IntV. Eine Bestätigung durch das Bundesverwaltungsamt erfolgt auch dann nicht, wenn die Betroffenen in das Verteilerverfahren einbezogen wurden.
- 43.4.6.3 Mit einheitlichen Vordrucken für die Bestätigung soll ein bundeseinheitliches Verfahren bei der Ausstellung von Teilnahmebestätigungen gewährleistet werden.
- 43.4.6.4 Für den Teilnehmer sind das Integrationskursangebot und dessen integrationspolitische Ziele transparent zu machen und durch ein Merkblatt zu erläutern. Dieses Merkblatt ist auch in den Hauptherkunftssprachen der Zuwanderer zu erstellen. Neben dem Anmeldeverfahren und den Kursinhalten (einschließlich Abschlusstest) sind auch die rechtlichen Aspekte (u. a. Auswirkungen auf die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis und auf die Einbürgerung) sowie die sich aus der Teilnahme ergebenden Pflichten, insbesondere die Mitwirkungspflichten in § 7 Absatz 2 IntV (Nachweis der Kursanmeldung) und in § 14 Absatz 5 Satz 3 IntV (Nachweis der ordnungsgemäßen Teilnahme am Integrationskurs) in einer für den Zuwanderer verständlichen Form darzustellen.
- 43.4.7 Zu § 7 – IntV – Anmeldung zum Integrationskurs
- 43.4.7.1 Mit § 7 Absatz 1 IntV wird darauf verwiesen, dass die Anmeldung zum Integrationskurs durch den Teilnahmeberechtigten bei einem zugelassenen Kursträger seiner Wahl selbst erfolgt. Weiterhin regelt er die in dem Anmeldeformular aufzunehmenden Informationen. Diese Daten sollen einerseits der Identifizierung der Teilnehmer (Name, Vorname, Geburtsdatum, Geburtsort) dienen und darüber hinaus eine sinnvolle Zusammensetzung der Kurse sowie insbesondere die Einrichtung von Kursen für spezielle Zielgruppen (insbesondere Jugendintegrations-, Eltern-/Frauen-, Alphabetisierungs- und Förderkurs) gewährleisten. Die Identifizierung der Teilnehmer ist sowohl für die spätere Abrechnung der Kurse zwischen Bundesamt und Kursträger als auch zur Vermeidung von Missbrauch notwendig (durch mehrfache Inanspruchnahme von Kursen durch denselben Kursteilnehmer). Aufgrund der Angaben zu Nationalität und Bildungsstand ist es möglich, die Kurse einerseits homogen in Bezug auf die erwartete Lerngeübtheit, andererseits aber mit Teilnehmern verschiedener Nationalitäten zusammenzusetzen, um für die einzelnen Teilnehmer einen hohen Lernerfolg zu erreichen. Die Angaben zur Schreibkundigkeit und zum Geschlecht ermöglichen eine Kursbildung für spezifische Zielgruppen.
- 43.4.7.2 § 7 Absatz 2 IntV regelt im Fall der Teilnahmepflicht an einem Integrationskurs die Auferlegung einer entsprechenden Mitwirkungspflicht des Ausländers. Die Anmeldung zum Kurs hat unverzüglich zu erfolgen. Zum Zwecke der Kurskontrolle kann die verpflichtende Stelle den Ausländer auffordern, den Nachweis der Anmeldung zu erbringen.
- 43.4.7.3 Um nach Ausstellung einer Berechtigung oder Verpflichtung eine schnelle Aufnahme des Integrationskurses zu gewährleisten, werden die Kursträger gehalten, die Kurse zeitnah nach der Anmeldung zu beginnen.
- 43.4.8 Zu § 8 – IntV – Datenübermittlung
- 43.4.8.0 Nach der Anmeldung des Teilnahmeberechtigten bei einem Kursträger übermittelt dieser die Anmeldedaten an das Bundesamt (§ 8 Absatz 2). Dort werden die Daten zentral gespeichert. Zum Zwecke der Kurskontrolle kann die verpflichtende Stelle zum einen den Ausländer auffordern, den Nachweis der Anmeldung zu erbringen (siehe § 7 Absatz 2 IntV) oder zum anderen die Daten beim Bundesamt erfragen (siehe § 8 Absatz 3 Satz 2 IntV). Ausländerbehörden und Träger der Grundversicherung für Arbeitsuchende haben die Möglichkeit, über das Bundesamt den Kursverlauf verpflichteter Ausländer zu erfragen (siehe § 8 Absatz 3 Satz 2 IntV). Für teilnahmeverpflichtete Ausländer teilt der Kursträger der zuständigen Ausländerbehörde oder dem zu-

ständigen Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende Verletzungen der Teilnahme-pflicht mit (siehe § 8 Absatz 3 Satz 1 IntV). Die Ausländerbehörden und die Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende können auch vor Abschluss des Integrationskurses den zur Teilnahme verpflichteten Ausländer auffordern, die ordnungsgemäße Teilnahme nachzuweisen. Der Kursträger hat dem Ausländer auf Verlangen eine Bescheinigung über die ordnungsgemäße Teilnahme auszustellen (siehe § 14 Absatz 5 IntV).

43.4.8.1 § 8 Absatz 1 IntV regelt die Zusammenarbeit und die Datenübermittlung zwischen den Ausländerbehörden, den Trägern der Grundsicherung für Arbeitsuchende, dem Bundesverwaltungsamt und dem Bundesamt. Zur Vermeidung von Verwaltungsaufwand laufen die Meldewege zentral über das Bundesamt. Ausländerbehörde, Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende und Bundesverwaltungsamt übermitteln dem Bundesamt die Daten der von ihnen nach § 6 Absatz 1 oder 2 IntV ausgestellten Bestätigungen (Verpflichtung oder Berechtigung zur Kursteilnahme). Das Bundesamt fasst diese Informationen gebündelt zusammen. Um Doppelverpflichtungen oder das Nebeneinander von Berechtigung und Verpflichtung zu vermeiden, haben die Ausländerbehörde oder der Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende die Möglichkeit des Datenabgleichs über das koordinierende Bundesamt.

43.4.8.2 § 8 Absatz 2 IntV beinhaltet die Übermittlung der Anmeldedaten an das Bundesamt. Hierdurch soll die Wahrnehmung der Koordinierungs- und Durchführungsfunktion durch das Bundesamt gewährleistet werden. Absatz 2 Satz 2 sieht die Übermittlung von Daten des Kursträgers an das Bundesamt zu Zwecken der Abrechnung und Teilnahmeförderung vor. Es handelt sich um Daten, die für die Steuerung und Koordinierung des bundesweiten Kursangebotes für das Bundesamt erforderlich sind. Das Bundesamt ist aufgrund der Übermittlung der Testergebnisse des Einstufungstests in der Lage, den Bedarf an Integrationskursen für spezielle Zielgruppen festzustellen und kann ggf. den Besuch eines spezifischen Integrationskurses beim Teilnehmer direkt anregen und auf diese Weise das Zustandekommen solcher Kurse für Interessierte ermöglichen, ohne durch eine verbindliche Zuweisung in die Entscheidungsfreiheit der Teilnehmer einzugreifen.

43.4.8.3 Im Hinblick auf die Sanktionsregelungen ist der Kursträger nach Absatz 3 Satz 1 verpflichtet, der zuständigen Ausländerbehörde bzw. dem zuständigen Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende Verletzungen der Teilnahme-pflicht mitzuteilen (verletzt ein Kursträger wiederholt diese Mitwirkungspflicht, kann das Bundesamt die Zulassung als Kursträger widerrufen, § 20 Absatz 5 Satz 7 IntV). In engem Zusammenhang mit der Regelung in Absatz 3 Satz 1 steht die Regelung in § 14 Absatz 5 Satz 3

IntV, wonach der zur Teilnahme verpflichtete Ausländer jederzeit von der zuständigen Stelle aufgefordert werden kann, die bis dahin ordnungsgemäße Teilnahme nachzuweisen. Die in Absatz 3 Satz 2 geregelte Übermittlung der Daten zur Kursteilnahme des zur Teilnahme verpflichteten Ausländers durch das Bundesamt an die zuständige Ausländerbehörde bzw. den zuständigen Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende soll nur dann erfolgen, wenn der Kursträger seiner Verpflichtung zur Datenübermittlung nach Absatz 3 Satz 1 nicht nachkommt.

43.4.8.4 Die teilnehmerbezogenen Daten dürfen nur zur bedarfsgerechten Durchführung und Koordination des Kursangebotes, zur Umsetzung und Kontrolle der Teilnahmeverpflichtung und zur Auswertung des Kursangebotes gespeichert und verwendet werden.

Durch § 8 Absatz 4 IntV wird sichergestellt, dass die Erhebung personenbezogener Daten allein der Durchführung und Abrechnung der Kurse dient. Die Speicherung des Namens und Geburtsdatums für einen Zeitraum von bis zu zehn Jahren ist dabei zur Vermeidung von Missbrauch erforderlich. Diese Daten sollen auch nach Kursabschluss die Identifizierung der Teilnehmer ermöglichen, um zu verhindern, dass Integrationskurse mehrmals auf Staatskosten von demselben Teilnehmer besucht werden.

43.4.8.5 Die Datenübermittlung insbesondere zwischen dem Bundesamt und der Ausländerbehörde bzw. den Trägern der Grundsicherung für Arbeitsuchende soll möglichst auf elektronischer Basis erfolgen.

43.4.9 Zu § 9 – IntV – Kostenbeitrag

43.4.9.0 § 9 IntV regelt die Eigenbeteiligung des Teilnehmers an den Kurskosten. Es ist sowohl im Hinblick auf das mit der Zuwanderung verfolgte Eigeninteresse verhältnismäßig als auch zur Motivation zur tatsächlichen Teilnahme am Integrationskurs sinnvoll, den Teilnehmer an den Kurskosten in angemessenem Umfang zu beteiligen.

43.4.9.1 § 9 Absatz 1 IntV legt die Höhe des Kostenbeitrages auf 1,00 Euro pro Unterrichtsstunde fest. Nicht nur der Teilnehmer selbst ist verpflichtet, den Kostenbeitrag zu erbringen, sondern bei dessen Mittellosigkeit auch der zum Lebensunterhalt Verpflichtete. Dies ist insbesondere beim Familiennachzug von Belang. In Höhe des Kostenbeitrags wird die Zahlungspflicht des Bundesamtes gegenüber dem Kursträger im Rahmen des Abrechnungsverfahrens vermindert.

43.4.9.2 Mit der Möglichkeit der vollständigen Befreiung von der Zuzahlung nach § 9 Absatz 2 IntV wird dem Auftrag des Gesetzgebers Rechnung getragen, die Kosten unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit zu erheben (§ 43 Absatz 3 Satz 3). Das Bundesamt kann in be-

	sonderen Fällen auf Antrag einen Ausländer von seiner Kostenbeitragspflicht befreien, soweit die Übernahme des vollen Kostenbeitrags durch den Ausländer unter Berücksichtigung seiner persönlichen Umstände und wirtschaftlichen Situation eine unzumutbare Härte ergeben würde.	43.4.11	Zu § 11 – IntV – Grundstruktur des Sprachkurses
43.4.9.3	Mit der in § 9 Absatz 3 IntV geregelten Kostenbeitragsvorauszahlung wird das finanzielle Risiko des Kursträgers verringert. Der Kursträger erhält eine gewisse Planungssicherheit, welcher angemeldete Teilnehmer auch tatsächlich am Integrationskurs teilnehmen wird. Für den Teilnehmer wird überdies eine zusätzliche Motivation zur Kursteilnahme geschaffen.	43.4.11.1	Der Sprachkurs gliedert sich in einen Basis- und in einen Aufbausprachkurs. Um eine an den Vorkenntnissen der Teilnehmer orientierte Gestaltung der Kurse zu ermöglichen, ist ein differenzierter und modularer Aufbau in jeweils drei Kursabschnitte vorgesehen. Dies stellt gleichzeitig die Abrechnungsgröße für den Kursträger gegenüber dem Bundesamt dar. Ist eine Differenzierung der Teilnehmer nach Progressionsstufen auf Grund geringer Teilnehmerzahlen nicht möglich, soll der Kurs in einer Lerngruppe durchgeführt werden. In diesen Fällen muss mit einer Binnendifferenzierung gearbeitet werden. Der modulare Aufbau bleibt davon unberührt.
43.4.9.4	§ 9 Absatz 4 IntV sanktioniert den vom Kursteilnehmer zu vertretenden Kursabbruch des Teilnehmers, indem ihm grundsätzlich die Erstattung des vollen Stundensatzes für den jeweiligen Kursabschnitt auferlegt wird. Um den jeweiligen Kurs auch im Interesse der anderen Teilnehmer zu Ende führen zu können, soll das durch den Kursabbruch verursachte finanzielle Risiko des Kursträgers abgefangen werden.		Der modulare Aufbau folgt dem Grundsatz der individuellen Förderung. In Abhängigkeit vom erreichten Sprachstand und dem Lernfortschritt ist ein Wechsel und Überspringen einzelner Module möglich. Hierzu ist im Einzelfall die Zustimmung des Kursträgers erforderlich, der seine Entscheidung am Stand der Deutschkenntnisse, der Bildungsvoraussetzung und Lerngeschwindigkeit des Teilnehmers sowie an einer Prognose zum – schnelleren – Erreichen des Kursziels ausrichtet. Auch ein Überspringen des Basissprachkurses ist möglich. So ist eine Teilnahme am Basissprachkurs nicht mehr sinnvoll, wenn das durchschnittlich im Basissprachkurs zu erreichende Sprachstandsniveau bereits erreicht ist oder nicht mehr wesentlich gefördert werden kann. In Zweifelsfällen bringt der Sprachtest am Ende des Basissprachkurses auch ohne die vorherige Teilnahme Sicherheit.
43.4.9.5	Spätaussiedler können aufgrund ihres Anspruchs nach § 9 Absatz 1 Satz 1 BVFG einmalig kostenlos am Integrationskurs teilnehmen.		
43.4.9.6	Absatz 6 trägt der gesetzlichen Zielbestimmung der erfolgreichen Teilnahme Rechnung, indem finanzielle Anreize geschaffen werden, sich zügig bei einem Kursträger anzumelden und den Integrationskurs in angemessener Zeit erfolgreich abzuschließen.		
43.4.10	Zu § 10 – IntV – Grundstruktur des Integrationskurses	43.4.11.2	Der Einstufungstest ist verpflichtend; er gibt Aufschluss über bereits vorhandene deutsche Sprachkenntnisse. Dadurch soll sichergestellt werden, dass die unterschiedlichen Voraussetzungen, die die Teilnehmenden mitbringen, bei der Kurszusammensetzung angemessen berücksichtigt werden sowie die Einordnung in das richtige Modul des Integrationskurses gewährleistet wird.
43.4.10.1	Nach der gesetzlichen Regelung in § 43 Absatz 3 und in § 9 Absatz 1 und 5 BVFG ist der Integrationskurs in einen Sprach- und Orientierungskurs gegliedert. Die abschließende Aufzählung der Kurselemente lässt für eine Erweiterung des Kursangebotes selbst keinen Spielraum.		
43.4.10.2	§ 10 Absatz 2 IntV verweist darauf, dass das Bundesamt die inhaltliche Ausgestaltung des Sprachkurses sowie des Orientierungskurses festlegt. Das Bundesamt legt hierfür ein entsprechendes Konzept mit dem Ziel vor, dass damit ein möglichst hoher Anteil der Teilnehmer das Kursziel Sprachniveau B 1 entsprechend dem GER erreicht. Das Konzept verfolgt den Grundsatz der individuellen Förderung zur Erreichung des Kursziels. Danach kann auch vorgesehen werden, dass der Kursträger mit dem einzelnen Teilnehmer einen individuellen Lehrplan auf der Grundlage einer Sprachstandsprüfung entwickelt, in dem die einzelnen Lernabschnitte, Etappen und Maßnahmen vereinbart und schriftlich festgehalten werden.	43.4.11.3	Um den aktiven Gebrauch der deutschen Sprache zu fördern und die Erprobung im alltäglichen Leben zu ermöglichen, kann der Aufbausprachkurs zum Zweck eines Praktikums unterbrochen werden. Ein Praktikum zusätzlich zu den 600 Sprach-Unterrichtsstunden kann jedoch nicht über die für die Durchführung des Integrationskurses zur Verfügung stehenden Mittel finanziert werden.
		43.4.12	Zu § 12 – IntV – Grundstruktur des Orientierungskurses
			Der Orientierungskurs ergänzt das Sprachkursangebot und soll den Integrationsprozess beschleunigen. Die Durchführung des Orientierungskurses erfolgt im Anschluss an den Sprachkurs und in deutscher Sprache (vgl. § 10

	Absatz 1 IntV). Er bietet neben der reinen Wissensvermittlung auch Anwendungs- und Weiterentwicklungsmöglichkeiten der erreichten Sprachkenntnisse und führt insoweit zu einem Synergieeffekt. Der Integrationskurs sollte möglichst in einer Hand bleiben, da die Lehrkraft die Teilnehmer bereits kennt und die individuellen Lernfähigkeiten und Lernvoraussetzungen einschätzen kann. In Ausnahmefällen, und zwar dann, wenn sich die Fachkompetenz der Lehrkraft ausschließlich auf den Sprachkurs bezieht, kann der Kursträger im Wege einer Trägergemeinschaft die Durchführung des Orientierungskurses einem anderen zugelassenen Kursträger überlassen.		
43.4.13	Zu § 13 – IntV – Integrationskurse für spezielle Zielgruppen, Intensivkurs	43.4.15	Zu § 15 – IntV – Lehrkräfte
43.4.13.1	Mit der Einrichtung spezieller Integrationskurse werden Erfahrungen der Praxis berücksichtigt. Um dem erhöhten Förderbedarf dieser speziellen Zielgruppen gerecht zu werden, umfassen diese Kurse ein Stundenkontingent von bis zu 900 Unterrichtsstunden im Sprachkurs. Mit spezifischen Inhalten, insbesondere bei den Jugendintegrationskursen und den Förderkursen für Teilnahmeberechtigte, deren Sprachgebrauch massiv von der Sprachnorm abweicht (so genannter fossilierter Sprachgebrauch), soll die Grundlage für einen möglichst hohen Lernerfolg gelegt werden. Die speziellen Zulassungskriterien werden vom Bundesamt entwickelt und veröffentlicht. Für Eltern- bzw. Frauenintegrationskurse kann nach Bedarf und mit vorheriger Zustimmung des Bundesamtes eine Kinderbetreuung organisiert werden. Die Aufzählung der speziellen Kurstypen ist nicht abschließend.	43.4.16	Zu § 16 – IntV – Zulassung der Lehr- und Lernmittel
43.4.13.2	Für Teilnehmende, die das Kursziel des Sprachkurses in weniger als 600 Unterrichtsstunden erreichen können, sieht § 13 Absatz 2 IntV vor, den Sprach- und Orientierungskurs als Intensivkurs in 430 Stunden zu absolvieren.	43.4.17	Zu § 17 – IntV – Abschlusstest, Zertifikat Integrationskurs
43.4.14	Zu § 14 – IntV – Organisation der Integrationskurse, Ordnungsmäßigkeit der Teilnahme	43.4.17.1	Die erfolgreiche Teilnahme wird durch das Bestehen des Abschlusstests nachgewiesen. Dieser setzt sich zusammen aus dem skalierten Sprachtest „Deutsch-Test für Zuwanderer“ und dem bundeseinheitlichen Test zum Orientierungskurs. Der skalierte Sprachtest dient der Feststellung der Sprachniveaus A 2 und B 1 des GER. Ein bestandener Abschlusstest gilt als Nachweis für ausreichende Deutschkenntnisse und Grundkenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet, die für die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis erforderlich sind und die Frist für einen Anspruch auf Einbürgerung um ein Jahr auf sieben Jahre verkürzen.
43.4.14.1	§ 14 Absatz 1 bis 4 IntV legt die Rahmenbedingungen der Durchführung der Integrationskurse fest. Im Hinblick auf den Lernerfolg wird in § 14 Absatz 2 IntV eine Höchstzahl von 20 Teilnehmern pro Kurs festgesetzt. Die Höchstzahl von 20 Teilnehmern pro Kurs und eine bezüglich der Muttersprachen möglichst heterogene Kurszusammensetzung soll die Durchführbarkeit des Kurses realisierbar halten und daneben den deutschen Sprachgebrauch innerhalb der Gruppe fördern. Das Bundesamt kann bei nur geringer Überschreitung der Teilnehmerzahl Ausnahmen zulassen, um dadurch z. B. sehr lange Wartezeiten von einzelnen Teilnehmern für einen Kursbeginn zu vermeiden.	43.4.17.2	§ 17 Absatz 2 IntV definiert den Begriff der erfolgreichen Teilnahme. Im Sprachtest ist hierfür der Nachweis von Kenntnissen, die dem Niveau B 1 GER entsprechen, erforderlich.
43.4.14.2	Die Ausländerbehörden und die Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende können	43.4.17.3	Das Bundesamt trägt die Kosten für die einmalige Teilnahme am Abschlusstest. Auch die Kosten für die einmalige Wiederholung des Sprachtests gemäß § 5 Absatz 4 IntV trägt das Bundesamt. Die Kostenübernahme gilt für alle Teilnahmeberechtigten, ungeachtet der Frage einer Verpflichtung oder Berechtigung. Dem Kursteilnehmer bleibt es unbenommen, den Abschlusstest jederzeit auf eigene Kosten zu wiederholen.
		43.4.17.4	Die erfolgreiche Teilnahme am Sprachtest und am Test zum Orientierungskurs wird durch das Bundesamt mit der Bescheinigung „Zertifikat Integrationskurs“ bestätigt. Das Zer-

den zur Teilnahme verpflichteten Ausländer jederzeit auffordern, die bis dahin ordnungsgemäße Teilnahme am Integrationskurs nachzuweisen. § 14 Absatz 5 IntV enthält eine Definition der ordnungsgemäßen Teilnahme, über die der Kursträger auf Verlangen eine Bescheinigung auszustellen hat. Zur ordnungsgemäßen Teilnahme gehört zusätzlich zum regelmäßigen Kursbesuch auch die Teilnahme an den Abschlusstests.

- tifikat dient auch dazu, die in § 9 Absatz 2 Satz 1 Nummer 7 und 8 für eine Niederlassungserlaubnis und in § 10 Absatz 3 StAG für die Einbürgerung genannten Erteilungsvoraussetzungen nachzuweisen. Um diesen Nachweis vor Fälschungen zu sichern, enthält das Zertifikat die Angabe der Passnummer oder eines vergleichbaren Identitätsdokuments des Kursabsolventen. Wenn das für eine erfolgreiche Teilnahme erforderliche Sprachniveau nicht nachgewiesen wird, erhalten die Teilnehmenden vom Bundesamt eine Bescheinigung über den erreichten Leistungsstand und über bestandene Teilprüfungen.
- 43.4.18 Zu § 18 – IntV- Zulassung der Kursträger
- § 18 IntV legt fest, dass die Zulassung der Kursträger im Wege eines öffentlich-rechtlichen Zulassungsverfahrens erfolgt. Die Zulassung für die Kursträger aller vom Bundesamt durchgeführten Integrationskurse nimmt das Bundesamt in alleiniger Zuständigkeit vor.
- 43.4.19 Zu § 19 – IntV – Anforderungen an den Zulassungsantrag
- Ausgehend von der Möglichkeit der Teilnehmereberechtigten, den Kursträger frei zu wählen, sind Qualitätskriterien erforderlich, die eine bundesweit einheitliche Trägerlandschaft gewährleisten. Zur Erfüllung des gesetzlichen Auftrages kommt dem Zulassungsverfahren daher eine entscheidende Bedeutung zu. Das Verfahren soll Qualität, Wettbewerb und Transparenz schaffen. Um hierbei auch bundeseinheitlich Anforderungskriterien an die Maßnahmeträger zur Anwendung zu bringen, lehnen sich die Zulassungskriterien an die Anerkennungs- und Zulassungsverordnung Weiterbildung (AZWV) an.
- 43.4.20 Zu § 20 – IntV – Prüfung und Entscheidung des Bundesamtes
43. 4. 20.1 Der Prüfung zugrunde liegen der Antrag und die Antragsunterlagen des Kursträgers. Absatz 1 verweist darauf, dass die Zertifizierung für die Kursträger aller vom Bundesamt durchgeführten Kurse das Bundesamt in alleiniger Zuständigkeit vornimmt. Verfügt der Kursträger über verschiedene Standorte, an denen er Integrationskurse anbieten möchte, ist die örtliche Prüfung i. d. R. auf alle Standorte zu erstrecken. Mit einer örtlichen Prüfung ist eine Entscheidung nach Aktenlage ausgeschlossen. Die Zulassung darf erst erteilt werden, wenn die notwendigen Anforderungen und Kriterien erfüllt bzw. Abweichungen von den Anforderungen korrigiert und die Korrekturmaßnahmen überprüft worden sind. Die Kriterien, nach denen die Kursträger begutachtet werden, müssen den Anforderungen der IntV entsprechen.
- 43.4.20.2 Das Bundesamt hat die Entscheidung über die Zulassung auf solche Inhalte zu beschränken, die sich ausdrücklich auf den Geltungsbereich der Zulassung beziehen. Bei Vorliegen sämtlicher Voraussetzungen und insbesondere der Übereinstimmung von Antragsunterlagen und den Ergebnissen der örtlichen Prüfung kann die Zulassung sofort erteilt werden. Bei nicht erfüllten Voraussetzungen kann die Zulassung zur Nachbesserung einmalig für längstens drei Monate ausgesetzt werden. Das Bundesamt hat während des gesamten Zulassungsverfahrens bis zur Entscheidung die Vertraulichkeit, die Unabhängigkeit und die Objektivität zu wahren. § 20 Absatz 2 IntV verweist darauf, dass als Nachweis für eine erfolgte Zulassung das Bundesamt ein Zertifikat ausstellt.
- 43.4.20.3 Aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung kann das Bundesamt von den Anforderungen an den Zulassungsantrag absehen, wenn der Kursträger eine gleichwertige Zertifizierung, z.B. eine Zulassung nach Landesweiterbildungsgesetzen, nachweist, die nicht älter als drei Jahre ist. Auch bei Wiederholungsanträgen kann das Bundesamt im Interesse eines vereinfachten Verfahrens in eigenem Ermessen auf den Nachweis bestimmter Zulassungskriterien verzichten.
- 43.4.20.4 § 20 Absatz 4 IntV greift die Regelung der speziellen Integrationskurse nach § 13 IntV auf und bestimmt, dass die Zulassung für spezielle Kurse im Zertifikat gesondert zu vermerken ist. Das gleiche gilt für die Zulassung zur Abnahme der Prüfung.
- 43.4.20.5.1 Die Zertifizierung ist zeitlich begrenzt. Eine erneute Zulassung kann jederzeit auf der Grundlage dieser Verordnung beantragt werden. Die Zulassung kann zudem mit Auflagen erteilt werden, die Aufzählung in § 20 Absatz 5 Satz 2 IntV ist nicht abschließend. Die Möglichkeit, die Zulassung mit Auflagen, insbesondere zum Honorar der Lehrkräfte, zu erteilen dient der Qualitätssicherung der Kurse. Zusammen mit der Ausgestaltung einer Anzeigepflicht des Kursträgers bei Veränderungen in Bezug auf einzelne oder mehrere Qualifikationsmerkmale, der Berechtigung des Bundesamtes zur Kontrolle der Kursträger und dem Verfahren zur Qualitätsprüfung soll sichergestellt werden, dass die staatlich finanzierten Integrationsmaßnahmen durch geeignete Träger wahrgenommen werden.
- 43.4.20.5.2 § 20 Absatz 5 Satz 7 IntV sanktioniert die Verletzung der in § 8 Absatz 3 und § 14 Absatz 5 Satz 4 IntV genannten Mitwirkungspflichten der Kursträger bei Feststellung der ordnungsgemäßen Teilnahme von teilnahmeverpflichteten Ausländern. Die Möglichkeit der Teilnahmeverpflichtung ist ein Hauptelement der mit dem Zuwanderungsgesetz eingeführten Reformen. Für eine effektive Umsetzung bedarf es der Mitwirkung der Kursträger. Vor dem Hintergrund der gesetzgeberischen Ziele ist daher ein angemessener Sanktionsmechanismus gegenüber Kursträgern, die ihre Mitwirkungspflichten wiederholt verletzen, erforderlich.

43.4.21 Zu § 21 – IntV- Bewertungskommission

Durch die Einrichtung einer Kommission wird eine fachliche Begleitung und Bewertung der Kursdurchführung ermöglicht. Mit der Einbeziehung von Vertretern der Länder und eines Vertreters der kommunalen Spitzenverbände wird sichergestellt, dass das Bundesangebot in Abstimmung mit anderen öffentlichen Angeboten erfolgt. Es sind sowohl wissenschaftlich ausgewiesene Experten als auch Experten mit Praxisbezug zu benennen. Die Kommission soll neben den anderen Aufgaben insbesondere ein Verfahren zur Qualitätskontrolle der Kurs-träger entwickeln und festlegen. Zur Transparenz der Arbeit der Bewertungskommission werden die Ergebnisse der Beratungen veröffentlicht. Die Mitglieder werden für drei Jahre vom Bundesministerium des Innern berufen.

43.4.22 Zu § 22 – IntV – Übergangsregelung

Die Übergangsregelung ist erforderlich, da der skalierte Sprachtest „Deutsch-Test für Zuwanderer“ sowie der bundeseinheitliche Test zum Orientierungskurs erst ab dem 1. Januar 2009 eingeführt wurden. Der bundeseinheitliche Test zum Orientierungskurs kommt in allen Orientierungskursen zur Anwendung, die nach dem 1. Januar 2009 begonnen haben. Der skalierte Sprachtest „Deutsch-Test für Zuwanderer“ kommt ab dem 1. Juli 2009 bundesweit in allen Integrationskursen zur Anwendung. § 22 Absatz 2 IntV stellt sicher, dass auch diejenigen, die am Tag des Inkrafttretens der Neufassung der IntV (8. Dezember 2007) den Integrationskurs noch nicht erfolgreich abgeschlossen hatten, unter Inanspruchnahme der staatlichen Förderung zur Wiederholung des Aufbau-sprachkurses und der Abschlussprüfung zugelassen werden können, auch dann, wenn sie noch an keiner Prüfung teilgenommen hatten.

43.5 **Erfahrungsbericht**

Die Bundesregierung hat dem Deutschen Bundestag zum 1. Juli 2007 einen Erfahrungsbericht zu Durchführung und Finanzierung der Integrationskurse vorgelegt (Drucksache 16/6043).

44 **Zu § 44 – Berechtigung zur Teilnahme an einem Integrationskurs**

44.1 **Teilnahmeanspruch**

44.1.0 Der Anspruch auf Teilnahme am Integrationskurs nach § 44 Absatz 1 ist an die Erteilung eines Aufenthaltstitels für die genannten Aufenthaltsw Zwecke gebunden und setzt einen dauerhaften Aufenthalt im Bundesgebiet voraus.

44.1.1 Von Dauerhaftigkeit des rechtmäßigen Aufenthalts kann regelmäßig ausgegangen werden, wenn der Ausländer eine Aufenthaltserlaubnis von mehr als einem Jahr oder seit über 18 Monaten eine Aufenthaltserlaubnis besitzt. Eine Aufenthaltserlaubnis mit einer kürzeren Gültigkeitsdauer ist nur ausnahmsweise und auch nur dann ausreichend, wenn hinreichend sicher ist, dass der Aufenthalt trotz dieses kurzzeitigen ersten Erteilungszeitraums dennoch auf Dauer angelegt ist. Soweit das Ende eines Aufenthaltes von mehr als 18 Monaten bereits abzusehen ist, würden Integrationsmaßnahmen ihren auf das künftige Zusammenleben im Bundesgebiet gerichteten Zweck verfehlen, so dass in diesem Fall kein Anspruch besteht. Die enumerative Aufzählung der Aufenthaltstitel in § 44 Absatz 1 Nummer 1 und Nummer 2 ist für die Feststellung eines Anspruchs auf Teilnahme an einem Integrationskurs abschließend.

44.1.2.1 § 44 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 erfasst Neuzuwanderer, denen nach dem Aufenthaltsgesetz überhaupt erstmals eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird. Dabei ist nicht die Bezeichnung des Aufenthaltstitels als Aufenthaltserlaubnis ausschlaggebend, sondern der Umstand, dass der anspruchsbegründende Daueraufenthalt erst unter der Geltung des Aufenthaltsgesetzes zustande kommt.

44.1.2.2 Anspruchsberechtigt sind ferner Ausländer, die einen Aufenthaltstitel nach § 23 Absatz 2 besitzen. Damit besteht nicht nur für Inhaber einer Niederlassungserlaubnis, sondern auch für diejenigen nach § 23 Absatz 2 aufgenommenen Ausländer ein einmaliger Teilnahmeanspruch an einem Integrationskurs, denen nach der Einreise eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird. Dies trägt insbesondere der Neuregelung der jüdischen Zuwanderung aus der ehemaligen Sowjetunion aus dem Jahre 2007 Rechnung, wonach mitreisenden nicht selbst antragsberechtigten Familienangehörigen jüdischer Zuwanderer eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen ist.

44.2 **Erlöschen des Teilnahmeanspruchs**

Die Nichtinanspruchnahme über einen Zeitraum von zwei Jahren rechtfertigt es, den Teilnahmeanspruch entfallen zu lassen und wie bei anderen Antragstellern, die nicht über einen Anspruch verfügen, die Einräumung einer Teilnahmemöglichkeit von vorhandenen Kurskapazitäten abhängig zu machen. Mit Erlöschen des Teilnahmeanspruchs nach § 44 Absatz 2 entfällt auch die Möglichkeit zur Teilnahmeverpflichtung nach § 44a Absatz 1 Satz 1 Nummer 1. Die Teilnahmeverpflichtung nach § 44a Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 und 3 bleibt hiervon unberührt (siehe Nummer 44a.1.1).

44.3 **Nicht anspruchsberechtigte Ausländer**

44.3.1.1 Keinen Anspruch auf Teilnahme an einem Integrationskurs besitzen nach § 44 Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, die die schulische Ausbildung aufnehmen oder ihre bisherige Schullaufbahn in der Bundesrepublik Deutschland fortsetzen. Bildungsmaßnahmen für schulpflichtige Kinder und Jugendliche unterliegen der ausschließli-

	chen Kompetenz der Länder; eine Regelförderung des Bundes für diesen Personenkreis ist daher unzulässig.	44a	Zu § 44a – Verpflichtung zur Teilnahme an einem Integrationskurs
44.3.1.2	Nach § 44 Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 haben auch Ausländer mit erkennbar geringem Integrationsbedarf (vgl. Nummer 30.1.4.2.3.1) keinen Anspruch auf Teilnahme am Integrationskurs. Ein geringer Integrationsbedarf liegt i. d. R. dann vor, wenn der Ausländer einen Hochschul- oder Fachhochschulabschluss oder eine andere entsprechende Qualifikation besitzt. Von einem geringen Integrationsbedarf ist auch dann auszugehen, wenn die Annahme gerechtfertigt ist, dass die Integration des Ausländers in die Lebensverhältnisse der Bundesrepublik Deutschland und die Sicherung des Lebensunterhaltes ohne staatliche Hilfe gewährleistet ist (siehe Nummer 43.4.4.2). Nicht anspruchsberechtigt sind auch Ausländer, deren Aufenthalt regelmäßig deutsche Sprachkenntnisse voraussetzt.	44a.1 44a.1.1	Begründung der Teilnahmeverpflichtung Der Vermittlung von Kenntnissen der deutschen Sprache kommt in der Integrationsförderung eine hohe Bedeutung zu. Dies rechtfertigt in den Fällen, in denen die Möglichkeit der sprachlichen Verständigung noch nicht in ausreichendem Maße besteht, die Begründung einer Verpflichtung zur Teilnahme am Integrationskurs. § 44a Absatz 1 Satz 1 zählt die unterschiedlichen Verpflichtungsarten auf. Die Verpflichtungen nach Nummer 1 und Nummer 3 liegen in der Zuständigkeit der Ausländerbehörde, die Verpflichtung nach Nummer 2 hingegen in der Zuständigkeit des Trägers der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Die Möglichkeit zur Verpflichtung nach Nummer 1 besteht nur, solange gemäß § 44 Absatz 2 ein Teilnahmeanspruch besteht; die Verpflichtungsmöglichkeiten nach Nummer 2 und Nummer 3 gelten hiervon unberührt (vgl. Nummer 44.2).
44.3.1.3	Ausländer, die bereits über ausreichende deutsche Sprachkenntnisse verfügen, haben nach § 44 Absatz 3 Satz 1 Nummer 3 ebenfalls keinen Anspruch auf Teilnahme an Integrationskursen. Die Ausländerbehörde darf daher für Ausländer, die über ausreichende Sprachkenntnisse verfügen, keine Teilnahmeberechtigungen nach § 6 Absatz 1 IntV bestätigen. Die Feststellung des Sprachstandes obliegt der Ausländerbehörde.	44a.1.2	Dem Anspruch des Ausländers, dem erstmals eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird, auf Teilnahme am Integrationskurs entspricht die Teilnahmeverpflichtung nach § 44a Absatz 1 Satz 1 Nummer 1, wenn die Mindestvoraussetzungen für eine erfolgreiche Integration nicht vorliegen; in den Fällen des Absatzes 1 Satz 1 Nummer 1 Buchstabe a) ist dies die mangelnde Fähigkeit, sich mündlich und schriftlich auf einfache Art in deutscher Sprache verständigen zu können (Niveau A 1 GER) bzw. in den Fällen des Absatzes 1 Satz 1 Nummer 1 Buchstabe b) das Nichtvorliegen ausreichender mündlicher und schriftlicher Kenntnisse der deutschen Sprache (Niveau B 1 GER). Die Möglichkeit, Ausländer zur Teilnahme am Integrationskurs zu verpflichten, hat sich in der Anwendungspraxis bewährt: So können z. B. Frauen, die häuslich isoliert sind, über dieses Instrument erreicht und an die deutsche Gesellschaft herangeführt werden. Das im Herkunftsland nachzuweisende Niveau „einfache Sprachkenntnisse“ reicht aber nicht aus, um das gesetzliche Ziel, selbständig – d. h. ohne die Unterstützung durch einen Dritten – im deutschen Alltag kommunizieren zu können (§ 43 Absatz 2 Satz 3), zu erreichen. Für alle zum Integrationskurs verpflichteten Teilnehmer gilt daher ohne Ausnahme, dass ihnen im Integrationskurs erfolgreich ausreichende Sprachkenntnisse vermittelt werden sollen. Insofern sind auch diejenigen Ausländer, die einfache Sprachkenntnisse im Herkunftsland nachgewiesen haben, aber noch nicht über ausreichende Sprachkenntnisse verfügen, in den Fällen eines Aufenthaltstitels nach §§ 23 Absatz 2, 28 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und § 30 zur Teilnahme am Integrationskurs zu verpflichten, da sie noch nicht über die erforderlichen Mindestkenntnisse der deutschen Sprache verfügen.
44.3.2	Absatz 3 Satz 2 stellt klar, dass die Teilnahme am Orientierungskurs im Falle des Satzes 1 Nummer 3 unberührt bleibt.		
44.4	Nachholende Integration Nach § 44 Absatz 4 Satz 1 können im Rahmen der verfügbaren Kursplätze auch andere Ausländer, die nicht oder nicht mehr teilnahmeberechtigt sind, zugelassen werden (vgl. § 5 IntV). Ein Rechtsanspruch auf Teilnahme besteht nicht. Grundsätzlich kommen alle Ausländer für eine Zulassung zur Kursteilnahme in Betracht, sofern sie die Voraussetzungen eines rechtmäßigen und dauerhaften Aufenthaltes erfüllen und ihre eigenen Integrationsbemühungen daher gefördert werden sollen. Dies gilt auch für freizügigkeitsberechtigte Unionsbürger und ihre Familienangehörigen (§ 11 Absatz 1 Satz 1 FreizügG/EU). Nach § 44 Absatz 4 Satz 2 findet die Regelung entsprechende Anwendung auf deutsche Staatsangehörige, wenn sie nicht über ausreichende deutsche Sprachkenntnisse (Niveau B 1 GER) verfügen und in besonderer Weise integrationsbedürftig sind. Eine besondere Integrationsbedürftigkeit ist anzunehmen, wenn es dem deutschen Staatsangehörigen bisher nicht gelungen ist, sich ohne staatliche Hilfe in das wirtschaftliche, kulturelle und gesellschaftliche Leben im Bundesgebiet zu integrieren, § 5 Absatz 3 Nummer 4 IntV. Über die Zulassung zum Integrationskurs entscheidet das Bundesamt (§ 5 IntV).		

- 44a.1.2.1 Die Fähigkeit, sich auf einfache Art in deutscher Sprache verständigen zu können (§ 44a Absatz 1 Satz 1 Nummer 1a), entspricht der Definition des Sprachniveaus A 1 GER (siehe hierzu Nummer 30.1.2.1).
- 44a.1.2.2 Ausreichende Deutschkenntnisse (§ 44a Absatz 1 Satz 1 Nummer 1b) entsprechen der Definition des Sprachniveaus B 1 GER (siehe hierzu Nummer 43.4.3.2). Die Stufe B 1 GER setzt folgende sprachliche Fähigkeiten bei allen Sprachkompetenzen (Hören, Sprechen, Lesen und Schreiben) voraus: Kann die Hauptpunkte verstehen, wenn klare Standardsprache verwendet wird und wenn es um vertraute Dinge aus Arbeit, Schule, Freizeit usw. geht. Kann die meisten Situationen bewältigen, denen man auf Reisen im Sprachgebiet begegnet. Kann sich einfach und zusammenhängend über vertraute Themen und persönliche Interessengebiete äußern. Kann über Erfahrungen und Ereignisse berichten, Träume, Hoffnungen und Ziele beschreiben und zu Plänen und Ansichten kurze Begründungen oder Erklärungen geben. Das Fehlen ausreichender Kenntnisse der deutschen Sprache ist anzunehmen, wenn der Ausländer sich nicht einfach und zusammenhängend über vertraute Themen und persönliche Interessengebiete äußern kann. Ausreichende schriftliche Kenntnisse erfordern, dass der Ausländer einfache zusammenhängende Texte über Themen, die ihm vertraut sind, schreiben kann.
- 44a.1.2.3 Die Feststellung des Sprachstandes obliegt der Ausländerbehörde. Die Ausländerbehörde muss sich selbst davon überzeugen, dass die gesetzlich geforderten Mindestsprachkenntnisse tatsächlich beim Ausländer vorliegen. Grundsätzlich ist daher das persönliche Erscheinen des Ausländers erforderlich. Die Ausländerbehörde kann einen Sprachnachweis fordern und dem Ausländer aufgeben, sich einer Prüfung zu unterziehen. Auch die Anerkennung von Bescheinigungen über das erfolgreiche Absolvieren einer Sprachprüfung liegt im Ermessen der Ausländerbehörde. Das Sprachniveau A 1 wird durch die Sprachprüfung „Start-Deutsch 1“ nachgewiesen; das Sprachniveau B 1 wird nachgewiesen durch das „Zertifikat Deutsch“ oder durch den „Deutsch-Test für Zuwanderer“. Die Ausländerbehörde muss das Ergebnis der Sprachstandsfeststellung aktenmäßig festhalten und auf Verlangen dem Bundesamt mitteilen.
- 44a.1.3 Auch Ausländer, die sich bereits länger und rechtmäßig im Bundesgebiet aufhalten, können zur Teilnahme am Integrationskurs verpflichtet werden:
- 44a.1.3.1 Die Verpflichtung des Ausländers nach § 44a Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 setzt den Bezug von Leistungen nach dem SGB II und die entsprechende Regelung in einer Eingliederungsvereinbarung voraus. Die Verpflichtung zur Teilnahme am Integrationskurs wird in diesen Fällen vom Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende ausgesprochen. Dies geschieht grundsätzlich durch einen öffentlich-rechtlichen Vertrag in Form der Eingliederungsvereinbarung nach § 15 SGB II. Weigert sich der Ausländer, eine Eingliederungsvereinbarung zu unterzeichnen, kann ihn der Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende auch nach § 44a Absatz 1 Satz 3 durch Verwaltungsakt verpflichten.
- 44a.1.3.2 Die Verpflichtung nach § 44a Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 setzt das Vorliegen einer besonderen Integrationsbedürftigkeit voraus. Diese ist insbesondere dann gegeben, wenn sich der Ausländer als Inhaber der Personensorge für ein in Deutschland lebendes Kind nicht auf einfache Art in deutscher Sprache verständigen kann und es ihm deshalb bisher nicht gelungen ist, sich ohne staatliche Hilfe in das wirtschaftliche, kulturelle und gesellschaftliche Leben der Bundesrepublik Deutschland zu integrieren (siehe § 4 Absatz 3 IntV).
- 44a.1.4 Die Ausländerbehörde stellt bei der Ausstellung des Aufenthaltstitels fest, ob der Ausländer zur Teilnahme verpflichtet ist. Der Ausländer ist über seine Teilnahmeverpflichtung am Integrationskurs, die damit verbundenen Konsequenzen und über seinen Anspruch auf Integrationsförderung aufzuklären. In den Fällen des § 44a Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 ist die Regelung des § 44a Absatz 1 Satz 2 zu beachten, wonach es zur Begründung der Teilnahmeverpflichtung nach Satz 1 Nummer 1 eines feststellenden Verwaltungsakts der Ausländerbehörde bedarf. Dieser ergeht mit der Erteilung des Aufenthaltstitels. In den Fällen des § 44a Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und 3 bestätigt zudem die Ausländerbehörde und in den Fällen des § 44a Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 der Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende dem Ausländer das Recht auf Teilnahme gesondert und übermittelt dem Bundesamt die Daten der ausgestellten Bestätigung (siehe § 6 Absatz 1 und § 8 Absatz 1 IntV).
- 44a.1.5 § 44a Absatz 1 Satz 4 bis 6 regelt die Zuständigkeit zur Teilnahmeverpflichtung in den Fällen, in denen aufenthaltsrechtliche und sozialrechtliche Verpflichtungsregelungen konkurrieren.
- 44a.1.5.1 Um Doppelverpflichtungen bzw. das Nebeneinander von Berechtigung und Verpflichtung zur Kursteilnahme zu vermeiden, haben die zuständigen Stellen die Möglichkeit des Datenaustauschs über das koordinierende Bundesamt, bei dem die Informationen gebündelt erfasst werden. Das Bundesamt erteilt auf Nachfrage die entsprechende Auskunft (siehe Nummer 43.4.8). Bevor die Ausländerbehörde oder der Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende eine Verpflichtung zur Teilnahme am Integrationskurs begründet, ist beim Bundesamt die entsprechende Auskunft einzuholen.
- 44a.1.5.2 Sofern die Ausländerbehörde den Ausländer bereits zur Teilnahme verpflichtet hat, kann auch

der Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende eine Eingliederungsvereinbarung mit ihm abschließen. Die Verpflichtung durch die Ausländerbehörde, die sich allein auf den aufenthaltsrechtlichen Status bezieht, und der Abschluss einer Eingliederungsvereinbarung, der sich ausschließlich auf den Leistungsbezug bezieht, schließen sich nicht gegenseitig aus. Ausnahmsweise kann der Träger der Grundsicherung im Einzelfall eine abweichende Entscheidung zur Verpflichtung durch die Ausländerbehörde treffen. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn der Ausländer unmittelbar in eine Erwerbstätigkeit vermittelt werden kann und ihm eine Teilnahme an einem Integrationskurs (auch Teilzeitkurs) daneben nicht zumutbar ist. Im Fall einer abweichenden Entscheidung hat der Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende dies der Ausländerbehörde unverzüglich mitzuteilen, die die Verpflichtung widerruft.

44a.1.6

Die Verpflichtung zur Teilnahme am Integrationskurs gemäß § 44a Absatz 1 Satz 1 ist gegenüber der Zulassung zum Integrationskurs gemäß § 44 Absatz 4 die weitergehende Maßnahme (vgl. auch Nummer 44.4). Anders als bei der Zulassung haben verpflichtete Ausländer sich unverzüglich zu einem Integrationskurs anzumelden (§ 7 Absatz 2 IntV). Sofern ein Ausländer der Verpflichtung nicht nachkommt, können nach § 44a Absatz 3 (vgl. auch Nummer 44a.3) Sanktionen eintreten. In der Anforderung zur Teilnahme an einem Integrationskurs sollen die Betroffenen auf die Folgen einer Pflichtverletzung hingewiesen werden.

Ein Ausländer, der nach § 44 Absatz 4 i. V. m. § 5 Absatz 1 IntV zur Teilnahme am Integrationskurs zugelassen wurde, kann – sofern er damit nicht Pflichten aus der Eingliederungsvereinbarung verletzt – ohne irgendwelche Sanktionen befürchten zu müssen, völlig frei entscheiden, ob er überhaupt und in welchem Umfang er von der Zulassung Gebrauch macht. Beide Möglichkeiten stehen daher nicht gleichberechtigt nebeneinander. Vielmehr gilt vom Sinn und Zweck der gesetzlichen Regelungen her gesehen ein Vorrang für die Verpflichtungsmöglichkeit nach § 44a Absatz 1 Nummer 2.

44a.2

Befreiung von der Teilnahmepflicht

§ 44a Absatz 2 regelt die Befreiungstatbestände von der Verpflichtung zur Kursteilnahme nach § 44a Absatz 1. In den Fällen, in denen vergleichbare Qualifikationen durch Angebote anderer Bildungseinrichtungen, z. B. öffentliche oder private Schulen, Berufsschulen oder private Kursangebote der Arbeitgeber oder anderer Träger, erworben werden, bedarf es keiner Verpflichtung zur Teilnahme am Integrationskurs. Zudem ist der besonderen Situation von Ausländern Rechnung zu tragen, denen etwa aufgrund besonderer familiärer oder persönlicher Umstände eine Teilnahme auf Dauer nicht zumutbar ist, etwa bei eigener Behinderung oder

der Pflege behinderter Familienangehöriger. Die Erziehung eigener Kinder führt dagegen nicht ohne weiteres zur Unzumutbarkeit der Kursteilnahme, dies gilt insbesondere bei der Möglichkeit kursergänzender Kinderbetreuung.

44a.2a

Befreiung von der Teilnahmepflicht am Orientierungskurs

Durch die Einfügung von Absatz 2a in § 44a wird der Vorgabe des Artikels 15 Absatz 3 der Richtlinie 2003/109/EG des Rates vom 25. November 2003 betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen (ABl. EU 2004 Nummer L 16 S. 44, so genannte Daueraufenthalts-Richtlinie) Rechnung getragen. Ein langfristig Aufenthaltsberechtigter darf nicht zur Teilnahme am Orientierungskurs verpflichtet werden, wenn er bereits in einem anderen Mitgliedstaat an Integrationsmaßnahmen teilgenommen hat und dies der Erlangung der langfristigen Aufenthaltsberechtigung i. S. d. Daueraufenthalts-Richtlinie diene.

44a.3

Auswirkung der Pflichtverletzung

44a.3.1

Das hohe Interesse an der Integration der im Bundesgebiet lebenden Ausländer rechtfertigt es, sie im Falle einer Pflichtverletzung und Nichtteilnahme am Integrationskurs auf die Auswirkungen mit Nachdruck hinzuweisen. Hervorzuheben ist dabei, dass im Falle des Bestehens des Abschlusstests ausreichende Deutschkenntnisse (§ 9 Absatz 2 Satz 1 Nummer 7) und die Grundkenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet (§ 9 Absatz 2 Satz 1 Nummer 8), die für die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis erforderlich sind, als nachgewiesen gelten (§ 9 Absatz 2 Satz 2) und die Frist für einen Anspruch auf Einbürgerung um ein Jahr auf sieben Jahre verkürzt wird (§ 10 Absatz 3 StAG). Hiermit erfolgt eine stärkere Ausrichtung auf eine erfolgreiche Teilnahme am Integrationskurs.

44a.3.2

Korrespondierend zum Prinzip des Förderns und Forderns in § 43 Absatz 1 und zu der gesetzlichen Zielbestimmung der erfolgreichen Teilnahme am Integrationskurs wurde ein nach Eingriffsintensität abgestuftes System von Sanktionen eingeführt, um auf die Verletzung der Pflicht zur Teilnahme am Integrationskurs reagieren zu können:

44a.3.2.1

Sanktionen nach dem SGB II: Ist der Ausländer Bezieher von Arbeitslosengeld II und verletzt er durch die Nichtteilnahme am Integrationskurs eine Pflicht aus der Eingliederungsvereinbarung, wird ihm dieses nach § 44a Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 i. V. m. §§ 15 und 31 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 Buchstabe b) SGB II um 30 Prozent, bei wiederholten Verletzungen der Teilnahmepflicht auch darüber hinaus, gekürzt.

44a.3.2.2

Auferlegung von Kosten für den Integrationskurs (§ 44a Absatz 3 Satz 3): Anstatt den Ko-

stenbeitrag nur für den jeweils anstehenden Kursabschnitt vorab entrichten zu lassen (vgl. § 9 Absatz 3 IntV), kann der voraussichtliche Kursbeitrag bei der Verletzung der Teilnahme-pflicht auch vorab in einer Summe erhoben werden.

44a.3.2.3 Verhängung eines Bußgeldes nach § 98 Absatz 2 Nummer 4 (siehe Nummer 98.2.4).

44a.3.2.4 Verwaltungszwang (§ 44a Absatz 3 Satz 2): Die Regelung des Verwaltungszwangs nach § 44a Absatz 3 Satz 2 hat lediglich klarstellenden Charakter. Aus dieser kann nicht der Umkehrschluss gezogen werden, dass nach den anderen Vorschriften dieses Gesetzes erlassene Verwaltungsakte nicht mit den Mitteln des Verwaltungszwangs vollstreckt werden können, sofern die Voraussetzungen vorliegen.

44a.3.2.5 Nichtverlängerung der Aufenthaltserlaubnis (§ 8 Absatz 3) (siehe Nummer 8.3).

44a.3.2.6 Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, mit einer Ermessensausweisung nach § 55 Absatz 2 Nummer 2 auf eine Verletzung der Teilnahme-pflicht zu reagieren.

44a.3.3 Die gesetzlich vorgesehenen Sanktionen bei Verletzung der Pflicht zur ordnungsgemäßen Teilnahme an Integrationskursen können auch gegenüber türkischen Arbeitnehmern und deren Familienangehörigen angewendet werden. Insbesondere berühren die Versagung einer Einbürgerung sowie die Kürzung von Sozialleistungen keine „Standstill-Klauseln“ des Assoziationsrechts: Einbürgerungen sind überhaupt nicht Regelungsgegenstand des Assoziationsrechts. Im Zusammenhang mit der „Standstill-Klausel“ des Artikels 13 ARB 1/80 ist zu beachten, dass diese nur eine Erschwerung des Arbeitsmarktzuganges und der damit verbundenen Aufenthaltsmöglichkeit untersagt, nicht aber die Anordnung zur Teilnahme an Maßnahmen, die auf eine Verbesserung des Zuganges zum Arbeitsmarkt gerichtet sind (wie nicht nur der Teilnahme an Integrationskursen, sondern etwa auch an Umschulungen und anderen Arbeitsförderungsmaßnahmen, die die Bundesagentur für Arbeit anordnet). Der Gleichbehandlungsgrundsatz des Artikels 3 Absatz 1 ARB 1/80 ist allein deshalb nicht berührt, weil jener Assoziationsratsbeschluss gemäß seinem Artikel 4 Absatz 4 nicht für die Sozialhilfe gilt, zu der – anders als die Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung – nach der Systematik des Beschlusses auch das nicht durch Beiträge finanzierte Arbeitslosengeld II zu rechnen ist. Die Nichtteilnahme an einem Integrationskurs ist allerdings kein Umstand, der bei der Entscheidung über die Beendigung des Aufenthaltes eines türkischen Staatsangehörigen in Betracht gezogen werden kann, der einem Tatbestand des Artikels 6 oder 7 ARB 1/80 unterfällt. Mangelnde Integration stellt nämlich für sich genommen keinen Grund zur Aufenthaltsbeendigung dar, die i. S. d. Artikels 14 Absatz 1

ARB 1/80 aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit erfolgen würde; hierzu ist zu beachten, dass der Europäische Gerichtshof diese Merkmale entsprechend der zur Beendigung des Aufenthalts freizügigkeitsberechtigter Unionsbürger und deren Familienangehörigen ergangenen Rechtsprechung auslegt.

Zu § 45 – Integrationsprogramm

§ 45 stellt klar, dass die im Aufenthaltsgesetz vorgesehenen Integrationskurse kein abschließendes Integrationsangebot darstellen. Bund und Länder sollen integrationskursbegleitende Angebote machen, damit die Förderung zum Spracherwerb zu einer nachhaltigen Eingliederung in das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben beiträgt. Hierzu zählt insbesondere eine migrationsspezifische Beratung, wie sie z. B. bundesweit von den Migrationsberatungsstellen für Erwachsene (MBE) und von den Jugendmigrationsdiensten (JMD) für junge Zuwanderinnen und Zuwanderer angeboten wird. Die Jugendmigrationsdienste begleiten die jungen Zuwanderinnen und Zuwanderer vor, während und nach dem Integrationskurs. Bei Bedarf sollen die Ausländerbehörden frühzeitig den Kontakt zu den Migrationsberatungsstellen suchen und mit diesen zusammenarbeiten.

In der Bundesrepublik Deutschland besteht seit Jahren auf den Ebenen des Bundes, der Länder und der Kommunen ein breites Angebot zur Förderung der verschiedenen Aspekte der Integration. Die einzelnen Förderangebote der verschiedenen staatlichen Einrichtungen und der freien Träger sind bisher allenfalls in Teilbereichen aufeinander abgestimmt. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge soll deshalb im Auftrag des Bundesministeriums des Innern in Form eines Integrationsprogramms und unter Nutzung bereits bestehender Konzepte Vorschläge zur konkreten Gestaltung und Koordinierung der bestehenden Integrationsangebote der unterschiedlichen Träger vorlegen. Dabei sollen im Interesse einer breiten Nutzungsmöglichkeit auch die Voraussetzungen für die Angleichung der Integrationsangebote für Ausländer und Aussiedler geschaffen werden. Die bei Ländern und Kommunen sowie bei den Ausländerbeauftragten bestehenden Erfahrungen im Bereich der Integrationsförderung sollen in dieses Integrationsprogramm ebenso einfließen wie die umfangreichen Erfahrungen der sonstigen gesellschaftlichen und privaten Träger.

Zu § 46 – Ordnungsverfügungen

Allgemeines

Ordnungsverfügungen nach § 46 sind selbständige Verwaltungsakte i. S. d. Verwaltungsver-

45

45.1

45.2

46

46.0

46.0.1

	fahrensrechts, selbst wenn sie gleichzeitig mit einer anderen ausländerbehördlichen Entscheidung erlassen werden. Sie unterliegen daher selbständig den gegen Verwaltungsakte zulässigen Rechtsbehelfen. Eine nach verwaltungsverfahrenrechtlichen Regeln erforderliche Anhörung muss sich in jedem Fall auf eine vorgesehene, auf § 46 gestützte Entscheidung beziehen, selbst wenn diese Entscheidung mit einer anderen Entscheidung verbunden werden soll.	
46.0.2	Widerspruch und Klage gegen eine Ordnungsverfügung nach § 46 haben aufschiebende Wirkung. Ordnungsverfügungen nach § 46 fallen insbesondere nicht in den Anwendungsbereich von § 84 Absatz 2 Satz 1, selbst wenn sie gleichzeitig mit einem anderen Verwaltungsakt ergehen, der die Rechtmäßigkeit des Aufenthalts beendet.	46.1.4
46.0.3.1	Die Ordnungsverfügung kann mit Zwang nur durchgesetzt werden, wenn sie unanfechtbar ist oder der Sofortvollzug gemäß § 80 Absatz 2 Satz 1 Nummer 4 VwGO angeordnet worden ist. Soll die Ordnungsverfügung sofort vollziehbar sein, ist daher die sofortige Vollziehbarkeit gemäß § 80 Absatz 2 Satz 1 Nummer 4 VwGO besonders anzuordnen. Als Anordnungsgrund kommt ein öffentliches Interesse am Sofortvollzug in Betracht. Dieses muss im Einzelfall begründbar sein, und zwar nicht im Hinblick auf die Ordnungsverfügung selbst, sondern gerade mit Blick auf die sofortige Vollziehbarkeit. Eine schriftliche Begründung des besonderen Interesses an der sofortigen Vollziehbarkeit ist nach § 80 Absatz 3 Satz 1 VwGO erforderlich.	46.1.4.1
46.0.3.2	Die Anordnung des Sofortvollzuges einer auf Grund § 46 erlassenen Ordnungsverfügung gemäß § 80 Absatz 2 Satz 1 Nummer 4 VwGO ist i. d. R. erforderlich. Dies gilt zumindest dann, wenn die Ausreise nur unter erschwerten Bedingungen bzw. zum vorgesehenen Zeitpunkt unter unverhältnismäßigem Aufwand durchgesetzt werden könnte, wenn mit ausreisefördernden Maßnahmen zugewartet würde.	46.1.4.2
46.1	Ordnungsverfügungen zur Förderung der Ausreise	46.1.4.3
46.1.1	Ordnungsverfügungen nach Absatz 1 können gegenüber einem vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländer getroffen werden.	46.1.4.4
46.1.2	Zuständig sind nach § 71 Absatz 1 die Ausländerbehörden; gemäß § 71 Absatz 3 Nummer 6 können Ordnungsverfügungen nach Absatz 1 mit Ermächtigung des Bundesministeriums des Innern auch durch die mit der polizeilichen Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs beauftragten Behörden erlassen werden.	46.1.4.5
46.1.3	Die Ordnungsverfügung muss der Förderung der Ausreise dienen. Ihr Erlass muss nicht zwingend erforderlich sein, damit der Aus-	46.1.4.6
	länder überhaupt ausreist. Sie müssen lediglich erforderlich in dem Sinne sein, dass eine Förderung der Ausreise nicht durch ein milderes Mittel erfolgen kann, das eine ebenso starke Sicherung oder Förderung der Ausreise des Ausländers gewährleistet. Zudem muss die Ordnungsverfügung angemessen, also verhältnismäßig i. e. S. sein; dabei sind etwa bei Bestimmungen zur Wohnsitznahme Interessen der möglichen Wahrung einer familiären Lebensgemeinschaften mit Mitgliedern der Kernfamilie, die sich bereits im Bundesgebiet aufhalten, zu berücksichtigen.	46.1.5
		Der Förderung der Ausreise können beispielsweise dienen:
		– die Verpflichtung, sich zur Aufenthaltsüberwachung regelmäßig bei der Ausländerbehörde zu melden,
		– die Verpflichtung, eine Rückkehrberatung in Anspruch zu nehmen,
		– die Verpflichtung, betragsmäßig zu bezeichnende Mittel, die nicht für die Sicherung des absoluten Existenzminimums erforderlich sind, für die Finanzierung der Rückkehr anzusparen und hierzu auf ein von der Ausländerbehörde eingerichtetes Sperrkonto einzuzahlen,
		– die Verpflichtung zur Wohnsitznahme an einem bestimmten Ort oder in einer bestimmten Unterkunft (vgl. Nummer 61.2.1),
		– die Verpflichtung, einen bestimmten räumlichen Bereich nicht zu verlassen (vgl. auch § 61),
		– die Verpflichtung, Papiere der Ausländerbehörde auszuhändigen, die bei Kontrollen zu dem falschen Eindruck führen können, der Ausländer sei zum Aufenthalt berechtigt bzw. nicht ausreisepflichtig; dies gilt insbesondere für Fiktionsbescheinigungen nach Ablehnung eines Antrags auf eine Aufenthaltserlaubnis.
		Ein Verstoß gegen eine vollziehbare Ordnungsverfügung nach § 46 Absatz 1 ist gemäß § 98 Absatz 3 Nummer 4 als Ordnungswidrigkeit sanktioniert. Darüber hinaus lässt sich die Ordnungsverfügung im Wege des Verwaltungszwangs, auch durch Androhung und Erhebung eines Zwangsgeldes, durchsetzen.
		46.1.6
		Sofern die Ordnungsverfügung aufenthaltsbeschränkenden Charakter besitzt (Nummer 46.1.4.4 und 46.1.4.5) und sobald sie vollziehbar ist, ist ihr Inhalt in einen Pass oder Passersatz des Ausländers aufzunehmen. Der Ausländer ist nach § 56 Nummer 8 AufenthV zur Vorlage des Passes oder Passersatzes zu diesem Zwecke verpflichtet und muss dementsprechend die Eintragung dulden. Die Eintragung lautet:
		„Während des Aufenthalts im Bundesgebiet zur Wohnsitznahme in ... verpflichtet. Die sofortige Vollziehung ist gemäß § 80

Absatz 2 Satz 1 Nummer 4 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) angeordnet.“

bzw.

„Der räumliche Bereich von/des (Ort, Landkreis etc.) darf außer zur sofortigen Ausreise nicht verlassen werden. Die sofortige Vollziehung ist gemäß § 80 Absatz 2 Satz 1 Nummer 4 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) angeordnet.“

46.2 Untersagung der Ausreise

46.2.0 Die Anwendung ist auch für Freizügigkeitsberechtigte gemäß § 11 Absatz 1 FreizügG/EU eröffnet.

46.2.1 Einem Ausländer kann nach § 46 Absatz 2 Satz 1 die Ausreise in entsprechender Anwendung von § 10 Absatz 1 und 2 PassG untersagt werden. Die Untersagung ist möglich, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass bei ihm die Voraussetzungen nach § 7 Absatz 1 PassG vorliegen oder wenn er keinen zum Grenzübertritt gültigen Pass oder Passersatz mitführt.

46.2.2 Die Ausreiseuntersagung gegenüber Ausländern kommt insbesondere in Betracht, wenn der Ausländer

46.2.2.1 – durch die Ausreise die innere oder äußere Sicherheit oder sonstige erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährdet (§ 7 Absatz 1 Nummer 1 PassG),

46.2.2.2 – sich einer Strafverfolgung oder Strafvollstreckung oder der Anordnung oder der Vollstreckung einer mit Freiheitsentziehung verbundenen Maßregel der Besserung und Sicherung entziehen will (§ 7 Absatz 1 Nummer 2 PassG),

46.2.2.3 – einer Vorschrift des BtMG über die Einfuhr, Ausfuhr, Durchfuhr oder das Inverkehrbringen von Betäubungsmitteln zu widerhandeln will (§ 7 Absatz 1 Nummer 3 PassG),

46.2.2.4 – sich seinen steuerlichen Verpflichtungen entziehen will (§ 7 Absatz 1 Nummer 4 PassG) oder

46.2.2.5 – sich einer gesetzlichen Unterhaltspflicht entziehen will (§ 7 Absatz 1 Nummer 5 PassG).

46.2.3.1 Die Untersagung der Ausreise ist nach § 46 Absatz 2 Satz 2 außerdem zulässig, wenn der Ausländer in einen Staat einreisen will, ohne im Besitz der dafür erforderlichen Dokumente und Erlaubnisse zu sein.

46.2.3.2 So kann die Ausreise untersagt werden, wenn der Ausländer in einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einen Mitgliedstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum einreisen will und nicht im Besitz der dafür erforderlichen Dokumente und Er-

laubnisse ist. Das gleiche gilt für eine illegale Einreise in einen Staat, mit dem Deutschland ein Rückübernahmeabkommen geschlossen hat und aufgrund dieses Abkommens zur Rückübernahme illegal eingereister Ausländer verpflichtet ist.

46.2.4 Für die Ausreiseuntersagung ist die Ausländerbehörde zuständig (§ 71 Absatz 1) oder die Grenzbehörde (§ 71 Absatz 3 Nummer 4), soweit die Entscheidung an der Grenze zu treffen ist. Ausreiseuntersagungen der Grenzbehörden sind als unaufschiebbare Anordnungen und Maßnahmen von Polizeivollzugsbeamten zu werten. Eine aufschiebende Wirkung entfällt nach § 80 Absatz 2 Nummer 2 VwGO.

46.2.5 Die Untersagung der Ausreise nach § 46 Absatz 2 Satz 1 und 2 steht im Ermessen der zuständigen Behörden. Maßstab für ausländerrechtlich begründete Ausreiseuntersagungen sind in entsprechender Anwendung die einschlägigen pass- und personalausweisrechtlichen Verwaltungsvorschriften, weil sich der Prüfungsrahmen der nach Ausländerrecht zuständigen Behörden nicht wesentlich von dem der nach Pass- bzw. Ausweisrecht zuständigen Behörden unterscheidet. In die Entscheidung sind aber ergänzend die spezifisch aufenthaltsrechtlichen Belange einzustellen. Für die Anwendbarkeit von § 46 Absatz 2 ist im Übrigen der aufenthaltsrechtliche Status des Ausländers ohne Relevanz.

46.2.6 Die Ausreiseuntersagung ist bei Vollziehbarkeit in sämtlichen Pässen und Passersatzpapieren des Ausländers wie folgt zu vermerken:

„Ausreise aus der Bundesrepublik Deutschland nicht gestattet.“

Sofern die Ausreiseuntersagung von der Ausländerbehörde verfügt wird, ist der Vermerk wie folgt zu ergänzen:

„Die sofortige Vollziehung ist gemäß § 80 Absatz 2 Satz 1 Nummer 4 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) angeordnet.“

Das besondere Interesse für die Anordnung des Sofortvollzugs liegt darin, dass die Gefahrenabwehr im Falle der Ausreise nicht mehr möglich wäre. Der Ausländer ist nach § 56 Nummer 8 AufenthV zur Vorlage des PASSES oder Passersatzes zu diesem Zwecke verpflichtet und muss dementsprechend die Eintragung dulden.

46.2.7 Ein Verstoß gegen das vollziehbare Ausreiseverbot ist nach § 95 Absatz 1 Nummer 4 strafbar, nicht aber der Versuch.

Zu § 47 – Verbot und Beschränkung der politischen Betätigung

Allgemeines

47.0.1 Die Beschränkung und die Untersagung der politischen Betätigung sind belastende Verwal-

	tungsakte, die nur unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 2 und Absatz 2 und unter Beachtung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes erlassen werden dürfen.		Rechtsvorschriften grundsätzlich politisch betätigen dürfen.
47.0.2	<p>§ 47 erlaubt, wie sich aus der Formulierung „... soweit ...“ in Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 ergibt, keine umfassende Beschränkung oder Untersagung jeder politischen Betätigung. In der Verfügung ist anzugeben, welche konkrete politische Betätigung (Zielsetzung, Mittel, Erscheinungsform) in welcher Weise beschränkt oder untersagt wird. In Betracht kommen insbesondere</p> <ul style="list-style-type: none"> – das Verbot der Teilnahme an öffentlichen politischen Versammlungen und Aufzügen, – die Untersagung politischer Reden, Pressekonferenzen und Veröffentlichungen sowie – das Verbot der Übernahme und Ausübung von Ämtern. 	47.1.2	Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 bis 4 bezeichnet die Voraussetzungen und Grenzen für die Beschränkung oder Untersagung der politischen Betätigung im Ermessenswege.
		47.1.2.1.1	Eine Beeinträchtigung der politischen Willensbildung in Deutschland ist insbesondere die Einwirkung auf politische Parteien, politische Wahlen oder Abstimmungen, Parlamente, Regierungen oder andere zur politischen Willensbildung berufene staatliche oder kommunale Organe oder die in solchen Organen mitwirkenden Personen oder Gruppen mit Mitteln oder in Formen, die nach allgemeiner Auffassung zur Verfolgung politischer Ziele unangemessen sind.
47.0.3	Das Verbot und die Beschränkung der politischen Betätigung gelten unabhängig vom Aufenthaltsstatus des Ausländers. Die Einschränkung oder Untersagung ist nicht durch Bedingung oder Auflage zum Aufenthaltstitel, sondern durch selbständige Verfügung anzuordnen. Die Verfügung kann – auch ergänzend für bestimmte Zeiträume – mit dem Verbot des Aufenthalts an bestimmten Orten oder in bestimmten Gebieten verknüpft werden (vgl. § 12 Absatz 2 Satz 2, § 6 Absatz 1 Satz 3).	47.1.2.1.2	Das friedliche Zusammenleben kann durch aggressive Beeinflussung, insbesondere unter Ausnutzung von bestehenden Fehlinformationen oder bei deren gleichzeitiger Verbreitung, beeinträchtigt oder gefährdet werden.
		47.1.2.1.3	Der Begriff der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ist i. S. d. allgemeinen Polizei- und Ordnungsrechts zu verstehen. Als sonstige erhebliche Interessen i. S. v. Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 geschützt sind nur erhebliche öffentliche Interessen, die ihrem Gewicht nach den vorgenannten Gütern vergleichbar sind.
47.0.4	Von der Ausländerbehörde erlassene Maßnahmen werden i. d. R. nicht im Pass oder Passersatz eingetragen.	47.1.2.2	Ob die Voraussetzungen der Nummer 2 vorliegen, ist über die oberste Landesbehörde mit dem Bundesministerium des Innern abzustimmen. Aus Gründen der Verhältnismäßigkeit kommt eine Beschränkung oder Untersagung der politischen Betätigung nur dann in Betracht, wenn die Betätigung des Ausländers geeignet ist, den außenpolitischen Interessen in erheblichem Maße zuwiderzulaufen.
47.0.5	Es wird i. d. R. angebracht sein, die sofortige Vollziehung anzuordnen (§ 80 Absatz 2 Satz 1 Nummer 4 VwGO) und für den Fall der Zuwiderhandlung die Erhebung eines Zwangsgeldes anzudrohen. Ausländer, denen die politische Betätigung beschränkt oder untersagt wird, sind darauf hinzuweisen, dass ein Verstoß gegen die vollziehbare Anordnung eine Straftat nach § 95 Absatz 1 Nummer 4 darstellt.	47.1.2.3	Konkrete Tatsachen, z. B. ein früheres Verhalten oder eine Ankündigung des Ausländers, müssen die Annahme rechtfertigen, dass das beabsichtigte politische Verhalten gegen die Rechtsordnung verstoßen wird. In Betracht kommen z. B. Verstöße gegen das Versammlungsrecht.
47.0.6	Der Verstoß gegen die Anordnung kann einen Ausweisungsgrund darstellen (§ 55 Absatz 2 Nummer 2). Auch eine nicht untersagte politische Betätigung, die nach Absatz 1 Satz 2 oder Absatz 2 untersagt werden könnte, kann ein Ausweisungsgrund nach § 55 Absatz 2 Nummer 2 oder 8 sein. Im Einzelfall ist daher insbesondere nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu prüfen, ob eine Verfügung nach § 47 nicht ausreichend und daher eine Ausweisung geboten ist. Sofern eine sofortige Abschiebung nicht möglich ist und eine entsprechende Gefahr fortbesteht, ist neben einer Ausweisung eine Verfügung nach § 47 zulässig.	47.2	Zwingende Untersagung
47.1	Beschränkung und Untersagung nach Ermessen	47.2.1	In den Fällen des Absatz 2 ist die politische Betätigung zu untersagen. Ein Ermessen besteht insoweit nicht.
47.1.1	Absatz 1 Satz 1 stellt ausdrücklich klar, dass sich Ausländer im Rahmen der allgemeinen	47.2.1.1	Die freiheitliche demokratische Grundordnung i. S. d. Absatzes 2 Nummer 1 ist entsprechend der Definition des Bundesverfassungsgerichts eine Ordnung, die unter Ausschluss von jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt. Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung sind mindestens zu rechnen: die Achtung vor den im

	GG konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht auf Leben und freie Entfaltung der Persönlichkeit, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition. Auf Nummer 54.2.2.1 wird Bezug genommen.		
47.2.1.2	Zum Begriff „Gefährdung der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland“ wird auf Nummer 54.2.2.2 bis 54.2.2.2.2 Bezug genommen.		
47.2.2	Nach Nummer 2 ist die politische Betätigung zu untersagen, die Gewaltanwendung als Mittel zur Durchsetzung politischer, religiöser oder sonstiger Belange öffentlich unterstützt, befürwortet oder hervorzurufen bezweckt oder geeignet ist. Betroffen ist – anders als in § 14 Absatz 2 Nummer 4 VereinsG – nur das öffentliche Verhalten. Durch diesen Unterlassungsgrund soll u. a. das Spendensammeln für Terrorgruppen oder das Rekrutieren von Kämpfern erfasst werden. Auch das Verhalten fundamental ausgerichteter religiöser Prediger, welche zum Mord an religiösen Gruppen oder Angehöriger einzelner Staaten aufrufen, diesen gutheißen, das Existenzrecht von Staaten, die von der Bundesrepublik Deutschland völkerrechtlich anerkannt sind, bestreiten oder zur Teilnahme am gewaltsamen Kämpfen gegen anerkannte Staaten aufrufen, ist danach zu untersagen.	48.0.3	Absatz 2 hat allerdings insofern Ergänzungsfunktion gegenüber § 3, als dort – i. V. m. § 55 und § 56 Nummer 4 AufenthV – festgelegt ist, dass, ob und unter welchen Voraussetzungen anstelle der Passbesitzpflicht die Verpflichtung tritt, einen Ausweisersatz zu beantragen und zu besitzen.
47.2.3	Nummer 3 sieht die Untersagung der politischen Betätigung bei Unterstützung von inländischen oder ausländischen Gruppierungen mit terroristischem Hintergrund vor. Ob die unterstützte Organisation ihren Sitz im In- oder Ausland hat, ist unerheblich. Erforderlich ist allerdings, dass sie Anschläge in Deutschland oder gegenüber Deutschen oder deutschen Einrichtungen veranlasst, befürwortet oder angedroht hat.	48.0.4	Im Inland besteht keine allgemeine Verpflichtung, einen Pass, einen Passersatz, einen Ausweisersatz oder einen Aufenthaltstitel mitzuführen.
		48.0.5	Die ausweisrechtlichen Pflichten von Personen, deren Rechtsstellung sich nach dem FreizügG/EU richtet, sind in § 8 FreizügG/EU geregelt. Die in § 56 AufenthV enthaltene Regelung gilt auch für diese Personen (§ 79 AufenthV). Keine Anwendung findet hingegen § 57 AufenthV.
48	Zu § 48 – Ausweisrechtliche Pflichten	48.1	Pflicht zur Vorlage, zur Aushändigung und Überlassung von Papieren
48.0	Allgemeines		
48.0.1	Neben den ausweisrechtlichen Pflichten, die in § 48 normiert sind, bestehen ausweisrechtliche Verpflichtungen nach §§ 56 und 57 AufenthV. Die Pflichten nach diesem Gesetz und der AufenthV ergänzen sich; die Vorschriften stehen daher nicht in einem Spezialitätsverhältnis zueinander, sondern gelten nebeneinander.	48.1.1	Die Pflicht zur Vorlage, Aushändigung und vorübergehenden Überlassung der in Absatz 1 genannten Urkunden besteht gegenüber allen mit der Ausführung des Aufenthaltsgesetzes betrauten Behörden. Das sind neben den Ausländerbehörden insbesondere die Auslandsvertretungen, die mit der polizeilichen Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs beauftragten Behörden und die Polizeien der Länder, soweit diese jeweils ausländerrechtliche und nicht andere Maßnahmen durchführen. Die Pflicht nach § 48 Absatz 1 kann auf Grund einer Anordnung der mit der Ausführung des Aufenthaltsgesetzes betrauten Behörde nach Verwaltungsvollstreckungsrecht durchgesetzt werden. Die Anordnung, einen gültigen Pass oder Passersatz vorzulegen, hat für den Fall, dass der Ausländer passlos ist, auch zu beinhalten, dass er Nachweise beibringen muss
48.0.2	Die ausweisrechtlichen Vorschriften nach § 48 und nach §§ 56 und 57 AufenthV sind – vorbehaltlich der Ausführungen in Nummer 48.0.3 – von der Passpflicht nach § 3 zu unterscheiden. Die Passpflicht bezieht sich auf einen gültigen Pass oder Passersatz und betrifft den Grenzübertritt sowie die Pflicht zum Besitz eines		

- (§ 82 Absatz 1), ein entsprechendes Dokument nicht in zumutbarer Weise erlangen zu können.
- 48.1.2 Die Ausweispflicht nach Absatz 1 beschränkt sich auf die genannten Urkunden. Die Beibringung anderer Erlaubnisse, Bescheinigungen und Nachweise richtet sich nach § 82.
- 48.1.3 Die Ausweispflicht besteht, soweit die Vorlage, Aushändigung und Überlassung zur Durchführung oder Sicherung von Maßnahmen nach dem Aufenthaltsgesetz erforderlich ist. Solche Maßnahmen sind insbesondere:
- 48.1.3.1 – die Erteilung, Verlängerung, Versagung, Beschränkung und der Widerruf eines Aufenthaltstitels oder einer Bescheinigung über die Aussetzung der Abschiebung,
- 48.1.3.2 – die Ausstellung, Entziehung oder Versagung von Passersatzpapieren sowie das Anbringen von Passvermerken (vgl. zu Passvermerken näher § 56 Absatz 1 Nummer 8 AufenthV, der bewirkt, dass die dort genannten Eintragungen auch datenschutzrechtlich zulässig sind),
- 48.1.3.3 – die Anordnung einer Bedingung oder Auflage,
- 48.1.3.4 – die Gestattung der Einreise, Zurückweisung, Zurückschiebung, Abschiebung und Rückführung,
- 48.1.3.5 – die Untersagung der Ausreise,
- 48.1.3.6 – die Verwahrung von Pässen oder Passersatzpapieren zur Sicherung der Ausreise (§ 50 Absatz 6).
- 48.1.4 Wer entgegen Absatz 1 eine dort genannte Urkunde nicht vorlegt, aushändigt oder überlässt, handelt ordnungswidrig gemäß § 98 Absatz 2 Nummer 3.
- 48.1.5 Grundsätzlich soll die Ausländerbehörde von sämtlichen Pässen und Passersatzpapieren eines sich nicht nur kurzfristig im Inland aufhaltenden Ausländers Kenntnis haben, die dieser besitzt. Darüber hinaus soll der Ausländer nicht unnötig deutsche Pass- und Ausweisersatzpapiere besitzen. Die ergänzenden Vorschriften in § 56 Absatz 1 Nummer 6 und 7 sowie § 57 AufenthV sollen der Durchsetzung dieser Grundsätze dienen. Dies ist insbesondere im Zusammenhang mit Sicherheitsfragen und im Asylbereich erforderlich, da Pässe und Passersatzpapiere sowohl über ggf. vorhandene Mehrfachidentitäten des Ausländers Aufschluss geben können, als auch – durch in den Papieren angebrachte Vermerke – über Reiserouten.
- 48.1.5.1 § 56 Absatz 1 Nummer 6 AufenthV ordnet vor diesem Hintergrund ergänzend zum Aufenthaltsgesetz an, dass der Ausländer nach dem Wiederauffinden eines Passes oder Passersatzpapiers unverzüglich das wiederaufgefundene Dokument und sämtliche nach dem Verlust ausgestellte – in- und ausländische – Pässe und Passersatzpapiere der für den Wohnort (ersatzweise, insbesondere bei Touristen ohne Wohnort im Inland, den Aufenthaltsort) zuständigen Ausländerbehörde vorlegen muss. Im Ausland kann ein Ausländer mit ständigem Aufenthalt im Inland die Papiere auch einer deutschen Auslandsvertretung vorlegen, die die Meldung des Wiederauffindens und Kopien der vorgelegten Papiere an die zuständige Ausländerbehörde weiterleitet; insofern hat die Auslandsvertretung die Stellung eines Übermittlers. Auf Grund der Vorlage sämtlicher nach dem Verlust ausgestellter Papiere hat die Ausländerbehörde zu prüfen, ob die Ausstellungsvoraussetzungen für einen dem Ausländer erteilten deutschen Passersatz oder Ausweisersatz weiterhin vorliegen, insbesondere wenn die Ausstellung von der Unmöglichkeit der rechtzeitigen (Wieder-)Beschaffung des verloren geglaubten Papiers abhing. Ansonsten ist dieser i. d. R. – ggf. nach der Übertragung von Aufenthaltstiteln oder sonstigen Bescheinigungen in ein anderes Papier – nach § 4 Absatz 7 Satz 1 AufenthV einzuziehen. Die Verpflichtung zur Vorlage wiederaufgefundener Papiere ist zur Durchführung der genannten Prüfung auch erforderlich, um die in Nummer 48.1.5 genannten Überprüfungen zu ermöglichen.
- 48.1.5.2 Nach § 56 Absatz 1 Nummer 7 AufenthV muss der Ausländer zudem entweder bei Ablauf der Gültigkeitsdauer oder nach besonderer Anordnung einer Auslandsvertretung einen Pass oder Passersatz der Ausländerbehörde unverzüglich vorlegen. Eine Anordnung durch die Auslandsvertretung zur unverzüglichen Vorlage des Passersatzes bei der Ausländerbehörde nach der Einreise ist insbesondere bei der Ausstellung nur kurzfristig gültiger Reiseausweise für Ausländer angemessen; infolge der Vorlagepflicht kann die Ausländerbehörde die weitere Ausstellung eines Pass- oder Ausweisersatzes anhand ihrer eigenen Aktenlage selbständig und zeitnah überprüfen. Die Pflicht zur Vorlage abgelaufener Passersatzpapiere dient der Überwachung des Verbleibs.
- 48.1.5.3 Die allgemeine, selbständige Pflicht zur Vorlage sämtlicher Pass-, Passersatz- und Ausweis-papiere bei Vorhandensein mehrerer solcher Papiere (§ 57 AufenthV) dient ebenfalls den in Nummer 48.1.5 genannten Zwecken. Auf die in § 83 AufenthV genannte Übergangsfrist wird hingewiesen.
- 48.1.5.4 Der Verstoß u. a. gegen die in § 56 Absatz 1 Nummer 5 bis 7 und § 57 AufenthV geregelten Pflichten ist nach § 77 Nummer 2 bis 4 AufenthV, jeweils i. V. m. § 98 Absatz 3 Nummer 7, bußgeldbewehrt.
- 48.1.6.1 Besitzt ein Ausländer einen deutschen Reiseausweis für Ausländer und einen nicht deutschen, in Deutschland anerkannten und zum Grenzübertritt berechtigenden ausländischen Pass oder Passersatz, ist der deutsche Reiseausweis für Ausländer i. d. R. einzuziehen (§ 4 Absatz 7 AufenthV). Besitzt ein Ausländer mehrere deutsche Reiseausweise für Ausländer,

ohne einen in Deutschland anerkannten und zum Grenzübertritt berechtigenden ausländischen Pass oder Passersatz zu besitzen, sind i. d. R. mit Ausnahme des für den längsten Zeitraum gültigen Reiseausweises sämtliche anderen einzuziehen. Entsprechendes gilt für den Besitz mehrerer Reiseausweise für Flüchtlinge bzw. für Staatenlose. Besitzt der Ausländer einen deutschen Reiseausweis für Ausländer neben einem Reiseausweis für Flüchtlinge bzw. für Staatenlose, ist der Reiseausweis für Ausländer i. d. R. einzuziehen. Besitzt der Ausländer neben den genannten Papieren einen Notreiseausweis, ist der Notreiseausweis einzuziehen.

- 48.1.6.2 Besitzt der Ausländer neben einem deutschen Reiseausweis für Flüchtlinge einen ausländischen Nationalpass, ist zu prüfen, ob ein Fall des § 72 Absatz 1 Nummer 1 AsylVfG vorliegt. Andernfalls sind dem Ausländer beide Pässe zu belassen und dies entsprechend zu vermerken (Nummer 3.3.4.7). Besitzt der Ausländer neben einem deutschen Reiseausweis für Flüchtlinge einen ausländischen Passersatz, der nicht an Angehörige des ausstellenden Staates ausgestellt wird und der nicht ebenfalls ein Reiseausweis für Flüchtlinge ist, sind dem Ausländer beide Papiere zu belassen. Besitzt der Ausländer einen inländischen und einen ausländischen Reiseausweis für Flüchtlinge, ist zu prüfen, ob die Zuständigkeit entsprechend Artikel 28 i. V. m. § 11 Anhang der Genfer Flüchtlingskonvention und dem Europäischen Übereinkommen über den Übergang der Verantwortung für Flüchtlinge vom 16. Oktober 1980 (BGBl. 1994 II S. 2646) auf den auswärtigen Staat übergegangen ist. Ggf. ist nach den Vorschriften der genannten Abkommen zu verfahren.
- 48.1.6.3 Besitzt der Ausländer neben einem deutschen Reiseausweis für Staatenlose einen ausländischen Nationalpass, ist nicht davon auszugehen, dass der Ausländer staatenlos ist. Dementsprechend ist der deutsche Reiseausweis für Staatenlose einzuziehen.
- 48.1.6.4 Von der Einziehung eines deutschen Passersatzes kann abgesehen werden, wenn der Passersatz ein Visum oder eine sonstige Bescheinigung enthält, deren Wiederbeschaffung oder Übertragung nach Ungültigkeitserklärung des Passersatzes umständlich oder kostspielig ist. Dies gilt insbesondere beim Wiederauffinden nach Verlust.
- 48.1.7 Die Ausländerbehörde nimmt i. d. R. eine Fotokopie des Passes oder Passersatzes – mit sämtlichen Seiten, die Vermerke enthalten – zur Ausländerakte. Dies gilt auch bei der erstmaligen Vorlage eines neu ausgestellten Passes oder Passersatzes.
- 48.1.8 Nach der Einziehung oder sonstigen Rücknahme eines deutschen Passersatzes nimmt die Behörde entweder den Passersatz im Original

zur Ausländerakte oder bringt auf jeder Personalien enthaltenden Seite einen Stempel

„UNGÜLTIG – EXPIRED“

an, nimmt eine Kopie des ungültig gestempelten Papiers einschließlich sämtlicher Seiten, die Vermerke (auch fremder Staaten) enthalten, zur Akte und händigt dem Ausländer das derart ungültig gemachte Original auf Wunsch wieder aus. Die Aushändigung des Originals kann dem Ausländer den urkundlichen Nachweis erlaubter Aufenthaltszeiten ermöglichen und ist daher nur in Ausnahmefällen zu verweigern. Zur Vermeidung einer Verwendung im Zusammenhang mit Fälschungen sind vor der Aushändigung Hologramme, die im Vordruck sowie in deutschen Aufenthaltstiteln oder Schengen-Visa enthalten sind, durchzulochen. Visa und Aufenthaltstitel, die nicht auf den von den Schengen-Staaten zu verwendenden einheitlichen Vordrucken ausgestellt wurden, dürfen weder beschädigt noch ungültig gestempelt werden, da deutsche Behörden nicht dafür zuständig sind, durch Vermerke Aussagen über die Gültigkeit dieser (ausländische Verwaltungsakte verkörpernden) Etiketten zu treffen.

- 48.1.9 Der Pass oder Passersatz eines Ausländers ist in Verwahrung zu nehmen (Absatz 1 i. V. m. § 50 Absatz 6), wenn die Behörde feststellt, dass der Ausländer wegen unerlaubter Einreise nach § 58 Absatz 2 Nummer 1 vollziehbar ausreisepflichtig ist. Dies gilt auch, wenn ein Dritter unter Vorlage des Passes für den Ausländer bei der Ausländerbehörde vorstellt wird.
- 48.1.10.1 Der Pass oder Passersatz ist den zuständigen Stellen vorübergehend zu überlassen, wenn Zweifel an der Echtheit oder Gültigkeit des Passes, der Identität oder Staatsangehörigkeit des Passinhabers oder anderer eingetragener Personen bestehen. Ordnungs-, polizei- und strafrechtliche Regelungen bleiben unberührt.
- 48.1.10.2 Im Übrigen ist der Pass oder Passersatz den zuständigen Stellen vorübergehend zu überlassen, soweit dies zur Durchführung oder Sicherung von Maßnahmen nach dem Aufenthaltsgesetz, insbesondere von aufenthaltsbeendenden Maßnahmen, erforderlich ist.
- 48.1.10.3 Dem Ausländer ist bei der Einbehaltung des Passes oder Passersatzes ein Ausweisersatz auszustellen (§ 55 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 AufenthV). Dies gilt auch bei kurzfristiger Einbehaltung, es sei denn, die Einbehaltung dauert nicht länger als 24 Stunden. Zur Beantragung ist der Ausländer nach § 56 Absatz 1 Nummer 4 AufenthV verpflichtet. Ein Verstoß gegen die Verpflichtung ist nach § 77 Nummer 2 AufenthV i. V. m. § 98 Absatz 3 Nummer 7 bußgeldbeehrt. Auf die Verpflichtung ist der Ausländer hinzuweisen; der Hinweis ist aktenkundig zu machen (Nummer 50.6.3 bleibt unberührt).
- 48.1.11 Die einbehaltenen Dokumente sind dem Ausländer – ggf. Zug um Zug gegen Rückgabe des für die Zwischenzeit ausgestellten Aus-

- weisersatzes – auszuhändigen, wenn sie für die Durchführung oder Sicherung von Maßnahmen nach dem Aufenthaltsgesetz nicht mehr benötigt werden.
48. 1. 12 Ausländer, die im Rahmen von Prüfungen nach dem SchwarzArbG angetroffen werden, sind verpflichtet, ihren Pass, Passersatz oder Ausweisersatz und ihren Aufenthaltstitel, ihre Duldung oder ihre Aufenthaltsgestattung den Behörden der Zollverwaltung auf Verlangen vorzulegen und, sofern sich Anhaltspunkte für einen Verstoß gegen ausländerrechtliche Vorschriften ergeben, zur Weiterleitung an die zuständige Ausländerbehörde zu überlassen. Werden die Dokumente einbehalten, erhält der betroffene Ausländer eine Bescheinigung, welche die einbehaltenen Dokumente und die Ausländerbehörde bezeichnet, an die die Dokumente weitergeleitet werden. Der Ausländer ist verpflichtet, unverzüglich mit der Bescheinigung bei der Ausländerbehörde zu erscheinen. Darauf ist in der Bescheinigung hinzuweisen. Gibt die Ausländerbehörde die einbehaltenen Dokumente zurück oder werden Ersatzdokumente ausgestellt oder vorgelegt, behält die Ausländerbehörde die Bescheinigung ein. Anderenfalls ist der Ausländer von der Ausländerbehörde auf seine Pflicht hinzuweisen, einen Ausweisersatz zu beantragen (§ 55 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 AufenthV).
48. 1. 13 Die Vorlage, Aushändigung, Überlassung, Verwahrung und Herausgabe des Passes oder Passersatzes eines Asylbewerbers richtet sich nach § 15 Absatz 2 Nummer 4 sowie §§ 21 und 65 AsylVfG, jeweils auch i. V. m. § 71a Absatz 2 und 3 AsylVfG.
- Ein Ausländer, dessen Asylberechtigung oder Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft erlischt, hat seinen Reiseausweis nach § 72 Absatz 2 AsylVfG herauszugeben. Gleiches gilt in den Fällen des § 73 Absatz 6 AsylVfG.
- 48.2 Erfüllung der Ausweispflicht mit einem Ausweisersatz**
- 48.2.1 Die Voraussetzungen für die Ausstellung eines Ausweisersatzes sind in § 55 Absatz 1 und 2 AufenthV geregelt. Der Ausweisersatz ist kein Passersatz. Er berechtigt im Vergleich zum Reisedokument insbesondere nicht zum Grenzübertritt. Hierüber ist der Ausländer zu belehren. Einem Ausländer, der einen Aufenthaltstitel oder eine Duldung besitzt und einen anerkannten und gültigen Pass oder Passersatz nicht in zumutbarer Weise erlangen kann, muss grundsätzlich ein Ausweisersatz ausgestellt werden. Dies gilt nicht, wenn der Aufenthaltstitel widerrufen werden soll. Der Ausstellung eines Ausweisersatzes bedarf es nicht, wenn der Ausländer bereits einen neuen Pass beantragt hat und zu erwarten ist, dass dieser innerhalb von drei Monaten ausgestellt wird; vgl. hierzu auch § 56 Absatz 1 Nummer 1 AufenthV.
- 48.2.2 In § 55 Absatz 1 Satz 1 AufenthV sind die Fälle genannt, in denen die Behörde auf Antrag dem Ausländer einen Ausweisersatz ausstellen muss.
- 48.2.2.1 Die Voraussetzung zur Ausstellung eines Ausweisersatzes nach § 55 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 AufenthV ist erfüllt, wenn der Ausländer einen Pass oder Passersatz weder besitzt noch in zumutbarer Weise erlangen kann. Zur Zumutbarkeit ist nach § 55 Absatz 1 Satz 3 AufenthV auf § 5 Absatz 2 AufenthV abzustellen. Auf Nummer 3.3.1.2 bis Nummer 3.3.1.4 wird hingewiesen. Asylbewerber erfüllen ihre Ausweispflicht mit der Bescheinigung über die Aufenthaltsgestattung, weshalb ihnen kein Ausweisersatz ausgestellt wird.
- 48.2.2.2 Ein Fall des § 55 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 AufenthV liegt stets vor, wenn der Pass oder Passersatz einer inländischen Behörde überlassen wurde. In diesem Falle wird gesetzlich vermutet, dass die Beschaffung eines weiteren Passes oder Passersatzes von einem anderen Staat entweder unmöglich oder aber unzumutbar oder nicht rechtzeitig möglich ist. Unerheblich ist, ob die Überlassung freiwillig oder auf Grund einer gesetzlichen Pflicht erfolgte. Auf Nummer 48. 1. 12 wird hingewiesen.
- 48.2.3 Nach § 55 Absatz 1 Satz 2 AufenthV ist ein besonderer Antrag nicht erforderlich, wenn der Ausländer bereits einen deutschen Passersatz beantragt hat. In diesen Fällen gilt der Antrag für den deutschen Passersatz als hilfsweise für einen Ausweisersatz gestellt. Bei Ablehnung des Antrages auf den Passersatz hat die Behörde daher hilfsweise zu prüfen, ob ein Ausweisersatz auszustellen ist.
- 48.2.4 Nach § 55 Absatz 2 AufenthV kann zudem nach Ermessen ein Ausweisersatz ausgestellt werden, wenn der Pass oder Passersatz der im Inland belegen oder für das Bundesgebiet zuständigen Vertretung eines auswärtigen Staates überlassen wurde. Die Überlassung ist nachzuweisen, etwa durch Vorlage eines Einlieferungsbeleges der Post für ein Einschreiben an die Auslandsvertretung oder eine Empfangsbescheinigung. Von der Ausstellung ist nur dann abzusehen, wenn die Bearbeitung des Visumantrages voraussichtlich nur wenige Tage erfordert und nicht zu erwarten ist, dass der Ausländer durch den vorübergehenden Nichtbesitz des Passes oder Passersatzes Nachteile haben wird. Dies gilt insbesondere bei Ausländern, die sich visumfrei in Deutschland aufhalten können und durch andere Papiere (etwa einen nicht als Passersatz anerkannten Personalausweis) ihre Identität und Staatsangehörigkeit glaubhaft nachweisen können.
- 48.2.5 Liegt ein Fall des § 55 Absatz 1 oder 2 AufenthV vor, ist der Ausländer nach § 56 Absatz 1 Nummer 4 AufenthV verpflichtet, einen Ausweisersatz zu beantragen, sofern er nicht einen anderen deutschen Passersatz beantragt. Ein Verstoß ist bußgeldbewehrt (§ 77 Nummer 2 AufenthV i. V. m. § 98 Absatz 3 Nummer 7).

48.2.6	Für den Ausweisersatz ist das in Anlage D1 zur AufenthV bezeichnete Muster zu verwenden (§ 58 Satz 1 Nummer 1 AufenthV).			der Erfüllung der Passpflicht abgesehen wird, soll bei Vorliegen der Voraussetzungen i. d. R. (§ 5 Absatz 3 Satz 1) ein Ausweisersatz ausgestellt werden, wobei die Verpflichtungen zur Mitwirkung bei der Passbeschaffung nach Absatz 3 unberührt bleiben. Wenn die Voraussetzungen der Ausstellung eines Passersatzes nach der AufenthV erfüllt sind, ist vorrangig ein solcher Passersatz zu beantragen, sofern ein Pass oder Passersatz des Herkunftsstaates nicht in zumutbarer Weise zu erlangen ist. Mit dem Passersatz nach der AufenthV wird die Passpflicht nach § 3 Absatz 1 unmittelbar erfüllt.
48.2.7	Eine Ausstellung des Ausweisersatzes für einen kürzeren Zeitraum als die Geltungsdauer des Aufenthaltstitels oder die Bescheinigung über die Aussetzung der Abschiebung ist nach § 55 Absatz 3 AufenthV möglich und insbesondere dann zweckmäßig, wenn der Ausländer nur vorübergehend einen Pass oder Passersatz nicht besitzt (etwa in den Fällen des § 55 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 oder des § 55 Absatz 2 AufenthV). Ansonsten entspricht die Gültigkeit der Geltungsdauer des Aufenthaltstitels oder der Bescheinigung über die Aussetzung der Abschiebung (Duldung).	49		
48.3	Verpflichtung zur Mitwirkung an der Beschaffung von Dokumenten	49	Zu § 49 – Überprüfung, Feststellung und Sicherung der Identität	
48.3.1	Die in Absatz 3 genannten Mitwirkungspflichten werden durch § 56 Absatz 1 Nummer 1 bis 3 AufenthV ergänzt. § 15 Absatz 2 Nummer 6 AsylVfG bleibt unberührt. Während die genannten Vorschriften der AufenthV die Verpflichtung des Ausländers betreffen, selbständig für den Besitz eines gültigen Passes oder Passersatzes zu sorgen, betrifft § 48 Absatz 3 eine Mitwirkungspflicht bei Bemühungen der Behörde, einen Pass oder Passersatz zu beschaffen oder die Behörde sonst bei der Feststellung der Identität, Staatsangehörigkeit oder der Feststellung oder Geltendmachung einer Rückführungsmöglichkeit zu unterstützen.	49.1	Identitätsüberprüfung und Überprüfung der Echtheit biometriegestützter Identitätspapiere	
48.3.2	Die Verpflichtung nach Satz 1 betrifft nicht nur Pässe und Passersatzpapiere, sondern auch sonstige Urkunden und Dokumente unabhängig vom Aussteller, sofern sie zu den genannten Zwecken geeignet sind.	49.1.0		Die Vorschrift des Absatzes 1 dient der Identitätsüberprüfung von Ausländern und der Überprüfung der Echtheit biometriegestützter Identitätspapiere i. S. d. § 48 Absatz 1 Nummer 1.
48.3.3	Hinsichtlich der Zumutbarkeit von Mitwirkungshandlungen bei der Beschaffung ausländischer Pässe und Passersatzpapiere kann auf die Regelung in § 5 Absatz 2 AufenthV zurückgegriffen werden. Die Aufzählung in § 5 Absatz 2 AufenthV besagt nicht im Umkehrschluss, dass andere als die dort aufgeführten Mitwirkungshandlungen an sich unzumutbar sind.	49.1.1.1		Nach Absatz 1 Satz 1 sind alle mit dem Vollzug des Aufenthaltsgesetzes betrauten Behörden im Falle einer konkreten Verpflichtung des Ausländers nach § 48 Absatz 1, seinen Pass, Passersatz oder Ausweisersatz vorzulegen, auszuhändigen oder vorübergehend zu überlassen, zum Auslesen der in den vorgenannten Dokumenten gespeicherten biometrischen Daten (Fingerabdrücke, Lichtbild oder Irisbilder – vgl. Absatz 1 Satz 3) und zu deren Abgleich mit den beim betroffenen Ausländer entsprechend erhobenen biometrischen Daten berechtigt.
48.3.4	Hinsichtlich der Verpflichtung zur Mitwirkung bei der Herstellung von Lichtbildern kann auf § 60 AufenthV zurückgegriffen werden. Die Ausländerbehörde kann anordnen, dass Lichtbilder mit Kopfbedeckung zu fertigen sind, sofern dies für die Rückübernahme oder die Ausstellung eines Passes oder Passersatzes erforderlich ist und die betreffende Person dann noch identifizierbar bleibt.	49.1.1.2		Hinsichtlich der Verpflichtung des Ausländers zur Vorlage, zur Aushändigung oder zum vorübergehenden Überlassen der Dokumente nach § 48 Absatz 1 Nummer 1 wird auf Nummer 48.1 verwiesen.
48.3.5	Die Nichtvorlage einer der in Absatz 3 Satz 1 genannten Urkunde auf Verlangen ist nach § 98 Absatz 2 Nummer 3 bußgeldbewehrt.	49.1.1.3		Hinsichtlich der Zuständigkeit für Maßnahmen nach Absatz 1 Satz 1 wird auf Nummer 71.4 verwiesen. Es gilt insoweit die Zuständigkeitsregelung des § 71 Absatz 4 entsprechend, weil Maßnahmen zur Überprüfung der Identität nach Satz 1 an die Pflicht zur Vorlage, zur Aushändigung oder zum vorübergehenden Überlassen der Dokumente nach § 48 Absatz 1 Nummer 1 an die mit dem Vollzug des Ausländerrechts betrauten Behörden i. S. d. § 71 Absatz 4 anknüpfen.
48.4	Ausstellung eines Ausweisersatzes bei Ausnahmen von der Passpflicht Ausländern, die keinen Pass oder Passersatz besitzen, und bei denen vom Regelerfordernis	49.1.2.1		Zu entsprechenden Maßnahmen nach Absatz 1 Satz 1 sind auch die Meldebehörden und alle Behörden berechtigt, denen nach den §§ 15 bis 20 AZRG Daten aus dem Ausländerzentralregister übermittelt werden (vgl. Absatz 1 Satz 2). Zu letzteren zählen insbesondere das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Aufnahmeeinrichtungen oder Stellen nach § 88 Absatz 3 AsylVfG, die Bundespolizei zur

	Durchführung ausländer- und asylrechtlicher Aufgaben, Luftsicherheitsbehörden, Polizeivollzugsbehörden des Bundes und der Länder, oberste Bundes- und Landesbehörden, das Bundesamt für Justiz, Gerichte, das Zollkriminalamt, die Bundesagentur für Arbeit und die Behörden der Zollverwaltung, die Träger der Sozialhilfe und die für die Durchführung des AsylbLG zuständigen Stellen, Staatsangehörigkeits- und Vertriebenenbehörden sowie die Verfassungsschutzbehörden, der Militärische Abschirmdienst und der Bundesnachrichtendienst.		
49.1.2.2	Voraussetzung für identitätsüberprüfende Maßnahmen der in Absatz 1 Satz 2 genannten Behörden ist, dass sie im Einzelfall die Echtheit eines Dokuments nach § 48 Absatz 1 Nummer 1 oder die Identität des Inhabers auf der Grundlage anderer gesetzlicher Vorgaben überprüfen dürfen.		
49.2	Verpflichtung zu Angaben zur Identität und Staatsangehörigkeit		
49.2.1	Die Verpflichtung nach Absatz 2, Angaben zur Identität, zum Alter und zur Staatsangehörigkeit zu machen und die erforderlichen Erklärungen zur Beschaffung von Heimreisedokumenten abzugeben, besteht gegenüber den mit dem Vollzug des Ausländerrechts betrauten Behörden, soweit diese Behörden im Einzelfall auch ausländerbehördlich tätig werden.		
49.2.2	Insbesondere wegen der Strafbewehrung der Unterlassung oder falscher oder unvollständiger Angaben nach § 95 Absatz 1 Nummer 5 ist die Vorschrift hinsichtlich des Kreises der Behörden nicht zu weit zu ziehen. Unbeschadet anderer Straf- oder Bußgeldvorschriften betrifft daher Absatz 2 insbesondere nicht falsche Angaben, die im Zusammenhang mit der behördlichen Aufgabenwahrnehmung in den Bereichen der allgemeinen Gefahrenabwehr, der Verkehrsüberwachung, der Gewerbeüberwachung oder des Meldewesens gemacht werden, sofern nicht deutlich – auch für den Ausländer – erkennbar auch der ausländerbehördliche Wirkungskreis betroffen ist. Der Ausländer ist im Zweifel darauf hinzuweisen (§ 82 Absatz 3 Satz 1), dass die Behörde ausländerrechtlich tätig wird, und dieser Hinweis ist aktenkundig zu machen. Dies ist nicht erforderlich, wenn die Wahrnehmung einer ausländerrechtlichen Aufgabe offenkundig ist, wie etwa bei der polizeilichen Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs oder der Tätigkeit der Ausländerbehörde.		
49.2.3	Die durch Absatz 2 erfassten Behörden sind entsprechend der Zuständigkeitsregelung des § 71:		
49.2.3.1	– die Ausländerbehörden in diesem Aufgabenbereich (§ 71 Absatz 1),	49.2.3.3	– die mit der polizeilichen Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs beauftragten Behörden im Zusammenhang mit den in § 71 Absatz 3 und 4 konkret genannten Aufgaben,
49.2.3.2	– im Ausland für Pass- und Visaangelegenheiten und in den in Absatz 5 Nummer 5	49.2.3.4	– die Polizeien der Länder im Zusammenhang mit der Zurückschiebung sowie der Durchsetzung der Verlässenspflicht nach § 12 Absatz 3 und der Durchführung der Abschiebung sowie den in § 71 Absatz 5 genannten vorbereitenden Maßnahmen.
		49.2.4	Identitätsmerkmale sind Name, Vornamen, Geburtsname, Geburtsdatum, Geburtsort und Wohnort. Die Pflicht, Angaben zum Alter zu machen, hat insbesondere dann eine eigene Bedeutung, wenn das Geburtsdatum nicht genau angegeben werden kann. Die Pflicht zur Angabe der Staatsangehörigkeit erstreckt sich auf sämtliche gegenwärtigen Staatsangehörigkeiten, sofern die Angabe sämtlicher Staatsangehörigkeiten ausdrücklich verlangt wird.
		49.2.5	Zur Ermöglichung oder Erleichterung von Rückführungen besteht die Pflicht, die von den Vertretungen des Staates, dessen Staatsangehörigkeit der Ausländer besitzt oder vermutlich besitzt, für die Ausstellung von Heimreisedokumenten (z.B. Pass) geforderten Erklärungen abzugeben. Die Pflicht besteht nur insoweit, als die geforderten Erklärungen auch nach deutschem Recht zulässig sind.
		49.3	Feststellende Maßnahmen bei Zweifeln über die Person, das Lebensalter oder die Staatsangehörigkeit
			Absatz 3 betrifft Maßnahmen zur Feststellung, nicht zur Sicherung der Identität. Zur Feststellung der Identität, des Lebensalters und der Staatsangehörigkeit gemäß Absatz 3 ist zunächst eine eingehende Befragung des Ausländers zu seiner Person und zu seinem bisherigen Lebenslauf erforderlich, um Anhaltspunkte für weitere Ermittlungen zu erhalten (z.B. Zeugenbefragungen, Anfragen bei anderen in- und ausländischen Behörden, Vorführung bei einer Vertretung des vermuteten Heimatlandes sowie Befragung durch hierzu ermächtigte Bedienstete des vermuteten Heimatlandes). Der Betroffene ist aufzufordern, geeignete Nachweise (z.B. Dokumente) beizubringen, die seine Angaben belegen.
		49.4	Identitätssicherung bei einer Verteilung gemäß § 15a
			Sofern eine Verteilung als unerlaubt eingereister Ausländer gemäß § 15a stattfindet, sind erkennungsdienstliche Maßnahmen durchzuführen, um die Identität zu sichern.

49.5	Feststellende und sichernde Maßnahmen in weiteren Fällen			darf nur nach Maßgabe des Absatzes 4 oder 5 Erhebungszweck sein.
49.5.1	Feststellende und sichernde Maßnahmen sollen unter den Voraussetzungen des Absatzes 5 i. d. R. auch dann ergriffen werden, wenn keine aktuellen Zweifel an der Identität oder Staatsangehörigkeit des Ausländers bestehen, und auch dann, wenn sie nicht für die Durchführung anstehender ausländerrechtlicher Maßnahmen erforderlich sind. Die Maßnahmen nach Absatz 5 dienen auch der Vorbereitung einer im Falle etwaiger Wiedereinreisen erforderlichen Identitätsfeststellung und weiteren Zwecken der polizeilichen Gefahrenabwehr nach Maßgabe der entsprechenden Vorschriften zur Zweckbestimmung und Übermittlung der erhobenen Daten (insbesondere § 89).	49.6.2		Bei Ausländern unter 14 Jahren sind die in Absatz 6 Satz 1 genannten Maßnahmen nach Absatz 6 Satz 2 unzulässig, nicht aber andere Maßnahmen, insbesondere – kindgerechte – Befragungen. Zweifel an der Vollendung des 14. Lebensjahres gehen auf Grund der Darlegungslast nach § 82 Absatz 1 Satz 1 zu Lasten des Ausländers. Ist der Zweck der Maßnahme auf die Feststellung des Lebensalters gerichtet, kann dieser Zweck nicht durch bloße Behauptung eines Jugendlichen, jünger als 14 Jahre alt zu sein, unterlaufen werden. In diesen Fällen findet die Einschränkung des Absatzes 6 Satz 2 deshalb nur Anwendung, wenn die Inaugenscheinnahme ergibt, dass es sich um ein noch nicht 14 jähriges Kind handelt.
49.5.2.1	Bei Vorlage des Visumantrags nach Absatz 5 Nummer 5 in der zuständigen Auslandsvertretung ist vom Antragsteller ein Lichtbild aufzunehmen und sind dessen Fingerabdrücke abzunehmen (vgl. Absatz 6a). Anstelle der Aufnahme eines Lichtbildes kann der Antragsteller auch ein aktuelles Lichtbild vorlegen.	49.6.3		Für den Zweck der Identitätsfeststellung – nicht notwendig der Identitätssicherung – sind nach Satz 3 die dort genannten milderer Mittel vorrangig anzuwenden.
49.5.2.2	Die Auslandsvertretung kann von der Durchführung erkennungsdienstlicher Maßnahmen absehen, wenn vom Antragsteller bei Vorlage eines früheren Visumantrags, der nicht länger als 59 Monate zurückliegt, Maßnahmen nach Absatz 5 Nummer 5 durchgeführt worden sind; sofern der Antragsteller ein Kind im Alter von sechs bis zwölf Jahren ist, verkürzt sich die vorgenannte Frist auf 24 Monate.	49.6a		Maßnahmen i. S. d. Absatzes 5 Nummer 5 Vgl. zu dieser Bestimmung die Bezugnahme in Nummer 49.5.2.1.
49.5.2.3	Von der Abnahme der Fingerabdrücke wird abgesehen bei <ul style="list-style-type: none"> – Ausländern unter 14 Jahren (§ 49 Absatz 6 Satz 2), – Personen, soweit die Abnahme der Fingerabdrücke physisch unmöglich ist; falls sich die physische Unmöglichkeit nur auf die Abnahme einzelner Fingerabdrücke bezieht, werden die anderen Fingerabdrücke erhoben, – Staatsoberhäuptern oder Regierungschefs oder Inhabern von Diplomatenpässen, die Staatsoberhäupter oder Regierungschefs im Rahmen einer offiziellen Delegation anlässlich einer Einladung der Regierung des Bundes oder eines Landes oder einer internationalen Organisation begleiten. 	49.7		Aufzeichnung des gesprochenen Wortes 49.7.1 Die Bestimmung des Herkunftsstaates oder der Herkunftsregion durch die in Absatz 7 genannte Methode muss zur Vorbereitung ausländerrechtlicher Maßnahmen erforderlich sein. 49.7.2 Zu anderen Zwecken als den in Absatz 7 genannten darf das gesprochene Wort des Ausländers nicht aufgezeichnet werden. 49.7.3 Das Einverständnis des Ausländers ist nicht erforderlich, er ist aber vor der Aufzeichnung von der Maßnahme in Kenntnis zu setzen. Dies kann auch mündlich erfolgen und ist dann durch einen Aktenvermerk oder einen Hinweis auf dem Tonträger zu dokumentieren.
49.6	Ausführung der identitätsfeststellenden und -sichernden Maßnahmen	49.8		Identitätssicherung bei unerlaubter Einreise In den Fällen des Absatzes 8 ist die genannte Maßnahme zwingend durchzuführen. Absatz 6 bedeutet nicht, dass in anderen Fällen die zulässige Abnahme von Fingerabdrücken nur durch die Abnahme von weniger als zehn Fingern erfolgen dürfte.
49.6.1	Die Vorschrift unterscheidet nach dem Erhebungszweck. Es ist aktenkundig zu machen, ob die Erhebungen der Feststellung oder aber der Sicherung der Identität oder Staatsangehörigkeit oder beiden Zwecken dienen sollen. Zur Feststellung der Identität können Maßnahmen unter den Voraussetzungen der Absätze 3 oder 5 ergriffen werden; die Sicherung der Identität	49.9		Identitätssicherung bei Aufenthalt ohne erforderlichen Aufenthaltstitel 49.9.1 Auch in den Fällen des Absatzes 9 ist die genannte Maßnahme zwingend durchzuführen. 49.9.2 Anhaltspunkte für die Stellung eines Asylanttrages in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union können insbesondere auf Grund der Staatsangehörigkeit oder der festgestellten oder vermuteten Herkunft des Aufgegriffenen und dem Antreffen auf einem typischen Reiseweg

von Personen, die in einem anderen Mitgliedstaat einen Asylantrag gestellt haben, abgeleitet werden.

49.10 Duldungspflicht

Zur Durchsetzung der in Absatz 1 und 3 bis 8 genannten Maßnahmen kann unmittelbarer Zwang nach Maßgabe der jeweiligen bundes- oder landesrechtlichen Vorschriften angewandt werden.

49a Zu § 49a – Fundpapier-Datenbank

49a.0 Allgemeines

49a.0.1

Die Fundpapier-Datenbank wird beim Bundesverwaltungsamt geführt. Die Errichtung dieser zentralen Datenbank stellt sicher, dass so genannte Fundpapiere in einheitlicher Weise erfasst werden. Unter Fundpapieren i. S. d. Gesetzes sind ausschließlich ausländische Identifikationspapiere von Staatsangehörigen, die nach EU-Recht visumpflichtig sind (nach gegenwärtigem Stand sind das Staatsangehörige der im Anhang I der Verordnung (EG) Nummer 539/2001 des Rates vom 15. März 2001 zur Aufstellung der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der Außengrenzen im Besitz eines Visums sein müssen, sowie der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige von dieser Visumpflicht befreit sind (ABl. EU 2001 Nummer L 81 S. 1) aufgelisteten Staaten) zu verstehen, die

- im Bundesgebiet gefunden wurden oder
- auf sonstige Weise in den Besitz von Behörden gekommen sind (z. B. Sicherstellungen durch Polizeibehörden)

und nicht dem rechtmäßigen Besitzer zuzuordnen sind. Zweck der Speicherung von Fundpapieren ist die Feststellung der Identität oder Staatsangehörigkeit eines Ausländers, der sich ohne Papiere im Bundesgebiet aufhält, sowie die Ermöglichung der Durchführung einer späteren Rückführung.

49a.0.2

Um sicherzustellen, dass ge- oder verfälschte Papiere nicht in die Fundpapier-Datenbank aufgenommen werden, sind Fundpapiere vor der Übersendung an das Bundesverwaltungsamt von den dafür in Betracht kommenden Stellen nach Möglichkeit einer Echtheitsprüfung zu unterziehen. Das Bundesverwaltungsamt veranlasst selbst eine Echtheitsprüfung, wenn es begründete Zweifel an der Echtheit des Dokuments hat. Ergeben sich bei einer Echtheitsprüfung Erkenntnisse für das Vorliegen einer Fälschung, ist das Dokument an die zuständige Strafverfolgungsbehörde abzugeben.

49a.1 Datenspeicherung, Datenpflege durch die Registerbehörde

49a.1.1

Dem Bundesverwaltungsamt sind alle im Bundesgebiet aufgefundenen Fundpapiere, die nicht

unmittelbar durch die Fundbehörde bearbeitet werden können, zur Aufnahme in die Fundpapier-Datenbank zuzuleiten. Das Bundesverwaltungsamt speichert hierzu die aus dem Fundpapier hervorgehenden Daten in der Fundpapier-Datenbank. Die Daten, die für die Fundpapier-Datenbank vom Bundesverwaltungsamt im Einzelnen zu erheben sind, bestimmen sich nach den Vorgaben des Gesetzes (siehe unten Nummer 49b). Sie sind nach der vom Bundesverwaltungsamt erstellten Eingabemaske für das automatisierte Verfahren bzw. nach einem dieser Maske entsprechenden Formblatt zu erfassen.

49a.1.2

Zweck der Datenspeicherung ist es, durch die Zuordnung eines Fundpapiers zum Inhaber die Identität eines passlosen Ausländers festzustellen sowie ggf. seine Rückführung zu ermöglichen.

49a.2 Übersendungspflichten

49a.2.1

Nach Ablauf von sieben Tagen muss jede öffentliche Stelle unverzüglich, d. h. ohne schuldhaftes Zögern, ein in ihren Gewahrsam gelangtes Fundpapier an das Bundesverwaltungsamt übersenden, es sei denn, es liegt einer der Ausnahmegründe des § 49a Absatz 2 Nummer 1 bis 3 vor. Unter „öffentlicher Stelle“ wird hierbei der gesamte Bereich der Betätigung der öffentlichen Hand erfasst. Dies sind insbesondere Behörden, Organe der Rechtspflege und andere öffentlich organisierte Einrichtungen (z. B. auch Krankenhäuser, Fundbüros, Schulen etc.).

49a.2.2

Fundpapiere, die zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme der Fundpapier-Datenbank bei öffentlichen Stellen lagern, werden unverzüglich dem Bundesverwaltungsamt übersandt und entsprechend den Regularien der Fundpapier-Datenbank bearbeitet.

49a.2.3

Die Übersendungspflicht entfällt, sofern die öffentliche Stelle binnen sieben Tagen, nachdem das Fundpapier in ihren Gewahrsam gelangt ist, von einer Verlustanzeige des Inhabers Kenntnis erlangt. Damit soll im Falle des Abhandenkommens eines Dokumentes, bei dem der Inhaber seiner Verpflichtung nach § 56 Nummer 5 AufenthV nachkommt und den Verlust anzeigt, die schnelle und unbürokratische Rückgabe an den Inhaber durch die auffindende Stelle möglich bleiben.

49a.2.4

Die Übersendungspflicht an das Bundesverwaltungsamt entfällt auch, wenn der inländische Aufenthalt eines Ausländers zweifelsfrei ermittelt werden kann. Kann der Aufenthalt zweifelsfrei ermittelt werden, ist das Fundpapier an die für den Inhaber zuständige Ausländerbehörde oder – im Falle eines Asylbewerbers – an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zu übersenden.

49a.2.5

Die Übersendungspflicht entfällt ferner, wenn das Fundpapier für Zwecke eines Strafverfah-

	rens oder für Beweis Zwecke in anderen Verfahren benötigt wird. Gleichwohl muss die zuständige Stelle in diesem Fall die im Fundpapier enthaltenen Angaben zu § 49b Nummer 1 bis 3 einschließlich des Lichtbildes an das Bundesverwaltungsamt zur dortigen Aufnahme in die Fundpapier-Datenbank übermitteln, vorzugsweise auf elektronischem Weg durch Einscannen des Fundpapiers.		nicht oder nicht mehr besitzt oder ein Aufenthaltsrecht nach dem ARB 1/80 nicht oder nicht mehr besteht und sein Aufenthalt somit unrechtmäßig ist.
		50.1.2	Die Ausreisepflicht besteht nicht im Fall eines Aufenthalts, der ohne Aufenthaltstitel rechtmäßig ist.
		50.1.2.1	Ohne Aufenthaltstitel ist der Aufenthalt eines Ausländers rechtmäßig, wenn er sich auf Grund von Vorschriften, die dem Aufenthaltsgesetz vorgehen oder auf Grund von Spezialregelungen in Deutschland aufhält (vgl. Nummer 14.1.2.1). Es handelt sich z. B. um <ul style="list-style-type: none"> – aus dem Recht der Europäischen Union begünstigte Drittstaatsangehörige (vgl. Nummer 14.1.2.1.1.7), – bevorrechtigte Personen, soweit das Aufenthaltsgesetz auf sie nicht anzuwenden ist (§ 1 Absatz 2, z. B. in Deutschland akkreditierte Diplomaten, NATO-Truppenangehörige im Rahmen des NATO-Truppenstatuts), – Ausländer, die dem HAuslG unterfallen (§ 12 HAuslG), – Ausländer, die nach den Regelungen des SDÜ bzw. Schengener Grenzkodex zum Kurzaufenthalt oder zur Durchreise berechtigt sind (z. B. Artikel 5 Absatz 4 Buchstabe a) Schengener Grenzkodex, Artikel 18 bis 21 SDÜ), – Ausländer, deren Aufenthalt im Bundesgebiet zur Durchführung des Asylverfahrens gestattet ist (§ 55 Absatz 1 AsylVfG).
49b	Zu § 49b – Inhalt der Fundpapier-Datenbank		
49b.1	Nach § 49b Nummer 1 Buchstabe a) bis f) werden Angaben zum Inhaber des Fundpapiers gespeichert. Dies sind die Personalien des Inhabers, die sich aus dem Identifikationspapier ergeben und in alphanumerischer Form gespeichert werden. Nach § 49b Nummer 1 Buchstabe g) ist das Lichtbild einzuscannen und in Form eines für den elektronischen Bildabgleich notwendigen binären Datensatzes zu speichern. Soweit das Fundpapier neben dem Lichtbild als weiteres biometrisches Merkmal Fingerabdrücke gemäß § 49b Nummer 1 Buchstabe h) enthält und diese auslesbar sind, können diese ebenso wie das Lichtbild in einer elektronisch abgleichen Form gespeichert werden.		
49b.2	Nach § 49b Nummer 2 werden Angaben zum Fundpapier gespeichert. Diese Angaben sind erforderlich, um auch nach einer beispielsweise völkerrechtlich gebotenen Rückgabe des Fundpapiers an den ausstellenden Staat später noch gegenüber dem Heimatstaat des Inhabers dessen Staatsangehörigkeit belegen zu können.		
49b.3	Nach § 49b Nummer 3 Buchstabe b) sind neben der Bezeichnung der einliefernden Stelle Angaben zur Aufbewahrung oder Rückgabe zu speichern, da für die ersuchende Stelle im Hinblick auf eine Rückführung von Interesse sein kann, ob das Fundpapier noch im Besitz des Bundesverwaltungsamtes ist oder bereits zurückgegeben wurde.	50.1.2.2	Ohne Aufenthaltstitel ist der Aufenthalt eines Ausländers auch dann rechtmäßig, wenn er vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit ist oder sein Aufenthalt nach dem Aufenthaltsgesetz kraft Gesetzes erlaubt ist. Das betrifft Ausländer,
		50.1.2.2.1	– die vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit sind (§§ 15 ff. AufenthV) oder
49b.4	§ 49b Nummer 4 sieht vor, dass eine vollständige Ablichtung des Fundpapiers (Ablichtungen aller Seiten des Fundpapiers) in eingescannter Form in der Fundpapier-Datenbank gespeichert wird.	50.1.2.2.2	– die der Fiktionswirkung des § 81 Absatz 3 Satz 1 und Absatz 4 unterfallen.
		50.1.3.1	Die Ausreisepflicht entsteht kraft Gesetzes ohne vorherigen Verwaltungsakt
49b.5	Nach § 49b Nummer 5 sind Ablichtungen der Nachweise der Rückgabe eines Fundpapiers an den ausstellenden Staat zu speichern. Dies ist notwendig, um auch nach einer eventuellen Rückgabe des Fundpapiers an den ausstellenden Staat die Staatsangehörigkeit des Inhabers gegenüber dem Heimatstaat belegen zu können.	50.1.3.1.1	– durch unerlaubte Einreise ohne erforderlichen Aufenthaltstitel i. S. v. § 14 Absatz 1 (siehe aber Nummer 50.1.3.2),
		50.1.3.1.2	– durch Erlöschen der Aufenthaltsgestattung (nach § 67 Absatz 1 Nummer 2 AsylVfG),
		50.1.3.1.3	– durch Wegfall der Befreiung vom Erfordernis des Aufenthaltstitels nach erlaubter Einreise, z. B. in den Fällen des § 15 AufenthV nach Ablauf der Höchstdauer eines Kurzaufenthaltes oder bei Aufnahme einer Erwerbstätigkeit und dem daraus folgenden Wegfall der Befreiung bei Staatsangehörigen im Einzelnen aufgeführter Länder (§ 17 Absatz 1 AufenthV),
50	Zu § 50 – Ausreisepflicht		
50.1	Voraussetzungen der Ausreisepflicht		
50.1.1	Die Ausreisepflicht setzt voraus, dass der Ausländer einen erforderlichen Aufenthaltstitel		

- 50.1.3.1.4 – durch Ablauf der Geltungsdauer des Aufenthaltstitels (§ 51 Absatz 1 Nummer 1), sofern nicht rechtzeitig eine Verlängerung beantragt wurde,
- 50.1.3.1.5 – durch Eintritt einer auflösenden Bedingung (§ 51 Absatz 1 Nummer 2),
- 50.1.3.1.6 – durch Erfüllung der Erlöschenstatbestände nach § 51 Absatz 1 Nummer 6 bis 8,
- 50.1.3.1.7 – durch Wegfall der Voraussetzungen für die Durchreise oder den Kurzaufenthalt nach den Regelungen des SDÜ bzw. des Schengener Grenzkodex (z. B. Artikel 18 bis 21 SDÜ, Artikel 5 Absatz 4 Buchstabe a) Schengener Grenzkodex). Dies führt zur Ausreisepflicht unmittelbar auf Grund von Artikel 23 Absatz 1 SDÜ. Dies gilt nicht, wenn nach nationalem Recht, insbesondere nach der AufenthV, eine Befreiung vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels eintritt.
- 50.1.3.2 Im Falle der nach § 14 Absatz 1 Nummer 2 oder 3 unerlaubten Einreise entsteht die Ausreisepflicht zu dem Zeitpunkt, in dem die Einreise beendet ist. Die Vollziehbarkeit der Ausreisepflicht tritt unmittelbar kraft Gesetzes ein und ist daher nicht selbständig anfechtbar.
- 50.1.3.3 Die Ausreisepflicht entsteht ebenfalls kraft Gesetzes, wenn ein Aufenthaltsrecht nach dem Assoziationsrecht EWG/Türkei erlischt. Wurde einem assoziationsrechtlich berechtigten Türken jedoch aus einem anderen Rechtsgrund ein Aufenthaltstitel, insbesondere eine Niederlassungserlaubnis erteilt, berührt der Wegfall des Aufenthaltsrechts nach Assoziationsrecht diese auf deutschem Recht beruhende Rechtsstellung nicht.
- 50.1.3.4 Die Einreise ohne einen anerkannten und gültigen Pass oder Passersatz begründet außerhalb des Anwendungsbereichs des SDÜ nur dann eine gesetzliche Ausreisepflicht, wenn der Ausländer keinen erforderlichen Aufenthaltstitel besitzt. Bei Passlosigkeit entfällt bei den schengenrechtlich geregelten Aufenthalten hingegen die Aufenthaltsvoraussetzung nach Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe a) Schengener Grenzkodex oder den hierauf beruhenden Vorschriften mit der Folge, dass die auf Artikel 23 Absatz 1 SDÜ beruhende Ausreisepflicht unmittelbar nach der Einreise entsteht.
- 50.1.3.5 Bei der ausschließlich wegen Fehlens des erforderlichen Passes nach § 14 Absatz 1 Nummer 1 unerlaubten Einreise entsteht die Ausreisepflicht – außer bei den durch das SDÜ geregelten Aufenthalten – nicht schon im Zeitpunkt der Einreise. Ist dem Ausländer durch die deutsche Auslandsvertretung oder die Grenzbehörde ein Visum unter Vorlage eines nicht als Pass oder Passersatz anerkannten Reisedokuments entgegen § 5 Absatz 1 Nummer 4 i. V. m. § 3 Absatz 1 erteilt worden oder ist das anerkannte Reisedokument, in dem das Visum eingetragen ist, vor der Einreise nach dem Recht des Ausstellerstaates ungültig geworden, entsteht die Ausreisepflicht bei Aufenthalten, die durch das nationale Recht geregelt sind, erst nach dem Widerruf (§ 52 Absatz 1 Nummer 1) oder nach Ablauf der Geltungsdauer des Visums (§ 50 Absatz 1 und § 58 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2). Da ein entgegen § 5 Absatz 1 Nummer 4 i. V. m. § 3 Absatz 1 erteiltes Visum nicht von vornherein nichtig ist und ein Visum wegen Passablaufs oder Ungültigkeit des Passes nicht erlischt (§ 52 Absatz 1 Nummer 1), wird der Ausländer erst mit Ablauf der Geltungsdauer des Visums ausreisepflichtig, es sei denn, dieses Visum wird vorher widerrufen oder zurückgenommen. Solange das Visum gültig ist, ist Abschiebungshaft nicht zulässig.
- 50.1.3.6 Auf die besonderen Regelungen in Artikel 23 SDÜ wird hingewiesen (siehe unten Nummer 50.1.9).
- 50.1.3.7 Eine gesetzliche Ausreisepflicht schließt die Ausweisung nicht aus. Bereits wegen der Sperrwirkung (vgl. § 11) der Ausweisung ist die Behörde vielmehr verpflichtet, eine Ausweisung zu verfügen, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür vorliegen.
- 50.1.4 Die Ausreisepflicht entsteht auf Grund eines Verwaltungsaktes in Fällen
- 50.1.4.1 – der Versagung eines Aufenthaltstitels, wenn zu diesem Zeitpunkt der Aufenthalt noch rechtmäßig war,
- 50.1.4.2 – der nachträglichen zeitlichen Beschränkung des rechtmäßigen Aufenthalts oder des Aufenthaltstitels,
- 50.1.4.3 – des Widerrufs oder der Rücknahme,
- 50.1.4.4 – der Ausweisung oder der Abschiebungsanordnung (§ 58a) und
- 50.1.4.5 – des § 67 Absatz 1 Nummer 3 bis 6 AsylVfG, wenn es sich um einen Asylbewerber handelt.
- In diesen Fällen muss der Ausländer der Ausreisepflicht nachkommen, wenn der die Ausreisepflicht begründende Verwaltungsakt wirksam geworden ist. Die Anfechtung des Verwaltungsakts lässt seine Wirksamkeit und damit die Wirksamkeit der Ausreisepflicht unberührt (§ 84 Absatz 2 Satz 1).
- 50.1.5 Ein ausreisepflichtiger Ausländer ist verpflichtet, das Bundesgebiet zu verlassen. Diese Pflicht kann nur mittels Einreise in einen anderen Staat erfüllt werden (vgl. Nummer 50.4). Soweit der Ausländer in andere Staaten erlaubt einreisen darf, steht es ihm grundsätzlich frei, wohin er ausreisen will.
- 50.1.6 Die Ausreisepflicht endet durch
- 50.1.6.1 – Legalisierung des Aufenthalts im Wege der Erteilung eines Aufenthaltstitels,
- 50.1.6.2 – Erwerb einer Aufenthaltsgestattung nach dem AsylVfG (in den Fällen des § 14 Absatz 3 Satz 1 AsylVfG steht die Erteilung

	einer Aufenthaltsgestattung nicht der Aufrechterhaltung der Haft entgegen),	50.1.9.3	Dennoch sollten vorhandene Visa zur Schaffung von Rechtsklarheit in Fällen des Artikels 23 Absatz 1 SDÜ widerrufen werden. Deutsche Ausländerbehörden sind in diesen Fällen berechtigt, Schengen-Visa anderer Schengen-Staaten zu widerrufen. Artikel 23 Absatz 3 und 4 SDÜ sehen auch die grundsätzliche Verpflichtung des Aufenthaltsstaates vor, den betreffenden Ausländer in einen Drittstaat abzuschieben. Damit ist der Aufenthaltsstaat berechtigt, über die endgültige Beendigung eines durch einen anderen Schengen-Staat erlaubten Aufenthaltes zu entscheiden. In der Folge ist auch der Widerruf des durch diesen anderen Staat erteilten Visums möglich.
50.1.6.3	– Erfüllung im Wege der Ausreise (siehe Nummer 50.4) und		
50.1.6.4	– Zurück- oder Abschiebung.		
50.1.7	Da bei bestehender Ausreisepflicht der Aufenthalt unrechtmäßig ist, muss die Ausländerbehörde tätig werden, um diesen Zustand zu beenden. Im Falle einer zwangsweisen Durchsetzung sind Abschiebungsverbote zu berücksichtigen. Als Maßnahmen kommen in Betracht		
50.1.7.1	– die Legalisierung des Aufenthalts, wenn die Voraussetzungen für die Erteilung oder Verlängerung eines Aufenthaltstitels vorliegen,	50.1.9.4	Bei Inhabern von Aufenthaltstiteln (nicht von Visa) anderer Schengen-Staaten ist zwingend das Konsultationsverfahren nach Artikel 25 SDÜ zu beachten. Unter „Aufenthaltsurlaubnis“ und „Aufenthaltstitel“ i. S. d. Bestimmungen sind entsprechend dem europarechtlichen Sprachgebrauch keine Visa zu verstehen.
50.1.7.2	– die Überwachung der freiwilligen Ausreise nach Ablauf der Ausreisefrist (Rücklauf der Grenzüberttrittsbescheinigung, vgl. Nummer 50.4) oder		
50.1.7.3	– die zwangsweise Durchsetzung der Ausreisepflicht im Wege der Zurückschiebung oder Abschiebung.	50.1.9.5	Artikel 23 Absatz 2 SDÜ regelt, wohin der Drittausländer sich nach Entstehung der Ausreisepflicht zu begeben hat.
	Soweit die Ausreisepflicht nicht auf einem Verwaltungsakt beruht, ist der Ausländer gesondert auf diese hinzuweisen. Dieser Hinweis ist im Allgemeinen mit einer Abschiebungsandrohung unter Festsetzung einer Ausreisefrist nach § 59 Absatz 1 zu verbinden.	50.1.9.6	Artikel 23 Absatz 3 SDÜ begründet die allgemeine Pflicht der Schengen-Staaten, die nach Artikel 23 Absatz 1 SDÜ ausreisepflichtigen Drittausländer abzuschieben, wenn eine freiwillige Ausreise nicht stattfindet oder nicht zu erwarten ist, oder wenn aus Gründen der nationalen Sicherheit Gefahr im Verzug besteht. In Artikel 23 Absatz 3 Satz 2 SDÜ sowie in Artikel 23 Absatz 5 SDÜ ist klargestellt, dass die nationalen asylrechtlichen Bestimmungen sowie die Schutzbestimmungen der genannten internationalen Abkommen sowie die nationalen Regelungen zu Abschiebungsverböten unberührt bleiben.
50.1.8	Die Zurückschiebung oder Abschiebung gehen der freiwilligen Erfüllung der Ausreisepflicht regelmäßig vor, sofern die Voraussetzungen nach § 57 Absatz 1 bzw. § 58 Absatz 3 vorliegen.		
50.1.9	Besondere Regelung der Ausreisepflicht in Artikel 23 SDÜ		
50.1.9.1	Bei den durch das SDÜ geregelten kurzen Aufenthaltinhalten müssen (außer in den Fällen des Artikels 5 Absatz 4 Buchstabe c) Schengener Grenzkodex) die in Artikel 5 Absatz 1 Schengener Grenzkodex bzw. den jeweils hierauf verweisenden anderen Vorschriften des SDÜ geregelten Voraussetzungen jeweils einzeln und voneinander getrennt betrachtet erfüllt sein. Entfällt nur eine dieser Voraussetzungen, entsteht die Ausreisepflicht nach Artikel 23 Absatz 1 SDÜ.	50.1.9.7	Artikel 23 Absatz 4 SDÜ legt die möglichen Zielstaaten der Abschiebung fest. Die Abschiebung in einen anderen Schengen-Staat kommt danach nur dann in Betracht, wenn dies durch bilaterale Vereinbarungen vorgesehen ist (siehe Nummer 57.3.1 und 59.2.1).
50.1.9.2	Verliert der Pass oder Passersatz eines Drittausländers während eines durch das SDÜ geregelten Aufenthaltes seine Gültigkeit (Wegfall der Bedingung nach Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe a) Schengener Grenzkodex) oder wird er zur Einreiseverweigerung ausgeschrieben (Wegfall der Bedingung nach Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe d) Schengener Grenzkodex), wird er selbst dann nach Artikel 23 Absatz 1 SDÜ ausreisepflichtig, wenn z. B. sein Visum noch gültig ist, weil die Erfüllung der in Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe b) Schengener Grenzkodex genannten Voraussetzungen nicht die Erfüllung der übrigen Voraussetzungen ersetzen kann.	50.2	Ausreisefrist
		50.2.1	Der Ausländer muss der Ausreisepflicht unverzüglich nachkommen. Ist eine Ausreisefrist gesetzt, muss er die Ausreisepflicht innerhalb der Frist erfüllen. Ausreisefrist i. S. v. Satz 2 ist insbesondere die im Rahmen der Abschiebungsandrohung nach § 59 Absatz 1 bestimmte Ausreisefrist.
		50.2.2	I. d. R. wird die Ausreisefrist im Rahmen der Abschiebungsandrohung festgelegt. Wird ausnahmsweise keine Abschiebungsandrohung erlassen, kann die Ausländerbehörde nach § 50 Absatz 2 eine Ausreisefrist bestimmen. In Fällen einer Zurückschiebung nach § 57 wird eine Frist zur Ausreise nur in Ausnahmefällen gewährt. Ein solcher Ausnahmefall kann bei-

spielsweise dann vorliegen, wenn Haft bis zum Vollzug der Zurückschiebung nicht beantragt oder angeordnet wird. Bei der Bemessung der Länge der Ausreisefrist steht der Ausländerbehörde grundsätzlich ein weiter Ermessensspielraum zu, der nach oben nur durch die Sechs-Monats-Grenze nach Absatz 2 Satz 2 zwingend begrenzt wird. Nach höchstrichterlicher Rechtsprechung ist bei der Festlegung der Frist vornehmlich die Dauer des bisherigen Aufenthalts zu berücksichtigen. Bei der Einräumung und Bemessung einer Ausreisefrist sind aber auch öffentliche Interessen zu berücksichtigen (z.B. Beweiserhebung in einem strafrechtlichen Ermittlungsverfahren). Sprechen konkrete Tatsachen oder andere Anhaltspunkte dafür, dass eine ausreisepflichtige Person von Menschenhandel betroffen ist, so ist grundsätzlich eine Frist zur freiwilligen Ausreise von mindestens einem Monat vorzusehen (siehe näher Nummer 50.2a). Die Betroffenen sollen über die Möglichkeit informiert werden, sich durch spezielle Beratungsstellen betreuen und helfen zu lassen. Die Ausreisefrist ist so zu bemessen, dass der Ausländer die Möglichkeit hat, seine persönlichen Angelegenheiten zu regeln.

50.2.3 Eine Ausreisefrist von einem Monat nach Beendigung des rechtmäßigen Aufenthalts ist im Regelfall ausreichend. Eine Ausreisefrist darf verlängert werden, auch soweit sie nach § 59 Absatz 1 bestimmt ist. Voraussetzung für eine Verlängerung ist, dass die freiwillige Ausreise des Ausländers gesichert ist. Eine Verlängerung der Ausreisefrist ist ausgeschlossen, wenn die Abschiebungsvoraussetzungen nach § 58 eingetreten sind. Nach Satz 3 darf die Ausreisefrist in besonderen Härtefällen auch über die Dauer von sechs Monaten nach Eintritt der Unanfechtbarkeit hinaus verlängert werden. Die Härte bezieht sich ausschließlich auf den Zeitpunkt, zu dem der Ausländer das Bundesgebiet verlassen muss, und nicht auf die Ausreisepflicht selbst.

50.2.4 Wird ein Ausländer aufgefordert, das Bundesgebiet innerhalb einer bestimmten Frist zu verlassen und wird sein Pass oder Passersatz nicht nach § 50 Absatz 6 in Verwahrung genommen (siehe Nummer 50.6.2), ist in seinem Pass zu vermerken:

„Ausreisepflicht nach § 50 Absatz 1 AufenthG. Ausreisefrist bis zum ...“

Dieser Vermerk ist auch in den Passersatz, den Ausweisersatz oder die Aufenthaltstitel auf einem besonderen Blatt einzutragen. Zugleich soll dem Ausländer eine Bescheinigung über die Ausreisepflicht unter Angabe der Ausreisefrist mit der Aufforderung ausgehändigt werden, diese Bescheinigung der mit der polizeilichen Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs beauftragten Behörde bzw. der deutschen Auslandsvertretung außerhalb der Schengen-Staaten zu übergeben (Grenzübertrittsbescheinigung; siehe näher Nummer 50.4). Diese leitet

die Bescheinigung der zuständigen Ausländerbehörde zu. Der Ausländer soll darauf hingewiesen werden, dass die Grenzübertrittsbescheinigung nicht zur visumfreien Einreise in andere Schengen-Staaten berechtigt. Im Rahmen der Überprüfung, inwieweit der Ausländer seiner Ausreisepflicht freiwillig nachkommen kann, ist insbesondere zu klären, ob ein notwendiger Aufenthaltstitel für die Durchreise durch andere Schengenstaaten vorhanden ist; Nummer 46.2.3.2 und 46.2.4 sind zu beachten. Zu den Besonderheiten bei Ausreisen über andere Schengen-Staaten vgl. Nummer 50.4.1.2.

50.2.5 Die Festlegung einer Ausreisefrist stellt keinen Ersatz für die Ausstellung eines Aufenthaltstitels dar. Soll einem Ausländer, wenn auch nur für einen kurzen Zeitraum, der Aufenthalt zu anderen Zwecken als lediglich der Vorbereitung der Ausreise erlaubt werden, sind die Voraussetzungen zur Erteilung eines entsprechenden Aufenthaltstitels zu prüfen, und dieser ist, ggf. nach einem Hinweis an den Ausländer, auf seinen Antrag zu erteilen oder aber zu versagen. Ein Aufenthalt, dessen Erlaubnis nach den besonderen Bestimmungen des Aufenthaltsgesetzes nicht (mehr) möglich ist, darf also nicht durch eine großzügige Bemessung der Ausreisefrist unter Umgehung der aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen doch ermöglicht werden. Zugleich ist bei Begehren für Aufenthaltsverlängerungen, bei denen gegen die weitere Erlaubnis des Aufenthaltes keine behördlichen Bedenken bestehen, vorzugsweise eine Aufenthaltserlaubnis (ggf. auch nach § 7 Absatz 1) zu erteilen, um bei späteren Anträgen desselben Ausländers und gegenüber auswärtigen Staaten, die den Pass einsehen, den Eindruck zu verhindern, ihm sei wegen Unzuverlässigkeit eine Ausreisefrist zu setzen gewesen.

50.2a Ausreisepflicht für Opfer von Menschenhandel

50.2a.0 § 50 Absatz 2a regelt – in Umsetzung von Artikel 6 Absatz 1, 3 und 4 der Richtlinie 2004/81/EG vom 29. April 2004 über die Erteilung von Aufenthaltstiteln für Drittstaatsangehörige, die Opfer des Menschenhandels sind oder denen Beihilfe zur illegalen Einwanderung geleistet wurde und die mit den zuständigen Behörden kooperieren (ABl. EU Nummer L 261 S. 19, so genannte Opferschutzrichtlinie) – die einem Ausländer, der Opfer einer in § 25 Absatz 4a genannten Straftat zu sein scheint, einzuräumende Bedenkzeit, ob er bereit ist, in einem Strafverfahren wegen der Straftat als Zeuge auszusagen. Anhand der systematischen Stellung der Regelung wird deutlich, dass sie sich im Wesentlichen an vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer richtet.

50.2a.1 Liegen konkrete Anhaltspunkte für das Vorliegen einer in § 25 Absatz 4a genannten Straftat vor, so ist die Ausländerbehörde grundsätzlich verpflichtet, dem Ausländer, der Opfer einer

	dieser Straftaten ist, eine Frist zur Ausreise zu setzen (vgl. zu Ausnahmen § 50 Absatz 2a Satz 3).		nach § 25 Absatz 3 i. V. m. § 60 Absatz 2 oder Absatz 7 oder § 25 Absatz 5 oder für eine Duldung nach § 60a vorliegen.
50.2a.1.1	Vor der Festlegung der Ausreisefrist ist (ebenso wie bei ihrer Aufhebung oder Verkürzung) gemäß § 72 Absatz 6 Satz 1 die zuständige Staatsanwaltschaft oder das befassende Strafgericht zu beteiligen.	50.2a.3	§ 50 Absatz 2a Satz 3 regelt die in das Ermessen der Ausländerbehörde gestellte Möglichkeit, die Fristsetzung abzulehnen, aufzuheben oder zu verkürzen. Grundsätzlich steht die Festsetzung einer mindestens einmonatigen Ausreisefrist allerdings nicht im Ermessen der Ausländerbehörde (vgl. Nummer 50.2a.1). Für eine Ermessensentscheidung über das Absehen von der Ausreisefrist, über deren Verkürzung oder Aufhebung ist nur dann Raum, wenn die Voraussetzungen des § 50 Absatz 2a Satz 3 Nummer 1 oder Nummer 2 erfüllt sind. Tatbestandlich setzt dies voraus, dass der Ausländer
50.2a.1.2	Für konkrete Anhaltspunkte der Ausländerbehörde nach § 50 Absatz 2a Satz 1 ist die plausible Aussage des Ausländers, er sei Opfer einer in § 25 Absatz 4a Satz 1 genannten Straftat, grundsätzlich ausreichend. Bei der Entscheidung ist insbesondere zu berücksichtigen, dass Ausländer, bei denen aus polizeilicher Sicht Anhaltspunkte dafür bestehen, dass sie Opfer von Menschenhandel sind, anfangs häufig (noch) nicht in der Lage sind, ihre Situation als Menschenhandelsopfer darzulegen. In jedem Fall ist es daher ausreichend, wenn Polizei oder Staatsanwaltschaft sich dahingehend äußern, dass ihnen entsprechende konkrete Anhaltspunkte bekannt sind. Neben einer Benennung der Anhaltspunkte durch den Ausländer oder durch eine Strafverfolgungsbehörde können auch Anhaltspunkte berücksichtigt werden, die durch eine Fachberatungsstelle für Opfer von Menschenhandel benannt werden.	50.2a.3.1	– die öffentliche Sicherheit und Ordnung oder sonstige erhebliche Interessen der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigt oder
		50.2a.3.2	– freiwillig nach der Unterrichtung nach Satz 4 wieder Kontakt zu den Personen nach § 25 Absatz 4a Satz 2 Nummer 2 aufgenommen hat (zur Frage der Freiwilligkeit siehe auch Nummer 25.4a.2.2).
		50.2a.3.3	Vor der Ablehnung, Verkürzung oder Aufhebung der Ausreisefrist sind die in § 72 Absatz 6 benannten Strafverfolgungsbehörden zu beteiligen.
50.2a.1.3	Die durch die Frist zur Ausreise begründete Bedenkzeit hat zum Ziel, dem Opfer von Menschenhandel eine Bedenkzeit einzuräumen, in der es sich dem Einfluss der Täter entziehen, von den Folgen der Straftat erholen und ggf. Kontakt zu Fachberatungsstellen aufnehmen kann, so dass es in der Lage ist, eine fundierte Entscheidung darüber zu treffen, ob es bereit ist, in dem Strafverfahren wegen der Straftat als Zeuge auszusagen.	50.2a.4	§ 50 Absatz 2a Satz 4, der Artikel 5 der Opfer-schutzrichtlinie umsetzt, verpflichtet die Ausländerbehörden im Rahmen der Festsetzung der Ausreisefrist, die betreffenden Personen über die für Opfer von Menschenhandel bestehenden gesetzlichen Regelungen, Programme und Maßnahmen zu unterrichten. Hierzu zählen u. a. Informationen über die Betreuung durch Fachberatungsstellen, die mögliche Aufnahme in ein polizeiliches Zeugenschutzprogramm, die Möglichkeit der Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 4a, die Möglichkeit des Arbeitsmarktzugangs sowie des Zugangs zu Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts und zu Leistungen zur medizinischen Betreuung. Die Ausländerbehörden können Nichtregierungsorganisationen oder andere geeignete Vereinigungen mit dieser Aufgabe beauftragen. Die Verantwortung verbleibt jedoch bei der Ausländerbehörde. Der Ausländer ist auch über die Voraussetzungen zu unterrichten, die einen Widerruf der Aufenthaltserlaubnis nach § 52 Absatz 5 oder eine Ablehnung, Verkürzung oder Aufhebung der Ausreisefrist nach § 50 Absatz 2a auslösen können, insbesondere über die möglichen Konsequenzen einer freiwilligen Kontaktaufnahme mit den Tätern.
50.2a.1.4	Verfahrensrechtlich hat die Ausländerbehörde vor der Entscheidung über die Festlegung einer Ausreisefrist die Staatsanwaltschaft, das Strafgericht oder bei unbekannter Zuständigkeit die für den Aufenthaltsort des Ausländers zuständige Polizeibehörde nach § 72 Absatz 6 zu beteiligen.		Die Unterrichtung dient dazu, den Ausländer im Hinblick auf eine fundierte Entscheidung über eine Kooperation mit den Strafverfolgungsbehörden mit den notwendigen Informationen zu versorgen und ihn bei der Abwägung der Konsequenzen einer Entscheidung für
50.2a.2	Die Ausreisefrist beträgt mindestens einen Monat. Sie kann durch die Ausländerbehörde länger bemessen werden, sofern dies für die Entscheidungsfindung des Opfers notwendig ist. Nach § 50 Absatz 2 Satz 2 kann die Frist maximal sechs Monate betragen. Nur in besonderen Härtefällen nach § 50 Absatz 2 Satz 3 ist eine längere Frist zulässig. Die Ausländerbehörden haben dabei darauf zu achten, dass die Dauer der Ausreisefrist in einem angemessenen Verhältnis zu den noch ausstehenden Entscheidungen der Strafverfolgungsbehörden und des Opfers steht. Kann im Anschluss an die Bedenkzeit nach § 50 Absatz 2a keine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 4a erteilt werden, so ist zu prüfen, ob die Voraussetzungen für einen Aufenthaltstitel		

oder gegen eine Mitwirkung als Zeuge im Strafverfahren zu unterstützen.

50.3 Unterbrechung der Ausreisefrist

Eine nach § 50 Absatz 3 unterbrochene Ausreisefrist beginnt nach Wiedereintritt der Vollziehbarkeit erneut zu laufen. Dies gilt auch in den Fällen des § 80b Absatz 1 VwGO (Ende der aufschiebenden Wirkung des Widerspruchs und der Anfechtungsklage mit Unanfechtbarkeit oder – bei erstinstanzlicher Klageabweisung – drei Monate nach Ablauf der gesetzlichen Begründungsfrist des gegen die abweisende Entscheidung gegebenen Rechtsmittels). Sinn der Regelung ist, dass dem Ausländer beim Wiedereintritt der Vollziehbarkeit der Ausreisepflicht die volle Frist zur freiwilligen Ausreise wieder zur Verfügung steht. Die Vollziehbarkeit i. S. d. § 50 Absatz 3 hängt daher nicht vom erfolglosen Ablauf der Ausreisefrist ab. Daher ist – anders als in § 58 Absatz 2 – der allgemeine vollstreckungsrechtliche Begriff gemeint.

War die Frist nicht durch einen Zeitraum, sondern durch ein Datum, bis zu welchem die Ausreise zu erfolgen hat, bestimmt worden, so muss anhand des Zeitraums zwischen Wirksamwerden der Abschiebungsandrohung und dem ursprünglich festgesetzten Datum das neue Datum der spätesten Ausreise errechnet und der Ausländer darauf hingewiesen werden.

50.4 Erfüllung der Ausreisepflicht

50.4.1.1 Der Ausländer erhält mit der Abschiebungsandrohung oder im Rahmen der Festsetzung einer Ausreisefrist nach § 50 Absatz 2 Satz 1 eine Grenzübertrittsbescheinigung, die er aufgrund eines entsprechenden Hinweises zum Zwecke der Ausreise beim Grenzübertritt (§ 13) der mit der polizeilichen Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs beauftragten Behörde oder der deutschen Auslandsvertretung im Heimatstaat vorlegt. Hierbei sind zwei Fallkonstellationen zu unterscheiden:

50.4.1.1.1 – Ein ausländischer Staatsangehöriger ist im Besitz einer Grenzübertrittsbescheinigung sowie seiner Grenzübertrittsdocuments und reist (z. B. mit einem Intra-Schengen-Flug) über einen anderen Schengen-Staat aus. In diesem Fall wird die mitgeführte Grenzübertrittsbescheinigung nicht durch die deutschen Grenzbehörden einbehalten. Ein Grenzübertritt kann nicht bestätigt werden, da faktisch eine jederzeitige Rückkehr nach Deutschland ohne Grenzkontrolle möglich ist. Es kann allenfalls – ohne weitere Rechtsfolgen – ein Eintrag erfolgen, dass der Ausländer zum vorgesehenen Flug vorstellig war. Eine Überprüfung des Abflugs ist nicht möglich.

50.4.1.1.2 – Es erfolgt eine direkte Ausreise aus Deutschland und zugleich aus dem Schengen-Gebiet auf dem Luftweg. Hier hat die

zuständige Grenzbehörde die Grenzübertrittsbescheinigung zu erfassen und nach erfolgter Ausreise den Grenzübertritt zu bestätigen. Zugleich ist der von der Ausländerbehörde in Verwahrung genommene (§ 50 Absatz 6) und bei der Grenzbehörde hinterlegte Pass oder Passersatz dem Ausländer zum Zwecke der Ausreise auszuhandigen.

50.4.1.2 In der Grenzübertrittsbescheinigung ist wie folgt darauf hinzuweisen, dass die Erfüllung der Ausreisepflicht erst bei Verlassen des Schengen-Raums bescheinigt wird:

„Sofern die Ausreise aus Deutschland direkt in einen nicht zu den Schengen-Staaten (Geltungsbereich des Schengener Grenzkodex – *Bezeichnung im Einzelnen*) gehörenden Drittstaat erfolgt, d. h. ohne Durchreise/Zwischenhalt in einem anderen Schengenstaat, ist die Grenzübergangsbescheinigung an einer deutschen Grenzübertrittsstelle abzugeben.

Bei Ausreise über einen anderen Schengen-Staat ist die Ausreise hingegen durch persönliche Abgabe der Bescheinigung bei einer deutschen Auslandsvertretung (Botschaft oder Generalkonsulat) außerhalb der Schengen-Staaten nachzuweisen; eine Übersendung durch Post, Kurier oder Boten genügt nicht. Dies ist insofern erforderlich, als zwischen den Schengen-Staaten grundsätzlich keine Grenzkontrollen mehr bestehen und faktisch eine Wiedereinreise nach Deutschland möglich ist. Durch die Abgabe der Bescheinigung bei den Grenzbehörden eines anderen Schengen-Staates kann die Ausreise aus Deutschland nicht nachgewiesen werden.“

50.4.1.3 Die in Nummer 50.4.1.1 genannten Behörden haben die ausgefüllte Grenzübertrittsbescheinigung nach Erhalt unmittelbar der zuständigen Ausländerbehörde zuzuleiten. Um dies zu ermöglichen, ist in der Grenzübertrittsbescheinigung Folgendes auszuführen:

„Die in Empfang nehmende Behörde wird ersucht, die Bescheinigung an {Bezeichnung der ausstellenden Behörde unter Angabe der Postanschrift} zu übersenden.“

50.4.1.4 Bei der Grenzübertrittsbescheinigung handelt es sich um einen Nachweis in der Form eines amtlichen Vordrucks über die freiwillige Ausreise des Ausländers innerhalb der Ausreisefrist i. S. v. § 50 Absatz 2. Erbringt der Ausländer diesen Nachweis, bedarf es keiner Ausschreibung nach § 50 Absatz 7 Satz 1. § 50 Absatz 7 Satz 2 bleibt unberührt. Hierauf ist in der Grenzübertrittsbescheinigung hinzuweisen.

50.4.2.1 Durch die nicht erlaubte Einreise in einen anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union ist der Ausländer zwar tatsächlich ausgereist, die Ausreisepflicht wird dadurch jedoch rechtlich wirksam nicht erfüllt. Im Falle der Rücküberstellung oder der sofortigen Wiedereinreise

	ohne Visum, auch aus Drittstaaten, besteht die Ausreisepflicht fort, ebenso sonstige Beschränkungen nach § 51 Absatz 6. Bei den vom Erfordernis des Aufenthaltstitels befreiten Ausländern ist § 51 Absatz 5 zu beachten.		Ablichtung des Passes befindet und wenn nach den Erfahrungen der Ausländerbehörde der Herkunftsstaat problemlos einen Passersatz ausstellt.
50.4.2.2	Die freiwillige Ausreise oder Abschiebung in einen anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union kommt nur dann in Betracht, wenn der Ausländer dort einreisen und sich dort aufhalten darf. Die Ausländerbehörde muss von dem Ausländer einen entsprechenden Nachweis verlangen, den er nach § 82 Absatz 1 Satz 1 zu erbringen hat.	50.6.3	Über die Passverwahrung erhält der Ausländer eine formlose Bescheinigung, die gebührenfrei erteilt wird. Bereits in diesem Zeitpunkt sollte die Grenzübertrittsbescheinigung mit dem Hinweis ausgehändigt werden, dass diese bei der Entgegennahme des Passes oder Passersatzes bei der Grenzübergangsstelle abzugeben ist. Ein Ausweisersatz wird nicht ausgestellt.
50.5	Anzeigepflicht Sobald der Ausländer ausreisepflichtig geworden ist, unterliegt er gegenüber der Ausländerbehörde einer Anzeigepflicht, wenn er seine Wohnung wechseln oder den Bezirk der Ausländerbehörde für mehr als drei Tage verlassen will (§ 50 Absatz 5). Die Anzeigepflicht setzt lediglich die Wirksamkeit und nicht die Vollziehbarkeit der Ausreisepflicht voraus. Die Ausländerbehörde muss den Ausländer auf die Anzeigepflicht hinweisen.	50.6.4	Soweit möglich, sollte der Pass dem Ausländer nicht vor der Ausreise, sondern erst bei der Ausreise an der Grenzübergangsstelle unter Entgegennahme der Grenzübertrittsbescheinigung ausgehändigt werden.
		50.6.5	Der Pass kann dem Ausländer zwischenzeitlich überlassen werden, soweit es aus zwingenden Gründen erforderlich ist.
50.6	Passverwahrung	50.7	Ausschreibung in den Fahndungshilfsmitteln der Polizei
50.6.1	§ 50 Absatz 6 enthält das Gebot, den Pass oder Passersatz eines ausreisepflichtigen Ausländers erforderlichenfalls auch zwangsweise in Verwahrung zu nehmen. § 50 Absatz 6 setzt nur die Wirksamkeit und nicht die Vollziehbarkeit der Ausreisepflicht voraus. Der Pass oder Passersatz ist unabhängig davon zu verwahren, ob Anhaltspunkte dafür bestehen, dass der Ausländer den Pass oder Passersatz vor der Ausreise vernichten, unbrauchbar machen oder in sonstiger Weise der Behörde vorenthalten will. Die Polizeien der Länder und die mit der polizeilichen Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs beauftragten Behörden können den Pass oder Passersatz sicherstellen.	50.7.1	Die Ausschreibung zur Festnahme nach § 50 Absatz 7 Satz 1 kommt in Betracht, wenn ein vollziehbar ausreisepflichtiger Ausländer untergetaucht ist, so dass Aufgriffsort und Aufgriffszeitpunkt nicht abgeschätzt werden können. Zur Ausschreibung von Ausländern zur Aufenthaltsermittlung bei unbekanntem Aufenthalt nach § 50 Absatz 7 Satz 1 siehe auch Nummer Vor 53.9. Die Ausschreibung nach § 50 Absatz 7 Satz 2 betrifft Fälle der Durchsetzung der gesetzlichen Sperrwirkung nach § 11 Absatz 1 Satz 1 und 2 auf Grund einer Ausweisung, Zurückschiebung oder einer vollzogenen Abschiebung (siehe Nummer Vor 53.10.1.1 und 58.0.13.1.1). Die Voraussetzungen für eine Festnahme im Fall des Antreffens im Bundesgebiet liegen nicht vor, wenn der Ausländer im Besitz einer Betretenserlaubnis ist (vgl. Nummer 11.2.1 letzter Satz).
50.6.2	Ausnahmsweise muss der Pass nicht vorgelegt werden, wenn ein überwiegendes Interesse des Betroffenen daran besteht, über den Pass verfügen zu können, die Ausstellung einer beglaubigten Kopie des Passes zur Interessenwahrnehmung nicht ausreicht und dadurch die Ausreise und Abschiebung nicht gefährdet wird. Bei Angehörigen der im Anhang 2 zur Verordnung (EG) Nummer 539/2001 des Rates vom 15. März 2001 zur Aufstellung der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der Außengrenzen im Besitz eines Visums sein müssen, sowie der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige von dieser Visumpflicht befreit sind (ABl. EU 2001 Nummer L 81 S. 1) genannten Positivstaaten kann von der Passverwahrung abgesehen werden, wenn sie nach den Erfahrungen in der Praxis nicht erforderlich ist. In allen anderen Fällen kann von der Passverwahrung nur abgesehen werden, wenn sich in der Ausländerakte eine	50.7.2	Nach § 15a verteilte Ausländer dürfen zur Aufenthaltsermittlung gemäß § 66 AsylVfG in den Fahndungshilfsmitteln der Polizei unter den dort genannten Voraussetzungen ausgeschrieben werden.
		50.7.3	Eine Ausschreibung zur Festnahme nach § 50 Absatz 7 darf nur erfolgen, wenn die Haftgründe nach § 62 vorliegen. Ausländer, die von der Abschiebungshaft ausgenommen werden sollen (siehe Nummer 62.0.5), sind lediglich zur Aufenthaltsermittlung auszuschreiben.
		50.7.4	Die Ausschreibung ist unverzüglich aufzuheben, wenn die Gründe für die Ausschreibung entfallen sind (z. B. weil der Aufenthaltsort des Ausländers bekannt wird oder weil ihm ein Aufenthaltstitel erteilt worden ist, sein Aufenthalt gestattet oder die Abschiebung ausgesetzt worden ist).

51	Zu § 51 – Beendigung der Rechtmäßigkeit des Aufenthalts; Fortgeltung von Beschränkungen	
51.1	Erlöschen der Aufenthaltstitel	
51.1.0.1	Die Erlöschungswirkung tritt kraft Gesetzes mit Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen (§ 51 Absatz 1 Nummer 1, 2, 6 bis 8) oder auf Grund eines Verwaltungsaktes mit dessen Wirksamwerden (§ 51 Absatz 1 Nummer 3–5, § 43 VwVfG) ein. Auf die Unanfechtbarkeit oder Vollziehbarkeit des Verwaltungsaktes kommt es nicht an (§ 84 Absatz 2 Satz 1).	
51.1.0.2	Das Erlöschen des Aufenthaltstitels wird durch die Anbringung des Stempels „Ungültig“ auf dem im Pass des Ausländers eingetragenen Aufenthaltstitel dokumentiert, um den Rechtschein eines fortbestehenden Aufenthaltsrechts zu beseitigen. Mangels eigenen Regelungsinhalts ist hierin regelmäßig nicht der Erlass eines feststellenden Verwaltungsakts zu sehen.	
51.1.1	Rücknahme (Nummer 3) Da das Aufenthaltsgesetz keine spezielle Regelung für die Rücknahme von Aufenthaltstiteln vorsieht, findet § 48 des maßgeblichen VwVfG Anwendung.	
51.1.2	Widerruf (Nummer 4) Der Widerruf eines Aufenthaltstitels erfolgt nach Maßgabe des § 52. Auf Nummer 52 wird verwiesen.	51.1.5.2 Wenn die Ausländerbehörde vor der Ausreise des Ausländers eine Wiedereinreisefrist nach Nummer 7 bestimmt hat, steht verbindlich fest, dass dieser Aufenthaltstitel nicht durch die Ausreise nach Nummer 6 erlischt.
51.1.3	Ausweisung (Nummer 5) Im Falle der Ausweisung eines Asylbewerbers erlischt nicht die Aufenthaltsgestattung nach dem AsylVfG (vgl. §§ 55, 67 AsylVfG), sondern nur ein etwaiger asylunabhängiger Aufenthaltstitel. Ist die Ausweisung nach § 56 Absatz 4 bedingt, erlischt der Aufenthaltstitel erst mit Eintritt der Bedingung.	51.1.5.3 Auf Nummer 51.2 und 51.7 wird Bezug genommen. 51.1.6 Nicht rechtzeitige Rückkehr (Nummer 7)
51.1.4	Abschiebungsanordnung (Nummer 5a) Mit Erlass der Abschiebungsanordnung nach § 58a erlischt zugleich der Aufenthaltstitel. Hierdurch wird die Voraussetzung dafür geschaffen, dass der Betroffene auf richterliche Anordnung in Abschiebungshaft (Sicherungshaft) genommen werden kann. Durch das Erlöschen des Aufenthaltstitels wird zugleich sichergestellt, dass mit dem Vollzug der Abschiebungsanordnung eine erneute (legale) Einreise nicht mehr möglich ist. Nach § 11 Absatz 1 Satz 5 kann dann auch bei einem Anspruch kein Aufenthaltstitel mehr erteilt werden. Für die Bekanntgabe der Abschiebungsanordnung gilt § 41 VwVfG.	51.1.6.1 Nach dieser Vorschrift erlischt der Aufenthaltstitel wenn der Ausländer ausgereist und nicht innerhalb von sechs Monaten oder einer von der Ausländerbehörde bestimmten längeren Frist wieder eingereist ist. Für Ausländer, die eine Aufenthaltserlaubnis zum Zwecke der Ausbildung besitzen, kommt grundsätzlich die Bestimmung einer längeren Frist nicht in Betracht. Zu Ausnahmen siehe Nummer 16.0.4. 51.1.6.2 Bei Ausländern mit einer Aufenthaltserlaubnis nach den §§ 22 bis 24, 25 Absatz 3 bis 5 wird eine längere Frist grundsätzlich nur bestimmt, wenn der Aufenthalt im öffentlichen Interesse der Bundesrepublik Deutschland liegt oder wenn dies aus Gründen der Ausbildung oder Berufsausübung erforderlich ist. 51.1.6.3 Bei Ausländern mit einer Aufenthaltserlaubnis zu den nicht in Nummer 51.1.6.1 und 51.1.6.2 genannten Zwecken oder einer Niederlassungserlaubnis kann im Allgemeinen eine längere Frist bestimmt werden, wenn ihnen ein gesetzlicher Anspruch auf Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis zusteht oder wenn der Auslandsaufenthalt aus Gründen der Ausbildung oder Berufsausübung oder dringenden persönlichen Gründen erforderlich ist, sowie um älteren Ausländern zur Betreuung durch ihre Familienangehörigen im Herkunftsland auch längerfristige Aufenthalte zu ermöglichen.
51.1.5	Nicht nur vorübergehende Ausreise (Nummer 6)	
51.1.5.1	Die Erlöschungswirkung tritt nur ein, wenn objektiv feststeht, dass der Ausländer nicht nur vorübergehend das Bundesgebiet verlassen hat. Dies kann angenommen werden, wenn er seine Wohnung und Arbeitsstelle aufgegeben hat und	

- 51.1.6.4.1 Ausnahmen vom Grundsatz des Verlusts des Aufenthaltstitels nach § 51 Absatz 1 Nummer 7 beinhaltet Absatz 2 (siehe Nummer 51.2).
- 51.1.6.4.2 Die Erlöschenswirkung nach § 51 Absatz 1 Nummer 7 tritt auch dann nicht ein, wenn die Frist lediglich wegen Erfüllung der gesetzlichen Wehrpflicht im Heimatstaat überschritten wird und der Ausländer innerhalb von drei Monaten nach der Entlassung aus dem Wehrdienst wieder einreist (§ 51 Absatz 3, vgl. Nummer 51.3).
- 51.1.6.4.3 Gleiches gilt im Falle der Ausreise eines Asylberechtigten oder anerkannten Flüchtlings, solange er im Besitz eines gültigen, von einer deutschen Behörde ausgestellten Reiseausweises für Flüchtlinge ist (§ 51 Absatz 7, vgl. Nummer 51.7).
- 51.1.6.4.4 Für die Aufenthaltserlaubnis von assoziationsberechtigten türkischen Staatsangehörigen gilt Folgendes: Nach Artikel 14 ARB 1/80 erlischt das Aufenthaltsrecht nur, wenn der gemäß Artikel 7 ARB 1/80 berechnete Familienangehörige aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Gesundheit ausgewiesen wurde oder wenn das Hoheitsgebiet des Aufnahmestaates für einen nicht unerheblichen Zeitraum ohne berechnete Gründe verlassen wurde. In den Fällen der Heiratsverschleppung, in denen die Betroffenen im Herkunftsland festgehalten werden und ihnen der Pass abgenommen wird, kann nach der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs nicht von einem Verlassen des Hoheitsgebiets ohne berechneten Grund ausgegangen werden (EuGH, Rs. C-351/95 – Kadiman, Urteil vom 17. April 1997, Rn. 51).
- 51.1.6.5 § 51 Absatz 4 sieht eine regelmäßige Verlängerung der Wiedereinreisefrist bei Ausländern vor, die eine Niederlassungserlaubnis besitzen und aus einem seiner Natur nach vorübergehenden Grund ausreisen wollen oder deren Aufenthalt im Ausland Interessen der Bundesrepublik Deutschland dient (vgl. im Einzelnen Nummer 51.4).
- 51.1.6.6 Der Aufenthaltstitel erlischt nicht bereits zum Zeitpunkt der Ausreise, sondern erst nach Ablauf von sechs Monaten oder der von der Ausländerbehörde bestimmten längeren Frist.
- 51.1.6.7 Die Frist muss nicht notwendig bereits vor der Ausreise bestimmt werden. Sie kann allerdings nur bestimmt oder ggf. verlängert werden, solange der Aufenthaltstitel noch besteht und nicht nach Nummer 6 oder 7 erloschen ist. Die Frist darf niemals die Geltungsdauer des Aufenthaltstitels überschreiten. Über die Bestimmung der Frist wird nach Ermessen entschieden. Die Bestimmung einer längeren Frist kommt nur in Betracht, wenn der Ausländer einen Auslandsaufenthalt anstrebt, der seiner Natur nach vorübergehend und zeitlich absehbar ist. Zuständig für die Fristbestimmung ist nach § 71 Absatz 1 die Ausländerbehörde, auch wenn der Ausländer sich noch im Ausland befindet.
- 51.1.6.8 Die Erlöschenswirkung kann von der Ausländerbehörde auch nachträglich mit Wirkung für die Vergangenheit im Rahmen einer aufenthaltsbeendenden Maßnahme festgestellt werden. Eines gesonderten Verwaltungsakts bedarf es nicht. Der Ausländer ist auf die Rechtsfolgen einer erneuten Einreise nach Eintritt der Erlöschenswirkung (vgl. § 14 Absatz 1 und § 50 Absatz 1, § 58 Absatz 2) hinzuweisen.
- 51.1.6.9 Stellt die Ausländerbehörde das Erlöschen des Aufenthaltstitels fest, ist dies im Ausländerzentralregister zu speichern (§ 2 Absatz 1, Absatz 2 Nummer 3, § 3 Nummer 2, 6 und 7, § 6 Absatz 1 Nummer 1 AZRG, Tabelle 9 Buchstabe b) der Anlage 1 zur AZRG-DV). Darüber hinaus ist eine Ausschreibung im Geschützten Grenzfahndungsbestand zur grenzpolizeilichen Überprüfung gemäß § 30 Absatz 3 BPolG zu veranlassen. Es besteht die Möglichkeit der Ausschreibung in den Fahndungsmitteln der Polizei nach § 50 Absatz 7. Dies ist erforderlich, um auch in den Fällen, in denen es nicht möglich ist, den erloschenen Aufenthaltstitel ungültig zu stempeln, eine Einreise zu verhindern.
- 51.1.7 Asylantragstellung bei Aufenthalt aus humanitären Gründen (Nummer 8)
- Der Aufenthaltstitel gemäß §§ 22, 23 oder 25 Absatz 3 bis 5 erlischt, wenn der Ausländer einen Asylantrag (§ 13 AsylVfG) stellt. Der Aufenthaltstitel nach § 25 Absatz 3 erlischt jedoch nicht, wenn ein Abschiebungsverbot nach § 60 Absatz 2, 3 oder Absatz 7 Satz 2 besteht. Im Hinblick auf Artikel 24 Absatz 2 der Richtlinie 2004/83/EG des Rates vom 29. April 2004 über Mindestnormen für die Anerkennung und den Status von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Flüchtlinge oder als Personen, die anderweitig internationalen Schutz benötigen, und über den Inhalt des zu gewährenden Schutzes (ABl. EU Nummer L 304 S. 12, so genannte Qualifikationsrichtlinie) ist in diesen Fällen von einem Entzug des Aufenthaltstitels abzugehen.
- 51.1.8 Im Übrigen erlischt bei Asylantragstellung ein Aufenthaltstitel mit einer Gesamtgeltungsdauer von bis zu sechs Monaten (§ 55 Absatz 2 Satz 1 AsylVfG).
- 51.2 **Fortgeltung des Aufenthaltsrechts in bestimmten Fällen**
- § 51 Absatz 2 privilegiert Ausländer, die sich seit langem rechtmäßig im Bundesgebiet aufhalten, soweit deren Lebensunterhalt gesichert ist und kein Ausweisungsgrund nach § 54 Nummer 5 bis 7 oder § 55 Absatz 2 Nummer 8 bis 11 vorliegt. Die in § 51 Absatz 2 genannten Voraussetzungen müssen bereits im Zeitpunkt der Ausreise erfüllt sein. Die Nachweise, ob der Lebensunterhalt (§ 2 Absatz 3) gesichert ist, hat

der Ausländer beizubringen (§ 82 Absatz 1 und 2). Die in § 51 Absatz 2 Satz 3 genannte gebührenpflichtige Bescheinigung kann auch nach der Ausreise ausgestellt werden (zum gewöhnlichen Aufenthalt siehe Nummer 71.1.2.2).

51.3 Erfüllung der Wehrpflicht

Der Ausländer hat ggf. nachzuweisen, dass er sich wegen Erfüllung der Wehrpflicht länger als sechs Monate im Ausland aufgehalten hat und dass er rechtzeitig wieder eingereist ist.

51.4 Wiedereinreisefrist bei Niederlassungserlaubnis oder wegen öffentlicher Interessen

51.4.1 § 51 Absatz 4 enthält eine Privilegierung für Ausländer, die schon einen verfestigten Aufenthaltstatus im Bundesgebiet haben und für Ausländer, deren Aufenthalt deutschen Interessen dient. Konkret wird

51.4.1.1 – allen Ausländern, die eine Niederlassungserlaubnis besitzen und sich lediglich aus einem seiner Natur nach vorübergehenden Gründe (z.B. für ein Studium oder eine sonstige Ausbildung) länger als sechs Monate im Ausland aufhalten wollen, und

51.4.1.2 – den Ausländern, deren Auslandsaufenthalt Interessen der Bundesrepublik Deutschland dient (z.B. als Entwicklungshelfer, ausländische Ehegatten deutscher Diplomaten oder zur Förderung entwicklungsrelevanter Geschäftsbeziehungen oder Beschäftigungsverhältnisse im Ausland)

eine längere Frist für einen Auslandsaufenthalt ohne Verlust des Aufenthaltstitels eingeräumt. Ein Regelanspruch nach Absatz 4, 2. Alternative besteht auch dann, wenn der Aufbau und das Unterhalten von Geschäftsbeziehungen oder Beschäftigungsverhältnissen im Ausland nach Maßgabe zwischenstaatlicher Vereinbarungen der Bundesrepublik Deutschland mit Aufenthaltsstaaten deren wirtschaftlicher Entwicklung dienen und daher im Interesse der Bundesrepublik Deutschland liegen. In diesen Fällen beträgt die Frist für einen Auslandsaufenthalt ohne Verlust des Aufenthaltstitels maximal zwei Jahre. Nicht zu prüfen ist, ob der Aufenthaltswitz seiner Natur nach nur einen vorübergehenden Aufenthalt erfordert.

51.4.2 Die Dauer der Wiedereinreisefrist bestimmt sich nach dem jeweiligen Aufenthaltswitz. Die Frist kann so bemessen werden, dass dem Ausländer nach Erledigung des Auslandsaufenthaltswitzs drei Monate Zeit für die Wiedereinreise bleiben. Eine Verlängerung der Frist ist möglich, solange sie noch nicht abgelaufen ist.

51.4.3 Die Voraussetzungen des § 51 Absatz 4 gelten nur für den durch diese Vorschrift begründeten Regelanspruch, nicht für eine Ermessensentscheidung nach Absatz 1 Nummer 7. Auch Ausländern, die lediglich einen befristeten Aufenthaltstitel besitzen, kann nach Ermessen

durch Bestimmung einer Wiedereinreisefrist ein längerer Auslandsaufenthalt ohne Verlust ihres Aufenthaltstitels ermöglicht werden. Bei Ausländern, deren Auslandsaufenthalt Interessen der Bundesrepublik Deutschland dient oder die einen gesetzlichen Anspruch auf Verlängerung ihres Aufenthaltstitels haben, kann jedoch die Bestimmung der Wiedereinreisefrist ggf. mit einer vorzeitigen befristeten Verlängerung des Aufenthaltstitels verbunden werden.

51.5 Fortfall der Befreiung vom Genehmigungserfordernis

51.5.1. Ein Erlöschen des Aufenthaltstitels scheidet bei denjenigen Ausländern aus, die vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit sind. Auch die Rechtmäßigkeit des Aufenthalts dieser Ausländer muss in bestimmten Fällen enden. Dies regelt § 51 Absatz 5 für den Fall der Ausweisung, Zurückschiebung und Abschiebung. Ein ausgewiesener, zurückgeschobener oder abgeschobener Ausländer, der zuvor vom Erfordernis des Aufenthaltstitels befreit war, bedarf für den Fall einer erneuten Einreise in das Bundesgebiet eines Aufenthaltstitels.

51.5.2 Damit die Befreiung vom Erfordernis des Aufenthaltstitels wieder eintritt, bedarf es keiner gesonderten Fristsetzung neben der Befristung der Ausweisungswirkung nach § 11 Absatz 1. Sobald das Einreise- und Aufenthaltsverbot nach § 11 Absatz 1 entfallen ist, lebt die Befreiung vom Erfordernis des Aufenthaltstitels wieder auf.

51.6 Fortgeltung von Beschränkungen

Beschränkungen und Auflagen sind nicht an den Fortbestand des Aufenthaltstitels oder die Durchführbarkeit der Abschiebung geknüpft. Die in § 51 Absatz 6 genannten Beschränkungen bleiben auch bestehen, wenn ein ausreisepflichtiger Ausländer unerlaubt in einen anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union einreist, weil er in diesem Fall nach § 50 Absatz 4 seiner Ausreisepflicht nicht nachgekommen ist.

51.7 Wiederkehr eines Asylberechtigten und eines Flüchtlings

51.7.1 Abweichend von § 51 Absatz 1 Nummer 6 und 7 erlischt der Aufenthaltstitel eines Asylberechtigten nicht, wenn er im Besitz eines gültigen und von einer deutschen Behörde ausgestellten Reiseausweises für Flüchtlinge ist (vgl. Anlage D7 zur AufenthV). Das Gleiche gilt für Ausländer, denen unanfechtbar die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt worden ist.

51.7.2 Der Ausländer hat im Falle seiner Ausreise keinen Anspruch auf Neuerteilung des Aufenthaltstitels, wenn die Zuständigkeit für die Ausstellung des Reiseausweises auf einen anderen Staat übergegangen ist. Die Zuständigkeit geht gemäß § 11 der Anlage zur Genfer Flüchtlingskonvention auf den anderen Staat über,

wenn der Ausländer sich rechtmäßig im Gebiet eines anderen Vertragsstaates der Genfer Flüchtlingskonvention niederlässt. Dies setzt einen von den Behörden genehmigten Aufenthalt mit dauerhafter Aufenthaltsperspektive im anderen Staat voraus. Ein illegaler, vorübergehender oder nur tolerierter Aufenthalt, etwa weil aufenthaltsbeendende Maßnahmen nicht durchführbar sind, reicht nicht aus. Das Europäische Übereinkommen über den Übergang der Verantwortung für Flüchtlinge vom 16. Oktober 1980 (BGBl. 1994 II S. 2645) konkretisiert den Zuständigkeitsübergang nach § 11 der Anlage der Genfer Flüchtlingskonvention. Nach Artikel 2 des Übereinkommens geht die Zuständigkeit für die Erneuerung des Reiseausweises u. a. unter folgenden Voraussetzungen auf einen anderen Vertragsstaat über: Zwei Jahre tatsächlicher und dauernder Aufenthalt mit Zustimmung der Behörden des anderen Staates, Gestattung des dauernden Aufenthalts durch den anderen Staat, Gestattung des Aufenthalts über die Geltungsdauer des Reiseausweises hinaus. Zu beachten ist, dass nicht alle europäischen Staaten das Übereinkommen unterzeichnet haben und es insoweit nur eingeschränkt anwendbar ist. Zudem können einzelne Bestimmungen auf Grund von nationalen Vorbehalten im Verhältnis zu den jeweiligen Staaten nicht angewendet werden. In Zweifelsfällen ist beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge eine Stellungnahme einzuholen.

51.7.3 Hält sich ein Asylberechtigter oder ein Ausländer, dem die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt wurde, in seinem Heimatland auf, ist insbesondere § 72 Absatz 1 Nummer 1 und 1a AsylVfG zu beachten. Der danach eintretende Verlust der Asylberechtigung und der Flüchtlingseigenschaft wird von der Ausländerbehörde festgestellt, ohne dass eine Beteiligung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge erforderlich ist. In Zweifelsfällen kann die Ausländerbehörde anregen, dass das Bundesamt ein Widerrufsverfahren nach § 73 Absatz 1 AsylVfG einleitet.

51.8 Konsultationsverfahren bei aufenthaltsbeendenden Maßnahmen gegen Inhaber von Aufenthaltserlaubnissen nach § 38a

51.8.0 § 51 Absatz 8 ist eine Sonderregelung des in § 91c geregelten Konsultationsverfahrens (vgl. Artikel 22 Absatz 3 Unterabsatz 2 der Richtlinie 2003/109/EG des Rates vom 25. November 2003 betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen [ABl. EU 2004 Nummer L 16 S. 44, so genannte Daueraufenthalt-Richtlinie]).

51.8.1 Die Ausländerbehörde, die aufenthaltsbeendende Maßnahmen gegen einen Ausländer erlassen will, um diesen in ein Land außerhalb des Geltungsbereichs der Daueraufenthalt-Richtlinie (Drittstaaten sowie Vereinigtes Königreich, Irland und Dänemark) abzuschieben, ist

verpflichtet, dem Mitgliedstaat Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, der dem Ausländer die Rechtsstellung eines langfristig Aufenthaltsberechtigten verliehen hat. Dabei ist die Zentralstellenfunktion des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge als nationale Kontaktstelle zu beachten (vgl. § 75 Nummer 5).

51.8.2

Geht die Stellungnahme des anderen Mitgliedstaates rechtzeitig ein, wird sie von der Ausländerbehörde berücksichtigt.

51.9 Erlöschen der Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG

51.9.0.1

§ 51 Absatz 9 regelt das Erlöschen der Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG in Umsetzung von Artikel 9 Absatz 1, 3 und 4 Unterabsatz 1 und 2 Daueraufenthalt-Richtlinie.

51.9.0.2

Für die sich aus dem Erlöschen der Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG ergebenden Rechtsfolgen gelten die allgemeinen Voraussetzungen: Eintragung im Ausländerzentralregister durch die Ausländerbehörde, Vernichtung des Rechtsscheins (Ungültigstempeln des Aufenthaltstitels).

51.9.1

Die Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG erlischt ausschließlich nach den Voraussetzungen des § 51 Absatz 9 Satz 1, der eine abschließende Sonderregelung darstellt. § 51 Absatz 1 – und damit auch das Erlöschen in Folge Widerrufs nach Nummer 4 – findet keine Anwendung. Die Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG erlischt nach § 51 Absatz 9 Satz 1

51.9.1.1

– Nummer 1, wenn sie wegen Täuschung, Drohung oder Bestechung zurückgenommen wurde. Andere Rücknahmegründe sind damit ausgeschlossen;

51.9.1.2

– Nummer 2, wenn der Ausländer ausgewiesen oder ihm eine Abschiebungsanordnung bekannt gegeben wurde. Die im Aufenthaltsgesetz enthaltenen allgemeinen Regelungen zur Ausweisung finden Anwendung. §§ 54a und 58a bleiben uneingeschränkt anwendbar. Dies gilt auch für die Regelungen des Ausweisungsschutzes nach § 56 Absatz 1. Auf § 56 Absatz 1 Nummer 1a wird hingewiesen. Hierbei ist jedoch zu beachten, dass auch in den Fällen einer Regelausweisung eine Ermessensausübung nach Artikel 12 der Daueraufenthalt-Richtlinie zwingend zu erfolgen hat;

51.9.1.3

– Nummer 3, wenn sich der Ausländer für einen Zeitraum von zwölf aufeinander folgenden Monaten in einem Gebiet aufhält, in dem die Rechtsstellung eines langfristig Aufenthaltsberechtigten nicht erworben werden kann. Hierbei handelt es sich neben Drittstaaten auch um das Vereinigte Königreich, Irland und Dänemark, die an der Daueraufenthalt-Richtlinie nicht teilnehmen;

51.9.1.4

– Nummer 4, wenn sich der Ausländer für einen Zeitraum von sechs Jahren außerhalb

	des Bundesgebiets aufhält. Hiermit wird auf die besondere Regelung des § 9a Absatz 2 Nummer 1 Bezug genommen, nach der der Ausländer grundsätzlich nach fünfjährigem Aufenthalt in einem anderen Mitgliedstaat dort die Rechtsstellung eines langfristig Aufenthaltsberechtigten erhalten kann. Sollte dieser Rechtserwerb scheitern, bleibt dem Ausländer noch ausreichend Zeit, durch Rückkehr nach Deutschland seinen Daueraufenthalt-EG zu sichern;			Eintritt eines gesetzlichen Widerrufsgrunds Kenntnis erlangt, ist sie verpflichtet, unverzüglich darüber zu entscheiden, ob der Aufenthaltstitel widerrufen werden soll. Wird von dem Widerruf abgesehen, ist dies in der Ausländerakte zu vermerken. Über den Widerruf darf i. d. R. erneut nur entschieden werden, wenn neue Umstände eingetreten sind (z. B. wenn es dem Ausländer wieder möglich ist, in zumutbarer Weise einen Pass zu erlangen).
51.9.1.5	– Nummer 5, wenn der Ausländer die Rechtsstellung des langfristigen Aufenthaltsberechtigten in einem anderen Mitgliedstaat erwirbt.	52.1.1		Nichtbesitz eines Passes oder Passersatzes
51.9.2	Damit Inhaber der Erlaubnis Daueraufenthalt-EG nicht schlechter gestellt sind als Inhaber einer Niederlassungserlaubnis, werden durch § 51 Absatz 9 Satz 2 die Vorschriften in § 51 Absatz 2 bis 4 für entsprechend anwendbar erklärt. Dies ist nach Artikel 9 Absatz 2 und Absatz 4, Unterabsatz 3 Daueraufenthalt-Richtlinie zulässig.	52.1.1.1		Der Widerruf des Aufenthaltstitels ist i. d. R. gerechtfertigt, wenn der Ausländer zumutbare Anforderungen zur Erlangung eines neuen Passes nicht erfüllt. Von dem Widerruf kann z. B. abgesehen werden, wenn die Geltungsdauer des Aufenthaltstitels innerhalb der nächsten sechs Monate abläuft und durch den Verzicht auf den Widerruf die tatsächliche Aufenthaltsbeendigung nicht wesentlich erschwert oder unmöglich wird.
		52.1.1.2		Ist es dem Ausländer nicht möglich, in zumutbarer Weise einen Pass zu erlangen, wird über den Widerruf des Aufenthaltstitels unter Berücksichtigung des aufenthaltsrechtlichen Status entschieden. Ein Widerruf kommt insbesondere in Betracht,
52	Zu § 52 – Widerruf			
52.0	Allgemeines			
52.0.1	§ 52 regelt die Gründe für den Widerruf eines Aufenthaltstitels abschließend. Insoweit sind die Vorschriften des allgemeinen Verwaltungsverfahrensrechts über den Widerruf von Verwaltungsakten auf Aufenthaltstitel nicht ergänzend anwendbar. Entfällt jedoch nachträglich eine für die Erteilung, Verlängerung oder Bestimmung der Geltungsdauer wesentliche Voraussetzung, kann der Aufenthaltstitel zeitlich beschränkt werden (§ 7 Absatz 2 Satz 2).	52.1.1.2.1	–	wenn für den Ausländer ein späterer Daueraufenthalt im Bundesgebiet ausgeschlossen ist, weil eine Aufenthaltsverfestigung nach § 8 Absatz 2 ausgeschlossen worden ist,
		52.1.1.2.2	–	wenn der Ausländer im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis nach §§ 22, 23 oder § 25 Absatz 1 bis 5 ist und die Asylberechtigung, die Flüchtlingseigenschaft oder ein Abschiebungsverbot nicht mehr besteht (siehe auch Nummer 52.1.5) oder
52.0.2	Entsprechend § 49 Absatz 2 Satz 2 VwVfG i. V. m. § 48 Absatz 4 VwVfG ist die Jahresfrist auch bei Widerrufsentscheidungen nach § 52 anzuwenden.	52.1.1.2.3	–	wenn gegen einen Ausländer, der im Besitz einer Niederlassungserlaubnis ist, ein Ausweisungsgrund vorliegt.
52.0.3.	Die Regelung über den Widerruf schließt nicht die Rücknahme eines Aufenthaltstitels nach § 51 Absatz 1 Nummer 3 i. V. m. § 48 VwVfG bzw. den entsprechenden Regelungen der VwVfG der Länder aus (z. B. wenn der Ausländer den Aufenthaltstitel mittels falscher Angaben oder Urkunden erschlichen hat). Hat der Ausländer die Rechtswidrigkeit zu vertreten, soll die Rücknahme auf den Zeitpunkt der Erteilung des Aufenthaltstitels angeordnet werden, im Übrigen mit Wirkung für die Zukunft. Die Zuständigkeit für die Rücknahme richtet sich nach landesrechtlichen Vorschriften bzw. den Zuständigkeiten nach § 71 Absatz 1 und Absatz 2 (vgl. Nummer 71.2.1). Der Aufenthaltstitel ist mit einem Ungültigkeitsvermerk zu versehen.			Sofern der Aufenthaltstitel nicht widerrufen wird, ist § 48 Absatz 2 zu beachten.
		52.1.2		Wechsel oder Verlust der Staatsangehörigkeit
		52.1.2.1		Das Aufenthaltsgesetz ermöglicht bei Wechsel oder Verlust der Staatsangehörigkeit den Widerruf des Aufenthaltstitels aus zwei Gründen:
		52.1.2.1.1	–	Die Aufenthaltsgewährung und der gegenwärtige aufenthaltsrechtliche Status können wesentlich auf der bisherigen Staatsangehörigkeit beruhen. Insoweit ist der Widerrufsgrund eine spezielle, abweichend von § 7 Absatz 2 Satz 2 nicht nur für die befristete, sondern für alle Aufenthaltstitel geltende Regelung des Wegfalls einer für die Erteilung oder Verlängerung des Aufenthaltstitels wesentlichen Voraussetzung.
52.1	Widerrufsgründe			
52.1.0	Sobald die Ausländerbehörde oder eine andere für den Widerruf zuständige Behörde von dem	52.1.2.1.2	–	Der Wechsel, vor allem aber der Verlust der bisherigen Staatsangehörigkeit können eine

	spätere Aufenthaltsbeendigung erschweren oder unmöglich machen.		
52.1.2.2	Sofern mit der bisherigen Staatsangehörigkeit eine zwingende Voraussetzung für die Erteilung und Verlängerung des Aufenthaltstitels entfallen ist, kann von einem Widerruf nur abgesehen werden, wenn die Geltungsdauer des Aufenthaltstitels ohnehin innerhalb der nächsten sechs Monate abläuft und deshalb ein Widerruf weder zweckmäßig noch erforderlich ist. Zwingende Erteilungsvoraussetzung ist die Staatsangehörigkeit für die Erteilung eines Aufenthaltstitels nach § 18 Absatz 3 oder 4 i. V. m. § 34 BeschV.	52.1.3.3	Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 ist ausgeschlossen, sofern im Zeitpunkt der Entscheidung über den Widerruf ein gesetzlicher Anspruch auf Erteilung eines Aufenthaltstitels besteht und keine Versagungsgründe, die diesen Anspruch ausschließen können, vorliegen. Über den Widerruf ist nach Ermessen unter Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit zu entscheiden.
52.1.2.3	Ebenso ist der Widerruf des Aufenthaltstitels bei einem Wechsel der Staatsangehörigkeit geboten, wenn der Aufenthaltstitel nur wegen der Unmöglichkeit der Aufenthaltsbeendigung gewährt wurde und dieser Grund durch den Staatsangehörigkeitswechsel entfallen ist.		
52.1.2.4	Nicht zwingende, aber wesentliche Voraussetzung kann die Staatsangehörigkeit gewesen sein z. B. für		
52.1.2.4.1	– die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach §§ 22, 23 oder § 25 Absatz 3 bis 5,		
52.1.2.4.2	– die Zulassung des Familiennachzugs zu Auszubildenden,		
52.1.2.4.3	– die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zur Aufnahme einer selbständigen Erwerbstätigkeit oder		
52.1.2.4.4	– generell die Erteilung eines Aufenthaltstitels unter Berücksichtigung einer zwischenstaatlichen Vereinbarung.		
	Bei der Entscheidung über den Widerruf ist auch der Grund für den Staatsangehörigkeitswechsel von Bedeutung. Im Allgemeinen kann von einem Widerruf abgesehen werden, wenn der Wechsel auf einer Eheschließung beruht.	52.1.4	Zuständig für den Widerruf des Visums vor der Einreise ist grundsätzlich die Behörde, die den Aufenthaltstitel erteilt hat; i. d. R. also die vom Auswärtigen Amt ermächtigte Auslandsvertretung, die zuvor das Visum erteilt hat (§ 71 Absatz 2). Die Ausländerbehörde, die die Zustimmung zur Erteilung eines Visums erteilt hat, kann von der Auslandsvertretung und der Grenzbehörde (§ 71 Absatz 3 Nummer 3) bis zur Einreise des Ausländers verlangen, dass das Visum widerrufen wird. Die Auslandsvertretung ist an den Widerruf der Zustimmung grundsätzlich in gleicher Weise gebunden wie an die Versagung der Zustimmung. Die Grenzbehörde hat ein Visum zu widerrufen, wenn eine deutsche Auslandsvertretung darum ersucht. Dies gilt grundsätzlich auch, wenn die Auslandsvertretung eines Schengen-Staates, die das Schengen-Visum erteilt hat, darum ersucht. In Fällen des § 52 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 kann die Grenzbehörde ohne Ersuchen der ausstellenden Behörde (§ 71 Absatz 3 Nummer 3 Buchstabe a)) ein Visum widerrufen, wenn sie gegen den Ausländer zuvor eine Zurückweisung (insbesondere gemäß § 15 Absatz 2 Nummer 2) verfügt hat. Dies gilt auch in Bezug auf ein durch eine Auslandsvertretung eines anderen Mitgliedstaates des SDÜ erteiltes Visum.
52.1.2.5	Der Widerruf ist regelmäßig geboten, wenn der Ausländer den Verlust seiner bisherigen Staatsangehörigkeit durch Beantragung der Entlassung selbst herbeigeführt und dadurch eine etwaige spätere Aufenthaltsbeendigung unmöglich gemacht hat.	52.1.4	Widerruf bei Asylberechtigten und Flüchtlingen
52.1.3	Widerruf vor der Einreise	52.1.4.1	Der Widerruf des Aufenthaltstitels setzt voraus, dass die Asylberechtigung oder die Flüchtlingseigenschaft nach § 72 Absatz 1 AsylVfG erloschen ist oder der Widerruf oder die Rücknahme der Anerkennung als Asylberechtigter und der Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft nach § 73 AsylVfG unanfechtbar oder sofort vollziehbar ist. Bei Erlöschen der Asylberechtigung oder der Flüchtlingseigenschaft oder Unanfechtbarkeit oder sofortiger Vollziehbarkeit der Entscheidung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge ist der Anerkennungsbescheid und der Reiseausweis nach Artikel 28 Genfer Flüchtlingskonvention unverzüglich zurückzugeben (§ 72 Absatz 2 und § 73 Absatz 6 AsylVfG). Weigert sich der Ausländer, ist die Abgabepflicht im Wege der Verwaltungsvollstreckung durchzusetzen.
52.1.3.1	Die Widerrufsmöglichkeit nach § 52 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 besteht		
52.1.3.1.1	– ausschließlich in Bezug auf den vor der Einreise erteilten Aufenthaltstitel, also im Allgemeinen nur für Visa und		
52.1.3.1.2	– grundsätzlich nur in dem begrenzten Zeitraum zwischen Erteilung und erstmaliger Einreise.		
52.1.3.2	Der Widerruf eines Visums vor der Einreise ist bei nachträglichem Eintritt oder bekannt werden eines Versagungsgrundes zulässig. Zu denken ist hier insbesondere an § 5 Absatz 4 i. V. m. § 54 Nummer 5 oder 5a. Ein Widerruf nach § 52		Selbst wenn der Ausländer gegen die Entscheidung der Ausländerbehörde Widerspruch erhebt, bleibt die Wirkung des Widerrufs bestehen (u. a. Begründung der Ausreisepflicht, nicht rechtmäßiger Aufenthalt; § 84 Absatz 2

- Satz 1). Bis zum Verfahrensabschluss ist daher eine Verfestigung des aufenthaltsrechtlichen Status nicht möglich (jedoch § 84 Absatz 2 Satz 2). Da nach § 52 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 Widerrufsgrund der Verlust des Flüchtlingsstatus ist, ist die Vorschrift auf im Ausland anerkannte Flüchtlinge nur anwendbar, wenn die Verantwortung für den Flüchtling auf Deutschland übergegangen ist (siehe Nummer 51.7.2).
- 52.1.4.2 Ob die Asylberechtigung oder die Flüchtlingseigenschaft ohne vorherigen Verwaltungsakt kraft Gesetzes erloschen ist (§ 72 AsylVfG), hat die Ausländerbehörde bei Vorliegen entsprechender Anhaltspunkte in eigener Zuständigkeit zu prüfen (z. B. die Behörde erfährt von der Grenzbehörde, dass ein Asylberechtigter vom Heimatstaat einen Pass erhalten hat). Stellt sie fest, dass der Schutzstatus erloschen ist, ist das Bundesamt unverzüglich zu unterrichten. Dieses hat dafür Sorge zu tragen, dass das Ausländerzentralregister entsprechend geändert wird.
- 52.1.4.3 Über den Widerruf des Aufenthaltstitels nach § 52 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 entscheidet die Ausländerbehörde nach Ermessen. Dabei hat sie zugunsten des Ausländers die in § 55 Absatz 3 für das Ausweisungsermessen genannten Umstände zu berücksichtigen (vgl. Nummer 55.3). Im Falle der Rücknahme eines zu Unrecht erlangten Asyl- oder Flüchtlingsstatus (§ 73 Absatz 2 AsylVfG) ist – vorbehaltlich einer vorrangig zu prüfenden Rücknahme nach § 48 VwVfG – der Widerruf des Aufenthaltstitels im Allgemeinen gerechtfertigt, auch wenn den Familienangehörigen des Ausländers der weitere Aufenthalt im Bundesgebiet gewährt werden kann oder muss. Halten sich Familienangehörige i. S. v. § 52 Absatz 1 Satz 2 bei dem ehemaligen Flüchtling auf, kann die Ausländerbehörde über den Widerruf ermessensfehlerfrei nur entscheiden, indem sie zugleich über den weiteren Aufenthalt der Familienangehörigen im Falle des Widerrufs befindet. Ggf. sind die Widerrufsverfahren nach § 52 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 und nach § 52 Absatz 1 Satz 2 gleichzeitig zu betreiben. Sieht die Ausländerbehörde von einem Widerruf des Aufenthaltstitels ab, ist dies in der Ausländerakte zu begründen.
- 52.1.4.4 Der Widerruf einer Niederlassungserlaubnis nach § 52 Absatz 1 Nummer 4 ist ausgeschlossen, wenn der Ausländer bereits im Zeitpunkt der Zuerkennung des Flüchtlingsstatus im Besitz einer Niederlassungserlaubnis war oder wenn ihm im Hinblick auf seine bisherige aufenthaltsrechtliche Situation (unabhängig von seiner Anerkennung als Flüchtling) eine Niederlassungserlaubnis erteilt werden könnte.
- 52.1.4.5 Da der Widerruf lediglich an den Wegfall der Asylberechtigung oder Flüchtlingseigenschaft geknüpft ist, kann er durch andere gesetzliche
- Aufenthaltsrechte beschränkt werden. Solche gesetzlichen Beschränkungen können sich auf Grund der Familiennachzugsbestimmungen (§§ 27 bis 36) ergeben. Der Besitz eines eigenständigen Aufenthaltrechts nach §§ 31, 34 und 35 entfällt nicht nach Erlöschen, Widerruf oder Rücknahme des Familienasyls oder des Familienflüchtlingsschutzes (§ 26 AsylVfG). Ein Anspruch nach § 28 schränkt das Ermessen nach § 52 weitgehend ein.
- 52.1.4.6 Der Widerruf einer Niederlassungserlaubnis kann trotz Wegfalls des Flüchtlingsstatus im Hinblick auf die aufenthaltsrechtliche Situation des Ausländers (vgl. z. B. Erfüllung der Voraussetzungen nach den Familiennachzugsvorschriften) dazu führen, dass dem Ausländer danach eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird bzw. werden kann, wenn er die materiell-rechtlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt. In diesem Fall erübrigen sich aufenthaltsbeendende Maßnahmen.
- 52.1.4.7 Im Rahmen aufenthaltsbeendender Maßnahmen ist zu berücksichtigen, ob das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge auch die Entscheidung über das Vorliegen eines Abschiebungsverbotes widerrufen oder zurückgenommen hat (vgl. § 73 Absatz 3 AsylVfG).
- 52.1.4.8 Nach § 103 Satz 2 findet § 52 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 entsprechend Anwendung auf Ausländer, die vor Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes nach § 1 HumHAG (so genanntes Kontingentflüchtlingsgesetz) aufgenommen worden waren. Die Rechtsstellung dieser Personen kann weiterhin nach §§ 2a, 2b HumHAG erlöschen oder widerrufen werden (§ 103 Satz 1).
- 52.1.5 Widerruf nach Erteilung der Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 3 Satz 1
- 52.1.5.1 Der Aufenthaltstitel kann widerrufen werden bei Wegfall, Aufhebung oder Unwirksamwerden eines Abschiebungsverbotes nach § 60 Absatz 2, 3, 5 oder Absatz 7 sowie bei Vorliegen von Ausschlussstatbeständen nach § 25 Absatz 3 Satz 2 Buchstabe a) bis d).
- 52.1.5.1.1 Widerruf bei Wegfall eines Abschiebungsverbotes nach § 60 Absatz 2, 3, 5 oder Absatz 7
- Die Regelung in § 52 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 Buchstabe a) betrifft den Fall, dass nicht das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, sondern die Ausländerbehörde für die Feststellung eines Abschiebungsverbotes nach § 60 Absatz 2, 3, 5 oder Absatz 7 zuständig ist. Selbst wenn der Ausländer gegen die Entscheidung der Ausländerbehörde Widerspruch erhebt, bleibt die Wirkung des Widerrufs bestehen (u. a. Begründung der Ausreisepflicht, nicht rechtmäßiger Aufenthalt; § 84 Absatz 2 Satz 1). Bis zum Verfahrensabschluss ist daher eine Verfestigung des aufenthaltsrechtlichen Status nicht möglich (jedoch § 84 Absatz 2 Satz 2). Da der Widerruf lediglich an den Wegfall des Abschiebungsverbotes geknüpft ist,

kann er durch andere gesetzliche Aufenthaltsrechte beschränkt werden. Solche gesetzlichen Beschränkungen können sich auf Grund der Familiennachzugsbestimmungen (§§ 27 bis 36) ergeben.

Über den Widerruf des Aufenthaltstitels nach § 52 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 Buchstabe a) entscheidet die Ausländerbehörde nach Ermessen. Dabei hat sie zugunsten des Ausländers die in § 55 Absatz 3 für das Ausweisungsermessen genannten Umstände zu berücksichtigen (vgl. Nummer 55.3). Im Falle eines zu Unrecht festgestellten Abschiebungsverbotes (vgl. § 73 Absatz 3, 1. Alternative AsylVfG) ist der Widerruf des Aufenthaltstitels im Allgemeinen gerechtfertigt, auch wenn den Familienangehörigen des Ausländers der weitere Aufenthalt im Bundesgebiet gewährt werden kann oder muss. Halten sich Familienangehörige i. S. v. § 52 Absatz 1 Satz 2 bei dem Ausländer auf, kann die Ausländerbehörde über den Widerruf ermessensfehlerfrei nur entscheiden, indem sie zugleich über den weiteren Aufenthalt der Familienangehörigen im Falle des Widerrufs befindet. Ggf. sind die Widerrufsverfahren nach § 52 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 Buchstabe a) und nach § 52 Absatz 1 Satz 2 gleichzeitig zu betreiben.

52.1.5.1.2 Widerruf bei Vorliegen von Ausschlussstatbeständen nach § 25 Absatz 3 Satz 2 Buchstabe a) bis d)

Bei Vorliegen der Voraussetzungen der Ausschlussstatbestände des § 25 Absatz 3 Satz 2 Buchstabe a) bis d) ist der Aufenthaltstitel zu widerrufen, wenn nicht aufgrund anderer Bestimmungen ein Aufenthaltsrecht besteht. Ein solches Recht kann sich z. B. aus den Familiennachzugsbestimmungen (§§ 27 bis 36) ergeben. Halten sich Familienangehörige i. S. v. § 52 Absatz 1 Satz 2 bei dem Ausländer auf, kann die Ausländerbehörde über den Widerruf ermessensfehlerfrei nur entscheiden, indem sie zugleich über den weiteren Aufenthalt der Familienangehörigen im Falle des Widerrufs befindet. Ggf. sind die Widerrufsverfahren nach § 52 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 Buchstabe a) und nach § 52 Absatz 1 Satz 2 gleichzeitig zu betreiben. Der Widerruf berührt nicht die Feststellung eines Abschiebungsverbotes nach § 60 Absatz 2, 3, 5 oder Absatz 7.

52.1.5.1.3 Widerruf bei Aufhebung oder Unwirksamwerden der Abschiebungsverbote nach § 42 Satz 1 AsylVfG

§ 52 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 Buchstabe c) regelt den Widerruf eines Aufenthaltstitels nach Aufhebung oder Unwirksamwerden eines durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge festgestellten Abschiebungsverbotes nach § 60 Absatz 2, 3, 5 oder Absatz 7. Die Ausführungen zu Nummer 52.1.5.1 gelten entsprechend.

52.1.6 Widerruf der Aufenthaltstitel bei Familienangehörigen

52.1.6.1 Dem Widerruf nach § 52 Absatz 1 Satz 2 steht nur ein Anspruch auf Erteilung des Aufenthaltstitels entgegen, der dem Familienangehörigen ausschließlich aus eigenem Recht (§ 31) zusteht und nicht vom Aufenthaltsrecht des Stammberechtigten (Asylberechtigte, Ausländer, denen die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt wurde, und Ausländer, für die ein Abschiebungsverbot nach § 60 Absatz 2, 3, 5 oder Absatz 7 festgestellt worden ist) abgeleitet ist. In den Fällen des § 31 Absatz 4 Satz 2 liegt ein Anspruch nicht vor. Auch ein auf § 9 Absatz 3 Satz 1 und 3 gestützter Anspruch steht einem Widerruf nicht entgegen. Der Widerruf erübrigt sich, wenn der Ehegatte des Stammberechtigten selbst alle Voraussetzungen des § 9 bzw. des § 26 Absatz 3 erfüllt. Keine abgeleiteten, sondern eigene Ansprüche sind die nach §§ 34, 35 sowie die durch Eheschließung der Kinder des Stammberechtigten mit einem Dritten erworbenen Ansprüche auf Aufenthaltsgewährung.

52.1.6.2 Über den Widerruf nach § 52 Absatz 1 Satz 2 wird nach Ermessen entschieden. Dabei hat die Ausländerbehörde insbesondere die vom Aufenthalt des Stammberechtigten unabhängigen eigenen Bindungen des Familienangehörigen im Bundesgebiet zu berücksichtigen. Ein Absehen vom Widerruf kommt insbesondere bei volljährig gewordenen Kindern in Betracht, die ihren wirtschaftlichen Lebensmittelpunkt im Bundesgebiet gefunden haben und mit Ablauf der Geltungsdauer ihrer Aufenthaltserlaubnis die Voraussetzungen für die Niederlassungserlaubnis nach § 35 Absatz 1 Satz 2 erfüllt haben werden. Andererseits ist bei Familienangehörigen, die lediglich eine Aufenthaltserlaubnis nach §§ 22 bis 24, 25 Absatz 3 bis 5 besitzen und die Voraussetzungen des § 26 Absatz 4 nicht erfüllen, grundsätzlich der Widerruf geboten, da die Aufenthaltserlaubnis in diesen Fällen stets ein zunächst vorläufiges Aufenthaltsrecht gewährt.

52.1.6.3 Zwingende Voraussetzung für den Widerruf nach § 52 Absatz 1 Satz 2 ist zwar, dass der Aufenthaltstitel des stammberechtigten Ausländers nach § 52 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 oder Nummer 5 widerrufen wird, aber die Ausländerbehörde braucht nicht bis zum Eintritt der Unanfechtbarkeit des Widerrufs nach § 52 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 oder Nummer 5 zu warten. Sie kann vielmehr den Aufenthaltstitel des Stammberechtigten und seiner Familienangehörigen gleichzeitig widerrufen. Allerdings muss sie in diesem Falle den Widerruf nach § 52 Absatz 1 Satz 2 mit der auflösenden Bedingung der Aufhebung des Widerrufs nach § 52 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 oder Nummer 5 versehen.

52.2 **Widerruf bei einem Aufenthalt zum Zwecke der Beschäftigung**

52.2.1 § 52 Absatz 2 Satz 1 verpflichtet die Ausländerbehörde, das Visum oder die Aufenthaltserlaubnis, die ausschließlich zum Zweck der Beschäftigung (§§ 18, 19) erteilt wurden, zu widerrufen, wenn die Bundesagentur für Arbeit nach § 41 die Zustimmung zur Ausübung einer Beschäftigung widerrufen hat. Im Unterschied zu den Regelungen des § 52 Absatz 1 besteht für die Ausländerbehörde kein Ermessen. Allerdings kann der Ausländer auf Grund anderer Bestimmungen einen gesetzlichen Anspruch auf Neuerteilung eines Aufenthaltstitels zu einem anderen Aufenthaltszweck (z.B. Familiennachzug) haben.

52.2.2 Nach § 52 Absatz 2 Satz 2 wird der Widerruf auf die Gestattung der Beschäftigung beschränkt, wenn der Ausländer ein Visum oder eine Aufenthaltserlaubnis zu einem anderen Zweck als zur Beschäftigung besitzt und die Bundesagentur für Arbeit die Zustimmung zur Ausübung der Beschäftigung nach § 41 widerruft. Dies betrifft die Fälle, in denen der Ausländer nicht bereits auf Grund des Gesetzes ohne Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit zur Beschäftigung berechtigt ist.

52.3 **Widerruf einer zum Zweck des Studiums erteilten Aufenthaltserlaubnis**

52.3.0 § 52 Absatz 3 dient der Umsetzung des Artikels 12 Absatz 2 der Richtlinie 2004/114/EG des Rates vom 13. Dezember 2004 über die Bedingungen für die Zulassung von Drittstaatsangehörigen zwecks Absolvierung eines Studiums oder Teilnahme an einem Schüleraustausch, einer unbezahlten Ausbildungsmaßnahme oder einem freiwilligen Dienst (ABl. EU Nummer L 375 S. 12, so genannte Studentenrichtlinie).

52.3.1 Die Ausübung einer Erwerbstätigkeit ohne erforderliche Erlaubnis liegt insbesondere auch dann vor, wenn der Ausländer den gesetzlich erlaubten Rahmen der Beschäftigung nach § 16 Absatz 3 ohne Erlaubnis überschreitet.

52.3.2 Zur Bemessung der Studiendauer sind die Nummer 16.1.1.6.2 und 16.1.1.7 zu beachten.

52.3.3 Nach § 52 Absatz 3 Nummer 3 kann die Aufenthaltserlaubnis auch dann widerrufen werden, wenn die Voraussetzungen nicht mehr erfüllt sind, unter denen eine Aufenthaltserlaubnis nach § 16 Absatz 1 oder 6 erteilt werden könnte. Damit ist neben dem Abbruch des Studiums auch der Wegfall von allgemeinen Erteilungsvoraussetzungen nach § 5 zu zählen.

52.4 **Widerruf einer zum Zweck der Forschung nach § 20 erteilten Aufenthaltserlaubnis**

52.4.1 § 52 Absatz 4 dient der Umsetzung des Artikels 5 Absatz 6 Unterabsatz 2 und des Artikels 10 der Richtlinie 2005/71/EG des Rates vom 12. Oktober 2005 über ein besonderes Zulassungsverfahren für Drittstaatsangehörige

zum Zweck der wissenschaftlichen Forschung (ABl. EU Nummer L 289 S. 15, so genannte Forscherrichtlinie).

52.4.2

Der Widerrufsgrund nach § 52 Absatz 4 Nummer 1 ist nur dann einschlägig für den Widerruf einer einem Forscher erteilten Aufenthaltserlaubnis, wenn der Forscher an einer Handlung beteiligt war, die zum Verlust der Anerkennung geführt hat. Die Gründe, die nach § 38b AufenthV zu der Aufhebung der Anerkennung führen können, sind jedoch so erheblich, dass eine Weiterbeschäftigung des Forschers bei diesem Unternehmen im Rahmen von § 18 oder § 19 nicht in Betracht kommt. War der Forscher nicht an einer Handlung beteiligt, die zum Verlust der Anerkennung geführt hat, ist ihm unter Berücksichtigung des bisherigen Aufenthaltszeitraumes hinreichend Gelegenheit zu geben, eine Anschlussbeschäftigung zu finden, bevor eine nachträgliche Befristung der Aufenthaltserlaubnis wegen Wegfalls des Erteilungsgrundes in Betracht kommt. Macht der Ausländer persönliche Härten (z.B. Kosten einer verfrühten Rückreise; Arbeitslosigkeit) geltend, ist ihm in geeigneten Fällen zu empfehlen, bei einer zur Rechtsdienstleistung befugten Person oder Stelle (z.B. Fachanwältin oder Fachanwalt für Arbeitsrecht; Gewerkschaft) die Möglichkeiten der Inanspruchnahme der Forschungseinrichtung als ehemaliger Arbeitgeber auf Schadenersatz durch den Forscher und die Aussichten der tatsächlichen Durchsetzung solcher Ansprüche überprüfen zu lassen. Das Ergebnis dieser Überprüfung soll bei der Entscheidung der Ausländerbehörde Berücksichtigung finden; entsprechende Angaben muss der Ausländer ggf. nach § 82 Absatz 1 beibringen.

52.5

Widerruf beim Aufenthalt von Opfern von Menschenhandel

52.5.0

In Umsetzung von Artikel 14 der Richtlinie 2004/81/EG vom 29. April 2004 über die Erteilung von Aufenthaltstiteln für Drittstaatsangehörige, die Opfer des Menschenhandels sind oder denen Beihilfe zur illegalen Einwanderung geleistet wurde und die mit den zuständigen Behörden kooperieren (ABl. EU Nummer L 261 S. 19, so genannte Opferschutzrichtlinie) sieht § 52 Absatz 5 eine spezielle Regelung vor, um einen Aufenthaltstitel nach § 25 Absatz 4a zu widerrufen.

52.5.1

Der Widerrufstatbestand stellt dabei auf die besonderen Erteilungsvoraussetzungen ab:

52.5.1.1

Nach § 52 Absatz 5 Nummer 1 war oder ist der Ausländer nicht mehr bereit, im Strafverfahren auszusagen. Dabei wird auf § 25 Absatz 4a Satz 2 Nummer 3 Bezug genommen.

52.5.1.2

Nach § 52 Absatz 5 Nummer 2 sind die in § 25 Absatz 4a Satz 2 Nummer 1 in Bezug genommenen Angaben des Ausländers nach Mitteilung der Staatsanwaltschaft oder des Strafge-

	richts mit hinreichender Wahrscheinlichkeit als falsch anzusehen.		
52.5.1.3	Nach § 52 Absatz 5 Nummer 3 hat der Ausländer freiwillig wieder Verbindung zu den Personen nach § 25 Absatz 4a Satz 2 Nummer 2 aufgenommen. Ein Kontakt, der nur durch die Täter initiiert und aufrechterhalten wird, z. B. durch Telefonanrufe, ist unerheblich. Bei der Frage, ob eine freiwillige Kontaktaufnahme vorliegt, ist auch zu beachten, ob das Opfer sich auf Grund bestehender Zwänge zu einer Fortsetzung des Kontakts genötigt sieht, oder ob der Täter den Kontakt zum Opfer aufnimmt, insbesondere um eine Einbeziehung des Opfers als Zeuge im Strafverfahren zu behindern.		
52.5.1.4	Nach § 52 Absatz 5 Nummer 4 wurde das Strafverfahren, in dem der Ausländer als Zeuge aussagen sollte, eingestellt.		
52.5.1.5	Nach § 52 Absatz 5 Nummer 5 erfüllt der Ausländer auf Grund sonstiger Umstände nicht mehr die Voraussetzungen für die Erteilung eines Aufenthaltstitels nach § 25a Absatz 4a. Hierunter sind zunächst die Fälle zu fassen, in denen der Aufenthalt des Ausländers nach § 5 Absatz 1 Nummer 3 eine Gefahr für die Interessen der Bundesrepublik Deutschland darstellt oder die in § 5 Absatz 4 Satz 1 (§ 54 Nummer 5 und 5a) genannten Ausweisungsgründe vorliegen. Hierunter zu subsumieren sind jedoch auch die Fälle, in denen das Verfahren, in dem der Ausländer als Zeuge ausgesagt hat, durch rechtskräftige Verurteilung abgeschlossen wurde.	52.6.2	Die Ausgestaltung als Regelbestimmung beruht auf dem Gedanken, dass der Aufenthaltstitel nach § 38a gerade auf Grund der Rechtsstellung erteilt wurde, die im Anwendungsfall des § 52 Absatz 6 weggefallen ist. Diese Rechtsstellung bildete zuvor die rechtliche Grundlage des Aufenthalts. Zudem ist der Ausländer in diesen Fällen i. d. R. nicht besonders schutzwürdig. Die Rechtsstellung im anderen Mitgliedstaat kann bei einem Aufenthalt in Deutschland als Zweitstaat i. S. d. Daueraufenthalt-Richtlinie nur aus dem Grunde entzogen werden, dass die Rechtsstellung wegen Täuschung, Drohung oder Bestechung zurückgenommen wird, dass der Ausländer aus dem anderen Mitgliedstaat ausgewiesen wird, oder dass eine ähnliche Entscheidung nach dem Rechtssystem des anderen Mitgliedstaates gegen ihn ergeht (vgl. Artikel 22 Absatz 1 Daueraufenthalt-Richtlinie). Der Erlöschenstatbestand, der an den Aufenthalt des Ausländers für einen Zeitraum von zwölf aufeinander folgenden Monaten außerhalb des Gebiets derjenigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union anknüpft, in denen die Rechtsstellung nach § 2 Absatz 7 erworben werden kann, kommt bei einem Aufenthalt im Bundesgebiet nicht in Betracht. Der weitere denkbare Erlöschenstatbestand, dass sich der Ausländer außerhalb des betreffenden Mitgliedstaats für einen Zeitraum von sechs Jahren aufgehalten hat, führt ebenfalls nicht zu seiner Schutzbedürftigkeit, weil er in diesem Zeitraum die Voraussetzungen für die Erlangung eines langfristigen Aufenthaltsrechts in Deutschland erfüllen kann. Die Widerrufsmöglichkeit steht der Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach anderen Rechtsgrundlagen als § 38a nicht entgegen.
52.5.2	Als Rechtsfolge sieht der als Soll-Regelung ausgestaltete Absatz 5 einen Regelwiderruf bei Vorliegen der tatbestandlichen Voraussetzungen vor. Dem entsprechend darf die Ausländerbehörde nur in atypischen Sonderfällen die Aufenthaltserlaubnis nicht widerrufen. Diese liegen insbesondere dann vor, wenn		
52.5.2.1	– die Geltungsdauer der Aufenthaltserlaubnis alsbald abläuft oder		
52.5.2.2	– dem Ausländer in Folge des Widerrufs der Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 4a ein anderer Aufenthaltstitel – z. B. gemäß § 25 Absatz 3, 4 oder 5 – erteilt werden müsste.		
52.5.3	Vor Widerruf des Aufenthaltstitels nach § 25 Absatz 4a muss die Ausländerbehörde die Beteiligungspflicht nach § 72 Absatz 6 beachten (vgl. Nummer 72.6).		
52.6	Widerruf einer Aufenthaltserlaubnis nach § 38a		
52.6.1	Nach § 52 Absatz 6 soll eine Aufenthaltserlaubnis nach § 38a widerrufen werden, wenn der Ausländer seine Rechtsstellung als langfristig Aufenthaltsberechtigter in einem anderen Mitgliedstaat verliert. Tatbestandlich setzt § 52 Absatz 6 den Verlust der Rechtsstellung des langfristigen Aufenthaltsberech-	52.7	Widerruf bei einem Aufenthalt mit Schengen-Visum
		52.7.0.1	Absatz 7 enthält die Rechtsgrundlage für den Widerruf eines Schengen-Visums für den Fall der Einreise und des Aufenthalts mit einem

- nicht zur Erwerbstätigkeit berechtigenden Schengen-Visum.
- 52.7.0.2 Für den Widerruf eines Visums eines Ausländers, der sich im Inland befindet, sind entsprechend der Zuständigkeitsregelung des § 71 Absatz 1 die Ausländerbehörden oder nach § 71 Absatz 3 Nummer 3 Buchstabe a) die mit der polizeilichen Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs beauftragten Behörden zuständig.
- 52.7.1.1 Vom Tatbestand erfasst sind diejenigen Ausländer, die ein Schengen-Visum für kurzfristige Aufenthalte i. S. d. § 2 Absatz 5 bzw. des Artikels 10 SDÜ besitzen, unabhängig davon, ob es sich um ein deutsches Schengen-Visum nach § 6 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 oder Nummer 2 oder um ein Schengen-Visum eines anderen Schengen-Staates handelt.
- 52.7.1.1.1 Satz 1 Nummer 1 erfasst diejenigen Ausländer, bei denen festgestellt wurde, dass sie bereits eine Erwerbstätigkeit ausüben, für die sie die nach § 4 Absatz 3 erforderliche Erlaubnis nicht besitzen. Durch das Wort „erforderliche“ wird verdeutlicht, dass die Ausübung der Erwerbstätigkeit sich nicht auf diejenigen selbständigen oder unselbständigen Tätigkeiten bezieht, die nicht als Beschäftigung i. S. d. Aufenthaltsgesetzes gelten.
- 52.7.1.1.2 Erfasst werden mit Absatz 7 Satz 1 Nummer 2 zudem Fälle einer erst noch beabsichtigten Aufnahme einer Erwerbstätigkeit. Auf Grund der Formulierung „Tatsachen die Annahme rechtfertigen“ ist dies anhand objektiver Kriterien (z. B. Mitführen von Arbeitswerkzeugen) festzustellen.
- 52.7.1.2 Die Tätigkeit muss ohne die nach § 4 Absatz 3 erforderliche Erlaubnis ausgeübt werden oder beabsichtigt sein. Damit sind auch Fälle des § 41 Absatz 1 AufenthV ausgeklammert, in denen visumfreie Staatsangehörige zur Ausübung einer erlaubten Erwerbstätigkeit in das Bundesgebiet einreisen dürfen, um mit einer im Inland zu erlangenden Erlaubnis erwerbstätig zu werden.
- 52.7.1.3 Nicht erfasst werden Inhaber eines nationalen Visums oder einer Aufenthaltserlaubnis, weil diese im Gegensatz zu Besuchern über festere Bindungen zum Bundesgebiet verfügen oder diese aufzubauen beabsichtigen, regelmäßig Vertrauensschutz genießen und bei denen – etwa im Zusammenhang mit dem Familiennachzug – auch grundrechtliche Positionen bei der aufenthaltsrechtlichen Sanktionierung unerlaubter Erwerbstätigkeiten zu berücksichtigen sind.
- 52.7.2 Satz 2 setzt hinsichtlich des Widerrufs die Vorgaben der Nummer 2 des Beschlusses des Exekutivausschusses vom 14. Dezember 1993 bezüglich der gemeinsamen Grundsätze für die Annullierung, Aufhebung und Verringerung der Gültigkeitsdauer einheitlicher Visa (SCH/Com-ex (93) 24; ABl. EG Nummer L 239 S. 154) um. Es handelt sich um die nach Artikel 23 Absatz 3 Satz 1 SDÜ erforderliche nationale Eingriffsnorm. Zugleich wird geregelt, dass die vorgeschriebene Notifizierung zentral über das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erfolgt. Der genannte Beschluss des Exekutivausschusses bildet die an die Mitgliedstaaten gerichtete Ermächtigung, Schengen-Visa anderer Mitgliedstaaten zurückzunehmen, zu widerrufen oder ihre Gültigkeitsdauer zu beschränken.
- 52.7.3 Auf § 95 Absatz 1a wird hingewiesen.
- Vorbemerkung zu den §§ 53 bis 55**
- Vor 53.0 Die Ausweisung hat den Zweck, eine von dem Ausländer ausgehende Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung oder sonstiger erheblicher Interessen der Bundesrepublik Deutschland abzuwehren (§ 55 Absatz 1). Die diesem Zweck dienende general-klauselartige Ausweisungsermächtigung des § 55 Absatz 1 (Grundtatbestand) wird durch die in § 55 Absatz 2 genannten einzelnen Ausweisungsgründe beispielhaft nach Inhalt und Gewicht konkretisiert. Außerdem wird nach der zwingenden Ausweisung (§ 53), der Ausweisung im Regelfall (§ 54) und der Ermessensausweisung (§ 55) unterschieden. Sofern die tatbestandlichen Voraussetzungen für eine zwingende Ausweisung oder Ausweisung im Regelfall nicht erfüllt sind, ist zu prüfen, ob eine Ermessensausweisung in Betracht kommt.
- Vor 53.1 Rechtsfolgen der Ausweisung
- Bei Ausländern, die im Zeitpunkt der Ausweisung einen Aufenthaltstitel besitzen und sich noch im Bundesgebiet aufhalten, löst die Ausweisung nicht nur die Ausreisepflicht aus (§ 51 Absatz 1 Nummer 5, § 50 Absatz 1, § 84 Absatz 2 Satz 1), sondern sie ist auch mit folgenden Wirkungen verknüpft:
- Vor 53.1.1 – dem Wegfall der Befreiung vom Erfordernis des Aufenthaltstitels (§ 51 Absatz 5, 1. Halbsatz) und von der Visumpflicht (§ 41 Absatz 3 AufenthV),
- Vor 53.1.2 – der aufenthaltsrechtlichen Wirkungslosigkeit eines Antrags auf Erteilung eines Aufenthaltstitels mangels eines rechtmäßigen Aufenthalts (§ 81 Absatz 3 i. V. m. § 50 Absatz 1),
- Vor 53.1.3 – dem gesetzlichen Verbot der Wiedereinreise, des Aufenthalts im Bundesgebiet und der Erteilung eines Aufenthaltstitels – so genannte Sperrwirkung der Ausweisung (§ 11 Absatz 1 Satz 1 und 2; vgl. auch § 11 Absatz 2),
- Vor 53.1.4 – der Möglichkeit der Versagung des Rechts auf Wiederkehr auch nach Wegfall vorstehender Verbote (§ 37 Absatz 3 Nummer 1).
- Diese Wirkungen gelten auch im Falle der auf-schiebenden Wirkung eines Rechtsbehelfs ge-

gen die Ausweisung fort (vgl. § 84 Absatz 2 Satz 1).

Vor 53.2 Aufenthalt im Bundesgebiet

Die Ausweisung setzt nicht voraus, dass der Ausländer sich rechtmäßig im Bundesgebiet aufhält. Auch bereits vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer können ausgewiesen werden, um zu verhindern, dass sie nach der Ausreise ohne Antrag auf Befristung des Einreiseverbots (vgl. § 11 Absatz 1 Satz 1) wieder einreisen. Verlässt der Ausländer vor Wirksamwerden der Ausweisungsverfügung das Bundesgebiet oder wird er auf Grund bestehender vollziehbarer Ausreisepflicht abgeschoben, berührt dies die Rechtmäßigkeit der Ausweisungsverfügung nicht. Auch Ausländer, deren Aufenthaltsort unbekannt ist und die keinen Bevollmächtigten bestellt haben, können ausgewiesen werden. In diesem Fall soll die Ausweisungsverfügung öffentlich zugestellt werden. Die Behörde muss allerdings die ihr zur Verfügung stehenden Mittel und Erkenntnismöglichkeiten zur Erforschung des Aufenthalts ausschöpfen, bevor sie eine öffentliche Zustellung in Betracht zieht.

Eine nochmalige Ausweisung eines bereits ausgewiesenen Ausländers erübrigt sich, solange die erste Ausweisung noch ihre Wirkung entfaltet (vgl. § 11 Absatz 1). Später eingetretene zusätzliche Ausweisungsgründe können bei einer Anordnung der sofortigen Vollziehung nach § 80 Absatz 2 Satz 1 Nummer 4 VwGO sowie bei der Entscheidung über die Befristung der Wirkung der Ausweisung berücksichtigt werden.

Vor 53.3 Gefahrenabwehr

Vor 53.3.0 Allgemeines

Vor 53.3.0.1 Die Ausweisung ist eine ordnungsrechtliche Präventivmaßnahme. Sie ist keine strafrechtliche Sanktion für früheres Fehlverhalten, sondern soll ausschließlich künftigen Beeinträchtigungen erheblicher öffentlicher Interessen vorbeugen. Die Ausweisung eines verurteilten Straftäters verstößt daher nicht gegen das Verbot der Doppelbestrafung (Artikel 103 Absatz 3 GG). Die Ausweisungsermächtigungen des § 55 und des § 54 Nummer 3 bis 7 setzen anders als die zwingende Ausweisung nach § 53 und die Ausweisung im Regelfall nach § 54 Nummer 1 und 2 eine strafgerichtliche Verurteilung nicht voraus. Entscheidend ist, ob eine Beeinträchtigung i. S. v. § 55 Absatz 1 durch den Ausländer mit hinreichender Wahrscheinlichkeit besteht. Voraussetzung für die Ausweisung ist zunächst, dass ein Ausweisungsgrund vorliegt und durch den Ausländer die Beeinträchtigung des öffentlichen Interesses i. S. v. § 55 Absatz 1 noch fortbesteht oder eine Gefahr entsprechender erneuter Beeinträchtigung hinreichend wahrscheinlich ist.

Vor 53.3.0.2 Die Ausweisung als Maßnahme der Gefahrenabwehr erfordert eine Gefahr für die öf-

fentliche Sicherheit und Ordnung. Die Abwehr dieser Gefahren erfolgt aus spezial- oder generalpräventiven Gründen.

Vor 53.3.1 Spezialpräventive Gründe

Vor 53.3.1.1 Die Ausweisung aus spezialpräventiven Gründen setzt voraus, dass der Ausländer durch sein persönliches Verhalten einen Ausweisungsgrund verwirklichen wird (Wiederholungsgefahr). Diese Gefahr muss mit hinreichender Wahrscheinlichkeit bestehen; eine bloße Vermutung genügt nicht. Vielmehr muss die Ausländerbehörde eine nachvollziehbare, auf Tatsachen gestützte Prognose erstellen, welche die Stellungnahmen anderer Stellen (z. B. Sicherheits- und Justizbehörden, insbesondere auch Bewährungshilfe, Jugend- und Gerichtshilfe) berücksichtigt. An die Wahrscheinlichkeit der erneuten Verwirklichung eines Ausweisungsgrundes sind umso geringere Anforderungen zu stellen, je gravierender die Rechtsgutverletzung ist (z. B. Gewalttaten). Ob für eine Ausweisung wegen Wiederholungsgefahr ein ausreichender Anlass besteht, ist nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu beurteilen.

Vor 53.3.1.2 Für die Gefahrenprognose kam es bisher auf die Verhältnisse im Zeitpunkt des Erlasses der letzten Behördenentscheidung an, wobei die spätere Entwicklung des Ausländers zur Bestätigung der Prognose im Gerichtsverfahren ergänzend herangezogen werden konnte. Nach Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts ist allerdings für die Beurteilung der Rechtmäßigkeit der Ausweisung eines EU-Bürgers der Zeitpunkt der letzten mündlichen Verhandlung bzw. Entscheidung des Tatsachengerichts maßgeblich. Darüber hinaus hat das Bundesverwaltungsgericht entschieden, dass dieser Grundsatz auch auf die assoziationsberechtigten türkischen Staatsangehörigen zu übertragen ist. Die Ausländerbehörden und Gerichte müssen daher neue Tatsachen, die nach der Ausweisungsverfügung entstanden sind, im Verwaltungsverfahren bzw. verwaltungsgerichtlichen Verfahren berücksichtigen. Dies gilt nach neuester Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts ab Inkrafttreten des Richtlinienumsetzungsgesetzes (am 28. August 2007) nunmehr in allen Ausweisungsverfahren. Die Ausländerbehörden trifft insofern die Pflicht zur ständigen verfahrensbegleitenden Kontrolle der Rechtmäßigkeit der Verfügung. Wird trotz nachträglicher Änderungen des Sachverhalts an der Verfügung festgehalten, sind bei einer Ermessensausweisung die Ermessenserwägungen entsprechend anzupassen. Im Falle einer ursprünglich gebundenen, auf Grund nachträglicher Änderungen aber nur noch im Ermessenswege zulässigen Ausweisung ist erstmalig Ermessen auszuüben. Da im gerichtlichen Verfahren Ermessenserwägungen nach § 114 Satz 2 VwGO nur ergänzt werden können, solche aber nicht vorliegen, wenn bislang keine Ermessensentscheidung getroffen wurde, ist eine Heilung nur durch Erlass

eines neuen Bescheids möglich. Vor diesem Hintergrund sollte auch bei gebundenen Entscheidungen von vornherein hilfsweise eine Entscheidung nach Ermessen erfolgen, um bei geänderter Sachlage gemäß § 114 Satz 2 VwGO reagieren zu können.

Vor 53.3.1.3 Die Beurteilung der Frage, ob nach den Umständen des Einzelfalls die Annahme einer Wiederholungsgefahr gerechtfertigt ist, erfordert nicht die Heranziehung eines Sachverständigen. Entscheidend ist, ob bei Anwendung praktischer Vernunft mit neuen Verfehlungen zu rechnen ist. Eine nach naturwissenschaftlichen Erkenntnismaßstäben orientierte Gewissheit ist nicht gefordert. Für die Begründung dieses Gefahurteils können insbesondere frühere Ausweisungsgründe herangezogen werden.

Vor 53.3.1.4 Hinsichtlich der Feststellung einer Wiederholungsgefahr bei Straffälligkeit wird im Allgemeinen auf folgende Gesichtspunkte abgestellt:

Vor 53.3.1.4.1 – Art, Unrechtsgehalt, Gewicht, Zahl und zeitliche Reihenfolge der vom Ausländer begangenen und verwertbaren Straftaten; liegen weniger gewichtige Straftaten vor, so kann deren Häufung ein eigenständiges Gewicht zukommen,

Vor 53.3.1.4.2 – Strafgericht einschließlich Gutachter haben eine Drogenabhängigkeit, einen kriminellen Hang, eine Neigung zum Glücksspiel oder eine niedrige Hemmschwelle vor einschlägigen Straftaten festgestellt,

Vor 53.3.1.4.3 – frühere Bewährungsstrafen, Widerruf der Strafaussetzung, des Straferlasses oder der Aussetzung des Strafrestes, grobe und beharrliche Verstöße gegen Bewährungsaufgaben, Scheitern von Resozialisierungsmaßnahmen, Widerruf von Strafvollzugslockerungen, Jugendverfehlung (Alter zur Tatzeit),

Vor 53.3.1.4.4 – finanzielle Schwierigkeiten, Alkohol- bzw. Drogenabhängigkeit,

Vor 53.3.1.4.5 – Nichtbeachtung einer ausländerbehördlichen Verwarnung unter Androhung der Ausweisung,

Vor 53.3.1.4.6 – wesentliche Änderung der Lebensverhältnisse.

Vor 53.3.1.5 Bei der Einschätzung des künftigen Verhaltens des Ausländers (Prognoseentscheidung) ist die Behörde zwar nicht an die Würdigung des Strafgerichts gebunden. Grundsätzlich ist jedoch von der Richtigkeit der strafgerichtlichen Verurteilung und der tatsächlichen Feststellungen des Strafgerichts auszugehen. An die strafgerichtliche Entscheidung über die Strafaussetzung zur Bewährung sind die Ausländerbehörden nicht gebunden; sie haben über die Wiederholungsgefahr eigenständig zu entscheiden. Dies erfordert jedoch eine eingehende Würdigung der Straftat und eine Auseinander-

setzung mit den Gründen, die den Strafrichter zur Aussetzung einer Freiheitsstrafe veranlasst haben. Dies gilt insbesondere für die dort getroffene Sozialprognose. Entscheidungen der Strafgerichte nach § 57 Absatz 1 StGB (Aussetzung der Vollstreckung der Reststrafe zur Bewährung) sind bei der Prognose als wesentliches Indiz zu berücksichtigen, begründen allerdings keine Vermutung für das Fehlen einer Rückfallgefahr. Abweichende Würdigungen bzw. Prognosen können auch in Anbetracht der unterschiedlichen Zwecksetzung der ausländerrechtlichen und strafrechtlichen Regelungen zu rechtfertigen sein. So stehen etwa bei einer Aussetzung des Strafrestes zur Bewährung nach § 57 StGB eher Resozialisierungsgesichtspunkte im Vordergrund und geht diese – im Vergleich zur asyl- und ausländerrechtlichen Beurteilung – von einer kurzfristigeren und an weniger strengen Kriterien orientierten Gefahrenprognose aus.

Vor 53.3.1.6 Bei der Prognose, ob die Gefahr von Aktivitäten mit Bezug zu Terrorismus bzw. Extremismus fortbesteht, ist die Schwere der bereits begangenen Straftaten und/oder die Intensität der Einbindung in extremistische oder terroristische Strukturen zu berücksichtigen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die relevanten Aktivitäten in aller Regel auf eine vorangegangene ideologische Radikalisierung zurückzuführen sind, von deren Fortbestehen so lange ausgegangen werden kann, bis eine Deraikalisierung nachvollziehbar festgestellt werden kann. Der Nachweis der Gefährdung obliegt zwar der Ausländerbehörde, diese ist hierbei jedoch maßgeblich auf die Unterstützung anderer Behörden, vor allem der Sicherheitsbehörden angewiesen. Eine stetige Einbindung im Rahmen der geltenden Vorschriften zur Erkenntnisübermittlung ist unabdingbar. Soweit Vorgänge und Erkenntnisse aus Geheimhaltungsgründen nicht (voll) verwertet werden können, sind § 29 VwVfG sowie §§ 99, 100 VwGO zu beachten. Die Einführung entsprechender Erkenntnisse im Wege mittelbarer Beweismittel (z. B. Inhaltsauskunft, Behördenzeugnis) ist zu erwägen, allerdings sind zum Tatsachenbeweis flankierend offen verwertbare Erkenntnisse beizubringen. Entfaltet der Ausländer keine weiteren ausweisungsrelevanten Aktivitäten (z. B. weil er Kenntnis von einer geplanten oder möglichen behördlichen Maßnahme erlangt hat), ist nicht automatisch von einer Schmälerung des Gefahrenpotenzials auszugehen, wenn in der Vergangenheit gefährdungsrelevante Aktivitäten festgestellt wurden. Zu prüfen ist vor allem, ob eine eindeutige, glaubwürdige und endgültige Distanzierung von vorangegangenen Aktivitäten stattgefunden hat oder ob vielmehr von einer konspirativen bzw. durch äußere Faktoren (z. B. drohende behördliche Maßnahmen) bedingten Verhaltensanpassung auszugehen ist. Dies gilt vor allem dann, wenn der Ausländer in der Vergangenheit relevante Straftaten von er-

heblichem Gewicht begangen hat und/oder intensiv (z.B. durch Ausübung hochrangiger Funktionen) in extremistische/terroristische Strukturen eingebunden war. Die Abkehr muss sich nach außen manifestieren. Die Darlegungslast liegt insoweit beim Ausländer (§ 82 Absatz 1). Kurze – ggf. anwaltlich vorbereitete – formelmäßige Abstandserklärungen genügen nicht.

Vor 53.3.2 Generalpräventive Gründe

Vor 53.3.2.0 Eine Ausweisung kann auch erfolgen, wenn sie darauf gerichtet ist, andere Ausländer von Straftaten und sonstigen gewichtigen ordnungsrechtlichen Verstößen abzuhalten. Die Ausweisung von Ausländern, die mit einem deutschen Familienangehörigen in familiärer Gemeinschaft leben, und den nach Artikel 3 Absatz 3 des Europäischen Niederlassungsabkommens vom 13. Dezember 1955 (BGBl. 1959 II S. 998) geschützten Ausländern ist aus generalpräventiven Gründen grundsätzlich nur zulässig, wenn besonders schwerwiegende Ausweisungsgründe vorliegen (z.B. rechtskräftige Verurteilung wegen illegalen Rauschgifthandels). Nach der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes ist eine allein aus generalpräventiven Gründen verfügte Ausweisung eines assoziationsberechtigten türkischen Staatsangehörigen nicht mit Artikel 14 ARB 1/80 vereinbar (vgl. Nummer Vor 53.5.2).

Vor 53.3.2.1 Der generalpräventive Ausweisungszweck ist nur begründet, wenn der Ausweisungsgrund durch ein zurechenbares Verhalten verwirklicht wurde. Bei krankheits- oder suchtbedingten Handlungen, singulären Verfehlungen oder leicht fahrlässigen Delikten, derentwegen im Falle der Ausweisung eine Verhaltenssteuerung anderer Ausländer nicht erreichbar ist, kann eine Ausweisung nicht auf generalpräventive Zwecke gestützt werden.

Vor 53.3.2.2.1 Eine generalpräventive Ausweisung straffälliger Ausländer kommt beispielsweise in Betracht bei

- Rauschgiftdelikten (vgl. § 53 Nummer 2, § 54 Nummer 3),
- Sexualdelikten, sexuellem Missbrauch von Kindern,
- Raub oder raubähnlichen Delikten, Eigentums- und Vermögensdelikten wie Hehlerei, Steuerhinterziehung, Schmuggel und Handel mit unverzollten sowie un versteuerten Waren,
- Waffendelikten,
- Eidesdelikten, Urkundsdelikten,
- Trunkenheitsdelikten im Straßenverkehr, Fahren ohne Fahrerlaubnis,
- gravierenden Verstößen gegen das Aufenthaltsrecht oder Arbeitserlaubnisrecht,
- schwerwiegenden Körperverletzungsdelikten (z.B. Messerstechereien).

Dies gilt jeweils, sofern nach Prüfung des Einzelfalls eine generalpräventive Wirkung angenommen werden kann (vgl. Nummer Vor 53.3.2.0).

Vor 53.3.2.2.2

Auch bei einer generalpräventiv motivierten Ausweisung sind die Umstände der Straftat und die persönlichen Verhältnisse des Betroffenen von Amts wegen sorgfältig zu ermitteln und eingehend zu würdigen. Insbesondere genügt es nicht, das Gewicht der für die Ausweisung sprechenden öffentlichen Interessen allein anhand der Typisierung der den Ausweisungsanlass bildenden Straftaten zu bestimmen. Im Regelfall ist deshalb vor der Entscheidung über die Rechtmäßigkeit der Ausweisung die Einsicht in die Strafakten ebenso unerlässlich wie genaue Feststellungen zu den Bindungen des Betroffenen an die Bundesrepublik Deutschland und seinen Heimatstaat.

Vor 53.3.2.3 Auch bei Verstößen gegen sonstige Rechtsnormen, Entscheidungen und Verfügungen (z.B. aufenthaltsrechtliche Bestimmungen) ist eine Ausweisung aus generalpräventiven Erwägungen nicht ausgeschlossen. Diese kommt jedoch nur dann in Betracht, wenn ein gewichtiges öffentliches Interesse besteht, Verstößen gegen entsprechende Regelungen wirksam vorzubeugen und sich die erstrebte Verhaltenssteuerung durch die kontinuierliche Anwendung der Ausweisungsermächtigung auch verwirklichen lässt. Dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit ist Rechnung zu tragen: die Verhaltenssteuerung darf nicht zum Selbstzweck werden und andere Umstände des Falles (z.B. familiäre Belange) nicht von vornherein als bedeutungslos zurücktreten lassen, so dass die Folge der Ausweisung unangemessen erscheint. Hierbei sind auch Gewicht und Häufigkeit der Verstöße zu berücksichtigen; ebenso spielt eine Rolle, inwieweit das Verhalten dem Ausländer vorwerfbar ist und ob andere Möglichkeiten (z.B. nach dem Straf- bzw. Ordnungswidrigkeitenrecht) bestehen, der Störung wirksam zu begegnen.

Vor 53.4 Rechtsstaatliche Grundsätze

Die rechtsstaatlichen Grundsätze der Verhältnismäßigkeit und des Vertrauensschutzes sind bei der Ausweisung zu berücksichtigen. In die Prüfung der genannten Grundsätze fließen die Grundrechte und die sich aus ihnen ergebenden Wertentscheidungen ein.

Vor 53.4.1 Grundsatz der Verhältnismäßigkeit

Vor 53.4.1.0 Die Ausweisung ist am Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu orientieren. Hiernach kann die Ausweisung nur dann verfügt werden, wenn sie das geeignete, erforderliche und angemessene Mittel zur Erreichung des Ausweisungszwecks ist. Die in Nummer 53.0.3 und Nummer 54.0.2 bis 54.0.4 dargelegten Einschränkungen in Fällen der zwingenden Ausweisung und der Regelausweisung sind zu beachten.

Vor 53.4.1.1 Geeignet ist die Ausweisung, wenn anzunehmen ist, dass sie den erstrebten Erfolg

(Gefahrenabwehr) herbeiführt oder wenigstens fördert. Die Geeignetheit der Ausweisung kann je nach den Umständen zur Erreichung des Ausweisungszwecks sowohl spezial- als auch generalpräventiv begründet werden. Der Zweck, den die Ausweisung gemäß § 55 Absatz 1 verfolgt, muss fortbestehen. Diese Voraussetzung ist stets gegeben, solange die eingetretene konkrete Beeinträchtigung fort dauert, z. B. das strafbare Verhalten (illegaler Aufenthalt, Passlosigkeit) noch nicht beendet ist, der Drogenabhängige noch nicht zur Rehabilitation bereit ist (vgl. § 55 Absatz 2 Nummer 4) oder die Inanspruchnahme von Sozialhilfe noch nicht entfallen ist (vgl. § 55 Absatz 2 Nummer 6). Die Ausweisung muss zur Erreichung dieses Zwecks tauglich sein. Kann die Entfernung des Ausländers aus dem Bundesgebiet zur Gefahrenabwehr beitragen, erfüllt sie stets ihren Zweck.

Vor 53.4.1.2 Erforderlich ist die Ausweisung immer dann, wenn keine mildere Maßnahme zur Verfügung steht, die in gleicher Weise wie die Ausweisung zwecktauglich ist (z. B. Versagung/Verkürzung der Befristung des Aufenthaltstitels, politisches Betätigungsverbot, behördliche Verwarnungen, andere ordnungsrechtliche Sanktionen).

Vor 53.4.1.3 Angemessen ist die Ausweisung, wenn sie keinen Nachteil herbeiführt, der erkennbar außer Verhältnis zu dem beabsichtigten Erfolg steht. Die Ausweisung muss daher unter Berücksichtigung der für den Ausländer und seine Familienangehörigen entstehenden erheblichen Nachteile das noch angemessene Mittel zur Zweckerreichung sein. Die Prüfung erfordert eine Interessenabwägung zwischen den Gründen, aus denen die Ausweisung zur Wahrung des öffentlichen Interesses geboten ist, auf der einen und dem Ausmaß und der Schwere des Eingriffs in die schutzwürdigen Belange des Ausländers und seiner Familienangehörigen (vgl. § 55 Absatz 3) auf der anderen Seite.

Vor 53.4.2 Grundsatz des Vertrauensschutzes

Ein Vertrauenstatbestand kann in dem Umstand liegen, dass die Ausländerbehörde etwa in Kenntnis einer rechtskräftigen strafgerichtlichen Verurteilung einen Aufenthaltstitel vorbehaltlos erteilt oder verlängert hat. Allein auf diese Verurteilung kann eine Ausweisung nicht gestützt werden. Diese Verurteilung ist jedoch im Falle einer weiteren Verurteilung oder des Eintritts anderer Ausweisungsgründe zur Beurteilung der von dem Ausländer ausgehenden Gefahren im Rahmen eines Ausweisungsverfahrens beachtlich. Auf § 5 Absatz 3 Satz 3 wird hingewiesen.

Vor 53.5 Ausweisungsbefugnis/Besondere Ausweisungsvoraussetzungen insbesondere nach Europäischem Gemeinschaftsrecht und völkerrechtlichen Vereinbarungen

Vor 53.5.0 Allgemeines

Die Ausweisung darf nur verfügt werden, wenn ein gesetzlicher Ausweisungsgrund nach den §§ 53 bis 55 vorliegt. Die Ausländerbehörde hat bei der Ausweisung Einschränkungen nach Europäischem Gemeinschaftsrecht (vgl. Artikel 39 Absatz 3 und 46 Absatz 1 EGV) und völkerrechtliche Vereinbarungen (vgl. § 1 Absatz 1 und 2) zu prüfen und ggf. bei der Entscheidung zu berücksichtigen. Der aufenthaltsrechtliche Schutz, den die völkerrechtlichen Vereinbarungen vor der Ausweisung bieten, greift grundsätzlich jedoch nur dann ein, wenn der Aufenthalt des Ausländers im Bundesgebiet rechtmäßig ist (vgl. § 50 Absatz 1).

Vor 53.5.1 FreizügG/EU

Die Beendigung des Aufenthaltsrechts von freizügigkeitsberechtigten Unionsbürgern und ihren freizügigkeitsberechtigten Familienangehörigen richtet sich abschließend und umfassend nach dem FreizügG/EU. Auf die FreizügG/EU-VwV, insbesondere Nummer 6, wird Bezug genommen.

Vor 53.5.2 Assoziationsratsbeschluss EWG-Türkei Nummer 1/80 (ARB 1/80)

Das Recht gemäß Artikel 6 ARB 1/80 besteht, solange der türkische Staatsangehörige dem regulären Arbeitsmarkt angehört. Dieses Aufenthaltsrecht endet, wenn der Ausländer dem Arbeitsmarkt – z. B. in Folge dauerhafter Arbeitsunfähigkeit oder dem Erreichen des Rentenalters – endgültig nicht mehr zur Verfügung steht. Das Aufenthaltsrecht endet überdies i. d. R., wenn der türkische Arbeitnehmer seine Beschäftigung freiwillig aufgibt; eine Ausnahme besteht insoweit nur, wenn er zuvor über vier Jahre lang eine ordnungsgemäße Beschäftigung ausgeübt hat und die Aufgabe der Beschäftigung zu dem Zweck erfolgte, eine andere Beschäftigung zu suchen: dann besitzt er für einen angemessenen Zeitraum ein Aufenthaltsrecht, um eine neue Beschäftigung zu suchen (EuGH, Urteil vom 23. Januar 1997, Rs. C-171/95 – Tetik).

Das einmal erworbene Aufenthaltsrecht nach Artikel 7 ARB 1/80 kann nach der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs nur aus zwei Gründen verloren gehen: Einerseits auf Grund schwerwiegender Gründe der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und andererseits, wenn der Betroffene das Hoheitsgebiet für einen nicht unerheblichen Zeitraum ohne berechtigten Grund verlässt.

Der Europäische Gerichtshof legt den in Artikel 14 Absatz 1 ARB 1/80 verwendeten Begriff der öffentlichen Ordnung entsprechend der Ausweisungsmaßstäbe für Personen, die nach dem EG-Vertrag freizügigkeitsberechtigt sind, aus (Artikel 39 Absatz 3 EGV i. V. m. der Richtlinie 64/221/EWG des Rates vom 25. Februar 1964 zur Koordinierung der Sondervorschriften für die Einreise und den Auf-

enthalt von Ausländern, soweit sie aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Gesundheit gerechtfertigt sind (Abl. L 56 S. 850) sowie Artikel 40 EGV), ohne bislang die Richtlinie 2004/38/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 über das Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten, zur Änderung der Verordnung (EWG) Nummer 1612/68 und zur Aufhebung der Richtlinien 64/221/EWG, 68/360/EWG, 72/194/EWG, 73/148/EWG, 75/34/EWG, 75/35/EWG, 90/364/EWG, 90/365/EWG und 93/96/EWG (Abl. EU L 229 S. 35, so genannte Freizügigkeitsrichtlinie) direkt anzuwenden. Der Europäische Gerichtshof fordert bezogen auf den Einzelfall die Darlegung einer konkreten, tatsächlichen und hinreichend schweren, das Grundinteresse einer Gesellschaft berührenden Gefährdung durch das persönliche Verhalten des Betroffenen. Allein das Vorliegen einer mehrjährigen Haftstrafe ohne eine auf die Person bezogene Gefahrenprognose reicht nicht aus. Daraus folgt, dass Ist- oder Regelausweisung selbst bei Vorliegen der Voraussetzungen nicht anwendbar sind. Es kann nur eine – an den obigen Maßstäben vorzunehmende – eingeschränkte Ermessensausweisung erfolgen. Eine Ausweisung aus generalpräventiven Gesichtspunkten kommt nicht in Betracht.

Vor 53.5.3 Europäisches Niederlassungsabkommen vom 13. Dezember 1955 (BGBl. 1959 II S. 998)

Vor 53.5.3.1 Für die Staatsangehörigen von Belgien, Dänemark, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, der Niederlande, Norwegen, Schweden, der Türkei und des Vereinigten Königreichs ist das Europäische Niederlassungsabkommen zu beachten.

Vor 53.5.3.2 Nach Artikel 3 Absatz 1 Europäisches Niederlassungsabkommen stellen die Gefährdung der Sicherheit des Staates und der Verstoß gegen die öffentliche Ordnung oder die Sittlichkeit Ausweisungsgründe dar. Nach dieser Vorschrift ist die Ausweisung grundsätzlich zulässig, wenn sie im Einklang mit dem innerstaatlichen Ausländerrecht oder dem Europäischen Gemeinschaftsrecht steht.

Vor 53.5.3.3 Artikel 3 Absatz 3 Europäisches Niederlassungsabkommen gewährt bei einem ununterbrochenen rechtmäßigen Aufenthalt von mindestens zehn Jahren im Bundesgebiet – Kurzaufenthalte im Ausland während der Gültigkeitsdauer der Aufenthaltstitel sind unter Berücksichtigung des § 51 Absatz 1 Nummer 6 und 7 unschädlich – im Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Ausweisungsverfügung einen erhöhten Ausweisungsschutz. Bei Angehörigen eines Vertragsstaates wird unter dieser Voraussetzung die Ausweisungsmöglichkeit auf Gründe der Sicherheit des Staates oder sonstige besonders schwerwiegende Ausweisungs-

gründe i. S. v. Artikel 3 Absatz 3 Europäisches Niederlassungsabkommen beschränkt. Zwischen den schwerwiegenden Gründen i. S. d. § 56 Absatz 1 und den besonders schwerwiegenden Gründen i. S. v. Artikel 3 Absatz 3 Europäisches Niederlassungsabkommen besteht kein qualitativer Unterschied.

Vor 53.5.4 Europäisches Fürsorgeabkommen vom 11. Dezember 1953 (BGBl. 1956 II S. 564)

Nach Artikel 6 Absatz a Europäisches Fürsorgeabkommen darf ein Vertragsstaat einen Staatsangehörigen einer anderen Vertragspartei (Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Irland, Island, Italien, Luxemburg, Malta, Niederlande, Norwegen, Portugal, Schweden, Spanien, Türkei, Vereinigtes Königreich), der in seinem Gebiet erlaubt seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat, nicht allein aus dem Grund der Hilfsbedürftigkeit (Sozialhilfebezug oder Obdachlosigkeit) in den Herkunftsstaat rückführen. Der Ausländer muss eine Niederlassungserlaubnis besitzen und, falls er vor Vollendung des 55. Lebensjahres nach Deutschland gekommen ist, ununterbrochen länger als fünf Jahre oder, falls er nach Erreichung dieses Alters nach Deutschland gekommen ist, ununterbrochen seit mehr als zehn Jahren hier leben. Im Übrigen ist eine Rückführung (z. B. Ausweisung, nachträgliche Befristung der Aufenthaltstitel) nicht zulässig, wenn der Ausländer wegen seines Gesundheitszustandes nicht transportfähig ist oder wenn er enge Bindungen in Deutschland hat (Artikel 6 und 7 Europäisches Fürsorgeabkommen).

Vor 53.5.5 Darüber hinaus schließen Artikel 8 des deutsch-österreichischen Abkommens über Fürsorge und Jugendwohlfahrtspflege vom 17. Januar 1966 (BGBl. 1969 II S. 2, 1969 II S. 1550) sowie Artikel 5 der deutsch-schweizerischen Vereinbarung über die Fürsorge für Hilfsbedürftige vom 14. Juli 1952 (BGBl. 1953 II S. 31, 1953 II S. 129) eine Ausweisung wegen Hilfsbedürftigkeit aus, wenn sich der begünstigte Ausländer länger als ein Jahr ununterbrochen rechtmäßig im Bundesgebiet aufhält.

Vor 53.5.6 Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950 (EMRK; BGBl. 1958 II S. 210)

Vor 53.5.6.1 Artikel 8 Absatz 1 EMRK gewährleistet jedermann die Achtung des Privat- und Familienlebens. Artikel 8 EMRK beinhaltet kein absolutes Ausweisungsverbot, sondern knüpft einen Eingriff an besondere Voraussetzungen (Artikel 8 Absatz 2 EMRK) sowie an eine Verhältnismäßigkeitsprüfung an. Absatz 2 dieser Vorschrift schützt vor Eingriffen einer öffentlichen Behörde in die Ausübung dieses Rechts, indem er solche Eingriffe unter Gesetzesvorbehalt stellt und auf das in einer demokratischen Gesellschaft zur Wahrung der nationalen oder öffentlichen Sicherheit, des wirtschaftlichen

Wohles des Landes, zur Aufrechterhaltung der Ordnung, zur Verhütung von Straftaten, zum Schutz der Gesundheit oder der Moral oder zum Schutz der Rechte und Freiheiten anderer Notwendige beschränkt.

Vor 53.5.6.2 Das Recht auf Familienleben umfasst den tatsächlich praktizierten familiären Kontakt zwischen nahen Verwandten einschließlich Geschwistern und nichtehelichen Kindern. Einschränkungen eines solchen Kontaktes infolge von Haft sind unbeachtlich, wenn der Kontakt bis zum Zeitpunkt der Inhaftierung bestanden hat. Volljährige Kinder können sich grundsätzlich hinsichtlich der Beziehung zu ihren Eltern nicht auf das Recht auf Familienleben gemäß Artikel 8 Absatz 1 EMRK berufen. Das Recht auf Achtung des Privatlebens umfasst die Summe der persönlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Beziehungen, die für das Privatleben eines jeden Menschen konstitutiv sind und denen angesichts der zentralen Bedeutung dieser Bindungen für die Entfaltung der Persönlichkeit eines Menschen bei fortschreitender Dauer des Aufenthalts wachsende Bedeutung zukommt. Eine Ausweisung ist mit Artikel 8 EMRK vereinbar, wenn sie eine Maßnahme darstellt, die in einer demokratischen Gesellschaft notwendig, d. h. durch ein herausragendes soziales Bedürfnis gerechtfertigt, und insbesondere in Bezug auf das verfolgte Ziel verhältnismäßig ist. Eine Abwägung zwischen dem durch Absatz 1 geschützten Interesse des Ausländers an der Aufrechterhaltung seiner persönlichen und insbesondere familiären Kontakte und den nach Absatz 2 berücksichtigungsfähigen Ausweisungsgründen muss ergeben, dass die Ausweisungsgründe schwerer wiegen. Eine Ausweisung zur Verhinderung strafbarer Handlungen ist danach um so eher gerechtfertigt, je schwerwiegender die von dem Ausländer bereits begangenen Straftaten und je weniger eng seine persönlichen und insbesondere familiären Bindungen sind. Hierbei sind auf der einen Seite Bindungen des Ausländers im Bundesgebiet zu berücksichtigen, wie sie in § 55 Absatz 3 Nummer 1 und 2 sowie § 56 zum Ausdruck kommen. Bei Ausländern der so genannten zweiten Generation (im frühen Kindesalter eingereist oder im Bundesgebiet geboren) sind deren stärkere soziale Bindungen im Bundesgebiet zu beachten. Ebenso zu berücksichtigen sind auf der anderen Seite die Art und Schwere der begangenen Straftat sowie das sonstige, für die Gefahrenprognose relevante Verhalten des Ausländers. Die vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zur Beurteilung der Verhältnismäßigkeit eines Eingriffs in Artikel 8 EMRK entwickelten Kriterien sind in die Einzelfallprüfung mit einzubeziehen.

Vor 53.5.6.3 Eine Ausweisung kann auch im Hinblick auf Artikel 8 EMRK insbesondere dann in Betracht kommen, wenn

- der Ausländer schwerwiegende Straftaten, insbesondere Drogendelikte, begangen hat,

- von dem Ausländer schwerwiegende Gefahren, insbesondere aufgrund von Bezügen zu Terrorismus und Extremismus ausgehen,
- der Ausländer volljährig ist, er gelegentlich im Heimatstaat war, die dortigen Verhältnisse kennt und die Heimatsprache beherrscht oder
- sonstige Anhaltspunkte eine fortdauernde Integrationsunwilligkeit belegen.

Vor 53.5.7 Übereinkommen über die Rechtsstellung der Staatenlosen vom 28. September 1954 (BGBl. 1976 II S. 474)

Nach Artikel 31 Absatz 1 des Übereinkommens über die Rechtsstellung der Staatenlosen weisen die Vertragsstaaten keinen Staatenlosen aus, der sich rechtmäßig in ihrem Hoheitsgebiet befindet, es sei denn aus Gründen der Staatssicherheit oder der öffentlichen Ordnung. Entsprechende Gründe ergeben sich aus §§ 53 bis 55. Der Bezug von Sozialhilfe darf im Hinblick auf die Zusicherung nach Artikel 23 des Übereinkommens über die Rechtsstellung der Staatenlosen nicht zur Ausweisung eines Staatenlosen führen. Hierbei ist jedoch zu beachten, dass die Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich der Anwendung des Artikels 23 den Vorbehalt geltend gemacht hat, diesen uneingeschränkt nur auf Staatenlose anzuwenden, die zugleich Flüchtlinge i. S. d. Genfer Flüchtlingskonvention sind, im Übrigen jedoch nur in einem nach Maßgabe innerstaatlicher Gesetze eingeschränktem Umfang (BGBl. 1976 II S. 473).

Vor 53.5.8 Zwischenstaatliche Vereinbarungen

Nach § 1 Absatz 1 Satz 5 ist auch im Falle einer Ausweisung zu prüfen, ob mit dem Heimatstaat des Ausländers zwischenstaatliche Vereinbarungen bestehen, die die Ausweisung von zusätzlichen Voraussetzungen abhängig machen. I. d. R. lassen entsprechende Niederlassungs-, Handels-, Schifffahrts- und Freundschaftsverträge eine Ausweisung aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nach innerstaatlichem Recht zu (§§ 53 bis 55). Es handelt sich insbesondere um folgende zwischenstaatliche Vereinbarungen:

Vor 53.5.8.1 – Artikel 7 des Niederlassungsabkommens zwischen dem Deutschen Reich und der Türkischen Republik vom 12. Januar 1927 (RGBl. 1927 II S. 76 und S. 454; BGBl. 1952 II S. 608),

Vor 53.5.8.2 – Artikel 2 Absatz 2 des Niederlassungsabkommens zwischen dem Deutschen Reich und dem Kaiserreich Persien (Iran) vom 17. Februar 1929 (RGBl. 1930 II S. 1002; BGBl. 1955 II S. 829),

Vor 53.5.8.3 – Artikel 2 Absatz 5 des Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika vom

29. Oktober 1954 (BGBl. 1956 II S. 487, 1956 II S. 763),
- Vor 53.5.8.4 – Artikel 2 des Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Dominikanischen Republik vom 23. Dezember 1957 (BGBl. 1959 II S. 1468, 1960 II S. 1874),
- Vor 53.5.8.5 – Nummer 6 der Übereinkunft zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik der Philippinen über Einwanderungs- und Visafragen vom 3. März 1964 (BANz. Nummer 89 vom 15. Mai 1964).
- Vor 53.6 Ausweisungsverfahren
- Vor 53.6.1 Die Entscheidung über die Ausweisung eines Ausländers trifft die Ausländerbehörde (§ 71 Absatz 1 Satz 1 und 2). § 72 Absatz 4 ist zu beachten.
- Vor 53.6.2 Sobald die Ausländerbehörde Kenntnis vom Vorliegen eines Ausweisungsgrundes nach den §§ 53 bis 55 erlangt (z. B. auf Grund einer Mitteilung einer anderen Behörde nach § 87) oder ihr begründete Anhaltspunkte für das Vorliegen eines Ausweisungsgrundes bekannt werden, muss sie von Amts wegen tätig werden (Amtsermittlungsgrundsatz; vgl. §§ 79, 82). Die Ausländerbehörde muss umgehend eine Ausweisung prüfen, ein Ausweisungsverfahren zügig einleiten und durchführen. Dies gilt auch, wenn von vornherein nur eine Ermessensausweisung in Betracht kommt. Sobald die Ausländerbehörde festgestellt hat, dass die gesetzlichen Ausweisungsvoraussetzungen gegeben sind und welche sonstigen erheblichen be- oder entlastenden Umstände vorliegen, muss sie unverzüglich über die Ausweisung entscheiden. Kommt eine Ausweisung nicht in Frage, hat die Ausländerbehörde zu prüfen, ob sonstige Maßnahmen zu treffen sind (vgl. § 7 Absatz 2 Satz 2, § 52, § 51 Absatz 1).
- Vor 53.6.3 Eine Anhörung des Ausländers durch die Ausländerbehörde ist erforderlich, wenn es zur Aufklärung des Sachverhaltes notwendig ist oder wenn die Ausländerbehörde die Ausweisung beabsichtigt (§ 28 Absatz 1 VwVfG). Dem Ausländer ist Gelegenheit zu geben, sich zu den für die Entscheidung erheblichen Tatsachen binnen angemessener Frist zu äußern. Im Rahmen der Anhörung sind ihm sowohl die Ausweisungsabsicht als auch die dafür maßgebenden Gründe mitzuteilen. Da familiäre Beziehungen im Rahmen der Prüfung von Artikel 6 GG und Artikel 8 EMRK Bedeutung haben, kann in Fällen, in denen solche familiären Bindungen bestehen, auch eine Anhörung des Ehe- bzw. Lebenspartners bzw. in den Fällen, in denen der Ausländer, der ausgewiesen werden soll, Vater eines in Deutschland lebenden Kindes ist, der Mutter des Kindes (für sich und das Kind) in Betracht kommen. Von der Anhörung kann abgesehen werden, wenn sie nach den Umständen des Einzelfalls nicht geboten ist, insbesondere wenn eine sofortige Entscheidung wegen Gefahr im Verzug oder im öffentlichen Interesse notwendig ist (§ 28 Absatz 2 Nummer 1 VwVfG). Eine solche Gefahr setzt voraus, dass durch eine vorherige Anhörung auch bei Gewährung kürzester Anhörungsfristen ein Zeitverlust eintreten würde, der mit hoher Wahrscheinlichkeit zur Folge hätte, dass der Zweck der Ausweisung nicht erreicht würde. Bei in fremder Sprache abgefassten Schriftstücken soll die Behörde unverzüglich die Vorlage einer Übersetzung verlangen (§ 23 Absatz 2 Satz 1 VwVfG).
- Vor. 53.6.4 Personen, deren Rechte aus Artikel 6 GG und aus Artikel 8 EMRK betroffen sein könnten (Ehegatte, Lebenspartner, Kinder) sollen zu Beteiligten im Verfahren gemacht werden.
- Vor 53.6.5 Beabsichtigt eine Ausländerbehörde, einen Ausländer, der im Besitz einer Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG in einem anderen Mitgliedstaat ist und sich in Deutschland mit einem Aufenthaltstitel nach § 38a aufhält, in ein Land außerhalb des Geltungsbereichs der Richtlinie 2003/109/EG des Rates vom 25. November 2003 betreffend die Rechtsstellung der langfristig Aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen (ABl. EU 2004 Nummer L 16 S. 44; so genannte Daueraufenthalt-Richtlinie) – d. h. Drittstaaten wie Vereinigtes Königreich, Irland und Dänemark – auszuweisen, ist vor der Entscheidung das Konsultationsverfahren nach § 91c Absatz 2 über das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge durchzuführen (vgl. Nummer 91c.2). Bei einer Ausweisung innerhalb des Geltungsbereichs der Daueraufenthaltsrichtlinie ist lediglich eine Mitteilung nach § 91c Absatz 3 über das Bundesamt erforderlich (siehe Nummer 91c.3).
- Vor 53.6.6 Die Ausweisungsverfügung ist schriftlich zu erlassen (§ 77 Absatz 1 Satz 1) und zu begründen (§ 39 Absatz 1 VwVfG), d. h. alle entscheidungserheblichen Erwägungen müssen erkennbar sein. Im Hinblick auf § 58 Absatz 1 VwGO soll sie mit einer Rechtsbehelfsbelehrung versehen werden. Bei Ermessensausweisungen kommt der Begründungspflicht besondere Bedeutung zu. Die Begründung ist fehlerhaft, wenn die Ausländerbehörde von einem unrichtigen oder unvollständigen Sachverhalt ausgeht. Eine Verletzung der Begründungspflicht ist unbeachtlich, wenn die Begründung nachträglich im eventuell durchzuführenden Widerspruchsverfahren bzw. im verwaltungsgerichtlichen Verfahren nachgeholt wird. Sofern im konkreten Einzelfall mit dem Eintritt bestimmter weiterer für die Entscheidung erheblicher be- oder entlastender Umstände zu rechnen ist, kann die Ausländerbehörde das Verfahren zunächst aussetzen und die weitere Entwicklung abwarten.
- Vor 53.6.7 Ein Antrag auf Erteilung oder Verlängerung eines Aufenthaltstitels ist im Falle des Erlasses einer Ausweisungsverfügung abzulehnen (vgl.

§ 11 Absatz 1 Satz 2 i. V. m. § 84 Absatz 2 Satz 1). Beide Verfügungen sollen mit der Abschiebungsandrohung verbunden werden. Die in § 11 Absatz 1 Satz 1 und 2 genannten Rechtsfolgenwirkungen der Ausweisung sind auf Antrag i. d. R. zu befristen; die Frist beginnt mit der Ausreise (§ 11 Absatz 1 Satz 4). Auf das Antragserfordernis, die Rechtsfolgen der Ausweisung (Wiedereinreiseverbot) und die Einreiseverweigerung für das Schengen-Gebiet auf Grund der Ausschreibung im SIS ist in der Ausweisungsverfügung hinzuweisen.

Vor 53.6.8.1 Gelangt die Ausländerbehörde zu dem Ergebnis, von einer Ausweisung abzusehen, ist dies in der Akte zu vermerken. Auf den zugrunde liegenden Sachverhalt allein kann eine spätere Ausweisung nicht mehr gestützt werden, es sei denn, in den Akten ist ein entsprechender Vorbehalt vermerkt. Allerdings wird er im Falle des späteren Eintritts eines Ausweisungsgrundes nochmals in die Entscheidungsfindung mit einbezogen.

Vor 53.6.8.2 In allen Fällen, in denen der Ausländer angehört worden ist und die Ausländerbehörde von einer Ausweisung absieht, ist er darüber zu unterrichten.

Vor 53.6.8.3 Hat die Ausländerbehörde von einer Ausweisung abgesehen, soll sie, soweit tunlich, den Ausländer auf die möglichen Folgen bei Verwirklichung eines Ausweisungsgrundes hinweisen (so genannte ausländerbehördliche Verwarnung). Bei dieser Verwarnung handelt es sich um einen bloßen Hinweis ohne Verwaltungsaktqualität auf eine mögliche Reaktion der Ausländerbehörde hinsichtlich eines bestimmten künftigen Verhaltens des Ausländers.

Vor 53.6.9.1 Bei Ausländern, gegen die ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren eingeleitet oder gegen die öffentliche Klage erhoben worden ist, ist § 72 Absatz 4 zu beachten (Einvernehmen der Staatsanwaltschaft). Liegen der Ausländerbehörde Erkenntnisse über ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren vor, ohne dass sie über entsprechende amtliche Unterlagen verfügt, hat sie entsprechende Erkenntnisse bei den Strafverfolgungsbehörden einzuholen.

Vor 53.6.9.2 Liegt das Einvernehmen der Staatsanwaltschaft zur Ausweisung vor, darf mit der Ausweisung nur zugewartet werden, wenn diese ausschließlich wegen eines Ausweisungstatbestandes erfolgen kann, der eine rechtskräftige strafgerichtliche Verurteilung voraussetzt, die noch aussteht oder wenn von den Strafverfolgungsbehörden bzw. vom Strafgericht eine umfassendere Sachaufklärung als von der Ausländerbehörde im Ausweisungsverfahren erwartet werden kann.

Vor 53.7 Rechtsbehelfe – Sofortige Vollziehung

Vor 53.7.1 Rechtsbehelfe gegen die Ausweisung haben nach § 80 Absatz 1 VwGO aufschiebende Wirkung. Widerspruch und Klage lassen jedoch unbeschadet ihrer aufschiebenden Wirkung die

Wirksamkeit der Ausweisung, die die Rechtmäßigkeit des Aufenthalts beendet und die Sperrwirkung des § 11 Absatz 1 zur Folge hat, unberührt (§ 84 Absatz 2 Satz 1). Die Ausländerbehörde hat im Hinblick auf die vom Ausländer ausgehende Gefahr zu prüfen, ob die sofortige Vollziehung anzuordnen ist. Die Feststellung eines Vollzugsinteresses erfordert in den Fällen des § 72 Absatz 4 die Zustimmung der Staatsanwaltschaft. Das Vollzugsinteresse muss über das öffentliche Interesse am Erlass der Ausweisungsverfügung ersichtlich hinausgehen. Die sofortige Vollziehung setzt nach § 80 Absatz 2 Satz 1 Nummer 4 VwGO voraus, dass

- ein besonderes öffentliches Interesse daran besteht, den Ausländer bereits vor einer verwaltungsgerichtlichen Entscheidung im Hauptsacheverfahren über die Rechtmäßigkeit seiner Ausweisung aus dem Bundesgebiet zu entfernen und
- dieses öffentliche Interesse das schutzwürdige Interesse des Ausländers an seinem weiteren Verbleiben bis zur Hauptsacheentscheidung überwiegt.

Vor 53.7.2 Das besondere öffentliche Interesse am sofortigen Vollzug einer Ausweisung ist zu bejahen, wenn die begründete Besorgnis besteht, dass die Gefahr sich schon im Zeitraum bis zur verwaltungsgerichtlichen Hauptsacheentscheidung verwirklichen wird. Von einem besonderen öffentlichen Interesse an der sofortigen Vollziehung kann insbesondere dann ausgegangen werden, wenn ein Ausweisungstatbestand nach §§ 53, 54 erfüllt ist und Wiederholungsgefahr besteht. Zu den schutzwürdigen Interessen des Ausländers, die hiergegen abzuwägen sind, zählen z. B. die in Nummer 55.3 bis 55.3.2.5 genannten Hinweise zum Ausweisungsschutz und die Erschwerung der Rechtsverteidigung im Hauptsacheverfahren aus dem Ausland. In den Fällen des § 54 Nummer 5 und 5a ist die Anordnung der sofortigen Vollziehung einer Ausweisungsverfügung grundsätzlich zu dem Zweck zulässig, die Folgen nach § 54a Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 eintreten zu lassen (vgl. Nummer 54a.0.3). Wird der Erlass einer Ausweisung mit der Anordnung des Sofortvollzugs verbunden, bedarf es stets einer auf den Einzelfall bezogenen abwägenden schriftlichen Begründung (§ 80 Absatz 3 Satz 1 VwGO), warum der Ausgewiesene unverzüglich die Bundesrepublik Deutschland zu verlassen hat.

Vor 53.7.3 Soll ein inhaftierter Ausländer zum Zeitpunkt der Haftentlassung abgeschoben werden, sollte die sofortige Vollziehung der Ausreise gemäß § 80 Absatz 2 Satz 1 Nummer 4 VwGO angeordnet werden, sofern die Haftentlassung voraussichtlich vor Abschluss des Hauptsacheverfahrens über die Ausweisung erfolgen wird.

Vor 53.8 Im Falle der Ausweisung ist im Pass, Pass- oder Ausweisersatz des Ausländers zu vermerken:
„Ausgewiesen“.

Von dem Vermerk kann abgesehen werden, wenn die Ausreise dadurch erschwert würde. Ein Aufenthaltstitel ist ungültig zu stempeln. Besitzt der Ausländer ein Schengen-Visum, ist das Kinegramm der Visummarke zu entwerten; der Ausstellungsstaat ist entsprechend § 52 Absatz 7 Satz 2 zu unterrichten. Diese Maßnahmen sind unmittelbar nach Erlass der Ausweisungsverfügung vorzunehmen. Soweit der Pass oder Passersatz nicht bereits in Verwahrung genommen worden ist (§ 50 Absatz 6), wird deren Vorlage gemäß § 48 Absatz 1 angeordnet. Dem Ausländer soll auf Antrag bescheinigt werden, dass die Ausreisepflicht nicht vollziehbar ist.

Vor 53.9 Ist der Aufenthalt eines Ausländers unbekannt, gegen den eine Ausweisungsverfügung erlassen werden soll, hat die Ausländerbehörde wegen der Ermittlung des Aufenthalts nach Maßgabe des AZRG und der hierzu ergangenen Vorschriften beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge – Ausländerzentralregister – anzufragen und ihn ggf. zur Aufenthaltsermittlung auszuschreiben (vgl. § 50 Absatz 7 Satz 1). Eine Ausweisungsverfügung gegen einen Ausländer, dessen Aufenthalt nicht festgestellt werden kann und der keinen Bevollmächtigten bestellt hat, soll öffentlich zugestellt werden (vgl. Nummer Vor 53.2).

Vor 53.10 Meldepflichten

Vor 53.10.1 Unbeschadet der Datenübermittlungspflichten nach dem AZRG und den hierzu ergangenen Vorschriften hat die Ausländerbehörde von einer Ausweisungsverfügung zu unterrichten (hinsichtlich der Abschiebung siehe Nummer 58.0.13):

Vor 53.10.1.1 – die für die Dateneingabe zuständige Polizeidienststelle nach dem vorgeschriebenen Muster zum Zweck der Ausschreibung in INPOL (Zurückweisung/Festnahme § 50 Absatz 7 Satz 2) bzw. im SIS (Einreiseverweigerung gemäß Artikel 96 Absatz 3 SDÜ), sofern eine solche Ausschreibung in INPOL bzw. SIS beabsichtigt ist (zu den Voraussetzungen einer Ausschreibung vgl. Nummer 50.7),

Vor 53.10.1.2 – auf Ersuchen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, wenn es sich um einen Ausländer handelt, der einen Asylantrag gestellt hat.

Vor 53.10.2 Ist der Vollzug einer Ausweisung nicht möglich, weil die Abschiebung nach § 60a vorübergehend ausgesetzt wird oder der Aufenthalt gestattet ist (§ 55 AsylVfG), sind die Ausschreibungen in INPOL und im SIS nicht zu veranlassen oder umgehend löschen zu lassen. Sofern eine Betretenserlaubnis nach § 11 Absatz 2 erteilt worden ist, hat die Ausländerbehörde die zuständige Polizeidienststelle sowie INPOL durch Übersendung einer Ausfertigung der Betretenserlaubnis mit dem

entsprechenden Vordruck umgehend zu unterrichten.

Vor 53.10.3 Die Unterrichtung diplomatischer oder konsularischer Vertretungen kann im Einzelfall unter Berücksichtigung datenschutzrechtlicher Bestimmungen zweckmäßig sein, wenn eine Unterstützung der Ausländerbehörde, etwa durch Zahlung der Rückreisekosten an den zur Ausreise verpflichteten aber mittellosen Ausländer erwartet werden kann. Bei abgelehnten Asylbewerbern oder Ausländern, bei denen ein Abschiebungsverbot gemäß § 60 besteht, ist von einer Unterrichtung der Vertretung des Heimatstaates abzusehen.

Vor 53.10.4 Wird eine Ausweisungsverfügung aufgehoben (vgl. § 84 Absatz 2 Satz 3) oder die Wirkung der Ausweisung verkürzt oder verlängert, ist auch dies den in Nummer Vor 53.10 genannten Stellen umgehend mitzuteilen. Dies ist im vorliegenden Pass oder Passersatz entsprechend zu vermerken.

Vor 53.11 Verhältnis von zwingender Ausweisung zur Ausweisung im Regelfall

Bei der zwingenden Ausweisung und der Ausweisung im Regelfall hat die nach § 71 Absatz 1 zuständige Ausländerbehörde eine rechtlich gebundene Entscheidung zu treffen, die der uneingeschränkten gerichtlichen Überprüfung unterliegt. Im Falle der Herabstufung der zwingenden Ausweisung zur Ausweisung im Regelfall entfällt die zwingende Rechtsfolge der Ausweisung (§ 56 Absatz 1 Satz 4). Zum maßgeblichen Zeitpunkt für die gerichtliche Überprüfung siehe Nummer Vor 53.3.1.2. Bei Ausweisungen auf der Grundlage der §§ 53, 54 hat sich die Prüfung grundsätzlich auf das Vorliegen des Ausweisungstatbestands zu beschränken (vgl. aber Nummer 53.0.3 sowie Nummer 54.0.2 bis 54.0.4).

53 Zu § 53 – Zwingende Ausweisung

53.0 Allgemeines

53.0.1.1 Erfüllt der Ausländer die tatbestandlichen Voraussetzungen des § 53, hat ihn die Ausländerbehörde auszuweisen (zwingende Ausweisung). In diesen Fällen besteht kein Ausweisungsermessen; die Ausländerbehörde muss unverzüglich nach Eintritt der Rechtskraft des strafgerichtlichen Urteils die Ausweisung verfügen. Die Vorschrift dient spezialpräventiven Zwecken in Fällen der besonderen Gefährlichkeit des Ausländers.

53.0.1.2 Türkische Arbeitnehmer, die ein Aufenthaltsrecht nach dem ARB 1/80 haben, dürfen nur noch unter eingeschränkten Voraussetzungen aus Deutschland ausgewiesen werden. Die Grundsätze zur Beendigung des Aufenthalts freizügigkeitsberechtigter EU-Bürger sind weitgehend auf die assoziationsberechtigten türkischen Staatsangehörigen zu übertragen. Erforderlich ist stets eine einzelfallbezogene

	Prüfung, die vom persönlichen Verhalten des Assoziationsberechtigten ausgeht (vgl. im Einzelnen Nummer Vor 53.5.2).		
53.0.2	Eine vorsätzliche Straftat i. S. v. § 53 liegt immer dann vor, wenn der Ausländer vom Strafgericht nicht wegen fahrlässigen Handelns verurteilt wurde (§ 15 StGB).		– wegen einer Vorsatztat eine Einsatzstrafe von mindestens drei Jahren ausgesprochen worden ist,
53.0.3	§ 53 setzt rechtskräftige strafgerichtliche Verurteilungen voraus. Unabhängig von der Ausweisung beschränkt sich die Prüfung rechtsstaatlicher Grundsätze (insbesondere des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit) im Hinblick auf das besondere öffentliche Interesse an der Ausweisung regelmäßig auf die Befristung der Wirkungen der Ausweisung (§ 11 Absatz 1 Satz 3). Die strikte Rechtsfolge des § 53 erfordert grundsätzlich keine Güter- und Interessenabwägung, da die Ausweisungsvorschrift die Schranken der Handlungsfreiheit des Ausländers setzt, die der Gesetzgeber zur Pflege und Förderung des sozialen Zusammenlebens im Interesse der öffentlichen Sicherheit in den Grenzen des allgemein Zumutbaren zieht. In Bezug auf im Bundesgebiet geborene oder aufgewachsene Ausländer ist stets die Vereinbarkeit der Einzelfallentscheidung mit Artikel 6 GG und Artikel 8 EMRK zu prüfen.		– aus den für die Vorsatztaten verhängten Einzelstrafen ausdrücklich eine gesonderte Gesamtfreiheitsstrafe von mindestens drei Jahren gebildet worden ist oder
			– nach den Strafzumessungserwägungen des Gerichts, den Tatumständen oder den verletzten Straftatbeständen offensichtlich ist, dass das Gericht auch allein wegen der Vorsatztaten eine Gesamtfreiheitsstrafe von mindestens drei Jahren verhängt hätte.
			Bei Jugendstrafen gilt Nummer 53.2.1 Satz 5 und 6 entsprechend.
		53.1.2.1	Zur zwingenden Ausweisung nach § 53 Nummer 1, 2. Alternative führen mehrere strafgerichtliche Verurteilungen wegen vorsätzlicher Straftaten zu mehreren Freiheits- oder Jugendstrafen von zusammen mindestens drei Jahren, wenn die Verurteilungen innerhalb eines Zeitraums von fünf Jahren vor der letzten Verurteilung erfolgt sind. Die Berücksichtigung mehrerer rechtskräftiger Verurteilungen ist jedoch nur dann zulässig, wenn die strafgerichtliche Verurteilung nicht dem Verwerbungsverbot des § 51 BZRG unterliegt.
53.1	Zwingende Ausweisung wegen schwerer und besonders schwerer Kriminalität	53.1.2.2	Der Ausweisungstatbestand des § 53 Nummer 1, 2. Alternative wird durch die Anordnung von Sicherungsverwahrung bei der letzten Verurteilung verschärft. Wurde bei der letzten rechtskräftigen Verurteilung Sicherungsverwahrung angeordnet und ist der Ausländer vorher rechtskräftig zu Geld-, Freiheits- oder Jugendstrafen verurteilt worden, ist der Ausweisungstatbestand unabhängig vom Strafmaß oder dem Bezugszeitraum von fünf Jahren ebenfalls erfüllt. Die Durchführung der angeordneten Sicherungsverwahrung hindert die Ausländerbehörde nicht, die Ausweisung unmittelbar nach der strafgerichtlichen Verurteilung zu verfügen und bei der Strafvollstreckungsbehörde eine Entscheidung gemäß § 456a Absatz 1 StPO herbeizuführen.
53.1.1	Die rechtskräftige Verurteilung zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe von mindestens drei Jahren muss nach § 53 Nummer 1, 1. Alternative auf einem einzigen Urteil beruhen. Unerheblich ist, ob die Strafe wegen einer einzelnen Tat verhängt worden ist oder ob es sich um eine Gesamtstrafe oder Einheitsjugendstrafe für mehrere Taten (§§ 53 bis 55 StGB, § 31 f. JGG) von mindestens drei Jahren handelt. Bei mehreren Verurteilungen, die zur Bildung einer Gesamtstrafe oder Einheitsjugendstrafe geführt haben, ist es unerheblich, ob die Vollstreckung einer dieser Strafen früher zur Bewährung ausgesetzt worden ist. Ist ein Erwachsener wegen in Tateinheit (§ 52 StGB) oder Tatmehrheit (§ 53 StGB) begangener vorsätzlicher und fahrlässiger Straftaten verurteilt worden, ist der Ausweisungsgrund des § 53 Nummer 1, 1. Alternative nur erfüllt, wenn der auf die Vorsatztaten entfallende Teil der Strafe mindestens drei Jahre beträgt. Dies ist bei in Tateinheit begangenen Vorsatz- und Fahrlässigkeitsdelikten der Fall, wenn in den Urteilsgründen ausdrücklich ausgesprochen oder nach den Tatumständen oder den verletzten Straftatbeständen offensichtlich ist, dass das Gericht die Freiheitsstrafe von mindestens drei Jahren schon allein im Hinblick auf die Vorsatztaten verhängt hat. Ist wegen in Tatmehrheit begangener vorsätzlicher und fahrlässiger Taten eine Gesamtfreiheitsstrafe verhängt worden, ist der Ausweisungsgrund des § 53 Nummer 1, 1. Alternative erfüllt, wenn	53.2	Zwingende Ausweisung wegen rechtskräftiger strafgerichtlicher Verurteilung auf Grund von Straftaten nach dem BtMG bzw. §§ 125, 125a StGB (§ 53 Nummer 2)
		53.2.1	Die zwingende Ausweisung wegen einer vorsätzlichen Straftat nach dem BtMG nach § 53 Nummer 2, 1. Alternative setzt eine rechtskräftige strafgerichtliche Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe nach Erwachsenenstrafrecht unabhängig vom Strafmaß oder zu einer Jugendstrafe von mindestens zwei Jahren voraus, ohne dass die Vollstreckung der Strafe zur Bewährung ausgesetzt wurde. Für die Frage, ob es sich um eine oder mehrere vorsätzliche Straftaten handelt, ist die strafrechtliche Bewertung maßgebend. Danach kann eine vorsätzliche Straftat auch dann vorliegen, wenn der Täter mehrere Handlungen begangen oder eine Tat mehrfach

	begangen hat. Der Tatbestand ist auch dann erfüllt, wenn der Ausländer wegen mehrerer vorsätzlicher Straftaten nach dem BtMG zu einer Gesamtfreiheitsstrafe verurteilt und die Vollstreckung nicht zur Bewährung ausgesetzt worden ist. Falls dem Ausländer neben Betäubungsmitteldelikten andere Straftaten zur Last gelegt wurden, derentwegen gemäß § 31 Absatz 1 Satz 1 JGG nur einheitlich eine Jugendstrafe erging, lässt sich das Strafmaß bezüglich des Betäubungsmitteldelikts nicht feststellen. In solchen Fällen ist § 54 Nummer 1 oder Nummer 3 zu prüfen.	54	Zu § 54 – Ausweisung im Regelfall
53.2.2	Die zwingende Ausweisung nach § 53 Nummer 2 ist im Falle rechtskräftiger strafgerichtlicher Verurteilungen zu einer Jugendstrafe von mindestens zwei Jahren ohne Bewährung oder zu einer Freiheitsstrafe nach Erwachsenenstrafrecht ohne Bewährung auch unter folgenden Voraussetzungen zu verfügen: <ul style="list-style-type: none"> – Verurteilung wegen Landfriedensbruchs unter den in § 125a Satz 2 StGB genannten Voraussetzungen (§ 53 Nummer 2, 2. Alternative) oder – Verurteilung wegen eines im Rahmen einer verbotenen öffentlichen Versammlung oder eines verbotenen Aufzugs begangenen Landfriedensbruchs gemäß § 125 StGB (§ 53 Nummer 2, 3. Alternative). 	54.0.1	Die Ausweisung im Regelfall nach § 54 erfasst Fälle der Verurteilung zu bzw. der Begehung bestimmter Straftaten, aber auch Handlungen mit Bezug zu terroristischen bzw. extremistischen Bestrebungen.
53.2.3	Eine Aussetzung der Strafvollstreckung zur Bewährung i. S. v. § 53 Nummer 2 ist nur eine Maßnahme nach § 56 StGB bzw. § 21 JGG, nicht aber eine an geringere Voraussetzungen geknüpfte Aussetzung des Restes einer zeitigen Freiheitsstrafe gemäß § 57 StGB bzw. § 88 JGG. Der die Strafaussetzung bei Jugendlichen regelnde § 21 JGG entspricht bis auf Absatz 3 nahezu wortgleich § 56 StGB. Der Ausweisungstatbestand des § 53 Nummer 2 ist auch erfüllt, wenn die Vollstreckung der Restfreiheits- oder Rest-Jugendstrafe zur Bewährung ausgesetzt worden ist. Eine Verbüßung eines erheblichen Teils der Strafe beseitigt nicht die bereits erfolgte schwere Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Wegen der unterschiedlichen Gesetzeszwecke muss die Ausländerbehörde sich bei der Entscheidung über die Ausweisung nicht notwendig von demselben Gefahrenmaßstab leiten lassen, der für den Strafrichter bei der Strafaussetzung maßgebend ist.	54.0.2	Die Ausländerbehörde hat bei Vorliegen eines Regelfalles kein Ermessen bei der Ausweisungsentscheidung. Nur wenn ein Ausnahmefall vorliegt, steht die Ausweisung im pflichtgemäßen Ermessen der Ausländerbehörde. Die Worte „in der Regel“ in § 54 beziehen sich auf Regelfälle, die sich nicht durch besondere Umstände von der Menge gleichliegender Fälle unterscheiden. Ausnahmefälle sind durch einen atypischen Geschehensablauf gekennzeichnet, der so bedeutsam ist, dass er jedenfalls das sonst für die Ausweisung im Regelfall ausschlaggebende Gewicht beseitigt. Bei der Ermessensausübung ist auch der Regelfalltatbestand nach § 54 mit dem ihm zukommenden Gewicht in die Güter- und Interessenabwägung einzubeziehen. Es kommt ihm allerdings nicht – wie im Regelfall – von vornherein ein ausschlaggebendes Gewicht zu. Grundsätzlich kann in einem von der Regel abweichenden Fall sowohl eine Ermessensausweisung als auch ein Absehen von der Ausweisung in Betracht kommen. Sieht die Ausländerbehörde von einer Ausweisung nach vorheriger Anhörung ab, erfordert dies einen Hinweis an den Ausländer unter Androhung der Ausweisung im Falle einer weiteren Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.
53.3	Zwingende Ausweisung wegen rechtskräftiger strafgerichtlicher Verurteilung auf Grund Einschleusens von Ausländern (§§ 96, 97) <p>Nach § 53 Nummer 3 hat die rechtskräftige Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe wegen Einschleusens von Ausländern gemäß § 96 oder § 97 die zwingende Ausweisung zur Folge, wenn die Vollstreckung der Freiheitsstrafe nicht zur Bewährung ausgesetzt worden ist. Die Verurteilung zu einer Mindestfreiheitsstrafe ist nicht Voraussetzung für die Ausweisung.</p>	54.0.3	Infolge der nach der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte sowie des Bundesverfassungsgerichts gewachsenen Bedeutung des Rechts auf Achtung des Privatlebens liegt ein Ausnahmefall von der Regelausweisung bereits dann vor, wenn durch höherrangiges Recht oder Vorschriften der Europäischen Menschenrechtskonvention angesichts schutzwürdiger Belange des Ausländers eine Einzelfallwürdigung unter Berücksichtigung der Gesamtumstände des Falles geboten ist. Bei der Gruppe im Bundesgebiet geborener und aufgewachsener Ausländer bedarf es bei der Entscheidung über die Ausweisung einer individuellen Würdigung, inwieweit der Ausländer im Bundesgebiet „verwurzelt“ ist und dies angesichts der konkreten Ausweisungsgründe bei Abwägung aller Umstände des Einzelfalls einer Ausweisung entgegensteht. Die Ausweisungsgründe sind mit dem Gewicht, das in dem gestuften System der Ausweisungstatbestände zum Ausdruck kommt, in die Ermessensentscheidung einzubeziehen. Im Zweifel ist von einem Ausnahmefall auszugehen oder zumindest hilfsweise nach Ermessen zu entscheiden.
		54.0.4	Bei der Prüfung, ob ein vom Regelfall abweichender Ausnahmefall vorliegt, sind im Übrigen alle Umstände des Einzelfalls zu be-

werten und zu gewichten. Zum Prüfungsumfang gehören etwa alle Umstände der strafgerichtlichen Verurteilungen und die sonstigen Verhältnisse des Ausländers, wie sie in § 55 Absatz 3 näher umschrieben werden. Die Feststellung besonderer Umstände i. S. d. § 57 Absatz 2 Nummer 2 StGB kann auf das Vorliegen eines Ausnahmefalls hindeuten. In diesem Fall hat die Ausländerbehörde zu prüfen, ob dennoch eine Ausweisung im Ermessenswege erforderlich ist. Zu berücksichtigen sind auch Fälle, in denen der Ausländer nach den in Bezug genommenen strafrechtlichen Vorschriften straffrei bleiben könnte (vgl. § 29 Absatz 5 BtMG, § 125 Absatz 2 StGB).

54.0.5 Auf nach ARB 1/80 aufenthaltsberechtigte türkische Staatsangehörige ist § 54 nicht anwendbar (siehe Nummer Vor 53.5.2).

54.1 Regelausweisung wegen der Verurteilung auf Grund bzw. der Begehung bestimmter Straftaten

54.1.1 Hinsichtlich der Erfüllung des Ausweisungstatbestandes des § 54 Nummer 1 im Falle einer Strafaussetzung wird auf Nummer 53.2.3 verwiesen. Die Ausländerbehörde ist hinsichtlich der Feststellung des Strafmaßes und der Rechtskraft des Strafurteils an dessen Inhalt bzw. an die entsprechenden gerichtlichen Vermerke tatsächlich gebunden. Die Voraussetzungen des § 54 Nummer 1 sind auch erfüllt, wenn bei einer rechtskräftigen strafgerichtlichen Verurteilung wegen einer oder mehrerer vorsätzlicher Straftaten eine Gesamtstrafe gebildet wird, deren Vollstreckung nicht zur Bewährung ausgesetzt worden ist. Bei Jugendstrafaten muss jedoch eine Verurteilung mindestens zwei Jahre Jugendstrafe betragen.

54.1.2 Der Ausweisungsgrund des § 54 Nummer 2 setzt eine rechtskräftige Verurteilung des Ausländers wegen Einschleusens von Ausländern nach § 96 oder § 97 voraus. Sobald ein Ausländer gemäß § 96 oder § 97 rechtskräftig zu einer Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt wird, ist der zwingende Ausweisungsgrund des § 53 Nummer 3 erfüllt. Die Höhe der Freiheitsstrafe ist unerheblich. Bei mehreren rechtskräftigen Verurteilungen innerhalb von fünf Jahren kann auch der zwingende Ausweisungsgrund des § 53 Nummer 1 erfüllt sein.

54.1.3 Der Ausweisungsgrund in § 54 Nummer 3 setzt keine strafgerichtliche Verurteilung voraus. Die zwingende Ausweisung nach § 53 Nummer 2 und die Ausweisung im Regelfall wegen Betäubungsmitteldelikten unterscheiden sich darin, dass nach § 54 Nummer 3 weder eine rechtskräftige strafgerichtliche Verurteilung noch eine Vorsatztat nach dem BtMG vorliegen muss. § 54 Nummer 3 erfasst nicht den unerlaubten Besitz von Drogen und das unerlaubte Erwerben oder sich Verschaffen. Geschehen Anbau, Herstellung, Einfuhr, Ausfuhr oder Durchfuhr lediglich zum Eigenverbrauch in geringer Menge, kommt gemäß § 29 Absatz 5

BtMG grundsätzlich ein Absehen von der Bestrafung durch das Gericht in Betracht. Diese Handlungen können allerdings eine Ermessensausweisung nach § 55 Absatz 1 und 2 Nummern 2, 4 begründen. Das Tauschen verschiedener Betäubungsmittel ist rechtlich als unerlaubtes Veräußern, im Einzelfall als unerlaubtes Handeltreiben mit Betäubungsmitteln einzustufen. Die bei Jugendlichen und Heranwachsenden mögliche Aussetzung der Reststrafe zur Bewährung nach § 88 JGG steht der Annahme einer Wiederholungsgefahr grundsätzlich nicht entgegen. Für eine Wiederholungsgefahr in Bezug auf Drogendelikte spricht auch der wiederholte erfolglose Versuch, sich einer der Rehabilitation dienenden Behandlung zu unterziehen.

54.1.3.1 Soweit ein Ausländer dem besonderen Ausweisungsschutz nach § 56 Absatz 1 bzw. § 56 Absatz 2 Satz 1 unterfällt, wird über die Ausweisung nach § 54 nach Ermessen entschieden (§ 56 Absatz 1 Satz 5; § 56 Absatz 2 Satz 1). Dabei sind im Rahmen der Bewertung des öffentlichen Interesses an der Ausweisung neben der Erfüllung des Ausweisungsgrundes nach § 54 Nummer 3 und § 55 Absatz 3 folgende Gesichtspunkte zu beachten:

54.1.3.1.1 – Die Ausweisung kann auf Grund des Handeltreibens mit diesen Stoffen in nicht geringen Mengen schon bei einer einmaligen einschlägigen Bestrafung erfolgen, insbesondere in Fällen, in denen angesichts der vom Täter gezeigten erheblichen kriminellen Energie eine Wiederholungsgefahr besteht. Dies gilt auch bei Vorliegen besonderer schutzwürdiger persönlicher Belange wie der ehelichen Lebensgemeinschaft mit einem deutschen Staatsangehörigen und dem familiären Zusammenleben mit einem gemeinsamen minderjährigen Kind.

54.1.3.1.2 – Beim Handeltreiben mit Betäubungsmitteln ist neben der Art des Betäubungsmittels vor allem die Handelsmenge von Bedeutung. Einige Betäubungsmittel (z. B. Heroin) sind geeignet, in folgenschwererer Weise in die körperliche Unversehrtheit einzugreifen als andere Betäubungsmittel (z. B. Cannabis). Der Handel mit einer „nicht geringen“ Menge (im strafrechtlichen Sinne; ggf. mit der Strafverfolgungsbehörde zu klären) führt, unabhängig von der Art des Betäubungsmittels, soweit keine Einstellung durch die Staatsanwaltschaft erfolgt, regelmäßig zu einer Ausweisung.

54.1.3.1.3 – Besondere Bedeutung ist auch der Motivation des Täters beizumessen. Handelte dieser aus Gewinnsucht mit Drogen, ist die Ausweisung grundsätzlich geboten. Dagegen kann für ein Absehen von einer Ausweisung sprechen, wenn der Handel zur Finanzierung der eigenen Sucht diene und der abhängige Täter sich einer der Rehabilita-

- tion dienenden Behandlung freiwillig unterzieht oder diese bereits erfolgreich abgeschlossen hat.
- 54.1.3.1.4 – Die Höhe des Strafmaßes ist ein Indiz für die Gefährlichkeit des Täters. Maßgeblich ist, inwieweit die Verurteilung dem der zwingenden Ausweisung zugrunde liegenden Strafmaß des § 53 nahe kommt.
- 54.1.3.1.5 – Auch die im Strafurteil bzw. in der Entscheidung der Strafvollstreckungskammer oder in vergleichbaren amtlichen Stellungnahmen angestellten Sozialprognosen sind angemessen zu berücksichtigen.
- 54.1.3.2 Bei der Prüfung des Tatbestandes des § 54 Nummer 3 ist nicht zwingend darauf abzustellen, ob das Strafverfahren bereits abgeschlossen ist oder ob eine strafgerichtliche Verurteilung bereits vorliegt. Wurde der Ausländer wegen des der Ausweisungsentscheidung zugrunde liegenden Tatvorwurfs in Untersuchungshaft genommen, bestehen grundsätzlich dringender Tatverdacht und die erhebliche Wahrscheinlichkeit, dass der Ausländer das ihm vorgeworfene Betäubungsmitteldelikt begangen hat. An die strafprozessualen Sachverhalte kann die Ausländerbehörde bei der Entscheidungsfindung anknüpfen. Die Ausweisung kann daher bereits nach Erhebung der öffentlichen Klage durch die Staatsanwaltschaft erfolgen (vgl. § 72 Absatz 4).
- 54.1.3.3 Auch eine noch nicht rechtskräftige strafgerichtliche Verurteilung wegen eines Betäubungsmitteldelikts kann nach Maßgabe des § 54 Nummer 3 zu einer Ausweisung im Regelfall führen. Der Ausweisung können sowohl spezial- als auch generalpräventive Erwägungen zugrunde gelegt werden.
- 54.1.3.4 Bei den besonders gefährlichen und schwer zu bekämpfenden Straftaten nach dem BtMG liegt grundsätzlich ein besonders schwerwiegender Ausweisungsgrund im Sinne völkerrechtlicher Verträge vor (vgl. etwa Artikel 3 Absatz 3 Europäisches Niederlassungsabkommen). Dabei müssen die für die Ausweisung sprechenden Gründe diese Maßnahme als unvermeidbar erscheinen lassen, d. h. die maßgebenden Gründe müssen so gewichtig sein, dass die Anwesenheit des Ausländers auch bei Anlegung strenger Maßstäbe nicht länger hingenommen werden kann.
- 54.1.4 Auch die Ausweisung nach § 54 Nummer 4 setzt keine strafgerichtliche Verurteilung voraus. Der Ausweisung sind insbesondere polizeiliche Ermittlungsergebnisse oder eine Anklageschrift der Strafverfolgungsbehörde zugrunde zu legen (§ 86, § 87 Absatz 1). Die Ausweisung kann auch vor Eintritt der Rechtskraft einer der in § 54 Nummer 1 genannten entsprechenden strafgerichtlichen Verurteilungen verfügt werden, ohne dass es bei der Ausweisung im Regelfall darauf ankommt, ob die Vollstreckung der Strafe zur Bewährung

ausgesetzt worden ist. Befindet sich der Ausländer in Untersuchungshaft oder Strafhaft, kann in Fällen, in denen kein besonderes Vollzugsinteresse besteht (z. B. Entlassungstermin steht noch nicht fest), mit der Ausweisung zugewartet werden, bis eine rechtskräftige strafgerichtliche Verurteilung vorliegt, die etwa eine Ausweisung nach § 54 Nummer 1 erfordert. Dennoch ist dem Ausländer auch in diesen Fällen unmittelbar nach Bekanntwerden entsprechender Ausweisungsgründe Gelegenheit zu geben, sich zu der beabsichtigten Ausweisung zu äußern.

54.2 Ausweisungstatbestände mit Bezug zu terroristischen oder extremistischen Bestrebungen

54.2.1 Die Ausweisung im Regelfall nach § 54 Nummer 5 betrifft gewaltbereite Extremisten, Terroristen oder Unterstützer von Terroristen. Dabei muss die von einem Ausländer ausgehende Gefahr entweder gegenwärtig bestehen oder für die Zukunft zu erwarten sein, abgeschlossene Sachverhalte vor allem aus der weiter zurück liegenden Vergangenheit ohne gegenwärtige oder künftige Relevanz bleiben außer Betracht. In der Vergangenheit liegende Tatsachen können aber als Indiz für eine Wiederholungsgefahr verwertet werden. So genügt es etwa, wenn aufgrund des Vorverhaltens des Ausländers damit gerechnet werden kann, dass dieser von terroristischen Gewalttätern als Anlaufstelle oder Kontaktperson genutzt wird. Der Ausweisungsgrund besteht somit nicht, wenn die Gefahrenprognose negativ ausfällt und daher eine Sicherheitsbeeinträchtigung nicht mehr zu erwarten ist. Ein strafbares oder strafbewehrtes Verhalten ist nicht erforderlich. Aus den Gesamtumständen des Einzelfalls müssen sich mit hinreichender Wahrscheinlichkeit Folgerungen ableiten lassen, dass die vom Betroffenen vorgenommenen Handlungen dazu dienen, den Terrorismus zu unterstützen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass einer extremistischen oder terroristischen Betätigung i. d. R. eine intensive ideologische Radikalisierung zu Grunde liegt, die in aller Regel zu der Bereitschaft führt, künftig ähnliche Handlungen vorzunehmen. Angesichts der vom internationalen Terrorismus ausgehenden außerordentlichen Gefahren ist die Eingriffsschwelle nicht zu hoch anzusetzen. Sofern der Ausländer aktuell einer terroristischen Vereinigung angehört oder eine solche unterstützt, begründet dies kraft Gesetzes die Vermutung, dass vom Ausländer eine gegenwärtige konkrete Gefahr ausgeht. Eine konkrete Gefährdung ist nicht nachzuweisen. Zur Gefahrenprognose in diesen Fällen vgl. näher Nummer Vor 53.3.1.6.

54.2.1.1 Mit der Regelung in Nummer 5 werden Bestrebungen innerhalb und außerhalb des Bundesgebietes agierender Tätergruppen erfasst. Schutzgut ist insbesondere die Fähigkeit des Staates, Beeinträchtigungen und Störungen seiner Sicherheit nach innen und außen abzuwehren. Dazu gehört es auch, wenn aus-

wärtige Konflikte auf deutschem Boden ausgetragen oder vorbereitet werden. Zudem ist Deutschland auch im internationalen Rahmen verpflichtet, Terroristen keinen sicheren Ruhe- und Rückzugsraum zu bieten. Erfasst wird ebenfalls die Mitgliedschaft oder Unterstützung von Gruppierungen, die Anschläge gegen Personen oder Sachen veranlassen, befürworten oder androhen, unabhängig davon, wo die Anschläge verübt werden.

- 54.2.1.2.1 Die Tatbestandsmerkmale „Unterstützen einer Vereinigung, die ihrerseits den Terrorismus unterstützt“ sind weit auszulegen. Tatbestandsmäßig ist jede Tätigkeit, die sich in irgendeiner Weise positiv auf die Aktionsmöglichkeiten einer solchen Vereinigung auswirkt und damit ihr Gefährdungspotential stärkt. An einem Unterstützen fehlt es hingegen, wenn jemand lediglich einzelne politische, humanitäre oder sonstige Ziele der Organisation, nicht aber auch die Unterstützung des Terrorismus befürwortet und nur dies, etwa durch seine Teilnahme an erlaubten Veranstaltungen, in Wahrnehmung seines Grundrechts auf freie Meinungsäußerung nach außen vertritt. Dies gilt nach Auffassung des Bundesverwaltungsgerichts jedoch nicht uneingeschränkt: Dienen solche Veranstaltungen erkennbar dazu, nicht nur einzelne Meinungen kundzutun, wie sie auch die Vereinigung vertritt, sondern durch die auch massenhafte Teilnahme jedenfalls auch diese Vereinigung selbst vorbehaltlos und unter Inkaufnahme des Anscheins der Billigung ihrer terroristischen Bestrebungen (beispielsweise wegen des angekündigten Auftretens von Funktionären einer verbotenen Vereinigung, die den Terrorismus unterstützt) zu fördern, dann liegt ein im Hinblick auf den Normzweck potenziell gefährliches Unterstützen i. S. d. Vorschrift vor. Eine Unterstützung kann ferner dann in Betracht kommen, wenn durch zahlreiche Beteiligungen an Demonstrationen und Veranstaltungen im Umfeld einer verbotenen Vereinigung bei einer wertenden Gesamtschau feststeht, dass der Ausländer auch als Nichtmitglied in einer inneren Nähe und Verbundenheit zu der Vereinigung selbst steht, die er durch sein Engagement als ständiger (passiver) Teilnehmer zum Ausdruck bringt und damit deren Stellung in der Gesellschaft (vor allem unter Landsleuten) begünstigend beeinflusst, ihre Aktionsmöglichkeiten und eventuell auch ihr Rekrutierungsfeld erweitert und dadurch insgesamt zu einer Stärkung ihres latenten Gefahrenpotenzials beiträgt. Eine Unterstützungshandlung ist nur dann tatbestandsmäßig, wenn auch die eine Unterstützung der Vereinigung, ihrer Bestrebungen oder ihrer Tätigkeit bezweckende Zielrichtung des Handelns für den Ausländer erkennbar ist. Nicht erforderlich ist jedoch, dass ein bedingter Vorsatz im strafrechtlichen Sinne vorliegt. Insgesamt kann erst nach einer umfassenden und konkreten Prüfung der Aktivitäten der Vereinigung und des Verhaltens des Ausländers durch eine

wertende Gesamtbetrachtung entschieden werden, ob ein Ausländer die Voraussetzungen erfüllt.

- 54.2.1.2.2 Das dem Schein nach legitime, aber seinem Ausmaß nach umfassende Auftreten und Handeln für eine Vereinigung, die den Terrorismus unterstützt, das so genannte legalistische Auftreten, ist als Unterstützung der Vereinigung insgesamt, einschließlich ihrer terrorunterstützenden Aktivitäten zu werten. Die Durchführung von Spendensammelaktionen oder die Unterstützung von Finanztransaktionen zugunsten der Vereinigung führt im Zweifel zur Unterstützung der Vereinigung insgesamt, so dass ausreichende Anhaltspunkte vorliegen, dass § 54 Nummer 5 Anwendung finden kann. Dabei ist zu beachten, dass terroristische Vereinigungen niemals offen Gelder für den Terror einwerben und zumeist die Verwirklichung gemeinnütziger Ziele vorspiegeln.

- 54.2.1.3 Der Begriff des Terrorismus wird im Aufenthaltsgesetz nicht definiert. Es ist aber weitgehend geklärt, unter welchen Voraussetzungen die – völkerrechtlich geächtete – Verfolgung politischer Ziele mit terroristischen Mitteln anzunehmen ist. Insoweit ist insbesondere auf die Definition terroristischer Straftaten im Internationalen Übereinkommen zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus vom 9. Dezember 1999 (BGBl. 2003 II S. 1923) und auf die Definition terroristischer Straftaten auf Gemeinschaftsebene im Beschluss des Rates Nummer 2002/475/JI vom 13. Juni 2002 (ABl. L 164 S. 3) in der jeweils geltenden Fassung zu verweisen. Einen weiteren Anhaltspunkt bietet die im Anhang des Gemeinsamen Standpunkts des Rates Nr. 2001/931/GASP vom 27. Dezember 2001 über die Anwendung besonderer Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus (ABl. L 344 S. 93) enthaltene Auflistung von Personen, Vereinigungen und Körperschaften, die an terroristischen Handlungen beteiligt sind in ihrer jeweils gültigen Fassung. Gleiches gilt für die auf Grund der UNSCR 1267 (1999) und 1333 (2000) erstellten Liste des Al Qaida/Taliban Sanctions Committee des VN-Sicherheitsrats zu Mitgliedern von Al-Qaida, den Taliban sowie anderen mit ihnen verbündeten Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen (umgesetzt von der EU durch Gemeinsamen Standpunkt des Rates Nr. 2002/402/GASP vom 27. Mai 2002 betreffend restriktive Maßnahmen gegen Osama bin Laden, Mitglieder der Al-Qaida-Organisation und die Taliban sowie andere mit ihnen verbündeten Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen und zur Aufhebung der Gemeinsamen Standpunkte 96/746/GASP, 1999/727/GASP, 2001/154/GASP und 2001/77/GASP, ABl. L 139 S. 4) in der jeweils gültigen Fassung.

- 54.2.2 Der Tatbestand der Nummer 5a enthält mehrere Handlungsvarianten, die alle die Grundordnung des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens betreffen, aber kein strafbares Verhalten vor-

aussetzen. Für die Ausweisung genügt eine Gefahr, die sich aus dem Verbleib des Ausländers im Bundesgebiet ergibt. Reine Vermutungen oder eine entfernte Möglichkeit eines Schadenseintritts genügen nicht. Wegen des hohen Rangs des gefährdeten Rechtsguts werden an den Wahrscheinlichkeitsmaßstab für den Eintritt der Gefährdung nach Maßgabe des Verhältnismäßigkeitsprinzips keine hohen Anforderungen gestellt. Die Ausländerbehörde hat im Rahmen einer Güter- und Interessenabwägung zu prüfen, ob der Ausweisung eine mildere Maßnahme vorzuziehen ist (z. B. nach § 47).

54.2.2.1

Eine „Gefährdung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland“ ist insbesondere bei politischen oder politisch begründeten Tätigkeiten anzunehmen, die sich gegen grundlegende Verfassungsprinzipien richten. Zu den grundlegenden Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gehören insbesondere die Achtung vor den im Gesetz konkretisierten Menschenrechten, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsgemäße Bildung und Ausübung einer Opposition. Eine Gefährdung liegt erst dann vor, wenn eine auf Tatsachen gestützte, nicht bloß entfernte Möglichkeit eines Schadenseintritts besteht. Ein Schaden muss noch nicht entstanden sein. Der möglicherweise eintretende Schaden muss auch nicht die Durchsetzung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im gesamten oder in wesentlichen Teilen des Bundesgebietes gefährden; es genügen rein örtliche oder auf einzelne Verfassungsprinzipien bezogene Beeinträchtigungen von einiger Erheblichkeit. Das Verhalten des Ausländers muss weder strafbar noch strafbewehrt sein. Es kann auch von einem Ort außerhalb Deutschlands ausgehen. Es ist daher im Interesse der Abwehr erheblicher Gefahren möglich, sich noch nicht im Bundesgebiet aufhaltende Ausländer auszuweisen.

54.2.2.2

Der Ausweisungsgrund der „Gefährdung der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland“ umfasst sowohl die innere als auch die äußere Sicherheit des Staates. Zur Wahrung der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland ist es erforderlich, dass sich der Staat nach innen und außen gegen Angriffe und Störungen zur Wehr setzen kann. So gefährdet etwa die Anwesenheit terroristischer Gewalttäter und ihrer Helfer die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland; gleiches gilt für die dauerhafte und nachhaltige Unterstützung einer Vereinigung, die den Terrorismus unterstützt. Der Begriff der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland ist enger zu verstehen als der Begriff der öffentlichen Sicherheit i. S. v. § 55 Absatz 1. Nicht jede durch eine Gesetzesverletzung verursachte Beein-

trächtigung der öffentlichen Sicherheit stellt dabei gleichzeitig eine Gefährdung der „inneren Sicherheit“ des Staates dar.

54.2.2.2.1

Nur wenn die innere oder äußere Sicherheit des Bundes und der Länder selbst, d. h. die Sicherheit ihrer Einrichtungen, der Amtsführung ihrer Organe und des friedlichen und freien Zusammenlebens der Bewohner, ferner die Sicherheit lebenswichtiger Verkehrs- und Versorgungseinrichtungen gefährdet ist und diese Gefährdung die bloße Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit in beachtlichem Maße übersteigt, liegt eine Gefährdung der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland vor. Die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland kann auch gefährdet sein, wenn ihre Bevölkerung bzw. nichtstaatliche Einrichtungen, deren Beeinträchtigung erhebliche Schadensfolgen nach sich ziehen würde, durch Terrorakte oder andere erhebliche Straftaten bedroht werden (so genannte „weiche Ziele“, vgl. Nummer 58a.1.2.1). Es ist nicht erforderlich, dass das Sicherheitsgefüge des Bundes oder Landes an sich umfassend beeinträchtigt wird. Es genügen auch erhebliche, sich aber überwiegend lokal auswirkende Beeinträchtigungen, wie sie etwa durch das Bestreben entstehen können, durch Gewaltakte oder erhebliche Sachbeschädigungen, wie etwa Brandstiftungen, Angehörige einzelner Bevölkerungsgruppen in ihrem Sicherheitsgefühl und Vertrauen in die staatliche Gewährleistung ihrer Sicherheit erheblich zu verunsichern und so zum Fortzug aus bestimmten Gegenden oder Stadtteilen zu bewegen.

54.2.2.2.2

Bestand und Funktionsfähigkeit des Staates werden vor allem durch die organisierte Kriminalität sowie durch extremistisch oder terroristisch motivierte Anschläge auf Staatsorgane gefährdet. Auch Vorbereitungs- und Unterstützungstätigkeiten, die ihrerseits noch nicht die Schwelle zur Strafbarkeit überschritten haben, können den Tatbestand der Gefährdung erfüllen. Die objektive Gefährdung durch den Ausländer und seine Anwesenheit im Bundesgebiet genügen. Die Ausländerbehörde hat eine auf Tatsachen gestützte Prognose zu treffen, nach der ein bloßer Schadenseintritt nicht bloß entfernt möglich erscheint. Bloße Vermutungen genügen nicht. Zur Gefahrenprognose vgl. näher Nummer Vor 53.3.1.6.

54.2.2.3

Der öffentliche Aufruf zur Gewaltanwendung, die Drohung mit Gewaltanwendung oder die Beteiligung an Gewalttätigkeiten bei der Verfolgung politischer Ziele führen grundsätzlich zu einer Ausweisung nach § 54 Nummer 5a. Durch die Verherrlichung der Anwendung von Gewalt (z. B. Zeigen oder Anbieten von gewaltverherrlichenden Transparenten im Rahmen von Demonstrationen) werden die Rechtsordnung und deren Funktion gefährdet.

54.3

§ 54 Nummer 6 sanktioniert in wesentlichen Punkten falsche oder unvollständige Angaben

über Verbindungen zu Personen oder Organisationen mit terroristischem Hintergrund im Wege der Regelausweisung. Gleiches gilt für das Verheimlichen von früheren Aufenthalten in bestimmten anderen Staaten oder in der Bundesrepublik Deutschland (etwa unter anderen Namen).

54.3.0 Eine Befragung nach § 54 Nummer 6 steht im Ermessen der Ausländerbehörde. Sie sollte jedoch immer dann durchgeführt werden, wenn Erkenntnisse aus einer Sicherheitsanfrage nach § 73 Absatz 2 dies nahe legen oder wenn sonstige sicherheitsrelevante Erkenntnisse vorliegen und die Durchführung der Sicherheitsbefragung aus ausländerrechtlichen Gesichtspunkten sinnvoll erscheint (beispielsweise kann auf die Durchführung einer Sicherheitsbefragung verzichtet werden, wenn aufenthaltsbeendende Maßnahmen bereits aufgrund der vorliegenden Erkenntnisse möglich sind). Als Vorstufe für eine sich anschließende Sicherheitsbefragung oder auch zur Arbeitserleichterung kann der Einsatz eines Fragebogens sinnvoll sein. Der Fragebogen kann die in der jeweils geltenden Fassung der Verordnung (EG) Nummer 2580/2001 des Rates vom 27. Dezember 2001 über spezifische, gegen bestimmte Personen und Organisationen gerichtete restriktive Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus (ABl. EG Nummer L 344/70 S. 1) aufgeführten Organisationen enthalten. Der Ausländer kann nach Kontakten/Zugehörigkeiten zu einer dieser Organisationen befragt werden. Daneben kann auch allgemein nach Zugehörigkeit zu Parteien, Organisationen, Vereinigungen und Bewegungen, die (auch) politische Ziele verfolgen, oder dem Kontakt zu (näher bestimmten) Personen gefragt werden, wobei die Verordnung (EG) Nummer 2580/2001 der Auswertung zu Grunde zu legen ist.

54.3.1 Falsche Angaben über frühere Aufenthalte in Deutschland oder in bestimmten anderen Staaten, insbesondere in den durch die Verwaltungsvorschrift nach § 73 Absatz 4 bestimmten Fällen (vgl. Nummer 73.4), deuten auf ein erhebliches Sicherheitsrisiko hin. Dies gilt namentlich für Voraufenthalte unter anderem Namen. Hintergrund der Regelung des § 54 Nummer 6 ist die Erfahrung, dass Terroristen zum Teil legal nach Deutschland einreisen und sich hier rechtmäßig aufhalten. Bei der Gewährung von Einreisemöglichkeiten oder Aufenthaltsrechten ist daher der Berücksichtigung von Voraufenthalten in von der Verwaltungsvorschrift nach § 73 Absatz 4 umfassten Staaten oder des Reiseverkehrs zwischen diesen Staaten und Deutschland erhebliches Gewicht zuzumessen. Dementsprechend genügt bereits der Nachweis solcher unrichtiger Angaben für eine Ausweisung im Regelfall. Ein darüber hinausgehender Nachweis eines Kontaktes zum Terrorismus ist nicht erforderlich.

54.3.2 Auch im Falle in wesentlichen Punkten falscher oder unvollständiger Angaben über Kontakte

zu Personen oder Organisationen mit terroristischem Hintergrund ist es nicht erforderlich, dass der Ausländer tatsächlich mit diesen Personen oder Organisationen zusammenwirkt. Ebenso wie § 54 Nummer 5 erfasst Nummer 6 jede Art des Terrorismus, unabhängig davon, ob es sich um nationalen oder internationalen Terrorismus handelt.

54.3.3.1 Dem Ausländer steht kein Aussageverweigerungsrecht zu. Das strafrechtliche Prinzip, sich nicht selbst belasten zu müssen, findet im Rahmen des Sicherheitsgesprächs keine Anwendung.

54.3.3.2 Keine Angaben oder die Verweigerung von Angaben sind unvollständigen Angaben gleichzusetzen. Der Ausländer ist hierauf hinzuweisen und der Hinweis ist aktenkundig zu machen.

54.3.4 Die Offenbarung von Tatsachen i. S. v. Nummer 54.3 zu einem späteren Zeitpunkt lässt die zuvor eingetretene Erfüllung des Tatbestandes des § 54 Nummer 6 nicht wieder entfallen. Die Regelung soll neben der Ermöglichung einer umfassenden Ermittlung und Bewertung der von dem einzelnen Ausländer ausgehenden Gefahr für die innere und äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland auch sicherstellen, dass Ausländer angesichts der unter Nummer 54.3.1 genannten Risiken allgemein im Rahmen von Sicherheitsbefragungen möglichst vollständige Angaben zu den genannten Tatsachen machen. Würde die Möglichkeit eröffnet, zunächst verheimlichte relevante Tatsachen nachträglich ohne Konsequenzen zu offenbaren, liefe dieser Zweck leer.

54.3.5 Eine Ausweisung auf der Grundlage des § 54 Nummer 6 kommt nur dann in Betracht, wenn der Ausländer in einer Befragung, die der Klärung von Bedenken gegen die Einreise oder den weiteren Aufenthalt dient, durch die Auslandsvertretung oder die Ausländerbehörde vor der Befragung ausdrücklich auf den sicherheitsrechtlichen Aspekt der Befragung und die Rechtsfolgen falscher oder unrichtiger Angaben hingewiesen worden ist (§ 54 Nummer 6 2. Halbsatz).

54.4 Auf Grund § 54 Nummer 7 werden auch Leiter unanfechtbar nach Artikel 9 Absatz 2 GG, § 3 Absatz 1 Satz 1 VereinsG verbotener Vereine ausgewiesen. Ausreichend ist die Stellung als Vereinsleiter; ein sonstiges sicherheitsgefährdendes oder strafbares Verhalten ist nicht notwendig. Leiter eines Vereins ist grundsätzlich der Vorstand; wenn der Verein keinen Vorstand hat, die zur Vertretung berechtigten Mitglieder. Der Begriff des Vorstands ist weiter gefasst als im bürgerlich-rechtlichen Sinne und umfasst auch Personen, die nicht förmlich als Vorstand bestellt sind, aber an der tatsächlichen Leitung des Vereins teilhaben, d. h. für den Verein maßgebliche Funktionen ausüben. Hierzu zählen zum einen Personen, die geistig oder wirtschaftlich de facto eine maßgebliche Rolle im

Verein spielen (herausgehobene Mitglieder ohne Funktionärsstatus, so genannte Rädelsführer). Zum anderen kann es sich um Personen handeln, die als Außenstehender, d.h. ohne Mitglied zu sein, das Vereinsgeschehen geistig oder wirtschaftlich de facto maßgeblich beeinflussen (so genannte Hintermänner). Diese Funktionen müssen zu einem Zeitpunkt ausgeübt werden, zu dem der Verein bereits einen gemäß Artikel 9 Absatz 2 GG, § 3 Absatz 1 Satz 1 VereinsG zuwiderlaufenden Zweck hatte bzw. eine entsprechende Tätigkeit entfaltete. Der bzw. die Leiter sind namentlich aus der Adressierung der Verbotsverfügung ersichtlich, ggf. i. V.m. der Verbotsbegründung. In Zweifelsfällen sollte die Verbotsbehörde um nähere Informationen gebeten werden. Leiter von Nachfolge- bzw. Ersatzorganisationen sind nur dann vom Tatbestand erfasst, wenn eine Feststellungsverfügung i. S. v. § 8 Absatz 2 Satz 1 VereinsG vorliegt.

54a Zu § 54a – Überwachung ausgewiesener Ausländer aus Gründen der inneren Sicherheit

54a.0 Allgemeines

54a.0.1 § 54a dient der stärkeren Kontrolle gefährlicher, vollziehbar ausgewiesener bzw. mit einer Abschiebungsanordnung nach § 58a belegter Ausländer, die sich weiterhin im Bundesgebiet aufhalten. Grund für den weiteren Aufenthalt in Deutschland können insbesondere rechtliche oder tatsächliche Abschiebungshindernisse sein.

54a.0.2 Der wiederholte Verstoß gegen Pflichten nach § 54a ist gemäß § 95 Absatz 1 Nummer 6a strafbewehrt.

54a.0.3 Die von der Behörde getroffenen Maßnahmen nach § 54a Absatz 3 und Absatz 4 sind kraft Gesetzes (§ 54a Absatz 5 Satz 2) sofort vollziehbar. § 54a Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 trifft für die Fälle der Ausweisung nach § 54 Nummer 5 und Nummer 5a dagegen die Regelung, dass die Meldepflicht und die Aufenthaltsbeschränkung zwar ebenfalls unmittelbar kraft Gesetzes gelten, aber nur dann, wenn die Ausweisungsverfügung selbst vollziehbar ist. In den Fällen des § 54 Nummer 5 und Nummer 5a kann die Anordnung der sofortigen Vollziehung einer Ausweisungsverfügung auch allein zu dem Zweck erfolgen, die Folgen nach § 54a Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 eintreten zu lassen. Denn auch ein Ausländer, der nach § 54 Nummer 5 und Nummer 5a ausgewiesen worden ist, aber wegen eines Abschiebungsverbots nicht abgeschoben werden kann, muss aus dringenden Sicherheitsgründen ebenfalls den Maßnahmen nach § 54a Absatz 1 und Absatz 2 unterworfen werden können (vgl. auch Nummer Vor 53.7.2).

54a.0.4 Anordnungen nach § 54a sollten i. d. R. mit der Androhung von Mitteln des Verwaltungszwanges verbunden werden. Die Androhung

von Zwangsgeld führt regelmäßig nicht zum Ziel, weil ein Verstoß gegen die räumliche Beschränkung oder das Kommunikationsmittelverbot unverzüglich unterbunden werden muss. Insofern wird wegen der Gefahr des Untertauchens nach Bescheiderlass regelmäßig der unmittelbare Zwang das geeignete Zwangsmittel sein.

54a.1

Meldepflicht

54a.1.1

Nach Absatz 1 Satz 1 besteht für Ausländer, gegen die eine vollziehbare Ausweisungsverfügung nach § 54 Nummer 5, 5a oder eine vollziehbare Abschiebungsanordnung nach § 58a ergangen ist, eine gesetzliche Meldepflicht. I. d. R. hat sich der Betroffene persönlich bei der zuständigen polizeilichen Dienststelle einzufinden. Die Ausländerbehörde kann abweichende Regelungen treffen, insbesondere bestimmen, dass sich der Ausländer mehr als einmal wöchentlich bei der örtlich zuständigen Polizeidienststelle zu melden hat. Dem Ausländer kann zusätzlich eine bestimmte Zeitspanne (in Stunden) für die Meldung bei der Polizeidienststelle vorgegeben werden. Ein Absehen von der Meldepflicht ist nur auf Grund besonderer Umstände – etwa schwerer Krankheit – in Betracht zu ziehen, die im Einzelfall vom Ausländer plausibel darzulegen sind.

54a.1.2

Eine Meldepflicht kann auch beim Vorliegen anderer Ausweisungsgründe angeordnet werden, wenn dies zur Abwehr einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung erforderlich ist (§ 54a Absatz 1 Satz 2) und der Ausländer aufgrund dieser Ausweisungsgründe vollziehbar ausreisepflichtig ist. Andere als die in Satz 1 genannten Ausweisungsgründe sind die Ermessenausweisungsgründe des § 55, die Regelausweisungsgründe des § 54 Nummer 1 bis 4, 6 und 7 sowie die zwingenden Ausweisungsgründe des § 53.

54a.2

Aufenthaltsbeschränkung

54a.2.1

Absatz 2 betrifft jeden Ausländer, der Meldepflichten gemäß Absatz 1 unterliegt, unabhängig davon, ob sie gesetzlich bestimmt sind oder von der Ausländerbehörde im Einzelfall angeordnet wurden. Durch die Begrenzung auf den Bezirk der Ausländerbehörde ist der Aufenthalt des Betroffenen stärker als nach § 61 Absatz 1 Satz 1 eingeschränkt.

54a.2.2

Die sofortige Vollziehung dieser Verpflichtung ist durch die Ausländerbehörde gesondert anzuordnen. Die Ausländerbehörde kann dem Ausländer das Verlassen des beschränkten Aufenthaltsbereichs erlauben (so genannte Verlassensserlaubnis). Die Erlaubnis ist zu erteilen, wenn hieran ein dringendes öffentliches Interesse besteht, zwingende Gründe es erfordern oder die Versagung der Erlaubnis eine unbillige Härte bedeuten würde (§ 12 Absatz 5). Insofern ist ein strenger Maßstab anzulegen und zu bedenken, dass Gründe der persönlichen Lebensführung bereits in der Ausweisung geprüft

wurden und, soweit eine Prüfung erfolgt ist, eine Verlassenserlaubnis grundsätzlich nicht begründen können. Im Rahmen der in Nummer 12.5.2.2 dargelegten Grundsätze sind daher in erster Linie gesundheitliche bzw. dringende familiäre Gründe (z. B. Besuch eines schwerstkranken Familienangehörigen) für eine Verlassenserlaubnis von Bedeutung. Der Ausländer kann Termine bei Behörden und Gerichten, bei denen sein persönliches Erscheinen erforderlich ist, ohne Erlaubnis wahrnehmen (§ 12 Absatz 5 Satz 3). Auf Nummer 12.5.3 wird Bezug genommen.

54a.3 Wohnsitzbeschränkende Auflagen

54a.3.1.1 Nach Absatz 3 kann die Ausländerbehörde den Wohnort des Ausländers oder die Unterbringung in bestimmte Unterkünfte bestimmen, um

- Aktivitäten des Ausländers, die zur Ausweisung geführt haben (z. B. Unterstützungshandlungen für terroristische oder den Terrorismus unterstützende Vereinigungen), zu erschweren oder zu unterbinden und
- die Einhaltung vereinsrechtlicher oder sonstiger gesetzlicher Auflagen und Verpflichtungen besser überwachen zu können. Durch die räumliche Trennung maßgebender Funktionsträger eines verbotenen Vereins kann z. B. der Fortführung der durch den verbotenen Verein verfolgten Ziele begegnet werden.

54a.3.1.2 Die Anordnung liegt im Ermessen der Ausländerbehörde und ist kraft Gesetzes sofort vollziehbar (§ 54a Absatz 5 Satz 2). Für ausländerrechtliche Maßnahmen bleibt die Ausländerbehörde weiterhin zuständig, auch wenn der Wohnort außerhalb ihres Bezirks liegt.

54a.3.1.3 Der von der Ausländerbehörde bestimmte Wohnort oder die Unterkunft kann auch in einem anderen Bundesland liegen, soweit dies im Einvernehmen mit dem anderen Land und der für den dortigen Wohnort zuständigen Ausländerbehörde geschieht.

54a.3.2 Der Ausländer ist durch die zuständige Behörde wiederholt – das erste Mal bereits im Rahmen der Anordnung – darauf hinzuweisen, dass ein Verstoß gegen die auferlegte Verpflichtung zur Wohnungsnahme nach wiederholter Belehrung gemäß § 95 Absatz 1 Nummer 6a strafbar sein kann.

54a.3.3 Mit jedem Hinweis soll eine Frist zur Erfüllung der Verpflichtung gesetzt werden. Die Länge der Frist ist unter Berücksichtigung der konkreten Umstände zu bemessen – z. B. an der Verfügbarkeit einer der Verpflichtung genügenden Wohnung; die zweite Frist kann erheblich kürzer ausfallen als die erste, da der Ausländer bereits gewarnt ist und bereits ausreichend Zeit hatte, die erforderlichen Vorbereitungen zu treffen.

54a.3.4 Die jeweilige Hinweiserteilung ist aktenkundig zu machen, um den ggf. erforderlichen Tatnachweis zu erleichtern.

54a.3.5 Die Verpflichtung, in einer Gemeinschaftsunterkunft zu wohnen, zielt im Hinblick auf ihre sicherheitsrechtliche Ausformung auf den körperlichen Aufenthalt des Betroffenen in der ihm zugewiesenen Wohnung ab. „Wohnen“ i. S. v. § 54a bedeutet zumindest häufige regelmäßige Aufenthalte in der zugewiesenen Unterkunft tagsüber im Rahmen der Bewegungsfreiheit und ausnahmslos das Übernachten dort. Etwaige Ausnahmen hiervon unterliegen dem Vorbehalt einer Erlaubnis durch die Ausländerbehörde unter bestimmten damit einhergehenden Bedingungen und Auflagen entsprechend § 12 Absatz 4 (z. B. erweiterte Meldepflichten, stark eingegrenzter Rahmen der Ausnahmegenehmigung). Für Ausnahmen müssen aus der Gesamtbetrachtung der Umstände heraus gewichtige Gründe zur Antragsbegründung vorgebracht werden. Eine Antragstellung muss aufgrund der vorgenannten Gründe rechtzeitig erfolgen, um entsprechende Vorlaufzeiten bei den beteiligten Behörden zu gewährleisten.

54a.4 Kommunikationsbeschränkungen

54a.4.1 Absatz 4 ermöglicht die Unterbindung der Nutzung bestimmter Kommunikationsmittel und -dienste, soweit Kommunikationsmittel verbleiben und die Beschränkung notwendig ist, um schwere Gefahren für die innere Sicherheit oder Leib und Leben Dritter abzuwehren. Zu den nach Absatz 4 erfassten Kommunikationsmitteln und -diensten gehören technische Kommunikationsmittel wie Telefon, Telegraphie, Satellitenfunk, Druckerzeugnisse in verschiedener Form (z. B. Buch, Zeitung, Flugblatt, Plakat, Fotokopie), Rundfunk, Fernsehen und das Internet sowie die Anbieter entsprechender Dienstleistungen.

54a.4.2 Die Anordnung liegt im Ermessen der Ausländerbehörde und ist kraft Gesetzes sofort vollziehbar (§ 54a Absatz 5 Satz 2). Bei der Anordnung eines Kommunikationsverbotes wird empfohlen, für das Gerät, dessen Nutzung gestattet wird, der Ausländerbehörde vorab dessen Telefon-, Karten- und Gerätenummer (IMEI) mitzuteilen.

54a.5 Ruhen der Verpflichtungen bei Haft

Soweit die Haft eines ursprünglich mit Maßnahmen nach § 54a belegten Ausländers unterbrochen (z. B. während eines Freigangs) oder beendet wird, leben die Verpflichtungen nach den Absätzen 1 bis 4 wieder auf.

55 Zu § 55 – Ermessensausweisung

55.0 Allgemeines

55.0.1 § 55 ist die zur Ausweisung auf Grund einer Ermessensentscheidung ermächtigende Grund-

norm. Sie dient gegenüber den §§ 53, 54 als Auffangtatbestand. Absatz 1 hat general-klauselartigen Charakter, während in Absatz 2 eine Konkretisierung durch bestimmte Ausweisungsgründe, die in Form von Regelbeispielen („insbesondere“) gefasst sind, erfolgt. Eine ausschließlich auf § 55 Absatz 1 gestützte Ausweisung ist möglich, kann aber nur dann verfügt werden, wenn kein spezifischer Ausweisungsgrund nach Absatz 2 und §§ 53, 54 vorliegt. Eine lediglich vereinzelte und geringfügige Beeinträchtigung eines erheblichen öffentlichen Interesses erfüllt noch nicht den Ausweisungstatbestand des Absatzes 1. Ist eines der Regelbeispiele des Absatzes 2 zwar einschlägig, aber nicht erfüllt, kommt ein Rückgriff auf Absatz 1 nicht in Betracht, da im Übrigen die Wertungen des Gesetzgebers unterlaufen würden. Als Ausweisungstatbestände in Absatz 2 abschließend erfasst sind die Sachverhalte Gewerbsunzucht, Drogenkonsum, Gefährdung der öffentlichen Gesundheit, wirtschaftliche Unterstützungsbedürftigkeit und Inanspruchnahme von Erziehungshilfe. Sofern die für diese Sachverhalte in Absatz 2 normierten Ausweisungsvoraussetzungen nicht vorliegen, ist ein Rückgriff auf den Ausweisungsgrundtatbestand des Absatzes 1 ebenfalls ausgeschlossen. So ist beispielsweise bei Inanspruchnahme des von § 55 Absatz 2 Nummer 6 nicht umfassten Arbeitslosengeldes II (Leistung nach dem SGB II) eine Ausweisung nach § 55 Absatz 1 nicht möglich.

55.0.2 Die Ausweisung von Berechtigten nach dem ARB 1/80 ist stets auf § 55 zu stützen, da sie nur auf Grund einer einzelfallbezogenen Ermessensentscheidung zulässig ist (vgl. Nummer Vor 53.5.2).

55.1 Grundtatbestand

55.1.1 Erhebliche Interessen der Bundesrepublik Deutschland

55.1.1.1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung

Die Begriffe öffentliche Sicherheit und Ordnung sind i. S. d. Polizei- und Ordnungsrechts zu verstehen.

Öffentliche Sicherheit ist die Unverletzlichkeit der objektiven Rechtsordnung, der subjektiven Rechte und Rechtsgüter des einzelnen sowie der Einrichtungen und Veranstaltungen des Staates und der sonstigen Träger der Hoheitsgewalt. Eine Ausweisung nach § 55 Absatz 1 kommt etwa auch dann in Betracht, wenn ein hinreichender Verdacht auf schwere Straftaten besteht, ohne dass es bislang zu einer strafgerichtlichen Verurteilung gekommen wäre; allerdings ist ein Rückgriff auf die Generalklausel dann entbehrlich, wenn der entsprechende Verstoß gegen Rechtsvorschriften belegbar ist i. S. v. § 55 Absatz 2 Nummer 2.

Der Schutz der öffentlichen Ordnung umfasst den nicht durch Rechtsvorschriften geschützten

Bereich (gesellschaftliche Normen), der nach den jeweils herrschenden Anschauungen zu den unerlässlichen Voraussetzungen eines geordneten staatsbürgerlichen Gemeinschaftslebens gehört.

55.1.1.2

Sonstige erhebliche Interessen

Von den sonstigen erheblichen Interessen der Bundesrepublik Deutschland sind alle öffentlichen Interessen umfasst, die wegen ihrer Bedeutung besonders schutzwürdig sind. Dazu gehören wichtige gesamtwirtschaftliche sowie entwicklungs- und außenpolitische Belange. Eine Beeinträchtigung sonstiger erheblicher Interessen der Bundesrepublik Deutschland kann beispielsweise eine Gefährdung der wirtschaftlichen, sozialen oder sonstigen politischen Interessen des staatlichen Gemeinwesens darstellen. Zu diesem Interessenbereich gehören besonders schützenswerte Bereiche wie die Sicherung gesamtwirtschaftlicher Interessen, die deutschen Auslandsbeziehungen, die Vermeidung zwischenstaatlicher Konflikte sowie die äußere Sicherheit des Staates (siehe auch Nummer 5.1.3.1). Eine erhebliche Beeinträchtigung ist anzunehmen, wenn die vom Ausländer ausgehende Gefahr ein Grundinteresse der Gesellschaft berührt. Die Ausweisung wegen Gefährdung der Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zum Ausland bedarf der vorherigen Zustimmung der obersten Landesbehörde. Die oberste Landesbehörde hat sich mit dem Bundesministerium des Innern ins Benehmen zu setzen.

55.1.2

Gefahrenprognose

Soweit eine Ausweisung allein auf eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit nach § 55 Absatz 1 gestützt wird, ist eine Gefahrenprognose nach den im allgemeinen Polizei- und Ordnungsrecht entwickelten Grundsätzen erforderlich (vgl. Nummer Vor 53.3).

55.1.3

Ermessensausübung

Die Ausweisung nach § 55 liegt im pflichtgemäßen Ermessen der Ausländerbehörde. Bei der Ermessensausübung sind das schutzwürdige Interesse des Ausländers am weiteren Verbleib in Deutschland und das öffentliche Interesse an der Ausweisung gegeneinander abzuwägen (Güter- und Interessenabwägung). Persönliche Lebensumstände sind – soweit nicht nach § 55 Absatz 3 zu berücksichtigen – nur im Rahmen des § 82 in die Entscheidung einzubeziehen oder wenn es für die Ausländerbehörde entsprechende konkrete Anhaltspunkte gibt.

55.2

Einzelne Ausweisungsgründe

55.2.0

Allgemeines

Liegt ein Ausweisungsgrund nach § 55 Absatz 2 vor, ist zu prüfen, ob ein Ausweisungsverfahren eingeleitet wird. Die Prüfung umfasst auch die Frage, ob §§ 53, 54 vorrangig

	anzuwenden sind. Liegen Ausweisungsgründe nach § 55 Absatz 2 vor, hat dies nicht zwingend eine Ausweisungsverfügung zur Folge, sondern eröffnet lediglich das Ausweisungsermessen nach § 55.		ist damit nicht der Ausweisungstatbestand nach § 55 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe a) erfüllt, denn für die Erteilung des Einreisevisums oder der Niederlassungserlaubnis ist im Wesentlichen der Arbeitsvertrag maßgeblich. Die Behörden werden somit nicht durch falsche oder unvollständige Angaben getäuscht. Voraussetzung zur Erfüllung des Ausweisungsgrundes ist neben der Täuschung des Arbeitgebers nicht, dass das Arbeitsverhältnis beendet wurde. Vielmehr steht es im Ermessen der Ausländerbehörde, bei Fortbestand trotz Täuschung die Niederlassungserlaubnis nicht zu widerrufen.
55.2.1	Falsche oder unvollständige Angaben, fehlende Mitwirkung	55.2.2	Verstoß gegen Rechtsvorschriften, gerichtliche Entscheidungen oder behördliche Verfügungen; Auslandsstraftaten
55.2.1.0	Nach § 55 Absatz 2 Nummer 1 können für die Ermessensausweisung auch falsche Angaben im Verfahren zur Erlangung eines Aufenthaltstitels, eines Schengen-Visums, eines Passersatzes, der Zulassung einer Ausnahme von der Passpflicht oder der Aussetzung der Abschiebung berücksichtigt werden. Durch Falschangaben dokumentiert der Betroffene, dass er nicht bereit ist, sich an die geltende Rechtsordnung zu halten. Zu den Falschangaben gehören auch Angaben zum Bestehen bzw. zur Herstellung einer ehelichen Lebensgemeinschaft/-partnerschaft, die lediglich formell zur Erlangung eines Aufenthaltstitels erfolgt ist (vgl. aber auch Nummer 55.2.2.8).	55.2.2.1	Rechtsvorschriften sind sämtliche in Deutschland geltenden Rechtsnormen, also Gesetze, Rechtsverordnungen und Satzungen. Die gerichtlichen Entscheidungen müssen zum Zeitpunkt der Zuwiderhandlung vollziehbar bzw. vollstreckbar sein. Verstöße gegen Entscheidungen der Zivilgerichte stellen nur einen Ausweisungsgrund dar, wenn die Sanktion im öffentlichen Interesse liegt (z. B. familienrechtliche Entscheidungen). Die behördlichen Verfügungen müssen zum Zeitpunkt der Zuwiderhandlung vollziehbar sein. Behördliche Verfügungen sind auch Auflagen, Bedingungen und sonstige Beschränkungen nach §§ 12, 14, 46, 47, 61.
55.2.1.1	Dasselbe gilt, wenn der Betroffene entgegen seinen Rechtspflichten an Maßnahmen der Ausländerbehörden bzw. der für die Durchführung des SDÜ zuständigen Behörden nicht mitwirkt. Mitwirkungspflichten ergeben sich z. B. aus § 48 Absatz 1 und 3, § 49 Absatz 10 sowie aus § 82 Absatz 1.	55.2.2.2	Auch ein vereinzelter Verstoß erfüllt den Tatbestand der Ausweisung, wenn er nicht geringfügig ist, und auch geringfügige Verstöße erfüllen den Ausweisungstatbestand, wenn sie nicht vereinzelt sind. Als geringfügige Verstöße i. S. v. § 55 Absatz 2 Nummer 2 kommen grundsätzlich geringfügige Ordnungswidrigkeiten i. S. v. § 56 Absatz 1 OWiG in Betracht und Straftaten, die zu einer Einstellung wegen Geringfügigkeit geführt haben. Geringfügig sind grundsätzlich nicht strafgerichtliche Verurteilungen, es sei denn, dass es sich um so genannte Bagatelldelikte oder unbedeutende Straßenverkehrsdelikte handelt, bei denen der Grad des Verschuldens als gering einzustufen ist. Ordnungswidrigkeiten sind nicht geringfügig, wenn sie ähnlich schwer wiegen wie eine Straftat.
55.2.1.2	Dabei ist es gleichgültig, ob die Auskunftspflichten im Verfahren vor deutschen Behörden oder Behörden anderer Anwenderstaaten des SDÜ verletzt wurden. Eine abweichende Handhabung wäre bereits deshalb widersprüchlich, weil die Behörden der anderen Schengen-Staaten nach denselben Vorschriften und sogar unter Verwendung derselben Antragsvordrucke und Belehrungen ihre Entscheidung treffen wie deutsche Behörden.	55.2.2.3	Für die Beurteilung, ob ein geringfügiger Verstoß vorliegt, ist u. a. folgendes maßgebend:
55.2.1.3	Unerheblich ist, ob die Falschangaben im Ergebnis zur Erlangung des erstrebten Dokuments geführt haben oder ob dieses auch unabhängig von den Falschangaben hätte erteilt werden müssen. Voraussetzung für die Anwendung dieses Ausweisungsgrundes ist jedoch, dass der Ausländer durch die Ausländerbehörde bzw. Auslandsvertretung auf die Rechtsfolgen falscher oder unrichtiger Angaben hingewiesen wurde.	55.2.2.3.1	– Eine Straftat, die zu einer Verurteilung bis zu 30 Tagessätzen geführt hat, ist geringfügig (siehe aber Nummer 55.2.2.2).
55.2.1.4	Der vorrangige Regelausweisungsgrund nach § 54 Nummer 6 ist zu beachten.	55.2.2.3.2	– Eine mit Strafe bedrohte Tat kann nach Einstellung des Strafverfahrens als geringfügig eingestuft werden, wenn der wegen dieser Tat festgesetzte Geldbetrag nicht mehr als 500 Euro beträgt.
55.2.1a	Falsche oder unvollständige Angaben bei Abschluss eines Arbeitsvertrages Mit dem Ausweisungsgrund nach § 55 Absatz 2 Nummer 1a wird eine Regelungslücke in § 55 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe a) geschlossen, die bei der Erteilung einer Niederlassungserlaubnis nach § 19 Absatz 2 Nummer 3 bestanden hatte. Täuscht der Ausländer den Arbeitgeber bei Abschluss des Arbeitsvertrages über seine Qualifikation oder Berufserfahrung,	55.2.2.3.3	– Eine Ordnungswidrigkeit, die mit einem Bußgeld von nicht mehr als 1.000 Euro geahndet werden kann, ist im Hinblick auf die

- in § 87 Absatz 4 Satz 3 zum Ausdruck kommende gesetzgeberische Wertung selbst dann als geringfügig anzusehen, wenn es sich um einen Wiederholungsfall handelt; in diesem Fall kann jedoch eine Ausweisung wegen eines nicht nur vereinzelter Verstöße gegen Rechtsvorschriften in Betracht kommen.
- 55.2.2.3.4 – Eine Ordnungswidrigkeit, die mit einer höheren Geldbuße als 1.000 Euro geahndet worden ist, wird i. d. R. nicht mehr als geringfügig anzusehen sein.
- 55.2.2.4 Für den Verstoß gegen Rechtsvorschriften, gerichtliche Entscheidungen und behördliche Verfügungen genügt die objektive Rechtswidrigkeit; es ist unerheblich, ob der Verstoß schuldhaft begangen wurde. Die Ausweisung wegen einer Straftat setzt keine Verurteilung voraus. Artikel 6 Absatz 2 EMRK, wonach jede Person, die einer Straftat angeklagt ist, bis zum gesetzlichen Beweis ihrer Schuld als unschuldig gilt, wird insoweit nicht verletzt. Nach § 55 Absatz 2 Nummer 2 kann im Einzelfall daher auch ausgewiesen werden, wer schuldunfähig oder in seiner Schuldfähigkeit beschränkt ist.
- 55.2.2.5 § 55 Absatz 2 Nummer 2 setzt im Vergleich zu § 53 und 54 Nummer 1 und 2 nicht zwingend voraus, dass eine rechtskräftige Entscheidung des Strafgerichts oder der Bußgeldbehörde vorliegt. Staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren, die etwa wegen Einstellung nach §§ 153 ff. StPO nicht zu einer Verurteilung geführt haben, können einer Ausweisung nach § 55 Absatz 2 Nummer 2 zugrunde gelegt werden. Das Einvernehmenserfordernis des § 72 Absatz 4 sowie § 79 Absatz 2 ist zu beachten. Die Ausweisungsverfahren sind unverzüglich einzuleiten und zügig durchzuführen, ein Zuwarten bis zum Abschluss des Strafverfahrens kommt i. d. R. nicht in Betracht. Auf Nummer Vor 53.3.0.1 wird Bezug genommen.
- 55.2.2.6 Bei Ausländern, die im Besitz eines im Bundesgebiet nicht nur für einen Kurzaufenthalt erteilten oder verlängerten Aufenthaltstitels waren, ist der fahrlässige Verstoß gegen die Aufenthaltstitelpflicht (§ 98 Absatz 1) durch eine bis zu drei Monate verspätete Beantragung der Verlängerung kein Ausweisungsgrund i. S. d. § 55 Absatz 2 Nummer 2. Ist durch Gesetz oder Verordnung eine Antragsfrist vorgesehen, wie etwa in § 38 Absatz 1 Satz 2 oder in § 41 Absatz 3 AufenthV, darf der Ausländer diese Frist nutzen, so dass das Vorliegen eines Ausweisungsgrundes mangels Rechtsverstoßes von vornherein nicht in Betracht kommt. Ausländer mit einem längerfristigen rechtmäßigen Aufenthalt erfüllen bei fahrlässigen Verstößen gegen die Passpflicht im Allgemeinen keinen Ausweisungsgrund.
- 55.2.2.7 Zu einer Ausweisung wegen Verstoßes gegen die Visumpflicht kann unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls auch aus Gründen der Generalprävention Anlass bestehen. Ausländer, die eine Erwerbstätigkeit unerlaubt ausüben, sind im Allgemeinen auszuweisen. In Fällen des Familiennachzugs ist jedoch das Schutzgebot des Artikels 6 Absatz 1 GG zu berücksichtigen, um dem auf die Einhaltung des Visumverfahrens verwiesenen Ausländer eine Wiedereinreise zu ermöglichen (vgl. § 5 Absatz 2 Nummer 1 oder Nummer 2). Wird auf die Nachholung des Visumverfahrens verzichtet, liegt kein beachtlicher Ausweisungsgrund mehr vor, der der Erteilung eines Aufenthaltstitels entgegensteht.
- 55.2.2.8 Ausländer, die schuldhaft unrichtige oder unvollständige Angaben machen, die zur Erteilung eines Aufenthaltstitels führen, erfüllen einen Ausweisungsgrund nach § 55 Absatz 2 Nummer 2. Es handelt sich um einen strafbewehrten Verstoß gegen das Aufenthaltsrecht (vgl. § 95 Absatz 2 Nummer 2), der regelmäßig die privaten Interessen auf Aufrechterhaltung der beruflichen und sozialen Existenz des Ausländers im Bundesgebiet verdrängt. Zu diesen Verstößen gegen das Aufenthaltsrecht gehört auch das Vortäuschen einer ehelichen Lebensgemeinschaft (siehe auch Nummer 7.2.2.3). In diesen Fällen überwiegt regelmäßig das öffentliche Interesse an der Vollziehung der Ausweisung das Privatinteresse des Ausländers am Verbleib im Bundesgebiet (vgl. § 80 Absatz 2 Satz 1 Nummer 4 VwGO). In Abgrenzung zu § 55 Absatz 2 Nummer 1 ist ein Hinweis auf die Rechtsfolgen falscher oder unvollständiger Angaben nicht erforderlich. § 54 Nummer 6 ist zu beachten.
- 55.2.2.9 Eine Ausweisung wegen einer im Ausland begangenen Straftat kommt nur in Betracht, wenn die Tat nach dem deutschen Strafrecht als vorsätzliches Verbrechen oder vorsätzliches Vergehen zu beurteilen ist. §§ 3 und 6 StGB sind nicht maßgeblich. In Betracht zu ziehen ist die mit dem Aufenthalt des Ausländers im Bundesgebiet in Anbetracht der Straftatbegehung ausgehende Gefahr. Ist eine Verurteilung auf Grund der Straftat im Ausland erfolgt, ist das Strafurteil daraufhin zu überprüfen, ob es im Hinblick auf die verfahrensmäßigen Bedingungen und die konkreten Gegebenheiten des Falles hinreichende Gewähr für die Richtigkeit der tragenden Feststellungen bietet. Bei Strafurteilen der EU-Mitgliedstaaten kann hiervon grundsätzlich abgesehen werden. Besteht Anlass zu der Annahme, dass der Ausländer im Ausland eine Straftat begangen hat, soll die Ausländerbehörde, soweit es möglich ist, bei dem ausländischen Staat einen Strafregisterauszug anfordern oder den Ausländer auffordern, ein amtliches Führungszeugnis oder Leumundszeugnis oder einen Auszug aus der Strafliste seines Heimatstaates vorzulegen.
- 55.2.3 Gewerbsunzucht
- Der Verstoß gegen eine für die Ausübung der Prostitution geltende Rechtsvorschrift (Gesetz,

	Verordnung, Satzung) oder behördliche Verfügung (Verwaltungsakt) stellt einen Ausweisungsgrund nach § 55 Absatz 2 Nummer 3 dar. Es muss sich um eine speziell auf die Ausübung der Prostitution bezogene Vorschrift handeln, so dass steuer-, gewerbe- und baurechtliche Verstöße nicht unter § 55 Absatz 2 Nummer 3 fallen, allerdings unter § 55 Absatz 2 Nummer 2 fallen können, sofern die dort genannten Tatbestandsmerkmale erfüllt sind. Im Vergleich zu § 55 Absatz 2 Nummer 2 kommt es bei Nummer 3 nicht darauf an, ob es sich um einen geringfügigen oder vereinzelten Verstoß handelt. Dennoch ist der Verstoß in die Ermessensausübung nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit mit einzubeziehen (vgl. § 55 Absatz 3). Im Anwendungsbereich des § 55 Absatz 2 Nummer 3 kann es sich um Verstöße gegen spezielle Vorschriften und Anordnungen zur Ausübung der Prostitution handeln (z.B. Verstoß gegen eine Sperrbezirksverordnung). In Fällen konkreter Anhaltspunkte für Zwangsprostitution, Menschenhandel oder vergleichbare Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung kommt eine Ausweisung des Opfers nach § 55 Absatz 2 Nummer 3 regelmäßig nicht in Betracht.		übertragbaren Krankheit leidet oder Überträger einer solchen Krankheit ist. Der Ausländer muss durch sein Verhalten gegen behördlich angeordnete Schutzmaßnahmen verstoßen oder durch sein Verhalten die Gefahr einer Übertragung der entsprechenden Krankheit auf andere verursachen. Er muss also die öffentliche Gesundheit gefährden, indem er die Gefahr einer vermeidbaren Übertragungsmöglichkeit eingeht oder entsprechende Schutzmöglichkeiten nicht einhält. Anlass zur Prüfung dieses Ausweisungsgrundes besteht im Allgemeinen nur auf Grund einer entsprechenden Mitteilung der Gesundheitsverwaltung im Einzelfall (§ 87 Absatz 2).
55.2.4	Verbrauch von Betäubungsmitteln	55.2.5.2.1	Der Begriff der Obdachlosigkeit ist nicht bereits erfüllt, wenn lediglich ein Wohnungsmangel besteht oder nicht ausreichender Wohnraum (§ 2 Absatz 4) vorhanden ist. Obdachlos sind nur Personen ohne ausreichende Unterkunft, die in Obdachlosen- oder sonstigen Behelfsunterkünften oder in vergleichbaren Unterkünften leben oder in Wohnungen eingewiesen sind sowie Nichtsesshafte, die überhaupt keine Unterkunft haben. Der Ausweisungsgrund erfordert nicht nur eine schon eingetretene, sondern darüber hinaus eine längerfristige Obdachlosigkeit.
55.2.4.1	§ 55 Absatz 2 Nummer 4 regelt die Ausweisung wegen des Konsums von Heroin, Kokain und vergleichbar gefährlichen Betäubungsmitteln. § 53 Nummer 2 und § 54 Nummer 3 bleiben unberührt. Bei Strafbarkeit nach §§ 29 ff. BtMG ist Absatz 2 Nummer 2 zu beachten. Für die Ausweisung wird neben dem Drogenkonsum des Ausländers gefordert, dass dieser nicht zu einer erforderlichen, seiner Rehabilitation dienenden Behandlung bereit ist oder sich dieser entzieht. Drogenkonsum kann auch eine Ausweisung aus generalpräventiven Gründen rechtfertigen. Von einer Ausweisung wegen Drogenkonsums ist regelmäßig abzusehen, wenn konkrete Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass der Ausländer auf Grund einer erforderlichen, seiner Rehabilitation dienenden Behandlung keine Drogen mehr gebrauchen wird und sich dies etwa aus der Zurückstellung der Strafvollstreckung gemäß § 35 BtMG ergibt. Der Ausländer hat die für seine Person günstigen Gesichtspunkte vorzutragen und hierbei die erforderlichen Gutachten vorzulegen (§ 82 Absatz 1).	55.2.5.2.2	Soweit nicht ohnehin Einschränkungen auf Grund Europäischen Gemeinschaftsrechts und völkerrechtlicher Vereinbarungen gegen eine Ausweisung wegen längerfristiger Obdachlosigkeit bestehen, kann sie auch aus anderen Gründen unverhältnismäßig sein. Von einer Unverhältnismäßigkeit kann ausgegangen werden, wenn es sich um einen Ausländer handelt, der zusammen mit seinen Familienangehörigen seit langer Zeit in Deutschland lebt, beschäftigt ist und folglich seine Existenzgrundlage und die seiner Ehefrau und minderjährigen Kinder verlieren würde, wenn er mangels Aufenthaltstitel das Bundesgebiet verlassen müsste und ihm unter Berücksichtigung seines Lebensalters im Heimatstaat der Aufbau einer neuen Existenzgrundlage nicht mehr ohne besondere Schwierigkeiten möglich wäre.
		55.2.6	Inanspruchnahme von Leistungen nach SGB XII
		55.2.6.1	Der Ausweisungsgrund liegt nur dann vor, wenn Leistungen nach SGB XII tatsächlich in Anspruch genommen werden. Die Leistungen umfassen nach den Regelungen des SGB XII <ul style="list-style-type: none"> – Hilfe zum Lebensunterhalt, – Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, – Hilfen zur Gesundheit, – Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung, – Hilfe zur Pflege, – Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten und – Hilfe in anderen Lebenslagen.
55.2.4.2	Die Prüfung, ob der Ausweisungsgrund des § 55 Absatz 2 Nummer 4 vorliegt, erfolgt im Allgemeinen nur, wenn eine entsprechende Mitteilung vorliegt. Für Sozialbehörden, Ärzte und andere Einrichtungen bestehen spezielle Regelungen zu Offenbarungsbefugnissen und Auskunftspflichten (§ 88 Absatz 2 sowie § 71 Absatz 2 SGB X).		
55.2.5	Gesundheitsgefährdung, Obdachlosigkeit		
55.2.5.1	Der Ausweisungsgrund setzt voraus, dass der Ausländer an einer von Mensch zu Mensch		

	Auf einen Anspruch oder eine Bedürftigkeit kommt es nicht mehr an. Die Inanspruchnahme sonstiger sozialer Leistungen ist bei der Anwendung des § 55 Absatz 2 Nummer 6 ohne Belang, auch wenn diese nicht auf einer Beitragszahlung beruhen (z. B. Arbeitslosengeld II, Wohngeld etc.).		
55.2.6.2	Der Ausweisungsgrund ist auch erfüllt, wenn der Ausländer Leistungen nach SGB XII für unterhaltsberechtigten Familienangehörige oder sonstige Haushaltsangehörige in Anspruch nimmt. Eine Beeinträchtigung fiskalischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland ist in diesen Fällen immer dann gegeben, wenn die Familienangehörigen ihr Aufenthaltsrecht von dem des Ausländers ableiten. Ist ihr Aufenthaltsrecht jedoch von der Rechtsstellung des Ausländers unabhängig, werden Interessen der Bundesrepublik durch den Verbleib des Ausländers nicht berührt, so dass bei der gebotenen teleologischen Auslegung der Ausweisungsgrund des § 55 Absatz 2 Nummer 6 nicht einschlägig ist.	55.2.7.2	Bei minderjährigen Ausländern ist Ausweisungsgrund nur die Gewährung von Hilfe zur Erziehung außerhalb der eigenen Familie. Dies sind nur die in den §§ 33 bis 35 SGB VIII bezeichneten Maßnahmen. Der Ausweisungsgrund liegt auch vor, wenn diese Hilfen auf Grund des § 12 Nummer 2 JGG gewährt werden.
55.2.6.3.1	Eine Ausweisung allein wegen Bezugs von Sozialhilfe ist ausgeschlossen	55.2.7.3	§ 55 Absatz 2 Nummer 7 ergänzt § 55 Absatz 2 Nummer 6. Beide Vorschriften schützen das öffentliche Interesse daran, den Aufenthalt von Ausländern nicht aus öffentlichen Mitteln, die nicht auf einer Beitragsleistung beruhen, finanzieren zu müssen. Deshalb erfüllen den Ausweisungstatbestand des § 55 Absatz 2 Nummer 7 nur Jugendhilfeleistungen, die materiell Sozialhilfeleistungen entsprechen. Bei minderjährigen Ausländern liegt der Ausweisungsgrund daher nur vor, wenn Hilfe nach den §§ 33 bis 35 SGB VIII i. V. m. Leistungen nach § 27 Absatz 3 oder §§ 39 und 40 SGB VIII gewährt wird.
55.2.6.3.1.1	– nach Maßgabe der Artikel 6 und 7 des Europäischen Fürsorgeabkommens,		
55.2.6.3.1.2	– nach Maßgabe des Deutsch-Schweizerischen Fürsorgeabkommens,		
55.2.6.3.1.3	– nach Maßgabe des Deutsch-Österreichischen Fürsorgeabkommens,	55.2.7.4	Entsprechend beschränkt ist auch der Ausweisungsgrund der Inanspruchnahme von Hilfe für junge Volljährige. Nur die Hilfen nach § 41 Absatz 2 i. V. m. § 27 Absatz 3 oder §§ 33 bis 35, 39 und 40 SGB VIII, aber nicht die Hilfe nach § 41 Absatz 2 i. V. m. §§ 28 bis 30 SGB VIII und nicht die Nachbetreuung gemäß § 41 Absatz 3 SGB VIII unterfallen § 55 Absatz 2 Nummer 7. Im Übrigen ist auch eine allein auf § 55 Absatz 2 Nummer 7 gestützte Ausweisung ausgeschlossen, soweit eine allein auf § 55 Absatz 2 Nummer 6 gestützte Ausweisung ausgeschlossen wäre (siehe Nummer 55.2.6.3.1).
55.2.6.3.1.4	– nach Maßgabe des Artikels 3 Absatz 3 des Europäischen Niederlassungsabkommens,		
55.2.6.3.1.5	– bei heimatlosen Ausländern und Inhabern einer Niederlassungserlaubnis sowie bei Inhabern einer Aufenthaltserlaubnis, bei deren Verlängerung von der Sicherung des Lebensunterhalts (§ 5 Absatz 1 Nummer 1) abgesehen worden ist,	55.2.7.5	Der Anspruch auf Hilfe zur Erziehung in Vollzeitpflege in einer anderen Familie als der Herkunftsfamilie setzt nicht voraus, dass die Herkunftsfamilie, in die das Kind oder der Jugendliche möglichst zurückkehren soll, noch vorhanden ist. Einem Waisenkind soll diese Hilfe eine auf Dauer angelegte Lebensform bieten, insoweit sollte von einer Ausweisung abgesehen werden.
55.2.6.3.1.6	– bei subsidiär Schutzberechtigten nach der Richtlinie 2004/83/EG des Rates vom 29. April 2004 über Mindestnormen für die Anerkennung und den Status von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Flüchtlinge oder als Personen, die anderweitig internationalen Schutz benötigen, und über den Inhalt des zu gewährenden Schutzes (ABl. EU L 304 S. 12, so genannte Qualifikationsrichtlinie; § 60 Absatz 2, 3 und 7 Satz 1).		
55.2.7	Inanspruchnahme von Jugendhilfeleistungen		
55.2.7.1	Nach § 55 Absatz 2 Nummer 7 kann ein Ausländer ausgewiesen werden, der Hilfe zur Erziehung außerhalb der eigenen Familie oder Hilfe für junge Volljährige nach dem SGB VIII erhält. Der Ausweisungsgrund der Inanspruchnahme von Jugendhilfe gilt nicht für minderjährige Ausländer, deren Eltern oder allein personensorgeberechtigter Elternteil sich rechtmäßig im Bundesgebiet aufhalten. Der rechtmäßige Aufenthalt ist auch gegeben bei Vorliegen einer Aufenthaltsgestattung nach dem AsylVfG (§ 55 Absatz 1 AsylVfG) und bei der Befreiung vom Erfordernis des Aufenthaltstitels (vgl. z. B. § 22 AufenthV). Der Ausweisungsgrund ist erfüllt, wenn der Ausländer die in § 55 Absatz 2 Nummer 7 genannten Leistungen nicht nur beantragt hat, sondern auch erhält. Die Mitteilungspflichten der Jugendämter ergeben sich aus § 87 Absatz 2.	55.2.8	Mit den beiden Tatbeständen nach Nummer 8 sollen Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung durch Äußerungen und Handlungen erfasst werden, die das friedliche Zusammenleben in Deutschland gefährden. „Geistigen Brandstiftern“, die in der beschriebenen Weise die Wertordnung des GG missachten, soll möglichst wirksam und

- frühzeitig entgegengetreten werden. Zur Gefahrenprognose vgl. näher Nummer Vor 53.3.1.6.
- 55.2.8.1 Nummer 8 Buchstabe a) erfasst Handeln in der Öffentlichkeit, in einer öffentlichen oder nicht-öffentlichen Versammlung sowie das Verbreiten von Texten in Papierform oder elektronischer Form, z. B. im Internet.
- 55.2.8.1.1 Billigen heißt, eine in der Vergangenheit liegende Tat – auch die eigene – gutheißen.
- 55.2.8.1.2 Werben ist eine mit Mitteln der Propaganda betriebene Tätigkeit, die auf Weckung oder Stärkung der Bereitschaft Dritter zur Förderung einer Tat gerichtet ist. Da der Vorgang des Werbens zukunftsgerichtet ist, muss dieser nicht zwingend auf eine konkretisierte Tat fokussiert sein. Darüber hinaus ist unerheblich, ob ein Werbeerfolg eintritt oder ob das Handeln auch nur zu dessen Herbeiführung geeignet ist.
- 55.2.8.2.1 Hinsichtlich Nummer 8 Buchstabe b) sind die zu den Straftatbeständen der Volksverhetzung (§ 130 StGB) und der Verleumdung (§ 187 StGB) entwickelten Grundsätze entsprechend anzuwenden.
- 55.2.8.2.2 Zum Hass aufstacheln bedeutet, nachhaltig auf Sinne und Gefühle anderer mit dem Ziel einwirken, Hass i. S. v. Feindschaft, nicht bloßer Gegnerschaft, Ablehnung oder Verachtung zu erzeugen oder zu steigern.
- 55.2.8.3 Eine bloße Vermutung, ein „Hassprediger“ könne entgegen seiner Einlassungen im Hintergrund weiter wirken, rechtfertigt keine Anordnung der sofortigen Vollziehbarkeit der Ausweisung.
- 55.2.9 Nummer 9 bis 11 knüpfen an Handlungen an, die in schwerwiegender Weise die Integration anderer Personen, insbesondere Familienangehöriger beeinträchtigen und damit einen besonders integrationsfeindlichen Charakter aufweisen.
- 55.2.9.1.1 Zur Verwirklichung des Tatbestands von Nummer 9 ist erforderlich, dass die Handlung abstrakt geeignet ist, Hass zu erzeugen oder zu verstärken und hierzu zielgerichtet und über einen längeren Zeitraum eingesetzt wird.
- 55.2.9.1.2 Nummer 10 nimmt im Hinblick auf Tat handlung und Tatumstände (Verwerflichkeit) Bezug auf § 240 StGB (Nötigung). Vorausgesetzt werden Handlungen, die geeignet und in ihrer Intensität ausreichend sind, andere Personen von der Teilhabe am wirtschaftlichen, kulturellen oder gesellschaftlichen Leben fernzuhalten; eine nur unwesentliche Einschränkung der Teilhabe genügt nicht. Ein Strafurteil muss nicht vorliegen. Es genügt der Ausschluss von der Teilhabe an einem der genannten Lebensbereiche. Beispiele sind das Abhalten vom Aufbau selbst gewählter persönlicher Kontakte, die Versagung eigener finanzieller Mittel, etwa durch Verhinderung des Besitzes von Zahlungsmitteln, oder das Abhalten vom Erlernen der deutschen Sprache.
- 55.2.9.1.3 Nicht genügend ist hingegen i. d. R. die Ablehnung einzelner Sozialkontakte, das Abhalten vom Besuch einzelner Veranstaltungen aufgrund moralischer Bedenken oder die unterlassene Zubilligung finanzieller Mittel der Familie über ein bestimmtes, aus Sicht des Ausländers vertretbares Maß hinaus. Gewalt ist als physisch vermittelter Zwang zur Überwindung eines geleisteten oder erwarteten Widerstands zu verstehen, wozu kein unmittelbarer oder durch Waffen vermittelter Körperkontakt erforderlich ist, so dass etwa Einsperren genügt. Mit Gewalt droht, wer ein Verhalten in Aussicht stellt, das im Falle seiner Verwirklichung als Gewalt im vorgenannten Sinne anzusehen wäre. Auf die Gewaltanwendung muss der Ausländer Einfluss haben bzw. zu haben vorgeben und die Gewaltanwendung nach dem Inhalt seiner Äußerung tatsächlich für den Fall der Verwirklichung des unerwünschten Verhaltens wollen. Ein Handeln in verwerflicher Weise liegt vor, wenn der Einsatz von Gewalt oder die Drohung mit Gewalt zur Erreichung des angestrebten Ziels verwerflich, d. h. sozial unvertretbar ist.
- 55.3 Bei der Ausweisungsentscheidung zu berücksichtigende Gesichtspunkte**
- 55.3.0 Für den Fall des Vorliegens der Tatbestandsvoraussetzungen des § 55 Absatz 1 oder 2 ist eine Ausweisung nicht zwingend vorgeschrieben, sondern in das von § 55 Absatz 3 geleitete Ermessen gestellt. Die Ausländerbehörde hat von Amts wegen nach Maßgabe der jeweiligen Umstände abzuwägen, ob das schutzwürdige persönliche Interesse des Ausländers i. S. v. § 55 Absatz 3 das öffentliche Interesse an der Ausweisung überwiegt. § 55 Absatz 3 regelt, welche Umstände zugunsten des Ausländers bei der Ermessensentscheidung zu berücksichtigen sind.
- 55.3.1.1 **Aufenthaltsdauer**
- Bei der Aufenthaltsdauer sind Zeiten zu berücksichtigen, in denen sich der Ausländer rechtmäßig, d. h. auf Grund eines Aufenthaltstitels im Bundesgebiet aufgehalten hat. Eine Duldung genügt nicht, vgl. § 60a Absatz 3. Die Aufenthaltszeit während des Asylverfahrens ist nur dann erheblich, wenn der Ausländer unanfechtbar anerkannt worden ist (vgl. § 55 Absatz 3 AsylVfG; dagegen § 26 Absatz 4). Die Schutzwürdigkeit auf Grund der Aufenthaltsdauer wird umso geringer, je länger der voll-

jährige Ausländer sein Leben im Ausland verbracht hat.

55.3.1.2 Schutzwürdige Bindungen

Das Maß der Schutzwürdigkeit bestimmt sich einerseits nach Wertungen der deutschen Rechtsordnung; so sind grundrechtsrelevante Bindungen gewichtiger als andere rechtlich geschützte Interessen. Andererseits ist auch der aufenthaltsrechtliche Status von Bedeutung; so kann zu den schutzwürdigen Bindungen auch der Aufenthaltswitz zählen, der die Anwesenheit im Bundesgebiet erfordert (z.B. Erwerbstätigkeit, Studium). Zur Beurteilung kann der Grad der Eingliederung in das wirtschaftliche und soziale Leben der Bundesrepublik Deutschland herangezogen werden. Solange über den weiteren Aufenthalt noch nach Ermessen entschieden werden kann oder wenn für den Ausländer ein Daueraufenthalt ausgeschlossen ist (vgl. § 8 Absatz 2, § 24 Absatz 1, § 26 Absatz 2), sind seine Bindungen im Bundesgebiet aufenthaltsrechtlich weniger schutzwürdig als bei einem Ausländer, der einen gesetzlichen Anspruch hat (vgl. z.B. § 37 Absatz 1, § 28 Absatz 1, § 30 Absatz 1, § 32 Absatz 1 und 2) oder der bereits eine Niederlassungserlaubnis besitzt.

55.3.1.2.1 Maßgeblich sind zunächst die persönlichen Bindungen im Bundesgebiet. Bei der Beurteilung der Schutzwürdigkeit dieser Bindungen ist zu berücksichtigen, ob der Ausländer auch im Heimatstaat noch familiäre oder sonstige persönliche Anknüpfungspunkte hat. Ist der Ausländer auf Grund persönlicher Anknüpfungspunkte in seiner Heimat mit den dortigen Verhältnissen weitgehend vertraut oder hat er dort einen bedeutenden Teil seines Lebens verbracht, ist das Ausweisungsermessen nicht wesentlich eingeschränkt.

55.3.1.2.1.1 Volljährigen ausländischen Kindern muss regelmäßig nicht der Aufenthalt bei den Eltern im Bundesgebiet ermöglicht werden. Dies gilt unabhängig davon, ob es im Einzelfall den Eltern zumutbar wäre, in ihre Heimat zurückzukehren, wenn sie mit dem volljährigen Kind weiterhin zusammen leben wollen. Ausnahmen kommen in Betracht, wenn keine schwerwiegenden Ausweisungsgründe vorliegen und der volljährige Ausländer aus besonderen, in seiner Person liegenden Gründen auf ein Zusammenleben mit seinen Eltern angewiesen ist und diesen die gemeinsame Rückkehr in den Heimatstaat nicht zugemutet werden kann.

55.3.1.2.1.2 Das Vorhandensein eines minderjährigen ledigen Kindes ist bei der Entscheidung über die Ausweisung auch dann zu berücksichtigen, wenn die personensorgeberechtigten Eltern nicht oder nicht mehr miteinander verheiratet sind. Kann die Lebensgemeinschaft zwischen einem Ausländer und seinem Kind nur in der Bundesrepublik stattfinden, etwa weil das Kind deutscher Staatsangehörigkeit und ihm wegen der Beziehungen zu seiner Mutter das Verlassen

der Bundesrepublik nicht zumutbar ist, so drängt die Pflicht des Staates, die Familie zu schützen, einwanderungspolitische Belange regelmäßig zurück. Beschränken sich die persönlichen Beziehungen allerdings faktisch lediglich auf die Erfüllung einer Unterhaltsverpflichtung, wird das öffentliche Interesse an der Ausweisung dadurch grundsätzlich nicht eingeschränkt. Allerdings verbietet sich nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts eine schematische Einordnung als schutzwürdige Erziehungs-/Lebensgemeinschaft oder als bloße Begegnungsgemeinschaft ohne aufenthaltsrechtliche Schutzwirkungen und sind die Bindungen zwischen Eltern und Kind nicht nach rein quantitativen Gesichtspunkten zu beurteilen. Es ist im Einzelfall festzustellen, ob tatsächlich eine persönliche Verbundenheit besteht, auf deren Aufrechterhaltung das Kind zu seinem Wohl angewiesen ist (vgl. im Einzelnen auch Nummer 28.1.5).

55.3.1.2.1.3 Schutzwürdige persönliche Bindungen bestehen auch zwischen Verlobten und den Partnern nichtehelicher Lebensgemeinschaften. Allerdings wird solchen Bindungen i.d.R. geringeres Gewicht zukommen als dem Bestehen einer familiären oder lebenspartnerschaftlichen Gemeinschaft. Eine Beeinträchtigung des Rechts auf Eheschließung ist zu verneinen, wenn der Zeitpunkt der beabsichtigten Eheschließung ungewiss ist. Das Recht auf Eheschließung kann auch im Rahmen einer Betretenserlaubnis (§ 11 Absatz 2) verwirklicht werden.

55.3.1.2.2.1 Einem Ausländer, dem der Aufbau einer Existenzgrundlage in Deutschland aufenthaltsrechtlich ermöglicht wurde und der in den hiesigen Lebensverhältnissen verwurzelt ist, sich also seinem Heimatstaat weitgehend entfremdet hat, darf eine so geschaffene wirtschaftliche und soziale Lebensgrundlage nur aus gewichtigen Gründen genommen werden. Dies gilt erst recht, wenn sich der Aufenthalt des Ausländers rechtlich verfestigt hat (vgl. § 56 Absatz 1 Nummer 1 bis 3). Zu berücksichtigen sind auch aufenthalts- und beschäftigungsrechtliche Positionen, die sich aus Artikeln 6 und 7 ARB 1/80 ergeben. Zur Ausweisung assoziationsberechtigter türkischer Staatsangehöriger siehe Nummer Vor 53.5.2. Die auf Grund dieser Vorschrift erlangten Aufenthaltsansprüche stehen unter dem Vorbehalt von Beschränkungen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit, Ordnung und Gesundheit gerechtfertigt sind (vgl. Artikel 14 ARB 1/80). Das privatwirtschaftliche Interesse des Arbeitgebers am Verbleib des Ausländers im Bundesgebiet oder Gläubigerinteressen schränken das Ausweisungsermessen nicht ein.

55.3.1.2.2.2 Neben dem schulischen und beruflichen Werdegang des Ausländers sind seine soziale Integration und besondere kulturelle und politische Bindungen angemessen zu berücksichtigen.

- 55.3.2 Schutz von Familie und Lebenspartnerschaft
- 55.3.2.1 Der Schutz von Ehe und Familie erstreckt sich sowohl auf Ausländer als auch auf Deutsche in familiärer Lebensgemeinschaft mit Ausländern. Ehegatten und Familienangehörige einer rein ausländischen Familie genießen den Schutz nach Artikel 6 Absatz 1 und 2 GG. Auf die Wirkungen von Artikel 8 EMRK und die entsprechenden Ausführungen unter Nummer Vor 53.5.6 wird hingewiesen. Das bedeutet allerdings nicht, dass ihnen eine getrennte Rückkehr nicht zugemutet werden könnte, soweit sie gemeinsam in einen Heimatstaat zurückkehren können. Ihre persönliche Bindung an den Ausgewiesenen ist in die Ausweisungsentscheidung einzubeziehen (§ 55 Absatz 3 Nummer 2). Ein Verbleib der nicht ausgewiesenen Familienangehörigen im Bundesgebiet erfordert ein Aufenthaltsrecht.
- 55.3.2.2 Für den Ausländer günstige Belange und Umstände, deren Darlegung ihm obliegen (§ 82 Absatz 1), sind:
- 55.3.2.2.1 – die Dauer der Ehe,
- 55.3.2.2.2 – die Auswirkungen einer Trennung der Familienmitglieder, wenn diesen z. B. die gemeinsame Rückkehr in den Heimatstaat wegen politischer Verfolgung nicht zugemutet werden kann,
- 55.3.2.2.3 – die Frage, ob eine Möglichkeit für ein späteres Wiederanknüpfen der Eltern-Kind-Beziehungen besteht.
- 55.3.2.3 Durch das Schutzgebot des Artikels 6 Absatz 1 GG wird eine Ausweisung minderjähriger und heranwachsender Ausländer, deren Eltern sich im Bundesgebiet aufhalten, nicht untersagt. Bei der Ausweisung dieses Personenkreises ist jedoch die Schutzvorschrift des § 56 Absatz 2 zu beachten. Die familiäre Lebensgemeinschaft mit Deutschen unterliegt nach § 56 Absatz 1 Nummer 4 einem erhöhten Ausweisungsschutz.
- 55.3.2.4 Es ist möglich, dass ein Familienangehöriger in Folge der Ausweisung das Bundesgebiet ebenfalls verlassen muss, weil sein Aufenthaltsrecht den Bestand des Aufenthaltstitels des ausgewiesenen Ausländers voraussetzt. Dies ist gemäß § 56 Absatz 1 im Rahmen der Ausweisungsentscheidung zu berücksichtigen. Soweit das Aufenthaltsrecht des Familienangehörigen durch die Ausweisung nicht berührt wird, ist zu berücksichtigen, dass er freiwillig das Bundesgebiet verlassen kann, wenn er die Familieneinheit mit dem Ausländer wahren oder weil er seinen Lebensunterhalt sichern will. Hinsichtlich der generalpräventiv motivierten Ausweisung von Ausländern, die mit Deutschen in familiärer Lebensgemeinschaft leben (Artikel 6 Absatz 1 GG) oder freizügigkeitsberechtigt sind, wird auf Nummer Vor 53.3.2.0 verwiesen.
- 55.3.2.5 Auf Ausländer, die in einer lebenspartnerschaftlichen Gemeinschaft leben, sind Num-

mern 55.3.2.1, 55.3.2.2, 55.3.2.2.1, 55.3.2.2.2 und 55.3.2.4 sinngemäß anzuwenden.

55.3.3 Gründe für die Aussetzung der Abschiebung

55.3.3.1 Nach § 55 Absatz 3 Nummer 3 sind von der Ausländerbehörde auch die in § 60a Absatz 2 bezeichneten Voraussetzungen für die Aussetzung der Abschiebung zu berücksichtigen. Nach dieser Vorschrift ist die Abschiebung eines Ausländers auszusetzen, solange die Abschiebung aus tatsächlichen und rechtlichen Gründen unmöglich ist und keine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird. Die Ausländerbehörde entscheidet über das Vorliegen dieser Voraussetzungen auf der Grundlage der offenkundigen, ihr bekannten und der vom Ausländer geltend gemachten Umstände (vgl. § 79 Absatz 1, § 82 Absatz 1).

55.3.3.2 Zu berücksichtigen sind die in § 60a Absatz 2 genannten Voraussetzungen für die Aussetzung der Abschiebung unbeschadet der Zuständigkeit des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. Das Vorliegen eines Grundes für die Aussetzung der Abschiebung schließt die Ausweisung nicht von vornherein generell aus. Die Gründe für die Aussetzung der Abschiebung müssen auf Abschiebungshindernissen beruhen, die eine Rückkehr in den Herkunftsstaat unzumutbar machen. Tatsächliche Abschiebungshindernisse (z. B. Passlosigkeit, Reiseunfähigkeit), insbesondere sofern diese der Ausländer selbst zu vertreten hat oder die lediglich vorübergehender Natur sind, stehen einer Ausweisung grundsätzlich nicht entgegen. In den Fällen des § 60 Absatz 1 ist der besondere Ausweisungsschutz des § 56 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 zu berücksichtigen. Soweit das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge für die Feststellung von Abschiebungsverboten nach § 60 Absatz 2 ff. zuständig ist und eine entsprechende Entscheidung bereits vorliegt, werden bei der Entscheidung über die Ausweisung nur die vom Bundesamt festgestellten Abschiebungsverbote berücksichtigt (§ 42 AsylVfG).

56 Zu § 56 – Besonderer Ausweisungsschutz

56.0 Allgemeines

Der besondere Ausweisungsschutz nach § 56 ist unabhängig davon zu berücksichtigen, ob die Ausweisung auf §§ 53, 54 oder 55 gestützt wird. § 56 lässt die Schutzvorschriften des § 55 Absatz 3 sowie völkervertragliche Schutzbestimmungen, die einer Ausweisung entgegenstehen können, unberührt (zu den Wirkungen von Artikel 8 EMRK vgl. Nummer Vor 53.5.6). Die einer Ausweisung entgegenstehenden Belange des Ausländers sind von Amts wegen zu berücksichtigen.

56.1 Ausweisungsschutz

56.1.0 Der Ausweisungsschutz des nach § 56 Absatz 1 begünstigten Personenkreises erschöpft sich

nicht nur in der Beschränkung der Zulässigkeit der Ausweisung auf schwerwiegende Gründe der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, sondern bewirkt auch eine Herabstufung der Rechtsfolgen gemäß § 56 Absatz 1 Satz 4 und 5. Eine zwingende Ausweisung nach § 53 wird daher bei Ausländern, die nach § 56 Absatz 1 begünstigt sind, zur Regelausweisung herabgestuft. Bei Vorliegen der Voraussetzungen nach § 54 erfolgt eine Herabstufung zur Ermessensausweisung.

- 56.1.0.1.1 Asylbewerber haben besonderen Ausweisungsschutz nach Maßgabe des § 56 Absatz 4, nicht nach § 56 Absatz 1. Vor dem Abschluss des Asylverfahrens dürfen diese grundsätzlich nur bei Vorliegen schwerwiegender Gründe der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ausgewiesen werden (§ 56 Absatz 4 Satz 2 Nummer 1 i. V. m. Absatz 1 Satz 2 und 3).
- 56.1.0.1.2 Den in § 56 Absatz 1 genannten Personen sind die heimatlosen Ausländer (§ 23 Absatz 1 HAuslG) gleichgestellt.
- 56.1.0.2 Die Ausweisung der nach § 56 Absatz 1 begünstigten Ausländer ist nur aus schwerwiegenden Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zulässig. Die Auslegung dieses unbestimmten Rechtsbegriffs durch die Ausländerbehörde unterliegt uneingeschränkter gerichtlicher Nachprüfung. Er umfasst nicht nur Ausweisungsgründe nach §§ 53 und 54 (siehe Nummer 56.1.0.2.3), sondern kann im Einzelfall auch Ausweisungsgründe nach § 55 (z. B. mittlere und schwere Kriminalität) umfassen.
- 56.1.0.2.1 Schwerwiegende Gründe der öffentlichen Sicherheit und Ordnung liegen dann vor, wenn das öffentliche Interesse an der Einhaltung von Sicherheit und Ordnung im Vergleich zu dem vom Gesetz bezweckten Schutz des Ausländers ein deutliches Übergewicht hat. Bei der Auslegung des Begriffs ist auf die besonderen Umstände des Einzelfalls, insbesondere auf das Strafmaß, die Schwere des Eingriffs in ein besonders geschütztes Rechtsgut, die daraus erwachsenden Folgen und die Häufigkeit der bisher begangenen Rechtsverstöße abzustellen.
- 56.1.0.2.2 Die von § 56 Absatz 1 geforderte Qualifizierung des Grundes der öffentlichen Sicherheit und Ordnung als schwerwiegend kann sich insbesondere ergeben
 - aus dem gleichzeitigen Zusammentreffen mehrerer Ausweisungsgründe und sonstigen besonderen Begleitumständen,
 - aber auch aus der wiederholten Verwirklichung von Ausweisungsgründen, insbesondere wiederholter Begehung nicht geringfügiger Straftaten. Bei gefährlichen oder nur schwer zu bekämpfenden Taten wie etwa Betäubungsmittel- und Waffendelikten, politisch motivierter Kriminalität, Menschenhandel oder Beteiligung an der organisierten Kriminalität sind die An-

forderungen an die Feststellung einer Wiederholungsgefahr nicht zu hoch anzusetzen.

56.1.0.2.3

Schwerwiegende Gründe i. S. v. § 56 Absatz 1 sind i. d. R. bei zwingenden Ausweisungsgründen nach § 53 und den Regelausweisungsgründen nach § 54 Nummer 5, 5a und 7 gegeben (vgl. § 56 Absatz 1 Satz 3). Sie können aber auch bei den anderen Regelausweisungsgründen nach § 54 vorliegen. Generell muss der Ausweisungsanlass ein besonderes Gewicht haben, das sich aus den Umständen der jeweils in Frage stehenden Verhaltensweisen des Betroffenen, bei Straftaten insbesondere aus deren Art, Schwere und Häufigkeit ergibt. Fälle schwerer und mittlerer Kriminalität, insbesondere schwere Gewalttaten, können einen schwerwiegenden Ausweisungsgrund darstellen, jedoch nicht die mehr lästigen als gefährlichen oder schädlichen Unkorrektheiten des Alltags, Ordnungswidrigkeiten, Bagatelldelinquenz und ganz allgemein die minder bedeutsamen Verstöße gegen Strafgesetze. Darüber hinaus müssen Anhaltspunkte dafür bestehen, dass in Zukunft eine schwere Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung durch neue Verfehlungen des Ausländers ernsthaft droht und damit von ihm eine bedeutsame Gefahr für ein wichtiges Schutzgut ausgeht. Bei den nach § 56 Absatz 1 geschützten Ausländern ist eine Ausweisung aus generalpräventiven Gründen nur in besonders schwerwiegenden Fällen zulässig. Eine Ausweisung aus generalpräventiven Gründen ist unter dem besonderen Ausweisungsschutz des § 56 Absatz 1 ausnahmsweise nur dann zulässig, wenn die Straftat besonders schwer wiegt und deshalb ein dringendes Bedürfnis dafür besteht, durch die Ausweisung andere Ausländer von Straftaten ähnlicher Art und Schwere abzuhalten. Schwerwiegende Gründe liegen insbesondere dann vor, wenn der Ausländer durch wiederholtes strafbares Verhalten die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich beeinträchtigt.

56.1.1

Voraussetzung für die Anwendbarkeit des § 56 Absatz 1 Nummer 1 ist, dass der Ausländer im Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Ausweisungsentscheidung im Besitz einer Niederlassungserlaubnis ist und sich seit mindestens fünf Jahren rechtmäßig im Bundesgebiet aufgehalten hat. Diese Voraussetzung ist nicht erfüllt, wenn lediglich eine Niederlassungserlaubnis beantragt wurde oder lediglich die Anspruchsvoraussetzungen für die Erteilung der Niederlassungserlaubnis erfüllt sind. Die Wirkung der Ausweisung nach § 51 Absatz 1 Nummer 5 (Erlöschen des Aufenthaltstitels wegen Ausweisung) lässt den Ausweisungsschutz nach § 56 Absatz 1 unberührt. Der Ausweisungsschutz nach § 56 Absatz 1 Nummer 1 ist auch dann nicht gegeben, wenn der Ausländer zwar im Besitz einer Niederlassungserlaubnis ist, sich aber weniger als fünf Jahre rechtmäßig im Bundesgebiet aufgehalten hat. Diese Voraussetzung ist in den Fällen von Bedeutung, in denen der

	Ausländer bereits innerhalb kurzer Zeit nach der Einreise eine Niederlassungserlaubnis erhält (§ 19 Absatz 1, § 21 Absatz 4, § 23 Absatz 2), kann aber auch in Fällen des § 26 Absatz 4 fehlen, weil die Zeiten der Aufenthaltsgestattung und – gemäß § 102 Absatz 2 – Duldungszeiten angerechnet worden waren.		Zeitpunkt für die Prüfung ist grundsätzlich der Zeitpunkt der letzten Behördenentscheidung (z. B. Wirksamwerden des Widerspruchsbescheids).
56.1.1a	§ 56 Absatz 1 Nummer 1a erstreckt in Umsetzung des Artikels 12 der Richtlinie 2003/109/EG des Rates vom 25. November 2003 betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen (ABl. EU 2004 Nummer L 16 S. 44, so genannte Daueraufenthalt-Richtlinie) den besonderen Ausweisungsschutz auf Personen, die eine Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG besitzen. Dies entspricht dem Ausweisungsschutz, den Artikel 12 der Daueraufenthalt-Richtlinie vorsieht. Dabei ist Satz 2 des Erwägungsgrundes 8 der Daueraufenthalt-Richtlinie zu beachten, wonach der Begriff der öffentlichen Sicherheit und Ordnung die Verurteilung wegen der Begehung einer schwerwiegenden Straftat umfassen kann. In den Fällen des § 53 liegt aber eine solche Verurteilung – stets wegen einer schwerwiegenden Straftat – vor. Da es sich um eine Regel-, nicht um eine Ist-Ausweisung handelt, ist im Zusammenhang mit der notwendigen Prüfung, ob eine Ausnahme vorliegt, eine Einzelfallprüfung i. S. d. Artikels 12 der Richtlinie vorzunehmen.	56.1.4.1	Der erhöhte Ausweisungsschutz nach § 56 Absatz 1 Nummer 4 erstreckt sich auf die mit einem deutschen Familienangehörigen in familiärer oder lebenspartnerschaftlicher Lebensgemeinschaft (vgl. § 27 Absatz 1 und 2) lebenden Ausländer. Es kommt weder auf den Aufenthaltsstatus des Ausländers an noch ist darauf abzustellen, wie die Lebensgemeinschaft hergestellt worden ist. Zu den Familienangehörigen eines Deutschen zählen nicht die Verwandten seines ausländischen Ehegatten, auch wenn sie in seinem Haushalt aufgenommen sind.
		56.1.4.2	Hinsichtlich des Bestehens einer familiären oder lebenspartnerschaftlichen Lebensgemeinschaft inhaftierter Ausländer wird auf die Ausführungen in Nummer 56.1.3 hingewiesen. Der Ausweisungsschutz erstreckt sich im Regelfall nur auf Ausländer, die schon einmal – wenn auch unterbrochen etwa durch Haft – in dieser Lebensgemeinschaft gelebt haben. Die Ausweisung muss daher in eine bereits bestehende familiäre oder lebenspartnerschaftliche Lebensgemeinschaft eingreifen. Der Schutzgrund entfällt nicht, wenn sich der Ausländer gegenüber dem deutschen Staatsangehörigen strafbar gemacht hat, wohl aber, wenn die Lebensgemeinschaft nicht fortgesetzt werden soll.
56.1.2	Unter § 56 Absatz 1 Nummer 2 fallen diejenigen Ausländer, deren Aufenthalt durch Geburt oder durch Einreise als Minderjähriger begründet wurde und die eine Aufenthaltserlaubnis besitzen und sich seit mindestens fünf Jahren rechtmäßig im Bundesgebiet aufhalten. Gemeint ist ein ununterbrochener Aufenthalt im Bundesgebiet von mindestens fünf Jahren bis zum Ergehen der Ausweisungsverfügung. Unerheblich ist, nach welcher Vorschrift die Aufenthaltserlaubnis erteilt wurde. Der Ausweisungsschutz erstreckt sich nicht auf Ausländer, die zwar im Bundesgebiet geboren sind, jedoch als Minderjährige ausgeweist sind (vgl. § 51 Absatz 1 Nummer 6 und 7) und nach Vollendung des 18. Lebensjahres in das Bundesgebiet wieder eingereist sind. Soweit einem Ausländer eine Aufenthaltserlaubnis nach § 37 Absatz 1 bzw. Absatz 2 erteilt wurde, ist dies i. S. v. Absatz 1 Nummer 2 zu berücksichtigen.	56.1.5.1	Von der Schutzvorschrift des § 56 Absatz 1 Nummer 5 werden folgende Ausländer erfasst:
		56.1.5.1.1	– Asylberechtigte i. S. v. Artikel 16a Absatz 1 GG i. V. m. § 2 AsylVfG,
		56.1.5.1.2	– Ausländer, denen die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt wurde (§ 3 Absatz 4 AsylVfG),
		56.1.5.1.3	– ausländische Flüchtlinge, für die Deutschland die Verantwortung übernommen hat (Artikel 1 Abschnitt A Genfer Flüchtlingskonvention, §§ 6 und 11 des Anhangs zur Genfer Flüchtlingskonvention, Europäisches Übereinkommen zum Übergang der Verantwortung für Flüchtlinge vom 16. Oktober 1980, BGBl. 1994 II S. 2645),
		56.1.5.1.4	– Ausländer, die einen Reiseausweis für Flüchtlinge besitzen, der von einer Behörde der Bundesrepublik Deutschland ausgestellt worden ist.
56.1.3	§ 56 Absatz 1 Nummer 3 setzt neben dem Besitz einer Aufenthaltserlaubnis das rechtliche und tatsächliche Bestehen einer ehelichen oder lebenspartnerschaftlichen Lebensgemeinschaft mit einem der in Nummer 1 bis 2 dieser Vorschrift genannten Ausländer voraus. Befindet sich der Ausländer in Haft, ist darauf abzustellen, ob die eheliche oder lebenspartnerschaftliche Lebensgemeinschaft unmittelbar vor Beginn der Haft bestanden hat und konkrete Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass diese Lebensgemeinschaft unmittelbar nach der Haftentlassung fortgesetzt wird. Maßgeblicher	56.1.5.2	Der Ausweisungsschutz des § 56 Absatz 1 Nummer 5 erstreckt sich nicht auf Ehegatten und Kinder des Ausländers, wenn diese nicht Familienasyl oder Familienflüchtlingsschutz nach § 26 AsylVfG genießen; § 55 Absatz 3 findet Anwendung.
		56.2	Minderjährige und Heranwachsende
		56.2.1.1	§ 56 Absatz 2 Satz 1 stellt sicher, dass ein heranwachsender Ausländer der zweiten Generation, dessen Aufenthalt sich im Bundesgebiet

rechtlich verfestigt hat, sowie ein minderjähriger Ausländer, der eine Aufenthaltserlaubnis oder Niederlassungserlaubnis besitzt, lediglich im Ermessenswege ausgewiesen werden kann. Bei der Ermessensentscheidung ist zu beachten, dass eine Ausweisung i. d. R. dann nicht verhältnismäßig ist, wenn der Ausländer nur geringfügige Straftaten bzw. Jugendverfehlungen begangen hat und er keinerlei kulturelle, sprachliche und soziale Kontakte im Herkunftsland hat. Eine Ausweisung findet bei Vorliegen der Voraussetzungen der §§ 53, 54 nur nach Ermessen statt. Im Übrigen ist auch eine Ausweisung nach § 55 möglich.

56.2.1.2 Bei der Begriffsbestimmung des Heranwachsenden wird an das Jugendstrafrecht angeknüpft, wonach Heranwachsender ist, wer im Zeitpunkt der Tat 18, aber noch nicht 21 Jahre alt ist. Die Ausweisungsschutzvorschrift begünstigt heranwachsende Ausländer, die zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Entscheidung der Ausländerbehörde das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Weder der Zeitpunkt der Begehung der Straftat noch der Zeitpunkt der rechtskräftigen strafgerichtlichen Verurteilung sind für die Beurteilung der Sach- und Rechtslage hinsichtlich der Ausweisung eines heranwachsenden Ausländers maßgebend.

56.2.1.3 Das Tatbestandsmerkmal „im Bundesgebiet aufgewachsen“ erfüllt beispielsweise auch ein Ausländer, der zwar erst im Alter von zehn Jahren in das Bundesgebiet eingereist ist, jedoch vor Vollendung seines 18. Lebensjahres über einen längeren Zeitraum, in den der überwiegende Teil der Schulzeit fällt, ununterbrochen in Deutschland gelebt hat.

56.2.2.1 § 56 Absatz 2 Satz 2 begünstigt Minderjährige, die im Bundesgebiet familiäre Anknüpfungspunkte haben. Die Ausweisung eines minderjährigen Ausländers, dessen Eltern oder dessen allein sorgeberechtigter Elternteil sich rechtmäßig im Bundesgebiet aufhalten, ist nach § 56 Absatz 2 Satz 2 grundsätzlich ausgeschlossen. Eine Ausweisung ist jedoch zulässig, wenn der minderjährige Ausländer die Voraussetzungen für eine zwingende Ausweisung nach § 53 erfüllt. Die Ausweisung setzt dem entsprechend eine rechtskräftige Verurteilung voraus und wird daher erst verfügt, wenn der Ausländerbehörde ein entsprechendes strafgerichtliches Urteil mit Rechtskraftvermerk vorliegt (vgl. § 87 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3).

56.2.2.2 Begünstigt sind durch § 56 Absatz 2 Satz 2 minderjährige Ausländer ohne Rücksicht auf ihren aufenthaltsrechtlichen Status. Der Schutz gilt selbst im Falle eines unerlaubten Aufenthalts. Voraussetzung ist neben der Minderjährigkeit lediglich der rechtmäßige Aufenthalt beider Elternteile oder eines allein personensorgeberechtigten Elternteils im Bundesgebiet. Der Aufenthalt ist bis zum Erlöschen der Auf-

enthaltsgestattung rechtmäßig. Das alleinige Personensorgerecht muss sich beispielsweise aus einer familienrechtlichen Sorgerechtsentscheidung ergeben. Auch eine ausländische Sorgerechtsentscheidung ist zu berücksichtigen, wenn sie nicht aus Sicht der deutschen Rechtsordnung gegen den Ordre public verstößt. Der Ausweisungsschutz erfordert nicht eine familiäre Lebensgemeinschaft der Eltern oder des personensorgeberechtigten Elternteils mit dem minderjährigen Ausländer. Geschützt ist auch der bei einem Dritten oder in einer Jugendhilfeeinrichtung untergebrachte Minderjährige. Die Schutzwirkung des § 56 Absatz 2 Satz 2 entfällt, wenn der Ausländer das 18. Lebensjahr vollendet hat.

56.2.3 § 56 Absatz 2 Satz 3 reduziert den besonderen Ausweisungsschutz nach § 56 Absatz 2 Satz 1 für Heranwachsende, falls diese wegen serienmäßiger Begehung nicht unerheblicher vorsätzlicher Straftaten, schwerer Straftaten oder einer besonders schweren Straftat rechtskräftig verurteilt worden sind. Eine Herabstufung zur Ermessensausweisung ist bei Vorliegen von zwingenden und Regelausweisungsgründen nicht erforderlich, sofern dies nicht bei sonstiger Privilegierung nach § 56 Absatz 1 Satz 1 durch § 56 Absatz 1 Satz 5 geboten ist. Der neue Satz 3 knüpft an die in § 48 Absatz 2 Satz 1 AuslG vorgesehene Ausnahme vom besonderen Ausweisungsschutz Minderjähriger und Heranwachsender bei Serientaten bzw. Straftaten mit erheblichem Unrechtsgehalt an. Für die Gruppe der im Bundesgebiet geborenen und aufgewachsenen Ausländer wird auf die in Nummer 53.0.3 und 54.0.3 dargelegten Grundsätze hingewiesen.

56.2.3.1 Die Ausweisung setzt in jedem Fall eine rechtskräftige Verurteilung voraus und wird erst dann verfügt, wenn der Ausländerbehörde ein strafgerichtliches Urteil mit Rechtskraftvermerk vorliegt (§ 87 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3).

56.2.3.2 Eine serienmäßige Begehung nicht unerheblicher vorsätzlicher Straftaten ist zu bejahen, wenn es sich um Vorsatzdelikte handelt, die abstrakt nicht ausschließlich mit Geldstrafe bedroht sind, und diese Straftaten mehrfach, fortlaufend, in einer annähernd regelmäßigen zeitlichen Reihenfolge begangen worden sind. Ob von einer Begehung schwerer Straftaten auszugehen ist, beurteilt sich nach dem Unrechtsgehalt der Tat; hierbei kommen Fälle mittlerer und schwerer Kriminalität in Betracht. Besonders schwere Straftaten werden bei Mord, Totschlag, Menschenraub, schwerem Raub, Geiselnahme und besonders schwerer Brandstiftung unter Würdigung der besonderen Umstände des Einzelfalls regelmäßig vorliegen.

56.3 Fälle des vorübergehenden Schutzes

§ 56 Absatz 3 dient der Umsetzung des Artikels 28 der Richtlinie 2001/55/EG des Rates

vom 20. Juli 2001 über Mindestnormen für die Gewährung vorübergehenden Schutzes im Falle eines Massenzustroms von Vertriebenen und Maßnahmen zur Förderung einer ausgewogenen Verteilung der Belastungen, die mit der Aufnahme dieser Personen und den Folgen dieser Aufnahme verbunden sind, auf die Mitgliedstaaten (ABl. EG Nummer L 212 S. 12, so genannte Richtlinie zum vorübergehenden Schutz). Da die Richtlinie die Ausstellung eines Aufenthaltstitels verlangt, kann der Aufenthaltstitel auch nur in den Fällen durch Ausweisung entzogen werden, in denen die Richtlinie die Versagung des vorübergehenden Schutzes gestattet. Danach kann in Fällen, in denen der Ausländer eine Aufenthaltserlaubnis nach § 24 oder nach § 29 Absatz 4 besitzt, eine Ausweisung nur dann erfolgen, wenn die Voraussetzungen des § 3 Absatz 2 AsylVfG oder des § 60 Absatz 8 Satz 1 vorliegen.

56.4 Asylantragsteller

- 56.4.0 Asylantragsteller i. S. d. § 56 Absatz 4 sind Ausländer, die einen Asylantrag i. S. d. § 13 AsylVfG gestellt haben. Danach liegt ein Asylantrag vor, wenn sich dem schriftlich, mündlich oder auf andere Weise geäußerten Willen des Ausländers entnehmen lässt, dass er im Bundesgebiet Schutz vor politischer Verfolgung sucht oder dass er Schutz vor Abschiebung oder einer sonstigen Rückführung in einen Staat begehrt, in dem ihm die in § 60 Absatz 1 bezeichneten Gefahren drohen.
- 56.4.1 Hat ein nach § 56 Absatz 4 begünstigter Ausländer, über dessen Asylantrag noch nicht unanfechtbar entschieden ist, einen Ausweisungstatbestand erfüllt, kann er unter der aufschiebenden Bedingung ausgewiesen werden, dass das Asylverfahren ohne Anerkennung als Asylberechtigter oder die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft abgeschlossen wird (§ 56 Absatz 4 Satz 1).
- 56.4.2 Von der Aufnahme dieser Bedingung in die Ausweisungsverfügung wird abgesehen, wenn
- 56.4.2.1 – der Ausländer aus schwerwiegenden Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung i. S. v. § 56 Absatz 1 ausgewiesen werden kann oder
- 56.4.2.2 – eine nach den Vorschriften des AsylVfG erlassene Abschiebungsandrohung vor Abschluss des Asylverfahrens vollziehbar geworden ist.
- 56.4.3.1 Im Falle der Ausweisung eines Asylantragstellers ist beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge auf eine bevorzugte und beschleunigte Behandlung des Asylverfahrens hinzuwirken. Die Polizei unterrichtet die zuständige Ausländerbehörde unverzüglich unter Angabe der gesetzlichen Vorschriften über ein von der Staatsanwaltschaft eingeleitetes Ermittlungsverfahren gegen einen Asylantragsteller (§ 87 Absatz 4). Im Hinblick auf § 72

Absatz 4 ist die Staatsanwaltschaft zu beteiligen.

56.4.3.2

Die Meldung an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wegen beschleunigter Durchführung des Asylverfahrens kommt insbesondere in Betracht, wenn ein Asylantragsteller einer erheblichen Straftat, insbesondere eines Verbrechens oder eines besonders schweren Falls des Diebstahls oder der gewerbsmäßigen Hehlerei, eines Betäubungsmitteldelikts, eines Sexualdelikts, eines vorsätzlichen Delikts der Körperverletzung oder terroristischer Aktivitäten, Bestrebungen oder Unterstützungshandlungen verdächtig ist oder wenn er als Wiederholungs- bzw. Mehrfachtäter in Erscheinung getreten ist, wobei insoweit auch Straftaten der mittleren und leichten Kriminalität genügen. Eine Meldung entfällt dann, wenn bezüglich etwaiger Vortaten der Tatverdacht entfallen ist. Die Ausländerbehörde unterrichtet das Bundesamt über die Erledigung eines gemeldeten strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens.

57

Zu § 57 – Zurückschiebung

57.0

Allgemeines

57.0.1

Die Zurückschiebung ist eine aufenthaltsbeendende Maßnahme. Sie hat grundsätzlich Vorrang vor der Abschiebung.

57.0.2

Für die Festnahme, die Anordnung und Durchführung der Zurückschiebung sind die Ausländerbehörden, die Polizeien der Länder und an der Grenze die mit der polizeilichen Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs beauftragten Behörden (Grenzbehörden) zuständig (§ 71 Absatz 1, Absatz 3 Nummer 1 und Absatz 5).

57.0.3

Die Zuständigkeit für die Zurückschiebung umfasst unbeschadet landesrechtlicher Vorschriften über die Verwaltungsvollstreckung

57.0.3.1

– die Feststellung der Zurückschiebungsvoraussetzungen,

57.0.3.2

– die Anordnung der Zurückschiebung,

57.0.3.3

– soweit erforderlich die Festnahme und die Beantragung von Haft nach § 62 Absatz 2,

57.0.3.4

– den tatsächlichen Vollzug der Zurückschiebung, d. h. den Transport des Ausländers bis zur Grenze und über die Grenze hinaus bis zum ausländischen Zielort, einschließlich der den Vollzug sichernden Maßnahmen (Begleitung des Ausländers, Anwendung von Zwangsmitteln),

57.0.3.5

– den Erlass eines Leistungsbescheids (§ 67 Absatz 3) und das Verlangen einer Sicherheitsleistung (§ 66 Absatz 5).

Wird die Zurückschiebung von einer Landesbehörde durchgeführt, bleibt die Grenzbehörde für die Rückführung zuständig (§ 71 Absatz 3 Nummer 1). Die Ausländerbehörde oder die Polizei des Landes kann den Ausländer daher

	auch an der Grenze der Grenzbehörde zur Rückführung in einen anderen Staat übergeben.	57.1.4.2	Besteht eine zwischenstaatliche Übernahmevereinbarung, ist die Zurückschiebung für die Dauer der Rückübernahmeverpflichtung möglich, § 57 Absatz 1 Satz 2. Es gilt jedoch die Frist nach Satz 1, wenn die konkrete Übernahmevereinbarung eine kürzere Frist als sechs Monate vorsieht. Das Rückübernahmeabkommen kommt dann insoweit nicht mehr zur Anwendung.
57.0.4	Unterbleibt die Zurückschiebung an der Grenze, weil gegen den Ausländer auf Grund eines Strafverfahrens ein Haftbefehl erwirkt oder vollstreckt werden soll, so geht die Zuständigkeit für die Zurückschiebung von der Grenzbehörde auf die Ausländerbehörde über.		
57.0.5	Die Zurückschiebung entfaltet die Sperrwirkung des § 11 Absatz 1. Der Ausländer darf nicht in das Bundesgebiet einreisen und sich dort aufhalten. Ihm darf auch bei Vorliegen eines gesetzlichen Anspruchs kein Aufenthaltstitel erteilt werden.	57.1.5	Ist ein Ausländer unerlaubt eingereist, ist unverzüglich zu ermitteln, wo und wann er die Grenze überschritten hat, damit diese Umstände im Falle der Zurückschiebung nachweisbar sind. Ob der Staat, in den die Zurückschiebung erfolgen soll, zur Übernahme verpflichtet ist, richtet sich nach dem mit diesem Staat bestehenden Übernahmeabkommen. Unabhängig von bestehenden Übernahmeabkommen ist der Staat, dessen Staatsangehörigkeit der Ausländer besitzt, völkerrechtlich zur Rückübernahme verpflichtet (siehe Nummer 15.0.5.2).
57.0.6	Soweit die Zurückschiebung von der Ausländerbehörde angeordnet wird und landesgesetzliche Regelungen nach § 80 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 VwGO nicht bestehen, ist § 80 Absatz 2 Satz 1 Nummer 4 VwGO zu beachten. Bei Tätigkeit von Polizeivollzugsbeamten gilt § 80 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 VwGO.		
57.1	Voraussetzung und Ziel der Zurückschiebung	57.1.6	Verweigert der Ausländer Angaben darüber, seit wann er sich in Deutschland aufhält, und liegen auch keine sonstigen Erkenntnisse darüber vor, kann davon ausgegangen werden, dass seit der unerlaubten Einreise noch keine sechs Monate vergangen sind.
57.1.0	Voraussetzung ist eine unerlaubte Einreise nach § 14; eine nicht den Voraussetzungen des § 13 entsprechende Einreise genügt nicht. Dass dem Ausländer durch die Grenzbehörde die Einreise gestattet wird, kann einer Zurückschiebung nicht entgegengehalten werden.	57.1.7	Die Soll-Vorschrift des § 57 Absatz 1 Satz 1 schreibt vor, dass die Zurückschiebung i. d. R. zu erfolgen hat. Demzufolge ist es den Behörden gestattet, den besonderen Umständen des Einzelfalls Rechnung zu tragen und nur in Ausnahmefällen von der Zurückschiebung abzusehen. Einschränkungen können sich aus dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, aus humanitären Erwägungen, aber auch in Fällen besonderen öffentlichen Interesses ergeben. In den Fällen, in denen an der Grenze Passersatzpapiere oder Ausnahmevisa ausgestellt werden könnten, ist im Allgemeinen eine Zurückschiebung nicht geboten. Wird der Ausländer nicht zurückgeschoben, so teilt die Grenzbehörde dies der für den Ort der Einreise zuständigen Ausländerbehörde mit, die über den aufenthaltsrechtlichen Status des Ausländers entscheidet.
57.1.1	Die Zurückschiebung setzt voraus, dass der Ausländer gemäß § 58 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 vollziehbar ausreisepflichtig ist.		
57.1.2	In den Fällen der unerlaubten Einreise gemäß § 14 Absatz 1 Nummer 2 und 3 ist die Ausreisepflicht stets vollziehbar (§ 58 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1). Reist ein Ausländer, der im Zeitpunkt der Einreise einen gültigen Aufenthaltstitel besitzt, lediglich deshalb unerlaubt ein, weil er keinen gültigen Pass besitzt (§ 14 Absatz 1 Nummer 1), ist er nicht gemäß § 50 Absatz 1 ausreisepflichtig und kann bis zum vollziehbaren Widerruf des Aufenthaltstitels (vgl. § 52 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1) oder bis zum Ablauf seiner Gültigkeitsdauer nicht zurückgeschoben werden.	57.1.8	Besteht gegen den Ausländer der Verdacht einer auslieferungsfähigen Auslandsstraftat, so ist von der Zurückschiebung bis zur Entscheidung der Staatsanwaltschaft bei dem zuständigen Oberlandesgericht abzusehen, wenn ansonsten die Auslieferung des Ausländers unmöglich wäre (vgl. Nummer 35 RiVAST).
57.1.3	Bei einem Ausländer, der bis zur Ausweisung oder Abschiebung nach Europäischem Gemeinschaftsrecht freizügigkeitsberechtigt war, ist der Tatbestand der unerlaubten Einreise dann erfüllt, wenn er entgegen der gesetzlichen Wiedereinreisesperre (§ 7 Absatz 2 FreizügG/EU) eingereist ist.	57.1.9	§ 57 findet auf Asylbewerber nur nach Maßgabe der §§ 18 f. und 71 Absatz 6 Satz 2 AsylVfG Anwendung.
57.1.4.1	Ausländer, die unerlaubt eingereist sind, können – unbeschadet der in zwischenstaatlichen Übernahmeabkommen festgelegten Fristen – nicht mehr zurückgeschoben werden, wenn sie sich länger als sechs Monate unerlaubt in Deutschland aufgehalten haben. In diesem Fall ist nur die Abschiebung möglich.	57.2	Zurückschiebung rückgeführter und zurückgewiesener Ausländer
		57.2.1	Ausländer, die vollziehbar ausreisepflichtig sind, können gemäß § 57 Absatz 2 zurück-

	geschoben werden, wenn sie von einem anderen Staat rückgeführt oder zurückgewiesen worden sind. Der Staat, aus dem der Ausländer rückgeführt oder von dem er zurückgewiesen worden ist, scheidet als Zielstaat aus.	
57.2.2	Ausreisepflichtig ist ein Ausländer, der einen erforderlichen Aufenthaltstitel nicht oder nicht mehr besitzt (§ 50 Absatz 1). Die Vollziehbarkeit bestimmt sich nach § 58 Absatz 2. Die Zurückschiebung setzt die Festsetzung einer Ausreisefrist nicht zwingend voraus. Für den Fall, dass von der Ausländerbehörde eine Ausreisefrist nach § 50 Absatz 2 festgesetzt wurde, ist sie erst dann zulässig, wenn diese Frist abgelaufen ist.	57.3.3
57.2.3	Die Zurückschiebung ist unzulässig, solange der Ausländer noch eine Duldung besitzt. Die Zurückschiebung kommt nicht in Betracht, wenn ein geduldeter Ausländer versucht, auszureisen, aber von dem anderen Staat zurückgewiesen wird. Wird hingegen ein geduldeter Ausländer nach einer Ausreise nach Deutschland rückgeführt, ist mit der Ausreise die Duldung erloschen und steht einer Zurückschiebung nicht entgegen.	58
57.3	Zurückschiebungsverbote und -hindernisse sowie Zurückschiebungshaft	Zu § 58 – Abschiebung
57.3.1	Zum Zielstaat der Zurückschiebung wird auf Nummer 15.0.5 Bezug genommen. Ein Ausländer soll grundsätzlich nicht in einen Schengen-Staat zurückgeschoben werden. Besteht mit dem Schengen-Staat, der als Zielstaat der Zurückschiebung in Betracht kommt, ein Übernahmeabkommen, kann hiervon abgewichen werden (Artikel 23 Absatz 4 SDÜ, siehe Nummer 50.1.9.7 und 59.2.1). Verfügt der Ausländer über einen Aufenthaltstitel oder über einen vorläufigen Aufenthaltstitel eines Schengen-Staates, soll er in diesen Staat zurückgeschoben werden (vgl. Artikel 23 Absatz 2 SDÜ).	58.0
57.3.2	Für die sofortige Zurückschiebung ist keine Haft oder Ingewahrsamnahme erforderlich, wenn keine Verzögerungen bei der Durchführung auftreten und der Ausländer nicht in einem Gewahrsamsraum wegen Fluchtgefahr untergebracht werden muss. Die Anwendung unmittelbaren Zwangs im Rahmen der Zurückschiebung stellt für sich allein noch keine Freiheitsentziehung dar. Kann die Zurückschiebung nicht unverzüglich erfolgen, ist Sicherungshaft gemäß § 62 Absatz 2 beim zuständigen Amtsgericht zu beantragen, sofern die Voraussetzungen hierfür (insbesondere Fluchtgefahr) gegeben sind. Eine kurzfristig notwendige Freiheitsentziehung kann auch auf die Befugnis zur Ingewahrsamnahme nach ordnungsrechtlichen Vorschriften gestützt werden, sofern dadurch die Begehung oder die Fortsetzung der Begehung einer Straftat verhindert werden soll. Erfolgt die (vorläufige) Ingewahrsamnahme unter den Voraussetzungen des § 62 Absatz 4 ausnahmsweise ohne vorherige richterliche Anordnung, ist der Ausländer unverzüglich dem Richter zur Entscheidung über die Anordnung der Sicherungshaft vorzuführen (siehe auch Nummer 58.1.5).	58.0.0
		Allgemeines und Verfahren
		Bei der Abschiebung handelt es sich um eine nicht an die Schriftform gebundene Maßnahme der Verwaltungsvollstreckung (unmittelbarer Zwang), die von der Ausländerbehörde (§ 71 Absatz 1) oder dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge angeordnet und von den Vollstreckungsbehörden der Länder (z.B. Ausländerbehörden; Polizeien der Länder, § 71 Absatz 5) durchgeführt wird. Eine Zurückschiebung nach § 57 hat grundsätzlich Vorrang vor der Abschiebung. Für die Festnahme, die Anordnung und Durchführung der Zurückschiebung sowie die Durchführung der Abschiebung sind auch die Polizeien der Länder zuständig (§ 71 Absatz 5). Die Befugnis zur Festnahme regelt sich nach bundes- oder landesrechtlichen Vorschriften über die Ingewahrsamnahme von Personen. Die Abschiebung ist unverzüglich einzuleiten. Kann eine Abschiebung nicht unverzüglich durchgeführt werden, hat die Ausländerbehörde zu prüfen, ob die Voraussetzungen für Sicherungshaft (§ 62 Absatz 2) vorliegen und dementsprechend ein Haftantrag beim zuständigen Amtsgericht zu stellen ist (vgl. §§ 416, 417 FamFG). Den Ausnahmefall der vorläufigen Ingewahrsamnahme ohne vorherige richterliche Anordnung regelt § 62 Absatz 4. In diesem Fall ist der Ausländer unverzüglich dem Richter zur Entscheidung über die Anordnung der Sicherungshaft vorzuführen (siehe auch Nummer 58.1.5).
		58.0.1
		Die Durchführung der Abschiebung richtet sich – soweit das Aufenthaltsgesetz nichts anderes bestimmt – nach den landesrechtlichen Vorschriften über die Durchsetzung unmittelbaren Zwangs. Das in § 72 Absatz 4 vorgeschriebene Beteiligungserfordernis der Staatsanwaltschaft ist zu beachten.
		58.0.2
		Wird die Abschiebung von den Polizeien der Länder oder einer anderen zuständigen Behörde durchgeführt, übersendet die Ausländerbehörde den Vollstreckungsauftrag, den Pass, Passersatz oder ein sonstiges Reisedokument und sonstige Unterlagen, die für den Ausländer bestimmt sind. Liegen die genannten Dokumente und Unterlagen bei der Grenzbehörde,

ist dies im Vollstreckungsauftrag zu vermerken. Ist die Abschiebung aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen unmöglich oder soll sie nach § 60a Absatz 1 ausgesetzt werden, ist der Vollstreckungsauftrag erst nach Wegfall des Grundes für die Aussetzung der Abschiebung zu erteilen.

58.0.3

Die für die Durchführung der Abschiebung zuständige Behörde kündigt der nach § 71 Absatz 3 zuständigen Grenzbehörde die vorgesehene Abschiebung rechtzeitig an und klärt im Benehmen mit dieser Behörde die im Einzelfall erforderlichen organisatorischen Maßnahmen (z. B. Bereitstellung von Begleitpersonal). Die für die Durchführung der Abschiebung zuständigen Behörden sind für die Bereitstellung von Begleitpersonal im Rahmen der Durchführung der Abschiebung bis zur Ausreise des Ausländers aus dem Bundesgebiet auch dann zuständig, wenn für diesen Zweck eine Flugreise im Inland etwa mit Zwischenlandung erforderlich ist. Die Beförderung des Ausländers zum Überstellungsort richtet sich nach den jeweiligen landesrechtlichen Bestimmungen. Die Grenzbehörde bestätigt die Übernahme des Ausländers und seiner Papiere und teilt der Ausländerbehörde den Zeitpunkt der Überstellung mit. Die Übernahme des Ausländers und seiner Papiere kann auch durch Vermerk auf einer Unterlage der Ausländerbehörde bestätigt werden, welche von dem Beamten, der den Ausländer der Grenzbehörde zuführt, vorgelegt wird.

58.0.4

Ausländer in Haft oder sonstigem öffentlichen Gewahrsam sind aus der Haft oder dem öffentlichen Gewahrsam abzuschieben (§ 59 Absatz 5 Satz 1). Die Möglichkeit nach § 456a StPO, (teilweise) von der Vollstreckung einer Freiheitsstrafe, einer Ersatzfreiheitsstrafe oder einer Maßregel der Besserung und Sicherung abzusehen, ist zu beachten. Die für die Abschiebung erforderlichen ausländerrechtlichen und verfahrensrechtlichen Maßnahmen sind so rechtzeitig einzuleiten, dass die Beantragung von Abschiebungshaft im Anschluss an die Strafhaft oder den öffentlichen Gewahrsam aus rein organisatorischen Gründen nicht notwendig wird (vgl. § 74 Absatz 2 Nummer 3 AufenthV).

58.0.5

Bei der Abschiebung ist dem Schutz von Ehe und Familie, insbesondere der Familieneinheit, grundsätzlich dadurch Rechnung zu tragen, dass die vollziehbar ausreisepflichtigen Familienangehörigen zusammen abgeschoben werden. Der Schutz von Ehe und Familie gebietet es aber nicht, von der Abschiebung eines Familienangehörigen nur deshalb abzusehen, weil andere Familienmitglieder, die ausreisepflichtig sind, aber nicht abgeschoben werden können, nicht freiwillig ausreisen, obwohl ihnen das möglich wäre. Bei Asylantragstellern ist § 43 Absatz 3 AsylVfG zu beachten. Bei sonstigen Ausländern ist die in dieser Norm zum Aus-

druck kommende Wertentscheidung angemessen zu berücksichtigen.

58.0.6.1

Dem Ausländer ist die Mitnahme von Gepäck zu ermöglichen, das im Transportmittel ohne Verzögerung oder sonstige Beeinträchtigung der Abschiebung befördert werden kann und durch dessen Mitnahme der Behörde keine zusätzlichen Kosten entstehen. Die Mitnahme weiteren Gepäcks ist i. d. R. nur dann zu ermöglichen, wenn der Ausländer für die zusätzlichen Transportkosten aufkommt oder diese Kosten durch eine Sicherheitsleistung (§ 66 Absatz 5) gedeckt werden können.

58.0.6.2

Lässt der Ausländer bei einer Abschiebung Eigentum zurück, ist er auf die Möglichkeit einer schriftlichen Erklärung hinzuweisen, durch die er einen Verfügungsberechtigten benennt, dem er die Verantwortung für sein Eigentum überträgt und der ggf. die Verwertung seines Eigentums übernimmt. Auf Grund der Umstände des Einzelfalls muss festgestellt werden, ob der Ausländer den Besitz der Sache in der Absicht aufgegeben hat, auf das Eigentum zu verzichten. Die Verwertung des Eigentums zur Begleichung öffentlich-rechtlicher Forderungen (z. B. gemäß Leistungsbescheid nach § 67) ist in erster Linie in Betracht zu ziehen. Zuständig hierfür ist die Behörde, die die Grundverfügung erlassen hat.

58.0.7

Erhebt der Ausländer während der Abschiebung erhebliche Einwendungen, die die weitere Durchführung der Maßnahme aus gesundheitlichen Gründen als unverhältnismäßig und damit rechtswidrig erscheinen lassen können, und konnten diese Umstände gegenüber der Ausländerbehörde oder dem Gericht zuvor nicht geltend gemacht werden, wird die Ausländerbehörde zur Prüfung des Vorbringens gemäß § 59 Absatz 4 unverzüglich unterrichtet. Ist ein der Rückführung entgegenstehender Vortrag zum Gesundheitszustand zumindest beachtlich, wird zur Überprüfung regelmäßig eine ergänzende ärztliche Stellungnahme notwendig sein, wenn das beigebrachte ärztliche Zeugnis nicht bereits die Reiseunfähigkeit mit allen notwendigen Begründungen nachvollziehbar und ohne jeden Zweifel belegt. Ist danach aus gesundheitlichen Gründen eine Fortsetzung des Verwaltungsvollzugs unzulässig, besteht ein tatsächliches Abschiebungshindernis, zu dessen Beachtung die Ausländerbehörden verpflichtet sind.

Die Pflicht zur Prüfung eines solchen Abschiebungshindernisses ist nur auf den Vorgang der Abschiebung beschränkt und kann ggf. Vorkehrungen erfordern, die den Übergang in eine ärztliche Versorgung im Zielstaat ermöglichen, nicht aber solche, die auf eine dauernde ärztliche Versorgung im Zielstaat gerichtet sind. Eine PTBS-Problematik, die bereits im asyl- oder aufenthaltsrechtlichen Verfahren bewertet wurde, spielt – ausgenommen in einer Exazerbationsphase (akute Verschlechterung,

- akuter Ausbruch) – für die Flugreisetauglichkeit keine Rolle. Begleiterkrankungen können aber eine (Flug-) Reisefähigkeitsbescheinigung erforderlich machen. Ist der Ausländer reiseunfähig, ist die Durchführung der Abschiebung zu unterbrechen, bei vorübergehender Reiseunfähigkeit ist die Beantragung von Abschiebungshaft zu prüfen.
- 58.0.8 Sucht der Ausländer im Rahmen der Durchführung der Abschiebung um Asyl nach, finden §§ 19 bzw. 71 AsylVfG Anwendung. In den Fällen des § 71 Absatz 5 Satz 1 AsylVfG darf die Abschiebung erst nach Mitteilung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, dass die Voraussetzungen des § 51 Absatz 1 bis 3 VwVfG nicht vorliegen, durchgeführt werden. Dies gilt nicht, wenn der Ausländer in einen sicheren Drittstaat abgeschoben werden soll (§ 71 Absatz 5 Satz 2 AsylVfG, § 26a Absatz 2 AsylVfG mit Anlage I). Befindet der Ausländer sich in Haft, sind zusätzlich § 14 Absatz 3 und § 71 Absatz 8 AsylVfG zu beachten, vgl. Nummer 62.0.3.3.
- 58.0.9 Scheitert die Abschiebung an der Abwesenheit des Ausländers, sind die dafür maßgebenden Umstände in der Ausländerakte zu vermerken. Die Beantragung von Abschiebungshaft ist zu prüfen (vgl. § 62 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3).
- 58.0.10 Stehen der Überstellung eines abzuschiebenden Ausländers an die nach § 71 Absatz 3 zuständige Grenzbehörde in einem anderen Land Hindernisse entgegen, die nicht alsbald beseitigt werden können, ist der Ausländer auf Ersuchen der für die Abschiebung zuständigen Ausländerbehörde von der Ausländerbehörde zu übernehmen, in deren Bezirk der Überstellungsort liegt. Diese Behörde hat die etwa erforderlichen vorläufigen Maßnahmen zur Sicherung der Abschiebung (Beantragung von Abschiebungshaft beim zuständigen Amtsgericht, Festnahme zur Überführung in den Gewahrsam) zu treffen. Erweisen sich die Hindernisse, die der Überstellung entgegenstehen, als voraussichtlich von Dauer, ist die Entscheidung über weitere Maßnahmen der für die Abschiebung zuständigen Ausländerbehörde zu überlassen. Wenn feststeht, dass die Abschiebung aus Gründen, die der Ausländer nicht zu vertreten hat, nicht innerhalb der nächsten drei Monate durchgeführt werden kann, ist die Sicherungshaft unzulässig, vgl. § 62 Absatz 2 Satz 4.
- 58.0.11 Bestehen bei der Überstellung des Ausländers an die nach § 71 Absatz 3 zuständige Grenzbehörde am Flughafen berechnete Zweifel, ob die Abschiebung auf dem Luftweg durchgeführt werden kann, haben sich die Vollstreckungsbeamten des Landes für den Fall des Scheiterns der Abschiebung zum Zwecke der Rückführung des Ausländers an den bisherigen Aufenthaltsort bis zum Abflug des Flugzeugs bereitzuhalten.
- 58.0.12 Ist der Ausländer anwaltlich vertreten, wird sein Bevollmächtigter über die durchgeführte Abschiebung grundsätzlich von der Ausländerbehörde unterrichtet.
- 58.0.13.1 Unbeschadet der Datenübermittlungspflichten nach dem AZRG und den hierzu ergangenen Vorschriften hat die Ausländerbehörde von einer vollzogenen Abschiebung zu unterrichten (siehe Nummer Vor 53.10 hinsichtlich der Ausweisung):
- 58.0.13.1.1 – die für die Dateneingabe zuständige Polizeidienststelle zum Zweck der Ausschreibung in INPOL (Zurückweisung, Festnahme) und im SIS (Einreiseverweigerung, Artikel 96 Absatz 3 SDÜ) nach dem vorgeschriebenen Muster (§ 50 Absatz 7 Satz 2), sofern eine solche Ausschreibung in INPOL bzw. im SIS beabsichtigt ist (zu den Voraussetzungen einer Ausschreibung vgl. Nummer 50.7) und
- 58.0.13.1.2 – auf Ersuchen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge nach Maßgabe datenschutzrechtlicher Bestimmungen, wenn es sich um einen Ausländer handelt, der einen Asylantrag gestellt hat.
- 58.0.13.2 Liegen bei einem Ausländer, dessen Aufenthalt unbekannt ist, die Voraussetzungen für die zwangsweise Durchsetzung der vollziehbaren Ausreisepflicht (siehe auch § 80b Absatz 1 VwGO) und für die Anordnung von Abschiebungshaft nach § 62 vor, stehen folglich auch Abschiebungsverbote nach § 60 nicht entgegen, kann die Ausländerbehörde den Ausländer nach Ablauf der Ausreisefrist gemäß § 50 Absatz 7 Satz 1 zur Aufenthaltsermittlung und Festnahme ausschreiben (vgl. Nummer 50.7). In diesem Fall hat sie die für die Dateneingabe zuständige Polizeidienststelle zum Zweck der Ausschreibung in INPOL (Aufenthaltsermittlung, Festnahme) nach dem vorgeschriebenen Muster zu unterrichten. Die Ausschreibung soll insbesondere erfolgen, wenn sich der Ausländer bereits einmal der Abschiebung entzogen hat oder nach Ablauf der Ausreisefrist die Grenzübertrittsbescheinigung nicht vorlegt. Der Mitteilung an die für die Dateneingabe zuständige Polizeidienststelle ist ein kurz gefasster Schriftsatz beizufügen, der die Gründe für die beabsichtigte Abschiebung enthält.
- 58.0.14 Wird der Ausländer unter den Voraussetzungen des § 62 Absatz 4 ausnahmsweise ohne vorherige richterliche Anordnung in vorläufigen Gewahrsam genommen, hat die zuständige Vollstreckungsbehörde (siehe Nummer 62.0.3.0) umgehend Abschiebungshaft gemäß § 62 Absatz 2 zu beantragen und den Ausländer unverzüglich dem Richter zur Entscheidung über die Anordnung der Sicherungshaft vorzuführen. Auf die Möglichkeit des Eilantrages nach § 427 FamFG wird hingewiesen.

58.1 Voraussetzungen für die Abschiebung

58.1.0 Die Abschiebung setzt voraus, dass

- der Ausländer vollziehbar ausreisepflichtig ist,
- einer der in § 58 Absatz 1 und 2 genannten Abschiebungsgründe vorliegt,
- die Abschiebungsandrohung nach § 59 Absatz 1 vollziehbar oder ausnahmsweise verzichtbar ist oder
- eine nach § 50 Absatz 2 oder § 59 Absatz 1 gesetzte oder verlängerte Ausreisefrist abgelaufen und eine Ausreise des Ausländers innerhalb der ihm gesetzten Ausreisefrist nicht erfolgt ist (siehe Nummer 50.4).

Bei Abschiebungen im Zusammenhang mit den durch das SDÜ geregelten Aufenthalten ist ergänzend Artikel 23 Absatz 3 bis 5 SDÜ zu beachten.

58.1.1 Wenn alle Voraussetzungen vorliegen, darf die Abschiebung nur bei Vorliegen eines Aussetzungsgrundes gemäß § 60 Absatz 1 bis 5, 7, § 60a oder beim Vorliegen einer richterlichen Anordnung (§ 80 Absatz 5, § 80b, § 123 VwGO) ausgesetzt werden. Gelegenheit zur freiwilligen Ausreise besteht bis zum Ablauf der Ausreisefrist. Die freiwillige Ausreise hat Vorrang vor der Abschiebung. Soweit von einer Abschiebung abgesehen wird, setzt dies eine Aussetzung der vollziehbaren Ausreisepflicht oder Verlängerung der Ausreisefrist voraus (siehe Nummer 50.2.3). Der Nachweis, dass ein Ausländer innerhalb der Ausreisefrist ausgereist ist, ergibt sich auch aus der Grenzübertrittsbescheinigung (siehe Nummer 50.4.1.1 ff.).

58.1.2 Vor der Abschiebung hat die Ausländerbehörde sicherzustellen, dass die für die Abschiebung erforderlichen Grenzübertrittspapiere, Visa, Übernahmeerklärungen, Durchbeförderungsbewilligungen und sonst erforderlichen Unterlagen vorhanden sind. Ist die Abschiebung eines Ausländers von einer Übernahmeerklärung eines anderen Staates abhängig, richtet sich das Einholen dieser Erklärung nach der zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Zielstaat anwendbaren Übernahmevereinbarung (vgl. § 57 Absatz 1 Satz 2). Das Bundesministerium des Innern führt eine Liste über die bestehenden bilateralen und multilateralen Rückübernahmeabkommen.

58.1.3 Ist für die Durchbeförderung eines Ausländers durch einen dritten Staat eine Durchbeförderungsbewilligung erforderlich, gilt Nummer 58.1.2 für das Einholen der Durchbeförderungsbewilligung entsprechend. Eine entsprechende Bewilligung ist stets erforderlich, wenn die Durchbeförderung durch einen Staat erfolgen soll, mit dem die Bundesrepublik Deutschland ein Übernahmeabkommen geschlossen hat oder der Mitgliedstaat der Europäischen Union ist (vgl. Richtlinie 2003/110/

EG des Rates vom 25. November 2003 über die Unterstützung bei der Durchbeförderung im Rahmen von Rückführungsmaßnahmen auf dem Luftweg [ABl. EU Nummer L 321 S. 26, so genannte Durchbeförderungsrichtlinie]). Dabei ist es unerheblich, ob der Ausländer auf dem Landweg oder auf dem Luftweg mit Zwischenlandung auf einem Flughafen des in Betracht kommenden Staates abgeschoben werden soll. Bei welcher Behörde die Durchbeförderungsbewilligung einzuholen ist, ergibt sich aus den jeweiligen Abkommen und Durchführungsprotokollen gemäß der vom Bundesministerium des Innern erstellten Liste (siehe Nummer 58.1.2).

58.1.4 Bei Abschiebungen auf dem Luftweg mit Zwischenlandung in Staaten, mit denen kein Übernahmeabkommen besteht, sind i. d. R. die für die Überwachung der Weiterreise zuständigen ausländischen Stellen über die Grenzbehörden, in besonderen Fällen über die deutschen Auslandsvertretungen wenigstens zwei Tage vorher zu unterrichten. Hiervon ist abzusehen, wenn die Zwischenlandung in außereuropäischen Staaten erfolgt oder wenn zu erwarten ist, dass der Ausländer auch ohne Überwachung bei der Zwischenlandung weiterreist.

58.1.5 Ein ausreisepflichtiger Ausländer, der nach § 58 Absatz 1 abzuschicken ist, kann zur Vorbereitung und Sicherung der Abschiebung von den nach § 71 Absatz 1, 3 und 5 zuständigen Behörden auf richterliche Anordnung zum Zwecke der Abschiebung festgenommen und bis zur Durchführung der Abschiebung in Sicherungshaft festgehalten werden, sofern die Voraussetzungen hierfür gegeben sind (vgl. Nummer 62.2). In den in § 62 Absatz 4 bezeichneten Ausnahmefällen kann der Ausländer von den für die Beantragung von Haft zuständigen Behörden vorläufig in Gewahrsam genommen werden.

58.1.6 Können die für eine Abschiebung erforderlichen ausländischen Grenzübertrittspapiere nicht beschafft werden oder ist davon auszugehen, dass der Aufnahmestaat ein entsprechendes Dokument akzeptiert, kann dem Ausländer ein Reiseausweis (§ 6 Satz 1 Nummer 3 AufenthV) oder ein Standardreisedokument für die Rückführung (§ 4 Absatz 1 Nummer 7 AufenthV) ausgestellt werden, wenn dadurch die Abschiebung ermöglicht wird. Dies setzt voraus, dass der Zielstaat die Einreise mit dem Reiseausweis bzw. dem Standardreisedokument gestattet. Im Zweifelsfall ist im Benehmen mit den Grenzbehörden zu klären, ob Erfahrungen hierüber vorliegen. Die Gültigkeitsdauer ist auf die für die Durchführung der Abschiebung erforderliche Zeit zu beschränken. Der Reiseausweis darf die Gültigkeitsdauer von einem Monat nicht überschreiten (§ 8 Absatz 2 Satz 1 AufenthV). Der Geltungsbereich des Reisedokuments ist auf die Durchreisestaaten und den Zielstaat zu beschränken (§ 9 Absatz 1 AufenthV).

- 58.1.7 Wird die Abschiebung eines Ausländers vollzogen, soll von der Grenzbehörde im Pass oder Passersatz des Ausländers vermerkt werden: „Abgeschoben“, soweit generell oder im Einzelfall nichts anderes angeordnet wird.
- 58.2 **Vollziehbarkeit der Ausreisepflicht**
- 58.2.1.0 § 58 Absatz 2 Satz 1 regelt die Fälle, in denen die Ausreisepflicht kraft Gesetzes mit ihrer Entstehung vollziehbar ist. In diesen Fällen gibt es unbeschadet der Möglichkeit des vorläufigen Rechtsschutzes (§ 80 Absatz 5, § 123 Absatz 1 VwGO) gegen die Abschiebungsandrohung oder Abschiebung keinen Rechtsbehelf mit aufschiebender Wirkung, d. h. mit einer die gesetzliche Vollziehbarkeit beendenden Wirkung.
- 58.2.1.1 Von § 58 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 sind die in § 14 Absatz 1 abschließend geregelten Fälle der unerlaubten Einreise umfasst. Ein Antrag auf Erteilung eines Aufenthaltstitels lässt in diesen Fällen die Vollziehbarkeit der Ausreisepflicht unberührt (siehe § 81 Absatz 3). Nummer 57.1.2 ist zu beachten.
- 58.2.1.2 In den Fällen des § 58 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 entfällt die Vollziehbarkeit der Ausreisepflicht, wenn der Aufenthalt nach § 81 Absatz 3 bzw. Absatz 4 als erlaubt bzw. fortbestehend gilt. Bei Versagung des Aufenthaltstitels wird der Ausländer wieder nach § 58 Absatz 2 Satz 2 ausreisepflichtig. Hinsichtlich abgelehnter Asylbewerber gilt § 43 AsylVfG.
- 58.2.1.3 Nach § 58 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 ist die Ausreisepflicht vollziehbar, wenn der Ausländer auf Grund einer Rückführungsentscheidung gemäß Artikel 3 der Richtlinie 2001/40/EG des Rates vom 28. Mai 2001 über die gegenseitige Anerkennung von Entscheidungen über die Rückführung von Drittstaatsangehörigen (ABl. EG Nummer L 149 S. 34) ausreisepflichtig wird, sofern diese von der zuständigen Behörde anerkannt wird.
- 58.2.1.3.1 Die Richtlinie sieht vor, dass mit ihr die Anerkennung von Rückführungsentscheidungen eines Mitgliedstaates (Entscheidungsmitgliedstaat) durch den Mitgliedstaat ermöglicht werden soll, in dessen Hoheitsgebiet sich ein Drittstaatsangehöriger aufhält (Vollstreckungsmitgliedstaat). Dies soll dazu führen, dass ein Drittstaatsangehöriger, dessen Rückführungsentscheidung mit
- 58.2.1.3.1.1 – einer schwerwiegenden und akuten Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung oder die nationale Sicherheit (d. h. Verurteilung wegen einer Straftat, die mit einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr bedroht ist oder begründeter Verdacht, dass der Drittstaatsangehörige schwere Straftaten begangen hat oder solche im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates plant) oder mit
- 58.2.1.3.1.2 – einem Verstoß gegen die innerstaatlichen Rechtsvorschriften über die Einreise oder den Aufenthalt von Ausländern
- 58.2.1.3.2 Nationale Kontaktstelle nach der Entscheidung 2004/191/EG des Rates vom 23. Februar 2004 zur Festlegung der Kriterien und praktischen Einzelheiten zum Ausgleich finanzieller Ungleichgewichte aufgrund der Anwendung der Richtlinie 2001/40/EG über die gegenseitige Anerkennung von Entscheidungen über die Rückführung von Drittstaatsangehörigen (ABl. EU Nummer L 60 S. 55), die eine Übermittlung der einschlägigen Daten an die anderen Mitgliedstaaten vornimmt, ist das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Ihr kommt insbesondere die Aufgabe zu, den Ausgleich der finanziellen Aufwendungen des Vollstreckungsmitgliedstaates durch den Entscheidungsmitgliedstaat zu gewährleisten. Die Entscheidung darüber, ob die Richtlinie Anwendung findet und ob die rechtlichen Voraussetzungen vorliegen, treffen die Ausländerbehörden.
- 58.2.2.1 Nach § 58 Absatz 2 Satz 2 tritt die Vollziehbarkeit der Ausreisepflicht mit der Vollziehbarkeit der Versagung des Aufenthaltstitels oder des sonstigen Verwaltungsaktes, durch den der Ausländer nach § 50 Absatz 1 ausreisepflichtig wird, ein. Die Versagung von Aufenthaltstiteln ist nach § 84 Absatz 1 sofort vollziehbar. Im Übrigen bestimmt sich die Vollziehbarkeit des Verwaltungsaktes nach der VwGO (§ 80 Absatz 2 und § 80b Absatz 1 VwGO).
- 58.2.2.2 Die Ausreisepflicht kann gleichzeitig auf mehreren Rechtsgrundlagen beruhen, z. B. im Falle der Ausweisung eines unerlaubt eingereisten Ausländers. Die auf der unerlaubten Einreise beruhende Ausreisepflicht ist dann gemäß § 58 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 vollziehbar, aber die auf der Ausweisung beruhende Ausreisepflicht nur nach § 58 Absatz 2 Satz 2, wenn die Ausweisung vollziehbar ist. Sofern die Vollziehbarkeit der Ausweisung infolge Widerspruchs oder Klage entfällt, bleibt die Vollziehbarkeit der Ausreisepflicht nach § 58 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 bestehen. Dasselbe gilt, wenn die Ausländerbehörde die sofortige Vollziehung der Ausweisung angeordnet, das Verwaltungsgericht aber nach § 80 Absatz 5 VwGO die aufschiebende Wirkung wieder hergestellt hat. Die richterliche Anordnung steht in diesem Fall der zwangsweisen Aufenthaltsbeendigung nicht entgegen, weil sie sich nur auf die Ausweisung beschränkt. Im vorläufigen Rechtsschutzverfahren kann jedoch ungeachtet der vollziehbaren Ausreisepflicht nach § 58 Absatz 2 die aufschiebende Wirkung des Rechtsbehelfs angeordnet bzw. wiederhergestellt, d. h. die Vollziehbarkeit der Abschiebungsandrohung oder der Abschiebung ausgesetzt werden, weil etwa ein Abschiebungsverbot vorliegt.

58.3 Überwachungsbedürftigkeit der Ausreise

58.3.1 Die Ausländerbehörde hat zu prüfen, ob Anlass zu Zweifeln an der Möglichkeit oder der Bereitschaft zur freiwilligen Erfüllung der Ausreisepflicht besteht (z.B. durch Befragen des Ausländers über den Reiseweg und durch Vorlage von Flugtickets). Gesichtspunkte, dass eine freiwillige Ausreise gesichert erscheint, hat der Ausländer darzutun (§ 82 Absatz 1). Die freiwillige Ausreise ist insbesondere dann nicht als gesichert anzusehen, wenn der Ausländer zu erkennen gibt, dass er der Verpflichtung zur Ausreise nicht nachkommen und sich einer Festnahme oder sonstigen Sicherungsmaßnahme zum Zwecke der Abschiebung entziehen wird. Anhaltspunkte, aus denen sich ergibt, dass die freiwillige Ausreise eines Ausländers nicht gesichert erscheint oder dass die Überwachung der Ausreise gleichwohl erforderlich ist, sollen aktenkundig gemacht werden. Erklärt ein Ausländer in Anbetracht der drohenden Abschiebungshaft, doch freiwillig ausreisen zu wollen, rechtfertigt dies allein noch nicht die Annahme, dass die Ausreise gesichert ist. Vielmehr sind zur Beurteilung der Ausreisebereitschaft alle Umstände des Einzelfalls zu würdigen.

58.3.2 Abschiebungsgründe der öffentlichen Sicherheit und Ordnung i.S.d. § 58 Absatz 1, die nicht von § 58 Absatz 3 erfasst sind, liegen etwa vor, wenn Anhaltspunkte gegeben sind, dass der Ausländer während der Reise mit Strafe bedrohte Handlungen begehen wird. Entsprechendes gilt, wenn der Ausländer an einer nach §§ 6 und 7 IfSG meldepflichtigen übertragbaren Krankheit oder einer Geisteskrankheit leidet. Die Überwachung der Ausreise kann auch zum Schutz des Ausländers erforderlich werden.

58.3.3 § 58 Absatz 3 konkretisiert die in § 58 Absatz 1 generell benannten Überwachungsgründe beispielsweise („insbesondere“).

58.3.3.1 Absatz 3 Nummer 1 geht von einer Überwachungsbedürftigkeit der Ausreise unabhängig vom Haft- bzw. Gewahrsamsgrund aus, solange eine richterliche Anordnung vorliegt. Polizeilicher Gewahrsam ist demnach nicht ausreichend.

58.3.3.2 Ein Antrag auf Fristverlängerung nach § 50 Absatz 2 Satz 3 ist im Rahmen der Prüfung von Absatz 3 Nummer 2 (Nichterfüllung der Ausreisepflicht innerhalb einer dem Ausländer gesetzten Ausreisefrist) zu beachten.

58.3.3.3 Eine Ausweisung nach § 53 oder § 54 führt bei Vorliegen der weiteren Abschiebungsvoraussetzungen in jedem Fall zur Abschiebung (Absatz 3 Nummer 3), unabhängig davon, ob bei der Ausweisung besonderer Ausweisungsschutz nach § 56 zur Anwendung gelangt ist.

58.3.3.4 Ob Mittellosigkeit i.S.v. § 58 Absatz 3 Nummer 4 gegeben ist, ist danach zu beurteilen, ob der Ausländer tatsächlich zur Abdeckung der Ausreisekosten in der Lage ist. Ob die Kosten

von ihm selbst oder von einem Dritten beigetragen werden können, ist hierfür unerheblich.

58.3.3.5 Passlosigkeit (Absatz 3 Nummer 5) führt ohne Rücksicht auf ihre konkreten Umstände zur Überwachungsbedürftigkeit der Ausreise. Nach dem Gesetzeszweck ist allerdings nicht von einem Abschiebungsgrund auszugehen, wenn die Passlosigkeit auf Grund Erfolg versprechender Bemühungen des Ausländers (Beantragung eines neuen Passes, mit dessen baldiger Ausstellung zu rechnen ist) in absehbarer Zeit beseitigt werden wird.

58.3.3.6 Die in § 58 Absatz 3 Nummer 6 bezeichnete Täuschung oder Verweigerung von Angaben muss – obgleich nicht notwendig im Zusammenhang mit der aktuellen Ausreisepflicht stehend – den nachvollziehbaren Rückschluss erlauben, der Ausländer werde seiner Ausreisepflicht nicht nachkommen.

58.3.3.7 Zu § 58 – Absatz 3 Nummer 7 wird Bezug genommen auf Nummer 58.3.1. Besteht keine Veranlassung zu der Annahme, dass das Rückkehrverfahren dadurch gefährdet wird, ist die freiwillige Ausreise der Abschiebung vorzuziehen. Hat der Ausländer eindeutig zu erkennen gegeben, er werde nicht ausreisen, ist die nachfolgende Erklärung des Gegenteils i. d. R. unbeachtlich. Ausreichend sind im Übrigen tatsächliche Anhaltspunkte dafür, dass sich der Ausländer der Ausreisepflicht entziehen wird, etwa das objektiv feststellbare Abbrechen sozialer oder wirtschaftlicher Bindungen. Das Beschreiten des Rechtswegs ist rechtmäßig und begründet deshalb keine Überwachungsbedürftigkeit.

58a Zu § 58a – Abschiebungsanordnung

58a.0 Allgemeines

58a.0.1 In der Anwendungspraxis hatte sich gezeigt, dass die früheren Rechtsvorschriften zur Ausweisung und Abschiebung von Ausländern mit Schwierigkeiten verbunden waren, die bei besonderen Gefahrenlagen einer aus Gründen der öffentlichen Sicherheit gebotenen effektiven und schnellen Verfahrensweise entgegenstanden. Zur Überwindung dieser Schwierigkeiten ist mit der Abschiebungsanordnung ein Instrument geschaffen worden, durch das in diesen Fällen an Stelle der Ausländerbehörden durch die obersten Landes- und Bundesbehörden eine Abschiebung gefährlicher ausländischer Personen unmittelbar angeordnet werden kann, ohne zuvor eine Ausweisung und Abschiebungsandrohung verfügen zu müssen. Der Rechtsschutz wird auf eine Instanz vor dem Bundesverwaltungsgericht verkürzt. Die Abschiebungsanordnung ist sofort vollziehbar.

58a.0.2 Die Abschiebungsanordnung soll in Einzelfällen von herausragender Bedeutung zur Anwendung kommen, in denen vor allem auch die

aktuelle nationale und internationale Sicherheitslage einzubeziehen sind. Die erforderliche globale Lagebetrachtung lässt es angezeigt erscheinen, dass die Abschiebungsanordnung durch die oberste Landesbehörde oder das Bundesministerium des Innern erlassen wird.

58a.1 Voraussetzungen der Abschiebungsanordnung

58a.1.1 Der Ausnahmecharakter dieser Regelung und die tatbestandlich in Absatz 1 geforderte besondere Gefahrenlage (besondere Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland) rechtfertigen es, auf eine Ausweisung und Abschiebungsandrohung zu verzichten und eine zur Gefahrenabwehr dringend gebotene Abschiebung unmittelbar festzusetzen. Damit kommt auch der besondere Ausweisungsschutz nicht zum Tragen; besondere Belange des betroffenen Ausländers sind jedoch auf Grund des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes im Rahmen der Ausübung des Ermessens zu beachten.

58a.1.2.1 Der Begriff der Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland bezieht sich auf die innere und äußere Sicherheit des Staates (vgl. Nummer 54.2.2.2). Er ist nicht auf den Schutz staatlicher Funktionen beschränkt. Der Schutzbereich umfasst das ordnungsgemäße Funktionieren staatlicher Einrichtungen, jedoch können auch nichtstaatliche Einrichtungen und allgemein zugängliche Plätze, deren Gefährdung erhebliche Schadensfolgen (Personen- und/oder Sachschäden) nach sich ziehen könnte, vom Schutzbereich umfasst sein. Dies betrifft insbesondere so genannte „weiche“ Ziele wie etwa Krankenhäuser, Bahnhöfe, Züge, Wohnanlagen, für den Gottesdienst bestimmte Einrichtungen oder andere Versammlungsstätten, Industrieunternehmen, Fußballstadien oder sonstige Austragungsorte von Großveranstaltungen.

58a.1.2.2 Das Merkmal der „besonderen Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland“ ist nicht notwendigerweise in der besonderen zeitlichen Nähe oder Wahrscheinlichkeit des Schadenseintritts zu sehen, sondern knüpft insbesondere an die Wichtigkeit des bedrohten Rechtsgutes an. Ziel ist es, Gefahren, die im Hinblick auf die Dimension möglicher Schäden herausragend sind, möglichst schnell und effektiv zu begegnen.

58a.1.2.3 Neben der Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland ist als Tatbestandsalternative eine terroristische Gefahr genannt. Erfasst sind damit alle Gefahrenlagen, die durch Handlungen, wie sie in Artikel 1 des Rahmenbeschlusses des Rates Nr. 2002/475/JI vom 13. Juni 2002 zur Terrorismusbekämpfung (ABl. Nummer L 164 S. 3) in seiner jeweils geltenden Fassung beschrieben sind, hervorgerufen werden können. Hierunter fallen sowohl terroristische Bestrebungen, die geeignet sind, eine beachtliche Gefahrenlage im Bundes-

gebiet zu erzeugen, als auch solche, die der Vorbereitung terroristischer Anschläge in anderen Staaten dienen. Als Tätigkeiten, die eine terroristische Gefahr begründen können, kommen insbesondere die in § 54 Nummer 5 genannten Handlungen in Betracht. Allerdings kommt, anders als beim Ausweisungstatbestand des § 54 Nummer 5, diese Tatbestandsalternative auch außerhalb terroristischer Strukturen, die ein auf längere Dauer angelegtes Zusammenwirken von mehr als zwei Personen erfordern, zum Tragen. Damit werden auch Einzeltäter erfasst.

58a.1.3 Es wird nicht auf den strafprozessual geprägten Begriff des „Verdachts“ abgestellt, sondern auf eine tatsächengestützte Gefahrenprognose, wodurch der anordnenden obersten Landes- und Bundesbehörde eine Einschätzungsprärogative hinsichtlich des Wahrscheinlichkeitsurteils zukommt. Hierbei kommt der sicherheitsbehördlichen Lageeinschätzung besondere Bedeutung zu. Aktivitäten des Ausländers sind in Gesamtschau mit seiner generellen Einbindung in gefahrenrelevante Strukturen, aber auch mit Erfahrungswerten der Sicherheitsbehörden in vergleichbaren Fällen zu sehen.

58a.1.4 Mit Erlass der Abschiebungsanordnung erlischt zugleich der Aufenthaltstitel (§ 51), die Aufenthaltsgestattung (§ 67 AsylVfG) oder Duldung. Hierdurch wird die Voraussetzung dafür geschaffen, dass der Betroffene auf richterliche Anordnung in Abschiebungshaft (Sicherungshaft) genommen werden kann (vgl. Nummer 62.2.1.2). Durch das Erlöschen des Aufenthaltstitels wird zugleich sichergestellt, dass mit dem Vollzug der Abschiebungsanordnung eine erneute (legale) Einreise nicht mehr möglich ist. Eine Befristung der Abschiebungswirkungen ist nach § 11 Absatz 1 Satz 5 ausgeschlossen. Ausnahmen hiervon können nach § 11 Absatz 1 Satz 6 nur im Einzelfall zugelassen werden.

58a.1.5 Die Abschiebungsanordnung wird grundsätzlich in Landeskompetenz durch die jeweils zuständigen Innenministerien der Länder wahrgenommen (siehe aber Nummer 58a.2).

58a.1.6 Eine Anhörung des Ausländers vor Erlass der Abschiebungsanordnung ist nicht erforderlich.

58a.2 Abschiebungsanordnung des Bundesministeriums des Innern

Nach Absatz 2 kann das Bundesministerium des Innern die Zuständigkeit im Einzelfall an sich ziehen. Dies kommt vor allem in Betracht, wenn nach Einschätzung des Bundesministeriums des Innern eine länderübergreifende Gefahrenlage besteht, die möglichen Adressaten einer Abschiebungsanordnung länderübergreifend agieren, besondere Erkenntnisse der Sicherheitsbehörden auf Bundesebene vorhanden sind oder der Fall außenpolitische Bedeutung hat.

58a.3 Prüfung des Vorliegens von Abschiebungsverboten

58a.3.1 Nach Absatz 3 ist von der über die Abschiebungsanordnung entscheidenden Behörde zu prüfen, ob aktuell ein Abschiebungsverbot besteht; ist dies der Fall, so kann eine Abschiebung nicht vollzogen werden. Damit wird sichergestellt, dass niemand durch die Abschiebung einer besonderen Gefährdung der eigenen Person ausgesetzt wird. Auch wenn gesetzlich keine formelle Beteiligung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge vorgesehen ist (vgl. § 72 Absatz 2), empfiehlt es sich, bei der Prüfung der zielstaatsbezogenen Abschiebungsverbote das Bundesamt einzubeziehen.

58a.3.2 In Anlehnung an das Auslieferungsverfahren steht eine bestandskräftige Asyl- oder Flüchtlingsanerkennung (vgl. auch § 4 Satz 2 AsylVfG) oder die Feststellung eines Abschiebungsverbotes der Entscheidung über eine Abschiebungsanordnung nicht entgegen (Durchbrechung der Bindungswirkung). Durch die tatbestandsmäßig vorgegebene Prüfung von § 60 Absatz 1 bis 8, dessen gerichtliche Überprüfung durch die Verfahrensausgestaltung in Absatz 3 und Absatz 4 sichergestellt ist, wird jedoch gewährleistet, dass eine Abschiebung nicht erfolgt, wenn der Betroffene aktuell schutzbedürftig ist. Mit dieser Regelung soll erreicht werden, dass vor Erlass einer Abschiebungsanordnung nicht erst noch ein zeitaufwändiges Widerrufsverfahren durchgeführt werden muss, wenn beispielsweise die Voraussetzungen für eine Flüchtlingsanerkennung nicht mehr gegeben sind. Allerdings befreit die fehlende Bindungswirkung die anordnende Behörde nicht davon, in anderen Verfahren getroffene Feststellungen zu berücksichtigen und sich mit ihnen auseinanderzusetzen, soweit sie von den dort getroffenen Feststellungen abweichen will.

58a.4 Verfahren

58a.4.0 Durch die besondere Verfahrensausgestaltung in Absatz 4, die sich an § 18a AsylVfG orientiert, wird den Grundsätzen eines fairen Verfahrens und der Gewährung rechtlichen Gehörs Rechnung getragen. Insbesondere wird sichergestellt, dass der betroffene Adressat einer Abschiebungsanordnung gerichtlichen Eilrechtsschutz tatsächlich erlangen kann und vorher eine Abschiebung nicht erfolgen darf. Dabei sollte von den Vollstreckungsorganen sichergestellt werden, dass eine Liste mit Rechtsanwälten für eine mögliche Prozessvertretung vor dem Bundesverwaltungsgericht ausghändig wird.

58a.4.1 § 58a Absatz 4 sieht den schriftlichen Erlass und die Begründung der Abschiebungsanordnung nicht zwingend vor. Gleichwohl soll die Entscheidung i. d. R. schriftlich ergehen und begründet werden. Jenseits dessen sind § 37 Absatz 2 Satz 2 VwVfG und entsprechende

landesrechtliche Vorschriften zu beachten. Auf die Belehrungspflichten nach §§ 58 f. VwGO wird hingewiesen.

58a.4.2

Soweit die Abschiebungsanordnung nicht unmittelbar vollzogen werden kann, etwa weil gerichtlicher Eilrechtsschutz in Anspruch genommen wird oder eine Verbringung außerhalb des Bundesgebietes aus tatsächlichen Gründen nicht unmittelbar erfolgen kann (z. B. wegen fehlender Transportverbindungen oder Aufnahmebereitschaft des Herkunftsstaates), ist der Betroffene zur Sicherung der Abschiebung auf richterliche Anordnung grundsätzlich in Abschiebungshaft zu nehmen (zwingender Haftgrund), vgl. § 62 Absatz 2 Nummer 1a. Hierdurch soll verhindert werden, dass der Adressat einer Abschiebungsanordnung in Ansehung der bevorstehenden Abschiebung „untertaucht“. Von der Anordnung der Abschiebungshaft kann abgesehen werden, wenn der Ausländer glaubhaft machen kann, dass er sich der Abschiebung nicht entziehen werde (vgl. § 62 Absatz 2 Satz 3). Sie ist unzulässig, wenn die Abschiebung aus vom Ausländer nicht zu vertretenden Gründen nicht innerhalb der nächsten drei Monate durchgeführt werden kann (vgl. § 62 Absatz 2 Satz 4). Nach § 62 Absatz 3 ist die Sicherungshaft auf sechs Monate beschränkt und kann nur in Fällen, in denen der Ausländer seine Abschiebung verhindert, um höchstens 12 Monate auf bis zu höchstens 18 Monate verlängert werden.

58a.4.3

Personen, die nicht in Abschiebungshaft genommen werden dürfen oder über die zeitlichen Grenzen der Sicherungshaft hinaus nicht abgeschoben werden können, sollen über Maßnahmen nach § 54a einer besonderen Überwachung zugeführt werden.

58a.4.4

Der Rechtsschutz (Eilschutz und Hauptsacheverfahren) wird in Fällen der Abschiebungsanordnung zur Verfahrensbeschleunigung auf einen Rechtszug vor dem Bundesverwaltungsgericht beschränkt, § 50 Nummer 3 VwGO.

59

Zu § 59 – Androhung der Abschiebung

59.0

Allgemeines und Verfahren

59a.0.1

Die Androhung der Abschiebung als Maßnahme des Verwaltungsvollstreckungsrechts geht der Abschiebung (vgl. § 58 Absatz 1) regelmäßig voraus. Sie kann mit dem Rechtsbehelf des Widerspruchs, oder, sofern das geltende Landesrecht kein Widerspruchsverfahren vorsieht, durch Klage angefochten werden. Ob der Widerspruch aufschiebende Wirkung hat, richtet sich nach dem Verwaltungsvollstreckungsrecht der Länder (vgl. § 80 Absatz 2 Satz 2, § 80b VwGO). Gegen die Androhung der Abschiebung oder Abschiebungsanordnung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge findet kein Widerspruch statt (vgl. § 11 AsylVfG).

- 59.0.2 Die nach § 59 Absatz 1 an die Schriftform gebundene Abschiebungsandrohung muss den Formerfordernissen der §§ 37, 39 VwVfG bzw. entsprechenden landesgesetzlichen Regelungen entsprechen.
- 59.0.3 Voraussetzung für den Erlass einer Abschiebungsandrohung ist die vollziehbare Ausreisepflicht des Ausländers (§ 58 Absatz 1, 2). Der Erlass eines die Ausreisepflicht begründenden Verwaltungsakts ist nicht zwingende Voraussetzung, wenn die vollziehbare Ausreisepflicht kraft Gesetzes besteht (§ 58 Absatz 2 Satz 1). Die Androhung der Abschiebung ist nicht davon abhängig, ob die Abschiebung später durchgeführt werden kann (vgl. § 59 Absatz 3).
- 59.0.4 Nach Wirksamwerden der Abschiebungsandrohung können zugunsten des Ausländers eingetretene Umstände von der Ausländerbehörde berücksichtigt werden, ohne die Rechtmäßigkeit der Androhung zu berühren (vgl. § 59 Absatz 3 Satz 1). Nach dem Eintritt der Unanfechtbarkeit der Abschiebungsandrohung ist jedoch der Prüfungsrahmen der Ausländerbehörde gemäß § 59 Absatz 4 Satz 1 beschränkt. Ist rechtskräftig entschieden, dass die Abschiebung zulässig ist, kommt eine Aussetzung der Abschiebung nur noch unter einem in der Abschiebungsandrohung ausgesprochenen Vorbehalt in Betracht.
- 59.0.5 Wird die Rechtmäßigkeit der Abschiebungsandrohung im vorläufigen Rechtsschutzverfahren gemäß § 80 Absatz 5 VwGO inhaltlich bestätigt, ist die Abschiebung eines Ausländers zulässig.
- 59.0.6 Eine Abschiebungsandrohung wird gegenstandslos, wenn die Ausreisepflicht des Ausländers entfällt. Dies ist etwa der Fall, wenn der Aufenthalt des Ausländers auf Grund Asylantragstellung gestattet ist (§ 55 AsylVfG). Bei einem Asylfolgeantrag gilt dies erst, wenn ein weiteres Asylverfahren durchgeführt wird (vgl. § 71 Absatz 5 Satz 1 AsylVfG).
- 59.0.7 Einem Ausländer, der einen Asylantrag gestellt hat, darf die Abschiebung nicht abweichend von den Vorschriften des AsylVfG (§§ 34, 34a AsylVfG) angedroht werden. Lediglich in den Fällen des § 60 Absatz 8 kann einem Ausländer, der einen Asylantrag gestellt hat, abweichend von den Vorschriften des AsylVfG die Abschiebung angedroht und diese durchgeführt werden (vgl. § 60 Absatz 9). Abschiebungsverbote nach § 60 Absatz 2 bis 5 und 7 bleiben unberührt.
- 59.1 Abschiebungsandrohung**
- 59.1.1.0 Die Abschiebung ist grundsätzlich unter Fristsetzung anzudrohen, damit der Ausländer sie durch rechtzeitige, freiwillige Ausreise vermeiden kann. Außerdem soll er die Möglichkeit erhalten, Rechtsbehelfe einzulegen, bestehende Abschiebungsverbote (§ 60) geltend zu machen und seine persönlichen Angelegenheiten innerhalb der Ausreisefrist zu regeln (siehe Nummer 50.2.2).
- 59.1.1.1 Die sich aus der Fristsetzung ergebenden Pflichten des Ausländers regelt § 50 Absatz 2. Die Fristsetzung liegt im Ermessen der Behörde (siehe Nummer 50.2.2 und 59.1.1.2). Sie ist durch § 50 Absatz 2 Satz 2 und 3 begrenzt, wonach die Ausreisefrist spätestens sechs Monate nach dem Eintritt der Unanfechtbarkeit der Ausreisepflicht endet, wenn sie im Einzelfall nicht wegen Vorliegens einer besonderen Härte befristet verlängert wird. Gesetzlich festgelegte Fristen ergeben sich aus spezialgesetzlichen Vorschriften (§ 50 Absatz 2a: mindestens ein Monat; § 36 Absatz 1 AsylVfG: eine Woche; § 38 Absatz 1 AsylVfG: ein Monat; § 38 Absatz 2 AsylVfG: eine Woche).
- 59.1.1.2 Der Beginn der Frist muss sich auf einen Zeitrahmen erstrecken, in dem der Ausländer gemäß § 50 Absatz 1 ausreisepflichtig ist. Die Ausreisefrist ist so zu bestimmen, dass sie erst nach Ablauf der Rechtsbehelfsfrist endet. Eine kürzere Frist kann bestimmt werden, wenn der Rechtsbehelf keine aufschiebende Wirkung hat (§ 84 Absatz 1) oder die sofortige Vollziehbarkeit der Maßnahme, die die Ausreisepflicht begründet, angeordnet worden ist (§ 80 Absatz 2 Satz 1 Nummer 4 VwGO). Es ist aber sicherzustellen, dass der Ausländer vorläufigen Rechtsschutz in Anspruch nehmen kann. Endet die aufschiebende Wirkung des Rechtsbehelfs nach § 80b Absatz 1 VwGO, richtet sich das weitere Verfahren nach § 50 Absatz 3. Die Stellung eines Zulassungsantrags nach § 124a VwGO hemmt die Vollziehbarkeit nicht.
- 59.1.1.3 Eine Begründung der Ausreisefrist erübrigt sich, wenn dem Ausländer zur Ausreise eine Frist von mindestens einem Monat zur Verfügung steht und besondere Umstände, die eine Fristverlängerung gebieten, nicht ersichtlich sind. Eine unterlassene oder fehlerhafte Fristsetzung kann nachträglich durch die Festsetzung einer neuen Ausreisefrist geheilt werden. Die Fristsetzung ist im Pass oder Passersatz des Ausländers einzutragen.
- 59.1.1.4 Die Ausreisefrist ist grundsätzlich durch Angabe eines Wochen- oder Monatszeitrahmens zu bestimmen. Für den Beginn der Frist ist regelmäßig auf den Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Verfügung (Bekanntgabe des Verwaltungsakts) abzustellen. Das Vorliegen von Abschiebungsverböten oder Duldungsgründen hat keinen Einfluss auf die Fristsetzung (§ 59 Absatz 3 Satz 1).
- 59.1.1.5 Soweit sich der Ausländer als Besucher oder Tourist nicht länger als sechs Monate im Bundesgebiet aufgehalten hat, genügt eine Ausreisefrist von einer Woche. Die Frist ist ebenfalls eng zu bemessen, wenn
- der Ausländer unerlaubt eingereist ist (§ 14 Absatz 1) und die Voraussetzungen für eine Zurückschiebung (vgl. § 57 Absatz 1) nicht mehr vorliegen,

	<ul style="list-style-type: none"> – die Rückkehrberechtigung innerhalb von vier Monaten ungültig wird, – die in einem Übernahmeabkommen bestimmte Frist ansonsten nicht eingehalten werden kann. 	59.1.2.2	Wird von der Androhung und Fristsetzung abgesehen, sind die maßgebenden Gründe in der Ausländerakte zu vermerken. Ergeht eine schriftliche Abschiebungsanordnung zum Zeitpunkt der Abschiebung, sind die Gründe in der Anordnung anzugeben.
59.1.1.6	Eine Abschiebungsandrohung nach § 59 Absatz 1 durch die Ausländerbehörde ist nicht erforderlich, wenn das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge die Abschiebung nach Asylverfahrensrecht angedroht oder angeordnet hat und eine kurzfristige Beendigung des Aufenthalts zu erwarten ist.	59.1.2.3	Ein Mangel der fehlenden Androhung kann dadurch geheilt werden, dass sie nachträglich verfügt wird, solange dem Ausländer die Möglichkeit verbleibt, noch vor der Abschiebung seiner Ausreisepflicht freiwillig nachzukommen.
59.1.1.7	Grundsätzlich muss die Abschiebung nur einmal angedroht werden. Einer erneuten Abschiebungsandrohung bedarf es nur im Falle der unanfechtbaren Aufhebung der Abschiebungsandrohung auf Grund eines Rechtsbehelfs. Die Abschiebungsandrohung erledigt sich durch die freiwillige Ausreise des Ausländers in einen Staat, in den er einreisen darf.	59.1.2.4	In Fällen des § 58 Absatz 3 Nummer 1 bedarf es keiner Fristsetzung (§ 59 Absatz 5 Satz 1). Die Abschiebung soll allerdings mindestens eine Woche vorher angekündigt werden (§ 59 Absatz 5 Satz 2).
59.1.2.1	Von der Androhung und Fristsetzung kann nur in atypischen Fällen abgesehen werden. Dies ist je nach Lage des Einzelfalls gegeben, wenn eine sofortige Ausreise im öffentlichen Interesse dringend geboten ist und auch die Abschiebungsandrohung allein nicht zur Wahrung der Interessen des Ausländers oder aber im behördenseitigen Interesse aus verfahrensrechtlichen Gesichtspunkten erforderlich ist. Dies kann der Fall sein, wenn	59.1.2.5	§ 60 Absatz 10 erfordert ausnahmslos, dass die Abschiebung in den Fällen des § 60 Absatz 1 vor der Ausreise angedroht und eine Ausreisefrist gesetzt wird (siehe auch § 34 AsylVfG).
59.1.2.1.1	<ul style="list-style-type: none"> – die sofortige Entfernung des Ausländers zur Vermeidung von Störungen der öffentlichen Sicherheit oder aus Gründen der öffentlichen Gesundheit dringend geboten erscheint, 	59.1.3	Die Ausweisung eines Ausländers wird nicht mit einer Abschiebungsandrohung verbunden, wenn
		59.1.3.1	<ul style="list-style-type: none"> – bereits eine von einer Ausländerbehörde oder vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erlassene vollziehbare Abschiebungsandrohung vorliegt oder
59.1.2.1.2	<ul style="list-style-type: none"> – Grund zu der Annahme besteht, dass der Ausländer während einer ihm gewährten Ausreisefrist mit Strafe bedrohte Handlungen begehen oder sich der Abschiebung entziehen wird, 	59.1.3.2	<ul style="list-style-type: none"> – das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge für den Erlass der Abschiebungsandrohung zuständig ist und kein Fall des § 60 Absatz 8 vorliegt.
59.1.2.1.3	<ul style="list-style-type: none"> – der Ausländer einen Pass, Passersatz oder einen Sichtvermerk eines anderen Staates mit demnächst ablaufender Gültigkeitsdauer besitzt und zu befürchten ist, dass bei Fristsetzung die Abschiebung wegen Ablaufs der Gültigkeitsdauer unmöglich wäre oder erschwert würde, 	59.2	Zielstaat
59.1.2.1.4	<ul style="list-style-type: none"> – die auswärtigen Belange oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland die sofortige Entfernung des Ausländers dringend gebieten, 	59.2.1	Grundsätzlich soll der Ausländer in seinen Herkunftsstaat abgeschoben werden, der im Bescheid konkret zu bezeichnen ist. Ein anderer Zielstaat kommt in Betracht, wenn die Abschiebung dahin möglich ist (z.B. auf Grund eines Übernahmeabkommens; vgl. Artikel 23 Absatz 3 und 4 SDÜ) oder der Ausländer in einem Drittstaat ein Aufenthaltsrecht hat und die Abschiebung dorthin zweckmäßiger zu bewirken ist als in den Herkunftsstaat. Sofern der Zielstaat nicht abschließend bestimmt werden kann, soll in der Abschiebungsandrohung der Herkunftsstaat bezeichnet werden, damit die Wirkung des § 59 Absatz 4 Satz 1 eintritt. Für die Auswahl und Bezeichnung des Zielstaates ist die Staatsangehörigkeit des Ausländers grundsätzlich nicht maßgebend. Es ist davon auszugehen, dass der Ausländer in einen anderen Staat ausreisen darf, wenn dieser den Ausländer mit Heimreisedokumenten versehen hat und diese noch gültig sind. Ist die Staatsangehörigkeit des Ausländers ungeklärt und auch ein aufnahmebereiter Drittstaat nicht erkennbar, liegen besondere Umstände vor, die ein Absehen von der Zielstaatsbezeichnung rechtfertigen.
59.1.2.1.5	<ul style="list-style-type: none"> – der Ausländer ohne erforderliches Visum eingereist ist und konkrete Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass er sich auch künftig über die aufenthaltsrechtlichen Vorschriften und Anordnungen der Ausländerbehörde hinwegsetzen wird, 		
59.1.2.1.6	<ul style="list-style-type: none"> – die Frist zur Rückübernahme durch einen anderen Staat abläuft und nicht verlängert werden kann. 		

59.2.2	<p>Die Abschiebungsandrohung soll den Zielstaat bezeichnen und folgenden Hinweis (kein Verwaltungsakt) enthalten:</p> <p>„Auf Grund dieser Androhung können Sie auch in einen anderen Staat abgeschoben werden, in den Sie einreisen dürfen oder der zu Ihrer Übernahme verpflichtet ist.“</p> <p>Neben dem Zielstaat müssen die anderen Staaten namentlich nicht genannt werden. Hinsichtlich des Hinweises auf andere für die Abschiebung in Betracht kommende Staaten ist es nicht erforderlich, Abschiebungsverbote, die eine Aussetzung der Abschiebung rechtfertigen könnten, bereits bei der Androhung der Abschiebung zu prüfen. § 60 Absatz 10 erfordert für die dort bezeichneten Fälle, dass in der Androhung die Staaten zu bezeichnen sind, in die der Ausländer nicht abgeschoben werden darf. Bei Staatenlosen ist ein Zielstaat nur dann anzugeben, wenn die tatsächliche Möglichkeit der Abschiebung in einen bestimmten Staat besteht und daher auch ein Abschiebeversuch nach Rücksprache mit den zuständigen Behörden dieses Staates unternommen werden kann. Der Hinweis muss vor der tatsächlichen Abschiebung konkretisiert werden; die Zuständigkeit für eine solche nachträgliche Bezeichnung des Zielstaats liegt bei vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erlassenen Abschiebungsandrohungen ausschließlich dort.</p>	<p>das Vorliegen von Abschiebungsverboten zu prüfen. Die Abschiebungsandrohung soll ohne Rücksicht auf eine etwaige tatsächliche Unmöglichkeit der Abschiebung (z.B. wegen Staatenlosigkeit, Passlosigkeit) erlassen werden.</p>
59.3	Vorliegen von Abschiebungsverboten	Darlegung und Ausschluss von Abschiebungsverboten
59.3.1	<p>Dem Erlass der Abschiebungsandrohung steht das Vorliegen von Abschiebungsverboten nicht entgegen. Im Hinblick auf § 59 Absatz 3 Satz 2 (Pflicht zur Bezeichnung von Staaten, in die eine Abschiebung nicht zulässig ist) ist vor Erlass der Abschiebungsandrohung zu prüfen, ob ein Abschiebungsverbot nach § 60 vorliegt. Bei dieser Prüfung ist die Ausländerbehörde an Entscheidungen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge über den Asylantrag und das Vorliegen von Abschiebungsverboten gebunden (§§ 4, 42 AsylVfG). Diesem obliegt nach Stellung eines Asylantrags abschließend die Entscheidung darüber, ob ein Abschiebungsverbot nach § 60 Absatz 2 bis 5 oder Absatz 7 vorliegt (§ 24 Absatz 2 AsylVfG); dies gilt auch für die Entscheidung, ob nach § 60 Absatz 7 bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen von der Abschiebung abgesehen wird. Die Ausländerbehörde entscheidet allerdings selbst über den späteren Eintritt oder Wegfall des Abschiebungsverbots nach § 60 Absatz 4, ohne dass es einer Aufhebung der Entscheidung des Bundesamtes bedarf (§ 42 Satz 2 AsylVfG). Liegen der Ausländerbehörde keine konkreten Anhaltspunkte für Abschiebungsverbote vor, obliegt es dem Ausländer, entsprechende Umstände geltend zu machen (§ 82 Absatz 1).</p>	<p>59.4</p> <p>59.4.1 § 59 Absatz 4 Satz 1 1. Halbsatz betrifft nur Umstände, die der Abschiebung in denjenigen Staat entgegenstehen, der in der Androhung genannt ist (§ 59 Absatz 2). Diese Umstände darf die Ausländerbehörde nicht mehr berücksichtigen, wenn diese bereits vor Eintritt der Unanfechtbarkeit der Abschiebungsandrohung hätten vorgebracht werden können. Dieses Verwertungsverbot gilt nicht nur für die Vollstreckung der Abschiebung, sondern auch für die Entscheidung über die Aussetzung der Abschiebung. Macht der Ausländer vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zu prüfende Verfolgungsgründe geltend, ist er auf das Verfahren nach dem AsylVfG zu verweisen (vgl. Nummer 60.0.4.1).</p> <p>59.4.2 § 59 Absatz 4 Satz 1 2. Halbsatz betrifft sonstige Umstände, die der Abschiebung in den genannten Zielstaat entgegenstehen. Das sind</p> <p>59.4.2.1 – Umstände, die nach Eintritt der Unanfechtbarkeit der Abschiebungsandrohung eingetreten sind und</p> <p>59.4.2.2 – Umstände, die vor oder nach dem Eintritt der Unanfechtbarkeit der Abschiebungsandrohung eingetreten sind und die der Abschiebung grundsätzlich (z.B. Artikel 8 EMRK) entgegenstehen.</p>
59.3.2	Im Übrigen besteht keine rechtliche Verpflichtung, vor Erlass der Abschiebungsandrohung	<p>59.5 Abschiebung aus der Haft oder aus öffentlichem Gewahrsam</p> <p>Auf Nummer 59.1.2.4 wird Bezug genommen.</p> <p>60 Zu § 60 – Verbot der Abschiebung</p> <p>60.0 Allgemeines und Verfahren</p> <p>60.0.1.0 § 60 Absatz 1 regelt das Abschiebungsverbot für Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention. Die Vorschrift legt die Voraussetzungen der Flüchtlingseigenschaft fest. Sie entspricht Artikel 33 Absatz 1 der Genfer Flüchtlingskonvention. Sie beinhaltet kein generelles Verbot jeder Abschiebung eines Flüchtlings, sondern nur eine Beschränkung hinsichtlich der Zielstaaten. Die Schutzwirkung gilt auch für Drittstaaten, in denen die Gefahr der Abschiebung des Ausländers in einen Verfolgerstaat (Kettenabschiebung) besteht. § 60 Absatz 1 entfaltet keine Schutzwirkung in den Fällen des § 60 Absatz 8 Satz 1 (Artikel 33 Absatz 2 der Genfer Flüchtlingskonvention) bzw. Satz 2 (Artikel 1 F der Genfer Flüchtlingskonvention).</p>

60.0.1.1	Das Abschiebungsverbot gilt für Verfolgte i. S. d. Artikels 33 der Genfer Flüchtlingskonvention, unabhängig davon, ob ihnen die Flüchtlingseigenschaft nach § 3 Absatz 4 AsylVfG zuerkannt worden ist oder nicht (deklaratorische Wirkung der Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft).		sondere im Hinblick darauf maßgebend, ob dem Ausländer
60.0.1.2	§ 60 Absatz 1 regelt ausschließlich das Abschiebungsverbot. Ob dem Verfolgten daneben weitere Rechte zustehen, hängt maßgeblich von der förmlichen Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft nach § 3 Absatz 4 AsylVfG ab.	60.0.3.2.1	– nach unanfechtbarer Anerkennung als Asylberechtigter eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 1 zu erteilen ist,
		60.0.3.2.2	– nach unanfechtbarer Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft eine Aufenthaltserlaubnis gemäß § 25 Absatz 2 zu erteilen ist,
		60.0.3.2.3	– und danach ein Reiseausweis für Flüchtlinge nach Artikel 28 Absatz 1 Genfer Flüchtlingskonvention auszustellen ist.
60.0.1.3	§ 60 Absatz 1 gilt auch für Asylberechtigte nach Artikel 16a Absatz 1 Satz 1 GG, ebenso für Ausländer, die nach Maßgabe des § 26 AsylVfG Familienasyl oder Familienflüchtlingsschutz erhalten haben.	60.0.3.3	Die vollziehbare Ablehnung eines Asylantrages hat zur Folge, dass die nach § 58 Absatz 2 Satz 2 vollziehbare Ausreisepflicht gemäß §§ 58, 59 durchzusetzen ist, wenn der Ausländer der Ausreisepflicht nicht freiwillig nachkommt.
60.0.2	§ 60 Absatz 2, 3, 5 und 7 umfassen Gefahren, die dem Ausländer im Zielstaat drohen (so genannte zielstaatsbezogene Abschiebungsverbote). Diese sind zu unterscheiden von Gefahren, die allein durch die Abschiebung als solche oder durch ein sonstiges Verlassen des Bundesgebiets und nicht durch die spezifischen Verhältnisse im Zielstaat eintreten (so genannte inlandsbezogene Vollstreckungshindernisse). Beispiele für inlandsbezogene Vollstreckungshindernisse sind die Trennung der Familie durch Abschiebung eines Teils der Familienangehörigen oder abschiebungsbedingte Gefahren für die körperliche Unversehrtheit (vgl. Nummer 60a.2.1.1.2.1 und 60a.2.1.1.2.2). Dies gilt unabhängig davon, ob ein Asylantrag gestellt wurde oder eine negative Entscheidung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge über Abschiebungsverbote nach § 60 Absatz 2 bis 5 und 7 vorliegt. § 60 Absatz 4 enthält ein Abschiebungsverbot bei einem Auslieferungersuchen oder einem mit der Ankündigung eines Auslieferungersuchens verbundenen Festnahmeersuchen eines anderen Staates.	60.0.3.4	Hinsichtlich der Unterrichtung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge über eine Ausweisung wird auf Nummer 56.4.3.1 und 56.4.3.2 verwiesen. Zur Ausstellung eines Reiseausweises für ausländische Flüchtlinge siehe Nummer 3.3.4.
		60.0.3.5	Die Entscheidung des Bundesamtes kann gemäß § 60 Absatz 1 Satz 7 nur nach den Vorschriften des AsylVfG angefochten werden.
60.0.3	Verfahren zu § 60 Absatz 1	60.0.4	Verfahren zu § 60 Absatz 2 bis 5 und 7
60.0.3.1	Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge entscheidet auf Antrag (§§ 5, 13 AsylVfG) über die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft (§ 3 Absatz 4 AsylVfG i. V. m. § 60 Absatz 1 Satz 6). Die Entscheidung umfasst auch die Sachverhalte, in denen trotz bestehender Verfolgung die Flüchtlingseigenschaft nicht zuzuerkennen ist (§ 3 Absatz 2 und 3 AsylVfG, § 60 Absatz 8).	60.0.4.1	Soweit es sich nicht um Asylantragsteller handelt, ist von der Ausländerbehörde (§ 71 Absatz 1) das Vorliegen von Abschiebungsverböten nach § 60 Absatz 2 bis 5 und 7 zu prüfen. Art und Umfang der Prüfung richten sich nach dem Vorbringen des Ausländers und sonstigen konkreten Anhaltspunkten für das Vorliegen eines Abschiebungsverbots. Während des Asylverfahrens und nach seinem Abschluss ist die Prüfung von Abschiebungsverböten nach § 60 Absatz 2, 3, 5 und 7 durch die Ausländerbehörde ausgeschlossen (vgl. § 24 Absatz 2 AsylVfG). Soll die Abschiebung auf der Grundlage einer vom Bundesamt erlassenen Abschiebungsandrohung erfolgen, darf die Ausländerbehörde nur noch das Vorliegen des Abschiebungsverbots nach § 60 Absatz 4 prüfen (§ 42 Satz 2 AsylVfG). Macht der Ausländer, nachdem das Bundesamt bzw. das Verwaltungsgericht über den späteren Eintritt eines Abschiebungsverbots nach § 60 Absatz 2 bis 5 oder Absatz 7 entschieden hat, wegen Änderung der Sachlage erneut zielstaatsbezogene Abschiebungsverböte nach § 60 Absatz 2, 3, 5 oder Absatz 7 geltend, so verweist ihn die Ausländerbehörde an das Bundesamt. Zum Vorbringen eines Asylgesuchs siehe Nummer 58.0.8. Eine entsprechende Prüfung erübrigt sich, wenn der Ausländer in einen Drittstaat, der zu seiner Übernahme verpflichtet ist, abgeschoben werden kann. § 60 Absatz 2, 3, 5 und 7 verbietet die Abschiebung nur in den Staat, in dem dem Ausländer die genannte Gefahr droht, ebenso die Abschiebung in einen Drittstaat, in dem eine Weiter-
60.0.3.2	Die Entscheidung des Bundesamtes über den Asylantrag und das Vorliegen von Abschiebungsverböten ist für die Ausländerbehörde verbindlich (§§ 4, 42 AsylVfG). Dies gilt nicht für das Verfahren nach § 58a (siehe Nummer 58a.3). Für die in § 60 Absatz 1 Satz 2 (Nummer 60.1.1.1) genannten ausländischen Flüchtlinge gilt das Abschiebungsverbot des § 60 Absatz 1 Satz 1. Die asylrechtliche Entscheidung ist für die Ausländerbehörde insbe-		

- schiebung in den Verfolgerstaat droht (Kettenabschiebung).
- 60.0.4.2 Die Ausländerbehörde entscheidet nach § 79 Absatz 1 auf der Grundlage der ihr vorliegenden und im Bundesgebiet zugänglichen Erkenntnisse und, soweit es im Einzelfall erforderlich ist, der den deutschen Auslandsvertretungen zugänglichen Erkenntnisse. Sie entscheidet nur nach vorheriger Beteiligung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (§ 72 Absatz 2).
- 60.0.4.3 Die Pflicht zur Sachverhaltsaufklärung wird begrenzt durch §§ 82, 59 Absatz 4. § 59 Absatz 4 Satz 1, 1. Halbsatz schließt für die Ausländerbehörde die Berücksichtigung von Umständen zwingend aus, die vor Eintritt der Unanfechtbarkeit der Abschiebungsandrohung im Zielstaat eingetreten sind. Es liegt in der Mitwirkungspflicht des Ausländers, Umstände, die ausschließlich den persönlichen Lebensbereich betreffen, geltend zu machen. Von der Ausländerbehörde können insbesondere Lageberichte und Stellungnahmen des Auswärtigen Amtes oder – in Fällen des § 60 Absatz 4 – der zuständigen Justizbehörde eingeholt werden. In Fällen des § 60 Absatz 3 kann auch beim Bundeskriminalamt Auskunft erbeten werden, ob dort Erkenntnisse über ein in der betreffenden Angelegenheit veranlassenes internationales Fahndungsersuchen vorliegen.
- 60.0.4.4 Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ist nach Asylantragstellung des Ausländers für die Entscheidung zuständig, ob ein Abschiebungsverbot nach § 60 Absatz 2 bis 5 oder Absatz 7 vorliegt (§ 5 Absatz 1 Satz 2 AsylVfG, § 24 Absatz 2 AsylVfG, § 31 Absatz 3 Satz 1 AsylVfG). Im Verfahren nach § 18a AsylVfG wirkt sich die Feststellung des Bundesamtes in Bezug auf das Vorliegen eines Abschiebungsverbots i. S. v. § 60 Absatz 2, 3, 5 oder Absatz 7 auf die von der Grenzbehörde verfügte Einreiseverweigerung aus (§ 18a Absatz 3 AsylVfG), wenn nicht ein zur Aufnahme verpflichteter verfolgungssicherer Staat oder ein sicherer Drittstaat (§ 26a AsylVfG) für die Abschiebung in Betracht kommt.
- 60.0.4.5 Ist nach Maßgabe des AsylVfG das Bundesamt für die Entscheidung über das Vorliegen von Abschiebungsverboten nach § 60 Absatz 2 bis 5 und 7 zuständig, ist die Ausländerbehörde an die Entscheidung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge oder des Verwaltungsgerichtes gebunden (§ 42 Satz 1 AsylVfG). Dies gilt auch bei einer nachträglichen Änderung der Verhältnisse (Ausnahme § 60 Absatz 4, § 42 Satz 2 AsylVfG), da es Sache des Bundesamtes ist, einer solchen Änderung durch eine neue Entscheidung Rechnung zu tragen (vgl. § 73 Absatz 3 AsylVfG). Wird gegenüber der Ausländerbehörde geltend gemacht, eine vom Bundesamt zu § 60 Absatz 2, 3, 5 oder Absatz 7 getroffene Feststellung sei zu ändern, verweist die Ausländerbehörde auf die Zuständigkeit des Bundesamtes hinsichtlich des Wiederaufgreifens des Verfahrens. In diesen Fällen hat die Ausländerbehörde § 59 Absatz 4 zu berücksichtigen, wenn kein Asylfolgeantrag oder kein Antrag auf Wiederaufgreifen des Verfahrens zu § 60 Absatz 2, 3, 5 oder Absatz 7 gestellt wird. Das Bundesamt prüft auch im Falle der Rücknahme eines Asylantrags, ob Abschiebungsverbote gemäß § 60 Absatz 2 bis 5 oder Absatz 7 vorliegen (§ 32 AsylVfG).
- 60.0.4.6 Das Bundesamt unterrichtet die Ausländerbehörde über den Widerruf eines Abschiebungsverbots nach § 60 Absatz 2, 3, 5 oder Absatz 7 (vgl. auch § 40 AsylVfG).
- 60.0.4.7.1 Mit § 60 Absatz 2, 3 und 7 Satz 2 werden die Bestimmungen zum subsidiären Schutz in der Richtlinie 2004/83/EG des Rates vom 29. April 2004 über Mindestnormen für die Anerkennung und den Status von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Flüchtlinge oder als Personen, die anderweitig internationalen Schutz benötigen, und über den Inhalt des zu gewährenden Schutzes (ABl. EU L 304 S. 12, so genannte Qualifikationsrichtlinie) in das deutsche Recht übertragen. Die allgemeinen Bestimmungen der Richtlinie zum internationalen Schutz (Kapitel II) gelten auch für den subsidiären Schutz (§ 60 Absatz 11, siehe nachfolgend Nummer 60.11.0). Damit sind die Richtlinienbestimmungen z.B. über die nichtstaatliche Verfolgung auch im Rahmen der Prüfung von Abschiebungsverboten zu beachten.
- 60.0.4.7.2 Zwischen den europarechtlichen (§ 60 Absatz 2, 3 und 7 Satz 2 in Bezug auf das Herkunftsland) und den nationalen subsidiären Schutzbestimmungen (§ 60 Absatz 5) und 7 Satz 1 sowie § 60 Absatz 2, 3 und 7 Satz 2 in Bezug auf Länder, die nicht zugleich das Herkunftsland des Antragstellers darstellen) ist klar zu unterscheiden, da die beiden Kategorien zum Teil unterschiedliche Rechtsfolgen nach sich ziehen. Während bei subsidiärer Schutzgewährung auf der Basis nationaler Schutzbestimmungen nur eine Aufenthaltserlaubnis gewährt werden soll (§ 25 Absatz 3 Satz 1), besteht bei Anwendung der europarechtlichen Bestimmungen ein Anspruch auf die Aufenthaltserlaubnis (Artikel 24 Absatz 2 der Qualifikationsrichtlinie). Ebenso finden bei richtlinienkonformer Auslegung die Ausschlussgründe des § 25 Absatz 3 Satz 2 1. und 2. Alternative („mögliche und zumutbare Ausreise“, „wiederholter oder gröblicher Verstoß gegen Mitwirkungspflichten“) bei den europarechtlichen subsidiären Schutzbestimmungen keine Anwendung. Die europarechtlichen subsidiären Schutzbestimmungen sind, da sie weitergehende Rechte vermitteln, vorrangig vor den nationalen Bestimmungen zu prüfen.
- 60.0.4.8 Bei einer länderübergreifenden Bedeutung des Falles, etwa wegen Bezügen zum internationalen Terrorismus, ist im Rahmen der Fest-

	stellung zielstaatsbezogener Abschiebungsverbote auch zu prüfen, ob über das Bundesministerium des Innern die Möglichkeit der Einholung diplomatischer Zusicherungen des Zielstaats besteht und ob damit eine Gefährdung ausgeschlossen werden kann (vgl. hierzu insbesondere Nummer 60.2.1 und 60.2.2).	60.1.3	§ 60 Absatz 1 Satz 4 ist an den Wortlaut des Artikels 6 der Qualifikationsrichtlinie angelehnt. Hierdurch wird klargestellt, dass die Voraussetzungen des Satzes 1 auch bei nichtstaatlicher Verfolgung vorliegen können.
60.0.4.9	In den Fällen des § 60 Absatz 2, 3, 5 oder Absatz 7 soll dem Ausländer gemäß § 25 Absatz 3 eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, sofern nicht einer der dort genannten Ausschlussgründe vorliegt. Bei der Entscheidung über das Vorliegen von Ausschlussgründen nach § 25 Absatz 3 Satz 2 Buchstabe a) bis d) ist das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zu beteiligen (§ 72 Absatz 2). Wird die Aufenthaltserlaubnis nicht erteilt, ist dem Ausländer nach § 60a Absatz 4 eine Bescheinigung über die Aussetzung der Abschiebung zu erteilen.	60.1.4	§ 60 Absatz 1 Satz 3 und § 60 Absatz 1 Satz 4 gehen den Richtlinienbestimmungen über die geschlechtsspezifische bzw. nichtstaatliche Verfolgung insoweit vor, als Erstere günstigere Regelungen (geschlechtsspezifische Verfolgung) bzw. spezifischere Regelungen (nichtstaatliche Verfolgung) enthalten. Die Richtlinienbestimmungen sind daher nur ergänzend anzuwenden.
		60.1.5	Für die Feststellung, ob eine Verfolgung nach Satz 1 vorliegt, ist Artikel 4 Absatz 4 sowie die Artikel 7 bis 10 der Qualifikationsrichtlinie anzuwenden (§ 60 Absatz 1 Satz 5).
60.1	Flüchtlingsrechtliche Verfolgung	60.2	Gefahr der Folter oder der unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung oder Bestrafung (§ 60 Absatz 2)
60.1.1.1	Nach § 60 Absatz 1 Satz 2 ist das Abschiebungsverbot auf folgende förmlich anerkannte Flüchtlinge anwendbar, ohne dass Verfolgungsgründe erneut geprüft werden müssten:	60.2.1	§ 60 Absatz 2 umfasst Artikel 15 Buchstabe b) der Qualifikationsrichtlinie. Die Vorschrift setzt eine individuell-konkrete Gefahr der Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Bestrafung voraus. Die Regelung schützt vor schweren Menschenrechtsverletzungen im Abschiebungszielstaat, wobei es im Einzelnen auf die Dauer, Schwere und Art des drohenden Eingriffs ankommt. Als schwere Menschenrechtsverletzungen kommen besonders entwürdigende oder in die körperliche Integrität eingreifende Bestrafungen in Betracht, z. B. Auspeitschungen oder Amputationsstrafen. Nicht jede Beeinträchtigung der körperlichen Integrität ist Folter oder unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung in diesem Sinne (z. B. Ohrfeige). Der Eingriff kann sowohl von staatlichen wie von nichtstaatlichen Stellen ausgehen (vgl. § 60 Absatz 11 i. V. m. Artikel 6 der Qualifikationsrichtlinie).
60.1.1.1.1	– Asylberechtigte nach Artikel 16a Absatz 1 GG,		
60.1.1.1.2	– Ausländer, denen die Flüchtlingseigenschaft nach § 3 Absatz 4 AsylVfG unanfechtbar zuerkannt wurde,		
60.1.1.1.3	– Ausländer, die aus einem anderen Grund im Bundesgebiet die Rechtsstellung ausländischer Flüchtlinge genießen, und		
60.1.1.1.4	– die sonstigen im Ausland als Flüchtlinge i. S. d. Genfer Flüchtlingskonvention anerkannten Ausländer.		
60.1.1.2	Bei den im Ausland anerkannten Flüchtlingen ist maßgeblich, dass sie sich gegenüber der Ausländerbehörde mit einem gültigen ausländischen Reiseausweis für Flüchtlinge ausweisen haben. Bestehen im Einzelfall Zweifel an der Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft, kommt eine Rückfrage beim Hohen Flüchtlingskommissar oder beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Betracht.	60.2.2	Werden Menschenrechtsverletzungen aus den in § 60 Absatz 1 Satz 1 genannten Gründen (Rasse, Religion usw.) geltend gemacht, sind diese im Rahmen des Asylverfahrens zu prüfen. In Zweifelsfällen (vgl. Nummer 60.1.2) ist immer auf die Möglichkeit der Asylantragstellung beim Bundesamt hinzuweisen.
60.1.2	Durch § 60 Absatz 1 Satz 3 wird klargestellt, dass der Verfolgungsgrund der Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe gegeben sein kann, wenn die Verfolgungshandlung allein an das Geschlecht anknüpft, wie z. B. in Fällen drohender Genitalverstümmelung oder in Fällen schwerer häuslicher Gewalt. Gemeinsames Merkmal einer bestimmten sozialen Gruppe kann auch die sexuelle Ausrichtung sein (vgl. Artikel 10 Absatz 1 Buchstabe d) Satz 2 der Qualifikationsrichtlinie). Relevant als Verfolgungshandlung ist nur die Bedrohung des Lebens, der körperlichen Unversehrtheit oder der Freiheit.	60.2.3	Soweit vom Zielstaat eine diplomatische Zusicherung des Inhalts erlangt werden kann, dem Betroffenen werde bei Rückkehr keine Behandlung i. S. v. § 60 Absatz 2 drohen, kann dies der ursprünglichen Annahme einer beachtlichen Gefahr i. S. v. § 60 Absatz 2 entgegenstehen. Dabei muss gewährleistet sein, dass sich die zuständigen Stellen des Zielstaats an die Zusicherung halten.
		60.2.4	Zu den weiteren Tatbestandsmerkmalen siehe Nummer 60.11.
		60.2.5	Im Übrigen siehe Nummer 60.0.4.7.2.

60.3 Gefahr der Todesstrafe

60.3.1 § 60 Absatz 3 setzt Artikel 15 Buchstabe a) der Qualifikationsrichtlinie in das deutsche Recht um. Für die Schutzgewährung nach dieser Vorschrift ist eine drohende Verhängung oder Vollstreckung der Todesstrafe erforderlich. Die drohende Verhängung der Todesstrafe ist auch dann ausreichend, wenn die Vollstreckung der Todesstrafe offen oder nicht wahrscheinlich ist.

Die Todesstrafe kann i. d. R. nur von Staaten verhängt oder vollstreckt werden. Im Einzelfall kommt eine Verhängung oder Vollstreckung der Todesstrafe auch bei tatsächlicher Herrschaftsmacht in Betracht. Dies setzt aber Strukturen voraus, die mit einem Staatsgefüge vergleichbar sind. Vor allem ist die Existenz eines funktionierenden, nicht notwendigerweise rechtsstaatlichen Rechtssystems erforderlich. Die Gefahr der Todesstrafe kann zudem nur in einem Staat oder Herrschaftsgefüge bestehen, der die Todesstrafe in seiner Rechtsordnung verankert hat.

60.3.2 Im Rahmen der Feststellung eines Abschiebungsverbots nach Absatz 3 ist ggf. zu prüfen, ob nicht die Möglichkeit besteht, durch eine entsprechende diplomatische Zusicherung die Verhängung oder Vollstreckung der Todesstrafe auszuschließen.

60.3.3 Zu den weiteren Tatbestandsmerkmalen siehe Nummer 60.11.

60.3.4 Im Übrigen siehe Nummer 60.0.4.7.2.

60.4 Auslieferungersuchen

60.4.1 Bei der Auslieferung handelt es sich um die Verbringung des Ausländers in die Hoheitsgewalt eines anderen Staates auf dessen Ersuchen. § 60 Absatz 4 geht davon aus, dass bis zur Entscheidung über die Auslieferung eine Abschiebung des Ausländers nur mit Zustimmung der für die Auslieferung zuständigen Stelle stattfinden kann. Zur Prüfung des in § 60 Absatz 4 genannten Abschiebungsverbots kann sich die Ausländerbehörde darauf beschränken, ob ihr eine Mitteilung nach § 87 Absatz 4 Satz 2 zugegangen ist oder der Ausländer entsprechende Nachweise vorlegt (§ 82 Absatz 1). Die Ausländerbehörde wird über den Antritt der Auslieferungshaft und den Entlassungstermin unterrichtet (§ 74 Absatz 2 Nummer 1 und 3 AufenthV).

60.4.2 Wird das Auslieferungersuchen abgelehnt, so ist zu prüfen, ob die Gründe, die zu einer Ablehnung geführt haben, auch einer Abschiebung entgegenstehen. Dies ist häufig der Fall, wenn die Auslieferung wegen Fehlens eines rechtsstaatlichen Verfahrens im Herkunftsland, wegen der Gefahr einer politischen Verfolgung oder wegen drohender Todesstrafe verweigert worden ist. Dies ist dagegen nicht der Fall, wenn die Auslieferung nur aus formalen Gründen abgelehnt worden ist, zum Beispiel, weil die Auslieferungsunterlagen nicht innerhalb der

dafür vorgesehenen Frist übersandt worden sind. Gleiches gilt, wenn eine Auslieferung allein aus Gründen unterbleibt, die vor allem zwischenstaatlichen Belangen dienen (vgl. z. B. §§ 3, 5 und 11 IRG).

60.4.3 Eine Abschiebung kann trotz laufenden Auslieferungsverfahrens stattfinden, wenn die für die Bewilligung der Auslieferung zuständige Behörde (§ 74 IRG, § 60 Absatz 4) zustimmt. Dieser Weg kann sich in den Fällen empfehlen, in denen die Abschiebung das einfachere und schnellere Verfahren zur Aufenthaltsbeendigung darstellt.

60.5 Abschiebungsverbote nach der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK)

60.5.1 Ein Abschiebungsverbot nach § 60 Absatz 5 i. V. m. den Bestimmungen der EMRK liegt vor, wenn der Abschiebung ein Hindernis entgegensteht, das sich aus einem Schutztatbestand dieser Konvention ergibt. Dabei handelt es sich um Rechtsgutsgefährdungen, die in dem für die Abschiebung in Betracht kommenden Zielstaat drohen (so genannte zielstaatsbezogene Abschiebungsverbote).

60.5.2 Nach Artikel 3 EMRK darf niemand der Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Bestrafung oder Behandlung unterworfen werden. Die Vorschrift stimmt im Grundsatz mit § 60 Absatz 2 überein, soweit es um die Art und Schwere der erforderlichen Eingriffshandlungen geht. Danach ist ein zielgerichteter Eingriff erforderlich, der zugleich eine schwere Menschenrechtsverletzung darstellt. Zu beachten ist dabei aber, dass – anders als bei § 60 Absatz 2 – die Qualifikationsrichtlinie auf Artikel 3 EMRK nicht anwendbar ist (vgl. § 60 Absatz 11). Vielmehr erfolgt die Anwendung von § 60 Absatz 5 i. V. m. Artikel 3 EMRK nach wie vor nach Maßgabe der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts. Nach dieser Rechtsprechung ist die Vorschrift nur im Falle staatlicher oder dem Staat zurechenbarer Eingriffshandlungen anwendbar. Insoweit besteht ein wesentlicher Unterschied zu § 60 Absatz 2.

60.5.3 Für die Beurteilung, ob stichhaltige Gründe für eine dem Artikel 3 EMRK zuwiderlaufenden Behandlung vorliegen, sind sowohl die allgemeine Lage im Zielstaat wie auch die persönlichen Umstände beachtlich. Die Vorschrift schützt nicht vor:

60.5.3.1 – den allgemeinen Folgen von Naturkatastrophen, Bürgerkriegen, anderen bewaffneten Konflikten oder sonstigen allgemeinen Missständen im Zielstaat (vgl. § 60 Absatz 7 Satz 2 und 3) sowie

60.5.3.2 – sonstigen nicht auf einer Eingriffshandlung beruhenden Gefahren (z. B. im Herkunftsstaat nicht behandelbare Krankheiten).

60.5.4 Im Übrigen kann eine Beeinträchtigung anderer als in Artikel 3 EMRK verbürgter, von allen Vertragsstaaten als grundlegend anerkannter

Menschenrechtsgarantien ein Abschiebungsverbot nach § 60 Absatz 5 auslösen, wenn diese Menschenrechtsgarantien in ihrem Kern bedroht sind. Dies ist nur in krassen Fällen anzunehmen, d. h. wenn die drohenden Beeinträchtigungen von ihrer Schwere her dem vergleichbar sind, was wegen menschenunwürdiger Behandlung zu einem Abschiebungsverbot nach Artikel 3 EMRK führt. Bei der Abschiebung in einen anderen Vertragsstaat der EMRK ist als weitere Einschränkung zu beachten, dass ein Abschiebungsverbot nur dann angenommen werden kann, wenn dem Ausländer nach seiner Abschiebung schwere und irreparable Misshandlungen drohen und effektiver Rechtsschutz – auch durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte – nicht oder nicht rechtzeitig zu erreichen ist.

60.5.5 Die Auswirkung aufenthaltsbeendender Maßnahmen auf das Recht auf Familien- und Privatleben nach Artikel 8 EMRK ist als inlandsbezogenes Vollstreckungshindernis im Rahmen von § 60a Absatz 2 von der Ausländerbehörde, nicht aber als zielstaatsbezogenes Abschiebungsverbot zu beachten.

60.5.6 Auch ein Abschiebungsverbot nach § 60 Absatz 5 i. V. m. Artikel 6 EMRK (Garantie auf ein faires Verfahren) kommt nur in Betracht, wenn dem Betroffenen im Abschiebungszielstaat Beeinträchtigungen drohen, die einen äußersten menschenrechtlichen Mindeststandard unterschreiten und in einen absolut geschützten menschenrechtlichen Kernbereich eingreifen. Auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat ein Abschiebungsverbot auf Grund von Artikel 6 EMRK nur ausnahmsweise in Fällen für denkbar gehalten, in denen der Betroffene im Abschiebungszielstaat eine offenkundige Verweigerung eines fairen Prozesses erfahren musste oder hierfür ein Risiko besteht.

60.6 Gefahr der Strafverfolgung und Bestrafung in einem anderen Staat

60.6.1 Die Ahndung kriminellen Unrechts in einem anderen Staat begründet i. d. R. noch kein Abschiebungsverbot. Eine Abschiebung ist regelmäßig nicht ausgeschlossen, wenn ein Ausländer

60.6.1.1 – der allgemeinen Gefahr der Strafverfolgung und Bestrafung (z. B. wegen Steuerhinterziehung) in einem anderen Staat oder

60.6.1.2 – der konkreten Gefahr einer nach der Rechtsordnung eines anderen Staates gesetzmäßigen Bestrafung ausgesetzt ist.

60.6.2 Eine drohende Bestrafung in einem anderen Staat begründet dann ein Abschiebungsverbot, wenn damit zugleich die Voraussetzungen von § 60 Absatz 2, 3 oder Absatz 5 erfüllt werden. Dies ist der Fall bei drohender Verhängung oder Vollstreckung der Todesstrafe (§ 60 Absatz 3) oder wenn die Bestrafung als solche Folter oder

eine unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung darstellt (§ 60 Absatz 2), z. B. wenn es sich um Körperstrafen – wie etwa die Amputation von Gliedmaßen nach der Scharia – handelt. Eine unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung kann im Einzelfall auch vorliegen, wenn die Strafe grob unverhältnismäßig ist, weil zwischen begangener Tat und drohender Strafe ein drastisches Missverhältnis besteht. Erwartet den Ausländer im Zielstaat eine wesentlich härtere Bestrafung als dies dort in vergleichbaren Fällen der Fall ist, kann dies nach den Umständen des Einzelfalles ein Indiz dafür sein, dass die Bestrafung nicht oder nicht allein der Ahndung kriminellen Unrechts, sondern politischen Zwecken dient. In diesen Fällen ist zu prüfen, ob nicht eine asyl- oder flüchtlingsrechtlich relevante Bestrafung vorliegt, für deren Beurteilung das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zuständig ist.

60.6.3 In Fällen, in denen eine Bestrafung droht, weil der Ausländer sich dem Wehrdienst entzogen hat, um nicht an der Begehung von Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit i. S. d. internationalen Vertragswerke oder anderer in Artikel 12 Absatz 2 Qualifikationsrichtlinie aufgeführten Handlungen teilnehmen zu müssen, ist Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe e) der Qualifikationsrichtlinie zu beachten. Nach der Wertung dieser Vorschrift kann eine Bestrafung in diesen Fällen auch eine flüchtlingsrelevante Verfolgung sein, da niemand dazu verpflichtet werden darf, schwere Menschenrechtsverletzungen zu begehen. Der gleiche Grundsatz gilt auch für die subsidiäre Schutzgewährung. Daher ist darauf zu achten, dass die Strafverfolgung oder Bestrafung wegen Wehrdienstentziehung aus den o. g. Gründen nicht mit einer Bestrafung im herkömmlichen Sinne (§ 60 Absatz 6) gleichgesetzt wird.

60.7 Humanitäre Abschiebungsverbote und Abschiebungsverbot im Rahmen bewaffneter Konflikte

60.7.1.1 § 60 Absatz 7 Satz 1 setzt eine individuell-konkrete Gefahr in einem anderen Staat voraus. Begünstigt sind nur Ausländer, die von einem Einzelschicksal betroffen sind.

60.7.1.2 Nach § 60 Absatz 7 Satz 1 ist die Abschiebung in der Regel verboten. Soweit das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge für die Feststellung dieses Abschiebungsverbotes zuständig ist, prüft es auch, ob ein atypischer Fall vorliegt, in dem ausnahmsweise abgeschoben werden kann.

60.7.1.3 § 60 Absatz 7 Satz 1 erfasst zielstaatsbezogene Gefahren, die nicht bereits unter § 60 Absatz 2, 3 oder Absatz 5 fallen und die einzelne Ausländer konkret und in individualisierbarer Weise betreffen. Im Unterschied zu § 60 Absatz 2, 3 und 5 setzt § 60 Absatz 7 Satz 1 keine Eingriffshandlungen voraus. Z. B. kann auch die Gefahr einer wesentlichen Gesundheits-

verschlechterung ein Abschiebungsverbot nach § 60 Absatz 7 Satz 1 begründen, falls diese wegen der spezifischen Verhältnisse im Herkunftsland besteht und ihr nicht durch entsprechende Behandlungsmöglichkeiten begegnet werden kann; ebenso können extreme existenzielle Notlagen zu einem Abschiebungsverbot führen. Zu beachten ist allerdings die Sperrwirkung von § 60 Absatz 7 Satz 3 (vgl. Nummer 60.7.3.1).

60.7.1.3.1 Die Gefahr, dass sich die Krankheit eines ausreisepflichtigen Ausländers in seinem Heimatstaat verschlimmert, weil die Behandlungsmöglichkeiten dort unzureichend sind, kann ein Abschiebungsverbot nach § 60 Absatz 7 Satz 1 darstellen. Erheblich ist die Gefahr, wenn sich der Gesundheitszustand aufgrund des rückführungsbedingten Abbruchs einer notwendigen und (auch in Anspruch genommenen) medizinischen Behandlung wegen einer unzureichenden oder nicht zugänglichen Behandlungsmöglichkeit im Heimatland wesentlich oder gar lebensbedrohlich verschlechtern würde. Auch insoweit ist die Sperrwirkung des Absatzes 7 Satz 3 (vgl. Nummer 60.7.3) zu berücksichtigen.

60.7.1.3.2 Die in § 59 Absatz 4 festgelegte Verpflichtung bzw. eröffnete Möglichkeit, in bestimmten Fällen Umstände, die einer Abschiebung entgegenstehen könnten, unberücksichtigt zu lassen, kann bei verfassungskonformer Auslegung für Fälle schwerster Gesundheitsgefährdung bis hin zur Lebensgefahr keine Anwendung finden. Es obliegt aber den Betroffenen, durch ein ärztliches Attest oder eine ärztliche Stellungnahme des behandelnden Arztes die bestehenden Erkrankungen, die zu einem Abschiebungsverbot führen können, zur Überzeugung der Ausländerbehörde zu belegen. Welche Anforderungen an derartige Bescheinigungen zu stellen sind, ergibt sich zunächst aus der Art der geltend gemachten Erkrankung. Für die Entscheidungserheblichkeit vorgelegter Atteste oder Stellungnahmen ist die inhaltliche Nachvollziehbarkeit von Bedeutung. Um zu aussagekräftigen ärztlichen Stellungnahmen zu kommen, ist es oftmals unerlässlich, konkrete Fragen zu formulieren, insbesondere hinsichtlich der voraussichtlichen Dauer der Erkrankung und der Art und Dauer einer möglichen Therapie.

60.7.1.3.3 Gegebenenfalls ist eine Überprüfung durch einen unabhängigen Gutachter erforderlich. Als Gutachter kommen in der Regel nur approbierte Ärzte (u.a. Amtsärzte), Psychotherapeuten, Fachärzte für Psychiatrie und Psychotherapie, Rechtspsychologen und forensische Psychiater in Betracht. Gutachter und behandelnder Arzt oder Psychologe dürfen nicht identisch sein. Der Betroffene muss sein Einverständnis zu der Begutachtung erklären. Die Anerkennung eines Abschiebungsverbots aus gesundheitlichen Gründen begründet noch kein Daueraufenthaltsrecht, da einerseits durch

die ärztliche Behandlung die Krankheitssymptome soweit abklingen und andererseits sich die Umstände im Herkunftsland so verändern können, dass eine Rückkehr zu einem späteren Zeitpunkt ohne die zunächst befürchteten gesundheitlichen Gefährdungen vertretbar sein kann. Bei der Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis ist daher stets § 26 Absatz 2 zu beachten. Vor der Erteilung und vor jeder Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis ist das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zu beteiligen.

60.7.1.3.4 Wird eine Erkrankung mitgeteilt, die nicht zur Feststellung eines Abschiebungsverbots nach § 60 Absatz 7 Satz 1 aus gesundheitlichen Gründen geführt hat, ist anhand der vorgelegten ärztlichen Atteste und gegebenenfalls ergänzenden Stellungnahmen lediglich zu beurteilen, ob die Abschiebung ggf. mit ärztlicher oder anderweitiger Begleitung durchgeführt werden kann oder ein tatsächliches krankheitsbedingtes Hindernis dem Vollzug der Abschiebung entgegensteht (vgl. Nummer 60a.2.1.1.2.2).

60.7.2.1 § 60 Absatz 7 Satz 2 setzt Artikel 15 Buchstabe c) der Qualifikationsrichtlinie in das deutsche Recht um. Er regelt die Schutzgewährung wegen Gefahren im Zusammenhang mit internationalen oder internen bewaffneten Konflikten. Liegen die Voraussetzungen vor, dann besteht ein Abschiebungsverbot. Bei der Auslegung der Vorschrift ist § 60 Absatz 11 zu beachten. Darüber hinaus ist auf die künftige Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts und des Europäischen Gerichtshofes zu achten.

60.7.2.2 Die Vorschrift setzt das Bestehen eines internationalen oder innerstaatlichen bewaffneten Konflikts voraus. Als internationaler Konflikt wird eine bewaffnete Auseinandersetzung zwischen zwei oder mehreren Staaten bezeichnet. Der Begriff innerstaatlicher Konflikt entspricht dem Begriff nicht-internationaler Konflikt und setzt eine bewaffnete Auseinandersetzung zwischen einem Staat und organisierten bewaffneten Gruppen oder zwischen organisierten Gruppen voraus. Die Auslegung der Begriffe internationaler und innerstaatlicher bewaffneter Konflikt erfolgt in Anlehnung an völkerrechtliche Grundsätze. Innerstaatliche Konflikte setzen ein bestimmtes Maß an Intensität und Dauerhaftigkeit voraus. Typische Beispiele sind Bürgerkriegsauseinandersetzungen und Guerillakämpfe. Innere Unruhen und Spannungen, wie Tumulte, vereinzelt auftretende Gewalttaten und andere ähnliche Handlungen zählen noch nicht dazu. Für die Feststellung, ob ein innerstaatlicher bewaffneter Konflikt vorliegt, findet kriminelle Gewalt keine Berücksichtigung, zumindest dann nicht, wenn sie von am Konflikt unbeteiligten Dritten unter Ausnutzung der Konfliktsituation verübt wird (siehe auch Nummer 25.3.8.1.0). Der innerstaatliche Konflikt

- muss sich nicht auf das gesamte Staatsgebiet erstrecken. Es genügt, wenn die Kampfhandlungen auf eine bestimmte Region beschränkt sind. Soweit es sich um regional begrenzte Konflikte handelt, ist immer das Bestehen einer internen Schutzmöglichkeit in anderen Landesteilen zu prüfen.
- 60.7.2.3 Die Vorschrift schützt nur die Zivilbevölkerung, nicht aber Angehörige der Streitkräfte der Konfliktparteien oder Personen, die in sonstiger Weise aktiv an den Kämpfen beteiligt sind.
- 60.7.2.4 Für die Anwendung des § 60 Absatz 7 Satz 2 reicht nicht schon das Bestehen eines bewaffneten Konflikts aus. Ein innerstaatlicher bewaffneter Konflikt hat normalerweise nicht eine solche Gefahrendichte, dass alle Bewohner des betroffenen Gebietes ernsthaft persönlich betroffen sind. Vielmehr handelt es sich um eine Ausnahmesituation mit einer besonders dichten Gefahrenlage. Erforderlich ist, dass die den Konflikt kennzeichnende Gewalt ein so hohes Niveau erreicht, dass ein Angehöriger der Zivilbevölkerung bei einer Rückkehr in das betreffende Land oder die betreffende Region *allein* durch seine Anwesenheit in diesem Gebiet an Leib oder Leben gefährdet ist (vgl. EuGH, Urteil vom 17. Februar 2009, Rs. C-465/07 – Elgafaji, Rn 35 ff.). Grundsätzlich ist die erforderliche Verfolgungsdichte mit der Verfolgungsdichte vergleichbar, wie sie bei einer Gruppenverfolgung vorliegen muss. Nicht erforderlich sind dagegen spezifische, gegen den Antragsteller gerichtete Eingriffshandlungen. Liegen Letztere vor, reicht in der Regel ein geringerer Grad an Gewalt für die Anwendung von § 60 Absatz 7 Satz 2. Derartige individuelle gefahrerhöhende Momente können sich z. B. aus der Zugehörigkeit zu bestimmten ethnischen oder religiösen Gruppen oder zu bestimmten Berufsgruppen ergeben. Allgemeine Lebensgefahren, die lediglich Folge des bewaffneten Konflikts sind – etwa eine dadurch bedingte Verschlechterung der Versorgungslage –, sind hingegen bei der Bemessung der Gefahrendichte nicht einzubeziehen.
- 60.7.2.5 Geschützte Rechtsgüter sind das Leben und die körperliche Unversehrtheit. § 60 Absatz 7 Satz 2 findet daher regelmäßig keine Anwendung bei freiheitsbeschränkenden Maßnahmen, z. B. bei Internierungen durch die Konfliktparteien. Soweit Internierungen allerdings mit einer erniedrigenden oder unmenschlichen Behandlung einhergehen, können die Voraussetzungen für ein Abschiebungsverbot nach § 60 Absatz 2 vorliegen.
- 60.7.2.6 Im Übrigen siehe Nummer 60.0.4.7.2.
- 60.7.3.1 § 60 Absatz 7 Satz 1 findet auch bei Vorliegen einer konkreten und individualisierbaren Gefahr grundsätzlich keine Anwendung, wenn die Gefahr eine Vielzahl von Personen im Herkunftsland in gleicher Weise betrifft, so z. B. allgemeine Gefahren im Zusammenhang mit Hungersnöten oder Naturkatastrophen (§ 60 Absatz 7 Satz 3). In diesen Fällen obliegt es den obersten Landesbehörden, durch den Erlass einer gruppenbezogenen Abschiebungsstoppregelung nach § 60a Absatz 1 Schutz zu gewähren. Ist ein Ausländer auf Grund einer allgemeinen Gefahrenlage gefährdet und wurde wegen dieser Gefahr kein Abschiebungsstopp erlassen, ist § 60 Absatz 7 verfassungskonform (Artikel 1 Absatz 1, Artikel 2 Absatz 2 Satz 1 und 2 GG) auszulegen. Danach liegt bei einer extremen Gefährdung des Ausländers, wenn dieser gleichsam sehenden Auges dem Tode oder schweren Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt werden würde, ein Abschiebungsverbot vor, die Sperrwirkung des § 60 Absatz 7 Satz 3 greift nicht ein.
- 60.7.3.2 Hinsichtlich § 60 Absatz 7 Satz 2 greift die Sperrwirkung des Satzes 3 bei richtlinienkonformer Auslegung der Norm nicht.
- 60.8 **Ausschluss des Abschiebungsschutzes nach § 60 Absatz 1**
Absatz 8 enthält Ausnahmen vom flüchtlingsrechtlichen Abschiebungsschutz. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge prüft im Rahmen des Asylverfahrens das Vorliegen der Voraussetzungen von Absatz 8. § 60 Absatz 8 lässt die Abschiebungsverbote nach § 60 Absatz 2 bis 5 und 7 unberührt.
- 60.9 **Abschiebung bei möglicher politischer Verfolgung**
Das flüchtlingsrechtliche Abschiebungsverbot und die insoweit geltende Ausnahmeregelung nach § 60 Absatz 8 gelten auch für Asylbewerber. Absatz 9 enthält daher eine Ausnahme von dem Grundsatz, dass ein Asylantragsteller nicht abgeschoben werden darf. § 60 Absatz 2 bis 5 und Absatz 7 bleiben unberührt. Hinsichtlich der Ausweisung von Asylantragstellern wird auf Nummer 56.4, hinsichtlich der Abschiebungsanordnung auf Nummer 58a.3 verwiesen.
- 60.10 **Abschiebung**
60.10.1 Liegen die Voraussetzungen des § 60 Absatz 8 vor, kann sich der Ausländer nicht auf flüchtlingsrechtlichen Abschiebungsschutz berufen. Die Ausländerbehörde hat aber vor der Abschiebung von Amts wegen zu prüfen, ob Abschiebungsverbote nach § 60 Absatz 2 bis 5 oder Absatz 7 vorliegen. Diese Prüfung obliegt dem Bundesamt, wenn ein Asylverfahren durchgeführt wird oder wurde. Die Ausländerbehörde ist in diesem Fall an die Entscheidung des Bundesamtes gebunden (§ 42 AsylVfG).
60.10.2 In der Abschiebungsandrohung sind die Staaten zu bezeichnen, in die der Ausländer nicht abgeschoben werden darf.

- 60.11 **Verweis auf die Bestimmungen der Richtlinie 2004/83/EG des Rates vom 29. April 2004 (ABl. EU Nummer L 304 S. 12, so genannte Qualifikationsrichtlinie)**
- 60.11.0 § 60 Absatz 11 verweist auf einzelne Bestimmungen in der Qualifikationsrichtlinie, die bei der Prüfung der Abschiebungsverbote nach § 60 Absatz 2, 3 und 7 Satz 2 zu beachten sind. Zu den in Bezug genommenen Richtlinienbestimmungen im Einzelnen:
- 60.11.1 Gemäß Artikel 4 Absatz 4 der Richtlinie indizieren einmal erlittene Eingriffe, die die Voraussetzungen von § 60 Absatz 2, 3 oder Absatz 7 Satz 2 erfüllen, eine weiterhin bestehende Gefährdung des Betroffenen. Für die Annahme einer Gefährdung genügt die Glaubhaftmachung der behaupteten Eingriffe durch den Antragsteller. Die in der Vergangenheit erfolgten Eingriffshandlungen entfalten jedoch keine Indizwirkung im Hinblick auf eine zukünftige Gefährdung, wenn sich zwischenzeitlich die Bedingungen grundsätzlich geändert haben, z. B. weil die frühere Gefahr aufgrund eines Regimewechsels nicht mehr besteht. Für den Wegfall der Gefahr trägt die Ausländerbehörde bzw. das Bundesamt die Beweislast. Eine Indizwirkung der früheren Eingriffshandlung besteht auch dann nicht, wenn die frühere Gefahr weggefallen und gleichzeitig eine neue, von der früheren unabhängige Gefahr entstanden ist. In diesen Fällen muss der Antragsteller glaubhaft machen, dass ihm mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit Folter oder unmenschliche oder erniedrigende Behandlung, die Todesstrafe oder eine erhebliche individuelle Gefahr i. S. v. § 60 Absatz 7 Satz 2 droht.
- 60.11.2 Artikel 5 Absatz 1 und 2 der Richtlinie stellt klar, dass auch Ereignisse, die nach dem Verlassen des Herkunftslandes eingetreten sind, zur Schutzgewährung nach § 60 Absatz 2, 3 und 7 Satz 2 führen können. Es kann sich dabei um Ereignisse im Zielstaat oder außerhalb davon handeln, die den Ausländer bei seiner Rückkehr in den Zielstaat gefährden würden, z. B. nach Verlassen des Herkunftslandes entflammter Bürgerkrieg.
- 60.11.3.1 Artikel 6 der Richtlinie benennt abschließend die möglichen Verursacher einer Gefährdung. Eine Gefährdung kann danach ausgehen:
- 60.11.3.1.1 – vom Staat. Dazu zählen staatliche Stellen oder andere Stellen, deren Handeln dem Staat zurechenbar ist.
- 60.11.3.1.2 – von Parteien und Organisationen, die das Staatsgebiet oder einen wesentlichen Teil davon beherrschen.
- Darunter fallen Parteien und Organisationen mit staatsähnlicher Herrschaftsmacht (quasistaatliche Herrschaftsstrukturen), die sie in einem wesentlichen Teil des Staatsgebiets ausüben. Für die Frage, ob Parteien oder Organisationen einen wesentlichen Teil des Staatsgebiets beherrschen, ist kein ausschließlich quantitativer Maßstab anzulegen. Es muss nicht der flächenmäßig überwiegende Teil des Staatsgebiets beherrscht werden, vielmehr genügt es, wenn über ein größeres Gebiet die effektive Gebietskontrolle ausgeübt wird.
- 60.11.3.1.3 – von nichtstaatlichen Akteuren, sofern staatliche oder quasistaatliche Stellen oder internationale Organisationen erwiesenermaßen nicht in der Lage oder nicht Willens sind, Schutz zu gewähren.
- Als nichtstaatliche „Verfolger“ kommen grundsätzlich auch Einzelpersonen in Betracht. In diesen Fällen ist sorgfältig zu prüfen, ob Schutzmöglichkeiten im Herkunftsland, etwa durch den Staat oder auf Grund einer inländischen Fluchtalternative vorhanden sind. An das Vorhandensein einer Schutzmöglichkeit sind keine erhöhten Beweisforderungen zu stellen. Es ist nicht erforderlich, dass der Vollbeweis über die Schutzmöglichkeit im Herkunftsland erbracht wird; vielmehr reicht es aus, wenn mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit angenommen werden kann, dass ein derartiger Schutz besteht. Die Einbeziehung internationaler Organisationen trägt dem Gedanken Rechnung, dass etwa auch im Rahmen friedensstiftender Aktionen der Völkergemeinschaft Schutz gewährt werden kann.
- 60.11.3.2 Die Anwendung von § 60 Absatz 2, 3 und 7 Satz 2 setzt immer einen Gefährdungsakteur im obigen Sinne voraus. Fehlt es daran, kommt eine Schutzgewährung nach diesen Vorschriften nicht in Betracht, so etwa wenn die Gefährdung auf Naturkatastrophen oder Wirtschaftskrisen beruht. In diesen Fällen kann Abschiebungsschutz nur über § 60 Absatz 7 Satz 1 erlangt werden.
- 60.11.4.0 Artikel 7 der Richtlinie legt fest, wer im Zielstaat dafür in Betracht kommt, Schutz zu gewähren (Artikel 7 Absatz 1) und welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, damit von einem wirksamen Schutz im Zielstaat ausgegangen werden kann (Artikel 7 Absatz 2). Liegen die Voraussetzungen nach Artikel 7 vor, ist ein Abschiebungsverbot nach § 60 Absatz 2, 3 und 7 Satz 2 ausgeschlossen. Dies ist immer bezogen auf den Einzelfall zu prüfen.
- 60.11.4.1 Zum Kreis derer, die im Zielstaat Schutz gewähren können, gehören neben dem Staat auch Parteien und Organisationen einschließlich internationaler Organisationen, sofern sie den Staat oder einen wesentlichen Teil davon beherrschen. Nichtstaatliche Akteure, die nicht zugleich über quasistaatliche Macht verfügen, kommen nicht als Schutzakteure in Betracht. Dies gilt insbesondere auch für Einzelpersonen. Hinreichender Schutz ist daher dann nicht gegeben, wenn er nur durch z. B. Familienange-

	hörige oder Leibwächter sichergestellt werden könnte.			vor, wenn die Rückkehr oder Rückführung z. B. wegen fehlender Verkehrsverbindungen oder fehlender Dokumente nicht möglich ist.
60.11.4.2.1	Artikel 7 Absatz 2 der Richtlinie stellt klar, dass Schutz durch den Staat oder die fraglichen Organisationen nur dann gewährleistet ist, wenn diese in geeigneter Weise gegen mögliche Bedrohungen vorgehen, z. B. durch geeignete Rechtsvorschriften, Strafverfolgungsmaßnahmen oder präventive Schutzmaßnahmen. Die zu erwartenden Schutzmaßnahmen müssen effektiv und für den Bedrohten auch zugänglich sein. Eine absolute Schutzgarantie ist aber nicht Voraussetzung.	60a		Zu § 60a – Vorübergehende Aussetzung der Abschiebung (Duldung)
		60a.1		Anordnung der Aussetzung von Abschiebungen durch die oberste Landesbehörde
60.11.4.2.2	Hinsichtlich der Frage, ob internationale Organisationen einen Staat oder wesentliche Teile davon beherrschen, sind die in den (künftigen) einschlägigen Rechtsakten des Rates der Europäischen Gemeinschaften aufgestellten Leitlinien zu beachten.	60a.1.0		§ 60a Absatz 1 Satz 1 ermächtigt die oberste Landesbehörde, die Abschiebung bestimmter Ausländergruppen für die Dauer von längstens sechs Monaten auszusetzen. Ziel der Regelung ist es, den obersten Landesbehörden eine allgemeine Schutzgewährung für bestimmte Ausländergruppen ohne Rücksicht auf das Vorliegen einer individuellen Gefährdung zu ermöglichen, um humanitären Schutz in besonderen Lagen bieten zu können.
60.11.5.0	Artikel 8 der Richtlinie schließt die Schutzgewährung nach § 60 Absatz 2, 3 und 7 Satz 2 aus, wenn an einem Ort im Herkunftsland Schutz gefunden werden kann (interne Schutzmöglichkeit).	60a.1.1.1		Für entsprechende Entscheidungen sind neben humanitären Kriterien außen- und innenpolitische Erwägungen ausschlaggebend. Es handelt sich um eine politische Entscheidung, die einer gerichtlichen Überprüfung allenfalls im Hinblick auf Willkür oder andere zwingende verfassungsrechtliche Gesichtspunkte zugänglich ist. Bei der Bestimmung des erfassten Personenkreises ist die oberste Landesbehörde dem entsprechend frei, eine Eingrenzung nach persönlichen und sachlichen Kriterien (z. B. Zugehörigkeit zu einer bestimmten Bevölkerungsgruppe, regionale Herkunft, aber auch Ausschlussgründe wie z. B. Straffälligkeit) vorzunehmen.
60.11.5.1	Nach Absatz 1 setzt die interne Schutzmöglichkeit voraus, dass am Zufluchtsort keine Gefährdung durch die in Artikel 6 genannten Akteure droht und von dem Ausländer vernünftigerweise erwartet werden kann, dass er sich in diesem Landesteil aufhält. Dies setzt auch voraus, dass der Ausländer am Zufluchtsort eine ausreichende Lebensgrundlage vorfindet, d. h. es muss zumindest das Existenzminimum gewährleistet sein. Fehlt es an einer Existenzgrundlage, ist eine interne Schutzmöglichkeit nicht gegeben. Dies gilt auch, wenn im Herkunftsgebiet die Lebensverhältnisse gleichermaßen schlecht oder schlechter sind. Darüber hinaus ist auch erforderlich, dass das Zufluchtsgebiet für den Ausländer erreichbar ist.	60a.1.1.2		Bei einer Entscheidung nach § 60a Absatz 1 sind vor allem Gefahren nach § 60 Absatz 7 Satz 1 oder Satz 2 zu berücksichtigen, denen die Bevölkerung oder eine bestimmte Bevölkerungsgruppe im Herkunftsstaat allgemein ausgesetzt ist und die deshalb kein zielstaatsbezogenes Abschiebungshindernis im jeweiligen Einzelfall zu begründen vermögen, vgl. § 60 Absatz 7 Satz 3. Zur Vereinfachung des Verfahrens kann aber eine entsprechende Regelung auch dann erlassen werden, wenn die erfassten Personengruppen ganz oder teilweise als Einzelpersonen einen Anspruch auf Abschiebungsschutz wegen Vorliegens individueller Abschiebungshindernisse hätten.
60.11.5.2	Absatz 2 legt die Prüfkriterien für die Tatbestandsvoraussetzungen nach Absatz 1 fest. Für die Frage, ob der Ausländer vor Verfolgung sicher ist und eine ausreichende Lebensgrundlage besteht, kommt es danach allein auf die allgemeinen Gegebenheiten im Zufluchtsgebiet und die persönlichen Umstände des Ausländers an. Die Voraussetzungen für den internen Schutz müssen im Zeitpunkt der Entscheidung über den Schutzantrag vorliegen. Dies gilt auch für die Frage der Erreichbarkeit des Zufluchtsortes. Eine interne Schutzmöglichkeit liegt daher auch dann vor, wenn sie zwar im Zeitpunkt der Ausreise noch nicht bestanden hat oder nicht erreichbar war, diese Voraussetzungen aber im Zeitpunkt der Entscheidung gegeben sind.	60a.1.2		Eine Aussetzungsanordnung begründet keine unmittelbaren Rechtsansprüche auf Erteilung einer Duldung. Es handelt sich um eine intern ermessensbindende Entscheidung. Es besteht lediglich Anspruch auf Gleichbehandlung nach Maßgabe der von der obersten Landesbehörde gebilligten praktischen Anwendung der Anordnung innerhalb des Bundeslandes.
60.11.5.3	Nach Absatz 3 stehen praktische Hindernisse für eine Rückkehr in das Herkunftsland der Annahme einer internen Schutzmöglichkeit nicht entgegen. Praktische Hindernisse liegen	60a.1.3.1		Bei einem über sechs Monate hinausgehenden Zeitraum gelten im Wege der Rechtsgrundverweisung die Voraussetzungen für die Aufenthaltsgewährung durch die obersten Landes-

	<p>behörden nach § 23 Absatz 1 (vgl. Nummer 23.1). Dies bedeutet, dass im Interesse der Bundeseinheitlichkeit bei Überschreiten der Sechs-Monats-Grenze Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern herbeizuführen ist (vgl. § 23 Absatz 1 Satz 3), d. h. es ist eine politische Verständigung über die Schutzgewährung zwischen Bund und Ländern erforderlich. Nicht nur eine Verlängerung über sechs Monate hinaus löst das Einvernehmenserfordernis aus, sondern auch die mehrmalige allgemeine Aussetzung der Abschiebung, wenn die Zeiträume zusammen sechs Monate überschreiten. Eine Anordnung jenseits der Sechs-Monats-Grenze ohne Einvernehmen des Bundesministeriums des Innern ist nur dann möglich, wenn diese eine andere Personengruppe begünstigt. Eine Änderung der Begründung bei Beibehaltung der ursprünglichen Rechtsfolgen macht die Zustimmung des Bundesministeriums des Innern nicht entbehrlich. Das Bundesministerium des Innern soll über die Erteilung des für die Verlängerung erforderlichen Einvernehmens inhaltlich entscheiden, wenn elf Bundesländer dies beantragen.</p>	<p>bei Entscheidung über die Aufenthaltsbeendigung Berücksichtigung fanden, nach Maßgabe des § 59 Absatz 4 unberücksichtigt bleiben. Zu berücksichtigen ist auch, ob die Erteilung einer Betretenserlaubnis zur Wahrung der Interessen des Ausländers ausreichend ist.</p>
60a.1.3.2	<p>Auch bei erstmaliger Anordnung eines Abschiebungsstopps soll ein Bundesland im Interesse der Bundeseinheitlichkeit die Regelung nach § 60a Absatz 1 nur nach Konsultation mit dem Bundesministerium des Innern und den Innenministerien/-senatsverwaltungen der übrigen Länder anwenden.</p>	<p>60a.2.0.3 Gegen die Versagung der Duldung findet nach § 83 Absatz 2 kein Widerspruch statt. § 83 Absatz 2 findet jedoch in den Fällen des Widerrufs keine Anwendung; der Widerspruch gegen den Widerruf einer Duldung hat aufschiebende Wirkung.</p>
60a.1.3.3	<p>Auf Grund der Rechtsgrundverweisung auf § 23 Absatz 1 kann bei einem über sechs Monate hinausgehenden Abschiebungsstopp die Vollzugsaussetzung von der Abgabe einer Verpflichtungserklärung nach § 68 abhängig gemacht werden (§ 23 Absatz 1 Satz 2).</p>	<p>60a.2.1 Unmöglichkeit der Abschiebung aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen, § 60a Absatz 2 Satz 1</p>
60a.2	<p>Gesetzliche Duldungsgründe</p>	<p>60a.2.1.1 Unmöglichkeit der Abschiebung aus rechtlichen Gründen</p>
60a.2.0.1	<p>Ein Anspruch auf eine Duldung besteht, wenn eine Abschiebung aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen nicht möglich ist (§ 60a Absatz 2 Satz 1). Gleiches gilt, wenn die vorübergehende Anwesenheit des Ausländers im Bundesgebiet für ein Strafverfahren wegen eines Verbrechens von der Staatsanwaltschaft oder dem Strafgericht für sachgerecht erachtet wird, weil ohne seine Angaben die Erforschung des Sachverhalts erschwert wäre (§ 60a Absatz 2 Satz 2). Darüber hinaus kann eine Duldung im Ermessenswege erteilt und erneuert werden, wenn dringende humanitäre oder persönliche Gründe oder erhebliche öffentliche Interessen eine vorübergehende weitere Anwesenheit des Ausländers im Bundesgebiet erfordern (§ 60a Absatz 2 Satz 3).</p>	<p>60a.2.1.1.1 Eine Unmöglichkeit der Abschiebung aus rechtlichen Gründen kommt z. B. in Betracht, wenn</p>
60a.2.0.2	<p>Vorrangig zu prüfen ist, ob die Erteilung eines Aufenthaltstitels, insbesondere nach § 25, in Betracht kommt. Gleichmaßen müssen bei Prüfung der Voraussetzungen einer Duldung Umstände, die bereits im Rahmen des Verfahrens zur Erteilung eines Aufenthaltstitels bzw.</p>	<p>– ein zielstaatsbezogenes Abschiebungsverbot nach § 60 Absatz 1 oder Absatz 2 bis 5 oder Absatz 7 besteht,</p> <p>– ein inlandsbezogenes Vollstreckungshindernis besteht,</p> <p>– die Staatsanwaltschaft oder die Zeugenschutzdienststelle ein nach § 72 Absatz 4 erforderliches Einvernehmen zur Abschiebung noch nicht erteilt oder verweigert hat,</p> <p>– die Abschiebung durch richterliche Anordnung ausgesetzt ist.</p> <p>60a.2.1.1.2 Zu den unter Nummer 60a.2.1.1.1.2 genannten inlandsbezogenen Vollstreckungshindernissen gehören etwa:</p> <p>– unzumutbare Beeinträchtigungen des Rechts auf Wahrung des Ehe- und Familienlebens im Bundesgebiet mit dort aufenthaltsberechtigten Familienangehörigen. Die Trennung minderjähriger Kinder von beiden personensorgeberechtigten Eltern ist z. B. i. d. R. mit Artikel 6 GG/Artikel 8 EMRK nicht vereinbar. Bei im Bundesgebiet geborenen oder seit frühester Kindheit in Deutschland lebenden Ausländern (so genannte Ausländer der zweiten Generation) kann die Abschiebung im Einzelfall unverhältnismäßig sein, wenn praktisch keine Bindungen mehr zum Staat der formellen Staatsangehörigkeit bestehen und der Betroffene die dortige Sprache nicht spricht. Hier ist die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zu den Anforderungen an die Verhältnismäßigkeit entsprechender Eingriffe zu beachten. Artikel 6 GG/Artikel 8 EMRK stehen jedoch der Abschiebung eines Ehegatten nicht schon deshalb entgegen, weil über den Asylantrag des anderen Ehegatten noch nicht rechtskräftig entschieden ist (vgl. jedoch § 43 Absatz 3 AsylVfG). Ein Dul-</p>

	dungsanspruch kann sich im Einzelfall etwa auch aus einer unmittelbar bevorstehenden Ehe mit einem Deutschen oder aufenthaltsberechtigten ausländischen Staatsangehörigen (siehe Nummer 28, 30.0.6) ergeben oder aus dem Umstand, dass eine Ausländerin ein Kind erwartet, das qua Geburt deutscher Staatsangehöriger ist.	60a.2.2.0	Satz 2 trifft eine allgemeine Regelung dahingehend, dass vollziehbar ausreisepflichtigen Zeugen von Verbrechen, die für ein Strafverfahren benötigt werden, zwingend eine Duldung zu erteilen ist.
60a.2.1.1.2.2	– (vorübergehende) abschiebungsbedingte Gefahren für die körperliche Unversehrtheit des Ausländers. Vorrangig ist jedoch zu prüfen, ob dem nicht durch entsprechende Vorkehrungen im Rahmen der Abschiebung Rechnung getragen werden kann.	60a.2.2.1	Bei Opfern von Menschenhandel ist vorrangig die Erteilung eines Aufenthaltstitels nach § 25 Absatz 4a zu prüfen.
60a.2.1.1.3	Demgegenüber stellen Anträge auf Ausstellung eines Vertriebenenausweises oder auf Einbürgerung kein rechtliches Abschiebungsverbot dar.	60a.2.2.2	Zu den Tatbestandsvoraussetzungen wird auf Nummer 25.4a.2.1 verwiesen.
60a.2.1.2	Unmöglichkeit der Abschiebung aus tatsächlichen Gründen, § 60a Absatz 2 Satz 1 Eine Unmöglichkeit der Abschiebung aus tatsächlichen Gründen ist von Verzögerungen zu unterscheiden, die sich aus verwaltungsorganisatorischen Gründen bei Vorbereitung der Abschiebung ergeben. Eine Duldung aus tatsächlichen Gründen kommt z. B. in Betracht	60a.2.3	Ermessensduldung, § 60a Absatz 2 Satz 3
60a.2.1.2.1	– wegen Reiseunfähigkeit im Krankheitsfall,	60a.2.3.0	§ 60a Absatz 2 Satz 3 soll den Ausländerbehörden die Möglichkeit geben, die Abschiebung vollziehbar ausreisepflichtiger Personen auszusetzen, deren Aufenthaltswitz sich nicht zu einem rechtlichen Abschiebungshindernis nach Absatz 2 Satz 1 verdichtet hat und in deren Fall tatsächliche Abschiebungshindernisse nicht vorliegen, deren vorübergehender Aufenthalt jedoch aus dringenden humanitären oder persönlichen Gründen bzw. erheblichen öffentlichen Interessen geboten ist. Damit soll Härten begegnet werden, die in der Praxis dadurch entstehen können, dass § 25 Absatz 4 Satz 1 nicht auf vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer anwendbar ist.
60a.2.1.2.2	– im Falle fortdauernder Passlosigkeit, wenn nach den Erfahrungen der Ausländerbehörde eine Abschiebung ohne Pass oder deutschen Passersatz nicht möglich ist oder ein Abschiebungsversuch gescheitert ist,	60a.2.3.1	Zur Beurteilung, ob dringende humanitäre oder persönliche Gründe oder erhebliche öffentliche Interessen eine Anwesenheit des Ausländers im Bundesgebiet erfordern, wird auf die in Nummer 25.4.1.4 bis 25.4.1.7, 25.4.2.4.1 bis 25.4.2.4.4 dargelegten Grundsätze Bezug genommen.
60a.2.1.2.3	– wenn die Verkehrswege für eine Abschiebung unterbrochen sind,	60a.2a	Duldung wegen gescheiterter Zurück-schiebung/Abschiebung und Rückübernahmepflicht, § 60a Absatz 2a
60a.2.1.2.4	– wenn die sonstigen erforderlichen Papiere (z. B. Durchbeförderungsbewilligung, Visa) nicht vorliegen oder das geeignete Verkehrsmittel noch nicht zur Verfügung steht,	60a.2a.0	Zwischenstaatliche Vereinbarungen sowie die Richtlinie 2003/110/EG des Rates vom 25. November 2003 über die Unterstützung bei der Durchbeförderung im Rahmen von Rückführungsmaßnahmen auf dem Luftweg (ABl. EU Nummer L 321 S. 26, so genannte Durchbeförderungsrichtlinie) sehen vor, dass die Bundesrepublik Deutschland im Falle gescheiterter Abschiebungen zur Rückübernahme verpflichtet ist. Die Erteilung eines Aufenthaltstitels kommt auf Grund der fortbestehenden Ausreiseverpflichtung nicht in Betracht. Absatz 2a sieht daher zur kurzfristigen Statusregelung die Erteilung einer Duldung für eine Woche vor.
60a.2.1.2.5	– wenn es sich um einen Staatenlosen oder einen anderen Ausländer handelt, dessen Aufnahme der Herkunftsstaat, z.B. nach einem erfolglosen Abschiebungsversuch, verweigert hat (vgl. aber vorrangig § 60a Absatz 2a).	60a.2a.1	Für die Aussetzung der Abschiebung nach § 60a Absatz 2a sind die mit der polizeilichen Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs beauftragten Behörden zuständig, § 71 Absatz 3 Nummer 2.
60a.2.1.3	Unbeschadet der Ausführungen zu Nummer 60a.2.1.1 und 60a.2.1.2 haben die Ausländerbehörden, soweit in Individualbeschwerdeverfahren vorläufige Maßnahmen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte gemäß Artikel 39 seiner Verfahrensordnung, des Menschenrechtsausschusses der Vereinten Nationen gemäß Artikel 92 seiner Verfahrensordnung oder des Anti-Folter-Ausschusses der Vereinten Nationen gemäß Artikel 108 Absatz 9 seiner Verfahrensordnung ergangen sind, die obersten Landesbehörden zu befassen.	60a.2a.2	Liegt eine Anordnung von Abschiebungshaft nach § 62 vor, ist keine Duldung zu erteilen, § 60a Absatz 2a Satz 1. Allein auf Grund der gescheiterten Abschiebung darf die Duldung nicht verlängert werden, § 60a Absatz 2a Satz 2. Die Verlängerung der Duldung durch die zuständige Ausländerbehörde auf Grund eines
60a.2.2	Aussetzung der Abschiebung bei Zeugen von Verbrechen, die für ein Strafverfahren benötigt werden, § 60a Absatz 2 Satz 2		

	anderen Tatbestandes als § 60a Absatz 2a Satz 1 ist hingegen möglich.		
60a.2a.3	Die Einreise ist zuzulassen, § 60a Absatz 2a Satz 3.		länders zu erschweren und die Erfüllung der Ausreisepflicht besser zu überwachen. Die Vorschrift orientiert sich an § 56 AsylVfG. Hierdurch sollen vollziehbar Ausreisepflichtige gegenüber Asylbewerbern nicht besser gestellt werden.
60a.3	Fortbestehen der Ausreisepflicht Die Duldung gibt dem Ausländer kein Aufenthaltsrecht, der Aufenthalt bleibt vielmehr unrechtmäßig und die Pflicht zur unverzüglichen Ausreise besteht fort. Durch die Duldung wird die Vollziehbarkeit der Ausreisepflicht nicht berührt (vgl. § 58 Absatz 1, § 59 Absatz 3). Sie bezweckt auch, den Ausländer trotz der ihm obliegenden vollziehbaren Ausreisepflicht vor der Strafbarkeit zu bewahren (vgl. § 95 Absatz 1 Nummer 2). Bei dem Aufenthalt auf der Grundlage einer Duldung handelt es sich nicht um einen ordnungsgemäßen Aufenthalt im völkerrechtlichen Sinne und nicht um einen Aufenthaltstitel i. S. d. Verordnung (EG) Nummer 343/2003 des Rates vom 18. Februar 2003 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen in einem Mitgliedstaat gestellten Asylantrags zuständig ist (ABl. EU Nummer L 50, S. 1).	61.1.1.1	Der Aufenthalt des vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländers ist kraft Gesetzes auf das Gebiet des Landes beschränkt. Eine engere Beschränkung des Aufenthalts, insbesondere auf den Bezirk der Ausländerbehörde, kann über § 61 Absatz 1 Satz 2 erfolgen. Eine länderübergreifende Änderung der räumlichen Beschränkung – insbesondere wenn diese mit einer Verlegung des Wohnortes verbunden ist – oder eine sonstige Änderung durch eine andere Ausländerbehörde, die die Maßnahme nicht angeordnet hat, ist unbeschadet landesrechtlicher Zuständigkeitsregelungen nur im Einvernehmen mit den beteiligten Ausländerbehörden der betreffenden Länder zulässig. Der Umzug in ein anderes Bundesland darf nur im Einvernehmen mit der Ausländerbehörde des betroffenen Landes ermöglicht werden.
60a.4	Bescheinigung Für die Bescheinigung über die Aussetzung der Abschiebung ist das in den Anlagen D2a, D2b zur AufenthV abgedruckte Muster zu verwenden.	61.1.1.2	Eine Änderung der räumlichen Beschränkung kann aus dringenden familiären Gründen in Betracht kommen (z. B. Hilfsbedürftigkeit, minderjährige Kinder). Vor einer Änderung der räumlichen Beschränkungen oder Erteilung einer Duldung aus familiären Gründen ist vorrangig zu prüfen, ob die familiäre Lebensgemeinschaft im Ausland (d. h. insbesondere in einem der Herkunftstaaten der Ehepartner) hergestellt werden kann. Solange eine Aufenthaltsbeendigung ausschließlich aus Gründen nicht möglich ist, die selbst zu vertreten sind (z. B. Identitätsverschleierung, Verhinderung der Beschaffung von Heimreisedokumenten), ist von einer Änderung der räumlichen Beschränkungen bzw. der Erteilung einer Duldung abzusehen.
60a.5	Abschiebung nach Erlöschen der Duldung Die Abschiebung des Ausländers nach Erlöschen der Duldung (Ablauf der Geltungsdauer, vollziehbarer Widerruf) setzt eine vollziehbare Abschiebungsandrohung voraus. Durch die Erteilung einer Duldung entfällt die Abschiebungsandrohung nicht (§ 59 Absatz 3). Nach Erlöschen der Duldung muss daher die Abschiebung nicht erneut angedroht werden. Ebenso wenig braucht vor der Abschiebung eine Ausreisefrist gesetzt zu werden (vgl. auch § 50 Absatz 3). Bei der in § 60a Absatz 5 Satz 4 genannten Frist von einem Monat für die Ankündigung der Abschiebung handelt es sich um eine Mindestfrist, die bis zum Erlöschen der Duldung durch Widerruf reicht. Gleiches gilt im Fall der Erneuerung der Duldung für mehr als ein Jahr. Der Zeitraum kann auch durch mehrere nacheinander erteilte ununterbrochene Duldungen erreicht werden. Die Ankündigungspflicht gilt nicht für das anstehende Erlöschen durch Ablauf der Geltungsdauer.	61.1.2	Nach § 61 Absatz 1 Satz 2 liegt die Anordnung weiterer Bedingungen und Auflagen im Ermessen der Behörde. Der Ausländer kann durch Auflage etwa verpflichtet werden, in einer bestimmten Gemeinde oder in einer bestimmten Unterkunft zu wohnen. Aber auch weitere Maßnahmen (z. B. Melde- und Anzeigepflichten) sind zulässig, soweit diese der Überwachung, Kontrolle und Ausreiseförderung vollziehbar ausreisepflichtiger Ausländer dienen.
61	Zu § 61 – Räumliche Beschränkung	61.1.3	§ 61 Absatz 1 Satz 3 sieht eine Lockerung der räumlichen Beschränkung nach Absatz 1 Satz 1 vor, damit Geduldete den ihnen eingeräumten gleichrangigen Arbeitsmarktzugang zur Aufnahme einer Beschäftigung auch überregional nutzen können. Das Einvernehmen der Ausländerbehörde des durch die Lockerung betroffenen Landes ist erforderlich, wenn hierdurch (mangels Residenzpflicht gemäß Satz 2) die Verlegung des Wohnortes in das Gebiet des anderen Landes ermöglicht ist.
61.1	Räumliche Beschränkung und Nebenbestimmungen		
61.1.1	§ 61 Absatz 1 ermöglicht es, das Untertauchen eines vollziehbar ausreisepflichtigen Aus-		

- 61.1.4 Die Ausländerbehörde kann dem Ausländer das vorübergehende Verlassen des Landes oder des Aufenthaltsorts der räumlichen Beschränkung erlauben. Die Erlaubnis ist zu erteilen, wenn hieran ein dringendes öffentliches Interesse besteht, zwingende Gründe es erfordern oder die Versagung eine unbillige Härte bedeuten würde (§ 12 Absatz 5, vgl. Nummer 12.5.2.2 f.).
- 61.1.5 Verstöße gegen eine räumliche Beschränkung sind bußgeldbewehrt (§ 98 Absatz 3 Nummer 2 und 4) und bei wiederholtem Verstoß strafbewehrt (§ 95 Absatz 1 Nummer 7). Auf Nummer 95.1.7.4 wird hingewiesen.
- 61.1a Räumliche Beschränkung in Fällen des § 60a Absatz 2a**
- Bei Erteilung einer Duldung nach § 60a Absatz 2a ist der Aufenthalt auf den Bezirk der zuletzt zuständigen Ausländerbehörde im Inland zu beschränken (§ 61 Absatz 1a Satz 1). Soweit der zuständigen Grenzbehörde (§ 71 Absatz 3 Nummer 2) die zuletzt zuständige Ausländerbehörde nicht bekannt ist, da diese zunächst nicht feststellbar oder nicht vorhanden ist, ist das Verfahren nach § 15a anwendbar (§ 61 Absatz 1a Satz 3).
- 61.2 Ausreiseeinrichtungen**
- Die Vorschrift ermöglicht es den Ländern ausdrücklich, Ausreiseeinrichtungen zu schaffen. Soweit sie hiervon Gebrauch machen, können sie vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer auf Grund der Ermächtigung in Absatz 1 verpflichten, darin zu wohnen. Ausreiseeinrichtungen dienen als offene Einrichtung der Unterbringung von Personen, die keine oder unzutreffende Angaben zu ihrer Identität und Staatsangehörigkeit machen und/oder die Mitwirkung bei der Beschaffung von Heimreisedokumenten verweigern. Die Unterbringung in einer zentralen Gemeinschaftsunterkunft ermöglicht eine intensive, auf eine Lebensperspektive außerhalb des Bundesgebiets gerichtete psycho-soziale Betreuung; sie stellt gegenüber der Abschiebungshaft ein milderes Mittel dar. Die intensive Betreuung soll zur Förderung der Bereitschaft zur freiwilligen Ausreise oder zur notwendigen Mitwirkung bei der Beschaffung von Heimreisedokumenten beitragen. Darüber hinaus ist die gezielte Beratung über die bestehenden Programme zur Förderung der freiwilligen Rückkehr möglich.
- 62 Zu § 62 – Abschiebungshaft**
- 62.0 Allgemeines und Verfahren**
- 62.0.0 Ein Ausländer darf grundsätzlich nicht ohne richterliche Entscheidung in Abschiebungshaft genommen werden (vgl. Artikel 104 Absatz 2 Satz 1 GG, § 62 Absatz 2). Dies gilt auch dann, wenn eine Freiheitsentziehung nur kurzfristig andauert. Eine Freiheitsentziehung ohne vorherige richterliche Anordnung ist nur in gesetzlich geregelten Ausnahmefällen zulässig. Die richterliche Entscheidung ist unverzüglich herbeizuführen (Artikel 104 Absatz 2 Satz 2 GG). Eine vorläufige Ingewahrsamnahme zur Sicherung der Haftanordnung ist in § 62 Absatz 4 geregelt (Nummer 62.4).
- 62.0.1 Die Beantragung von Abschiebungshaft ist nach § 62 sowohl zur Vorbereitung der Ausweisung (Absatz 1) als auch zur Sicherung der Abschiebung (Absatz 2) möglich. In jedem Fall darf Abschiebungshaft nur beantragt und angeordnet werden, wenn die Abschiebung ohne die Inhaftierung wesentlich erschwert oder vereitelt würde.
- 62.0.2 Bei freiheitsentziehenden Maßnahmen im Rahmen der Abschiebung ist zu berücksichtigen, dass das aus Artikel 2 Absatz 2 Satz 2 GG abzuleitende Beschleunigungsgebot die Behörden verpflichtet, die Abschiebung eines in Abschiebungshaft befindlichen Ausländers mit größtmöglicher Schnelligkeit zu betreiben. Verzögerungen des Verfahrens von behördlicher Seite können einen Haftantrag gegenstandslos machen bzw. zur Unzulässigkeit der Haftfortdauer führen. Abschiebungshaft ist nur solange zulässig, wie sinnvolle Maßnahmen zur Vorbereitung der Abschiebung getroffen werden können.
- 62.0.3 Das Verfahren über die Anordnung der Abschiebungshaft richtet sich gemäß § 106 Absatz 2 Satz 1 nach dem FamFG. Sachlich zuständig für die Anordnung der Abschiebungshaft ist das Amtsgericht (§ 23a Absatz 1 Nummer 2 GVG). Örtlich zuständig nach § 416 Satz 1 FamFG ist das Amtsgericht, in dessen Bezirk der Ausländer seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. Fehlt es an einem gewöhnlichen Aufenthalt, ist das Amtsgericht zuständig, in dessen Bezirk das Bedürfnis für die Freiheitsentziehung entsteht (z. B. Ort der Festnahme; § 416 Satz 1 FamFG). In Eilfällen ist auch das Amtsgericht einstweilen zuständig, in dessen Bezirk das Bedürfnis der Anordnung entsteht (§ 50 Absatz 2 FamFG). Für die Anordnung von Abschiebungshaft als so genannte Überhaft ist das Amtsgericht zuständig, in dessen Bezirk die Haftanstalt ist (§ 416 Satz 2 FamFG).
- 62.0.3.0 Zuständig für die Festnahme des Ausländers sowie für die Beantragung der Abschiebungshaft (§ 417 Absatz 1 FamFG) sind – unbeschadet des Verwaltungsvollstreckungsrechts der Länder – die Ausländerbehörden (§ 71 Absatz 1 – zur örtlichen Zuständigkeit vgl. Nummer 71.1.2), daneben die Polizeien der Länder (§ 71 Absatz 5) sowie die mit der Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs beauftragten Behörden (§ 71 Absatz 3 Nummer 1). Zur Frage der Zuständigkeit der Polizeien der Länder für die Festnahme des Ausländers wird auf die Nummer 71.5 verwiesen. In unaufschiebbaren

	Fällen ist die Ausländerbehörde eines anderen Landes für die Beantragung der Haft zuständig, in deren Bezirk sich die Notwendigkeit der Maßnahme ergibt.		dung des Haftantrags sind zudem folgende Gesichtspunkte maßgebend:
62.0.3.1	Ein Antrag auf Vorbereitungshaft nach § 62 Absatz 1 ist nur zu stellen, wenn nach der Sach- und Rechtslage der Erlass einer Ausweisungsverfügung erforderlich ist (siehe Nummer 62.1) und die Haft verhältnismäßig ist. § 72 Absatz 4 ist zu beachten. Ist von vornherein abzusehen, dass eine Ausweisung nicht innerhalb von sechs Wochen ergehen kann, sind in dem Haftantrag die besonderen, von der Ausländerbehörde nicht zu vertretenden Umstände darzulegen, die ausnahmsweise eine Überschreitung der für den Regelfall vorgesehenen Höchstdauer der Vorbereitungshaft rechtfertigen. Befindet sich der Ausländer bereits in Vorbereitungshaft wegen beabsichtigter Ausweisung und wurde die Ausweisung danach verfügt (vgl. § 62 Absatz 1 Satz 3), ist nach Ablauf der angeordneten Haftdauer unter den Voraussetzungen des § 62 Absatz 2 Sicherungshaft zu beantragen. Eine Vorbereitungshaft wird auf die Gesamtdauer der Sicherungshaft angerechnet (§ 62 Absatz 3 Satz 3).	62.0.3.2.1	– dass der Ausländer die Voraussetzungen für eine Abschiebung nach § 58 erfüllt und ggf. bereits eine Abschiebungsandrohung oder Abschiebungsanordnung nach § 34a AsylVfG ergangen ist,
		62.0.3.2.2	– aus welchem Grund eine Abschiebung geboten erscheint (§ 58),
		62.0.3.2.3	– dass einer Abschiebung keine Abschiebungsverbote (§ 60) oder nicht nur kurzfristige andere Hindernisse entgegenstehen, der Ausländer voraussichtlich innerhalb der nächsten drei Monate reisefähig ist und
		62.0.3.2.4	– weshalb die Haft zur Sicherung der Abschiebung erforderlich ist (Haftgründe, vgl. § 62 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 bis 5; § 62 Absatz 2 Satz 2).
	Mit dem Antrag der Ausländerbehörde auf Vorbereitungshaft beim zuständigen Amtsgericht (§ 416 FamFG) soll die Akte des Ausländers vorgelegt werden (§ 417 Absatz 2 Satz 3 FamFG). Für die Zulässigkeit ist der Antrag zu begründen und hat Tatsachen zu den in § 417 Absatz 2 Satz 2 FamFG aufgeführten Voraussetzungen für die Anordnung der Haft zu enthalten. Zudem sind darzulegen:	62.0.3.3	Solange der Aufenthalt des Ausländers gestattet ist (§ 55 AsylVfG), darf er außer in den Fällen des § 14 Absatz 3 AsylVfG nicht in Haft genommen werden. Wird durch die Asylfolgeantragstellung lediglich ein vorübergehendes Vollstreckungshindernis bewirkt (§ 71 Absatz 4 i. V. m. § 36 Absatz 3 Satz 8 AsylVfG) und wird ein weiteres Asylverfahren nicht durchgeführt, steht dies der Anordnung der Abschiebungshaft nicht entgegen (vgl. § 71 Absatz 8 AsylVfG, § 71a Absatz 2 Satz 3 AsylVfG). Die Verlängerungsvorschrift des § 62 Absatz 3 Satz 2 gilt auch für Asylfolgeantragsteller.
62.0.3.1.1	– die Gründe, die einer sofortigen Entscheidung über die Ausweisung entgegenstehen,	62.0.3.4	Befindet sich der Ausländer in Sicherungshaft, stellt ein anhängiges Verfahren auf vorläufigen Rechtsschutz nach § 80 Absatz 5 VwGO oder nach § 123 VwGO kein entgegenstehendes dauerndes Hindernis dar. Wird dem Ausländer auf Grund einer rechtskräftigen Entscheidung vorläufiger Rechtsschutz gewährt, wird er bis zur Beendigung des Hauptsacheverfahrens auf Anordnung der Ausländerbehörde aus der Haft entlassen. In dem in § 80b Absatz 1 Satz 1 2. Halbsatz VwGO genannten Zeitpunkt ist das Vorliegen von Haftgründen erneut zu prüfen.
62.0.3.1.2	– dass die Abschiebung ohne Inhaftnahme wesentlich erschwert oder vereitelt würde und		
62.0.3.1.3	– die Gründe für die beantragte Dauer der Haft.		
62.0.3.2	Sicherungshaft darf nur beantragt werden, wenn der Ausländer vollziehbar ausreisepflichtig ist, eine Ausreisefrist abgelaufen ist (§ 50 Absatz 2) und keine Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass er ausgereist ist. Bereits bei der Antragstellung ist zu prüfen, ob die beabsichtigte Maßnahme mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit vereinbar ist (§ 62 Absatz 2 Sätze 3 und 4). Die Erforderlichkeit der Sicherungshaft setzt das Vorliegen von Haftgründen voraus (§ 62 Absatz 2 Satz 1 und 2).	62.0.3.5	Die Befugnis, einen Ausländer auf Grund sonstiger gesetzlicher Bestimmungen vorläufig festzunehmen (z. B. § 127 StPO) oder in Gewahrsam (z. B. § 39 BPolG) zu nehmen, bleibt unberührt. Befindet sich der Ausländer bereits im öffentlichen Gewahrsam, ist der Haftantrag unverzüglich zu stellen (vgl. § 428 Absatz 1 FamFG). Ordnet der Haftrichter des nach § 416 Satz 2 FamFG zuständigen Amtsgerichts Abschiebungshaft an, geht der Gewahrsam in Abschiebungshaft über.
	Mit dem Antrag der Ausländerbehörde auf Sicherungshaft beim zuständigen Amtsgericht (§ 416 FamFG) soll die Akte des Ausländers vorgelegt werden (§ 417 Absatz 2 Satz 3 FamFG). Als Voraussetzung für die Zulässigkeit ist der Antrag zu begründen und hat Tatsachen zu den in § 417 Absatz 2 Satz 2 FamFG aufgeführten Voraussetzungen für die Anordnung der Haft zu enthalten. Für die Begrün-	62.0.3.6	Die beantragte Dauer der Haft ist zu begründen. Die Ausländerbehörde hat Haft- und Haftverlängerungsanträge so rechtzeitig zu stellen, dass die mündliche Anhörung des Ausländers vor der zu treffenden Entscheidung des Haftrichters durchgeführt werden kann. Ausnahmen sind zulässig, wenn die Voraussetzun-

	gen des § 420 Absatz 2 FamFG (Nachteile für die Gesundheit des Anzuhörenden oder das Vorhandensein einer übertragbaren Krankheit) erfüllt sind; bei Gefahr im Verzug kann das Gericht ohne Anhörung des Ausländers eine einstweilige Freiheitsentziehung anordnen (§ 427 Absatz 2 FamFG). Hiervon ist auch Gebrauch zu machen, wenn nach einer angekündigten Überstellung nach Deutschland beabsichtigt ist, den Ausländer unmittelbar in Haft zu nehmen. Bei der Beantragung einer Verlängerung der Abschiebungshaft soll die Akte des Ausländers vorgelegt werden. Für die Zulässigkeit des Antrages gelten die Voraussetzungen für die erstmalige Anordnung nach §§ 425 Absatz 3, 417 Absatz 2 FamFG entsprechend (siehe Nummer 62.0.3.2). Zudem ist zu begründen:		Bei Familien mit minderjährigen Kindern soll i. d. R. nur Abschiebungshaft für einen Elternteil beantragt werden.
62.0.3.6.1	– welche Maßnahmen bisher zur Vorbereitung der Abschiebung getroffen wurden (mit Datum und konkreter Bezeichnung),	62.0.6	Für Ausgang, Beurlaubung, Freigang aus der Abschiebungshaft oder Unterbringung im offenen Vollzug ist nach dem Gesetzeszweck kein Raum.
62.0.3.6.2	– aus welchen Gründen die Abschiebung während der bisherigen Haftdauer nicht möglich war und	62.0.7	Zur Anordnung von Abschiebungshaft gegen Unionsbürger siehe Nummer 7.1.4.2 und 7.2.4 VwV-FreizügG/EU.
62.0.3.6.3	– wann mit der Abschiebung voraussichtlich zu rechnen ist.		
62.0.4	Die Abschiebungshaft vollziehen die nach Landesrecht zuständigen Behörden (§ 422 Absatz 3 FamFG). Diese Zuständigkeitsregelung lässt die Zuständigkeit des Amtsgerichts für die gerichtliche Anordnung der Freiheitsentziehung und die Entscheidung über die Fortdauer der Abschiebungshaft auf dem ordentlichen Rechtsweg unberührt (§ 417 Absatz 1, § 425 Absatz 3 FamFG). Die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichtsbarkeit erstreckt sich auch auf die Frage, ob die Anordnung der Freiheitsentziehung für sofort wirksam erklärt oder ausgesetzt werden soll (§§ 422 Absatz 2, 424 FamFG). Zum Vollzug der Abschiebungshaft durch die Ausländerbehörde gehört daher nicht die Anordnung der sofortigen Wirksamkeit der eine Freiheitsentziehung anordnenden Entscheidung bzw. die Anordnung einer einstweiligen Freiheitsentziehung durch das Amtsgericht gemäß § 427 FamFG als Grundlage für die Vollstreckung der Abschiebungshaft. Zur Haftdauer siehe Nummer 62.3.	62.1	Vorbereitungshaft
		62.1.1	Vorbereitungshaft ist nur dann zulässig, wenn nach dem Ergebnis der Sachverhaltsermittlung der Erlass einer Ausweisungsverfügung rechtlich möglich und mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist, über die erforderliche Ausweisung jedoch nicht sofort entschieden werden kann. Vorbereitungshaft ist insbesondere dann zulässig, wenn die Ausweisung innerhalb von sechs Wochen nach Antritt der Haft verfügt und die Abschiebung in dieser Zeit durchgeführt werden kann. Außerdem ist erforderlich, dass die Abschiebung des Ausländers, die auf Grund der beabsichtigten Ausweisung vollzogen werden soll, rechtlich und tatsächlich möglich ist und ohne die Vorbereitungshaft wesentlich erschwert oder vereitelt würde. Im Haftantrag sind die hierfür maßgebenden konkreten Umstände anzugeben (Nummer 62.0.3.1). Die unmittelbar bevorstehende Entlassung des Ausländers aus der Untersuchungshaft kann für die Beantragung von Vorbereitungshaft Anlass geben.
		62.1.2	Bei Wegfall einer der gesetzlichen Voraussetzungen ist von Amts wegen unverzüglich zu beantragen, die Haft aufzuheben.
		62.1.3	Eine über die Sechs-Wochen-Frist des § 62 Absatz 1 Satz 2 hinausgehende Dauer der Vorbereitungshaft ist in atypischen Fallkonstellationen denkbar, z. B. wenn der Erlass einer Ausweisungsverfügung durch vom Ausländer zu vertretende Umstände hinausgezögert wird.
		62.2	Sicherungshaft
62.0.5	Minderjährige, die das 16. Lebensjahr noch nicht und Ausländer, die das 65. Lebensjahr vollendet haben, sowie Schwangere bzw. Mütter innerhalb der gesetzlichen Mutterschutzvorschriften sollen grundsätzlich nicht in Abschiebungshaft genommen werden. Halten sich die Eltern des minderjährigen Ausländers nicht im Bundesgebiet auf, hat die Ausländerbehörde mit dem zuständigen Jugendamt wegen der Unterbringung des Ausländers bis zur Abschiebung Kontakt aufzunehmen (vgl. § 42 Absatz 1 Satz 2 SGB VIII). Minderjährige Ausländer, deren Asylantrag abgelehnt wurde, sollen bis zur Abschiebung regelmäßig in der bisherigen Unterkunft untergebracht werden.	62.2.0.0	Bei der Sicherungshaft handelt es sich um eine Maßnahme zur Sicherung der Abschiebung. Sie dient weder der Vorbereitung oder Durchführung eines Strafverfahrens, der Strafvollstreckung noch stellt sie eine Beugemaßnahme oder eine Ersatzfreiheitsstrafe dar.
		62.2.0.1	§ 62 Absatz 2 Satz 1 und 2 regelt abschließend, aus welchen Gründen ein Ausländer zur Sicherung der Abschiebung auf richterliche Anordnung in Haft zu nehmen ist. Die Haft zur Sicherung der Abschiebung ist grundsätzlich erforderlich, wenn einer oder mehrere der in § 62 Absatz 2 Satz 1 genannten Haftgründe vorliegen und die Rechtsvoraussetzungen für eine Abschiebung erfüllt sind (§ 58). Macht der Ausländer glaubhaft (z. B. durch Vorlage von Flugtickets), dass er sich einer Abschiebung

- nicht entziehen will, ist allein die Erfüllung der tatbestandlichen Voraussetzungen des § 62 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 nicht ausreichend, um die Sicherungshaft anzuordnen (§ 62 Absatz 2 Satz 3). Gleiches muss für sämtliche Haftgründe gelten, wenn er sich der Abschiebung offensichtlich nicht entziehen will. Dies ist etwa dann der Fall, wenn ein mit dem deutschen Behördenaufbau nicht vertrauter Ausländer seinen Aufenthaltsortwechsel zwar der zuständigen Meldebehörde, nicht aber (entsprechend § 62 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2) der Ausländerbehörde angezeigt hat oder wenn er jedenfalls zum Zeitpunkt der Entscheidung über den Haftantrag seine ordnungsbehördliche Anmeldung veranlasst hat und zusätzliche Umstände gegen die Notwendigkeit einer Sicherung der Abschiebung durch Haftanordnung sprechen. Ist die Abschiebung auf andere Weise gesichert oder ist mit hinreichender Sicherheit zu erwarten, dass eine Abschiebung nicht mehr erforderlich sein wird, erübrigt sich die Beantragung von Sicherungshaft selbst dann, wenn einer der Haftgründe des § 62 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 bis 5 vorliegt.
- 62.2.0.2 Liegt ein Haftgrund gemäß § 62 Absatz 2 Satz 1 vor, so ist Haftantrag nur dann zu stellen, wenn auch die tatsächliche Möglichkeit besteht, dass die Abschiebung innerhalb angemessener Zeit durchgeführt werden kann. Sicherungshaft darf nicht beantragt werden, wenn feststeht, dass die Abschiebung aus Gründen, die der Ausländer nicht zu vertreten hat (z. B. Reiseunfähigkeit wegen stationärer Krankenhausbehandlung), innerhalb der nächsten drei Monate nicht durchgeführt werden kann (§ 62 Absatz 2 Satz 4).
- 62.2.1.1.1 Gemäß § 62 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 ergibt sich der Sicherungshaftgrund aus der vollziehbaren Ausreisepflicht auf Grund einer unerlaubten Einreise. Die vollziehbare Ausreisepflicht muss sich unmittelbar aus einer unerlaubten Einreise gemäß § 14 Absatz 1 ergeben. Dies ist nicht der Fall, wenn der Aufenthalt zwischenzeitlich rechtmäßig war und andere Umstände als die unerlaubte Einreise zu einer vollziehbaren Ausreisepflicht geführt haben. Ein Antrag auf Erteilung eines Aufenthaltstitels berührt die vollziehbare Ausreisepflicht auf Grund unerlaubter Einreise jedoch nicht (§ 81 Absatz 3 Satz 1). Durch Aussetzung der vollziehbaren Ausreisepflicht (§ 80 Absatz 5 VwGO) entfällt der Haftgrund. Der Haftgrund entfällt auch, wenn der Ausländer glaubhaft macht (z. B. Bereitstellung einer Sicherheitsleistung nach § 66 Absatz 5, Vorlage von Flugtickets oder Rückfahrkarten), dass er sich der Abschiebung nicht entziehen will (§ 62 Absatz 2 Satz 3). Beachtlich sind jedoch entsprechende Absichten des Ausländers nur dann, wenn er diese tatsächlich verwirklichen kann (z. B. Einwanderung in einen Drittstaat).
- 62.2.1.1.2 Auf Asylsuchende, denen die Einreise in bestimmten Fällen von Gesetzes wegen zu verweigern ist (vgl. § 18 Absatz 2 AsylVfG), findet § 62 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 Anwendung. Wird jedoch der Aufenthalt im Bundesgebiet nach den Vorschriften des AsylVfG gestattet, entfällt mit Ausnahme der in § 14 Absatz 3 AsylVfG genannten Fälle der Haftgrund wegen unerlaubter Einreise. Ausgenommen von dem Haftgrund sind auch Ausländer, die einen Asylfolgeantrag gestellt haben, wenn nach § 71 Absatz 1 AsylVfG ein weiteres Asylverfahren durchgeführt wird (vgl. auch § 71a Absatz 2 Satz 3 AsylVfG).
- 62.2.1.2 Kann eine nach § 58a erlassene Abschiebungsanordnung auf Grund bestehender Abschiebungsverbote nach § 60 Absatz 1 bis 8 (§ 58a Absatz 3) oder auf Grund eingelegerter Rechtsbehelfe (§ 58a Absatz 4) nicht sofort (d. h. nur vorübergehend nicht) vollzogen werden, ist der Sicherungshaftgrund des § 62 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1a erfüllt.
- 62.2.1.3 Kommt der Ausländer der Anzeigepflicht nach § 50 Absatz 5 nicht nach, kann er den Haftgrund des § 62 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 erfüllen. Dieser Sicherungshaftgrund setzt die Unerreichbarkeit des Ausländers infolge eines unangemeldeten Wechsels des Aufenthaltsortes nach Ablauf der Ausreisefrist voraus. Der Haftgrund entfällt, wenn der Ausländer im Zeitpunkt der Entscheidung über den Haftantrag seine ordnungsgemäße Anmeldung veranlasst hat und zusätzliche Umstände gegen die Notwendigkeit einer Sicherung der Abschiebung durch Anordnung der Haft sprechen (Nummer 62.2.0.1). Die Sicherungshaft aus den genannten Gründen muss in unmittelbarem Zusammenhang mit der Abschiebung stehen. Liegt der Haftgrund vor und ist der Ausländer wegen unbekannten Aufenthalts tatsächlich nicht erreichbar, kann die Haftanordnung ohne vorherige persönliche Anhörung erfolgen. Diese ist unverzüglich nach seinem Ergreifen nachzuholen.
- 62.2.1.4 Der Abschiebungshaftgrund des § 62 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 kommt insbesondere bei abgelehnten Asylantragstellern, die in einer Aufnahmeeinrichtung wohnen müssen (vgl. § 47 AsylVfG), zum Tragen. Vorausgesetzt wird, dass dem Ausländer ein bestimmter, konkreter Abschiebungstermin und -ort zwar angekündigt, er dort aus einem von ihm zu vertretenden Grund jedoch nicht angetroffen wurde. Die Beweislast für ein unverschuldetes Nichterscheinen liegt bei dem Ausländer (§ 82 Absatz 1).
- 62.2.1.5 § 62 Absatz 2 Satz 1 Nummer 4 erfasst nicht in Nummer 1 bis 3 genannte Haftgründe, die eine Abschiebung verhindert haben (Auffangtatbestand). Die für das Verhalten des Ausländers maßgeblichen Gründe sind i. d. R. unerheblich. Das Ausschöpfen rechtlicher Möglichkeiten gegen die Abschiebung ist kein Haftgrund.
- 62.2.1.6 § 62 Absatz 2 Satz 1 Nummer 5 enthält eine Generalklausel, auf Grund derer Sicherungshaft

anzuordnen ist, wenn mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist, dass die Abschiebung ohne die Inhaftnahme des Ausländers nicht durchgeführt werden kann. Sofern eine Ausreisefrist gesetzt wurde, ist für das Vorliegen des Haftgrundes deren Ablauf (vgl. § 50 Absatz 2) maßgeblich. Die Anwendung des § 62 Absatz 2 Satz 1 Nummer 5 setzt den begründeten Verdacht voraus, dass sich der Ausländer der Abschiebung entziehen will. Diese Voraussetzung ist nicht bereits dann erfüllt, wenn der Ausländer keine festen sozialen Bindungen im Bundesgebiet besitzt, keine verwandtschaftlichen Beziehungen im Bundesgebiet hat oder mittellos (§ 58 Absatz 3 Nummer 4) ist. Die bloße Weigerung zur freiwilligen Ausreise ist allein als Haftgrund nicht ausreichend. Vielmehr müssen konkrete Umstände den Verdacht begründen, dass der Ausländer die Absicht hat, sich der Abschiebung zu entziehen. Liegen konkrete Anhaltspunkte dafür vor, dass sich der Ausländer voraussichtlich in einer Weise der Abschiebung entziehen will, die bereits durch die Anwendung unmittelbaren Zwangs überwunden werden kann, ist die Anordnung von Sicherungshaft unzulässig.

62.2.1.6.1 Die Durchführbarkeit der Abschiebung ist infrage gestellt, wenn die Gefahr besteht, dass sich der Ausländer dem Zugriff entziehen will. Hierfür können z. B. folgende Gesichtspunkte sprechen:

62.2.1.6.1.1 – der Ausländer verheimlicht, dass er zur Ausreise notwendige Heimreisedokumente besitzt,

62.2.1.6.1.2 – der Ausländer ist mit einem ge- oder verfälschten Pass oder Passersatz eingereist oder eingeschleust worden und macht über seine Identität keine oder unzutreffende Angaben,

62.2.1.6.1.3 – der Ausländer hielt sich verborgen oder ist z. B. aus einem Hafturlaub nicht zurückgekehrt,

62.2.1.6.1.4 – der Ausländer hat gegen aufenthaltsrechtliche Vorschriften (z. B. räumliche Aufenthaltsbeschränkung, Ausreise entgegen § 50 Absatz 4) verstoßen und die Art der Verstöße legt die Schlussfolgerung nahe, dass er sich künftig der Abschiebung zu entziehen versuchen wird.

62.2.1.6.2 Auch die mangelnde Mitwirkung an der Ausstellung oder der Verlängerung der Gültigkeitsdauer eines Heimreisedokuments oder Beantragung eines erforderlichen Transitvisums kann jedenfalls dann einen Haftgrund darstellen, wenn entsprechende behördliche Bemühungen deswegen ohne Erfolg sind und aus den Umständen des Einzelfalls geschlossen werden kann, der Ausländer wolle einer Abschiebung aktiv entgegenwirken. Der Ausländer ist vorher auf seine Mitwirkungspflichten (§§ 48, 82 sowie § 56 AufenthV) hinzuweisen.

62.2.1.6.3 Bemüht sich der in Sicherungshaft befindliche Ausländer nicht um die Beschaffung eines gültigen Heimreisedokuments und waren entsprechende Bemühungen der Ausländerbehörde bislang erfolglos, wird die Verlängerung der Haft beantragt.

62.2.2 Die Ermessenvorschrift des § 62 Absatz 2 Satz 2 stellt neben den zwingenden Vorschriften des Satzes 1 eine eigene Rechtsgrundlage für die Anordnung von Sicherungshaft für die Dauer von längstens zwei Wochen dar (so genannte „kleine Sicherungshaft“). Anzeichen dafür, dass der Ausländer sich der Abschiebung entziehen will, sind nicht ausschlaggebend. Abschiebungsgründe müssen weiterhin vorliegen. Voraussetzung ist, dass die Ausreisefrist abgelaufen ist und feststeht, dass die Abschiebung bereits bis zum Ablauf von zwei Wochen durchgeführt werden kann. Im Zeitpunkt der Antragstellung muss feststehen, dass die Abschiebung aus der Sicherungshaft heraus oder unmittelbar nach ihrem Ablauf durchgeführt werden kann.

62.2.3 Auf Nummer 62.2.1.1.1 wird Bezug genommen.

62.2.4 Auf Nummer 62.2.0.2 und 62.3.0 wird Bezug genommen.

62.2.5.0 Gescheitert i. S. d. Satzes 5 ist eine Abschiebung dann, wenn sie objektiv in absehbarer Zeit nicht durchführbar ist. Dies ist in Konstellationen, in denen eine Abschiebung nach den objektiven Umständen zeitnah nachgeholt werden kann, etwa bei einer Flugverschiebung oder einem Flugausfall, nicht der Fall. Ein neuer Haftbeschluss muss nicht erwirkt werden, soweit die Abschiebung innerhalb der Anordnungsfrist nachgeholt werden kann.

62.2.5.1 Nach § 62 Absatz 2 Satz 5 gilt die Anordnung von Sicherungshaft trotz Zweckverfehlung (Scheitern der Abschiebung) in Fällen fort, in denen der Ausländer das Scheitern (siehe Nummer 62.2.5.0) der Abschiebung und damit die Zweckverfehlung der Maßnahme selbst herbeigeführt hat. Ein neuer Haftbeschluss muss bis zum Ablauf der Anordnungsfrist nicht erwirkt werden.

62.2.5.2 Zu vertreten hat der Ausländer alle Handlungen oder Unterlassungen aus seiner Einflussphäre, die für die Zweckverfehlung der Maßnahme ursächlich sind. Dies kann z. B. ein Verhalten des Ausländers im Zuge des Rückführungsfluges sein, das dazu führt, dass der Flug abgebrochen werden muss.

62.3 Dauer der Sicherungshaft

62.3.0 Bei der Beantragung von Sicherungshaft ist zu berücksichtigen, dass im Regelfall die Dauer von drei Monaten Haft nicht überschritten werden soll und eine Haftdauer von sechs Monaten nicht ohne weiteres als verhältnismäßig angesehen werden darf. Die Verlängerung der Sicherungshaft um bis zu zwölf Monate ist zu-

- lässig, wenn es der Ausländer zu vertreten hat, dass die Ausländerbehörde einen längeren Zeitraum für die Durchführung der Abschiebung benötigt (z. B. der Ausländer vernichtet den Pass oder weigert sich, an der Beschaffung eines Passes mitzuwirken). Steht jedoch die Unmöglichkeit der Abschiebung aus Gründen, die der Ausländer nicht zu vertreten hat, innerhalb der nächsten drei Monate fest, ist Sicherungshaft gemäß § 62 Absatz 2 Satz 4 unzulässig. Ist die Abschiebung gescheitert und hat dies der Ausländer zu vertreten (z. B. weil er den Abflug wegen Randalierens im Flugzeug vereitelt hat), bleibt die Anordnung von Sicherungshaft nach Absatz 2 Satz 1 bis zum ursprünglich vorgesehenen Ende der Anordnungsfrist aufrechterhalten (§ 62 Absatz 2 Satz 5, vgl. Nummer 62.2.5.0).
- 62.3.0.1 Die Ausländerbehörde ist während der Dauer der Haft zur Prüfung verpflichtet, ob die Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung der Sicherungshaft weiter vorliegen oder auf Grund nachträglich eingetretener Umstände entfallen sind. Dazu zählen beispielsweise die Mitwirkung des Ausländers an der Passbeschaffung, das Ergehen einer verwaltungsgerichtlichen Entscheidung im vorläufigen Rechtsschutzverfahren (vgl. § 80 Absatz 5 VwGO, § 80b Absatz 3 VwGO oder § 123 VwGO), die Erteilung einer Bescheinigung über die Aufenthaltsgestattung oder die längerfristige oder dauerhafte Undurchführbarkeit der Abschiebung (z. B. Vorliegen eines Abschiebungsverbots bzw. Abschiebungsstopps i. S. v. § 60 Absatz 1 bis 5 und 7, § 60a Absatz 1).
- 62.3.0.2 Die Freiheitsentziehung muss zu jedem Zeitpunkt ihrer Dauer von der gesetzlichen Ermächtigung gedeckt sein. Daher ist es ausgeschlossen, die Fortdauer der Abschiebungshaft wegen des Zeitaufwandes für Verwaltungsvorgänge zu beantragen bzw. anzuordnen, mit denen ein anderer Zweck als derjenige verfolgt wird, der die Haft dem Grunde nach rechtfertigt.
- 62.3.0.3 In Fällen, in denen sich der Ausländer längere Zeit in Strafhaft befindet, ist die Ausländerbehörde gemäß § 59 Absatz 5 gehalten, während dieser Zeit die Abschiebung so vorzubereiten, dass sie unmittelbar im Anschluss an die Strafhaft durchgeführt werden kann. Sicherungshaft kann ausnahmsweise im Anschluss an die Strafhaft oder Untersuchungshaft nach Maßgabe des § 62 Absatz 2 Satz 1 oder 2 angeordnet werden. Voraussetzung ist jedoch, dass die Abschiebung aus von der Ausländerbehörde nicht zu vertretenden Gründen (z. B. wegen fehlender Flugverbindungen) ausnahmsweise nicht bis zum Ende der Strafhaft durchgeführt werden kann. Die Anordnung von Sicherungshaft entspricht dem Gebot der Verhältnismäßigkeit, wenn von der Ausländerbehörde mit der in solchen Fällen gebotenen Beschleunigung zuvor vergeblich versucht wurde, die Abschiebung aus der Strafhaft heraus zu ermöglichen. Die Ausländerbehörde hat
- eine besondere, auf die Notwendigkeit der Haftverlängerung abhebende Begründungspflicht.
- 62.3.1.1 Sicherungshaft kann auch bei wiederholter Haftanordnung grundsätzlich nur bis zu insgesamt sechs Monaten angeordnet werden. Soll die Dauer der Sicherungshaft länger als drei Monate andauern, sind bei der Beantragung von Sicherungshaft bis zu sechs Monaten besondere Anforderungen an die Begründungspflicht hinsichtlich der Erforderlichkeit zu stellen.
- 62.3.1.2 Eine auf sechs Monate zu begrenzende Haftanordnung erfüllt ihren gesetzlichen Sicherungszweck nicht, wenn von vornherein damit zu rechnen ist, dass die Abschiebung erst nach Ablauf von sechs Monaten durchführbar sein wird und die für die Verzögerung maßgebenden Umstände nicht in einem dem Ausländer zurechenbaren Verhalten liegen, vgl. § 62 Absatz 2 Satz 4. Der Ausländer hat Umstände zu vertreten, die sowohl zum Entstehen des Abschiebungshindernisses geführt haben als auch zum Wegfall des Hindernisses führen können. Dem Ausländer können hinsichtlich der Festsetzung oder Verlängerung einer über drei Monate hinausgehenden Haftdauer auch solche Umstände zum Nachteil gereichen, die dazu geführt haben, dass ein Abschiebungshindernis überhaupt erst eingetreten ist (z. B. Vernichtung der gültigen Reisedokumente). Es ist unerheblich, ob der Ausländer durch sein Verhalten nach Eintritt eines Abschiebungshindernisses zu einer Verzögerung der Abschiebung zurechenbar beiträgt oder ob schon das Hindernis selbst von ihm in zu vertretender Weise mit herbeigeführt worden ist. Dies ist jedoch zu verneinen, wenn die Ausländerbehörde nicht alle aussichtsreichen Anstrengungen unternommen hat, um etwa Passersatzpapiere zu beschaffen, damit der Vollzug der Sicherungshaft auf eine möglichst kurze Zeit beschränkt werden kann.
- 62.3.2 Eine Verlängerung der Sicherungshaft um bis zu zwölf Monate auf die Höchstdauer von 18 Monaten ist nur dann zulässig, wenn der Ausländer seine Abschiebung verhindert (§ 62 Absatz 3 Satz 2) und ihm dies zurechenbar ist (z. B. mangelnde Mitwirkung bei der Beschaffung von Reisedokumenten; Verstoß gegen die Passvorlagepflicht nach § 48 Absatz 1; Weigerung, sich der Auslandsvertretung des Heimatstaates vorzustellen). Es muss feststehen, dass der Ausländer ihm zumutbare Handlungen pflichtwidrig unterlässt bzw. seinen Pflichten widersprechend handelt. Das Verhalten des Ausländers muss zudem weiter ursächlich für die Nichtdurchführbarkeit der Abschiebung bleiben. Eine Verlängerung der Sicherungshaft um bis zu zwölf Monate ist unter den gleichen Voraussetzungen zulässig, wenn der Ausländer einen Asylfolgeantrag gestellt hat. Eine Verhinderung der Abschiebung i. S. v. § 62 Absatz 3 Satz 2 liegt nicht vor, wenn der Ausländer Rechtsschutzmöglichkeiten ausschöpft (siehe Nummer 62.2.1.5).

62.3.3	Die Ausländerbehörde hat während der Dauer der Sicherungshaft kontinuierlich zu prüfen, ob die Haftgründe fortbestehen und Maßnahmen in den Akten zu vermerken. Sie hat den Vollzug der Abschiebungshaft unverzüglich bis zu einer Woche auszusetzen (§ 424 Absatz 1 Satz 3 FamFG) und deren Aufhebung unverzüglich zu beantragen, wenn die für deren Anordnung maßgebenden Gründe entfallen sind (§ 426 Absatz 2 FamFG).		gelung, der zufolge der Ausländer ohne vorherige richterliche Anordnung vorläufig in Gewahrsam genommen werden kann. Der Ausländer ist unverzüglich dem Richter zur Entscheidung über die Anordnung der Sicherungshaft vorzuführen.
62.3.4	§ 62 findet auf Ausländer entsprechende Anwendung, die zurückgeschoben werden (vgl. § 57 Absatz 3). Für die Stellung des Haftantrags, für den Vollzug der Haft sowie für den Erlass eines Leistungsbescheids sind die für die Zurückschiebung zuständigen Behörden bzw. die Polizeien der Länder zuständig (§ 71 Absatz 3 Nummer 1, Absatz 5). Für die Zurückweisung gilt § 15 Absatz 5 (vgl. Nummer 15.5). Für die Beantragung der Haft im Falle der Zurückschiebung kann außerdem von Bedeutung sein, ob der Ausländer gegen aufenthaltsrechtliche oder melderechtliche Vorschriften verstoßen hat, er sich seit der Einreise verborgen hielt, sich ohne Heimreisedokumente im Bundesgebiet aufhält, unzutreffende Angaben über seine Person gemacht oder Straftaten begangen hat.	62.4.3.2	– Während einer Vorsprache bei der Ausländerbehörde stellt sich heraus, dass der vollziehbar Ausreisepflichtige untertauchen will.
		62.4.3.3	– Die Voraussetzungen für eine Anordnung von Sicherungshaft sind der Ausländerbehörde bekannt, der Ausländer erscheint dort zufällig vor Stellung des Haftantrags.
		62.4.3.4	– Ein vollziehbar ausreisepflichtiger Ausländer unbekannten Aufenthalts (vgl. § 62 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2) wird von der Polizei aufgegriffen.
62.4	Vorläufige Ingewahrsamnahme ohne vorherige richterliche Anordnung zur Sicherstellung der Sicherungshaft	63	Zu § 63 – Pflichten der Beförderungsunternehmer
62.4.1	Absatz 4 soll die richterliche Vorführung zur Anordnung von Sicherungshaft von vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländern sicherstellen, wenn der Ausländer vorläufig in Gewahrsam genommen worden ist, weil der dringende Verdacht des Vorliegens von Haftgründen nach § 62 Absatz 2 Satz 1 besteht, die vorherige richterliche Entscheidung über die Anordnung von Sicherungshaft den Umständen nach nicht eingeholt werden kann und die Gefahr der Vereitelung der Haftanordnung besteht. Die Voraussetzungen müssen kumulativ vorliegen. Eine konkret geplante Festnahme bedarf regelmäßig einer vorherigen richterlichen Anordnung; Absatz 4 ist in diesen Fällen nicht anwendbar.	63.1	Kontroll- und Sicherungspflichten
62.4.2	Die Ausschreibung eines Ausländers zur Festnahme (vgl. Nummer 50.7) ist für die Behörde, die den Ausländer aufgreift, nicht bindend; sie muss die Voraussetzungen für die vorläufige Ingewahrsamnahme eigenverantwortlich prüfen. Die Ausschreibung zur Festnahme lässt aber erkennen, dass die ausschreibende Behörde zum Zeitpunkt der Ausschreibung das Vorliegen von Haftgründen bejaht hat.	63.1.1	Die Vorschrift untersagt es Beförderungsunternehmen, Ausländer ohne die erforderlichen Reisedokumente in das Bundesgebiet zu befördern. Das Verbot gilt sowohl für Beförderungen auf dem Luft- und Seeweg als auch für Beförderungen auf dem Landweg mit Ausnahme des grenzüberschreitenden Eisenbahnverkehrs. Das Beförderungsverbot muss nicht angeordnet werden. Aus dem gesetzlichen Verbot, Ausländer nicht in das Bundesgebiet zu befördern, wenn sie nicht im Besitz eines erforderlichen Passes oder eines erforderlichen Visums sind, das sie auf Grund ihrer Staatsangehörigkeit benötigen, ergibt sich zugleich die Pflicht des Beförderungsunternehmers, Pass und Visum ausreichend zu kontrollieren. Durch die Kontrollpflicht soll sichergestellt werden, dass der Ausländer die für den Grenzübergang nach § 13 Absatz 1 erforderlichen Voraussetzungen erfüllt. Eine Kontrollpflicht ist auch in Annex 9 zum ICAO-Übereinkommen festgelegt.
62.4.3	Die vorläufige Festnahme ist beispielsweise in folgenden Fallkonstellationen vorstellbar:	63.1.2	Ausländer, die im Rahmen des freien Dienstleistungsverkehrs nach Europäischem Gemeinschaftsrecht in das Bundesgebiet einreisen und sich darin aufhalten, unterliegen nicht dem Beförderungsverbot. Ein auf Grund seiner Staatsangehörigkeit visumpflichtiger Ausländer, der Inhaber eines von einer anderen Vertragspartei ausgestellten Aufenthaltstitels und daher nach Artikel 21 SDÜ begünstigt ist, unterliegt ebenfalls nicht dem Beförderungsverbot.
62.4.3.1	– Die Polizeibehörden überprüfen die Personalien eines vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländers zur Nachtzeit. Hier gewährleistet Absatz 4 eine bundeseinheitliche Regelung, der zufolge der Ausländer ohne vorherige richterliche Anordnung vorläufig in Gewahrsam genommen werden kann. Der Ausländer ist unverzüglich dem Richter zur Entscheidung über die Anordnung der Sicherungshaft vorzuführen.	63.1.3.1	Die Kontrollpflicht nach § 63 Absatz 1 fordert von dem Beförderungsunternehmer, vor dem Transport zu prüfen, ob der Ausländer im Besitz der erforderlichen Dokumente ist. Dem Beförderungsunternehmer kann das Verbot insbesondere dann entgegengehalten werden, wenn er bei Beachtung der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt hätte erkennen können,

	dass der Ausländer die nach § 63 Absatz 1 erforderlichen Dokumente nicht besitzt. Ein Verstoß gegen diese Sorgfaltspflicht ist stets darin zu sehen, dass er den Ausländer transportiert hat, ohne selbst eigene konkrete Feststellungen über das Vorliegen der Transportvoraussetzungen zu treffen bzw. durch den Fahrer oder das sonstige Begleitpersonal treffen zu lassen. Ein Transportunternehmer lässt die erforderliche Sorgfalt außer Acht, wenn er sich bei Beginn oder während des Transports lediglich auf die Behauptung des Ausländers verlässt, er sei im Besitz der erforderlichen Dokumente. Das gilt auch, wenn sich der Beförderungsunternehmer lediglich mit der Vorlage der Flugtickets und Fahrausweise begnügt, aus denen keine verlässlichen Schlüsse über den Besitz der erforderlichen Reisedokumente gezogen werden können.	
63.1.3.2	Ein Luftfahrtunternehmen hat die Kontrolle nicht nur beim Einchecken, sondern auch unmittelbar am Flugzeugeinstieg vorzunehmen. Damit soll verhindert werden, dass zwischen dem Einchecken und Betreten des Flugzeugs Manipulationen an oder mit den Einreisedokumenten stattfinden oder diese von Schleusern wieder eingezogen werden, um sie anderweitig zu verwenden. Die Kontrollpflicht schließt auch Transitreisende ein, die während eines Zwischenstopps auf dem Flug nach Deutschland an Bord verbleiben, um zu verhindern, dass sie ohne erforderliche Einreisedokumente den Flug nach Deutschland fortsetzen. Für die Beförderung auf dem Land- und Seeweg sowie im Binnenschiffsverkehr gilt Entsprechendes.	
63.1.4	Nach pflichtgemäßem Ermessen kann von Sanktionsmaßnahmen gegen das Beförderungsunternehmen abgesehen werden, wenn das vom Ausländer mitgeführte ge- oder verfälschte Grenzübergangsdokument wegen der Qualität der vorgenommenen Manipulationen durch den Beförderungsunternehmer nicht als solches erkannt werden kann. Von einem Beförderungsverbot kann daher in den Fällen abgesehen werden, in denen der Ausländer Reisedokumente besitzt, die sich nach der Einreise als Fälschungen herausstellen, die der Beförderungsunternehmer jedoch nicht erkennen konnte.	
63.2	Untersagung der Beförderung und Zwangsgeld	
63.2.0	Sowohl das Beförderungsverbot als auch die Androhung, Festsetzung und Vollstreckung von Zwangsgeldern soll dazu dienen, den Beförderungsunternehmer zur Kontrolle der Einhaltung der Pass- und Visumpflicht in jedem Einzelfall anzuhalten.	
63.2.1	Verstößt der Beförderungsunternehmer gegen das gesetzliche Beförderungsverbot (§ 63 Absatz 1) oder liegen Anhaltspunkte dafür vor, dass die sich daraus ergebenden Pflichten nicht	
	beachtet werden, kann das Bundesministerium des Innern im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung untersagen, Ausländer entgegen dem gesetzlichen Beförderungsverbot in das Bundesgebiet zu befördern. Anstelle des Bundesministeriums des Innern kann die von ihm bestimmte Stelle die Untersagungsverfügung erlassen. Die gesetzliche Regelung umfasst auch den Erlass der auf die Untersagungsverfügung folgenden Zwangsgeldandrohung. Die vom Bundesministerium des Innern benannte Stelle ist das Bundespolizeipräsidium (§ 58 Absatz 1 BPolG i. V. m. § 1 Absatz 3 Nummer 1 Buchstabe b) BPolZV).	
63.2.2	Ein Verstoß gegen das Beförderungsverbot liegt schon bei einzelnen objektiv unerlaubten Beförderungen vor, sofern hierdurch keine objektiv unzumutbaren Anforderungen an das Beförderungsunternehmen gestellt werden. Nicht notwendig ist für den Tatbestand des Zuwiderhandelns ein subjektives Verschulden des Beförderungsunternehmens.	
63.2.3	Im Rahmen der Ermessensausübung ist zu berücksichtigen, ob der Beförderungsunternehmer durch zumutbare Kontrollmaßnahmen die unerlaubte Beförderung hätte vermeiden können. Unvermeidbar sind zum Beispiel Dokumentenfälschungen, die von einem interessierten Laien nicht erkannt werden können.	
63.2.4	Eine Abmahnung ist nicht erforderlich. Stattdessen ist die Untersagungsverfügung (das Beförderungsverbot) mit einer Anhörung nach § 28 VwVfG verbunden.	
63.2.5	Nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts liegt ein mehrstufiges Vollstreckungsverfahren vor, das sich in drei bis vier Stufen gliedert. Handelt der Beförderungsunternehmer entgegen dem gesetzlichen Beförderungsverbot des § 63 Absatz 1, kann eine Untersagungsverfügung nach § 63 Absatz 2 Satz 1, 1. Alternative ergehen (Stufe 1) und für den Fall der Zuwiderhandlung ein Zwangsgeld nach § 63 Absatz 2 Satz 1, 2. Alternative angedroht werden (Stufe 2). Die Stufen 1 und 2 können zwar miteinander verbunden werden, jedoch sieht das Bundesverwaltungsgericht vor der Verhängung der zweiten Stufe zwingend eine Ermessensausübung (Erforderlichkeitsprüfung) sowie die Prüfung der aktuellen Beförderungszahlen vor. Die Festsetzung des Zwangsgeldes richtet sich nach § 63 Absatz 3 (3. Stufe). Ihr folgt ggf. die Beitreibung des Zwangsgeldes als 4. Stufe.	
63.2.6	Widerspruch und Anfechtungsklage haben nach § 63 Absatz 2 Satz 2 keine aufschiebende Wirkung. Dies gilt auch hinsichtlich der Festsetzung des Zwangsgeldes.	
63.3	Höhe des Zwangsgeldes	
63.3.1	Das Zwangsgeld wird für jeden Ausländer festgesetzt, der entgegen einer Verfügung nach § 63	

	Absatz 2 befördert wird. Die Erhebung und Beitreibung des Zwangsgeldes erfolgt durch das Bundespolizeipräsidium und richtet sich nach VwVG. Der Höchstbetrag des Zwangsgeldes wurde in Umsetzung des Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe a) der Richtlinie 2001/51/EG des Rates vom 28. Juni 2001 zur Ergänzung der Regelungen nach Artikel 26 des Übereinkommens zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985 (ABl. EG Nummer L 187 S. 45) mit 5 000 Euro festgesetzt.	64.1.1.2	Erfasst sind auch Ausländer, denen im Transit die Einreise verweigert wurde; damit wird Artikel 26 Absatz 1 Buchstabe a) SDÜ sowie der Richtlinie 2001/51/EG des Rates vom 28. Juni 2001 zur Ergänzung der Regelungen nach Artikel 26 des Übereinkommens zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985 (ABl. EG Nummer L 187 S. 45) Rechnung getragen.
63.3.2	Nach dem Grundsatz der Einheitlichkeit des Vollstreckungsverfahrens ist das Bundespolizeipräsidium für sämtliche Verwaltungsakte im Rahmen des § 63 zuständig.	64.1.2	Bei dem Beförderungsunternehmer i. S. v. § 64 Absatz 1 handelt es sich um einen deutschen oder ausländischen Gewerbetreibenden im In- oder Ausland, der Personentransporte oder Gütertransporte durchführt und hierbei auch Ausländer auf dem Luft-, See- oder Landweg mit einem entsprechenden Transportmittel (z. B. Flugzeug, Schiff, Bus, Pkw) an die deutsche Grenze befördert bzw. ihnen auf diesem Wege die Anwesenheit im Transitbereich deutscher Flughäfen ermöglicht. Im Luftverkehr ist in erster Linie die Fluggesellschaft, die den Ausländer tatsächlich transportiert hat, Beförderungsunternehmer und zum Rücktransport verpflichtet.
63.3.3	Die Ausnutzung des gesetzlich vorgesehenen Spielraums bei der Zwangsgeldfestsetzung ermöglicht es, auf das Beförderungsverhalten der Unternehmen individuell angemessen zu reagieren. Hierbei kann berücksichtigt werden, dass der in Absatz 3 vorgesehene Mindestbetrag von 1 000 Euro hinter dem in der Richtlinie 2001/51/EG fakultativ angegebenen Mindestbetrag von 3 000 Euro zurückbleibt.	64.1.3.1	Der Beförderungsunternehmer ist verpflichtet, im Rahmen der Zurückweisung den Ausländer mit einem zugelassenen Transportfahrzeug auf seine Kosten in den Zielstaat zu befördern.
63.4	Vereinbarungen mit Beförderungsunternehmen	64.1.3.2	Die Inanspruchnahme eines Beförderungsunternehmers im Rahmen der gesetzlichen Rückbeförderungspflicht setzt voraus, dass seine Verantwortlichkeit mittels geeigneter Beweismittel hinreichend dargelegt werden kann (z. B. Aussage des Ausländers, Fahr- oder Flugschein, dienstliche Erklärung). Etwaige besondere privatrechtliche Regelungen zwischen Beförderungsunternehmen zur Verantwortlichkeit für die Einhaltung gesetzlicher oder behördlicher Verpflichtungen bleiben grundsätzlich außer Betracht.
63.4.1	§ 63 Absatz 4 enthält eine gesetzliche Grundlage zum Abschluss von individuellen Vereinbarungen („Memoranda of Understanding“) mit den Beförderungsunternehmen zur Umsetzung der Kontrollpflicht. Zuständige Behörde ist das Bundesministerium des Innern, das wiederum das Bundespolizeipräsidium beauftragt hat.	64.1.4	Die Rückbeförderungspflicht nach § 64 Absatz 1 besteht unabhängig vom Grund der Zurückweisung. Es ist unerheblich, ob der Unternehmer oder der Ausländer die Zurückweisung verschuldet und sich deswegen strafbar gemacht hat oder ob der Beförderungsunternehmer die Kontrollpflicht nach § 63 Absatz 1 verletzt hat. Mangelndes Verschulden schließt die Rückbeförderungspflicht nicht aus. Die Rückbeförderungspflicht besteht auch für den Fall einer Zurückweisungsentscheidung im Wege des Ermessens nach § 15 Absatz 2 oder 3.
63.4.2	Es entspricht einem erheblichen praktischen Bedürfnis, mit den Beförderungsunternehmen weitergehende individuelle Vereinbarungen zu treffen. In diesen Memoranda of Understanding können Bemühungen der Beförderungsunternehmen um verbesserte Kontrollen honoriert werden, etwa in Form einer Toleranzquote, bei deren Einhaltung keine Zwangsgelder erhoben werden. Weitere Inhalte solcher Vereinbarungen können Regelungen über Schulungen des Personals, Gate-Überprüfungen oder den Informationsaustausch sein.	64.1.5	Das Vorhandensein eines Transportvertrags, seine vertragliche Ausgestaltung und rechtliche Beurteilung (z. B. Nichtigkeit des Vertrags wegen Sittenwidrigkeit) sind für das Bestehen der Rückbeförderungspflicht unerheblich. Ebenso wenig ist der Umstand erheblich, dass es sich bei dem Ausländer um einen so genannten blinden Passagier handelt, für den der Beförderungsunternehmer keine Verantwortung tragen will.
64	Zu § 64 – Rückbeförderungspflicht der Beförderungsunternehmer		
64.1	Rückbeförderung nach Zurückweisung		
64.1.1	Die Rückbeförderungspflicht knüpft an die Zurückweisung i. S. v. § 15 an, für die nach § 71 Absatz 3 Nummer 1 die Grenzbehörde sachlich zuständig ist.		
64.1.1.1	Die Rückbeförderungspflicht erstreckt sich auch auf die Fälle der Zurückweisung wegen Einreiseverweigerung nach § 18 Absatz 2 und § 18a Absatz 3 Satz 1 AsylVfG.		

64.1.6.1 Der Beförderungsunternehmer hat die Rückbeförderung nach Aufforderung der Grenzbehörde unverzüglich durchzuführen. Ihm ist grundsätzlich Gelegenheit zur eigenen Durchführung zu geben. Die Grenzbehörde setzt hierfür eine Frist in der Aufforderung fest. Der Beförderungsunternehmer hat die Möglichkeit, die Beförderung auf seine Kosten durch einen anderen Beförderungsunternehmer durchführen zu lassen, wenn dadurch der Vollzug einer unverzüglichen Zurückweisung nicht gefährdet wird.

64.1.6.2 Der Beförderungsunternehmer kann nicht verlangen, dass der Rücktransport mit eigenen Transportmitteln erfolgt, wenn ihm selbst eine unverzügliche Rückbeförderung nicht möglich ist. In Fällen, in denen ein Beförderungsunternehmer den Transport auf dem Landweg durchgeführt hat und für die Rückbeförderung des Ausländers die erforderlichen Durchreisestempel nicht vorhanden sind, kommt eine Zurückweisung auf dem Luftwege in Betracht.

64.1.6.3.1 Eine Ersatzvornahme kommt insbesondere dann in Betracht, wenn

- der Rücktransport durch den Beförderungsunternehmer nach den Umständen des Einzelfalls nicht unverzüglich durchgeführt werden kann (auf Grund der Besonderheiten des Verkehrsträgers) oder
- sich der Beförderungsunternehmer weigert, seinen Verpflichtungen nachzukommen.

Bei der Ersatzvornahme handelt es sich um eine Maßnahme, die nur gegen den Beförderungsunternehmer gerichtet ist. Die Durchführung der Ersatzvornahme richtet sich nach dem VwVG. Die Art und Weise der Durchführung bestimmt die Grenzbehörde nach pflichtgemäßem Ermessen.

64.1.6.3.2 Der Beförderungsunternehmer haftet neben dem Ausländer für die Kosten einer Ersatzvornahme, wenn er nicht in der Lage ist, ein für den Transport zugelassenes Fahrzeug unverzüglich bereitzustellen (§ 66 Absatz 3 Satz 1).

64.1.7 Die für die Rückführung zuständige Grenzbehörde entscheidet nach pflichtgemäßem Ermessen auf Grundlage einer Gefahrenprognose, ob und in welchem Umfang eine Begleitung des Ausländers erforderlich ist. Im Fall einer späteren Rückführung (vgl. § 64 Absatz 2) hat die Grenzbehörde entsprechende Erkenntnisse der Ausländerbehörde in diese Erwägungen einzubeziehen und aktenkundig zu machen (z. B. Ausweisung des Ausländers wegen Gewalttaten). Ist eine Sicherheitsbegleitung des Ausländers erforderlich, soll der Beförderungsunternehmer diese grundsätzlich selbst gewährleisten und auf seine Kosten durchführen (§ 67 Absatz 2 Nummer 3). Ist dem Beförderungsunternehmer die Sicherheitsbegleitung nicht selbst möglich, erfolgt die erforderliche Sicherheitsbegleitung durch die Grenzbehörde selbst oder in deren Auftrag. Die Kosten für die

amtliche Begleitung trägt in jedem Fall der Beförderungsunternehmer (§ 67 Absatz 1 Nummer 3). Eine amtliche Begleitung kommt insbesondere in Betracht, wenn dies im Falle einer Ersatzvornahme der andere Beförderungsunternehmer verlangt.

64.1.8 Kann die Rückbeförderung nicht sofort durchgeführt werden, kann die Rückbeförderungsverpflichtung durch Sicherheitsleistung nach § 66 Absatz 5 oder eine verbindliche Erklärung zur Rückbeförderung (Garantieerklärung) erfüllt werden. Dies kann auch in Form einer selbstschuldnerischen Bürgschaft erfolgen, die etwaige Ersatzvornahmekosten sowie die Kosten für eine erforderliche amtliche Begleitung einschließt. Sicherheitsleistung, Garantieerklärung oder Bürgschaft des Beförderungsunternehmers sind nachvollziehbar zu dokumentieren und vorzuhalten (z. B. in der Kostenakte bei der Grenzbehörde, in der Ausländerakte bei der Ausländerbehörde).

64.2

Rückbeförderung in sonstigen Fällen

64.2.1

Die Rückbeförderungspflicht besteht in den Fällen des § 64 Absatz 2 nach der Einreise des Ausländers für die Dauer von drei Jahren fort. Die Frist beginnt mit dem Tag, an dem die Einreise des Ausländers erfolgt ist. Aufenthaltszeiten im Transitbereich eines Flughafens oder in einem Seehafen sowie im Rahmen des Flughafenverfahrens gemäß § 18a AsylVfG sind auf die Drei-Jahres-Frist nicht anzurechnen, da der Ausländer in diesen Fällen noch nicht eingereist ist.

Bei einer Rückbeförderung innerhalb der Drei-Jahres-Frist sollte auf die abgegebene Garantieerklärung zurückgegriffen werden, um die Rückbeförderungskosten zu decken.

64.2.2

Die Pflicht zur Rückbeförderung erlischt, wenn dem Ausländer ein Aufenthaltstitel nach dem Aufenthaltsgesetz erteilt wird. Die Ausstellung einer Bescheinigung über die Aufenthaltsgestattung oder die Bescheinigung der Aussetzung der Abschiebung führen jedoch nicht zum Wegfall der Rückbeförderungspflicht.

64.3

Bestimmung des Zielstaates

64.3.1

Nach § 64 Absatz 3 kommt als Zielstaat der Rückbeförderung der Staat in Betracht,

- der das Reisedokument ausgestellt hat,
- aus dem der Ausländer befördert wurde oder
- in den die Einreise gewährleistet ist.

Die Grenzbehörde bestimmt den Zielstaat nach pflichtgemäßem Ermessen. Zu prüfen ist, ob der Zielstaat zur Aufnahme des Ausländers verpflichtet oder bereit ist, und ob Zurückweisungsverbote entsprechend § 60 Absatz 1 bis 3, 5 oder 7 bestehen (§ 15 Absatz 4).

64.3.2

Bei der Ermessensentscheidung, in welchen Staat der Ausländer zurückgewiesen werden

	soll, sind in erster Linie die Interessen Deutschlands und der Schengen-Staaten bedeutsam. Die Auswahl erfolgt unter dem Gesichtspunkt einer effektiven Zurückweisung. Dabei können auch die Belange des Ausländers und der Beförderungsunternehmer angemessen berücksichtigt werden. Kann die Rückbeförderung nur über einen Flughafen eines Schengen-Staates erfolgen, ist die Grenzbehörde des betreffenden Schengen-Staates rechtzeitig zu unterrichten.	65.5.2	Die Kosten für die Verpflegung, Versorgung einschließlich medizinischer Leistungen, Unterbringung und Betreuung von Asylsuchenden sind durch die zuständigen Landesbehörden nach dem AsylbLG i. V. m. der jeweils gültigen VO AsylbLG zu tragen. Des Weiteren haben die Landesbehörden entstehende Kosten für den Transport des Ausländers von der Grenzübergangsstelle zur Aufnahmeeinrichtung zu tragen.
64.3.3	Von der Inanspruchnahme eines Beförderungsunternehmers und der Bestimmung eines Zielstaats kann abgesehen werden, wenn der Ausländer unverzüglich in einen Staat weiterreisen will, in den er einreisen darf, und er die Kosten für die Weiterreise aus eigenen Mitteln bestreitet (siehe Nummer 50.4). Die Weiterreise ist zu überwachen (z. B. Grenzübertrittsbescheinigung).	65.5.3	Entsprechend der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs gilt diese Kostenpflicht der zuständigen Landesbehörde auch für Asylsuchende vor der Einreise auf einem Flughafen (z. B. im Rahmen des Verfahrens gemäß § 18a AsylVfG).
		65.5.4	Kosten des Asylverfahrens sind nicht von einem Kostenschuldner einzufordern.
65	Zu § 65 – Pflichten der Flughafenunternehmer	66	Zu § 66 – Kostenschuldner; Sicherheitsleistung
65.1	Die vom Flughafenunternehmer bereitzustellenden Unterkünfte müssen für eine zeitlich begrenzte Unterbringung geeignet sein, deren Dauer sich nach der Verfahrensdauer für die Entscheidung über die Einreise und deren Vollzug bestimmt. Die Verpflichtung zur Unterbringung besteht bis zum Vollzug der Entscheidung der Grenzbehörde über die Einreise. Untergebracht werden insbesondere Ausländer, über deren Einreise im Rahmen des § 18a AsylVfG entschieden wird.	66.1	Kostentragungspflicht des Ausländers
65.2	In der Unterkunft müssen Schlafgelegenheiten und Hygieneeinrichtungen vorhanden sowie Verpflegung, ärztliche und sonstige Versorgung möglich sein. Die Unterkunft muss eine nach Geschlechtern getrennte Unterbringung ermöglichen. Sie muss für den Aufenthalt von Familien mit Kindern und unbegleiteten Minderjährigen geeignet sein.	66.1.1	Einforderbar sind Kosten der Durchsetzung einer räumlichen Beschränkung sowie Kosten der Abschiebung, Zurückschiebung und Zurückweisung. Bei den in § 66 Absatz 1 genannten Kosten der Abschiebung, Zurückschiebung oder Zurückweisung handelt es sich um spezielle Aufwendungen, die mit der Aufenthaltsbeendigung des Ausländers verbunden sind. Die im Folgenden dargestellte Aufzählung der Kostenschuldner ist nicht abschließend. Außer den explizit in § 66 genannten Kostenschuldnern können ggf. im Rahmen der Veranlasserhaftung weitere Kostenschuldner herangezogen werden.
65.3	Die bereitzustellenden baulichen Anlagen müssen so gestaltet sein, dass Ausländer die Unterkunft nicht unentdeckt verlassen können, und die Überwachung der Ausländer durch die Grenzbehörde unterstützt werden kann.	66.1.2	I.S.d. § 66 Absatz 1 ist der Kostenschuldner aber zunächst grundsätzlich der Ausländer. Wird eine kostenpflichtige Maßnahme im Wege der Amtshilfe durchgeführt, hat die ersuchende Behörde der Amtshilfe leistenden Behörde die dieser nach § 8 VwVfG bzw. Landesrecht zustehenden Kosten zu erstatten (siehe Nummer 71.1.6, 67.1.4 und 67.3.0.1).
65.4	Für die Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung in der Unterkunft sind die Polizeien der Länder nach Polizeirecht zuständig.	66.2	Haftung des Verpflichtungsschuldners
65.5.1	Für die Kosten der Unterbringung, Verpflegung und sonstigen Versorgung des Ausländers, die von seiner Ankunft auf dem Flughafen bis zum Vollzug der Entscheidung über die Einreise entstehen, haftet im Fall der Zurückweisung der Ausländer. Neben dem Ausländer haftet der Beförderungsunternehmer, der den Ausländer auf den deutschen Flughafen transportiert hat (§ 66 Absatz 3 Satz 1 i. V. m. § 67 Absatz 2 Nummer 2).	66.2.1.1	Die Erteilung oder Verlängerung eines Aufenthaltstitels kann an die Bedingung geknüpft werden, dass ein Dritter die erforderlichen Ausreisekosten oder den Unterhalt des Ausländers für einen bestimmten Zeitraum zu tragen bereit ist. Dies ist auch bei der Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen im Rahmen des § 23 Absatz 1 möglich. Die Verpflichtung, die Ausreisekosten zu tragen, soll schriftlich abgegeben und i. d. R. mit der Verpflichtung nach § 68, die Kosten für den Lebensunterhalt eines Ausländers zu tragen, verbunden werden (Verpflichtungserklärung). Die Verpflichtungserklärung ist gegenüber der nach § 71 Absatz 1 oder 2 zuständigen Behörde unter Verwendung

	des amtlich vorgeschriebenen Vordrucks abzugeben. Sie ist bei der Einreise auf Verlangen der Grenzbehörde vorzulegen.		
66.2.1.2	Wenn ein gesetzlicher Anspruch auf Erteilung eines Aufenthaltstitels besteht, darf keine Verpflichtung verlangt werden, die Ausreisekosten zu tragen; eine Sicherheitsleistung kommt insoweit ebenfalls nicht in Betracht.	66.4.1	Als Arbeitgeber i. S. d. § 66 Absatz 4 Satz 1 ist jede Person zu verstehen, die einen Ausländer unerlaubt beschäftigt hat, unabhängig von Umfang und Ausgestaltung des Beschäftigungsverhältnisses. Es kommt also für die Kostenhaftung nicht auf ein arbeitsrechtlich wirksames Beschäftigungsverhältnis an. Nach den Vorschriften des Aufenthaltsgesetzes ist eine Erwerbstätigkeit nicht erlaubt, wenn der Ausländer den erforderlichen Aufenthaltstitel nicht besitzt oder er einem Verbot oder einer Beschränkung der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit unterliegt.
66.2.2	Im Fall des § 66 Absatz 2 haften der Ausländer und der Verpflichtungsschuldner gleichrangig als Gesamtschuldner (gesamtschuldnerische Haftung i. S. d. § 421 BGB). Die gemäß § 71 zuständige Behörde hat insoweit ein Auswahlermessen, welchen Kostenschuldner sie in Anspruch nehmen will. Die Behörde ist nicht verpflichtet, alle in Betracht kommenden Kostenschuldner zu ermitteln (siehe hierzu Nummer 67.3).	66.4.2	Der Arbeitgeber kann hingegen nicht zur Erstattung der Rückführungskosten herangezogen werden, wenn er sich vor der Arbeitsaufnahme eines Ausländers und in der Folge des Beschäftigungsverhältnisses unter Beachtung der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt davon vergewissert hat, dass der Ausländer beschäftigt werden darf. Das Verlassen auf bloße Behauptungen des Ausländers oder die Vorlage der Lohnsteuerkarte oder des Sozialversicherungsnachweises reichen hierfür nicht aus.
66.3	Haftung des Beförderungsunternehmers	66.4.3	Die Haftung nach § 66 Absatz 4 Satz 2 setzt voraus, dass eine strafbare Handlung nach § 96 begangen worden ist. Eine strafgerichtliche Verurteilung muss nicht vorliegen.
66.3.1	Der Beförderungsunternehmer, der den Transport an die Grenze oder in das Bundesgebiet durchgeführt hat, haftet in den Fällen des § 66 Absatz 3 gleichrangig neben dem Ausländer und dem Verpflichtungsschuldner (siehe Nummer 66.2.2). Grundsätzlich handelt es sich um eine rein verschuldensunabhängige Haftung (anders bei der Haftung des Arbeitgebers, vgl. Nummer 66.4.2).	66.4.4	Der Arbeitgeber und der Straftäter haften vorrangig, d. h. ein sonstiger Kostenschuldner ist nur für die Kosten in Anspruch zu nehmen, die nicht von dem vorrangig haftenden Arbeitgeber oder Straftäter i. S. d. § 96 beigetrieben werden können. Die vorrangige Kostenhaftung ist auch bei der Anordnung einer Sicherheitsleistung des Ausländers gemäß § 66 Absatz 5 Satz 2 zu berücksichtigen.
66.3.2	Bei der Haftung des Beförderungsunternehmers wird zwischen der auf bestimmte Kosten beschränkten Haftung nach § 66 Absatz 3 Satz 1 und der unbeschränkten Haftung nach § 66 Absatz 3 Satz 2 unterschieden: die unbeschränkte Haftung nach Satz 2 trifft den Beförderungsunternehmer, der schuldhaft gegen ein Beförderungsverbot (Untersagungsverfügung) verstoßen hat. § 66 Absatz 3 Satz 1 beschränkt die Kostenhaftung des Beförderungsunternehmers auf den im § 67 Absatz 2 dargestellten Umfang. Nur in diesem beschränkten Umfang besteht auch eine Gesamtschuld mit anderen Kostenschuldnern.	66.4.5	Falls mehrere Arbeitgeber eines nicht erlaubt beschäftigten Ausländers als Gesamtschuldner haften, entscheidet die zuständige Behörde nach pflichtgemäßem Ermessen, wen sie als Kostenschuldner durch Leistungsbescheid in Anspruch nimmt. Die Behörde ist nicht verpflichtet, alle in Betracht kommenden Kostenschuldner zu ermitteln. Diese Haftung gilt auch in Bezug auf Straftäter i. S. v. § 96.
66.3.3	Die nach § 66 Absatz 3 Satz 1 auf bestimmte Kosten beschränkte Haftung des Beförderungsunternehmers lässt die Haftung weiterer Kostenschuldner für die Gesamtkosten unberührt.	66.5	Sicherheitsleistung
66.4	Haftung des Arbeitgebers bei unerlaubter Beschäftigung und Haftung des Schleusers	66.5.1	Eine Sicherheitsleistung kann von der gemäß § 71 zuständigen Behörde von jedem Kostenschuldner verlangt werden. Bei der Erhebung ist im Rahmen der Ermessensausübung der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu berücksichtigen, d. h. es muss ein echtes Sicherheitsbedürfnis festgestellt werden. Dies kann z. B. der Fall sein, wenn eine Beitreibung der Rückführungskosten nach Vollzug der Abschiebung/Zurückschiebung des Ausländers wahrscheinlich nicht gewährleistet ist. Die Sicherheitsleistung kann aus Geldmitteln (z. B. selbst-
66.4.0	Die in § 66 Absatz 4 genannten Kostenschuldner haften unabhängig davon, ob die Zuwiderhandlung strafrechtlich oder als Ordnungswidrigkeit geahndet wurde. Die in § 66 Absatz 4 genannten Kostenschuldner haften allerdings nur für Kosten der Abschiebung oder Zurückschiebung. Die Haftung umfasst nicht die Kosten der Zurückweisung, auch wenn ein Versuch der illegalen Einschleusung scheitert (vgl. § 96 Absatz 3) und für eine Inhaftierung		

	schuldnerische Bankbürgschaft) und Sachwerten bestehen.	66.5.4.2	Die Sicherheitsleistung ist in dem zu erlassenden Leistungsbescheid zu berücksichtigen. Übersteigt die Sicherheitsleistung die im Leistungsbescheid gemäß § 67 Absatz 3 Satz 1 festzusetzenden tatsächlichen Kosten, erhält der Sicherungsgeber den Restbetrag zurück. Das Vollstreckungsverfahren sowie die Erstattung des Restbetrags richten sich nach dem für die zuständige Behörde maßgebenden Verwaltungsvollstreckungsrecht.
66.5.1.1	Durch die Abgabe einer Garantieerklärung seitens der jeweiligen Luftverkehrsgesellschaft anstelle einer Sicherheitsleistung wird das Verfahren für die Beteiligten vereinfacht. Aus der Weigerung, eine Garantieerklärung abzugeben, kann jedoch nicht auf ein generelles Sicherungsbedürfnis geschlossen werden.		
66.5.1.2	Die Sicherheitsleistung des in § 66 Absatz 2 genannten Kostenschuldners kann bereits vor der Einreise des Ausländers in das Bundesgebiet verlangt werden. Sie kann sowohl bei der deutschen Auslandsvertretung als auch bei der Ausländerbehörde hinterlegt werden. Die Hinterlegung einer Sicherheitsleistung ist in den Akten zu vermerken. Eine Mehrfertigung des Aktenvermerks kann dem Ausländer auf Verlangen ausgehändigt werden. Wird die Sicherheitsleistung im Rahmen einer Verpflichtung nach § 66 Absatz 2 und § 68 Absatz 1 hinterlegt, ist dies auf der Verpflichtungserklärung zu vermerken. Die Sicherheitsleistung darf nur dann ausbezahlt werden, wenn vorher aktenkundig festgestellt wurde, dass Kosten gemäß §§ 66 und 67 nicht angefallen sind.	66.5.5	Die Beschlagnahme nach § 66 Absatz 5 Satz 3 setzt keine Schriftform voraus. Dem Ausländer ist eine Empfangsbescheinigung über die beschlagnahmten Sachen zu erteilen.
		66.5.6	Überbrückungsgeld, das ein Ausländer im Vollzug der Jugendstrafe, Freiheitsstrafe oder der freiheitsentziehenden Maßregeln der Besserung und Sicherung gemäß § 51 Absatz 1 StVollzG anspart, und unpfändbares Eigengeld nach § 51 Absatz 4 Satz 2 StVollzG darf nicht als Sicherheitsleistung einbehalten werden.
		67	Zu § 67 – Umfang der Kostenhaftung
		67.0	Allgemeines
66.5.2	Für die Anordnung einer Sicherheitsleistung des Ausländers nach § 66 Absatz 5 Satz 2 ist in § 77 keine Schriftform vorgeschrieben. Eine mündliche Anordnung der Sicherheitsleistung reicht aus, wenn umgehend ein Leistungsbescheid erlassen wird oder wenn die sofortige Vollstreckung geboten ist. Wird die Sicherheitsleistung ohne vorherige Vollstreckungsanordnung und Fristsetzung vollstreckt, erhält der Ausländer eine Empfangsbestätigung über die Höhe bzw. den Umfang der Sicherheitsleistung. Die Sicherheitsleistung kann aus Geldmitteln und Sachwerten bestehen.	67.0.1	§ 67 regelt den Umfang der Haftung der genannten Kostenschuldner i. S. d. § 66. Bei den Kosten i. S. v. § 67 handelt es sich um spezielle Aufwendungen, die bei der Vollstreckung der Abschiebung (§ 58), Zurückschiebung (§ 57), Zurückweisung (§ 15) oder Durchsetzung einer räumlichen Beschränkung (§ 61) entstanden sind.
		67.0.2	Zu den Kosten i. S. v. § 67 gehören nicht Gebühren und Auslagen i. S. v. § 69, Kosten für den Lebensunterhalt i. S. v. § 68 Absatz 1 außerhalb der genannten Vollstreckungsmaßnahmen, Kosten eines strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens und Kosten der Untersuchungs- und Straftaft.
66.5.3	Die für den Erlass des Leistungsbescheids zuständige Behörde entscheidet über die Anordnung einer Sicherheitsleistung dem Grunde und der Höhe nach. Sie hat die mit der Vollstreckung der Sicherheitsleistung betrauten Bediensteten (z. B. Vollstreckungsbeamte) zu unterrichten und diese erforderlichenfalls mit der Bekanntgabe der Anordnung zu betrauen. Besitzt der Ausländer bei der Abschiebung, Zurückschiebung oder Zurückweisung Geldmittel und Sachwerte in beachtlichem Umfang und hat er vorher öffentliche Mittel in Anspruch genommen, die nicht auf einer Beitragsleistung beruhen, ist der Leistungsträger unverzüglich zu unterrichten und diesem unter Umständen Amtshilfe zu leisten. Besteht der Verdacht auf Straftaten, ist im Benehmen mit der Staatsanwaltschaft eine Klärung über das weitere Verfahren herbeizuführen.	67.0.3	Kostengläubiger ist, unbeschadet landesrechtlicher Zuständigkeitsregelungen, der Verwaltungsträger der Behörde, die die Maßnahme angeordnet hat. Die anordnende Behörde hat die Kosten für eine von ihr angeforderte Unterstützung durch andere Behörden vollständig zu berechnen (beispielsweise eine Ausländerbehörde die Kosten für die von ihr herangezogene Landespolizei und die Bundespolizei), nachdem ein Kosteneinzelnachweis durch die unterstützende Behörde vorgelegt wurde. Sie hat gegenüber dem Kostenschuldner den Nachweis zu erbringen, welche Kosten durch die Vollstreckungsmaßnahme entstanden sind (Kosteneinzelnachweis). Hinsichtlich der Zuständigkeit für die Kostenerfassung siehe Nummer 71.1.6.
66.5.4.1	Die Höhe der Sicherheitsleistung richtet sich nach dem voraussichtlichen Umfang der Kostenhaftung (§ 67 Absatz 1 und 2).	67.0.4	Gegenüber dem Kostengläubiger sind zunächst alle entstandenen Kosten ohne Rücksicht auf die tatsächliche Leistungsfähigkeit geltend zu machen. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit ist nach Bestands- bzw. Rechtskraft des

	Leistungsbescheides dahingehend zu berücksichtigen, dass dem Betroffenen gemäß den einschlägigen haushaltsrechtlichen Regelungen Stundungen oder Ratenzahlungen ermöglicht werden können oder eine Niederschlagung geprüft wird.		
67.1	Umfang der Kostenhaftung		
	Die Vorschrift bestimmt abschließend den Umfang der zu erstattenden Kostenhaftung. Es können die Kosten in ihrer tatsächlichen Höhe geltend gemacht werden, sofern sie nachgewiesen sind.		
67.1.1	Die erstattungsfähigen Kosten umfassen: <ul style="list-style-type: none"> – die Beförderungs- und sonstigen Reisekosten (z.B. Kosten für Unterkunft und Verpflegung oder für die Mitnahme der persönlichen Habe, nicht jedoch von Umzugsgut) für den Ausländer nach § 67 Absatz 1 Nummer 1, – die Verwaltungskosten nach § 67 Absatz 1 Nummer 2, – sowie die Kosten für das Begleitpersonal (z.B. Polizeivollzugsbeamte, Ärzte und amtlich angeordnete Sicherheitsbegleitung im Auftrag der zuständigen Behörde, u. a. durch Sicherheitsbegleiter des Zielstaates, Private als sonstige Fachkräfte) einschließlich der Personalkosten nach § 67 Absatz 1 Nummer 3, soweit diese mit der Abschiebung, Zurückweisung bzw. Zurückschiebung oder der Durchsetzung der räumlichen Beschränkung in einem direkten inneren sachlichen Zusammenhang stehen und hierfür erforderlich sind. Hierzu zählen auch Handlungen zur Vorbereitung dieser Maßnahmen und auch Kosten fehlgeschlagener Abschiebungs-, Zurückweisungs- und Zurückschiebungsversuche.	67.1.3	Zu den Kosten i. S. v. § 67 Absatz 1 Nummer 3 gehören alle durch eine erforderliche Begleitung des Ausländers entstandenen Kosten.
		67.1.4	Kosten der Abschiebung, die der Ausländerbehörde eines anderen Bundeslandes/der Grenzbehörde/der Landespolizei auf Grund von Amtshilfe zustehen, sind dieser Behörde zu erstatten (siehe Nummer 66.1). Der Umfang der erstattungsfähigen Kosten darf nicht über die Höhe der Kosten hinausgehen, die durch Leistungsbescheid gemäß § 67 Absatz 3 erhoben werden können.
		67.2	Umfang der Haftung des Beförderungsunternehmers
			In den Fällen des § 66 Absatz 3 Satz 1 haften Beförderungsunternehmer lediglich in dem in § 67 Absatz 2 genannten Umfang. Zu den Verwaltungskosten gehören nur diejenigen Aufwendungen, die im unmittelbaren Zusammenhang mit den in § 66 Absatz 1, § 67 Absatz 1 genannten Maßnahmen stehen, und diejenigen, die von der Ankunft des Ausländers an der Grenzübergangsstelle bis zum Vollzug der Entscheidung über die Einreise entstehen (also auch z.B. Übersetzungskosten). In den Fällen des § 66 Absatz 3 Satz 2 besteht eine solche Begrenzung nicht.
		67.3	Kostenerhebung durch Leistungsbescheid
		67.3.0.1	Die sachliche Zuständigkeit für den Erlass eines Leistungsbescheids i. S. v. § 67 Absatz 3 Satz 1 richtet sich nach § 71 (siehe Nummer 71.3.4.2 und 71.5.1.1). Wird eine Abschiebung im Wege der Amtshilfe durchgeführt, ist die um Amtshilfe ersuchende Behörde sachlich zuständig. Sie hat der Amtshilfe leistenden Behörde die dieser zustehenden Kosten zu erstatten (siehe Nummer 66.1). Kostenrechtlich werden die Maßnahmen Abschiebung, Zurückschiebung oder Zurückweisung jeweils als Einheit betrachtet, so dass zur Bestimmung der Zuständigkeit für den Erlass eines Leistungsbescheids die Sachherrschaft über das „Ob“ der Durchführung entscheidend ist. Das bedeutet, dass die Behörde, die für die Entscheidung über eine aufenthaltsbeendende Maßnahme dem Grunde nach zuständig ist, anschließend auch für die Beitreibung der hierbei insgesamt entstandenen Kosten zuständig ist.
67.1.2	Zu den Kosten i. S. v. § 67 Absatz 1 Nummer 2 gehören im Einzelnen nachgewiesene, durch die Vollstreckungsmaßnahme verursachte Aufwendungen. Dazu gehören insbesondere	67.3.0.2	Nach der Aufgabenverteilung des § 71 können, unbeschadet landesrechtlicher Zuständigkeitsregelungen, folgende Behörden für den Erlass des Bescheids zuständig sein:
67.1.2.1	– Kosten für Heimreisedokumente und die Fertigung von Lichtbildern sowie sonstige Kosten, die z.B. für Maßnahmen zur Beschaffung von Heimreisedokumenten einer ausländischen Vertretung zu erstatten sind, Barmittel für Verpflegung, Unterkunft und Weiterreise sowie Kosten für die Vorführung des Ausländers bei einer ausländischen Auslandsvertretung zur Beschaffung eines Heimreisedokumentes,	67.3.0.2.1	– die Ausländerbehörde für die Erhebung von Kosten, die im Zusammenhang mit einer Abschiebung oder der Zurückschiebung bei allen beteiligten Behörden entstanden sind, einschließlich der Kosten für die Auslandsbegleitung in ihrem Aufgabenbereich (§ 71 Absatz 1),
67.1.2.2	– Kosten für Dolmetscher- und Übersetzungstätigkeiten,		
67.1.2.3	– Kosten der Abschiebungshaft oder		
67.1.2.4	– Kosten ärztlicher Gutachten zur Frage der (Abschiebungs-)Haftfähigkeit bzw. Flugreisetauglichkeit.		

- 67.3.0.2.2 – die Grenzbehörde für die Erhebung von Kosten der Zurückweisung vor der Einreise und der Zurückschiebung an der Grenze einschließlich der Kosten für die Auslandsbegleitung in diesen Fällen (§ 71 Absatz 3 Nummer 1), soweit diese Maßnahmen eigenständig (d.h. ohne Beteiligung der Ausländerbehörde) durchgeführt werden,
- 67.3.0.2.3 – die Polizeien der Länder für die Erhebung von Kosten der Zurückschiebung und Abschiebung in ihrem Aufgabenbereich (§ 71 Absatz 5), soweit diese Maßnahmen eigenständig (d.h. ohne Beteiligung der Ausländerbehörde) durchgeführt werden.
- 67.3.1.1 Die Kosten werden von Amts wegen durch Leistungsbescheid beim Kostenschuldner erhoben. Soweit mehrere Kostenschuldner nebeneinander (gesamtschuldnerisch) haften, hat die den Leistungsbescheid erstellende Behörde ein Auswahlermessen, welchen Kostenschuldner sie in Anspruch nimmt. Die Anordnung und Vollstreckung einer Sicherheitsleistung machen den Erlass eines Leistungsbescheids nicht entbehrlich.
- 67.3.1.2 Die Zuständigkeit umfasst die Befugnis der Behörde, den Kostenschuldner nach Maßgabe des § 66 Absatz 1 bis 4 zu bestimmen. Hierbei hat sie zu berücksichtigen, dass der Vorrang anderer Kostenschuldner gemäß § 66 Absatz 4 Satz 3 entfällt, wenn bei diesen eine Beitreibung der Kosten erfolglos sein wird. Halten sich die anderen Kostenschuldner etwa im Ausland auf und können dort Beitreibungsmaßnahmen nicht durchgeführt werden, haftet der Ausländer neben den anderen Kostenschuldnern gleichrangig für die Gesamtkosten. Haften für die Kosten mehrere Personen gleichrangig (§ 66 Absatz 1, 2 und 3), ist jede von ihnen verpflichtet, die gesamte Leistung zu begleichen. Die Behörde hat jedoch eine Auswahlentscheidung zu treffen, welcher Kostenschuldner in Anspruch genommen werden soll. Es besteht keine Verpflichtung der Behörde, hierfür zunächst alle in Betracht kommenden Kostenschuldner zu ermitteln. Unter Berücksichtigung des Zwecks der Norm könnte der Kostenschuldner in Anspruch genommen werden, bei dem die Beitreibung der Kosten am aussichtsreichsten erscheint. Die Leistung darf nur einmal vereinnahmt werden.
- 67.3.2.1 In dem schriftlich zu erlassenden Kostenbescheid sind die Kosten dem Grunde und der Höhe nach zu bezeichnen (vgl. § 39 VwVfG). Es sind die wesentlichen tatsächlichen und rechtlichen Gründe für die Notwendigkeit einer Sicherheitsbegleitung mitzuteilen.
- 67.3.2.2.1 Die Festsetzung der Gesamtkosten der Abschiebung, Zurückschiebung, Zurückweisung oder Durchsetzung der räumlichen Beschränkung im Leistungsbescheid erfolgt auf Grund der Kosteneinzelnachweise der an der Vorberereitung, Sicherung oder Durchführung der in § 66 Absatz 1 genannten Maßnahmen beteiligten Behörden. Diese Behörden haben der für den Erlass des Leistungsbescheids zuständigen Behörde die ihnen tatsächlich entstandenen Gesamtkosten i. S. v. § 67 Absatz 1 und 2 unverzüglich mitzuteilen. Die Kostenerstattung unter den beteiligten Behörden gegenüber der Behörde, die den Leistungsbescheid erlassen hat, richtet sich nach dem Verwaltungsverfahrensrecht und landesrechtlichen Regelungen. Der Erstattungsanspruch kann jedoch erst befriedigt werden, wenn der Kostenschuldner die Kosten beglichen hat. Werden die Kosten in Form monatlicher Ratenzahlung gestundet (§ 59 BHO), sind die jeweiligen/prozentualen Beträge an die beteiligten Behörden weiterzuleiten.
- 67.3.2.2.2 Der für den Erlass des Leistungsbescheids zuständigen Behörde obliegt es im Interesse eines umfassenden Kostenersatzes zur Deckung des Verwaltungsaufwands, die Mitteilungspflichten der an der Abschiebung, Zurückschiebung oder Zurückweisung beteiligten Behörden zur Feststellung der Kosten nach § 67 Absatz 1 und 2 für die erbrachten Leistungen (z. B. Personal- und Sachkosten) zu überwachen.
- 67.3.2.3 Deckt eine Sicherheitsleistung oder Teilzahlung die Gesamtkosten nicht, sind die vorhandenen Mittel, unbeschadet landesrechtlicher Regelungen, unter den beteiligten Behörden im Verhältnis der von ihnen nachgewiesenen Kosten aufzuteilen.
- 67.3.3 Die Kosteneinzelnachweise der an der Maßnahme beteiligten Behörden (z. B. Grenzbehörde nach § 71 Absatz 3 Nummer 1, Polizeien der Länder nach § 71 Absatz 5, Justizbehörden in Fällen des § 67 Absatz 1 Nummer 2) sind in die Akten der nach § 71 zuständigen Behörde aufzunehmen. Der Umstand, dass Kosten nach § 67 Absatz 1 und 2 durch den Kostenschuldner nicht beglichen worden sind, ist in den Ausländerakten an besonders ersichtlicher Stelle zu vermerken. Außerdem sollen im Ausländerzentralregister Suchvermerke (§ 5 Absatz 1 AZRG) und Einreisebedenken (§ 2 Absatz 2 Nummer 4 AZRG) gespeichert werden.
- 67.3.4 Hat die zuständige Behörde den Erlass eines Leistungsbescheids vorläufig zurückgestellt, sind die dafür maßgebenden Gründe in den Akten zu vermerken.
- 67.3.5 Die Behörde, die den Leistungsbescheid erlassen hat, hat auch über ggf. weitere vorzunehmende Maßnahmen, wie die Entscheidung über die Stundung der Forderung oder die Einleitung von Vollstreckungsmaßnahmen gegen den Kostenschuldner zu befinden. Das Benehmen mit den weiteren beteiligten Behörden, deren Kosten im Leistungsbescheid mit erfasst sind, ist ggf. herzustellen.

68	Zu § 68 – Haftung für Lebensunterhalt		
68.0	Allgemeines		
68.0.1	Eine Verpflichtungserklärung nach § 68 Absatz 1 kann nur dann verlangt werden, wenn der Ausländer selbst nicht in der Lage ist, den Lebensunterhalt nach Maßgabe der jeweiligen rechtlichen Voraussetzungen zu bestreiten. Sie darf insbesondere als Voraussetzung für die Erteilung oder Verlängerung eines Aufenthaltstitels gefordert werden (zum Vordruck siehe Nummer 68.2.1.1.1), wenn	68.1.1.2	Die Verpflichtung nach § 68 Absatz 1 umfasst nicht die Ausreisekosten nach §§ 66 und 67. Die Verpflichtungserklärung soll daher regelmäßig mit einer entsprechenden Verpflichtung zur Übernahme dieser Kosten verbunden werden. Auf das „Bundeseinheitliche Merkblatt zur Verwendung des bundeseinheitlichen Formulars der Verpflichtungserklärung zu § 68 i. V. m. § 66 und § 67 AufenthG“ in der jeweils gültigen Fassung sowie auf das bundeseinheitliche Formular für Verpflichtungserklärungen wird hingewiesen.
68.0.1.1	– die Sicherung des Lebensunterhalts des Ausländers durch den Dritten zwingende Erteilungsvoraussetzung ist (z. B. Unterhaltsverpflichtung nach § 37 Absatz 1 Nummer 2, 2. Alternative) oder	68.1.1.3	Die Dauer der Verpflichtung soll sich vom Beginn bis zur Beendigung des Aufenthalts des Ausländers oder bis zur Erteilung eines Aufenthaltstitels für einen anderen Aufenthaltzweck erstrecken. Ein Aufenthaltzweckwechsel in diesem Sinne liegt auch dann vor, wenn der Ausländer den Arbeitgeber, der die Verpflichtungserklärung abgegeben hat, wechselt. Dies gilt insbesondere in Fällen des Wechsels der Gasteltern bei Au-Pairs; hier ist von der nach Umzug örtlich zuständigen Ausländerbehörde eine (erneute) Verpflichtungserklärung zu verlangen.
68.0.1.2	– der gesicherte Lebensunterhalt ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel zwingende Erteilungsvoraussetzung ist (§ 5 Absatz 1 Nummer 1) und im konkreten Fall diese Voraussetzung auf Grund der Verpflichtung des Dritten vorliegen würde.	68.1.2	Prüfungsmaßstab
68.0.2	Eine Verpflichtungserklärung kann von natürlichen und juristischen Personen (z. B. Unternehmen, karitativen Verbänden) abgegeben werden. Auf die Möglichkeit der Abgabe einer Verpflichtungserklärung im Zusammenhang mit der Entscheidung über die Aufenthaltsgewährung aus humanitären Gründen durch oberste Landesbehörden (§ 23 Absatz 1 Satz 2) wird hingewiesen.	68.1.2.1	Die Verpflichtung des Dritten erfüllt nur dann die Voraussetzungen des gesicherten Lebensunterhalts, wenn er die übernommene Verpflichtung aus eigenem Einkommen oder sonstigen eigenen Mitteln im Bundesgebiet erfüllen kann.
68.0.3	Die Verpflichtungserklärung ist gegenüber der Ausländerbehörde oder einer Auslandsvertretung abzugeben.	68.1.2.2	Ist der Ausländerbehörde oder der Auslandsvertretung nicht bekannt, ob der Dritte die übernommene Verpflichtung erfüllen kann, muss sie sich von ihm grundsätzlich ausreichende Nachweise erbringen lassen (z. B. Wohnraum-, Einkommens- und Versicherungsnachweise). Der Dritte ist jedoch hierzu gesetzlich nicht verpflichtet (Freiwilligkeit). Sinn und Zweck des Instruments der Verpflichtungserklärung ist es, sicherzustellen, dass die öffentliche Hand für die ihr entstehenden Kosten beim Verpflichtungsgeber Regress nehmen kann. Daher ist nur dann die Bonität eines Verpflichtungsgebers zu bestätigen, wenn der ausreichende Nachweis über die finanzielle Leistungsfähigkeit (Bonität) des Verpflichtungsgebers geführt wurde oder der Verpflichtungsgeber der Ausländerbehörde bzw. der Auslandsvertretung als zahlungsfähig bekannt ist. Ist auf dem Vordruck „Verpflichtungserklärung“ nicht ausdrücklich bestätigt, dass die Bonität festgestellt oder glaubhaft gemacht worden ist, ist die Verpflichtungserklärung unbeachtlich. Eine Verpflichtungserklärung, die nicht innerhalb eines Zeitraums von sechs Monaten nach der Bestätigung vorgelegt wird, ist von der Auslandsvertretung regelmäßig nicht zu berücksichtigen.
68.0.4	Die Grenzbehörde kann verlangen, dass eine bestehende Verpflichtungserklärung bei der Einreise vorgelegt wird (Artikel 13 Absatz 1, Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe c) Schengener Grenzkodex). Bei nicht ausreichend nachgewiesenen finanziellen Mitteln können die Einreisegestattung und die Erteilung eines Ausnahmevisums gemäß § 14 Absatz 2 von der Abgabe einer Verpflichtungserklärung abhängig gemacht werden.		Die Überprüfung der Bonität wird durch die Behörde, d. h. Ausländerbehörde oder Auslandsvertretung durchgeführt, die die Ver-
68.1	Verpflichtungserklärung		
68.1.1	Verpflichtungsumfang		
68.1.1.1	Zum Lebensunterhalt i. S. v. § 68 Absatz 1 zählt außer Ernährung, Wohnung, Bekleidung und anderen Grundbedürfnissen des täglichen Lebens insbesondere auch die Versorgung im Krankheitsfalle (z. B. Arztbesuch, Medikamente, Krankenhausaufenthalt) und bei Pflegebedürftigkeit (z. B. Aufnahme in die eigene Wohnung, anderweitige Beschaffung von Wohnraum, Abschluss entsprechender Versicherungen). Aus der Verpflichtung nach § 68 Absatz 1 lässt sich ein Anspruch des Ausländers auf Sicherstellung des Lebensunterhalts nicht herleiten.		

pflichtungserklärung entgegennimmt. Der Nachweis einer ausreichenden Bonität kann bei Unternehmen insbesondere durch Kontrolle der in zentralen Datenbanken gespeicherten Unternehmensdaten und Jahresendabrechnungen im elektronischen Unternehmensregister unter *www.unternehmensregister.de* geführt werden. Im Übrigen wird hinsichtlich der Prüfung bei juristischen Personen als Verpflichtungsgeber auf das „Bundeseinheitliche Merkblatt zur Verwendung des bundeseinheitlichen Formulars der Verpflichtungserklärung zu § 68 i. V. m. § 66 und § 67 AufenthG“ in der jeweils gültigen Fassung verwiesen. Zur Bonitätsprüfung wird ergänzend auf Nummer 2.3.1 verwiesen.

68.1.2.3 Der Prüfungsmaßstab ist neben der Leistungsfähigkeit des Dritten insbesondere an dem Aufenthaltsgrund bzw. -zweck, den der Ausländer angibt, der angestrebten Aufenthaltsdauer, der zeitlichen Beschränkung der Verpflichtungserklärung sowie der Aufenthaltsverfestigung des Dritten im Bundesgebiet auszurichten. Bei einem langfristigen Aufenthalt ist eine Glaubhaftmachung der Bonität regelmäßig nicht ausreichend. Vielmehr muss eine umfassende Offenlegung der Einkommenssituation erfolgen, um feststellen zu können, ob der Regelbedarf für die Person, zugunsten derer die Erklärung abgegeben wird, dauerhaft gesichert ist. Darüber hinaus dürfen keine Zweifel an der Leistungsbereitschaft des Verpflichtungsgebers bestehen (siehe auch Nummer 2.3.4.2).

68.1.2.4 Bei einem auf Dauer angelegten Aufenthalt im Bundesgebiet haben der Dritte oder der Ausländer insbesondere nachzuweisen, dass für die Dauer des Aufenthalts des Ausländers ausreichende Kranken- und Pflegeversicherungen bestehen. Sie müssen auf Grund ihrer finanziellen Verhältnisse in der Lage sein, die anfallenden Versicherungsbeiträge regelmäßig zu leisten.

68.1.2.5 Will im Zusammenhang mit der Erteilung eines Visums für einen Kurzaufenthalt ohne Erwerbstätigkeit bis zu drei Monaten ein Dritter eine Verpflichtungserklärung abgeben und haben die für die Entgegennahme der Erklärung zuständigen Behörden auf Grund vorhandener Erkenntnisse keine begründeten Zweifel an seiner finanziellen Leistungsfähigkeit (z. B. langwährender verfestigter Aufenthalt, unveränderte Einkommensverhältnisse seit der letzten Verpflichtungserklärung), ist die finanzielle Leistungsfähigkeit regelmäßig glaubhaft gemacht. In diesen Fällen der Kurzaufenthalte ist eine Abklärung der Wohnraumverhältnisse des Verpflichtungsgebers grundsätzlich nicht erforderlich. Die Auslandsvertretung hat in diesen Fällen die Feststellungen der Ausländerbehörde (Bestätigung der Unterschrift, Glaubhaftmachung bzw. Nachweis der Leistungsfähigkeit) bei der Entscheidung zu berücksichtigen.

68.1.2.6 Die Verpflichtungserklärung eines Ausländers, der sich im Bundesgebiet aufhält, aber keinen Aufenthaltstitel besitzt, ist regelmäßig keine ausreichende Sicherung des Lebensunterhalts. Besitzt der Dritte lediglich einen befristeten Aufenthaltstitel, kann die Verpflichtungserklärung nur herangezogen werden, wenn der beabsichtigte Aufenthalt des Ausländers den der Geltungsdauer des befristeten Aufenthaltstitels nicht übersteigt. Der Besitz eines befristeten Aufenthaltstitels genügt zudem nur dann, wenn die Ausländerbehörde davon ausgehen kann, dass der Dritte für die vorgesehene Aufenthaltsdauer des Ausländers im Bundesgebiet bleibt.

68.1.2.7 Besondere Anforderungen an die Leistungsfähigkeit des Dritten sind zu stellen, wenn er in früheren Fällen eine Verpflichtungserklärung nicht erfüllt oder er sich wegen unrichtiger Angaben gemäß § 95 Absatz 2 Nummer 2 strafbar gemacht hat. Entsprechende Nachweise sind erforderlich, wenn der Ausländer während eines früheren Aufenthalts im Bundesgebiet öffentliche Mittel in Anspruch genommen hat oder an seiner Rückkehrbereitschaft berechtigte Zweifel bestehen.

68.2 Verfahren

68.2.1.1.1 Für die Abgabe der Verpflichtungserklärung ist das vorgeschriebene bundeseinheitliche Formular in der jeweils geltenden Fassung zu verwenden. Vor der Abgabe der Verpflichtungserklärung ist der Dritte auf die Freiwilligkeit seiner Angaben und Nachweise, auf den Umfang und die Dauer der eingegangenen Verpflichtungen hinzuweisen und nachweisbar zu belehren, dass unrichtige und unvollständige Angaben strafbar sein können (vgl. § 95 Absatz 2 Nummer 2). Angaben über die Einkommens-, Vermögens- und Wohnverhältnisse des Dritten (Einlader), die im Rahmen der Verpflichtungserklärung erforderlich sind, dürfen dem Ausländer (Eingeladenen) nicht zugänglich gemacht werden. Die Unterschrift des verpflichteten Dritten ist amtlich zu beglaubigen.

68.2.1.1.2 Auf das „Bundeseinheitliche Merkblatt zur Verwendung des bundeseinheitlichen Formulars der Verpflichtungserklärung zu § 68 i. V. m. § 66 und § 67 AufenthG“ in der jeweils gültigen Fassung wird verwiesen.

68.2.1.2.1 Die Verpflichtungserklärung eines Dritten, der im Bundesgebiet lebt, ist grundsätzlich gegenüber der für den vorgesehenen Aufenthaltsort im Bundesgebiet zuständigen Ausländerbehörde abzugeben. Sofern der Dritte in dem Bezirk einer anderen Ausländerbehörde seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat, nimmt diese die Verpflichtungserklärung und die erforderlichen Nachweise im Wege der Amtshilfe entgegen und leitet sie unverzüglich der zuständigen Ausländerbehörde zu. Die Verpflichtung des Dritten erfüllt nur dann die Voraussetzungen des gesicherten Lebensunterhalts, wenn er die übernommene Verpflichtung aus eigenem Ein-

	kommen oder sonstigen Mitteln im Bundesgebiet erfüllen kann, da eine Vollstreckung nur im Inland erfolgen kann. Eine Vollstreckung im Ausland ist im Erstattungsfall grundsätzlich nicht möglich. Die Ausländerbehörde hat sich von der Bonität des Verpflichtungsgebers zu überzeugen. Auf Nummer 68.1.2.2 wird hingewiesen. Die Realisierung des öffentlich-rechtlichen Erstattungsanspruchs erfolgt nach den Vorschriften des VwVG.			Auslandsvertretung (§ 71 Absatz 2) der zuständigen Ausländerbehörde unverzüglich mitzuteilen. Auf Grund der entsprechenden Mitteilung kann sie ihrer Unterrichts- und Auskunftspflicht nach § 68 Absatz 4 im Leistungsfall nachkommen und der Verpflichtungsgeber kann haftbar gemacht werden.
68.2.1.2.2	Die Verpflichtungserklärung eines Dritten, der im Ausland lebt, nimmt die für den gewöhnlichen Aufenthalt des sich Verpflichtenden zuständige Auslandsvertretung entgegen (siehe Nummer 68.1.2). Die Mehrfertigung der Verpflichtungserklärung (mit Originalunterschriften) ist zu den Akten der Ausländerbehörde oder der Auslandsvertretung zu nehmen.	68.4	Unterrichtungs- und Auskunftspflicht der Ausländerbehörde	Nach § 68 Absatz 4 besteht eine Unterrichts- und Auskunftspflicht der Ausländerbehörde gegenüber dem Leistungsträger, dem auf Anforderung, bei Kenntnis von Sozialleistungsbezug von Amts wegen, die Mehrfertigung der Verpflichtungserklärung übersandt wird. Die Ausländerbehörde hat zudem zu prüfen, ob wegen der Inanspruchnahme öffentlicher Mittel eine für die Erteilung, die Verlängerung oder die Bestimmung der Geltungsdauer des Aufenthaltstitels wesentliche Voraussetzung entfallen ist und ob aufenthaltsrechtliche Maßnahmen zu ergreifen sind (z. B. Ausweisung, nachträgliche zeitliche Beschränkung des Aufenthaltstitels oder des genehmigungsfreien Aufenthalts).
68.2.1.3	Ist die Verpflichtungserklärung zur Vorlage in einem Visumverfahren bestimmt und ist sie gegenüber der Ausländerbehörde abgegeben worden, hat der Ausländer das Original der Verpflichtungserklärung bei der zuständigen Auslandsvertretung mit dem Visumantrag vorzulegen. Wird das Visum erteilt, händigt die Auslandsvertretung dem Ausländer das Original der Verpflichtungserklärung zum Zwecke der Vorlage bei der Grenzbehörde im Rahmen des Grenzübertritts aus.	69	Zu § 69 – Gebühren	
68.2.2	Die Forderung auf Grund einer Verpflichtungserklärung ist nach Maßgabe des VwVG vollstreckbar. Danach hat grundsätzlich ein Leistungsbescheid durch den Leistungsträger zu ergehen (§ 3 Absatz 2 Buchstabe a) VwVG), dem dann die Anordnung der Vollstreckung folgt, wobei allerdings weder Bestandskraft noch Sofortvollzug des Leistungsbescheids für die nachfolgende Einleitung der Vollstreckung durch Vollstreckungsanordnung erforderlich sind (vgl. § 3 Absatz 2 Buchstabe c) VwVG). Das Prinzip der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung und das Gebot, bei Aufstellung und Vollzug des Haushaltsplans die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu beachten (vgl. § 6 Absatz 1 HGrG), verlangen von der Verwaltung, die ihr zustehenden Forderungen regelmäßig durchzusetzen. Somit ist der Verpflichtete i. d. R. (etwa bei privaten Besuchsaufenthalten) durch Leistungsbescheid zur Erstattung heranzuziehen, ohne dass Raum für Ermessenserwägungen besteht. Bei atypischen Gegebenheiten ist demgegenüber im Wege des Ermessens zu entscheiden, in welchem Umfang der Anspruch geltend gemacht werden soll.	69.1	Erhebung von Gebühren und Auslagen für ausländerrechtliche Amtshandlungen	Für Amtshandlungen nach dem Aufenthaltsgesetz und den zur Durchführung dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen werden Gebühren und Auslagen (Kosten) i. S. d. VwKostG nach Maßgabe von § 69 i. V. m. §§ 44 ff. AufenthV erhoben. Dies gilt nicht für Amtshandlungen der Arbeitsverwaltung nach §§ 39 bis 42. Kosten i. S. v. § 69 Absatz 1 können nicht nach landesrechtlichen Vorschriften erhoben werden. Bei den Gebühren für ausländerrechtliche Amtshandlungen handelt es sich um öffentliche Kosten i. S. v. § 80 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 VwGO. Die Kosten nach § 69 Absatz 1 werden erforderlichenfalls im Verwaltungsvollstreckungsverfahren beigetrieben.
68.2.3	Die Geltendmachung des (öffentlich-rechtlichen) Erstattungsanspruchs obliegt nicht der Ausländerbehörde, sondern dem Leistungsträger, der dem Ausländer Leistungen gewährt.	69.2	Anwendung des VwKostG	Nicht belegt
68.3	Unterrichtungspflicht der Auslandsvertretung Wird im Visumverfahren eine Verpflichtungserklärung abgegeben, ist dies von der deutschen	69.3	Höchstsätze Der Gesetzgeber hat dem Ordnungsgeber die Bemessung der Gebührentatbestände und der Gebührensätze bis zu den gesetzlichen Höchstgrenzen überlassen. Durch die §§ 44 bis 51 AufenthV werden die ausländerrechtlichen Gebührentatbestände abschließend bestimmt.	
		69.4	Zuschläge für Amtshandlungen Nach § 69 Absatz 4 können für bestimmte gebührenpflichtige Amtshandlungen Zuschläge erhoben werden.	

69.5 Bearbeitungsgebühren

Die Erhebung einer Bearbeitungsgebühr für gebührenpflichtige Amtshandlungen i. S. v. § 69 Absatz 5 ist in § 49 AufenthV geregelt. Die Bearbeitungsgebühr kann bereits vor Erlass des gebührenpflichtigen Verwaltungsakts bei Antragstellung erhoben werden (Vorschusszahlung). Ist ein Antragsteller von der Gebühr für die von ihm beantragte Amtshandlung befreit (§ 52 Absatz 1 bis 3, § 53 Absatz 1, 1. Halbsatz und § 49 AufenthV), entfällt für ihn insoweit auch die Bearbeitungsgebühr. Soweit eine Ermessensentscheidung über Befreiungen bzw. Ermäßigungen möglich ist, gilt dasselbe für die Bearbeitungsgebühr.

69.6 Widerspruchsgebühren

69.6.1 Die Festsetzung der Widerspruchsgebühr erfolgt im Widerspruchsbescheid.

69.6.2 Wird die Widerspruchsgebühr nach § 69 Absatz 6 als Vorschuss erhoben, sollte in die Grundverfügung ein entsprechender Hinweis aufgenommen werden.

70 Zu § 70 – Verjährung

70.1 Verjährungsfrist

§ 70 Absatz 1 enthält eine allgemeine Verjährungsregelung, wonach die Ansprüche auf die in § 67 Absatz 1 und 2 genannten Kosten (siehe Nummer 67.1) sechs Jahre nach Fälligkeit verjähren. Dabei handelt es sich um Kosten im Zusammenhang mit einer Abschiebung (§ 58), Zurückschiebung (§ 57), Zurückweisung (§ 15) oder die Durchsetzung einer räumlichen Beschränkung (§ 12 Absatz 3, § 61 Absatz 1, § 71 Absatz 5). Für Gebühren und Auslagen gelten die allgemeinen Regeln über die Verjährung von Verwaltungskosten (§ 20 VwKostG). In diesen Fällen verjährt der Anspruch auf Zahlung von Kosten nach § 20 Absatz 1 Satz 1 VwKostG nach drei Jahren, spätestens mit dem Ablauf des vierten Jahres nach der Entstehung. Die Verjährung von Ansprüchen beginnt mit dem Ablauf des Kalenderjahres, in dem der Anspruch fällig geworden ist. Die Fälligkeit der Kostenschuld für Gebühren und Auslagen richtet sich nach § 17 VwKostG. Die Zahlungsverjährung für Gebühren und Auslagen wird durch die Aussetzung der Vollziehung gemäß § 20 Absatz 3 VwKostG unterbrochen.

70.2 Verjährungsunterbrechung

70.2.1 Die Regelung der Verjährungsunterbrechung nach § 70 Absatz 2 erfasst Ansprüche nach § 66 und § 69. Für Gebühren und Auslagen nach § 69 gelten die allgemeinen Regeln über die Verjährungsdauer von Verwaltungskosten (§ 20 VwKostG). Außer den in § 70 Absatz 2 genannten Gründen gelten für die Unterbrechung der Verjährung die Gründe nach § 20 Absatz 3 VwKostG. Danach wird die Verjährung unterbrochen durch

- schriftliche Zahlungsaufforderung,
- Zahlungsaufschub,
- Stundung (vgl. § 19 VwKostG),
- Aussetzen der Vollziehung,
- Sicherheitsleistung (vgl. § 66 Absatz 5 Satz 1, § 16 VwKostG),
- eine Vollstreckungsmaßnahme in Bezug auf die Einziehung des Betrags,
- Vollstreckungsaufschub,
- Anmeldung im Insolvenzverfahren,
- Ermittlungen des Kostengläubigers über Wohnsitz und Aufenthalt des Kostenschuldners oder
- Aufenthalt des Kostenschuldners im Ausland oder weil sein Aufenthalt wegen Vernachlässigung einer gesetzlichen Melde- oder Anzeigepflicht nicht festgestellt werden kann (§ 70 Absatz 2).

70.2.2

Hält sich der Kostenschuldner nicht im Bundesgebiet auf und ist dessen Anschrift im Ausland bekannt, besteht die Möglichkeit, ihm den Leistungsbescheid nach Bundes- bzw. Landesrecht im Ausland zuzustellen. Kann der Aufenthalt des Kostenschuldners nicht festgestellt werden, kommt hilfsweise eine öffentliche Zustellung des Leistungsbescheids in Betracht. Die Kosten und Gebühren nach §§ 66 und 69 sind zur Bezahlung geltend zu machen, wenn der Ausländer einen Visumantrag stellt oder in das Bundesgebiet wieder eingereist ist.

71

Zu § 71 – Zuständigkeit

71.1

Zuständigkeit der Ausländerbehörden

71.1.1

Sachliche Zuständigkeit

71.1.1.0

Die Ausländerbehörden sind generell zuständig für alle aufenthalts- und passrechtlichen Maßnahmen nach dem Aufenthaltsgesetz und den hierzu ergangenen Vorschriften sowie nach ausländerrechtlichen Bestimmungen in anderen Gesetzen i. S. v. § 1 Absatz 1 und den hierzu jeweils ergangenen Vorschriften (§ 71 Absatz 1).

71.1.1.1

Zu den aufenthaltsrechtlichen Maßnahmen gehören auch die Zurückschiebung, die Abschiebung einschließlich deren Vorbereitung (z. B. Beschaffung von Heimreisedokumenten, Flugtickets, Festlegung des Reiseweges), Sicherung (z. B. Festnahme des Ausländers) und Durchführung sowie das Verbot der Ausreise und die Durchsetzung der Verlassenspflicht. Die Zuständigkeit der Ausländerbehörde für diese Maßnahmen lässt die vollstreckungsrechtlichen Vorschriften der Länder unberührt (zur Kostenerhebung vgl. § 67 Absatz 3).

71.1.1.2

Für die Zurückschiebung besteht eine gleichwertige Zuständigkeit zwischen den Ausländerbehörden, den Grenzbehörden und den Polizeien der Länder (§ 71 Absatz 1, Absatz 3 Nummer 1 und Absatz 5). Die Grenzbehörden

- sind für die Zurückschiebung an der Grenze zuständig. Die Polizeien der Länder sind neben den Ausländerbehörden für die Zurückschiebung originär zuständig. § 71 Absatz 5 erfordert grundsätzlich keine Beteiligung oder Mitwirkung der Ausländerbehörde (siehe Nummer 71.5.6), eine Unterrichtung der Ausländerbehörde ist jedoch sinnvoll. Im Einzelfall ist die Behörde zuständig, bei deren Aufgabenerfüllung eine Zurückschiebung geboten ist.
- 71.1.1.3 Die Zuständigkeit für passrechtliche Maßnahmen umfasst insbesondere die Ausstellung, Verlängerung und Einziehung von deutschen Passersatzpapieren gemäß § 4 AufenthV (z. B. Reiseausweis für Ausländer, Notreiseausweis, Reiseausweis für Flüchtlinge, Reiseausweis für Staatenlose). Zu den ausweisrechtlichen Maßnahmen gehören die Ausstellung und Einziehung des Ausweisersatzes (§ 48 Absatz 2) und der Bescheinigung über die Aufenthaltsgestattung, sofern der Asylsuchende nicht (mehr) verpflichtet ist, in einer Aufnahmeeinrichtung zu wohnen (§ 63 Absatz 3 AsylVfG).
- 71.1.1.4 Die Ausländerbehörden können auch für Maßnahmen und Entscheidungen nach ausländerrechtlichen Bestimmungen in anderen Gesetzen i. S. v. § 1 Absatz 1 zuständig sein (z. B. SDÜ, § 19 AsylVfG; zur Zuständigkeit des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge vgl. § 5 Absatz 1 Satz 2 AsylVfG).
- 71.1.1.5 Durch Landesrecht wird bestimmt, welche Behörden Ausländerbehörden i. S. v. § 71 Absatz 1 sind.
- 71.1.2 Örtliche Zuständigkeit
- 71.1.2.1 Die örtliche Zuständigkeit der Ausländerbehörden wird durch Landesrecht bestimmt (z. B. LVwVfG; besondere Zuständigkeitsverordnung; Regelung in den Polizeigesetzen der Länder), soweit Bundesrecht keine besonderen Regelungen enthält (z. B. § 51 Absatz 2 Satz 3). Einzelne Aufgaben können nach Landesrecht auf eine oder mehrere bestimmte Ausländerbehörden übertragen werden (§ 71 Absatz 1 Satz 2).
- 71.1.2.2 Stellt das Landesrecht hinsichtlich der örtlichen Zuständigkeit der Ausländerbehörden auf den gewöhnlichen Aufenthalt des Ausländers als Tatbestandsmerkmal ab, ist für die Bestimmung des gewöhnlichen Aufenthaltsorts maßgebend, wo der Ausländer sich unter Umständen aufhält, die erkennen lassen, dass er an diesem Ort oder in diesem Gebiet nicht nur vorübergehend verweilt. Auf den Willen zur ständigen Niederlassung kommt es nicht an. Im Allgemeinen hat der Ausländer dort seinen gewöhnlichen Aufenthalt, wo er seine alleinige Wohnung oder Hauptwohnung im melderechtlichen Sinne hat. Der Begriff der Hauptwohnung im melderechtlichen Sinne ist jedoch nicht mit dem Begriff des Mittelpunkts der Lebensbeziehungen deckungsgleich.
- 71.1.2.3 Nimmt ein Ausländer seinen gewöhnlichen Aufenthalt erlaubt im Bezirk einer anderen Ausländerbehörde und geht dadurch die Zuständigkeit auf die andere Ausländerbehörde über, erstreckt sich der Zuständigkeitswechsel auch auf bereits anhängige Verwaltungsverfahren, es sei denn, die Entscheidung der zuerst zuständigen Ausländerbehörde ist bereits ergangen (siehe Nummer 71.1.3).
- 71.1.2.4 In Fällen, in denen der Ausländer (z. B. Grenzarbeitnehmer) keinen gewöhnlichen Aufenthalt im Bundesgebiet mehr besitzt, sich aber weiterhin in dem Land seines früheren gewöhnlichen Aufenthalts aufhält, bestimmt sich die örtliche Zuständigkeit nach den Vorschriften dieses Landes.
- 71.1.2.5 Wird ein Aufenthalt entgegen einer räumlichen Beschränkung oder einer Wohnsitzauflage begründet, beschränkt sich die Zuständigkeit der für den Ort des Aufenthalts zuständigen Ausländerbehörde auf die Durchsetzung unaufschiebbarer Maßnahmen. Unaufschiebbare Maßnahmen, für die sich nach Landesrecht eine so genannte Eilzuständigkeit ergeben kann, sind insbesondere
- die Zurückschiebung und die Abschiebung, wenn sie anderenfalls vereitelt oder wesentlich erschwert würden,
 - die Beantragung von Abschiebungshaft (§ 62), soweit dies von der zuständigen Ausländerbehörde nicht oder nicht rechtzeitig erfolgen kann,
 - die Einbehaltung des Passes (§ 48 Absatz 1) sowie
 - die Durchsetzung der räumlichen Beschränkung.
- 71.1.2.6 Die Befugnis zur Ingewahrsamnahme des Ausländers mit dem Ziel der Beantragung von Abschiebungs- oder Zurückschiebungshaft richtet sich nach § 62 Absatz 4 (vgl. Nummer 58.0.0 und 62.4). Die Befugnis zur Durchsetzung der räumlichen Beschränkung durch Behörden der Länder richtet sich nach Landesrecht.
- 71.1.2.7 Die Zuständigkeit der Ausländerbehörden nach § 71 Absatz 1 umfasst auch die Prüfung, ob insbesondere bei unaufschiebbaren Maßnahmen eine andere Ausländerbehörde mit der Aufgabenerledigung im Wege der Amtshilfe betraut wird. Bei dieser Prüfung sind im Rahmen der Abschiebung neben den verfahrensrechtlichen Vorschriften über die Amtshilfe folgende Gesichtspunkte maßgebend:
- 71.1.2.7.1 – Soweit die Abschiebung voraussichtlich innerhalb von längstens zwei Wochen (vgl. § 62 Absatz 2 Satz 2) vollzogen werden kann, würde eine Rückführung des Ausländers in den Bezirk der nach Landesrecht örtlich zuständigen Ausländerbehörde zu einer vermeidbaren Verzögerung führen. Deshalb hat in diesen Fällen die Ausländerbehörde des Aufgriffsortes die weiteren im Bundesgebiet zur Sicherung der Abschie-

- bung erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Dazu gehören die Beantragung und der Vollzug der Abschiebungshaft und die Überführung des Ausländers bis zur Grenzbehörde. Die Buchung des Beförderungsmittels für die Abschiebung ist keine unaufschiebbare Maßnahme. Insoweit wird die Ausländerbehörde des Aufgriffsortes stets im Wege der Amtshilfe tätig.
- 71.1.2.7.2 – Soweit auf Antrag der Ausländerbehörde des Aufgriffsortes die Abschiebungshaft angeordnet und länger als eine Woche vollstreckt wird und weitere Maßnahmen zur Beendigung des Aufenthalts erforderlich sind, veranlasst diese Behörde insbesondere dann die Durchführung der Abschiebung, wenn nur sie gegenüber den Vollstreckungsbeamten nach Landesrecht den Vollstreckungsauftrag erteilen kann.
- 71.1.2.7.3 – Sobald sich herausstellt, dass die Abschiebung voraussichtlich nicht innerhalb von drei Monaten durchgeführt werden kann, endet grundsätzlich eine Amtshilfpflicht zur Abschiebung. Der Ausländer kann der zuständigen Ausländerbehörde rücküberstellt werden; die Modalitäten sind zwischen der örtlich zuständigen Ausländerbehörde und der die Amtshilfe leistenden Ausländerbehörde zu klären. Die Länder Berlin, Bremen und Hamburg (Stadtstaaten) können von dieser Möglichkeit Gebrauch machen, wenn die Sicherungshaft (§ 62 Absatz 2) bereits vier Wochen dauert. Es ist jedoch sicherzustellen, dass die Abschiebung nicht vereitelt, erschwert oder verzögert wird.
- 71.1.2.8.1 Für Asylantragsteller ist nach Maßgabe des AsylVfG die Ausländerbehörde zuständig, in deren Bezirk der Ausländer zu wohnen verpflichtet ist. Die Zuständigkeit für die Durchsetzung der Verlassenspflicht richtet sich bei Asylbewerbern nach § 59 Absatz 3 AsylVfG. Durch die Ausweisung eines Ausländers wird unbeschadet landesrechtlicher Vorschriften nicht die Zuständigkeit zur Vollstreckung einer vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge oder von einer anderen Ausländerbehörde erlassenen, von der Ausweisung unabhängigen Abschiebungsandrohung begründet.
- 71.1.2.8.2 Stellt der Ausländer während der Abschiebungshaft einen Asylerstantrag oder wird auf Grund eines Asylfolgeantrages ein weiteres Asylverfahren durchgeführt, ist der Ausländer mit Ausnahme der in § 14 Absatz 3 AsylVfG genannten Fälle aus der Abschiebungshaft zu entlassen und an die zuständige Aufnahmeeinrichtung weiterzuleiten (siehe Nummer 50.1.2.1 Satz 2, 5. Spiegelstrich und § 19 Absatz 1 AsylVfG). Solange das Asylverfahren (einschließlich des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens) nicht unanfechtbar abgeschlossen ist, hat die Behörde des Aufgriffsortes den Ausländer nach der Haftentlassung in die jeweils zuständige Aufnahmeeinrichtung zu verbringen. Sofern das Asylverfahren innerhalb der Haftzeit unanfechtbar abgeschlossen wird, wird der Ausländer nach seiner Entlassung an die zuständige Ausländerbehörde verwiesen, die den Ausländer aufgegriffen und in Haft gebracht hat bzw. in deren Zuständigkeitsbereich die Festnahme erfolgte.
- 71.1.2.8.3 § 71 Absatz 7 Satz 2 AsylVfG weist unabhängig von einer landesrechtlichen Zuständigkeitsregelung auch der Ausländerbehörde Aufgaben zu, in deren Bezirk sich der Asylfolgeantragsteller aufhält. Diese Vorschrift gilt nur für Ausländer, die einen Asylfolgeantrag gestellt haben und deren Aufenthaltsbeendigung ohne erneute Abschiebungsandrohung oder -anordnung zulässig ist. Die Zuständigkeit der Behörde des Aufgriffsortes ist beschränkt auf Maßnahmen zur Sicherung und Durchführung der Aufenthaltsbeendigung oder der Durchsetzung der Verlassenspflicht nach § 12 Absatz 3 (siehe Nummer 71.1.4.4).
- 71.1.2.8.4 Die Zuständigkeit erstreckt sich nicht auf die Erteilung einer Duldung und die Beförderung des Ausländers von der Grenzübergangsstelle zum Zielort der Abschiebung im Ausland; insoweit wird auch die nach § 71 Absatz 7 Satz 2 AsylVfG zuständige Ausländerbehörde in Amtshilfe für die nach Nummer 71.1.2.8.1 Satz 1 zuständige Behörde auf Grund einer Kostenübernahmeerklärung tätig.
- 71.1.2.8.5 Die Ausländerbehörde des Aufgriffsortes (§ 71 Absatz 7 Satz 2 AsylVfG) kann sich ihrer Zuständigkeit durch Überstellung an die im übrigen zuständige Ausländerbehörde begeben; von dieser Möglichkeit kann grundsätzlich jedoch nur unter denselben Voraussetzungen Gebrauch gemacht werden, unter denen außerhalb der Fälle des § 71 Absatz 7 Satz 2 AsylVfG die Ausländerbehörde des Aufgriffsortes die Amtshilfe ablehnen kann (siehe Nummer 71.1.2.7.3).
- 71.1.3 Zuständigkeit bei Ortswechsel
- 71.1.3.1 Geht die Zuständigkeit nach einem ordnungsgemäßen Ortswechsel des Ausländers auf eine andere Ausländerbehörde über, hat diese Ausländerbehörde über den Antrag auf einen Aufenthaltstitel zu entscheiden, der bei der früher zuständigen Ausländerbehörde gestellt und über den noch nicht entschieden worden ist. Die nunmehr zuständige Ausländerbehörde hat die Ausländerakte bei der früher zuständigen Ausländerbehörde nach amtlichem Muster anzufordern. Der Ausländer ist von der Ausländerbehörde des Zuzugsorts über den Wechsel der Zuständigkeit zu unterrichten.
- 71.1.3.2 Beantragt der Ausländer einen Aufenthaltstitel und ist danach sein neuer Aufenthaltsort nicht feststellbar, ist der Antrag auch wegen fehlenden Sachbescheidungsinteresses abzulehnen. Erfolgt ein Wechsel der Zuständigkeit erst nach Ablehnung eines Antrags auf Erteilung eines

	Aufenthaltstitels und ist eine Entscheidung in der Widerspruchssache noch nicht getroffen worden, kommt eine von der bisherigen Entscheidung abweichende Entscheidung durch die neu zuständige Ausländerbehörde nur im Einvernehmen mit der bisher zuständigen Ausländerbehörde in Betracht (z. B. nach Änderung der Sach- und Rechtslage).		Absatz 2) sowie für alle erforderlichen unaufschiebbaren Maßnahmen zuständig (Festnahme, Beantragung der Haft zur Sicherung der Zurückschiebung). Kommen die in § 71 Absatz 3 Nummer 1 genannten Maßnahmen nicht in Betracht, gilt:
71.1.3.3	Ob eine Zuwiderhandlung gegen eine räumliche Beschränkung des Aufenthalts Auswirkungen auf die örtliche Zuständigkeit hat, richtet sich nach den landesrechtlichen Regelungen. Der Ausländer unterliegt in diesen Fällen der Verlassenspflicht nach § 12 Absatz 3 bzw. § 59 AsylVfG mit dem Ziel der Rückkehr in den Bereich der räumlichen Beschränkung des Aufenthalts.	71.1.4.5.1	– Die örtliche Zuständigkeit richtet sich nach den landesrechtlichen Vorschriften, die für die Ausländerbehörde gelten, in deren Bezirk der Ausländer aufgegriffen oder überstellt wird.
71.1.4	Zuständigkeit im Falle der zwischenzeitlichen Ausreise	71.1.4.5.2	– Sofern die Zuständigkeit der während des früheren Aufenthalts im Bundesgebiet zuständigen Ausländerbehörde in den Fällen des § 50 Absatz 4 fortbesteht, werden andere Ausländerbehörden (z. B. des Aufgriffs-, Überstellungs- oder Haftorts) nur im Wege der Amtshilfe tätig (siehe Nummer 71.1.2.5).
71.1.4.1	Grundsätzlich endet die Zuständigkeit der Ausländerbehörde, wenn der Ausländer seine Ausreisepflicht erfüllt hat (§ 50 Absatz 1) oder in den Fällen des § 51 Absatz 1 Nummer 6 und 7. Hinsichtlich eines Wiedereinreisebegehrens richtet sich die Zuständigkeit nach § 71 Absatz 2.	71.1.4.5.3	– Wird durch die Grenzbehörde Haft zur Sicherung der Zurückschiebung beantragt, ist in den Fällen einer Asylfolgeantragstellung die Ausländerbehörde, deren Bezirk den Haftort umfasst, nach der Inhaftierung des Ausländers gemäß § 71 Absatz 7 Satz 2 AsylVfG auch zuständige Behörde. Eine Zuständigkeit der Ausländerbehörde des Aufgriffs- bzw. Überstellungsorts nach § 71 Absatz 7 Satz 2 AsylVfG wird nur begründet, wenn der Ausländer sich im Zeitpunkt der Folgeantragstellung in deren Bezirk aufhält. Die nach § 71 Absatz 7 Satz 2 AsylVfG auch zuständige Behörde kann sich ihrer Zuständigkeit nur unter den Voraussetzungen entledigen, unter denen hinsichtlich der weiteren Durchführung der Aufenthaltsbeendigung die Amtshilfe abgelehnt werden kann (siehe Nummer 71.1.2.7.3).
71.1.4.2	Bei unerlaubter Wiedereinreise (§ 14 Absatz 1) nach einem früheren Aufenthalt im Bundesgebiet sind für die Zurückschiebung neben der Grenzbehörde (§ 71 Absatz 3) auch die Ausländerbehörden (z. B. Ausländerbehörde des Aufgriffsortes) und die Polizeien der Länder nach Landesrecht örtlich zuständig. In diesem Fall ist unerheblich, welche Ausländerbehörde vor der Ausreise des Ausländers aus dem Bundesgebiet zuständig war.	71.1.4.6.1	Ein erfolgloser Ausreiseversuch (d. h. der Ausländer ist nicht in der Lage, der Ausreisepflicht nachzukommen, weil er bei der Einreise in einen anderen Staat an der Grenze zurückgewiesen und etwa der Grenzbehörde überstellt wird) führt zu keiner Beendigung oder Unterbrechung des Aufenthalts im Bundesgebiet und damit unbeschadet landesrechtlicher Vorschriften auch zu keiner Änderung der bisherigen Zuständigkeit.
71.1.4.3	Die Ausschreibung eines abgeschobenen Ausländers im INPOL und SIS begründet unbeschadet landesrechtlicher Regelungen keine Zuständigkeit der ausschreibenden Ausländerbehörde für Maßnahmen gegen den Ausländer im Falle seiner unerlaubten Wiedereinreise.	71.1.4.6.2	Wird der Ausländer nach erfolglosem Ausreiseversuch durch die Grenzbehörde aufgegriffen, ist diese für die in § 71 Absatz 3 Nummer 1 genannten Maßnahmen zuständig. Die örtliche Zuständigkeit für die Abschiebung richtet sich nach den landesrechtlichen Vorschriften, die bis zum Scheitern des Ausreiseversuchs Anwendung gefunden haben. Ist die Ausländerbehörde des Aufgriffsortes danach nicht zuständig, kann diese lediglich im Wege der Amtshilfe mit weiteren unaufschiebbaren Maßnahmen betraut werden (siehe Nummer 71.1.2.5 ff.).
71.1.4.4	Eine Zuständigkeit der während des früheren Aufenthalts des Ausländers zuständigen Ausländerbehörde besteht fort in den Fällen des § 71 Absatz 7 Satz 1 AsylVfG. Die Ausländerbehörde des Aufgriffsortes (§ 71 Absatz 7 Satz 2 AsylVfG) kann sich in diesen Fällen ihrer Zuständigkeit nur entledigen, wenn aus besonderen Gründen (z. B. wegen einer Anhörung bei der zuständigen Außenstelle des Bundesamtes) eine Überstellung erforderlich ist; im Übrigen kann sie sich ihrer Zuständigkeit nur unter den Voraussetzungen begeben, unter denen die Amtshilfe hinsichtlich der weiteren Durchführung der Aufenthaltsbeendigung nicht in Betracht kommt (siehe Nummer 71.1.2.7.3).		
71.1.4.5	In den Fällen des Aufgriffs durch die Grenzbehörde sowie der Rücküberstellung an die Grenzbehörde durch andere Staaten ist die Grenzbehörde für die Zurückschiebung (§ 57		

71.1.5	Zuständigkeit in Fällen eines Auslandsaufenthalts			der Auslandsvertretung ist nur für Ausländer gegeben, die sich im Ausland aufhalten. Die Zuständigkeit der Auslandsvertretung entfällt daher, wenn der Ausländer in das Bundesgebiet zum Zweck der Aufenthaltsnahme eingereist ist. Für die Erteilung von Schengen-Visa sind neben den deutschen Auslandsvertretungen auch die Auslandsvertretungen der Schengener Vertragsstaaten nach Maßgabe des SDÜ zuständig. Für die Verlängerung eines Visums nach der Einreise des Ausländers ist die Ausländerbehörde zuständig (§ 6 Absatz 3). Unterhält die Bundesrepublik Deutschland in einem Staat keine oder keine zur Visumerteilung ermächtigte Auslandsvertretung oder kann die zuständige Auslandsvertretung vorübergehend keine Visa erteilen, richtet sich die Zuständigkeit für die Visumerteilung zu kurzfristigen Aufenthalten nach der Vertretungsregelung der Schengen-Staaten.
71.1.5.1	Für die Bestimmung der Wiedereinreisefrist nach der Ausreise nach § 51 Absatz 1 Nummer 7 ist grundsätzlich die Ausländerbehörde zuständig, in deren Bezirk der Ausländer zuletzt seinen gewöhnlichen Aufenthalt hatte. Fehlt es an einem gewöhnlichen Aufenthalt, ist die Ausländerbehörde zuständig, die den Aufenthaltstitel zuletzt erteilt oder verlängert hat.			
71.1.5.2	Für die Befristungsentscheidung nach § 11 Absatz 1 Satz 3 ist, sofern eine Ausweisung verfügt worden ist, grundsätzlich die Ausländerbehörde zuständig, die diese Maßnahme erlassen hat (vgl. Nummer 11.1.3.2.1). Ist keine Ausweisung, jedoch – ggf. mehrfach – eine Abschiebung oder Zurückschiebung erfolgt, ist die Behörde zuständig, die zuletzt die Abschiebung oder Zurückschiebung veranlasst hat.			
71.1.5.3	Für die Erteilung der Betretenserlaubnis (§ 11 Absatz 2) ist die Ausländerbehörde zuständig, in deren Bezirk sich der Ausländer aufhalten will. Nach § 72 Absatz 1 Satz 2 ist die Ausländerbehörde, die den Ausländer ausgewiesen, zurückgeschoben oder abgeschoben hat, in der Regel zu beteiligen (vgl. Nummer 72.1.1 f.).	71.2.2		Das Visum kann mit Ermächtigung der zuständigen Auslandsvertretung oder des Auswärtigen Amtes ausnahmsweise auch von einer anderen als der für den gewöhnlichen Aufenthaltsort des Ausländers zuständigen Auslandsvertretung erteilt werden.
71.1.5.4	Für Seeleute, die sich nicht im Bundesgebiet aufhalten, ist die Ausländerbehörde zuständig, in deren Bezirk die Reederei ihren Sitz hat, die sie beschäftigt. Für Maßnahmen und Entscheidungen gegenüber Seeleuten ohne gewöhnlichen Aufenthalt im Bundesgebiet ist die Ausländerbehörde des von dem Schiff angelaufenen Hafens zuständig.	71.2.3		Die Zuständigkeit der Auslandsvertretungen gemäß Nummer 71.2.1 umfasst auch Anordnungen nach § 47, die Rücknahme und den Widerruf eines Visums, die Feststellung, dass ein Aufenthaltstitel nach § 51 Absatz 1 Nummer 6 oder 7 erloschen ist, sowie die Feststellung und Bescheinigung, dass ein Ausländer für die Einreise und den Aufenthalt vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit ist.
71.1.6	Zuständigkeit für die Kostenerfassung Die Behörde, die im Wege der Amtshilfe oder nach § 71 Absatz 7 Satz 2 AsylVfG für die Sicherung und Durchführung der Abschiebung eines Ausländers tätig wird, hat alle von einem privaten Kostenschuldner (§ 66 Absatz 1 bis 4) zu tragenden Kosten zu erfassen und diese Kostenaufstellung der für die Maßnahme örtlich zuständigen Ausländerbehörde zuzuleiten. Diese Ausländerbehörde fertigt eine Gesamtaufstellung über alle Kosten, die der Kostenschuldner nach § 67 Absatz 1 und 2 zu erstatten hat. Die Amtshilfe umfasst auch die Anordnung einer Sicherheitsleistung (§ 66 Absatz 5). Der Leistungsbescheid (§ 67 Absatz 3) wird – soweit erforderlich – von der für die Maßnahme zuständigen Ausländerbehörde erlassen (vgl. auch Nummer 67.3.2.2.1 bis 67.3.3).	71.2.4		Belastende Verwaltungsakte der deutschen Auslandsvertretungen sind nach § 68 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 VwGO nicht mit dem Widerspruch angreifbar (vgl. § 52 Nummer 2 Satz 4 VwGO hinsichtlich der örtlichen Zuständigkeit des Verwaltungsgerichts im Klageverfahren).
71.2	Zuständigkeit der deutschen Auslandsvertretungen	71.3		Zuständigkeit der mit der polizeilichen Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs betrauten Behörden
71.2.1	Über die Erteilung eines Visums (nationales Visum, Schengen-Visum) entscheiden die vom Auswärtigen Amt zur Visumerteilung ermächtigten diplomatischen oder berufskonsularischen Vertretungen (Auslandsvertretungen), in deren Amtsbezirk der Ausländer seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. Die Zuständigkeit	71.3.0		Die ausländerrechtliche Zuständigkeit der mit der polizeilichen Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs betrauten Behörden (Grenzbehörden) regelt § 71 Absatz 3 Nummer 1 bis 8 und Absatz 4. Dies umfasst auch die Eintragung von Kontrollstempeln in den Pass oder Passersatz.
		71.3.1.1		Für die Zurückweisung ist ausschließlich die Grenzbehörde zuständig (Absatz 3 Nummer 1; siehe Nummer 15.0.1).
		71.3.1.2.1		Die Grenzbehörde ist nach Absatz 3 Nummer 1 für die Zurückschiebung von Ausländern zuständig, die beim oder nach dem unerlaubten Grenzübertritt an der Grenze, d. h. im (Binnen-) Grenzraum sowie auf einem als Grenzübergangsstelle zugelassenen oder nicht zuge-

- lassenen Flughafen bzw. Flug- oder Landeplatz, See- oder Binnenhafen aufgegriffen werden (siehe Nummer 57.0.2; zur Zurückschiebung durch die Polizeien der Länder vgl. Nummer 71.5.1.1 f.). Die Grenzbehörde kann das Verfahren an die örtlich zuständige Ausländerbehörde abgeben, wenn die Zurückschiebung nicht innerhalb von einer Woche nach Beendigung der Zurückschiebungshaft durchgeführt werden kann. Soweit die Zuständigkeit einer Ausländerbehörde nach Nummer 71.1.2.1 nicht besteht, ist die Ausländerbehörde zuständig, in deren Bezirk der Ausländer aufgegriffen wurde.
- 71.3.1.2.2 Die Grenzbehörde ist auch zuständig für die Zurückschiebung von Ausländern, die in das Bundesgebiet bereits eingereist sind, sich danach weiter fortbewegen und in einem anderen Grenzraum oder auf einem als Grenzübergangsstelle zugelassenen oder nicht zugelassenen Flughafen bzw. Flug- oder Landeplatz, See- oder Binnenhafen angetroffen werden (z. B. Einreise über die deutsch-französische Grenze und Aufgriff des Ausländers an der deutsch-dänischen Grenze). Bei Asylbewerbern gelten §§ 18, 18a AsylVfG.
- 71.3.1.2.3 Die Grenzbehörde, die eine Zurückschiebung angeordnet hat, ist nach Absatz 3 Nummer 1 für die Befristungsentscheidung nach § 11 Absatz 1 Satz 3 zuständig. Die Ausländerbehörde, deren Zuständigkeit bestand oder besteht (in deren Bezirk sich der Ausländer aufhalten will), ist zu beteiligen (vgl. Nummer 11.1.3.2.2).
- 71.3.1.3.1 Die Rückführung i. S. v. Absatz 3 Nummer 1 ist die Begleitung eines Ausländers über die Grenze hinaus bis zum Zielort und Überstellung an die Grenzbehörde des Zielstaates aus Anlass der Zurückweisung, Zurückschiebung oder Abschiebung bzw. die Übernahme von Ausländern, die von einem anderen Staat nach Deutschland rückgeführt werden (siehe Nummer 57.2). Zur Rückführung gehört auch die so genannte Weiterschlebung (Durchbeförderung) des Ausländers, der von einem anderen Staat durch Deutschland in einen Drittstaat ab- oder zurückgeschoben wird.
- 71.3.1.3.2 Die Rückführung obliegt den Grenzbehörden, soweit nicht die für die aufenthaltsbeendende Maßnahme zuständige Behörde die Rückführung mit eigenen Kräften durchführt (siehe Nummer 57.0.3 und 71.1.1.1). Die Zuständigkeit der Behörde, die die Zurückschiebung oder Abschiebung angeordnet hat, endet nicht mit der Überstellung des Ausländers an die Grenzbehörde. Die Grenzbehörde ist jedoch für die ordnungsgemäße Durchführung der Maßnahme verantwortlich. Scheitert eine Rückführung, regelt die für die Zurückschiebung oder Abschiebung zuständige Behörde das weitere Verfahren.
- 71.3.1.4 Hinsichtlich der Festnahme und Beantragung von Haft, soweit es i. S. v. Absatz 3 Nummer 1 zur Vorbereitung und Sicherung vorstehender Maßnahmen erforderlich ist, siehe Nummer 62.3.4, 15.5 und 57.3.2.
- 71.3.2.1 Die Grenzbehörde ist nach § 71 Absatz 3 Nummer 2, § 14 Absatz 2 zuständig für die Erteilung von Ausnahme-Visa in Form von Schengen-Visa und von nationalen Visa sowie für die Erteilung eines Passersatzes. Gleiches gilt nach § 71 Absatz 3 Nummer 2 für die Aussetzung der Abschiebung nach § 60a Absatz 2a (vgl. Nummer 60a.2a.1).
- 71.3.2.2 Die Grenzbehörde hat einen Ausländer, dem ein Visum oder Passersatz an der Grenze versagt wird, auf die Möglichkeit einer Antragstellung bei der zuständigen Auslandsvertretung hinzuweisen (§ 83 Absatz 1 Satz 2). Hinsichtlich der Formerfordernisse wird auf § 77 Absatz 2 verwiesen.
- 71.3.3 Die Grenzbehörde ist zuständig für den Widerruf eines Visums
- 71.3.3.1 – auf Ersuchen einer deutschen Auslandsvertretung oder einer Auslandsvertretung eines anderen Schengen-Staates oder der für den künftigen Aufenthaltsort zuständigen Ausländerbehörde, die der Erteilung des (nationalen) Visums zugestimmt hat. Soll ein Visum nach § 71 Absatz 3 Nummer 3 Buchstabe b) auf Ersuchen einer Auslandsvertretung, die das Visum erteilt hat, widerrufen werden, so übermittelt die Auslandsvertretung ihren Widerrufsbescheid an das Bundespolizeipräsidium, damit die deutschen Grenzbehörden in Vollzugshilfe die Bekanntgabe und die weiteren erforderlichen Umsetzungsmaßnahmen vornehmen können. Im Übrigen bleibt es den Grenzbehörden unbenommen, alle sonstigen durch Auslandsvertretungen übermittelten Erkenntnisse und Informationen in eigene Entscheidungen einfließen zu lassen und über den Widerruf eines Visums nach pflichtgemäßem Ermessen zu entscheiden.
- 71.3.3.2 – in den Fällen des § 52 Absatz 1 Nummer 3 auch ohne Ersuchen der ausstellenden Behörde, wenn der Ausländer zugleich gemäß § 15 zurückgewiesen wird (z. B. auf Grund einer Ausschleibung zum Zweck der Einreiseverhinderung nach § 50 Absatz 7 oder Einreiseverweigerung nach Artikel 96 Absatz 3 SDÜ).
- 71.3.4.1 Für die Anordnung eines Ausreiseverbots ist grundsätzlich die Ausländerbehörde zuständig. Die Grenzbehörde ist dann zuständig, wenn dies zur Verhinderung der Ausreise an der Grenze erforderlich ist (siehe Nummer 46.2.4).
- 71.3.4.2 Die Zuständigkeit der Grenzbehörde für die Zurückweisung oder Zurückschiebung umfasst auch die Geltendmachung der Kosten nach Maßgabe des § 67 Absatz 3 durch einen Leistungsbescheid. Für die Anordnung einer Sicherheitsleistung gilt § 66 Absatz 5. Die Sicherheitsleistung kann auch die Kosten der Abschiebung umfassen (siehe Nummer 66.5.4.1 f.).

71.3.5	Die Grenzbehörde ist für die Prüfung zuständig, ob die in §§ 63 bis 65 genannten Pflichten eingehalten werden. Die Grenzbehörde ist auch für die Androhung, Anordnung und Beibehaltung von Zwangsgeld gegen Beförderungsunternehmer und die damit verbundenen Maßnahmen zuständig.				Numer 71.1.1.2), wenn aus Anlass ihrer Aufgabenwahrnehmung ein unerlaubt eingereister Ausländer aufgegriffen wird (z.B. anlässlich einer Personen- bzw. Verkehrskontrolle oder einer Razzia). Die Zuständigkeit umfasst auch die Vorbereitung, Sicherung und Durchführung der Zurückschiebung (z.B. Beschaffung von Heimreisedokumenten, Vorführung des Ausländers bei der Auslandsvertretung, Buchung der Heimreise, Erlass eines Leistungsbescheids, Transport zur Grenze, zur Justizvollzugsanstalt oder zum Flughafen). Zur Kostenerhebung siehe Nummer 71.5.4.1 und 67.3.0.2.3.
71.3.6	Nicht belegt.				
71.3.7	Entsprechend den Erfordernissen der Praxis ist die Zuständigkeit für die Beschaffung von Heimreisedokumenten für Ausländer einzelner Staaten beim Bundespolizeipräsidium konzentriert.				
71.3.8	Durch Nummer 8 wird klargestellt, dass die Grenzbehörden die durch Artikel 11 Anhang VIII Schengener Grenzkodex vorgesehenen Bescheinigungen über die Einreise erteilen dürfen. Diese Bescheinigungen sind bei fehlendem Einreisekontrollstempel zu erteilen, wenn Ort und Zeit der Einreise über eine Schengen-Außengrenze nachgewiesen werden. Die Zuständigkeit der Ausländerbehörden nach § 71 Absatz 1 bleibt unberührt.	71.5.1.2			Nach Wegfall der Grenzkontrollen an den Binnengrenzen der Schengen-Staaten kommt der Kontrolle von Ausländern im Inland im Hinblick auf die unerlaubte Einreise und den unerlaubten Aufenthalt eine besondere Bedeutung zu. Diese umfasst die Eintragung von Kontrollstempeln in den Pass oder Passersatz. Eine Zurückschiebung durch die Polizeien der Länder kommt danach insbesondere in Betracht, wenn sie anlässlich einer Personenkontrolle feststellen, dass ein Ausländer
71.4	Erkennungsdienstliche Maßnahmen Die Zuständigkeit der Ausländerbehörden, der Grenzbehörde und der Polizeien der Länder umfasst unbeschadet asylrechtlicher Vorschriften die Durchführung der auf Grund ausweisrechtlicher Pflichten im Einzelfall angezeigten Maßnahmen nach § 48 und der erkennungsdienstlichen Maßnahmen in ihrem Tätigkeitsbereich nach § 49 Absatz 2 bis 9. Für erkennungsdienstliche Maßnahmen im Rahmen der Verteilung nach § 15a sind auch die nach § 15a Absatz 1 Satz 5 von den Ländern bestimmten Stellen zuständig. Für erkennungsdienstliche Maßnahmen bei der Beantragung eines nationalen Visums (§ 6 Absatz 4) sind die ermächtigten Auslandsvertretungen zuständig.	71.5.1.2.1	–	ohne erforderliches Visum unerlaubt eingereist ist (§ 14 Absatz 1 Nummer 2) oder	
		71.5.1.2.2	–	mit einem nationalen Aufenthaltstitel eines Schengen-Staates für einen Kurzaufenthalt eingereist ist, er jedoch zum Zeitpunkt der Einreise die weiteren Voraussetzungen nach Artikel 21 SDÜ nicht erfüllt, insbesondere weil er von einer deutschen Behörde (z.B. § 11 Absatz 1 i. V.m. Artikel 96 Absatz 3 SDÜ) oder einer Behörde eines anderen Schengen-Staates (Artikel 96 Absatz 3 SDÜ) im SIS zur Einreiseverweigerung ausgeschrieben worden ist.	
71.5	Zuständigkeit der Polizeien der Länder	71.5.2.1		Die Polizeien der Länder sind unbeschadet landesrechtlicher Vorschriften im Rahmen der Abschiebung nur für die Durchführung dieser Maßnahme (Vollstreckung als Realakt) zuständig. Für eine Androhung, Ankündigung oder Anordnung der Abschiebung bleibt die Ausländerbehörde zuständig. Die Vollstreckungsbehörde erteilt nach Maßgabe landesrechtlicher Vorschriften den Polizeien der Länder den Vollstreckungsauftrag. Insoweit erfüllen die Polizeien der Länder die Funktion der Vollstreckungsbeamten.	
71.5.0	Auch die Polizeien der Länder sind zuständig für die – Zurückschiebung (§ 57), – Durchführung der Abschiebung (§ 58), – Durchsetzung der Verlassenspflicht nach § 12 Absatz 3, – Festnahme und Beantragung von Haft zum Zweck der Vorbereitung und Sicherung der Zurückschiebung oder Abschiebung (siehe Nummer 62.0.3.0).	71.5.2.2		Zur Durchführung der Abschiebung gehören Maßnahmen des Vollzugs einschließlich der Anwendung von Zwangsmitteln, insbesondere die Überstellung des Ausländers von dem von der Ausländerbehörde angegebenen Ort zur Grenzbehörde (z.B. Grenzübergangsstelle, Flughafen) und das Festhalten des Ausländers während der Überstellung (freiheitsbeschränkende Maßnahme), aber auch Sicherungs- und Vorbereitungsmaßnahmen wie die Beschaffung von Heimreisedokumenten, die Vorführung des Ausländers bei der Auslandsvertretung zum Zwecke der Ausstellung von Heimreisedokumenten (§ 82 Absatz 4), die Anordnung der	
71.5.1.1	Neben den Ausländerbehörden und der Grenzbehörde sind die Polizeien der Länder für die Zurückschiebung originär zuständig (siehe				

	Passvorlage und die vorübergehende Einbehaltung des Passes, Passersatzes oder Ausweisersatzes (§ 48 Absatz 1), die Anordnung einer Sicherheitsleistung (§ 66 Absatz 5) und das Durchsuchen des Ausländers und seiner Sachen nach Maßgabe landesrechtlicher Vorschriften.	71a
71.5.3	Die Polizeien der Länder sind originär für die Festnahme und Beantragung von Abschiebungs- und Zurückschiebungshaft zuständig.	
71.5.3.1	Die Festnahme richtet sich nach bundes- oder landesrechtlichen Vorschriften über die Ingewahrsamnahme von Personen (Ordnungs- bzw. Polizeirecht; vgl. aber § 62 Absatz 4 sowie Nummer 58.0.0 und 62.4). Sie kommt insbesondere zur Sicherung der Zurückschiebung oder Abschiebung in Betracht.	
71.5.3.2	Die Festnahme eines nach § 50 Absatz 7 zur Festnahme ausgeschriebenen Ausländers, ist nach Maßgabe des § 62 Absatz 4 zulässig (vgl. Nummer 62.4). Der festgenommene Ausländer ist unverzüglich einem Richter zur Entscheidung über die Anordnung der Sicherungshaft vorzuführen.	72
71.5.4.1	Die Zuständigkeit der Polizeien der Länder für die Abschiebung und Zurückschiebung umfasst auch die Geltendmachung der Kosten nach Maßgabe des § 67 Absatz 3 durch einen Leistungsbescheid.	72.1
71.5.4.2	Die Landespolizeibehörde, die eine Zurückschiebung angeordnet hat, ist auch für die Befristungsentscheidung nach § 11 Absatz 1 Satz 3 zuständig. Die Ausländerbehörde, deren Zuständigkeit bestand oder besteht (in deren Bezirk sich der Ausländer aufhalten will), ist zu beteiligen (vgl. Nummer 11.1.3.2.1).	72.1.1
71.5.5	Die Polizeien der Länder sind für die Durchsetzung der räumlichen Beschränkung zuständig, wenn sie aus Anlass ihrer originären Aufgabenwahrnehmung einen Ausländer aufgreifen, der sich in einem Teil des Bundesgebiets aufhält, in dem er sich nicht aufhalten darf.	72.1.2
71.5.6	Die Ausländerbehörden haben die Polizeien der Länder auf Ersuchen, insbesondere in unaufschiebbaren Fällen, fachlich zu unterstützen, auch wenn diese im Rahmen ihrer eigenen Zuständigkeit tätig werden.	72.2
71.6	Anerkennung ausländischer Pässe und Passersatzpapiere Ein ausländischer Pass oder Passersatz wird ausschließlich vom Bundesministerium des Innern im Benehmen mit dem Auswärtigen Amt anerkannt (vgl. im Einzelnen Nummer 3.1.6 ff.). Das Bundesministerium des Innern hat bislang nicht von der in Absatz 6 normierten Ermächtigung Gebrauch gemacht, die Zuständigkeit der Pass(ersatz)anerkennung auf eine von ihm bestimmte Stelle zu übertragen.	72.2.1
		72.2.2

Zu § 71 a – Zuständigkeit und Unterrichtung

Für die Verfolgung der Bußgeldtatbestände in § 98 Absatz 2a und Absatz 3 Nummer 1 liegt die Zuständigkeit bei den Behörden der Zollverwaltung. Diese Regelung ist eine Konsequenz aus der Befugnis der Behörden der Zollverwaltung in § 2 Absatz 1 Nummer 4 Buchstabe b) SchwarzArbG, zu prüfen, ob Ausländer entgegen § 4 Absatz 3 Satz 1 und 2 mit entgeltlichen Dienst- oder Werkleistungen beauftragt worden sind. Weiterhin sind die Behörden der Zollverwaltung nach § 11 SchwarzArbG befugt, strafrechtliche Ermittlungen im Zusammenhang mit der Beauftragung von Ausländern mit Dienst- oder Werkleistungen bzw. der selbstständigen Erwerbstätigkeit von Ausländern ohne entsprechenden Aufenthaltstitel durchzuführen.

Zu § 72 – Beteiligungserfordernisse

Betretenserlaubnis

Die Beteiligung an der Erteilung einer Betretenserlaubnis nach § 11 Absatz 2 ist gemäß § 72 Absatz 1 Satz 1 erforderlich, wenn eine andere Ausländerbehörde als die für den vorgesehenen Aufenthaltsort zuständige Ausländerbehörde für die Erteilung einer Betretenserlaubnis nach Landesrecht örtlich zuständig ist. Im Falle einer Zurückschiebung durch die Grenzbehörden oder die Polizei der Länder ist die Stelle, die die Zurückschiebung angeordnet hat, zu beteiligen. Der Erteilung eines Visums an einen Ausländer, dem eine Betretenserlaubnis erteilt worden ist, stimmt nach § 31 Absatz 1 AufenthV die für den vorgesehenen Aufenthaltsort zuständige Ausländerbehörde zu.

Von der Beteiligung der Ausländerbehörde, die den Ausländer ausgewiesen oder abgeschoben hat, kann abgesehen werden, wenn Einreise und Aufenthalt des Ausländers im öffentlichen Interesse liegen (z. B. Zeugenvernehmung).

Beteiligung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge

§ 72 Absatz 2 verpflichtet die Ausländerbehörden, bei Entscheidungen über das Vorliegen von zielstaatsbezogenen Abschiebungsverboten nach § 60 Absatz 2 bis 5 und 7 sowie über das Vorliegen eines Ausschlussstatbestands nach § 25 Absatz 3 Satz 2 Buchstabe a) bis d) eine Stellungnahme des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge einzuholen. Damit wird das Einfließen der besonderen Sach- und Rechtskunde des Bundesamtes in diesen Bereichen sichergestellt. Es handelt sich jeweils um nicht selbstständig anfechtbare verwaltungsinterne Stellungnahmen. Hinweise zum Vollzug des § 72 Absatz 2 stellt das Bundesamt auf seiner Website www.bamf.de bereit.

Soweit sich im Asylverfahren Hinweise auf mögliche Ausschlussgründe nach § 25 Absatz 3

	Satz 2 Buchstabe a) bis d) ergeben, weist das Bundesamt die Ausländerbehörden darauf hin (vgl. § 24 Absatz 3 Nummer 2 Buchstabe b) AsylVfG).		
72.2.3	Befürchtet ein Ausländer aufgrund einer Zeugenaussage in einem Strafverfahren Verfolgung und beruft er sich infolgedessen auf ein zielstaatsbezogenes Abschiebungsverbot, sollen die Erkenntnisse der zuständigen Ermittlungsbehörde in die Gefährdungsprognose einbezogen werden.	72.3.1.6	– die Abschiebungsandrohung und Bestimmung einer Ausreisefrist.
			Wird durch die Erteilung eines Aufenthaltstitels eine Maßnahme i. S. v. § 72 Absatz 3 Satz 1 geändert oder aufgehoben, besteht das Beteiligungserfordernis ebenfalls.
72.3	Änderung und Aufhebung von Maßnahmen	72.4	Strafrechtliche Verfahren
72.3.1.1	Das Beteiligungserfordernis nach § 72 Absatz 3 besteht nur, wenn der Ausländer aufenthaltspflichtig ist, einen Aufenthaltstitel jedoch nicht besitzt. § 72 Absatz 3 Satz 1 findet demnach keine Anwendung, solange der Ausländer vom Erfordernis des Aufenthaltstitels befreit ist oder der Ausländer noch einen Aufenthaltstitel besitzt.	72.4.1	§ 72 Absatz 4 soll verhindern, dass durch die ausländerrechtlichen Maßnahmen der Ausweisung und Abschiebung die Strafverfolgung wesentlich erschwert oder vereitelt wird. Die Ausländerbehörde hat daher das Einvernehmen der Staatsanwaltschaft einzuholen, wenn ihr insbesondere auf Grund der Mitteilung nach § 87 Absatz 4 bekannt ist, dass ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren eingeleitet worden ist.
72.3.1.2	Das Beteiligungserfordernis nach § 72 Absatz 3 dient der Vermeidung widersprüchlichen Verwaltungshandelns. Es besteht daher nur für Maßnahmen, die von einer anderen Ausländerbehörde angeordnet sind, nicht jedoch für gesetzliche Beschränkungen. Die räumliche Beschränkung nach § 61 Absatz 1 ist daher grundsätzlich unabänderbar. Dies schließt jedoch einen Länder- bzw. Ortswechsel im Einvernehmen der beteiligten Länder bzw. der örtlich zuständigen Ausländerbehörde grundsätzlich nicht aus.	72.4.2	Von der Einholung des Einvernehmens kann im Einzelfall abgesehen werden, soweit die Staatsanwaltschaft für bestimmte Fallgruppen, z. B. bei Ermittlungen wegen einer Straftat nach § 95, generell ihr Einvernehmen erteilt hat.
		72.4.3	Das Beteiligungserfordernis der Strafverfolgungsbehörden nach § 72 Absatz 4 bezieht sich nicht auf die Zurückweisung (§ 15), die Zurückschiebung (§ 57) oder die Entscheidung über den Aufenthaltstitel (§ 79 Absatz 2).
72.3.1.3	Auch die erstmalige Befristung einer Wiederreiseperrre nach § 11 Absatz 1 Satz 3 durch eine andere Behörde als diejenige Behörde, die die aufenthaltsbeendende Maßnahme verfügt hat, bedarf in sinngemäßer Anwendung von § 72 Absatz 3 des Einvernehmens (vgl. Nummer 11.1.3.2.1).	72.5	Nichtanwendung von § 45 SGB VIII
72.3.1.4	Das Beteiligungserfordernis erstreckt sich auch auf Nebenbestimmungen i. S. v. § 51 Absatz 6. Außerdem besteht es für Ausländer, die eine Aufenthaltsgestattung nach § 55 Absatz 1 AsylVfG besitzen, sich aber außerhalb des Bezirks nach § 56 AsylVfG aufhalten. Das Beteiligungserfordernis besteht nicht für Ausländerbehörden, auf deren Bezirk die Aufenthaltsgestattung beschränkt ist (§ 56 Absatz 1 Satz 1 AsylVfG), da es sich hierbei um eine gesetzliche Beschränkung und keine Anordnung einer Ausländerbehörde handelt (vgl. Nummer 72.3.1.2).		Nach § 45 SGB VIII bedarf der Träger einer Einrichtung, in der Kinder oder Jugendliche ganztätig oder für einen Teil des Tages betreut werden oder Unterkunft erhalten, für den Betrieb der Einrichtung einer besonderen Erlaubnis. Absatz 5 schließt die Anwendung von § 45 SGB VIII in Bezug auf Ausreiseeinrichtungen (vgl. § 61 Absatz 2) oder Einrichtungen aus, in denen Ausländer, denen eine Aufenthaltserlaubnis nach Kapitel 2 Abschnitt 5 erteilt wird, untergebracht werden.
72.3.1.5	Sonstige Maßnahmen i. S. v. § 72 Absatz 3 Satz 1 sind insbesondere	72.6	Beteiligung der zuständigen Strafverfolgungsbehörden sowie des Strafgerichtes bei Entscheidungen betreffend Aufenthaltstitel nach § 25 Absatz 4a bzw. Ausreisefristen nach § 50 Absatz 2a
	– die Rücknahme und der Widerruf des Aufenthaltstitels,	72.6.0.1	Diese Vorschrift regelt die notwendige Beteiligung der zuständigen Strafverfolgungsbehörden sowie des Strafgerichtes vor einer Entscheidung über die Erteilung, Verlängerung oder den Widerruf eines Aufenthaltstitels nach § 25 Absatz 4a und die Festlegung, Aufhebung oder Verkürzung einer Ausreisefrist nach § 50 Absatz 2a.
	– nachträgliche zeitliche Beschränkungen des Aufenthaltstitels oder des genehmigungsfreien Aufenthalts nach Ablauf der Frist,	72.6.0.2	Einerseits sind die Ausländerbehörden auf Informationen der Strafverfolgungsbehörden oder der Strafgerichte angewiesen, um einen Aufenthaltstitel nach § 25 Absatz 4a zu erteilen oder zu verlängern bzw. eine Ausreisefrist nach § 50 Absatz 2a festzusetzen. Andererseits soll durch diese Regelung sichergestellt werden,
	– die Ausweisung und		

	dass der Widerruf des Aufenthaltstitels bzw. die Aufhebung oder Verkürzung der Ausreisefrist nicht ungeachtet des mit den Regelungen nach § 25 Absatz 4a und § 50 Absatz 2a bezweckten Ziels – der Erleichterung des Strafverfahrens gegen die Täter der in § 25 Absatz 4a Satz 1 genannten Straftaten – erfolgt. Sie ist daher bei Entscheidungen der Ausländerbehörde nach § 25 Absatz 4a, § 50 Absatz 2a und § 52 Absatz 5 zu beachten.		Absatz 1 genannten Stellen. Das Verfahren nach § 73 Absatz 1 regelt zum einen das Beteiligungsverfahren der genannten Behörden für bei deutschen Auslandsvertretungen gestellte Visumanträge. Es konkretisiert zum anderen das schengenweite Konsultationsverfahren nach Artikel 17 SDÜ für Visumanträge, die bei Konsulaten der anderen Schengen-Staaten gestellt werden, da die Beteiligung der nationalen Sicherheitsbehörden nach dem in § 73 vorgesehenen Verfahren geregelt wird.
72.6.1	Es handelt sich um eine zwingende Verfahrensvorschrift. Ausgenommen sind nach Absatz 6 letzter Halbsatz nur die Fälle des § 87 Absatz 5 Nummer 1, in denen die nach § 72 Absatz 6 zu beteiligenden Behörden der Ausländerbehörde selbst die für den Widerruf der Aufenthaltserlaubnis bzw. die Aufhebung oder Verkürzung der Fristsetzung notwendigen Informationen mitgeteilt haben.	73.1.2	Bei welchen Staatsangehörigen oder Personengruppen die Auslandsvertretungen personenbezogene Daten aus dem Visumantrag übermitteln müssen, wird unter Berücksichtigung der aktuellen Sicherheitslage gemäß Absatz 4 durch das Bundesministerium des Innern einvernehmlich mit dem Auswärtigen Amt durch eine allgemeine Verwaltungsvorschrift festgelegt. In anderen Fällen kann eine Anfrage nach Entscheidung im Einzelfall erfolgen.
72.6.2	Ist der Ausländerbehörde nicht bekannt, ob wegen des in Frage kommenden Sachverhalts bereits ein Strafverfahren eingeleitet ist, beteiligt sie die für den Aufenthaltsort des Ausländers zuständige Polizeibehörde. Da § 25 Absatz 4a und § 52 Absatz 5 voraussetzen, dass die Ausländerbehörde geprüft hat, ob die Staatsanwaltschaft oder das Strafgericht die vorübergehende Anwesenheit des Ausländers für sachgerecht erachten, ist der in § 72 Absatz 6 Satz 2 geregelte Fall nur im Zusammenhang mit der Bestimmung der Ausreisefrist möglich. In dieser frühen Phase sind i. d. R. noch kein Strafgericht und teilweise auch noch keine sachleitende Staatsanwaltschaft bekannt, so dass die Einbindung der Polizei zielführend ist. Sollte bereits die Staatsanwaltschaft oder ein Strafgericht mit dem Fall befasst sein, weist die Polizei darauf hin, so dass nach § 72 Absatz 6 Satz 1 diese Stellen zu beteiligen sind.	73.1.3	Die in Absatz 1 Satz 4 genannten Behörden übermitteln vor der Ausstellung eines Ausnahme-Visums die erhobenen Daten entsprechend den nach Absatz 4 festgelegten Fällen an die Sicherheitsbehörden und Nachrichtendienste.
		73.1.4	Damit die Auslandsvertretung Wissen der Sicherheitsbehörden und Nachrichtendienste zu Versagungsgründen oder Sicherheitsbedenken bei der Entscheidung über einen Visumantrag berücksichtigen kann, ist die Überprüfung im Rahmen des Konsultationsverfahrens nicht mehr auf die Versagungsgründe i. S. d. § 5 Absatz 4 beschränkt, sondern wurde auch auf sonstige Sicherheitsbedenken erstreckt. Sonstige Sicherheitsbedenken liegen bei sicherheitsrelevanten Erkenntnissen vor, die zwar nicht einen Regelausweisungsgrund nach § 54 Nummer 5 oder Nummer 5a, aber dennoch den Verdacht begründen, dass eine schwerwiegende Gefahr für die öffentliche Sicherheit vorliegen könnte. Beim Vorliegen von Gründen, bei denen eine Ausweisung zwingend (§ 53) oder in der Regel (§ 54) zu verfügen ist, sind Sicherheitsbedenken grundsätzlich zu bejahen. Darüber hinaus können Sicherheitsbedenken auch bei sicherheitsrelevanten Erkenntnissen oder Erkenntnissen über Bezüge zu extremistischen oder terroristischen Organisationen vorliegen, die zwar keinen Regelausweisungsgrund nach § 54 Nummer 5 oder 5a begründen, aber dennoch eine sicherheitsrelevante Gefährdung oder Beeinträchtigung der Interessen der Bundesrepublik Deutschland darstellen (vgl. § 5 Absatz 1 Nummer 3). Nach § 73 Absatz 3 Satz 1 übermittelte Versagungsgründe oder Sicherheitsbedenken der Sicherheitsbehörden und Nachrichtendienste müssen im Rahmen der Ermessensentscheidung bei der Erteilung von Schengen-Visa und bei der Erteilung von nationalen Visa von der Auslandsvertretung berücksichtigt werden.
73	Zu § 73 – Sonstige Beteiligungserfordernisse im Visumverfahren und bei der Erteilung von Aufenthaltstiteln		
73.1	Beteiligung der Sicherheitsbehörden im Visumverfahren		
73.1.1	§ 73 Absatz 1 enthält in Bezug auf bestimmte Staaten eine Rechtsgrundlage für die Übermittlung der im Visumverfahren von der Auslandsvertretung erhobenen personenbezogenen Daten des Visumantragstellers, des Einladers und von Personen, die durch Abgabe einer Verpflichtungserklärung oder in anderer Weise die Sicherung des Lebensunterhaltes garantieren oder zu sonstigen Referenzpersonen. Die Übermittlung erfolgt zur Feststellung von Versagungsgründen nach § 5 Absatz 4 oder zur Prüfung von sonstigen Sicherheitsbedenken. Um zu gewährleisten, dass sicherheitsrelevantes Wissen aller Sicherheitsbehörden und Nachrichtendienste für diese Feststellung zur Verfügung stehen kann, bezieht sich die Anfragebefugnis der Auslandsvertretung auf alle in § 73		

73.1.5	<p>Der Kreis der Personen, von denen personenbezogene Daten im Rahmen der sicherheitsbehördlichen Überprüfung des Visumantrags tellers übermittelt werden, umfasst neben der visumantragstellenden Person Einlader und Personen, die durch Abgabe einer Verpflichtungserklärung oder in anderer Weise für die Sicherung des Lebensunterhalts garantieren, sowie sonstige Referenzpersonen im Inland.</p> <ul style="list-style-type: none"> – Einlader sind Personen, die im eigenen Namen oder für eine Organisation eine Einladung des Antragstellers in das Bundesgebiet zur Verwendung im Visaverfahren ausgesprochen haben. – Verpflichtungsgeber sind Personen, die sich im eigenen Namen oder für eine Organisation nach § 68 Absatz 1 oder durch Abgabe einer Erklärung zur Verwendung im Visaverfahren in sonstiger Weise verpflichtet haben, die Kosten für den Lebensunterhalt des Antragstellers während des Aufenthalts im Bundesgebiet zu tragen oder nach § 66 Absatz 2 für die Ausreisekosten des Ausländers aufzukommen. Dazu gehören auch die Personen, die eine Sicherheitsleistung auf ein Sperrkonto in Deutschland einzahlen, oder Personen, die eine Bankbürgschaft bei einem Geldinstitut im Bundesgebiet hinterlegen. Personen, die eine Verpflichtungserklärung abgeben oder Sperrkonten einrichten, müssen nicht zwingend identisch mit dem Einlader sein. – Sonstige Referenzpersonen sind Personen, die den vom Antragsteller angegebenen Zweck des Aufenthalts im Bundesgebiet zur Verwendung im Visaverfahren im eigenen Namen oder für eine Person bestätigt haben. <p>Im Hinblick auf die Feststellung sonstiger Sicherheitsbedenken können die Erkenntnisse zu Einladern und Referenzpersonen im Rahmen von § 5 Absatz 1 Nummer 3 berücksichtigt werden.</p>	<p>Absatz 2 aufgeführten Stellen für die Feststellung des Versagungsgrundes nach § 5 Absatz 4 Satz 1 und zur Prüfung von sonstigen Sicherheitsbedenken heranzuziehen.</p>
73.2.1		<p>Das Verfahren nach § 73 Absatz 2 ist in der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zu § 73 Absatz 2 und 3 Satz 1 vom 25. August 2008 (GMBI 2008, S. 943) geregelt. Ergänzende Regelungen der Länder sind zu beachten.</p>
73.3		<p>Rückmeldung und Nachberichtspflicht</p>
73.3.0		<p>Absatz 3 enthält die Regelungen zur Rückübermittlung der Sicherheitsbehörden und Nachrichtendienste an die anfragende Stelle, d. h. Auslandsvertretung, Ausländerbehörde und – in den Fällen des § 73 Absatz 1 Satz 3 – die Bundespolizei.</p>
73.3.1		<p>Absatz 3 Satz 1 enthält die Verpflichtung der Sicherheitsbehörden und Nachrichtendienste, unverzüglich mitzuteilen, ob Versagungsgründe i. S. d. § 5 Absatz 4 Satz 1 oder Sicherheitsbedenken vorliegen. Die Mitteilung, ob Bedenken vorliegen, erfolgt im Verfahren nach Absatz 1 und 2 automatisiert mit den jeweils vorgesehenen Rückmeldekürzeln. Im Fall der Mitteilung, dass Versagungsgründe oder sonstige Sicherheitsbedenken vorliegen, kann die anfragende Stelle mit der Sicherheitsbehörde, die mitgeteilt hat, ob sonstige Sicherheitsbedenken vorliegen, Kontakt aufnehmen, um im Einzelfall im gesonderten Informationsaustausch die näheren Angaben zu den zugrunde liegenden Versagungsgründen oder Sicherheitsbedenken der Sicherheitsbehörden zu erfahren. Für das Verfahren nach Absatz 3 wird auf § 3 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zu § 73 Absatz 2 und 3 Satz 1 verwiesen. Ergänzende Regelungen der Länder sind zu beachten.</p>
73.3.2		<p>Durch das Richtlinienumsetzungsgesetz wurde ergänzend in Satz 2 die so genannte Nachberichtspflicht der Behörden eingeführt. Die Auslandsvertretungen und Ausländerbehörden übermitteln den Sicherheitsbehörden und Nachrichtendiensten die Gültigkeit der erteilten und verlängerten Aufenthaltstitel. Werden den Sicherheitsbehörden und Nachrichtendiensten während des Gültigkeitszeitraums des Aufenthaltstitels, d. h. nach Absatz 1 im Falle der Anfrage durch die Auslandsvertretung bei Visumerteilung, und nach Absatz 2 bei Anfrage durch die Ausländerbehörde in den dort vorgesehenen Fällen Versagungsgründe oder Sicherheitsbedenken bekannt, teilen sie diese der Auslandsvertretung oder der Ausländerbehörde unter Nutzung der Verfahren nach Absatz 1 und 2 im Rahmen der technischen Möglichkeiten unverzüglich mit. Werden entsprechende Informationen nach Visumerteilung bzw. Durchführung der ausländerrechtlichen Maßnahme bekannt, können die Informationen ggf. zu Widerruf und Annullierung des Visums oder zur Ausweisung führen.</p>
73.1.6	<p>Die nach § 73 Absatz 1 zuständige Stelle für die Übermittlung der im Visumverfahren erhobenen Daten an die genannten Sicherheitsbehörden ist durch Rechtsverordnung gemäß § 99 Absatz 3 i. V. m. § 30a AufenthV bestimmt. Das Verfahren nach § 73 Absatz 1 ist in der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zu § 73 Absatz 1 und § 31 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 AufenthV [VS-NfD]) geregelt.</p>	
73.2	<p>Beteiligung der Sicherheitsbehörden durch die Ausländerbehörden</p>	
73.2.0	<p>§ 73 Absatz 2 enthält eine entsprechende Rechtsgrundlage für Anfragen der Ausländerbehörden vor der Erteilung oder Verlängerung eines Aufenthaltstitels oder einer Duldung oder Aufenthaltsgestattung bei den genannten Bundes- und Landesbehörden. Ebenso wie vor der Visumerteilung muss auch vor dieser aufenthaltsrechtlich wichtigen Entscheidung die Möglichkeit gegeben sein, das Wissen der in</p>	

73.3.3	Zur Erfüllung ihrer Nachberichtspflicht können die in Absatz 1 genannten Behörden die Angaben zu dem betreffenden Antrag für den Gültigkeitszeitraum speichern. Die Speicherbefugnis ergibt sich aus Satz 3. Durch ausdrückliche Regelung einer Nachberichtspflicht wird zugleich klargestellt, dass kraft dieser Aufgabenzuweisung die übermittelten Daten nach Satz 2 für den Gültigkeitszeitraum des Aufenthaltstitels gespeichert werden dürfen. Die Auslandsvertretungen bzw. Ausländerbehörden informieren die in Absatz 1 und 2 genannten Behörden, für welchen Zeitraum die Visa erteilt bzw. ausländerrechtlichen Maßnahmen getroffen wurden. Die Bestimmung ist zugleich die Rechtsgrundlage für die weitere Speicherung und Nutzung der im Rahmen der Anfrage übermittelten Daten durch diese Stellen, wenn das im Rahmen ihrer übrigen gesetzlichen Aufgabenerfüllung erforderlich ist. Für die Dauer der Speicherung gelten insoweit die für die jeweilige Stelle verbindlichen allgemeinen Löschungsfristen. Eine Übermittlung dieser Daten an Dritte ist im Rahmen bereits bestehender Übermittlungsregelungen ebenfalls zulässig.			leinigen Zuständigkeit der Ausländerbehörden der Länder liegt (siehe auch § 71), die in Absatz 1 vorgesehenen Maßnahmen von den Ausländerbehörden nur unter Beteiligung des Bundesministeriums des Innern vorgenommen werden dürfen. Voraussetzung ist, dass sich der Bund entsprechende Maßnahmen schon bei der Visumerteilung vorbehalten hat. In diesem Fall regelt die für die Visumerteilung zuständige Auslandsvertretung in einer Nebenbestimmung zu dem erteilten Visum, dass und in welcher Form das Bundesministerium des Innern oder eine von ihm bestimmte Stelle bei den bezeichneten Maßnahmen zu beteiligen ist. Dabei liegt die Entscheidungshoheit, ob eine solche Nebenbestimmung vorzusehen ist, beim Bundesministerium des Innern. Voraussetzung ist, dass die Regelung zur Wahrung politischer Interessen des Bundes dient. Die Ausländerbehörde kann die ausländerrechtliche Maßnahme in diesem Falle nur im Benehmen (Nichtbeanstandung nach Anhörung) oder im Einvernehmen (das ausdrückliche Zustimmung voraussetzt) entscheiden und muss in jedem Fall mit dem Bundesministerium des Innern Kontakt aufnehmen.
73.3.4	Bei vorzeitiger Beendigung der Nachberichtspflicht, z. B. durch Widerruf und Annullierung des Visums oder Aufenthaltstitels, aufenthaltsbeendenden Maßnahmen, Fortzug ins Ausland oder Tod des Antragstellers teilen die Auslandsvertretungen oder Ausländerbehörden dies den in Absatz 1 und 2 genannten Behörden unter Nutzung der Verfahren nach Absatz 1 und 2 über das Bundesverwaltungsamt mit.	74.2	Weisungsbefugnis	Die Vorschrift ermächtigt die Bundesregierung zur Erteilung von Einzelweisungen an die Länderbehörden (Artikel 84 Absatz 5 Satz 1 GG). Die Weisungen werden grundsätzlich gegenüber der obersten Landesbehörde ausgesprochen und werden nur in Dringlichkeitsfällen direkt gegenüber der Ausländerbehörde bei nachrichtlicher Beteiligung der obersten Landesbehörde ergehen. Die Vorschrift ist dem Einzelfall vorbehalten.
73.4	Ermächtigung zum Erlass einer Verwaltungsvorschrift § 73 Absatz 4 enthält die rechtliche Grundlage für den Erlass einer Allgemeinen Verwaltungsvorschrift i. S. d. Artikels 84 Absatz 2 GG, die es ermöglicht, Kriterien für die informationelle Zusammenarbeit der Auslandsvertretungen mit den Sicherheitsbehörden und Nachrichtendiensten festzulegen und dadurch die Überprüfungen auf relevante Fallkonstellationen zu beschränken. Die Verpflichtung zur Beteiligung der Sicherheitsbehörden kann dabei neben dem Merkmal „Herkunftsstaat“ auch an andere und weitere Merkmale anknüpfen. Die Festlegung der Kriterien durch eine Allgemeine Verwaltungsvorschrift stellt sicher, dass auf eine veränderte Sicherheitslage unverzüglich reagiert werden kann.	74a	Zu § 74a – Durchbeförderung von Ausländern	
		74a.0	Allgemeines	
		74a.0.1		Bei einer Durchbeförderung handelt es sich um die Beförderung eines ausländischen Staatsangehörigen im Rahmen einer Rückführungsmaßnahme eines anderen Staates durch bzw. über das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland. Durchbeförderungen erfolgen auf Grundlage zwischenstaatlicher Vereinbarungen, i. d. R. sind dies Rückübernahme- oder Durchbeförderungsabkommen und Rechtsvorschriften der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere die Richtlinie 2003/110/EG des Rates vom 25. November 2003 über die Unterstützung bei der Durchbeförderung im Rahmen von Rückführungsmaßnahmen auf dem Luftweg (ABl. EU Nummer L 321 S. 26, so genannte Durchbeförderungsrichtlinie). Durchbeförderungen jenseits dieser Grundlagen sind nicht statthaft.
74	Zu § 74 – Beteiligung des Bundes; Weisungsbefugnis			
74.1	Beteiligung des Bundes Die Regelung sieht vor, dass unter Abweichung von der gesetzlichen Kompetenzverteilung, wonach die Entscheidung über die Verlängerung eines Visums im Inland oder die Erteilung eines Aufenthaltstitels grundsätzlich in der al-	74a.0.2		Mit der Vorschrift wird die Durchbeförderungsrichtlinie umgesetzt. Zweck der Regelung

	ist es, das Verfahren über die Unterstützung zwischen den zuständigen nationalen Behörden bei unbegleiteten und begleiteten Rückführungen auf dem Luftweg über Flughäfen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union festzulegen. Außerdem wird das Verfahren der Durchbeförderung auf dem Landweg geregelt. Die die Durchbeförderung regelnden zwischenstaatlichen Vereinbarungen unterliegen nicht dem Schrifterfordernis. I.d.R. handelt es sich jedoch um förmliche Rückübernahme- oder Durchbeförderungsabkommen.	75	Zu § 75 – Aufgaben Nicht belegt.
		76	Zu § 76 – (weggefallen) Nicht belegt.
		77	Zu § 77 – Schriftform; Ausnahme von Formerfordernissen
		77.0	Allgemeines Soweit das Aufenthaltsgesetz keine besonderen Verfahrensvorschriften enthält, richtet sich das Verwaltungsverfahren nach dem Verwaltungsverfahrenrecht, das für die in § 71 genannten Behörden gilt. Für die Behörden des Bundes findet das VwVfG Anwendung. Der Rechtsweg gegen Entscheidungen der in § 71 genannten Behörden richtet sich nach der VwGO, sofern nicht Verfahrensregelungen des Landesrechts anzuwenden sind.
74a.1	Durchbeförderungen auf dem Luftweg in Anwendung der Durchbeförderungsrichtlinie Nur wenn aus vertretbaren praktischen Gründen für die Rückführung kein Direktflug in den Zielstaat genutzt werden kann, kann der Mitgliedstaat einen entsprechenden schriftlichen Antrag auf Durchbeförderung über einen deutschen Flughafen stellen. Dieser Antrag soll mindestens zwei Tage vor der geplanten Rückführung vorliegen. Der Wechsel des Flughafens innerhalb der Bundesrepublik Deutschland ist nicht zulässig. Die Entscheidung über den Antrag ist dem anfragenden Staat grundsätzlich binnen zwei Tagen nach Eingang des Antrages mitzuteilen. Das zu nutzende Antragsformular ist als Anhang Bestandteil der Richtlinie.	77.1 77.1.0.1	Schriftformerfordernis § 77 Absatz 1 Satz 1 und 2 schreibt nicht abschließend vor, welche Verwaltungsakte an die Schriftform gebunden sind. Nach § 59 Absatz 1 soll z.B. die Androhung der Abschiebung schriftlich verfügt werden. Demgegenüber sind die Ankündigung und Durchsetzung der Abschiebung, die Zurückschiebung und die Zurückweisung sowie die Anordnung einer Sicherheitsleistung nicht an die Schriftform gebunden.
74a.2	Durchbeförderungen (Land/Luft) auf Grund zwischenstaatlicher Vereinbarungen Insbesondere neuere Rückübernahmeabkommen enthalten Regelungen für die Durchbeförderung. Inhaltlich orientieren sich diese an der Durchbeförderungsrichtlinie.	77.1.0.2	Außer in den in § 77 Absatz 1 genannten Fällen sollen i. d. R. folgende Entscheidungen schriftlich ergeben: <ul style="list-style-type: none">– die Rücknahme eines Aufenthaltstitels nach § 51 Absatz 1 Nummer 3 i. V. m. § 48 VwVfG,– eine Anordnung nach § 63 Absatz 2 und Absatz 3,– der nach § 67 Absatz 3 zu erlassende Leistungsbescheid,– die Erteilung und Verlängerung eines Aufenthaltstitels i. S. v. § 4 nach dem amtlich vorgeschriebenen Muster in der jeweils geltenden Fassung,– ein Ausreiseverbot nach § 46 Absatz 2,– die Erhebung von Verwaltungsgebühren (z. B. Ausstellung einer Quittung) und– die Abschiebungsanordnung gemäß § 58a (vgl. Nummer 58a.4.1)
74a.3	Durchbeförderungen von gemeinschaftsrechtlich begünstigten Personen Unter bestimmten Voraussetzungen kann gemeinschaftsrechtlich begünstigten Personen das Recht auf Freizügigkeit für einzelne Mitgliedstaaten entzogen werden. I. d. R. betreibt dieser Staat die Rückführung in das Heimatland. Da diese Personen in der Bundesrepublik Deutschland grundsätzlich die Freizügigkeitsvoraussetzungen erfüllen, ist ein hoheitliches Tätigwerden zur Unterstützung der Durchbeförderung nicht zulässig.		
74a.4	Zuständige Behörden Zentrale Behörde i. S. d. Artikels 4 Absatz 5 der Durchbeförderungsrichtlinie ist gemäß § 1 Absatz 3 Nummer 1 Buchstabe b) der BPolZV das Bundespolizeipräsidium. Auch im Rahmen der meisten Rückübernahme- bzw. Durchbeförderungsabkommen nimmt das Bundespolizeipräsidium eine zentrale Funktion für die Beantragung und die Bearbeitung von Anträgen auf Durchbeförderungen wahr.	77.1.0.3	Bei den Vordrucken über die Ausstellung amtlicher Urkunden (z. B. Aufenthaltstitel einschließlich Visa, Reisedokumente, Duldungsbescheinigungen, Bescheinigungen über die Aufenthaltsgestattung) handelt es sich wie beim Dienstsiegel um sicherungsbedürftige Gegenstände, die nach den einschlägigen Sicherungs-

- vorschriften für Bundes- und Landesbehörden aufzubewahren sind.
- 77.1.0.4 Für die Schriftform gilt nach § 23 Absatz 1 VwVfG die Amtssprache Deutsch.
- 77.1.1 Beschränkungen der Aufenthaltstitel, die bei der Erteilung oder Verlängerung bzw. Erneuerung verfügt werden, werden in den Pass oder Passersatz des Ausländers eingetragen (auch Stempelabdruck). Auch nachträgliche Beschränkungen sind in den Pass oder Passersatz aufzunehmen. Die Eintragung ist aktenkundig zu machen.
- 77.1.2.1 Die in § 77 Absatz 1 genannten Verfügungen sind unter Würdigung des entscheidungserheblichen Sachverhalts nach Darlegung der Sach- und Rechtslage zu begründen (vgl. § 39 Absatz 1 VwVfG). Bedingungen und Auflagen, mit denen ein Aufenthaltstitel bei seiner Erteilung oder Verlängerung versehen wird, bedürfen keiner Begründung, wenn sie in diesen Verwaltungsvorschriften vorgesehen sind und sich mit dem Aufenthaltsbegehren des Ausländers decken.
- 77.1.2.2 Eine räumliche Beschränkung des Aufenthalts bedarf keiner Begründung, wenn sie sich unmittelbar aus einer gesetzlichen Vorschrift ergibt (§ 61). Die nachträgliche Anordnung von Auflagen oder räumlichen Beschränkungen bedarf der Begründung (§ 12).
- 77.1.3.1 Für den Ausländer muss aus dem Verwaltungsakt ersichtlich sein, welcher Sachverhalt des Aufenthaltsrechts geregelt wird (z.B. Ausweisung wegen strafgerichtlicher Verurteilung), welche Verpflichtung ihm auferlegt wird (z.B. freiwillige Erfüllung der Ausreisepflicht) und welche Rechtsfolgen ein Verstoß hat (z.B. Abschiebung nach Ablauf der Ausreisefrist).
- 77.1.3.2 Bei einer Ermessensentscheidung muss ersichtlich sein, welche Überlegungen die Behörde bei der Abwägung der für und gegen den Aufenthalt des Ausländers sprechenden Gesichtspunkte angestellt hat. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit erfordert eine Güter- und Interessenabwägung im Einzelfall, bei der die öffentlichen Belange einschließlich der Grundrechte und der von ihnen geschützten Wertordnung sowie das persönliche Interesse des Ausländers und seiner Familienangehörigen am Verbleib im Bundesgebiet gegeneinander abzuwägen sind (vgl. z. B. § 55 Absatz 3).
- 77.1.4.1 Dem schriftlichen Verwaltungsakt ist eine Rechtsbehelfsbelehrung beizufügen, wenn besondere Bestimmungen des Bundesrechts (§ 59 VwGO) oder des Landesrechts dies vorschreiben. Eine Rechtsbehelfsbelehrung ist auch dann, wenn Rechtsvorschriften sie nicht erfordern, im Allgemeinen zweckmäßig, weil dadurch die Rechtsbehelfsfrist in Lauf gesetzt wird (§ 58 VwGO). Bei Beschränkungen zum Aufenthaltstitel, die bei Erteilung oder Verlängerung verfügt werden, wird grundsätzlich keine Rechtsbehelfsbelehrung erteilt.

77.1.4.2

Nach § 77 Absatz 1 Satz 3 ist einem Verwaltungsakt, mit dem eine Aufenthaltserlaubnis, eine Niederlassungserlaubnis oder eine Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG versagt wird, eine Rechtsbehelfsbelehrung beizufügen. Artikel 20 Absatz 1 Satz 3 der Richtlinie 2003/109/EG des Rates vom 25. November 2003 betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen (ABl. EU 2004 Nummer L 16 S. 44, so genannte Daueraufenthalt-Richtlinie), Artikel 18 Absatz 3 der Richtlinie 2004/114/EG des Rates vom 13. Dezember 2004 über die Bedingungen für die Zulassung von Drittstaatsangehörigen zwecks Absolvierung eines Studiums oder Teilnahme an einem Schüleraustausch, einer unbezahlten Ausbildungsmaßnahme oder einem Freiwilligendienst (ABl. EU Nummer L 375 S. 12, so genannte Studentenrichtlinie) und Artikel 15 Absatz 3 Satz 2 der Richtlinie 2005/71/EG des Rates vom 12. Oktober 2005 über ein besonderes Zulassungsverfahren für Drittstaatsangehörige zum Zweck der wissenschaftlichen Forschung (ABl. EU Nummer L 289 S. 15, so genannte Forscherrichtlinie) sehen eine Verpflichtung zur Aufnahme einer Rechtsbehelfsbelehrung vor. Da kein Grund ersichtlich ist, diese Verpflichtung auf Aufenthaltstitel nach den drei vorgenannten Richtlinien zu beschränken, und um unzutreffende Umkehrschlüsse zu vermeiden, bezieht sich die Regelung generell und ungeachtet des Aufenthaltswerts auf die Versagung einer Aufenthaltserlaubnis, Niederlassungserlaubnis und einer Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG. In Ergänzung zu § 59 VwGO, der eine Belehrungspflicht nur für Verwaltungsakte von Bundesbehörden vorsieht, wird in Umsetzung der vorgenannten Richtlinien die ausdrückliche Pflicht zur Einfügung einer Rechtsbehelfsbelehrung auch auf die Ausländerbehörden erstreckt, welche Landesbehörden sind. Die Vorschrift bezieht sich, ohne andere verwandte Regelungen (wie etwa § 73 Absatz 3 VwGO oder landesrechtliche Bestimmungen) zu berühren, nur auf die Aufenthaltserlaubnis, Niederlassungserlaubnis und die Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG. Im Übrigen sind Umkehrschlüsse auf Aufhebungen von Aufenthaltserlaubnissen und Niederlassungserlaubnissen sowie Entscheidungen nach § 77 Absatz 1 Satz 1 und 2 unzulässig. Ein Umkehrschluss, wonach in anderen Fällen eine Rechtsbehelfsbelehrung nicht erteilt werden soll oder braucht, kann auf Grund der Regelung nicht erfolgen.

77.2

Ausnahmen

An der Grenze können das Ausnahmevisum und das Ausnahmetransitvisum sowie Passersatz- und andere Papiere (Notreiseausweis, Passierschein) ohne Einhaltung der Schriftform und ohne Begründung und Rechtsbehelfsbelehrung durch die Grenzbehörde versagt werden. Bei der Versagung oder einer Beschrän-

kung des Visums oder eines Passersatzes unterliegt die Auslandsvertretung nicht der Begründungs- und Rechtsbehelfsbelehrungspflicht. Der grundrechtliche Schutz nach Artikel 6 GG führt dessen ungeachtet zu einem Begründungserfordernis im Fall der Versagung eines nationalen Visums zum Familiennachzug von Ehegatten und Kindern.

78 Zu § 78 – Vordrucke für Aufenthaltstitel, Ausweisersatz und Bescheinigungen

Nicht belegt.

79 Zu § 79 – Entscheidung über den Aufenthalt

79.1 Entscheidungsgrundlage

79.1.1 Unbeschadet der Mitwirkungspflicht des Ausländers (§ 82 Absatz 1 und 2) begrenzt § 79 Absatz 1 Satz 1 die Sachverhaltsermittlungspflicht und nicht den entscheidungserheblichen Sachverhalt auf Umstände, die im Bundesgebiet vorliegen. Das heißt, im Ausland vorliegende Umstände, die für aufenthaltsrechtliche Maßnahmen von Bedeutung sind, sind bei der Entscheidung nur zu berücksichtigen, wenn sie offenkundig, bekannt oder der Ausländerbehörde im Bundesgebiet nachgewiesen sind (z.B. auch Lageberichte des Auswärtigen Amtes; siehe hierzu Nummer 79.1.2). Demgegenüber liegt es in der Mitwirkungspflicht des Ausländers nach § 82 Absatz 1 und 2, diejenigen Umstände geltend zu machen, die ausschließlich seinen persönlichen Lebensbereich betreffen. Die Sachverhaltsermittlungspflicht ist in den Fällen des § 59 Absatz 4 Satz 1 eingeschränkt, wenn die Abschiebungsandrohung unanfechtbar geworden ist.

79.1.2 § 79 Absatz 1 Satz 2 erweitert die Sachverhaltsermittlungspflicht, soweit es im Einzelfall erforderlich ist, auf die den Bundesbehörden im Ausland zugänglichen Erkenntnisse. Die Ausländerbehörde kann unmittelbar Anfragen an das Bundeskriminalamt und die deutschen Auslandsvertretungen richten. Das Bundeskriminalamt kann sich hierbei Daten von internationalen Einrichtungen zunutze machen (z.B. Interpol). Soweit im Einzelfall in Betracht kommt, dass sonstigen Bundesbehörden entscheidungserhebliche Erkenntnisse zugänglich sind, ist die Anfrage auf dem Dienstweg über die oberste Landesbehörde an das Bundesministerium des Innern zu richten. In die Entscheidungsfindung sind auch die Lageberichte des Auswärtigen Amtes über die allgemeine politische Lage, eine etwaige Verfolgung oder Menschenrechtsverletzungen im Herkunftsstaat des Ausländers einzubeziehen.

79.2 Aussetzung der Entscheidung

79.2.1 Eine Aussetzung der Entscheidung über den Aufenthaltstitel bis zum Abschluss eines Straf-, Bußgeld- oder Vaterschaftsanfechtungsverfahrens setzt voraus, dass der Ausländer die Er-

teilung oder Verlängerung eines Aufenthaltstitels beantragt hat. Während der Aussetzung des Verfahrens richtet sich der aufenthaltsrechtliche Status des Ausländers, der sich rechtmäßig im Bundesgebiet aufhält, nach § 81 Absatz 3 bzw. 4. Im Falle eines Vaterschaftsanfechtungsverfahrens (siehe hierzu Nummer 27.1a.1.3) kommt für die Betroffenen, die sich nicht rechtmäßig im Bundesgebiet aufhalten, die Erteilung einer Duldung gemäß § 60a Absatz 2 in Betracht.

79.2.2.1 Durch die Unterrichtungspflichten nach § 87 Absatz 2 Satz 1, Absatz 4 Satz 1 sowie Absatz 6 wird sichergestellt, dass die Ausländerbehörde Kenntnis über ein bevorstehendes Vaterschaftsanfechtungsverfahren bzw. ein anhängiges Straf- oder Bußgeldverfahren erhält.

79.2.2.2 Hat die Ausländerbehörde durch eine Unterrichtung nach § 87 Absatz 2 Satz 1 oder anderweitig Kenntnis von konkreten Tatsachen, die die Annahme rechtfertigen, dass die Voraussetzungen für das behördliche Vaterschaftsanfechtungsrecht vorliegen (§ 1600 Absatz 1 Nummer 5, Absatz 3 BGB), hat sie diese der anfechtungsberechtigten Behörde mitzuteilen (§ 90 Absatz 5, siehe hierzu Nummer 90.5). Die Ausländerbehörde bzw. Auslandsvertretung hat das ausländerrechtliche Verfahren ab Eingang einer Mitteilung nach § 87 Absatz 6 oder ab Abgabe ihrer Mitteilung nach § 90 Absatz 5 auszusetzen. Hierdurch wird die Entscheidung der anfechtungsberechtigten Behörde bzw. – im Fall der Klageerhebung – des Familiengerichts über die zivilrechtliche Wirksamkeit einer Vaterschaftsanerkennung im ausländerrechtlichen Verfahren berücksichtigt. § 87 Absatz 6 sieht vor, dass die Ausländerbehörde bzw. Auslandsvertretung Mitteilung über den Ausgang des Vaterschaftsanfechtungsverfahrens erhält.

79.2.3 Die Entscheidung über den Aufenthaltstitel ist nicht auszusetzen, wenn

79.2.3.1 – eine Ausweisung nach §§ 53 ff. verfügt werden kann (z.B. Vorliegen nicht nur geringfügiger oder einzelner Verstöße), insbesondere in den Fällen der §§ 53, 54 oder bei Wiederholungsgefahr,

79.2.3.2 – die Ausländerbehörde in Fällen, in denen ein Ausweisungsgrund für die Versagung des Aufenthaltstitels maßgebend ist, das Vorliegen eines Ausweisungsgrundes nach dem Ergebnis eigener Ermittlungen ausschließen kann,

79.2.3.3 – der Antrag auf Erteilung oder Verlängerung des Aufenthaltstitels bereits aus anderen Gründen zu versagen ist,

79.2.3.4 – die Ausländerbehörde dem Antrag des Ausländers auch im Falle der Verurteilung oder der Verhängung eines Bußgeldes entsprechen will oder

79.2.3.5 – ein Fall des § 5 Absatz 3 Satz 3 vorliegt (siehe hierzu Nummer 5.3.3).

79.2.4	Der Ausländer ist im Falle der Erteilung oder Verlängerung eines Aufenthaltstitels bei einer nach § 5 Absatz 3 Satz 3 vorbehaltenen Ausweisung schriftlich darauf hinzuweisen, dass er insbesondere im Falle einer strafgerichtlichen Verurteilung, die den entscheidungserheblichen Sachverhalt zu seinen Ungunsten wesentlich ändert, mit einer Ausweisung rechnen muss.		tungsakt dem gesetzlichen Vertreter des Ausländers bekannt zu geben.
80	Zu § 80 – Handlungsfähigkeit Minderjähriger	80.3	Minderjährigkeit und Geschäftsfähigkeit
80.1	Handlungsfähigkeit minderjähriger Ausländer Mit Vollendung des 16. Lebensjahres kann der minderjährige Ausländer ohne Mitwirkung seines gesetzlichen Vertreters alle erforderlichen Anträge stellen und Verfahrenshandlungen vornehmen. Soweit er keinen Bevollmächtigten hat, sind ihm alle Verfügungen bekannt zu geben bzw. zuzustellen. Die Handlungsfähigkeit minderjähriger Asylbewerber richtet sich nach § 12 AsylVfG. Im Übrigen soll dem Minderjährigen Gelegenheit zur Äußerung gegeben werden.		Bei der Anwendung des Aufenthaltsgesetzes sind die Vorschriften des BGB dafür maßgebend, ob ein Ausländer als minderjährig oder volljährig anzusehen ist. Die Handlungs- und Geschäftsfähigkeit eines nach dem Recht des Heimatstaates volljährigen Ausländers wird durch § 80 Absatz 3 Satz 1 nicht eingeschränkt. Satz 2 dieser Vorschrift bestimmt, dass unabhängig von den Vorschriften des BGB ein nach dem Heimatrecht geschäftsfähiger Ausländer bei der Anwendung des Aufenthaltsgesetzes als geschäfts- und handlungsfähig anzusehen ist. Demzufolge kann ein Ausländer unter 16 Jahren abweichend von § 80 Absatz 1 in ausländerrechtlichen Angelegenheiten handlungsfähig sein, wenn er nach dem Recht des Heimatstaates volljährig und geschäftsfähig ist.
80.2	Besondere aufenthaltsrechtliche Maßnahmen	80.4	Verpflichtung zur Antragstellung
80.2.1	Die Abschiebung Minderjähriger darf ohne Beteiligung des gesetzlichen Vertreters (mangels Anwesenheit oder Erreichbarkeit im Bundesgebiet) nur angeordnet und durchgeführt werden, wenn der Minderjährige kraft Gesetzes vollziehbar ausreisepflichtig ist oder ein die vollziehbare Ausreisepflicht begründender Verwaltungsakt wirksam erlassen worden ist.	80.4.1	Die gesetzliche Verpflichtung nach § 80 Absatz 4 schließt eine entsprechende Vertretungsmacht ein. Das heißt, die von der verpflichteten Person gestellten Anträge können ihr gegenüber wirksam abgelehnt und bekannt gegeben werden; sie ist befugt, das Rechtsbehelfsverfahren durchzuführen. Die Versagung des Aufenthaltstitels kann mit der Androhung der Abschiebung nach § 80 Absatz 2 Satz 2 verbunden werden.
80.2.2	In den in § 80 Absatz 2 nicht genannten Fällen können Verwaltungsakte nur gegenüber dem gesetzlichen Vertreter wirksam erlassen werden. Ausländer, die das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und die unter elterlicher Sorge oder Vormundschaft stehen, erhalten für Angelegenheiten, an deren Besorgung die Eltern oder der Vormund verhindert sind, einen Pfleger (§ 1909 Absatz 1 Satz 1 BGB). Die Ausländerbehörde hat in einem solchen Fall im Benehmen mit dem zuständigen Jugendamt die Bestellung eines Vormunds oder Pflegers zu veranlassen. Die Jugendämter sind nach § 42 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 SGB VIII berechtigt und verpflichtet, unbegleitete Minderjährige in Obhut zu nehmen und, sofern die Personensorge- oder Erziehungsberechtigten nicht erreichbar sind, nach § 42 Absatz 3 Satz 3 SGB VIII unverzüglich die Bestellung eines Vormunds oder Pflegers zu veranlassen. Die Ausländerbehörde stellt den hierzu erforderlichen Kontakt mit dem zuständigen Jugendamt her.	80.4.2	Die Verpflichtung einer sonstigen Person anstelle des gesetzlichen Vertreters besteht, wenn sich der gesetzliche Vertreter nicht im Bundesgebiet aufhält oder dessen Aufenthaltsort im Bundesgebiet unbekannt ist. Die Verpflichtung der sonstigen Personen setzt nicht eine Übertragung der Personensorge oder eine Vollmacht des gesetzlichen Vertreters voraus. Es genügt die tatsächliche Betreuung, beispielsweise die Aufnahme des Minderjährigen im eigenen Haushalt.
80.2.3	Eine Unkenntnis der Behörde von der Handlungsunfähigkeit des Ausländers führt nicht zur Wirksamkeit der Bekanntgabe des Verwaltungsaktes. In solchen Fällen ist der Verwaltungs-	80.4.3	Bei Eheleuten, von denen ein Ehegatte das 16. Lebensjahr nicht vollendet hat, hat der andere Ehegatte die Pflichten nach § 80 Absatz 4 zu erfüllen.
		80.4.4	Die Nichterfüllung der Pflicht nach § 80 Absatz 4 kann als Ordnungswidrigkeit nach § 98 Absatz 3 Nummer 6 geahndet werden.
		81	Zu § 81 – Beantragung des Aufenthaltstitels
		81.1	Antragserfordernis
		81.1.1	Absatz 1 regelt ausdrücklich das grundsätzliche („soweit nicht anderes bestimmt ist“, vgl. hingegen § 33 Satz 1) Antragserfordernis als Voraussetzung für die Erteilung eines Aufenthaltstitels. Die Antragstellung ist nach dem Gesetz nicht an eine besondere Form (z.B.

Formularvordrucke) gebunden. Sie setzt wenigstens ein erkennbares Begehren auf die Erteilung eines Aufenthaltstitels zu einem bestimmten Aufenthalt im Bundesgebiet voraus; die Bezugnahme auf eine bestimmte Rechtsgrundlage ist hierbei nicht erforderlich. Wegen der nach § 82 bestehenden Darlegungspflicht des Antragstellers wird die Antragstellung dessen ungeachtet regelmäßig in schriftlicher Form unter Angabe der entscheidungserheblichen Umstände und Beifügung von antragsbegründenden Unterlagen erfolgen.

81.1.2 Der Antrag ist durch den Ausländer selbst zu stellen, der hierzu eine Vollmacht erteilen kann. Der Bevollmächtigte hat auf Verlangen seine Vollmacht schriftlich nachzuweisen (§ 14 Absatz 1 Satz 3 VwVfG); von dieser Vorlagemöglichkeit sollte die Ausländerbehörde Gebrauch machen. Ehegatten sind ohne besondere Vollmacht nicht berechtigt, den anderen Ehegatten zu vertreten; etwaiges abweichendes ausländisches Recht ist unerheblich, da sich das Verfahren auf Erteilung eines Aufenthaltstitels nicht nach ausländischem Zivilrecht, sondern nur nach deutschem Verwaltungsverfahrenrecht richtet. Dies ist zur Verhinderung von Zwangsehen insbesondere bei Anträgen auf Erteilung eines Aufenthaltstitels zum Familiennachzug zu beachten. Zur Fristwahrung im Rahmen des § 29 Absatz 2 Satz 2 Nummer 1 ist es ausreichend, wenn der in Deutschland lebende Stammberechtigte den Antrag auch ohne schriftlichen Nachweis der Vollmacht stellt. Die Übereinstimmung der Unterschrift auf einem schriftlichen Antrag mit der Unterschrift im Pass oder Passersatz ist, sofern der Antrag nicht persönlich durch den Antragsteller abgegeben wird, regelmäßig zu prüfen.

81.2 Antrag nach Einreise oder Geburt im Bundesgebiet

81.2.0 In Absatz 2 werden Fälle geregelt, in denen durch Rechtsverordnung bestimmt ist, dass der Aufenthaltstitel innerhalb einer bestimmten Frist nach der Einreise eingeholt werden kann.

81.2.1 Die Fälle, in denen ein Aufenthaltstitel nach der Einreise eingeholt werden kann, sind in §§ 39 bis 41 AufenthV bestimmt. Eine Fristbestimmung enthält § 41 Absatz 3 AufenthV; in allen übrigen Fällen gilt das Erfordernis der unverzüglichen Antragstellung. Sofern die Antragsfrist noch nicht abgelaufen ist, ist der Aufenthalt erlaubt.

81.2.2 Auf die Antragsfrist von sechs Monaten für im Bundesgebiet geborene Kinder und die sich daraus ergebende Verpflichtung zur rechtzeitigen Antragstellung sollte grundsätzlich in geeigneter Form hingewiesen werden (vgl. § 82 Absatz 3 Satz 1). § 33 ist vorrangig zu beachten.

81.2.3 Wird ein Kind in Deutschland geboren, von dem ein Elternteil eine Aufenthaltsgestattung besitzt oder sich nach Abschluss seines Asylverfahrens ohne Aufenthaltstitel oder mit einer

Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 5 Satz 1 im Bundesgebiet aufhält, ist dies dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge nach § 14a Absatz 2 AsylVfG unverzüglich anzuzeigen. Die Anzeigepflicht obliegt auch der Ausländerbehörde.

81.3

81.3.0

Erlaubnis- und Duldungsfiktion

Absatz 3 bestimmt Fiktionsfolgen für den Fall der erstmaligen Beantragung eines Aufenthaltstitels im Bundesgebiet. Erfasst werden hier nur Fälle eines zum Zeitpunkt der Antragstellung rechtmäßigen – nicht nur geduldeten – Aufenthalts im Bundesgebiet. Ob der Aufenthalt ohne Aufenthaltstitel zum Zeitpunkt der Antragstellung rechtmäßig ist, ist nach allgemeinen Kriterien festzustellen. Es handelt sich vor allem um die Fälle, in denen zunächst eine Befreiung vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels gegeben war (vgl. § 4 Absatz 1 Satz 1; Artikel 20 Absatz 1 SDÜ i. V. m. Artikel 1 Absatz 2 und Anhang II der Verordnung (EG) Nummer 539/2001 des Rates vom 15. März 2001 zur Aufstellung der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der Außengrenzen im Besitz eines Visums sein müssen, sowie der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige von der Visumpflicht befreit sind (ABl. EG Nummer L 81 S. 1; §§ 15 bis 30 AufenthV). Hinsichtlich der Fiktionsfolgen ist danach zu unterscheiden, ob der Antrag rechtzeitig oder verspätet gestellt worden ist.

81.3.1

Wird der Antrag rechtzeitig gestellt, gilt der Aufenthalt des Ausländers bis zur Entscheidung der Ausländerbehörde als erlaubt (Erlaubnisfiktion). Die Ausübung einer Erwerbstätigkeit ist in dieser Zeit ausgeschlossen (vgl. § 4 Absatz 3) mit Ausnahme von türkischen Staatsangehörigen, die nach den Vorschriften des ARB 1/80 zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit berechtigt sind.

81.3.2

Verspätet gestellt ist ein Antrag auf Erteilung eines Aufenthaltstitels dann, wenn der Aufenthalt im Zeitpunkt der Antragstellung nicht mehr rechtmäßig war. Ab Antragstellung bis zur Entscheidung über den Antrag gilt dann die Abschiebung des Betroffenen als ausgesetzt (Duldungsfiktion; Rechtsfolgenverweis auf § 60a). Bei Ausreise aus dem Bundesgebiet erlischt die Duldungsfiktion und lebt auch bei einer erneuten Einreise nicht wieder auf. Auf Nummer 38. 1. 10 wird Bezug genommen.

81.3.3

Von Absatz 3 nicht erfasst sind Ausländer, die unerlaubt eingereist sind (z. B. Negativstaater ohne Visum) oder auf Grund eines vollziehbaren Verwaltungsaktes ausreisepflichtig sind, weil in diesen Fällen kein rechtmäßiger Aufenthalt vorliegt. Ihnen kann keine Fiktionsbescheinigung ausgestellt werden, selbst wenn eine Ausnahmeentscheidung nach § 5 Absatz 2 Satz 2 in Betracht kommt.

81.3.4

Fälle, in denen nach Ablehnung eines Antrags vor der Ausreise ein weiterer, den früheren bloß

wiederholender Antrag gestellt wird, fallen nicht unter den Schutzbereich der Regelung und können unter dem Gesichtspunkt des Rechtsmissbrauchs die erwünschte Rechtsfolge nicht auslösen. Bei einem bloß wiederholenden Antrag tritt daher keine Fiktionsfolge ein und kommt die Ausstellung einer Fiktionsbescheinigung nicht in Betracht. Dies gilt auch in den Fällen des Absatzes 4.

81.3.5 Türkische Staatsangehörige, die nach den Vorschriften des ARB 1/80 ein Aufenthaltsrecht besitzen, genießen dieses Aufenthaltsrecht kraft Assoziationsrechts, so dass eine Erlaubnisfiktion begrifflich nicht in Betracht kommt. Sofern sie einen deklaratorischen Aufenthaltstitel nach § 4 Absatz 5 beantragen, ist ihnen – soweit nicht Absatz 4 einschlägig ist – auf Wunsch eine Fiktionsbescheinigung nach Absatz 3 Satz 1 zu erteilen, damit sie in der Lage sind, ihr Aufenthaltsrecht vorläufig nachzuweisen. Dies gilt nicht, wenn das Aufenthaltsrecht nach dem ARB 1/80 zum Zeitpunkt der Antragstellung noch genauerer Überprüfung bedarf; die vorübergehende Folge einer verspäteten Antragstellung – die dann angezeigte vorsorgliche Anwendung des Absatzes 3 Satz 2 – muss bei unklarer Rechtslage der betroffene türkische Staatsangehörige tragen.

81.3.6 Nach § 4 Absatz 1 Satz 1 benötigen Ausländer für die Einreise in das Bundesgebiet grundsätzlich einen Aufenthaltstitel. Die Fiktionsbescheinigung, die nach Absatz 3 erteilt wird, ersetzt keinen Aufenthaltstitel, sondern bewirkt nur die Fiktion der Rechtmäßigkeit des Aufenthalts. Dies kommt durch die unterschiedlichen Formulierungen der Absätze 3 und 4 zum Ausdruck. Anders als die Fiktionsbescheinigung, die nach Absatz 4 erteilt wird, ermöglicht die Fiktionsbescheinigung nach Absatz 3 daher keine Einreise in das Bundesgebiet. Vorschriften, wonach die Einreise ohne Aufenthaltstitel aus anderen Gründen zulässig ist (etwa Artikel 20 oder 21 SDÜ, Artikel 1 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nummer 539/2001; §§ 16 bis 30 sowie 41 AufenthV), bleiben unberührt. Um den Unterschied zu verdeutlichen, sollte auf dem Trägervordruck von Fiktionsbescheinigungen, die nach Absatz 3 ausgestellt werden, der Vermerk „Gilt nicht für Auslandsreisen“ aufgenommen werden.

81.4 Fortgeltungsfiktion

81.4.0 In Absatz 4 wird eine Sonderregelung für die Fälle getroffen, in denen der Betroffene bereits einen Aufenthaltstitel besitzt. Hiervon erfasst sind auch Fälle, in denen der Betroffene ein nationales Visum besitzt. Für alle auf Grundlage der Altfallregelung nach § 104a erteilten und verlängerten Aufenthaltstitel findet die Fortgeltungsfiktion des Absatzes 4 keine Anwendung (§ 104a Absatz 5 Satz 5).

81.4.1.1 In Fällen der Verlängerung eines Aufenthaltstitels oder der Beantragung eines anderen Auf-

enthaltstitels (z. B. einer Niederlassungserlaubnis) gilt der bisherige Aufenthaltstitel mit allen sich daran anschließenden Wirkungen einschließlich der Erlaubnis zur Erwerbstätigkeit bis zur Entscheidung der Ausländerbehörde als fortbestehend, wenn der Antrag rechtzeitig – d. h. vor Ablauf der Geltungsdauer des bestehenden Aufenthaltstitels – gestellt wird. Eine Erlaubnisfiktion wäre in diesen Fällen nicht ausreichend, da damit insbesondere die Frage der Berechtigung zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit offen bliebe. Sonderregelungen, die diese Frage im sozialrechtlichen Bereich punktuell klären müssten, werden hierdurch entbehrlich. Vielmehr ist die Frage damit für das gesamte Sozialrecht geklärt. Die Fiktionsbescheinigung nach Absatz 4 ermöglicht Reisen im Schengenraum und die Wiedereinreise nach Deutschland (siehe im Einzelnen Nummer 81.5.3).

81.4.1.2 In den Fällen, in denen der Antrag zwar rechtzeitig gestellt wird, die Voraussetzungen für eine Verlängerung des Aufenthaltstitels offenkundig nicht vorliegen oder der Aufenthaltstitel aufgrund einer rechtlichen Regelung nicht verlängert werden kann (z. B. zeitlicher Ablauf bei Au-pair-Aufenthalten, Spezialitätenköchen) ist der Antrag unverzüglich abzulehnen. Der Verlängerungsantrag zu einem nicht verlängerungsfähigen Aufenthaltstitel ist als rechtsmissbräuchliche Antragstellung zu werten, die allein dem Zweck dient, die Fortgeltungsfiktion über den ursprünglichen Geltungszeitraum des Aufenthaltstitels hinaus mit der Folge auszulösen, dass eine Erwerbstätigkeit über eine zeitliche Höchstgrenze hinaus ausgeübt werden kann. Eine Fiktionsbescheinigung, etwa mit der Auflage „Erwerbstätigkeit nicht gestattet“, ist in diesen Fällen nicht zu erteilen.

81.4.2.1 Wird der Antrag erst nach Ablauf der Geltungsdauer des bestehenden Aufenthaltstitels gestellt, treten keine Fiktionswirkungen ein. In diesem Fall ist der Aufenthalt des Betroffenen unerlaubt. Der Aufenthaltstitel ist mit Ablauf seiner Geltungsdauer gemäß § 51 Absatz 1 Nummer 1 erloschen. Der Ausländer ist gemäß § 50 Absatz 1 zur Ausreise verpflichtet. Eine Beschäftigung ist nicht erlaubt. Dies ergibt sich auch aus § 4 Absatz 3, wonach die Ausübung einer Beschäftigung nur zulässig ist, wenn der Betroffene im Besitz eines Aufenthaltstitels ist und dieser die Erwerbstätigkeit gestattet.

81.4.2.2 Die ursprünglich im Entwurf des Zuwanderungsgesetzes vorgesehene großzügige Regelung, die auch eine Fiktionswirkung in Fällen verspäteter Antragstellung vorsah, ist im Laufe des parlamentarischen Gesetzgebungsverfahrens gestrichen worden. Damit wollte der Gesetzgeber ausdrücklich festschreiben, dass es zu den Obliegenheiten der sich rechtmäßig in Deutschland aufhaltenden Ausländer gehört, rechtzeitig eine Verlängerung ihres Aufenthaltstitels zu beantragen.

- 81.4.2.3 Eine rigorose Handhabung auch in Fällen, in denen die verspätete Antragstellung aus bloßer Nachlässigkeit und nur mit einer kurzen Zeitüberschreitung erfolgt, kann jedoch im Einzelfall zu übermäßigen, vom Gesetzgeber nicht intendierten Folgen führen. Dem säumigen Antragsteller kann daher in entsprechender Anwendung des § 81 Absatz 5 eine Fiktionsbescheinigung mit der Rechtsfolge des § 81 Absatz 4 (vgl. Nummer 81.4.1.1) ausgestellt werden, sofern er zum Zeitpunkt der Antragstellung die Frist nur geringfügig überschritten hat, die Fristüberschreitung lediglich auf Fahrlässigkeit zurückzuführen ist und nach summarischer Prüfung zu erwarten ist, dass ihm der Aufenthalt nach ordnungsgemäßer Prüfung weiter erlaubt wird. Er hat dazu Tatsachen vorzutragen und glaubhaft zu machen, die belegen, warum ihm eine rechtzeitige Antragstellung nicht möglich war oder die Fristüberschreitung lediglich auf Fahrlässigkeit beruhte (§ 82 Absatz 1). Der Antrag gilt dann als rechtzeitig gestellt.
- 81.5 Fiktionsbescheinigung**
- 81.5.0 Für die Fiktionsbescheinigung nach Absatz 5 wurde auf Grundlage der Ermächtigungsnorm in § 78 Absatz 7 in der AufenthV ein bundesweites Vordruckmuster eingeführt (vgl. § 58 Nummer 3 AufenthV), das zwingend zu verwenden ist. Die Verwendung anderer Modelle ist rechtswidrig. Der amtliche Vordruck besteht nach Anlage D3 zur AufenthV aus einem sechsseitigen Grundvordruck und dem in diesem Grundvordruck auf Seite 5 aufzubringenden Klebeetikett. Ein Einkleben der Fiktionsbescheinigung in einen Pass oder Passersatz ist unzulässig, weil nach allgemeinen zwischenstaatlichen Gepflogenheiten Vermerke über Anträge (mit Ausnahme von Visumanträgen) in Pässen oder Passersatzpapieren nicht erfolgen.
- 81.5.1 Die Fiktionsbescheinigung ist nach dem zugrunde liegenden Sicherheitskonzept maximal zweimal verlängerbar. Sollte eine weitere Verlängerung erforderlich werden, ist eine neue Fiktionsbescheinigung auszustellen.
- 81.5.2 Nach Bescheidung des Antrags entfällt die gesetzliche Fiktionswirkung (vgl. § 81 Absatz 3). Rechtsbehelfe haben hierauf keine Auswirkung (vgl. aber § 84 Absatz 2 Satz 2). Soweit die Fiktionsbescheinigung auf Grund der vorgenommenen Befristung noch gültig ist, ist sie bei Ausstellung/Verlängerung des Aufenthaltstitels bzw. der Bescheinigung über die Aussetzung der Abschiebung unter Beifügung einer Datumsangabe ungültig zu stempeln. Eine Einbehaltung sollte unterbleiben, wenn der Ausländer ein späteres Interesse daran haben kann, die bis dahin bestehende Fiktionswirkung und damit Rechtmäßigkeit des Aufenthalts nachzuweisen. Kommt keine dieser Maßnahmen in Betracht, ist der Ausländer also vollziehbar ausreisepflichtig und zur Vorlage der Fiktionsbescheinigung zum Zweck der Anbringung eines Ungültigkeitsvermerks nicht bereit, kann dies durch Ordnungsverfügung nach § 46 Absatz 1 angeordnet werden (vgl. dazu auch die Hinweise unter Nummer 46.1.4.6).
- 81.5.3 Die nach Absatz 4 ausgestellten Fiktionsbescheinigungen berechtigen anders als die nach Absatz 3 ausgestellten Bescheinigungen in Verbindung mit einem anerkannten und gültigen Pass oder Passersatz zur Einreise in das Bundesgebiet und nach Artikel 21 SDÜ zu Reisen innerhalb des Schengen-Raums. Voraussetzung ist neben der Verwendung des durch die AufenthV vorgeschriebenen amtlichen Vordrucks, dass auf Seite 3 des Trägervordrucks das dritte Ankreuzfeld angekreuzt ist. Ein- und Ausreisekontrollstempel sind im Pass oder Passersatz, nicht aber auf der Fiktionsbescheinigung anzubringen.
- 81.5.4 Mit der Stellung eines Asylantrags erlöschen die in § 81 Absatz 3 und 4 bezeichneten Wirkungen; hat der Ausländer hingegen einen Aufenthaltstitel mit einer Gesamtgeltungsdauer von mehr als sechs Monaten besessen und dessen Verlängerung beantragt, bleiben die Wirkungen des § 81 Absatz 4 erhalten (vgl. § 55 Absatz 2 AsylVfG). Wenn ein Ausländer während eines laufenden Asylverfahrens erstmalig einen Aufenthaltstitel beantragt, treten die Wirkungen nach § 81 Absatz 3 nicht ein.
- 82 Zu § 82 Mitwirkung des Ausländers**
- 82.1 Besondere Mitwirkungspflichten**
- 82.1.1 Aus § 82 Absatz 1 ergeben sich besondere Darlegungs- und Nachweisobliegenheiten des Ausländers. Die Vorschrift geht dem allgemeinen Grundsatz nach § 24 Absatz 1 VwVfG vor. Die Darlegungslast liegt beim Ausländer. Zu den Obliegenheiten des Ausländers gehört etwa die unverzügliche Geltendmachung von Reiseunfähigkeit oder sonstiger persönlicher Lebensumstände, die der Behörde nicht bekannt sind. Die Interessen des Ausländers und die für ihn günstigen Umstände sind nur dann von Amts wegen zu ermitteln, soweit ein öffentliches Interesse an ihnen besteht. Der Ausländer ist in allen Fällen gehalten, nach seinen Möglichkeiten bei der Aufklärung des Sachverhaltes mitzuwirken. Die Nachprüfbarkeit muss im Bundesgebiet gegeben sein. Widersprüchliche Angaben führen dazu, dass keine der Sachdarstellungen als glaubhaft gemacht angesehen werden kann. Die Ausländerbehörde ist grundsätzlich nicht verpflichtet, im Ausland gelegene Sachverhalte aufzuklären, die persönliche Verhältnisse des Ausländers betreffen. Zur Mitwirkungspflicht gehört auch, dass der Ausländer fremdsprachige Schriftstücke in deutscher Übersetzung vorlegt (vgl. § 23 VwVfG).
- 82.1.2 Zu den Mitwirkungsobliegenheiten des Ausländers gehört, dass er nachprüfbare tatsächliche Angaben macht und hierzu geeignete Beweismittel beibringt (Urkunden; sonstige Do-

kumente; Sachverständigenauskünfte, z. B. ärztliches Attest; anwaltlicher Urkundenüberprüfungsbericht; zum Nachweis der Abstammung durch ein freiwilliges DNA-Gutachten vgl. Nummer 27.0.5). Die Mitwirkungsobliegenheit des Antragstellers besteht auch bei Anhörungen.

- 82.1.3 Satz 3 dient der Umsetzung von Artikel 18 Absatz 2 der Richtlinie 2004/114/EG des Rates vom 13. Dezember 2004 über die Bedingungen für die Zulassung von Drittstaatsangehörigen zwecks Absolvierung eines Studiums oder Teilnahme an einem Schüleraustausch, einer unbezahlten Ausbildungsmaßnahme oder einem Freiwilligendienst (ABl. EU Nummer L 375 S. 12, so genannte Studentenrichtlinie) und von Artikel 15 Absatz 2 der Richtlinie 2005/71/EG des Rates vom 12. Oktober 2005 über ein besonderes Zulassungsverfahren für Drittstaatsangehörige zum Zweck der wissenschaftlichen Forschung (ABl. EU Nummer L 289 S. 15, so genannte Forscherrichtlinie) hinsichtlich der Verpflichtung der Behörde, auf die Unvollständigkeit von Anträgen hinzuweisen. Um eine Ungleichbehandlung von Ausländern zu verhindern, sind diese Regelungen nicht auf den persönlichen Anwendungsbereich der vorgenannten Richtlinien beschränkt, sondern finden auf alle Ausländer Anwendung.

82.2 Widerspruchsverfahren

Für die Geltendmachung von Interessen des Ausländers im Widerspruchsverfahren gilt § 82 Absatz 1 entsprechend. Setzt die Widerspruchsbehörde keine Frist nach § 82 Absatz 1 Satz 2 bzw. Absatz 3, hat der Ausländer zumindest bis zum Ablauf der Rechtsbehelfsfrist Gelegenheit, den Widerspruch zu begründen. Bis zur Zustellung des Widerspruchsbescheids sind Belange des Ausländers und für ihn günstige Umstände berücksichtigungsfähig, wenn keine kürzere Frist gemäß § 82 Absatz 1 Satz 2 gesetzt wird. Soweit die Auslandsvertretungen ein nicht-förmliches Remonstrationsverfahren durchführen, gilt dies sinngemäß.

82.3 Hinweispflicht

Der Ausländer soll auf seine Pflichten nach § 82 Absatz 1 und seine wesentlichen Rechte und Pflichten nach dem Aufenthaltsgesetz und auf die Möglichkeit, dass das Einreise- und Aufenthaltsverbot nach § 11 Absatz 1 auf Antrag befristet werden kann (vgl. hierzu Nummer 11.1.3.3), hingewiesen werden. Die Vorschrift trägt dem Umstand Rechnung, dass die Adressaten des Aufenthaltsgesetzes häufig aus sprachlichen und sozialen Gründen, mangelnder Vertrautheit mit der deutschen Behördenorganisation sowie der Komplexität der Rechtsmaterie Schwierigkeiten haben, ihre Rechte und Pflichten zu überblicken. Bei der Fristsetzung nach § 82 Absatz 1 Satz 2 ist der Ausländer nach Absatz 3 auf die Folgen einer Fristversäumung hinzuweisen. Geltend gemachte Umstände und

beigebrachte Nachweise nach Ablauf der Frist dürfen nur dann nicht mehr berücksichtigt werden, wenn der Ausländer auf die Folgen einer Fristversäumung hingewiesen wurde. Die nach Ablauf der Frist geltend gemachten Umstände und beigebrachten Nachweise sollen im Allgemeinen nur dann in das Verfahren einbezogen werden, wenn die Entscheidung dadurch nicht verzögert wird. Diese Präklusion gilt nur für eine Verwaltungsinstanz. Die Widerspruchsbehörde hat aber ihrerseits die Möglichkeit, den Ausländer mit seinem Vortrag zu präkludieren (vgl. Nummer 82.2).

82.4

Zwangswise Vorführung

82.4.1

Die Anordnung des persönlichen Erscheinens im Wege des Ermessens unter den Voraussetzungen des § 82 Absatz 4 dient insbesondere der Wahrung und Durchsetzung der Passvorlagepflicht nach § 48. Die Anordnung bedarf nicht der Schriftform. Sie kann mündlich erfolgen, wenn sie unaufschiebbar ist. Einer Anhörung bedarf es nicht unter den Voraussetzungen landesverwaltungsverfahrensrechtlicher Regelungen (z. B. § 28 Absatz 2 Nummer 1 oder Absatz 3 VwVfG). Die Ausländerbehörden können auf Grund der gesetzlichen Klarstellung auch ermächtigte Vertreter der jeweiligen vermuteten Herkunftsstaaten einladen, die dann den betroffenen Ausländer identifizieren.

82.4.2.1

Ein hinreichender Verhinderungsgrund liegt z. B. im Fall einer dringenden ärztlichen Behandlung oder bei vorübergehender Handlungsunfähigkeit des Ausländers (§ 80) bis zum Wegfall des Verhinderungsgrundes vor; insoweit kann die für das persönliche Erscheinen gesetzte Frist verlängert werden. Die Verpflichtung, eine ärztliche Untersuchung zur Feststellung der Reisefähigkeit zu dulden, dient der Durchsetzung der Ausreiseverpflichtung. Der Arzt ist über den Zweck der Untersuchung, die an sie zu stellenden Anforderungen und die möglichen Rechtsfolgen des Untersuchungsergebnisses zeitgleich mit der Bitte, die Untersuchung durchzuführen, zu unterrichten.

82.4.2.2

Die zwangsweise Durchsetzung der Anordnung richtet sich gemäß Absatz 4 Satz 3 nach § 40 Absatz 1 und 2, §§ 41 und 42 Absatz 1 Satz 1 und 3 BPolG. Aus der Verweisung auf die Vorschriften der BPolG folgt keine Zuständigkeit der Bundespolizei für entsprechende Maßnahmen.

82.4.2.3

Plant die Ausländerbehörde zur Durchsetzung einer Anordnung nach § 82 Absatz 4 Satz 1 die zwangsweise Vorführung eines Ausländers vor dessen Auslandsvertretung, ist eine richterliche Entscheidung zuvor herbeizuführen, wenn die Vorführung nach ihrer organisatorischen Ausgestaltung durch die Ausländerbehörde mit einer Freiheitsentziehung verbunden ist. Dabei beschränkt sich die Verweisung in § 82 Absatz 4 Satz 3 auf § 40 Absatz 1 BPolG nicht auf solche Fälle, in denen der Ausländer bereits fest-

gehalten wird. Vielmehr muss die Vorschrift im Hinblick auf die verfassungsrechtlichen Vorgaben in Artikel 104 Absatz 2 Satz 1 GG dahingehend ausgelegt werden, dass nicht nur Spontanmaßnahmen erfasst werden. Die Freiheitsentziehung setzt grundsätzlich eine vorherige richterliche Anordnung voraus.

82.5

Mitwirkungspflichten bei Ausstellung von Dokumenten nach einheitlichem Vordruckmuster

Absatz 5 ergänzt die allgemeinen Mitwirkungspflichten des § 82 um die spezielle gesetzliche Mitwirkungspflicht auf Verlangen der zuständigen Behörden bei der Erhebung von Lichtbildern bzw. Fingerabdrücken im Zusammenhang mit der Ausstellung eines ausländerrechtlichen Dokuments nach einem einheitlichen Vordruckmuster (vgl. §§ 59, 60 AufenthV). Aufgrund der Verordnung (EG) Nummer 380/2008 des Rates vom 18. April 2008 zur Änderung der Verordnung (EG) Nummer 1030/2002 zur einheitlichen Gestaltung des Aufenthaltstitels für Drittstaatsangehörige (ABl. EG Nummer L 1 S. 115 vom 29. April 2008) werden nach Ablauf der Vollzugsfristen künftig eigenständige Aufenthaltstitel in Kartenform (mit Ausnahme von Visa) mit einem Speicher- und Verarbeitungsmedium, das ein Lichtbild und zwei Fingerabdrücke enthält, ausgestellt. Die allgemeine Erhebungsgrundlage des § 86 für alle anderen personenbezogenen Daten bleibt unberührt.

83

Zu § 83 – Beschränkung der Anfechtbarkeit

83.1

Ausschluss von Rechtsbehelfen

§ 83 schließt einen Rechtsbehelf gegen die Versagung eines Visums zu touristischen Zwecken sowie eines Visums oder eines Passersatzpapiers (§ 4 AufenthV) an der Grenze aus. Zugleich besteht die Hinweispflicht nach § 83 Satz 2, den Ausländer auf den gesetzlich vorgeschriebenen Einreiseweg (§ 5 Absatz 2 Nummer 1) und die Einhaltung der Passpflicht (§ 3) zu verweisen.

83.2

Ausschluss des Widerspruchsverfahrens

Gegen die Versagung der Aussetzung der Abschiebung ist das Widerspruchsverfahren ausgeschlossen. Die Aussetzung der Abschiebung kann daher nur im verwaltungsgerichtlichen Verfahren erstritten werden. Der Ausschluss des Widerspruchsverfahrens gilt nicht hinsichtlich der Androhung und Änderung von Nebenbestimmungen zur Duldung (vgl. § 61 Absatz 1).

84

Zu § 84 – Wirkungen von Widerspruch und Klage

84.1

Ausschluss der aufschiebenden Wirkung

84.1.1

Bei § 84 Absatz 1 handelt es sich um eine Bestimmung i. S. v. § 80 Absatz 2 Satz 1 Num-

mer 3 VwGO. Danach ist die aufschiebende Wirkung von Widerspruch und Klage nur gegen die Versagung des Aufenthaltstitels, gegen die Auflage nach § 61 Absatz 1 Satz 2, in einer Ausreisereinrichtung zu wohnen, gegen die Änderung oder Aufhebung einer die Ausübung einer Beschäftigung betreffenden Nebenbestimmung, gegen den Widerruf oder die Rücknahme der Anerkennung von Forschungseinrichtungen für den Abschluss von Aufnahmevereinbarungen nach § 20 sowie gegen den Widerruf eines Schengen-Visums nach § 52 Absatz 7 ausgeschlossen. Gegen die Versagung eines Visums durch die Auslandsvertretungen als Teil der einheitlichen obersten Bundesbehörde Auswärtiges Amt (§ 2 GAD) findet gemäß § 68 Absatz 1 Nummer 1 VwGO kein Widerspruchsverfahren statt. Der Antragsteller kann außer im Fall des § 83 Absatz 1 gegebenenfalls nicht-förmliche Gegenvorstellung (Remonstration) erheben. Ob Rechtsmittel gegen Entscheidungen nach dem AsylVfG aufschiebende Wirkung haben, richtet sich nach § 75 AsylVfG.

84.1.2

Die Vollziehbarkeit der Ausreisepflicht gemäß § 58 Absatz 2 Satz 2 entfällt, wenn das Verwaltungsgericht die aufschiebende Wirkung von Widerspruch und Klage gegen die Versagung des Aufenthaltstitels im Verfahren auf vorläufigen Rechtsschutz gemäß § 80 Absatz 5 VwGO angeordnet hat. Die aufschiebende Wirkung von Widerspruch und Klage endet jedoch in den Fällen des § 80b Absatz 1 VwGO. Durch die Aussetzung wird die Ausreisefrist unterbrochen (§ 50 Absatz 3).

84.1.3

Die Wirkung von Widerspruch und Klage gemäß § 84 Absatz 1 gilt unabhängig davon, ob neben der Versagung des Aufenthaltstitels eine Ausweisung verfügt wird, gegen die Widerspruch und Klage aufschiebende Wirkung haben. Dem steht nicht entgegen, dass die Versagung gemäß § 11 Absatz 2 Satz 2 lediglich auf die Ausweisung gestützt wird.

84.1.4

Ist die Vollziehung der Versagung eines Aufenthaltstitels durch die Behörde ausgesetzt oder die aufschiebende Wirkung durch das Verwaltungsgericht angeordnet worden, entfällt dadurch nur die Vollziehbarkeit der Ausreisepflicht. Der Ausländer bleibt in diesem Fall weiterhin ausreisepflichtig, sein Aufenthalt ist daher nicht mehr rechtmäßig (vgl. § 84 Absatz 2 Satz 1). Die Anordnung der aufschiebenden Wirkung von Widerspruch und Klage nach Versagung des Aufenthaltstitels lässt daher die Wirkungen des § 81 Absatz 3 nicht mehr aufleben.

84.2

Wirksamkeit der die Ausreisepflicht begründenden Verwaltungsakte

84.2.1

Widerspruch und Klage gegen die in § 84 Absatz 2 Satz 1 genannten Verwaltungsakte hemmen zwar durch ihre aufschiebende Wirkung die Vollziehbarkeit des angefochtenen Verwal-

	tungsaktes gemäß § 80 Absatz 1 VwGO, die aufschiebende Wirkung lässt jedoch die ausländerrechtliche Wirksamkeit der Maßnahme unberührt. Die aufschiebende Wirkung dieser Rechtsbehelfe hat daher lediglich zur Folge, dass die Vollziehbarkeit der Ausreisepflicht mit Ausnahme der in § 80b Absatz 1 VwGO genannten Fälle entfällt. Lediglich durch die Anordnung der sofortigen Vollziehung des Verwaltungsaktes gemäß § 80 Absatz 2 Satz 1 Nummer 4 VwGO, der die Rechtmäßigkeit des Aufenthalts beendet, kann die Vollziehbarkeit der Ausreisepflicht gemäß § 58 Absatz 2 Satz 2 bewirkt werden. Der Aufenthalt bleibt auch dann weiterhin unerlaubt, wenn im Falle der Versagung des Aufenthaltstitels das Verwaltungsgericht die aufschiebende Wirkung von Widerspruch und Klage angeordnet hat.	85	Zu § 85 – Berechnung von Aufenthaltszeiten
		85.0	Durch die Möglichkeit, Unterbrechungen der Rechtmäßigkeit des Aufenthalts bis zu einem Jahr unberücksichtigt zu lassen, sollen Unbilligkeiten vermieden werden, die sich im Übrigen bei geringfügigen formalen Nachlässigkeiten des Ausländers (Beispiele siehe Nummer 85.4) ergeben würden.
		85.1	Soweit gesetzlich (z. B. in § 104b Nummer 2) gefordert wird, dass ein rechtmäßiger Aufenthalt ununterbrochen vorliegen muss (nicht nur ein rechtmäßiger Aufenthalt von bestimmter Dauer, vgl. etwa § 37 Absatz 1 und 5), hat diese Vorschrift Vorrang und verdrängt § 85.
		85.2	§ 9b ist bei Prüfung der Voraussetzungen nach § 9a Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 vorrangig zu beachten.
84.2.2.1	Mit der Bekanntgabe einer Ausweisungsverfügung oder eines sonstigen die Rechtmäßigkeit des Aufenthalts beendenden Verwaltungsaktes (Versagung in den Fällen des § 81 Absatz 3 Satz 1 und des § 81 Absatz 4, Widerruf und Rücknahme des Aufenthaltstitels, nachträgliche zeitliche Beschränkung des rechtmäßigen Aufenthalts oder des Aufenthaltstitels) wird der Aufenthalt des Ausländers unerlaubt, ohne dass es darauf ankommt, ob der Verwaltungsakt vollziehbar ist. Der Wegfall der Rechtmäßigkeit des Aufenthalts bedeutet, dass ein Familiennachzug zu dem Ausländer ausgeschlossen ist (vgl. § 29 Absatz 1 Nummer 1) und der Ausländer während des Rechtsbehelfsverfahrens nicht in die Aufenthaltsverfestigung hineinwachsen kann. Solange das Aufenthaltsrecht des Ausländers auf diese Weise umstritten ist, liegt keine ordnungsgemäße Beschäftigung i. S. v. Artikel 6 Absatz 1 ARB 1/80 vor.	85.3	Eine Unterbrechung i. S. v. § 85 erfordert Zeiten unrechtmäßigen Aufenthalts, die zwischen solchen rechtmäßigen Aufenthalts liegen. Die Zeit der Unterbrechung selbst wird nicht auf den rechtmäßigen Aufenthalt angerechnet. Denkbar sind auch mehrere Unterbrechungen von jeweils bis zu einem Jahr.
		85.4	Die Unterbrechung der Rechtmäßigkeit des Aufenthaltes kann insbesondere auf nicht rechtzeitigem Antrag auf Verlängerung des Aufenthaltstitels oder auf einem Ungültigwerden des Passes beruhen.
		85.5	Über die Unbeachtlichkeit der Unterbrechung eines rechtmäßigen Aufenthalts nach § 85 hat die Ausländerbehörde nach pflichtgemäßem Ermessen zu entscheiden. Hierbei können Gründe und – z. B. bei mehrfachen Unterbrechungen (siehe Nummer 85.3) – insbesondere Anzahl und Gesamtdauer der Unterbrechungen Berücksichtigung finden. Insbesondere bei Bagatellunterbrechungen, bei denen die Behörde von Ordnungswidrigkeitsverfahren abgesehen hat, ist dem Betroffenen die Unterbrechung des Aufenthaltes in aller Regel nicht mehr entgegenzuhalten.
84.2.2.2	Die Ausweisung (§ 51 Absatz 1 Nummer 5) oder die nachträgliche zeitliche Beschränkung des Aufenthaltstitels haben bis zur Unanfechtbarkeit der Entscheidung zur Folge, dass der Ausländer nicht mehr den ihm erteilten Aufenthaltstitel besitzt, er gemäß § 50 Absatz 1 zur Ausreise verpflichtet ist und für ihn bis zum Abschluss des Verfahrens eine rechtliche Verfestigung nicht möglich ist.		
84.2.2.3	Die Sperrwirkung des § 11 Absatz 1 Satz 2 tritt ungeachtet dessen ein, ob der Rechtsbehelf gegen die Ausweisung oder Abschiebung aufschiebende Wirkung hat.	86	Zu § 86 – Erhebung personenbezogener Daten
		86.0	Allgemeines
84.2.2.4	Zu den Auswirkungen des § 84 Absatz 2 Satz 2 auf die Berechtigung zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit vgl. Nummer 4.3.1.2.	86.0.1	Anwendungsbereich der §§ 86 bis 91e
84.2.3	Nach § 84 Absatz 2 Satz 3 wird im Falle der Aufhebung des aufenthaltsbeendenden Verwaltungsaktes der Aufenthalt rückwirkend wieder rechtmäßig. Die Aufhebung bewirkt, dass der frühere Rechtszustand wieder eintritt. Der Antrag des Ausländers auf Erteilung eines Aufenthaltstitels, über den erneut zu entscheiden ist, entfaltet nach der wirksamen Aufhebung die in § 81 genannten Wirkungen.	86.0.1.1	Die §§ 86 bis 91e enthalten für die Durchführung des Ausländerrechts bereichsspezifische Regelungen zur Erhebung, Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten, soweit keine speziellen Regelungen Anwendung finden. Regelungen, die die §§ 86 bis 91e verdrängen, sind z. B. für den Verkehr mit dem Ausländerzentralregister die Vorschriften des AZRG (insbesondere die §§ 6, 15 und 32 AZRG) oder für das Asylverfahren die §§ 7 und 8 AsylVfG.

86.0.1.2	Soweit die §§ 86 bis 91e keine abschließenden Regelungen enthalten und auch keine anderen bereichsspezifischen Bundes- bzw. Landesregelungen einschlägig sind (z. B. auch §§ 12, 13 und 18–22 EGGVG), haben die Behörden des Bundes das BDSG und die Behörden der Länder die Datenschutzgesetze der Länder zu beachten. Dies gilt insbesondere für die allgemeinen datenschutzrechtlichen Regelungen über die Berichtigung, Löschung und Sperrung von Daten sowie die Unterrichtung und das Auskunftsrecht des Betroffenen, die ergänzend heranzuziehen sind (z. B. § 20 BDSG).	86.1.3.1	Es dürfen nur die für die Aufgabenerfüllung erforderlichen Daten erhoben werden. Dies sind Daten, deren Kenntnis für eine beabsichtigte ausländerrechtliche Entscheidung oder Maßnahme benötigt wird. Die Erhebung von Daten auf Vorrat zu unbestimmten oder noch nicht bestimmbar Zwecken ist unzulässig. Die Datenerhebung kann bei der Anhörung zu der beabsichtigten Entscheidung stattfinden.
86.0.2	Allgemeines zu § 86 § 86 regelt die Erhebung personenbezogener Daten von Ausländern durch die mit der Durchführung des Aufenthaltsgesetzes betrauten Stellen (§ 71, vor allem die Ausländerbehörden und Auslandsvertretungen). § 86 schafft für die berechtigten Stellen die Befugnis zur Datenerhebung. Über diesen Grundtatbestand der Datenerhebung hinaus finden die Erhebungsvorschriften des BDSG und der Datenschutzgesetze der Länder Anwendung, soweit keine bereichsspezifischen Regelungen in anderen Gesetzen einschlägig sind. § 86 begründet für andere Stellen kein Recht zur Übermittlung von Daten. Dieses muss sich aus anderen Vorschriften ergeben, z. B. für öffentliche Stellen aus § 87 oder für nicht-öffentliche Stellen aus § 28 Absatz 2 und 3 BDSG.	86.1.3.2	Entscheidungen oder Maßnahmen in diesem Sinne sind insbesondere: <ul style="list-style-type: none"> – die Erteilung oder Verlängerung eines Aufenthaltstitels (§§ 4 bis 38a), – Entscheidungen über die Begründung und Durchsetzung der Ausreisepflicht und alle in diesem Zusammenhang erforderlichen Maßnahmen (§§ 50 bis 62), – die räumliche Beschränkung eines Aufenthaltstitels oder einer Duldung, die Anordnung von Auflagen, Bedingungen oder sonstigen Nebenbestimmungen, – die Zurückweisung an der Grenze (§ 15), – die Zurückschiebung nach unerlaubter Einreise (§ 57), – die Ausstellung eines Passersatzes (§§ 4 ff. AufenthV) oder eines Ausweisersatzes (§ 48 Absatz 2), – die Durchsetzung der Verlässenspflicht (§ 12 Absatz 3), – die Passvorlageanordnung (§ 48 Absatz 1) oder – die Identitätsfeststellung und -sicherung (§ 49).
86.1	Datenerhebung	86.2	Erhebung von Daten i. S. d. § 3 Absatz 9 BDSG Die so genannten „sensitiven Daten“ nach § 86 Satz 1, § 3 Absatz 9 BDSG sind Angaben über die rassische und ethnische Herkunft, politische Meinungen, religiöse oder philosophische Überzeugungen, Gewerkschaftszugehörigkeit, Gesundheit oder Sexualleben. Einzelfälle, in denen die Erhebung dieser Daten ausnahmsweise zulässig sein kann, können etwa Entscheidungen über die Gewährung von Aufenthaltstiteln aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen oder die Aussetzung einer Abschiebung oder das Absehen von einer Ausweisung aus diesen Gründen sein.
86.1.1	Erheben von Daten i. S. d. § 86 Satz 1 ist das Beschaffen von Daten über Betroffene (§ 3 Absatz 3 BDSG). Daneben gelten bereichsspezifische Regelungen in anderen Gesetzen und – soweit diese nicht einschlägig sind – die weitgehend inhaltsgleichen Erhebungsvorschriften des BDSG bzw. die Datenschutzgesetze der Länder. Betroffene sind bestimmte oder bestimmbar natürliche Personen (vgl. § 3 Absatz 1 BDSG). Erhebungsberechtigt sind die in § 71 bezeichneten Behörden.	87	Zu § 87 – Übermittlungen an Ausländerbehörden
86.1.2	Personenbezogene Daten sind Einzelangaben über persönliche oder sachliche Verhältnisse eines Betroffenen (§ 3 Absatz 1 BDSG). Dazu zählen insbesondere Name(n), Geburtsdatum und -ort, Familienstand, Staatsangehörigkeit, Anschriften, tatsächlicher und gewöhnlicher Aufenthalt, Erwerbstätigkeit und Arbeitgeber, Einkommens- und Vermögensverhältnisse, Wohnraumverhältnisse, Familienstand und Verwandtschaftsverhältnisse, Personalien und Aufenthaltstitel von Familienangehörigen, Mitgliedschaft in Vereinen und sonstigen Organisationen, Voraufenthalte im Bundesgebiet, Passbesitz und Rückkehrberechtigung, Vorstrafen im In- oder Ausland. Zu den personenbezogenen Daten gehören auch die im Einzelfall erforderlichen Ergebnisse einer erkennungsdienstlichen Behandlung.	87.0	Anwendungsbereich
		87.0.1	Während § 86 die Erhebung personenbezogener Daten regelt, enthält § 87 Bestimmungen über die Übermittlung von Daten an die mit der Durchführung des Aufenthaltsgesetzes betrauten Behörden, wobei zwischen

	der Datenübermittlung auf Ersuchen (Absatz 1) und der Verpflichtung zur Datenübermittlung ohne vorangegangenes Ersuchen (Absatz 2 und 4) unterschieden wird. § 87 Absatz 3 trifft eine Sonderregelung für die Migrationsbeauftragte. Alle Übermittlungen werden durch § 88 begrenzt (besondere gesetzliche Verwendungsregelungen). Die für die übermittelnden Stellen geltenden bereichsspezifischen Regelungen sind stets zu beachten.		<ul style="list-style-type: none"> – die Polizeien des Bundes und der Länder sowie die Ordnungsbehörden, – die Strafverfolgungs-, Strafvollstreckungs- und Strafvollzugsbehörden, – die Gerichte, – die Auslandsvertretungen, – das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, – die für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden, – die Meldebehörden, – die Vertriebenenbehörde(n), wenn die Ausstellung einer Bescheinigung nach § 15 BVFG abgelehnt wird oder die entsprechende Bescheinigung zurückgenommen wird, – das Bundesverwaltungsamt, wenn ein Aufnahmebescheid nach der Einreise zurückgenommen worden ist, – die Standesämter, – die Finanzämter, – die Bundesagentur für Arbeit, – die Träger der Sozialhilfe, – die Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende, – die für die Durchführung des AsylbLG zuständigen Behörden und Kostenträger, – die Jugendämter und – öffentliche Stellen in den Bereichen Erziehung, Bildung und Wissenschaft.
87.0.2	Bei den Mitteilungen nach § 87 Absatz 1 und Unterrichtungen nach § 87 Absatz 2 handelt es sich um Übermittlungen personenbezogener Daten i. S. d. § 3 Absatz 4 Satz 2 Nummer 3 Buchstabe a) BDSG (siehe Nummer 86.1.2).		
87.0.3	Die Verpflichtung zur Mitteilung an die in § 87 Absatz 1 bezeichneten Behörden und zur Unterrichtung der Ausländerbehörden nach § 87 Absatz 2 besteht nur für öffentliche Stellen. Vorschriften in anderen Gesetzen oder Rechtsverordnungen, die öffentliche und nicht-öffentliche Stellen (zu den Begriffen siehe § 2 BDSG) zur Übermittlung von Daten verpflichten, bleiben unberührt.		
87.0.4	Vor einer Übermittlung von Daten ist stets der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu prüfen. Das durch Artikel 2 Absatz 1 i. V. m. Artikel 1 Absatz 1 GG gewährleistete Recht auf informationelle Selbstbestimmung darf nur soweit eingeschränkt werden, wie es zum Schutz öffentlicher Interessen und unter Berücksichtigung entgegenstehender schutzwürdiger Interessen des Betroffenen erforderlich ist.		
87.0.5	Es sind nur die Daten zu übermitteln, die der mitteilungspflichtigen Stelle bereits zur Erfüllung ihrer Aufgaben zur Kenntnis gelangt sind. § 87 begründet keine Pflicht und keine Befugnis zur Datenerhebung, um einem Ersuchen der Ausländerbehörde nachkommen zu können.	87.1.1.2	Öffentliche Auskunfts- und Beratungsstellen sind nicht mitteilungspflichtig, soweit nicht besondere Vorschriften eine Mitteilungspflicht vorsehen. Das gilt auch für Beratungen vor Einleitung einessverfahrens (z. B. vor Antragstellung). Ob eine öffentliche Stelle beratend tätig wird, bestimmt sich nach dem Inhalt der ihr obliegenden Aufgaben. Die Mitteilungspflicht derjenigen Stellen, zu deren Aufgaben auch die Beratung gehört, bestimmt sich danach, ob sie die Kenntnis bei oder im Zusammenhang mit der Beratung oder bei der Wahrnehmung ihrer sonstigen Aufgaben erlangt hat.
87.0.6	Unzulässig erhobene oder gespeicherte Daten dürfen nicht übermittelt werden.		
87.1	Mitteilungen auf Ersuchen		
87.1.0	Das Ersuchen ist zulässig, wenn die Kenntnis der Daten zur Erfüllung der Aufgaben der in § 86 Satz 1 genannten ersuchenden Stellen erforderlich ist und die Daten gemäß § 4 Absatz 2 Satz 2 BDSG oder den einschlägigen Datenschutzbestimmungen der Länder ohne Mitwirkung des Betroffenen erhoben werden dürfen. Ein Ersuchen ist unabhängig davon zulässig, ob eine öffentliche Stelle bereits nach § 87 Absatz 2 und 4 verpflichtet ist, Daten an die zuständige Ausländerbehörde zu übermitteln oder solche bereits übermittelt hat.	87.1.1.3	Für öffentliche Stellen in den Bereichen Erziehung, Bildung und Wissenschaft (insbesondere Schulen, Hochschulen) besteht eine Mitteilungspflicht auf Ersuchen, soweit sie Daten im Rahmen eines Anmeldeverfahrens oder eines Verfahrens zur Entscheidung über die Aufnahme, Einschreibung oder Zulassung erheben und für die ersuchende Stelle die Kenntnis dieser Daten für die Erfüllung der Aufgaben i. S. v. § 86 Satz 1 erforderlich ist.
87.1.1.1	Zur Mitteilung auf Ersuchen sind alle öffentlichen Stellen (vgl. § 2 BDSG) verpflichtet, auch wenn sie keine ausländerrechtlichen Aufgaben ausführen. Die Verpflichtung zur Mitteilung betrifft insbesondere folgende öffentliche Stellen:	87.1.1.4	Öffentliche Stellen im Sozialbereich (Agenturen für Arbeit, Träger der Sozialhilfe und Jugendämter) sind insbesondere zur Mitteilung auf Ersuchen verpflichtet, wenn sie über die

Gewährung von Leistungen, die Erteilung von Erlaubnissen oder die Aufnahme in soziale und medizinische Einrichtungen entscheiden.

87.1.1.5 Für Stellen i. S. d. § 12 i. V. m. §§ 18 bis 29 SGB I (Leistungsträger der Sozialleistungen) ist für die Übermittlung personenbezogener Daten § 71 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 SGB X maßgebend.

Zu beachten sind die Einschränkungen der Übermittlungsbefugnis nach § 71 Absatz 2 Satz 2 SGB X (Daten über die Gesundheit eines Ausländers) und die zusätzlichen Einschränkungen nach § 76 Absatz 1 SGB X (schutzwürdige Sozialdaten).

Zu beachten ist ferner die Übermittlungssperre, die sich gemäß § 88 Absatz 2 i. V. m. § 203 Absatz 1 Nummer 1, 2, 4 bis 6 und Absatz 3 StGB aus der ärztlichen Schweigepflicht ergibt. Sie wird ausschließlich in den in § 88 Absatz 2 Nummer 1 und 2 genannten Fällen durchbrochen (vgl. auch Nummer 88.2.3 und 88.2.4.0).

87.1.2 Bekannt gewordene Umstände sind Sachverhalte, die der öffentlichen Stelle zur Erfüllung ihrer Aufgaben rechtmäßig zur Kenntnis gelangt sind. Was „zur Erfüllung ihrer Aufgaben“ gehört, bestimmt sich nach Landesrecht. Hat ein Bediensteter der öffentlichen Stelle lediglich bei Gelegenheit der Wahrnehmung seiner Aufgaben Kenntnis von einem Sachverhalt erlangt, ist dieser der öffentlichen Stelle nicht bekannt geworden und es besteht für sie keine Mitteilungspflicht. Maßgebend für die Abgrenzung sind die dem jeweiligen Bediensteten übertragenen Aufgaben. Der Sachverhalt muss nachweisbar sein. Vermutungen oder Gerüchte reichen nicht aus.

87.1.3.1 Die Ausländerbehörde hat in ihrem Ersuchen anzugeben:

- die Personalien, die zur Identifizierung des Betroffenen erforderlich sind,
- Aktenzeichen der ersuchten Stelle, soweit bekannt,
- welche Daten sie benötigt,
- für welche Aufgabenerfüllung sie die Daten benötigt, wobei in eindeutigen Fällen die Angabe der Rechtsvorschrift ausreicht, und
- aus welchen Gründen die Daten ohne Mitwirkung des Betroffenen erhoben werden.

Ein fernmündliches Übermittlungsersuchen ist nur dann zulässig, wenn die mit einem schriftlichen Übermittlungsersuchen verbundene zeitliche Verzögerung aus dringenden Gründen nicht zu vertreten ist. Die Gründe sind aktenkundig zu machen. In die Ausländerakte ist die Begründung des Ersuchens und im Falle eines fernmündlichen Ersuchens ein Hinweis aufzunehmen, für welche Aufgabenerfüllung die angeforderten Daten benötigt werden.

87.1.3.2 Bei einem Ersuchen nach § 71 Absatz 2 Nummer 1 SGB X ist darüber hinaus anzugeben, für

welche der in § 71 Absatz 2 Nummer 1 Buchstaben a) bis d) SGB X genannten ausländerrechtlichen Entscheidungen die Auskunft benötigt wird. Eine „Entscheidung über den Aufenthalt“ im Sinne dieser Bestimmungen ist die Entscheidung über Erteilung und Verlängerung eines Aufenthaltstitels, über eine aufenthaltsbeendende Maßnahme (nachträgliche zeitliche Beschränkung, Widerruf und Rücknahme der Aufenthaltstitel, Ausweisung) sowie über die Erteilung und Erneuerung einer Duldung.

87.1.4.1 Die Verantwortung für die Zulässigkeit der Übermittlung bestimmt sich vorrangig nach den jeweils einschlägigen bereichsspezifischen Vorschriften (z. B. § 67d Absatz 2 SGB X), im Übrigen nach allgemeinem Datenschutzrecht. Soweit öffentliche Stellen des Bundes Daten auf Ersuchen übermitteln, ist bei Fehlen einer bereichsspezifischen Vorschrift § 15 Absatz 2 Satz 2 bis 4 BDSG maßgebend. Erfolgt die Übermittlung auf Ersuchen der Ausländerbehörde, so hat diese die Erforderlichkeit des Ersuchens zu beurteilen. Die übermittelnde Stelle prüft insoweit nur, ob das Ersuchen im Rahmen der Aufgaben der Ausländerbehörde liegt, es sei denn, dass ein besonderer Anlass zur Prüfung der Rechtmäßigkeit der Übermittlung nach dem Aufenthaltsgesetz besteht. Das ist der Fall, wenn sie begründete Zweifel am Vorliegen der Voraussetzungen einer Erhebung ohne Mitwirkung des Betroffenen hat (siehe Nummer 87.1.0). Im Übrigen prüft die übermittelnde Stelle, ob die Voraussetzungen von eigenen speziellen Befugnisnormen vorliegen und gesetzliche oder verfassungsrechtliche Gründe der Übermittlung entgegenstehen.

87.1.4.2 Vertritt die übermittelnde Stelle die Auffassung, dass sie die Daten nicht übermitteln darf oder das Ersuchen nicht die vorgeschriebenen Angaben enthält (siehe die Nummer 87.1.3.1 und 87.1.3.2), so hat sie ihre Auffassung der Ausländerbehörde unter Angabe der maßgeblichen Gründe unverzüglich mitzuteilen. Ist zwischen der Ausländerbehörde und der übermittelnden Stelle streitig, ob die Übermittlung rechtmäßig ist, so ist die Auffassung jeder Seite insoweit maßgebend, als sie die Verantwortung für die Rechtmäßigkeit der Übermittlung trägt (vgl. Nummer 87.1.4.1). Im Zweifel ist die Entscheidung der gemeinsamen Aufsichtsbehörde herbeizuführen. Fehlt eine derartige gemeinsame Aufsichtsbehörde, hat die Ausländerbehörde die Entscheidung der obersten Landesbehörde herbeizuführen.

87.1.5.1 Haben öffentliche Stellen der Ausländerbehörde bereits nach § 87 Absatz 1 Mitteilung gemacht oder haben sie diese nach Absatz 2 und 4 unterrichtet, sind weitergehende Datenübermittlungen zur Vorbereitung von Entscheidungen und Maßnahmen auf Ersuchen der Ausländerbehörde nach § 87 Absatz 1 unter Berücksichtigung der für die Datenübermittlungspflichtigen Stellen geltenden speziellen Regelungen zulässig (siehe Nummer 87.1.0).

- Das gilt insbesondere im Fall von Mitteilungen nach § 87 Absatz 4 Satz 1 und 2, wenn die zuständige Ausländerbehörde die für die Einleitung und Durchführung eines Straf- oder Bußgeldverfahrens zuständigen Stellen (z. B. Staatsanwaltschaften) um die Übermittlung bestimmter zusätzlicher Daten ersucht (z. B. Anklageschrift), die für eine sachgerechte Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sind. Dazu kann auch die Einsichtnahme in bzw. die Übersendung von Strafakten gehören.
- 87.1.5.2 Liegt der zuständigen Ausländerbehörde eine Mitteilung nach § 87 Absatz 4 Satz 1 vor, hat sie unverzüglich zu prüfen, ob sie unabhängig vom Ausgang des Straf- oder Bußgeldverfahrens tätig werden muss. Ersuchen auf weitergehende Datenübermittlungen kommen regelmäßig in Fällen in Betracht, in denen die Prüfung von Ausweisungsgründen nach § 54 Nummer 3 bis 5 (z. B. Rauschgiftkriminalität, Versammlungskriminalität oder Terrorismusverdacht) und § 55 Absatz 2 Nummer 1 bis 4 erforderlich erscheint.
- 87.1.5.3 § 87 Absatz 1 kann auch in Fällen missbräuchlicher Vaterschaftsanerkennungen zur Anwendung kommen. Wesentliches Tatbestandsmerkmal für die Erteilung des Aufenthaltstitels ist z. B. im Fall der ausländischen Mutter die deutsche Staatsangehörigkeit des Kindes, die durch die Vaterschaftsanerkennung vermittelt wird. Die Ausländerbehörde kann hier insbesondere die Stelle, die die Vaterschaftsanerkennung und die Zustimmung der Mutter beurkundet hat, um Mitteilung etwaiger Anhaltspunkte für einen Missbrauch ersuchen. Solche Anhaltspunkte können sich etwa daraus ergeben, dass der anerkennende Vater bereits mehrfach Kinder verschiedener ausländischer Mütter anerkannt hat oder der Urkundsbeamte von Dritten über eine Geldzahlung anlässlich der Vaterschaftsanerkennung unterrichtet wird. Neben den beurkundenden Stellen können auch die Einwohnermeldeämter über sachdienliche Informationen verfügen. So ist die Meldung eines gemeinsamen Wohnsitzes ein Indiz für eine sozial-familiäre Beziehung, während das Getrenntleben Anlass für weitere Sachverhaltsermittlung sein kann.
- 87.1.5.4 § 87 Absatz 1 kann auch in Fällen besonderer Integrationsbedürftigkeit zur Anwendung kommen (vgl. § 4 Absatz 3 IntV). Wegen der Einzelheiten wird auf Nummer 87.2.5 verwiesen. Zu den Aufgaben der Ausländerbehörden gehört es, Ausländer, die in besonderer Weise integrationsbedürftig sind, zur Teilnahme am Integrationskurs aufzufordern und hierdurch eine Teilnahmepflicht zu begründen (§ 44a Absatz 1 Satz 1 Nummer 3).
- 87.2 Unterrichtung ohne Ersuchen**
- 87.2.0.1 Die Gerichte und Staatsanwaltschaften wenden bei Mitteilungen in Strafsachen über Ausländer Nummer 42 MiStra an.
- 87.2.0.2.1 Die in § 87 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 bis 4 aufgeführten Sachverhalte sind grundsätzlich von allen öffentlichen Stellen (siehe Definition in § 2 BDSG) bei Kenntniserlangung unverzüglich mitzuteilen. Fallen die einen Ausweisungsgrund gemäß § 87 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 begründenden Daten hingegen bei einer öffentlichen Stelle regelmäßig deshalb an, weil die öffentliche Stelle insoweit fachlich zuständig ist, sind diese Daten vorrangig von der fachlich zuständigen Stelle weiterzuleiten. So ist z. B. auf jeden Fall der Träger der Sozialhilfe verpflichtet, den Bezug von Sozialhilfe mitzuteilen. Die Mitteilungspflicht von Amts wegen besteht unabhängig davon, ob ein Ersuchen nach § 87 Absatz 1 gestellt ist. Sie entfällt, wenn feststeht oder kein ernsthafter Zweifel besteht, dass der Sachverhalt der Ausländerbehörde bereits bekannt ist, oder wenn die Polizeibehörde in den Fällen des § 87 Absatz 2 Satz 1, 2. Halbsatz unterrichtet wurde.
- 87.2.0.2.2 Eine Ausnahme gilt (im Fall der Kenntniserlangung i. S. v. § 87 Absatz 2, nicht jedoch im Fall eines Übermittlungsersuchens i. S. v. § 87 Absatz 1) für die Unterrichtungspflicht des Jugendamtes zur Mitteilung nach Nummer 4 (§ 87 Absatz 2 Satz 1 letzter Halbsatz). Für das Jugendamt kann die Mitteilungspflicht nach Nummer 4 in Konflikt insbesondere mit seinem Auftrag aus dem SGB VIII treten, Eltern in Angelegenheiten ihrer Kinder Hilfe und Unterstützung anzubieten. § 87 Absatz 2 Satz 1 letzter Halbsatz sieht daher – entsprechend der Regelung des § 87 Absatz 3 für die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration – vor, dass das Jugendamt zur Mitteilung nur verpflichtet ist, soweit dadurch die Erfüllung der eigenen Aufgaben nicht gefährdet wird. Eine Gefährdung der Aufgabenerfüllung des Jugendamts wird i. d. R. insbesondere dann anzunehmen sein, wenn zwischen dem Jugendamt und den betroffenen Eltern ein über die Beurkundung der Vaterschaft hinausgehendes Hilfeverhältnis besteht. Insbesondere in diesen Fällen kann § 27 Absatz 1a Nummer 1 zur Anwendung kommen (siehe hierzu auch Nummer 27.1a.1.3).
- 87.2.0.3 Unterrichtungspflichtig ist eine öffentliche Stelle nur, wenn sie Kenntnis von den in § 87 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 bis 4 bezeichneten Sachverhalten hat.
- 87.2.0.4 Eine Unterrichtungspflicht besteht für jede öffentliche Stelle, die Kenntnis von dem Sachverhalt zur Erfüllung der ihr obliegenden Aufgaben erlangt. Der Sachverhalt ist zu konkretisieren. Die Angaben sind auf das notwendige Maß zu beschränken. Eine Kenntnisnahme bei Gelegenheit der Aufgabenwahrnehmung genügt nicht (siehe Nummer 87.1.2).
- 87.2.0.5 Ob eine Mitteilung zulässig und erforderlich ist, beurteilt die öffentliche Stelle, die die Unterrichtung vornehmen müsste, ggf. im Benehmen mit der nach § 71 zuständigen Behörde.

	Ob ausländerrechtliche Maßnahmen wegen eines mitgeteilten Sachverhalts gerechtfertigt sind, entscheidet die Ausländerbehörde.		sind i. d. R. aus seinem Pass oder Passersatz ersichtlich. Gesondert davon können Aufenthaltstitel oder die Bescheinigung über die Aussetzung der Abschiebung (Duldung) in Form eines Ausweisersatzes nach § 48 Absatz 2 erteilt werden (siehe Nummer 48).
87.2.0.6	Die Übermittlungspflicht nach § 87 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 ist nicht nur auf den Zweck beschränkt, der Ausländerbehörde die Ausweisung zu ermöglichen. Ausweisungsgründe, die für sich allein eine Ausweisung im Einzelfall nicht rechtfertigen, können als Versagungsgründe bei anstehenden Maßnahmen oder bei Zusammentreffen mit anderen Umständen entscheidungserhebliche Bedeutung erlangen. Da die Kenntnis von Ausweisungsgründen danach für sämtliche Entscheidungen über den Aufenthalt erforderlich ist, ordnet § 87 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 ihre Übermittlung an und beschränkt diese nicht auf Sachverhalte, die eine Ausweisung rechtfertigen. Die Übermittlungspflicht ist insbesondere nicht nach Maßgabe des § 56 eingeschränkt.	87.2.1.4.2	Legt ein Ausländer einem Standesbeamten – z. B. bei der Anmeldung der Eheschließung – einen Pass vor, der weder einen Aufenthaltstitel noch eine Duldung enthält, greift die Übermittlungspflicht nach § 87 Absatz 2 Nummer 1. Die unverzügliche Information der Ausländerbehörde ist in diesen Fällen von besonderer Bedeutung, um diese in die Lage zu versetzen, ggf. eine kurzfristige Einziehung des Passes vorzunehmen (vgl. § 50 Absatz 6) oder mit dem Standesbeamten zu vereinbaren, dass dieser der Ausländerbehörde eine Ablichtung des Passes übermittelt.
87.2.0.7	Die Daten sind an die nach jeweiligem Landesrecht örtlich zuständige Ausländerbehörde zu übermitteln.	87.2.1.5	Von einer Unterrichtung ist nur abzusehen, wenn der öffentlichen Stelle bekannt ist oder für sie kein ernsthafter Zweifel besteht, dass die Ausländerbehörde oder die zuständige Polizeibehörde bereits über die Anschrift, den gewöhnlichen und den tatsächlichen derzeitigen und künftigen Aufenthalt des Ausländers unterrichtet ist.
87.2.1	Unterrichtung über illegalen Aufenthalt		
87.2.1.1	Zur Unterrichtung nach § 87 Absatz 2 Nummer 1 verpflichtet sind insbesondere: <ul style="list-style-type: none"> – die Polizeien des Bundes und der Länder sowie die Ordnungsbehörden, – die Vertriebenenbehörden, wenn ein Antrag nach § 15 BVFG abgelehnt wird oder der entsprechende Bescheid zurückgenommen oder widerrufen wird, – die öffentlichen Schulen, Hochschulen, – die Standesämter, – die Bundesagentur für Arbeit, – die Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende, – die Träger der Sozialhilfe und – die Jugendämter. 	87.2.1.6	Neben den Personalien sind, soweit bekannt, die in Nummer 87.2.1.4 bezeichneten Angaben zu übermitteln. Über die Identifizierung der Person und die aufenthaltsrechtlichen Verhältnisse hinaus sind weitere Angaben nur auf Ersuchen zu übermitteln (§ 87 Absatz 1).
		87.2.2	Unterrichtung über den Verstoß gegen eine räumliche Beschränkung
		87.2.2.1	Zur Unterrichtung nach § 87 Absatz 2 Nummer 2 verpflichtet sind insbesondere: <ul style="list-style-type: none"> – die Polizeien des Bundes und der Länder sowie die Ordnungsbehörden, – die Standesämter, – die öffentlichen Schulen und Hochschulen, – die Träger der Sozialhilfe, – die Jugendämter, – die Bundesagentur für Arbeit und – die Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende.
87.2.1.2	Einen Aufenthaltstitel benötigen nicht (siehe Nummer 4.1): <ul style="list-style-type: none"> – heimatlose Ausländer, die als solche durch ihren Pass ausgewiesen sind, – Ausländer, auf die das Aufenthaltsgesetz keine Anwendung findet (§ 1 Absatz 2), – Ausländer, die nach Kapitel 2, Abschnitt 2 der AufenthV vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit sind, sowie – Ausländer, die eine Aufenthaltsgestattung nach dem AsylVfG besitzen. 	87.2.2.2	Kraft Gesetzes besteht eine räumliche Beschränkung bei: <ul style="list-style-type: none"> – einem vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländer nach § 61 Absatz 1 Satz 1 auf das Gebiet des Landes, zu dem die Ausländerbehörde gehört, – einem Ausländer, gegen den eine vollziehbare Ausweisungsverfügung nach § 54 Nummer 5, 5a oder eine vollziehbare Abschiebungsanordnung nach § 58a besteht (§ 54a Absatz 2) auf den Bezirk der Ausländerbehörde, – einer Aufenthaltsgestattung nach § 56 Absatz 1 und 2 AsylVfG auf den Bezirk der
87.2.1.3	Maßgeblich ist grundsätzlich der Sachverhalt, wie er der öffentlichen Stelle bekannt ist. Liegt hiernach kein Befreiungstatbestand vor, hat die öffentliche Stelle Kenntnis, dass der Ausländer einen erforderlichen Aufenthaltstitel nicht besitzt.		
87.2.1.4.1	Daten über den Aufenthalt und die aufenthaltsrechtlichen Verhältnisse des Ausländers		

- zuständigen Ausländerbehörde oder der Ausländerbehörde, in deren Bezirk der Ausländer Aufenthalt zu nehmen hat (unbeschadet der in § 58 AsylVfG genannten Ausnahmen).
- 87.2.2.3 Eine räumliche Beschränkung kann auch aufgrund einer Auflage gegeben sein (§ 12 Absatz 2 und 4, § 61 Absatz 1 Satz 2).
- 87.2.2.4 Eine im Einzelfall mit dem Aufenthaltstitel verbundene räumliche Beschränkung ergibt sich aus einer entsprechenden Eintragung in dem Aufenthaltstitel oder im Pass des Ausländers. Eine gesetzliche oder im Einzelfall angeordnete räumliche Beschränkung ist aus der Bescheinigung über die vorübergehende Aussetzung der Abschiebung (Duldung) bzw. aus der Bescheinigung über die Aufenthaltsgestattung ersichtlich.
- 87.2.2.5 Eine Unterrichtungspflicht besteht nach dieser Vorschrift auch, wenn die Stelle erstmalig erfährt, dass ein Ausländer mehrmals gegen eine räumliche Beschränkung verstoßen hat.
- 87.2.2.6 Nummer 87.2.1.5 und 87.2.1.6 gelten entsprechend.
- 87.2.3 Unterrichtung über sonstige Ausweisungsgründe
- 87.2.3.0 Sonstige Ausweisungsgründe nach § 87 Absatz 2 Nummer 3 sind alle in den §§ 53, 54 und 55 genannten Ausweisungsgründe. Eine Unterrichtungspflicht ist gegeben, wenn die öffentliche Stelle im Zusammenhang mit der Erfüllung ihrer Aufgaben Kenntnis von einem solchen Ausweisungsgrund erlangt. Nummer 87.2.1.5 und 87.2.1.6 gelten entsprechend.
- 87.2.3.1 Ausweisungsgründe nach § 55 Absatz 1
- Zur Unterrichtung über Ausweisungsgründe nach § 55 Absatz 1 (siehe Nummer 55.1) verpflichtet sind insbesondere:
- die Grenzbehörden sowie die Polizei- und Ordnungsbehörden, soweit es um eine Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung geht,
 - die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder, das Bundeskriminalamt, die Landeskriminalämter, soweit sonstige erhebliche Interessen der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigt sind.
- 87.2.3.2 Ausweisungsgründe nach § 55 Absatz 2 Nummer 1
- Zur Unterrichtung über Ausweisungsgründe nach § 55 Absatz 2 Nummer 1 (siehe Nummer 55.2.1) verpflichtet sind insbesondere:
- die Polizeien des Bundes und der Länder (z. B. Bundeskriminalamt, Landeskriminalämter),
 - die Staatsanwaltschaften,
 - die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder.
- 87.2.3.3 Ausweisungsgründe nach § 55 Absatz 2 Nummer 2
- 87.2.3.3.1 Zur Unterrichtung über Ausweisungsgründe nach § 55 Absatz 2 Nummer 2 (siehe Nummer 55.2.2) verpflichtet ist jeweils die öffentliche Stelle (Gericht oder Behörde), die von einem Verstoß gegen Rechtsvorschriften oder von einer außerhalb des Bundesgebietes begangenen Straftat, die im Bundesgebiet als vorsätzliche Straftat anzusehen ist, Kenntnis erlangt hat.
- 87.2.3.3.2 Eine Unterrichtungspflicht besteht nach § 87 Absatz 2 Nummer 3z. B. i. V. m. § 95 Absatz 1 Nummer 1 bis 3 dann, wenn ein Ausländer sich ohne Pass, Passersatz oder Ausweisersatz im Bundesgebiet aufhält.
- 87.2.3.3.3 Bei einem vereinzelt oder geringfügigen Verstoß gegen Vorschriften des Ordnungswidrigkeitenrechts unterbleibt eine Mitteilung nach § 87 Absatz 2 Nummer 3. Zur Frage, wann ein Verstoß als geringfügig anzusehen ist, siehe Nummer 55.2.2.3.
- 87.2.3.4 Ausweisungsgründe nach § 55 Absatz 2 Nummer 3
- Zur Unterrichtung über Ausweisungsgründe nach § 55 Absatz 2 Nummer 3 (siehe Nummer 55.2.3) verpflichtet sind insbesondere die Polizei-, Ordnungs- und Gesundheitsbehörden. Die Unterrichtungspflicht erstreckt sich nur auf einen Verstoß gegen geltende Rechtsvorschriften oder behördliche Verfügungen, nicht auf Ergebnisse ärztlicher Untersuchungen oder Beratungen.
- 87.2.3.5 Ausweisungsgründe nach § 55 Absatz 2 Nummer 4
- 87.2.3.5.1 Zur Unterrichtung über Ausweisungsgründe nach § 55 Absatz 2 Nummer 4 (siehe Nummer 55.2.4) verpflichtet sind insbesondere:
- die Polizeien des Bundes und der Länder,
 - die Staatsanwaltschaften,
 - die Gerichte,
 - die Gesundheitsbehörden und
 - die öffentlichen Rehabilitationseinrichtungen.
- 87.2.3.5.2 Eine Unterrichtungspflicht besteht auch dann, wenn die öffentliche Stelle die Kenntnis durch eine der in § 203 Absatz 1 Nummer 1, 2, 4 bis 6 und Absatz 3 StGB genannten Personen erlangt hat und die Voraussetzungen des § 88 Absatz 2 Nummer 2 bzw. § 71 Absatz 2 Satz 2 Nummer 2 SGB X vorliegen (siehe Nummer 88.2).
- 87.2.3.6 Ausweisungsgründe nach § 55 Absatz 2 Nummer 5
- 87.2.3.6.1 Zur Unterrichtung über Ausweisungsgründe nach § 55 Absatz 2 Nummer 5 (siehe Nummer 55.2.5) verpflichtet sind insbesondere:
- die Polizeien des Bundes und der Länder sowie die Ordnungsbehörden, die Staatsanwaltschaften, die Gerichte, die Gesund-

	<p>heitsbehörden sowie die öffentlichen Rehabilitationseinrichtungen bei einer Gefährdung der öffentlichen Gesundheit durch das Verhalten des Ausländers und</p> <ul style="list-style-type: none"> – die Polizeien des Bundes und der Länder, die Ordnungsbehörden, die Wohnungsämter und die Träger der Sozialhilfe bei einer längerfristigen Obdachlosigkeit (siehe Nummer 55.2.5.2.1). 		fallen (vgl. hierzu Nummer 55.2.7.1 bis 55.2.7.4).
87.2.3.6.2	Eine Unterrichtungspflicht besteht auch, wenn die öffentliche Stelle die Kenntnis durch eine der in § 203 Absatz 1 Nummer 1, 2, 4 bis 6 und Absatz 3 StGB genannten Personen erlangt hat und die Voraussetzungen nach § 88 Absatz 2 Nummer 1 bzw. § 71 Absatz 2 Satz 2 Nummer 1 SGB X vorliegen (siehe Nummer 88.2).	87.2.3.8.3	Eine Unterrichtung unterbleibt, wenn der Minderjährige bzw. der junge Volljährige eine Niederlassungserlaubnis oder ein Daueraufenthaltsrecht nach dem FreizügG/EU besitzt.
87.2.3.7	Ausweisungsgründe nach § 55 Absatz 2 Nummer 6	87.2.3.8.4	Das Jugendamt übermittelt neben den Personalien die erforderlichen Daten über: <ul style="list-style-type: none"> – Art und Umfang, Zeitpunkt, Beginn und Einstellung der Leistung, – wesentliche Änderungen, sofern laufende Hilfe gewährt wird, und – den Grund der Hilfeleistung. Hinsichtlich des Umfangs der Hilfe genügt die Angabe des voraussichtlichen Betrages. Nummer 87.2.3.7.2 Satz 3 gilt entsprechend.
87.2.3.7.1	Zur Unterrichtung über Ausweisungsgründe nach § 55 Absatz 2 Nummer 6 (siehe Nummer 55.2.6) verpflichtet ist der im Einzelfall zuständige Träger der Sozialhilfe. Dieser hat die Ausländerbehörden unverzüglich zu unterrichten, wenn der Ausländer für sich, seine Familienangehörigen oder für sonstige Haushalt-angehörigen Sozialhilfe in Anspruch nimmt (vgl. auch § 27 Absatz 3; § 31 Absatz 2 Satz 3; § 35 Absatz 3 Nummer 3).	87.2.3.9	Ausweisungsgründe nach § 55 Absatz 2 Nummer 8 bis 11 <p>Zur Unterrichtung über die Ausweisungsgründe nach § 55 Absatz 2 Nummer 8 bis 11 (siehe Nummer 55.2.8 und 55.2.9) sind diejenigen öffentlichen Stellen verpflichtet, die den dort genannten Sachverhalt feststellen.</p>
87.2.3.7.2	Der Träger der Sozialhilfe übermittelt neben den Personalien die erforderlichen Daten über: <ul style="list-style-type: none"> – Art, Umfang, Beginn und Einstellung der Sozialhilfeleistung, – wesentliche Änderungen, sofern laufende Hilfe gewährt wird, und – den Grund der Hilfeleistung (z.B. Unterhaltspflichtverletzung). <p>Zum Umfang der Sozialhilfe genügt die Angabe der voraussichtlichen Leistung. Erforderlich sind diejenigen Daten, die die Ausländerbehörde benötigt, um das ihr eingeräumte Ermessen sachgerecht ausüben zu können.</p>	87.2.3.10	Ausweisungsgründe nach §§ 53, 54 <p>Unterrichtungspflichtig über Ausweisungsgründe nach §§ 53 und 54 (siehe Nummer 53 und 54) sind insbesondere:</p> <ul style="list-style-type: none"> – die Gerichte und die Staatsanwaltschaften in den Fällen des § 53 und § 54 Nummer 1 und 2 und – in den Fällen des § 54 Nummer 3 bis 7 diejenige Stelle, die den dort genannten Sachverhalt feststellt. <p>Wird eine rechtskräftige Verurteilung i.S.d. § 53 oder § 54 Nummer 1 und 2 (z.B. im Wiederaufnahmeverfahren) aufgehoben, so hat insoweit eine Unterrichtung zu erfolgen (vgl. § 20 EGGVG).</p>
87.2.3.8	Ausweisungsgründe nach § 55 Absatz 2 Nummer 7	87.2.4	Die Unterrichtungspflicht nach § 87 Absatz 2 Satz 1 Nummer 4 hinsichtlich einer missbräuchlichen Vaterschaftsanerkennung ergänzt die Mitteilungspflicht aus § 87 Absatz 1 (siehe hierzu Nummer 87.1.5.3). Die Mitteilungspflicht auf Ersuchen der Ausländerbehörde nach § 87 Absatz 1 reicht jedoch nicht in allen Fällen missbräuchlicher Vaterschaftsanerkennungen aus. Insbesondere gibt es Fälle, in denen die Ausländerbehörde eine Person, die ohne die missbräuchliche Vaterschaftsanerkennung ausreisepflichtig wäre, gar nicht im Blick hat. Dies gilt etwa für Ausländer, die einen Aufenthaltstitel nicht beantragt haben oder denen er verweigert wurde. Es gibt auch keine Gewähr dafür, dass die Betroffenen hier nach erfolgter Vaterschaftsanerkennung alsbald die Ausländerbehörde aufsuchen, um einen Aufenthaltstitel zu beantragen. Ebenfalls nicht im Blick der Ausländerbehörden werden häufig die Fälle sein, in denen die Ausländerbehörde eine Auf-
87.2.3.8.1	Zur Unterrichtung über Ausweisungsgründe nach § 55 Absatz 2 Nummer 7 (siehe Nummer 55.2.7) verpflichtet ist das Jugendamt, das im Einzelfall für die Hilfeleistung nach dem SGB VIII örtlich und sachlich zuständig ist. Jugendämter haben die Ausländerbehörden zu unterrichten, wenn der Ausländer Hilfe zur Erziehung außerhalb der eigenen Familie oder Hilfe für junge Volljährige nach SGB VIII erhält und sich die personensorgeberechtigten Elternteile nicht rechtmäßig im Bundesgebiet aufhalten. Bei der Unterrichtung sind die Vorschriften des SGB VIII zu beachten.		
87.2.3.8.2	Eine Unterrichtung über die Gewährung von Hilfen nach dem SGB VIII erfolgt nur dann, wenn diese § 55 Absatz 2 Nummer 7 unter-		

enthaltserlaubnis, die durch eine missbräuchliche Vaterschaftsanerkennung ermöglicht wurde, vor Inkrafttreten des Gesetzes zur Ergänzung des Rechts auf Anfechtung der Vaterschaft vom 13. März 2008 (BGBl. 2008 I S. 13) am 1. Juni 2008 erteilt hat. Die Aufenthaltserlaubnis nach § 28 Absatz 1 Nummer 3 wird i. d. R. für drei Jahre erteilt. Innerhalb dieses Zeitraums besteht für die Ausländerbehörde grundsätzlich kein Anlass, sich mit dem Vorgang des Ausländers zu befassen, so dass bei ihr keine konkreten Verdachtsmomente auftreten können. Dies gilt erst Recht für die Fälle, in denen die Ausländerbehörde eine Niederlassungserlaubnis erteilt hat. Nach § 28 Absatz 2 ist einem Ausländer, der sich auf den Familiennachzug zu Deutschen, etwa nach § 28 Absatz 1 Nummer 3 beruft, i. d. R. bereits nach drei Jahren eine Niederlassungserlaubnis zu erteilen. Die neue Mitteilungspflicht von öffentlichen Stellen bei konkreten Tatsachen nach § 87 Absatz 2 Nummer 4 ist außerdem geeignet zu vermeiden, dass die Ausländerbehörden im Hinblick auf das neu geschaffene öffentliche Anfechtungsrecht gleichsam „auf Verdacht“ in allen Fällen von Vaterschaftsanerkennungen mit Auslandsbezug von ihrem nach § 87 Absatz 1 bestehenden Recht auf Auskunftsersuchen Gebrauch machen müssen, um Kenntnis von möglichen Missbrauchsfällen erlangen zu können. Die Auslandsvertretungen teilen ihnen bekannt gewordene Anfechtungstatsachen nach § 90 Absatz 5 unmittelbar der anfechtungsberechtigten Behörde mit. Insoweit findet § 87 Absatz 2 keine Anwendung; dies schließt im Einzelfall eine fakultative Benachrichtigung der bereits nach § 31 AufenthV beteiligten Ausländerbehörde durch die Auslandsvertretung nicht aus. Durch die Formulierung „konkrete Tatsachen“ wird sichergestellt, dass bloße Vermutungen oder Hypothesen nicht mitteilungsfähig sind. Mitteilungsfähig sind hingegen konkret erwiesene Tatsachen, die eine missbräuchliche Vaterschaftsanerkennung indizieren. Geht eine Mitteilung nach § 87 Absatz 2 Satz 1 Nummer 4 bei der Ausländerbehörde ein, hat die Ausländerbehörde sie im Rahmen ihrer eigenen Zuständigkeit zu überprüfen. Dies gilt insbesondere hinsichtlich der aufenthaltsrechtlichen Voraussetzungen des behördlichen Anfechtungsrechts (Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen für die erlaubte Einreise oder den erlaubten Aufenthalt i. S. d. § 1600 Absatz 3 BGB). Gelangt die Ausländerbehörde ebenfalls zu dem Ergebnis, dass konkrete Anfechtungstatsachen vorliegen, muss sie diese nach § 90 Absatz 5 der anfechtungsberechtigten Behörde mitteilen.

87.2.5 Unterrichtungspflicht bei besonderer Integrationsbedürftigkeit

87.2.5.0 Nach Absatz 2 Satz 2 sollen öffentliche Stellen die zuständige Ausländerbehörde unverzüglich unterrichten, wenn sie Kenntnis erlangen von einer besonderen Integrationsbedürftigkeit

i. S. d. nach § 43 Absatz 4 erlassenen Rechtsverordnung. Die Worte „im Zusammenhang mit der Erfüllung ihrer Aufgaben“ stellen klar, dass die öffentlichen Stellen nicht verpflichtet sind, eigenständige Ermittlungen anzustellen, sondern nur die Kenntnisse übermitteln sollen, die sie bereits im Zusammenhang mit der Erfüllung ihrer bestehenden Aufgaben erlangt haben. Sobald die Ausländerbehörde von einer besonderen Integrationsbedürftigkeit Kenntnis erlangt, hat sie zu prüfen, ob der Ausländer über einfache Sprachkenntnisse verfügt. Sofern der Ausländer nicht über einfache Sprachkenntnisse verfügt, ist er nach § 44a Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 zur Teilnahme am Sprachkurs zu verpflichten.

87.2.5.1

Von einer besonderen Integrationsbedürftigkeit kann ausgegangen werden, wenn auf Grund fehlender sprachlicher Kompetenzen keine Kontakte in das soziale Umfeld (Arbeit, Schule, Kindergarten) bestehen. Als Regelbeispiel hierfür nennt § 4 Absatz 4 IntV einen Ausländer, der sich als Inhaber der Personensorge für ein in Deutschland lebendes minderjähriges Kind nicht auf einfache Art in deutscher Sprache mündlich verständigen kann. Der Bezug sozialer Transferleistungen, wie Sozialhilfe nach dem SGB XII, kann ein weiterer Anhaltspunkt für eine besondere Integrationsbedürftigkeit sein. Die Unterrichtungspflicht ergänzt die Mitteilungspflicht auf Ersuchen der Ausländerbehörde nach Absatz 1, die in Fällen besonderer Integrationsbedürftigkeit ebenfalls zur Anwendung kommen kann (siehe hierzu Nummer 87.1.5.4). Die Mitteilungspflicht auf Ersuchen der Ausländerbehörde nach § 87 Absatz 1 reicht jedoch nicht in allen Fällen besonderer Integrationsbedürftigkeit aus, da die Ausländerbehörde auf die Mitteilung anderer öffentlicher Stellen angewiesen sein kann. Dies gilt insbesondere für Fälle von besonders integrationsbedürftigen Ausländern, die die Ausländerbehörde gar nicht im Blick hat, weil die betreffenden Ausländer langfristige Aufenthaltserlaubnisse oder Niederlassungserlaubnisse haben und somit kein Anlass und keine Gelegenheit für die Ausländerbehörde besteht, sich mit den Vorgängen zu befassen. Die Regelung ist als Soll-Vorschrift ausgestaltet, damit die öffentlichen Stellen ausnahmsweise in atypischen Fällen, in denen sie durch die Unterrichtung in einen Konflikt mit ihrem gesetzlichen Auftrag treten würden, von einer Unterrichtung absehen können. Hierbei ist jedoch stets zu berücksichtigen, dass die Regelung nicht nur der Integration der besonders integrationsbedürftigen Ausländer dient, sondern auch der Integration der Kinder solcher Ausländer. Deren Integration ist zweifelhaft, wenn die Eltern besonders integrationsbedürftig bleiben.

87.2.6

Die Vorschrift in § 87 Absatz 2 Satz 3 schafft eine bereichsspezifische Rechtsgrundlage für die Übermittlung von personenbezogenen Da-

ten, die für die Durchsetzung der Ausreisepflicht gegenüber vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländern notwendig sind, durch die Auslandsvertretung an die zuständige Ausländerbehörde.

87.3 **Mitteilungs- und Unterrichtspflichten der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration**

Die Erfüllung der eigenen Aufgaben der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration wird dann gefährdet, wenn das Vertrauen in ihre Amtsführung oder in die Bedeutung oder Wirksamkeit ihres Amtes beeinträchtigt wird. Das gilt für Ausländerbeauftragte und Ausländerbeiräte der Länder und der Gemeinden entsprechend, wenn die Landesregierung dies durch eine Rechtsverordnung nach § 87 Absatz 3 Satz 2 bestimmt hat.

87.4 **Unterrichtung über Straf- und Bußgeldverfahren**

87.4.1 Unterrichtung über Strafverfahren

87.4.1.0 Unterrichtungspflichtig über die Einleitung und Durchführung eines Strafverfahrens gegenüber der zuständigen Ausländerbehörde können nach § 87 Absatz 4 Satz 1 sein:

- die Polizeien des Bundes und der Länder, die mit der Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung betrauten Behörden der Zollverwaltung, soweit sie als Ermittlungspersonen der Staatsanwaltschaft tätig werden,
- die Staatsanwaltschaften,
- die für Steuerstrafsachen zuständigen Finanzbehörden bis zur Erhebung der öffentlichen Klage oder einer ihr gesetzlich gleichgestellten Verfahrenshandlung (z. B. § 414 Absatz 2 Satz 1 und § 418 Absatz 3 Satz 1 StPO, § 76 Satz 2 JGG),
- die Gerichte und
- die Vollstreckungsleiter (Jugendrichter) als Vollstreckungsbehörden nach der Rechtskraft der Entscheidung in Strafsachen gegen Jugendliche und Heranwachsende (§§ 82, 110 JGG).

Die in § 87 Absatz 4 vorgesehene Unterrichtung ist aktenkundig zu machen.

87.4.1.1.1 Ist die Ausländerbehörde nicht von einer anderen Stelle über die Einleitung eines strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens unterrichtet worden, obliegt ihre Unterrichtung der Staatsanwaltschaft.

87.4.1.1.2 Die für eine Steuerstrafsache zuständige Finanzbehörde unterrichtet unverzüglich über:

- die Einleitung eines strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens gegen einen Ausländer und
- die Verfahrenserledigung (jede das Verfahren abschließende Entscheidung).

87.4.1.2.1 Die Unterrichtspflicht entsteht bei Einleitung eines Strafverfahrens. Dies ist der Fall, wenn ein Ermittlungsverfahren förmlich eingeleitet bzw. wenn Maßnahmen getroffen werden, die erkennbar darauf abzielen, gegen einen Verdächtigen wegen einer Straftat vorzugehen. Eine frühzeitige Unterrichtung der Ausländerbehörden ist erforderlich, um ausländerrechtliche Entscheidungen möglichst rasch vorbereiten und Statusverbesserungen bzw. -verfestigungen bei Ausländern, die die öffentliche Sicherheit gefährden, effektiv verhindern zu können. Diese Gesichtspunkte sind bei Überlegungen der Strafverfolgungsbehörden, aus ermittlungstaktischen Erwägungen vorerst von einer Informationsübermittlung an die Ausländerbehörden abzusehen, zu berücksichtigen.

87.4.1.2.2 Die Unterrichtung über die Einleitung eines Verfahrens umfasst die Mitteilung:

- der Personalien des Ausländers (Familiennamen, Geburtsnamen, Vornamen, Tag und Ort mit Angabe des Staates der Geburt, Staatsangehörigkeiten, Anschrift),
- des Aktenzeichens, soweit vorhanden, und
- die Angabe der maßgeblichen gesetzlichen Vorschriften.

87.4.1.2.3 Über die Einleitung eines Strafverfahrens ist auch im Hinblick auf § 72 Absatz 4 und § 79 Absatz 2 die Ausländerbehörde unverzüglich zu unterrichten.

87.4.1.3 Die Unterrichtung über die Verfahrenserledigung umfasst jede das Verfahren endgültig oder – außer in den Fällen des § 153a StPO – vorläufig abschließende Entscheidung mit Begründung, insbesondere:

- die Einstellungsverfügung (Absehen von Strafverfolgung),
- den nicht mehr anfechtbaren Beschluss, der die Eröffnung des Hauptverfahrens ablehnt,
- die vorläufige oder endgültige Einstellung des Verfahrens durch gerichtlichen Beschluss und
- die rechtskräftige Entscheidung (z. B. Urteil, Strafbefehl).

Die Unterrichtung erfolgt durch Übersendung des Urteils, Beschlusses oder Strafbefehls. Hinsichtlich der Übermittlung von Daten anderer Personen ist § 18 EGGVG zu beachten.

87.4.1.4 Ist die Ausländerbehörde unterrichtet worden, ist sie auch über Aufhebung oder Aussetzung dieser Entscheidung bzw. über die Wiederaufnahme des Verfahrens zu unterrichten (vgl. § 20 EGGVG).

87.4.1.5 Bei Datenübermittlungen sind die §§ 12 und 18–22 EGGVG zu beachten.

87.4.2 Unterrichtung über Ordnungswidrigkeiten

87.4.2.1	Unterrichtungspflichtig sind <ul style="list-style-type: none"> – die für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Verwaltungsbehörden, – die Staatsanwaltschaften und – die Gerichte, soweit es sich um eine Ordnungswidrigkeit handelt, die nicht nach § 87 Absatz 4 Satz 3 vom Anwendungsbereich des § 87 Absatz 4 Satz 1 ausgenommen ist (mit einer Geldbuße von bis zu 1000 Euro zu ahndende Ordnungswidrigkeiten sowie Zuwiderhandlungen nach § 24 StVG bzw. fahrlässige Zuwiderhandlungen nach § 24a StVG).		
87.4.2.2.0	Die Unterrichtung erfolgt unverzüglich nach Einleitung bzw. nach Abschluss des Bußgeldverfahrens.		
87.4.2.2.1	Die Unterrichtung über die Einleitung eines Verfahrens umfasst die Mitteilung: <ul style="list-style-type: none"> – der Personalien des Ausländers, soweit bekannt (Familiennamen, Geburtsnamen, Vornamen, Tag und Ort mit Angabe des Staates der Geburt, Staatsangehörigkeiten, Anschrift), – des Aktenzeichens, soweit vorhanden, und – der Angabe der maßgeblichen gesetzlichen Vorschriften. Die Unterrichtung über den Abschluss des Bußgeldverfahrens erfolgt durch Übersendung der das Verfahren abschließenden Entscheidung.		
87.4.2.2.2	Hinsichtlich der Übermittlung von Daten anderer Personen ist § 49a OWiG i. V.m. § 18 EGGVG zu beachten.		
87.5	Mitteilungen der nach § 72 Absatz 6 zu beteiligenden Stellen von Amts wegen <p>Diese Mitteilungspflicht ist das Gegenstück zur Unterrichtungspflicht nach § 90 Absatz 4 sowie zur Beteiligungspflicht nach § 72 Absatz 6. Nach § 87 Absatz 5 sind die in § 72 Absatz 6 genannten Stellen verpflichtet, von Amts wegen der zuständigen Ausländerbehörde</p>		
87.5.1	– nach Nummer 1 die Informationen mitzuteilen, die einen Widerruf einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 4a gemäß § 52 Absatz 5 sowie die Aufhebung oder Verkürzung einer Fristsetzung nach § 50 Absatz 2a Satz 2 rechtfertigen und		
87.5.2	– nach Nummer 2 Angaben zur zuständigen Stelle oder zum Übergang der Zuständigkeit mitzuteilen.		
87.6	Unterrichtung über eine Vaterschaftsanfechtungsklage <p>Nach § 87 Absatz 6 sind die zur Anfechtung einer Vaterschaft berechtigten Behörden und die Familiengerichte zur Unterrichtung gegenüber den Ausländerbehörden und Auslands-</p>		
	vertretungen verpflichtet. Die Ausländerbehörden und Auslandsvertretungen haben im Falle eines Vaterschaftsanfechtungsverfahrens das Verfahren über die Erteilung oder Verlängerung eines Aufenthaltstitels auszusetzen (siehe hierzu Nummer 79.2.1 f.).		
88	Zu § 88 – Übermittlungen bei besonderen gesetzlichen Verwendungsregelungen		
88.0	Anwendungsbereich <p>§ 88 regelt Fälle, in denen besondere gesetzliche Verwendungsregelungen einer Datenübermittlung nach § 87 entgegenstehen (Absatz 1), und Ausnahmefälle, in denen Daten unter bestimmten Voraussetzungen übermittelt werden dürfen (Absatz 2 und 3). Nach Absatz 4 gilt Entsprechendes auch für Datenübermittlungen durch die mit der Durchführung des Aufenthaltsgesetzes betrauten Stellen (siehe insoweit § 90) sowie durch nicht-öffentliche Stellen.</p>		
88.1	Besondere gesetzliche Verwendungsregelungen <p>Besondere Verwendungsregelungen, die einer Übermittlung nach § 87 entgegenstehen, können insbesondere sein § 203 StGB, § 35 SGB I i. V.m. §§ 67 ff. SGB X, § 65 SGB VIII, § 30 AO, § 138 BauGB, § 23 f. BVerfSchG (und entsprechende Regelungen der Landesverfassungsschutzgesetze), §§ 4, 7 G 10, § 21 SÜG oder § 16 BStatG.</p>		
88.2	Übermittlung von Daten, die von einer der in § 203 Absatz 1 Nummer 1, 2, 4 bis 6 und Absatz 3 StGB genannten Personen zugänglich gemacht worden sind		
88.2.1	Die Vorschrift wendet sich insbesondere an die Gesundheitsbehörden und erfasst nur Fälle, in denen die Stelle nicht selbst der Geheimhaltungspflicht des § 203 StGB unterliegt. Die von einer der in § 203 Absatz 1 Nummer 1, 2, 4 bis 6 und Absatz 3 StGB genannten Personen einer öffentlichen Stelle zugänglich gemachten Daten unterliegen einem grundsätzlichen Übermittlungsverbot. Sie dürfen nur nach Maßgabe dieser Vorschrift an die Ausländerbehörde übermittelt werden.		
88.2.2	Liegen die Voraussetzungen des § 88 Absatz 2 Nummer 1 und 2 für eine Datenübermittlung vor, ist die öffentliche Stelle nach Maßgabe des § 87 verpflichtet, die Daten zu übermitteln.		
88.2.3	Bei den in § 203 Absatz 1 Nummer 1, 2, 4 bis 6 und Absatz 3 StGB genannten Personen handelt es sich: <ul style="list-style-type: none"> – nach Absatz 1 Nummer 1 StGB um Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Apotheker oder Angehörige eines anderen Heilberufs, der für die Berufsausübung oder die Führung der Berufsbezeichnung eine staatlich geregelte Ausbildung erfordert (z.B. medizinisch- 		

	technische Assistenten, Hebammen) sowie die berufsmäßig tätigen Gehilfen dieser Berufsgruppen, insbesondere auch das mit der Abrechnung befasste Verwaltungspersonal öffentlicher Krankenhäuser,		worden ist, aus denen sich die Anforderung des Geheimhaltens ergibt. Sonst bekannt geworden ist ein Geheimnis, wenn die genannte Person es auf andere Weise erfahren hat.
	<ul style="list-style-type: none"> – nach Absatz 1 Nummer 2 StGB um Berufspsychologen mit staatlich anerkannter wissenschaftlicher Abschlussprüfung, – nach Absatz 1 Nummer 4 StGB um Ehe- und Familien-, Erziehungs- oder Jugendberater sowie Berater für Suchtfragen in der Beratungsstelle, die von einer Behörde oder Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts anerkannt ist, – nach Absatz 4a StGB um Mitglieder oder Beauftragte einer anerkannten Beratungsstelle nach den §§ 3 und 8 SchKG, – nach Absatz 1 Nummer 5 StGB um staatlich anerkannte Sozialarbeiter oder staatlich anerkannte Sozialpädagogen, – nach Absatz 1 Nummer 6 StGB um Angehörige eines Unternehmens der privaten Kranken-, Unfall- oder Lebensversicherung oder einer privatärztlichen Verrechnungsstelle, – nach Absatz 3 Satz 2 StGB um berufsmäßig tätige Gehilfen und Personen der o.g. Personen, die bei ihnen zur Vorbereitung auf den Beruf tätig sind, und – nach Absatz 3 Satz 3 StGB um den vorgeannten zur Wahrung des Geheimnisses Verpflichteten nach deren Tod gleichgestellte Personen, die das Geheimnis von dem Verstorbenen oder aus dessen Nachlass erlangt haben. 	88.2.4.3	In der Eigenschaft als Angehöriger einer Berufsgruppe ist ein Geheimnis anvertraut oder sonst bekannt geworden, wenn personenbezogene Daten im Zusammenhang mit der Ausübung der beruflichen Tätigkeit oder im Hinblick auf diese zur Kenntnis (z. B. auch zwecks Kostenabrechnung öffentlicher Krankenhäuser (vgl. Nummer 88.2.3) gebracht sind. Entsprechendes gilt für die in § 203 StGB genannten anderweitigen Eigenschaften.
		88.2.5	Zugänglich gemacht sind Daten, die eine der in Nummer 88.2.3 bezeichneten Personen der öffentlichen Stelle zielgerichtet zur Kenntnis gebracht hat. Dasselbe gilt, wenn Daten einer öffentlichen Stelle bei Zuständigkeitswechsel von der bisher zuständigen Stelle zur Kenntnis gelangt sind.
		88.2.6.1	Zum Begriff „Gefährdung der öffentlichen Gesundheit“ siehe Nummer 55.2.5.1. Besondere Schutzmaßnahmen sind alle Maßnahmen, die objektiv geeignet sind, eine Gefährdung der öffentlichen Gesundheit auszuschließen. Ein Ausschluss der Gefährdung ist anzunehmen, wenn mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit keine gesundheitliche Beeinträchtigung der Bevölkerung im größeren Umfang eintritt.
		88.2.6.2	Für Stellen, für die das SGB X gilt, enthält § 71 Absatz 2 Satz 2 SGB X eine spezielle Regelung mit Einschränkungen, die denen in Absatz 2 Nummer 1 und 2 entsprechen.
88.2.4.0	Die personenbezogenen Daten (siehe Nummer 86.1.2) müssen den in Nummer 88.2.3 genannten Personen als Geheimnis in ihrer Eigenschaft als Angehöriger ihrer Berufsgruppe anvertraut oder sonst bekannt geworden sein.	88.3	Übermittlung von Daten, die dem Steuergeheimnis unterliegen
	Die Übermittlungspflicht des § 87 Absatz 2 besteht für Aufgabenträger der öffentlichen Verwaltung aufgrund des Verweises von § 203 Absatz 2 Satz 2, 2. Halbsatz StGB auf § 88 Absatz 2 lediglich in den dort unter Nummern 1 und 2 aufgeführten Ausnahmefällen, eine Übermittlung im Übrigen ist aber untersagt. Die geltende Rechtslage zur „ärztlichen Schweigepflicht“ umfasst demnach grundsätzlich auch den so genannten „verlängerten Geheimnisschutz“.	88.3.0	Die Vorschrift wendet sich in erster Linie an Finanzbehörden.
88.2.4.1	Bei einem Geheimnis handelt es sich um Tatsachen, die nur einem beschränkten Personenkreis bekannt sind und an deren Geheimhaltung derjenige, den sie betreffen, ein von seinem Standpunkt aus sachlich begründetes Interesse hat oder bei eigener Kenntnis der Tatsache haben würde.	88.3.1	Für personenbezogene Daten, die nach § 30 AO dem Steuergeheimnis unterliegen, besteht ein grundsätzliches Übermittlungsverbot. Sie dürfen nur nach Maßgabe des § 88 Absatz 3 an die Ausländer- und Grenzbehörden übermittelt werden.
		88.3.2	Liegen die Voraussetzungen für eine Datenübermittlung nach § 88 Absatz 3 vor, ist die öffentliche Stelle nach Maßgabe des § 87 verpflichtet, die Daten zu übermitteln.
88.2.4.2	Anvertraut ist ein Geheimnis, wenn es einer der genannten Personen mündlich, schriftlich oder auf sonstige Weise unter Umständen mitgeteilt	88.3.3	Personenbezogene Daten (siehe Nummer 86.1.2), die nach § 30 AO dem Steuergeheimnis unterliegen, sind solche, die einem Amtsträger bekannt geworden sind: <ul style="list-style-type: none"> – in einemungsverfahren, einem Rechnungsprüfungsverfahren oder einem gerichtlichen Verfahren in Steuersachen, – in einem Strafverfahren wegen einer Steuerstraftat oder einem Bußgeldverfahren wegen einer Steuerordnungswidrigkeit oder

	– aus anderem Anlass durch Mitteilung einer Finanzbehörde oder durch die gesetzlich vorgeschriebene Vorlage eines Steuerbescheides oder einer Bescheinigung über die bei der Besteuerung getroffenen Feststellungen.	89.1	Amtshilfe des Bundeskriminalamtes und Speicherung der Daten
88.3.4	Eine Übermittlung hat zu erfolgen, wenn der Ausländer gegen Vorschriften des Steuerrechts einschließlich des Zollrechts, Monopolrechts, Außenwirtschaftsrechts oder gegen Einfuhr-, Ausfuhr-, Durchfuhr- oder Verbringungsverbote oder -beschränkungen verstößt und wegen dieses Verstoßes ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren eingeleitet oder eine Geldbuße von mindestens 500 Euro wegen dieses Verstoßes verhängt worden ist.	89.1.1	Die Amtshilfe des Bundeskriminalamtes bei der Auswertung besteht darin, dass es die ihm übermittelten Daten mit bereits vorliegenden Daten vergleicht, um, je nach Anlass der Maßnahme, die Identität, das Lebensalter oder die Staatsangehörigkeit einer Person festzustellen. Die Amtshilfe umfasst neben dieser Feststellung auch jeweils die Verpflichtung, das Ergebnis der Auswertung an die ersuchende Stelle zu übermitteln.
88.3.5	Zur Unterrichtung über die Einleitung eines strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens siehe Nummer 87.4.1.1.1 und 87.4.1.1.2. Eine Geldbuße ist verhängt, wenn der Bescheid dem Betroffenen zugegangen ist. Rechtsmittel müssen nicht ausgeschöpft sein. Hält die Finanzbehörde auf einen zulässigen Einspruch des Betroffenen weitere Ermittlungen oder Erklärungen für sachdienlich (§ 69 Absatz 2 Satz 2 und 3 OWiG i. V. m. § 410 Absatz 1 AO), so kann sie bis zur Klärung des Sachverhalts die Übermittlung zurückstellen. Sieht sie davon ab, so hat sie die maßgebenden Gründe aktenkundig zu machen.	89.1.2	Übermittlung und Auswertung der nach § 49 Absatz 3 gewonnenen Daten (siehe Nummer 49.3) sind zur Feststellung der Identität, des Lebensalters oder der Staatsangehörigkeit durch das Bundeskriminalamt nur zulässig, wenn die ersuchende Stelle diese Feststellungen nicht selbst treffen kann.
88.3.6	Für den Fall, dass ein Ausreiseverbot nach § 46 Absatz 2 Satz 1 erlassen werden soll, können nach § 88 Absatz 3 Satz 2 auch die mit der polizeilichen Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs betrauten Behörden unterrichtet werden.	89.1.3	Um Amtshilfe dürfen die in § 71 Absatz 4 und – aufgrund der Vorgaben des § 49 Absatz 1 – auch die in §§ 15 bis 20 AZRG genannten Behörden ersuchen.
88.4	Übermittlung von Daten durch die mit der Ausführung des Aufenthaltsgesetzes betrauten Behörden und durch nicht-öffentliche Stellen Die Einschränkungen des § 88 Absatz 1 bis 3 sind auch dann zu beachten, wenn die mit der Ausführung dieses Gesetzes betrauten Behörden und nichtöffentliche Stellen personenbezogene Daten übermitteln.	89.1.4.0	Bei der Übermittlung der Daten an das Bundeskriminalamt sind das BDSG bzw. die datenschutzrechtlichen Regelungen in Landesgesetzen zu beachten.
		89.1.4.1	Mit den nach § 49 gewonnenen Daten oder den Daten nach § 73 übermittelt die ersuchende Stelle die bisher bekannten Personalien und den Anlass für die Maßnahme.
		89.1.4.2	Das Bundeskriminalamt übermittelt das Auswertungsergebnis an die Stelle, die die Maßnahme angeordnet hat.
89	Zu § 89 – Verfahren bei identitätsüberprüfenden, -feststellenden und -sichernden Maßnahmen	89.1.5.1	Das Bundeskriminalamt ist nach Absatz 1 Satz 2 verpflichtet, die Daten nach § 49 Absatz 3 bis 5 (vor allem Fingerabdruckdaten) getrennt von anderen erkennungsdienstlichen Daten zu speichern. Mit der getrennten Speicherung (logische Trennung der Fingerabdruckdaten mit besonderen Zugangsberechtigungen) ist sicherzustellen, dass die nach § 49 Absatz 3 bis 5 gewonnenen Daten nur für ausländerrechtliche Zwecke und für Zwecke nach Absatz 2 genutzt werden können. Unterlagen in Papierform (z. B. Fingerabdruckblätter) sind außerhalb der Akte über die betreffende Person zu führen. Die im Zusammenhang mit der Durchführung der EU-RODAC-Verordnung anfallenden Daten (vgl. § 49 Absatz 8 und 9) werden vom Bundeskriminalamt auf der Grundlage des § 5 AsylZBV oder des BKAG verarbeitet.
89.0	Anwendungsbereich § 89 enthält spezielle Vorschriften für die Behandlung biometrischer Daten, die nach § 49 erhoben worden sind. Absatz 1 Satz 1 verpflichtet das Bundeskriminalamt zur Auswertung dieser Daten im Wege der Amtshilfe. Absatz 1 Satz 2 und 3 regeln die Speicherung, Absatz 2 die anderweitige Nutzung und Absatz 3 und 4 die Löschung der Daten.	89.1.5.2	Die Sprachaufzeichnungen nach § 49 Absatz 7 verbleiben bei der Behörde, die sie angefertigt hat.
		89.1.5.3	Die Speicherung der nach § 73 übermittelten Daten richtet sich nach § 73 Absatz 3 Satz 3.
		89.2	Nutzung der Daten zu anderen Zwecken
		89.2.1	Über die in § 49 genannten Zwecke hinaus ist die Nutzung der Daten nach Absatz 2 Satz 1

- auch zur Strafverfolgung und zur polizeilichen Gefahrenabwehr zulässig. Eine Verwendung zu weiteren Zwecken ist nicht zulässig. Innerhalb dieser Aufgabenbereiche dürfen sie allein zum Zweck der Feststellung der Identität und zur Zuordnung von Beweismitteln verwendet werden.
- 89.2.2.1 Überlassung der Daten i. S. v. Absatz 2 Satz 2 bedeutet Zugänglichmachung zum Zwecke der Nutzung. Die Daten dürfen den zuständigen Behörden nur für den Zeitraum überlassen werden, der notwendig ist, um die Feststellung der Identität bzw. die Zuordnung von Beweismitteln durchzuführen. Danach sind die Daten, soweit diese nicht dort als Beweismittel in Ermittlungs- oder Strafverfahren Verwendung finden, unverzüglich an das Bundeskriminalamt zurückzugeben. Das Bundeskriminalamt hat darauf zu achten, dass die Rückgabe erfolgt. Es hat erforderlichenfalls nachzufragen, welche Gründe es für den weiteren Verbleib der Daten bei den zuständigen Behörden gibt.
- 89.2.2.2 Für die Maßnahmen nach Absatz 2 Satz 1 sind die Polizei- und Ordnungsbehörden, Staatsanwaltschaften, die für Steuerstrafsachen zuständigen Finanzbehörden, die für Strafsachen zuständigen Zolldienststellen und die Gerichte zuständig.
- 89.3 Löschung der Daten**
- 89.3.1 Die nach § 49 Absatz 1 zum Zwecke der Identitätsprüfung erhobenen Daten sind von allen Behörden unmittelbar nach Beendigung der Prüfung der Echtheit des Dokuments oder der Identität des Inhabers zu löschen.
- 89.3.2 Die nach § 49 Absatz 3 bis 5 oder 7 erhobenen Daten sind grundsätzlich mit Fristablauf zu vernichten. Über die Vernichtung ist eine Niederschrift zu fertigen. Liegen die Voraussetzungen von § 89 Absatz 3 Satz 2 Nummer 1 vor, bleiben mögliche längere Aufbewahrungsfristen nach Nummer 2 bis 4 unberücksichtigt.
- 89.3.3 Die letzte Ausreise i. S. d. Absatzes 3 Satz 2 Nummer 2 kann vor oder nach Entstehen einer Ausreisepflicht erfolgt sein. Unerheblich ist, ob die Ausreise freiwillig oder aufgrund einer Abschiebung erfolgt ist. Unter den Begriff „letzte versuchte unerlaubte Einreise“ fällt auch die erstmalige versuchte unerlaubte Einreise (siehe Nummer 14.1).
- 89.3.4 Die Frist beginnt mit jeder versuchten unerlaubten Einreise erneut.
- 89.3.5 Die nach § 73 übermittelten Daten sind zu löschen, sobald diese zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben der speichernden Behörde nicht mehr erforderlich sind (siehe Nummer 73.3.3).
- 89.4 Ausnahmen von den Löschungsfristen**
- Die Unterlagen sind über den Fristablauf hinaus zu speichern, soweit und solange sie im

Rahmen eines Strafverfahrens oder zur Abwehr einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung benötigt werden.

89a

Zu § 89a – Verfahrensvorschriften für die Fundpapier-Datenbank

89a.0

Allgemeines

Die Vorschrift regelt das Verfahren des Abgleichs der nach § 49b gespeicherten Daten eines Ausländers.

89a.1

Voraussetzungen für den Abgleich

Absatz 1 regelt, wann ein Abgleich mit der Fundpapier-Datenbank durchzuführen ist. Das Bundesverwaltungsamt gleicht die nach § 49 erhobenen Daten auf Ersuchen der Behörde, die die Daten zuvor erhoben hat, mit den in der Fundpapier-Datenbank nach den § 49a und 49b gespeicherten Daten ab, wenn Zweifel an der Identität oder Staatsangehörigkeit des Ausländers bestehen. Behörden, die zur Stellung eines Ersuchens um Datenabgleich berechtigt sind, sind die gemäß § 71 Absatz 4 für die identitätsfeststellenden Maßnahmen nach § 49 zuständigen Stellen, insbesondere die Ausländerbehörden, die mit der polizeilichen Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs beauftragten Behörden sowie die Polizeien der Länder.

89a.2

Zu übermittelnde Daten

Absatz 2 bestimmt, welche Daten für ein Auskunftsersuchen zu übermitteln sind. Ein Abgleich darf nur dann erfolgen, wenn Zweifel an der Richtigkeit der vom Ausländer angegebenen Personalien bestehen. Da in diesem Fall die bloße Suche mit den alphanumerischen Personalien keinen Erfolg verspricht, ist das Lichtbild und ggf. der Fingerabdruck zu übermitteln, weil diese biometrischen Merkmale weitgehend unveränderlich sind. Diese Daten können zur Einschränkung des Suchbereichs um weitere geeignete Daten, die sich aus § 49b Nummer 1 (etwa Geschlecht oder Augenfarbe) ergeben, ergänzt werden.

89a.3

Datenübermittlung

Absatz 3 regelt die Datenübermittlung nach § 49b an die ersuchende Stelle für den Fall, dass die übermittelten Daten des Ausländers mit den gespeicherten Daten des Inhabers des Fundpapiers übereinstimmen.

89a.4

Verfahren bei Zweifeln an der Identität

Absatz 4 regelt das Verfahren der Datenübermittlung in den Fällen, in denen die Identität des Ausländers nicht eindeutig festgestellt werden kann. Da bei einem elektronischen Lichtbildabgleich damit gerechnet werden muss, dass mehrere Treffer mit Bildern, die der gesuchten Person ähnlich sind, erzielt werden, sind in

	diesem Fall die Daten ähnlicher Personen zu übermitteln, um der anfragenden Stelle die Möglichkeit zu geben, anhand der zusätzlichen Daten eine erfolgreiche Identifikation des passlosen Ausländers vor Ort durchzuführen. Nach Abschluss der Prüfung sind die übermittelten Daten, bei denen festgestellt worden ist, dass sie nicht zu dem zu identifizierenden Ausländer gehören, wieder zu löschen.		
89a.5	Form der Datenübermittlung		
	Absatz 5 regelt die Form der Datenübermittlung. Satz 1 bestimmt, dass die Übermittlung des Abgleichersuchens, insbesondere der Lichtbilder, durch Datenfernübertragung erfolgen soll. Dabei soll insbesondere das AZR-/Visa-Online-Portal genutzt werden. Satz 2 ermöglicht grundsätzlich die künftige Einrichtung des automatisierten Datenabrufs nach Maßgabe von § 10 Absatz 2 bis 4 BDSG für die öffentlichen Stellen, die eine Vielzahl von Identitätsfeststellungen in kurzer Zeit durchführen müssen.	89a.7.2	Sofern Daten von Dokumenten gespeichert werden, die nach Inbetriebnahme der Fundpapier-Datenbank durch öffentliche Stellen übersandt werden und bei diesen bereits gelagert waren, berechnet sich die Löschfrist ab dem Fundzeitpunkt. Dokumente, deren Fundzeitpunkt mehr als zehn Jahre zurückliegt, werden nicht in die Fundpapier-Datenbank aufgenommen. Dokumente, bei denen der Fundzeitpunkt nicht feststellbar ist, werden nicht in die Fundpapier-Datenbank aufgenommen, wenn ihre Gültigkeitsdauer zum Zeitpunkt des Eingangs beim Bundesverwaltungsamt seit mehr als zehn Jahren abgelaufen ist.
89a.6	Weitere Nutzung der Fundpapier-Datenbank	89a.8	Gewährleistung von Datenschutz und Datensicherheit
89a.6.0	Absatz 6 regelt die weitere Nutzung der Fundpapier-Datenbank. Der Abgleich erfolgt durch das Bundesverwaltungsamt auf Ersuchen der jeweils zuständigen Behörde.		Absatz 8 verweist auf die Regelungen zur Gewährleistung von Datenschutz und Datensicherheit. Insbesondere sind §§ 9, 12 ff. BDSG zu beachten.
89a.6.1	Nummer 1 sieht den Abgleich der Daten zur Feststellung der Identität und Staatsangehörigkeit im Asylverfahren vor. Zuständig sind die Behörden, denen nach § 16 Absatz 2 AsylVfG die Feststellung der Identität von Asylsuchenden obliegt. Hierzu zählen das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, aber auch die mit der polizeilichen Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs beauftragten Behörden (Grenzbehörden), Ausländerbehörden und die Polizeien der Länder, sofern der Ausländer dort um Asyl nachsucht, sowie die Aufnahmeeinrichtung, bei der sich der Ausländer meldet.	90	Zu § 90 – Übermittlungen durch Ausländerbehörden
		90.0	Anwendungsbereich
		90.0.1	§ 90 verpflichtet in Absatz 1 und 3 die mit der Ausführung des Aufenthaltsgesetzes betrauten Behörden, verschiedene Stellen über bestimmte, einen Ausländer betreffende Sachverhalte zu unterrichten. Nach beiden Absätzen ist die Übermittlung von Daten zulässig. Gemäß Absatz 2 sind die mit der Durchführung des Aufenthaltsgesetzes betrauten Behörden verpflichtet, mit der Bundesagentur für Arbeit und weiteren Behörden bei der Verfolgung und Ahndung von Verstößen gegen das Aufenthaltsgesetz zusammenzuarbeiten.
89a.6.2	Nummer 2 sieht die Nutzung zur Feststellung der Identität oder der Zuordnung von Beweismitteln im Bereich der Strafverfolgung und Gefahrenabwehr vor. Zuständig sind die Polizeien des Bundes und der Länder (z.B. das Bundeskriminalamt und die Landeskriminalämter), die Zollfahndungsämter oder die Staatsanwaltschaften. Die Erhebung der Daten, die mit der Fundpapier-Datenbank abgeglichen werden sollen, regelt sich nach der für die jeweilige Stelle geltenden Rechtsgrundlage (etwa § 16 Absatz 1 AsylVfG für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge).	90.0.2	Die Übermittlung von Daten durch die mit der Ausführung des Aufenthaltsgesetzes betrauten Behörden an andere als die in § 90 genannten Stellen richtet sich – soweit vorhanden – nach bereichsspezifischen Bundes- oder Landesregelungen, ergänzend nach den Vorschriften des BDSG bzw. der Datenschutzgesetze der Länder. Sie ist nur insoweit zulässig, als sie zur Erfüllung der Aufgaben des Dritten, an den übermittelt wird, erforderlich ist.
89a.6.3	Satz 2 stellt klar, dass auch für diese Stellen das Abgleichverfahren nach Absatz 2 bis 5 erfolgt.	90.0.3.	Auf den durch das Terrorismusbekämpfungsgesetz neu in § 18 BVerfSchG eingefügten Absatz 1a Satz 1 wird besonders hingewiesen. Die Vorschrift verpflichtet u.a. die Ausländerbehörden, von sich aus ihnen bekannt gewordene Informationen einschließlich personenbezogener Daten über Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 3 Absatz 1 BVerfSchG der
89a.7	Löschung		
89a.7.1	Die nach § 49b zu speichernden Daten sind zehn Jahre nach ihrer erstmaligen Speicherung zu löschen. Vor diesem Zeitpunkt sind die ge-		

Verfassungsschutzbehörde des Landes zu übermitteln, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die Übermittlung für die Erfüllung der Aufgaben der Verfassungsschutzbehörde erforderlich ist.

90.1 Unterrichtungspflichten

90.1.0.1 Zur Unterrichtung verpflichtet sind nach § 90 Absatz 1 die mit der Ausführung des Aufenthaltsgesetzes betrauten Behörden. Die Unterrichtung stellt eine Übermittlung personenbezogener Daten i.S.d. § 3 Absatz 4 Satz 2 Nummer 3 Buchstabe a) BDSG dar (siehe Nummer 86.1.2).

90.1.0.2 Konkrete Anhaltspunkte im Einzelfall sind gegeben, wenn Tatsachen darauf schließen lassen, dass ein Ausländer einen der unter § 90 Absatz 1 Nummer 1 bis 3 genannten Verstöße begangen hat.

90.1.0.3 Die Daten sind an die jeweils zuständigen Sozialleistungsträger, insbesondere die Bundesagentur für Arbeit zu übermitteln.

90.1.1 Unterrichtung bei Beschäftigungen oder Tätigkeit ohne erforderlichen Aufenthaltstitel

90.1.1.1 Der Aufenthaltstitel muss erkennen lassen, dass die Ausübung einer Beschäftigung erlaubt ist. Die Begriffsbestimmung der Beschäftigung richtet sich nach § 2 Absatz 2 i. V. m. § 7 SGB IV. Danach ist Beschäftigung jegliche nichtselbständige Arbeit, insbesondere in einem Arbeitsverhältnis. Von der Erforderlichkeit eines Aufenthaltstitels, der zur Beschäftigung berechtigt, ist daher regelmäßig auszugehen, wenn der Ausländer ein Arbeitsverhältnis aufgenommen hat oder sonst eine nichtselbständige Tätigkeit ausübt, für die ein Entgelt vereinbart oder zumindest üblich ist. Eine Geringfügigkeitsgrenze besteht nicht. Als Beschäftigung gilt außerdem der Erwerb beruflicher Kenntnisse, Fertigkeiten oder Erfahrungen im Rahmen betrieblicher Berufsbildung. Auch für ein Berufsausbildungsverhältnis, Praktikum oder ein Volontariat, soweit es mit einer vertraglichen Verpflichtung zur Arbeitsleistung verbunden ist, ist ein Aufenthaltstitel, der die Beschäftigung erlaubt, erforderlich.

90.1.1.2 Auch in den Fällen, in denen eine Beschäftigung nicht der Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit bedarf (§§ 2 bis 15 BeschV), muss der Aufenthaltstitel erkennen lassen, dass die zustimmungsfreie Beschäftigung erlaubt ist.

Nach § 16 BeschV gelten einige Tätigkeiten unter bestimmten Voraussetzungen nicht als Beschäftigung. Gemäß § 17 Absatz 2 Satz 1 und 3 AufenthV ist für entsprechende selbständige Tätigkeiten kein Aufenthaltstitel nach § 4 erforderlich. Hierzu stellt § 59 Absatz 5 AufenthV klar, dass eine Eintragung im Aufenthaltstitel, wonach die Ausübung einer Erwerbstätigkeit nicht gestattet ist, sich nicht auf die in § 17 Absatz 2 AufenthV genannten Tä-

tigkeiten bezieht, sofern der Aufenthaltstitel keine abweichenden Aussagen enthält.

Soweit der Aufenthaltstitel die Erwerbstätigkeit ohne Einschränkungen erlaubt, darf jede Beschäftigung ausgeübt werden. Enthält der Aufenthaltstitel Einschränkungen hinsichtlich der Beschäftigung, darf nur die im Aufenthaltstitel angegebene Beschäftigung ausgeübt werden.

90.1.1.3 Keines Aufenthaltstitels, der die Beschäftigung erlaubt, bedürfen jedoch die Ausländer, denen nach dem Gemeinschaftsrecht Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union gewährt wird. Soweit Übergangsregelungen zum Beitritt zur EU für Arbeitnehmer aus beigetretenen Staaten anzuwenden sind, ist Nummer 39.6 zu beachten.

90.1.2 Unterrichtung bei Verstößen gegen die Mitwirkungspflichten gegenüber der Bundesagentur für Arbeit und anderen Dienststellen bei Sozialleistungen sowie gegen die Meldepflicht nach dem AsylbLG

90.1.2.0 Nach § 60 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 SGB I hat derjenige, der Sozialleistungen beantragt oder erhält, Änderungen in den Verhältnissen, die für die Leistung erheblich sind oder über die im Zusammenhang mit der Leistung Erklärungen abgegeben worden sind, unverzüglich mitzuteilen.

90.1.2.1 Eine Mitwirkungspflicht des Ausländers gegenüber den in § 90 Absatz 1 Nummer 2 genannten Leistungsträgern besteht bei Änderungen in den Verhältnissen, die für die Leistung erheblich sind. Es handelt sich um Sachverhalte, die für die Gewährung, Höhe und den Fortbestand der Leistung von Bedeutung sind (z. B. Wegfall der Berücksichtigungsfähigkeit von Kindern bei Leistungen wegen Arbeitslosigkeit, Änderung der Einkommensverhältnisse bei Arbeitslosenhilfe).

90.1.2.2 Eine Mitwirkungspflicht des Ausländers ist darüber hinaus bei Änderungen in den Verhältnissen gegeben, über die im Zusammenhang mit der Leistung Erklärungen abgegeben worden sind. Es handelt sich dabei um Sachverhalte, die erheblich von dem abweichen, was der Leistungsempfänger dem Leistungsträger mitgeteilt hatte, und die für die Gewährung der Leistungen, deren Höhe und deren Fortbestand von Bedeutung sind.

90.1.2.3 Eine Meldepflicht besteht schließlich für Leistungsberechtigte nach dem AsylbLG. Nach § 8a AsylbLG haben sie die Aufnahmen einer selbständigen oder unselbständigen Erwerbstätigkeit binnen drei Tagen der nach § 10 AsylbLG zuständigen Behörde anzuzeigen.

90.1.3 Unterrichtungen bei Verstößen gegen Vorschriften des SchwarzArbG

Die Unterrichtungspflicht nach § 90 Absatz 1 Nummer 3 erstreckt sich auf die in § 6 Absatz 3

	<p>Nummer 1 bis 4 SchwarzArbG bezeichneten Verstöße, also auf Verstöße gegen:</p> <ul style="list-style-type: none"> – das SchwarzArbG, – das AÜG, – Bestimmungen des SGB IV und VII zur Zahlung von Beiträgen und – die Steuergesetze. <p>Erforderlich sind konkrete Anhaltspunkte für diese Verstöße. Es müssen also tatsächliche Umstände vorliegen, die für einen derartigen Verstoß sprechen; bloße Vermutungen reichen nicht aus.</p>	
90.1.4	<p>Unterrichtung der mit der Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung betrauten Behörden der Zollverwaltung</p> <p>Die Ausländerbehörden unterrichten die mit der Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung beauftragten Behörden der Zollverwaltung zeitnah, wenn sich bei der Vorsprache eines ausländischen Staatsangehörigen, durch Hinweise, im Rahmen von Ausdiensttätigkeit oder auf sonstige Weise Anhaltspunkte ergeben für</p> <ul style="list-style-type: none"> – die Beschäftigung oder Tätigkeit von Ausländern ohne erforderlichen Aufenthaltstitel nach § 4 oder Arbeitsgenehmigung-EU nach § 284 SGB III, – die Beschäftigung oder Tätigkeit von Ausländern zu ungünstigeren Bedingungen als vergleichbare deutsche Arbeitnehmer, – die Ausübung einer selbständigen oder unselbständigen Tätigkeit unter gleichzeitigem Bezug von Sozialleistungen nach dem SGB II oder III (z. B. Arbeitslosengeld, Arbeitslosengeld II) ohne erforderliche Anzeige der Tätigkeit an die zuständige Behörde (beispielsweise Bundesagentur für Arbeit, Arge), – den unerlaubten Verleih oder Entleih ausländischer Arbeitnehmer, – das Vorenthalten von Beiträgen zur Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung oder – die Beschäftigung von Ausländern unter Missachtung der Mindestarbeitsbedingungen nach Maßgabe des AEntG (z. B. Gewährung des Mindestlohns, Gewährung von bezahltem Urlaub). <p>Sie übersenden den Hauptzollämtern zu diesem Zweck insbesondere</p> <ul style="list-style-type: none"> – die Personalien des Arbeitnehmers und des Arbeitgebers sowie der in Betracht kommenden Zeugen, – den Aufenthaltstitel in Kopie, – vorhandene Informationen bezüglich des Verstoßes (beispielsweise Angaben über Art, Ort und Zeiten der Beschäftigung) sowie 	<ul style="list-style-type: none"> – vorhandene Unterlagen (ggf. in Kopie) bezüglich des Verstoßes (beispielsweise Gesprächsvermerke, Erklärungen des Arbeitnehmers, Anzeige, Bericht über eine durchgeführte Außenprüfung). <p>90.2 Zusammenarbeit der Behörden</p> <p>90.2.1 Die mit der Ausführung des Aufenthaltsgesetzes betrauten Behörden arbeiten insbesondere mit der Bundesagentur für Arbeit und den Behörden der Zollverwaltung zusammen sowie mit:</p> <ul style="list-style-type: none"> – den Finanzbehörden, – der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, – den Einzugsstellen (§ 28i SGB IV), – den Trägern der Rentenversicherung, – den Trägern der Unfallversicherung, – den Trägern der Sozialhilfe, – den nach dem AsylbLG zuständigen Behörden, – dem Bundesamt für Güterverkehr, – den für den Arbeitsschutz zuständigen Landesbehörden, – den Polizeivollzugsbehörden der Länder auf Ersuchen im Einzelfall und – den nach Landesrecht für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach dem SchwarzArbG zuständigen Behörden. <p>90.2.2 Die Zusammenarbeit besteht in der gegenseitigen Unterrichtung und in der Amtshilfe, die sich nach den dafür geltenden Vorschriften richtet. Darüber hinaus sollen die Behörden gemeinsame Maßnahmen zur gezielten Überprüfung verdächtiger Sachverhalte durchführen und ihre Ermittlungen koordinieren.</p> <p>90.3 Datenübermittlungen an die für die Durchführung des AsylbLG zuständigen Behörden</p> <p>90.3.0 Die Vorschrift enthält die Rechtsgrundlage für Datenübermittlungen an die für die Gewährung von Leistungen nach dem AsylbLG zuständigen Behörden.</p> <p>90.3.1 Zur Mitteilung nach § 90 Absatz 3 verpflichtet sind die nach § 71 mit der Ausführung des Aufenthaltsgesetzes betrauten Behörden, d. h. in erster Linie die Ausländerbehörden. Die Mitteilung stellt eine Übermittlung personenbezogener Daten i. S. d. § 3 Absatz 4 Satz 2 Nummer 3 Buchstabe a) BDSG dar (siehe Nummer 86.1.2).</p> <p>90.3.2 Umstände und Maßnahmen, deren Kenntnis für die Leistung an Leistungsberechtigte nach dem AsylbLG erforderlich ist, sind im Hinblick auf die in den §§ 1 ff. AsylbLG geregelte Leistungsberechtigung alle Entscheidungen, Maßnahmen und Ereignisse, die den ausländerrechtlichen Status des Betroffenen bestimmen</p>

oder verändern oder Einfluss auf Art und Umfang der Leistungen haben (z. B. Wechsel von Duldung zu einem Aufenthaltstitel, Vollziehbarkeit der Ausreisepflicht, Mehrfachbezug von Leistungen). Mitzuteilen sind außerdem die bekannt gewordenen Erteilungen von Zustimmung zur Aufnahme einer Beschäftigung an Leistungsberechtigte nach dem AsylbLG sowie Angaben über deren Erlöschen, Widerruf oder Rücknahme, sobald die mitteilungspflichtige Stelle durch eine entsprechende Unterrichtung seitens der Bundesagentur für Arbeit hiervon Kenntnis erlangt.

90.3.3 Adressat der Mitteilung und damit Empfänger der zu übermittelnden Daten ist die nach § 10 AsylbLG für den Betroffenen zuständige Behörde. Die Zuständigkeit im Einzelnen richtet sich nach Landesrecht. Sie liegt in aller Regel bei den Trägern der Sozialhilfe.

90.4 Unterrichtung der nach § 72 Absatz 6 zu beteiligenden Stellen

Diese Regelung ergänzt die neu eingefügten § 72 Absatz 6 und § 87 Absatz 5. Sie bildet die Rechtsgrundlage für die Mitteilung der Ausländerbehörde an die Staatsanwaltschaften und Strafgerichte, ob eine der in den Nummern 1 bis 3 vorgesehenen aufenthaltsrechtlichen Maßnahmen getroffen wurde. Der Zuständigkeitsübergang der Ausländerbehörde nach Nummer 3 ist den Staatsanwaltschaften und Strafgerichten mitzuteilen, damit deren Mitteilungen auch bei einem Zuständigkeitsübergang im Rahmen des Strafverfahrens die richtige Behörde erreichen. Die Mitteilung muss durch die Behörde erfolgen, auf die die Zuständigkeit übergegangen ist, damit diese ihre Erreichbarkeiten und ein neues Aktenzeichen mitteilen kann, dem die Mitteilungen zuzuordnen sind.

90.5 Unterrichtung hinsichtlich Anfechtung der Vaterschaft

90.5.1 Absatz 5 verpflichtet die Ausländerbehörden und Auslandsvertretungen zur Unterrichtung der nach Landesrecht bestimmten anfechtungsberechtigten Behörde, wenn sie Kenntnis erlangen von konkreten Tatsachen, die die Annahme rechtfertigen, dass die Voraussetzungen für ein behördliches Anfechtungsrecht einer Vaterschaftsanerkennung vorliegen (siehe hierzu auch Nummer 27.0.5 und 27.1a.1.3).

Nicht ausreichend ist ein Verdacht auf der Grundlage bloßer Vermutungen oder Hypothesen. Für die Erhebung einer Anfechtungsklage vor dem Familiengericht genügt jedoch ein Anfangsverdacht. In der Mitteilung an die anfechtungsberechtigte Behörde sollen die konkreten Umstände, aus denen die Auslandsvertretungen den Verdacht eines ausländerrechtlichen Missbrauchs schöpfen, dargelegt und wesentliche Unterlagen beigelegt werden.

90.5.2 Die Anfechtung der Vaterschaft setzt voraus, dass der Anerkennende nicht der biologische

Vater ist und zwischen ihm und dem Kind auch keine sozial-familiäre Beziehung besteht oder im Zeitpunkt der Anerkennung oder des Todes des Anerkennenden bestanden hat und durch die Anerkennung rechtliche Voraussetzungen für die erlaubte Einreise oder den erlaubten Aufenthalt eines Kindes oder eines Elternteiles geschaffen werden (können) (§ 1600 Absatz 1 Nummer 5, Absatz 3 BGB).

90.5.2.1

Eine sozial-familiäre Beziehung besteht, wenn der Anerkennende für das Kind zum maßgeblichen Zeitpunkt tatsächliche Verantwortung trägt bzw. getragen hat (siehe Legaldefinition in § 1600 Absatz 4 Satz 1 BGB). Es kann bereits zum Zeitpunkt der Geburt eine sozial-familiäre Beziehung bestehen, insbesondere wenn der Anerkennende hinreichend intensiv an Schwangerschaft und Geburt Anteil genommen und den Kontakt zum Kind in seine Lebensplanung aufgenommen hat. Lebt der Anerkennende mit dem Kind bereits längere Zeit in häuslicher Gemeinschaft zusammen, spricht bereits die Regelvermutung des § 1600 Absatz 4 Satz 2 BGB für die Übernahme tatsächlicher Verantwortung und damit für eine sozial-familiäre Beziehung. Die Übernahme tatsächlicher Verantwortung kann sich aber auch aus der Wahrnehmung weiterer typischer Elternrechte und -pflichten ergeben: Dazu zählen z. B. der regelmäßige Umgang mit dem Kind, seine Betreuung und Erziehung sowie die Leistung von Unterhalt. Die für eine sozial-familiäre Beziehung erforderliche Übernahme tatsächlicher Verantwortung ist auch in Fällen möglich, in denen ein Elternteil sich im Ausland befindet und im Visumverfahren ein Aufenthaltsrecht aufgrund einer Vaterschaftsanerkennung geltend macht. Eine verantwortungsvoll gelebte und dem Schutzzweck des Artikels 6 GG entsprechende Eltern-Kind-Gemeinschaft lässt sich nicht allein quantitativ etwa nach Daten und Uhrzeiten des persönlichen Kontakts oder genauem Inhalt der einzelnen Betreuungshandlungen bestimmen. Die Entwicklung eines Kindes wird nicht nur durch quantifizierbare Betreuungsbeiträge der Eltern, sondern auch durch die geistige und emotionale Auseinandersetzung geprägt.

90.5.2.2

Weitere Voraussetzung für das behördliche Vaterschaftsanfechtungsrecht (§ 1600 Absatz 1 Nummer 5, Absatz 3 BGB) ist, dass durch die Anerkennung rechtliche Voraussetzungen für die erlaubte Einreise oder den erlaubten Aufenthalt eines Kindes oder eines Elternteiles entstanden sind bzw. entstehen könnten. Dies kommt insbesondere in den folgenden Fallkonstellationen in Betracht:

- Ein deutscher Mann erkennt die Vaterschaft für das Kind einer unverheirateten ausländischen Mutter an. Als Kind eines deutschen Staatsangehörigen erwirbt das Kind mit der wirksamen Vaterschaftsanerkennung die deutsche Staatsangehörigkeit (§ 4 Absatz 1 StAG). Für die Mutter des

	Kindes erfüllt sich durch die deutsche Staatsangehörigkeit des Kindes ein Teil des Tatbestands des § 28 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3.		
	– Ein ausländischer Mann mit gesichertem Aufenthaltsstatus erkennt die Vaterschaft für das Kind einer unverheirateten Ausländerin an. Liegen die Voraussetzungen des § 4 Absatz 3 StAG vor, wird das Kind durch die Anerkennung deutscher Staatsangehöriger. Für die Mutter des Kindes erfüllt sich durch die deutsche Staatsangehörigkeit des Kindes ein Teil des Tatbestands des § 28 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3.	90a.0.2	§ 90a schließt eine Lücke in den bestehenden Verpflichtungen zur gegenseitigen Unterrichtung der Meldebehörden und der Ausländerbehörden. Vor Inkrafttreten der Vorschrift waren nur die Meldebehörden verpflichtet, die Ausländerbehörden über den Aufenthalt von Ausländern zu informieren (§ 72 AufenthV), während die Ausländerbehörden bislang nur verpflichtet waren, die Meldebehörden bei konkreten Anhaltspunkten für die Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit übermittelter Daten zu unterrichten (§ 4a Absatz 3 MRRG).
	– Ein ausländischer Mann ohne gesicherten Aufenthaltsstatus erkennt die Vaterschaft für das Kind einer Deutschen oder das Kind einer Ausländerin mit verfestigtem Aufenthalt an. Ist das Kind deutscher Staatsbürger gemäß § 4 Absatz 1 oder Absatz 3 StAG, erfüllt sich durch seine deutsche Staatsangehörigkeit ein Teil des Tatbestands des § 28 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3, wodurch rechtliche Voraussetzungen für die „erlaubte Einreise“ oder den „erlaubten Aufenthalt“ des die Vaterschaft Anerkennenden geschaffen werden. In diesem Fall ist für die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis vorrangig zu ermitteln, ob der Vater die Personensorge i. S. d. § 28 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 ausübt. Ist dies nicht der Fall ist die Aufenthaltserlaubnis bereits aus diesem Grund abzulehnen. Dennoch ist die anfechtungsberechtigte Behörde zu unterrichten, da die Voraussetzungen für die Vaterschaftsanfechtung nach § 1600 Absatz 3 BGB vorliegen. Hintergrund hierfür ist, dass anderenfalls dem Anerkennenden bis zur Volljährigkeit des Kindes die Möglichkeit offen stünde, wiederholt einen Antrag auf Erteilung eines Aufenthaltstitels zum Familiennachzug zu stellen. Dies könnte zudem das Vortäuschen der nach § 28 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 erforderlichen Personensorge provozieren.	90a.0.3	Die Regelung in § 90a geht über die Regelung des § 4a Absatz 3 MRRG hinaus, da es nicht darauf ankommt, bei konkreten Anlässen unrichtige oder unvollständige Daten von den Ausländerbehörden an die Meldebehörden zu übermitteln. Stattdessen wird eine eigene Unterrichtungsverpflichtung der Ausländerbehörden bei melderechtlich relevanten Vorgängen gegenüber den Meldebehörden festgeschrieben.
	– Durch eine Vaterschaftsanerkennung können auch die Voraussetzungen für eine Aufenthaltserlaubnis nach § 33 (Geburt eines Kindes im Bundesgebiet) geschaffen werden.	90a.1	Mitteilungspflicht der Ausländerbehörden
		90a.1.1	Absatz 1 Satz 1 entspricht der Mitteilungspflicht in § 4a Absatz 3 MRRG. Die Ausländerbehörden sind zu einer Mitteilung an die zuständige Meldebehörde verpflichtet, wenn sie Anhaltspunkte für eine Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit des Melderegisters haben.
		90a.1.2.1	Erfahren Ausländerbehörden von den in Absatz 1 Satz 2 aufgeführten melderechtlich relevanten Vorgängen, so sind sie zur Mitteilung an die Meldebehörde verpflichtet. Weitere Anhaltspunkte für die Unrichtigkeit des Melderegisters sind in diesem Fall nicht erforderlich.
		90a.1.2.2	Die Regelung unterscheidet zwei melderechtliche relevante Vorgänge: Nach Nummer 1 ist der Aufenthalt eines Ausländers im Bundesgebiet mitzuteilen, wenn dieser nicht gemeldet ist. Nach Nummer 2 ist die dauerhafte Ausreise aus dem Bundesgebiet meldepflichtig.
		90a.2	Zu übermittelnde Daten
90a	Zu § 90a – Mitteilungen der Ausländerbehörden an die Meldebehörden		Absatz 2 enthält die bei Mitteilungen nach Absatz 1 zu übermittelnden Daten. Es handelt sich um eine Sollvorschrift, d. h., die aufgeführten Angaben sind zu übermitteln, wenn nicht besondere Umstände gegen eine solche Mitteilung sprechen.
90a.0	Allgemeines		
90a.0.1	Zwischen den Zahlen der amtlichen Statistiken über die ausländische Bevölkerung aus der Ausländerstatistik, die aus dem Ausländerzentralregister erstellt wird, und der Bevölkerungsfortschreibung, die auf Angaben aus den Melderegistern der Meldebehörden und von den Standesämtern beruht, bestehen seit Jahren erhebliche Abweichungen. Dies betrifft insbe-	90b	Zu § 90b – Datenabgleich zwischen Ausländer- und Meldebehörden
		90b.0	Die Vorschrift regelt den für eine umfassende Datenpflege notwendigen gegenseitigen Da-

	tenaustausch zwischen Ausländer- und Meldebehörden, um Differenzen zwischen den Datenbeständen zu erkennen und zu bereinigen. Damit geht die Regelung über § 4a Absatz 3 MRRG hinaus, da es hier zunächst um das Erkennen von falschen oder unvollständigen Daten geht.	91.1.2	Ein gesetzliches Verwertungsverbot i. S. d. § 91 Absatz 1 Satz 2 ergibt sich insbesondere aus § 51 BZRG.
90b.1	Der Datenaustausch hat anlassunabhängig jährlich zu erfolgen. Zum Umfang der zu übermittelnden Daten vgl. § 90a Absatz 2. Daten dürfen nur übermittelt werden, soweit ein übereinstimmender örtlicher Zuständigkeitsbereich gegeben ist. Dies ist von der übermittelnden Stelle zu überprüfen.	91.1.3	Das Vernichten von Unterlagen umfasst auch die Löschung der entsprechenden nach der AufenthV zu speichernden Daten (§ 68 Absatz 2 AufenthV). Soweit die in der Ausländerdatei A aufgenommenen Daten im Falle des „Untertauchens“ des Ausländers gemäß § 67 Absatz 1 Nummer 2 AufenthV in die Ausländerdatei B übernommen werden, sind die Daten aus der Ausländerdatei B entsprechend § 68 Absatz 2 Satz 1 AufenthV zu löschen. Die Löschung erfolgt mit Ablauf des 90. Lebensjahres (siehe Nummer 91.1.1).
90b.2	Ein automatisierter Datenabgleich ist zulässig.		
90b.3	Die übermittelten Daten unterliegen einer strikten Zweckbindung. Sie dürfen ausschließlich zur Durchführung des Datenabgleichs und zur Datenpflege verwendet werden. Soweit die übermittelten Daten in den eigenen Datenbestand übernommen werden, kann die empfangende Stelle die Daten als eigene Daten unter den normalen Verarbeitungsvoraussetzungen verwenden. Soweit die übermittelten Daten nicht übernommen werden, besteht das Verwendungsverbot. In diesem Fall sind die Daten unverzüglich zurückzugeben oder zu vernichten.	91.1.4	Ist die Behörde, die die Abschiebung oder Zurückschiebung veranlasst hat, nicht die Behörde, die die Ausweisung verfügt hat, ist die Akte an die Behörde zurückzugeben, die die Ausweisung verfügt hat. Dieser obliegt die Vernichtung der Unterlagen über Ausweisung, Zurückschiebung und Abschiebung.
91	Zu § 91 – Speicherung und Löschung personenbezogener Daten	91.2	Vernichtung von Mitteilungen nach § 87
91.0	Anwendungsbereich § 91 trifft bereichsspezifische Regelungen über die Löschung bzw. Vernichtung von Daten (Absatz 1 und 2) und schließt die Anwendung bestimmter Vorschriften des allgemeinen Datenschutzrechts aus (Absatz 3).	91.2.1	Die Behörde, der die Mitteilung zuständigkeitshalber übersandt worden ist, hat unverzüglich zu prüfen, ob die Daten für die anstehende ausländerrechtliche Entscheidung noch erheblich sind oder für eine spätere ausländerrechtliche Entscheidung noch erheblich werden können. Sie trifft die Entscheidung, ob diese Voraussetzungen gegeben sind. Die Prüfung der Entscheidungserheblichkeit und die Vernichtung der Mitteilungen sind aktenkundig zu machen. Die Vernichtung unterbleibt, soweit die Mitteilungen für ein bereits eingeleitetes datenschutzrechtliches Kontrollverfahren benötigt werden. Im Fall der Zurückstellung der Löschung hat die Behörde zu prüfen, ob die weitere Speicherung unter Berücksichtigung der Lage des Betroffenen verhältnismäßig ist.
91.1	Vernichtung von Unterlagen über Ausweisung, Zurückschiebung und Abschiebung		
91.1.1	Die Frist für die Vernichtung der zu den Ausländerakten gehörenden Unterlagen über Ausweisung, Zurückschiebung und Abschiebung beginnt erst mit Ablauf der Sperrwirkung, die nach § 11 Absatz 1 Satz 2 als Folge der Ausweisung, Zurückschiebung und Abschiebung eintritt und die nach § 11 Absatz 1 Satz 3 i. d. R. auf Antrag befristet wird. Ist die Sperrwirkung nicht befristet, ist § 91 Absatz 1 nicht anzuwenden. In diesem Fall sind die Unterlagen spätestens fünf Jahre nach dem Tod des Betroffenen oder spätestens mit Ablauf seines 90. Lebensjahres zu vernichten. Um eine fristgerechte und vollständige Vernichtung zu gewährleisten, empfiehlt es sich, die Vorgänge über Ausweisung, Zurückschiebung und Abschiebung in einer Teilakte der Ausländerakte gesondert zu führen. Unterlagen, die Angaben für die Erhebung von Kosten enthalten, unterliegen bis zur Begleichung nicht der Vernichtung.	91.2.2	Die Vorschriften des § 91 Absatz 2 und der Nummer 91.2.1 gelten entsprechend für personenbezogene Daten, die nach § 87 Absatz 2 bis 4 oder den auf Grund von § 99 Absatz 1 Nummer 14 erlassenen Rechtsverordnungen ohne Ersuchen übermittelt worden sind. Ohne Bedeutung ist in diesem Zusammenhang, ob die Übermittlung aus Versehen oder aus Unkenntnis der Sachverhalts- oder Rechtslage erfolgt ist.
		91.3	Ausschluss des datenschutzrechtlichen Widerspruchs Gegen die Nutzung der Daten eines Ausländers zu ausländerrechtlichen Zwecken findet kein Widerspruch nach § 20 Absatz 5 BDSG oder entsprechenden Vorschriften der Datenschutzgesetze der Länder statt.

91a	Zu § 91a – Register zum vorübergehenden Schutz		
91a.1	Registerführende Stelle und Registerinhalt Das Register wird vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge geführt. Die Aufnahme in das Register knüpft an die Beantragung einer Aufenthaltserlaubnis oder eines Visums zum vorübergehenden Schutz nach § 24 Absatz 1 an (siehe unten Nummer 91a.3).		<ul style="list-style-type: none"> – die übermittelten Daten unrichtig werden oder sich ihre Unrichtigkeit herausstellt und keine Korrektur im automatisierten Verfahren erfolgt bzw. erfolgen kann, – die Daten zur Aufgabenerfüllung nicht mehr benötigt werden oder – der Betroffene die Richtigkeit der Daten bestreitet und keine Klärung herbeigeführt werden kann.
91a.2	Zu übermittelnde Daten	91a.4.2	Die Registerbehörde stellt programmtechnisch sicher, dass die zu speichernden Daten zuvor auf ihre Schlüssigkeit und Vollständigkeit (Pflichtangaben) geprüft werden und gespeicherte Daten durch die Verarbeitung nicht ungewollt gelöscht oder geändert werden. Stellt die Registerbehörde bei der Prüfung Fehler fest, teilt sie diese der übermittelnden Stelle mit. Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, diese Fehlermeldung unverzüglich zu bearbeiten und die zutreffenden Daten erneut an die Registerbehörde zu übermitteln.
91a.2.1	Die exakten Daten, die für das Register zu erheben und zu übermitteln sind, bestimmen sich – entsprechend den Vorgaben des Gesetzes – nach der vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erstellten Eingabemaske für das automatisierte Verfahren bzw. nach einem dieser Maske entsprechenden Formblatt.		
91a.2.2	Da zu den übermittlungspflichtigen Daten nach § 91a Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe c) auch die Angaben zur Entscheidung über den Antrag gehören, ist diese Entscheidung – ggf. in einem zweiten Schritt – an das Register zu übermitteln.	91a.4.3	Ausländerbehörden und Auslandsvertretungen sind berechtigt und verpflichtet, die von ihnen übermittelten Daten auf Richtigkeit und Aktualität zu prüfen, soweit dazu Anlass besteht (Datenpflege), entweder durch Direktzugriff auf das Register (im automatisierten Verfahren) oder durch entsprechende Ersuchen an die Registerbehörde (in schriftlicher oder elektronischer Form).
91a.3	Datenübermittlung an die Registerbehörde Die Verpflichtung zur Datenübermittlung an das Bundesamt entsteht für eine Auslandsvertretung oder eine Ausländerbehörde mit dem Zeitpunkt, in dem dort ein Visum zur Inanspruchnahme vorübergehenden Schutzes oder eine Aufenthaltserlaubnis nach § 24 Absatz 1 beantragt wird. Dabei setzt die Stellung eines solchen Antrags voraus, dass überhaupt ein Beschluss des Rates der Europäischen Union gemäß der Richtlinie 2001/55/EG des Rates vom 20. Juli 2001 über Mindestnormen für die Gewährung vorübergehenden Schutzes im Falle eines Massenzustroms von Vertriebenen und Maßnahmen zur Förderung einer ausgewogenen Verteilung der Belastungen, die mit der Aufnahme dieser Personen und den Folgen dieser Aufnahme verbunden sind, auf die Mitgliedstaaten (ABl. EU 2001 Nummer L 212 S. 12, so genannte Richtlinie zum vorübergehenden Schutz) gefasst worden ist.	91a.4.4	Bei einem Wechsel der Zuständigkeit gelten Nummer 91a.4.1 und 91a.4.3 entsprechend für die Stelle, auf die die Zuständigkeit übergegangen ist.
		91a.4.5	Die Registerbehörde hat als speichernde Stelle Aufzeichnungen zu fertigen, aus denen sich die übermittelten Daten, die übermittelnde Stelle, die für die Übermittlung verantwortliche Person und der Übermittlungszeitpunkt ergeben müssen.
		91a.4.6	Diese Aufzeichnungen dürfen nur für Auskünfte an den Betroffenen (vgl. § 34 AZRG), für die Unterrichtung über die Berichtigung, Löschung oder Sperrung von Daten (vgl. § 38 AZRG), für Zwecke der Datenschutzkontrolle, der Datensicherung oder zur Sicherstellung eines ordnungsgemäßen Betriebes der Datenverarbeitungsanlage verwendet werden. Sie sind durch geeignete Maßnahmen gegen unberechtigten Zugriff zu sichern und werden am Ende des Kalenderjahres, das dem Jahr ihrer Erstellung folgt, vernichtet, sofern sie nicht für ein bereits eingeleitetes Kontrollverfahren benötigt werden.
91a.4	Verantwortung für Registerinhalt, Datenpflege, Aufzeichnungspflicht bei Speicherung	91a.5	Datenübermittlung durch die Registerbehörde
91a.4.0	Die Vorschriften des AZRG über die Verantwortung für den Registerinhalt und die Datenpflege (§ 8 AZRG) sowie über die Aufzeichnungspflicht bei Speicherung (§ 9 AZRG) gelten entsprechend.	91a.5.1	Die im Register gespeicherten Daten können – auf entsprechendes Ersuchen – von der Registerbehörde an Ausländerbehörden, Auslandsvertretungen sowie andere Organisationseinheiten des Bundesamtes für Migration und
91a.4.1	Die Ausländerbehörden und Auslandsvertretungen sind gegenüber der Registerstelle für die Zulässigkeit der Übermittlung sowie für die Richtigkeit und Aktualität der von ihnen übermittelten bzw. von ihnen erfassten Daten verantwortlich. Sie haben die Registerstelle unverzüglich zu unterrichten, wenn:		

	Flüchtlinge, einschließlich der beim Bundesamt eingerichteten nationalen Kontaktstelle, übermittelt werden.		
91a.5.2	<p>Eine Übermittlung erfolgt ausschließlich zu folgenden Zwecken:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Erfüllung von ausländer- und asylrechtlichen Aufgaben im Zusammenhang mit der Aufenthaltsgewährung, – Verteilung der aufgenommenen Ausländer im Bundesgebiet, – Wohnsitzverlegung aufgenommener Ausländer in andere Mitgliedstaaten der Europäischen Union, – Familienzusammenführung oder – Förderung der freiwilligen Rückkehr. 	91a.7.1.2	In den Fällen des automatisierten Verfahrens erfolgt die Erfassung der Daten für das Register direkt durch die eingebende berechnigte Stelle, insbesondere durch die Ausländerbehörden. Der Zugang wird dabei durch Benutzernamen und Passwort geschützt. Erfolgt eine elektronische oder schriftliche Übermittlung, nimmt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge die Erfassung im Register anhand der übermittelten Daten selbst vor.
91a.5.3	Ein Ersuchen um Datenübermittlung hat grundsätzlich in schriftlicher (auch elektronischer) Form an die Registerstelle zu erfolgen (vgl. Nummer 91a.7.1.1). Im Ersuchen ist der Grund für die Datenübermittlung anzugeben (z. B. Familienzusammenführung).	91a.7.1.3	Für die Fälle, in denen das automatisierte Verfahren keine Anwendung findet, stellt das Bundesamt den mit der Datenerhebung befassten Stellen ein Formblatt zur Verfügung. Die Datensätze für das Register werden (außer beim automatisierten Verfahren) ausschließlich unter Nutzung dieses Formblatts an die Registerstelle beim Bundesamt übermittelt.
91a.5.4	Die Antwort der Registerbehörde erfolgt ebenfalls in schriftlicher (auch elektronischer) Form.	91a.7.1.4	Die Änderung oder Ergänzung von Daten im Register verläuft analog zur Ersterfassung von Datensätzen.
91a.6	Aufzeichnungspflicht bei Datenübermittlung	91a.7.1.5	Die Übermittlung von Daten aus dem Register nach Nummer 91a.5.1 erfolgt ebenfalls auf den unter Nummer 91a.7.1.1 genannten Übermittlungswegen.
91a.6.0	Hinsichtlich der Protokollierung der Datenübermittlungen findet § 13 AZRG entsprechende Anwendung.	91a.7.2.0	Im Rahmen des automatisierten Datenabrufverfahrens wird die Möglichkeit geschaffen, den berechtigten Stellen, insbesondere den Ausländerbehörden, den Zugriff auf vorher genehmigte Datenfelder zu erteilen. Die Authentifizierung erfolgt dabei über Benutzernamen und Passwort. Für das automatisierte Abrufverfahren gilt § 22 Absatz 2 bis 4 des AZRG entsprechend.
91a.6.1	Die Registerbehörde führt über die von ihr auf Grund von Datenübermittlungsersuchen vorgenommenen Abrufe aus dem Register Aufzeichnungen, in denen der Zweck, die bei der Durchführung des Abrufs verwendeten Daten, die übermittelten Daten, der Tag und die Uhrzeit sowie die Bezeichnung der ersuchenden Stellen und die abrufende und verantwortliche Person erfasst werden.	91a.7.2.1	Das automatisierte Abrufverfahren darf nur eingerichtet werden, soweit es wegen der Vielzahl der Übermittlungsersuchen oder der besonderen Eilbedürftigkeit unter Berücksichtigung der schutzwürdigen Interessen der Betroffenen angemessen ist und die beteiligten Stellen die zur Datensicherung nach § 9 BDSG erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen getroffen haben.
91a.6.2	Diese Aufzeichnungen dürfen nur für Auskünfte an den Betroffenen (vgl. § 34 AZRG), für die Unterrichtung über die Berichtigung, Löschung oder Sperrung von Daten (vgl. § 38 AZRG) oder zur datenschutzrechtlichen Kontrolle der Zulässigkeit der Abrufe verwendet werden. Sie sind durch geeignete Maßnahmen gegen unberechtigten Zugriff zu sichern und am Ende des Kalenderjahres, das dem Jahr ihrer Erstellung folgt, zu vernichten, sofern sie nicht für ein bereits eingeleitetes Kontrollverfahren benötigt werden.		Im Fall einer Aufnahmeaktion im Zusammenhang mit einer Massenflucht nach § 24 Absatz 1 dürfte im Hinblick auf die Zwecke des Registers (insbesondere Familienzusammenführung) auch unter Berücksichtigung der schutzwürdigen Interessen der Betroffenen eine das automatisierte Verfahren rechtfertigende Eilbedürftigkeit gegeben sein.
91a.7	Verfahren der Datenübermittlung, automatisiertes Verfahren	91a.7.2.2	Bei jedem Abruf von Daten im automatisierten Verfahren hat die Registerbehörde Aufzeichnungen über den Abruf zu erstellen. Die Aufzeichnungen müssen die in Nummer 91a.6.1 genannten Angaben enthalten.
91a.7.1.1	<p>Die Übermittlung von Daten nach Nummer 91a.2 erfolgt</p> <ul style="list-style-type: none"> – im automatisierten Verfahren als Direkt-eingabe in das Register, – in elektronischer Form per E-Mail oder – in schriftlicher Form. 	91a.7.2.3	Für die Verwendung dieser Aufzeichnungen sowie deren Sicherung gegen unberechtigten Zugriff und Löschung gelten die Ausführungen zu Nummer 91a.6.2 entsprechend.

91a.7.2.4	Die Verantwortung für die Zulässigkeit des einzelnen Abrufs trägt die abrufende Stelle. Die Registerbehörde überprüft die Zulässigkeit der Abrufe nur, wenn dazu Anlass besteht. Abrufe von Daten aus dem Register im automatisierten Verfahren dürfen nur von Bediensteten vorgenommen werden, die vom Leiter ihrer Behörde hierzu besonders ermächtigt sind.	– sonstige ausländische oder über- und zwischenstaatliche Stellen, wenn bei diesen Stellen ein angemessenes Datenschutzniveau nach Maßgabe des § 4b Absatz 3 BDSG (Übermittlung personenbezogener Daten ins Ausland sowie an über- und zwischenstaatliche Stellen) gewährleistet ist.
91a.7.2.5	Die Registerbehörde hat sicherzustellen, dass im automatisierten Verfahren Daten nur abgerufen werden können, wenn die abrufende Stelle einen Verwendungszweck angibt, der ihr den Abruf der Daten erlaubt.	91b.2 Die Bestimmungen zur Aufzeichnungspflicht bei der Übermittlung von Daten nach Nummer 91a.6 gelten für die nationale Kontaktstelle entsprechend.
91a.8	Löschung und Sperrung von Daten, Auskunft an den Betroffenen	91c Zu § 91c – Innergemeinschaftliche Auskünfte zur Durchführung der Richtlinie 2003/109/EG (Daueraufenthalt-Richtlinie)
91a.8.1	Die Daten sind von der Registerbehörde spätestens zwei Jahre nach Beendigung des vorübergehenden Schutzes des Ausländers zu löschen. Für die Beendigung des vorübergehenden Schutzes sind insbesondere die Artikel 4 und 6 der Richtlinie zum vorübergehenden Schutz maßgebend.	91c.0 Allgemeines
91a.8.2	Hinsichtlich der Sperrung der Daten gilt § 37 AZRG entsprechend.	91c.0.1 Entsprechend seiner Überschrift regelt § 91c die Mitteilungspflichten, die zur Durchführung der Richtlinie 2003/109/EG des Rates vom 25. November 2003 betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen (ABl. EU 2004 Nummer L 16 S. 44, so genannte Daueraufenthalt-Richtlinie), insbesondere zur Umsetzung seiner Artikel 19 Absatz 2 Satz 3, Artikel 22 Absatz 2 Satz 2, Absatz 3 Unterabsatz 2 und 3 Satz 2, Artikel 23 Absatz 1 Satz 2 und Artikel 25 Absatz 1 notwendig sind.
91a.8.3	Auskünfte an den Betroffenen über die zu seiner Person gespeicherten Daten werden ausschließlich von der Registerbehörde vorgenommen. Die Auskünfte, auch soweit sie sich auf Herkunft oder Empfänger der Daten beziehen, werden auf Antrag erteilt. Der Antrag muss die Grundpersonalien (Name, Vornamen, Geburtsname, Geburtsdatum, Geburtsort, Geschlecht, Staatsangehörigkeiten) enthalten. Die Registerbehörde bestimmt das Verfahren, insbesondere die Form der Auskunftserteilung nach pflichtgemäßem Ermessen. Eine Auskunftserteilung der Registerbehörde unterbleibt, soweit mindestens eines der Kriterien nach § 34 Absatz 2 AZRG vorliegt und deswegen das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung zurücktreten muss.	91c.0.2 Es bestehen folgende Mitteilungs- und Konsultationspflichten: 91c.0.2.1 – Absatz 1 regelt die Mitteilungspflichten Deutschlands (Zweitstaat) gegenüber dem anderen Mitgliedstaat (Erststaat) in den Fällen der Erteilung und der Verlängerung des Aufenthaltstitels nach § 38a oder der Erteilung einer Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG. 91c.0.2.2 – Absatz 2 regelt die Konsultationspflicht Deutschlands (Zweitstaat) gegenüber dem anderen Mitgliedstaat (Erststaat) in den Fällen, in denen nach § 51 Absatz 8 eine Abschiebung in ein Land außerhalb des Geltungsbereichs der Daueraufenthalt-Richtlinie (Drittstaaten sowie Vereinigtes Königreich, Irland und Dänemark) beabsichtigt ist. 91c.0.2.3 – Absatz 3 regelt die Mitteilungspflicht Deutschlands (Zweitstaat) gegenüber dem anderen Mitgliedstaat (Erststaat) in den Fällen der Androhung und des Vollzugs der Abschiebung, Zurückschiebung und der Abschiebungsanordnung. 91c.0.2.4 – Absatz 5 regelt die Mitteilungspflicht Deutschlands (Erststaat) gegenüber dem anderen Mitgliedstaat (Zweitstaat), wenn der andere Mitgliedstaat (Zweitstaat) Deutschland (Erststaat) wegen der beabsichtigten Abschiebung in ein Land außerhalb des Geltungsbereichs der Daueraufenthalt-Richtlinie konsultiert.
91b	Zu § 91b – Datenübermittlung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge als nationale Kontaktstelle	
91b.1	Die nationale Kontaktstelle ist eine getrennt von der Registerbehörde beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge eingerichtete Arbeitseinheit. Sie ist für die Übermittlung der Registerdaten zum Zweck der Verlegung des Wohnsitzes aufgenommener Ausländer in andere Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder zur Familienzusammenführung zuständig. Die Datenübermittlung durch die nationale Kontaktstelle erfolgt an folgende Stellen: – nationale Kontaktstellen anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union, – Organe und Einrichtungen der Europäischen Gemeinschaften,	

91c.0.2.5	– Absatz 6 regelt die Mitteilungspflicht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge an die Ausländerbehörden der Länder in den Fällen, in denen der andere Mitgliedstaat (Zweitstaat) den Aufenthaltstitel erteilt oder verlängert (Absatz 6 Nummer 2) bzw. aufenthaltsbeendende Maßnahmen gegen den Ausländer bevorstehen oder ergriffen worden sind (Absatz 6 Nummer 1).			Daueraufenthalt-Richtlinie veranlassen. Dem Mitgliedstaat, der dem Ausländer die Rechtsstellung eines langfristig Aufenthaltsberechtigten verliehen hat, ist hier vor einer solchen Entscheidung wegen der weit reichenden Konsequenzen der beabsichtigten Maßnahme Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Ihm wird damit insbesondere die Möglichkeit gegeben zu prüfen, ob er selbst dem Ausländer die Rechtsstellung als langfristig Aufenthaltsberechtigter entzieht.
91c.0.3	Darüber hinaus wird in Absatz 1 in Ergänzung zu § 75 Nummer 5 die Funktion des Bundesamtes als nationale Kontaktstelle i. S. d. Daueraufenthalt-Richtlinie hervorgehoben.	91c.2.2		Um dem anderen Mitgliedstaat eine Beurteilung zu ermöglichen, sind die wesentlichen tatsächlichen und rechtlichen Umstände zu übermitteln, die mit der vorgesehenen Entscheidung im Zusammenhang stehen.
91c.1	Deutschland erteilt/verlängert Aufenthaltstitel			
91c.1.1	§ 91c Absatz 1 regelt die Mitteilungspflichten bei Erteilung oder Verlängerung eines Aufenthaltstitels nach § 9a oder § 38a an den Mitgliedstaat, in dem der Ausländer langfristig aufenthaltsberechtigt ist oder war. Hiermit wird Artikel 19 Absatz 2 Satz 3 sowie Artikel 23 Absatz 1 Satz 2 der Daueraufenthalt-Richtlinie umgesetzt.	91c.3		Aufenthaltsbeendende Maßnahmen in Deutschland
91c.1.2	Nach Absatz 1 Satz 2 teilen die Ausländerbehörden dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge unverzüglich Entscheidungen nach Satz 1 mit, so dass die Mitteilung an den betroffenen anderen Mitgliedstaat durch das Bundesamt erfolgen kann.	91c.3.1		§ 91c Absatz 3 setzt Artikel 22 Absatz 2 Satz 2 Daueraufenthalt-Richtlinie um. Soweit das Ende des Aufenthalts eines Ausländers, der einen Aufenthaltstitel nach § 38a besitzt, wegen Androhung der Abschiebung, Zurückschiebung oder Erlass einer Abschiebungsanordnung bevorsteht bzw. durch Vollzug dieser Maßnahmen bereits eingetreten ist, ist die Mitteilungspflicht nach § 91c Absatz 3 zu beachten.
91c.1.3	Durch Satz 3 des Absatzes 1 wird die Kommunikation zwischen den Ausländerbehörden und der nationalen Kontaktstelle erleichtert. Da die Ausländerbehörden die Erteilung oder Verlängerung eines entsprechenden Aufenthaltstitels ohnehin an das Ausländerzentralregister melden müssen, besteht die Möglichkeit, mit der AZR-Meldung zugleich auch die Mitteilung an die nationale Kontaktstelle vorzunehmen. Daher wurde eine Rechtsgrundlage dafür geschaffen, damit das Ausländerzentralregister die wesentlichen von der nationalen Kontaktstelle benötigten Daten automatisiert an diese weiterleiten darf. Auf diese Weise wird der Arbeitsaufwand für die Ausländerbehörden vermindert, weil die entsprechenden Daten nicht zweimal gemeldet werden müssen.	91c.3.2		Die Mitteilung an den anderen Mitgliedstaat erfolgt durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, das hierzu von der Ausländerbehörde über die bevorstehende bzw. vollzogene Aufenthaltsbeendigung unterrichtet werden muss. Die für den anderen Mitgliedstaat erheblichen Angaben sind in Absatz 3 Satz 2 aufgeführt. Dem anderen Mitgliedstaat kann damit auch im Wortlaut die aufenthaltsrechtliche Entscheidung der deutschen Behörde mitgeteilt werden, damit der andere Mitgliedstaat bei bevorstehender Abschiebung in das eigene Gebiet in die Lage versetzt wird zu prüfen, ob er dem Betroffenen weiterhin noch ein Aufenthaltsrecht gewährt. Satz 3 verpflichtet die Ausländerbehörden, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge die für die Mitteilung erforderlichen Angaben zu übermitteln.
91c.2	Deutschland will in ein Land außerhalb des Geltungsbereichs der Daueraufenthalt-Richtlinie abschieben	91c.4		Übermittlung der Personalien bei Absatz 1 bis 3
91c.2.1	§ 91c Absatz 2 setzt Artikel 22 Absatz 3 Unterabsatz 2 und 3 Satz 2 Daueraufenthalt-Richtlinie um. Hier will eine deutsche Ausländerbehörde gegen einen Ausländer, der eine Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG in dem anderen Mitgliedstaat besitzt und sich in Deutschland mit einem Aufenthaltstitel nach § 38a aufhält, nach § 51 Absatz 8 aufenthaltsbeendende Maßnahmen (Aufhebung der Aufenthaltserlaubnis, Ausweisung, Abschiebungsanordnung) ergreifen und die Abschiebung in ein Land außerhalb des Geltungsbereichs der			Absatz 4 regelt für die Mitteilungen nach Absatz 1 bis 3, dass jeweils die Personalien des Ausländers anzugeben sind, damit der Empfängermitgliedstaat der jeweiligen Mitteilung die betreffende Person identifizieren kann. Im Hinblick auf Artikel 22 Absatz 2 Daueraufenthalt-Richtlinie, der auf Artikel 22 Absatz 1 Daueraufenthalt-Richtlinie Bezug nimmt, sind in den dort erfassten Fällen auch die Personalien der betroffenen Familienangehörigen zu übermitteln, die in Artikel 22 Absatz 1 Daueraufenthalt-Richtlinie ebenfalls genannt sind.

91c.5	Anderer Mitgliedstaat leitet aufenthaltsbeendende Maßnahmen ein		spiegelbildlichen Mitteilungspflicht auch § 91c Absatz 1) mit.
91c.5.1	In der Absatz 5 zugrunde liegenden Fallgestaltung beabsichtigt der andere Mitgliedstaat, aufenthaltsbeendende Maßnahmen gegen einen in Deutschland mit einer Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG aufhältigen Ausländer zu ergreifen und die Abschiebung in ein Land außerhalb des Geltungsbereichs der Daueraufenthalt-Richtlinie zu veranlassen.	91d	Zu § 91d – Innergemeinschaftliche Auskünfte zur Durchführung der Richtlinie 2004/114/EG (Studentenrichtlinie)
91c.5.2	Die Vorschrift regelt daher die Mitteilungspflichten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge gegenüber der zuständigen Stelle des konsultierenden anderen Mitgliedstaates, der die Rückführungen betreiben will (Beteiligungsverfahren anderer Mitgliedstaaten, spiegelbildlich zu der Konsultationspflicht nach § 91c Absatz 2).	91d.0	Allgemeines § 91d regelt Mitteilungspflichten zwischen den zuständigen Stellen der Mitgliedstaaten, die Studenten die Wahrnehmung der Mobilitätsregelungen nach Artikel 8 der Richtlinie 2004/114/EG des Rates vom 13. Dezember 2004 über die Bedingungen für die Zulassung von Drittstaatsangehörigen zwecks Absolvierung eines Studiums oder zur Teilnahme an einem Schüleraustausch, einer unbezahlten Ausbildungsmaßnahme oder einem Freiwilligendienst (ABl. EU Nummer L 375 S. 12, so genannte Studentenrichtlinie) erleichtern. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge nimmt hierzu eine zentrale Funktion beim innergemeinschaftlichen Datenaustausch wahr. § 91d setzt Artikel 8 Absatz 3 der Studentenrichtlinie um, der vorsieht, dass die zuständigen Behörden des ersten Mitgliedstaates, in dem der Student zugelassen wurde, auf Antrag der zuständigen Behörde des zweiten Mitgliedstaates, in dem der Student einen Teil seines begonnenen Studiums fortsetzen möchte, sachdienliche Informationen über den Aufenthalt des Studenten in seinem Hoheitsgebiet erteilt. Auskunftserteilungen und Auskunftersuchen kommen nur in den Fällen in Betracht, in denen Studenten einen Teil des Studiums in einem zweiten Mitgliedstaat absolvieren.
91c.5.3	Zudem konkretisiert die Vorschrift die Daten, die die deutsche Ausländerbehörde über das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge dem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union übermittelt, um dort eine sachgerechte Entscheidung über die Aufenthaltsbeendigung und zur Auswahl des Zielstaats einer Rückführungsmaßnahme treffen zu können. Die zu übermittelnden Daten dienen sowohl dem anlassbezogenen Abgleich der ausländerrechtlichen Bestandsdaten (Satz 2 Nummer 1 und 2) als auch der sachgerechten Vorbereitung der Entscheidung des konsultierenden Mitgliedstaates, ob er tatsächlich eine Abschiebung in ein Land außerhalb des Geltungsbereichs der Daueraufenthalt-Richtlinie veranlasst.		
91c.5.4	Absatz 5 dient damit der Umsetzung des Artikels 22 Absatz 3, Unterabsatz 2 und 3 Satz 2 Daueraufenthalt-Richtlinie.	91d.1	Wechsel in einen anderen Mitgliedstaat nach Studienzulassung in Deutschland
91c.6	Mitteilungspflichten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge gegenüber den Ausländerbehörden	91d.1.0	Absatz 1 regelt den Fall, dass ein Student, der in Deutschland bereits zum Studium zugelassen worden ist, dieses nunmehr in einem zweiten Mitgliedstaat fortsetzen will. Auf Ersuchen der zuständigen Behörden des zweiten Mitgliedstaates erteilt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge als nationale Kontaktstelle die erforderlichen Auskünfte.
91c.6.0	Anders als Absatz 1 bis 5 regelt Absatz 6 Mitteilungspflichten des Bundesamtes gegenüber den Ausländerbehörden der Länder. Er schafft die Grundlage dafür, dass die zuständige Ausländerbehörde von den durch die Richtlinie vorgesehenen Mitteilungen im Rahmen von Beteiligungsverfahren anderer Mitgliedstaaten durch das Bundesamt Kenntnis erhält.	91d.1.1	Als zu übermittelnde Daten sind neben den zur Identifizierung dienenden Personalien (Satz 2 Nummer 1, Familiennamen(n), Geburtsname, Vorname(n), früher geführte Namen, Geburtsdatum, Geburtsort, Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Wohnanschrift im Inland sowie zum vorgelegten Identitäts- und Reisedokument Art, Nummer, ausstellende Behörde, Ausstellungsdatum und Ablauf der Gültigkeit), den Angaben zum Aufenthaltsstatus (Satz 2 Nummer 2, Art des Aufenthaltstitels, ausstellende Behörde, Nummer, Ausstellungsdatum, Ablauf der Gültigkeit) Angaben zu strafrechtlichen Ermittlungsverfahren genannt (Satz 2 Nummer 3), die dazu führen können, dass der zweite Mitgliedstaat aus Gründen der
91c.6.1	In Absatz 6 Nummer 1 teilt der andere Mitgliedstaat mit, dass gegen den Ausländer, der sich in Deutschland mit einer Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG aufhält, aufenthaltsbeendende Maßnahmen bevorstehen bzw. bereits durchgeführt worden sind (siehe zur spiegelbildlichen Mitteilungspflicht auch § 91c Absatz 3).		
91c.6.2	In Absatz 6 Nummer 2 teilt der andere Mitgliedstaat die Erteilung einer Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG bzw. die Erteilung bzw. Verlängerung eines Aufenthaltstitels (siehe zur		

öffentlichen Sicherheit einen Aufenthalt in seinem Hoheitsgebiet ablehnt, sowie andere Angaben, die in dem Ersuchen genannt sind und die im Ausländerzentralregister gespeichert oder in der Ausländer- oder Visumakte enthalten sind (Satz 2 Nummer 4).

91d.1.2 Soweit zur Erteilung der Auskunft der Datenbestand des Ausländerzentralregisters nicht ausreicht, kann das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge nach Satz 3 von den Ausländerbehörden oder – wenn die Erteilung von Visa betroffen ist – den Auslandsvertretungen nähere Auskünfte verlangen. Dies kann etwa erforderlich sein, wenn die zuständige Behörde des anderen Mitgliedstaates Angaben benötigt, die nur in der Ausländer- oder Visumakte, nicht aber im Ausländerzentralregister gespeichert sind, wie etwa zu Auskünften, die der Ausländer bei der Beantragung des deutschen Aufenthaltstitels gegeben hat.

91d.2 Studienfortsetzung in Deutschland

91d.2.1 Absatz 2 regelt spiegelbildlich zum Absatz 1 den Fall, dass ein Student bereits in einem Mitgliedstaat zum Studium zugelassen worden ist und dieses nunmehr in Deutschland fortsetzen will. Die Auskunftsersuchen der deutschen Auslandsvertretungen und Ausländerbehörden an andere Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind über das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge vorzunehmen.

91d.2.2 Die in Satz 2 Nummer 1 genannten Daten dienen der näheren Identifikation des Ausländers; die Daten zum Aufenthaltstitel und zum Identitäts- und Reisedokument (Satz 2 Nummer 2) sollen es ermöglichen, routinemäßig Fälschungen von Aufenthaltstiteln aufzudecken, indem der andere Mitgliedstaat die übermittelten Daten mit den dort gespeicherten Daten abgleichen kann. Durch die in Satz 2 Nummer 3 vorgesehene Angabe zum Gegenstand und Ort des Antrages wird der Anlass der Anfrage näher bestimmt. In besonderen Fällen kann die Auslandsvertretung oder Ausländerbehörde auch gezielte Auskünfte vom anderen Mitgliedstaat anfordern, etwa, wenn Anhaltspunkte für das Vorliegen von Versagungsgründen vorhanden sind und der andere Mitgliedstaat hierzu möglicherweise spezifische Auskünfte erteilen könnte.

91e Zu § 91e – Gemeinsame Vorschriften für das Register zum vorübergehenden Schutz und zu innergemeinschaftlichen Datenübermittlungen

Nicht belegt.

92–94 Zu den §§ 92–94 – Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration

Nicht belegt.

Vorbemerkung zu den §§ 95 bis 98

Vor 95.0 Allgemeine Vorbemerkungen

Vor 95.0.1 Die §§ 95 bis 98 enthalten die Straf- und Bußgeldvorschriften des Aufenthaltsgesetzes. Daneben sind Straf- und Bußgeldvorschriften im AsylVfG (§§ 84 bis 86 AsylVfG), im SchwarzArbG (§§ 10, 11 SchwarzArbG), im SGB III (§ 404 Absatz 1, Absatz 2 Nummer 3 und Nummer 4 SGB III), im AÜG (§§ 15, 16 AÜG) sowie im FreizügG/EU (§§ 9, 10 FreizügG/EU und § 11 Absatz 1 Satz 1 FreizügG/EU i. V. m. § 95 Absatz 1 Nummer 4 und 8, Absatz 2 Nummer 2, Absatz 4, §§ 96, 97 und 98 Absatz 2 Nummer 2, Absatz 2a und 3 Nummer 3, Absatz 4 und 5) zu beachten.

Vor 95.0.2 Die aufenthaltsrechtlichen Straf- und Bußgeldvorschriften sollen die Einhaltung der ausländerrechtlichen Vorschriften gewährleisten. Sie dienen unter anderem der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und knüpfen insbesondere an den Besitz eines Aufenthaltstitels und eines Passes oder Passersatzes sowie die ordnungsrechtlichen Vorschriften des Aufenthaltsgesetzes an.

Vor 95.1 Anwendbarkeit des Aufenthaltsgesetzes

Vor 95.1.1 Das aufenthaltsrechtliche Nebenstrafrecht kann nur dann Anwendung finden, wenn das Aufenthaltsrecht einschlägig ist. Dies bestimmt sich maßgeblich nach § 1 sowie nach dem jeweiligen Straftatbestand.

Vor 95.1.2 Soweit tatbestandlich an ein Verhalten des Ausländers angeknüpft wird, kommen als Täter nur Nicht-Deutsche (§ 2 Absatz 1) in Betracht, die nicht unter die Ausnahmen des § 1 Absatz 2 fallen. Damit sind u. a. Unionsbürger sowie weitere nach dem FreizügG/EU Begünstigte ausgenommen. Auf diese sind die §§ 95 ff. jedoch gemäß § 11 Absatz 1 Satz 1 FreizügG/EU teilweise anwendbar.

Vor 95.1.3 Gleichwohl kann jedermann (z. B. jeder Deutsche, Unionsbürger) i. V. m. §§ 26, 27 StGB der Teilnahme strafbar sein. Zu den Einzelheiten siehe Nummer 96.1. ff.

Vor 95.1.4 Handlungen von Personen, die im Rahmen ihres Berufes oder ihres sozial anerkannten Ehrenamtes tätig werden (insbesondere Apotheker, Ärzte, Hebammen, Angehörige von Pflegeberufen, Psychiater, Seelsorger, Lehrer, Sozialarbeiter, Richter oder Rechtsanwälte), werden regelmäßig keine Beteiligung leisten, soweit die Handlungen sich objektiv auf die Erfüllung ihrer rechtlich festgelegten bzw. anerkannten berufs-/ehrenamtsspezifischen Pflichten beschränken. Zum Rahmen dieser Aufgaben kann auch die soziale Betreuung und Beratung aus humanitären Gründen gehören, mit dem Ziel Hilfen zu einem menschenwürdigen Leben und somit zur Milderung von Not und Hilflosigkeit der betroffenen Ausländer zu leisten.

Vor 95.2	Anwendbarkeit des aufenthaltsrechtlichen Strafrechts (einschließlich des Ordnungswidrigkeitenrechts)	Vor 95.4.2	Voraussetzung einer zwingenden Ausweisung und einer Ausweisung im Regelfall ist hingegen eine rechtskräftige Verurteilung gemäß §§ 96 oder 97 (vgl. § 53 Nummer 3 und § 54 Nummer 2) oder wegen vorsätzlich verübter Straftaten allgemein (§ 53 Nummer 1, Nummer 2 und § 54 Nummer 1).
Vor 95.2.1	Weitere Voraussetzung einer aufenthaltsrechtlichen Straftat oder Ordnungswidrigkeit ist die Anwendbarkeit der Norm, der zufolge das Verhalten sanktioniert werden kann. Dies regelt sich nach §§ 2 bis 9 StGB bzw. §§ 2 bis 7 OWiG.	95	Zu § 95 – Strafvorschriften
Vor 95.2.2	Das deutsche Strafrecht findet nach § 3 StGB grundsätzlich nur auf im Inland begangene Straftaten Anwendung. Für die danach notwendige Bestimmung des Ortes der Tat muss § 9 StGB herangezogen werden. Darüber hinaus findet das deutsche Strafrecht nach §§ 2 und 4 bis 7 StGB Anwendung.	95.0	Allgemeines
Vor 95.2.3	Ordnungswidrigkeiten können grundsätzlich nur im Geltungsbereich des OWiG begangen werden (vgl. § 5 OWiG). Der Ort der Handlung wird nach § 7 OWiG bestimmt.	95.0.0.1	§ 95 enthält eine Vielzahl aufenthaltsrechtlicher Vergehen (vgl. § 12 Absatz 2 StGB). Dabei muss die unterschiedliche Strafobergrenze der Tathandlungen der Absätze 1 und 1a (Bestrafung mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder Geldstrafe) von der des Absatzes 2 (Bestrafung mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe) unterschieden werden.
Vor 95.3	Beteiligungs- und Übermittlungspflichten	95.0.0.2	Strafbar ist gemäß § 15 StGB grundsätzlich nur vorsätzliches Verhalten. Fahrlässiges Verhalten kann unter den Voraussetzungen des § 98 Absatz 1 als Ordnungswidrigkeit geahndet werden.
Vor 95.3.1	Soweit ein begründeter Verdacht auf Verstöße gegen straf- bzw. bußgeldbewehrte Bestimmungen des Ausländerrechts vorliegt, haben die nach §§ 71 f. zuständigen Behörden im Rahmen ihrer Aufgabenerfüllung die Pflicht, dies den Strafverfolgungs- bzw. Bußgeldbehörden anzuzeigen. Die Ausländerbehörde unterrichtet die zuständige Staatsanwaltschaft über eine beabsichtigte Ausweisung und Abschiebung, wenn gegen den Ausländer ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren eingeleitet oder öffentliche Klage erhoben ist (§ 72 Absatz 4; vgl. Nummer 72.4). Das staatliche Interesse an der Strafverfolgung kann dem öffentlichen Interesse an aufenthaltsbeendenden Maßnahmen gegen den Ausländer entgegenstehen.	95.0.1	Absatz 1 stellt die folgenden vorsätzlichen Tathandlungen unter Strafe:
Vor 95.3.2	Die Strafverfolgungs- und Bußgeldbehörden unterrichten ihrerseits gemäß § 87 Absatz 4 Satz 1 und 3 (sowie Nummer 42 MiStra) die zuständige Ausländerbehörde über die Einleitung eines Straf- bzw. Bußgeldverfahrens sowie über die Verfahrenserledigung (vgl. Nummer 87.4). Zur örtlichen Zuständigkeit der Ausländerbehörden vgl. Nummer 71.1.2. ff..	95.0.1.1	– Aufenthalt ohne erforderlichen Pass und ohne Pass- bzw. Ausweisersatz (Nummer 1),
Vor 95.3.3	Zur Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge siehe Nummer 56.4.3.1 und 56.4.3.2. Bei Straftaten im Zusammenhang mit dem Vortäuschen von Identitäten, einer Bezugsberechtigung für soziale Leistungen für nicht hinreichend identifizierbare Personen oder Falschbeurkundungen können Mitteilungen an die nach dem AsylbLG zuständigen Behörden in Betracht kommen (siehe Nummer 90.3.2).	95.0.1.2	– Aufenthalt ohne erforderlichen Aufenthaltstitel (Nummer 2),
Vor 95.4	Ausweisung auf Grund von strafbarem oder ordnungswidrigem Verhalten	95.0.1.3	– unerlaubte Einreise (Nummer 3),
Vor 95.4.1	Unabhängig von einer strafgerichtlichen Verurteilung können Verstöße gegen strafbewehrte Vorschriften den Grund einer Ermessensausweisung darstellen (§ 55 Absatz 2 Nummer 2).	95.0.1.4	– Verstoß gegen ein Ausreiseverbot oder das Verbot bzw. die Beschränkung der politischen Betätigung (Nummer 4),
		95.0.1.5	– falsche Angaben zur Identitätsfeststellung (Nummer 5),
		95.0.1.6	– Verstoß gegen Duldungspflichten im Rahmen der Überprüfung, Feststellung und Sicherung der Identität (Nummer 6),
		95.0.1.6a	– Verstoß gegen auf § 54a beruhende Pflichten (Nummer 6a),
		95.0.1.7	– wiederholter Verstoß gegen räumliche Beschränkungen i. S. d. § 61 Absatz 1 (Nummer 7),
		95.0.1.8	– Zugehörigkeit zu einer geheimen Ausländervereinigung oder -gruppe (Nummer 8).
		95.0.1a	Absatz 1a stellt die vorsätzliche unerlaubte Erwerbstätigkeit von Ausländern mit Schengen-Visum unter Strafe.
		95.0.2	Absatz 2 stellt die folgenden vorsätzlichen Tathandlungen unter Strafe:
		95.0.2.1	– Verstoß gegen ein Einreise- oder Aufenthaltsverbot (Nummer 1),
		95.0.2.2	– Falsche Angaben bei der Beantragung eines Aufenthaltstitels oder einer Duldung oder

	Nutzung einer so beschafften falschen Urkunde (Nummer 2).		kommt. Zu der Frage der Zumutbarkeit vgl. Nummer 48.2.
95.0.3	Die übrigen Absätze 3 bis 6 regeln die Anordnung der Versuchsstrafbarkeit, die Einziehung, eine besondere Strafbefreiung von Flüchtlingen nach der Genfer Flüchtlingskonvention sowie die Gleichstellung von Handeln ohne Aufenthaltstitel mit dem Handeln mit widerrechtlich erwirktem oder erschlichenem Aufenthaltstitel.	95.1.1.6	Von der Passpflicht des Ausländers sind die Passvorlagepflicht (§ 48 Absatz 1 Nummer 1) und die Passmitführungspflicht (§ 13 Absatz 1 Satz 2) zu unterscheiden. Zuwiderhandlungen gegen diese Pflichten sind bußgeldbewehrt (§ 98 Absatz 2 Nummer 2 und Nummer 3, Absatz 3 Nummer 3). Verstöße gegen sonstige ausweisrechtliche Pflichten nach § 56 Nummer 1 bis 7, § 56 Absatz 2 Satz 1 und § 57 AufenthV sind ebenfalls bußgeldbewehrt (§ 98 Absatz 3 Nummer 7, § 99 Absatz 1 Nummer 10, § 77 AufenthV).
95.1	Straftaten mit einer Strafobergrenze von einem Jahr Freiheitsstrafe		
95.1.1	Aufenthalt ohne erforderlichen Pass und ohne Pass- bzw. Ausweisersatz	95.1.1.7	Hält sich der Ausländer nicht vorsätzlich, sondern fahrlässig im Bundesgebiet ohne erforderlichen Pass, Passersatz oder Ausweisersatz auf, ist eine Ordnungswidrigkeit nach § 98 Absatz 1 gegeben.
95.1.1.1	§ 95 Absatz 1 Nummer 1 stellt nur den Aufenthalt eines Ausländers im Bundesgebiet ohne Pass und ohne Pass- bzw. Ausweisersatz unter Strafe (z. B. bei Überschreitung der Gültigkeitsdauer des Passes, sofern diese nicht auf Grund des Europäischen Übereinkommens über die Regelung des Personenverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten des Europarats vom 13. Dezember 1957 (BGBl. 1959 II S. 390) oder auf Grund bilateraler Abkommen unerheblich ist); die unerlaubte Einreise ohne Pass unterfällt § 95 Absatz 1 Nummer 3.	95.1.1.8	Bei der Erstattung einer Strafanzeige sind daher die genauen Umstände des Verstoßes gegen § 3 Absatz 1 i. V. m. § 48 Absatz 2 anzugeben, z. B. ob der Ausländer den Pass vernichtet hat, um der zwangsweisen Beendigung seines Aufenthalts zu entgehen.
95.1.1.2	Soweit der Ausländer nicht von der Passpflicht befreit ist (§ 14 AufenthV) oder ihm eine Ausnahme gemäß § 3 Absatz 2 zugestanden wurde, muss er während seines Aufenthalts im Bundesgebiet – d. h. nach der Einreise – einen gültigen Pass, Passersatz oder Ausweisersatz besitzen (§ 3 Absatz 1, § 14 Absatz 1 Nummer 1 und Absatz 2). Zur Ausweisungspflicht von Asylbewerbern siehe § 64 AsylVfG.	95.1.1.9	Bei Zweifeln daran, ob eine Vorsatztat in diesen Fällen vorliegt, hat sich die zuständige Behörde mit der Strafverfolgungsbehörde ins Benehmen zu setzen. Ggf. ist die Sache an die Bußgeldbehörde weiterzuleiten.
95.1.1.3	Besitz setzt jedoch nicht voraus, dass der Ausländer die Dokumente bei sich führt. Besitz in diesem Sinne liegt bereits dann vor, wenn der Ausländer binnen angemessener Frist nachweisen kann, dass er über ein entsprechendes Dokument verfügt (vgl. Nummer 3.1.4). Die Verwahrung des Passes (§ 50 Absatz 6) oder die Ablieferung des Passes im Rahmen einer Haftverschonung führen nicht zur Passlosigkeit. Der Ausländer hat zur Erfüllung der Passpflicht den ausweisrechtlichen Pflichten nach § 56 AufenthV nachzukommen. Er hat sich insbesondere unverzüglich oder rechtzeitig vor Ablauf um einen gültigen Pass oder Passersatz zu bemühen (vgl. § 56 Nummer 1 AufenthV). Nach § 3 Absatz 1 i. V. m. § 56 Absatz 1 Nummer 4 AufenthV ist ggf. ein Ausweisersatz unverzüglich zu beantragen.	95.1.1.10	Für die nach dem FreizügG/EU begünstigten Ausländer – auf welche die Vorschriften des Aufenthaltsgesetzes grundsätzlich nicht anwendbar sind (§ 1 Absatz 2 Nummer 1) – gilt hinsichtlich der Erfüllung der Passpflicht und Passmitführungspflicht der besondere Bußgeldtatbestand des § 10 FreizügG/EU.
95.1.1.4	Ein Ausländer, der mit gültigem Pass einreist, diesen aber vorsätzlich nicht verlängert, erfüllt den Tatbestand des § 95 Absatz 1 Nummer 1.	95.1.2	Aufenthalt ohne erforderlichen Aufenthaltstitel
95.1.1.5	Sofern der Ausländer einen Pass weder besitzt noch in zumutbarer Weise erlangen kann, kommt eine Strafbarkeit nur in Betracht, wenn er seiner Passpflicht vorsätzlich auch nicht durch den Besitz eines Ausweisersatzes nach-	95.1.2.1	Der Tatbestand des § 95 Absatz 1 Nummer 2 setzt zunächst einen Aufenthalt im Bundesgebiet – also nach erfolgter Einreise – ohne den nach § 4 Absatz 1 Satz 1 erforderlichen Aufenthaltstitel voraus.
		95.1.2.1.1	Ausländer, die vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit sind (siehe Nummer 14.1.2.1.1), können den Tatbestand des § 95 Absatz 1 Nummer 2 nicht erfüllen. Dies gilt beispielsweise gemäß § 15 AufenthV für Ausländer, die sich nach Artikel 21 Absatz 1 und 2 SDÜ in einem Schengen-Staat aufhalten dürfen.
		95.1.2.1.2	Ein Ausländer verfügt über einen Aufenthaltstitel, wenn ihm einer der in § 4 Absatz 1 Satz 2 genannten Aufenthaltstitel erteilt worden ist. Wie im Falle des § 95 Absatz 1 Nummer 1 kommt es nicht darauf an, ob der Ausländer den Aufenthaltstitel bei sich führt (vgl. Nummer 95.1.1.3).
		95.1.2.1.3	Das Vorliegen eines Rechtsanspruchs auf Erteilung eines Aufenthaltstitels schließt die

- Strafbarkeit nach § 95 Absatz 1 Nummer 2 nicht aus.
- 95.1.2.1.4 Der Begriff „erforderlich“ ist so zu verstehen, dass der Ausländer einen formal wirksamen Aufenthaltstitel besitzen muss. Ob der tatsächliche Zweck seines Aufenthaltes durch den ihm erteilten Aufenthaltstitel gedeckt ist, ist insofern unerheblich (z. B. weil der Ausländer den Aufenthaltswitz ändert).
- 95.1.2.1.4.1 Soweit die ausgeübte Erwerbstätigkeit des Ausländers nicht durch den ihm erteilten Aufenthaltstitel gedeckt ist, kann das Verhalten gemäß § 95 Absatz 1a und § 11 Absatz 1 Nummer 2 Buchstaben b) und d) SchwarzArbG strafbar oder gemäß § 98 Absatz 3 Nummer 1 oder § 404 Absatz 2 Nummer 4 SGB III ordnungswidrig sein.
- 95.1.2.1.4.2 Ein strafbares Verhalten liegt allerdings vor, wenn ein Ausländer – der von dem Erfordernis eines Aufenthaltstitels (z.B. für einen kurzfristigen Aufenthalt) befreit ist – formal rechtmäßig ohne Aufenthaltstitel einreist, dann aber eine Erwerbstätigkeit ausübt, wofür er eines Aufenthaltstitels bedarf.
- 95.1.2.1.5 Gemäß § 95 Absatz 6 steht einem Handeln ohne erforderlichen Aufenthaltstitel ein Handeln auf Grund eines durch Drohung, Bestechung oder Kollusion erwirkten oder durch unrichtige oder unvollständige Angaben erschlichenen Aufenthaltstitels gleich (z.B. wenn dem Ausländer bereits im Erteilungsverfahren bewusst ist, dass er von den durch den Aufenthaltstitel gedeckten Zwecken abweichen wird). In diesen Fällen ist eine Prüfung der Wirksamkeit des Aufenthaltstitels nicht erforderlich.
- 95.1.2.2.1 § 95 Absatz 1 Nummer 2 setzt weiterhin voraus, dass der Ausländer vollziehbar ausreisepflichtig ist.
- 95.1.2.2.2 Zur Vollziehbarkeit der Ausreisepflicht vgl. Nummer 58.2 ff.
- 95.1.2.3.1 Schließlich darf die Abschiebung nicht ausgesetzt sein (vgl. § 60a). Maßgeblich sind in dieser Hinsicht auch die in § 60 genannten Abschiebungsverbote, die zur rechtlichen Unmöglichkeit der Abschiebung i. S. d. § 60a Absatz 2 Satz 1 führen.
- 95.1.2.3.2 Eine Strafbarkeit scheidet auch dann aus, wenn die Aussetzung der Abschiebung zwar nicht formal erfolgt ist, ihre Voraussetzungen aber vorliegen oder wenn die Erfüllung der Ausreisepflicht dem Ausländer auf Grund der besonderen Umstände des Einzelfalles unmöglich oder unzumutbar ist. Soweit konkrete Anhaltspunkte hierfür bestehen, soll die Strafverfolgungsbehörde das Verfahren unter Fristsetzung gemäß § 154d StPO vorläufig einstellen.
- 95.1.2.3.3 Abweichend von diesem Grundsatz steht der Strafbarkeit das Vorliegen von Aussetzungsgründen dann nicht entgegen, wenn der Ausländer die Entscheidung über die Aussetzung der Vollziehung vereitelt, z. B. indem er von vornherein nicht offenbart, dass er in die Bundesrepublik eingereist ist oder indem er später untertaucht.
- 95.1.2.3.4 Die gesetzliche Fiktion der Aussetzung der Abschiebung gemäß § 81 Absatz 3 Satz 2 steht der nach § 60a verfügten Aussetzung der Abschiebung gleich.
- 95.1.2.4.1 Eine Zuwiderhandlung i. S. v. § 95 Absatz 1 Nummer 2 liegt z. B. nicht vor, wenn sich der Ausländer mit einem Schengenvisum im Bundesgebiet aufhält und eine § 4 Absatz 3 Satz 1 widersprechende Erwerbstätigkeit ausübt. Denn in diesen Fällen liegt trotz fehlender Arbeitserlaubnis das Schengenvisum als Aufenthaltstitel vor. Eine solche Tathandlung kann jedoch § 95 Absatz 1a unterfallen.
- 95.1.2.4.2 Eine Strafbarkeit kann – bei wiederholter Zuwiderhandlung – nach § 95 Absatz 1 Nummer 7 nur i. V. m. einer räumlichen Beschränkung nach § 61 Absatz 1 Satz 1 (vgl. auch Nummer 95.1.7.4) sowie nach § 85 Nummer 2 AsylVfG bestehen.
- 95.1.2.5 Die Erstattung einer Strafanzeige in den Fällen des § 95 Absatz 1 Nummer 2 kommt insbesondere in Betracht, wenn die Ausreisefrist (§ 50 Absatz 2, § 59 Absatz 1) abgelaufen ist, ohne dass der Ausländer der Ausreisepflicht nachgekommen ist und die Voraussetzungen für eine Unterbrechung der Ausreisefrist nicht vorliegen. Liegen Abschiebungsverbote oder Duldungsgründe nach den §§ 60 und 60a vor, hat die zuständige Behörde vor der Erstattung einer Strafanzeige von Amts wegen zu prüfen, ob eine Aufenthaltserlaubnis oder eine Duldung zu erteilen ist. Bei Asylbewerbern hat sie vor der Erstattung einer Strafanzeige stets zu prüfen, ob die Aufenthaltsgestattung erloschen ist (§ 67 AsylVfG).
- 95.1.2.6 Soweit die durch § 95 Absatz 1 Nummer 2 bezeichnete Handlung nur fahrlässig begangen wird, liegt gemäß § 98 Absatz 1 ein ordnungswidriges Verhalten vor.
- 95.1.3 Unerlaubte Einreise
- 95.1.3.1 Der Tatbestand des § 95 Absatz 1 Nummer 3 erfasst die Einreise eines Ausländers in das Bundesgebiet ohne erforderlichen Aufenthaltstitel bzw. ohne erforderlichen Pass oder Passersatz. Zu den Voraussetzungen dieser unerlaubten Einreise vgl. Nummer 14.1. „Besitz“ setzt nicht voraus, dass der Ausländer die Dokumente bei sich führt (gemäß § 98 Absatz 3 Nummer 3 kann dies jedoch eine Ordnungswidrigkeit darstellen). Wegen der Einzelheiten zum Erfordernis des Besitzes vgl. Nummer 95.1.1.3.
- 95.1.3.2 Der Versuch ist nach § 95 Absatz 3 strafbar.
- 95.1.3.2.1 Stellt sich ein Ausländer ordnungsgemäß einer Grenzübertrittskontrolle und wird er aufgrund des Nichterfüllens der sich aus Artikel 5 Schengener Grenzkodex ergebenden Einreisevoraussetzungen zurückgewiesen, so liegt kein

	Versuch im Sinne dieser Vorschrift vor. Erst wenn dem Ausländer unterstellt werden kann, dass er die Voraussetzungen für eine Einreise wissentlich nicht erfüllt – was sich ggf. aus einem im Pass oder Passersatz angebrachten Zurückweisungsstempel ergeben kann –, aber dennoch versucht einzureisen, ist von einem strafbaren Versuch auszugehen.	95.1.4.0	Die Strafnorm sanktioniert Zuwiderhandlungen gegen vollziehbare Ordnungsverfügungen gemäß § 46 Absatz 2 Satz 1 oder 2 oder § 47 Absatz 1 Satz 2 oder Absatz 2.
95.1.3.2.2	Ein Versuch einer unerlaubten Einreise liegt ferner dann vor, wenn ein nicht einreiseberechtigter Ausländer die Einreisekontrolle umgehen oder sich ihr entziehen will. Dies kann beispielsweise durch ein Verstecken im Kofferraum eines KFZ, auf Ladeflächen von LKW oder in Stauräumen von Zügen oder Schiffen gegeben sein. Weiterhin liegt ein Versuch der unerlaubten Einreise vor, wenn ein Ausländer zur Einreise ge- oder verfälschte Dokumente oder Pseudopässe benutzt.	95.1.4.1	Nach § 46 Absatz 2 Satz 1 kann einem Ausländer in entsprechender Anwendung von § 10 Absatz 1 und 2 PassG die Ausreise untersagt werden. Nach § 46 Absatz 2 Satz 2 kann einem Ausländer die Ausreise untersagt werden, wenn er in einen Staat reisen will, ohne im Besitz der dafür erforderlichen Dokumente und Erlaubnisse zu sein (vgl. Nummer 46.2).
95.1.3.2.3	An einer Schengenbinnengrenze ist die Einreise mit Überschreiten der Grenzlinie beendet. Somit handelt es sich nicht mehr um den Versuch einer unerlaubten Einreise, sondern um die vollendete Tat. Allerdings ist hier § 9 StGB heranzuziehen. Danach wird der Ort, an dem der Täter den Eintritt des Erfolges beabsichtigt, als Tatort betrachtet. So ist die Feststellung eines „versteckten“ Ausländers z. B. durch eine gemeinsame Streife im benachbarten Staat vor Passieren der Grenzlinie als versuchte unerlaubte Einreise zu werten und zu verfolgen.	95.1.4.2	Auch die Zuwiderhandlung gegen eine vollziehbare Anordnung nach § 47 Absatz 1 Satz 2 oder Absatz 2 (Verbot oder Beschränkung politischer Betätigung) begründet die Strafbarkeit nach § 95 Absatz 1 Nummer 4. Erkenntnisse und Mitteilungen über Zuwiderhandlungen sind in die Ausländerakten aufzunehmen.
95.1.3.3	Die Strafbarkeit der unerlaubten Einreise bei Bestehen eines Einreiseverbotes (§ 14 Absatz 1 Nummer 3) ist durch § 95 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe a) unter Strafe gestellt.	95.1.4.3	Die Vollziehbarkeit der Anordnungen tritt z. B. ein, <ul style="list-style-type: none"> – wenn dies gemäß § 80 Absatz 2 Satz 1 Nummer 4 VwGO besonders angeordnet worden ist, – nach Ablauf der Rechtsbehelfsfrist oder – wenn die aufschiebende Wirkung des Rechtsbehelfs gemäß § 80b Absatz 1 VwGO endet.
95.1.3.4	Gemäß § 95 Absatz 6 steht einer Einreise ohne erforderlichen Aufenthaltstitel eine Einreise auf Grund eines durch Drohung, Bestechung oder Kollusion erwirkten oder durch unrichtige oder unvollständige Angaben erschlichenen Aufenthaltstitels gleich.	95.1.5	Verstoß gegen Auskunftspflichten des § 49 Absatz 2
95.1.3.5	Bei der unerlaubten Einreise von Schutzsuchenden ist § 95 Absatz 5 zu beachten (vgl. Nummer 95.5).	95.1.5.1	Die Voraussetzungen sind weiter gefasst als die des § 95 Absatz 2 Nummer 2, der § 92 Absatz 2 Nummer 2 AuslG ersetzt. Die Vorschrift bezweckt, der Verschleierung der Identität und Staatsangehörigkeit entgegenzuwirken, die der Durchsetzung vollziehbarer Rückführungsentscheidungen entgegenstehen und zur Inanspruchnahme von Sozialleistungen führen kann.
95.1.3.5.1	Handelt es sich um Flüchtlinge i. S. d. Genfer Flüchtlingskonvention, so ist deren unerlaubte Einreise nach Maßgabe von Artikel 31 Absatz 1 der Genfer Flüchtlingskonvention straflos (vgl. § 95 Absatz 5).	95.1.5.2	Tatbestandlich ist vorausgesetzt, dass die Pflichtverletzung nicht bereits durch Absatz 2 Nummer 2 mit Strafe bedroht ist, der eine höhere Strafobergrenze vorsieht.
95.1.3.5.2	Handelt es sich nicht um einen Flüchtling i. S. d. Genfer Flüchtlingskonvention, so ist seine unerlaubte Einreise nur dann straflos, wenn er nach Artikel 16a GG Asyl genießt. Die erst nach Einreise auf Grund des Asylantrags gesetzlich angeordnete Aufenthaltsgestattung (§ 55 Absatz 1 Satz 1 AsylVfG) beseitigt die eingetretene Strafbarkeit der unerlaubten Einreise nicht rückwirkend.	95.1.5.3	Ein Verstoß gegen die Auskunftspflicht des § 49 Absatz 2 ist gerade im Hinblick auf die Strafandrohung nur dann anzunehmen, wenn die vom Ausländer geforderten Angaben und Erklärungen für diesen erkennbar den ausländerrechtlichen Wirkungskreis der Behörde betreffen (vgl. Nummer 49.2.2). Dies ist nicht nur dann anzunehmen, wenn ein Hinweis gemäß § 82 Absatz 3 erfolgt ist, sondern auch dann, wenn sich dies aus den allgemeinen Umständen ergibt.
95.1.4	Verstoß gegen ein Ausreiseverbot oder das Verbot bzw. die Beschränkung der politischen Betätigung	95.1.5.4	Ein Verstoß liegt vor, wenn der Ausländer keinerlei Angaben macht oder seine Angaben unvollständig oder – wenn auch nur im Hinblick auf einzelne Punkte – falsch sind.

95.1.5.5	Ein Verstoß gegen die ebenfalls durch § 49 Absatz 2 geregelten Erklärungspflichten ist nicht strafbar.	nach den § 54a Absatz 1 bis 4. Außerhalb des durch Haft begründeten Gewahrsams gilt:
95.1.6	Verstoß gegen Duldungspflichten im Rahmen der Überprüfung, Feststellung und Sicherung der Identität (§ 49 Absatz 10)	95.1.6a.1.1 Erst der wiederholte – also der zweite und jeder darauf folgende – Verstoß gegen die Meldepflicht gemäß § 54a Absatz 1 begründet die Strafbarkeit. Der erstmalige oder fahrlässige Verstoß gegen § 54a Absatz 1 Satz 2 stellt ggf. eine Ordnungswidrigkeit dar (§ 98 Absatz 3 Nummer 4).
95.1.6.1	Die Vorschrift richtet sich gegen die Verletzung der Duldungspflicht nach § 49 Absatz 10. Diese Pflicht erstreckt sich auf die durch § 49 Absatz 1 und Absatz 3 bis 8 geregelten Maßnahmen. Ausreichend ist grundsätzlich eine von dem Ausländer zu vertretende Verhinderung der Maßnahme über einen nicht nur unerheblichen Zeitraum.	95.1.6a.1.2 Unerheblich ist, ob der erste Verstoß durch Bußgeldbescheid oder eine gerichtliche Entscheidung rechtskräftig geahndet worden ist. Ebenso wenig kommt es darauf an, ob der erste Verstoß vorsätzlich oder fahrlässig begangen wurde. Voraussetzung ist lediglich eine objektive Wiederholung des Verstoßes. In subjektiver Hinsicht ist erforderlich, dass dem Ausländer sein früherer Verstoß zum Zeitpunkt des wiederholten und vorsätzlichen Verstoßes bekannt ist.
95.1.6.2	Die Duldungspflicht entsteht erst mit dem Eintritt der Vollziehbarkeit der Maßnahme. Siehe hierzu Nummer 95.1.4.3.	95.1.6a.2 Gleiches (siehe Nummer 95.1.6a.1.1 f.) gilt für den Verstoß gegen die räumliche Beschränkung i. S. d. § 54a Absatz 2 und gegen sonstige im Zusammenhang mit der Ausweisung gemäß § 54 Nummer 5 oder 5a oder der Abschiebungsanordnung nach § 58a verfüigten Auflagen.
95.1.6.3	Auf die Frage der Rechtswidrigkeit der Maßnahme kommt es grundsätzlich nicht an, da es für die Verwirklichung des objektiven Tatbestandes auf einen Verstoß gegen die Duldungspflicht des § 49 Absatz 10 ankommt, die lediglich die Vollziehbarkeit der Maßnahme, nicht aber deren Rechtmäßigkeit voraussetzt.	Der erstmalige bzw. jeder fahrlässige Verstoß stellt ggf. eine Ordnungswidrigkeit dar (§ 98 Absatz 3 Nummer 2).
95.1.6.4	Unerheblich ist auch, ob die Anordnung später rückwirkend aufgehoben wird. Die vollendete Verwirklichung des Straftatbestandes wird hierdurch nicht berührt.	95.1.6a.3 Bereits der erste Verstoß gegen eine angeordnete und gemäß § 54a Absatz 5 Satz 2 sofort vollziehbare Wohnungsverpflichtung i. S. d. § 54a Absatz 3 (zu deren Voraussetzungen vgl. Nummer 54a.3.1) ist strafbar, wenn der Ausländer zuvor wiederholt – also mindestens zwei Mal – auf die rechtlichen Folgen einer Weigerung hingewiesen worden ist (siehe Nummer 54a.3.2 ff.).
95.1.6.5	Die zuständige Behörde hat in ihrer Strafanzeige darzutun, inwiefern sich der Ausländer einer erkennungsdienstlichen Maßnahme entzogen hat. Musste die erkennungsdienstliche Maßnahme gegen den aktiven Widerstand des Ausländers durchgeführt werden, ist im Hinblick auf den Verdacht einer Strafbarkeit wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte (§ 113 StGB) Strafanzeige zu erstatten.	Der fahrlässige Verstoß stellt ggf. eine Ordnungswidrigkeit dar (§ 98 Absatz 3 Nummer 4).
95.1.6a	Verstoß gegen auf § 54a beruhende Pflichten (Nummer 6a)	95.1.6a.4 Der erstmalige Verstoß gegen auferlegte und gemäß § 54a Absatz 5 Satz 2 sofort vollziehbare Beschränkungen bei der Nutzung von Kommunikationsmitteln (§ 54a Absatz 4) genügt unabhängig von einer zuvor erfolgten Belehrung über die rechtlichen Folgen zur Begründung der Strafbarkeit. Auf die Frage der Rechtmäßigkeit der Anordnung kommt es grundsätzlich nicht an.
95.1.6a.0	Die Sanktionierung soll die Befolgung der gemäß § 54a angeordneten Maßnahmen fördern und dadurch dem Zweck dieser Vorschrift – der stärkeren Kontrolle gefährlicher, vollziehbar ausreisepflichtiger Ausländer, die sich weiterhin im Bundesgebiet aufhalten – dienen.	95.1.7 Wiederholter Verstoß gegen räumliche Beschränkungen i. S. d. § 61 Absatz 1
95.1.6a.0.1	Allgemeine Voraussetzung der Überwachung gemäß § 54a – und somit auch für eine Strafbarkeit gemäß § 95 Absatz 1 Nummer 6a – ist, dass eine vollziehbare Ausweisungsverfügung nach § 54 Nummer 5 oder 5a oder eine vollziehbare Abschiebungsanordnung nach § 58a besteht. Daneben muss ein Verstoß gegen eine Verpflichtung i. S. d. § 54a Absatz 1 bis 4 gegeben sein.	95.1.7.0 Diese Vorschrift bezweckt die Gleichbehandlung von hierdurch betroffenen vollziehbar Ausreisepflichtigen und Asylbewerbern, deren entsprechendes Verhalten bereits durch § 85 Nummer 2 AsylVfG unter Strafe gestellt ist.
95.1.6a.0.2	Das Verhalten des Ausländers in Haft – z. B. in Ab- oder Zurückschiebungshaft, aber auch in Untersuchungs- oder Strafhaft usw. – kann keine Strafbarkeit gemäß § 95 Absatz 1 Nummer 6a begründen, denn gemäß § 54a Absatz 5 Satz 1 ruhen in dieser Zeit die Verpflichtungen	

95.1.7.1	Täter kann nur sein, wer vollziehbar ausreisepflichtig ist, vgl. hierzu Nummer 58.2.		
95.1.7.2	Die Strafbarkeit wird durch den wiederholten – also den zweiten und jeden weiteren – Verstoß gegen räumliche Beschränkungen i. S. d. § 61 Absatz 1 Satz 1, von denen nach Satz 3 abgewichen werden kann, begründet.		
95.1.7.3	Wegen der Einzelheiten zu den Anforderungen an den früheren Verstoß wird auf Nummer 95.1.6a.1.2 verwiesen.		
95.1.7.4	Der Verstoß gegen eine räumliche Beschränkung nach § 61 Absatz 1 Satz 2 ist nicht nach § 95 Absatz 1 Nummer 7 strafbar.		
95.1.7.5	Die Strafbarkeit ist ausgeschlossen, soweit und solange dem Ausländer das Verlassen des Aufenthaltsbereiches gemäß § 12 Absatz 5 erlaubt ist.	95.1.8.5	Eine Betätigung des Ausländers zur Erreichung des Zieles ist nicht erforderlich, es reicht bereits die Zugehörigkeit.
95.1.8	Zugehörigkeit zu einer geheimen Ausländervereinigung oder -gruppe		
95.1.8.1	Jedermann, also auch jeder Deutsche und Freizügigkeitsberechtigte (§ 11 Absatz 1 Satz 1) kann als Täter strafbar sein.	95.1a	Unerlaubte Erwerbstätigkeit
95.1.8.2	Der Begriff der Vereinigung stimmt mit dem der Vereinigung i. S. d. §§ 85, 86, 129, 129a StGB überein. Es muss sich um eine auf eine längere Zeit angelegte Vereinigung einer Mehrzahl von – mindestens drei – Personen handeln, die sich zur Verfolgung gemeinsamer Ziele zusammengeschlossen und einer organisierten Willensbildung unterworfen haben. Die Gruppe unterscheidet sich von der Vereinigung dadurch, dass es sich bei ihr um einen nur losen Zusammenschluss von Menschen – auch hier sind mindestens drei Personen zu fordern – handelt, der noch nicht den organisatorischen Verfestigungsgrad einer Vereinigung erreicht haben muss. Die Personen müssen mehrheitlich ausländischer Staatsangehörigkeit – d. h. i. S. d. § 2 Absatz 1 Nicht-Deutsche unter Einschluss der in § 1 Absatz 2 benannten Personengruppen – oder staatenlos sein.	95.1a.1	Durch den Absatz 1a wird die unerlaubte Erwerbstätigkeit unter Strafe gestellt, sofern der Ausländer sich auf Grund eines Schengen-Visums im Bundesgebiet aufhält.
95.1.8.3	Das Geheimhaltungserfordernis beschränkt sich nicht auf die Verheimlichung des Bestehens der Organisation überhaupt, sondern wird darüber hinaus auf die Verheimlichung der – wahren – Zielsetzung (etwa durch Vortäuschen tatsächlich nicht bestehender Zielsetzungen oder durch die Angabe tatsächlich bestehender, unbedenklicher Zielsetzungen bei gleichzeitiger Verschleierung der daneben bestehenden Zielsetzung, die zum Verbot führen würde) und der – tatsächlichen – Tätigkeit der Organisation erstreckt. Geheimhaltung liegt etwa vor, wenn die Vereinigung Melde- oder Anzeigepflichten nicht befolgt.	95.1a.2	Ausländern, denen ein nationales Visum, eine Aufenthaltserlaubnis, Aufenthaltsgestattung oder Duldung erteilt ist, handeln bei unerlaubter Erwerbstätigkeit nicht strafbar nach § 95 Absatz 1a. Bei vorsätzlich beharrlich wiederholter Erwerbstätigkeit ohne den zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit berechtigenden Aufenthaltstitel nach § 4 Absatz 3 Satz 1 kann jedoch eine Straftat nach § 11 Absatz 1 Nummer 2 Buchstaben b) und d) SchwarzArbG erfüllt sein. Ansonsten ist das Verwirklichen eines Bußgeldtatbestands (§ 98 Absatz 3 Nummer 1 bzw. § 404 Absatz 2 Nummer 4 SGB III) zu prüfen.
95.1.8.4	Ziel, Zweck oder die Tätigkeit der Organisation muss so beschaffen sein, dass die Mitglieder – im Falle des Scheiterns des Geheimhaltungsbestrebens – mit einem behördlichen Verbot rechnen müssen. Sofern die Organisation ihren Sitz im Bundesgebiet hat, ist damit ein Verbot	95.1a.3	Durch § 95 Absatz 1a ist die Strafbewehrung der unerlaubten Erwerbstätigkeit bei Inhabern von Schengen-Visa bezweckt, da diese – auf Grund der mit dem Schengen-Visum gemäß § 6 Absatz 1 einhergehenden engen zeitlichen Begrenzung des Aufenthalts – keine Perspektive der Integration in Deutschland haben.
		95.1a.4	Der Begriff „Erwerbstätigkeit“ ist durch § 2 Absatz 2 definiert. Auf die Ausnahmen gemäß § 16 BeschV und § 17 Absatz 2 Satz 1 und 3 AufenthV wird hingewiesen.
			Der Tatbestand ist nicht erfüllt, wenn das Schengen-Visum den Inhaber zur Ausübung einer bestimmten Erwerbstätigkeit berechtigt. Übt der Ausländer jedoch eine andere als die erlaubte Tätigkeit aus, so ist der Tatbestand gleichwohl erfüllt. Beispiel: Einem in Irland beschäftigten Dritaustländer wurde für eine Entsendung durch den irischen Arbeitgeber nach Deutschland ein Schengen Visum nach „Vander-Elst“ erteilt. Während der Gültigkeit des Visums kündigt der

	Drittausländer jedoch sein Arbeitsverhältnis zum irischen Arbeitgeber und nimmt eine Beschäftigung bei einem in Deutschland ansässigen Arbeitgeber auf.		lässig begangen wird, liegt gemäß § 98 Absatz 1 ein ordnungswidriges Verhalten vor.
95.1a.5	Ein strafbares Verhalten i.S.d. Absatzes 1a stellt zugleich einen zwingenden Widerrufsgrund für ein Schengen-Visum nach § 52 Absatz 7 Satz 1 Nummer 1 dar.	95.2.1.2.3	Der Aufenthalt im Bundesgebiet unmittelbar nach einer Ausweisung etwa auf der Grundlage einer Duldung erfüllt nicht den Straftatbestand des § 95 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe b).
95.1a.6	Der Versuch ist gemäß § 95 Absatz 3 strafbar. Eine versuchte unerlaubte Arbeitsaufnahme liegt dann vor, wenn sich der nicht arbeitsberechtigte Ausländer bereits im unmittelbaren Bereich der Arbeitstätigkeit befindet und die üblichen Vorbereitungen zur Arbeitsbewältigung begonnen bzw. beendet hat.	95.2.1.2.4	Wegen einer Teilnahme strafbarkeit bei Handlungen von Personen im Rahmen ihres sozial anerkannten Berufes oder Ehrenamtes vgl. Nummer Vor 95.1.4.
95.1a.7	Die fahrlässige Verwirklichung des Tatbestandes kann eine Ordnungswidrigkeit i. S. d. § 98 Absatz 3 Nummer 1 oder § 404 Absatz 2 Nummer 4 SGB III darstellen.	95.2.2	Falsche Angaben bei der Beantragung eines Aufenthaltstitels oder einer Duldung oder Nutzung einer so beschafften falschen Urkunde (Nummer 2)
95.1a.8	Durch Anstiftungs- oder Beihilfehandlungen macht sich gemäß § 96 Absatz 1 Nummer 2 als Täter strafbar, wer für seinen Tatbeitrag einen Vermögensvorteil erhält oder sich versprechen lässt, sofern sein Verhalten nicht bereits gemäß § 96 Absatz 2 Nummer 2 strafbar ist. Erfasst sind hiervon beispielsweise inländische Arbeitgeber, welche Inhaber eines Schengen-Visums – vorsätzlich – illegal beschäftigen.	95.2.2.0	Jedermann, also auch jeder Deutsche und Freizügigkeitsberechtigte (§ 11 Absatz 1 Satz 1 FreizügG/EU) kann als Täter strafbar sein.
95.2	Straftaten mit einer Strafobergrenze von drei Jahren Freiheitsstrafe	95.2.2.1	1. Alternative: Erschleichen von Aufenthaltstitel oder Duldung
95.2.1	Verstoß gegen ein Einreise- oder Aufenthaltsverbot (Nummer 1)	95.2.2.1.1	Bei den Angaben, die von den nach § 71 zuständigen Behörden für die Entscheidung über die Erteilung eines Aufenthaltstitels oder einer Duldung benötigt werden, handelt es sich insbesondere um solche über Identität, Staatsangehörigkeit, vorhandene Ausweispapiere, Aufenthaltswort, Beruf, Ausbildung, Gesundheit, Vermögens- und Einkommensverhältnisse, verwertbare strafgerichtliche Verurteilungen im Bundesgebiet und im Ausland, frühere Ausweisungen und/oder Abschiebungen sowie die relevanten familiären Bindungen. Unrichtige Angaben stimmen mit der Wirklichkeit nicht überein; unvollständig sind Angaben, wenn Tatsachen verschwiegen werden. Die Angaben müssen nicht entscheidungserheblich sein. Sie müssen vielmehr geeignet sein, im Allgemeinen, losgelöst vom konkreten Einzelfall, die abstrakte Gefahr zu verwirklichen, einen Aufenthaltstitel oder eine Duldung zu Unrecht verschaffen zu können.
95.2.1.0.1	Das Einreise- oder Aufenthaltsverbot gemäß § 11 Absatz 1 muss entstanden sein (vgl. Nummer 11.1.2.1 f.) und noch fortbestehen. Insbesondere darf im Falle seiner Befristung gemäß § 11 Absatz 1 Satz 3 die Frist noch nicht abgelaufen sein.	95.2.2.1.2	Unrichtige Angaben werden beispielsweise gemacht, wenn der Ausländer <ul style="list-style-type: none"> – ein Visum (auch Ausnahme-Visum) für einen Touristen- oder Besuchsaufenthalt im Bundesgebiet beantragt, in Wirklichkeit jedoch einen Daueraufenthalt oder eine Erwerbstätigkeit im Bundesgebiet anstrebt, – ein Transitvisum beantragt, jedoch nicht eine Durchreise durch das Bundesgebiet, sondern einen Kurz- oder Daueraufenthalt beabsichtigt, oder – die Herstellung oder Wahrung einer ehelichen Lebensgemeinschaft vortäuscht (so genannte Scheinehe).
95.2.1.0.2	Der Tatbestand des § 95 Absatz 2 Nummer 1 ist nicht erfüllt, wenn der Ausländer eine Betretenserlaubnis besitzt (§ 11 Absatz 2 Satz 1). Besitzt der Ausländer beim Betreten nicht den erforderlichen Aufenthaltstitel, Pass oder Passersatz, findet § 95 Absatz 1 Nummer 3 Anwendung.	95.2.2.1.3	Unrichtige Angaben können sich auch aus der Vorlage bzw. dem Benutzen ge- oder verfälschter oder unzutreffender Unterlagen ergeben. Unvollständige Angaben kann derjenige machen, der wesentliche Tatsachen gegenüber der zuständigen Behörde gezielt verschweigt.
95.2.1.1	In den Fällen des § 95 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe a) ist gemäß § 95 Absatz 3 der Versuch strafbar (vgl. Nummer 95.1.3.2).		
95.2.1.2.1	Eine Strafbarkeit gemäß § 95 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe b) kommt etwa dann in Betracht, wenn sich der Ausländer trotz einer vollziehbaren Ausreiseverpflichtung und ggf. nach dem Verstreichen einer gemäß § 50 Absatz 2 gesetzten Ausreisefrist oder – über die Geltungsdauer der Betretenserlaubnis (§ 11 Absatz 2 Satz 1) hinaus – vorsätzlich im Bundesgebiet aufhält.		
95.2.1.2.2	Soweit die durch § 95 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe b) bezeichnete Handlung nur fahr-		

95.2.2.1.4	Unrichtige oder unvollständige Angaben eines Ausländers im Asylverfahren fallen nicht unter § 95 Absatz 2 Nummer 2. Für Schleuser gelten §§ 96 und 97 sowie §§ 84, 84a AsylVfG.	95.5	Schutz gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention
95.2.2.1.5	Unter der Beschaffung eines Aufenthaltstitels oder einer Duldung sind insbesondere der Antrag auf Erteilung oder Verlängerung des Aufenthaltstitels bzw. Angaben in Bezug auf die Erteilung oder Erneuerung einer Duldung zu verstehen.	95.5.1	Artikel 31 Absatz 1 der Genfer Flüchtlingskonvention lautet: „Die vertragsschließenden Staaten werden wegen unrechtmäßiger Einreise oder Aufenthalts keine Strafen gegen Flüchtlinge verhängen, die unmittelbar aus einem Gebiet kommen, in dem ihr Leben oder ihre Freiheit i. S. v. Artikel 1 bedroht waren und die ohne Erlaubnis in das Gebiet der vertragsschließenden Staaten einreisen oder sich dort aufhalten, vorausgesetzt, dass sie sich unverzüglich bei den Behörden melden und Gründe darlegen, die ihre unrechtmäßige Einreise oder ihren unrechtmäßigen Aufenthalt rechtfertigen...“
95.2.2.1.6	Die Vorschrift ist nur auf Handlungen gegenüber inländischen Behörden anwendbar. Eine Strafbarkeit nach § 95 Absatz 2 Nummer 2, 1. Alternative liegt dann nicht vor, wenn die Täuschungshandlung und der damit angestrebte Erfolg, nämlich die Erlangung des Aufenthaltstitels, bei einer deutschen Botschaft begangen wurde. Sollte der so erlangte Titel allerdings zur Einreise oder während des Aufenthaltes zur Täuschung im Rechtsverkehr benutzt werden, gelten die Ausführungen zu Nummer 95.2.2.2.	95.5.2	Die unerlaubte Einreise von Flüchtlingen i. S. d. Genfer Flüchtlingskonvention (§ 3 Absatz 4 AsylVfG) ist nach Maßgabe von Artikel 31 Absatz 1 der Genfer Flüchtlingskonvention straflos. Die Regelung trägt dem Gedanken Rechnung, dass Verfolgte häufig nicht in der Lage sind, ihre Zufluchtsstätte auf legalem Weg zu erreichen. Die Regelung betrifft sowohl anerkannte wie noch nicht anerkannte Flüchtlinge. Bei nicht anerkannten Flüchtlingen handelt es sich um Asylbewerber, denen die Flüchtlingseigenschaft noch nicht zuerkannt worden ist.
95.2.2.2	2. Alternative: Nutzung einer erschlienenen Urkunde	95.5.3	Die Regelung ist auch anwendbar auf Asylberechtigte, da sie den Flüchtlingen im Sinne dieser Konvention gleichgestellt sind (§ 2 Absatz 1 AsylVfG).
95.2.2.2.1	Zu den in § 95 Absatz 2 Nummer 2, 2. Alternative genannten Urkunden gehören die in § 4 Absatz 1 genannten Aufenthaltstitel sowie die Bescheinigung i. S. d. § 60a Absatz 4. Hinsichtlich der so beschafften amtlichen Urkunden ist erforderlich, dass diese tatsächlich auf Grund der unrichtigen oder unvollständigen Angaben ausgestellt worden sind.	95.5.4	Voraussetzung für die Straflosigkeit ist die unmittelbare Einreise aus dem Verfolungsgebiet. Die Voraussetzungen liegen nicht nur bei Ausländern vor, die direkt aus dem Verfolgerstaat, sondern grundsätzlich auch bei Personen, die über einen Drittstaat einreisen. Hierfür ist allerdings erforderlich, dass die Flucht nicht bereits im Drittstaat beendet war.
95.2.2.2.2	Das Gebrauchen i. S. d. § 95 Absatz 2 Nummer 2, 2. Alternative kann durch eine Person erfolgen, die bei der Beschaffung der Urkunde nicht mitgewirkt hat.	95.5.5	Weitere Voraussetzung für die Straflosigkeit ist die unverzügliche Meldung als Schutzsuchender bei den deutschen Behörden. Unverzüglich ist die Meldung nur dann, wenn sie ohne schuldhaftes Zögern erfolgt (vgl. § 121 BGB). Regelmäßig ist hierfür eine Meldung in den ersten Tagen nach der unerlaubten Einreise erforderlich.
95.2.2.2.3	Auch die Verwendung einer Kopie der Urkunde stellt dann ein Gebrauchmachen i. S. d. § 95 Absatz 2 Nummer 2, 2. Alternative dar, wenn die Kopie ihrem äußeren Erscheinungsbild nach geeignet ist, bei der Person, welcher diese zu Beweis Zwecken vorgezeigt oder ausgehändigt wird, den Eindruck zu erwecken, es handele sich um das Original der Urkunde.	95.5.6	Die Prüfung, ob Artikel 31 Absatz 1 der Genfer Flüchtlingskonvention Anwendung findet, obliegt den Strafverfolgungsbehörden und den Strafgerichten. Im Asylverfahren getroffene Entscheidungen sind nach § 4 Satz 1 AsylVfG auch im Strafverfahren verbindlich. Die zuständige Behörde hat Strafanzeige auch dann zu erstatten, wenn sie der Auffassung ist, dass Artikel 31 Absatz 1 Genfer Flüchtlingskonvention Anwendung findet. In diesem Fall soll ein entsprechender Hinweis ergehen.
95.3	Versuchsstrafbarkeit Absatz 3 erklärt den Versuch in den Fällen des § 95 Absatz 1 Nummer 3, Absatz 1a und 2 Nummer 1 Buchstabe a) für strafbar.		
95.4	Einziehung Urkunden, die durch unrichtige oder unvollständige Angaben erlangt worden sind (insbesondere Aufenthaltstitel und Duldungen) sowie Dokumente und sonstige Gegenstände, die zur Begehung oder Vorbereitung einer Straftat nach § 95 Absatz 2 Nummer 2 bestimmt oder gebraucht worden sind, können nach §§ 74 ff. StGB eingezogen werden.		

95.6 Handeln auf Grund unrechtmäßig erlangtem Aufenthaltstitel

Gemäß Absatz 6 kann auch das Handeln auf Grund eines verfahrenswidrig erlangten Aufenthaltstitels nach § 95 Absatz 1 Nummer 2 und Nummer 3 strafbar sein. Auf die Wirksamkeit des erteilten Titels kommt es danach nicht mehr an (vgl. Nummer 95.1.2.1.5 und 95.1.3.4). Absatz 6 orientiert sich an § 330d Nummer 5 StGB und erfasst sämtliche Fälle, in denen die strafbefreiende Genehmigung auf unlautere Weise erlangt wurde. Damit reist der Ausländer zwar nicht unerlaubt i. S. v. § 14 Absatz 1 Nummer 2 ein, ebenso wenig wird der Aufenthalt unerlaubt und der Ausländer ist auch nicht vollziehbar ausreisepflichtig. Das Handeln wird jedoch gleichfalls unter Strafe gestellt.

96 Zu § 96 – Einschleusen von Ausländern

96.0 Allgemeines

96.0.1 § 96 erhebt besondere Formen verselbständigter Teilnahmehandlungen an den in Bezug genommenen Tathandlungen zur Täterschaft.

96.0.2 Jedermann, also auch jeder Deutsche und Freizügigkeitsberechtigte (§ 11 Absatz 1 Satz 1 FreizügG/EU) kann als Täter strafbar sein.

96.0.3 Sind die in § 96 Absatz 1 Nummer 1 und 2 genannten Voraussetzungen nicht erfüllt, kommt im Übrigen auch eine Strafbarkeit wegen Anstiftung und Beihilfe nach den §§ 26, 27 StGB zu den in § 95 aufgeführten Straftaten in Betracht. Für die Anwendung der Strafvorschrift ist es gleichgültig, welche Zwecke die eingeschleusten Ausländer verfolgen oder hatten verfolgen wollen.

96.0.4 Tatbestandlich ist auch das Schleusen durch Deutschland erfasst, sofern sich der Geschleuste auf dem Weg in ein Drittland vorübergehend in Deutschland ohne Aufenthaltstitel, Aufenthaltsgestattung oder Duldung bzw. ohne Pass, Passersatz oder Ausweisersatz aufhält.

96.0.5 Der Versuch ist strafbar gemäß § 96 Absatz 3.

96.1 Grundtatbestand

96.1.0.1 Eine Anstiftung liegt vor, wenn der Ausländer vorsätzlich zu seiner vorsätzlich begangenen rechtswidrigen Tat i. S. d. § 96 Absatz 1 bestimmt wurde. „Bestimmen“ bedeutet das Verursachen des Tatentschlusses, gleichgültig durch welches Mittel.

96.1.0.2 Sofern der Tatentschluss bereits bestand, ist eine Anstiftung daher nicht mehr möglich. In Betracht kommt dann eine Hilfeleistung:

96.1.0.2.1 Dem Hilfeleistenden unterfällt jede Hilfe und Förderung, die dazu beiträgt, dass ein Ausländer gegen die in § 96 Absatz 1 genannten Vorschriften verstoßen kann. Als Unterstützungs-

handlungen kommen z. B. die Beschaffung von Beförderungsmöglichkeiten, Unterkünften, Informationen über den Grenzübergang, das Zusammenführen mit Personen, die sich der unerlaubt eingereisten Ausländer annehmen, Übersetzungsdienste zum Verdecken der Illegalität, das Verstecken oder die Beschäftigung des Ausländers und die Anbahnung und Vermittlung so genannter Scheinehen in Betracht.

96.1.0.2.2 Unerheblich ist, ob der Ausländer beispielsweise zur Fortsetzung seines Aufenthaltes fest entschlossen ist und daher in seinem Tatentschluss nicht mehr zu bestärken ist, sofern die Hilfeleistung seine Tat objektiv erleichtert.

96.1.0.2.3 Zu Handlungen von Personen im Rahmen ihres sozial anerkannten Berufes oder Ehrenamtes vgl. Nummer Vor 95.1.4.

96.1.0.3 Hilfeleistungen können gemäß § 34 StGB gerechtfertigt sein. Im Übrigen können sie ausnahmsweise unter dem Gesichtspunkt der Unzumutbarkeit normgemäßen Verhaltens straffrei sein, wenn hierdurch eine akute Gefährdung höchstpersönlicher Rechtsgüter des Ausländers (z. B. des notwendigen Lebensbedarfs) abgewendet oder abgemildert wird. Dies kann beispielsweise dann in Betracht kommen, wenn die gewährte Unterstützung auf berufliche Verpflichtungen zurückzuführen ist. Zu berücksichtigen ist dabei allerdings, dass z. B. dem „abgetauchten“ Ausländer zur Abwendung von Gefahren grundsätzlich das „Auftauchen“ zumutbar ist, denn auch wenn seine Abschiebung droht, werden seine Interessen durch die §§ 60 f. ausreichend gewahrt.

96.1.1 Vorteil i. S. d. § 96 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe a) ist jede Leistung materieller oder immaterieller Art, die den Täter besser stellt und auf die er keinen rechtlich begründeten Anspruch hat. Darunter fällt beispielsweise das Einschleusen ausländischer Frauen und Kinder, um hieraus wirtschaftliche Vorteile zu ziehen (z. B. Gewerbsunzucht, Frauen- und Kinderhandel).

96.1.1.1 Ob der Vorteil von einem Ausländer oder Deutschen oder von einer ausländischen oder inländischen Organisation zugesagt oder gewährt worden ist, ist unerheblich.

96.1.1.2 Bei wiederholter Tatbegehung oder bei einer Tat zugunsten von mehreren, also zwei und mehr Ausländern, kommt es nach § 96 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe b) auf das Merkmal des Vorteils nicht an.

96.1.2 Vermögensvorteil i. S. d. § 96 Absatz 1 Nummer 2 ist jede günstigere Gestaltung der Vermögenslage.

Zur Tathandlung des Anstiftens nach § 96 Absatz 1 Nummer 2 gehört beispielsweise auch das Anwerben von Ausländern im In- und Ausland zur illegalen Erwerbstätigkeit (z. B. Schwarzarbeit), wenn der Ausländer nach der Einreise eine Erwerbstätigkeit aufnimmt und

dadurch die Befreiung vom Erfordernis des Aufenthaltstitels entfällt.

96.2 Qualifikationstatbestand

96.2.1 Gewerbsmäßiges Einschleusen von Ausländern (Nummer 1) liegt vor, wenn der Täter in der Absicht handelt, sich durch wiederholte Tatbegehung eine fortlaufende Einnahmequelle von einiger Dauer und einigem Umfang zu verschaffen. Die Haupteinnahmequelle braucht sich daraus nicht zu ergeben. Liegt ein solches Gewinnstreben vor, ist schon die erste der ins Auge gefassten Tathandlungen als gewerbsmäßig zu werten.

96.2.2 Bandenmäßiges Einschleusen von Ausländern (Nummer 2) liegt vor, wenn sich mindestens drei Personen mit dem Willen verbunden haben, künftig für eine gewisse Dauer mehrere selbständige, im Einzelnen noch ungewisse Straftaten des im Gesetz genannten Deliktstyps zu begehen.

Die Mitgliedschaft in einer Bande ist nicht ein tatbezogenes Tatbestandsmerkmal, sondern ein besonderes persönliches Merkmal i. S. v. § 28 Absatz 2 StGB. Teilnehmer sind deshalb, soweit sie nicht selbst Mitglied der Bande sind, nach dem Grundtatbestand zu bestrafen.

96.2.3.0 Die in Nummer 3 und 4 geregelten Qualifikationen beziehen sich ausschließlich auf Taten mit Bezug auf strafbare unerlaubte Einreisen bzw. strafbare Einreisen unter Verstoß gegen ein Einreiseverbot.

96.2.3.1 Schusswaffe (Nummer 3) ist ein Werkzeug, bei dem mindestens ein festes, mechanisch wirkendes Geschoss mittels Explosions- oder Luftdruck aus einem Lauf abgefeuert werden kann. In Grenzfällen ist nicht der Schusswaffenbegriff des WaffG, sondern der Schutzzweck des § 96 Absatz 2 Nummer 3 ausschlaggebend. Die Vorschrift bezweckt die wirksamere Bekämpfung der Schleuserkriminalität, wobei gerade auch der Schusswaffen innewohnenden Gefährlichkeit durch eine erhöhte Strafandrohung entgegengewirkt werden soll.

96.2.3.2 Funktionsuntüchtige „Schusswaffen“ und Attrappen, die objektiv lediglich zum Aufbau oder Aufrechterhalten einer Drohkulisse geeignet sind, stellen keine Schusswaffe i. S. d. Qualifikation dar.

96.2.3.3 Unerheblich ist hingegen, ob eine funktionsuntüchtige Schusswaffe bereits durchgeladen und entschert ist. Ebenso wenig ist von Bedeutung, ob die Waffe geladen ist, sofern der oder die Täter die passende Munition ebenfalls bei sich führen (zu diesem Begriff vgl. Nummer 96.2.3.4).

96.2.3.4 Der Täter führt die Schusswaffe bei sich, wenn diese sich so in seiner räumlichen Nähe befindet, dass er sich ihrer ohne nennenswerten Zeitaufwand bedienen kann. Dies ist z. B. der Fall, wenn die Schusswaffe sich griffbereit im

Handschuhfach oder in sonstigen Behältnissen befindet, auf die der Täter jederzeit und kurzfristig zugreifen kann.

96.2.4.1 Die in Nummer 4 enthaltene Qualifikation kommt dann in Betracht, wenn es sich bei der Waffe nicht bereits um eine Schusswaffe handelt.

96.2.4.2 Eine Waffe in diesem Sinne ist jeder Gegenstand, welcher seiner Art nach dazu bestimmt ist, erhebliche Verletzungen von Menschen zu verursachen.

96.2.4.3 Zur Frage des bei sich Führens gelten die Ausführungen unter Nummer 96.2.3.4 entsprechend.

96.2.4.4 Auf Grund der gegenüber einer Schusswaffe reduzierten abstrakten Gefährlichkeit der übrigen Waffen ist über das bei sich Führen einer derartigen Waffe hinaus in subjektiver Hinsicht die Verwendungsabsicht erforderlich.

96.2.5.0 Die in Nummer 5 geregelte Qualifikation dient dem Schutz des Geschleuten.

96.2.5.1 Eine Lebensgefährdung braucht nicht konkret eingetreten zu sein. Ausreichend ist, dass die Art der Behandlung nach den Umständen des Einzelfalles zur Herbeiführung einer solchen Gefahr generell geeignet ist. Die Strafbarkeit kann durch ein Unterlassen eintreten, wenn der Täter zur Verhinderung der Gefahr – z. B. auf Grund seines vorangegangenen Verhaltens – verpflichtet ist.

96.2.5.2 Unmenschlich ist eine Behandlung dann, wenn sie ohne Unterbrechung länger andauert und entweder eine Körperverletzung oder intensives physisches oder psychisches Leiden verursacht.

96.2.5.3 Die Behandlung ist dann als erniedrigend anzusehen, wenn sie den Geschleuten erheblich demütigt und seine Selbstachtung nicht nur unerheblich verletzt – beispielsweise durch die Zumutung gravierender hygienischer Unzulänglichkeiten. Bei der Beurteilung ist zu berücksichtigen, ob und inwieweit der Geschleute in diese Umstände – ausdrücklich oder durch schlüssiges Verhalten – eingewilligt hat.

96.2.5.4 Der Geschleute wird dann der Gefahr einer schweren Gesundheitsschädigung ausgesetzt, wenn die ihm drohenden Folgen denen des § 226 StGB nahe kommen.

Die Gefahr muss konkret eingetreten sein.

96.3 Strafbarkeit des Versuchs

Der Versuch des Grunddeliktes sowie der Qualifikation ist gemäß Absatz 3 strafbar.

96.4 Schleusungen in das Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, der Republik Island und des Königreichs Norwegen

§ 96 Absatz 4 erweitert den Anwendungsbereich des § 96 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe

	a), Nummer 2, Absatz 2 Nummer 1, 2 und 5 und Absatz 3 auf Zuwiderhandlungen gegen Rechtsvorschriften über die Einreise in das und den Aufenthalt von Ausländern im Hoheitsgebiet der bezeichneten Staaten. Der Tatbestand kann auch erfüllt sein, wenn die Schleusung über die Schengen-Binnengrenzen erfolgt (z. B. Ausschleusung über die deutsch-französische Grenze nach Frankreich).	97.4	Erweiterter Verfall
96.5	Erweiterter Verfall	98	Zu § 98 – Bußgeldvorschriften
	Absatz 5 ermöglicht die Anordnung des erweiterten Verfalls gemäß § 73d StGB. Dadurch geht das Eigentum an der betroffenen Sache oder das verfallene Recht unter Umständen auf den Staat über (§ 73e StGB).	98.0	Allgemeines
		98.0.1	§ 98 regelt sämtliche Ordnungswidrigkeitentatbestände nach dem Aufenthaltsgesetz. Die Bußgeldandrohung kann sich gegen Ausländer und Deutsche richten. Hinsichtlich der nach Europäischem Gemeinschaftsrecht freizügigkeitsberechtigten Ausländer gelten gemäß § 11 Absatz 1 Satz 1 FreizügG/EU § 98 Absatz 2 Nummer 2, Absatz 2a, Absatz 3 Nummer 3, Absatz 4 und Absatz 5 entsprechend.
97	Zu § 97 – Einschleusen mit Todesfolge; gewerbs- und bandenmäßiges Einschleusen	98.0.2	Die Zuständigkeit für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten richtet sich nach § 78 AufenthV, § 71a (Behörden der Zollverwaltung) und im Übrigen nach §§ 35 ff. OWiG. Die Verfolgung der Ordnungswidrigkeiten liegt im pflichtgemäßen Ermessen der zuständigen Behörden (Opportunitätsprinzip).
97.0	Allgemeines	98.1	Fahrlässiges Begehen von Straftatbeständen
97.0.1	Da es sich bei den Taten um Verbrechen i. S. d. § 12 Absatz 1 StGB handelt, ist der Versuch gemäß § 23 Absatz 1, 1. Alternative StGB strafbar. Dabei ist gemäß § 12 Absatz 3 StGB unerheblich, ob im konkreten Fall ein minderschwerer Fall i. S. d. § 97 Absatz 3 anzunehmen ist.	98.1.1	Soweit Straftaten nach § 95 Absatz 1 Nummer 1 oder 2 oder Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe b) fahrlässig begangen worden sind, können sie nach § 98 Absatz 1 als Ordnungswidrigkeit geahndet werden.
97.0.2	Aus demselben Grund kann bereits der Versuch der Beteiligung (einschließlich der so genannten Verbrechensverabredung) gemäß § 30 StGB strafbar sein.	98.1.2	Fahrlässig handelt, wer objektiv gegen eine Sorgfaltspflicht verstößt und wenn dieser Pflichtverstoß eine Rechtsgutsverletzung zur Folge hat, die der Täter nach seinen subjektiven Kenntnissen und Fähigkeiten vorhersehen und vermeiden konnte.
97.1	Einschleusen mit Todesfolge	98.1.3	§ 98 Absatz 1 erfasst insbesondere Fälle, in denen sich der Ausländer ohne erforderlichen Aufenthaltstitel, Duldung oder Pass im Bundesgebiet aufhält, weil er es nach den Umständen des Einzelfalles versehentlich – und dabei sorgfaltswidrig – versäumt hat, sich die entsprechenden amtlichen Urkunden rechtzeitig zu beschaffen.
	Die Strafbarkeit ist gegeben, wenn der Täter den Straftatbestand des § 96 Absatz 1 – auch i. V. m. § 96 Absatz 4 – vorsätzlich erfüllt und dadurch den Tod des Geschleusten wenigstens fahrlässig verursacht (§ 18 StGB).	98.2	Einzelne Ordnungswidrigkeitentatbestände
97.2	Gewerbs- und bandenmäßiges Einschleusen	98.2.1	Zum Umfang der Verpflichtung gemäß § 4 Absatz 5 vgl. Nummer 4.5.
	Erfüllt der Täter in den Fällen des § 96 Absatz 1, auch i. V. m. § 96 Absatz 4, zugleich die zu § 96 Absatz 2 Nummer 1 und 2 näher dargestellten Voraussetzungen (vgl. Nummer 96.2.1 und 96.2.2), greift der – gegenüber § 96 Absatz 2 erhöhte – Strafraum des § 97 Absatz 2.	98.2.2	Entzieht sich der Ausländer beim Grenzübertritt i. S. v. § 13 Absatz 1 der polizeilichen Kontrolle, begeht er unabhängig davon, ob er den übrigen Anforderungen für einen ordnungsgemäßen Grenzübertritt entspricht, eine Ordnungswidrigkeit nach § 98 Absatz 2 Nummer 2 (z. B. Missachtung eines Anhaltezeichens, Umgehen einer gesperrten Kontrollstelle, Verborgenhaltung der eigenen Person im Kofferraum oder unter Sitzbänken in Zügen). Dieser Tatbestand kann auch außerhalb einer zugelassenen Grenzübergangsstelle dadurch ver-
97.3	Minder schwerer Fall		
	Ein minder schwerer Fall liegt dann vor, wenn auf Grund einer Gesamtwürdigung aller für die Wertung von Tat und Täter in Betracht kommenden Umstände (vgl. § 46 StGB) anzunehmen ist, dass das gesamte Tatbild einschließlich aller subjektiven Momente und der Täterpersönlichkeit von dem Durchschnitt der erfahrungsgemäß vorkommenden Fälle in so erheblichem Maße abweicht, dass der Strafraum des Absatzes 1 bzw. des Absatzes 2 nicht mehr angemessen ist.		

	wirklicht werden, dass der Ausländer nach dem Grenzübertritt ein Haltegebot missachtet.		erheblich übersteigende Schwere des Sorgfaltsverstoßes und in subjektiver Hinsicht die persönliche Vorwerfbarkeit erforderlich. Die persönlichen Fähigkeiten und Kenntnisse des Täters sind bei der Beurteilung zu berücksichtigen.
98.2.2.1	Gemäß § 98 Absatz 4 kann der Versuch geahndet werden.		
98.2.2.2	Führt der Ausländer zwar einen gültigen Pass oder Passersatz mit, händigt er jedoch die entsprechende Urkunde bei der polizeilichen Kontrolle nicht aus, handelt er nach § 98 Absatz 2 Nummer 3 ordnungswidrig. Erfüllt er hingegen die Passmitführungspflicht gemäß § 13 Absatz 1 Satz 2 unabhängig von einer Kontrolle nicht, kann sein Verhalten als Ordnungswidrigkeit nach § 98 Absatz 3 Nummer 3, 3. Alternative geahndet werden. Der Nichtbesitz eines Passes oder Passersatzes bei der Einreise kann, anders als bei den Verstößen gegen die Passmitführungs- oder Passvorlagepflicht, gemäß § 95 Absatz 1 Nummer 3 strafbar sein.	98.2a.2.2	Leichtfertigkeit liegt jedenfalls dann nicht vor, wenn die Prüfungsverpflichtung des § 4 Absatz 3 Satz 4 nicht eingreift oder erfüllt wurde.
		98.3	Weitere Ordnungswidrigkeitentatbestände
98.2.3	§ 98 Absatz 2 Nummer 3 ist in Fällen erheblich, in denen der Ausländer die in § 48 Absatz 1 genannten Urkunden besitzt und dem behördlichen Vorlageverlangen nicht nachkommt. Andernfalls ist zu prüfen, ob sich der Ausländer nach § 95 Absatz 1 Nummer 1, 2 oder 3 strafbar gemacht hat.	98.3.1	Ordnungswidrig handelt gemäß § 98 Absatz 3 Nummer 1, wer vorsätzlich oder fahrlässig eine selbständige Tätigkeit ausübt, ohne dass der Aufenthaltstitel hierzu berechtigt. Diesen Tatbestand erfüllt allerdings nicht, wem gemäß § 4 Absatz 3 Satz 3 auf Grund einer zwischenstaatlichen Vereinbarung, eines Gesetzes oder einer Rechtsverordnung die Erwerbstätigkeit gestattet ist, ohne dass er hierzu durch einen Aufenthaltstitel berechtigt sein muss.
		98.3.1.1	Sofern der Ausländer eine vorsätzliche Tat beharrlich wiederholt, kommt eine Strafbarkeit gemäß § 11 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe d) SchwarzArbG in Betracht.
98.2.4	Gemäß § 98 Absatz 2 Nummer 4 verhält sich ordnungswidrig, wer einer vollziehbaren Anordnung im Zusammenhang mit der Verpflichtung zur Teilnahme an einem Integrationskurs zuwiderhandelt (vgl. Nummer 44a.1.3.2). Die Regelung verfolgt das Ziel, differenzierter auf eine Verletzung der Teilnahmepflicht an einem Integrationskurs reagieren zu können. Denn die Festsetzung eines Bußgeldes ist im Vergleich mit den aufenthaltsrechtlichen Konsequenzen nach § 8 Absatz 3 und § 55 Absatz 2 Nummer 2 ein milderes Mittel. Im Fall des § 44a Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 i. V. m. § 31 SGB II ist es notwendig, zunächst die sachnähere Kürzung des Arbeitslosengeldes II Anwendung finden zu lassen.	98.3.1.2	Bei Inhabern eines Schengen-Visums ist die Strafbarkeit gemäß § 95 Absatz 1a zu prüfen.
		98.3.2	Bei einem vorsätzlichen oder fahrlässigen Verstoß gegen eine der in § 98 Absatz 3 Nummer 2 genannten vollziehbaren Auflagen oder räumlichen Beschränkungen liegt eine Ordnungswidrigkeit vor.
		98.3.3.1	Ordnungswidrig handelt, wer entgegen § 13 Absatz 1 <ul style="list-style-type: none"> – außerhalb einer zugelassenen Grenzübergangsstelle (1. Alternative) oder – außerhalb der festgesetzten Verkehrsstunden (2. Alternative) ein- oder ausreist oder – weder einen Pass noch einen Passersatz mit sich führt (3. Alternative).
98.2a	Beauftragung eines Ausländers zu einer nachhaltigen entgeltlichen Dienst- oder Werkleistung	98.3.3.2	Der Versuch kann gemäß § 98 Absatz 4 geahndet werden.
98.2a.1	Durch die Regelung des Absatzes 2a ist die Beauftragung zu einer nachhaltig unerlaubten Dienst- oder Werkleistung bußgeldbewehrt. Daneben ist zu prüfen, ob die Voraussetzungen der Strafvorschriften des SchwarzArbG (§ 11 SchwarzArbG) erfüllt sind.	98.3.3.3.1	Kein ordnungswidriges Verhalten liegt vor, soweit das Überschreiten der Grenze abweichend von § 13 Absatz 1 durch andere Rechtsvorschriften, zwischenstaatliche Vereinbarungen – insbesondere Artikel 20 Schengener Grenzkodex – oder auf Grund einer Grenzerlaubnis i. S. d. § 61 Absatz 3 BPoIG erlaubt ist.
98.2a.2	Auch ein leichtfertiges Nichterkennen der fehlenden Erlaubnis wird sanktioniert.	98.3.3.3.2	Wird dem Ausländer an der Grenze ein Passersatz gemäß § 14 Absatz 2 ausgestellt, begeht er keine Zuwiderhandlung gegen die Pflicht des § 13 Absatz 1 Satz 2 und damit keine Ordnungswidrigkeit i. S. d. 3. Alternative.
98.2a.2.1	Leichtfertigkeit ist ein erhöhter Grad von Fahrlässigkeit, welcher der groben Fahrlässigkeit des bürgerlichen Rechts entspricht. Sie liegt vor, wenn einfachste und ganz nahe liegende Überlegungen nicht angestellt werden und dasjenige unbeachtet bleibt, was unter den gegebenen Umständen einleuchten muss. Objektiv ist eine das gewöhnliche Maß der Fahrlässigkeit	98.3.4	Verstoß gegen vollziehbare Anordnungen (Nummer 4)
		98.3.4.1	Alternative 1 betrifft den Verstoß gegen Anordnungen gemäß § 46 Absatz 1 gegenüber

	vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländern. Die Anordnung muss gerade der Förderung der Ausreise dienen (vgl. Nummer 46.1.3). Mögliche Anordnungsinhalte sind in Nummer 46.1.4 dargestellt.	101	Zu § 101 – Fortgeltung bisheriger Aufenthaltsrechte
		101.0	Allgemeines
98.3.4.2	Alternative 2 beinhaltet Verstöße gegen Anordnungen, welche aus Gründen der inneren Sicherheit getroffen wurden (§ 54a Absatz 1 Satz 2, Absatz 3). Wegen der Einzelheiten vgl. Nummer 54a.1.2. und 54a.3.		Die Übergangsvorschrift in § 101 ordnet die Fortgeltung bestehender Aufenthaltsrechte an und regelt die Kraft gesetzlicher Anordnung automatisch eintretende („gilt fort als“) Überleitung von nach dem AuslG erteilten Aufenthaltsgenehmigungen auf die nach dem Aufenthaltsgesetz vorgesehenen Aufenthaltstitel. Sie entfaltet hingegen keine rückwirkenden Folgen für die Zeit vor dem 1. Januar 2005. Es ist daher grundsätzlich nicht erforderlich und auch nicht vorgesehen, bestehende Aufenthaltsgenehmigungen nach dem AuslG vor Ablauf ihrer Geltungsdauer durch Erteilung eines Aufenthaltstitels nach dem Aufenthaltsgesetz zu ersetzen. Soweit dennoch entsprechende Anträge gestellt werden sollten, ist zu prüfen, ob diesbezüglich ein Rechtsschutzinteresse angenommen werden kann (vgl. näher hierzu Nummer 101.1.1.2 und 101.2.2).
98.3.4.3	Alternative 3 betrifft Verstöße gegen Anordnungen gemäß § 61 Absatz 1 Satz 2. Zu den Inhalten derartiger Anordnungen vgl. Nummer 61.1.2.		
98.3.5	§ 98 Absatz 3 Nummer 5 ergänzt Nummer 4 2. Alternative im Hinblick auf die Meldepflichten aus Gründen der inneren Sicherheit; siehe hierzu Nummer 54a.1.1.		
98.3.6	§ 98 Absatz 3 Nummer 6 bestimmt die Ordnungswidrigkeit des Verstoßes der gesetzlichen Vertreter bzw. sonstiger Personen, die an Stelle der gesetzlichen Vertreter einen minderjährigen Ausländer vertreten, gegen die Pflicht zur Antragstellung gemäß § 80 Absatz 4; vgl. hierzu Nummer 80.4.	101.1	Aufenthaltsberechtigung; unbefristete Aufenthaltserlaubnis
98.3.7	Ordnungswidrig ist der Verstoß gegen eine Rechtsverordnung (§ 98 Absatz 3 Nummer 7), wenn die Verordnung auf der Ermächtigung des § 99 Absatz 1 Nummer 7 oder Nummer 10 beruht und für einen bestimmten Tatbestand auf § 98 Absatz 3 Nummer 7 verweist. Eine solche Regelung beinhaltet z. B. § 77 AufenthV.	101.1.1	Nach Absatz 1 Satz 1 gilt eine vor dem 1. Januar 2005 erteilte Aufenthaltsberechtigung oder unbefristete Aufenthaltserlaubnis als Niederlassungserlaubnis (vgl. § 9 Absatz 1) fort.
98.4	Versuch Im Falle des Absatzes 2 Nummer 2 sowie des Absatzes 3 Nummer 3 kann der Versuch als Ordnungswidrigkeit geahndet werden.	101.1.1.1	Durch die von Gesetzes wegen mit unmittelbarer Wirkung eintretende Überleitung können die Inhaber einer derartigen Aufenthaltsgenehmigung nach altem Recht daher seit dem 1. Januar 2005 die für Inhaber einer Niederlassungserlaubnis vorgesehenen Rechte (z. B. den besonderen Ausweisungsschutz nach § 56 Absatz 1 Nummer 1) in Anspruch nehmen, ohne dass es der förmlichen Erteilung einer Niederlassungserlaubnis bedarf.
98.5	Bußgeldrahmen Absatz 5 bestimmt die Obergrenze des Bußgeldrahmens. Dabei wird die regelmäßige Obergrenze, die gemäß § 17 Absatz 1 OWiG 1.000 Euro beträgt, zum Teil erheblich überschritten. Das Mindestmaß der Geldbuße beträgt fünf Euro (§ 17 Absatz 1 OWiG).	101.1.1.2	Im Gegensatz zu den befristeten Aufenthaltsgenehmigungen, bei denen es nach Fristablauf ohnehin zur förmlichen Erteilung eines neuen Aufenthaltstitels nach dem Aufenthaltsgesetz kommt, entfällt dies bei der Aufenthaltsberechtigung und der unbefristeten Aufenthaltserlaubnis wegen ihres Charakters als Verwaltungsakt mit Dauerwirkung. Hier kann aus Gründen der Rechtssicherheit, vor allem für Inhaber einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis, grundsätzlich ein Rechtsschutzinteresse im Hinblick auf die förmliche Erteilung einer Niederlassungserlaubnis angenommen werden.
98.6	Schutz gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention Vgl. hierzu Nummer 95.5.	101.1.1.3	Die Überleitung erfolgt entsprechend dem der Erteilung der Aufenthaltsberechtigung oder unbefristeten Aufenthaltserlaubnis zugrunde liegenden Aufenthaltswitz und Sachverhalt, so dass eine entsprechende Zuordnung zu erfolgen hat.
99	Zu § 99 – Verordnungsermächtigung Nicht belegt.		
100	Zu § 100 – Sprachliche Anpassung Nicht belegt.	101.1.2	Das Aufenthaltsgesetz nimmt aus Gründen der Klarstellung in Absatz 1 Satz 2 selbst eine Zuordnung für unbefristete Aufenthaltserlaub-

	<p>nisse vor, die nach § 1 Absatz 3 HumHAG oder in entsprechender Anwendung dieses Gesetzes (insbesondere bei jüdischen Emigranten aus der ehemaligen Sowjetunion) erteilt wurden. Diese gelten als Niederlassungserlaubnisse nach § 23 Absatz 2 fort. Gleiches gilt in diesen Fällen für nachfolgend auf Grund der Verfestigung des Aufenthalts erteilte Aufenthaltsberechtigungen.</p>	
101.1.2.1	<p>Die gesetzliche Klarstellung war u. a. deshalb erforderlich, weil nur bei Überleitung zum Regelungsbereich des § 23 Absatz 2 die Möglichkeit eröffnet ist, abweichend von § 9 Absatz 1, wonach die Niederlassungserlaubnis grundsätzlich nicht beschränkt werden kann, eine wohnsitzbeschränkende Auflage zu erteilen (vgl. § 23 Absatz 2 Satz 4). Dies entspricht der geltenden Verwaltungspraxis in Fällen der Leistungsberechtigung nach SGB II und XII von Inhabern bestimmter Aufenthaltstitel nach Abschnitt 5 des Aufenthaltsgesetzes (vgl. aber Nummer 12.2.5.2.3).</p>	
101.1.2.2	<p>Für den vorgenannten Personenkreis enthält § 103 eine weitere Sonderregelung, durch die Rechtsnachteile vermieden werden sollen, die sonst mit dem Außerkrafttreten des HumHAG verbunden wären (vgl. die Erläuterungen hierzu unter Nummer 103).</p>	
101.1.3	<p>Asylberechtigte, die im Besitz einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis oder einer Aufenthaltsberechtigung sind, erhalten im Hinblick auf den humanitären Aufenthaltswert eine Niederlassungserlaubnis nach § 26 Absatz 3.</p>	
101.1.4	<p>Weitere in Betracht kommende Überleitungsziele sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> – § 9 Absatz 2 (Regelstatbestand bei Aufenthaltsverfestigung) in Fällen der Erteilung einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis nach § 24 AuslG bzw. einer Aufenthaltsberechtigung nach § 27 AuslG, – § 26 Absatz 4 (Mehrjähriger humanitär bedingter Aufenthalt) in Fällen der Erteilung einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis nach § 35 Absatz 1 AuslG, – § 28 Absatz 2 (Familiennachzug zu Deutschen) in Fällen der Erteilung einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 3 AuslG, – § 31 Absatz 3 (Eigenständiges Aufenthaltsrecht der Ehegatten) in Fällen der Erteilung einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 2 AuslG, – § 35 Absatz 1 (Eigenständiges Aufenthaltsrecht der Kinder) in Fällen der Erteilung einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis nach § 26 Absatz 1 AuslG i. V. m. § 21 Absatz 3 AuslG. 	
101.2	<p>Übrige Aufenthaltsgenehmigungen</p>	
101.2.1	<p>Unter dem Begriff der „übrigen Aufenthaltsgenehmigungen“ in Absatz 2 fallen die be-</p>	
	<p>fristete Aufenthaltserlaubnis, die Aufenthaltsbewilligung und die Aufenthaltsbefugnis. Diese Aufenthaltsgenehmigungen alten Rechts werden nach Absatz 2 unmittelbar Kraft Gesetzes in eine Aufenthaltserlaubnis nach dem Aufenthaltsgesetz (vgl. § 7) übergeleitet.</p>	
101.2.2	<p>Auf Grund dieser Fortgeltung bestehender Aufenthaltsrechte und ihrer unmittelbaren Überleitung erhalten die Rechtsinhaber alle mit dem neuen Recht verbundenen Vorteile, auch wenn sie nur im Besitz eines Dokuments sind, das noch den alten Rechtszustand dokumentiert. Da nach Ablauf der befristeten Geltungsdauer ohnehin die förmliche Erteilung eines Aufenthaltstitels nach dem Aufenthaltsgesetz erforderlich wird und den Betroffenen in der Übergangszeit keine Rechtsnachteile entstehen, dürfte es bei einem Antrag auf vorzeitige Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach neuem Recht i. d. R. an dem erforderlichen Rechtsschutzinteresse fehlen, so dass Anträge dieser Art grundsätzlich abgelehnt werden können.</p>	
101.2.3	<p>Entsprechend der im Aufenthaltsgesetz angelegten Ausrichtung der Aufenthaltstitel auf bestimmte Aufenthaltswerte richtet sich die Fortgeltung der nach dem AuslG erteilten Aufenthaltsbewilligungen, Aufenthaltsbefugnisse und befristeten Aufenthaltserlaubnisse als Aufenthaltserlaubnis nach dem Aufenthaltsgesetz nach ihrer ursprünglichen Zweckbestimmung:</p>	
101.2.3.1	<p>– Aufenthaltsbewilligungen, die nach § 28 AuslG zu Studien- und Ausbildungszwecken erteilt wurden, gelten als Aufenthaltserlaubnisse nach §§ 16, 17 fort.</p>	
101.2.3.2	<p>– Aufenthaltserlaubnisse und Aufenthaltsbewilligungen, die nach § 10 AuslG i. V. m. den hierzu ergangenen Rechtsverordnungen (AAV, IT-AV) zum Zwecke einer unselbständigen Erwerbstätigkeit erteilt wurden, gelten als Aufenthaltserlaubnisse nach § 18 Absatz 3 und 4 fort.</p>	
101.2.3.3	<p>– Aufenthaltserlaubnisse und Aufenthaltsbewilligungen, die nach § 7 Absatz 1 i. V. m. § 15 oder § 28 AuslG zum Zweck der Ausübung einer selbständigen Erwerbstätigkeit erteilt wurden, gelten als Aufenthaltserlaubnisse nach § 21 fort.</p>	
101.2.3.4	<p>– Aufenthaltsbefugnisse, die nach § 30, §§ 32 bis 33 AuslG zur Gewährung eines Aufenthalts aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen erteilt wurden, gelten als Aufenthaltserlaubnisse nach §§ 22 bis 26 fort.</p>	
101.2.3.5	<p>– Aufenthaltserlaubnisse, die nach den §§ 17 ff. AuslG, Aufenthaltsbewilligungen, die nach § 29 AuslG und Aufenthaltsbefugnisse, die nach § 31 AuslG zum Zwecke des Familiennachzugs erteilt wurden, gelten als Aufenthaltserlaubnisse nach §§ 27 bis 36 fort.</p>	

101.2.3.6 – Aufenthaltserlaubnisse, die nach § 16 AuslG aus Gründen der Wiederkehr erteilt wurden, gelten als Aufenthaltserlaubnisse nach § 37 fort.

101.2.3.7 – Vor dem 1. Januar 2005 erteilte Aufenthaltserlaubnisse sind als Aufenthaltserlaubnisse i. S. d. Aufenthaltsgesetzes zu werten. Die Zeiten des Besitzes einer nach dem AuslG erteilten Aufenthaltserlaubnis sind deshalb wie Zeiten des Besitzes einer nach dem Aufenthaltsgesetz erteilten Aufenthaltserlaubnis anzurechnen (etwa im Rahmen von § 9 Absatz 2 Nummer 1 und § 26 Absatz 4).

101.3 Daueraufenthalt-EG

101.3.1 Nach § 101 Absatz 3 gelten Aufenthaltstitel, die auf Grund unmittelbarer Anwendung der Daueraufenthalt-Richtlinie vor dem 28. August 2007 mit dem Vermerk „Daueraufenthalt-EG“ versehen wurden, als Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG fort.

101.3.2 In den Fällen, in denen der Aufenthaltstitel vor dem 28. August 2007 nach § 51 Absatz 1 Nummer 6 oder 7 erloschen wäre, ohne dass die Rechtsstellung eines langfristig Aufenthaltsberechtigten erlischt, gilt der Aufenthaltstitel bis zum 28. August 2007 als nicht erloschen.

101.3.3 Die zeitlich beschränkte Fortgeltungsfiktion des Aufenthaltstitels ist notwendig, um die Folgeprobleme der unmittelbaren Anwendbarkeit der Richtlinie 2003/109/EG des Rates vom 25. November 2003 betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen (ABl. EU 2004 Nummer L 16 S. 44, so genannte Daueraufenthalt-Richtlinie) – in der Zeit vom 23. Januar 2006 bis zum 28. August 2007 – zu lösen.

101.3.4 Die Regelung des § 51 Absatz 9 kann daher auch auf das Erlöschen des Aufenthaltstitels Anwendung finden, der dem Ausländer anstelle des noch nicht geltenden § 9a vom 23. Januar 2006 bis zum 28. August 2007 ausgestellt worden war. So wird in diesen Fällen ein Auseinanderfallen von Aufenthaltstitel und Rechtsstellung verhindert. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass ansonsten dem Ausländer ein Visum zur Wiedereinreise in das Bundesgebiet bzw. eine Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG auszustellen wäre.

102 Zu § 102 – Fortgeltung ausländerrechtlicher Maßnahmen und Anrechnung

102.1 Fortgeltung ausländerrechtlicher Maßnahmen

102.1.0 Neben der Fortgeltung bisheriger Aufenthaltsrechte (vgl. § 101) ordnet das Aufenthaltsgesetz auch die Fortgeltung der vor dem 1. Januar 2005 getroffenen wirksamen, nicht bestandskräftigen sonstigen ausländerrechtlichen Maßnahmen an.

102.1.1

Das Gesetz enthält keine abschließende Aufzählung der in Betracht kommenden sonstigen ausländerrechtlichen Maßnahmen (vgl. den Wortlaut: „insbesondere“). Ausdrücklich genannt sind in Satz 1 und 2:

- zeitliche und räumliche Beschränkungen (§ 3 Absatz 5, § 12 Absatz 1 und 2 AuslG),
- Bedingungen und Auflagen (§ 14 AuslG),
- Verbote und Beschränkungen der politischen Betätigung (§ 37 AuslG),
- Ausweisungen (§§ 45 bis 47 AuslG), Abschiebungsandrohungen (§ 50 AuslG) und Abschiebungen (§ 49 AuslG) einschließlich ihrer Rechtsfolgen (insbesondere Sperrwirkung nach § 8 Absatz 2 Satz 1 und 2 AuslG) und der Befristung ihrer Wirkungen (Befristung der Sperrwirkung nach § 8 Absatz 2 Satz 3 AuslG),
- Anerkennung von Pässen und Passersatzpapieren und Befreiungen von der Passpflicht (§ 4 Absatz 2 AuslG i. V. m. der DVAuslG),
- sonstige „begünstigende Maßnahmen“,
- Entscheidungen über Kosten und Gebühren (§ 81 AuslG i. V. m. AuslGebV, §§ 82 ff. AuslG),
- Maßnahmen und Vereinbarungen im Zusammenhang mit Sicherheitsleistungen (§ 82 AuslG), auch wenn sie sich ganz oder teilweise auf Zeiträume nach Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes beziehen; eine am Sinn der Vorschrift orientierte Auslegung ergibt, dass auch Vereinbarungen mit den Ausländerbehörden nach § 84 AuslG über die Kosten des Lebensunterhalts erfasst werden.

102.1.2

In Absatz 1 Satz 1 ebenfalls ausdrücklich genannt sind Aussetzungen der Abschiebung. Damit bleiben auch vor dem 1. Januar 2005 erteilte Duldungen (vgl. § 55 Absatz 1 AuslG) für den Zeitraum ihrer Geltungsdauer weiter wirksam. Nach Ablauf der Geltungsdauer muss entschieden werden, ob nach § 25 Absatz 3 und 5 eine Aufenthaltserlaubnis bzw. – unter Anrechnung der Duldungszeiten (vgl. hierzu Nummer 102.2) – nach § 26 Absatz 4 eine Niederlassungserlaubnis erteilt werden kann oder die Duldung nach § 60a zu verlängern ist (vgl. hierzu den bundeseinheitlichen Vordruck nach § 58 Nummer 2 i. V. m. Anlage D2a und ggf. D2b zur AufenthV).

102.1.3

Die Fiktionswirkungen nach § 69 AuslG gelten nach Absatz 1 Satz 3 fort. Nach Ablauf der Geltungsdauer einer Fiktionsbescheinigung ist eine Fiktionsbescheinigung nach § 81 Absatz 5 auszustellen (vgl. hierzu den bundeseinheitlichen Vordruck nach § 58 Nummer 3 i. V. m. Anlage D3 zur AufenthV), soweit über den Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung, der in die Beantragung eines Aufenthaltstitels nach dem Aufenthaltsgesetz umzudeuten ist, noch nicht entschieden werden

kann. Die Fiktionswirkung gilt aus Gründen des Vertrauensschutzes auch dann fort, wenn nach § 81 Absatz 3 oder 4 keine Fiktionswirkung eintreten würde.

102.2 Anrechnung

102.2.0 Nach § 26 Absatz 4 kann – abweichend vom Regeltatbestand in § 9 – bei humanitären Aufenthalt unter erleichterten Voraussetzungen eine Niederlassungserlaubnis erteilt werden. Die Übergangsvorschrift in Absatz 2 sieht diesbezüglich vor, dass auf die Frist von sieben Jahren für die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis auch die vor dem 1. Januar 2005 liegenden Zeiten des Besitzes einer Aufenthaltsbefugnis nach dem AuslG sowie die Zeiten des Besitzes einer Duldung anzurechnen sind.

102.2.1 Durch diese spezielle Anrechnungsvorschrift soll zum einen eine Benachteiligung von Ausländern ausgeschlossen werden, die nach neuem Recht zwar eine Aufenthaltserlaubnis erhalten (vgl. § 25 Absatz 3), für die nach dem AuslG jedoch lediglich die Duldung vorgesehen war, so dass sie nur deshalb die Voraussetzungen für eine Aufenthaltsverfestigung nach § 26 Absatz 4 nicht erfüllen würden.

102.2.2 Die Regelung erfasst zum anderen Personen, die nach neuem Recht ebenfalls eine Aufenthaltserlaubnis erhalten (vgl. § 25 Absatz 2), wohingegen ihnen nach dem AuslG nur eine Aufenthaltsbefugnis erteilt wurde. Durch die Überleitungsvorschrift in § 101 Absatz 2 gelten diese Aufenthaltsbefugnisse mit Wirkung ab 1. Januar 2005 als Aufenthaltserlaubnis nach neuem Recht. Dadurch ist Konventionsflüchtlingen, denen bereits vor Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes das so genannte „kleine Asyl“ zuerkannt worden war, drei Jahre nach Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes nach § 26 Absatz 3 i. V. m. § 101 Absatz 2 eine Niederlassungserlaubnis zu erteilen. Bei Konventionsflüchtlingen, die bereits vor Ablauf dieser drei Jahre insgesamt seit sieben Jahren eine Anerkennung nach § 51 Absatz 1 AuslG besitzen, kommt die Anrechnungsvorschrift in Absatz 2 zum Tragen. Diese bewirkt, dass Zeiten des Besitzes einer Aufenthaltsbefugnis auf die nach § 26 Absatz 4 erforderlichen Zeiten des Besitzes einer Aufenthaltserlaubnis angerechnet werden. Danach kann beispielsweise ein Ausländer, der zum 1. Januar 2005 seit fünf Jahren als Konventionsflüchtling anerkannt war, bereits nach zwei Jahren gemäß § 26 Absatz 4 i. V. m. § 101 Absatz 2, § 102 Absatz 2 eine Niederlassungserlaubnis erhalten. Diese Regelungen bewirken entsprechend der vom Zuwanderungsgesetz intendierten Angleichung der Rechtsstellung von Asylberechtigten und Flüchtlingen mit „kleinem Asyl“ eine Privilegierung von anerkannten Flüchtlingen gegenüber der Rechtslage nach dem AuslG, wo sie gemäß § 35 Absatz 1 AuslG frühestens nach acht Jahren eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis erhalten konnten. Ins-

gesamt ergibt sich aus dem Regelungszusammenhang des § 26 Absatz 3 und 4 i. V. m. § 101 Absatz 2, § 102 Absatz 2 für Ausländer mit so genanntem „kleinem Asyl“ ein von der Dauer der Flüchtlingsanerkennung abhängiger gestufter Übergang zum neuen Recht.

102.2.3 Die Zeiten des Besitzes einer nach dem AuslG erteilten Aufenthaltserlaubnis sind ebenfalls anzurechnen (vgl. Nummer 101.2.3.7).

102.2.4 Anzurechnen sind auch die Zeiten des Besitzes einer Fiktionsbescheinigung nach § 69 Absatz 3 AuslG. Eine Differenzierung zwischen Duldungszeiten und Zeiten des Besitzes einer Fiktionsbescheinigung, in denen der Aufenthalt als erlaubt galt, sind nicht gerechtfertigt.

103 Zu § 103 – Anwendung bisherigen Rechts

103.1 Zum 1. Januar 2005 trat das HumHAG außer Kraft (vgl. Artikel 15 Absatz 3 Nummer 3 Zuwanderungsgesetz). Personen, die zuvor dem Anwendungsbereich des HumHAG unterfielen, haben den Status eines Flüchtlings nach den Artikeln 2 bis 34 der Genfer Flüchtlingskonvention inne (vgl. § 1 Absatz 1 HumHAG). Die Übergangsvorschrift in § 103 Satz 1 bestimmt, dass für diese Personen die §§ 2a und 2b HumHAG in der bis zum 1. Januar 2005 geltenden Fassung weiterhin Anwendung finden. Damit wird sichergestellt, dass die speziellen Regelungen über das Erlöschen und den Widerruf der Rechtsstellung als Flüchtlinge i. S. d. Genfer Flüchtlingskonvention weiterhin Anwendung finden.

103.2 Im Fall des Statusfortfalls ist gleichzeitig zu prüfen, ob die Niederlassungserlaubnis nach § 23 Absatz 2 bzw. die nach Überleitung als Niederlassungserlaubnis nach § 23 Absatz 2 fortgeltende unbefristete Aufenthaltserlaubnis oder Aufenthaltsberechtigung zu widerrufen ist. Nach der Übergangsvorschrift in § 103 Satz 2 ist dabei die Regelung in § 52 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 entsprechend anzuwenden.

104 Zu § 104 – Übergangsregelungen

104.1 Anträge auf unbefristete Aufenthaltserlaubnis/Aufenthaltsberechtigung

104.1.0 Anträge auf Erteilung einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis oder einer Aufenthaltsberechtigung, die vor dem 1. Januar 2005 gestellt wurden, sind nach dem bis dahin geltenden Recht zu entscheiden. Die Übergangsregelung in § 101 Absatz 1 über die Fortgeltung bisheriger Aufenthaltsrechte gilt entsprechend. Damit sollen Rechtsnachteile vermieden werden, die sich aus der Systemänderung im Bereich der Aufenthaltstitel sonst ergeben würden, wonach mit der Niederlassungserlaubnis nur noch ein unbefristeter Aufenthaltstitel vorgesehen ist, an dessen Erteilung – vor allem gegenüber der

	unbefristeten Aufenthaltserlaubnis – weitergehende Anforderungen gestellt werden.				fenen staatlichen Grundangebot zur Integration (vgl. §§ 43 – 45) noch nicht partizipieren konnte. Daraus soll kein Rechtsnachteil erwachsen. Zur Feststellung, ob sich der Ausländer auf einfache Art in deutscher Sprache mündlich verständigen kann, vgl. Nummer 30.1.2.1.
104.1.1	Aus der entsprechenden Anwendbarkeit der Übergangsregelung in § 101 Absatz 1 folgt zunächst, dass Anträge auf Erteilung einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis oder einer Aufenthaltsberechtigung als Anträge auf Erteilung einer Niederlassungserlaubnis fortgelten, also weiterhin Gültigkeit behalten, und das Antragsziel entsprechend umzudeuten ist.	104.2.3	–	§ 9 Absatz 2 Satz 1 Nummer 8 findet keine Anwendung: Die unter Nummer 104.2.2 genannte Intention gilt auch hinsichtlich der nach § 9 Absatz 2 Satz 1 Nummer 8 erforderlichen Grundkenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet, die erst mit dem neuen Recht allen Neuzuwanderern mit dauerhafter Aufenthaltsperspektive in einem Orientierungskurs vermittelt werden.	
104.1.2	Als materielle Beurteilungsgrundlage für die Entscheidung nach altem Recht kommen in Betracht: <ul style="list-style-type: none">– §§ 24 bis 26, 27a AuslG, § 68 AsylVfG und § 1 Absatz 3 HumHAG bei Anträgen auf Erteilung einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis,– §§ 27, 27a AuslG bei Anträgen auf Erteilung einer Aufenthaltsberechtigung. Soweit die Anträge danach positiv zu entscheiden sind, ist in entsprechender Anwendung der Übergangsregelung in § 101 Absatz 1 eine Niederlassungserlaubnis zu erteilen.	104.3		Meistbegünstigungsklausel zum Kindernachzug	
104.2	Erteilung einer Niederlassungserlaubnis nach § 9 <p>Absatz 2 enthält eine Übergangsregelung für die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis nach § 9. Sie gilt für Personen, die vor dem 1. Januar 2005 bereits im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis oder einer Aufenthaltsbefugnis gewesen sind. In diesem Fall gelten folgende – für den Antragsteller günstige – Abweichungen von den Erteilungsvoraussetzungen des § 9 Absatz 2:</p>	104.3.0		Absatz 3 enthält eine Meistbegünstigungsklausel zum Kindernachzug für Ausländer, die sich bereits vor dem 1. Januar 2005 rechtmäßig in Deutschland aufgehalten haben. Erfasst werden hiervon alle Kinder, die noch vor dem 1. Januar 2005 geboren worden sind.	
104.2.1	– § 9 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 findet keine Anwendung: Für die Erteilung einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis nach § 24 AuslG war es nicht erforderlich, eine Alterssicherung in Höhe von Pflichtbeiträgen oder freiwilligen Beiträgen zur gesetzlichen Rentenversicherung von mindestens 60 Monaten oder vergleichbarer Absicherung nachzuweisen. Die Beibehaltung dieser Rechtslage dient der Vermeidung von Rechtsnachteilen, die sich infolge der Systemänderung im Bereich der Aufenthaltstitel sonst ergeben würden, weil mit der Niederlassungserlaubnis nur noch ein unbefristeter Aufenthaltstitel mit gegenüber der unbefristeten Aufenthaltserlaubnis strengeren Erteilungsvoraussetzungen vorgesehen ist.	104.3.1		Soweit die Regelungen des Aufenthaltsgesetzes jedoch günstiger sind, finden diese Anwendung. Dies kommt beispielsweise bei Kindern in Betracht, die das 16. Lebensjahr bereits vollendet haben, aber die deutsche Sprache beherrschen oder bei denen gewährleistet erscheint, dass sie sich auf Grund ihrer bisherigen Ausbildung und Lebensverhältnisse in die Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland einfügen können. Nach § 32 Absatz 2 besteht in diesem Fall ein Nachzugsanspruch, während in § 20 Absatz 4 Nummer 1 AuslG nur eine Nachzugsmöglichkeit im Ermessenswege eingeräumt war.	
104.2.2	– § 9 Absatz 2 Satz 1 Nummer 7: Hinsichtlich der Sprachkenntnisse genügt es, dass sich der Ausländer auf einfache Art in deutscher Sprache mündlich verständigen kann (vgl. § 24 Absatz 1 Nummer 4 AuslG). Auf die weitergehende Anforderung in § 9 Absatz 2 Satz 1 Nummer 7, wonach ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache erforderlich sind, wird verzichtet, da der betroffene Personenkreis an dem neu geschaf-	104.4		Volljährig gewordene Kinder	
		104.4.0		Mit der Übergangsregelung in Absatz 4 wird erreicht, dass den vor Inkrafttreten des Aufenthaltsgesetzes während des Verfahrens im Bundesgebiet volljährig gewordenen Kindern eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden kann. Nach der bisher geltenden Rechtslage war dies nicht der Fall, da die Kinder lediglich eine Aufenthaltsbefugnis nach § 31 des AuslG erhalten konnten, wenn sie auch zum Zeitpunkt der rechtskräftigen Zuerkennung der Voraussetzungen des § 51 des AuslG an den Elternteil noch minderjährig waren. Während des Verfahrens volljährig gewordene Kinder hatten dagegen keine Möglichkeit, einen Aufenthaltstitel zu erhalten. Auf Grund der Übergangsregelung ist hinsichtlich der Minderjährigkeit der Kinder auf den Zeitpunkt der Asylantragstellung abzustellen, so dass sie auch dann Anspruch auf einen Aufenthaltstitel haben, wenn sie im Zeitpunkt des Abschlusses des Verfahrens bereits volljährig geworden sind. Ist die Anerkennung	

erst aufgrund eines Asylfolgeantrages erfolgt, ist maßgeblicher Zeitpunkt für die Bestimmung der Minderjährigkeit des Kindes der Zeitpunkt der ersten Asylantragstellung, soweit der Ausländer zwischenzeitlich nicht ausgereist war.

104.4.1 Die Aufenthaltserlaubnis für das Kind wird in entsprechender Anwendung des § 25 Absatz 2 erteilt, d.h. soweit die Rechtsfolgen an den Aufenthaltswert anknüpfen, gilt die Aufenthaltserlaubnis als eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 2. Für die Erteilung der Niederlassungserlaubnis gilt § 26 Absatz 3 entsprechend.

104.4.2 Dies gilt jedoch nicht uneingeschränkt bei erheblichen Straftaten. Die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis kann versagt werden, wenn das Kind in den letzten drei Jahren wegen einer vorsätzlichen Straftat zu einer Jugend- oder Freiheitsstrafe von mindestens sechs Monaten oder einer Geldstrafe von mindestens 180 Tagessätzen verurteilt worden ist.

104.4.3 Weitere Voraussetzung ist, dass sich das Kind mindestens seit der Unanfechtbarkeit der Feststellung der Voraussetzungen des § 51 AuslG im Bundesgebiet aufhält und seine Integration zu erwarten ist. Es muss also damit zu rechnen sein, dass sich das Kind in die hiesigen Lebensverhältnisse einordnen und ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache erwerben wird. Bei der Beurteilung dieser Voraussetzungen ist maßgeblich auf die bisherige Aufenthaltsdauer und die Lebensumstände abzustellen. Je länger der Aufenthalt bereits gedauert hat und die Schule besucht worden ist, desto höher müssen die Anforderungen an Sprachkenntnisse und soziale und berufliche Perspektiven sein.

104.5 **Anspruch auf Teilnahme am Integrationskurs**

Unter den genannten Umständen haben Ausländer einen Anspruch auf die erstmalige kostenlose Teilnahme an einem Integrationskurs nach § 44 Absatz 1, wenn sie nicht vor dem 1. Januar 2005 mit der Teilnahme an einem Deutsch-Sprachlehrgang begonnen haben.

104.6 **Anwendung von § 23 Absatz 2**

104.6.1 Mit der Übergangsregelung des § 104 Absatz 6 Satz 1 wird sichergestellt, dass eine Anordnung der obersten Landesbehörde, die bereits bei Inkrafttreten der Neufassung des § 23 Absatz 2 am 24. Mai 2007 vorsah, dass eine Niederlassungserlaubnis nach § 23 Absatz 2 in der bisherigen Fassung erteilt wird, auch weiterhin vollziehbar bleibt. Damit wird gewährleistet, dass jüdische Zuwanderer (Altfälle und Übergangsfälle I), die mit einer Aufnahmezusage eines Landes nach Deutschland einreisen und denen nach den Beschlüssen der Innenministerkonferenz vom Dezember 2004, Juni und November 2005 sowie der darauf basierenden Anordnung der obersten Landes-

behörde eine Niederlassungserlaubnis zu erteilen ist, auch bei Einreisen nach Inkrafttreten des 7. Gesetzes zur Änderung des Bundesvertriebenengesetzes am 24. Mai 2007 (Neufassung des § 23 Absatz 2) auf der Grundlage der Übergangsregelung eine Niederlassungserlaubnis erhalten. Der Aufenthaltstitel ist dem entsprechend wie folgt auszustellen:

„Niederlassungserlaubnis gemäß § 23 Absatz 2 i. V.m. § 104 Absatz 6 Satz 1 AufenthG“.

104.6.2 Nach § 104 Absatz 6 Satz 2 wird für den nicht selbst berechtigten mitreisenden Familienangehörigen der o.g. jüdischen Zuwanderer (Altfälle und Übergangsfälle I) ein Arbeitsmarktzugang kraft Gesetzes sowie ein Anspruch auf Teilnahme am Integrationskurs geschaffen. Der Aufenthaltstitel ist dem entsprechend wie folgt auszustellen:

„Aufenthaltserlaubnis gemäß § 23 Absatz 2 i. V.m. § 104 Absatz 6 Satz 2 AufenthG“.

104.7 **Niederlassungserlaubnis für Ehegatten, Lebenspartner und minderjährige Kinder**

Absatz 7 dient dazu, den Ehegatten, Lebenspartnern und minderjährigen ledigen Kinder, die vor dem 1. Januar 2005 im Besitz einer Aufenthaltsbefugnis nach § 31 Absatz 1 oder § 35 Absatz 2 AuslG waren und denen nach fünf bzw. acht Jahren gemäß § 35 Absatz 1 AuslG eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis hätte erteilt werden können, auch nach dem Aufenthaltsgesetz eine Verfestigung ihres Aufenthaltsstatus unter Anrechnung ihrer Aufenthaltsbefugniszeiten zu ermöglichen. Eine Aufenthaltsbefugnis nach § 31 Absatz 1 AuslG bzw. § 35 Absatz 2 AuslG gilt unter dem Aufenthaltsgesetz als Aufenthaltserlaubnis aus Gründen des Familiennachzugs fort. Die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis nach § 26 Absatz 4 ist bisher in diesen Fällen i. d. R. nicht möglich, da keine Aufenthaltserlaubnis nach Kapitel 2, Abschnitt 5 des Aufenthaltsgesetzes vorliegt. Nach Absatz 7 kann in diesen Fällen eine Niederlassungserlaubnis nach § 26 Absatz 4 erteilt werden, wenn die Voraussetzungen des § 26 Absatz 4 vorliegen und der Rechtsgrund für die Erteilung der Aufenthaltsbefugnis nach § 31 Absatz 1 AuslG bzw. § 35 Absatz 2 AuslG weiterhin besteht. Zum Zeitpunkt der Erteilung einer Niederlassungserlaubnis nach § 26 Absatz 4 i. V.m. § 104 Absatz 7 und § 31 Absatz 1 AuslG muss das Kind insbesondere noch minderjährig und ledig sein. Die Anrechnung der Aufenthaltsbefugniszeiten erfolgt gemäß § 102 Absatz 2. Mit der Vorschrift des § 104 Absatz 7 wird eine Ausnahme von dem im Aufenthaltsgesetz verankerten Trennungsprinzip normiert, das es ohne eine solche Sonderregelung nicht gestattet, Zeiten eines legalen Aufenthalts aus familiären Gründen auf den Erwerb einer Niederlassungser-

laubnis aus humanitären Gründen anzurechnen (siehe hierzu auch Nummer 31.0.1).

104a Zu § 104a – Altfallregelung

104a.0 Allgemeines

104a.0.1 Mit der gesetzlichen Altfallregelung der §§ 104a und 104b soll dem Bedürfnis der seit Jahren im Bundesgebiet geduldeten und hier integrierten Ausländer nach einer dauerhaften Perspektive in Deutschland Rechnung getragen werden. Im Zuge dieser Neuregelung wurden darüber hinaus Vorschriften geändert, die auch bzw. ausschließlich geduldete Ausländer betreffen, die nicht unter die gesetzliche Altfallregelung fallen:

- Geduldete erhalten nach vier Jahren Aufenthalt einen gleichrangigen Arbeitsmarktzugang (§ 10 Satz 3 BeschVerfV).
- Die Residenzpflicht nach § 61 Absatz 1 Satz 1 wird gelockert, damit Geduldete die ihnen gleichrangig eingeräumte Möglichkeit, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen, überregional nutzen können.
- Die Dauer des Bezugs abgesenkter Leistungen nach dem AsylbLG wird von 36 auf 48 Monate angehoben (§ 2 Absatz 1 AsylbLG).

104a.0.2 Seit dem 28. August 2007 noch nicht beschiedene Anträge auf Erteilung oder Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Absatz 1 i. V. m. dem Beschluss der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) vom 17. November 2006 können – nach dem Günstigkeitsprinzip – weiterhin hiernach oder nach der gesetzlichen Altfallregelung beschieden werden.

104a.0.3 Die Aufenthaltserlaubnis nach der gesetzlichen Altfallregelung wird nur auf Antrag erteilt (§ 81 Absatz 1).

104a.0.4 Rechtsgrundlage für die Aufenthaltserlaubnis auf Probe ist § 104a Absatz 1 Satz 1. Im Übrigen ist die Rechtsgrundlage § 23 Absatz 1 i. V. m. den unterschiedlichen Varianten der §§ 104a und 104b. Die gesetzliche Altfallregelung sieht im Wesentlichen fünf verschiedene, eigenständige Rechtsgrundlagen für Aufenthaltsrechte vor, die im Ausländerzentralregister wie folgt gesondert aufgeschlüsselt sind:

- § 104a Absatz 1 Satz 1 (Aufenthaltserlaubnis auf Probe) ist die Rechtsgrundlage für eine Aufenthaltserlaubnis für Familien oder Einzelpersonen, die bei mangelnder Lebensunterhaltssicherung zum Entscheidungszeitpunkt erteilt wird.
- § 23 Absatz 1 Satz 1 i. V. m. § 104a Absatz 1 Satz 2 ist die Rechtsgrundlage für die Aufenthaltserlaubnis für Einzelpersonen und die mit ihnen in häuslicher Gemeinschaft lebenden eigenen minderjährigen Kinder, deren Lebensunterhalt eigenständig durch

Erwerbstätigkeit bzw. durch Erfüllung der Unterhaltspflichten des Ehegatten zum Entscheidungszeitpunkt gesichert ist. Außerdem ist zu berücksichtigen, dass der Lebensunterhalt der Einzelperson nur gesichert ist, wenn er seine Unterhaltspflichten gegenüber seinen Familienangehörigen erfüllen kann (vgl. Nummer 2.3.2). Mit Eintritt der Volljährigkeit kann den Kindern eine Aufenthaltserlaubnis unter den erleichterten Voraussetzungen des § 104a Absatz 2 Satz 1 erteilt werden. Ehegatten müssen die Voraussetzungen des § 104a in eigener Person erfüllen.

- § 23 Absatz 1 Satz 1 i. V. m. § 104a Absatz 2 Satz 1 (Altfallregelung für volljährige Kinder von Geduldeten) enthält eine besondere Rechtsgrundlage für volljährige ledige Kinder geduldeter Ausländer.
- § 23 Absatz 1 Satz 1 i. V. m. § 104a Absatz 2 Satz 2 (Altfallregelung für unbegleitete Minderjährige) enthält eine besondere Rechtsgrundlage für unbegleitete Minderjährige.
- § 23 Absatz 1 Satz 1 i. V. m. § 104b (integrierte Kinder von Geduldeten) sieht ein elternunabhängiges Aufenthaltsrecht für ledige 14– bis 17-jährige Kinder vor, deren Eltern die Voraussetzungen für die Erteilung oder Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis nach der gesetzlichen Altfallregelung nicht erfüllen.

104a.0.5 Bei Ausländern, deren Lebensunterhaltssicherung ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel bereits zum Zeitpunkt der ersten Antragstellung auf Erteilung der Aufenthaltserlaubnis nach § 104a Absatz 1 nicht gewährleistet ist, kommt der das Ermessen bindenden Formulierung in § 104a Absatz 1 „soll erteilt werden“ eine besondere Bedeutung zu. Ist bereits zu diesem Zeitpunkt der Lebensunterhalt nicht ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel gesichert und liegen auch keine begründeten Anhaltspunkte dafür vor, dass zukünftig die Inanspruchnahme öffentlicher Mittel entfällt, ist damit ein hinreichender Grund gegeben, von dem im Regelfall ermessensbindenden „soll“ abzuweichen, denn es ist mit den Zielen des § 104a nicht vereinbar, Ausländern eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen, wenn bereits bei Erteilung feststeht, dass eine Verlängerung nicht erfolgen kann.

104a.1 Voraussetzungen für die Erteilung der Aufenthaltserlaubnisse nach Absatz 1

104a.1.1 Voraussetzung für die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis nach § 104a Absatz 1 ist, dass sich der Ausländer am 1. Juli 2007 seit mindestens acht bzw. sechs Jahren ununterbrochen geduldet, gestattet oder mit einer Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen im Bundesgebiet aufgehalten hat. Zum Zeitpunkt der Antragstellung müssen die Voraussetzungen

zur Erteilung einer Duldung vorliegen; nicht erforderlich ist, dass sich der Ausländer im Besitz einer Duldung befindet. Zur Einschlägigkeit der verkürzten Aufenthaltsdauer von sechs Jahren am 1. Juli 2007 genügt auch, wenn erst nach dem 1. Juli 2007 minderjährige Kinder geboren bzw. eingereist sind. Bei Kindern, die bereits vor dem 1. Juli 2007 in Deutschland lebten, genügt, dass sie am 1. Juli 2007 minderjährig waren.

104a.1.2

Die gesetzliche Voraussetzung, über hinreichende Deutschkenntnisse i. S. d. Stufe A 2 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen (GER) zu verfügen, beinhaltet die folgenden sprachlichen Fähigkeiten:

- Kann eine einfache Beschreibung von Menschen, Lebens- oder Arbeitsbedingungen, Alltagsroutinen, Vorlieben oder Abneigungen usw. geben, und zwar in kurzen listenhaften Abfolgen aus einfachen Wendungen und Sätzen.
- Kann die Familie, Lebensverhältnisse, die Ausbildung und die gegenwärtige oder die letzte berufliche Tätigkeit beschreiben. Kann mit einfachen Worten Personen, Orte, Dinge beschreiben.
- Kann sich in einfachen, routinemäßigen Situationen verständigen, in denen es um einen unkomplizierten und direkten Austausch von Informationen über vertraute Routineangelegenheiten in Zusammenhang mit Arbeit und Freizeit geht. Kann sehr kurze Kontaktgespräche führen, versteht aber kaum genug, um das Gespräch selbst in Gang halten zu können.
- Kann verstehen, was in einem einfachen Alltagsgespräch langsam, deutlich und direkt an sie/ihn gerichtet gesagt wird, vorausgesetzt die sprechende Person gibt sich Mühe, ihm/ihr verstehen zu helfen.
- Kann sehr kurze Kontaktgespräche führen, versteht aber kaum genug, um selbst das Gespräch in Gang zu halten; versteht jedoch, wenn die Gesprächspartner sich Mühe geben, sich ihm/ihr verständlich zu machen. Kann einfache, alltägliche Höflichkeitsformeln verwenden, um jemanden zu grüßen oder anzusprechen.
- Kann jemanden einladen und auf Einladungen reagieren.
- Kann um Entschuldigung bitten und auf Entschuldigungen reagieren.
- Kann sagen, was er/sie gerne hat und was nicht.
- Kann in einem Interview einfache Fragen beantworten und auf einfache Feststellungen reagieren.

Bezüglich der Abgrenzung zur niedrigeren Sprachstufe A 1 GER siehe Nummer 30.1.2.1.

104a.1.3

Wie bei der Niederlassungserlaubnis nach § 9 und beim Ehegattennachzug kann vom Sprach-

nachweis bei körperlicher, geistiger oder seelischer Krankheit oder Behinderung abgesehen werden. Darüber hinaus ist bei der gesetzlichen Altfallregelung ausdrücklich vorgesehen, dass vom Spracherfordernis auch aus Altersgründen abzusehen ist. Altersgründe liegen jedenfalls bei allen Personen vor, die am 31. Dezember 2009 das 65. Lebensjahr vollendet haben werden, sowie bei allen noch nicht schulpflichtigen Kindern. Ferner kann von der Voraussetzung hinreichender Sprachkenntnisse bis zum 1. Juli 2008 abgesehen werden; sie müssen jedoch spätestens dann nachgewiesen werden.

104a.1.4

Der tatsächliche Schulbesuch der Kinder ist in geeigneter Weise nachzuweisen.

104a.1.5

Hinsichtlich der vorsätzlichen Täuschung der Ausländerbehörde und des vorsätzlichen Hinauszögerns oder Behinderns behördlicher Maßnahmen zur Aufenthaltsbeendigung ist – entsprechend dem Willen des Gesetzgebers, an das großzügige Verständnis der IMK-Bleiberechtsregelung vom 17. November 2006 anknüpfen und das Problem der langjährig Geduldeten lösen zu wollen – ein großzügiger Maßstab anzulegen.

104a.1.5.1

Eine Täuschung der Ausländerbehörde über aufenthaltsrechtliche Umstände kommt insbesondere dann in Betracht, wenn der Ausländer vorsätzlich Falschangaben über seine Identität – einschließlich Alter und Herkunftsstaat –, über das Bestehen einer familiären Lebensgemeinschaft oder über den (mangelnden) Besitz eines PASSES macht.

104a.1.5.2.1

Der Ausschlussgrund des vorsätzlichen Hinauszögerns oder Behinderns behördlicher Maßnahmen zur Aufenthaltsbeendigung kann z. B. dann vorliegen, wenn ein Ausländer

- nachweislich Identitätsnachweise oder Personaldokumente vernichtet und unterdrückt hat, um seine Abschiebung zu verhindern,
- seinen personenstandsrechtlichen Verpflichtungen im Hinblick auf Eintragungen in den Registern des Herkunftslandes (z. B. Registrierung von Geburten der Kinder in Familienregistern) oder der Verpflichtung zur Beschaffung von Nationalpässen und sonstigen Dokumenten für sich und seine Familienangehörigen nicht eigeninitiativ nachkommt. Dies gilt jedenfalls dann, wenn der Ausländer diesbezügliche Hinweise und Aufforderungen der Ausländerbehörde nicht beachtet,
- im Rahmen der Dokumentenbeschaffung zu einem konkreten Termin oder innerhalb eines bestimmten Zeitraums zur Vorsprache bei der Vertretung eines ausländischen Staates aufgefordert worden ist und dieser Aufforderung nicht gefolgt ist bzw. bei Staaten, die statt dessen ein schriftliches Verfahren durchführen, die Unterschrift entsprechender Anträge verweigert,

- sich durch Untertauchen behördlichen Maßnahmen entzogen hat,
 - der bereits in Abschiebehaft saß, sich beharrlich geweigert hat, an der Durchsetzung seiner Ausreisepflicht mitzuwirken oder sonst seine Abschiebung durch sein persönliches Verhalten verhindert hat.
- 104a.1.5.2.2 Das Verhalten des Ausländers muss für die Verzögerung oder Verhinderung der Abschiebung allein ursächlich gewesen sein. An dieser Ursächlichkeit fehlt es, wenn es unabhängig vom Verhalten des Ausländers Gründe gab, die einer Abschiebung entgegenstanden. Das Verhalten muss darüber hinaus von einigem Gewicht gewesen sein. Dies ist von der Ausländerbehörde an Hand einer Gesamtbetrachtung des jeweiligen Einzelfalles festzustellen. Dabei kann zugunsten des Ausländers zu berücksichtigen sein, dass die Täuschung bereits länger zurückliegt, der Ausländer später seine zunächst falschen Angaben korrigiert hat oder er sich erfolgreich um eine Integration bemüht hat, so dass der Vorwurf aus heutiger Sicht weniger schwer wiegt.
- 104a.1.5.2.3 Das Einlegen von Rechtsmitteln allein fällt nicht unter den Ausschlussgrund des vorsätzlichen Hinauszögerns oder Behinderens behördlicher Maßnahmen zur Aufenthaltsbeendigung.
- 104a.1.6 Der Ausschlussgrund nach § 104a Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 ist verwirklicht, wenn der Ausländer entweder Bezüge zu extremistischen bzw. terroristischen Organisationen hat oder diese unterstützt. Ein gleichzeitiges Vorliegen beider Varianten ist nicht notwendig. Unter Bezügen zu extremistischen oder terroristischen Organisationen sind Beziehungen bzw. Kontakte zu verstehen, die über bloße zufällige Begegnungen hinausgehen müssen. Die Beziehungen dürfen nicht nur loser Natur sein, d. h. sich grundsätzlich nicht auf einmalige oder gelegentliche bzw. vereinzelte Kontakte beschränken. Sie müssen jedenfalls derart ausgestaltet sein, dass Anhaltspunkte dafür bestehen, dass der betroffene Ausländer um die extremistische oder terroristische Ausrichtung der mit ihm in Kontakt getretenen Personen weiß oder wissen müsste. Auch in der Vergangenheit liegende Kontakte sind als Bezüge i. S. d. § 104a Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 zu verstehen, wenn nicht die dadurch geschaffene Verbindung zu der Organisation später erkennbar gelöst wurde. Zum Begriff „Unterstützen“ vgl. Nummer 54.2.1.2.1.
- 104a.1.7 Aufenthaltserlaubnis auf Probe nach § 104a Absatz 1 Satz 1
- 104a.1.7.1 Geduldete, die ihren Lebensunterhalt noch nicht eigenständig durch Erwerbstätigkeit sichern, jedoch die übrigen Voraussetzungen des § 104a erfüllen, erhalten eine Aufenthaltserlaubnis auf Probe. Sie wird nach § 104a Absatz 1 Satz 1 erteilt, gilt jedoch als Aufenthaltstitel nach Kapitel 2 Abschnitt 5 (Aufenthalt aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen), um auch hier die Anwendbarkeit der Vorschriften dieses Abschnitts und der Normen, die hierauf Bezug nehmen (insbesondere § 10 Absatz 3 Satz 1), sicherzustellen. Insbesondere gilt § 10 Absatz 3 Satz 1 und 2. Eine Aufenthaltsverfestigung ist im Falle der Aufenthaltserlaubnis nach § 104a Absatz 1 Satz 1 ausgeschlossen, um den Anreiz zur Arbeitsplatzsuche aufrechtzuerhalten und eine Zuwanderung in die Sozialsysteme zu vermeiden. Der Familiennachzug zu Personen, die eine Aufenthaltserlaubnis nach § 104a Absatz 1 Satz 1 besitzen, ist ausgeschlossen (§ 29 Absatz 3 Satz 3).
- 104a.1.7.2 Zu wohnsitzbeschränkenden Auflagen siehe Nummer 12.2.5.1.1 ff.
- 104a.1.8 Aufenthaltserlaubnis bei Lebensunterhaltssicherung durch Erwerbstätigkeit nach § 23 Absatz 1 Satz 1
- Erteilt wird die Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Absatz 1 Satz 1, wenn der Lebensunterhalt der gesamten Bedarfsgemeinschaft eigenständig durch Erwerbstätigkeit gesichert ist. Es handelt sich hierbei um eine Rechtsfolgenverweisung. Durch die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Absatz 1 Satz 1 wird die Anwendbarkeit von Vorschriften, die auf die Regelung bzw. Kapitel 2 Abschnitt 5 (Aufenthalt aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen) Bezug nehmen, gewährleistet, ohne dass Folgeänderungen in anderen Vorschriften des Aufenthaltsgesetzes und anderer Gesetze, die an die Vorschrift anknüpfen, erforderlich sind. Der Familiennachzug richtet sich – wie stets bei Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis gemäß § 23 Absatz 1 – nach § 29 Absatz 3 Satz 1, kann also nur aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen oder zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland erteilt werden.
- 104a.1.9 Einbezogene minderjährige Kinder
- Einbezogen sind entsprechend dem IMK-Beschluss vom 17. November 2006 die minderjährigen ledigen Kinder von Ausländern mit einer Aufenthaltserlaubnis nach der gesetzlichen Altfallregelung, wenn sie mit ihnen in häuslicher Gemeinschaft leben. Für die Anwendung des § 104a Absatz 1 genügt es, dass die Kinder in häuslicher Gemeinschaft mit ihren Verwandten leben und diese als Vormund/Pfleger bestellt sind. Sie sind dann nicht unbegeleitet i. S. d. Absatzes 2 Satz 2. Die Kinder erhalten ein von der Aufenthaltserlaubnis der Eltern bzw. eines Elternteiles abhängiges Aufenthaltsrecht auf der gleichen Rechtsgrundlage wie die Eltern. Sie müssen die Voraussetzungen zur Erteilung der Aufenthaltserlaubnis – bis auf die Voraufenthaltszeit und die eigenständige Erwerbstätigkeit (da es bei § 104a stets nur darauf ankommt, dass der Bedarf der gesamten Bedarfsgemeinschaft erfüllt ist, auch wenn dies durch die Erwerbstätigkeit von einem anderen

Familienmitglied sichergestellt ist) – auch in eigener Person erfüllen (zum Nachweis hinreichender mündlicher Deutschkenntnisse siehe Nummer 104a.1.2 f.). Dem minderjährigen Kind kann in den Fällen des § 30 Absatz 3 Nummer 7 AsylVfG die Aufenthaltserlaubnis abweichend von § 10 Absatz 3 Satz 2 erteilt werden. Mit Eintritt der Volljährigkeit kann ihnen eine Aufenthaltserlaubnis unter den erleichterten Voraussetzungen des § 104a Absatz 2 Satz 1 erteilt werden.

104a.2 **Volljährige ledige Kinder und unbegleitete Minderjährige**

104a.2.0 Bei Vorliegen der Voraussetzungen des Absatzes 2 kann als Rechtsfolge eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Absatz 1 Satz 1 erteilt werden. Bei der Ermessensausübung ist, soweit dies nicht schon im Rahmen der Integrationsprognose in Ansatz gebracht wurde, das Vorliegen eines Versagungsgrundes nach Nummer 4, 5 und 6 des Absatzes 1 zu berücksichtigen.

104a.2.1 § 104a Absatz 2 Satz 1 sieht ein Aufenthaltsrecht im Falle einer positiven Integrationsprognose für geduldete volljährig gewordene Kinder von geduldeten Ausländern vor, die die Voraufenthaltszeiten nach Absatz 1 erfüllen. Mangels ausdrücklichen Ausschlusses gelten die allgemeinen Erteilungsvoraussetzungen des § 5, es muss also insbesondere die Sicherung des Lebensunterhalts nachgewiesen sein. Nach § 5 Absatz 3 kann hiervon abgesehen werden, wobei § 104a Absatz 6 Nummer 1 bis 3 in diesem Zusammenhang Anhaltspunkte für die Ermessensausübung bietet. Bei volljährig gewordenen Schülern einer Fachschule oder eines Gymnasiums, die ihre begonnene Schulausbildung zügig beenden werden, kann ebenfalls von der Lebensunterhaltssicherung abgesehen werden. Als Nachweis, dass diese Voraussetzungen erfüllt werden, kann eine Prognoseentscheidung der Schule eingeholt werden. Der Lebensunterhalt von Studenten, die BAföG beziehen, gilt ebenfalls als gesichert.

Von den Voraussetzungen des § 5 Absatz 2 (ordnungsgemäßes Visumverfahren) sollte vom Sinn und Zweck der Regelung des § 104a Absatz 2 und im Gleichklang mit den Aufenthaltserlaubnissen nach § 104a Absatz 1, bei denen § 5 Absatz 2 gar nicht zur Anwendung kommt, abgesehen werden.

104a.2.2 § 104a Absatz 2 Satz 2 gewährt minderjährigen oder volljährig gewordenen Ausländern ein Aufenthaltsrecht, die als unbegleitete Minderjährige ins Bundesgebiet eingereist sind, wenn sie sich am Stichtag seit mindestens sechs Jahren, also mindestens seit dem 1. Juli 2001, geduldet, gestattet oder mit einer Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen im Bundesgebiet aufgehalten haben und eine positive Integrationsprognose vorliegt. Auch hier ist § 5 mangels ausdrücklichen Ausschlusses anwend-

bar, ebenso kann gemäß § 5 Absatz 3 von der Anwendung von dessen Absätzen 1 und 2 abgesehen werden. Zu den Ermessenserwägungen siehe Nummer 104a.2.0.

104a.3 **Ausschluss bei Straftaten von Familienangehörigen**

104a.3.1 § 104a Absatz 3 Satz 1 sieht in Anlehnung an den IMK-Beschluss vom 17. November 2006 vor, dass die Begehung von Straftaten nach § 104a Absatz 1 Nummer 6 durch einen Ausländer die Versagung der Aufenthaltserlaubnis auch für die mit ihm in häuslicher Gemeinschaft lebenden Familienmitglieder zur Folge hat. Für minderjährige Kinder, deren Eltern straffällig geworden sind, entspricht dies dem Grundsatz, dass das minderjährige Kind das aufenthaltsrechtliche Schicksal der Eltern teilt. Hinzu kommt, dass auf Grund der häuslichen Gemeinschaft ein negativer Einfluss auf die übrigen Familienmitglieder nicht auszuschließen ist. Dies gilt auch für das Verhältnis von Geschwistern untereinander. Für die Fälle, in denen Kinder eine Straftat begangen haben, ist der Ausschluss der Eltern im Hinblick auf ihre Aufsicht- und Erziehungspflicht gerechtfertigt.

104a.3.2 § 104a Absatz 3 Satz 2 enthält eine Ausnahmeregelung für den Ehegatten des Ausländers; für seine Kinder kommt eine Aufenthaltserlaubnis nach § 104a in Betracht. Eine besondere Härte i. S. d. § 104a Absatz 3 Satz 2 wird insbesondere auf Grund von Umständen vorliegen, aufgrund derer das Verlassen der Bundesrepublik wegen eigener Integrationsleistungen schlechterdings unzumutbar wäre. Allein die Aufenthaltsdauer etwa kann eine solche Härte nicht begründen, weil insoweit keine Besonderheit gegenüber anderen Adressaten der gesetzlichen Altfallregelung besteht.

104a.3.3 Auf die Vorschriften des Familiennachzugs kann sich der straffällig gewordene Familienangehörige bei der Aufenthaltserlaubnis auf Probe gemäß § 29 Absatz 3 Satz 3 nicht und im übrigen nur unter den Voraussetzungen des § 29 Absatz 3 Satz 1 sowie der allgemeinen Erteilungsvoraussetzungen berufen. Bei der Ermessensausübung, etwa im Rahmen des § 27 Absatz 3 Satz 2, ist darauf zu achten, dass hinsichtlich des straffällig gewordenen Familienangehörigen die Wertung des § 104a Absatz 3 nicht unterlaufen wird.

104a.4 **Integrationsvereinbarung**

Nach Absatz 4 Satz 1 kann die Aufenthaltserlaubnis entsprechend dem IMK-Beschluss unter der Bedingung erteilt werden, dass der Ausländer an einem Integrationsgespräch teilnimmt oder eine Integrationsvereinbarung abgeschlossen wird. Den Ausländerbehörden wird mit dieser Bestimmung die Möglichkeit der individuellen Beratung sowie der Kontrolle der Integrationsfortschritte gegeben. Wurde eine Integrationsvereinbarung abgeschlossen, ist

eine Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis von der Erfüllung der eingegangenen Integrationsverpflichtung abhängig. Sofern ein Aufenthaltstitel nach Absatz 1 ausgestellt worden ist, kann der Ausländer nach § 44 Absatz 4 vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zum Integrationskurs zugelassen werden.

104a.5 Verlängerung gemäß § 104a Absatz 5

104a.5.1 § 104a Absatz 5 enthält zunächst die Festlegung, dass die Aufenthaltstitel nach Absatz 1 und 2 mit einer Gültigkeit bis zum 31. Dezember 2009 erteilt werden.

104a.5.2 In Fällen, in denen der Ausländer bei Erteilung der Aufenthaltserlaubnis nach Maßgabe des Absatzes 1 nicht über hinreichende mündliche deutsche Sprachkenntnisse i.S.d. Stufe A 2 GER verfügt, wird die Aufenthaltserlaubnis lediglich bis zum 1. Juli 2008 erteilt. Weist der Ausländer zum Zeitpunkt der erforderlichen Verlängerung dieser so befristeten Aufenthaltserlaubnis die erforderlichen Sprachkenntnisse nach, wird die Aufenthaltserlaubnis unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 mit einer Befristung bis zum 31. Dezember 2009 verlängert.

104a.5.3 Im Gegensatz zu § 104a Absatz 1, wonach bei Erteilung der Aufenthaltserlaubnis auf die Erfüllung der Voraussetzung nach § 5 Absatz 1 Nummer 1 verzichtet wird, wird für die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis bzw. Erteilung über den 31. Dezember 2009 hinaus vorausgesetzt, dass im zu betrachtenden Zeitraum der Lebensunterhalt überwiegend eigenständig durch Erwerbstätigkeit gesichert war. Dies ist der Fall, wenn entweder im überwiegenden Teil des zu betrachtenden Zeitraums der Lebensunterhalt vollständig ohne öffentliche Leistungen gesichert war oder im gesamten Zeitraum trotz zusätzlichen Bezugs öffentlicher Mittel jedenfalls das Einkommen aus Erwerbstätigkeit insgesamt überwog. Dabei werden öffentliche Leistungen nicht angerechnet, die auf Beitragsleistungen beruhen wie z.B. Leistungen aus der Kranken- oder Rentenversicherung und das Arbeitslosengeld I. Dagegen sind Leistungen nach dem SGB II und SGB XII keine auf einer Beitragsleistung beruhenden öffentlichen Mittel und werden als öffentliche Leistungen angerechnet. Zu Wohngeld vgl. Nummer 2.3.1.3. Für die Zukunft gilt hinsichtlich der überwiegenden Lebensunterhaltssicherung der gleiche Maßstab wie für den zurückliegenden Zeitraum. Sofern Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass der Ausländer auch in Zukunft auf ergänzende Sozialleistungen angewiesen sein wird, ist für die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis zu verlangen, dass im Laufe der Zeit eine vollständig eigenständige Lebensunterhaltssicherung gelingen kann. Wie auch bei der sofortigen Erteilung der Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Absatz 1 (im Rahmen des § 104a Absatz 1 Satz 2) muss bei der Frage der Lebensunterhalts-

sicherung die gesamte Familie einbezogen werden.

104a.5.4

Das Gleiche gilt, wenn der Ausländer im Zeitraum vom 1. April 2009 bis zum 31. Dezember 2009 aus eigener Erwerbstätigkeit den Lebensunterhalt ohne Inanspruchnahme öffentlicher Leistungen bestreiten konnte und es sich nicht nur um eine vorübergehende Beschäftigung handelt. Die Annahme, dass in diesen Fällen für die Zukunft der Lebensunterhalt überwiegend gesichert sein wird, kann auch dann gerechtfertigt sein, wenn der der Erwerbstätigkeit zugrunde liegende Arbeitsvertrag lediglich eine für den Abschluss vergleichbarer Arbeitsverträge übliche Befristung des Arbeitsverhältnisses beinhaltet. Liegen die Voraussetzungen für die Verlängerung nach § 104a Absatz 5 – ggf. i. V.m. § 104a Absatz 6 – vor, wird die Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Absatz 1 Satz 1 um zwei Jahre verlängert. Liegen die Voraussetzungen nicht vor, ist eine Verlängerung der nach § 104a Absatz 1 Satz 1 erteilten Aufenthaltserlaubnis nach § 104a Absatz 1 i. V.m. § 8 Absatz 1 oder § 26 Absatz 1 nicht möglich, da die Verlängerungsregelung von § 104a Absatz 5 Satz 2 als *lex specialis* die Anwendung anderer Verlängerungsregelungen ausschließt.

104a.5.5

Ausschluss der Fiktionswirkung nach § 81 Absatz 4

Nach § 104a Absatz 5 Satz 5 ist die Fiktionswirkung des § 81 Absatz 4 ausgeschlossen. Die Regelung gilt für alle auf Grund von § 104a erteilten und verlängerten Aufenthaltserlaubnisse.

Die Regelung geht auf die politische Forderung zurück zu verhindern, dass sich ein auf die gesetzliche Altfallregelung berufender Ausländer allein durch Stellen eines Verlängerungsantrags der Aufenthaltsbeendigung entziehen kann. Sie unterstreicht zudem die gesetzgeberische Intention, dass eine Verlängerung nicht in Betracht kommt, wenn die Verlängerungsvoraussetzungen erst nach Ablauf der erstmals erteilten Aufenthaltserlaubnis erfüllt werden.

104a.6

Ausnahmen bei der Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis zur Vermeidung von Härtefällen

104a.6.0

Mit § 104a Absatz 6 werden Ausnahmen festgelegt, in denen die Aufenthaltserlaubnis zur Vermeidung von Härtefällen auch dann verlängert werden kann, wenn der Lebensunterhalt nicht, wie in § 104a Absatz 5 gefordert, eigenständig durch Erwerbstätigkeit gesichert wird.

104a.6.1

In Nummer 1 werden Ausnahmen für Jugendliche oder junge Erwachsene geschaffen, die sich in Ausbildung oder Berufsvorbereitung befinden. Sie sollen ihre individuellen Bildungschancen nutzen können, um ihre weitere Integration in Deutschland zu ermöglichen, sofern sie die Regelausbildungs-

dauer nicht um mehr als ein Jahr überschreiten. Unter beruflicher Ausbildung werden Ausbildungsgänge erfasst, die zu einem beruflichen Abschluss führen. Hierunter fallen zum einen staatlich anerkannte Ausbildungsberufe, wenn die Ausbildung betrieblich oder außerbetrieblich durchgeführt und ein dafür vorgeschriebener Ausbildungsvertrag abgeschlossen wird. Zum anderen werden darunter die außerhalb des dualen Ausbildungssystems an Berufsfachschulen und anderen Schulformen durchzuführenden voll qualifizierenden Berufsausbildungen verstanden, die mit einem beruflichen Abschluss enden. Staatlich geförderte Maßnahmen der Berufsausbildungsvorbereitung zielen nach dem SGB III und dem BBiG darauf ab, lernbeeinträchtigten und sozial benachteiligten Jugendlichen Ausbildungsreife zu vermitteln. Hierunter fallen auch das Berufsvorbereitungsjahr oder Berufsgrundbildungsjahr, sowie die betriebliche Einstiegsqualifizierung nach der Richtlinie zur Durchführung des Sonderprogramms Einstiegsqualifizierung Jugendlicher (EQJ-Programm).

Die Regelung gilt entsprechend für Schüler an Oberstufen der allgemeinbildenden Schulen und Studenten an (Fach-)Hochschulen, sofern sie seit der erstmaligen Erteilung der Aufenthaltserlaubnis ihre Ausbildung zügig weiter betrieben haben und zu erwarten ist, dass sie diese erfolgreich beenden werden. Nummern 16.1.1.6.2 f. finden Anwendung. Für den Studiengangwechsel gilt Nummer 16.2.5.

Das Vorliegen der Voraussetzungen des Absatzes 6 Nummer 1 wirkt sich so aus, dass die in Nummer 104a.6.1 genannten Personen bei der Berechnung des Lebensunterhalts für die Gesamtfamilie außer Betracht bleiben.

- 104a.6.2 Mit Nummer 2 werden Ausnahmen in den Fällen zugelassen, in denen die Familien mit Kindern nur vorübergehend auf ergänzende Sozialleistungen angewiesen sind. Der Begriff „Kinder“ bezieht sich dabei nicht nur auf minderjährige Kinder, sondern auf alle Kinder der Familie, für die die Eltern zur Leistung von Unterhalt verpflichtet sind und tatsächlich einen Beitrag leisten. Der Bezug der „ergänzenden Sozialleistungen“ muss sich darüber hinaus in den Kindern begründen, das bedeutet, dass die eigenen Einkünfte aus Erwerbstätigkeit zwar zur überwiegenden Bestreitung des Lebensunterhalts der Eltern ausreichen würden, nicht jedoch zur Deckung des überwiegenden Lebensunterhalts der gesamten Familie genügen. In diesen Fällen kann also auch bei Unterschreitung der nach § 104a Absatz 5 für die Prognoseentscheidung vorgeschriebenen Maßstäbe der Titel verlängert werden. Ebenso ist auch der Begriff „vorübergehend“ im Zusammenhang mit der Voraussetzung vorhandener Kinder zu sehen. Insofern berücksichtigt diese Ausnahme, dass durch Kinder in der Familie die überwiegende eigenständige Sicherung des Lebensunterhalts erschwert sein kann, dies ins-

besondere wenn Kinder im Vorschulalter vorhanden sind. Es kann damit keine feste zeitliche Grenze festgelegt werden, die den Begriff „vorübergehend“ definiert. Es müssen jedoch berechnete Anhaltspunkte dafür gegeben sein, dass der Bezug dieser ergänzenden Sozialleistungen nicht dauerhaft erfolgen wird.

- 104a.6.3 Nach Nummer 3 kommen Ausnahmen für Alleinerziehende mit einem oder mehreren Kindern in Betracht, die vorübergehend auf Sozialleistungen angewiesen sind, weil ihnen die Ausübung einer Erwerbstätigkeit nicht zumutbar ist, wenn diese die Erziehung des oder der Kinder gefährden würde. Die Erziehung eines Kindes, das das dritte Lebensjahr vollendet hat, ist nach § 10 Absatz 1 Nummer 3 SGB II i. d. R. nicht gefährdet, soweit seine Betreuung in einer Tageseinrichtung oder in Tagespflege i. S. d. Vorschriften des SGB VIII oder auf sonstige Weise sichergestellt ist.

- 104a.6.4 Nummer 4 erfasst die Ausländer, die vor Erreichen der Altersgrenze von 65 Jahren auf Grund von Erwerbsunfähigkeit eine eigenständige Lebensunterhaltssicherung aus eigener Erwerbstätigkeit nicht erbringen können. Es muss sich um eine Erwerbsunfähigkeit im rentenrechtlichen Sinne handeln. Voraussetzung ist jedoch, dass der Lebensunterhalt einschließlich ausreichenden Krankenversicherungsschutzes und einer erforderlichen Betreuung und Pflege in sonstiger Weise ohne Leistungen der öffentlichen Hand dauerhaft gesichert ist. Leistungen, die auf Beitragszahlungen beruhen, bleiben außer Betracht.

- 104a.6.5.1 Die Anwendung der Ausnahme von Nummer 5 kommt nur unter den kumulativ genannten Voraussetzungen in Betracht. Maßgeblich ist das Lebensalter, das der Ausländer zum Zeitpunkt der am 1. Januar 2010 anstehenden Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis erreicht hat. Damit werden auch die Ausländer erfasst, die zum Zeitpunkt der Erteilung der Aufenthaltserlaubnis nach § 104a Absatz 1 noch nicht das 65. Lebensjahr vollendet haben, dieses aber im Verlauf der Geltungsdauer der ersten Aufenthaltserlaubnis vollenden werden. Zum Zeitpunkt der Verlängerung muss der Ausländer Kinder oder Enkel in Deutschland haben, die über einen dauerhaften Aufenthalt in Deutschland verfügen. Es ist nicht erforderlich, dass diese im Besitz einer Niederlassungserlaubnis sind, es reicht aus, wenn die Aufenthaltserlaubnis des Kindes oder Enkels eine Aufenthaltsverfestigung ermöglicht. Dies ist insbesondere dann jedoch nicht gegeben, wenn die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis des Kindes oder des Enkels nach § 8 Absatz 2 ausgeschlossen wurde.

- 104a.6.5.2 Für den Personenkreis der Ausländer, die die genannte Altersgrenze erreicht haben, dürfen keine Sozialleistungen in Anspruch genommen werden. Dies gilt sowohl für Leistungen zum Lebensunterhalt als auch für Leistungen für die

	Versorgung im Krankheitsfalle und bei Pflegebedürftigkeit. Sofern der Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln (z. B. Altersrente) gesichert ist, kann von einer Sicherung des Lebensunterhaltes ausgegangen werden, wenn sichergestellt ist, dass (durch Gesetz oder Verpflichtungserklärung) unterhaltsverpflichtete Familienangehörige auch durchsetzbar in die Unterhaltsverpflichtung genommen werden können.			angemessene Unterbringung und Pflege gewährleistet ist.
		104b.4		Wird eine Aufenthaltserlaubnis erteilt, bestimmt § 104b, dass sich die Rechtsfolgen nach § 23 Absatz 1 Satz 1 richten. Die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis erfolgt nicht nach § 104a Absatz 5, sondern nach § 8 Absatz 1.
104b	Zu § 104b – Aufenthaltsrecht für integrierte Kinder von geduldeten Ausländern	105		Zu § 105 – Fortgeltung von Arbeitsgenehmigungen
104b.1	§ 104b sieht im Falle der Ausreise der Eltern ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für integrierte Kinder im Alter zwischen 14 und 17 Jahren vor, die sich am 1. Juli 2007 seit sechs Jahren in Deutschland aufgehalten und das 14. Lebensjahr vollendet haben, wenn ihren Eltern oder dem allein personensorgeberechtigten Elternteil eine Aufenthaltserlaubnis nach § 104a nicht erteilt oder verlängert wurde. Dies kommt insbesondere in Betracht, wenn die Eltern die Ausländerbehörde vorsätzlich über aufenthaltsrechtlich relevante Umstände getäuscht oder Straftaten begangen haben (§ 104a Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 und 6). Die Eltern müssen nach ihrer Ausreise das Kind im Bundesgebiet zurückgelassen haben. Eine Ausreise der Eltern in einen anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union genügt dabei nur dann, wenn sich die Eltern dort rechtmäßig aufhalten.	105.1		Arbeitserlaubnis
		105.1.1		Nach Absatz 1 Satz 1 behält eine vor Inkrafttreten des Aufenthaltsgesetzes erteilte Arbeitserlaubnis ihre Gültigkeit bis zum Ablauf ihrer Geltungsdauer. Bei Erteilung eines Aufenthaltstitels gilt die Arbeitserlaubnis als Zustimmung der Arbeitsverwaltung. Wird ein Aufenthaltstitel erteilt, der nicht kraft Gesetzes zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit berechtigt, sind die in der Arbeitserlaubnis enthaltenen Maßgaben in den Aufenthaltstitel zu übernehmen. § 46 BeschV ergänzt die Bestimmungen des § 105 durch darin normierte Übergangsregelungen.
104b.2	Die Aufenthaltserlaubnis kann abweichend von § 5 Absatz 1 Nummer 1 und Absatz 2 sowie § 10 Absatz 3 Satz 1 erteilt werden.	105.1.2		Bisherigen Duldungsinhabern wird nach Ablauf von deren Geltungsdauer entweder eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 3 bis 5 erteilt oder die Duldung verlängert. Wird eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 3 bis 5 erteilt, so gilt die erteilte Arbeitserlaubnis bis zum Ablauf ihrer Geltungsdauer als Zustimmung zur Beschäftigung fort. Die Beschränkungen der Arbeitserlaubnis sind in die Nebenbestimmungen zur Aufenthaltserlaubnis zu übernehmen.
104b.3	Sonstige besondere Erteilungsvoraussetzungen sind in § 104b Nummer 1 bis 5 geregelt.			
104b.3.1	Wann die deutsche Sprache beherrscht wird, ist entsprechend der Definition der Stufe C 1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen (GER) zu bestimmen. Dazu gehört, dass ein Kind sich altersangemessen fließend mündlich und schriftlich ausdrücken kann, dass es auch in einem Gespräch über komplexere Sachverhalte nicht mehrfach erkennbar nach Worten suchen muss und derartige Sachverhalte auch strukturiert aufschreiben kann. Der Nachweis kann im Rahmen eines kurzen Gesprächs sowie anhand der Schulnoten im Deutschunterricht erfolgen.	105.2		Arbeitsberechtigung
				Eine vor Inkrafttreten des Aufenthaltsgesetzes erteilte Arbeitsberechtigung gilt als uneingeschränkte Zustimmung der Arbeitsverwaltung zur Aufnahme einer Beschäftigung fort. Eine der Arbeitsberechtigung entsprechende Erlaubnis zur Beschäftigung ist nach der Neuregelung des Arbeitsmarktzuganges im Rahmen des § 9 BeschVerfV vorgesehen. Soweit ein Aufenthaltstitel erteilt wird, der nicht kraft Gesetzes zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit berechtigt, ist die Aufenthaltserlaubnis mit der Nebenbestimmung
104b.3.2	Eine positive Integrationsprognose ist i. d. R. anzunehmen, wenn das Kind regelmäßig zur Schule geht, sich in einer Berufsausbildung befindet, die zu einem anerkannten Berufsabschluss führt, oder wenn es einen entsprechenden Schulabschluss erworben hat. Das Begehen von nicht unerheblichen und vorsätzlichen Straftaten steht einer positiven Integrationsprognose i. d. R. entgegen.			„Selbständige Erwerbstätigkeit nur mit Zustimmung der Ausländerbehörde erlaubt“
				zu verstehen.
104b.3.3	Die Personensorge ist dann sichergestellt, wenn ein Vormund für das Kind bestellt ist und eine	105a		Zu § 105a – Bestimmungen zum Verwaltungsverfahren
				Nicht belegt.

- 106 **Zu § 106 – Einschränkung von Grundrechten**
Nicht belegt.
- 107 **Zu § 107 – Stadtstaatenklausel**
Nicht belegt.

Artikel 2
Inkrafttreten

Diese Allgemeine Verwaltungsvorschrift tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Berlin, den 26. Oktober 2009

M I 3 – 128 406/0

Die Bundeskanzlerin

Angela Merkel

Der Bundesminister des Innern

Schäuble

GMBI 2009, S. 878
